Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung
im 20. Jahrhundert

Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert

Begründet von
Erich Matthias

Herausgegeben von
Siegfried Mielke und Hermann Weber

Band 5

Die Gewerkschaften im Widerstand und in der Emigration 1933–1945

Die Gewerkschaften im Widerstand und in der Emigration 1933–1945

Bearbeitet von
Siegfried Mielke und Matthias Frese

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bonn
Bibliothek

C 00 - 00498
= B 85-366

Bund-Verlag

Gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft
und der Hans-Böckler-Stiftung

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert / begr. von Erich Matthias. Hrsg. von Siegfried Mielke und Hermann Weber. – Frankfurt am Main : Bund-Verl.
Teilw. hrsg. von Hermann Weber ... – Teilw. hrsg. von Klaus Schönhoven

Bd. 5. Die Gewerkschaften im Widerstand und in der Emigration 1933 – 1945 / bearb. von Siegfried Mielke und Matthias Frese. – 1999
ISBN 3-7663-0905-6

© 1999 by Bund-Verlag GmbH, Frankfurt/Main
Umschlag: Angelika Richter, Heidesheim
Satz: Typomedia Satztechnik GmbH, Ostfildern
Druck: Clausen & Bosse, Leck
Printed in Germany 1999
ISBN 3-7663-0905-6

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere die des öffentlichen Vortrags, der Rundfunksendung und der Fernsehausstrahlung, der fotomechanischen Wiedergabe, auch einzelner Teile.

Inhalt

Vorwort der Herausgeber 7

Einleitung 9
I. Forschungsstand 9
II. Die Umbruchphase 1933 12
1. Der Angriff auf die Gewerkschaften im Frühjahr 1933 12
2. Die Zerschlagung der unabhängigen Betriebsvertretungen 14
3. Die Zerschlagung der Gewerkschaften, die Gründung der DAF und die Entlassung der Gewerkschaftsangestellten 15
III. Rahmenbedingungen des gewerkschaftlichen Widerstandes 17
1. Die Veränderung der betrieblichen Rahmenbedingungen 17
2. Soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen 19
IV. Die Illegale Reichsleitung 21
1. Organisationsversuche 1933–1934/35 in Deutschland 22
2. Tätigkeit und Verbindungen außerhalb Deutschlands 23
3. Vom »Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften« zur »Deutschen Gewerkschaft« 25
V. Der Widerstand der Eisenbahner und Seeleute 27
1. Organisationsformen 28
2. Aufgaben- und Tätigkeitsbereiche 30
VI. Der Widerstand der Bergarbeiter 33
1. Organisationsformen 34
2. Aufgaben- und Tätigkeitsbereiche 35
VII. Die kommunistische Gewerkschaftspolitik und die RGO 37
1. Organisationsformen 38
2. Aufgaben- und Tätigkeitsbereiche 43
VIII. Die Auseinandersetzungen um die Vertrauensratswahlen 45
1. Die Erwartungen der illegalen Gruppen 46
2. Ergebnisse 48
IX. Politische und ökonomische Rahmenbedingungen für gewerkschaftliche Emigrantengruppen 50
X. Gewerkschaftsgruppen in der Emigration 53
1. Die Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften (ADG) 53
2. Gewerkschaftsgruppen in der Schweiz 57
3. Gewerkschaftsgruppen in Frankreich 58
4. Gewerkschaftsgruppen in den USA 59
5. Landesgruppen deutscher Gewerkschafter in Großbritannien und in Schweden 60

XI. Zukunftsvorstellungen gewerkschaftlicher Emigrantengruppen 62
1. Organisatorische Neuordnungsvorstellungen 62
2. Wirtschaftsdemokratische Neuordnungsvorstellungen gewerkschaftlicher Emigrantengruppen 69
XII. Zusammenfassung 75
XIII. Quellenlage 77
XIV. Zur Einrichtung der Edition 78

Verzeichnis der Dokumente 81

Dokumente

I. Die Absetzung der Betriebsvertretungen und die Zerschlagung der Gewerkschaften 1933 101
II. Die Illegale Reichsleitung, die Auslandsvertretung der Deutschen Gewerkschaften und das Koordinations-Komitee von Internationalem Gewerkschaftsbund und Internationalen Berufssekretariaten 155
III. Der Widerstand der Eisenbahner und Seeleute 307
IV. Der Widerstand der Bergarbeiter 443
V. Der Widerstand kommunistischer Gewerkschafter 563
VI. Deutsche Gewerkschaftsemigranten in der Schweiz 653
VII. Deutsche Gewerkschaftsemigranten in Frankreich: Koordinationsausschuß deutscher Gewerkschafter, ADG-Landesgruppe, Deutsche Sprachgruppe in der CGT 691
VIII. Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden 779
IX. Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien 875
X. Deutsche Gewerkschaftsemigranten in den USA 1009

Verzeichnis der Archivalien 1057

Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur und gedruckten Quellen 1061

Verzeichnis der Abkürzungen 1067

Personen-, Sach- und geographisches Register 1071

Vorwort der Herausgeber

Die Bände I bis VIII der Editionsreihe »Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert« umfassen den Zeitraum von 1914 bis 1949. Während sich die ersten vier Bände (von 1914 bis 1933) vor allem auf die Restakten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes stützen konnten, die das Gerüst dieses Teils bilden, basieren die Bände für die Zeit nach 1933 auf Aktenbeständen und Unterlagen, die erst mühsam aus mehreren Dutzend Archiven und Spezialbibliotheken zusammengetragen werden mußten. Einzelheiten dieser Problematik finden sich in den jeweiligen Hinweisen »Zur Quellenlage« und »Zur Einrichtung der Edition«.

Von Gewerkschaftsseite wurde lange Zeit die These vom organisatorischen Wiederaufbau nach 1945 »ganz aus dem Nichts« propagiert. Diese These ignorierte die Bedeutung des gewerkschaftlichen Widerstandes und die Programmdiskussionen deutscher Gewerkschaftsemigranten während der NS-Zeit ebenso wie Kontinuitäten und Wandel gewerkschaftlicher Entwicklungen seit der Weimarer Republik.

Die vorliegende Edition vertritt demgegenüber die Position, daß Aufbau und Entwicklung der neuen Gewerkschaftsbewegung nach 1945 – wie bereits in den Bänden VI bis VIII über die Gewerkschaftsentwicklung nach 1945 betont – ohne Kenntnis der Programm- und Strukturdiskussionen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung am Ende der Weimarer Republik, in den illegalen Gewerkschaftsgruppen und in der Emigration nicht ausreichend zu beantworten sind.

Die Fragen der Vereinigung der Richtungsgewerkschaften und die Ablösung der Berufsverbände durch die schlagkräftigeren Industriegewerkschaften wurden bereits in der Weimarer Republik, insbesondere in der Endphase unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise und des drohenden Nationalsozialismus ausführlich diskutiert (vgl. Quellenband IV). Die Vorstellung, daß die Aufsplitterung in Richtungsgewerkschaften und die Uneinigkeit innerhalb der Gewerkschaftsbewegung die Machtübernahme der NSDAP erleichtert hatten, blieb – wenn auch mit zeitlicher Verzögerung – nicht ohne Auswirkung auf die Diskussionen innerhalb der gewerkschaftlichen Widerstands- und Emigrantengruppen. Hinsichtlich der Organisations- und Programmdebatte ist der vorliegende Band in engem Zusammenhang mit dem Band IV über die Gewerkschaftsentwicklung in der Endphase der Weimarer Republik und den drei Bänden über den Neuaufbau der Gewerkschaften nach 1945 zu sehen.

Die Initiative für dieses Editionsvorhaben zur deutschen Gewerkschaftsgeschichte ging von Professor Dr. Erich Matthias aus. Er entwickelte den Plan, eine mehrbändige Quellenedition als Vorstufe zu einer wissenschaftlichen Gesamtdarstellung erarbeiten zu lassen, um bestehende Forschungslücken zu schließen. Allerdings sollte die Edition nicht vom Zufall des Wiederauffindens der Restakten des ADGB allein bestimmt sein, daher war von Anfang an geplant, ebenso die Zeit von 1933 bis 1949 zu dokumentieren.

Nach dem Tod von Erich Matthias im März 1983 haben die jetzigen Herausgeber die Aufgabe übernommen, das Editionsunternehmen fortzuführen. Der Abschluß und die

Veröffentlichung dieser Bände wäre ohne vielfältige Unterstützung von Institutionen und Personen nicht möglich gewesen. Der Dank gilt vor allem der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die das Projekt mit erheblichen Personal- und Sachmitteln finanziert hat und der Hans-Böckler-Stiftung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die die Drucklegung der Bände ermöglichte. Den Leitern und Angestellten der zahlreichen Archive und Bibliotheken, die das Vorhaben auf vielfältige Weise unterstützten, sei ebenso gedankt wie den vielen Fachkollegen, die auf Konsultationskonferenzen Kriterien der Quellenauswahl und der Publikationsform mit den Projektmitarbeitern und Herausgebern diskutierten.

Berlin/Mannheim, Frühjahr 1999

Siegfried Mielke
Hermann Weber

Einleitung

I. Forschungsstand

Die Erforschung des Widerstands gegen das NS-Regime ist durch mehrere Perspektivwechsel gekennzeichnet. Bis Mitte der 1970er Jahre konzentrierte sich die Forschung auf einzelne Gruppen oder Organisationen. Während in den Untersuchungen aus der DDR die Rolle und Tätigkeit der KPD glorifiziert wurde, standen in der Bundesrepublik zunächst Untersuchungen zum Widerstand aus Kreisen des Militärs, der Kirchen und der konservativen Kräfte im Vordergrund.[1] Erst seit den 1960er Jahren traten vermehrt Forschungen zum Widerstand aus der Arbeiterbewegung, über Gruppen in der Illegalität und in der Emigration oder als eine Gesamtsicht für eine Stadt oder eine Region hinzu.[2] Rasch zeigte sich die begrenzte Erklärungskraft des nur auf die Organisation zielenden Forschungsansatzes. Die verstärkte Berücksichtigung sozialgeschichtlicher Fragestellungen in den bundesdeutschen Forschungen zur NS-Zeit seit den 1970er Jahren schlug sich daher in Themen nieder, die nach den integrativen Elementen in den Maßnahmen des NS-Regimes suchten.[3] Diese Ausweitung auf die gesamte Gesellschaft brach den starren Gebrauch des Widerstandsbegriffs auf und löste eine intensive und bis in die Gegenwart reichende Debatte um die Abgrenzung und Beschreibung von Verhaltensweisen während der NS-Zeit aus.[4] Es besteht weitgehend Konsens darüber, daß es dem Regime gelang, erhebliche Teile der vor 1933 der NSDAP ablehnend oder indifferent gegenüberstehenden Arbeitnehmerschaft in Abhängigkeit von konjunkturellen, außen- und innenpolitischen Entwicklungen teil-

1 Eine umfangreiche bibliographische Übersicht bietet Michael Ruck, Bibliographie zum Nationalsozialismus, Köln 1995, bes. S. 598ff. Die Angaben in den Anmerkungen beschränken sich auf wenige Beispiele. Für die vollständigen Titel der häufiger zitierten Literatur vgl. das Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur und gedruckten Quellen im Anhang.

2 Die Studien wurden oftmals angeregt durch Wolfgang Abendroth. Vgl. u.a. Link, Geschichte. Zum gewerkschaftlichen Widerstand vgl. die Pionierstudie von Esters/Pelger. Für die Emigration vgl. u.a. Röder, Exilgruppen. Zu den Städtestudien vgl. Kurt Klotzbach, Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930–1945, Hannover 1969.

3 Mit Blick auf die Arbeitnehmerschaft vgl. grundlegend Timothy W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936–1939, Opladen 1975.

4 Initiator war insbesondere die Publikationsreihe Bayern in der NS-Zeit, 6 Bde., hrsg. von Martin Broszat u.a., München 1977–1983; vgl. auch Martin Broszat, Resistenz und Widerstand. Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojekts, in: ders. u.a. (Hg.), Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt (Bayern in der NS-Zeit, Bd. 4), München 1981, S. 691–709. Zur Perspektiverweiterung trugen die zahllosen, teilweise edierten Stimmungs- und Lageberichte der verschiedenen Regimeinstanzen und der Emigrationsgruppen sowie die Auswertung von Interviews mit Zeitzeugen bei. Vgl. z.B. Sopade, DB; Buchholz/Rother, Parteivorstand; Stöver, Neu-Beginnen. Beispielhaft für die Verwendung lebensgeschichtlicher Interviews vgl. Lutz Niethammer u.a. (Hg.), Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930–1960, 3 Bde., Bonn 1983–1985.

weise und zeitweise zu gewinnen oder zumindest »negativ« zu integrieren.[5] Insgesamt wurden in der Forschung die Begrifflichkeiten mit Blick auf die Einstellungen und das Verhalten während der NS-Zeit mehrmals aufgefächert; sie reichen von Integration, Mitmachen und Loyalität, Desinteresse, Opportunismus und Nonkonformität bis hin zu loyaler Widerwilligkeit, Dissens, Opposition.[6] Dagegen wird der Begriff Widerstand wie bisher auf Aktionen und Verhaltensweisen begrenzt, die den Sturz des Regimes zum Ziel hatten.[7]

Die Forschungen zum gewerkschaftlichen Widerstand spiegeln diese Perspektiverweiterungen. Im Vordergrund stehen zwar nach wie vor die organisatorische Zerschlagung der Freien Gewerkschaften im Mai 1933, die Verfolgung einzelner exponierter Gewerkschaftsfunktionäre der Weimarer Republik, die Rekonstruktion von Verbindungen zumeist anhand der Verhörprotokolle, Anklageschriften und Urteile des NS-Regimes und schließlich die Programmatik, personelle Zusammensetzung und Verbindungen in der Emigration. Aber auch die organisationszentrierten Untersuchungen berücksichtigten vermehrt die gesamtgesellschaftlichen Rahmenkonstellationen, die davon abhängige Intensität von Verfolgungsmaßnahmen und Repressionen des Regimes und die Politik und Lebensverhältnisse der Exilländer. Thematisiert werden die Verhaltensweisen und häufig schwierigen Lebensbedingungen der illegalen Kontaktpersonen, die Einstellungen in der Bevölkerung zum NS-Regime und zu den illegalen Gruppen und ihren Appellen, die Bedeutung von Spitzeln und Denunziationen für die illegale Tätigkeit, die Personalprobleme der insgesamt kleinen Gruppen, die oftmals spärlichen Verbindungen zwischen Illegalität und Emigration, die von Land zu Land verschiedenen Lebens- und Arbeitsbedingungen der emigrierten Gewerkschafter und deren Neuordnungsvorstellungen nach dem Sturz des Regimes. Der organisierte Widerstand aus der Arbeiterschaft innerhalb des Deutschen Reichs und in der Emigration wurde nun häufig differenzierter und skeptischer hinsichtlich seiner Zielsetzungen und Vorgehensweisen, seines Zusammenhalts, der Aufopferung und des hohen Blutzolls der Mitglieder beurteilt. Nicht mehr ausgeblendet werden interne Auseinandersetzungen um die »richtige Linie«, die persönlichen Verletzungen und Eitelkeiten, die Niederlagen, die eigene geringe Resonanz in der Bevölkerung, die begrenzten Kontakte und die – in der Emigration häufig ignorierte – teilweise marginale Reichweite der Handlungen, der Rückzug von Aktivisten aufgrund prognostizierter mangelnder Erfolgsaussichten, des Verfolgungsdrucks und der Repressionsmaßnahmen des Regimes, aufgrund des Wunsches nach erneuter Teilnahme am gesellschaftlichen Leben oder auch aufgrund geänderter politischer Ansichten über das NS-Regime unter dem Eindruck der Beseitigung der Arbeitslosigkeit, der außenpolitischen »Erfolge« des Regimes und der Zustimmung weiter Teile der Bevölkerung.[8]

Als ein Grundmuster wird vor allem anhand der jüngeren Studien anschaulich, daß für die Beurteilung der Handlungsmöglichkeiten für die illegale Arbeit gegen das NS-Regime die gleichzeitige Sicht auf die emigrierten Gruppen mit den Verbindungen zu internationalen Gewerkschaftsorganisationen und auf die illegalen Gruppen erforderlich ist.[9] Dies soll nicht die Widerstandshandlungen einzelner illegaler Gruppen, die ohne Verbindung zur Emigration agierten, schmälern oder abwerten. Gerade die Aktivitäten der beiden stärksten gewerkschaftlichen Widerstandsorganisationen, die des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands und die der der ITF angeschlossenen Gruppen der Eisenbahner und Seeleute, zeigen aber die notwendige enge Verzahnung von Emigration und illegalen Gruppen für eine mehrjährige Widerstandsarbeit, um z.B. auf Verhaftungen einzelner Personen oder von Teilen der Organisation elastisch reagieren zu können. Allerdings war die Zahl der Aktiven in allen Gewerkschaftsgruppen insgesamt klein, wie z.B. die Auseinandersetzungen um die Illegale Reichsleitung und deren Auslandsvertretung deutscher Gewerkschaften verdeutlichen.[10] Während der Kriegsjahre wurden die Verbindungen der emigrierten Gewerkschafter nach Deutschland bis auf sehr wenige Fälle unterbrochen. Zudem erschwerten nach Kriegsbeginn das Mißtrauen und die Enttäuschung der Arbeitnehmerorganisationen und Regierungen der Aufnahmeländer über den ausgebliebenen Widerstand der deutschen Arbeiterschaft die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Emigranten. Die inhaltliche Arbeit der deutschen Emigranten war zunächst durch Abstimmung oder Abgrenzung, insbesondere hinsichtlich der Beteiligung der kommunistischen Gewerkschafter, gekennzeichnet. Erst in der zweiten Kriegshälfte und als sich der Sieg der alliierten Truppen abzeichnete, verbesserten sich die Arbeitsbedingungen und die Beziehungen zu den Regierungen der Exilländer.

Kaum untersucht ist aber in der Forschung, wie eng und direkt die illegalen und die Emigrationsgruppen über die Information und die Bildung von Kommunikationsverbindungen hinaus die Handlungen der Beschäftigten in den Betrieben beeinflußten. Streiks und Arbeitsniederlegungen unter Anleitung oder in enger Verbindung mit gewerkschaftlichen oder anderen politischen Widerstandsgruppen sind nur in sehr geringer Zahl nachweisbar.[11] Ähnliches gilt für die 1934 und 1935 durchgeführten Vertrauensrätewahlen.[12] Nach wie vor offen ist – zumal angesichts der Vielzahl neuer Quellen – die von den Zeitgenossen in der Emigration breit diskutierte

5 Vgl. grundlegend Timothy W. Mason, Die Bändigung der Arbeiterklasse im nationalsozialistischen Deutschland, in: Carola Sachse u.a., Angst, Belohnung, Zucht und Ordnung. Herrschaftsmechanismen im Nationalsozialismus, Opladen 1982, S. 11–53. Zum Begriff »negative Integration« und seiner Anwendung auf die Arbeiterschaft während der NS-Zeit vgl. Morsch, Arbeit, S. 10f. sowie mit weiterer Literatur: Herbert, Arbeiterschaft, S. 332ff.; Matthias Frese, Sozial- und Arbeitspolitik im Dritten Reich, in: Neue Politische Literatur 38 (1993), S. 403–446. S. auch Teil III der Einleitung.

6 Vgl. Ulrich Borsdorf, Arbeiteropposition, Widerstand und Exil der deutschen Gewerkschaften, in: Matthias/Schönhoven, Solidarität, S. 291–306; Martin Broszat, Zur Sozialgeschichte des deutschen Widerstandes, in: VfZ 34 (1986), S. 293–309; Ian Kershaw, Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Reinbek 1994, S. 267–315; als Einzelstudien z.B. Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul, Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935–1945, 3 Bde., Bonn 1989–1995; darin insb. Bd. 3: Milieus und Widerstand; Rudolf Schlögl/Hans-Ulrich Thamer (Hg.), Zwischen Loyalität und Resistenz. Soziale Konflikte und politische Repression während der NS-Herrschaft in Westfalen, Münster 1996; Detlev Schmiechen-Ackermann, Nationalsozialismus und Arbeitermilieus. Der nationalsozialistische Angriff auf die proletarischen Wohnquartiere und die Reaktionen in den sozialistischen Vereinen, Bonn 1997.

7 Dies betonen Christoph Kleßmann, Opposition und Resistenz in zwei deutschen Diktaturen in Deutschland, in: Historische Zeitschrift, Bd. 262, 1996, S. 453–479, S. 453; Hans Mommsen, Der Widerstand gegen Hitler und die deutsche Gesellschaft, in: Schmädeke/Steinbach, Widerstand, S. 3–23, S. 5; Peter Steinbach, Widerstand – aus sozialphilosophischer und historisch-politologischer Perspektive, in: Ulrich Poppe u.a. (Hg.), Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, Berlin 1995, S. 27–67, S. 45ff.

8 Vgl. hierzu besonders Buschak, Arbeit; Peukert/Bajohr; Nelles, Ungleiche Partner; Nachtmann, OTV; S. 217–263; Paul/Mallmann, Milieus. Vgl. zur Emigration Wichers, Deutsche Sozialisten; Langkau Alex, Council; Röder, Exilgruppen; Müssener, Exil; Günther, Gewerkschafter; Einhard Lorenz, Exil in Norwegen. Lebensbedingungen und Arbeit deutschsprachiger Flüchtlinge 1933–1945, Baden Baden 1992.

9 Vgl. Peukert/Bajohr, S. 107ff., 193ff.; Buschak, Arbeit, S. 91ff., 116ff., 171ff.; Nachtmann, OTV, S. 217ff.; Paul/Mallmann, Milieus, S. 264ff., 386ff.; sowie in Ansätzen die Studie von Esters/Pelger, S. 25ff. Die Notwendigkeit der Verknüpfung betont auch Peter Steinbach, Widerstand gegen den Nationalsozialismus aus dem Exil? Zur politischen und räumlichen Struktur der deutschen Emigration 1933–1945, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 41 (1990), S. 587–606.

10 Vgl. hierzu Teil IV der Einleitung.

11 Vgl. z.B. die Fallsammlungen des Reichsarbeitsministeriums, der DAF und des Gestapa Januar 1936 bis Juli 1937, in: Morsch, Streiks, S. 27–79.

12 Vgl. hierzu eingehend in der Einleitung Teil VIII.

Frage, ob die vor allem von kommunistischer Seite als Taktik des Trojanischen Pferdes propagierte Mitarbeit in NS-Organisationen und die Übernahme von Funktionen in der DAF oder innerhalb der Betriebe als DAF-Betriebsfunktionär oder Vertrauensratsmitglied für die Widerstandsarbeit förderlich war, um das Regime von innen heraus zu bekämpfen, oder ob eine solche Funktionstätigkeit eher das Regime stärkte und den nicht im Widerstand aktiven Beschäftigten suggerierte, daß vormalige Gewerkschafter nun auch das Regime akzeptierten. Eher pauschal und den Aussagen der Emigrationspresse folgend sind bisher die Fragen beantwortet worden, wie die Auseinandersetzungen zwischen den gewerkschaftlichen Gruppen in der Emigration bei den illegalen Gruppen rezipiert wurden, ob und inwieweit in der Illegalität sozialdemokratische und kommunistische Gewerkschafter gemeinsam agierten[13] und ob tatsächlich »mit der gemeinsamen Erfahrung der Verfolgung die Grenzen zwischen den Richtungsgewerkschaften nahezu bedeutungslos wurden.«[14] Für die Emigration fehlen vergleichend angelegte Studien, die nach den Lebens- und Arbeitsverhältnissen und den Einflüssen der Emigrationserfahrungen auf die Neuordnungsvorstellungen fragen. Ein Forschungsdesiderat ist schließlich die gruppenbiographische Analyse der Illegalen und der Emigranten in den einzelnen organisatorischen Zusammenschlüssen, um beispielsweise zu klären, wer zu welchen Zeitpunkten die Träger der Widerstandstätigkeit waren und auf welche Erfahrungen diese Personen zurückgreifen konnten.

II. Die Umbruchphase 1933

1. Der Angriff auf die Gewerkschaften im Frühjahr 1933

Die gewaltsame Zerschlagung der Freien Gewerkschaften am 2. Mai 1933 bildete einen Höhepunkt der bereits im Laufe des Frühjahres 1933 in weiten Bereichen vollzogenen Unterdrückung und Verfolgung der organisierten Arbeitnehmerschaft. Vorausgegangen waren bereits kurz nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30.1.1933 sowie verstärkt seit der Reichstagswahl am 5.3.1933 Verhaftungen, Gewaltakte, Folter und Morde an Gewerkschaftsfunktionären sowie Verbote von Gewerkschaftszeitungen, Besetzungen und Zerstörungen von Gewerkschaftseinrichtungen durch SA- und NSBO-Gruppen. Von den Gewerkschaftsspitzen wurden diese Vorgänge protestierend, oftmals durch Intervention bei den staatlichen Behörden, der Regierung und beim Reichspräsidenten, vielfach auch wie gelähmt begleitet. Die Führungen der Dachverbände wie der Einzelgewerkschaften reagierten in der Regel nur auf die Eingriffe. Offensives Vorgehen unterblieb.[15] Von ihrem legalistischen Kurs wichen die Gewerkschaftsführungen dabei in keiner Weise ab.

Die Dachverbände der christlichen Gewerkschaften und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine unterschieden sich von den Einschätzungen und Appellen der Freien Gewerkschaften an die Reichsregierung durch einen noch vorsichtigeren Kurs oder traten nicht in Erscheinung. Beide Organisationen standen im Schatten der Auseinandersetzungen und sahen sich nicht wie die Freien Gewerkschaften solchen massiven Repressionen durch das Regime ausgesetzt. Allen Gewerkschaftsführern war jedoch klar, daß die Hitler-Regierung eine Änderung des kollektiven Arbeitsrechts und

13 Vgl. z.B. Peukert, Ruhrarbeiter, S. 136ff.
14 Schneider, Gewerkschafter, S. 24.
15 Vgl. Dok. 1, 2, 4, 5, 8; ADGB/AfA/Gedag/GDA, An die Mitglieder der Gewerkschaften, vom 30.1. 1933, in: GZ, 43. Jg., Nr. 5, 4.2.1933, S. 65; Theodor Leipart, Leistungen der Gewerkschaften für Volk und Staat, in: Soziale Praxis, 42. Jg., Nr. 8, 23.2.1933, Sp. 225–231; Jahn, Quellen IV, Dok. 180, 182, 185, 187, 193, 195, 198, 211.

der Gewerkschaftskompetenzen anstrebte. Daß die führenden Personen der Freien Gewerkschaften aber nicht zu jedem Zugeständnis bereit waren, sondern auf der Rolle der freigewerkschaftlichen Interessenvertreter der Arbeitnehmer beharrten, zeigten die am 13. April 1933 stattfindenden Gespräche mit der im Vergleich zum ADGB und trotz erheblichen Zulaufs von »Märzgefallenen« nach der Reichstagswahl vom 5.3. 1933 immer noch kleinen NSBO.[16] Den symbolischen Höhepunkt der Annäherung stellte dagegen der Aufruf des ADGB und der Einzelgewerkschaften an die Mitglieder zur Teilnahme an den von der Hitler-Regierung inszenierten Demonstrationen zum als »Feiertag der nationalen Arbeit« erklärten 1. Mai 1933 dar.[17]

Parallel hierzu fanden zwischen Spitzenvertretern der drei Richtungsgewerkschaften Verhandlungen zur organisatorischen Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung statt. Unter dem Druck der politischen Entwicklungen und des wachsenden Terrors kamen Vertreter des ADGB, des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften (GCGD) und des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine (HD) Ende April 1933 überein, einen »Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften »zu bilden, der im Auftrag der Verbände selbständig mit der Regierung verhandeln, den organisatorischen Zusammenschluß vorbereiten und die »praktischen Zielsetzungen der Einheitsgewerkschaften« festlegen sollte.[18] Diese Bemühungen, die die Verbandsvertreter der Freien Gewerkschaften bereits auf der Bundesausschußsitzung des ADGB am 5. April 1933 einhellig begrüßt hatten[19], stellten den verzweifelten Versuch der Gewerkschaftsführungen dar, durch die Einheit die Organisation zu retten.[20]

Zahlreiche zeitgenössische Beobachter haben ebenso wie die historische Forschung das Verhalten der Gewerkschaftsspitzen gegenüber diesen Einschüchterungs- und Unterdrückungsmaßnahmen als »allgemeinpolitischen Anpassungskurs« bis hin zu »Anbiederung« an das Regime, als »kampflose Kapitulation« und als »Unterwerfung« charakterisiert.[21] Gleichwohl bleiben zahlreiche Fragen zu diesem rasanten Niedergang der organisierten Gewerkschaftsbewegung im Frühjahr 1933 offen. Zumeist herrscht in der Forschung eine Sicht »von oben« vor. Dabei werden die abweichenden Positionen in den Vorständen der Einzelgewerkschaften, das unterschiedliche und eigenständige Verhalten mancher lokaler und regionaler Verbändeteile häufig ausgeblendet.[22] Besonders vor der Reichstagswahl vertraten verschiedene Gewerkschaftsführer die Ansicht, die neue Regierung werde sich angesichts der ökonomischen und

16 Vgl. Jahn, Quellen IV, Dok. 201, S. 888–892.
17 Abgedr. in Jahn, Quellen IV, Dok. 204, 205.
18 Vgl. Dok. 10. Die Einordnung der Vereinbarung ist in der Forschung umstritten. Die Beurteilungen schwanken zwischen der Einschätzung, daß der Führerkreis der »letzte Versuch der Rettung alter Wert- und Zielvorstellungen« gewesen sei und »ohne Zweifel die gemeinsame Unterwerfung unter die faschistische Herrschaft« als Ausgangspunkt besessen habe, und der Charakterisierung als eine zeit- und situationsangemessene Reaktion auf die unmittelbare Bedrohung und den – retrospektiv interpretierten – Beginn der Widerstandstätigkeit des späteren Leuschner-Kreises und der Illegalen Reichsleitung der Gewerkschaften. Für die erste Position vgl. u.a. Jahn, Quellen IV, S. 53; Winkler, Weg, S. 926f.; Buschak, Arbeit, S. 41. Für die zweite Position vgl. Beier, Reichsleitung, S. 22–25
19 Der Bundesausschuß des ADGB zur Lage, in: GZ, 43. Jg., Nr. 15, 15.4.1933, S. 229f.
20 Vgl. Beier, Reichsleitung, S. 22ff.
21 Vgl. für viele Studien Winkler, Weg, S. 918ff.; Henryk Skrzypczak, Die Ausschaltung der Freien Gewerkschaften im Jahre 1933, in: Matthias/Schönhoven, Solidarität, S. 255–270; Jahn, Quellen IV, S. 51f.; zuletzt Buschak, Arbeit, S. 41.
22 Vgl. Dok. 1, 4, 5, 8 und z.B. die Mitteilung des AfA-Bundes zur Neugestaltung der gewerkschaftlichen Angestelltenbewegung – der bisherige Vorsitzende Siegfried Aufhäuser trat aus Protest gegen den Anpassungskurs zurück und arbeitete in der Emigration gegen das NS-Regime –, in: GZ, 43. Jg., Nr. 13, 1.4.1933, S. 207.

politischen Krise und der parteipolitischen Fragmentierung nicht lange halten können.[23]

Unabhängig von diesen Entwicklungen waren die kommunistischen Organisationen seit der Machtübernahme und insbesondere seit der Reichstagsbrandverordnung am 28.2.1933 massiven Verfolgungen ausgesetzt. Die wiederholten Aufrufe der KPD und der kommunistischen Gewerkschaftsverbände an die Freien Gewerkschaften nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, Einheitsfrontbündnisse zu schließen und in den Generalstreik zu treten, stießen angesichts der parallelen Angriffe auf die Gewerkschaftsführer und des Sozialfaschismusvorwurfs auf Ablehnung. Darüber hinaus reklamierten die mitgliederschwachen kommunistischen Verbände unverhohlen ihren Führungsanspruch gegenüber den freigewerkschaftlichen Verbänden und riefen dazu auf, in den Ortskartellen der Gewerkschaften oppositionelle Mehrheiten zu den Gewerkschaftsführungen zu bilden.[24] Diese Doppelstrategie und die instrumentell gemeinten Vorschläge an die sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaften konnten jedoch den Zerfall der kommunistischen Organisationen nicht aufhalten.[25]

2. Die Zerschlagung der unabhängigen Betriebsvertretungen

Die politischen Auseinandersetzungen in den Betrieben standen seit Anfang des Jahres 1933 im Zeichen der Betriebsrätewahlen, die durch die allgemeine politische Entwicklung sowie durch die Eingriffe von staatlichen Instanzen und von NS-Organisationen in die Betriebe massiv beeinflußt wurden. Parallel zur Behinderung und Zerstörung der gewerkschaftlichen Verbindungen und Strukturen wurden sozialdemokratische und kommunistische, teilweise auch christliche Betriebsräte von NSBO-Betriebsräten oder Kommissaren – nicht selten im Einvernehmen mit der Unternehmensführung und mit Duldung von christlichen, Hirsch-Dunckerschen oder wirtschaftsfriedlichen Betriebsräten – für abgesetzt erklärt und vielfach auch aus den Betrieben entlassen.[26] Eine gemeinsame Strategie zur Abwehr der nationalsozialistischen Kandidaten wurde nicht entwickelt.

Die Ergebnisse der Betriebsrätewahlen waren daher vom Zeitpunkt der Abstimmung, der wirtschaftlichen Situation der Beschäftigten, der Zusammensetzung der Belegschaften und der Politisierung des Betriebes abhängig. Erst nach der Reichstagswahl fand ein deutlicher Stimmungsumschwung zugunsten der NSBO-Listen statt. Diese blieben aber in der Regel unter der jetzt angepeilten 50%-Marge; sie errangen bei den Arbeitern durchschnittlich 30% und bei den getrennt abstimmenden Angestellten vereinzelt in Großbetrieben über 50% der Stimmen. Die Eroberung der Betriebsvertretungen über den Stimmzettel blieb den Nationalsozialisten somit trotz massiver Einschüchterung der Arbeitnehmer und Betriebsräte versagt. Insbesondere die Arbeiter votierten nach wie vor überwiegend für die freigewerkschaftlichen Listen.[27] Die christlichen Listen konnten zumeist ihre Anteile behaupten. Gemeinsame Listen von freigewerkschaftlichen und christlichen Gewerkschaftern wurden nur in sehr wenigen Fällen gebildet. Im Gegenteil kooperierten mitunter gewählte christliche und nationalsozialistische Betriebsräte gegen freigewerkschaftliche Betriebsvertreter bei den nachfolgenden Wahlen der Betriebsratsvorsitzenden.[28] Die kommunistischen Listen waren in der Regel entweder verboten, nicht zustande gekommen oder nicht zur Wahl zugelassen worden. Freigewerkschaftliche und kommunistische Listenverbindungen kamen ebenfalls nur in sehr wenigen Fällen zustande und wurden häufig von den staatlichen Instanzen für ungültig erklärt.[29]

Das am 4.4.1933 erlassene Gesetz über Betriebsvertretungen und wirtschaftliche Vereinigungen gab den staatlichen Behörden – dem Regierungspräsidenten, der Gewerbeaufsicht und der Polizei – in Zusammenarbeit mit den Unternehmern, der NSBO und anderen NS-Organisationen kurz darauf auch die rechtliche Handhabe, Betriebsräte wegen staats- oder wirtschaftsfeindlicher Einstellung abzusetzen und zu entlassen. Die Betriebsräte, denen eine wirtschaftsfeindliche Einstellung vorgeworfen wurde, konnten zumeist ihren Arbeitsplatz behalten, falls NSBO, SA oder NS-Kommissare nicht auf eine fristlose Kündigung drängten. Dagegen zog der Vorwurf der staatsfeindlichen Einstellung, der durchgängig gegenüber kommunistischen Betriebsräten gebraucht wurde, automatisch die Entlassung nach sich. Gleichzeitig setzten die Landesregierungen mit Verkündung des Gesetzes die seit Anfang des Jahres laufenden Betriebsrätewahlen aus.[30]

Die Gewerkschaftsführungen reagierten auf diese frühzeitige Zerschlagung ihrer Basis und Verankerung in den Betrieben zum einen mit Appellen an Regierungsvertreter im Reich und in den Ländern, zum anderen verwiesen sie auf den in der Regel wenig erfolgreichen Instanzenweg. Doch nur bei Unterstützung des Unternehmers gelang es, abgesetzte Betriebsräte vor der Entlassung zu schützen.[31]

3. Die Zerschlagung der Gewerkschaften, die Gründung der DAF und die Entlassung der Gewerkschaftsangestellten

Alle Versuche, unabhängige Gewerkschaftsorganisationen zu erhalten, und eine der Regierung gegenüber zurückhaltende oder entgegenkommende Politik nutzten jedoch nichts. Die Entscheidung über die »Gewerkschaftsfrage« war schon Mitte April 1933 von Hitler getroffen worden, der den Organisationsleiter der NSDAP, Robert Ley, mit der Besetzung und Beschlagnahme der Gewerkschaftseinrichtungen des ADGB und

23 Die Feststellung von Buschak, Arbeit, S. 43, daß es eine »systematische Vorbereitung auf die mögliche Illegalität (...) nirgendwo gegeben« habe, trifft sicherlich zu, geht aber angesichts der sich überschlagenden Entwicklung im März/April 1933 an der Realität vorbei. Eine systematische Studie zu den Einzelgewerkschaften fehlt.

24 Vgl. z.B. das Flugblatt »Metallarbeiter vor die Front. Für den Einsatz des DMV gegen die Fasch[istische] Diktatur«, Berlin Anfang Februar 1933 (HStA Düsseldorf, RW 58, Nr. 44247, Bl. 8); Anweisungen der Reichsleitung der RGO für die innergewerkschaftliche Arbeit, vom 10.3.1933; Bericht der Bezirksleitung der KPD im Bezirk Wasserkante über den Stand der Organisation und der gewerkschaftlichen Arbeit, vom 10.4.1933 (beide: BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/13, Bl. 421f.; 3/16/66, Bl. 102–104 R). Zu angeblichen Erfolgen bei der Bildung oppositioneller Mehrheiten in Ortskartellen einzelner Gewerkschaften vgl. die Berichte von der »innergewerkschaftlichen Front« in dem Organ »RGO-Inform« für Januar und Februar 1933 (BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/33).

25 Vgl. die Stimmungs- und Lageberichte der RGO in Dok. 6 und 116.

26 Vgl. z.B. Dok. 7 und 8.

27 Vgl. die differenzierten Ergebnisse bei Wisotzky, Ruhrbergbau, S. 31ff.; Zollitsch, Arbeiter, S. 179ff.; Rüther, Arbeiterschaft, S. 107ff.; Frese, Betriebspolitik, S. 52–60; Wolfgang Jäger, Bergarbeitermilieus und Parteien im Ruhrgebiet. Zum Wahlverhalten des katholischen Bergarbeitermilieus bis 1933, München 1996, S. 298–312; sowie in einer Vielzahl von Lokalstudien. Die vielzitierten, vom ADGB übernommenen generalisierenden Ergebnisse verwischen dagegen die betrieblichen Unterschiede und besitzen kaum Aussagekraft. Vgl. Neuwahl der Betriebsräte, in: GZ, 43. Jg., Nr. 17, 29.4.1933, S. 270; dagegen detailliert zu einzelnen Betrieben z.B.: Gewerkschaftszeitung. Organ des Gesamtverbandes, 37. Jg., Nr. 11, 18.3.1933, S. 197f.; Nr. 15, 15.4.1933, S. 273; Nr. 16, 22.4.1933, S. 291

28 Vgl. z.B. bei Krupp in Essen Frese, Betriebspolitik, S. 56; zur weiteren Entwicklung Dok. 13.

29 Vgl. Dok. 9. Inwieweit das Abschneiden kommunistischer Listen durch Übertritte von RGO-Vertretern zur NSBO beeinflußt wurde, läßt sich nur betriebsweise feststellen. Vgl. ebd.; ferner die Zusammenstellungen der Ergebnisse in: Org[anisations]abteilung der RGI/Informations- und Statistik-Sektor, Informations-Bulletin Nr. 9. Betriebsrätewahlen in Deutschland 1933, April 1933 (BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/22, Bl. 29–47); die Berichte in der »RGO-Inform« für Januar bis April 1933 (Anm. 24); sowie für einzelne Zechen Jäger, Bergarbeitermilieus (Anm. 27), S. 311.

30 Vgl. Frese, Betriebspolitik, S. 60–72.

31 Vgl. mit weiteren Hinweisen Dok. 7 und 13.

der Verhaftung des Bundesvorstandes, der Verbandsvorsitzenden und der Bezirkssekretäre am 2. Mai 1933 nach den vom Regime veranstalteten, offiziellen Mai-Feiern beauftragte.[32] Als Ersatzorganisation gründete Ley am 10.5.1933 die Deutsche Arbeitsfront (DAF), die die gleichgeschalteten Arbeiter- und Angestelltenverbände unter sich vereinte.[33]

Die Angestellten und hauptamtlichen Funktionäre der Gewerkschaften wurden, soweit sie nicht inhaftiert oder emigriert waren, sich auf der Flucht befanden oder ermordet waren, zumeist aus ihren Beschäftigungsverhältnissen entlassen. Jakob Kaiser schätzte Ende 1933 die Zahl der entlassenen Angestellten der Freien Gewerkschaften auf über 4.000 und der christlichen Gewerkschaften auf »rund 500«. Zur Begründung diente der bekannte Vorwurf »staatsfeindlicher Einstellung«.[34] Einsprüche gegen die Entlassungen hatten in der Regel keinen Erfolg. Mitunter gelang es, fristlose in fristgerechte Kündigungen umzuwandeln. Die entlassenen ehemaligen Gewerkschaftsangestellten mußten aber in der Folge zumeist mehrere Jahre um Abfindungen oder Rentenansprüche kämpfen.[35] Soweit sie nicht ganz den Beruf wechselten und häufig ein Einzelhandelsgeschäft übernahmen[36], lebten sie während dieser Zeit oftmals lange von Gelegenheitsarbeiten oder Vertretertätigkeiten, ehe sie in ihren erlernten Berufen wieder Fuß fassen konnten.[37]

Zugleich nutzte ein kleiner Kreis von Gewerkschaftern diese Vertretertätigkeit zum Aufbau von illegalen Verbindungen.[38] Ebenso vermochten die Organisatoren und Vertreter der Rechtsansprüche gegenüber der DAF und den Gerichten, wie Martin Krebs vom Fabrikarbeiter-Verband oder Jakob Kaiser von den christlichen Gewerkschaften, Kontakte zu halten und herzustellen oder Informationen weiterzureichen.[39]

Es wäre aber ein Trugbild, anzunehmen, daß auf der Basis dieser Kontakte zu den ehemaligen Angestellten ein tiefgestaffeltes Widerstandsnetz aufgebaut wurde oder auch nur aufzubauen versucht wurde.[40] Zeitgenössische Beobachter berichteten von der großen Spannbreite im Verhalten, die vom Überlaufen zur NSDAP und der aktiven Unterstützung der Hitler-Regierung, über Rückzug ins Privatleben bis zu offener Gegnerschaft und aktiver Widerstandstätigkeit reichte.[41] Die weitere Entwicklung der Widerstandsgruppen verdeutlicht die starke Abhängigkeit von einzelnen Personen. Während der ersten Jahre des NS-Regimes trugen häufig Vorstandssekretäre oder Bezirksfunktionäre die Widerstandstätigkeit. Möglicherweise hat die scheinbare Fortführung einzelner Organisationen unter nationalsozialistischer Kontrolle bis zur endgültigen Eingliederung in die DAF Anfang 1934 den Mitgliedern Kontinuität suggeriert und die Zerschlagung der bereits durch die Krisen geschwächten Verbände erleichtert.

32 Vgl. Jahn, Quellen IV, Dok. 206, S. 898–901.
33 Die Christlichen Gewerkschaften wurden am 13.6.1933 in die DAF eingegliedert. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine hatten sich in den ersten Mai-Tagen selbst gleichgeschaltet.
34 Vgl. Dok. 11, 12, 14, 15, 16, 17.
35 Vgl. mit weiteren Hinweisen Dok. 11 Anm. 3, Dok. 15 und 16.
36 So z.B. Hermann Schlimme. Vgl. Angaben zu Dok. 52.
37 Vgl. mit differenzierenden Hinweisen: Bericht über die vom Faschismus gleichgeschalteten ehemals Freien Gewerkschaften, Berlin Anfang Juni 1933, ohne Verfasserangabe (IISG, Nl. Paul Hertz/Neu Beginnen, Mappe 8). Beispiele für eine Beschäftigung ehemaliger Gewerkschaftsführer in deren erlernten Berufen vgl. in Buschak, Arbeit, S. 53f.
38 Vgl. die Berichte von und über Hans Jahn u.a. in Dok. 21, 22, 58, 75.
39 Vgl. mit weiterführenden Hinweisen Dok. 16 und 17.
40 Vgl. auch Buschak, Arbeit, S. 55ff. mit Kritik an der These vom »verschwiegenen Widerstand« der ehemaligen Gewerkschaftsfunktionäre in Gerhard Beier, Willi Richter. Ein Leben für die soziale Neuordnung, Köln 1978, S. 113ff.
41 Vgl. den Bericht über die gleichgeschalteten Freien Gewerkschaften (Anm. 37) sowie zur ITF Dok. 70, 73, 75.

III. Rahmenbedingungen des gewerkschaftlichen Widerstandes

Die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den gewerkschaftlichen Widerstand können im folgenden nur knapp umrissen werden. Sie waren zum einen durch die verschiedenen Phasen des NS-Regimes, d.h. die Umbruchphase 1933, die innenpolitische Stabilisierung des Regimes bis 1935/36, die forcierte Aufrüstung 1936–1939 sowie die Entwicklungen während des Krieges 1939–1941, 1941–1943/44, 1944/45, geprägt. Zum anderen wurden sie beeinflußt durch die Unterschiede zwischen städtischer und ländlicher, großstädtischer und kleinstädtischer Umgebung, durch die Bedeutung des regionalen und konfessionellen Umfeldes und der Milieustrukturen, durch die Unterschiede zwischen einzelnen Branchen, zwischen Männer- und Frauenerwerbsarbeit und den spezifischen Organisationsformen. Hinzu traten die jeweiligen Erfahrungen im Arbeitsalltag und mit den Arbeitnehmerorganisationen vor 1933 und den NS-Organisationen 1933–1945, ferner die Veränderungen in den Belegschaften während des Krieges, die zeitlich und räumlich erheblich variierenden Einwirkungen von Krieg, Zerstörung und Mangel und die begrenzte Mobilität der Arbeitnehmer.

1. Die Veränderung der betrieblichen Rahmenbedingungen

Die Möglichkeiten für gewerkschaftliche Widerstandsgruppen wurden zunächst durch die beschriebenen gewaltsamen Veränderungen in der Arbeitswelt und die Verfolgung politischer Gegner des Regimes im Frühjahr 1933 bestimmt. Zusätzlich veränderten seit der Weltwirtschaftskrise Beschäftigungsabbau, Entlassungen und Arbeitslosigkeit sowie nach 1933 Neueinstellungen die Belegschaften. An die Stelle der ehemaligen Gewerkschaften trat die am 10.5.1933 gegründete Deutsche Arbeitsfront (DAF). Doch waren der neuen Organisation von vornherein die Möglichkeiten der Entfaltung beschnitten. Die Befugnisse in allen Tariffragen erhielten die am 19. Mai 1933 geschaffenen Treuhänder der Arbeit, die dem Reichsarbeitsministerium unterstellt waren. Außerdem mußte die DAF im Sommer und Herbst 1933 noch erhebliche Kompetenzkonflikte mit der leer ausgegangenen und sich sozialrevolutionär gebenden NSBO ausstehen. Eine formale Klärung der zwischen den NS-Organisationen, den Unternehmern und den Behörden umstrittenen Kompetenzen brachte schließlich das am 20.1.1934 erlassene »Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit« (AOG), das wesentlich auf Vorstellungen und Vorgaben der Schwerindustrie fußte und das die Arbeitsbeziehungen auf eine neue rechtliche Grundlage stellte.[42]

Für die Arbeitnehmer blieben als offizielle Ansprechmöglichkeiten im Betrieb zum einen nur die von der neuen Arbeitsverfassung geschaffenen Vertrauensräte, die den bisherigen Betriebsvertretungen nachfolgten, ohne freilich auch nur entfernt deren Kompetenzen zu erlangen, und zum anderen der sukzessive ausgebaute Betriebsfunktionärsapparat der DAF. Die Organisation setzte sich die Aufgabe, durch pseudogewerkschaftliches Auftreten, betriebsgemeinschaftliche Formeln, soziale Forderungen und Initiativen in den Betrieben sowie durch Ab- und Ausgrenzung von integrationsunwilligen Beschäftigten und von Gegnern ihrer Zielsetzungen die Arbeitnehmer für das Regime zu gewinnen oder zumindest zu befrieden, nachdem das Regime schon seit dem Frühjahr 1933 keine ernsthafte Bedrohung durch Massenstreiks und gewerk-

42 Vgl. Frese, Betriebspolitik, S. 100ff. Dort auch zum Aufbau des AOG.

schaftliche Gegenwehr mehr befürchtet hatte.[43] Die Betriebsfunktionäre sollten der DAF ein feinmaschiges Netz von Kontrolle und Überwachung ermöglichen, was in den Großbetrieben zum Teil auch gelang. Die DAF-Instanzen verloren allerdings während des Krieges wieder an Einfluß.

Individuelle Konflikte am Arbeitsplatz wurden ohnehin in der Regel nicht durch den Vertrauensrat oder DAF-Betriebsobmann, sondern direkt zwischen Meister oder Vorgesetztem und dem einzelnen Beschäftigten entschieden. Zur Verfolgung politischer Gegner besaßen hingegen die staatlichen Repressionsorgane und Einrichtungen – hierzu zählten neben den spontanen und punktuell entstandenen Gruppen und den selbst ernannten oder eingesetzten Kommissaren der Umbruchphase zwischen Frühjahr und Winter 1933 vor allem die politische Polizei bzw. die Gestapo und die Gerichte – die klare Zielsetzung, jeden organisatorischen Zusammenhang festzustellen, zu überwachen und zu zerstören, selbst wenn es nur lose Informationsnetze waren. Der Gestapo wuchs dabei schon bei den Zeitgenossen das Image zu, daß sie als allwissende und allgegenwärtige Behörde Kontakte und Verbindungen prüfte, kontrollierte und sanktionierte. Die Dokumente heben jedoch ebenfalls die dünne Personaldecke hervor und untermauern, daß die Polizei massiv auf Unterstützung aus der Bevölkerung angewiesen war und ihre Hinweise während der gesamten NS-Zeit vielfach durch private Anzeigen und Denunziationen aus der Nachbarschaft, politische Überläufer, Kontrolleinrichtungen und NS-Funktionäre in den Betrieben oder rein zufällig erlangte.[44]

Die Gerichte verurteilten die politischen Angeklagten sehr unterschiedlich je nach parteipolitischem Hintergrund und nach Zeitpunkt des Verfahrens. Grundsätzlich fielen Urteile erstens in der Anfangszeit des NS-Regimes meist milder aus als während der zweiten Hälfte der 1930er Jahre. Während der Kriegsjahre wurden die Urteile nochmals verschärft. Zweitens wurden gegen Kommunisten härtere Urteile beantragt und ausgesprochen als gegen Sozialdemokraten, zumal kommunistischen Angeklagten oftmals ohne direkten Nachweis die Verbindung und Anleitung durch die KPD-Führung in der Emigration vorgeworfen wurde. Freigewerkschaftliche Angeklagte wurden – drittens – häufig zu geringeren Strafen verurteilt als Angeklagte in Prozessen mit parteipolitischem Hintergrund. Sobald jedoch den Angeklagten Kontakte zu Organisationszentralen in der Emigration wie der ADG in Komotau/CSR oder der ITF in Amsterdam nachgewiesen werden konnte, wurden ebenfalls hohe Strafen ausgesprochen.[45] Insgesamt war die Strafandrohung bei gewerkschaftlich orientierten Gruppen somit kaum »kalkulierbar«, ganz abgesehen von den Einschüchterungs- und Gewaltmaßnahmen bei den Vernehmungen durch die Polizei. Rassistische Differenzierungen der Angeklagten verschärften weiterhin die Urteile. Darüber hinaus konnten auch die wegen illegaler gewerkschaftlicher Tätigkeit verurteilten Personen nach dem Ende ihrer Haft nicht damit rechnen, freigelassen zu werden, sondern wurden anschließend oftmals in Konzentrationslagern inhaftiert. Die nur mit erheblichen

43 Dies galt selbst für die Einschätzung der KPD und RGO. Vgl. Polizeipräsidium Berlin/I. Ad. II a. Vermerk, vom 8.4.1933 (BA, R 58, Nr. 468, Bl. 18–19). Zu den Freien und den christlichen Gewerkschaften vgl. Teil II der Einleitung.

44 Vgl. als Überblick: Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann (Hg.), Die Gestapo. Mythos und Realität, Darmstadt 1995; mit Beispielen für V-Leute unter den Saar-Emigranten und Widerstandsgruppen: Klaus-Michael Mallmann, Kommunistischer Widerstand 1933–1945, in: Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Bonn 1994, S. 113–125, S. 120. Zu Denunziationen vgl. beispielhaft: Gisela Diewald-Kerkmann, Politische Denunziation im NS-Regime oder die kleine Macht der »Volksgenossen«, Bonn 1995.

45 Vgl. für die unterschiedlichen Strafmaße z.B. Dok. 35, 52, 64. Vgl. auch Klaus Tenfelde, Soziale Grundlagen von Resistenz und Widerstand, in: Schmädeke/Steinbach, Widerstand, S. 799–809, S. 808f.

Schwierigkeiten mögliche Einflußnahme auf die Belegschaften durch gewerkschaftliche Widerstandsgruppen veranschaulichen beispielhaft die Durchführung und Vorbereitung der Vertrauensratswahlen 1934–1936, denen auch DAF und NSBO, die Arbeitgeber und die Gestapo besondere Aufmerksamkeit schenkten.[46]

2. Soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Maßgebliche Bedeutung für das Klima in den Betrieben und die Resonanz der illegalen Gruppen besaßen die von der Politik des Regimes abhängigen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen, ohne daß jedoch die einzelnen Entwicklungen gegeneinander abgewogen werden können.

Das drängendste wirtschaftliche und soziale Problem stellte 1933 zweifellos die extreme Arbeitslosigkeit dar. Hiervon waren die Gewerkschaften seit der Weltwirtschaftskrise 1929/30 besonders betroffen.[47] Insgesamt standen im Frühjahr 1933 weniger als 30% aller Gewerkschaftsmitglieder in regulären Beschäftigungsverhältnissen, wodurch die Kampfkraft der Organisation in den Betrieben, aber auch die Verankerung und der Einfluß in der Arbeitnehmerschaft erheblich geschwächt wurden. Die Erwerbslosigkeit nahm durch Rüstungsprogramme bis in die zweite Hälfte der 1930er Jahre rapide ab.[48] In einigen rüstungsrelevanten Bereichen der Metallindustrie wurde bereits ab 1935 der Arbeitsplatzwechsel beschränkt, um wie später auch in anderen Branchen eine kontinuierliche Produktion zu sichern und die Fluktuation und die »Lohnpolitik auf eigene Faust« einzudämmen.[49] Die ehemaligen Gewerkschaftsfunktionäre fanden häufig jedoch erst nach Jahren wieder eine reguläre Beschäftigung, so daß die illegale Tätigkeit in den Betrieben aufgrund der langen Zeit unzureichenden betrieblichen Verankerung der illegalen Gruppen zusätzlich erschwert war. Hinzu kam, daß z.B. die in den Betrieben verbliebenen, bekannten ehemaligen Betriebsräte von NS-Betriebsfunktionären und Arbeitgebern beobachtet wurden und aus Furcht vor Repressionen häufig auf die offenkundige Unterstützung der Verhaltensempfehlungen der Widerstandsgruppen sowie auf die aktive Mitarbeit in illegalen Gruppen verzichteten. Die Mitte der 1930er Jahre nach mitunter langer Arbeitslosigkeit erstmalige Perspektive eines sicheren Arbeitsplatzes sowie Aufstiegschancen minderten darüber hinaus die Kampfkraft illegaler Gruppen. Zugleich nahmen jüngere Beschäftigte in den Betrieben die Arbeit auf, denen die Schulung und Sozialisation der ehemaligen Arbeiterbewegung fehlten und die über keine Solidar- und Gegenmachterfahrungen am Arbeitsplatz verfügten.[50]

Die Arbeitszeiten kletterten zwischen 1933 und 1938 auf durchschnittlich 48 Wochenstunden. Während des Krieges wurden sie nochmals verlängert und erreichten 1940/41 durchschnittlich 50,1 Stunden, die in einzelnen Branchen deutlich überschritten wurden.[51] Allerdings stieg auch die Zahl der krankheitsbedingten Ausfälle. Ab der zweiten Hälfte des Krieges sank die durchschnittliche Wochenarbeitszeit

46 Vgl. Teil VIII der Einleitung.

47 Vgl. die Angaben in: Vierter Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für die Zeit vom 1.1.1931 bis zum 31.3.1932, vom 27.2.1933. Beilage zum RABl., 13. Jg., Nr. 7, vom 5.3.1933, S. 5 f.; Der Arbeitsmarkt im Deutschen Reiche. Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Februar 1932 bis Februar 1933. Statistische Beilage zum RABl., 13. Jg., Nr. 10, vom 5.4.1933.

48 Vgl. mit weiteren Angaben Dietmar Petzina, Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit, Wiesbaden 1977, S. 16.

49 Vgl. zu diesen Vorschriften insgesamt und zur »Lohnpolitik auf eigene Faust« Mason, Sozialpolitik, S. 208ff., 234f.; Peukert, Lage, S. 470–473.

50 Vgl. hierzu Herbert, Arbeiterschaft, S. 329.

51 Vgl. Mason, Sozialpolitik, S. 238ff., 280f.

schließlich aufgrund der mehrfachen Inanspruchnahme der Beschäftigten durch Aufräum- und Reparaturarbeiten, die wachsenden Belastungen der Familien, die allgemeine Erschöpfung und die alltäglichen Bedrohungen während des Bombenkrieges.[52]

Die durchschnittlichen Einkommen der Beschäftigten wuchsen zwischen 1932/33 und 1938/39 aufgrund der Arbeitszeitverlängerungen und während der zweiten Hälfte der 1930er Jahre im Zeichen des Arbeitskräftemangels durch – häufig verdeckte – Lohnerhöhungen deutlich. Angesichts der gleichzeitigen Preissteigerungen sowie aufgrund der zahlreichen Lohnabzüge, Sammlungen und Mitgliedsbeiträge wurden aber die verfügbaren Einkommen wieder deutlich begrenzt.[53] Hinzu kamen die nur eingeschränkten Konsummöglichkeiten durch ein verringertes Warenangebot während des Krieges.

Die von den NS-Organisationen wie der DAF unternommenen Versuche, die Arbeitnehmerschaft durch sozialintegrative Maßnahmen, Freizeitangebote, Arbeitsplatzgestaltung, Aufstiegschancen und symbolische Aufwertungen z.B. der Arbeiter gegenüber den Angestellten näher an das Regime zu bringen, fruchteten insbesondere in den ersten Jahren des Regimes. Die Bindekraft ließ aber schon Ende der 1930er Jahre wieder nach.[54] Im Zeichen der Arbeitskräfteknappheit sah sich die DAF vielmehr gezwungen, vermehrt auf Wünsche der Beschäftigten einzugehen, wollte sie nicht völlig als Ansprechpartner im Betrieb an Bedeutung verlieren.[55]

Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges wurden somit die Möglichkeiten illegaler Arbeit durch die steigenden Leistungsanforderungen, die verschärften Sanktions- und Strafkataloge, die intensivierten Überwachungsmaßnahmen am Arbeitsplatz und durch die veränderten Belegschaften aufgrund der vermehrten Erwerbstätigkeit von Frauen, des Wechsels berufsfremder Arbeitnehmer aus Handel und Handwerk in Industrieunternehmen sowie der Beschäftigung von Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen, schließlich durch die Bedingungen des Bombenkrieges deutlich eingeschränkt.[56] Die Spaltung der Belegschaften nach rassistischen und sozialen Leistungskriterien[57], zugleich die Erfahrung der Vorgesetztenposition für deutsche, nicht-jüdische Arbeiter und Angestellte, reduzierten zusätzlich die ohnehin durch die Kriegsverhältnisse begrenzten Anknüpfungspunkte für illegale Aktionen in den Betrieben. Bis Kriegsbeginn war es immerhin noch möglich, illegale Schriften nach Deutschland zu transportieren. Nach der Besetzung der CSR, von Polen, Frankreich, den Niederlanden, von Luxemburg und Belgien kamen, abgesehen von wenigen kleinen Gruppen wie dem Leuschner-Kreis, gewerkschaftlich orientierte Widerstandsgruppen zum Erliegen. Erst unmittelbar vor Kriegsende setzten einzelne lokale gewerkschaftliche Reorganisationsversuche ein.[58] In den Unternehmen blieb es hingegen weitgehend ruhig, zumal die Betriebe einen Rest von Orientierung im Zusammenbruch boten, aber auch angesichts der betrieblichen Terrormaßnahmen und der massiven Strafandrohungen. Der Ansehensverlust des Regimes schlug dort nicht in die Formierung gewerkschaftlicher Widerstandsgruppen um.[59]

52 Vgl. Günter Scharf, Geschichte der Arbeitszeitverkürzung. Der Kampf der deutschen Gewerkschaften um die Verkürzung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit, Köln 1987, S. 595ff.; Wolfgang Franz Werner, »Bleib übrig«. Deutsche Arbeiter in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft, Düsseldorf 1983, S. 250.

53 Übersichten bei Petzina, Die deutsche Wirtschaft, S. 189; zu den Abzügen vgl. grundlegend Rüdiger Hachtmann, Lebenshaltungskosten und Reallöhne während des »Dritten Reiches«, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 75 (1988), S. 32–73.

54 Vgl. Morsch, Arbeit, S. 423ff.; Mason, Sozialpolitik, S. 285.

55 Vgl. den Literaturüberblick bei Frese, Sozial- und Arbeitspolitik, S. 415ff.

56 Vgl. allgemein Ulrich Herbert (Hg.), Europa und der »Reichseinsatz«. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991; Rüdiger Hachtmann, Industriearbeit im »Dritten Reich«. Untersuchungen zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland 1933–1945, Göttingen 1989.

57 Vgl. Detlev Peukert, Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln 1982, S. 151ff., 246ff.; ders., Lage, S. 473–476.

IV. Die Illegale Reichsleitung

Die Illegale Reichsleitung der Freien Gewerkschaften gehört zu den umstrittensten Gruppierungen in der Widerstandsforschung. Im Kern stehen sich zwei Auffassungen gegenüber. Auf der einen Seite steht die These von Gerhard Beier, daß die Illegale Reichsleitung eine Fortentwicklung des Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften aus dem Jahr 1933 darstellte, im wesentlichen von führenden Vertretern der zerschlagenen Freien Gewerkschaften, hier der Dachorganisation ADGB, getragen wurde und unter wechselnder Anleitung bis zum 20. Juli 1944 bestand. Gleichsam als organisatorische Unterfütterung ergänzten danach ferner etliche Reichsleitungen der ehemaligen Einzelgewerkschaften die zentrale Führung. Unter Annahme eines Erfahrungswertes für die Zahl der Funktionäre im Verhältnis zu den Gewerkschaftsmitgliedern wird schließlich ein vieltausendfacher potentieller Unterstützerkreis der Illegalen Reichsleitung angenommen.[60] Die entgegengesetzte, u.a. von Willy Buschak vertretene Position gelangt zu der These, daß die Illegale Reichsleitung der Gewerkschaften die Tätigkeit der Polizeibehörden und anderen Verfolgerinstanzen einerseits und der wenigen führenden Gewerkschafter aus der Weimarer Republik, die trotz der Verfolgungsmaßnahmen des Regimes an unabhängigen und demokratischen Arbeitnehmerorganisationen festhielten, andererseits legitimieren sollte. Danach war die Illegale Reichsleitung tatsächlich eine Fiktion. Eine Organisation bestand nicht. Im besten Fall handelte es sich um informelle Netze ehemaliger Gewerkschaftsführer, die jetzt jedoch ohne Massenbasis und -verankerung auskommen mußten.[61] Prüft man die zur Verfügung stehenden Quellen: Briefe und Berichte von Personen, die sich entweder der Illegalen Reichsleitung selbst zurechneten oder sich ausdrücklich von ihr abgrenzten, Feststellungen von internationalen Gewerkschaftsorganisationen, Ermittlungsergebnisse der Verfolgerinstanzen sowie Erinnerungsberichte beteiligter Gewerkschafter aus der unmittelbaren Nachkriegszeit, so läßt sich ein differenziertes Bild herausarbeiten. Dabei können zwei Entwicklungen unterschieden werden: zum einen die Organisationsversuche in Deutschland in den Jahren 1933–1934/35 und zum anderen die Kontakte zu internationalen Organisationen und der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften bis 1939/40. Weitgehend unabhängig hier von entwickelten sich nach dem bisherigen Kenntnisstand die Kontakte von Wilhelm Leuschner und Jakob Kaiser vor allem während des Zweiten Weltkrieges.

58 Vgl. allgmein Niethammer, Arbeiterinitiative.

59 Unmutsäußerungen bedeuteten keine Anzeichen einer Desintegration der Arbeitnehmerschaft. Die Charakterisierung des Verhaltens in der Endphase des Krieges als »loyale Distanz« zum NS-Regime marginalisiert allerdings den betrieblichen Terror. Vgl. aber Gerhard Paul, Die widerspenstige »Volksgemeinschaft«. Dissens und Verweigerung im Dritten Reich, in: Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1994, S. 404f.

60 Vgl. vor allem Beier, Reichsleitung, S. 40, 50ff., 82.

61 Vgl. Buschak, Arbeit, S. 207–211; sowie zur Kritik an Beier bereits Peukert, Lage, S. 477. Eine vermittelnde Position bezieht Schneider, Gewerkschafter, S. 23.

1. Organisationsversuche 1933–1934/35 in Deutschland

Angesichts des Anpassungskurses der ADGB-Spitze und vor dem Hintergrund der massiven Unterdrückung gewerkschaftlicher Betätigung im Frühjahr 1933 plädierten einzelne Gewerkschaftsführer für eine Umstellung oder Vorbereitung der Gewerkschaftsapparate auf eine illegale Tätigkeit. Sie stießen dabei auf wenig bewegliche Organisationsspitzen, die auf die Maßnahmen des Regimes reagierten, nicht aber nach eigenen Vorstellungen handelten. Nach der Gleichschaltung der Gewerkschaftsapparate benötigten die aus ihren Ämtern entlassenen und je nach Willkür des Regimes unterschiedlich lange inhaftierten bisherigen Spitzenfunktionäre einige Zeit für die Neuorientierung und Analyse der veränderten Situation. Nicht alle waren zu einer aktiven Widerstandstätigkeit gegen das Regime bereit. Viele der älteren Gewerkschafter zogen sich oftmals auf Dauer zurück. Andere ehemalige Funktionäre resignierten angesichts der zumal in dieser Geschwindigkeit nicht erwarteten und weitgehend widerstandslosen Eroberung der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten, angesichts des ausgebliebenen Massenprotestes der Arbeiter und Angestellten oder des scheinbar riesigen Zuspruchs auch der Arbeitnehmer zur neuen Regierung. Zahlreiche, während der Weimarer Republik als entschiedene Gegner der NSDAP auftretende, zumeist linke sowie jüdische Gewerkschafter flohen vor dem NS-Regime ins Ausland und entwickelten dort eine unterschiedlich intensive Widerstandstätigkeit.[62] Wieder andere ehemalige Gewerkschaftsführer waren zu bekannt oder galten aufgrund der Entwicklung im Frühjahr 1933 als diskreditiert.

Während des Jahres 1933 konzentrierten sich die übriggebliebenen Gewerkschaftsführer zunächst darauf, sich der persönlichen Beziehungen und unveränderten politischen Anschauungen zu vergewissern, und versuchten, Kontakt untereinander aufzunehmen. Häufig »half« dabei die veränderte persönliche Situation, sei es durch den Zwang, sich durch Vertretertätigkeiten für Handelsfirmen oder Versicherungen die materielle Lebensgrundlage zu sichern[63], sei es, daß die Arbeitslosigkeit eine einfachere Zeitdisposition erlaubte. Das Zentrum der Verbindungen war in Berlin. Doch versuchten die nach und nach zusammenfindenden Gewerkschaftsführer, ihre Beziehungen wieder in die einzelnen Reichsteile auszudehnen. Folgt man den Berichten von Hans Jahn und Heinrich Schliestedt, so wurde spätestens im Herbst 1933 beschlossen, die Reichsleitung aufzubauen.[64] Zuspruch erhielten die Gewerkschafter aus der Emigration und den internationalen Gewerkschaftsorganisationen, wenngleich das mitunter geringe konspirative Verhalten Anlaß zur Sorge vor weiterer Verfolgung war.

Nach Darstellung von Hans Jahn gab es zum Organisationsaufbau zwei Positionen, die sich allerdings personell nicht eindeutig abgrenzen lassen. Die eine favorisierte die Wiederherstellung der bekannten Gewerkschaftsstrukturen. Dagegen drängte die andere auf eine stärkere betriebliche Absicherung und trat für die Dezentralisierung einer Organisation ein, um weniger anfällig für Fahndungen der Gestapo zu sein.[65] Inwieweit innerhalb der Illegalen Reichsleitung aber über Neuanfang und Reorganisation oder die Weiterführung alter Strukturen diskutiert wurde, läßt sich trotz der Klagen von Jahn, der eine Kaderbildung befürwortete, nicht mehr nachvollziehen.

62 Vgl. als ein bekanntes Beispiel die Entwicklung von Siegfried Aufhäuser.
63 Vgl. Dok. 21. Auch Wilhelm Leuschner konnte nach seiner Freilassung aus dem KZ dank seiner Firma mit guter Begründung reisen.
64 Vgl. hierzu übereinstimmend die Berichte von Ilg (Dok. 18), Jahn (Dok. 22), Schlimme (Dok. 52) sowie der Gestapo, der diese Entwicklung nicht verborgen blieb (Dok. 21).
65 Vgl. Jahn in Dok. 22.

Allerdings waren nach wie vor etliche Einzelgewerkschaften nicht beteiligt.[66] Zudem beschränkten sich diese Kontakte auf die ehemaligen Führer der Freien Gewerkschaften.[67] Kontakte zu kommunistischen Gewerkschaftern wurden aufgrund der unveränderten Gegnerschaft der kommunistischen Organisationen abgelehnt. Enge Verbindungen besaßen einzelne Gewerkschaftsführer demgegenüber zur illegalen SPD und zu anderen sozialdemokratischen Vorfeldorganisationen trotz der vorübergehenden Entfremdung während des Anpassungskurses der ADGB-Führung Ende 1932/Frühjahr 1933.[68]

Die Bemühungen, einen verzweigten Apparat einzurichten und von Berlin aus mit verteilten Aufgabenfeldern wie in legalen Zeiten zu operieren, schlugen jedoch fehl. Noch im Frühjahr 1934 hatten die Gewerkschaftsführer die Entwicklung der Verbindungen optimistisch beurteilt. Angesichts des verschärften Verfolgungsdrucks seit Herbst 1934 und nachdem sich das Regime im Zusammenhang mit der Ausschaltung der SA-Führung um Ernst Röhm als stabil erwiesen hatte, zerfielen die aufgebauten Verbindungen, zumal sich etliche Annahmen über kooperationswillige Bezirksfunktionäre als falsch herausstellten und die selbstbestimmte Illegale Reichsleitung trotz erheblichen Aufwandes kaum Zugang zu den Arbeitnehmern fand. Hinzu kam, daß die Illegale Reichsleitung spätestens ab Frühjahr 1935 nach Verhaftungen und durch Flucht ins Ausland, u.a. von Heinrich Schliestedt, Walter Maschke, Hans Jahn, Martin Krebs, geschwächt wurde. Die in Berlin zurückgebliebenen Angehörigen der Illegalen Reichsleitung bauten – soweit sich dies rekonstruieren läßt – den personellen Zusammenhalt nicht weiter aus. Eine formale Struktur bestand nicht, wenngleich Hermann Schlimme sowie nach dessen Festnahme Wilhelm Leuschner unwidersprochen als Führungspersonen galten.[69]

2. Tätigkeit und Verbindungen außerhalb Deutschlands

Im Zentrum der Tätigkeit standen 1933/34 nach den überlieferten Berichten die angesprochenen organisatorischen Bemühungen. Darüber hinaus berichteten Heinrich Schliestedt und Hermann Schlimme für 1933/34 von mehreren Flugblattaktionen der Illegalen Reichsleitung in großen Auflagen. Allerdings erweist sich die Zuordnung der Flugblätter als schwierig, zumal in der Exilpresse auf Inhalte und Form nicht Bezug genommen wurde und interne Briefwechsel ebenfalls nicht direkt auf einzelne Inhalte eingehen.[70] Ferner wurden Forderungen aus Pensionsansprüchen aufgrund

66 Vgl. den zurückhaltenden Kommentar von Ilg (Dok. 18).
67 Die vom »Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften« Ende April 1933 initiierte Vereinheitlichung der Richtungsgewerkschaften spielte hier keine Rolle. Vgl. Dok. 10 sowie Teil II der Einleitung. Zumindest in der Anfangsphase 1933/34 waren christliche und liberale Gewerkschafter nicht beteiligt. Die These von Schneider, Gewerkschafter, S. 24, daß durch die »Erfahrung der Verfolgung« die vormaligen Gräben zwischen den Richtungsgewerkschaften überwunden wurden, trifft gerade für die Illegale Reichsleitung und die ehemaligen Gewerkschaftsführer aus dem ADGB während der ersten Jahre des NS-Regimes nicht zu.
68 Vgl. insbesondere zur ADG Kap. II der Dokumente.
69 Vgl. die Berichte von Schlimme (Dok. 52), Jahn (Dok. 36) sowie von Richard Barth (Dok. 53). Danach besaß die Illegale Reichsleitung der Gewerkschaften nach den Verhaftungen 1934/35 für die Verfolgerinstanzen als Organisation keine ersichtliche Bedeutung mehr. Vgl. auch die weiteren retrospektiven Berichte von Hermann Schlimme, z.B. in seinem Brief an Ludwig Bergstraesser vom 8.10.1952 (Hessisches StA Darmstadt, Nl. Leuschner, Kasten 1/17). Vgl. ferner Beier, Reichsleitung, S. 78.
70 Vgl. Dok. 31, 32 und 35. Möglicherweise handelt es sich aber bei dem Flugblatt »Vorschlag eines gewerkschaftlichen Sofortprogramms« vom Frühjahr 1935 (Dok. 62) um eines der angesprochenen Flugblätter. Vgl. dort auch weitere Angaben. Andererseits erscheinen die angeblichen Auflagenhöhen von bis zu 25.000 Stück angesichts der spärlichen Überlieferung auch in den Unterlagen der Verfolgerinstanzen als zu hoch.

der Funktionärstätigkeit vor 1933 gesammelt und gegenüber der DAF geltend gemacht.[71] Hilfsbedürftige oder Verwandte von Inhaftierten wurden mit Geld- und Sachmitteln unterstützt.[72] Kontakte zu früheren Gewerkschaftsfunktionären in einzelnen Reichsteilen und zu Gruppen aus einzelnen Industriezweigen blieben dagegen begrenzt.

Insbesondere nach den zerplatzten Hoffnungen im Sommer 1934 und den Verhaftungen im Winter 1934 und Frühjahr 1935 wurden die Kontakte zu internationalen Organisationen und zur ADG, die von der Reichsleitung im Frühjahr 1935 mitgegründet wurde, intensiviert. Entweder reisten Vertreter der Reichsleitung zumeist an Feiertagen oder während des Wochenendes in die benachbarten Grenzregionen Frankreichs, der CSR, der Schweiz, Belgiens und vor allem Hollands und Dänemarks. Umgekehrt reisten ausländische Gewerkschafter zu kurzen Besuchen und Treffs nach Deutschland, um sich zu informieren oder um Nachrichten zu überbringen.[73] Die Kontakte blieben auf die einmal festgelegten Gruppen beschränkt: zum Parteibüro der SPD in der CSR, zur Führung des IGB und zu einzelnen Internationalen Berufssekretariaten, zu einzelnen emigrierten und persönlich bekannten Personen, die mit guten Verbindungen im ADGB vor 1933 versuchten, im jeweiligen Gastland Unterstützungskreise aufzubauen, später zu emigrierten Gewerkschaftern im Umkreis der ADG.[74] Für ihre Ansprechpartner bedeuteten die als Kuriere oder zu Besprechungen ins Ausland reisenden Angehörigen der Illegalen Reichsleitung Legitimation und Aufwertung. Die ADG und Heinrich Schliestedt begründeten aus dem angeblich dichten Kontakt ihre Führungs- und Sprecherfunktion aller deutschen gewerkschaftlichen Gruppen in der Emigration.[75]

In die Diskussionen um eine Tätigkeit innerhalb der DAF, die in der Emigration heftig geführt wurden, griff die Illegale Reichsleitung nicht ein. Rückblickend sprach Hans Jahn sichtlich enttäuscht, aber auch um seine eigene Konzeption im Rahmen der ITF abzusichern gar davon, daß »die Arbeit der R[eichs]l[eitung] fruchtlos blieb«. Die einmal reklamierte Führungsrolle bei der Ausrichtung der gewerkschaftlichen Gruppen lag nach Einschätzung der ITF in der Person von Jahn, aber auch des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Ende der 1930er Jahre nicht mehr bei der Reichsleitung, sondern bei den angeblich flexibleren Berufssekretariaten und deren Gruppen im Reich und in der Emigration. Von diesen besaßen nach Jahn »ein nennenswertes Verbindungsnetz« lediglich die ITF, die Bergarbeiter, die Textilarbeiter sowie eingeschränkt die Angestellten und die USG.[76]

Ebenso wie die Tätigkeitsfelder bleiben die Zukunftsvorstellungen der Illegalen Reichsleitung und ihre politischen Zielsetzungen – abgesehen vom Sturz des NS-Regimes – schemenhaft. Lediglich in der Anfangsphase des Regimes spiegelt sich die Hoffnung, die Hitler-Regierung werde rasch wieder abtreten und an ihren eigenen Widersprüchen zerbrechen. Hauptansatzpunkt war die als Schwachstelle des Regimes erkannte DAF, die in der Arbeitnehmerschaft kaum verankert war und deren umfassender Regelungsanspruch von den Arbeitgebern abgelehnt wurde.[77] Einige Gewerkschaftsführer erwarteten daher noch im Frühjahr 1934 einen fundamentalen Umschwung und eine Ablösung der DAF durch eine erneuerte Gewerkschaft.

71 Vgl. hierzu Teil II der Einleitung.
72 Vgl. Dok. 52 und 53.
73 Vgl. die Besuche von Schevenels in Berlin 1933 oder die Kontakte von Barth in die CSR, die Konferenzen in Egmont/Holland, Mülhausen/Frankreich, die Treffs in Amsterdam oder Kopenhagen. Hierzu Kap. II der Dokumente. Nach eigenen Angaben war Hermann Schlimme »Ende Mai 1933 nach Rücksprache mit dem Generalsekretär des IGB als Verbindungsmann zum IGB bestimmt« worden. Schlimme an Bergstraesser, 8.10.1952 (Anm. 69).
74 Vgl. auch Dok. 18, 19, 22, 35, 53 sowie 95. Die Kommunisten grenzten sich von der Reichsleitung ab und bevorzugten die Organisation wie bei den Bergarbeitern. Vgl. hierzu Kap. IV und V der Dokumente.
75 Vgl. allgemein Kap. II der Dokumente.
76 Dok. 44. Vgl. auch Dok. 22 und 45.

Die DAF als Organisationsform lehnten Mitglieder der Reichsleitung, soweit Meinungen ersichtlich sind, zu diesem Zeitpunkt ab. Zugleich wurde aber eine Rückkehr zum Weimarer System der Richtungsgewerkschaften ebenfalls zurückgewiesen. In Übereinstimmung mit den christlichen Gewerkschaften sollte danach »eine einheitliche Organisation mit gewerkschaftlichen Prinzipien« geschaffen werden.[78]

In einem wesentlichen Punkt unterschieden sich dabei zwei Richtungen innerhalb der Gewerkschaftsführer. Bei den Überlegungen für den konkreten Regimewechsel plädierte eine Gruppe ehemaliger ADGB-Spitzenfunktionäre für einen friedlichen Übergang auf dem Verhandlungswege, wohingegen Hans Jahn, Max Urich, aber auch Hermann Schlimme die zögerliche Politik der ehemaligen Führung für den leisen Untergang der Weimarer Republik mitverantwortlich machten und entweder eine direkte Übernahme der DAF und der den Gewerkschaften geraubten Einrichtungen vorschlugen oder aber warten wollten, damit die Verantwortlichkeiten des Regimes nicht erneut als Konkurs der Gewerkschaften dargestellt werden könnten.[79]

3. Vom »Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften« zur »Deutschen Gewerkschaft«

Wilhelm Leuschner und Jakob Kaiser zählen ohne Zweifel zu den zentralen Personen des deutschen Widerstands gegen das NS-Regime. Beide besaßen eine herausgehobene Position im Kreis der vormaligen Gewerkschaftsführer innerhalb des Deutschen Reichs und waren in Gewerkschaftsfragen maßgeblich bei den Beratungen und Vorbereitungen zum Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 beteiligt. Beide Personen stehen beispielhaft für die Bemühungen, die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung in Richtungsgewerkschaften zu überwinden, sowohl bei dem Versuch im Frühjahr 1933, die Gewerkschaften als Organisationen durch die Bildung eines »Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften« und die organisatorische Zusammenfassung der freigewerkschaftlichen, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Richtungsgewerkschaften vor der Zerschlagung durch die NS-Regierung zu retten, als auch für die Planungen, nach einem gelungenen Attentat und Sturz des NS-Regimes aus der Deutschen Arbeitsfront eine »Deutsche Gewerkschaft« als Einheitsorganisation für alle Arbeitnehmer aufzubauen.[80] Zwischen diesen beiden zeitlichen Eckdaten gehörte Leuschner zum kleinen Kreis der ehemaligen freigewerkschaftlichen Gewerkschaftsführer, die sich als Illegale Reichsleitung verstanden. Während er seine illegalen Verbindungen durch die Tätigkeit für sein neu aufgebautes Unternehmen deckte, besaß Kaiser als Rechtsvertreter von entlassenen Angestellten der 1933 gleichgeschalteten christlichen Gewerkschaften offiziell Verbindungen zu ca. 600 Personen, mit denen er korrespondierte und für die er vielfache Reisen unternahm. Auch nach dem gescheiterten Vereinheitlichungsversuch 1933 hatten Leuschner und Kaiser trotz unter-

77 Vgl. Dok. 19.
78 Ebd.; vgl. für die Planungen nach Kriegsende Mielke/Rütters, Arbeitsfront.
79 Ebd.
80 Vgl. Dok. 10, 51. Über den ebenfalls dem »Führerkreis« angehörenden und später zum Widerstand zählenden Max Habermann, der vor 1933 der Spitze des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes angehört hatte, liegen nur bruchstückhafte Informationen vor. Danach soll sich Habermann seit 1935/36 wieder mit Kaiser und auch Leuschner getroffen haben. Vgl. Elfriede Nebgen, Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, Stuttgart 1967, S. 50ff., 167ff. u.ö.

schiedlicher Entwicklungswege mehrmals Kontakt. Erst während des Krieges lassen sich aber wieder engere und auch planende Verbindungen nachweisen.[81]

Die Quellenlage zu beiden Personen ist allerdings ausgesprochen schmal, so daß nur wenige gesicherte Feststellungen über die illegalen Verbindungen und Vorhaben möglich sind.[82] Daß Kaiser sich über seine Tätigkeit als Rechtsvertreter hinaus für gewerkschaftliche Ziele engagiert hat, läßt sich nicht belegen.[83] Hans Jahn schrieb Leuschner für die Jahre 1933–1936 in einem Rückblick aus dem Jahr 1939 gar nur eine Rolle »im Hintergrund« zu. Nach Angaben von Hermann Schlimme setzten nach seiner Verhaftung im Januar 1937 »Leuschner u.a. die illegale Arbeit fort«.[84] Insgesamt trifft für diese Phase – wie auch für die späteren Kontakte bei den Vorbereitungen des Attentats am 20. Juli 1944 – wohl die Bemerkung von Joachim Leithäuser zu, daß aus Sicherheitsgründen als »oberster Grundsatz« der illegalen Tätigkeit gegolten habe, keine Aufzeichnungen anzufertigen.[85] Die Gespräche fanden daher aus Vorsicht im kleinsten Kreis statt und wurden als private Unterhaltungen getarnt. Bekannt sind außerdem einzelne Gespräche und Teilnahmen an Treffen mit früheren sozialdemokratischen Politikern wie Julius Leber sowie mit hohen Reichswehrangehörigen. Die Kontakte erweiterten sich nach Kriegsbeginn, und Leuschner besaß bald engen Kontakt zu verschiedenen Widerstandsgruppen sowie insbesondere zum Kreis um Carl Goerdeler.[86]

Nach der Charakterisierung von Hans Mommsen war Leuschner ein »politischer Praktiker«, weshalb es schwierig sei, »die gesellschaftliche Ordnung, die ihm vorschwebte, zu präzisieren.«[87] Die wenigen vorhandenen Belege zeigen, daß die Organisationsstruktur der geplanten Gewerkschaft sowie deren Rolle innerhalb des Staatsaufbaus und das Verhältnis zu den wiederzugründenden Parteien im Vordergrund der Überlegungen und Diskussionen standen.[88] Leuschner und Kaiser traten danach vehement für eine starke Einheitsgewerkschaft ein, die die Spaltung der Richtungsgewerkschaften überwinden sollte. Die aus konservativen Widerstandskreisen herangetragene Überlegung, Betriebsgewerkschaften aufzubauen, lehnte Leuschner ebenso ab

81 Vgl. grundsätzlich zu Kaiser Nebgen, Kaiser (Anm. 80), S. 31ff., deren Darstellung in erster Linie auf ihren Erinnerungen als Beteiligte beruht. Zu Leuschner vgl. Joachim Leithäuser, Wilhelm Leuschner. Ein Leben für die Republik, Köln 1962, der leider auf alle Belege verzichtet. Auf Leuschners gewerkschaftliche Tätigkeit geht Leithäuser (S. 157–184) nur kursorisch ein. Der Darstellung von Leithäuser und Nebgen folgen durchgängig Beier, Reichsleitung, S. 78ff. sowie Buschak, Arbeit, S. 240ff.

82 Die Forschung zu Leuschner und Kaiser beruht im wesentlichen auf den genannten Darstellungen von Leithäuser und Nebgen. Zu Kaiser vgl. ferner die Zusammenstellung von Mayer, Kaiser, S. 36ff.

83 Vgl. Dok. 15, 17.

84 Vgl. Dok. 36, 52.

85 Leithäuser, Leuschner (Anm. 81), S. 199, sowie die wenigen und häufig zitierten Aussagen auf S. 208f., die allerdings Nebgen, Kaiser (Anm. 80), S. 90, als Mitschriften zu Vorträgen von Ludwig Reichhold eingestuft hat. Zu dem der österreichischen christlichen Arbeiterbewegung nahestehenden Ludwig Reichhold und seinen Kontakten zu Kaiser vgl. ebd., S. 87ff. Zu weiteren Kontakten – leider ebenfalls ohne Belege – vgl. Buschak, Arbeit, S. 254f.

86 Vgl. z.B. die Darstellung von Jakob Kaiser, an Heinrich Fahrenbach, vom 8.12.1945, sowie »gleichlautend an meine engeren Freunde aus den früheren christlichen Gewerkschaften« (AdsD, DGB-Archiv, Nl. Fahrenbach, Mappe 5): »In jahrelanger Zusammenarbeit mit Wilhelm Leuschner, dem anerkannten ersten Vertrauensmann der früheren Freien Gewerkschaften, und mit Max Habermann, um dessen unbestrittene Geltung in der deutschen Angestelltenschaft jeder von euch noch weiß, waren wir zur Herausbildung der Grundsätze für neue Gewerkschaften gekommen.« Zu weiteren Kontakten von Leuschner vgl. die Verfolgerberichte in: BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 326 u. 394.

87 Hans Mommsen, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstands [Erstdruck 1966], in: ders., Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft, Reinbek 1991, S. 309.

88 Vgl. Dok. 50. Vgl. hierzu eingehend: Mommsen, Gesellschaftsbild, insb. S. 305ff.; ders., Gewerkschaften, S. 275–299.

wie die sozialharmonistischen Vorstellungen und die eng an dem Betriebsgemeinschaftsgedanken und der Arbeitsfront orientierten Konzepte von Goerdeler oder des Kreisauer Kreises, wonach die Gewerkschaft auch die Arbeitgeber organisieren und die Institution der staatlichen Treuhänder der Arbeit beibehalten werden sollten. Seinen konservativen Partnern im Widerstand sicherte Leuschner zu, daß die Deutsche Gewerkschaft unabhängig von politischen Einflüssen bleiben sollte; in dieser Frage wurde ein grundlegender Gedanke des Führerkreises von 1933 wieder aufgegriffen. Leuschner befürwortete allerdings, daß die künftige Gewerkschaft als eine Pflichtorganisation ähnlich der DAF alle Erwerbstätigen umfaßte. Ohne daß es ausdrücklich gesagt wurde, dachte Leuschner wohl eher an eine starke Einzelorganisation statt an einen Dachverband wie den früheren ADGB mit starken Einzelgewerkschaften.[89] Als künftige Aufgabenfelder der Deutschen Gewerkschaft wurden die Sozialversicherung, die Arbeitsvermittlung und Schulungsaufgaben bezeichnet. Unentschieden waren dagegen die klassischen gewerkschaftlichen Aufgaben der Lohnregelung und Arbeitskampfführung. Die von christlichen Gewerkschaftern und konservativen Widerstandskreisen diskutierten ständestaatlichen Konzepte blieben schließlich wenig konkret.

Die scheinbar präzisen personellen Planungen, die Leuschner bei seinen Vernehmungen der Gestapo mitteilte, waren, wie die Forschung früh herausgearbeitet hat, von den Bemühungen gekennzeichnet, möglichst emigrierte, zwischenzeitlich verstorbene oder vormalige Gewerkschaftsfunktionäre zu benennen, deren Beteiligung an den Widerstandskreisen von der Gestapo aus Altersgründen für unwahrscheinlich gehalten werden konnte. Mehrmals verwies Leuschner zudem auf den Zuständigkeitsbereich des flüchtigen Jakob Kaiser.[90] Der in den Gestapo-Unterlagen überlieferte »Aufbau der deutschen Gewerkschaft« spiegelt daher neben den Ablenkungsmanövern am ehesten den ins Auge gefaßten künftigen Aufbau und die Bezirkseinteilung, kaum jedoch die vollständigen personellen Vorstellungen oder gar Verbindungen von Leuschner und Kaiser. Insgesamt stellte die Deutsche Gewerkschaft somit in erster Linie ein Konzept für den Übergang nach dem geglückten Sturz des NS-Regimes dar.

V. Der Widerstand der Eisenbahner und Seeleute

Die freigewerkschaftlichen Eisenbahner und Seeleute gehörten zu den personenstärksten und dauerhaftesten Widerstandsgruppen gegen das NS-Regime. Ihre Organisation, Arbeitsbereiche und konkrete Tätigkeit waren durch mehrere charakteristische Merkmale gekennzeichnet. Erstens waren beide Gruppen in der Emigration in einer gemeinsamen Organisation zusammengefaßt, die unter dem Dach der ITF alle gewerkschaftlichen Gruppen ihres Berufszweiges vereinen wollte. Hierzu zählten auch die kommunistischen Gruppen, soweit sie die Vorgaben der ITF anerkannten. Zweitens besaßen die ITF-Gruppen in Hans Jahn eine zentrale Führung, die sich auch als Reichsleitung der deutschen illegalen Gewerkschafter verstand. Drittens verfolgte die ITF die Unterordnung der eingebundenen Gruppen unter ihre Politik und grenzte sich nach außen von parteipolitischen Gruppierungen klar ab. Die ITF blieb ebenfalls gegenüber den Bemühungen des IGB und seiner deutschen Emigrationsorganisation, der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschafter (ADG), auf Distanz. Viertens hielt die deutsche Emigrationsspitze der ITF dauernden engen Kontakt zur ITF und deren Generalsekretär Edo Fimmen, der wiederum die Anleitung der Widerstandsaktivitäten sowie die illegale Tätigkeit im Reich auf der Basis der Berufsorganisation

89 Vgl. hierzu auch Buschak, Arbeit, S. 257.

90 Vgl. Dok. 51.

massiv unterstützte. Innerhalb Deutschlands zielte die illegale Arbeit schließlich, fünftens, darauf, Kadergruppen aufzubauen. Die ITF wies somit bewußt die Konzeption zurück, in der Illegalität möglichst viele Personen zu erfassen und eine Massenorganisation anzustreben. Hierzu zählte ebenfalls die Ablehnung jeder, selbst taktisch begründeten Mitarbeit in NS-Organisationen.[91]

1. Organisationsformen

Die Widerstandsorganisation und -tätigkeit der Eisenbahner und Seeleute im Umfeld der ITF durchlief drei Entwicklungsphasen. Diese sind eng mit der Person von Hans Jahn sowie für die Eisenbahner zusätzlich mit Karl Molt in Südwestdeutschland, für die illegale Tätigkeit der Seeleute in Deutschland bis 1935 mit Wilhelm Voß und Adolph Kummernuß und für die Organisation der Widerstandstätigkeit in den belgischen, holländischen und französischen Seehäfen mit Hermann Knüfken verbunden. So war die erste Phase zwischen 1933 und dem Frühjahr 1935 von dem Versuch gekennzeichnet, innerhalb Deutschlands mit Hilfe der ITF und der Kartei der ehemaligen Gewerkschaftsfunktionäre illegale Verbindungsnetze der Eisenbahner und Seeleute aufzuziehen.[92] Das Jahr 1935 war Höhepunkt und Wendemarke zugleich. Einen schweren Rückschlag für die illegalen Aktivitäten stellten einerseits die vorübergehende Verhaftung und anschließende Flucht von Jahn Ende Juni 1935 dar, nachdem die Gestapo schon seit geraumer Zeit von seinen illegalen Kontakten und Bemühungen wußte.[93] Die kurz zuvor zu Ostern 1935 abgehaltene Konferenz der ITF in Roskilde/Dänemark unter Leitung von Edo Fimmen und Jahn bildete andererseits einen vorläufigen Höhepunkt in der Widerstandstätigkeit der ITF. Dem nunmehr von Jahn aus Amsterdam, später aus Antwerpen und Luxemburg und seit 1936 mit Unterstützung von Karl Molt in der Schweiz betriebenen Aufbau eines Vertrauensleutenetzes der Eisenbahner[94] stand jedoch der Zusammenbruch der illegalen Strukturen der Seeleute gegenüber, nachdem es der Gestapo im Kontext weitreichender Ermittlungen gegen die Sopade mehr durch Zufall 1935/36 gelungen war, die Teilnehmer der Konferenz in Roskilde und die Verbindungen in Stettin, Berlin und Hamburg aufzudecken.[95] Von diesem Schlag erholte sich die freigewerkschaftliche Seeleuteorganisation innerhalb Deutschlands nicht mehr.[96] Dagegen erweiterte die Ende 1935 von der kommunistischen ISH zur ITF übergetretene Knüfken-Gruppe die Kontakte zu deutschen Seeleuten in europäischen Seehäfen.[97] Die gesamte Konstellation hielt mit Einschränkungen und stark reduzierten Kontakten bis zur überstürzten Flucht von Jahn nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Luxemburg im Mai 1940. Anfang 1938 schloß sich auch der ISK formell der ITF an, der ihr schon lange Zeit eng verbunden war.[98] Dagegen lehnte Fimmen die Anträge weiterer kommunistischer Gruppen der ehemaligen ISH angesichts der undurchsichtigen Politik der KPD und deren taktischer Wendungen im Kontext der Einheitsfront- und Volksfrontpolitik ab.[99]

Für die Illegalität propagierte Jahn in Abgrenzung zu den Massengewerkschaften der Weimarer Republik und den früheren Gewerkschaftsführern die Bildung von Kadergruppen, die zugleich den Kern einer neuen Organisation nach dem Ende des NS-Regimes darstellen sollten. Die Organisationspläne sahen Verbindungspersonen in einzelnen Regionen, Städten und Betrieben vor. Die dezentralen illegalen Kader sollten sich aus Beschäftigten in den Betrieben rekrutieren und dort ihre Basis besitzen. In den Betrieben sollte auch über die konkreten Zielsetzungen, Wünsche und die Umsetzung der Forderungen entschieden werden. Zugleich bezeichnete Jahn aber eine zentrale Führung als unumgänglich für die Koordination der illegalen Arbeit, wobei dieser Zentrale formell nur eine vermittelnde Position zugewiesen wurde.[100]

Der theoretischen Konzeption stand die praktische Anwendung der Organisationsvorstellungen entgegen. Da die Emigrationszentrale über die Verteilung der illegalen Schriften und der finanziellen Hilfen verfügte, zu den illegalen Treffen in den Grenzorten einlud und den Überblick über die gesamte Organisation besaß, bestimmte letztlich Jahn in Kooperation mit Fimmen die Ausrichtung der illegalen Gruppen. Jahn war damit deutlich in die – nicht formal eingerichtete – Position einer Schaltstelle zwischen ITF und Fimmen einerseits und den Grenzstellen und den illegalen Gruppen andererseits gerückt.[101] Molt und Knüfken erlangten hingegen keine gleichrangige Funktion. Eine gemeinsame Führungsgruppe wie bei den Bergarbeitern wurde nicht gebildet. Beide besaßen allerdings genügend eigenen Spielraum, der auch Ver-

91 Die historische Forschung hat sich mit dem Widerstand aus der ITF frühzeitig beschäftigt. Die veränderte Archivsituation 1989/90 ermöglichte neue Perspektiven, die zum einen die frühen, aus KPD-Sicht verfaßten Urteile über die Antwerpener Gruppe um Hermann Knüfken in ein neues Licht rücken und zum anderen die Tätigkeit der freigewerkschaftlichen Seeleute um Wilhelm Voß eingehend würdigen. Dennoch überwiegen nach wie vor Unterlagen zu den Eisenbahnern im Rheinland und in Südwestdeutschland und zu den Seeleuten in Belgien und den Niederlanden, während Materialien zu den Binnenschiffern, den Eisenbahnergruppen in den übrigen Reichsteilen und zu den anderen Gewerkschaften im Personen- und Warenverkehr weitgehend fehlen. Nicht aufzufinden sind außerdem Unterlagen der ITF von ihrer zentralen Konferenz in Roskilde Ostern 1935. Hingegen konnten mit den erstmals ausgewerteten Unterlagen von Hans Jahn die Tätigkeit und Selbstdarstellung der Organisationszentrale in der Emigration sowie die Verbindungen zwischen ITF und Fimmen mit Jahn und anderen Grenzstellenleitern eingehend dargestellt werden. Zur Literatur vgl. neben der überwiegend auf der Basis der Unterlagen von Gestapo und Volksgerichtshof verfaßten Studie von Esters/Pelger insbesondere Nachtmann, ÖTV, S. 217–263; Nelles, Ungleiche Partner, S. 534–560 sowie dessen verschiedene Aufsätze (vgl. Anm. 116); die Kapitel bei Wichers, Deutsche Sozialisten, S. 245–250; Buschak, Arbeit, S. 66–100.

92 Vgl. Dok. 58 und 75 mit dem Hinweis auf eine illegale Konferenz in Leipzig am 1.2.1934. Hierzu wurden keine weiteren Unterlagen ermittelt.

93 Vgl. Dok. 22, 75, für die Sicht und Kenntnis der Gestapo Dok. 19, 21.

94 Vgl. Dok. 69, 70, 81, 87 sowie die Ermittlungen der Gestapo nach der Auswertung der von Jahn bei seiner Flucht 1940 in Luxemburg zurückgelassenen Unterlagen. IV A 1, Berlin, 26.8.1940: Betr. Zerschlagung der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF), Zweigstelle Luxemburg; dies., Vermerk, vom 7.3.1941 (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 399, Bl. 60–63, 67). Danach waren aufgrund der entdeckten Pläne von Jahn »annähernd 120 Personen« festgenommen worden, von denen »die meisten wieder aus der Polizeihaft entlassen« wurden. Etliche Personen wurden jedoch auf der Basis dieser Funde zu langen Freiheitsstrafen verurteilt. Vgl. Nachtmann, ÖTV, S. 258f.

95 Vgl. Dok. 64 mit den Angaben zu den Teilnehmern der Konferenz.

96 Dies gilt auch angesichts der nicht nachprüfbaren Angaben von Fimmen gegenüber Jahn vom 5.4.1938, wonach in Hamburg eine »Gruppe von ca. 120 Mann, die hauptsächlich im Hafen und auf den Werften beschäftigt ist, über unseren Antwerpener Karl [d. i. Hermann Knüfken] zu uns gestoßen ist.« (AdsD, ITF, Mappe 18).

97 Vgl. Dok. 67.

98 Vgl. Dok. 82.

99 Zu Anträgen und Reaktionen kommunistischer Seeleute und von Fimmen vgl.den Briefwechsel vom Juli-August 1936 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/708/139, Bl. 26–31). Vgl. ferner Dok. 71, 72.

100 Vgl. besonders: Fritz Kramer [d. i. Hans Jahn], Gedanken eines Illegalen, vom 1.3.1935, abgedr. in Sozialistische Warte, Nr. 18, vom 15.9.1937, S. 418–422; sowie u.a. Dok. 59, 69, 75, 86. Deutlich erkennbar wird die gedankliche Nähe zu Konzeptionen von Miles und der Organisation Neu Beginnen, mit denen Jahn auch in der Illegalität in Verbindung stand. Ähnliche, wenn auch weniger durchstrukturierte Vorstellungen formulierten Molt und Knüfken. Vgl. Dok. 65, 70, 73, 88.

101 Hans [Jahn], an Lieber Edo [Fimmen], vom 1.3.1938 (Persönlich) (AdsD, ITF, Mappe 18). Vgl. auch Dok. 87.

bindungen in andere Länder und zu anderen Organisationen einschloß.[102] Zudem blieb die sorgfältige Auswahl der illegalen Kader Fiktion, da abgesehen von den Kommunisten mangels Angebot nicht ausgewählt wurde.[103] Ungeachtet der Ablehnung der Weimarer Gewerkschaftsführer dominierten im Bereich der Eisenbahner weiterhin die früheren regionalen und lokalen Funktionäre unter den illegalen Vertrauensleuten der ITF.[104]

Zu den Zielsetzungen der ITF für die illegale Arbeit gehörte ferner die Bildung einer einheitlichen Organisation, mit der die Richtungsgewerkschaften der Weimarer Republik überwunden werden sollten. Allerdings wurde das Vorhaben dadurch erleichtert, daß christliche und liberale Gewerkschafter in den illegalen ITF-Gruppen keine Rolle spielten. Die kommunistische Gruppe um Hermann Knüfken ordnete sich den Vorgaben der ITF unter, wonach nur Material der ITF verwendet werden durfte, jede Fraktionstätigkeit und parteipolitisches Engagement neben der gewerkschaftlichen Tätigkeit verboten war.[105] Das Prinzip der Trennung von Gewerkschafts- und Parteipolitik wurde vor allem gegenüber der ISH und der KPD, nicht jedoch gegenüber der Sopade und anderen linkssozialistischen Gruppierungen aufrecht erhalten.[106]

Verbunden mit dem Ziel einer einheitlichen Organisation und der Abgrenzung zu anderen Gruppierungen lehnte die ITF auch die Zusammenfassung der gewerkschaftlichen Emigrationsgruppen ab, die von der ADG und dem IGB vorangetrieben wurde. In den Augen der ITF stellten diese Versuche eine unnötige Bürokratisierung dar und entsprachen nicht den Bedingungen der illegalen Arbeit. Die ITF mit Jahn und Fimmen an der Spitze war nicht bereit, auf ihren Einfluß und ihr Organisationskonzept zugunsten der Vorstellungen des IGB zu verzichten.[107] Eine Einigung dieses Dauerstreits in der Emigration kam bis zu den durch den Krieg erzwungenen organisatorischen Veränderungen und dem Zusammenbruch der direkten Kontakte nach Deutschland nicht zustande.

2. Aufgaben- und Tätigkeitsbereiche

Die Aufgaben- und Tätigkeitsbereiche der ITF-Widerstandsgruppen entwickelten sich aus den Rahmenbedingungen der illegalen Arbeit und der Emigration und hingen eng mit der Organisationsentwicklung zusammen. Während der ersten Phase war die Tätigkeit noch ganz auf die gegenseitige Information und die Versuche konzentriert, illegale Verbindungen aufzubauen. Nach der Flucht von Jahn rückte die Sammlung von Informationen aus dem Reich in den Vordergrund, die für die internationalen Organisationen und für die anderen Emigrationsgruppen aufbereitet wurden. Umgekehrt mußten die Kontaktpersonen in Deutschland mit unverfälschten Berichten über

102 Zu Molt vgl. Jahn an Fimmen vom 20.6. und 26.7.1939 (AdsD, ITF, Mappe 22). Vgl. auch Angaben zu Anm. 117.

103 Vgl. Dok. 69, 73, 77, 85, zur Rekrutierung der Teilnehmer für die Konferenz in Roskilde Ostern 1935 Dok. 64 sowie zu den Kommunisten Anm. 99.

104 Diese hatten häufig nur ehrenamtliche Aufgaben wahrgenommen oder waren in Betriebs- und Beamtenvertretungen tätig gewesen. Zur Kritik und den Aktivisten vgl. Dok. 22, 69. Vgl. auch die Berichte in Dok. 78, 81, 87.

105 Vgl. Dok. 67, 68, 74.

106 Vgl. Dok. 71, 72 sowie für die spätere Entwicklung den Brief an Knüfken vom 17.7.1939 über die Taktik der KPD unter den Seeleuten in Südfrankreich und die Versuche, die Knüfken-Gruppe und die ITF zu spalten (AdsD, ITF, Mappe 22). Vgl. ferner Nachtmann, ÖTV, S. 249f. Zu den anderen Kontakten vgl. Dok. 79, 80, 82.

107 Vgl. Dok. 36, 44 sowie allgemein Kap. II der Dokumente.

die deutsche Politik sowie über die internationale Entwicklung versorgt werden.[108] Hierzu sollten auch die illegalen Broschüren und die von der ITF herausgegebenen Zeitschriften »Fahrt Frei« und »Die Schiffahrt« beitragen.[109]

Zugleich wurden die illegalen Mitarbeiter angehalten, sich waghalsigen Aktionen zu entziehen. Nachdrücklich wies die ITF schon 1933 auf die Vorsichtsmaßnahmen und Regeln der Konspiration hin[110], wobei die enormen Verluste und dauernden Verhaftungen kommunistischer Gruppen hier ein negatives Beispiel gaben. Die ITF setzte damit nicht auf eine von ihr mitinitiierte, gewaltsame Überwindung des NS-Regimes, zumal die Hoffnungen, das Regime werde an den inneren Widersprüchen zerbrechen, wie bei den anderen gewerkschaftlichen Gruppen nach der Entmachtung der SA am 30.6. 1934 verflogen waren.[111] Die ITF lehnte darüber hinaus entschieden die Taktik der KPD, einiger linkssozialistischer Gruppierungen sowie später des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter ab, durch die Übernahme von Funktionen in der DAF oder von Vertrauensratsposten in den Betrieben zur Aufdeckung der Sozialpropaganda und damit zur angenommenen Destabilisierung des Regimes beizutragen.[112]

Von dieser vorsichtigen Grundeinstellung unterschied sich die Tätigkeit der Seeleute um Hermann Knüfken deutlich. Während die illegalen kommunistischen Gruppen innerhalb des Deutschen Reichs nach 1933 ganz den Vorgaben von RGO und KPD folgten und versuchten, zunächst offen, seit Ende 1933/Anfang 1934 kaschiert, für die jeweiligen Wendungen der Gewerkschaftspolitik zu werben[113], agitierten die Seeleutegruppen in der Emigration die deutschen Schiffsbesatzungen in den europäischen Häfen entweder auf den Schiffen, in den Interclubs der ISH oder in öffentlichen Räumen mit Schriften und in Gesprächen.[114] Andere Möglichkeiten stellten die Einschleusung von illegalen Schriften über Vertrauenspersonen auf nach Deutschland fahrenden Schiffen sowie das gezielte Anheuern auf deutschen Schiffen dar, die zwischen außerdeutschen Häfen verkehrten.[115] Die Aktionsformen der Knüfken-Gruppe änderten sich auch nach dem Anschluß an die ITF nicht. Sie vertrieb jetzt die freigewerkschaftlichen ITF-Broschüren, warb für die ITF und informierte Fimmen und die ITF über Entwicklungen in Deutschland.[116]

Daneben entwickelten die Seeleutegruppen ebenso wie Karl Molt in der Schweiz, Hans Jahn in Belgien und Luxemburg und Edo Fimmen vielfältige, heute nur noch

108 Vgl. Dok. 88, die zahlreichen Berichte über die Entwicklung in Deutschland 1938/39 (AdsD, ITF, Mappe 46, 47), ferner die bei Esters/Pelger auf S. 178–180 abgedruckten Berichte aus Südwestdeutschland, die Molt Ende Dezember 1937 bearbeitet an Jahn und die ITF weiterleitete. Vgl. auch Dok. 85.

109 Vgl. Dok. 69, 75. Jahn erarbeitete für die Berichterstattung einen differenzierten Fragebogen, Arbeitsplan und Aufgabenbeschreibung (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 392, Bl. 228–230). Zu den Zeitschriften vgl. Stroech, S. 146, 240f. Vgl. auch das gegenüber Jahn am 7.7.1939 von Fimmen ausgedrückte Bedauern wegen der Einstellung der Zeitschrift »Die Schiffahrt«, die zuverlässig informiert habe (AdsD, ITF, Mappe 21).

110 Vgl. Dok. 59 und 62.

111 Vgl. Dok. 18, 19 und für die spätere Entwicklung Dok. 75, 86, 88, 90.

112 Vgl. Dok. 75, 76, 83.

113 Vgl. Dok. 56, 60, 61, ferner Kap. V der Dokumente.

114 Vgl. Dok. 63, 65, 66.

115 Vgl. Dok. 88.

116 Vgl. ebd. sowie Dok. 76, 83. Zu einzelnen, in den Dokumenten nicht behandelten Gruppen in skandinavischen Ländern vgl. die knappen Hinweise von Dieter Nelles, Gewerkschaftlicher Widerstand in Skandinavien, in: Einhart Lorenz u.a. (Hg.), »Ein sehr trübes Kapitel?« Hitlerflüchtlinge im nordeuropäischen Exil 1933–1950, Hamburg 1998, insb. S. 160–173.

ansatzweise nachvollziehbare Kontakte zu englischen, französischen und schweizerischen Geheimdienststellen und berichteten über eigene und von den Seeleuten bzw. Eisenbahnern in Deutschland mitgeteilte Beobachtungen zu militärischen Anlagen und Truppenbewegungen.[117]

Ferner formulierten die Seeleutegruppen für den Kriegsfall Vorschläge, in denen sie dazu aufriefen, die deutschen Schiffe durch Sabotageakte und Meutereien lahmzulegen.[118] Diese Radikalisierung wurde auch von Hans Jahn getragen, der sich ebenfalls für Sabotageakte an Bahneinrichtungen zur Behinderung des Zugverkehrs im Kriegsfall aussprach.[119] Allerdings blieb es weitgehend bei der Wortradikalität. An solchen Aktionen waren nur sehr wenige Personen beteiligt. Gestapo und SD registrierten zwar etliche Sabotagehandlungen. Diese erlangten aber vor allem symbolische Bedeutung. Die direkte Einflußnahme oder Beteiligung der ITF über Aufrufe hinaus läßt sich nur in einzelnen Fällen nachweisen. Zu den gewerkschaftlichen Widerstandsaktivitäten der ITF besaßen diese Handlungen schließlich keine Verbindung.[120]

Der Kriegsbeginn 1939 verschärfte die Arbeitsbedingungen und erschwerte Kontakte zwischen Emigration und Illegalität. Auf den Schiffen hielten sich viele Seeleute aus Angst vor Denunziationen und Strafen bei der Rückkehr in deutsche Häfen noch mehr als zuvor mit Informationen und Broschürenkauf zurück.[121] Jahn konzentrierte sich jetzt auf Informationsvermittlung nach Deutschland über Radiosendungen und Flugblätter, die in großer Zahl per Luftballon oder an willkürlich ausgesuchte Anschriften nach Deutschland geschickt wurden.[122] Der Kriegsbeginn gegen Frankreich beendete schließlich die letzten direkten Kontakte nach Deutschland. Während sich Knüfken 1939 nach Skandinavien rettete, wurden andere Mitglieder der Antwerpener ITF-Gruppe in Frankreich interniert und später an die Gestapo ausgeliefert.[123] Molt konnte in der Schweiz bis Kriegsende untertauchen. Jahn gelangte nach einer langen Odyssee durch Südeuropa nach England, arbeitete dort an Radiosendungen nach

117 Eine umfassende Untersuchung dieser Verbindungen steht aus. Vgl. für den Gesamtkomplex am besten: Nelles, Ungleiche Partner. Als ein Beispiel für die Informationen von Knüfken vgl. die Mitteilung von Knüfken an Fimmen vom 26.7.1939 (AdsD, ITF, Mappe 22). Für die Schweizer Verbindungen vgl. die Ermittlungen der Gestapo sowie die Anklage des Oberreichsanwalts vom 5.7. 1939 und das Urteil des Volksgerichtshofes gegen Fridolin Endrass, Nr. 6 J 374/38g // 1 H 37/39, vom 25.11.1939 (Widerstand als Hochverrat, Microfiche-Ausgabe). Vgl. ferner die Aktivitäten von Waldemar Pötzsch in Belgien. Ermittlungen und V-Mann-Berichte der Abwehrstellen Wilhelmshaven, Hamburg und in Düsseldorf gegen Pötzsch und die Knüfken-Gruppe 1938/39 (HStA Düsseldorf, RW 58, Nr. 21020, 39810). Hierzu und zu Endrass siehe auch knapp: Nachtmann, ÖTV, S. 251, 253.

118 Vgl. Nelles, Ungleiche Partner, S. 553ff.

119 Vgl. Dok. 90. Jahn hatte die Lahmlegung des Zugverkehrs bereits vor 1933 für den Fall der nationalsozialistischen Machtübernahme vorgeschlagen und nach eigenen Angaben auch geprobt, war aber im Vorstand des Einheitsverbands der Eisenbahner und im ADGB auf Ablehnung gestossen. Vgl. Dok. 75.

120 Einzelne Unterlagen legen umfangreiche Aktivitäten nahe. Es fehlt aber über Erklärungen hinaus der Nachweis der direkten Beteiligung der ITF. Vgl. Dok. 90.

121 Vgl. bereits Dok. 88.

122 Vgl. Dok. 90 sowie dort die Kritik der Sopade an solchen Aktionen.

123 Zur Biographie von Knüfken sowie dem Schicksal der anderen Gruppenmitglieder vgl. Nelles, Ungleiche Partner, S. 551ff.; ders., Das abenteuerliche Leben des Hermann Knüfken. Ein demokratischer Revolutionär, in: Seeschiffahrt. ÖTV-Report, Nr. 3, September 1996, S. 13–23; ders., »Daß wir den Kopf hoch halten, auch wenn er mal abgehauen werden sollte.« Wuppertaler Seeleute im Widerstand, in: Forschungsgruppe Wuppertaler Widerstand (Hg.), » ... Se krieje us nit kaputt«. Gesichter des Wuppertaler Widerstands, Essen 1994, S. 159–179.

Deutschland mit und war an den Nachkriegskonzepten des sozialistischen Exils für ein befreites Deutschland beteiligt.[124]

Neben den eingehenden organisatorischen Überlegungen und den praktischen Anweisungen für die illegale Arbeit formulierten die ITF-Vertreter nur vage gesellschaftspolitische Zielsetzungen. Unzweifelhaft war nur, daß die Strukturen der Weimarer Republik nicht wiederhergestellt werden sollten. Hoffnungen auf eine revolutionäre Arbeiterschaft machten sich die ITF-Vertreter nicht, zumal sie erkannt hatten, daß ein erheblicher Teil der Arbeiterschaft die Politik und außenpolitischen Zielsetzungen des NS-Regimes unterstützte.[125] Erst ab der zweiten Kriegshälfte wurden konkrete Nachkriegsplanungen entwickelt, die jetzt von einer längeren Umorientierungsphase unter der Kontrolle der alliierten Kriegsgegner des NS-Regimes in Richtung einer demokratischen Gesellschaft und einer gemäßigt kapitalistischen Wirtschaft mit starken staatlichen Regelungsbefugnissen ausgingen.[126]

VI. Der Widerstand der Bergarbeiter

Die Entwicklung des gewerkschaftlichen Widerstands aus der Bergarbeiterschaft läßt sich in zwei Phasen unterscheiden: in die Phase der Reorganisationsversuche 1933–1935 und in die Phase des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands 1936–1939/40. Weitere gewerkschaftliche Bergarbeitergruppen gab es neben dem Arbeitsausschuß nach heutigem Kenntnisstand nicht.[127]

124 Vgl. Dok. 90. Zu Radiosendungen mit Sabotageaufrufen und Berichten über durchgeführte Sabotageakte z.B. in Italien, in der Schweiz und in Skandinavien vgl. die vom Reichssicherheitshauptamt abgehörten Sendungen des »Senders der europäischen Revolution« in London, z.B. vom 7.12. 1940 und in der Sendung vom 31.7.1941 (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 397, Bl. 240–242). Vgl. zur Beteiligung von Jahn auch Nelles, Ungleiche Partner, S. 553f.; zu den Radiosendungen allgemein Röder, Exilgruppen, S. 182–189; aus autobiographischer Perspektive: Fritz Eberhard, Arbeit gegen das Dritte Reich, Berlin 1980, S. 23f., 28f. Zu Molt vgl. Wichers, Deutsche Sozialisten, S. 250.

125 Vgl. u.a. Dok. 90 sowie die Äußerung von Knüfken (Dok. 88): »Der Anstoß auf den viele warten, muß von außen kommen.«

126 Vgl. u.a. die Vorschläge von Hermann Knüfken, Über den Widerstand der Internationalen Transportarbeiter-Föderation gegen den Nationalsozialismus und Vorschläge zum Wiederaufbau der Gewerkschaften in Deutschland – zwei Dokumente 1944/45, eingeleitet von Dieter Nelles, in: 1999 7 (1992), S. 73–87; sowie zu den Planungen der Landesgruppe Deutscher Gewerkschafter in Großbritannien, an denen von der ITF Jahn, Auerbach, Eberhard u.a. beteiligt waren, eingehend Kap. IX der Dokumente.

127 Die Quellen sind allerdings nur ungleichgewichtig überliefert. Für die erste Phase bis 1936 bietet die Korrespondenz von Franz Vogt mit der Bergarbeiter-Internationale wichtige Erkenntnisse. Daneben liegen von Seiten der RGO bzw. KPD Flugblätter und interne Berichte über die illegale Tätigkeit in verschiedenen Revieren vor. Für die zweite Phase und den Arbeitsausschuß überwiegt die Korrespondenz zwischen Richard Kirn in der Forbacher Grenzstelle und Vogt und Wilhelm Knöchel in Amsterdam, die im wesentlichen nach der Einschleusung eines Spitzels durch die Gestapo in Saarbrücken überliefert ist. Deutlich unterrepräsentiert sind die Tätigkeit der Amsterdamer Organisationszentrale gegenüber dem von ihr betreuten Ruhrgebiet und dem Wurmrevier sowie die Tätigkeit von Hans Mugrauer in der Grenzstelle für Sachsen und Schlesien in der CSR. Zu den polnischen Kontakten liegen nur Berichte über Gespräche von Knöchel sowie Erinnerungen von Karl Becker vor. Der Widerstand der Bergarbeiter hat in der Forschung eingehende Beachtung in den Studien von Peukert/Bajohr; Paul/Mallmann, Milieus, sowie Buschak, Arbeit, S. 119ff., gefunden.

1. Organisationsformen

Die erste Entwicklungsphase war vor allem durch Desorientierung und Einzelaktionen gekennzeichnet. Nach der Zerschlagung der Betriebsvertretungen und der Gleichschaltung der Gewerkschaftsorganisationen bestanden nur wenige Verbindungen zwischen emigrierten, ehemals freigewerkschaftlichen Funktionären wie dem Sekretär des Bergbauindustriearbeiter-Verbandes Franz Vogt aus Bochum und Bergarbeitern im Ruhrgebiet. Die führenden Funktionäre der christlichen Gewerkschaften flohen wie Heinrich Imbusch ebenfalls ins Saargebiet oder versuchten, sich im NS-Staat eine neue Existenz aufzubauen. Die kommunistischen Bergarbeiterfunktionäre beklagten den rasanten Zerfall ihrer illegal weitergeführten Organisation, den sie nicht stoppen konnten.[128] Nach der Niederlage bei der Saarabstimmung und der Flucht zahlreicher Gewerkschafter nach Frankreich Anfang 1935 wurde in Forbach an der französischen-deutschen Grenze eine von emigrierten Gewerkschaftern getragene Kontaktstelle aufgebaut, in der Richard Kirn mit seinen Kenntnissen im Sozialversicherungsrecht den geflüchteten Gewerkschaftern und den in Lothringen arbeitenden und im Saargebiet wohnenden Arbeitnehmern half. Allerdings vermochte es keine der in der Emigration tätigen Gruppen oder Personen, die mühsam wieder geknüpften Verbindungen zu einer illegalen gewerkschaftlichen Widerstandsgruppe in Deutschland auszubauen. Auch erhielt keine der aus der Emigration nach Deutschland arbeitenden Einzelgruppen systematische Unterstützung durch die Bergarbeiter-Internationale. Finanzielle Hilfen wurden in der Regel von den Bergarbeitergewerkschaften des Gastlandes geleistet.[129]

Dieser organisatorische Zustand veränderte sich grundlegend mit der Bildung des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands im Mai 1936, der einen einheitlichen Zusammenschluß der verschiedenen politischen und gewerkschaftlichen Richtungen anstrebte. Die Gründungskonferenz unter Beteiligung sozialdemokratischer und kommunistischer Gewerkschafter aus der Emigration und aus der Illegalität und mit Unterstützung der Bergarbeiter-Internationale stellte somit die Wendemarke in der gewerkschaftlichen Widerstandstätigkeit der Bergarbeiter dar. Das Protokoll der Konferenz[130] spiegelt die Orientierung der kommunistischen Vertreter in Richtung Volksfront- und Einheitsfrontdiskussion wider. Wer die entscheidende Initiative bei der Bergarbeiter-Internationale durchsetzte, läßt sich allerdings nicht mehr klären, zumal mehrere Personen diese für sich reklamierten.[131]

Diese zweite Phase der Einheitlichkeit dauerte aber nur ein bis zwei Jahre. Endgültig fiel die aus vier Personen bestehende Führungsgruppe nach Kriegsbeginn auseinander. So scheiterte bereits kurz nach der Konferenz der Versuch, christliche Gewerkschafter in den Arbeitsausschuß einzubinden.[132] Der Grenzstellenleiter für das Saargebiet in

128 Vgl. Dok. 6 sowie den Instrukteursbericht zu Stand und Planungen der RGO in den Bezirken Ruhrgebiet und Mittelrhein für die weitere betriebliche, gewerkschaftliche und RGO-Arbeit vom 3.4.1933 (BA, R 58, Nr. 468, Bl. 62–66).

129 Vgl. die wiederholten Klagen und Bitten von Franz Vogt um finanzielle Unterstützung bei der Bergarbeiter-Internationale, u.a. Dok. 91. Kirn war Angestellter des lothringischen Bergarbeiterverbandes und finanzierte dadurch seinen Unterhalt. An der Finanzierungsform änderte sich auch später im Prinzip nichts. Vgl. Dok. 92, 112 sowie die Schreiben von Kirn an Vogt und Knöchel, vom 22.11.1937 (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/ I, Bl. 149–151); Vogt an Ebby Edwards, vom 30.3.1939 (IISG, Miners International, Correspondence Germany, Nr. 2).

130 Vgl. Dok. 92, insb. Anm. 1 zu Teilnehmern und Ablauf der Konferenz.

131 Am entschiedensten unternahm dies Wilhelm Knöchel. Vgl. Dok. 99. Verschiedene Pfade vgl. bei Peukert/Bajohr, S. 108ff. Zu den Gremien und zur Tätigkeit der Bergarbeiter-Internationale vgl. Karl Georg Herrmann, Die Geschichte des Internationalen Bergarbeiter-Verbandes 1890–1939, Frankfurt 1994, insb. S. 461ff.

132 Vgl. Dok. 93 und 94.

Forbach, Kirn, ging im Frühjahr 1937 auf Distanz und schied nach internen Auseinandersetzungen Ende 1937/ Anfang 1938 wieder aus.[133] Die Erfahrung im Koordinationsausschuß in Frankreich, die Enttäuschung über das vorrangig taktische Verhalten der KPD-Vertreter gegenüber Sozialdemokraten und Freigewerkschaftern und die kommunistischen Versuche, die von Heinrich Schliestedt aufgebaute ADG zu unterlaufen, sowie die Kenntnis von den Verfolgungsmaßnahmen und Prozessen in der Sowjetunion förderten das Mißtrauen im Arbeitsausschuß. Der Vertreter des Arbeitsausschusses in der CSR zur Betreuung der Bergarbeiter in Sachsen und Schlesien, Hans Mugrauer, flüchtete vor der Besetzung der CSR nach Schweden.[134] Der Versuch von Wilhelm Knöchel, in Polen eine weitere Grenzstelle für die oberschlesischen Reviere aufzubauen, kam über Ansätze nicht hinaus.[135] Zugleich dokumentierte dieser Versuch den zunehmenden Einfluß kommunistischer Vertreter, nachdem bereits mit Wilhelm Frisch ein KPD-Mitglied dem Sozialdemokraten Kirn als Grenzstellenleiter nachgefolgt war. Schließlich entfremdeten sich Vogt und Knöchel, die lange als eingespieltes Team die Hauptgeschäfte des Arbeitsausschusses besorgten.[136] Während Vogt resignierte und sich nach dem deutschen Überfall auf die Niederlande das Leben nahm, nutzte Knöchel während des Zweiten Weltkrieges den Namen Arbeitsausschuß weiterhin für seine Aktivitäten, die jetzt aber nur noch von KPD-Vertretern ausgeführt wurden.[137]

2. Aufgaben- und Tätigkeitsbereiche

Die Tätigkeit der Widerstandsgruppen bestand während der ersten Phase bis 1936 vor allem in der Herstellung und Pflege von Kontakten nach Deutschland, der Informationssammlung und -verarbeitung sowie in der Beratung geflüchteter Gewerkschafter. Daneben propagierten die kommunistischen Gruppen entsprechend den Gewerkschaftslosungen von RGO und KPD den Wiederaufbau des freigewerkschaftlichen Bergbauindustriearbeiter-Verbandes.

Der Aufgabenkreis wurde mit der Gründung des Arbeitsausschusses deutlich erweitert. Die bisher vereinzelten Verbindungen nach Deutschland, die Informationsbeschaffung und -weitergabe wurden koordiniert und erhielten durch die engen Kontakte zur Bergarbeiter-Internationale und anderen Emigrationsgruppen nach außen größere Bedeutung. Die aus zwei Sozialdemokraten (Vogt und Kirn), einem Mitglied der Gruppe Revolutionäre Sozialisten (Mugrauer) und einem Kommunisten (Knöchel) zusammengesetzte engere Führung traf eine klare Aufgabenverteilung, bei der Vogt und Knöchel die zentralen Organisationsaufgaben erledigten und die Verbindungen zur Internationale sowie über eine Grenzstelle die Kontakte für das Wurm- und Ruhrrevier koordinierten, während von den anderen Grenzstellenleitern Kirn

133 Vgl. Dok. 104, 105, 106, 110, 112. Vgl. zu Kirn auch dessen »Erinnerungen an den Widerstand« in Peukert/Bajohr, S. 193–197; sowie zum Kontext ausführlich Paul/Mallmann, Milieus, S. 284ff., 429ff.

134 Vgl. Dok. 113.

135 Karl Becker, der zu dieser Zeit der KPD angehörte und für den Arbeitsausschuß von Polen aus Grenzarbeit leistete, behauptete in seinen Erinnerungen nach 1945, seit dem Kongreß der Bergarbeiter-Internationale in Prag im August 1936 Mitglied des Arbeitsausschusses gewesen zu sein. Diese Information ließ sich aus den zeitgenössischen Unterlagen nicht bestätigen. Vgl. Dok. 92 Anm. 1, Dok. 111, 113.

136 Die Teamarbeit reichte so weit, daß Vogt und Knöchel ihre Briefe nur mit »FA« oder »F.A.«, den Anfangsinitialen ihrer Decknamen [Jan] Fontijn und Alfred [Schroeder], unterzeichneten. Zur Entfremdung vgl. Dok. 99.

137 Vgl. Dok. 114, zu Vogt die teilweise autobiographische Darstellung in Peukert/Bajohr, S. 14ff., S. 131f., zur Tätigkeit von Knöchel während des Krieges grundlegend Herlemann, Auf verlorenem Posten, S. 44ff.

und Frisch in Forbach/Frankreich und Mugrauer in Teplitz/ CSR die Verbindungen in die benachbarten Reviere gepflegt und Informationen über die soziale Lage der Bergarbeiter gesammelt und nach Amsterdam zur Veröffentlichung in den Publikationen des Arbeitsausschusses weitergeleitet wurden. Die Erstellung und den Vertrieb der beiden Zeitschriften des Arbeitsausschusses organisierten wiederum Vogt und Knöchel: ab 1936 die »Bergarbeiter-Mitteilungen« für die Information der Bergarbeiter-Internationale, der Gewerkschaften der Gastländer und für die anderen Emigrationsgruppen, und ab 1937 die »Bergarbeiter-Zeitung«, die zur Information der illegalen Kontaktpersonen und Widerstandsgruppen bestimmt war.[138] Hans Mugrauer betreute außerdem für den Arbeitsausschuß die Kontakte zur ADG, soweit diese nicht selbst von Vogt und Knöchel wahrgenommen wurden.[139] Ohne daß es ausdrücklich formuliert wurde, rückten die beiden Außenstellen durch diese Aufgabenstellung in eine nachgeordnete Position. Zumindest Kirn empfand diese Entwicklung als Zurücksetzung und brachte seinen Unmut über unzureichende Informationen – insbesondere bei Verhandlungen mit der ADG – in Briefen an Vogt und Knöchel sowie durch Verschleppung von gemeinsamen Entscheidungen und Stellungnahmen zum Ausdruck, konnte aber an der Verteilung der Zuständigkeiten nichts ändern.[140]

Neben der Vereinheitlichung der Grenzarbeit stand die inhaltliche Ausrichtung der Widerstandsarbeit im Vordergrund der Aktivitäten des Arbeitsausschusses. Dies betraf insbesondere die Tätigkeit illegaler Kontaktpersonen in NS-Organisationen, die Form der illegalen Widerstandsgruppen sowie das Verhältnis zu den Parteien. Deutlich traten jeweils unterschiedliche Konzepte bei den Mitgliedern des Arbeitsausschusses zutage. So trug Kirn zumindest in der Anfangszeit des Arbeitsausschusses die von Knöchel und der KPD propagierte Politik[141] von der Aufstellung pragmatischer Forderungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie des Hineingehens in die DAF und die Übernahme von Funktionsstellen mit, im Unterschied zum skeptischen Vogt und zum ablehnenden Mugrauer.[142] Vogt befürwortete ebenso wie Mugrauer die Bildung von Kadern statt den Aufbau einer Massenorganisation. Obwohl alle Mitglieder des Arbeitsausschusses gute Kontakte zu Parteien besaßen und solche Verbindungen nicht prinzipiell in Frage gestellt wurden, entzündeten sich an der Nähe und der Kooperation mit den Parteien harte Konflikte. Während Knöchel eingehende Berichte über die innere Verfassung, die Strategien und Inhalte des Arbeitsausschusses an die KPD weiterleitete, drängte Vogt darauf, den Arbeitsausschuß möglichst unabhängig von parteipolitischen Bestrebungen zu halten. Verbindliche Richtlinien wie bei der ITF beschloß der Arbeitsausschuß aber nicht.[143]

Der von Knöchel und Kirn aus unterschiedlichen Motiven vorangetriebenen Annäherung an die ADG und der Vereinheitlichung der gewerkschaftlichen Emigrationsgruppen stand Vogt zurückhaltend gegenüber. Er vertrat vielmehr die Eigenständigkeit einer einheitlichen Berufsorganisation und die Anlehnung an die Internationalen Berufssekretariate, wobei er sich hier mit den Zielsetzungen der ITF traf.[144] Demgegenüber drängte Knöchel auf die Anerkennung und enge Kooperation des Arbeitsausschusses durch die ADG, da dies die Einheitsfrontpolitik der KPD erheblich

138 Vgl. Dok. 92.
139 Vgl. zu dem Verhältnis u.a. Dok. 95, 97, 98, 99, 101, 102, 107, 108, 111.
140 Vgl. Dok. 101, 104, 105, 106, 110, 112.
141 Allerdings lief diese Politik nicht unter dem Schlagwort der »Taktik vom Trojanischen Pferd«.
142 Vgl. beispielhaft die Positionen auf der Gründungskonferenz des Arbeitsausschusses im Mai 1936 (Dok. 92) sowie Kirns Unterstützung der nach Frankreich pendelnden Bergleute in den Devisenkonflikten (u.a. Dok. 100).
143 Vgl. für die Positionen Dok. 92, 97, 99, 110 sowie zur ITF Dok. 74.
144 Vgl. Dok. 44.

vorangetrieben hätte. Der Leiter der ADG, Heinrich Schliestedt, verschleppte allerdings auch aus diesem Grund die Gespräche mit dem Arbeitsausschuß.[145]

Die weitgesteckten Erwartungen auf der Konferenz 1936, nach dem Zusammenschluß in der Emigration die illegalen Kontakte innerhalb des Deutschen Reichs auszubauen, erfüllten sich nicht. Die Verbindungen von Kirn zu seinen Mitarbeitern blieben ebenso wie die Kontakte von Vogt und Knöchel ins Ruhr- und Wurmgebiet und von Mugrauer nach Sachsen und Schlesien auf Informanten und Vertrauenspersonen in einzelnen Zechen begrenzt, die über die Entwicklung und soziale Lage in Deutschland bei Treffen in Grenzorten berichteten.[146] Die Ratschläge, über Funktionen in der DAF Einfluß in den Betrieben zu erlangen und die Politik und den Charakter des Regimes von innen her zu entlarven, ließen sich aus den Quellen an Betriebsbeispielen jedoch nicht nachzeichnen, wenngleich etliche Vertrauensleute Vertrauensratsmitglieder und Betriebsfunktionäre der DAF wurden.[147]

Jenseits der organisatorischen Zielsetzungen blieben schließlich die Neuordnungsvorstellungen des Arbeitsausschusses blaß.[148] Wirtschaftspolitische Vorstellungen wurden ebensowenig entwickelt wie sozialpolitische Konzeptionen für eine Zeit nach der Beseitigung des NS-Regimes.

VII. Die kommunistische Gewerkschaftspolitik und die RGO

Der kommunistische Widerstand war in seinen Konzeptionen, in seiner Ausrichtung und Zielsetzung zentralistisch von den Führungsgruppen der KPD gesteuert und im Konfliktfall von den Vorgaben des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale abhängig. Ungeachtet der zentralistischen Strukturen und der Selbstdarstellung war er aber zugleich mit einem dauernden Vermittlungsproblem zwischen den einzelnen Führungspersonen oder -gruppen im Exil und in der Illegalität auf Reichs-, Bezirks- und Ortsebene konfrontiert. Die Zielsetzungen und taktischen Vorgaben mußten angesichts der wiederholten Verhaftungen und der Zerschlagung organisatorischer Verbindungen, der Änderungen in der Politik gegenüber den anderen illegalen Gruppierungen und der Entwicklung des NS-Regimes mehrmals korrigiert werden.

Trotz dieser Ungleichzeitigkeiten, Verzögerungen und Hemmnisse bei der Umsetzung der politischen Vorgaben und trotz der mehrfachen Wechsel in der Argumentation und Taktik lassen sich aber einzelne Entwicklungsphasen des kommunistischen gewerkschaftlichen Widerstands unterscheiden. Dabei lag der zeitliche Schwerpunkt auf der ersten Hälfte der 1930er Jahre bis etwa 1936/37. Im Mittelpunkt standen jeweils die Organisation, die Form und Ausführung der illegalen Tätigkeit, ferner zum einen die Wahrnehmung und das Verhältnis zu den anderen gewerkschaftlichen

145 Vgl. Dok. 95, 98, 102, 108, 111 sowie die wiederholte Aufforderung des Arbeitsausschusses vom 24.3.1938 an die ADG, mit dem Arbeitsausschuß als der von der Bergarbeiter-Internationalen anerkannten Vertretung der deutschen Bergarbeiter zusammenzuarbeiten (BA, SAPMO, ZPA, I 2/708/137, Bl. 383).
146 Vgl. die zusammengestellten Verbindungen in Peukert/Bajohr, S. 119, 122–125.
147 Vgl. zu solchen Funktionsübernahmen u.a. die Berichte auf der Konferenz im Mai 1936 (Dok. 92). Vgl. auch Paul/Mallmann, Milieus, S. 431f.
148 Diese Lücke hatte Vogt selbst kurz nach der Gründungskonferenz des Arbeitsausschusses moniert. Sie wurde bis zum faktischen Zerfall des Arbeitsausschusses 1939/40 nicht geschlossen. Vgl. Martin Bergmann [d. i. Franz Vogt], Die Lage der deutschen Bergarbeiter, in: Sozialistische Tribüne, 1. Jg., H. 3, August 1936. Der Artikel ist wiederabgedruckt in: Peukert/Bajohr, S. 133–153. Siehe dort zur Autorenschaft S. 213 Anm. 1. Vgl. zu dem Artikel auch Dok. 97 Anm. 43.

Widerstandsgruppen und zu den früheren freigewerkschaftlichen und christlichen Gewerkschaftsmitgliedern und -funktionären in den Betrieben, zum anderen die Einschätzung und das Verhalten gegenüber NSBO, DAF und den neugeschaffenen Vertrauensräten in den Betrieben.[149]

1. Organisationsformen

Der kommunistische gewerkschaftliche Widerstand war über die nationalsozialistische Machtübernahme hinaus bis in die zweite Hälfte des Jahres 1933 nach außen von der Annahme einer weitgehenden Kontinuität der politischen Machtverhältnisse geprägt, denen aber ein bevorstehender Zusammenbruch prognostiziert wurde. Deutlich manifestierte sich diese Einschätzung in der beabsichtigten Beibehaltung des Organisationsaufbaus mit RGO-Reichsleitung, Bezirken, Unterbezirken und Betriebszellen, in den Stellungnahmen zu den Freien Gewerkschaften vor und nach deren Einverleibung in die DAF im Mai 1933 sowie zu den Betriebsvertretungen. In der Phase verschoben sich lediglich die Vorgaben für die gewerkschaftliche Arbeit von offenen zu verdeckt operierenden, illegalen Organisationsformen. Die Führungsgremien von KPD, RGO und »Roten Einheitsverbänden« wandten sich gegen »liquidatorische Stimmungen« in den eigenen Reihen, riefen auf zum Eintritt oder Verbleib in den Freien Gewerkschaften und dort zur Fortsetzung der Oppositionsarbeit als »Hauptstoßkraft« gegen die »reformistischen« Gewerkschaftsführungen und verlangten die Aufstellung eigener Listen zu den Betriebsrätewahlen.[150]

Diese Vorgaben ergänzten die Führungsgremien von KPD und RGO bereits im März und April 1933 durch die Parole »Verteidigt die Freien Gewerkschaften«, die von den ADGB-Führern verraten worden seien und deren Eingliederung in den NS-Staat angenommen wurde. Zugleich forderten sie – weitgehend erfolglos – die freigewerkschaftlichen Arbeitnehmer auf, gemeinsame Kandidatenlisten für die Betriebsrätewahlen zu bilden. Die kommunistischen Arbeitnehmer sollten dabei zweigleisig vorgehen, sich durch die Mitgliedschaft in den Freien Gewerkschaften vermeintlich besser vor Entlassung schützen und neben den gesetzlichen Betriebsvertretungen ein eigenes betriebliches Vertrauensleutenetz aufbauen.[151]

An dieser verwirrenden Taktik – Aufrechterhaltung der eigenen Organisation und Oppositionsarbeit in den Gewerkschaften – hielten KPD und RGO auch nach der Zerschlagung der Freien Gewerkschaften im Mai 1933 fest. Vehement sprach sich die RGO-Reichsleitung gegen die »sektiererische Abgeschlossenheit« mancher Funktionäre von RGO und Roten Verbänden aus und appellierte unter der abgeänderten Parole »Rettet die Freien Gewerkschaften«, den gleichgeschalteten Verbänden nicht den Rücken zu kehren und auch nicht die Beiträge zurückzuhalten. Gerade jetzt gelte es, die »Massenarbeit« in den Freien Gewerkschaften zu intensivieren.[152] Die Realitätsferne dieser Forderung verdeutlichen allerdings die enormen parallelen Mitgliederverluste und der organisatorische Zerfall – im Juli 1933 wurden nur noch 25–30% der Mitglieder abgerechnet und existierten noch etwa 40% der Betriebsgruppen[153] –, die einzelne Bezirksleitungen gar als »Massenflucht« aus den Organisationen charakterisierten.[154]

Der angestrebte Aufbau von Oppositionsgruppen in den gleichgeschalteten Gewerkschaften schlug ebenfalls fehl, zumal nur wenige Kommunisten aufgrund der KPD-Politik bis Mai 1933 den Freien Gewerkschaften angehörten und die RGO-Anhänger überwiegend »stark antigewerkschaftlich« eingestellt waren. Erwartet wurde daher, daß die kommende Widerstandstätigkeit eher von den bisherigen einfachen Gewerkschaftsmitgliedern und weniger von den bisherigen Funktionären getragen werde. Vordringlich seien deshalb die Sicherung der Organisationsreste und Kaderfragen.[155] Insgesamt fruchtete die Selbststilisierung von RGO und Roten Verbänden als Nach-

149 Der kommunistische Widerstand zählt zu den am meisten bearbeiteten Bereichen der historischen Forschung zum Widerstand aus der deutschen Arbeiterbewegung gegen das NS-Regime. Dabei teilt sich die Forschung in Studien aus der Zeit vor und nach 1989 und dem Ende der DDR, da in der Regel erst seit 1989 ein uneingeschränkter Zugang zu den Archivalien im früheren Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED (heute Bestände im Bundesarchiv Potsdam) möglich ist. Dort befinden sich u.a. zum einen die umfangreichen internen Unterlagen und Schriftwechsel der illegalen KPD, der RGO und anderer Organisationen aus allen Bezirken, der Reichsebene und der Auslandsleitungen sowie besonders der Moskauer Emigration und zum anderen die Verfolgerakten der Gestapo und der Gerichte. Von den Unterlagen in den staatlichen Archiven der alten Bundesrepublik besitzen ebenfalls die Verfolgerakten der Gestapo und der Gerichte besondere Bedeutung, da sie häufig die bei Verhaftungen beschlagnahmten Schriftwechsel und illegalen Publikationen als Anlage oder ausführliche Zitate beinhalten, so z.B. die Bestände der Gestapo und staatlicher Behörden im Landeshauptarchiv Koblenz, im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf und die Anklageschriften und Urteile des Oberlandesgerichts Hamm im Staatsarchiv Münster. Daneben liegt für den kommunistischen Widerstand außerdem eine Vielzahl von Exil-Zeitschriften und Publikationen vor, in denen die zentralen Anweisungen und Stellungnahmen der KPD-Führung sowie des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale veröffentlicht wurden, so z.B. in der Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung. Von den Studien vor 1989 enthalten wichtige Informationen zum kommunistischen gewerkschaftlichen Widerstand u.a. Herlemann, Emigration; dies, Auf verlorenem Posten; für die westlichen Bezirke Peukert, KPD; Horst Duhnke, Die KPD von 1933–1945, Köln 1972; Hartmut Mehringer, Die KPD in Bayern 1919–1945, in: Martin Broszat/Hartmut Mehringer (Hg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. 5, München 1983; sowie aus der früheren DDR Bednareck, Gewerkschaftspolitik. Seit 1989 wurden zum kommunistischen gewerkschaftlichen Widerstand auf erweiterter Quellengrundlage publiziert das vor allem auf der Basis der Anklageschriften und Urteile des Volksgerichtshofes fußende Kapitel in Buschak, Arbeit, S. 212–238, und die noch während der späten DDR begonnene Studie zum Saarland von Paul/Mallmann, Milieus; ferner mittlerweile zahlreiche Aufsätze und Monographien zur kommunistischen Emigration vor allem in Moskau. Vgl. u.a. Wichers, Deutsche Sozialisten; Hartmut Soell, Der junge Wehner. Zwischen revolutionärem Mythos und praktischer Vernunft, Stuttgart 1991; Reinhard Müller (unter Mitwirkung von Natalija Mussijenko), »Wir kommen alle dran«. Säuberungen unter den deutschen kommunistischen Politemigranten in der Sowjetunion (1934–1938), in: Hermann Weber/Ulrich Mählert (Hg.), Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953, Paderborn 1998, S. 121–166.

150 Vgl. »S«, an Liebe Freunde, vom 10.3.1933: Anweisung für eine breite innergewerkschaftliche Kampagne (BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/13, Bl. 421f.) sowie die Angaben in Dok. 115 Anm. 1. Vgl. ferner zur Politik der KPD in dieser Phase Duhnke, KPD, S. 101ff., S. 126–134.

151 Vgl. Dok. 6, 9 sowie die Vorgaben der RGO-Reichsleitung für Betriebsrätewahlen, Agitation und zentrale Losungen, gewerkschaftliche Arbeit, Auftreten bei den 1.Mai-Feiern, Aufgaben der RGO und Roten Verbände, Verhalten gegenüber der NSBO in: »S«, an Liebe Freunde, vom 7.4.1933, dass., vom 10.4.1933 (BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/13, Bl. 430–432, Bl. 437–439). Vgl. auch Teil I und II der Einleitung.

152 Vgl. Dok. 115.

153 Vgl. Dok. 118 und dort in Anm. 1 die Angaben zu weiteren Berichten, insbesondere die ausführliche Schilderung der Entwicklung in allen Reichsteilen vom 13.7.1933 (BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/9, Bl. 74–91). Eine Überprüfung der Mitgliederentwicklung durch andere als RGO-Quellen ist kaum möglich. Zur Entwicklung der RGO bis 1933 vgl. Müller, RGO, insb. S. 337–359.

154 Vgl. Dok. 116, 118 und den Bericht von Karl Becker über die illegale Arbeit und seine Tätigkeit als Leiter des Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands (EVBD) im Unterbezirk Waldenburg und ab 30.5.1933 als Bezirksleiter Ruhrgebiet des EVBD, ab Ende September bis Ende November 1933 Bezirksleiter der RGO für das Ruhrgebiet, o.D. [Eingangsstempel Mitteleuropäisches Ländersekretariat vom 11.7.1935] (BA, SAPMO, ZPA, I 3/6/24, Bl. 23–27). Vgl. zu Becker die Angaben in Dok. 92 Anm. 1. Vgl. ferner den Bericht über die RGO und die Roten Verbände im Bezirk Berlin-Brandenburg vom 28.7.1933 (BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/14, Bl. 179–181).

155 Vgl. den Bericht zu den einzelnen Reichsteilen vom 13.7.1933 (Anm. 153).

folger der Freien Gewerkschaften nicht und blieb die von der KPD- und RGO-Führung empfohlene »bewegliche Taktik« erfolglos.

Die Zustandsbeschreibungen beeinflußten die weiteren Vorgaben der KPD- und RGO-Führung an die Bezirke und Anhänger in den Betrieben jedoch nur geringfügig. Als Reaktion auf die zusammengebrochene Struktur sollten die Führungen künftig aus drei Personen gebildet und die Tätigkeit auf die wichtigsten Betriebe konzentriert werden. Daneben ordneten Reichs- und Bezirksleitungen unverdrossen z.B. im Ruhrgebiet unverändert und mit Fristsetzung den Eintritt aller RGO-Mitglieder in die gleichgeschalteten Gewerkschaften und den Aufbau von Oppositionsgruppen an.[156] Erneut wurden die abwartende Haltung vieler Gewerkschaftsmitglieder, die »sektiererische Abgeschlossenheit«, »Passivität« und die »stark liquidatorischen Tendenzen« kritisiert. Die an der Basis schwer vermittelbaren, teilweise konträren Anweisungen – die Doppelmitgliedschaft in den gleichgeschalteten »Gewerkschaften« und in der RGO einzugehen, zugleich den Kampf in den »Gewerkschaften« gegen die »Gewerkschaften« zu führen, aber ohne auszutreten, sowie sich parallel »gegen die Zwangsmitgliedschaft« in den NS-Organisationen zur Wehr zu setzen – wurden nicht geändert.[157] Insgesamt bot die kommunistische Gewerkschaftspolitik somit im ersten Halbjahr 1933 ein widersprüchliches Bild. Zumindest in den Formulierungen wurden die NS-Machtübernahme und die Verfolgungsmaßnahmen nicht als die Politik eines diktatorischen Regimes wahrgenommen. Noch im Juli 1933 sprachen KPD und RGO von der Gewerkschaft als dem »gegnerischen Verband« und von der »planmäßigen innergewerkschaftlichen Arbeit« als Voraussetzung für den Kampf gegen den Nationalsozialismus und unterschieden zwischen NS-Organisationen wie der NSBO und den gleichgeschalteten Gewerkschaften, wobei von der neuen Dachorganisation DAF noch keine Rede war.[158]

Diese Position wurde nach intensiven internen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit den Machtkämpfen um die Führung in der KPD-Spitze seit Juli/August 1933 aufgegeben.[159] Die bisherige Losung »Rettet die Gewerkschaften« stufte das Zentralkomitee als »opportunistisch« ein und propagierte nun den »Aufbau unabhängiger Klassengewerkschaften«.[160] Allerdings war den KPD- und RGO-Führungen die unverändert schwierige Vermittlung des Konzeptes offensichtlich bewußt, zumal sie besonders die einfache Umbenennung bestehender RGO-Gruppen in »unabhängige Klassengewerkschaften« als »Schematismus« bei der illegalen Arbeit kritisierten.[161] Abgesehen von solchen Scheinerfolgen scheiterte die neue organisatorische Zielsetzung nach den Feststellungen der RGO-Instrukteure aber wiederum an den wiederholten Verhaftungen, Überläufern, abgerissenen Verbindungen, Mißverständnissen

156 Vgl. Dok. 117 sowie z.B. die Bezirksarbeitspläne für Mittelrhein, Ruhrgebiet und Niederrhein für die Betriebs-, Gewerkschafts- und Erwerbslosenarbeit von Anfang Juli 1933 (BA, SAPMO, ZPA, I 3/21/46, Bl. 10–12, und I 4/6/19, Bl. 63f.; LHA Koblenz, 403, Nr. 16783, Bl. 399–409).

157 Vgl. Dok. 117.

158 Ebd. Hierzu gehörte auch die Anweisung an die RGO-Bezirksleitungen, »gewerkschaftlich organisiert [zu] sein«.

159 Vgl. Dok. 119 mit Angaben zu den Diskussionen innerhalb der illegalen und emigrierten Parteiführung sowie allgemein Duhnke, KPD, insb. S. 109–117.

160 Vgl. Dok. 119. Ulbricht hatte bereits am 18.8.1933 ein Rundschreiben an die Bezirke mit einer »kurzen Anweisung« verschickt. Gegenüber Schehr wies er am 2.9.1933 die in die Diskussion gebrachte Formulierung »Schafft freie sozialistische Gewerkschaften« zurück. Schehr bestand auf der inhaltlichen Verständigung über den Begriff »unabhängige Klassengewerkschaften« und erinnerte als »Grundlage der Diskussion« an den schon im Juli publizierten Aufsatz von G.S., Die Aufgaben der KPD im Kampf um die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung, in: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, 2.Jg., Nr. 23, vom 7.7.1933, S. 817f. (Vorgang in: BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/255, insb. Bl. 33–104).

161 Vgl. Dok. 119, 120, 121.

und fehlender Erläuterung der politischen Linie sowie an unzureichender Unterstützung der illegalen Arbeit auf lokaler und bezirklicher Ebene, wobei besonders die KPD-Mitglieder die neue Taktik ignorierten. Danach bestanden entgegen der bisherigen »gefärbten Berichte«, der Flugblätter und Zeitschriften auch ein Jahr nach Beginn der Diskussionen, im Sommer 1934, im Ruhrgebiet bzw. in den westlichen Bezirken in keinem Betrieb »unabhängige Klassengewerkschaften«, wurde nach wie vor keine Oppositionsarbeit in der DAF betrieben und existierten nur wenige Kontakte zu sozialdemokratischen Gewerkschaftern. Im Frühjahr 1934 besaß die RGO nach eigenen Angaben z.B. im Bezirk Ruhrgebiet nur noch Industriegruppen im Bergbau und in der Bauindustrie, im Bezirk Niederrhein erfaßte sie insgesamt noch 200 Mitglieder und im Bezirk Mittelrhein waren nach Verhaftungen die Verbindungen ganz zusammengebrochen.[162]

Die Entwicklung der kärglichen Organisationsreste veranlaßte die KPD- und RGO-Führungen seit Sommer 1934 zu erneuten Kurskorrekturen.[163] Den jetzt propagierten »Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften« sollten Aktionseinheiten mit sozialdemokratischen Arbeitnehmern in den Betrieben und auf lokaler Ebene vorbereiten, in die sich nun auch die RGO-Mitglieder einbinden lassen sollten und in deren Folge sich RGO und Rote Verbände formal auflösen konnten. Allerdings wurde damit nicht von vorneherein auf beide Organisationen verzichtet, sondern die KPD gab ihren Führungsanspruch in den angestrebten Zusammenschlüssen nur schrittweise auf im Kontext der dauernden Führungskämpfe innerhalb des Zentralkomitees und der Auseinandersetzungen mit dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, angesichts der eigenen Dauerkrise und aufgrund des übergeordneten Ziels, mit der Sopade und freigewerkschaftlichen Gruppen zu gemeinsamen Absprachen zu gelangen. Die illegalen Verbindungen sollten zugleich in der DAF legale Möglichkeiten für ihre Aktionen suchen.[164] Auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale und der folgenden »Brüsseler Konferenz« der KPD in Moskau im August und Oktober 1935 wurde diese Neuausrichtung des kommunistischen gewerkschaftlichen Widerstandes schließlich als offizielle Linie bekräftigt.[165]

162 Vgl. Dok. 122. Vgl. auch den Bericht des Bezirksleiters Becker (Anm. 154), den Bericht über den Stand der RGO im Bezirk Ruhrgebiet vom 28.11.1933; den Bericht über eine Instruktionsreise in Westdeutschland (RGO) vom Mai 1934 (BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/9, Bl. 44–49, 209–220). Zu anderen Bezirken vgl. z.B. den Bericht des Bezirkskomitees der RGO für Berlin-Brandenburg für die Zeit vom 15.7.1933 bis 1.4.1934 (BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/14, B. 193–210). Vgl. für die westlichen Bezirke auch die detaillierte Darstellung vor allem anhand von Anklageschriften gegen führende Funktionäre der RGO beim Volksgerichtshof in Buschak, Arbeit, S. 221–226.

163 Vgl. den veröffentlichten Brief des Politbüros der KPD vom 1.8.1934 aus Anlaß der Tagung des Zentralkomitees mit den Bezirkskomitees und Betriebsfunktionären in: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, 3.Jg., Nr. 45, vom 16.8.1934, S. 1863.

164 Vgl. Dok. 119, 123, 124, 125 sowie die kontroversen Diskussionen auf der Sitzung des RGO-Reichskomitees am 24./25.8.1934. Protokoll (BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/5, Bl. 523–628). Vgl. auch die ausführliche Wiedergabe des Protokolls in Buschak, Arbeit, S. 218f. Vgl. ferner die Resolution des EKKI »Über die sektiererischen Fehler der KPD« vom 19.1.1935, abgedr. in: Erwin Lewin, Neue Dokumente zur Kursänderung 1934/35 in der KPD, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung, 1993, S. 171–186, hier S. 184–186; sowie Starck (d.i. Fritz Schulte), Zu den Beschlüssen der Februartagung des Zentralkomitees der KPD zur Gewerkschaftsfrage, in: Die Internationale, Nr. 3, 1935, S. 28–35. Keinesfalls ging es somit um die einfache Auflösung der RGO, sondern sie war stets Teil der KPD-Taktik. Vgl. dagegen die Interpretation bei Lewin, Neue Dokumente, S. 172; sowie Buschak, Arbeit, S. 219.

165 Vgl. die Resolution zum Referat von Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß der KI vom 20.8.1935, abgedr. in: Protokoll des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, ND Erlangen 1974, S. 984–997, S. 993; die Reden von Pieck und Ulbricht, die Diskussionsreden sowie die Beschlüsse auf der »Brüsseler Konferenz« der KPD in Moskau vom 3.–15.10.1935, in: Lewin, Brüsseler Konferenz, S. 74–132, S. 182–217, S. 797–824.

Auch die neuen Kursänderungen zur RGO-Entwicklung wurden von vielen illegalen KPD- und RGO-Anhängern trotz der desolaten Lage der Organisation zurückhaltend aufgenommen. Diese wiesen den Annäherungskurs als Abweichung der KPD-Politik zurück, weigerten sich zusammenzuarbeiten, bestanden nach wie vor auf dem kommunistischen Führungsanspruch oder schotteten sich umgekehrt ab, da sie den neuen Kurs als alte gewerkschaftliche RGO-Arbeit und daher als zu gefährlich beurteilten. Zusätzlich wurde die Kursänderung nach Feststellung von Paul Merker besonders durch die fortbestehenden innerorganisatorischen Konkurrenzen in der Illegalität, durch unverständliche Parolen und fehlende Praktikabilität der Verhaltensvorschläge in Flugblättern und Zeitschriften behindert. Zudem hätten es KPD und RGO noch immer nicht geschafft, sich stärker in den Betrieben zu verankern.[166]

Trotz intensiver Propaganda fanden auch die KPD-Vorstellungen zum Aufbau parteiübergreifender gewerkschaftlicher Gruppen in der Illegalität daher kaum Resonanz. Bis Frühjahr 1935 waren z.B. in den drei westlichen Bezirken die neu zu bildenden Gewerkschaftsgruppen noch nicht zustande gekommen. Auch die Bemühungen im Vorfeld der Vertrauensratswahlen 1935 und 1936, mit sozialdemokratischen Arbeitnehmern Abkommen zum Abstimmungsverhalten zu schließen, aus denen sich später gemeinsame illegale Gruppen entwickeln sollten, scheiterten abgesehen von wenigen Ausnahmen an der Skepsis der früheren Mitglieder der Freien Gewerkschaften, selbst wenn die KPD die Kooperation »auf der Grundlage einer wirklichen Gleichberechtigung« versprach.[167]

Demgegenüber erreichte die KPD in der Emigration nach der angeblichen Trennung der Gewerkschafts- von der Parteiarbeit mit der Gründung des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter im Frühjahr 1936 einen beachtlichen Erfolg. Doch blieb diese Form der Zusammenarbeit auf die Bergarbeiter beschränkt und dauerte – von ständigen Verdächtigungen und gegenseitigem Mißtrauen in der Führungsgruppe begleitet – bis 1939/40. Inwieweit sich im Bergbau die Kooperation in der Illegalität fortsetzte, läßt sich nicht mehr verfolgen.[168]

Die Erfolglosigkeit in der Illegalität, die erneuten umfangreichen Verhaftungen und die Umorientierung der KPD auf die Volksfrontpolitik rückten ohnehin die gewerkschaftliche Organisationsform seit 1936/37 in den Hintergrund. Auch begrifflich verlor das Ziel an Bedeutung, seit die KPD nicht mehr vom »Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften«, sondern von der »freigewerkschaftlichen Bewegung« sprach. Vehement wurde jetzt die Bildung fester gewerkschaftlicher Gruppen als ungeeignet für die illegale Arbeit kritisiert. Statt dessen sollte ein loses Netz von illegalen Vertrauensleuten ohne formale Strukturen aufgebaut werden. Diese Vertrauensleute sollten entsprechend der Taktik des »Trojanischen Pferdes« in der DAF für ein breites Bündnis gegen das NS-Regime arbeiten, ohne sich jedoch als Gruppen zu erkennen zu

166 Vgl. Dok. 126, 127.

167 Vgl. die Stellungnahme des Parteioberberaters West »zur Praxis der Gewerkschaftsarbeit«, o.D. [Frühjahr 1935], den Briefwechsel zwischen der Auslandsleitung der KPD und dem Gewerkschafts-Oberberater Ende 1934/Anfang 1935 sowie für Gespräche zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern die Berichte für den Bezirk West vom 1.4.1935 und 1.7.1935 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/268, Bl. 252–254; I 2/3/327, Bl. 9, 44–46). Eines der wenigen Beispiele gemeinschaftlicher Aktionen ist der gemeinsame Aufruf von Kommunisten und Sozialdemokraten in Dortmund vom Februar 1935 (BA, SAPMO, ZPA, I 3/18–19/68, Bl. 3–4). Vgl. auch Teil VIII der Einleitung.

168 Vgl. Dok. 92, 128 sowie Teil VI der Einleitung.

geben.[169] Im Kern näherte sich die KPD damit unausgesprochen den Vorstellungen der anderen freigewerkschaftlichen und politischen Organisationen, die schon lange bei der illegalen Arbeit betriebliche Vertrauensleutenetze favorisierten.

Während des Krieges besaß die gewerkschaftliche Organisation für die illegale Arbeit der KPD keine besondere Relevanz, auch wenn z.B. die Knöchel-Organisation die Fiktion eines weiterexistierenden parteiübergreifenden Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter aufrecht hielt.[170] Illegale gewerkschaftliche Zusammenschlüsse sind auch als Kaderorganisationen nicht bekannt. Erst gegen Ende des Krieges wurden sowohl in der Illegalität von der Jacob/Saefkow/Bästlein-Gruppe, als auch besonders von einer Arbeitsgruppe der KPD in der Moskauer Emigration wieder Überlegungen für gewerkschaftliche Organisationen angestellt, die jedoch auf die Nachkriegszeit und den Wiederaufbau zielten, formal parteiübergreifend angelegt waren, faktisch aber unter kommunistischer Kontrolle stehen sollten.[171]

2. Aufgaben- und Tätigkeitsbereiche

Die Aufgaben- und Tätigkeitsbereiche des kommunistischen gewerkschaftlichen Widerstandes waren wie bei den anderen illegalen Gruppen verknüpft mit den Organisationsformen und -zielsetzungen. Im Unterschied zu den Kadergruppen oder Vertrauensleutenetzen der freigewerkschaftlichen illegalen Organisationen stand daher entsprechend den Anweisungen zum Verhalten gegenüber den gleichgeschalteten Freien Gewerkschaften und zur Verteidigung der eigenen Verbände die »Massenarbeit« gegen das Regime im Vordergrund. Hierfür riefen KPD und RGO im Frühjahr 1933 zunächst zu offenen Widerstandsaktionen, Demonstrationen und Streiks auf und versuchten die eigenen Organisationsstrukturen wie vor 1933 durch den Verkauf von Beitragsmarken, durch Mitgliedsbücher und -listen, durch Zeitungsverkauf und Flugblattverteilung zusammenzuhalten. Erst nach ungeheuren Verlusten, die nur in der ersten Zeit durch geschulte Mitglieder ausgeglichen werden konnten und den Zerfall der Organisation nicht stoppten, empfahlen die KPD- und RGO-Führungen verdeckte Aktionsformen. Sie vollzogen hiermit aber nur nach, was auf betrieblicher

169 Vgl. Dok. 128, 129 sowie Gestapa/ II A 1, Bericht über einen Vortrag von Paul Peschke auf der Sitzung der deutschen Abteilung in Prag über Gewerkschaftsfragen am 4.1.1937, vom 24.4.1937; Zentralkomitee der KPD, Unsere Aufgabe in der jetzigen Situation, abgedr. in: Gestapa, an Staatspolizeistellen, vom 12.4.1937 (beide: BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 462, Bl. 110–112; R 58, Nr. 265, Bl. 86f.). Zu Peschke vgl. auch Buschak, Arbeit, S. 220. Vgl. ferner die Stellungnahmen von Erich Gentsch und Wilhelm Knöchel auf der »Berner Konferenz« der KPD, in: Gerhard Nitzsche, Berner Konferenz der KPD 1939. »Protokoll« der Diskussion, in: BzG, 26. Jg., 1984, H. 6, S. 761–778, S. 775f., S. 778; Diskussion auf der »Berner Konferenz« (Auszug), abgedr. in: Duhnke, KPD, S. 559–573, S. 570.

170 Vgl. z.B. das Flugblatt »Bergleute – Kameraden« von Anfang Juli 1942 (BA; RSHA IV, St. 3, Nr. 999, Bl. 57) sowie das Flugblatt »Bergleute an Rhein und Ruhr«, abgedr. in: Herlemann, Auf verlorenem Posten, S. 284f.

171 Vgl. zur Gruppe Franz Jacob, Anton Saefkow und Bernhard Bästlein, die als illegale operative Leitung der KPD im Jahr 1944 bezeichnet werden, das Dokument »Am Beginn der letzten Phase des Krieges«, abgedr. in: BzG, 21.Jg., 1979, H. 3, S. 402–425, hier S. 417, 420f.; Klaus Bästlein, »Hitlers Niederlage ist nicht unsere Niederlage, sondern unser Sieg!«, in: Beate Meyer/Joachim Szodrzynski (Hg.), Vom Zweifeln und Weitermachen. Fragmente der Hamburger KPD-Geschichte, Hamburg 1988, S. 44–86, S. 61f.; Die Rolle der Gewerkschaften im neuen Deutschland. Referate und Stellungnahmen der Arbeitskommission der KPD, Juni 1944, abgedr. in: Erler, Dokumente, S. 198–208.

und lokaler Ebene aus der Erfahrung geboren häufig bereits praktiziert wurde.[172] Am Konzept der möglichst breit gefaßten illegalen Arbeit wurde aber festgehalten.[173]

Diese Formen der »Massenarbeit« mit dem Ziel der »Durchbrechung der Illegalität« und der »Massenmobilisierung« scheiterten allerdings ebenfalls weitgehend aufgrund der häufigen Verhaftungen kommunistischer Funktionsträger, am Verfolgungsdruck des Regimes und an der Distanz der sozialdemokratischen und christlichen Arbeitnehmer gegenüber den Kooperationsangeboten von KPD und RGO.[174] Zugleich mangelte es an geeigneten Funktionären, behinderten interne Auseinandersetzungen um die Vorgehensweise die illegale Arbeit und folgten nach eigenem Urteil KPD- und RGO-Mitglieder auf lokaler Ebene oftmals nicht den taktischen Wendungen mit der gewünschten Flexibilität. Kommunistische Funktionäre waren den Verfolgerinstanzen häufig über Listen bekannt, die schon vor 1933 von der Polizei angelegt worden waren. KPD und RGO versuchten zwar, sich durch den Austausch der Funktionäre zwischen den Bezirken zu schützen. Doch fehlten ihren Funktionären dann neben der betrieblichen Verankerung die Kenntnisse und die Vertrautheit mit der lokalen Situation. Häufig begegneten die eingesessenen RGO- und KPD-Mitglieder diesen von der Organisationsführung zugewiesenen Funktionären auch skeptisch und zurückhaltend, wodurch die konspirative Arbeit und das Leben in der Illegalität erschwert wurden. Hinzu kam die dauernde Gefahr durch Denunziationen, Spitzel und Überläufer. Schließlich waren RGO und KPD besonders in den Großbetrieben aufgrund der Entlassungen vor und nach 1933 wenig verankert, so daß Zeitungen nur in den bekannten Zirkeln vertrieben werden konnten und ebenso wie Flugblätter und Klebezettel die Arbeitnehmer in den Betrieben oftmals nicht erreichten. Vorschläge und Vorgaben der illegalen Reichs- bzw. Landesleitung und der Auslandsleitung wurden dadurch nicht oder nur verzögert bekannt.[175] Auch die zahlreichen Arbeitsniederlegungen vor allem auf Baustellen in der ersten Hälfte der 1930er Jahre resultierten in der Regel aus spontanem Unmut der Beschäftigten und waren nicht das Ergebnis einer direkten Anleitung von RGO und KPD. An keiner Stelle entwickelten sich zudem aus den Arbeitsniederlegungen die geforderten »Massenstreiks« und »Streikbewegungen«.[176]

Parallel zur Tätigkeit der eigenen illegalen Organisationen sollten RGO- und KPD-Mitglieder in den NS-Organisationen NSBO und DAF gegen das Regime agitieren und dabei möglichst Funktionen innerhalb der NS-Organisationen übernehmen. Nachdem die offene Werbung für die kommunistischen Verbände z.B. auf Betriebsversammlungen oder DAF-Veranstaltungen im ersten Halbjahr 1933 an der geringen betrieblichen Präsenz von RGO-Mitgliedern einerseits und den Gegenmaßnahmen des Regimes schon im Ansatz stecken geblieben war, gewann die illegale Arbeit in der DAF und in den Vertrauensräten immer größere Bedeutung und wurde schließlich nach dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale und der »Brüsseler Konferenz« der KPD im August und Oktober 1935 zum zentralen Tätigkeitsbereich der illegalen Gruppen.[177] Die Unterwanderung gelang jedoch nur langsam und punktuell, zumal die NS-Organisationen von Anfang an Gegenmaßnahmen ergriffen.[178]

Diese Aktivitäten waren außerdem heftig umstritten. So ließen sich mögliche Erfolge einer Unterwanderung und der Forderungen nach verbesserten Lohn- und Arbeitsbedingungen, mit denen der Charakter des Regimes aufgedeckt und NSBO und DAF als Propagandainstrumente bloßgestellt werden sollten, schon aus Selbstschutz nicht offen zurechnen. Sozialdemokratische, christliche und selbst kommunistische Arbeitnehmer lehnten die Taktik der Entlarvung z.B. bei der Vorbereitung der Vertrauensratswahlen 1935 und 1936 rundum ab. Die KPD verkenne mit ihrer Taktik des »Trojanischen Pferdes«, so der Vorwurf der Sopade, den grundsätzlich anderen, neuen Charakter des NS-Regimes und halte an den alten Vorstellungen von betrieblichem Engagement fest. Diese Form verwische die klare Abgrenzung zum Regime. Die KPD kritisierte diese Einstellungen wiederum als formalistisch, da sie die durch die Aufrüstung hervorgerufenen, veränderten Arbeitsbedingungen und die zahlreichen Freiräume angesichts der Unzufriedenheit und schlechten Stimmung in den Betrieben nicht zur Auseinandersetzung mit dem NS-Regime nutzten.[179]

Die praktische Umsetzung der verdeckten Arbeit in DAF und Vertrauensräten kann heute kaum noch nachvollzogen werden. Kritisch wurde jedenfalls noch auf der »Berner Konferenz« der KPD 1939 angemerkt, daß die Arbeit in der DAF noch immer nur »schwach« ausgebildet sei und auch in den Betrieben nicht »die breite Aktionseinheit« aufgebaut werden konnte. Erneut wurde angesichts der Kriegsgefahr auf die Parole »langsamer arbeiten« als zentrale Losung in der Betriebsarbeit verwiesen.[180]

Ungeachtet der geringen Erfolge blieb die Taktik und die Arbeit in den Betrieben und NS-Organisationen bis Kriegsende die Hauptlinie der illegalen Arbeit. Sie besaß nach dem weitgehenden Scheitern der eigenen Organisationsversuche und der Einheitsfrontpolitik aber auch keine Alternative. Im Vordergrund standen während des Krieges angesichts der völlig veränderten Arbeitsbedingungen und der Terrormaßnahmen des Regimes die Informationsbeschaffung, das Aufrechthalten von Kontakten zu Vertrauensleuten und in der zweiten Kriegshälfte die Herstellung von Verbindungen zu Zwangsarbeitergruppen.

VIII. Die Auseinandersetzungen um die Vertrauensratswahlen

Die Vorbereitungen und die Durchführung der Vertrauensratswahlen stellten in den Jahren 1934 bis 1936 einen Kulminationspunkt des Engagements der illegalen gewerkschaftlichen Gruppen gegen das NS-Regime dar. Das Gesetz zur Ordnung der

172 Vgl. Bericht der RGO Ruhrgebiet vom 28.11.1933 (BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/9, Bl. 44–49), den Bericht des RGO-Bezirksleiters für das Ruhrgebiet Becker (Anm. 154) sowie die Anklageschriften und Urteile gegen führende RGO-Funktionäre in den westlichen Bezirken, u.a. gegen Willi Agatz (Nr. 17 J 44/34 // 2 H 2/34) vom 11.2.1935, Heinrich Schmitt (Nr. 9 J 657/35 // 1 H 58/36) vom 8.2. 1937 (Widerstand als Hochverrat, Microfiche-Ausgabe). Vgl. auch mit weiteren Prozeßaktenangaben Buschak, Arbeit, S. 220–229.

173 Vgl. Dok. 123, 124 sowie die Stellungnahmen zu den Vertrauensratswahlen, u.a.: Wählt Vertrauensräte der Arbeiter! Gegen die Hitlerdiktatur! [Januar/Februar 1936] (BA, RSHA IV, S. 3, Nr. 457/II, Bl. 174f.).

174 Vgl. zu den Vertrauensratswahlen Teil VIII der Einleitung sowie zur Kooperation von Freigewerkschaftern und Kommunisten in Wuppertal und den folgenden Massenprozessen 1934/35: Peukert, KPD, S. 236–239; Buschak, Arbeit, S. 226–228.

175 Vgl. Dok. 125, 126, Bericht Becker (Anm. 154), Anklagen und Urteile u.a. gegen Agatz und gegen Schmitt (Anm. 172), die Kritik auf der Sitzung des RGO-Reichskomitees am 24./25.8.1934, Protokoll (Anm. 164) sowie die Diskussionsbeiträge auf der »Brüsseler Konferenz« der KPD (Anm. 165).

176 Vgl. die Zusammenstellung bei Morsch, Streiks, über Dauer und Häufigkeit von Arbeitsniederlegungen. Selbst die Verfolgerinstanzen interpretierten Arbeitsniederlegungen zumeist als Unmut über konkrete Arbeitsbedingungen und nicht als Ergebnis einer gezielten RGO- oder KPD-Agitation.

177 Dok. 127, 128, 129 sowie Angaben in Anm. 164 und 165.

178 Vgl. z.B. den Bericht Becker (Anm. 154), die Anklagen und Urteile u.a. gegen Agatz und gegen Schmitt (Anm. 172) sowie Teil II der Einleitung.

179 Vgl. hierzu eingehend den folgenden Teil VIII der Einleitung.

180 Vgl. Dok. 129, Angaben zur »Berner Konferenz« der KPD 1939 (Anm. 169) und zu Versuchen der Einflußnahme bei den Bergarbeitern und bei der ITF Teil V und VI der Einleitung.

nationalen Arbeit (AOG) schrieb für alle Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten die Einrichtung eines Vertrauensrates vor, der jährlich gewählt werden sollte.[181] Die Vertrauensratswahlen lösten damit die im April 1933 ausgesetzten Betriebsrätewahlen ab. Faktisch stellten sie jedoch einen völligen Bruch mit dem bisherigen demokratischen Wahlverfahren dar. Künftig sollte der NSBO-Betriebszellenobmann gemeinsam mit dem Arbeitgeber eine von der Betriebsgröße abhängige Liste mit Vertrauensratsmitgliedern und Stellvertretern aufstellen, die die Belegschaften nur noch bestätigen durften. Formal besaßen die Beschäftigten weder Einfluß auf die Kandidatennominierung, noch waren konkurrierende Listen wie zu den Betriebsrätewahlen bis 1933 zugelassen. Die auf der Liste vorgeschlagenen Personen galten als gewählt, wenn sie mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhielten. Die darüber liegende genaue Stimmenzahl war ohne Bedeutung. Erhielten ein Kandidat oder die ganze Liste nicht die erforderliche Stimmenzahl, konnte die Liste dennoch vom Treuhänder der Arbeit eingesetzt werden. Nach- oder Neuwahlen sah das Gesetz nicht vor.

Die Vertrauensratswahlen zeichneten sich 1934 durch eine sehr kurze Vorbereitungszeit aus. Die Propagandaaktionen der DAF liefen erst spät an. In zahlreichen Fällen gelang es DAF und NSBO nicht einmal, eine eigene Liste aufzustellen, da der vom Gesetz vorgesehene NSBO-Betriebszellenobmann fehlte.[182] In den beiden folgenden Jahren standen die Vorbereitungen zu den Abstimmungen ganz im Zeichen der Propaganda für das Regime. Die DAF begann diesmal frühzeitig mit ihrem Werbefeldzug und drängte auf die politische Überprüfung der Kandidaten. Ihren Funktionärsapparat hatte die Arbeitsfront in der Zwischenzeit aufgebaut und erfüllte somit die formalen Voraussetzungen für die Aufstellung der Wahllisten. Nach der kurzfristigen Verschiebung der Vertrauenswahlen 1936 kamen die Diskussionen im Frühjahr 1937 nicht richtig in Gang. In der DAF-Presse nahmen die Vorbereitungen dieser Wahlen keinen besonderen Platz ein. Als sie erneut ausgesetzt und 1938 ganz aufgehoben wurden, maß ihnen auch die DAF keine besondere Bedeutung mehr zu.

Die gewerkschaftlichen Widerstandsgruppen konnten somit bei den Vertrauensratswahlen zwar auf einem ihnen bekannten Terrain agieren, mußten sich aber unter den Bedingungen der Illegalität an den neuen Rahmenbedingungen des AOG orientieren. Den Widerstandsgruppen bot sich die Gelegenheit, in den Belegschaften vorhandenen Unmut, Unzufriedenheit, Protest und Ablehnung von Teilen oder der gesamten Politik des NS-Regimes jeweils für ihre Strategien und Zielsetzungen zu aktivieren, den Charakter des Regimes aufzudecken, die NS-Organisationen wie die DAF und NSBO als Gehilfen und Deckmantel für eine Politik der Leistungssteigerung, Ausbeutung und Kriegsvorbereitung zu präsentieren und zugleich Positionen gegenüber den anderen Widerstandsgruppen zu besetzen.

1. Die Erwartungen der illegalen Gruppen

Die Einschätzungen der Vertrauensratswahlen durch die Widerstandsgruppen spiegeln das unterschiedliche Verständnis von Widerstandsaktivitäten während der NS-Zeit. Zunächst reagierten die Widerstandsgruppen auf die Ankündigung der Wahlen zurückhaltend. Erst Anfang April 1934, kurz vor der Aufstellung der Listen, mobilisierten sie verstärkt und publizierten Ratschläge zum Abstimmungsverhalten.[183] Dabei waren die Aussagen und Vorbereitungen zu den ersten Abstimmungen 1934 noch ganz von den Erfahrungen der bisherigen Betriebsrätewahlen geprägt.[184] Im Kontext der Kampagnen zu den Vertrauensratswahlen 1935 und 1936 engagierten sich die Widerstandsgruppen hingegen ebenso wie die DAF schon jeweils seit Jahresbeginn mit Flugblättern und Aufrufen, zumal sie den Abstimmungen nach den Erfahrungen des Jahres 1934 große politische Bedeutung beimaßen oder sie wie die KPD für ihre Taktik der illegalen Arbeit benutzen wollten. Nach der Absetzung der Wahlen 1936 sank auch bei den illegalen Gruppen das Interesse und erreichte im Vorfeld der geplanten Abstimmungen 1937 und 1938 nicht mehr die Intensität der Jahre 1935/36.

Dabei wichen die Abstimmungsempfehlungen der einzelnen Gruppen erheblich voneinander ab. Im Kern standen sich die Empfehlungen der meisten gewerkschaftlichen Gruppen und der Sopade und die der Kommunisten gegenüber. Dazwischen lagen die Positionen einiger kleiner sozialistischer Gruppierungen. Im Unterschied zu KPD und RGO forderten der Parteivorstand der Sopade, ISK und ITF die Arbeitnehmer auf, die Abstimmungen für das Regime zu »Mißtrauenswahlen« werden zu lassen und die Listen konsequent zu streichen. Falls dies nicht möglich war, sollten wenigstens die prononcierten Nationalsozialisten auf den Listen gestrichen werden. Unmißverständlich wurde jede angebotene oder eingeforderte Kandidatur auf den Vertrauensratswahllisten, die Arbeit in den Vertrauensräten und die Übernahme von Funktionen in der DAF als Selbst-Diskreditierung der betreffenden Arbeitnehmer, als sinnlose Tätigkeit angesichts der geringen Kompetenzen des Vertrauensrates und angesichts der Sanktionierung von nicht durch die DAF und den Arbeitgeber autorisierten Handlungen, schließlich als Verkennung und Aufwertung des Regimes bezeichnet. Auch den von der ADG empfohlenen Boykott der Abstimmungen lehnten ITF, ISK und Sopade ohne direkten Hinweis ebenso wie die gezielte Abgabe ungültiger Stimmzettel als falsches, weil wirkungsloses Verhalten ab, da das Gesamtergebnis und der Anteil der Nein- bzw. Ja-Stimmen allein aus der Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen berechnet wurde.[185]

Demgegenüber folgten die Aktivitäten von KPD und RGO 1934 der Perspektive vom »Aufbau unabhängiger Klassengewerkschaften«, während seit 1935 die »praktische Herbeiführung der Aktionseinheit zwischen Kommunisten, Sozialdemokraten, SAP-

181 Vgl. § 5 des AOG, in: RGBl., I., 1934, S. 45.

182 Vgl. z.B. den Bericht der Gestapo in Recklinghausen an das Gestapa Berlin vom 8.5.1934 (StA Münster, Oberpräsidium, Nr. 5030).

183 Vgl. z.B. das Flugblatt des ISK, »Mißtrauenswahlen! Streichen!«, vom April 1934 (BA, RSHA IV. P. St. 3, Nr. 475, Bl. 146); Walter [Ulbricht], Erkämpft die Wahl von Vertrauensleuten der Arbeiter! Macht die »Vertrauensrätewahlen« zum Massenkampf gegen das Arbeiterversklavungsgesetz!, in: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, 3. Jg., Nr. 25, vom 12.4.1934, S. 929 f. Die KPD gestand nach den ersten Ergebnissen ein, daß »innerhalb unserer Organisation eine ziemlich große Unterschätzung der Bedeutung dieser Wahlen vorhanden ist.« Landes-Leitung der KPD, Zusammenstellung von Ergebnissen, vom 25.4.1934 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/260, Bl. 99–103).

184 Dies drückte sich auch in der Begrifflichkeit aus. So wurde noch 1934 von Betriebsräten bzw. Betriebsvertrauensräten u. ä. gesprochen.

185 Vgl. Angaben in Anm. 183, für 1935 die Angaben in Dok. 126 Anm. 13 sowie: »An alle Seeleute und Binnenschiffer«, in: Die Schiffahrt. Organ des Gesamtverbandes der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer Deutschlands. Angeschlossen der ITF, Nr. 4, Februar 1936, S. 9 f.; Merkblatt zur Vertrauensrätewahl, April 1936, abgedr. in: Dok. 75; »Wie stehen wir zur Vertrauensrätewahl«, in: Sozialistische Aktion, Februar 1936; »Keine Stimme für den Vertrauensrat!«, in: Reinhart-Briefe, Februar 1936; »Vertrauensratswahlen«, in: ebd., Februar 1937. Zur ADG vgl. auch die Darstellung von Martin Fuchs [d.i. Paul Merker], Die Vertrauensrätewahlen und der Wiederaufbau der freien Gewerkschaften in Hitler-Deutschland, o.D. (Februar/März 1936) (BA, SAPMO, ZPA, I 2/708/140, Bl. 75–101). Das Ungültigmachen war die Empfehlung von RSD, KPO und SAP. Vgl. »Die SAP zu den Vertrauensratswahlen«, in: Neue Front. Hrsg. von der Auslandszentrale der SAP, Paris, 3. Jg., Nr. 8, Mitte April 1935.

Leuten, früheren Gewerkschaftlern, oppositionellen NSBO-Leuten« und der »Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften« im Mittelpunkt der Agitation standen.[186] Die Empfehlungen schlossen die Bereitschaft zur Übernahme von Vertrauensratsposten oder Funktionen in der DAF ausdrücklich mit ein, deren Kompetenzen die KPD für ihre Widerstandstätigkeit instrumentalisieren wollte.[187] Diese Position nahm als einzige freigewerkschaftliche Gruppierung auch der im Mai 1936 gegründete Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter ein, der 1937 und 1938 wie zuvor die KPD neue Vertrauensräte forderte.[188] Zu einer gemeinsamen Parole fanden die einzelnen Gruppen trotz gegenseitiger Bekundungen aber nicht.

2. Ergebnisse

Die Umsetzung der Empfehlungen durch die betrieblichen Widerstandsgruppen läßt sich anhand der Quellen nur begrenzt nachvollziehen, da über den Ablauf der Kandidatenfindung und -aufstellung nur wenige Unterlagen vorliegen. Unklar ist beispielsweise, in welchem Umfang die Broschüren und Klebezettel trotz teilweise immenser Auflagen bis zu den Beschäftigten gelangten.[189] Diskussionen über die Kandidaten für die Vertrauensratswahlen sind kaum überliefert. Informationen über DAF-Betriebsversammlungen, wie sie noch für 1933 vorhanden sind, liegen nur in knapper Form vor.[190] Insgesamt waren die Listen aber schon 1934 stärker als die bisherigen Betriebsvertretungen mit Nationalsozialisten besetzt. Sogenannte »unpolitische« Kandidaten, ehemalige Gewerkschafter oder Betriebsräte wurden von den Arbeitgebern nur in seltenen Fällen auf die Listen gehoben.[191] Die Kommunisten räumten ihrem Ziel, eigene Kandidaten auf den Abstimmungslisten durchzusetzen, selbst nur geringe Chancen ein, da die Unternehmen sich solchen Forderungen vehement widersetzten. 1935 sei dies nur in wenigen Fällen bei gemeinsamen Aktivitäten mit Sozialdemokraten und Freigewerkschaftern möglich gewesen. Die vom Zentralkomitee der KPD 1935 vorgegebene Linie, mit Sozialdemokraten und Freigewerkschaftern besondere

186 Vgl. An alle Bezirkskomitees und Industriegruppen-Leitungen. Reaktionäres Arbeitsgesetz und Wahl der Unternehmervertrauensleute, o.D. (Anfang April 1934) (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 302, Bl. 190–196). Für 1935/36 vgl. Angaben in Dok. 126 Anm. 8 sowie ZK der KPD, Aufruf der KPD zu den Vertrauensrätewahlen, in: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, 5. Jg., Nr. 4, vom 23.1.1936, S. 163f. Der Aufruf wurde mit der Überschrift »Wählt Vertrauensräte der Arbeiter! Gegen die Hitlerdiktatur!« in hoher Auflage als Flugblatt gedruckt (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 457/ II, Bl. 174f.). Zu den Reaktionen vgl. u.a.: 23. Rheinland-Westfalen [Grenzsekretariat der Sopade], Über die Vorbereitungen zur Vertrauensrätewahl, Bericht Januar 1936, S. 34f. (AdsD, PV Emigration Sopade, Nr. 38) sowie die Erklärungen von ITF, ISK und Sopade 1935/36 (Anm. 185).

187 Ebd. sowie z.B. »Vertrauensrätewahlen 1935!« (Flugblatt); »An alle BVG-Kollegen« (Flugblatt, Anfang April 1935) (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 459/II, Bl. 183; Nr. 670, Bl. 88); Fuchs [Merker], Vertrauensrätewahlen (Anm. 185).

188 Vgl. »Her mit den Vertrauensratswahlen«, in: Der Saarbergmann. Schulungsblatt der DAF für den Saarbergbau [Tarnschrift], o.D. [April 1937], S. 3 f. (IISG, Saarcollection, Nr. 19); »Ersatz für die Vertrauensratswahl«, in: Bergarbeiter-Zeitung. Zeitung der deutschen Bergleute, 45. Jg., April 1938. Vgl. auch die Diskussionen auf der Gründungskonferenz des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands im Mai 1936 (Dok. 92).

189 Vgl. zu einzelnen Flugblättern und Klebezetteln die Hinweise der Staatspolizeistellen zu Ort und Anzahl der gefundenen Exemplare, z.B. Klebezettel zur Vertrauensratswahl 1935 bei Schering und Kahlbaum AG oder bei Zeiss-Ikon in Berlin, in: Polizeipräsident/Staatspolizeistelle Berlin, Tagesbericht, vom 30.4.1935 (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 669, Bl. 37–40), sowie die Kritik in den Erklärungen von ITF, ISK und Sopade 1935/36 (Anm. 185).

190 Vgl. z.B. die Betriebsberichte in: Sopade, DB, April 1935, A 22–25; Die Wahl des Vertrauensrates in einem Großbetrieb im Ruhrgebiet (Betriebsbericht von einem Genossen aus einer Betriebszelle) vom 8.7.1935 (BA, SAPMO, ZPA, I 3/18–19/68, Bl. 101f.). Bei dem Betrieb handelte es sich um die Essener Straßenbahn.

191 Vgl. aber den Bericht in: Sopade, DB, April 1935, A 26.

»Wahlkomitees« einzurichten, kam nach eigenem Eingeständnis ebenfalls nicht zustande.[192] Zum einen mußten die KPD- und RGO-Führungen feststellen, daß die Forderung nach gemeinsamen Aktionen unter der Parole »Wiederaufbau der freien Gewerkschaften« von den eigenen Mitgliedern in den Betrieben unterlaufen oder nicht in der vorgeschlagenen Form realisiert wurde.[193] Zum anderen lehnten in den Betrieben z.B. Vertrauensleute von ITF und Sopade nach Angaben von Kommunisten die Zusammenarbeit grundsätzlich ab.[194]

Sowohl die illegalen Gruppen als auch die DAF und die staatlichen Instanzen stellten die Resultate der Vertrauensratswahlen 1934 und 1935 jeweils als ihren Erfolg dar. Während die Widerstandsorganisationen angaben, daß ein hoher, jedoch nicht quantifizierbarer Anteil der Streichungen auf politische Einflüsse zurückzuführen sei, spielten politische Gründe für das Abstimmungsverhalten nach Einschätzung der Gestapo und der Regierungsbehörden nur in Einzelfällen eine Rolle, so z.B. in Betrieben mit einem bis 1933 hohen Organisationsgrad der christlichen und freien Gewerkschaften.[195] Generalisierende Aussagen sind jedoch angesichts der regionalen, lokalen und Branchenunterschiede nur sehr eingeschränkt möglich. Ablehnungen aus politischen Gründen manifestierten sich danach am deutlichsten in der Streichung der gesamten Liste sowie in gezielten Einzelstreichungen profilierter Nationalsozialisten, z.B. des NSBO- oder DAF-Betriebsobmanns.[196] Die KPD bemerkte dabei 1935 in den westlichen Bezirken, daß die Parole der gewerkschaftlichen Gruppen und der Sopade, die Listen konsequent zu streichen, bei den Beschäftigten am besten angekommen sei.[197] Ihre Empfehlungen für die illegale Arbeit und die Haltung zur DAF änderten die illegalen freigewerkschaftlichen Gruppen aufgrund der Erfahrungen mit den Vertrauensratswahlen nicht. Nur die KPD wandelte ihre Taktik unter dem Eindruck der massiven Verfolgungsmaßnahmen, des Zerfalls der Organisationen und der Isolierung von den anderen Gruppierungen, ohne allerdings durchgreifenden Erfolg zu erzielen.

192 Vgl. »Betr. Stellungnahme der Betriebsarbeiterschaft zum Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit und den Betriebsvertrauensrätewahlen« vom 8.5.1934 (BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/11, Bl. 161f.) sowie Dok. 126. Die KPD betonte immer wieder Fälle, in denen taktisch richtig nicht zur Streichung der Listen aufgerufen, sondern die Aufstellung wenigstens einzelner »klassenbewußter« Arbeiter durchgesetzt worden sei. Vgl. Zellenzeitung der Rote Wedding. Organ der KPD, Nr. 2, Berlin Ende Februar 1936 (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 219, Bl. 206–209).

193 Vgl. Dok. 126; Fuchs [Merker], Vertrauensrätewahlen (Anm. 185). In anderen Fällen wurde direkt die Streichung der Liste ohne vorherigen Versuch, eigene Kandidaten aufzustellen, propagiert. Vgl. Margot Pikarski/Günter Uebel (Hg.), Die KPD lebt. Flugblätter aus dem antifaschistischen Widerstandskampf der KPD 1933–1945, Berlin 1980, S. 139.

194 Vgl. z.B. Hinweise in Dok. 126 und »Die Vertrauensratswahlkampagne in Bremen«, vom 26.5.1936 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/336, Bl. 209–210). Die Sopade berichtete auch von starkem Desinteresse der Beschäftigten. DB, April 1935, insb. A 23.

195 Zu Einzelergebnissen vgl. Dok. 126 sowie andere Sopade- und KPD-Berichte, z.B.: Sopade, DB, April 1935, A 26–35f.; Mai 1935, A 17–22, A 42 a-c; Landes-Leitung der KPD, Zusammenstellung (Anm. 183); »Betr. Situationsbericht Westdeutschland«, vom 2.5.1935; »Resultate der Vertrauensrätewahlen 1935« (BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/327, B. 36–38, 82–90). Zu den Angaben der staatlichen Instanzen und der Gestapo vgl. die Berichte der Staatspolizeistellen Bielefeld, Dortmund, Recklinghausen für die Regierungsbezirke Minden, Arnsberg und Münster April/Mai 1934 und 1935 (Vorgänge in: StA Münster, Oberpräsidium, Nr. 5030).

196 Es ist nachträglich nicht zu klären, ob Einzelstreichungen, ungültige Stimmzettel oder Nichtteilnahme an der Abstimmung politische oder persönliche Hintergründe besaßen. Teilweise wurde das Auszählverfahren nicht beachtet, so daß angeblich gezielt ungültig gestimmt wurde, obwohl diese Stimmen bei der Auszählung nicht berücksichtigt wurden. Sopade, DB, April 1935, A 34.

197 Vgl. Die Wahl des Vertrauensrates in einem Großbetrieb (Anm. 190), »Betr. Situationsbericht Westdeutschland« (Anm. 195), Dok. 126.

IX. Politische und ökonomische Rahmenbedingungen für gewerkschaftliche Emigrantengruppen

Die in die Edition aufgenommenen Dokumente über Emigrantengruppen in Frankreich, in der Schweiz, in den USA, in Großbritannien und Schweden lassen sowohl hinsichtlich ihrer organisatorischen als auch ihrer programmatischen Neuordnungsvorstellungen, ihrer Kontakte zu den illegalen Gruppen usw. wesentliche Unterschiede zwischen den Emigrantengruppen erkennen. Gründe hierfür liegen nicht nur in der Zusammensetzung und der politischen Ausrichtung dieser Gruppen, sondern auch in den sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen, die die Arbeit der Gruppen beeinflußten. So hing die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Emigrantengruppen nicht zuletzt von der Aufnahmebereitschaft und den Arbeitsmöglichkeiten im Gastland, von der Möglichkeit zu politischer Betätigung, von dem Verhältnis der Emigranten zur Arbeiterbewegung des Gastlandes und zu den Organisationen der internationalen Arbeiterbewegung, insbesondere dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) und den Internationalen Berufssekretariaten (IBS), und nicht zuletzt auch von den Kontakten der Emigranten untereinander ab.

Die folgende Skizze kann kein differenziertes Bild dieser unterschiedlichen Rahmenbedingungen nachzeichnen, zumal diese auch zeitlich erheblichen Veränderungen unterlagen. Erwähnt sei hier lediglich die rapide Verschlechterung in Frankreich nach der deutschen Besetzung; sie wirkte sich auch sehr negativ auf das unbesetzte Frankreich aus, da das Vichy-Regime deutschem Druck auf die Emigranten in zahlreichen Fällen allzu bereitwillig nachgab. In der Schweiz wiesen die Rahmenbedingungen auch regional deutliche Unterschiede auf. So differierte die Aufnahmebereitschaft und Duldung deutscher politischer Flüchtlinge, d.h. auch der Gewerkschaftsemigranten, zwischen den verschiedenen Kantonen je nach politischer Zusammensetzung ihrer Regierung, ihrer Justiz und Polizeibehörden erheblich. Während die verantwortlichen Politiker und Beamten des Kantons Thurgau eine »konsequent flüchtlingsfeindliche« Politik verfolgten, betrieben die Kantone St. Gallen und Zürich unter der Verantwortung sozialdemokratischer Polizeidirektoren und Politiker eine deutlich liberalere Flüchtlings- und Asylpolitik.[198]

Asylrecht und Aufnahmebereitschaft der ›Gastländer‹ erwiesen sich für die politischen Flüchtlinge und die Gewerkschaftsemigranten als wenig gastfreundlich. Mit Ausnahme der CSR – wovon die ADG und die übrigen Gewerkschaftsgruppen, die sich nach 1933 in der CSR niedergelassen hatten, profitierten – »hat kein Staat Veranlassung, sein Verhalten gegenüber den politischen und ›nicht-arischen‹ deutschsprachigen Flüchtlingen mit Stolz oder Selbstzufriedenheit zu betrachten.«[199]

Die Angst vor Überfremdung, starke antikommunistische Grundeinstellungen und ökonomische Erwägungen führten in der Regel zu einer restriktiven Auslegung asylrechtlicher Bestimmungen. Dies gilt besonders für die **Schweiz**, wo der Antikommunismus ›großzügigerweise‹ nicht selten sozialdemokratische Gewerkschafter und Politiker einschloß[200] und wo in der Praxis, trotz einzelner Ausnahmen, ein Arbeitsverbot und ein striktes politisches Betätigungsverbot existierten. Mit wachsendem Druck des NS-Regimes auf die Schweiz schwand nicht nur bei den Behörden, sondern auch bei den Gewerkschaften die Bereitschaft, die illegalen Kontakte deutscher Emigranten, die dem politischen Betätigungsverbot widersprachen, stillschweigend zu

198 Vgl. Wichers, Deutsche Sozialisten, S. 55ff. Eine ähnliche abweisende Politik verfolgten auch die Kantone Bern, Graubünden und der Aargau.
199 Müssener, Exil, S. 77.
200 Vgl. Dok. 139 Anm. 2; Wichers, Deutsche Sozialisten, S. 49.

dulden. »Unter Androhung des Unterstützungsentzuges« wurde den gewerkschaftlichen Emigranten »die Pflege von Beziehungen zum Heimatlande auf das strengste untersagt.«[201] Enttäuscht stellte Valentin Baur 1938 fest: »Wir müssen uns also auch gegen unsere Gesinnungsfreunde abdecken und illegal werden nach jeder Richtung. Denn wegen der Kurzsichtigkeit und Ängstlichkeit dieser Leute können wir doch unsere Mission nicht vernachlässigen.«[202] Verstöße gegen das politische Betätigungsverbot wurden in einigen Fällen mit dem Entzug der Flüchtlingshilfe bestraft.[203]

Dem standen auf der Habenseite lediglich die Bemühungen der Schweizer Sozialdemokraten und Kommunisten und deren Hilfsorganisationen – schweizerische Flüchtlingshilfe, Rote Hilfe Schweiz – entgegen, den politischen und gewerkschaftlichen Flüchtlingen finanzielle Unterstützung zu gewähren, sie in dem Bestreben, eine der seltenen Arbeitsbewilligungen zu erhalten, zu unterstützen, oder ihre Weiterreise in ein anderes Land zu organisieren.

Obwohl auch in **Frankreich** die Arbeitsgenehmigungen »strengen Richtlinien« von seiten der Regierung unterlagen[204], zumal die Weltwirtschaftskrise sich in Frankreich erst 1934/35 »voll auswirkte«, konnten zumindest in der Provinz zahlreiche Emigranten – zwar selten im erlernten Beruf und nicht immer legal – eine Beschäftigung finden, sich in den französischen Gewerkschaften organisieren und »im Gegensatz zu fast allen anderen europäischen Ländern« ihre politischen und gewerkschaftlichen Betätigungen »weitgehend öffentlich« entfalten.[205] Eine Feststellung, die besonders für die Regierungszeit der französischen Volksfront (1936–1938) gilt, während nach der Besetzung Frankreichs sich die Rahmenbedingungen extrem verschlechterten.

Nahezu umgekehrt dazu entwickelten sich die Aufenthaltsbedingungen für Gewerkschaftsemigranten in **Großbritannien**. Zu Anfang spielten humanitäre Überlegungen in der Asylpolitik kaum eine Rolle. Angst vor Überfremdung, der Niedergang des britischen Empires, die auf Ausgleich der Interessen in Europa ausgerichtete Appeasement-Politik, ökonomische Probleme in traditionellen britischen Industriezweigen wie Kohlenbergbau, Textilindustrie und Schiffbau, steigende Massenarbeitslosigkeit (1932 drei Millionen), die bis 1941 durch die Kriegswirtschaft abgebaut wurde, führten auch in Großbritannien zunächst zu einer restriktiven Asylpolitik. Chancen, nach Großbritannien zu emigrieren, besaßen bis 1938 nur finanziell unabhängige Emigranten, die kein Sicherheitsrisiko darstellten, und Frauen, die bereit waren, als Haushaltsgehilfinnen zu arbeiten. Emigranten konnten nur dann eine Arbeitserlaubnis erhalten, wenn für den Arbeitsplatz keine arbeitsfähige britische Person zur Verfügung stand.

Erst nach der Reichspogromnacht und der Besetzung von Böhmen und Mähren verbesserten sich die Chancen für politische und gewerkschaftliche Flüchtlinge, nach Großbritannien zu emigrieren.

Die Arbeit der gewerkschaftlichen Emigranten wurde jedoch durch den Kriegsbeginn und die Internierung fast aller politischen und gewerkschaftlichen Flüchtlinge – einige wurden sogar in Lager nach Kanada und Australien transportiert – und den sich seit 1940 ausbreitenden Vansittartismus behindert. Der Vansittartismus, der auch im TUC, in der Labour Party und unter deutschen politischen und gewerkschaftlichen Emigranten[206] Anhänger fand, war eine Bewegung, die den Nationalsozialismus auf den deutschen Nationalcharakter zurückführte, die These von der Kollektivschuld des

201 Zitiert nach Wichers, Deutsche Sozialisten, S. 254.
202 Dok. 137, dort auch Anm. 4; vgl. ferner Wichers, Deutsche Sozialisten, S. 253f.
203 Vgl. den Fall Paul Müller in Wichers, Deutsche Sozialisten, S. 254.
204 Vgl. Langkau-Alex, Volksfront, S. 46.
205 Ebd. S. 49.
206 Vgl. Dok. 223 Anm. 7; ferner Röder, Exilgruppen, S. 146ff., 159ff.

deutschen Volkes vertrat, die Existenz eines »anderen Deutschland« verneinte und den Anspruch der politischen und gewerkschaftlichen Emigranten, die legitimen Vertreter der illegalen Widerstandsgruppen in Deutschland zu sein, zurückwies.

Wesentlich für die Arbeit der Landesgruppe und für ihre Bedeutung im Vergleich zu den übrigen gewerkschaftlichen Emigrantengruppen und hinsichtlich des Gewerkschaftsaufbaus nach 1945 wurden ihre intensiven Kontakte zum Führungskreis des TUC und der Labour Party, die in ihrer Mehrheit die Arbeit der Landesgruppe unterstützten und, wie zu zeigen sein wird, zumindest die organisatorischen Neuordnungsvorstellungen nicht unwesentlich beeinflußten. Positiv wirkte sich für die Landesgruppe ferner aus, daß der IGB im Mai/Juni 1940 sein Hauptquartier von Paris nach London verlegte, die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien finanziell unterstützte und zu ihrer Anerkennung in der internationalen Gewerkschaftsbewegung beitrug.

Ähnlich wie in Großbritannien entwickelten sich die Rahmenbedingungen für die politischen Flüchtlinge in **Schweden**. Paß- und Visafragen, die in den Händen des Außenministeriums lagen, Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen, die die Sozialbehörde erteilte, eine starke Position der Provinzialbehörden bzw. der lokalen Polizei, die über die Einreise eines Ausländers ziemlich selbstherrlich entscheiden konnten, erwiesen sich für viele politische und gewerkschaftliche Flüchtlinge als schwer zu überwindende Hindernisse, obwohl die schwedische Einwanderungspolitik politischen Flüchtlingen »in allgemeinen Worten ein Asylrecht zubilligt[e]«.[207] Die restriktive Einwanderungsgesetzgebung, deren Hauptmotive der Schutz des heimischen Arbeitsmarktes, der Schutz vor Überfremdung und die Erhaltung der »Rassenreinheit«[208] waren, traf Juden und Osteuropäer erheblich stärker als politische und gewerkschaftliche Flüchtlinge. Hatten die politischen Flüchtlinge die genannten Hürden überwunden, dann trugen die zahlreichen Flüchtlingshilfsorganisationen, insbesondere aus den Kreisen der Arbeiterbewegung[209], die begrenzten Arbeitsmöglichkeiten, die schrittweise Aufhebung der Beschränkung politischer Tätigkeit und die Legitimierung und Unterstützung der Arbeit der Gewerkschaftsemigranten durch die Landesorganisationen ab 1942 zu Rahmenbedingungen bei, die es den Gewerkschaftsemigranten ermöglichten, eine Landesgruppe mit festen Organisationsstrukturen aufzubauen und in Arbeitskreisen und Diskussionszirkeln eine Neuordnungskonzeption für ein post-faschistisches Deutschland zu erarbeiten.

Im Unterschied zu Großbritannien fehlte der Landesgruppe zwar die räumliche Nähe zum IGB und zu den Internationalen Berufssekretariaten. Eine Reihe der Gewerkschaftsemigranten hatte jedoch vor 1933 Erfahrungen in internationalen Gewerkschaftsorganisationen sammeln können[210] – Erfahrungen und Kontakte, die auch in der Emigration z.T. aufrechterhalten werden konnten, so daß die Neuordnungsdebatte der Landesgruppe in Schweden keineswegs ohne Kenntnis der Diskussion in der internationalen Gewerkschaftsbewegung geführt wurde.

Die **Vereinigten Staaten** wurden erst spät als Einwanderungsland ›entdeckt‹. Das lag zum einen wohl an der restriktiven Einwanderungspolitik, die sich sehr schwer tat, für politisch, religiös und rassisch Verfolgte die Einwanderungsquote zu erhöhen. Erst nach der Besetzung zahlreicher europäischer Staaten – Benelux-Länder, Dänemark, Norwegen, Frankreich – wurden vorübergehend die rigiden Beschränkungen mit Hilfe des Emergency Visa Program aufgeweicht. Diese Politik der Regierung Roosevelt

207 Müssener, Exil, S. 61.
208 Ebd., S. 411.
209 Ebd., S. 77f.
210 So Tarnow, Krebs, Kwasnik.

wurde jedoch z.T. durch US-Konsuln unterlaufen. Zudem hat sicherlich auch die allgemeine Deutschfeindlichkeit in den USA und der ausgeprägte Antikommunismus – der Vorwurf, Kommunist zu sein, traf nicht selten auch Linksliberale und demokratische Sozialisten – sowie die Tatsache, daß »ein beträchtlicher Teil der deutsch-amerikanischen Organisationen, von den kulturellen bis hin zu den gewerkschaftlichen (...) deutsch-national bis national-sozialistisch gesinnt« waren[211], die Aufnahmebereitschaft für politische Flüchtlinge negativ beeinflußt.

Wenn vergleichsweise wenige Gewerkschaftsemigranten Asyl in den USA suchten, dann lag dies jedoch stärker als an den oben genannten Gründen an der geographischen und kulturellen Distanz, den Schwierigkeiten, die hohen Reisekosten aufzubringen, Schwierigkeiten, die von einfachen Gewerkschaftsmitgliedern ohne Unterstützung von Hilfsorganisationen nicht zu lösen waren. Die Tatsache, daß die USA für Gewerkschaftsemigranten ›zweite Wahl‹ blieben, ist auch dahingehend zu erklären, daß es zwischen den US-Gewerkschaften und den deutschen Gewerkschaften vor 1933 nur wenige Kontakte gab, da sich die amerikanischen Gewerkschaften bis zu diesem Zeitpunkt nur vereinzelt den internationalen Gewerkschaftsorganisationen angeschlossen hatten.

Waren die Einwanderungsschwierigkeiten erst überwunden, dann boten die USA trotz aller Restriktionen dank der zahlreichen Unterstützungskomitees und der Möglichkeiten, einen Arbeitsplatz zu finden und sich politisch zu betätigen – trotz Reise- und Redebeschränkungen für »feindliche Ausländer« nach dem Kriegseintritt der USA[212] –, kaum schlechtere Rahmenbedingungen als Großbritannien und Schweden für den Aufbau politischer und gewerkschaftlicher Gruppen und für eine Neuordnungsdebatte. Daß die Ergebnisse der Neuordnungsdebatte in den USA weit hinter denen der Landesgruppen in Großbritannien und Schweden zurückblieben, lag weniger an den politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen als an den Differenzen zwischen den politischen und gewerkschaftlichen Emigrantengruppen. Der Frage, ob und inwieweit die unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den erwähnten Gastländern und die unterschiedlichen Einstellungen internationaler Gewerkschaftsorganisationen zu den Emigrantengruppen die Gründung, Entwicklung, Struktur und Politik der gewerkschaftlichen Emigrantenorganisationen beeinflußten, soll in den folgenden Kapiteln nachgegangen werden.

X. Gewerkschaftsgruppen in der Emigration

1. Die Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften (ADG)

Die ADG ist weit weniger als die Illegale Reichsleitung Gegenstand wissenschaftlicher Kontroversen. Umstritten ist insbesondere die Repräsentativität und die Bedeutung der ADG.[213] In der Literatur wird zwar auf die Verbindung der ADG zum Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) und zu einzelnen Internationalen Berufssekretariaten (IBS) eingegangen und die entschiedene Ablehnung, die die ADG durch andere Berufssekretariate (z.B. ITF, Internationale Vereinigung der Textilarbeiter) erfuhr, hervorgehoben. In der Einschätzung dieses Konflikts blieb bisher jedoch unberücksichtigt, daß der Konkurrenzkampf zwischen IGB und dem Gros der Berufs-

211 Walter F. Peterson, Das Umfeld: Die Vereinigten Staaten und die deutschen Emigranten, in: Langkau-Alex, Council, S. 59.
212 Ebd, S. 60.
213 In dieser Frage stehen sich wie bei der Illegalen Reichsleitung als Exponenten G. Beier und W. Buschak gegenüber; vgl. ferner Ross, Gewerkschaften, S. 120ff.; Klein, Vereint, S. 95ff.

sekretariate lediglich einen Teilaspekt der langjährigen Auseinandersetzung zwischen IGB und IBS um die Struktur der internationalen Gewerkschaftsbewegung darstellte. Plänen des IGB, die Autonomie der Branchen-Internationalen einzuschränken, standen bereits in den 1920er Jahren Vorschläge einzelner Berufssekretariate – insbesondere der ITF – gegenüber, durch einen Umbau des IGB die nationalen Mitgliedsorganisationen (Dachverbände) als Basis des Internationalen Gewerkschaftsbundes durch die Berufssekretariate zu ersetzen, d.h. die Internationalen Berufssekretariate zu den zentralen Akteuren der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu machen.[214]

a) Gründung der ADG

Der Anstoß zur Gründung einer Auslandszentrale der illegalen Gewerkschaftsgruppen ging von Heinrich Schliestedt aus[215], der in einem ausführlichen Memorandum an den IGB für deren Etablierung eintrat und den Internationalen Gewerkschaftsbund aufforderte, die deutschen Gewerkschafter innerhalb und außerhalb Deutschlands stärker zu unterstützen. »Um einer Auslandsstelle der deutschen Gewerkschaften von vornherein auch die notwendige psychologische Basis zu geben«, plädierte Schliestedt dafür, eine derartige Stelle nur in Zusammenarbeit mit den »führenden Genossen in Deutschland« – gemeint war die Illegale Reichsleitung – einzurichten. Dies sei um so wichtiger, als die »wichtigste Arbeit in Deutschland« geleistet werden müsse, nämlich das System zu unterhöhlen und die Vorbereitungen zu treffen, bei einem Zusammenbruch die notwendige Basis zu einem durchdachten Neuaufbau zu haben.[216] Es sei zwar »notwendig, die gewerkschaftliche Arbeit für Deutschland zusammenzufassen in einer zentralen Stelle im Ausland«, es sei jedoch »unmöglich, von draußen die Arbeit regeln, kommandieren, vielleicht sogar die Formen vorschreiben zu wollen«; Schliestedt plädierte für eine »Sammelstelle zum Gedankenaustausch« und zur Beratung der Illegalen Reichsleitung.[217]

Zur Begründung der Auslandsstelle und als ihre Aufgaben nannte Schliestedt die »planmäßigere Versorgung der Spitze in Deutschland mit Nachrichtenmaterial aus dem Ausland«, die finanzielle Unterstützung der illegalen Gewerkschaftsgruppen und die Schaffung einer gewerkschaftlichen Publikation, die kein Diskussionsorgan sein, sondern die Funktion haben sollte, der »Sammlung der Genossen« in Deutschland zu dienen.[218] Die Pläne Schliestedts stießen, wie die Diskussionen im Internationalen Bund der Privatangestellten und im Koordinations-Komitee von IGB und Internationalen Berufssekretariaten zeigten, zum Teil auf heftigen Widerstand. So lehnte ein illegaler Vertreter der Privatangestellten eine zentrale Stelle für die Gewerkschaftsemigranten als Ausdruck von »Zentralisation und Bürokratismus« ab und betonte den »besseren Kontakt« zu den illegalen Kreisen in Deutschland, den die Internationalen Berufssekretariate im Gegensatz zum IGB hätten und forderte diesen auf, die Kontakte der Berufssekretariate zu den illegalen Gruppen in Deutschland zu unterstützen.[219]

214 Vgl. Peter Rütters, Chancen internationaler Gewerkschaftspolitik. Struktur und Einfluß der Internationalen Union der Lebens- und Genußmittelarbeiter-Gewerkschaften (1945–1985), Köln 1989, S. 23f.; vgl. demnächst Sigrid Koch-Baumgarten, Konstitutionsbedingungen und Funktionsmechanismen gewerkschaftlichen Internationalismus am Beispiel der Internationalen Transportarbeiterföderation 1896–1996, Berlin 1999.

215 Nach Schliestedts eigener Darstellung ging die Initiative von der Illegalen Reichsleitung aus; vgl. Beier, Reichsleitung, S. 45.

216 Dok. 20.

217 Ebd.

218 Ebd.

219 Dok. 24.

Im Koordinations-Komitee wurden Schliestedts Pläne, vermutlich von Fimmen (ITF) und Shaw (IVT), als »reine Phantasie« abqualifiziert und für einen Neuanfang »ganz von unten« plädiert.[220] Pläne der ITF, ein eigenes Koordinationsorgan unter Führung der Internationalen Berufssekretariate einzurichten, scheiterten zum einen an der Haltung der Bergarbeiter- und der Metallarbeiter-Internationale, die nach Darstellung von Schliestedt eine Beteiligung strikt ablehnten[221], und zum anderen an Berufssekretariaten wie den Bekleidungs- und Fabrikarbeitern, die mit dem IGB in dieser Frage loyal zusammenarbeiten wollten. Die schroffe Ablehnung einzelner Internationaler Berufssekretariate läßt sich nicht nur mit ihrer »ausgeprägten Autonomietradition«[222] erklären, sondern ist auch wesentlich darauf zurückzuführen, daß Schliestedt bei der Planung der ADG die Internationalen Berufssekretariate bewußt vor vollendete Tatsachen gestellt hatte.[223] Denn die Reichenberger Konferenz (26./27. Juli 1935), auf der die ADG gegründet wurde, war zwar mit dem IGB und Vertretern der Sopade abgestimmt, das Gros der IBS war jedoch nicht oder völlig unzureichend über die Pläne Schliestedts informiert worden.

Alle Teilnehmer der Reichenberger Konferenz, ob Emigranten oder Vertreter der Illegalen aus dem Reich, gehörten, soweit bisher identifizierbar, den Freien Gewerkschaften bzw. der sozialdemokratisch/sozialistisch orientierten internationalen Gewerkschaftsbewegung (IGB) an.[224] Christliche oder liberale Gewerkschafter waren nicht vertreten. Das gleiche gilt für die sozialistischen Splittergruppen und kommunistische Gewerkschafter.[225] Selbst gegenüber Siegfried Aufhäuser, Vertreter der Revolutionären Sozialisten, der im Auftrag von Wim Spiekman als Vertreter des Internationalen Bundes der Privatangestellten an der Konferenz teilnahm, bestand eine eher ablehnende Haltung der übrigen Anwesenden. Das heißt, die Teilnehmer der Reichenberger Konferenz repräsentierten nur einen Teil der in Deutschland aktiven illegalen Gewerkschaftsgruppen. Die Behauptung Schliestedts, an der Konferenz hätten Vertreter aller in Deutschland aktiven Gewerkschafter teilgenommen, läßt sich selbst für die ehemaligen Freien Gewerkschaften nur dann rechtfertigen, wenn die vier Vertreter aus dem Deutschen Reich nicht als Repräsentanten von illegalen Einzelgewerkschaftsgruppen, sondern als Vertreter der Illegalen Reichsleitung angesehen werden.[226] Die Reichenberger Konferenz stellte dennoch den ersten ernsthaften Versuch dar, zwei Jahre nach der Machtergreifung ein Sprachrohr für die von der Illegalen Reichsleitung erfaßten Gewerkschaftsgruppen zu bilden.[227]

Die von der Reichenberger Konferenz gebilligten Leitsätze folgten im wesentlichen den von Schliestedt entwickelten Vorstellungen. Sie formulierten als Aufgabe der

220 Dok. 25.

221 Vgl. ebd. Anm. 8; zur Position des Internationalen Bergarbeiterverbandes vgl. Kap. IV Dok. 91ff.; vgl ferner zur illegalen Gewerkschaftsarbeit des IBV in Deutschland Peter Rütters, Der Internationale Bergarbeiterverband 1890 bis 1993. Entwicklung und Politik, Köln 1995, S. 62ff.

222 Vgl. Rütters, Chancen, S. 23.

223 Vgl. Dok. 26.

224 Teilnehmer, die die Illegale Reichsleitung vertraten, waren Albin Karl für die illegal arbeitenden Gruppen des Verbandes der Fabrikarbeiter, Cäsar Thierfelder für die Mitglieder des ehemaligen Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes, Hermann Scheffler für den Deutschen Holzarbeiterverband und vermutlich Martin Krebs für die Glas- und Keramarbeiter. Vgl. z.B. Dok. 33, 34 Anm. 23. Nach einem Bericht von H. Schlimme vom 4.9.1945, »Bericht über illegale Gewerkschaftsarbeit in der Zeit seit 1933«, gehörte Martin Krebs vor seiner Flucht (Herbst 1935) der Illegalen Reichsleitung an. Vgl. Dok. 52.

225 Vgl. ebd.; ferner Beier, Reichsleitung, S. 45.

226 So die Interpretation im IGB-Rundschreiben vom 9.8.1935 (vgl. Dok. 28) und in einem Brief Schliestedts vom 31.8.1935 an Martin Plettl, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Martin Plettl, abgedruckt in Buschak, Arbeit, S. 180–188, hier S. 183.

227 Vgl. Beier, Reichsleitung, S. 44.

ADG, »in engster Zusammenarbeit mit den in Deutschland illegal tätigen Gewerkschaftern zu arbeiten« und ihnen Hilfe zu leisten, u.a. mit Vorschlägen und Material für ihre »Propaganda«. Die ADG sollte ferner die »sozialen, sozialrechtlichen und organisatorischen Verhältnisse in Deutschland« verfolgen, um bei einer Veränderung der politischen Machtverhältnisse den Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaften in Angriff nehmen zu können, und schließlich den IGB und die IBS »bei allen Arbeiten für und in Deutschland« beraten.[228]

b) Tätigkeit und Bedeutung der ADG

Um die enge Verbindung zwischen Illegaler Reichsleitung und ADG zu unterstreichen, leitete Schliestedt die Aufgaben und Funktionen der ADG von der Illegalen Reichsleitung ab.[229] Diese konnte nach Schliestedts Einschätzung ihre Aufgabe nur dann erfüllen, wenn außerhalb des Deutschen Reiches eine Stelle existierte, die »frei und in Sicherheit arbeiten kann, wo alles Material zusammenläuft, wo die der Reichsleitung obliegenden Arbeiten und Lösungen vorbereitet werden können«.[230]

Als Aufgaben der Reichsleitung nannte er die Sammlung von Materialien »über alle Erscheinungen der sozialen Bewegung«, die Klärung des Verhältnisses sowohl zur Deutschen Arbeitsfront »in der Gegenwart und im Augenblick der Lockerung oder Änderung des Regierungssystems« als auch zu den früheren Gewerkschaftsrichtungen. Die ADG verstand er als Sprachrohr der illegal arbeitenden Gewerkschafter und stellte ihr die Aufgabe, die Reichsleitung mit dem notwendigen »Material (...) über die weltwirtschaftliche und politische Situation mit Bezug auf Deutschland« zu versorgen und die Gesamtinteressen der deutschen Gewerkschafter öffentlich und in der Internationalen zu vertreten.[231] Darüber hinaus sollte die ADG, wie die späteren Pläne zur Bildung eines Bundes der deutschen Gewerkschaften in der Emigration zeigen[232], den Nukleus für eine zentrale Organisation aller Gewerkschaftsemigranten bilden.

Diese Pläne Schliestedts wurden ebensowenig realisiert wie die auf der Reichenberger Konferenz entwickelten Organisationsvorstellungen. Bis zur Mühlhausener Konferenz im August 1938, an der wiederum Vertreter der Emigranten und der Illegalen Reichsleitung teilnahmen, repräsentierte allein Schliestedt die ADG. Als ADG-Vertreter können Fritz Tarnow, Martin Plettl, Bruno Süß, zeitweise Gerhard Kreyssig und einige andere Emigranten gezählt werden; jedoch ist unklar, ob sie ein Mandat der Illegalen Reichsleitung besaßen. Erst mit den Beschlüssen der Mühlhausener Konferenz, d.h. mit der Bildung eines Landeskomitees, in das die französische Landesgruppe deutscher Gewerkschafter drei, die übrigen Landesgruppen je einen Vertreter entsenden konnten, mit der Einrichtung eines Sekretariats beim IGB, das von Bruno Süss, dem Vorsitzenden der Landesgruppe in Frankreich, geleitet wurde, und mit der Ernennung Anton Reißners zum Redakteur der »Gewerkschaftszeitung« (Organ der ADG) wurden Organisationsstrukturen beschlossen und auch umgesetzt.[233] Ihnen kam jedoch ebenfalls nur vorübergehend Bedeutung zu.

Die Besetzung der Niederlande und Frankreichs durch die deutsche Wehrmacht zwang den IGB, seinen Sitz von Paris nach London zu verlegen, so daß das ADG-Sekretariat beim IGB an Bedeutung verlor. Bruno Süss, der in den unbesetzten Teil Frankreichs fliehen konnte, konzentrierte seine Tätigkeit in erster Linie auf humanitäre Hilfsaktionen für Mitglieder seiner Landesgruppe. Anton Reißner nahm sich nach der deutschen Besetzung der Niederlande das Leben. Als Repräsentant der ADG verblieb Fritz Tarnow (Kopenhagen, später Stockholm), da das in Mühlhausen eingerichtete Landeskomitee des ADG wegen der Kriegsverhältnisse nicht zusammentreten konnte. Mit der Gründung der Landesgruppen in Großbritannien und Schweden verlagerte sich der organisatorische und programmatische Schwerpunkt auf diese beiden Zusammenschlüsse.

Obwohl Schliestedt, bis zu seinem Tode 1938 der führende Repräsentant der ADG, in seinen programmatischen Ausführungen stets die Überwindung der Richtungsgewerkschaften anstrebte, charakterisieren Tätigkeit und Zusammensetzung der ADG und ihrer späteren Landesgruppen bis zum Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion und dem Ende des Hitler-Stalin-Paktes diese als sozialdemokratisch orientierte Richtungsgewerkschaftsgruppen. Eine Zusammenarbeit mit kommunistischen Gewerkschaftern wurde ebenso abgelehnt wie die Position der RGO, illegale Arbeit in der DAF und in den Vertrauensräten zu leisten.[234]

Außer mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund und einzelnen Berufssekretariaten kooperierte die ADG von Anfang an lediglich mit der Sopade.[235] Von einer Instrumentalisierung der ADG durch die Sopade, wie es Mallmann/Paul vermuten, die in der ADG lediglich ein »Instrument der Sopade zur Zerschlagung gewerkschaftlicher Volksfrontprojekte« sehen[236], kann indes keine Rede sein.

Hinsichtlich der Zukunftsvorstellungen gingen Heinrich Schliestedt und sein Nachfolger Fritz Tarnow, die beiden führenden Vertreter der ADG, in ihren Plänen für einen organisatorischen Neuaufbau der Gewerkschaften nach dem Ende des NS-Regimes von den Organisationsstrukturen der DAF aus. Programmatische Neuordnungsvorstellungen finden sich in dieser Phase nicht in den Dokumenten; das gilt im wesentlichen auch für die Landesgruppen, die erst 1942/43 in eine intensive Programmdebatte eintraten. Zu diesem Zeitpunkt spielte die ADG im Vergleich zu den Landesgruppen jedoch keine Rolle mehr.

2. Gewerkschaftsgruppen in der Schweiz

Lange bevor die ADG gegründet worden war und noch vor der Zerschlagung der deutschen Gewerkschaftsbewegung waren im Frühjahr 1933 die ersten deutschen Gewerkschafter in die Schweiz geflohen. Aufgrund der restriktiven politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen kam es erst zwischen 1934 und 1937 zur Bildung gewerkschaftlicher Emigrantengruppen in der Schweiz und 1936 zur Einrichtung eines ITF-Stützpunktes um Karl Molt. Sowohl die sogenannte Funkengruppe, benannt nach der von Anton Döring in ihrem Auftrag herausgegebenen illegalen Zeitschrift, als auch der Arbeitsausschuß deutscher Freigewerkschafter in der Schweiz blieben jedoch kleine Emigrantenzirkel ohne feste Organisationsstruktur.

Hatte der Koordinationsausschuß in Frankreich nicht sehr lange verbergen können, daß er von kommunistischen Gewerkschaftern initiiert und dominiert wurde, so gelang es den kommunistischen Gewerkschaftern in der Schweiz, Einfluß auf den Arbeitsausschuß deutscher Gewerkschafter zu erlangen, ohne daß seine sozialdemokratischen Mitglieder das »Doppelspiel«[237] oder die Identität von Gottfried, d.h.

228 Dok. 27.
229 Vgl. ebd. und Dok. 20.
230 Heinrich Schliestedt, Die illegale Gewerkschaftsarbeit in Deutschland. Das Dokument ist abgedruckt in Beier, Reichsleitung, S. 90–102, hier S. 101.
231 Ebd., S. 99 und 101; vgl. ferner Dok. 20.
232 Vgl. Dok. 42; ferner Dok. 43.
233 Vgl. ebd.
234 Vgl. Dok. 30, 39, 40.
235 Vgl. Dok. 30.
236 Paul/Mallmann, Milieus, S. 283.
237 Wichers, Deutsche Sozialisten, S. 252f.

Konrad Blenkle[238], zu durchschauen vermochten[239]. Beide gewerkschaftlichen Emigrantengruppen waren – wie das Schreiben von Valentin Baur über die Schwierigkeit illegaler Arbeit in der Schweiz[240] erkennen läßt – bereits Anfang 1938 kaum noch aktionsfähig. Mit der Verhaftung von Hans Lutz und seiner illegalen Mitstreiter und der Zerschlagung der Widerstandszirkel, die mit Karl Molt in Verbindung standen, waren die wichtigsten Verbindungen ins Deutsche Reich zerstört.[241] Spätestens die Internierung und Verhaftung fast aller Gewerkschaftsemigranten[242] brachte das Ende dieser Gruppen, die, zum Teil heftig zerstritten über die richtigen Strategien und Wege, wie die illegalen Gewerkschaftsgruppen zu unterstützen[243] bzw. die gewerkschaftlichen Emigranten zu organisieren seien, insgesamt auch nur einen kleinen Teil der Gewerkschaftsemigranten erfaßt hatten. Von den Schweizer Gewerkschaften, Arbeiterparteien und Hilfsorganisationen lediglich materiell unterstützt, in der politischen Betätigung selbst von den Arbeiterorganisationen und nicht nur von den Regierungen des Bundes und der meisten Kantone sowie von Polizei und Justiz extrem eingeengt und während des Krieges isoliert und zur politischen Untätigkeit verdammt, spielten die gewerkschaftlichen Emigranten erst wieder in der Endphase des Krieges, als das Ende des NS-Regimes sich abzeichnete, eine begrenzte Rolle. Dies gilt sowohl hinsichtlich ihres Einflusses auf den organisatorischen Aufbau der Gewerkschaften in Deutschland – ein Einfluß, der lediglich für das Bodensee-Gebiet nachweisbar ist[244] – als auch hinsichtlich ihres Beitrags zur Programmdiskussion. Als differenzierteste Position ist die Stellungnahme der Gewerkschaftskommission der Union deutscher Sozialisten in der Schweiz zur Gewerkschaftseinheit zu nennen, die jedoch erst im September 1945 veröffentlicht wurde.[245]

3. Gewerkschaftsgruppen in Frankreich

In Frankreich, wo die Aufenthaltsbedingungen bis Kriegsbeginn deutlich günstiger waren und sich erst während der Besetzung dramatisch verschlechterten, konnte lediglich der Koordinationsausschuß vorübergehend formale Strukturen aufbauen. Erschwert wurde der Aufbau einer repräsentativen gewerkschaftlichen Emigrantengruppe zum einen durch die Konkurrenz der Landesgruppe, die jedoch trotz Legitimierung seitens der ADG und des Internationalen Gewerkschaftsbundes kaum mehr als ein lockeres Organisationsbündnis ehemaliger Gewerkschaftsfunktionäre darstellte, und zum anderen aufgrund einer »ziemlich weitgehenden Zersplitterung der Emigration, dem Fehlen enger persönlicher Beziehungen und einer oft weitgehenden Isolierung, nicht nur unter einzelnen Genossen voneinander, sondern auch einzelner Emigrantengruppen.«[246] Diese Feststellung eines zeitgenössischen Berichtes über die kommunistische Emigration in der französischen Provinz kennzeichnet zutreffend auch zu einem großen Teil die Situation der Gewerkschaftsemigranten; das gilt besonders für die Jahre der Besetzung und für das unbesetzte Frankreich unter dem

238 Zu Blenkle vgl. Röder, Handbuch, S. 69f.
239 Vgl. Wichers, Deutsche Sozialisten, S. 251f.; da die Landesgruppe in dieser Vorkriegsphase kaum programmatische Diskussionen geführt hatte, läßt sich ein Einfluß dieser kommunistischen Gewerkschafter nicht feststellen.
240 Vgl. Dok. 137.
241 Zur ITF vgl. Kap. III, Dok. 54ff.; ferner Wichers, Deutsche Sozialisten, S. 244.
242 Vgl. Dok. 139, 141.
243 Vgl. Dok. 136.
244 Vgl. Klein, Vereint, S. 121f., Anm. 84.
245 Vgl. Dok. 148.
246 Zitiert nach Langkau-Alex, Volksfront, S. 48.

Vichy-Regime. Die Tätigkeitsberichte und Briefe von Bruno Süss[247] verdeutlichen, daß während des Krieges bis zur Befreiung Frankreichs die Arbeit der Landesgruppe bzw. der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften (Deutsche Gruppe im IGB), wie sie sich selbst nannte, in erster Linie darin bestand, die katastrophale materielle und psychische Lage der meisten Gewerkschaftsemigranten durch finanzielle Unterstützung oder die Zuweisung von Lebensmittelpaketen – vornehmlich aus der Schweiz – ein wenig zu lindern. Für die Bildung von Arbeitskreisen wie in Großbritannien, Schweden und den USA, die sich mit Neuordnungsfragen nach dem Ende des NS-Regimes beschäftigten, fehlte zu diesem Zeitpunkt in Frankreich, als das Gros der Emigranten interniert war oder verstreut in der französischen Provinz lebte und in erster Linie mit der Absicherung der eigenen Existenz beschäftigt war, jegliche Voraussetzung.

4. Gewerkschaftsgruppen in den USA

Die beiden bisher in der Literatur erwähnten Emigrantenorganisationen, die in den USA auch als Repräsentanten gewerkschaftlicher Interessen auftraten, d.h. die am 10.3.1939 gegründete German Labor Delegation (GLD) und der Council for a Democratic Germany, der mit einer ersten Deklaration am 3.5.1944 an die Öffentlichkeit trat, waren zunächst einmal politische Organisationzirkel. Das verdeutlichen bereits die Motive zur Gründung dieser Organisationen. Hauptmotiv für die Gründung der GLD war das Bestreben sozialdemokratischer Funktionäre, bei den amerikanischen Gewerkschaften Gelder für die Sopade einzuwerben. Die politische Ausrichtung des Council wird deutlich, wenn Langkau-Alex ihn als transatlantisches Gegenstück zum Moskauer Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) charakterisiert, der dem »westlichen Demokratieverständnis und sozialer Gerechtigkeit verpflichtet« war.[248]

Mitgliederbasis und politische Ausrichtung beider Organisationen differierten erheblich voneinander. Während die GLD, die als einzig legitimierte Repräsentantin des SPD-Parteivorstandes in der Emigration auftrat, sich aber auch erfolgreich bei der ADG und der AFL bzw. ohne Erfolg beim IGB um die Anerkennung als Repräsentantin der ehemaligen deutschen Freien Gewerkschaftsbewegung bemühte, lediglich eine kleine Gruppe ehemaliger einflußreicher Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre organisierte, repräsentierte der Council das breiteste politische Spektrum aller Emigrantengruppen, die neben politischen auch Gewerkschaftsinteressen vertraten. Neben Sozialdemokraten, Vertretern sozialistischer Splittergruppen, den eigentlich treibenden Kräften, und Kommunisten gehörten dem Council auch Mitglieder der früheren bürgerlichen Parteien DDP, DVP und Zentrum an.[249]

Hauptstreitpunkt zwischen beiden Gruppen war die Frage der Zusammenarbeit mit kommunistischen Politikern und Gewerkschaftern. Wegen der Öffnung des Council für Kommunisten wurde er vom GLD als Einheitsfront- oder Volksfrontkomitee angegriffen und als kommunistisch unterwandert diskreditiert.[250] Obwohl der Council stets beteuerte, nichts mit dem Moskauer NKFD zu tun zu haben, beeinflußten diese Angriffe die AFL-Gewerkschaften und die amerikanische Regierung. Dabei spielte die

247 Vgl. Dok. 165–169.
248 Langkau-Alex, Council, S. 9, vgl. ferner S. 11: »Die Entstehung des Council for a Democratic Germany stand in direktem Zusammenhang mit der Gründung des Nationalkomitees Freies Deutschland in der Sowjetunion.«
249 Langkau-Alex, Council, S. 10.
250 Vgl. z.B. Dok. 264, 263. Vgl. ferner Klaus-Dieter Krohn, Der Council for a Democratic Germany, in: Langkau-Alex, Council, S. 37.

Konkurrenz um die Unterstützungsleistungen der amerikanischen Gewerkschaften eine wichtige Rolle.[251]

Die auch aufgrund dieser Angriffe bedingte Erfolglosigkeit des Council bei den amerikanischen Gewerkschaften, insbesondere bei der AFL, die stets auf Distanz zu Organisationen ging, die im Verdacht standen, kommunistenfreundlich eingestellt zu sein, mag ein wesentlicher Grund dafür gewesen sein, daß Siegfried Aufhäuser und Paul Hertz ab Herbst 1944 verstärkt den Aufbau einer gewerkschaftlichen Landesgruppe in den USA ohne kommunistische Mitglieder betrieben.[252] Die ersten Anstöße für ihre Gründung kamen vermutlich von Hans Gottfurcht und dem IGB-Generalsekretär Walter Schevenels und datierten vom März 1944.[253] Ungeschicklichkeiten von Aufhäuser und Hertz – bei der Vorbereitung zur Gründung der Landesgruppe wurden auch Vertreter der GLD, die vorher offenbar überhaupt nicht befragt worden waren, als Mitglieder der Landesgruppe benannt – und die vehemente Kritik der GLD, die diese Gründungsinitiative als »Unterausschuß des Council« oder als Anti-GLD-Gründung, die lediglich zu einer weiteren Zersplitterung der Emigrantengruppen beitrage[254], attackierte und dem Council vorwarf, mit dieser Neugründung innerhalb der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung lediglich die eigenen Werbungschancen verbessern zu wollen, führten dazu, daß die AFL die Autorisierung verweigerte und Schevenels ihr 1945 seine Unterstützung entzog.[255] Diese Auseinandersetzungen trugen dazu bei, daß die geplante Organisation nie in die Lage kam, programmatische Arbeit zu leisten.

Alle diese Schwierigkeiten lassen deutlich erkennen, daß insgesamt nicht Außeneinflüsse wie etwa ein Veto des State Departments[256], sondern politische Querelen zwischen den Emigrantengruppen und ihr Konkurrenzkampf um die begrenzten Spendengelder der amerikanischen Gewerkschaften zum Scheitern dieser Gründungsinitiative führten.

5. Landesgruppen deutscher Gewerkschafter in Großbritannien und Schweden

Die einzigen gewerkschaftlichen Emigrantenorganisationen, die dauerhafte Organisationsstrukturen aufzubauen vermochten und eine systematische Neuordnungsdiskussion führten, waren die Landesgruppen deutscher Gewerkschafter in Großbritannien und Schweden. Initiiert wurden beide Organisationen, die zunächst nur als lockere Diskussionszirkel und Arbeitskreise existierten, von sozialdemokratischen ADGB- und AfA-Bund-Funktionären. Anerkannt und legitimiert vom IGB, der ADG[257] und den Arbeiterparteien und gewerkschaftlichen Dachorganisationen ihrer Gastländer, erlangten beide die größte Bedeutung unter den gewerkschaftlichen Emigrantenorganisationen.

Die unter Führung von Hans Gottfurcht gegründete Londoner Vertretung der freien Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengewerkschaften (ADGB-AFA-ADB) nahm zunächst nur Mitglieder ehemals freigewerkschaftlicher Organisationen auf. Obwohl die »Londoner Vertretung« sich bereits kurz nach ihrer Gründung christlichen und liberalen Gewerkschaftern öffnete[258], blieb sie, ebenso wie die Landesgruppe in Schweden, eine von freigewerkschaftlichen Funktionären dominierte Organisation; dies gilt auch für die Phase, als die Landesgruppe nach dem Ende der Internierung in Absprache mit IGB und TUC als »Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien« im Februar 1941 neu gegründet wurde und feste Organisationsstrukturen annahm.[259]

Die Landesgruppe öffnete sich nach 1941 verstärkt jungen Emigranten und Akademikern, die vor 1933 keiner Gewerkschaft angehört hatten. Eine Statistik über die Organisationszugehörigkeit der Mitglieder der Landesgruppe zeigt, daß von 674 Mitgliedern (1943) 315 aus den freien Gewerkschaften und lediglich 15 aus anderen Richtungsgewerkschaften bzw. beruflichen Fachverbänden kamen, während 325 gewerkschaftlich nicht organisiert gewesen waren.[260]

Auch die »Satzungen der Landesgruppe« in Schweden von 1938 sahen vor, daß zunächst nur diejenigen Mitglieder werden konnten, die vor 1933 »nachweislich einer früher anerkannten Gewerkschaft« angehört hatten.[261] Die Satzungsbestimmungen sahen ferner vor, daß die Landesgruppe und ihre Mitglieder in Schweden – das galt auch für die Landesgruppe in Großbritannien – sich zu den »Grundsätzen und Beschlüssen des IGB« und zur »Beachtung der Satzung der Landesorganisationen des Gastlandes« bekannten.[262] Dieses Bekenntnis zur Politik sozialdemokratisch/sozialistisch orientierter Gewerkschaftsorganisationen war nicht dazu angetan – trotz programmatischer Äußerungen zugunsten der Schaffung von Einheitsgewerkschaften im nachfaschistischen Deutschland –, eine Entwicklung der Landesgruppen in Schweden und Großbritannien von sozialdemokratischen/sozialistischen Gründungsinitiativen hin zu Einheitsgewerkschaften zu begünstigen; allerdings ist zu berücksichtigen, daß in beiden Gastländern nur wenige Mitglieder der ehemaligen christlichen und liberalen Gewerkschaften Zuflucht gesucht hatten.

Während in der Landesgruppe in Großbritannien – gefördert durch die Zusammenarbeit in der »Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien«[263] und gestützt durch IGB, Labour Party und TUC – die Zusammenarbeit zwischen sozialdemokratischen Gewerkschaftern und ehemaligen Gewerkschaftsfunktionären und Mitgliedern, die den sozialistischen Splitterparteien SAP, Neu Beginnen und ISK angehört hatten, seit Anfang der 1940er Jahre weitgehend problemlos funktionierte, öffnete sich die Landesgruppe den kommunistischen Gewerkschaftern[264] erst einige Zeit nach dem Angriff der deutschen Wehrmacht auf die UdSSR und dem Ende des Hitler-Stalin-Paktes. Diese Zusammenarbeit wurde Anfang 1945 wiederum erheblich erschwert, als die kommunistischen Gewerkschafter die vorher erarbeiteten Positionen verließen und zunehmend die Linie des NKFD vertraten.[265]

In der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter (Ldg) in Schweden, wo von Anfang

251 Vgl. Link, Mit dem Gesicht, S 38.
252 Vgl. Dok. 262.
253 Vgl. Dok. 259 Anm. 3.
254 Vgl. Dok. 260, 261, 263.
255 Vgl. Dok. 270 Anm. 3.
256 Vgl. hierzu die Vermutung von Jan Foitzik, Wiederaufbau der Gewerkschaften: Zur Denkschrift des Council for a Democratic Germany, in: Langkau-Alex, Council, S. 87.
257 Vgl. z.B. Dok. 207; Röder, Exilgruppen, S. 59.
258 Ebd., S. 58.
259 Vgl. Dok. 217ff.
260 Zahlen vom 31.12.1943, vgl. Tätigkeitsbericht der Landesgruppe im Jahre 1943, London o.J., S. 21.
261 Dok. 171, vgl. auch Dok. 189 mit Ausnahmeregelungen für jugendliche politische Flüchtlinge.
262 Ebd.
263 Vgl. hierzu Röder, Exilgruppen, S. 90ff.
264 Für die Aufnahme in die Landesgruppe war nicht die Parteizugehörigkeit entscheidend, sondern die »gewerkschaftliche Zuverlässigkeit«, die nur den kommunistischen Bewerbern abgesprochen wurde, die vor 1933 führende Funktionen in der RGO eingenommen hatte. Vgl. Arbeitsbericht über das erste Halbjahr 1942, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht.
265 Zur Politik kommunistischer Gewerkschafter in der Landesgruppe vgl. Dok. 230, 237, 246–248.

an die sozialdemokratisch orientierten Gewerkschafter das Gros der Mitglieder stellten und das Führungsgremium der Landesgruppe, den Vorstand, dominierten, bildeten sozialdemokratische und kommunistische Gewerkschafter die Mehrheitsposition in der Landesgruppe, während die »Opposition« sich aus Vertretern der KPO, Trotzkisten und eher rechten Sozialdemokraten zusammensetzte. Das »verbindende« Element dieser heterogenen Opposition war ein stark ausgeprägtes »Mißtrauen gegenüber den Plänen der Alliierten sowie die ablehnende Haltung, die man der ›Einheitsfront‹ von Sozialdemokraten und Kommunisten in der LdG entgegenbrachte«.[266] Obwohl die »Opposition« in der weitaus stärksten Ortsgruppe der Landesgruppe, der in Stockholm, ca. ein Drittel der Mitglieder stellte, war sie seit Februar 1944 auf Landesebene im Vorstand nicht mehr vertreten, arbeitete aber, wie die Programmdebatte erkennen läßt, in der Landesgruppe intensiv mit.[267]

Für die Diskussion der Neuordnungsvorstellungen für ein postfaschistisches Deutschland waren neben den zentralen Entscheidungsgremien – dem Arbeitsausschuß in Großbritannien und dem Vorstand in Schweden – die in beiden Landesgruppen gebildeten Arbeitskreise von besonderer Bedeutung, in denen Vertreter aller Fraktionen und Gruppen in der Landesgruppe mitarbeiteten und deren Arbeit besonders in der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien von Vertretern der sozialistischen Splittergruppen beeinflußt wurde.

XI. Zukunftsvorstellungen gewerkschaftlicher Emigrantengruppen

1. Organisatorische Neuordnungsvorstellungen

Die Diskussion über die Organisationsfrage konzentrierte sich auf die Themen:
- Gewerkschaftsaufbau »von oben« oder »von unten«;
- richtungsübergreifende Einheitsgewerkschaft oder Pluralismus der Organisationen;
- zentralistische Einheitsgewerkschaft mit untergeordneten Industriegruppen oder Einheitsgewerkschaftsbund mit autonomen Industrieverbänden;
- Industrieverbände oder Berufsgewerkschaften;
- Industriegewerkschaftsprinzip oder getrennte Arbeiter- und Angestelltenverbände.

Diese Optionen weisen, pointiert ausgedrückt, entweder eine – unterschiedlich ausgeprägte – Nähe zur Organisationsstruktur der DAF auf, wenn beispielsweise der Gewerkschaftsaufbau »von oben« und eine zentralistische Einheitsorganisation angestrebt wurden, oder sie sind durch Distanz zum DAF-Modell gekennzeichnet, wenn Gründungsinitiativen »von unten« Geltung zugewiesen wurde und ein föderal strukturierter Gewerkschaftsbund Ziel des Aufbaus sein sollte. Betont sei, daß solche Nähe oder Distanz zur DAF nur auf die Organisationsstrukturen bezogen sind – nicht auf die politisch-ideologische Position und Funktion der DAF – und daß der »Modellcharakter« des Organisationsaufbaus der DAF Lösungen für Probleme anzubieten schien, die in den Gewerkschaften in den 1920er und frühen 1930er Jahren breit debattiert wurden, ohne jedoch – angesichts des Beharrungsvermögens der bestehenden Organisationen – eine realistische Chance der Umsetzung zu finden.

Charakteristisch für die Position, die einen Gewerkschaftsaufbau »von unten« vertrat, waren die German Labor Delegation und das Council for a Democratic Germany in

266 Vgl. Dok. 200, 201; ferner Günther, Landesgruppe, S. 57 (Zitat); Müssener, Exil, S. 123ff.
267 Vgl. z.B. Dok. 185, 186.

den USA, ferner bis 1944 die Gewerkschaftsgruppen in der Schweiz und in Frankreich. Typisch für die von diesen Gruppen vertretene Position war, daß sie den Betrieb in den Mittelpunkt eines Gewerkschaftsaufbaus von unten stellten und darin »gleichzeitig einen Weg zur Demokratisierung des Landes auf der Basis einer Massenbewegung« sahen.[268] Darüber hinaus forderte das Council, »ein größeres Eigenleben der lokalen Organisationen [zu] sichern, wie es auch bereits in den englischen und amerikanischen Trade Unions besteht«, während die früheren deutschen Gewerkschaften wegen ihrer »Überzentralisierung« kritisiert wurden.[269] Insofern ist es konsequent, wenn sie den »Vorschlag, die Errichtung von Gewerkschaften technisch zu erleichtern, indem man einfach die Deutsche Arbeitsfront als Organisationsgerippe übernimmt und die von Nazis besetzten Ämter mit zuverlässigen Vertrauensleuten bestellt«, als »unmöglich« zurückwiesen.[270] Dennoch sollte nach Auflösung der DAF das »ihr gehörige mobile und immobile Vermögen der neuen Gewerkschaftsbewegung« zugeführt werden.[271]

Ebenso wie die meisten anderen Gruppierungen traten auch die Vertreter des Council für eine Überwindung der Richtungsgewerkschaften ein. Begründet wurde diese Forderung damit, daß »schon in den letzten Jahren vor Hitler (...) in weiten Kreisen die Spaltung der deutschen Arbeiterschaft als historisch überholt angesehen« wurde und weil »aus allen Berichten aus Deutschland erwiesen [sei], daß die Arbeiter *in* Deutschland künftig nur noch *eine* [Hervorhebungen im Original] Gewerkschaft wünschen«.[272]

Beide Elemente, der Aufbau der Gewerkschaften von unten und die Überwindung der früheren Richtungsgewerkschaften, wurden als »ein Teil des Aufbaues einer neuen Wirtschaftsdemokratie« angesehen, die die »gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeitnehmer in einer späteren Wirtschaftsorganisation und -verfassung« ermöglichen sollte.[273]

Die gleiche Position vertrat auch die German Labor Delegation in den USA.[274] Ein wichtiger Grund für die fast identischen Aussagen dürfte darin zu sehen sein, daß Siegfried Aufhäuser, der bis 1943 Mitglied der German Labor Delegation und danach Vorsitzender der Gewerkschaftsgruppe des Council war, in beiden Organisationen die programmatischen Aussagen zum Gewerkschaftsaufbau im nachfaschistischen Deutschland wesentlich mitformulierte. Darüber hinaus ist nicht zu verkennen, daß beide Positionen durch die Erfahrungen mit der Organisationsstruktur der amerikanischen Gewerkschaften beeinflußt wurden.

Die wenigen programmatischen Aussagen von emigrierten deutschen Gewerkschaftern in der Schweiz[275] decken sich weitgehend mit den Positionen des Council und der German Labor Delegation: Gewerkschaftsaufbau von unten, kein Organisationszwang, Verfechtung des Prinzips demokratischer Selbstverwaltung, Verhinderung von Bürokratisierung. Um diese zu erreichen, sollten möglichst viele ehrenamtlich tätige Mitarbeiter in die Gewerkschaftsarbeit eingeschaltet werden. Die im September 1945 veröffentlichte Position der Union deutscher Sozialisten und Gewerkschafter in der

268 Denkschrift des Council for a Democratic Germany »Wiederaufbau einer Gewerkschaftsbewegung in Deutschland« (Dok. 257).
269 Ebd.
270 Ebd.
271 Ebd.
272 Ebd.
273 Ebd.
274 Vgl. German Labor Delegation, Resolution zur Gewerkschaftsfrage vom 3./4.7.1943 (Dok. 254).
275 »Grundsätze für den Aufbau der Freien deutschen Einheitsgewerkschaft« von August 1944 (Dok. 142); allgemein vgl. Ross, Gewerkschaften, S. 138ff.; Klein, Vereint, S. 110f.

Schweiz zum Aufbau der »Unabhängigen Gewerkschaft Deutschlands« hielt zwar am Aufbau von unten, an freiwilliger Mitgliedschaft und demokratischer Selbstverwaltung fest, schlug jedoch im Unterschied zur früheren Position den Aufbau einer zentralistischen Einheitsgewerkschaft mit abhängigen Industriegruppen und Finanzhoheit der Zentralorganisation vor.[276] Die einheitliche, zentralisierte Gewerkschaft wurde als Voraussetzung gesehen, um als »Trägerin« einer »organisch wachsenden Plan- und Bedarfswirtschaft« fungieren und »in Gemeinde und Staat den Umbau der Verwaltung ermöglichen und sicherstellen« zu können.[277]

Die These von der Notwendigkeit einer zentralistischen Gewerkschaftsstruktur, um wirtschaftsdemokratische Vorstellungen durchsetzen zu können, vertrat auch die Deutsche Sprachgruppe in der CGT in Frankreich, in der kommunistische Gewerkschafter dominierten.[278] Abweichend von den zuvor genannten Gewerkschaftsgruppen entwickelte sie jedoch das Modell eines Gewerkschaftsaufbaus von oben und von unten. Zwar lehnte die Deutsche Sprachgruppe in der CGT einen Organisationszwang ab, betonte jedoch, daß es »die Aufgabe der Gewerkschaftler [sei], allen Werktätigen klarzumachen, daß es ihre gesellschaftliche Pflicht ist, sich mit ihren Arbeitskameraden zusammenzufinden, um ihre gemeinsamen Interessen zu vertreten und das deutsche Volk vor dem Untergang zu retten«.[279]

Im Unterschied zu den Gruppen deutscher Gewerkschaftsemigranten in der Schweiz, Frankreich und den USA wurde in der Londoner Vertretung der freien Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengewerkschaften (ADGB-AFA-ADB) und vorübergehend auch in ihrer Nachfolgeorganisation, der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien, in den Jahren 1939 bis Ende 1941 sowie in der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden, hier allerdings bis 1944, die Möglichkeit diskutiert, die DAF in reformierter Form für den Neuaufbau der Gewerkschaften zu übernehmen. So hieß es beispielsweise in einer programmatischen Stellungnahme der Londoner Vertretung im Januar 1940: »Das organisatorische Gerippe der Deutschen Arbeitsfront ist als Ausgangspunkt für den Aufbau einer einheitlichen Organisation aller Gruppen von Arbeitnehmern zu verwerten.«[280] Einer der führenden Vertreter der Landesgruppe, Willi Derkow, sah in der DAF »die rohe Form« einer Einheitsgewerkschaft und empfand es als »töricht, sie aus rein gefühlsmäßigen Erwägungen heraus völlig zu zerschlagen. Unsere Aufgabe muß es vielmehr sein, sie zu polieren und ihr den rechten Inhalt zu geben.«[281]

Als Vorteile der Übernahme einer reformierten DAF wurden die Überwindung der Richtungsgewerkschaften, eine Zusammenfassung der zahlreichen gewerkschaftlichen Organisationen[282], insbesondere im Angestelltenbereich, die Zwangsmitgliedschaft sowie die Nutzung des umfangreichen DAF-Vermögens für den Gewerkschaftsaufbau angesehen. Als ein besonders wichtiger Effekt wurde eine größere »Schlagkraft« der zu schaffenden Einheitsgewerkschaft erwartet.

Die Gegner dieses Konzepts, die eher zu den Jüngeren gehörten und überwiegend aus den sozialistischen Splittergruppen wie SAP, ISK und Neu Beginnen kamen, traten

276 Neues Deutschland im neuen Europa, Nr. 6, September 1945: »Vorwärts zur Gewerkschaftseinheit« (Dok. 148).
277 Ebd.
278 Vgl. »Der Aufbau der Deutschen Einheitsgewerkschaft auf der Grundlage von Industrieverbänden« (Dok. 170).
279 Ebd.
280 Zitiert nach Ross, Gewerkschaften, S. 133.
281 Die Arbeit, Heft 6, August 1941, S. 9.
282 In einer Diskussion vom 29.2.1940 über den Vorschlag Tarnows, die DAF als Organisation in reformierter Form zu übernehmen, betonte z.B. Schöttle, obwohl Gegner einer DAF-Übernahme, daß diese »mit den Splitterorganisationen aufgeräumt« habe. Vgl. Dok. 213.

ebenfalls für die Schaffung einer Einheitsgewerkschaft ein und begründeten dies mit der Zusammenarbeit von Gewerkschaftern in der Illegalität und mit dem Willen der Mitglieder[283], bestritten jedoch die vermeintlichen Vorteile einer Übernahme einer reformierten DAF. Curt Weckel und Paul Walter vertraten die These, daß zwangsorganisierte Mitglieder »keine Kämpfer« seien, folglich eine Erhöhung der »Kampfkraft« nicht zu erwarten sei, Willy Kressmann hob die Gefahr einer »Verbürokratisierung« von Zwangsorganisationen hervor, während Erwin Schöttle »Bedenken gegen eine kampflose Einheit von oben« anmeldete.[284] Grundsätzlicher sprachen sich Salomon und H. von Waldheim gegen die Zwangsmitgliedschaft aus; von Waldheim, indem er aus demokratietheoretischen Erwägungen für »freie Gewerkschaften durch freien Entschluß zur Mitgliedschaft« plädierte.[285]

»Zwischen den Anhängern einer Zwangsmitgliedschaft zur Gewerkschaft einerseits und den Verfechtern der absoluten Organisationsfreiheit andererseits« stand nach Darstellung von Hans Gottfurcht, dem Vorsitzenden der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien, »eine starke Gruppe, welche die Gewährung gewisser sozialpolitischer und auch anderer Rechte von der Organisationszugehörigkeit abhängig machen« wollte.[286] Diese Position wurde von Gottfurcht noch im Oktober 1941 vertreten, während das Konzept der Übernahme einer reformierten DAF zu diesem Zeitpunkt in Großbritannien nicht mehr ernsthaft in Erwägung gezogen wurde. Wie einem Schreiben von Hans Gottfurcht an Fritz Tarnow vom 22.10.1941 zu entnehmen ist, war dies in erster Linie Resultat des Drucks von TUC und Labour Party.[287]

Die Mehrheitsposition der Landesgruppe in den folgenden Jahren charakterisierte Wilhelm Heidorn (d.i. Werner Hansen, später Landesvorsitzender des DGB in Nordrhein-Westfalen) in einem Brief an Hans Gottfurcht vom 5.4.1943: »Die Landesgruppe lehnt jede Art von Zwangsgewerkschaft ab und tritt darum auch für die vollständige Liquidierung der Deutschen Arbeitsfront ein. Diese Organisation kann weder in ihrer Organisationsform noch in ihren Methoden als Grundlage für den gewerkschaftlichen Neuaufbau dienen. Dieser Neuaufbau muß von unten unter der lebendigen und freiwilligen Mitarbeit der Arbeiterschaft erfolgen. Es wird eine der wesentlichen Aufgaben einer neuen deutschen Gewerkschaftsbewegung sein, organisatorische und sonstige Sicherungen dafür zu schaffen, daß diese lebendige Mitarbeit ihrer Mitglieder nicht wieder von einem bürokratischen Apparat erstickt wird. Von der aktiven Teilnahme der Mitglieder am Leben und an den Aufgaben der Organisation wird es vor allem abhängen, ob die Gewerkschaftsbewegung zu einem wichtigen Faktor in einem neuen, freien und fortschrittlichen Deutschland [werden] wird.«[288]

Im Unterschied zur Diskussion in Großbritannien, wo die Möglichkeit einer Umwandlung bzw. Übernahme der DAF Ende 1941 definitiv abgewiesen wurde, be-

283 Vgl. ebd.; ferner Die Arbeit, Heft 4, Juni 1941, S. 7.
284 Vgl. »2. Versammlung der Representative im Transport House am 29.2.1940« (Dok. 213).
285 Ebd.
286 Vgl. »2. Bericht« der Londoner Vertretung der freien Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengewerkschaften vom 15.5.1940, S. 3 (Dok. 215).
287 So schrieb Gottfurcht z.B.: »Einige vorsichtige Äußerungen, die ich hier zum Gewerkschaftsthema gemacht habe, etwa in der Richtung Einheitsgewerkschaft mit zwangsähnlichem Druck zum Organisiert-Sein, haben mir im Transport House bei einigen englischen Genossen den Ruf des undemokratischen, typischen Deutschen eingebracht. Das Bekanntwerden Deines Entwurfs über Umwandlung der DAF in die neue Gewerkschaft würde einen Sturm auslösen. Wir brauchen für unsere Arbeit die aktive Hilfe der englischen Arbeiterbewegung. [Letzter Satz im Original hervorgehoben] Jede undemokratische Exposition verbarrikadiert diese Hilfe«, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht.
288 AdsD, DGB-Archiv, Nl. Werner Hansen, Box XXI.

schäftigte sich die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden mit dieser Frage bis 1944. Für eine Umwandlung der DAF trat in Schweden nicht nur Fritz Tarnow ein[289], wie in der Literatur häufig herausgestellt wird, sondern auch zahlreiche ehemals führende Gewerkschaftsfunktionäre wie Carl Polenske, Walter Kwasnik, Martin Krebs, Fritz Fricke, Otto Elchner plädierten für dieses Verfahren.

Ausgangspunkt für die DAF-Diskussion war bis 1943 die Annahme, daß das NS-System durch ein eher autoritäres Regime ersetzt werden würde. Da nach der Auffassung von Tarnow die Ablösung der NS-Diktatur »für den Staat im Beginn ein autoritäres Regime erforderlich« machte, könnte »auch die neue Gewerkschaftsbewegung nicht sofort mit der inneren Demokratie beginnen«.[290] Wenngleich er stets darauf hinwies, daß das Ziel einer DAF-Übernahme die Umwandlung in eine demokratische Gewerkschaftsbewegung sein sollte, waren seine Überlegungen vor allem davon geleitet, wie in der Übergangsphase eine Machtsicherung zugunsten der Gewerkschaften erreicht werden könnte.

Die Übernahme der DAF schloß selbstverständlich ein, sie von den DAF-Funktionären zu säubern sowie Arbeitgeber und leitende Angestellte von einer Mitgliedschaft auszuschließen. Zwar sollten die Reichsbetriebsgemeinschaften in Gewerkschaften umgewandelt werden, die Aufgliederung der DAF sollte jedoch im wesentlichen übernommen werden, da, wie es Martin Krebs, der Vorsitzende der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden, in einem Schreiben an den Generalsekretär des IGB, Walter Schevenels, vom 10.6.1942 betonte, »die DAF eigentlich nach den früheren ADGB-Plänen die Einteilung vorgenommen« habe. »Wenn wir nun zu Gewerkschaften zurückverwandeln, kann man die Einteilung so lassen, da bereits nach einem Jahr ein Gewerkschaftskongreß endgültig entscheiden soll.«[291] Hinsichtlich der Funktion dieser neuen Gewerkschaften und des zu schaffenden »Deutschen Gewerkschaftsbundes« knüpften die Vorstellungen im wesentlichen an die Weimarer Zeit an. Im Hinblick auf die Organisationsstrukturen sollte für eine Übergangszeit aber an einer Reihe autoritärer Maßnahmen festgehalten werden. Plädiert wurde z.B. für einen »indirekten Organisationszwang«, indem durch Verordnung bestimmt werden sollte, daß »niemand gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt werden darf, der Nicht-Mitglied des DGB ist«.[292] Begründet wurde diese Maßnahme u.a. als ein »Akt ausgleichender Gerechtigkeit, wenn nun auch die wiedererstandenen Gewerkschaften Gelegenheit bekämen, sich (...) an die Gesamtheit der Arbeitnehmer zu wenden«. Wichtiger für diese Position war jedoch die Annahme, daß aufgrund der erwarteten hohen Arbeitslosigkeit und unzureichenden Versorgungslage die Gewerkschaften nur »geringe Möglichkeiten« hätten, »ihren Mitgliedern große Erfolge zu bieten« und sie daher »bei sofortiger Wiedereinführung der unbeschränkten Koalitionsfreiheit (...) viel kleiner wieder anfangen müßte[n], als sie aufgehört« hätten. Die Erwartung eines Demokratiedefizits auch in weiten Teilen der Arbeiterschaft führte dazu, daß die Forderung nach obligatorischer Mitgliedschaft mit ›erziehungsdiktatorischen‹ Erwägungen verbunden wurde, wenn beispielsweise Fritz Tarnow feststellte: »Die Zusammenhaltung aller Arbeitnehmer in einer Einheitsorganisation zur besseren Aufrechterhaltung der Ordnung während der schicksalentscheidenden Übergangszeit und zu Schulungs- und Erziehungszwecken entspricht ebenso dem gewerkschaftlichen wie dem Staatsinteresse.«[293]

289 Tarnow hatte bereits 1935 und 1939 die Position einer Umwandlung der DAF vertreten, vgl. Günther, Landesgruppe, S. 129f.

290 Stockholmer Arbeitskreis deutscher Sozialdemokraten: Betrachtungen und Richtlinien zur Politik am Tage nach Hitler, Dezember 1941 (Dok. 174).

291 IISG, IFTU, Nr. 263.

292 Fritz Tarnow, Die Wiederherstellung der Gewerkschaften, 14.9.1941 (Dok. 172). In einem »Entwurf zu einer Verordnung – Gesetzes – über die Errichtung von Gewerkschaften« von Carl Polenske heißt es in Paragraph 3: »Die Zugehörigkeit zu den Gliederungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist für alle Arbeitnehmer, incl. der Beamten und Lehrer, obligatorisch.« (Dok. 173).

Durch den angestrebten Organisationszwang sollte zudem die Neugründung von Gewerkschaften durch extremistische Parteien (Nazis und Kommunisten), das Wiederaufleben von Richtungsgewerkschaften und Differenzen um das Organisationsprinzip (Industrie- oder Berufsverband) verhindert werden.

Darüber hinaus sollte auch nach der Umwandlung der DAF deren »Führungsprinzip (...) vorläufig beibehalten werden«, da »die neuen Gewerkschaften (...) in der ersten Zeit weder ›frei‹ noch in sich demokratisch geordnet sein« könnten, denn sie müßten »die Voraussetzungen für die innere Demokratie erst wieder herstellen (...), bevor sie zur demokratischen Praxis übergehen« könnten. Daher wurde für eine »straffe, zentrale Direktion« in den neuen Gewerkschaften plädiert.[294] Geschaffen werden sollte nach diesen Vorstellungen ein »elfköpfiges Direktorium von zuverlässigen Gewerkschaftern«, das u.a. die Kompetenz haben sollte, für die Dauer eines Jahres die »Leitung der einzelnen Verbände« zu ernennen.[295]

Dieser zentral geleitete Gewerkschaftsaufbau von oben wurde nicht zuletzt auch aus machtpolitischen Erwägungen angestrebt, um in der Übergangsphase, in der noch nicht mit der Existenz von Parteien gerechnet wurde, einen maßgebenden Einfluß auf den Wiederaufbau zu erlangen.

Unterstützung fand diese Position bis in die Reihen der KPD. Herbert Warnke lehnte zwar eine Umwandlung der DAF ab, trat jedoch dafür ein, diese »als Ausgangspunkt für den Aufbau der neuen deutschen Gewerkschaftsbewegung« zu nutzen.[296] Dies sei um so naheliegender, als die Keimzellen der neuen Gewerkschaften sich »infolge der Zwangsmitgliedschaft innerhalb der DAF« befänden. Eine sofortige Auflösung würde zudem der »Herausbildung einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung viel schaden« und in der Arbeiterschaft »starke Unzufriedenheit hervorrufen«.[297] Im Unterschied zu den Vorstellungen von Fritz Tarnow trat Herbert Warnke jedoch für eine Aufhebung der Zwangsmitgliedschaft und gegen eine Einsetzung gewerkschaftlicher Zentralleitungen ein, »gleichgültig, ob (..) vom Staat, von Besatzungsbehörden oder von sonst einer Seite« installiert.[298]

Gegen die Position einer Umwandlung oder Nutzung des ›organisatorischen Gerippes‹ der DAF gab es von Anfang an auch in der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden Widerstand, der hauptsächlich von Vertretern der »Opposition«[299] getragen wurde. Bereits im Herbst 1942 formulierten August Enderle und Stefan Szende ihre Gegenposition in einer Denkschrift, in der sie sich »gegen die Umwandlungsversuche der DAF« aussprachen, für eine freiwillige Mitgliedschaft und für einen Aufbau aus den Betrieben heraus und für eine starke Stellung der Betriebsräte in den Gewerkschaften als Sicherung gegen eine Verbürokratisierung der Organisation eintraten; sie konzedierten jedoch, daß im Übergangsstadium »nicht alles nach streng demokratischen Regeln« verlaufen und »eventuell auch staatlich[er] (gesetz-

293 Stockholmer Arbeitskreis deutscher Sozialdemokraten: Betrachtungen und Richtlinien zur Politik am Tage nach Hitler, Dezember 1941 (Dok. 174).

294 Ebd.

295 Ebd.

296 Vgl. Dok. 187.

297 Ebd.

298 Ebd.

299 Vgl. hierzu Kap. 5 von Teil VIII der Einleitung.

licher) Zwang« nicht ausgeschlossen sein sollte, um die Gewerkschaftseinheit wahren zu können.[300] Auch diese Oppositionsvertreter waren bereit, die DAF-Aufgliederung zu übernehmen, mit der Begründung, daß sie keine Erfindung der DAF sei, sondern daß diese nur »die Pläne und Forderungen der Verfechter des Prinzips der Industrieorganisationen übernommen« hätte.[301]

Ein Kompromißpapier einer Arbeitsgruppe der Stockholmer Mitglieder der Landesgruppe konnte die Gegensätze zwischen den beiden skizzierten Positionen nicht lange überdecken, obwohl an diesem Arbeitskreis Mitglieder aller Gruppen und Strömungen der Landesgruppe beteiligt waren. Dies lag sicherlich auch an der Widersprüchlichkeit der Ausarbeitung, in der einerseits von der Auflösung der DAF gesprochen wurde, andererseits vom neuen demokratischen Staat aber eine Anordnung zur »sofortige[n] Überführung der in der DAF organisierten Arbeitnehmer in den neu zu schaffenden Gewerkschaftsbund« erwartet wurde.[302] Dazu trug zweifellos auch das im Rundbrief der Landesgruppe Schweden veröffentlichte Ergebnis der Organisationsdebatte der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien bei[303], das die Position der »Opposition« in der Landesgruppe in Schweden stärkte. Vorschläge von Ernst Galanty (KPO) und Gerhard Scholz (SAP) für eine vollständige Zerschlagung der DAF, für einen demokratischen Aufbau der Gewerkschaften von unten, für freiwillige Mitgliedschaft innerhalb der Gewerkschaften wurden in erster Linie demokratietheoretisch begründet, wenn Galanty u.a. formulierte: »Die Frage der Zugehörigkeit zur neuen Gewerkschaftsbewegung zu einer administrativen Angelegenheit zu machen, zu einem einfachen Akt der Überführung aus einer faschistischen Zwangsorganisation in eine angeblich demokratische Organisation, heißt die Demokratie zur Phrase zu machen.« Das Wesentliche sei nicht die Organisation, sondern der freiheitlich-demokratische Charakter der neu zu schaffenden Gewerkschaften.[304]

Während Galanty jedoch jeden Aufbau von oben ablehnte und für einen demokratischen Aufbau, ausgehend von der lokalen Ebene, eintrat, konzedierte Scholz neben einem Aufbau von unten auch die Bildung einer provisorischen Leitung, die im Unterschied zur Position von Fritz Tarnow aus gewählten Funktionären der neugebildeten örtlichen Gewerkschaftsorganisationen zusammengesetzt sein sollte.[305] Diese Position wurde im wesentlichen von der ersten Landeskonferenz der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden im Februar 1944 übernommen.[306] Zu dieser Änderung hatten nicht nur der Einfluß der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien und die Stellungnahmen internationaler Gewerkschaftsorganisationen zu einer DAF-Übernahme beitragen, sondern wohl auch die Tatsache, daß sich Karl Mewis im Unterschied zu Herbert Warnke als KPD-Vertreter in der Landesgruppe für die Position der »Opposition« einsetzte.[307]

300 Denkschrift »Neuaufbau der Gewerkschaften«, Herbst 1942 (Dok. 176).
301 Ebd.
302 »Gedanken über den Wiederaufbau freier, unabhängiger Gewerkschaften in Deutschland«, März 1943 (Dok. 181).
303 »Die Gewerkschaften im neuen Deutschland«, Juni 1943 (Dok. 229).
304 Vgl. »Vorschlag Galanty«, Herbst 1943 (Dok. 185).
305 »Die neuen Gewerkschaften in Deutschland« (Dok. 186, Anm. 1).
306 Vgl. Dok. 188. Für die Organisationsdebatte vgl. auch Erste Landeskonferenz der deutschen Gewerkschafter in Schweden, 26./27.II.1944, als Manuskript gedruckt für die Mitglieder der Landesgruppe Schweden der Auslandsvertretung Deutscher Gewerkschafter, Stockholm 1944.
307 Vgl. ebd., S. 81.

2. Wirtschaftsdemokratische Neuordnungsvorstellungen gewerkschaftlicher Emigrantengruppen

Bei der Einschätzung der Neuordnungsdebatte in der Emigration interessiert besonders die Frage nach Kontinuität und Wandel der wirtschaftsdemokratischen Vorstellungen. Knüpften die Gewerkschaftsemigranten in erster Linie an die altbekannten Forderungen des ADGB an, die von einer bewußten Trennung zwischen überbetrieblicher und betrieblicher Ebene ausgingen?[308] Oder finden sich in den Neuordnungsvorstellungen der gewerkschaftlichen Emigrantengruppen eigenständige Ansätze; und wenn ja, welches waren die Gründe für diese Neuorientierung? Wurden die Erfahrungen aus der Weimarer Republik und die Debatten der Arbeiterbewegung der Gastländer berücksichtigt und welche Bedeutung kommt dieser Neuordnungsdebatte für die Entwicklung im postfaschistischen Deutschland zu? Wurden die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach dem Ende des NS-Regimes ausreichend berücksichtigt, die Bündnispartner und Gegenspieler in den gewerkschaftlichen Strategien zur Durchsetzung ihrer Neuordnungskonzeptionen richtig eingeschätzt?

Nach eigener Einschätzung der Landesgruppe Schweden der Auslandsvertretung der Deutschen Gewerkschaften hatten sich deren Diskussions- und Arbeitskreise, die die Neuordnungsvorstellungen vorbereitet und weitgehend formuliert hatten, bemüht, die sozialen und wirtschaftlichen Erfahrungen der Zwischenkriegsperiode in Deutschland zu berücksichtigen. Sie hatten versucht, »deren Mängel zu vermeiden« und sich »im Großen und Ganzen auf die ökonomischen und sozialen Forderungen und Ansichten« gestützt, »die von den gewerkschaftlichen Organisationen anderer Länder für die Zeit nach dem Krieg ebenfalls erhoben und geäußert wurden«[309]. Trifft dies zu und läßt sich diese Einschätzung auch auf die Arbeit der übrigen Emigrantengruppen übertragen?

Im Unterschied zu Großbritannien und Schweden, wo sich vergleichsweise stabile Landesgruppen bildeten und aufgrund der günstigeren Rahmenbedingungen der Gastländer Neuordnungsdebatten geführt werden konnten, läßt sich dies für die Schweiz und Frankreich nur in sehr begrenztem Umfange feststellen. Lediglich die Diskussion der Leitsätze 1937 und die Programmdebatte 1944/45 geben Ansätze einer Neuordnungsdiskussion in der Schweiz zu erkennen.[310] Wichtig erscheint hier insbesondere die Forderung nach Wahrung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Gewerkschaften, »auch im sozialistischen Staate bzw. Gesellschaftsordnung.« »Denn nur dann könne die Gewerkschaftsbewegung auch das für eine sozialistische Gesellschaftsordnung unentbehrliche, fortschrittliche Element sein, das verhindern kann, daß der sozialistische Staat zum Selbstzweck der Staatsbürokratie wird.«[311] Die Dokumente lassen jedoch keine Aussage darüber zu, inwieweit diese von Valentin Baur vertretene Position von den übrigen Mitgliedern der freigewerkschaftlichen Gruppe geteilt wurde. Im Vordergrund der Debatte standen der Kampf gegen das NS-Regime, die Wiederherstellung des Koalitionsrechtes, die ideelle und materielle För-

308 In Übereinstimmung mit Rudolf Hilferding hatte Fritz Naphtali, der für den ADGB die Wirtschaftsdemokratie-Konzeption formulierte, die Ansicht vertreten, daß die wichtigsten wirtschaftlichen Entscheidungen im »Organisierten Kapitalismus« nicht mehr auf Betriebsebene fielen, sondern in überbetrieblichen Zusammenschlüssen. Nach dieser Konzeption des ADGB kam es auf die schrittweise Demokratisierung dieser Einrichtungen an, wenn die Wirtschaft im Interesse der Gesamtheit planvoll organisiert werden sollte. Die Betriebräte wurden demgegenüber lediglich auf soziale Fragen beschränkt.
309 Dok. 205.
310 Vgl. Wichers, Deutsche Sozialisten, S. 241, der darauf hinweist, daß der Funkengruppe klare politische Konturen fehlten.
311 Vgl. Dok. 134.

derung der illegalen Gewerkschaftsgruppen sowie Überlegungen, den damaligen »Zustand der Ohnmächtigkeit und Atomisierung in der deutschen Arbeiterschaft [zu] überwinden« und »gewerkschaftliche Massenorganisationen als alle Arbeitnehmer umfassende Einheitsorganisationen« aufzubauen. Dies verdeutlicht auch die Stellungnahme des Arbeitsausschusses zum Satzungsentwurf für den Bund der deutschen Gewerkschafter, die über die Diskussion organisatorischer Streitpunkte nicht hinausgeht. Erst im Herbst 1944 legten einige Gewerkschafter und linke Sozialdemokraten Programmvorschläge für die postfaschistische Entwicklung vor, die neben konkreten organisatorischen Neuordnungsvorstellungen und der Forderung nach gewerkschaftlichen Schutzfunktionen auch die Frage gewerkschaftlicher Gestaltungsfunktionen ansprachen, jedoch wenig konkret und originell. Diese Vorschläge von einzelnen Mitgliedern bzw. von der Gewerkschaftskommission der »Union deutscher Sozialisten in der Schweiz« für eine gewerkschaftliche Programmatik der Nachkriegszeit[312] konzentrierten sich auf die Organisationsdebatte und die gewerkschaftliche Schutzfunktion und formulierten als Ziel der gewerkschaftlichen Aufbauarbeit eine demokratisierte Wirtschaftsordnung »mit völlig gleichberechtigter Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten durch ein entsprechendes Betriebsrätegesetz und zu errichtende Wirtschaftskammern.« Die Durchführung einer gemeinwirtschaftlichen Plan- und Bedarfswirtschaft sollte durch die Vergesellschaftung oder »Vergenossenschaftlichung« der Schlüsselindustrien, der Banken und Versicherungen sowie des Großgrundbesitzes und durch die »gemeinwirtschaftliche Ausnützung der Bodenschätze, Wasserkräfte (und) Naturgüter« sichergestellt werden. Als Ausgangspunkt der Neuordnungsvorstellungen wurde ein politisch und wirtschaftlich demokratisiertes Deutschland gefordert, in dem »die imperialistischen und monopolistischen Mächte beseitigt und entmachtet sind.« Angestrebt wurde zunächst ein gemischt-wirtschaftliches System mit öffentlichen, genossenschaftlichen und privatkapitalistischen Verhandlungspartnern der Gewerkschaften. »Deshalb müssen« – so die Forderung deutscher Gewerkschafter in einem Entwurf zum Aufbau einer Einheitsgewerkschaft[313] – »alle Vereinbarungen nicht in einem gruppenegoistischen Interesse, sondern im Sinne einer neuen Volksgemeinschaft aller Schaffenden getroffen werden.« Diese Ausrichtung der Gewerkschaften auf das Gemeinwohl wurde verbunden mit der Forderung, den Gewerkschaften »in allen Institutionen Sitz und Stimme« zu geben, in »denen das künftige Schicksal des freien Deutschland gestaltet wird.«[314] Um die befürchtete Bürokratisierung der eher zentralistisch ausgestalteten Einheitsgewerkschaft zu vermeiden, sahen die Vorschläge eine Verstärkung der Position der Betriebsräte und Betriebsausschüsse vor, die in dem Hauptvorstand der Einheitsgewerkschaft und in den Einzelgewerkschaften vertreten sein sollten. Diesem Neuansatz stand die eher gewerkschaftliche Kontinuität betonende Forderung gegenüber, bis zur Neuregelung wesentliche Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes von 1920 wieder in Kraft zu setzen.

Noch vager blieben die programmatischen Aussagen der deutschen Emigrantengruppen in Frankreich. Die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Frankreich und der Koordinationsausschuß, die fast ausschließlich mit dem Aufbau ihrer Gruppen, mit ihrem Verhältnis zueinander und mit ihren Verbindungen zu den illegalen Zirkeln im Deutschen Reich beschäftigt waren, diskutierten nur ansatzweise Fragen der organisatorischen Neuordnung der Gewerkschaften. Aussagen über das postfaschistische Deutschland, die über allgemeine Schlagworte hinausgingen, liegen

312 Vgl. Dok. 144, 146–148.
313 Vgl. Dok. 142.
314 Ebd.

nicht vor. Auch die programmatischen Aussagen der Deutschen Sprachgruppe in der CGT betonten in erster Linie traditionelle gewerkschaftliche Aufgaben wie Lohnfragen, den 8-Stunden-Tag, Ausbau des Arbeitsschutzes, Wiederherstellung und »Förderung aller Genossenschaften« usw. Ähnlich der Position von KPD und NKFD wurde nicht ein sozialistisches, sondern ein demokratisches Deutschland als Ziel angestrebt. Von daher fehlen im Vergleich zu den programmatischen Vorstellungen der Emigrantengruppen in Großbritannien, Schweden und den USA alle planwirtschaftlichen Elemente und die Forderungen nach Sozialisierung der Grundstoffindustrien, der Banken und Versicherungen; lediglich die »Aufteilung der großen Güter und Domänen und Verteilung des Bodens an die Landarbeiter und Kleinbauern«, die Forderung nach gesetzlicher Mitbestimmung und Kontrollrechten für die Betriebsvertretungen, die Bereitschaft zu Wiedergutmachungs- und Reparationsleistungen und die Bestrafung aller Kriegsverbrecher lassen erkennen, daß den Gewerkschaften, zumindestens in der Phase des Neuaufbaus, Aufgaben zugedacht waren, die den Rahmen der wirtschaftlichen Interessenvertretungen überschritten.[315] Die Deutsche Sprachgruppe in der CGT knüpfte damit an die Position des Koordinationsausschusses an, d.h. an den »Kampf um eine demokratische Republik«. Erst nach »Verwirklichung dieses strategischen Ziels« sollte der »Kampf um die Diktatur des Proletariats« aufgenommen werden.[316]

Vergleicht man die Programmvorschläge in Großbritannien, Schweden und in den USA, die sich etwas detaillierter zur Neuordnung der Wirtschaft äußerten, dann fällt zunächst die insgesamt starke Betonung der Betriebe auf. Mit pathetischen Worten werden z.B. in der Denkschrift des Council for a Democratic Germany die deutschen Arbeiter als »Pioniere für die Demokratie in Staat und Wirtschaft«[317] gefeiert und die Bedeutung der Betriebe als »Kraft- und Willenszentrum« aller kommenden Widerstandsregungen hervorgehoben: Weder Hitler noch Himmler hätten es vermocht, die »soziale Schicksalsgemeinschaft der Arbeiter in den Betrieben« zu zerstören.[318] Vergleicht man diese Aussagen mit den geringen Kompetenzen, die diese Emigrantenorganisationen den Arbeitern und ihren betrieblichen Vertretungsorganen in ihren Neuordnungskonzeptionen zubilligten, dann wird deutlich, daß die Emanzipation von der Wirtschaftsdemokratiekonzeption des ADGB auf halbem Wege stehen blieb. Denn über die vage Feststellung, daß die Gewerkschaftsgründungen aus den Betrieben heraus einen wichtigen Beitrag zum Aufbau einer neuen Wirtschaftsdemokratie darstellen würden, die den Arbeitnehmern »gleichberechtigte Mitwirkung (...) in einer späteren Wirtschaftsorganisation und Verfassung ermöglichen« würden[319], ging die Denkschrift des Council zur Wirtschaftsordnung nicht hinaus. Das Gleiche gilt für die GLD.

Wie stark auch die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien den Wirtschaftsdemokratievorstellungen des ADGB folgte, zeigt die Trennung zwischen Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie und die Zuordnung der Betriebsdemokratie im Konzept der Landesgruppe zu dem Kapitel über Sozialpolitik, während die Wirtschaftsdemokratie im Abschnitt über Wirtschaftspolitik behandelt wurde.[320] Hinter der Trennung von Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie und der Zuordnung der Betriebsdemokratie zur Sozialpolitik stand eindeutig die ADGB-Konzeption, die die

315 Vgl. Dok. 170.
316 Zitiert nach Bednareck, Gewerkschaftspolitik, S. 180.
317 Dok. 257.
318 Ebd.
319 Ebd.
320 Vgl. Dok. 250.

Betriebsräte lediglich auf soziale Fragen beschränkte und ihnen keinen Platz in der Wirtschaftsdemokratie-Konzeption zubilligte.

In den Vorschlägen der Landesgruppe in Großbritannien zur Wirtschaftspolitik/Wirtschaftsdemokratie wurden die Betriebsräte nur am Rande erwähnt. In dem Entwurf für Wirtschaftspolitik (Dezember 1944) wurde den Betriebsräten im Abschnitt über »Sofortmaßnahmen« für die unmittelbare Phase nach dem Zusammenbruch des NS-Systems zugestanden, dort, wo ehemalige Nazis oder Betriebsleiter die Firmen verlassen haben, »die Weiterführung von Produktion, Transport und Verteilung« zu übernehmen und Tarifverträge und Arbeitsordnungen abzuschließen, die jedoch »der Zustimmung der paritätisch zusammengesetzten Aufsichts- und Schlichtungsorgane« bedürften.[321] Wenige Monate später sollte jedoch die Weiterführung der Betriebe nur noch durch »qualifizierte und politisch zuverlässige Anti-Nazis im Einvernehmen mit Betriebsausschüssen und Wirtschaftsverwaltung« erfolgen.[322] Ohne nähere Konkretisierung wurde im Unterschied zum Weimarer Konzept gefordert, die Betriebsvertretungen neben den Gewerkschaften »an der Leitung größerer Betriebe« zu beteiligen.[323]

Lediglich in Schweden vertrat ein Teil der Mitglieder der dortigen Landesgruppe die Position, der Betriebsdemokratie in den Neuordnungsvorstellungen einen deutlich höheren Stellenwert zuzubilligen und sie als »wirtschaftspolitisches Faktum ersten Ranges« anzuerkennen.[324] Die Forderung, die »Leitung der Betriebe auf demokratischer Basis« aufzubauen und den Betriebsarbeitern und ihren Vertrauensleuten »Einfluß auf die Zusammensetzung der Betriebsleitung und Einfluß auf die technische, kaufmännische und finanzielle Leitung des Betriebes« zu gewähren[325], ließ allerdings offen, ob der Begriff »Vertrauensleute« auch die Betriebsräte einschloß oder nur gewerkschaftliche Vertrauensleute meinte. Da jedoch »Planwirtschaft und Betriebsdemokratie (...) einander ergänzen« sollten, lag es nahe, das »betriebliche Mitbestimmungsrecht auch zu einem bedeutenden Faktor innerhalb der zukünftigen planökonomischen Maßnahmen« zu machen.[326] Von daher sollten die Betriebsräte legitimiert sein, »alle wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiter zu vertreten«.[327] Auch die Konkretisierung der offiziellen Richtlinie der Landesgruppe zur Betriebsrätefrage forderte den »Ausbau der kollektiven Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben« als eine »selbstverständliche und notwendige Maßnahme«.[328] Von daher wurde die Wiedereinführung des alten Betriebsrätegesetzes von 1920 abgelehnt[329] und für ein neues Betriebsrätegesetz plädiert, in dem insbesondere die »Mitbestimmungsrechte bei Einstellungen und Entlassungen schärfer gefaßt und erweitert werden« und die »Mitbestimmungsrechte (...) bei der betrieblichen Berechnung der Zeit- und Akkordlöhne im Rahmen der von den Gewerkschaften vereinbarten Tarifverträge« ausgedehnt werden sollten. Gefordert wurde für die Betriebsräte außerdem das Recht auf Einsichtnahme in das gesamte Kalkulationswesen der Unternehmen. Zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten sollten die Betriebsräte die Möglichkeit erhalten, »sich mit

321 Dok. 242, 245.
322 Ebd.
323 Dok. 250.
324 Dok. 191.
325 Ebd.
326 Dok. 194; vgl. auch Ross, Gewerkschaften, S. 129.
327 Dok. 194.
328 Ebd.
329 Vgl. ebd., demgegenüber aber Dok. 250 der Landesgruppe in Großbritannien, die für eine vorübergehende Einführung des Betriebsrätegesetzes von 1920 eintrat.

allen Angelegenheiten der Betriebsleitung, der Produktion sowie des Absatzes vertraut zu machen.«[330]

Sieht man von der Landesgruppe in Schweden ab, dann zeigen diese Ausführungen, daß die Debatte nach 1933 von Funktionären geführt wurde, die dem ADGB-Konzept weiterhin verhaftet waren. Das gilt insbesondere für die Funktionäre, die einen Aufbau der Gewerkschaften nach Kriegsende von oben favorisierten, aber ebenso auch für Funktionäre, wie die Zitate aus den Denkschriften und Resolutionen der GLD und des Council erkennen lassen, die für einen Organisationsaufbau aus den Betrieben heraus eintraten. In allen Landesgruppen blieb der Kompromiß hinsichtlich der Frage einer wirtschaftlichen Mitbestimmung der Betriebsräte, der zwischen den Verfechtern einer stärkeren Betonung der Betriebsebene und den Traditionalisten gefunden wurde, hinter den Positionen zurück, die nach 1945 z.B. in der britischen Besatzungszone vertreten wurden.

Auch hinsichtlich der überbetrieblichen Ebene lassen die Programmvorschläge der einzelnen Landesgruppen und Emigrantenorganisationen zahlreiche Anknüpfungspunkte an das Wirtschaftsdemokratiekonzept des ADGB erkennen, aber durchaus auch einige neue Akzentsetzungen und Positionswechsel.

Während die Wirtschaftsdemokratie von der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien 1943 – ebenso wie im ADGB-Konzept – als ein Transformationsmodell gesehen wurde, um eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu erreichen, gaben die Programmvorschläge dieser Landesgruppe 1945 als Ziel den Aufbau einer »wirklich demokratischen Wirtschaft« an.[331] Die Aufgabe des Ziels einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erfolgte zum einen aufgrund der Überlegung, auch ehemals christliche und liberale Gewerkschafter für die erstrebte Einheitsgewerkschaft zu gewinnen[332], und ist zum anderen auf den nachlassenden Einfluß der Vertreter sozialistischer Splittergruppen und die wachsende Bedeutung »traditioneller sozialdemokratischer Vorstellungen«[333] in der Landesgruppe zurückzuführen. Hinzu kommt, daß in allen Landesgruppen/Emigrantenorganisationen mit kommunistischen Gewerkschaftsvertretern diese die Position des NKFD übernahmen, das für die Schaffung demokratischer Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft eintrat und aus taktischen Gründen klassenkämpferische Positionen aufgegeben hatte.

Erreicht werden sollte die neue demokratische Wirtschaft durch weitgehende »Strukturänderungen« wie eine tiefgreifende Agrarreform, die Sozialisierung der wichtigsten Schlüsselindustrien, den Aufbau einer staatlichen Wirtschaftsplanung mit weitgehender Investitionskontrolle und die Beteiligung der Gewerkschaften an den wirtschaftlichen Selbstverwaltungsorganen. Unterschiede zwischen den Landesgruppen ergaben sich hinsichtlich der Reichweite und Differenziertheit der einzelnen Instrumente und Strategien, mit denen das Ziel einer demokratischen Wirtschaft erreicht werden sollte; sie zeigten sich z.B. hinsichtlich der Reichweite und Formen der Sozialisierungsforderungen und der Intensität der Wirtschaftsplanung. Am umfassendsten war der Verstaatlichungskatalog der Landesgruppe in Großbritannien, die die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, des Bergbaus, der Schwerindustrie und der Großchemie nannte, ferner die Sozialisierung aller Bodenschätze und der Energie- und Verkehrswirtschaft forderte sowie die Enteignung des Großgrundbesitzes verlangte. In der Begründung der Verstaatlichungs-/Sozialisierungsmaßnahmen

330 Dok. 194.
331 Dok. 250.
332 Vgl. Dok. 229, Anm. 11 (W. Hansen); ferner Dok. 184, Brief Tarnow an Gottfurcht.
333 Ross, Gewerkschaften, S. 136.

wurde in der Regel darauf verwiesen, daß die »Beherrscher der Monopolindustrien und der Großgrundbesitz (...) den Nationalsozialismus und Militarismus begünstigt« hätten und daß nur mit der Entmachtung dieser Kräfte »soziale Verhältnisse entstehen, die die Gefahr eines Neuentstehens des Nationalsozialismus unmöglich machen.«[334] Um dies zu erreichen, müsse die politische Demokratie durch eine weitgehende Demokratisierung der Wirtschaft ergänzt und gesichert werden. Hinsichtlich der Formen der Sozialisierung sprach die Landesgruppe in Großbritannien von der Verstaatlichung der Schlüsselindustrien oder ihrer Überführung in öffentliches Eigentum[335], während die Landesgruppe in Schweden als mögliche Formen der Sozialisierung die »Verstaatlichung, Kommunalisierung oder anderweitige Vergesellschaftung« nannte.[336]

Im Kampf um die Demokratisierung der Wirtschaft hatte Naphtali nicht nur die Sozialisierung der Schlüsselindustrien und der Banken gefordert, sondern gleichzeitig auch den Aufbau zahlreicher Kontrollorgane für die Wirtschaft und die »Teilnahme der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter an der Führung der großkapitalistischen Monopolorganisation« verlangt.[337] Die Forderungen nach einem Kartell- und Monopolamt oder einer staatlichen Investitionsstelle und das Verlangen, daß die Gewerkschaften »in den neu zu schaffenden Organen der staatlichen Wirtschaftsplanung und der wirtschaftlichen Selbstverwaltung vertreten sein [sollten], um aktiv am Aufbau eines freien demokratischen Deutschlands mitwirken zu können«[338], zeigten die Nähe zum Wirtschaftsdemokratiekonzept des ADGB. Das gilt auch für die Landesgruppen in Großbritannien und Schweden und den Council for a Democratic Germany hinsichtlich ihrer vergleichsweise weitgehenden Forderung nach Wirtschaftsplanung. Je nach Wirtschaftssektor und Eigentumsform wurde jedoch eine unterschiedliche Intensität der Wirtschaftsplanung angestrebt. Denn die Notwendigkeit staatlicher Lenkungsmaßnahmen der Produktion sollte nicht zu einer bürokratisierten Staatswirtschaft führen.[339] »Der bürokratische Beamtenapparat ist lediglich ausführendes Organ der Wirtschaftsdemokratie eines souveränen Volkes«; zu diesem Zweck müßten »alle staatlichen Maßnahmen zur Produktionspolitik und die Regierung der Gesamtwirtschaft (...) viel mehr örtlich, regional und zentral durch die unmittelbare Mitwirkung der erfahrenen und verantwortlichen Wirtschaftskräfte gegen bürokratische Eingriffe in den Gang der ökonomischen Entwicklung geschützt« sein.[340]

Die Kritik von Krohn, daß der Council sich fern der wirtschaftspolitischen Debatte der Wirtschaftswissenschaften bewegte, z.B. die von John Maynard Keynes entwickelten Konzepte der Staatsintervention und des öffentlichen ›deficit spending‹ ignorierte und auch das in der deutschen Wirtschaftswissenschaft entwickelte »neue Verständnis von der aktiven Rolle des Staates im Wirtschaftsprozeß« nicht berücksichtige, und daß dem Council nicht viel »mehr einfiel als an die vagen, inzwischen angestaubten institutionellen Konzepte aus den 1920er Jahren anzuknüpfen«[341], übersieht, daß das Wirtschaftsdemokratiekonzept des ADGB die dogmatisch-marxistische Identifikationsthese, die den Staat lediglich als Instrument des Finanz-/Monopolkapitals sah, ablehnte und von der These einer relativen Selbständigkeit des Staates und –

334 Dok. 255.
335 Vgl. Dok. 250.
336 Dok. 205.
337 Naphtali, Wirtschaftsdemokratie, S. 49.
338 Dok. 250.
339 Vgl. Dok. 267; Dok. 250.
340 Dok. 267.
341 Krohn, in: Lankgau-Alex, Council, S. 96f.

geradezu modern, betrachtet man die Korporatismusdiskussion der 1980er Jahre – von der gegenseitigen Einflußnahme von Staat und den »großen organisierten Wirtschaftsmächte[n]« ausging.[342]

XII. Zusammenfassung

Die Anpassungspolitik der freien, christlichen und liberalen Gewerkschaftsorganisationen hatte nicht, wie von den Gewerkschaftsführungen erhofft, den Erhalt der Organisationen sichern können, sondern aufgrund von Vertrauensverlusten und Enttäuschungen der Gewerkschaftsmitglieder in die Gewerkschaftsführungen wesentlich dazu beigetragen, die Zerschlagung bzw. Gleichschaltung der Gewerkschaften ohne Widerstand zu erleichtern. Nur selten gelang es einzelnen Gewerkschaftsfunktionären, organisatorische und finanzielle Vorbereitungen für eine Widerstandstätigkeit in der Illegalität zu treffen.

Die weit verbreiteten Hoffnungen auf einen baldigen Zusammenbruch des NS-Systems und Vergleiche der Verhältnisse vom Frühjahr 1933 mit der Situation unter dem Sozialistengesetz während des Kaiserreiches verdeutlichen die Unterschätzung des politischen Gegners NSDAP durch die Vertreter der Arbeiterorganisationen. Dies gilt besonders auch für zahlreiche Gewerkschafter. Resignation oder Abwarten, Rückzug ins Privatleben, fehlende Vorbereitungen und Mangel an finanziellen Mitteln, die zunehmende Angst vor Spitzeln und Denunzianten und das sich schnell ausbreitende NS-Terrorsystems und viele andere Faktoren schränkten die Möglichkeiten und Chancen, Widerstand zu leisten, erheblich ein. Gewerkschafter, die sich Widerstandsgruppen anschlossen, blieben während der gesamten NS-Zeit eine kleine, schnell abnehmende Minderheit.

Gemeinsam war allen gewerkschaftlichen Widerstandsgruppen die Arbeit in kleinen Zirkeln und Vertrauensleutenetzen ohne feste Organisationsstrukturen. Eine Ausnahme spielten lediglich kommunistische Gewerkschaftsgruppen, die 1933/34 in gravierender Fehleinschätzung der geänderten politischen Rahmenbedingungen zu Generalstreiks und Massenaktionen aufriefen und den baldigen Sturz des NS-Regimes erwarteten; eine Fehleinschätzung, die es den Verfolgerinstanzen wesentlich erleichterte, kommunistische Gewerkschafter zu verhaften und ihre Widerstandsgruppen zu zerschlagen.

Kleine Zirkel und »Vertrauensleutenetze« statt formaler Organisationsaufbau mit strikter Aufgabenverteilung, Vorsicht gegen jede Person, die Wahrung des persönlichen Zusammenhalts vor Versuchen der Organisationsausweitungen, schließlich der Vorrang tagespolitischer Probleme vor Auseinandersetzungen mit tiefreichenden programmatischen Zielsetzungen bestimmten die Aktivitäten von illegalen Gewerkschaftern. Die Formulierung und Popularisierung von Zukunftsvorstellungen blieben den in der Emigration gebildeten Gruppen vorbehalten, die darüber hinaus die Aktivitäten nach Deutschland zu den illegalen Kontaktpersonen koordinierten, Kontakte vorbereiteten oder Verbindungen zu den jeweiligen Berufssekretariaten herstellten und aufrecht hielten, für die Finanzierung der illegalen Arbeit, die Reisen innerhalb des Reiches, die Produktion und Einschleusung illegaler Schriften nach Deutschland sorgten.

Vergleicht man Organisation, Arbeitsbereiche und konkrete Tätigkeit der ITF-Gruppen mit denen des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter, so zeigen sich Ähnlichkeiten, aber auch deutliche Unterschiede. Sichtbar wird zunächst, daß

342 Naphtali, Wirtschaftsdemokratie, S. 49.

eine dauerhafte gewerkschaftliche Widerstandstätigkeit eine funktionsfähige Organisationszentrale außerhalb des Deutschen Reiches benötigte, damit Verhaftungen nicht die Organisationen als Ganzes bedrohten. Ferner waren grenznahe Verbindungsstellen unabdingbar, um die illegalen Verbindungen koordinieren, Aktivitäten beraten und Informationen austauschen zu können. Schließlich unterstreicht die Tätigkeit beider Organisationen die notwendige Unterstützung der deutschen illegalen Gruppen durch die internationalen Gewerkschaftsorganisationen, die mit finanziellen Hilfen, persönlichen Verbindungen und logistischer Unterstützung in den Exilländern eine kontinuierliche illegale Arbeit möglich machten. Unterschiede in der illegalen Arbeit wurden demgegenüber bei der Frage deutlich, wie die Tätigkeit in den Betrieben strukturiert und wie z.B. mit der DAF umgegangen werden sollte: dezentrale Kadergruppen bei der ITF für die erwartete Umbruchsituation oder für die nachnationalsozialistische Zeit einerseits und die Übernahme von DAF- und betrieblichen Funktionen bei den Bergarbeitern andererseits, um das Regime von innen heraus zu bekämpfen. Beide Organisationen lehnten aber eine bürokratische Zusammenfassung der gewerkschaftlichen Widerstandsgruppen in der Emigration ab, wobei sich der Arbeitsausschuß aufgrund des kommunistischen Einflusses aus taktischen Erwägungen der ADG näherte, während die ITF auf Distanz blieb.

Im Unterschied zu den freigewerkschaftlichen Widerstandsgruppen dominierte bei den Kommunisten der Organisationsaspekt, dem die Aktionsformen untergeordnet waren. Der gewerkschaftliche Widerstand in Form von RGO, Roten Verbänden bis hin zum Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften besaß für die KPD bis Mitte der 1930er Jahre eine herausgehobene Bedeutung, die sie dann aber durch die Neuorientierung der KPD und die Erfolglosigkeit der gewerkschaftlichen Tätigkeit rasch verlor. Die Ergebnisse illegaler Arbeit in der DAF und die Übernahme von Funktionen entsprechend der Taktik des »Trojanischen Pferdes« lassen sich aus der Retrospektive nur schwer beurteilen. Tatsächlich gelang es an manchen Stellen, mit gefälschten Schriftstücken und NS-Zeitschriften vorübergehend Aufmerksamkeit zu erzeugen. Von kommunistischer Seite initiierte politische Arbeitsniederlegungen können hingegen kaum nachgewiesen werden.

Träger der gewerkschaftlichen Widerstands- und Emigrantengruppen – und dies mag überraschen – waren in der Mehrzahl Gewerkschaftsfunktionäre der lokalen und Bezirksebene des ADGB und seiner Einzelgewerkschaften, ferner Funktionäre des Afa-Bundes. Das heißt, nicht wenige der Gewerkschaftsfunktionäre, die im Frühjahr 1933 die Anpassungspolitik der ADGB-Spitze zur Erhaltung der Organisationsstrukturen unterstützt bzw. sich zumindest nicht öffentlich dagegen gewehrt hatten, waren häufiger Träger des illegalen Widerstandes im Deutschen Reich als einfache Betriebsarbeiter oder Angestellte.

Für die gewerkschaftlichen Emigrantengruppen läßt sich feststellen, daß sie zum einen aufgrund der schwierigen Rahmenbedingungen, zum anderen aufgrund ihres Festhaltens an »bewährten« Organisationsstrukturen und Programmen in der ersten Phase der Emigration Organisationen bildeten – eine Ausnahme war der Koordinationsausschuß in Frankreich –, die entgegen ihren Forderungen, die Richtungsgewerkschaften zu überwinden, weiterhin einer Richtung verpflichtet waren, wie die ADG und ihre Landesgruppen.

Sowohl die ADG als auch ihre Landesgruppen erfaßten vor dem Kriege lediglich einen Teil der sozialdemokratischen Gewerkschaftsemigranten und zogen ihre Legitimation einzig aus der Anerkennung seitens der Illegalen Reichsleitung und des IGB.

Erst während des Krieges – z.T. wie in Großbritannien bedingt durch gemeinsame Internierung und Einfluß von TUC und Labour Party – entwickelten sich Landesgruppen, die zunächst sozialdemokratisch und sozialistisch orientierte Gewerkschafter erfaßten und ab 1943 auch kommunistische Gewerkschafter aufnahmen, wobei in dieser Frage die Landesgruppe in Schweden sich gegenüber den früheren RGO-Mitgliedern am liberalsten verhielt.

Eine intensive Programmdebatte führten diese Emigrantengruppen erst, als Anfang 1943 die Niederlage Nazi-Deutschlands (Stalingrad) deutlich wurde und die Alliierten mit der Planung ihrer Deutschland- und Besatzungspolitik begannen.

Für die Unterschiede in den Ergebnissen der Programmdiskussionen sind zum einen die Rahmenbedingungen in den Gastländern, zum anderen aber auch die soziale und politische Zusammensetzung der Landesgruppen wesentlich. Intensive Debatten wurden insbesondere in den Landesgruppen geführt, in denen es genügend gewerkschaftliche Sachverständige mit journalistischer Erfahrung, wie z.B. in Schweden und Großbritannien, gab. Angeregt wurden die Debatten auch durch die Vertreter sozialistischer Splittergruppen, die die ehemaligen Funktionäre, die am Wirtschaftsdemokratiekonzept des ADGB festhielten, mit ihren Gegenpositionen konfrontierten.

XIII. Quellenlage

Der Quellenband basiert in den Kapiteln über die Emigrantengruppen in erster Linie auf Nachlässen führender Funktionäre der ehemaligen freien Gewerkschaften (z.B. H. Gottfurcht, W. Hansen, F. Tarnow, M. Plettl), die ursprünglich im DGB-Archiv, danach im HBS-Archiv einsehbar waren und heute als Teil des DGB-Archivs im AdsD aufbewahrt werden. Wichtig waren für die gewerkschaftlichen Emigrantengruppen die Sopade-Bestände und Nachlässe W. Auerbach und G. Kreyssig im AdsD, ferner verschiedene Nachlässe wie z.B. V. Baur, K. Glaser und K.R. Grossmann im Institut für Zeitgeschichte und der Teilnachlaß von Plettl im GTB-Archiv in Düsseldorf. Eine wichtige Ergänzung stellen die Materialsammlungen und Korrespondenzen verschiedener Internationaler Berufssekretariate, des IMB und insbesondere der ITF im AsdD und im MRC in Warwick (Großbritannien), der IUL in deren Archiv in Genf, der Internationalen Bekleidungsarbeiter-Föderation im GTB-Archiv und der Bergarbeiter-Internationale im IISG in Amsterdam und im Bundesarchiv dar.

Für die Emigrantengruppen in der Schweiz sind ferner die Bestände im Schweizerischen Sozialarchiv und das Archiv des VHTL in Zürich zu nennen, für die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden das Arbetarrörelsens Arkiv und das LO-Archiv in Stockholm, ferner das Archiv der Landesbibliothek in Västerås.

Diese Unterlagen, ferner die Bestände des IGB und des TUC in Warwick vermitteln insgesamt einen detaillierten Einblick in die Binnenstrukturen der einzelnen Emigrantengruppen, ihre Zielsetzungen und Aktivitäten. Sie ermöglichen es, die einzelnen Landesgruppen vergleichend darzustellen und zu analysieren und erlauben darüber hinaus eine differenzierte Sicht auf die jeweils landesspezifische Emigrationssituation.

Die Quellengrundlage zu den in Deutschland operierenden illegalen Gruppen und zu deren Verbindungen in den Grenzstellen des benachbarten Auslands bilden demgegenüber sowie im Unterschied zu den Quellenbänden 4 und 6ff neben den Flugblättern, Zeitungen und Korrespondenzen auch Unterlagen, die von den Verfolgerinstanzen des NS-Regimes angefertigt wurden. In erster Linie handelt es sich um die im Bundesarchiv und in den Staatsarchiven lagernden Vernehmungsprotokolle, Fahndungsunterlagen und Berichte der Gestapo über festgestellte Flugschriften und Verhaftungen sowie um Ermittlungsakten, Anklageschriften und Gerichtsurteile. Von diesen besitzen insbesondere die Unterlagen der Generalstaatsanwaltschaft und des

Oberlandesgerichts Hamm im Staatsarchiv Münster sowie die in einer Microfiche-Edition veröffentlichten Anklageschriften und Urteile des Volksgerichtshofes wichtiges Material. Diese Unterlagen ersetzen oder ergänzen, z.B. für die Illegale Reichsleitung, die ITF und den Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter die häufig nicht mehr vorhandenen oder aus Sicherheitserwägungen erst gar nicht angefertigten Materialien und Korrespondenzen der in der Illegalität tätigen Gewerkschafter. Die Unterlagen der Verfolgerinstanzen enthalten zudem in den Anlageakten der Ermittlungsakten und der Anklagen als »Beweisstücke« oftmals Flugblätter und Korrespondenzen im Original oder in Abschrift. Eigendokumente der illegalen Gruppen in Deutschland sind aufgrund der Konspiration und des Verfolgungsdrucks nur in geringem Umfang überliefert und gewähren häufig nur einen punktuellen sowie zeitlich und räumlich begrenzten Einblick in Aktionsbereiche, Verbindungen und Zielsetzungen. Die Materialien der Verfolgerinstanzen dokumentieren in der Regel deren »Erfolge« bei der Zerschlagung illegaler Gruppen oder Verbindungen. Breiter angelegt sind die Analysen, Berichte, Korrespondenzen und Notizen der die illegalen Gruppen anleitenden Grenzstellen und Verbindungspersonen in der Emigration, die die umfangreichsten Informationen über die in Deutschland operierenden illegalen Gruppen und Strukturen über einen längeren Zeitraum bieten.

XIV. Zur Einrichtung der Edition

Bei der Einrichtung der Edition folgen die Bearbeiter weitgehend den bereits vorliegenden Quellenbänden zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung und den von der Bonner Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien herausgegebenen Editionen.

Dies gilt insbesondere für die editionstechnischen Daten wie z.B. die Abfassung der Überschriften und die Erstellung der Kopfregesten. Die Rechtschreibung wurde behutsam den heutigen Regeln angepaßt. Der Grundsatz der Vereinheitlichung wurde nicht immer strikt durchgehalten (z.B. beim Gebrauch der Begriffe »Gewerkschafter/Gewerkschaftler»). Um Wiederholungen zu vermeiden, sei hier ansonsten auf die editorischen Ausführungen in den bereits vorliegenden Bänden der Gewerkschaftsedition verwiesen. Im Unterschied zu den Bänden 1–4, die chronologisch gegliedert sind (was ihre Hauptquellen, die Ausschußprotokolle, nahelegten), erfolgt die Anordnung der Dokumente im vorliegenden Band – ebenso wie in den Bänden 6–8 – nach Sachgesichtspunkten; innerhalb der einzelnen Kapitel sind die Dokumente jedoch auch chronologisch geordnet.

Ferner wurden – abweichend von den Bänden 1–4 – die biographischen Daten nicht in einem Personenregister erfaßt, sondern in Fußnoten zu den jeweiligen Dokumenten aufgenommen. Die große Anzahl in der in den Dokumenten erwähnten Gewerkschaftsmitglieder und Funktionäre, die selbst Gewerkschaftshistorikern unbekannt sind, ließ ihre Erfassung in einem Personenregister nicht sinnvoll erscheinen. Aus Gründen der Platzersparnis wurde auf einen Nachweis der Quellen für die biographischen Daten verzichtet. Grundlage dieser Daten sind zum einen die ausgewerteten Arbeitsmaterialien, die Gewerkschaftspublikationen und die bekannten biographischen Nachschlagewerke von Osterroth, Röder, Weber, das Handbuch der Arbeiterpresse u.a. Zum anderen konnte ein Teil der Daten erst durch eine umfangreiche Korrespondenz mit den Gewerkschaften und mit den Angehörigen der in den Dokumenten erwähnten Gewerkschafter bzw. mit diesen selbst zusammengetragen werden. Den in die Dokumentation aufgenommenen englischsprachigen Texten sind knappe deutschsprachige Regesten vorangestellt.

Die Quellenedition für diesen Band hatte sich mit der sehr ungleichgewichtigen Überlieferung von Dokumenten auseinanderzusetzen. Sie stand vor dem Problem, daß von einigen großen freien Einzelgewerkschaften aus den Jahren nach 1933, z.B. dem freigewerkschaftlichen Deutschen Fabrikarbeiterverband sowie nahezu vollständig von den christlichen Gewerkschaften, kaum Unterlagen über illegale Aktivitäten überliefert sind. Zu anderen großen Organisationen der Weimarer Republik, z.B. dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, sind fast ausschließlich Unterlagen der Verfolgerinstanzen in Form von Berichten über Verhaftungen, Verhörprotokollen, Anklageschriften und Urteilen überliefert. Da die Edition jedoch keine Totalsicht auf das Spektrum der illegalen gewerkschaftlichen Gruppen zu geben beabsichtigt, bis auf wenige Beispiele nicht die Verfolgerperspektive berücksichtigen und sich nicht wie wichtige Studien der Forschung (Esters/Pelger, Buschak) vorrangig auf die Ergebnisse der häufig unter Folter zustande gekommenen Ermittlungen stützen will, wurde auf einige wichtige Gruppen wie z.B. auf die vor allem in Thüringen und Sachsen operierenden Textilarbeiter oder auf die Metallarbeitergruppen um Rudolf Teichgräber, Willi Rößler, Alwin Brandes u.a. verzichtet.

Unter Berücksichtigung dieser Einschränkungen erfolgte die Auswahl der bearbeiteten illegalen Widerstandsgruppen in erster Linie unter dem Gesichtspunkt ihrer Bedeutung. Für die Edition wurden daher Organisationen ausgewählt, die wie die Bergarbeiter, Eisenbahner und Seeleute über einen längeren Zeitraum aktiv waren und mit eigenen Unterlagen berücksichtigt werden können. Zugleich kann bei diesen Gruppen die große Bedeutung der engen Verknüpfung von Illegalität und Emigration für das Bestehen illegaler Verbindungen gezeigt werden.

Die vorliegende Edition ist zudem in besonderer Weise bemüht, bislang vernachlässigte (z.B. Auslandsvertretung der Deutschen Gewerkschaften, gewerkschaftliche Emigrantengruppen in der Schweiz und Frankreich, German Trade Union Delegation in den USA usw.) und besonders strittige Aspekte der Thematik (Illegale Reichsleitung der Gewerkschaften, kommunistische Gewerkschaftspolitik im Widerspruch) vergleichsweise ausführlich zu berücksichtigen.

Da sich die Veröffentlichung des vorliegenden Quellenbandes zeitlich deutlich verzögert hat, mußten die Bearbeiter das fertige Manuskript aufgrund neuer Verlagsvorgaben hinsichtlich des Seitenumfangs erheblich kürzen. Das Kapitel über kommunistische Gewerkschaftspolitik wurde um mehr als die Hälfte reduziert, und auf die bereits fertiggestellten Kapitel über »Vertrauensratswahlen« und »Bekleidungsarbeiter im Widerstand« mußte ganz verzichtet werden. M. Frese wird in einer umfangreicheren Publikation die durch die Reduzierung verlorengegangenen regionalen und zeitlichen Differenzierungen und Facetten kommunistischer Gewerkschaftspolitik darstellen und analysieren, und S. Mielke wird das Kapitel über die Bekleidungsarbeiter im Widerstand zu einer selbständigen Publikation erweitern.

In einigen Fällen, wo sich zwischenzeitlich Signaturen von Beständen veränderten (z.B. RSHA IV St. 3, heute DY-Signatur, oder HBS, heute DGB-Archiv im AdsD), erfolgte dann keine Berichtigung, wenn die Bestände aufgrund der alten Signaturen leicht auffindbar sind.

Abschließend sei erwähnt, daß bei den Dokumenten zeitliche und regionale Schwerpunkte gebildet werden mußten. So besitzen die Kapitel über die illegalen Gruppen ihren zeitlichen Schwerpunkt in den Jahren 1933–1937/38, wobei Aktivitäten während der Jahre 1935–1936/37 besonders stark vertreten sind. Seit der zweiten Hälfte der 1930er Jahre waren die meisten illegalen Gewerkschaftsgruppen zerschlagen bzw. bemühten sich die illegalen Gruppen um andere Organisationsformen. Für die Kriegsjahre schließlich liegen keine Unterlagen über illegale gewerkschaftliche Aktivitäten in Deutschland vor. Hingegen besitzen die Kapitel über die Gruppen der Emigration

ihren zeitlichen Schwerpunkt in Entwicklungen während der späten 1930er sowie während der Kriegsjahre. Die regionalen Schwerpunkte Rheinland-Westfalen und Berlin resultierten aus der Bedeutung dieser Industrieregionen und der Reichshauptstadt für die Arbeiterbewegung in Deutschland, aus der Fülle der überlieferten Unterlagen sowie aus den vorhandenen staatlichen Unterlagen, die es häufig ermöglichen, die in den illegalen Schriften angesprochenen Tätigkeiten und Verbindungen zu überprüfen.

Verzeichnis der Dokumente

Nr.	Datum	Überschrift	Seite
I.		**Die Absetzung der Betriebsvertretungen und die Zerschlagung der Gewerkschaften 1933**	
1	1.3.1933	Der ADGB-Bezirksausschuß Hessen ruft seine Mitglieder auf, Ruhe zu bewahren und gegen jeden Übergriff der Nationalsozialisten beim Reichspräsidenten oder beim Reichskommissar für Preußen zu protestieren	101
2	25.3.1933	Die Vorstände einzelner Freier Gewerkschaften an ihre Mitglieder zur Situation nach den Reichstagswahlen	102
3	25.3.1933	Berichte zur Lage im Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs	106
4	28.3.1933	Der Hauptvorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands appelliert an die Mitglieder, im Verband zu bleiben	110
5	Ende März 1933	Flugblatt des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands in Osterode/Harz zur Gewerkschaftsentwicklung und zum Verhältnis zur Hitler-Regierung	112
6	3.4.1933	Stand und Planungen der RGO in den Bezirken Ruhrgebiet und Mittelrhein für die weitere betriebliche, gewerkschaftliche und RGO-Arbeit	115
7	13.4.1933	Der Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands in Oberhausen beklagt sich bei der Regierung in Düsseldorf wegen der Absetzung von Betriebsräten durch die NSBO	119
8	14.4.1933	Bericht über die Ausschaltung der Personalvertretungen und der Gewerkschaften im Bereich der Post-, Telegrafen- und Telefon-Betriebe Anfang April 1933	121
9	20.4.1933	Interner Bericht der RGO über den Verlauf der Betriebsrätewahlen 1933 im Bezirk Mittelrhein	124
10	28.4.1933	Vereinbarung der gewerkschaftlichen Dachverbände: Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften	127
11	28.6.1933	Einspruch von Emil Hoffmann, ehemals Gauleiter des Keramischen Bundes in Thüringen, gegen seine Kündigung als Gewerkschaftsangestellter durch die DAF und Forderung nach Rückerstattung von Versicherungsbeiträgen	129
12	29.6.1933	Einspruch gegen die fristlose Entlassung als Gewerkschaftsangestellter durch den Hauptvorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter	131

Nr.	Datum	Überschrift	Seite
13	22.8.1933	Die Vereinigten Stahlwerke AG, August-Thyssen-Hütte Dinslaken, bitten den Regierungspräsidenten in Düsseldorf um Unterstützung nach Unruhe in der Belegschaft aufgrund der Ab- und Umbesetzungen der Betriebsvertretung .	132
14	26.8.1933	Entscheidung des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministeriums über den Einspruch gegen die Entlassung wegen staatsfeindlicher Einstellung	134
15	November 1933	Jakob Kaiser über die Situation in der früheren christlichen Arbeiterbewegung in Deutschland	135
16	25.2.1935	Rundschreiben früherer Gewerkschaftsführer des Fabrikarbeiter-Verbandes zur Koordination von Entschädigungsansprüchen für ehemalige Angestellte des Verbandes	143
17	15.4.1935	Jakob Kaiser zum Verhältnis von Deutscher Arbeitsfront und den ehemaligen christlichen Gewerkschaften	147
II.		**Die Illegale Reichsleitung, die Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften (ADG) und das Koordinations-Komitee von Internationalem Gewerkschaftsbund und Internationalen Berufssekretariaten**	
18	Ende Oktober 1933	Bericht über die Situation der ehemaligen Freien Gewerkschaften in Deutschland und über Reorganisationsbemühungen in Berlin	155
19	20.6.1934	Spitzelbericht über interne Strukturen der illegalen Gewerkschaften und über die Zusammenarbeit von Gewerkschaftern mit Vertretern anderer Organisationen	157
20	Dezember 1934	Bericht von Heinrich Schliestedt, Komotau/CSR, an den Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Paris über den gewerkschaftlichen Widerstand in Deutschland und über die Notwendigkeit der Gründung einer Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften	161
21	6.2.1935	Die Gestapo beschreibt Stand und Zusammensetzung der Illegalen Reichsleitung der Freien Gewerkschaften	166
22	Frühjahr 1933 - Frühjahr 1935	Hans Jahn schildert rückblickend die Versuche zur Bildung einer »Reichsleitung deutscher illegaler Gewerkschaften«	171
23	Mitte Februar – Mitte März 1935	Kontroverse Positionen führender Angestelltenvertreter zur illegalen Arbeit in Deutschland	178
24	Mitte März 1935	Stellungnahme von M. [üller, Paul ?] zur Denkschrift von Heinrich Schliestedt an den Internationalen Gewerkschaftsbund	184
25	27.3.1935	Diskussion des Koordinations-Komitees über Fragen der Zentralisierung des gewerkschaftlichen Widerstands in Deutschland	186
26	21.5.1935	Schreiben von Heinrich Schliestedt, Komotau/CSR, an Martin Plettl, New York, zur Widerstandstätigkeit	188
27	26./27.7.1935	Leitsätze für die Gewerkschaftliche Auslandsvertretung Deutschlands (Geade)	192
28	9.8.1935	Rundschreiben des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Paris an die Internationalen Berufssekretariate über die Reichenberger Konferenz	194
29	13.8.1935	Brief von Wim Spiekman, Internationaler Bund der Privatangestellten, an den Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes Walter Schevenels	195
30	14.8.1935	Schreiben von Heinrich Schliestedt, Komotau/CSR, an Fritz Tarnow, Kopenhagen	197
31	16.8.1935	Schreiben von Fritz Tarnow, Kopenhagen, an Heinrich Schliestedt, Komotau/CSR	203
32	August 1935	Heinrich Schliestedt, Komotau/CSR, über die Bildung einer Einheitsgewerkschaft im postfaschistischen Deutschland	206
33	9.9.1935	Hermann Scheffler zur Entwicklung der Illegalen Reichsleitung nach der Reichenberger Konferenz und Kritik am Internationalen Gewerkschaftsbund	213
34	29.11.1935	Diskussion über den Fortbestand des Koordinations-Komitees und über die Reichenberger Konferenz	214
35	5.2.1936	Heinrich Schliestedt, Komotau/CSR, berichtet Martin Plettl, New York, über die Entwicklung der ADG und die illegale Arbeit im Reich	219
36	1936	Hans Jahn diskutiert rückblickend die Möglichkeiten für den Wiederaufbau der Gewerkschaften und die künftige Organisationsform im Jahr 1936	234
37	29.5.1936	Protokoll des Treffens der Mitglieder des Koordinations-Komitees mit Vertretern der Illegalen Reichsleitung in Egmond/Holland	238
38	1.6.1936	Cäsar Thierfelder, Hilversum/Holland, an Martin Plettl, New York, über ein Treffen des Koordinations-Komitees mit der Illegalen Reichsleitung in Egmond/Holland	245
39	17.11.1936	Vertrauliches Schreiben von Heinrich Schliestedt, Komotau/CSR, an Herbert Warnke, Kopenhagen	247
40	26.1.1937	Vertrauliches Schreiben von Heinrich Schliestedt, Komotau/CSR, an Herbert Warnke, Kopenhagen	249
41	5.8.1937	Heinrich Schliestedt, Komotau/CSR, berichtet über die Entwicklung der illegalen Gewerkschaften in Berlin	254
42	August 1937	Satzungsentwurf von Heinrich Schliestedt,Komotau/CSR, für den Bund der Deutschen Gewerkschafter	256
43	15./16.8.1938	Beschlüsse des Kongresses deutscher Gewerkschafter in Mülhausen/Frankreich	262

Nr.	Datum	Überschrift	Seite
44	19.1.1939	Protokoll über Besprechungen zwischen Vertretern des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands und der ITF über die weitere Gewerkschaftsarbeit in der Emigration sowie speziell zum Umgang mit dem ADG	265
45	17.6.1939	Konzeption für die gewerkschaftliche Deutschland-Arbeit	268
46	September 1939	Aufruf der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften an die deutschen Arbeiter nach Kriegsausbruch	270
47	September 1939	Memorandum von Fritz Tarnow, Kopenhagen, über die Aufgaben der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften während des Krieges	271
48	18.12.1939	Schreiben von Bruno Süss, Paris, an Fritz Tarnow, Kopenhagen	279
49	Februar 1940	Die Neue Gewerkschaftszeitung zum Gewerkschaftsproblem	288
50	29.8.1944	Die sozialpolitischen Pläne der Widerstandsgruppen um Wilhelm Leuschner und Carl Goerdeler	291
51	13.9.1944	Pläne des Leuschner-Kreises für den »Aufbau einer deutschen Gewerkschaft« nach dem Sturz des NS-Regimes	294
52	4.9.1945	Bericht von Hermann Schlimme, Berlin, über die illegale Gewerkschaftsarbeit 1933–1945	300
53	23.11.1948	Richard Barth, Berlin, beschreibt seine Tätigkeit in der Illegalen Reichsleitung	303
III.		**Der Widerstand der Eisenbahner und Seeleute**	
54	5.2.1933	Entschließung von Vorstand und Verbandsbeirat des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands zur Verteidigung des demokratischen Staates	307
55	7./8.6.1933	Sitzung des Exekutivkomitees der ITF in Amsterdam	308
56	Juli 1933	Selbstkritik und Vorschläge der Führung des kommunistischen Einheitsverbandes der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer zu Formen und inhaltlicher Ausrichtung der illegalen Tätigkeit	311
57	Juli/August 1933	Flugblatt der Internationalen Berufssekretariate der Transportarbeiter (ITF), der Fabrikarbeiter und der Privatangestellten	315
58	5.–7.9.1933	Jacobus Oldenbroek, Amsterdam, berichtet über seine Deutschlandreise und Besuche bei führenden Gewerkschaftern	318
59	Ende 1933	Hinweise zum Verhalten in der Illegalität	328
60	März/April 1934	Der kommunistische Einheitsverband ruft zu offenen Aktionen in der DAF und zum Aufbau einer eigenen Organisation auf	332
61	Januar 1935	Die Leitung des kommunistischen Einheitsverbandes erläutert ihre Taktik für die illegale Tätigkeit und gegenüber den freigewerkschaftlichen Gruppen	334
62	Frühjahr 1935	Vorschlag eines »Gewerkschaftlichen Sofortprogramms«	337
63	Mai 1935	Hermann Knüfken, Antwerpen, berichtet an die ISH über die gewerkschaftliche Arbeit in Antwerpen im Mai 1935	342
64	26.6.1935	Die Gestapo berichtet über die Konferenz der ITF in Roskilde/Dänemark, Ostern 1935	347
65	August/Oktober 1935	Die Antwerpener Gruppe rechtfertigt ihre Form der gewerkschaftlichen Arbeit gegenüber der KPD	350
66	September 1935	Die ISH gibt Anweisungen zur Form der Gewerkschaftsarbeit	351
67	Februar 1936	Edo Fimmen und Hermann Knüfken geben den Anschluß der »Antwerpener Gruppe« von Seeleute-Gewerkschaftern, die sich bislang der KPD zurechneten, an die ITF bekannt	354
68	Februar 1936	Die ITF gibt Anweisungen für die illegale Arbeit	357
69	1.3.1936	Organisations-Anlage von Hans Jahn über den Stand der illegalen Organisation der Eisenbahner im Deutschen Reich	359
70	30.4.1936	Karl Molt, Rorschach/Schweiz, informiert Hans Jahn über seine Verbindungen ins Reich	369
71	Mai 1936	Die ITF ruft zu Einheit und Geschlossenheit im Kampf gegen das NS-Regime auf	372
72	2.7.1936	Paul Merker gibt Anweisungen zum Verhalten der kommunistischen Seeleute gegenüber der ITF	373
73	28.10.1936	Karl Molt, Rorschach/Schweiz, berichtet Hans Jahn über die Entwicklung seiner Verbindungen ins Deutsche Reich, zur Auslandsvertretung deutscher Gewerkschafter sowie über seine Stellung zur ITF	374
74	November 1936	Richtlinien der Aktivgruppen (ITF)	380
75	15.12.1936	Hans Jahn berichtet der ITF über seine Tätigkeit in der Illegalität und in der Emigration 1933–1936	381
76	April 1937	Aufruf für konkrete Forderungen nach verbesserten Arbeitsbedingungen als Mittel im Kampf gegen das NS-Regime	402
77	19.8.1937	Karl Molt, Rorschach/Schweiz, berichtet Hans Jahn über den Fortgang der illegalen Arbeit	403
78	24.8.1937	Hans Jahn antwortet Karl Molt, Rorschach/Schweiz, zur Organisation der illegalen Arbeit in Süddeutschland	408
79	27./28.11.1937	Grenztreffen in Arbon/Schweiz und Informationsaustausch zwischen Reichsleitung und illegal tätigen Gewerkschaftern aus Süddeutschland	411

Nr.	Datum	Überschrift	Seite
80	27./28.11.1937	Protokollnotizen über die Sitzungen und Besprechungen in Romanshorn, Arbon und Zürich	413
81	2.12.1937	Hans Jahn berichtet Edo Fimmen über die Entwicklung seiner illegalen Arbeit im Reich und über seine Kontakte zu anderen freigewerkschaftlichen Gruppen in der Emigration	416
82	27.1.1938	Willi Eichler informiert Hans Jahn über die vereinbarte Zusammenarbeit von ITF und ISK	419
83	Januar 1938	Aufruf der ITF »Die Aufgaben der Freien Gewerkschaft im deutschen Wassertransport im Jahre 1938«	421
84	5.4.1938	Edo Fimmen berichtet Hans Jahn über den Stand und die Möglichkeiten der illegalen Arbeit	423
85	28.4.1938	Karl Molt, Rorschach/Schweiz, berichtet Edo Fimmen über den Stand der illegalen Arbeit in Württemberg	424
86	November 1938	Hans Jahn berichtet an die ITF über die Organisation der illegalen Arbeit in Deutschland für die Zeit zwischen Dezember 1936 und Ende Oktober 1938	427
87	9.3.1939	Hans Jahn berichtet Edo Fimmen über den Stand seiner illegalen Arbeit nach einem Jahr seit der Übersiedlung von Antwerpen nach Luxemburg	432
88	25.7.1939	Hermann Knüfken, Antwerpen, berichtet Edo Fimmen über die illegale Arbeit und die beobachteten Militärbewegungen	433
89	4.3.1940	Willy Molitor berichtet Hans Jahn über seine Zeit nach der Entlassung aus dem Zuchthaus und über seine Flucht nach England	437
90	15.6.1941	Hans Jahn, London, berichtet über seine Tätigkeit seit Kriegsbeginn	439
IV.	**Der Widerstand der Bergarbeiter**		
91	30.10.1935	Franz Vogt, Amsterdam, bittet die Bergarbeiter-Internationale um finanzielle Unterstützung für die illegale Arbeit	443
92	24./25.5.1936	Kongreß der deutschen Bergarbeiter in Paris	445
93	17.6.1936	Richard Kirn, Forbach/Frankreich, versucht die Basis des Arbeitsausschusses zu erweitern	485
94	2.7.1936	Fritz Dobisch, Luxemburg, berichtet Richard Kirn, Forbach/Frankreich, über das Fehlschlagen seiner Einigungsversuche innerhalb der illegalen Bergarbeiterbewegung	487
95	21.9.1936	Hans Mugrauer, Teplitz/CSR, informiert Franz Vogt, Amsterdam, über Gespräche mit der ADG	488
96	19.10.1936	Franz Vogt und Wilhelm Knöchel, Amsterdam, berichten Richard Kirn, Forbach/Frankreich, über Stand und Vorgehensweisen bei der illegalen Arbeit	490
97	Mitte November 1936	Bericht über die illegalen Bergarbeiteraktivitäten im Ruhrgebiet	495
98	17.11.1936	Heinrich Schliestedt, Komotau/CSR, stellt Hans Mugrauer, Teplitz/CSR, Bedingungen für die Kooperation der ADG beim Aufbau von Kontakten nach Deutschland	504
99	21.12.1936	Wilhelm Knöchel, Amsterdam, berichtet über die Entwicklung bei den Bergarbeitern in Deutschland, die Taktik der KPD und die Versuche zur Bildung eines einheitlichen Bergarbeiter-Verbandes in der Emigration nach der Brüsseler Konferenz der KPD	505
100	16.2.1937	Richard Kirn, Forbach/Frankreich, informiert Franz Vogt, Amsterdam, über die illegale Arbeit des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands im Saargebiet	518
101	25.2.1937	Franz Vogt und Wilhelm Knöchel, Amsterdam, informieren Richard Kirn, Forbach/Frankreich, über den Stand der Verhandlungen zwischen dem Arbeitsausschuß und der ADG	520
102	26.2.1937	Der Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter erklärt gegenüber der ADG seine Bereitschaft zur Mitarbeit	522
103	Anfang März 1937	Flugblatt an die Grenzgänger im Saargebiet	525
104	11.3.1937	Richard Kirn, Forbach/Frankreich, an Franz Vogt, Amsterdam, über die Herstellung der Gewerkschaftseinheit	528
105	13.3.1937	Franz Vogt, Amsterdam, antwortet Richard Kirn, Forbach/Frankreich, zur Gewerkschaftsarbeit der Bergarbeiter	530
106	15.3.1937	Richard Kirn, Forbach/Frankreich, rechtfertigt seine Arbeit und seine Verbindungen gegenüber Franz Vogt, Amsterdam	533
107	Mitte März 1937	Der Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands berichtet über die Lage der Bergarbeiterschaft und die Entwicklung der Widerstandstätigkeit	536
108	14.5.1937	Wilhelm Knöchel, Amsterdam, schreibt an die Forbacher Mitglieder des Arbeitsausschusses wegen der Verhandlungen mit der ADG	543
109	20.5.1937	Der Arbeitsausschuß wendet sich an die ADG wegen der Organisation der deutschen Bergarbeiter in der Illegalität und in der Emigration	546
110	31.5.1937	Franz Vogt, Amsterdam, an Richard Kirn, Forbach/Frankreich, über Schwierigkeiten der internen Organisation	550
111	10.6.1937	Bericht über Besprechungen mit den Vertretern des Arbeitsausschusses in Polen und der CSR sowie über Verhandlungen mit der ADG	553

Nr.	Datum	Überschrift	Seite
112	14.7.1937	Franz Vogt und Wilhelm Knöchel, Amsterdam, an Richard Kirn, Forbach/Frankreich, über Fragen der illegalen Organisation und die Gewerkschaftseinheit	556
113	9.11.1938	Franz Vogt, Amsterdam, berichtet dem Generalsekretär des Internationalen Bergarbeiterverbandes über die Lage in Deutschland und im illegalen Bergarbeiterverband nach dem Münchener Abkommen	559
114	22.4.1940	Wilhelm Knöchel, Amsterdam, berichtet Denis Edwards in England über die Lage im Arbeitsausschuß	561
V.		**Der Widerstand kommunistischer Gewerkschafter**	
115	9.5.1933	Die RGO-Reichsleitung in Berlin zur illegalen Arbeit in den Betrieben nach der Zerschlagung der Gewerkschaften am 2.5.1933	563
116	Mai/Juni 1933	Berichte zur Lage der RGO in den Bezirken Ruhrgebiet, Niederrhein und Mittelrhein	571
117	4.7.1933	Die RGO-Reichsleitung in Berlin analysiert den Zustand und das weitere Vorgehen der »roten Verbände«	585
118	13.7.1933	Die Entwicklung der Mitgliederzahlen der RGO und der »roten Verbände« in den einzelnen Reichsteilen zwischen Januar und Juni 1933	589
119	Anfang Oktober 1933	Anweisungen des Zentralkomitees der KPD an die illegalen Gliederungen der KPD zum »Aufbau unabhängiger Klassengewerkschaften« und die Weitergabe durch die Bezirksleitung Ruhrgebiet	592
120	Frühjahr 1934	Arbeitsplan des Reichskomitees der RGO und Anweisungen für die weitere Arbeit in den Bezirken	601
121	1.6.1934	Bericht des Reichskomitees der RGO über den Stand der Organisation und die organisatorischen und politischen Pläne	604
122	7.7.1934	Bericht über den Stand der illegalen Arbeit im Oberbezirk West	613
123	November 1934	Interne Abstimmung im Zentralkomitee der KPD über eine Resolution zur Bildung der Aktionseinheit und Gewerkschaftsarbeit	617
124	10.12.1934	Anweisungen der Auslandsleitung der KPD an die illegale Landesleitung zu Fragen der Aktionseinheit und zum »Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften«	620
125	15.3.1935	Anweisungen der RGI zu den Formen der gewerkschaftlichen Arbeit in Deutschland und zur Auflösung der RGO	629
126	März/April 1935	Tätigkeitsbericht des Bezirks-Komitees der RGO Berlin	633
127	Juni/Juli 1935	Paul Merker berichtet über die Umsetzung der Anweisungen zum »Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften« und die Entwicklung der kommunistischen gewerkschaftlichen Arbeit im Reich	639

Nr.	Datum	Überschrift	Seite
128	Juli/September 1936	Anweisungen der KPD-Auslandsleitung an die illegalen Gruppen zu Form und Inhalt der Gewerkschaftsarbeit für den »Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften«	646
129	24.8.1937	Anweisungen der KPD zur Kooperation mit allen Anhängern der früheren Gewerkschaften für den »Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften«	649
VI.		**Deutsche Gewerkschaftemigranten in der Schweiz**	
130	30.3.1933	Schreiben von Anton Döring, Kreuzlingen/Schweiz, an drei Schweizer Gewerkschaften zur Kontaktaufnahme und Unterstützung	653
131	19.7.1933	Schreiben von August Faatz, Kreuzlingen/Schweiz, an Konrad Ilg, Schweizer Metallarbeiterverband, Bern, zwecks Unterstützung illegaler Arbeit in Deutschland	655
132	24.9.1935	Brief von Anton Döring, St. Gallen, an Jean Schifferstein, Präsident des VHTL, Zürich	657
133	27.3.1936	Brief von Anton Döring, St. Gallen, an Jean Schifferstein, Präsident des VHTL, Zürich	658
134	22.7.1937	Leitsätze deutscher Freigewerkschafter in der Schweiz zum Aufbau der deutschen Gewerkschaften	659
135	Sommer 1937	Der Arbeitsausschuß deutscher Freigewerkschafter in der Schweiz zum Satzungsentwurf für den Bund der Deutschen Gewerkschafter	662
136	9.11.1937	Schreiben von Anton Döring, St. Gallen, an Valentin Baur, Rorschach/Schweiz, hinsichtlich der Leitsätze zum Aufbau einer neuen deutschen Gewerkschaftsbewegung	665
137	25.3.1938	Valentin Baur, Rorschach/Schweiz, über die Schwierigkeit illegaler Arbeit in der Schweiz	667
138	12.8.1938	Schreiben von Valentin Baur, Rorschach/Schweiz, an den Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes Walter Schevenels, Paris	669
139	24.7.1940	Brief von Valentin Baur, St. Gallen, an das Schweizerische Arbeiterhilfswerk, Abteilung Flüchtlingshilfe, Zürich	672
140	Januar 1940	Paul Nusch, St. Gallen, zu seiner illegalen gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit in Deutschland	672
141	13.1.1941	Einweisung des Emigranten Paul Nusch, St. Gallen, in ein Arbeitslager	673
142	August 1944	Entwurf einer Stellungnahme deutscher Gewerkschafter in der Schweiz zum Aufbau einer Einheitsgewerkschaft	674
143	August 1944	Aufruf der Bewegung »Freies Deutschland« an die deutschen Arbeiter zur Arbeitssabotage	676
144	Ende 1944	Vorschläge deutscher Gewerkschafter in der Schweiz für ein gewerkschaftliches Programm der Nachkriegszeit	678

Nr.	Datum	Überschrift	Seite
145	Anfang 1945	Die Bewegung »Freies Deutschland« zur Bedeutung der neuen deutschen Gewerkschaftsbewegung	680
146	12.4.1945	Brief von Valentin Baur, Locarno, an Hans Dohrenbusch, Zürich	681
147	1.5.1945	Gewerkschaftliche Sofortaufgaben für Deutschland	682
148	September 1945	Stellungnahme der Gewerkschaftskommission der »Union deutscher Sozialisten in der Schweiz« zur Gewerkschaftseinheit	683
VII.		**Deutsche Gewerkschaftsemigranten in Frankreich: Koordinationsausschuß deutscher Gewerkschafter, ADG-Landesgruppe, Deutsche Sprachgruppe in der CGT**	
149	20.3.1937	Protokoll der Gründungsversammlung des Koordinationsausschusses deutscher Gewerkschafter in Frankreich	691
150	29.4.1937	Schreiben von Richard Kirn, Forbach/Frankreich, an Pierre Brou, Paris, zum Protokoll der Gründungskonferenz des Koordinationsausschusses	715
151	21.5.1937	Schreiben von Richard Kirn, Forbach/Frankreich, an Bruno Süss, Troyes, zur Gründungskonferenz des Koordinationsausschusses und zur KPD	716
152	Juni 1937	Martin Stahl über Demokratie und Diktatur	718
153	Anfang Juli 1937	Paul Merker zu Fragen des gewerkschaftlichen Selbstverständnisses, zur Taktik illegaler Gewerkschaften und zu Differenzen mit Vertretern der Auslandsvertretung Deutscher Gewerkschafter	720
154	8.7.1937	Verhandlungsangebot des Koordinationsausschusses, Paris, an die Vertreter der ADG für den Westen, Gerhard Kreyssig und Valentin Hartig, Paris	723
155	28.7.1937	Schreiben von Bruno Süss, Troyes, an Gerhard Kreyssig und Valentin Hartig, Paris	725
156	Ende Juli 1937	Adolf Ludwig zur Organisierung der Gewerkschaftsarbeit in der Emigration	731
157	28.8.1937	Resolution und Verhandlungsangebot des Koordinationsausschusses an die ADG-Vertreter	733
158	29.8.1937	Stellungnahme des Koordinationsausschusses zur Schaffung eines Bundes der Deutschen Gewerkschafter im Ausland	734
159	13.11.1937	Resolution zur Gründung der Industriegruppe der deutschen Bau- und Holzarbeiter	736
160	16.11.1937	Rundschreiben Nr. 1 der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften, Landesgruppe Frankreich	737
161	19.3.1938	Aktennotiz von Bruno Süss, Paris, über eine Besprechung mit Adolf Ludwig, Sarreguemines, am 16./17.3.1938	739
162	2.4.1938	Schreiben von Bruno Süss, Paris, an den Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Walter Schevenels, Paris	740

Nr.	Datum	Überschrift	Seite
163	20.10.1938	Koordinationsausschuß deutscher Gewerkschafter in Frankreich an den Vorsitzenden der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften, Fritz Tarnow, Kopenhagen	744
164	28.8.1939	Offener Brief von Bruno Süss, Paris, an Gustav Schulenburg, Straßburg, und die freigewerkschaftlichen Mitglieder des Koordinationsausschusses	746
165	18.2.1941	Rundschreiben der Auslandsvertretung der Deutschen Gewerkschaften/Internationaler Gewerkschaftsbund zur Lage der gewerkschaftlichen Emigranten in Frankreich	749
166	Januar 1942	Tätigkeitsbericht 1940/41 des Hilfskomitees für emigrierte Gewerkschafter in Frankreich	757
167	24.2.1942	Brief von Bruno Süss, Auslandsvertretung der Deutschen Gewerkschaften (Deutsche Gruppe im IGB), an Hermann Leuenberger, Internationale Union der Lebensmittel- und Getränkearbeiter, Zürich	762
168	12.8.1942	Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften beim IGB, Bruno Süss, Loures-Barousse, an Konrad Ilg, Internationaler Metallarbeiter Bund, Bern	764
169	September 1942	Bruno Süss über die Lage deutscher Gewerkschaftsemigranten in Frankreich	765
170	Juli 1945	Die Deutsche Sprachgruppe in der CGT zum Neuaufbau einer deutschen Gewerkschaftsbewegung	771
VIII.		**Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden**	
171	Sommer 1938	Satzungen der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden	779
172	14.9.1941	Fritz Tarnow: Richtlinien zur Wiederherstellung der Gewerkschaften	781
173	11.12.1941	Carl Polenske über erste Maßnahmen zum Gewerkschaftsaufbau	782
174	Dezember 1941	Fritz Tarnow zur Gewerkschaftsfrage nach dem Sturz des Hitlerregimes	785
175	12.8.1942	Entwurf eines Gesetzes über die Umwandlung der Deutschen Arbeitsfront zu Gewerkschaften	793
176	Herbst 1942	Denkschrift »Neuaufbau der Gewerkschaften«	795
177	14.11.1942	Brief von Fritz Tarnow, Stocksund, an Hans Gottfurcht, London, zu dessen Disposition »Gewerkschaftliche Organisationsfragen«	801
178	29.12.1942/ 2.1.1943	Schreiben von Fritz Tarnow, Stocksund, an Hans Gottfurcht, London	805
179	Februar 1943	Die Aufgaben der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden	807
180	Februar 1943	Carl Polenske über die Gewerkschaften im neuen Deutschland	808

Nr.	Datum	Überschrift	Seite
181	März 1943	Vorschläge der Gruppe Stockholm der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften für den Aufbau einer neuen deutschen Gewerkschaftsbewegung	810
182	15.3.1943	Fritz Tarnow, Stocksund, an Hans Gottfurcht, London	815
183	Juli 1943	Aktionsplan für die Wiederherstellung der deutschen Gewerkschaften	818
184	12.8.1943	Fritz Tarnow zur Denkschrift der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien »Gewerkschaften im neuen Deutschland«	821
185	Herbst 1943	Vorschlag von Ernst Galanty zur neuen Gewerkschaftsbewegung	824
186	Herbst 1943	Vorstellungen der Opposition in der Landesgruppe zu Funktionen und Aufgaben neuer Gewerkschaften in Deutschland	826
187	Oktober 1943	Herbert Warnke zur Frage Auflösung oder Umwandlung der Arbeitsfront	830
188	Februar 1944	Vorschlag der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden für den Neuaufbau der deutschen Gewerkschaftsbewegung	832
189	Juni 1944	Richtlinien für die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden	836
190	15.7.1944	Brief von Fritz Tarnow, Stockholm, an Hans Gottfurcht, London, über Formen der Zusammenarbeit mit Kommunisten	837
191	August 1944	Hans Mugrauer zu Planwirtschaft und Betriebsdemokratie	841
192	September 1944	Richtlinien der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden zur Sozialversicherung	843
193	22.9.1944	Diskussion in der Ortsgruppe Stockholm über die Bildung eines Arbeitsausschusses deutscher antinazistischer Organisationen in Schweden	847
194	Oktober 1944	Richtlinien der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden zur Betriebsrätefrage	849
195	24.10.1944	Memorandum zum Gewerkschaftsaufbau in Deutschland von Max Hodann und Kurt Stein	851
196	November 1944	Charlotte Burmester über das Verhältnis von Landesgruppe und Nationalkomitee Freies Deutschland	853
197	18.11.1944	Schreiben von Hans Mugrauer an R. Schulz über die Unterstützung der Militärflüchtlinge durch die Landesgruppe	856
198	Dezember 1944	Richtlinien der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden zur Arbeitsverfassung	858
199	Januar 1945	Die Position der Landesgruppe der Gewerkschaften, der SPD, der KPD und des Kulturbundes zu den Alliierten	860
200	25.1.1945	Protest der Opposition in der Landesgruppe gegen eine Stellungnahme zum Verhältnis zu den Alliierten	861
201	7.2.1945	Die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden zur Zusammenarbeit mit den Alliierten	862
202	Februar 1945	Richtlinien der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden für Arbeitsvermittlung und für das Arbeitszeitproblem	863
203	Februar 1945	Hans Mugrauer über die Militärflüchtlinge in Schweden	865
204	März 1945	Fritz Tarnow über die Zukunftsaussichten von SPD und Gewerkschaften	868
205	April 1945	Richtlinien der Landesgruppe der deutschen Gewerkschafter in Schweden für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft	870
IX.	**Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien**		
206	25.9.1939	Aufruf der Londoner Vertretung der freien Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengewerkschaften (ADGB–AFA–ADB) zum Ausbruch des Krieges	875
207	11.10.1939	Schreiben von Fritz Tarnow, Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften (ADG), Kopenhagen, an den Vorsitzenden des Trades Union Congress, London, zwecks Anerkennung der Londoner Vertretung	876
208	30.10.1939	Aktennotiz von Hans Gottfurcht über ein Gespräch mit Walter Auerbach	877
209	30.11.1939	Hans Gottfurcht zum Standort und zu den Aufgaben der Londoner Vertretung	878
210	Dezember 1939	Fragebogen der Londoner Vertretung der freien Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengewerkschaften	879
211	Anfang Januar 1940	Aufgaben der gewerkschaftlichen Emigration. Stellungnahme der Londoner Vertretung der freien Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengewerkschaften (ADGB-AFA-ADB)	880
212	29.1.1940	Neuordnungsvorstellungen der Mitglieder der Londoner Vertretung der freien Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengewerkschaften (ADGB-AFA-ADB)	885
213	29.2.1940	Die Einheitsgewerkschaft als Zwangsgewerkschaft? Zur Diskussion der Londoner Vertretung der freien Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengewerkschaften (ADGB-AFA-ADB)	888
214	29.2.1940	Anmerkungen von Hans Gottfurcht zur Organisationsfrage	890
215	15.5.1940	Bericht von Hans Gottfurcht über Organisation und Tätigkeit der Londoner Vertretung der freien Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengewerkschaften (ADGB-AFA-ADB)	891
216	12.2.1941	Protokollnotiz von Walter Auerbach über eine Abgrenzung der Arbeitsgebiete des Gewerkschaftlichen Freiheitsbundes gegen das Hakenkreuz und der Londoner Vertretung	897

Nr.	Datum	Überschrift	Seite
217	28.2.1941	Protokoll einer Sitzung von Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes, des Trades Union Congress und der Vertretung der freien Arbeiter-, Angestellten und Beamtengewerkschaften	898
218	28.2.1941	Schreiben von Hans Gottfurcht, London, an G. Stolz, Internationaler Gewerkschaftsbund, London	899
219	28.2.1941	Richtlinien der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien	900
220	1.3.1941	Zusammensetzung der Mitgliedschaft der Landesgruppe	903
221	Dezember 1941	Entschließung von »Union« und »Landesgruppe« zur Überwindung der Nazidiktatur	904
222	Anfang 1942	Zur Errichtung und Bedeutung der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien	906
223	10.5.1942	Der Arbeitsausschuß der »Landesgruppe« zur Aufnahme von Kommunisten, zum Fall Bieligk und zur Aktivierung der eigenen Tätigkeit	907
224	6.7.1942	Schreiben von Alfred Kiss, Bristol, an Hans Gottfurcht, London, zum Aufnahmegesuch eines kommunistischen Gewerkschafters	909
225	Sommer 1942	Willi Derkow: Wiederaufbau oder Vergeltung?	910
226	Anfang Oktober 1942	Stichworte von Erwin Schoettle zum Thema »Gewerkschaften und Staat«	916
227	Anfang Oktober 1942	Hans Gottfurcht zu gewerkschaftlichen Organisationsfragen	918
228	9.3.1943	Diskussion der Londoner Mitgliederversammlung der Landesgruppe zu den Neuwahlen des Arbeitsausschusses	921
229	19./20.6.1943	Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien: Die Gewerkschaften im neuen Deutschland	924
230	August 1943	Entwurf einer Resolution von Karl Becker zur Gründung des Nationalkomitees Freies Deutschland	930
231	25.8.1943	Entwurf einer Stellungnahme der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien zum Nationalkomitee Freies Deutschland	933
232	30.8.1943	Willi Eichler zum Nationalkomitee Freies Deutschland	934
233	Ende 1943	Die »Landesgruppe« zu Fragen der politischen Abgrenzung	935
234	Juni 1944	Sofortprogramm der Landesgruppe für die Arbeit im Jahre 1944	936
235	24.8.1944	Aufruf der Landesgruppe: An die deutschen Arbeiter in der Heimat und an der Front	938
236	Anfang September 1944	Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien: Gewerkschaften und Erziehung	939

Nr.	Datum	Überschrift	Seite
237	5.9.1944	Antrag Spieler an die Deutschland-Kommission der Landesgruppe	946
238	10.9.1944	Erster Entwurf zu einem sozialpolitischen Programm	948
239	15.9.1944	Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien: Vorlage über den Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaftsbewegung	951
240	4.10.1944	Protokoll der Sitzung des Arbeitsausschusses der Landesgruppe	954
241	30./31.12.1944	Entwurf zu einem Gewerkschaftsprogramm: Abschnitt »Sozialpolitik«	958
242	30./31.12.1944	Programmentwurf der Landesgruppe zur Wirtschaftspolitik	965
243	30./31.12.1944	Entschließung der Delegiertenversammlung der Landesgruppe zur Koordinierung der fortschrittlichen Nazigegner	969
244	22.3.1945	Antrag von Hans Gottfurcht zur Sitzung des Arbeitsausschusses der Landesgruppe, die Programmberatungen zu beenden	970
245	29.3.1945	Programmentwurf der Arbeitsgemeinschaft »Wirtschaft« der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien	972
246	30.3.1945	Schreiben von M. Berger, Ortsgruppe Leeds, an den Arbeitsausschuß der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien	975
247	Anfang April 1945	Vorlage Friedrich Weidmann zur Programmdiskussion	977
248	4.4.1945	Schreiben von Karl Becker, Max Oppenheimer, Hans Schilde, Friedrich Weidmann an den Arbeitsausschuß der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien zu Händen von Hans Gottfurcht	978
249	10.4.1945	Protokoll der Sitzung des Arbeitsausschusses der Landesgruppe	980
250	Mai 1945	Die neue deutsche Gewerkschaftsbewegung. Programmvorschläge für einen einheitlichen deutschen Gewerkschaftsbund	982
X.		**Deutsche Gewerkschaftsemigranten in den USA**	
251	11.3.1939	Brief von Rudolf Katz, New York, an Friedrich Stampfer, Paris, über die Gründung der German Labor Delegation	1009
252	25.5.1941	Schreiben von Rudolf Katz, New York, an Erich Ollenhauer zur Bildung der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien	1012
253	30.1.1943	Aufruf der German Labor Delegation an die deutschen Arbeiter	1013

Nr.	Datum	Überschrift	Seite
254	3./4.7.1943	Resolution der Landeskonferenz deutschsprachiger Sozialdemokraten und Gewerkschafter in den USA zur Gewerkschaftsfrage	1015
255	3./4.7.1943	Resolution der Landeskonferenz deutschsprachiger Sozialdemokraten und Gewerkschafter in den USA zum Wiederaufbau der Wirtschaft	1016
256	15.6.1944	Brief von Rudolf Katz, New York, an Erich Ollenhauer, London, zur Gründung des Council for a Democratic Germany	1017
257	14.7.1944	Denkschrift des Council for a Democratic Germany über den Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaftsbewegung	1024
258	15.7.1944	Schreiben von Siegfried Aufhäuser und Paul Hertz, New York, an Walter Schevenels, London, über die Vorbereitungen zur Gründung einer German Trade Union Delegation in the United States	1031
259	15.9.1944	Rundschreiben von Siegfried Aufhäuser und Paul Hertz, New York, zur Gründung eines deutschen Gewerkschaftskomitees in den USA	1033
260	16.9.1944	Schreiben von Rudolf Katz, New York, an Erich Ollenhauer, London, zur Gründung einer German Trade Union Delegation in den USA	1035
261	30.9.1944	Ablehnende Stellungnahme der German Labor Delegation zur Gründung einer German Trade Union Delegation in den USA	1037
262	Anfang Oktober 1944	Rundschreiben von Siegfried Aufhäuser an die Mitglieder der geplanten German Trade Union Delegation	1039
263	5./7.10.1944	Brief von Rudolf Katz, New York, an Hans Gottfurcht und Erich Ollenhauer, London, zur geplanten German Trade Union Delegation in den USA	1040
264	9.10.1944	Schreiben von Max Brauer und Rudolf Katz, New York, an Walter Schevenels, London	1043
265	14.10.1944	Schreiben von Siegfried Aufhäuser, New York, an Paul Hertz, Los Angeles	1045
266	24.10.1944	Brief von Walter Schevenels, London, an die German Labor Delegation zur geplanten Neugründung einer German Trade Union Delegation	1046
267	26.12.1944	Siegfried Aufhäuser, Wirtschaftsausschuß des Councils for a Democratic Germany, zur Neugestaltung der deutschen Wirtschaft	1048
268	12.1.1945	Rundschreiben von Siegfried Aufhäuser und Paul Hertz, New York, zu Auseinandersetzungen mit der German Labor Delegation	1050
269	Anfang 1945	Richtlinien des Councils for a Democratic Germany zur Wirtschaftsordnung	1051

Nr.	Datum	Überschrift	Seite
270	7.7.1945	Rundschreiben des American Committee for Reconstruction of Democratic German Trade Unions	1052
271	27.1.1946	Austrittsschreiben von Siegfried Aufhäuser, Kurt Glaser und Julius Lips, New York, an Paul Tillich, New York	1054

Dokumente

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bonn
Bibliothek

I. Die Absetzung der Betriebsvertretungen und die Zerschlagung der Gewerkschaften 1933

DOKUMENT 1

1. 3. 1933: Der ADGB-Bezirksausschuß Hessen ruft seine Mitglieder auf, Ruhe zu bewahren und gegen jeden Übergriff der Nationalsozialisten beim Reichspräsidenten oder beim Reichskommissar für Preußen zu protestieren

BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 379, Bl. 19. Maschinenschriftliche Abschrift. Kopfleiste: »Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Bezirksausschuß Hessen, Frankfurt am Main, Bürgerstr. 69/77«. Überschrift: »Rundschreiben Nr. 11. Frankfurt a/M[ain] den 1. März 1933. An die Ortsausschüsse des ADGB und Gau- und Bezirksleiter im IV. Bezirk. Betr. Runderlaß Förderung der nationalen Bewegung und Terrorfälle«. Maschinenschriftliche Unterschrift.

Werte Kollegen! Der Bundesvorstand hat in einem Brief an den Reichspräsidenten Protest eingelegt gegen den Runderlaß an die Polizeipräsidenten in Preußen.[1] Inzwischen sind als Ergänzung die Richtlinien für die Hilfspolizei und deren Einsetzung veröffentlicht worden. Nach den bisherigen Erfahrungen ist damit zu rechnen, daß die Terrorfälle in den nächsten Tagen und Wochen sich sehr vermehren werden.[2] Aus der Presse ist ein klares Bild über die Überfälle und Terrormaßnahmen nicht mehr zu gewinnen. Wir ersuchen daher dringend, jeden Terrorfall sofort telegraphisch oder durch Eilbrief an den Reichspräsidenten [Paul] v[on] *Hindenburg*[3] und, soweit Preußen in Frage kommt, an den Reichskommissar für Preußen [Franz] v[on] *Papen*[4] zu melden und die Wiederherstellung der Rechtssicherheit zu fordern.

Es ist uns bekannt geworden, daß mit allen Mitteln versucht werden soll, die Arbeiterschaft durch Provokationen zur Siedehitze zu treiben und damit zu Gewaltmaßnahmen zu reizen, um dadurch einen billigen Vorwand für polizeiliche Maßnahmen zu haben. Von allen Zuschriften an den Reichspräsidenten und an den Reichskommissar bitten wir, eine Abschrift an den Bundesvorstand-Berlin und eine an das Bezirkssekretariat zu übermitteln. Die nächsten Tage werden an die verantwortlichen Kolle-

1 Der Brief des Bundesvorstandes des ADGB an den Reichspräsidenten von Hindenburg vom 21.2. 1933 ist abgedruckt in: Jahn, Quellen IV, Dok. 179, S. 847–849.

2 Vgl. auch die weiteren Eingaben des ADGB an den Reichspräsidenten, z.B. Bundesvorstand des ADGB, an Reichspräsident, Vizekanzler, Reichsinnenminister, Minister des Inneren für Preußen, Reichswehrminister, Polizeipräsidium Berlin, vom 13.3.1933 (AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 14), sowie die Eingaben vom 10.3.1933, 20.3.1933, 5.4.1933, abgedr. in: Jahn, Quellen IV, Dok. 185, S. 856f.; Dok. 187, S. 858–864; Dok. 195, S. 873–879.

3 Paul von Beneckendorff und von Hindenburg (2.10.1847–2.8.1934) war 1916–1918 Generalstabschef, 1925–1934 Reichspräsident.

4 Franz von Papen (29.10.1879–2.5.1969) gehörte 1918–1932 dem Zentrum an (Vertreter des monarchistischen Flügels), 1920–1928 und 1930–1932 Mitglied des preußischen Landtages (Zentrum), Juni 1932-Dezember 1932 Reichskanzler und Reichskommissar für Preußen nach der Absetzung der preußischen Landesregierung durch die Reichsregierung v. Papen, 1933–1945 MdR, Januar 1933-Juli 1934 Vizekanzler in der Hitler-Regierung, November 1933-Juli 1934 Saarbevollmächtigter der Reichsregierung, ab Juli 1934 Gesandter des Deutschen Reichs in Wien.

gen außerordentlich hohe Anforderungen stellen und wird es nicht leicht sein, innerhalb der Arbeiterschaft die notwendige Ruhe zu bewahren. Umso mehr sind wir verpflichtet, auf alle Maßnahmen der Hilfspolizei und unserer Gegner zu achten und in einem Depeschensturm den verantwortlichen Führern der Reichspolitik zu zeigen, [...][5] chaotischen und das Leben der Arbeiterschaft gefährdenden Zuständen ihre Maßnahmen führen.

Aus verschiedenen Mitteilungen ist zu erkennen, daß am 5. März[6] oder unmittelbar danach ein gewaltsamer Umsturz beabsichtigt ist. Sollten Maßnahmen irgendwelcher Art in Eurem Bereich erkennbar sein, so bitten wir um unverzügliche Mitteilung. Die Gewerkschaften aller Richtungen stehen in engster Verbindung. Wir bitten die Ortsausschüsse, gleichfalls mit den christlichen und Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften Verbindung aufzunehmen. Dabei ist es selbstverständlich, daß die angeschlossenen Organisationen über alle Maßnahmen unterrichtet werden, um einheitliches Handeln zu gewährleisten. Selbständige Aktionen von weittragender Bedeutung können von den Ortsausschüssen nicht vorgenommen werden. Nach wie vor sind die Ortsausschüsse als Träger der örtlichen Gewerkschaftsbewegung nur an die Anweisung des ADGB gebunden. Dagegen sind die Anweisungen des Bezirkssekretariats unter allen Umständen zu beachten und durchzuführen. Nur bei höchster Disziplin und Geschlossenheit wird es möglich sein, alle Angriffe abzuwehren.[7]

Mit gewerkschaftlichem Gruß
Bezirksausschuß Hessen des ADGB
i.A. K[arl] Grötzner[8]

DOKUMENT 2

25. 3. 1933: Die Vorstände einzelner freier Gewerkschaften an ihre Mitglieder zur Situation nach den Reichstagswahlen

Abgedr. in: Gewerkschafts-Zeitung, 43. Jg., Nr. 12, 25.3.1933, S. 187f. Ohne Verfasserangabe.[1]

Die Gewerkschaften an ihre Mitglieder

Der Ausgang der Reichstagswahlen und die Gestaltung der politischen Verhältnisse nach dem 5. März [1933] haben den Vorständen unserer Verbände Veranlassung gegeben, ihre Stellung zu den Ereignissen kund zu tun und ihre Mitglieder zu festem

5 Der Satz ist in der Vorlage unvollständig. Möglicherweise ist vor »chaotischen« zu ergänzen durch »zu welchen«.

6 D. h. am Tag der Reichstagswahl.

7 Dies war der Tenor aller Erklärungen der ADGB-Spitze seit der Machtübertragung an die Hitler-Regierung am 30.1.1933. Vgl z.B. den Aufruf des ADGB vom 30.1.1933, abgedr. in: Jahn, Quellen IV, Dok. 169, S. 829f. Vgl. aber die differenzierten Haltungen in Vorständen der Einzelgewerkschaften, u.a. bei den Eisenbahnern (Dok. 75) und bei den Metallarbeitern. Vgl. den Bericht (Auszug) über die Sitzung des Erweiterten Beirates des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, betr. die gegenwärtige politische Lage, vom 3.2.1933, mit Äußerungen der Vorstandsmitglieder (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 297, Bl. 48–52).

8 Karl Grötzner (9.5.1879–1940) war 1918–1925 Arbeitersekretär in Mainz, 1919–1923 Mitglied im Provinzialausschuß in Rheinhessen, 1925–1928 Gewerkschaftssekretär bzw. Vorsitzender des ADGB-Ortsausschusses in Darmstadt, 1928–1933 Bezirkssekretär des ADGB für Hessen, 1933 entlassen.

1 Der erste Absatz ist in der Vorlage eingerückt und fett gedruckt; außerdem zahlreiche Kursivsetzungen im Text. Zur Entwicklung in einzelnen Verbänden vgl. die Eingabe des Bundesvorstandes des ADGB an den Reichspräsidenten und Mitglieder der Reichsregierung vom 13.3.1933 (AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 14).

Zusammenstehen aufzurufen. Einen Aufruf des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes[2] konnten wir schon im letzten Heft mitteilen, Kundgebungen anderer Verbände geben wir nachfolgend – einige ganz, andere in Auszügen – wieder. An die Spitze stellen wir einen Aufruf des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands.[3] Wir geben ihn in vollem Umfange wieder, da er zugleich über Ereignisse berichtet, von denen Notiz zu nehmen auch unsere Pflicht ist. Der Verbandsvorstand schreibt:

»In der Nacht vom 10. bis 11. März wurde unsere Verbandszentrale von einer Truppe SA-Leute aus eigener Initiative besetzt. In der gleichen Nacht wurden der Vorsitzende [Fritz] *Husemann*, die Vorstandsmitglieder [Albert] *Martmöller* und [Hermann] *Bittner* sowie der Redakteur unseres Verbandsorgans, [Peter] *Zimmer*, in Schutzhaft genommen.[4] Ihre Freilassung erfolgte jedoch schon am folgenden Vormittage. Da durch die Besetzung der Zentrale unsere Arbeiten etwas gehemmt waren, bitten wir, eine ev[en]t[uel]l verspätete Zustellung unserer Zeitung zu entschuldigen.[5] Gleichzeitig erinnern wir daran, daß für die nächsten Wochen eine große Werbeaktion angesetzt ist, von der wir erwarten, daß sie durch die treue Mitarbeit der gesamten Mitgliedschaft zu einem guten Erfolge führen wird.

Werbt von Haus zu Haus für Euren Verband und für die freigewerkschaftliche Liste zu den Betriebsrätewahlen!

Der Erfolg wird unser sein, wenn alle Mitglieder es wollen und jeder Kamerad seine ganze Person für unsere gute Sache einsetzt.

Rüttelt die Zaghaften auf! Seid Kämpfer und entschlossene Männer!«

Ein Aufruf des Gesamtverbandes,[6] unterzeichnet von allen Vorstandsmitgliedern und Reichsabteilungsleitern, lautet:

»Die Vorgänge der letzten Tage, namentlich aber die Besetzung verschiedener Gewerkschaftshäuser in allen Teilen des Reiches, sind natürlich geeignet, eine stark Beunruhigung in den Kreisen auch unserer Mitgliedschaft auszulösen. Trotz alledem mahnen wir zur Disziplin und Besonnenheit. Selbstredend geschieht alles, um die

2 Gewerkschafts-Zeitung, 43. Jg., Nr. 11, vom 18.3.1933, S. 176.

3 Der Text zwischen »Aufruf« und »Deutschlands« ist in der Vorlage gesperrt.

4 Friedrich Husemann (19.9.1873–15.4.1935) war seit 1902 Vorstandssekretär, seit 1911 2. Vorsitzender, 1919–1933 Vorsitzender des Bergarbeiter- bzw. Bergbauindustriearbeiter-Verbandes, Vizepräsident der Bergarbeiter-Internationale, 1919–1924 Mitglied des Preußischen Landtags (SPD), 1924–1933 MdR (SPD), seit März 1933 mehrmals verhaftet, 1935 im KZ Esterwegen ermordet. Vgl. auch das Lebensbild von Franz Vogt vom März 1936, abgedr. in: Peukert/Bajohr, S. 67–72.
Albert Martmöller (21.12.1876–27.12.1953) war seit 1918 Bezirksleiter, 1921–1933 Vorstandssekretär im Bergarbeiter- bzw. Bergbauindustriearbeiterverband (BAV), 1929–1933 Mitglied im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, Mai 1933 entlassen, Juli 1933 erneut vorübergehend in Haft, später Tätigkeit im Einzelhandel, ab Dezember 1946 Mitglied des Beirats der IG Bergbau (BBZ), Mitglied des Direktoriums der Deutschen Kohlenbergbau-Leitung, Oberbürgermeister von Witten.
Peter Zimmer (geb. 31.12.1887) war seit 1921 Sekretär des BAV in Saarbrücken, 1926 Mitarbeiter beim Hauptvorstand des BAV, 1930–1933 Redakteur des Verbandsorgans »Die Bergbau-Industrie«, Frühjahr 1933 Schutzhaft, Sommer 1933 Übersiedlung ins Saargebiet, dort nach der Rückgliederung Tätigkeit als Versicherungsvertreter und seit 1942 Geschäftsführer einer Betriebskrankenkasse in Saarbrücken, illegale Kontakte zu Franz Vogt in Amsterdam und zur SPD-Grenzstelle in Forbach, nach dem Attentat am 20. Juli 1944 vorübergehend verhaftet, nach 1945 führende Funktionen in der Sozialdemokratischen Partei Saar, Präsident des saarländischen Landtages.
Hermann Bittner (geb. 23.1.1880) war von 1913 bis 1933 Hauptkassierer im BAV.

5 An dieser Stelle folgt in der Vorlage eine Anmerkung: »Unterdessen konnte das Haus der Bergarbeiter in Bochum vollkommen freigemacht und die Tätigkeit des Verbandes wieder aufgenommen werden.« Vgl. auch die Schilderungen in der Eingabe des Bundesvorstandes des ADGB an den Reichspräsidenten und Mitglieder der Reichsregierung vom 13.3.1933 (Anm. 1).

6 Gemeint ist der Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs. Der Aufruf ist ursprünglich abgedruckt in: Gewerkschaft. Organ des Gesamt-Verbandes, 37. Jg., Nr. 11, vom 18.3.1933, S. 193f. Vgl. auch den Situationsbericht des Gesamtverbandes (Dok. 3).

Stätten unserer Arbeit und unseres Organisationslebens, unsere Büros und Häuser, soweit eine Besetzung erfolgt ist, ihrer Zweckbestimmung wieder zuzuführen und zu erhalten. Diese Bemühungen hatten bereits in vielen Fällen Erfolg. In Berlin sind sämtliche Gewerkschaftshäuser frei.

Unsere gewerkschaftliche Arbeit darf keine Unterbrechung erfahren. Gleichviel, wie die Regierungen auch heißen und zusammengesetzt sein mögen, zur Wahrung der Arbeitnehmerrechte brauchen wir die gewerkschaftliche Organisation. Der Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, um die Erhaltung und die Fortführung der Sozialpolitik und des Arbeitsrechtes geht weiter. Alle Kräfte müssen deshalb zusammengehalten werden.

Auch unter den veränderten Verhältnissen bauen wir auf die in jahrzehntelangen Kämpfen erworbene Schulung und Überzeugungstreue unserer Mitgliedschaft, die bei den Betriebsrätewahlen der letzten Tage erneut glänzende Bewährungsproben abgelegt hat.[7] An die besoldeten und ehrenamtlich wirkenden Funktionäre richten wir den Appell, unsere immer noch im Gange befindliche Werbeaktion kraftvoll und zielbewußt fortzusetzen und den Organisationsapparat vor jeder Störung zu bewahren.

Fortschritt und Aufbau, Recht und Freiheit, das waren immer unsere Losungen, denen wir in der zurückliegenden Zeit unsere besten Kräfte, nicht nur im Interesse der Arbeiterschaft, sondern des ganzen deutschen Volkes gewidmet haben. Zu diesen Losungen stehen wir auch heute. In der unbeirrbaren Überzeugung, daß nur auf diesen Fundamenten ein gesunder und glücklicher Wiederaufstieg der deutschen Arbeitnehmerschaft und der deutschen Volksgesamtheit gewährleistet werden kann, rufen wir euch allen zu: Vorwärts für unseren Gesamt-Verband!«

Sodann entnehmen wir aus einer Kundgebung des Zentralverbandes der Schumacher an die Verbandsmitglieder folgende Abschnitte:

»In diesem Lärm der politischen Kämpfe in dieser Situation der allgemeinen Verwirrung der Begriffe von Freiheit und Recht sind es die Gewerkschaften, welche der Arbeiterschaft noch den einzigen Rückhalt bieten. Dieselben nicht nur zu erhalten, sondern zu stärken, ist somit unerläßliche Aufgabe jedes einzelnen. Die Gewerkschaften sind zur Zeit das einzige Bollwerk, in welchem die Arbeiterschaft im Kampfe um ihre Lebensinteressen den notwendigen Schutz findet, von wo aus sie ihre wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften mit Erfolg verteidigen kann.

Es geht um die Behauptung von Freiheit und Recht, um die Sicherung menschenwürdiger Existenzbedingungen! Hinter dieses überragende Allgemeininteresse müssen alle Sonderinteressen und politischen Meinungsverschiedenheiten zurückgestellt werden. Wer nicht in diesem Sinne handelt, begeht ein Verbrechen an den Lebensinteressen der gesamten Arbeiterschaft, an sich selbst und seiner Familie.

Der »Zentralverband der Schuhmacher« ist die wirtschaftliche Interessenvertretung aller in der Schuhindustrie und im Schuhmacherhandwerk beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Deshalb richten wir an alle Berufsangehörigen den dringenden Appell, sich restlos einzureihen in die Kampffront unseres Verbandes und mitzuarbeiten und mitzukämpfen gegen jede Unterdrückung der arbeitenden Klasse und zu deren Befreiung aus wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Verelendung.«

Der Deutsche Textilarbeiter-Verband stellt die Lage und Aufgabe der Organisation und ihrer Mitglieder so dar:

7 Einzelne, allerdings nicht repräsentative Ergebnisse wurden von der Gewerkschafts-Zeitung veröffentlicht, z. B. 43. Jg., Nr. 9, vom 4. 3. 1933, S. 141 (Berliner Elektrizitäts- und Gaswerke), Nr. 12, vom 25. 3. 1933, S. 188 (Straßenbahn Breslau, Wuppertal, Magdeburg). Vgl. zu Verlauf und Ergebnissen der Betriebsrätewahlen 1933 die Angaben in Teil II der Einleitung.

»An dem Verhältnis zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum ist durch die Wahl absolut nichts geändert worden. Die wirtschaftlichen Interessengegensätze werden in Zukunft ebensowohl fortbestehen, wie die aus der Textilarbeiterschaft heraus sich ergebenden gemeinschaftlichen Interessen beider Gruppen. Die wirtschaftlichen Organisationen werden auch in Zukunft die besten Garanten sein für eine im Interesse der Gesamtheit liegende Wirtschaftsentwicklung. Die Gewerkschaften werden deshalb ihre Arbeiten in der Wahrnehmung der ihnen anvertrauten Arbeiterinteressen fortsetzen. Ebenso wie früher, werden wir auch jetzt die gesetzlichen Bestimmungen beobachten. Politische Wahlergebnisse sind keine Hebel, wirtschaftliche Verhältnisse umzuformen. Schon diese Tatsache macht es für die Arbeiterschaft zur zwingenden Notwendigkeit, ihre in jahrzehntelanger Arbeit geschaffenen Interessenvertretungen, ihre Gewerkschaften, hochzuhalten und zu stützen.

Das gegenwärtige Arbeitsprogramm muß mindestens umfassen: Konsequente Durchführung der Betriebsrätewahlen, Fortsetzung unseres Ringens um günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen, verstärkte Werbearbeit für den Deutschen Textilarbeiter-Verband.

Dabei ist besonders zu betonen, daß dritte, der Organisation fernstehende Personen kein Recht haben, die Textilarbeiterschaft zu irgendwelchen Aktionen aufzurufen. Einladungen zu Textilarbeiterversammlungen – mögen das öffentliche oder Belegschaftsversammlungen sein – durch politische Gruppen ist unter gar keinen Umständen Folge zu leisten.

Von der Regierung erwarten wir, daß sie ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm auf dem schnellsten Wege in die Tat umsetzt, des ferneren, daß sie eine Handelspolitik einschlägt, die auch den berechtigten Exportinteressen der Textilindustrie entgegenkommt.«

Den Abschluß mag ein Aufruf des Vorstandes des Zentralverbandes der Zimmerer bilden. Aus ihm entnehmen wir:

»Unsere Arbeit in den nächsten Wochen wird somit vorwiegend ausgefüllt sein mit der Fertigstellung der bezirklichen Lohn- und Arbeitstarife. Darüber hinaus aber müssen wir uns die Erstarkung unseres Verbandes ernstlich angelegen sein lassen. Wie notwendig sie ist, haben wir sowohl in den bezirklichen Verhandlungen als auch bei den Verhandlungen über einen neuen Reichstarifvertrag erfahren. Alle Kraft muß unserer gewerkschaftlichen Arbeit gelten. Auseinandersetzungen parteipolitischer Art stören diese Arbeit; sie sind aus unserem Verbandsleben fernzuhalten. Wahrung und Förderung der beruflich-wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Interessen unserer Mitglieder ist der Zweck unseres Verbandes. So steht es in seinen Satzungen. Dieser Zweck soll erreicht werden durch einheitlichen Zusammenschluß aller Berufsangehörigen, durch Pflege der Kameradschaft und Solidarität. In diesem Rahmen hat sich unsere Verbandsarbeit zu halten. Jedes Verbandsmitglied hat das Recht und die Möglichkeit zur freiesten Meinungsäußerung in allen Verbandsangelegenheiten. Sie darf jedoch den durch die Verbandsinteressen gesteckten Rahmen nicht verlassen. Jedes Verbandsmitglied ist verpflichtet, die Verbandssatzungen und Verbandstagsbeschlüsse strengstens zu beachten. Nur so wahren wir die gewerkschaftliche Einheit und Selbständigkeit, die unbedingt erhalten bleiben muß, unbekümmert um Parteien und Parteikonstellationen.«

Eines Kommentars bedürfen diese Willenskundgebungen der Verbände nicht. Jedes Mitglied versteht aus innigstem Verbundensein mit dem Wesen unserer Bewegung die Sprache unserer Vorstände. Die Gewerkschaften werden alle ihre Kräfte auf die Erfüllung ihrer ursprünglichen und zu allen Zeiten wichtigsten Aufgaben konzentrieren, um ihr Eigenleben zu erhalten und ihren Mitgliedern Schutz und Hilfe zu gewähren.

DOKUMENT 3

25. 3. 1933: Berichte zur Lage im Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Abgedr. in: Gewerkschafts-Zeitung, 43. Jg., Nr. 12, vom 25.3.1933, S. 189f.[1]

Situationsbericht aus den Wirtschaftsbezirken des Gesamtverbandes

In Berlin fand am 14. und 15. März [1933] eine Besprechung der Bezirksleiter des Gesamtverbandes mit dem Verbandsvorstand statt mit dem Zweck, die Auswirkung der Vorgänge der letzten Wochen auf den Stand der Organisation festzustellen. Der Vorsitzende [Anton] *Reißner*[2] leitete die Besprechung ein und deutete an, daß gegenwärtig viele Projekte und Pläne zur ev[en]t[uel]l[en] Umgestaltung der Gewerkschaften bestehen. Die freien Gewerkschaften sind aber der Meinung, daß das bisherige System für die Arbeitnehmer am zweckmäßigsten ist. Sobald bestimmte Pläne der Regierung vorliegen sollten, wird dazu Stellung genommen werden.

Alsdann berichteten die Bezirksleiter aller 19 Wirtschaftsbezirke in ausführlicher Weise, wobei zahlreiche Einzelvorgänge bei der Besetzung der Gewerkschaftshäuser, insbesondere im Freistaat Sachsen und in Ostpreußen, zur Sprache gebracht wurden.

Vom Wirtschaftsbezirk Berlin wurde festgestellt, daß die Organisation hier nach wie vor gut zusammenhält. Das erfreuliche Ergebnis der Betriebsratswahlen in den Werken hat sich auch für den weiteren Zusammenhalt gut ausgewirkt. Nach wie vor gehen die Beiträge regelmäßig ein; die Masse der Kollegen hat trotz aller Schwierigkeiten ihr Vertrauen zur Organisation behalten. Nur bei den Bezirksämtern und im Gesundheitswesen sind infolge der völligen politischen Umgestaltung die Kollegen etwas zurückhaltend gegenüber der Organisation. Zwei Betriebsräte (Stadtbank und B[erliner]V[erkehrs-]G[esellschaft]) wurden vorübergehend aufgehoben und deren Zimmer versiegelt. Die Versammlungen der letzten Tage waren gut besucht; man sieht die Situation ernst, doch nicht hoffnungslos an. Die gesamten Arbeiten der Ortsverwaltung, insbesondere auch die Unterstützungsauszahlung, gehen regelmäßig von sich. Auch in den Privatbetrieben ist keine Stockung eingetreten, abgesehen von den Warenhäusern durch die bekannten Vorgänge.[3] Der Möbelpackerstreik, an dem 600

1 Die Redaktion stellte dem Bericht eine Vorbemerkung voran, der in der Vorlage kursiv gesetzt war: »Den nachfolgenden Bericht, der uns vom Gesamtverband zuging, veröffentlichen wir um so lieber, als er zugleich eine Reihe von tatsächlichen Vorgängen der letzten Wochen anführt, die, wie die Besetzung der Gewerkschaftshäuser, das Interesse und die Tätigkeit aller gewerkschaftlichen Organisationen eng berühren.« Der Bericht ist in gering veränderter Form auch abgedruckt in: Gewerkschaft. Organ des Gesamt-Verbandes der Post-, Telegraphie-, Reichs- und Staatsbetriebe, 37. Jg., Nr. 12, vom 25.3.1933, S. 221f.
In der Vorlage zahlreiche kursiv gesetzte Wörter.

2 Anton (Toni) Reissner bzw. Reißner (30.12.1890–10.(?)5.1940) war 1912–1930 Angestellter bzw. Sekretär beim Hauptvorstand des Transportarbeiterverbandes/Verkehrsbundes, 1930–1933 Vorstand bzw. Mit-Vorsitzender des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, 1930–1933 MdR (SPD), 1923–1933 Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates,1933 nach mehrmonatiger Haft Emigration nach Amsterdam. Dort war er Leiter des Landesverbandes Holland der ADG, 1937–1940 Redakteur der Gewerkschafts-Zeitung bzw. Neue Gewerkschaftszeitung, Teilnahme an der 3. ADG-Konferenz in Mülhausen/Elsaß, enge Kontakte zur Sopade, Mai 1939 Nachfolger von Ernst Schumacher als Berichterstatter für die Deutschland-Berichte für Nordwestdeutschland, nach dem deutschen Überfall auf die Niederlande Selbstmord angesichts drohender Verhaftung durch die Gestapo.

3 D.h. die vom Regime initiierten und vor allem von der SA getragenen antisemitischen Gewaltmaßnahmen Anfang April 1933, die sich u.a. gegen Warenhäuser richteten.

Kollegen des Gesamtverbandes teilnahmen, hat erfolgreich den Lohnabbau abgewehrt. Die alten Tarife sind wieder bestätigt worden.

Ähnlich günstig lautete der Bericht vom Hamburger Bezirk. Nach wie vor gehen dort die Verhandlungen mit dem neuen Kommissar des Senats[4] geregelt vor sich. Die Betriebsräte arbeiten wie bisher. Nur in Altona hat es infolge Besetzung zunächst einige Schwierigkeiten gegeben. Das Hamburger Organ der freien Gewerkschaften erscheint jetzt zweimal wöchentlich zum besseren Zusammenhalt der Kollegenschaft. Auch in den Privatbetrieben ist, abgesehen von der Wirtschaftskrise, die Organisation in guter Verfassung.

Ganz anders sieht allerdings das Bild aus in Ostpreußen. Hier sind die Gewerkschaftshäuser zum Teil heute noch besetzt. Manche Kollegen getrauen sich nicht, in die Versammlungen zu gehen, da diese überwacht sind. Panikstimmung und falsche Nachrichten infolge des Nichterscheinens der Arbeiterpresse sind noch weit verbreitet. Das Gewerkschaftshaus in Königsberg soll jetzt freigegeben werden. Festzustellen ist, daß in Betrieben, wo die RGO und der Radikalismus bisher stark waren, jetzt die größte Mitgliederflucht zu finden ist. Die Bezirksleitung hat die Verbindung mit allen Orten des Wirtschaftsbezirks aufrechterhalten können.

Schwierig liegen auch die Verhältnisse in Schlesien seit der Besetzung des Breslauer Gewerkschaftshauses. In den Provinzstädten Görlitz, Bunzlau, Liegnitz usw. steht die Mitgliedschaft fest zum Verband.

Im Bezirk Brandenburg liegen die Dinge wieder günstiger. Die gut organisierte Reichsarbeitergruppe in Jüterbog steht treu zum Verband. In einzelnen Orten ist etwas Zurückhaltung bei der Beitragszahlung festzustellen, doch stehen Gemeinde- wie Privatarbeiter in ihrer Mehrzahl treu zur Organisation. Von den Funktionären der 93 Ortsverwaltungen des Gesamtverbandes wurden drei vorübergehend in Schutzhaft genommen.

In Pommern funktioniert der Verbandskörper nach wie vor recht gut. Eine Reihe von Kollegen wird überwacht. Die Aufstellung für die Betriebsrätewahlen ist an vielen Orten erfolgt.

Im Bezirk Nordmark waren erhebliche Schwierigkeiten durch die Besetzung des Gewerkschaftshauses in Lübeck entstanden. Jetzt ist die Gewerkschaftsarbeit aber wieder in vollem Gange, wenn auch noch eine Kontrolle im Hauses geblieben ist. Die Funktionäre der Organisation stehen fest zum Verband.

In ähnlicher Weise berichteten die Bezirke Bremen und Hannover. Besonders bemerkenswert war die Schilderung des Vertreters von Westfalen über die Gesamtergebnisse im Ruhrgebiet. Sowohl zur Zeit der Besetzung als auch während der Inflation waren im Ruhrgebiet die Gewerkschaften die Träger der Ordnung[5] und es wäre eine wahre Anarchie eingerissen mit unübersehbaren Auswirkungen, falls die Gewerkschaften nicht für geordnete Verhältnisse gewirkt hätten. Die Besetzung des Bergarbeiterhauses in Bochum[6] hat zunächst allgemein ziemliche Unruhe hervorgerufen. Inzwischen ist das Haus wieder freigegeben, doch haben die Gewerkschaftsangestellten die Arbeit dort nicht aufgenommen, weil sie Überwachung grundsätzlich ablehnen. Die zahlreichen Besetzungen der Warenhäuser und andere Vorgänge haben in manchen Orten die Unruhe gesteigert und auch in unserer Mitgliedschaft Schwierigkeiten geschaf-

4 Karl Kaufmann (10.10.1900–4.12.1969), seit 1921 NSDAP, war 1928–1930 Mitglied des Preußischen Landtages, 1930–1945 MdR, Gauleiter der NSDAP in Hamburg und seit Mai 1933 Reichsstatthalter in Hamburg.

5 Der Text zwischen »die Gewerkschaften« und »Ordnung« ist in der Vorlage durch eine größere Schrifttype besonders hervorgehoben.

6 Vgl. Dok. 2.

fen. – Die Binnenschiffer im Ruhrgebiet stehen treu zusammen, wenn auch hie und da jetzt die Beitragszahlung etwas stockt.

Im Rheinland ist an vielen Stellen, namentlich auch in Köln, eine gewisse Zurückhaltung der Kollegen in öffentlichen Betrieben, besonders auch bei den Beamten in der Beitragszahlung festzustellen. Ein Teil der Kollegen begeht den schweren Fehler, in diesen Notständen erst einmal abzuwarten, was wird. Aus diesem Grunde sind in manchen Betrieben auch keine Betriebsratslisten zustande gekommen, weil Kollegen Benachteiligung fürchteten. In den Provinzialanstalten sowie in den Verkehrsbetrieben geht das Verbandsleben geordnet weiter.

In den Bezirken Frankfurt a[m] Main und Württemberg geht die Organisationsarbeit planmäßig vor sich. In Württemberg ist bis jetzt keine Gewerkschaftshausbesetzung erfolgt und auch kein Funktionär in Schutzhaft. Leider ist die Verbreitung sämtlicher Gewerkschaftszeitungen untersagt, da sie zu Zeitschriften der Eisernen Front gerechnet werden, die verboten sind.

Sehr ausführlich und hochinteressant war auch der Bericht aus Bayern. Hier ist vor allen Dingen in München die Situation schwierig geworden durch die Besetzung des Gewerkschaftshauses. In Augsburg und Regensburg wurden die Gewerkschaftshäuser von der Polizei zum Schutz besetzt. Trotz alledem ist die Stimmung in Mitgliederkreisen besonders unter den Funktionären nicht schlecht. Durch den Bericht des bayerischen Ministeriums des Innern ist bekannt geworden, daß die Arbeit in allen Gewerkschaftshäusern wieder zuzulassen ist, doch bleibt das Verbot, mit politischen Organisationen und deren Führern in Verbindung zu treten, bestehen. Gewerkschaftliche Versammlungen sind 48 Stunden vorher bei der Polizei anzumelden und werden überwacht. Auch in Nordbayern läuft der gewerkschaftliche Apparat, obwohl in Nürnberg schwere Eingriffe erfolgt sind.

In Thüringen waren früher bereits erhebliche Einschränkungen im Versammlungsleben usw. erfolgt. An der Gesamtsituation hat sich deshalb wenig geändert. Die Betriebsrätewahlen sind für einige Zeit hinausgeschoben. Es wird aber in der Organisation planmäßig weitergearbeitet.

Katastrophal liegen die Dinge im Freistaat Sachsen. Hier wurde in anschaulicher Einzelberichterstattung eine Fülle von Material aufgezeigt bei der Besetzung von 15 Gewerkschaftshäusern. Die Freigabe der besetzten Gewerkschaftshäuser in Dresden und Leipzig war trotz aller Bemühungen bislang nicht zu erzielen.[7] Es sind daher vorläufig provisorische Hilfseinrichtungen und Büros geschaffen worden. In Plauen, Chemnitz usw. sind die Volkshäuser nach wie vor besetzt. Bei alledem muß man staunen, wie tapfer die sächsischen Kollegen für die Organisation weiter arbeiten. Man erwartet in Sachsen, daß endlich der Erlaß *Hitlers* vom 12. März und die Ergänzungserklärung [Hermann] *Görings* vom 13. März 1933 gegen Einzelaktionen durchgeführt werden.[8]

7 Vgl. Eingabe des Bundesvorstandes des ADGB an den Reichspräsidenten und Mitglieder der Reichsregierung vom 13.3.1933 (AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 14).

8 Hitler und Göring hatten Einzelaktionen von SA, SS und NSBO untersagt, die sich gegen Personen und Einrichtungen der Arbeiterbewegung richteten, und die der NS-Führung zu entgleiten drohten. Beide kündigten ein »planmäßiges« und gesteuertes Vorgehen an. Vgl. den Wortlaut der Erlasse: Minister Göring fordert strengste Disziplin von den Beamten, in: Gewerkschaft. Organ des Gesamt-Verbandes, 37. Jg., Nr. 11, vom 18.3.1933, S. 204; Hitler befiehlt strengste Disziplin, in: ebd., S. 210. Allerdings wurden diese Anordnungen, denen spezielle Erlasse z.B. der NSBO-Führung folgten, auf lokaler Ebene nur zögernd befolgt. »Wilde Aktionen« z.B. gegen Betriebsvertretungen dauerten bis in den Spätherbst 1933 an. Vgl. z.B. Dok. 13; sowie Frese, Betriebspolitik, S. 42ff., 78ff. Vgl. auch die Klagen des ADGB-Bundesvorstands bei Hindenburg am 20.3.1933, in: Jahn, Quellen IV, Dok. 187, insb. S. 858 und 864.

Mitteldeutschland ebenso die mitteldeutschen Wasserstraßen berichteten, daß die Tätigkeit der Organisation nur eine ganz geringe Abnahme erfahren hat. Zeitweilig dramatisch gestalteten sich die Vorgänge in Braunschweig.

Im Anschluß an diese Situationsberichte wurde noch ein ausführlicher Bericht über die Vorgänge im Reichspostministerium gegeben.

Die Besprechung befaßte sich sodann auch mit der geplanten Umgestaltung der Gewerkschaften, die eine gewisse Beunruhigung in weiten Kreisen der Funktionäre und Mitglieder ausgelöst hat. Es wurde aber von allen Seiten betont, daß es müßig sei, auf die zahlreichen verschiedenartigen Projekte einzugehen, bevor nicht klare Vorschläge oder Entwürfe vorliegen.[9]

Zum Abschluß wurde zum Ausdruck gebracht, daß der weite Aufgabenkreis der freien Gewerkschaften nach wie vor gekennzeichnet ist in der Wahrnehmung der Interessen ihrer Mitglieder, im solidarischen Zusammenhalt in allen Lagen, gegenseitige Hilfe durch Unterstützungseinrichtungen im Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Dieses Programm müsse auch für die Zukunft bestehen. Mit einem Appell an unsere Kollegen, in dieser schweren Zeit fest zusammenzuhalten, wurde die Besprechung geschlossen.

E[mil] D[ittmer][10]

Hermann Göring (12.1.1893–15.10.1946, Selbstmord) war 1928–1945 MdR (NSDAP), ab 1932 Reichstagspräsident, ab 1933 Preußischer Innenminister und Ministerpräsident, Oberbefehlshaber der Luftwaffe, ab 1935 Reichsminister für Luftfahrt, ab 1936 Beauftragter für den Vierjahresplan, 1946 als Hauptkriegsverbrecher zum Tode verurteilt.

9 Gemeint waren sowohl die von Seiten der NSBO geforderten, von staatlicher Seite überlegten und bei den Freien Gewerkschaften, Christlichen Gewerkschaften und den Gewerkvereinen diskutierten Formen einer Umgestaltung, die zu diesem Zeitpunkt vor allem eine Vereinheitlichung der Gewerkschaften und Loslösung von parteipolitischen Verflechtungen bedeutete. Vgl. hierzu die laufenden Diskussionen in der »Gewerkschafts-Zeitung«. Zur weiteren Entwicklung dieser Diskussionen, die in der Vereinbarung der drei Spitzenverbände für einen »Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften« (vgl. Dok. 10) ein gemeinsames Dokument fand, vgl. eingehend Jahn, Quellen IV, Dok. 200–202, 207–210; sowie Beier, Entstehung, S. 365–392. Zur Diskussion auf NSBO- und auf staatlicher Seite vgl. Frese, Betriebspolitik, S. 46ff.

10 Emil Dittmer (10.10.1873–1953 (?)) war 1906–1933 Redakteur beim Gemeinde- und Staatsarbeiterverband bzw. Hauptschriftleiter im geschäftsführenden Vorstand des Gesamtverbandes, 1914–1920 Stadtverordneter in Berlin, nach 1920 unbesoldeter Stadtrat, engagiert in der Gesundheits-, Jugend- und Bildungspolitik, 2.5.1933 Haft, Polizeigefängnis, nach Freilassung zurückgezogen als Rentner in Berlin, nach 1945 Mitarbeit in der Bildungsarbeit des FDGB u.a. bei der Schulung von Betriebsräten, SPD/SED, nach 1948 aus dem politischen Leben verschwunden, angeblich 1953 verstorben. Vgl. ausführlich die Darstellung in: Zimmermann, Biographien, S. 42–45.

DOKUMENT 4

28. 3. 1933: Der Hauptvorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands appelliert an die Mitglieder, im Verband zu bleiben

BA, SAPMO, ZPA, I 2/8/25, Bl. 33–35. Vervielfältigter Druck. Kopfleiste: Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Hauptvorstand, Hannover, Rathenauplatz 3.[1]

Hannover, den 28. März 1933

An die Mitglieder unseres Verbandes.[2]
Werte Kolleginnen und Kollegen![3]

Die gewerkschaftliche Arbeit unseres Verbandes geht nach der politischen Umwälzung unverändert weiter. Inzwischen sind wieder einige Störungen, die durch gewaltsame Eingriffe politischer Gruppen hier und dort entstanden waren, beseitigt, so u.a. im Freistaat Sachsen. Dort wurde durch Verordnung des Staatskommissars die Besetzung von Gewerkschaftshäusern aufgehoben und die ungestörte Arbeit der Gewerkschaften gewährleistet.[4] Die wilden Gerüchte über Gewerkschaftsverbote usw., die immer noch auftauchen, sind als Konkurrenzmanöver uns feindlicher Gruppen zu werten, mit dem Ziel, Euch wankelmütig zu machen, Euch unserem Verbande zu entfremden.[5] Darum rufen wir Euch zu: Laßt Euch nicht irre machen; haltet dem Verband die Treue!

Treue um Treue in Zeiten der Not! Erinnert Euch der ruhmreichen Entwicklung unseres Verbandes! Seit mehr als 40 Jahren kämpft der Verband für Eure wirtschaftlichen und sozialen Interessen. Erst nur ein kleines Häuflein armer unbekannter Arbeiter, denen keine andere Hilfe in ihrem schweren Kampfe zur Seite stand als ihre eigene felsenfeste Überzeugung von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses aller Arbeiterinnen und Arbeiter, heute, dank Eurer Einsicht und Eurer tatkräftigen Mithilfe, Eurer Solidarität, eine starke gewerkschaftliche Organisation von fast 400.000 Kolleginnen und Kollegen.[6]

Nicht »Gewerkschaftshetzer« haben dieses große Werk, das auch in diesem wirtschaftlichen und politischen Krisensturm unerschüttert geblieben ist, zustande gebracht, sondern Eure Kameradschaft und Solidarität.[7]

Dabei hat Euch die einfache Erkenntnis Eures gesunden Menschenverstandes geleitet, daß Einigkeit stark macht, daß Ihr als einzelne Arbeitnehmer, die weiter nichts besitzen als ihre Arbeitskraft, ohnmächtig in dieser kapitalistischen Gesellschaft seid, daß nur Euer gewerkschaftlicher Zusammenschluß in unserem Verbande Euch zum gleichberechtigten Partner des Unternehmers beim Abschluß Eures Arbeitsvertrages erhebt.

Unser Verband hat Euch diese Gleichberechtigung erstritten, nicht jene Gruppen, die sich jetzt um Eure Gunst bewerben. Unser Verband hat durch die Schaffung von Tarifverträgen und Tarifgemeinschaften in den Industrien, in denen er die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterschaft vertritt, eine völlige Umwälzung der Rechtsverhältnisse zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber herbeigeführt.[8]

Die Tarifverträge unseres Verbandes haben in diesen Industrien den Charakter von Gesetzbüchern der Arbeit erlangt.[9]

Unser Verband hat durch seine Tarifverträge verhindert, daß in dieser fürchterlichen Krise der Lohn ins Bodenlose gesunken ist. Unser Verband hat die Arbeitsbedingungen nicht nur verbessert, sondern völlig umgestaltet. Unser Verband hat die früher übermäßig lange Arbeitszeit, die den Arbeiter 12 bis 18 Stunden täglich in die Fron spannte, ihn bis zur völligen Erschöpfung auspumpte, ihm kaum Zeit ließ für den notwendigen Schlaf, auf ein Maß zurückgeführt, die es ihm ermöglicht, Mensch zu sein mit kulturellen Bedürfnissen. Es ist die Wirkung unseres Kampfes für einen besseren Gesundheitsschutz, daß die Arbeitsräume und auch die Arbeitsmethoden in den Betrieben immer mehr den Forderungen der Gewerbehygiene angepaßt und dadurch die Gesundheits- und Unfallgefahren, die Euch in Eurer Berufsarbeit bedrohen, wesentlich herabgemindert werden. Es ist das Verdienst unseres Verbandes, daß in der chemischen Industrie die Gesundheitsschädigungen aus der Arbeit mit Giftstoffen, in der Glas-Industrie der Glasmacherstar, in der feinkeramischen Industrie die Staublunge als Berufskrankheit anerkannt und entschädigt werden. Der Rechtschutz unseres Verbandes erkämpft alljährlich das Recht für Tausende von Verbandsmitgliedern. Durch seine sozialen Unterstützungseinrichtungen hat unser Verband seit Beendigung der Inflation[10] fast 70 Millionen Mark Unterstützungen an erwerbslose und invalide Mitglieder geleistet.[11]

Alles, was unser Verband an Leistungen vollbracht hat, die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, die Schaffung der Tarifgemeinschaften, sein sozialpolitisches und kulturelles Wirken, seine Unterstützungseinrichtungen,[12] verdankte er nur seiner eigenen Kraft, vollzog sich ohne jede Hilfe von außen, aber im Kampfe gegen eine Welt von Feinden.[13]

1 Die Zeile ist in der Vorlage durch größere Schrifttype und Fettdruck hervorgehoben. Vgl. zur weiteren Entwicklung im Fabrikarbeiterverband z.B. Dok. 5 sowie den Aufruf der Ortsverwaltung Osterode des Fabrikarbeiterverbandes vom 11.5.1933 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/8/25, Bl. 38).
Ähnliche Aufrufe zur Entwicklung des Verbandes, den Erfolgen und der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation veröffentlichten auch die anderen Einzelgewerkschaften, u.a.: Emil Dittmer, Was wird aus den freien Gewerkschaften? In: Gewerkschaft. Organ des Gesamt-Verbandes, 37. Jg., Nr. 13, vom 1.4.1933, S. 233–236.

2 Wie Anm. 1.

3 Diese Zeile ist in der Vorlage durch größere Schrifttype hervorgehoben.

4 »Verordnung über Freigabe der Gewerkschaftshäuser und der gewerkschaftlichen Arbeit«, abgedr. in: GZ, 43. Jg., Nr. 14, vom 8.4.1933, S. 220f.
Hier war der Hauptvorstand des Fabrikarbeiter-Verbandes zu optimistisch. Anfang April 1933 wiederholte der ADGB-Vorstand gegenüber dem Reichspräsidenten seine Klage über die Zerstörung der Gewerkschaftseinrichtungen und fortdauernde Behinderung der Gewerkschaftsarbeit besonders in Dresden und Leipzig. Am 3.4.1933 wurde auch das Zentralbüro des Fabrikarbeiter-Verbandes in Hannover besetzt und geschlossen. Ebd., S. 220; Jahn, Quellen IV, Dok. 195, S. 875f. Vgl. zu den vorangegangenen Zerstörungen die Eingabe des Bundesvorstandes des ADGB an den Reichspräsidenten und Mitglieder der Reichsregierung vom 13.3.1933 (AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 14). Eine ähnliche Verordnung wie in Sachsen wurde auch in Bayern erlassen. GZ, 43. Jg., Nr. 14, vom 8.4.1933, S. 221.

5 Die Gewerkschaften trugen allerdings mit ihren Berichten über beabsichtigte oder angestrebte Neuordnungen der industriellen Arbeitsbeziehungen selbst zu solchen Gerüchten bei. Vgl. z.B. die Erklärung des ADGB vom 21.3.1933 über »Art und Richtung« der künftigen Tätigkeit, abgedr. in: GZ, 43. Jg., Nr. 12, vom 25.3.1933, S. 177. Die konkurrierenden Organisationen waren insbesondere zum einen die christlichen Gewerkschaften, die Überlegungen für einen berufsständischen Aufbau entwickelten (z.B. der Tagungsbericht in: ebd., S. 178), sowie zum anderen die bei den Betriebsratswahlen 1933 teilweise starken Zuspruch verzeichnenden und wenig später als tariffähige Organisationen neu zugelassenen Verbände NSBO und Stahlhelm-Selbsthilfe. Vgl. hierzu den Bericht in: ebd., Nr. 15, vom 15.4.1933, S. 237.

6 Der gesamte Absatz ist in der Vorlage fett gedruckt.

7 Dieser Absatz ist in der Vorlage eingerückt sowie durch größere Schrifttype und Fettdruck hervorgehoben.

8 Die beiden Absätze zwischen »Dabei« und »herbeigeführt« sind in der Vorlage fett gedruckt.

9 Wie Anm. 7.

10 Wie Anm. 6.

11 Wie Anm. 7.

12 Wie Anm. 6.

13 Wie Anm. 7.

Und alles, was erreicht worden ist, dient nur dem einen Zweck, Euch einen größeren Lebensraum, ein größeres Maß von Lebensfreude, einen größeren Anteil an den Kulturgütern zu sichern.[14]

Kolleginnen, Kollegen! Auch nach der politischen Umwälzung besteht die kapitalistische Wirtschaftsordnung weiter. Damit ist auch die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Arbeit gegeben. Darum haltet dem Verband die Treue! Werbt für den Verband! Ihr werbt für eine gute Sache! Was der Verband für die Arbeiterschaft getan, verdient die Unterstützung aller Kolleginnen und Kollegen.

Mitglied unseres Verbandes kann jeder werden, der seine Satzungen anerkennt. Niemand wird nach seiner politischen oder religiösen Überzeugung gefragt.[15]

Die gewerkschaftliche Arbeit unseres Verbandes geht unverändert weiter. Zeigt Eure treue Verbundenheit mit unserem Verband, den Ihr selbst aufgebaut![16]

Mit Verbandsgruß
Der Hauptvorstand
Karl Thiemig[17]

DOKUMENT 5

Ende März 1933: Flugblatt des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands in Osterode/ Harz zur Gewerkschaftsentwicklung und zum Verhältnis zur Hitler-Regierung

BA, SAPMO, ZPA, I 2/8/25, Bl. 37 (Vorder- und Rückseite). Hektographierte Maschinenschrift. Maschinenschriftliche Unterschrift.[1]

An die Mitglieder des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Osterode a[m]/H[arz][2]

Werte Kollegen und Kolleginnen!

Die durch die Reichstagswahlen am 5. März [1933] gefallene politische Entscheidung bringt in der gewerkschaftlichen Arbeit unseres Verbandes, in der Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen unserer Mitglieder keine Änderung hervor. Auch nach der politischen Umwälzung arbeiten wir an unseren, von uns selbst gestellten und in unseren Satzungen festgelegten wirtschaftlichen Aufgaben weiter wie bisher.

Die unter den Verbandsmitgliedern ausgestreuten wilden Parolen über das Verbot oder über die Auflösung der Gewerkschaften sind haltlose, in den Tatsachen nicht begründete Gerüchte. Das kann auch nicht anders sein, denn die Arbeit unseres

14 Wie Anm. 6.
15 Wie Anm. 7.
16 Wie Anm. 6.
17 Karl Thiemig (23.9.1876–28.2.1945) war seit 1908 Angestellter im Fabrikarbeiter-Verband, ab 1911 Sekretär des Hauptvorstandes, ab 1920 2. Vorsitzender, 1931–1933 Vorsitzender des Fabrikarbeiter-Verbandes, Mai 1933 inhaftiert, seit Ende Mai 1933 Rentner, 1935 bei der Koordination der Entschädigungsklagen beteiligt. Vgl. auch Dok. 11 Anm. 3 und Dok. 16.
1 Angaben zur Organisation und zum genauen Veröffentlichungsdatum fehlen im Dokumentenkopf. Die zeitliche Einordnung ergibt sich aus der Bezugnahme auf die Regierungserklärung Hitlers am 23.3.1933 und der Zerschlagung der freien Gewerkschaften am 2.5.1933.
2 Die Überschrift ist in der Vorlage unterstrichen.

Verbandes vollzieht sich im streng gesetzlichen und im staatsbürgerlichen Rahmen. Unser Verband ist politisch ungebunden.[3]

Leider ist unsere Presse »Der Proletarier« immer noch verboten, so daß wir nicht in der Lage sind, unsere Mitglieder ausreichend über die Geschehnisse in unserem Verbandsleben aufzuklären.[4]

Unser Hauptvorstand macht die größten Anstrengungen, um unser Verbandsorgan vom Verbot frei zu bekommen. Die diesbezüglichen Bemühungen waren bisher bedauerlicherweise ohne Erfolg. Das darf unsere Mitglieder aber nicht ängstlich machen, sondern die freien Gewerkschaften, zu denen auch unser Verband gehört, werden nach wie vor weiter bestehen. Es ist Pflicht der Mitglieder und besonders der Vertrauensleute unseres Verbandes, die wankelmütig werdenden Mitglieder aufzurütteln und sie zur weiteren Treue für die Organisation anzuhalten. So wie alles Irdische vergänglich ist, werden auch die augenblicklich bestehenden Schwierigkeiten überwunden werden. Mitglieder die sich verleiten lassen aus dem Verbande auszutreten, werden dies in einer späteren Zeit einmal bitter bereuen. Nochmals sagen wir deshalb: Habt Vertrauen und haltet die Treue dem Fabrikarbeiterverband![5]

Allgemeine Wirtschaftslage: Nach den Berichten von der Industrie- und Handelskammer ist in der Wirtschaft im Laufe des März eine geringe Belebung eingetreten. Im allgemeinen wird diese Besserung auf die Stabilisierung der politischen Verhältnisse zurückgeführt. Dadurch wurde auch die normale saisonmäßige Besserung in einzelnen Zweigen noch verstärkt, die Mitte März einzusetzen pflegt. Ein nennenswerter Umschwung auf der ganzen Linie ist allerdings noch nicht zu verzeichnen.

Der Bergbau meldet sehr schwaches Geschäft. Beim Hausbrand verursachte die milde Witterung einen Rückgang der Nachfrage. Die Nachfrage in der Maschinenindustrie hat sich gebessert; besonders werden landwirtschaftliche Maschinen verlangt, infolge der optimistischen Stimmung, die durch die Maßnahmen der Regierung eingetreten ist. Ähnliche Beobachtungen lassen sich in der Autoindustrie machen. Die Lage in der Fertigwarenindustrie ist recht uneinheitlich, es ließ sich aber auch hier feststellen, daß der politische Umschwung das Zutrauen weiter Kreise gestärkt hat. In den Bekleidungsindustrien und in der Schuhwarenbranche sind die Frühjahrserscheinungen deutlich bemerkbar. Sehr stark geklagt wird fast überall über einen Rückgang an Auslandsaufträgen. In der Regierungserklärung, die Reichskanzler *Hitler* am 23. März [1933] im Reichstag abgab, war auch von der Wirtschaft die Rede. Sie enthielt zwei Grundgedanken von wirtschaftlichem Interesse. Der erste lag in dem Bekenntnis, daß man die Wirtschaftsbelebung nicht über den Umweg einer staatlichen Wirtschaftsbürokratie herbeiführen werde, sondern durch stärkste Förderung der privaten Initiative; der zweite in dem Ausspruche, daß die Wirtschaft nicht da sei für das Kapital,

3 Zu den »Gerüchten« um ein Verbot oder eine Auflösung der Gewerkschaften vgl. die Hinweise in Dok. 3. Zur politischen Ungebundenheit der Gewerkschaften vgl. die Erklärung des Vorstands des ADGB (Leipart) gegenüber Hitler am 21.3.1933, in: Jahn, Quellen IV, Dok. 189, S. 865–867.
4 Die Zeitschrift des Fabrikarbeiter-Verbandes »Der Proletarier« wurde seit Anfang Februar mehrmals verboten. Erstmals sollte die Zeitschrift am 9.2.1933 beschlagnahmt werden. Da die Ausgabe (Nr. 6) bereits ausgeliefert war, wurde die Zeitschrift »verwarnt«. Weitere Verwarnungen und Verbote folgten ab Mitte Februar 1933. Nachdem das Reichsgericht einer Beschwerde des Verbandes stattgab, wurde am 3.3.1933 ein erneutes Verbot für zwei Wochen ausgesprochen, das aber am 15.3.1933 bis 31.3.1933 verlängert wurde. Vgl. die Berichte in: GZ, 43. Jg., Nr. 7, vom 18.2.1933, S. 110; Nr. 9, vom 4.3.1933, S. 142; Nr. 14, vom 8.4.1933, S. 224; Mitteilungsblatt des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Nr. 9, 15.4.1933, S. 36.
5 Der Satz ist in der Vorlage gesperrt und unterstrichen.

sondern das Kapital für die Wirtschaft, und daß die Wirtschaft dem Volke zu dienen habe.[6]

Eine dritte bemerkenswerte Äußerung war der Hinweis, daß von der Reichsregierung keine Währungsexperimente beabsichtigt seien.[7]

Das wichtigste an diesen Äußerungen des Reichskanzlers bleibt der Grundsatz, daß die Wirtschaft nicht da sei für das Kapital, sondern das Kapital für die Wirtschaft und daß letztere dem Volke zu dienen habe. Dieser Grundsatz hebt zwar keinesfalls den anderen auf, der die stärkste Förderung der privaten Initiative verspricht, nimmt ihm aber seine absolute Allgemeingültigkeit und beläßt ihm nur relativen Wert.

Und zwar beläßt er ihm nur jenen Wert, den auch wir als freie Gewerkschaftler ihm jederzeit und unbedenklich anzuerkennen bereit sind.[8]

Für die Lebenspraxis und die Anwendung im Zusammenwirken der Wirtschaftsgesellschaft heißt nämlich der zweite Grundsatz nichts anderes, als daß die Wirtschaft nicht da ist für die Kapitalisten, sondern daß die Kapitalisten die Verantwortung tragen für die Wirtschaft, von deren Bestand das Volkswohl abhängig ist, und daß damit schließlich die Kapitalisten mit ihrer Verantwortung für die Wirtschaft auch die Verantwortung für das wirtschaftliche Wohlergehen des Volkes tragen. Das heißt also dann:

Das Volkswohl ist das primäre.[9] Jede Wirtschaftspolitik, die sich unter diesem Primat vollziehen soll, die also das Volkswohl und damit das Wohl unserer Arbeiterschaft als ihr Hauptziel und ihren eigentlichen Sinn bezeichnet, findet auch unsere ungeteilte und bedingungslose Zustimmung und Unterstützung. Uns genügt deshalb vollkommen, wenn das Ziel, das sich die Regierung bei ihrer zukünftigen Politik gesteckt hat, bleibt: Wirtschaft muß Dienst am Volke bleiben![10]

Ist das der Fall, dann zweifeln wir nicht daran, daß auch die neue Regierung sehr bald zu der gleichen Erkenntnis kommt, die wir als freie Gewerkschaften schon längst gewonnen haben, nämlich, daß Wirtschaft im Dienst am Volke nur Planwirtschaft sein kann. Wir sind bereit, solche Wirtschaftspolitik restlos zu unterstützen.

Mit kolleg[ialem] Gruß
Die Ortsverwaltung
i./V. F[ranz] Hagenbuch[11]

6 Der Text zwischen »daß die Wirtschaft« und »dienen habe« ist in der Vorlage durch Einrücken und Unterstreichen hervorgehoben.
7 Der Text zwischen »von der« und »seien« ist in der Vorlage durch Einrücken und Unterstreichen hervorgehoben.
8 Der Text zwischen »Und zwar« und »bereit sind« ist in der Vorlage durch Einrücken und Unterstreichen hervorgehoben.
9 Der Text zwischen »Das« und »primäre« ist in der Vorlage durch Einrücken und Unterstreichen hervorgehoben.
10 Der Text zwischen »Wirtschaft« und »bleiben!« ist in der Vorlage durch Einrücken und Unterstreichen hervorgehoben.
11 Franz Hagenbuch (geb. 8.5.1884) war bis zu seiner Entlassung Anfang Mai 1933 Sekretär des Fabrikarbeiter-Verbandes in Osterode/Harz, danach bis 1939 arbeitslos und zwischen 1933 und 1945 mehrfach in verschiedenen Konzentrationslagern inhaftiert, nach 1945 bis zur Pensionierung Ende der 1950er Jahre wieder in der Osteroder Gewerkschaftsbewegung tätig. Vgl. noch den Aufruf der Ortsverwaltung Osterode des Fabrikarbeiterverbandes vom 11.5.1933 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/8/25, Bl. 38). Vgl. ferner die knappen biographischen Hinweise bei Walter Struve, Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus in einer industriellen Kleinstadt. Osterode am Harz 1918–1945, Essen 1992, S. 232, S. 532f.; sowie den Teilnachlaß in: AdsD, Niedersachsen-Projekt, Teilprojekt VII. Gewerkschaften: DGB Osterode, Akte B 7/8.

DOKUMENT 6

3. 4. 1933: Stand und Planungen der RGO in den Bezirken Ruhrgebiet und Mittelrhein für die weitere betriebliche, gewerkschaftliche und RGO-Arbeit

BA, R 58, Nr. 468, Bl. 62–66. Maschinenschriftliche Abschrift. Ohne Ortsangabe.[1]

Beschlußprotokoll-Besprechung mit den RGO-Sekretären vom 3.4. 1933.[2]

Beschlüsse sollen in den nächsten RGO-Sekretariatssitzungen und mit der engeren Partei-B[ezirks]l[eitung] besprochen und ergänzt werden.

1. Die Berichte zeigen, daß noch eine sehr ungenügende Konzentration auf die Massenarbeit in den Betrieben vorhanden ist. Deshalb soll das Sekretariat sofort konkrete Maßnahmen beschließen, um die Betriebsarbeit maximal zu verstärken.
   a) Durch Bestimmung von 8–10 Betriebsinstrukteuren für die wichtigsten Konzerne und Betriebe, die unter direkter Anleitung und Kontrolle der Mitglieder des RGO-Sekretariats arbeiten. (Regelmäßige Berichterstattung und neue Aufgabenstellung der Betriebsinstrukteure in Fünfergruppenbesprechungen).
   b) Durch öftere Sitzungen und Besprechungen der Leiter der Betriebsgruppen dieser Betriebe und Konzerne mit Mitgliedern des Sekretariats. (Liste dieser Betriebe und Instrukteure ist zur nächsten RGO-Sekretariatsbesprechung mitzubringen).
2. Die nächsten und wichtigsten Aufgaben unserer gewerkschaftlichen Massenarbeit in den Betrieben sind:
   a) Die Mobilisierung der Belegschaften zum Kampf gegen die Verhaftung und Entlassung revolutionärer Betriebsräte. Konkrete Verbindung dieses Kampfes

1 Das Protokoll befindet sich auch in: BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 302, Bl. 256–260. Handschriftlicher Vermerk als Fundort: Dortmund. In der Vorlage zahlreiche handschriftliche Unterstreichungen. Zur Abschrift vgl. den Vermerk der Staatspolizeistelle Düsseldorf vom 26.7.1933 zur Verhaftung von Walter Pfeiffer und den festgestellten Unterlagen (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 171, Bl. 9–15).
18/19 war die Deckbezeichnung für den Bezirk Ruhrgebiet mit Sitz in Essen, 21 die für den Bezirk Mittelrhein mit Sitz in Köln, 20 die für den Bezirk Niederrhein mit Sitz in Düsseldorf. Alle drei Bezirke zusammen wurden als Oberbezirk »West« bzw. »Westen« geführt. Berater war die Bezeichnung für Instrukteur. Die Kennziffer 18/21 deutet auf den Oberberater für die Bezirke 18 bis 21. Diese Position hatte Anfang April 1933 Hans Walter Pfeiffer inne. Pfeiffer (24.4.1933–3.4.1968) war Werkzeugmacher, 1913 SPD, 1917 USPD, 1919 KPD, ab 1919 hauptamtliche Tätigkeit in der Organisation der KPD, 1919–1924 Bezirkssekretär in Berlin, seit 1923 in der KPD-Zentrale, 1924–1930 MdR, 1924–1928 Organisationsleiter im Bezirk Berlin-Brandenburg, seit 1929 Mitglied des Zentralkomitees, 1929–1932 Tätigkeit in der Organisationsabteilung der Komintern in Moskau, 1932 Tätigkeit in der Organisationsabteilung der kommunistischen Partei der CSR in Prag, Oktober 1932 Rückkehr nach Berlin und erneute Tätigkeit in der Organisationsabteilung der KPD, 1932/33 MdR, keine Kandidatur bei der Reichstagswahl 1933, ab 1.4.1933 Oberberater für den Bezirk West, am 10.6.1933 verhaftet und im November 1934 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, nach der Freilassung Beschäftigung als Schlosser, nach 1945 KPD bzw. SED, dort in untergeordneten Funktionen eingesetzt. Vgl. zur Bezirkseinteilung und den Kennziffern auch die Zusammenstellungen der Gestapo, in: Gestapa, Mitteilungen Nr. 4, vom 10.3.1934, S. 20 (LHA Koblenz, 403, Nr. 16914, insb. Bl. 139).
Zu Berichten und Planungen in anderen Bezirken vgl. u. a. den Bericht über den Stand der Organisation und der gewerkschaftlichen Arbeit im Bezirk Wasserkante, vom 10.4.1933; Bericht über die Situation der RGO und der roten Verbände in Berlin-Brandenburg, vom 28.7.1933; sowie bereits: S., an Liebe Freunde: Anweisung für eine breite innergewerkschaftliche Kampagne, vom 10.3.1933; dass., Unsere Taktik im Betriebsrätewahlkampf, vom 7.4.1933 (in der Reihenfolge: BA, SAPMO, ZPA, I 3/16/66, Bl. 102–104; 4/6/14, Bl. 179–181; 4/6/13, Bl. 421–422, 437–439).
2 Die Überschrift ist in der Vorlage unterstrichen.

mit den aktuellen betrieblichen Forderungen der Arbeiter bei breitester und richtiger Anwendung unserer Einheitsfrontpolitik. (Gute Beispiele der Organisierung des Widerstandes der Arbeiter sofort auswerten und Arbeitern zur Kenntnis bringen).

b) Sofortiger Wiederaufbau der Betriebsrätesekretariate. Zusammenfassung und Information der revolutionären Betriebsräte über ihre neuen Aufgaben, besonders auch vom Gesichtspunkt der Organisierung ihres Kampfes gegen Verhaftungen und Entlassungen.

c) Gewinnung der sozialdemokratischen, freigewerkschaftlich, christlich organisierten Arbeiter durch Aufstellung konkreter betrieblicher Forderungen. Organisierung des illegalen Vertrauensleutekörpers in allen Abteilungen und Revieren, gemeinsam mit sozialdemokratischen, christlichen, parteilosen Arbeitern. Organisierung von antifaschistischen Aktionsausschüssen und 1. Mai-Komitees.

d) Maximal verstärken den ideologischen Kampf gegen NSDAP und NSBO und [...][3] unsere Einheitsfrontpolitik zur Gewinnung der NSBO-Arbeiter für konkrete Kampfforderungen, wie z.B. bei Thyssen[4] 2/5, 4/8, Hasper Stahlwerk, Absichten von Betriebsbesetzungen durch NSDAP-Arbeiter auf den Schachtanlagen Beeckerwerth, Westerholt, de Wendel.

3. Fertigstellung eines Berichtes über die Ergebnisse der bisherigen Betriebsratswahlen. Einschätzung und Lehren dieser Wahlen (Einbruch der NSBO) und die weiteren Aufgaben:[5]
   a) durch die Leitung des E[inheits-]V[erbandes der] B[ergarbeiter] D[eutschlands] auf den Schachtanlagen des Ruhr- und des Wurmgebiets,[6]
   b) der wichtigsten Konzerne und Großbetriebe,
   c) der städtischen Betriebe.
4. Sofortige Verstärkung unserer Arbeit in den Gewerkschaften. Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder gegen die Faschisierung der Gewerkschaften, Einsetzung von Kommissaren, Arbeitsgemeinschaftspolitik der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsführer.[7]
   a) Konzentration auf die wichtigsten Gewerkschaften, vor allem E[inheits-]V[erband der] B[ergarbeiter] D[eutschlands], DMV, Gesamtverband, Eisenbahner, Holzarbeiter, Angestelltenverbände. Erweiterung der antifaschistischen Komitees in den Betrieben, Unterbezirken und Orten durch Einbeziehung von Vertretern von Betrieben, Gewerkschaften, Massenorganisationen unter starker Berücksichtigung sozialdemokratischer, christlicher, parteiloser Arbeiter. Sofortige Durchführung von Besprechungen mit den wichtigsten Industriegruppenleitungen, Fraktions- und RGO-Leitungen in den Gewerkschaften, konkrete Aufgabenstellung und Kontrolle über die Durchführung dieser Arbeit.
   b) Durchführung von Besprechungen mit den U[nter-]B[ezirks]-Komitees und Instrukteuren, um in den wichtigsten Orten, Betrieben, Zahlstellen der reformistischen und christlichen Verbände die Gewerkschaftsmitglieder zum Kampf für die Verteidigung der Gewerkschaften zu mobilisieren. Stellung von Anträgen auf Einberufung von Gewerkschaftsmitgliederversammlungen und Einberufung solcher Versammlungen durch unsere Initiative durch die Gewerkschaftsfunktionäre.
   c) Mobilisierung aller Arbeiter in den Betrieben, vor allem der Gewerkschaftsmitglieder, für die Verteidigung der Gewerkschaften, Propagierung der Schaffung von Streik- und Hilfskassen. Der Kampf gegen die Faschisierung der Gewerkschaften ist zu verbinden mit Aufstellung konkreter Kampfforderungen für die Interessen der Arbeiter.
   d) Organisierung des Masseneintritts der Kommunisten und revolutionären Arbeiter, roten Betriebs[rats]kandidaten in die Freien und Christlichen Gewerkschaften,
   e) sofortige Besprechung mit den Leitern der Roten Verbände, daß sie am Kampf zur Verteidigung der Gewerkschaften teilnehmen, Stellung konkreter Einheitsfrontangebote.
   f) Die Durchführung dieser Aufgaben erfordert die darniederliegende Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften sofort wieder aufzunehmen durch Organisierung von Besprechungen, Sitzungen mit den Fraktionsleitungen und Mitgliedern.
5. In der Vorbereitung neuer Betriebsratswahlen ist stärker als bisher das Schwergewicht auf die Besetzung der freigewerkschaftlichen Listen mit kampfgewillten, oppositionellen Kandidaten zu legen.
6. Stärkere Teilnahme der RGO am Kampf für die Freilassung der Gefangenen, unserer Führer, insbesondere des Genossen [Ernst] *Thälmann*.[8] Verbindung des Kampfes gegen Verhaftung und Entlassung der Betriebsräte und revolutionären Arbeiter mit diesem Kampf (Organisierung von Delegationen zur Direktion, zu den Polizeibehörden usw. Auswertung bisheriger guter Beispiele dieses Kampfes aus den Materialien des Z[entral]k[omitees] und unseren Berichten in den Zeitungen und Flugblättern). Stärkste Mobilisierung der Arbeiter gegen die Sondergerichte, die bevorstehenden Terror- und Zuchthausurteile. Stärkste Unterstützung der Roten Hilfe bei der Durchführung von Sammlungen für die Gefangenen, bei der Bildung von Betriebsgruppen der R[oten] H[ilfe]. Die Unterstützung verfolgter Partei- und RGO-Funktionäre soll nicht durch die I[nternationale] A[rbeiter] H[ilfe], sondern durch R[ote] H[ilfe] erfolgen. (Mit dem Wiederaufbau der I[nternationalen] A[rbeiter] H[ilfe] und ihrer konkreten Aufgaben in der heutigen Zeit (Unterstützung des wirtschaftlichen und politischen Kampfes der Arbeiter) wird sich eine Sitzung der I[nternationalen] A[rbeiter] H[ilfe-]Sekretäre der 3 Bezirke bald beschäftigen.
7. Verbindung der bisher gestellten Aufgaben mit der Vorbereitung des antifaschistischen Kongresses, Wahl und Finanzierung der Delegierten, Schaffung des Vertrauensleutekörpers von betrieblichen und örtlichen Aktionsausschüssen, Konzentration auf die wichtigsten Betriebe und Gewerkschaften, um Delegationen zustande zu bringen. (Dem Z[entral]k[omitee] wurde mitgeteilt, daß die RGO- und Pol[itischen] Sekretäre Verschiebung des antifaschistischen Kongresses auf Ende Mai [1933] wünschen, um eine bessere massenmäßige Verbreitung durchführen zu können). Wiederaufnahme und Aktivierung der Industriegruppenleitungen auf der Linie der hier gestellten Aufgaben. Wiederherausgabe von Industriegruppen-Zeitungen.

3 In der Vorlage fehlt ein Wort. Sinngemäß ist zu ergänzen: für.
4 In der Vorlage unterstrichen.
5 Vgl. zu den Betriebsrätewahlen aus der Sicht der KPD Dok. 9.
6 Vgl. zum Wurmrevier auch den Lagebericht über Stand und Perspektiven der RGO in Köln bzw. im Bezirk Mittelrhein, vom 25.4.1933 (BA, SAPMO, ZPA, I 3/21/45, Bl. 8–13).
7 Vgl. auch S., an Liebe Freunde: Anweisung für eine breite innergewerkschaftliche Kampagne, vom 10.3.1933; Bericht über den Stand der Organisation und der gewerkschaftlichen Arbeit im Bezirk Wasserkante, vom 10.4.1933 (beide: Anm. 1).
8 Ernst Thälmann (16.4.1886–18.8.1944) war SPD, USPD, KPD, bis 1931 Deutscher Transportarbeiter-Verband in Hamburg, seit Mai 1923 Mitglied der Zentrale der KPD, 1924–1933 MdR, seit November 1925 Vorsitzender der KPD, Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, seit 3.3.1933 inhaftiert, im KZ Buchenwald ermordet.

8. Sofort beginnen mit der Mobilisierung der Arbeiter zum 1. Mai [1933]. Stärkste Propagierung der Streiklosung und unserer Losungen und Forderungen zum 1. Mai (siehe Anweisungen des Z[entral]k[omitees]).[9] Zur nächsten Sekretärbesprechung einen konkreten Plan für die Mobilisierung zum 1. Mai mitbringen und bisherige Erfahrungen austauschen.
9. Sofortige Behandlung der Wiederaufnahme unserer Massenarbeit unter den Erwerbslosen im Sekretariat, mit den Instrukteuren, U[nter-]B[ezirks-]K[omitee]s und Industriegruppenleitungen (zur nächsten Sitzung mitbringen; die konkreten bisherigen Erfahrungen über die Erwerbslosenarbeit unter den jetzigen Verhältnissen und einen Plan für die Arbeit).
10. Sofort Ziel nehmen auf Herausgabe einer gedruckten RGO-Zeitung für jeden Bezirk, um unsere Politik an breitere Massen der Arbeiter heranzubringen, bei gleichzeitiger öfterer Herausgabe von Betriebs- und Industriegruppenzeitungen. Pressedienst darf die Herausgabe von Zeitungen nicht ersetzen. (Dadurch Beseitigung der Tendenzen in der Mitgliedschaft auf Nichtabrechnung der Beitragsgelder usw., weil Leitung nichts tut). Öftere Herausgabe von Handzetteln und Flugblättern. Verwendung der Handzettel- und Flugblattentwürfe und Materialien des Z[entral]k[omitees der KPD] bzw. R[eichs]k[omitees der RGO].
11. Ziel nehmen auf schnellste Herausgabe eines bezirklichen Funktionärsorgans der RGO zwecks Behandlung der taktischen Probleme unserer Arbeit, aber keine Behandlung der Erfahrungen der illegalen Arbeit. Dies muß auf dem Wege der Besprechungen mit den Funktionären geschehen.
12. Information der Funktionäre und Mitglieder über unseren Kampf gegen den Eintritt in die NSBO (Beachtung der Anweisungen des Z[entral]k[omitees]), über unsere Taktik und über die Organisierung der Zellen- und Fraktionsarbeit in der NSBO.[10]
13. Politisierung des Kasseninstrukteurs- und Kassiererapparats, um rückständige Beiträge einzuholen und die Beitragskassierung wieder zu steigern.
14. Vorbereitung der Generalversammlung des Bergbau-Industriearbeiter-Verbandes im Juli [1933] und Berichte über die Ergebnisse dieser Wahlen.[11]
15. Schnelle Übermittlung der verschiedenen Materialien und Anweisungen des Z[entral]k[omitees] durch die Parteisekretariate an RGO-Sekretariat zur Behandlung und Auswertung, da R[eichs]k[omitee] bis jetzt noch ungenügend in dieser Richtung arbeitet.
16. Bitte die formulierten Beschlüsse sofort in eurer nächsten Sekretariatssitzung behandeln, auch mit Parteisekretariat besprechen. In unserer nächsten Sitzung über die Durchführung dieser Beschlüsse bezw. Inangriffnahme berichten. Vorhandene schriftliche Materialien, Flugblätter usw. zur Sitzung mitbringen.
Einladung zur Sitzung erfolgt noch. (Leiter des E[inheits-]V[erbandes der] B[ergarbeiter] D[eutschlands] soll an Sitzung mit teilnehmen).[12]

Berater 18/21.

9 Vgl. S., an Liebe Freunde: Anweisung für eine breite innergewerkschaftliche Kampagne, vom 10.3. 1933 (Anm. 1); dass., Die Bedeutung des 1. Mai, Hauptaufgaben, Forderungen, vom 10.4.1933 (BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/13, Bl. 430–432).

10 Ebd.

11 Diese Gewerkschaftsdelegierten-Wahlen fanden nicht mehr statt.

12 Der Leiter war zu diesem Zeitpunkt noch Albert Funk. Funk (15.10.1894–27.4.1933) war Bergmann, 1913 Bergbauindustriearbeiter-Verband, 1918 USPD, 1925 KPD, Teilnahme bei der Abwehr des Kapp-Putsches auf der Zeche Westfalen in Ahlen, 1925 Betriebsratsvorsitzender auf der Zeche de Wendel, 1930–1932 MdR für die KPD, Vorsitzender des EVBD, am 16.4.1933 verhaftet und auf dem Polizeipräsidium Recklinghausen ermordet. Sein Nachfolger war Willi Agatz. Vgl. Dok. 116.

DOKUMENT 7

13. 4. 1933: Der Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands in Oberhausen beklagt sich bei der Regierung in Düsseldorf wegen der Absetzung von Betriebsräten durch die NSBO

HStA Düsseldorf, Regierung Düsseldorf, Nr. 33612, Bl. 99–101. Maschinenschrift. Absender: Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, Geschäftsstelle Oberhausen, Nohlstraße 76. Adressat: Regierung Düsseldorf, d[urch] d[en] Herrn Oberregierungsrat Blüher. Datumsangabe. Überschrift: »Betr.: Amtsenthebungen von Betriebsräten im Bergbau«. Eigenhändige Unterschrift.[1]

In der Woche vom 2. bis zum 9. April [1933] wurden auf sämtlichen Schachtanlagen im Bereiche der Polizeipräsidien Duisburg-Hamborn, Meiderich und Oberhausen die Betriebsräte unseres Verbandes durch eine vollkommen ungerechtfertigte Aktion von Mitgliedern der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO), sämtliche Mitglieder der gesetzlichen Betriebsvertretungen, soweit sie unserem Verbande angehören, ihres Amtes enthoben.

Die Amtsenthebung ging in der Weise vor sich, daß in fast allen Fällen einige Mitglieder der NSBO teilweise uniformiert im Betriebsratszimmer erschienen und den Betriebsratsmitgliedern unserer Verbandsrichtung mitteilten, daß sie auf Grund einer Verordnung der Reichsregierung vom 31. März 1933 (gemeint ist die Verordnung vom 4. April[2]) ihres Amtes enthoben seien. Auf einigen Schachtanlagen, wo die davon betroffenen Betriebsratsmitglieder energisch Einwand erhoben, wurde ihnen mit Waffengewalt gedroht. Die Betriebsverwaltungen, an die sich nunmehr die Betriebsratsmitglieder wandten, erklärten teilweise, gegen diese Gewaltmaßnahme nichts unternehmen zu können, teilweise wurde von ihnen die Maßnahme sanktioniert. Letzteres trifft insbesondere für die Betriebsverwaltungen der Vereinigten-Stahlwerke der Schachtanlagen Thyssen 2/5 und 4/8 in Hamborn, Westende in Meiderich, Beekkerwerth in Beeckerwerth und die Schachtanlage Lohberg in Lohberg zu.

Die Betriebsratsmitglieder dieser Schachtanlagen haben darauf sofort bei dem zuständigen Arbeitsgericht den Antrag auf Nichtigkeitserklärung dieser Maßnahme gestellt, weil sie an der Amtsausübung ihrer Funktion gehindert seien. Sie begründen ihren Antrag damit, daß das Gesetz vom 4. April [1933] über Betriebsvertretungen und über wirtschaftliche Vereinigungen erst am 19. April in Kraft tritt und daß zur

1 Auf dem Dokument Paraphen und Eingangsstempel des Regierungspräsidiums. Handschriftliche Unterstreichungen.
Vgl. zu ähnlichen Protesten aus anderen freien Gewerkschaften, den christlichen Gewerkschaften und den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen an den Regierungspräsidenten in Arnsberg, u.a.: Christlicher Metallarbeiterverband/Ortsverwaltung Neheim-Hüsten, vom 12.4.1933; Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände/Bezirk Siegerland, vom 19.4. 1933; Deutscher Metallarbeiter-Verband/Verwaltungsstelle Hattingen, vom 21.4.1933; Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands/Bezirksgeschäftsstelle Gelsenkirchen, vom 24.4. 1933; Gewerkverein Deutscher Metallarbeiter (H.D.)/Bezirksleitung Altena, vom 24.4.1933 (Vorgänge in: StA Münster, Regierung Arnsberg, I GA Nr. 406).

2 D.h. das Gesetz über Betriebsvertretungen und betriebliche Vereinigungen, vom 4.4.1933, in: RGBl., 1933, I., S. 161f. Zur Anwendung vgl. ausführlich den Kommentar zum Gesetz in: GZ, 43. Jg., Nr. 14, vom 8.4.1933, S. 209f.

Amtsenthebung von Betriebsratsmitgliedern nur die oberste Landesbehörde, oder die von der obersten Landesbehörde mit dieser Maßnahme beauftragten Behörden, in Frage kommen.[3] Nachdem die Verwaltungen der obengenannten Schachtanlagen Nachricht von der Klageerhebung erhielten, gingen sie dazu über, sämtliche in Frage kommenden Betriebsratsmitglieder fristlos zu entlassen. Als Entlassungsgrund wird Staatsfeindlichkeit angegeben.[4]

Unterzeichneter hatte heute die Absicht, bei der Regierung in Düsseldorf persönlich vorzusprechen, um sich danach zu erkundigen, ob die oberste Landesbehörde nachgeordnete Behörden mit der Amtsenthebung von Betriebsratsmitgliedern bereits betraut hat und ob ev[en]t[uel]l schon Ausführungsbestimmungen des Herrn Reichsarbeitsministers vorliegen, in denen der Begriff Staats- und Wirtschaftsfeindlichkeit näher definiert worden ist. In der telefonischen Unterredung vom Bezirksausschuß des ADGB in Düsseldorf mit Ihnen, Herr Oberregierungsrat, ergab sich, daß solche Maßnahmen der obersten Landesbehörde bezw. des Herrn Reichsarbeitsministers noch nicht getroffen sind. Auf Grund dieser Sachlage sind wir daher der Auffassung, daß die von der NSBO durchgeführten und von den Betriebsverwaltungen geduldete Aktion gegen Gesetz und Recht verstößt. Die Betriebsverwaltungen stellen sich schon jetzt auf den Standpunkt, daß die von den Betriebsratsmitgliedern erhobenen Klagen bei den Arbeitsgerichten nicht erhoben werden konnten, weil das Gesetz vom 4. April [1933] nur die Berufungsmöglichkeit bei der Landesbehörde zuläßt. Die offizielle Stellungnahme der Arbeitsgerichte ist uns noch nicht bekannt, wohl aber die inoffizielle, die sich in der gleichen Richtung bewegt.

Wir bitten Sie daher recht dringlich, Herr Oberregierungsrat, die Stellungnahme Ihrer Regierung mitzuteilen, weil durch die fristlose Entlassung der Betriebsratsmitglieder eine Anzahl Familien in die größte Not geraten, weil die Arbeitsämter auf Grund der fristlosen Entlassung den arbeitslos gewordenen eine Sperre von 6 Wochen auferlegen müssen. Das aber kann niemals die Absicht der jetzigen Regierung sein, da je gerade unsere Betriebsratsmitglieder in der Vergangenheit unzählige Streiks der radikalen

3 Noch vor einer solchen Regelung veröffentlichten allerdings einzelne Länderregierungen Durchführungsbestimmungen, z.B. das Sächsische Gesamtministerium (Reichskommissar) am 8.4.1933, in: Sächsisches Verwaltungsblatt, Nr. 31, 10.4.1933, Nr. 198. Am 11.4.1933 hatten sich beim Reichsarbeitsministerium die Ländervertreter und Vertreter einzelner Reichsressorts über ihr Vorgehen gegenseitig informiert. Am 12.4.1933 versandte das Reichsarbeitsministerium eine Zusammenfassung für das weitere einheitliche Vorgehen. Reichsarbeitsministerium (Krohn), an Sozialministerien der Länder, Kommissar für das Preußische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Kommissar für den Preußischen Minister des Inneren, Reichsminister, vom 12.4.1933 (GLA Karlsruhe, 237, Nr. 28630). Zuständige Behörden waren i. d. R. die Regierungspräsidenten und nachgeordneten Behörden, insbesondere die Gewerbeaufsichtsämter, Landräte und städtischen Behörden, die aber eng mit der NSBO bzw. NSDAP zusammenarbeiteten. Vgl. den geschlossenen Bestand mit den Ab- und Umbesetzungsverfahren aller Betriebsräte 1933/34 in Baden (GLA Karlsruhe, 237, Nr. 28619–28628) oder die Absetzungsverfahren im Rheinland (HStA Düsseldorf, Regierung Düsseldorf, Nr. 33607–33650). Zum innerbehördlichen Verfahren vgl. z.B.: Regierungspräsident in Münster (Pünder), an Polizeipräsident in Recklinghausen, Landräte und Oberbürgermeister des Regierungsbezirks (Persönlich), vom 22.4.1933 (StA Münster, Oberpräsidium, Nr. 6475).

4 Dies war eine Variante der Unternehmen, unliebsame Betriebsräte abzusetzen. Widersprachen diese bei den Arbeitsgerichten ihrer Absetzung, wurden sie umgehend von der Betriebsleitung wegen staatsfeindlichem Verhalten gekündigt. Vgl. Frese, Betriebspolitik, S. 91ff.; Rüther, Arbeiterschaft, S. 120ff.

Arbeiterorganisationen vereitelt haben und dadurch das Gegenteil von Staats- oder Wirtschaftsfeindlichkeit bewiesen haben.[5]

Hochachtungsvoll
H[einrich] Jochem[6]

DOKUMENT 8

14. 4. 1933: Bericht über die Ausschaltung der Personalvertretungen und der Gewerkschaften im Bereich der Post-, Telegrafen- und Telefon-Betriebe Anfang April 1933

AdsD, ITF, Mappe 13. Unpaginiert. Hektographierte Maschinenschrift. Überschrift: »Bericht über persönliche Beobachtungen in Deutschland«. Ohne Unterschrift. Für den Abdruck gekürzt.[1]

III. Die Organisation der Postler.

Die neutralen Organisationen der Postler, also der Reichsverband deutscher Post- und Telegraphenbeamten, der Verband der deutschen Reichs-, Post- und Telegraphenbeamtinnen und der Deutsche Postverband sind gezwungen worden, sich »gleichzuschalten«.[2] Am tapfersten hat sich der Verband der unteren Beamten gewehrt. Da ihm aber die Zeitung eingestellt wurde und er Gefahr lief, daß er als Organisation nicht mehr anerkannt werde, hat er sich schließlich dazu verstanden, als Vorsitzenden

5 Ein handschriftlicher Entwurf einer Antwort des Regierungspräsidenten vom 20.4.1933 befindet sich auf der Rückseite dieses Schreibens (Bl. 101R). Danach wurde auf das Gesetz über Betriebsvertretungen und wirtschaftliche Vereinigungen hingewiesen. Entlassene Arbeitnehmer sollten sich, soweit gewünscht, beim Vorwurf »staatsfeindlicher Einstellung« an das Regierungspräsidium bzw. die Landespolizeibehörden wenden. Vgl. auch das Rundschreiben des Regierungspräsidenten (i.V. Regierungsrat Blüher) an das Gewerbeaufsichtsamt, vom 24.4.1933 (HStA Düsseldorf, Regierung Düsseldorf, Nr. 33162), mit den Hinweisen zu Begründungen und Verhalten bei Entlassungen entsprechend der »Verordnung zur Durchführung des Gesetzes vom 4.4.1933«, vom 12.4.1933 (abgedr. in: Preußische Gesetzessammlung, 1933, S. 109), und der Weisung des Preußischen Innenministers vom 12.4.1933 (abgedr. in: Ministerialblatt der Inneren Verwaltung, 1933, Nr. 23). Zu Interpretationen auf staatlicher Seite hinsichtlich »staatsfeindlichen« und »wirtschaftsfeindlichen« Verhaltens vgl. die innerministeriellen Absprachen und die Durchführungsbestimmungen (Anm. 3).

6 Heinrich Jochem (21.2.1898–21.5.1978) war 1927–1933 Sekretär des Bergbauindustriearbeiter-Verbandes in Herborn, Mai 1933 verhaftet, 1934–1936 wegen Vorbereitung zum Hochverrat inhaftiert, nach 1945 Vorsitzender des Ortsausschusses der Gewerkschaften in Oberhausen, 1947–1952 Mitglied des Hauptvorstandes des Industrieverbandes bzw. der IG Bergbau, SPD, 1946–1951 2. Vorsitzender des Bezirks Niederrhein der SPD, 1946–1956 Ratsmitglied in Oberhausen, 1946–1966 Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen (SPD).

1 Der Bericht schilderte Erlebnisse einer Deutschland-Reise vom 5.4. bis 8.4.1933 und wurde gekürzt um die Abschnitte »I) Allgemeines« mit Hinweisen zu Reisebedingungen als Ausländer und zur Verläßlichkeit der Vertrauenspersonen, »II) Die Greuel« mit Berichten über Mißhandlungen, Folter und Morde sowie um die Schlußpassage mit Hinweisen zu Kontakten in anderen Ländern. Der Bericht befindet sich in der Anlage zu: Ludwig Maier (Sekretär)/Internationale des Personals der Post-, Telegraphen- und Telephon-Betriebe, an Liebwerte Kollegen, vom 14.4.1933.
Ludwig Maier (geb. 1882), Österreichischer Staatsbürger, war seit 1917 im Vorstand des Postbeamtenvereins, seit April 1919 in der freigewerkschaftlichen Postgewerkschaft. Auf seine Initiative erfolgte 1919/20 die Gründung der Internationale des Personals der Post-, Telegraphen- und Telefon-Betriebe (IPTT), deren erster Sekretär Maier ab 1920 wurde.

2 Die »neutralen Organisationen« waren Mitgliedsverbände im Dachverband Deutscher Beamten-Bund. Zur Entwicklung der Verbände bis 1931/32 vgl. Ludwig Heyde, Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, Berlin 1931/32, S. 381ff., 1316ff., 1839ff.

einen Nazi, namens *Henze*[3], einzusetzen und im übrigen abzuwarten, was mit ihm geschehe.

Wenn man dem Programm der Nazi Glauben schenken darf, sollen sämtliche Beamte in 19 »Fachschaften« eingeteilt werden. Die Post soll eine eigene Fachschaft bilden. Jede Fachschaft wird natürlich unter nationalsozialistischer Leitung stehen. Tatsächlich befinden sich sämtliche bestehenden Organisationen in einem Zustand der Ungewißheit. Eine wirklich gewerkschaftliche Betätigung ist ihnen vollständig genommen. Beschwerden gegen Mißhandlungen, Spionage und Übervorteilungen werden von den Vorgesetzten mit Achselzucken entgegengenommen.

Mir wurde mehrfach mitgeteilt, daß die höhere und obere Beamtenschaft entschieden vom Nationalsozialismus abgerückt ist und der deutschnationalen Partei anhängt, da sie die zersetzende Tätigkeit der Nazi entschieden verurteilt. Im übrigen ist sie aber gegen die Naziwelle vollständig machtlos.

Bei den anderen Kategorien entscheidet zum großen Teil der Terror.

Nach meinen eigenen Beobachtungen ist der Bestand des uns noch treu gebliebenen Gesamtverbandes[4] nur noch eine Frage von Monaten, wo nicht Wochen. Der (neutrale) Deutsche Beamtenbund[5] hat sich am 11. April [1933] der nationalsozialistischen Führung unterworfen.

IV. Personalvertretung

Zur Beleuchtung, wie die Zusammensetzung der Personlvertretung von den Nazi beeinflußt wird, werden folgende drei Fälle genügen.

Der Bezirksbeamtenausschuß bei der Oberpostdirektion Berlin, der 47.000 Beamte zu vertreten hat, hat vor kurzem getagt. In der Tagung erschienen Nazi und erklärten, daß zwei ihnen mißliebige Postbeamte (Mitglieder des Ausschusses) ihre Stellen unverzüglich niederlegen müßten. Der Vorsitzende unterbrach die Sitzung und begab sich zum Oberpräsidenten der Oberpostdirektion Berlin, Dr. *Lünzmann*[6], um Beschwerde zu erheben. Der Oberpräsident erklärte sich außerstande, irgendetwas zu tun und empfahl den beiden Beamten, ihre Stellen zur Verfügung zu stellen. Als man ihm erklärte, das sei doch offenkundig gegen jedes Recht, erklärte er skeptisch: »Was ist schon Recht, Recht ist heute die Gewalt.«[7] Folgender Fall ist mir von einem Vertrauensmann aus Kiel persönlich erzählt worden. In Kiel fanden vor wenigen Tagen Wahlen in die Betriebsräte der Marinewerft statt. Gewählt wurden 7 freigewerkschaftliche Betriebsräte und 3 Nazi. Darauf verlangten die Nazi die Stelle eines Vorsitzenden. Als ihnen dies nicht bewilligt wurde, wurden sämtliche 7 freigewerkschaftliche Betriebsräte verhaftet und entlassen. Die Begründung war, man habe bei ihnen Broschüren »landesverräterischen« Inhalts gefunden. Sämtliche zehn Sitze wurden darauf von den Nazi besetzt.

In Königsberg wurden vor den Wahlen in die Betriebsräte sämtliche Kandidaten der freien Gewerkschaften verhaftet.[8]

3 Nähere biographische Angaben wurden nicht ermittelt.
4 Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs. Zur Entwicklung des Gesamtverbandes vgl. Nachtmann, ÖTV, S. 217ff.
5 Zur Entwicklung des Verbandes bis 1931/32 vgl. Heyde, Handwörterbuch, S. 357ff.
6 Nähere biographische Angaben wurden nicht ermittelt.
7 Zu ähnlichen Haltungen z.B. bei Siemens im Frühjahr 1933 vgl. Zollitsch, Arbeiter, S. 210.
8 Hierauf wies auch der ADGB-Vorsitzende Leipart in seinem Brief an Hitler vom 29.3.1933 hin. In: Jahn, Quellen IV, Dok. 193, S. 869f. Vgl. zu weiteren Einschränkungen z.B. das Verbot des Hamburger Senats vom 23.3.1933 für alle Beamten, Angestellten und Arbeiter seiner Einrichtungen, einer »marxistischen Partei oder deren Nebenorganisationen anzugehören oder diese Parteien und Nebenorganisationen auf andere Weise zu unterstützen.« In: Gewerkschaft. Organ des Gesamt-Verbandes, 37. Jg., Nr. 14, vom 8.4.1933, S. 250f.

V. Terror und Spionage

Terror und Spionage werden durch das Gesetz über Betriebsratsvertretungen und wirtschaftliche Vereinigungen vom 4. April 1933 geradezu begünstigt.

Der Artikel II dieses Gesetzes (Entlassung von Arbeitnehmern) lautet wie folgt:

»Das in § 84 des Betriebsrätegesetzes vorgesehene Recht des Einspruchs gegen die Kündigung eines Arbeitnehmers besteht nicht, wenn die Kündigung mit dem Verdacht staatsfeindlicher Einstellung begründet wird. Der Arbeitnehmer kann binnen einer Woche die nach Artikel I § 2 zuständige Behörde anrufen. Diese entscheidet nach Anhörung der Beteiligten, ob der Verdacht gerechtfertigt ist. Verneint sie dies, so gilt die Kündigung als zurückgenommen.«[9]

Auch eine Verfügung der Oberpostdirektion in Kiel vom 28. März [1933] gibt einen Einblick in die Verhältnisse. Es heißt darin wörtlich:

»Es geht nicht an, wenn den Vorständen von Beamten- und Arbeitervertretungen, von Vereinen, die mit amtlicher Unterstützung bestehen, Selbstverwaltungsorganen der Deutschen Reichspost, von dieser abhängigen Kassen-, Bau-, und anderen Vereinen usw. noch Mitglieder angehören, die sich bis in die letzte Zeit hinein marxistisch betätigt haben. Diese machen am besten durch schleunigen freiwilligen Rücktritt ihren Platz frei für national zuverlässige Mitglieder; andernfalls sind alsbaldige Neuwahlen unerläßlich (Wahlvorschlag z.B. »Nationale Erhebung«). Gegen Vorstände, die nicht hiernach verfahren, wird entsprechend vorgegangen werden. Als Betätigung im Sinne dieser Bekanntmachung ist auch die Mitgliedschaft bei der sozialdemokratischen Partei oder ihren Hilfs- und Nebenorganisationen anzusehen.[10]

Den Orts- und Bezirksgruppen der Beamten- und Arbeiterorganisationen wird dringend empfohlen, gegebenenfalls, wenn nicht bereits geschehen, in gleicher Weise ihren Vorstand schnellstens den Zeitverhältnissen anzupassen, andernfalls die Oberpostdirektion den Verkehr mit ihnen abbrechen müßte.«

Wie sehr unter diesen Umständen die Spionage und die Angeberei um sich gegriffen hat, ist aus folgender Stelle aus demselben Erlaß zu ersehen:

»Selbstverständlich sind wichtige Beobachtungen, besonders über staatsgefährliche Umtriebe, Veruntreuungen usw. pflichtgemäß unverzüglich zu melden, damit sofort nachdrücklich eingeschritten werden kann. Meist aber handelt es sich um Lappalien, deren Anzeigen nur Verbitterung und überflüssige Verwaltungsarbeit verursacht.«

VI. Die Stimmung

Die Stimmung in den Organisationen ist kaum zu beschreiben. Die Leute sind wie vor den Kopf geschlagen. Der barbarische Terror der Nazi wirkt lähmend. Ein Widerstand, ein Auflehnen, ja selbst eine Kritik ist nirgends zu finden, weil jeder von einer solchen Haltung erwartet, daß er von den Nazi »abgeholt« wird – das ist der den Nazi geläufige Ausdruck – und daß er rücksichtslos der wirtschaftlichen Vernichtung zugeführt wird.

[...][11]

9 RGBl., 1933, I., S. 162.
10 Zu solchen Interpretationen vgl. die Hinweise in Dok. 7 Anm. 3.
11 Die ausgelassenen Ausführungen behandeln das Fehlen einer unabhängigen Presse in Deutschland, die Ablehnung des NS-Regimes bei Postgewerkschaftlern im Ausland und die Bitte, überall auf die Verhältnisse in Deutschland hinzuweisen.

DOKUMENT 9

20. 4. 1933: Interner Bericht der RGO über den Verlauf der Betriebsrätewahlen 1933 im Bezirk Mittelrhein

BA, SAPMO, ZPA, I 3/21/45, Bl. 6f. Maschinenschrift. Ohne Unterschrift und Verfasserangabe.[1]

Köln, 20. April 1933

Betr[iebs-]R[äte-]Wahl 1933 Bez[irk] Mittelrhein.

Nach einem den in Frage kommenden Einheiten zur Verfügung gestellten Bericht[2] waren an Einheits- und Opp[ositions-]Listen[3] zur Betr[iebs-]Räte-Wahl gemeldet:

Im Bereich der Stadt Köln	50 Listen[4]
Im Bereich der rheinischen Braunkohle	18 Listen
Im Bereich des Bergischen Landes	3 Listen
Im Bereich des Industriegebietes Aach[en]	19 Listen
Im Bereich des Industriegebietes Bonn	5 Listen
Im Bereich des Industriegebietes Jülich	3 Listen
Im Bereich des Industriegebietes Troisd[or]f	3 Listen
Im Bereich des Industriegebietes Koblenz	14 Listen
Im Bereich des Industriegebietes Trier	3 Listen
Im Bereich des Wurmgebietes	10 Listen
	128 Listen

Diese Zahl war nicht vollständig, insbesondere erfaßte sie noch nicht die zu erwartende Zahl der Listen auf der Eisenbahn.

Das allgemein aufgestellte Soll, die Zahl der Listen um 50% der letzten Wahl zu steigern, war damit nicht voll erreicht. Die Zahl unserer Einheitslisten hatte 1931 etwa 100 betragen. Dazu kam, daß in Großbetrieben von der Bedeutung wie Deutz-Motoren, Köln-Deutz, Humboldt, Kalk, Stickstoff-Knapsack, und ähnlichen keine Liste zustande kam.[5]

Mit dieser Feststellung ist der Finger auf eine Wunde gelegt, die die ganze B[etriebs-]R[äte]-Wahl, die Entwicklung der letzten Monate überhaupt offenbarte:

Unser tatsächlicher Einfluß in den entscheidenden Punkten, in Betrieb und Gewerkschaft entsprach in keinem Falle der Wertung, die wir in der allg[emeinen] Öffentlichkeit, insbesondere aber bei der Arbeiterschaft genossen. Eine solche Feststellung [zu] machen, schließt in sich den Zwang, nach den Ursachen eines solchen Zustandes und der Möglichkeit seiner Behebung zu suchen.

Eine Reihe dieser Ursachen, die die RGO am ersten berühren:

1 Auf dem Dokument Eingangsstempel: »Mitteleuropäisches Ländersekretariat«; sowie zahlreiche handschriftliche Unterstreichungen und Anstreichungen am Rand. Auf dem Berichtskopf handschriftliche Zahlenangaben »28«, »32«, »150«.

2 Dieser Bericht lag nicht vor.

3 Oppositions-Listen der RGO bzw. der Einheitsverbände. Die Bezeichnung »Einheitsliste« sollte eine – faktisch nur in wenigen Fällen vorhandene – gemeinsame Liste von Kommunisten mit freien und christlichen Gewerkschaftern vortäuschen. Vgl. zur RGO Kap. V der Dokumente.

4 Zu einzelnen Betrieben in Köln vgl. auch Rüther, Arbeiterschaft, S. 107–113.

5 Diese pessimistische Einschätzung zeichnete sich bereits in vorangehenden Berichten auch aus anderen Bezirken ab. Vgl. z.B. das Protokoll der Instrukteurssitzung vom 27.3.1933 zur Entwicklung in Essen, Hamm, Dortmund, Bielefeld, Bochum, Gelsenkirchen, Recklinghausen (BA, SAPMO, ZPA, I 3/21/46, Bl. 1–4).

Im Verfolg der Demonstrationspolitik, die der Öffentlichkeit unsere Macht zeigen sollte, wurden die entscheidenden Kräfte und Funktionäre so in Anspruch genommen, daß z.B. die Auswertung der [Franz von] *Papen*-Notverordnungskämpfe[6], der Übergang zur [Kurt von] *Schleicher*-Politik[7] vollständig ins Hintertreffen kamen. Die Aufhebung einiger bis dahin das »Marschieren« einschränkender Bestimmungen zog die noch vollständig ungenügend auf die Betriebe konzentrierten Kräfte wieder größtenteils ab. So konnten die gewerkschaftlichen Geschäftsführer und Funktionäre die Einheitsfront-Diskussionen und Aktionskeime zerstören.[8] Sie haben das sehr reichlich getan. Nur der hat einen vollumfassenden Begriff von der Einwirkungsmöglichkeit dieser Gesellen, der Betriebsversammlungen mitmachen konnte, in denen sie ihren Seich von sich gaben, die allgemeine Schwäche unserer Leute und die verbrecherisch gute Regie zur Zertrümmerung der Einheitsfrontkundgebungen und -versammlungen durch diese Leute feststellte und erlebte.

Anknüpfen und aufgreifen können an Äußerungen der Gewerkschaftler, verknüpfen können die allgemeinen Redensarten dieser Leute mit betrieblichen Erfordernissen und Forderungen, um daraus ein betriebliches Kampfprogramm zu bauen und Kampfmaßnahmen beschließen zu lassen, war eine Kunst, die selbst nur selten jahrelange B[etriebs-]R[äte] unserer Bewegung verstanden. Der Einfluß unserer Bewegung auf die Betriebe und Gewerkschaften war beschränkt auf streng abgegrenzte, größtenteils von außen politisierte, wirtschaftlich keineswegs aktivierte Kreise von Arbeitern.

Die gewiß intensiven Bestrebungen von oben nach unten, gestützt auf eine theoretisch durchaus richtige Grundlage[9] konnten jahrelange Vernachlässigungen[10] nicht wettmachen.

Einheitsfrontpolitik im Betrieb zur B[etriebs-]R[äte-]Wahl, die einzige Möglichkeit eine fundamentierte Einheitsliste zu bekommen, setzt elastische, geduldige, zähe, kameradschaftliche, scharfe Diskussion und mit der Diskussion in Einklang stehende Handlungen voraus.

Das alles hatten wir kaum, erst in vollständig ungenügendem Maße.

Aus diesen Feststellungen ergibt sich die Tatsache, daß nur wenige Einheitsausschüsse zur Organisierung der B[etriebs-]R[äte-]Wahl sich bildeten, daß nur wenige tatsächlich tiefgehende Diskussionen über betriebliche Kampfprogramme und noch weniger Aktionen zur B[etriebs-]R[äte-]Wahl zustande kamen.

Die Prüfung der Stärke unserer Einheitsfront-Politik war die mit der *Hitler*-Aera einsetzende Welle der NSBO auf die Betriebe. Zwei Beispiele, wo die Einheitsliste resp. Oppositionsliste in der Belegschaft durch mutige Aktion oder jahrelange systematische Arbeit sich behauptete und sich dem *Hitler*wall entgegensetzte, sind

6 Die »Notverordnungskämpfe« bezogen sich auf die Auseinandersetzungen mit der Politik der Reichsregierung Papen.

7 Kurt von Schleicher (7.4.1882–30.6.1934) war ab 1926 Leiter der Wehrmachtsabteilung, ab 1929 Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium, 1932 Reichswehrminister, Dezember 1932–Januar 1933 Nachfolger von Papens als Reichskanzler, am 30.6.1934 im Zusammenhang mit der von Hitler angeordneten Ermordung der SA-Spitze von der SS ermordet.

8 Der Bericht bezieht sich hier auf die von den Freien Gewerkschaften von Kommunisten verlangten Erklärungen, Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften zu unterlassen bzw. auf die konsequenten Ausschlußverfahren gegen kommunistische Gewerkschaftsmitglieder.

9 Vgl. z.B. die umfangreiche Anleitung des EVBD, Bezirksleitung Ruhrgebiet, Betriebsrätewahl 1933 im Ruhrbergbau, Essen Januar 1933 (LHA Koblenz, 403, Nr. 16783, Bl. 241–263).

10 Dies spielt auf die mangelnden Erfolge der kommunistischen Verbände und Listen bei den Betriebsrätewahlen sowie die nicht-gewerkschaftliche Politik der RGO und der Einheitsverbände an. Vgl. zu den Betriebsrätewahlen auch die Einzelberichte in der freigewerkschaftlichen Presse, z.B. in: Gewerkschaft. Organ des Gesamt-Verbandes, 37. Jg., Nr. 11, 18.3.1933, S. 197f.; Nr. 15, 15.4.1933, S. 273.

Radium-Dellbrück mit einer Oppositionsliste, die die Streikführung der RGO und ihre weitere Durchsetzung zum Programm erhob und Dürener Metallwerk, Düren, wo die beharrliche Arbeit roter Betriebs-R[äte] unterstützt durch geschickte B[etriebs]-Kampagne zu verzeichnen war.

In beiden Betrieben hatten natürlich die Nazis mit ihren NSBO-Leuten oder sogar mit SA versucht, Druck auf die Belegschaft auszuüben. Die Vertreter der Einheitsliste hielten stand, die Belegschaft stellte sich hinter sie.

Allg[emein] hielten die Listen dem Nazi-Terror und -Angriff nicht stand.

So wurden durch Verhaftung und Drohung mit Entlassung von den mindestens 12 Listen bei den städt[ischen] Betrieben Kölns 11 zerschlagen. Im Braunkohlengebiet bleibt von den 18 Listen keine übrig. Alle bekannten Funktionäre oder aktiv tätigen Leute wurden verhaftet.[11] Die als Zählkandidaten aufgestellten Leute traten zurück. Im Wurmgebiet zertrümmerte die Verhaftungswelle ebenfalls die Mehrheit der Listen.

Die Ergebnisse bei den städt[ischen] Betrieben in Köln erreichte die NSBO dadurch, daß sie die Anstellung z.B. aller Straßenbahner in Aussicht stellte. In anderen Betrieben machte sie es ähnlich.

Der Leiter der rev[olutionären] Bewegung in der Chemischen Kalk erklärte das Ergebnis in seinem Betrieb folgendermaßen:

Wir wurden getroffen dadurch, daß ein roter B[etriebs-]R[at], Mitgl[ied] der I[ndustrie-]G[ruppen]-Leitung Chemie[12], mit als erster seinen Eintritt in die NSBO beantragte und die RGO als aufgelöst erklärte, daß die Mehrheit der aktiven Belegschaft wohl die Tätigkeit der roten B[etriebs]R[äte] als gut anerkannte, ihnen aber nicht die Kraft zutraute, die verbrecherischen »freien«[13] B[etriebs-]R[äte] zu beseitigen, da Umgestaltungen ihnen keine Handhabe dazu geben, sodaß der größte Teil erklärte: »Einheitsliste hat keinen Sinn, Ihr werdet ja so verhaftet«, daß diese Stimmung unterstützt wurde durch ein Flugblatt der Freien Gewerksch[aften], das am Morgen der B[etriebs-]R[äte-]Wahl herauskam und [...][14] die Verhaftungen beschlossene Sache seien. Zuletzt, daß die RGO- und KP-Betr[iebs]Gr[uppe] von der Herausgabe eines Flugblattes abgesehen habe, um Verhaftungen zu verhindern.

11 Vgl. hierzu auch den detaillierten Bericht des Instrukteurs für den Bezirk Mittelrhein, o.D. (vor 4.4. 1933) (BA, SAPMO, ZPA, I 3/21/45, Bl. 4): »Aussprache mit Leitung der städtischen Betriebszelle Köln. In diesem Jahr 4 Betriebsratslisten mehr aufgestellt als im Vorjahr. Im Betrieb Bauwesen eine oppositionelle Liste. Zur Betriebsratsversammlung Straßenbahnwerkstätte erschienen von 400 kaum 75 (von uns einberufen). Betriebsratswahlen am 31. März. Unser Einfluß unter den gewerkschaftlich Organisierten ideologisch stark, aber nicht organisatorisch verankert. Es gibt 10 Bahnhöfe, 6 Zellen, Kassierung in den Zellen. Gesamtzellenleitung ist zugleich Industriegruppenleitung. 20 RGO-Betriebsgruppen und 9 Betriebszellen in den städtischen Betrieben insgesamt. RGO zählte 392, davon abgerechnete 376. Auf 7 Bahnhöfen hat die RGO Betriebszellen, unter den Straßenbahnern überhaupt am meisten Einfluß. In einigen Betrieben haben seit zwei Jahren keine Betriebsversammlungen mehr stattgefunden. Nazi behaupten, daß bei ihnen in den städtischen Betrieben 476 organisiert seien. Ihre Argumente: jüdisches Finanzkapital, städtische Arbeiter sollen eingestellt werden, NSBO zahlt für Unfall und Rechtsschutz. Einige revolutionäre Arbeiter, die bei uns kandidierten, traten jetzt wieder zurück. Auf dem Schlachthof traten 8 RGO-Mitglieder aus. Gruppe in Wasser- und Gaswerken von 3 Mitgliedern ist aufgelöst. Kassierer gab alles Material ab. Für Köln gibt es 35 Betriebsinstrukteure, aber noch nicht alle aktiv. In Zelle Bauwesen wurden zwei Kurse hintereinander von Polizei ausgehoben, vorübergehend die Teilnehmer verhaftet, darauf zwei Austritte.«

12 D. h. des kommunistischen Verbandes »Industriegruppe Chemie«.

13 D. h. die freigewerkschaftlichen Betriebsräte.

14 Satzkonstruktion in der Vorlage. Zu ergänzen ist sinngemäß: »wonach« bzw. »nach dem«. Das Flugblatt wurde nicht ermittelt.

Bei der Eisenbahn werden Listen kaum kommen, da jetzt alle Funktionäre und viele Mitglieder verhaftet worden sind.

Als Lehre aus der B[etriebs-]R[äte-]Wahl hat sich das Sekretariat als verantwortlich auf die Ind[ustrie-]Gruppen aufgeteilt, um dadurch den schon immer gepredigten, eingehend begründeten, unbedingt notwendigen Aufbau auf Betrieb und Gewerkschaft im 5[er]-Gruppen-Aufbau in Angriff zu nehmen, auszubauen und die Org[anisation] stark zu machen. Fünfergruppen als Basis eines Betriebsvertrauenskörpers, einer breiten, alle Organisationen durchsetzenden Oppositionsbewegung und Träger einer zielbewußten Einheitsfrontbewegung, geführt durch eine straffe RGO, ist die Aufgabenstellung als Lehre aus der B[etriebs-]R[äte-]Wahl.[15]

DOKUMENT 10

28. 4. 1933: Vereinbarung der gewerkschaftlichen Dachverbände: Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften

Abgedr. in: Informationsdienst. Amtliche Korrespondenz der Deutschen Arbeitsfront, 2. Jg., Nr. 73, vom 28.3. 1934 (Ausgabe A), Bl. 1f. Überschrift: »Wie sie sich retten wollten. Ein zeitgeschichtliches Dokument aus den letzten Apriltagen 1933«. Ohne Verfasserangabe.[1]

Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften

Die nationale Revolution hat einen neuen Staat geschaffen. Dieser Staat will die gesamte deutsche Volkskraft einheitlich zusammenfassen und machtvoll zur Geltung bringen. Aus diesem volklichen Einheits- und Machtwillen heraus kennt er weder

15 Der Polizei war diese Taktik nicht verborgen geblieben. Vgl. z.B. das Schreiben des Polizeipräsidenten in Recklinghausen/Politische Nachrichtensammelstelle für die Provinz Westfalen, an Oberpräsident Provinz Westfalen, vom 15.3.1933 (BA, R 58, Nr. 466, Bl. 210). Die Polizei stellte zugleich aber auch eine weiterhin große Reserviertheit bei freigewerkschaftlichen Funktionären fest, die zum einen befürchteten, bei einer Kooperation »genauso wie die RGO behandelt zu werden«. Zum anderen lehnten Freigewerkschafter die RGO-Angebote »aus Prinzip« ab und erinnerten an die Sozialfaschismus-Parole der KPD. Konzessionen an die RGO seien nicht zu erwarten. I A II[4] /Berlin, Vermerk betr. Betriebsrätewahlen und RGO, vom 18.3.1933 (BA, R 58, Nr. 466, Bl. 202).

1 Das Dokument ist ebenfalls abgedr. in Gerhard Beier, Das Lehrstück vom 1. und 2.Mai 1933, Frankfurt 1975, S. 40f. Eine Rekonstruktion des vermutlich verlorengegangenen, vollständigen Dokuments anhand des vorliegenden Dokuments und verschiedener Entwürfe aus dem Nachlaß von Wilhelm Leuschner findet sich in Beier, Entstehung, S. 365–392. Eine ausführliche Einordnung des Dokuments erfolgt in: Jahn, Quellen IV, Dok. 210, S. 909–911. Vgl. auch den Vorentwurf von Theodor Brauer in: ebd., Dok. 209, S. 907–909.
Zur Autorenschaft des Dokuments bzw. einzelner Passagen vgl. ebd., S. 910 Anm. 1. Wer das Dokument unterzeichnet hat, ist nicht eindeutig festzustellen. Vgl. die Namen in ebd., S. 911f. Anm. 6. Vgl. auch Dok. 17. Zur Datierung vgl. Beier, Entstehung, S. 389. Die Datierung stützt sich auf Wilhelm Leuschners »Tages-Merkbuch für 1933« (Hessisches StA Darmstadt, Nl. Leuschner, Nr. 1/9).
Zur Bewertung dieses Dokuments vgl. auch die Aussagen von Leuschner bei seinen Verhören 1944 (Dok. 51), die Stellungnahmen von Jakob Kaiser vom November 1933 (Dok. 15) und 15.4.1935 (Dok. 17); ders., Einer von denen, die uns fehlen. Zum Gedenken an Wilhelm Leuschner, in: Telegraf, vom 15.6.1947, zit. in Gerhard Beier, Einheitsgewerkschaft. Zur Geschichte eines organisatorischen Prinzips der deutschen Arbeiterbewegung, in: Archiv für Sozialgeschichte 13 (1973), S. 343; Schlimme in seinem Rückblick 1945 (Dok. 52). Vgl. dagegen die Bewertung von Franz Spliedt, Die Legende von der diktierten Einheitsgewerkschaft, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 4 (1953), H. 9, S. 523-526. Zur Diskussion in der historischen Forschung um dieses Dokument vgl. Teil II der Einleitung.

klassenmäßige Trennung noch volksabgewandte Internationalität.[2] Diese Tatsache stellt das gesamte deutsche Volk, jeden seiner Stände und jeden einzelnen vor die Notwendigkeit, seine Haltung zu diesem Staat festzulegen.

Die deutschen Gewerkschaften sind des Glaubens, daß sie der großen Aufgabe des neuen Staates, alle Kräfte des deutschen Volkes zu einer stärkeren Einheit zusammenzufassen, am besten dienen, wenn sie sich über alle Trennungen der Vergangenheit hinweg zu einer einzigen umfassenden, nationalen Organisation der Arbeit vereinigen.

Deshalb bekunden der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Hauptvorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands und der Hauptvorstand des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine (HD) die Absicht, die bestehenden Spitzen- und Berufsverbände mit dem Ziel der Umformung und Vereinheitlichung zusammenzuschließen.

Zur Vorbereitung und Durchführung dieses Zieles bestimmen die Vorstände einen Führerkreis, für den jede Gewerkschaftsrichtung drei Personen stellt.[3]

Der Führerkreis hat folgende Aufgaben:

1. Die geistige Grundlage der Einheitsgewerkschaften zu klären und festzulegen;
2. die Voraussetzungen für den organisatorischen Zusammenschluß der einzelnen Berufsverbände durch Verhandlungen mit den Verbandsvorständen zu schaffen;
3. den Bund der vereinigten Gewerkschaften technisch vorzubereiten, Satzungen auszuarbeiten und die Führer- und Personalfrage nach Zahl und Namen zu lösen;
4. die praktischen Zielsetzungen der Einheitsgewerkschaften festzulegen. Dabei ist zu beachten, daß
   a) die Gewerkschaften die berufenen Vereinigungen zur Vertretung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen sind;
   b) das höchste Ziel ihrer Arbeit die Förderung eines gesunden Staates und Volkes als Voraussetzung zur Sicherung der sittlichen, kulturellen, staatlichen und wirtschaftlich-sozialen Lebensrechte des deutschen Arbeiterstandes ist;
   c) die religiösen Grundkräfte in ihrer staats- und gesellschaftsaufbauenden Bedeutung geachtet und anerkannt werden;
   d) die Gewerkschaften parteipolitisch völlig ungebunden sein müssen.
5. Die Verhandlungen mit der Regierung und sonstigen verantwortlichen Stellen zu führen;
6. das aktive und passive Vermögen in die gemeinsame Verwaltung über[zu]leiten;
7. die immobilen und mobilen Werte der Verbände, der Orts- und Bezirksausschüsse bzw. Kartelle, der Arbeitersekretariate usw. als gemeinsame Einrichtungen zu überführen und der gemeinsamen Benutzung dienstbar zu machen.

Der Führerkreis handelt im Auftrag der gesamten Vorstände selbständig und bindend. Er kann zu seinen Beratungen Sachverständige zuziehen und sie gutachtend hören. Er kann für Spezialgebiete Unterausschüsse einsetzen.

2 In den im Nachlaß Leuschner gefundenen Entwürfen sind diese Worte nicht kursiv hervorgehoben.

3 Mitglieder des Führerkreises waren nach Angaben von Rolf Thieringer, Das Verhältnis der Gewerkschaften zu Staat und Parteien in der Weimarer Republik, Diss. Tübingen 1954, S. 158f.: Wilhelm Leuschner und Peter Graßmann vom ADGB, Adam Stegerwald, Jakob Kaiser, Bernhard Otte bzw. Max Habermann vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Anton Erkelenz und Ernst Lemmer vom Verband der deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker). Wer der dritte Vertreter des ADGB und der Gewerkvereine waren, wie ihn die Vereinbarung vorsieht, ließ sich nicht feststellen.

DOKUMENT 11

28. 6. 1933: Einspruch von Emil Hoffmann, ehemals Gauleiter des Keramischen Bundes in Thüringen, gegen seine Kündigung als Gewerkschaftsangestellter durch die DAF und Forderung nach Rückerstattung von Versicherungsbeiträgen

BA, SAPMO, FDGB, Nl. 79, Nr. 3. Unpaginiert. Maschinenschrift. Eigenhändige Unterschrift.[1] In der Kopfleiste Ort und Datum des Absenders: Ilmenau, den 28. Juni 1933. Neue Str. 7. Der Brief wurde als Einschreiben mit Rückschein adressiert: »An den Beauftragten der NSBO beim Hauptvorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Herrn B[erthold] Karwahne, Hannover-M.«

Bestätige hiermit den Eingang des Kündigungsschreibens vom 8. Juni d[iese]n J[ahres], welches die vorsorgliche Kündigung enthält und in welchem darauf verwiesen wird, daß die Kündigung zum 30. Juni 1933 erfolgt.[2]

Nach meinem Anstellungsvertrag habe ich Anspruch auf vierteljährliche Kündigungsfrist für den Schluß des Quartals, dazu kommt die Verlängerung der Kündigungsfrist, wie sie durch das Gesetz über die Fristen für die Kündigung von Angestellten vom 9. Juli 1926 festgelegt ist. Ich habe folglich eine Kündigung von 6 Monaten zum Schlusse eines Kalendervierteljahres. Mein Dienstverhältnis bezw. mein Gehaltsanspruch läuft folglich bis zum 31. Dezember 1933. Diesen Gehaltsanspruch mache ich hiermit ausdrücklich geltend.[3]

1 Emil Hoffmann (geb. 7.8.1871) war seit 1898 nebenberuflich und 1905–1933 hauptberuflich Gauleiter des Keramischen Bundes in Thüringen.

2 Hoffmann wurde am 22.5.1933 vom Hauptvorstand aufgefordert, seine Pensionierung zu beantragen. Man wolle »einem alten Herrn nicht kündigen, das würde nach außen hin einen schlechten Eindruck machen«. Dann bliebe auch seine Pension von der beabsichtigten Kürzung der Gehälter der Angestellten unberührt. Hoffmann stellte daraufhin am 24.5.1933 den Pensionierungsantrag. Am 8.6.1933 wurde ihm allerdings in einem von Albin Karl als Mitglied des Hauptvorstandes der Fabrikarbeiter abgeschickten Schreiben nochmals »dringendst« empfohlen, »die erforderlichen Schritte« zur Pensionierung zu unternehmen. Das Kündigungsschreiben vom 8.6.1933, das Hoffmann in dem vorliegenden Dokument bestätigt, konnte nicht gefunden werden. Es besteht daher auch die Möglichkeit einer Vordatierung seitens der NSBO. Die generelle Kündigung der Gewerkschaftsangestellten zum 30.6.1933 wurde den Gauleitungen und Zahlstellen per Rundschreiben am 24.6.1933 nochmals mitgeteilt. Vgl. IG Chemie-Papier-Keramik (Hg.), Vom Fabrikarbeiterverband zur Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik. Materialien und Dokumente, Köln 1989, Dok. 169, S. 463. Hoffmann erinnerte jedenfalls am 19.8.1933 den Hauptvorstand an seinen Pensionierungsantrag. (Vorgang in: BA, SAPMO, FDGB, Nl. 79, Nr. 3). Andere führende Gewerkschafter des Fabrikarbeiterverbandes beantragten im Mai 1933 ebenfalls ihre Pensionierung, so z.B. der letzte Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes Karl Thiemig erfolgreich am 17.5.1933. Vgl. IG Chemie-Papier-Keramik (Hg.), 100 Jahre Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik. Von den Verbänden der ungelernten Fabrikarbeiter, der Glas- und Porzellanarbeiter zur modernen Gewerkschaftsorganisation, Köln 1990, S. 332.

3 Bereits am 5.7.1933 wies die DAF die NSBO-Beauftragten und Verbandsleiter an, solche Ansprüche zurückzuweisen und gegen entsprechende Gerichtsurteile Berufung mit der Begründung einzulegen, daß die »Verpflichtungen des alten Verbandes« die Vertreter des neuen Verbandes nichts angingen. Am 4.4.1935 teilte das Rechtsamt der DAF nach einer erneuten Eingabe Hoffmanns vom 13.2.1935 diesem mit, daß nach einigen Gerichtsurteilen und internen Streitigkeiten zwischen dem Reichsinnenministerium und der DAF eine neue Verordnung vom 26.3.1935 die Beantragung von Ansprüchen bis zum 30.9.1935 zuließ. Alle bisherigen Anträge und Verhandlungen seien danach überholt. Hoffmann müsse einen neuen Antrag stellen. DMV (Jäzosch, Beck), Rundschreiben Nr. 36, vom 7.7.1933; DAF/Zentralbüro, Rechtsamt, an Emil Hoffmann, vom 4.4.1935, betr.: Ehemalige Gewerkschaftsverbände (beide: BA, SAPMO, FDGB, Nl. 79, Nr. 3). Vgl. hierzu das zeitlich vorangehende Rundschreiben von Albin Karl u.a. vom 25.2.1935 (Dok. 16). Zur weiteren Entwicklung dieses

Ebenso ersuche ich um Rückerstattung der an die Unterstützungskasse gezahlten Beiträge und mache auch diesen Anspruch hiermit geltend.

Zu Ihrem Schreiben vom 19. d[iese]n M[ona]ts bestreite ich, mich irgendwie staatsfeindlich betätigt zu haben.[4]

Hochachtend !
Emil Hoffmann[5]

Verfahrens konnten keine Unterlagen festgestellt werden. Hermann Schlimme berichtete nach 1945, daß nach Ansicht der Gerichte aller Instanzen die Klageforderungen von entlassenen Gewerkschaftsangestellten »vor Abwicklung des angekündigten Prozesses gegen Leipart und Genossen« nicht erfüllt werden konnten. Nunmehr habe Leipart versucht, den Prozeß gegen sich voranzubringen. Doch habe sich das Landgericht Berlin in zweiter Instanz für unzuständig erklärt, da es sich bei der Zerschlagung der Freien Gewerkschaften am 2.5.1933 um einen »Hoheitsakt des Reiches« gehandelt habe. Erst im Dezember 1937 habe die Reichsregierung verordnet, daß Ansprüche geltend und durch einen besonderen Ausschuß geprüft werden könnten. (Hermann Schlimme), Material über die Vorgänge, die zur Machtergreifung Hitlers im Januar 1933 führten, o. D. (nach 1945), (BA, SAPMO, FDGB, Nl. 16, Nr. 71). Noch im Mai 1941 liefen aber Entschädigungsverfahren in anderen Fällen, z.B.bei Arthur Bühring vom Deutschen Textilarbeiterverband (BA, SAPMO, FDGB, Nl. 57, Nr. 1). Vgl. auch die Entwicklung beim Deutschen Metallarbeiterverband, bei dem Alwin Brandes die Ansprüche vertrat. Opel/Schneider, 90 Jahre, S. 295–298. Vgl. zur weiteren Entwicklung Dok.16, sowie zur ähnlichen Entwicklung bei den christlichen Gewerkschaften Dok. 15. Vgl. auch für die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine die Überlegungen von Anton Erkelenz in einem Brief an Julius Kaever vom 9.2.1934 (BA, Nl. 72, Nr. 139, Bl. 111).
Zur rechtlichen Entwicklung vgl.: Lutz Richter, Der rechtliche Verbleib der früheren Gewerkschaften, in: Soziale Praxis, 43. Jg., H. 15, vom 12.4.1935, Sp. 433–439; Gerhard Steinmann, Die Liquidierung der Vermögen der früheren Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen, in: ebd., 47. Jg., H. 2, vom 15.1.1938, Sp. 113–116; Heinz Boberach, Die Regelung der Ansprüche von Gewerkschaftlern auf beschlagnahmtes Vermögen durch die Reichsfeststellungsbehörde 1938–1944, in: IWK 25 (1989), S. 188–194; Beate Dapper/Hans-Peter Rouette, Zum Ermittlungsverfahren gegen Leipart und Genossen wegen Untreue vom 9.5.1933, in: IWK 20 (1984), S. 509–535. Das Gesetz über die Fristen für die Kündigung von Angestellten vom 9.7.1926 vgl. in: RGBl., 1926, I., S. 399.

4 Das Schreiben vom 19.6.1933 konnte nicht aufgefunden werden. Hoffmann wandte sich damit gegen den Grund für eine fristlose Kündigung gemäß dem Gesetz über Betriebsvertretungen und wirtschaftliche Vereinigung vom 4.4.1933. Vgl. hierzu schon der Kommentar zu diesem Gesetz in: GZ, 43. Jg., Nr. 14, vom 8.4.1933, S. 209f. Im Juli 1933 wurde Hoffmann mit dieser Begründung aus dem Deutschen Fabrikarbeiter-Verband ausgeschlossen. Dagegen legte er umgehend Beschwerde ein. Am 14.4.1934 bat Hoffmann in einem Schreiben an den Leiter der Einspruchstelle des »DAF-Gesamtverbandes der deutschen Arbeiter«, Franz Mende, um Wiederaufnahme in die DAF, die ihm am 18.6.1934 gewährt wurde (Vorgang: BA, SAPMO, FDGB, Nl. 79, Nr. 3).

5 Handschrift.

DOKUMENT 12

29. 6. 1933: Einspruch gegen die fristlose Entlassung als Gewerkschaftsangestellter durch den Hauptvorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter

GLA Karlsruhe, 237, Nr. 28632, Bl. 3. Maschinenschrift. Eigenhändige Unterschrift. Darüber Stempel: Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abt[eilung] Keramischer Bund, Bezirk Karlsruhe, Schützenstraße 16. Adressat: Ministerium des Innern (Abt[eilung] für Arbeit), Karlsruhe, a[m] Schloßplatz.[1]

Karlsruhe, den 29. Juni 1933

Gegen meine fristlose Entlassung vom 23.6.[1933] vom Hauptvorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter gez. von Herrn [Berthold] *Karwahne*[2] wegen staatsfeindlicher Einstellung erhebe ich hiermit Einspruch mit folgender

Begründung

Seit dem 1. August 1912 ist der Unterzeichnete in Diensten des Verbandes der Fabrikarbeiter, Zahlstelle Karlsruhe. In dieser Zeit habe ich nichts anderes getan, als meine Pflicht erfüllt und der Arbeiterschaft zur Verbesserung ihrer Lebens- und Existenzbedingungen nach bestem Wissen und Können zu helfen gesucht. Wenn schon meine Entlassung nicht zu vermeiden ist, so trifft mich die fristlose Kündigung deshalb nicht zurecht, weil ich seit dem Bestehen der Nationalen Regierung weder in Wort und Schrift gegen dieselbe etwas unternommen habe.

Selbst seitens der NSBO ist mir kein Mißtrauen entgegengebracht worden. Das geht daraus hervor, daß ich seit der Besetzung des Gewerkschaftshauses und der Übernahme unseres Verbandes durch die NSBO die Kassengeschäfte in vollem Umfange weiter geführt habe.[3]

Ich bitte, nach Möglichkeit vor der Beschlußfassung mich zu hören.[4]

Mit deutschem Gruß
Karle, Leopold[5]

1 Eingangsstempel: »Ministerium des Innern. 30. JUN[I] 1933 * 071272«. Handschriftlicher Vermerk in der Kopfleiste »Leopold, Karle, Karlsruhe«. Stempel: Einschreiben. Handschriftliche Notiz am Briefende: »Zu Entl[assungen] Arb[eiter-] u[nd] Ang[estellten-]Gew[erkschafter]. Repple«.
Leopold Karle (geb. 27.2.1877) war neben seiner Tätigkeit für den Fabrikarbeiter-Verband Vorsitzender der Ortsgruppe der SPD in Forchheim bei Karlsruhe und dort Mitglied des Gemeinderates. Karle war nach dem 2.5.1933 für einige Tage in Schutzhaft.
In diesem Bestand der Akten-Nrn. 28631 und 28632 befinden sich zahlreiche Einsprüche von gekündigten Angestellten verschiedener Gewerkschaften aus dem Jahr 1933. Die Verfahren verliefen ähnlich wie das vorliegende. Vgl. auch die Auseinandersetzungen um die Entschädigungsverfahren in Dok. 11 bis 17.

2 Berthold Karwahne (1887–1957) wurde von Ley in dem vertraulichen Rundschreiben vom 21.4. 1933 zur Vorbereitung der Zerschlagung der Gewerkschaften am 2.5.1933 als Kommissar für den Fabrikarbeiterverband benannt. 1934 wurde Karwahne Leiter der Nachfolgeeinrichtung »Reichsbetriebsgemeinschaft Chemie«, 1933 bis 1935 war er zusätzlich DAF-Bezirkswalter für Niedersachsen. Zur Ernennung durch Ley vgl. Jahn, Quellen IV, Dok. 206, S. 901. Vgl. zu Karwahne auch Dok. 11.

3 Das Schreiben ging am 14.7.1933 über den Badischen Finanz- und Wirtschaftsminister an das Badische Landespolizeiamt in Karlsruhe. Dieses holte eine schriftliche Stellungnahme des NSBO-Gauleiters Fritz Plattner ein, der Leopold Karle auf der Basis eines Denunziationsschreibens vorhielt, bei der SA gegen die Besetzung des Volkshauses in Forchheim am 2.4.1933 protestiert zu haben. Der NSBO-Gauleiter verwies auch auf die Diskrepanz in den Aussagen hinsichtlich der Inhaftierung von Karle nach dem 2.5.1933 (Vorgänge in GLA Karlsruhe, 237, Nr. 28632, Bl. 3–9).

4 Karle wies Anfang August 1933 gegenüber der Polizei in Karlsruhe die Vorhaltungen zurück und bedauerte die »in der Aufregung« gemachten Äußerungen gegenüber der SA bei der Besetzung des Volkshauses (Vorgang in ebd., Bl. 4f.). Zur weiteren Entwicklung vgl. Dok. 14.

5 Handschrift.

DOKUMENT 13

22. 8. 1933: Die Vereinigten Stahlwerke AG, August-Thyssen-Hütte Dinslaken, bitten den Regierungspräsidenten in Düsseldorf um Unterstützung nach Unruhe in der Belegschaft aufgrund der Ab- und Umbesetzungen der Betriebsvertretung

HStA Düsseldorf, Regierung Düsseldorf, Nr. 33640. Unpaginiert. Maschinenschrift. Absender: Vereinigte Stahlwerke. August Thyssen-Hütte Dinslaken. Adressat: Regierungspräsident, Düsseldorf. Handschriftliche Unterschrift.[1]

Dinslaken (Niederrhein), 22. August 1933

In unseren Betrieben in Dinslaken ist infolge unberechtigter Eingriffe der am 6. Mai 1933 – I F.1 Nr. 939 – amtlich bestätigten Betriebsvertretung[2] starke Beunruhigung der Belegschaft eingetreten. Im Nachstehenden führen wir die einzelnen Umstände, die zu diesen Mißständen geführt haben, kurz an:

»Ende April dieses Jahres forderte der Betriebsrat unter Vorlage einer Liste die Kündigung von 49 Arbeitern mit der Begründung des Verdachts auf staatsfeindliche Einstellung.[3] Unter diesen befanden sich einige frühere Funktionäre der KPD und des DMAV.[4] Bei der Mehrzahl der Leute konnte irgend ein Nachweis, der den Verdacht begründete, nicht erbracht werden. Nach langwierigen Verhandlungen wurden daraufhin sämtliche Kündigungen, auch die der DMAV-Funktionäre zurückgezogen, da besonders diese als Facharbeiter im Betriebe bis auf Weiteres unentbehrlich waren. Die KPD-Funktionäre wurden sofort fristlos entlassen. Schon damals lag die Vermutung nahe, daß persönliche Gehässigkeiten mitspielten. Zwei Monate später schritt die politische Polizei zu 18 Verhaftungen aus den Betrieben heraus, was zu einer erheblichen Störung der Arbeit führte. Kurze Zeit hierauf mußten wir wiederum 14 Arbeitern auf Verlangen des Betriebsrats die Kündigung zustellen. Von den 18 Verhafteten sind nach ihrer Haftentlassung 6 Mann vom Landrat durch Schreiben vom 24. Juli 1933 als politisch einwandfrei bestätigte und im Betriebe noch immer unentbehrliche Leute wieder in Arbeit genommen worden. Infolge der Wiedereinstellung dieser Leute kam es in einer Mitgliederversammlung der NSDAP zu einem Tumult, der sich hauptsächlich gegen den Kreisleiter der NSBO, [Hermann] *Cyrener*[5], der

1 Firmenangaben im Briefkopf. Auf dem Dokument Eingangsstempel des Regierungspräsidiums.

2 Das Aktenzeichen bezog sich auf die offizielle Bestätigung des Regierungspräsidenten in Düsseldorf. »Unberechtigte Eingriffe« war die Charakterisierung der NSBO-Eingriffe in die Betriebsangelegenheiten von seiten staatlicher Behörden und der Arbeitgeber. Die Vorgänge befinden sich alle in: HStA Düsseldorf, Regierung Düsseldorf, Nr. 33640. Vgl. zu solchen formalen Absetzungen beispielhaft das Protokoll der Absetzung und Neubenennung der Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräte bei der Klöckner-Werke AG. Abteilung Eisen- und Drahtindustrie vom 24.5.1933 (ebd., Nr. 33628).

3 Grundlage war das Gesetz über Betriebsvertretungen und wirtschaftliche Vereinigungen vom 4.4.1933. Vgl. den ausführlichen Gesetzeskommentar in: GZ, 34. Jg., Nr. 14, vom 8.4.1933, S. 209f.

4 D. h. der freigewerkschaftliche Deutsche Metallarbeiter-Verband.

5 Hermann Cyrener war Arbeiter auf der August Thyssen-Hütte in Dinslaken und Kreisleiter der NSBO für den Kreis Dinslaken. Er blieb Betriebsratsvorsitzender, trat 1934 bei der Vertrauensratswahl auf der August Thyssen-Hütte in Dinslaken als Spitzenkandidat der Arbeiter an, erlangte aber mit 64% der gültigen abgegebenen Stimmen die schlechteste Stimmenzahl auf der Liste gegenüber 91% für einen anderen Bewerber. 1935 war Cyrener nicht mehr auf der Liste zur Vertrauensratswahl aufgeführt. Ergebnis der Vertrauensratswahl, vom 5.4.1934 und 12.4.1935 (TA, VSt, Sozialwirtschaft 21/01/3–3 und 3–5). Vgl. hierzu auch Frese, Betriebspolitik, S. 183.

zugleich Vorsitzender unseres Betriebsrats ist, richtete.[6] Es wurde beschlossen, die Leute sofort gewaltsam aus den Betrieben wieder herauszuholen, was aber durch das persönliche Eingreifen des Landrats, den die Werksleitung am darauffolgenden Morgen um polizeilichen Schutz ersuchte, verhindert wurde. Der Betriebsrat war bei dieser beabsichtigten Aktion nicht beteiligt. Unsere Belegschaft wurde nun durch von außen kommende Gegenströmungen, besonders aber durch die Ausschaltung des Betriebsrats bei Arbeiter-Einstellungen und -Entlassungen und durch die Einsetzung eines von der NSBO-Gauleitung als Verbindungsmann für Einstellungen und Entlassungen bestimmten Beauftragten, des früheren Kommissars des Arbeitsamts Wesel – Dinslaken P[artei]g[enosse] *Schulze*[7], fortgesetzt stark beunruhigt. Während des Arbeitsurlaubs des Betriebsratsvorsitzenden verlangte der Betriebsrat unter Führung des werksfremden P[artei]g[enosse] *Schulze* erneut die Kündigung von 24 Arbeitern und 2 Angestellten mit der Begründung, daß durch deren Anwesenheit im Betriebe die Ruhe und Ordnung gestört würde. Langwierige Verhandlungen hatten den Erfolg, daß von den 26 Leuten 13 von der Liste wieder gestrichen wurden. Inzwischen sind 2 Arbeiter entlassen worden. Die Kündigung der übrigen Leute ist bis auf eine hinausgezögert worden. Trotz der von uns immer wieder betonten Unhaltbarkeit des Vorgehens des Betriebsrats und trotz damaliger ausdrücklicher Erklärung der Gaubetriebszellenleitung, daß keinerlei Eingriffe in den Betrieb mehr erfolgen sollten, ist eine Beruhigung nicht eingetreten. Unsere Vermutung, daß es sich bei den ganzen Vorkommnissen um rein persönliche Machenschaften handelt, scheint sich zu bestätigen.[8]

Wir bitten den Herrn Regierungspräsidenten deshalb, uns in dem Bestreben, die Ruhe und Ordnung in unseren Betrieben wiederherzustellen und den ruhigen Fortgang der Arbeit zu gewährleisten, durch energisches Eingreifen zu unterstützen.[9]

Abschrift dieses Schreibens lassen wir heute dem Gewerberat in Wesel zugehen.

[Unterschrift][10]

6 Hermann Cyrener war mit Schreiben des Regierungspräsidenten vom 6.5.1933 (Anm. 2) als »Obmann«, d.h. Vorsitzender, des Betriebsrates bestätigt worden.

7 Das Gewerbeaufsichtsamt in Wesel gebrauchte eine abgewandelte Namensschreibung: »Schultze«. Preußisches Gewerbeaufsichtsamt Wesel, an Regierungspräsident in Düsseldorf, vom 30.8.1933 und 2.9.1933 (HStA Düsseldorf, Regierung Düsseldorf, Nr. 33640). Schul[t]ze war Kreisleiter der NSBO für den Kreis Rees. Nähere Angaben zur Person wurden nicht ermittelt.

8 Dies bestätigte die Gewerbeaufsicht in Wesel in dem Schreiben an den Regierungspräsidenten, vom 30.8.1933 (Anm. 7). Zu solchen Aktionen und Verhaftungen vgl. die eingehenden Beschreibungen exemplarischer Fälle bei: Rüther, Arbeiterschaft, S. 132ff. Zu Kündigungen von Betriebsräten wegen staats- und wirtschaftsfeindlichem Verhalten sowie den Kündigungsverfahren, die sich teilweise bis in den Sommer 1934 hinzogen, finden sich zahlreiche Beispiele in: GLA Karlsruhe, 237, Nrn. 28631 und 28632.

9 Der Regierungspräsident beauftragte das zuständige Gewerbeaufsichtsamt in Wesel. Nach mehrmaligen Verhandlungen des Gewerberates mit dem Betriebsrat trat der Arbeiterrat geschlossen zurück und wurde vom Gewerberat gemeinsam mit der NSBO neu bestimmt. Der kritisierte Cyrener wurde erneut Betriebsratsvorsitzender. Preußisches Gewerbeaufsichtsamt Wesel, an Regierungspräsident in Düsseldorf, vom 30.8.1933 und 2.9.1933 (Anm. 7).

10 Die Unterschrift konnte nicht eindeutig entziffert werden. Firmenstempel unter der Unterschrift.

DOKUMENT 14

26. 8. 1933: Entscheidung des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministeriums über den Einspruch gegen die Entlassung wegen staatsfeindlicher Einstellung

GLA Karlsruhe, 237, 28632, Bl. 10. Maschinenschrift. Entwurf des Schreibens an das Polizeipräsidium Karlsruhe und gleichlautend an die DAF in Karlsruhe. Überschrift: »Bad[ischer] Finanz- und Wirtschaftsminister. Karlsruhe 26. August 1933. Nr. 26135. Entlassung von Arbeitnehmern, hier: Einspruch gegen die Kündigung des Leopold Karle, Karlsruhe, Schützenstraße 16, durch den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Sitz Hannover«.[1]

I An das Polizeipräsidium, Karlsruhe

Dem Gewerkschaftssekretär Leopold *Karle* ersuche ich auf seinen Einspruch vom 29. Juni 1933 zu eröffnen, daß ich nach den gesetzlichen Bestimmungen keine Möglichkeit habe, ihm zu entsprechen. Die getroffenen Feststellungen haben ergeben, daß *Karle* gegenüber der Verdacht staatsfeindlicher Einstellung im Sinne des Artikel II des Gesetzes über Betriebsvertretungen und über wirtschaftliche Vereinigungen vom 4. April 1933 (RGBl., I., S. 161) begründet ist und somit die Berechtigung zur Kündigung seines Arbeitsverhältnisses durch den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands nicht verneint werden kann.[2]

II Nachricht von I der Deutschen Arbeitsfront,[3] Karlsruhe, Lammstr. 15.

1 Vgl. Dok. 12. Auf dem Entwurf mehrere Paraphen.

2 Die Ablehnung des Einspruchs erfolgte in den üblichen Formulierungen. In einem ähnlichen Verfahren gab das Badische Finanz- und Wirtschaftsministerium in einem Aktenvermerk an, daß den Gewerkschaftsangestellten »Ende Juni [1933] aufgrund einer Gesamtmaßnahme der Deutschen Arbeitsfront gekündigt (wurde). Diese Maßnahme wurde durch die bekannten Genfer Vorgänge ausgelöst. Aus diesem Grunde wird von einer weiteren Behandlung von Einzelfällen abgesehen werden müssen«. Badischer Finanz- und Wirtschaftsminister, Karlsruhe, 21.6.1933, Nr. 31343. Aktenvermerk (GLA Karlsruhe, 237, Nr. 28632, Bl. 181). Mit den Genfer Vorgängen war die Weigerung der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf Anfang Juni 1933 gemeint, die DAF und Robert Ley als Nachfolger für den ADGB und Wilhelm Leuschner anzuerkennen. Leuschner, der die »Übergabe« offiziell bestätigen sollte, weigerte sich, die Zerschlagung der Gewerkschaften als Umbildung zu legitimieren. Ley brach den Aufenthalt in Genf vorzeitig ab. Leuschner, der trotz Warnungen nach Deutschland zurückkehrte, wurde bei der Einreise festgenommen und in ein Konzentrationslager verschleppt. Vgl. eingehend Joachim Leithäuser, Wilhelm Leuschner. Ein Leben für die Republik, Köln 1962, S. 118ff.
Unter den Einspruchsverfahren im GLA Karlsruhe konnten keine für die Arbeitnehmer positiven Bescheide gefunden werden. Hingegen konnten sich Arbeitgeber Kündigungen oder Aufforderungen seitens des Arbeitsamtes oder der NS-Organisationen zur Entlassung von Arbeitnehmern widersetzen. Vgl. die Auseinandersetzungen zwischen Arbeitsamt, NSBO und der Firma Heinrich Lanz in Mannheim. Hier folgte der zuständige Badische Finanz- und Wirtschaftsminister der Argumentation des Unternehmens, das auf Einzelfallprüfungen des Vorwurfs »staatsfeindliche Einstellung« bestand (Vorgang in: GLA Karlsruhe, 237, Nr. 28632, Bl. 62–70).

3 Im Entwurf ursprünglich: Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

DOKUMENT 15

November 1933: Jakob Kaiser über die Situation in der früheren christlichen Arbeiterbewegung in Deutschland

GStA Berlin, Rep. 77, Nr. 23, Bl. 32–44. Maschinenschrift.[1]

Zur Situation in der früheren deutschen Arbeiterbewegung

Im Zuge der Revolution wurde am 2. und 3. Mai [1933] den bisherigen deutschen Gewerkschaften ihre Selbständigkeit genommen. Das vom Reichskanzler Adolf *Hitler* berufene »Aktionskomitee zum Schutze der deutschen Arbeit« nahm am 2. Mai unter

1 Die Überschrift, zahlreiche Wörter und Sätze sind in der Vorlage unterstrichen.
Die Analyse befand sich in der Anlage zum Brief von Jakob Kaiser an Regierungsrat von der Gröben, Berlin, Preuß[isches] Ministerium des Innern. Auf dem Brief eigenhändige Unterschrift. Der Begleitbrief vom 18.12.1933 nannte als Anschrift des Absenders: Jakob Kaiser, Köln-Klettenberg, Klettenberggürtel 44, z. Zt. Berlin. Dies war die Kölner Wohnung von Kaiser. In Berlin wohnte er in Wilmersdorf, Wittelsbacherstr. 28/I.
Der Brief hatte folgenden Wortlaut:
»Sehr geehrter Herr von der Gröben,
ich darf Sie bitten, den beigefügten Brief samt seiner Anlage Herrn Staatssekretär [Ludwig] Grauert baldmöglichst vorzulegen. Und ich darf Sie weiter bitten, mit darauf zu achten, daß diese meine Mitteilungen an den Herrn Staatssekretär, ihrer Vertraulichkeit wegen, nicht in den allgemeinen Geschäftsgang geraten. Sie ersehen aus ihrem Inhalt, daß sie für den Herrn Staatssekretär persönlich bestimmt sind.
So sich nach Auffassung des Herrn Staatssekretärs die Notwendigkeit eines nochmaligen Besuches von mir bei ihm ergeben sollte, bitte ich Sie vorzumerken, daß ich bis morgen, Dienstag einschließlich in Berlin bin und unter der Telefonnummer H 7/0422 benachrichtigt werden kann. Ab Mittwoch bin ich in Köln. Ich stehe selbstverständlich auch von dort aus zur Verfügung. Im übrigen komme ich ohnehin gegen Mitte Januar [1934] erneut nach Berlin.
Falls sich in der Zeit meiner Abwesenheit von Berlin in der Angelegenheit [Bernhard] Otte die Notwendigkeit einer Rückfrage oder Besprechung ergeben sollte, bitte ich Sie bei Herrn Eudenbach, dem Vormund der 6 Kinder Otte, unter der Telefonnummer H 8/3074 anrufen zu lassen. Ich möchte ja wirklich wünschen, daß diese Angelegenheit durch Ihre Einflußnahme und Förderung zu positiver Klärung kommt.
Für alle Bemühungen auch in dieser Sache darf ich Ihnen erneut aufrichtigen Dank sagen.
Mit vorzüglichster Hochachtung
Ihr sehr ergebener
Kaiser«
Ein weiteres Exemplar der Analyse befindet sich im Nachlaß Kaiser im Bundesarchiv (BA, Nl. 18, Nr. 349, Bl. 27–39).
Zu diesem erwähnten, vorangegangenen Besuch liegen keine Unterlagen vor. Der angesprochene Ludwig Grauert (9.1.1891–1964) war seit 1923 Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Duisburg, 1928–1933 Geschäftsführer des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller (VDESI) für den Bezirk Nordwest, 1933 Ministerialdirektor, seit Ende März 1933 Staatssekretär im Preußischen Innenministerium.
Zum Adressaten, Regierungsrat von der Groeben, wurden keine näheren Angaben ermittelt.
Jakob Kaiser (8.2.1888–7.5.1961) war 1912–1914 und 1917–1919 Sekretär des Christlichen Gewerkschaftskartells in Köln, 1919–1933 Vorstandsmitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, 1914–1933 Landesvorsitzender des Gesamtverbandes für Rheinland und Westfalen, seit 1918 stellvertretender Vorsitzender des Zentrums im Rheinland, 1928–1933 Mitglied im Reichsvorstand des Zentrums, 1933 MdR (Zentrum), März/April 1933 als Mitglied des »Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften« an Planungen für eine Einheitsgewerkschaft beteiligt, Ablehnung der Unterschrift zur Auflösung der christlichen Gewerkschaften, 29.6.1933 Ausschluß aus der DAF, Vertretung der Interessen der 1933 entlassenen Angestellten der christlichen Gewerkschaften vor den Arbeitsgerichten und gegenüber der Reichsfeststellungsbehörde bei Prozessen um Entschädigungen und Pensionsansprüche, Aufbau eines Kontaktnetzes zu ehemaligen christlichen Gewerkschaftern, 1938 mehrere Monate in Haft, Kontakte zu Wilhelm Leuschner und seit 1941 zu Carl Goerdeler, nach dem Attentat am 20.7.1944 bis Kriegsende untergetaucht, nach 1945 führend

Führung des Präsidenten des damaligen Preußischen Staatsrates Dr. Robert *Ley*[2] und unter Einsatz von SA-Formationen alle Einrichtungen der freien Gewerkschaften »schlagartig« in Besitz. Die führenden Männer der freien Gewerkschaften wurden ins Gefängnis abgeführt. Dem Vorsitzenden des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Bernhard *Otte*,[3] wurde noch am gleichen Tage von Dr. *Ley* eröffnet, daß sich die christlichen Gewerkschaften, wenn ihnen nicht das gleiche Schicksal wie den freien Gewerkschaften widerfahren solle, bedingungs- und vorbehaltlos dem Führer des Aktionskomitees zum Schutze der deutschen Arbeit unterstellen müßten. Versuche der christlichen Gewerkschaften, ihre Eingliederung in den neuen Staat in würdiger Form, d.h. unter Achtung des nationalen Charakters der Bewegung und ihrer für Arbeiterschaft und Volk gleich bedeutsamen Vergangenheit durchzuführen, scheiterten. Die Herren *Otte*, [Friedrich] *Baltrusch*[4] und [Franz] *Behrens*[5] unterzeichneten namens der christlichen Gewerkschaften am 3. Mai [1933] den bedingungslosen Unterwerfungsakt.[6]

beim Aufbau der CDU in der sowjetisch besetzten Zone beteiligt, Dezember 1945-Dezember 1947 1.Vorsitzender der CDU in der SBZ, Februar 1946-April 1947 Mitglied im Bundesvorstand des FDGB, Dezember 1947 Absetzung als CDU-Vorsitzender durch den SMAD, Übersiedlung nach Westberlin und Fortsetzung der politischen Tätigkeit, 1948/49 Mitglied des Parlamentarischen Rates, 1949–1957 MdB (CDU) und Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, 1950–1958 stellvertretender Vorsitzender der CDU. Vgl. auch Teil IV. 3 der Einleitung.
Zu Bernhard Otte vgl. Anm. 3.

2 Robert Ley (15.2.1890–25.10.1945) war 1933–1945 Reichsorganisationsleiter der NSDAP und Reichsleiter der DAF, 1928–1932 Mitglied des Preußischen Landtages, 1930–1945 MdR.

3 Bernhard Otte (12.7.1883–21.10.1933) war seit 1917 Redakteur, 1920/21 Vorsitzender des Zentralverbands christlicher Textilarbeiter, seit 1921 Generalsekretär, 1929–1933 stellvertretender Vorsitzender des christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und Vorsitzender des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften, 1928–1933 Vorsitzender des Internationalen Bundes christlicher Gewerkschaften, Vorstandsmitglied des Zentrums, 3.5.1933 Unterstellung der christlichen Gewerkschaften unter das neu gegründete »Aktionskomitee zum Schutze der nationalen Arbeit« unter der Führung von Robert Ley, Mitglied des »Großen Arbeitskonvents« der DAF, Juni 1933 Teilnahme mit Wilhelm Leuschner und Robert Ley an der 17. Internationalen Arbeitskonferenz des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, nach Fehlschlagen der Anerkennungsbemühungen von Ley durch die internationale Gewerkschaftsbewegung Ausschluß zusammen mit anderen prominenten christlichen Gewerkschaftern aus DAF und Arbeitskonvent (vgl. Anm. 4). Otte verunglückte bei einem Autounfall am 21.10.1933. Zu Ottes wechselhafter Position und Rolle bei der Gleichschaltung der christlichen Gewerkschaften und der Gründung der DAF vgl. z.B. sein Rundschreiben vom 29.5.1933 im Namen des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften an die einzelnen Verbände mit der Bitte, dem Wunsch der DAF nach vorsorglicher Kündigung aller Verbandsangestellten zu entsprechen. Zentralverband christlicher Textilarbeiter, Rundschreiben A Nr. 37/1933, vom 30.5.1933 (AdsD, DGB-Archiv, Nl. 263, Mappe 2, Bl. 2). Vgl. auch Schneider, Christliche Gewerkschaften, S. 761f.; Herbert Hömig, Bernhard Otte (1883–1933), in: Jürgen Aretz u.a. (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 3, Mainz 1979, S. 176–190.

4 Friedrich Baltrusch (7.3.1876–22.4.1949) war 1918–1921 Leiter der Berliner Geschäftsstelle des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands (GCG), 1921–1933 Vorstandsmitglied des GCG und des Gesamtvorstands des DGB, 1918–1924 geschäftsführendes Mitglied im Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft, 1930–1932 MdR (Volksnationale Reichsvereinigung), 1920–1933 Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates, nach der verweigerten Anerkennung der DAF auf der 17. Internationalen Arbeitskonferenz in Genf Juni 1933 Ausschluß aus DAF und Arbeitskonvent, 1934 als Geschäftsführer entlassen.

5 Franz Behrens (2.2.1872–3.9.1943) war 1895–1902 Geschäftsführer des Allgemeinen Deutschen Gärtnerverbandes, seit 1905 Generalsekretär und Vorstandsmitglied des Gewerkvereins Christlicher Landarbeiter Deutschlands, 1907–1918 MdR (Christlich-soziale Wirtschaftliche Vereinigung), 1919–1930 MdR (DNVP), 1932/33 MdR (Christlich-Sozialer Volksdienst), zusammen mit anderen führenden christlichen Gewerkschaftern Juni 1933 Ausschluß aus DAF und Arbeitskonvent und Entlassung aus den Ämtern.

6 Jakob Kaiser verweigerte die Unterschrift. Vgl. Anm. 1 sowie Schneider, Christliche Gewerkschaften, S. 761.

Die Unterwerfung bedeutete das Ende der christlichen Gewerkschaften. Für Ungezählte zerbrach damit ein Lebenswerk, für das sie unendlich viele Opfer gebracht hatten. Unter den zehntausenden von ehrenamtlichen und hauptamtlichen älteren Führern sind viele, die ihrer christlichen, nationalen und sozialen Überzeugung wegen in früheren Zeiten von Anhängern der sozialistischen Weltanschauung hart bekämpft und nicht selten aus Brot und Arbeit gebracht worden sind.

Die Führung der christlichen Gewerkschaften hat nach der zwangsläufig vollzogenen Unterschrift in loyaler Weise versucht, an der Überführung ihrer Organisationen in die Deutsche Arbeitsfront mitzuarbeiten. Sie hat es getan, weil die Führung der Deutschen Arbeitsfront erkennen ließ, daß sie gewillt sei, die innere Überzeugung der Männer der christlichen Gewerkschaften zu achten. Weil sie weiter erkennen ließ, daß sie den nationalen Willen, der die christlichen Gewerkschaften immer beherrscht hat - wie die ganze verdienstvolle Vergangenheit der Bewegung das beweist - anerkennt. Es war auch zugesagt worden, daß die Angestellten der christlichen Gewerkschaften für die Zukunft weitestgehend zur Mitarbeit herangezogen werden sollten.

Die christlichen Gewerkschaften waren deshalb der Meinung, daß es für die Zukunftsgestaltung der gesamten deutschen Arbeiterbewegung notwendig und gegeben sei, unter Zurückstellung eigener Erkenntnisse loyal mitzuarbeiten, damit die durch das Werk der Bewegung für die deutsche Arbeiterschaft schon gewonnenen geistigen und sozialen Werte erhalten und fortgebildet werden konnten. Es muß hier gesagt werden, daß auch die freien Gewerkschaften auf dem Wege zum nationalen Staat waren. Noch vor dem 1. Mai [1933] waren zwischen den christlichen und den freien Gewerkschaften Richtpunkte festgelegt worden, die Grundlage für eine einheitliche deutsche Gewerkschaftsbewegung bilden sollten.[7] Die freien Gewerkschaften waren bereit, sich zum nationalen Staat zu bekennen und jedem Klassenkampf abzuschwören. Die Weiterverfolgung dieses Weges hätte das deutsche Gewerkschaftsleben vollständig umgestaltet. Die erstrebte freiwillige Einordnung der gesamten deutschen Arbeiterschaft in den neuen Staat, um die sich die Gewerkschaften übrigens auch der Reichsregierung gegenüber direkt und indirekt - leider ohne Erfolg - bemüht hatten, wäre ein bedeutungsvoller Gewinn für Arbeiterschaft und Volk gewesen.

Durch den bekannten Verlauf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf wurde die begonnene Mitarbeit christlicher Gewerkschaftsführer in der Deutschen Arbeitsfront gewaltsam abgebrochen. Dr. *Ley* hatte den früheren Vorsitzenden der christlichen Gewerkschaften, Herrn *Otte*, der von ihm geführten deutschen Delegation eingegliedert. Er hatte geglaubt, daß *Otte* in Genf maßgebend dahin wirken könne, daß die Vertreter der Deutschen Arbeitsfront als gleichberechtigt anerkannt würden. Diese Anerkennung war aber nicht zu erreichen. Die Arbeitervertreter aller übrigen Länder, mit Ausnahme Italiens, hielten daran fest, daß nur die Vertreter »unabhängiger Arbeiterorganisationen« anerkannt werden können. Diese Anerkennung war nicht zu erreichen, obwohl Herr *Otte* sich unablässig loyal bemühte, eine Verständigung herbeizuführen. Sein Bemühen war so groß, daß selbst die christlichen Arbeitervertreter anderer Länder kaum noch Verständnis dafür aufbrachten. Dabei muß gesagt werden, daß nach unserem Wissen die christlichen Gewerkschaften aller Länder für eine loyale Haltung gegenüber der deutschen Delegation waren. Ebenso bekannt ist aber, daß für Herrn Dr. *Ley* andere Unstimmigkeiten hinzukamen, auf deren Ausräumung auch die christlichen Gewerkschaften keinen Einfluß hatten.[8]

7 Vgl. Dok. 10.

8 Vgl. Schneider, Christliche Gewerkschaften S. 761f.

Die Folge der Vorgänge in Genf war die Diffamierung der deutschen christlichen Gewerkschaftsführer, ihre Ausstoßung aus der Deutschen Arbeitsfront, ihre Ächtung, d.h. unter anderem das Verbot für alle Dienststellen der Deutschen Arbeitsfront, mit ihnen zu verkehren. Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften wurde unvermittelt aufgelöst, auch alle Untergliederungen wurden aufgelöst, das Vermögen und alle Vermögenswerte beschlagnahmt. In kurzer Zeit wurden fast alle Angestellten der christlichen Gewerkschaften fristlos entlassen. Während man zunächst annahm, daß den Angestellten wenigstens eine Abfindung ausgezahlt würde, verschärfte sich die Haltung gegen sie aber bald. Die Entlassung der Angestellten geschah fristlos, in den weitaus meisten Fällen ohne jede Gehaltszahlung und sehr oft unter diffamierenden Formen.[9]

Den damaligen Verlautbarungen der Deutschen Arbeitsfront entnehmen wir folgendes:[10]

»Alle Dienststellen der christlichen Gewerkschaften und der Angestelltenverbände sind mit Nationalsozialisten zu besetzen. Die Mitglieder des Großen Arbeitskonvents der Deutschen Arbeitsfront Bernhard *Otte*, Friedrich *Baltrusch*, Dr. Theodor *Brauer*[11], Franz *Behrens* sowie die bisherigen Führer der christlichen Gewerkschaften, [Adam] *Stegerwald*[12], [Heinrich] *Imbusch*[13] u.a. werden von uns aus der Deutschen Arbeitsfront ausgestoßen.«
»Der 2. Mai, vorbereitet durch den herrlichen Tag am 1. Mai, hat die Werkzeuge des konfessionellen und roten Klassenkampfes, die freien und christlichen Gewerkschaften in unsere Hand gegeben.«
»Alle übrigen Vereine, auch sogenannte katholische und evangelische Arbeitervereine, sind als Staatsfeinde zu betrachten, weil sie den großen Aufbau hindern und hemmen.«
»Die christlichen Gewerkschaftsführer hätten sich in ihrer übergroßen Mehrheit als dieselben charakterlosen Burschen erwiesen, wie die marxistischen Gewerkschaftsbonzen.« (Aus einem Bericht in »Der Deutsche« Nr. 159/[19]33 über eine Rede des Führers in der Deutschen Arbeitsfront P[artei]g[enosse] [Walter] *Schuhmann*).[14]
»Deshalb waren wir tiefbefriedigt, als Dr. *Ley* die Ausstoßung von Bernhard *Otte*, Friedrich *Baltrusch*, Dr. Theodor *Brauer*, Franz *Behrens*, *Stegerwald*, *Imbusch* usw. aus der Deutschen Arbeitsfront verfügte. Diese Leute haben sich nicht weniger versündigt am deutschen Arbeiter und am deutschen Volke wie die roten Marxisten.« (»Der Deutsche« Nr. 152/[19]33).

In vielen Fällen wurde bei der Entlassung der bisherigen Angestellten der christlichen Gewerkschaften als Grund »Staatsfeindlichkeit« angegeben. Wir bringen nachfolgend ein derartiges Entlassungsschreiben zur Abschrift:[15]

»Herrn .....

Hiermit werden Sie, staatsfeindlicher Einstellung wegen, fristlos entlassen.

Heil Hitler!
gez. Unterschrift
Verbandsleiter m[it] d[er] L[eitung] B[beauftragt].

... den 11. Juli 1933«.[16]

Einige Angestellte wurden dazu noch in öffentlichen Veranstaltungen diffamiert, andere wurden in Haft genommen.

Die Zahl der aus den Reihen der christlichen Gewerkschaften fristlos Entlassenen beträgt rund fünfhundert. Aus den Reihen der freien Gewerkschaften beträgt die Zahl der auf gleiche Weise entlassenen Menschen weit über viertausend. Unter den Betroffenen der christlichen Gewerkschaften sind viele, die mit ihren zum Teil großen Familien heute in bitterster Not sind. Es handelt sich dabei um Menschen, die ein ganzes Leben hindurch ihre Pflicht um eines idealen Zieles willen getan haben. Um Menschen, die vielfach im Kriege dem Vaterlande mit Auszeichnung dienten. Es handelt sich vielfach um Menschen, die in der Nachkriegszeit, in der Zeit des Ruhreinbruchs, in der Zeit der Separatistenkämpfe im Westen führend der Nation gedient [haben]. Wie untragbar und ungerecht hier deutsche Männer getroffen wurden, zeigt ein Beispiel in geradezu grotesker Weise. Einer der jüngeren christlichen Gewerkschaftsführer im Rheinland, der in der Zeit des Ruhrkampfes von der französischen Einbruchsarmee seines deutschen Kampfes wegen 6 Monate gefangen saß, wurde im Verlaufe des August, ohne Angabe auch nur eines Grundes, ins gleiche Gefängnis in Schutzhaft gesetzt.

Gewiß sind auch, wie in jedem Menschenwerk, in den christlichen Gewerkschaften Fehler gemacht worden. Es sind auch von Einzelnen, wie das in dieser Zeit in allen Lebenskreisen vorgekommen ist, finanzielle Fehlmaßnahmen getroffen worden. Aber derartige falsche Maßnahmen berechtigten doch wohl nicht dazu, von einer allgemeinen Verderbtheit der Bewegung und ihrer Träger zu sprechen.

9 Grundlage waren das Gesetz über Betriebsvertretungen und wirtschaftliche Vereinigungen, vom 4.4. 1933 sowie interne Anweisungen der DAF. Vgl. den Gesetzeskommentar in: GZ, 43. Jg., Nr. 14, vom 8.4.1933, S. 209f. und Dok. 16.

10 Die Einrückung des Textes folgt der Vorlage.

11 Theodor Brauer (16.1.1880–19.3.1942) war seit 1907 Mitarbeiter des Volksvereins für das katholische Deutschland, seit 1908 Vorstandsmitglied des Gesamtverbands der Christlichen Gewerkschaften (GCG), seit 1923 Professor für Nationalökonomie in Karlsruhe, seit 1928 in Köln und zusätzlich seit 1930 Leiter des Bildungswesens des GCG, 1933 nach kurzer Inhaftierung Berufung in die USA, Professor in St.Paul/Minnesota.

12 Adam Stegerwald (14.12.1874–3.12.1945) war 1903–1909 Generalsekretär im GCG, 1919–1929 zugleich Vorsitzender des (christlichen) Deutschen Gewerkschafts-Bundes (DGB), 1919–1933 MdR (Zentrum), 1919–1921 Mitglied des Preußischen Landtages (Zentrum) und zugleich Preußischer Minister für Volkswohlfahrt, 1921 Preußischer Ministerpräsident, 1929/30 Reichsverkehrsminister, 1930–1932 Reichsarbeitsminister, Juli 1933 Ausschluß aus der DAF, 1933/34 Vorstandsmitglied des Volksvereins für das katholische Deutschland, nach 1934 Pensionär, im Zusammenhang mit dem Attentat am 20.Juli 1944 verhaftet und bis Oktober 1944 im Gefängnis, nach 1945 Regierungspräsident in Unterfranken, Mitbegründer der Christlich-Sozialen Union.

13 Heinrich Imbusch (3.9.1878–16.1.1945) war 1919–1933 Vorsitzender des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, 1929–1933 Vorsitzender des christlichen Deutschen Gewerkschafts-Bundes, 1919–1933 Mitglied der Nationalversammlung und MdR (Zentrum), 1920–1923 Mitglied im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, Mai 1933 Flucht ins Saarland, 1933–1935 politische und gewerkschaftliche Betätigung im Saarland für Status-quo, 1935 Emigration nach Luxemburg und Frankreich, Kontakte zur ADG, seit 1942 in Essen untergetaucht. Vgl. auch Michael Schäfer, Heinrich Imbusch. Eine politische Biographie, München 1990, S. 257ff.

14 »Der Deutsche« war die ehemalige Zeitung der christlichen Gewerkschaften und wurde von der DAF als Tageszeitung übernommen, 1934 jedoch eingestellt, nachdem Ley von Goebbels die Tageszeitung »Der Angriff« gekauft hatte.
Walter Schuhmann (3.4.1898–2.12.1956) war seit 1930 MdR (NSDAP), Reichsobmann der NSBO und wurde nach der Gleichschaltung der Freien Gewerkschaften von Ley zum Führer des Gesamtverbandes der deutschen Arbeiterverbände ernannt, der als Dachverband aller Arbeitergewerkschaften fungieren sollte, mit der Zentralisierung der DAF im Frühjahr 1934 aber verschwand.

15 Wie Anm. 10.

16 Vgl. auch die Begründung bei der Kündigung von Leopold Karle und Emil Hoffmann in Dok. 11, 14, 16.

Dabei ist es so, daß die Gesamtarbeit der christlichen Gewerkschaften, die Dienst am Volke in wirklich deutschem Geiste war, noch dauernd diffamiert wird. Um den Geist zu zeigen, in dem diese Diffamierung geschieht, folgen hier einige Abschnitte aus einem bezüglichen Sonderrundschreiben des Organisationsamtes der Deutschen Arbeitsfront vom 27.6. 1933.[17] In diesem amtlichen Schreiben der Arbeitsfront heißt es:[18]

»... Unser Ziel ist:
1) Verjagung des letzten führenden Marxisten aus allen Einheiten der Verbände der »Deutschen Arbeitsfront«;
2) darum keine Weichheit, kein Irrglaube, sie »bekehren« zu können, da sie uns abgrundtief hassen und marxistische Bonzen niemals bekehrt werden können;
3) keine geldlichen Abfindungen mehr, keine Respektierung aller ihrer unsittlich zustandegekommenen Verträge;
4) scharfe Beobachtung und Kontrolle ihres privaten Treibens, da sie in der Maske eines Biedermannes staatsfeindliche Propaganda treiben;
5) sorgt dafür, daß sie in der Bevölkerung als Geächtete gelten, die eigentlich den Strick verdient hätten;
6) genaue Beobachtungen in den Betrieben anzustellen;
7) schließlich alles tun, was dem deutschen Arbeiter und deutschen Angestellten nützt, dem marxistisch entthronten Bonzen aber jede staatsfeindliche Handlung aus der Hand schlägt«;

»... Das Organisationsamt der Deutschen Arbeitsfront stellt eine
»Liste der Geächteten«
gültig für das ganze Reich auf, auf die alle Namen derjenigen marxistischen Gewerkschaftsbonzen gesetzt werden, die in der Vergangenheit und auch jetzt noch den wütendsten Kampf gegen den Nationalsozialismus geführt haben und weiter im geheimen führen. Wer auf der »Liste der Geächteten« steht, bekommt in Zukunft keine Arbeit mehr. Alle Organisationen, die in lebendiger Verbindung mit der deutschen Wirtschaft stehen, erhalten diese gedruckte Liste, sodaß keiner von diesen Arbeiterverrätern auf Schleichwegen wieder in die Betriebe kommt, um ihre Aufwiegelung etwa fortzusetzen. Die Verbandsleiter des »Gesamtverbandes der Deutschen Arbeiter« der DAF erlassen die näheren Durchführungsbestimmungen hierzu.«[19]

Es sei zu diesem Auszug aus dem Instruktionsschreiben der Arbeitsfront ausdrücklich vermerkt, daß in der Behandlung die christlichen Gewerkschaftler durchweg den marxistischen Gewerkschaftlern gleichgesetzt werden. Entsprechend heißt es auch in dem gleichen Schreiben mit Bezug auf die Angestelltenverbände:[20]

»Hier sind in erster Linie in den Verbänden die übernommenen christlich-zentrümlichen Gewerkschaftsführer zu entfernen, die, wie festgestellt worden ist, nach wie vor Verbindungen mit dem politischen Katholizismus aufrecht erhalten. Ihre Gefährlichkeit besteht darin, daß sie Ergebenheit und freudige Mitarbeit heucheln, in Wirklichkeit aber unsere Aufbauarbeit mutwillig verzögern und in ihren Zirkeln gar keinen Hehl daraus machen.«
»Diese »christliche« Sabotage gilt natürlich auch für die Arbeiterverbände.«

Besonders unerfreulich und hart ist der Entzug der bisher erworbenen Rechte. Die Angestellten haben einesteils durch besondere Verträge mit ihren Arbeitgebern, den jeweiligen Berufsverbänden, anderenteils durch erhöhte Beitragsleistung in besonderen Kassen Versorgungsansprüche für die Zeit ihrer Invalidität oder des Alters erworben. Bei der Unterstellung der Gewerkschaften unter die Deutsche Arbeitsfront konnten die Gewerkschaften nicht daran denken, daß diese erworbenen Rechte verloren seien. In allen öffentlichen Körperschaften werden den Beamten und Angestellten, sofern sie nicht gröblich fehlten, die erworbenen Versorgungsgebührnisse zum mindesten zu 3/4 gewährt. Den entlassenen Gewerkschaftsangestellten werden aber alle Rechte dieser Art bestritten.[21]

Wie die staatspolitische Arbeit der christlichen Gewerkschaften diffamiert wird, zeigten auch die Reden bei Übernahme des bekannten bisherigen Bildungs- und Erholungsheimes der christlichen Gewerkschaften in Königswinter, das jetzt den Namen »Robert *Ley*-Schule« trägt. Das Haus diente einmal der fortlaufenden Aufnahme von erholungsbedürftigen Arbeitslosen und von kinderreichen Müttern der christlichen Arbeiterschaft. Es diente weiter unter der Leitung von Professor *Brauer* der weltanschaulichen, der staatsbürgerlichen und gewerkschaftlichen Schulung der Mitglieder der christlichen Gewerkschaften.[22]

Es diente, wie weithin bekannt, in hervorragendem Maße dem deutschen Gedanken. Im offiziellen Bericht über die Inbesitznahme des Hauses – Westdeutscher Beobachter vom 26.7. 1933 – heißt es:[23] ...

»Dann übernimmt der Leiter der Landesführerschule I, P[artei]g[enosse] *Friedrich*, das Gebäude in seinen Besitz. In kurzen Ausführungen spricht er davon, daß bisher in diesen Räumen die Liebe zum Materialismus und der Haß gegen alles Deutsche gewohnt habe. Auch fortan solle hier Liebe und Haß wohnen bleiben, aber die Liebe zu Deutschland und der Haß gegen alles Undeutsche in Deutschland.«

Es sind das alles nur einige Beispiele des Vorgehens gegen die christlichen Gewerkschaften. Es darf nicht verhehlt werden, daß sich der Betroffenen eine tiefe Bitterkeit bemächtigt hat, nicht zuletzt auch deshalb, weil sich noch keine maßgebliche Stelle im deutschen Volk gefunden hat, die für sie eintritt. Der größte Teil der Angestellten der christlichen Gewerkschaften hat in der Überzeugung seine Pflicht getan, daß sein Wirken Dienst an der Arbeiterschaft und am deutschen Volke ist. Und so war es auch. Das Wirken der christlichen Gewerkschaften stand restlos im Dienste des Volkes. Jeder, der ihre Geschichte kennt, weiß, daß ihr Sinn war, die Arbeiterschaft vom Klassenkampfgedanken fernzuhalten. Und jeder, der um die Geschichte der gesamten deutschen Arbeiterbewegung weiß, bestätigt, daß vor allem Geist und Wirken der christlichen Gewerkschaften die freien Gewerkschaften fortschreitend zu positiver Haltung gegenüber Wirtschaft, Gesellschaft und Staat zwang.

17 Organisationsamt der DAF/Reinhold Muchow, an alle Deutsche Arbeitsfront- und NSDAP-Dienststellen. »Sonderrundschreiben bezüglich der Sicherung der Verbände gegen versteckte marxistische Sabotage«, vom 27.6.1933 (AdsD, ITF, Mappe 50).
18 Wie Anm. 10.
19 Die Verbandsleiter waren die von der DAF eingesetzten Leiter der zerschlagenen Einzelgewerkschaften des ADGB. Der Leiter des Organisationsamtes der DAF, Reinhold Muchow, ordnete im gleichen Rundschreiben ebenfalls an, ab sofort dürfe »kein Hauskassierer (oder ähnlich geartet) der Verbände mehr Marxist sein«.
20 Wie Anm. 10.
21 Gemeint sind hier jeweils nur die christlichen Gewerkschaften.
22 Zu Theodor Brauer (1880–1942) vgl. Anm. 11. Brauer war führender Vertreter berufsständischer Ideen in den christlichen Gewerkschaften. Zu den berufsständischen Konzeptionen und den programmatischen Entwicklungen bei den christlichen Gewerkschaften vgl. Schneider, Christliche Gewerkschaften, S. 690–728.
23 Wie Anm. 10. Zu Friedrich wurden keine weiteren biographischen Angaben ermittelt.

Es wäre nun folgendes notwendig:

1) Die Diffamierung der früheren christlichen Gewerkschaften – und ihrer Führer – muß aufhören. Ihre nationale Gesamtbedeutung muß wieder Anerkennung finden.
2) Es müßte erwirkt werden, daß den Angestellten der früheren christlichen Gewerkschaften ihre gesetzmäßigen Rechte seitens der Deutschen Arbeitsfront, die das Vermögen auch der christlichen Gewerkschaften in Besitz genommen hat,[24] endlich zuerkannt werden. Es handelt sich hier vor allem um die Auszahlung der Gehälter für die Zeit des Kündigungsschutzes und um die Anerkennung der vielfach durch eigene Beitragsleistung erworbenen Rechte aus den Unterstützungs- und Pensionskassen der Gewerkschaften. Der Einwurf, den die Arbeitsfront gegenüber diesen Rechtsverpflichtungen immer wieder erhebt, daß sie nicht Rechts- und damit nicht Pflichtnachfolger der früheren Gewerkschaften sei, sollte nicht mehr erhoben werden.[25] Die Deutsche Arbeitsfront hat die Vermögen und Vermögenswerte der christlichen Gewerkschaften im Besitz. Sie hat sich von Schuldnern der früheren christlichen Gewerkschaft ihre Schuld an die Arbeitsfront bestätigen lassen. Die Arbeitsfront hat in Einzelfällen auch früheren Angestellten der christlichen Gewerkschaften ihre Gehalts- und Pensionsansprüche zuerkannt. Es sollte deswegen weder vor Arbeitsgerichten noch sonstwo mehr Meinungsverschiedenheit darüber geben, daß die Arbeitsfront zum mindesten diese gesetzlich verbürgten Rechte aller in betrachtstehenden Menschen anerkennt. Diese Menschen sind durch die Vernichtung ihrer Existenz ohnehin grausam genug getroffen. [26]
3) Weiter müßte dahin gewirkt werden, daß diesen Männern, wenn ihre Mitarbeit in der Arbeitsfront auch weiterhin nicht erwünscht sein sollte, die Umstellung auf einen anderen Beruf nicht auch noch erschwert wird. Der tragische Tod des früheren Vorsitzenden der christlichen Gewerkschaften, Bernhard *Otte*, hatte nicht zuletzt seinen Grund in den Schwierigkeiten, denen die ehemaligen Führer der Gewerkschaften beim Kampf um eine neue Existenz begegnen.

Abschließend sei vermerkt, daß auch nach der Meinung christlicher Gewerkschaftsführer vieles im deutschen Leben mit starker Hand korrigiert werden mußte. Sie haben das selber auch betont und vertreten. Aber diese Korrektur und die wirkliche Versöhnung des Gesamtvolkes vollzieht sich nicht durch Diffamierung und Vernichtung des Lebens und der Existenz anderer deutscher Volksgenossen. Das deutsche Volk kämpft einen entscheidenden Kampf um seine nationale Ehre. Die nationale Ehre dem Ausland gegenüber setzt die nationale Ehre der einzelnen deutschen Menschen voraus. Die christlichen Gewerkschafter haben alle[27] von jeher für die deutsche Ehre gekämpft. Jeder, der die Geschichte ihrer Bewegung kennt, weiß darum. Es wäre billig und recht, daß ihre Ehre vor der Gesamtheit der Nation wiederhergestellt wird.

November 1933.

24 Vgl. hierzu auch die Unterscheidung des Leiters der Rechtsabteilung der DAF, Bähren, in seinem Rundschreiben Nr. 1, vom 16.10.1933 an alle Abteilungen der Deutschen Arbeitsfront u.a. (GStA Berlin, Rep. 77, Nr. 10, Bl. 75–80). Danach wurde differenziert zwischen dem »Vermögen der beschlagnahmten Gewerkschaften«, das waren die freien Gewerkschaften, dem »Vermögen der gleichgeschalteten Gewerkschaften«, das waren die christlichen Gewerkschaften und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, und dem »Vermögen der Gewerkschaften, deren Rechtsnachfolge angetreten worden ist«, das waren DHV, Deutscher Werkmeisterbund, Deutscher Büro- und Behördenangestelltenverband, Verband der weiblichen Angestellten.

25 Vgl. z.B. DMV (Jäzosch/Beck), Rundschreiben Nr. 36, vom 7.7.1933 (BA, SAPMO, FDGB, Nl. 79, Nr. 3). Vgl. auch Anm. 24 und in Dok. 11.

26 Vgl. auch Dok. 17. Nach Mitteilung von Kaiser an seine Klienten ging Ende 1940 die »Auseinandersetzung mit der Deutschen Arbeitsfront nun wirklich ihrem Abschluß entgegen«. Die Reichsfeststellungsbehörde habe über den größten Teil der Entschädigungsanträge hinsichtlich der Kündigungen und Rentenansprüche Beschluß gefaßt. Bei beiden Positionen sei allerdings bis auf wenige Fälle bereits 1936 eine »abschließende Regelung« mit der DAF zustande gekommen. Kaiser bedankte sich für Interesse und Unterstützung in den vergangenen Jahren und erinnerte an die »früheren Jahre gemeinsamer Arbeit«. Eine weitere Perspektive nannte Kaiser nicht. Die Auseinandersetzungen um die Entschädigungsansprüche dauerten jedoch an. Ende Februar 1944 teilte Kaiser seinen »Freunden und Kameraden« mit, daß bei der Ausbombung seiner Wohnung die Unterlagen für die Reichsfeststellungsbehörde verbrannt waren. Kaiser, an Liebe Freunde, o. D. (Ende Dezember 1940) und vom 22.2.1944, abgedr. in: Mayer, Kaiser, S. 169–171, S. 177f. Vgl. zur Fortdauer der Auseinandersetzungen um die Entschädigungen Anfang der vierziger Jahre die Briefwechsel zwischen Kaiser und seinem Mitarbeiter Heinrich Fahrenbach (3.7.1878–28.1.1950; 1928 bis 1933 MdR (Zentrum) im Wahlkreis Düsseldorf-West und Vorsitzender der christlichen Textilarbeitergewerkschaft) in: AdsD, DGB-Archiv, Nr. 263 (Nachlaß Fahrenbach) und Nr. 265 (Nachlaß Jacob Nössenes). Vgl. auch den Bericht des ehemaligen DMV-Vorsitzenden Alwin Brandes aus dem Jahre 1942, zit. in: Opel/Schneider, 90 Jahre, S. 298 sowie die Hinweise in Dok. 11.

DOKUMENT 16

25. 2. 1935: Rundschreiben früherer Gewerkschaftsführer des Fabrikarbeiter-Verbandes zur Koordination von Entschädigungsansprüchen für ehemalige Angestellte des Verbandes

BA, SAPMO, FDGB, Nl. 79, Nr. 3. Unpaginiert. Vervielfältigte Maschinenschrift. Maschinenschriftliche Unterschrift.[1]

Hannover, den 25. Februar 1935

Liebe Freunde !

Entgegen allen Zusagen, die uns auch nach Absendung unseres letzten Rundschreibens wiederum gemacht wurden, scheint das Schatzamt der Deutschen Arbeitsfront die Befriedigung unserer Ansprüche noch weiter hinauszögern zu wollen.[2] Wir sind nunmehr dahin übereingekommen, Euch allen die Klage zu empfehlen. Wir haben Klagemuster für jede der 4 Klagen, nämlich: der Klage auf Gehalt, auf Auszahlung der Unterstützungs-Kassen-Gelder und auf Gewährung der Pensions- und Witwen-Ansprüche beigefügt. Wir bitten Euch, diesen Klagemustern nichts weiter hinzuzufügen,

27 Das Wort ist in der Vorlage unterstrichen.

1 Das Schreiben enthält keinen Briefkopf und keine gesonderte Anschrift. Wer diesen Informationsbrief im einzelnen erhalten hat, läßt sich nicht mehr ermitteln. Die im Brief genannten Kontaktadressen sind in der Vorlage unterstrichen.

2 Zu den vorausgegangenen Entwicklungen vgl. exemplarisch die Klagen von Leopold Karle und Emil Hoffmann (Dok. 11, 12, 14). Das erwähnte Rundschreiben wurde nicht ermittelt. Insgesamt handelte es sich nach Aussagen von Hermann Schlimme um »etwa 7.000 Angestellte« der freien Gewerkschaften, die Ansprüche geltend machten. Jakob Kaiser sprach bei den fristlos entlassenen freien Gewerkschaftern von weit über 4.000 Personen, bei den christlichen Gewerkschaftern von rund 500 Personen. Vgl. Dok. 15; Hermann Schlimme, Material über die Vorgänge, die zur Machtergreifung Hitlers im Januar 1933 führten, o. D. (nach 1945), S. 7 (BA, SAPMO, FDGB, Nl. 16, Nr. 71). Heinz Boberach [Die Regelung der Ansprüche von Gewerkschaftlern auf beschlagnahmtes Vermögen durch die Reichsfeststellungsbehörde 1938–1944, in: IWK 25 (1989), S. 188] nennt die Zahl von ca. 15.000 Verfahren, die durch das »Gesetz zum Ausgleich bürgerlich-rechtlicher Ansprüche« vom 13.12.1934 ausgesetzt wurden. Vgl. RGBl., 1934, I., S. 1235.

sondern sie so ausgefüllt in 3-facher Abschrift an unseren Freund Martin *Krebs*[3] in Berlin-Reinickendorf, General Barbystraße 104 a zu senden. Jedes Exemplar muß unterschrieben sein!

Bei den Gehaltsklagen hat jeder seine Forderung selbst einzusetzen. Bei den Unterstützungs-Kassen-Klagen auf keinen Fall. Die Summen werden von uns eingesetzt, da wir die genauen Unterlagen haben. Wir klagen den gesamten Betrag, also auch die vom Verbande geleisteten Beiträge, ein.

Die Pensionäre und Witwen müssen ihren monatlichen Pensionsbetrag selbst einsetzen.

Krebs wird zusammen mit den Kollegen [Paul] *Miertschke*[4] und [Hilmar] *Raab*[5] die Klagen vor dem Arbeitsgericht vertreten. Aus diesem Grunde laßt den Namen des Vertreters in der Vollmacht aus; er wird von demjenigen der drei Kollegen, der die einzelne Sache gerade vertritt, selbst eingesetzt.

Die Klagen der Pensionäre und Witwen sind an den Kollegen Albert *Schulze*, Berlin 0 16, Melchiorstraße 1, Vorderhaus IV.[6] zu senden.

Pensionäre und Witwen füllen also die Vollmacht gleich aus. Es bleibt natürlich jedem Kollegen überlassen, seine Klage bei dem Arbeitsgericht direkt einzureichen und [sich] selbst bezw. durch andere Freunde vertreten zu lassen. Es können auch ruhig Kollegen eines Bezirkes sich zusammenschließen und einen anderen Vertreter beauftragen. In solchen Fällen erbitten wir aber Mitteilung an *Krebs*, damit der Überblick erhalten bleibt.

Wir haben die Klagen absichtlich zunächst so kurz gefaßt, weil eingehende Beantwortungen, d.h. Klagebeantwortungen der Arbeitsfront noch nicht vorliegen. Später werden, falls es erforderlich ist, die Rechtsfragen von uns eingehend für alle gemeinsam erörtert werden.

Da wir nicht mehr wissen, welche Kündigungsschutzfristen für den einzelnen Kollegen zutreffen, haben wir dieses offengelassen, damit jeder selbst die auf ihn zutreffenden Voraussetzungen des Gesetzes nachprüfen und den entsprechenden Betrag einsetzen kann.

Das Zeugnis zur Erlangung des Armenrechts wird von der zuständigen Gemeindebehörde (Oberbürgermeister, Gemeindeschulze und Landrat usw.) ausgestellt. Über die Bewilligung des Armenrechts hat dann das Arbeitsgericht in Berlin zu entscheiden. Es ist zweckmäßig, dieses Zeugnis sich möglichst schnell zu besorgen.

3 Martin Krebs (17.3.1892–29.12.1971) war 1925–1930 Sekretär des Glasarbeiter-Verbandes, 1931–1933 im Vorstand des »Keramischen Bundes«, 1930–1933 Internationaler Sekretär des Internationalen Glasarbeiter-Verbandes, nach 1933 illegale Gewerkschaftsarbeit, mehrmals inhaftiert, im Herbst 1935 Flucht in die CSR, dort Organisation illegaler Gewerkschaftsarbeit nach Deutschland in Verbindung mit dem IGB, 1938 Emigration nach Schweden, Vorsitzender des Landesverbands Schweden der ADG, ab November 1942 Vorsitzender der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden, Mitglied im Freien Deutschen Kulturbund, Februar 1946 Rückkehr nach Deutschland, Landesschlichter in Lohn- und Tariffragen in Kiel, 1948–1970 Kommunalpolitiker und Inhaber verschiedener Ämter in Eckernförde.
Die Klagemuster lagen nicht vor.

4 Paul Miertschke (geb. 22.12.1884) war vom 1.3.1922 bis 1933 Angestellter im Verband der Porzellanarbeiter in Dresden.

5 In der Vorlage: Raabe. Hilmar Raab (geb. 15.7.1864) war von 1905–1933 Hauptkassierer des (Hirsch-Dunckerschen) Gewerkvereins der Fabrik- und Handarbeiter in Berlin.

6 In der Vorlage: Schulz. Albert Schulze (geb. 8.4.1876) war 1920–1933 Geschäftsführer und Kassierer im freigewerkschaftlichen Verband der Porzellanarbeiter in Berlin.

Erforderlich sind zwei[7] Zeugnisse, eines für die Gehaltsklage und eines für die Klage auf Auszahlung der Unterstützungs-Kassen-Gelder. Es ist angebracht, ferner Entlassungspapiere, Anstellungsvertrag und Gehaltsbescheinigung mitzuschicken.

Über die Aussichten der Klagen können wir Euch naturgemäß irgendwelche Garantien nicht geben.

In Berlin hat das Arbeitsgericht die Klagen auf Gehalt derjenigen Kollegen, die über den 30. Juni 1933 hinaus beschäftigt gewesen sind, ganz oder teilweise zu ihren Gunsten entschieden.

Die Klagen auf Gehalt derjenigen Kollegen, die mit dem 30. Juni 1933 ausschieden, sind vertagt worden unter Hinweis auf die angeblich noch bestehende Beschlagnahme des Gewerkschaftsvermögens. Es sind von der Arbeitsfront abermals Durchführungsverordnungen angekündet, aber wann sie erscheinen, wissen wir nicht.[8]

Im Hinblick auf das Gesetz vom 13. Dezember 1934 halten wir es für erforderlich, daß die Klagen eingereicht werden.[9] Es liegt zwar eine Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts vom 12. Januar 1935 vor, in der auf folgenden Fall das Gesetz vom 13. Dezember 1934 für nicht anwendbar erklärt wurde: Der Kläger war von der Gewerkschaft »Verband sozialer Baubetriebe« als Bezirksleiter angestellt und am 30. Juni 1933 fristlos entlassen worden. Er klagte ebenfalls auf Gehalt. In diesem Rechtsstreit hatte der »Verband sozialer Baubetriebe« als Beklagter sich auf das Gesetz vom 13. Dezember 1934 berufen, ist aber mit diesem Einwand vom Reichsarbeitsgericht nicht gehört worden.[10] Immerhin ist hier aber zu beachten, daß es sich nicht um einen Gewerkschaftsangestellten handelt. Wir sind mit unserem Rechtsbeistand darüber einig, daß dieses Gesetz auch auf unsere Ansprüche keine Anwendung findet; immerhin aber können wir die Angelegenheit nicht länger hinausziehen, denn möglich ist ja doch, daß bei unseren Forderungen ein Unterschied gemacht wird. Demzufolge droht der Fristablauf des 31. März 1935. Der Rechtsstreit wird wahrscheinlich so verlaufen, daß unsere Klagen zunächst vertagt werden, bis in den zahllosen anderen Prozessen eine Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts vorliegt. Das ist wesentlich auch für die Kostenfrage.

Wir halten es für unsere Pflicht, Euch besonders hierauf aufmerksam zu machen:

Das bewilligte Armenrecht befreit nur von der Zuzahlung des Prozeßkostenvorschusses. Im Falle des Unterliegens aber würde die Bewilligung des Armenrechts nicht hindern, daß der Gegner die ihm entstandenen Kosten (Gerichts- und Anwaltskosten) von uns einzieht.

Diese Kosten sind natürlich nicht besonders erheblich, wenn unsere Klagen beim Arbeitsgericht hängen bleiben, bis das Reichsarbeitsgericht entschieden hat. Entscheidet es in den bei ihm anstehenden Sachen zugunsten der Kollegen anderer Verbände, dann ist die Situation klar. Entscheidet es zu ihren Ungunsten, weil etwa das Gesetz vom 13. Dezember 1934 Anwendung fände, dann müssen unsere Ansprüche dem Innenminister weitergeleitet werden. Wir haben auf jeden Fall die Möglichkeit, weil vor uns so viele andere Klagen gleicher Art vor den höchsten Instanzen laufen, unsere Klagen gegebenenfalls schon vor dem Arbeitsgericht zurück-

7 In der Vorlage unterstrichen.

8 Die Arbeitsgerichtsentscheidungen wurden nicht ermittelt. Zur Politik der DAF vgl. den Entscheid des Rechtsamtes der DAF gegenüber Emil Hoffmann (Dok. 11 Anm. 4) sowie die Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts, in: Lutz Richter, Der rechtliche Verbleib der früheren Gewerkschaften, in: Soziale Praxis, 44. Jg., H. 15, vom 12.4.1935, Sp. 436f.

9 Gesetz zum Ausgleich bürgerlich-rechtlicher Ansprüche, vom 13.12.1934 (Anm. 2).

10 Entscheid des Reichsarbeitsgerichts vom 12.1.1935, (Nr. 179/34), abgedr. in: Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts, Bd. 23, 1935, S. 107.

ziehen zu können. Hinsichtlich des Zinsanspruches bei den Gehaltsklagen ist folgendes zu bemerken: Angenommen, es wird ein Betrag von RM 1800,00 für 6 Monate eingeklagt, dann muß der Zinsanspruch lauten: nebst 4% Zinsen auf 300,000 RM seit dem 1. August 1933, auf RM 300,00 seit dem 1. September 1933 usw.

Aus diesen Gründen empfehlen wir jedem, der nach reiflicher Überlegung Klage erheben will, möglichst schnell die Klagen in 3-facher Ausfertigung mit 2 Vollmachten an *Krebs* einzuschicken, denn zur Wahrung der Frist bis zum 31. März 1935 genügt nicht die Einreichung der Klage bei Gericht, sondern sie muß der Deutschen Arbeitsfront möglichst bis zu diesem Tage zugestellt sein.

Durch die Presse ist bekannt gemacht worden, daß die »Rentka« (Unterstützungskasse des Gesamtverbandes)[11] ihre Mitglieder allgemein mit 20% der Beiträge abgefunden hat. Das gilt für uns nicht. Die »Rentka« hatte eine ganz andere Leistungsverteilung für die Beiträge als wir. Ihr könnt versichert sein, daß unsere Bemühungen, einen außergerichtlichen Ausgleich zu finden, nach wie vor energisch fortgesetzt werden.

gez. [Robert] Leinert[12]
Rechtsanwalt

Mit bestem Gruß!
gez. [Albin] Karl[13], [Georg] Geiger[14], [Karl] Thiemig, [Karl] Schmidt[15]

11 Renten-, Pensions- und Steuerzuschußkasse des Gesamtverbands der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs. Diese Pressemitteilung konnte nicht überprüft werden. Zur »Rentka« in der Weimarer Republik vgl. Franz Josef Furtwängler, ÖTV. Die Geschichte einer Gewerkschaft, Stuttgart 1964, S. 483–503.

12 Robert Leinert (16.12.1873–10.2.1940), Rechtsanwalt, war 1908–1933 Abgeordneter im Preußischen Abgeordnetenhaus bzw. Landesversammlung bzw. Landtag (SPD), 1918–1925 Präsident des Preußischen Landtags, 1918–1924 Oberbürgermeister in Hannover, 22.4.–2.5.1933 Schutzhaft, kein Ruhegeld, Teilhaber (mit August Brey vom Fabrikarbeiter-Verband) einer Seifenhandelsfirma, Organisation von Vertretertätigkeiten u.a. mit Albin Karl, Hans Jahn und Ludwig Steinberg, 1936 bei Ermittlungen der Gestapo gegen Sozialdemokraten und Reichsbanner-Angehörige festgenommen und vorübergehend in Haft. Vgl. auch Dok. 21, 22, 75.

13 Albin Karl (5.2.1889–4.1.1976) war 1911 Vorsitzender der Ortsverwaltung Neustadt/Coburg des Verbands der Porzellanmaler und verwandter Berufe, 1912 stellvertretender Gauleiter und seit 1919 Gauleiter für Thüringen, 1919–1926 Mitglied des Hauptvorstandes dieser Gewerkschaft, seit 1926 Sekretär und Vorstandsmitglied des Keramischen Bundes, 1928–1933 2. Vorsitzender des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes, 1933 Entlassung, Haft, illegale Gewerkschaftsarbeit, 1945 Vorsitzender des vorläufigen Vorstandes der Allgemeinen Gewerkschaft in Hannover, Februar 1946-April 1947 Niedersachsenausschuß, März 1946-April 1947 Mitglied im vorläufigen Zonenvorstand der Gewerkschaften in der Britischen Besatzungs-Zone (BBZ), ab April 1947 stellvertretender Vorsitzender im Bundesvorstand des DGB für die BBZ, Oktober 1949–1956 Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand des DGB, Leiter des Referats Organisation und Verwaltung, ab 1953 Leiter der Hauptabteilung Finanzen und Vermögenswerte.
Albin Karl wurde wegen dieses oder eines ähnlichen Rundschreibens, in dem er »ehemalige Gewerkschaftsangestellte« aufforderte, »ihre Ansprüche an die DAF auf dem Klagewege geltend zu machen«, am 25.8.1935 verhaftet und befand sich von August bis Dezember 1935 in Schutzhaft. Gestapa Berlin, Telegramm an die Staatspolizeistelle Hannover, vom 11.10.1937; Gestapo/Staatspolizeistelle Hannover, an Staatspolizeistelle Düsseldorf, vom 27.10.1937 (HStA Düsseldorf, RW 58, Nr. 15973). Vgl. auch Dok. 22.

14 Georg Geiger (geb. 7.8.1894) war 1922–1931 Zahlstellenleiter des Fabrikarbeiter-Verbandes (FAV) in Heilbronn,1931–1933 Vorstandssekretär des FAV in Hannover, nach 1945 am Wiederaufbau der Gewerkschaften (IG Chemie) in Hannover beteiligt.

15 Karl Schmidt (31.5.1878–25.8.1952) war 1909–1922 Arbeitersekretär in Augsburg und München, 1922–1933 Sekretär für Rechtsschutzfragen und Verwaltung beim Hauptvorstand des Fabrikarbeiter-Verbandes in Hannover, Aufbau der Arbeitsrechtsabteilung, Dozent bei Arbeitsrechtskursen des FAV, Beisitzer am Reichsarbeitsgericht in Leipzig.

DOKUMENT 17

15. 4. 1935: Jakob Kaiser zum Verhältnis von Deutscher Arbeitsfront und den ehemaligen christlichen Gewerkschaften

BA, R 41, Nr. 644. Unpaginiert. Maschinenschrift. Maschinenschriftliche Unterschrift. Über der Kopfleiste handschriftliche Notiz: »Jakob Kaiser. 15.4. 1935«.[1]

Zu den offenen Fragen zwischen der Deutschen Arbeitsfront und den ehemaligen christlichen Gewerkschaften.

Es war vor dem 1. Mai 1933 der Wille der deutschen Gewerkschaften, ihre Einordnung in die neue Volks- und Staatsform unter Wahrung der inneren und äußeren Würde der deutschen Arbeiterbewegung zu vollziehen. Sie erstrebten diese Form der Einordnung aus Verantwortung gegenüber der deutschen Arbeiterschaft, deren bester Kern auch nach dem Zeugnis nationalsozialistischer Führer in den Gewerkschaften zusammengeschlossen war.

Die Gewerkschaften waren sich unter dem Erlebnis des nationalen Auftriebs im jungen Deutschland durchaus bewußt, daß die Stunde der Zusammenschweißung des deutschen Volkes zu einer größeren Gemeinsamkeit gekommen war. Sie waren sich bewußt, daß der Notwendigkeit dieses Zusammenschweißens auch durch neue Formen Rechnung getragen werden mußte. Aus dieser Erkenntnis heraus versuchten sie wiederholt, zu einer entscheidenden Begegnung mit der neuen Staatsführung zu kommen.[2]

Da die Staatsführung sich diesen Schritten gegenüber zurückhielt[3], traten die Gewerkschaften in Beratungen über eine durchgreifende Umgestaltung des Gewerkschaftswesens ein. Erstes Ziel der Beratungen war die Schaffung der Einheit der deutschen Gewerkschaften auf nationaler Grundlage.[4] Es war ja immer der ausgesprochene Wille vor allem der jüngeren christlich-nationalen Gewerkschaftsführer, einheitliche deutsche Gewerkschaften auf nationaler Grundlage zu schaffen, um auch die Gefolgschaft der freien Gewerkschaften der Lähmung des nationalen Lebenswillens, wie ihn der sozialistische Parteigeist verursachte, zu entreißen. Der Gerechtigkeit wegen muß gesagt werden, daß die verantwortlichen Führer der freien Gewerkschaften für diese Notwendigkeiten einen durchaus positiven Willen bewiesen. Dieser Wille war unter dem Erlebnis des nationalen Aufbruches im deutschen Volke zur entscheidenden Klärung gekommen.[5]

Im April 1933 standen die Gewerkschaften aller Richtungen vor der Einigung auf national- und volkspolitisch positiver Grundlage. Ein von den christlichen Gewerkschaften erneut unternommener Schritt, zu einer Aussprache mit dem Herrn Reichskanzler *Hitler* zu kommen, um ihn über den Willen der Gewerkschaften zu unterrichten, blieb erfolglos.

Der 2. Mai 1933 brach den Weg, den die Gewerkschaften mit ihrer Gefolgschaft zum neuen Staat suchten, jäh ab. Die christlichen Gewerkschaften hatten sich im Anschluß an die auf Anordnung des Herrn Reichskanzlers erfolgte Besetzung aller

1 In der Vorlage zahlreiche Unterstreichungen einzelner Wörter und Sätze.

2 Vgl. für ADGB und DGB Jahn, Quellen IV, Dok. 189 und 202, S. 865–867 und S. 892–894.

3 Der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften wurde z.B. nach seiner Anfrage am 21.4.1933 von der Reichskanzlei auf einen Termin Mitte Mai vertröstet. Jahn, Quellen IV, S. 892 Anm. 1.

4 Vgl. Beier, Entstehung, S. 387 Anm. 98, der auf diese Parallelität hinweist.

5 Vgl. Dok. 10; sowie Schneider, Christliche Gewerkschaften, S. 724–728, der das Entgegenkommen der freien Gewerkschaften als Grund für die hohe Bedeutung ansieht, die die christlichen Gewerkschaften der Vereinbarung zumaßen (S. 727).

Einrichtungen der freien Gewerkschaften am 3. Mai dem Führer des Aktionskomitees zum Schutze der deutschen Arbeit, Dr. Robert *Ley*, unterstellt. Ihre Führer haben im Anschluß daran versucht, loyal an der Umgestaltung mitzuarbeiten. Sie haben sich bei diesem Versuch von dem Gedanken leiten lassen, alle Werte der Arbeiterbewegung in sinnvoller Erhaltung und Anpassung für die Neugestaltung retten zu helfen.[6]

Nach den bekannten Geschehnissen auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf im Juni 1933 wurde aber auch die Mitwirkung ehemaliger christlicher Gewerkschaftsführer an der Gestaltung der Deutschen Arbeitsfront restlos abgebrochen. Sie wurden, wie vorher die Führerschaft der freien Gewerkschaften, durchweg fristlos aus ihren Dienststellen ausgestoßen.[7] Es geschah dies unter äußerst diffamierenden Formen. Männer, die im Kriege vielfach unter größter Auszeichnung ihre Pflicht getan, die im Ruhrkampf und in den anderen entscheidenden Phasen der Nachkriegszeit an vorderster Stelle ihren Mann für die Nation gestanden, die zum Teil ein ganzes Leben im Dienste einer nationalen Arbeiterbewegung ihre Pflicht getan, wurden als Staatsfeinde und Schädlinge des Volkslebens bezeichnet und abgetan, ohne daß sie auch nur selbst für ihre Ehre eintreten konnten.

Die Deutsche Arbeitsfront, die von den Vermögen und Vermögenswerten der Gewerkschaften Besitz ergriffen hatte, verweigerte diesen Männern darüber hinaus noch die Erfüllung ihrer gesetzlichen verbürgten materiellen Ansprüche. Die Härte dieses Zustandes äußert sich um so bitterer, als im Ablauf der nationalsozialistischen Revolution ein vergleichbarer Vorgang bei keiner anderen Organisation zu verzeichnen ist. Bei Auflösung der Arbeitgeberverbände wurde – um nur ein Beispiel zu nennen – sogar ausdrücklich festgelegt, daß die Rechte der Angestellten respektiert und gewahrt würden, daß für ihre Verwendung an anderen Stellen Sorge getragen würde.[8]

Alle indirekt und direkt geführten Versuche, wenigstens die materiellen Rechtsansprüche des ehemaligen Führerkreises der christlichen Gewerkschaften zur Erfüllung zu bringen, sind im wesentlichen fehlgeschlagen. Die Ansprüche christlicher Gewerkschafter wurden zunächst unter gleicher Begründung abgelehnt wie die der Angestellten der freien Gewerkschaften. Die Deutsche Arbeitsfront bestritt, Rechtsnachfolger auch der christlichen Gewerkschaften zu sein. Weiter wurde die Ablehnung der Ansprüche christlicher Gewerkschafter meist mit der Feststellung begründet, die Deutsche Arbeitsfront habe von den christlichen Gewerkschaften nur Schulden und keine Vermögenswerte übernommen. Die verbliebenen Vermögenswerte der christlichen Gewerkschaften seien zu Gunsten der früheren Deutschen Volksbank, für die

6 Vgl. eingehend ebd., S. 760f.; sowie Dok. 15.

7 Otte, Brauer, Behrens und Kaiser wurden von Ley in den Großen Arbeitskonvent der DAF berufen. Nach dem Scheitern Leys, durch Hinzuziehung ehemaliger Gewerkschaftsführer wie z. B. Leuschner auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf internationale Anerkennung zu erhalten, wurden die christlichen Gewerkschafter aus der DAF und aus dem Arbeitskonvent wieder ausgeschlossen. Vgl. Dok. 15.
Wilhelm Leuschner wurde nach seiner Rückkehr aus Genf verhaftet und in ein Konzentrationslager eingeliefert. Vgl. auch das Tagesmerkbuch von Leuschner für 1933 in: Hessisches StA Darmstadt, Nl. Leuschner, Nr. 1/9; Beier, Reichsleitung, S. 25f. Der Arbeitskonvent hatte vor allem propagandistischen Charakter und schlief nach wenigen Zusammenkünften im Zuge der Zentralisierung der DAF Ende 1933/Anfang 1934 ein.

8 Vgl. exemplarisch die Klage von Emil Hoffmann vom freigewerkschaftlichen Fabrikarbeiterverband (Dok. 11). Zur Ablehnung jeglicher Entschädigung durch die DAF vgl. DMV (Jäzosch, Beck), Rundschreiben Nr. 3, vom 7.7.1933 (BA, SAPMO, FDGB, Nl. 79, Nr. 3). Die Ende 1933 beschlossene Auflösung der Arbeitgeberverbände ging nur schleppend voran.

Bürgschaftsverpflichtungen der christlichen Gewerkschaften bestanden, aufgebracht worden.[9]

Die Rechtsnachfolge der christlichen Gewerkschaften wurde später nicht mehr bestritten.

Was die Höhe der Vermögen der christlichen Gewerkschaften betrifft, so muß klargestellt werden, daß die Deutsche Arbeitsfront nach vorsichtigster Zusammenstellung weit über 20 Millionen Mark an Vermögen und realen Vermögenswerten übernommen hat. Rechnet man davon die auf die christlichen Gewerkschaften entfallenden Bürgschaftsverpflichtungen für die Deutsche Volksbank ab (71% von rund 6 Millionen Mark gefährdeter Debitoren) so ergibt sich, daß den materiellen Rechtsansprüchen ihrer ehemaligen Angestellten ohne jede Schwierigkeit entsprochen werden kann. Sonstige Schuldverpflichtungen nennenswerter Art waren nicht vorhanden. Im übrigen haben sich einzelne Untergliederungen der Deutschen Arbeitsfront der Verpflichtungen gegenüber den Angestellten der christlichen Gewerkschaften bereits ganz oder zum Teil entledigt. Bei der teilweisen Erledigung der Verpflichtungen geschah es meist in der Weise, daß man den um ihr Recht bemühten Angestellten Abfindungssummen in verschiedener Höhe gegen Abgabe einer Erklärung anbot, durch die sie auf ihre weiteren Ansprüche verzichten sollten. Eine Anzahl von Angestellten ist aus drängender Not heraus auf eine derartige Regelung eingegangen. Für die Ablösung der heute noch offenen Rechtsansprüche christlicher Gewerkschafter – Gehälter für die Kündigungszeit und Regelung der erworbenen Rechte in den Pensionskassen – dürften ungefähr noch 1,5 Millionen Mark erforderlich sein.

Der Großteil der ehemaligen Gewerkschaftsführer ist sich bewußt, daß eine revolutionäre Umwälzung nicht ohne Härten verläuft. Verständlich ist auch, daß die erste Leidenschaftlichkeit des revolutionären Kampfes abgeebbt sein muß, ehe sachliches Zusammenfinden über ehemalige Gegensätze hinweg möglich ist. Wahr dürfte aber auch sein, daß ein Volksaufstieg um so sicherer gewährleistet wird, je mehr möglichst alle besonnenen, positiven Kräfte im Volke zur Mitarbeit kommen. Das gilt auch für die Männer, die vor dem 1. Mai 1933 die deutschen Gewerkschaften geführt [haben]. Die gewerkschaftlich geschulte und disziplinierte Arbeiterschaft, die wohl auch heute noch den Kern der deutschen Arbeiterschaft bildet, hatte zu ihren Führern, die ja aus ihren eigenen Reihen heraus gewachsen waren, Vertrauen. Und dieses Vertrauen war gerechtfertigt trotz menschlicher und politischer Fehler, die schließlich überall zu finden sind, wo Menschen führen und handeln. Die positive Volks- und Wirtschaftshaltung des Kernes der deutschen Arbeiterschaft war das Werk der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften waren mit die stärkste Sicherheit gegen den Bolschewismus, der sie nicht umsonst heftig bekämpfte.

Die Frage heute zu stellen, ob es für die deutsche Arbeiterschaft und ihr Verhältnis zum neuen Staat nicht fruchtbarer und für die gesamte deutsche Volksgestaltung nicht förderlicher gewesen wäre, den Weg der Neugestaltung unter Mitarbeit früherer Gewerkschaftsführer zu tun, bleibt eine offene Frage. Billig und gerecht dürfte es aber sein, den ehemaligen Gewerkschaftsführern wenigstens erst einmal ihre materiellen Ansprüche zu erfüllen, auf die sie nach Recht und Gesetz Anspruch haben. Die Erfüllung dieser ihrer bescheidenen Ansprüche würde es ihnen zum mindesten erleichtern, die notwendige Existenzumstellung vorzunehmen oder einigermaßen zu sichern, die sie und ihre Familien wenigstens vor dem Hunger retten kann. Dabei muß darauf hingewiesen werden, daß für einen Großteil der älteren Gewerkschafter die

9 Zur weiteren Entwicklung der Entschädigungsverfahren vgl. Dok. 11 und 15.

Neuschaffung einer Existenz gar nicht mehr möglich ist. Ihre innere und äußere Not ist darum um so größer. Die meisten dieser älteren Männer stehen nach einem arbeitsreichen, opfervollen Leben vor einem Lebensabschluß voll trostloser Not. Die Erfüllung der gestellten Forderungen bedeutet für den Kreis der älteren Gewerkschafter nur eine ganz bescheidende Hilfe für diese ihre Not. Bei diesen Männern wäre deshalb noch eine außerordentliche Leistung für den Verlust ihrer Lebensstellung durchaus gerechtfertigt. Die Erfüllung aller dieser Notwendigkeiten würde im übrigen auch das bittere Gefühl ausräumen, daß gerade die Vertreter der deutschen Arbeiterbewegung mit am härtesten getroffen wurden.

Der Unterzeichner dieser Denkschrift war und ist des Glaubens, daß nach Abschluß der Revolution die Partei- und Staatsführung besorgt sein würde, die Härten auszuräumen, mit denen die Revolution die Träger der Arbeiterbewegung getroffen hat. Er hat seit Juli 1933 unablässig versucht, die maßgeblichen Stellen auf diese offenen Fragen aufmerksam zu machen.[10] Bei diesen Versuchen leitete ihn die Kenntnis der unsagbaren seelischen und materiellen Not der Angestellten der ehemaligen christlichen Gewerkschaften, die in aufrechter, wahrhaft deutscher Art Jahre und Jahrzehnte ihre Pflicht für Arbeiterschaft, Volk und Nation getan. Die für sich und ihre Familien nun kaum mehr Platz im deutschen Volksleben finden können. Zu dem Mangel an materiellen Mitteln kommt ja noch der Zustand der Diffamierung, der ihnen den Aufbau einer neuen Existenz besonders erschwert.

Anfang 1934 kam es zu ersten direkten Besprechungen zwischen dem Unterzeichneten und Vertretern der Deutschen Arbeitsfront. Im Verlaufe des Jahres 1934 haben sich dann auch die Führer der deutschen Arbeiterschaft an der Saar, die aus dem Geist der christlichen nationalen Arbeiterbewegung heraus den tapferen Kampf um die Deutschheit der Saar führten, für ihre Kameraden im Reich eingesetzt. Mitten im Kampfe um ihre deutsche Heimat stehend, empfanden sie es peinigend, daß die Härten, die der Umbruch gegen ihre Kameraden im Reich gebracht, noch immer nicht beseitigt wurden. Sie trugen dem Führer und Reichskanzler diese Not persönlich vor. Der Führer und Reichskanzler sprach den ausdrücklichen Wunsch aus, daß die Angelegenheit zu bereinigen sei.[11] Durch den Saarbevollmächtigten des Führers und Reichskanzlers, Josef *Bürckel* und durch den Führer der Deutschen Gewerkschaftsfront Saar, Peter *Kiefer*, wurde den Männern und Vertrauensleuten der deutschen Saararbeiterschaft bekanntgegeben, daß die Härten gegen ihre Kameraden im Reich beseitigt würden.[12] Im Anschluß daran kam es zu Verhandlungen des Unterzeichneten

10 So z.B. mit Dok. 15.

11 Vgl. Mallmann/Steffens, Lohn, S. 197ff.

12 In der Vorlage: Joseph. Josef Bürckel (30.3.1895–28.9.1944) war seit 1926 Gauleiter des NSDAP-Gaus Rheinpfalz, 1933–1944 MdR, 1933 Beauftragter der NSDAP im Saargebiet, seit August 1934 Bevollmächtigter der Reichsregierung und Leiter des Abstimmungskampfes um den Status des Saargebiets, Gauleiter des Gaus Saarpfalz, seit März 1935 Reichskommissar für die Rückgliederung, seit 1936 Reichskommissar des Saargebiets, 1938 gleichzeitig Reichskommissar für die Angliederung Österreichs an das Deutsche Reich und Leiter der Zivilverwaltung in Mähren, 1939 Gauleiter von Wien, 1940 Reichsstatthalter in Wien, nach der Besetzung Frankreichs 1940 Leiter der Zivilverwaltung in Lothringen, seit 1941 Reichsstatthalter und Gauleiter des neu gebildeten Gaus Westmark, 1942 Reichsverteidigungskommissar im Wehrkreis XII. Vgl. die biographische Skizze von Gerhard Paul, Josef Bürckel. Der rote Gauleiter, in: Ronald Smelser u.a. (Hg.), Die braune Elite II, Darmstadt 1993, S. 51–65.
Peter Kiefer (geb. 13.6.1884) war Leiter der Deutschen Gewerkschaftsfront Saar. Zu Kiefer vgl. Mallmann/Steffens, Lohn, 198f.

mit dem Leiter des Organisationsamtes der Deutschen Arbeitsfront, Claus *Selzner*,[13] der erklärte, daß die nach Recht und Gesetz bestehenden Forderungen der Angestellten der ehemaligen christlichen Gewerkschaften in loyaler Weise erfüllt würden. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen wurden dem Unterzeichneten folgende Zusagen gemacht:

1. Erfüllung des gesetzlichen Kündigungsschutzes für alle früheren Angestellten der ehemaligen christlichen Gewerkschaften.
2. Abgeltung der von den Rentenempfängern und den zahlenden Mitgliedern in den Unterstützungs- bezw. Pensionskassen der ehemaligen christlichen Gewerkschaften erworbenen Rechte und Ansprüche. Zur Abgeltung dieser Rechte und Ansprüche werden sämtliche durch Arbeitnehmer- und Arbeitgeberleistungen in diesen Kassen angesammelten, von der Deutschen Arbeitsfront übernommenen Vermögen zur Verfügung gestellt. (Es galt dabei als selbstverständlich, daß die Deutsche Arbeitsfront aus sozialen und rechtlichen Gründen von den Vermögen der Unterstützungs- bezw. Pensionskassen keinen Pfennig für andere Zwecke verwendet.)
3. Regelung einiger Sonderfälle.

Zu Punkt 2 ist zu bemerken, daß unter Berücksichtigung der ausgeführten Gesichtspunkte die inbetrachtkommenden Ansprüche für die früheren Verbände der Bergarbeiter und Gasthausangestellten bereits abgegolten worden sind.

Dem Unterzeichneten wurde seitens der Deutschen Arbeitsfront der Auftrag [...][14], die für die Erfüllung der gesamten Ansprüche notwendigen Unterlagen in möglichster Beschleunigung vorzulegen.

Die Vorlage dieser nach bestem Wissen und Gewissen zusammengestellten Unterlagen erfolgte am 29. Oktober 1934. Den Unterlagen war eine Aufstellung der Vermögen beigefügt, wie sie die Deutsche Arbeitsfront von den im Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften zusammengeschlossenen Arbeitergewerkschaften übernommen hatte. Die Höhe dieser Vermögenswerte betrug rund 23.400.000 Mark. Wozu bemerkt werden muß, daß die darin eingeschlossenen Immobilienwerte (Hausbesitz usw.) vielfach weit unter den wirklichen Werten eingerechnet waren. Die Wertpapiere durchwegs nur mit den Kurswerten, die inzwischen starke Steigerungen erfahren haben.[15]

13 Nikolaus Selzner (20.2.1899–21.6.1944) war 1929 SA, NSDAP, Juli 1932–1944 MdR (NSDAP), 1933 stellvertretender Reichsobmann der NSBO und Organisationsleiter der DAF, später des Zentralbüros der DAF, Leiter der Hauptabteilung Organisation in der Reichsleitung der NSDAP, Leiter der Organisationsabteilung der NS-Gemeinschaft »Kraft-durch-Freude«, 1941 SS-Oberführer und Hauptbefehlsleiter im Hauptschulungsamt der NSDAP, Generalkommissar für Dnjepropetrowsk. Vgl. zur Tätigkeit in der DAF aus NS-Sicht: Gerhard Starcke, NSBO und Deutsche Arbeitsfront, Berlin 1934, S. 210–214. Die Erklärung Selzners konnte im Original nicht ermittelt werden.

14 Ein Wort fehlt in der Vorlage. Sinngemäß ist zu ergänzen »erteilt«.

15 Die Vorlage wurde nicht ermittelt. Eine nicht näher datierte Aufstellung des Jahres 1933 über »das bei der Übernahme durch die Deutsche Arbeitsfront vorhandene Vermögen der christlichen Gewerkschaften« nennt 21.675.000 RM, wobei die Vermögen der Verbände der Landarbeiter, Heimarbeiter, Bekleidungsarbeiter, Hausangestellten und Gasthausangestellten nicht berücksichtigt waren. Letztere sollen »über ein sehr beträchtliches Vermögen« verfügt haben. Nicht einbezogen waren ebenfalls die Grundstücks- und Häuserwerte sowie die tatsächlichen Werte der Wertpapiere (Goldpfandbriefe). (AdsD, DGB-Archiv, Nl. 263, Mappe 2, Bl. 1). Zu den beschlagnahmten Vermögen vgl. die Aufstellung des ADGB: Nachrichten der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften, Was haben Dr. Ley und seine Kumpane den deutschen Gewerkschaften geraubt ? (Anfang August 1936) (AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 194). Danach gingen den ADGB-Verbänden ohne Berücksichtigung von Immobilien und gewerkschaftseigenen Unternehmen rund 160 Millionen RM verloren.

Aus der Tatsache der seit Juni 1933 verflossenen Zeit und aus der Schwierigkeit der Zeitumstände heraus konnten die Unterlagen immerhin einige Mängel enthalten, die eine Überprüfung seitens der Deutschen Arbeitsfront nötig machten. Beim Hinweis auf diese Möglichkeit durch den Unterzeichneten glaubte man aber seitens der Deutschen Arbeitsfront nicht viel Zeit mehr für diese Überprüfung zu brauchen.

Am 8. Dezember 1934 wurde der Unterzeichnete von der Deutschen Arbeitsfront benachrichtigt, daß Dr. *Ley* die Anweisung gegeben habe, den Angestellten der ehemaligen christlichen Gewerkschaften die infragekommenden Gelder auszuzahlen und daß diese Auszahlungen noch vor Weihnachten erfolgen würden. Diese Anweisungen von Dr. *Ley* wurde dem Unterzeichneten am 21. Dezember von dem Stabsleiter des Schatzamtes der Deutschen Arbeitsfront, Herrn *Bolz*[16], nochmals bestätigt. Doch ist die Auszahlung der Gelder nicht nur nicht zu Weihnachten, sondern bis heute noch nicht erfolgt. Der Unterzeichnete wurde auf seinem Verhandlungswege nur immer wieder an andere Herren der Deutschen Arbeitsfront verwiesen, die ihm lediglich immer neue kurzfristige Termine für den Abschluß der Angelegenheit nannten. Wiederholt wurde dabei die Vorauserledigung der Gehaltsfrage angekündigt. Auch diese ist nicht erfolgt.[17]

Trotz dem begreiflichen Pessimismus, der den Unterzeichneten nach den Erfahrungen in seinen Verhandlungen mit der Deutschen Arbeitsfront beherrschen mußte, hielt er an dem Wunsche fest, auf dem Verhandlungswege zur Erfüllung der Forderungen der ehemaligen christlichen Gewerkschaften zu kommen. Nicht zuletzt aus Gründen der Volksversöhnung. Aber auch im Wissen darum, daß es dem Wunsche des Führers und Reichskanzlers entsprach, die Angelegenheit geordnet zu sehen.

Im Verlaufe des März [1935] drängte der unmittelbar bevorstehende Ablauf der Ausschlußfrist des Gesetzes »über den Ausgleich bürgerlich-rechtlicher Ansprüche vom 13. Dezember 1934«[18] die Angestellten der ehemaligen christlichen Gewerkschaften zu einer Entscheidung über die weitere Form der Wahrung ihrer Rechte. Um etwaige Versäumnisse auszuschließen, bemühte sich der Unterzeichnete an den dafür infragekommenden amtlichen Stellen um Klarheit über die Bedeutung des Gesetzes für die Ansprüche der Gewerkschafter. Es kam zu einer Verlängerung der Ausschlußfrist des Gesetzes bis zum 30. September 1935. Die amtlichen Stellen äußerten sich weiter dahin, daß in der Zwischenzeit die zwischen der Deutschen Arbeitsfront und den ehemaligen Gewerkschaften noch offenen Fragen eventuell durch ein besonderes Gesetz ihre Erledigung finden müßten. Die notwendigen Schritte, die Angelegenheit eventuell auf diesem Wege zur Regelung zu bringen, seien von den beteiligten Ministerien in Aussicht genommen.

Nach den jüngsten Verlautbarungen der Deutschen Arbeitsfront muß angenommen werden, daß diese kaum mehr gewillt ist, die nach Recht und Gesetz bestehenden Forderungen der Angestellten der ehemaligen christlichen Gewerkschaften in zugesagter Weise zu erfüllen. Die Initiative des Staates ist deshalb sehr zu begrüßen, denn sein Eingreifen ist damit wohl unerläßlich geworden.

16 Nähere Angaben wurden nicht ermittelt.

17 Beide Vorlagen konnten nicht ermittelt werden. Vgl. zur Entwicklung der Entschädigungsverhandlungen Dok. 11, 15, 16.

18 Gesetz über den Ausgleich bürgerlich-rechtlicher Ansprüche vom 13.12.1934, in: RGBl., I., 1934, S. 1235. Zur weiteren Entwicklung vgl. die Hinweise in Dok. 15 Anm. 26. Vgl. zu den Freien Gewerkschaften Dok. 16.

Der Unterzeichnete ist mit seinen Kameraden[19] des Vertrauens, daß durch dieses staatliche Eingreifen den Gewerkschaftern nach fast zwei Jahren vergeblicher Bemühungen nunmehr die Erfüllung ihrer bescheidenen Rechte gewährleistet wird. Der Unterzeichnete ist dafür besonders dankbar, da es ihm zunächst um die Beseitigung der ärgsten Not in seinem ehemaligen Kameradenkreis geht. Ebenso hofft er aber auch, daß durch die Wiederherstellung der Ehre der christlichen Gewerkschafter, die in stets positiver Haltung Arbeiterschaft und Staat in Hingabe gedient [haben], diesen Männern und ihren Familien der Glaube an die Gerechtigkeit wiedergegeben wird, der ihnen ihr schweres Los wenigstens in etwa erleichtern kann.

Berlin, den 15. April 1935
Jakob Kaiser

19 Kaiser arbeitete bei den Auseinandersetzungen um die Entschädigung für die ehemaligen christlichen Gewerkschafter eng mit Heinrich Fahrenbach sowie Elfriede Nebgen zusammen. Vgl. Dok. 15 Anm. 26. Weiterhin informierte er über die Rundbriefe für alle von ihm vertretenen Kläger hinaus etliche seiner früheren Kollegen über den Stand der Verhandlungen und stellte so ein Netz für einen Informationsaustausch her. Vgl. z.B. die Verabredungen in: Jakob Kaiser, an Heinrich Fahrenbach, vom 14.3.1935; Fahrenbach, an Kaiser, vom 17.1.1942; Kaiser, an Fahrenbach, vom 30.4.1943 (AdsD, DGB-Archiv, Nr. 263, Mappe 3, Bl. 35f.; Mappe 4, Bl. 1; Mappe 5, Bl. 11).

II. Die Illegale Reichsleitung, die Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften und das Koordinations-Komitee von Internationalem Gewerkschaftsbund und Internationalen Berufssekretariaten

DOKUMENT 18

Ende Oktober 1933: Bericht über die Situation der ehemaligen Freien Gewerkschaften in Deutschland und über Reorganisationsbemühungen in Berlin

AdsD, DGB-Archiv, IMB, Nr. 2009. Unpaginiert. Maschinenschrift. Auszug aus: »Information über die Lage in Deutschland. Monatsbericht, abgeschlossen Ende Oktober 1933«, S. 12f.[1] Ohne Verfasserangabe.[2]

Zur Lage in den Gewerkschaftsresten in Berlin.

Die Versuche des IGB-Apparates, mit einigen ADGB[3]-Spitzenleuten eine Reorganisation einzuleiten, sind, wenigstens nach unserer Kenntnis, so gut wie ergebnislos verlaufen.[4] Der IGB hatte seinerzeit den Beschluß gefaßt, 13 Bezirke mit je einem Dreierkopf einzurichten. Über das Schicksal der Arbeit ist wohl nicht nur deswegen wenig bekannt, weil die Spitzengruppe sehr vorsichtig begann, sondern weil ihr Faktor, der Reorganisationsversuch im Keime stecken blieb. Der IGB-Vertreter *Sch[evenels]*.[5] soll auf seinem letzten Besuche[6] zu der Einsicht gekommen sein, daß in

1 Der Bericht informierte auf insgesamt 42 Seiten »über die Reste der alten Arbeiterorganisationen, über die Lage in Betrieben und in einigen Provinzen« und sollte »einen Beitrag zur realistischen Einschätzung der Vorgänge in Deutschland« vermitteln. Der Anspruch war, möglichst »genaue Informationen aus Deutschland« zu liefern. Dem Abschnitt über die Gewerkschaften in Berlin gingen Berichte über die KPD, sozialdemokratische Organisationen – dazu zählte auch der Abschnitt über die Gewerkschaften – voraus. Es folgten Berichte über die SAP und KPO, über die Situation in einzelnen Betrieben in Berlin, über die Situation innerhalb der Deutschen Arbeitsfront und über Vorgänge in Breslau, Stuttgart, Mannheim, Frankfurt/M., Wittenberg. Neben dem Oktober-Bericht liegt in diesem Bestand noch ein Bericht vom Dezember 1933 vor. Weitere Berichte konnten nicht ermittelt werden. Ähnliche Berichte und Analysen wurden auch von anderen ehemaligen Gewerkschaftern oder nahestehenden Personen verfaßt. Vgl. z.B. Bericht über die vom Faschismus gleichgeschalteten ehemals freien Gewerkschaften, Berlin Anfang Juni 1933, ohne Verfasserangabe (IISG, Nl. Paul Hertz, Neu Beginnen, Mappe 8).
Die Überschrift ist in der Vorlage unterstrichen.

2 Als Verfasser kommt in Frage Konrad Ilg (1877–1954). Ilg war ab 1909 Sekretär, später Präsident des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes (SMUV), 1920–1954 Sekretär des Internationalen Metallarbeiter-Bundes (IMB), 1918–1947 Mitglied des Schweizer Nationalrats.

3 In der Vorlage: ADEB.

4 Vgl. auch Dok. 22, 36, 52. Der Generalsekretär des IGB, Walter Schevenels, besuchte Ende Mai/Anfang Juni 1933 Hermann Schlimme, Walter Maschke, Franz Spliedt und Wilhelm Eggert in Berlin. Vgl. auch Buschak, Arbeit, S. 208.

5 Walter Schevenels (1894–1966) war 1923–1929 Generalsekretär der belgischen Metallarbeitergewerkschaft in Antwerpen, 1929 Untersekretär, seit 1930/31 bis 1945 Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), 1945–1948 stellvertretender Generalsekretär des Weltgewerkschaftsbundes (WGB), 1950–1966 Generalsekretär der Europäischen Regionalorganisation (ERO) des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG).

6 Vgl. Anm. 4.

dieser Art bei der stärksten finanziellen Unterstützung nichts zu erreichen wäre. Da jetzt in Berlin Verhaftungen begannen, z.B. *SP[liedt]*[7], vielleicht auch *M[aschke]*.[8], wird wohl mindestens vorläufig die zentrale Arbeit ganz eingestellt werden. Besonders gefährdet erscheint uns, wie erwähnt[9], die DMV-Gruppe, sie hält ein ziemlich öffentlich sichtbares Auftreten in bekannten Gewerkschaftslokalen mit Bierzusammenkünften usw. für eine geschickte Tarnung. Wir fürchten, daß es sich aber nur um die Wiederholung der Methoden der allerersten Zeit handelt, die fast überall sonst von den Abteilungen längst als unbrauchbar eingestellt worden sind.[10] Bei den meisten besteht übrigens noch nicht einmal ein Anfangsaktiv. Eine Ausnahme macht die Spitze des früheren AFA-Bundes. Hier ist die Arbeit etwas gründlicher und organisierter, jedoch überwiegt auch hier die Vertrauensseligkeit auf die Anwendbarkeit der Bierabendzusammenkünfte.[11]

Der entscheidende Grund für das Versagen liegt jedoch weniger in der konspirativen und politischen Unzureichlichkeit der Neubeauftragten, er liegt vor allem in der gesellschaftlichen Lage. Weder die Versuche der KP[D] und der Splittergruppen, die in dieser Frage mit ihr zusammengehen, illegale Klassengewerkschaften zu bilden,[12] noch die IGB-Versuche sind aussichtsreich, solange die Entwicklung den Faschismus dazu zwingt, wenigstens eine gewisse Scheinaktivität (Riesenversammlungen, Kundgebungen etc., eine große fachgewerkschaftliche Literatur, wenn auch völlig unter dem Geiste des konterrevolutionären Regimes) der Deutschen Arbeitsfront[13] zu entfalten. Mit ihren etwa angeblichen 18 Millionen Mitgliedern[14] wird sie, obgleich eine gesellschaftliche Zwangsorganisation, »gewerkschaftliche Reorganisationsbestrebungen« erdrücken. Die qualifiziertesten Menschen der alten Gewerkschaftsbewegung

7 Mit SP ist Franz Spliedt (18.1.1877–18.10.1963) gemeint. Eine nahezu identische Formulierung auf S. 9 des Berichts nennt den vollen Namen. Franz Spliedt war ab 1905 Kassierer, ab 1912 Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Tapeziererverbandes, danach 2.Vorsitzender, ab 1920 1.Vorsitzender des Verbandes der Tapezierer, Sattler und Portefeuiller. Ab 1921 war er Leiter der Abteilung Arbeitsrecht und Tariffragen des ADGB und von 1931–1933 Vorstandsmitglied des ADGB, 1929–1933 Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates, Juli 1932-März 1933 MdR (SPD). 1933 mehrmals inhaftiert, fristlose Entlassung als Vorstandsmitglied des ADGB durch die DAF, anschließend bis Januar 1937 arbeitslos, danach Altersrente, im Krieg dienstverpflichtet. Nach 1945 Vorsitzender des Verwaltungsausschusses der Freien Gewerkschaften in Hamburg, 1946 Vorsitzender des Gewerkschaftsausschusses Hamburg-Schleswig-Holstein, ab 1946 Hauptschriftleiter der »Gewerkschafts-Zeitung« bzw. von »Der Bund«, 1950–1952 Redakteur der »Welt der Arbeit«.

8 Damit war Walter Maschke gemeint, der wiederholt verhaftet wurde. Vgl. auch Dok. 21, 22, 36.

9 Im Abschnitt »b) Sozialdemokratische Organisationen« auf S. 8 f. des Berichts war kurz die »überaus leichtsinnig und ganz öffentlich konspirierende Metallarbeitergruppe« von Spliedt und Maschke kritisiert worden. Vgl. Anm. 7.

10 Im Frühjahr 1934 setzte eine umfangreiche Verhaftungswelle ein. Vgl. Dok. 22. Aus dem Bericht geht nicht hervor, ob mit »Abteilungen« Einzelgewerkschaften oder »Bezirksorganisationen« einer Einzelgewerkschaft gemeint sind.

11 Hierüber enthalten die anderen Berichte von Mitgliedern der Reichsleitung (Jahn in Dok. 22, Schlimme in Dok. 52) keine Informationen.

12 Vgl. hierzu Kap. V.

13 In der Vorlage jeweils: deutsche Arbeitsfront.

14 Die DAF hatte die Mitglieder der zerschlagenen bzw. gleichgeschalteten Gewerkschaften übernommen, sah sich aber im Herbst 1933 mit zahlreichen Austritten bzw. zurückgehaltenen Mitgliedsbeiträgen konfrontiert. Die Angaben über die Mitgliederzahlen der DAF-Verbände schwanken, zumal die Arbeitsfront Ende 1933 reorganisiert wurde. Eine der DAF nahestehende Studie von Ende 1937 nannte für Stand 31.12.1933 insgesamt 7,18 Mio. Mitglieder in den Arbeiterverbänden und 1,93 Mio. Mitglieder in den Angestelltenverbänden, zu denen noch ca. 3,5 Mio. Einzelmitglieder, 2,0 Mio. Angehörige der GHG und 0,7 Mio. Angehörige der Arbeitsopferversorgung gerechnet wurden. Insgesamt wurden 15,3 Mio. Mitglieder der DAF angegeben. Vgl. Willy Müller, Das soziale Leben im neuen Deutschland, Berlin 1938, S. 83 f. Für die weitere Entwicklung vgl. die summarischen Angaben bei Hans-Gerd Schumann, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der Deutschen Arbeitsfront, Hannover 1958, S. 168.

können nur in der gemeinsamen politischen Kampforganisation der Gesamtbewegung, vielleicht in besonderen Ausschüssen zur Behandlung der spezifisch gewerkschaftlichen Fragen zusammengefaßt werden. Die Gründung des IGB war schon deswegen auf Sand gebaut, weil sie von ganz falschen politischen Voraussetzungen und fast im Geiste der Konkurrenz[15], mindestens der Nichtbeachtung der Versuche der Erneuerung der politischen Kampforganisation getragen war. Über die sogenannte Deutsche Arbeitsfront haben wir bis jetzt in einer Reihe von Sonderberichten informiert. Weiter unten geben wir einige neue Berichte über die jüngste Entwicklung.[16]

DOKUMENT 19

20. 6. 1934: Spitzelbericht über interne Strukturen der illegalen Gewerkschaften und über die Zusammenarbeit von Gewerkschaftern mit Vertretern anderer Organisationen

BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 315, Bl. 5–7. Maschinenschrift. Überschrift: »II 1 A², »Go 1« meldet am 20.6. 1934: Betrifft: Besprechung der illegalen SPD-Gewerkschafts- und Reichsbannerführer«. Handschriftliche Unterschrift.[1]

In der Wohnung des Dr. [Theodor] *Haubach* fand am 19.6.34 eine Besprechung zwischen Dr. *Haubach* (R[eichs]B[anner]), [Hans] *Jahn* (Gewerkschaften) und einer Person des Bezirksvorstandes der SPD statt.[2] **Jahn** erklärte vorweg, daß vor 14 Tagen im Berliner »Clou« eine Tagung der deutschen Lokführer stattgefunden habe.[3] Das frühere Vorstandsmitglied des Deutschen Eisenbahnerverbandes, [Otto] *Scharf-*

15 Dies deutet auf den Konflikt zwischen IGB und den Internationalen Berufssekretariaten (IBS) hin, wie die illegale Arbeit in Deutschland zu organisieren sei. Vgl. auch Dok. 35.

16 S. Anm. 1.

1 Die Unterschrift wurde nicht entziffert. Darunter die Dienstbezeichnung Kriminal-Bezirkssekretär. Der Spitzel »Go. 1« konnte nach 1945 als Axel Seling aus Berlin-Spandau identifiziert werden. Vgl. hierzu Buschak, Arbeit, S. 112.

2 Theodor Haubach (1896–1945) war vor 1933 Schriftleiter des Hamburger Echo, ab 1928 Pressereferent im Reichsministerium des Innern, 1930–1932 stellvertretender Pressechef im Polizeipräsidium Berlin, Mitbegründer und Reichsbannerführer in Hamburg 1928/29, nach 1933 Versicherungskaufmann, November 1934–1935 und 1938 KZ-Haft. Haubach gehörte dem engeren Kreis um Wilhelm Leuschner und später dem Kreisauer Kreis an. Im Zusammenhang mit den Verfolgungen nach dem Attentat am 20. Juli 1944 wurde Haubach verhaftet, am 15.1.1945 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am 23.1.1945 hingerichtet. Vgl. das Fernschreiben an Bormann im Führerhauptquartier mit dem Bericht über das Urteil, vom 15.1.1945, abgedr. in: Hans-Adolf Jacobsen (Hg.), Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt, Stuttgart 1989, Bd. 2, Dok. 64, S. 721. Vgl. auch Dok. 22, 51 und zur Person und Sicht von Hans Jahn außerdem Dok. 75.
Die »Person des Bezirksvorstandes der SPD« konnte nicht eindeutig identifiziert werden. Vgl. aber den Parallelbericht von Jahn (Dok. 22) und den Spitzelbericht von »Go 1« vom 14.8.1934 über einen von der illegalen SPD in Berlin abgeschickten Bericht an den Sopade-Vorstand in Prag vom 10.8.1934 (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 315, Bl. 8–13). Dort werden mehrere mögliche Personen erwähnt.

3 Die Gewerkschaft deutscher Lokführer hatte sich 1933 in »Verein« umbenannt, um der drohenden Gleichschaltung zu entgehen, und sich dem Bund technischer Beamten unterstellt. Das »Clou« war ein beliebter Treffpunkt für die Eisenbahner und diente nach 1933 auch für Versammlungen der NSBO und DAF. Vgl. den Bericht von Konrad Ilg (Dok. 18), der über NSBO-Versammlungen im »Clou« informiert. Für die weitere Entwicklung vgl. den Aufruf an die Lokführer, sich der Auflösung ihres Verbandes zu widersetzen, vom Juni/Juli 1937, in: Fahrt Frei, für den Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands. Sektion ITF, Nr. 7, 1937, S. 2.

schwerdt[4], ist von sächsischen und Hamburger Delegierten in die Tagung eingeschmuggelt worden. Die Lokführer hatten eine Gleichschaltung abgelehnt.[5] Aus den Unterhaltungen mit den Delegierten hat *Scharfschwerdt* gefolgert, daß die Lokführer im alten Gewerkschaftssinn »zuverlässig« sind. Außerdem ist auch *Scharfschwerdt* von Arbeitgeberseite die Frage gestellt worden, wie die alten Gewerkschaftler zu einer Wiederaufnahme ihrer Gewerkschaftsarbeit stehen. Das alles hat *Scharfschwerdt* veranlaßt, zu dem Gewerkschaftsführer [Hermann] *Schlimme*[6] zu gehen und dort die Frage aufzuwerfen: »Wie verhalten wir uns bei einer Änderung der politischen Lage oder bei Eintritt der offenen Krise?« Zur Besprechung dieser Frage wurde *Jahn* hinzugezogen.[7]

Ergebnis: Es besteht die begründete Aussicht, daß die »Arbeitsfront« aufgelöst und zu »Gewerkschaften« umgestaltet wird, um klare Verhältnisse zu schaffen. Die Gewerkschaften werden erst gerufen, wenn im Innern des Reiches eine allgemeine »Umstellung« erfolgt. Die Frage sei dann: »Wie setzen sich die Gewerkschaften durch?« Sie brauchen – vor allem in Berlin – eine auf den Tag fertige Organisation von entschlossenen Männern, die sich sofort in den Gebäuden der Gewerkschaften festsetzt, die neue Macht der Gewerkschaften sichert und alles entfernt, was da nicht hineingehört. Jede Gruppe besetzt das ihr zugewiesene Gebäude und wird auf ihre Spezialaufgabe trainiert. Die praktische Frage ist: »Wer soll der Führer dieser Leute sein und sie ausbilden?«[8] »Wer stellt die Leute zur Verfügung?« Diese beiden Fragen sollen sofort durch Vermittlung der SPD mit dem Reichsbanner besprochen werden.

Dr. **Haubach** erklärte ohne Umschweife: »Die Ausbildung einer solchen Organisation ist nötig, obschon sie erst in einigen Monaten gebraucht wird.« Als Leiter schlägt er den Polizei-Oberleutnant [Otto] *Kanitz*[9], z[ur] Z[ei]t Ölvertreter, vor, den *Haubach* sofort telefonisch anrief und dahingehend verständigte, daß *Jahn* in etwa 14 Tagen mit

4 Otto Scharfschwerdt (20.1.1887–4.5.1943), SPD, war seit 1920 im Vorstand und 2. Vorsitzender der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer, 1933 KZ-Haft, zwischen 1933 und 1937 illegale Tätigkeit für die SPD in Berlin, am 20. Januar 1937 verhaftet und gemeinsam mit Hermann Schlimme und Caesar Thierfelder am 15.12.1937 vom Berliner Kammergericht zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt, wo er unter nicht geklärten Umständen verstarb. Vgl. Dok. 41; sowie Beier, Reichsleitung, S. 48 Anm. 74.

5 Vgl. auch den Aufruf in: Fahrt-Frei, Nr. 7, 1937 (Anm. 3).

6 Vgl. für die Jahre 1933 bis 1945 die Selbstdarstellung von Schlimme (Dok. 52).

7 Der Text der Frage ist in der Vorlage unterstrichen. Jahn besaß vielfältige Kontakte zum Reichsbanner, zu Neu Beginnen und zu »Miles«. Im Kontext mit Verhaftungen von SPD-Gruppen wurde auch Jahn am 17.5.1935 kurzzeitig festgenommen, freigelassen, erneut verhört und am 18.6.1935 von der Gestapo aber irrtümlich wieder freigelassen, bevor seine Bedeutung bei der illegalen Gewerkschaftsarbeit erkannt wurde. Vgl. den Spitzelbericht vom 10.8. 1934 (Anm. 2), die Verhörprotokolle und Gestapounterlagen (BA, NJ 2205) sowie die Darstellung in Esters/Pelger, S. 45f. und Buschak, Arbeit, S. 81. Zu Jahn und ITF vgl. eingehend Kap. III, u.a. Dok. 75. Zu den Kontakten zwischen Jahn und anderen Gruppen – trotz der Richtlinien der ITF (Dok. 74) – vgl. neben dem genannten Spitzelbericht verschiedene Niederschriften von Gesprächen zwischen Jahn und Vertretern von Neu Beginnen 1935 (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 315, Bl. 8–13), die Angaben in Dok. 22 und die Kritik von Schliestedt in Dok. 35. Zur Kritik an den Erwartungen eines bevorstehenden Regimesturzes vgl. für die spätere Zeit Dok. 45.

8 Diese Überlegungen entsprachen auch den Vorstellungen Jahns zur illegalen Gewerkschaftsarbeit, die sich vor allem auf Kader in den Betrieben stützen sollte. Vgl. Fritz Kramer [d. i. Hans Jahn], Gedanken eines Illegalen (Berlin 1.3. 1935), gekürzt abgedr. in: Sozialistische Warte, Nr. 18, vom 15.9.1937, S. 418–422.

9 Otto Kanitz in der Vorlage durchgängig irrtümlich: Kanig. Genaue biographische Angaben fehlen. Vgl. auch Dok. 22.

ihm allein verhandeln würde. Die Frage, ob Major [Karl] *Heinrich*[10] als Führer dieser Gruppe in Frage zu ziehen sei, wurde abgelehnt, da *Heinrich* nicht intelligent genug, *Kanitz* aber ein kluger und entschlossener Mann sei. (Er hat im Reichsbanner die Sportausbildung geleitet).

Nachdem Vorstehendes erledigt war, sagte *Haubach*, er wolle nun eine nachträgliche Begründung seiner schnellen Zustimmung geben.

[...][11]

Ein bedeutender Industrieller hat angeblich schon vor Wochen zu *Haubach* gesagt: Sobald wir etwas Luft haben, muß diese »Arbeitsfront« verschwinden. Das ist ein ungeheuer teurer und völlig nutzloser Riesenapparat, der überall mitreden will und nichts leistet. Wir brauchen keinen Mischmasch, sondern klare Verhältnisse. Die Unternehmer sollen ihre Organe haben und die Arbeiter auch. Jede Gruppe berechnet, was sie braucht, und bei dem einwandfreien Material, das Unternehmer und Arbeiter mitbrachten, hätte ein Schlichter leichte und gute Arbeit. Die vielen Sorten der früheren Gewerkschaften dürfen natürlich nicht mehr wiederkommen, es muß eine einheitliche Organisation der Arbeiter vorhanden sein. Klare ehrliche Front sei nötig. Die »versöhnende« Rederei der »Arbeitsfront« ist ein großer Blech.[12]

Diese Auffassung ist auch bei den Gewerkschaften vorhanden. Alle Führer der früheren Freien und Christlichen Gewerkschaften sind sich über die Schaffung einer allgemeinen Organisation mit gewerkschaftlichen Prinzipien einig.[13]

Jahn teilt hierzu mit:

Nachdem der westdeutsche Gewerkschaftsführer [Jakob] *Kaiser* seit Wochen hier in Berlin vorgefühlt hat, ist Adam *Stegerwald* seit ein paar Wochen in Berlin.[14]

Die Freien Gewerkschaften wollen ihr Übergewicht von früher wahren und beim ersten Anstoß ihre alten Gebäude besetzen, um dann vom ersten Moment an ihre vorherrschende Position bei der neuen »Einheitsorganisation« zum Vorschein zu bringen. Deshalb solle Oberleutnant *Kanitz* die Ausbildung dieser Besatzungskommandos aus den Reihen des Reichsbanners in die Hand nehmen. Die alten Gewerk-

10 Karl Heinrich (1890–1945) war bis zum 20.7.1932 Polizeimajor und als Kommandeur bei der Berliner Polizei für den Schutz der Bannmeile um den Reichstag zuständig, nach dem Staatsstreich der Reichsregierung gegen die preußische Landesregierung entlassen, Reichsbanner, SPD in Berlin-Spandau, 1933 Kandidat für den Reichstag, Frühjahr 1933 mehrere Wochen in einem »wilden KZ« der SA inhaftiert, nach seiner Entlassung gemeinsam mit Theodor Haubach Aufbau illegaler Gruppen aus ehemaligen Reichsbannermitgliedern in Berlin und in Leipzig, Anfang Oktober 1935 Festnahme, vom Volksgerichtshof im Februar 1937 zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt und teilweise im KZ inhaftiert, nach seiner Freilassung September 1942 Polizeiaufsicht, nach Kriegsende 1945 am Aufbau einer demokratischen Polizei in Berlin beteiligt und Kommandeur bei der Schutzpolizei, Konflikte mit der KPD und der sowjetischen Besatzungsmacht, in der Haft im sowjetischen Lager Hohenschönhausen umgekommen.

11 Die ausgelassenen Ausführungen von S. 2 bis S. 4 des Berichts (ca. 1,5 Schreibmaschinenseiten) beschäftigen sich mit der Einschätzung der außenpolitischen Lage und des deutsch-italienischen Verhältnisses durch Theodor Haubach.

12 Diese Aussage konnte nicht verifiziert werden. Gleichwohl bestanden innerhalb der Unternehmerschaft unterschiedliche Positionen hinsichtlich der Reform der Arbeitsbeziehungen, des Umbaus der DAF und einer modifizierten Wiedereinführung der Tarifparteien. Vgl. Rüdiger Hachtmann, Die Krise der nationalsozialistischen Arbeitsverfassung – Pläne zur Änderung der Tarifgestaltung 1936–1940, in: Kritische Justiz 17 (1984), S. 281–299; Frese, Betriebspolitik, S. 100ff.

13 Vgl. hierzu bereits die Übereinkunft des »Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften« vom 28.4. 1933 (Dok. 10).

14 Vgl. zur Tätigkeit von Kaiser als Prozeßvertreter ehemaliger christlicher Gewerkschafter und zu Stegerwald Dok. 15, 17.

schaftler [Franz] *Scheffel*, [Theodor] *Leipart*[15] etc. sind für friedliche Verhandlungen und für Übernahme eines Teils der Verantwortung nach der »Umstellung«.

Die Gruppe *Schlimme*, [Max] *Urich*[16], *Jahn* etc. will mitbestimmen, ehe sie Verantwortung übernimmt. Wenn nicht durch Besetzung der Häuser und andere Sicherheiten der Einfluß gesichert bleibt, wollen sie passiv bleiben; diese Garnitur könne nicht lange vorhalten, weil Industrie und Gewerkschaften dieser grandiosen Schlumperei des Hitlersystems nun den Unfug der künstlichen Arbeitsbeschaffung und der Autostraßen ein Ende machen muß.[17] Das sei natürlich mit neuen Krisen und mit dem Anschwellen der Arbeitslosenzahlen verbunden. Wer sind dann die Verantwortlichen? Die Gewerkschaftsführer! Deshalb würden die »alten Herren«, wenn sie durchaus mitmachen wollten, in kurzer Zeit weggenommen werden. Die entschlossene junge Führerschaft habe von *Hitler* nur eins gelernt: »Geduld! Warten! Warten! Bis zum richtigen Augenblick warten!« Es sei falsch, sofort da zu sein, wenn die Industrie pfeife! Wenn es sich aber nicht anders machen läßt, dann müssen erst einige alte Strohmänner vor, damit die später entscheidenden Faktoren bis zur Entscheidung im Hintergrund bleiben können.

15 Franz Scheffel (10.9.1873–1967) war von 1906 bis 1918 Vorsitzender des Maschinisten- und Heizerverbandes, 1919–1933 Vorsitzender des Eisenbahnerverbandes bzw. Einheitsverbandes der Eisenbahner, 1928–1933 MdR (SPD), 1921–1928 Mitglied im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, nach dem 2.5.1933 sowie zwischen 1934 und 1937 mehrmals verhaftet, unter Polizeiaufsicht, Gelegenheitsarbeiten. Vgl. auch Dok. 54, 58.
Theodor Leipart (17.5.1867–23.3.1947) war von 1908–1919 Vorsitzender des Holzarbeiterverbandes, 1919/20 württembergischer Arbeitsminister, 1920/21 MdL in Württemberg (SPD), 1921–1933 Vorsitzender des ADGB, 1922 Mitglied und stellvertretender Vorsitzender des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates, 1922–1933 stellvertretender Vorsitzender des IGB, nach dem 2.5. 1933 zeitweise in Haft, danach zurückgezogen in Berlin wohnhaft.
Die Unterscheidung in »alte« und »junge« Gewerkschafter durchzieht die gesamte Argumentation von Hans Jahn. Vgl. z.B. dessen Bericht über seine illegale Tätigkeit in den Jahren 1933 bis 1936, vom 15.12. 1936 (Dok. 75), seine Angriffe gegen die ADG anläßlich der Gewerkschafts-Diskussion in der Sozialistischen Warte bzw. Freien Sozialistischen Tribüne 1937/38 oder im Vorfeld des IGB-Kongresses 1938 (Dok. 22, 36).

16 Max Urich (20.2.1890) war von 1920 bis 1933 Berliner Bevollmächtigter des DMV und 1933 sowie zwischen 1936 bis 1945 im KZ inhaftiert. Urich gehörte zwischen 1933 und seiner Verhaftung am 24.5.1935 der illegalen Berliner DMV-Führung an. Vgl. hierzu Opel/Schneider, 90 Jahre, S. 295, S. 318, sowie auf der Basis der Spitzelberichte, Vernehmungs- und Prozeßunterlagen Buschak, Arbeit, S. 101ff.

17 Die fehlerhafte Satzkonstruktion in der Vorlage.

DOKUMENT 20

Dezember 1934: Bericht von Heinrich Schliestedt, Komotau/CSR, an den Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Paris über den gewerkschaftlichen Widerstand in Deutschland und über die Notwendigkeit der Gründung einer Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Martin Plettl. Maschinenschrift. Überschrift: »An den Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Paris«.[1]

[...][2]

Hier ist nicht die Gelegenheit, eine Analyse herauszuarbeiten, denn ich bin mir bewußt, daß sie subjektiv wäre und von vielen anderen mit bester Überzeugung angegriffen werden könnte, denn die Meinungen der Menschen über das deutsche Phänomen auf einen Nenner zu bringen, ist unmöglich. Das ist aber auch meiner Erachtung nicht die absolute Voraussetzung für eine zukünftige Arbeit in Deutschland im Sinne der Gewerkschaften, wenn nur die Erkenntnis der Notwendigkeit dieser Arbeit vorhanden ist. Darüber dürfte übrigens eine einheitliche Auffassung in den beteiligten Kreisen bestehen. Gewiß sind die Organisationen in Deutschland zerschlagen und vernichtet, aber nicht die Menschen und ihre Ideen, noch viel weniger die Voraussetzungen dieser Ideen. Daraus ergibt sich auch die Möglichkeit der gewerkschaftlichen Arbeit.

Daß in Deutschland gearbeitet werden muß, ist eine Notwendigkeit auch für die Gewerkschaften in den übrigen Ländern und damit der Internationale. Die bereits im weiten Umfange eingetretene Verschlechterung der sozialen Lage der deutschen Arbeiter hat, auch über den Außenhandel, die Wirkung eines sozialen und wirtschaftlichen Dumpings und bedroht dadurch die Lebenshaltung und ihre Verbesserung auch in den anderen Ländern. Der vollständige Sieg der kapitalistischen Reaktion in Deutschland kann wie eine Seuche infizierend wirken auf die Kapitalisten in allen Ländern und sie zu gleichem Vorgehen ermuntern. Der rauflustige Nationalismus hat im Bunde mit dem Kapitalismus wiederum Deutschland zu der gewaltigsten Kriegsmaschinerie in Europa gemacht und da er, trotz allen Leugnens, bewußt über die gegenwärtigen Grenzen Deutschlands hinaus tendiert, ist der deutsche Nationalsozialismus die akute Kriegsdrohung. Das sind die drei wichtigsten und objektiven Gründe, von den subjektiven abgesehen, welche auch den IGB veranlassen dürften, der Abwehr dieser Gefahren zuzustimmen.

Was kann der IGB tun und worauf hoffen die deutschen Arbeiter? Die zu leistende Arbeit liegt auf zwei Ebenen: innerhalb und außerhalb Deutschlands. Auf der letzteren Ebene kann der IGB, ohne ihm gefährlich werdende Gegenkräfte auszulösen, meiner Ansicht nach, eine Tätigkeit entfalten, die darin bestehen müßte, jeden politischen, wirtschaftlichen und moralischen Erfolg für das deutsche Regime zu verhindern, soweit die Kraft des IGB, eventuell in Kooperation mit anderen Körperschaften

1 Das Anschreiben (S. 1 und 2 des Dokuments) trägt das Datum vom 3.1.1935. Vgl. auch die Briefe von Schliestedt an Plettl vom 31.8. und 5.9.1935, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Martin Plettl. Laut Dokument war dieser Bericht für die IGB-Vorstandssitzung in Paris am 15.1.1935 gedacht.

2 Nicht abgedruckt sind das Anschreiben (S. 1f.) und die folgenden 2 1/2 Seiten, in denen Schliestedt von der »vollkommenen Entrechtung des deutschen Volkes im allgemeinen« und insbesondere der Arbeiterschaft und des einzelnen Arbeiters berichtet, von ersten Ansätzen von Widerstand und ersten Verlusten, z.B. der Verhaftung von Walter Maschke. Vgl. hierzu auch den kritischen Rückblick von Hans Jahn (Dok. 22), der diesen Kontakt als Mißerfolg schildert.

und Einrichtungen, reicht. Nur die absolute Isolierung Deutschlands wegen unbestreitbarer Inferiorität, ein sozialer Kordon zur Abwehr der Ansteckungsgefahr, der Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen wegen der bekannten unlauteren Zahlungsmanipulationen, das alles zusammen kann die deutsche Regierung zur Kapitulation zwingen und, was das wichtigste ist, die Kriegsgefahr bannen, den Weg zur Befriedung Europas und einer wirklichen Abrüstung freilegen. Diese Abschnürung Deutschlands hat natürlich ihre Rückwirkungen auf die Landwirtschaft und die Industrien aller Länder und auch auf deren Arbeiterschaft. In erster Linie müßten aber die deutschen Arbeiter darunter schwer leiden, doch diese Opfer sind die geringsten angesichts der viel größeren Kriegsgefahr, und sie werden von unserer deutschen Arbeiterschaft mit vollem Bewußtsein getragen.

Unter dem Entsetzen, das die Nazis mit furchtbarer Brutalität in Deutschland verbreiteten, befiel die Arbeiter tiefe Hoffnungslosigkeit, die auch heute noch nicht vollständig überwunden ist. Aus eigener Kraft dieses Blutregiment zu stürzen, erschien unmöglich, und so hofften sie auf eine Hilfe von draußen und wenn sie auch als Ergebnis einer Katastrophe kommen sollte. Mit dem Nachlassen des Entsetzens kam auch die Erkenntnis wieder, daß die wichtigste Arbeit in Deutschland geleistet werden muß, das System zu unterhöhlen und die Vorbereitungen zu treffen, bei einem Zusammenbruch die notwendige Basis zu einem durchdachten Neuaufbau zu haben.

Was ist nun bisher in Deutschland gearbeitet worden, was ist noch zu tun und wie kann die Arbeit intensiviert, rationalisiert werden? Bei dieser Betrachtung muß ich von den gegebenen Tatsachen in Deutschland ausgehen. Das besondere Kennzeichen des gegenwärtigen Zustandes ist die Atomisierung der Arbeiterschaft, die Beseitigung jeglichen freien und organisatorischen Zusammenhaltes. Noch heute gibt es keinerlei zulässige Verständigungsmöglichkeit, keine Zeitungen, selbst der Briefwechsel ist ungeheuerlich erschwert und gefahrvoll durch die Beseitigung des Briefgeheimnisses. Das Ergebnis dieses ungeheuerlichen Zustandes ist die geistige Lösung jedes einzelnen aus dem Zusammenhang. Jeder lebt in seinem Ort, ja sogar in seinem Ortsteil wie auf einer Insel. Er weiß nicht, was im Nachbarort geschieht oder in den übrigen Gebieten des Reiches. Was wirtschaftlich, politisch, kulturell usw. vor sich geht, weiß er nur, soweit es ihn persönlich berührt. Mangels jeder Information kann der Arbeiter keine Schlüsse ziehen und sich ein Urteil bilden, sein Bewußtsein muß deshalb verkümmern, sein Handeln muß ziel- und planlos werden. Noch viel weniger weiß der Arbeiter über das Verhältnis Deutschlands zur übrigen Welt. Was über all diese Dinge ihm offiziell durch die amtlich zugelassene Presse usw. mitgeteilt wird, ist Schwindel und das ist das einzige, was er wirklich positiv weiß.

Aus diesen Zuständen erwuchs als nächste Aufgabe, die Isolierung des einzelnen zu durchbrechen, die furchtbare Lähmung zu überwinden, das Selbstvertrauen wieder zu wecken und zu fördern. Hier hat die Arbeit der aktiven früheren Gewerkschaftsfunktionäre schon bald nach dem Zusammenbruch am 2. Mai 1933 eingesetzt. Die Metallarbeiter waren die ersten, welche die Verbindung mit allen Teilen Deutschlands wieder herstellten und ein Netz von Vertrauensleuten schufen.[3] Vorerst zu dem einzigen Zweck, die Verständigung aufrecht zu erhalten, Informationen einzuziehen aus den Betrieben und an eine zentrale Stelle weiterzuleiten. Diese Nachrichten wurden zusammengefaßt, bearbeitet und ergänzt durch wirtschaftliche und politische Nachrichten wieder hinausgeschickt.[4] Neben diesem schriftlichen Verkehr wurde auch die Rechtsberatung so weit als möglich aufrechterhalten, zentral, sowohl als

3 Zum Widerstand der Metallarbeiter vgl. z.B. Buschak, Arbeit, S. 101ff.; ferner kritisch, S. 172.

4 Ebd., S. 101; ferner zur Kritik, S. 172. Vgl. als Ergebnis z.B. die Monatsberichte von Konrad Ilg, Ende Oktober 1933 und Dezember 1933 (AdsD, DGB-Archiv, IMB, Nr. 2009, unpag.). Auszugsweise für Oktober 1933 abgedruckt als Dok. 18.

auch in den einzelnen Orten. Auch die Vertretung vor den Arbeitsgerichten, wenn es ohne Gefahr für die Rechtsuchenden möglich war, wurde aufrechterhalten.[5] Dieser Brief- und Zirkulardienst wurde ergänzt durch gelegentliche mündliche Aussprachen, die allerdings viel zu selten stattfinden konnten, weil dafür die Mittel fehlen.

In dieser durch die Gesamtverhältnisse erzwungenen Form haben eine Anzahl Funktionäre aus einigen anderen früheren Gewerkschaften ebenfalls die Arbeit aufgenommen und um die Arbeit zu vereinfachen, planmäßiger zu gestalten, sich gegenseitig zu unterstützen und zu ergänzen, die wenigen verfügbaren Mittel auf wirtschaftlichste Weise zu verwenden, bildeten die Genossen, welche die zentrale Arbeit für die einzelnen Verbände leisteten, gewissermaßen eine Spitzenkörperschaft[6] mit einigen Genossen aus dem ADGB. Regelmäßige wöchentliche Besprechungen dieses Personenkreises mit Berichterstattung und Materialaustausch, daneben viele Einzelbesprechungen neben der schriftlichen und mündlichen Arbeit für das ganze Reich ergeben eine intensive Arbeit, welche die Kraft einzelner bereits auf das Äußerste beansprucht.

Dazu muß die ganze Arbeit unter höchster Vorsicht, an ständig wechselnden Plätzen und in immer neuer Tarnung geschehen. Keine Wohnung kann benutzt werden, [am] wenigsten diejenige der tätigen Genossen, weil jedes Haus überwacht wird, auch auf Besucher. Kein Lokal kann zu öfteren Zusammenkünften hintereinander dienen. Jede Woche muß ein anderer Stadtteil gewählt werden. Diese aufreibende Arbeit kann nur verstanden und beurteilt werden von denen, die sie mitgemacht haben, denn es ist ja nicht nur die Gefahr für die eigene Person und Familie, sondern dahinter stehen noch alle die anderen Genossen im ganzen Reich in Gefahr. Bei der drakonischen Gesetzgebung des »Dritten Reiches« kann im äußersten Falle sogar Lebensgefahr eintreten. Eine Genugtuung darf ich aussprechen: keiner unserer Mitarbeiter, weder die direkten noch indirekten (Deckadressen) hat das Vertrauen verletzt. Leider hat unsere Arbeit schon einige Opfer gefordert, aber Gestapo, Gefängnis und Konzentrationslager haben unseren Freunden den Mund nicht öffnen können, sie haben allein die Verantwortung übernommen. Unsere Reihen sind also sauber geblieben, und Spitzel haben sich nicht einschleichen können. Ohne restloses und erprobtes Vertrauen wird niemand in den engen Kreis der eigentlichen Mitarbeiter einbezogen, weil sonst bei einem kleinen Unfall die gesamten Verbindungen bekannt und unter schweren Opfern für die Beteiligten zerstört werden.[7]

Nicht in allen Gebieten Deutschlands und in allen Industrien ist die Arbeit gleich weit gediehen. Die Ursachen liegen in den unterschiedlichen Verhältnissen, den materiellen Opfern und schließlich auch den Personen, die nicht überall den gleichen Mut aufbringen, sondern stärker dem Pessimismus verfielen. Eine intensivere Bearbeitung dieser Gebiete und Personen bzw. die Betrauung anderer Personen scheiterte vielfach an den fehlenden materiellen Mitteln. Ebenso ist es jedesmal mit Schwierigkeiten verbunden, wenn der Spitzenmann eines Gebietes verhaftet wurde. Einen anderen vollkommen zu informieren, kann nur mündlich geschehen, denn schriftliche Aufzeichnungen dürfen unsere Vertrauensleute niemals besitzen. Würden nicht immer wieder die Mittel für diese Arbeit fehlen, so dürften wir wohl mit der Arbeit schon einige Schritte weiter sein.

5 Vgl. Kap. I, vor allem Dok. 16, 17; vgl. ferner Beier, Reichsleitung, S. 43, der insbesondere Ernst Fraenkel, den früheren Syndikus des Deutschen Metallarbeiterverbandes, erwähnt; Buschak, Arbeit, S. 104.

6 Gemeint ist die Illegale Reichsleitung; vgl. auch Beier, Reichsleitung, S. 41ff. Vgl. hierzu die - kritische - Darstellung von Jahn (Dok. 22).

7 Vgl. dagegen Dok. 19, 22, in denen Jahn unvorsichtiges Verhalten kritisiert. Vgl. ferner Buschak, Arbeit, S. 111.

Zur weiteren Intensivierung der Arbeit ist eine planmäßigere Versorgung der Spitze in Deutschland mit Nachrichtenmaterial aus dem Ausland dringend erforderlich.[8] Seit längeren Monaten haben die Metallarbeiter für ihre Bedürfnisse einen wöchentlichen Dienst dieser Art eingerichtet, der Zeitungen, Ausschnitte, Literatur etc. beförderte, das dann für alle verarbeitet wurde.[9] Seit Tagen ist durch Verhaftung die Postenkette unterbrochen,[10] weil eben nur auf einer Linie gearbeitet wurde. Intensivierung bedeutet für diese Tätigkeit also Vervielfältigung, um solchen Zufällen nicht ausgeliefert zu sein.

Diese Materialsammlung im Auslande und die Weiterleitung nach Deutschland war bisher nur ein Freundschaftsdienst für die Metallarbeiter[11], denn es gab keine Stelle im Ausland, welche die Arbeit planmäßig auf einen bestimmten Zweck ausrichtete noch viel weniger die Bearbeitung vornahm. In Deutschland selbst ist schon der Besitz einer Schreibmaschine, noch mehr ein Vervielfältigungsapparat eine hochverräterische Angelegenheit, und wo sie entdeckt werden, sind sie zum mindesten beschlagnahmt worden. Aus diesem Grunde ist die Bearbeitung von gewerkschaftlichen Nachrichten in Deutschland, die Zusammenfassung eines Nachrichtendienstes aus den Gebieten und Betrieben äußerst erschwert. Von den aktiveren Gewerkschaftern war niemand im Auslande, um diese Arbeiten zu übernehmen, und freiwillig wollte sich niemand dem Kampf in Deutschland entziehen, obwohl auch meine Freunde im Ausland schon sehr früh zu einer Übersiedlung eingeladen hatten. Es kam uns aber darauf an, bei unseren Mitgliedern und Funktionären nicht das Gefühl aufkommen zu lassen, als wenn wir nur uns in Sicherheit bringen wollten. Die Wirkung war gut, wie ich selbst bei meinen Reisen durch Deutschland immer wieder feststellen konnte.[12] Jetzt aber, nachdem ich in letzter Stunde zwischen den Händen der Gestapo abreiste[13] und einige Monate von draußen die ganze Arbeit übersehe und einigermaßen in Ruhe beurteilen kann, bin ich der Auffassung, daß es schon seit langer Zeit notwendig war, die gewerkschaftliche Arbeit für Deutschland zusammenzufassen in einer zentralen Stelle im Ausland, die sich ausschließlich mit dieser Arbeit befaßt im engsten Einvernehmen mit den tätigen Gewerkschaftern in Deutschland.

An eine festgefügte Organisation oder an den Aufbau einer solchen mit regelmäßigem Dienst und Beitragserhebung ist jetzt noch nicht zu denken. Dazu sind die Gefahren noch viel zu groß. Wohl ist das heutige System gefühlsmäßig stark unterminiert, aber bis zum Handeln ist noch ein weiter Weg. Daß einmal gehandelt werden muß, darüber besteht bei allen Beteiligten kein Zweifel, aber die Voraussetzungen eines Erfolges sind noch nicht gegeben. Außerdem ist auch noch das »wie« zu klären, denn die Geschehnisse der letzten Zeit haben mancherlei Tatsachen geschaffen, die das künftige Handeln beeinflussen. Es sind Probleme aufgeworfen, die einer vorherigen Klärung bedürfen, um nicht im entscheidenden Moment zu versagen. Davon will ich nur

8 Vgl. dagegen Dok. 23.

9 Vgl. Buschak, Arbeit, S. 101. Skeptisch hierzu Jahn (Dok. 22).

10 Am 15.12. 1934 war Richard Teichgräber, früherer Bezirksleiter des DMV in Dresden, verhaftet worden; vgl. Buschak, Arbeit, S. 112. Vgl. auch die Darstellung bei Jahn (Dok. 22, 36) sowie bei Hermann Schlimme (Dok. 52).

11 Vgl. Buschak, Arbeit, S. 111.

12 Im Anschreiben erwähnt Schliestedt 3 Reisen, die er unternommen und dabei »alle Teile Deutschlands aufgesucht habe, bis auf die Nord- und Ostseeküste und Ostpreußen. Mit beiden Gebieten stand ich aber in persönlicher Verbindung, da führende Genossen von dort nach Berlin kamen. Ebenso bestand ein dauernder persönlicher Verkehr mit Sachsen und Mitteldeutschland«. Dagegen schildert Jahn diese Reisen als großen Mißerfolg (Dok. 22).

13 Laut Anschreiben (S. 2) ist er am »2. Oktober 1934 im Kraftwagen aus Berlin gefahren, wo die Gestapo seit Tagen Posten aufgestellt, eine Angehörige und einen Vertrauensmann verhaftet hatte. Seit November 1933, ich war damals einige Tage verhaftet, habe ich mich einem erneuten Zugriff der Gestapo durch unbekannten Aufenthalt zu entziehen gewußt«.

einige andeuten: die früher in Deutschland bestehenden drei Richtungen der Gewerkschaftsbewegung – freie, christliche und Hirsch-Dunckersche – wurden zuerst beseitigt, bis die Gewerkschaftsbewegung überhaupt erschlagen wurde.[14] Es wird die Auffassung vertreten, bei einer Änderung des Regimes, die Wiederkehr verschiedener Gewerkschaftsrichtungen, die sich bekämpfen, zu verhindern.[15] Sicher ein wünschenswerter Zustand. Doch damit steht im Zusammenhang das Verhältnis zwischen Staat und Gewerkschaften, absolute Koalitionsfreiheit oder Koalitionszwang. Das gesamte Arbeitsrecht muß neu geschaffen werden, da alles frühere durch das »Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit« beseitigt wurde.[16] Die Gliederung der Gewerkschaften und ihre Verfassung steht zur Tagesordnung: vollendeter Zentralismus oder selbständige Industrie- bzw. Berufsverbände und Vereinigung derselben in einer föderativen Spitze.[17] Das sind nur die sichtbarsten Probleme, die seit langer Zeit bereits Gegenstand der Unterhaltung sind, denn in irgendeiner Weise beeinflussen sie bereits heute die Arbeit unserer Vertrauensleute. Diese Vorarbeiten müssen planmäßig geleitet werden, doch dazu ist in Deutschland kaum eine Möglichkeit, aber sie können nicht geleistet werden ohne die tätigen Genossen in Deutschland. Es ist ganz unmöglich, von draußen die Arbeit regeln, kommandieren, vielleicht sogar die Formen vorschreiben zu wollen,[18] die sich den immer wechselnden Gegebenheiten anpassen müssen. Aber eine Sammelstelle zum Gedankenaustausch, zur Beratung auch in diesen Fragen ist – eine zentrale Stelle außerhalb der Grenzen Deutschlands[19] – erforderlich.

Die Frage einer periodischen gewerkschaftlichen Druckschrift für Deutschland ist nach meiner Auffassung durchaus akut. In erster Linie muß sie der Sammlung der Genossen in Deutschland dienen, das Selbstvertrauen stärken, durch Nachrichten aus den Betrieben, über die Wirtschaft und die sozialen Zustände in Deutschland die Isolierung des einzelnen durchbrechen und durch Behandlung der weltwirtschaftlichen Geschehnisse die Urteilsbildung auf diesen Gebieten gesellschaftlicher Zusammenhänge besser ermöglichen. Also kein Diskussionsorgan, in dem sich alle möglichen Literaten austoben können und sich einbilden, die Meinungen zu klären und in Wirklichkeit Verwirrung bringen, nicht zusammenfassen, sondern trennen. Solche »ersprießliche« Tätigkeit würde bei den in Deutschland wirklich arbeitenden Genossen keinerlei Verständnis finden, zumal sie sich an solchem Streit nicht beteiligen können, denn das ist ein[20] beneidenswertes Privileg derjenigen, die außerhalb Deutschlands keine andere Arbeit kennen. So muß der Charakter einer Zeitschrift für die Unterstützung der Arbeiten in Deutschland von vornherein vollkommen klar und eindeutig auf die bestimmte Aufgabe eingestellt sein.[21]

Bisher wurden die Arbeiten in Deutschland gefördert durch Unterstützung der einzelnen Berufsinternationalen, und daran etwas zu ändern, dürfte nicht ratsam sein, denn es hat sich gezeigt, daß Verbindungen innerhalb derselben doch intensiver und vor allen Dingen auch persönlich fester und kameradschaftlicher sind als sie mit dem Vorstand des IGB sein können, der doch nur mit dem ADGB-Vorstand in ein persönli-

14 Schliestedt ordnet hier die frühe Entwicklung der DAF bis zur Vereinheitlichung im Frühjahr 1934 der Gewerkschaftsbewegung zu.

15 Vgl. Dok. 10.

16 Vgl. Frese, Betriebspolitik, S. 93ff.

17 Vgl. auch die Darstellung bei Jahn in Dok. 22.

18 Vgl. auch Dok. 24. Bei dieser Einschätzung stimmten die einzelnen freigewerkschaftlichen Gruppen überein. Vgl. z.B. die Dokumente im Kapitel zu ITF und zum Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands.

19 Gemeint ist die spätere Geade. Unvollständiger Satz in der Vorlage.

20 Im Original »kein«.

21 Diese Zeitschrift erschien unter dem Titel »Gewerkschafts-Zeitung« 1937/38. Vgl. Stroech, S. 166.

cheres Verhältnis kommen konnte. Im Sinne dieses überlieferten Zustandes stelle ich mir die Aufgabe des IGB vor. Die Zusammenfassung der gewerkschaftlichen Arbeiten mit und für Deutschland als Krönung der Arbeiten in den einzelnen Industrien mit Unterstützung der Berufsinternationalen würden die Kristallisationspunkte der kommenden Gewerkschaften in Deutschland bilden.

Es wären wohl noch die Fragen der Erfolgsmöglichkeiten solcher Arbeiten in Deutschland zu erörtern, wenn ich nicht voraussetzen müßte, daß die Unterhöhlung des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fundamentes des Naziregimes bekannt ist. Wenn ich ferner bedenke, daß durch die bestehenden Hemmungen jede Arbeit sehr viel Zeit kostet, so dürfte leicht die Gefahr des »zu spät« eintreten.

Um einer Auslandsstelle der deutschen Gewerkschaften von vornherein auch die notwendige psychologische Basis zu geben, ist eine Beratung mit den die Arbeit führenden Genossen in Deutschland erforderlich, denen ein Gesamtplan vorgelegt werden müßte.[22] Das ist selbstverständlich nur ein kleiner Kreis, der ohne erhebliche Schwierigkeiten zusammenzuholen ist. Aus der geplanten Arbeit würde eine gesteigerte Aktivität hervorgehen und sicherlich würden dann auch diejenigen Berufe und Industrien schneller einbezogen werden, in denen bis jetzt wenig oder noch nichts geleistet wurde.[23] Aufgabe des IGB und der Auslandsstelle würde es dann sein, auch diese Berufsinternationalen mit ihren persönlichen Verbindungen und ihrer Unterstützung einzuschalten.

Diese Darlegungen geben nur in großen Zügen wieder, was sich aus der deutschen Situation und der Arbeit zu ihrer Überwindung ergibt. Mancherlei wäre dazu noch auszuführen und müßte ein ganzes Buch füllen, ohne eine persönliche Beratung ersetzen zu können. Deshalb kann die vorliegende Arbeit auch nur den Zweck einer grundsätzlichen Vorklärung haben. Daß ich mit allen Fasern meines Denkens und Fühlens bei meinen Kameraden bin, mit denen ich unter den schwierigsten Verhältnissen eineinhalb Jahre in Deutschland den Gedanken der Gewerkschaft aufrecht erhielt, die ich vom persönlich sicheren Port weiter unterstütze, ist selbstverständlich. Ich möchte mehr tun, nachdem ich in Ruhe alle Möglichkeiten überprüfen konnte, und ich glaube auch, daß alle Internationalen, an ihrer Spitze der IGB, ebenfalls gern sehen, wenn ihrer Arbeit für Deutschland größere Erfolgsmöglichkeiten erschlossen werden können. Dazu beizutragen, war meine Absicht und meine Pflicht.

DOKUMENT 21

6. 2. 1935: Die Gestapo beschreibt Stand und Zusammensetzung der Illegalen Reichsleitung der Freien Gewerkschaften

BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 400, Bl. 27–28. Maschinenschrift. Überschrift: »II.1. A.2., Berlin 6.2. 1935«. Handschriftliche Unterschrift.[1]

Der Verbindungsmann der Geheimen Staatspolizei in Bremen ist, wie aus anliegendem Bericht ersichtlich, bezgl. der Zusendung des Materials nicht richtig informiert.[2] Die Gewerkschaften haben von Berlin aus noch kein eigenes gedrucktes Informationsmaterial herausgegeben. Die Agitation wurde nur mündlich betrieben und zwar nur gelegentlich der Ausführung ihrer Handelsgeschäfte (Rasierwasser, Seife usw.).[3] Die Gewerkschaftsführer, sowohl die der freien wie auch der christlichen Gewerkschaften, haben sich dauernd und zwar sofort nach der nationalen Erhebung für das Fortbestehen bzw. Anerkennung der Gewerkschaften eingesetzt. Da sie auf legalem Wege ihre Ziele nicht erreichten, organisierten sie 1933 lose Zusammenkünfte beim Glase Bier, wo vorerst keine politischen Debatten zugelassen wurden.[4] Ende Mai 1934 war man aber soweit, daß der Gedanke einer Wiederaufrichtung der Gewerkschaften unter Absetzung Dr. [Robert] *Leys* Tagesgespräch war.[5] Die freien Gewerkschaften hatten bereits Maßnahmen getroffen, um ihre Gewerkschaftshäuser schnell zu besetzen.[6] Mit dem 30. Juni[7] wurden diese damals vielfach debattierten und umstrittenen Dinge zerschlagen, aber die alten Gewerkschaftsfunktionäre gaben sich damit nicht zufrieden und arbeiteten weiter, um in den Großbetrieben, die ihnen treu gebliebenen Arbeiter zu sammeln und nach straffen Gesichtspunkten zu organisieren.[8] Die illegale Gewerkschaft ist nicht unter der Deckbezeichnung »Metallarbeiter-Verband« aufgezogen,[9] sondern entsprechend der früheren Organisation. Als Leiter aller Berliner Gruppen der freien Gewerkschaften wurde bisher der in Sachen [Herbert] *Kriede-*

22 Die zentrale Beratung fand am 26./27.7.1935 auf einer Konferenz in Reichenberg/CSR statt. Vgl. Dok. 27–30.

23 Vgl. z.B. Buschak, Arbeit, S. 169f.

1 Die Unterschrift wurde nicht entziffert. Vgl. auch Dok. 19.

2 Der »Verbindungsmann« der Gestapo in Bremen konnte nicht ermittelt werden. Der Bericht des Gestapospitzels und der Bericht der Gestapo Bremen in: BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 380, Bl. 124.

3 Die früheren Gewerkschaftsführer waren vielfach aufgrund der Schwierigkeit, einen Arbeitsplatz zu finden, und der wiederholten Verhaftungen gezwungen, als Vertreter zu arbeiten. Zugleich stellte diese Tätigkeit aber eine gute Gelegenheit dar, um mit plausiblen Erklärungen im Fall einer Verhaftung innerhalb des Deutschen Reichs herumzureisen. Zur Vertretertätigkeit vgl. beispielhaft den Lebensweg von Hans Jahn zwischen 1933 und seiner Verhaftung am 17.5.1935 sowie von Hans Gottfurcht zwischen 1934 und 1938. Eine solche, von ehemaligen SPD-Politikern und Gewerkschaftern aufgezogene Handelsfirma war z.B. die Fa. Leinert und Brey GmbH in Hannover, die Reinigungsartikel vertrieb und der auch Jahn und Ludwig Steinberg angehörten. Beide waren zuvor Versicherungsvertreter gewesen. Die Verbindungen waren der Gestapo bekannt. Nach deren Feststellungen wurden die Handelsfirmen Vertretertätigkeiten z.B. bei Versicherungen vorgezogen, da der Handlungsreisende unauffällig häufiger bzw. wiederholt bestimmte Anschriften oder Personen aufsuchen konnte, um Verbindungen aufzubauen, Informationen auszutauschen und Unterstützungsleistungen weiterzuleiten oder zu sammeln. Vgl. die Vermerke der Gestapo Berlin, vom 9.11. 1933 und 6.3.1934 (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 301 Bl. 73, Nr. 400, Bl. 18). Vgl. ferner die Selbstdarstellungen von Jahn in seinem Bericht für die ITF vom 15.12.1936 (Dok. 75) und von Hans Gottfurcht, Als Gewerkschafter im Widerstand, in: Richard Löwenthal/Patrick von zur Mühlen (Hg.), Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933–1945, Bonn 1984, S. 52. Vgl. auch Beier, Reichsleitung, S. 37f.
Andere Personen arbeiteten nach ihrer Freilassung aus den Konzentrationslagern, in die sie nach der Zerschlagung der Freien Gewerkschaften verschleppt worden waren, als Inhaber kleiner Geschäfte, wie z.B. Hermann Schlimme. Vgl. zu Schlimme die Überwachungsberichte von der Gestapo Berlin im April 1934 (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 388, Bl. 55–57), das Tagebuch von Schlimme (BA, SAPMO, FDGB, Nl. Schlimme, Nr. 1) und dessen Erinnerungsbericht (Dok. 52).

4 Vgl. hierzu neben dem Bericht von Jahn vom 15.12.1936 (Anm. 3) auch dessen Bericht über den Wiederaufbau der »Freien Gewerkschaften« aus dem Jahr 1936 (Dok. 36).

5 Die Formulierung »Tagesgespräch« taucht auch in den Berichten der Emigration auf, so in dem Bericht von Jahn vom 15.12.1936 (Anm. 3). Vgl. ferner den Spitzelbericht von »Go. 1« vom 20.6. 1934 (Dok. 19).

6 Ebd. Diese Einschätzung der gewerkschaftlichen Vorbereitungen konnte nicht verifiziert werden, scheint aber angesichts der wenigen Berichte über diese Phase stark übertrieben. Vgl. z.B. die erwähnten Berichte von Jahn (Anm. 3 und 4).

7 D.h. mit der Ermordung der SA-Spitze um Ernst Röhm und anderer Personen durch die NS-Führung am 30. Juni 1934.

8 Vgl. den Bericht von Jahn vom 15.12.1936 (Anm. 3).

9 Dies behauptete die Gestapo in Bremen (Anm. 2).

mann[10] festgenommene Walter *Maschke*[11] bezeichnet. Seine Funktion war die eines Bezirksvorsitzenden des ADGB, dem alle Gewerkschaften korporativ angeschlossen sind. Für die Einzelverbände der freien Gewerkschaften kommen als Leiter nachstehend aufgeführte Personen in Frage:

Metall- [Max] *Urich*
Eisenbahner- [Otto] *Scharfschwerdt*[12]
Lokführer- [Hans] *Jahn*
ZdA- [Hans] *Gottfurcht*[13]
Butab- [Wilhelm] *Snell*[14] und

10 Herbert Kriedemann (1.3.1903–20.1.1977) war seit 1928 zunächst mit der Organisation der SPD-Bildungsarbeit in Brandenburg beschäftigt, danach Angestellter im Reichsbildungsausschuß der SPD, Redakteur der Zeitschrift Sozialistische Bildung und seit 1930 Angestellter in der Werbeabteilung der SPD. Ab Sommer 1933 Versuche zum Wiederaufbau der SPD in Verbindung mit dem Exil-Vorstand in Prag, Kontakte zu Neu Beginnen, August 1934 Flucht nach Prag, Januar 1935 Ausscheiden als Parteiangestellter nach Differenzen über die Methoden illegaler Arbeit, Aufenthalte in Estland und ab Frühjahr 1936 in Amsterdam, publizistische Tätigkeit, später Arbeit als Gärtner, 1936 mit Wissen von Parteifreunden als V-Mann der Gestapo tätig, Beschuldigungen aus der Exil-SPD als Spitzel, 1940 nach dem Einmarsch deutscher Truppen in die Niederlande verhaftet, Februar 1941 Freilassung, 28.10.1941 Verurteilung zu zwei Jahren Gefängnis, die auf Bewährung ausgesetzt wurden, Tätigkeit als Gutsinspektor bei Magdeburg, 1943 erneute Verhaftung und Verurteilung wegen Spionage für den britischen Geheimdienst zu drei Jahren Gefängnis, die erneut zur Bewährung ausgesetzt wurden. Nach Kriegsende Mitarbeit im Büro Schumacher als Agrarreferent, 1946–1950 besoldetes Mitglied des Parteivorstandes der SPD, 1946/47 MdL in Hannover bzw. Niedersachsen, 1947/48 Mitglied des Zonenbeirats der britischen Besatzungszone, 1947–1949 Mitglied des Wirtschaftsrats für Niedersachsen, 1949–1972 MdB (SPD), 1961–1973 MdEP.

11 Walter Maschke (6.10.1891–15.9.1980) war 1920–1922 Angestellter beim ZdA, 1922/23 und 1925–1933 Leiter der Jugendabteilung beim Bundesvorstand des ADGB, 1933 Entlassung, Arbeitslosigkeit, Tätigkeit als Hilfsarbeiter und kaufmännischer Angestellter, mehrfache Verhaftungen wegen illegaler Gewerkschaftsarbeit, Zuchthaus, KZ-Haft, zuletzt festgenommen im Zusammenhang mit dem Attentat am 20. Juli 1944, am 18./19.1.1945 Verurteilung zu zwei Jahren Gefängnis. Nach 1945 Mitarbeit am Gewerkschaftsaufbau (FDGB) in Berlin, 1946–1963 im Bundesvorstand des FDGB, 1946–1949 als Abteilungsleiter für Schulung, 1949–1953 als Sekretär des Bundesvorstandes, 1953–1959 als stellvertretender Vorsitzender der Industriegewerkschaft Kunst, 1949 und 1954–1958 Präsidialrat des Kulturbundes der DDR, 1948/49 Mitglied im Provisorischen Volksrat der SBZ/DDR.

12 In der Vorlage irrtümlich: Scharfschwert.

13 Hans Gottfurcht (7.2.1896–18.9.1982) war seit 1919 hauptamtlicher Sekretär des ZdA, Reichsfachgruppensekretär, zeitweise Gauleiter im Rheinland und in Mitteldeutschland, 1924–1933 Gauleiter für Berlin und Nordostdeutschland, 1933 Entlassung, Tätigkeit als Versicherungsvertreter, illegale Gewerkschaftsarbeit im Reich und mit Verbindungen zur Sopade und zum Internationalen Bund der Privatangestellten, Juli 1937 vorübergehend verhaftet, Juli 1938 Emigration über Amsterdam nach London, Mitglied der Labour-Party und der britischen Gewerkschaften, Herbst 1939 Vorsitzender der neugegründeten »Londoner Vertretung der Freien Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengewerkschaften« als Landesverband der ADG, 1939/40 Berater für britische Deutschlandpolitik, 1940 kurzzeitige Internierung, ab Februar 1941 Vorsitzender der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien, unabhängig von der ADG unter Einschluß linkssozialistischer, christlicher und ab Ende 1941 kommunistischer Gewerkschafter programmatische Arbeit für eine enge Kooperation von Partei und Gewerkschaft, Mitarbeit bei Deutschland-Sendungen der BBC, Vertreter der Landesgruppe in der »Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien«, Mitarbeit am Nachkriegsprogramm der Landesgruppe, 1945–1950 Verbindungsmann zwischen TUC und deutschen Gewerkschaften, 1950–1960 internationale Gewerkschaftsarbeit, 1952–1959 als stellvertretender Generalsekretär des IBFG in Brüssel. Vgl. für die Jahre 1933–1945 den autobiographischen Bericht (Anm. 3).

14 Wilhelm Snell (23.7.1894-nach 1945) war seit 1925 Sekretär von Hermann Waschow im Bund der technischen Angestellten und Beamten (Butab) in Berlin, 1933 Entlassung, berufliche Tätigkeit in der Industrie, illegale Gewerkschaftsarbeit, Juli 1937 Flucht vor Verhaftung ins Ausland, Emigration über Paris in die USA, in Philadelphia/USA verstorben.

[Hermann] *Waschow*[15]

Urichs Bezirk geht bis in die Provinz. [Gustav] *Sabath*[16] ist sein Mitarbeiter im Kreis Teltow-Beeskow-Storkow. Der Sitz des DMV ist in Stuttgart. Zur Reichsleitung gehörte bis zu seiner Festnahme Alwin *Brandes*.[17]

Jahn, Lokführer, hat im Reich etwa 20 Gruppen.[18] Sein Mitarbeiter im Westen ist [Willy] *Molitor*[19] in Mülheim. *J[ahn]* war am 22.12.[19]34 in Amsterdam auf einer Konferenz der illegalen deutschen Gewerkschaften.[20]

15 Hermann Waschow (31.10.1891- nach 1945) Ingenieur, 1922–1933 ehrenamtliches Vorstandsmitglied (seit 1924 als Vorsitzender) des Butab, Mitglied im Bundesausschuß des AfA-Bundes, ferner Vorstandsmitglied der Industrie-Beamten-Sparbank und Aufsichtsrat der Berufskrankenkasse Deutscher Techniker, 1933 Entlassung, kurzzeitige Haft, berufliche Tätigkeit in der Industrie, illegale Gewerkschaftsarbeit, Juli 1937 Verhaftung gemeinsam mit Hans Gottfurcht, Bernhard Göring und Petersdorf (vor 1933 Deutscher Werkmeister-Verband) und Verhöre durch die Gestapo, nach Entlassung Fortführung der leitenden Tätigkeit in der Industrie (Telefunken), nach 1945 Gewerkschaftsarbeit in der SBZ, 1945/46 Leiter der Hauptabteilung III, 1947 Abteilungsleiter der »Technisch-konstruktiven Lenkung der Industrie« in der »Deutschen Zentralverwaltung der Industrie«.

16 Gustav Sabath (1.5.1863–21.11.1952) war 1893–1902 besoldetes Mitglied und Vorsitzender der Hamburger Ortsgruppe des Deutschen Schneiderverbandes, 1902–1928 Mitglied der Generalkommission bzw. im Bundesvorstand des ADGB, 1903–1920 Redakteur des Schneiderverbandes, 1920–1928 Vorsitzender des Berliner Ortsausschusses des ADGB, 1923–1928 Mitglied des Preußischen Landtages (SPD), 1928 Pensionierung, 1933 kurzzeitige Haft.

17 Alwin Brandes (12.6.1866–6.11.1949) war 1919–1933 (Mit-)Vorsitzender des DMV, 1912–1924 und 1928–1933 MdR (SPD), 1933 Entlassung, 2.5.1933-Juli 1933 u.a. im KZ Sachsenburg inhaftiert, bis 1935 Polizeiüberwachung, Tätigkeit als Hausverwalter, Rentner, illegale Gewerkschaftsarbeit, offizieller Vertreter von entlassenen Gewerkschaftsangestellten bei Arbeitsgerichts- und bei Entschädigungsverfahren. Brandes wurde am 15.12.1934 im Zusammenhang mit der Verhaftung von Richard Teichgräber und den Gestapo-Ermittlungen gegen die illegalen DMV-Gruppen vorläufig festgenommen, vom 22.2.1935–8.6.1935 Untersuchungshaft und KZ. Das Hochverratsverfahren gegen Brandes wurde jedoch eingestellt und Brandes am 8.6. 1935 aus dem KZ Sachsenburg entlassen. Am 11.1.1936 erneut verhaftet, wurde Brandes am 1.–6.10. 1937 vor dem Volksgerichtshof gemeinsam mit Willy Rößler, Richard Teichgräber u.a. angeklagt, diesmal jedoch mangels Beweisen vom Vorwurf, den illegalen DMV wiederaufbauen zu wollen, freigesprochen. Anschließend Fortsetzung der Vertretungstätigkeit für die entlassenen Gewerkschaftsangestellten, Kontakte zu Wilhelm Leuschner, nach Kriegsende 1945 an der Wiedergründung der Gewerkschaften in Berlin beteiligt. Vgl. zu den Ermittlungen die Anklageschrift des Reichsanwalts beim Volksgerichtshof vom 15.7.1937 sowie das Urteil vom 6.10.1937 (Nr. 14 J 301/37 // 1 H 27/37) (Widerstand als Hochverrat, Microfiche-Ausgabe). Zu Brandes, Teichgräber und Rößler vgl. auch Dok. 35 sowie Opel/Schneider, 90 Jahre, S. 295, 318, und auf Basis der Ermittlungsakten die eingehende Darstellung bei Buschak, Arbeit, S. 101–114. Zur Vertretungstätigkeit für die ehemaligen Gewerkschaftsangestellten vgl. die Selbstdarstellung von Brandes, zit. in: Opel/Schneider, 90 Jahre, S. 296–300, insb. S. 298, 300. Die unzureichende Information der Gestapo spiegelt sich indes darin, daß Stuttgart als Sitz des DMV angenommen wurde. Vgl. hierzu Buschak, Arbeit, S. 112.

18 Vgl. den Bericht von Jahn vom 15.12. 1936 (Anm. 3) sowie die Organisations-Anlage vom 1.3.1936 (Dok. 69).

19 Willy Molitor (25.5.1902–20.1.1953) war SPD, 1926/27 und 1928–1933 Betriebsrat im Reichsbahnausbesserungswerk Mülheim, 1932/33 Schriftführer und Beisitzer im Bezirksvorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands für den Reichsbahnbezirk Essen, 1933 entlassen, versuchter Aufbau von gewerkschaftlich orientierten Verbindungen im Ruhrgebiet, illegale Arbeit für die ITF, Verbindungsmann von Hans Jahn für Westdeutschland, Teilnahme an Besprechungen in Holland und innerhalb Deutschlands, Kontakte zur Sopade, am 7.6.1935 im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen eine illegale SPD-Gruppe in der Duisburger Brotfabrik »Germania« von der Gestapo verhaftet und am 9.7.1936 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, am 7.6.1938 aus dem KZ Börgermoor entlassen, in der Folgezeit unter Überwachung der Gestapo und angebliche Anwerbung als V-Mann, u.a. um Jahn aus Antwerpen nach Deutschland zu locken, weiterhin enge Verbindungen zur ITF und Jahn in Amsterdam bzw. Luxemburg, seit 1940 in der Rüstungsindustrie beschäftigt. Bei einem seiner Besuche in Holland im Januar/Februar 1940 setzte sich Molitor von der Gestapo ab, offenbarte sich der ITF in Amsterdam und konnte mit deren Hilfe am 2.5. 1940 nach England fliehen,

Gottfurcht war vor einigen Monaten zusammen mit *Waschow* vom Butab als deutscher Vertreter der Angestellten-Internationale in Paris.[21]

Snell leitet auch in Hannover und Hamburg den Butab. Der in Hamburg seinerzeit festgenommene [Otto] *Schröder* (früherer Leiter des ZdA)[22] gehörte zur Gruppe *Snell*. *Barth*, Richard[23], leitet den Buchdruckerverband.

Im Zusammenhang mit diesen Gewerkschaften und dem ADGB werden noch folgende Namen genannt:

[Hermann] *Schlimme*, [Theodor] *Leipart*, [Wilhelm] *Leuschner*[24], [Gustav] *Sabath*, [Franz] *Scheffel*, [Ludwig] *Steinberg*[25] und der am 31.1.[19]35 festgenommene [Carl] *Balleng* als Leiter der Maschinisten und Heizer.[26]

1946 Rückkehr nach Deutschland. Vgl. auch Dok. 89, die Vernehmungsprotokolle von Molitor durch die Gestapo vom 31.5.1937 bis 12.7.1937 (HStA Düsseldorf, RW 58, Nr. 58896, S. 5–29) sowie für die Entwicklung 1939/40 die Vernehmungsunterlagen und das Urteil des Volksgerichtshofes gegen Wilhelm Bode u.a., Nr. 9 J 237/40 // 2 H 17/42, vom 8.4.1942 (HStA Düsseldorf, RW 58, Nr. 2122, Bl. 28–43). Zum Duisburger Brotfabrik-Prozeß vgl. Jürgen Dzudzek, Von der Gewerksgenossenschaft zur IG Metall. Zur Geschichte der Metallgewerkschaften in Duisburg, Oberhausen 1991, S. 253–262.

20 Vgl. den Bericht von Jahn vom 15.12.1936 (Anm. 3).

21 Hierbei handelte es sich nach dem retrospektiven Bericht von Gottfurcht um eine Fehlannahme der Gestapo. Danach war Gottfurcht bei Verhören durch die Gestapo im Juli 1937 nach einer Reise zur Internationalen Sozialistischen Konferenz in Brüssel im Jahr 1934 befragt worden und habe sich damals gefragt, woher diese Meldung stammte, da er nicht gereist war, aber »im engsten Kreise« besprochen habe, zu fahren. Erst »im letzten Augenblick« habe er sich damals gegen die Reise entschieden. Gottfurcht, Als Gewerkschafter (Anm. 3), S. 54. Dort erwähnt Gottfurcht auch die Kooperation mit Waschow und Snell. Vgl. zu den Reisen von Gottfurcht auf der Basis seiner Angaben die Zusammenstellung für die Jahre 1934–1938 bei Beier, Reichsleitung, S. 37f.

22 Otto Schröder war vor 1933 Führer der Arbeiterjugend in Hamburg und dort Leiter des ZdA, nach 1945 an der Gründung der DAG in Hamburg beteiligt, Vorstandsmitglied der DAG.

23 Vgl. den autobiographischen Bericht in Dok. 53.

24 Wilhelm Leuschner (15.6.1890–29.9.1944) war 1919–1926 Vorsitzender des Ortsausschusses Darmstadt des ADGB und Landessekretär der Freien Gewerkschaften Hessens, 1926–1928 Bezirkssekretär des ADGB für Hessen, 1924–1933 Mitglied des Hessischen Landtages (SPD), 1928–1933 hessischer Minister des Innern, 1933 Mitglied des Bundesvorstands des ADGB und stellvertretender Vorsitzender, März/April 1933 als Mitglied des »Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften« an Planungen für eine Einheitsgewerkschaft beteiligt, 2.5.1933 Schutzhaft, Anfang Juni 1933 als Begleiter des DAF-Reichsleiters Robert Ley Teilnahme am 17. Kongreß des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, dort Verweigerung der Anerkennung der DAF als Nachfolgerin der Freien Gewerkschaften, nach Rückkehr in Deutschland verhaftet, bis Juni 1934 Gefängnis und Haft im KZ Börgermoor und im KZ Lichtenburg, anschließend unter Polizeiaufsicht, Aufbau einer Firma zur Herstellung von Bierzapfhähnen, führender Kopf der Versuche zum Aufbau illegaler Gewerkschaftsverbindungen, weitreichende Kontakte zu ehemaligen Gewerkschaftsführern innerhalb des Deutschen Reichs, Anknüpfungen zu sozialdemokratischen und bürgerlichen Widerstandsgruppen, Verbindungen zu Jakob Kaiser, Julius Leber, Carl Goerdeler und dem Kreisauer Kreis, nach Kriegsbeginn kurzzeitige Inhaftierung im KZ Sachsenhausen, in den Plänen zum Attentat am 20.7.1944 als Vizekanzler, Kanzler oder Reichspräsident genannt, am 16.8.1944 verhaftet, vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt, am 29.9.1944 hingerichtet.

25 Ludwig Steinberg (geb. 10.1.1884) war vor 1933 Gauleiter des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Vorstandsmitglied des Einheitsverbands der Eisenbahner Deutschlands und zuletzt Polizeipräsident in Frankfurt/M., 1933 Entlassung und Inhaftierung, nach Haftentlassung Versicherungsvertreter, Kontakte zum Leuschner-Kreis und zu Hans Jahn.

26 Carl Balleng (geb. 21.11.1899) war 1921–1933 Abteilungsleiter beim Hauptvorstand, Sekretär, später Vorstandsmitglied des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands, 1933 Entlassung, KZ-Haft, Emigration nach Dänemark, Januar 1935 unter ungeklärten Umständen Rückkehr nach Deutschland, Haft. Balleng wurde Ende 1935 trotz Anklage wegen Landesverrat freigelassen, weshalb Gewerkschafter in der Emigration Distanz zu Balleng wahrten. Zu den anderen Genannten vgl. den Bericht von Heinrich Schliestedt an Martin Plettl vom 5.2.1936 (Dok. 35) sowie die Berichte von Jahn (Dok. 22, 36).

Ihre Funktionen sind jedoch noch nicht bekannt. Über die Einstellung von früheren Funktionären in den Großbetrieben [und] über den Leiter des Berliner Metallarbeiter[-]Verbandes wurde bereits berichtet und durch weitere Ermittlungen bestätigt gefunden.[27] Bezüglich der Richtlinien für die Neubildung der illegalen Gewerkschaften ist zu bemerken, daß das von der SPD zur Verbreitung gelangende Material auch an die Gewerkschaftsführer herausgegeben wird. Dafür haben die Gewerkschaftsführer Betriebsberichte pp an die SPD[-]Leitung zu erstatten, die diese nach Prag vermittelt.[28]

[...][29]

DOKUMENT 22

Frühjahr 1933 – Frühjahr 1935: Hans Jahn schildert rückblickend die Versuche zur Bildung einer »Reichsleitung deutscher illegaler Gewerkschaften«

BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 392, Bl. 145–147 (Anlage). Ein zweites Exemplar in ebd., Bl. 136–141 (Schreiben an den IGB). Maschinenschrift. Überschrift: »Anlage zum Schreiben vom ... an den Kongreß des IGB«. Maschinenschriftliche Unterschrift.[1]

Diese Darstellung über die Entwicklung der sogenannten »Reichsleitung deutscher ill[egaler] Gewerkschaften« soll zur Vermeidung einer Geschichtsklitterung dienen.

Am 1. Mai 1933 war die Leitung des ADGB-Berlin noch intakt. Dem Bund waren zu dieser Zeit 31 Verbände mit 4.690.000 Mitgliedern angeschlossen. Er gliederte sich in 14 Bezirke und 1.288 Ortsausschüsse mit 12.259 Ortsgruppen der angeschlossenen Verbände. 25 Verbände hatten ihren Sitz in Berlin, 6 Verbände in der Provinz. Das Gesamtvermögen dieser Organisationen betrug 292,6 Millionen Mark.

Am 2. Mai 1933 vormittags 10 Uhr wurden sämtliche Gewerkschaftshäuser besetzt und die führenden Personen verhaftet. Eine gemeinsame Aktion der Gewerkschafts-

27 Fehlerhafter Satzbau in der Vorlage. Vgl. zu den Ermittlungen der Berliner Gestapo z.B. den Bericht desselben Gestapo-Mitarbeiters vom 6.3.1934 (Anm. 3) sowie den Spitzelbericht von »Go 3« vom 13.10.1934 (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 380, Bl. 84). Zu weiteren Ermittlungen über Betriebszellen bei den »Schwarzkopf'schen Betrieben« vgl. den Spitzelbericht von »Go 3« vom 16.7.1935 sowie die Berichte des Gestapa Berlin vom 11.3.1936 und 12.3.1936 (ebd., Bl. 136f., Bl. 158–163). Zu den Ermittlungen gegen Brandes, Teichgräber, Rößler u.a. 1935–1937 vgl. Dok. 35 Anm. 9 und 10.

28 Vgl. zu den Verbindungswegen z.B. den Bericht von Schliestedt an Plettl (Anm. 26), den Bericht von Jahn vom 15.12.1936 (Anm. 3) sowie die Verbindungen zwischen Richard Teichgräber, Willy Rößler und Heinrich Schliestedt 1934/35.

29 Die ausgelassenen Ausführungen beschäftigen sich ohne Bezug zu den Gewerkschaften mit der Tarnbroschüre der SPD »Die Kunst des Selbstrasierens«, die diesem Bericht von der Gestapo beigelegt wurde.

1 Dieser Abriß befand sich als »Anlage zum Schreiben vom ... an den Kongreß des IGB« bei Entwürfen, die Jahn gemeinsam mit anderen »am Wiederaufbau freier deutscher Gewerkschaften tätigen Kollegen und unter Aufsicht der Internationalen Berufssekretariate« für eine Stellungnahme zum 8. Kongreß des IGB am 5.–8.7.1939 in Zürich erarbeitet hatte und mit der er für die Politik der ITF und gegen die Zentralisierungsabsichten der ADG warb. Vgl. aber wegen der Datierung auch die Hinweise in Dok. 36 Anm. 1. Kramer war der Deckname von Hans Jahn. Der Text war in der Vorlage verschlüsselt. Die Codewörter aus der Anlage wurden im Text in [ ] eingesetzt. Der Code befand sich ohne eigene Nummerierung im Archiv in der Anlage des Dokumentes und trug ebenfalls die maschinenschriftliche Unterschrift: Kramer. Jahn beschrieb diese Entwicklung der illegalen Gewerkschaftsarbeit mehrmals mit teilweise identischen Formulierungen. Vgl. auch Dok. 36 und 75, bei denen die wortgleichen Passagen weitgehend gestrichen wurden. Zur Entwicklung 1933/34 aus der Sicht von Schliestedt vgl. dessen Bericht an den IGB vom Dezember 1934 (Dok. 20).

angestellten, die Übernahme der Verbände durch die Nazis zu verhindern, kam nicht zustande. Bis Ende Juni 1933 waren – bis auf einige unrühmliche Ausnahmen – sämtliche maßgebenden Gewerkschaftsfunktionäre entlassen und durch Nazis ersetzt. Es begann ein ungeahnter Auflösungsprozeß der Gewerkschaften. Erst gegen Ende des Jahres 1933 konnten die Nazis die Mitgliederflucht stoppen.[2]

Die einst führenden Kollegen des ADGB resignierten oder emigrierten. Hier und da wurde versucht, Verbindungen zu ehem[aligen] Freunden und Funktionären herzustellen. Der Sommer 1933 verging mit solchen Versuchen. Am 5.10.[19]33 war es möglich, im Kaffee Josty am Potsdamer Platz in Berlin, die Kollegen 1 [Hermann *Schlimme*[3]] und 2 [Walter *Maschke*[4]], 3 [Hans *Jahn*[5]], 4 [Franz *Apitzsch*][6], 5 [Richard *Timm*[7]] und 6 [René *Bertholet*[8]] zusammen zu bringen. Es wurde die Frage ventiliert, ob die Herstellung gewerkschaftlicher Verbindungen opportun und möglich sei. Die Meinungen gingen auseinander. Ein Teilnehmer vertrat den Standpunkt, daß der Beginn von ill[egaler] Arbeit noch verfrüht sei. Andere meinten, die Herstellung von Verbindungen sei nur in Anlehnung an das Organisationsprinzip des ADGB möglich. Sie forderten Zentralisation und Führung durch eine Reichsleitung. 3 [*Jahn*[9]] und 6 [*Bertholet*[10]] traten für Dezentralisation der ill[egalen] Arbeit im Betriebe ein und hielten aus Sicherheitsgründen eine Koordinierung der Einzelbewegungen vorerst für

2 Genaue Zahlen liegen nicht vor. Doch räumte der DAF-Leiter Robert Ley später erhebliche organisatorische Probleme und Mitgliederschwund in der Anfangsphase des Regimes ein. Ende 1933 bildete die DAF-Führung den Aufbau um und vereinheitlichte die Organisation. Zudem gelang es ihr zunehmend die Mitgliedschaft zur Voraussetzung für die Arbeitsaufnahme zu machen. Vgl. Angaben in Dok. 18 Anm. 14; Frese, Betriebspolitik, S. 162ff.

3 Im Code wörtlich: »1 = Schlimme[,] Vorstandssekretär beim ADGB in Berlin«. Vgl. auch Dok. 19, 52.

4 Im Code wörtlich: »2 = Maschke[,] Jugendsekretär beim ADGB in Berlin«. Vgl. auch Dok. 21.

5 Im Code wörtlich: »3 = Jahn[,] Vorstandssekretär beim Eisenbahner-Verband«.Vgl. auch Dok. 19, 21, 36, 75.

6 Im Code wörtlich: »4 = Apitzsch[,] Vorstandssekretär beim Eisenbahner-Verband«. Franz Apitzsch (24.1.1890–30.12.1948) war 1918/19 Mitglied des Arbeiterrates der Stadt Magdeburg, 1919/20 Bezirks-Betriebsratsvorsitzender im Reichsbahndirektionsbezirk Magdeburg, 1920–1933 Angestellter und Vorstandsmitglied im Eisenbahnerverband bzw. Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, nach 1933 Entlassung, illegale Gewerkschaftsarbeit für die ITF in Berlin und Brandenburg, mehrmals Haft, 1939 KZ Sachsenhausen, 1944 KZ Dachau, nach 1945 in der Schweiz verstorben. Vgl. auch Dok. 73.

7 Im Code wörtlich: »5 = Timm[,] Sekretär beim Holzarbeiter-Verband (Bernau)«. Richard Timm (1.10. 1892–30.3.1983) war 1921/22 Stadtjugendpfleger in Berlin, seit 1922 Jugendsekretär im Holzarbeiterverband, 1930–1933 Verwalter der ADGB-Bundesschule Bernau, 1933 Entlassung, 1933–1945 illegale Gewerkschaftsarbeit, Kontakt mit Wilhelm Leuschner, 1944 KZ Sachsenhausen, nach Kriegsende 1945 Mitglied im vorbereitenden Ausschuß des Holzarbeiterverbandes in Berlin. Vgl. auch Dok. 51.

8 Im Code wörtlich: »6 = Ronné[,] Kurier-Paris«. René Bertholet (29.4.1907–1.5.1969) war Schweizer Staatsbürger, vor 1933 Ausbildung in einer Schule des ISK, Kontakte zu ITF und Edo Fimmen, nach 1933 Mitarbeiter des ISK und Kurier zwischen Gewerkschaftern innerhalb Deutschlands und Emigrationsgruppen in der Schweiz und in Paris, Verbindungsperson und Kurier des IGB, enge Verbindungen zu Hans Jahn und der ITF, November 1933 verhaftet und bis Juni 1936 Zuchthaus, nach seiner Freilassung Korrespondent in Spanien für die Tageszeitung der CGT »Le Peuple«, Ende 1936 Kontaktperson des ISK in Paris und Brüssel, seit 1940 Mitarbeiter des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks im nichtbesetzten Süden Frankreichs und in der Schweiz, 1942/43 Kontaktperson für den nach Großbritannien emigrierten Jahn in der Schweiz nach Deutschland, nach Ende des Krieges Organisation von Lebensmittellieferungen nach Deutschland, seit 1950 Aufbau und Unterstützung von Genossenschaften und Selbsthilfeprojekten in Brasilien. Vgl. auch die Darstellung von Jahn in Dok. 75, 90 sowie Philippe Adant, Widerstand und Wagemut. René Bertholet – eine Biographie, Frankfurt 1996.

9 Vgl. Anm. 5.

10 Vgl. Anm. 8.

ausreichend. Die Ansichten konnten nicht geklärt werden. Die Streitfrage blieb offen, es wurde lediglich beschlossen, jeden Mittwoch erneut zusammen zu kommen.

Diese Gruppe betrachtete sich aus eigenem Ermessen als vorläufige Reichsleitung für den Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaften. Die Frage der ill[egalen] Arbeit wurde im Laufe der Zeit stillschweigend in Richtung Dezentralisation entschieden, d.h. jeder arbeitete nach eigenen Methoden. Konkrete Vorstellungen über den Aufbau von ill[egalen] Organisationen bestanden nicht, es mangelte an jedweder Konzeption. Das Hauptthema der Unterhaltungen war: »Wie kommen wir zu dem von der DAF uns vorenthaltenen Gehalt?«[11] Ende Oktober 1933 stießen 7 [Heinrich *Schliestedt*[12]], 8 [Erich *Bührig*[13]] und 9 [Hermann *Rudolph*[14]] zu dieser Gruppe.

Im Januar 1934 wurde eine Art Arbeitsteilung innerhalb der Reichsleitung eingeführt. 1 [*Schlimme*[15]] sollte Verbindungen zu ehemaligen Verbandsvorständen aufnehmen, 2 [*Maschke*[16]] hatte die Aufgabe, die Verbindungen zu den Bezirkssekretären des ADGB herzustellen, 3 [*Jahn*[17]] sollte als Verbindungsmann zur Partei und Reichs-

11 Die von den Nationalsozialisten entlassenen Gewerkschaftsangestellten erhielten in der Regel zunächst keine Pensionen oder Übergangsgelder und mußten lange um die erworbenen Ansprüche prozessieren. Vgl. hierzu die biographischen Angaben zu Alwin Brandes in Dok. 21 sowie allgemein Kap. I der Dokumente.

12 Im Code wörtlich: »7 = Schliestedt[,] Sekretär beim Metallarbeiter-Verband«. Heinrich Schliestedt (18.1.1883–13.8.1938) war 1910–1919 Geschäftsführer des DMV in Remscheid, 1919–1933 Sekretär beim Hauptvorstand des DMV, 1933 Entlassung, illegale Gewerkschaftsarbeit in Berlin und Reisen innerhalb des Deutschen Reiches mit dem Ziel einer Reichsleitung für den Wiederaufbau der Gewerkschaften, 2.10.1934 Flucht vor Verhaftung in die CSR, Bemühungen zum Aufbau einer zentralen »Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften« (ADG) in Komotau/ CSR als Verbindungsstelle zum IGB und zur Illegalen Reichsleitung in Deutschland, enge Verbindungen zur Sopade, konkurrierende Konzeption in der Gewerkschaftsarbeit zu den vor allem von der ITF und dem Arbeitsauschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands vertretenen Vorstellungen, Ablehnung kommunistischer Einheitsfrontangebote, weitreichende Verbindungen im Ausland zu emigrierten deutschen Gewerkschaftern und zu internationalen Gewerkschaftsorganisationen, Ende November 1935 offizielle Anerkennung der ADG als Vertretung der deutschen Gewerkschaften durch den IGB, Organisation von Konferenzen mit Beteiligung deutscher Teilnehmer aus dem Reich 26./27.7.1935 in Reichenberg/CSR und 1936 in Amsterdam, Herausgabe zahlreicher Schriften, u.a. 1936/37 der Nachrichten der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften bzw. ab 1937: Nachrichtendienst der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften. Schliestedt kam auf dem Weg zur 3. Auslandskonferenz der ADG in Mülhausen/Elsaß bei einem Flugzeugabsturz ums Leben.

13 Im Code wörtlich: »8 = Bührig[,] Sekretär beim Metallarbeiter-Verband«. Erich Bührig (20.1. 1896–2.10.1959) war 1921–1923 Kartellsekretär des ADGB im Memelgebiet, 1923–1929 1.Bevollmächtigter und Geschäftsführer der Ortsverwaltung Peine bzw. Bochum des DMV, 1929–1933 Leiter der arbeitsrechtlichen Abteilung des DMV in Berlin, 1933 Entlassung, Tätigkeit als Einzelhändler, 1933–1945 illegale Gewerkschaftsarbeit und Kontakte zu illegalen DMV-Gruppen in Berlin um Max Urich, von der Gestapo nach der Verhaftung von Urich als Kopf der freigewerkschaftlichen illegalen Metallarbeitergruppen in Berlin beurteilt und als Ansprechpartner der ADG in Berlin eingestuft, 1939/40 verhaftet, KZ Sachsenhausen, 1945 Mitglied des Vorstandes des Verbands der Metallarbeiter im FDGB Groß-Berlin, Februar-Juli 1946 Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes des FDGB Groß-Berlin und der SBZ, November 1946 Mitglied der Bezirksleitung für Westfalen der IG Metall, ab Februar 1947 Vorstandsmitglied und Sekretär der IG Metall (BBZ), ab September 1948 Leiter des Referats Arbeitsrecht des Gewerkschaftsrats in Frankfurt/M., ab 1949 Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes des DGB, 1952–1959 Leiter der Abteilung Arbeitsrecht des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB.

14 Im Code wörtlich: »9 = Rudolph[,] Sekretär beim Gesamtverband«. Vgl. auch Dok. 58.

15 Vgl. Anm. 3.

16 Vgl. Anm. 4.

17 Vgl. Anm. 5.

banner fungieren, 7 [*Schliestedt*[18]] sollte versuchen, mit Personen der Schwerindustrie in Verbindung zu kommen, und 4 [*Apitzsch*[19]] und 8 [*Bührig*[20]] sollten den Entwurf eines Arbeitsrechtsgesetzes fertigstellen. 9 [*Rudolph*[21]] wurde in Mannheim verhaftet und fiel aus, 5 [*Timm*[22]] widmete sich mehr und mehr seinem neuen Beruf als Reklamefachmann.

1 [*Schlimme*[23]] konnte seine Aufgabe nur zum Teil erfüllen. Die ehemalige Führungselite des ADGB war unbrauchbar geworden. Es gelang ihm, Verbindung zu 10 [Caesar *Thierfelder*[24]] und 11 [Hermann *Scheffler*[25]] herzustellen. Mit 12 [Wilhelm *Leuschner*[26]], der sich ab Dezember 1934 wieder täglich bei der Polizei melden mußte, hielt er weiterhin lose Verbindung. Die sogenannte Reichsleitung blieb ein Torso. Hier und da entstandene örtliche Gewerkschaftsgruppen wurden nicht erfaßt.[27]

2 [*Maschke*[28]] versuchte, die Provinz zu mobilisieren. Er sollte die ehemaligen Bezirkssekretäre des ADGB für die Arbeit gewinnen. 13 [Walter *Schevenels*[29]] warf 400.- M[ar]k als Reisespesen aus.[30] Der Erfolg war ein Mann: 14 [Karl *Hartmann*[31]]. 2 [*Maschke*[32]] übernahm daraufhin für den P[artei-]V[orstand] Prag[33] den Auftrag, als Verbindungsmann zu den Gewerkschaften zu wirken und ging Ende 1934 bei einer Rückreise aus Prag hoch. 3 [*Jahn*[34]] war neben seiner eigentlichen Tätigkeit beim Aufbau einer Bezirksleitung der SP[D] (P[artei-]V[orstand] Prag)[35] für Berlin, die gleichzeitig politische Reichsleitung sein sollte, beteiligt. Er konnte nicht verhindern,

18 Vgl. Anm. 12.
19 Vgl. Anm. 6.
20 Vgl. Anm. 13.
21 Vgl. Anm. 14.
22 Vgl. Anm. 7.
23 Vgl. Anm. 3.
24 Im Code wörtlich: »10 = Thierfelder[,] Redakteur beim Bekleidungsarb[eiter]-Verband«. Vgl. auch Dok. 41.
25 Im Code wörtlich: »11 = Scheffler[,] Sekretär beim Holzarb[eiter]-Verband«. Hermann Scheffler (geb. 14.10.1884) war 1910–1933 Redakteur beim Holzarbeiterverband, 1929–1933 Obmann im Fachausschuß der Gewerkschaftsredakteure im ADGB, 1933 Entlassung, illegale Gewerkschaftsarbeit und Kontakte zu Erich Bührig, Teilnahme an der Internationalen Bekleidungsarbeiterkonferenz in Amsterdam 1936, Ende Juni 1939 verhaftet, im folgenden Hochverratsprozeß freigesprochen, 1949 Mitglied in der Kommission für die Neugestaltung des Pressewesens beim Vorbereitenden Ausschuß für den Gründungskongreß des DGB. Vgl. auch Dok. 52, 53.
26 Im Code wörtlich: »12 = Leuschner[,] Vorstandssekretär beim ADGB (ehem[aliger] Minister)«. Vgl. auch Dok. 21, 51.
27 Z. B. Gewerkschaftsgruppen des ehemaligen DMV in Berlin. Vgl. Walter Uhlmann, Metallarbeiter im antifaschistischen Widerstand, Berlin 1982.
28 Vgl. Anm. 4.
29 Im Code wörtlich: »13 = Schevenels[,] Sekretär des IGB«.
30 Schevenels hatte Schlimme mehrmals in Berlin besucht. Vgl. Anm. 73, Dok. 36, zu vorangegangenen Besuchen Dok. 18, 35 sowie Buschak, Arbeit, S. 208.
31 Im Code wörtlich: »14 = Hartmann[,] Bezirkssekretär des ADGB-Jena«. Karl Hartmann (geb. 2.9.1885) war 1919/20 2.Vorsitzender des Gemeinderats in Jena, 1920 Arbeiterratsvorsitzender Fa. Carl-Zeiß in Jena, seit 1923 Bezirkssekretär des ADGB, Bezirk Mitteldeutschland in Jena, seit 1928–1933 für den Bezirk Halle/Sa., Provinz Sachsen, 1924–1933 Mitglied des Landtags in Thüringen (SPD), 1933 Entlassung, 1933–1945 polizeiliche Überwachung, wohnhaft in Hannover, Kontakt zum Leuschner-Kreis 1944. Vgl. auch Dok. 51.
32 Vgl. Anm. 4.
33 Parteivorstand der Sopade in Prag.
34 Vgl. Anm. 5.
35 Sozialdemokratische Partei (Parteivorstand der Sopade in Prag).

daß die P[artei-]V[orstands]-Funktionäre 15 [Oswald *Zienau*[36]], 16 [Alfred *Markwitz*[37]] und 17 [Walter *Löffler*[38]] wegen fehlerhafter Arbeitsmethoden und Spitzeleinbruch hochgingen.[39] Herbst 1934 trug der P[artei-]V[orstand] durch 18 [Fritz *Stahl* jun.[40]] ihm die Funktion von 2 [*Maschke*[41]] an. 3 [*Jahn*[42]] lehnte ab. Seine Zusammenarbeit mit 19 [Theodor *Haubach*[43]], 20 [Otto *Kanitz*[44]] und 21 [Karl *Heinrich*[45]] endete mit der Verhaftung von 19 [*Haubach*[46]]. 3 [*Jahn*[47]] hielt noch Verbindung zu

36 Im Code wörtlich: »15 = Zinau[,] SPD-Funktionär Berlin für PV[Parteivorstand der Sopade in Prag] tätig«. Oswald Zienau, in der Vorlage irrtümlich: Zinau, war vor 1933 Journalist und Korrespondent der Kölnischen Volkszeitung in Moskau, nach 1933 Herstellung illegaler Druckschriften für die SPD in Berlin, Januar 1934 verhaftet und vom Kammergericht Berlin zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt, nach der Haftentlassung Emigration nach Frankreich, 1943 Emigration in die Schweiz, ab November 1944 Mitglied in der Provisorischen Leitung der »Bewegung Freies Deutschland« (BFD) in der Schweiz, Mai 1945 Austritt wegen Konflikten um die politische Linie der KPD. 1938 hatte der Parteivorstand der Sopade eine Unterstützung von Zienau mit der Begründung zurückgestellt, daß zunächst der Vorwurf der Spitzeltätigkeit für die Gestapo geklärt werden müsse. Vgl. Protokoll der Sitzung des Parteivorstands der Sopade, abgedr. in: Buchholz/Rother, Parteivorstand, Dok. 111, S. 239.
37 Im Code wörtlich: »16 = Markwitz[,] SPD-Funktionär Berlin für PV[Parteivorstand der Sopade in Prag] tätig«. Alfred Markwitz (geb. 23.7.1883) war kaufmännischer Angestellter, zuletzt beim Berliner Magistrat beschäftigt, Kommunalpolitiker der SPD in Berlin, 1933 Entlassung, nach 1933 illegale Kontakte zum Parteivorstand der Sopade in der CSR, Aufbau illegaler SPD-Verbindungen in Berlin, August 1933 erstmals Festnahme wegen illegaler Tätigkeit, vom Landgericht Berlin am 17.2.1934 freigesprochen, Dezember 1934/Januar 1935 Reisen nach Bodenbach/CSR und Treffen mit Vertretern des Parteivorstands der Sopade, 7.3.1935 verhaftet und am 26.9.1936 vom 2. Senat des Volksgerichtshofs (Nr. 17 J 336/35 // 2 H 28/36) wegen Hochverrat zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Vgl. auch Dok. 36.
38 Im Code wörtlich: »17 = Löffler[,] SPD-Funktionär Berlin für PV[Parteivorstand der Sopade in Prag] tätig«. Walter Löffler (geb. 24.5.1900), Dreher, war 1930–1933 Angestellter beim Wohlfahrtsamt Prenzlauer Berg in Berlin, seit 1922 SPD, 1929–1933 Abgeordneter des Bezirks Prenzlauer Berg, 1933 Bezirksverordneter in Berlin, 1933 entlassen, Mitarbeit in illegalen SPD-Gruppen in Berlin, Kontakte zum Parteivorstand der Sopade, gemeinsam mit Karl Oltersdorf im März 1935 Reise nach Bodenbach/CSR, Treffen mit Mitgliedern des Parteivorstands, als Nachfolger des verhafteten Alfred Markwitz vorgesehen, Transport und Verteilung illegaler Schriften, Abfassung von Stimmungsberichten für die Sopade in der CSR, 4.5.1935 erneute Reise nach Bodenbach/CSR, 16.5.1935 Festnahme, am 26.9.1936 vom Volksgerichtshof zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt.
39 Vgl. hierzu den Erinnerungsbericht von Walter Löffler (in: BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/149, Bl. 122–128). Zur Tätigkeit der Berliner SPD-Gruppe um Löffler, Zienau und Markwitz vgl. z.B. den Bericht der illegalen SPD-Leitung Berlin an den Parteivorstand in Prag vom 10.8.1934, in: Abschrift zum Bericht des Gestapospitzels »Go. 1« vom 14.8.1934 (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 315, Bl. 8–13); sowie das Protokoll des Verhörs von Martin Schmidt (geb. 13.6.1905) durch die Gestapo, vom 13.12.1936 (HStA Düsseldorf, RW 58, Nr. 15973, Bl. 8–28).
40 Im Code wörtlich: »18 = Stahl jun.[,] SPD-Funktionär Spandau«. Fritz Stahl (geb. 1903), SPD, war Kurier zwischen illegalen SPD-Gruppen in Berlin und dem Parteivorstand der Sopade in Prag. Fritz Stahl war der Sohn von Emil Stahl, der im Frühjahr 1933 in die CSR emigriert war und in Reichenberg als Grenzsekretär der Sopade für Brandenburg und Teile Schlesiens arbeitete.
41 Vgl. Anm. 4.
42 Vgl. Anm. 5.
43 Im Code wörtlich: »19 = Haubach[,] Pressechef im Pol[izei]präs[idium] Berlin«. Vgl. auch Dok. 19.
44 Im Code wörtlich: »20 = Kanitz[,] Oberleutnant der Schupo«. Vgl. auch Dok. 19.
45 Im Code wörtlich: »21 = Heinrichs[,] Polizeimajor«. Richtig: Heinrich. Vgl. zur Zusammenarbeit von Jahn mit Haubach, Kanitz und Heinrich Dok. 19.
46 Vgl. Anm. 43.
47 Vgl. Anm. 5.

22 [Albin *Karl*[48]], der die Kollegen 1 [*Schlimme*[49]] und 2 [*Maschke*[50]] aus persönlichen und sachlichen Gründen nicht anerkannte, sowie zu 23 [Hans *Zehrer*[51]].

7 [*Schliestedt*[52]] scheiterte an seiner Aufgabe. Die Schwerindustrie hatte andere Interessen. Er versuchte mit Erfolg im Auftrage von 24 [Alwin *Brandes*[53]] Verbindungen zu den Angestellten des DMV herzustellen. Dabei machte er den Fehler, die alten Methoden, die alten Funktionäre und die alten Organisationsgrenzen (Dinge, die der Gestapo bekannt waren) zu berücksichtigen. Die Folge war, daß ab Frühjahr 1934 erst 25 [Hans *Brümmer*[54]], dann 26 [Georg *Bernard*[55]], 27 [Willy *Rössler*[56]], 28 [Richard *Teichgräber*[57]], 29 [Arthur *Schille*[58]] und zu guterletzt auch 24 [*Brandes*[59]] hochgingen. 7 [*Schliestedt*[60]] konnte seiner drohenden Verhaftung durch schnelle Flucht entgehen.[61] An seine Stelle trat 30 [Max *Urich*[62]].

4 [*Apitzsch*[63]] und 8 [*Bührig*[64]] widmeten sich im steigenden Maße der Durchführung von Gehaltsklagen vor dem Arbeitsgericht Berlin.[65]

Durch die Verhaftung von 2 [*Maschke*[66]] war die Gestapo auf die Gewerkschaftsarbeit

48 Im Code wörtlich: »22 = Karl[,] Sekretär vom Fabrikarb[eiter]-Verband Hannover«. Vgl. auch Dok. 16.
49 Vgl. Anm. 3.
50 Vgl. Anm. 4.
51 Im Code wörtlich: »23 = Zehrer[,] Schriftleiter der Tägl[ichen] Rundschau (Verb[indung] zu [Kurt von] Schleicher)«. Hans Zehrer (22.6.1899–23.8.1966) war seit 1923 Redakteur der Vossischen Zeitung, 1929–1933 Herausgeber der Zeitschrift »Die Tat« und führender Vertreter des »Tat-Kreises«, nach 1933 literarische Gelegenheitsarbeiten, ab Dezember 1938 Lektor in Berlin und Leiter der Filiale des Stalling-Verlages, seit 1941 nach Aufnahme in die Reichsschriftumskammer im Vorstand und ab 1942 Vorstandsvorsitzender des Stalling-Verlages, Ende 1943–1945 Wehrmacht, Januar-März 1946 Chefredakteur der Tageszeitung Die Welt, auf Drängen der SPD abberufen, 1948–1953 Chefredakteur des Sonntagsblattes, 1953–1966 erneut Chefredakteur der Tageszeitung Die Welt, Kolumnist bei anderen Zeitung des Springer-Verlages, u.a. bei der Bild-Zeitung.
52 Vgl. Anm. 12.
53 Im Code wörtlich: »24 = Brandes[,] Vorsitzender des Metallarb[eiter]-Verbandes«. Vgl. auch Dok. 21, 35.
54 Im Code wörtlich: »25 = Brümmer[,] Stuttgart[,] Sekretär beim DMV«. Hans Brümmer (13.12. 1886–19.12.1966) war seit 1919 Gewerkschaftssekretär im DMV in Mannheim, Vorsitzender des Ortausschusses des ADGB, später Bezirksleiter des DMV in Stuttgart, 1925–1928 Mitglied des Landtags in Baden (SPD), Mai 1933 Haft, Arbeitslosigkeit, Februar 1934 zu 15 Monaten Haft verurteilt, 1938 Freispruch vom Vorwurf des Hochverrats durch das Reichsgericht, 1946 Mitglied des Landtags von Württemberg-Baden (SPD). Vgl. auch Dok. 35.
55 Im Code wörtlich: »26 = Bernhardt[,] Frankfurt/M. [,] Sekretär beim DMV«. Richtig: Georg Bernard (29.4. 1876-Anfang März 1945) war 1913–1933 Bezirksleiter des DMV in Frankfurt/M., 1933 Entlassung, illegale Gewerkschaftsarbeit im Raum Frankfurt/Main, Verbindungen zu Heinrich Schliestedt, von der Gestapo beobachtet, Anfang November 1934 Festnahme und Einlieferung in das KZ Esterwegen, Anfang März 1945 im KZ Dachau umgekommen.
56 Im Code wörtlich: »27 = Rössler[,] Halle[,] Sekretär beim DMV«. Vgl. Dok. 35.
57 Im Code wörtlich: »28 = Teichgräber[,] Dresden[,] Sekretär beim DMV«. Teichgräber wurde am 15.12. 1934 verhaftet. Vgl. Dok. 35.
58 Im Code wörtlich: »29 = Schille[,] Dresden[,] Sekretär beim DMV«. Vgl. Dok. 35.
59 Vgl. Anm. 53.
60 Vgl. Anm. 12.
61 Am 2.10. 1934 floh Schliestedt in die CSR. Vgl. Beier, Reichsleitung S. 42. Vgl. dagegen die Darstellung von Schliestedt selbst in seinem Brief an Martin Plettl (Dok. 35) sowie bereits ähnlich im Brief vom 31.8. 1935 (AdsD, DGB-Archiv, Nl. Plettl). Zur Entwicklung vgl. ferner den Bericht von Schliestedt an den IGB vom Dezember 1934 (Dok. 20). Siehe auch Buschak, Arbeit, S. 113, der hier der Darstellung von Schliestedt folgt.
62 Im Code wörtlich: »30 = Urich[,] Berlin[,] Sekretär beim DMV«. vgl. auch Dok. 19, 21.
63 Vgl. Anm. 6.
64 Vgl. Anm. 13.
65 Vgl. Anm. 11.
66 Vgl. Anm. 4.

aufmerksam geworden. Die Zusammenkünfte der R[eichs]l[eitung] wurden spärlicher und problematischer. Die Formen der Konspiration waren primitiv. Der Gedanke, die R[eichs]l[eitung] ins Ausland zu verlegen, wurde nicht ventiliert. Weder 7 [*Schliestedt*[67]] noch ein anderes Mitglied der R[eichs]l[eitung] hat einen diesbezüglichen Auftrag erhalten. 7 [*Schliestedt*[68]] hat nach seiner Emigration aus persönlichem Antrieb die Verbindung mit dem IGB aufgenommen.[69] Er nahm im April 1935 an einer von Sopade und IGB in Luxemburg arrangierten, gemischten Konferenz teil. Teilnehmer aus dem Reich waren 32 [Valentin *Schmetzer*[70]] und 33 [Paul *Apel*[71]]. Von der R[eichs]l[eitung] war niemand anwesend. Die Einladungen besorgte 34 [Georg *Reinbold*[72]]. Die Verbindung zum IGB war lose. 13 [Walter *Schevenels*[73]] war das letzte Mal am Montag, den 25. Februar 1935 in Berlin. Neben der Aussprache mit 1 [*Schlimme*[74]] hatte er eine solche mit 35 [*Eugen*[75]] und 36 [*Fritz*[76]], die ihm eine einsehbare Konzeption für die ill[egale] Arbeit vortrugen. 13 [*Schevenels*[77]] war bereit, diese zu akzeptieren und die personellen Schlußfolgerungen bezgl. der R[eichs-]l[eitung] daraus zu ziehen. Der Einspruch von 24 [*Brandes*[78]] bei 31 [Konrad *Ilg*[79]] verhinderte eine Verjüngung der Führungselite für die ill[egale] Gewerkschaftsarbeit

67 Vgl. Anm. 12.
68 Ebd.
69 Vgl. Dok. 20; sowie aus der Perspektive der Gestapo Dok. 21 und das Verhörprotokoll von Martin Schmidt, S. 18 (Anm. 39).
70 Im Code wörtlich: »32 = Schmetzer[,] Gauleiter des Gesamtverbandes Frankfurt/M.« Valentin Schmetzer (17.12.1877–25.4.1937) war 1913–1933 Angestellter, zuletzt Bezirksleiter für Hessen des Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes in Frankfurt/M., 2. Vorsitzender der hessischen SPD, 1933 Entlassung, Kontakte zu illegalen SPD-Gruppen in Frankfurt/M., 9.12.1934 Teilnahme mit Paul Apel am Treffen der illegalen SPD für Südwestdeutschland in Antwerpen, im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen Paul Apel u.a. 1935 festgenommen, am 1.4.1936 vom Oberlandesgericht Kassel zu Zuchthaus verurteilt, im Zuchthaus Butzbach umgekommen.
71 Im Code mit irrtümlicher Schreibweise wörtlich: »33 = Abel[,] Reichsbanner Frankfurt/M.« Paul Apel (27.6.1896–16.3.1965) war Redakteur und seit 1920 Angestellter der SPD in Erfurt, 1924 Mitglied im Reichsbanner, 1929–1933 Gausekretär des Reichsbanners von Hessen und Nassau, März/April 1933 inhaftiert, Arbeitslosigkeit, Vertreter beim Württembergischen Versicherungsverein, August 1934 erneut inhaftiert, 9.12.1934 Teilnahme am Treffen der illegalen SPD für Südwestdeutschland in Antwerpen, verhaftet am 3.10.1935, am 28.1.1937 vom Volksgerichtshof zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt (Nr. 16 J 767/35 // 2 H 57/36), anschließend KZ-Haft, nach 1945 Bundesbahnrat und Vorsitzender der Gemeindevertretung in Oberhöchstadt.
72 Im Code wörtlich: »34 = Reinbold[,] Sopade-Vertreter Luxemburg (früher Mannheim)«. Georg Reinbold (22.10.1885–24.5.1946), DMV, 1912–1920 Sekretär der SPD in Singen, 1920–1923 Redakteur der Zeitung Volkswille in Singen, 1919–1923 Stadtverordneter, 1923–1933 Vorsitzender der SPD in Baden, Mitglied im Parteiausschuß der SPD, 1925–1933 Mitglied des Landtags in Baden, 1928–1933 Mitglied im Fraktionsvorstand der SPD, Juni 1933 Flucht ins Saargebiet, 1933–1940 Grenzsekretär der Sopade in Hanweiler für Baden, Württemberg, Pfalz, Südhessen, Verbindungen zu illegalen SPD-Gruppen in Südwestdeutschland, nach Rückgliederung des Saargebiets an das Deutsche Reich 1935 Fortsetzung der Grenzarbeit aus Luxemburg, 1940 Flucht nach Südfrankreich, 1941 Emigration über Spanien und Portugal nach New York.
73 Vgl. Anm. 29.
74 Vgl. Anm. 3.
75 Im Code wörtlich: »35 = Eugen[,] Funktionär von Neu Beginnen«. Diese Person konnte nicht identifiziert werden.
76 Im Code wörtlich: »36 = Fritz[,] Funktionär von Neu Beginnen«. »Fritz« ist möglicherweise Ernst Loewenheim (1898–1984). Dieser war vor 1933 mehrmals Mitglied in der KPD und ausgeschlossen bzw. ausgetreten, 1929 definitiver Bruch mit der KPD, Gründung der Leninistischen Organisation (ORG) gemeinsam mit seinem Bruder Walter Loewenheim, Mitglied der Führung von ORG/ Neu Beginnen, 1935 Emigration in die CSR, 1936 nach Großbritannien, gemeinsam mit Walter Loewenheim Leitung eines Ingenieurbetriebes.
77 Vgl. Anm. 29.
78 Vgl. Anm. 53.
79 Im Code wörtlich: »31 = Ilg[,] Sekretär der Metallarbeiter-Internationale«. Vgl. auch Dok. 18.

und die Einführung von zweckmässigen Arbeitsmethoden.[80] Die gewerkschaftliche Aufbauarbeit blieb auf einige fortgeschrittene Berufssektoren beschränkt. Die Arbeit der R[eichs]l[eitung] blieb fruchtlos.

Der Mai 1935 brachte die große Terroroffensive gegen die Gewerkschafter.[81] Ihr fielen auch 3 [*Jahn*[82]] und 30 [*Urich*[83]] zum Opfer. Später wurden noch 1 [*Schlimme*[84]] und 10 [*Thierfelder*[85]] verhaftet. Eine Regeneration der R[eichs]l[eitung] war nicht möglich. Was sich heute als solche im Ausland ausgibt, ist Personenkult ohne sachlichen Rückhalt im Reich.

Kramer[86].

DOKUMENT 23

Mitte Februar – Mitte März 1935: Kontroverse Positionen führender Angestelltenvertreter zur illegalen Arbeit in Deutschland

IISG, FIET, Nr. 12. Hektographierte Maschinenschrift. Überschrift: »Streng vertraulich. Internationaler Bund der Privatangestellten. Sitz Amsterdam. Die Arbeit in Deutschland«.[1]

Vorbemerkung

Trotz aller Mißstimmung und Unzufriedenheit, die zweifellos in allen Kreisen der deutschen Arbeiterschaft und darüber hinaus auch beim sogenannten Mittelstand, den Geschäftsleuten und Kleingewerbetreibenden usw. herrscht, ist andererseits ebenso zweifellos festzustellen, daß an eine Änderung der politischen Machtverhältnisse in Deutschland in absehbarer Zeit nicht zu denken ist. Wer das Gegenteil von dem Vorhergesagten annimmt, kennt entweder die realen Machtverhältnisse in Deutschland nicht oder ist ein Illusionist vom reinsten Wasser.[2] Die Nazis kennen die Stimmung der deutschen Bevölkerung und insbesondere diejenige der Arbeiterschaft ganz genau. Aus diesem Grunde konzentriert sich die Tätigkeit der Regierung und aller anderen in Frage kommenden Dienststellen einzig und allein auf die Frage, wie halten wir uns an der Macht? Daß dem Faschismus jedes Mittel recht ist, um diese Frage positiv beantworten zu können, ist hinreichend bekannt.

80 Zur Klage Jahns, daß die »alte Garde« der Gewerkschaftsführer« – Brandes war Jahrgang 1866 und 1934 68 Jahre alt – geeignete Arbeitsmethoden verhindere, vgl. auch Dok. 19.

81 Die Verfolgungen richteten sich indes zunächst nicht gegen die Gewerkschafter, sondern gegen sozialdemokratische und kleine linke Gruppierungen in Berlin, bei denen am 17.5.1935 zeitweilig auch Jahn festgenommen wurde. Seine Gewerkschaftsverbindungen waren der Gestapo nicht präsent, so daß er freigelassen wurde und vor seiner drohenden zweiten Verhaftung – jetzt wegen der illegalen Gewerkschaftsarbeit – in die CSR und weiter nach Amsterdam fliehen konnte. Zu diesem Vorgang vgl. Dok. 19 Anm. 7 und Jahns eigene Darstellung in seinem Tätigkeitsbericht für die Jahre 1933–1936 (Dok. 75).

82 Vgl. Anm. 5.

83 Vgl. Anm. 62.

84 Vgl. Anm. 3.

85 Vgl. Anm. 24.

86 Deckname von Hans Jahn.

1 Dieses Dokument wurde im Zusammenhang mit Schliestedts Denkschrift von Dezember 1934 (vgl. Dok. 20) ebenfalls im Koordinations-Komitee von IGB/IBS am 13.3.1935 diskutiert; vgl. MRC, MSS, 292/915/62/1.

2 Dies bezog sich auf Erwartungen eines baldigen Regimesturzes im Frühjahr 1934, wie sie auch in der Illegalität vorherrschten. Vgl. z.B. den Spitzelbericht vom 20.6. 1934 (Dok. 19). Diese Kritik richtete sich zudem gegen die Konzeptionen der KPD und RGO. Vgl. Kap. V. Zur Fortdauer solcher Erwartungen auch bei Schliestedt vgl. dessen Brief an Tarnow vom 14.8. 1935 (Dok. 30).

Die illegale Arbeit muß nach unseren Erfahrungen unbedingt auf nachstehende Gesichtspunkte voll Rücksicht nehmen, die allerdings alle mit dem Problem unserer Arbeit zusammenhängenden Dinge nicht restlos erfassen, was von vornhinein zugegeben werden soll.

I.

Aussicht auf Erfolg wird die illegale Arbeit nur dann haben, wenn alle organisatorischen und technischen Maßnahmen und damit der ganze Aufbau des illegalen Apparates auf lange Sicht erfolgen.

Dazu gehört z.B., daß die Auswahl der Mitarbeiter außerordentlich korrekt erfolgt und für unbedingte Zuverlässigkeit Gewähr geleistet ist. Daraus ergibt sich,

II.

daß das Ziel ganz abgesehen davon, daß die allgemeinen politischen Verhältnisse dies nicht gestatten würden, niemals das sein kann, eine Massenorganisation auf die Beine zu stellen.[3] Wobei unter »niemals« natürlich zu verstehen ist, daß dies in absehbarer Zeit eine Unmöglichkeit darstelle. Es muß genügen, zunächst möglichst in jedem Betrieb ein paar einwandfreie Vertrauensleute zu gewinnen.

III.

Eine wirklich straffe zentrale Erfassung für illegal arbeitende Gruppen über den eigentlichen Berufszweig hinaus, ist so gut wie unmöglich und auch besonders aus Sicherheitsgründen nicht am Platze.[4] Das darf natürlich nicht ausschließen, daß absolut gar keine Verbindung, wie z.B. zwischen der Arbeiterschaft einerseits und der Angestelltenschaft andererseits besteht. Wir beschränken uns daher auf einzelne Verbindungsleute, die aus dem Angestelltenkreis stammen und jeweils enge Fühlung mit den anderen Gruppen gewerkschaftlicher und politischer Natur, wie Metallarbeitern, Bauarbeitern, Textilarbeitern, politischen Parteien, ehemaliges Reichsbanner usw. unterhalten müssen.[5]

IV.

Zur einwandfreien Durchführung unserer Arbeit ist neben der finanziellen Unterstützung natürlich auch die Übersendung von internationalem Nachrichtenmaterial[6] erforderlich. Dies braucht natürlich nicht durch Übersendung derartigen Materials in großem Umfang zu geschehen, sondern es genügt, wenn die zentrale Leitung der Angestelltengruppe dieses Material erhält, um dann von sich aus das Entsprechende zu veranlassen. Für Massenauflagen irgendwelcher Flugschriften und dergleichen besteht so gut wie keine Verwendungsmöglichkeit.[7] Dabei ist zu betonen, daß dies nicht nur für unseren Kreis zutrifft. Ferner würde eine Einstellung der finanziellen Unterstützung das völlige Lahmlegen unserer Arbeit bedeuten, da wir nicht in der Lage sind, uns durch eine Beitragserhebung von den in Arbeit stehenden Mitarbeitern selbst zu finanzieren. Solange es nicht möglich ist, zahlenmäßig einen größeren Kreis zu erfassen, ist die Durchführung einer derartigen Maßnahme vollkommen indiskutabel. Außerdem ist dies auch zur Zeit auch aus sicherheitstechnischen Gründen unmöglich.

3 Vgl. z.B. die ständigen Aufrufe der KPD und RGO in Kap. V.

4 Zur Gegenposition vgl. Anlage 1, sowie die in Anm. 2 genannten Dokumente.

5 Hier ist erstaunlich, daß die beiden aktiven Gruppen der Eisenbahner/Seeleute und Bergarbeiter nicht erwähnt werden. Vgl. auch Dok. 54ff., 91ff.

6 Vgl. hierzu auch die Position Schliestedts, Dok. 20, sowie die Arbeit der ITF und des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter in Kap. III und IV.

7 Vgl. aber die in Anm. 2 genannten Flugschriften, an denen auch Angestelltengruppen beteiligt waren.

V.

Soweit es sich darum handelt, das Ziel unserer Arbeit in politischer Hinsicht schon heute auch nur andeutungsweise festzulegen, hat uns die Erfahrung gelehrt, daß uns Programme, die mehr oder weniger auf die Zukunft abgestellt sind, in der praktischen Arbeit so gut wie gar nichts nützen. Das gleiche trifft auch auf die zahlreichen sogenannten Sofortprogramme zu, an denen in Deutschland innerhalb unserer Arbeit durchaus kein Mangel besteht.[8] Wohl bemerkt soll damit natürlich nicht gesagt sein, daß die Diskussion über alle grundlegenden Fragen, auch solchen, die mehr oder weniger nur Zukunftsbedeutung haben, abgelehnt wird, sondern hiermit soll nur zum Ausdruck gebracht werden, daß das, was zu geschehen hat, sich aus den betrieblichen Ereignissen und der praktischen Tagesarbeit zunächst in genügendem Maße von selbst ergibt.

Y[9]

Mitte Februar 1935.

Anlage 1[10]

Zu Punkt III der »Richtlinien« der »Arbeit in Deutschland«

Eine zentrale Erfassung der illegal arbeitenden Gruppen ist in den Spitzen möglich. Sie kann örtlich bzw. bezirklich und muß im Reichsmaßstab erfolgen. Nicht wünschenswert aus Sicherheitsgründen ist eine betriebliche bzw. distriktliche Zusammenführung der Vertrauensleute der einzelnen Berufsgruppen. Das organisatorische Gebilde muß in absehbarer Zeit wie folgt aussehen:

A) Die Berufsgruppen der Arbeiter (Metall, Bau, Textil etc),[11] die Berufsgruppen der Angestellten (Kaufleute, Techn. Werkmeister) benennen für die wichtigsten Industriezentren einen örtlichen Vertreter, der je nach der Größe des Ortes eine Distriktseinteilung und eine Betriebsübersicht schafft. Jeder Distrikt hat einen Obmann, dieser sorgt für die Benennung von Betriebsvertrauensleuten in seinem Wirkungsbereich.

B) Die Ortsvertreter sind bezirklich zusammengefaßt.

C) Die Bezirksvertreter werden von der Reichsberufsgruppenleitung erfaßt.

D) Die Reichsberufsgruppenleitungen sind in einer Reichszentrale für Arbeiter und in einer Reichszentrale für Angestellte zusammengeschlossen. Die beiden Reichszentralen halten miteinander die Verbindung aufrecht.

E) Beide Reichsspitzen halten durch einen Verbindungsmann Fühlung mit der illegalen Partei, dem R[eichs]B[anner] und auch mit anderen für die illegale Arbeit wesentlich erscheinenden Arbeitskreisen.[12] Die Zusammenfassung nach dem vorbezeichneten Schema ermöglicht eine Übersicht über die geleistete Arbeit aller Gruppen, eine Planmäßigkeit für die künftige Arbeit und eine gleichmäßige Information. Sie ermöglicht ferner eine Verbindung der Reichsberufsgruppen, Exekutiven mit ihren zuständigen Internationalen Berufssekretariaten unter gleichzeitiger Information der

8 Vgl. z.B. Dok. 62.

9 Konnte nicht entschlüsselt werden. Es handelt sich nicht um Schliestedt, der in Dokument 24 als »Genosse Y.« bezeichnet wird.

10 Wie aus dem handschriftlichen Vermerk »Submitted to meeting of C[ommit]tee 15th March 35« hervorgeht, wurde dieses Dokument nicht nur, wie die Überschrift »Internationaler Bund der Privatangestellten, Sitz: Amsterdam« vermuten läßt, in dessen Reihen, sondern auch im Koordinations-Komitee von IGB/IBS diskutiert; vgl. MRC, MSS, 292/915/62/1. Zu diesem Zeitpunkt waren führende Personen der Illegalen Reichsleitung allerdings schon emigriert oder verhaftet. Vgl. Dok. 20, 24.

11 Vgl. Angaben in Anm. 4.

12 Vgl. auch die Darstellung bei Jahn in Dok. 22.

Reichszentrale aller Berufsgruppen und eine Verbindung dieser Reichszentrale mit dem IGB bzw. IBP.

X[13]

Anlage 2

Bemerkungen zu »Die Arbeit in Deutschland«(Seite 1 u. 2)[14]

In der Vorbemerkung wird ganz richtig gesagt, daß an eine Änderung der politischen Verhältnisse in Deutschland in absehbarer Zeit nicht zu denken ist. Auf legalem Wege und mit legalen Mitteln ist *Hitlers* Diktatur nicht zu beseitigen. Eine illegale Arbeit kann dieses System nie zum Sturz bringen, auch wenn sie sich unter günstigen Umständen entwickeln und ausbreiten kann. Das System muß entweder von innen durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch oder von außen durch den machtpolitischen Zusammenbruch infolge eines Krieges erschüttert werden. Nur diese zwei Möglichkeiten sind realpolitisch vorhanden.

Eine illegale Arbeit, gewerkschaftlich und politisch, kann in der jetzigen Phase des deutschen Faschismus nur den einen Sinn und das eine Ziel haben, jedes Mittel und dieses auf jede Art zur Unterhöhlung, Lockerung, Erschütterung und Sturz des nationalsozialistischen Systems anzuwenden.[15]

Das Programm einer illegalen Arbeit ist seinem Inhalt nach ziemlich eindeutig: Negation in materieller wie in psychischer Hinsicht, völlige Negation. [16] Eine andere Wahl bleibt nicht übrig, wenn die gewerkschaftliche und politische Freiheit wieder erobert werden soll. Über die Taktik in der illegalen Arbeit, über die Strategie in diesem ungleichen Kampf, in dem ein über alle Macht gebietender Apparat einem kleinen Häuflein mutiger Menschen gegenübersteht, kann man sich streiten.

Ad I:

Jawohl, der ganze illegale Apparat muß auf lange Sicht eingestellt sein, wenn er erfolgreich wirken will.

Wirtschaftspolitisch ist der Nationalsozialismus außerordentlich wendig, geschickt, rücksichtslos in seiner Anpassung an gegebene Situationen. Er wird alle wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf seine Art und für eine bestimmte Zeit meistern, besonders im Besitz der absoluten Gewalt, die er beliebig handhaben kann. Die zunehmende Rüstung verschafft der deutschen Industrie eine spürbare Erholung, Belebung, wenn man will: eine Konjunktur, die eine bestimmte Dauer verspricht, wenn nicht außergewöhnliche Ereignisse eintreten. Das System wird alles tun und nichts versäumen, um einen Krieg zu verhüten, der in der jetzigen Situation das Ende des Systems bedeuten würde. Die Rüstung ist der Hauptpunkt der Tagesordnung und nicht der Krieg. Zur Rüstung gebraucht man Zeit, besonders in Deutschland, und Rüstung bedeutet »wirtschaftliche« Krisenerleichterung, Stagnation des Systems. Deshalb muß die illegale Arbeit auf lange Sicht eingestellt sein, mit einem Krieg rechnen, der mit den schwachen Kräften der illegalen Arbeit in Deutschland und ebenfalls nicht mit den Mitteln der Internationalen zu verhindern ist, und dessen Ausgang für Deutschland noch gar nicht sicher ist – wer wollte dies voraussagen –. Ein Krieg wird wahrscheinlich in der ersten Zeit jede illegale Arbeit unmöglich machen. Wir werden eine Mobilmachung erleben, wie die Welt sie vielleicht noch nicht gesehen hat. Ein ganzes Volk exerziert, marschiert, bewaffnet sich, übt sich im Stechen und Schießen. Ein Mensch mit den

13 »X« konnte nicht entschlüsselt werden.

14 In dem im IISG befindlichen Exemplar bilden die 3 abgedruckten Dokumente eine Einheit.

15 Vgl. Dok. 24.

16 Vgl. ebd., wo von der »Negationsphase« gesprochen wird.

besten geistigen Anlagen kann entweder ein vollkommenes Genie oder der größte Verbrecher werden, je nachdem ihn die Entwicklung formt. Das gilt im selben Maße von einem ganzen Volk. Entweder Erziehung zum Frieden oder zum Kriege. Nur Kriegserziehung schreibt die Tagesordnung, der Schulplan der deutschen Volkserziehung für heute und für unbestimmte Zukunft vor.

Darum gilt nicht für die illegale Arbeit etwa, diesen Krieg verhüten zu wollen, wozu sie gar nicht imstande ist, sondern Einstellung darauf, weil die Chance einer möglichen illegalen Arbeit während des Krieges noch viel geringer ist als heute.

Nur das beste Menschenmaterial kann deshalb allein die illegale Arbeit verrichten. Ja: die Menschen müssen um so umsichtiger, zuverlässiger, mutiger, geschickter sein, je geringer die Chance für die illegale Arbeit wird. Der Spielraum wächst nicht, sondern wird geringer, je mehr die Rüstungen wachsen und er wird in einem imperialistischen Kriege das denkbar kleinste Raumminimum ausmachen.

Ad II:
Keine Massenorganisation für illegale Arbeit![17]

Schon der Gedanke daran ist nicht nur Spiel mit dem Selbstmord, sondern Verbrechen am Leben und an der Freiheit zahlloser Menschen und ihrer Familien. Nichts wäre dem Faschismus natürlich lieber als die Durchführung des Prinzips der Massenorganisation für die illegale Arbeit. Nur die völlig verborgene, unterirdische Minierarbeit kann dem System gefährlich werden. Da gibt es keine Mitgliederkartotheken, Beitragssammlungen, Massenauflagen von Flugschriften und Blättern. Hier arbeiten nur wenige Menschen, kleine Gruppen im besten Falle. Wer Massenorganisationen heute in Deutschland schaffen will, ist nicht normal, wer behauptet: da oder dort bestünde eine, der lügt. In den meisten Fällen ist die gewerkschaftliche Arbeit nicht über das Vertrauensmännersystem in den Betrieben hinaus gekommen. Ja, es wäre wünschenswert, wenn es schon überall bestände. Nur ein solches Vertrauensmännersystem ist für die Gegenwart und die nächste Zukunft das Organisationsprinzip für die illegale Arbeit, gewerkschaftlich und politisch.

Ad III:
Eine zentrale Organisierung der illegalen Arbeit ist in der jetzigen Phase des deutschen Faschismus weder möglich, noch wünschenswert.[18] Sie ist nicht möglich, weil die antagonistischen Kräfte zu stark sind, sich nicht zentral zusammenfassen lassen, sich hingegen sträuben, einfach nicht mittun. Die illegale Arbeit bedingt den Gruppenegoismus, das organisatorische Sektierertum. Gerade die Dezentralisation ist ein gesundes Zeichen für die illegale Arbeit. Die Zentralisation ist nicht wünschenswert, weil sie die Gefahr auf die Spitze treibt. Jede Zentralisation produziert Bürokratie, auch in ihrer primitiven Form. Es ist von hier aus dann nicht mehr weit zu Mitgliederlisten und dergleichen, was die besten Voraussetzungen sein können für Massenverhaftungen. Damit ist nicht gesagt, daß keine zentralen Verbindungen bestehen sollen. Aber zu keiner Leitung! Zentrale Leitung der illegalen Arbeit in der jetzigen Phase des deutschen Faschismus bedeutet Hemmung, Drosselung einer illegalen Tätigkeit. Die illegale Arbeit ist ein Einzelkampf oder höchstens ein Kampf von Gruppen.[19]

Ad IV:
Jede illegale Arbeit kostet Geld, viel Geld, ja, mehr Geld als die legale Arbeit. Dieses Geld im Innern des Landes aufzubringen, ist unmöglich. Es hat illegale Kreise gegeben, die an eine Selbstfinanzierung gedacht haben, sie sind aber damit nicht weit gekommen. In der jetzigen Phase ist eine Selbstfinanzierung auch bis zu einem gewissen Grade undurchführbar, vielleicht in einem späteren Zeitraum. Erstens ist der Personenkreis, der etwa durch Beiträge die illegale Arbeit finanzieren wollte, viel zu klein. Zweitens sind die Menschen, die illegal arbeiten, in der Regel nicht gerade mit so hohen Einkommen gesegnet, daß sie davon die illegale Arbeit finanzieren könnten. Andere als illegale Kreise zu einer Finanzierung heranzuziehen, ist wegen der Gefahr des Verrats unmöglich. Wenn die illegale Arbeit in Deutschland nicht aus internationalen Quellen finanziert werden kann, kommt sie zum Erliegen. Das Nachrichten- und Informationsmaterial ist für die illegale Arbeit unentbehrlich. Es ist aber technisch unmöglich – auch taktisch unrichtig – das Material an die Zentrale gehen zu lassen, damit diese es verteilt. Was das gesamte illegale Druckmaterial betrifft, das aus dem Auslande nach Deutschland gehen soll, so erreichen 4/5 kaum die Landesgrenze, gehen also unterwegs verloren. Der Rest wird nochmals mit allerlei Verlusten zu rechnen haben. Das Beste ist: die Berufsinternationalen teilen die Gebiete in Deutschland auf, unterstellen etwa jeden Wirtschaftsbezirk einem Gebietsleiter und dieser trifft seine Dispositionen, wie und in welchem Umfange er Nachrichten- und Informationsmaterial benötigt und heranschafft. Das Heil der illegalen Arbeit ist nicht abhängig von Informationsmaterial. Ein leitender Funktionär kann sich des Radios und ausländischer Zeitungen bedienen, was ja auch in ziemlichem Umfang gemacht wird. Es wäre viel Geld zu sparen, wenn das Druckmaterial für die illegalen Kreise in Deutschland – die periodischen Druckschriften – vereinheitlicht würden. Aber dieser Wunsch ist abwegig. Der politische Partikularismus des Deutschen läßt nicht von der Vereinsmeierei ab, die die Arbeiterklasse schon zwei Revolutionen gekostet hat.

Ad V:
In Thesen, Programmen und Sofortprogrammen hat die deutsche Arbeiterklasse Spitzenleistungen hervorgebracht in Quantitäten und Qualitäten und doch ihre Revolutionen verloren. An den Programmerklärungen liegt es also nicht.

Jede illegale Arbeit muß natürlich tragende Grundgedanken haben. Wer aber sklavisch nach These sowieso, Absatz sowieso und Satz sowieso handelt, mag sich zum Juristen eignen, aber nicht zur illegalen Arbeit. Das Programm ist seinem Inhalt nach umschrieben mit dem Satz: Alles tun und nichts unterlassen, um das System des Faschismus zu stürzen.[20] Am Tage nach dem Sturze, am Morgen nach der Revolution, wenn die Arbeiterklasse Deutschlands die Macht in Händen hält, dann beginnt mit dem Aufbau des Sozialismus die Verwirklichung des Programms, das dieser ja längst besitzt: Expropriation der Expropriateure.

Die Zeit für die Verwirklichung eines gewerkschaftlichen Sofortprogrammes, wie es mir in Miniaturdruck vorliegt[21], ist also eine nutzlose Arbeit. Die Verfasser verkennen den Wert ihrer Arbeit in diesem Programm. Sie kommen mir vor wie Neulinge auf gewerkschaftlichem Gebiete. Als ob es keine Gewerkschaftsbewegung in Deutschland gegeben hätte! Alle diese Forderungen, aber auch alle, standen in Millionenauflagen der Gewerkschaftszeitungen und Publikationen, sind in Millionen Versammlungen, Kundgebungen, Sitzungen und Kursen immer wiederholt und nochmals wiederholt worden. Unsere Betriebsvertrauensleute wissen, was zu fordern ist, wissen was verloren ging. Das »Sofortprogramm« bietet ihnen nichts, aber auch noch nicht einmal eine Anregung. Man kann sagen, das »Sofortprogramm« soll propagandistisch wir-

17 Dies war Konsens bei allen freigewerkschaftlichen Gruppen.
18 Vgl. Dok. 24.
19 Vgl. hierzu auch die folgenden Diskussionen innerhalb der ITF und des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter 1935 und in den weiteren Jahren (Dok. 54ff., 91ff.).
20 Vgl. Dok. 24.
21 Vgl. Vorschlag eines gewerkschaftlichen Sofortprogramms (Dok. 62). Dort in Anm. 1 auch die Angaben zur nicht eindeutig zu klärenden Zuordnung des Dokuments, da mehrere Gruppen ein Sofortprogramm entwarfen.

ken! Die Arbeiter und Angestellten in ihrer Masse werden nicht darauf reagieren, weil alle Voraussetzungen in sachlicher Hinsicht dafür fehlen, wie z.B. das geringste Maß von Versammlungs- und Diskussionsfreiheit. Die Verfasser der »Sofortforderungen« kennen nicht die Atmosphäre in den Betrieben, spüren nichts von dem Druck, unter dem die Menschen in den Betrieben stehen, sonst würden sie anders denken und keinem Vertrauensmann zumuten, selbst wenn er zur Tarnung die braune Uniform trägt, in einer Betriebs- oder Fachschaftsversammlung »Sofortforderungen« zu vertreten. Für unsere gewerkschaftlichen Vertrauensleute sind die Forderungen Selbstverständlichkeiten und bekannte Dinge, die ihnen längst in Fleisch und Blut übergegangen sind. Diese Menschen stellen ganz andere Forderungen als die »Sofortpunkte«, die nach den Erfahrungen mit den Nazis wie schüchtern anmuten. Dabei ist nicht zu vergessen, daß die Geschichte nicht zum 31.12.1932 zurückkehrt, wenn das Gewaltsystem *Hitlers* stürzt. Wer beispielsweise glaubt, wir kehrten zu den Formen der Pressefreiheit, der Organisations- und Versammlungsfreiheit, zu dem Arbeits- und Sozialrecht der ersten Republik zurück, der organisiert bereits jetzt eine neue Niederlage der Arbeiterschaft.

Mitte März 1935 (M).
= S[22]

DOKUMENT 24

Mitte März 1935: Stellungnahme von M.[üller, Paul?] zur Denkschrift von Heinrich Schliestedt an den Internationalen Gewerkschaftsbund

IISG, FIET, Nr. 12. Hektographierte Maschinenschrift. Überschrift: »Internationaler Bund der Privatangestellten. Sekretariat. Vertraulich. Koord[inations] Kom[itee] IGB / IBS. Bemerkungen zu den Anregungen des Genossen Y. bezüglich der Systematisierung und Ausdehnung der freigewerkschaftlichen Propagandaarbeit in Deutschland«[1].

Was kann der IGB tun?[2]

Mit allen Mitteln an der Isolierung Deutschlands arbeiten![3] Die Bedingungen dafür sind sehr günstig. Deutschland war in der Geschichte seiner Außenpolitik nie so isoliert wie zur Zeit. Eine Einwirkung des IGB in Zusammenarbeit mit den ihm angeschlossenen und befreundeten Organisationen aller Länder, würde die Tendenzen der Isolierung Deutschlands verstärken. Verfolgt man diese Politik, dann muß man sich darüber klar sein, daß am Ende ein Krieg steckt. Daß sich dieses Gewaltregiment freiwillig ergibt, läßt sich schlecht denken. Das zieht schon alle Konsequenzen. Und wir müssen aus einem aufgestellten Grundsatz auch alle Konsequenzen ziehen und nicht auf halbem Wege stehen bleiben. An eine Kapitulation der deutschen Regierung, ganz gleich unter welchen Voraussetzungen, ist nicht zu denken. Der deutsche Faschismus ist ja nicht identisch mit der NSDAP. Der deutsche Faschismus ist deutscher Kapitalismus erhöhter Potenz, der mit Gewalt aus seinem Raume strebt. Es kommt nicht auf die Wahl des kleinsten oder größeren Übels an. Die Wahl ist uns genommen. Der Faschismus setzt sich durch, rechnet mit einem Kriege, bereitet sich darauf vor. Auffallend ist, daß in den Anregungen des Gen[ossen] Y[4] auch eine planmäßigere Versorgung der Spitze in Deutschland mit Nachrichtenmaterial aus dem Ausland gefordert wird.[5] Dies zeigt doch, daß alle bisherigen Bemühungen und Aufwände nur teilweisen Erfolg hatten. Dieser Mangel ist nicht zu beheben durch die Errichtung einer zentralen Stelle im Auslande.[6] Soweit ist die illegale Arbeit in Deutschland nicht, daß dies erforderlich wäre. Das mutet sehr stark nach Zentralisation und Bürokratismus [an].

Es mutet einen etwas komisch an, wenn der Verfasser jetzt diskutieren will, ob die alten Gewerkschaftsrichtungen in Deutschland wieder aufleben sollen,[7] wie die Koalitionsfreiheit, das Arbeits- und Sozialrecht beschaffen sein soll, wenn das System stürzt.

Soweit ich die Gedankengänge unserer Vertrauensleute[8] beurteilen kann, spielen diese Dinge gar keine Rolle. Es ist aber auch verfrüht, sich hierüber den Kopf zu zerbrechen, weil ganz andere Sorgen vorhanden sind. Und noch dazu eine besondere Stelle im Auslande schaffen, einen Denkapparat, der die Schemata aufstellt für die zukünftige Geschichte der Gewerkschaften in Deutschland, ist unnütze Gehirnarbeit und Verbrauch von Mitteln.

Wir haben in der jetzigen Phase des deutschen Faschismus nur eine einzige große Aufgabe: Verneinung und nichts als Verneinung des Gewaltsystems, seinen Sturz und seine Vernichtung zu organisieren.[9] Daß sich die geistigen Köpfe in dieser reinen Negationsphase Gedanken zu machen haben über den eventuellen Verlauf der zweiten Phase, ist so selbstverständlich, daß man darüber nicht zu streiten braucht. Dafür eine besondere Stelle aufzuziehen, ist mindestens etwas sehr früh. Die Berufsinternationalen sollen zuerst einmal ihr Tätigkeitsfeld für die illegale Arbeit in Deutschland ausbauen und der IGB sie darin unterstützen. Der Verfasser hat ganz richtig gesagt: Die Berufsinternationalen hätten einen besseren Kontakt mit den illegalen Kreisen in Deutschland als der IGB. Geschichtlich waren diese ja auch eher da als der IGB, der erst in einer reifen Epoche der Gewerkschaftsbewegung in die Erscheinung treten konnte. So wird es auch in Zukunft sein.

Mitte März 1935. ((M))[10]
=S

22 Handschriftlicher Zusatz. Dieser Zusatz und die inhaltlichen Übereinstimmungen deuten darauf hin, daß der Verfasser dieses Dokuments mit dem von Mitte März identisch ist.

1 In den Unterlagen »For the meeting of the Co-ordination Committee with the IFTU Executive on the 15th March 1935 [i.O. irrtümlich 1934] in Paris« befinden sich u.a. »Proposals of Comrade Schl[iestedt] regarding the systematisation and extension of Free Trade-Union propaganda work in Germany«. Bei diesen »proposals« handelt es sich inhaltlich um eine gekürzte englische Fassung von Dok. 20. Daraus ergibt sich, daß mit »Genosse Y« Schliestedt gemeint ist; vgl. MRC, MSS, 292/915/62/1.

2 Die gleiche Frage stellt Schliestedt in seiner Denkschrift an den IGB, vgl. Dok. 20.

3 Die gleiche Position vertritt Schliestedt, vgl. ebd.

4 Gemeint ist Schliestedt, vgl. Anm. 1.

5 Vgl. Dok. 20.

6 Dies war das Ziel der Memoranden von Schliestedt. Vgl. auch die Diskussionen im Kontext der Reichenberger Konferenz am 26./27.7.1935 und danach in Dok. 27 ff.

7 Hier wird Schliestedt mißverstanden, vgl. ebd. Vgl. aber die Erwartungen von Schliestedt im August 1935, Dok. 32.

8 Diese Vertrauensleute konnten nicht namentlich ermittelt werden.

9 Diese Position wurde durchgehend auch von Bruno Süss vertreten, vgl. Dok. 48. Der Satz ab »Verneinung« ist in der Vorlage hervorgehoben.

10 In einem Brief von Schliestedt an Valentin Baur wird M[üller] alias Dr[eng] aufgeschlüsselt. Im Briefwechsel Schliestedt-Baur wird Dreng mehrfach als Vertrauensmann des Internationalen Bundes der Privatangestellten erwähnt; vgl. IfZ, Nl. V. Baur, F 204, Bl. 78, 83, 92 f., 105. Gegen P. Müller als Verfasser spricht, daß auf beiden Dokumenten im Bestand der FIET unter dem Buchstaben M. der handschriftliche Zusatz = S[üss, Bruno] oder S[iegfried Aufhäuser] steht. Laut Paul Müller, Wir wollten die Welt verändern, Frankfurt/Main 1987, S. 124, nahmen er, Bruno Süss, Siegfried Aufhäuser, ferner Paul Hertz, Hans Gottfurcht und Wim Spiekman 1935 an einer Konferenz in Amsterdam teil, die sich mit Fragen illegaler Gewerkschaftsarbeit in Deutschland befaßte.

DOKUMENT 25

27. 3. 1935: Diskussion des Koordinations-Komitees über Fragen der Zentralisierung des gewerkschaftlichen Widerstands in Deutschland

AdsD, ITF, Mappe 46. Hektographierte Maschinenschrift. Überschrift: »Sitzung des Koordinations-Komitees am 27. März 1935 in London«.[1]

Entsprechend dem Beschluß der gemeinsamen Sitzung des Vorstandes des IGB und des Koordinations-Komitees am 15. März[2] in Paris, tagte das Koordinations-Komitee[3] am 27. März 1935, um die Diskussion seiner Tagesordnung fortzusetzen.

Sämtliche IBS-Mitglieder des Komitees waren anwesend: [Edo] *Fimmen* (ITF), [Klaas] *de Jonge* (Fabrikarbeiter), [Wim] *Spiekman* (Privatangestellte), [Tounis] *van der Heeg* (Bekleidungsarbeiter), *T*[om] *Shaw* (Textilarbeiter).[4] Für den Vorstand des IGB waren die Genossen [Walter] *Citrine* und [Walter] *Schevenels* anwesend. Der Genosse [Leon] *Jouhaux* hatte sich entschuldigen lassen.

Was die Propagandaaktion in Deutschland betrifft, so waren sich alle Anwesenden darüber einig, daß keine Entscheidung bezüglich der illegalen Aktion ohne das Einverständnis der deutschen Genossen selbst getroffen werden kann. Diese vorherige Fühlungnahme macht sich für eine ganze Reihe von Fragen notwendig. Schaffung eines Netzes von Vertrauensleuten für jeden Berufszweig mit seiner zentralen Leitung; Schaffung von Bezirksausschüssen in jedem wichtigen Industriezentrum; Zentralleitung für das Reich; deutsches Gewerkschaftsbüro im Ausland, das zur Aufgabe hätte, einerseits alle Informationen zu sammeln, die von den illegalen Organisationen kommen, und andererseits an diese Organisationen die wirtschaftlichen und internationalen Informationen zu liefern, die sie brauchen.[5]

1 Ein ausführlicheres englischsprachiges Protokoll »IFTU and Trade Secretariats. Meeting of Coordination Committee, held at Transport House, Smith Sq., London SWI, on Wednesday, 27th March, 1935 at 3.0 p.m.« befindet sich in: MRC, MSS, 292/912/62/1.

2 Vgl. hierzu »For the meeting of the Coordination Committee with the IFTU Executive on the 15th March, 1935 in Paris ...«; ebd. Dort auch die »Proposals of Comrade Schl[iestedt] regarding the systematisation and extension of Free Trade Union propaganda work in Germany« (inhaltlich identisch mit Dok. 20). Vgl. ferner »Koordinations-Komitee IGB-IBS. Sitzung vom 15. März 1935, Paris«, in: AdsD, ITF, Mappe 46.

3 Zu den Aufgaben und Befugnissen des Koordinations-Komitees heißt es dort: »Es wird daran erinnert und bekräftigt, daß dem Komitee aufgrund des Beschlusses in Weymouth als erste Aufgabe die Koordinierung und Harmonisierung der Anstrengungen des IGB und der IBS in Deutschland und Österreich übertragen wurde. Das Komitee kann demnach im Rahmen dieser Befugnisse alle ihm nötig erscheinenden Beschlüsse fassen, ohne zuvor die Instanzen zu konsultieren, von denen es sein Mandat hat (Konferenz der IBS und des IGB-Ausschusses).« Ebd.

4 Tom Shaw, Generalsekretär der Internationalen Vereinigung der Textilarbeiter (International Federation of Textile Workers' Associations).

5 Vgl. hierzu das »Statement made at m[ee]t[in]g of Coordination C[ommit]tee Paris, 15th March, 1935« von S[chliestedt]:
»Summing up his proposals, he said;that the work being done now by the various ITS [International Trade Secretariats] should be carried on as intensively as possible; all the action should be brought together in the Foreign Bureau, which the IFTU should run, and this Bureau should keep in close touch with what there was already of a centre in Germany« (MRC, MSS, 292/915/62/1).
Vgl. dagegen die Planungen der ITF mit Jahn und Fimmen und des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter, die beide im Unterschied zu Schliestedt eine Zentralisierung ihrer Berufsgruppen als Ziel formulierten und nicht eine zentrale Zusammenfassung aller Gewerkschaftsgruppen im Ausland anstrebten. Zu solchen unterschiedlichen Standpunkten vgl. Kap. III und IV.

Schevenels und die Vertreter der IBS[6] geben anschließend eine Reihe von Informationen über die Beziehungen, die sie bereits in den wichtigsten Industriezentren haben.

Einige Mitglieder des Komitees bemerken, daß alle diese Pläne für die Aktion und die Zentralisation reine Phantasie seien und daß es notwendig sei, zunächst ganz von unten neu anzufangen.[7] Andere Mitglieder setzen sich dafür ein, daß eine Besprechung mit den interessierten deutschen Genossen stattfinden soll. Eine solche Konferenz könnte zur Pfingstzeit in Holland stattfinden, da die Tschechoslowakei zu weit und zu kostspielig sei.[8]

Nach dieser Konferenz werde man klarer sehen bezüglich der praktischen Möglichkeiten der in Aussicht genommenen Aktion, der Form, unter der man sie durchführen wolle und hinsichtlich der moralischen und finanziellen Hilfe, die von den internationalen Organisationen erwartet werde.

Trotz der Einwendungen seitens der Genossen *Shaw* und *Schevenels*, die auf die großen Gefahren hinweisen, die die deutschen Teilnehmer unter den augenblicklichen, besonders riskanten Umständen laufen, beschließt das Komitee, diese Konferenz abzuhalten und dazu alle interessierten IBS einzuladen. *Fimmen* und *Schevenels* werden damit beauftragt, die im Koordinations-Komitee nicht vertretenen IBS zu bestimmen, deren Beteiligung veranlaßt werden soll, und alle anderen Maßnahmen im Hinblick auf die Vorbereitung der Konferenz zu treffen, die in Holland zu Pfingsten (9. Juni)[9] stattfinden soll.

Es ist vereinbart worden, daß der IGB und jedes an der Konferenz teilnehmende IBS mit ein oder zwei aus Deutschland kommenden Genossen erscheinen sollen. Jede Organisation trägt die Kosten für ihre Delegierten. Gleichzeitig wurde beschlossen, daß vor der Konferenz (am 8. Juni) eine Sitzung des IGB mit den teilnehmenden IBS stattfinden soll. [...].[10]

6 Laut »Meeting of Coordination Committee ...« (vgl. Anm. 1) sprachen Schevenels und Shaw.

7 Zu den angesprochenen Plänen vgl. Dok. 20, 23. Vermutlich Fimmen und Shaw; das geht auch aus dem ausführlichen Protokoll nicht hervor; vgl. aber die folgenden Planungen der ITF (Kap. III).

8 Vgl. hierzu die Kritik von Schliestedt, Brief an Plettl, 31.8. 1935 (AdsD, DGB-Archiv, Nl. Plettl).

9 Zu den »Umständen«, die zur Vertagung der Konferenz führten, äußerte sich Schevenels in einem Rundschreiben an die Mitglieder des Koordinations-Komitees am 16.5. 1935:
»Zunächst mußten wir zu unserem Bedauern feststellen, daß zwei der wichtigsten Berufsinternationalen (die Metall- und Bergarbeiter) eine Beteiligung an der Konferenz strikt ablehnten.
Außerdem hat seit einigen Wochen eine intensive Verfolgung unserer deutschen Kollegen durch die Gestapo eingesetzt, die in vielen Fällen zu massenhaften Verhaftungen führte.
Diese Umstände und alarmierende Mitteilungen, die ich aus unseren Kreisen in Deutschland bekam und in denen direkt vor der Konferenz gewarnt wurde, veranlaßten mich, zunächst an den Genossen Fimmen, der mit mir mit der Vorbereitung der Konferenz beauftragt worden war, mit der Anregung heranzutreten, die Konferenz zu vertagen. Die erste Antwort des Genossen Fimmen drückte aus, daß seiner Meinung nach keine Gründe zur Vertagung vorhanden seien. Die Gefahr eines solchen Unternehmens hätten alle Mitglieder des Koordinations-Komitees in London bei der Beschlußfassung in vollem Ausmaß gekannt.
Vor 2 Tagen erhielt ich jedoch ein neues Schreiben des Genossen Fimmen, in dem er sich aufgrund einer Aussprache mit den drei anderen holländischen Mitgliedern des Koordinations-Komitees und in ihrem Namen meiner Anregung anschließt.« (AdsD, ITF, Mappe 46).
In Anlage 2 des Schreibens von Achterbergh vom 13.11. 1935 an den Vorstand des IGB und an die Mitglieder des Koordinations-Komitees heißt es hierzu: »When Urich was arrested, the Whitsun Conference was personally cancelled in Amsterdam by [Albin] Karl (Vice-Chairman of the Factory Workers).« (MRC, MSS, 292/915/62/1).
Zur Entwicklung im Reich und zu den Verhaftungen vgl. ferner Dok. 35. Zur Ablehnung der Metall- und Bergarbeiter vgl. auch Dok. 26. Die Konferenz fand schließlich doch in Reichenberg/CSR am 26./27.7.1935 statt. Vgl. Dok. 30.

10 Nicht abgedruckt die Aussagen über die »enge Zusammenarbeit zwischen IGB und IBS« in Österreich.

DOKUMENT 26

21. 5. 1935: Schreiben von Heinrich Schliestedt, Komotau/CSR, an Martin Plettl, New York, zur Widerstandstätigkeit

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Martin Plettl. Maschinenschrift. Eigenhändige Unterschrift.

Lieber Freund Plettl!

Ich nehme an, daß Du schon seit längerer Zeit Kenntnis davon hast, daß ich mein Domizil zwangsweise in der CSR aufgeschlagen habe. Die Freundschaft der Gestapo wußte ich eben nicht zu schätzen, obwohl sie sich fast ein ganzes Jahr um mich bemühte, weil sie das dringende Bedürfnis fühlte, sich mit mir zu unterhalten. Aber das Verlangen war durchaus einseitig. Als die Gestapo-Sehnsucht aber so heftig wurde, daß zur Befriedigung tage- und nächtelang Posten aufgestellt wurden, da haben mir meine Freunde um so dringender eine Luftveränderung empfohlen.[1]

Diesem Verlangen mußte ich wohl oder übel folgen, wollte ich nicht meine Arbeit aufgeben, die darin bestand, die Verbindung unter den Gewerkschaftern aufrecht zu erhalten. Erklärlicherweise war ich in erster Linie um meine Gruppe bemüht, und bereits im August 1933 machte ich die erste Rundreise durch Mittel-, West- und Süddeutschland. Später habe ich den Osten und Südosten und dann noch einmal den ganzen Westen bereist.[2] Doch die Aufgaben der beiden letzten Reisen waren schon nicht mehr auf die Gruppe beschränkt, denn bald nach dem Zusammenbruch kam eine Zusammenarbeit mit den verschiedensten Gruppen zustande.[3] Auch in manchen anderen Gruppen wurde die persönliche Fühlung hergestellt und im übrigen auf brieflichem Wege die erforderlichen Nachrichten ausgetauscht.[4] Ich nenne weder Gruppen noch Personen, weil ich nicht weiß, ob dieser Brief durch das ungelobte Land ungefährdet geht. Außerdem nehme ich an, daß Dir sowieso manches bekannt ist, und wenn nicht, so bin [ich] jederzeit zur Ergänzung bereit.

In der ganzen Zeit hatten wir ab und zu den Besuch von [Walter] *Schevenels*,[5] und wir freuten uns immerhin, daß der IGB die Verbindung mit den Gewerkschaftern aufrecht zu erhalten versuchte, wenn auch die Gewerkschaften nicht mehr bestanden.

Nachdem ich mich hier erst einmal gesammelt hatte und mit den Füßen wieder auf den Boden kam, erfuhr ich gelegentlich von Verbindungen zwischen dem IGB bzw. *Schevenels* und Personen, die sich als die Vertreter der deutschen Gewerkschafter, mindestens der kommenden Gewerkschaften betrachteten. Du kennst die »*Miles-Leute*«.[6] Jetzt ist die kluge Broschüre »Neu Beginnen«[7] ja auch in Amerika erschienen. Der Leiter dieser Gruppe – kennst Du ihn nicht, dann kann ich ihn beschreiben – war der Vertrauensmann von *Schevenels* und [Edo] *Fimmen*. Er war in Paris und Amsterdam, auf dem Internationalen Gewerkschaftskongreß in Weymouth

1 Vgl. Dok. 20, Anm. 13.
2 Vgl. ebd., Anm. 12.
3 Gemeint ist die Illegale Reichsleitung.
4 Vgl. u.a. die Kapitel über die Transport- und Bergarbeiter.
5 Vgl. Dok. 30.
6 Vgl. Kurt Kliem, Der Sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich, dargestellt an der Gruppe »Neu Beginnen«, Diss. Phil. Marburg 1957; Richard Löwenthal, Die Widerstandsgruppe »Neu Beginnen«. Beiträge zum Thema Widerstand, H. 20, hrsg. vom Informationszentrum Berlin, Gedenk- und Bildungsstätte Stauffenbergstraße, Berlin 1982; sowie die Angaben in Dok. 35 Anm. 37.
7 Vgl. Kliem, S. 49ff.

und auch in Bern bei unserer Internationale.[8] Überall war er der richtige »Vertreter«, der selbstverständlich die notwendige Unterstützung verlangte und auch erhielt, wie aus einem Brief an mich[9] zu lesen ist.

Dann kam ein Alarmruf aus B[erlin], von dem Du wahrscheinlich auch unterrichtet bist. *Schevenels* war im Oktober [1934] mit dem *Miles* in B[erlin] und nicht bei denjenigen, die ein Anrecht auf seinen Besuch hatten. Dafür schickte er zwei junge unbekannte Leute zu Alwin [*Brandes*], die über unsere ganze Arbeit unterrichtet waren. Im Auftrage des letzteren habe ich dann an *Schevenels* einen geharnischten Brief geschrieben,[10] in dem ich mit meiner Meinung nicht hinter dem Berg gehalten habe. *Sch[evenels]* versuchte, die ganze Sache harmlos und mehr als Mißverständnis hinzustellen. Aber bald darauf bekam ich die authentische Gewißheit, daß der Miles über meinen Brief an *Sch[evenels]* unterrichtet war und deshalb nach Paris flog.

Am 5. Januar hatte ich mit *Sch[evenels]* eine Aussprache in Bratislava, nachdem ich im Dezember auf dem hiesigen Gewerkschaftskongreß mich mit [Leon] *Jouhaux* über die deutschen Angelegenheiten unterhalten hatte.[11] Zu der Vorstandssitzung des I[nternationalen] G[ewerkschafts-]B[undes] am 15. Januar habe ich wunschgemäß eine Abhandlung über die Notwendigkeit und die Möglichkeiten der Arbeit in Deutschland angefertigt[12] und der Erfolg war, daß ich zu der Sitzung am 15. März in Paris war mit dem von dem Kongreß in Weymouth eingesetzten Koordinations-Komitee.[13] In dieser Sitzung habe ich mündlich erläutert, was ich in meiner Abhandlung bereits schriftlich niedergelegt hatte:

»An einer Änderung der deutschen Zustände ist auch die Internationale interessiert, und sie kann nach zwei Richtungen wirksam werden. Erstens dadurch, daß sie jeden politischen und wirtschaftlichen Erfolg des Regimes zu verhindern sucht, soweit die eigene Kraft, evtl. in Verbindung mit anderen Institutionen reicht. Zweitens durch Unterstützung der Arbeiten in Deutschland. Diese Arbeit ist längst im Gange, insbesondere durch die verschiedenen Berufsinternationalen. Bisher bestand hier ein Nebeneinanderarbeiten, das zu einem Miteinander gestaltet werden muß. Zu diesem Zweck brauchen die Gewerkschaften eine Auslandsvertretung, die als die offizielle deutsche Vertretung zu gelten hat. An dieser Stelle laufen alle Arbeiten der einzelnen Berufsinternationalen berichtsmäßig zusammen, auch die Berichte aus Deutschland, soweit sie die gewerkschaftliche Arbeit betreffen. Von dieser Stelle aus gehen die innergewerkschaftlichen Informationen nach Deutschland. Dazu ist eine periodische Druckschrift notwendig. Da in Deutschland heute der Brief keine ungefährliche

8 Leiter der Gruppe war Walter Löwenheim. Schliestedt meint aber offensichtlich Dr. Karl Frank (Pseudonyme: Willi Müller, Paul Hagen, Maria Josef); vgl. Dok. 30, Anm. 7. Mit »Paris« ist der IGB, mit »Amsterdam« sind die dort ansässigen Internationalen Berufssekretariate, besonders die ITF gemeint. Mit »Internationalem Gewerkschaftskongreß in Weymouth« ist die Sitzung des General Councils (Generalrat) des IGB am 27./28. August 1934 in Weymouth gemeint.
9 Nicht in den Akten; vgl. dazu auch den Brief von Schliestedt an Plettl vom 31.8.1935, abgedruckt bei Buschak, Arbeit, S. 180–188, hier S. 183.
10 Nicht in den Akten.
11 Gemeint ist der Tschechoslowakische Gewerkschaftskongreß, der im Dezember 1934 in Prag stattfand, auf dem Schliestedt »eine kurze Unterredung mit dem Genossen Jouhaux über die deutschen Probleme« hatte; vgl. Anschreiben S. 1 zu Dok. 20.
12 Gemeint ist Dok. 20.
13 Vgl. z.B. For the Meeting of the Co-Ordination Committee with the IFTU Executive on the 15th March 1935 (i.O. irrtümlicherweise 1934) in Paris. Proposals of Comrade Schl[iestedt] regarding the systematisation and extension of Free Trade Union propaganda work in Germany. Hierbei handelt es sich um eine gekürzte englische Fassung von Dok. 20. Vgl. ferner For the meeting of the Coordination Committee with the IFTU Executive on the 15 March, 1935, in Paris. Report on the Activities of the Coordination Committee ..., ferner Statement (von S[chliestedt] made at the meeting of »Coordination C[ommit]tee, Paris, 15th March, 1935«, in: MRC, MSS, 292/915/62/1.

Angelegenheit ist, wird das Wichtigste persönlich erledigt werden müssen. Alle diese Dinge kosten Geld, und danach muß sich der Ausbau dieser Einrichtungen richten. Die Einrichtung selbst ist unter allen Umständen notwendig.«[14]

Das ist so in großen Zügen mein Gedankengang. Das Amsterdamer Koordinations-Komitee[15] halte ich für denkbar ungeeignet. Die Arbeit für Deutschland kann meines Erachtens nur von deutschen Kollegen geleistet werden, die mit der Gewerkschaftsbewegung, mit der deutschen Wirtschaft, mit Land und Leuten hinreichend vertraut sind. Und wenn sie etwas Ahnung von der illegalen Arbeit haben, so ist das nur angenehm. Eine Aussprache mit den leitenden Kollegen in Deutschland[16] ist sehr zweckmäßig und auch möglich, denn schließlich muß die Arbeit in Deutschland gemacht werden, und eine Kommandierung von draußen ist unmöglich. Leider stand zu den Beratungen dieses ganzen Arbeitskomplexes in Paris nur ein Nachmittag zur Verfügung, insgesamt 2–3 Stunden. Dann wurde die Fortsetzung zum 27. März[17] nach London verlegt und an dieser Beratung habe ich natürlich nicht mehr teilgenommen.

In langen Unterredungen mit *Schevenels* habe ich nachgewiesen, daß zu einer Besprechung mit den deutschen Kollegen Holland denkbar ungeeignet ist. Bereits zu Weihnachten ging ein solcher Versuch von *Fimmen* bzw. von dem Komitee[18] aus. Der Versuch ist gescheitert. Die Grenze nach Holland ist zu kurz und zu ungeschützt. Unsere Freunde müssen alle schwarz über die Grenze, weil sie sich sonst am besten bereits vorher bei der Gestapo melden können. Dazu braucht man auf beiden Seiten der Grenze eine Organisation, um alle Freunde sicher hinüber und herüber geleiten zu können. Trotz aller Besprechungen hat das Komitee in London beschlossen, die Sitzung nach Holland einzuberufen,[19] und ich wurde von *Sch[evenels]* ersucht, für meinen Teil die notwendigen Vorbereitungen zu treffen. Daraufhin habe ich noch einmal meine Meinung geschrieben,[20] daß mir Holland zu gefährlich ist und die einzige Möglichkeit in der CSR gegeben ist. Außerdem läßt sich eine solche Besprechung und ihre Vorbereitung nicht brieflich organisieren, sondern es ist eine Aussprache mit den in Betracht kommenden Freunden vorher notwendig. Ich habe zu dem Zweck einen Boten nach Berlin geschickt, der als Arbeitsloser sich das Fahrgeld noch von der Unterstützung abknausern muß. Nicht einmal das Fahrgeld für solchen Zweck steht mir hier zur Verfügung, denn bisher habe ich für solche Arbeit vom IGB noch keine Mittel erhalten. Jetzt hat *Sch[evenels]* im letzten Augenblick die Sitzung abgesagt, trotzdem *Fimmen* noch kürzlich auf der Einberufung bestand.[21]

Wie Du siehst, besteht noch keine Ordnung und keine Systematik in der Arbeit. Die Ursache ist die fehlende Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften, die schon seit Jahr und Tag notwendig war. Nur von einer solchen anerkannten Stelle aus können alle die notwendigen Arbeiten geleistet werden. Das Fehlen dieser Stelle war auch wohl die Ursache, daß sich die Milesleute einschalten konnten,[22] und auch die

14 Vgl. ebd.; vgl. ferner Dok. 20.
15 Vgl. For the meeting of the Coordination C[ommit]tee with the IFTU Executive. Suggestions of the Amsterdam ITS. Main principles, in: MRC, MSS, 292/915/62/1. Vgl. auch Dok. 25, Anm. 3; ferner Koordinations-Komitee IGB-IBS. Sitzung vom 15. März 1935, Paris, in: AdsD, ITF, Mappe 46.
16 Gemeint ist die Illegale Reichsleitung.
17 Vgl. Meeting [of the Co-ordination Committee] of the 27th March, 1935 in London, in: MRC, MSS, 292/915/62/1; ferner Sitzung des Koordinations-Komitees am 27.März 1935 in London, in: AdsD, ITF, Mappe 46.
18 Dazu gibt es keine Unterlagen in den Akten. Vgl. aber die retrospektive Darstellung in Dok. 35.
19 Vgl. Sitzung des Koordinations-Komitees am 27. März 1935 in London, Dok. 25.
20 Brief nicht in den Akten.
21 Vgl. Dok. 25, Anm. 9.
22 Vgl. hierzu auch Dok. 30.

unglückliche Konstruktion des Koordinations-Komitees erfunden wurde.[23] Ich habe die Auffassung beim IGB vertreten, daß Beschlüsse für und über Deutschland nicht ohne deutsche Mitberatung gefaßt werden dürfen. Für diesen Zweck verlange ich eine Vertretung der deutschen Arbeiter auch im IGB. Dabei kommt es mir nicht auf irgendein Stimmrecht an, sondern nur auf die Mitwirkung, soweit es sich um Deutschland handelt. *Sch[evenels]* schreibt von den Hemmungen, die das Statut macht. Als wenn ich die Heiligkeit der Satzungen nicht kennen würde.

Sie wollen sich mit der Frage einer Vertretung der deutschen Gewerkschafter befassen, weil dieselbe Frage auch bald für Österreich akut werden dürfte.

Diese Woche ist der Ausschuß des IGB in Kopenhagen, und die Mitglieder des Koordinations-Komitees werden auch dort sein.[24] Ich habe deshalb wunschgemäß Fritz *T[arnow]* informiert und ihm das notwendige Material zugeschickt. Er war doch nicht ganz so im Bilde, was sich alles tut, wie ich. Jedenfalls schreibt er mir, daß er sich freut, daß ich noch Lust und Mut habe, unsere Sache in Paris und Amsterdam durchzuboxen.[25] Daran soll es bei mir sicherlich nicht fehlen, aber ich weiß auch, daß nichts besser wirkt wie vollendete Tatsachen.[26] Die suche ich zu schaffen, weil ich genau aus meiner Kenntnis der Dinge und Personen in Deutschland weiß, daß dem Koordinations-Komitee die zugrunde liegende Absicht nicht gelingen kann. Die Personen und das Territorium sind die Hindernisse. Ich erfahre jetzt von *Sch[evenels]*, daß die Metall- und Bergarbeiter-Internationale nicht mitmachen wollen.[27] Von den ersteren wußte ich das auch so. Es gibt nur die eine von mir gezeigte Möglichkeit der Auslandsvertretung, denn sie allein sichert zugleich die bisherige selbständige Arbeit der Berufsinternationalen.[28] In meiner Nähe befindet sich auch [Carl] *Polenske*, der jetzt die Sache für seine Leute aufzieht, nachdem ich mit seiner Internationale[29] in Paris die notwendigen Vorbesprechungen gehabt habe.

Über mich selber zu schreiben, lohnt nicht, wenn es um die Sache geht. Meine hiesigen Freunde[30] haben bisher für mich gesorgt. Materielle Mittel habe ich nicht, andernfalls würde ich die Verbindungen mit drüben schon ganz anders ausgebaut haben und von Zeit zu Zeit einen Boten durch Deutschland schicken. So sind natürlich die Verbindungen sehr schwierig, kostspielig und deshalb viel zu wenig. Daß

23 Im Protokoll der Sitzung des Exekutivkomitees der ITF am 20./21.11.1934 heißt es u.a.: »Auf der Konferenz des IGB in Weymouth wurde u.a. eine Kommission ernannt, die aus 3 Vorstandsmitgliedern des IGB: Citrine, Schevenels und Jouhaux, sowie aus 5 Vertretern der Internationalen Berufssekretariate: Textilarbeiter, Fabrikarbeiter, Bekleidungsarbeiter, Privatangestellte und Transportarbeiter (Fimmen) zusammengesetzt wurde. Aufgabe der Kommission ist, eine Regelung betr. die Zusammenarbeit von IGB und Berufssekretariaten, zunächst im Hinblick auf die Aktion in Deutschland, Österreich und das Saargebiet, zu treffen. Diese Kommission hat am 3. Oktober d.J. [1934] in Paris zum ersten Mal getagt.« (AdsD, ITF, Mappe 23).
24 Vgl. Anm. 21 (Schreiben von Schevenels an die Mitglieder des Koordinations-Komitees).
25 Gemeint sind der IGB (Paris) und die in Amsterdam ansässigen Internationalen Berufssekretariate, bes. die ITF.
26 Dies deutet darauf hin, daß die Internationalen Berufssekretariate bei der Gründung der Auslandsvertretung bewußt nicht beteiligt wurden. Zu deren Kritik vgl. MRC, MSS, 292/915/62/1.
27 Vgl. Anm. 21.
28 Vgl. dagegen Jahn in Dok. 54, 55. Zu den Bergarbeitern vgl. Dok. 44.
29 Gemeint ist die Internationale Föderation der Gewerkschaften des Personals Öffentlicher Dienste (IÖD); zu Polenske vgl. auch Dok. 30, Anm. 2; ferner Beier, Reichsleitung, S. 46, 56. Weitere Unterlagen zur Arbeit im öffentlichen Dienst wurden nicht ermittelt. Vgl. jetzt aber Nachtmann, ÖTV.
30 Gemeint ist die sudetendeutsche Metallarbeiterorganisation in Reichenberg.

Alwin *Brandes* bereits seit dem 25. Januar 1935 in Dresden festsitzt,[31] ist Dir wohl bekannt. Wenn nicht, und Du hast Interesse daran, so kann ich Dir die ganzen Einzelheiten berichten.

Deine Adresse habe ich [in] Paris erfahren und daß Du aktiv bist, hat die deutsche »Regierung« öffentlich bekannt gemacht mit einer für Dich sehr schmeichelhaften Begründung. Außerdem erfuhr ich das auch von Fritz *T[arnow]*, der Dir wohl ebenfalls schreiben wird. Ich würde mich sehr freuen, etwas von Dir zu hören, und ob Du vielleicht die von mir entwickelten Gedanken beim IGB[32] unterstützen kannst. Denn auch die Zusammenfassung aller im Ausland lebenden Freunde, soweit sie noch die notwendige Aktivität aufbringen, ist erforderlich, um für unsere in Deutschland lebenden Gewerkschafter weiter zu kommen.

In alter Kameradschaft
H[einrich] Schliestedt

Meine Adresse: Fritz Heinrich, Komotau – Tschechoslowakei – Lessingstr. 23

DOKUMENT 27

26./27.7. 1935: Leitsätze für die Gewerkschaftliche Auslandsvertretung Deutschlands (Geade)

IUL-Archiv. Maschinenschrift. Original wie Überschrift.[1]

Für die Zusammenfassung aller vom Internationalen Gewerkschaftsbund und den Internationalen Berufssekretariaten in Deutschland anerkannten illegalen Gewerkschaftsarbeit wird eine Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschafter errichtet. Diese Vertretung besteht aus deutschen Gewerkschaftern, die nach ihrer bisherigen Tätigkeit über die erforderliche Sach- und Personenkenntnis verfügen.

Die Geade hat einen Geschäftsführer in einem politisch-geographisch günstig gelegenen Ort der Tschechoslowakei. Ihm steht ein beratender Ausschuß von 3 Bevollmächtigten der Reichsleitung zur Seite.[2] Unter ihnen soll möglichst ein Vertreter der Angestellten sein.

Aufgaben der Geade:

a) den IGB und die IBS bei allen Arbeiten für und in Deutschland zu beraten und zu helfen;
b) in engster Zusammenarbeit mit den in Deutschland illegal tätigen Gewerkschaftern zu arbeiten, ihnen Hilfe zu leisten und die Zusammenfassung der Arbeiten in Deutschland zu fördern;[3]
c) Informationen aus und über Deutschland zu sammeln und weiterzuleiten. Vorschläge und Material für die Propaganda in Deutschland und im Auslande zu liefern;
d) die Entwicklung der sozialen, sozialrechtlichen und organisatorischen Verhältnisse in Deutschland zu beobachten und fortlaufend die Bedingungen zu prüfen, unter denen bei einer Veränderung der politischen Machtverhältnisse der Wiederaufbau der Gewerkschaftsbewegung in Angriff genommen werden kann. Für diesen Zeitpunkt die notwendigen Vorbereitungen für alle Gebiete gewerkschaftlicher Tätigkeit fertigzustellen.[4]

Stellung der IBS zur Geade:
Die IBS setzen ihre Arbeit für Deutschland im Rahmen ihrer Berufs- und Industriegruppen fort.[5] Die Geade steht ihnen beratend und fördernd zur Seite. Die IBS sind verpflichtet, über alle Maßnahmen, die mit ihrer Arbeit in Deutschland zusammenhängen, der Geade zu berichten, ihre Vertrauensleute zu benennen, die Berichte aus Deutschland der Geade zuzustellen, ebenso das für Deutschland bestimmte Propagandamaterial; von der Vorbereitung etwaiger Aktionen für und in Deutschland die Geade rechtzeitig in Kenntnis zu setzen.[6]

IGB und Geade:[7]
Die Geade berichtet laufend über ihre Tätigkeit an den IGB. Alle Zirkulare, Flugblätter, Druckschriften und sonstiges Propagandamaterial ist in Belegexemplaren an den IGB zu senden. Die Abrechnung über Einnahmen und Ausgaben leistet die Geade an den IGB, der seinerseits die Kontrolle ausübt oder ausüben läßt.

Finanzierung:[8]
Die Finanzierung der Verbandsleitungen in Deutschland erfolgt durch die Internationalen Berufssekretariate.
Die Finanzierung der Geade erfolgt durch den IGB.
Die Finanzierung der Reichsleitung erfolgt durch den IGB.[9]

31 Brandes wurde im März 1935 aus der Untersuchungshaft in das KZ Sachsenburg eingeliefert.
32 Vgl. Dok. 20.

1 Eine Kopie dieser Leitsätze befindet sich auch in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Martin Plettl. Dort befindet sich auch ein Entwurf von Schliestedt »Zur Reorganisation der illegalen Gewerkschaftsarbeit in Deutschland. Errichtung einer deutschen gewerkschaftlichen Auslandsvertretung« (im folg. zit. »Schliestedt, Reorganisation«); ferner ein Entwurf von Schliestedt »Zur illegalen Gewerkschaftsarbeit in Deutschland«, dem ein weiterer Entwurf der Leitsätze beigefügt ist (im folg. zit.: »Schliestedt, Illegale Gewerkschaftsarbeit«).
2 In »Schliestedt, Reorganisation« und »Schliestedt, Illegale Gewerkschaftsarbeit« wird die Reichsleitung nicht erwähnt; vgl. ebd.
3 In »Schliestedt, Reorganisation« heißt es: »In Deutschland selbst soll ein zentraler Ausschuß gebildet werden in engster Zusammenarbeit mit der D[eutschen] G[ewerkschaftlichen] A[uslands-vertretung]«; ebd.
4 Dieser Satz fehlt in beiden Entwürfen, vgl. ebd.
5 In »Schliestedt, Reorganisation« folgt der Nebensatz »aber im Einvernehmen mit der DGA«. Diese Passage wies auf die starke Stellung der IBS und ihrer jeweiligen Verbindungen nach Deutschland hin.
6 Hierzu kam es in der praktischen Arbeit nicht.
7 Der Absatz »IGB und Geade« fehlt in »Schliestedt, Reorganisation«; vgl. ebd.
8 Dieser Absatz lautet in Schliestedt »Illegale Gewerkschaftsarbeit« (vgl. Anm. 1): »Der IGB übernimmt die Finanzierung der Geade unter evtl. besonderer Mithilfe der IBS im Rahmen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit.« Vgl. ebd.
In »Schliestedt Reorganisation« heißt es: »Diejenigen IBS, die für illegale Arbeit in Deutschland Gelder aufwenden, führen 20% der zur Verfügung stehenden Summe an die DGA ab. Die anderen IBS sollen nach Maßgabe ihrer finanziellen Kraft einen entsprechenden Beitrag abführen. Die restliche Finanzierung übernimmt der IGB.« Ebd.
9 Dazu heißt es in einem Brief von Schliestedt an Plettl vom 5.10. 1935: »Bei der letzten Vorstandssitzung des IGB in Paris ist die Auslandsvertretung anerkannt, wie der soeben eingelaufene Brief von Schevenels offiziell mitteilt. Es wurde ein monatlicher Betrag für D[eutschland], nichts für die Auslandsvertretung, von 1000 [Reichsmark] ausgeworfen. Jetzt muß erst noch mit dem Koo[rdinations]-Komitee verhandelt werden ...«. In: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Martin Plettl.

DOKUMENT 28

9. 8. 1935: Rundschreiben des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Paris an die Internationalen Berufssekretariate über die Reichenberger Konferenz

IUL-Archiv. Maschinenschrift. Überschrift: »Action Allemagne 45. Vertraulich! An die Internationalen Berufssekretariate«. Eigenhändig unterzeichnet.[1]

Werte Genossen!

Wir unterrichten Sie hierdurch davon, daß vor einiger Zeit in der Tschechoslowakei eine Konferenz[2] mit Vertretern der deutschen Gewerkschafter stattgefunden hat, die von den Zentral-Vertrauensleuten aller illegal arbeitenden Gewerkschaftsgruppen entsandt waren. Der Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, W[alter] *Schevenels*, hat an der Konferenz teilgenommen. Die Angestelltenbewegung war durch einen Beauftragten ihrer Berufsinternationale[3] vertreten. Außerdem waren einige deutsche Gewerkschafter anwesend, die sich z.Zt. in der Tschechoslowakei aufhalten, sowie Vertreter der Glas- und Keramarbeiter-Internationale.[4]

Es wurde die Zusammenfassung der gewerkschaftlichen Arbeit und Propaganda in Deutschland und das Verhältnis zu den illegalen politischen Gruppen, einschließlich der »*Miles*«-Leute, beraten. Die organisatorische Selbständigkeit und absolute Unabhängigkeit der gewerkschaftlichen Gruppen wurde aus vielfachen Gründen als notwendig bezeichnet,[5] jedoch die sozialistische Grundeinstellung[6] mit einem freundnachbarlichen Verhältnis zu den leitenden Personen der sozialistischen Arbeit[7] betont.

Mit der »Miles«-Gruppe wurde jede Verbindung oder Zusammenarbeit im Auftrage aller Beteiligten mit Nachdruck abgelehnt.[8] Diese Stellungnahme wurde damit begründet, daß »*Miles*« eine Oppositionsgruppe ist, die ihre Anhänger in allen Parteien und sozialen Formationen sucht und schon deshalb nicht als gewerkschaftlich arbeitende Gruppe anerkannt werden kann. Solches Auftreten gefährdet die Arbeit der eigentlichen Gewerkschaftsvertreter. Ebenso ist eine absolute Distanzierung von den Kommunisten ein Gebot der Selbsterhaltung. Die Kommunisten vertreiben illegale Broschüren und bezeichnen darin frühere Spitzenorganisationen - AfA-Bund – als angebliche Herausgeber.[9] In Wirklichkeit verstecken sich diese politischen Gruppen hinter den Gewerkschaften.[10] Die Folge ist, daß die Staatsgewalt auf die Gewerkschaften aufmerksam gemacht wird, ihre Funktionäre verfolgt und die Arbeit der Gewerkschaftsfunktionäre erschwert, wenn nicht unmöglich macht.

1 Eine maschinenschriftliche Kopie des Rundschreibens befindet sich in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Martin Plettl.
2 Vgl. Dok. 30.
3 Als Vertreter des Internationalen Bundes der Privatangestellten nahm Aufhäuser teil; vgl. ebd.
4 Vgl. ebd. und Dok. 34.
5 Vgl. dagegen die Position von Kreyssig in seinem Brief an Plettl 14.4.1935 in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Martin Plettl. Vgl. hierzu auch die Zielsetzungen und Vorgaben der ITF, z.B.: Dok. 48.
6 Vgl. hierzu Buschak, Arbeit, S. 179, der die Auffassung vertritt, daß »dieser Text deutlich hinter die Erklärung zur Bildung eines »Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften« [vgl. Dok. 10] vom April 1933« zurückfällt.«
7 Gemeint sind »in erster Linie die Mitglieder des Parteivorstandes der SPD ..., wohl auch die Vorstandsmitglieder der SAI«. Ebd.
8 Vgl. Dok. 30.
9 Vgl. Dok. 39, 40.
10 Vgl. zur Taktik der KPD und RGO ausführlich Kap. V.

Über Umfang und Aufbau der illegalen gewerkschaftlichen Arbeit in Deutschland, die Notwendigkeit der Zusammenfassung aller arbeitenden Berufsgruppen in einer Reichsleitung[11] mit bezirklichen Stützpunkten, die Verbindung der deutschen Gewerkschafter mit dem IGB über eine Auslandsvertretung und deren Verhältnis zu den Internationalen Berufssekretariaten wurde umfassend Bericht erstattet. Die Konferenz zeigte eine bemerkenswerte Einmütigkeit aller Teilnehmer und bewies den ungebrochenen Mut unserer deutschen Genossen, die über den Verlauf dieser ersten Konferenz große Genugtuung äußerten.

Wir übersenden Ihnen als Anlage[12] die von den deutschen Teilnehmern unterbreiteten Leitsätze für die im Einvernehmen mit den Genossen im Lande zu schaffende Gewerkschaftliche Auslandsvertretung Deutschlands.[13] Der Vorstand des IGB und das Koordinations-Komitee des IGB und der IBS werden sich auf den Septembersitzungen[14] mit den Leitsätzen beschäftigen. Wir bitten Sie deshalb hierdurch, uns die Stellungnahme Ihrer Berufsinternationale zu den Vorschlägen der deutschen Genossen bis spätestens 10. September bekanntzugeben.[15]

Indem wir Ihrer baldigen Rückäußerung entgegensehen, verbleiben wir mit gewerkschaftlichen Grüßen

In Abwesenheit der Sekretäre

G. Kreyssig[16]

DOKUMENT 29

13. 8. 1935: Brief von Wim Spiekman, Internationaler Bund der Privatangestellten, an den Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes Walter Schevenels

MRC, MSS, 292/915/62/1. Maschinenschrift. Eigenhändig unterzeichnet.

Kritik von Spiekman an Schevenels, dem Generalsekretär des IGB, daß er die übrigen Mitglieder des Koordinations-Komitees nicht rechtzeitig oder überhaupt nicht über die beabsichtigte Konferenz in Reichenberg mit illegalen deutschen Gewerkschaftern informiert habe, obwohl dazu auf verschiedenen Sitzungen des IGB am 13.6. und 2. und 4.7.1935 Gelegenheit bestanden hätte. Spiekman hatte erst am 25.6. bei seinem Treffen mit Schlimme in Berlin einen Hinweis auf diese Konferenz erhalten. Auf

11 Vgl. Dok. 20, 30; vgl. Kritisch dazu Jahn in Dok. 22, 36. Vgl. ferner Buschak, Arbeit, S. 189ff.
12 Hier nicht abgedruckt. Vgl. Dok. 27.
13 Am 7.9.1935 plädiert Kreyssig in einem Schreiben an Plettl dafür, »die Auslandsvertretung sofort zu schaffen – und zwar werde ich nunmehr mit aller Kraft dafür plädieren, daß wir Deutschen sie konstituieren und dann die Internationalen vor die Entscheidung stellen, ob sie sie anerkennen oder nicht.« (AdsD, DGB-Archiv, Nl. Martin Plettl).
14 Die Sitzung des Koordinations-Komitees von IGB – IBS wurde auf den 29.11.1935 verschoben, vgl. Dok. 34.
15 Laut Schreiben von Schliestedt an Plettl (5.2.1936) hatten die meisten Internationalen Berufssekretariate (IBS) nicht geantwortet; die vier Amsterdamer IBS jedoch protestiert (Dok. 35); vgl. ferner Dok. 34.
16 Gerhard Kreyssig, geb. 15.12. 1899, Banklehre, Studium der Volkswirtschaft und Staatswissenschaften, 1925 Promotion, 1925–28 Bankangestellter, 1928–31 Sekretär des Afa-Bundes Berlin, 1931–45 Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung des IGB (Berlin, Paris, London), Hrsg. von Deutsche Gewerkschafter im Exil, Mai-August 1937 Leiter (zus. mit Valentin Hartig) der ADG im Westen, 1946 Wirtschaftsredakteur, 1947–1949 Mitglied des Wirtschaftsrates, 1951–1965 MdB, SPD.
Nach Aussage von Schliestedt stammte das Rundschreiben aus seiner Feder; vgl. Dok. 35.

Rückfragen hatte Schevenels auf der Sitzung des Koordinations-Komitees am 4.7.1935 jedoch jede Kenntnis über eine bevorstehende Konferenz verneint.

Dear Comrade Schevenels,
I am duly in receipt of your registered confidential circular of 9 August last to the International Trade Secretariats[1] for which I thank you.

I was aware that some time ago a meeting of representatives of the German trade unionists was to be held in Czechoslovakia [Reichenberg]. I ventured to inform a representative of our International living in Czechoslovakia about the holding of this meeting and, as you say yourself, he duly took part in it.[2]

Both as Secretary of the Salaried Employees' International and not in the last instance as a member of the Coordination Committee I feel bound to register strong protest that the International Trade Secretariats which have been carrying on activities in Germany since the summer of 1933 were not given proper notice of the meeting to be held in R[eichenberg] and asked to arrange that at least one representative of each Trade Secretariat, for instance – that is to say one of their collaborators from Germany – should be present at the meeting in Czechoslovakia.

In support of this complaint I venture to recall the following:

1. On 13 June I discussed with you and Comrade [Leon] *Jouhaux* in Geneva the possibility of an IFTU confidential man from Germany attending the meeting of the Coordination Committee to be held in Paris on 4 July last.
2. On 25 June I visited comrade H[ermann] *S[chlimme]* in B[er]l[i]n. Comrade *S[chlimme]* told me, among other things of the forthcoming meeting in Czechoslovakia.
3. On the afternoon of 2 July you answered my statements at the meeting of the IFTU Executive. Your references to the future course of the activities in Germany made upon me – and I presume also upon the members of the IFTU-Executive who were present – the impression that some kind of plan or scheme existed for this work.
4. At the meeting of 4 July of the Coordination Committee I read out the letter[3] of H[ermann] *S[chlimme]* (B[er]l[i]n) dealing, among other things, with the meeting of 26 and 27 July. In reply to my definite request for particulars of the meeting in question, you said that you knew nothing about it.
5. A fully worked out plan for the activities in Germany was submitted for discussion to the meeting in R[eichenberg][4] and a copy handed to you by comrade *Schl[iestedt]* K[omotau] during the meeting in Paris, at the latest.
   At the meeting of 4 July the members of the Coordination Committee[5] were not told a word about the existence of a definite plan or about the holding of a meeting in R[eichenberg] – for you knew nothing about it! – and you maintained this silence during the weeks following 4 July, when it would have been quite possible for the Trade Secretariats concerned to get into touch with their people in Germany and arrange for participation in the meeting at R[eichenberg].
   Whatever may have been your reasons, the fact of your complete silence, which made it impossible for the meeting in R[eichenberg] to be as effective as possible and necessary, not only astonishes me but makes me fear that fruitful cooperation is not desired by you.

I am sending copies of this letter to all the members of the Coordination Committee, asking them to consider in what manner frank, sincere and fruitful cooperation can be assured for the future.

Yours fraternally
(W.S.) W[im] Spiekman

1 Vgl. Dok. 28.
2 Gemeint ist Siegfried Aufhäuser, vgl. Dok. 30.
3 Nicht in den Akten. Dok. 34 belegt eindeutig, daß es sich um Hermann Schlimme handelt.
4 Vgl. Dok. 20, 27.
5 Zur Kritik von Spiekman und zur Diskussion im Koordinations-Komitee vgl. Schliestedt an Plettl, 31.8.1935 in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Martin Plettl. Vgl. auch Buschak, Arbeit, S. 182f., 186. Im MRC, MSS, 292/915/62/1 befindet sich ein weiteres kritisches Schreiben von einem der im Koordinations-Komitee vertretenen Generalsekretäre der Internationalen Berufssekretariate an Schevenels.

DOKUMENT 30

14. 8. 1935: Schreiben von Heinrich Schliestedt, Komotau/CSR, an Fritz Tarnow, Kopenhagen

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Fritz Tarnow, Maschinenschriftliche Durchschrift. Eigenhändig paraphiert.

Lieber Fritz!

Also Reichenberg.[1] Namen von drüben brauche ich nicht zu nennen. Sonst nahmen teil [Carl] *Polenske*[2], den ich gebeten hatte, zwei Bekannte, die in R[eichenberg] sitzen und auch Dir bekannt sind; zwei Vertreter der Glas- und Keramarbeiter Internationale, die in Teplitz sitzen; [Wilhelm] *Weigel*[3] von der Z[entral]G[ewerkschafts-] K[ommission des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der CSR] und S[iegfried] *Aufh[äuser]*[4] als Vertreter seiner Berufsinternationale.[5] Lange hatte ich auf diese Aussprache hingearbeitet, und es war wirklich eine Freude. Nur wollten die Delegierten die Beteiligung von S[iegfried] *Aufh[äuser]* nicht zulassen, weil er zu der Milesgruppe[6] gehöre. Wir konnten ihn aber nicht gut draußen lassen, ehe er nicht wenigstens eine Erklärung dazu abgeben konnte, und wir haben uns dann auf meinen Vorschlag geeinigt, erst einmal anzufangen, einen Bericht von mir entgegenzunehmen, bei dem ich auch die verschiedenen Treibereien behandeln würde und dann müsse sich eben *Aufh[äuser]* erklären. Danach könnten wir handeln. Schließlich war er auch Vertreter der Internationale [der Privatangestellten], und wir mußten den Anschein vermeiden, gegen die Angestellten zu handeln.

1 Gemeint ist das Treffen von illegal arbeitenden Gewerkschaftern mit Schliestedt und Vertretern der internationalen Gewerkschaftsorganisationen in Reichenberg am 26./27. Juli 1935.
2 Carl Polenske (11.11. 1876–22.3. 1956), Gasarbeiter, ab 1905 Bevollmächtigter im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, später Vorstandssekretär des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe, 1934 Emigration in die CSR, 1938 nach Schweden, Mitarbeit in der ADG, ab November 1943 Vorstandsmitglied der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden; SPD, 1910–21 Stadtverordneter Berlin-Neukölln, 1940–43 Vorsitzender Sopade-Ortsgruppe Stockholm.
3 Wilhelm Weigel (19.11.1885–2.8.1954), Metallarbeiter, ab 1912 Sekretär des österreichischen Metallarbeiterverbandes für Böhmen, maßgeblich beteiligt am Aufbau des Internationalen Metallarbeiter-Verbandes (Sitz Komotau), ab 1926 2. Sekretär für die Bildungsarbeit der Zentralgewerkschaftskommission des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der CSR in Reichenberg, 1938 Emigration nach Schweden, Sekretär der Auslandsvertretung Sudetendeutscher Gewerkschafter.
4 Vgl. auch Dok. 35 Anm. 40.
5 Gemeint ist der Internationale Bund der Privatangestellten.
6 Gemeint ist die sozialistische Gruppe »Neu Beginnen«; Gründer dieser Gruppe war Walter Löwenheim, bekannt geworden unter dem Schriftstellernamen Miles. Vgl. hierzu Kurt Kliem, Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich, dargestellt an der Gruppe »Neu Beginnen«, Diss. phil. Marburg, Marburg 1957; Richard Löwenthal, Die Widerstandsgruppe »Neu Beginnen«. Beiträge zum Thema Widerstand, H. 20, hrsg. vom Informationszentrum Berlin, Gedenk- und Bildungsstätte Stauffenbergstraße, Berlin 1982; sowie Angaben in Dok. 35 Anm. 37.

Über meinen Bericht brauche ich Dir nichts zu schreiben, denn in großen Zügen ist er Dir bekannt. Ich habe die ganze Entwicklung meiner Arbeit geschildert, die Absicht, die Hemmungen usw. Das ganze Kapitel der Milesgruppe, einschließlich des *Müller*[7] habe ich erörtert. Das Koordinations-Komitee, das Sofortprogramm[8] etc. Dann wurde S[iegfried] *A[ufhäuser]* aufgefordert, seine Stellung zur Milesgruppe zu präzisieren. Er nahm zu dem ganzen Fragenkomplex Stellung und beklagte sich sehr, daß er wenig Entgegenkommen bei der Internationale gefunden habe. Er freue sich, wenn es jetzt etwas besser sei. Mit *Miles*[9] und mit *Müller* habe er nichts zu tun, er kennt den *Müller*, er schickt ihm, S[iegfried] *A[ufhäuser]*, seine Berichte zu, aber eine Verbindung mit ihm habe er nicht. Nach seiner Auffassung hat *Müller* mit der Gewerkschaftssache nichts zu tun und kommt dafür auch gar nicht in Frage, denn er hat niemals in der Gewerkschaft gearbeitet. Wenn er (S[iegfried] *A[ufhäuser]*) mit *Miles* zusammen genannt werde, dann trüge daran der Parteivorstand die Schuld. Bekanntlich seien Differenzen im P[artei]V[orstand] mit der Minderheitsgruppe, zu der auch er, S[iegfried] *A[ufhäuser]* gehöre, daneben mit dem Sekretariat in Karlsbad, und dann noch mit der Milesgruppe. Weil der P[artei]V[orstand] diese Dinge gemeinsam behandle, deshalb werde er mit *Miles* zusammen genannt. Da ich nicht Lust hatte, die Zweideutigkeit mit seinen eigenen Briefen zu widerlegen, haben wir die Erklärung hingenommen. Er erklärte seine Bereitwilligkeit, die Konferenz zu verlassen, falls wir das für notwendig erachteten. Ich habe ihm nochmals sehr deutlich gesagt, daß wir uns nicht gefallen lassen würden, daß durch seine Teilnahme der Parteistreit in unsere Reihen hineingetragen würde. Es sei bedauerlich genug, daß die überflüssige Zeit in der Emigration schon wieder zu Streitigkeiten ohne irgendwelchen Sinn benutzt würde. S[iegfried] *A[ufhäuser]* meinte, er habe doch eine Auffassung in politischen Dingen, daß sei bekannt, und man könne von ihm nicht verlangen, daß er davon abrücke. Natürlich hat das niemand verlangt, und ich sagte ihm noch, daß auch ich eine politische Auffassung habe, und würden wir uns über diese Dinge unterhalten, so würde ich auch mit meiner Meinung wahrhaftig nicht zurückhalten. Jedenfalls versprach S[iegfried] *A[ufhäuser]* absolute Trennung der politischen Streitereien von unserer Arbeit. Es ist ihm an beiden Tagen nicht gut gegangen.

Gegen die Kommunisten hatte er, S[iegfried] *A[ufhäuser]*, alles einzuwenden und keinerlei Verbindung sei mit ihnen möglich.

Du kannst Dir denken, daß uns diese Sache einige Stunden gekostet hat, und sie war es auch wert. Es ist restlose Klärung erfolgt. Wenn auch gegen die Arbeit der *Miles*-Leute als Hitlergegner an sich nichts eingewendet wird, so wäre es doch noch besser, wenn es keine Gruppenbildung geben würde, sondern eine einheitliche Arbeit in Deutschland, auch um der Zukunft willen. Und deshalb sind wir nicht begeistert von der *Miles*-Arbeit. Interessanter Weise haben uns die Mitteilungen von S[iegfried] *A[ufhäuser]* noch einigen Aufschluß über *Miles* gegeben. Danach hat die Gruppe bereits vor dem Zusammenbruch bestanden und illegal gearbeitet.[10] Ihre Anhänger suchte sie in allen Parteien: KP[D], SPD, SAP usw. Sie standen stark unter dem

7 Gemeint ist Dr. Karl Frank (Pseudonym Willi Müller, Paul Hagen, Maria Josef),(1893–1969), Psychologe, 1918 Promotion, 1919 KPÖ, 1920 Übersiedlung nach Berlin, Mitglied KPD, Redakteur »Die Rote Fahne«, 1929 Übertritt zur KPDO, 1932 SAPD, Mitglied des Parteivorstandes, als Mitglied der Leninistischen Organisation (LO) Ende 1932 nach Ausschluß aus der SAPD (Nov. 1932) Eintritt in die SPD. Neben Löwenheim und R. Löwenthal einer der theoretischen und organisatorischen Führer der LO, Leiter der Auslandsabteilung der Gruppe Neu Beginnen, 1944 Mitbegründer des Council for a Democratic Germany.

8 Vgl. Dok. 27.

9 Vgl. Anm. 6.

10 Ebd.

Einfluß der kommunistischen Ideologie.[11] Also S[iegfried] *A[ufhäuser]* ist weit abgerückt, und ich habe die Befürchtung, daß die Milesleute das als Treulosigkeit auslegen werden. Spielt er aber mit verdeckten Karten, dann ist es aus!

Im zweiten Teil haben wir uns mit dem Organisationsplan, der Auslandsvertretung und einem evtl. Aufruf[12] befaßt. Sie sind Dir bekannt genug. Deshalb haben [sich] auch die Gesandten allein damit beschäftigt. Sie hatten noch einige Abänderungswünsche, die im Grunde genommen nichts änderten und die ich selbstverständlich berücksichtigt habe. Am zweiten Tage war [Walter] *Schevenels*[13] anwesend. Da wurde noch einmal kurz *Miles* und der I[nternationale]G[ewerkschafts]B[und] behandelt und offizielle Verbindungen abgelehnt. Die Auslandsvertretung [wurde] vorbehaltlich der Zustimmung des Vorstandes anerkannt und unsere Freunde bestimmten mich einstimmig als den Geschäftsführer, mit dem Verlangen meiner Hinzuziehung zum IGB. Die Finanzierung ist natürlich besprochen worden, denn davon hängt im großen Maße die Arbeitsmöglichkeit in Deutschland ab. Aber darüber kann erst in Paris[14] endgültig beraten und beschlossen werden. Doch haben die Freunde ihre notwendigen Forderungen angemeldet.

Am zweiten Tage war auch der P[artei]V[orstand][der SPD] anwesend und hat einen Überblick über den Aufbau, die Grundsätze und die Ausdehnung seiner Arbeit gegeben, der natürlich für unsere Freunde sehr interessant war.

Nach der Meinung aller Anwesenden sind sie der Auffassung, daß es *die* historische Konferenz war und es war eine Stimmung, die alles Gute erwarten läßt.

Soeben läuft Dein Brief ein.[15] Ein Einfluß von S[iegfried] *A[ufhäuser]* direkt ist ausgeschaltet, wie Du aus den beiliegenden Leitsätzen[16] in ihrer endgültigen Formulierung ersehen kannst. Das Komitee[17] besteht aus Mitgliedern der Reichsleitung und die sitzt nicht hier. Die uns von S[iegfried] *A[ufhäuser]* genannten Leute sind bereits aufgesucht, und ich hoffe, daß sich mit ihnen eine Zusammenarbeit ohne Hemmungen machen läßt. Auch sonst bewegen wir uns anscheinend auf den gleichen Bahnen in dem Verhältnis zur Partei. Ich habe bisher keinerlei Schwierigkeiten erfahren, sondern durchaus entgegenkommendes Mitarbeiten. Es ist auch nicht der Versuch gemacht worden, in unsere Arbeit hineinzureden; die Hauptsache ist, daß überhaupt gearbeitet wird, denn alles muß ja auch der politischen Bewegungsfreiheit dienen. Am 29.7. war ich noch in Prag, wo wir uns mit dem P[artei] V[orstand], *Schevenels* und ich, noch einmal ausgesprochen haben. Jede erforderliche Hilfe wurde uns uneigennützig zugesagt.

11 Nach der Spaltung der Leninistischen Organisation und der Trennung von Löwenheim (ab 1935) Revision des sog. weiterentwickelten Leninismus und ideologische Annäherung an die Sozialdemokratie unter Aufgabe des Zentralismus und der Erziehungsdiktatur des Proletariats.

12 Nicht in den Akten.

13 Walter Schevenels (1884–1966), Belgien, ab 1929 stellvertretender und 1930–45 Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, 1945–48 stellvertretender Generalsekretär des Weltgewerkschaftsbundes, 1950–66 Generalsekretär der Europäischen Regionalorganisation (ERO) des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften.

14 Paris war Sitz des Internationalen Gewerkschafts-Bundes.

15 Brief Tarnows nicht in den Akten.

16 Vgl. Dok. 27.

17 In den Leitsätzen »Zur Reorganisation der illegalen Gewerkschaftsarbeit in Deutschland. Errichtung einer deutschen gewerkschaftlichen Auslandsvertretung (DGA)« heißt es: »Die DGA wird durch ein Komitee von drei (oder fünf) Personen repräsentiert. Einer von ihnen führt die Geschäfte des Sekretariats.« In den Leitsätzen der Geade (vgl. Dok. 27) heißt es dagegen: Dem Geschäftsführer der Geade »steht ein beratender Ausschuß von drei Bevollmächtigten der Reichsleitung zur Seite«.

Der Vorstand des IGB hat an die Berufssekretariate ein Rundschreiben[18] über die ganze Geschichte versandt, das ich angefertigt habe. Die Abschrift liegt ebenfalls bei und ich bitte, diese Zusendung *vertraulich* zu behandeln. Daraus siehst Du, wie ich unser Verhältnis zur Partei dargestellt habe. Es entspricht auch Deiner Auffassung.

Es gibt drüben genug schaurige Romantik, aber es ist nicht erforderlich, noch etwas dazu zu tun, um einigen eine Privat-Folie zu geben. Hans *[Jahn]* ist nicht aus der Haft entflohen, sondern er ist nach etwa fünf Wochen am 19.6. 1935 entlassen worden, und weil er fürchtete, vielleicht mit Recht, wieder geholt zu werden, ist er auf und davon.[19] So sagte er's mir. Sein phantastischer Mentor Edo *[Fimmen]*[20] wird natürlich noch manches dazu tun, um selber etwas Glorie mitzubekommen. Hans sagte mir ferner, wie er mancherlei Freiheiten bei der Gestapo gehabt habe, denn er sei mit allen anderen Gefangenen zusammengekommen, sei in ihren Käfigen gewesen und habe mit ihnen sprechen können. Abgesehen von einem Mal, wo er geschlagen [worden] sei, ist er, den Umständen entsprechend, gut behandelt worden. Er habe etwas doof gespielt und [Alfred] *Mar[kwitz]*[21] habe sich hervorragend zu seinen Gunsten gehalten, so daß er wieder herausgelassen [worden] sei. Auch sonst erzählte er gar Gewaltiges von dem Auftreten seiner Frau, das die Gestapo zermürbt habe und von der Ängstlichkeit von Frau *U[rich]*[22], die erst von seiner Frau mitgenommen werden mußte. Es war ein großer Wasserfall. Heroismus zeigen unsere Freunde jeden Tag in hervorragendem Maße, und ich weiß aus eigener Erfahrung genug. Gegen mehr bin ich skeptisch. Edo *[Fimmen]* sagte mir: »Hans *[Jahn]* muß wieder hinüber.« Ich sagte, da muß er sich aber sehr verändern. Und er selbst [Jahn] sagte in seinem Bericht mit Windstärke 13: »Ich muß wieder hinüber, ich muß wieder hinüber, denn ich halt's hier draußen nicht aus, ich muß zu unseren Kameraden.« Nach meiner Auffassung noch Schockwirkung, denn ich wehre mich gegen Mißtrauen, weil er in der ganzen Zeit, die ich noch mitgearbeitet habe, [ich] ihn als absolut treu empfand.[23] Deshalb sagte ich ihm, wenn er erst ein Vierteljahr älter sei, würde er wohl ruhiger sein und sich's noch mal überlegen. Nach meiner Meinung liegt kein Grund zu übertriebener Romantik vor.

Die Bäume Edos *[Fimmen]* wachsen bestimmt nicht in den Himmel, denn die Metallarbeiter haben durch den Mund von Konrad *Ilg*[24] in Paris letztes Mal erklärt, daß sie sich an dem Komitee nicht beteiligen werden.[25] An der internationalen Arbeit über den IGB selbstverständlich. Eine so deutliche und für mein Gefühl grobe Absage habe ich in den heiligen Räumen nicht für möglich gehalten. Ebenso haben die Bergarbeiter abgelehnt. Zwei so wichtige Gruppen schmeißen natürlich das Komitee über den

18 Vgl. Dok. 28.

19 Vgl. dagegen die Darstellung von Jahn selbst in Dok. 75 sowie die Unterlagen der Gestapo, die Schliestedt bestätigen (BA, NJ 2205).

20 Eduard Carl (Edo) Fimmen (1881–1942), ab 1905 Funktionen in der niederländischen Gewerkschaftsbewegung, ab 1912 Vorstandsmitglied des Nederlands Verbond van Vakvereeningen (NVV), 1919–42 Generalsekretär der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF), 1919–1923 Sekretär des Internationalen Gewerkschafts-Bundes (IGB).

21 Gemeint ist Alfred Markwitz, der eine sozialdemokratische Widerstandsgruppe in Berlin leitete. »Als die Markwitz-Gruppe aufflog, wurden nahezu alle Verbindungen der Gruppe »vorläufige Reichsleitung« in Mitleidenschaft gezogen ...« Klein, Vereint, S. 61; vgl. auch Esters/Pelger, S. 44f.

22 Es gab lose Verbindungen zwischen Jahn, der Markwitzgruppe sowie zu einer Berliner Gewerkschaftsgruppe um Max Urich und Reichsbanner-Leuten um Dr. Theodor Haubach. Vgl. Dok. 19, 21, 36, 75.

23 Zu dem Konkurrenzverhältnis von Jahn und Schliestedt vgl. Jahns Perspektive in Dok. 22, 36.

24 Konrad Ilg (1877–1954), ab 1909 Sekretär, später Präsident des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes, 1920–1954 Sekretär des IMB, 1918–1947 Mitglied des Nationalrates der Schweiz.

25 Gemeint sind die Bestrebungen der ITF, die Widerstandsgruppen zusammenzuführen.

Haufen. Die Buchdrucker lehnen überhaupt jede Hilfe für Deutschland ab, sie gehen also noch weiter als vertretbar ist. Es kommt mir jetzt darauf an, diese von ihrem Standpunkt abzubringen, damit ihre Leute in Deutschland unterstützt werden. Es sind noch verschiedene Internationalen[26] zu aktivieren, und ich glaube, daß es mit weniger Widerstand möglich ist, nachdem ich die Auslandsvertretung übertragen bekommen habe. Gegen diesen Beschluß der deutschen Vertreter ist wohl kaum vom IGB etwas zu machen und die Amsterdamer[27] werden sich damit abfinden müssen. Denn was ihnen bisher nicht gelungen ist, haben wir bereits hinter uns und in bester Weise. Es bleibt ihnen nichts anderes übrig, als sich zu beteiligen.[28] Mehr will ich ja gar nicht.

Nun von drüben. Über Reichenberg ist Bericht erstattet und die Abmachungen gut geheißen. Leider entsetzlicher Geldmangel. Zwar hatte ich den Auftrag, etwas zu besorgen. Hiesige Mittel zu Lasten des IGB stehen zur Verfügung in sehr bescheidenem Maße. Leider ist kein Transfer möglich infolge der sehr strengen Devisenbestimmungen. Auch in der Schweiz ist es unmöglich, weil der Handel mit deutschen Noten verboten ist, denn die Schweiz hat sich mal wieder beschummeln lassen und muß im Verrechnungsverkehr die Mark zu pari annehmen, obwohl sie 20% darunter steht im freien Verkehr. Ich habe deshalb *Schevenels* mitteilen müssen, die Umwechslung in Frankreich durchzuführen. Der Transport ist von hier leicht möglich. Die Schwierigkeiten fressen Zeit.

Nach einem persönlichen Bericht [aus dem Deutschen Reich] vom 10.8. darf man einige Hoffnung auf die Entwicklung haben.[29] Das Schimpfen ist danach über das Stadium des Meckerns bereits weit hinaus. Nach Rücksprache mit Leuten aus der großen Industrie, führenden Leuten, werden die Nazis bei einer Veränderung der Dinge von dort keine Unterstützung mehr erhalten. Es sind allerlei Querverbindungen möglich, und es wird mir die Frage vorgelegt,[30] ob wir sie suchen und pflegen sollen, Querverbindungen, die wir früher weit von uns gewiesen haben. Ich bin für diese Verbindungen aus einer sehr realistischen Überlegung. Nicht eine der hitlerfeindlichen Gruppen ist in der Lage, den Sturz zu erzwingen, es sei denn, mit der Reichswehr im Rücken. Aber diese wird sich kaum [zu] einer einzigen Gruppe gesellen. Sie ist zu klug dazu im Interesse ihrer Aufgabe und die ist bekanntlich der Krieg, und wenn es uns nicht gefällt. Ich bin ein Gegner der Kriegsmaschine, aber nach meinen Wünschen geht's nun mal nicht immer. Die Reichswehr weiß, daß zum Kriegführen das ganze Volk notwendig ist, und ist das so vollkommen aufgespalten wie gegenwärtig, dann kann die Reichswehr ihre Aufgabe nicht erfüllen, nicht einmal sich darauf vorbereiten. Es wäre also notwendig zu überlegen, ob es möglich ist, die hitlerfeindlichen Gruppen zusammenzubringen. Vielleicht möchte das im Negativen gelingen, aber das reicht nicht aus, wenn es nicht gelingt, auch für den Tag nach *Hitler* Vorbereitungen zu treffen. Ich glaube, daß es nur unter dieser Voraussetzung möglich wird, die Gewalt gegen *Hitler* zu mobilisieren.

Im Neuen Tagebuch[31] waren jetzt zwei Artikel, die sich mit demselben Thema beschäftigen, davon geht der letztere nur auf eine Verbindung der bürgerlichen Politiker

26 Gemeint sind Internationale Berufssekretariate.

27 Gemeint sind Edo Fimmen und die Internationale Transportarbeiter-Föderation und die anderen in Amsterdam ansässigen Internationalen Berufssekretariate.

28 Zur weiteren Entwicklung vgl. Dok. 33–38.

29 Der Berichterstatter konnte nicht ermittelt werden.

30 Der Ansprechpartner konnte nicht ermittelt werden.

31 Das Neue Tage-Buch wurde von Juli 1933 – Mai 1940 von Leopold Schwarzschild herausgegeben. »Zentrales Anliegen war der Nachweis, daß die nationalsozialistische Politik auf einen Krieg abziele, der nur durch die entschlossene Haltung der europäischen Mächte in einem kollektiven Bündnissystem unter Einschluß der UdSSR und bei Verzicht auf die aktuelle Austragung sozialer Interessenkonflikte im Innern zu verhindern sei.« Röder, Handbuch, S. 681. Vgl. weiter in Dok. 31 Anm. 10.

ein und ignoriert vollkommen die Arbeiterschaft. Trotzdem, das Thema ist angeschnitten und muß behandelt werden. Ich glaube, es ist Zeit dazu. Was meinst Du?

Im September ist wieder Sitzung in Paris,[32] wie Du aus dem beiliegendem Material siehst. Eine Einladung habe ich noch nicht, aber ich rechne damit. Könnte ich genaueres über Deine Mitteilungen erhalten von den Versuchen der Arbeitsfront und [Robert] *Ley*[33] zu meiner persönlichen Information, so könnte mir das evtl. dort gute Dienste leisten. Jedenfalls müssen wir uns auf veränderliches Wetter einstellen und uns vorbereiten. Dazu habe ich etwas Neues vorzulegen, das ich in einem dicken Akt beifüge.[34] Dir brauche ich nichts Näheres zur Begründung beizufügen. Ich habe die Absicht, so zu procedieren: Die im Ausland lebenden Gewerkschaftsfreunde sehen alle Sachen erst einmal durch, und ich mache danach eine Neufassung unter Wertung und Berücksichtigung der verschiedenen Vorschläge. Dann findet die letzte Beratung mit den Freunden von drüben statt. Bekomme ich alles rechtzeitig zurück, so könnte ich die Neufassung bereits nach Paris mitnehmen. Es kommt mir darauf an, für den ersten Anhieb fertig zu sein, wenigstens im grundsätzlichen, um nicht alles vor die Hunde gehen zu lassen.

Es ist noch mancherlei zu klären: Betriebsräte oder wie man sie nennen will, Arbeitsrecht, Sozialversicherung, um nur einiges anzudeuten. Ich will versuchen, auch diese Dinge nach und nach zur formulierten Diskussion zu stellen. Wer weiß, wie viel oder wie wenig Zeit wir noch zur Verfügung haben. Der letzte Bericht lautet: »Ich habe das Gefühl bekommen, als ob die Zeit drüben schneller reift als wir denken.« Dürfen wir uns überraschen lassen?

Der Dir bekannte Aufruf,[35] den ich entworfen hatte, kommt vorläufig nicht heraus, weil unsere Freunde meinten, zur Zeit sei die Verteilung noch zu gewagt. Also zurückgestellt. Damit natürlich auch alle weitergehenden Vorschläge.

Vielleicht werden wir uns bald mit Personenfragen beschäftigen müssen, denn auch diese Dinge können nicht dem Zufall überlassen bleiben. Wir müssen wissen, wer und wo, wenn das Wann vor der Türe steht.

So, nun ist der längliche Brief zu Ende. Wenn Du kannst, bestelle doch an meinen Freund [Johann] *Kjerböl*[36] einen Gruß, und er möchte mal etwas von sich hören lassen. Sein Besuch in B[erlin] sei sehr erwünscht. Alles Gute Dein H[einrich]

32 Gemeint ist der Internationale Gewerkschafts-Bund.
33 Die Versuche der DAF und von Ley sind nicht verifizierbar.
34 Vermutlich Dok.32.
35 Nicht in den Akten.
36 Johann (Johannes) Kjerböl (im Original irrtümlich Kjaerböl), vor 1933 Vorsitzender des dänischen Metallarbeiterverbandes, seit 1926 Mitglied des Exekutivkomitees des IMB, hielt zwischen 1933 und November 1935 (Ernennung zum Minister) Kontakt zu illegalen DMV-Gruppen in Deutschland und war in dieser Zeit »jährlich mehrmals in Berlin.« Vgl. ders., »Ein Gruß aus Dänemark«, in: Paul Ufermann, Alwin Brandes, Leben und Wirken eines Gewerkschaftsführers, Berlin 1949.

DOKUMENT 31

16. 8. 1935: Schreiben von Fritz Tarnow, Kopenhagen, an Heinrich Schliestedt, Komotau/CSR

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Fritz Tarnow. Maschinenschriftliche Durchschrift.

Lieber Heinrich,

vielen Dank für Deine prompte Antwort.[1] Ich bin hocherfreut und beglückwünsche Dich zu dem Erfolg, der bis jetzt da ist. Vielleicht, ja wahrscheinlich, gibt es noch Enttäuschungen, aber auch dann durchhalten! Sehr erleichtert bin ich durch Deine weiteren Aufklärungen über die Sache S[iegfried] *A[ufhäuser]*,[2] denen ich entnehme, daß Ihr Euch dort der Gefahren bewußt seid, die aus einer solchen Verbindung entstehen können. Es wäre mir lieb, die Namen der von S[iegfried] *A[ufhäuser]* angegebenen Vertrauensleute zu wissen. Hier ist [Georg] *Ucko*,[3] in guter Position gehalten durch den hiesigen Angestelltenverband und mit guten Verbindungen nach drin[nen]. Er steht ganz auf unserer Linie und hat wenig Vertrauen zu *Spiekman*.[4] Seine Meinung über die betr[effenden] Vertrauensleute wäre also von Wert.

Die Absonderung von den politischen Gruppen erscheint mir heute notwendiger denn je, denn da werden die Dinge immer trostloser. Ich habe gerade den neuen gedruckten »R.S.-Brief« (Revolutionäre Sozialisten) der *Aufh[äuser]* -Gruppe vor mir, der von Gehässigkeit strotzt.[5] Andererseits empfehle ich Dir die Lektüre der kommunistischen »Rundschau«, die in der letzten Nr. einen Verhandlungsbericht über den Kominternkongreß bringt,[6] falls Du ihn noch nicht gelesen hast. Wenn man seine Pappenheimer nicht zu gut kennen würde, könnte man Tränen der Rührung über die Innigkeit der Einheitssehnsucht weinen und über das offene Selbstbekenntnis der vergangenen Sünden. Möglicherweise meinen sie es sogar unter dem Druck der weltpolitischen Lage im Augenblick sogar ehrlich, das heißt genau bis zu der Minute, in der die russische Außenpolitik wieder eine andere Stellung ermöglicht. Aber jedenfalls wird dieses Bündnisangebot eine schwierige Lage für die sozialdemokratischen Parteien erzeugen und Verwirrung anrichten. Mischen wir uns also lieber in diese Dinge gar nicht hinein und gehen selbständig unseren eigenen Weg.

Zu der mitgeteilten Fühlungnahme habe ich versprechen müssen, die Namen niemandem zu nennen. Da der [Robert] *Ley* selber mit beteiligt war, ist die Sache

1 Gemeint ist der Brief von Schliestedt vom 14.8. 1935. Die Antwort von Tarnow liegt nicht vor. Vgl. Dok. 30.
2 Vgl. ebd.
3 Georg Ucko (26.9. 1880–16.3. 1945), Kaufmannsgehilfe, seit 1903 Mitglied des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen, ab 1907 stellvertretender Bevollmächtigter für Berlin, seit 1908 Mitglied des Verbandsausschusses, seit 1912 unbesoldetes Vorstandsmitglied der Organisation, ab 1919 besoldetes Hauptvorstandsmitglied, seit dem Zusammenschluß des Verbandes mit dem Verband der Bureauangestellten hauptamtlicher Sekretär im Vorstand des Zentralverbandes der Angestellten (ZdA), seit 1921 Mitglied des Gesamtvorstandes des Afa-Bundes, 2.5.–11.6. 1933 verhaftet, 26.8.1933 Flucht nach Dänemark, ab 1.7.1934 Sekretär des dänischen Angestelltenverbandes und des Skandinavischen Sekretariats des Internationalen Bundes der Privatangestellten, 1940 Flucht nach Schweden, Mitglied der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden; SPD, 1919–22 Gemeindevertreter in Lankwitz.
4 Willem Gert Spiekman (6.9.1899–3.11.1975), ab 1923 Mitarbeiter und 1934–58 Sekretär des Internationalen Bundes der Privatangestellten.
5 Zur Position der Revolutionären Sozialisten um Aufhäuser und Böchel vgl. Link, Mit dem Gesicht, S. 91; 227f., 229ff.; ferner Foitzik, Zwischen den Fronten, S. 133f.
6 Vgl. Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, 4.Jg. 8.8.1935, S. 1715f. »Für die Aktionseinheit, für eine breite Volksfront in Deutschland zum Sturze der Hitler-Diktatur«.

lebensgefährlich. Übrigens hat dieser zum Abschluß großmütig in Aussicht gestellt, daß er sich vielleicht entschließen würde, einige unserer Leuten mit in die Kommission zur Vorbereitung des »gerechten Lohnes«[7] zu berufen! Bei den Besprechungen wurde von dem anderen[8] besonders auf die katastrophale Finanzlage der DAF hingewiesen, trotz der schon vorgenommenen Massenentlassungen und Gehaltskürzungen. Mich hat das etwas überrascht, denn nach meiner Schätzung haben die Brüder im letzten Jahr nicht 300, sondern 5–600 Millionen eingetrieben und alles kann ja schließlich doch nicht unterschlagen und verjuxt sein. Vermutlich werden sie von der Partei ausgequetscht.[9]

Die Artikel von [Leopold] *Schwarzschild*[10] kenne ich, sie sind sehr post festum, denn andere waren schon früher darauf gekommen und seit über einem Jahr ist das da, was er wünscht. Du würdest auf den Rücken fallen, wenn Du die Namen hörtest. Durchaus seriös von drinnen und von draußen. Fühlung hat auch zu unseren Kreisen bestanden, ging aber wieder verloren, weil Indiskretionen vorkamen. Vielleicht erinnerst Du Dich, daß *Aufh[äuser]* und [Karl] *Bö[chel]*[11] in einer ihrer Darstellungen behaupteten, sie seien vom P[artei-]V[orstand] abgeschoben worden, weil sie unbequem gewesen waren für den schon eingeleiteten »Verrat« einer neuen Koalitionspolitik. Schließlich haben sich auch die Weltbühne[12] und das Pariser Tageblatt[13] betriebsam der Sache angenommen und stirnrunzelnd die revolutionären Kämpfer vor einem Bündnis mit der Reaktion gewarnt, die es dann vorgezogen hat, uns nicht weiter zu kompromittieren und dafür ihre Hälse zu riskieren.

Ich habe Grund anzunehmen, daß die politische Konzeption für ein neues Regime, sachlich und personell, bereits fertig ist. Natürlich nicht als einmaliger Sprung zurück in die parlamentarische Demokratie.

Ein Grundsatz dieser Konzeption war und dürfte noch sein, an den jetzt bestehenden Einrichtungen und Gesetzen auf den ersten Anhieb nicht mehr zu ändern als unbedingt sofort geschehen muß. Den zerstörten Rechtsboden wieder herzustellen, ohne die ganze Rechtsmaschinerie lahmzulegen, wird als eine Riesenarbeit angesehen, die einer Vorarbeit in den Ämtern bedarf. Das soll sich auch auf die Probleme der Arbeitsfront, des Arbeitsrechts, der sozialen Gesetzgebung und Institutionen usw. beziehen. Die sofortigen Änderungen sollen in der Hauptsache personeller Art sein,

7 Eine Kommission zur Vorbereitung des »gerechten Lohnes« wird in der einschlägigen Literatur nicht erwähnt. Eine »Fühlungnahme« ließ sich nicht weiter verifizieren. Ley hat diese Frage aber auf einer 1. Mai-Veranstaltung angesprochen. Vgl. auch die Stellungnahme der DAF zu Forderungen aus der Arbeiterschaft in der DAF-Zeitschrift »Arbeitertum«, z. B.: Robert Ley, Wie finden wir den gerechten Lohn? Die vordringlichste Aufgabe, in: Arbeitertum, 5. Jg., H. 5, vom 1. 6. 1935, S. 13; »Zehn Gebote des deutschen Arbeiters«. Ein Aufruf Dr. Leys und was die Journaille daraus »macht«, in: ebd., H. 6, vom 15. 6. 1935, S. 19.

8 Diese Person konnte nicht ermittelt werden.

9 Diese Angaben ließen sich nicht überprüfen.

10 Gemeint ist ein Artikel von L. Schwarzschild; in: Das Neue Tage-Buch, 3. Jg., H. 31, S. 729f. »Eine Aufgabe wird sichtbar«, in dem er dafür plädiert, ein »Zentrum aller buntgemischten Gegnerschaften« zum NS-Regime zu bilden; vgl. ferner ebd. H. 32, S. 759f., »Eine Aufgabe wird sichtbar« von *** Berlin. Vgl. auch Dok. 30 Anm. 31.

11 Karl Böchel (15. 9. 1884–28. 2. 1946), Schlosser, ab 1905 DMV, SPD, 1926–1933 MdL Sachsen, 1927 Mitbegründer der linkssozialdemokratischen Zeitschrift »Der Klassenkampf«, 1931 der »Marxistischen Tribüne«, ab April 1933 Mitglied des Parteivorstandes der SPD, illegale Tätigkeit, mit Aufhäuser als Vertreter der sog. alten Linken Mitglied des Sopade-Büros, Prag, Mitgründer des Arbeitskreises Revolutionärer Sozialisten, Mitherausgeber der RS-Briefe.

12 Die Neue Weltbühne, hrsg. von Hermann Budzislawski, war eines der Diskussionsforen für die Bemühungen um eine deutsche Volksfront.

13 Das Pariser Tageblatt wurde von dem ehemaligen Chefredakteur der Vossischen Zeitung, Georg Bernhard, herausgegeben.

Einsetzung von Kommissaren mit weitgehenden Vollmachten. Unter Berücksichtigung dieser Grundeinstellung hatte ich seinerzeit durch einen Mittelsmann,[14] der direkt beteiligt war, folgende Richtlinien als minimales Sofortprogramm[15] angegeben:

1. Zurückführung der Arbeitsfront auf den Charakter einer gewerkschaftlichen Arbeitnehmervereinigung,
2. Einsetzung eines Reichskommissars für die Gewerkschaften,
3. Berufung eines Direktoriums aus sachkundigen Vertrauensmännern der Arbeitnehmerschaft mit weitgehenden Vollmachten, auch für die Untergliederungen,
4. Wiederherstellung des gewerkschaftlichen Tarifrechts und des staatlichen Schlichtungswesens ähnlich dem früheren,
5. Einführung eines indirekten Organisationszwanges durch Monopolrecht auf dem Arbeitsmarkt. In Aussicht nehmen und proklamieren: Die Gewerkschaften sollen Träger der Arbeitslosenversicherung werden.

Ich bitte, die Dürftigkeit dieses Programms nicht mir zur Last zu legen, sondern den Möglichkeiten, die vorlagen und die auch wohl noch gelten werden, wenn es zu einem Umschwung kommt, falls es nicht eine Revolution von unten her wird, für die ich aber noch keine Chance sehe. Natürlich wünsche auch ich die Wiederherstellung der vollen Koalitionsfreiheit, des Streikrechts und der vollen und demokratischen Selbstverwaltung. Ebenso wie für das Staatswesen selbst ist aber auch für das Gewerkschaftswesen eine Übergangszeit erforderlich, denn man kann einen Fieberkranken nicht aus dem Bett zerren und unvermittelt an die frische Luft schicken. Wenn Du in Deinem Entwurf[16] die Wahl aller Funktionäre durch die Mitglieder (als) sofort anzuwendendes Prinzip gelten lassen willst, verspreche ich mir von seiner Anwendung nichts Gutes. Abgesehen davon, daß eine Neubildung des Funktionärskörpers, wenigstens des oberen, nicht einfach den heute zusammengewürfelten Mitgliedern der Arbeitsfront überlassen werden kann, muß man ja auch daran denken, daß technisch ein Wahlverfahren in der notwendigen kurzen Zeit kaum möglich wäre. Und weiter ist zu überlegen, daß wir kein Interesse daran haben, daß nun gleich an diesem Objekt die Kampfarbeit der politischen Parteigruppen ihre legale Auferstehung erlebt, was um so sicherer zu erwarten wäre, als in diesem Stadium die politischen Parteien noch nicht wieder legal zum Zuge gekommen sein dürften. Ich nehme ja auch an, daß Du das für den Anfang nicht so wörtlich gemeint und eher daran gedacht hast, daß die früheren gewählten Funktionäre wieder ihr Amt übernehmen sollen. Die Regelung wäre unzulänglich, auf jeden Fall muß durch eine homogene Führerschaft zunächst erst einmal wieder ein Boden geschaffen werden, auf dem eine Selbstverwaltung der Mitglieder wieder möglich wird.

Daß ich in der Frage einer etwaigen Koalitionspflicht zu ähnlichen Überlegungen gekommen bin wie Du, wirst Du an meinem Punkt 5 erkennen. Tatsächlich würde die Freiheit zur Organisationslosigkeit und zur Gründung konkurrierender Organisationen unter den gegebenen Umständen eine Katastrophe für die Organisation selbst bedeuten. Andererseits würde ein direkter staatlicher Zwang das Ende auch der Selbstbestimmung sein, deshalb der indirekte Zwang.

Das Streikrecht wird man im Anfang schwerlich haben können, denn wie auch immer ein Umschwung sich vollziehen kann, die Angst vor dem bolschewistischen Chaos wird die Gemüter beherrschen und die Erinnerungen an die Zeit von 1919 sind auch noch da. Ich glaube, das ist von Schiller: »Vor dem Sklaven, wenn er die Kette bricht, vor dem freien Menschen erzittere nicht«.

14 Diese Person – wie die gesamte Aktion – ließ sich nicht verifizieren.

15 Zur Kritik an solchen Erwartungen eines baldigen Regimewechsels vgl. Dok. 22, 23, sowie die vorsichtigeren Formulierungen von Schliestedt selbst in Dok. 20 und 32.

16 vgl. Dok. 32.

Im übrigen komme ich auf Deinen Entwurf wohl noch mal zurück.
Einstweilen die besten Grüße
Dein
[Fritz Tarnow]

DOKUMENT 32

August 1935: Heinrich Schliestedt, Komotau/CSR, über die Bildung einer Einheitsgewerkschaft im postfaschistischen Deutschland

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Martin Plettl. Maschinenschriftliche Durchschrift. Überschrift: »Die Bildung der Gewerkschaften im kommenden Deutschland«.[1]

Vorbemerkung

Noch kann niemand voraussagen, in welcher Form das gegenwärtige Regiment in Deutschland überwunden wird.[2] Zwischen Krieg, Inflation, chaotischem Zusammenbruch und Umgestaltung gibt es viele Kombinationen. Ebensowenig kann bis jetzt vorausgesagt werden, welche Kräfte sich in Deutschland in den Vordergrund schieben werden. Kaum eine der hitlerfeindlichen Gruppen dürfte nach dem gegenwärtigen Stande für sich alleine in der Lage sein, die Nationalsozialisten – Kapitalisten aus dem Sattel zu heben oder in einem Zusammenbruch die Gewalt an sich zu reißen. Ohne einen Krieg, in den wieder das ganze Volk hineingezogen wird, bis alles vorbei ist, gibt es keine Parallele mit 1918 in der Stimmung des Volkes. Die Beendigung eines solchen Krieges würde aber jedem Vergleich mit 1919/20 spotten. Soll vor einem immer noch drohenden Krieg eine Änderung in Deutschland erzielt werden, dann müßte es zu gemeinsamem Handeln mehrerer Gruppen kommen, aber welcher? Für die künftige Gestaltung der Dinge dürfte das entscheidend sein. Wird eine Militärdiktatur die Hitlerdiktatur ablösen? Wer vermag zu prophezeihen, durch wieviele und welche Fegefeuer das deutsche Volk noch hindurch muß, um die Hitlerbarbarei zu überwinden!

Auch der Zeitpunkt der Überwindung ist nicht vorauszusagen, die Wünsche und Hoffnungen laufen allzuleicht der Wirklichkeit davon, und die notwendigen Spannen werden leicht zu kurz geschätzt. Das hat auch seine Ursache in der Labilität des Hitlersystems, daß sich immer mehr von einer Stabilisierung entfernt, denn die Gewalt ist keine Stabilität im modernen Völkerleben. So unsicher auch Zeit und Form der Überwindung des Naziregimes in Deutschland heute noch ist, sicher ist die Überwindung. Deshalb ist es notwendig, sich wenigstens Gedanken zu machen über die kommende Entwicklung, sich über die großen Linien des künftigen Wollens klar zu werden, damit im gegebenen Augenblick nach klaren Gesichtspunkten gehandelt werden kann; damit die Handlungen auf ein bestimmtes Ziel ausgerichtet werden können.

Wie sich auch künftig die politischen und wirtschaftlichen Schicksale des deutschen Volkes gestalten mögen, das deutsche Volk wird selbst darüber entscheiden wollen

1 Zur Datierung heißt es in einem Brief vom 31.8. 1935, der jedoch erst am 6.9. abgeschlossen wurde, daß er den Entwurf über »die Bildung der Gewerkschaften im kommenden Deutschland« nach der Konferenz in Reichenberg am 26./27.7.1935 verfaßt habe (AdsD, DGB-Archiv, Nl. Martin Plettl). Die Hervorhebungen in der Vorlage werden kursiv wiedergegeben.

2 Vgl. ebd. Dort heißt es: »... nach allen Berichten aus Deutschland über die internen Verhandlungen der hitlerfeindlichen Gruppen scheint die Zeit heranzukommen, wo wir zu einer grundsätzlichen Stellungnahme über die sofort zu lösenden Aufgaben kommen müssen.«

und müssen. Darin liegt die grundsätzliche Abwendung von jeder Diktatur, denn sie ist der Tod jeder Bewegung. Insbesondere muß die Gewerkschaftsbewegung die Diktatur über sich und innerhalb der Gewerkschaften ablehnen, denn erst, wenn dieser Grundsatz durchgeführt ist, kann sich eine wirkliche Gewerkschaftsbewegung entwickeln.

In welcher Form künftig in Deutschland gewirtschaftet wird, ob privatkapitalistisch, staatskapitalistisch, teilsozialistisch oder in einer Mischung der verschiedensten Elemente, immer werden die Werktätigen über ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen selbst mit entscheiden wollen. Damit ist die Notwendigkeit des Bestehens der Gewerkschaften gegeben. Gerade weil die nationalsozialistisch-kapitalistische Herrschaft die Gewerkschaften zerschlagen hat und die Arbeiter auch in ihrer materiellen Lebenssphäre völlig versklavte, erwuchsen mit die unüberwindlichen Widerstände. Die Wiedererrichtung[3] der Gewerkschaften ist eines der ersten Erfordernisse nach der Beseitigung *Hitlers*.

Es wäre eine Verkennung geschichtlicher Notwendigkeiten, wollte man bei der Neuerrichtung der Gewerkschaften dort anknüpfen, wo das Gewerkschaftswesen am 2. Mai 1933 sich befand.[4] Sicherlich sind die Erfahrungen der früheren Zeit zu verwerten, aber unter Berücksichtigung der neu entstandenen Bedingungen politischer und wirtschaftlicher Natur. Als die Nazis die freien Gewerkschaften, ihre ganzen Einrichtungen und Vermögen geraubt hatten, wurde den Arbeitern die Fortführung der Gewerkschaften unter Aufrechterhaltung der Mitgliederrechte öffentlich versprochen. Als dann die anderen Gewerkschaftsrichtungen, christliche, hirsch-dunckersche etc. zerschlagen und mit den geraubten freien Gewerkschaften zusammengelegt wurden, da hat mancher alte Gewerkschafter, auch im gegnerischen Lager, darin einen gewissen Fortschritt gesehen. Für alle Einsichtigen war die Existenz mehrerer, sich bekämpfender Gewerkschaftsrichtungen ein unerträglicher Zustand zum Schaden der Arbeiterschaft. Die Überwindung dieser Zersplitterung war nicht möglich, weil die Ursache der Gründung der gegnerischen Gewerkschaften auch die Ursache ihrer Erhaltung war. Bei einer Neuerrichtung der Gewerkschaften muß eine Zersplitterung in verschiedene Richtungen ausgeschlossen werden. Das ist das erste Gebot![5]

Koalitionsfreiheit und Koalitionsrecht sind ein Postulat der Freiheit. Dennoch ist eine Klärung der Begriffe erforderlich, um Wollen und Ziel in Einklang zu bringen. Die Koalitionsfreiheit umschließt mindestens zwei Dinge. Einmal die *Freiheit zur Bildung von Koalitionen* durch jedermann. Die Koalitionsfreiheit so angewandt, hätte sicherlich die Entstehung unterschiedlicher Verbände zur Folge, und es ist mit Sicherheit zu befürchten, daß die Zersplitterung nach Richtungen und Einzelverbänden größer würde als zuvor. Das würde dem Interesse aller Arbeitenden und der geschichtlichen Aufgabe zuwiderlaufen. Die in der »Arbeitsfront« erfolgte Zusammenschmelzung aller Gewerkschaften muß der Ausgangspunkt der Neubildung sein. Die absolute Koalitionsfreiheit kann zu der nichtgewollten Zersplitterung führen, deshalb müssen dagegen Sicherungen geschaffen werden.

Zweitens bedeutet *Koalitionsfreiheit für jeden Werktätigen,* über seine Zugehörigkeit zu einer Koalition selbst zu entscheiden. In diesem Begriff liegt die Verneinung der *Koalitionspflicht.* So ungern ich der Koalitionspflicht das Wort rede – muß jeder aus

3 In dem Schreiben an Plettl vom 31.8. 1935 heißt es dagegen: »Die Gewerkschaften müssen nicht nur wieder, sondern neu aufgebaut werden unter Beachtung der entstandenen Verhältnisse und Tatsachen.« Ebd.

4 Vgl. ebd.: »Arbeitsrecht, Sozialeinrichtungen, Betriebsräte, Koalitionsrecht und die Stellung der Gewerkschaften im und zum Staat, alles muß vollkommen neu geschaffen werden, denn das Alte ist überholt«.

5 Vgl. auch Dok. 10.

staatlichem Zwang einer Koalition angehören, so kann er nach meiner Auffassung nicht ausgeschlossen werden, und es fließen aus der Pflicht auch gewisse Rechte – so hat auch die Koalitionsfreiheit des Individuums ihre Schattenseiten für die Gesamtheit. Die Erfahrungen der früheren Zeit lehren, daß die Nichtorganisierten zwar an allen Erfolgen der Organisation vollberechtigt teilnehmen, aber nicht an der Arbeit und den erforderlichen Opfern dafür. Ja, in dem Maße, wie den Unorganisierten durch Verbindlicherklärungen der abgeschlossenen Lohn- und Arbeitsbedingungen die Sicherheit ihrer Teilnahme gewährleistet wurde, hatten sie noch weniger Veranlassung, sich ihren Verbänden anzuschließen. Dadurch aber wurden sie zu einem großen Hemmnis der Organisierten, zu einem Teil schimpften sie sogar auf die Organisationen wegen mangelhafter Erfolge, und sie ließen sich durch demagogische Hetze der Kommunisten und Nationalsozialisten gegen die Organisierten gebrauchen. So waren die Unorganisierten immer ein Element der hemmenden Unruhe, der Unsicherheit, das nach Möglichkeit ausgeschaltet werden muß. Auch in dieser Beziehung sind Sicherungen zu schaffen.

Neben der Koalitionsfreiheit steht das Koalitionsrecht: das *Recht der Koalition* und das *Recht auf Koalition.* Das letztere ist unter allen Umständen sicherzustellen gegen jeden offenen und verkappten Angriff. Dies Recht muß unabdingbar sein und jede Gegenabrede, ganz gleich, unter welchen Bedingungen, muß als nichtig erklärt sein. Jede Verletzung dieses allgemeinen Rechtes muß strafrechtlich verfolgt werden.

Das *Recht der Koalition* als die gesetzliche Vertretung der Koalierten ist zu sichern und zu schützen. Arbeitsverträge und Arbeitsrecht entspringen der Kollektivität, sind deshalb Kollektivrechte, die nur von der Koalition wahrgenommen werden können. Das Recht der Koalition als Vertretung des Kollektivwillens steht über dem Recht des Einzelwillens der Nichtkoalierten. Da aus dem Einzelwillen weder ein Arbeitsrecht noch ein Arbeitsvertrag bei der heutigen vergesellschafteten Arbeitsorganisation entstehen kann, ist auf diesen Gebieten ein Individualrecht nicht mehr möglich. An seine Stelle ist das Recht der Koalition getreten. Die Anerkennung dieses Rechtes kann die unbeschränkte Koalitionsfreiheit des Einzelindividuums im Sinne der Koalition modifizieren.

Von diesem Grundgedanken ausgehend ist der nachfolgende Versuch gemacht zu einer Verordnung über die Neubildung der Gewerkschaften nach der Beseitigung des Hitlerregimes in Deutschland als Diskussionsbasis. Der mögliche Einwand, daß große Ereignisse sich nicht um Formsachen drehen, ist dadurch zu entkräften, daß an die Stelle veralteter Einrichtungen sofort neue treten müßen, denn nach einem eventuellen Vakuum muß doch wieder die Form gefunden werden. Es ist sogar gefährlich, einen luftleeren Raum entstehen zu lassen. Es handelt sich aber gar nicht um Formalitäten, sondern um Rechtssicherungen, damit die Justiz und ihre Diener nicht wieder einmal das unangenehme Neue durch »Richtersprüche« angreifen, verändern und zersetzen können. Es ist auch nicht zu früh für die Arbeit, denn kein Vorwurf ist größer als in einer geschichtlichen Situation zu spät gedacht und gehandelt zu haben.

Verordnung über die Neubildung von Gewerkschaften.

1.a. Die bisherige Arbeitsfront wird aufgelöst. Die ihr angeschlossenen Arbeitnehmer werden mit sofortiger Wirkung in die *Einheitsgewerkschaft aller Arbeiter, Angestellten und Beamten,* kurz: *Einheitsgewerkschaft* genannt, überführt.

b. Alle Unternehmer, Gewerbetreibenden, Kaufleute usw., die einzeln oder kollektiv – z.B.: NS-Hago[6] – der Arbeitsfront angehörten, scheiden mit sofortiger Wirkung aus.[7]

6 Nationalsozialistische Handels-, Handwerks- und Gewerbe-Organisation.
7 Vgl. hierzu Dok. 31.

Ihnen gleichgestellt sind solche Personen, einzeln oder kollektiv, die Unternehmerfunktionen ausüben – Direktoren, Stellvertreter etc. – Etwa in der bisherigen Arbeitsfront erworbene Rechte von Einzelpersonen oder Gruppen der Vorgenannten sind erloschen.

2.a. Das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen der bisherigen Arbeitsfront nebst ihren Gliederungen und ihre gesamten Rechtstitel gehen in das unbeschränkte Eigentum der Einheitsgewerkschaft über. Insbesondere gehört dazu das allen früheren Gewerkschaften und ihren Gliederungen und Organen entwendete Eigentum. Veräusserte Vermögensteile aus dem Besitz der früheren Gewerkschaften fallen ohne Entschädigung an die Einheitsgewerkschaft.

b. Für die ordnungsgemäße Verwendung aller Einnahmen und Instandhaltung aller Vermögensteile im Interesse der Mitglieder haften solidarisch sämtliche Beamten und Angestellten der Arbeitsfront und ihrer Gliederungen mit ihrem gesamten Einkommen und Vermögen, einschließlich dem ihrer Familien. Auf andere Personen oder Körperschaften übertragenes Vermögen oder Vermögensbestandteile haften ebenfalls. Darüber hinaus haftet das Reich für den entstandenen Schaden.

3.a Die Einheitsgewerkschaft ist die allein anerkannte und zuständige wirtschaftliche Vereinigung aller Werktätigen zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen in der Gesetzgebung, Rechtsprechung, Verwaltung und Wirtschaft.

b. Die Leitung und Verwaltung der Einheitsgewerkschaft wird von gewählten Vertretern der Mitgliedschaft ausgeübt.[8]

c. Die Gliederung in einzelne Verbände nach Industrie- oder Berufszugehörigkeit der Mitglieder erfolgt durch Beschluß der Einheitsgewerkschaft. Die Einzelverbände haben Selbstverwaltung.

d. Die Einheitsgewerkschaft gibt sich ihre Satzung selbst; ebenso die Einzelverbände im Rahmen der allgemeinen Satzung. Die Satzungen dürfen allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen nicht widersprechen.

4.a. Die Einheitsgewerkschaft bzw. die Einzelverbände vereinbaren die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Industrien, Betriebe und Berufe ihrer Zuständigkeit unter Beachtung der etwa bestehenden gesetzlichen Vorschriften. Die abgeschlossenen Verträge sind für alle Beteiligten rechtsverbindlich und unabdingbar.

b. Die materiellen und sachlichen Bedingungen und ihre Überwachung bei der Ausbildung von Lehrlingen, Volontären, Praktikanten etc. sind mit der Einheitsgewerkschaft bzw. ihren Verbänden zu vereinbaren.

5. Die Einheitsgewerkschaft und ihre Verbände können zur Durchsetzung ihrer Forderungen gegen die Unternehmungen alle nicht ausdrücklich verbotenen Mittel, einschl. der Arbeitseinstellung – Streik – anwenden, sofern etwa bestehende gesetzliche Vorbedingungen erfüllt sind.

6. Die Einheitsgewerkschaft wirkt gleichberechtigt mit in allen Instanzen der sozialen Rechtsprechung, einschl. des Arbeitsrechts. Sie allein vertritt die Interessen der Werktätigen einzeln oder kollektiv vor den sozialen Gerichten.

7. Die Einheitsgewerkschaft und ihre Verbände unterliegen in Presse, Versammlungen, Propaganda, Schulung der Mitglieder, Erwerb von beweglichem und unbeweglichem Vermögen, Unterstützungseinrichtungen für ihre Mitglieder und deren Angehörige usw. keinen anderen Beschränkungen als alle anderen Volksteile.

Übergangsbestimmungen: Alle Beamten, Angestellten und sonstige Beschäftigten der bisherigen Arbeitsfront, ihrer Gliederungen, Abteilungen etc. sind nach Übergabe

8 Vgl. dagegen F. Tarnow; ebd.

ihrer Ämter, Dienststellen etc. mit sofortiger Wirkung zu entlassen, ohne irgendwelche Rechtsansprüche aus ihrer bisherigen Tätigkeit. Die Einheitsgewerkschaft bzw. ihre Verbände können mit den bisher Beschäftigten einen neuen Vertrag eingehen.

Erläuterungen:

Zu 1.a. Nicht die Auflösung der Arbeitsfront, sondern ihre Umwandlung,[9] um die Massen der Arbeitenden nicht auseinanderfallen zu lassen, liegt im allgemeinen Interesse. In dem Namen der neuen Organisation muß ihr Umfang zu erkennen sein, deshalb kann das Wort »Arbeitsfront« nicht beibehalten werden. Auch der Anklang an den militärischen Kriegszustand macht aus allgemeinen Gründen den bisherigen Namen unmöglich. Eine neue Erscheinung, ein neuer Begriff macht auch eine neue Bezeichnung notwendig.(Siehe auch Ziffer 3–8).
(Der vorgeschlagene Name kann durch jeden anderen ersetzt werden. Voraussetzung ist die schlagwortartige Erfassung des Gedankens, der in dem Vorschlag zum Ausdruck kommt.)

Zu 1.b. In der Vereinigung der unselbständigen Lohn- und Gehaltsempfänger ist für selbständige Unternehmer kein Platz. Darin liegt kein Unrecht für diese Kategorie, sondern erst die Wiederherstellung der Gleichberechtigung. Für die Unternehmer, Handwerksmeister, Kaufleute usw. bestanden bisher selbständige amtliche und halbamtliche Vereinigungen in den Handelskammern, Handwerkskammern, Wirtschaftsämtern u. dgl., während den Arbeitern usw. eine selbständige Vertretung versagt war.

Die Aufhebung der von den Unternehmern in der Arbeitsfront etwa erworbenen Rechte auf Leistungen dürfte kaum einen derselben schädigen. Die Leistungen an Unterstützungen bei Arbeitsunfähigkeit aus den verschiedensten Gründen waren gebunden an ein Höchsteinkommen aller Art von monatlich 100 RM. Außerdem erfolgte die Leistung aus freiwilliger Anerkennung der Arbeitsfront, so daß in Wirklichkeit kein Recht aufgehoben wird. Aber zur einwandfreien Klarstellung war die Bestimmung notwendig, um jeden Streitfall auszuschließen.

Zu 2.a. Zu dem beweglichen und unbeweglichen Vermögen gehören u.a.: Geld, Bank- und Sparkassenkonten, Wertpapiere allerart, Einrichtungsgegenstände, Waren, Material, Fahrzeuge aller Art, Verbands-, Gewerkschafts- und Volkshäuser, Druckereien und andere Betriebe, Schulen, Erholungsheime, Grundstücke und sonstige Liegenschaften. Sind daran andere Eigentümer beteiligt gewesen, so geht der Anteil an denselben in den Besitz der Einheitsgewerkschaft über. Ferner sind zu nennen die frühere Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten mit allen ihren Gliedern, der gesamte frühere Besitz der in dem Verband der sozialen Baubetriebe vereinigten Unternehmungen, Bauhütten, Wohnhäuser und Siedlungen usw.; die Fahrradfabrik Lindcar usw. Zu den Rechtstiteln gehört z.B. das Anrecht an der »Volksfürsorge« nebst den Anteilen aller Gewerkschaften.

»Allen« früheren Gewerkschaften, d.h. auch das Eigentum aller Verbände, welche in den freien, christlichen und hirsch-dunckerschen Gewerkschaftsvereinigungen zusammengefaßt waren, einschließlich des Eigentums der Hauptvereinigungen. Soweit Einzelverbände von der Arbeitsfront übernommen wurden, gehört auch deren Eigentum dazu.

Gliederungen der Arbeitsfront: Zu der Arbeitsfront gehören eine Anzahl sogenannter Ämter und Organisationen, z.B. »Kraft durch Freude«, »Schönheit der Arbeit« usw.; die Bank der Arbeitsfront und andere Einrichtungen.[10] Alle diese Ämter, Organisationen und Einrichtungen, die von der Arbeitsfront errichtet, finanziert oder verwaltet wurden, sind unter »Gliederungen« zu verstehen.

Wer von der Arbeitsfront Vermögensteile der früheren Gewerkschaften erworben hat, ganz gleich, auf welchem Wege, hat bestimmt gewußt, welch unrechtes Gut er erhielt. Gestohlenes Gut fällt an den Bestohlenen zurück, auch wenn es der letzte Besitzer sogar durch Kauf erworben haben sollte.

Zu 2.b. Unter »ordnungsgemäßer« Verwendung ist in erster Linie zu verstehen, nach der Satzung geleistete Ausgaben für die Mitglieder. Ausgaben für die Verwaltung nur nach Billigkeit, die zu bemessen ist an dem, was die früheren Gewerkschaften dafür ausgegeben haben und von den Leitern der Arbeitsfront und ihrer Gliederungen als Verschwendung und Korruption bezeichnet wurde.

Die Haftpflicht erstreckt sich nicht auf die von der Arbeitsfront beschäftigten Arbeiter, z.B. Buchdrucker, Buchbinder, Heizer, Pförtner, Packer, Hausangestellte usw. Von einzelnen Ausnahmen abgesehen, handelt es sich dabei um invalidenversicherungspflichtige Beschäftigte. Ausgenommen sind auch die Stenotypistinnen und ähnliche weibliche Kräfte, zum Unterschied von dem Personal mit höheren Dienstleistungen.

Zur Haftung herangezogen wird alles Vermögen, auch wenn es durch Schenkung oder sonstwie auf Familienangehörige, fremde Personen oder Körperschaften rechtmäßig übertragen wurde. Sämtliche Beamten und Angestellten der Abeitsfront waren vor Antritt ihrer Stellung ohne Vermögen, und was sie zur Zeit besitzen, ist aus der zu Unrecht eingenommenen Stellung in der Arbeitsfront entstanden. Unrechtmäßig erworbenes und entstandenes Vermögen ist zurückzugeben. Umsomehr kann es aus rechtlichen und moralischen Gründen zur Haftung herangezogen werden, um entstandenen Schaden wiedergutzumachen.

Zu 3.a. Es liegt weder im Interesse der Allgemeinheit noch im Interesse der Werktätigen, richtungsmäßig sich befehdende Organisationen zu schaffen. Die Gründung mehrerer Organisationen ist nicht verboten, aber die Gesetzgebung und Verwaltung kann nicht verpflichtet werden, jede Organisation als rechtmäßige Vertretung der Werktätigen anzuerkennen und die daraus fließenden Rechte zu gewährleisten. Es liegt vielmehr im Staatsinteresse, die Zusammenfassung aller Kräfte zur Vereinfachung von Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern. Deshalb wird das Recht zur Vertretung der Werktätigen nur der Einheitsgewerkschaft zuerkannt.

Zu 3.d. Die Einheitsgewerkschaft ist eine selbständige Vereinigung und unterliegt in ihrer inneren und äußeren Tätigkeit dem Willen der Mitglieder.

Zu 4.a. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen werden durch Kollektivverträge geregelt, denn bei dem Stande der heutigen Wirtschaft würde der Einzelvertrag nur eine Vorschrift des Unternehmers sein, dem sich der einzelne bedingungslos fügen muß, wenn er beschäftigt werden will.

Die Rechtsverbindlichkeit für alle Beteiligten bedeutet, daß nur die Mitglieder der vertragschließenden Parteien Anspruch auf die Erfüllung des Vertrages haben. Die Möglichkeit, den Inhalt des Vertrages nur auf diejenigen Beschäftigten anzuwenden, welche der Vertragspartei angehören und bei anderen Beschäftigten auszuschließen, bleibt den vertragschließenden Parteien vorbehalten, soweit nicht eine Allgemeinverbindlichkeit durch öffentliches Recht ausgesprochen wird.

Zu 4.b. Die Ausbildung des Nachwuchses ist keine Privatangelegenheit, die nur den Lehrherrn und den Lehrling bzw. seinen Rechtsvertreter angeht, ebensosehr ist daran die Allgemeinheit beteiligt. Die Ausbildung des Nachwuchses ist eine öffentliche Funktion. Die Ausbildung eines Lehrlings ist nicht von der Tätigkeit der Erwachsenen zu trennen, beide Gebiete fließen ineinander und beeinflussen sich gegenseitig. Der Lehrvertrag ist sogar in maßgeblichen Teilen gebunden an den Arbeitsvertrag der

9 Vgl. ebd.
10 Vgl. hierzu Frese, Betriebspolitik, S. 333ff.

Erwachsenen, und mit fortschreitender Erfüllung nähert sich der Lehrvertrag und das ganze Lehrverhältnis immer mehr dem Arbeitsvertrag, bis schließlich die Grenzen ganz verwischt sind. In den Großbetrieben ist der »Lehrherr« nur noch ein fiktiver Begriff und die Ausbildung ist ein Ergebnis des Gesamtbetriebes und der darin Beschäftigten. Aus allen diesen Gründen gehört auch die Ausbildung des Nachwuchses und die soziale Betreuung des Lehrlings in das Aufgabengebiet der Einheitsgewerkschaft.

Die »materiellen Bedingungen« sind die Entschädigungen in jeglicher Form, welche der Auszubildende für seine Tätigkeit erhält; die »sachlichen Bedingungen« umfassen den gesamten Lehrgang innerhalb des Betriebes oder Unternehmens. Aus der Vereinbarung dieser Bedingungen ergibt sich auch das Recht und die Pflicht ihrer Überwachung. Die Erfüllung dieser Aufgaben geschieht im Rahmen eines zu erlassenden Berufsausbildungsgesetzes.

Zu 5. Solange kein Recht auf Arbeit unter allgemein anerkannten Bedingungen besteht und gewährleistet ist, kann es auch keine Arbeitspflicht geben. Bleibt den Unternehmungen grundsätzlich das Recht der Entlassung der Beschäftigten, so muß diesen das Recht der Arbeitseinstellung zustehen. Daß in allen Fällen der Entlassung oder Arbeitseinstellung die vertraglichen oder gesetzlichen Bedingungen erfüllt sein müssen, ist selbstverständlich.

Die Eingriffsmöglichkeit des Staates und seiner Organe in einen Gesamtstreit zwischen Beschäftigten und Unternehmern im Interesse der Allgemeinheit und zur Sicherung von Lebensnotwendigkeiten besteht nur im Rahmen und auf Grund gesetzlicher Bestimmungen.

Zu 6. »Soziale Rechtsprechung« bezieht sich auf die Spruchinstanzen der sozialen Versicherungen öffentlich-rechtlicher Art. Die Mitwirkung der Einheitsgewerkschaft auf dem Gebiete des Arbeitsrechts ist die Voraussetzung einer wirklichkeitsnahen Rechtsfindung. Die Mitwirkung ist ein Recht der Einheitsgewerkschaft als Gesamtorganisation.

»Gleichberechtigt« bedeutet, daß auch die Gegenseite – Unternehmer, Unternehmungen, private, gesellschaftliche und öffentliche – in gleicher Weise berechtigt ist zur Mitwirkung.

Die sozialen Einrichtungen, wie auch das Arbeitsrecht fließen aus einem kollektiven Willen und schaffen damit kollektives Recht. Das Recht des einzelnen ist nicht vom kollektiven Recht loszulösen, sondern ist ein Ergebnis desselben. Die Auswirkung des Arbeitsrechtes in der Form der vertraglichen Lohn- und Arbeitsbedingungen ist nur als Ergebnis kollektiven Wollens denkbar (s. Ziffer 4). Deshalb ist auch die Wahrung dieses Rechtes und die Vertretung desselben eine Aufgabe und ein Recht des Kollektivums. Der einzelne ist nur im Auftrage des Kollektivs zur Vertretung des Rechtes befugt.

Es ist dem einzelnen Arbeiter etc. versagt, vor den Arbeitsgerichten usw. aufzutreten. Er kann sein Recht nur in der und durch die Organisation finden. Ohne Zugehörigkeit zu seiner Organisation ist eine Rechtsinanspruchnahme nicht möglich.

Zu 7. Beschränkungen in der Wirksamkeit der Einheitsgewerkschaft, die nicht dem ganzen Volke oder größeren Volksteilen – z.B. ganzer Gebiete – auferlegt sind, wären ein Ausnahmegesetz zugunsten der Unternehmer etc. Deshalb sind weitergehende Beschränkungen grundsätzlich untersagt. Es wäre vielmehr vertretbar, die Einheitsgewerkschaft als die Vereinigung der sozial Schwächeren, von etwa bestehenden oder zu erlassenden Beschränkungen auszunehmen.

Zu 8. Nach Ziffer 3b bis d wird die Einheitsgewerkschaft nach dem Willen der Mitglieder geführt und verwaltet. Deshalb sind alle Verwaltungsorgane und Beschäftigten der Einheitsgewerkschaft und der Verbände Beauftragte der Mitglieder. Die in der bisherigen Arbeitsfront Beschäftigten haben niemals die Zustimmung der Mitglieder eingeholt, vielmehr ist den Mitgliedern dieses Recht ausdrücklich vorenthalten in Anwendung des sog. »Führerprinzips«. Außerdem wissen alle Beschäftigten, daß sie ihre Stellen nur durch Vergewaltigung der früheren Gewerkschaften und durch die Rechtlosmachung der von den Gewerkschaften angestellten Personen erhalten haben. Die Entlassung aller jetzt Beschäftigten ist nur die Wiederherstellung des verletzten Rechtes. Aus dieser Wiederherstellung des Rechtes können Ansprüche der unter Rechtsbruch beschäftigten Personen nicht entstehen, vielmehr sind die letzteren zur Wiedergutmachung des Rechtsbruches verpflichtet (s. Ziffer 2b).

Daß mit einzelnen bisher von der Arbeitsfront beschäftigten Personen neue Verträge unter Beachtung der für die Einheitsgewerkschaft geltenden Grundsätze abgeschlossen werden können, soll nicht ausgeschlossen sein. Eine Anrechnung der bisherigen Dienstzeit bei der Arbeitsfront kann nicht gefordert werden.

DOKUMENT 33

9. 9. 1935: Hermann Scheffler zur Entwicklung der Illegalen Reichsleitung nach der Reichenberger Konferenz und Kritik am Internationalen Gewerkschaftsbund

MRC, MSS, 292/915/62/1. Maschinenschrift. Anlage 1 eines Schreibens von Achterbergh vom 13.11.1935 an den IGB-Vorstand und an das Koordinations-Komitee von IGB-IBS. Überschrift: »Report of a German comrade present in Amsterdam on the 9th September«.[1]

As a result of the discussions in Czechoslovakia [Reichenberg][2], the German comrades have increased their underground activities. Several journeys have been made, and many comrades have in the last few weeks been brought to Berlin so that the position in their own districts can be discussed. Moral is good everywhere; even those comrades who are more pessimistically than optimistically inclined think that conditions in Germany in the near future will make it possible to reconstruct the Unions.

The Gestapo is very much on the alert, for houses have been searched in many districts, resulting in several regrettable arrests.

Out of the four comrades who took part in the Conference in Czechoslovakia, three have been arrested[3], although it is not yet known if the arrests were made on account of this journey. With them three other young comrades were also arrested, but two of these later have since been released. Their questioning by the police did not show any grounds for the arrest of the three participants in the Reichenberg Conference.

The wives of two of the imprisoned comrades have had nervous breakdowns, and one has had to go into hospital.

The German comrades are very indignant about the non-fulfilment of the promise of financial support made by Comrade *Schevenels* in Reichenberg.[4] Bringing a large

1 Der Autor war nach van Achterbergh (vgl. Dok. 34) Teilnehmer der Reichenberger Konferenz. Der einzige Vertreter aus dem Organisationsbereich der Bau- und Holzarbeiter war Scheffler. Vgl. Dok. 38. Zu Schefflers Kontakten zum Koordinations-Komitee vgl. auch Dok. 34.

2 Vgl. Dok. 30.

3 In Anlage 2 des Schreibens vom 13.11.1935 (vgl. Kopfregest) wird als Verhaftungstermin der 23.8. 1935 genannt, mit dem Zusatz, die Verhaftung erfolgte »not in connection with the [Reichenberg] conference.« (MRC, MSS, 292/915/62/1).

4 Vgl. hierzu Dok. 27, 34.

number of comrades from the provinces to Berlin and making the necessary journeys to the provinces have entailed expenditure for which the necessary funds are today lacking. The German comrades are prepared to do everything that can be done to reconstruct the Trade Unions, but for this they need the support of the International. They therefore urgently request the IFTU to adhere to the basis for joint work laid down in Reichenberg.[5]

DOKUMENT 34

29. 11. 1935: Diskussion über den Fortbestand des Koordinations-Komitees und über die Reichenberger Konferenz

MRC, MSS, 292/915/62/1. Maschinenschrift. Überschrift: »Co-ordination Committee IFTU-ITS. Paris, 29th November, 1935 at 10 a.m.«, S. 3–15.

In der Diskussion und bei der Abstimmung über den Fortbestand des Koordinations-Komitees tritt [Tom] Shaw (Textilarbeiterinternationale) für eine Beendigung der Arbeit des Komitees ein; [Klaas] de Jonge (Fabrikarbeiterinternationale) stimmt, obwohl er in der Diskussion für eine Auflösung des Komitees eintritt und [Walter] Schevenels wegen mangelnder Zusammenarbeit mit den Berufssekretariaten kritisiert, dennoch zusammen mit [Walter] Citrine und [Leon] Jouhaux und den übrigen vertretenen Generalsekretären der Internationalen Berufssekretariate (IBS) für eine Fortführung der Arbeit des Komitees. Der Generalsekretär des IGB, Schevenels, enthält sich der Stimme.

Hinsichtlich der Reichenberger Konferenz kritisieren die Vertreter der IBS Schevenels und [Heinrich] Schliestedt wegen fehlender bzw. unzureichender Information. Für die versuchsweise Einrichtung (zunächst 6 Monate) der Gewerkschaftlichen Auslandsvertretung Deutschlands (Geade) stimmen neben den Vertretern des IGB auch die Mehrzahl der IBS-Sekretäre; Shaw lehnt die Geade ab und [Edo] Fimmen betont, daß insbesondere die illegalen Vertreter der ITF dagegen seien.

[...][1]

Future of Co-ordination Committee.

Shaw: The Committee was set up in order to co-ordinate the work in Germany and Austria.[2] It was supposed to strengthen the work and promote better feeling between the ITS and IFTU as well as to avoid overlapping. He did not think these objects had been attained. He thought the feeling was worse and that nothing really material had been done in Germany. He suggested the termination of the Committee.[3] He believed the work would be better done if each concentrated on its own work. His International had fixed a limit on their experiment on underground work. They had determined that in face of the fact that results were so disappointing, that at the end of the present year, their special propaganda fund was to be disbanded.

Citrine took the view that although the International Committee of the Trades Union Congress[4] was not convinced that any really effective work could be attained, a disbanding of the Committee would lead to an even greater overlapping. He did not think the feeling was bad. On the contrary, it had improved. Furthermore it might be possible to arrange for co-ordination without the necessity of frequent meetings.

Schevenels said he had never heard a single name of a representative of the international secretariat[s] in Germany, neither in the Co-ordination Committee nor out of it had he ever been told any name.

Fimmen thought we should continue the Co-ordination Committee. The most important thing was co-ordination amongst ourselves to get a good spirit amongst all concerned at the head of the International Trade Union Movement. Did not think that the Committee had been a success in that respect. Funds were being exhausted and his International, the ITF had already spent in the last two and a half years 45.000 guilders (about £ 6.000). Really valuable work was done by the Secretariats, principally those in Amsterdam.[5] Who ever went to Germany from Amsterdam, always consulted the remainder of his comrades so that they could take messages to representatives of those secretariats. Everyone of them obtained from the reports of these comrades very valuable help. His International [ITF] had properly arranged districts and with sub-district organizers and deputies in case they were arrested. In fact none of the district men had been arrested. Every district secretary was visited from Amsterdam every two months and one of these comrades from Germany came to Amsterdam every three months. They were prepared to put all the information which they had at the disposal of every trade secretariat in the IFTU.[6]

Citrine asked were these reports known to the IFTU and were the visits also known.

Fimmen said they were not.

Citrine then pointed out that this was not the meaning of co-ordination. It was clear that the IFTU must know what was going on and vice-versa.

Jouhaux: Was propaganda to go on or to stop? I [say] it has to go on, the Co-ordination Committee must continue. The Committee was to conduct the work at a lower cost. The work and the Committee must be continued. The Committee had in reality done nothing at all because the IFTU had gone on with its separate work and the ITF similarly. There was really no co-operation. The ITS had their meetings and worked together and the IFTU acted through the Reichenberg conference.[7] There was no real communication between the two. In Spain the only real work was done by the communists. Similarly in Italy, we had lost a valuable opportunity. The war gave us an immense chance but because of lack of funds we could not carry on the work.

De Jonge thought the Committee should be dissolved. There was no real collaboration at all. The General Secretary *[Schevenels]* of the IFTU had not worked well with the ITS. Some people in the Geade were saying that the people in Amsterdam were following the arrangements of *Fimmen*. Still, another attempt should be made to get better co-ordination.

5 In dem Schreiben des Internationalen Bundes der Bau- und Holzarbeiter vom 13.11.1935 wird dem IGB-Vorstand und dem Koordinations-Komitee vorgeworfen, they have »not shown the necessary determination and energy in doing at least what lies in the field of possibilites.« (MRC, MSS, 292/915/62/1).

1 Nicht abgedruckt sind die einleitenden Bemerkungen, Tagesordnung und Teilnehmerliste.

2 Vgl. hierzu auch Dok. 25.

3 Shaw hatte bereits in einem Brief an G. Stolz, Untersekretär des IGB, vom 22.8.1935 die Auflösung des Koordinations-Komitees gefordert, mit der Begründung, daß »up to the present, it has completely failed to evolve any method of more effective and more successful action with regard to Germany and Austria; that its existence had led to waste of time and money; and that recent developments give grounds for fear that its continuance will lead not to greater understanding, but to greater misunderstanding and friction in the International Movement.« (MRC, MSS, 292/915/62/1).

4 Gemeint ist der TUC in Großbritannien.

5 Gemeint sind die in Amsterdam ansässigen Internationalen Berufssekretariate ITF, IBP, IBBH, IBF, IVT.

6 Zur Widerstandstätigkeit der ITF vgl. Kap. III, z.B. Dok. 69, 75.

7 Vgl. Dok. 27 und 30.

Citrine said that we could not go into the question of why the Committee had not worked because that would be a profitless discussion.

The blame could not be placed entirely on one pair of shoulders. He would take a vote as to whether it should continue or not.

Vote for Continuation of Committee:
For continuation: *Citrine, Jouhaux, van der Heeg, Fimmen, Spiekman, de Jonge.*
Against: *Shaw.*
Neutral: *Schevenels.*

Reichenberg Conference:[8]
Schevenels said that at the last meeting, *Spiekman* reported[9] he had heard from *Schlimme* that there was to be a conference at Reichenberg. At an executive meeting of the Co-ordination Committee in July, *Schevenels* again said he did not know anything concerning that conference.[10] *Schliestedt* said he had been instructed[11] to report the matter and invite *Schevenels* to attend. He had attended and learned that there had been a preliminary meeting on the previous day.[12] They wanted money from the IFTU to carry on the work and secondly they wanted money for a lawsuit to gain compensation for the German Trade Union officials who had been dismissed.[13] *Schevenels* reported that we could not obtain money for this second point. We would do our best in regard to financing the work in Germany. Then the German comrades put forward the suggestions of Geade. They had discussed these proposals[14] with *Tarnow, Plettl* and others living abroad and they were all in favour. Other proposals concerning the ITS had been put to them in the Co-ordination Committee.[15] *Schevenels* agreed to make a provisional grant pending a consideration by the Co-ordination Committee. He gave them [...][16] 5.000 Francs and two other grants of 5.000 Francs each pending the forthcoming meetings of the Co-ordination Committee. This was £ 200 in all. It was agreed that the information should go out to the ITS from the IFTU. *Schliestedt* sent the draft to the IFTU office because *Schevenels* was going to the Baltic and later to Copenhagen. *Kreyssig* sent out the draft[17] but if *Schevenels* had seen the reference to *Miles*, he would have modified this. Three days after the circular was distributed, people belonging to the Miles Group, called at the office with regard to the statements in it. This was a very grave breach of confidence for them to get information concerning such a matter. Subsequently they again called at the office for a statement from *Schevenels* to rehabilitate them.[18] *Schevenels* asked from what source they had received this information and they told him *Fimmen*. He then told them that it was his intention to qualify the paragraph at the next meeting of the Co-ordination Committee.

8 Vgl. ebd.
9 Vgl. Dok. 29.
10 Vgl. hierzu auch Anlage 2 zum Schreiben von van Achterbergh an den IGB-Vorstand und an das Koordinations-Komitee vom 13.11.1935, in dem es demgegenüber heißt: »On the 4th July, when there was an IFTU meeting in Paris, Schevenels and Schliestedt announced the conference in Reichenberg for the 27th July.« (MRC, MSS, 292/915/62/1). Vgl. ferner Dok. 35.
11 Von der Illegalen Reichsleitung. Gemeint ist die IGB-Vorstandssitzung vom 2./3.7.1935.
12 Vgl. Dok. 29, 30.
13 Vgl. »Report on Germany. For the meeting of the IFTU Executive on the 2nd and 3rd July 1935. For the meeting of the Coordination Committee.« (MRC, MSS, 292/915/62/1).
14 Vgl. Dok. 20 und 27.
15 Gemeint ist vermutlich u.a. Dok. 23.
16 Handschriftliche Einfügung nicht zu entziffern.
17 Vgl. Dok. 28.
18 Zur Kritik an der Milesgruppe/Neu Beginnen vgl. ebd.; ferner Dok. 30.

Fimmen said he regretted he had made a mistake in giving the information to the Miles Group and he apologized for doing so. His reason for doing this was to give them the opportunity of answering the charges made against them. At the same time, he gave them the right to use his name as evidence that he was not engaged at anything under-handedly.

Van der Heeg said in his opinion it was a great mistake for *Fimmen* to have done this. His comrades were against the Miles Group as well. He regretted this action of *Fimmen's* very much.

Citrine said we should accept the apology and it was no use following the matter further. If the facts were accepted as a clear representation of what had occurred, there was no point in following the matter up further.

Adjourned for Lunch – 1 p.m.
Resume at 2.30 p.m.

Van der Heeg: He was surprised that no reference had been made in the Co-ordination Committee by *Schliestedt* to the Reichenberg Conference. Those who attended the Conference thought that the ITS and the IFTU had arranged the conference, whereas the Co-ordination Committee knew nothing about it.

Spiekman said that he had a conversation with *Schevenels* at Geneva and later he went to Berlin and discussed matters with *Schlimme* about the Reichenberg Conference and its purpose. Sometime during the meeting of the Executive he told us about the proposed meeting of the Reichenberg [Conference].[19] He read a letter from *Schlimme* at that time. He thought that *Schliestedt*, not *Schevenels*, should have told them about the conference and what was to be discussed so that one of them could be sent. He himself knew that the Geade plan[20] would be discussed. He proposed that the next meeting of the Co-ordination Committee be held in Holland and one or more people from Germany from the ITS and the IFTU should attend that meeting.[21]

Fimmen said the Co-ordination Committee too had agreed that it was not advisable to hold a conference of representatives from Germany. He thought that *Schliestedt* should not have arranged this conference in view of the feeling that no conference could be held. The ITS could not recognize any decisions come to at the Conference.

Schliestedt said the people in Berlin had requested that the conference of the Co-ordination Committee on the 4th July should be postponed. He said he couldn't do this and they requested him that no decisions regarding Germany should be taken until they had been consulted. He personally had referred to the proposed meeting at Reichenberg, and *Spiekman* wrote to him asking could they attend. *Schliestedt* felt that this was a matter for them to decide and not the Germans, and he told them so. *Spiekman* subsequently instructed *Aufhäuser* to attend but he was not much trusted by those in Germany and at Prague.[22] There could not be any formal organization of such a conference and people who turned up were not officials in the proper sense. They came as representatives of the people who were carrying on underground work in Berlin. It was the German's business if they decided to arrange matters in this way. It was a fact that *Schevenels* did not know about the conference until later than *Spiekman* and *Schliestedt*. He agreed that there was to be no conference according to the decision of the Co-ordination Committee, but it were the Germans who arranged this and not the IFTU or the Co-ordination Committee. *Aufhäuser* had stated at the

19 Vgl. Dok. 29.
20 Vgl. Dok. 27.
21 Vgl. Dok. 37.
22 Vgl. Dok. 30.

Conference at Reichenberg they had nothing to do with the political side and did not agree with it. The Berlin people were very anxious to have this body, the Geade, set up.

Van der Heeg: He was fully in agreement with this plan of Geade and he felt that we must make allowances for flexibility because of the illegal nature of the work.

Van Achterbergh had spoken to one of the German comrades who had attended the Reichenberg Conference and they were very favourably impressed by the Conference.[23] Activities had been increased in Germany and the people from the provinces had been brought into Berlin. Unfortunately they had not received as much money as they expected from the IFTU.

Shaw thought the Geade was a fatal suggestion. If there was anything of real value to be done, it must be in Germany itself; if information could be given to a centre in Czechoslovakia, it could be as readily given to the office in Paris.

Schevenels said that he had replies from the Public Workers' International and the Tobacco Workers' International that they would support the plan. He had not made any definite promise regarding finance. The total amount of money now available for work in Germany was about 100.000 Francs. The German comrades had asked 15.000 Francs a month and this could not possibly be done as the money would be exhausted in six months.

Citrine said the General Council of the Trades Union Congress were not in favour of this body being established.

Fimmen said he would have to make a reservation that the matter must be considered carefully because his Committee and the workers in Germany were opposed to it. In the meantime, copy of any reports which were received from Germany by his organization would be sent regularly to the IFTU.

Van der Heeg felt that no one had the right to deal with the matter from the point of view of his own Secretariat. The Co-ordination Committee represented the Secretariats as a whole. They must decide matters on their own responsibility.

Jouhaux thought everyone present must act not as a representative of a particular organization but deal with the matter on the particular principle. He was in favour of the plan and if the ITF people could decide with the matter definitely they should at least give support to the particular principle.

Citrine said although the General Council [of the TUC] were not in favour, he personally felt that there was no real alternative to the scheme. He had supported the scheme on the general understanding that it would be supported for only an experimental period and should be reviewed at the end of six months.

De Jonge wanted to know who authorised these people to attend the Conference at Reichenberg that they had represented the people in Germany.[24] Although he had reservation of the scheme, none the less he had agreed with the suggestion to small reserves.

Van Achterbergh said he was in favour of the plan. It could not be worked from Paris.

Spiekman said he had, after consideration, given his vote for the plan. But he wanted it to be considered by the Co-ordination Committee. Further, this meeting should be held in Holland. We should further consider the centre for the Geade. He thought it

23 Vgl. Dok. 33.

24 Dazu schreibt Schliestedt am 31.8. 1935 an Plettl: »Es war ja auch keine Konferenz der Vertreter der Berufsorganisationen, die mit ihren IBS verhandeln wollten, sondern eine Beratung möglichst mit dem IGB.« (AdsD, DGB-Archiv, Nl. Plettl). Vgl. auch Dok. 35.

should be in Holland. It was necessary they establish good connections with the surrounding countries.

Citrine said there was no real alternative to the Committee's idea. We should try it as an experiment.

Voting:
For scheme as a trial:
Citrine
Schevenels
Jouhaux 6 for.
de Jonge
Spiekman
van der Heeg

Against:
Shaw 2 against.
Fimmen (with reservations)

Next meeting of Co-ordination in Holland in March or April.[25]

DOKUMENT 35

5. 2. 1936: Heinrich Schliestedt, Komotau/CSR, berichtet Martin Plettl, New York, über die Entwicklung der ADG und die illegale Arbeit im Reich

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Martin Plettl. Unpaginiert. Maschinenschrift. Eigenhändige Unterschrift. Ohne Absender- und Adressatanschrift.

Komotau, den 5. Februar 1936

Lieber Martin [Plettl][1],

Wenn der versprochene Brief auch immer noch nicht eingetroffen ist, so muß ich doch einmal das Schweigen brechen in der Hoffnung, daß Dir doch noch einmal ein Brief nach hier gelingt. Es gibt noch mehr Freunde hier in der alten Welt, die auf einen Brief von Dir seit langer Zeit warten, also bin ich nicht allein betroffen, ich bin weder durch Dich bevorzugt, noch benachteiligt, wir befinden uns alle in der gleichen Lage. Also schreibe ich.

Zuerst bestätige ich den Empfang der vier Broschüren über den *Hitler*[-]Terror, welche die AFoL[2] herausgebracht hat, oder war es der Labor Chest. An einer Stelle hat

25 Die Sitzung fand erst am 29.5.1936 statt; vgl. Dok. 37.

1 Martin Plettl (29.9.1881–10.9.1963) war 1905–1912 Geschäftsführer der Ortsorganisation Frankfurt/M. des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes, 1912–1920 Gauleiter für Südwestdeutschland, 1920–1933 Vorsitzender des Bekleidungsarbeiterverbandes und Präsident der International Federation of Clothing Workers, nach 2.5.1933 Schutzhaft, im Oktober 1933 nach New York emigriert, in Vorträgen antinationalsozialistische Aufklärungsarbeit, Mitarbeit in deutschen Exilorganisationen, u.a. in der German Labor Delegation. Vgl. auch Dok. 26.

2 American Federation of Labor (AFoL).

es einige Aufregung gegeben, nämlich bei Paul *Ufermann*,[3] der anscheinend etwas aus den Pantinen gekippt ist, weil er durch die Nennung seines Namens berühmt werden könnte. Vor dieser Berühmtheit hat er einen Horror, aber nicht nur aus Bescheidenheit, er fürchtet vielmehr für seinen Besitz etc., den er noch drüben hat. Er will Dir auch noch schreiben, hoffentlich macht er's nicht gar zu schlimm. Auch Fritz *Fricke*[4] ist von seiner Nennung nicht begeistert, weil er ab und zu noch nach drüben fährt. Ich habe ihnen geschrieben, daß ich für die Auswahl der Namen aus einer langen Liste nicht verantwortlich bin, aber ich wollte Dir Nachricht geben für die Zukunft. Man kann's schwerlich allen recht machen. So das wäre eine Sache.

Nun einige persönliche Schicksale: Am 15. Januar [1936] ist Alwin *Brandes*[5] erneut verhaftet worden und bis heute noch nicht wieder frei. Näheres darüber in den beiliegenden »Nachrichten«.[6] Im übrigen rast der Kampf der Gestapo gegen die Gewerkschaften. Nicht nur der Wuppertaler Prozeß,[7] der Dir sicherlich bekannt ist, sondern die Verhaftungen sind im ganzen Reiche häufig, besonders in der letzten Zeit.[8] Zu Weihnachten wurde unser früherer Bezirksleiter von Sachsen[9] aus dem Konzentrationslager entlassen. Es ist ihm das Gehör auf dem linken Ohr zerschlagen worden. Täglich mußte er sich bei der Polizei melden und die übrige Zeit lag er fast ständig im Bett, um sich von den Strapazen des Dritten Reiches zu erholen. Mitte Januar [1936] hat man auch ihn wieder verhaftet. Er befand sich vorher seit dem 15. Dezember 1934 bis Weihnachten 1935 in Haft und im KZ-Lager.

Ein anderer unserer Freunde aus demselben Ort wurde jetzt auch verhaftet. Für mich ein Verlust, mehr brauche ich nicht zu sagen. In einem hier in der Nähe liegenden Grenzort wurden unsere beiden Leute verhaftet, obwohl man dem einen schon vor

3 Paul Ufermann (18.6.1885–1957) war 1918/19 Redakteur der »Volkszeitung« in Düsseldorf, 1919/20 Bezirksleiter des DMV, 1920/21 Redakteur der »Metallarbeiter-Zeitung«, 1921–1925 Redakteur des Maschinisten- und Heizerverbandes, 1925–1933 Herausgeber des »Gewerkschaftlichen Wirtschaftsdienstes«, 1933 Emigration, 1935 Teilnehmer an der Reichenberger Konferenz der ADG, 1945–1947 Redakteur von »Das Volk« und des »Vorwärts«, nach 1950 Schlichtungsreferent beim Senator für Arbeit in Berlin.

4 Fritz Fricke (26.10.1894–9.11.1961), ZdA, 1919–1921 Leiter der Betriebsräteschule, 1921–1933 Gewerkschaftsschule Berlin, 1933 Emigration in die CSR, 1935 Teilnahme an der Reichenberger Konferenz der ADG, 1938 nach Schweden, Mitbegründer und Vorstandsmitglied der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden, Redakteur des Rundbriefs, ab 1944 des Mitteilungsblatts der Landesgruppe, Mitglied im Freien Deutschen Kulturbund, Mitarbeiter von Gunnar Myrdal, Schulung deutscher Militärflüchtlinge, nach 1945 in der BBZ, später beim Bundesvorstand des DGB führend in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit tätig.

5 Zur Verhaftung von Alwin Brandes vgl. die Angaben in Dok. 21.

6 Nachrichten der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften. Komotau/CSR. Vgl. Stroech, S. 212.

7 Vgl. aber die Einschätzung, daß die Wuppertaler Prozesse keine ausdrücklich gegen Gewerkschafter gerichteten Verfahren darstellten, in dem Bericht des Grenzsekretärs der Sopade Gustav Ferl vom 26.5. 1936 (AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 38).

8 1934/35 fanden umfangreiche Verhaftungen statt, bei denen breite Teile der illegalen Organisationen von der Gestapo aufgerollt wurden.

9 Bei dem früheren Bezirksleiter des DMV in Sachsen handelt es sich um Richard Teichgräber (5.8. 1884–25.2.1945). Teichgräber war seit 1919 2.Vorsitzender des DMV in Leipzig, 1925–1933 Bezirksleiter in Sachsen, 1933 Entlassung, illegale Gewerkschaftsarbeit, Verbindungen nach Berlin und zur ADG in Komotau, 15.12.1934 Festnahme, bis Weihnachten 1935 Untersuchungshaft und KZ-Haft, nach kurzzeitiger Freilassung im Januar 1936 erneute Festnahme, zusammen mit Alwin Brandes, Willy Rößler u.a. am 6.10.1937 vom Volksgerichtshof zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt, anschließend KZ-Haft, im KZ Mauthausen ermordet. Vgl. Verhörprotokoll des Generalstaatsanwalts in Dresden, vom 12.9. 1939 (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 389, Bl. 30–35); Anklage und Urteil des Volksgerichtshof (Nr. 14 J 301/37 // 1 H 27/37) (Widerstand als Hochverrat, Microfiche-Ausgabe). Zum Prozeß vgl auch den Bericht in »Gewerkschafts-Zeitung« (1937), abgedr. in: Opel/Schneider, 90 Jahre, S. 295 sowie Dok. 21.

einigen Monaten den Paß fortgenommen hatte. In Freiberg ist unser früherer Bevollmächtigter verhaftet worden.[10] Aus Mannheim, aus Stuttgart und Umgebung, überall her kommen solche Meldungen.[11] Der Vorsitzende der Maschinensetzer in Berlin ist verhaftet.[12] Opfer über Opfer, aber fast in keinem Falle ist bisher irgend eine konkrete Beschuldigung erfolgt, man verhaftet drauf los, denn die »Vertrauensratswahlen« stehen bevor.[13] Da muß wieder eingeschüchtert werden, weil die Arbeiter nun einmal keine Nazis sind und werden wollen.

Der alte Josef *Simon* und auch [Matthias] *Lex* sind jetzt wieder freigelassen, aber man fragt sich immer, wie lange. Zumal Josef *Simon* schon zum zweiten Male verhaftet war.[14]

10 Bei den Verhafteten dürfte es sich um die Kontaktpersonen von Schliestedt im Bereich des ehemaligen DMV in Sachsen handeln:
Arthur Schille (15.7.1883–11.1.1936) war 1928–1933 Bezirkssekretär des DMV in Dresden, 1933 Entlassung, illegale Gewerkschaftsarbeit, ab 15.12.1934 als Nachfolger von Richard Teichgräber Verbindungsmann zu Schliestedt und zur Sopade in Reichenberg bzw. Komotau, am 7.1.1936 verhaftet, von der Gestapo ermordet.
Willy Rößler (3.10.1884–1959) war 1921–1933 Bezirksleiter des DMV in Halle, 1933 Entlassung, illegale Gewerkschaftsarbeit mit Alwin Brandes und Richard Teichgräber, Aufbau eines weit verzweigten Kontaktnetzes in Sachsen, Verbindungen zu Heinrich Schliestedt, im Zusammenhang der Festnahmen von Teichgräber und Brandes am 4.2.1935 verhaftet, April 1935 bis August 1935 Untersuchungsgefängnis, Einstellung des Verfahrens beim Kammergericht in Berlin und bis März 1936 Inhaftierung im KZ Sachsenburg, erneute Anklage und am 6.10.1937 gemeinsam mit Brandes, Teichgräber u.a. vom Volksgerichtshof wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt, anschließend KZ-Haft, nach 1945 wieder in der IG-Metall tätig, zuletzt bis 1954 als Bezirkssekretär in Hagen.
Alfred Ebersbach (geb. 21.3.1887) war vor 1933 in Dresden hauptamtlicher Kassierer des DMV-Bezirks, 1933 Entlassung, Kontaktmann und Kurier für Teichgräber, Rößler und später Schille bei den Verbindungen zu Schliestedt in Komotau, im Zuge der Ermittlungen gegen Rößler und Teichgräber verhaftet, am 6.10. 1937 gemeinsam mit Brandes, Teichgräber und Rößler vom Volksgerichtshof zu zwei Jahren und neun Monaten Zuchthaus verurteilt. Vgl. zur Gruppe um Brandes, Teichgräber, Rößler, Schille, Ebersbach die Planungen, Ermittlungen und Verhaftungen der Gestapo in Sachsen Anfang 1936, z.B. Fernschreiben zwischen Gestapo Chemnitz und Gestapa Berlin vom 10.1.1936, Sonderbericht Gestapo Chemnitz vom 7.2. 1936, Bericht Gestapa Berlin vom 12.12. 1936 (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 380, Bl. 2–4; P. St. 3, Nr. 476/II, Bl. 1–3; St. 3, Nr. 389, Bl. 49–52); sowie die Anklageschrift und das Urteil (Nr. 14 J 301/37 // 1 H 27/37) (Widerstand als Hochverrat, Microfiche-Ausgabe). Vgl. hierzu die eingehende, die Ermittlungen der Gestapo und des Volksgerichtshofprozesses zusammenfassende Darstellung bei Buschak, Arbeit, S. 101–114, insb. S. 106ff.
Zu weiteren Ermittlungen und Prozessen im Bereich der Metallarbeiter vgl. den Bericht des SD-Oberabschnitts Elbe an das Sicherheitshauptamt Berlin, vom 5.5.1937 mit Anlagen vom 24.4.1937 (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 389, Bl. 64–68).

11 Hierbei könnte es sich um Hans Brümmer (13.12.1886–19.12.1966) handeln. Brümmer war vor 1933 Sekretär des DMV in Mannheim und Bezirksleiter des DMV in Stuttgart, 1925–1928 Mitglied des Landtages in Baden (SPD), Mai 1933 inhaftiert, anschließend arbeitslos, im Februar 1934 zu 15 Monaten Haft verurteilt, 1938 vom Reichsgericht vom Vorwurf der Vorbereitung zum Hochverrat freigesprochen, 1946 Mitglied des Landtages von Württemberg-Baden (SPD). Zu den Verhaftungen vgl. auch die kritische Retrospektive von Jahn (Dok. 22).

12 Dies war Richard Barth. Vgl. Dok. 21, 53.

13 Die nach § 9 des »Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit« (AOG), der nationalsozialistischen Arbeitsverfassung, jährlichen Vertrauensratswahlen wurden erstmals 1934 und 1935 durchgeführt. Die Aufstellung der Listen sollte nach dem AOG jeweils im März erfolgen. Die Vertrauensratswahlen standen 1936 im Mittelpunkt der Aktivitäten aller illegaler Gruppen, wurden aber am 31.3.1936 kurzfristig abgesagt. (RGBl., I., 20.1.1934, S. 45–56; RGBl., I., 31.3.1936, S. 335). Zur Organisation der Vertrauensräte und der Vertrauensratswahlen vgl. Teil VIII der Einleitung.

14 Josef Simon (23.5.1865–1.4.1949) war 1900–1933 1. Vorsitzender des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands, seit 1907 Internationaler Sekretär der Schuh- und Lederarbeiter, 1919 bayerischer Handelsminister, 1908–1919 Mitglied des Bayerischen Landtages, 1912–1933 MdR (SPD/USPD/SPD), 1920–1933 Mitglied im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, Mai 1933 Entlassung, 1933/34 mehrmals in Haft, 1935 KZ Dachau, danach Polizeiüberwachung und Postkontrolle,

Der kleine *Cohen*, Adolf[15], ist gestorben, wie mir gerade heute berichtet wird. Du wirst Dich sicher seiner erinnern.

Leider ist auch immer wieder Verräterei im Spiel. So hatte z.B. Edo *F[immen]* zu Ostern eine größere Anzahl seiner Freunde in Dänemark und wie sich jetzt herausstellt, war der Geist der Gestapo in Gestalt eines Vertrauensmannes mitten unter ihnen, der nun den Verhafteten gegenüber gestellt wird und den Leugnenden das Gedächtnis über ihre Reden schärft. Das ist ein scheußlicher Reinfall. Dazu wäre manches zu sagen, aber nachher einiges über *Edos* Methoden, die solches begünstigen müssen.[16]

Daß [Carl] *Balleng* wieder frei ist, dürftest Du vielleicht schon von Fritz *Tarnow* erfahren haben.[17] Der Mann und die Sache sind sehr undurchsichtig und solange nicht alles vollkommen klar ist, kann kein Vertrauen einziehen. Deshalb ist er auch nicht in den engeren Kreis der Mitarbeiter einbezogen.

Der Vollständigkeit halber erwähne ich nur noch, daß [Clemens] *Nörpel* sich von dem [Robert] *Ley* hat anstellen lassen und sogar der Richard *Seidel* sich bei den Nazis durch *Nörpel* angebiedert hat, nachdem er sich von seiner jüdischen Frau trennte. *Seidel* habe ich höher eingeschätzt gehabt. Daß einer der Bernauer Lehrer, [Kurt] *Gusko*, sich mit *Nörpel* in der gleichen Verdammnis befindet, gehört zum Bilde Bernau.[18]

Rentner, Kontakte zu Wilhelm Leuschner, nach 1945 Redakteur bei der »Fränkischen Tagespost« in Nürnberg.
Matthias Lex (28.12.1874–1953) war 1905–1920 Bezirksleiter für Württemberg, Baden, Hohenzollern und Elsaß-Lothringen und 1920–1933 2. Vorsitzender des Schumacherverbandes, 1933 Entlassung, mehrmals verhaftet, KZ Dachau, Pensionär. Vgl. zu Simon und Lex auch den vorausgehenden Brief von Schliestedt an Plettl, vom 31.8.1935, abgedr. bei Buschak, Arbeit, S. 181.

15 Adolf Max Cohen (1870–1935) war 1901–1919 Bezirksleiter des DMV in Berlin, 1902–1919 Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften, 1919–1923 3.Vorsitzender des Bundesvorstandes des ADGB, 1918–1923 im Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft (ZAG), 1920–1923 Mitglied und seit 1921 Vorsitzender des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates.

16 Zur Konferenz der ITF in Roskilde in Dänemark zu Ostern 1935 vgl. Dok. 64. Der Vorwurf des Verrats, den Schliestedt gegen einen Teilnehmer an der Konferenz, Wilhelm Voß, erhob, ließ sich nicht aufrechthalten. Vgl. Anm. 54. Zu Fimmen vgl. eingehend Kap. III der Dokumente.

17 Zu Carl Balleng vgl. Dok. 21.
Fritz Tarnow (13.4.1880–23.10.1951) war u.a. ab September 1919 Vorstandssekretär und ab Februar 1920 Vorsitzender des Holzarbeiterverbandes, Exekutivmitglied und ab 1929 Sekretär in der Internationalen Union der Holzarbeiter, ab September 1928 Vorstandsmitglied des ADGB, Mitglied im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, 1928–1933 MdR (SPD), nach dem 2. Mai 1933 mehrere Monate verhaftet, Dezember 1933 Emigration nach Kopenhagen, enge Kontakte zur Sopade und zu Heinrich Schliestedt, Anton Reißner, Gerhard Kreyssig, Max Bock, Martin Krebs beim Aufbau gewerkschaftlicher Verbindungsnetze in der Emigration, ab 1936 ADG-Vertreter für Dänemark und Skandinavien, nach dem Tod von Schliestedt dessen Nachfolger als Leiter der Auslandsorganisation, Ablehnung kommunistischer Einheitsfrontangebote, Kontakte nach Deutschland zum Leuschner-Kreis, 16.4.1940 Flucht von Dänemark nach Schweden, konzeptionelle Arbeiten zum Aufbau freier Gewerkschaften nach der Zerschlagung des NS-Regimes, ab 1942 Mitarbeit in der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden 1944, Mitunterzeichner des Aufrufs des Freien Deutschen Kulturbundes, 1946 Rückkehr nach Deutschland, Sekretär der Gewerkschaften in der US-Zone und Generalsekretär des bizonalen Gewerkschaftsrates, Mitglied des Parlamentarischen Rates, 1949 Ruhestand.

18 Clemens Nörpel (12.10.1885-nach 1945) war 1922–1933 Angestellter beim Bundesvorstand des ADGB und Arbeitsrechtsexperte, 2.5.1933 kurzzeitig inhaftiert, seit 1934 Mitarbeiter der von Kurt Gusko herausgegebenen »Schnellbriefe für Sozialrecht und Wirtschaft«, seit Juni 1935 Gründergruppe des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der DAF und Leiter der Abteilung Arbeitsrecht, 1941 NSDAP-Mitgliedschaft.
Bereits im Frühjahr 1933 waren von den Dozenten an der ADGB-Bundesschule in Bernau bei Berlin Kurt Gusko und Emil Seelbach zu den Nationalsozialisten übergewechselt. Kurt Gusko (25.12.

Bekanntlich wurde in dem Konzentrationslager Sachsenburg im Oktober der frühere Chefredakteur der Dresdener Volkszeitung Max *Sachs* erschlagen.[19] Laß Dir also authentisch berichten: Das Lager ist für 400 Menschen eingerichtet, aber belegt ist es mit 1400 bis 1500. Infolgedessen stehen die Betten dreifach übereinander. Es gibt nur einen Aufenthaltsraum für die vielen, der nicht einmal Platz genügend zum Essen bietet. An den »Tischen« drängen sich die Menschen beim Essen derartig, daß jeder nur einen Arm oberhalb des Tisches haben kann, der andere muß eng an den Körper gepreßt werden, weil der Nachbar schließlich auch den Löffel zum Munde führen will. Dazu gibt es nicht einmal Eßgeschirr genug, sodaß sich die Menschen ablösen müssen. Nicht mal im Zuchthaus ist es so schauderhaft.

Jetzt im Winter können sich die Menschen nicht im Freien aufhalten und alles zwängt sich nun in dem einen Raum zusammen, wo die Nerven schon zum Zerreißen angespannt sind. Dazu brüllen, um die nervöse Qual noch zu vergrößern, den ganzen Tag zwei Lautsprecher. Wie entsetzlich die Menschen aus dieser Hölle herauskommen, ist unvorstellbar.

Geprügelt wurden dort die Menschen in folgender Weise. Im Hof mußten eine Anzahl Gefangene ein Viereck bilden, in dessen Mitte ein Block gestellt wurde. Über diesen wurde nun ein Gefangener gelegt und mit Knütteln etc. barbarisch geschlagen. Wer von den Umstehenden seinen Abscheu nicht verbergen konnte und irgend eine Miene verzog, wurde ebenfalls geschlagen. In dieser Art wurde Max *Sachs* tagelang hintereinander geschlagen, bis er diesen Mißhandlungen erlegen ist. Seine beiden Hände waren durch Schläge aufgespalten. Die Angehörigen haben die Leiche vor der Einäscherung nicht mehr zu sehen bekommen.

Was jetzt kommt, darf nicht veröffentlicht werden! Die Krematoriumsarbeiter haben die Leiche *S[achs]* natürlich gesehen und waren entsetzt und empfanden eine gewisse Genugtuung, daß noch zwei Personen zur Besichtigung die Möglichkeit hatten, die den Zustand der Leiche bestätigen. Noch kann darüber nicht Zeugnis abgelegt werden, ohne die Personen zu gefährden.

Der »Kommandant« der Sachsenburg wurde danach endlich »abgelöst« und es heißt, er sei bestraft worden. Das ist lächerlich, denn ein Verbrecher kann nur durch einen anderen Verbrecher abgelöst werden. Als einer meiner Freunde im November wieder eingeliefert wurde, sagte der neue Kommandant *Weser*, der sich in einem Prozeß als Zeuge »Staatskommissar der Gestapo« nannte: »Na, da bist Du Schwein ja auch wieder. Wenn 's nach mir ginge, wäret ihr ... längst an die Wand gestellt.«

1901-nach 1945) war bis 1930 Angestellter beim Hauptvorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, 1930–1933 Dozent für Arbeitsrecht an der Bundesschule des ADGB in Bernau, 1.5.1933 NSDAP, 1934/35 Herausgeber der »Schnellbriefe für Sozialrecht und Wirtschaft«, seit 1936 Mitarbeiter des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der DAF, 1940/41 Aufbau der Abteilung »Arbeit und Sozialwesen« des Reichskommissars Terboven in Oslo, Wechsel in den Wirtschaftsstab Ost als »Beauftragter für die Berufsverbände«, nach 1945 Mitarbeiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung der IG Bergbau, im Rahmen der Montanmitbestimmung mehrere Aufsichtsratsmitgliedschaften.
Richard Seidel (13.6.1872–1951) war 1926–1933 Redakteur der »Gewerkschafts-Zeitung« des ADGB, Vorsitzender des Arbeiter-Kultur-Kartells Berlin und Sekretär im Bezirksbildungsausschuß der SPD für Groß-Berlin, nach 1945 Dozent an der Akademie der Arbeit in Frankfurt/M.
Vgl. eingehend zu Nörpel und Gusko sowie zu anderen »Überläufern«: Karl-Heinz Roth, Zur biographischen Typologie der Mitarbeiter des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der Deutschen Arbeitsfront, in: Sozialstrategien der Deutschen Arbeitsfront, hrsg. von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Teil B, Abt. 3: Begleitband mit Kommentar, München 1992, S. 9–29, S. 21 und 23; Karsten Linne, Von Leipart zu Ley, Clemens Nörpel, in: 1999, 3 (1988), H. 4, S. 92–104.

19 Max Sachs (23.9.1883-Oktober 1933, ermordet im KZ Sachsenburg).

Der Prozeß gegen Max *Urich* und Genossen soll bevorstehen.[20] Auch da sind Gestapo-Spitzel die Belastungszeugen und da solche Halunken nur das Metier *Hitlers* ausüben, der ja Reichswehrspitzel war, so sind es die deutschen Ehrenmänner. Ich fürchte Schlimmes für Max [*Urich*] und die anderen.

Noch ein Genrebildchen aus dem Inferno des Gestapo-Hauses in der Prinz-Albrecht-Str.[21] Die dort untergebrachten Gefangenen werden von österreichischen Legionären bewacht!

So, und nun die anderen Sachen.

Unsere Freunde arbeiten, wenn auch die Gefahren sehr groß werden und keineswegs abflauen. *Hermann* wurde ebenfalls von der Gestapo geholt, insgesamt fünf Stunden verhört, warten gelassen usw. Aber nicht verhaftet. Vielleicht beobachten sie ihn, wenn er auch meint, daß es nicht geschieht.[22]

Die Freunde haben Mut, denn im Oktober haben sie ein Flugblatt in einer Auflage von 25.000 gedruckt. Das ist meines Wissens das vierte oder fünfte. Zwei sind ja noch zu meiner Zeit hergestellt, aber nur in einem Achtel dieser Auflage. Im Dezember ist schon wieder ein neues erschienen. Das Oktoberflugblatt führte in vielen Orten zu Verhaftungen und in der Basler National-Zeitung mußte selbstverständlich darauf aufmerksam gemacht werden, daß es sich um [ein] Flugblatt handele, hinter dem die Gewerkschaften und die Reichswehr stecken. Manchmal ist die Presse auch ein Übel, mindestens ihre Neuigkeitensucht mit der Angst, daß ein anderer ihnen zuvorkommen könnte.[23]

Zwischen einigen Berufsinternationalen und ihren deutschen Freunden habe ich die Verbindungen hergestellt, sodaß auch auf diesem Gebiete ein Fortschritt gemacht werden konnte.[24]

Am 29. November [1935] war in Paris wieder mal eine Sitzung mit dem Koo[rdinations]-Komitee.[25] Ich hatte Dir bereits mitgeteilt, daß der Vorstand des I[nternationalen] G[ewerkschaft-]B[undes] die Beschlüsse unserer Deutschland-Konferenz[26] für seinen Teil anerkannt hatte. Die ganzen I[nternationalen] B[erufs-]S[ekretariate] hatten ein offizielles Rundschreiben, das ich verfaßt hatte, vom IGB erhalten mit dem Ersuchen, ihre Meinung mitzuteilen. Ich glaube, ich habe Dir eine Abschrift davon

20 Vgl. den Bericht in der »Gewerkschafts-Zeitung« (1937), abgedr. in: Opel/Schneider, 90 Jahre, S. 295. Es kam jedoch nicht zum Prozeß, das Verfahren wurde eingestellt. Urich wurde im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Vgl. auch Dok. 19.

21 Gemeint ist das Gestapo-Haus bzw. Gestapo-Gefängnis in der Prinz-Albrecht-Straße in Berlin.

22 Mit »Hermann« dürfte das ehemalige ADGB-Bundesvorstandsmitglied Hermann Schlimme gemeint sein. Die Flugblätter konnten im einzelnen nicht ermittelt werden. Heinrich Schliestedt floh am 2. 10. 1934 aus Deutschland. Schliestedt an den Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Komotau, 3. 1. 1935 (AdsD, DGB-Archiv, Nl. Plettl). Vgl. auch Dok. 20. Tatsächlich wurde Schlimme überwacht. Vgl. die Überwachungsprotokolle, z.B. vom 13.4.1934 (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 388, Bl. 55). Vgl. ferner Dok. 19, 52.

23 Die Flugblätter konnten nicht eindeutig identifiziert werden. Möglicherweise handelt es sich um gemeinsam mit anderen Organisationen herausgegebene Flugschriften, z.B. Dok. 59, 62. Auch Hermann Schlimme gab in seinem Erinnerungsbericht an, daß die Reichsleitung in Berlin Flugblätter verteilt habe (Dok. 52). Die Auflage und die Abfolge der Flugblätter scheint angesichts der im allgemeinen dichten Erfassung solcher Flugschriften und des Verfolgungsdrucks durch die Gestapo zu hoch angegeben. Ohne Beleg nimmt Buschak, Arbeit, S. 196, eine Auflage von 3.000 Stück an. Dort ist auf S. 192–195 auch Dok. 62 als Flugblatt der ADG, nicht der Reichsleitung, abgedruckt. Die Ausgabe der Basler National-Zeitung wurde nicht ermittelt.

24 Zum folgenden vgl. auch die Paraphrasierung dieser Dokumentpassagen bei Buschak, Arbeit, S. 196f., S. 200ff.

25 Zum Koordinations-Komitee vgl. Dok. 25 sowie zum folgenden auch Dok. 34.

26 Gemeint ist die Konferenz in Reichenberg am 26./27.7.1935 mit Beteiligung illegal aus Deutschland angereister Teilnehmer. Vgl. zu dieser Konferenz Dok. 28.

geschickt. Das Rundschreiben war »Vertraulich!« Die meisten IBS haben nicht geantwortet und gelten damit als einverstanden, die wenigen, die geantwortet haben, stimmten zu. Bis auf die vier Amsterdamer. Sie erhoben Protest und dazu reichte nicht einmal nur der Brief, sondern sogar das Telefon wurde strapaziert.[27] Also diese ganze Sache wurde nun in Paris verhandelt.

Doch es geht ihm noch ein Vorspiel voraus. [Wim] *Spiekman*[28] von der Angestellten-Internationale machte sich die Mühe einer Reise nach Reichenberg, um dort Erkundigungen über das Zustandekommen der Konferenz einzuziehen. Aber er kam dort an die richtige Adresse. Es wurde ihm die Frage vorgelegt, warum er nicht mit mir darüber rede. Aber er hatte keine Zeit mehr. Doch die Reichenberger sagten ihm, daß ich zur Stelle gewesen wäre, wenn er sich nur einen Tag vorher angemeldet hätte.[29] *Sp[iekman]* wollte vor allen Dingen ergründen, daß die ganze Konferenz ein von [Walter] *Schevenels*[30] abgekartetes Spiel sei, um die IBS, besonders das Koo[rdinations]-Komitee in Amsterdam, oder den Amsterdamer Sowjet,[31] auszuschalten. Nun hat der gute *Schevenels* von der ganzen Sache wahrhaftig noch weniger gewußt, wie jeder andere. Nur *Spiekman* war durch eine Besprechung in B[erlin] bereits Mitte Juni [1935] informiert und dann auch noch durch einen Brief von Anfang Juli [1935].[32] Während *Schevenels* erst durch *Sp[iekman]* und durch mich unterrichtet wurde. Wie *Spiekman* in Reichenberg war, befand sich [Klaas] *de Jonge*[33] in Prag. Dieser suchte auf der gleichen Tour wie *Sp[iekman]* ähnliches zu erfahren in einer Unterredung mit [Martin] *Krebs*. Auch der schlug ihm vor, mit mir zusammenzutreffen, aber auch keine Zeit. Er träfe sich noch mit *Spiekman* usw. Einige Tage darauf bekomme ich von *Sp[iekman]* aus Prag einen Brief, worin er mitteilt, daß er sich ganz zufällig mit *de Jonge* getroffen habe und beide mir noch einige Wünsche mitteilten.[34] Ein bißchen plump, aber na, man tut, was man kann. So ging's nach Paris.

Da gab's erst einmal eine kleine Überraschung, denn T[om] *Shaw*[35] von den Textilern hatte den schriftlichen Antrag gestellt, das Koo[rdinations]-K[omitee] aufzulösen. Er sagte dann, daß das Koo[rdinations]-K[omitee] seinen Zweck nicht erfüllt habe. Die Zusammenarbeit sei nicht gefördert, die Stimmung sei ungünstiger wie vorher, der eine wisse vom andern nichts. Auch die Absicht, dadurch Geld zu sparen oder besser

27 Zu den »Amsterdamern« gehörten die Internationalen Verbände der Privatangestellten, der Bekleidungsarbeiter, der Bau- und Holzarbeiter, der Fabrikarbeiter und ITF. Die Proteste hatten bei Schliestedt nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Bereits in seinem Schreiben an Plettl vom 31.8.1935 wies er auf diese Form der Intervention ausdrücklich hin. Vgl. Buschak, Arbeit, S. 185f.

28 Wim Spiekman (1899–1975) war 1934–1958 Sekretär des Internationalen Bundes der Privatangestellten (IBP) in Amsterdam. In der Vorlage durchgängig irrtümlich: Spiekmann.

29 Vgl. zum Verhältnis Schliestedt und Spiekman dagegen Beier, Reichsleitung, S. 45f.

30 Walter Schevenels (1894–1966) war seit 1930 Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB). Vgl. auch Dok. 18.

31 D.h. die IBS in Amsterdam, sowie die dort ansässigen deutschen emigrierten Gewerkschaftsorganisatoren, die gegen die Zentralisierung in Händen von Schliestedt und des IGB waren. Vgl. Dok. 22, 44.

32 Vgl. auch Dok. 29.

33 Klaas de Jonge (18.6.1887–1958) war ab 1917 Sekretär und ab 1921–1950 (unterbrochen während der deutschen Besetzung der Niederlande) Vorsitzender der Algemeene Bedrijfsgroepen Centrale, 1926–1950 Sekretär der Internationalen Föderation der Fabrikarbeiter, 1933–1938 Kontakte zu deutschen illegalen Gewerkschaftsgruppen für die Internationale, 1940–1945 inhaftiert.

34 Der Brief liegt nicht vor.

35 Tom Shaw (geb. 1872) war seit 1903 besoldeter Sekretär und Vorstandsmitglied der Vereinigten Textilarbeiter in England, seit 1918 Mitglied des englischen Parlaments, 1924 Arbeitsminister, 1929 Kriegsminister, 1922–1925 Sekretär der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, seit 1911 Sekretär der Internationalen Föderation der Textilarbeiter.

zu verwenden, sei nicht erreicht, also in jeder Beziehung Versagen. Darum Schluß. Auch ich habe es nicht für möglich gehalten, daß sich die Freunde vom Koo[rdinations]-K[omitee] selbst aufhängen. Zwar mußten sie die Anklagen *Shaws* als berechtigt anerkennen, aber es solle doch [...][36] werden. *Shaw* bestand auf einer Abstimmung, denn als guter Demokrat werde er sich fügen. Natürlich bleibt das Koo[rdinations]-K[omitee] leben.

Dann kam unsere Sache, einen ganzen Tag. *Schevenels* erstattete Bericht über Reichenberg und über sein Wissen von dem Zustandekommen. Dann gingen die Angriffe aus Amsterdam los. Dabei gab es ein böses Intermezzo. *Fimmen* wurde gestellt und mußte zugeben, daß er das vertrauliche Rundschreiben im Ganzen an *Miles*[37] gegeben hatte. *Fimmen* entschuldigte sich und versprach Besserung, aber die Lumperei war doch geschehen. So weiß ich nun auch, woher alle Welt über die Konferenz unterrichtet wurde, wie die Gerüchte über Verhaftungen entstanden sind, Abschriften des Rundschreibens sich in vielen unnützen Händen befinden usw. Dieser Vertrauensbruch *Fimmens* war den anderen drei Amsterdamern doch zuviel.[38]

Ich habe dann die ganzen Zusammenhänge um die Konferenz[39] noch einmal dargestellt und ihnen einmal das Wesen illegaler Arbeit vorgehalten. Konferenzen können nicht wie in legalen Zeiten vorbereitet werden mit Tagesordnung, Referenten und Leitsätzen. In der illegalen Periode soll man sich freuen, daß eine Konferenz zustande kommt, auch wenn man vorher weder ihren Umfang, noch die in Aussicht genommenen Absichten kennt. Nicht die Formalität, sondern die Arbeit, die Tat, ist die Hauptsache. Ein Recht zur Kritik habe ich vor allen Dingen *Spiekman* bestritten, denn er war offiziell durch seinen Delegierten [Siegfried] *Aufhäuser*[40] vertreten und dieser hat bereits in *Spiekmans* Namen zugestimmt. Dadurch fühlte sich [Tounis] *v[an] d[er] Heeg*[41] überrascht und war aufgebracht. Doch ich mußte ihnen allen sagen, daß sie sich hätten genau so beteiligen können, wenn sie gewollt hätten. Wozu also der Lärm. Ihre ganzen Voraussetzungen sind falsch, sie suchen vor allen Dingen *Schevenels* etwas am Zeuge zu flicken, obwohl nicht der Schatten eines vermeintlichen Rechtes dafür vorhanden sei.

Shaw wollte von der ganzen Sache nichts mehr wissen. Deutschland ist ein hoffnungsloser Fall. Einer von seinen Freunden sei auch wieder verhaftet und so geht es jedem, der etwas tut. Es hat also keinen Zweck und darum werden sich die Textiler aus der ganzen Sache mit Ende 1935 zurückziehen und Deutschland sich selbst überlassen.[42] Auch ein Standpunkt, wenn auch ein unmöglicher, denn *Hitler* wird den Standpunkt umkippen und vielleicht wird Tom *Shaw*, Kriegsminister a.D., einen neuen Standpunkt suchen müssen.

Fimmen war wieder mal der schönste, denn er stellte seinen[43] Grundsatz auf: »Ich[44] erkenne nur an, wo ich bei gewesen bin oder einer meiner[45] Beauftragten.« Amen. Ich habe das besonders unterstrichen, denn ein solches Bekenntnis schafft einige Klarheit, zerschlägt aber auch den Gedanken der Zusammenarbeit und das ganze Koordinations-Komitee. Wenn nun der große Edo [*Fimmen*] nicht in dem Komitee säße, wenn die ganzen IBS ihn nicht da hinein genommen hätten? Mit Selbstherrschern gibt es keine Zusammenarbeit! Das Nachspiel solcher Auffassungen folgt in Amsterdam und Berlin. Darüber später.

Es wurde versucht, um die Abstimmung herumzukommen. Nach meiner bescheidenen Auffassung war sie vollkommen überflüssig, ja sie wurde zu Unrecht gefordert. Nachdem alle IBS zur Stellungnahme aufgefordert waren, die Antworten eingegangen, Ablehnungen nur von den vier Amsterdamern vorlagen, war die Sache entschieden, zumal auch der IGB zugestimmt hatte. Was wollten denn die Koo[rdinations-Komitee]-Kameraden noch. Ihr Mandat in dieser Frage war überholt! So sollte die Abstimmung durch Erklärungen vermieden werden. [Walter] *Citrine*[46] schlug einen Beschluß vor, auf sechs Monate begrenzte Zustimmung. *Shaw* blieb bei seiner Auffassung aus Grundsatz, er sei Demokrat. *Fimmen* lehnte für die ITF ab. Da gab's nachdrücklichen Protest, denn hier habe niemand Erklärungen für seine Internationale abzugeben, sondern sie seien Koo[rdinations]-Komitee. Jeder müsse seine Meinung so präzisieren, wie sie diesem Amt entspreche. Aber mach mal etwas mit *Fimmen*! Gegen *Shaw* läßt sich nicht streiten. Aber in dieser Kontroverse zeigte sich die Unmöglichkeit einer Abstimmung. Die IBS hatten ja schon abgestimmt und das Koo[rdinations]-K[omitee] war rechtlich gar nicht mehr zu einem Votum befugt. Höchstens konnten die Anwesenden noch für ihre Internationalen abstimmen und

36 In der Vorlage nicht lesbar.

37 Deckname für Walter Loewenheim (18.4. 1896–31.3. 1977). Loewenheim war Begründer und bis Juli 1935 Kopf der illegalen »Leninistischen Organisation« (LO), die sich vor 1933 in der Kritik an KPD und SPD gebildet hatte. Verfasser der programmatischen Schrift »Neu Beginnen« unter dem Pseudonym »Miles«, das im September 1933 veröffentlicht wurde und unter deren Namen die Gruppe fortan firmierte. Nach der Spaltung der Gruppe im Juli 1935 emigrierte Loewenheim über die CSR nach Großbritannien, Aufbau einer Ingenieurfirma, keine politischen Aktivitäten. Vgl. eingehend zu Neu Beginnen und zu Loewenheim: Foitzik, Zwischen den Fronten, S. 26ff., 70ff., 130ff., 202ff.; Walter Loewenheim, Geschichte der Org [Neu Beginnen] 1929–1935. Eine zeitgenössische Analyse. Hrsg. von Jan Foitzik, Berlin 1995; Stöver, Neu Beginnen, S. XIXff.

38 Vgl. zu den Auseinandersetzungen zwischen ITF und ADG Dok. 22, 34, 36.

39 Gemeint ist die Reichenberger Konferenz (Anm. 26).

40 Siegfried Aufhäuser (1.5.1884–6.12.1969) war 1920 geschäftsführender Vorsitzender, 1921–1933 hauptamtlicher Vorsitzender des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (Afa-Bund), ab 1920 Mitglied im Reichswirtschaftsrat, 28.3.1933 Rücktritt als Vorsitzender der AfA, 26.4.1933 Wahl in den Parteivorstand der SPD, mehrmals verhaftet, Mai 1933 Emigration über das Saarland nach Paris, August 1933 Mitglied im Exil-Vorstand der SPD in Prag, Aufbau des Arbeitskreises Revolutionärer Sozialisten Deutschlands, Sommer/Herbst 1934 Einheitsfrontdiskussion in der Exilpresse, Januar 1935 Ausschluß aus der Sopade, Juli 1935 AfA-Vertreter auf der Reichenberger Konferenz der ADG, 1936 Mitglied im deutschen Volksfrontausschuß Prag, Unterzeichner des Volksfrontaufrufs vom Dezember 1936, Mitte 1937 Austritt aus dem Arbeitskreis Revolutionärer Sozialisten, Herbst 1938 nach Paris, Mai 1939 Emigration über London nach New York, ab September 1939 Mitglied und ab 1943 Vorsitzender der German Labor Delegation (GLD), Herbst 1944 Austritt aus der GLD, Bemühungen zum Aufbau einer Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in den USA nach dem Vorbild in England, 1945–1951 Redakteur der New Yorker Stadtzeitung, Mitte 1951 Rückkehr nach Deutschland, ab Januar 1952 Vorsitzender, ab 1959 Ehrenvorsitzender des DAG-Landesverbands Berlin.

41 Tounis van der Heeg (1886–1958) war ab 1908 hauptamtlicher Sekretär, ab 1915 Bundessekretär und ab 1918 Vorsitzender der niederländischen Bekleidungsarbeitergewerkschaft, ab 1932 Vorstandsmitglied der Nederlands Verbond van Vakvereningen, 1945–1949 Vorsitzender des Nederlandse Bond van Arbeiders en Arbeidsters in de Textiel- an Kledingsbedrijven (NVV), ab 1946 Mitglied des Allgmeinen Rats der NVV, ab 1925 Sekretär der Internationalen Bekleidungsarbeiter-Förderation.

42 Bei der verhafteten Person handelte es sich möglicherweise um Karl Schirmer, der vor 1933 Geschäftsführer des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes in Dresden gewesen war, die illegale Arbeit der Textilarbeiter koordinierte und im Frühjahr 1935 verhaftet worden war. Vgl. hierzu Dok. 44 Anm. 16.

43 In der Vorlage Großbuchstaben.

44 Ebd.

45 Ebd.

46 Walter Citrine (22.8.1887–1983) war seit 1924 stellvertretender, 1926–1946 Generalsekretär des Trades Union Congress (TUC), 1928–1945 Präsident des IGB, 1945/46 Präsident des Weltgewerkschaftsbundes (WGB), 1946 Mitglied der staatlichen Kohlebehörde, 1947–1957 Vorsitzender der staatlichen Elektrizitätsbehörde.

das hätte nur für diese eine Bedeutung gehabt. So sehen die Leute aus, die an den Formalitäten hängen und sie selbst nicht beachten aus Sorge um ihre Geltung.

Also wurde die Tragikomödie der Abstimmung vorgenommen und dabei flog der Amsterdamer Sowjet auseinander. *Fimmen* stimmte von ihnen allein dagegen. Außerdem natürlich der alte *Shaw*. Und die Folge ist, es bleibt so, wie es bisher war. Der IGB stellt monatlich ca 1.000 RM für die Reichsleitung zur Verfügung. So war's vorher und so ist es nachher. Dazu war die Sitzung notwendig. Letzten Endes bleibt die wirkliche Arbeit doch uns Deutschen überlassen und ich weiß, was ich [zu] tun habe.[47] – – –

Im Anschluß an Paris war ich in Brüssel wegen der Bergarbeiter-Internationale, auch Fritz [*Kummer*][48] hatte mich seit Monaten dringend eingeladen, und weil ich schon mal in Brüssel war, wünschten die Amsterdamer dringend, ich möchte auch nach dort kommen, um mit den sieben Berufsinternationalen eine Besprechung abzuhalten. Das habe ich gemacht. Leider war *v[an] d[er] Heeg* durch Kommunalangelegenheiten verhindert. Ich habe den Anwesenden dann ein Exposé gegeben über die illegale Gewerkschaftsarbeit, ihre Möglichkeiten, Notwendigkeiten, Methoden und Aufbau.[49] In der Aussprache wollten sie auch noch eine Prognose haben, die ich soweit gegeben habe, als sie den Mitteilungen unserer Freunde aus B[erlin] entsprach. *Fimmen* war ebenfalls nicht anwesend, befand sich in Genf, dafür aber [s]ein Vertreter [Jacobus] *Oldenbroek*[50], der am Schluße noch einmal in die Debatte hineinstieg, obwohl er selbst erklärte, daß es bei dem Stand der Verhandlungen unangebracht sei. Aber er sprach: Wir von der ITF haben die Eisenbahner organisiert, wir haben unsere Vertrauensleute in allen Teilen des Reiches, die Leitung haben wir und deshalb haben wir auch keinen Hauptvertrauensmann in Deutschland. Wir können unseren Leuten nicht empfehlen, mit der Reichsleitung die Verbindung aufzunehmen, denn wir halten das nicht für gut. Unsere Leute sollen getrennt von den anderen bleiben aus Sicherheitsgründen usw.[51] So lernte ich noch einmal die Auffassung *Fimmens* kennen aus dem Munde eines seiner Untergebenen, der nach seiner Mitteilung wiederholt in Deutschland war.[52] Aber das ist ihm nicht gut bekommen, denn ich mußte ihn

47 Schliestedt schrieb bereits am 5.10.1935, daß »bei der letzten Vorstandssitzung des IGB in Paris die Auslandsvertretung anerkannt« wurde, »wie der soeben eingetroffene Brief von Schevenels offiziell mitteilt. Es wurde ein monatlicher Betrag für D[eutschland], nichts für die Auslandsvertretung, von 1.000 ausgeworfen.« (AdsD, DGB-Archiv, Nl. Plettl). Irrtümlich: Beier, Reichsleitung, S. 47. Vgl. auch Buschak, Arbeit, S. 189, dessen Darstellung (S. 196ff.) auf dem vorliegenden Dokument fußt.

48 Fritz Kummer (1875–1937) war vor 1921–1933 Redakteur der Deutschen Metallarbeiter-Zeitung, 1933 Emigration, Leiter eines gewerkschaftlichen Informationsbüros und Herausgeber eines Pressedienstes in Brüssel, September 1937 Emigration nach USA, bei einem Autounfall 1937 tödlich verunglückt.

49 Es ist nicht eindeutig, welches Exposee Schliestedt meint. Vgl. aber: Heinrich Schliestedt, Die illegale Gewerkschaftsarbeit in Deutschland, vom 18.9.1935, abgedr. in: Beier, Reichsleitung, S. 90–102.

50 Jacobus H. Oldenbroek (1898–7.3.1970) war seit 1921 Sekretär von Edo Fimmen, seit 1933 Leiter des ITF-Büros und besuchte im Auftrag des Sekretärs der ITF, Edo Fimmen, mehrmals Kontaktpersonen des alten Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands und der Sektion Seeleute, Binnenschiffer und Hafenarbeiter im Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, 1938 stellvertretender Generalsekretär, nach Tod von Fimmen 1942 amtierender, 1943–1950 Generalsekretär der ITF, 1950–1960 Generalsekretär des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG). Vgl. auch Dok. 55, 58. In der Vorlage durchgängig irrtümlich: Oldenbrock.

51 Dies war u.a. die Ansicht von Jahn. Vgl. dessen Bericht an Fimmen für die Jahre 1933–1936 (Dok. 75). Jahn war der Koordinator der illegalen Arbeit der ITF in Deutschland mit Sitz in Amsterdam. Die ITF verlangte von ihren Mitgliedern, nur für sie und keine andere Organisation tätig zu werden. Dies hatte vor allem den Grund, sich vor Gestapospitzeln abzuschotten. Vgl.: Richtlinien der Aktivgruppen (ITF) (Dok. 74). Zu Jahn vgl. ferner dessen Tätigkeitsberichte über seine illegale Arbeit 1936–1941 (Dok. 86, 90) sowie Dok. 22.

52 Vgl. Dok. 58 sowie die Darstellung bei Jahn in seinem Bericht 1936 (Dok. 75).

natürlich fragen, was solche Auffassung noch mit gewerkschaftlichen Gedanken zu tun hat. Wenn nun jeder der anwesenden IBS genau so handeln wollte, dann würde jeder seinen Apparat aufziehen und keiner weiß vom anderen. Anstatt die Kräfte zusammen[zu]fassen würde die Zersplitterung propagiert und damit die Geschäfte *Hitlers* besorgt. Es kommt nicht auf die Koordination im Auslande an, sondern auf die Zusammenfassung aller Kräfte in Deutschland. Übrigens richteten sich die Deutschen nicht nach solchen abstrusen Ansichten einer Internationale, auch nicht nach der ITF. Und wenn er das nicht glauben sollte, so möge er sich bei Hans *J[ahn]* erkundigen, den sie ja bei sich haben, denn der wäre bei allen Sitzungen der Reichsleitung dabei gewesen.[53] *Oldenbroek* war danach etwas benommen, aber wohl verdient.

Ich habe Ursache zu glauben, daß meine Besprechung in Amsterdam ein Erfolg war und es wurde auch nach Paris berichtet. Jedenfalls haben alle ihre Mitarbeit versprochen. Es kommt nur noch auf die Methode an, wie ich die Mitarbeit mobilisieren und in Anspruch nehmen kann. Insofern lastet doch reichlich viel auf mir allein, wenn man sich kaum mit einem anderen aussprechen kann und nur aus sich selbst schöpfen muß, ohne in einer Aussprache seine Gedanken überprüfen zu können an der Meinung anderer.

Und nun kommt das nächste Kapitel *Fimmen*. Er hat doch bekanntlich zu Ostern in Roskilde bei Kopenhagen eine Konferenz seiner Vertrauensleute abgehalten, die bald darauf verhaftet wurden. Jetzt stellt sich heraus, daß einer davon ein Beauftragter der Gestapo war. [Wilhelm] *Voß* – Stettin.[54] Er wurde den Verhafteten, die leugneten gegenübergestellt und frischte ihnen das Gedächtnis auf über das, was der einzelne in Roskilde gesagt hatte. Gewiß kann jeder bei der illegalen Arbeit mal einem Lumpen aufsitzen, aber es ist doch ein Unterschied dabei. Hier haben wir es mit einer Tragödie *Fimmens* zu tun, denn nach seiner Auffassung bestimmt er die Vertrauensleute, wie er bereits in der Märztagung in Paris betonte. Ich bin ihm schon damals deutlich entgegengetreten und sagte, daß die Vertrauensleute von den Deutschen bestellt werden und die Internationalen haben diese zu unterstützen. Einen guten Rat können sie erteilen, aber ihrer Auswahl können wir nicht zustimmen. Jetzt fällt die Verantwortung für die Bestellung des *Voß* auf die Internationale und sie ist furchtbar. Wählen unsere Freunde drüben ihre Vertrauensleute aus und fallen damit herein, kann natürlich auch vorkommen, dann kennen sie ihre eigene Verantwortung. Haben sie sich aber auf einen Vertrauensmann der Internationale einlassen müssen, dann kommt natürgemäß der Gedanke: hätte man uns die Sache überlassen, dann wäre das nicht passiert. Und in der Tat, so geht es schon, denn einer der Angeklagten sagte bereits, »daß er dem Schwein schon immer nicht getraut habe.«[55] Aber es war der Vertrauensmann *Fimmens*. So rundet sich das Bild dieser Selbstherrlichkeit, und ich glaube nicht, daß ich mich sehr dabei täusche. Vertrauensbrüche und Spitzel. In der November-Sitzung in Paris habe ich noch die Frage aufgeworfen, wie es möglich ist, daß

53 Vgl. Anm. 49 sowie die Berichte von Jahn an den IGB 1939 (Dok. 22, 36).

54 In der Vorlage: Voss. Zur Rolle von Wilhelm Voß (geb. 7.12.1881), der die Arbeit der ITF in Stettin anleitete und am 19.9.1936 vom Volksgerichtshof in Berlin zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, vgl. Dok. 64. Voß wurde bereits von den Zeitgenossen rasch rehabilitiert. Die Darstellung von Schliestedt ist falsch, veranschaulicht aber das gespannte Verhältnis zwischen Schliestedt/ ADG und ITF. Vgl. zu Voß, den Verhaftungen nach der Konferenz in Roskilde und den Prozessen jetzt ausführlich auf umfangreicher Quellenbasis der Ermittlungs-, Anklage- und Urteilsschriften: Nachtmann, ÖTV, S. 241–246. Vgl. ferner Buschak, Arbeit, S. 76 sowie – ohne Hinweise auf die hier angesprochene Spitzeltätigkeit von Voß – Esters/ Pelger, S. 35ff., S. 46; Beier, Reichsleitung, S. 56f.

55 Woher und von wem das Zitat stammen soll, läßt sich nicht mehr klären. Auf Voß kann es sich nicht beziehen, da die Prozesse in der Folge der Festnahmen nach der Konferenz von Roskilde erst am 18./19.9.1936 stattfanden. Urteil des Volksgerichtshofs, vom 19.9.1936 gegen Wilhelm Voß u.a. (Widerstand als Hochverrat, Microfiche-Ausgabe). Vgl. Dok. 64.

meine in der Julitagung gemachten Ausführungen zu der »Milesgruppe« dem Herrn *Müller*[56] bekannt werden können? Jeder wußte natürlich, was los war, aber nach der ersten scheußlichen Angelegenheit hat niemand das heiße Eisen aufgenommen.

Einige Tage vor Weihnachten war ich wieder zu Hause und habe nun die Arbeit anzupacken versucht nach der Erledigung der aufgelaufenen Korrespondenz. Es kam mir darauf an, alle im Auslande lebenden Gewerkschafter, soweit sie noch zur Mitarbeit bereit sind und nicht durch andere Arbeiten vollkommen belegt wurden, oder aber sich bei irgendwelchen politischen Splittergruppen »revolutionär« ausarbeiten, zusammenzubringen. Zu diesem Zwecke habe ich das beiliegende Rundschreiben verschickt an alle mir bekannten Gewerkschafter.[57] Der Erfolg war bisher eine Anzahl neuer Adressen. Außerdem haben die in Kopenhagen sitzenden Freunde eine Besprechung am 29.1.[1936] abgehalten, wo ihnen Fritz [*Tarnow*] über die bisherige Tätigkeit und ihre Ergebnisse Bericht erstattet hat. Nach dem liebenswürdigen Brief zu urteilen, sind sie alle recht erfreut gewesen und haben ihre Mitarbeit zugesagt. Einstimmig wurde Fritz [*Tarnow*] als der Federführende gewählt.[58] – Nicht eingeladen wurde zu der Sitzung Hermann *Klebe*, der Schwiegervater von *Balleng*. Siehe diese Sache.[59]

In Holland habe ich mit Toni *Reißner* gesprochen, der sichtlich erfreut war, aber es wird schwer halten, ihn zu mobilisieren, denn er sitzt ziemlich fest und hat wohl den Kopf reichlich voller Sorgen. Ich kann mir auch denken, daß es keine Engelsfreude ist, mit *Fimmen* zwangsläufig verbunden zu sein und sich nicht rühren zu können, ohne allerhöchstes Mißfallen zu erregen. Aber ich hoffe, die in Amsterdam sitzenden Gewerkschafter irgendwie eingliedern zu können. Aber das kostet wohl noch manchen Brief, also viel Arbeit.[60]

Weniger angenehm steht es in Paris mit den deutschen Gewerkschaftern. Ich bin bisher nur mit zweien zusammengetroffen, nämlich [Gerhard] *Kreyssig*[61] und [Valentin] *Hartig*,[62] aber nur getrennt, denn die beiden grüßen sich nicht unter den Linden, auch nicht auf dem Korridor, denn sie sind nur durch eine Tür im Büro getrennt. Beide fahren täglich zusammen dieselbe Strecke von Clamart zum Büro, sie können sich bald die Hand von Wohnung zu Wohnung reichen, aber sie tun 's nicht. Ich weiß natürlich, daß immer der andere Schuld hat, aber ich finde es schamlos, wenn der eine Deutsche, *Kreyssig*, gegen den anderen Deutschen, *Hartig*, dessen internationale Vorsitzende [Hans] *Oprecht*[63] – Zürich und [Ernest] *Michaud*[64] – Paris in einer deutschen Frage anruft. Weil *Hartig* als Sekretär der Intern[ationale] d[es] ö[ffentlichen] D[ienstes] einen Vertrauensmann drüben, den auch ich für sehr gut halte aus jahrelanger Bekanntschaft, mit der illegalen Arbeit betrauen möchte,[65] läuft auf einmal *Kreyssig* dagegen Sturm bei der Internationale der beiden. Ein tolles Stück. Dabei beruft sich *K[reyssig]* auf seine Eigenschaft als Auslandsvertreter für den Westen und als Mitglied der Auslandsvertretung. Ich habe ihm erklärt, daß die Auslandsvertretung für solche Handlungen die Verantwortung ablehnt. Wir wollen die Internationalen zusammenfassen zu unserer Unterstützung und erlauben uns derartige Sachen untereinander. Natürlich hat *Hartig* Schuld, aber selbst wenn es wahr wäre, was *Hartig* entschieden bestreitet, auch dann ruft man in der gegenwärtigen Zeit, wo wir überall verlorene Sympathien zurückgewinnen müssen, keine Franzosen und Schweizer gegen einen deutschen Kameraden an. Die müssen doch entsetzt darüber sein und die Wirkung ist uns abträglich. Doch *K[reyssig]* ist absolut unbelehrbar, ist von einem krankhaften Geltungsdrang, von einer Reklamesucht für das eigene Ich befallen, die mich schon sehr viel Nerven gekostet hat, denn ich will ihn möglichst bei der Stange halten, nur muß er an seinen Platz gehen.

In Kopenhagen verständigen sich die Freunde über alles, arbeiten gemeinsam und das ist richtig, aber in Paris läßt *K[reyssig]* unter keinen Umständen *Hartig* in seine Karten gucken, auch mir verweigert er genauen Einblick und wenn die Reichsleitung in B[erlin] etwas für den Westen tun möchte, dann soll sie sich an *K[reyssig]* wenden, denn nur über ihn geht der Weg nach dem Westen. Infolgedessen gibt es im Westen zwei Apparate, Reichsleitung und *Kreyssig*, und beide wissen nichts voneinander. Kannst Dir denken, wie ich da manchmal operieren muß.

Mir schreibt er, er habe mit Kurt *Heinig* gesprochen in Paris und Brüssel. *H[einig]* sagte, daß niemand in Kopenhagen etwas von der Arbeit wisse, aber jetzt soll 's losgehen, er bekomme bald Nachricht. Bis ein Vertreter für den Norden gefunden sei,

56 Mit »Müller« war Willi Müller, Pseudonym für Karl Frank, gemeint. Karl Frank (31.5.1893–1969), KPD, 1929 KPDO, März 1932 SAP, Ende 1932 Mitglied in der Leninistischen Organisation (LO) von Walter Loewenheim, dort einer der theoretischen Führungspersonen, 1933 ins Ausland mit häufigen Reisen nach Deutschland, Herbst 1933 Leiter der Auslandsabteilung der jetzt unter dem Namen Neu Beginnen firmierenden Gruppe, gute Kontakte zu ITF und Edo Fimmen, enge Kontakte zum linken Flügel des Prager Parteivorstandes der Sopade, Ende 1934 Sperrung der Hilfsgelder für Neu Beginnen durch die Sopade, nach Spaltung der Gruppe Juni 1935 war Frank neben Richard Löwenthal der führende Vertreter von Neu Beginnen, Annäherung an die Sozialdemokratie, kritische Berichterstattung über die Entwicklung in Deutschland, Dezember 1939 Übersiedlung in die USA, Bemühungen um den Aufbau einer deutschen Emigrantengruppe und Konflikte mit der German Labor Delegation, Sommer 1944 an der Gründung des Council for a Democratic Germany beteiligt, nach 1945 keine Rückkehrerlaubnis nach Deutschland aus politischen Gründen, 1969 in USA verstorben. Schliestedt spielte hier auf seine Darstellung des Ablaufs der Reichenberger Konferenz gegenüber Plettl in seinem Brief vom 31.8. 1935 an (AdsD, DGB-Archiv, Nl. Plettl).

57 Vgl. Redaktionskommission des Inform-Dienstes der freien Gewerkschaftsgruppen Deutschlands, an alle antifaschistischen Parteien und Gruppen [Dezember 1935] (IISG, Miners International, Correspondence Germany, 2).

58 Gemeint ist Fritz Tarnow. In Kopenhagen fanden weitere Besprechungen statt, z.B. am 28.8.1936. Vgl. den Gestapo-Bericht vom 10.11.1936 (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 300, Bl. 195–197).

59 Hermann Klebe (geb. 16.8.1878) war 1919–1933 Vorsitzender des Maschinisten- und Heizerverbandes, 1920–1933 Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates, 1933 Emigration nach Dänemark.

60 Vgl. zu den Konflikten Bergarbeiter – ADG eingehend Kap. IV der Dokumente.

61 Gerhard Kreyssig (25.12.1899–14.10.1982) war 1928–1931 wirtschaftspolitischer Sekretär der AfA Berlin, 1931–1945 Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung des IGB, 1933 Emigration nach Paris, bis März 1934 Vorstandsmitglied der Pariser Gruppe der Sopade und zusammen mit Hartig Leiter der ADG im Westen, 1941 Emigration nach London, ab 1942 Mitglied der Programmkommission für Wirtschaftsfragen der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien, 1945 Rückkehr nach Deutschland, 1947–1949 Mitglied im Wirtschaftsrat, 1951–1965 MdB (SPD), ab 1952 Mitglied der gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, 1958–1965 MdEP.

62 Valentin Hartig (geb. 1889) war 1923–1930 in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit tätig, seit 1926 beim Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, 1930–1933 Leiter des Büros der Internationale des Personals öffentlicher Dienste in Berlin, 1933 Emigration nach Paris, Verbindungsmann der Sopade zu ADG und CGT, Mai 1937 Verhandlungen mit Paul Merker über den Anschluß des Koordinationsausschusses deutscher Gewerkschafter an die ADG, nach der Besetzung Frankreichs untergetaucht.

63 Hans Oprecht war Vorstandsmitglied des schweizerischen Verbandes des Personals Öffentlicher Dienste.

64 Ernest Michaud war seit Mai 1933 Nachfolger von Fritz Müntner als Generalsekretär der Internationalen Föderation der Gewerkschaften des Personals Öffentlicher Dienste und gehörte dem Vorstand der französischen Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes an.

65 Der Vertrauensmann von Hartig konnte nicht eindeutig ermittelt werden. Möglicherweise handelt es sich um Wilhelm Vollnberg, der ab Frühjahr 1936 für die ADG berichten sollte, aber bereits am 22.3. 1936 nach einem Besuch in Reichenberg verhaftet wurde. Vgl. Nachtmann, ÖTV, S. 255.

übernehme er, *K[reyssig]*, den Norden auch noch mit. Fritz *Tarnow* könne es nicht werden, weil usw.[66]

Von diesen wenig erfreulichen Dingen gebe ich Dir nicht ohne Absicht Kenntnis. *Kreyssig* schreibt Dir ja auch, aber er wird wenig von den unangenehmen Verhältnissen zwischen ihm und den anderen deutschen Kameraden schreiben. Wenn Du das aber weißt, so kannst Du selbst abwägen. Seinen Namen wirst Du in den Beilagen noch lesen. Du willst daran erkennen, daß ich nicht kleinlich bin und mich ernsthaft bemühe, ihn in der Mitarbeit zu erhalten, auch aus taktischen Gründen, aber ich habe auch die Aufgabe, alle anderen zu erfassen, und bin deshalb verpflichtet, etwaige Ausschließlichkeitsbestrebungen oder »Führerallüren« im Interesse der Gesamtheit zu dämpfen. Für solche Dinge ist keine Konjunktur bei uns.[67]

Beiliegend findest Du auch ein Rundschreiben an alle Landeszentralen des IGB und an die Berufsinternationalen und darin auch Deinen Namen.[68] Wenn ich dabei voreilig war, dann bitte ich noch nachträglich um Entschuldigung, aber auch um Deine Zustimmung. Mehr brauche ich dafür noch nicht zu sagen, aber gib mir doch Nachricht, ob ich dieses Zirkular und die anhängenden »Nachrichten der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften«[69] an amerikanische Organisationen schikken soll und welche. Bitte die Adressen.

Kürzlich war der KPD-[Wilhelm] *Koenen*[70] bei mir, sehr überraschend. Er wollte »zusammenarbeiten«. Vorher hatten sie eine Dame[71] zu mir geschickt, die unverrichteter Dinge wieder abziehen mußte. *Koenen* hatte dabei nicht mehr Erfolg, denn ich habe ihm unverblümt meine Meinung gesagt, ohne daß seine unerwartete Freundlichkeit dadurch geringer geworden wäre. Ich habe jede Zusammenarbeit als eine Belastung abgelehnt. Die kommenden Gewerkschaften müssen die bisherige Spaltung in christliche usw. überwinden. Dabei können wir ein Bündnis mit den Kommunisten nicht brauchen. Wir haben das auch gar nicht nötig, denn bisher haben sie keine Gewerkschaften in Deutschland gehabt und die RGO sei nur verpflichtet gewesen, den Gewerkschaften das Leben zu erschweren, was sie mit viel Fleiß versucht habe. Aber sie wollten die freien Gewerkschaften mit aufbauen. Schön, dann laßt die Finger davon und erklärt öffentlich, von Moskau und auch von Euch aus, daß es nie wieder eine RGO geben wird, auch keinen anderen Versuch, in Gewerkschaften irgendwelche Oppositionsgruppen zu bilden, daß die Gewerkschaften ganz allein über ihre Angelegenheiten zu beschließen haben und die Kommunisten sich nicht hineinmischen werden. Er behauptete, daß die RGO liquidiert sei auf dem letzten Komintern-Kongreß.[72] Doch das habe ich als Manöver abgelehnt. Ich will eine eindeutige Erklärung, offiziell.[73]

Ich lehnte auch die Einheitsfront ab, weil es die nicht gibt, solange zwei Internationalen hineinreden. Nachdem die Rote Gewerkschaftsinternationale zu 95% zwangsweise aus Russen besteht, hat sie ihre Existenzberechtigung verloren und soll sich auflösen als den einzigen Dienst, den sie der Arbeiterbewegung noch leisten kann.[74]

Ebenso auf politischem Gebiet. Nachdem die Kommunisten auf einmal für Demokratie, selbst die schäbigsten Reste, kämpfen wollen, sich für allgemeines usw. Wahlrecht, für Nationalversammlung und für religiöse Toleranz einsetzen, also für alles sind, was die Sozialdemokratie bisher vertreten hat, nicht einmal vertreten hat, muß die 3. Internationale verschwinden. Deshalb bin ich gegen die Einheitsfront im Interesse der Einheitsorganisation. Das waren meine Gedankengänge.

Dann wollte er aber wenigstens meine Mitarbeit auf caritativem Gebiet, nämlich bei der Roten Hilfe,[75] die jetzt vollkommen umorganisiert wird und von der Partei losgelöst. Ich denke, sie war schon immer losgelöst! Aber auch in dieser Sache habe ich ihm die kalte Schulter gezeigt. ---

Bei der fast beispiellosen politischen Unruhe auf dem alten Kontinent, der immer vollkommener werdenden Einschnürung Deutschlands, wozu der Konflikt mit Italien ein gehörig Teil beigetragen hat, bei den stärker werdenden inneren und äußeren Schwierigkeiten Deutschlands ist dessen Schicksal äußerst labil. Daraus erklärt sich auch die Geschäftigkeit aller Gruppen, die an einer Wendung der Dinge in Deutschland interessiert sind. Leider gehört es noch immer zum Wesen eines wirklichen Staatsmannes vor den sogenannten Hoheitsrechten eines Staates wenigstens in Worten eine Verbeugung zu machen, auch vor *Hitler*, anstatt daß die leitenden Leute aller Staaten öffentlich erklären, daß sie die Hitlerischen Staatsmaximen nicht dulden können wegen der Gefahr für das Leben aller anderen Staaten. Daß deshalb jedes Mittel anzuwenden ist, um die Regierung in Deutschland auf den Boden der allgemeinen Kultur und Zivilisation zu zwingen, weil nur so ein Leben aller Staaten und Völker gewährleistet ist. Haben doch England, Frankreich und Amerika ihren Völkern den Krieg als notwendig bezeichnet, um in Deutschland die Demokratie herzustellen, als die Voraussetzung des kommenden dauernden Friedens. Sie haben doch verlangt, daß der Friedensvertrag abzuschließen ist von einer aus Wahlen, demokratischen Wahlen, hervorgegangenen Volksvertretung und einer entsprechenden Regierung. Diesem Programm einer Kriegsverhinderung brauchten sie nur treu zu bleiben, und *Hitler* wäre unmöglich. So können sie leicht durch einen neuen Krieg die Kosten ihrer Inkonsequenz den Völkern wieder auferlegen. --

Jetzt bin ich nur neugierig, wann Du diesen Brief bekommst und ob er Veranlassung sein wird, Deine Schreibmaschine in Bewegung zu bringen. Es gibt noch mehrere

66 Kurt Heinig (19.1.1886–21.5.1956) war 1923–1933 Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung des Deutschen Werkmeisterverbandes, 1927–1933 MdR (SPD), 1933 Entlassung, Juni 1933 Flucht nach Dänemark, seit 1934 Mitarbeiter der Deutschland-Berichte der Sopade, deren dänische Übersetzung er besorgte, 1940 Flucht nach Schweden, Mitglied der Sopade-Gruppe in Schweden, Konflikte mit ADG und Landesgruppe Schweden wegen der Politik gegenüber der KPD, Mai 1946 enger Mitarbeiter von Kurt Schumacher, schriftstellerische Tätigkeit.

67 Dies war im Grunde aber auch der Vorwurf, der gegenüber Schliestedt von Jahn u.a. erhoben wurde.

68 Dieses Rundschreiben lag nicht bei.

69 Vgl. Stroech, S. 212.

70 Gemeint ist Wilhelm Koenen (7.4.1886–19.10.1963). Koenen war 1919 Mitglied der Nationalversammlung, 1920–1932 MdR (KPD), 1932/33 Mitglied des Preußischen Landtages (KPD), 1935 Leiter der KPD-Emigranten in der CSR, später in Frankreich und England, 1945/46 KPD/SED, 1946–1963 Parteivorstand bzw. Zentralkomitee der SED, 1946–1948 Landesvorstand der SED in Sachsen, 1946–1950 Mitglied des Landtages von Sachsen, 1948/49 Mitglied der Volkskammer, 1948–1958 Leiter des Sekretariats der Volks- und Länderkammer. Zum Besuch bei Schliestedt vgl. eingehend den Bericht von Wenzel (d. i. Koenen) vom 17.1.1936 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/708/138, Bl. 4–7). Zur Entwicklung der RGO und der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit vgl. Kap. V der Dokumente.

71 Diese Person konnte nicht ermittelt werden.

72 VII. Weltkongreß der Komintern in Moskau 25.7.1935 bis 20.8.1935.

73 Der Kontakt zwischen Schliestedt und der KPD brach nicht ab. Schliestedt blieb aber bei seiner distanzierten Haltung gegenüber den Bemühungen der KPD. Ebenso reagierte Fritz Tarnow, den der Abschnittsleiter Nord der KPD, Sepp Schwab, Anfang Juli 1936 in Kopenhagen besuchte. Schliestedt und Tarnow lehnten Kontakte nicht grundsätzlich ab. Kooperationsangebote wiesen sie jedoch klar zurück. Die Entscheidung über die Aufnahme von Kommunisten in gewerkschaftliche Gruppen innerhalb des Reiches lag nach ihren Erklärungen allein bei den illegalen Gruppen selbst. L[ouis] [d.h. Sepp Schwab], an Liebe Freunde, Ko[penhagen] vom 13.7.1936 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/336, Bl. 294–296) sowie Dok. 39, 40.

74 Zur RGI vor 1933 vgl. Müller, RGO. Für die Zeit nach 1933 liegt keine verläßliche Darstellung vor.

75 Die Rote Hilfe war eine Organisation der KPD.

Freunde in Europa, die darauf warten. Am Jahresschluß war Dein Kamerad Cae[sar *Thierfelder*] hier und läßt grüßen.[76]

Ich wünsche Dir also viel Gesundheit und Zeit, daß Du etwas von Dir hören läßt. Sollen künftig die Briefe nach Katonah[77] gehen, dann gib entsprechende Nachricht.

Alles Gute
H[einrich] Schliestedt[78]

DOKUMENT 36

1936: Hans Jahn diskutiert rückblickend die Möglichkeiten für den Wiederaufbau der Gewerkschaften und die künftige Organisationsform im Jahr 1936

BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 392, Bl. 168–172. Maschinenschrift. Ohne Unterschrift. Für den Abdruck gekürzt.[1]

Wiederaufbau der freien Gewerkschaften

Zustand vor dem 2. Mai 1933.

[...][2]

Nach der Gleichschaltung.

76 Gemeint ist Caesar Thierfelder (6.3.1886- nach 1947), der nach 1912 Schriftleiter und 1920–1933 Sekretär und Mitglied der Zentralleitung des Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verbandes war. Thierfelder leitete die illegale Arbeit der Bekleidungsarbeiter in Deutschland, wurde zusammen mit Schlimme und Scharfschwerdt am 20.1.1937 verhaftet, am 20.1.1938 vom Berliner Kammergericht zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt (Nr. 7a OJs. 88.37 E (v. 56.37)) und zählte zum engen Kreis der Reichsleitung der Gewerkschaften, in den Planungen von Leuschner 1944 für die Reichsleitung der Leder- und Bekleidungsarbeiter vorgesehen, nach 1945 Mitglied des Landesvorstands der SPD in Thüringen, seit April 1946 Landesvorstand der SED in Thüringen, 1946/47 Geschäftsführer im SED-Verlag »Thüringer Volk«. Vgl. Dok. 22, 41, 51. Zum Mißtrauen Schliestedts wegen der langsamen Zustellung seiner Briefe an Plettl vgl. bereits das Schreiben vom 5.10. 1935 (Anm. 47).

77 Anschrift von Martin Plettl in den USA.

78 Vgl. Dok. 20, 22, 36, 41.

1 Dieser Text wurde im Titel handschriftlich als »1. Möglichkeit der Geade« gekennzeichnet. Zwei weitere Vorschläge zur Reform der Geade bzw. der ADG folgten. Alle drei Texte dienten als Anlage zum Schreiben der Gruppe um Hans Jahn an den 8. Kongreß des IGB vom 5.–8.7.1939 in Zürich und sollten die Position der Gegner der ADG, die eine Zentralisierung der Gewerkschaftsarbeit in der Emigration anstrebte, beschreiben. Das vorliegende Dokument ähnelt in manchen Abschnitten dem Dok. 22, verbreitert aber gerade die Kenntnis der Bemühungen zum Aufbau der »Reichsleitung« insbesondere für die Entwicklung seit der zweiten Hälfte des Jahres 1935 bis Mitte 1936 sowie hinsichtlich der Verbindungen von Berlin in die Bezirke. Aus dieser inhaltlichen Übereinstimmung und anderen in diesem Kontext entworfenen Plänen – 2. und 3. Möglichkeit der Geade (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 392, Bl. 173–176) – ergibt sich die Autorenschaft von Hans Jahn. Vgl. auch Dok. 44, 75. Die zeitliche Zuordnung für den Stand Mitte 1936 folgt aus dem Hinweis Jahns im Text zu den Aktivitäten der Reichsleitung »in nunmehr 3jähriger Tätigkeit«, d.h. seit Herbst 1933. Ohne die beiliegenden Schreiben könnte dieses Dokument auch bereits für den 7. Kongreß des IGB im Juli 1936 in London ausgearbeitet worden sein. Vgl. hierzu auch Dok. 22 sowie allgemein zu den Auseinandersetzungen um die Gewerkschaftsorganisation Dok. 27ff. Zur Entwicklung des IGB vgl. Hans Gottfurcht, Die Internationale Gewerkschaftsbewegung im Weltgeschehen, Köln 1962, S. 131ff., 145ff. Die beiden Anlagen zu diesem Dokument werden in den Anmerkungen auszugsweise wiedergegeben.

2 Der ausgelassene Text skizziert mit wenigen Sätzen die Organisationsstruktur des ADGB und stimmt inhaltlich mit dem Anfang von Dok. 22 überein.

Von bekannten Personen des ADGB bemühten sich ab Oktober 1933 um Fühlungnahme mit ehemaligen Gewerkschaftlern H[ermann] *Schlimme* und W[alter] *Maschke*.

W[ilhelm] *Leuschner* kam später hinzu (1934).

Aus den Verbänden traten hinzu: Metallarbeiter-Verb[and]: H[einrich] *Schliestedt* und [Erich] *Bührig*, später M[ax] *Urich*. (A[lwin] *Brandes* blieb im Hindergrund – in dessen Haus befinden sich die Büroräume der bekannten Rechtsanwälte [Ernst] *Fraenkel* und [Heinrich] *Reinefeld*[3].

Einheitsverband der Eisenbahner: [Hans] *Jahn*, später [Franz] *Apitzsch* und [Hermann] *Jochade*.[4]

Gesamtverband: [Hermann] *Rudolph*.

Holzarbeiter-Verband: [Richard] *Timm*.

Es bildete sich eine Reichsleitung der ehemals freien Gewerkschaften mit Arbeitsteilung. Sie setzte sich zusammen aus: H[ermann] *Schlimme*, W[alter] *Maschke*, H[einrich] *Schliestedt*, H[ans] *Jahn*, F[ranz] *Apitzsch*, E[rich] *Bührig*[5] und R[ichard] *Timm*.

Schlimme hatte die Aufgabe weitere Verbindung zwischen den ehemaligen Verbandsvorständen herzustellen. W[alter] *Maschke* hatte Verbindungen aufzunehmen zu den Bezirkssekretären des ADGB. *Jahn* war Verbindungsmann zur Partei und Reichsbanner. *Schliestedt* zur Schwerindustrie, *Apitzsch* und *Bührig* sollten ein neues Arbeitsrechts-Gesetz formulieren.[6]

Im Juni 1934 wurde in einer Besprechung *Schlimme*, *Jahn*, *Urich*, [Karl] *Oltersdorf*[7] die Bildung eines Ortsausschusses Berlin beschlossen. Dieser blieb auf Metallarbeiter, Gesamtverband, Eisenbahner und Buchdrucker beschränkt. Zur selben Zeit begann es bei den Metallarbeitern zu kriseln. Der Reihe nach gingen hoch: Stuttgart, Frankfurt/M., Halle, Leipzig, Dresden, Berlin.[8] Januar 1935[9] wurde W[alter] *Maschke*

3 In der Vorlage: Fränkel. Ernst Fraenkel (1898–1975) war als ehemaliger Syndikus des DMV zunächst Rechtsanwalt zahlreicher ehemaliger Gewerkschaftsfunktionäre in den Prozessen um Entschädigung, Feststellung und ggf. Auszahlung der Versicherungsbeiträge nach den Entlassungen 1933, 1938 Emigration nach USA, 1953–1967 Professor für Politische Wissenschaft an der FU Berlin.
Heinrich Reinefeld war wie Fraenkel häufig als Rechtsanwalt und als Verteidiger in politischen Prozessen für Sozialdemokraten und Gewerkschafter tätig, z.B. als Verteidiger von Walter Löffler, Otto Elchner und Karl Pieper im Prozeß gegen Alfred Markwitz u.a. am 22.–26.9.1936. Vgl. die Anklageschrift des Reichsanwalts beim Volksgerichtshof, vom 27.5.1936 (Widerstand als Hochverrat, Microfiche-Ausgabe). Reinefeld wurde 1940 zur Wehrmacht eingezogen und starb 1945. Beide, Reinefeld und Fraenkel, waren auch bei den Bemühungen um die Anerkennung erworbener Pensionsansprüche der entlassenen Gewerkschaftsangestellten aktiv. Vgl. Dok. 16, 21, 53.

4 Vgl. Dok. 58, 75.

5 In der Vorlage irrtümlich »A. Bührig«.

6 Vgl. Dok. 22.

7 In der Vorlage irrtümlich: Oldersdorf. Karl Oltersdorf (13.10.1889–11.12.1973), SPD, war 1920–1933 Angestellter im Verkehrsbund in Berlin, zuletzt Sekretär in der Geschäftsleitung des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs im Bezirk Berlin, 1933 Entlassung, illegale Gewerkschaftsarbeit für die ITF, Teilnahme an der ITF-Konferenz in Roskilde/Dänemark am 20./21.4.1935, in der Folge verhaftet, im Prozeß gegen Alfred Markwitz u.a. am 22.–26.9.1936 vom Volksgerichtshof zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt, bis 1942 inhaftiert, nach 1945 am Aufbau des FDGB beteiligt, SPD/SED, Juli 1946-Mai 1949 1.Vorsitzender der Gewerkschaft öffentliche Betriebe und Verwaltungen im FDGB, April 1949–1951 1. Zentralvorsitzender der Gewerkschaft Verwaltungen, Banken, Versicherungen, 1947–1951 Mitglied im Bundesvorstand des FDGB, 1949–1951 Geschäftsführender Bundesvorstand des FDGB, Juni 1953-November 1963 Mitglied der Zentralen Revisionskommission des FDGB. Vgl. zur Konferenz in Roskilde Dok. 64 sowie zum Prozeß gegen Alfred Markwitz u.a. 1936 Dok. 22.

8 Vgl. Dok. 35.

9 Handschriftlich eingefügt statt »Kurz darauf«.

Opfer der Gestapo, nachdem vorher *Rudolph* hochgegangen und *Schliestedt* emigriert waren.[10]

Es verblieben als Reichsleitung: *Schlimme, Jahn, Apitzsch, Bührig, Timm*. (*Leuschner* blieb im Hintergrund.) Verbindung war aufgenommen zu [Caesar] *Thierfelder* (Bekleidungsarbeiter) und A[lbin] *Karl* (Fabrikarbeiter). An die Stelle von *Schliestedt* trat *Urich*.

Der Januar 1935[11] war ein kritischer Monat. *Schlimme* gab sein Geschäft auf. *Leuschner* mußte sich polizeilich melden. *Jahn* löste seine Verbindungen zu Partei und Reichsbanner sowie dem ehemaligen Tatkreis.[12] Der Frühjahrsterrorwelle 1935 fielen *Urich, Oltersdorf*[13], *Jahn* zum Opfer. Die Verbindungen der Reichsleitung erschöpften sich in Fühlungname mit ehemaligen beamteten Funktionären des ADGB und einiger angeschlossener Verbände. Betriebsverbindungen bestanden außer bei den ITF-Verbänden noch in Berlin bei den Metallarbeitern. Die Betriebsfunktionäre der Metallarbeiter (19 Mann) fielen nach *Urichs* Verhaftung an N[eu]B[eginnen].[14]

Eine Koordinierung der Arbeit war im Anfangsstadium (*Jahn-Schliestedt*) März 1934 stecken geblieben.

Dies war der Zustand Mitte Mai 1935.

Koordination.

Am [...][15] November 1935 wurde die gewerkschaftliche Auslandszentrale Deutschlands (Geade) vom IGB anerkannt und damit zur Erledigung der Aufgaben, die sich aus dem illegalen Aufbau der freien Gewerkschaften in Deutschland ergeben, bestimmt.[16] Der IGB war internationale Spitze des ADGB. Träger des ADGB waren die angeschlossenen Verbände. Die Koordinierung der Arbeit in Deutschland ist eine der wesentlichsten Aufgaben der Geade.[17] Soll keine andere Methode angewendet werden, setzt die Koordinierung eine entsprechende organisatorische Vorarbeit der einzelnen Berufsgruppen voraus. Welche Gruppen haben diese Vorarbeit geleistet? Nach unseren Erfahrungen außer uns[18] keine. Wohl bestehen persönliche Verbindungen, diese haben sich aber bis heute noch nicht zu einer organisatorischen Grundlage verdichtet. (Über Art, Inhalt und Arbeitsmethode unserer illegalen organisatorischen Grundlagen kann hier nicht gesprochen werden).[19]

10 Schliestedt floh am 2.10.1934 in die CSR. Inwieweit ein Zusammenhang zwischen der Flucht Schliestedts, der Verhaftung Rudolphs und der folgenden Verhaftung von Maschke am 25.1.1935 besteht, ist nicht eindeutig. Allerdings waren die Verbindungen der Berliner Gewerkschaftsführer zur Exil-SPD in Prag der Gestapo bekannt, die auch durch den Spitzel »Go. 1« informiert wurde. Vgl. Dok. 19, 35.

11 Handschriftlich eingefügt statt »Dezember 1934«.

12 D. h. zu Hans Zehrer. Vgl. Dok. 22. Zur Tätigkeit von Jahn, der sich verstärkt der illegalen Arbeit für die ITF und den Verbindungen nach Amsterdam widmete vgl. Jahns Tätigkeitsbericht für die Jahre 1933–1936 (Dok. 75), sowie Dok. 19 Anm. 7. Inwieweit Jahn allerdings vor seiner Verhaftung und Flucht am 17.5./19.6. 1935 bereits gezielt seine alten Verbindungen aufgegeben hatte, geht aus den anderen Dokumenten nicht hervor.

13 In der Vorlage irrtümlich: Oldersdorf.

14 Urich wurde am 24.5.1935 verhaftet. Zur weiteren Entwicklung beim illegalen Metallarbeiterverband vgl. Dok. 35 sowie eingehend Buschak, Arbeit, S. 111ff.

15 In der Vorlage fehlt die genaue Datumsangabe. Gemeint ist die Sitzung des Koordinations-Komitees des IGB am 29.11.1935 (Dok. 34).

16 Vgl. zur Anerkennung Dok. 28.

17 Vgl. Leitsätze für die gewerkschaftliche Auslandsvertretung Deutschlands (Geade), vom August 1935 (Dok. 27).

18 D. h. ITF mit Eisenbahnern und Seeleuten bzw. Binnenschiffern.

19 Für die ITF vgl. z.B. deren »Richtlinien« (Dok. 74).

Soll die Geade ihre Aufgaben lösen, muß sie an die Bildung eines organisatorischen Gerippes (Kader) gehen.[20] Diese Bildung muß von oben ausgehen, da mangels geleisteter Vorarbeit in den Berufsgruppen und mangels demokratischer Einrichtungen ein Aufbau von unten nicht möglich ist.

Die Bildung der Kaders von oben setzt aber einen »Initial-Kader« voraus. Ist dieser in der Reichsleitung zu erblicken? Diese hat auf Grund verschiedenster Umstände in nunmehr 3jähriger Tätigkeit[21] nichts entscheidendes vollbracht. Bleibt die Geade. Diese arbeitet im direkten Einvernehmen mit IGB und Reichsleitung. Obmann der Reichsleitung dürfte nach wie vor H[ermann] *Schlimme* sein (*Schevenels* besuchte H[ermann] *Schlimme* unseres Wissens zum letzten Male am 25.2. 1935).[22]

Aller Voraussicht nach wird der Versuch unternommen werden, den Aufbau der Kaders im Rahmen der Gliederung des ADGB vorzunehmen. Der ADGB gliederte sich – Stand 1932 – in: 1.288 Ortsausschüsse (davon wurden 31 hauptamtlich verwaltet). 46 Ortsausschüsse der Großstädte vereinigten 61% der Mitgliedschaft, s. Anlage 2)[23] mit 12.259 Ortsgruppen der Verbände, die 4.128.065 = 87% aller Mitglieder erfaßten; 14 Bezirke, dem Bundesausschuß und dem Bundesvorstand.[24]

Die Geade wird gezwungen sein, im Einvernehmen mit der Reichsleitung an die Voraussetzung der Koordination, an die Personenauswahl zu gehen. Der Versuch, ehemalige Mitglieder des Bundesausschusses (Verbandsvorsitzende) für die illegale Arbeit zu gewinnen, dürfte aus den verschiedensten Gründen (Abneigung, Alter, Krankheit, KZ und Emigration) fehlgeschlagen sein.[25] Inwieweit ein Aufbau von Kaders innerhalb einzelner Berufsgruppen gediehen ist, darüber könnten nur die I[nternationalen] B[erufs-]S[ekretariate] näheres aussagen.

Als nächste Personengruppe, die zur Arbeit herangezogen werden könnte, kommen die ehemaligen Bezirkssekretäre des ADGB infrage (Aufgabe *Maschke*).[26] Hierüber unterrichtet Anlage 1.[27]

20 Dieser Gedankengang der Kaderbildung findet sich durchgängig bei Vorschlägen und Entwürfen von Jahn. Vgl. Fritz Kramer [d.i. Hans Jahn], Gedanken eines Illegalen (Berlin 1.3.1935) (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 392, Bl. 222–297); gekürzt abgedr. in: Sozialistische Warte, Nr. 18, vom 15.9.1937, S. 418–422. Vgl. auch Dok. 75.

21 Diese Angabe läßt auf eine Abfassung Mitte 1936 schließen. Vgl. Anm. 1.

22 D. h. Schlimme war nach Einschätzung von Jahn der führende Kopf der Illegalen Reichsleitung im Reich. Wie häufig Schevenels bei Schlimme war, läßt sich nicht mehr feststellen. Die Kontaktaufnahme kam mitunter nicht zustande. So berichteten Berliner SPD-Vertreter bei einer Besprechung mit dem Sopade-Vorstand in der CSR Anfang November 1934, daß Schevenels bei seinem letzten Aufenthalt »mit keinem bekannten Gewerkschaftler in Berlin gesprochen [habe], auch nicht mit den Metallarbeitern und den Afaleuten.« Zusatzdokument Nr. 14: Besprechung mit Mitgliedern der Berliner Zentrale, vom 3.–6.11.1934, in: Buchholz/Rother, Parteivorstand, S. 475–477, hier S. 477.

23 Die Anlage wird in Anm. 28 wiedergegeben.

24 Zum Organisationsaufbau vor 1933 vgl. die Jahresberichte des ADGB und der Einzelgewerkschaften. Zusammenfassend vgl. Detlev Brunner, Bürokratie und Politik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 1918/19 bis 1933, Köln 1992.

25 Vgl. auch das jeweilige »Werturteil« von Jahn über die Bezirkssekretäre des ADGB im Text der Anlage 1 in Anm. 27.

26 Dies war nach Einschätzung von Jahn bereits vor der Verhaftung von Maschke im Januar 1935 gescheitert. Vgl. Dok. 22.

27 Die Anlage 1 listete in vier Spalten für die 14 ADGB-Bezirke zunächst den jeweiligen Sitz der Bezirksleitung vor 1933 (Stadt) auf. Anschließend wurden die Nachnamen der Bezirkssekretäre mit einem »Werturteil« von Jahn benannt. Das »Werturteil« charakterisierte die Personen als »zerschlagen«, »alt«, »willig«, »verhaftet«, »krank«, »säuft«, »gut«, »Nazi«, »emigriert«. In drei Fällen war Jahn die Person des ehemaligen ADGB-Bezirkssekretärs nicht bekannt. In zwei Fällen nannte Jahn allerdings falsche Personen, in drei weiteren Fällen war die Namensschreibung so falsch, daß auf Hörfehler und fehlende Detailkenntnis geschlossen werden muß, z.B. ADGB-Bezirkssekretär in

Die Herstellung einer direkten Verbindung Reichsleitung-Ortsausschüsse erscheint mehr als zweifelhaft. Siehe Anlage 2.[28]

Der Wert der von der Geade zu leistenden Arbeit bleibt unter diesen Voraussetzungen zumindest zweifelhaft.

DOKUMENT 37

29. 5. 1936: Protokoll des Treffens der Mitglieder des Koordinations-Komitees mit Vertretern der Illegalen Reichsleitung in Egmond/Holland

MRC, MSS, 292/915/62/1. Maschinenschrift. Überschrift: »Meeting: Co-ordination-Committee, Brussels, 29th May 1936«, Auszug S. 6–28. Ohne Verfasserangabe.

Berichte von Caesar Thierfelder und Hermann Scheffler am 29.5.1936 vor den Mitgliedern des Koordinations-Komitees über Verbindungen und Aktivitäten des National Committee (Illegale Reichsleitung), über die ökonomische und soziale Situation in Deutschland, bes. die Holzindustrie (Scheffler). Flugblätter zu verteilen und Konferenzen in Deutschland abzuhalten, sei ziemlich unsinnig (Scheffler). Gerhard Kreyssig stimmt dem zu; betont, daß viele illegale Gruppen im Süden Deutschlands keinen Kontakt zur Reichsleitung hatten. Martin Krebs, vor seiner Flucht 1935 in die CSR, Mitglied der Reichsleitung, betont, daß nur verschiedene Einzelgewerkschaften Kontakt zu den Mitgliedern hätten und spricht sich gegen Kontakte mit politischen Organisationen aus. Heinrich Schliestedt verteidigt die Notwendigkeit einer zentralen nationalen Gewerkschaftsgruppe – die Entscheidung hierüber könne jedoch nur von den Illegalen in Deutschland selbst getroffen werden –, ohne die illegale Arbeit von Metallarbeitern u.a. in Zusammenarbeit mit den IBS schmälern zu wollen.

Am 30.5. 1936 diskutieren die Mitglieder des Koordinations-Komitees mit Schliestedt und Fritz Tarnow Fragen der engeren Zusammenarbeit zwischen Geade und den Berufssekretariaten, zwischen Geade und Reichsleitung und Fragen der Finanzierung der Widerstandstätigkeit.

[...][1]

[Walter] **Citrine** explained that the Co-ordination Committee had been set up for the purpose of trying to regularize the work of the ITS and IFTU in carrying out activities in Germany. We had a meeting this morning with certain German comrades in the transport world and I was very encouraged by the reports they gave. I wanted the German comrades present to describe briefly the situation as they saw it and say what they thought could be done to strengthen the organization.

The first German comrade (Clothing worker) [**Thierfelder**][2] said they could not come in and tell when there would be an outbreak. No one could say when or how it would take place. In Reichenberg they formed a sort of Central Committee[3] and then trade groups who remained in touch with the International Trade Secretariats. They had not be able to make contact with the transport and factory workers. This was due to one of the comrades being arrested. Then the miners had a confidential man who was arrested as well. All the former officials of the shoemakers were in prison. He then gave a list of districts being in Thuringia, Bavaria and Baden that were not reported. They had many people arrested in Thuringia.

The National Committee had its representatives in the various districts who in turn were informed by the district officials of the different trades. The localities also had similar arrangements between the different trades. They had to avoid that the correspondence went to one address, yet their work was eventually coordinated. They could not work in the open yet they had to distribute six separate kinds of handbills, the last of which was before Easter this year. Whilst they could not report that any revolution was to take place, they were at least maintaining contacts where they could. They still lacked cooperation in certain trades. He could assure the meeting that their activities had made itself felt in Germany. In December 1935 when the shop stewards' elections were going on in Germany he was to have nothing to do with it. Within a few weeks the whole of Germany knew this and as a consequence the elections were postponed by the Government.[4] The Gestapo got hold of this and very many of the workers, particularly Metalworkers, were arrested. The police found out that in the

Breslau »Wirsig« statt Oswald Wiersich, und ADGB-Bezirkssekretär in Düsseldorf »Boeckel« statt Hans Böckler. In der vierten Spalte führte Jahn »unseren Mann« an, »der bei einer bezirklichen Koordination infrage käme.« Ein »Werturteil« wurde bei diesen Namen nicht ausgesprochen. Im einzelnen nannte Jahn für diese Gruppe: Stuttgart : Wilhelm Kraft, Nürnberg: Georg Vogel, Düsseldorf: Heinrich Malina, Frankfurt/M.: Heinrich Engel, Jena: Paul Hildebrandt, Halle: O. Prinzler, Dresden: Max Kellner, Berlin: Albert Schmidt, Breslau: Willi Bode, Hannover: Friedrich Gückel, Hamburg: Hennings, Stettin: Otto Schmalfeld, Königsberg: Artur Lorenz, Saarbrücken: W. Burger. Die Genannten waren u.a. Vertrauensleute und ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre der Gewerkschaft der Eisenbahner, die Jahn aus eigener Anschauung gut kannte und denen er vertraute. Vgl. die Organisations-Anlage (für die illegale Arbeit der Eisenbahner in Deutschland), vom 1.3.1936 (Dok. 69).

28 Die Anlage 2 benannte für 46 Ortsausschüsse des ADGB die von Seiten der ITF infrage kommenden Personen. Vorangestellt war als Erläuterung:
»In folgenden 46 Großstädten Deutschlands befanden sich Ortsausschüsse des ADGB, die 2,6 Millionen Mitglieder der angeschlossenen Verbände erfaßten. In diesen Orten konzentriert sich die Wirtschaftskraft Deutschlands und sein Proletariat. Hier entstehen die sozialen Spannungen, die die revolutionären Handlungen treiben. In Spalte 3 ist unser Mann benannt, der für eine örtliche Koordination infrage käme. Für Bochum, Hamborn und Oberhausen hat Gagra [Gaugraf] Radtke Leute zur Verfügung. Barmen-Elberfeld sind heute vereinigt zu Wuppertal.« Die Spalten 1 und 2 enthielten die fortlaufende Nummerierung und die Städtenamen. Auch bei diesen Vertrauenspersonen dominierten Eisenbahn-Gewerkschafter.
Unter den Personennamen standen als Hinweise:
»Die vorbenannten Funktionäre sind über die Reichsleitung bezw. Internationale zu erreichen.« Handschriftlich hatte Hans Jahn unter dem Text hinzugefügt: »Diese 46 Großstädte haben rund 21 Mio Einwohner = 32,3% der Bevölkerung.«
Im einzelnen wurden als Verbindungspersonen benannt:
Berlin: G. Schrammar, Albert Schulze, Harry Scheel; Hamburg: Wilhelm Burmester; Köln: K. Priefer, Max Pester; München: G. Berger; Leipzig: Franz Poralla; Dresden: K. Koch; Breslau: R. Bauer; Essen: A. Koslovsky; Frankfurt/M.: J. Hirthammer; F. Müller; Düsseldorf: J. van Huck; Hannover: W. Meyer; Nürnberg: Johann Emmert; Stuttgart: F. Gruber; Chemnitz: H. Förster, Andreas Müller; Dortmund: Georg Vogel; Magdeburg: E. Ferl; Bremen: Karl Köster; Königsberg: Artur Lorenz; Duisburg: Hugo Bachmann; Stettin: O. Schefeld; Mannheim: O. Wirth, J. Denzler, A. Thyes; Kiel: N. Beil; Gelsenkirchen: Leo Radtke; Halle: O. Prinzler; Barmen: H. Weber; Altona: K. Altenkirch; Kassel: K. Schröder; Elberfeld: H. Weber (s. Barmen-Wuppertal); Augsburg: H. Müller; Bochum: s. Radtke; Aachen: W. Hogen; Karlsruhe: O. Beetz; Braunschweig: H. Schumacher; Erfurt: Otto Mieth; Krefeld: W. Eysen; Hamborn: s. Radtke; Mülheim: H. Bollessen; Saarbrücken: H. Frey; Lübeck: O. Bollow; Mönchen-Gladbach: G. Jahn; Plauen/V.: M. Albert; Mainz: M. Schmidt; Wiesbaden: J. Schuck; Münster: K. Körholz; Oberhausen: s. Radtke; Ludwigshafen: Oskar Vongerichten.

1 Die nicht abgedruckten Seiten 1–5 enthalten Ausführungen von Edo Fimmen, Hans Jahn und zweier nicht namentlich genannter Gewerkschafter aus Deutschland über die Widerstandstätigkeit der ITF-Gruppen (Eisenbahner, Seeleute, Hafen- und Transportarbeiter). Danach fuhren die Anwesenden von Brüssel nach Egmond in Holland (vgl. S. 5), da einige der IBS-Sekretäre erklärt hatten, »they could not get their German comrades into Brussels without a passport, whereas they could into Holland«.

2 Vgl. Dok. 38.

3 Vgl. Dok. 27–30.

4 Vgl. zu den Vertrauensratswahlen Kap. VIII der Einleitung.

factories there were Trade Union people carrying out work and that there was no political work but only rigid protests against the wages reductions and increase in the price of foods.

The second German comrade [**Scheffler**][5] from Berlin. His report dealt with the woodworkers. He was not going to deal with the general problems as there was as much information outside of Germany as they themselves knew. There was a certain aim of work in special trades but the woodworkers found that it was mainly in connection with the building of barracks. Trade was bad[6] for the textile trade as well his own. Only 51 per cent of the capacity of the woodworking trade was being utilised. The purchasing power of the masses was so low that they could not buy any furniture or build houses, prices were on the increase. Particularly price of food stuff and even the official statistics was bound to admit this but they made the increase as low as they could. Real wages for the woodworkers were very low. The average wage in 1913–14 was 30 marks a week. In 1930, it was 31,51, 1931–29,63, and 1935–22,33 marks a week. These were too favourable and the tendency in Germany was to leave out the figures for the low paid workers whereas these would not take in the whole of industry as previously. There were the contacts with localities and through them the different shops. They had good relations and the opinion they had formed was through representatives going round, selling technical books or something like that. They got information through this means. They also get in touch with employers and in the middle of Germany, one of the foremost district officials who had been discharged in May 1933, met the employers with whom they had been on strike. This man admitted that the period before *Hitler*, was a « [...][7] time« as compared to today. That was the general feeling among employers in Germany today. It was impossible to carry out activity work but only to preserve contacts amongst those who had formerly done trade union work. If there were far more activity, it would mean prison and arresting for them. It was far better to work steadily and quietly. He had heard a good deal about trade secretariats distributing handbills in Germany. He was curious to know how many of these had been circulated. He was told over six months ago that some trades had been able to organize conferences in Germany but that was quite nonsensical. He personally had a meeting some time ago with 16 people but he was too serious a man to call that a conference. It was not true that there were conferences taking place in Germany. They were in touch now with 30 districts throughout Germany.

[...][8]

Kreyssig agreed that handbills and conferences were not possible in Germany today. [Wim] **Spiekman** had attended a conference in Luxemburg at which 12 workers mere present.[9] But that was not Germany. If there were no handbills circulating, what about those that went out by the National Committee, of which 25% were issued. **Kreyssig**, himself, had been concerned with the issue of 8 to 9 handbills which proved it was possible. Many in southern Germany had no contact with the Central Committee in

5 Vgl. Dok. 38.
6 Im Original »only«.
7 Wort in Kurzschrift nicht zu entschlüsseln.
8 Es folgen Ausführungen von Thierfelder über die Lohnentwicklung der Arbeiter im allgemeinen und in der Rüstungsindustrie und ihren Lebensstandard (»a deplorable one«), die politische Position des NS-Regimes (»still very strong«), die ökonomische Entwicklung (»it was not possible for Hitler to prevent an economic collapse«), die Vorbereitungen des NS-Regimes für die Olympischen Spiele, die wegen der zahlreichen Besucher Zusammenkünfte der Illegalen erleichtern. Wichtig sind zwei Aussagen, die jedoch nicht erläutert werden: »Through intermediaries they [Illegalen?] had been in touch with certain ministries such as war.« »The greatest danger for Hitler was the army which was totally different from all the 100%-Nazis expected to be.«
9 Zu Kreyssigs Westgruppe vgl. Buschak, Arbeit, S. 202f.

Berlin. They felt that organization by trade was not necessary. Many comrades were working independently of the Central Committee. How could they work by co-ordination? The Communists were working as was proved from the shop stewards election where their watchword was opposed to ours. Then there was another group, called Der Funke,[10] who were good trade unionists. The National Committee wanted to cooperate with them but our friends of the Der Funke were not willing. No contact within Germany was considered desireable because of the danger involved. There was still another group in Western Germany working amongst the miners with a representative in Holland.[11]

If you [National Committee] have contact with the miners why don't you form contacts with this group? This group was in existence before the National Committee was formed or the Reichenberg conference. They were not invited to attend here but they think that they should get support. They started at the bottom not the top. They received very little money and received a little support from certain trade secretariats such as the woodworkers, food and drink workers, transport workers and the IFTU. This was before the National Committee was established. Could not the IFTU do something for them? The National Committee received a small subsidy only and he felt that while not wanting to decrease this the IFTU should do something for these people.

Krebs said he was a member of the National Committee until he had to flee the country some months ago. The National Committee had tried to work closely but they could not withstand the attacks of the Labour Front. The only people who had contact with the masses were the different trade organisations. Whilst he was in Germany he had had several meetings with factory workers in different localities at which some 15 to 20 people were present. The young workers were doing much active work near the Czech frontier to bring information over the mountains. In 1935 and now there were financial difficulties. He suggested that after the reports had been heard we should come to a conclusion whether this sort of underground work was necessary. Only by means of trade union work could we mobilise the dissatisfaction in Germany. We should have no connection with political organisation as this was too dangerous. Is that supported in Western Germany by the groups mentioned by *Kreyssig* ?

The Socialist Party now agrees with this view that there should be [no connection] between political and trade union work. Why do not the western groups get into touch with the National Committee?[12]

In June 1935 the factory workers had five or six men arrested. He, *Krebs*, escaped. He got into touch with the shoemakers and had contact with a confidential worker but as he had to flee, these relations were broken off. In some districts there were great difficulties in the work and it was not going on successfully as, for example, in upper Silesia. He was getting into touch with them from the Czech frontier. He arranged frontier conferences at which different trades were invited.[13]

Schliestedt: It had been said that our work was not revolutionary but this was wrong. Without contacts no action against the regime was possible, when *Hitler* fell. No demonstration or strikes[14] were possible just now. That had occurred but only once.

10 Im Original irrtümlich »Der Francke«; vgl. zu dieser Gruppe Dok. 132.
11 Zur Widerstandstätigkeit der Bergarbeiter vgl. Kap. IV, Dok. 91ff.
12 Zu dem Kontakt zwischen Kreyssig als Vertreter dieser Illegalen und Schliestedt vgl. Buschak, Arbeit, S. 202f.
13 Zur Widerstandstätigkeit der Fabrikarbeiter vgl. auch: Vom Fabrikarbeiterbund zur Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik, hrsg. v. Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik, eingeleitet und bearbeitet v. Hermann Weber, Hannover 1988, S. 470ff.
14 Zu Streiks während des NS-Regimes vgl. dagegen die Angaben in der Einleitung, Anm. 11.

Those who were regarded as leaders were sent into prison or concentration camps. Contact was necessary not only between the IFTU and the ITS but in Germany also. The National Committee could not be conspicuous but it was reported everywhere.

Its watchwords were passed on but no one must know from where they emanated. It was not difficult to bring trade unionists together. The International Trade Secretarists had done it. It was best done that way not by the trade union centre. The metal workers were the first[15] and they got money from their trade secretariat. Co-ordination between different trades immediately followed. It seemed to him that the ITF do not want to co-ordinate the work in Germany. He thought the fact of so many people having been arrested was an evidence of the success. The secret police had got information of their work, hence the arrest.

Kreyssig said that in Cologne they had an official and the Central Committee had another. Yet these men did not know one another. That proved the need of co-ordination. The most comrades could do was to support the movement. The decision as to what should be done should be taken in Germany itself. The Gestapo were not fools. Therefore, we should leave the organization to the German comrades inside the country and help wherever we could. Our object was to restore relations in the different industries and the formation of the National Committee was to help them and finance their work as far as it could, with the help of the International Trade Union Movement. It was not only a trade union question but a political one as well. We did not mix with the political work but we saw the problem there as well. *Hitler's* position was difficult although his international successes had helped him. He seemed to be able to what he liked in the international sphere. What other nations kept silent. *Hitler* meant war and he would loose that war the longer it lasted. Everyone should try to bring pressure to bear on the Governments to stop Germany rearming. The future of the working class of Europe depended upon it.

Spiekman thought that every few weeks the district officials in Germany should visit other countries such as Holland and the Baltic States or to Switzerland. By this means we could have an address at which to communicate.

We adjourned at 12 midnight.

Resumed Meeting of Co-ordination Committee.
Saturday, 30th May, 1936 at 9.15 a.m.

[Walter] **Schevenels**: Several comrades had to leave this morning. We must come to conclusions. He wanted to put three points.

1) Closer co-operation between Geade and the Trade Secretariats.
2) Possibility of this between the Geade and principal officials of the National Committee and those groups under the control of *Kreyssig*.
3) Financing the work. The International Federation of Trade Unions had given subsidies for the Geade and several of the International Secretariats had given sums as well for their own people in Germany. Some have not done so. He suggested that we should approach these secretariats to see whether they could contribute. Suggests that the amount should be 100 Swiss Francs per month for each Secretariat.

[Edo] **Fimmen**: It was true that the Transportworkers had isolated themselves as much as possible.[16] They had paid for co-operation with other groups by several comrades being arrested. He did not see any real advantage between the contact with other

15 Vgl. Dok. 20; zur Kritik vgl. Buschak, Arbeit, S. 172; zum Widerstand von Metallarbeitern vgl. ebd. 101ff.

16 Zur Widerstandstätigkeit der Transportarbeiter, Seeleute, Eisenbahner vgl. Kap. III.

groups. They had been working since July 1933 and they were of the opinion that the less they knew of one another the better it was. At present there were separate groups for seamen, dockers, railway workers and textile groups. They were not inter-related with one another. The railway workers were subdivided into 17 districts. Each had a [Gaugraf] and a substitute and they were in direct relation with the ITF but they did not know one another in the country itself. They had decentralised their work. They did not see the advantage of centralising it with the other International Trade Secretariats. It was too dangerous. Sometime this co-operation might be possible but it would cost a good deal in sacrifice because of arrests and money would have to be paid for lawyers and relief to families. Although he was not in favour of closer co-operation within Germany,[17] he was strongly in favour of this outside of Germany. He supported the Geade.

Citrine said we must concentrate on the trade union and economic aspects of work. We should keep away as much as we could from the political work. We must not get mixed up with this but keep away as much as we could. While not being in any way hostile we should make up our mind to give ventilation to the reputed economic grievances of our people. He understood that the police were much less fervent than where they suspected political conspiracy. With regard to contacts, he felt that there were dangers inside Germany. The organization outside should keep contacts outside through a committee like this or Geade.

[Tounis] **van de Heeg**: He was surprised that *Fimmen* and *Citrine* had taken this view. The Committee had been founded to bring about a closer co-operation in Germany.[18] If *Fimmen* now said that it was too dangerous, what was the use of contact in this Committee. At the general elections, for example, some contact was necessary between the National Committee and localities. Otherwise it was of no use. The contact between the National Committee and the various trade groups could be made by only one man. Fimmen had said there was no centre in Germany for transportworkers and the contacts were only with the ITF. They did know what was happening elsewhere.

Schliestedt: Risks must be taken. Co-ordination between local groups and representatives of different trades and industries was of great psychological importance. It would break the isolation which had been established by *Hitler* and would prevent our comrades from working in opposite directions. It was not necessary that the Illegal National Committee in Berlin should have a complete list of all the people's work. The National Committee had been working in connection with the railwaymen and some groups of the transportworkers since 1933. At present it was only the ITF which did not wish contacts with the National Committee and its own members. There were already too many people in Germany who were trying to work independently of one another. They had always made a very sharp distinction between trade union and political work.[19] They had never admitted representatives of political groups into their meetings. Many people outside Germany did not appreciate that there is no opportunity for the German worker to give any expression to his discontent. There were no meetings of any kind. Their meetings in Labour Front, it was only the leaders who

17 Vgl. dazu Schreiben van der Heegs an Plettl, 16.6.1936: »At this meeting, there were differences of opinion between Fimmen and German Comrades, as Fimmen's group does not work in union with the Central Leading in G[ermany]; but I believe that Fimmen will ultimately alter his viewpoint«. Bibliothek des Hauptvorstandes der GTB, Nl. M.Plettl.

18 Vgl. Dok. 25, Anm. 3.

19 Vgl. hierzu Schliestedts Denkschrift zur illegalen Gewerkschaftsarbeit in Deutschland, in: Beier, Reichsleitung, S. 90–102.

spoke. The rest had to listen. He felt that agreement would be come to with *Kreyssig's* group direct when the Co-ordination Committee were dealing with it.[20]

[Van] **Achterbergh**: Disagreed with *Citrine* and *Fimmen*. Regarding the desirability of contacts between the trade secretariat representatives inside Germany with the National Committee. The majority of the trade secretariats could not make arrangements for individual work and supervision of this by themselves direct.[21] He thought the individual groups should work independently as far as they could but they must be linked up with the National Committee.[22]

Citrine said he had definite instructions[23] to vote against the scheme for Geade but he had not done so. It did not follow from the constitution that the co-ordination with the ITS should be inside Germany. It was a moot point and could be read either way.

Schevenels: He admitted that when the Geade was founded it was to bring about co-ordination outside Germany. If *Fimmen* was right, it was unnecessary to have any national centres in Germany. With regard to the Cologne groups, one man would suffice to maintain these contacts with Berlin. The IFTU had supported the arrested people at the Wuppertal trial[24] with funds.

Tarnow: In the early stages, many groups were working independently. They must try to prevent overlapping. All the political groups in Germany were trying to do trade union work. This made it necessary that our people should concentrate on trade union work and keep contact. It was necessary to exchange experiences and information inside Germany. It was very discouraging if they felt they were isolated and working alone. If there was a labour movement to be formed in Germany it would rise from the trade unions and not the political parties.

Citrine suggested we should try the method out for a limited period and then review it. He felt none the less they were increasing the risk of detection.

Van der Heeg: It was not necessary to give a full list of addresses. One man would suffice for contact with the National Committee in Germany and the ITF.

Fimmen: He didn't want to follow an individual policy for the ITF. Everything they decided was on the advice of the German transportworkers. They had made mistakes and if they had followed their advice not many would have been arrested. His people were not willing to come into closer contact with the national centres in Berlin. All his people were local leaders and, therefore, could not give information of a general character to the National Committee. He was not willing to change the structure of the machinery in Germany for the sake of Geade. He was loyally prepared to co-operate with *Schliestedt*.

Citrine pressed *Fimmen* for an agreement for a period and then to review the whole situation. The position was that the remainder were in favour, and were all convinced and *Fimmen* was opposed at the moment to the arrangement. Could he not take the view of the majority for the time.

Fimmen agreed that he would reconsider his position and consult his people.

20 Vgl. Buschak, Arbeit, S. 203.
21 Zur Position von van Achterbergh vgl. auch sein Schreiben an den IGB-Vorstand und an das Koordinations-Komitee vom 13.11.1935 (Quelle wie Kopfregest).
22 Im November 1935 hatte van Achterbergh noch festgestellt: »Such a national body does not yet exist, or at least not in such a form that it can be regarded as the sole accredited representation of the IFTU.« (Ebd.).
23 Von Seiten des International Committee des TUC. Vgl. Dok. 34, Anm. 4.
24 Vgl. hierzu »Der Wuppertaler Gewerkschaftsprozeß der Sechshundert.« (MRC, MSS, 159/3/C/a/25).

Agreed that *Fimmen* would get in touch with *Schevenels* and the latter would bring in *Schliestedt* so that they could see how far they could work out the details together for co-operation. We had agreed on the general principle and it now remained to see how far the ITF could join in with this.

Van de Heeg suggested that it would help people to realise how much of the work was going on in Germany if they had copies of pamphlets.

Citrine suggested that we should have a complete set of all these for use of trade union centres.

Schliestedt said that the first three pamphlets distributions in Germany were whilst he was still there. They had tried to send copies of these to *Spiekman* for the Employees International. Later he found out that only one of these had arrived. There were very considerable difficulties in sending these.

Citrine then had to leave at 11.30 a.m.
WMC/MT.

DOKUMENT 38

1. 6. 1936: Caesar Thierfelder, Hilversum/Holland, an Martin Plettl, New York, über ein Treffen des Koordinations-Komitees mit der Illegalen Reichsleitung in Egmond/Holland

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Martin Plettl. Maschinenschrift. Eigenhändig unterzeichnet.

Lieber Freund Martin!

Dank einer freundlichen Einladung unseres Freundes *Tony*[1] sind wir in der Lage von Deinen Briefen Kenntnis zu nehmen.[2] Gleichzeitig wollen wir die Gelegenheit wahrnehmen, um Dir einen kurzen Bericht zu schreiben.

Leider haben wir auch feststellen müssen, daß sich Dir unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen, um nach Europa zu gelangen.[3] Wir bedauern dieses um so mehr, weil wir gern einmal mit Dir alles mündlich besprochen hätten.

Wenn Du von uns nicht so oft Mitteilungen erhälst, wie es Dir notwendig erscheint, so liegt es in den besonderen Schwierigkeiten begründet, die sich uns entgegenstellen, um frei und offen das zu sagen, was wünschenswert ist. Wir müssen heimlich still und unauffällig für unsere Sache arbeiten, und dieses erfordert eine große Vorsicht. Du kannst aber versichert sein, daß wir alles treu und fleißig unternehmen, um die Arbeiterschaft von dem braunen Joch zu befreien und Deutschland wieder zu einem Lande der persönlichen Freiheit zu machen.

Die Einladung *Tonys* ist entstanden aus Anlaß der Konferenz des Koordinations-Komitees,[4] das auf besonderen Wunsch [Walter] *Citrines* einen ausführlichen Bericht der Reichsleitung über Organisation, Aufgaben und bisher geleistete Arbeit entgegennehmen sollte. Leider ist, wie fast regelmäßig in unserer illegalen Arbeit, ein Hindernis

1 Tonnis (Tony) van der Heeg (1886–1958), ab 1908 hauptamtlicher Sekretär der holländischen sozialdemokratischen Bekleidungsarbeitergewerkschaft, ab 1915 Bundessekretär, ab 1918 Vorsitzender der Bekleidungsarbeitergewerkschaft, Sekretär der Internationalen Bekleidungsarbeiter-Föderation.
2 Vgl. Bibliothek des Hauptvorstandes der GTB, Nl. M. Plettl.
3 M. Plettl hatte geplant, am 7. Internationalen Gewerkschaftskongreß (Juli 1936) in London teilzunehmen. Vgl. ebd.
4 Vgl. »Meeting, Co-Ordination Committee, Brussels, 29th May, 1936.« (MRC, MSS, 292/915/64/1).

eingetreten. Die Konferenz war für Amsterdam einberufen, an der die Reichsleitung mit 4 Vertretern teilnehmen sollte. Wenn nach unserem Wunsch der Konferenztermin auf den 6. und 7. Juni festgelegt worden wäre, hätten nach unseren Dispositionen eine größere Zahl Vertreter teilnehmen können und damit wären auch die Verhandlungen besser und sachlicher vorbereitet worden. Zu allem Unglück kam eine Hiobsbotschaft kurz vor Beginn der Tagung aus London an [Walter] *Schevenels*, wonach die Gestapo Kenntnis von dieser Konferenz erhalten hätte.[5] Die Folge war ein furchtbares Durcheinander und die Tatsache, daß die Reichsleitung, nur durch Cäsar [*Thierfelder*] und [Hermann] *Scheffler* vertreten war. Das Koord[inations-]Kom[itee] fand sich inzwischen in Brüssel ein,[6] während wir beide in Amsterdam vom 28. bis 30. [Mai] warteten, was sich vollziehen sollte. Inzwischen waren zur Teilnahme an dieser Konferenz unsere Freunde [Fritz] *Tarnow* aus Kop(enhagen), [Anton] *Reißner* aus Amsterdam, [Max] *Bock* aus Luxemburg eingetroffen. Auf sofortiges Vermitteln *Tonys* siedelte die Konferenz von Brüssel nach Egmond an der Nordsee über[7], weil wir wegen mangelnder Visas nicht nach Belgien konnten. In Egmond konnte nunmehr die Konferenz ungestört tagen. An ihr nahmen teil: *Citrine*, *Schevenels*, [Gerhard] *Kreyssig*, [Edo] *Fimmen*, *Tony*, *van Waasdijk*[8], [Klaas] *de Jonge*[9], [Wim] *Spiekman* und zwei mir nicht namentlich bekanntgewordene Kameraden der Int[ernationale]. [Heinrich] *Schliestedt* mit dem [Martin] *Krebs*[10] aus Teplitz kam und die oben genannten.

Hierbei stellte sich heraus, daß der aus London bei *Sche[venels]* eingetroffene Alarm [sich] als ein harmloser, wenn auch gemeiner anonymer Drohbrief eines Nazis an *Citrine* aufklärte. Während unseres hiesigen Aufenthaltes sind auch Deine an *Schlie[stedt]* adressierten Briefe vom 11. und 12. Mai zu unserer Kenntnis gekommen. Wir bedauerten außerordentlich, daß es Dir voraussichtlich nicht möglich sei, nach London kommen zu können.[11] Wir bedauern dies um so mehr, weil wir es nicht nur für unseren engeren Rahmen [gewünscht haben],[12] sondern auch [um][13] einen Gedankenaustausch mit den übrigen in der Emigration tätigen deutschen Gewerkschaftlern zu pflegen.

Deine dem Kollegen *Schlie[stedt]* gemachten Vorschläge für den Kongreß[14] treffen sich gedanklich mit unserem Vorhaben. Über den Verlauf und das Ergebnis der Konf[erenz] in Egmond[15] sowie das Ergebnis der Besprechung der deutschen Kollegen wird Dir Kollege *Schlie[stedt]* eingehend und ausführlich berichten.

Kollege *Reißner* hat Cäsar [*Thierfelder*] versprochen, daß er sich seiner Sünde bewußt ist, wird aber sofort das Unterlassene[16] nachholen. Du wirst von allen diesen Kollegen

5 Vgl. Brief von E. Fimmen, ITF, Amsterdam, an W. Citrine, London, vom 23.5.1936, in dem es u.a. heißt: »I have learned the contents of a letter written on 16th May to Comrade de Jonge by our mutual friend W[alter] Sch[evenels] in Paris. It stated that W[alter] Sch[evenels] had received from London strictly confidential information to the effect that the Nazis knew about our proposed meeting on the 29th of this month, that therefore all the arrangements would have to be changed, and that he proposed to call the meeting in another country on the same date.« (MRC, MSS, 292/915/62/1).

6 Vgl. Anm. 5.

7 Vgl. ebd., S. 6ff.; Dok. 48.

8 M.L. van Waasdijk, stellvertretender Sekretär, ab 1950 Generalsekretär der Internationalen Föderation der Fabrikarbeiter.

9 Klaas de Jonge, Niederlande, 1926–1950 Sekretär der Internationalen Föderation der Fabrikarbeiter.

10 Vgl. Dok. 37.

11 Vgl. Anm. 3.

12 Gemeint sind die Bekleidungsarbeiter.

13 Im Original »für«.

14 Vgl. AdsD, DGB-Archiv, Nl. Plettl.

15 Vgl. Dok. 37.

16 Die Briefe Plettls zu beantworten.

aber auch den Vorwurf bekommen, daß Du nicht oft genug, wenn auch nur kürzer, berichtest. Der Konnex müßte noch viel enger als bisher hergestellt werden. Im übrigen lassen Dich alle, die an der Konf[erenz] teilgenommenen deutschen Kollegen, bestens grüßen.

Freundliche Grüße
Cäsar [Thierfelder]

DOKUMENT 39

17. 11. 1936: Vertrauliches Schreiben von Heinrich Schliestedt, Komotau/CSR, an Herbert Warnke, Kopenhagen

BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/287, Bl. 27–29. Maschinenschriftliche Abschrift.

Werter Kollege!

Auch den Eingang Ihrer zweiten Sendung[1] bestätige ich hiermit mit bestem Dank. Da ich mit allen im Ausland lebenden deutschen Gewerkschaftern in enger Verbindung stehe, war ich natürlich unterrichtet über Ihre wiederholten Bemühungen, um Anschluß an die illegale Gewerkschaftsarbeit für die Mitglieder der kommunistischen Partei zu erlangen.[2] Ursprünglich hatte ich die Absicht, längere Darstellungen des Wesens der illegalen Gewerkschaftsarbeit, ihre gegenwärtigen Aufgaben, ihre Voraussetzungen und die künftige Gestaltung der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu machen, doch habe ich die Arbeit unterbrochen und denke, daß sich alles in wenige Sätze zusammenfassen läßt, zumal ich wiederholt mit Vertretern der KPD eingehend über alle Fragen gesprochen habe, auch andere mit mir in Verbindung stehende Kollegen in gleicher Weise verhandelten.[3] Die Hauptgesichtspunkte fasse ich zusammen.

1. In Deutschland gab es drei Gewerkschaftsrichtungen, darunter die freie, die selbständig war in allen ihren Beschlüssen und Handlungen. Besonders waren die Gewerkschaften absolut frei gegenüber irgendwelchen Beschlüssen einer Partei, auch der SPD. Die Unterstellung der Gewerkschafter unter Parteibeschlüsse und Parteidisziplin wurde nur von der KPD versucht, die gegenüber ihren Mitgliedern in den Gewerkschaften auch die Parteidisziplin durchsetzte in rein gewerkschaftlichen Fragen. Der dadurch notwendige Kräfteverbrauch und die Kräfteverbindung mit ihren Rückwirkungen auf die gesamte deutsche Bewegung wurden durch das Hitlerregime bescheinigt. Um so mehr muß die deutsche Gewerkschaftsbewegung, auch heute schon in der Illegalität, darauf achten, sich in keiner Beziehung parteipolitisch zu engagieren bzw. zu binden, damit sie aus dem Streit der Gruppenbekenntnisse herausbleibt und dadurch in der Lage ist, Vertreter des gesamten[4] Proletariats auf dem Teilgebiet des Gewerkschaftskampfes zu sein und zu bleiben. Die Erfahrungen bis 1933 machen es unmöglich, um der Zukunft willen die Gewerkschaften irgendwie in Beziehung mit der KP zu bringen.

2. Gewerkschaftliche Organisationen sind zur Zeit in Deutschland noch nicht möglich, das Wesentlichste ist, die Menschen erst in Bewegung zu bringen. Dann ist die Organisierung, die Zusammenfassung zu festen Körpern, die Frage weniger Tage,

1 Fehlt in den Akten.

2 Vgl. hierzu Kap. V, Dok. 115ff., ferner Dok. 40.

3 Gemeint ist u.a. F. Tarnow, vgl. z.B. den Brief von P. Merker an H. Schliestedt vom 10.2. 1937 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/287).

4 Das Wort ist in der Vorlage hervorgehoben.

wenn die Möglichkeit gegeben ist. Gewerkschaftliche Ideen, Traditionen, Solidarität und Erkenntnisse zu verbreiten, damit sie als Leitmotiv der kleinsten Bewegung, auch der eines einzelnen wirken, dazu ist jeder in der Lage, der durch die Schule der Gewerkschaftsbewegung gegangen ist. Es sind ihm keinerlei Schranken gesetzt und er braucht auch keiner Organisation anzugehören, zumal es sie gar nicht gibt. Jetzt muß sich eben jeder einzelne bewähren, ohne Rückhalt an irgendeinem anderen. Dazu ist die Gefahr zu groß, in welcher jeder schwebt und die er weiterleiten kann, auch wider Willen. Natürlich gibt es Zusammenhänge, aber

3. die einzige und unabdingbare Voraussetzung, in einem Zirkel mitarbeiten zu können, ist absolutes[5] Vertrauen in die Ehrlichkeit, in die seelische Tragfähigkeit. Die Ehrlichkeit, daß die Mitarbeit zu keinerlei anderen geheim gehaltenen Zwecken, zu Konspirationen für politische Parteien oder Gruppen mißbraucht wird, die seelische Tragfähigkeit, daß nach menschlichem Ermessen kein Zusammenbruch auch in schwerer Not zu befürchten ist. Diese unbedingte Treue zur gewerkschaftlichen Arbeit, die Bereitschaft, sie keiner anderen Pflicht unterzuordnen, müssen sich alle Zugehörigen von vornherein sicher sein. Dieses restlose Vertrauen kann natürlich nicht befohlen werden, nicht empfohlen, nicht versprochen werden, sondern es muß vorhanden sein, erworben sein durch frühere Tätigkeit. Sie werden diese Voraussetzungen unter den heutigen Kampfbedingungen, bei denen Freiheit und Leben eingesetzt werden, sicher anerkennen. Allerdings ergibt sich daraus auch die Schwierigkeit gegenüber Vertretern der KP, denn wir brauchen uns als offene Menschen doch nicht zu verheimlichen, daß die KPD den Gewerkschaften in Deutschland das Leben nach Kräften erschwert hat, wodurch das Vertrauen untereinander vollkommen verschüttet war. Die Wiederherstellung ist nur durch entsprechende Taten möglich. In der Illegalität sind solche Taten leider kaum denkbar, weil alles geheim gehalten werden muß und notwendigerweise schon der nächste Verbindungsmann nicht mehr genannt werden darf. Also muß das meiste undurchsichtig bleiben. Das hat unter Kollegen, deren Vertrauen fest begründet ist, keine Bedeutung, aber andererseits bestehen Hemmungen in der Beobachtung, ob ein bis dahin Unerprobter das geforderte Vertrauen verdient.

4. Daß Sie Beziehungen zu früheren Freunden nach Deutschland unterhalten, bezweifle ich keinen Augenblick, und daß darunter auch tüchtige Menschen sich befinden, glaube ich ohne weiteres, deren Mut in der Illegalität ich bestimmt zu schätzen weiß, da ich selber noch lange Zeit mit dabei war. Ob von Ihren Freunden jemand in einen Kreis wichtiger Funktionäre hinein kann, ist nicht von mir zu beantworten, sondern von diesem Kreis allein. Ich bin außerstande, unseren Freunden zu sagen, daß sie mit diesem und jenem die Verbindung aufzunehmen haben. Das müssen sie selbst entscheiden nach Maßgabe des Vertrauens, das sie dem Betreffenden nach eigener Entscheidung entgegenbringen können. Schließlich tragen unsere Freunde allein das Risiko, und ich kann es ihnen nicht abnehmen, überhaupt niemand von uns, der sich im sicheren Port befindet. Alles, was ich tun kann, und wozu ich auch bereit bin, ist, unseren Leitungen die Personen zu nennen, damit sie selbst entscheiden können.

Ich war sehr offen und stelle es Ihnen gern anheim, auf die Probleme einzugehen. Als hervorragender Funktionär der KPD sind Sie sich selbst über die große Tragweite der aufgeworfenen Fragen durchaus klar. Wir haben bei den Gewerkschaften keinen Unterschied gemacht, ob jemand irgendwie politisch festgelegt war, wir haben nicht einmal danach gefragt. Diesen Grundsatz halten wir auch heute aufrecht und deshalb haben wir keine parteipolitische Bindung. Im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten kann jeder in Deutschland an der Gewerkschaftsarbeit teilnehmen; die Einbeziehung in irgendwelche Körperschaften ist von Voraussetzungen abhängig, die in jedem Einzelfalle vorhanden sein müssen. Das gilt gegen jedermann, auch gegenüber den in politischer Parteiarbeit gebundenen Personen. Es besteht eine strenge Scheidung zwischen der politischen Arbeit und der gewerkschaftlichen, auch wenn es sich um befreundete Genossen und Kollegen handelt. Sind wir schon im Kreise alter bewährter Gewerkschafter äußerst wählerisch und lassen nur die stärksten Kräfte in die engen Kreise, dann werden Sie verstehen, daß wir die strengsten Grundsätze anlegen müssen, wenn es sich um Personen handelt, die nicht immer im gleichen Sinne dabei waren. Darin liegt kein Urteil gegen die Betreffenden, sondern die Aufrechterhaltung des Erfordernisses der größten Sicherheit.

Mit gewerkschaftlichem Gruß!
H[einrich] Sch[liestedt]

5 Ebd.

DOKUMENT 40

26. 1. 1937: Vertrauliches Schreiben von Heinrich Schliestedt, Komotau/CSR, an Herbert Warnke, Kopenhagen

BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/287, Bl. 31–35. Maschinenschriftliche Abschrift.

Werter Kollege!

Briefe und die übrigen Sendungen[1] habe ich erhalten, wie ich überhaupt bisher noch keine Verluste feststellen konnte. Inzwischen hat ja nun dort auch die Unterredung mit dem Genossen [Paul] *Merker*[2] stattgefunden, so daß wir etwas tiefer in die Materie hineinsteigen können, und ich denke, dabei kann auch größere Klarheit herausgearbeitet werden.

Es gibt wenigstens in Worten unter uns keine Meinungsverschiedenheiten über die absolute Selbständigkeit der Gewerkschaftsbewegung von jeder Parteibeeinflussung, geschweige denn, von einer Parteivormundschaft.[3] Das ist ein alter Grundsatz der Gewerkschaftsbewegung und aus der Verteidigung dieses Grundsatzes haben die Gewerkschaften die Kampfstellung gegen die KPD beziehen müssen. Die freien Gewerkschaften haben immer die Auffassung vertreten, daß von ihrem Standpunkt die Existenz christlicher etc. Gewerkschaften sozialwidrig ist und daß für alle Arbeiter und Angestellten, ohne Rücksicht auf religiöse oder politische Ansichten, in den freien Gewerkschaften Platz sein muß unter der Voraussetzung, daß sie die Verfassung der Gewerkschaften anerkennen, die keinen religiösen oder politischen Zwang enthalten dürfen. Die Gewerkschaften waren die Klassenorganisationen des Proletariats und nicht die politischen Parteien, denn die Gewerkschaften nahmen jeden nach seiner

1 Z. B. die Broschüre »Einkommen und Auskommen« von P. Merker; vgl. Brief von H. Schliestedt an P. Merker, 7. 1. 1937 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/287 Bl. 30). In der Vorlage zahlreiche Hervorhebungen.

2 Vgl. hierzu den Brief von P. Merker an H. Schliestedt vom 10. 2. 1937. Dort heißt es u. a.. »Unterdessen hat mir der Genosse Warnke auch Ihren Brief vom 26. Januar [1937] zugestellt und mitgeteilt, daß er die Beantwortung der darin gestellten Fragen mir überläßt, da sich Ihre Ausführungen ja im wesentlichen mit der Unterredung beschäftigen, die ich vor einiger Zeit mit dem Genossen Tarnow hatte.« Vgl. ebd., Bl. 36.

3 Dazu P. Merker: »Für Sie ergibt sich daraus die Schlußfolgerung, daß die Gewerkschaftsbewegung vor allem vor der Beeinflussung durch die Kommunistische Partei geschützt werden müsse. Der wirkliche Sinn der Formulierung aber kann meines Erachtens nur sein, daß die Gewerkschaften nicht unter einseitiger Beeinflussung einer politischen Partei stehen dürfen.« Vgl. ebd. Bl. 39. Zur Politik von KPD und RGO vgl. Kap. V. Die schärfste Trennlinie zwischen Partei und Gewerkschaft zog die ITF. Vgl. Dok. 74.

Klassenlage auf, während die Parteien nicht danach, sondern nach dem politischen Glaubensbekenntnis fragten und deshalb auch nie die ganze Klasse, sondern immer nur einen mehr oder minder großen Teil derselben erfassen können. Diese Begrenzung der Parteien im Gegensatz zu den Gewerkschaften ist vor allen Dingen von der KP verkannt und deshalb angegriffen worden, und daß sich diese Gruppe der Arbeiterklasse gestattete, die Organisation, die grundsätzlich allen Klassenangehörigen offen stand und nur diesen, den Kampf anzusagen, weil sie sich vom Klassenstandpunkt entfernte,[4] ist eine grausame Ironie, noch grausamer wenn sich die politische Gruppe dabei auch noch auf *Marx* beruft, ohne das ABC zu beachten. Bitte: Komm[unistisches] Manifest.

Nach unserer Auffassung wird die kommende Zeit die Möglichkeit bieten, unseren Grundsätzen näher zu kommen, hoffentlich sie sogar verwirklichen: eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung in Deutschland zu schaffen. Was bisher die sog. bürgerlichen Gewerkschaften von uns fernhielt, war der zum Popanz aufgebauschte Klassenkampf, der nicht als geschichtliche Realität anerkannt oder erkannt wurde: es war die künstlich erzogene Ablehnung des Sozialismus, wie er diesen Leuten dargestellt wurde. Diese geistigen Widerstände, die im Irrationalen ihre Wurzeln zumeist haben, dürften zu einem Teil bereits überwunden sein, wenn auch noch nicht ausgerottet. Sie sind latent, sie schlummern und können durch unsere Schuld wieder zum Leben zurückgerufen werden. Darum haben wir jetzt bereits, in der Vor-Organisationsperiode unsere Handlungen auf das Ziel abzustellen und peinlichst alles zu vermeiden, was die sich anbahnende Entwicklung stören könnte. Und nichts wäre zerstörender als die Verbindung der Gewerkschaftsbewegung mit der KP. Wenn sich die Anhänger von allen Illusionen freimachen wollten und könnten, würden sie das selbst anerkennen und ihre Handlungen danach einrichten.

Diese grundsätzlichen Ausführungen mache ich nicht deshalb, um auf Vergangenes zurückzukommen, um »Schuldige« zu suchen, das hieße Wasser ins Meer tragen, sondern um das Feld abzustecken, auf dem unsere Arbeit für die Gegenwart und Zukunft zu leisten ist. Wollen wir nicht im Nebel unserer Wünsche herumfahren, gilt es, mit den realen Tatsachen zu rechnen, wie wir sie vorfinden, auch unter Berücksichtigung der Vergangenheit. Sicherlich gibt es kein Zurück zum zweiten, sondern nur ein Vorwärts zum 4. Reich, aber wir haben mit den Menschen zu rechnen, die nicht losgelöst sind vom 2. Reich, von der Tradition, die sie mitschleppen müssen, denn niemand wird neu geboren, sondern lebt in den Vorstellungen und Erinnerungen seiner Lebenslage.

Die realen Tatsachen sind die früheren christlichen Gewerkschaften, und wenn wir von den Hirsch-Dunckerschen nicht mehr reden wollten, so bleiben doch die Angestelltenverbände dieser beiden Richtungen auf ihren Gebieten von ausschlaggebender Bedeutung. Diese Richtungen, die auch heute noch nicht tot sind, haben wir in Rechnung zu stellen in der Auffassung, daß es uns gelingen wird, sie aus ihrer soziologischen Ideologie, aus der weltanschaulichen und politischen Beeinflussung als Gewerkschafter herauszulösen. Neben diesen Gewerkschaftsrichtungen gab es

4 Dazu P. Merker: »Eine solche Betrachtung der Dinge ist doch sehr einseitig. Es ist nicht richtig, daß die KPD in den Gewerkschaften etwas anderes als die Klassenorganisation des Proletariats sah. Sie erkannte jedoch, daß die Gewerkschaften durch die starke Verquickung ihrer Politik mit der damaligen Politik der SPD vom proletarischen Klassenstandpunkt abgedrängt wurden. Dagegen aber richtete sich der Kampf der KPD und keineswegs gegen die Gewerkschaften als solche. Er richtete sich somit gegen gewisse Theorien, mit denen die Gewerkschaften erfüllt wurden und gegen bestimmte Maßnahmen oder Unterlassungen ihrer Führung. Unterdessen hat die Entwicklung aber doch bestätigt, daß diese Politik der damaligen Führung der Gewerkschaftsbewegung mit den Interessen des Proletariats unvereinbar war.« Vgl. ebd., Bl. 37.

keine andere, denn kommunistische Gewerkschaften gab es nicht. Die RGO war keine Gewerkschaft und sollte auch keine sein, sondern es waren doch nur die Störungselemente in den freien Gewerkschaften, welche Aufträge ihrer politischen Partei bzw. ihrer Internationale[5] ausführten. Daraus ergibt sich, daß wir heute nicht mit den autorisierten Vertretern früherer kommunistischer Gewerkschaften zu verhandeln haben, weil es sie nicht gibt, sondern es wird gewünscht, daß wir mit den Vertretern der KP verhandeln über Gewerkschaftsfragen. Das führt zu zwei Alternativen: Entweder wir erkennen an, daß es eine Gewerkschaftsbewegung in Deutschland gegeben hat, die ein Teil der KP war, so daß wir mit der politischen Partei uns über ihre Gewerkschaft auseinandersetzen müssen, oder aber wir verhandeln auch mit den Vertretern der ehemaligen anderen politischen Parteien bis zu [Alfred] *Hugenberg*[6] über die Gewerkschaften, die ihren politischen Niederschlag dort fanden. Verhandeln wir in Gewerkschaftsfragen mit der KP, dann können die Christen mit größerem Recht – denn es gab einflußreiche christliche Gewerkschaften – verlangen, daß wir mit dem politischen Zentrum und den Deutschnationalen uns verständigen über Gewerkschaftsfragen, denn bei den letzteren hatten die evangelischen Mitglieder einschließlich des DHV ihre politische Heimat. Anzuerkennen, daß die KP ein Recht besitzt, über die Gewerkschaftsfragen mitzubestimmen oder überhaupt mit ihr zu verhandeln, würde die Abhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung von einer politischen Partei, ja von allen politischen Parteien und Gruppen festlegen und wäre die Preisgabe der Selbständigkeit. Damit hätten wir aber auch die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung preisgegeben, denn wir hätten uns von den Grundsätzen entfernt. Die Gewerkschaften würden trotzdem wiedererstehen, aber durch unsere Schuld, durch mangelnde Erkenntnis hätten wir sie zum Spielball politischer Parteien, Gruppen und Grüppchen gemacht, anstatt daß sie überparteilich die Organisationen der gesamten deutschen Arbeiterklasse werden. Diese absolute Unabhängigkeit unserer Gewerkschaftsarbeit von jeder politischen Partei haben wir mit großer Sorgfalt bisher behütet und wenn *Merker* die Behauptung aufstellt, daß ich mich über alles nicht nur mit der SP verständige, sondern sogar ihre Weisungen einhole, so kann er dafür nicht die geringste Unterlage beibringen. Weder entspricht solche Haltung meiner eigenen Anschauung, wie ich sie entwickelt habe, noch hat die SP jemals den leisesten Versuch unternommen. Die Behauptung ist wider besseren Wissens aufgestellt. *Merker* hat keine Ahnung von mir und so bleibt es eine unschöne agitatorische Phrase, die zurückzuweisen mir schon zuviel ist.[7]

Nun wird zwar immer wieder erklärt, daß auch die KP die Selbständigkeit der Gewerkschaften anerkennt, beachtet und die RGO vollkommen liquidiert ist.[8] Wenn es auf die Worte ankommt, wären wir nicht nur in der Theorie weitgehend einig und die Praxis könnte allmählich die Angleichung bringen mit der Entwicklung des Vertrauens. Aber wir haben wohl das unbestrittene Recht, die verkündeten Worte auf

5 Dazu P. Merker: »Mit der Liquidierung der RGO und der bereits vorher genannten Verbände [Einheitsverbände der Berliner Metallarbeiter, der Berliner Bauarbeiter etc.] sind auch die damaligen Beziehungen zur RGI liquidiert worden« Ebd., Bl. 55. Vgl. auch Kap. V.

6 Zu den biographischen Daten von Alfred Hugenberg vgl. S. 361.

7 Als Belege für eine einseitige Beeinflussung der Gewerkschaftsbewegung durch die SPD führt Merker in seinem Brief vom 10. 2. 1937 an: »Ihr Referat in der SP-Emigranten-Versammlung in der Schweiz, Ihren Bericht von der Konferenz der SP-Grenzsekretäre in der Tschechoslowakei, Ihre Stellung zu den Vertrauensrätewahlen, für die der »Neue Vorwärts« zuerst die Richtung gab, Ihre Stellung zur Lohnfrage etc. Ich mache Ihnen daraus jedoch keineswegs einen Vorwurf – wie ich schon dem Genossen Tarnow gegenüber erklärte –, aber diese Tatsachen geben mir umso mehr das unbestrittene Recht als Angehöriger der Gewerkschaftsbewegung zu verlangen, daß die Geade sich nicht länger weigert, ähnliche Beziehungen auch zu meiner Partei aufzunehmen und auch ihre Anschauungen bei der Bestimmung der Politik der Geade zu berücksichtigen.« (BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/287, Bl. 42).

8 Vgl. ebd., Bl. 48f.; ferner Anm. 5.

ihren realen Gehalt an Hand der vorliegenden Tatsachen zu überprüfen und die Verantwortung und Ehrlichkeit dem Andersdenkenden gegenüber macht mir die Offenheit zur Pflicht. Ist die RGO liquidiert? Es wurde mir gesagt und geschrieben, und ich werde auch auf den letzten Kongreß der Komintern, die Reden [Georgi] *Dimitroffs* und die Resolution verwiesen.[9] Aber zwischen den beiden bestehen Differenzen, die ich nicht übersehen darf. Darum habe ich ersucht um eine authentische, autoritative und öffentliche Erklärung. Aber die ist nicht zu haben. Eine interne Resolution des Politbüros kann niemand als vollwertig bezeichnen, da sie niemand kennt. Das sind negative Dinge, aber es gibt auch positive Dinge, die nicht übersehen werden können. Die KP hat wiederholt versucht, von sich aus die illegale Gewerkschaftsarbeit aufzuziehen und sich dabei den Anschein gegeben, als wenn es sich um die illegalen freien Gewerkschaften handele. Ich kann es nur als unfair bezeichnen, denn schon die Verwendung des Wortes »Freie Gewerkschaften«[10] ist eine Täuschung[11], weil jeder deutsche Gewerkschafter sich etwas anderes darunter vorstellt als eine Einrichtung der KP. »Freie Gewerkschaften«, das ist in Deutschland ein Programm, eine Idee, die nicht zu einem anderen Zweck benutzt werden darf, ohne sie selbst zu schädigen, jahrzehntelang erworbenes Vertrauen zu untergraben, die Lebensarbeit unendlich vieler tapferer und opferbereiter Kameraden an allen Orten und allen Plätzen und allen Graden zu mißbrauchen für einen Parteizweck. Wem das Gefühl dafür abgeht, welche gewaltigen seelischen Werte aus der Gewerkschaftsbewegung treu bewahrt und gepflegt werden müssen als die Voraussetzung für die Zukunft, hat weder den tiefen Sinn der Gewerkschaftsbewegung, ihre Gefühlswerte, noch den deutschen Menschen überhaupt verstanden. Ist denn die Lehre der letzten 4 Jahre noch nicht nachdrücklich genug?

Die illegalen Gewerkschaften geben ihre Parole zu den Vertrauensratswahlen heraus.[12] Das ist ihr gutes Recht, ihre Pflicht. Wir brauchen doch nicht auseinanderzusetzen, daß es sich hier um das Gebiet der Gewerkschaften handelt, wie bei den Betriebsräten, das sich die Gewerkschaften nicht streitig machen lassen können, heute weniger denn je angesichts der großen Konzeption für die Zukunft. Die Parole wird von unseren Freunden in Deutschland aufgestellt und wir im Ausland Lebenden sind nach unserer Möglichkeit nur die Unterstützenden, die Vertreter ihres Willens, denn nur die in Deutschland Lebenden vermögen die dortigen Notwendigkeiten und Möglichkeiten abzuschätzen, nur sie allein tragen dafür Verantwortung und Risiko, was wir ihnen nicht abzunehmen vermögen. Eine allgemeine Auseinandersetzung über die Parole ist heute unmöglich, also muß sie unbesehen hingenommen werden. Wir erleben aber, daß die KP, die Partei, eine andere Parole herausgibt[13] und damit die einheitliche, von den Gewerkschaften zu tragende Aktion stört. Wo bleibt da die anerkannte Selbständigkeit der Gewerkschaftsbewegung?

Die KP hat eine Gewerkschaftszentrale – ich streite nicht um die Bezeichnung – eingerichtet und die Leitung dem Genossen *Merker* anvertraut. Dabei ist es nicht weiter störend, daß *Merker* der Leiter der RGO gewesen ist, sondern daß die Partei überhaupt [eine] solche Einrichtung hat und dennoch die Selbständigkeit der Gewerkschaften als notwendig bezeichnet.[14] Wenn das nun jede andere Partei auch

9 Vgl. eingehend Kap. V. Vgl. ferner Bednareck, Gewerkschaftspolitik, S. 122.
10 Vgl. die zahlreichen Zeitschriften der RGO mit jeweils diesem irreführenden Titel, v.a. Stroech, S. 163.
11 Zur Zurückweisung dieses Vorwurfes vgl. P. Merker (Anm. 1), Bl. 53f.
12 Vgl. Einleitung Kap. VIII.
13 Ebd.
14 Dazu P. Merker: Es ist »ein Irrtum von Ihnen, mich als den Leiter einer Gewerkschaftszentrale beim Zentralkomitee meiner Partei zu betrachten. Eine solche Einrichtung gibt es in meiner Partei schon seit dem Jahre 1929 nicht mehr.« Vgl. Anm. 1, Bl. 51.

machen wollte, sollten wir den Widerspruch zwischen Theorie und Praxis nicht feststellen und unsere Haltung danach einrichten? Bei *Merker* laufen alle Bestrebungen der KP zusammen, soweit sie die gewerkschaftliche Beeinflussung im Sinne der KP zum Ziele haben. Ist die RGO liquidiert? Auf die Form und den Titel kommt es doch wahrhaftig nicht an. Daß wir über die Vorgänge bei einzelnen Gewerkschaftsgruppen vollkommen unterrichtet sind, brauche ich nicht zu betonen. Es handelt sich um die Absicht der k[ommunistischen] Partei, die beginnende Gewerkschaftsbewegung in ihrem Sinne zu beeinflussen und sie damit zur Erreichung der historisch und sozial gestellten Ziele untauglich zu machen.

Wir können auch nicht übersehen, daß es wenigstens dem Namen nach eine kommunistische gewerkschaftliche Internationale gibt, von der die kommunistischen Gewerkschafter Anweisungen entgegenzunehmen haben, ob sie wollen oder nicht, denn die RGI ist der Komintern koordiniert bzw. unterstellt.[15] Die Mitglieder der KP sind auch in ihren gewerkschaftlichen Beziehungen nicht frei von der Partei, das entspricht ja der ganzen Ideologie und es kommt im Augenblick nicht auf eine Kritik als auf die Feststellung dieser Tatsache an, und so stoßen immer wieder die weitausladenden gewerkschaftlichen Ideen mit den engen Bindungen einer einzelnen Partei zusammen.

Will die KP sich vorbehaltlos auf den theoretisch anerkannten Boden einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung stellen, dann ist die Konsequenz äußerst einfach und gar nicht kompliziert: Die KP soll sich aus der ganzen Gewerkschaftsarbeit zurückziehen und jeden Versuch unterlassen, ihre eigenen Mitglieder als Gewerkschafter durch Beschlüsse und Weisungen national und international zu verpflichten und zu beeinflussen. Allerdings steht damit die Existenz der RGI im Widerspruch. Es ist nicht schwer zu begreifen, daß man in einem Lande nicht einen grundsätzlichen Standpunkt beziehen kann, wenn man international das Gegenteil vertritt. Auf die Zusammenhänge habe ich einen Vertreter der KP schon vor langer Zeit hingewiesen.

Nach diesen ausführlichen und absolut offenen Darlegungen ergeben sich folgende Schlußfolgerungen: Die Zusammenfassung aller hitlerfeindlichen Kräfte in Deutschland in ihrer sozialen Lage als Arbeiter muß in Gewerkschaften geschehen und die Möglichkeit dazu ist günstig. Das verpflichtet jeden Arbeiter, über seine parteipolitischen Bindungen hinweg alles zu tun, diese Entwicklung zu fördern, alle Hemmnisse aus dem Wege zu räumen und keine neuen entstehen zu lassen. Parteien können immer nur kleinere Teile der Bevölkerung erfassen, soweit sie sich zu dem politischen Programm bekennen und eine einheitliche Partei ist noch nicht zu sehen, zumal sie sich unmöglich allein auf die Arbeiterschaft stützen kann und wird. Den Kampf der Parteien in die Gewerkschaften hineinzutragen, hieße die bittersten Lehren in den Wind schlagen und deshalb dürfen nicht nur die Gewerkschaften in keinerlei Bindung zu politischen Parteien stehen, sondern auch die Parteien dürfen ihrerseits das Selbstbestimmungsrecht der Gewerkschaften nicht antasten durch irgendwelche Verpflichtungen ihrer Mitglieder. Es kann auch nicht für eine einzelne Partei ein Sonderrecht zugelassen werden, ohne daß es von Mitgliedern anderer Parteien mit Recht okkupiert wird.

Ich habe versucht, auch diesmal[16] ohne taktische Rücksicht die grundsätzlichen Fragen zu erörtern, denn ehe an eine Zusammenarbeit gedacht werden kann, müssen die Partner über die gegenseitigen Auffassungen klar geworden sein. Was ich hier entwickelte, ist nicht etwa mein Privatstandpunkt, sondern ist national gedeckt und

15 Zur Auflösung der RGI vgl. Bednareck, Gewerkschaftspolitik, S. 122f.
16 Vgl. auch Dok. 39.

entspricht auch der Anschauung der gewerkschaftlichen Internationale. Wir müssen nun sehen, ob es möglich ist, auf diesem Wege weiterzukommen.

Die sogenannte Unfallverhütungsaktion[17] soll nicht nur auf die Metallindustrie beschränkt, sondern wurde in allen Industrien durchzuführen versucht: solche Dinge sind für die Katz und die Arbeiter fallen nicht darauf herein. Die Lohnfragen haben wir mindestens so früh angeschnitten, wie irgendein anderer, bereits in den ersten Novembertagen ist das beiliegende Rundschreiben[18], welches zur Information dienen mag, an unsere Mitglieder hinausgegangen.

Mit kollegialem Gruß!
gez. H[einrich] Schliestedt

DOKUMENT 41

5. 8. 1937: Heinrich Schliestedt, Komotau/CSR, berichtet über die Entwicklung der illegalen Gewerkschaften in Berlin

BA, SAPMO, ZPA, I 2/708/138, Bl. 18–19. Maschinenschriftliche Abschrift. In der Vorlage verschlüsselt. Überschrift: »18.8.[19]37: nachstehend eine Abschrift eines Briefes von 1) [Schliestedt, H[einrich]] aus 2) [Komotau] an die hiesigen 3) [Gewerkschaftsverbindungen].« Die Abschrift trägt den Stempel: »3431/21. Sep[tember] 1937«.[1]

2) [Komotau] den 5. Aug[ust 19]37

Liebe Freunde,

die 4) [National-Zeitung[2]] 5) [Basel] brachte am 30. Juli eine Nachricht aus 6) [Berlin], daß einige Führer des 7) [ADGB] verhaftet seien und bei den Haussuchungen seien 8) [Listen] gefunden worden, die zur Verhaftung von 9) [80 bis 100 Gewerkschafter im ganzen Reichsgebiet] geführt haben. Diese Nachricht ist unrichtig und geeignet, Sorge und Unsicherheit in unseren Kreisen zu vergrößern und wenn sie drüben bekannt werden sollte, müßte die Wirkung recht unangenehm werden. Deshalb stelle ich die Tatsachen noch einmal fest, auch wenn einige Freunde schon seit langer Zeit unterrichtet sind, aber es ist möglich, daß doch einmal einer übersehen wurde. Ich bitte auch die anderen Freunde des dortigen Kreises zu informieren.[3]

10) [Hermann *Schlimme*] vom 7) [ADGB] und 11) [Caesar *Thierfelder*][4] wurden in der Morgenfrühe des 12) [20. Januar 1937] – also vor fast acht Monaten – in ihren Wohnungen von der ordentlichen Polizei, sicher im Auftrage der Gestapo, verhaftet. Die sofort vorgenommenen Haussuchungen sind ergebnislos verlaufen. Nur bei 11) [Caesar *Thierfelder*] wurde ein Buch aus altem Bestand mitgenommen. Es konnten keine 8) [Listen] gefunden werden und wurden auch nicht gefunden. Beide Genossen

17 Zur Politik der Unfallbekämpfung seitens der DAF vgl. Frese, Betriebspolitik, S. 353ff.
18 Fehlt in den Akten.
1 Auf dem Dokument handschriftliche Notiz: »2997«, das ist die Nummer des Codes. Die Codewörter aus der Anlage wurden im Text in [ ] eingesetzt. Zusätze im Code zu den Namen wurden in den Anmerkungen ausgewiesen. Der Code befand sich im Archiv in der Anlage des Briefes und trug die Überschrift: »Nr. 55. 18. August 1937 2997«. Der Code nannte wörtlich unter 1) »Schliestedt, H.« und unter 3) »Gewerkschaftsverbindung (Geschäftsverbindung 14)«. Wer der Überbringer des Briefes an die KPD war, geht aus dem Dokument nicht hervor.
2 National-Zeitung, Basel.
3 D. h. im Reich bzw. vor allem in Berlin illegal arbeitende Gewerkschafter.
4 Der Code nannte wörtlich zu 4) »Caesar Thierfelder (Redakteur des Bekleidungsarbeiterverbandes)«.

wurden in das 13) [PP. Alexanderplatz][5] gebracht und nach drei Wochen in das 14) [UG.-Moabit][6], wo sie noch heute sind.[7]

15) [*Scharfschwerdt*][8] wurde mit seiner Frau in 16) [Pommern], wo er auf Besuch war, am 12) [20. Januar 1937] verhaftet. In seiner Wohnung in 17) [Berlin-Hohenneuendorf][9] wurden sein Sohn und dessen Frau verhaftet. Die Angehörigen des 15) [*Scharfschwerdt*] wurden am anderen Tag wieder entlassen. Insgesamt wurden in der Sache 15) [*Scharfschwerdt*] u.a. vierzehn Personen verhaftet, die von der Gestapo miteinander in Verbindung gebracht werden, doch hat sich bei Konfrontationen bereits ergeben, z.B. bei 11) [Caesar *Thierfelder*], daß ihn, abgesehen von 10) [Hermann *Schlimme*] und 15) [*Scharfschwerdt*], niemand kennt.

10) [Hermann *Schlimme*] und 15) [*Scharfschwerdt*] werden beschuldigt, 18) [Flugblätter hergestellt und verbreitet zu haben][10]. Unter den Übrigen[11] befindet sich auch ein 19) [Drucker][12]. An der Verteilung sollen auch die anderen mitgewirkt haben, mit Ausnahme 11) [Caesar *Thierfelders*]. Die Sache liegt bis 20) [1934] zurück. Darüber könnte ich am besten Auskunft geben, denn ich war zur damaligen Zeit noch in 6) [Berlin].[13]

10) [Hermann *Schlimme*] und 11) [Caesar *Thierfelder*] werden beschuldigt, gemeinsam andere von der Gestapo gesuchte 21) [Gewerkschafter] zur 22) [Flucht über die Grenze] verholfen zu haben. Es wurden auch Namen genannt, die ich hier nicht wiedergeben will. Solche Beschuldigungen sind natürlich immer Unsinn, denn von uns findet jeder, wenn es erforderlich ist, 23) [den Weg allein].

In den letzten Wochen sind in 17) [Berlin-Hohenneuendorf][14] einige Verhaftungen vorgenommen [wurden], die man mit 15) [*Scharfschwerdt*] in Verbindung bringt.

Der in der 4) [National-Zeitung] genannte 24) [*Thiemann*] ist 11) [Caesar *Thierfelder*]. Da hat irgendein Schreiberling was gehört und bringt nun diese »Neuigkeit« in schlechter Soße in die Öffentlichkeit. Natürlich nehmen aus der 4) [National-Zeitung] die anderen Zeitungen die Nachricht auf und so geht das durch die ganze Welt. Unsere Freunde wünschen solche Mitteilungen nicht, weil sie fürchten, sie könnten ihnen schaden. Sonst hätten wir schon im 25) [Januar] die 26) [Presse] unterrichten können.

Besten Gruß
1) [Schliestedt, H[einrich]][15] unterzeichnet.

5 Gemeint ist das Polizeipräsidium am Alexanderplatz in Berlin.
6 Gemeint ist das Untersuchungsgefängnis in Berlin-Moabit.
7 Schlimme und Thierfelder wurden im Kontext der Anklage gegen Otto Scharfschwerdt wegen illegaler Betätigung für die SPD verurteilt. Ihre Gewerkschaftsverbindungen und Kontakte zur ADG wurden nicht bemerkt. Zum Prozeß gegen Scharfschwerdt u.a. vgl. die Berichterstattung: Ein Justizverbrechen. Verurteilt ohne Beweise auf »Zutrauen« hin, in: Neuer Vorwärts, vom 20.2.1938. Vgl. auch Dok. 19 sowie zum gesamten Vorgang: Beier, Reichsleitung, S. 47f.; Buschak, Arbeit, S. 206, 209.
8 Otto Scharfschwerdt. Im Code wörtlich bezeichnet als: »Scharfschwerdt (fr[üherer] Vorsitz[ender] des Lokomotiv-Führer-Verbandes)«.
9 Im Code wörtlich: »Bln.-Hohenneuendorf«.
10 Vgl. Angaben Anm. 7.
11 Gemeint sind die festgenommenen Personen.
12 Die Person konnte nicht eindeutig ermittelt werden.
13 Heinrich Schliestedt mußte am 2.10.1934 aus Berlin fliehen. Schliestedt, an IGB, vom 3.1.1935 (AdsD, DGB-Archiv, Nl. Plettl). Vgl. auch Dok. 20.
14 Vgl. Anm. 9.
15 Vgl. Anm. 1.

DOKUMENT 42

August 1937: Satzungsentwurf von Heinrich Schliestedt, Komotau/CSR, für den Bund der Deutschen Gewerkschafter

AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe, 113. Maschinenschrift. Überschrift: »Bund der Deutschen Gewerkschafter«.[1]

Die nachstehenden Satzungen gaben sich die emigrierten deutschen Gewerkschafter[2] im ... des Jahres 1937 in Erkenntnis ihrer Aufgabe, durch vorbildliches gewerkschaftliches und persönliches Verhalten, die großen Ideen der deutschen Gewerkschaftsbewegung über die Zeit der Knechtung des deutschen Volkes hinüberzuretten,[3] das Interesse der Gewerkschaften der ganzen Welt für das Ringen der deutschen Arbeiter um die Freiheit wachzuhalten, sich selbst der gewährten Gastfreundschaft würdig zu zeigen bis die Stunde der Erlösung schlägt für eine freie und unabhängige deutsche Gewerkschaftsbewegung als wiedererstandenes Mitglied des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der mit ihm verbundenen Internationalen Berufsverbände.

1. Der »Bund der Deutschen Gewerkschafter«-BdDG – ist die Vereinigung der im Auslande lebenden reichsdeutschen Gewerkschafter.
2. Die Mitgliedschaft kann jeder Reichsdeutsche erwerben, der nachweislich einer früheren, anerkannten Gewerkschaft bis Ende April 1933 angehörte. Gleichgestellt sind diejenigen, welche aus politischen oder gewerkschaftlichen Gründen vor den Verfolgungen der Hitlerregierung bereits vorher Deutschland verlassen mußten. Wer von der Hitlerregierung ausgebürgert wurde, ist Reichsdeutscher.[4]
3. Der BdDG ist eine selbständige Vereinigung und bekennt sich zu den Grundsätzen und Beschlüssen des Internationalen Gewerkschaftsbundes.
4. a. Mehrere in einem Lande wohnende Mitglieder können eine Landesgruppe bilden, die sich nach Bedarf und Möglichkeit in örtliche und – oder – bezirkliche Gruppen gliedern kann.[5]
   b. Sind in einem Lande die Voraussetzungen zu einer Gruppenbildung nicht vorhanden, so besteht Einzelmitgliedschaft.
5. Die Aufgaben des BdDG und seiner Mitglieder sind:
   a. Pflege und Fortentwicklung der gewerkschaftlichen Ideen und Traditionen,
   b. Förderung und Erhaltung der Solidarität und Kameradschaft unter den Mitgliedern,
   c. Auskunfterteilung an die Mitglieder in allen wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen, soweit es möglich ist. Herstellung von Verbindungen zur Förderung des Bundeszweckes,
   d. Pflege der Beziehungen zu den Gewerkschaften der Länder, zu den Internationalen Berufsverbänden und zum Internationalen Gewerkschaftsbund,
   e. Beobachtung der Entwicklung in Deutschland, Sammlung von Material und Nachrichten darüber,[6]
   f. Herausgabe der »Gewerkschafts-Zeitung, Organ der Arbeiter und Angestellten Deutschlands«.
6. Die Leitung des BdDG ist die vom IGB anerkannte »Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften«. Von den in der CSR wohnenden Mitgliedern des Bundes werden außerdem zwei Mitglieder bestimmt. Die Leiter der übrigen Landesgruppen sind Mitglieder der Bundesleitung.
7. Haben sich Mitglieder nach vorhandener Möglichkeit zu Berufsgruppen vereinigt im Anschluß an ihre zuständige Berufsinternationale, so gehören die mit ihrem Einverständnis benannten Berufsgruppenleiter mit den unter Ziffer 6 genannten Mitgliedern dem Ausschuß des BdDG an. Zu seinen Aufgaben gehört die Beratung und Beschlußfassung über Fragen, die neben der allgemeinen Arbeit auch die besondere Arbeit der beruflichen Gruppen erfordert.
8. Die Mittel des BdDG werden durch Beiträge der Mitglieder aufgebracht. Über die Höhe entscheiden die Mitglieder in Urabstimmung nach einem von der Bundesleitung zu unterbreitenden, begründeten Vorschlag.
   Alle Arbeiten für den Bund sind ehrenamtlich; Auslagen werden ersetzt. Den zahlenden Mitgliedern wird das Organ des Bundes, die »Gewerkschafts-Zeitung«, geliefert.
   Die Beiträge werden in den Orts- bzw. Landesgruppen erhoben, die dafür einen Kassierer bestellen. Einzelmitglieder zahlen an die Zentrale. Die Beiträge werden

1 Datierung und Autorenschaft ergeben sich aus einem Rundschreiben Heinrich Schliestedts vom 4.8. 1937 »An die deutschen Gewerkschafter im Auslande«. In diesem Anschreiben heißt es u.a.: »Den beiliegenden erneut durchgearbeiteten Entwurf bitte ich nunmehr, mit dem dortigen Kreis der deutschen Gewerkschafter, die für die Vereinigung in Frage kommen, auf dem Boden des IGB stehen und zur Mitarbeit bereit sind, zu beraten. Die vorzuschlagenden Änderungen bitte ich, mit Begründung bis Ende August 1937 mitzuteilen. Danach wird ein neuer Entwurf angefertigt, der ebenfalls allen Freunden unterbreitet wird. Daß die ganzen Bestimmungen möglichst konzentriert sein müssen, nicht auf ein Land abgestellt werden können und der Charakter einer losen Vereinigung nicht geändert werden darf wegen der unterschiedlichen gesetzlichen Vorschriften, ist natürlich zu beachten.«
Der Satzungsentwurf wurde zum ersten Mal, wenn auch unvollständig, in der Sozialistischen Warte, 12. Jg., H. 20, 15.10.1937, S. 467–470, veröffentlicht. Als kritische Stellungnahme vgl. dort bes. 13. Jg. 1938, H. 4., 28.1.1938, Freie Sozialistische Tribüne, S. 90–92: »USG: Gewerkschaftsdiskussion«, die Stellungnahme der Unabhängigen Sozialistischen Gewerkschaften zu Schliestedts Plan eines Bundes der deutschen Gewerkschafter. Als Gegenmodell ist Gerhard Kreyssigs Vorschlag einer Arbeitsgemeinschaft der illegalen Gewerkschaftsgruppen zu verstehen; vgl. Deutsche Gewerkschafter im Exil, vom 17.5. 1939 (AdsD, ITF, Mappe 46).

2 Die meisten der in der Sozialistischen Warte, Jg. 1937, abgedruckten kritischen Stellungnahmen zum Satzungsentwurf betonen, daß sie von der Auslandsvertretung nicht an den vorausgegangenen Satzungsberatungen beteiligt worden waren. Das gelte auch, wie Walter Dirksen erklärt, für die Leser der von H. Schliestedt herausgegebenen »Gewerkschafts-Zeitung«. Die Leser hätten »in keiner der inzwischen erschienenen Nummern auch nur eine Andeutung von diesem Gründungsversuch erfahren«. Viele lehnen den Satzungsentwurf ab. G.W. (Sozialistische Warte, 12. Jg., H. 28, Dez. 1937, S. 743), nennt solche Bundespläne nutzlose Spielereien.« Walter Dirksen dagegen schreibt: »Man sollte nicht jede Zusammenfassung der Emigration auf gewerkschaftlicher Basis ablehnen; und wenn diese 3 Voraussetzungen geschaffen sind: keine Gefährdung der Arbeit im Reich; Heranziehung aller deutschen Kollegen und demokratischer Aufbau der Organisation; keine Zersplitterung der Arbeit für hilfsbedürftige Kollegen – dann kann eine Gruppe deutscher Gewerkschafter im Ausland ein Fortschritt sein.« Ebd., H. 29, 17.12.1937, S. 694f.

3 In einem kritischen Beitrag von Albert Ruf (Sozialistische Warte, 12. Jg., H. 23, S. 552) heißt es hierzu: »Diese Idee ist weder theoretisch noch praktisch untergegangen. Es ist heute in den Betrieben eines der beliebtesten Themen, in den Pausen Erinnerungen auszutauschen aus der Zeit, als wir noch frei und aufrecht gegen die Unternehmer standen.«

4 Zur Frage der Mitgliedschaft wird z.B. von Walter Dirksen (Sozialistische Warte, Nr. 29, 17.12.1937, S. 694f.) betont: Die Zusammenfassung der Mitglieder darf nicht mit »unfairen Methoden begonnen« werden. »Zulassungsbeschränkungen (z.B. ›Moral‹- oder ›Kommunisten-klausel‹) dürfen nicht weitergehen als bei den entsprechenden Organisationen des Gastlandes.«

5 Zur Gründung der »Landesgruppe Frankreich« vgl. Anm. 2 (W. Dirksen, S. 695); ferner Deutsche Gewerkschafter im Exil, Rundbrief Nr. 7, März-April 1939, S. 6.

6 Dies wird z.B. von W. Dirksen entschieden abgelehnt. »Emigrantenklubs sind von der Gestapo und ihren Freunden besonders leicht zu bespitzeln. Kollegen im Reich würden es zu büßen haben, daß gewisse Redaktionen auf so unqualifizierte Weise ihren Nachrichtenumlauf vergrößern wollen.« (Anm. 2, S. 695).

durch Marken quittiert, die von der Bundesleitung anzufordern und mit ihr zu verrechnen sind.
Ein zu bestimmender Anteil an den Beiträgen ist an die Bundesleitung zur Dekkung ihrer Aufgaben abzuführen, der übrige Teil verbleibt den Landes- bzw. Ortsgruppen. Alle Kassierer haben halbjährlich – 31. Dez[ember] u. 30. Juni – ihren Mitgliedern eine Abrechnung vorzulegen, die von mindestens zwei Mitgliedern der Bundesleitung bzw. der Landes- bzw. Ortsgruppe geprüft ist. Die Orts- und Landesgruppen haben ihre Abrechnung bis spätestens zum 10. des dem Kassenabschluß folgenden Monats – 10. Jan[uar] und 10. Juli – an die Bundesleitung zu senden. Die Abrechnung ist aufzustellen nach einem von der Bundesleitung zu liefernden Schema. Die Einnahmen dürfen nur für den BdDG und seine Aufgaben verwendet werden.

9. Jedes Mitglied erhält eine Mitgliedskarte mit Lichtbild als Legitimation. Bei Eintritt sind zwei Lichtbilder zu liefern. Die Eintrittsgebühr beträgt .... Es ist eine, mit dem Eintritt übernommene Ehrenpflicht, bei einem Erlöschen der Mitgliedschaft aus irgendeinem Grunde, die Mitgliedskarte zurückzugeben.
10. Die Mitgliedschaft erlischt
    a. durch Austritt,
    b. durch Tod,
    c. bei Nichtbezahlung der Beiträge über drei Monate, falls die Zahlung nicht vorher gestundet oder erlassen wurde. Anträge sind zu stellen an die Orts-, Landesgruppen oder Bundesleitung;
    d. durch Ausschließung. Sie kann erfolgen wegen gröblicher und bewußter Verletzung der Ziffer 2, 3, 5a, b und d der Satzung und der damit verbundenen Pflichten. Anträge auf Ausschließung sind zu richten unter Angabe der Beschuldigungen und der Beweise an die örtliche Leitung. Diese entscheidet durch Mehrheitsbeschluß nach mündlicher Beweisaufnahme, worüber ein Protokoll aufzunehmen ist. Gegen diese Entscheidung kann die Landesgruppenleitung angerufen werden, die im schriftlichen Verfahren entscheidet, wenn eine mündliche Verhandlung nicht möglich ist. Das Protokoll der örtlichen Verhandlung ist einzufordern.
    Wo keine örtliche Leitung besteht, entscheidet analog die Landesgruppenleitung. In diesem Fall ist die Bundesleitung die Berufungsstelle.

Unter Anerkennung der Satzungen schließe ich mich dem »Bund der Deutschen Gewerkschafter« an.

....., den 19

Erläuterungen

Die Notwendigkeit der Zusammenfassung aller Gewerkschafter im Auslande ergibt sich aus der Verbundenheit eines jeden mit der gewerkschaftlichen Idee, die jeder zu erhalten und zu pflegen hat. Diese Aufgabe ist aber nur zu erfüllen in der Zusammenfassung, denn das ist ja die erste Voraussetzung der Gewerkschaft. Die Verbindungen der deutschen Arbeiterschaft mit der internationalen Arbeiterbewegung sind zerrissen, so daß wir die Mittler zu sein haben, damit die Stimme der deutschen Arbeiter nicht untergeht. Dazu ist nicht der einzelne in der Lage, und nur das Gewicht der Gesamtheit der im Auslande lebenden deutschen Gewerkschafter kann den notwendigen Erfolg haben.

Die Zusammenfassung kann nur über alle Landesgrenzen hinweg erfolgen und in einer Form, die allen Schwierigkeiten in den einzelnen Ländern begegnet. Es kann deshalb nur eine lose Vereinigung, ein »Bund« sein, dem sich der einzelne dennoch bindend verpflichtet fühlt. Den wiederholten Anregungen folgend, wird ein Entwurf

einer Satzung unterbreitet zur Diskussion, denn die endgültige Satzung kann nur das Ergebnis einer Kollektivarbeit sein, soviel der Einzelne dazu beigesteuert haben mag. Die Satzung kann und muß sich auf das Wichtigste beschränken, sie soll nicht mehr sein, als die notwendigste Grundlage des Bundes, um den sich die Genossen zusammenfinden wollen. Die Absichten des Bundes sind rein ideell, was zu betonen vielleicht wichtig ist oder werden könnte.

Der Entwurf ist also nur eine Diskussionsbasis, damit ein Anfang vorhanden ist. Die Motive zu den einzelnen Bestimmungen sind folgende:

Zu 1: Unter »reichsdeutschen« Gewerkschaftern ist das Gebiet des Deutschen Reiches einschließlich Danzig zu verstehen, das ja auch früher mit zum reichsdeutschen Gewerkschaftsgebiet gehörte. Als Ausland gelten alle Länder außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches und Danzig.

Zu 2: Die Mitgliedschaft kann erworben werden, d.h. es kann niemand verpflichtet werden zum Beitritt, ebenso ist auch die Aufnahme eine Kann-Vorschrift. Reichsdeutsche sind alle deutschen Staatsangehörigen und selbstverständlich auch die von *Hitler* ausgebürgerten Deutschen. Die früher in Deutschland lebenden Ausländer, die den deutschen Gewerkschaften angehörten, zum Teil als wichtige Funktionäre aber nach *Hitler* in ihr Land zurückgingen, können ebenfalls beitreten.

Die Mitgliedschaft ist gebunden an die frühere Zugehörigkeit zu einer deutschen anerkannten Gewerkschaft, bis der Betreffende durch die Verfolgungen unter dem Hitlerregime das Land verlassen mußte. Der Nachweis der Mitgliedschaft ist nur zu erbringen, falls sie nicht notorisch anerkannt ist. Das dürfte nur in verhältnismäßig wenigen Fällen vorkommen. Die meisten Emigranten sind Funktionäre gewesen, deren Mitgliedschaft allseitig bekannt war und deshalb sicher auch von vielen anderen Kollegen bestätigt werden kann. Der Nachweis durch ein Mitgliedsbuch dürfte nicht allen möglich sein.

Zu 3: Die »Selbständigkeit« bedeutet, daß der BdDG von keiner anderen Vereinigung, welcher Art auch immer, abhängig ist, daß eine Einflußnahme anderer Vereinigungen auf den BdDG nicht zugelassen wird, insbesondere trifft das auf Vereinigungen deutscher Emigranten zu. Um so deutlicher ist das Bekenntnis zum IGB zu betonen. Der BdDG ist keine Gewerkschaft und deshalb ist eine direkte Mitgliedschaft im IGB nicht möglich, anderenfalls würde sich der Bund als Wahrer der deutschen gewerkschaftlichen Ideen ihm anschließen. Aus dieser ideellen Verbundenheit mit dem IGB bekennt sich der Bund auch zu den Grundsätzen und Beschlüssen des IGB.

Zu 4a: Die Gliederung des Bundes in Landesgruppen ist eine Zweckmäßigkeit, die kaum zu begründen notwendig erscheint. Aber das soll keine zwingende Vorschrift sein, um an bestehenden Hemmungen die ganze Sache nicht scheitern zu lassen oder neue Hemmungen aufzurichten. Dadurch soll es möglich werden, die Zeit zur Überwindung der Hemmungen zu gewinnen, um zu der zweckmäßigen Gliederung zu kommen. Gibt es in einem Ort eine größere Anzahl deutscher Gewerkschafter, so können auch sie sich im Rahmen der Landesgruppe zu einer Ortsgruppe zusammenschließen. Doch auch das ist nicht zwingend aus demselben Grunde, aber dringend erstrebenswert und als Ziel aufgestellt.

Zu 4b: Es kann sich jeder einzelne dem BdDG bei der Bundesleitung anschließen, doch soll die Formulierung noch einmal darauf hinweisen, daß die Gruppenbildung anzustreben ist.

Zu 5a: Diese Aufgabe ist zwar eine Selbstverständlichkeit, die jeder einzelne hat, um so notwendiger ist sie für die Gesamtheit. Die Fortentwicklung der Ideen ist die besondere Aufgabe der Emigranten, denn die Entwicklung steht nicht still, weder in Deutschland noch in der Welt, und alles wirkt aufeinander ein. Der Bund als Vereini-

gung der Gewerkschafter muß es als seine Pflicht auffassen, an seinem Teil in der Idee diesen Veränderungen zu folgen, um dadurch die Zukunft vorzubereiten.

Zu 5b: Ohne Kameradschaft und Solidarität untereinander ist der Bund nicht möglich, und gerade ein Bund von Gewerkschaftern muß darin die zu pflegenden beispielhaften Aufgaben erblicken.

Zu 5c: Die Lebensverhältnisse und Umstände der Emigranten in den verschiedenen Ländern bieten sehr viele Schwierigkeiten, die zu überwinden dem einzelnen oft erhebliche Mühe, manchmal noch viel mehr bereiten. Bestehen in einem Lande Gruppen des Bundes, so kann durch Arbeitsteilung die Möglichkeit geschaffen werden, den einzelnen auf mancherlei Weise behilflich zu sein. Die Solidarität kann hier eine praktische Ausweitung finden.

Zu 5d: Die Pflege der Beziehungen zu den Landesgewerkschaften wird eine besondere Aufgabe der Landes- und Ortsgruppen sein; die Beziehungen zu den internationalen Berufsverbänden ist eine Aufgabe der Bundesleitung, unbeschadet des von allen Mitgliedern anzustrebenden guten Verhältnisses zu ihren Internationalen Berufssekretariaten. Die Beziehungen zum IGB gehen über die Bundesleitung, um die Einheitlichkeit zu gewährleisten.

Zu 5e: Die Sammlung von Material über Deutschland geschieht an verschiedenen Stellen, aber eine Spezialisierung für gewerkschaftliche Zwecke sollte eine Aufgabe des Bundes sein, schon deshalb, weil innerhalb Deutschlands solche Sammlungen nicht möglich sind. Unter den gegenwärtigen Umständen könnte ein solches Archiv nur aus der Zusammenarbeit aller Mitglieder entstehen, die das ihnen zugehende Material für diesen Zweck zur Verfügung stellen.

Zu 5f: Die bereits bestehende »Gewerkschaftszeitung« soll allen Aufgaben des Bundes dienen, der Selbstverständigung über die Gewerkschaften unter den Mitgliedern und dadurch dem Zusammenhalt unter denselben. Damit würde die Gewerkschafts-Zeitung das Organ des Bundes.

Zu 6: Da bei der Auslandsvertretung auch die Vertretung der deutschen Gewerkschaftsarbeit im IGB liegt und auch sonst, ohne darauf hier näher einzugehen, eine gewisse Zentralisierung erfolgt ist, die Verbindungen zu allen Landeszentralen und IBS dort ist, erscheint es allen nützlichen Erwägungen zu entsprechen, wenn auch die Leitung des BdDG bei der Auslandsvertretung liegt. Die bisherige enge Zusammenarbeit mit den anderen im gleichen Land wohnenden deutschen Gewerkschaftern soll für den Bund eine feste Form finden durch die von ihnen zu bestellenden zwei Mitglieder für die Bundesleitung. Wird eine Landesgruppe gebildet mit einem Leiter, so gehört derselbe dadurch auch der Bundesleitung an.

Zu 7: Es ist das Recht aller Mitglieder, sich mit ihren IBS in Verbindung zu halten. Bilden sich Berufsgruppen im Anschluß an die jeweiligen zuständigen Berufsinternationalen, so soll der Vertreter der Berufsgruppe, ähnlich wie im IGB, auch im BdDG anerkannt sein. Daraus ergibt sich die Selbstverständlichkeit, daß nur Mitglieder des BdDG einer Berufsgruppe angehören können, wie auch umgekehrt. Dadurch wird die Einheit gesichert. Die Anerkennung dieses Grundsatzes durch den IBG und IBS soll angestrebt werden.

Zu 8: Die Ausgaben des Bundes bestehen in der Hauptsache in Schreibmaterial, Druckkosten, Porto etc., denn die Arbeiten für den Bund können nur ehrenamtlich geleistet werden. Aber diese Ausgaben erfordern die notwendigen Einnahmen, die mit Sicherheit nur aus Beiträgen der Mitglieder aufgebracht werden können. Die Höhe soll sich den Erfordernissen anpassen. Deshalb soll der Beschlußfassung eine begründete Aufstellung unterlegt werden. Da die Beiträge entsprechend den Auslandswährungen verschieden sein müssen, vielleicht auch mit ihnen veränderlich sind,

lassen sie sich in Satzungen nicht festlegen und unterliegen besonderer Beschlußfassung.

Zu 9: Das Lichtbild in der Mitgliedskarte ist aus der besonderen Emigrationssituation erforderlich. Es ist eine Sicherung gegen Mißbrauch der Mitgliedskarte und des Bundes. Wenn auch jeder, der einmal als Mitglied dem Bunde beigetreten und aufgenommen ist, auch unbedingtes Vertrauen verdient, verlangen kann und auch gewährt werden muß, so ist doch gegen alle Zufälligkeiten eine Sicherung nötig. Mehrfache Erfahrungen haben bewiesen, daß schriftliche Angaben ohne Lichtbild nicht genügen, um einen Mißbrauch des Vertrauens zu verhüten. Ein zweites Lichtbild muß bei der Bundesleitung bzw. in der Landesgruppe liegen, um einem sich zeigenden Mißbrauch steuern zu können.

Zu 10: Diese Bestimmung ist notwendig, um auch den unterschiedlichen Lebenslagen der Emigranten, die meistens Notlagen sind, entsprechen zu können. Dabei darf vorausgesetzt werden, daß durch die Stundung und das Erlassen der Beiträge der Bund nicht in seiner Lebensfähigkeit bedroht wird. Möglichst muß versucht werden, innerhalb der Gruppe einen Ausgleich zu finden.

Zu 10d: Diese Bestimmungen können leider nicht unterlassen werden, wenn man auch die Hoffnung aussprechen möchte, daß sie niemals Anwendung finden mögen. Ist dennoch aber nur auf diesem Wege der Bund vor Schaden zu bewahren, so soll das in Normen geschehen, die dem Bund zur Ehre gereichen und gegen die auch der Beschuldigte objektiv keine Einwendungen zu erheben vermag.

im Aug[ust] 1937 Unterschrift

Bund
der
Deutschen Gewerkschafter

Name
Geburtstag u. Ort
Beruf
Verband
Funktion
Wohnort in Deutschland
Jetziger Wohnort
und Land

DOKUMENT 43

15./16. 8. 1938: Beschlüsse des Kongresses deutscher Gewerkschafter in Mülhausen|Frankreich

IfZ, Nl. V. Baur, F 204, Bl. 123–125. Maschinenschrift. Überschrift: »Kongreß deutscher Gewerkschafter am 15./16. August 1938«.[1]

Für den IGB war Genosse [Walter] *Sch[evenels]*[2] anwesend, für die CGT Genosse *B[renôt]*[3] und für den Niederländischen Gewerkschaftsbund Genosse *L.* – Aus den Gastländern waren Delegierte erschienen aus: Dänemark[4], Niederlande, Luxemburg, Frankreich. Die Schweiz[5] und Schweden[6] waren besonderer Umstände halber nicht vertreten. Beide sowohl als auch [die] Niederlande hatten je eine Denkschrift über ihre Auffassung eingeschickt[7], die bei den Beratungen als Unterlage dienten und bei den Beschlüssen ihre Würdigung fanden. Aus der Tschechoslowakei war leider niemand anwesend.[8] Diese Vertreter und die anderen Freunde[9] haben den Tagungsort nicht erreicht.

Beschlüsse und Feststellungen des Kongresses

I. Organisierung der deutschen gewerkschaftlichen Emigration

1. Die Gründung eines »Bundes der deutschen Gewerkschafter«[10] wird aus grundsätzlichen und sachlichen Erwägungen abgelehnt.
2. Die ADG, gegründet auf der Reichskonferenz deutscher Gewerkschafter im Juli 1935 in der Tschechoslowakei,[11] ist auch die zuständige Stelle für die organisatorische Erfassung der deutschen gewerkschaftlichen Emigration.
3. Die Erfassung erfolgt durch Landesgruppen in den Gastländern. Dabei ist auf die asylrechtlichen Bestimmungen des Gastlandes Rücksicht zu nehmen. Diese Vorsorge soll die Dauer der Landesgruppen verbürgen und die ihr Angehörenden vor Gefahren bewahren. Die Landesgruppen bestimmen deshalb auch ihre Verfassung selbst[12] und damit auch die Art der deutschen gewerkschaftlichen Emigration in ihrem Gastlande.
4. Als Angehöriger der ADG kann nur anerkannt werden, wer die Satzungen und Beschlüsse des IGB vorbehaltlos und verpflichtend für sich und die gesamte gewerkschaftliche Emigration anerkennt; ferner muß er die ADG als die zuständige Organisation für die Erfassung der deutschen gewerkschaftlichen Emigration anerkennen.
5. Die Landesgruppen üben ihre Tätigkeit im Einvernehmen mit den Landeszentralen des IGB aus und stehen unter deren Schutz.[13] In Frankreich erfolgt das unmittelbar mit dem IGB.
6. Die Verbindung mit ihren Angehörigen und deren Unterrichtung unterhalten die Landesgruppen in zweckentsprechender Art, die die Möglichkeiten und Gepflogenheiten des Gastlandes berücksichtigt und die Tätigkeit und den Bestand der Landesgruppen nicht gefährdet.

II. Organe der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften und deren Aufgaben

1. Die Landesgruppen der ADG werden in einem Länderkomitee zusammengefaßt.
2. Die Gastländer, in denen zur Zeit Landesgruppen bestehen, und zwar Dänemark, Niederlande, Luxemburg, Tschechoslowakei, Schweden und die Schweiz, entsenden in das Länderkomitee je einen Vertreter. Die Landesgruppe Frankreich delegiert deren drei.
3. Werden in anderen Ländern Landesgruppen gebildet, so können diese nach Zustimmung des Länderkomitees einen Vertreter in dieses entsenden.
4. Die Aufgabe des Länderkomitees besteht aus:
   a. Organisierung von Landesgruppen, wo solche noch nicht bestehen, die Voraussetzungen dazu aber vorhanden sind,
   b. Förderung der Arbeit der Landesgruppen im Rahmen der gefaßten Beschlüsse,
   c. Aufstellung von Richtlinien im Rahmen der gefaßten Beschlüsse und der den Landesgruppen gestellten Aufgaben für dieselben,
   d. Austausch der Erfahrungen der Landesgruppen und Information derselben,
   e. Organisierung und Kontrolle der Publikationen der ADG,
   f. Organisierung des Empfanges von Nachrichten und deren Auswertung sowie Rückleitung von solchen.

III. Publikationen der ADG

1. Organ der ADG ist die »Gewerkschaftszeitung«.
2. Als Pressekorrespondenz wird das »Informationsblatt« herausgegeben, das in deutsch, französisch und englisch als Beilage zum Bulletin des IGB erscheint und auch den Angehörigen der ADG aller Landesgruppen geliefert wird.

IV. Allgemeine Fragen, zu denen der vorstehenden Beschlüsse halber Stellung genommen werden mußte

1. Zum Vorsitzenden des Länderkomitees wird Genosse XY[14] gewählt. Ihm werden folgende Aufgaben übertragen:

1 Ein Exemplar des Dokumentes befindet sich auch in: LOA, Fackföreningsinternationalen, Bd. 20, 1938–1939.
2 Schevenels war Initiator dieser Konferenz, vgl. auch Dok. 138, Anm. 11.
3 Gemeint ist vermutlich Marcel Brenôt, ab 1934 Sekretär der Hutmachergewerkschaft der Confédération Générale du Travail Unitaire, 1936–39 Sekretär der CGT de la chapellerie.
4 Gemeint ist F. Tarnow. Dies geht aus einem Brief von V. Baur an Frau Schliestedt, 14.9.1938 hervor. (IfZ, Nl. V. Baur, F 204, Bl. 130).
5 In einem Brief von Frau Schliestedt an V. Baur vom 12.9.1938 heißt es dazu: »Von der anderen Gruppe Bärtschi war auch niemand bei der Sitzung; wegen verschärfter Grenzkontrolle war die Fahrt unmöglich.« Ebd., Bl. 129.
6 Hierzu heißt es in einem Brief von H. Schliestedt an V. Baur vom 10.8.1938: »In Schweden haben sich die guten Freunde gestritten, wer hinfahren soll. Die Folge war, nachdem sie einfältigerweise beide ihren Anspruch bei Sch[evenels] angemeldet haben, wurden beide telegraphisch ausgeladen .... Es ist doch eine Schande, solch wichtige Sachen durch persönlichen Streit zum Scheitern zu bringen und schließlich auch noch die Internationale als Schiedsrichter anzurufen.« Vgl. ebd., Bl. 119, ferner Bl. 115.
7 Die Denkschriften fehlen in den Akten.
8 Gemeint sind die illegalen Vertreter aus dem Dritten Reich; vgl. dazu den Brief von H. Schliestedt an V. Baur vom 10.8.1938: »Von drüben kann überhaupt niemand kommen, obwohl sie sich vorgenommen hatten, drei zu schicken. Aber es fehlt eben die Zeit zur Vorbereitung, zumal sie nach Frankreich auch nicht ohne Visum können, wenn sie überhaupt einen Paß haben.« Ebd., Bl. 119.
9 Vgl. Dok. 42.
10 Vgl. Dok. 42.
11 Vgl. z.B. Dok. 219.
12 Vgl. ebd.
13 Gemeint ist Fritz Tarnow.
14 Gemeint ist Bruno Süß (26.8.1876–1940) Holzarbeiter, kaufmännischer Angestellter, 1918–24 Gauleiter im ZdA, 1920–25 (Mit-)Vorsitzender des Afa-Bundes, 1924 Bezirksleiter des Afa-Bundes Rheinland-Westfalen; Leiter des Landesverbandes Frankreich der ADG; SPD; im französischen Internierungslager verstorben.

a. Repräsentation der ADG,
b. Gründung von Landesgruppen in Gastländern, wo solche noch nicht bestehen,
c. Förderung der Arbeit der Landesgruppen,
d. Herausgabe von Richtlinien für die Arbeit der Landesgruppen,
e. Politische Information für die Mitglieder des Länderkomitees.

2. Zum Sekretär wird Genosse XYZ[15] gewählt. Neben den allgemeinen Sekretariatsarbeiten hat er insbesondere folgende Aufgaben zu erfüllen:
   a. Pflege der Beziehungen und Förderung der Arbeit,
   b. Beobachtung des Nachrichtendienstes und eventuell Korrigierung desselben,
   c. Pflege bzw. Herstellung der Beziehungen zu Freunden und zweckmäßige Zusammenarbeit mit ihnen,
   d. Redigierung des »Informationsblattes«, technische Herstellung und Versand desselben,
   e. Technische Herstellung der »Gewerkschaftszeitung« und deren Versand.
3. Einige Austausche sind in Aussicht genommen.
4. Redaktion, Verlag, Herstellung und Versand der »Gewerkschaftszeitung«.
   a. Der Antrag der niederländischen Genossen, die »Betrachtungen« anstelle der »Gewerkschaftszeitung« als Organ der ADG herauszugeben, wird abgelehnt.
   b. Die niederländischen Genossen sollen die »Betrachtungen« eingehen lassen, ihre Erfahrungen und ihr Material aber der »Gewerkschaftszeitung« zur Verfügung stellen und deren Redaktion übernehmen.
   c. Der Vorsitzende des Länderkomitees soll deswegen mit den niederländischen Genossen verhandeln.
   d. Der Betrag für die Herstellung der »Betrachtungen« soll als Unkostenanteil für die Drucklegung der »Gewerkschaftszeitung« geleistet werden.
   e. Die Drucklegung der »Gewerkschaftszeitung« erfolgt in Paris. Der Sekretär erhält den Auftrag, die notwendigen Verhandlungen darüber zu führen. Die Herausgabe erfolgt wie bisher monatlich.
   f. Korrekturlesen, Umbruch, Versand usw. erfolgt über das Sekretariat.
   g. Die Landesgruppen können die Abonnentenwerbung für die »G[ewerkschafts-]z[eitung]« durchführen. Der entsprechende Unkostenanteil ist an den IGB zu zahlen.
5. Das »Informationsblatt« redigiert der Sekretär.
6. Bis zum nächsten Kongreß ist das Länderkomitee die zuständige Instanz. Sind Entscheidungen notwendig und kann das nicht in einer Sitzung erfolgen, wird die Beschlußfassung auf schriftlichem Wege herbeigeführt.
7. Von der Zusage des Genossen *Sch[evenels]* wegen Übernahme der Unkosten für den Besuch der Genossen in den Departements in Frankreich durch den Sekretär wird mit Dank Kenntnis genommen.
8. Die Herausgabe der »Gewerkschaftszeitung« in verkleinerter Form, als illegale Flugschrift, wird abgelehnt. Propaganda durch Druckschriften wird zur Zeit nicht für geeignet gehalten.

den 15. /16. bzw. 22. August 1938.

Der Vorsitzende	Der Sekretär
(Unterschrift)	(Unterschrift)

15 Redakteur der »Gewerkschaftszeitung« wurde Anton Reißner (30.12.1890–10.5.1940). Vgl. auch Dok. 3 Anm. 2 und Dok. 35.

DOKUMENT 44

19. 1. 1939: Protokoll über Besprechungen zwischen Vertretern des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands und der ITF über die weitere Gewerkschaftsarbeit in der Emigration sowie speziell zum Umgang mit dem ADG

AdsD, ITF, Mappe 46. Unpaginiert. Maschinenschrift. Ohne Unterschrift.

Notiz[1]

Am 14.1.1939 hat *Fontijn*[2] auf Befragen erklärt, er sei nicht in der Lage, irgendeine gegen die ADG-Politik gerichtete Erklärung zu unterzeichnen, denn auf der letzten Sitzung seines IBS[3] sei ihm die Verständigung mit der ADG nochmals dringend anempfohlen worden. Der französische Verband[4] wolle sich anscheinend von direkter Verantwortung für [die] Deutschlandarbeit distanzieren.

Am 19.[1.1939] war er in Gegenwart *Alfreds*[5] anderer Meinung. *Alfred* bescheinigte ihm bissig, daß er zulernen könne.[6]

1 In der Vorlage gesperrt.

2 Deckname von Franz Vogt (16.10.1899–14.5.1940). Vogt war Sekretär der wirtschaftspolitischen Abteilung des Bergbauindustriearbeiter-Verbandes in Bochum, Mitglied des Preußischen Landtages 1932/33, April 1933 vorübergehend verhaftet, Mai 1933 entlassen, Juni 1933 Flucht über das Saarland nach Amsterdam, Mitarbeit an Emigrationszeitschriften, Aufbau des gewerkschaftlichen Widerstands der Bergarbeiter, 1935 in Opposition zum Sopade-Grenzsekretär Ernst Schumacher und Annäherung an die Revolutionären Sozialisten Deutschlands um Aufhäuser und Böchel sowie zu Neu Beginnen, 1936 Gründungsmitglied und bis 1939 gemeinsam mit Wilhelm Knöchel führender Kopf des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands am Hauptsitz in Amsterdam, Herausgeber und Redakteur der Bergarbeiter-Mitteilungen und der Bergarbeiter-Zeitung, Mai 1938 auf dem Bergarbeiterkongreß gemeinsam mit Wilhelm Knöchel als deutsche Vertreter ins Exekutivkomitee der Bergarbeiter-Internationale gewählt, 1939 Auseinanderbrechen des Arbeitsauschusses, Freitod beim Einmarsch der deutschen Wehrmacht in den Niederlanden. Vgl. zur Tätigkeit von Vogt Kap. IV der Dokumente.

3 Gemeint ist das Internationale Berufs-Sekretariat (IBS) der Bergarbeiter-Internationale.

4 Gemeint ist der französische Bergarbeiterverband.

5 Alfred bzw. Alfred Schroeder ist der Deckname von Wilhelm Knöchel (8.11.1899–24.7.1944). Knöchel war 1919 Mitglied der SPD, seit 1923 KPD, 1919–25 Mitglied im DMV, 1925–1932 Deutscher Bergarbeiter-Verband, ab 1932 RGO, Ende 1932 Lenin-Schule in Moskau, Februar 1934-Februar 1935 Mitarbeiter der RGI, ab Februar 1935 illegale Arbeit in Deutschland als Oberberater für den KPD-Bezirk Wasserkante, Teilnahme an der »Brüsseler Konferenz« der KPD in Moskau im Oktober 1935, dort Wahl zum Kandidaten des Zentralkomitees der KPD, ab November 1935 Abschnittsleitung West der KPD in Amsterdam, dort zuständig für Gewerkschaftsfragen, Mai 1936 Mitglied der Leitung des neugebildeten Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands, dabei in Absprache mit dem Zentralkomitee der KPD Rückzug aus der Parteiarbeit zugunsten gewerkschaftlicher Einheitsfrontpolitik, Mai 1938 auf dem Internationalen Bergarbeiterkongreß in Luxemburg Wahl zum deutschen Vertreter im Exekutivkomitee der Bergarbeiter-Internationale, Januar 1939 auf der »Berner Konferenz« der KPD Wahl ins Zentralkomitee der KPD, nach Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes Alleinbeauftragter des Zentralkomitees der KPD für Niederlande, Belgien und die Schweiz zur Reorganisation der illegalen KPD-Strukturen in Deutschland, ab Januar 1942 illegale Tätigkeit innerhalb Deutschlands und Versuche zum organisatorischen Neuaufbau einer Inlandsleitung, Erstellung und Verbreitung zahlreicher Flugschriften, 30.1.1943 Verhaftung, 12.6.1944 vom Volksgerichtshof in Berlin zum Tode verurteilt, am 24.7.1944 hingerichtet. Vgl. zur Tätigkeit von Knöchel im Rahmen des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands Kap. IV der Dokumente. Zur Knöchel-Organisation während des Krieges vgl. Herlemann, Auf verlorenem Posten, insb. S. 44ff.

6 Zu der hier angesprochenen inhaltlichen Differenz zwischen Vogt und Knöchel vgl. auch die Darstellung von Knöchel über seine Trennung von Vogt in Dok. 114.

Beide sind bereit, einen u.a. von *Hans*[7], *Karl*[8], *Sinterklaas*[9] unterzeichneten Brief an den IGB-Ausschuß zu unterschreiben[10], falls die Sicherheit besteht, daß mindestens ein Ausschußmitglied als Anwalt dieser Forderungen auftritt.

Sie akzeptierten folgende Vorschläge für den Inhalt eines eventuellen Briefes[11]:

1.) Forderung [nach] absoluter Trennung von Emigrations- und illegaler Arbeit. Auf der Mülhausener ADG-Konferenz[12], deren Protokoll *Alfred* besitzt, *Fontijn* aber bis heute nicht kennt, sei erklärt worden: Um die Bestimmungen des Asylrechts nicht zu verletzen, sollten die ADG-Landesgruppen keine illegale Arbeit leisten. Es sei den einzelnen Mitgliedern freigestellt oder empfohlen worden, Deutschland-Verbindungen zu pflegen – die erste Forderung sei damit zu begründen und mit der Sorge um den Schutz der illegal arbeitenden Kollegen vor Dilettanten.

2.) Eine Koordinierung der illegalen Arbeit am Wiederaufbau freier Gewerkschaften sei nötig. Diese Koordinierung sei, solange der Terror ungehemmt wüte, in Deutschland selbst unmöglich, da er die Gefahren vervielfache. ADG-Ortsausschüsse seien daher abzulehnen.[13] Die Koordinierung sei aber ohne Zusammenlegung der Organisationsnetze in gewissem Ausmaß auf dem Weg über die Auslandsverbindungen möglich – Voraussetzung dieser Koordinierung sei sehr weitgehende Autonomie der Berufsgruppen und kameradschaftliche Zusammenarbeit, d.h. keine Befehlsgewalt der mit der Geschäftsführung Beauftragten.[14] – Wenn ein IBS eine Organisation anerkannt habe und laufend kontrolliere, dürften im gleichen Beruf nur solche Auslandsverbindungen von freigewerkschaftlichen Instanzen anerkannt oder gefördert werden, die sich ebenfalls der Kontrolle des IBS oder seiner Beauftragten unterstellen.[15]

3.) *Fontijn* und *Alfred* schlugen folgenden weiteren Gedankengang vor: Es bestehen heute nebeneinander von den IBS anerkannte Organisationsnetze der ITF, Bergarbeiter, Textil, IBP (?).[16] Daneben besteht ein Sekretariat der ADG. Der IGB sei über den Ausschuß zu bitten, die Lage zu überprüfen und die Voraussetzungen für eine Koordinierung der Auslandshilfsarbeit auf kameradschaftlicher Grundlage unter weitgehender Autonomie der Berufsgruppen zu schaffen.[17]

Fontijn und *Alfred* waren nicht ganz einer Meinung. *F[ontijn]* hat offensichtlich nach dem Rückzug der Franzosen ein sehr starkes Anlehnungsbedürfnis.[18]

[...][19]

7 D. i. Hans Jahn. Vgl. eingehend zu Jahn Dok. 75, 86, 90.

8 Deckname von Hermann Knüfken (9.2.1893–8.2.1976). Knüfken war Seemann, KPD, 1923 Leiter des Internationalen Clubs der Seeleute (Interclub) in Leningrad, mehrmals in Deutschland und in der Sowjetunion inhaftiert, 1932 Rückkehr nach Hamburg, Leiter der skandinavischen Sektion des Interclubs, 1933 Emigration nach Kopenhagen, später nach Rotterdam, nach Festnahme und Ausweisung Anfang 1935 nach Antwerpen und Leiter der dortigen Seeleute-Gruppe, zunehmend in Konflikt mit der ISH-Leitung und der KPD, Ende 1935 Annäherung an ITF und Edo Fimmen, Anfang 1936 formeller Übertritt zur ITF, enger Kontakt zu Hans Jahn, Zusammenarbeit mit dem britischen und französischen Geheimdienst, Oktober 1939 nach Schweden, dort illegale Arbeit für die ITF, November 1939 verhaftet, Auslieferungsantrag der deutschen Regierung durch die ITF und den britischen Botschafter verhindert, bis 1943 in Schweden inhaftiert, Herbst 1944 Ausreise nach England, 1946 Rückkehr nach Deutschland, Mitarbeit in der Entnazifizierungskommission für deutsche Seeleute in Hamburg, 1947 Ausschluß aus der Gewerkschaft ÖTV, 1950 Übersiedlung nach England, bis 1965 Mitarbeiter des britischen Außenministeriums im Londoner Hafen. Vgl. zu Knüfken anschaulich die biographische Skizze von Dieter Nelles, Das abenteuerliche Leben des Hermann Knüfken. Ein demokratischer Revolutionär, in: Seefahrt. ÖTV-Report, Nr. 3, September 1996, S. 13–23. Vgl. zu Knüfken Kap. III der Dokumente.

9 Deckname von Nikolaus Haas (geb. 2.4.1891). Haas war vor 1933 Bezirkssekretär des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes und Vorsitzender des Ortsausschusses des ADGB in Aachen, Führer der Eisernen Front in Aachen, Frühjahr 1933 KZ-Haft, Juli 1933 Emigration nach Belgien, Organisation der illegalen SPD-Tätigkeit im Grenzgebiet bei Aachen in Verbindung mit belgischen und niederländischen Sozialisten, Herausgeber von »Die Arbeit. Wochenzeitung für alle Werktätigen im deutschsprachigen Grenzgebiet Belgiens«. Vgl. auch Dok. 45.

10 Der Brief konnte nicht ermittelt werden. Die Diskussion stand aber im Zusammenhang mit dem Brief an den IGB-Kongreß 1939 und den Auseinandersetzungen um die Gewerkschafts-Organisation. Vgl. Dok. 22.

11 Vgl. zu den Inhalten ähnlich bereits die Festlegungen innerhalb der ITF (Dok. 64, 75) und des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands (Dok. 109).

12 Die Konferenz fand am 15./16.8.1938 statt. Vgl. Dok. 43 und die Berichterstattung in: Informationsblatt der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften, Nr. 19, vom 6.9.1938; Deutsche Gewerkschafter im Exil, 5. Rundbrief, Februar 1939, S. 4 f.

13 Vgl. auch die Kritik von Hans Jahn in Dok. 36.

14 Vgl. auch »3. Möglichkeit« der Geade. »Unser Vorschlag« von Hans Jahn u.a. (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 392, Bl. 175 f.).

15 Dies entsprach weitgehend der Haltung der ITF und des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter und war gegen den Anspruch der ADG gerichtet. Vgl. Anm. 11 sowie die Eingabe »An den Kongreß des IGB« (Dok. 22).

16 Ebd. (?) in der Vorlage. Der IBP war der Internationale Bund der Privatangestellten. Die Diskussion verschob sich zu den von den IBS getragenen Gruppen, zumal Heinrich Schliestedt im Vorfeld der Mülhausener Tagung am 13.4.1938 tödlich verunglückt und die ADG in Frankreich gespalten war. Vgl. beispielhaft die Stellungnahmen in Anm. 12 sowie Dok. 43, 45. Zu den Bergarbeitern und zur ITF vgl. die Kapitel III und IV.
Zu den Textilarbeitern vgl. z.B. das Flugblatt »An alle deutschen Textilarbeiter und -arbeiterinnen !« vom September 1938, herausgegeben vom Gewerkschaftsausschuß der Textilarbeiter Deutschlands, gefunden in Rheydt am 29.8.1938. Meldung der Stapo-Leitstelle in Düsseldorf, Tagesrapport Nr. 5, vom 5.10.1938; vgl. ferner die Zeitschrift »Textilarbeiter-Mitteilungen«, hrsg. vom Gewerkschaftsausschuß der Textilarbeiter Deutschlands, z.B.: Nr. 3, März 1939; sowie die Ermittlungen der Stapo-Leitstelle Berlin gegen Rudolf Feix, vom 18.10.1939, und den zusammenfassenden Bericht des Gestapa vom 8.12.1939 (alle: BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 1056, Bl. 4–6; Nr. 374, Bl. 101–107, Bl. 117–130; Nr. 394, Bl. 238–239). Danach hatte es in den Jahren 1933–1936 in Sachsen sozialdemokratisch orientierte Textilarbeitergruppen gegeben, die vor allem Stimmungsberichte sammelten und an die Sopade weitergaben. Zu diesen Gruppen wurden erst nach der Besetzung der CSR von der Gestapo Unterlagen in Reichenberg entdeckt. 1939 erfolgten umfangreiche Verhaftungen. Nach den Ermittlungen der Gestapo besaßen die von vier Personen angeleiteten Textilarbeitergruppen innerhalb Deutschlands Verbindungen nach Württemberg, Schlesien, Thüringen und Kassel sowie außerdem Kontakte zum französischen und tschechischen Textilarbeiterverband. Bei den Festgenommenen handelte es sich danach um frühere Bezirksvorstände und Angestellte des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Der Führungsgruppe wurde von der Gestapo vorgeworfen, die »Reichsleitung des illegalen Deutschen Textilarbeiterverbandes« gebildet zu haben, wobei die Festgenommenen allerdings diese »Bezeichnung« ablehnten.

17 Der IGB stellte in der Folge seine Unterstützung für die ADG ein, die unter neuer Führung (Fritz Tarnow) nur noch ein Schattendasein führte und während des Krieges von den Landesgruppen deutscher Gewerkschafter verdrängt wurde. Vgl. Dok. 47 sowie die Kapitel VIII und IX der Dokumente.

18 Vgl. Anm. 4.

19 Nicht abgedruckt wurden die letzten 13 Zeilen des Dokuments, die Einzelinformationen zur ITF, zum Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands sowie Hinweise zu verschiedenen Verbindungen zwischen Widerstands- und Emigrantengruppen enthielten.

DOKUMENT 45

17. 6. 1939: Konzeption für die gewerkschaftliche Deutschland-Arbeit

AdsD, ITF, Mappe 46. Unpaginiert. Maschinenschrift. Ohne Verfasserangabe.[1] Datumsangabe in der Kopfleiste und am Ende des Dokuments jeweils handschriftlich eingefügt.

Zur gewerkschaftlichen Deutschland-Arbeit.[2]

I.

Die Frage der Deutschland-Arbeit (D-Arbeit) muß von der Emigration-Vereinsfrage getrennt werden.

Die Frage einer besonderen Organisation der emigrierten deutschen etc. Gewerkschafter ist eine Angelegenheit der Landeszentralen des Gastlandes.

Wenn eine besondere Gewerkschafts-Emigranten-Organisation von den Emigranten oder von der Landeszentrale für nötig gehalten wird, müssen ihr aber alle bona fide Gewerkschafter beitreten können und nicht nur, wie z.B. seinerzeit in Frankreich, nur Mitglieder eines Emigrantenklubs[3], der alle Nicht-Mitglieder[4] diffamierte. (Vgl. Rundschreiben ADG-Frankreich, No. 4, vom 31. Dez[ember] 1938).

Im Interesse der Sicherheit der in D[eutschland] arbeitenden Kollegen sollte kein Emigrantenverein nach D[eutschland] hineinarbeiten, denn Emigrantenvereine sind selten spitzelsicher.

II.

Zunächst eine Bestandsaufnahme der in der D-Arbeit stehenden Gruppen.[5]

Die Versuche, 1933 von Berlin aus in allen wichtigen Berufszweigen ein Vertrauensleutenetz zu organisieren, sind gescheitert. Nur in einzelnen Berufen wird heute noch systematisch ein nennenswertes Verbindungsnetz aufrecht erhalten, u[nd] z[war]

1.) unter Seeleuten, Transportarbeitern, Eisenbahnern, mit Unterstützung und unter Kontrolle der ITF,
2.) unter Bergarbeitern, vom Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands, mit Unterstützung und Kontrolle der Bergarbeiter-Internationale,
3.) unter Textilarbeitern vom Gewerkschaftsausschuß der Textilarbeiter Deutschlands mit Unterstützung einzelner Textilarbeiter-Organisationen (Belgien und Frankreich),[6]
4.) unter Angestellten hält unseres Wissens der IBP einen regelmäßigen Kontakt aufrecht,
5.) als gewerkschaftliches Organisationsnetz von überlokaler Bedeutung sind noch die Unabhängigen Sozialistischen Gewerkschaften (USG) zu nennen. In dieser Organisation fanden sich ohne Kontakt mit anderen Bestrebungen 1934 ehemalige Gewerkschafter verschiedenster Berufe zusammen. Die USG haben sich, als sie von entsprechenden Parallelarbeiten hörten, der Kontrolle des IBS mit den größten Deutschland-Erfahrungen, der ITF, unterstellt.[7]

Es existierten bisher noch zwei Vereinigungen, die Anspruch auf zentrale Führung erhoben: der Koordinations-Ausschuß und die ADG.[8]

Der Koordinations-Ausschuß, der stets auf Frankreich beschränkt blieb, hat sich inzwischen aufgelöst.

Der Name ADG täuscht die Gewerkschaften außerhalb Deutschlands über die wirkliche Bedeutung dieses Vereins.

Die ADG erfaßt in einigen Ländern einen kleinen Teil der emigrierten Gewerkschafter. Ihr Name besagt aber, daß sie die Auslandsvertretung der[9] deutschen Gewerkschafter sei. Dieser Name wirkt wie eine Hochstapelei. Denn

1.) gibt es heute keine deutschen Gewerkschaften, sondern nur gewerkschaftsähnliche Vertrauensmännernetze in einigen Berufen und Betrieben;
2.) vertritt die ADG keine der wirklich tätigen Gruppen, die oben genannt wurden und neben denen unseres Wissens keine nennenswerte gewerkschaftliche Organisation mehr besteht und
3.) ließ selbst die sog[enannte] Reichsleitung durch Kurier gegen die Existenz der ADG protestieren.[10]

[Walter] *Schevenels* wurde darüber unterrichtet.

Es besteht die Gefahr, daß einzelne Organisationen dem tönenden Namen ADG trauen und vermuten, daß in Deutschland eine starke zentrale gewerkschaftliche Organisation existiert. Wenn diese Gewerkschafter durch Zufall die Wahrheit erfahren, werden sie mit Recht über diese Täuschung entrüstet sein.

Es erscheint deshalb nötig,

1) auf das Vortäuschen einer nicht vorhandenen deutschen Landeszentrale zu verzichten. Die ADG ist zu veranlassen, für ihre Emigrantenklubs einen bescheideneren Namen zu wählen.
2) In absehbarer Zeit sollte ein kleiner Ausschuß zusammentreten, um Möglichkeiten und Grenzen einer Koordination der Deutschlandarbeit zu besprechen. In diesem Ausschuß müßte mindestens je ein Vertreter des IGB und der in der D[eutschland]-Arbeit stehenden IBS vertreten sein.[11]

Die Reichsleitung ist ein Freundeskreis früherer leitender Gewerkschafter...[12] Er setzte sich im Herbst 1933 das Ziel, die vielfältigen gewerkschaftlichen Wiederaufbauversuche zu koordinieren. Der Versuch scheiterte. Als 1935, nach der Verhaftung verschiedener Sekretäre des Metallarbeiterverbandes [Heinrich] *Schl[iestedt]*[13] nach K[omotau][14] flüchtete, hatte er sich ohne Ermächtigung zur Auslandsvertretung dieser Reichsleitung ernannt. Aus dieser sicher wohlgemeinten Spielerei entstand die ADG.

1 Als Verfasser oder Co-Autor kommt Hans Jahn in Frage, da der letzte Absatz des Dokuments inhaltlich und in den Formulierungen große Ähnlichkeiten mit den Analysen über die Entwicklung der Illegalen Reichsleitung in Berlin aufweist. Vgl. Dok. 22, 36.
2 In der Vorlage unterstrichen.
3 Gemeint ist die ADG.
4 »Nicht« handschriftlich vor »Mitglieder« eingefügt.
5 Vgl. Dok. 44.
6 Vgl. ebd. z.B. zur Tätigkeit von Nikolaus Haas.
7 Vgl. Dok. 82.
8 Vgl. hierzu eingehend Dok. 42, 43.
9 Die beiden Artikel sind in der Vorlage unterstrichen.
10 Dieser Kurier konnte nicht eindeutig identifiziert werden.
11 Vgl. Dok. 44.
12 Vgl. hierzu mit unterschiedlicher Bewertung Dok. 22, 35, 36, 41 und aus der Retrospektive Dok. 52.
13 Hier irrt der Verfasser. Die Verhaftungen ehemaliger Sekretäre des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes setzten im Dezember 1934 ein. Heinrich Schliestedt war am 2.10.1934 geflohen. Vgl. Dok. 20, 22.
14 Komotau in der CSR.

DOKUMENT 46

September 1939: Aufruf der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften an die deutschen Arbeiter nach Kriegsausbruch

AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 17. Maschinenschrift. Überschrift: »An die deutschen Arbeiter!«[1]

Kameraden! Das fluchwürdige Hitlerregime nähert sich seinem Ende. Verabscheut und verachtet von der ganzen Welt ist es dem sicheren Untergang geweiht.

Am Vorabend des Krieges stand Deutschland vor dem ökonomischen und finanziellen Bankrott. In 6 ½ Jahren grauenhafter Mißwirtschaft und schamloser Korruption haben die Nationalsozialisten das deutsche Volk ausgeplündert und dem Elend überliefert. Aus Angst vor der Verantwortung vor dem inneren Zusammenbruch haben sie den Krieg entfesselt. Sie wissen, daß sie diesen Krieg verlieren werden, aber sie wußten, daß sie auch ohne dem verloren waren. Nach einem ruchlosen Leben, angefüllt mit blutigen Gewalttaten und barbarischen Verbrechen wollen sie nicht sterben, ohne Millionen unschuldiger Volksgenossen und friedlicher Menschen anderer Nationen mit sich in einen gräßlichen Tod zu reißen.

Nun ist die Vergeltung auf dem Anmarsch. In flammender Empörung stehen alle Völker der Zivilisation gegen *Hitler*, einmütig in der brennenden Sehnsucht, endlich von der braunen Pest befreit zu werden. Die Regierungen der demokratischen Staaten, denen *Hitler* den Krieg aufgezwungen hat, haben ihren Völkern geschworen, daß sie diesen Krieg nicht gegen das deutsche Volk, daß sie ihn nur gegen das Hitlerregime führen. Und sie haben weiter geschworen, daß der Krieg nicht beendet werden soll, bis dieses schändliche Terrorregime vernichtet und ausgerottet worden ist. Es gibt kein Wunder, das *Hitler* noch retten könnte.

Kameraden! Mit dem Sturz des Hitlerregimes kommt die Stunde eurer Befreiung. Die braune Diktatur hat euch zu Heloten entwürdigt, politisch entmündigt und sozial versklavt. Die Gewerkschaften wurden euch geraubt, die Tarifverträge beseitigt, das Betriebsräterecht aufgehoben. Alle selbstgewählten Interessenvertretungen wurden kassiert, alle Waffen im Kampf gegen die Ausbeutung wurden euch fortgenommen. Für die Arbeitsfront, die keine andere Aufgabe hat, als eure Knechtschaft zu überwachen, wurden euch Zwangsbeiträge abgepreßt, ohne daß ihr auch nur fragen durftet, wohin die Milliarden verschwunden sind. Die moralisch verlumpten [Robert] *Ley* und Konsorten an der Spitze, tausende ebenso amoralischer Subjekte an den Bezirks- und Ortskassen haben sich die Taschen gefüllt. Die sozialen Unterstützungen wurden erbarmungslos abgebaut, die früher vorbildliche deutsche Sozialpolitik wurde in eine Antisozialpolitik, das ebenso vorbildliche Arbeitsrecht in ein Arbeitsunrecht umgewandelt. Aus dem Achtstundentag wurdet ihr in den Zehn- und Zwölfstundentag gejagt. Die Preise steigen und Lohnerhöhungen wurden verboten. Durch Aufhebung der Freizügigkeit wurdet ihr gesetzlich in die Hörigkeit überführt.

Kameraden! Ihr wurdet unter die zynische und verbrecherische Devise gezwungen, daß Kanonen wichtiger seien als Butter. Nun ist das letzte Ziel dieser verruchten Politik erreicht, nun will man euch zwingen, lieber für das Naziregime im Krieg zu sterben als im Frieden zu leben.

1 Der Aufruf ist abgedruckt in: Neue Gewerkschaftszeitung, Nr. 10, Oktober 1939, S. 282f. Ein Exemplar des Aufrufs befindet sich auch in DÖW, Nl. F. Novy. Ein Entwurf zu dem Aufruf stammte von B. Süss; Vgl. B. Süss an H. Vogel, 27.9.1939 (AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 133).

Kameraden! Behaltet alles dies in eurem Bewußtsein, vergeßt nicht, was man euch angetan hat. Wir versichern euch: Was euch geraubt wurde, werdet ihr wiederbekommen, wenn das Hitlerregime gestürzt ist. Bereitet euch vor auf die Stunde der Befreiung. Bereitet euch darauf vor, wieder als freie Arbeiter in einem freien Lande leben zu dürfen.[2]

Die freien deutschen Gewerkschaften werden wieder auferstehen!

Es lebe die Freiheit!

Es lebe das freie Deutschland!

September 1939
Die Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften[3]

DOKUMENT 47

September 1939: Memorandum von Fritz Tarnow, Kopenhagen, über die Aufgaben der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften während des Krieges

AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 17. Maschinenschriftliche Vervielfältigung. Überschrift: Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften (ADG). »Ihre Aufgabe während des Krieges.«[1]

Bei der Errichtung der ADG wurden ihr 3 Aufgaben zugewiesen:
1) Unterstützung der illegalen Gewerkschaftsbewegung im Reiche,
2) Informationsdienst für das Ausland,
3) Vorbereitung des Wiederaufbaus der Gewerkschaften für den Fall eines Regimewechsels.[2]

Seit dem hermetischen Abschluß der Grenzen und der grenzenlosen Verschärfung des Terrors mit dem Ausbruch des Krieges sind die Verbindungen zur illegalen Bewegung im Reich vorläufig zerschnitten. Die Tätigkeit der ADG auf den erstgenannten beiden Gebieten ist dadurch, wenn nicht ganz unmöglich gemacht, so doch nur noch in sehr beschränktem Umfange möglich. Dafür ist aber die Aufgabe, Vorbereitungen für die Wiederherstellung der Gewerkschaften zu treffen, umso wichtiger, aktueller und dringender geworden.

Einige Monate vor Kriegsausbruch, als das Herannahen der Katastrophe schon verspürbar war, wurde diese Frage in einer Besprechung zwischen der ADG und der

2 In einem Brief vom 8.10.1939 von B. Süss an C. Frederek, d.h. Fritz Tarnow, heißt es zum letzten Absatz: »Den Schluß habe ich neu hinzugefügt. Man kann nicht erwarten, daß die Westmächte alles tun für Herstellung von Demokratie und Freiheit und dem deutschen Arbeiter nur sagen, sie sollen sich auf den historischen Augenblick vorbereiten. Man muß vielmehr auch gerade im gegenwärtigen Augenblick – und später vielleicht noch schärfer – aussprechen, daß auch in Deutschland selbst etwas geschehen muß. Ich hoffe, Du bist mit der Änderung einverstanden gewesen.« (AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 17).

3 Zur Einschätzung des Aufrufs vgl. Dieter Lange, Fritz Tarnows Pläne zur Umwandlung der faschistischen Deutschen Arbeitsfront in Gewerkschaften, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 24. Jg., 1976, H. 2, S. 152.

1 In der wissenschaftlichen Literatur wurde bisher lediglich ein inhaltlich in den meisten Punkten identisches, aber anders strukturiertes Memorandum »Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften (ADG). Die Aufgaben der ADG nach Kriegsausbruch« berücksichtigt; vgl. z.B. Ross, Gewerkschaften, S. 122; Günther, Landesgruppe, S. 47f.; Lange, Tarnows Pläne, S. 150–167.

2 Vgl. Dok. 27.

illegalen Reichsleitung eingehend erörtert.[3] Das Ergebnis der Besprechung war der Beschluß, alle Vertrauensleute im Reich anzuweisen, sich unverzüglich auf alle die praktischen Maßnahmen vorzubereiten, die gegebenenfalls für die Umwandlung der Arbeitsfront[4] zu Gewerkschaften erforderlich sein würden. Begründet wurde die Anweisung mit der Wahrscheinlichkeit eines baldigen Kriegsausbruches und der noch größeren Wahrscheinlichkeit, daß dann das Hitlersystem sein Ende finden würde und daß überraschend eine Situation eintreten könne, in der schnell und planmäßig gehandelt werden müsse.

Doch schon in den letzten Wochen vor Kriegsausbruch wurde es deutlich, daß das Regime im Kriegsfalle mit den brutalsten Mitteln die letzten Reste der legalen Bewegungsmöglichkeiten zu zerstören entschlossen war. Mit Ausbruch des Krieges erreichte die Verhaftungswelle einen noch nie erreichten Hochstand, die braunen Mörderkolonnen *Hitlers*, vom Kriegsdienst befreit, wurden sichtbar zur Verstärkung der Gestapo eingesetzt, die Konzentrationslager waren schon vorher angewiesen worden, sich für den Kriegsfall auf einen Zuwachs von 40.000 Gefangenen einzurichten, neue Gesetze mit Androhung der Todesstrafe für geringfügige oppositionelle Vergehen wurden erlassen. Genau nach den Plänen *Himmlers* für den »inneren Kriegsschauplatz« wurden die vorbereiteten Maßnahmen in Szene gesetzt, um die Bevölkerung in Angst und Schrecken zu versetzen.

Wir müssen deshalb leider damit rechnen, daß sich zur Zeit von unseren Vertrauensleuten im Reich nicht mehr viele auf freiem Fuß befinden und daß auch diese durch den furchtbaren Terror gelähmt und gefesselt sind. Der Anteil an den Vorarbeiten, den die Kameraden im Reich selbst übernehmen wollten, wird deshalb von ihnen kaum erfüllt werden können. Um so mehr fällt der Auslandsvertretung diese Aufgabe und die Pflicht dazu zu, soweit das von außen her überhaupt möglich ist.

Um die Aufgabe kenntlich zu machen, muß eine Einschätzung der kommenden Ereignisse vorgenommen werden, obwohl natürlich jede solche Voraussage nicht mehr als einen Wahrscheinlichkeitswert hat und der wirkliche Verlauf der Begebenheiten ein ganz anderer werden kann. Da es aber für unseren Zweck nicht genügt, nur einige allgemeine Grundsätze aufzustellen, die für jede Situation passen, vielmehr praktische Maßnahmen für eine bestimmte Situation erörtert werden müssen, muß versucht werden, sich die Situation konkret so vorzustellen, wie sie im Ernstfalle sein kann.

Alle Überlegungen mit diesem Ziel können zur Zeit nur von der Annahme ausgehen, daß der von *Hitler* freventlich entfesselte Krieg seinen Sturz und einen Wechsel des Regimes herbeiführen wird. Dies kann sich ereignen etwa als Folge einer inneren Umwälzung oder unter dem Druck der gegen Hitlerdeutschland kämpfenden Mächte nach entscheidenden Niederlagen der deutschen Waffen. Es liegt auf der Hand, daß die innere Situation in beiden Fällen nicht die gleiche ist und daß auch jeder von ihnen in sich verschiedene Möglichkeiten enthält.

Im Falle der inneren Umwälzung kann es sich um einen spontanen Aufstand der ausgehungerten und kriegsmüden Volksmassen handeln, ohne daß vorbereitete und organisierte Kräfte mit einer bestimmten Zielsetzung dahinter stehen. Es kann auch ein Aufruhr innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung sein, mit keinem anderen Resultat, als daß eine Naziclique durch die andere verdrängt wird. Schließlich kann es

3 In den Akten finden sich keine Unterlagen über diese Besprechung; vgl. Dok. 48, Anm. 8.

4 In dem Dokument ADG: Die Aufgaben nach Kriegsausbruch (vgl. Anm. 1, im folgenden zitiert als Dokument »Aufgaben« in: AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 17; ferner in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Fritz Tarnow), heißt es dagegen: »Beschlossen wurde, alle illegalen Vertrauensleute im Reich anzuweisen, sich auf einen Regimewechsel im Falle des Krieges vorzubereiten und die Bereitschaft zur Wiederaufnahme legaler gewerkschaftlicher Tätigkeit herzustellen.« (S. 2).

sich um eine von der illegalen sozialdemokratischen oder kommunistischen Bewegung oder von einer bürgerlichen Oppositionsgruppe ausgelöste und geführte Aktion handeln. Oder bei einer spontan ausgebrochenen Erhebung gelingt es einer der politischen Oppositionsgruppen, die alleinige Führung an sich zu reißen und ihre Ziele durchzusetzen.

Wir untersuchen hier nicht die Frage, was die deutschen Arbeiter tun sollen, um das Hitlerregime zu stürzen und ein freiheitliches Regime einzusetzen. Nicht etwa, daß uns diese Frage weniger wichtig erschiene oder daß wir die Meinung hätten, der Kampf um Gewerkschaftsfreiheit könne isoliert vom politischen Kampf geführt werden.[5] Aber in der vorliegenden Betrachtung soll untersucht werden, welche besonderen gewerkschaftlichen Maßnahmen erforderlich sind, nachdem der politische Kampf bereits zu einem Regimewechsel geführt hat.

Es ist schon klar geworden, daß nicht schon ein Sturz *Hitlers* unter allen Umständen diese Situation herstellt. Bei einem bloßen Personen- oder Richtungswechsel im Naziregime ebenso wie bei einer Umwandlung der Nazidiktatur in eine bolschewistische Diktatur[6] würden die Tore zur Gewerkschaftsfreiheit nach wie vor verschlossen bleiben. Aber wir vertrauen darauf, daß das deutsche Volk, wenn es in eine revolutionäre Bewegung[7] gekommen ist, nicht die Ketten der braunen Diktatur zerschlägt, um sich in die einer anderen Diktatur einschmieden zu lassen, daß es übergenug von der Sklaverei hat und dem Rufe nach Freiheit und Demokratie folgen wird. Das heißt, wir setzen in diesem Falle ein Regime voraus, daß sofort die Freiheit der gewerkschaftlichen Organisation anerkennt.

Wenn das Hitlerregime während der ganzen Kriegsdauer stark genug bleiben sollte, um jeden Aufstand niederschlagen zu können, wird *Hitler* spätestens sein Ende finden, wenn er den Krieg verloren hat. Die Westmächte haben die Vernichtung des Hitlerismus als das wichtigste, sogar das einzige Kriegsziel proklamiert, und sie werden gezwungen sein, es durchzuführen, wenn sie siegen. Sie müssen den Hitlerfaschismus ausrotten, weil sie anders die Sicherheit eines langen Friedens nicht finden können, der nach dem Aderlaß des Krieges erst recht eine Lebensfrage für sie sein wird. Außer der beiden bisher genannten Möglichkeiten eines Regimewechsels – durch eine Volkserhebung oder nach dem verlorenen Kriege unter dem Druck der Siegermächte – ist noch eine dritte denkbar. Wenn nämlich im Verlauf des Krieges die Hoffnungen auf den Endsieg der deutschen Waffen geschwunden sind, kann es geschehen, daß die deutsche Heeresleitung den Todesstoß gegen das Hitlerregime führt, um durch einen erträglicheren Vergleich mit den Westmächten einer bedingungslosen Kapitulation zuvorzukommen. Steht militärisch die Partie so, werden die Westmächte den Vergleich nicht eingehen ohne sichere Garantien für einen durchgreifenden Regimewechsel im Reich, und die deutschen Generäle werden in dieser Situation auch wohl, ohne daß [sie] das erhebliche Überwindung kostete, bereit sein, den Auftrag gewissenhaft durchzuführen, das heißt nicht nur *Hitler* zu beseitigen, sondern das

5 Dazu heißt es im Dokument »Aufgaben«: Es »kann der aktive Kampf für die Wiederherstellung der Gewerkschaftsfreiheit heute nicht anders geführt werden als in der Form des politischen Kampfes zur Vernichtung des Hitlerismus.« (S. 1).

6 Dieser Hinweis fehlt im Dokument »Aufgaben«; zur Haltung der ADG gegenüber den Kommunisten vgl. auch Dok. 39, 40.

7 Dazu heißt es im Dokument »Aufgaben«: »Die Chance für ein rein sozialistisches Regime unmittelbar nach Hitler würde höchstens in einem dieser Fälle, nämlich dem eines Volksaufstandes, gegeben sein, doch wird man bei nüchterner Abwägung der in Deutschland wirksamen Kräfte diese Chance nicht allzu groß einschätzen dürfen. Es handelt sich hier, um das noch einmal zu unterstreichen, nicht um die Darstellung unserer Wünsche, Forderungen und Grundsätze für die Gestaltung des neuen Staates. Wir kämpfen für die größtmögliche Freiheit und unser Ziel ist die sozialistische Gesellschaftsordnung.« (S. 3).

nationalsozialistische Regime mit den Wurzeln auszurotten. Diese Lösung wird noch näher in den Bereich der Wahrscheinlichkeit rücken, wenn im Verlauf des Krieges die russische Gefahr sich noch deutlicher als bisher schon als eine solche enthüllt, die alle anderen am Kriege beteiligten Mächte zu verschlingen droht, wenn der Krieg bis zur allgemeinen Erschöpfung geführt werden sollte.

Das sind 3 verschiedene Möglichkeiten und 3 verschiedene innerpolitische Situationen im Augenblick des Regimewechsels. In dem einen Falle müßte sich die Neuordnung unter einer neuen, im Bürgerkriege entstandenen, Regierung vollziehen, von der sich im voraus nicht sagen läßt, wie groß das Ausmaß ihrer Autorität sein wird, mit welchen inneren und äußeren Widerständen sie zu rechnen hat und welche Machtmittel ihr zur Verfügung stehen werden. Im zweiten Falle müßte die Neuordnung unter dem Diktat einer Fremdherrschaft und dem Druck und der Kontrolle von Besatzungstruppen durchgeführt werden. Im dritten Falle unter einer deutschen Militärdiktatur.

In keinem dieser 3 Fälle ist damit zu rechnen, daß alle politischen Freiheiten und staatsbürgerlichen Rechte, wie sie vor *Hitler* bestanden und in jedem demokratischen Staatswesen selbstverständlich sind, schon sofort mit dem Regimewechsel wieder auferstehen würden. Auch wenn die neuen Machthaber vom ehrlichsten und leidenschaftlichsten Willen zur Demokratie beseelt wären, müßte zunächst erst einmal wieder ein tragfähiges Fundament für ein demokratisch-parlamentarisches Staatsgefüge hergerichtet werden, bevor der Bau selbst aufgeführt werden kann.

Die Vertreibung der Nazis und des Nationalsozialismus aus allen Positionen ist die erste und wichtigste Aufgabe jedes neuen Regimes. Das bedeutet die sofortige Auflösung aller nationalsozialistischen Organisationen, die Beschlagnahme ihres Eigentums, das Verbot der nationalsozialistischen Presse, die Unterdrückung aller nationalsozialistischer Druckschriften und überhaupt jeglicher offenen oder versteckten nazistischen Propaganda und Betätigung.

Wenn diese Reinigung des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens gründlich durchgeführt worden ist, wird das Organisationswesen, das bis dahin im »totalen« Staate bestand, so gut wie gänzlich vernichtet sein, da ja alle Organisationen, die politischen, wirtschaftlichen, sozialen, wissenschaftlichen, künstlerischen und sogar die geselligen, von den Nazis monopolisiert worden waren. Die normalerweise unpolitischen oder politisch neutralen Vereinigungen, die durch zwangsweise »Gleichschaltung« nazifiziert worden waren, wird man durch eine entsprechende »Umschaltung« ungefährlich machen können, aber von der politischen Organisation im Dritten Reich kann und darf nichts zurückbleiben. Auch zum mindesten alle politischen Zeitungen und Zeitschriften werden sofort ihr Erscheinen einzustellen haben. Gewiß ist damit zu rechnen, daß im gleichen Augenblick neue Zeitungen oder die alten im neuen Gewande und mit anderem Inhalt auf dem Plane erscheinen werden, aber bis die Bevölkerung sich an ihnen orientieren und sich politisch neu formieren kann, wird sicher eine geraume Zeit vergehen.

Für den politischen Zustand, in dem Deutschland sich beim Sturz des Hitlerregimes befinden wird, findet man kein ähnliches Beispiel in der Geschichte. Bei allen früheren Revolutionen konnten sich die neuen Kräfte bis zu einer gewissen Stärke im Schoße des alten Staates organisieren und auf ihre Aufgabe vorbereiten; auch wenn es im Geheimen geschehen mußte, waren doch die Bedingungen dafür unendlich viel günstiger als im Reiche der Gestapo. Bei allen früheren Revolutionen konnte das alte Staatsgefüge zum größten Teil mit in den neuen Staat hinübergenommen werden, um es, wenn überhaupt, allmählich umzubauen. In Wirklichkeit waren selbst die radikalsten Revolutionen in der Geschichte nur eine Mischung von revolutionärer Neugestaltung und evolutionärer Fortentwicklung mit Beschleunigung des Tempos.

Die Nazis haben versucht, eine »totale« Revolution durchzuführen. Bewußt und planmäßig haben sie sich auf allen Gebieten bemüht, die Fäden organischer Entwicklungen zu durchschneiden und ganz neue Grundlagen für ganz neue Entwicklungen herzustellen. Der Versuch ist gescheitert, wie er scheitern mußte. Es ist den Nazis nur gelungen, gewaltige kulturelle und materielle Werte, deren natürliche Bestimmung es war, weiterentwickelt zu werden, zu zerschlagen. Ihren Neuschöpfungen sind die natürlichen Wachstumsbedingungen versagt geblieben; von wenigem abgesehen, können sie bestenfalls nur solange bestehen, wie das Naziregime besteht und sie beschützt und pflegt.

In einem ganz anderen Maße als bei früheren Revolutionen muß in der kommenden erst das ganze Fundament des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens erneuert oder vielmehr erst wiederhergestellt werden. Man braucht, um das sofort zu sehen, nur einen Vergleich mit der Revolution von 1918 zu ziehen, als das kaiserliche Regime verschwinden mußte. Damals gab es ein Parlament freigewählter Volksvertreter, von dem aus die neue Regierung den Weg zur Übernahme der Macht antrat. Es gab gewerkschaftliche und politische Massenorganisationen, politische Parteien, deren Programme und Ziele jeder kannte, und es gab eine politische Presse aller Schattierungen. So stark auch die öffentliche Meinung unter der Kriegszensur gedrosselt war, im Verhältnis zum Dritten Reich war das Kaiserreich selbst im Kriege beinahe ein freier Staat.[8]

Im Kaiserstaate hatte sich die Opposition in der Legalität entwickeln können. Die Probleme der Neuordnung waren seit Jahren und Jahrzehnten öffentlich diskutiert worden, die Verfassung des kommenden Deutschland konnte im Kaiserreiche beraten und formuliert werden, ohne daß Konzentrationslager und der Henker drohten. Nun übernahm die bisherige Opposition die Macht, und die bisherigen Machtträger gingen in die Opposition. Aber das System der politischen Parteien blieb von der Revolution unberührt, und auch die alten Parteien selbst blieben, höchstens daß sie ihren Namen und das Programm ein wenig auf die Mode der neuen Zeit umfrisierten. Für die politisch weniger Geschulten war es vielleicht auch damals nicht ganz leicht, sich in den Veränderungen auszukennen, den Schein vom Sein, die Propaganda von den wahren Absichten zu unterscheiden, das Gewicht neuer Ideen, die innerhalb der alten Parteien und durch neue Parteien um Anhänger warben, richtig abzuwägen. Aber die Möglichkeiten der politischen Orientierung für die Masse des Volkes hatten sich weder vor noch während der Umwälzung verändert. Es waren, trotz mancherlei Namensveränderung, doch im wesentlichen die alten Parteien, die alten Banner und Bannerträger, mit denen das Volk in die neue Zeit hineinzog, nur daß die Größenordnungen verändert waren.

Alles das wird bei der kommenden Umwälzung anders sein, von den gewohnten Voraussetzungen für die Umwandlung eines Staates ist nach der Beseitigung des Hitlerregimes überhaupt nichts vorhanden. Es gibt dann keine politischen Parteien und Organisationen, kein Parlament, keine politische Presse und wahrscheinlich auch keine politischen Persönlichkeiten, die in den Augen des Volkes für die Führung prädestiniert wären. Die alten Parteien sind zerschlagen worden, was sich illegal erhalten und neu gebildet hat, ist den Massen unbekannt geblieben, die alten Führer der früheren Parteien sind gestorben oder verschollen oder vom Nazisystem korrumpiert worden. Zwar kann man sich darauf verlassen, daß sich neue Führeraspiranten in Hülle und Fülle anbieten werden und daß an neuen Parteien und Programmen mehr Überfluß als Mangel sein wird, sobald die Freiheit dazu hergestellt worden sein wird. Aber wer kann sich so schnell orientieren, noch dazu in einem Lande, in dem

8 Die folgenden drei Absätze fehlen im Dokument »Aufgaben«.

das politische Denkvermögen systematisch ausgerottet worden ist? Wie könnte erwartet werden, daß das Volk in kurzer Zeit lernen würde, aus der Fülle der neuen Erscheinungen die Spreu vom Weizen, die politischen Hochstapler von den ernsthaften Politikern, die romantischen Träumer und Wirrköpfe von denen zu sondern, die fähig wären, das Staatsschiff zu steuern?

Dazu kommt als weitere und ganz außerordentliche Schwierigkeit, die bei früheren Umwälzungen auch nicht annähernd in dieser Größe vorhanden war, daß es einfach unmöglich wäre, die Administration des Staates und der öffentlichen Angelegenheiten bis auf weiteres den Händen der Bürokratie zu überlassen. Die Voraussetzung dafür wäre das Vorhandensein einer unpolitischen Bürokratie; im Dritten Reich aber gibt es nur eine Nazibürokratie. Wenn man auch annehmen darf, daß ein großer Teil der alten Beamten nur äußerlich nazifiziert worden und froh ist, die braune Farbe wieder abwaschen zu dürfen, und selbst wenn es gelingen sollte, diese von den in der Wolle gefärbten Nazis unterscheiden zu können, auch dann bleibt noch übrig, daß fast alle oberen und mittleren Kommandostellen in den Ämtern mit echten Nazis besetzt sind. Ihre sofortige Beseitigung ist unmittelbar und untrennbar mit der Ausrottung des Nazisystems verbunden.

Auf welche Weise ein neues Regime mit allen diesen Schwierigkeiten fertig werden kann, das ist hier nicht zu untersuchen. Wir deuten die Probleme nur an, um die Situation zu kennzeichnen, die voraussichtlich gegeben sein wird, wenn mit der Gewerkschaftsarbeit wieder legal begonnen werden kann. Wie es in diesem Augenblick, also unmittelbar nach dem Sturz des Hitlerregimes, mit der politischen Organisationsfreiheit bestellt sein wird, lassen wir dahingestellt. Die Wahrscheinlichkeit spricht jedenfalls dafür, daß die Wiederherstellung des politischen Lebens im Volke und einer tragfähigen Unterlage für den Aufbau eines demokratischen Staatswesens keine kurzfristige Angelegenheit sein wird.[9]

Die Wahrscheinlichkeit spricht aber auch dafür, daß die Gewerkschaftsfrage in der angenommenen Situation günstigere Bedingungen finden wird als die politische. Unter den Kulturvölkern gibt es kein Staatsregime, das auf Organisationen der Staatsbürger ganz verzichten könnte. Wenn es so kommen sollte, daß ein an sich freiheitlich und demokratisch eingestelltes Regime sich genötigt sieht, zunächst die politischen Rechte und Freiheiten der Staatsbürger sehr vorsichtig zu dosieren, wird sowohl das Bedürfnis nach einer sozialen Massenorganisation der Arbeiter umso stärker sein wie auch die Neigung des Regimes, diesem Bedürfnis Rechnung zu tragen. Das neue Regime wird gezwungen sein, um das Vertrauen der Massen zu werben, es muß den Arbeitern Beweise des guten Willens geben, wirklich einen Systemwechsel durchführen zu wollen, und dann ist das sofortige Recht auf Gewerkschaften das mindeste, was den Arbeitern zugebilligt werden muß.

Technisch gesehen ist die Wiederherstellung der Gewerkschaften erheblich leichter und einfacher als die der politischen Organisationen und Parteien. Diese müssen aus der politischen Atomisierung des deutschen Volkes heraus völlig neu geschaffen werden, in bezug auf die Sammlung der Mitglieder sowohl wie der Beschaffung der Organisationseinrichtungen. In der Gewerkschaftsfrage handelt es sich nur darum,

9 Hier heißt es im Dokument »Aufgaben«: »Die Wahrscheinlichkeit spricht jedenfalls dafür, daß selbst eine Regierung mit dem ehrlichsten Willen zur Freiheit und Demokratie sich genötigt sehen würde, für eine Übergangszeit ›autoritär‹ zu regieren, um das Fundament erst wieder herzustellen, auf dem dann der neue demokratische Staat aufgebaut werden kann.« (S. 5).

die bestehende Arbeitsfront zu Gewerkschaften um- bzw. zurückzuverwandeln.[10] Zwar ist auch die Arbeitsfront nach ihren Satzungen und in Wirklichkeit eine nationalsozialistische Organisation, aber den Nazis ist es nie gelungen, die Massen der Zwangsmitglieder in der Arbeitsfront zu nazifizieren. Die anfänglich sehr rührigen Versuche dazu sind bald eingeschlafen, da der Mißerfolg offensichtlich war. Die Bemühungen, in der Arbeitsfront ein inneres Organisationsleben nationalsozialistischer Prägung zu entwickeln, scheiterten am stummen Widerstand der Arbeiter. In keiner anderen nationalsozialistischen Organisation ist die Verbundenheit der Mitglieder mit der Führung so schwach, ihre Gleichgültigkeit, wenn nicht ausgeprägter Haß, gegen die Zwangsorganisation so groß wie in der Arbeitsfront. Abgesehen von den bezahlten Kräften kümmert sich kaum jemand um die Angelegenheiten der Organisation, die als nichts anderes empfunden wird als ein verhaßter Zwang.

Die Arbeitsfront, obwohl zahlenmäßig die weitaus größte der nationalsozialistischen Organisationen, braucht nicht aufgelöst werden, um den Nazismus aus ihr zu vertreiben. Es genügt, die Leitung – zentral, bezirklich und lokal – zu beseitigen und zu ersetzen, der Rahmen und die Organisationseinrichtungen können bestehen bleiben und werden leichter und mit weniger Widerständen auf neue Aufgaben umgestellt werden können, als das 1933 den Nazis mit den Gewerkschaften gelang. Selbstverständlich müssen sofort die Arbeitgeber ausgeschieden werden, was auch ihren Wünschen ebenso entsprechen dürfte wie denen der Arbeiter. Die innere Organisationseinteilung, wie sie von den Nazis durchgeführt wurde, wird revidiert und wieder nach gewerkschaftlicher Zweckmäßigkeit geordnet werden müssen, aber diese Aufgabe ist nicht dringend und wird besser auch schon aus dem Grunde der weiteren Entwicklung überlassen, damit nach der Wiederherstellung des inneren Organisationslebens auch die Mitglieder dabei ein Wort mitsprechen können. Sicher ist es der Wunsch aller alten Gewerkschafter, daß die Einheitsorganisation aufrecht erhalten bleibt und die Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung nach weltanschaulichen Richtungen nie wiederkehrt. Vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus steht demnach nichts im Wege, die Arbeitsfront mit ihren organisatorischen Einrichtungen so zu übernehmen wie sie ist.

Schwieriger ist im voraus zu sagen, wie sich die Tätigkeit der Gewerkschaften nach ihrer Wiederherstellung entfalten kann. Das grundsätzliche Gewerkschaftsprogramm, das aufgestellt werden könnte, würde kaum wesentlich sich von dem unterscheiden, das vor *Hitler* galt, in Übereinstimmung mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Aber darum handelt es sich hier nicht, sondern um ein Aktionsprogramm, das zu der besonderen Situation passen muß, die dann bestehen wird. Ein solches Programm kann nicht beschränkt werden auf die Fragen der Regelung der Arbeitsverhältnisse, es muß mit enthalten die Forderungen, die an den Staat und die Gesetzgebung zu richten sind. Dabei muß aber unterschieden werden zwischen grundsätzlichen Forderungen und solchen, die vordringlich in einem Sofortprogramm aufzustellen sind. Auf allen Gebieten des Arbeitsrechts, der sozialen Versicherung und der Sozialpolitik haben die Nazis das meiste zerstört, was von den Gewerkschaften in Jahrzehnten errungen wurde. Es kann nicht erwartet werden, daß ein neues Regime mit einem einzigen Federstrich einfach die ganze Gesetzgebung der Nazizeit auslöscht und das frühere Recht wiederherstellt. Vorschläge für die Lösung aller dieser Fragen auszuarbeiten, fällt deshalb nicht in den Bereich der Vorarbeiten, die jetzt in Angriff genommen werden müssen. Sie sind auf ein Sofortprogramm der dringlichsten Forderungen zu beschränken.

10 Vgl. hierzu auch Dok. 31.

Doch bevor die legale gewerkschaftliche Arbeit wieder aufgenommen werden kann, müssen erst die Gewerkschaften wieder ins Leben getreten sein. Wir haben vorausgesetzt, daß im Falle des Regimewechsels die Bedingungen dafür verhältnismäßig günstig liegen. Das heißt aber nicht, daß der Erfolg ohne besondere Anstrengungen zu erreichen wäre. Es kann für die Zukunft außerordentlich viel davon abhängen, daß in einem entscheidenden Augenblick sofort zielbewußte gewerkschaftliche Kräfte, die auf ihre Aufgabe vorbereitet sind und nach einem sorgfältig zurechtgelegten Plan arbeiten, zur Stelle sind, sowohl um im neuen Staat den Gewerkschaften den Platz zu sichern, der ihnen zukommt, wie auch Unberufene abzuwehren, die auf gewerkschaftlichem Boden im Trüben zu fischen versuchen.

Man kann damit rechnen, daß die Kommunisten den geeigneten Augenblick nicht verschlafen werden. Wir werden scharf aufzupassen haben, daß der verbrecherische Unfug, den Streit der politischen Parteien in den Gewerkschaften auszutragen, nicht schon gleich zu Beginn wieder mit in die neue Zeit hineingenommen wird.[11] Die Lehren aus der Vergangenheit sollten ein warnendes Zeichen für alle Zeiten sein, aber es wäre sträflicher Leichtsinn, wenn wir darauf vertrauen wollten, daß die Agenten Moskaus wegen der Interessen der deutschen Arbeiter den zukünftigen deutschen Gewerkschaften zubilligen würden, die eigenen Angelegenheiten in Zukunft ohne kommunistische Störungsversuche ordnen zu dürfen. Nach dem arbeiterverräterischen und perfiden Pakt zwischen *Stalin* und *Hitler* werden zwar vielen deutschen Arbeitern, die früher auf die kommunistische Bewegung schworen oder mit ihr sympathisierten, die Augen aufgegangen sein, und auch ohne dem wird nach den Schrekken der braunen Diktatur die Sehnsucht nach einer bolschewistischen Diktatur bei vielen verblaßt sein. Aber nur umso größer werden die Anstrengungen der Stalinjünger sein, sich bei einem Umschwung in Deutschland der Gewerkschaftsbewegung zu bemächtigen, und es wäre dabei nur eine natürliche Fortsetzung des außenpolitischen faschistisch- bolschewistischen Bündnisses, wenn sie sich dabei auf ein innerpolitisches Nazi-Kozi-Bündnis stützen könnten.[12]

Wir müssen uns deshalb darauf einrichten, daß um die Wiederherstellung der deutschen Gewerkschaften, die Anspruch auf diesen Namen machen können, auch dann noch gekämpft werden muß, wenn das Schicksal des Hitlerregimes schon besiegelt ist. Sowohl für diesen Kampf wie für die geistige Mitarbeit an allen Gewerkschaftsfragen beim Wiederaufbau eines neuen Staates muß Vorarbeit geleistet werden, damit, wenn die Stunde schlägt, vorbereitete Kräfte planmäßig und schlagartig in Aktion treten können. Wir wissen nicht, wie viele von unseren Freunden in der Heimat, die sich darauf vorbereitet hatten, dann noch am Leben sein werden, wenn die braunen Mordbanden vor ihrem Untergang noch die Zeit zu dem Massaker finden, das sie schon angekündigt haben. Aber wir wissen auch, daß viele tausende früherer Funktionäre und Vertrauensleute und andere, die dazu bereit und fähig sind, im selben Augenblick zur Stelle sein werden, in dem der Ruf an sie ergeht.

Die Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften ist sich der Pflicht bewußt, mit allen Kräften und Möglichkeiten, die sie dafür mobilisieren kann, an den Vorarbeiten für die Wiederherstellung der deutschen Gewerkschaften teilzunehmen. Sie appelliert an alle dazu bereiten und fähigen deutschen Gewerkschafter in der Emigration, sich zur Mitarbeit zur Verfügung zu stellen. Die Gesamtaufgabe ergibt sich aus dem nachstehenden besonderen Arbeitsplan.

11 Hinsichtlich Tarnows Haltung zur KPD vgl. auch Link, Mit dem Gesicht, S. 397; zur Position der ADG ferner Dok. 49.

12 Dieser Absatz fehlt im Dokument »Aufgaben«.

Arbeitsplan

1) Zusammenfassung und Registrierung aller emigrierten deutschen Gewerkschafter, die fähig und bereit sind, an den vorbereitenden Arbeiten zur Wiederherstellung der deutschen Gewerkschaften teilzunehmen.
2) Schulung der dazu Geeigneten für besondere Aufgaben.
3) Vorbereitung von Ansprachen, Aufrufen und anderen Publikationen für die Zeit der Umwälzung und Neugestaltung.
4) Ausarbeitung von Instruktionsvorschriften für Propagandisten und Organisatoren.
5) Ausarbeitung eines Vorschlages für die Umwandlung der Arbeitsfront zu Gewerkschaften.[13]
6) Aufstellung eines Sofort-Programmes dringlicher Forderungen und von Entwürfen für entsprechende Verordnungen und Gesetze.

Nach Kriegsausbruch im September 1939
Vertretung der deutschen Gewerkschaften

DOKUMENT 48

18. 12. 1939: Schreiben von Bruno Süss, Paris, an Fritz Tarnow, Kopenhagen

AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 17. Maschinenschriftliche Durchschrift.[1]

Lieber Frederek![2]

Dein Schreiben vom 1.12. ist am 14.12. ordnungsgemäß eingegangen.[3] Ich freue mich, endlich etwas von Dir zu hören. Du scheinst Briefe von mir nicht bekommen zu haben. Ich schrieb Dir am 9., 26. und 28. VIII., am 2., 8., 16. und 22. September; am 8. und 9. Oktober sowie am 18. XI; den letzten Brief in der Sprache meines Gastlandes und hoffte, dadurch endlich mit Dir in Verbindung zu kommen.[4]

Von Dir liegen Schreiben vor vom 5. und 31. August; (vom 16.9. gerichtet an den IGB) vom 30. September und vom 1. Dezember. Einen Brief mit Datum vom 23.10. habe ich nicht bekommen.[5] Ich bitte Dich, in Zukunft zu adressieren »Fédération Syndicale Internationale, Section ADG, Monsieur Bruno Süss, 9, Avenue d'Orsay, Paris (VIIe France)«. Vielleicht wird dadurch die Verbindung besser. Das bedeutet nur ein Zeitversäumnis von einem Tag.

Aus diesen Feststellungen und aus Deinem Schreiben vom 1.12. muß ich folgern, daß Dir meine Auffassung zu Deinem Arbeitsplan[6] für die ADG-Arbeit unbekannt ist. Ich wiederhole deshalb ganz kurz, was ich Dir schrieb: »Ich bin mit Deinem Arbeitsplan einverstanden, wenn er um das, was vordringlich ist, ergänzt wird. Unsere Meinungen gehen in einer Hinsicht grundsätzlich auseinander. Du blickst nur in die Zukunft. Du willst Pläne machen und vorbereitende Arbeit leisten für den Wiederaufbau der Gewerkschaften in Deutschland. Ich will als Hauptfrage den Kampf gegen *Hitler*. Er

13 Ebd. Dort als Punkt 2 des Arbeitsplans, vgl. hierzu ferner Dok. 181–188.

1 Bei dem vorliegenden Dokument handelt es sich offensichtlich um eine Abschrift, die an Hans Vogel gegangen war. Dies ergibt sich aus einem dem Dokument vorangestellten Anschreiben.

2 C. Frederek war Pseudonym und Deckadresse für Fritz Tarnow.

3 Nicht in den Akten.

4 Einige der Briefe in AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 17.

5 Nicht in den Akten.

6 Vgl. Dok. 47.

und sein System müssen verschwinden. Wir haben die Pflicht, uns an diesem Kampfe zur Niederringung *Hitlers* zu beteiligen. Wir haben nicht das Recht, diesen Kampf nur anderen zu überlassen.[7] Ich will, daß der ADG als Hauptaufgabe gestellt bleibt bzw. auch in der Zukunft wird: der Aufklärungsdienst für

a. die gewerkschaftliche Weltöffentlichkeit;
b. die deutschen Arbeiter und Angestellten.

Zu a. Die Auswirkungen des Hitlerfaschismus auf alle Gebiete des menschlichen, organisatorischen und staatlichen Seins.

Zu b. Aufklärung über alles, was nach gewerkschaftlichen Gesichtspunkten notwendig ist und insbesondere auch über die von den Westmächten proklamierten Kriegs- und Friedensziele. Diese Aufgabe ist als vordringlich zu bewerten und es muß in dieser Hinsicht alles geschehen, was möglich ist. Diese Arbeit haben wir zu leisten als Beitrag im Kampfe gegen *Hitler*. Tun wir das nicht, hat die Emigration überhaupt keinen Sinn. Ja, wir haben – wenn wir diese Pflicht nicht erfüllen, – nicht das Recht, uns mit den von Dir gestellten Aufgaben zu beschäftigen. Unsere im Reich verbliebenen Freunde erwarten das von uns.[8] Sie haben das Recht, das von uns zu fordern. Wenn wir Rechenschaft vor ihnen über unser Tun in der Emigration ablegen werden müssen, werden wir nicht bestehen, wenn wir diese selbstverständliche Pflicht nicht erfüllt haben.

Deshalb bitte, nimm meine Anregung an erster Stelle in Deinen Arbeitplan[9] auf und ich bin dann mit den Einzelheiten, die sich als Schwierigkeit ergeben und in einzelnen Gastländern bisher schon vorhanden waren, einverstanden.

Zur Durchführung der von mir und der Landesgruppe Frankreich[10] geforderten Arbeits- und Pflichterfüllung ist alles, was dazu möglich ist, in Anspruch zu nehmen wie Presse, Radio, Abwurf an der Front und in der Heimat. Und was ist nun aus Deinem Vorschlag eines Arbeitsplanes für die ADG geworden?

In der Vorstandsitzung des IGB in Brüssel ist, ob allen Teilnehmern entzieht sich meiner Kenntnis, ein Aktionsplan der ADG überreicht worden. Die Empfänger sind der Meinung gewesen, er stammt von der ADG. Wenigstens hat das einer der Empfänger erklärt. Ein Aktionsplan, der weitab von Deinem Arbeitsplan ist und der Dinge enthält, die praktisch gar nicht durchführbar sind und solche, die unmöglich in den Arbeitsplan der ADG einbezogen werden können. Der Aktionsplan ist unterzeichnet mit E.G.[11] [Valentin] *Hartig* schrieb mir, er stamme nicht von Toni [*Reißner*]. Ich habe das vorher geglaubt, weil mir so berichtet wurde. Aus dem Inhalt geht aber hervor, daß er daran mitgearbeitet hat. Und es besteht gar kein Zweifel darüber, daß der Aktionsplan wohl kaum hätte in Brüssel überreicht werden können, wenn Toni [*Reißner*] dazu nicht Zustimmung und Hilfe geleistet hätte.[12]

7 Vgl. auch Brief von B. Süss an F. Tarnow, 8.10.1939 (AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 17).
8 Laut Schreiben vom 8.10.1939 hatte B. Süss seinen »letzten Treff mit den Reichsfreunden im August« 1939 (Ebd.). Der im Schreiben erwähnte Bericht über dieses Treffen befindet sich nicht in den Akten.
9 Vgl. Dok. 47.
10 Zur Landesgruppe Frankreich vgl. Kap. VII, Dok. 149ff.
11 Dazu schreibt T. Reißner am 27.12.1939 an B. Süss: »Der E.G. Plan ist eine reine Privatarbeit. Ich habe daran nicht mitgearbeitet.« Der Plan sei auch nach seinem Urteil »sehr angreifbar.« AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 95). Der E.G.-Plan befindet sich nicht in den Akten.
12 Dazu T. Reißner »Ich habe weder zugestimmt noch empfohlen daß der E.G.-Plan nach Paris [zum IGB] – als Meinungsäußerung des hiesigen Kreises [ADG-Landesgruppe] weitergeleitet werden soll.« (Ebd.). In der Vorlage jeweils »TONI«.

Und nun hat Toni [*Reißner*] am 20.11. ein Schreiben an den Vorstand des IGB gerichtet.[13] Darin sind einzelne Dinge wie:
l. Beschaffung von Mitteln für die ADG-Arbeit über den IGB;
2. Errichtung eines Büros der ADG beim IGB
dem Aktionsplan entnommen und werden als Forderung aufgestellt. Ob Du Kenntnis von dem Aktionsplan hast, weiß ich nicht: das Schreiben *Tonis* ist Dir in Abschrift geschickt worden.[14] Wie gnädig. Das Sekretariat der ADG mit dem Sitz beim IGB hat von beiden nichts bekommen. Das ist noch besser. Ein solches Durcheinander ist trotz der Erschwerung der Postverbindungen verdammt noch mal etwas starker Tobak. Solch Handeln ist eher geeignet, der ADG zu schaden als ihr zu dienen. Ich wurde als Sekretär der ADG vom IGB und von Angehörigen der ADG-Landesgruppe Frankreich nach dem Inhalt dieser Dokumente gefragt und ich mußte antworten: »Mir ist davon nichts bekannt.« Du als alter Organisationsfuchs kannst Dir die Auswirkung solcher Antwort mit Leichtigkeit vorstellen. Und nun eine ganz kurze und summarische Stellungnahme zu beiden Dokumenten:

I Aktionsplan:

1. Rundbrief *Tarnow*. Ich habe keinen solchen bekommen. Es ist aber wohl der Arbeitsplan gemeint, den Du mit Schreiben vom 30. September geschickt hast.

2. Zu der historischen Darstellung ist nichts zu sagen. Auch zu den Lösungen, die nach dem Sturz *Hitlers*, möglich sein sollen, sei geschwiegen, obwohl sie nicht erschöpfend aufgezählt sind. Aber das ist ohne Belang.

Die Feststellung, daß ohne die aktive Mitwirkung der Arbeiterschaft keine dauerhafte Lösung möglich sei, ist zu unterschreiben. Der Feststellung, daß jedes demokratische Volk »einmal in seiner Geschichte für seine Freiheit hat kämpfen müssen« folgt der Satz: »So wird auch das deutsche Volk diesen seinen eigenen Befreiungskampf einmal ausfechten müssen ...« Der folgende Hinweis, daß das ohne Moskauer Hilfe zu geschehen habe, ist durchaus richtig. Aber es fehlt der Hinweis, daß das deutsche Volk die jetzige Gelegenheit mit dazu wird benützen müssen. Die Tatsache, daß der Aktionsplan einem internationalen Auditorium überreicht wurde, verpflichtete dazu.

3. Und nun wird die Folgerung aus dem Gesagten gezogen und die Aufgabenstellung der ADG in 15 Zeilen gegengezeichnet, während vorher und zur Einleitung dazu 108 Zeilen verwandt werden. Und was wird gesagt? Es sei nicht möglich gewesen, die politische Emigration zu vereinigen. Auch im sozialistischen Lager bestehe keine Einmütigkeit. Und da die ADG dem Gruppenstreit ferngeblieben sei, sei die ADG zu einer aktiven Tätigkeit verpflichtet. Und das Ganze trägt die Überschrift »Klarheit über die Gegenwartsaufgaben«. Das ist doch haarsträubend, zumal daraus die Berechtigung hergeleitet wird, Forderungen an die internationale Gewerkschaftsbewegung zu stellen. In dieser Überschrift steht was ganz anderes, als was in der zweiseitigen Begründung enthalten ist. Mein lieber Freund, das ist mehr als bescheiden, das ist eine Blamage. Wir haben Pflichten, und sie zu nennen, und zwar eindeutig, war notwendig.

4. Das Kapitel II ist überschrieben: »Schaffung eines Aktionszentrums und dessen Organe«. Von einem Aktionszentrum ist darin die Rede, aber nicht von zu schaffenden Organen. Was sagt der Verfasser? Die bisherige Situation mit der Aufteilung

13 Vgl. ebd.
14 Laut Reißner hatte F. Tarnow ihm am 24.11.1939 geantwortet: »Der Brief an den IGB ist ganz ausgezeichnet, hoffentlich wirkt er.« (Ebd.).
15 Vgl. Dok. 43.

des Vorstandes der ADG auf verschiedene Länder habe eine Lähmung der Arbeit ergeben. Es müsse deshalb eine Zentralisierung der Funktionäre aus den einzelnen Ländern erfolgen. Das Domizil solle Frankreich sein. Dadurch werde folgendes möglich:

a. Enge Zusammenarbeit mit dem IGB,
b. persönlicher Kontakt mit der Sopade,
c. freiere Betätigung für die Propaganda-Aufgaben,
d. Kontakt mit Persönlichkeiten,
e. Anregungen und Aufgabenstellungen für die bestehenden Landesgruppen.

Dazu ist folgendes zu sagen: Der oder die Verfasser des Aktionsprogramms kennen die Verfassung und die Zielsetzung der ADG überhaupt nicht und auch nicht ihre Organe. Hauptaufgabe der ADG war, entsprechend den von uns gefaßten Beschlüssen der Kampf gegen *Hitler*. Deshalb in erster Linie Aufklärungsdienst von und nach der Heimat und damit verbunden Pressedienst erfassend die gewerkschaftliche Weltöffentlichkeit. Erst in zweiter Linie kam die Zusammenfassung der gewerkschaftlichen Emigration in Landesgruppen, die N[eue] G[ewerkschafts-]Z[eitung] für diese und die Beschäftigung mit Zukunftsaufgaben. Das entspricht den Beschlüssen von Reichenberg[17] und von Mülhausen[18] und auch den Wünschen unserer Freunde im Reiche. Das letztere ist von besonderer Bedeutung. Sie setzen täglich ihr Leben und ihre Freiheit aufs Spiel, während wir unter ganz anderen Umständen leben. Aus meinem umfangreichen Bericht an Dich über den Treff mit den Freunden aus dem Reich im Juli d.J.[19] geht das auch eindeutig hervor. Einen Vorstand hat die ADG überhaupt nicht. Sie hat ein Länderkomitee.[20] In dieses Länderkomitee delegiert jedes Gastland, (Frankreich der starken Emigration und der starken Landesgruppe halber zwei, einen Vertreter, und Vorsitzender dieses Landeskomitees bist Du. Die ADG hat durch Beschluß ein Sekretariat mit Sitz beim IGB, das wiederum beschlußgemäß durch mich betreut wird. Sie hat einen Pressedienst, der durch mich erledigt wird, wie der gesamte Nachrichtendienst überhaupt durch das Sekretariat geht. Die ADG hat die N[eue] G[ewerkschafts-]Z[eitung] als ihr Organ für die gewerkschaftliche Emigration und Toni [*Reißner*] ist ihr Redakteur. Die Arbeit des Sekretariats erfolgt im engsten Kontakt mit dem IGB. Persönlicher Kontakt mit der Sopade wird gepflogen; auch Du hast ihn. Welche Persönlichkeiten uns bei der Arbeit helfen können, wird nicht gesagt, es wird aber erwähnt, weshalb ist unklar. Mit den bestehenden und arbeitenden Landesgruppen, die die Zusammenfassung entsprechend den Mülhauser Beschlüssen[21] durchführten, besteht der allerengste Kontakt.

Die Mitglieder des Landeskomitees haben in ihrem Gastlande ganz bestimmte Aufgaben zu erfüllen. Diese sind jetzt gesteigert, da die Zeitverhältnisse erfordern, daß andere Mittel angewandt und andere Wege beschritten werden müssen als bisher beim Nachrichtendienst, bei Erledigung der Tagesarbeit, bei Erfassung der gewerkschaftlichen Emigration. Die sind aber auch im Gastland der vorbereitenden Zukunftsarbeit halber jetzt dringend nötiger als je.

16 Vgl. ebd.
17 Vgl. Dok. 27.
18 Vgl. Dok. 43
19 Nicht in den Akten. Auf diesen Bericht wird auch im Brief von B. Süss an F. Tarnow vom 8.10.1939 Bezug genommen. (AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 17).
20 Vgl. zum folgenden Dok. 43.
21 Vgl. ebd.

Mitglieder des Landeskomitees sind Frederek [Fritz *Tarnow]*, Tonire [Toni *Reißner]*, [Martin] *Krebs*, [Max] *Bock*, [Karl] *Becker* und [Bruno] *Süss*.[22] Nach dem Mülhauser Beschluß haben neugegründete Landesgruppen einen Vertreter zu benennen. Das ist England, und auch das prächtig arbeitende Südamerika ist nicht zu vergessen. Sollen die Mitglieder des Landeskomitees nach Paris berufen werden, müssen in den Gastländern mit den gleichen Funktionen neue Genossen betreut werden. Der oder die Verfasser scheinen aber auch sonst im Wolkenkuckucksheim zu leben. Deutsche in Frankreich werden registriert und interniert. Wo ist die reale Möglichkeit, daß deutsche Flüchtlinge neu ins Land kommen können? Das war ja bisher auch schon kaum möglich, soweit diese schon das Gastrecht in einem anderen Lande in Anspruch genommen hatten. Aber angenommen, es wäre möglich. Zwei sind in Frankreich vom Länderkomitee, die anderen 6 sollen also noch kommen. Arbeit würden sie sicher haben, vielleicht wäre ein solches Gremium hier sogar sehr zweckmäßig. Aber wer übernimmt die Übersiedlungs- und Unterhaltungskosten? Und dann der Apparat wäre ja umfangreicher, die vorhandenen Funktionäre zahlreicher als wie die des IGB-Büros. Ganz abgesehen von der Raum- bzw. Bürofrage, die auch nicht einfach ist. Du weißt das doch.

[5.] Kapitel III des Aktionsplanes lautet: »Aufgaben des Aktionszentrums«. Dazu wird aufgeführt:

1. Die Erfassung aller früheren Gewerkschafter, ganz gleich, wo diese heute leben, zum Zwecke einer organisatorischen Erfassung,
2. Propagandatätigkeit,
3. Programmatische Aufgaben.

Zu 1. Lediglich zum Zwecke einer organisatorischen Erfassung, die deutschen Gewerkschafter und noch dazu alle [zu] sammeln, ist formal unmöglich und sachlich falsch. Organisationsspielerei haben wir bisher abgelehnt und müssen das auch in Zukunft tun. Die Erfassung muß einen Sinn haben, sie muß formal möglich sein.

Alle zu erfassen, ist einfach unmöglich. Wir haben hier Erfahrung darin. Nicht nur die frühere Mitgliedschaft kann und darf entscheidend dafür sein, ob jemand als deutscher Gewerkschafter bzw. als Angehöriger der ADG anerkannt wird, sondern ausschlaggebend ist die moralische und ideelle Qualifikation, das Verhalten in der Emigration. In Frankreich bekommen die Angehörigen der ADG, wie Du ja weißt, einen Ausweis, anerkannt und unterzeichnet vom IGB.

Und dann, in welchem Gastlande sind denn die deutschen Gewerkschafter organisatorisch erfaßt und registriert und wo bestehen Landesgruppen entsprechend den Mülhauser-Beschlüssen? In Frankreich war die Gruppe schon damals da. In Schweden erfolgte die Zusammenfassung nach der dort möglichen Art, ebenso in Dänemark. In Holland – wo der Aktionsplan herkommt – sieht es in der Hinsicht mies aus. Nach den Ursachen zu forschen, ist hier nicht der Platz. In Luxemburg sind zwar lose, aber wirklich ganz lose Zusammenhänge da. In Belgien scheitert es vollständig an Personenfragen. In der Schweiz ist es aus innerpolitischen Gründen ganz unmöglich, die Erfassung durchzuführen. In England ist im letzten Vierteljahr eine gut arbeitende Gruppe gebildet. In Südamerika besteht für alle Staaten eine Erfassung auf der dort möglichen Art, mit glänzenden Methoden. Das liegt an den Menschen, die dort sind. Nirgends sonst ist das zu machen. Da können auch die Landeszentralen des IGB nicht helfen. Wo Landesgruppen bestehen, arbeiten diese ohnehin mit den Landeszentralen.

22 Fritz Tarnow für Dänemark und als Vorsitzender des Länderkomitees, Reißner als Vertreter der Landesgruppe in Holland, Krebs für Schweden, Bock für Luxemburg und Becker und Süss für die Landesgruppe Frankreich.

Die aus Holland kommende Anregung ist auch in ihren Motiven nicht zu verstehen, es sei denn, daß bei Aufstellung des Planes persönliche Gründe ausschlaggebend waren.

Zu 2. Die N[eue] G[ewerkschafts-]Z[eitung] war bisher kein Propagandamittel für die ADG. Sie lehnte sogar ab, im Titel in Erscheinung treten zu lassen, daß sie Organ der ADG sei. Ja sie lehnte sogar aus den gleichen Gründen die Aufnahme Deines Artikels ab, der sich gegen die Jubelschrift [Gerhard] *Kreyssigs* »Der Gewerkschafter im Exil«[23] wandte. Ihr Radius ist sehr klein. Die Leserschaft beschränkt sich – von einigen Ausnahmen abgesehen – auf Angehörige der ADG. Da kann beim besten Willen von »Propagandamittel« nicht gesprochen werden. Das besagt nichts gegen den Inhalt des Blattes, den ich sehr hoch einschätze. Wie die formalen Voraussetzungen zum Erscheinen in Paris geschaffen werden sollen, bei den jetzigen Bestimmungen, ist mir ganz und gar unverständlich. Wäre das von Anfang an, entsprechend den Mülhauser-Beschlüssen gemacht worden, hätten wir heute diese Schwierigkeiten nicht. Ob das Blatt gedruckt werden kann, hängt doch ab vom Abonnementsbetrag und von der Auflage. Als großen Zuschußbetrieb aufmachen durch Drucklegung, wo das Blatt nur mittelbar dem Kampfe gegen *Hitler* dient – der Art der Verbreitung und der geringen Auflage halber – kann ich mir nicht vorstellen. Oder besser gesagt, ich weiß nicht, wer dazu das Geld hergeben soll. Frage Hans *Vogel*, was der N[eue] V[orwärts] kostet. Du wirst staunen. Vielleicht, wenn das Blatt als solches des IGB herkäme und verbreitet würde. Aber ich fürchte, da wird es eine Ablehnung geben. Das Herauskommen als illegale N[eue] G[ewerkschafts-]Z[eitung] zum Abwurf in Deutschland ist eine gute Anregung. Sie kann so und so durchgeführt werden. Dann muß das Blatt klein gehalten werden. Also so gekürzt und der Text so hergestellt sein, daß er sich auch zum Abwurf eignet. Der Abwurf kann nur mit Hilfe bestimmter Stellen gemacht werden. Aus eigenen Mitteln ist das ganz undenkbar.

Die Herstellung einer Soldatenzeitung für die Kriegsgefangenen und zum Abwurf über der Front sind zwei verschiedene Dinge. Jede muß einen anderen Text haben, da sie verschiedenen Zwecken dient. Darüber ist mit maßgebenden Stellen auch schon gesprochen worden, die wiederum mit den zuständigen Stellen die Voraussetzungen erst prüfen müssen. Ein besonderer Pressedienst für die Arbeiterpresse ist nicht notwendig. Es kann der Pressedienst des IGB wie bisher benützt werden. Wenn Geld dazu da ist, kann er erweitert werden. Dadurch kommt der Pressedienst an alle Gewerkschaftszeitungen der Welt, daneben an alle gewerkschaftlichen Zentralen und an die Arbeiterpresse in drei bzw. fünf Sprachen. Besser kann man ihn doch wahrhaftig nicht machen. Diese Anregung beweist wiederum, daß der oder die Verfasser von der Wirklichkeit, von der tatsächlichen Arbeit der ADG keinen blassen Schimmer haben.

Die Vorarbeiten für Radiosendungen sind seit Kriegsausbruch in vollem Gange. Sehr einflußreiche Genossen bemühen sich darum. Bisher noch ohne Erfolg. Versprechungen aber liegen vor. Sie zu realisieren, [ist] nur noch nicht möglich. Walter [*Schevenels*] hat in der Hinsicht getan, was menschenmöglich war.[24] Aber das kann doch öffentlich nicht präsentiert werden! So leicht, wie manche sich das vorstellen, ist es aber wirklich nicht. Musik, Rezitation, Hörspiel sollen neben den Nachrichten gesandt werden. Die regelmäßige Sendestunde soll die stärkste Propagandawaffe im Reich sein, während die N[eue] G[ewerkschafts-]Z[eitung] die öffentliche Meinung der Welt verstandesmäßig für uns erobern muß. So heißt es wörtlich im Aktionsplan. Überspanntheit ist der gelindeste Ausdruck dafür. Sowas läßt man Mitgliedern des

23 Die seit 1938 in unregelmäßiger Folge erscheinende Zeitschrift hieß »Deutsche Gewerkschafter im Exil«.

24 Vgl. hierzu auch Link, Mit dem Gesicht, S. 424.

IGB-Vorstandes im Namen der ADG aushändigen und will damit erreichen, daß dazu Geld hergegeben wird. Kaum glaublich, so was. Wenn wir was erreichen wollen, müssen wir bescheidener sein und bleiben bei unseren Ansprüchen und vor allen Dingen selbst dazu etwas leisten. Wir werden froh sein, wenn es gelingen wird, Nachrichten durchzugeben, von uns hören zu lassen. Ist die Zeit dazu reif und die Möglichkeit einigermaßen dazu vorbereitet, kann auch an das andere gedacht werden. Jetzt kann man es nur mit »Verstiegenheit« bezeichnen.

Zu 3. Das Herausbringen von Schriften hängt von Absatzmöglichkeiten ab. Die angeführten Titel eignen sich nur zum Vertrieb in der Emigration. Sollten sie unter den Gewerkschaftern des Gastlandes vertrieben werden, müssen sie in deren Sprache erscheinen, und da kommen wieder die finanziellen und Verlegerschwierigkeiten. Zum Abwurf eignet sich höchstens der Titel »Was kommt nach *Hitler*?« Auch hier wieder der grundsätzliche Unterschied zwischen Kampf gegen *Hitler* (wenn darauf Hauptwert gelegt würde, müßten es kleine Broschüren sein, die drüben abgeworfen werden können) und Bauen an Zukunftsaufgaben (also Broschüren für uns selbst). Trotzdem! Es wäre gut, wenn solch aufklärendes Material vorhanden wäre. Aber wie können die finanziellen Voraussetzungen dazu geschaffen werden? Weshalb machten das die Holländer, die es heute fordern, nicht schon bisher über den Weg der Vervielfältigung? Ein Studienausschuß soll gegründet werden, der die Zukunftsaufgaben erarbeiten soll. Soll der Ausschuß an einem Orte sitzen? Wenn ja, wo? In kriegführenden Ländern muß bei jeder Zusammenkunft große Vorsicht geübt werden. Oder will man auf dem Wege des Schriftverkehrs die Sache machen? Das wäre wirklich eine gute Anregung. Nur sind da postalische Hemmungen, die sich aus der Zensur ergeben.

Nun soll die ADG auch noch die Sammlung der Antihitlerkräfte über unsere eigene Bewegung hinaus vornehmen. Die ADG soll die Initiative zur Bildung eines deutschen Nationalrates ergreifen. Da, lieber Fritz *[Tarnow]*, muß denn doch ein ganz entsprechendes Veto gegen solche Kateridee eingelegt werden. Mit wem will man sich denn zusammentun? Etwa mit [Willi] *Münzenberg*[25] oder gar mit den Kommunisten? Mit beiden setze ich mich nicht an einen Tisch. Und wer ist sonst noch da zum Sammeln? Nein, dazu darf die ADG nicht mißbraucht werden, gerade ihrer hohen Mission und der bevorstehenden Aufgaben und Pflichten halber nicht! Ich glaube auch, die Sopade würde solches ganz entschieden ablehnen. Wenn man Aussprachen mit der Sopade über bestimmte Fragen haben will, kann das ohne Komitee erfolgen. Aber nein, ein deutscher Nationalrat muß es sein, Unsinn en gros.

Man muß beinahe daran zweifeln, ob der Verfasser wirklich ein deutscher Gewerkschafter war.

6. Zu Kapitel IV des Aktionsplanes »Finanzierung der Arbeiten« der internationalen Arbeiterbewegung (eigentümlicherweise wird immer die Bezeichnung Arbeiterbewegung anstatt Gewerkschaftsbewegung angewandt), [ohne die] der Plan nicht durchgeführt werden könne. Ja, die Aufgaben könnten nicht einmal in Angriff genommen werden, wenn die Finanzierung nicht gesichert sei. Das wird dem Vorstand des IGB unterbreitet, der genau weiß, was für die deutsche Arbeit gezahlt wird. Wiederum eine Übertreibung, die nicht gut ist. Übrigens ist es auch nicht wahr. Soweit die Arbeit realisierbar ist, kann sie in Angriff genommen werden. Das von mir Geforderte (und von der Landesgruppe Frankreich Gebilligte) kann ohne weiteres in Angriff ge-

25 Willi Münzenberg (1889–1940), bis 1933 IAH-Generalsekretär, Februar 1933 Flucht über das Saarland nach Frankreich, Leiter des Verlages Editions du Carrefour, der v.a. auch »als Zentrum legaler und illegaler Arbeit deutscher Kommunisten in Frankreich« diente (Röder, Handbuch, S. 514), Mitglied des am 2.2.1936 gegründeten Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront, 1939 KPD-Ausschluß, nach Kriegsausbruch Mitarbeiter des Deutschen Freiheitssenders in Paris.

nommen werden und ist übrigens im Gange. Auch Du kannst Deinen Arbeitsplan in Angriff nehmen. Unkosten bekommst Du vom IGB vergütet. Brauchst die Mittel nur anzufordern.

II. Und nun zum Schreiben von Tonire [Toni *Reißner*] an den Vorstand des IGB vom 20.11. Abschrift davon hast Du bekommen. Ich brauche deshalb den Inhalt nicht besonders anzuführen. Er enthält nicht alle Forderungen, die E.G. in seinem Aktionsplan anführt. Aber seine Anregungen und Forderungen sind auch im Aktionsplan des K.G.[26] enthalten, nur mit anderen Worten belegt. Nur Dein Arbeitsplan ist besonders aufgeführt. Ich kann mich deshalb einer besonderer Bemerkung enthalten, da ich ja zum Aktionsplan ausführlich Stellung nahm. Nur soviel: Zu begrüßen ist bei Toni *Reißner*, daß er, auch wie ich, an erster Stelle die »Arbeit zur Niederlage *Hitlers*« nennt.

Tonis Ausführungen lassen den Schluß zu, daß auch er die Verfassung der ADG und ihre Organe (und auch Verpflichtung dieser Organe) nicht kennt und daß er mit der bisherigen und der jetzigen Arbeit der ADG nicht vertraut ist. Wenn Heinrich *[Schliestedt]* noch lebte, er würde den Kopf schütteln. Ich begnüge mich mit der Feststellung, sonderbar, mehr als sonderbar. Oder stecken dahinter Motive, die nicht sichtbar sind? Dann sollte man es doch offen sagen![27] Jedenfalls ist das selbständige Vorgehen, ohne sich vorher mit den Organen der ADG ins Benehmen zu setzen, mehr als ein unkollegialer Akt. Ja noch mehr. Es kann seinem Wollen sogar schaden. Weshalb? Weil ich nach dem Inhalt seines Schreibens gefragt wurde, da ich für die ADG und auftragsgemäß beim IGB sitze und nun antworten konnte, daß mir der Inhalt von *Tonis* Schreiben unbekannt sei. Ich stelle nur diese Tatsache an sich fest, unterlasse aber jede weitere Bemerkung dazu. Ich werde aber *Toni* einen Durchschlag dieses Schreibens schicken, damit er Kenntnis von meiner Auffassung bekommt.

Und nun zurück zu Deinem Schreiben vom 1.12. Von der beabsichtigten Reise[28] hat mir Walter *[Schevenels]* erzählt. Die Gründe, weshalb diese bisher nicht ausgeführt werden konnte, kenne ich nicht. Die Intervention der Holländer ist mir bekannt. Ob sie von großem Erfolg begleitet sein wird, steht dahin. Dem IGB sollten wirklich mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Aber jetzt. In Frankreich Neuaufbau der CGT. England im Kriege und alle neutralen Länder auch betroffen. So große Mittel werden da kaum locker gemacht werden können. Aber lieber Freund, in der Debatte ist auch übertrieben worden. Wozu nur? Du sollst nicht einmal das Geld für Porto erhalten, ist behauptet worden. Das ist doch ein starkes Stück. Ich habe nicht die Aufgabe, den IGB in Schutz zu nehmen. Aber ich bin unmittelbar von diesem Vorwurf betroffen, da alle Anforderungen der ADG durch mich gehen vor der Zahlung. Daher kann gefolgert werden, daß ich das vernachlässigt habe. Ich stelle ausdrücklich fest, daß ich Dich mündlich und schriftlich aufgefordert habe, doch Deine Unkosten anzugeben. Du hast das aber bisher nicht getan. Weshalb nicht? Walter *[Schevenels]* hat sowas noch nie abgelehnt. Er hat jetzt auch der Englandgruppe[29] ihren Etat bewilligt und zwar gut. Du bist also selber Schuld, wenn Du bisher nichts bekamst. Die 500 Kronen für Sonderausgaben sind Dir überwiesen worden.

26 Es ist unklar, ob hier E.G. gemeint ist oder K[reyssig] G[erhard].

27 Vgl. hierzu Reissner in seinem Brief an B. Süss, 27.12.1939: »Für mich gibt es nur ein Motiv: Aus der ADG etwas zu machen! Ein Versuch dazu war und ist mein Brief an den IGB. Wenn Du das nicht begreifst, dann kann ich das nur bedauern und im übrigen Dir nicht helfen.« (AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 95).

28 Vermutlich aus Finanzgründen in die USA; die Reise fand jedoch erst anläßlich des AFoL-Kongresses in New Orleans 1941 statt. Vgl. Link, Mit dem Gesicht, S. 488.

29 Gemeint ist die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien.

Die Holländer wünschen also neben dem Sekretariat (oder haben sie von dessen Existenz gar keine Kenntnis) ein festes Bureau in Paris. Und Toni [*Reißner*] soll es betreuen, Schön! Ich gebe von den Sekretariatsarbeiten aber zunächst nur soviel ab, als sich bei kollegialer Zusammenarbeit ergibt. Den Nachrichtendienst[30] behalte ich in allen seinen Teilen voll in der Hand. Denn ich habe die Beziehungen, und die Mitarbeiterfrage ist eine vertrauliche in allen ihren Teilen. Da ich *Toni* und die unmittelbare Zusammenarbeit mit ihm nicht kenne, muß ich diesen Vorbehalt machen. Aber an gutem Willen zu gemeinsamer Arbeit soll es bei mir wirklich nicht fehlen, wenn er kommen sollte. Da Holland seine Unterhaltspflicht übernehmen will, sind ja schon viele Hemmungen weggeräumt. Er muß sich dann mit der N[euen] G[ewerkschafts-]Z[eitung] beschäftigen und mit den Zukunftsarbeiten. Ob die Leitung hier wird hergestellt werden können, ist eine Frage der Zensurbestimmungen. Das wird sehr schwer sein. Noch schwerer die Einreisemöglichkeit und Aufenthaltsgenehmigung. Daran glaube ich nicht. Sowas hat man bisher nicht getan. Und jetzt im Kriege. Also damit ist die Katze aus dem Sack. Weshalb sagte man das nicht von vornherein und ganz eindeutig? Weshalb erst ein Aktionsplan, selbständige Aktionen bei Umgehung der Organe der ADG, dann ein Schreiben von Toni [*Reißner*] an den Vorstand des IGB? Das ist weder fair noch kollegial, das nennt man arbeiten hinten herum. Und das verstimmt.

Daß etwas mehr getan werden muß, damit stimme ich vollständig zu. Das kann auch, ja das muß sogar geschehen. Dazu bedarf es aber nicht des Abwartens bis irgendwelche Pläne erfüllt sind. Dazu braucht nicht solch Durcheinander geschaffen zu werden, daß man nicht mehr weiß, was rechts oder was links ist. Dazu bedarf es keines besonderen Bureaus in Paris, es bedarf nur des Arbeitens. Also ran an die Rampe und geschafft. Nimm Deinen Arbeitsplan in Angriff. Mach Entwürfe und verschick sie zur Diskussion. Das kostet Deine Arbeit, kostet Papier, Porto und Schreibarbeit und das bekommst Du erstattet, brauchst nur monatlich mitzuteilen, wieviel es ausmacht.[31]

Das meine ich auch in bezug auf seine Bemerkung hinsichtlich des Wiederaufbaus der deutschen Gewerkschaften. Natürlich haben dabei Außenstehende nichts zu sagen. Aber wir müssen uns rühren, wir müssen aktiv sein und zeigen, daß wir da sind. Nicht Spinnerei führt zum Ziel (das gilt dem von Dir richtig zum Ausdruck gebrachten Gefühl), sondern praktische Arbeit.

Dieses Schreiben, das sei auf Deine Frage noch einmal ausdrücklich betont, ist der Niederschlag der hiesigen Kameraden. Die meisten sind »umgezogen«, ich stehe aber mit ihnen in Verbindung.

Mit [Hans] *Gottfurcht* hat Walter [*Schevenels*] schon zweimal verhandelt und hat ihn auch bei [Walter] *Citrine* legitimiert.[32] *G[ottfurcht]* arbeitet gut. *Rass* hat sich bekehrt. *Geiser* und *Rass*, stehen abseits. Sollen sie, die Querköpfe.[33] Das Bureau von *Gottfurcht* ist bei den Quäkern.

Nochmals lieber Freund. Sei nicht so pessimistisch. Wir haben mit den Dingen und Menschen zu rechnen, wie sie sind und nicht, wie wir sie haben möchten. Wir haben unsere Pflicht zu erfüllen und zu arbeiten. Spinnerei hat keinen Sinn. Ein Freund von

30 Die Nachrichten der ADG erschienen seit März 1937.

31 Zu den Ausgaben der ADG (insges. 750 Schwedische Kronen) von Mai 1940-Oktober 1942 vgl. den Ausgabenbericht von F. Tarnow vom 12.3.1943 (AdsD, DGB-Archiv, Nl. Fritz Tarnow).

32 Vgl. Dok. 207, Anm. 4.

33 Gemeint ist wohl Hans Geiser (17.2. 1884–20.10. 1961), der 1941 zur »Gruppe der Parlamentarier« um Karl Höltermann gehörte und 1943 an der Gründungskonferenz der Freien Deutschen Bewegung teilnahm. Vgl. Röder, Handbuch, S. 216. Zu Rass wurden keine biographischen Angaben ermittelt.

drüben ließ mir dieser Tage über Neutralien[34] sagen: »Jetzt oder nie, *Hitler* muß auf die Knie«, und er fügte hinzu: »Bleibt alle auf dem Posten und erfüllt Eure Pflicht.« Beachten wir auch dies.

Ich werde nachsehen, ob ich in dem Material den Entwurf zum Gewerkschaftsgesetz[35] von Heinrich [*Schliestedt*] finde. Wenn ja, bekommst Du es sofort. [Adolf] *Ludwig* hat [ein] paar Wochen ausgespannt, er arbeitet aber wieder feste.[36] Dabei mußten natürlich andere Methoden angewandt werden. Aber jetzt läuft die Sache wieder gut. Walter [*Schevenels*] und ich wollen nächstens zu ihm. Die Sache ist eingeleitet. Ich wünsche Dir ein recht frohes Fest und verbleibe Dich bestens grüßend Dein *Carlos*.

Anbei Brief an [Gustav] *Schulenburg*[37]

DOKUMENT 49

Februar 1940: Die Neue Gewerkschaftszeitung zum Gewerkschaftsproblem

Neue Gewerkschaftszeitung, Nr. 2, Februar 1940, S. 39–43. Überschrift: »Zum Gewerkschaftsproblem«.[1]

»Auch der Faschismus ist ein Übergang. Er hat sich von der städtischen Masse her entwickelt, als Massenpartei mit lärmender Agitation und Massenreden. Tendenzen des Arbeitersozialismus sind ihm nicht fremd. Aber solange eine Diktatur ›sozialen‹ Ehrgeiz hat, um des ›Arbeiters‹ willen da zu sein behauptet, auf den Gassen wirbt und populär ist, solange ist sie Zwischenform. Der Cäsarismus der Zukunft kämpft nur um Macht, für ein Reich und gegen jede Art von Partei«.

Das vorstehende Zitat ist dem im Sommer 1933 erschienenen Buche: »Jahre der Entscheidung« von Oswald *Spengler* entnommen. *Spengler* war ein grimmiger Feind der Gewerkschaften, des Liberalismus und der Demokratie. Tarifverträge, Achtstundentag und jede Art wirklicher Sozialpolitik erschienen ihm als Teufelswerk, dazu bestimmt, den Untergang der weißen Rasse herbeizuführen. Seine konservativ gerichteten Ideale gipfelten im Soldatenstaat des absoluten preußischen Königstums, und seine Nationalheiligen waren *Friedrich der Große, Bismarck, Moltke* usw. Ob er nun auch die Nazidiktatur im Verdacht hatte, daß sie einem »sozialen Ehrgeiz um des Arbeiters willen« nachstrebt, darüber liegen eigene Zeugnisse *Spenglers* nicht vor. *Spengler* ist tot und er kann ruhig schlafen, denn der nationalsozialistische »Cäsarismus kämpft nur um Macht, für ein Reich und gegen jede Art von Partei« und das heißt, in erster Linie für sich selbst.

Allein, das nimmt nicht weg, daß die nationalsozialistische Propaganda alle Anstrengungen macht, um die Arbeiter für sich zu gewinnen. Wenn der tatsächliche Zustand das auch Lügen straft, dann behauptet diese Propaganda doch immer wieder, daß Deutschland unter *Hitler* zum Musterstaat der Sozialpolitik geworden sei. Ja, sogar dazu versteigt man sich, zu behaupten, daß ein Kriegsgrund im Neid Englands und Frankreichs auf den fabelhaften sozialen Fortschritt Deutschlands erblickt werden muß.

34 Gemeint ist die Schweiz.

35 Vgl. Dok. 32.

36 Zu Adolf Ludwig vgl. z. B. Dok. 161, 166.

37 Vgl. Dok. 163.

1 Nach Dieter Lange, Fritz Tarnows Pläne zur Umwandlung der faschistischen Deutschen Arbeitsfront, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 24. Jg., H. 2, 1976, S. 154, ist das Dokument ein Beitrag zur Diskussion von Tarnows Memorandum »Die Aufgaben der ADG nach Kriegsausbruch«. Vgl. Dok. 47, Anm. 1.

»Auch der Faschismus ist ein Übergang« – daran knüpfen wir an. Mit dem Ausbruch des Krieges hat diese Annahme doppelte Bedeutung gewonnen. In der Kriegszieldebatte, die seither von den verschiedenen Staatsmännern geführt worden ist, ist mehr als einmal zum Ausdruck gebracht worden, daß am Ende dieses Krieges ein neues Europa erstehen muß. Niemand kann heute sagen, wie lange der Krieg dauern und welche Wunden er Europa und der ganzen Welt schlagen wird. Soviel aber ist sicher, daß er politisch, ökonomisch und sozial weitreichende Wirkungen auslösen wird.

Wir sprechen von Deutschland. In welchem Zustand wird sich Deutschland am Ende des Krieges befinden? Alles Orakeln darüber heute schon erscheint uns müßig. Nur das ist klar, daß ein völliger Systemwechsel eintreten muß, um einen Neuaufbau des deutschen Volkslebens überhaupt erst wieder möglich zu machen. Daß die Frage der gewerkschaftlichen Organisation der deutschen Arbeiter dabei nicht von untergeordneter Bedeutung sein wird, dürfte ebenso klar zu Tage liegen.

Selbst die Nazidiktatur legt den größten Wert auf die organisatorische Zusammenfassung der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Freilich handelt es sich bei der DAF nicht um eine gewerkschaftliche Organisation. Dieser Gewerkschaftsersatz – aber nicht einmal das ist die DAF – soll den deutschen Arbeitern nur vortäuschen, daß sie so etwas wie eine gewerkschaftliche Organisation hätten. Es ist dasselbe Betrugsmanöver wie mit den Vertrauensräten[2] des »Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit«, das den deutschen Arbeitern als Ersatz für das geraubte Betriebsräterecht aufgezwungen wurde. Der »soziale Ehrgeiz« der nationalsozialistischen Diktatur manifestiert sich in der absoluten Entrechtung der deutschen Arbeiter. Daraus ergibt sich auch, was man davon zu halten hat, wenn die Nazipropaganda immer wieder *Hitler* als »den ersten Arbeiter« feiert. Es ist der zynischste Machiavellismus! Aber man sieht, daß sich der Nazistaat es sehr angelegen sein läßt, die Arbeiter in eine Organisation zu pressen. Das gleiche tut der italienische Faschismus mit seinen Korporationen und der russische Bolschewismus mit seinen »Gewerkschaften«.

Gleichviel, wie sich bei einer Änderung des Systems die Dinge in Deutschland auch gestalten mögen; der Gewerkschaftsgedanke wird sich durchsetzen, weil die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter einfach nicht entbehrt werden kann. So notwendig für die hochentwickelte deutsche Industriewirtschaft am Ende des Krieges die Rohstoffversorgung und die Neuorganisation des internationalen Warenaustausches sein wird, so wenig wird sie für das riesige Millionenheer der deutschen Arbeiterschaft auf das Funktionieren einer gewerkschaftlichen Organisation verzichten können. Nicht nur die Wirtschaft, auch der Staat hat an dieser Organisation Interesse.

Wie in einem neuen Deutschland der Staat aussehen wird, auch das läßt sich heute noch nicht vorhersagen. Es ist denkbar, daß sich die verschiedensten Einflüsse geltend machen werden, um der neuen deutschen Gewerkschaftsbewegung Form und Richtung zu geben. In erster Linie aber bleibt es die Aufgabe der deutschen Arbeiter selbst, die Form und den Wesensinhalt ihrer gewerkschaftlichen Organisation zu bestimmen.

Dabei wird man nicht ohne weiteres anknüpfen wollen und können, wo man am 2. Mai 1933 aufgehört hat. Die dazwischen liegende Periode läßt sich nicht einfach überspringen.

Wir können uns nicht denken, daß der alte Richtungsstreit in einer neuen deutschen Gewerkschaftsbewegung wieder aufleben soll. Hier Freie Gewerkschaften, hier

2 Zu den Vertrauensräten vgl. Kap. VIII der Einleitung.

Christliche oder Hirsch-Duncker, das wird und muß aufgehört haben. Für Nazizellen oder RGO-Kommunisten darf es überhaupt keinen Raum geben, wobei wir glauben, daß die deutschen Arbeiter an sich von dieser Sorte Gewerkschaften endgültig satt haben.[3] Die Einheit ist das einzige, was neben dem Vermögen (wenn dann noch eines da sein wird) und ihrem Besitz an Gebäuden und sonstigen Einrichtungen von der DAF für den Neuaufbau einer deutschen Gewerkschaftsbewegung als brauchbar übernommen werden kann.[4] Die innere Gliederung der Organisation – Industrieverbände oder Fachschaften – ist eine Frage, die sich ohne Schwierigkeiten einfach lösen lassen wird. Komplizierter ist das Problem der Rechtsgrundlage. Gewerkschaften sind nur denkbar und lebensfähig in einem freien und demokratischen Staate, der seinen Bürgern Freiheit der Rede und Presse und ein wirkliches Koalitionsrecht gewährt. Daß bei der Anwendung dieses Koalitionsrechtes die Interessen der Volksgesamtheit gewahrt werden müssen, versteht sich für eine verantwortungsbewußte Gewerkschaftsführung von selbst. Aber das gleichberechtigte Mitbestimmungsrecht bei der Festlegung der Arbeits- und Tarifverträge muß als eine unabdingbare Voraussetzung und Grundlage für jede Gewerkschaftsbewegung beschaut werden. Daß die Verwaltung der Gewerkschaftsorganisation auf dem Prinzip der Selbstverwaltung beruht und der demokratischen Kontrolle der Mitglieder unterworfen sein muß, hat auch außer jeder Diskussion zu stehen. Schon diese wenigen Andeutungen zeigen, was für ein himmelweiter Unterschied wirkliche Gewerkschaften von der Dr. [Robert] *Ley*-Front trennt.

Unabhängig und frei, auch von jedem Partei- und Unternehmereinfluß, müssen die Gewerkschaften sein, wenn sie ihre Aufgaben zweckentsprechend erfüllen sollen. Auch dieser Grundsatz steht in direkter Contra-Stellung zur Dr. *Ley*-Front.

Auch die internationale Verbindung der Gewerkschaften ist notwendig. *Hitler* gibt sich als den Todfeind des Internationalismus aus; aber es gibt eine faschistische Internationale, der er sehr zugetan ist. *Spengler* sah den »Untergang des Abendlandes« vor Augen, weil die farbigen Arbeiter in den anderen Erdteilen 10, 12 und mehr Stunden pro Tag für ein Butterbrot arbeiten, während die Arbeiter der weißen Rasse für sich den 8-Stundentag und die 40-Stundenwoche bei Löhnen gefordert haben, die ihnen einen gerechten Anteil an der allgemeinen Kulturentwicklung garantieren sollten. *Spenglers* Auffassung geht dahin, daß das ruinös ist und daß die Rettung des Abendlandes nur dann herbeigeführt werden kann, wenn die Arbeiter der weißen Rasse in das Kuliniveau zurückgestoßen werden. Wir dagegen sind der Meinung, daß der allgemeine menschliche Fortschritt nur dann verbürgt ist, wenn auch der farbige Arbeiter dazu berufen wird, in den Kulturkreis der modernen Zivilisation einzutreten. Wenn dabei der englische, der französische oder der deutsche Arbeiter die Rolle des Preisfechters übernehmen kann, dann ist das nur ehrenvoll, denn es ist ein Dienst an der Menschheit. Es ist schmerzlich für uns, sagen zu müssen, daß die deutschen Arbeiter heute diese Rolle nicht spielen können, denn sie sind dank der Lehre *Spenglers* und der nationalsozialistischen Praxis in einen Kulizustand versetzt worden, aus dem sie sich erst selbst befreien müssen.

Es gibt noch Millionen deutscher Arbeiter, die durch die Schule der früheren Freien Gewerkschaften Deutschlands gegangen sind und die das Andenken an ihre einstmalige Tätigkeit und ihren von tiefer Überzeugung getragenen Kampf für die Menschwerdung des Arbeiters unvergeßlich in ihrer Brust tragen. Diese Elite der deutschen Arbeiterschaft wird, wenn die Stunde dazu gekommen ist, auch da sein und die Fundamente zum Aufbau einer neuen deutschen Gewerkschaftsbewegung legen. Und diese Stunde wird kommen!

3 Vgl. hierzu bereits Neue Gewerkschaftszeitung Nr. 1, Januar 1939, S. 2.
4 Diese Position widerspricht der von Tarnow eingenommenen; vgl. Dok. 47.

DOKUMENT 50

29. 8. 1944: Die sozialpolitischen Pläne der Widerstandsgruppen um Wilhelm Leuschner und Carl Goerdeler

Anlage zum Bericht des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, SS-Obergruppenführer und General der Polizei Kaltenbrunner, an Reichsleiter Martin Bormann, Parteikanzlei, München, vom 29.8. 1944, Geheime Reichssache, Überschrift: »Die sozialpolitischen Pläne des Verschwörerkreises um Goerdeler«.[1]

In den Gedankengängen des Verschwörerkreises um [Carl] *Goerdeler*[2] spielen die sozialpolitischen Auffassungen der einzelnen Gruppen eine wichtige Rolle. Die Stellung der Arbeiterschaft in dem gedachten zukünftigen Staat steht bei diesen Erörterungen im Mittelpunkt. Die Hauptfragen sind:

Soll die Arbeiterschaft organisiert werden, und wie soll sie organisiert werden?

Welche Aufgaben sollen einer organisierten Arbeiterschaft zugewiesen werden, und welche Funktion soll sie in der Zukunft haben?

Die Auffassung der ehemaligen Gewerkschaftler geht dabei auf die Errichtung einer deutschen Einheitsgewerkschaft als Nachfolgerin der allumfassenden Organisation der Deutschen Arbeitsfront.

[Wilhelm] *Leuschner* erklärt zum Beispiel bei seiner Vernehmung vom 18.8. 1944: »Es war mein Bestreben, eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung zu bilden, und ich setzte diese Bestrebungen auch dann noch fort, als ich mit den Vertretern der NSDAP im Frühjahr 1933 verhandelte.[3] Diese damals niedergelegten Grundsätze[4] waren auch für die spätere Zeit mein Leitmotiv.«

»Während des Krieges wurde die Frage aufgeworfen, ob für den Fall eines Zusammenbruchs die damals gültigen Ideen einer einheitlichen Gewerkschaft praktische Bedeutung bekommen könnten.« Wie aus den Vernehmungen wiederholt hervorgeht, waren

1 Das Dokument ist abgedr. in: Hans-Adolf Jacobsen (Hg.), Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt, 2 Bde., Stuttgart 1989, S. 315–317. Das Dokument ist gekennzeichnet als »Anlage 1«. Das Hauptschreiben war klassifiziert als Geheime Reichssache, Aktenzeichen: B Nr. 57536/44 g. Rs., Best. Nr. 450/19/40, 3 Ausfertigungen, betr.: 20. Juli 1944. Das Hauptschreiben behandelte »I. Methode Stauffenberg«, »II. Methode Goerdeler« und »III. Vorwände«. Zahlreiche Unterstreichungen in der Vorlage. Die Großbuchstaben der Personennamen wurden in normale Schrift gesetzt. Etliche andere Berichte weisen ebenfalls auf den Umfang der gewerkschaftlichen Beteiligung beim Attentat am 20. Juli und die programmatischen und organisatorischen Vorstellungen hinsichtlich des Neuaufbaus der Gewerkschaften nach dem Sturz des NS-Systems hin. Vgl. ebd., S. 179, 240ff., 210ff., 413ff., 464ff., 496ff.
2 Carl Goerdeler (1884–2.2.1945) war seit 1920 2. Bürgermeister in Königsberg, 1930–1937 Oberbürgermeister in Leipzig, 1931/32 und Dezember 1934 bis Juli 1935 Reichskommissar für die Preisbildung und Preisüberwachung, maßgeblich an der Gestaltung der Deutschen Gemeindeordnung 1935 beteiligt, 1937–1939 mehrere Auslandsreisen, seit 1935 enge Kontakte zu Ludwig Beck und anderen führenden Reichswehroffizieren, führende Person des deutschen bürgerlichen Widerstands, Kontakte zu Wilhelm Leuschner und Jakob Kaiser sowie zu anderen bürgerlichen Widerstandsgruppen, Verfasser von Denkschriften, seit 1943 nach einem Regimesturz als neuer Regierungschef genannt, bereits vor dem Attentat vom 20.7. 1944 untergetaucht, am 12.8. 1944 verhaftet, am 8.9. 1944 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt, am 2.2. 1945 hingerichtet.
3 Vgl. Jahn, Quellen IV, Dok. 201, S. 888–892; Beier, Entstehung, S. 366.
4 Vgl. Dok. 10.

Goerdeler, [Jakob] *Kaiser* und [Max] *Habermann*[5] mit den von *Leuschner* dargelegten Plänen einverstanden. Erst als [Johannes] *Popitz*[6] in den Kreis trat, ergaben sich verschiedene Auffassungen und Differenzen. *Goerdeler* bemerkt in seiner Vernehmung vom 17.8.[1944] dazu folgendes: »Auf dem Gebiete der Organisation handelte es sich vornehmlich um die Frage, ob alle Arbeiter pflichtmäßig in einer Gewerkschaft zusammengeschlossen werden sollen. Diese Frage wurde bejaht, weil die Pflichtform der Deutschen Arbeitsfront allein die Möglichkeit bietet, verschiedene Formen von sich bekämpfenden Gewerkschaften zu verhindern.«[7]

Am 16.8.[1944] hatte *Goerdeler* folgendes ausgesagt: »*Popitz* glaubte, man dürfte der Arbeiterschaft nicht einen großen Zusammenschluß gestatten. Ein solcher würde sie zur Macht im Staate machen.[8]

Er wollte daher nur sogenannte Betriebsgewerkschaften[9] schaffen und übersah, daß viele Fragen der Sozialpolitik nicht vom Standpunkt des einzelnen Betriebes in Angriff genommen werden müssen, sondern vom Standpunkt großer, das ganze Reich überziehender Fach- und Berufsorganisationen.« (S. 39)[10]

Von den Vertretern der Arbeiterschaft wurde *Popitz* abgelehnt: »Auch sei das Mißtrauen unerträglich, mit dem er immer wieder zu verhindern suchte, daß schließlich eine alle Arbeiter und Angestellten umfassende Gewerkschaft zustande käme, die ja auch allein organische Fortsetzung der ebenfalls allumfassenden Arbeitsfront sein könnte. Der Unterschied zu der Organisation der Arbeitsfront, die sich in der Zusammenfassung aller Schaffenden durchaus bewährt habe, solle und würde also ausgesprochen darin liegen, daß die Arbeiter und Angestellten zur Mitarbeit und zum Tragen der Mitverantwortung nach den Grundsätzen gesunder Selbstverantwortung herangezogen werden sollten. Herr *Popitz* dagegen strebe eine Zerschlagung dieser Totalorganisation an.« (Vernehmung *Goerdeler*).

Die Angestellten sollten in der Deutschen Einheitsgewerkschaft in einer eigenen Gruppe zusammengefaßt werden: »Einigkeit bestand darin, daß innerhalb der Deutschen Gewerkschaft den Angestellten eine besondere organisatorische Zusammenfassung zuteil werden müsse.«

In Auswirkung der Stellung, die man der Deutschen Einheitsgewerkschaft zugedacht hatte, war die Überführung der Sozialversicherung und Sozialverwaltung in die Selbstverantwortung der Arbeiterschaft geplant. *Leuschner* erklärt dies bei seiner Vernehmung am 18.8.[1944], als er sich zu dem Grundsatz bekennt, daß die Gewerkschaften frei von allen Einflüssen politischer Gruppen sein müßten, mit folgenden Worten: »Mein Gedanke war, die früher vorhandenen zersplitterten Tendenzen der gewerkschaftlichen Bewegung, die durch die Einrichtungen und die Tätigkeit der Deutschen Arbeitsfront aufgehoben und neu geregelt wurden, fortzuführen unter Berücksichtigung einiger zu ändernder Konstruktionen. So sollten die gesamte Sozialversicherung und die Arbeitsverwaltung in Selbstverwaltung von den Gewerkschaften übernommen werden, so daß der mit dem Freiwerden der Arbeitgeberverbände verstärkte Einfluß der Arbeitgeber durch den von den Gewerkschaften ausgeübten Arbeitsvermittlungsprozeß reguliert würde.«

»Der Arbeiter müßte weiter Gewißheit haben, daß die Einrichtungen der Sozialversicherungen und der Sozialverwaltung von der ihm nahestehenden und von ihm kontrollierten Organisation, also im Grunde genommen von ihm selbst verwaltet werden. Das gilt insbesondere für die Arbeitsvermittlung.« (S. 19).[11]

Grundsätzlich bekennt sich auch *Goerdeler* zu dieser Auffassung: »Die Arbeitgeber sollten gänzlich ausscheiden, um klarzustellen, daß die Deutsche Arbeitsfront in der Lage sei, ihre eigenen Angelegenheiten selbst zu ordnen. Für die Arbeitslosenversicherung wurden endgültige Gestaltungen noch nicht festgelegt, doch wurde anerkannt, daß auch hier die Arbeiterschaft bei der Aufbringung der Mittel und bei der Verwaltung verantwortlich eingebaut werden müsse, schon um eine organische Lohnpolitik sicherzustellen.«

»Bei den Arbeiterbildungsfragen wurde Einigkeit darüber erzielt, daß die wirtschaftlichen Kenntnisse der Arbeiter wesentlich gehoben werden müßten.

Erst dadurch würde man die Möglichkeit gewinnen, die Arbeiter auch zu verantwortlicher Mitarbeit und Kontrolle der Betriebsleitung heranzuziehen.«

Bei der Festlegung der zukünftigen Wirtschaftsform hielt man die Beibehaltung der Individualwirtschaftsform mit teilweiser Sozialisierung der Schlüsselindustrien für richtig.

»In der Produktionspolitik sollte der Arbeiter Möglichkeiten der Selbstverwaltung finden, durch die Sozialisierung bestimmter Grund- und Schlüsselindustrien und der Einrichtung von Produktivgenossenschaften« (*Leuschner*).

»Die Sozialisierung sollte sich auf die Grund- und Schlüsselindustrien beschränken, der freie Sektor der Wirtschaft einer planmäßigen Bewirtschaftung durch Selbstverwaltungsorgane unterzogen werden. Die Gewerkschaften hatten dabei ihre Aufgabe, als Produzent wesentlichen Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaft zu nehmen, da die Sozialisierung nicht nur eine Angelegenheit der Besitzveränderung sein dürfte. Staatssozialismus wäre abzulehnen. Dabei könnten die Gewerkschaften zugleich auch die Verbraucherinteressen vertreten und so die Konkurrenz der einzelnen Betriebe untereinander, auch der sozialisierten Betriebe sicherstellen« (*Leuschner*).

Gleichen Gedankengängen ist *Goerdeler* gefolgt: »Man war sich einig, daß Höchstleistungen nur bei Wettbewerb zu erreichen sein würden, und daß man daher an der Individualwirtschaftsform festhalten müsse ... Man wurde sich schließlich darüber

5 Max Habermann (21.3.1885–30.10.1944) war seit 1907 hauptamtlicher Mitarbeiter der »Sozialpolitischen Abteilung« des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbands (DHV), seit 1913 Angestellter der DHV-Verwaltung, Vorstandsmitglied und stellvertretender Vorsitzender des DHV und des christlichen Deutschen Gewerkschafts-Bundes, 1933 seiner Ämter im DHV enthoben, Tätigkeit im Einzelhandel, seit 1935 Kontakte zu Kaiser und Leuschner, seit 1941 Kontakte zum Goerdeler-Kreis, nach dem Attentat am 20.7.1944 versteckt, nach Festnahme Freitod.

6 Johannes Popitz (2.12.1884–2.2.1945) war seit 1919 im Reichfinanzministerium beschäftigt, Professor für Steuerrecht an der Universität Berlin, 1925–1929 Staatssekretär, 1.11.1932–30.1.1933 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, kommissarischer Leiter des Preußischen Finanzministeriums, April 1933-Juli 1944 Preußischer Finanzminister, Kontakte zu zivilen und militärischen Widerstandskreisen um Goerdeler und Beck, nach dem 20.7.1944 verhaftet, am 3.10.1944 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt, am 2.2.1945 hingerichtet.

7 Vgl. hierzu Mommsen, Leuschner, S. 352f.

8 Vgl. Jacobsen, Opposition (Anm. 1), S. 415. Die Möglichkeit, zur entscheidenden Kraft im neuen Staat zu werden, schien Leuschner erkannt und in seine Überlegungen und Stellungnahmen zur Ständestaat-Konzeption von Goerdeler einbezogen zu haben. Vgl. Michael Schneider, Zwischen Standesvertretung und Werksgemeinschaft. Zu den Gewerkschaftskonzeptionen der Widerstandsgruppen des 20. Juli 1944, in: Schmädecke/Steinbach, Widerstand, S. 528.

9 Vgl. auch »Grundsätze der Neuordnung«. Entwurf vom 9.8.1943 des Kreisauer Kreises, abgedr. in: Theodor Steltzer, Von deutscher Politik. Dokumente, Frankfurt 1949, S. 156ff., hier S. 161. Vgl. auch die Überlegungen des Kreisauer Kreises vom 18.10.1942, abgedr. in: Schneider, Standesvertretung (Anm. 8), S. 527f., und Ger van Roon, Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967, S. 523–539, 547–550.

10 Vgl. auch Elfriede Nebgen, Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, Stuttgart 1967, S. 91; Joachim Leithäuser, Wilhelm Leuschner. Ein Leben für die Republik, Köln 1962, S. 206, wonach man sich im Leuschner-Kreis für das Organisationsprinzip der Berufsverbände entschieden habe; vgl. dagegen in Dok. 51 die Vorschläge über den Aufbau und die Leitung von 13 Industriegruppen.

11 In dieser Frage bestand keine Einigkeit innerhalb der Gruppe, vgl. Leithäuser, Leuschner (Anm. 10), S. 205.

einig, daß für eine Sozialisierung nur die Bodenschätze, die Elektrizitätserzeugung und vielleicht noch gewisse Schlüsselindustrien in Betracht kämen. Auch hier aber sollte sichergestellt werden, daß nicht große staatliche Wirtschaftsgebilde entstünden, sondern lokal begrenzte Unternehmungen, die sich untereinander Wettbewerb machen müßten.«

Im Gegensatz zu den bisherigen Bestrebungen in der Beseitigung der Klassenunterschiede wollte *Leuschner* beim Abbau der Klassengegensätze einen neuen Weg beschreiten: »Ich sah beispielsweise den Klassenunterschied nicht so sehr von der Besitz- und Kapitalseite her gegeben, sondern fand die weit auseinanderklaffenden Bildungsunterschiede als einen Hauptgegenstand des Sichzurückgesetztfühlens der großen Arbeitermassen. Deshalb grundlegende Änderung des Bildungs- und Schulwesens[12] in der Form der neunjährigen Pflichtschule für jeden und eine entsprechende Verkürzung der Lehrzeit, so daß im Endeffekt eine längere Ausbildung nicht zustande kommt.« »Es wäre deshalb anzustreben, einen Ausgleich, der allerdings im Laufe von Generationen durchgesetzt werden könnte, dadurch herbeizuführen, daß die Schulzeit 9 Jahre beträgt und in diesen 9 Jahren etwa die mittlere Reife angestrebt werden sollte. Von da aus gliedert sich das weitere Leben des jungen Menschen entweder sofort über die Lehre in den Beruf oder aber durch den Besuch der Höheren Schule in den Beruf oder zur Hochschule. Wesentlicher Wert ist auf eine gute Ausbildung im Deutschunterricht zu legen, damit jeder Deutsche gewandt im mündlichen und schriftlichen Ausdruck wird und so Minderwertigkeitskomplexe verschwinden, die im wesentlichen ihre Ursache in der sichtbaren Überlegenheit bestimmter besser geschulter Kreise haben.«

DOKUMENT 51

13. 9. 1944: Pläne des Leuschner-Kreises für den »Aufbau einer deutschen Gewerkschaft« nach dem Sturz des NS-Regimes

Anlage zum Bericht des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, SS-Obergruppenführer und General der Polizei Kaltenbrunner, an Reichsleiter Martin Bormann, Parteikanzlei, München, vom 13.9.1944. Geheime Reichssache.[1]

Betr.: 20. Juli 1944 Berlin, den 13. September 1944

Aufbau der deutschen Gewerkschaft

Nach den Aussagen von [Wilhelm] *Leuschner* sollte die »Deutsche Gewerkschaft« unter seiner Leitung mit Jakob *Kaiser* und [Max] *Habermann* als Stellvertreter wie folgt aufgebaut werden:

12 Vgl. ebd., S. 212f.

1 Das Dokument ist abgedr. in: Hans-Adolf Jacobsen (Hg.), Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt, 2 Bde., Stuttgart 1989, S. 383–386. Weitere Angaben im Kopf des Begleitbriefes von Kaltenbrunner an Bormann: »B. Nr. 57536/44 g.Rs.«, »Best. Nr. 450/19/54«, »2 Ausfertigungen«, »1. Ausfertigung«. Absender- und Empfängeranschrift. Vgl. auch Dok. 50.
Zur Gesamtthematik vgl. mit weiteren Angaben Mommsen, Gewerkschaften, S. 275ff.; Beier, Reichsleitung, S. 77ff. Zur Entwicklung vgl. ferner: Hermann Schlimme, Vorbereitungen zum 20. Juli 1944. Der Versuch einer deutschen Revolution. (Ms., 6 S.) o.D. (nach 1945)(BA, SAPMO, FDGB, Nl. Schlimme); Anlagen zu den Berichten des SS-Obergruppenführers und Generals der Polizei Kaltenbrunner an Reichsleiter Martin Bormann, Parteikanzlei, München, vom 12.8.1944; dass., vom 12.9.1944; dass., vom 18.9.1944; dass., vom 23.9.1944; dass., vom 22.10.1944, abgedr. in:

I. Reichsleitung:

Die Reichsleitung sollte in etwa 8–10 Abteilungen gegliedert werden.

1. Presse: Vorgesehen der ehemalige Redakteur der Gewerkschaftszeitung, Richard *Seidel*, zuletzt wohnhaft in Berlin. Mit *Seidel* ist darüber nicht gesprochen worden, doch wurde damit gerechnet, daß er ebenfalls kein Nationalsozialist geworden war und den Posten übernommen hätte.[2]
2. Wirtschaftspolitik: In Aussicht genommen war der frühere Wirtschaftspolitiker des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Fritz *Tarnow*, früher Mitglied des erweiterten Vorstandes des ADGB und Vorsitzender des Holzarbeiterverbandes. *Tarnow*, der 1933 emigriert ist, stand bis etwa 1939 mit *Leuschner* im Briefwechsel.[3] *Leuschner* nimmt an, daß *Tarnow*, mit dem er eng befreundet und auch familiär verbunden war, sofort zurückgekommen wäre, um die Gewerkschaftsarbeit wiederaufzunehmen.
3. Sozialpolitik: Die Abteilung wollte Jakob *Kaiser* selbst übernehmen.
4. Jugend: Der in Aussicht genommene [Walter] *Maschke* lehnte ab, da er sich wegen seines vorgeschrittenen Alters nur noch bedingt für Jugendfragen interessiere. Man einigte sich darauf, daß man einen Vertreter der jungen Generation finden müsse, der möglichst Kriegsteilnehmer gewesen sein sollte.[4]
5. Rechtsberatung: In Aussicht genommen war der ehemalige Zentralarbeitersekretär (*Hansen*?).[5]
6. Finanzverwaltung: Die Abteilung wollte *Habermann* übernehmen, der sich für diese Fragen besonders interessierte.
   Habermann wollte aus dem früheren Kreis des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, dem auch das gesamte Bankpersonal angehörte, entsprechende Mitarbeiter suchen.
7. Personalverwaltung: Für die Personalfragen und die Organisation wollte *Kaiser* die früheren Gewerkschaftler *Maschke* oder [Hermann] *Schlimme* heranziehen. *Schlimme* habe sich allerdings nach Verbüßung seiner Strafe nach 1939 nirgends mehr blicken lassen.[6]
8. Angestelle: Die Angestelltenfragen wollte *Habermann* persönlich übernehmen, da er als früherer stellvertretender Vorsitzender des DHV die größeren Erfahrungen gehabt habe. Die kaufmännischen Angestellten sollten unter Einbeziehung der Versicherungs- und Bankangestellten als besondere Untergliederung unter einem früheren Funktionär des DHV zusammengefaßt werden.
9. Schulung und Bildung: Auch um dieses Gebiet wollte sich *Habermann* persönlich bekümmern. *Habermann* hoffte, daß er in Hamburg in seinem alten Bekanntenkreis genügend Mitarbeiter finden würde.

Jacobsen, Opposition, S. 204f., 380f., 392f., 413–415, 464–466. Vgl. ferner das Urteil des Volksgerichtshofes gegen Goerdeler, Leuschner u.a., vom 8.9.1944, in: ebd., S. 533–545. Wie wenig selbst die Emigration über den Kreis der beteiligten Gewerkschafter wußte, zeigt das Schreiben von Erich Ollenhauer an Fritz Tarnow vom 11.10.1944 (AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 83).

2 Vgl. hierzu aber die Befürchtung von Heinrich Schliestedt in dem Brief an Martin Plettl, vom 5.2. 1936 (Dok. 35).

3 Briefe konnten nicht ermittelt werden.

4 Walter Maschke (6.10.1891–15.9.1980) war 1944 53 Jahre alt. Vgl. die altermäßige Zusammenstellung vorgesehener Gewerkschaftsführer durch die Gestapo, in: Jacobsen, Opposition (Anm. 1), S. 498. Die hier genannten Personen waren zwischen 52 und 80 Jahre alt.

5 ? in der Vorlage. Die Person konnte nicht eindeutig identifiziert werden.

6 In der Vorlage »1933« statt »1939«. Schlimme war nach 1933 in der Illegalen Reichsleitung der Gewerkschaften tätig und wurde nach seiner Verhaftung am 20.1.1937 unter dem Vorwurf illegaler Bestrebungen für die SPD zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Vgl. Dok. 52.

II. Bezirks-Sekretariate

1. Berlin: Gedacht wurde an [Carl] *Vollmerhaus*[7], den früheren Bezirkssekretär von Berlin. Da er sich zur Zeit im Konzentrationslager befindet, sollte Richard *Timm* vorübergehend die Vertretung übernehmen. *Timm* war unterrichtet.
2. Ost-Westpreußen: In Aussicht genommen war von *Leuschner* der frühere Bezirkssekretär [August] *Quallo*[8], der inzwischen von Königsberg verzogen ist und in einem kleinen Ort in Ostpreußen wohnt. Gesprochen habe man mit *Quallo* nicht darüber.
3. Stettin, Pommern, Mecklenburg: Auch für Stettin sollte der alte Bezirkssekretär [Artur] *Zabel*[9] wieder eingesetzt werden. *Leuschner* nimmt an, daß mit *Zabel* auch gesprochen worden ist.
4. Hamburg, Holstein, Oldenburg: In Hamburg war mit dem früheren Bezirkssekretär [August] *Hein*[10] gelegentlich eines Besuches in Berlin gesprochen worden. *Hein* stellte sich auch zur Verfügung. Er ist jedoch vor rund 3 Monaten verstorben.
   Als Nachfolger nahm *Leuschner* [Adolf] *Schönfelder*[11], Hamburg, in Aussicht, der früher Vorstandsmitglied des Zimmererverbandes war und ein tüchtiger Gewerkschaftsfunktionär gewesen sei.
5. Hannover: In Hannover ist der frühere Bezirkssekretär [Otto] *Brennecke*[12] verstorben. *Leuschner* hat überlegt, ob man nicht den früheren Gewerkschaftssekretär für Kassel [Fritz] *Braunersreuther*[13] einsetzen könne, der aus Kassel weggezogen ist und in einem kleinen Ort im Taunus wohnt.
6. Schlesien: Mit dem früheren Bezirkssekretär für Schlesien, Oswald *Wiersich*, hatte *Leuschner* selbst gesprochen und dessen Einverständnis erhalten. *Leuschner* hat den Eindruck gehabt, daß *Wiersich* sich auch bereits um Verbindung in seinem Bezirk gekümmert hat.[14]
7. Sachsen: Der letzte Bezirkssekretär für Sachsen, [Karl] *Arndt*, sei nicht mehr in Frage gekommen und habe abgelehnt. Er hatte inzwischen ein Geschäft gegründet und war nach Berlin verzogen. *Leuschner* habe ihn 1941/42 gesprochen und ihn gefragt, ob er wieder zu den Gewerkschaften zurückgehe. *Arndt* habe ihm darauf erwidert, daß er froh sei, nichts mehr damit zu tun zu haben.
   An seiner Stelle war an den früheren Gewerkschaftssekretär für Leipzig, [Ernst] *Schilling*[15], gedacht, der sich allerdings seit längerer Zeit in Haft befindet.
8. Thüringen: In Frage kam der frühere Bezirkssekretär des ADGB, [Karl] *Hartmann*, der zwar auf Anfrage von *Leuschner* hin nicht sehr begeistert war, aber nicht abgelehnt hätte, wenn man ihm bei geglücktem Umsturz den Posten angetragen hätte.
9. Bayern: Der frühere Bezirkssekretär für Bayern, [Erhard] *Kupfer*[16], war unterrichtet und einverstanden, verunglückte aber im Frühjahr 1944 tödlich.
   Leuschner plante als Ersatz den früheren Mitarbeiter von *Kupfer*, [Heinrich] *Zwosta*[17], Nürnberg, ohne daß er Gelegenheit gehabt hätte, ihn zu sprechen und zu fragen.
10. Württemberg: 1942 hat *Leuschner* den früheren Bezirkssekretär Jakob *Weimer*[18] in Stuttgart aufgesucht. *Weimer* bezog sich darauf, daß er schwer herz- und nierenleidend sei. Wenn er vorübergehend einen Dienst erweisen könne, würde er, vorausgesetzt, daß sich sein Gesundheitszustand nicht weiter verschlechterte, zusagen.
11. Südwestdeutschland: *Leuschner* hatte mit dem aus seiner Darmstädter Zeit befreundeten Karl *Grötzner* gesprochen. Dieser starb jedoch 1940.
    Er hatte dann in der Folgezeit verschiedene Leute in Aussicht genommen, zum Beispiel das frühere Ausschußmitglied des Bezirks, Wilhelm *Thomas*[19] in Mainz. Der frühere Geschäftsführer des Bauarbeiterverbandes für Mainz[20], der *Leuschner* 1940 in Berlin aufsuchte, erzählte jedoch ausdrücklich, daß *Thomas* körperlich und geistig nicht mehr über das notwendige Leistungsvermögen verfügte. Auch *Braunersreuther*[21] wäre gegebenenfalls für Südwestdeutschland in Betracht gekommen.

7 In der Vorlage irrtümlich: Volmershaus. Die Schreibweise des Namens ist unterschiedlich überliefert und lautet: Carl Vollmerhaus bzw. Vollmershaus (8.10.1883–1979). Er war vor 1918 Branchenleiter und 2.Vorsitzender der Schuhmacher Berlins, ab 1919 1.Bevollmächtigter des Schuhmacherverbandes Berlin, 1920–1922 Sekretär und 2. Vorsitzender des ADGB-Ortsausschusses Berlin, 1922–1933 Bezirkssekretär des ADGB für Berlin-Brandenburg-Grenzmark, 1933 entlassen, nach 1945 Gewerkschaftssekretär, später Vorsitzender des Arbeitsgerichts Koblenz. Vgl. auch Dieter Buslau, Karl Vollmerhaus. Ein Leben für die Arbeitnehmer, Koblenz 1973.

8 August Quallo (geb. 6.10.1885) war seit 1918 Gauleiter im Holzarbeiterverband, 1928–1933 Bezirkssekretär des ADGB für Ostpreußen, 1933 entlassen. Vgl. auch Dok. 52.

9 Artur Zabel (geb. 14.9.1891) war seit 1919 Bezirksleiter im Eisenbahnerverband/Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, 1927–1933 Bezirkssekretär des ADGB für Pommern, 1933 entlassen. Vgl. auch Dok. 36, 52.

10 August Hein (15.12.1888–8.2.1944) war 1920–1923 Gauleiter des Bezirks Hansa des Buchbinderverbandes, 1923–1933 Bezirkssekretär des ADGB für die Nordische Wasserkante, 1930–1933 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (SPD), 1933 entlassen. Vgl. Dok. 52.

11 Adolf Schönfelder (5.4.1875–3.5.1966) war seit 1905 Angestellter im Zimmererverband, 1919–1933 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, 1925–1933 Senator (SPD), 1933 Schutzhaft, Polizeiüberwachung, 1946–1960 Präsident der Hamburger Bürgerschaft, 1945/46 2. Bürgermeister, 1948/49 Vizepräsident des Parlamentarischen Rates.

12 Otto Brennecke (29.10.1882-Oktober 1936) war 1910–1928 in Braunschweig Gauleiter des Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verbandes und von 1928–1933 Bezirkssekretär des ADGB für Hannover-Braunschweig. Brennecke wurde im Spätsommer 1936 verhaftet und Anfang Oktober 1936 von der Gestapo ermordet. Richard Hansen, Bericht über die letzten Vorgänge in Hannover (Juni-September) (1936), Anlage zu: ders., an Otto Wels, Kopenhagen, 3.10.1936; ders., an Erich Ollenhauer, Kopenhagen, 24.10.1936; »Wieder ein brauner Mord. Der frühere Bezirkssekretär des ADGB Hannover Otto Brennecke tödlich mißhandelt.« o.D. (AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 48).

13 In der Vorlage irrtümlich: Braumers-Reuther. Fritz Braunersreuther (geb. 10.6.1880) war 1909–1921 Angestellter im Deutschen Metallarbeiter-Verband, 1921–1933 Gewerkschaftssekretär beim Ortsausschuß des ADGB in Kassel, Stadtverordneter und Mitglied des Kommunallandtages und des Provinz.-Landtages Hessen-Nassau.

14 In der Vorlage irrtümlich: Wirsich. Oswald Wiersich (1.9.1882–1945) war 1912–1923 Geschäftsführer des DMV in Breslau, 1922/23 Mitglied im Bezirksausschuß des ADGB für Schlesien, 1923–1933 Bezirkssekretär des ADGB für Schlesien, 1933 entlassen, nach dem Attentat am 20.7. 1944 verhaftet, am 27.2.1945 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt. Vgl. Dok. 52.

15 Erich Schilling (16.8.1882–1962) war 1913–1919 Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Leipzig, 1919–1933 Geschäftsführer des ADGB-Ortsausschusses in Leipzig, 1939–1945 KZ Buchenwald, Juli bis November 1945 Vorsitzender des FDGB in Leipzig, SPD/ SED, November 1948 Verhaftung und Ausschluß aus der SED.

16 Erhard Kupfer (24.1.1882–23.12.1942) war 1909–1919 Stadtverordneter (SPD) in Schweinfurth, 1926–1933 Bezirkssekretär des ADGB für Bayern, 1928–1932 Mitglied des Bayerischen Landtages (SPD), 1933 entlassen, KZ Dachau.

17 Heinrich Zwosta (geb. 9.12.1881) war 1926–1933 Gewerkschaftssekretär beim ADGB für Bayern in Nürnberg.

18 Jakob Weimer (25.5.1887–21.11.1944) war 1910–1921 Angestellter in der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Stuttgart, 1921–1933 Bezirkssekretär des ADGB für Württemberg, Baden, Hohenzollern und die Pfalz, Landesvorstand der SPD, 1917–1933 Mitglied des Württembergischen Landtags (SPD), 1933 MdR (SPD), 1933 inhaftiert, Entlassung.

19 Wilhelm Thomas war vor 1933 Mitglied im Ortsausschuß des ADGB und im Arbeiter-Kulturkartell in Mainz.

20 Diese Person konnte nicht eindeutig identifiziert werden.

21 Vgl. Anm. 13.

12. Rheinland: Das katholische Rheinland-Westfalen sollte mit einem Vertreter der christlichen Gewerkschaften besetzt werden. Anfänglich habe Jakob *Kaiser* [Bernhard] *Letterhaus*[22] benannt. *Leuschner* will nicht wissen, ob *Letterhaus*, nachdem er als Politischer Beauftragter und später als Wiederaufbauminister vorgesehen war, etwa doch noch die Gewerkschaften hätte übernehmen sollen.

Industriegruppen

An Industriegruppen sollten der Reichsleitung unterstellt werden,

1. Holz: Vorgesehen war [Markus] *Schleicher*[23], zuletzt Vorstandsmitglied des Holzarbeiterverbandes, der früher schon als Nachfolger des emigrierten *Tarnow* gegolten habe. *Leuschner* will sich sicher gewesen sein, daß *Schleicher* sich in seiner Einstellung nicht geändert hatte.
   Für den Posten wäre gegebenenfalls auch Richard *Timm* in Frage gekommen, der Jugendsekretär im Holzarbeiterverband war. Leuschner hat auch mit *Timm* bereits darüber gesprochen.
2. Bau: Die Leitung sollte der frühere Vorsitzende des Bauarbeiterverbandes, Nikolaus *Bernhard*[24], Berlin, übernehmen.
3. Steine und Erde: Das Gebiet gehörte früher zum Fabrikarbeiterverband, dem auch die Gruppe Chemie zuzählte. Leiter dieser Organisation war [August] *Brey*[25], eines der Vorstandsmitglieder [Albin] *Karl*[26]. *Karl* habe schon damals als Nachfolger von *Brey* gegolten. Ohne mit ihm gesprochen zu haben, hat ihn *Leuschner* für die Gruppe »Steine und Erde« in Vorschlag gebracht.

22 Bernhard Letterhaus (10.7.1894–14.11.1944) war vor 1933 Verbandssekretär der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands, bis zum Verbot 1938 Schriftleiter der »Westdeutschen Arbeiter-Zeitung« (ab 1935: Ketteler-Wacht), 1928-Oktober 1933 Mitglied des Preußischen Landtages (Zentrum), nach 1933 Verbandsarbeit und Bemühungen, die Existenz des Verbandes gegen Verbote und Zwangsauflösungen durch das NS-Regime zu verteidigen, Kontakte zu Politikern in der Emigration, Kontakte zu militärischen und zivilen Widerstandsgruppen, Verbindungen u.a. zu Jakob Kaiser, 1939 bis zu seiner Verhaftung am 25.7. 1944 bei der Wehrmacht, KZ Ravensbrück, 13.11.1944 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt. Vgl. auch: Jürgen Aretz, Bernhard Letterhaus, in: Rudolf Morsey (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 2, Mainz 1975, S. 10–24.

23 Markus Schleicher (25.4.1884–11.3.1951) war 1904–1909 Bevollmächtigter der Verwaltungsstellen Wilhelmshaven bzw. Bremerhaven des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes (DHV), 1909 Verwaltungsstelle Stuttgart, 1920–1933 Generalsekretär und Mitglied des Hauptvorstandes des DHV und Mitglied des Bundesausschusses des ADGB, 1933 verhaftet, seit 1946 Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden, Geschäftsführender Vorsitzender des gewerkschaftlichen Zonenausschusses für das amerikanisch besetzte Gebiet, ab November 1947 Mitglied des Gewerkschaftsrates für die Bizone, ab Mai 1949 1.Vorsitzender der IG Holz für die Trizone bzw. für die Bundesrepublik Deutschland, ab Oktober 1949 Mitglied im Bundesvorstand des DGB, April 1950-März 1951 1.Vorsitzender des Landesverbandes Württemberg-Baden des DGB, 1946 Mitglied der Vorläufigen Volksvertretung in Württemberg-Baden.

24 In der Vorlage: Bernhardt. Nikolaus Bernhard (3.4.1881–18.8.1957) war 1906–1914 Sekretär des Maurerverbandes bzw. Bauarbeiterverbandes, seit 1914 Angestellter und seit 1922 Sekretär des Hauptvorstandes, seit 1924 stellvertretender Vorsitzender, 1927–1933 Vorsitzender des Bauarbeiterverbandes bzw. Baugewerksbundes, 1928–1933 Mitglied im Bundesvorstand des ADGB, 1928–1933 Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates, 1930–1932 und 1933 MdR (SPD), 2.5.–24.5.1933 verhaftet, Entlassung und Erwerbslosigkeit, Kontakte zu anderen ehemaligen Gewerkschaftsführern, ab 1935 Versicherungsvertreter, bei Kriegsbeginn verhaftet und bis Dezember 1939 im KZ Sachsenhausen bzw. Polizeigefängnis inhaftiert, dienstverpflichtet, 22.8.1944 bis 8.9.1944 erneut im KZ Sachsenhausen inhaftiert, nach 1945 SPD, März 1947- Dezember 1948 3. Vorsitzender des FDGB für Berlin, Dezember 1948 Rücktritt.

25 August Brey (1.8.1864–18.7.1937) war 1890–1931 Mitbegründer und Vorsitzender des Fabrikarbeiterverbandes, Mitbegründer und 1907–1920 Sekretär, 1920–1933 Vorsitzender der Fabrikarbeiterinternationale, 1906–1932 MdR (SPD), danach Rentner.

26 In der Vorlage: Carl.

4. Eisenbahn: Der frühere Vorsitzende des Eisenbahnerverbandes, [Franz] *Scheffel*[27], schied wegen hohen Alters aus. Benannt wurde [Franz] *Apitzsch*[28], der früher schon in der Eisenbahnergewerkschaft eine Rolle spielte.
5. Metall: Auch für diese Industriegruppe kam der frühere Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, Alwin *Brandes*[29], wegen hohen Alters nicht mehr in Frage. An seine Stelle sollte einer der Funktionäre des ehemaligen Metallarbeiterverbandes, [Richard] *Teichgräber*, treten.
6. Leder und Bekleidung: Man habe es für durchaus zweckmäßig angesehen, die früher getrennten Organisationen so zusammenzulassen, wie dies in der Deutschen Arbeitsfront geschehen sei. Am liebsten hätte *Leuschner* den 1933 emigrierten [Anton] *Reißner* eingesetzt. Man sah schließlich den früheren Vorsitzenden des Bekleidungsarbeiterverbandes, [Cäsar] *Thierfelder*, vor, bei dem sich *Leuschner* 1936 einen Anzug machen ließ. Man habe zwar damals über die organisatorischen Fragen nicht gesprochen, doch rechnete *Leuschner* auf Grund der Einstellung, die bei *Thierfelder* sichtbar wurde, fest damit, daß er annehmen würde.[30]
7. Textil: Für die Gruppe Textil hatte Jakob *Kaiser* einen Funktionär der christlichen Gewerkschaft in Bereitschaft.
8. Buchdrucker: *Leuschner* rechnete mit dem letzten Vorsitzenden [Otto] *Krautz*[31], Berlin, der längere Zeit in Haft war und wohl auch 1939 mit den Gewerkschaftssekretären verhaftet gewesen ist.[32] Im Hinblick auf seine Vergangenheit hatte *Leuschner* seine Teilnahme als sicher angesehen.
9. Transport: *Leuschner* rechnete mit dem früheren Vorsitzenden des Transportarbeiterverbandes *Beckmann*.[33]

27 In der Vorlage irrtümlich: Scheffler. Daher möglicherweise verwechselt mit Hermann Scheffler (geb. 14.10. 1884). Vgl. Dok. 22.

28 Apitzsch war seit 1939 im KZ inhaftiert. Vgl. Dok. 22.

29 In der Vorlage: Albin Brandes.

30 Caesar Thierfelder leitete die illegale Arbeit der Bekleidungsarbeiter in Deutschland und zählte zum engen Kreis der Illegalen Reichsleitung der Gewerkschaften. Vgl. Dok. 22, 36, 52.

31 Otto Krautz (19.2.1880–1953), SPD, war seit 1920 Angestellter im Buchdruckerverband, 1920–1929 stellvertretender Vorsitzender, 1929–1933 Vorsitzender des Buchdruckerverbandes, 1929–1933 Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates, 1933 entlassen, illegale Arbeit, nach 1945 FDGB, Juni 1946–April 1949 1. Vorsitzender der IG Graphik/Papier im FDGB, 1947–1949 Mitglied im Bundesvorstand des FDGB.

32 Über diese Festnahme, die zusammen mit der Verhaftung zahlreicher anderer Gewerkschafter Ende Juni/Anfang Juli 1939 erfolgte, berichtete in der Emigration Fritz Tarnow als Vertreter der ADG an den Vorstand der Sopade, vom 18.7.1939 (AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 17). Vgl. auch Dok. 53.

33 Hier muß es sich um einen Hör- oder Schreibfehler handeln. Gemeint ist wahrscheinlich Matthäus Herrmann (8.6.1879–30.9.1959). Herrmann war seit 1903 Mitglied im Hauptvorstand des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes, später bis 1928 Gauleiter des Eisenbahnerverbandes in Nürnberg, seit 1926 ehrenamtlicher 2. Vorsitzender, 1928–1933 besoldeter 2. Vorsitzender, 1933 Vorsitzender des Eisenbahnerverbandes bzw. Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, 1919–1928 Mitglied des bayerischen Landtages (SPD), 2.5.1933 bis Dezember 1933 u.a. im KZ Dachau inhaftiert, später zurückgezogen als Rentner, nach 20.7.1944 erneut festgenommen, vom Volksgerichtshof freigesprochen, bis Kriegsende in Haft, November 1946 2. Vorsitzender der Gewerkschaft Bahn und Post in Bayern, 1947 2. Vorsitzender der Landesgewerkschaft für das Eisenbahnpersonal Bayern, ab März 1948 3. Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, 1946–1950 Mitglied der Verfassungsgebenden Bayerischen Landesversammlung bzw. des Bayerischen Landtages, 1949–1953 MdB (SPD). Vgl. auch Dok. 54, 58, 75.

10. Bergarbeiter: Nachdem [Friedrich] *Husemann*[34] tot war, zog *Leuschner Jannecke*[35] in Betracht. Für den Fall, daß er ausfiel, hielt *Kaiser* einen Bergarbeiterfunktionär aus dem oberschlesischen Revier bereit, an dessen Namen sich *Leuschner* nicht mehr erinnern will.[36]
11. Angestellte: Sie sollten unterteilt werden, in a) kaufmännische Angestellte, b) technische Angestellte, c) Werkmeister. Für diese Gruppen sollte *Habermann* die erforderlichen Personalvorschläge machen.
12. Landwirtschaft: Man sei sich zunächst noch nicht einig gewesen, ob die Gruppe Landwirtschaft weiter mit dem Reichsnährstand vereinigt bleiben sollte.
13. Fremdenverkehr: Ein fester Vorschlag habe nicht bestanden. Wahrscheinlich hätte man den Gruppenleiter aus den früheren christlichen Gewerkschaften übernommen[37], in denen die führenden Gasthausangestellten vor 1933 organisiert waren.
14. Gauleitungen und Ortsgruppen: Man habe angenommen, daß die früheren örtlichen Gewerkschaftsfunktionäre zum großen Teil wieder an ihrer Arbeitsplätze zurückkehren würden, an denen sei 1933 abgelöst worden sind.[38] Um die Ausfüllung der Lücken inzwischen verstorbener Funktionäre habe man sich keine Sorge gemacht, da für die Übergangszeit die Tätigkeit jedes einzelnen zunächst nicht groß gewesen wäre und ein Funktionär mehrere Arbeitsgebiete zusammen übernehmen konnte. Man habe sich zunächst nicht darum gekümmert, die Besetzung im einzelnen festzulegen. Wenn erst einmal der Umsturz erfolgt und die »Deutsche Gewerkschaft« verkündet worden wäre, hätten nach Meinung von *Leuschner* genügend alte Bekannte zur Verfügung gestanden.

DOKUMENT 52

4. 9. 1945: Bericht von Hermann Schlimme, Berlin, über die illegale Gewerkschaftsarbeit 1933–1945

BA, SAPMO, FDGB, Nl. 16 (Hermann Schlimme), Nr. 71. Unpaginiert. Maschinenschrift. Im Dokumentenkopf Zeichen: Schl./CP. Eigenhändige Unterschrift.

4. 9. 1945

Bericht über illegale Gewerkschaftsarbeit in der Zeit ab 1933

Der Unterzeichnete[1] bekam Ende Mai oder Anfang Juni 1933 den Besuch des Genossen [Walter] *Schevenels* (General-Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes). Er kam aus Danzig, wo er bei der Vorbereitung der politischen Wahlen in Versammlungen gesprochen hatte.

Schevenels, Walter *Maschke* und ich kamen überein, die Verbindung mit den Gewerkschaften, insbesondere mit den Verbandsvorständen aufrecht zu erhalten, um mit deren Hilfe über die Bezirks- und Ortsverwaltungen den Kontakt mit den Arbeitern in den Betrieben aufrecht zu halten. Sehr bald fanden sich neben den beiden Genannten die Funktionäre

Martin *Krebs* vom Fabrikarbeiterverband
Xaver Cäsar *Thierfelder* vom Bekleidungsarbeiterverband
Otto *Eichler*[2]

und Erich *Bührig* vom Metallarbeiter-Verband
Richard *Barth* vom Verband der Buchdrucker
Hermann *Rudolph* vom Gesamtverband u.a.

zusammen, um gemeinsame Arbeit zu leisten.

Walter *Maschke*[3] wurde als einer der Ersten in Haft genommen und nach vielen Monaten in einem Sonderverfahren frei gesprochen, ebenso Max *Urich*[4] vom Metallarbeiter-Verband. Kollege *Krebs*[5] mußte in die Tschechei gehen, weil die Gestapo hinter ihm her war. [Otto] *Scharfschwerdt*[6] vom Verband der Lokomotivführer und der Unterzeichnete wurden im Januar 1937 verhaftet, ersterer zu 6 Jahren, letzterer zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt und zwar wegen ihrer illegalen Betätigung. In diesem Verfahren saßen 52 Angeklagte, die fast ausschließlich zu Zuchthausstrafen verurteilt wurden.[7]

Im Jahre 1934 mußte auch H[einri]ch *Schliestedt* Deutschland verlassen, um sich in Komotau niederzulassen.[8] Hier war die Verbindungsstelle des IGB nach Deutschland. Ein Kollege aus Dresden, Namens *Schiller* vom Metallarbeiter-Verband, fungierte zuerst als Kurier und wurde in Dresden erschossen.[9] Unsere Verbindungen im Reich

34 Friedrich (»Fritz«) Husemann wurde am 15.4.1935 im KZ Esterwegen ermordet.
35 Hier dürfte es sich um Alfred Janschek handeln. Janschek (15.1.1874–27.12.1955) war seit 1904 Angestellter im Bergarbeiterverband, 1921–1933 Sekretär des Hauptvorstandes, Vertreter des Bergarbeiter- bzw. Bergbauindustriearbeiterverbandes in Berlin und Mitglied im Bundesvorstand des ADGB, 1919–1933 MdR (SPD), Mai/ Juni 1933 inhaftiert, erwerbslos, ab März 1934 Rentner.
36 Die Person konnte nicht ermittelt werden.
37 Die Person konnte nicht ermittelt werden.
38 Vgl. dagegen die Ansicht von Jahn in Dok. 36.
1 Hermann Schlimme (14.9.1882–10.11.1955) war 1911 Bezirksleiter des Transportarbeiterverbandes in Halle a.d. Saale, 1922/23 Angestellter des Hauptvorstandes des Deutschen Verkehrsbundes, seit 1923 Leiter der Organisationsabteilung des ADGB-Bundesvorstandes und persönlicher Sekretär des Vorsitzenden, 1931–1933 Sekretär des Bundesvorstandes des ADGB, 1933 Entlassung, danach Einzelhandelskaufmann, Verbindungen zu Leuschner und in die Emigration zur ADG, nach Leuschners Inhaftierung und Schliestedts Flucht informeller Leiter der Illegalen Reichsleitung, am 20. Januar 1937 verhaftet und gemeinsam mit Caesar Thierfelder, Otto Scharfschwerdt u.a. am 15.12.1937 vom Berliner Kammergericht zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, bis Ende 1939 inhaftiert, danach unter Polizeiaufsicht. 1945/46 war er SPD-Mitglied im Zentralausschuß für die SBZ, seit 1946 im Parteivorstand bzw. Zentralkomitee der SED, 1945 Mitbegründer des FDGB in Berlin, 1946–1955 Bundesvorstand des FDGB und zeitweise 2. Vorsitzender des FDGB Groß-Berlin, 1949–1955 Mitglied der Volkskammer der DDR. Vgl. ferner: Fritz Zimmermann, Mitbegründer des FDGB. Hermann Schlimme. Biographische Skizzen, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1987, S. 378–390.
2 Otto Eichler (geb. 14.4.1886) war 1920 Angestellter im Deutschen Metallarbeiter-Verband in Stuttgart, 1933 Entlassung, in Berlin Kontakt zu Erich Bührig, von der Gestapo der Leitung der illegalen Metallarbeitergruppen zugerechnet, Kontakte zu Emigrationsgruppen in der CSR, Ende Juni/Anfang Juli 1939 zusammen mit Richard Barth und anderen ehemaligen Gewerkschaftern in Berlin verhaftet. Vgl. Verfolgungslisten der Gestapo (ohne Datum, nach 1.5.1938) (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 388, Bl. 211); Fritz Tarnow/ADG, an Sopade (Paris), 18.7.1939 (AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 17). Vgl. auch Dok. 53.
3 Walter Maschke wurde am 25.1.1935 verhaftet. Vgl. Dok. 19, 35, 36.
4 Max Urich wurde am 24.5.1935 verhaftet. Vgl. Dok. 19, 36. Zum Verfahren gegen Max Urich vgl. auch den Bericht in der »Gewerkschafts-Zeitung« (1937), abgedr. in: Opel/Schneider, 90 Jahre, S. 295.
5 Martin Krebs floh im Herbst 1935 in die CSR. Vgl. Dok. 35.
6 Vgl. Dok. 19.
7 Vgl. die Darstellung von Heinrich Schliestedt (Dok. 35, 41) und von Hans Jahn (Dok. 22). Vgl. auch Beier, Reichsleitung, S. 47f., der hervorhebt, daß die Anklage auf illegale Bestrebungen für die SPD lautete und damit am wirklichen Tatbestand vorbeiging.
8 Heinrich Schliestedt floh am 2.10.1934.
9 Dieser Metallarbeiter aus Dresden konnte nicht ermittelt werden. Möglicherweise liegt hier ein Schreibfehler vor und es handelt sich um Arthur Schille (15.7.1883–11.1.1936). Schille starb im KZ. Vgl. Dok. 22 Anm. 10.

und in die Schweiz sowie nach Amsterdam übernahmen die Kollegen Karl *Hanschen*[10], [Hermann] *Scheffler*[11], [Richard] *Barth*[12] u.a. Die Bezirkssekretäre des ADGB aus Breslau, Stettin, Königsberg und Hamburg hielten die Verbindung mit uns aufrecht.[13] Die Verbandsvorsitzenden versuchten ihrerseits Verbindung zu halten, so u.a. die Textilarbeiter, wobei viele Verbandsmitglieder ins Zuchthaus und KZ gingen. *Scheffler*, *Bührig*, Richard *Barth*, Karl *Hanschen*, Otto *Eichler* wurden ebenfalls verhaftet und viele Monate ins Gefängnis gesteckt.[14] Wir haben versucht, durch Flugblätter und persönliche Fühlungnahme Verbindung zu halten und als ich bis Ende 1939 im Zuchthaus saß, haben Wilhelm *Leuschner* u.a. die illegale Arbeit fortgesetzt.[15] Er unterhielt auch die Verbindungen mit der Christlichen Gewerkschaftsrichtung und so kam es, daß ein großer Kreis in das Attentat gegen *Hitler* verwickelt und ermordet wurde.[16] Aus der Führung der Gewerkschaften haben viele Kollegen ihr Leben im Interesse der illegalen Arbeit gelassen. Es gibt wohl keinen Zeitabschnitt in der Arbeiterbewegung, der so viele Opfer gefordert hat, wie die Gewerkschaftsbewegung in den verflossenen 12 Jahren.

Durch die Länge der 12 Jahre ist dann infolge der immer stärker einsetzenden Terrormaßnahmen die Verbindung immer schwieriger geworden. Aber bereits Ende 1944 und veranlaßt durch den 20. Juli 1944 haben sich in steigendem Maße die Kollegen zusammengefunden, um die weiteren Schritte zur Wiederingangsetzung der Gewerkschaften zu beraten. Sie haben insbesondere aus den englischen Rundfunk-Sendungen allen Maßnahmen gelauscht, die vom IGB in den befreiten Ländern ergriffen wurden.

In der Hoffnung, daß der IGB auch bald nach dem Zusammenbruch in Berlin seine Vertreter haben würde, sind die Vertreter zahlreicher Gewerkschaften bereits Mitte Mai zusammengetreten, um über die Maßnahmen zu beraten, die selbst ergriffen werden können, um die Gewerkschaften neu aufzuziehen. Der Befehl des Marschall [Georgi] *Shukow*[17] gab ihnen erst die legale Möglichkeit, den Aufbau der Gewerkschaften zu beginnen.[18] Es bestand volle Übereinstimmung zwischen den Vertretern aller Gewerkschaftsrichtungen, den Aufbau gemeinsam in einheitlicher Front vorzunehmen.

Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund ist das Ergebnis des jahrelangen Kampfes in der Illegalität und ein Bekenntnis zur Einheitsfront aller Arbeiter und Angestellten in Deutschland.[19]

Hermann Schlimme

10 Karl Hanschen (7.6.1889-nach 1945) war bis 1933 Leiter der Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

11 Vgl. Dok. 22.

12 Vgl. Dok. 21, 53.

13 Dies waren in Breslau Oswald Wiersich, in Stettin Artur Zabel, in Königsberg August Quallo und in Hamburg August Hein. Vgl. auch die Aussagen von Leuschner in den Verhören der Gestapo zu einem geplanten Aufbau der Deutschen Gewerkschaft (Dok. 51).

14 Zu den Verhaftungen vgl. das Schreiben von Tarnow/ADG, an Sopade (Paris), vom 18.7.1939 (Anm. 2) sowie den Bericht von Richard Barth (Dok. 53).

15 Hermann Schlimme wurde am 20.1.1937 verhaftet und im Prozeß gegen Otto Scharfschwerdt u.a. wegen illegaler Bestrebungen für die SPD zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Vgl. Dok. 35 und zu weiteren Kontakten Beier, Reichsleitung, S. 32ff. Vgl. auch: Hermann Schlimme an das Zentralkomitee der SED Abt. Personalpolitik, 12.11.1948, nach Anfrage zur Tätigkeit der SPD in der Illegalität vom 10.11.1948 (BA, SAPMO, FDGB, Nl. 16, Nr. 47). Flugblätter wurden nicht ermittelt.

16 Vgl. hierzu Dok. 51 und Beier, Reichsleitung, S. 77–83. Vgl. ferner zu den Verbindungen von Kaiser die Dokumente zu den Auseinandersetzungen um die Entschädigungsfragen der ehemaligen Gewerkschaftsangestellten, Dok. 15, 17. Die direkte Verbindung von Leuschner zu Kaiser während des Krieges läßt sich allerdings nicht mehr dokumentieren.

17 Georgi Konstantinowitsch Shukow (1896–1974) war seit 1919 Berufssoldat, ab April 1942 Stellvertretender Oberster Befehlshaber der sowjetischen Streitkräfte, Juni 1945 – März 1946 Oberbefehlshaber der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland und Oberster Chef der SMAD, 1946–1953 Chef verschiedener Militärbezirke, 1941–1946 Kandidat und 1952–1957 Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU, ab 1953 1. Stellvertretender Minister und 1955–1957 Minister für Verteidigung der Sowjetunion.

18 Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, Shukow, vom 10.6.1945, abgedr. in: Hermann Weber (Hg.), Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, München 1987, S. 31f.

19 Zum FDGB vgl. Werner Müller, Freier Deutscher Gewerkschafts-Bund (FDGB), in: Broszat/Weber, SBZ-Handbuch, S. 626ff.

DOKUMENT 53

23. 11. 1948: Richard Barth, Berlin, beschreibt seine Tätigkeit in der Illegalen Reichsleitung

BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/149, Bl. 334. Maschinenschrift. Im Briefkopf gedruckte Absenderangabe: »Richard Barth, Berlin-Charlottenburg, Danckelmannstraße 29, Fernruf«. Adressat: »Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. Zentralsekretariat, Berlin N 54, Lothringerstr. 1«. Eigenhändige Unterschrift.[1]

23. November 1948

Betrifft: Illegale Tätigkeit (1933–1945)

Werte Genossen!

Mit Schreiben vom 10. November [1948] ersucht Ihr mich um einen Bericht über meine illegale Tätigkeit von 1933–1945. Wenn ich die umfangreiche Arbeit zu Papier bringen sollte, kann das nicht kurz geschehen. Dazu fehlt mir im Moment die Zeit. Deshalb im Telegrammstil nur einiges:

Nach der Besetzung der Gewerkschaftsbüros am 2. Mai 1933 und der darauffolgenden Vernichtung aller freiheitlichen Organisationen nahm ich sofort die Verbindung unter den Funktionären des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in Berlin sowie im Reiche auf. Schon im Mai 1933 hielt ich dieserhalb laufende Besprechungen in Berlin ab und arrangierte Konferenzen in Hannover, Dresden, Halle, Würzburg usw. Dabei nahm ich immer Fühlung mit Genossen der SPD und KPD.[2] Mitte Juni erfolgte meine erste Verhaftung, die mich durch die Keller der Papestraße nach dem Polizeipräsidium[3] und schließlich in das frühere Militärgefängnis in Spandau führten. Nach 11 Wochen wurde ich aus der Haft entlassen. Die alten Verbindungen wurden sofort wieder aufgenommen und nach dem Ausland erweitert.[4]

1 Auf dem Dokument Angaben zu Geschäftszeichen und Bezug. Mehrere Eingangsbestätigungen: »24. Nov[ember] 1948« (Stempel), »25.11.[19]48« (handschriftlich). Paraphen. Handschriftliche Notiz: »Mappe Gewerkschaft«. Handschriftlicher Vermerk: »Richard«. Richard Barth (1882–1956) war vor 1933 Funktionär und zuletzt 2. Vorsitzender im Verband der Deutschen Buchdrucker, 1933–1945 illegale Gewerkschaftsarbeit, mehrmals inhaftiert, gehörte nach 1945 als 1. Vorsitzender der IG Graphisches Gewerbe dem Vorstand des FDGB in Berlin an. Barth war von der SPD zur SED gekommen. Vgl. Dok. 21, 52.

2 Diese Kontakte zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten ließen sich nicht verifizieren. Möglicherweise sind sie Tribut an die SED-Politik. Zu frühen Besprechungen vgl. Dok. 19, 22.

3 In Berlin.

4 Zu den Kontakten zwischen führenden deutschen Gewerkschaftern und Vertretern des IGB vgl. Dok. 18, 22, 25ff.

Anfang Dezember 1933 fuhr ich das erste Mal auf einige Tage nach Prag, wo ich nicht nur mit der dortigen Buchdruckerorganisation verhandelte, sondern auch mit Vertretern des emigrierten Parteivorstandes der SPD. In der Wohnung von Otto *Wels*[5] habe ich mit mehreren Genossen lebhaft über die Lage in Deutschland diskutiert. Von dieser Zeit ab habe ich laufend Material nach dort gesandt und empfangen. Mittelsperson war ein guter Bekannter an der böhmischen Grenze.[6]

In Berlin beteiligte ich mich an den Arbeiten der Spitzengruppe der Gewerkschaften mit H[ermann] *Schlimme*, W[alter] *Maschke*, W[ilhelm] *Leuschner*, C[äsar] *Thierfelder* u.a.[7], übernahm auch die Verbindung zur politischen Gruppe (Otto *Braß*[8] und Karl *Oltersdorf*).[9] Abwechselnd fuhr ich dann mir Cäsar *Thierfelder* nach unseren Stützpunkten an der tschechischen Grenze, um dort Material auszutauschen.

Nachdem Heinrich *Schliestedt*[10] nach Komotau emigriert war und dort ein Büro im Namen des Internationalen Gewerkschaftsbundes aufmachte[11], wurde ich dahin Verbindungsmann und fuhr mindestens alle Vierteljahre einmal nach dort. Als Cäsar *Thierfelder* verhaftet wurde[12], fanden meine Reisen nach dort öfters statt. In Graßlitz und Komotau[13] traf ich mich regelmäßig mit *Schliestedt*[14] zur Berichterstattung. An diesen Zusammenkünften nahmen in der Regel Hans *Vogel*[15] und ein oder zwei Vertreter der Presseabteilung der emigrierten SPD teil.[16]

5 Otto Wels (15.9.1873–16.9.1939) war seit 1895 in der SPD aktiv, ab 1913 Mitglied im Parteivorstand, 1912–1918 MdR, 1919/20 Mitglied der Nationalversammlung, 1920–1933 MdR, ab 1919 zusammen mit Hermann Müller Vorsitzender der SPD, ab 1923 Mitglied der Exekutive und des Büros der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, ab 4.5. 1933 Emigration, Verlegung des Parteivorstandes der Sopade nach Prag, Aufbau eines Grenzapparates für die illegale Arbeit in Deutschland, prinzipieller Gegner einer Einheitsfront- und Volksfrontpolitik, ab 1936 zunehmende Behinderung durch Krankheit und Übergang der Leitungsaufgaben im Parteivorstand auf Hans Vogel und Friedrich Stampfer, 1939 in Paris verstorben.

6 Diese Person ließ sich nicht eindeutig feststellen.

7 Vgl. hierzu auch Dok. 22.

8 Otto Braß (21.12.1875–13.11.1950) war vor 1933 Verleger in Remscheid, 1919/20 Mitglied der Nationalversammlung (KPD bzw. USPD), 1920–1924 MdR (SPD), 1933 Beschlagnahmung der Bücher, illegale Arbeit, 1936 Gründung einer Widerstandsgruppe Deutsche Volksfront mit Hermann Brill, Kontakte zu Neu Beginnen, Januar 1937 Reise nach Prag und Treffen mit Vertretern des Vorstands der Sopade (Paul Hertz, Friedrich Stampfer, Hans Vogel), 21.9.1938 verhaftet, am 28.7. 1939 vom Volksgerichtshof zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt, 1939–1945 Zuchthaus Brandenburg, nach 1945 KPD/SED, 1945/46 Mitglied des Vorbereitenden Gewerkschafts-Ausschusses Groß-Berlin, 1946–1950 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands des FDGB Groß-Berlin.

9 Dieser Hinweis bezieht sich auf die Berliner SPD. Zu Karl Oltersdorf (13.10.1889–11.12.1973) sowie insgesamt vgl. die Angaben im Zusammenhang mit dem Prozeß am 22.–26.9.1936 gegen Alfred Markwitz u.a., bei dem auch Karl Oltersdorf verurteilt wurde. Urteil des 2. Senats des Volksgerichtshofs, Nr. 17 J 336/35 // 2 H 28/36. Vgl. Dok. 22 Anm. 37, Dok. 36 Anm. 7, Dok. 64.

10 In der Vorlage jeweils irrtümlich: Schließstädt.

11 Schliestedt flüchtete am 2.10.1934 nach Komotau/CSR. Vgl. Dok. 20.

12 Thierfelder wurde gemeinsam mit Hermann Schlimme am 20.1.1937 verhaftet. Vgl. auch Dok. 41.

13 Beide Orte liegen in der CSR und waren häufig Treffpunkte von Emigranten und Angehörigen des illegale Widerstandes in Deutschland.

14 Wie Anm. 10.

15 Hans Vogel (16.2.1881–6.10.1945) war seit 1907 in der SPD aktiv, 1912–1918 Mitglied des Bayerischen Landtages, 1919/20 Mitglied der Nationalversammlung, 1920–1933 MdR, ab 1927 Mitglied des Parteivorstandes, auf der Reichskonferenz der SPD am 26.4. 1933 2. Vorsitzender der SPD neben Otto Wels, 5.5. 1933 Emigration und Aufbau des Parteiapparates der Sopade in Prag, ab Frühsommer 1938 Paris, nach dem Tod von Wels alleiniger Vorsitzender der Sopade, Juni 1940 Internierung, Flucht nach Südfrankreich und September 1940 über Spanien und Portugal nach Großbritannien, März 1941 Vorsitzender der Union Deutscher Sozialistischer Organisationen in Großbritannien, in London verstorben.

16 Diese beiden Kontaktpersonen konnten nicht eindeutig festgestellt werden.

Kurz vor der Besetzung von Böhmen und Mähren durch die Nazis war ich noch in Karlsruhe[17], um dort mit Otto *Wels*, Hans *Vogel* u.a. zu verhandeln. Es war dies die letzte Zusammenkunft, die beide vor ihrer Abreise aus der CSR[18] mit einem deutschen Genossen hatten.

Den frühen Tod von Hans *Vogel* habe ich außerordentlich bedauert, denn wenn er vor seinem Ableben noch einmal zu uns gekommen wäre, hätten die politischen Dinge eine objektivere Beurteilung erfahren als durch [Erich] *Ollenhauer*.[19]

Im Februar 1936 habe ich an einer Tagung des Internationalen Buchdrucker-Sekretariats in Bern teilgenommen und wurde zum Internationalen Kongreß nach Luxemburg[20] eingeladen. In der Schweiz verhandelte ich auch mit dem Internationalen Sekretariat der Metallarbeiter, Kollegen [Konrad] *Ilg*.[21] Die Einladung nach Luxemburg nahm ich an und fuhr unter größten Schwierigkeiten im September 1936 nach dort. – 1937 war ich in Amsterdam und hatte dort verschiedene Aufträge zu erledigen.

Auch in Berlin fanden um diese Zeit verschiedene Zusammenkünfte mit Vertretern der Gewerkschaften aus dem Auslande (besonders internationaler Sekretäre) statt.[22] Meine letzte Auslandsreise unternahm ich 1939 zu Pfingsten nach Kopenhagen, wo ich mit Fritz *Tarnow* verhandelte, über dessen phantastische Auffassungen zur damaligen Lage ich mich außerordentlich wunderte.

Bei der Besetzung der CSR[23] fand man in Prag allerlei Material, das Veranlassung zu meiner Verhaftung im Frühjahr 1939[24] gab. Es wurde damals ein großer Schlag gegen die Gewerkschaftsführer in Deutschland geführt und mit mir etwa 20 Kollegen gleichzeitig verhaftet. Die Folge der Verhaftung war Polizeipräsidium – KZ Sachsenhausen – Polizeipräsidium – Moabit. Dann 5-tägige Verhandlung wegen Vorbereitung zum Hochverrat mit dem Urteil von 1 1/2 Jahren Gefängnis.[25] Das Urteil ist damals verhältnismäßig gelinde ausgefallen, weil von oben herunter eine Verfügung ergangen war, die Angelegenheiten mit den früheren Gewerkschaftsfunktionären angesichts des Krieges möglichst schnell aus der Welt zu schaffen. Im August 1944 erfolgte in

17 Muß angesichts des folgenden Textes wohl richtig heißen: Karlsbad in der CSR, zumal für Wels und Vogel eine illegale Reise nach Deutschland mit zu hohen Risiken behaftet war.

18 In der Vorlage: CCR.

19 Erich Ollenhauer (27.3.1901–14.12.1963) war ab 1921 Geschäftsführer der Arbeiter-Jugend-Internationale, 1923–1946 1. Sekretär der Sozialistischen Jugend-Internationale, 1928–1933 Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands (SAJ), auf der Reichskonferenz der SPD am 26.4.1933 in den Parteivorstand der SPD gewählt, 4.5.1933 Emigration nach Prag, Gegner einer Einheits- und Volksfrontpolitik mit der KPD, Mai/Juni 1938 mit der Sopade nach Paris, Mai 1940 Internierung, September 1940 Flucht über Spanien und Portugal nach Großbritannien, Organisationsarbeit des Parteivorstandes, ab März 1941 Mitglied im Exekutivkomitee der Union Deutscher Sozialistischer Organisationen in Großbritannien, ab 1942/43 Programmkommission für die Nachkriegspartei, Februar 1946 endgültige Rückkehr aus England, Mai 1946 stellvertretender SPD-Vorsitzender, September 1952 Nachfolger des verstorbenen Kurt Schumacher als Vorsitzender der SPD, Mitglied des Parlamentarischen Rates, 1949–1963 MdB und als Nachfolger von Schumacher Fraktionsvorsitzender, 1953 und 1957 Kanzlerkandidat der SPD.
Die Bewertung von Barth spielt hier auf die ablehnende Haltung der SPD gegenüber der SED und ihrer Politik an.

20 Ein internationaler Kongreß der Buchdrucker wurde nicht ermittelt. Es kann allerdings nicht der 7. Internationale Kongreß des IGB gewesen sein, der im Juli 1936 in London tagte.

21 Vgl. Dok. 18.

22 Vgl. auch u.a. Dok. 18, 22, 41, 58.

23 Wie Anm. 18.

24 In der Vorlage: 1933.

25 Vgl. auch den Brief von Tarnow/ADG an die Sopade, vom 18.7. 1939, der die Festnahme zahlreicher Gewerkschafter, u.a. von Richard Barth, in Berlin mitteilte (AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 17).

Verbindung mit dem 20. Juli [1944] eine neue Verhaftung, die mit 9 Wochen KZ Sachsenhausen endete.

Im Laufe der Jahre führte ich eine Menge Aufträge durch, hielt u.a. Verbindungen mit Dr. *Fränkel*[26] in London und anderen Gruppen sowie Organisationen aufrecht. Besonders holte ich Geldmittel aus dem Ausland, um Familien inhaftierter Genossen zu unterstützen. Diese Arbeiten führte ich durch unter dem Decknamen Paul *Wach*.

Das wären einige Mitteilungen, die Ihr nach Bedarf verwerten könnt. Zu weiteren Auskünften bin ich gern bereit.

Mit Parteigruß!
Richard Barth

26 Ob es sich hier um Ernst Fraenkel (vgl. Dok. 36) handelte, ist unklar. Dieser hielt sich vor allem in den USA und höchstens kurze Zeit in Großbritannien auf.

III. Der Widerstand der Eisenbahner und Seeleute

DOKUMENT 54

5.2.1933: Entschließung von Vorstand und Verbandsbeirat des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands zur Verteidigung des demokratischen Staates

Gewerkschafts-Zeitung, 43. Jg., Nr. 6, 11.2.1933, S. 95. Überschrift: »Beiratssitzung des Einheitsverbandes der Eisenbahner«. Ohne Verfasserangabe.[1]

Vorstand und Beirat des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands lenken die Aufmerksamkeit der Eisenbahner auf die gefahrdrohende Entwicklung der politischen und sozialen Verhältnisse. Die neue Reichsregierung stützt sich im wesentlichen auf Parteien und Gruppen, die der Reichsverfassung und dem demokratischen Staat bisher feindlich gegenüberstanden. Für die Eisenbahnerschaft entsteht dadurch die besondere Gefahr, daß die in der Nachkriegszeit errungenen Rechte der Beamten, Angestellten und Arbeiter verkümmert werden oder verlorengehen.

In dieser ernsten Zeit ist Einigkeit und Wachsamkeit des Reichsbahnpersonals unerläßlich. Vorstand und Beirat des Einheitsverbandes erklären, daß sie entschlossen sind, Angriffe auf die Reichsverfassung und die Grundrechte des arbeitenden Volkes mit den gebotenen Mitteln abzuwehren. An die Verbandsmitglieder richten Vorstand und Beirat den dringenden Appell, in Einigkeit und Disziplin, aber auch in Kampfentschlossenheit zusammenzustehen. Einzelaktionen aller Art sind schädlich und müssen unbedingt unterbleiben. Provokateuren und unverantwortlichen Elementen ist mit Entschiedenheit entgegenzutreten: ihre Parolen sind strikt zurückzuweisen. Folge zu leisten ist nur den Beschlüssen und Anweisungen der Verbandsleitung, die zum Kampf um die Erhaltung der Rechte der Kollegenschaft entschlossen ist.[2]

Die unvernünftige kapitalistische Wirtschaftspolitik mußte zu einer fortgesetzten Verschlechterung der Lage des Reichsbahnpersonals führen. Es ist deshalb erforderlich, auch unter den jetzigen Verhältnissen, den Kampf um die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Eisenbahner systematisch weiterzuführen. Vorstand und Beirat des Einheitsverbandes der Eisenbahner fordern das Reichsbahnpersonal auf, mit aller Kraft gemeinsam den gewerkschaftlichen Kampf fortzusetzen für:[3]

1 Auf der Sitzung von Vorstand und Beirat am 5.2.1933 gedachte der Verbandsvorsitzende Franz Scheffel zunächst zwei ermordeter Mitglieder und berichtete anschließend über die politische Lage in Deutschland seit dem 30. Januar 1933.

2 Der Eisenbahnerverband folgte damit der Linie des ADGB-Bundesausschusses vom 31.1.1933. Vgl. Jahn, Quellen IV, Dok. 170, S. 830–832.

3 Zur weiteren Entwicklung vgl. die Neuorientierung des Einheitsverbandes am 29. März 1933, die begleitet war vom Rücktritt des 1.Vorsitzenden Franz Scheffel sowie der beiden Vorstandsmitglieder Hermann Jochade und Lorenz Breunig. An der Spitze des Verbandes stand jetzt der bisherige

1. die Steigerung der Kaufkraft der Arbeitnehmer;
2. die Verkürzung der Arbeitszeit, besonders im Betriebs- und Verkehrsdienst, ohne Verminderung des Einkommens;
3. die Sicherung der Existenz aller Eisenbahner und die Wiedereinstellung entlassener Arbeiter und deren Wiedereinsetzung in die früheren Rechte auf sozialpolitischem und arbeitsrechtlichem Gebiete;
4. die Erhaltung und den Ausbau der sozialen Einrichtungen im Eisenbahnbetrieb;
5. eine planmäßige Neuordnung und Vereinheitlichung des gesamten deutschen Verkehrswesens auf der Grundlage der vom Vorstand veröffentlichten Richtlinien;
6. die Neuordnung der jetzigen Reichsbahngesetzgebung, gemäß den Bestimmungen der Reichsverfassung, unter Wiederherstellung der Rechte des gesamten Eisenbahnpersonals und der Ausschaltung des verhängnisvollen Einflusses des Privatkapitals.

DOKUMENT 55

7./8.6.1933: Sitzung des Exekutivkomitees der ITF in Amsterdam

AdsD, ITF, Mappe 23. Unpaginiert. Hektographierte Maschinenschrift. Überschrift: »Sitzung des Exekutivkomitees [der ITF] am 7. und 8. Juni 1933 in Amsterdam: Tätigkeitsbericht über die seit der Sitzung des E[xekutiv-]K[omitees] vom 15. und 16. Dezember 1932 verflossene Periode«, S. 5 f., Abschnitt: »Aktionen, Kongresse, Konferenzen«. Für den Abdruck gekürzt. Ohne Verfasserangabe.[1]

Der Faschismus

Obwohl wir auf Grund der Beschlüsse des Prager Kongresses[2] den IGB ausdrücklich ersucht hatten, in seiner am 18. November 1932 abgehaltenen Vorstandssitzung, zu der auch Vertreter der ITF eingeladen waren, auch die Frage der eventuell gegen den Faschismus zu ergreifenden Maßnahmen zu behandeln, ist das nicht geschehen.[3]

2. Vorsitzende Matthäus Herrmann aus Dresden. Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands/Abteilung 1, Rundschreiben Nr. 7/33, vom 30.3.1933, abgedr. in: Esters/Pelger, S. 115f. Vgl. auch: GZ, 43. Jg., Nr. 14, vom 8.4.1933, S. 223. Vgl. ferner zur Vorstandssitzung am 25.4.1933 und zur gemeinsamen Sitzung des Verbandsvorstandes und der Bezirksleiter am 26.4.1933 den Polizeibericht vom 27.4.1933 (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 297, Bl. 181–182). Danach bezeichnete der Vorsitzende Herrmann die Lage des Verbandes als befriedigend. Über die Absetzungen der Betriebsräte besitze er noch keine genaue Übersicht. Hinsichtlich der künftigen Gestaltung der Gewerkschaften bestünden erhebliche Meinungsverschiedenheiten, so daß keine Beschlüsse gefaßt wurden. Weitere Themen waren der Erhalt der Arbeitsplätze für die Verbandsmitglieder, deren notwendige Disziplin am Arbeitsplatz, die Beteiligung an den offiziellen 1.Mai-Feiern sowie grundsätzlich der Erhalt des Verbandes. Zur Entwicklung des Verbandes in diesen Wochen vor dem 2.5.1933 vgl. auch den Bericht von Hans Jahn für die Zeit 1933–1936 (Dok. 75). Zur Lage im Gesamtverband im März 1933 vgl. den Situationsbericht aus den Wirtschaftsbezirken, abgedr. in: Esters/Pelger, S. 117f. Zur personellen Zusammensetzung der Vorstände von Einheitsverband und Gesamtverband sowie zur Darstellung der Umbesetzungen der Vorstände im März 1933 vgl. ebd., S. 15f. Anm. 13 und 16, S. 23f.

1 Dem Bericht über die Lage in Deutschland gingen Berichte über den Mitgliederbestand der ITF, die Beitragsleistungen, die finanzielle Lage sowie die Zusammensetzung des Generalrates der ITF voraus.

2 Kongreß der ITF in Prag am 7.–13.8.1932.

3 Zur Entwicklung des Einheitsverbandes der Eisenbahner und des Gesamtverbandes sowie zur Entwicklung und der Politik der ITF vor dem 30.1.1933 vgl. Esters/Pelger, S. 13ff., S. 25ff. und die dort abgedruckten Dokumente Nr. 4–8, 12, 13.

[...][4]

Mit Rücksicht auf die neuen Ereignisse in Deutschland wandten wir uns abermals an den IGB. Das führte dazu, daß nun endlich am 19. Februar d[iesen] J[ahres] in Berlin eine vom IGB anberaumte Konferenz stattfand, die u.a. die zur Ausführung unseres Prager Kongreßbeschlusses gegen den Faschismus erforderlichen Maßnahmen besprechen sollte. Diese Konferenz verlief sehr unbefriedigend. Im Einvernehmen mit den Vorständen der uns angeschlossenen deutschen Organisationen fand dann am 1. und 2. März [1933] in Amsterdam eine außerordentliche Sitzung des E[xekutiv-]K[omitees] statt, und zwar insbesondere zur Besprechung der Situation in Deutschland. In dieser E[xekutiv-]K[omitee]-Sitzung erklärten die nichtdeutschen Mitglieder des E[xekutiv-]K[omitees], daß sie als Führer ihrer Organisationen bereit seien, im eigenen Kreise alles mögliche zu tun, um durch eine Solidaritätsaktion die faschistische Gefahr zu bekämpfen, wenngleich sie sich auch nicht verhehlten, daß hiermit sehr große Gefahren für ihre eigenen Organisationen verbunden sind. Es ergab sich aber gleichfalls, daß von irgendwelchem Widerstand der Deutschen selbst, der doch erste Voraussetzung für eine internationale Aktion sein müßte, keine Rede sein würde.[5] Nach ausführlicher Debatte wurde folgende Resolution angenommen:

»Die außerordentliche Sitzung des Exekutivkomitees der ITF erblickt, nach Anhörung des Tätigkeitsberichtes des Sekretariats über die Ausführung des Prager Kongreßbeschlusses vom August 1932 betr. Bekämpfung von Faschismus und Kriegsgefahr[6] und besonders nach Kenntnisnahme der Beratungen mit dem IGB und der ausführlichen Mitteilungen über die Lage in Deutschland, in den letzten Vorkommnissen in diesem Lande eine ernste Warnung für alle Teile der internationalen Arbeiterbewegung, die Entwicklung des Faschismus im eigenen Lande nicht zu unterschätzen und dieser von vornherein mit aller Energie Einhalt zu gebieten, ist der Meinung, daß es unter den heutigen Umständen für die internationale Arbeiterbewegung und deren einzelnen Teile nicht nur allerhöchste Solidaritätspflicht ist, sondern daß es auch in ihrem wohlverstandenen eigenen Interesse liegt, den deutschen Kameraden unter Aufbietung aller Kräfte Hilfe und Beistand zu verleihen, und ist gewillt, sobald der Zeitpunkt für eine starke Aktion gegen das faschistische Regime in Deutschland gekommen ist, eine derartige Aktion mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen.«[7]

[...][8]

Anfänglich trafen wir alle möglichen Vorsichtsmaßregeln, um den deutschen Organisationen keine Schwierigkeiten zu bereiten. Für jede der drei Organisationen[9] war eine Deckadresse bestimmt worden. Schon der erste Brief, den wir auf diese Weise noch im Februar [1933] den Maschinisten und Heizern sandten, kam zurück mit der Aufschrift »Annahme verweigert«. Auch der Gesamtverband und der Einheitsverband baten schnellstens, jede Korrespondenz unter Deckadresse zu unterlassen.[10]

Einige uns bekannt gewordene Enthüllungen über die Auffassung der deutschen Nationalsozialisten in der Frage der Achtung der Neutralität anderer Länder im

4 Die gekürzte Passage beschäftigt sich mit vorangegangenen Besprechungen während des Jahres 1932.

5 Vgl. hierzu auch den rückblickenden Bericht von Hans Jahn für die Jahre 1933–1936 vom 15.12.1936 (Dok. 75).

6 Vgl. Anm. 2.

7 Vgl. hierzu auch den Bericht: Die ITF ist zum Widerstand bereit, in: ITF. Official Journal of the ITF, 11, Januar-June 1933, S. 50f., auszugsweise abgedr. in: Esters/Pelger, Dok. 15, S. 130f.

8 Die gekürzte Passage beschäftigt sich mit der Lage in Österreich und der Tschechoslowakei.

9 Gemeint sind der Gesamtverband, der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands und der Verband der Maschinisten und Heizer.

10 Vgl. auch den Bericht von Jacobus Oldenbroek vom September 1933 (Dok. 58).

erwarteten kommenden Krieg haben wir, um den deutschen Organisationen eventuelle Unannehmlichkeiten zu ersparen[11], nicht in der »I.T.F.«[12], sondern in der Wochenzeitung des niederländischen Eisenbahnerverbandes veröffentlicht. Auf eine unter Deckadresse an die deutschen Organisationen gerichtete Frage, wie sie sich zu der Veröffentlichung solcher Berichte in der »I.T.F.« stellten, erhielten wir die Antwort, daß sie das sehr ungern sähen.

Inzwischen erkannten wir aus den uns zugesandten Rundschreiben und aus dem Inhalt der Fachzeitungen, daß von Selbständigkeit bei den deutschen Organisationen keine Rede mehr war.

Vom Gesamtverband erhielten wir bald ein Schreiben, in welchem er seinen Austritt aus der ITF erklärte.

Vom Einheitsverband und vom Verband der Maschinisten und Heizer haben wir noch keinerlei Bericht über ihren Austritt erhalten.[13] Wie Euch aus den auch Euch zugeschickten Rundschreiben bekannt ist, sind [Franz] *Scheffel*, [Hermann] *Jochade* und [Lorenz] *Breunig*, die Führer des erstgenannten Verbandes, schon Anfang April abgetreten, um den Verband vor Schwierigkeiten zu bewahren, die sich aus ihrer »bisherigen internationalen und politischen Tätigkeit« ergeben könnten.[14]

Von zahlreichen deutschen Ortsgruppen, die unsere Monatsschrift und unsere Presseberichte bezogen, erreichte uns die Bitte, nichts mehr zu senden. Einige fügten hinzu, sie hätten »ihr Abonnement doch schon längst gekündigt«. Von Ex-Ortsgruppenleitern bekamen wir zuweilen sehr scharfe Äußerungen, die Mißfallen und Bedauern über die Haltung der Organisationsführer zum Ausdruck brachten, zu hören.

Mit Rücksicht auf von deutschen Flüchtlingen eingelaufene Gesuche um finanzielle Unterstützung wandten wir uns sowohl an die S[ozialistische]A[rbeiter-]I[nternationale] als Verwalterin des Matteottifonds[15], wie auch an den IGB. Wir drangen dabei auf eine internationale Regelung dieser Angelegenheit.

11 In der Vorlage: besparen.

12 ITF. Official Journal of the ITF.

13 Die Angaben über die Austrittsdaten differieren in den Dokumenten und der Forschung. Vgl. die Angaben bei Esters/Pelger, S. 29 Anm. 23, wonach der offizielle Austritt des Gesamtverbandes erst auf der Tagung des Exekutivkomitees der ITF am 7./8. Juni 1933 erfolgte. Zum Austritt des Einheitsverbandes der Eisenbahner vgl. die Angaben in ebd. sowie den Bericht: »Re-orientation« in Germany, in: ITF. Official Journal of the ITF, 11, Januar-June 1933, S. 38, abgedr. in: Esters/Pelger, Dok. 14, S. 127–129. Nach Feststellung des ITF-Exekutivkomitees auf der Tagung am 7./8.6.1933 besaßen die deutschen Mitgliedsverbände in der ITF am 1.1.1933 zusammen 562.466 Mitglieder. Zur Mitgliederentwicklung von Einheitsverband und Gesamtverband 1930–1932 vgl. Esters/Pelger, S. 13f.; zum Gesamtverband vgl. grundlegend: Nachtmann, ÖTV, S. 201ff.

14 Vgl. »Re-orientation« in Germany, S. 128 (Anm. 13).
Hermann Jochade (7.7.1879–29.9.1939) hatte vor dem Ersten Weltkrieg zunächst seit 1899 Funktionen im Zentralverein der deutschen Former und Berufsgenossen inne, war seit 1901 Redakteur und 1902–1906 Vorsitzender des Verbands, seit 1904 Sekretär der ITF und Redakteur internationaler ITF-Publikationen, 1915–1918 Militär, nach Ende des Ersten Weltkrieges Wiederaufbau der Verbindungen zur ITF, 1920–1932 im Generalrat der ITF, seit 1919 besoldeter Sekretär im Vorstand der Eisenbahnergewerkschaft, zuständig für internationale Kontakte und Redaktionsaufgaben, Rücktritt von allen Ämtern am 29.3.1933, Arbeitslosigkeit, mehrmals Haft, nach Kriegsbeginn verhaftet und im KZ Sachsenhausen umgekommen.
Lorenz Breunig (11.8.1882–15.2.1945) arbeitete seit 1920 als Sekretär des Eisenbahner-Verbandes, seit 1931 bis zur Gleichschaltung des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands als besoldetes Vorstandsmitglied und Sekretär in der Rechtsabteilung, 1920–1924 MdR (SPD), nach 1933 mehrmals inhaftiert, 1937 Ermittlungsverfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat, erneute Haft 1939 bei Kriegsbeginn, im KZ Sachsenhausen umgekommen.

15 Der Matteotti-Fonds unterstützte politische Flüchtlinge.

Am 9., 10. und 11. April [1933] fand in Zürich eine Sitzung des Generalrates des IGB statt, zu der auch die Vertreter der internationalen Berufssekretariate eingeladen waren. Auf Beschluß des Verwaltungsausschusses nahmen für die ITF [Concemore] *Cramp* und [Edo] *Fimmen* an dieser Besprechung teil.[16] Diese drei Tage dauernde Sitzung war fast vollständig den Besprechungen über die Entwicklung der politischen Dinge in Deutschland gewidmet und den Folgen, welche diese Entwicklung für die deutsche Gewerkschaftsbewegung und indirekt auch für die internationale Gewerkschaftsbewegung haben werde. Es wurde einstimmig beschlossen, den Sitz des IGB nach Paris zu verlegen.[17] In einer inzwischen schon durch die Presseveröffentlichungen bekannt gewordenen Resolution nahm die Sitzung Stellung zu dem in Deutschland herrschenden System und zu den Verfolgungen, denen dieses System die deutsche Arbeiterklasse ausliefert.

In der Sitzung wurde von *Fimmen* ein Vorschlag des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zugunsten des Boykotts Deutschlands aufs kräftigste unterstützt. Wenngleich auch andere sich dieser Meinung anschlossen, war der Vorstand des IGB – und die Mehrheit der Sitzung schloß sich dem an – der Ansicht, daß diese Frage erst noch einer näheren Prüfung bedürfe.[18] Gleichwohl aber wurde es den angeschlossenen Organisationen freigestellt, schon jetzt im eigenen Kreise zu einem Boykott Deutschlands überzugehen.

[...][19]

DOKUMENT 56

Juli 1933: Selbstkritik und Vorschläge der Führung des kommunistischen Einheitsverbandes der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer zu Formen und inhaltlicher Ausrichtung der illegalen Tätigkeit

BA, SAPMO, ZPA, I 2/708/136, Bl. 27–30. Maschinenschrift. Ohne Verfasserangabe und Unterschrift. Ohne Orts- und Datumsangabe. Überschrift: »Zur Gewerkschaftsdiskussion. Aus den Materialien der Reichsleitung der RGO«.[1]

Das Sekretariat der I[nternational of] S[eamen and] H[arbour Workers] hat in der zur Veröffentlichung bestimmten Resolution darauf verzichtet, die Mängel und Schwächen in der Tätigkeit des Einheitsverbandes aufzuzeigen, weil es in der zur Veröffentli-

16 Thomas Concemore Cramp (geb. 1867) war Mitglied des Exekutivausschusses der englischen Labour-Party, 1925/26 Präsident der ITF, 1918/19 Vorsitzender des englischen Eisenbahnerverbandes, seit 1920 Mitglied des Exekutivausschusses der Sozialistischen Arbeiterinternationale, seit 1929 Mitglied des Hauptausschusses des Trades Union Congress, seit 1930 Mitglied im Generalrat der ITF.
Edo Fimmen (18.6.1881–14.12.1942) hatte zwischen 1905 und 1919 verschiedene Funktionen in der niederländischen Gewerkschaftsbewegung inne und war 1919–1923 Sekretär des IGB, 1923–1942 Generalsekretär der ITF. Vgl. auch zur weiteren Diskussion Dok. 35.

17 Der Sitz des IGB befand sich zuvor bis 1914 in Berlin, 1919–1930 in Amsterdam und 1930–1933 erneut in Berlin.

18 Vgl. in diesem Sinn auch den Brief von Franz Scheffel an Edo Fimmen, vom 14.7.1933 (AdsD, ITF, Mappe 13), in dem Scheffel bat, »das Kesseltreiben ein(zu)stellen«.

19 Die ausgelassenen Ausführungen behandeln Modalitäten eines Boykotts.

1 Für den Abdruck gekürzt. Auf dem Dokument Klassifizierung als »Streng vertraulich« und »Nicht öffentlich!«. Eingangsstempel: »3790 *4. SEP[tember] 1933«. Russischer Stempel. Im Dokumentkopf maschinenschriftliche Abkürzung »Bg.« und Paraphen. Die Datierung folgt zum einen aus der

chung bestimmten Resolution nur die Linie im Kampf gegen die sozialfaschistische Bürokratie und die faschistische Diktatur festlegen und gegenüber der Kapitulationspolitik der reformistischen Führer die Tatsache des Weiterbestehens des E[inheits-] V[erbandes] als einziger[2] Kampfgewerkschaft der Wassertransportarbeiter hervorheben wollte.[3]

In der Periode der Illegalität kann der Einheitsverband seine Aufgabe aber nur erfüllen, wenn die Hauptschwächen überwunden werden, die bereits in der gesamten Tätigkeit des Verbandes seit seiner Gründung im Vordergrund der kritischen Beurteilung standen.

Diese Schwächen sind:

a) Die ungenügende organisatorische Verankerung des Verbandes durch Betriebs- und Bordgruppen und die ungenügende Aktivierung der Leitung durch Heranziehung parteiloser Verbandsmitglieder zur leitenden Arbeit.

b) Die vollkommen ungenügende Oppositionsarbeit unter den freigewerkschaftlichen Wassertransportarbeitern, woraus sich auch erklärt, daß die gesamte Tätigkeit des Einheitsverbandes nicht genügend den Einheitsfront-Charakter trug, und der Aufbau

hier ausgelassenen Passage am Ende des Dokuments über die Mitgliedersituation des Einheitsverbandes in Hamburg, die wörtlich aus dessen Bericht vom Juli 1933 übernommen wurde. Zum anderen verweist das Schreiben des Bezirkskomitees der RGO in Hamburg an das Reichskomitee der RGO vom 2.8.1933 auf diese »Materialien«. Nach diesem Begleitschreiben war das Bezirkskomitee der RGO in Hamburg die Verfasserin der »Materialien«. Vgl. auch die Angaben zur Mitgliederentwicklung des Einheitsverbandes in Hamburg und zur Stimmung unter den Hafenarbeitern in dem Bericht des Einheitsverbandes der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer von Juli 1933 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/708/136, Bl. 7–12). Zu den Planungen der ISH vgl. den Bericht über die Sitzung der Sektionsvertreter der ISH in Holland, Belgien, Frankreich und Deutschland am 21./22.7.1933 in Rotterdam, vom 24.7.1933 (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 299, Bl. 114–116).

2 In der Vorlage unterstrichen.

3 Vgl. den »Aufruf An alle Wassertransportarbeiter! An alle Mitglieder der ISH« vom Büro der westeuropäischen Sektionen der ISH nach Vorschlag von Ernst Wollweber (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 299, Bl. 117–119). Der Aufruf behandelte in allgemeiner Form die Politik der KPD und die politische Entwicklung in Deutschland seit der Weltwirtschaftskrise sowie eingehend die Entwicklung in Frankreich und der Sowjetunion. Nur kurz ging der Aufruf konkret auf die aktuelle Auseinandersetzung mit dem sich etablierenden NS-Regime ein. Noch ganz der legalen Situation der KPD verhaftet, propagierte der Aufruf, Delegierte zu wählen, Resolutionen zu verabschieden und eine breite – und offene – Sammelkampagne auf den Schiffen zu starten.
Ernst Wollweber (28.8.1898–3.5.1967) war 1918 am Kieler Matrosenaufstand beteiligt, seit 1919 KPD, Parteifunktionär 1920 in Hamburg, 1921–1923 Politischer Sekretär im Bezirk Hessen-Waldeck, 1921 und 1923 ins Zentralkomitee der KPD gewählt, 1924–1926 in Haft, 1926–1929 Gewerkschaftssekretär der KPD-Bezirksleitung in Schlesien, 1929-Anfang 1932 Politischer Leiter im Bezirk Schlesien, 1930 Mitglied im Bezirkskomitee der RGO Wasserkante, seit Gründung 1931 führend in der International of Seamen and Harbour Workers (ISH), ab 1932 Leiter der Organisationsabteilung des Zentralkomitees der KPD, 1928–1932 Mitglied des Preußischen Landtags, November 1932–1933 MdR, Dezember 1932 getarnter Aufbau des Westeuropäischen Büros der Komintern in Kopenhagen und Organisationsleiter dieses Büros, 1933 Organisationsleiter der illegalen KPD in Deutschland, August 1933 Emigration nach Paris und Kopenhagen, Organisationsleiter des Westeuropäischen Büros der Komintern, Leiter der ISH und einer Agenten- und Sabotagegruppe in deutschen Häfen und während des spanischen Bürgerkriegs, Koordination für den innerdeutschen Widerstand der KPD, Mai 1940 Flucht nach Schweden, Festnahme und drei Jahre Haft, nach deutschem Auslieferungsantrag in die Sowjetunion abgeschoben, 1945 Rückkehr nach Berlin, 1946–1949 stellvertretender Leiter bzw. Leiter der Generaldirektion Schiffahrt in der Zentralverwaltung für Verkehrswesen der SBZ, 1949–1953 Staatssekretär im Ministerium für Verkehrswesen, ab Juli 1953 Leiter des Staatssicherheitsdienstes, 1953–1955 Staatssekretär für Staatssicherheit und Stellvertretender Innenminister, 1955–1957 Minister für Staatssicherheit, 1954–1958 Mitglied im Zentralkomitee der SED und in der Volkskammer, nach dem 20. Parteitag der KPdSU Eintreten für eine Änderung des SED-Kurses, nach dem Aufstand in Ungarn 1958 als Minister abgesetzt, und wegen »fraktioneller Tätigkeit« aus dem Zentralkomitee der SED ausgeschlossen, Rentner.

von RGO-Gruppen im Wassertransport neben den Organisationseinheiten des Verbandes vernachlässigt wurde. Der Vernachlässigung der Arbeit im Gesamtverband war es z.B. zuzuschreiben, daß die von uns während der Aktionen geschaffenen Kampfausschüsse keine genügende Massenbasis hatten, in ihnen die freigewerkschaftlich Organisierten ungenügend vertreten waren, die ausschlaggebenden Teile der Hafenarbeiter für unsere Aktionen nicht gewonnen wurden usw.

c) Die richtigen Beschlüsse, Direktiven und Parolen für die Durchführung von Aktionen wurden in der praktischen Arbeit ungenügend konkretisiert, und die Durchführung der Beschlüsse wurde nicht energisch genug und mit der nötigen Ausdauer in Angriff genommen. Das kam z.B. krass zum Ausdruck bei der Aktionskampagne für volle Bemannung der Schiffe, volle Gänge in der Ladung und Schaffung von Kontroll-Ausschüssen als Einheitsfrontorgane.

Der Einheitsverband muß seine Hauptkraft konzentrieren auf die Schaffung einer breiten Einheitsfrontbewegung. Die Tatsache, daß eine breite Oppositionsstimmung gegen die von der NSBO eingesetzten Gewerkschaftsleitungen und gegen die sozialfaschistischen Mitarbeiter der NSBO-Leitungen besteht, gibt uns die Möglichkeit, diese oppositionelle Stimmung organisatorisch auszuwerten. Im Vordergund der organisatorischen Aufgaben des Verbandes steht die

Organisierung von Gewerkschaftsleitungen-Oppositionsgruppen und Einheitsfrontorganen.[4]

a) Durch die Aufnahme von Verbindungen zu den oppositionell eingestellten Gewerkschaftsmitgliedern und Funktionären der früheren ADGB-Verbände sollen parallel zu den von der NSBO besetzten Gewerkschaftsleitungen oppositionelle Gewerkschaftsleitungen gebildet werden, entsprechend dem organisatorischen Aufbau der Verbände. Diese oppositionelle Gewerkschaftsleitung muß sich stützen auf gewerkschaftliche Betriebsvertrauensleute und Obleute. Diese gewerkschaftlichen Leitungen garantieren die Selbstverwaltung der Verbände gegenüber den diktatorischen, im Interesse der Unternehmer handelnden, von der NSBO eingesetzten Gewerkschaftsleitungen. Die oppositionellen Gewerkschaftsleitungen sollen alle Aufgaben einer Gewerkschaftsleitung übernehmen.

b) In den Vermittlungsstellen, Hafenbetrieben, Heuerstellen und auf Schiffen sollen betriebsweise Oppositionsgruppen, in Fünfergruppen eingeteilt, aufgebaut werden.

c) Die Leiter der betrieblichen Oppositionsgruppen werden branchen- bzw. sektionsweise zusammengefaßt und bilden die Oppositionsgruppen der Branchen (z.B. Branche der Schauerleute, Ewerführer etc.) oder der Verbandssektionen (z.B. Sektion der Seeleute).

d) Die Leiter der branchenmäßigen Oppositionsführung werden zusammengefaßt zur oppositionellen Abteilungsleitung Hafen und Schiffahrt, in den Verbänden, die außer Wassertransportarbeitern noch andere Berufsgruppen umfassen. Die Oppositionsleiter in den verschiedenen Gewerkschaften, die Wassertransportarbeiter organisiert haben (Gesamtverband, Zentralverband der Maschinisten und Heizer, Verband der Schiffsoffiziere) treten von Zeit zu Zeit zusammen, um über ein möglichst einheitliches Vorgehen in den Verbänden gemeinsam zu beraten.

e) In den Hafenbetrieben muß Kurs genommen werden auf die Schaffung von Tarifkommissionen und auf den Schiffen von Menagekommissionen, die die tägliche Interessenvertretung der Seeleute und Hafenarbeiter übernehmen und dadurch praktisch die NSBO-Beauftragten von den Massen isolieren.

4 Der Text zwischen »Organisierung« und »Einheitsfrontorganen« ist als Überschrift in der Vorlage unterstrichen. Zur jeweiligen Gewerkschafts»linie« vgl. Kap. VII der Einleitung.

f) In den Betrieben sollen betriebliche Hilfsstreikkassen gebildet werden, die von einer Kommission verwaltet werden. Zur Schaffung eines betrieblichen Streikfonds sollen sowohl die Mitglieder aller im Betrieb vertretenen Verbände (auch des Einheitsverbandes) wie auch die Unorganisierten heranzogen werden. Die Organisationsbeiträge der einzelnen Verbände im Betrieb sollen nicht in den betrieblichen Streikfonds fließen, sondern müssen an die Organisationsleitungen abgeführt werden, denn bei der Anlegung betrieblicher Streikkassen handelt es sich um Hilfs-Streikkassen.

Der Aufbau von Oppositionsgruppen, Schaffung illegal arbeitender Leitungen der Freigewerkschaftler im Betriebe, Wahl von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, Bildung von Tarif- und Menage-Kommissionenen, Schaffung von betrieblichen Streikkassen muß sein: neben von der NSBO besetzten Gewerkschaftsleitungen einen gewerkschaftlichen Parallelapparat in den Betrieben und Branchen zu schaffen.[5]

Neben dieser Hauptaufgabe des Verbandes muß im Vordergrund stehen die

Festigung des Organisationsfundaments des Verbandes.[6]

a) Das Fünfergruppensystem innerhalb der Betriebsgruppen muß unbedingt ausgebaut werden. Der Fünfergruppenleiter ist ein unentbehrlicher Funktionär. Es steht die Aufgabe, nicht nur die Fünfergruppensitzungen abzuhalten, sondern an die Spitze der Fünfergruppen einen Kollegen zu stellen, der in ständiger Verbindung zu den ihm zugeteilten Mitgliedern und zu der Betriebs- bzw. Ortsgruppenleitung steht.

b) Die starke Schwächung des Funktionärapparates des E[inheits-]V[erbandes] stellt die dringende Aufgabe, durch Heranziehung neuer Kräfte (aus den Reihen der Parteilosen) die Leitung zu ergänzen und damit arbeitsfähiger zu gestalten. Es muß das Ziel gesetzt werden, daß die Betriebsgruppenleitung wieder aus 3 Mann besteht (1. Vorsitzender, Org[anisations]leiter, Kassierer). Die Ortsgruppenleitungen [...][7] in den größeren Häfen außerdem durch Sektionsleiter ergänzt werden.

c) Die Ortsgruppenleitungen müssen einen nicht mit dem Parteiapparat identischen Instrukteurstab haben für die Verbindung zu den Betriebsgruppen.

d) Als Hilfsorgane der örtlichen Verbandsleitung soll die Bildung von Hafenaktivgruppen in Angriff genommen werden, die an den wichtigsten Betriebspunkten (Hafenbecken, Schuppenstrecken) eingesetzt werden zur Verteilung von Material, Herstellung neuer Verbindungen etc.

e) Die Organisationseinheiten müssen illegal weiter bestehen und jede Tendenz, die unteren Einheiten in Vereine, Klubs etc. umzuwandeln, muß bekämpft werden. Um aber die Wirksamkeit der Propaganda zu erhöhen und den politisch-organisatorischen Einfluß auf breitere Massen auszubauen, ist es notwendig, neutral getarnte Vereine, Klubs, Freundschaftszirkel etc. zu organisieren, in denen einzelne Verbandsmitglieder arbeiten.

[...][8]

5 Vgl. auch den Bericht über den Einheitsverband Bremen, Bezirk Nord-West für den Zeitraum Ende August bis Oktober 1933 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/708/136, Bl. 39f.). Danach wurde als Ziel formuliert: »Durchführung von einer Besprechung mit SPD-Arbeitern und Mitgliedern des Gesamtverbandes, um zu ermöglichen, eine illegale Leitung des gleichgeschalteten Gesamtverbandes zu bekommen unter gleichzeitigem Aufbau einer RGO-Gruppe des Gesamtverbandes.«

6 Die Zeile ist als Überschrift in der Vorlage unterstrichen.

7 In der Vorlage fehlt ein Wort. Sinngemäß ist zu ergänzen: »müssen«.

8 Die ausgelassenen Ausführungen zitieren aus dem Begleitschreiben des Bezirkskomitees der RGO in Hamburg (Anm. 1) Passagen über Probleme der Belieferung mit RGO-Schriften und über ungenügende Absprachen zwischen Einheitsverband, Bezirkskomitee und Reichskomitee und wiederholen Informationen aus dem Bericht des Einheitsverbandes vom Juli 1933 zur Mitgliederentwicklung (Anm. 1). Danach waren »von den 7.000 eingeschriebenen Hafenarbeitern ... 900 bis 1.000 feste Leute. Von diesen waren vor dem 3.7.[1933] ca 50–60% zur NSBO gegangen, um ihre Arbeitsstelle zu halten. Durch die Neuregelung [der DAF] ist die Position der NSBO äußerst zurückgegangen, da kein Hafenarbeiter Verständnis für die jetzige Arbeitspolitik aufbringt. Die Unzufriedenheit steigert sich immer mehr und trotz aller Versuche kann die NSBO keinen festen Fuß im Hafen fassen. Die Lebensverhältnisse insbesondere der festen Leute werden immer schwieriger, da dieselben z.B. aufgrund ihres früheren Verdienstes teure Wohnungen in den Neubauvierteln bezogen haben und heute nicht mehr imstande sind, die Miete aufzubringen.«

DOKUMENT 57

Juli/August 1933: Flugblatt der Internationalen Berufssekretariate der Transportarbeiter (ITF), der Fabrikarbeiter und der Privatangestellten

BAP, SAPMO, ZPA, I 2/702/139, Bl. 22f. Maschinenschrift. Ohne Orts- und Datumsangabe.[1]

Deutschland Erwache!
Deutsche Arbeiter und Angestellte, Kollegen!

In der ernstesten Stunde der deutschen Arbeiterbewegung wenden wir uns an euch.

Der Faschismus hat nicht nur die Arbeiterparteien, er hat auch die Gewerkschaften zerschlagen! Die Organisationen sind vernichtet, aber die Bewegung lebt!

Freilich, unsere stolze freigewerkschaftliche Organisation, die Frucht der sozialistischen Aufbauarbeit dreier Arbeitergenerationen in Deutschland, ist ein Raub der faschistischen Usurpatoren geworden. Nach der »Gleichschaltung« ist von unseren Gewerkschaften nur noch der Name geblieben, mit dem sie Mißbrauch treiben. Nur noch der Schein der alten Organisationen lebt. Eine neue Zwangsorganisation ist entstanden, zur Knebelung der Arbeiterschaft, zur besseren Bekämpfung ihrer Interessen, zur Täuschung der Dummen, die nicht alle werden. Auch wenn hundertmal der Anschein der Freiwilligkeit der Mitgliedschaft in dieser Organisation betont und krampfhaft aufrechtzuerhalten versucht wird.[2]

Wer treu zur alten Fahne steht in dieser Organisation, zur Fahne des Klassenkampfes, wird verfolgt, Mitglieder, Funktionäre, führende Arbeiter werden gefoltert, wandern ins Gefängnis oder ins Konzentrationslager, selbst die Kapitulanten[3] trifft mit dem

1 Handschriftliche Notiz im Dokumentkopf: »Flugblatt Fimmen. Herbst 1934.« Diese Datierung ist insofern unzutreffend, als zum einen das Flugblatt in der Zeitschrift »Neue Politische Briefe«, herausgegeben von »Reinhart« [d.i. Willi Eichler], vom Sommer 1933, abgedruckt wurde. Zum anderen wurde mit veränderter Überschrift (»Sozialistische Erneuerung gegen den Faschismus! Deutsche Arbeiter, Kollegen!«) ein ansonsten textidentisches Flugblatt mit der Datierung »Berlin, im August 1933« von einem »vorbereitenden Aktionskomitee des Gesamtverbandes (VV) Sektion der ITF« verteilt (AdsD, ITF, Mappe 44). Dieses Flugblatt ist abgedruckt in: Nachtmann, ÖTV, S. 240f. Vgl. dort (S. 233ff.) auch eingehend zur Entwicklung im Gesamtverband 1933. Zur Zeitschrift »Neue Politische Briefe« bzw. den »Reinhart-Briefen« vgl. Stroech, S. 229f. Ein bestimmter Verfasser des Flugblattes, auch von der Berliner Gruppe, konnte nicht ermittelt werden. Vgl. aber die Mitteilung über ein erstes Flugblatt der Berliner Transportarbeiter in dem Brief von Edo Fimmen an O. Schumann, vom 25.7.1933 (AdsD, ITF, Mappe 13). Danach stand die ITF beim Gesamtverband erst mit »einer größeren Anzahl ihrer Mitglieder und ganz wenigen ihrer früheren Führer« in Verbindung, es werde aber bereits ein erstes Flugblatt verbreitet. Bei den Eisenbahnern sei »die Sache noch nicht so weit gediehen.« Man sei erst dabei, »Fühlung mit den Mitgliedern zu nehmen.« Noch habe aber keine Gelegenheit zur Aussprache mit den früheren Gewerkschaftsführern bestanden, um das zu klären, »was uns recht dunkel erscheint«. Fimmen machte von einer solchen Klärung Unterstützungsleistungen durch die ITF abhängig. Vgl. zu ähnlichen Formulierungen und zum inhaltlichen Bezug das Flugblatt »Willst du gesund bleiben?« vom Ende 1933 (Dok. 59). Vgl. auch Link, Geschichte, S. 179. Die Überschrift ist in der Vorlage unterstrichen.

2 Gemeint ist die DAF. Zur formal freiwilligen, faktisch aber zwangsweisen Mitgliedschaft in der DAF vgl. Frese, Betriebspolitik, S. 162ff.

3 Gemeint sind die Führer der zerschlagenen Freien Gewerkschaften.

Hohn der Sieger deren Fußtritt – die Kapitalistenorganisationen jedoch entfalten sich, kapitalistischen Führern und kapitalistischen Nutznießern wird kein Haar gekrümmt, das ist der »saubere« Ständestaat.[4]

Unsere Gewerkschaftshäuser erhielten faschistische Besatzungen, das Vermögen unserer Organisationen, gesammelt aus den Pfennigen der Ausgebeuteten für ihren Befreiungskampf ist beschlagnahmt. Aber kein einziger Kapitalist wurde in dieser Umwälzung, die sich frech Revolution nennt, enteignet, eine Revolution, die das Vermögen der Ausbeuter schont, ihnen Steuererleichterungen und neue Privilegien gewährt! Schutz der Geldsäcke, Schutz ihrer Privilegien, Verewigung der Krise und des Elends, die nur eine sozialistische Umwälzung beseitigen könnte, das ist die Politik des National-»Sozialismus«.

Und die führende Partei des gesellschaftlichen Rückschritts, die von den Junkern und Börsenfürsten zu deren Schutz an die Macht gerufene NSDAP, diese sogenannte Arbeiterpartei der Carrieremacher, der Wilhelminischen Offiziere und der Hohenzollern-Prinzen in der Führung, sie hat ohne ernsthaften Widerstand zu finden sich der Staatsgewalt bemächtigt, das barbarischste Regime errichtet, das in Deutschland je geherrscht.

Alle Rechte, die die deutschen Arbeiter in jahrelangem Ringen der bürgerlichen Gesellschaft abgetrotzt haben, sind beseitigt, Koalitionsrecht, Versammlungs- und Pressefreiheit bestehen nur noch für die Nazibanden, die sich Erneuerer Deutschlands nennen, während sie dieses hochentwickelte Volk in ein neues finsteres Mittelalter führen.

Das ist die Strafe dafür, daß wir nach dem Umsturz von 1918 den Mächten der Reaktion und der Restauration nicht den Weg zur neuen Sammlung sperrten.

Aussprechen, was ist:

Diese furchtbare Niederlage der stärksten Arbeiterorganisationen Europas im Land der zahlenmäßig stärksten Arbeiterklasse der Welt ist mit die Folge der Fehler, die zweifellos auch von den Führern unserer alten Bewegung gemacht wurden.[5] Es ist aber auch zugleich die Folge jener unfruchtbaren »radikalen« Zersplitterungspolitik ihrer bisherigen nicht weniger unfähigen »Opposition«.[6] Die Abrechnung mit diesem Kapitel der Vergangenheit ist unvermeidlich. Nur in der entschiedenen Abkehr von ihm gibt es den Wiederaufstieg. Ohne diesen Wiederaufstieg gäbe es nur ein Versinken der ganzen Gesellschaft in Barbarei.

Was uns vor allem not tut, das ist:

Die neue Sammlung der geschichtlich fortschrittlichen Kräfte.

Die Sammlung der Arbeiterklasse unter den Fahnen des revolutionären Marxismus!

Wir rufen euch auf zur Mitarbeit an diesem Werk!

Wir rufen euch auf, die Reihen neu zu schließen.

Wir rufen euch auf als Gewerkschaftler zum Wiederaufbau der sozialistischen, der freien Gewerkschaftsbewegung in Deutschland.

4 Die Diskussion um den Ständestaat war in der Anfangsphase des NS-Regimes heftig geführt worden, wobei sich insbesondere Vertreter der wirtschaftsfriedlichen und der katholischen Arbeitnehmerorganisationen, Vertreter des Stahlhelm sowie deutsch-nationale Professoren an der Debatte beteiligten. Im Herbst 1934 war diese Diskussion schon wieder vorbei, nachdem führende Vertreter des Ständestaatsgedankens mit Hugenberg aus der Reichsregierung bzw. als hohe Beamte, wie z.B. der Treuhänder der Arbeit für Westfalen, Klein, bereits 1933/Anfang 1934 aus ihren Ämtern ausgeschieden waren.

5 Wie Anm. 3.

6 Gemeint ist die Politik der RGO.

Schließt euch zusammen zur Vorbereitung dieses Werks, in engen Freundeskreisen, unter den Kollegen in der Werkstatt und in der Fabrik, im Büro und im Laden, wo ihr einander kennt und wo ihr eure ersten engen Zirkel schützen könnt vor dem Eindringen der Spitzel und Provokateure.

Glaubt nicht, daß die große Masse der Verbandsmitglieder zum Feinde übergelaufen ist. Unser Freund und Bruder, in der Zersplitterung heute ohnmächtig, dem Feind entgegenzutreten, wird sich aufs neue zur Wehr setzen, wenn er erst erfährt, daß er nicht allein steht, daß mit geeigneten Mitteln der Kampf aufs neue aufgenommen ist. Verbreitet unter den vertrauten Genossen die Botschaft: junge Kräfte sind am Werk, die Versprengten zu sammeln, die Isolierten wieder geistig zu vereinigen! Sucht Fühlung und Verbindung mit dem Nebenmann, so wie wir mit allen gebotenen Vorsichtsmaßnahmen für euch und für uns mit euch die Fühlung suchen und finden werden.[7]

Das sind die Forderungen des Tages: Wiederherstellung der Versammlungs-, Koalitions- und Pressefreiheit.

Verbesserung des Lebensstandards, Anpassung der Löhne an die Teuerung, Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich.

Gegen die Zwangs-Arbeitsbeschaffung, gegen die Sklavenfron der Arbeitsdienstpflicht, gegen die faschistische Rassenhetze und die Vorbereitung eines neuen Krieges.

Wir wissen so wie ihr, daß der öffentlichen Vertretung dieser Forderungen im Betrieb und Verband der Terror antworten wird, solange ihr isoliert und vereinzelt die Forderungen erhebt. Deshalb sammelt die Mitglieder hinter euch. Niemand kann euch heute hindern, eure Forderungen von Mund zu Mund unter den vertrauten Arbeitskollegen zu verbreiten, niemand wird euch morgen hindern können, mit ihnen gemeinsam den Tag vorzubereiten, an dem ihr als freie Gewerkschaftler, in den Reihen einer wiedergeeinten Arbeiterklasse den verhaßten Faschismus stürzen, die Arbeiterherrschaft in Deutschland erkämpfen und den Sozialismus, die einzige Rettung, verwirklichen helfen werdet. Die alte Bewegung ist nicht mehr. Ihr Banner ist gefallen. Die neue Bewegung erhebt das Banner aufs neue. Es lebe die neue Bewegung.

Nieder mit den faschistischen Maulhelden und Phrasendreschern.

Nieder mit den Kapitalistenknechten und Kriegshetzern von der NSDAP.

Nieder mit den Usurpatoren und Überläufern.

Es lebe der Wiederaufbau unseres Kampfverbandes!

Es lebe die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung!

Es lebe der Klassenkampf und der Sozialismus!

Die Internationalen Berufssekretariate der
Transportarbeiter, der Fabrikarbeiter und der
Privatangestellten[8]

7 Zu diesen »jungen Kräften« zählte u.a. Hans Jahn. Vgl. auch den Bericht von Oldenbroek (Dok. 58), der zwischen den jungen und alten Kräften, zu denen er die ehemals führende Garnitur der Gewerkschaftsführer rechnete, unterschied. »Junge Kräfte« waren danach insbesondere Gewerkschafter aus der zweiten Reihe, die zum aktiven Widerstand gegen das NS-Regime bereit waren.

8 In der Vorlage sind die Verbandsangaben durch größere Schrift und Großbuchstaben hervorgehoben.

DOKUMENT 58

5.–7. 9. 1933: Jacobus Oldenbroek, Amsterdam, berichtet über seine Deutschlandreise und Besuche bei führenden Gewerkschaftern

AdsD, ITF, Mappe 45. Unpaginiert. Maschinenenschrift. Ohne Unterschrift.[1]

Bericht über die Deutschlandreise[2]

Das Exekutivkomitee der ITF befaßte sich in seiner im Juni 1933 abgehaltenen Sitzung mit der Frage, ob wir uns mit einem Aufruf um Unterstützung – im Hinblick auf die Verfolgungen in Deutschland – an die angeschlossenen Organisationen wenden sollten.[3] Das Exekutivkomitee erwog, daß in verschiedenen Ländern für den sog[enannten] Matteotti-Fonds Geldsammlungen veranstaltet werden, welche Mittel hauptsächlich zur Unterstützung der aus Deutschland geflüchteten Kameraden Verwendung finden. Nun hat sich mancher, darunter auch in Deutschland befindliche Kameraden, auch an die ITF gewandt; wie weiter unten in diesem Berichte ersichtlich, geht es letzteren besonders schlecht und schließlich ist es Aufgabe der ITF, nichts unversucht zu lassen, um die Verbindungen mit den deutschen Kameraden wieder aufzunehmen und zu unterhalten, damit diese nicht den Mut verlieren, sondern in ihrem Vertrauen zur Internationale gestärkt und davon überzeugt werden, daß sie sie nicht im Stiche läßt. U. a. wird von der ITF erwartet – in dieser Hinsicht hat sie bereits wiederholt ihren guten Willen an den Tag gelegt –, dafür zu sorgen, daß die Organisationen in den deutschen Gebieten Danzig und Saargebiet fortbestehen können, was ohne finanzielle Unterstützung der internationalen Gewerkschaftsbewegung unmöglich wäre. Aus diesen Gründen ist beschlossen worden, einen Aufruf auszuschicken.[4]

Obgleich ab und zu Besucher aus Deutschland ins ITF-Sekretariat kamen und Mitteilungen über die Führer der ehemaligen ITF-Organisationen machten, hielt man es für notwendig, an Ort und Stelle eine Untersuchung vorzunehmen, dies umsomehr, da durch die Aufhebung des Briefgeheimnisses in Deutschland Korrespondenz unmöglich ist und allmählich die Deckadressen, die wir s[einer] Z[ei]t erhielten, um unsere Briefe dorthin zu schicken, verschwunden sind.[5] Da die beiden Sekretäre[6] in Deutschland zu gut bekannt sind, wurde der Bürovorsteher[7] mit dieser Untersuchung betraut und er hat diese Reise gemeinsam mit einem in Amsterdam wohnhaften und dahin geflüchteten ehemaligen Vorstandsmitglied des Gesamtverbandes unternommen.[8]

1 Zur Identifikation des Verfassers Jacobus (Jaap) Oldenbroek, dem Leiter der ITF-Büros in Amsterdam, vgl. Hinweis in Anm. 7. Oldenbroek (1898–7.3.1970) war seit 1921 Sekretär von Edo Fimmen, 1938 stellvertretender, nach dem Tod von Fimmen 1942 amtierender und 1943–1950 regulärer Generalsekretär der ITF, 1950–1960 Generalsekretär des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften. Zur Diskussion des Reiseberichts vgl. den Bericht über die Sitzung des Exekutivkomitees der ITF am 26./27.10.1933 in Amsterdam, S. 6 (AdsD, ITF, Mappe 23). Der Bericht ist in englischer Sprache abgedr. in: Esters/Pelger, Dok. 16, S. 132–139. Welcher von beiden Berichten die Vorlage bzw. die Übersetzung darstellt, wurde nicht ermittelt. Ähnliche Berichte über die Lage in Deutschland wurden auch von anderen Berufssekretariaten angefertigt, u.a. vom IMB. Vgl. Dok. 18.

2 In der Vorlage unterstrichen.

3 Sitzung des Exekutivkomitees der ITF am 7./8.6.1933 in Amsterdam (Dok. 55).

4 Vgl. hierzu den Tätigkeitsbericht für die Sitzung des Exekutivkomitees der ITF am 26./27.10.1933, S. 6 (Anm. 1).

5 Vgl. Dok. 55.

6 Gemeint sind die beiden ITF-Sekretäre Edo Fimmen und Nathan Nathans.

7 Das ist Jacobus Oldenbroek.

8 Neben Oldenbroek handelte es sich bei dem deutschen Begleiter nach Einschätzung von Esters/Pelger, S. 32 Anm. 36, um Adolf Borchers aus Hildesheim.

Sie machten die Reise mit einem Auto, um an einigen Grenzorten festzustellen, was für eine Kontrolle ausgeübt wird und um während der Reise die Vorgänge auf den Straßen beobachten zu können.

Am 5. September [1933] morgens wurde die Reise angetreten und die Grenze wurde bei Glanerbrug-Gronau ohne jede Schwierigkeit überschritten. Die Grenzpapiere waren in Ordnung, ja sogar die Papiere des Deutschen, der als Chauffeur fungierte, wurden weder auf dem Hin-, noch auf dem Rückweg kontrolliert. Auch auf der Weiterfahrt nach Berlin und zurück hat sich kein einziger Zwischenfall ereignet. Am ersten Tage übernachteten wir in Minden und am Tage darauf erreichten wir Berlin, wo das Auto in einer Garage untergestellt und mit dem Aufsuchen von Personen (am Donnerstag morgen) begonnen wurde.

Wegen der großen Abstände kommt man bei einer Untersuchung nur langsam vorwärts. Es besteht auch große Angst vor Besuchern. Das Haus wird einem von Bettlern und Kollektanten geradezu abgelaufen und man kann sich sozusagen jeden Tag auf einen Trupp SA oder SS oder einen Besuch der Geheimen Staatspolizei gefaßt machen, sodaß man lieber sagen läßt, man sei nicht zuhause. Deshalb mußte ich dann auch in manchen Fällen unverrichteter Sache wieder fortgehen, ohne zu wissen, ob die Bewohner wirklich abwesend waren oder nicht.

Zuerst besuchte ich [Hermann] *Jochade*, den ich aber zuhause nicht antraf; erst nach wiederholtem Läuten öffnete seine Frau. Sie erzählte mir dies und jenes von den Schrecken der Naziregierung, sie selbst blieben aber bisher von Haussuchungen verschont. Alle auch nur verdächtig scheinenden Papiere hatten sie längst in Sicherheit gebracht. Da meine Zeit kostbar war, ich also nicht mehrere Stunden warten konnte auf die Rückkehr *Jochades*, begab ich mich zu [Hermann] *Rudolph*[9], der in der Nähe wohnte. Selbstverständlich ging ich stets mit größter Vorsicht zu Werke und hatte ich ein besonderes Augenmerk darauf, ob mir nicht jemand nachlief oder nicht dieser oder jene Nachbar einen mißliebigen Blick auf mich warf. Denn es ist ein fast unerträglicher Zustand, daß man niemandem mehr trauen kann und das Denunziantentum üppig blüht. Alles was sich beim neuen Regime wohl dranmachen will, ist imstande, seine nächsten Verwandten mit oder ohne Grund in den Schlamassel zu ziehen. Bei einer Angeberei braucht keine Behauptung begründet zu werden. Jede Anzeige ist ein ausreichender Vorwand zu Maßnahmen.

Rudolph traf ich zuhause an und ich habe mich viele Stunden mit ihm unterhalten. Über das Scheitern der deutschen Bewegung, über die Zustände in den Organisationen und über das Schicksal der Kameraden. In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, daß die Kollegen überallhin zerstreut sind, daß von einem regelmäßigen Verkehr der früheren Vorstandsmitglieder untereinander keine Rede ist, daß sich manche ängstlich davor hüten, mit anderen gesehen zu werden und daß man daher meist nur wenig voneinander weiß.

Ich kann nach dem, was der Exekutive darüber bereits mitgeteilt worden ist, davon absehen, näher auf die Lage der drei früher der ITF angeschlossenen Organisationen einzugehen. Ebensowenig brauche ich über die organisatorischen Veränderungen innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu sprechen, da diese im Pressebericht und sonstigen Veröffentlichungen bereits behandelt wurden. Es dürfte genügen,

9 Hermann Rudolph (7.11.1877–1939) war seit 1907 in verschiedenen gewerkschaftlichen Funktionen tätig, seit 1910 Sektionsleiter der Rheinschiffer im Deutschen Transportarbeiter-Verband, seit 1920 Reichsabteilungsleiter der Binnenschiffer, Flößer und Wasserbauarbeiter, seit 1929 Reichsabteilungsleiter F: Schiffahrt, Hafenbetriebe, Wasserbau im Gesamtverband, 1920–1933 Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, seit 1932 im Generalrat der ITF, nach dem 2.5.1933 entlassen, Kontakte zur ITF in Amsterdam, Oktober 1934 verhaftet, März 1935 freigelassen und Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat eingestellt, vor Kriegsbeginn verstorben. Vgl. auch Anm. 17.

in Erinnerung zu bringen, daß im Hauptvorstand des Gesamtverbandes ein Spion der Nazis saß, der aber wegen einer Korruptionsaffaire später von den Nazis ausgeschlossen und nach einem Konzentrationslager gebracht wurde; Nazispione waren ferner einige Angestellte, nämlich die Telephonistin und jemand von der Expedition. Unter den Angestellten der Eisenbahner befand sich einer, der sich durch Denunzierung seiner früheren Kameraden nach der Gleichschaltung am 2. Mai bei den Nazis verdienstlich machen wollte, er fand aber beim Nazi-Kommissar kein williges Ohr. Wer dieser Angestellte war, hat man aber nicht in Erfahrung bringen können.[10]

Im April [1933] befand sich *Rudolph*, der ein Herzleiden hat, zur Erholung im Bad Kudowa. Obgleich er gebeten hatte, ihn zurückzurufen, falls es die Lage notwendig mache, ließ man ihn ruhig dort, wo er war. Die Veröffentlichung des Deutschen Gewerkschaftsbundes über die 1. Mai-Feier[11] veranlaßte ihn jedoch, seine Kur zu unterbrechen und zurückzukehren. Als er am 2. Mai in sein Büro gehen wollte, konnte er gerade noch die Besetzung des Gesamtverbandsgebäudes mit ansehen. Verschiedene andere Kollegen, die sich bereiterklärt hatten, bei der Abwicklung der laufenden Verbandsgeschäfte mitzuwirken, erhielten noch eine Entschädigung von ca. RM 2.000.-. Nicht aber *Rudolph*, der ohne jede Barmittel ist. An Gehalt gab man ihm RM 147.- mit, sein ganzer Besitz an flüssigen Mitteln. Ein langes Krankenlager von Frau und Tochter (vor kurzer Zeit ist seine Frau gestorben) hatte ihn in den letzten Jahren an Arzt und Krankenhausverpflegung so viel gekostet, daß er trotz seiner recht einfachen Lebenshaltung nichts hat auf die Seite legen können. Sein Schwiegersohn, Beamter bei der Hafenverwaltung Berlin ist als Marxist und Schwiegersohn des Gewerkschaftsführers *Rudolph* entlassen worden und *Rudolph* hat seinen Schwiegersohn und die Tochter zu sich genommen. Sie leben jetzt von der sehr kärglichen Unterstützung. *Rudoph* stempelt, er erhält von der Gemeinde RM 11,70.- wöchentlich und am 6. September hatte er noch auf einige Wochen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung seitens der Organisation. Seine Unterstützung und die seines Schwiegersohns machen wöchentlich RM 40.- aus, während die Wohnungsmiete allein RM 78.- beträgt. Es ist unmöglich, in Berlin eine billigere Wohnung zu finden und wenn die Unterstützung der Organisation abgelaufen ist, wird die Krisenunterstützung ebenfalls unter der Wohnungsmiete bleiben. Versuche, Arbeit zu finden, sind, fast könnte man sagen: selbstredend, erfolglos geblieben. *Rudolph* wurde mit einem Antrag um Ausstellung eines Gewerbescheins zum Handeltreiben abgewiesen. Kein Arbeitgeber stellt einen ehemaligen Gewerkschaftsführer ein, schon allein nicht aus Angst vor Strafmaßregeln.

Es zeigt sich in der Praxis, daß die Hitlerregierung wohlbedacht zu Werke geht und es darauf abgesehen hat, den Marxisten und Juden jegliche Lebensmöglichkeit abzuschneiden, sie auszumergeln und langsam hinzumorden; es ist für sie rein unmöglich, sich ein Einkommen zu verschaffen. Die Gewerkschaftsführer werden gestrichen, um ihnen die Arbeitslosenversicherung zu entziehen und sie ihrer Pensionsansprüche zu berauben, die sie sich vielfach allein erworben haben und die sie gemäß der Pensionskassenstatuten nur geltend machen können, wenn sie Mitglied der Organisation sind. Ausschluß aus der Gewerkschaft bedeutet für den Betroffenen, daß er keine Arbeit mehr finden kann.[12] Auch wenn diese grausame Verfolgung nicht wäre, wäre die

10 Die Namen wurden nicht ermittelt.

11 D. h. der Aufruf des ADGB, an den vom NS-Regime initiierten 1. Mai-Feiern teilzunehmen, abgedr. in: GZ, 43. Jg., Nr. 16, 22.4.1933, S. 241.

12 Ausschluß aus der Gewerkschaft bedeutete hier Ausschluß aus den gleichgeschalteten Verbänden unter dem Dach der neugegründeten DAF. Allerdings zog ein Ausschluß vielfach, aber keineswegs automatisch den Verlust der Arbeitsmöglichkeit nach sich. Vgl. Frese, Betriebspolitik, S. 73ff., 162ff.

Arbeitssuche noch schwieriger und Handeltreiben äußerst gefährlich, denn nicht nur die zum Müßiggang verurteilte Arbeiterklasse, sondern auch der gewerbetreibende Mittelstand steht am Rande des Abgrundes, was der Kampf dieses Mittelstandes gegen die Warenhäuser und Konsumvereine beweist. Wenn also für *Rudolph* z.B. zum Ankauf eines Geschäftes die nötigen Barmittel aufgetrieben werden könnten, so wäre es immer noch eine große Frage, ob ihm das gelingen würde.

Alles in allem ist also die Lage *Rudolphs* trostlos, doch diese Lage hat ihm noch nicht den Willen zur Arbeit und dazu, gegen den Faschismus zu kämpfen, genommen. Im Gegenteil: er versucht, mit den Arbeitern in Berlin und mit früheren Kollegen im Lande Verbindungen zu unterhalten, obwohl er kaum die Briefmarken für die Korrespondenz aufbringen kann. Er will nicht, wie so viele andere, ins Ausland gehen und nennt dafür verschiedene Gründe. Er will nicht als Emigrant leben, um andern zur Last zu fallen. Seine Familie will er nicht auflösen – lieber miteinander hungern, als auseinandergehen. Er ist auch der Ansicht, daß wer in Deutschland bleiben kann, dort bleiben muß. In jenem Augenblick wollte *Rudolph* von mir kein Geld für sich selbst annehmen, weil er Kameraden habe, die viel schlechter daran sind als er. Er sprach mir von der Frau *Bircks*, die in Duisburg ohne jegliches Einkommen in einem Dachkämmerchen wohnt und unter Tränen erzählte mir *Rudolph*, wie manche sich in größter Not an ihn um Unterstützung gewandt haben, ohne daß er auch nur im geringsten imstande gewesen wäre, zu helfen. Julius *Birck*[13] war der Leiter der Abteilung Rheinschiffahrt; er wurde am 2. Mai mit anderen Kameraden fortgeschleppt, um nie wieder zurückzukehren. Man hat lediglich an den Ufern des Rheins seine blutbefleckten Kleider gefunden. Es wird angenommen, daß er im Gefängniskeller totgeschlagen und seine Leiche dann in den Fluß geworfen worden ist.

[Heinrich] *Davidsen* in Hamburg[14], der Leiter der Seemannsabteilung, dessen Frau kürzlich verstarb und der ein schwerkrankes Kind hat, besitzt keine Mittel, um Lebensmittel zu kaufen. Dieser *Davidsen* hat von dem von jeher nationalsozialistischen Kapitän *Freyer*[15], vom Verband der Deckoffiziere, den Wink bekommen, sich gleichschalten zu lassen; dann würde er sehen, was er für ihn tun könne. Dieses Anerbieten hat *Davidsen* zurückgewiesen und er lebt nun in größter Armut. Ich hinterließ *Rudolph* RM 100.- mit der Bitte, das Geld so gut wie möglich zu verteilen;

13 Julius Birck (12.7.1885–2.5.1933) war 1920 Bevollmächtigter des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes in Duisburg geworden und leitete 1933 die »Bezirksverwaltung Westdeutsche Wasserstraßen« des Gesamtverbands in Duisburg. Birck wurde am 2.5.1933 verhaftet und am selben Tag gemeinsam mit drei anderen Duisburger Gewerkschaftern – Johan Schlösser (4.1.1876–2.5.1933), 2. Bevollmächtigter des DMV; Emil Rentmeister, Funktionär beim Zentralverband der Angestellten; Michael Rodenstock (11.3.1885–2.5.1933), Sekretär des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe) – von SA- und SS-Leuten ermordet. Zu den 1933 in der ausländischen Presse Aufsehen erregenden Morden und zum Prozeß nach 1945, zu den Biographien von Birck u.a. vgl. die mit zahlreichen Dokumenten angereicherte Darstellung in: Jürgen Dzudzek/IG Metall, Verwaltungsstelle Duisburg (Hg.), Die »Gleichschaltung« der Gewerkschaften. Die Ereignisse um den 2. Mai 1933 in Duisburg, Duisburg 2. Aufl. 1983.

14 Heinrich Davidsen (6.10.1891–2.7.1963) war seit 1920 Angestellter im Deutschen Transportarbeiter-Verband (seit 1923: Deutscher Verkehrsbund) in Swinemünde und Vorsitzender des Gewerkschaftskartells, seit 1928 Sekretär der Reichsabteilung Seeleute in Hamburg, 1932 in Berlin Leiter der Reichsabteilung Seeschiffahrt und Hochseefischerei, Mai 1933 Entlassung und Arbeitslosigkeit, an der Verteilung illegaler Publikationen beteiligt, März 1934 verhaftet und nach Verurteilung im November 1934 zu zwei Jahren Gefängnis wegen Vorbereitung zum Hochverrat bis Dezember 1936 in Haft, ab Juli 1937 wieder erwerbstätig, 1945 an der Wiedergründung des Gesamtverbandes in Hamburg beteiligt, Leiter der Bezirksverwaltung Nordwest, 1947 Hauptvorstandsmitglied der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr in der Britischen Besatzungszone, 1949 im Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV und Leiter des Bezirks Hamburg sowie Vorsitzender des DGB-Bezirks Hamburg, seit 1953 Pensionär.

15 Biographische Angaben wurden nicht ermittelt.

dabei versprach ich, daß entweder ich oder sonst jemand innerhalb eines Monats zurückkäme, um weitere Hilfe zu bringen, denn es ist so gut wie unmöglich, unter den jetzigen Umständen Geld nach Deutschland zu schicken. Es muß gebracht werden.

Auf die vorsichtig gestellte Frage, ob eine Möglichkeit bestünde, wieder Verbindung mit verschiedenen Gruppen aufzunehmen, erwiderte *Rudolph*, er sei gegen Vergütung der Reisekosten bereit, hauptsächlich die Rheinhäfen zu besuchen, wohin[16] er die besten Beziehungen hat und wo er unter den Arbeitern treue Kameraden hat, die ihn nicht verachten werden, obgleich natürlich starke Enttäuschung herrscht über die von der Bewegung an den Tag gelegte Untätigkeit und Unschlüssigkeit, wofür in erster Linie den Hauptvorständen Vorwürfe gemacht werden.[17] Es ist aber nicht so, daß man mit *allen*[18] Führern abgetan hat. Fest steht aber, daß man auf die Emigranten nicht hört. Von denjenigen, welche sich, wie man zu sagen pflegt, in Prag oder sonstwo in Sicherheit befinden, will man keinen Rat annehmen, noch dieselben unterstützen. Ich versprach *Rudolph*, sein Anerbieten bezüglich des Besuches der Rheinhäfen in meinem Berichte zu erwähnen. Nach einem Gespräche von etwa 6 Stunden verließ ich *Rudolph*. Er war beim Abschied viel munterer, als er mich empfangen hatte.

Am folgenden Morgen traf ich an einer vorher über Danzig mit ihm vereinbarten Stelle H[ans] *Jahn*[19], früheres Mitglied des Hauptvorstandes und Agitator des Einheitsverbandes, der auf allen Kongressen der ITF in den vergangenen Jahren anwesend war, der uns einige Male geschrieben und den Wunsch zum Ausdruck gebracht hat, nach Amsterdam zu kommen, um einen Aktionsplan für Deutschland auszuarbeiten. Er konnte aber kein Visum bekommen (ohne den vorgeschriebenen Sichtvermerk im Paß darf kein Deutscher sein Land verlassen), weil man annahm, er wolle sich zur Beiwohnung am Kongresse der S[ozialistischen]A[rbeiter-]I[nternationale] nach Paris begeben.[20]

Ich ging mit ihm nach seiner Wohnung in Ruhleben, wo ich gerade SA- und Arbeitsdiensttruppen bei ihren militärischen Übungen beobachten konnte.

Das Schicksal unserer Eisenbahnerorganisation ist bereits ausführlich besprochen worden. [Franz] *Scheffel*, [Hermann] *Jochade* und [Lorenz] *Breunig* sind beiseite gesetzt worden,[21] sie gingen im April [1933] mit einem schönen Gedenkpfennig und einem Gehalt bis Ende des Jahres ab. Die anderen blieben. Sie hißten vor dem 1. Mai eigenhändig die Hakenkreuzflagge, doch all das konnte nicht verhindern, daß das Gebäude am 2. Mai besetzt wurde. Nach wenigen Monaten wurden die verschiedenen Führer, einer nach dem anderen, ohne jede Entschädigung entlassen; sie erhielten nur ihr Feriengehalt ausbezahlt.

Jahn erzählte mir[22], daß er verzweifelte Versuche unternommen hat, die deutsche Gewerkschaftsbewegung zur Aktivität anzuspornen. Er hat sogar vorgeschlagen, die ITF zu bitten, jemanden nach Moskau zu senden, um zu versuchen, eine Einigung zustande zu bringen. Ferner hat er sich erbötig gezeigt, sich mit dem ganzen Barvermögen der Organisation aus dem Staube zu machen, *Scheffel* und Konsorten sollen aber stets der Auffassung gewesen sein, daß die Nazis alles ordnungsgemäß vorfinden müßten, wenn sie kommen. *Jahn* hat ausgerechnet, daß den Nazis an Geld, Gebäuden

16 In der Vorlage: womit.
17 Rudolph war bis 1920 Bevollmächtigter des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes in Duisburg und Vorgänger von Julius Birck. Vgl. Dzudzek, Gleichschaltung (Anm. 13), S. 15.
18 In der Vorlage unterstrichen.
19 Zu Hans Jahn vgl. eingehend dessen Selbstdarstellungen in Dok. 75, 86, 90.
20 Vgl. auch den Bericht von Jahn für die Jahre 1933–1936, vom 15.12.1936 (Dok. 75).
21 Zum Rücktritt von Scheffel, Jochade und Breunig am 29.3.1933 vgl. Dok. 54 Anm. 3.
22 Vgl. zum folgenden auch den Bericht von Jahn (Anm. 20).

und anderem Besitz der modernen Arbeiterbewegung RM 2.626.000.000 in die Hände gefallen sind und damit bezahlen sie jetzt ihre Feste.

Über *Scheffel* sprechend sagte *Jahn*, daß dieser infolge der Ereignisse vollkommen gebrochen sei und daß man kein verständiges Wort mehr mit ihm reden könne. Da auch *Jochade* dasselbe mir gegenüber geäußert hatte, habe ich es unterlassen, *Scheffel* einen Besuch abzustatten.

Jahn erzählte mir ferner, er sei im Begriffe, über ganz Deutschland ein Netz von Verbindungen anzulegen. Eine große Anzahl früherer Funktionäre, die bei anderen Vorstandsmitgliedern vergeblich angeklopft hatten, suchten dann bei *Jahn* Zuflucht. Diese Mitteilungen stimmten im großen und ganzen mit denjenigen *Jochades* überein! Da diese beiden nie große Freunde gewesen und es jetzt auch noch nicht sind, nehme ich an, daß *Jahns* Mitteilungen richtig sind. *Jahn* geht wie *Rudolph* stempeln, seine Wartezeit ist aber noch nicht abgelaufen, sodaß er noch keine Unterstützung erhält.

Seinerzeit hat der Einheitsverband eine Anzahl Wohnungen bauen lassen, die jetzt nach und nach geräumt werden müssen, weil die jetzigen Mieter die monatliche Miete von RM 80.- nicht mehr aufbringen können und weil Nazis darin untergebracht werden sollen. Es ist äußerst schwierig, eine andere Wohnung zu mieten, denn mit der Referenz »von Beruf ehemaliger Gewerkschaftsführer« bekommt man nichts. Es gibt eine schwarze Liste mit mehreren tausend Namen; alle diese Leute sind für vogelfrei erklärt und auf dieser Liste stehen natürlich auch die bekanntesten Gewerkschaftsführer.

Jahn ist Vertreter einer österreichischen, nicht gleichgeschalteten Versicherungsgesellschaft; Hauptvertreter ist ein früheres Vorstandsmitglied des Eisenbahnerverbandes, [Ludwig] *Steinberg*[23], später Polizeikommissar in Frankfurt a[m]/M[ain]. In seiner Eigenschaft als Vertreter dieser Gesellschaft (*Jahn* hat vom Verbandsbüro ein großes Adressenverzeichnis[24] und andere Papiere mitgenommen) suchte er nun im Lande Verbindungen, er stellte hier und dort Agenten an und hoffte, auf diese Weise die Verbindungen zu unterhalten. Er hatte ein paar hundert Mark erspart, konnte also noch einige Monate leben, er hatte aber nicht im Sinne, seine Wohnung zu verlassen. Die Miete konnte er nicht mehr bezahlen und wenn es nicht anders ginge, würde er sich heraussetzen lassen. Seine Arbeitslust hatte er nicht verloren, er war damit beschäftigt, die Geschichte der Organisation zu schreiben und brauchte davon nur noch den letzten Teil zu machen.

Er war, wie *Rudolph*, der Auffassung, daß auf jeden Fall dafür gesorgt werden müsse, daß die vorhandenen Verbindungen nicht unterbrochen werden, daß man den Kame-

23 Zu den Kontakten von Ludwig Steinberg vgl. die Hinweise in Dok. 21. Die Verbindung zwischen Jahn und Steinberg und die Funktion der Vertretertätigkeit für Reisen und vielfältige Besuche verschiedener ehemaliger Gewerkschaftsführer waren der Gestapo nicht unentdeckt geblieben, die diese Verbindungen beobachtete, aber im März 1934 auf eine Festnahme der vor allem in Berlin operierenden Berliner Gewerkschafter verzichtete, »da der Anschluß an die im Reiche arbeitenden Verbände noch nicht vollständig ist.« Umgekehrt war Jahn die Kontrolle der Gestapo bewußt. Gestapa, Notiz, vom 9.11.1933; dass., vom 6.3.1934 (Zitat); dass., vom 21.11.1936 betr. Abschrift eines Berichts aus der Berliner Miles-Gruppe, über ein Gespräch zwischen Zech und Jahn, der am 4.10.1935 mit anderem Material am Müggelsee gefunden wurde (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 301, Bl. 73; St. 3/400, Bl. 18; St. 3/297 Bl. 184). Vgl. auch den Bericht von Jahn für die Jahre 1933–1936 (Anm. 20). Jahn wechselte mehrmals seine Vertretungen. Anfang März 1934 war er nach Angaben der Gestapo bereits für die Firma Leinert und Brey GmbH tätig, die formal auf die Namen der beiden ehemaligen SPD-Reichstagsabgeordneten angemeldet war und die mit Haushaltsgegenständen handelte. August Brey (1.8.1864–28.7.1937) war bis 1931 1.Vorsitzender des Fabrikarbeiterverbandes gewesen und stand 1934 im 70. Lebensjahr. Vgl. zu Jahn mit abweichenden Angaben Esters/Pelger, S. 39 Anm. 24.
24 Vgl. hierzu Dok. 69.

raden immer und immer wieder Mut und Vertrauen auf die Zukunft einflössen müsse; er habe auf diese Weise in Berlin auf allen wichtigen Stationen, in den Werkstätten und Depots, nachdem er die Leute wiederholte Male ausgesiebt hatte, einige Vertrauensmänner gewinnen können, die ihn informieren.

Die neue Eisenbahnerorganisation erhebt einen Beitrag von 4% des Lohnes, der bei der Lohnzahlung in Abzug gebracht wird.[25]

Viele Kameraden seien von weit her per Fahrrad oder zu Fuß zu ihm gekommen; er hat ihnen eine kleine Unterstützung gegeben, obgleich er selber fast nichts mehr hatte. Für solche Fälle habe ich RM 50.- bei ihm hinterlassen. Er erzählte mir dann noch, daß er eine Quelle habe, welche ihn über die von der Polizei zu ergreifenden Maßnahmen informieren könne.[26]

Wenn jemand in Deutschland illegal arbeiten will, muß er sich fern von seiner Familie halten, d.h. woanders hinziehen und nicht stempeln gehen. Als ich *Jahn* fragte, wieviel Geld seines Erachtens nötig sei, um einen regelrechten Informationsdienst einzurichten, wodurch die ITF über alles, was im Lande vorgeht, unterrichtet werden kann, erwiderte er, es dürften zu diesem Zwecke RM 300.- monatlich erforderlich sein.

Schließlich vereinbarte ich mit *Jahn*, er solle, bevor er die Reise nach Holland unternimmt, auf nähere Nachricht von uns warten; auf jeden Fall solle er versuchen, seinen Sichtvermerk zu bekommen und falls ihm dies nicht gelingen sollte, könnten wir ihn vielleicht heimlich über die Grenze bringen.

Nach dem Besuch bei *Jahn*, der einige Stunden gedauert hat, begab ich mich wieder zu *Jochade*, den ich von meinem Kommen in Kenntnis gesetzt hatte. Ich stellte fest, daß *Jochade* tatsächlich bis Ende des Jahres Gehalt ausgezahlt bekommen hat. Bei *Rudolph*, *Jahn*, *Scheffel* und Konsorten hat man Haussuchung vorgenommen, *Jochade* aber blieb, wie schon bereits bemerkt, davon verschont. Da man aber nicht weiß, was einem noch bevorsteht, wollte sich *Jochade* möglichst einschränken, weil er eine Miete von RM 75.- auf die Dauer nicht erschwingen kann. Da er aber keine andere Wohnung finden kann und er an seine Gemeinde gebunden ist, weil er in der Nähe ein Stückchen Land hat, müßte er ein billiges Häuschen bauen lassen, womit auch wieder alle möglichen Schwierigkeiten verbunden sind. *Jochade* machte mir den Eindruck, daß er sehr enttäuscht ist, und er wollte seine kommenden Jahre so ruhig wie möglich verbringen. In 2 Jahren hätte er sich pensionieren lassen können, nun dürfte aber alles verloren sein. Ein anderer erschwerender Umstand ist, daß er Geld im Konsumverein stecken hat, von dem er aber nur sehr wenig ausbezahlt erhält, weil es auch mit dieser Einrichtung sehr schlecht steht. Sparkassen und Konsumvereine dürfen fast kein Geld ausbezahlen.

Noch schwerer wurde *Scheffel* vom Schicksal heimgesucht; sein Bankkonto haben die Nazis blockiert und von seinem Geld bekommt er nur ganz spärliche Portionen zugeteilt, wovon er kaum sein Leben fristen kann. *Scheffel* hatte die Absicht, sich ganz aus der Bewegung zurückzuziehen, er hatte gegen eine Anzahlung ein Häuschen gekauft, als aber die Verkäuferin seinen Scheck bei der Bank vorzeigte, wurde ihr mitgeteilt, sein Konto sei beschlagnahmt, sodaß er jetzt in seiner teuren Wohnung bleiben muß.

[Matthäus] *Herrmann*[27], der Nachfolger *Scheffels*, Mitglied des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahngesellschaft, in Nürnberg wohnhaft, wurde im Konzentrationslager Dachau untergebracht. Sofort nach seiner Freilassung erlaubte er sich abfällige

25 Gemeint ist der von der DAF einverleibte Einheitsverband.

26 Diese »Quelle« wurde nicht ermittelt.

27 Matthäus Herrmann war am 29.3.1933 als Nachfolger von Franz Scheffel 1. Vorsitzender im Einheitsverband der Eisenbahner geworden.

Bemerkungen über die Hitlerregierung, worauf er wieder ins Konzentrationslager geschafft wurde. Man wußte nicht, wie es seiner Familie geht.

[Richard] *Hölzcker*[28], Kassierer des Einheitsverbandes, wurde wiederholt streng verhört, es konnte ihm aber in Verbindung mit der Verwaltung der Kasse nichts zur Last gelegt werden. Die Beleidigungen aber, welche er sich von den Nazis gefallen lassen mußte, hatten eine solche Auswirkung auf ihn, daß er einige Tage an sich selber irre wurde und herumschweifte. Inzwischen erholte er sich wieder, er hat aber, wie alle anderen, mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen.

Alle Vorstandsmitglieder der Eisenbahnerorganisation, [Karl] *Blaß*, [Franz] *Apitzsch*[29] u.a., die ich nicht kenne, sind finanziell so gut wie am Ende ihres Lateins.

Am dritten Tage begab ich mich mit der Bahn nach Stettin, um den bekannten Leiter der Seemannsabteilung des Gesamtverbandes, [Wilhelm] *Voß*[30], der uns viele Adressen geschickt hatte und über wertvolle Schriftstücke verfügte, zu besuchen. Leider traf ich ihn zuhause nicht an, weshalb ich mich nach seiner Rückkehr nur verhältnismäßig kurze Zeit mit ihm habe unterhalten können.

Voß legte nicht die Hände in den Schoß, sondern er verschaffte sich eine Vertretung in Halsketten. Er ist erst seit kurzem in Stettin, wo die Nazis nicht so arg gehaust hatten, tätig, und daher nicht so bekannt. Von seiner Wohnung sind zwei Zimmer vermietet und dadurch kann er seine eigene Miete bestreiten. Bei ihm wurde auch keine Haussuchung vorgenommen. Durch die Vertretung kann er Norddeutschland bereisen und so an den verschiedenen Orten auch Kameraden besuchen, welche noch treu zur alten Fahne stehen.

Geld wollte er keines von mir annehmen. Er werde versuchen, sich bis zum Ende des Jahres durchzuschlagen. Er hatte sich ein Eisenbahnabonnement genommen und stellte überall Untervertreter an.

Es war seine Absicht, zusammen mit *Rudolph* zu arbeiten, dieser konnte aber, wie bereits bemerkt, keinen Gewerbeschein erlangen.

Mit dem Artikel kann natürlich nicht viel verdient werden; im Gegenteil, im Augenblick kann er nicht mal seine Unkosten decken. Er glaubte aber, es sei möglich, überall Verbindungen anzuknüpfen. Er hatte auch Beziehungen zu Seeleuten, die für ihn Briefe mitnehmen wollten, er hielt es aber für besser, daß ihn z.B. ein holländischer Seemann besuchte, dem er das Material, das er besaß übergeben könnte. Ich versprach, daß etwas in dieser Richtung versucht werden würde.

Voß teilte mir auch mit, daß es dem ehemaligen Führer der Hamburger Hafenarbeiter, [Georg] *Hildebrandt*[31], gelungen war, sich einen bescheidenen Wirkungskreis zu verschaffen, der ihm monatlich 150 Mark einbrachte, und daß es bei [Johann] *Dö-*

28 Richard Hölzcker (geb. 29.3.1878) war bis 1927 Angestellter, 1927–1933 Hauptkassierer und Vorstandsmitglied im Einheitsverband der Eisenbahner.

29 Karl Blaß (geb. 4.2.1892) war seit 1920 Sekretär im Eisenbahnerverband bzw. Einheitsverband der Eisenbahner und leitete 1933 als Vorstandsmitglied die Volkswirtschaftliche Abteilung. Franz Apitzsch war als Vorstandsmitglied zuständig für die Tarifabteilung. Vgl. zu Apitzsch Dok. 22.

30 Wilhelm Voß (geb. 7.12.1881) war seit 1911 Angestellter des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes in Hamburg und vor 1933 zuletzt Gauleiter des Gesamtverbandes für Pommern. Nach der Konferenz in Roskilde/Dänemark am 20./21.4.1935 wurde Voß verhaftet und am 19.9.1936 vom Volksgerichtshof in Berlin zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Volksgerichtshof Berlin, Urteil gegen Wilhelm Voß u.a., Nr. 15 J 222/35//2 H 34/36, vom 19.9.1936 (Widerstand als Hochverrat, Microfiche-Ausgabe). Vgl. zur Konferenz in Roskilde und der Rolle von Voß Dok. 64.

31 Georg Hildebrand (23.4.1879–5.4.1951) war 1922 bis 1933 Sektionsleiter der Hafenarbeiter im Verkehrsbund und Bezirksleiter des Gesamtverbandes in Hamburg. Vgl. zu seiner Tätigkeit vor 1933 Hinweise bei Klaus Weinhauer, Alltag und Arbeitskampf im Hamburger Hafen. Sozialgeschichte der Hamburger Hafenarbeiter 1914–1933, Paderborn 1994, S. 269, 271, 301.

ring[32], der wieder in Hamburg wohnt, nicht gerade aufgeschüttet ist, daß er sich aber recht und schlecht durchschlagen kann.

Was die Lage der Pensionierten betrifft, so läßt sich noch nichts darüber sagen, was die neuen Machthaber tun werden. Sie haben die Pensionskasse der Beamten, in der, wie mir mitgeteilt wurde, ein Bestand von 6 Millionen Mark vorhanden war, beschlagnahmt. Neu fällig werdende Pensionen werden nicht gewährt. *Rudolph* z.B. hatte aus Gesundheitsgründen Pensionierung beantragt, seine Anfrage blieb aber unbeantwortet. Wie bereits erwähnt, werden hier und da Vorstandsmitglieder gestrichen, wodurch der Anspruch auf Pension auf Grund der Pensionskassenstatuten automatisch verwirkt wird.

Man sagte mir, *Dörings* Pension sei um 50% gekürzt worden. Außerdem erhält er eine Rente von der Angestelltenversicherung. Daß *Döring* dick im Gelde sitzt, glaube ich nicht. Ich vermute, daß die gesamte Pensionskasse eines schönen Tages aufgehoben oder leergemacht wird. In Berlin gibt es ja keinen Richter mehr.

Von *Voß* und von anderen habe ich gehört, daß [August] *Reitz*[33], Kassierer des Gesamtverbandes, mit anderen, die nach der Beschlagnahmung der Gewerkschaften geblieben waren, eine Abfindung erhalten hat; *Reitz* kaufte sich einen Zigarrenladen, der aber nicht geht, sodaß das darin angelegte Geld ihm nichts einbringt. Wie gesagt, ich hatte nur wenig Zeit, um mich mit *Voß* zu unterhalten. Auch ihm übergab ich M[ark] 50.- zur Unterstützung treuer Kameraden, die sich in Schwierigkeiten befinden, und ich verließ ihn mit dem Versprechen, daß er wieder von uns hören werde. Ich glaube, daß *Voß* jemand ist, der in Norddeutschland arbeiten kann und will, ohne daß dabei für die ITF, vorläufig wenigstens, große Unkosten entstehen.

Über den dritten, früher der ITF angehörigen Verband, nämlich die Heizer und Maschinisten, habe ich nur wenige Informationen einziehen können. Adressen besitze ich keine, man konnte mir auch keine verschaffen. Der Vorsitzende [Hermann] *Klebe*[34] befindet sich in Dänemark, was er uns bis jetzt noch nicht mitgeteilt hat. Wie ich vernahm, konnte er einen beträchtlichen Geldbetrag mitnehmen. Eines der Vor-

32 Johann Döring (21.7.1864–7.5.1951) war seit 1892 in Hamburg gewerkschaftlich tätig, zunächst in der Lokalorganisation »Verein der in Hamburg beschäftigten Schauerleute von 1892«, seit 1897 Vorsitzender der Hamburger Schauerleute im Verband der Hafenarbeiter Deutschlands, 1898 Vorsitzender des Verbandes der Hafenarbeiter, 1910 stellvertretender Vorsitzender im neugebildeten Deutschen Transportarbeiter-Verband, seit 1903 Mitglied des Zentralrats der ITF und 2. Vorsitzender, nach dem Ersten Weltkrieg 1919 Wiederwahl und bis 1930 2. Vorsitzender des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes bzw. des Deutschen Verkehrsbundes, der sich am 9.10.1929 mit dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und dem Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter zum Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs zusammenschloß, 1920–1932 Mitglied im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, 1920–1932 Mitglied im Generalrat und Exekutivkomitee der ITF, seit 1930/32 Pensionär, nach 1933 illegale Kontakte zur ITF.

33 August Reitz (7.4.1885–21.2.1969) war 1910–1914 Kassierer im Deutschen Kraftwagenführerbund, 1914–1917 Militär, 1919/20 2. Betriebsratsvorsitzender der Daimler'schen Motorenwerke in Stuttgart, 1918–1920 Bezirksleiter für Württemberg und Baden im wiedergebildeten Deutschen Kraftwagenführer-Verband, 1919/20 Anschluß seiner Organisation an den Deutschen Transportarbeiter-Verband, seit 1920 Reichsabteilungsleiter, 1932/33 besoldetes Vorstandsmitglied (Hauptkassierer) im Gesamtverband, Mai 1933 verhaftet, 1933–1937 Einzelhandelstätigkeit, 1937–1945 beschäftigt bei Daimler-Benz in Berlin-Marienfelde, nach 1945 SPD, ab 1946 SED, ab April 1946–1963 im Bundesvorstand des FDGB, 1946–1952 als Hauptkassierer, 1952–1958 Zentrale Revisionskommission im FDGB.

34 Hermann Klebe (geb. 16.8.1878) war von 1919–1933 Vorsitzender des Maschinisten- und Heizerverbandes. Vgl. auch Dok. 35.

standsmitglieder, die mit uns ständig in Verbindung waren, [Carl] *Balleng*[35], Schwiegersohn von *Klebe*, ist im Konzentrationslager, wie man zu wissen glaubte, weil er einen internationalen Briefwechsel führte und so bei der sog[enannten] Greuelpropaganda im Auslande mitgemacht habe. Die Maschinisten und Heizer waren nur zu einem geringen Bruchteil der ITF angeschlossen. Sie hatten eine eigene Internationale.

Sollten diese Betrachtungen über den Rahmen dieses Berichtes hinausgehen, so darf ich nicht versäumen, auch über die Besprechungen zu berichten, welche ich mit allen, die ich besuchte, ja mit allen, welche ich sprach, über die heutige Situation und die künftige Entwicklung in Deutschland hatte. Am besten scheint mir, *Rudolphs* Auffassung wiederzugeben, die sich mit derjenigen der anderen Kameraden ziemlich deckte und die gerade deshalb als sachlich anzusehen ist, weil bei ihm die Not unmittelbar vor der Türe steht. Daß sozialistisch gesinnte Arbeiter zum Faschismus überlaufen, darf nicht angenommen werden. Im Gegenteil. Denn unter der neuen Regierung ist die Not noch mehr gestiegen, wenn auch der faschistische Propagandadienst nur optimistische Berichte lanciert. Wenn die Zeit des Festefeierns vorbei ist, und damit muß es doch auch einmal ein Ende haben, dann kommt die große Ernüchterung, auch unter den Anhängern und Duldern von *Hitler*.

Außer Zweifel steht aber, daß *Hitler* einen gewaltigen Machtapparat zu seiner Verfügung hat. Sich dagegen zu widersetzen wäre zwecklos, denn jeder Versuch dazu würde im Keime erstickt. Während überall versucht werden muß, besonders in den lebenswichtigen Betrieben, Anknüpfungspunkte herzustellen und sich im angedeuteten Sinne unter den Arbeitern zu betätigen, muß der Widerstand auf ökonomischem Wege eingeleitet und durchgeführt werden.

Die Löhne sind niedrig. Sie sinken noch immer und werden weiter gesenkt, ohne daß die Arbeiter dazu auch nur das geringste zu sagen hätten. Überdies wird zugunsten der vielerlei Kassen, der Propaganda, zur Finanzierung der Feste, Geschenke und Gedenkzeichen, auf alles, was arbeitet, ja selbst auf die Erwerbslosen, ein Raubzug unternommen, der nur schmollend ertragen wird. Der Betriebsrat oder die NSBO-Zelle beschließt einfach, daß so und soviel abgezogen wird, und wehe demjenigen, der es wagte, sich dagegen zu wehren! Er wird auf diese Art und Weise entfernt, wie schon so viele in öffentlichen und privaten Betrieben das Feld für Nazis räumen mußten. Das einzige Gute dabei ist, daß durch diese Günstlingswirtschaft der Zusammenbruch beschleunigt wird.

Dem möchte ich noch hinzufügen, daß auch *Voß* einen gewaltmäßigen Widerstand im jetzigen Augenblick für unmöglich hält. Auch er rechnet mit einem wirtschaftlichen Zusammenbruch.

Im Stettiner Hafen hat man ebenfalls sozialistische Hafenarbeiter entfernt und Nazis an ihre Stelle gesetzt, worüber die Arbeitgeber am allerwenigsten erfreut sind, denn die Arbeit war viel schlechter und teurer als zuvor. Diese hatten also schon genug vom Nazisieg.

Nach jedermanns Überzeugung geht Deutschland einem sehr schweren Winter entgegen. Dessen sind sich auch die Nazis bewußt und der Beweis dafür ist, daß [Joseph] *Goebbels* eine Unterstützungsbewegung eingeleitet hat, wodurch verhindert werden soll, daß im kommenden Winter Hunger und Kälte herrscht. Natürlich ist es Unsinn, anzunehmen, man könne mit dem Ergebnis einer solchen Unterstützungsbewegung Hunger und Kälte trotzen. Kennzeichnend ist daher, daß *Goebbels* in einer Rede, gehalten vor seiner Abreise nach Genf, sich dahin äußerte, daß Deutschland am

35 Zu Carl Balleng (geb. 21.11.1899), der vor 1933 dem Vorstand des Maschinisten- und Heizerverbandes angehörte, vgl. die kritische Darstellung in Dok. 35.

Rande des Abgrundes stünde. Diesen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu fördern muß die Aufgabe der internationalen Arbeiterschaft sein, denn er bedeutet den Sturz des Hitlerregimes.

DOKUMENT 59

Ende 1933: Hinweise zum Verhalten in der Illegalität

Abgedruckt in: Fritz Eberhard, Arbeit gegen das Dritte Reich, Berlin 2. Aufl. 1980, S. 31–34. Druck.[1]

»Willst du gesund bleiben?«[2]

Deutsche Arbeiter und Angestellte, Kollegen![3]

Wir wandten uns in einem unserer Flugblätter an euch mit der Feststellung: Die Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung sind vernichtet, aber die Bewegung lebt.[4] Wir riefen euch auf, die Reihen neu zu schließen. Heute geben wir euch eine Sammlung von Richtlinien zum Aufbau einer neuen Arbeit. Wem sie allzu nüchtern und zu wenig schwungvoll erscheinen, dem sagen wir im voraus: Das Werk, zu dem Leidenschaft uns treibt, kann nur gelingen, wenn wir das Äußerste an Besonnenheit aufbieten. Besonnenheit erscheint freilich leicht als nüchtern und schwunglos; aber doch nur, wenn man ihren Grund nicht kennt. Und vor allem: Besonnenheit ist etwas ganz anderes als Feigheit. Unsere Richtlinien sind gerade nicht für Feiglinge geschrieben. Wir wenden uns an die Einsichtsvollen unter den Mutigen. Wir wollen ihnen beim eigenen – sicher längst begonnenen – Kampf gegen Nachlässigkeit, Unachtsamkeit und Unbesonnenheit helfen. Denn das sind die schlimmsten Feinde unserer Wiederaufbauarbeit, gefährlichere als die Faschisten selber.

1 Weitere Quellenangaben fehlen. Das Flugblatt ist ferner abgedruckt in: Esters/Pelger, Dok. 20, S. 156–159, die ohne weitere Hinweise das IISG in Amsterdam als Fundort benennen. Die Unterstreichungen und Hervorhebungen im Text entsprechen den Vorlagen bei Eberhard und Esters/Pelger.
Eine genaue Zuordnung des Flugblattes ist nicht möglich. Eberhard selbst bezeichnet sich in einem autobiographischen Bericht als Verfasser des Textes, zu dem anschließend Edo Fimmen die Überschrift formuliert habe. Eberhard, Arbeit, S. 16. Hans Jahn sprach in seinem Bericht für die ITF über die Jahre 1933–1936 vom 15.12.1936 (Dok. 75) von dem Flugblatt als einem der ersten Schulungsmaterialien für die illegale Arbeit in Deutschland. Inhaltlich stehen die Richtlinien ganz in der Linie der sozialdemokratischen, freien Gewerkschaften. Vgl. auch den Abschnitt zu Deutschland im Protokoll der Sitzung des Exekutivkomitees der ITF vom 20./21.11.1934 (AdsD, ITF, Mappe 23). Esters/Pelger, S. 60 Anm. 57, nennen ohne Beleg als Autor Hellmuth von Rauschenplat [d.i. Fritz Eberhard] (2.10.1896–29.3.1982) von der ISK, die das Flugblatt gemeinsam mit der ITF vertrieben habe. Lemke-Müller, Ethischer Sozialismus, S. 103, ordnet das Flugblatt als »Kollektivarbeit mehrerer ISK-Genossen« ein, das über die ITF vertrieben worden sei. Zur zeitlichen Einordnung vgl. den Hinweis auf das Flugblatt vom Sommer 1933 (Dok. 57) sowie Abschnitt 8) des Flugblattes, in dem eine verdeckte Kooperation mit dem ISK angesprochen wird. Hans Jahn nennt in seinem Bericht für die Jahre 1933–1936 (Dok. 75) das Flugblatt »Willst Du gesund bleiben« vor dem »Sofortprogramm« vom Frühjahr 1935 (Dok. 62). Der Internationale Metallarbeiter-Bund berichtete im November 1933 über dieses Flugblatt und charakterisierte es als »ziemlich verbreitet, zum Teil gute Anweisungen, zum Teil schädlich, soweit zu starke politische Exponierung darin verlangt wird.« Bericht über die Lage in Deutschland, Ende November 1933, S. 14 (AdsD, DGB-Archiv, IMB, Nr. 2009). Zur Verbindung von ISK und ITF vgl. auch Dok. 82; Foitzik, Zwischen den Fronten, S. 85f., S. 266; Link, Geschichte, S. 177f.
2 Die Zeile ist in der Vorlage durch eine größere Schrift hervorgehoben.
3 Ebd.
4 Vgl. das Flugblatt »Deutschland Erwache« vom Sommer 1933 (Dok. 57).

Damit dies Blatt wirklich eine Hilfe ist, fordern wir dich auf, Kollege, der du es studierst: Überlege beim Lesen jedes Punktes, ob du dich bisher den Richtlinien gemäß verhalten hast. In welchen Fällen nicht? Hattest du da einen guten Grund für ein anderes Verhalten? – Richtlinien, die das unter allen Umständen Richtige raten, können wir natürlich nicht geben! – Oder hast du bisher nicht vorsichtig genug gearbeitet? – Heb dir dies Blatt nicht auf. Aber merk dir genau, welche Richtlinien dir noch nicht in Fleisch und Blut übergegangen sind und bitte einen vertrauten Kollegen, dich an deren Einhaltung immer wieder zu erinnern (am besten regelmäßig, etwa alle 14 Tage) – so lange, bis du sie ganz in dich aufgenommen hast. Leiste du ihm den selben Dienst. So könnt ihr euch gegenseitig schulen und eure Arbeitskraft erhöhen.

Noch eine Bitte vorweg: Ergänze diese Richtlinien im Kreise vertrauter Kollegen; wir können begreiflicherweise nicht alle Ratschläge drucken, die wir zu geben haben.

1.) Sei nicht schwatzhaft[5], auch nicht gegenüber Verwandten, auch nicht gegenüber dem Gatten oder Verlobten. – Du kennst das Wort: »Der trinkende Arbeiter denkt nicht.« Wir fügen hinzu: »und schweigt nicht«. Laß jede Ruhmredigkeit! Heute kann man in Deutschland von fast allen tätigen Kollegen genau erfahren, was ihre Organisation beziehungsweise deren Reste leisten. Man braucht sie nur etwa anzureden: »Das hat mich aber sehr enttäuscht, daß ihr nichts unternehmt.« Dann erzählen sie einem bereitwillig alles, was sie unternommen haben und planen.

2.) Vorsicht vor Spitzeln![6] Wände haben Ohren. In Treppenhäusern schweige grundsätzlich. Wenn nicht ungewöhnliche Fälle vorliegen, sollte nur die persönliche Einführung durch einen Bekannten als Ausweis genügen. Wer nur mit einem schriftlichen Ausweis zu dir kommt, den behandele zunächst ziemlich fremd, stelle ihm Kontrollfragen. Wer ein altes oder gar ein neues Mitgliedsbuch einer sozialistischen Organisation vorzeigt, den behandele als einen Spitzel.

3.) Benimm dich unauffällig:[7] Mache es allen Fremden schwer, dich als Gegner des Faschismus zu erkennen. Passe die Kleidung der Umwelt an, in der du dich bewegst. Flüstere nicht geheimnisvoll, wenn Fremde es merken können. Schreibe nicht stundenlang auf der Maschine, vor allem nicht bei Nacht. Sorge dafür, daß an keine Adresse mehr Briefe gehen, als für ihren Inhaber normal erscheinen kann. Besondere Vorsicht bei Auslandspost, Eilbriefen und Telegrammen. Deckadressen möglichst oft wechseln. Verschenke keine Bilder von dir. Achte darauf, daß auf alten Bildern keine Parteiabzeichen sichtbar sind.

4.) Vermindere von vornherein die Gefahr von Haussuchungen und Durchsuchungen:[8] Behalte Adressen möglichst im Kopf. Telefonnummern notiere überhaupt nicht: du kannst sie ja in einem Telefonbuch nachschlagen oder bei der Auskunft erfragen. – Lege keine Reliquiensammlung an. Weg mit alten Briefen, Bildern, Zeitungen und Broschüren! In einer westdeutschen Stadt hat eine liebevoll verpackte Reichsbannertrommel ihren Besitzer ins Konzentrationslager gebracht! – Wenn du wirklich etwas aufheben mußt, dann merke dir die Stelle gut, an der du es versteckt hast; sonst kommst du in die peinliche Lage, beim Drohen mit einer Haussuchung erst selber eine langwierige Haussuchung vornehmen zu müssen.

5.) Vorsicht beim Literaturvertrieb:[9] Aktenmappen sind kein geeigneter Behälter für illegale Literatur. Trage verfängliches Material möglichst lose in der Tasche, damit du es im Gefahrfall unauffällig wegwerfen kannst. Flugblätter kannst du auch verschluk-

5 Dieser Satz ist in der Vorlage kursiv.
6 Ebd.
7 Ebd.
8 Ebd.
9 Ebd.

ken, wenn du nicht zuviel bei dir hast. (Üben!). – Mache aus der Verteilung keinen Sport. Jedes ordentliche Flugblatt, jede gute Broschüre soll viele und aufmerksame Leser finden. Das mehr oder minder wahllose massenhafte Verteilen kommt im gegenwärtigen Stadium unserer Arbeit noch nicht in Frage.

6.) Vorsicht bei Zusammenkünften:[10] Die Teilnehmerzahl sollte im allgemeinen 5–10 nicht überschreiten. Nicht regelmäßig am selben Wochentag zur selben Stunde am selben Orte zusammenkommen. Keine Fahrradanhäufung! Nicht gleichzeitig, sondern in vorher verabredeten Abständen kommen und gehen. Zu Beginn über einen der Polizei plausiblen Zweck verständigen. – Versammlungen sind keine Gelegenheiten, um illegale Literatur zu verteilen oder auszutauschen. Verabrede dafür andere Treffpunkte und -zeiten; gib der Bequemlichkeit nicht nach! – Ehe du zu einer Zusammenkunft gehst, nimm alles heraus aus deinen Taschen, was nicht entweder völlig harmlos oder zur Zusammenkunft dringend notwendig ist; behalte möglichst kein, aber jedenfalls nicht mehr illegales Material bei dir, als du verschlucken oder rasch verbrennen kannst (vorbereiten!). Taschen nicht zu selten gegenseitig kontrollieren. – Die Unterhaltung ist im Versammlungsraum zu Ende. Auf der Straße kann man sich über das Wetter und die Tüchtigkeit der Polizei unterhalten. Nicht vor der Haustür spazieren gehen, weder vor, noch nach der Versammlung.

Bedenke: alle solche Vorsichtsmaßregeln dienen nicht nur der Erhaltung deiner Freiheit und deines Lebens, sogar nicht nur der Erhaltung deiner politischen Arbeitskraft. Sie sind die Voraussetzung auch für das Gelingen der Arbeit deiner Freunde. Durch jede Unachtsamkeit gefährdest du sie mit oder legst ihre Arbeit lahm.

7.) Wie ist der Wiederaufbau einer sozialistischen Arbeit möglich?[11] – Erörtere bei jeder Gelegenheit im Betrieb alles, was mit dem Betrieb zusammenhängt, auch mit anscheinend politisch Indifferenten, auch mit NS, stets unter dem Gesichtspunkt: Haben die NS in der Regierung gehalten, was sie versprochen haben? Erörtere die Richtigkeit von Zeitungsmeldungen, besonders wenn deine Kollegen sie aus eigener Erfahrung nachprüfen können. – So kannst du Kreise von Interessierten schaffen.

Mache selber im Betrieb keine unnötigen Konzessionen. Im Fall von »freiwilligen« Spenden berufe dich auf die Freiwilligkeit. Weiche wirklich nur der Gewalt! Frage wie eine mutige Kollegin in einer mitteldeutschen Großstadt den Meister und dann den Betriebsleiter: »Werde ich entlassen, wenn ich nicht zeichne?« Beide antworteten ihr mit Nein, und sie zeichnete nicht. – In mehr Fällen, als viele zunächst denken, kannst du es abschlagen, an Versammlungen und Demonstrationen teilzunehmen. Wie man sich beim Kommiß mit einigem Geschick fast überall drücken konnte, so ist das auch heute möglich, und mit den gleichen Mitteln. Werde im passenden Augenblick krank und schwach, bekomme Fieber und werde bleich. Wenn es gar nicht anders geht, zeige dich gelegentlich bei einem Appell und verdrücke dich nach der Anwesenheitskontrolle. Du bekommmst rasch Nachahmer und sorgst so dafür, daß die wirkliche Stimmung der Arbeiterschaft zu Tage tritt. – Das Entsprechende gilt natürlich auch außerhalb des Betriebes: Wer nicht flaggt, nicht spendet, eine vorübergetragene Fahne nicht grüßt, der hilft die Bahn frei machen für eine freimütige Meinungsäußerung. (Beachte aber: Wer Fahnen nicht grüßt, wer nicht spendet, kann immer noch ein Spitzel sein!). – Wer sich nicht duckt, zu dem finden sich andere, die sich auch nicht ducken wollen. So kannst du einen Kreis von aufrechten Freunden sammeln.

10 Ebd.
11 Ebd.

Sozialistische Kollegen nennen sich gegenseitig diejenigen, auf die man sich verlassen kann. Sieh nicht[12] stets um nach zuverlässigen Menschen. Ermuntere diese, sich weiter umzusehen. Nur so kann eine neue sozialistische Arbeit aufgebaut werden.

8.) Die mündliche Zeitung.[13] Gib verbürgte Nachrichten weiter, aber nur solche. Verbreite unter keinen Umständen unkontrollierte Gerüchte; denn das vermindert das Vertrauen zu dir. Es kann übrigens auch unmittelbar unserer Arbeit schaden: Die Verbreitung des Gerüchts, daß der Kollege X ins Konzentrationslager gebracht wurde, kann hinreichen, um ihn wirklich dorthin zu befördern.

Einige Freunde haben begonnen, monatlich 2–3 Mal auf dünnen Flugblättern wie diesem unter dem Titel »Neue Politische Briefe« Nachrichten zu verbreiten, die in Deutschland schwer oder gar nicht zugänglich sind. Diese Briefe sollen, unter anderem, Material bieten zur Anknüpfung von Diskussionen, auch mit Fernerstehenden, im Betriebe, auf der Straße, in der Stempelstelle, aber auch zur intensiven Diskussion im Kreise vertrauter Kollegen.[14]

9.) Zirkel.[15] Schaffe kleine Zirkel, die sich intensiv über die Lage und die einzelnen Möglichkeiten der neuen sozialistischen Arbeit aussprechen. Zieh in diesen Zirkel nur Menschen, die mehreren in Zirkeln bereits tätigen Kollegen gut bekannt sind und die von ihnen empfohlen werden. In einen Zirkel sollte keiner aufgenommen werden, wenn auch nur ein Zirkelmitglied dagegen Widerspruch erhebt. Es ist besser, zehn wirklich gute Kollegen arbeiten außerhalb der Zirkel, als daß ein Verräter mehrere Zirkel vernichtet. – Um die Gefahr des Verrats und der Unvorsichtigkeit zu vermindern, bringe neue Mitstreiter zunächst nicht in alte Zirkel.

Zur Sicherung der Arbeit solcher Zirkel seien noch zwei Maßnahmen genannt: Ein Verhafteter kann seinen Freunden meist keine Nachricht über seine Verhaftung geben. Es ist aber wichtig, daß sie bald davon Kenntnis erhalten. Das läßt sich nur dadurch sichern, daß das Ausbleiben einer regelmäßigen Meldung als Signal dient. Vereinbart also, daß jedes Zirkelmitglied sich bei einem anderen in kurzen Abständen (etwa an zwei festgelegten Wochentagen) mündlich, schriftlich oder telefonisch meldet; wenn die Meldung einmal ausbleibt, so ist das das Warnungssignal, das an alle in Frage kommenden Bekannten des Verhafteten weitergegeben werden muß. – Sichert in ähnlicher Weise, daß vom Gegner beobachtete oder sonst gefährdete Wohnungen gemieden werden. Das unter den Zirkelmitgliedern zu vereinbarende Warnungssignal besteht am besten nicht darin, daß irgend etwas ins Fenster oder auf den Balkon gestellt, sondern darin, daß dort etwas weggenommen wird. Im Fall einer Haussuchung kann man unauffälliger einen Packen Wäsche, der unordentlich auf dem Fensterbrett liegt, wegnehmen, als einen Blumentopf dorthin stellen!

10.) Der Sozialismus lebt auch in Deutschland noch. Hilf auch du, an seiner Erstarkung zu arbeiten, und zwar in der Form, die den Umständen und den bisherigen Erfahrungen entspricht.[16] Darauf kommt alles an. Für Mitarbeiter in den Zirkeln ist die strengste Auslese erforderlich. Es kann sich heute nur um die Schaffung eines zuverlässigen Kerns handeln. Das Beispiel der bisherigen von Spitzeln und Verrätern durchsetzten Arbeiterbewegung steht warnend vor uns. Prüfe jeden in Frage kommenden Kollegen darauf hin, ob er zuverlässig ist, ferner ob er bereit und fähig ist, nach

12 Hier liegt möglicherweise ein Schreibfehler vor und ist gemeint: »dich«.
13 Wie Anm. 5.
14 Die »Neuen Politischen Briefe« erschienen unter der Herausgeberschaft des ISK erstmals im Oktober 1933 und von da an alle zwei bis drei Monate bis September 1939. Wegen der mit »Reinhart« [d.i. Willi Eichler] (7.1.1986–17.10.1971) gezeichneten Artikel waren die Briefe bald vor allem als »Reinhart-Briefe« bekannt. Vgl. auch Dok. 57 Anm. 1 sowie Stroech, S. 229f.
15 Wie Anm. 5.
16 Text zwischen »Der Sozialismus« und »entspricht« in der Vorlage kursiv.

den hier gegebenen Richtlinien zu arbeiten. Ungestüme Draufgänger sind im gegenwärtigen Zeitpunkt als Mitarbeiter völlig ungeeignet; sie sind geradezu Handlanger des Gegners. Was wir in den Zirkeln zur mühevollen und langwierigen Wiederaufbauarbeit brauchen, das sind Männer und Frauen mit reinem Willen und mit kühner Leidenschaft, die gebändigt ist durch Besonnenheit.

Es lebe der Sozialismus!
Die Internationalen Berufssekretariate
der Transportarbeiter, der Fabrikarbeiter
und der Privatangestellten.[17]

DOKUMENT 60

März/April 1934: Der kommunistische Einheitsverband ruft zu offenen Aktionen in der DAF und zum Aufbau einer eigenen Organisation auf

Rote Wacht. Reichszeitung des Einheitsverbandes der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer. Publikationsorgan der I.S.H. – International of Seamen and Harbour Workers, 4. Jg., Nr. 1, März-April 1934, S. 1 f. Druck. Überschrift: »Der Tarifvertrag der Seeleute soll zerschlagen werden! Die reaktionäre Seemannsordnung wird noch verschlechtert!« Ohne Verfasserangabe.[1]

Das faschistische Arbeitsgesetz, das zur Knebelung der Arbeiterschaft der Landbetriebe erlassen wurde und von dem die See- und Binnenschiffahrt ausgenommen wurde, soll seine würdige Ergänzung finden durch eine »Änderung der Seemannsordnung«, um damit auch den Seeleuten und Binnenschiffern alle »Segnungen des Dritten Reiches« teilhaftig werden zu lassen. In den Landbetrieben bedeutet das faschistische Arbeitsgesetz die Abschaffung der Tarifverträge und die Verleihung des Rechtes an die Unternehmer, als »Führer ihrer Gefolgschaft« Arbeitsordnungen an Stelle der Tarifverträge zu erlassen. Die Betriebsräte sollen abgeschafft werden, an ihre Stelle soll treten ein »Vertrauensrat« aus Unternehmerknechten.[2]

[...][3]

Seeleute an Bord und an den Heuerstellen! Nehmt Stellung zu dem neuen Anschlag durch eine neue Seemannsordnung. Kämpft gegen neue Verschärfung der Disziplinar-

17 In der Vorlage sind die Verbandsangaben durch größere Schrift und Großbuchstaben hervorgehoben.

1 Für den Abdruck gekürzt. Zu Erscheinungshäufigkeit und -zeitraum der Zeitschrift vgl. Stroech, S. 278f.

2 Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit (AOG), vom 20.1.1934 (RGBl., I, 1934, S. 45–56). Die Herausnahme der Binnen- und Seeschiffahrt stellte keine Besonderheit dar. Auch das Betriebsrätegesetz der Weimarer Republik sah für die Schiffahrt eine Sonderregelung vor. Betriebsrätegesetz, vom 4.2.1920, § 5 (RGBl., I., 1920, S. 147 ff.). Das Arbeitsrecht der Binnen- und Seeschiffahrt war geregelt in: Binnenschiffahrtgesetz, vom 15.6.1895, abgeändert am 20.5.1898 (RGBl., I., 1895, S. 868); Seemannsordnung, vom 2.6.1902 (RGBl., I., 1902, S. 175). Zur Umsetzung des AOG in den »Landbetrieben« vgl. die 12. VO zur Durchführung des AOG: Bildung und Aufgaben von Gesamthafenbetrieben, vom 8.4.1935, in: RGBl., I., 1935, S. 510.

3 Die ausgelassenen Textpassagen beschäftigen sich mit der Entwicklung der Seemannsordnung während der Weimarer Republik und den Forderungen der Reeder in der Zeitschrift »Hansa« vom 17.2. 1934. Nach diesen Angaben forderten die Reeder die Beseitigung der Tarifverträge, die Verschärfung der Disziplinargewalt und die Einsetzung der Reeder als »Betriebsführer«, denen auch die Kapitäne und Schiffsoffiziere untergeordnet waren. Weiterhin referiert der Artikel die neu zu schaffenden Vertrauensräte und die soziale Ehrengerichtsbarkeit aus der Sicht der Reeder.

bestimmungen. Fordert: Hinweg mit den Sonderstrafbestimmungen der Seemannsordnung! Verlangt Aufhebung der alten kaiserlichen Seemannsordnung und Regelung der Heuer- und Arbeitsbedingungen und Bordvertretung durch den Kollektivvertrag.

[...][4]

Schließt Euch zusammen an Bord und an den Heuerstellen! Bildet an Bord Schiffkomitees zur Vertretung Eurer Gesamtinteressen und Menagekommissionen zur Kontrolle der Schwarz- und Sonderlistenvermittlung. Bildet auf allen Schiffen und Heuerstellen Gruppen des Einheitsverbandes der S[eeleute,] H[afenarbeiter,] B[innenschiffer]. Baut die unabhängige Klassengewerkschaft der Wassertransportarbeiter auf. Eine unabhängige Klassengewerkschaft auf einer Massengrundlage, ist die wichtigste Kampforganisation zur Durchsetzung wirtschaftlicher Forderungen. Der Gesamtverband[5] wurde gleichgeschaltet und dann zertrümmert. Der Einheitsverband ließ sich nicht gleichschalten und lebt trotz des gewaltigen Terrors.[6]

Kollegen vom ehemaligen Gesamtverband, unorganisierte Kameraden, schließt Euch zusammen mit den Organisationen des Einheitsverbandes zu einer unabhängigen Klassengewerkschaft der Wassertransportarbeiter. Die »Arbeitsfront«[7] ist keine Gewerkschaft, sondern eine von den Reedern abhängige faschistische Zwangsorganisation. In der Arbeitsfront zwangsweise erfaßte Kollegen, helft auch Ihr mit, die unabhängige Klassengewerkschaft aufzubauen. Gleichzeitig tretet als Opposition in der Arbeitsfront gegen die Nazibonzen auf.[8]

Der Plan einer Verschlechterung der Seemannsordnung muß durchkreuzt werden. Die alte kaiserliche Seemannsordnung muß fallen. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und der Bordvertretung ausschließlich durch Tarifvertrag muß erkämpft werden. Das ist möglich in geschlossener Einheitsfront an Bord und auf den Heuerstellen.[9]

Der 1. Mai [1934] ist der Tag, an dem das faschistische Arbeitsgesetz in Kraft treten soll. Der 1. Mai soll zu einem Tag der Versklavung der deutschen Arbeiter gemacht werden. Zeigt am 1. Mai, dem internationalen Kampftag, Euren Willen, gegen das faschistische Arbeitsgesetz und die Seemannsordnung, für die Regelung der Heuer- und Arbeitsbedingungen durch den Tarifvertrag zu kämpfen.[10]

Demonstriert gegen den Faschismus am 1. Mai.[11]

4 Die ausgelassenen Textpassagen erinnern nochmals an die Auseinandersetzungen um die Seemannsordnung und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen während der Weimarer Republik.

5 D. h. der freigewerkschaftliche »Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs«. Der Gesamtverband war wie die anderen Freien Gewerkschaften am 2.5.1933 besetzt und anschließend der neu gegründeten DAF unterstellt worden. Vgl. hierzu Nachtmann, ÖTV, S. 217–232; sowie Kap. I der Dokumente.

6 Der Einheitsverband war wie die übrigen Organisationen der RGO bereits vor dem 2.5.1933 verboten bzw. in die Illegalität gedrängt worden. Vgl. Dok. 6, 9, 115.

7 D. h. die Deutsche Arbeitsfront (DAF), die am 10.5.1933 gegründet worden war.

8 Das offene Auftreten als Opposition kam einer Selbstauslieferung an die Gestapo gleich. Zu dieser Zielvorgabe der KPD bzw. RGO, unabhängige Organisationen – unabhängige Klassengewerkschaften – aufzubauen, und zur – gescheiterten – Realisierung solcher Forderungen vgl. auch Dok. 56 sowie Kap. V der Dokumente.

9 Zu dieser Politik vgl. auch Dok. 111, 114.

10 Vgl. hierzu auch: »Was bringt die Tarifänderung den Seeleuten?«, in: Rote Wacht, 4. Jg., Nr. 2, Juni-Juli 1934, S. 1 f. Dort wurde zum offenen Auftreten gegen beabsichtigte Veränderungen des Tarifvertrages durch den Treuhänder der Arbeit in der Seeschiffahrt aufgerufen. Zur weiteren Entwicklung der Tarifordnung für die Seeschiffahrt aus der Sicht der KPD vgl. »Der neue Nazitarif. Das alte Elend und schlimmer«, in: ebd., Nr. 34, Dezember 1934, S. 1–3.

11 Inwieweit solchen Aufrufen Folge geleistet wurde, wurde nicht ermittelt. Die Aufforderung, offen als Demonstration aufzutreten, ging an der Realität des Jahres 1934 völlig vorbei.

DOKUMENT 61

Januar 1935: Die Leitung des kommunistischen Einheitsverbandes erläutert ihre Taktik für die illegale Tätigkeit und gegenüber den freigewerkschaftlichen Gruppen

Die Rote Wacht. Reichszeitung des Einheitsverbandes der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer Deutschlands. Publikationsorgan der I.S.H. – International of Seamen and Harbour Workers, 5. Jg., Nr. 1, Januar 1935, S. 3 f. Ohne Verfasserangabe. Für den Abdruck gekürzt.

Wie schaffen wir Gruppen der Freien Gewerkschaften?[1]

Der Artikel: »Der E[inheits-]V[erband] für die Herstellung der Gewerkschaftseinheit« in der Dezember-Nr. der »Roten Wacht«[2] hat zu einer lebhaften Diskussion bei den Seeleuten, Hafenarbeitern und Binnenschiffern geführt. Noch ist diese Diskussion nicht breit genug, und nach den vorliegenden Berichten gab es auch noch verschiedene Unklarheiten. – Es sollen darum einige aufgeworfene Fragen klargestellt werden, um durch die Beseitigung der noch bestehenden Hemmungen den Weg frei zu machen für eine unverzügliche Durchführung der gestellten Aufgaben.

Herstellung der Aktions- und Gewerkschaftseinheit aller Wassertransportarbeiter steht als Hauptaufgabe vor allen Mitgliedern des Einheitsverbandes. Die erste Voraussetzung zur Erfüllung dieser Aufgabe ist jedoch Klarheit bei unseren Funktionären und Mitgliedern, damit sie befähigt sind, in dieser Richtung zu arbeiten. Bei den Seeleuten und Hafenarbeitern, zum Teil auch bei den Mitgliedern des E[inheits-]V[erbandes] ist eine solche Einstellung: mit den Sozialdemokraten und den Gesamtverbändlern können wir nicht zusammenarbeiten. Diese Einstellung ist absolut falsch, sektiererisch, muß aufs allerschärfste bekämpft und durch kameradschaftliche Aufklärung in den Reihen der Wassertransportarbeiter beseitigt werden. Diese falsche Einstellung zu den sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeitern hat uns in der Vergangenheit daran gehindert, die breiten Massen der Wassertransportarbeiter zu erfassen und sie in die gemeinsame antifaschistische Kampfeinheitsfront einzubeziehen.[3]

[...][4]

Nachdem der blutige Hitlerfaschismus an die Macht kam, als die Nazibrandstifter den Reichstag anzündeten, glaubten noch immer viele Gesamtverbändler, daß *Hitler* vor der gewerkschaftlichen Organisation Halt machen werde. Die Stellungnahme des A[D]GB und in Hamburg von Jonny *Ehrenteit*[5] und dem G[esamt-]V[erband][6] im April und Mai 1933 zum 1. Mai, zur Gleichschaltung der Gewerkschaften am 2. Mai war ein Schlag vor den Kopf für viele Gesamtverbändler.[7] Ihre Wut, ihr Haß gegen die Nazis, die die im jahrzehntelangen opferreichen Kampf mit den kargen Groschen der Arbeiter aufgebauten Freien Gewerkschaften zerstörten, waren und bleiben unauslöschlich. Diese Kameraden sind auch heute noch so wie wir Feinde der faschistischen Diktatur. Sollen wir mit diesen Kameraden nicht gemeinsam in einer Front gegen unseren gemeinsamen Feind, den Hitlerfaschismus kämpfen? ... Ja, wir sollen nicht nur, wir müssen es, wenn unser Ziel erreicht werden soll, wenn dem blutigen Regiment der *Hitler, Goering, Goebbels* ein Ende bereitet werden soll.

1 Die Überschrift ist in der Vorlage durch Großbuchstaben hervorgehoben.

2 Rote Wacht, 4. Jg., Nr. 3, Dezember 1934, S. 3–6. In dem Artikel wurde ein Fazit der Gewerkschaftsarbeit des Einheitsverbandes seit Februar 1933 gezogen. Danach sei es zwar gelungen, die durch Verhaftungen hervorgerufenen Lücken in der Organisation wieder zu schließen. Aber »abgesehen von einer Reihe von kleinen Widerstandsaktionen und Streiks gelang es immer noch nicht, größere Aktionen in breitester Einheitsfront bei den Hafenarbeitern, Seeleuten und Binnenschiffern zu organisieren und durchzuführen.« Im Gegensatz zur bisherigen Arbeit des Einheitsverbandes, die »größtenteils agitatorisch-propagandistisch« gewesen sei, müsse jetzt durch das Aufgreifen von »Tagesforderungen« versucht werden, die »Gewerkschaftseinheit« auf breiter Basis zu organisieren. Ziel sei aber keine »bürokratisierte Organisation«. Das Angebot richtete der Einheitsverband an alle Gruppen, »gleich, wo sie standen oder stehen«. Ein Einverständnis mit den politischen Zielen des Einheitsverbandes sei nicht erforderlich. Vielmehr sollten konkrete »Kampfforderungen entsprechend den betrieblichen und örtlichen Verhältnissen gemeinsam« erarbeitet werden. Dies sollte aber nicht heißen, zugunsten der Zusammenarbeit mit Mitgliedern des früheren freigewerkschaftlichen Gesamtverbandes, des Heizer- und Maschinistenverbandes, der SPD und »oppositioneller Mitglieder« der DAF die »gut arbeitenden Gruppen des Einheitsverbandes (...) zu liquidieren und die Werbung für den Einheitsverband einzustellen.« Insgesamt bedeute dieser »Kurs«, die Basis der illegalen Gruppen zu verbreitern statt »sektiererische Abkapselung von den Massen der Seeleute und Hafenarbeiter«. Nur so könnten auch »neue Funktionskader« gebildet werden. Zugleich sollte in der DAF gearbeitet werden und in Versammlungen durch Fragen nach Arbeitsbedingungen und Löhnen versucht werden, »soweit dies möglich ist, offen unsere Kampfforderungen zu popularisieren.« Das Ziel sei hier, die »Opposition in der Deutschen Arbeitsfront« zu verbreitern. Letztlich hänge der Erfolg oder Mißerfolg aber von der Initiative der Mitglieder des Einheitsverbandes ab.
Die Mitgliederentwicklung läßt sich nicht mehr detailliert nachverfolgen. Doch hatte der Einheitsverband wie die RGO und KPD an der Wasserkante insgesamt mit einem drastischen Rückgang der zur illegalen Arbeit bereiten Mitglieder zu kämpfen. Nach Festnahmen im Sommer und Herbst 1933 war der Einheitsverband zudem an verschiedenen Orten zerschlagen. Vgl. Dok. 118 sowie Buschak, Arbeit, S. 229f.; Dieter Nelles, Jan Valtins »Tagebuch der Hölle« – Legende und Wirklichkeit eines Schlüsselromans der Totalitarismustheorie, in: 1999, 9 (1994), S. 22–24. Ob damit der gesamte Verband »restlos zusammengebrochen« war (Buschak, Arbeit, S. 230), läßt sich indes nicht überprüfen; zumal sich die Verbandsführung selbst über den Stand der Organisation der auf Schiffen befindlichen Seeleute nicht im Klaren war, wie Buschak zu Recht feststellt (S. 233). Tatsächlich waren im Sommer 1933 circa 400 Funktionäre und damit fast der gesamte alte Funktionärsstab des Einheitsverbandes verhaftet. »Von 27 Mann der Reichsleitung des Einheitsverbandes sind 24 verhaftet. Sämtliche Bezirks- und Stromgebietsleiter des Verbandes sind in Haft. In allen größeren Ortsgruppen ist die frühere Leitung festgenommen. Von der engeren Ortsleitung in Hamburg, die 9 Mann stark war, sind 6 verhaftet. In Bremerhaven und Duisburg sind alle Mitglieder nicht nur der früheren Leitung verhaftet, sondern auch die später eingesetzte Ersatzleitung. In einigen Ortsgruppen mußte aufgrund der Verhaftungen zum vierten Male eine Neubildung der Ortsgruppenleitungen vorgenommen werden.« Referentenmaterial für Sektionen der ISH und der Interclubs über: Faschismus und die Tätigkeit des Einheitsverbandes in Deutschland (BA, RSHA IV, St. 10, Nr. 224, Bl. 285). Vgl. hierzu Nelles, Jan Valtin, S. 231., der dieses Dokument ausführlich zitiert; ferner die Nachfrage von Hermann Knüfken aus Antwerpen an die Restorganisation des Einheitsverbandes in Hamburg über den Stand der Organisation. Karl, an Liebe Genossen, R... den 25.6.1934 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/708/139, Bl. 38f.).

3 Vgl. zu dieser Selbstkritik bereits die eingehenden Appelle in: Der Einheitsverband für die Herstellung der Gewerkschaftseinheit (Anm. 2), S. 6.

4 Die ausgelassenen Ausführungen beschäftigen sich mit der Politik des Einheitsverbandes gegenüber dem Gesamtverband 1932, als es nicht gelungen sei, den Gesamtverband zu unterwandern, von innen heraus die Mitglieder des Gesamtverbandes zu einer gemeinsamen »Streikfront« zu bewegen und sie von der Führung des Gesamtverbandes abzuspalten.

5 John Ehrenteit (4.12.1885–3.3.1968), Handlungsgehilfe, war seit 1921 Angestellter des ADGB in Hamburg, 1919 bis Juli 1933 Mitglied der Bürgerschaft (SPD, 1933 Austritt aus der Fraktion), 1929–1933 Senator.

6 Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs. Künftig abgekürzt Gesamtverband.

7 Die Stellungnahmen riefen zur Teilnahme an den vom NS-Regime organisierten Feiern zum 1. Mai als dem »Tag der nationalen Arbeit« auf. Am 2. Mai wurden die Gewerkschaftshäuser besetzt, die Gewerkschaftsführer verhaftet und die Organisationen »gleichgeschaltet«. Vgl. z.B. die Aufrufe: Bundesvorstand des ADGB, An die Mitglieder der Gewerkschaften!, vom 15.4.1933, abgedr. in: Gewerkschaft. Organ des Gesamt-Verbandes, 37. Jg., Nr. 16, vom 22.4.1933, S. 1; Zum Mai-Feiertag der deutschen Arbeit, in: ebd., Nr. 17, vom 29.4.1933, S. 1; An die Mitglieder des Gesamtverbandes, in: ebd., Nr. 18, vom 6.5.1933, S. 1. Vgl. hierzu auch Kap. I der Dokumente.

Hier ist der Anknüpfungspunkt für die Mitglieder des E[inheits-]V[erbandes]. – An diese Gruppen, Funktionäre und Mitglieder des G[esamt-]V[erbandes] müssen die Funktionäre und Gruppen des E[inheits-]V[erbandes] herantreten mit dem Vorschlag, den Kampf gegen den gemeinsamen Feind auch gemeinsam zu führen. Den einheitlich organisierten Nazibanden, unter deren Protektorat die Reeder und Hafenkapitalisten die Lebensbedingungen der Wassertransportarbeiter verschlechtern, müssen wir die einheitliche Kampfesfront der Wassertransportarbeiter entgegenstellen. – Uns verbindet die gemeinsame Ausbeutung durch die Kapitalisten oder das gemeinsame Elend der Erwerbslosigkeit. Uns verbinden die gemeinsamen Forderungen für die Verbesserung unserer Lebenslage. Alles was uns eint, stellen wir in den Vordergrund und bieten unsere ehrliche Bereitschaft, gemeinsam zu kämpfen für unsere Forderungen und gemeinsam wieder unseren freigewerkschaftlichen Verband aufzubauen und unseren E[inheits-]V[erband] mit der Freien Gewerkschaft zu vereinigen.[8] Je eher und schneller wir beginnen, sollen wir den G[esamt-]V[erband] – Kameraden sagen, um so günstiger ist der Zeitpunkt.

Mit der Vereinigung darf im Interesse des Kampfes nicht gewartet werden, sondern unverzüglich und ohne jedes Zögern sollen alle Gruppen des E[inheits-]V[erbandes] an die Gruppen des G[esamt-]V[erbandes] herantreten und sich als Gruppe des G[esamt-]V[erbandes] der Wassertransportarbeiter konstituieren. Wo nur Einzelmitglieder des G[esamt-]V[erbandes] sind, vereinbaren wir mit diesen das gemeinsame Aufsuchen aller ehemaligen Kameraden des Gesamtverbandes sowohl in den Hafenbetrieben, auf den Schiffen, in den Heuer- und Vermittlungsstellen, als auch – wo es notwendig ist – in den Wohnungen und fassen diese Mitglieder in Gruppen der Freien Gewerkschaften zusammen. Sehr viele frühere Funktionäre des G[esamt-]V[erbandes], besonders bei den Hafenarbeitern, werden uns sehr große und nützliche Hilfe leisten können, weil sie noch viele alte Kameraden, die Mitglieder des Verbandes waren, kennen. Darum ist es besonders wichtig, die ehemaligen Unterkassierer und Vertrauensleute für den Wiederaufbau der Freien Gewerkschaft zu gewinnen und ihre Beziehungen zu den ehemaligen Mitgliedern des G[esamt-]V[erbandes] im Interesse des raschen Wiederaufbaus auszunutzen.

Ja, aber wie steht's mit den verschiedenen Organisationsfragen, mit den Beiträgen etc.? Alle diese Fragen der Organisation sind zweitrangig, müssen den konkreten Verhältnissen angepaßt sein.[9] Die Beiträge der Gruppen der Freien Gewerkschaft müssen so bemessen sein, daß sie die Tatsache, daß die Mitglieder auch ihre Beiträge in der Deutschen Arbeitsfront (DAF) weiter entrichten, berücksichtigen. Das ist besonders wichtig, um unter Ausnutzung legaler und halblegaler Methoden innerhalb der DAF die Massen der Mitglieder der DAF für den gemeinsamen Kampf um unsere Forderungen und für den Eintritt in die freigewerkschaftlichen Gruppen zu gewinnen.

Die DAF ist keine Gewerkschaft. Sie ist eine faschistische Organisation. – Die DAF kann man nicht als Ganzes erobern. Sie ist eine Organisation, die die Arbeitermassen

8 Diese Formulierung suggeriert in irreführender Weise einen gemeinsamen (»unseren«) freigewerkschaftlichen Verband, den es nie gab. Stattdessen wurde der Gesamtverband scharf von innen und außen bekämpft. Der gemeinsame Verband sollte aber unter Führung der kommunistischen Einheitsverbandfunktionäre, und damit der KPD, stehen. Vgl. auch noch die Formulierungen in: »Der Einheitsverband« (Anm. 2), S. 6; sowie die folgenden Handlungsanweisungen.

9 Dies stellte eine deutliche Abkehr von der bisherigen Praxis dar, die vielfach die Verhaftung und Verurteilung ganzer Gruppen aufgrund der bürokratischen Strukturen, Mitgliederbücher, Abrechnungen usw. ermöglicht hatte. Vgl. auch die vehemente Kritik von Hermann Knüfken und der Antwerpener Gruppe im Juni 1935 gegenüber der ISH in: Arbeitsbericht des Antwerpener Aktivs der deutschen Seeleute und Binnenschiffer. (Gruppe zum Wideraufbau der Freien Gewerkschaft), vom Juni 1935 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/708/139, Bl. 46–50).

vom Klassenkampf abhalten soll, deren Leitung von der Regierung bestimmt und nicht von den Mitgliedern gewählt wird. In der DAF sind aber in den verschiedensten Häfen eine große Zahl von Hafenarbeitern und Seeleuten zwangsweise hineingepreßt worden. Darum hat auch die Besetzung von Funktionen in der DAF mit klassenbewußten Arbeitern eine so große Bedeutung. Wenn es uns gelingt (wie das Beispiele in Industriebetrieben schon zeigen), nur eine Funktion des Unterkassierers mit einem Kameraden unserer Gruppe der Freien Gewerkschaft zu besetzen, so kann dieser völlig legal die Mitglieder besuchen, mit ihnen sprechen und sie in unsere Gewerkschaftsgruppen mit einbeziehen. Unsere Arbeit innerhalb der DAF hat also den Zweck, die Front der Nazis zu schwächen, zu zersetzen und ihre Mitglieder in unsere antifaschistische Kampffront zur aktiven Mitarbeit heranzuziehen.[10]

Indem wir alle Möglichkeiten der legalen, halblegalen und illegalen Betätigung ausnutzen, alle unsere Gruppen und Funktionäre des Einheitsverbandes auf die rasche Durchführung der gestellten Hauptaufgabe einstellen, werden wir gleichzeitig und eher befähigt sein, die Kampfaufgaben der Wassertransportarbeiter, die jetzt im Zusammenhang mit den Fragen der Tarifordnung und der neu beabsichtigten gesetzlichen Regelung verschiedener Arbeitsbedingungen für die Wassertransportarbeiter stehen,[11] erfolgreich und im Interesse der Wassertransportarbeiter zu lösen.

DOKUMENT 62

Frühjahr 1935: Vorschlag eines »Gewerkschaftlichen« Sofortprogramms

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Tarnow. Unpaginiert. Ohne Orts-, Datums- und Verfasserangaben. Druck.[1]

Grundgedanken.[2]

I. »Illegale Gewerkschaften« sind nicht möglich, sondern nur ein Netz von Betriebsvertrauensleuten. Das »gewerkschaftliche« Sofortprogramm will diesen Betriebsver-

10 Zu dieser Taktik vgl. auch: »Auch in der Arbeitsfront muß man kämpfen«, in: Rote Wacht, 5. Jg., Nr. 2, Februar – März 1935, S. 3.

11 Vgl. hierzu Dok. 60.

1 Das Flugblatt läßt sich nicht eindeutig zuordnen. Eine Verfasserangabe fehlt. Vgl. auch eine in den einzelnen Punkten des »Sofortprogramms« und am Ende der »Grundgedanken« modifizierte Fassung in: AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 193, Bl. 1 f. Dort ist auch die Reihenfolge von »Grundgedanken« und »Sofortprogramm« umgekehrt. Ohne weitere Hinweise ist das Flugblatt abgedruckt bei Esters/Pelger, Dok. 19, S. 152–155, die als Fundort pauschal das IISG in Amsterdam nennen. Möglicherweise handelt es sich aber auch um ein Flugblatt von Heinrich Schliestedt und der ADG. Hierfür sprechen der letzte Absatz der »Grundgedanken« in der modifizierten Fassung (siehe Anm. 11) sowie der Brief von Schliestedt an Tarnow vom 14.8.1935 (Dok. 30). Vgl. auch den Hinweis von Schliestedt in einem Brief an Martin Plettl vom 31.8.1935, abgedr. bei Buschak, Arbeit, S. 180–188, hier S. 187. Buschak, Arbeit, S. 195, schreibt ohne nähere Belege das Flugblatt Heinrich Schliestedt und der ADG zu.
Nach Angaben der Ermittlungsakten im Prozeß gegen Karl Oltersdorf u.a. wurde das Programm auf der Konferenz der ITF mit illegal aus Deutschland angereisten ehemaligen Gewerkschaftern des Gesamtverbandes und des Einheitsverbandes der Eisenbahner in Roskilde/Dänemark am 14./15.4. 1935 diskutiert. Die Konferenz beschäftigte sich mit Fragen der illegalen Arbeit in Deutschland. Vgl. Urteil des 2. Senats des Volksgerichtshofes gegen Karl Oltersdorf u.a., Nr. 17 J 336/35 // 2 H 28/36, vom 26.9.1936, S. 39f. (Widerstand als Hochverrat, Microfiche-Ausgabe). Zu Oltersdorf vgl. Dok. 36. Zur Konferenz in Roskilde vgl. Dok. 64. Der mit der ITF kooperierende ISK gab auf einem Krisen-Kongreß am 14.7.1935 in Paris ebenfalls ein »Sofortprogramm« heraus. Lemke-Müller, Ethischer Sozialismus, S. 115.

trauensleuten die Hinweise für eine zielbewußte Verbindung von[3] Tagesforderungen geben, deren Erfüllung die schrittweise Aufnahme gewerkschaftlicher Tätigkeit ermöglichen würde.[4] Das Sofortprogramm ist kein Endzielprogramm, sondern darauf abgestellt, daß auch nationalsozialistische Arbeiter die Einzelforderungen unterstützen können; es entspricht der ersten Periode der Wirksamkeit des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit.[5]

II. Die Voraussetzung zur Durchsetzung dieser Einzelforderungen ist die Auslösung von betrieblichen und überbetrieblichen Bewegungen. Dafür genügt als Kernforderung die Forderung der Erhöhung des Reallohnes (Punkt 1–3) nicht. Antifaschistisch eingestellte proletarische Schichten sind weitgehend mit Arbeitslosen durchsetzt oder stehen am Rande der Arbeitslosigkeit. Die Kernforderungen für Arbeiter (1–3, 6, 11, 12), Arbeitslose (4–5) und Scheinbeschäftigte (15–18) müssen verbunden werden.[6]

III. Grundlage der nationalsozialistischen Arbeiterpolitik ist Atomisierung der Arbeiterschaft und Führerprinzip. Die Einzelarbeitsverträge sollen den kollektiven Zusammenhalt[7] lockern. Die Wiederherstellung des Kollektivvertrages (10) gibt eine Grundlage für kollektives Handeln. Die Wiederherstellung des Kollektivvertrages und der Tarifvertragsparteien (9 und 10) ist im Rahmen des faschistischen Systems möglich! (Italien). Die Selbstverwaltung der Arbeiterorganisationen (8) aber würde den Rahmen des Systems sprengen.[8] Diese Selbstverwaltung wird bis zu einem gewissen Grade auch von nationalsozialistischen Arbeitern gewünscht.[9]

Das politische Führungsprinzip dient, auf den Betrieb übertragen, der Stärkung der Autorität des Unternehmers. Seine Ergänzung durch den Rassenmythos stempelt den Unternehmer zum »geborenen Führer« und die Arbeiter zur Gefolgschaft kraft Naturgesetz. Dem schon heute stark verbreiteten Minderwertigkeitsbewußtsein[10] der Arbeiterschaft wirkt die Kontrolle der betrieblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen durch gewählte Arbeitervertreter (7–10) entgegen.

IV. Wegen der Existenz der Werktarife muß als erste Etappe betriebliche Kontrolle (7) gefordert werden. Ihre notwendige Ergänzung ist die überbetriebliche Kontrolle nach Umgestaltung der Arbeitsfront (8) und Wiederherstellung der Tarifvertragsparteien (8–10).[11]

Sofortprogramm[12]

1.) Erhöhung der Löhne[13]
zunächst sofortige Erhöhung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter auf den Stand vom Mai 1932. (Der Mai 1932 ist der letzte Monat vor der Reichskanzlerschaft [Franz von] *Papen*. Da im Juni 1932 die Unterstützungen gesenkt wurden, ist der Mai zugleich Stichmonat für Erwerbslose.)[14]

2.) Herabsetzung der steuerlichen Belastung[15]
mindestens auf den Stand vom Mai 1932.
Aufhebung aller, auch der »freiwilligen« Zwangsabzüge.
Fortfall der Bürgersteuer.

Das Flugblatt enthält in der gedruckten Vorlage zahlreiche Kursivsetzungen. Auf deren Nachweis wird hier verzichtet. In der modifizierten Fassung ist der Text maschinenschriftlich abgefaßt und enthält im Teil »Vorschlag eines gewerkschaftlichen Sofortprogramms« zahlreiche Unterstreichungen.

2 Die Überschrift ist in der Vorlage durch Großbuchstaben und fette Schrifttype hervorgehoben.

3 In der modifizierten Fassung (Anm. 1) abweichend: »und«.

4 Die vorsichtige Vorgehensweise und die Anknüpfung der illegalen Arbeit an Tagesforderungen entsprach der von der ITF seit 1935 und auch weiterhin propagierten Linie. Vgl. u.a. den Bericht Oldenbroeks über seine Deutschlandreise im September 1933, S. 8 (Dok. 58); den Spitzelbericht von »S 8« über ein Referat des IGB-Vertreters Georg Stolz auf der Tagung der Internationalen Föderation der Beamten und Arbeiter in öffentlichen Diensten in Scheveningen Anfang September 1938, in: Gestapa, S 8 meldet (verschlossen), vom 10.9.1938 (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 394, Bl. 165f.); sowie das zeitlich vor dem »Sofortprogramm« verteilte Flugblatt »Willst Du gesund bleiben ?« (Dok. 59).

5 Der letzte Halbsatz fehlt in der modifizierten Fassung (Anm. 1). Das »Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit« (AOG) wurde am 20.1.1934 erlassen, ersetzte das Betriebsrätegesetz der Weimarer Republik und war die Arbeitsverfassung des NS-Regimes. Vgl. Frese, Betriebspolitik, S. 93ff. Das Sofortprogramm zielte in Punkt 7 auf die Ablösung des AOG und die Wiederinkraftsetzung des Betriebsrätegesetzes bei gleichzeitiger erheblicher Erweiterung der Kompetenzen des Betriebsrates.

6 In der modifizierten Fassung (Anm. 1) stehen hier und im folgenden andere Querverweise aufgrund der unterschiedlichen Nummerierung beim »Sofortprogramm«.

7 In der modifizierten Fassung (Anm. 1) abweichend: »Zusammenhang«.

8 In der modifizierten Fassung (Anm. 1) wird der Satz nach »sprengen« weitergeführt mit: »es ist besser im ersten Stadium der Agitation darauf nicht zu verweisen, um das Mitreißen nationalsozialistischer Arbeiter nicht zu erschweren.«

9 In der modifizierten Fassung (Anm. 1) fehlt dieser Satz.
Den Widerspruch und die Hoffnung auf eine Aushöhlung der Arbeitsverfassung und der Kontrolle des NS-Regimes durch autonome und selbstverwaltete Organisationen der Arbeiterschaft – von Angestelltenorganisationen spricht das Programm nicht – löst das Programm nicht auf. Zur illegalen Arbeit und dem Vorrang der Betriebsbezogenheit aller Handlungen vgl. auch den Aufsatz von Fritz Kramer [d.i. Hans Jahn], Gedanken eines Illegalen, Berlin vom 1.3.1935, S. 2ff. (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 392, Bl. 222–227), gekürzt abgedr. in: Sozialistische Warte, Nr. 18, vom 15.9.1937, S. 418–422.

10 In der modifizierten Fassung (Anm. 1) abweichend: »Minderheitsbewußtsein in«.

11 In der modifizierten Fassung (Anm. 1) folgen vier weitere Absätze:
»Der wechselnden Situation entsprechend wird das Sofortprogramm – besonders der Katalog der Forderungen 7–13 – ergänzt werden müssen. Es ist auf die erste Periode der Wirksamkeit des Arbeitsordnungsgesetzes abgestellt.
Eine zielbewußte Zusammenfassung der Betriebsarbeit erfordert eine laufende und systematische Beobachtung und Verarbeitung der sozialpolitischen Vorgänge. In Deutschland selbst ist jede umfassende, systematische Beobachtung außerordentlich erschwert, die Bearbeitung nahezu unmöglich.
Die laufende Bearbeitung darf sich nicht auf eine Art Referentenmaterial beschränken, das unter Umständen auch nach Deutschland gesandt wird. Es ist nötig, gleichzeitig die gesamte Arbeiterpresse mit laufenden Berichten zu versorgen über die faschistische Arbeiterpolitik, um die psychologischen Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der antifaschistischen Frontstellung zu erhalten. Da nicht sicher ist, welche der Informationen nach Deutschland gelangen, muß jede einzelne vollständig dokumentiert sein und erschöpfend zurückgreifen.
Die vollständige Information über die nationalsozialistische Sozialpolitik wird von Monat zu Monat schwieriger, die bewußt unzuverlässige Information der R[oten] G[ewerkschafts-]I[nternationale] richtet schon heute Unheil an – INFA, Eisenbahner –. Die R[ote] G[ewerkschafts-]I[nternationale] arbeitet mit großem Apparat – Internationale Gewerkschafts-Korrespondenz, Rundschau, die täglich erscheinende «RUNA», Moskauer Büro –. Es besteht die Gefahr, daß die Initiative der antifaschistischen Betriebsarbeit an die R[ote] G[ewerkschafts-]I[nternationale] übergeht, falls nicht von freigewerkschaftlicher Seite noch die Voraussetzungen selbständiger antifaschistischer Propaganda geschaffen werden, die gleichzeitig die Grundlage für die illegale Arbeit und eine Hilfe für die Arbeit in demokratischen Ländern ist.«

12 Wie Anm. 2. In der modifizierten Fassung (Anm. 1) Überschrift: »Vorschlag eines gewerkschaftlichen Sofortprogramms.« Dort sind die Forderungen teilweise abweichend formuliert, in einer anderen Reihenfolge genannt und sprachlich geglättet. Die in der gedruckten Fassung nicht erwähnten Forderungen sind in den Anmerkungen eingearbeitet.

13 In der gedruckten Fassung ist die Zwischenüberschrift durch Großbuchstaben hervorgehoben.

14 Die modifizierte Fassung (Anm. 1) enthält differenzierte Forderungen: »Erhöhung der heutigen Löhne; Herabsetzung der Lebensmittelpreise und der Preise für Unter- und Oberbekleidung. Teuerungszuschläge, jedoch nicht nach dem Index, der Qualitätsverschlechterung und »unsichtbare« Preissteigerungen nicht berücksichtigt (Preissteigerungen von nicht zur Berechnung herangezogenen Warengruppen fallen aus, ebenso wird der Fortfall der Rabatte nicht berücksichtigt), sondern nach einer für jeden Ort durch Betriebsräte (s.u.) und Hausfrauenverbände festzustellenden Meßziffer.«

15 Wie Anm. 13. In der modifizierten Fassung (Anm. 1) heißt es abweichend: »Keine steuerliche Mehrbelastung, keine Zwangsabzüge«.

3.) Wiederherstellung des Mieterschutzes[16]
Neubau billiger Wohnungen.

4.) Erhöhung der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung[17]
mindestens auf den Stand vom Mai 1932.
Fortfall der Bedürftigkeitsprüfung.[18]

5.) Erhöhung der Wohlfahrtsunterstützung[19]
mindestens auf den Stand vom Mai 1932.
Fortfall der Rückzahlungsverpflichtung.

6.) Ausbau der Kurzarbeiterunterstützung[20] und ihre Zahlung als Pflichtleistung.

7.) Wiederherstellung des Betriebsrätegesetzes[21]
Volles Mitbestimmungsrecht für die Betriebsräte. Entfernung des Unternehmers aus dem Vertrauensrat. Aufstellung der Kandidaten zum Betriebsrat durch die Belegschaft, Sicherung des Wahlaktes gegen jeden Eingriff von Betriebsfremden, Unternehmer oder Betriebsleitung. Geheime Wahl durch Stimmzettel, Unkündbarkeit auch der Kandidaten. Recht der Belegschaft, einzelne Mitglieder der Betriebsvertretung abzurufen. Wiedereinführung der Anrufungsmöglichkeit der Betriebsvertreter. Recht des Betriebsrats, Belegschaftsversammlungen einzuberufen. Kontrolle der Betriebsleitung durch den Betriebsrat.

8.) Aufteilung der Deutschen Arbeitsfront.[22] Ausschaltung der Unternehmer und Gewerbetreibenden, Wahl aller besoldeten und ehrenamtlichen Funktionäre der nunmehr ausschließlich aus Arbeitern und Angestellten bestehenden Organisationen durch die Mitglieder. Regelmäßige Veröffentlichung der Einnahmen und Ausgaben und Kontrolle durch von der Arbeiterschaft selbst gewählte Kommissionen.[23]
Pressefreiheit für die Arbeiterorganisationen.

9.) Arbeiterorganisationen (bisher Deutsche Arbeitsfront) und Wirtschaftsgruppe der Unternehmer als Tarifpartner[24]. Volles Streikrecht der Arbeiterorganisationen.

10.) Wiederherstellung des Kollektivarbeitsvertrages[25] und der Tarifvertragsordnung. Kontrolle der Löhne und Tarife durch Betriebsrat und Arbeiterorganisationen.

11.) Wiederherstellung des Kündigungsschutzgesetzes[26] und Ausdehnung des Gesetzes auf die Arbeiter.

16 Wie Anm. 13.
17 Ebd.
18 In der modifizierten Fassung (Anm. 1) heißt es ausführlicher: »Zahlung der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung während der ganzen Dauer der Arbeitslosigkeit als Pflichtleistung.«
19 Wie Anm. 13.
20 Ebd.
21 Ebd.
22 Ebd.
23 Die Deutsche Arbeitsfront umfaßte Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Offensichtlich sollte nach dem »Sofortprogramm« eine große Einheitsorganisation beibehalten werden, der aber einzelne Arbeiterorganisationen angehörten.
24 In der gedruckten Vorlage »Tarifpartner« durch Großbuchstaben hervorgehoben. In der modifizierten Fassung (Anm. 1) abweichend: »Tarifparteien«.
25 Wie Anm. 13. In der modifizierten Fassung (Anm. 1) lautet die erste Forderung abweichend: »Gegen den Einzelarbeitsvertrag, für allgemeinverbindlich erklärte kollektive Vereinbarungen zwischen Arbeitern und Unternehmern. Gegen Diktat der Löhne und Tarife durch Unternehmer und Treuhänder«.
26 Das Wort »Kündigungsschutzgesetz« ist in der gedruckten Vorlage durch Großbuchstaben hervorgehoben. In der modifizierten Fassung (Anm. 1) lautet die Forderung abweichend: »Wiederherstellung und Einhaltung der früheren Kündigungsfrist, auch bei Einführung von Kurzarbeit, Aussetzen wegen Rohstoffmangels, Inventur usw.«

12.) Dreiwöchentlicher Urlaub[27] für Arbeiter nach einjähriger Berufstätigkeit, auch bei Wechsel des Betriebes. Fortzahlung des vollen Lohnes.[28]

13.) Wiedereinführung der Kleinrenten unter 20% in der Unfallversicherung.[29]

14.) Zahlung der Invalidenrente[30] bereits bei 60 Jahren bzw. bei mindestens 50% Arbeitsunfähigkeit.

15.) Keine Arbeitsbeschaffung[31] durch Stempelkartenaustausch. Keine Lohnsenkung durch Neueinstellungen.

16.) 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich.[32] 4 Schichten für Arbeiter in kontinuierlichen Betrieben.[33]

17.) Notstandsarbeiten[34] nur zum vollen Tariflohn. Ausgleichszulagen bei auswärtigen Notstandsarbeiten.[35]

18.) Volle Lohnzahlung auch für freiwilligen Arbeitsdienst, Landhilfe und hauswirtschaftliches Jahr.[36] Bis zu ihrer völligen Beseitigung Betreuung der im Arbeitsdienst, in der Landhilfe und im hauswirtschaftlichen Jahr Beschäftigten durch die Arbeiterorganisation.[37]

19.) Enteignung[38] wirtschaftlich lebensfähiger, stillgelegter Betriebe und Sicherung der bisherigen Belegschaft.

20.) Erhaltung und Ausbau der öffentlichen Wirtschaft.[39]

27 In der gedruckten Vorlage ist »Urlaub« durch Großbuchstaben hervorgehoben. In der modifizierten Fassung (Anm. 1) fehlt diese Forderung.
28 Üblich war ein Urlaub von sechs Tagen nach einem Jahr Betriebszugehörigkeit. Bei längerer ununterbrochener Betriebszugehörigkeit verlängerte sich der Urlaub gestaffelt auf 12, in einzelnen Branchen auf 15 bis 21 Tage. Angestellte erhielten mehr Urlaub als Arbeiter. Vgl. zur Entwicklung der in Tarifverträgen und Tarifordnungen festgelegten Urlaubsdauer während der NS-Zeit: Hasso Spode, Arbeiterurlaub im Dritten Reich, in: Carola Sachse u.a., Angst, Belohnung, Zucht und Ordnung. Herrschaftsmechanismen im Nationalsozialismus, Opladen 1982, S. 277ff., S. 282; sowie beispielhaft für eine Branche: Konrad Dussel/Matthias Frese, Von traditioneller Vereinskultur zu moderner Massenkultur?, in: Archiv für Sozialgeschichte 33 (1993), S. 70f.
29 In der gedruckten Vorlage ist »Unfallversicherung« durch Großbuchstaben hervorgehoben. In der modifizierten Fassung (Anm. 1) lautet die erweiterte Forderung: »Verpflichtung der Unternehmer, den im Betrieb Verunglückten die Differenz zwischen Arbeitslohn und Rente zu zahlen.«
30 In der gedruckten Vorlage ist »Invalidenrente« durch Großbuchstaben hervorgehoben. In der modifizierten Fassung (Anm. 1) ist die Forderung ergänzt um: »Erhöhung der Invalidenrente auf den Satz der Arbeitslosenunterstützung.«
31 In der gedruckten Vorlage ist »Arbeitsbeschaffung« durch Großbuchstaben hervorgehoben.
32 Wie Anm. 13.
33 In der modifizierten Fassung (Anm. 1) fehlt die Forderung nach vollem Lohnausgleich. Als Grundlage für die Arbeitszeiten galt die 48-Stundenwoche. Sie wurde Anfang 1935 allerdings erst in wenigen Branchen wieder erreicht. Zur Arbeitszeitentwicklung nach 1933 vgl. Claus Scharf, Geschichte der Arbeitszeitverkürzung, Köln 1987, S. 585ff.
34 In der gedruckten Vorlage ist »Notstandsarbeiten« durch Großbuchstaben hervorgehoben. In der modifizierten Fassung (Anm. 1) fehlt diese Forderung.
35 Grundlage für die Notstandsarbeiten war seit 1.7.1933 die 40-Stundenwoche, wobei allerdings ein rund ein Drittel geringerer Stundenlohn als der übliche Stundenlohn gezahlt wurde. Scharf, Geschichte (Anm. 33), S. 586.
36 »Arbeitsdienst«, »Landhilfe« und »Hauswirtschaftliches Jahr« durch Großbuchstaben hervorgehoben.
37 In der modifizierten Fassung (Anm. 1) sollten Betriebsräte diese Betreuung übernehmen.
38 In der gedruckten Vorlage ist »Enteignung« durch Großbuchstaben hervorgehoben.
39 In der gedruckten Vorlage ist »Öffentliche Wirtschaft« durch Großbuchstaben hervorgehoben. In der modifizierten Fassung (Anm. 1) lautet die Forderung abweichend: »Schutz der öffentlichen Betriebe vor privatem Profitstreben.«

Der wechselnden Situation entsprechend wird das Sofortprogramm ergänzt werden müssen.[40]

DOKUMENT 63

Mai 1935: Hermann Knüfken, Antwerpen, berichtet an die ISH über die gewerkschaftliche Arbeit in Antwerpen im Mai 1935

BA, SAPMO, ZPA, I 2/708/139, Bl. 46–50. Maschinenschrift. Maschinenschriftliche Unterschrift. Für den Abdruck gekürzt.[1]

Bericht über die Arbeit der deutschen Sektion der ISH in Antwerpen. Berichtsmonat Mai 1935.

Die Reorganisation der gesamten Arbeit des deutschen Aktivs hat sich, wie wir es schon im April [1935][2] voraussagten, bereits im Mai [1935] sehr gut ausgewirkt. Trotz der ökonomisch sehr schwierigen Lage jedes einzelnen Aktivisten ist die Arbeitsfreudigkeit ganz bedeutend gestiegen. Auch die Art des guten kollektiven Zusammenarbeitens ist um vieles besser geworden.

Im Berichtsmonat vergrößerte sich die Zahl der ständig arbeitenden Aktivisten von 6 auf 8 Mann.[3]

Die beiden neu hinzugekommenen Genossen sind *Richard* und *Paul*.[4]

Richard, ein altbekannter Mitarbeiter des Hamburger Aktivs kam als stowaway von Hamburg, nachdem die Hamburger Gruppe im Februar-März [1935] bis auf 2 Mann von der Gestapo liquidiert worden war.[5]

Paul, der ebenfalls durch die Hamburger legitimiert ist, mußte von einem nach Hamburg gehenden Schiff heruntergenommen werden, da uns die Absicht der Gestapo bekannt geworden war, ihn zu verhaften.

So besteht heute unsere Antwerpener deutsche Gruppe (Seeleute u. Binnenschiffer) aus folgenden Genossen:

40 Der Absatz fehlt an der Stelle in der modifizierten Fassung (Anm. 1). Vgl. aber die Angaben in Anm. 11.

1 In der Vorlage zahlreiche Unterstreichungen und Sperrungen im Text.

2 Der Bericht wurde nicht ermittelt. Vgl. aber vorangegangene Berichte, u.a. von September und Oktober 1933 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/708/136). Sie sind ausführlich referiert und zitiert in: Buschak, Arbeit, S. 230–234. Eine regelmäßige Überlieferung von Berichten liegt nicht vor. Vgl. aber die Arbeitsberichte der Antwerpener Gruppe um Hermann Knüfken vom Juni, Juli und September 1935 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/708/139, Bl. 46–50, 53–55, 64–66) sowie für 1939 Dok. 88 und den Arbeitsbericht Juni 1939, zit. in: Dieter Nelles, Jan Valtins »Tagebuch der Hölle« – Legende und Wirklichkeit eines Schlüsselromans der Totalitarismustheorie, in: 1999, 9 (1994), S. 36. Für 1937 vgl. die Berichte an die ITF zit. bei Buschak, Arbeit, S. 96–100. Weitere Berichte über die Tätigkeit einzelner Aktivgruppen in der See- und Binnenschiffahrt für November 1938, Ende Mai 1939 und Anfang Juli 1939 in: AdsD, ITF, Mappe 46, 47.

3 Die Gruppen in den einzelnen Häfen waren unterschiedlich stark; die Zahl schwankte aber lediglich zwischen drei und zwölf Personen. Vgl. auch Buschak, Arbeit, S. 230.

4 Bei »Paul« kann es sich entweder um Paul Graeff (»der stille Paul«) oder um Paul Dix handeln. Zu Dix vgl. den Bericht der Abwehrstelle Wilhelmshafen an OKW u.a., vom 31.10.1938 (HStA Düsseldorf, RW 58, Nr. 39810, Bl. 68); Bericht des V-Manns Willi Müller, Anlage zu: Ebd., vom 21.7. 1939 (Ebd., Bl. 223). Nähere Angaben wurden zu »Paul« nicht ermittelt. Zu »Richard« wurden keine Angaben ermittelt. Zu Willi Müller vgl. auch Dok. 88 Anm. 8.

5 Dies war nicht das erste Mal, daß die Hamburger Gruppe von der Gestapo aufgerollt wurde. Vgl. z.B. 1933 die Festnahmen von Richard Krebs, von Karl Burmeister von der Reichsleitung des Einheitsverbandes oder von fast der gesamten engeren Ortsleitung in Hamburg sowie großer Teile wichtiger Betriebsgruppen. Vgl. Angaben in Dok. 56, 61 Anm. 2; Nelles, Jan Valtin (Anm. 2), S. 24f.

Kurt [*Lehmann*], Helmuth [*Bruhns*], *Hans*, *Otto*, Theodor [*Haag*], *Paul*, *Richard* und *Karl*.[6]

Die Arbeit geht folgendermaßen vor sich: Jeden Vormittag ist in einem jeweils vorher bekannt gegebenen Lokal Treffpunkt. In einem halbstündigen Zusammensein wird kurz von jedem berichtet über das am Vortage besuchte Schiff, über Stimmung an Bord u.s.w.

Dann gibt jeder den Teil des Hafens bekannt, den er nun besuchen und bearbeiten wird.

Vor dem Auseinandergehen zur Arbeit werden, wenn nötig, immer noch die Tagesereignisse kurz besprochen.

Die Vormittagszusammenkunft findet immer so statt, daß jeder Aktivist zum Mittagessen an Bord ist, erstens einmal, damit er die einzig mögliche Freizeit der Mannschaft ausnutzen kann, und zweitens, damit er nach Möglichkeit mit abkochen kann. (Da selbstverständlich die Regelung der Magenfrage eine Kardinalfrage für die Aktivisten ist.)[7]

Als Verbindungsmann zur Partei ist der Genosse Helmuth [*Bruhns*] bestimmt, der seinerseits mit dem Parteivertreter in Abständen regelmäßig zusammenkommt.[8]

Weiter ist geplant, und wir hoffen, daß es in Zukunft regelmäßig sein wird, jeden Monat eine Sitzung, an der der Vertreter der Partei teilnehmen soll.

Geleistete Arbeit des Aktivs.[9]
Es wurden 103 deutsche Seeschiffe und 52 Rheinschiffe besucht.
Mit Ausnahme nur von 7 Seeschiffen und 5 Rheinschiffen konnten alle anderen Besatzungen der obengenannten Schiffe mit Literatur versehen werden.

6 Karl war der Deckname von Hermann Knüfken.
Kurt Lehmann (1906–1987) war Seemann, KPD,vor 1933 Politischer Leiter der Zelle Schiffahrt der KPD bei der Hapag-Reederei in Hamburg, Mai 1933 Emigration und Mitglied der Antwerpener Gruppe, enger Mitarbeiter von Hermann Knüfken, 1940 nach Kriegsbeginn in Marseille verhaftet und interniert, Juli 1941 Auslieferung nach Deutschland, inhaftiert in Karlsruhe, Berlin, Amberg und Straubing, 25.4.1945 von den amerikanischen Truppen befreit, danach verschiedene Tätigkeiten in der Privatwirtschaft.
Helmut Bruhns (4.11.1910–28.2.1990) war Seemann, seit 1931 KPD, August-Dezember 1933 KZ Esterwegen, 1934 Emigration, Mitglied der Antwerpener Gruppe, mit Hermann Knüfken 1935 zur ITF, September 1936 in der Gruppe von Kurt Lehmann Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg, Juni 1937 Rückkehr nach Antwerpen, auf einem englischen Boot angeheuert, vorübergehend in Spanien interniert, 1939 Marseille, 1940 dort gemeinsam mit Theodor Haag und Harry Bahlke inhaftiert, Flucht und erneute Inhaftierung, 1941 Auslieferung an die Gestapo, vom Volksgerichtshof am 29.10. 1942 zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt, Zuchthaus Waldheim, nach der Befreiung in Hamburg Beschäftigung im Kohlenhandel.
Bei »Otto« könnte es sich um Otto Starck (oder: Staack) (geb. 18.6.1905), Krause oder um Hans Eckhardt (gest. 1941) handeln. Eckhardt war vor 1933 Mitglied der KPDO, in der Antwerpener Gruppe der ITF für die Binnenschiffahrt zuständig, Juni 1938 suspendiert, 1939 Kontaktperson für Hans Jahn zum britischen Geheimdienst, Juli 1940 interniert, im Lager Gurs 1941 umgekommen.
Theodor Haag (oder: Hack) wurde vom sowjetischen Geheimdienst für Aktionen in Deutschland ausgebildet, 1939 in Marseille verhaftet. Vgl. ferner Bericht Willi Müller (Anm. 4); Nelles, Ungleiche Partner, S. 544; Dok. 88.

7 Zu diesem Anknüpfen an die konkreten Arbeitsbedingungen vgl. Dok. 61.

8 Der »Parteivertreter« war die Verbindungsperson der KPD.

9 Der Umfang der hier angegebenen Besuche, verteilten Zeitungen und Material läßt sich kaum bewerten. Einen – eventuell gefärbten – Vergleich bieten allenfalls die Angaben der Gruppe selbst zu den Aktivitäten in den folgenden Monaten. Vgl. Anm. 2.

An eingegangener Literatur stand zur Verfügung:[10]

250 A.I.Z.	180 Inprekorr	70 K.I.	28 Rundschau
400 Rote Fahnen	100 Gegenangriff	1000 Persil	12 Bulletins ISH
300 Rote Wacht	190 Gewerkschaftskorrespondenz	40 Getarnte	

zusammen also 2570 Exemplare Eingang.

Verteilte, respektive versandte Literatur:

240 A.I.Z.	100 Gegenangriff	400 Persil	28 Rundschau
370 Rote Fahnen.	190 Gewerkschaftskorr.	30 Getarnte	12 Bulletins
180 Inprekorr	60 K.I.	250 Rote Wacht	

Insgesamt verteilt resp. versandt: 1870 Exemplare.
Gut über die Hälfte des Materials ging in die deutschen See- und Rheinhäfen.

Es muß bei dieser Gelegenheit vermerkt werden, daß besonders auf den deutschen Seeschiffen nicht daran zu denken ist, daß das an Bord gebrachte Material von den Besatzungen auch noch bezahlt wird. Die Schiffe, die auf der Ausreise von Deutschland kommen, oder vom Ausland kommend, Antwerpen als letzten Zwischenhafen anlaufen, erhalten hier keinen Vorschuß und sind meistens nicht imstande, die Literatur zu bezahlen.

Die weiter unten folgenden Sammelgelder und Eingänge für Literatur stammen von deutschen Schiffen, die Antwerpen als Schlußhafen anlaufen, oder von Rheinschiffen.[11]

[...][12]

In der Berichtszeit fanden 4 Aktivsitzungen statt.

In diesen Sitzungen wurde Stellung genommen zu den besonderen Aufgaben, die sich die Aktivgruppe gestellt hat, auf Grund der Anweisungen der I[nternational of] S[eamen and] H[arbour Workers] und der besonderen Richtlinien des Z[entral-] K[omitees] der KPD für die Gewerkschaftsarbeit.[13] Der Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften in Deutschland ist natürlich gerade von unserer Gruppe besonders beachtet worden.[14]

2 unserer Bordgruppen haben nach außen hin sozusagen schon ihren Charakter geändert und gelten als Bordgruppen der Freien Gewerkschaft. Eine 3. Gruppe, die in

10 Vollständige Angaben zu den Periodika bei Stroech, S. 104f.: A.I.Z. Arbeiter – Illustrierte Zeitung; S. 138–141: Rote Fahne. Zentralorgan der KPD; S. 182–184: K.I. Die Kommunistische Internationale; S. 237f.: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung; S. 162: Der Gegenangriff. Antifaschistische Wochenschrift; S. 278f.: Rote Wacht. Reichszeitung des Einheitsverbandes der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer. Publikationsorgan der I.S.H.; S. 164f.: Internationale Gewerkschafts-Pressekorrespondenz; Bulletin. Internationale der Seeleute und Hafenarbeiter (I.S.H.); S. 226f.: Inprekorr. Internationale Presse-Korrespondenz. »Persil« waren ebenso wie »Getarnte« Tarnschriften der kommunistischen Organisationen.

11 Zu der von der Situation bestimmten Verteilung des Materials, die keineswegs die Kosten der Herstellung deckte, vgl. Buschak, Arbeit, S. 234f.

12 Die ausgelassenen Ausführungen listen detailliert die Einnahmen durch Sammlungen, verkauftes Material und Beiträge, sowie die tatsächlichen und geplanten Ausgaben für Miete, Kleidung, Essen, Spesen für Tabak und Getränke sowie Verkehrsmittel auf.

13 Resolution des Zentralkomitees der KPD vom 30.1.1935. Vgl. auch: Walter [d. i. Walter Ulbricht], Der nächste Schritt zum Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften in Deutschland, in: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, 4.Jg., Nr. 17, 11.4.1935, S. 870–872. Vgl. auch Kap. V.

14 Vgl. hierzu und für den folgenden Text die späteren Stellungnahmen und Rechtfertigungen eines eigenen Kurses gegenüber der KPD in den Arbeitsberichten der Antwerpener Gruppe für Juni, Juli und September 1935 (Anm. 2) sowie Dok. 65, 67, aber auch Dok. 61.

Bildung begriffen ist, wird gleich als Freie Gewerkschaftsgruppe aufgezogen werden. Mit dieser entstehenden 3. Bordgruppe wird auch der organisierte Mitgliederbestand unserer Ortsgruppe steigen.

Wir betonen ausdrücklich, daß doch die rein mitgliedsorganisatorisch erfaßten, beitragszahlenden Seeleute und Binnenschiffer kein Gradmesser unserer Arbeit sein können. Gerade in diesem Monat haben wir die Erfahrung machen müssen, daß auf sogenannten großen Musikdampfern der HAPAG, HSDG und Lloyd wir trotz der starken NSDAP-Bordortsgruppen unsere Leute in diesen NSDAP-Gruppen haben. Diese Genossen sind einfach in die Nazipartei hineingepreßt worden. Machen jedoch ihre Arbeit als Kommunisten weiter und haben einen verhältnismäßig großen Einfluß. Alle diese sympathisierenden Seeleute zählen sich selbst als mit uns organisatorisch verbunden, wenn das auch papiermäßig nicht stimmt.

In der Berichtszeit wurde auch wieder abends für die Besatzungen der großen Schiffe an der Antwerpener Promenade an den Quaitoren Literatur verteilt.

In besonderen Fällen haben wir auch wieder Besprechungen mit einzelnen Besatzungsmitgliedern an Land organisiert. In diesem Monat fanden 10 solcher Besprechungen statt. In Zukunft werden wir gerade diese Art mehr ausbauen. Schon aus dem einfachen Grunde, weil wir den Genossen an Bord dabei konkrete Aufgaben stellen können.

Besondere Aufmerksamkeit schenkten wir im Berichtsmonat der Herstellung von Verbindungen nach deutschen Seehäfen. Bereits haben wir 2 feste Schiffe für diesen Zweck ausgemacht. Wir werden im kommenden Berichtsmonat auf diesem Wege mit uns bekannten Parteigenossen (Seeleuten) die Verbindung aufnehmen.

In der Bearbeitung einiger Schiffe einer bestimmten deutschen Reederei, die Antwerpen als Reiseschlußhafen anlaufen, haben wir Fortschritte gemacht. Besonders wieder dadurch, daß wir auf ein Schiff eine ganze Reihe guter Leute durch Anmusterung hinaufbekamen.

Über die Verhaftung einer Reihe bekannter Genossen in Hamburg haben wir bereits in einem besonderen Briefe an Euch berichtet. Wahrscheinlich ist dadurch vorübergehend die gesamte Arbeit unter den Seeleuten in Hamburg unterbrochen.[15]

Seeleute, die in Hamburg den 1. Mai [1935] mitgemacht haben, berichten darüber folgendes: Die Aufstellung fand statt in Rothenburgsort morgens um 1/2 10 Uhr. Von diesem Aufstellungsplatz marschierten dann die Hafenarbeiter, Staatsquai, Großschiffsbesatzungen und Reedereipersonal. Es wurde von unseren Leuten festgestellt, daß von den Schiffsbesatzungen etwa 40%, also weniger als die Hälfte angetreten war. Die Besatzungen marschierten unter den Reedereiflaggen. Keine Besatzung führte die Hakenkreuzflagge mit. Nur die Hälfte der Hafenarbeiter trug Armbinden. Weniger als die Hälfte trug Maiplaketten. Der Marsch ging durch die Süderstraße nach dem Hammerpark. Unterwegs spielte die Musik einigemal »Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen«. Niemand im Zuge sang. Viele, die Armbinden trugen, entschuldigten sich damit, daß sie sie noch vom vorigen Jahr hätten, sonst hätten sie keine mehr umgetan.

Sowie die Züge auf dem Platz im Hammerpark eintrafen, lösten sie sich auf und strömten in hellen Scharen nach Hause.

Nur ganz wenige haben sich die Redner angehört.[16]

15 Vgl. oben Anm. 5.

16 Diese mangelnde Bereitschaft, an den NS-Veranstaltungen teilzunehmen, betonen immer wieder auch andere Stimmungsberichte, z.B. die Deutschland-Berichte der Sopade oder die Lageberichte der Gestapo. Vgl. ausführlich: Morsch, Arbeit, S. 246f., S. 404ff.

Wie wir weiter von Hamburg hören, sind *Kemnitz, Galei* und *Schwarz*[17] aus dem Gefängnis entlassen. Sie arbeiten aber nicht. Besonders von *Kemnitz* wird behauptet, daß er weich geworden ist.[18] Weit über 100 Verhaftungen Mitte Mai [1935] werden von Barmbek und Rothenburgsort gemeldet.

Weiter wurde im Berichtsmonat die Erfahrung gemacht, daß die Bordstürme, Nazibordgruppen usw. sich nur auf den ganz großen Schiffen einigermaßen halten. Auf den Tramps und Frachtschiffen fallen sie auseinander.

Stichproben von großen Musikdampfern ergeben bei gesamtem Verdienst auf einer 3-Monatsreise und 420,– M[ark] Verdienst inclusive Überstunden einen Abzug von 140.- M[ark]. Selbstverständlich steigt dadurch die Unzufriedenheit an Bord auch unter den Nazis. Die Überstunden werden auf diesen Musikdampfern nicht von der Reederei beschnitten, sondern schon an Bord vor Eintreffen im Heimathafen von dem Treuhänder, Sturmführer, Blockwarten usw. in gemeinsamer Sitzung heruntergedrückt. Es ist vorgekommen, daß 1/4–1/2 aller Überstunden gestrichen wurden mit der Begründung, daß auch die Seeleute Opfer bringen müssen bei dem schlechten Stand der Schiffahrt.

Aus der Rheinschiffahrt berichten uns Genossen von Schiffsüberholungen bei Emmerich, Wesel und Düsseldorf-Köln. (Gestapo sucht Literatur). Der im vorigen Jahr von der Zaanbrug verhaftete Maschinist ist tatsächlich frei.[19] (Es wurde uns erneut bestätigt.) Über den in Durchführung begriffenen Abbau von Maschinisten bei Fendel haben wir Euch schon berichtet. Auch über den Lohnabbau dieser Kategorie.

Wenn bei Euch die Möglichkeit besteht, der Antwerpener Aktivistengruppe für die deutsche Arbeit einen kleinen Zuschuß zu geben, dann würde das hier bei unseren Jungens und selbstverständlich auch auf die Arbeit einen guten Einfluß ausüben. Ihr müßt nie vergessen, daß hier jeder alles was er hat, für die Arbeit aufopfert. Zur guten Durchführung der Arbeit gehören bekanntlich auch ein voller Magen, etwas zu rauchen, bei den Zusammenkünften Getränke, vor allen Dingen aber gute Kleidung und Schuhwerk. Wir werden immer, so weit das in unseren Kräften steht, finanziell unabhängig sein. Das schließt jedoch nicht aus, daß ein par Fr[ancs][20] in Reserve dem einzelnen Genossen ein sehr gutes Gefühl geben. (Auch, was die Sicherheit anbelangt.)

Über die Ausgestaltung der in diesem Monat neu angeknüpften Verbindungen werden wir Nachricht zukommen lassen.

Das Antwerpener Aktiv: Karl.[21]

17 Nähere biographische Angaben wurden nicht ermittelt.

18 D. h., daß er bei den Vernehmungen durch die Gestapo aussagte oder sich gar bereit erklärte, für die Gestapo als Spitzel zu arbeiten. Der Vorwurf konnte nicht überprüft werden. Die individuellen Angaben zu den genannten Personen ließen sich nicht ermitteln.

19 Der Name wurde nicht ermittelt.

20 Gemeint sind belgische Francs.

21 Deckname von Hermann Knüfken. Vgl. auch Dok. 44.

DOKUMENT 64

26. 6. 1935: Die Gestapo berichtet über die Konferenz der ITF in Roskilde/Dänemark, Ostern 1935

BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 397, Bl. 15f. Maschinenschrift. Verfasserangabe: »Abt. II 1 A 2, Friedrich Müller«. Überschrift: »Bericht über die Tagung der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) vom 13. und 14. April 1935 in Roskilde bei Kopenhagen in Dänemark«.[1]

Die obenbezeichnete Tagung, ist von dem Generalsekretär der ITF Eduard *Fimmen* (Holland), am 16. Juni 1881 in Amsterdam geboren, in Amsterdam Vondelstraat 61 wohnhaft, einberufen und geleitet worden, war von ca. 30 Delegierten des Transportgewerbes ehemaliger marxistischer Verbände besucht.[2]

1 Bei diesem Dokument handelt es sich, abgesehen von Prozeßunterlagen und Erinnerungsberichten aus der Zeit nach 1945, um einen der wenigen zusammenhängenden Berichte über die Konferenz in Roskilde, die nach Einschätzung der ITF große Bedeutung für den Aufbau illegaler Strukturen im Reich und für die Koordination der Verbindungen zwischen Illegalität und ITF-Zentrale in Amsterdam besaß.
Die Datierung der Gestapo ist falsch. Tatsächlich fand die Konferenz eine Woche später, zu Ostern 1935, statt. Nach den Aussagen in den Vernehmungen reisten die Teilnehmer am Karfreitag an. Die Tagung dauerte von Samstagvormittag bis Sonntagmittag. Anschließend kehrten die Teilnehmer zu verschiedenen Zeitpunkten nach Deutschland am Sonntagabend, Montag oder Dienstag (Voß) zurück. Vgl. hierzu detailliert die Vernehmungen der Gestapo, z.B.: II 1 A 2, Auszug aus der Akte [Erwin] Bertow und Gen[ossen]. Stapo Stettin II a. 2097/35, betreffend Zusammenkunft deutscher SPD-Funktionäre in Roskilde bei Kopenhagen, Berlin 4.7.1935 (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 397, Bl. 18–65); die Verhörprotokolle und Ermittlungsakten der Stapo Stettin, Juni 1935 (BA, Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten, ZC 7986, Bd. 1); Anklageschrift und Urteil des Volksgerichtshofes gegen Wilhelm Voß u.a., Nr. 15 J 222/35 // 2 H 34/36, vom 28.5.1936 bzw. 19.9.1936 (Widerstand als Hochverrat, Microfiche-Ausgabe); die Vernehmungen von Karl Oltersdorf, Otto Elchner und Heinz Wobschall durch den Untersuchungsrichter beim Volksgerichtshof 16.–25.1.1936 (BA, Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten, ZC 7986, Bd. 2); die Anklageschrift und das Urteil des Volksgerichtshofes gegen Karl Oltersdorf, Otto Elchner, Erich Cichocki, Heinz Wobschall und Karl Pieper im Prozeß gegen Alfred Markwitz u.a., Nr. 17 J 336/35 // 2 H 28/36, vom 27.5.1936 bzw. 26.9.1936 (Widerstand als Hochverrat, Microfiche-Ausgabe); die Vernehmungen und Verhörprotokolle, die Anklageschrift gegen Adolph Kummernuss u.a. vom 15.6.1936 (AdsD, ITF, Mappe 46). Zu Einladung und Ablauf der Konferenz, den Ermittlungen der Gestapo und den Verhaftungen vgl. Nachtmann, ÖTV, S. 241–246; sowie die auf den Ermittlungsakten und Anklageschriften gegen Kummernuss und gegen Wilhelm Voß u.a. fußende Darstellung bei Esters/Pelger, S. 43–46. Vgl. auch die Darstellung bei Jahn über seine Tätigkeit 1933–1936 (Dok. 75).

2 Die Angaben über die Teilnehmerzahl an der Konferenz schwanken in den Unterlagen zwischen 25 und 40 Personen allein aus Deutschland. Eine Teilnehmerliste wurde nicht ermittelt. Nach den in Anm. 1 erwähnten Ermittlungsakten, Anklageschriften und Urteilen sowie der Sekundärliteratur nahmen neben den im Dokument genannten Personen (Oltersdorf, Elchner, Cichocki, Wobschall, Hobiera, Bolling und Voß) teil: Adolph Kummernuss (18.6.1895–7.8.1979) war vor 1933 Angestellter im Gesamtverband in Hamburg; Albert Stroth (geb. 1.9.1884) war Obmann im Gesamtverband in Hamburg; Alwin Bösch (geb. 24.7.1883) war 1920–1933 Hauskassierer zuletzt im Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands in Hamburg; Robert Saevecke (geb. 25.9.1896) war vor 1933 zuletzt Kassenrevisor im Gesamtverband in Stettin; Heinrich Orlinski (geb. 3.1.1892) war vor 1933 Vertrauensmann der unständigen Hafenarbeiter im Einheitsverband der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer in Stettin; Friedrich Ritzrow (geb. 9.12.1897) war vor 1933 Kassenrevisor im Gesamtverband in Stettin; Albert Schwanz (geb. 5.5.1892) war 1930–1933 Angestellter im Gesamtverband in Kolberg; Walter Castenow (geb. 22.10.1902) war vor 1933 2. Vorsitzender der Gruppe Kraftfahrer im Gesamtverband in Stolp; Franz Boose (geb. 4.10.1892) war 1930–1933 Betriebsrat im Freihafen Stettin; Wilhelm Fischer (geb. 5.4.1896) war 1930–1933 Ortsgruppenleiter im Gesamtverband in Stargard; Wilhelm Burmeister (geb. 19.12.1897) war vor 1933 Kassierer im Gesamtverband in Stralsund; Franz Hiller (17.9.1872) war vor 1933 Kassierer im Gesamtverband in Stettin; Max Hiller (geb. 17.3.1897) aus Stettin; Hans Jahn (29.8.1885–10.7.1960); Karl Pieper (geb. 21.10.

Als Berliner Vertreter[3] nahmen u.a. daran teil:
1.) Karl *Oltersdorf*, 13.10.[18]89 Bromberg geb.,[4]
2.) Otto *Elchner*, 22.3.[18]98 Hirschberg geb.,[5]
3.) *Cichocki*, Erich, 4.9.[19]03 Berlin geb.,[6]
4.) Heinz *Wobschall*, 2.12.[19]10 in Rixdorf geb.[7]

Von Hamburg waren u.a. erschienen:
Wilhelm *Hobiera*, 19.3.[18]89 Spandau geb.,[8]
Johannes *Bolling*, 29.7.[18]82 Burg geb.,[9] und
der ehemalige Seemann Wilhelm *Voß*, 7.12.[18]81 Varel geb.[10]

1893) war vor 1933 Sekretär im Einheitsverband der Eisenbahner in Schwerte; Willi Schrödter (geb. 5.1.1889) war 1932/33 Betriebsrat im Reichsbahnausbesserungswerk in Cottbus. Zu Schrödter vgl. das Urteil des Oberlandesgerichts Hamm gegen Wilhelm Burmester u.a. (Willi Schrödter), Nr. 5 O.Js 39/41, vom 24.10.1941, S. 18f. (HStA Düsseldorf, RW 58, Nr. 9364). Ferner sind bei Esters/Pelger, S. 43, als Teilnehmer genannt: Franz Poralla aus Leipzig; Oskar Schmitt aus Göttingen; Hans Wiechmann (30.4.1885-ermordet Ende Mai/Anfang Juni 1937) aus Danzig, der vor 1933 die Presseabteilung des Einheitsverbandes in Danzig leitete, die Danziger Eisenbahnerzeitung herausgab, nach der Verselbständigung des Verbandes Vorsitzender der Danziger Ortsverwaltung des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, am 25.5.1937 von der Gestapo verschleppt und anschließend ermordet wurde. Hinzu kamen mehrere Vertreter aus dem Exekutivkomitee der ITF. Die Anzahl dieser Teilnehmer ist nicht zu ermitteln. Eine besondere Rolle nahmen in den Vernehmungsprotokollen lediglich die dänischen und holländischen Vertreter, insbesondere der Generalsekretär der ITF Edo Fimmen und sein Mitarbeiter Oldenbroek ein. Aufgrund der Vielzahl der Berichte dürfte allerdings die Angabe von Kummernuss, daß ca. 25 »ausländische Gewerkschaftskollegen« teilnahmen, zu hoch sein. Interview mit Adolph Kummernuss, abgedr. in: Ursel Hochmuth/Gerhard Meyer, Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933–1945, Frankfurt 1969, S. 98–108, S. 104. Die Personennamen sind in der Vorlage gesperrt.

3 Die folgenden vier Personen wurden gemeinsam mit zehn weiteren Angeklagten am 26.9.1936 verurteilt. Das Verfahren richtete sich in erster Linie gegen illegale Arbeit für die Sopade in Berlin. Die Konferenz in Roskilde besaß dagegen eine nachrangige Bedeutung. Vgl. die Anklageschrift und das Urteil des Volksgerichtshofes gegen Alfred Markwitz u.a., Nr. 17 J 336/35 // 2 H 28/36, vom 27.5.1936 bzw. 26.9.1936, S. 54–61 bzw. S. 35–40 (Anm. 1). Wegen seiner Teilnahme in Roskilde war in diesem Verfahren außer den genannten Personen noch Karl Pieper angeklagt, der zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde. Vgl. Anm. 2.

4 Vgl. zu Oltersdorf Dok. 36.

5 Otto Elchner (geb. 22.3.1898), SPD, war seit 1926 Betriebsratsvorsitzender der Berliner Verkehrsbetriebe, 1930 Vorstandsmitglied im Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe, März 1933 verhaftet, Anfertigung von Stimmungsberichten für Hans Jahn u.a. über die Vertrauensratswahlen, Teilnahme an der Konferenz in Roskilde, Mai 1935 erneute Verhaftung und im Prozeß gegen Markwitz u.a. am 26.9.1936 vom Volksgerichtshof zu eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt (vgl. Anm. 3), nach seiner Freilassung im November 1936 Flucht in die CSR und von dort im Januar 1937 Emigration nach Schweden, Mitglied in der Landesgruppe Schweden der Auslandsvertretung deutscher Gewerkschaften, nach 1945 in Schweden wohnhaft.

6 Erich Cichocki (geb. 4.9.1903) SPD, war Mitglied im Gesamtverband, beschäftigt bei den Berliner Verkehrs-Betrieben, nach 1933 Verbindungen zur Sopade, Teilnahme an der Konferenz in Roskilde, Juni 1935 verhaftet und am 26.9.1936 im Prozeß gegen Markwitz u.a. vom Volksgerichtshof zu neun Monaten Gefängnis verurteilt (vgl. Anm. 1), nach seiner Freilassung 1936 Emigration nach Schweden, 1940–1943 Vorstandsmitglied in der SPD-Ortsgruppe Stockholm, nach 1945 Rückkehr nach Deutschland.

7 Heinz Wobschall (geb. 2.12.1910) war vor 1933 im graphischen Gewerbe in Berlin beschäftigt, Teilnahme an der Konferenz in Roskilde, im Mai 1935 verhaftet und am 26.9.1936 im Prozeß gegen Markwitz u.a. (vgl. Anm. 1) vom Volksgerichtshof aus Mangel an Beweisen freigesprochen.

8 Wilhelm Hobiera (geb. 19.3.1889) gehörte 1911–1933 verschiedenen Gewerkschaften in Berlin und Hamburg an, zuletzt Hafenarbeiter, mehrmals Mitglied in den Sektionsleitungen der Gewerkschaften und Betriebsrat, zuletzt Hafenarbeiter in Hamburg.

9 Johannes Bolling (geb. 29.7.1882) war vor 1933 SPD, Mitglied im Gesamtverband in Hamburg, 1927–1933 Betriebsrat im Hamburger Hafen.

10 Zu Wilhelm Voß vgl. auch Dok. 58. In der Vorlage durchgängig: Voss.

Voß ist bezw. war seit dem 1.10.1911 Angestellter im Verkehrsbund, Abteilung Seeleute, und stand bis in letzter Zeit in engster Verbindung mit *Fimmen*. *Voß* ist derjenige, der die Fahrt nach Roskilde, soweit diese die deutschen Teilnehmer betrifft, organisierte und auch mit dem Gelde finanzierte, das ihm durch *Fimmen* für diesen Zweck ausgehändigt worden war.[11]

Nachdem *Fimmen* die Tagung eröffnet hatte, wurde dem genannten *Voß* das Wort erteilt. In großen Umrissen gesagt, schilderte er seine guten Verbindungen zu Hamburger Betrieben, die er habe; er könne den Stand seiner Agitation als günstig und für fortgeschritten bezeichnen. Selbst *Fimmen* hegte Zweifel an seinen Ausführungen, indem er erklärte: »Man solle sich keine Hoffnungen machen; über Rußland habe man seinerzeit gesagt, daß sich das System nur wenige Jahre halten könne. Über Italien habe man ähnlich gesprochen. Die Meinungen über Deutschland gingen anfänglich dahin, daß sich »die Regierung *Hitler* nur etwa 2 Jahre halten könne«. Statt dessen stände die deutsche Arbeiterschaft zur Zeit sattgegessen und zufrieden da, sodaß an Veränderungen gar nicht zu denken sei.«

Oltersdorf erklärte, über Berlin nicht so günstig berichten zu können. Verbindungen zu Berliner Betrieben habe er nicht; es sei auch schwer, solche aufzunehmen, da die Leute, auch ehemalige Bekannte, verängstigt seien und sich auch »wie geborene Nationalsozialisten gebärden«. Trotzdem wolle er (*Oltersdorf*) sich um bessere Verbindungen zu den Betrieben bemühen. Wie schwer das illegale Arbeiten in Berlin sei, wäre an dem Ausgang der Vertrauensratswahlen zu sehen, die mit 78% für die Listen der Deutschen Arbeitsfront ausgelaufen wären.[12]

In ähnlichem Sinne sprachen die Berliner: *Elchner* als Vertreter für die Bewag[13] und *Cichocki* als Vertreter der BVG.[14] Der Vierte, und zwar *Wobschall*, wurde von *Oltersdorf* den in Roskilde anwesenden Teilnehmern als Vertreter des graphischen Gewerbes vorgestellt. Er hat kein Referat gehalten, sondern nur die an ihn gerichteten Fragen beantwortet.

Zusammenfassend kann über die Tagung gesagt werden, daß es eine Aussprache unter den angeblichen Vertretern war, in der die Fragen erörtert und Meinungen ausgetauscht wurden bezüglich der illegalen gewerkschaftlichen Arbeit in Deutschland.

Wenn die angeblichen Vertreter auch zu dem Zweck zusammengekommen sind, über die Zersetzung der Deutschen Arbeitsfront in marxistischem Sinne zu beraten, dürfte dieser Tagung doch wenig Bedeutung beizumessen sein.

Bemerkt wird noch, daß die im Bericht aufgeführten »angeblichen Vertreter Deutschlands« festgenommen wurden und sich zur Zeit in Schutzhaft befinden.[15]

11 Dies traf tatsächlich nur für die pommersche Gruppe und die Hamburger zu. Die aus Berlin und dem Rheinland stammenden Eisenbahner erhielten das Geld über Hans Jahn und Willy Molitor. Schrödter erhielt das Fahrgeld von Wilhelm Bode aus Cottbus, der selbst nicht fahren wollte. Urteil des Oberlandesgerichts Hamm gegen Willi Schrödter, vom 24.10.1941, S. 18 (Anm. 2); Vernehmungsprotokoll von Molitor durch die Gestapo vom 3.7.1937 (HStA Düsseldorf, RW 58, Nr. 58896). Vgl. auch auf dieser Grundlage die Darstellung bei Esters/Pelger, S. 43. Zu Willy Molitor vgl. Dok. 89, sowie allgemein den Bericht von Hans Jahn 1933–1936 (Dok. 75).

12 Vgl. hierzu Teil VIII der Einleitung.

13 Gemeint sind die »Berliner Elektrizitäts- und Wasserwerke AG«.

14 Gemeint ist die »Berliner Verkehrsgesellschaft«.

15 Vgl. die in Anm. 1 genannten Unterlagen.

DOKUMENT 65

August/Oktober 1935: Die Antwerpener Gruppe rechtfertigt ihre Form der gewerkschaftlichen Arbeit gegenüber der KPD

BA, SAPMO, ZPA, I 2/708/139, Bl. 63. Maschinenschrift. Ohne Verfasserangabe. Ohne Orts- und Datumsangabe.[1]

Erklärung der Zelle Schiffahrt der KPD.

Die Gruppe der deutschen Seeleute Aktivisten in Antwerpen besteht bis heute aus 8 Parteigenossen an Land (die die deutschen Besatzungen der Antwerpen anlaufenden deutschen Schiffe bearbeiten)[2] und 34 Genossen auf 21 deutschen Schiffen, die sich als an diese Gruppe angeschlossen betrachten. (Die Zahl der fahrenden Genossen steigt fortwährend, da immer noch von der Antwerpener Gruppe alte KPD-Mitglieder auf den Schiffen festgestellt werden[3] und, wenn sie keine Verbindung haben, angeschlossen werden und selbstverständlich auch in die »Arbeit im Betrieb« eingeschaltet werden.)

Da die Gruppe sowohl als Beschäftigte im Betrieb als auch durch das Hafenaktiv von außen den Betrieb bearbeitet, entspricht die Bezeichnung Zelle Schiffahrt der KPD der tatsächlichen Lage. Diese Arbeit ist weder Emigrations- noch Nurgewerkschaftsarbeit, sondern vor allen Dingen Parteiarbeit.[4]

Die Gewerkschaftsarbeit ist allerdings die Hauptarbeit, die im Augenblick im deutschen Betrieb von jedem Parteigenossen gemacht werden muß. Dementsprechend hat die Gruppe diese Arbeit als Hauptarbeit begonnen. Der Wiederaufbau der Freien Gewerkschaft, nämlich des Gesamtverbandes der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer wird von der Gruppe in die Praxis umgesetzt.[5]

Bis heute sind 22 Schiffe zu melden, auf denen Freigewerkschaftsgruppen des Gesamtverbandes organisiert sind.[6] In diesen 22 Schiffsgruppen sind etwa 128 Seeleute erfaßt.

Die Gruppe gibt eine Zeitung »Die Schiffahrt« als Gewerkschaftsorgan heraus. Die Zeitung erscheint 12-seitig einmal im Monat.[7]

Unter den Mitgliedern der Freigewerkschaftsbordgruppen befinden sich auch 3 Sozialdemokraten.[8] Wenn nicht mehr, so liegt das daran, daß es immer nur sehr wenige fahrende SPD-Leute gegeben hat.

Faktisch und in der Praxis ist die Antwerpener Gruppe eine Parteizelle, tritt jedoch als solche nur auf gegenüber den fahrenden Parteigenossen, selbstverständlich äußert sich der Charakter als Parteizelle auch bei den wöchentlichen Zellenversammlungen.

1 Auf dem Dokumentkopf Eingangsstempel: »2077. 22. M[ärz] 1936«. Die Datierung erfolgt aufgrund der Angabe über die Größe der Aktivistengruppe sowie des Eingangsstempels, der für die Berichte vom August bis Oktober 1935 identisch ist. In der Vorlage zahlreiche Unterstreichungen und handschriftliche Anstreichungen. Das Dokument ist auszugsweise referiert bei Buschak, Arbeit, S. 237.
2 Vgl. auch die Angaben in Dok. 63.
3 Vgl. auch die Erklärungen im Arbeitsbericht der Zelle Schiffahrt der KPD Antwerpen, Monat September 1935 (Dok. 67 Anm. 11 und 16).
4 Ebd.
5 Vgl. auch den Artikel »Mannheim im No...«, in: Die Schiffahrt. Organ des Gesamtverbandes der Seeleute, Binnenschiffer und Hafenarbeiter Deutschlands, Nr. 3, November 1935, S. 11f.
6 Diese Angaben wurden auch im Bericht vom September 1935 (Anm. 3) gemacht.
7 Allerdings ist lediglich die in Anm. 5 zitierte Ausgabe vom November 1935 (Nr. 3) nachgewiesen. Nr. 4 erschien im Februar 1936. Vgl. Dok. 67.
8 Vgl. den Bericht vom September 1935 (Anm. 3).

In der Arbeit des Wiederaufbaus der Freien Gewerkschaft ist der Charakter der Gruppe als Zelle der Partei nach außen nicht sichtbar. Trotzdem hier die Arbeit nur deshalb funktioniert und Resultate bringt, weil wir eben eine bewußte, geschlossene Einheit sind, die energisch und zielbewußt trotz aller Schwierigkeiten täglich ihre Pflicht tut.

Schätzungsweise gibt es noch heute in der deutschen Schiffahrt 350–400 fahrende Parteigenossen,[9] die meistens ohne Anschluß sind. Wir sammeln diese Genossen jetzt wieder zu einer organisatorischen Form und damit ziehen wir sie gleichzeitig wieder in die Arbeit hinein.

Wenn die Schiffahrt ein Betrieb ist, und das ist keine Frage, dann gehören die fahrenden Genossen zur Zelle des Betriebes. Diese Zelle ist die Zelle Schiffahrt. Das Z[entral-]K[omitee] der Partei kann in dieser Frage keinen anderen Beschluß fassen. Sollte das Z[entral-]K[omitee] jedoch in Verkennung der Lage in der Schiffahrt zu einer anderen Auffassung kommen, dann muß das Z[entral-]K[omitee] uns Gelegenheit geben, unsere Auffassung, die wir für richtig halten, zu erklären und zu begründen.[10]

DOKUMENT 66

September 1935: Die ISH gibt Anweisungen zur Form der Gewerkschaftsarbeit

ISH-Bulletin, Nr. 6, 5. Jg., September 1935, S. 15f. Hektographierte Maschinenschrift. Ohne Verfasserangabe. Für den Abdruck gekürzt.

Gewerkschaftliche Aktivität in der Deutschen Arbeitsfront entscheidend für Aktions- und Gewerkschaftsarbeit.[1]

[...][2]

Wir haben schon bei Bekanntgabe der neuen Tarifordnung[3] darauf verwiesen, daß auf jedem Schiff die Seeleute dafür sorgen müssen, daß die Bestimmungen der Tarifordnung auch eingehalten werden. Das erfordert die genaue Kenntnis der Tarifordnung und bedeutet in der Praxis die Mobilisierung der Mitglieder der DAF auf jedem Schiff zum Kampf für ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen, die Besetzung der Funktionen in der DAF mit Antifaschisten und die Einbeziehung der Amtswalter, der unteren und mittleren Funktionäre der DAF in diesen Kampf. Auf diese Weise können wir die Mitglieder und Organisationen der DAF mehr und mehr auf den Weg des gewerkschaftlichen Kampfes drängen. Unser Ziel muß die Verwandlung dieser unteren Organisationen der DAF aus Werkzeugen des National-

9 Im September-Bericht 1935 (Anm. 3) wurde die Zahl mit 300 Personen angegeben.
10 Diese vehemente Kritik richtete sich gegen den Anspruch der ISH und deren Versuche, die Antwerpener Gruppe auszuschalten. Vgl. eingehend Dok. 67, insb. Anm. 8, sowie den Briefwechsel zwischen einer Gruppe kommunistischer Seeleute und Edo Fimmen nach dem Antrag der Gruppe zur Aufnahme in die ITF im Juli/August 1936 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/708/139 Bl. 26–31). Zur Position der ISH vgl. Dok. 66.
1 Die Überschrift ist in der Vorlage durch Großbuchstaben und Fettdruck hevorgehoben.
2 Die ausgelassenen Ausführungen behandeln kurz die Situation bei den Hafenarbeitern, bei denen eine den Seeleuten entsprechende Taktik vorgegeben wurde. Weiterhin wird knapp die Tarifordnung angesprochen. Vgl. hierzu auch Dok. 60.
3 Ebd.

sozialismus gegen den Klassenkampf in Werkzeuge des Klassenkampfes gegen den Nationalsozialismus sein. Das ist auch Arbeit zum Wiederaufbau der Gruppen des Gesamtverbandes.[4]

Leider haben viele antifaschistische Seeleute diese Arbeit in der DAF lange Zeit ignoriert und dadurch die Entfaltung einer gewerkschaftlichen Aktivität und den Wiederaufbau der Gruppen der Freien Gewerkschaften gehemmt. Viele Seeleute begründen ihren Widerstand, in die DAF einzutreten oder an den Versammlungen teilzunehmen oder Funktionen in der DAF zu bekleiden, damit, daß sie Gegner der Nazis sind. Sie glauben, sie würden sich in den Augen ihrer Kameraden kompromittieren, man würde sie vielleicht als Überläufer bezeichnen. Andere wieder sagen: Bei uns haben die Nazis »vorne« nichts zu melden, und wozu sollen wir ihnen ihre Kameradschaftsabende füllen und der DAF Bedeutung geben? Das sind nur einige von den vielen Argumenten, die man täglich von den Seeleuten zu hören bekommt.[5]

Solche Argumente enthüllen einen falschen Heroismus, der die Auslösung von Widerständen und Aktionen gegen die Nazis und Unternehmer hemmt und uns von der Masse der Seeleute isoliert. Die Seeleute werden viel mehr Vertrauen zu uns gewinnen, wenn wir uns ihrer kleinen Forderungen in bezug auf die Durchführung und Einhaltung der Tarifordnung und der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse an Bord annehmen. Die Seeleute werden dann besser verstehen, daß man in der heutigen Zeit schlaue und listige Kampfmethoden anwenden muß, um die Forderungen zu realisieren. Die Vorbereitung und Auslösung von Bewegungen, auch für die bescheidensten Forderungen des täglichen Lebens, hängt eben davon ab, inwieweit wir es verstehen, der Losung »Nutzt alle legalen Möglichkeiten aus!«[6] lebendigen Inhalt zu geben.[7]

Schon bei der Beratung über die Tarifordnung haben viele Seeleute die Methode angewandt, die Führer der DAF beim Wort zu nehmen. Sie erinnerten an die vielen Versprechungen über Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Erhöhung der Heuern, nutzten die Vorschläge der Nazis zur Verschönerung des Arbeitsplatzes aus, forderten Verbesserung der Mannschaftsräume, Erhöhung der Sicherheit, Verbesserung der Verpflegung usw. Von vielen Schiffen wurden die Amtswalter mit den Forderungen der Seeleute zu den Büros der DAF geschickt.

Bei richtigem Anknüpfen an die Verhältnisse gibt es viele Möglichkeiten, die gewerkschaftliche und antifaschistische Aktivität aus dem Rahmen der geheimen Verschwörung Einzelner herauszuheben und zur natürlichen Sache der gesamten Besatzung zu machen. So wird auch ein Höchstmaß von Sicherheit der treibenden antifaschistischen Kräfte vor den Zugriffen der Gestapo geschaffen.

4 Diese Vorgehensweise des »Trojanischen Pferdes« wurde nach der Brüsseler Konferenz der KPD am 3.–5.10.1935 in Moskau zur offiziellen Taktik der KPD und ihrer Organisationen erklärt. Vgl. allgemein Kap. V. Der Hinweis richtete sich auch gegen Handlungen wie die der Antwerpener Gruppe. Vgl. Dok. 65.

5 Dies traf nicht nur auf die Seeleute zu. Außerhalb der KPD wurde die Taktik, in der DAF zu arbeiten, von vielen illegalen Gruppen abgelehnt. Vgl. typisch die Diskussion zum Abstimmungsverhalten bei den Vertrauensratswahlen und die differenzierte Haltung des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands, z.B. bei seiner Gründungskonferenz 1936 (Dok. 92). Zu den Vertrauensratswahlen vgl. Dok. 126 Anm. 8 sowie Teil VIII der Einleitung.

6 Text in Anführungszeichen in der Vorlage unterstrichen.

7 Dieses Verhalten war nirgendwo umstritten, sondern vielmehr die späte Schlußfolgerung, die die KPD für sich aus ihren Erfahrungen zog.

Das erfordert aber, daß wir zu den Seeleuten als Mitglieder der DAF reden,[8] also als Mitglieder derselben Organisation, der alle angehören, mit der sie unzufrieden sind, der sie alle ihre hohen Beiträge bezahlen, deren Einrichtungen nicht ihnen, sondern den Nazis gehören und deren faschistische Führer sich nicht für die Interessen der Seeleute einsetzen. So können wir die Kameraden der DAF anregen, sich gegen die Verhältnisse und die Politik der DAF zur Wehr zu setzen und das sich ergebende Gemeinsamkeitsgefühl, die spontane Opposition fördern, ihr ein klassenkämpferisches Ziel geben und die Stimmungen für die Entwicklung der gewerkschaftlichen Aktivität und zur Schaffung freigewerkschaftlicher Gruppen auszunutzen.

Die gewerkschaftliche Arbeit in der DAF ist somit die Grundlage, auf der wir das gemeinsame Handeln mit den früheren Gewerkschaftskollegen und Funktionären am ehesten herbeiführen können.[9] Auf diese Weise können wir auch einen schnellen Kontakt zu den sozialdemokratischen und ehemaligen Gesamtverbandskollegen finden und alle einheitlich den Kampf für die Interessen aller Seeleute gegen den Faschismus führen. Die Entfaltung der gewerkschaftlichen Aktivität in der DAF wird uns auch helfen, die Entwicklung der heute so schwierigen Methoden des gewerkschaftlichen Kampfes zu fördern und den Aufbau von Gruppen der Freien Gewerkschaften zu beschleunigen.

Sehr unklar ist bei vielen Seeleuten auch die Frage, in welcher Organisationsform man die Freie Gewerkschaft aufbauen soll. Heute kann der Zusammenschluß der Seeleute auf den Schiffen nur in der Herstellung des gegenseitigen persönlichen Kontaktes, in der Schaffung eines absoluten Vertrauensverhältnisses unter der Mannschaft und in der Bestimmung freigewerkschaftlicher Vertrauensleute bestehen.[10] Die Vertrauensleute von den Schiffen werden unter sich bestimmen, wer mit den verschiedenen Häfen Verbindung hält und die Führung der freigewerkschaftlichen Gruppen übernimmt. Die Gelder zur Finanzierung der Arbeit können durch mehr oder weniger regelmäßige Sammlungen an Bord und durch den Vertrieb der Literatur aufgebracht werden. Mit diesen Geldern wird es auch möglich sein, in verschiedenen Häfen Verbandszeitungen herauszubringen, die von Redaktionskommissionen der freigewerkschaftlichen Gruppen redigiert werden.[11]

Das Entscheidende ist also, daß die ganze Organisation der freigewerkschaftlichen Bewegung in der DAF aufgebaut wird. Indem wir alle Hemmnisse und Widerstände, Funktionen in der DAF zu bekleiden usw., überwinden, werden wir alle Seeleute zu der Erkenntnis bringen, daß die Seeleute selbst die Durchführung der Tarifordnung überwachen, ihre berechtigten Forderungen durch die Amtswalter und die DAF den Kapitänen und Reedern unterbreiten und sich erkämpfen müssen. Von unserer Aktivi-

8 Genau dies wurde eben von nahezu allen illegalen Gruppen aber abgelehnt. Vgl. hierzu auch die programmatischen Vorgaben in dem Eröffnungsbeitrag »Unser Weg« in der »Schiffahrt«, die als Konkurrenz zur seit Februar 1936 als ITF-Organ firmierenden Zeitschrift »Die Schiffahrt« von der ISH herausgegeben wurde. Schiffahrt. Organ des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe. Sektion: Schiffahrt u. anverwandte Betriebe, 1. Jg., Nr. 1, Januar – Februar 1936, S. 1–3. Ähnlich wiederholt in »An alle Seeleute und Hafenarbeiter«, in: ebd., April 1936, S. 1 (Flugblatt). Zu Erscheinungsort und -zeitraum der Zeitschrift vgl. Stroech, S. 240.

9 Dieser Satz ist in der Vorlage unterstrichen.

10 Hier rückte die ISH von der eigenen Politik bis etwa Sommer 1935 ab. Sie unterschied sich auch von der Antwerpener Gruppe, die eine Parteiarbeit in den Freien Gewerkschaften befürwortete. Vgl. Dok. 65.

11 Dies entsprach dem Handeln der Antwerpener Gruppe. Vgl. die Angaben im Arbeitsbericht der Zelle Schiffahrt der KPD Antwerpen, Monat September 1935 (Dok. 67 Anm. 11 und 16).

tät in der DAF werden die weiteren Fortschritte im Wiederaufbau der Gruppen der Freien Gewerkschaften abhängen.

DOKUMENT 67

Februar 1936: Edo Fimmen und Hermann Knüfken geben den Anschluß der »Antwerpener Gruppe« von Seeleute-Gewerkschaftern, die sich bislang der KPD zurechneten, an die ITF bekannt

Abgedruckt in: Die Schiffahrt. Organ des Gesamtverbandes der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer Deutschlands. Angeschlossen an die Internationale Transportarbeiter Föderation, Nr. 4, Februar 1936, S. 1–3. Hektographierte Maschinenschrift.

Einheit innerhalb der ITF[1]

Ich begrüße den Beschluß der in Antwerpen arbeitenden deutschen Seeleute, ehemalige Mitglieder des Gesamtverbandes, sich als Gruppe geschlossen der Internationalen Transportarbeiter Föderation anzugliedern.[2]

Die ITF hat ihr Möglichstes getan, um den Zusammenbruch in Deutschland zu verhüten. Sie war bereit, alle ihre Kräfte zur Unterstützung eines wirklichen Kampfes des deutschen Proletariats einzusetzen und es ist nicht ihre Schuld, daß es dazu nicht gekommen ist.[3] Als dann die deutschen Organisationen ohne den allergeringsten Versuch des Widerstandes zerschlagen waren, war es wiederum die ITF, die sofort die Verbindung aufgenommen hat mit den Kameraden, die der alten Fahne treubleiben wollten und bereit waren, den Kampf gegen die Naziherrschaft aufzunehmen und weiterzuführen. Die ITF hat die illegale Arbeit in Deutschland nach Kräften geleitet und unterstützt diesen Kampf auch heute, sie wird ihn auch weiter leiten und unterstützen.[4]

Die Hilfe, die Mitarbeit jedes ehrlichen Genossen, ganz gleich, wo er sonst stehen mag, ist dabei von größtem Wert. Nur eine Bedingung wird gestellt. Die Arbeit vollzieht sich im Rahmen der ITF, denn sie trägt für diese Arbeit auch die volle Verantwortung.[5] Volles, gegenseitiges Vertrauen der zusammenarbeitenden Kameraden ist unerläßlich. Ohne sie gibt es keine Einheit. Ich habe dieses Vertrauen zu den Mitgliedern der Gruppe in Antwerpen.[6] Sie und jeder deutsche Seemann können das selbe Vertrauen zu ihrer Internationale, zur ITF haben. Sie steht rückhaltlos zu den Kämpfern für ein neues, sozialistisches Deutschland.

Den deutschen Seeleuten, die heute ohne Organisation sind, rufe ich zu:

1 Die Überschrift ist in der Vorlage unterstrichen; »Einheit« zusätzlich gesperrt.
2 Gemeint ist die Gruppe um Hermann Knüfken. Vgl. Dok. 63. Der Gesamtverband war der Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs. Vgl. zu diesem von der KPD bekämpften Anschluß unten Anm. 8; sowie Dok. 65, 66.
3 Vgl. hierzu bereits die Darstellungen der ITF aus dem Jahr 1933 (Dok. 55, 58).
4 Vgl. den Bericht von Hans Jahn über seine illegale Tätigkeit 1933–1936 (Dok. 75).
5 Vgl. hierzu auch die im November 1936 veröffentlichten »Richtlinien der Aktivgruppen der ITF« (Dok. 74).
6 Vgl. auch die Erklärungen einer Gruppe kommunistischer Seeleute und die Stellungnahme von Edo Fimmen zum Antrag der Gruppe um Aufnahme in die ITF im Juli/August 1936 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/708/139 Bl. 26–31).

Unterstellt Euch[7] der Internationalen Transportarbeiter Föderation.[8] In Antwerpen sucht und unterhaltet die Verbindung mit der Gruppe deutscher Seeleute[9], die schon seit vielen Monaten, unter großen Schwierigkeiten, tapfer den schweren Kampf geführt und die ihn auch in Zukunft als einzige von der ITF anerkannte und unterstützte Gruppe weiter führen wird.

Für den Generalrat der ITF.
Edo *Fimmen*
Generalsekretär.

Unser Anschluß an die ITF[10]

Auf Grund der Uneinigkeit der deutschen Arbeiterklasse und der Unentschlossenheit der Führer konnte der blutige Faschismus in Deutschland siegen, wurden die gewerkschaftlichen Organisationen zerschlagen. Nach dreijährigem fast unerträglichen Leiden, beispiellos in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung, ringt sich die Erkenntnis durch, daß nur eine geeinte deutsche Arbeiterschaft, unter einheitlicher Führung in einheitlichen Organisationen und unterstützt durch die internationalen Organisationen des Weltproletariats die Niederlage der brutalsten arbeiterfeindlichen faschistischen Diktatur herbeiführen kann. Aus dieser Erkenntnis heraus sind die antifaschistischen Organisationen zu der Überzeugung gekommen, daß die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse auf der Basis der Gewerkschaftseinheit die gegebene ist.[11]

7 In der Vorlage gesperrt.
8 In der Vorlage unterstrichen.Vgl. hierzu auch die zustimmende Antwort der ISH in: Schiffahrt. Organ des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe. Sektion: Schiffahrt und anverwandte Betriebe, Mai 1936, S. 3–5 »Hallo, wir sind bereit« und »Einheit«. So appellierte die kommunistische »Schiffahrt« unter dem Titel »Einheit!«: »Und weil wir diesen Mangel besonders schmerzhaft empfinden, da er sich bereits in unserem Kampf gegen den Hitlerfaschismus störend bemerkbar macht, stimmen wir Edo Fimmen zu, daß die ITF unser Platz, ist wo wir hinwollen, um gemeinsam besser und wirkungsvoller kämpfen zu können. Wenn Fimmens Worte von der Einheit einen Sinn haben sollen, daß jeder, der die Einheit des Transportarbeiter-Proletariats will, seinen Platz in der ITF einnehmen solle, dann wird es Zeit, daß Edo Fimmen uns diesen Platz einräumt, was bis heute noch mehr oder weniger verweigert wurde. Wir erheben diese Forderung öffentlich erneut, selbst auf die Gefahr hin, daß Edo Fimmens Einladung nicht an unsere Adresse gerichtet sein sollte. Aber die Einheit ist unteilbar, genau so wie der Friede und die Freiheit, um die wir in der ITF gemeinsam kämpfen wollen.« Dies stimmte allerdings nicht überein mit dem weiterhin an die Seeleute gerichteten Appell, in der DAF zu arbeiten, und der Ablehnung dieser Forderung durch die ITF. Vgl. den Artikel: »An alle Seeleute und Hafenarbeiter«, in: Schiffahrt, April 1936, S. 1; den Briefwechsel zwischen kommunistischen Seeleuten und Fimmen (Anm. 6); die taktischen Überlegungen von Paul Merker (Dok. 72); sowie die im November 1936 veröffentlichten »Richtlinien der Aktivgruppen (ITF)« (Dok. 74).
9 In der Vorlage unterstrichen.
10 Die Überschrift ist in der Vorlage unterstrichen. Vgl. zu dieser Erklärung die vorangegangenen Diskussionen zwischen ISH und der Antwerpener Gruppe, u.a. Arbeitsbericht der deutschen Gruppe »Antwerpen« der Seeleute und Rheinschiffer über die Tätigkeit im Monat Juli 1935. Bericht an das Zentralkomitee d[er] KPD (BA, SAPMO, ZPA, I 2/708/139, Bl. 53–55); sowie die Erklärungen der Antwerpener Gruppe und der ISH (Dok. 65, 66).
11 Damit sprach sich die Antwerpener Gruppe deutlich gegen Einheits- und Volksfrontüberlegungen aus und gab der Gewerkschaftsarbeit Vorrang vor der Parteiorganisation. Vgl. aber noch den Arbeitsbericht der deutschen Gruppe »Antwerpen« der Seeleute und Rheinschiffer über die Tätigkeit im Monat Juli 1935 (Anm. 10). Dort erklärte die Gruppe: »Aus diesem Grunde hat sich das Aktiv, welches aus Parteigenossen besteht, in seiner letzten Sitzung als Parteizelle konstituiert./Fortführung des Namens »Zelle Schiffahrt« so wie früher in Hamburg./Es ist weiter beschlossen, in Zukunft periodisch als Zellenorgan »Der Sturm« herauszugeben und alle erfaßbaren ehemaligen Parteimitglieder in der See- und Rheinschiffahrt damit zu beliefern. Weiter sollen die in der Seeschiffahrt noch beschäftigten Parteigenossen wieder Parteibeiträge entrichten. Die Zelle führt gleichzeitig

Infolgedessen können nur führungs- und richtungsgebend sein die internationalen Vereinigungen der Freien Gewerkschaften, das heißt, für die Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer sowie alle Arbeiter im Transportgewerbe, die Internationale Transportarbeiter Föderation[12] mit ihrer weltumspannenden Organisation.

Deshalb hat sich die Antwerpener Gruppe im Einverständnis mit ihren Vertrauensleuten in der deutschen Schiffahrt an die ITF angeschlossen, mit dem ehrlichen Willen, mitzuhelfen am Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften und ihre volle Kraft innerhalb der ITF miteinzusetzen im Kampf für die Befreiung der deutschen Arbeiterschaft.[13]

Wir fordern alle Genossen in der See- und Binnenschiffahrt auf, uns in diesem Kampfe zu untersützen.

Einer für Alle!
Alle für Einen![14]
Nieder mit der arbeiterfeindlichen braunen Diktatur![15]
Nieder mit der DAF, der Organisation der Abzüge! Es lebe unser Gesamtverband, die Internationale Transportarbeiter Föderation!

Die Antwerpener Gruppe.[16]

---

gegenüber den anderen Seeleuten die Gewerkschaftslinie der Partei durch und hat zu diesem Zweck bereits die erste Nummer eines Gewerkschafts-Organs »Die Schiffahrt« herausgebracht, vorläufig in 1.000 Exemplaren. »Die Schiffahrt« wird geschrieben unter besonderer Beachtung der Parteilinie über den Aufbau freier Gewerkschaften. Die erste Nummer wurde in der technischen Ausführung nicht besonders gut, jedoch halten wir den Inhalt für zweckentsprechend. Die zweite Nummer, die im Laufe des August erscheinen wird, soll auch technisch besser werden und auch die Rheinschiffahrt wird mehr Raum finden.« Im September 1935 erklärte die Antwerpener Gruppe trotz des Streits mit der ISH-Führung ebenfalls noch: »Wenn das Antwerpener Aktiv sich Zelle Schiffahrt nennt, so bedeutet das nicht, daß wir bei unserer Arbeit nach außen hin den Parteicharakter betonen. Hier sind wir sozusagen Initiativkommitee zum Wiederaufbau der Freien Gewerkschaft. Sind sozusagen Fraktion der Partei in der Gewerkschaft. Unter uns ist natürlich der Charakter als Parteizelle unerläßlich, auch schon deshalb, weil ja tatsächlich von uns Betriebsarbeit durch die fahrenden Genossen an Bord gemacht wird. Darüber kann kein Zweifel bestehen und halten wir die Ansicht des Sekretariats der ISH für falsch. (Das Sekretariat der ISH ist betreffs des Zellencharakters anderer Meinung.) Wir sind der Meinung, daß auch der bereits angekündigte Entscheid des Z[entral-]K[omitees der KPD] in dieser Frage nicht anders ausfallen kann, als daß unsere Auffassung bestätigt wird.« Arbeitsbericht der Zelle Schiffahrt der KPD Antwerpen, Monat September 1935 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/707/139, Bl. 64–66). Als Antwort auf diese Kritik vgl. die Rechtfertigung der Antwerpener Gruppe im Herbst 1935 (Dok. 65).

Die Zeitschrift »Der Sturm« als Organ der KPD-Zelle in Antwerpen für die folgende Zeit ist bibliographisch nicht nachgewiesen. Stroech, S. 255, nennt eine Zeitschrift »Sturm«, herausgegeben vom Einheitsverband der Seeleute und Hafenarbeiter mit fiktiver Anschrift Hamburg. Vgl. dagegen Buschak, Arbeit, S. 236, der die Absichtserklärung der Antwerpener Gruppe übernimmt. Die im Arbeitsbericht für Juli 1935 genannten Ausgaben der Zeitschrift »Die Schiffahrt« liegen nicht vor. Die Zeitschrift erschien mit dem Untertitel: Organ des Gesamtverbandes der Seeleute, Binnenschiffer und Hafenarbeiter Deutschlands. Ab Nr. 4 vom Februar 1936 enthielt sie den Zusatz: »Angeschlossen an die Internationale Transportarbeiter Föderation«. Irreführende Angaben in diesem Fall in: Stroech, S. 240f.

12 In der Vorlage in Großbuchstaben.
13 Text zwischen »angeschlossen« und »Arbeiterschaft« ist in der Vorlage gesperrt.
14 In der Vorlage gesperrt und unterstrichen.
15 In der Vorlage unterstrichen.
16 Zum – losen – organisatorischen Zusammenhalt der Gruppe vgl. die retrospektive Aussage des neben Knüfken führenden Mannes der Gruppe, Kurt Lehmann, zit. in: Hermann Knüfken, Über den Widerstand der Internationalen Transportarbeiter Föderation gegen den Nationalsozialismus und Vorschläge zum Wiederaufbau der Gewerkschaften in Deutschland – zwei Dokumente 1944/45, eingeleitet von Dieter Nelles, in: 1999, 7 (1992), S. 68. Zugleich wurden aber, wie in Anm. 11 gezeigt, bis 1936 förmliche Strukturen gegenüber der KPD behauptet. Zur Zusammensetzung bis Frühjahr 1935 vgl. Dok. 63. Im September 1935 bestand die Gruppe nach eigenen Angaben aus 9 Personen,

DOKUMENT 68

Februar 1936: Die ITF gibt Anweisungen für die illegale Arbeit

Die Schiffahrt. Organ des Gesamtverbandes der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer Deutschlands. Angeschlossen der Internationalen Transportarbeiter Föderation, Nr. 4, Februar 1936, S. 11f. Hektographierte Maschinenschrift.[1]

Rheinschiffer-Korrespondenz.

In der letzten No. 3 »Die Schiffahrt« schrieb ein Kollege unter der Spitzmarke »Mannheim im No....« einen Artikel,[2] worin er sich über die Arbeit äußert, die wir unter unseren Kollegen im Rheinstromgebiet leisten können. Die darin ausgedrückten Gedanken sind heute schon Gemeingut einer großen Zahl fahrender Kollegen. Heute Forderungen aufzustellen und diese Forderungen zu vertreten würde bedeuten, daß die Kollegen mit der Gestapo[3] Bekanntschaft machen würden. Ebenso würden die Organisatoren aller Vorstöße innerhalb der DAF, ob es sich nun um Verbesserung des Lohnes oder der Arbeitsbedingungen dabei handelt[4], sehr bald im Konzentrationslager sitzen.

Wir wollen aber auch nicht, wie uns vielleicht ein Übereifriger zum Vorwurf machen könnte, die Linie des geringsten Widerstandes beziehen.

Vorsicht ist noch lange keine Ängstlichkeit.

Die Arbeitsfront ist bei der Mehrheit der Rheinschiffer vollkommen erledigt. Diese »Organisation« fällt unter die Bezeichnung: Zwangsabzüge[5] und wird nur in dieser Beziehung und selbstverständlich auch als faschistische Organisation der Knebelung der deutschen Arbeiterschaft ernst genommen.

Deshalb kann es keine Vorstöße in der DAF von unserer Seite geben. Deshalb auch keine Besetzung irgendwelcher Posten in der DAF durch unsere Leute.[6]

Der Duisburger und einige andere Prozesse gegen Rheinschiffer sollen keine Wiederholung finden. Gearbeitet muß werden, aber Experimente werden nicht gemacht.

---

von denen drei in der deutschen Rheinschiffahrt und sechs in der deutschen Seeschiffahrt arbeiteten. Arbeitsbericht der Zelle Schiffahrt der KPD Antwerpen, Monat September 1935 (Anm. 11). Nach ihrer Erklärung vom Herbst 1935 (Dok. 65) setzte sich die Gruppe aus 8 Parteigenossen als »Aktivisten in Antwerpen« zusammen, zu denen noch einige Seeleute auf 21 Schiffen hinzukamen. Diese Angaben schwankten in geringem Umfang. Die von Buschak, Arbeit, S. 91, für 1936 genannten 214 Verbindungspersonen (»Agenten«) ließen sich aus den Unterlagen nicht bestätigen. Allerdings listet eine Zusammenstellung von Verbindungen im Dezember 1935 über 200 Verbindungen auf Hochsee- und Binnenschiffen auf. (BA, SAPMO, ZPA, I 2/708/139, Bl. 72–74).

1 Ein Verfasser wurde nicht ermittelt. In der Vorlage zahlreiche Sperrungen und Unterstreichungen.
2 Vgl. Die Schiffahrt. Organ des Gesamtverbandes der Seeleute, Binnenschiffer und Hafenarbeiter Deutschlands, Nr. 3, November 1935, S. 11f. Der Autor des Artikels war »Karl«, das ist vermutlich Hermann Knüfken, dessen Deckname »Karl« war. Die Zeitschrift wurde von der »Antwerpener Gruppe« um Hermann Knüfken herausgegeben, die sich Ende 1935 von der ISH löste und der ITF anschloß. Dies schlug sich auch im Untertitel der Zeitschrift nieder. Vgl. Dok. 65, 67.
3 In der Vorlage Großbuchstaben und gesperrt.
4 Dies war die Taktik der KPD bzw. der ISH. Vgl. Dok. 61. Vgl. aber auch die Anregung, Tagesforderungen zu stellen, in dem ITF-Flugblatt »Vorschlag für ein gewerkschaftliches Sofortprogramm« (Dok. 62), sowie ein Jahr später in dem Aufruf »Was ist zu tun?« (Dok. 76).
5 D. h. im Hinblick auf die vom Lohn einbehaltenen DAF-Beiträge. Das Wort ist in der Vorlage in Großbuchstaben und gesperrt.
6 Hier stimmten die freigewerkschaftlichen Gruppierungen überein und grenzten sich von den Vorschlägen der KPD bzw. der RGO sowie verschiedener kleiner sozialistischer Organisationen ab. Vgl. beispielhaft die unterschiedlichen Parolen zum Abstimmungsverhalten bei den Vertrauensratswahlen in Teil VIII der Einleitung.

Wer heute noch experimentieren will mit Arbeitern, wer diese Experimente von einer hohen Warte aus beobachten will, um dann nachher zu beweisen, daß und warum es falsch war, gehört nicht zu uns.

Also ist es ganz richtig, wenn der Kollege in dem Artikel sagt: »Diese übergroße Vorsicht in der Arbeit ist berechtigt und sollte von allen Kollegen beim Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften beachtet werden«.

Arbeit im kleinsten Zirkel, von Mann zu Mann. Jeder hat im Stromgebiet eine Masse von Bekannten, die antifaschistisch eingestellt sind. Diese werden bearbeitet. Wir lassen die Nationalsozialisten links liegen und vermeiden dadurch eine besonders große Gefahr. Laßt uns dafür sorgen, daß unsere Organisation, nämlich der Gesamtverband[7] die Einheits[8]-Organisation aller Rheinschiffer, Hafenarbeiter und Seeleute wird,[9] daß endlich einmal wir Arbeiter auf dem Rhein, auf See und in allen Deutschen Häfen in einem einzigen Verbande zusammenstehen. Auch ohne Mitgliedsbücher, ohne Kassierung, ohne Aufnahmen, ohne Büros, Lohnstellen usw. wollen wir uns als Mitglieder des Gesamtverbandes betrachten.

Inzwischen führt der Einzelne den Kampf, erfüllt jeder seine besonderen, ihm gestellten Aufgaben.

Helfen wir alle mit, jeder nach seinen Kräften, daß der furchtbare Terror der braunen Verbrechergesellschaft so schnell als möglich zerbricht und die deutsche Arbeiterschaft wieder (und diesmal etwas besser als 1918) ihre Geschicke selbst bestimmen kann.

...I.[10]

Unterstützt die Hinterbliebenen der Opfer, die im Kampf gegen das braune Mordsystem gefallen sind!

Sammelt für die Genossen, die in deutschen Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslägern sitzen.

Schafft revolutionäre Gruppen auf allen Schiffen.[11]

7 Wie Anm. 3.
8 Ebd.
9 Der Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs war 1929 aus dem Zusammenschluß des Deutschen Verkehrsbundes, des Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter und des Verbands der Gärtner und Gärtnereiarbeiter gebildet worden. Daneben hatte die KPD als Konkurrenzorganisation den Einheitsverband der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer gegründet, der aber über lokale Erfolge nicht hinaus kam. Vgl. z.B. Dok. 56 sowie das Flugblatt des kommunistischen Einheitsverbandes der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer Deutschlands in Antwerpen, vom 3.6.1934 (BA, RSHA IV, P.St. 3, Nr. 475, Bl. 15).
10 Die Abkürzung konnte nicht aufgelöst werden.
11 Diese Zeile in Handschrift.

DOKUMENT 69

1. 3. 1936: Organisations-Anlage von Hans Jahn über den Stand der illegalen Organisation der Eisenbahner im Deutschen Reich

AdsD, ITF, Mappe 46. Unpaginiert. Maschinenschrift. Überschrift: »Organisations-Anlage«. Ohne Verfasserangabe. Ohne Datumsangabe.[1]

In der Zeit vom November 1933–16. Mai 1935 fanden zahlreiche Besprechungen des Reichsleiters[2] mit den Gaugrafen[3] unter öfterer Hinzuziehung von Stützpunktführern statt. Dazwischen fanden Besprechungen und Besuche mit Vertretern der ITF im Reich und am Sitze der ITF statt. Im Jahre 1934 wurden im Bereich der Wasserkante eine Reihe von Konferenzen unter Anwesenheit eines Vertreters der ITF abgehalten.

1 Die Datierung folgt dem zu Anm. 79 genannten Datum. Die Organisations-Anlage war dem Bericht von Hans Jahn an die ITF beigefügt, in dem er über seine Tätigkeit zwischen 1933 und 1936 Rechenschaft ablegte (Dok. 75). Dort nannte Jahn als Stand 1.12.1936. Dies trifft z.B. auf die Position von Hans Funger zu, der erst im Frühjahr/Sommer 1936 an die Stelle von Heinrich Malina trat. Vgl. auch Angaben in Anm. 1, 19. Die Organisationsanlage war weiterhin Anlage zum Brief von Hans Jahn an Edo Fimmen vom 9.3.1939 (Dok. 87). Der Brief und die Organisations-Anlage existieren in mehreren Exemplaren, u.a. in: AdsD, ITF, Mappe 46; sowie als Abschrift der Gestapo, in: BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 392, Bl. 211–215. Der Gestapo war die Organisations-Anlage beim deutschen Einmarsch in Luxemburg in die Hände gefallen. Jahn hatte seine Unterlagen auf der Flucht zurücklassen müssen. Die Gestapo fand die Unterlagen im Büro des IGB in Luxemburg-Stadt. Vgl. die Darstellung von Jahn in seinem Bericht vom 15.6.1941 (Dok. 90); sowie die Darstellung der Gestapo in: Vogt/IV A 1, an Chef der Sicherheitspolizei und des SD, vom 26.8.1940 betr. Zerschlagung der ITF, Zweigstelle Luxemburg (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 399, Bl. 60–63). In dem Bestand befinden sich weitere Dokumente zur Beschlagnahme der ITF-Dokumente und der anschließenden Fahndung.
Die Gestapo ließ die im Text genannten Namen überprüfen. Hinter Emmen, Funger, Komorowsky, Pester vermerkte sie »Fungerprozeß«. Die genannten Personen waren zusammen mit anderen zwischen dem 5. Februar und 3. März 1937 festgenommen und am 29.9.1937 wegen Hochverrat angeklagt worden. Vgl. hierzu die Ermittlungsberichte und Verhörprotokolle der Gestapo von März bis Mai 1937 (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 297, Bl. 189–274; HStA Düsseldorf, RW 58, Nr. 9000a, Bl. 41f., 45; Nr. 58896, Bl. 5–29 R) sowie die Anklageschrift des Reichsanwalts beim Volksgerichtshof, Nr. 9 J 315/37, vom 29.9.1937 (Ebd., Nr. 58896, Bl. 357–403) und das Urteil des 2. Senats des Volksgerichtshofes, Nr. 9 J 315/37 // 2 H 50/37, vom 3. 12.1937 (Ebd., Nr. 12644, Bl. 5–48 R). Hinter dem Namen M[ax] Kellner war »Zauske« vermerkt. Max Kellner wurde am 5.3.1937 verhaftet und in einem eigenen Prozeß, der aber ausdrücklich an das Verfahren gegen Funger u.a. anknüpfte, ebenfalls vom 2. Senat des Volksgerichtshofes am 28.2.1938 wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt. Urteil des 2. Senats des Volksgerichtshofes, Nr. 9 J 315/37 // 2 H 21/37, vom 28.2.1938 (Ebd., Nr. 37287, Bl. 14–21). Die Aufgaben von Kellner übernahm in der illegalen Organisation der Eisenbahner Willy Zauske. Vgl. hierzu auch den Erinnerungsbericht von Max Kellner, abgedr. in: Esters/Pelger, Dok. 17, S. 140–150. Vgl. ferner das Urteil des 2. Senats des Volksgerichtshofes gegen Wilhelm Bode, Frieda Jahn und Arie Treuniet, Nr. 9 J 237/40 // 2 H 17/42 vom 8.4.1942, sowie die Begründung zur Einstellung des Verfahrens gegen Willi Zauske. Generalstaatsanwalt Hamm, Verfügung, vom 17.7.1941 (HStA Düsseldorf, RW 58, Nr. 2122, Bl. 28–43; Nr. 67204, Bl. 20–21). Willy Zauske (geb. 21.2.1889) war vor 1933 SPD und Bezirksbetriebsrat der Reichsbahndirektion Dresden.
Paraphrasiert und auszugsweise abgedruckt wurde die Organisations-Anlage bei Esters/Pelger, S. 40–42, und Buschak, Arbeit, S. 70–72. Über eine vorangegangene Version berichtet Lemke-Müller, Ethischer Sozialismus, S. 114. Vgl. hierzu auch Anm. 6. Zur Tätigkeit der Funger-Gruppe vgl. ebenfalls Esters/Pelger, S. 47–65, die aber bei ihrer Darstellung im wesentlichen die Vernehmungsprotokolle, Anklage und Urteil referieren. Buschak, Arbeit, S. 76–86, folgt im Aufbau und Darstellung Esters/Pelger.
2 Dies war Hans Jahn.Vgl. den Bericht von Jahn über seine Tätigkeit 1933–1936 (Dok. 75).
3 Dies waren die Ansprechpartner in den einzelnen Bezirken (Gauen). Zu den einzelnen Personen vgl. unten. Zur Erläuterung vgl. den Bericht von Jahn für seine Tätigkeit 1933–1936 (Dok. 75).

An einigen derselben waren auch Eisenbahner vertreten. Ostern 1935 fand eine Konferenz der illegalen Organisation unter Leitung der ITF in Roskilde bei Kopenhagen statt. An dieser nahmen 11 Eisenbahner teil.[4]

Aus kleinsten Anfängen entwickelte sich mit der Zeit eine verhältnismäßig gute Kaderorganisation. Ohne geschichtliches Vorbild, ohne Mittel zu umfassenden und regelmäßigen Unterstützungen für arbeitslose Kollegen mußte gearbeitet werden. Der Anfang war die persönliche Verbindung, die Grundlage, gegenseitiges Vertrauen.

Die Verbindung war bis zum 17.5.1935 nach jedem Gau hin gut. Nach der Verhaftung und Emigration des Reichsleiters[5] wurde im Einvernehmen mit der ITF eine Umorganisation durchgeführt. Die 19 Gaue wurden zu 7 Gebieten zusammengefaßt. Das bedeutete ein Aufgeben des bis dahin streng durchgeführten Grundsatzes der Abgrenzung der Gaue untereinander. Die Zentralisation war jedoch notwendig, um die teilweise abgerissenen Verbindungen wieder herzustellen. Dies gelang, nachdem ein Kurier durch mehrere Reisen in die Gauvororte die entsprechende Anordnung von ITF und Reichsleitung überbracht hatte.[6]

Bald zwangen die Verhältnisse wieder zur Dezentralisation. Die Gaue Rhein, Ruhr und Westfalen wurden wegen ihrer Wichtigkeit in 5 Bezirke aufgeteilt. Jedem Bezirk steht ein Bezirksleiter vor. Mit diesen werden in 4wöchentlichen Abständen Grenztreffen[7] abgehalten. Dieselben haben sich gut bewährt. Soweit möglich, nehmen an diesen Treffs auch Gaugrafen oder sonstige hervorragende Funktionäre aus dem übrigen Reich teil. Besuche von Gaugrafen und leitenden Funktionären am Sitze der ITF[8] dienten wesentlich zur Festigung der organisatorischen Verbindungen.

Durch Schaffung der Grenzstelle[9] ist es möglich, Material und Schriftwechsel der ITF und Reichsleitung in das Reich zu befördern. Die Errichtung weiterer Grenzstellen wäre sehr erwünscht, scheitert jedoch an der Finanzfrage. Empfangs- und Abgangsstelle für Schriftwechsel und Material der ITF und Reichsleitung für den innerdeutschen Verkehr befindet sich im Reich.[10]

Für jeden Gaugraf ist ein besonderes Stichwort, Erkennungswort und Erkennungszeichen vereinbart.

Das organisatorische Gerippe[11]

1. Westliches Industriegebiet.

4 Vgl. Dok. 64 Anm. 2. Danach nahmen von seiten der Eisenbahner teil: Franz Poralla/Leipzig, Oskar Schmitt/Göttingen, Alwin Bösch/Hamburg; Willy Schrödter/Cottbus, Hans Wiechmann/Danzig; Karl Pieper/Berlin. Inwieweit sich Hans Jahn selbst zu den 11 Eisenbahnern rechnete ist nicht nachprüfbar.
Zu den Konferenzen im Bereich Wasserkante vgl. die Aussagen von Wilhelm Voß bei seinen Vernehmungen durch die Gestapo 31.5.–15.6.1935 (BA, Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten, ZC 7986, Bd. 1); die Anklageschrift sowie das Urteil des Volksgerichtshofes gegen Wilhelm Voß u.a., Nr. 15 J 222/35 // 2 H 34/36, vom 28.5.1936 bzw. 19.9.1936 (Widerstand als Hochverrat, Microfiche-Edition); die Anklageschrift gegen Adolph Kummernuss, vom 15.6.1935 (AdsD, ITF, Mappe 46); sowie den Erinnerungsbericht von Adolph Kummernuss, in: Ursel Hochmuth/Gerhard Meyer, Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933–1945, Frankfurt 1969, insb. S. 100–104. Zur Konferenz in Roskilde vgl. Dok. 64.

5 Zum Ablauf der Verhaftung und Flucht Jahns im Mai/Juni 1935 vgl. Dok. 22 und dessen Bericht für die Jahre 1933–1936 (Dok. 75).

6 Zu den einzelnen »Gauvororten« vgl. die unten genannten Orte. Der Kurier war Hugo Bachmann. Vgl. hierzu die Ermittlungsberichte der Gestapo nach der Verhaftung der Funger-Gruppe, vom 5.5.1937, sowie die Anklageschrift vom 29.9.1937 (beide: Anm. 1). Hugo Bachmann (geb. 17.1.1889) war 1919–22 Stadtverordneter in Göttingen, Angestellter der Arbeiterwohlfahrt. Vgl. auch Esters/Pelger, S. 54f. Die vorangegangene Organisationsstruktur beschreibt mit Stand 1.10.1935 der Bericht »Position of the underground movement in Germany« (AdsD, ITF, Mappe 46). Dieser Bericht weicht abgesehen von der geographischen Einteilung in den Formulierungen kaum von der »Organisations-Anlage« ab.

7 Die Grenztreffen fanden häufig in Venlo statt. Vgl. zu diesen Verbindungen der Funger-Gruppe die Angaben in Anm. 1 sowie die Darstellung bei Esters/Pelger, S. 55f.

8 D. i. Amsterdam. Zu solchen Besuchen vgl. die Angaben in ebd.

9 Sie befand sich in Venlo.

10 Das war bis zur Verhaftung der Fungergruppe die Wohnung Heinrich Tilliers in Bleyell bei Kaldenkirchen. Vgl. die Anklageschrift gegen Funger u.a. vom 29.9.1936, S. 60ff. (Anm. 1).

11 Die Überschrift ist in der Vorlage unterstrichen. Zur veränderten Organisationsstruktur gegenüber dem Bericht vom 1.10.1935 vgl. Angaben in Anm. 6. Zu den einzelnen Personen vgl. das Adressenverzeichnis zur Organisationsanlage, das 102 Namen mit voller Anschrift umfaßt. Dabei werden etliche Personen mit Anschrift aufgelistet, die auch in der Organisationsanlage als illegale Mitarbeiter der ITF ausgewiesen werden und zu denen keine weiteren Unterlagen ermittelt wurden. Insgesamt werden im Adressenverzeichnis genannt: Wilhelm Burmester, Bernhardt Gerling, Willy Schmidt, Jonny Brugmann (alle Hamburg), Karl Schnakenberg (Bremen), Paul Haltenhof, Johann Otten (beide Wesermünde), Fritz Gückel, Willy Meyer (beide Hannover), Wilhelm Ebeling (Warburg/Stendal), Albert Schmidt, Harry Scheel, Richard Grübler, Gustav Münchau, Max Schrödter, Karl Grünberg, Albert Wolfram (alle Berlin), Max Kellner, Willy Irmscher, Franz Poralla, Albin Fritzsche, Paul Vogel, Arthur Mattik, Willy Zauske (alle Leipzig), Franz Wilde (Gaschwitz), Alfred Förster, Richard Müller (Chemnitz), Willy Bode (Cottbus), Paul Hildebrandt, Alfred Rieneck, Wilhelm Döller (alle Meiningen), Hermann Fraatz (Göttingen), Heinrich Engel (Darmstadt), Anton Calujek (Mainz), Josef Hirthammer, Gustav Müller (beide Frankfurt/M.), Oskar Vongerichten, August Baum (beide Ludwigshafen), Julius Kuhn (Kaiserslautern), Karl Weiss (Passau), Anton Schellhammer (Freising), Georg Vogel, Johann Emmert (beide Nürnberg), Franz Adlhoch, Richard Leege (beide Augsburg), Otto Schmalfeld (Stettin), Willy Komorowsky (Köln), Leo Radtke, Bernhardt Hamann (beide Hamm), Heinz Bargmann (Dortmund), Josef Radtke (Wischerhöfen), Paul Emmen, Max Vühr, Heinrich Malina, Max Nicchiol (alle Krefeld), Philipp Gerhardt (Hähnlein), Heinrich Seibert (Arheiligen), Paul Raack (Senftenberg), Louis Fleischer (Weisswasser), Willi Schrödter (Cottbus), Walter Koch (Göttingen), Fritz Förster (Görlitz), Willi Buse (Lauban), Paul Geppert (Schweidnitz), Paul Kreisel (Köthen), Georg Taubitz (Frankfurt/O.), Eduard Haise, Emil Jäckel (beide Cottbus), Arnold Müffler (Köln), Alexander Averbrock (Kempen), Hermann Bentlage (Krefeld), Ludwig Rouette (Neuss), Christian Derichi (Merkstein/Aachen), Hans Marsch (Krefeld), Erich Möller (Delbrück/Aachen), Anton Kemp (Oberdollendorf), Adam Romboy (Rheindahlen), Johann Frühauf (Trier), Hubert Weiss (Koblenz), Peter Beiss (Jülich), Heinrich Endorff (Oberstein), Josef Scheiff (Aachen), Josef Hörsch (Ahrweiler), Andreas Poick (Jülich), Robert Ebertz (Koblenz), Peter Mannebach (Mayen), August Trocha (Duisburg), Gebrüder Riedel (Berlin), Karl Greten (Neumünster), Wilhelm Düe (Bielefeld), Carl Priefer (Köln), Hugo Bachmann (Duisburg), Walter Schlifka (Danzig), Karl Sporer (München), Wilhelm Kraft, Agathe Altenburger, Kleinknecht (alle Stuttgart), Fritz Wermeskirchen (Köln), Hans Funger (Neuss), Alwin Boesch (Hamburg), Karl Pieper (Berlin).
Auch das Adressenverzeichnis liegt in mehreren Exemplaren vor, u.a. als Anlage des Briefes von Jahn an Fimmen, vom 9.3.1939 (Dok. 87). Darüber hinaus war die Adressenliste 1940 beim Einmarsch der Wehrmacht in Luxemburg der Gestapo in die Hände gefallen, die die Liste auswertete, aber insgesamt zu dem Ergebnis gelangte, daß die Verbindungen zu Jahn vor allem auf alten Bekanntschaften beruhten, und nur ein Teil der genannten und vorläufig festgenommenen Personen – ohne weitere Gewichtung – tatsächlich mit Jahn zusammenarbeitete. Der andere Teil wurde aus Mangel an Beweisen wieder freigelassen. Vgl. den Bericht von Vogt/IV A 1, an den Chef der Sicherheitspolizei und des SD vom 26.8.1940 (Anm. 1). Hinter den Namen Burmester und Schnakenberg hatte die Gestapo notiert »verzogen«. Hinter den Namen Komorowsky, Pester, Leo Radtke, Emmen, Malina, Bachmann und Funger war notiert »verh[aftet]«, bei Kellner »verh[aftet] 5.3.[19]37«. Zu den genannten Personen vgl. auch Angaben in Anm. 1. Teilweise – besonders hinsichtlich der Kontakte im süddeutschen Raum – bestanden die Verbindungen allerdings nur auf dem Papier. Danach beurteilte die Gestapo den Plan als »stark übertrieben«. Vgl. Esters/Pelger, S. 42f. Anm. 29. So nannte Jahn z.B. als Gaugraf für Württemberg Wilhelm Kraft (geb. 11.7.1889), der nach Einschätzung von Karl Molt zögerte mitzuarbeiten, aber im Juli 1938 von der Gestapo als Mitglied einer ITF-Gruppe verhaftet wurde. Vgl. Dok. 70, 77.

I. Bezirk. Westfalen. Vorort: Hamm.
Bezirksleiter: L[eo] *Radtke*.[12]
Ersatzleute: B[ernhardt] *Hamann*,[13] H[einz] *Bargmann*,[14] J[osef] *Radtke*.[15]
Stützpunkte: Essen, Wanne-Eickel, Recklinghausen, Dortmund, Soest, Gelsenkirchen, Witten, Münster, Bielefeld, Lingen und Osnabrück.

II. Bezirk. Westliche Ruhr. Vorort: Krefeld.
Bezirksleiter: P[aul] *Emmen*.[16]
Ersatzleute: M[ax] *Vühr*,[17] H[ermann] *Bentlage*.[18]
Stützpunkte: Düsseldorf, Hagen, Duisburg, Mülheim, Cleve, Oppum und Ürdingen.

III. Bezirk. Bahnlinie Köln-Aachen-Rhein-Holländische Grenze. Vorort: Neuss.
Bezirksleiter: H[ans] *Funger*.[19]
Ersatzleute: M[ax] *Nicchiol*,[20] L[udwig] *Rouette*.[21]
Stützpunkte: Jülich, Gladbach, Rheydt, Aachen, Düren und Dellbrück.

IV. Bezirk. Südliche Ruhr. Vorort: Opladen.
Bezirksleiter: W[illy] *Komorowsky*.[22]

12 In der Vorlage: Radke. Leo Radtke (geb 26.3.1897) war vor 1933 SPD, verschiedene Funktionen im Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands in Dortmund, 1927–1933 Betriebsratsvorsitzender in der Bahnmeisterei in Hamm, 1933 entlassen, für die ITF Gebietsleiter für das Gebiet von Osnabrück bis Arnsberg und Bielefeld bis Dortmund, direkte Kontakte zur ITF nach Amsterdam, finanzielle Unterstützung durch die ITF, am 5.3.1937 verhaftet und im Prozeß gegen Hans Funger u.a. vom Volksgerichtshof am 3.12.1937 (Anm. 1) zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt.
13 Nähere Angaben wurden nicht ermittelt. Name im Adressenverzeichnis (Anm. 11) enthalten.
14 Ebd.
15 Ebd. In der Vorlage: Radke.
16 Paul Emmen (geb. 12.4.1896) war vor 1933 Betriebsrat im Reichsbahnausbesserungswerk in Krefeld-Oppum, 1931–1933 Vorstand der Ortsverwaltung Krefeld des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, SPD, 8.9.1933 aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums entlassen, nach kurzer Arbeitslosigkeit Schweißer bei der Waggonfabrik in Ürdingen, bis 1935 illegale Arbeit für den Einheitsverband und Stützpunktleiter für den Bezirk Krefeld-Emmerich der ITF, Teilnahme an zahlreichen konspirativen Besprechungen in Deutschland und Holland, Aufbau illegaler Gruppen, am 17.2.1937 verhaftet, vom Volksgerichtshof im Prozeß gegen Funger u.a. am 3.12.1937 (Anm. 1) zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.
17 Nähere Angaben wurden nicht ermittelt. Name im Adressenverzeichnis (Anm. 11) enthalten.
18 Hermann Bentlage (geb. 8.12.1899). Nähere Angaben wurden nicht ermittelt. Name im Adressenverzeichnis (Anm. 11) enthalten.
19 Hans Funger (10.12.1891- vor 1945, gestorben im Zuchthaus in Celle) war Eisenbahnbeamter und vor 1933 SPD, Reichsbanner, Eiserne Front, Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, Mitglied in verschiedenen Beamtenräten einzelner Dienststellen, 1932 Beamtenratsvorsitzender bei der Güterabfertigung in Neuss, seit 1935 illegale Tätigkeit für die ITF, Kontakte zum ISK, Teilnahme an zahlreichen Besprechungen in Venlo, Amsterdam, Köln, Duisburg, Krefeld, Neuss, am 15.2.1937 verhaftet und als Hauptbeschuldigter am 3.12.1937 vom Volksgerichtshof (Anm. 1) zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.
20 Die korrekte Namensschreibung ließ sich nicht eindeutig feststellen. In der Vorlage: Nichiol; in den Unterlagen des Volksgerichtshofes: Max Nicchiol (geb. 23.10.1876) war vor 1933 Oberzollsekretär, SPD, Mitglied im Beamtenausschuß und 2. Vorsitzender des Ortskartells des Deutschen Beamtenbundes in Krefeld, nach 1933 illegale Tätigkeit im Umfeld der Gruppe um Hans Funger und Anfang 1937 verhaftet, am 15.12.1937 vom Oberlandesgericht in Hamm, Nr. 6 O. Js. 339/37, zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Vgl. Esters/Pelger, Dok. 22, S. 163f.
21 In der Vorlage: Ronett. Ludwig Rouette (geb. 20.2.1881) war vor 1933 SPD, Kassierer im Einheitsverband der Eisenbahner in Neuss und Betriebsratsvorsitzender bei der Güterabfertigung in Neuss, von 1935 bis zu seiner Verhaftung am 16.2.1937 illegale Tätigkeit (Zeitschriftentransport) für die Gruppe von Hans Funger, vom Oberlandesgericht in Hamm am 15.12.1937 zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Vgl. Esters/Pelger, Dok. 22, S. 163f.
22 In der Vorlage: Kommorowsky. Willy Komorowsky (geb. 31.12.1906) war vor 1933 Jugendführer der Sozialistischen Jugend in Köln, SPD, Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, ab 1.5.1933 NSDAP und NSBO, illegale Tätigkeit für die ITF, Stützpunktleiter in Opladen, Teilnahme an mehreren Besprechungen u.a. in Düsseldorf, Krefeld, Aachen, Arnsberg, Mainz, Venlo, Neuss,

Ersatzleute: E[...] *Dreher*.[23]
Stützpunkte: Wuppertal, Siegen, Arnsberg und Remscheid.

V. Bezirk. Bahnlinie Köln-Koblenz-Trier-Gerolstein-Köln. Vorort Köln.
Bezirksleiter: M[ax] *Pester*.[24]
Ersatzleute: J[...] *Nöll*,[25] H[ubert] *Weiss*.[26]
Stützpunkte: Koblenz, Bonn, Trier, Euskirchen, Königswinter, Engers, Ehrang und Mayen.

2. Gau Hessen-Nassau. Vorort Darmstadt.
Gaugraf: H[einrich] *Engel*,[27]
Ersatzleute: [Philipp] *Gerhardt*,[28] [Heinrich] *Seibert*.[29]
Stützpunkte: Mainz, Rüsselsheim, Frankfurt/M., Wiesbaden, Bingen und Fulda.

3. Gau Pfalz.-Baden. Vorort: Ludwigshafen.
Gaugraf: O[skar] *Vongerichten*.[30]
Ersatzleute: J[ulius] *Kuhn*.[31]
Stützpunkte: Mannheim, Kaiserslautern, Neustadt/W., Worms, Speyer, Frankenthal, Schwetzingen und Karlsruhe.

4. Gau Oldenburg. Vorort Bremen.
Gaugraf: [Karl] *Schnakenberg*.[32]
Ersatzleute: K[arl] *Köster*.[33]

Amsterdam, Anfertigung von Berichten für Hans Jahn/ITF, Kontakt zum ISK, am 16.2.1937 festgenommen und am 3.12.1937 vom Volksgerichtshof im Prozeß gegen Funger u.a. (Anm. 1) zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.
23 Nähere Angaben wurden nicht ermittelt.
24 Max Pester (geb. 1.9.1896) war 1923–1933 im Vorstand der Ortsgruppe Köln des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, 1926–1930 Betriebsratsvorsitzender des Reichsbahnausbesserungswerks in Köln-Nippes, 1930–1933 zweiter Vorsitzender des Bezirksbetriebsrats bei der Reichsbahndirektion Köln und Mitglied im Hauptbetriebsrat der Hauptverwaltung der Reichsbahn in Berlin, SPD, 1927/28 Bezirksleiter, am 1.9.1933 aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums entlassen, illegale Tätigkeit für die ITF und gute Kontakte zu Hans Jahn und Willy Molitor, Teilnahme an den illegalen Besprechungen in Holland und Deutschland, finanzielle Unterstützung seiner illegalen Kontakte durch die ITF, Verbindungen nach Mainz und Koblenz, am 17.2.1937 verhaftet und am 3.12.1937 vom Volksgerichtshof im Prozeß gegen Hans Funger u.a. (Anm. 1) zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt.
25 Nähere Angaben wurden nicht ermittelt.
26 Hubert Weiss war vor 1933 in Koblenz bei der Reichsbahn beschäftigt und im Bezirksbeirat des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, Bezirk Rheinland. Er sollte als früherer Gewerkschafter in Koblenz Ende 1936 von Max Pester besucht und für die illegale Tätigkeit angeworben werden. Nach Angaben der Anklageschrift kam jedoch das Treffen nicht zustande. Weitere Angaben zu Hubert Weiss wurden nicht ermittelt. Vgl. Anklageschrift des Reichsanwalts beim Volksgerichtshof gegen Hans Funger u.a., Nr. 9 J 315/37, vom 29.9.1937, S. 76f. (Anm. 1).
27 Nähere Angaben wurden nicht ermittelt. Name im Adressenverzeichnis (Anm. 11) enthalten.
28 Ebd.
29 Ebd.
30 Oskar Vongerichten war 1931 Kandidat für den Hauptbetriebsrat der Reichsbahn auf der Liste des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands und Betriebsrat im Bahnbetriebswerk in Ludwigshafen. Name im Adressenverzeichnis (Anm. 11) enthalten.
31 Nähere Angaben wurden nicht ermittelt. Name im Adressenverzeichnis (Anm. 11) enthalten.
32 Schnakenberg war Mitglied der ISK. Nähere Angaben wurden nicht ermittelt. Name in Adressenverzeichnis (Anm. 11) enthalten.
33 Karl Köster (12.11.1888–8.8.1965) war SPD, ab 1917 ehrenamtlicher, ab Juli 1919 hauptamtlicher Bevollmächtigter der Bremer Ortsgruppe des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, Mai 1933 inhaftiert, illegale Kontakte zur ITF nach Amsterdam, am 5.11.1934 erneut verhaftet wegen Verdachts der Zugehörigkeit zu einer SPD-Widerstandsgruppe, Dezember 1934 wieder entlassen, ab Frühjahr 1935 Kontakt zu Hans Jahn, ab 1937 wieder feste Anstellung, 24.7.1940 erneut festgenommen und bis Ende 1940 inhaftiert, Beschäftigung in der Werftindustrie, 1945 führend beim Wiederaufbau der

Stützpunkte: Verden, Vegesack, Uelzen, Kirchweye.

5. Gau Wasserkante. Vorort Hamburg.
Gaugraf W[ilhelm] *Burmester*.[34]
Ersatzleute: W[illy] *Schmidt*.[35]
Stützpunkte: Hamburg, Harburg und Neumünster.

6. Gau Nordwest. Vorort Wesermünde.
Gaugraf: P[aul] *Haltenhof*.[36]
Ersatzleute: J[ohann] *Otten*.[37]
Stützpunkte: Wesermünde, Wilhelmshaven, Brake, Bremervörde und Cuxhaven.

7. Gau Hannover. Vorort Hannover.
Gaugraf: F[ritz] *Gückel*.[38]
Ersatzleute: W[ilhelm] *Ebeling*.[39]
Stützpunkte: Hannover, Minden, Löhne und Stendal.

8. Gau Kassel. Vorort Göttingen.
Gaugraf: [Hermann] *Fraatz*.[40]
Ersatzleute: [Walter] *Koch*[41] und [...] *Schrödter*.[42]
Stützpunkte: Göttingen, Seesen, Höxter, Nordheim, Kreiensen, Kassel.

Gewerkschaften in Bremen, Anhänger der Einheitsgewerkschaft, einer von drei Vorsitzenden der Gewerkschaften Bremens, gegen die Bildung einer separaten Eisenbahnergewerkschaft, 1947 Beirat des DGB in der Britischen Zone, Sekretär im Vorstand der neugebildeten Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr in der Britischen Zone, 1946–1950 Mitglied der Bremer Bürgerschaft (SPD), 1949–1955 Wahl in den Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV und Leiter des Bezirks Weser-Ems, ab 1955 Pensionär.

34 Wilhelm Burmester (geb. 15.9.1893) war 1924–1933 SPD, Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, mehrere Jahre Betriebsrat im Betriebswerk der Reichsbahn in Hamburg, seit Ende 1933 Kontakte zu Hans Jahn, Ablehnung illegaler Tätigkeit mit Hinweis auf den schlechten Gesundheitszustand, nach dem Fund der von Jahn bei seiner Flucht aus Luxemburg 1940 zurückgelassenen Unterlagen beim Oberlandesgericht in Hamm angeklagt und am 24.10.1941 zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Urteil des Oberlandesgerichts Hamm gegen Wilhelm Burmester u.a., Nr. 5 O.Js. 39/41, vom 24.10.1941 (HStA Düsseldorf, RW 58, Nr. 9364). Vgl. auch zu den Ermittlungen der Gestapo nach der deutschen Besetzung von Luxemburg die Angaben in Anm. 1.

35 Willy Schmidt war 1931 Kandidat für den Hauptbetriebsrat der Reichsbahn auf der Liste des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands und Betriebsrat im Bahnbetriebswerk in Hamburg, unbesoldetes Vorstandsmitglied im Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands. Weitere Angaben wurden nicht ermittelt. Name im Adressenverzeichnis (Anm. 11) enthalten.

36 Paul Haltenhof (geb. 16.12.1891) war SPD, 1920–1933 Angestellter im Deutschen Eisenbahner-Verband und Leiter der Ortsgruppe Bremerhaven, mehrere Jahre Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, Ortsgruppe Bremerhaven, Mai 1933 inhaftiert, 1933 entlassen, Tätigkeit im Einzelhandel, seit 1934 illegale Kontakte zu Hans Jahn, Übermittlung von Anschriften ehemaliger Gewerkschaftsfunktionäre sowie von Stimmungsberichten, zeitweise unterbrochener Briefwechsel mit Hans Jahn nach Amsterdam und Luxemburg, nach dem Fund der von Jahn bei seiner Flucht aus Luxemburg 1940 zurückgelassenen Unterlagen beim Oberlandesgericht in Hamm angeklagt und am 24.10.1941 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Urteil des Oberlandesgerichts Hamm gegen Wilhelm Burmester u.a., Nr. 5 O.Js. 39/41, vom 24.10.1941 (Anm. 34). Vgl. auch Angaben in Anm. 1.

37 Nähere Angaben wurden nicht ermittelt. Name im Adressenverzeichnis (Anm. 11) enthalten.

38 Friedrich Gückel war 1931 Kandidat für den Hauptbetriebsrat der Reichsbahn auf der Liste des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands und Betriebsrat im Reichsbahnausbesserungswerk Hannover, unbesoldetes Vorstandsmitglied im Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands. Weitere Angaben wurden nicht ermittelt. Name im Adressenverzeichnis (Anm. 11) enthalten.

39 Wilhelm Ebeling (geb 21.4.1872) war vor 1933 Vorsitzender der Zentralkranken- und Sterbekasse der Wagenbauer in Gotha. Weitere Angaben wurden nicht ermittelt. Name im Adressenverzeichnis (Anm. 11) enthalten.

40 Nähere Angaben wurden nicht ermittelt. Name im Adressenverzeichnis (Anm. 11) enthalten.

41 Ebd.

42 Nähere Angaben wurden nicht ermittelt. Name im Adressenverzeichnis (Anm. 11) nicht enthalten.

9. Gau Sachsen. Vorort Leipzig.
Gaugraf: M[ax] *Kellner*.[43]
Ersatzleute: [Franz] *Poralla*[44], [Willy] *Irmscher*,[45] [...] *Koch*.[46]
Stützpunkte: Leipzig, Riesa, Wurzen, Borsdorf, Dresden, Bad Lausick, Heithain, Wittgendorf, Zwickau, Chemnitz, Coselwitz, Kieritzsch, Altenburg, Werdau, Reichenbach, Plauen, Zittau und Bautzen.

10. Gau Brandenburg. Vorort Berlin.
Gaugraf: [Karl] *Pieper*[47] i. V. [Albert] *Schmidt*.[48]
Ersatzleute: [Harry] *Scheel*[49] und [G.] *Schrammar*.[50]
Stützpunkte: Berlin, Potsdam, Oranienburg und Wittenberge.

11. Gau Thüringen. Vorort Meiningen.
Gaugraf: [Paul] *Hildebrandt*.[51]

43 Max Kellner (geb. 28.3.1899) war SPD, Reichsbahnsekretär, Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, Mitglied im Beamtenrat in Leipzig 1925/26, nach 1933 Reichsbahnsekretär bei der Reichsbahndirektion in Leipzig, Mitglied im Reichsbund Deutscher Beamter, Kontakte zu Jahn, 1934–1937 Aufbau illegaler Verbindungen in Leipzig und Umgebung, Teilnahme an illegalen Besprechungen mit der ITF in Holland und in Deutschland, Kontakte zu Hans Funger sowie zu Jahn und Oldenbroek, am 5.3.1937 verhaftet, nach Abtrennung seines Verfahrens von dem Prozeß gegen Hans Funger u.a. vom Volksgerichtshof, Nr. 9 J 315/37 // 2 H 21/37, am 28.2.1938 zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt (HStA Düsseldorf, RW 58, Nr. 37287). Nach Verbüßung seiner Haft am 2.9. 1942 freigelassen, Belastungszeuge im Verfahren gegen Franz Poralla, 1.8.1944 Strafbataillon 999, amerikanische Kriegsgefangenschaft, 1945 am Wiederaufbau der Gewerkschaften in Leipzig beteiligt. Vgl. den autobiographischen Bericht von Max Kellner, abgedr. in: Esters/Pelger, Dok. 17, S. 140–150. Dort auch zahlreiche Hinweise zu seinen illegalen Kontakten im Leipziger Raum.

44 Franz Poralla arbeitete eng mit Max Kellner bei der illegalen Arbeit in Leipzig zusammen, Juli bis Dezember 1933 KZ Sachsenburg, Teilnahme an der ITF-Konferenz in Roskilde Ostern 1935 (Dok. 64), 1940 Wehrmacht, nach dem Fund der von Jahn bei seiner Flucht aus Luxemburg 1940 zurückgelassenen Unterlagen Ermittlungen und im Dezember 1942 zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Vgl. den autobiographischen Bericht von Max Kellner, abgedr. in: Esters/Pelger, Dok. 17, S. 140–150.

45 Willy Irmscher (16.4.1896) war 1922–1933 Angestellter im Eisenbahner-Verband bzw. Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, 1933 entlassen, arbeitete ebenfalls eng mit Max Kellner in Leipzig zusammen. Vgl. den autobiographischen Bericht von Max Kellner, abgedr. in: Esters/Pelger, Dok. 17, S. 140–150.

46 Nähere Angaben wurden nicht ermittelt. Name im Adressenverzeichnis (Anm. 11) nicht enthalten. Auch im autobiographischen Bericht von Max Kellner, abgedr. in: Esters/Pelger, Dok. 17, S. 140–150, wird keine Person mit diesem Namen erwähnt.

47 Vgl. eingehend Dok. 64.

48 Albert Schmidt (geb. 31.10.1886) war 1922–1933 Angestellter im Eisenbahner-Verband bzw. im Einheitsverband der Eisenbahner, nach 1933 enge Kontakte zu Hans Jahn und Franz Apitzsch.

49 Nähere Angaben wurden nicht ermittelt. Name im Adressenverzeichnis (Anm. 11) enthalten.

50 Nähere Angaben wurden nicht ermittelt. Name im Adressenverzeichnis (Anm. 11) nicht enthalten. Vgl. Dok. 36 Anm. 28.

51 Paul Hildebrandt (geb. 1.8.1889) war 1919/20 USPD, 1926/27 KPD, 1930–1933 SPD, mit kurzen Unterbrechungen 1919–1930 im Eisenbahnausbesserungswerk in Meiningen beschäftigt, 1925–1933 zunächst 2. und ab 1927 1. Vorsitzender der Ortsgruppe Meiningen des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, 1930–1933 dort Angestellter beim Einheitsverband, 1933 entlassen und bis 1937 arbeitslos, seit 1934 Kontakt zu Hans Jahn, trotz Zusage keine illegale Arbeit, am 24.7.1938 im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen die ITF-Gruppe um Fridolin Endrass vorübergehend wegen des Verdachts auf Hochverrat inhaftiert, 6.8.1940 vom Sondergericht in Weimar wegen Verstoß gegen das Heimtückegesetz zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, nach dem Fund der von Jahn bei seiner Flucht aus Luxemburg 1940 zurückgelassenen Unterlagen Ermittlungen und im Verfahren gegen Wilhelm Burmester u.a. vom Oberlandesgericht Hamm, Nr. 5 O.Js. 39/41, vom 24.10.1941 (Anm. 34) zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Zum Verfahren gegen Fridolin Endrass u.a. vgl. die Festnahmemeldung der Gestapo in Stuttgart vom 30.7.1938 (BA, R 58, Nr. 446, Bl. 338–341). Vgl. eingehend die Dokumente zu Hans Molt, u.a. Dok. 85.

Ersatzleute: [Wilhelm] *Döller*[52] und [Alfred] *Rieneck*.[53]
Stützpunkte: Weissenfels, Saalfeld, Eisenach und Probstzella.

12. Gau Nordbayern. Vorort Nürnberg.
Gaugraf: [Georg] *Vogel*.[54]
Ersatzleute: [Johann] *Emmert*.[55]
Stützpunkte: Regensburg, Würzburg, Bamberg, Schweinfurt, Aschaffenburg, Hof und Schwandt.

13. Gau Südbayern. Vorort Augsburg.
Gaugraf: [Franz] *Adlhoch*.[56]
Ersatzleute: [...] *Müller*.[57]
Stützpunkte: Freising, Passau, Kempten, Treuchtlingen, Memmingen, Rosenheim, Ingolstadt und Buchlohe.

14. Gau Württemberg. Vorort Stuttgart.
Gaugraf: [Wilhelm] *Kraft*.[58]
Ersatzleute: [...] *Unger*.[59]
Stützpunkte: Heilbronn, Ulm, Friedrichshafen, Plochingen und Aalen.[60]

15. Gau Schlesien. Vorort Cottbus.
Gaugraf: [Wilhelm] *Bode*.[61]

52 Nähere Angaben wurden nicht ermittelt. Name im Adressenverzeichnis (Anm. 11) enthalten. Die Urteilsbegründung des Oberlandesgerichts Hamm gegen Paul Hildebrandt (Anm. 51) erwähnt ein Treffen von Hildebrandt und Jahn Anfang 1934, bei dem Jahn nach der Anschrift von Döller und Rieneck gefragt und diese von Hildebrandt erhalten haben soll.

53 Nähere Angaben wurden nicht ermittelt. Name im Adressenverzeichnis (Anm. 11) enthalten. Vgl. auch Anm. 52.

54 Nähere Angaben wurden nicht ermittelt. Name im Adressenverzeichnis (Anm. 11) enthalten.

55 Nähere Angaben wurden nicht ermittelt. Name im Adressenverzeichnis (Anm. 11) enthalten.

56 In der Vorlage: Adelhoch. Franz Adlhoch (geb. 22.4.1891) war vor 1933 SPD und Leiter der Ortsgruppe Augsburg des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, 1933–1935 persönliche, später briefliche Kontakte zu Hans Jahn und von diesem Aufforderung zu illegaler Arbeit, nach dem Fund der von Jahn bei seiner Flucht aus Luxemburg 1940 zurückgelassenen Unterlagen am 27.4. 1940 festgenommen wegen des Kontaktes zu Hans Jahn und des Verdachts der Betätigung für die ITF (HStA Düsseldorf, RW 58, Nr. 68279). Vgl. auch Dok. 73 Anm. 3.

57 Möglicherweise handelt es sich um Andreas Müller aus Augsburg. Vgl. Dok. 81. Nähere Angaben konnten nicht eindeutig ermittelt werden. Name im Adressenverzeichnis (Anm. 11) nicht enthalten.

58 Wilhelm Kraft (geb. 11.7.1889) war vor 1933 Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, Betriebsrat im Bahnbetriebswerk Stuttgart und Hauptbetriebsrat bei der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn in Berlin, unbesoldetes Vorstandsmitglied im Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, nach 1933 Kontakt zu Karl Molt. Vgl. Dok. 70, 73. Vgl. aber die Klage von Jahn über die schwache Organisation in Württemberg in seinem Bericht für die Jahre 1933–1936 (Dok. 75).

59 Nähere Angaben wurden nicht ermittelt. Name im Adressenverzeichnis (Anm. 11) nicht enthalten.

60 Handschriftlich wurden weitere Orte hinzugefügt: »Cannstadt, Tübingen, Rottweil, Mühlacker, Crailsheim, Aulendorf und Gmünd.« Dieser Zusatz läßt sich nicht eindeutig datieren. Vgl. aber den Brief von Karl Molt an Hans Jahn vom 19.8.1937 (Dok. 77).

61 Wilhelm Bode (geb. 23.4.1886) war SPD, 1925–1933 Unterkassierer, Schriftführer, später Vorstand der Ortsgruppe Cottbus und Mitglied im Bezirksvorstand sowie unbesoldetes Vorstandsmitglied des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, seit 1930 Landesarbeitsrichter, 1933 entlassen, illegale Kontakte zu Hans Jahn und Anfertigung von Stimmungsberichten, eine der wichtigsten Verbindungspersonen zwischen ITF und Jahn in Amsterdam und den illegalen Kontakten in Deutschland, Kurierdienste für Jahn innerhalb Deutschlands, Auslandsreisen (zuletzt 1939), nach dem Fund der von Jahn bei seiner Flucht aus Luxemburg 1940 zurückgelassenen Unterlagen Ermittlungen, am 11.6.1940 festgenommen und im Verfahren gegen Bode u.a. vom Volksgerichtshof am 8.4.1942 (Anm. 1) zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt.

Ersatzleute: [Paul] *Raack* und [Louis] *Fleischer*.
Stützpunkte: Lübben, Lübbenau, Senftenberg, Forst, Görlitz, Guben, Breslau, Schweidnitz, Sorau, Weisswasser, Finsterwalde, Petershain, Kahlau, Ruhland, Spremberg, Kolkwitz, Treppkau, Linderode. Lauban, Frankfurt/O. u. Köthen.

16. Gau Pommern. Vorort Stettin
17. Gau Ostpreußen Vorort Danzig

In beiden Gauen ruht die Arbeit wegen Prozeß in Stettin und der bekannten Vorgänge in Danzig. Persönliche Verbindung besteht noch.[62]

Das Reich ist demnach eingeteilt in 17 Gaue und 5 Bezirke mit Stützpunkten in 158 Orten.[63] In West- und Südwestdeutschland, Sachsen, Berlin-Brandenburg, Schlesien und Hamburg-Wasserkante ist die Organisation zufriedenstellend. Von Ruhrgebiet, Sachsen und Schlesien kann man mit gutem Gewissen sagen, daß die Organisation gut bis sehr gut ist. Im Gau Oldenburg, Nordwest, Kassel und Südbayern läßt zwar die laufende Verbindung zu wünschen übrig, aber die Personen der Gaugrafen, sowie die bereits vorhandenen Funktionäre bürgen für Aufrechterhaltung der Kaders. Der Gau Hannover macht Sorge. Deshalb nimmt der Bezirksleiter von Hamm Verbindungen bis in den Gau Hannover hinein auf. Des weiteren kann von Stendal aus durch W[ilhelm] *Ebeling*[64] der Gau neu bearbeitet werden. Die Gaue Thüringen, Nordbayern und Württemberg hängen zur Zeit in der Luft.[65] Die Verbindung ist äußerst mangelhaft. Obwohl Gaugrafen und Stützpunkte noch existieren, dürfte die systematische Weiterarbeit gelitten, wenn nicht gar aufgehört haben. Arbeitswillige Kräfte sind vorhanden, es fehlt an der persönlichen Anleitung. Diesem Übel muß abgeholfen werden.

Wo möglich, wurden auch Vertrauensleute aus anderen wichtigen Betrieben in unseren Arbeitsbereich einbezogen.[66] Es kommen folgende Betriebe und Stützpunktführer in Frage:

Essen:	Krupp	J. *Hoffmann*[67]
Ürdingen:	Waggonfabrik	P[aul] *Emmen*[68]
Düren:	Glashütte	E. *Breuer*[69]
Aachen:	Bergbau	C. *Dürks*[70]

62 Gemeint ist der Prozeß gegen Wilhelm Voß u.a., die nach der Konferenz in Roskilde bei Kopenhagen zu Ostern 1935 verhaftet worden waren und in Stettin angeklagt wurden. Vgl. Gestapo Berlin, Auszug aus der Akte Bertow u. Gen., Stapo Stettin IIa. 2097/35, vom 4.7.1935 (BA, RSHA IV St. 3, Nr. 397, Bl. 18–65); die Vernehmungsprotokolle von Voß im Juni 1935; Anklageschrift und Urteil gegen Voß 1936; sowie die Anklageschrift gegen Kummernuss u.a., vom 15.6.1935 (alle Angaben vgl. Anm. 4).

63 Nach dem Organisationsplan mit Stand 1.10.1935 (Anm. 6) bestanden zuvor 7 Gebiete, 19 Gaue und 114 Stützpunkte.

64 Vgl. Anm. 39.

65 Vgl. hierzu Angaben in Anm. 11; zur Lage in Süddeutschland (Württemberg) vgl. aber die Organisation von Karl Molt und dessen Verbindungen zu Jahn und ITF (Dok. 70, 73).

66 Der Bericht vom 1.10.1935 (Anm. 6) nennt 2 Unternehmen, neben Krupp in Essen noch Blohm & Voß in Hamburg. Vgl. auch den Brief von Jahn an Fimmen vom 10.5.1938 mit der »Liste von Betrieben außerhalb der Reichsbahn, zu denen ich noch Verbindung habe.« (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 392, Bl. 102–108) Die genannten Verbindungen konnten mit Ausnahme von Paul Emmen nicht verifiziert werden. Vgl. auch Anm. 1.

67 Nähere Angaben wurden nicht ermittelt. Name im Adressenverzeichnis (Anm. 11) nicht enthalten.

68 Vgl. Anm. 16.

69 Nähere Angaben wurden nicht ermittelt. Name im Adressenverzeichnis (Anm. 11) nicht enthalten.

70 Ebd.

Dellbrück:	Metall	E[rich] *Möller*[71]
Rüsselsheim:	Opelwerke	G. *Klinger*[72]
Leipzig:	Hasak-Metall	H. *Schneider*[73]
Leipzig:	Pittler A.G.	W. *Schulz*[74]
Cottbus:	Textil	G. *Richter*[75]
Cottbus:	Bekleidungsgew.	Ed[uard] *Haise*[76]
Cottbus:	Baugewerbe	E[mil] *Jäckel*[77]
Berlin	Siemenswerke	H. *Arhilger*[78]

Nach reiflicher Prüfung kann gesagt werden, daß trotz wachsendem Terror die Arbeit fortgesetzt wurde. Am 1.3.[19]36 waren in 137 Stützpunktorten 284 Stützpunktführer und 1.320 Funktionäre gemeldet.[79] Auch unter Berücksichtigung der wenig oder gar nicht befriedigenden Verbindungen nach Süddeutschland, Hannover und Pommern läßt die Zunahme von 21 Stützpunktorten den Schluß zu, daß zahlenmäßige Verluste kaum eingetreten sein dürften.[80] Wohl aber darf der Überzeugung Ausdruck verliehen werden, daß die Grundlage der Kaderorganisation eine erheblich festere geworden ist.

In Anbetracht der Bedeutung die das Deutsche Reich in der Weltpolitik einnimmt, muß die Fortführung der illegalen Arbeit als notwendig bezeichnet werden. Dies erfordert neben anderem in erster Linie Geld.[81] Da ein Teil des früheren Verbandsvermögens in Skandinavien investiert ist, könnte auch die schwierigste aller zu lösenden Fragen einem alle Teile befriedigenden Ergebnis zugeführt werden.[82]

71 Nähere Angaben wurden nicht ermittelt. Name im Adressenverzeichnis (Anm. 11) enthalten.
72 Nähere Angaben wurden nicht ermittelt. Name im Adressenverzeichnis (Anm. 11) nicht enthalten.
73 Ebd.
74 Ebd.
75 Ebd.
76 Nähere Angaben wurden nicht ermittelt. Name im Adressenverzeichnis (Anm. 11) enthalten.
77 Ebd.
78 Nähere Angaben wurden nicht ermittelt. Name im Adressenverzeichnis (Anm. 11) nicht enthalten.
79 Am 1.10.1935 (Anm. 6) schätzte Jahn noch ca. 2.000 Stützpunktverbindungspersonen. Die Zahl war auf der Basis der Berichte der Gaugrafen gewonnen, die zwischen Juni und Oktober 1935 2–3 Mal besucht und instruiert wurden und deren Informationen Jahn angeblich überprüft hatte. Vgl. Lemke-Müller, Ethischer Sozialismus, S. 114; ohne Angaben Esters/Pelger, S. 41f. Zu den Besuchen vgl. oben Angaben in Anm. 6.
In seinem Bericht für die Zeit zwischen 2.12.1936 und Oktober 1938 vom Anfang November 1938 (Dok. 86) nannte Jahn mit Stand 1.12.1936 158 Stützpunkte und 284 Vertrauensleute. Daher bestand ggf. eine korrigierte Organisations-Anlage, zumal Jahn selbst zu seinem Bericht vom 15.12.1936 mit Stand 1.12.1936 eine Organisations-Anlage erwähnte (Dok. 75). Inwieweit die Zahlen insgesamt korrekt waren, läßt sich nicht überprüfen. Insbesondere die Zahl von 1.320 Funktionären scheint nach Kenntnis der vorliegenden Akten der ITF sehr hoch.
80 D. h. nach den Verhaftungen in der Folge der Konferenz in Roskilde, u.a von Kummernuss, Voß u.a. (Anm. 4), sowie der Flucht von Jahn (Anm. 5).
81 Fimmen gewährte Jahn ab November 1933 für die illegale Arbeit im Reich und später in Amsterdam eine dauernde Unterstützung von 200 Mark im Monat. Allerdings war bei der ITF wie bei allen Organisationen in der Emigration – z.B. dem Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands – die finanzielle Ausstattung ein dauernder Grund zu Klagen, Beschwerden und Bittschriften. Vgl. z.B. Jahn an Fimmen, vom 1.3.1938; dass., vom 21.3.1938 (AdsD, ITF, Mappe 18).
82 Diese hier erstmalig – und einmalig – gemachten Aussagen zum Verbandsvermögen, das aus Deutschland nach Skandinavien transferiert sei, konnten nicht überprüft werden. Esters/Pelger und Buschak, Arbeit, die die Organisations-Anlage ausgewertet haben, gehen auf Jahns Aussage nicht ein.

DOKUMENT 70

30. 4. 1936: Karl Molt, Rorschach/Schweiz, informiert Hans Jahn über seine Verbindungen ins Reich

AdsD, ITF, Mappe 16. Unpaginiert. Maschinenschrift. Ohne Absender- und Adressatanschrift. Handschriftliche Unterschrift.[1]

Rorschach, 30. April [19]36

Lieber Hans [*Jahn*]!

Dankend bestätige ich dir den Eingang deiner Briefe v[om] 25. u. 28. d[iese]s M[onats].[2] Mit besonderem Interesse entnehme ich denselben, daß sich Edo Fimmen für mich interessiert, u[nd] daß er mich besuchen will. Ich nehme an, daß er das anläßlich einer Reise durch die Schweiz tun will. Ich bitte, mir dies nur rechtzeitig mitzuteilen, damit ich mich danach richten kann. Ev[en]t[ue]l kann ich auch innerhalb der Schweiz an einen geeigneten Ort kommen, falls er nicht gerade nach hier kommen kann. Z.B. St. Gallen, Zürich usw. Noch viel mehr freut mich natürlich, daß du mich hier aufsuchen willst, denn letzteres halte ich für dringend notwendig, weil ja wir beide künftig zusammen arbeiten wollen. Es gibt ja so vieles zu besprechen, was man einfach nicht schriftlich machen kann.[3] In der Zwischenzeit werde ich deinem Wun-

1 Molt unterschrieb seine Briefe meist mit »Karl« oder seinem Decknamen August Wernli bzw. Wörnli. Er wohnte in Rorschach im Kanton St. Gallen in der Schweiz. Karl Molt (geb. 8.4.1891) war vor 1933 zuletzt Bezirksleiter des Einheitsverbandes der Eisenbahner in Stuttgart und Gauführer des Reichsbanner in Württemberg, nach 1933 entlassen, illegale politische Tätigkeit, Herbst 1933 Flucht über das Saargebiet und Paris in die Schweiz, dort Aufbau einer Widerstandsgruppe der Eisenbahner im süddeutschen Raum, enger Kontakt zu Hans Jahn und Edo Fimmen, 1938 Zerschlagung der Molt-Gruppe in Süddeutschland durch die Gestapo, 1940 Internierung in der Schweiz, nach Flucht Unterschlupf in der Schweiz bei politischen Freunden bis 1945, nach 1945 Wiederaufbau der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands im süddeutschen Raum, bis Dezember 1953 als Bezirksleiter in Stuttgart. Zur Widerstandstätigkeit von Molt in den ersten Jahren vor seiner Zusammenarbeit mit der ITF vgl. die knappen Hinweise bei Wichers, Deutsche Sozialisten, S. 245.
2 Vorangegangen waren zwei Briefe von Molt an Jahn vom 9.4. und 21.4.1936, in denen er zunächst seine Erlebnisse bei und seit der Machtübernahme der Nationalsozialisten schilderte. Vgl. Esters/Pelger, Dok. 28, S. 175–177. Danach bekundete er seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Hans Jahn, nachdem Jahn an Molt geschrieben und ihm die Betreuung der südwestdeutschen Bezirke für Baden, Württemberg und Bayern seines Organisationsschemas angeboten hatte. Molt akzeptierte »mit herzlicher Freude«. Molt an Jahn, vom 21.4.1936 (AdsD, ITF, Mappe 16).
3 Molt hatte schon zuvor Jahn seine Informationen angeboten. »Es wäre überhaupt ideal, wenn wir recht bald zur Zusammenarbeit kämen. Du vom Norden und ich vom Süden. Mein Aufenthaltsort hier ist von Baden, Württemberg und Bayern glänzend zu erreichen. Baden von Konstanz, Württemberg von Friedrichshafen und Bayern von Lindau aus. Alles liegt hier am See, nach allen diesen Plätzen habe ich Verbindung, allerdings politische, keine gewerkschaftlichen. Mit den Grenzverhältnissen bin ich genau betraut und auch Grenzgänger stehen zur Verfügung.« Vgl. das Schreiben von Molt an Jahn vom 21.4.1936 (Anm. 2). Zu den weiteren Kontakten vgl. die Notiz von Molt für Fimmen für ein Treffen am 11.6.1936 in Basel. August Wernli an [Edo Fimmen], vom 5.6.1936 (AdsD, ITF, Mappe 16). Zu weiteren Treffen vgl. z.B. den Brief von Molt an Jahn, 28.10.1936 (Dok. 73); sowie die Protokolle eines Grenztreffens in Arbon (Schweiz) am 27./28.11.1937 (Dok. 79, 80). Zu den Verbindungen vgl. ferner die Feststellungen der Gestapo im Zusammenhang mit der Festnahme von Fridolin Endrass u.a. am 21.7. und 24.7.1938 (BA, R 58, Nr. 451, S. 118–120; Nr. 446, S. 338–341; HStA Düsseldorf, RW 58, Nr. 39810, S. 127f.). Vgl. auch die undatierte Adressenliste unter der Deckadresse von Karl Molt in Rorschach mit Namen und Anschriften in Friedrichshafen (3), Ulm, Stuttgart-Untertürkheim, Kemnath an der Filder (bei Stuttgart), Stuttgart-Echterdingen (AdsD, ITF, Mappe 46).

sche entsprechend über meine pol[itischen] Verbindungen[4] versuchen, wieder etwas mehr Schwung in die Eisenbahner-Verbindungen zu bekommen.[5] Ich habe bereits einem Freund[6], der mich dieser Tage aufsuchte, Anweisung gegeben, den Willy [*Kraft*][7] aufzusuchen. Mit welchem Erfolg, wird sich sehr bald zeigen. Willy [*Kraft*] wäre der geeignete Mann um den Laden zu schmeißen. Wohl steht er nicht mehr im Eisenbahnbetrieb, aber er hat immer einen großen Einfluß auf die Kollegen ausgeübt. Daß es in Württemberg nicht weiter gekommen ist, daran ist er nicht unschuldig. Nur weil er nichts getan hat, das hat die anderen eben auch davon abgehalten.

[...][8]

Durch das Verhalten von Willy [*Kraft*] bin ich dann zu der Überzeugung gekommen, was soll ich unnütze Kraft an etwas hängen, was doch nicht ziehen will, u[nd] habe mich eben einer etwas dankbareren Aufgabe, der Betreuung meines früheren Wahlkreises[9], gewidmet. Meine Eisenbahnerverbindungen bestehen infolge dessen z[ur] Z[eit] aus Funktionären, die wohl gewillt sind zu arbeiten, jedoch keinen allzugroßen Aktionsradius besitzen. Mit einigen früheren Bezirksvorstandsmitgliedern u[nd] einigen früheren Beamtenvertretern stehe ich im schriftlichen Verkehr. Ein sehr tüchtiger Kerl ist unser früherer Vertreter im Hauptvorstand (Name mündlich), er schreibt mir regelmäßig, nur ist er eben nur ein B[ahn]m[eisterei-]Mann u[nd] leider auch entlassen worden.[10] Wir haben in Württemberg überhaupt einen Mangel an Funktionären gehabt,[11] das wirkt sich eben jetzt ganz besonders aus. Gerade in den großen Werkstätten hatten wir kaum geeignete Funktionäre. In Cannstadt war es *Gruber*[12], in Esslingen [Friedrich] *Schlotterbeck*[13], aber beide sind zu einer Arbeit nicht zu bewegen. In Ulm, Heilbronn, Tübingen u[nd] Aalen war überhaupt nichts los. Das waren Betriebe mit überaltertem Personal, somit auch altem Funktionärskörper. Mit Friedrichshafen stehe ich in Verbindung.[14] Sehr von Bedeutung ist, daß ich mit unserer früheren Stenotypistin[15] noch gute Fühlung habe. Dadurch erfahre ich sehr vieles was vorgeht, jedoch zu etwas anderem darf man sie nicht einspannen, das wäre Selbstmord. Auf den einzigen, auf den ich baue, das ist Willy [*Kraft*]. Ich will es jetzt einmal versuchen, ihn an seinem Ehrgeiz anzufassen, das hat früher immer geholfen.[16] Eine Zwischenfrage: Wäre es möglich, daß, wenn ich Willy [*Kraft*] soweit habe, daß er einsteigt, er das Reisegeld von Stuttgart nach hier bekommen könnte. Könntest du mir das zusagen? Das war nämlich bis jetzt auch eine seiner Ausreden. Er muß sich eben z[ur] Z[eit] ärmlich durchschlagen, so daß man ihm das nicht auf eigene Kosten zumuten darf. Und eine mündliche Aussprache ist dringend notwendig, denn wenn ich ihn einmal hier habe, dann glaube ich ganz bestimmt, daß ich so viel Einfluß immer noch auf ihn ausüben kann, daß er mitmacht. Gebe mir also auf die Frage bald Bescheid. Die Geldfrage ist eben immer die Frage, von der viel abhängt.[17] Ich gebe offen zu, wenn ich über die entsprechenden Mittel verfügen würde, könnte manches mehr gemacht werden. Da ich weder mit Prag[18], noch von irgend einer anderen Richtung abhängig bin, stehe ich natürlich auch bezüglich der Mittel allein auf weiter Flur. Was ich zur Verfügung habe, es sind allerdings nur sehr bescheidene Mittel, bekomme ich von den Genossen drüben.[19]

[...][20]

Mit herzlichen Grüßen dein Karl [Molt].

4 Molt hatte seine »politischen Verbindungen« schon zuvor angeboten, auf denen sich seiner Ansicht nach »die Eisenbahnerbewegung aufbauen« ließe. Möglichen Einwänden, nicht doppelgleisig zu fahren, hielt er entgegen, daß er das übersandte Material »selbstverständlich ... als intern betrachte. In dieser Beziehung kannst Du beruhigt sein, denn ich bin wohl Unterkassierer der Sopade, gleichzeitig ein kompromisloser Gegner des P[artei-]V[orstands]. Mit den Oppositionsgruppen »Miles« und R[evolutionäre] S[ozialisten] stehe ich in loser Fühlung. Bis jetzt habe ich mich jedoch noch nach keiner Richtung festgelegt.« Molt an Jahn, vom 21.4.1936 (Anm. 2).

5 Molt kritisierte das Verhalten und die abwartende Haltung der früheren Funktionäre des Einheitsverbandes der Eisenbahner, nahm sich aber von der Kritik nicht aus. Er schlug Jahn ein Treffen in der Schweiz vor, wobei »auch die Frage aufzuwerfen [wäre], ob nicht gleichzeitig aus den 3 Bezirken je ein Genosse nach hier käme, dann hätte Deine Reise nach hier ein doppeltes Ergebnis. Überlege es Dir einmal. Daß gerade in dieser Ecke noch vieles im Argen liegt, ist mir nicht unbekannt. Es ist dringend notwendig, mehr »System« in die Sache zu bringen. Auch unsere Bewegung in Württemberg muß scharf ›überholt‹ werden. Ich gebe zu, die Eisenbahnersache etwas nebensächlich behandelt zu haben. Es war bis jetzt einfach kein Zug in die Sache zu bringen, so daß ich mir keine allzu große Mühe mehr gemacht habe und immer mehr meinen früheren Wahlkreis organisierte.« Molt an Jahn, vom 21.4.1936 (Anm. 2). Molt hatte am 24.4.1932 in Stuttgart für die SPD für den württembergischen Landtag kandidiert. Vgl. ferner Dok. 79, 80.

6 Der Name konnte nicht ermittelt werden.

7 D. i. Wilhelm Kraft. Kraft stand auf Jahns Organisationsanlage vom 1.3.1936 (Dok. 69) als »Gaugraf« für Württemberg. Am 24.7.1938 wurde er im Zusammenhang mit der Festnahme von Fridolin Endrass und dem Aufrollen der ITF-Verbindungen in Württemberg von der Gestapo verhaftet. Gestapo Stuttgart, Lageberichterstattung für den Monat Juli 1938, vom 30.7.1938 (BA, R 58, Nr. 446, S. 338–341). Vgl. auch die Angaben in Dok. 69 Anm. 11.

8 In den folgenden Passagen beschreibt Molt, wie er wiederholt auf Wilhelm Kraft eingewirkt hat.

9 D. i. Stuttgart. Vgl. Anm. 5.

10 Die biographischen Angaben wurden nicht ermittelt. Die Briefe lagen nicht vor.

11 Vgl. hierzu auch die späteren Bemerkungen der Gestapo zum Organisationsplan von Hans Jahn vom 1.3.1936 (Dok. 69 Anm. 11).

12 Biographische Angaben wurden nicht ermittelt. Gruber wurde weder in der Organisations-Anlage (Dok. 69) noch im beiliegenden Adressenverzeichnis genannt. Vgl. aber Dok. 37 Anm. 28.

13 Friedrich Schlotterbeck (geb. 25.2.1889) war Schlosser, wohnhaft in Esslingen, gehörte zusammen mit Wilhelm Kraft zum Kreis von Fridolin Endrass und wurde am 24.7.1938 wegen Kontakten zu Endrass und der ITF verhaftet. Gestapo Stuttgart, Lageberichtserstattung für den Monat Juli 1938 (Anm. 7). Vgl. auch Dok. 77.

14 Vgl. hierzu die Angaben der Gestapo im Zusammenhang mit der Festnahme von Fridolin Endrass u.a. am 21.7. und 24.7.1938; sowie die undatierte Adressenliste unter der Deckadresse von Karl Molt in Rorschach mit Namen und Anschriften in Friedrichshafen (3), Ulm, Stuttgart-Untertürkheim, Kemnath an der Filder (bei Stuttgart), Stuttgart-Echterdingen (beide: Anm. 3).

15 Der Name der Stenotypistin wurde nicht ermittelt.

16 Vgl. auch Anm. 5.

17 Dies traf auch für Molt und Jahn selbst zu, wie deren häufige Bettelbriefe an Edo Fimmen unterstreichen. Zu Jahn vgl. die ausführliche Schilderung seiner Verhältnisse in seinem Schreiben an Fimmen, vom 1.3.1938 (AdsD, ITF, Mappe 18); sowie die Hinweise in seinen Berichten über seine Tätigkeit 1933–1936 und 1936–1938 (Dok. 75, 86). Zu Molt vgl. Esters/Pelger, S. 81. Vgl. die ähnlichen Klagen anderer Gruppen, z.B. des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter in Kap. IV der Dokumente.

18 D. h. mit der Sopade-Führung, deren Sitz in Prag war.

19 Diese Angaben ließen sich nicht konkretisieren. »Drüben« heißt »Deutsches Reich«.

20 Die ausgelassenen Ausführungen beschäftigen sich mit einzelnen Personen in der Emigration, mit der Belieferung Molts mit Druckschriften der ITF, die er anmahnte, sowie mit der Anerkennung der Richtlinien der ITF durch Molt. Fimmen antwortete Molt am 7.5.1936. Danach erhielt Molt ab sofort direkt die ITF-Materialien (AdsD, ITF, Mappe 16). Molt verteilte dennoch weiterhin noch Materialien der Sopade. Vgl. Dok. 77, 80.

DOKUMENT 71

Mai 1936: Die ITF ruft zu Einheit und Geschlossenheit im Kampf gegen das NS-Regime auf

Die Schiffahrt. Organ des Gesamtverbandes der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer Deutschlands. Angeschlossen der Internationalen Transportarbeiter Föderation, Nr. 7, Mai 1936, S. 16. Hektographierte Maschinenschrift.[1]

Seeleute, Binnenschiffer, Hafenarbeiter!

Der Gesamtverband ist eine illegale, für die Gestapo[2] unsichtbare Organisation.

Der Gesamtverband umfaßt alle antifaschistischen, revolutionären Arbeitnehmer der Seefahrt, Binnenschiffahrt und Hafenbetriebe Deutschlands. Wir bestehen ohne feste Ortsgruppen, ohne Kassierer, ohne Mitgliedsbücher, ohne Beitragsmarken, ohne Karthotek und ohne bezahlte Funktionäre.[3] Unser Ausweis ist der Haß gegen das System der braunen Banditen, der Wille dieses System zu stürzen, uns statt dessen ein besseres Deutschland aufzubauen, in dem wieder Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit herrschen.

Wir wollen ein Deutschland, in dem jeder, (soweit er sich das nicht verscherzt hat in der Hitlerzeit) der ein menschliches Antlitz trägt, gleiches Anrecht hat an den Lebensgütern! Aber nicht wie von [19]18-[19]32, wo auch »alle Deutschen vor dem Gesetz gleich waren« und »jeder Deutsche Recht auf Arbeit hatte« und gleichzeitig die breitesten Massen Not litten![4]

Wir wollen ein Deutschland, in dem zum Unterschied von der Zeit der Weimarer Republik die Gewerkschaften Machtinstrumente in der Hand des Proletariats sind und diese Macht restlos einsetzen zur Kontrolle der Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik des Staates.

Wir wollen keine Zersplitterung mehr, keinen Bruderkampf, wir wollen eine wirkliche, einheitliche, starke Kampfgewerkschaft aller Transportarbeiter sein.[5]

»Die Schiffahrt«

1 In der Vorlage zahlreiche Unterstreichungen im Text.
2 In der Vorlage Großbuchstaben.
3 Dies richtete sich gegen die KPD, die sehr bürokratisch arbeitete und deshalb viele Verluste in den eigenen Reihen beklagen mußte, sowie gegen die Politik der ehemaligen Gewerkschaftsführer in der ADG, die eine Zentralisierung und karteimäßige Erfassung der Mitglieder vorgeschlagen hatten. Vgl. z.B. den Entwurf von Heinrich Schliestedt, Deutsche Gewerkschafter im Auslande [vom 4.8.1937], in: Sozialistische Warte, Nr. 20, vom 25.10.1937, S. 467–470; sowie die anschließenden Beiträge 1937/38 in dieser Zeitschrift unter der Überschrift »Gewerkschaftsdiskussion«. Vgl. auch Dok. 42.
4 Vgl. zum Gleichheitsgrundsatz Artikel 109 der Weimarer Reichverfassung. Ein ausdrückliches »Recht auf Arbeit« war dort nicht verankert. Vgl. aber Artikel 163 Absatz 2 Weimarer Reichsverfassung zum Nachweis der Arbeitsgelegenheiten.
5 Dies richtete sich gegen die Politik der ISH und KPD und knüpfte an den Aufruf der Knüfken-Gruppe zur Einheit an. Vgl. Dok. 67.

DOKUMENT 72

2. 7. 1936: Paul Merker gibt Anweisungen zum Verhalten der kommunistischen Seeleute gegenüber der ITF

BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/336, Bl. 272. Maschinenschrift. Ohne Absender- und Adressatangaben. Ohne Ortsangabe. Maschinenschriftliche Unterschrift.[1]

2. Juli 1936

Lieber *Louis*,[2]

[...][3]

In gewerkschaftlicher Beziehung hat sich nichts verändert. Wir haben einige Schritte unternommen, um den ITF-Kongreß[4] auszunutzen, in den deutschen Fragen zu einer Klärung zu kommen. Man muß abwarten, wie sich die Dinge dort entwickeln. Wahrscheinlich wird [Fritz] *Tarnow* in London sein.

[...][5]

In der Seeleute-Angelegenheit soll so vorgegangen werden, wie wir vereinbart hatten, d.h. die Freunde in Kopenhagen, Göteburg, Stockholm etc.[6] sollen nach entsprechender Vorbereitung sowohl an die Seeleute und Hafenarbeiter-Verbände ihres Landes als auch direkt an die ITF herantreten. Sie müssen das als Gewerkschaftler tun, die an die ITF über ihre Arbeit auf den deutschen Schiffen berichten (natürlich ohne Angabe der Einzelverbindungen auf den Schiffen, etc.) und die Unterstützung der ITF fordern.[7] Später ist es vielleicht möglich, eine Zusammenkunft der Freunde aus den verschiedenen Häfen [Edo] *Fimmen* vorzuschlagen, um eine zentrale Leitung der Arbeit

1 [Martin] Fuchs war der Deckname von Paul Merker. Das Schreiben wurde für den Abdruck um etwa zwei Drittel gekürzt. Im Dokumentkopf Eingangsstempel: »20. Nov[ember] 1936 5077«. Zu Merker (1.2. 1894–13.5. 1969) vgl. eingehend Röder, Handbuch, S. 490f.
2 Deckname von Sepp Schwab (16.1.1897–30.7.1977). Schwab war vor 1933 Funktionär der KPD und lebte seit 1930 in der UdSSR, wo er bis 1935 im Deutschland-Referat des EKKI arbeitete. Schwab nahm an der sogenannten Brüsseler Konferenz der KPD im Oktober 1935 in Moskau teil. Anschließend leitete er bis April 1937 den Abschnitt Nord der KPD in Kopenhagen. Nach seiner Rückkehr nach Moskau arbeitete er bis Kriegsende als Chefredakteur der Deutschland-Abteilung von Radio Moskau und nach 1945 zunächst in leitenden Funktionen beim »Neuen Deutschland« und bei der DEFA. Von 1954–1956 war er Botschafter der DDR in Ungarn, 1956–65 stellvertretender Außenminister der DDR.
3 Die ausgelassenen Ausführungen behandeln eingehend Versuche, mit sozialdemokratischen Emigranten in Skandinavien in »Asylrechtsfragen« zu einer Zusammenarbeit zu gelangen sowie Unterstützungsleistungen der ehemaligen »Roten Hilfe« umzuwidmen.
4 Das muß richtig heißen: IGB-Kongreß, der in London vom 8.–11.8.1936 stattfand und an dem Fimmen als Vertreter der ITF teilnahm. ITF-Kongresse fanden am 18.–24.8.1935 und am 31.10.–5.11.1938 statt.
5 Die ausgelassenen Ausführungen behandeln personelle Veränderungen auf verschiedenen Posten der KPD in Kopenhagen und den Niederlanden.
6 D. h. Verbindungsleute der KPD.
7 Vgl. hierzu beispielhaft den Versuch der in Antwerpen arbeitenden, nach der Abspaltung der Knüfken-Gruppe übriggebliebenen ISH bzw. KPD-Seeleutegruppe, der ITF beizutreten. Briefwechsel zwischen der Seeleutegruppe und Edo Fimmen, Juli/August 1936 (BA, SAPMO, ZPA, 2/708/139, Bl. 26–31). Vgl. ferner die Artikel: »Hallo, wir sind bereit« und »Einheit!«, in: Schiffahrt, Nr. 3, Mai 1936, S. 3 f.; sowie die zahlreichen Spitzelberichte und Gestapoermittlungen, z.B.: Staatspolizeistelle Düsseldorf, an Gestapa Berlin, vom 29.9.1938, betr. Vereinigung der ISH und der ITF (BA, RSHA IV, P.St. 3, Nr. 17, Bl. 1); Abwehrstelle im Wehrkreis X, an OKW Abwehrabteilung III, vom 17.1.1939, betr. Sowjetrussischen ND (HStA Düsseldorf, RW 58, Nr. 21020, Bl. 257–260); Gestapa/II A 1, Vermerk (betr. V-Mann-Bericht aus skandinavischen Ländern), vom 31.1.1939 (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 397, Bl. 214–216); Urteilsbegründung des Volksgerichtshofes gegen Georg Makurat und Josef Hölzer (Nr. 10 J 238/40 // 2 H 128/40), vom 26.2.1941 (HStA Düsseldorf, RW 58, Nr. 54698, Bl. 3–7).

zu bilden. Die Antwerpener Angelegenheit soll als lokale Angelegenheit betrachtet werden.[8] Die gedruckte »Schiffahrt«[9] erscheint bis zur Regelung der Angelegenheit in Antwerpen und bis zu der damit verbundenen Vereinigung der beiden Zeitungen weiter.[10]

[...][11]

Mit bestem Gruß
Fuchs[12]

DOKUMENT 73

28. 10. 1936: Karl Molt, Rorschach/Schweiz, berichtet Hans Jahn über die Entwicklung seiner Verbindungen ins Deutsche Reich, zur Auslandsvertretung deutscher Gewerkschafter sowie über seine Stellung zur ITF

AdsD, ITF, Mappe 16. Unpaginiert. Maschinenschrift. Ohne Absender- und Adressatangaben, ohne Orts- und Datumsangabe. Handschriftliche Unterschrift. Für den Abdruck gekürzt.[1]

Lieber Freund!

Mit herzlichem Dank bestätige ich Dir den Eingang Deines Briefes v[om] 10. d[ieses] M[onats], desgleichen, der Portoersparnis wegen denjenigen des Freundes Edo [*Fimmen*] v[om] 15. d[ieses] M[onats]: Ihr dürft mir nicht böse sein, wenn ich immer nur einem schreiben kann, aber meine Mittel erlauben es mir nicht anders. Ich halte es für selbstverständlich, daß Ihr meine Briefe gegenseitig austauscht.[2]

Neben der Bestätigung will ich die 14-tägige Verspätung in der Beantwortung begründen. Es war nicht Vergeßlichkeit oder sonst etwas, sondern Absicht. Ich wollte die endgültige Antwort von unserem Freund in Augsburg abwarten, damit ich Dir abschließend über meine Bemühungen, die ich, in dem mir von Dir erteilten Auftrag, übernahm, berichten kann.[3]

8 D. h. der Übertritt der Antwerpener Gruppe um Hermann Knüfken zur ITF. Vgl. Dok. 67.

9 Schiffahrt. Organ des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe. Sektion Schifffahrt und anverwandte Betriebe. Vgl. die Hinweise in Dok. 66 Anm. 9.

10 Eine förmliche Zusammenlegung der beiden Zeitungen kam nicht zustande. Die »Schiffahrt« erschien – nachgewiesen – bis April 1939. Stroech, S. 240. Die Antwerpener Gruppe blieb die einflußreichste Gruppe von Seeleuten in der ITF für die illegale Arbeit gegen das NS-Regime. Vgl. auch Dok. 88.

11 Die ausgelassenen Ausführungen behandeln Personalfragen innerhalb der KPD-Gruppe in Stockholm.

12 Vgl. Anm. 1.

1 August Wernli war der Deckname von Karl Molt. Der Adressat Hans Jahn ergibt sich aus dem Kontext des Briefes. Auf dem Brief handschriftliche Datierung: »28.10.[19]36«. Zahlreiche handschriftliche Unterstreichungen und einzelne handschriftliche Zusätze.

2 Zu Molts engen finanziellen Mitteln vgl. Esters/Pelger, S. 81. Jahn und Fimmen tauschten die Informationen weitgehend untereinander aus, wenngleich sich Jahn gern zur Zwischeninstanz aufgewertet wissen wollte. Vgl. Jahn an Fimmen, vom 26.7.1939 (AdsD, ITF, Mappe 22).

3 Molt sollte für Jahn den Stand der Organisation in Süddeutschland prüfen und ihn entsprechend seines Organisationsplanes aufbauen. Vgl. Molt an Jahn, vom 21.4.1936 (AdsD, ITF, Mappe 16). Der »Freund in Augsburg« ist nicht eindeutig zu identifizieren. Doch könnte es sich hierbei um Andreas Müller oder um Franz Adlhoch handeln, der in der Organisations-Anlage als Gaugraf für Südbayern mit Sitz in Augsburg genannt wird (Dok. 69). Das der Organisations-Anlage beigefügte Adressenverzeichnis nennt außer Adlhoch eine weitere Person mit Sitz in Augsburg. Adlhoch war vor 1933 Sekretär des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands in Augsburg, wurde am 25.3.1933 bei einer Durchsuchung des Gewerkschaftsbüros durch die NSBO und nochmals am 2.5.1933 verhaftet.

[...][4]

Und jetzt will ich der Reihe nach Deine Wünsche befriedigen. Vorausschicken will ich, daß ich es bei der derzeitigen Lage nicht verantworten kann, irgendwelche Namen oder Adressen brieflich mitzuteilen. Sie stehen aber jederzeit einer persönlichen Übergabe zur Verfügung, auch ist Vorsorge getroffen, daß bei irgendwelchem Vorkommnis mit mir, der Laden weiter läuft. Das Notwendige ist sicher gestellt u[nd] würde der ITF übergeben. Übrigens wirst Du die Namen z[um] T[eil] erraten können.[5]

Zunächst Komotau. Freund [Heinrich] *Schl[iestedt]*, den ich von seiner Stuttgarter Zeit im Vorstand des DMV her sehr gut kenne, hat mich anläßlich einer Durchreise, als er vom Londoner Kongreß kam, aufgesucht. Er berichtete mir sein Debüt, das er für die Deutsche Gewerkschaftsemigration in London gab.[6] Er war sehr stolz darauf, als der »Ungenannte« Deutsche Gewerkschafter gefeiert zu werden. Nach seiner Meinung war sein dortiges Auftreten die Hauptattraktion. Dabei vergißt der gute Mann, daß wir zur Zeit lediglich eine schöne Geste bei solchen Angelegenheiten bedeuten, mehr nicht, leider.

Er faselte mir dann auch noch etwas von einer Sache, die sich dort zwischen »seiner Deutschen Gewerkschaftsinternationale« u[nd] der ITF bezw. Edo [*Fimmen*] abgespielt habe.[7] Was ich noch im Gedächtnis habe, will ich schildern. Es muß sich um die Anerkennung seines Ladens u[nd] der ITF gehandelt haben, da er sagte[8], alles sei auf dem Kongreß seiner Meinung gewesen, daß die Spitze für die Deutsche Gewerkschaftsbewegung in Komotau[9] sei, einschließlich der Eisenbahner. Das, was Edo [*Fimmen*] aufgebaut habe, sei nichts als Aufbauschung, hinter der nichts stehe. Edo [*Fimmen*] sei mit seiner Ansicht allein gestanden. Allgemein hat er sich über die von

Vgl. Hetzer, Gerhard, Die Industriestadt Augsburg. Eine Sozialgeschichte der Arbeiteropposition, in: Martin Broszat u.a. (Hg.), Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt (Bayern in der NS-Zeit, Bd. 3), München 1981, S. 96, 98. Vgl. dagegen: Buschak, Arbeit, S. 50. Angeblich lehnte Adlhoch im August 1936 ein Angebot des ebenfalls von Rorschach/Schweiz für die Sopade agierenden Valentin Baur zur Zusammenarbeit ab, da er sich beobachtet fühlte. Hinweise zur Zusammenarbeit Adlhochs mit Molt tauchen in diesem Zusammenhang nicht auf. Vgl. Hetzer, Augsburg, S. 189 (mit Quellenverweisen). Zu Müller vgl. den Brief von Jahn an Fimmen, vom 2.12.1937 (Dok. 81); sowie zu beiden die Angaben in Dok. 69 Anm. 56 und 57.

4 In den ausgelassenen Ausführungen beschäftigt sich Molt ausführlich mit der Kritik von Jahn an seinen Kontakten zur Sopade. Molt beschwert sich über Gerüchte und Klagen von dritter Seite bei Jahn und bezeichnet diese Informanten als »Intriganten und unverbesserliche Konkurrenzneidhammel«. Molt selbst war sich über Zahl und Identität der Informanten nicht im klaren und auch Jahn deckte diese Kontaktperson nicht auf. Molt verwies auf seine Verbindungen, die Edo Fimmen bekannt seien. Er habe erkannt, daß »das Integrieren ein Bestandteil der Emigration ist.« Er verwahrte sich aber gegen jede Art der »Querverbindungen solcher Elemente nach der ITF« und verlangte, daß mit »offenen Karten« gespielt werde. Sympathien für die »Miles-Gruppe« negierte Molt nicht, trennte aber – ohne jeden personellen Bezug – zwischen seiner Arbeit zur ITF. Zu Miles vgl. Foitzik, Zwischen den Fronten, S. 70ff., 130ff. Zu Konflikten innerhalb und zwischen den verschiedenen Gruppen von deutschen Gewerkschaftern in der Schweiz vgl. Kap. VI der Dokumente.

5 »Z. T.« wurde handschriftlich eingefügt. Mit »Vorkommnis« meinte Molt seine eigene Verhaftung bei einer seiner Reisen nach Deutschland. Als »Vorsorge« betrachtete Molt in diesem Fall die Nachfolge durch Theo Surbeck, einem engen Vertrauten von ihm, dessen Anschrift Molt auch als Deckadresse benutzte. Vgl. Dok. 85.

6 Kongreß des IGB in London 8.7.–11.7.1936. Die Schreibweise »Deutsch« hier und im folgenden wie in der Vorlage. Vgl. zur Teilnahme von Schliestedt auch den Brief von Schliestedt an Martin Plettl, vom 13.10.1936 (AdsD, DGB-Archiv, Nl. Plettl). Vgl. hierzu Kap. II der Dokumente.

7 Zur Konkurrenz zwischen IGB und einzelnen Gewerkschaftsverbänden sowie zur Position von Schliestedt vgl. eingehend Kap. II, u.a. Dok. 35.

8 In der Vorlage: »da sagte er«.

9 In der Vorlage schrieb Molt durchgängig »Komotschau«.

Edo [*Fimmen*] geleistetete illegale Aufbauarbeit sehr abfällig geäußert. Erst als er aus meinen energischen Einwendungen auf einmal wieder in Erinnerung brachte, daß ich doch Eisenbahner bin, hat er etwas eingelenkt. Er berichtete mir dann von seiner Arbeit in Deutschland. Zunächst ohne die Eisenbahner zu berühren. Nach seinen Aussagen gibt es in Deutschland keinen Betrieb mehr, der nicht nach Komotau orientiert ist. Überall Verbindungen en masse. Überall werden u[nd] sind große Konferenzen abgehalten worden, an denen Hunderte von Genossen teilgenommen haben. Tausende u[nd] abertausende von Flugblättern, die in Deutschland gedruckt werden, sind zur Verteilung gekommen u[nd] weitere sind in Vorbereitung, desgleichen große Konferenzen. Insbesonders sollte die Olympiade[10] dazu benützt werden, um wegen der billigen Fahrt nach Berlin eine große Konferenz einzuberufen. Er zeigte mir auch solche angeblich in Deutschland gedruckte Flugblätter.[11] Gedruckt sind sie ja ganz schön, auch die Unterschrift ist sehr vielsagend, sie lautet: »Die Führung von Morgen«. Wahrscheinlich meint er sich damit selber. Der gute Mann vergißt, daß er dabei eine sehr große Entäuschung erleben wird, denn die Gefährten sind bis dahin noch nicht geboren, die einen *Schl[iestedt]* als Führer anerkennen werden. In dieser Beziehung können wir einstweilen sehr beruhigt in die Zukunft blicken. Auf meine »schüchternen« Einwendungen, ob solche Flugblätter auch nach Stuttgart gekommen seien, hat er mir ausweichend geantwortet: Er sagte, er wisse es nicht, denn die Verteilung liege bei den Genossen drüben. Darauf sagte ich ihm, daß Stuttgart keine solchen Flugblätter gesehen habe, denn sonst müßte ich Kenntnis haben. Auch bezüglich der großen Konferenzen drüben erhob ich meine »schüchternen« Einwände. Ich fragte ihn, wie er denn solche Massen in einer Stadt unterbringen könne. Man müsse doch schon ein größeres Lokal haben, was denn das für Säle bezw. Wirte seien, die in der heutigen Zeit, ohne zu fragen, ein solches Risiko eingehen würden, u[nd] ob denn die Gestapo gar nichts merke usw. Am meisten habe ich mich darüber geärgert, daß der Mensch uns für so dumm hielt, um uns einen solchen hanebüchenen Quatsch zu erzählen. Wer nur auch ein klein wenig mit den Methoden drüben vertraut ist, weiß, daß so die Dinge einfach nicht gehen können. Wer kann drüben Massenauflagen drucken lassen? Wer kann drüben Konferenzen mit hunderten von Teilnehmern abhalten, ohne daß die Polizei etwas merkt? Niemand anders als der »Führer von Morgen«. Dagegen sind wir anderen alle Waisenknaben. Das, was ich dir hier mitteile, hat er nicht nur mir erzählt, sondern meinen Freunden in St. Gallen[12] ebenfalls. Wir haben uns später darüber unterhalten u[nd] sind einer Meinung, daß alles nur blödes Geschwätz u[nd] ganz üble Aufbauschung war.

Abschließend kam er dann auf die Eisenbahnerbewegung zu sprechen. Nur zu gerne hätte er mich bewogen, für seinen Laden zu arbeiten. Um der Sache mehr Nachdruck zu geben, erzählte er mir in der gleichen aufschneiderischen Art, was er alles schon an Eisenbahnern habe. Er knüpfte an eure Zusammenkünfte in Berlin an, als Du noch

10 Die Olympiade in Berlin dauerte vom 1.8. bis 16.8.1936. Das NS-Regime bemühte sich im Vorfeld und während der Olympiade, vor der Welt und der Presse als ein harmonisches, soziales und von der Bevölkerung akzeptiertes und getragenes Regime dazustehen.

11 Die Flugblätter wurden nicht ermittelt.

12 Hier handelte es sich um die Gruppe von Freigewerkschaftlern um Anton Döring, die die Zeitschrift »Der Funken« herausgaben. Zu dieser Zeitschrift vgl. Stroech, S. 155. Zu Döring und der Funkengruppe vgl. auch Angaben in Anm. 17. Ein Großteil der »Funken-Gruppe«, die vor allem in Frankfurt/Main bestand, wurde im April/Mai 1938 verhaftet. Vgl. Gestapo Frankfurt/Main, an Gestapa Berlin, Tagesrapport Nr. 4, vom 12.5.1934 (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 198, S. 162–165). Diese Funken-Gruppe war keine ITF-Gruppe, auch wenn sie von der Gestapo hierzu gerechnet wurde, sondern bestand aus vorwiegend jüngeren Mitgliedern des Zentralverbands der Angestellten (ZdA) im Frankfurter Raum. Vgl. Dok. 80 zur weiteren Entwicklung, Kap. VI sowie die eingehende Darstellung bei Wichers, Deutsche Sozialisten, S. 240–244.

drüben warst.[13] Wie zwischen euch beiden dort schon Differenzen bestanden hatten, u[nd] daß man deshalb zu allen Sitzungen euch beide hätte einladen müssen, obwohl es mit *Franz*[14] genügt hätte, denn er sei derjenige, der den meisten Anhang hinter sich habe. *Franz* habe großartiges geleistet u[nd] aufgebaut. Von ihm wisse er, daß das, was Edo [*Fimmen*] so rum erzähle, nur Aufbauschung sei. *Franz* reise im Reiche herum u[nd] organisiere die Eisenbahner. Erst kürzlich habe in Mecklenburg[15], wo *Franz* ein Fuhrgeschäft habe, eine große Eisenbahnerzusammenkunft stattgefunden. Das seien Tatsachen, mit denen man eine Bewegung nachweisen könne, nicht aber das, was Edo [*Fimmen*] auf seiner Generalstabskarte habe. *Franz* komme auch des öfteren nach Komotau. Überall will er Verbindungen zu Eisenbahnern haben. U.a. auch in Bayern u[nd] Baden. Nur in Württemberg noch nicht, wahrscheinlich deshalb, weil ich ihn gleich hätte Lügen strafen können. Auf meine Versuche, Einzelheiten über die Eisenbahnerverbindungen zu erfahren, wich er aus bezw. umgab die Sache mit einem geheimnisvollen, angeblich vielsagenden Augenaufschlag.

Mein Eindruck bezüglich der Eisenbahnerverbindungen ist der, daß mindestens 90% der Angaben von *Schl[iestedt]* Aufbauschung ja Schwindel sind, daß es aber leider doch da u[nd] dort welche aus unserer Branche geben muß, die die Treue zur ITF nicht einhalten, die mit Komotau arbeiten. Wer das außer *Franz* noch ist, konnte ich leider nicht erfahren. Das aber konnte ich feststellen, daß alle Anstrengungen gemacht werden, um in unsere Front eine Bresche zu schlagen. Die Versuche sind seitens desjenigen,[16] den ich Eingangs meines Briefes, ohne seinen Namen zu nennen, erwähnt habe, unter den Stuttgarter Eisenbahnern gemacht worden, aber ohne den geringsten Erfolg. Ich bin auf solche Versuche gestoßen. Dies alles geschieht nur, weil man mich nicht für Komotau gewinnen konnte, u[nd] nun möchte man so gern den Nachweis erbringen, daß man auch ohne mich Einfluß auf die Eisenbahner bekommen könne. Sage mir einmal, was sind denn das für Methoden? Sind denn das auch noch Genossen? Sind das nicht schon Verbrecher, die sich gegenseitig die Beute abjagen? Solchen Menschen geht es nicht mehr um unsere Bewegung, sondern nur noch um ihren persönlichen Ehrgeiz u[nd] um [den] Wiederaufbau ihrer früheren Bonzenposten. *Schl[iestedt]* ist immer ein Bonze gewesen, er hat aus unserer Niederlage nichts gelernt, er ist Bonze geblieben.

Damit habe ich Dir dem Sinn nach, so weit ich es noch im Gedächtnis hatte, die Unterredung mit *Schl[iestedt]* geschildert. Für die sinngemäße Wiedergabe stehe ich jederzeit gerade, dagegen können die Worte andere gewesen sein, das will ich nach der langen Zeit nicht bestreiten. Im übrigen kann der erste Teil, soweit er sich nicht um die

13 Vgl. zur Tätigkeit von Jahn in Berlin bis zu seiner Flucht am 18.6.1935 seinen detaillierten Bericht für die Jahre 1933–1936 (Dok. 75). Zu Verbindungen zwischen Jahn und Schliestedt vgl. ebd. und Dok. 22, 36.

14 Hier ist vermutlich Franz Apitzsch gemeint. Vgl. zu seiner Person auch die Darstellung von Jahn in Dok. 22. Apitzsch gehörte nach 1933 zum engeren Kreis der gewerkschaftlichen Widerstandsgruppen. Er lebte in Berlin, wo es auch zu konspirativen Treffs kam, z.B. in Paulsborn bei Berlin am 1.5.1938. Gestapo Berlin an Gestapa Berlin, vom 9.5.1938 (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 297, Bl. 276–277; Nr. 388, Bl. 207). Danach war Apitzsch Kontaktperson der ITF für den Bezirk Berlin mit Verbindungen nach Cottbus, Frankfurt/Oder, Leipzig, Lübeck, Stettin und – nach Vermutung der Gestapo – auch nach Hamburg. Umgekehrt hatte Jahn ihn in seiner Organisations-Anlage 1936 (Dok. 69) nicht eingeplant.

15 An dieser Stelle steht am Seitenrand ein handschriftlicher Kommentar: »ausgerechnet Mecklenburg«.

16 Vgl. Anm. 3.

Eisenbahner handelt, jederzeit auch von den anderen Genossen (*Bärtschi*)[17] bestätigt werden, denn bei ihnen hat er den gleichen Dreck verzapft. Wir sind hier einer Meinung. Wir lehnen *Schl[iestedt]* einmütig ab. Wir stehen zu Komotau genau wie zu Prag.[18] Edo [*Fimmen*] haben ich u[nd] *Bärtschi* ja schon in Basel bestätigt, daß Komotau nach persönlicher Mitteilung von [Erich] *Ollenhauer* in Arbon eine Gründung bezw. eine Filiale von Prag ist.[19]

Irgendwelche Besorgnis, daß uns Komotau gefährlich werden könnte, hab ich nicht, weil sie sich mit Fatamorganen begnügen. Es tun mir nur unsere Kollegen leid, die sich einer solchen Führung anvertrauen. Du darfst versichert sein, ich habe dementsprechend nach drüben berichtet. So weit ich Einfluß habe, fällt niemand auf den Schwindel herein.

Und nun zu meiner Arbeit. Deinem Auftrag entsprechend habe ich die Beziehungen nach Baden u[nd] Bayern aufgenommen.[20] D.h. durch meine Verbindungen aufnehmen lassen. Vorausschicken möchte ich, daß es sehr schwierig ist, heute an unsere Genossen durch Dritte, die sie nicht kennen, bezw. von denen sie nur ein Stichwort hören, heran zu kommen. Auch muß ich den Beauftragten den geeigneten Zeitpunkt überlassen, denn eine Fahrt ins bayrische bezw. badische kostet Geld, u[nd] gerade das Letztere ist auch das Wenigste bei unseren Genossen. Ich habe den Vorteil, daß einige meiner Freunde es zu Autos unter *Hitlers* Aera gebracht haben, weil sie keine andere Beschäftigung als wie Reisetätigkeit haben. Mein Mann hat also in Karlsruhe vorgesprochen anläßlich einer Geschäftsreise. Von den zwei Adressen, die Du mir gegeben hast lehnte der eine ganz entschieden ab. Der andere war nicht auffindbar.[21] Er ist nicht mehr in der Fahrplanabteilung. Die Wohnung konnte weder im Adreßbuch noch nach anderer Erkundigung festgestellt werden. In Bayern habe ich bis jetzt nur nach Augsburg Verbindung herstellen können. Nach den übrigen Orten kam mein Mann noch nicht, weil es nicht zu seiner Tour gehört. Augsburg ist klargestellt. Nach dort haben wir von hier aus direkte Verbindung. Es war auch ein Genosse hier, der mit dem Augsburger verhandelt hat. Die Sache liegt so. Unser Freund schafft zur Zeit in

17 Ernst (oder: Alexander) Bärtschi war der Deckname von Anton Döring (18.11.1892–25.1.1960). Döring war SPD/USPD, 1919–1922 Geschäftsführer des Gärtnerverbandes in Frankfurt/Main, 1922–1928 Geschäftsführer des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes in Offenbach, 1928–1933 Sekretär des ADGB in Frankfurt/Main, ab 1930 Mitglied im Generalrat und Exekutivkomitee der ITF, März 1933 Vorbereitung für eine bewaffnete Aktion des Reichsbanner, Flucht nach Kreuzlingen/Schweiz, später St. Gallen, Arbeit als Versuchsleiter der Schweizerischen Studiengesellschaft, Aufbau einer illegalen Organisation in Südwestdeutschland mit Schwerpunkt in Frankfurt/Main, illegale Kontakte und Reisen nach Deutschland bis zur Zerschlagung der Organisation März/April 1938, Herausgeber der Zeitschrift »Der Funken«, enge Verbindungen zu Edo Fimmen und Hans Jahn, zu anderen Gewerkschaftsgruppen in Frankreich sowie zu Neu Beginnen, während des Krieges in der Schweiz, 1950 Rückkehr nach Deutschland, 1950–1952 Bezirkssekretär der Gewerkschaft ÖTV in Frankfurt/Main, 1952–1957 DGB-Kreisvorsitzender in Offenbach, 1952–1960 Stadtverordneter in Offenbach (SPD).
Allerdings schuf dieser Deckname einige Verwirrung, da der Schweizer Staatsbürger mit Namen Ernst Bärtschi (geb. 2.5.1903) und mit Wohnsitz in Kreuzlingen/Schweiz als Kurier zwischen den Frankfurter »Funken«-Mitgliedern und der Schweizer Zentrale tätig war. Der Gestapo war die Identität von Anton Döring bekannt. Vgl. hierzu den Bericht der Gestapo Frankfurt, an Gestapa Berlin, vom 12.5.1938 (Anm. 12). Zum Kurier Ernst Bärtschi vgl. auch Wichers, Deutsche Sozialisten, S. 241.

18 D. h. zur ADG in Komotau und zur Sopade in Prag.

19 Diese Mitteilung von Erich Ollenhauer ließ sich nicht verifizieren. Das Treffen von Fimmen, Döring und Molt in Basel fand am 11.6.1936 statt. Vgl. August Wernli [d. i. Karl Molt] an Lieber Freund [Edo Fimmen], vom 5.6.1936 (AdsD, ITF, Mappe 16). Letztere trafen sich auch am 27./28.11.1937 in Arbon (Dok. 80).

20 Vgl. auch bereits Molt an Jahn vom 21.4.1936 (AdsD, ITF, Mappe 16).

21 Diese Verbindungen ließen sich nicht konkretisieren.

einer kleinen Maschinenfabrik in Augsburg, steht aber so scharf unter Kontrolle, so daß er mit dem besten Willen vorerst nichts tun kann.[22] Er ist bereit, sobald er etwas Bewegungsfreiheit hat, auf die Sache zurückzukommen. Es bleibt somit nur noch, Nürnberg u[nd] München zu erledigen. Das wird so bald wie möglich geschehen. Wie gesagt, die Sache ist bei der Erledigung durch Dritte sehr schwierig. Man muß den Genossen auf die Zehen treten u[nd] sie an ihrer proletarischen Ehre anfassen, u[nd] dazu muß man persönlich kommen. Ich weiß, was für eine Würgerei es mit W[illy *Kraft*][23] ist. Ich garantiere, sobald ich drüben ihm gegenübertrete, schnappt er ein. So lange man ihnen nur schreibt u[nd] Dritte schickt, drücken sie sich. Deshalb gebe ich den Gedanken, rüber zu gehen [...][24] Ich werde ihn, sobald die notwendigen Voraussetzungen dazu geklärt sind zur Ausführung bringen. Von Edo [*Fimmen*] habe ich die entsprechenden Mittel dazu auf Abruf bestellt u[nd] auch Zusage erhalten.[25] Ich lasse in der Sache nicht locker, es muß auch über Württemberg hinaus gelingen, Fuß zu fassen.

Etwas günstiger liegt die Sache in Württemberg. Ich beschränke mich auf das neu Hinzugekommene. Da habe ich nun meine alte Garde eingespannt. Du weißt, daß ich aus einer Sparte hervorging, die ihre Tätigkeit über das ganze Land ausübte. Du wirst Dich auch noch entsinnen können, daß es mir, als ich noch im Betrieb stand, gelungen ist, diese Sparte fast 100% zu organisieren.[26] Obwohl sie in anderen Direktionsbezirken fast durchweg bei den Christen[27] waren, habe ich sie vom jüngsten Hilfsarbeiter bis zum Telegrafenoberwerkmeister organisiert. Nur der Chef u[nd] ein paar Bürobeamte waren nicht bei uns. Die Telegrafenwerkstätte sowie alle Telegrafen-Meistereien in Stuttgart, Cannstatt, Ulm, Heilbronn, Tübingen, Rottweil, Mühlacker, Crailsheim, Aulendorf, Gmünd waren fest in meiner Hand. Ein guter Stamm von Funktionären ist durch mich herangebildet worden, u[nd] was das Gute ist, sie konnten trotz ihrer früheren Tätigkeit für die Organisation nicht entlassen werden, weil man sie als Fachleute brauchte. Nur Versetzungen sind vorgenommen worden, aber die Familie blieb trotzdem beieinander. Als ich seinerzeit aus dem Betrieb ausschied, habe ich den besten Mann an meinen Platz gestellt.[28] Dieser hatte seither ziemlich Schwierigkeiten, aber jetzt ist auch das verflogen. Es ist mir nun gelungen, ihn nach hier zu bekommen. In 8-tägigem Ferienaufenthalt hier bei mir haben wir alles bis ins kleinste zusammen durchgesprochen u[nd] organisiert. An allen oben angegebenen Punkten sind nun Stützpunkte geschaffen. Ich sage ausdrücklich Stützpunkte u[nd] nicht nach *Schl[iestedt]*-Muster Massenorganisation. An allen diesen Orten sind, wie Du weißt, Werkstätten, B[ahnbetriebs-]W[erke], B[ahnbetriebs]w[agen]w[erke], Rangierbahnhöfe usw. Von diesen Stützpunkten aus sollen nun vorsichtig u[nd] mit den notwendigen Sicherungen Vorstöße nach den anderen Dienststellen gemacht werden. Alle Leute, die dazu in Frage kommen, sind gut ausgesucht. Ich gebe zu, daß da u[nd] dort sehr zögernd vorgestoßen wird. Es muß sich eben alles erst richtig einspielen. Ich berichte Dir deshalb auch noch nicht mehr, als was zunächst zu berichten ist. Alle diese Stützpunkte will ich persönlich aufsuchen. Ich verspreche mir

22 Vgl. die Angaben zu Franz Adlhoch in Anm. 3.

23 Molt traute sich einige Zeit wegen der strengen Grenzüberwachung nicht, nach Deutschland einzureisen. Vgl. auch Dok. 70.

24 An dieser Stelle der Vorlage fehlen Worte bzw. sind nicht lesbar. Sinngemäß ist zu ergänzen: »nicht auf«.

25 D. h. Informationsmaterial der ITF. Fimmen hatte Molt am 7.5.1936 die Zusendung von Material zugesagt (AdsD, ITF, Mappe 16). Zur folgenden Reise nach Deutschland vgl. den Bericht von Molt an Jahn vom 19.8.1937 (Dok. 77).

26 Vgl. zu diesen Schilderungen auch Esters/Pelger, S. 78f., die diese Passagen ausführlich referieren.

27 D. h. bei den christlichen Gewerkschaften.

28 Die Person ließ sich nicht eindeutig ermitteln.

davon eine starke Belebung, weil ich überall dann von den Werkstätten usw. Genossen mitheranziehen kann. Es soll mit dem Teufel zugehen, wenn es mir auf Grund meines früheren Vertrauens in diesen Kreisen nicht gelingen würde, in W[ürttemberg] eine Organisation hinzustellen, die sich sehen lassen kann. Mit W[illy *Kraft*] habe ich es jetzt soweit, daß er wenigstens reagiert.[29] Bei persönlichem Besuch bekomme ich ihn vollends, bestimmt. Wenn er wieder mitmacht, ist viel gewonnen.

Für heute mußt Du Dich mit dem begnügen. Ich werde Dich ständig auf dem Laufenden halten. Meinem Besuch drüben steht nur noch der Umstand im Wege, daß ich hier momentan nicht weg kann, weil ich stark beobachtet werde u[nd] mein Fehlen sofort auffallen würde.[30]

Mit den Ergebnissen meiner politischen Verbindungen, für die Du Dich weniger interessierst, bin ich besser zufrieden. Sie sind entschieden dankbarer, leider. Es wird Dir durch Edo [*Fimmen*] bekannt sein, daß ich jetzt d.h. seit einiger Zeit schon den »Funken« in photogr[afischer] Form auch an meine Genossen nach drüben dirigiere. Der »Funke« selbst ist Dir ja bekannt, ich werde Dir lediglich den Aufruf, den ich der ersten Nummer angefügt habe, gelegentlich übermitteln.[31] Jetzt habe ich ihn nicht gerade bei der Hand, weil ich ja nichts in meiner Wohnung aufbewahren kann.

Nun will ich aber abschließen, in der Hoffnung, Dich fürs erste befriedigt zu haben. Laß auch Du recht bald wieder von Dir hören. Grüße mir Edo [*Fimmen*] ganz besonders herzlich von mir.

Dein August Wernli[32]
[...][33]

DOKUMENT 74

November 1936: Richtlinien der Aktivgruppen (ITF)

Die Schiffahrt. Organ des Gesamtverbandes der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer Deutschlands. Angeschlossen der Internationalen Transportarbeiter Föderation, Nr. 10, November 1936, S. 11f. Hektographierte Maschinenschrift. Überschrift wie Titel.[1]

Im Interesse des einheitlichen Wiederaufbaus der freien Gewerkschaften der deutschen Seeleute, Eisenbahner und Transportarbeiter und der größtmöglichen Sicherung ihrer Arbeit gegen den Terror der Gestapo haben sich die freigewerkschaftlichen Aktivgruppen der deutschen Seeleute, Binnenschiffer und Hafenarbeiter sowie der Eisenbahner und Transportarbeiter vor geraumer Zeit u.a. auf folgende Richtlinien geeinigt:

29 Vgl. auch den Bericht von Molt an Jahn vom 19.8.1937 (Dok. 77).
30 Vgl. oben Anm. 23.
31 Der Aufruf war in den Unterlagen nicht zu ermitteln. Vgl. zum »Funken« und seinem Verbreitungsgrad auch die Bemerkungen Jahns bei seinem Treffen mit Molt, Fimmen und Döring in Arbon am 27./28.11.1937 (Dok. 79).
32 Deckname von Karl Molt.
33 In dem nachfolgenden handschriftlichen Zusatz informierte Molt Jahn, daß er seit einiger Zeit Zeitschriften-Zusendungen, u.a. von »Faschismus«, vermißte und bat Jahn, dies zu überprüfen und fehlende Zeitschriften nachzusenden.
1 Die Richtlinien sind in leicht abgewandelter Form – die Reihenfolge der Bezeichnungen »Seeleute, Binnenschiffer und Hafenarbeiter« und »Eisenbahner und Transportarbeiter« ist umgekehrt – ebenfalls abgedruckt in: Fahrt frei, Dezember 1936, S. 2. Die Formulierungen entsprechen inhaltlich den Bedingungen Fimmens für eine Zusammenarbeit mit KPD- und früheren ISH-Mitgliedern im Juli 1936. Vgl. Briefwechsel zwischen der Seeleutegruppe und Edo Fimmen, Juli/August 1936 (BA, SAPMO, ZPA, 2/708/139, Bl. 26–31).

Jeder Kollege, der sich am Wiederaufbau der freien Gewerkschaften der deutschen Seeleute, Binnenschiffer und Hafenarbeiter, sowie der Eisenbahner und Transportarbeiter beteiligt, verpflichtet sich – ganz gleich welcher Partei oder politischen Gruppierung er angehört – für die Dauer der Zugehörigkeit zu einer freigewerkschaftlichen Aktivgruppe, von jeder Arbeit für seine Partei oder Gruppierung Abstand zu nehmen.[2]

Er verpflichtet sich, sich jeder Fraktionsarbeit in den Aktivgruppen zu enthalten und keiner parteipolitischen Zelle, die Einfluß auf diese Gewerkschaftsarbeit nimmt oder nehmen will, anzugehören.[3]

Er verpflichtet sich, kein anderes Material unter den Kollegen des Organisationsbereiches zu vertreiben als Literatur, die von der freigewerkschaftlichen Leitung herausgegeben oder gutgeheißen wird.

Innerhalb der Aktivgruppen besteht im Rahmen der durch die konspirative Sicherung gezogenen Grenzen proletarische Demokratie.[4]

Beschlüsse der Mehrheit gelten auch für die Minderheit.

DOKUMENT 75

15. 12. 1936: Hans Jahn berichtet der ITF über seine Tätigkeit in der Illegalität und in der Emigration 1933–1936

BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 392, Bl. 178–210. Maschinenschrift. Für den Abdruck gekürzt. Ohne Überschrift. Maschinenschriftliche Unterschrift »Kramer« am Ende des Vorwortes auf Bl. 178.[1]

Vorwort

Der Bericht kann nur ein Ausschnitt aus der großen Tragödie der deutschen Arbeiterbewegung und den Kämpfen aufbauwilliger Kräfte zu neuer sozialer und staatlicher

2 Zur Verpflichtung der illegalen Mitglieder ausschließlich auf die ITF und ihre Methoden vgl. Edo Fimmen an Döring, vom 17.11.1937: »Die ITF macht ihre Arbeit alleine und selbständig; wer sich der ITF und ihren Auffassungen anpassen will, mit dem läßt sich reden, jede Diskussion über eine andere Methode lehne ich ab; ich habe weder Zeit, noch Lust, noch Energie, noch Geld dazu«, zitiert nach Esters/Pelger, S. 85.
3 Dies diente als Abgrenzung und Schutz gegenüber der Fraktionsarbeit der KPD.
4 Vgl. das Flugblatt »Willst du gesund bleiben?« (Dok. 59).
1 [Fritz] Kramer war der Deckname von Hans Jahn. Hans Jahn (29.8.1885–10.7.1960) war ab Dezember 1920 Sekretär der Betriebsräteabteilung des Deutschen Eisenbahnerverbandes, 1927–1933 Sekretär der Organisationsabteilung im Vorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands und im ADB, Mitglied im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, 1933 entlassen, Versicherungsvertreter, illegale Arbeit und Aufbau illegaler Verbindungen, Zugehörigkeit zum engen Kreis der Illegalen Reichsleitung der deutschen Gewerkschaften, 18./19.6.1935 nach Festnahme und vorübergehender Freilassung Flucht über die CSR nach Amsterdam, als »Reichsleiter« in Zusammenarbeit mit der ITF und besonders mit Edo Fimmen Aufbau einer illegalen Kaderorganisation der Eisenbahner, enge Verbindungen zu den illegalen Seeleute-Gruppen der ITF um Hermann Knüfken, 1938 Fortsetzung der illegalen Arbeit aus Luxemburg, 1940 nach der Besetzung Luxemburgs Flucht nach London, dort versuchter Aufbau eines Gewerkschaftlichen Freiheitsbundes mit Unterstützung der ITF, ab 1943 Mitglied der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien und Mitverfasser des Nachkriegsprogramms »Die neue deutsche Gewerkschaftsbewegung« vom Frühjahr 1945, kurz nach Kriegsende Rückkehr nach Deutschland, zunächst in Leipzig und dann in der Britischen Besatzungs-Zone am Wiederaufbau der Gewerkschaften beteiligt, gegen die Beteiligung ehemaliger RGO-Funktionäre, 1947 Mitgründer und 1949–1959 Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, 1949–1960 MdB (SPD), Vorstandsmitglied des DGB und des Verwalt-

Ordnung in Deutschland sein. Er schildert, neben anderen, selbsterlebte Tatsachen und wird vor den Augen des unparteiischen Forschers bestehen. Lediglich bei der Zeitangabe einiger Ereignisse kann es sich um Unterschiede von Tagen, manchmal vielleicht von Wochen handeln. Man möge berücksichtigen, daß präzise Aufzeichnungen während der Illegalität nicht möglich, ja frevelhaft sind und daher alles aus dem Gedächtnis rekonstruiert werden mußte.[2] Bei eventueller Veröffentlichung einiger Teile des Berichtes müßte auf gewissenhafte Ausmerzung von Namen, Orten usw. Bedacht genommen werden.

Über vier große Ereignisse konnte nicht berichtet werden, obwohl sie wie tiefe Einschnitte im Bewußtsein der Illegalen wirkten.

Es waren 1. die Februarereignisse 1934 in Wien.[3] Nur wer selbst im illegalen Zirkel den Kampf der österreichischen Kameraden mit durcherlebte, kann deren Empfindungen beurteilen. Leider konnten wir nicht helfen.

2. die Saarabstimmung.[4] Sie war ein schwerer Schlag für alle, die hofften, es werde eine ansehnliche Minderheit für den Status quo stimmen und damit *Hitler* seine erste Schlappe erleiden.

3. die Bildung der Volksfront in Frankreich und die erhöhte gewerkschaftliche Aktionsfähigkeit, verbunden mit der neuen Taktik der Fabrikbesetzung.[5] Der gewerkschaftliche Gedanke hat durch die französischen Ereignisse in Deutschland starken Auftrieb erhalten.

4. der heldenhafte Kampf des spanischen Proletariats gegen den Franco-Faschismus.[6] Der hervorstehendste Eindruck dieses mit leidenschaftlicher Anteilnahme verfolgten Kampfes, ist die Scham vor der eigenen kampflosen Kapitulation.

Zum Schluß habe ich noch einer Pflicht zu genügen. Ohne die tatkräftige Unterstützung der ITF wäre die im Bericht geschilderte Arbeit nicht möglich gewesen. Ihr dafür im Namen aller Mitkämpfer zu danken, ist mir gleichzeitig persönliches Bedürfnis.

Am 15. Dezember 1936. **Kramer.**

ungsrats der Deutschen Bundesbahn, dort ab 1952 1. Vizepräsident, Mitglied im Generalrat und der Exekutive der ITF, ab 1956 Präsident der ITF. Vgl. für die folgenden Jahre 1936–1941 die Berichte von Jahn in Dok. 86, 90.
Die Zwischenüberschriften des Berichts sind in der Vorlage unterstrichen.

2 Hans Jahn mußte am 20.6.1935 aus Berlin fliehen. Vgl. hierzu den Bericht Jahns an Richard Crossman, vom 9.12.1940 (AdsD, ITF, Mappe 38).

3 Das austrofaschistische Regime unter Dollfuß verbot nach Straßenkämpfen in Wien und anderen österreichischen Städten 1934 die Sozialdemokratische Partei Österreichs.

4 Das Saargebiet stand seit dem Ersten Weltkrieg unter Aufsicht des Völkerbundes. 1935 stimmte die Bevölkerung des Saargebietes über den weiteren Status ab. Zur Auswahl standen die Fortdauer des bisherigen Status, der Anschluß an Frankreich und der Anschluß an das Deutsche Reich. Trotz intensiver Bemühungen der im Saargebiet noch nicht verbotenen deutschen Parteien und Gewerkschaften bei gleichzeitiger massiver Propaganda des NS-Regimes entschied sich die Bevölkerung mit großer Mehrheit für den Anschluß an Deutschland. Vgl. aus der Fülle der Literatur: Patrik von zur Mühlen, »Schlagt Hitler an der Saar!« Abstimmungskampf, Emigration und Widerstand im Saargebiet 1933–1935, Bonn 1979; Gerhard Paul, »Deutsche Mutter, heim zu Dir!« Warum es mißlang, Hitler an der Saar zu schlagen. Der Saarkampf 1933–1935, Köln 1984.

5 Im Juli 1937 bildete sich in Paris die Volksfrontregierung unter Leon Blum. Die Taktik der Fabrikbesetzungen war im Kern eine Taktik der französischen KP zur Durchsetzung ihrer Forderungen.

6 Im Juli 1936 hatte das spanische Militär unter General Francisco Franco den Aufstand gegen die republikanische spanische Regierung begonnen.

Letzte Anstrengungen

Der kampflose Zusammenbruch der deutschen Arbeiterbewegung war für die internationale Bewegung eine Katastrophe und ein unverständliches Phänomen. Dieser Bericht über [die] fast 4-jährige illegale Aufbauarbeit unternimmt den Versuch, zu seinem Teil die Vorgeschichte der Katastrophe von 1933 zu klären, die geleistete Arbeit zu schildern und die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen.

[...][7]

Bereits im Januar 1932 organisierte Jahn vom Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands eine Aufrüttelungsaktion in Form von 1.000 Versammlungen im Reich. Diese Versammlungen fanden statt unter dem Motto: »Heute rufen wir – morgen schlagen wir!« Sie waren eindeutig gegen die wachsende Nazigefahr gerichtet. Der Bundesvorstand des ADGB mißbilligte diese Aktion. Trotzdem richteten sich die freigewerkschaftlichen Eisenbahner auf Kampf ein. Das Reich wurde in 5 Kampfgebiete eingeteilt:[8]

1. Kampfgebiet Berlin u. Umgebung – Kampfleiter *B.*
2. Kampfgebiet Mitte (Sachsen, Thüringen, Schlesien) Kampfl[eiter] [Hans] *Jahn.*
3. Kampfgebiet Süd (Bayern, Baden, Württemberg) Kampfl[eiter] *H.*
4. Kampfgebiet Nord (Wasserkante, Hannover) Kampfl[eiter] *A.*
5. Kampfgebiet West (Rhein-Ruhr) Kampfleiter *B.*

Sinn dieser Kampfvorbereitungen war die Durchführung des Generalstreiks und Stillegung des Betriebes mit allen Mitteln bei [einem] Putsch der Nazis. Am 20. Juli 1932 wurden sämtliche in Urlaub befindlichen Funktionäre des Verbandes zurückgerufen und Urlaubssperre angeordnet.

[...][9]

Da die Anordnung aktiver Kampfmaßnahmen durch den ADGB nicht gegeben wurde, mußte der Versuch unternommen werden, zu retten was zu retten war. Allerdings, bereits in Sicherheit gebrachte Vermögensteile des Einheitsverbandes wurden ohne Wissen eines Teiles der Vorstandsmitglieder wieder in den Kassenschrank der Organisation zurückgeholt. Es sollte »alles auf Heller und Pfennig stimmen«[10]. Daraufhin holte *Jahn* am 9. April 1933 die entscheidenden Funktionäre vom Ruhrgebiet, Wasserkante, Sachsen und Mitteldeutschland illegal nach Leipzig, um sie für die sofortige Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages mit dem einzigen Tagesordnungspunkt »Auflösung des Verbandes« zu gewinnen. Auch dieser Versuch, das Vermögen zu retten, scheiterte.

[...][11]

Vor dem 2. Mai 1933

Nachdem [Paul von] *Hindenburg* am 30. Januar 1933 *Hitler* zum Reichskanzler ernannt hatte, wurden die Bestrebungen der NSBO in den Betrieben stärker bemerk-

7 Die ausgelassenen Ausführungen beschäftigen sich mit der Organisation der Eisenbahner in Deutschland vom 1916 bis 1933 sowie mit der Lohnentwicklung in der Weimarer Republik. Vgl. hierzu Esters/Pelger, S. 13ff.

8 Die Namen der vorgesehenen »Kampfleiter« wurden nicht ermittelt. Die Einteilung der »Kampfgebiete« erinnert an den frühen Aufbau des illegalen Apparates. Vgl. Position of the underground movement in Germany, 1.10.1935 (AdsD, ITF Mappe 46). Einzelne Hinweise auf diese Planungen Jahns im Jahr 1932 auch bei Esters/Pelger, S. 38f.

9 Die ausgelassenen Ausführungen beschäftigen sich mit der Entwicklung im Einheitsverband und im ADGB Ende 1932/Frühjahr 1933. Hierzu vgl. Kap. I der Dokumente und Jahn, Quellen IV.

10 Dieses legalistische Verhalten war nicht ungewöhnlich. Vgl. Kap. I der Dokumente.

11 Die ausgelassenen Ausführungen ordnen die Vorgänge 1933 in den Kontext der Gewerkschaftsbewegung ein und beschäftigen sich mit dem Verhalten der Gewerkschaftsführungen.

bar. Die NSDAP versuchte, sich in der Arbeiterschaft die fehlende Massenbasis zu schaffen. Die Gewerkschaften waren trotz Mitgliederverlust noch teilweise widerstandsfähig. Die Betriebsräte walteten noch ihres Amtes. Sie waren so leicht nicht einzuschüchtern. Nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933 versuchte die NSBO unter Anwendung von Gewalt in die Rätekörperschaften einzudringen. Diese leisteten jedoch energischen Widerstand. Es mußte deshalb der Versuch unternommen werden, die Gewerkschaften als Träger der Rätekörperschaften zu übernehmen. So kam es in Sachsen (Leipzig und Dresden), in Bayern (München, Nürnberg und Hammersbach) und in Frankfurt/Main zur Besetzung der Gewerkschafts- und Volkshäuser durch die SA. Auch die Bundesschule des ADGB in Bernau wurde frühzeitig durch SA besetzt. Verhandlungen des Bundesvorstandes des ADGB mit Göring über die Räumung der besetzten Häuser führten zu keinem Ergebnis. Trotz dieser gespannten Situation versuchten sowohl der Bundesvorstand als auch einige Gewerkschaftsvorstände, mit der NSBO über eine Abgrenzung der Zuständigkeiten auf gewerkschaftlichem Gebiete zu verhandeln.[12] Eine starke Tendenz zur »Einschaltung« in das als unvermeidbar angesehene Verwalten der Gewerkschaften durch eingesetzte Staatskommissare setzte sich in führenden Gewerkschaftskreisen durch. Diese Tendenz führte beim Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands in der am 17.4. 1933 stattgefundenen letzten Beitratssitzung der Organisation zur Annahme der bekannten Richtlinien.[13] Man hoffte dadurch, auch weiterhin die gewerkschaftliche Apparatur in den Händen zu behalten. Das Totalitätsbestreben der Nazis war nicht zur Genüge be- und erkannt. An eine Übernahme der Gewerkschaften glaubte niemand. Man wiegte sich in der Hoffnung, die Kommissare schon »einwickeln« zu können. Es war daher nicht verwunderlich, daß, als am 28.4. 1933 der Gauleiter des Bezirks Mainz des Einheitsverbandes mit der Mitteilung nach Berlin kam, am 2. Mai würden die Gewerkschaftshäuser im ganzen Lande besetzt, dieser mit den Worten: »er träume wohl« nach Hause geschickt wurde. Ein trotzdem beim ADGB erfolgter Anruf wurde vom Bundesvorsitzenden mit den Worten: »man befinde sich in aussichtsreichen Verhandlungen mit der NSBO« beantwortet.

Der 2. Mai 1933 und die ersten Anfänge der neuen Bewegung

Am 2. Mai 1933, pünktlich 10 Uhr vormittags fuhren vor dem Verbandshaus des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, Berlin W. 50, Rankestr. 4 zwei Lastautos mit schwerbewaffneter SA vor. Sie besetzten sämtliche Eingänge des Hauses und erzwangen sich unter Führung des ehemaligen Kommunisten Fritz *Triebel* den Eingang in die Büroräume. Der anwesende 2. Vorsitzende Matthäus *Herrmann* und der ehemalige Bezirksleiter von Erfurt Max *Hanf* wurden sofort verhaftet und abgeführt.[14] Die leitenden Funktionäre wurden ihrer Ämter enthoben. Dem Personal wurde die Weiterarbeit angeraten. Im Weigerungsfalle wurde gleichfalls Verhaftung angedroht. Das Vermögen des Verbandes – 5 Millionen Reichsmark in bar und Wertpapieren, 7 Bürohäuser mit Inventar, 1 modernes Erholungsheim und eine Wohnsiedlung im Gesamtwert von 3 Millionen Reichsmark – insgesamt 8 Millionen Reichsmark wurden beschlagnahmt. In den Bezirken und Ortsgruppen der Organisation wurden gleichfalls die führenden Funktionäre ihrer Ämter enthoben und durch Nazis ersetzt. Das hinderte nicht, daß eine ganze Anzahl von Ortsgruppenvorständen das vorhandene Ortsgruppenvermögen unter sich verteilten bezw. in Essen und Trinken umsetzten. Ein ungeahnter Auflösungsprozeß der Organisation begann. Fast 1/3 aller Ortsgruppen lösten sich auf und verschwanden von der Bildfläche. Diese Tendenz hielt bis August 1933 an.

Die Ortsgruppe Danzig entsandte ihre beiden führenden Funktionäre [Gustav] *K[aiser]* und [Hans] *W[iechmann]* nach Berlin, um mit dem Vorstand über die Situation zu beraten.[15] Außer *Jahn* lehnten alle ab, mit den beiden Danziger Kollegen zu sprechen. *Jahn* traf sich mit *K[aiser]* und *W[iechmann]* im Restaurant Patzenhofer am Wilhelmplatz und sorgte nach getroffener Verabredung für die »Aufbewahrung« der noch im Verbandshaus befindlichen Danziger Akten.

Soweit noch organisatorische Verbindungen mit Funktionären im Reiche bestanden, wurden diese ausgenutzt, um den besten Leuten Notfallunterstützungen in Höhe von 30 bis 50 M[ar]k zukommen zu lassen. Dies ist in ziemlich befriedigendem Maße geglückt und hat zur Linderung mancher Not der ca. 17.000 aus dem Eisenbahndienst entlassenen Funktionäre beigetragen. Diese letzte mögliche Aktion im Rahmen der Organisation war gleichzeitig der erste Anknüpfungspunkt für die illegale Weiterarbeit außerhalb der Organisation. Die Folge war eine Reihe von Besuchen bester Funktionäre aus dem Lande in der Wohnung von *Jahn*.[16] Der Wille, Verbindung aufrecht zu erhalten, war vorhanden. Das »Wie« aber noch unklar. Ohne Gehalt auf die Straße gesetzt, fehlten auch die Mittel, um durch weitere persönliche Fühlungnahme den ersten Schock der katastrophalen Niederlage überwinden zu helfen und den Willen zur Aufrechterhaltung der Verbindung nicht einschlafen zu lassen. Die einsetzenden Terrormaßnahmen zwangen dabei zu außerordentlicher Vorsicht. Die Frage der Tarnung wurde akut. Es wurde versucht, durch Einbau in eine Versicherungsgesellschaft das Aufsuchen von Funktionären zu ermöglichen.[17] Das gelang. Daneben wurde die Verbindung mit der ITF angestrebt. Auch seitens der ITF wurde nichts unterlassen, alte Verbindungen aufzufrischen bezw. neue Verbindungen herzustellen. Die beiderseitigen Bestrebungen führten zu einer grundsätzlichen Aussprache in Amsterdam, im Verfolg derer Jahn beauftragt wurde, die bereits vorhandenen Verbindungen systematisch auszubauen und den Versuch für den Neuaufbau einer Organisation zu unternehmen.[18] Die materielle und moralische Unterstützung der ITF wurde in ausreichendem Maße zugesagt und in Zukunft auch voll und ganz eingehalten.[19]

12 Vgl. zu diesen Vorgängen Kap. I der Dokumente.

13 Die letzte Vorstandssitzung und die Sitzung von Vorstand und Bezirksleitern fanden am 25./26.4.1933 statt. Vgl. Dok. 54. Vgl. dort auch zu den hier angesprochenen Richtlinien für die – noch als legal angenommene – Gewerkschaftsarbeit.

14 Friedrich Triebel (28.7.1888–22.9.1960) war bis 1929 KPD, Betriebsrat im Reichsbahnausbesserungswerk in Gotha, 1929 NSDAP, ab Januar 1930 Stadtverordneter (NSDAP) in Gotha, 1930–1945 MdR (NSDAP), ab 1931 Aufbau der NSBO in Thüringen, 1934 Thüringischer Staatsrat, 1935 Landesobmann der NSBO für Mitteldeutschland und Bezirksleiter bzw. Gauobmann der DAF. Hans Jahn wurde von Triebel von seinem Vorstandsposten entlassen. Esters/Pelger, S. 39.
Matthäus Herrmann war nach dem Rücktritt von Franz Scheffel seit dem 29.3.1933 1. Vorsitzender des Einheitsverbandes gewesen. Vgl. Dok. 54.
Max Hanf (geb. 15.2.1886) war 1919–1933 Bezirksleiter des Eisenbahnerverbandes in Thüringen.

15 Gustav Kaiser (geb. 30.5.1896) war seit 1922 Angestellter im Verkehrsbund in Danzig und 1933 Sekretär der Danziger Eisenbahner, der nach der Verselbständigung bis zur Auflösung am 14.10. 1936 als 1. Vorsitzender des Verbandes der Danziger Eisenbahn- und Hafenbediensteter fungierte. Zu Hans Wiechmann vgl. Dok. 64 Anm. 2 sowie Dok. 69. Vgl. zur Stellung der Gewerkschaften in Danzig, die denen im Saargebiet ähnlich war, Esters/Pelger, S. 30f.; sowie zu Kaiser: Gestapo/II A.2, vom 8.2.1937, betr. Bericht der Stapo Stettin vom 25.1.1937 (BA, RSHA IV, St.3, Nr. 297, Bl. 185).

16 Z. B. Franz Poralla aus Leipzig, den Max Kellner in seinem Erinnerungsbericht erwähnt. Abgedr. in: Esters/Pelger, S. 140–150, S. 140f.

17 Vgl. hierzu Dok. 58.

18 Jahn traf am 7.9.1933 in Berlin mit Oldenbroek zusammen. Jahn drängte auf eine Zusammenarbeit und äußerte den Wunsch nach Amsterdam zu kommen. Dies war im Herbst 1933 erstmals der Fall. Vgl. Dok. 58. In der Folge reiste Jahn viel und besuchte die von ihm als Kontaktpersonen ins Auge gefaßten Gewerkschafter. Vgl. den Erinnerungsbericht von Kellner (Anm. 16) sowie die verschiedenen Anklageschriften u.a. gegen Molitor, Furger, Bode. Vgl. Dok. 89 sowie die – mitunter wörtlich den Vernehmungsakten der Gestapo folgende – Darstellung bei Esters/Pelger, S. 47ff.

19 Vgl. z.B. die Aufstellung über Ausgaben der ITF 1933/34 für Saargebiet, Danzig, Flüchtlinge, Deutschland, Lektüre, Arbeit in Deutschland, Boykottkomitee. Danach gab die ITF für die Arbeit in

Der illegale Neuaufbau

Jede illegale Arbeit muß von der peinlichsten Auslese der in Ausicht genommenen Personen ausgehen.

Unter anderen wichtigen Dokumenten wurde auch die Kartothek der Funktionäre aus dem Verbandshaus gerettet. An Hand derselben wurde die Auslese aus dem vorhandenen Menschenmaterial vorgenommen.[20] Neben der Personenauswahl mußte eine vollständige Umorganisierung der ehemaligen Organisationsbezirke vorgenommen werden. Jede schematische Übernahme ehem[aliger] führender Funktionäre und Bezirks- sowie Ortsgruppenbereiche hätte in allerkürzester Zeit zur Vernichtung der Ansätze durch die Gestapo geführt. Es mußte deshalb überwiegend auf noch im Betrieb befindliche Funktionäre zurückgegriffen werden. Gleichzeitig mußten die Bezirke neu abgegrenzt und die Vororte der Bezirke ausgewechselt werden. Mit anderen Worten: Die illegale Organisation und ihre Träger mußten aus dem der Gestapo bekannten Schema der alten Organisation verschwinden. Diese Grundsätze: »Peinlichste Personenauswahl und Reorganisation des Organisationsgebietes im Reich« haben sich bewährt. Die ehemals 24 Organisationsbezirke wurden unter Überschneidung der Bezirksgrenzen zu 19 Gauen zusammengelegt. Jeder Gau erhielt seinen Gauvorort und seinen Gaugrafen.[21] Diese erste organisatorische Aufgabe wurde durch persönliches Aufsuchen der hierfür in Aussicht genommenen Funktionäre gelöst. Die Besprechungen mit den nachmaligen Gaugrafen wurden unter Anwendung aller Vorsichtsmaßnahmen geführt und endigten in jedem Falle positiv. Die Kollegen erklärten sich ausnahmslos bereit, am Wiederaufbau einer neuen Organisation mitzuwirken. Sie wurden über die Gefahren, die ihnen dabei persönlich drohten in keinem Falle im Unklaren gelassen. Sie haben trotzdem nach besten Kräften und unter äußerst schweren Bedingungen die ihnen gestellte Aufgabe zu lösen versucht.[22]

Die Organisation

Von einer Organisation im alten Sinne kann nicht gesprochen werden. Was nach mühevoller Arbeit möglich war, war die Herstellung mehr oder minder enger Verbindungen und Beziehungen und war im Laufe der Zeit die Schaffung von Kadern. Wichtig war, daß das Bewußtsein, »es existiert trotz totaler Naziorganisation noch eine selbstgewollte Organisation«, bei den Funktionären nicht verloren ging.

An der Größe Deutschlands und des rund 54.000 Betriebskilometer umfassenden Eisenbahnnetzes mit etwa 13.000 Dienststellen kann die Arbeitsleistung der Funktionäre gemessen werden. Setzt man die Illegalität im totalitären Deutschland noch in Rechnung, wird die Schwere der Aufgabe sichtbar.

Beim Fehlen jeder demokratischen Möglichkeit mußte der Aufbau einer neuen Kaderorganisation von oben ausgehen. Der im Einvernehmen mit der ITF tätige Reichsleiter[23] bestimmte nach gewissenhafter Prüfung die Gaugrafen, diese wiederum stellten im Einvernehmen mit dem Reichsleiter durch Namhaftmachung von Stützpunktführern die Verbindung zu den Betrieben her. Die Gaugrafen stehen bis auf einige Ausnahmen als Arbeiter oder Beamte im Betrieb. Nach Berufen geordnet sind es 2 Lokführer, 3 Sekretäre, 9 Schlosser, 1 Schmied, 1 Transportarbeiter, 1 Maler und 2 Dreher. 7 davon besuchten die Akademie der Arbeit in Frankfurt/Main.

Die Stützpunktführer sind sämtlich im Betrieb. Über die Gaue, Stützpunkte und führenden Funktionäre gibt die Organisationsanlage Auskunft. Diese entspricht dem Stand vom 1.12. 1936.[24]

Unsere Aufgabe

Am 1. Februar 1934 waren alle Gaugrafen eingesetzt. Bereits Mitte Februar fand in Leipzig eine Konferenz mit 41 Kollegen statt.[25] Vorerst hatte jeder Gaugraf die Aufgabe, in den wichtigsten Orten und Dienststellen seines Gaues mindestens je einen absolut zuverlässigen Mann aufzusuchen und in ständiger Fühlung mit ihm zu bleiben. Das Gelände wurde gewissermaßen sondiert. Dabei wurde auf manchen ehemaligen Funktionär gestoßen, der in bittere Not geraten war. Hier griff die ITF helfend ein. Bald zeigte sich, daß die bloße Fühlungnahme, auch wenn sie mit der Zeit enger geworden war, nicht ausreichte, um den immer stärker werdenden Druck der Totalitätswalze des Systems auf den doch mehr oder minder isolierten Funktionär abzuschwächen bezw. aufzuheben. Die rein bewußtseinsmäßige Verbindung mußte Ergänzung finden durch eine positive Aufgabenstellung im Betriebe. Jeder persönliche Besuch des Reichsleiters bei den Mitkämpfern im Reich ließ dieses Problem immer dringender erscheinen. Die Situation zwang zur Überprüfung der Vorstellungen über die Kampfmöglichkeiten und -notwendigkeiten dem Faschismus gegenüber. Sie führte zu neuer Erkenntnis.

[...][26]

Über die Methoden der illegalen Arbeit[27] kann hier nichts gesagt werden. Für die durchgehende illegale Arbeit ist ein starres System nicht möglich. Je nach den Verhältnissen ist die Arbeit Wandlungen unterworfen.

Über das Aufgabengebiet sollen einige Stichworte informieren. Dieses ist dreifacher Art. Der Betriebsfunktionär muß a) die wirtschaftliche, b) die sozialpolitische, c) die gesellschaftliche Situation des Betriebes nach genauer Anleitung beobachten und in regelmäßiger Berichterstattung über den Gaugraf an die Reichsleitung und ITF die engste Verbindung aufrecht erhalten. Zu dieser Berichterstattung gehören Informationen über Produktion, Rohstoffe, Export, Binnenmarkt, Verkehrswesen usw., über Lohn - Gedinge - Arbeitszeit - Arbeitsrhythmus, soziale Einrichtungen - Betriebsführer - Vertrauensräte - Arbeitsfront - Versammlungen - Diskussionen - Stimmungen usw.[28]

Deutschland 1933 1802,55 und 1934 6838,02 Holländische Gulden aus. Für Deutschland wurden nochmals 1933 368,76 und 1934 1752,01 Holländische Gulden ausgewiesen. Protokoll der Sitzung des Exekutivkomitees der ITF vom 20./21.11.1934 (AdsD, ITF, Mappe 23).

20 Jahn hatte Ende Mai 1933 die Mitgliederkartei mit 17.000 Anschriften an sich nehmen können und hieraus 107 Namen ausgewählt. Vgl. Dok. 69 sowie zur Kartei Esters/Pelger, S. 39.

21 Vgl. den Plan »Position of the underground movement in Germany, 1.10.1935 (Anm. 8), der noch 19 Gaue auswies. Ein überarbeiteter Plan mit Stand vom 1.3.1936, der diesem Bericht beigefügt war, wies nur noch 17 Gaue aus. Vgl. diesen Plan in Dok. 69; dort auch die weiteren Angaben zu Aufbau und Realisierung der Organisationspläne.

22 Vgl. z.B. den Erinnerungsbericht von Max Kellner, S. 141f. (Anm. 16).

23 Das war Hans Jahn selbst.

24 Vgl. die Angaben in Dok. 69 Anm. 1. Dort ist als Stand der 1.3.1936 erwähnt.

25 Max Kellner berichtete in seinen Erinnerungen (Anm. 16, S. 141) von zwei Treffen mit Jahn in Leipzig Anfang 1934, nannte aber keine Teilnehmerzahl. Auch in den übrigen Unterlagen ist eine derartig große Konferenz nicht erwähnt.

26 Die ausgelassenen Ausführungen überschneiden sich mit Teil III des von Jahn Anfang 1935 verfaßten und im Zusammenhang mit der 1937 vor allem in der Zeitschrift Sozialistische Warte geführten Debatte um die Gewerkschaftsarbeit und die Rolle der ADG leicht gekürzt veröffentlichten Aufsatzes: Fritz Kramer [d.i. Hans Jahn], Gedanken eines Illegalen, Berlin vom 1.3.1935 (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 392, Bl. 222–227); gekürzt abgedr. in: Sozialistische Warte, Nr. 18, vom 15.9.1937, S. 418–422.

27 Vgl. ebd.

28 Vgl. in der Anlage der Organisationsanlage (Dok. 69) den Fragebogen und den Arbeitsplan der illegalen Vertrauensleute der ITF von Anfang 1936 für die Berichterstattung aus Deutschland (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 392, Bl. 228, 230).

Die Lösung der Aufgaben erfordert den ganzen Menschen. Sie verlangt restlose Hingabe und eisernen Fleiß. Trotzdem wird die Lösung kaum jemals voll erreicht werden. Wir sind uns der persönlichen und sachlichen Grenzen wohl bewußt. Wer sich aber in unseren Kadern dieser Arbeit widmet, wird gegen den Nazibazillus immun. Der Kreis der Mitarbeiter ist auf Grund der notwendigen Qualitätsauslese im Verhältnis zur Klasse beschränkt. Jeder Verlust ist schwer ersetzbar. Die Erhaltung im Betrieb ist daher das oberste Gesetz. Sie bedeutet keine Anbiederung an das System, keine Feigheit und keine passive Resistenz. Noch gibt es kein aktives Eingreifen in die Auseinandersetzungen innerhalb des Betriebes. Wer sein revolutionäres Wollen statt seiner klaren Einsicht walten läßt, kann nicht unser Mann sein, weil diese Art Spontanität unsere Organisation sprengen würde.

Unser Funktionär muß sich im Betriebe auf Grund seiner beruflichen Qualitäten, seiner persönlichen und fachlichen Überlegenheit und seines Charakters eine neue Vertrauensgrundlage schaffen[29]. Die Aufgaben, die den Funktionär oft genug zwingen werden, die Zähne zusammenzubeißen, stählen seinen Willen, schulen den Revolutionär und finden in einer Krise, die Eingriffsmöglichkeiten bietet, einen Menschen vor, der, wenn er eingreift, Aussicht auf Erfolg und Verwirklichung seiner Ziele hat. Erfüllt er diese Aufgaben, so wächst er zum Führer der Belegschaft heran. Die deutschen Produktionsstätten müssen mit einem Netz solcher Betriebsfunktionäre überzogen werden. Gelingt dies, so haben wir durch deren objektive Berichterstattung das Ohr am Pulsschlag der deutschen Arbeiterklasse. Wir erfahren ihre wahre Stimmung und haben dann die Möglichkeit, durch Wort und Schrift, durch Rat und Tat Einfluß auf ihre Gestaltung zu gewinnen. Eine ganze Anzahl hochqualifizierter Kämpfer stehen uns zur Verfügung. Daß trotzdem auf diesem Gebiet noch Ungeheures zu leisten ist, weiß niemand besser als wir selbst.

Die konspirative Tätigkeit

Der Faschismus wird jede, wenn auch noch so kleine Regung für die Wiederherstellung der Freiheit mit allen Mitteln des Terrors unterdrücken. Da jeder dem Faschismus zum Opfer fallende Kämpfer eine Schwächung unserer Kraft und eine Stärkung des Faschismus bedeutet, so ist das erste Gebot unserer Arbeit die Sicherung der Person. Jeder Schritt der getan werden soll, muß vorher genau durchdacht und berechnet werden. Besteht die Gefahr, daß der geplante Schritt zu einer Gefährdung des Betreffenden führen kann, so ist er zu unterlassen. Da unsere Arbeit auf lange Sicht eingestellt ist, ist es besser, einmal Zeit zu verlieren, als einen Mann zu verlieren.

Vor allem muß jeder Kämpfer lernen zu schweigen. Augen und Ohren auf und Mund zu. Das ist unsere Parole.

Sind Besprechungen notwendig und vereinbart, ist sekundenhafte Pünktlichkeit notwendig. Vor jeder Besprechung ist festzulegen, warum man angeblich zusammengekommen ist, damit bei ev[en]t[uel]l[en] Vernehmungen von allen Teilnehmern die gleiche Aussage gemacht wird. Notwendige Besprechungen sind nie in Gasthäusern oder anderen öffentlichen Lokalen abzuhalten. Wenn irgend möglich in unverdächtigen Wohnungen. In der eigenen Wohnung darf keinerlei Material aufbewahrt werden. Adressen dürfen nie schriftlich festgelegt werden. Nachts darf nicht mit Schreibmaschine geschrieben werden. Vorsicht bei Unterhaltungen auf Treppen und in Gebäuden. Die Wände haben Ohren. Schriftliche Berichte dürfen nur an Deckadressen gesandt werden. Bei der Benutzung von Verkehrsmitteln (Eisenbahn, Straßenbahn) immer als Letzter einsteigen. Bei Besprechungen nie mit richtigem Namen operieren. Jeder muß einen Decknamen erhalten.

Diese Anordnungen innerhalb unserer Kader haben sich bewährt. Die Möglichkeit des Hochgehens wurde deshalb auf das denkbar niedrigste Maß herabgeschraubt. Leider sind Opfer im illegalen Kampf nicht ganz zu vermeiden. Sie möglichst zu verhindern, erfordert höchstes Verantwortungsbewußtsein. Dieses ist außerhalb unserer Reihen leider nicht überall anzutreffen.

Aktionen

Es ist nach Lage der Dinge verständlich, daß im Eisenbahnpersonal die Stimmung für *Hitler* nicht gerade rosig ist. Einzelaktionen wie Verprügeln von Vertrauensräten, ostentatives Verlassen von Versammlungen usw. sind schon öfters vorgekommen. Doch das sind örtliche Spontanitätsregungen, keine organisierten Aktionen. Solche sind auf dem Gebiete der direkten Interessenvertretung heute im 3. Reich noch unmöglich. Wohl sind hier und da durch geschicktes und getarntes Eingreifen unserer Funktionäre Arbeitszeitverschlechterungen auf der einen und Gedingeüberverdienstaufbesserungen auf der anderen Seite möglich gewesen. Mehr aber auch nicht. Dieses Eingreifen geschah jeweils außerhalb einer Funktion des Betreffenden innerhalb der DAF. Der Glaube, innerhalb der DAF wirksam werden zu können, ist eine schädliche Illusion.[30]

Der 70jährige Geburtstag des Präsidenten der ITF, Kamerad [Charles] *Lindley*[31] gab willkommene Gelegenheit eine organisierte Solidaritätsaktion durchzuführen. Obwohl nur 7 Tage zur Verfügung standen, war der Erfolg einigermaßen zufriedenstellend. Die Gaugrafen erhielten folgende Anweisung[32]:

7.10.[19]35

Lieber Freund!
Am 14.10.[19]35 hat der Seniorchef seinen 70. Geburtstag. Sende ihm eine Geburtstagskarte. Vielleicht wird auch der eine oder andere unserer Freunde bereit sein, das Gleiche zu tun. Die Anschrift ist: An den Vorsitzenden Herrn Ch[arles] *Lindley*, Barnhuscatan 16, Stockholm. Eine Unterschrift braucht die Karte nicht zu tragen. Ich verlasse mich also ganz auf Dich und bin der Überzeugung, daß Du dem alten Herrn gerne eine Freude zu seinem Lebensabend machst. Bleib gesund und halte Dich tapfer,
mit vielen Grüßen immer Dein
Brutus.

Das folgende Schreiben bestätigt den Erfolg:

Übersetzung Stockholm, den 20.Okt. 1935
An die Internationale Transportarbeiter-Förderation
Amsterdam

Bruder [Edo] *Fimmen*!

Anläßlich der Festlichkeiten, die bei meinem 70. Geburtstag stattfanden, erhielt ich aus fast allen Ländern Europas Glückwünsche, aber geradezu eine Sensation erweckten die Menge Glückwünsche, die ich aus allen Teilen Deutschlands erhielt. Es befanden sich jedoch keine Adressen darauf und die Unterschriften bestanden meistens nur aus Initialen und Vornamen, sodaß es mir nicht möglich ist, festzustellen, von wem die Glückwünsche kommen, und mich

29 Vgl. hierzu den Vermerk Aufgabengebiet in der Anlage zur Organisationsanlage (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 392, Bl. 229).

30 Jahn wandte sich hier gegen Taktiken vor allem von KPD und RGO, die ein Arbeiten in der DAF propagierten. Vgl. Kap. V der Dokumente.

31 Charles Lindley (14.10.1865–17.10.1957) war 1900–1912 und 1922–1932 im Vorstand des schwedischen Gewerkschaftsbundes, 1896/98 Gründungsmitglied von ITF und 1. Vizepräsident, 1920–1946 im Generalrat der ITF, 1933–1946 Präsident der ITF, 1911–1941 Mitglied im Schwedischen Oberhaus.

32 In der Vorlage sind der Brief von Jahn und die Antwort von Lindley einzeilig geschrieben.

dafür zu bedanken. Wie es möglich gewesen ist, alle diese Freunde auf meinen Geburtstag aufmerksam zu machen, übersteigt meine Fassungskraft. Da ich mir doch jedenfalls denken kann, daß keine einzige Nazizeitung diese wenig bedeutende Neuigkeit veröffentlicht hat, muß es schon ein gut organisiertes Berichterstattungswesen geben und dies war auch der Eindruck, der allgemein bei den Festteilnehmern erweckt wurde.
Wenn es Dir möglich wäre, allen in meinem Namen für diese Glückwünsche meine große Dankbarkeit zum Ausdruck zu bringen, wäre ich Dir äußerst verbunden.
Mit brüderlichem Gruß
gez. Ch[arles] *Lindley*

Die Unruhe im Betrieb gab Veranlassung zu versuchen, auf die nach dem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit im April 1936 festgelegten Wahlen zu den Vertrauensräten organisierten Einfluß zu nehmen.[33] In erschöpfenden Besprechungen mit mehreren Gaugrafen – also Betriebsarbeitern – wurde beschlossen, die Parole »Streicht die ganze Liste durch« herauszugeben. Als Ausweichparole galt: »Wo dies ohne Gefahr nicht möglich, streicht die Repräsentanten des Systems«. Ein Merkblatt mit allen technischen Anweisungen zur möglichst gefahrlosen Beeinflussung der Wähler, Beobachtung des Wahlablaufs und sofortiger Berichterstattung wurde fertiggestellt. Es hatte folgenden Inhalt:

»Merkblatt zur Vertrauensrätewahl 1936[34]

1. Grundsätzliches,
2. Propaganda,
3. Aufstellung der Kandidaten,
4. Einsicht in die Wählerliste,
5. Wahlhandlung,
6. Berichterstattung.

Zu 1): Die Wahl zu den Vertrauensräten findet am 3. und 4. April [19]36 statt. Ihr Ergebnis soll zu einem politischen Vertrauensvotum für *Hitler* und als Zustimmung zur Aufrüstung gestempelt werden. Der Faschismus weiß, daß seine Massenbasis im Abbröckeln begriffen ist. Er will 1. durch ein gefälschtes Wahlergebnis den innen- und außenpolitischen Zweiflern beweisen, daß die Arbeiterschaft hinter ihm steht und 2. soll die Arbeiterschaft durch den Wahlausgang ihr Einverständnis zu weiterer Unterdrückung, Entrechtung und Ausbeutung erklären. Das muß verhindert werden. Das Wahlergebnis muß eine eindeutige Ablehnung der DAF und des Nazisystems ergeben.

Zu 2): Die Parole lautet: »Streichung der ganzen Liste, wo dies nicht möglich auf jeden Fall Streichung der Repräsentanten der Arbeitsfront und der NSDAP«.

Da, wo eine Streichung der gesamten Liste ohne dringende Gefahr für den Abstimmenden nicht möglich ist, müssen unbedingt die Vertrauensmänner der Nazis (Zellenobmann, DAF-Amtswalter, Vertrauensratsobmann, Funktionär der NSDAP) gestrichen werden. Diesem System keinen Mann und keine Groschen!

Setzt die Parole durch Flüsterpropaganda in Umlauf!

Wo immer möglich, schreibt sie an Mauern und Zäune, speziell an Zugänge zu den Betrieben, sowie in Wasch- und Toilettenräume.

Zu 3): Die Aufstellung der Kandidaten muß bis zum 20. März durchgeführt sein. Sie erfolgt durch den Betriebsführer nach Anhören des Vertrauensrates und im Einvernehmen mit der DAF. Die Kandidaten müssen Mitglied der DAF sein.

Der Vertrauensrat hat nur beratende Funktion. Er ist rechtlos. Eine Möglichkeit praktischer Interessenvertretung besteht nicht. Das Vertrauensratsmitglied wird trotzdem für jede Verschlechterung im Betriebe verantwortlich gemacht. Es ist der Prellblock zwischen Unternehmer und Belegschaft und verliert langsam Achtung und Vertrauen der Kollegen. Kein ehrlicher Mann wird sich deshalb ohne schärfsten Terror als Kandidat aufstellen lassen.

33 Zu den Vertrauensratswahlen vgl. Teil VIII der Einleitung.
34 In der Vorlage sind die Überschrift unterstrichen und der Text einzeilig geschrieben.

Aufforderungen zur Aufstellung auf die Kandidatenliste ist u.a. mit dem Hinweis zu begegnen, daß hierfür in erster Linie Mitglieder der Partei und der NSBO in Frage kommen.

Zu 4): Seht die Wählerlisten ein. Achtet darauf, ob betriebsfremde Personen in die Wählerliste aufgenommen sind oder entlassene Kollegen noch in der Liste geführt werden. Stellt die Zahl der Wahlberechtigten fest. Merkt Euch Unregelmäßigkeiten der Wählerliste und teilt sie uns mit.

Zu 5): Orientiert Euch frühzeitig über Art und Umfang des Stimmzettels sowie Einrichtung des Wahllokals. Die Kenntnis dieser Dinge erleichtert die richtige Abstimmung. Nehmt einen Bleistift mit, damit Ihr technisch vom Wahlvorstand unabhängig seit. Geht in kleinen Gruppen zur Wahl und lenkt durch Gespräche oder Fragen oder vom Zaune gebrochenen Streit die Aufmerksamkeit des Wahlvorstandes vom zur Zeit Wählenden auf Euch. Laßt Euch nicht verblüffen!

Zu 6): Versuche frühzeitig festzustellen, ob außer den beiden Belegschaftsältesten noch Vertrauensratsmitglieder den Wahlvorstand bilden. Überlege genau, von welchem Du ohne Gefahr für Dich schnell und sicher eine genaue Mitteilung über das Wahlergebnis erhalten kannst. Richte Dein persönliches Verhalten zu dem Betreffenden schon jetzt darauf ein. Eine Zigarre oder ein Glas Bier tut manchmal Wunder. Teile uns das genaue Ergebnis nach folgendem Muster sofort mit:
1) Zahl der Wahlberechtigten,
2) Abgegebene Stimmen,
3) Ganz durchgestrichene Stimmzettel,
4) Nazivertreter durchgestrichen,
5) Besondere Mitteilungen z.B. Wahlbeeinflussung durch Terror oder Freibier, war die Wahl geheim oder öffentlich, war ein alter Gewerkschaftler auf der Liste usw.
Denke immer daran, der Faschismus stürzt nicht von selbst, er muß gestürzt werden!«

Im letzten Augenblick wurden die Wahlen um 1 Jahr verschoben. Das System fürchtete offensichtlich eine Niederlage.

Interessant ist die Feststellung, daß bis auf [die] KP[D] und die »Auslandszentrale deutscher Gewerkschaften (ADG)« Sitz Komotau, alle illegalen Gruppierungen und Zeitungen unsere Parole als richtig anerkannten und entsprechend dafür eintraten.[35]

Die KP[D] forderte Aufstellung eigener Kandidaten und damit Wahl von eigenen Vertrauensräten auf den Listen der DAF.[36] Eine Illusion, die mit der Wirklichkeit nichts gemein hat. Entweder wird der so gewählte Vertrauensmann in seiner Isolation von der Totalitätswalze breitgequetscht und schaltet sich gleich, oder er wird ein Opfer der falschen Parole und endet im KZ. Mit Märtyrern wird *Hitler* nicht gestürzt.

Die ADG forderte zur Wahlenthaltung auf. Eine gefährliche Parole, da jeder, der der Wahl fern blieb an Hand der Wählerliste festgestellt werden konnte und so wegen Staatsfeindlichkeit seinen Arbeitsplatz gefährdete, wenn nicht noch schlimmeres riskierte. Also eine Parole des »grünen Tisches«, die die Entfernung der ADG von den Betriebsarbeitern im Reich mit aller Deutlichkeit illustriert.[37]

35 Inwieweit diese Übereinstimmung gemäß dem Vorschlag der ITF erfolgte oder sich durch den Diskussionsprozeß 1934–1936 zwischen den einzelnen illegalen Organisationen herausbildete, muß entgegen dem Selbstlob von Jahn offen bleiben.
36 Dies war nicht korrekt. Die KPD war bei den Vertrauensratswahlen 1935 noch für eigene Kandidaten eingetreten. Falls dies nicht möglich sei, sollte gegebenenfalls die ganze Liste gestrichen werden. 1936 wiederholte die KPD diese Losung. Vgl. Angaben in Teil VIII der Einleitung.
37 Die Beurteilung der Wahlempfehlung der ADG durch Jahn wandte sich gegen die Politik der alten Gewerkschaftsführung in Prag und war ganz von den zeitgenössischen Kompetenzkonkurrenzen zwischen ADG und den einzelnen Gewerkschaftsgruppen in der Emigration geprägt. Zu diesen Konflikten vgl. Kap. II der Dokumente.

Publikationen

Während die politischen Parteien ihre Haupttätigkeit auf die Verbreitung illegaler Schriften konzentrierten, haben wir wahllose Verteilung von irgendwelcher Literatur immer abgelehnt. Der Einsatz stand in keinem Verhältnis zum Erfolg. Wohl haben wir den Funktionären auf Wunsch Schulungsmaterial an die Hand gegeben. So eine kleine Druckschrift: »Willst Du gesund bleiben?«[38] Diese enthielt Anleitungen für die Konspiration. Ferner ein »Gewerkschaftliches Sofortprogramm«, das die Tagesforderungen aufzählte und als Diskussionsgrundlage im Betriebe Verwendung fand.[39] Weiterhin 2 Führerbriefe,[40] die mit den Gaugrafen eingehend besprochen wurden. In letzter Zeit wurde den Gaugrafen noch die »Spanienbroschüre« zur Aufklärung übermittelt, da verständlicherweise Heißhunger nach Wahrheit über Spanien besteht.[41]

Seit Frühjahr 1936 ist es möglich, illegales Material per Bahn nach Deutschland zu befördern. Dieses geht von Auslandsbahnhöfen ab und wird im Reich »gefunden«.[42] Es wird je nach Lage der Situation von dem Finder an amtlichen Stellen abgeliefert oder nicht. Auf jeden Fall kommt es an den Mann, wie folgender Anschlag[43] beweist:

Reichsbahnausbesserungswerk Wedau
Der Werkdirektor. Wedau, den 28. Juli 1936

1. In letzter Zeit wird durch politische Gegner des Auslandes versucht, Hetzschriften mit Güterwagen nach Deutschland hereinzuschaffen. Die Hetzschriften sind meist versteckt unter den Wagen, zwischen Konsolen und Fußboden oder Langträger angebracht. Beim Auffinden solcher Schriften sind mir diese unverzüglich zu überbringen. Dabei sind folgende Angaben zu machen:

Eigentumsmerkmal und Nr. des Wagens, Absendebahnhof und letzter Grenzübergangsbahnhof, Angabe des Verstecks.

Ich mache darauf aufmerksam, daß eine Mitnahme und Weiterverbreitung der Hetzschriften stärkste Strafverfolgungen nach sich zieht.

2. Abt[ei]l[ungen] W, Z, S, u.T – je besonders – zur K[enn]t[ni]s und Entnahme der beiliegenden Abdrucke zur Verteilung an die Meistereiführer. Die Meistereiführer sind anzuweisen, die zugeteilten Bediensteten genauestens zu unterrichten und auf die Strafverfolgungen, die eine Nichtbeachtung dieser Anordnung nach sich zieht, aufmerksam zu machen.
gez. *Borlinghaus*«

Das Material kommt also an, wird gelesen und je nach Lage der Dinge ab- oder weitergegeben. Durch diese, unsere Kader in keiner Weise gefährdende Zustellungs- und Verteilungsweise haben wir den denkbar größten Aktionsradius aller illegalen Arbeit in erreichbarer Nähe.[44]

38 Vgl. Dok. 59.
39 Dok. 62.
40 Diese Führerbriefe konnten nicht ermittelt werden. Ob Jahn die Führerbriefe der Organisation Neu Beginnen meinte, zu der er noch in Berlin Kontakt hatte, läßt sich nicht ermitteln. Zu Neu Beginnen vgl. Foitzik, Zwischen den Fronten, S. 28f., 70ff., 130ff.
41 Zu diesem Informationsbedürfnis vgl. auch Esters/Pelger, S. 58. Die «Spanienbroschüre» lag nicht vor.
42 Vgl. zu diesem Verfahren, Schriften über die Grenze nach Deutschland zu bringen, den Ermittlungsbericht der Gestapo nach der Verhaftung der Funger-Gruppe Mitte Februar 1937, vom 5.5.1937 (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 297, Bl. 191–274); sowie die Anklageschrift gegen Funger u.a. vom 29.9.1937 beim Volksgerichtshof (HStA Düsseldorf, RW 58, Nr. 58896, Bl. 357–403).
43 In der Vorlage ist der Text einzeilig geschrieben.
44 Den Widerspruch zwischen diesem Verfahren und der oben aufgestellten Behauptung, »wahllose Verteilung von Literatur immer abgelehnt« zu haben, löste Jahn nicht auf. Offensichtlich richtete sich dieser Vorwurf ebenfalls gegen Vorgehensweisen der KPD, die wahllos Schriften an Anschriften in Deutschland versandte und darauf baute, daß ein geringer Teil rezipiert und nicht sofort bei der Gestapo abgegeben wurde, sowie gegen Methoden der ADG.

Es kommt darauf an, diese Gelegenheit systematisch auszubauen und auszunutzen. Wir gebrauchten in jedem Grenzland Deutschlands mindestens einen zuverlässigen Vertrauensmann der befreundeten Organisationen auf einem Grenzbahnhof. Dieser hätte die Aufgabe, das Material an den von uns näher zu bezeichnenden Stellen in deutschen Waggons unterzubringen.

Diese Gelegenheit ließ den schon länger gehegten Wunsch, ein Organ herauszugeben, Tatsache werden. Seit Oktober 1936 erscheint in einer Auflage von 500 Stück monatlich »Fahrt frei«.[45] Gelingt der technische Ausbau der Verteilung, kann die Auflage erhöht werden. »Fahrt frei« entspricht einem Bedürfnis, es wäre unklug, dasselbe nicht zu befriedigen, zumal dadurch ohne Not kein Mann gefährdet werden braucht.

Der Zweck von »Fahrt frei« ist in der ersten Nummer[46] folgendermaßen umrissen:

»Kollegen!
Im vierten Jahres des Hitlerregimes ist es an der Zeit, uns ein Sprachrohr zu schaffen. »Fahrt frei« will aufklären sowie Forderungen und Meinungen der Eisenbahner vertreten. Sie wird der Verbreitung der Wahrheit dienen durch Schilderung der Wirklichkeit im 3. Reich.
Sie will aber auch die Lauen aufrütteln und den Mut und die Entschlossenheit, sowie den Siegeswillen der aktiven Kämpfer steigern.
In engster Gemeinschaft mit der ITF wird sie den Gedanken der internationalen Solidarität pflegen und die geistigen und organisatorischen Bande mit der freien Arbeiterbewegung der Welt enger knüpfen.
Ihre vornehmste Aufgabe wird sein: »Rücksichtsloser Kampf dem korrupten Nazisystem!« Für Freiheit[47], Friede, Recht und Brot!
Fahrt frei![48]
Die Reichsleitung.«

Der Generalrat gab »Fahrt frei« folgendes Geleitwort mit auf den Weg:

»Kameraden!
Die faschistische Diktatur hat Eure Gewerkschaft zerschlagen. Die Folge ist ein ständiger wirtschaftlicher und kultureller Niedergang. Während in den Demokratien der Welt die organisierten Arbeiter und Beamten sich fortlaufend einen höheren Lebensstandard erkämpfen, geht die Lebenshaltung der Arbeiterklasse in den faschistischen Staaten immer mehr zurück. Die ITF beobachtet mit tiefer Sorge die rückläufige Tendenz und scheut keine Mittel, um eine Änderung herbeiführen zu helfen. Sie begrüßt und unterstützt daher Eure Arbeit, die mit Aussicht auf Erfolg eine neue gewerkschaftliche Kampforganisation ins Leben ruft. Sie steht in unverbrüchlicher Solidarität zu Euch, ehrt Eure Opfer und achtet Euren Mut. Es ist der Ausdruck engster Verbundenheit, wenn wir erklären: »Euer Kampf ist unser Kampf«.
Für den Generalrat der ITF
Edo *Fimmen*, Generalsekretär.«

Wir hoffen, daß das ausbaufähige Organ seinen Zweck erfüllt.

Gewerkschaft und Partei

In jahrzehntelanger Arbeit hatte sich in Partei und Gewerkschaft eine so enge Personalunion herausgebildet, daß wesentliche Unterscheidungsmerkmale kaum noch feststellbar waren. Bekannt ist das Wort von [Theodor] *Bömelburg* auf dem Kölner

45 Die Zeitschrift »Fahrt frei« erschien von Oktober 1936 bis 1938. Vgl. Stroech, S. 146.
46 Fahrt frei, Oktober 1936, S. 1. Die beiden nachfolgenden Aufrufe sind in der Vorlage einzeilig geschrieben.
47 In der Vorlage gesperrt gedruckt.
48 Ebd.

Parteitag der SPD »Partei und Gewerkschaften sind eins.«[49] Der Faschismus hat mit diesem Verhältnis aufgeräumt. Es existiert weder eine der früheren politischen Parteien, noch eine freie Gewerkschaft in Deutschland mehr. Allerdings erhält sich die Fiktion des Weiterbestehens alter Organisationen noch in den Köpfen einiger ehemaliger Führer mit einer Hartnäckigkeit, die einer besseren Sache würdig wäre. Aber es nützt nichts, es ist alles zerschlagen. Es mußte daher neu begonnen werden (das »Wie« ist an anderer Stelle dargelegt).

Die neue Bewegung wächst aus den Betrieben. An ihr nehmen teil ehemalige KP[D]-Leute, viele ehemalige SP[D]-Leute, aber auch einst politisch Unorganisierte. Alle aber sind glühende Antifaschisten, aufrechte Männer und überzeugte Sozialisten. Die gemeinsame Arbeit an der Lösung der gemeinsamen Aufgabe im Kampf gegen den gemeinsamen Gegner, löscht die Vergangenheit aus und führt alle Beteiligten zur so lange ersehnten Einheit zusammen. Es ist [die] verdammte Pflicht, das organische Wachstum dieses Entwicklungsprozesses mit allen Mitteln zu fördern. Wir legten daher den Vertretern politischer Gruppen folgenden Entwurf[50] als Diskussionsgrundlage vor:

»Arbeitsbasis
Voraussetzung für den Sturz des Faschismus ist die Aktionseinheit der Arbeiterklasse.
Voraussetzung für die Einheit der Arbeiterklasse ist die Möglichkeit, den illegalen Kämpfern im Reich die gleichen Aufgaben zu stellen.
Diese Möglichkeit besteht nur in den Betrieben.
Hier nimmt die revolutionäre Bewegung ihren Ausgang.
In Erkenntnis dieser Tatsachen einigen sich die unterfertigten Gruppen zu gemeinsamer Arbeit auf folgender Grundlage:
1. Das Schwergewicht der illegalen Arbeit wird in die Betriebe verlegt.
2. Einigung auf einheitliche Richtlinien zur Unterstützung der Betriebsarbeit.
3. Austausch der eingegangenen Betriebsberichte.
4. Herausgabe von Führerbriefen.«

Das war Weihnachten 1935. Wir kamen zu keiner Einigung. Die orthodoxen Parteivertreter hängen am Alten. Sie bezeichnen sich als revolutionär, sind aber in Wirklichkeit bestenfalls konservativ. Wir sind deshalb auf uns selbst angewiesen. Wir können und dürfen die Aufbauarbeit nicht stören lassen, einerlei von welcher Seite Störungsversuche kommen. Wir tragen sowohl eine geschichtliche, als auch sachliche und versöhnliche Verantwortung. Diese nimmt uns niemand ab. Wir wollen und müssen treue Sachwalter der Interessen der illegalen Kämpfer sein.

Sie schenken uns ihr Vertrauen, das nicht enttäuscht werden darf. Ein Vertrauen, das denjenigen, die es besitzen, einst gestatten wird, entscheidend in den Ablauf der sozialen Revolution in Deutschland einzugreifen.

Es mußte leider immer und immer wieder festgestellt werden, daß fast alle illegal Tätigen politischer Gruppierungen über kurz oder lang hochgingen. Die Ursachen waren meistens wenig verantwortungsbewußtes Handeln der Emigrationsleitungen und das immer mehr um sich greifende Spitzelunwesen. Wir mußten daher im Interesse unserer Leute scharfe Abgrenzungen vornehmen. Es ist auch verständlich, daß wir aufgrund der gemachten Erfahrungen und im Hinblick auf die Lösung unserer

49 Richtig: auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß 1905. Protokoll der Verhandlungen des Fünften Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, abgehalten zu Köln am Rhein vom 22. bis 27. Mai 1905, Berlin o.J., S. 266. Theodor Bömelburg (27.9.1862–17.10.1912) war seit 1893 im Vorstand und seit 1894 Vorsitzender des Maurerverbandes, Vorsitzender der Gewerkschaftskongresse 1899–1905, 1903–1912 MdR (SPD), 1904–1907 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (SPD).

50 Der folgende Entwurf ist in der Vorlage einzeilig geschrieben.

Aufgabe jede politische Einflußnahme auf unsere gewerkschaftliche Aufbauarbeit ablehnen. Dieser Notwendigkeit entsprechen die am 1.11. 1936 erlassenen gemeinsamen Richtlinien[51], in denen es heißt:

»Jeder Kollege, der sich am Wiederaufbau der freien Gewerkschaft der deutschen Seeleute, Eisenbahner und Transportarbeiter beteiligt, verpflichtet sich, ganz gleich welcher Partei oder politischen Gruppierung er angehört, für die Dauer der Zugehörigkeit zu einer freigewerkschaftlichen Aktivgruppe, von jeder Arbeit für seine Partei oder Gruppierung Abstand zu nehmen. Er verpflichtet sich, sich jeder Fraktionsarbeit in den Aktivgruppen zu enthalten und keiner parteipolitischen Zelle, die Einfluß auf diese Gewerkschaftsarbeit nimmt oder nehmen will, anzugehören. Er verpflichtet sich, kein anderes Material unter den Kollegen des Organisationsbereiches zu verbreiten als Literatur, die von der freigewerkschaftlichen Leitung herausgegeben oder gutgeheißen wird. Innerhalb der Aktivgruppen besteht, im Rahmen der durch die konspirative Sicherung gezogenen Grenzen, proletarische Demokratie. Beschlüsse der Mehrheit gelten auch für die Minderheit«.

Unsere Opfer

Hermann *Basse*[52], Angestellter der Ortsgruppe Braunschweig, wurde am 7. Juli 1933 von den Nazis aus dem 3. Stock des Volkshauses zu Braunschweig gestürzt. Er starb im offenen Kampf.

Erich *Steinke*[53], ehemals Bezirksbetriebsratsmitglied bei der R[eichs]b[ahn]d[irektion] Berlin, wurde im November 1934 im Wald bei Potsdam von SS erschlagen.

Ludwig *Ruf*[54], ehemals Betriebsratsmitglied auf H[aupt]b[ahnho]f Mannheim wurde im Oktober 1936 von der Gestapo erschlagen.

Ihr Tod soll nicht ungesühnt bleiben.

Bis Mai 1935 war es uns möglich, der Gestapo ein Schnippchen zu schlagen. Dann allerdings fielen einige Funktionäre der Gestapo zum Opfer. Im ganzen 5 Mann. Angesichts der Zahl der Mitkämpfer ein minimaler Prozentsatz. 3 Mann befinden sich bereits wieder in Freiheit und stehen zur weiteren Verfügung. 2 haben noch zweieinhalb bezw. eineinhalb Jahre abzubüßen.[55]

51 Richtlinien der ITF 1936 (Dok. 74). Beide Fassungen unterscheiden sich in wenigen Formulierungen. Wenig später relativierte die ITF allerdings diese rigiden Vorschriften, als sie eine enge Kooperation mit dem ISK aufnahm. Zuvor schon hatte Jahn selbst während seiner Zeit in der Illegalität in Berlin Kontakt zu Neu Beginnen. Ebenso hatten andere Mitarbeiter Jahns Kontakte zu einzelnen kleinen Organisationen. Vgl. zum Verhältnis ITF-ISK Dok. 82.
Der Text der Richtlinien ist in der Vorlage einzeilig geschrieben.

52 Hermann Basse (24.8.1882–7.7.1933) war seit 1.3.1919 Angestellter im Eisenbahnerverband, 2. Vorsitzender des Ortskartells des ADGB in Braunschweig und Vorstand im Ortsausschuß des ADB, 1920–1922 im Braunschweigischen Landtag (SPD). Zum Datum des Sturzes aus dem Fenster und Todesdatum liegen abweichende Angaben vor.

53 Weitere biographische Angaben wurden nicht ermittelt.

54 Ludwig Ruf (1889–1936) war Bahnarbeiter in Mannheim, SPD-Mitglied und wurde im März 1936 verhaftet. Vgl. auch Erich Matthias/Hermann Weber (Hg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim, Mannheim 1984, S. 196.

55 Insgesamt wurden im Mai 1935 und bei den daran anschließenden Ermittlungen der Gestapo nach der ITF-Konferenz in Roskilde/Dänemark und nach der Aufdeckung einer illegalen SPD-Gruppe in Berlin sowie bei Verhaftungen ehemaliger Gewerkschaftsführer in Berlin, deren Aktivitäten der Gestapo schon seit längerer Zeit bekannt waren, wesentlich mehr als fünf Personen festgenommen. Unter den Verhafteten war auch Jahn selbst, der seine kurzzeitige Freilassung zur umgehenden Flucht ins Ausland nutzte. Vgl. zum Kenntnisstand der Gestapo u.a. die Hinweise in Dok. 58; zu den Verhaftungen Dok. 64.

Die Opfer fielen durch Spitzel in die Hände der Gestapo. Die Spitzel gehörten nicht zu unseren Leuten. Sie übten ihre Tätigkeit in Parteigruppen aus.[56] Die sogenannte illegale Tätigkeit der ehemaligen Parteien, Flugblatt- und Traktätchenverteilung verbunden mit Geldsammlung, wirkt dabei wie ein Steckbrief. Von den illegalen Arbeitern werden deshalb die ehemaligen Parteien und ihre Träger (SP[D] so gut wie KP[D]) in immer steigenderem Maße abgelehnt. Der gewerkschaftliche Gedanke hat starken Auftrieb erhalten. Im Aufbau befindliche neue Kampfgewerkschaften sind die Hoffnung der deutschen Arbeiterschaft.

Folgender Brief[57] eines der 5 verhafteten Funktionäre möge Erstgesagtes erhärten:

»Liebe Freunde!
Dieser Brief kommt aus Deutschland, aus dem großen Leuchthaus der Welt, auf illegalem Wege aus einem deutschen Gefängnis. Im Januar 1936 wurde ich mit 40 Genossen verhaftet und wegen Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt. Eine neue Welle von Terror und Verhaftungen geht über Deutschland. Hunderttausende von Proletariern sitzen bereits hinter Gittern. Die Gefängnisse sind überfüllt. Unaufhörlich wächst die Zahl der Eingekerkerten. Aber hunderttausende von Proletarieren sind noch draußen und tun ihre Pflicht. Aber eins müssen wir lernen Genossen, die illegale Arbeit in Deutschland muß anders organisiert werden. Die Methode muß geändert werden. Mit Flugblättern ist im faschistischen Deutschland nicht zu kämpfen, auch mir wie so vielen anderen wurden die Flugblätter zum Verhängnis. Ein Genosse, der die Flugblätter bekam, wurde verhaftet. Durch viehische Mißhandlungen versuchte die Gestapo Aussagen zu erpressen. Es mißlang. Ein weiterer Genosse wurde verhaftet, geschlagen, verhört, wieder geschlagen und gut zugeredet, bis er etwas zugab und dann fing die Lawine an zu rollen. Man stellte dann diesen Genossen allen später Verhafteten gegenüber, traktierte ihn mit Zigaretten und guten Worten und so belastete er in ihrem Beisein die Genossen. Gab dann ein Genosse etwas nicht zu, so drohte man mit neuen Mißhandlungen und was haben dann die meisten Genossen getan? Sie haben einige Flugblätter gelesen und etwas Geld gegeben und dafür erwartet sie mindestens 1 ½ Jahre Gefängnis. Genossen denkt daran in Euren Ländern, wenn Ihr gegen den Faschismus kämpft, wie brutal wir behandelt und geschlagen werden, und denkt immer daran, daß nur eine einige Arbeiterklasse die Zustände verhindern und ändern kann. Die illegale Arbeit in Deutschland ist schwer, ja zum Verzweifeln schwer. Tod und Kerker, Not und brutale Mißhandlungen erwarten uns jederzeit. Aber trotzdem werden wir weiterkämpfen, bis der Faschismus endlich niedergerungen ist. Auch diese Zeit kommt, Genossen. Wir verzweifeln nicht an dem Sozialismus, an der Internationale und an Eurer Solidarität. Wir wissen bei unserer schweren Arbeit in Deutschland, daß Eure Herzen freudig für uns schlagen. Und das ist gut Genossen. Ihr gebt uns dadurch den Halt, der uns immer wieder anspornt weiterzukämpfen, bis auch wir endlich den Sozialismus erreicht und die Schmach, die auf uns lastet, vernichtet haben. Dann werden wir wieder mit glänzenden Augen Euch gegenüber treten können, euch die Hände schütteln und alles wieder gut machen, was Ihr an uns Gutes getan habt. Aber eins müssen wir Euch sagen Genossen: Weder die SP[D] noch die KP[D] wird jemals in Deutschland ans Ruder kommen, beide haben unzählige Male ihre Unfähigkeit bewiesen. Das künftige Deutschland wird unter der Führung der Gewerkschaften stehen, die aber nicht von einem [Carl] *Severing*[58] oder [Otto] *Wels* geleitet werden. Wir werden wahrhafte Führer der Arbeiterbewegung heranbilden, Charaktere, Idealisten, Berufsrevolutionäre erziehen und das werden und müssen die kommenden Führer Deutschlands sein. Noch eins Genossen: Jede Bewegung braucht Geld, die illegale Arbeit in Deutschland, die unter so schwierigen Verhältnissen durchgeführt wird, braucht Geld und nochmals Geld. Wir rechnen mit Eurer Hilfe, grüßen Euch. Möge bald die Zeit kommen, wo wir wieder Schulter an Schulter mit Euch marschieren können, dem Ziele, dem Siege zu. Bis dahin viele Grüße *Oskar*.[59]

Der brave Kerl war außer in unserer Aktivgruppe noch in einer politischen Gruppe tätig und muß jetzt für die letztere Arbeit noch eineinhalb Jahr hinter Gittern verbringen.

Die Eisenbahner ohne Gewerkschaft

Die Arbeiter und Beamten der Reichsbahn müssen die Zerschlagung ihrer Gewerkschaft bitter büßen. Die Arbeiter hingen ab 2. Mai 1933 bezüglich ihrer Interessenvertretung in der Luft. Zwar war der Lohntarifvertrag nicht außer Kraft gesetzt, aber der eine Kontrahent – die Gewerkschaft – war zerschlagen. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft war froh, den L[ohn-]T[arif-]V[ertrag] noch zu besitzen. Er war in den ersten Monaten nach der Zerschlagung der Gewerkschaft eine wirksame Stütze, die ein Weiterlaufen des Betriebes ohne größere soziale Erschütterungen gestattete. Am 1. Mai 1934[60] wurde er durch die Dienst- und Lohnordnung (Dilo) ersetzt. Diese atmet ganz den Geist des 3. Reiches. Die Eisenbahner wurden rechtlos. »Innerhalb seiner Befugnisse entscheidet der Leiter der Dienststelle gegenüber der Gefolgschaft in allen dienstlichen Angelegenheiten. Diese hat ihm die in der Betriebsgemeinschaft gegründete Treue zu halten« (§ 3). Die Löhne werden nach Gutdünken festgesetzt. »Die Löhne der Arbeiter werden nach dem Werte der Leistung, nach den örtlichen Verhältnissen, nach dem Lebensalter und besonderen Umständen der Arbeitsleistungen bemessen« (§ 5). Der Arbeiter kann jederzeit in niedrigeren Lohngruppen und an anderen Orten beschäftigt werden. »Der Arbeiter hat jede ihm übertragene Arbeit zu leisten, die ihm nach seiner Befähigung, Ausbildung und körperlichen Eignung zugemutet werden kann. Dabei kann ihm sowohl eine höher als auch eine niedriger entlohnte Beschäftigung übertragen werden« (§ 17). »Wird ein Arbeiter vorübergehend und auf unbestimmte Dauer einem anderen Dienstort zugeteilt, so hat er dieser Zuteilung zu folgen« (§ 16). Ein Einspruchsrecht des Arbeiters gegen Maßnahmen der Dienststellenleitung besteht praktisch nicht mehr. Die Betriebsräte, die ihn bisher schützen konnten, wurden aufgelöst. Wagt ein Arbeiter eine Beschwerde, so riskiert er Strafversetzung mit allen Begleiterscheinungen.

[...][61]

Auslandszentrale deutscher Gewerkschaften (ADG)

Die ADG will oder soll die Fortführung des ADGB sein.

56 Seine eigenen losen Verbindungen rechnete Jahn offenbar nicht dazu, obwohl er selbst aufgrund solcher Verbindungen und nicht wegen seiner der Gestapo bekannten Tätigkeit als Koordinator der Eisenbahngewerkschafter verhaftet worden war. Zum Umfang und Ablauf der Verhaftungen vgl. die Unterlagen der Gestapo, die ihr nach der Flucht Jahns aus Luxemburg 1940 in die Hände gefallen waren, sowie die Unterlagen im Prozeß gegen Frieda Jahn. (Dok. 69 Anm. 1) Vgl. ferner die Hinweise bei Esters/Pelger, S. 44–46; Buschak, Arbeit, S. 74, 76. Jahn gelang die Flucht aus Berlin über die CSR nach Amsterdam angeblich mit Hilfe von ORG/Neu Beginnen und deren Kontakten zu französischen Diplomaten. Aussage von Richard Löwenthal, zit. in: Foitzik, Zwischen den Fronten, S. 74 Anm. 241.

57 Der Brief ist in der Vorlage einzeilig geschrieben.

58 Carl Severing (1.6.1875–23.7.1952) war 1907–1912 und 1919–1933 MdR (SPD), 1919–1933 Mitglied des Preußischen Landtags, 1928–1930 Reichsinnenminister, 1920/21, 1921–1926 und 1930–1933 Preußischer Innenminister, 23.3.1933 vorübegehend verhaftet, 1934–1945 Rentner, 1947–1952 Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen.

59 Wahrscheinlich: Oskar Schmitt aus Göttingen, der Ostern 1935 an der Konferenz in Roskilde teilnahm. Vgl. auch Dok. 64 Anm. 2 sowie Dok. 81. Weitere biographische Angaben wurden nicht ermittelt.

60 In der Vorlage: 1.5.1924.

61 Die ausgelassenen Ausführungen (S. 19–23 des Ms.) behandeln die Arbeitsbedingungen, die Löhne, Arbeitszeiten, Arbeitsvorschriften, Personalentwicklung bei der Reichsbahn und die Finanzlage der Reichsbahn.

[...][62]

Die ADG hat im Reich eine sogenannte Reichsleitung bestehend aus einigen ehemaligen Angestellten alter Verbände eingesetzt.[63] Die Art der Arbeit und der Grad des Neuaufbaues ist nur aus den Ausführungen eines Mitgliedes der Reichsleitung, die er auf einer im Juni 1936 in Holland stattgefundenen Konferenz machte, ersichtlich. Der Betreffende sagte: »Die einzige Möglichkeit für die illegale Arbeit sei der Vertrieb von Fachliteratur, bei welcher Gelegenheit auch die Möglichkeit bestünde, mit Betriebsarbeitern zusammenzukommen und so ev[en]t[ue]l Verbindungen anzuknüpfen.«[64]

Ganz abgesehen von der Frage, ob auf diesem Wege ein Neuaufbau möglich ist, lehrt die Erfahrung, daß alles, was nach Art dieser Reichsleitung aufgebaut ist, der Gestapo nicht unbekannt bleiben kann.

Das wäre an sich zu ertragen, wenn dadurch immer nur ein Mann gefährdet würde. Aber an dem einen Manne hängt jeweils die Reichsorganisation, falls eine solche besteht. Es kann mit einem Schlag alles vernichtet werden. Aus diesen Gründen können wir keinen Mann in die Reichsleitung der ADG entsenden. Wir haben übrigens im Reich keinen Mann, der die gesamte Organisation kennt, und damit auch keinen Mann, der sie vertreten kann. Unsere Kaderorganisation wird von außen her durch den Reichsleiter in Verbindung mit der ITF geleitet. Alle illegalen Organisationen werden denselben Weg beschreiten müssen, wenn sie positiv den Aufbau durchführen wollen. Damit entfällt aber die Notwendigkeit der ADG in ihrer heutigen Form. Sie entspricht nicht den Bedürfnissen der illegalen Aufbauarbeit.[65]

Notwendig ist die Schaffung von Grenzstellen für die neu aufzubauenden Organisationen. Diese haben die Verbindung nach dem Reich. Sie müssen im engsten Kontakt mit ihrer Berufsinternationale arbeiten. Die Leiter dieser Grenzstellen können allein eine ev[en]t[uel]l[e] Reichsleitung bilden. Sie sind ihrer Berufsinternationale gegenüber verantwortlich. Unter wechselnder Federführung können sie wertvolle Koordinationsarbeit leisten und sich als ADG etablieren, da sie von den Kämpfern im Reich und ihrer Berufsinternationale legitimiert sind. Die dem IGB zum Neuaufbau der Gewerkschaften in Deutschland zur Verfügung gestellten Gelder sind anteilgemäß den Berufsinternationalen und deren Grenzstellen zu überweisen. Die Reichsleitung - ADG - ist dem IGB gegenüber verantwortlich.

Wir sind der Überzeugung, daß dieser Aufbau im Verein mit unserer Konzeption bez[ü]gl[ich] der illegalen Arbeit ausgezeichnete Ergebnisse zeitigen würde.[66]

62 Die ausgelassenen Ausführungen beschäftigen sich mit der Zerschlagung des ADGB und der ihm angeschlossenen Verbände, dem beschlagnahmten Gewerkschaftsvermögen sowie den ersten informellen Kontakten einzelner Gewerkschaftsführer nach dem 2.5.1933. Vgl. hierzu - mit teilweise identischen Formulierungen - ausführlicher die Darstellungen Jahns in seinen verschiedenen Entwürfen zur weiteren Arbeit mit der ADG, die Jahn an den 8. Kongreß des IGB im Juli 1939 in Zürich richtete (Dok. 22, 36).

63 Ebd.

64 Zur Konferenz und den Teilnehmern in Egmond/Holland am 29.5.-1.6.1936 vgl. Dok. 37. Zum Verhältnis zwischen Jahn, ITF und ADG vgl. Kap. II der Dokumente.

65 Ebd. Jahn sprach hier von sich selbst als Reichsleiter. Zur Struktur des illegalen Apparates der Eisenbahner vgl. die Organisations-Anlage (Dok. 69) sowie die folgenden Berichte Jahns bis 1941 (Dok. 86, 90).

66 Diese Ausführungen sind im Zusammenhang mit den Konkurrenzen zwischen den Internationalen Berufssekretariaten und dem IGB bzw. zwischen den Vertretern einzelner deutscher Gewerkschaften in der Emigration und dem ADG-Vertreter zu verstehen, bei denen es um Koordination und Aufbau der illegalen Arbeit ging.

Zusammenfassung und Ausklang[67]

Der Faschismus hat die Organisationen der Arbeiterklasse restlos zerschlagen. Er konnte jedoch, da er den Kapitalismus nicht beseitigte, die Klassen nicht aufheben. Die Arbeiterklasse bleibt sichtbar in den Betrieben. Diese sind das Sammelbecken des Proletariats, die einzige organisatorische Zusammenfassung. Hier ist der Arbeiter zu fassen und die Klasse zu erfassen.

Ansatzpunkt für die revolutionäre Arbeit ist die Kenntnis des wertvollsten Menschenmaterials in den Betrieben. Der Funktionär der neuen Bewegung ist wesentlich verschieden von dem der vergangenen Zeit. Er kann nicht ohne weiteres die unterbrochene Arbeit fortsetzen. Er muß neu beginnen. An ihn müssen hohe Anforderungen gestellt werden. Seine Charakterveranlagung ist ebenso ausschlaggebend wie seine sachliche Eignung. Sein ganzes Bestreben muß sein, sich auf Grund seiner beruflichen Qualitäten und seines Charakters eine neue Vertrauensgrundlage im Betriebe zu schaffen. Für jeden Kollegen muß er einen Rat, ein gutes Wort und ein verstehendes Herz haben. Kenntnis der arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Gesetze und Einrichtungen des Faschismus sind dazu erforderlich. Erfüllt er diese Aufgabe, wird er bald im Betriebe »der« Mann sein. Er steht außerhalb der Funktion einer Naziorganisation, er wächst aus der Belegschaft heraus und bleibt mit ihr verbunden. Seine Aufgabe ist schwer, fast unlösbar, dennoch sie muß gelöst werden, denn hier ruht die Wurzel der Solidarität.

Ein weiteres Erfordernis ist seine unbedingte Wahrheitsliebe. Die Masse ist nicht nur materiell interessiert, sie ist auch gefühltsbetont. Wem die Masse glaubt, dem folgt sie. Bald ahnt sie, daß hinter diesem Helfer in allen Fragen, diesem wahren und ehrlichen Menschen, diesem ganzen Kerl etwas solidarisches und daher erstrebenswertes steht. Sie weiß es nicht, sie darf es aus konspirativen Gründen nicht wissen, aber sie fühlt es. Die Folge ist, der lähmende Druck der Zwangsorganisation, die geistige Leere[68] der Gleichschaltung, das Gefühl der Ohnmacht und Vereinzelung, der Zwang zur totalitären Ein- und Unterordnung in das faschistische System, der Fatalismus beginnt zu weichen. Das Zugehörigkeitsgefühl als Klassenangehöriger, bislang durch die Phrase der Volksgemeinschaft überwuchert, bricht langsam durch. Der Wille zur gemeinsamen Selbstbehauptung und Selbstverwaltung wird wieder wach.

Der neue Funktionär als ausgesuchter und geschulter Mann ist vorherrschend vernunftgemäß eingestellt. Will er seine Aufgabe erfüllen, muß das oberste Gesetz für ihn »Erhaltung im Betriebe« lauten. Das bedeutet keine Anbiederung an das System, keine Feigheit und keine passive Resistenz, das bedeutet Einsicht und Erkenntnis in die Wirkungsmöglichkeiten innerhalb des Betriebes. Gegenwärtig gibt es kein aktives Eingreifen in die Auseinandersetzungen im Betriebe. Wer sein revolutionäres Wollen statt seiner klaren Einsicht walten läßt, kann nicht unser Mann sein, weil diese Art Spontanität zu leicht zur Zerschlagung der organisatorischen Ansätze führt.

Der Funktionär bekommt über seinen oben näher bezeichneten Tätigkeitsbereich hinaus noch seine an anderer Stelle näher bezeichnete besondere Aufgabe gestellt. In

67 Im Abschnitt »Zusammenfassung und Ausklang« (S. 27-32) akzentuierte Jahn nochmals die Anforderungen für die illegale Arbeit, insbesondere für die Funktionäre. Dabei griff er Einzelheiten seiner oben in diesem Bericht wörtlich zitierten Schrift »Gedanken eines Illegalen« von 1935 (Anm. 26) sowie des im Anhang des Berichts beigefügten Flugblattes »Willst du gesund bleiben ?« von Ende 1933 (Dok. 59) auf, insbesondere Punkt »7) Wie ist der Wiederaufbau einer sozialistischen Arbeit möglich ?«. Weitere, hier ausgelassene Punkte der Zusammenfassung behandeln den Umfang der Beschäftigung, die Rolle des Militärs und der Generale im NS-Regime, die weitere Entwicklung und Politik des Regimes, den erwarteten Krieg sowie Anstrengungen der Widerstandsbewegung zum Sturz bzw. zum bewaffneten Kampf gegen das Regime im Kriegsfall.

68 In der Vorlage: »Lehre«.

dieser täglichen kämpferischen Auseinandersetzung mit dem System lernt er die Zähne aufeinanderbeißen, stählt er seinen Willen und läßt ihn auch in Zeiten staatlicher, gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher Krisen Eingriffsmöglichkeiten finden, die Aussicht auf Erfolg und Verwirklichung seiner Ziele bieten. Sorgt er dabei für die Heranbildung eines zweiten und je nach Größe und Umfang seines Wirkungskreises, eines dritten, vierten oder fünften Mannes, der in der gleichen Weise wie er ausgebildet und tätig ist, dann bekommen wir langsam aber sicher das Ohr an den Pulsschlag der Arbeiterklasse. Dann wachsen aber auch mit Erfüllung ihrer gleichartigen Aufgabe die damit betrauten Funktionäre zu einer unlösbaren Einheit zusammen, dann gibt es kein Aufrollen der Vergangenheit mehr, dann gibt es nur einen Willen und nur ein Ziel.

Wer diesen Funktionär hat, wer die Produktionsstätten Deutschlands mit einem Netz solcher Funktionäre überziehen kann, der bestimmt wesentlich den Ablauf der nächsten Revolution.[69]

Hat man den Funktionär erfaßt, kann über ihn die Klasse erfaßt werden. Welchen Platz nimmt eine so erfaßte Arbeiterschaft im sozialen Raum des deutschen Volkes ein?

In Deutschland leben z[ur] Z[ei]t ca. 66 Millionen Menschen. Davon 36% in Landgemeinden, das sind Orte bis zu 2.000 Einwohnern, und die restlichen 64% in Stadtgemeinden. Arbeiter, Angestellte und Beamte, also die Arbeitnehmer mit Angehörigen machen 63,4% des Volkes aus. Das zahlenmäßige gesellschaftliche Schwergewicht liegt also bei der Arbeitnehmerschicht und in den Stadtgemeinden.

Betrachtet man die Struktur der deutschen Produktion, so erkennt man die Wichtigkeit der Eisen- und Stahlindustrie, des Bergbaues, der chemischen Industrie und des Verkehrs einschl[ießlich] der sogenannten Versorgungsbetriebe. Hier sind rund 9,5 Millionen Menschen beschäftigt, deren Arbeitskraft für die Existenz von Volk und Staat von ausschlaggebender Bedeutung ist. Will man gesellschaftliche Machtpositionen errichten, um mit deren Hilfe die Staatsmacht zu erobern, kann man an diesen Tatsachen nicht vorbeigehen. (Damit soll die Bedeutung von Mittelstand, Bauern und Intellektuellen im Kampfe gegen *Hitler* nicht eingeengt werden.) Hier in der Zusammenballung von Mensch, Technik und Wirtschaft entzünden sich die sozialen Spannungen zuerst. Hier werden trotz Volksgemeinschaft die Klassengegensätze immer wieder sicht- und fühlbar. Hier kann die Klassenspaltung am ersten zu organisierten Handlungen ausgewertet werden. Von hier aus kann die Lawine ins Rollen kommen oder zumindest ihr reißendes Tempo erhalten. Nicht umsonst schreibt der auch in ehemaligen politischen Linkskreisen nicht unbekannte Chefredakteur R[udolf] *Kircher*[70] von der Frankfurter Zeitung im Jahresrückblick auf 1935 in der Nummer vom 31.12.[19]35 folgendes: »Je mehr es gelingt, die große Masse der Arbeiterschaft an sich zu fesseln und sie vom Wiederabgleiten in wirtschaftspolitische Dogmatik abzuhalten, umso leichter wird die größte und wichtigste Staatsaufgabe zu lösen sein, die soziale Einheit zu halten und neue Aufspaltungen zu verhindern.« Auch der Faschismus kennt seine Achillesferse. Seine Stärke liegt in seiner Totalität. Wer ihn stürzen will, muß diese zur Auflösung bringen. Dies ist nur möglich, nach Schaffung

69 Dieser Absatz ist in der Vorlage einzeilig geschrieben.

70 In der Vorlage irrtümlich: »Kirscher«. Rudolf Kircher (1885–1954) war Jurist und seit 1912 Redakteur bei der Frankfurter Zeitung, bis 1930 Korrespondent auf dem Balkan und in London, 1930–1938 Korrespondent und Verfasser von politischen Leitkommentaren in Berlin, ab 1943 Korrespondent in Rom, Dezember 1933–1943 Hauptschriftleiter, nach 1945 Redakteur bei der Wirtschafts-Zeitung. Vgl. zu Kircher und seiner Position bei der Frankfurter Zeitung zahlreiche Hinweise in Günther Gillessen, Auf verlorenem Posten. Die Frankfurter Zeitung im Dritten Reich, Berlin 1986, u. a. S. 70f., 168.

einer weitgehendst dezentralen Kaderorganisation, bei straffster zentraler Führung. Das System muß an tausend Stellen zu gleicher Zeit mit gleichen Mitteln unter möglichst gleichen Verhältnissen angegriffen werden. Das setzt die Heranbildung eines Funktionärstabes voraus, wie wir ihn bereits mit mehr oder minder großem Erfolg in Angriff genommen haben.

[...][71]

Aus allen Berichten aus dem Reich klingt die bange Frage: »Für was soll der illegal Tätige alle Formen des faschistischen Terrors auf sich nehmen?« Keiner weiß, was nach dem Sturz *Hitlers* zu geschehen hat. Diese Ungewißheit lähmt. Vielfach fehlt der Glaube, daß die Arbeiterklasse *Hitler* stürzen könne. Demgegenüber verweisen wir auf das oben Gesagte.

Mit fortschreitender Verelendung kommt aus den Betrieben der Druck nach Änderung der Verhältnisse. Die Belegschaft der Betriebe gibt die Massenbasis für die Machtkonstellation kommender gesellschaftlicher Kräfte ab. Der Entscheidungskampf um den Sturz des Systems kann in seiner ersten Phase wirtschaftspolitischen Charakter tragen. Je nach den Reaktionserscheinungen (Teno, Bahnschutz, NSKK usw.)[72] kann sich hieraus der Bürgerkrieg entwickeln. Eines aber steht fest, wer die Betriebe hat, hat die kommende gesellschaftliche Macht. Sind die Betriebsbelegschaften gesellschaftlicher Träger, so müssen aus den zusammengefaßten Funktionären der Betriebe die leitenden Personen in Staat und Wirtschaft erstehen. Der Weg wird notwendigerweise über das Zwischenstadium eines Rätesystems führen. Vielleicht vollzieht sich der Sturz des Faschismus auch durch andere Kräfte – außenpolitischer oder innenpolitischer Art –, dann kann der, der die Kaderorganisation bereits jetzt in der Hand hat, schnell zur Konstituierung von den [den] Verhältnissen angepaßten Verbänden schreiten. Der Aufbau – so oder so – wird in jedem Falle schwer sein. Das ist kein Grund zum Verzagen, sondern Ansporn zu intensivster Weiterarbeit. Widerstände sind dazu da, um überwunden zu werden. Ein fix und fertiges Rezept für den Augenblick der sozialen Revolution können wir nicht geben. Was wir aber können, ist, uns auf jede Möglichkeit vorzubereiten.

Aller Voraussicht nach wird jedoch ein Kriegsabenteuer der Diktaturstaaten uns vor Aufgaben stellen, deren Bedeutung und Größe von uns kaum erfaßt werden kann. Die demokratischen Staaten haben den Charakter des 3. Reiches noch nicht erkannt. Vielleicht wollen sie ihn nicht erkennen. Das 3. Reich ist kein Rechts-, kein Paragraphenstaat, es ist ein dynamischer, ein Gewaltstaat. Es gibt Versprechen, um sie nicht zu halten. Es schließt Verträge, um sie zu brechen. Es sagt Friede und meint Krieg. Man muß diesem Staat gegenüber mit allen Möglichkeiten rechnen.

Auf jeden Fall wird der kommende Krieg ein totalitärer sein. Niemand wird sich ihm entziehen können. Niemand vermag die Schrecken auszumalen, die er im Gefolge hat. Alles, was wir unter Kultur und Zivilisation verstehen, wird in Trümmer gehen. Eine Notperiode ungeahnten Ausmaßes wird folgen. Geist und Vernunft werden verschwinden. Der Instinkt wird rasen. Welche soziale Ordnung soll dieser grauenhaften Vernichtung folgen?

Wohl wissen wir, daß die Bäume des 3. Reiches auch nicht in den Himmel wachsen. Rohstoff- und Lebensmittelmangel setzen auch dem größenwahnsinnigsten Rüstungs- und Kriegsfanatiker Grenzen. Oder soll es nicht hier und da Kapitalisten geben, die lieber *Hitler* mit einer Anleihe retten, ehe sie auch nur den Anfang einer nun sozialen oder gar sozialistischen Ordnung akzeptieren.

71 Die ausgelassenen Ausführungen behandeln die Rolle der Militärs und speziell der Generäle im NS-Regime.

72 »Teno« war die »Technische Nothilfe«, NSKK hieß NS-Kraftfahrerkorps.

Wie dem auch sei. Der totalitäre Krieg mit allen seinen Folgen ist nur durch den Sturz *Hitlers* zu verhindern. Dies erkennen, heißt alles zu tun und nichts zu unterlassen, um *Hitler* vor dem Ausbruch des Krieges zu stürzen. Ist aber der Tempoverlust, den die Aussicht auf die soziale Revolution gegenüber der Kriegsgefahr hat, nicht aufzuholen, dann ist unsere Aufgabe auch im Krieg:

Kampf dem Faschismus
einerlei in welcher Uniform und in welchem nationalen Gewand er auftritt.

DOKUMENT 76

April 1937: Aufruf für konkrete Forderungen nach verbesserten Arbeitsbedingungen als Mittel im Kampf gegen das NS-Regime

Die Schiffahrt. Organ des Gesamtverbandes der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer Deutschlands. Angeschlossen an die ITF, Nr. 4, 1937, S. 16–18. Hektographierte Maschinenschrift.[1]

Was ist zu tun?

Der Kampf um bessere Löhne, um bessere Arbeitsbedingungen muß sofort eingeleitet werden! Natürlich nicht so, daß wir morgen schon im Konzentrationslager sitzen und uns vorher noch die Rippen gebrochen und die Zähne eingeschlagen werden von den Gestapohenkern![2]

Diesen besonderen Umständen im »3. Reich« muß natürlich Rechnung getragen werden.

Die beste Vorbereitung unseres Kampfes ist die Schaffung des gemeinsamen Kampfwillens aller Besatzungen der in der Binnenschiffahrt beschäftigten Schiffe, Boote und Schlepper!

Die Wenigen, die sich noch nicht klar sind, müssen davon überzeugt werden, daß *Hitler* mit seinen Unterhäuptlingen, mit seiner NSDAP, mit seiner DAF, Kraft durch Freude, Hitlerjugend, BdM, SS, SA, Reichsluftschutz, Gestapo, Polizei und Reichsheer oder Reichsmarine, mit der Wiederwehrhaftmachung des deutschen Volkes und mit der »Befreiung der Arbeit« nur einem einzigen Auftraggeber wirklich gedient ist, das ist der Großkapitalist, der Großreeder, der Großagrarier, der Finanzmagnat!

Unsere Forderungen sind:

Wiederherstellung der bis 1928 geltenden Spitzenlöhne, Fortfall aller nach [19]32 hinzugekommenen Abzüge.

Auszahlung des Arbeitslohnes auch in ausländischen Häfen in goldbeständiger Währung.[3]

14-tägiger Urlaub pro Jahr.

Ausarbeitung einer Bemannungsordnung für alle Fahrzeuge auf den Binnenwasserstraßen durch fahrende Binnenschiffer.

1 Der Text wurde am Schluß um zwei Absätze gekürzt. In der Vorlage fehlerhafte Satzkonstruktionen und zahlreiche Unterstreichungen.

2 Vgl. auch die ITF-nahen bzw. von der ITF mitgetragenen Flugblätter »Willst Du gesund bleiben?« (Dok. 59) und »Vorschlag eines gewerkschaftlichen Sofortprogramms« (Dok. 62). Vgl. aber noch 1936 die Aufforderung, sich nicht innerhalb der DAF zu engagieren und bei Forderungen nach verbesserten Arbeitsbedingungen vorsichtig zu agieren (Dok. 68).

3 Vielfach erhielten die Seeleute aufgrund der Devisenbewirtschaftung des NS-Regimes ihre Heuer nicht in ausländischer Währung ausbezahlt, sondern stets im Heimathafen in Reichsmark, so daß sie in den ausländischen Häfen kaum etwas an Land unternehmen konnten.

Schon die Diskussion dieser Forderungen an Bord und in den Häfen ist der Anfang unseres Kampfes.[4] Die Diskussion muß aber gleichzeitig in besonders geschickter Weise die steigenden Preise im deutschen Inlande in den Vordergrund stellen und niemals muß vergessen werden, die Wechselkurse der Reichsmark im Auslande (Rotterdam – Antwerpen heute gegen früher) zu nennen als Beispiel für den Wert der RM. Alle Beispiele von verstärkter Ausbeutung, weniger Lohn, weniger Bemannung, Nichtbezahlung von Überstunden, müssen immer wieder hervorgehoben werden in Gesprächen an Bord oder beim Zusammensein mit Kollegen von anderen Schiffen.

Indem wir eine möglichst breite Front von Kampfbereiten schaffen, bauen wir damit gleichzeitig auch die Voraussetzung für unsere neue Organisation, unsere neue Gewerkschaft.

Der Kampf selbst aber, ausgeführt mit der uns nach wie vor zur Verfügung stehenden klassischen Kampfwaffe der internationalen Arbeiterschaft – nämlich dem Streik[5] – kann der Lage in Deutschland entsprechend, in der ersten Zeit nur geführt werden im Ausland, wo es den Hitlerstaatsorganen nicht möglich sein wird, ihn niederzuschlagen.[6] In einem solchen Kampf werden Seeschiffahrt und Binnenschiffahrt zusammengehen, gestützt auf die tatkräftige Solidarität der ausländischen Arbeiterorganisationen und insbesondere der ITF und der an sie angeschlossenen Transportarbeiterorganisationen.

Jeder Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen ist aber gleichzeitig auch ein Kampf gegen das faschistische System der braunen Mordbrenner, ist ein Kampf für Wiederherstellung der Freien Gewerkschaften, für Freiheit und Recht der Arbeiterklasse in einem wirklich freien[7] Deutschland!

[...][8]

Die Vertrauensleute der Rheinschiffahrt.

DOKUMENT 77

19. 8. 1937: Karl Molt, Rorschach/Schweiz, berichtet Hans Jahn über den Fortgang der illegalen Arbeit

AdsD, ITF, Mappe 27. Unpaginiert. Maschinenschrift. Ohne Absender- und Adressatangaben. Ohne Ortsangabe. Handschriftliche Unterschrift.[1]

Lieber Hans [*Jahn*]!

Zunächst bestätige ich Dir Deine Briefe v. 22.7. u. 11.8.[1937]. Beantwortung erfolgt weiter unten, denn zuerst will ich Dir berichten, mit welchem Erfolg meine D[eutschland-]Reise abgeschlossen werden konnte.

4 Vgl. auch den Artikel »Möglichkeiten ...«, in: Die Schiffahrt, Nr. 12, 1937, S. 12–16.

5 In der Vorlage gesperrt.

6 Vgl. zur Situation im Inland 1936/37 eingehend Morsch, Arbeit, S. 423ff. Insgesamt blieben Streiks im Ausland selten, zumal die Streikenden damit rechnen mußten, bei der Rückkehr nach Deutschland verhaftet zu werden bzw. dann nicht mehr nach Deutschland zurückkehren zu können. Zu Aktionen im Ausland vgl. z.B. das Schreiben der Antwerpener Gruppe der ISH um Hermann Knüfken: Karl [d. i. Hermann Knüfken], an Liebe Genossen. R ...., den 25.4.1934 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/708/139, Bl. 38f.); ferner Dok. 61, 65.

7 Wie Anm. 5.

8 In den ausgelassenen Ausführungen wurde nochmals für die gemeinsame Aufgabe mit dem Hinweis ermuntert, daß der einzelne Seemann nicht allein stehe.

1 August Wernli war der Deckname von Karl Molt. Im Dokumentkopf handschriftliche Datierung: »19.8.[19]37«.

Aus den Dir bekannten Gründen kann ich Dir leider nur einen sehr beschränkten Bericht geben u[nd] muß alle Einzelheiten für unsere hoffentlich recht baldige Zusammenkunft aufsparen.[2] Wie immer werde ich Namen nicht nennen, mindestens nicht, soweit es sich um unsere Genossen handelt, u[nd] nur da, wo man sowieso nichts mehr kaputt machen kann, deutlicher werden.[3]

Meine Karten,[4] die Du nach Deiner Bestätigung erhalten hast, zeigen Dir ungefähr den Weg, den ich gegangen bin. Daß meine Aufgabe in erster Linie dem Wiederaufbau unserer Organisation galt, brauche ich nicht besonders erwähnen. Nicht unerwähnt will ich aber lassen, daß ich selbstverständlich auch meine anderen Freunde[5] bei dieser Gelegenheit aufsuchte.

Als Ergebnis kann ich Dir berichten, daß nunmehr im großen Ganzen das Ziel, das ich mir für dieses Jahr gesteckt habe, erreicht ist. Es ist jetzt eine feste Verbindungslinie von mir über Friedrichshafen, Aulendorf, Ravensburg, Ulm, Plochingen, Esslingen, Stuttgart, Kornwestheim, Heilbronn hergestellt, Abzweigungen nach Aalen-Crailsheim u[nd] Tübingen bis in den Schwarzwald, wo sich Stützpunkte befinden, werden von bestimmten Genossen weiter ausgebaut.

An den erstgenannten Orten befinden sich feste Gruppen unter Leitung je eines bewährten Genossen. An den letztgenannten Orten noch keine Gruppen, aber ein bewährter Genosse als Stützpunktleiter, dessen Aufgabe der weitere Ausbau ist.[6]

Du wirst Deine Freude daran haben, wenn Du einmal die Namen dieser prächtigen Menschen erfährst. Auf eine Überraschung will ich Dich heute schon hinweisen. Wir waren früher immer der Auffassung, daß unsere Arbeiter die bewährten Kerle seien, auch ich als Beamtensekretär habe diese Meinung geteilt u[nd] den Beamten nie viel zugetraut. Jetzt muß ich diesen Standpunkt revidieren, denn zu meiner angenehmen Überraschung sind es unsere früheren Beamtenfunktionäre, die jetzt den Laden schmeißen, während unsere Arbeiterfunktionäre, natürlich mit Ausnahmen, sehr indifferent sind.[7] Eine Erklärung dafür finde ich nur darin, daß es sich um eine Intelligenzfrage handelt, denn diejenigen, die von unseren Reihen Beamte geworden sind, sind durchweg auf Grund ihrer Leistungen Beamte geworden, denn nur zu gern hätte sie die Verwaltung ausgeschaltet u[nd] dafür ihre weniger intelligenten, aber um so willigeren Subjekte zur Anstellung gebracht.

Um die Beamten nicht allein zu beweihräuchern u[nd] um zu zeigen, daß die Arbeiter auch noch z[um] T[eil] auf dem Damm sind, möchte ich Dich an die Karte, die ich Dir aus Stuttgart schrieb, erinnern. Wenn Du sie hast, so nehme sie nochmals zur Hand, u[nd] wenn es Dir nicht bereits aufgefallen ist, so wirst Du darunter einen Dir sehr bekannten Namenszug sehen. Meinem persönlichen Einsatz ist es gelungen, ihn aus seiner Apathie, die viel auf seinen Krankheitszustand zurückzuführen ist, herauszuholen. Nachdem er überzeugt wurde, daß es Zweck hat u[nd] daß es viele brave

2 Dies geschah spätestens am 27./28.11.1937 in Arbon/Schweiz (Dok. 79). Vgl. auch die Antwort von Jahn an Molt vom 24.8.1937 (Dok. 78). Die Reise fand Ende Juli/Anfang August 1937 statt. Siehe hierzu die Angaben zu Anm. 10.

3 Vgl. auch den Bericht von Molt an Jahn vom 28.10.1936 (Dok. 73) sowie die Angaben zu Anm. 9.

4 Molt schickte Postkarten von den Treffpunkten seiner »Deutschland-Reise«. Vgl. auch Esters/Pelger, S. 79 Anm. 9.

5 D. h. die politischen Verbindungen Molts zu illegalen SPD-Gruppen. Vgl. bereits den Brief Molts vom 28.10.1936 (Dok. 73).

6 Vgl. auch die Organisations-Anlage von Hans Jahn vom 1.3.1936 mit den handschriftlichen Zusätzen (Dok. 69). Vgl. dagegen die skeptische Einschätzung von Wichers, Deutsche Sozialisten, S. 246f., der diese Verbindungen jedoch unterbewertet. Zugleich war Molt selbst kritisch gegenüber euphorischen Berichten und warnte vor Übertreibungen. Vgl. Anm. 9 sowie Dok. 73.

7 Vgl. auch das Protokoll des Grenztreffens in Arbon am 27./28.11.1937 (Dok. 79) sowie den Bericht von Molt vom 28.10.1936 (Dok. 73).

u[nd] tapfere Kerle in unseren Reihen gibt, geht er jetzt mit seinem alten Elan an die Sache ran.[8]

Die schlechtesten Erfahrungen habe ich bei unseren früheren Bonzen gemacht.

[...][9]

Selbstverständlich habe ich die Augen u[nd] die Ohren während meines 14-tägigen Aufenthaltes drüben sehr weit offengehalten, auch eine Anzahl sehr interessanter Berichte sind mir von den Einzelnen mitgegeben worden. Alles das will ich aber in einem besonderen Bericht zusammenstellen u[nd] sie, mit meinen Reiseeindrücken verbunden, Dir in Bälde zukommen lassen.[10]

Heute will ich Dir nur mitteilen, daß unsere Organisation im Bezirk Württemberg lebt u[nd] nicht, nie u[nd] nimmer, getötet werden kann.[11]

Und nun zur Beantwortung Deiner Briefe. Ich teile Deine Auffassung, daß [die] Geade[12] sowie auch die Westvertretung[13] nie die Anforderungen, die man an eine wirkliche Koordination stellen muß, erfüllen. Ich wollte von Dir auch nicht so verstanden werden, denn wenn ich bei der Westvertretung mitmachte, so nur deshalb,

8 Gemeint ist Wilhelm Kraft, der in Jahns Organisationsanlage als »Gaugraf« für Württemberg vorgesehen war (Dok. 69) und den Molt jedoch angeblich erst Ende 1936 wieder für die illegale Arbeit gewinnen konnte. Vgl. Dok. 70, 73 sowie Anm. 11.

9 In den ausgelassenen Ausführungen nannte Molt einzelne frühere Eisenbahnergewerkschafter mit Namen, die aus Angst, Desinteresse oder aufgrund ihrer Akzeptanz des NS-Regimes und teilweise aktiver Mitarbeit in NS-Organisationen kein Interesse an früheren Verbindungen besaßen bzw. diese ablehnten oder eine Anfrage von Molt von vornherein sinnlos und gefährlich scheinen ließen.

10 Der Bericht liegt nicht vor. Molt informierte Jahn und Fimmen aber wenig später mündlich beim Treffen in Arbon am 27./28.11.1937 (Dok. 79).

11 Die Verbindungen von Molt hielten jedoch nur ein knappes Jahr. Im Zusammenhang weitreichender Ermittlungen der Gestapo Frankfurt gegen die Funkengruppen und Beobachtungen der Aktivitäten um Karl Molt nahmen die Gestapo Stuttgart und Karlsruhe zahlreiche Personen fest. Am 21.7.1937 wurde zunächst Fridolin Endrass aus Friedrichshafen verhaftet, am 24.7. 1937 dann Friedrich Züfle (23.1.1891–17.12.1938 [in Untersuchungshaft umgekommen]) aus Ulm, Friedrich Mössner (geb. 2.9.1888) aus Ulm, Eugen Schweizer (geb. 8.1.1902) aus Kemnat bei Stuttgart, Erwin Koch (geb. 25.1.1892) aus Stuttgart, Richard Neutz (geb. 2.1.1897) aus Heilbronn, Otto Dillenz (geb. 30.8.1884) aus Esslingen, Wilhelm Kraft aus Stuttgart-Untertürkheim, Friedrich Schlotterbeck aus Esslingen, Paul Hildebrandt (geb. 1.8.1889) aus Meiningen, Jakob Müller (geb. 2.2.1890) aus Friedrichshafen, Reinhold Beck (geb. 5.8.1893) aus Aulendorf, Luise Züfle (geb. 22.10.1895) aus Ulm, Johanna Endrass (geb. 4.12.1897) aus Friedrichshafen, Otto Wissler (geb. 26.11.1907) aus Kemnat bei Stuttgart. Vergeblich versuchte die Gestapo Karl Molt nach Deutschland zu locken.
Der Vorwurf des Volksgerichtshofs lautete auf Unterstützung der ITF angeleitet von Karl Molt. Die Verbindung wurde entweder direkt über Molt und Endrass oder indirekt über den wenig später ebenfalls verhafteten Kurier, den Schweizer Staatsangehörigen Josef Riedlin (geb. 24.1.1915) aus Rorschach/Schweiz sowie postalisch innerhalb des Deutschen Reiches zwischen einzelnen Festgenommenen gehalten. Vgl. hierzu insgesamt: Gestapo Stuttgart, Lageberichterstattung für den Monat Juli 1938, vom 30.7.1938 (BA, R 58, Nr. 446, Bl. 338–341) sowie die Ermittlungsakten, die Anklageschriften des Oberreichsanwalts und die Urteilsschriften des Volksgerichtshofes gegen Fridolin Endrass und Josef Riedlin, Nr. 6 J 374/38g // 1 H 37/39, vom 25.11.1939; dass. gegen Jakob Müller u.a., Nr. 6 J 243/39 // 1 H 51/39, vom 24.11.1939; dass. gegen Friedrich Schmidt, Nr. 6 J 244/39g // 1 H 52/39, vom 25.11.1939 (alle: Widerstand als Hochverrat, Microfiche-Ausgabe). Vgl. auch Dok. 73, 79. Zu den Ermittlungen gegen die Funken-Gruppe in Frankfurt/Main vgl. Angaben in Dok. 73 Anm. 12 sowie Dok. 80.

12 D. h. die »Gewerkschaftliche Auslandsvertretung deutscher Gewerkschaften« bzw. ADG. Vgl. eingehend Kap. II der Dokumente.

13 D. h. die von Gerhard Kreyssig vertretene Gruppe der ADG in Frankreich. Vgl. eingehend Kap. II und VII der Dokumente.

weil ich darin eine Möglichkeit sah, Komotau[14] auszuschalten. Du hast dies auch ganz richtig erkannt, »Westvertretung« ist nur als Konkurrenz zu Komotau anzusprechen, nie als Lösung der wirklichen Koordination.

[...][15]

Und nun zu Deinem Vorschlag zur Lösung der Koordinationsfrage.[16] Ich habe den Entwurf mit meinen Freunden gemeinschaftlich durchberaten u[nd] kann Dir als Ergebnis unserer Aussprache mitteilen, daß wir im großen u[nd] ganzen mit dem Vorschlag einverstanden sind. Wir behalten uns aber vor, [uns] über einige grundsätzliche Fragen in nächster Zeit noch ausführlich zu äußern, u[nd] zwar in engster Zusammenarbeit mit unseren Freunden in Deutschland, u[nd] das Ergebnis Dir raschestens zu übermitteln.

Darf ich Dir aus meiner Praxis heute schon einige Beispiele unterbreiten, die ich trotz meinem Einverständnis mit Deinem Vorschlag, die I. Arbeit[17] den I[nternationalen] B[erufs-]S[ekretariaten] zu unterstellen, einfach nicht in diesen Rahmen hineinbekomme, ohne eine äußerst starke Gefährdung der I. Arbeit[18] überhaupt darin zu erblicken. Nehme diese Beispiele sehr ernst, denn es sind nicht Einzelfälle, sondern so sehen die Dinge fast überall aus. Gebe mir auch ausführlichen Bescheid, wie Du Dir in solchen Fällen die Arbeit bezw. die Eingliederung in die I[nternationalen] B[erufs-] S[ekretariate] vorstellst.

Die Gewerkschaften, Parteien u[nd] alle Einrichtungen der Arbeiterklasse in Deutschland sind bei der Machtübernahme durch *Hitler* restlos zusammengebrochen. In den Köpfen unserer Kollegen u[nd] Genossen ist eine Welt zusammengebrochen. Ein Teil ist sofort zu den neuen Machthabern übergegangen, ein anderer, wahrscheinlich der größte Teil hat sich resigniert zurückgezogen u[nd] ist bis heute noch indifferent, u[nd] nur ein ganz kleiner Teil dieser großen deutschen Massenbewegung ist aufrecht stehen geblieben. Dieser ganz kleine Teil ist für unsere I. Arbeit[19] brauchbar. Hier muß man untersuchen, wie haben sich diese wenigen Genossen wieder zusammengefunden, nachdem ihre Einrichtungen zerstört waren. Am wenigsten in den Betrieben, viel häufiger auf gesellschaftlicher u[nd] freundschaftlicher Grundlage.[20] Also auf der Grundlage der Freundschaft u[nd] des Vertrauens. Es bildeten sich also sogenannte Vertrauenskameradschaften u[nd] Zirkel außerhalb des Betriebes. Man

14 Komotau/CSR war der Sitz der Geade bzw. ADG unter Führung von Heinrich Schliestedt.

15 In den ausgelassenen Ausführungen ging Molt auf die Konkurrenzen und Konflikte um die Aufgaben und Funktionen der ADG sowie insbesondere auf die Streitigkeiten zwischen ITF und Heinrich Schliestedt ein. Vgl. u.a. Dok. 22, 35.

16 D. h. zur Koordination der illegalen Arbeit der Exilgruppen und der Verbindungen zwischen Exil und Illegalität. Vgl. den Aufsatz von Hans Jahn, Gedanken eines Illegalen [vom 1.3.1935], gekürzt abgedruckt in: Sozialistische Warte Nr. 18, 15.9.1937, S. 418–422, sowie den Bericht von Jahn über seine illegale Arbeit 1933 bis 1936 vom 15.12.1936 (Dok. 75). Molt spielte insbesondere auf Jahns Stellungnahme zu einem Plan von Heinrich Schliestedt vom 4.8.1937 an, der innerhalb der Emigrationsgruppen kursierte und abgedruckt wurde unter der Überschrift: »Deutsche Gewerkschafter im Auslande« in: Sozialistische Warte, Nr. 20, vom 15.10.1937, S. 467–470. Vgl. dort die Diskussionsbeiträge, u.a. von Fritz Kramer [d. i. Hans Jahn], Gewerkschafts-Diskussion, in: Sozialistische Warte, Nr. 23, vom 5.11.1937, S. 547–551. Vgl. auch Kap. II der Dokumente, u.a. Dok. 42.

17 D. h. die »illegale Arbeit«.

18 Ebd.

19 Ebd.

20 Dies richtete sich gegen die Thesen von Hans Jahn, daß die Betriebe die Keimzellen der Widerstandstätigkeit seien. Vgl. Jahns Bericht über seine illegale Arbeit 1933–1936 (Dok. 75), sowie Jahns Antwort auf diesen Brief von Molt vom 24.8.1937 (Dok. 78).

kannte sich aus der Partei, aus dem Sportverein, aus dem Gesangsverein usw. Richtig ist doch, daß unsere Freunde, soweit sie unserer Bewegung voll u[nd] ganz angehörten, auch außerhalb des Betriebes mit Gleichgesinnten auch in ihrer Freizeit zusammen sein wollten. Und nun, mit wem traf man sich am Sonntag in den Einrichtungen der Bewegung, mit der Elite der Arbeiterklasse. Sie setzten sich aus allen Betrieben, allen Berufen, allen Gewerkschafts- u[nd]-Parteirichtungen u[nd] Schattierungen zusammen. Man war eben befreundet, man wußte, daß man mit einem echten Kerl zusammen war. Und aus diesen Freundschaften bildeten sich nach dem Zusammenbruch die ersten Kader. Vertrauenskader unabhängig vom Partei- u[nd] Gewerkschaftsbuch, unabhängig von Beruf u[nd] Betrieb. Man wußte nur, es sind echte Kerle. Vertrauen gegen Vertrauen.

[...][21]

Wie denkst Du Dir die Eingliederung all dieser Genossen unter die I[nternationalen] B[erufs-]S[ekretariate], die Führung haben die Eisenbahner, es sind aber Metallarbeiter, Holzarbeiter, Lebensmittelarbeiter usw. darunter.

Ich will Dich mit weiteren Beispielen nicht aufhalten. Dieses eine beleuchtet schon die Schwierigkeiten, auf die wir stoßen werden, wenn wir nach Schema verfahren wollten. Vertrauenskameradschaften können u[nd] dürfen wir nicht auseinanderreißen, abgesehen davon, daß die Freunde drüben das auch gar nicht mitmachen würden. Die Zeiten sind endgültig vorbei, wo wir ein Rundschreiben herausgeben u[nd] alles wird bis ins Kleinste durchgeführt.[22]

Die Freunde drüben fragen nicht, aus welchem Betrieb der Genosse ist, welchen Beruf er hat oder welches Parteibuch er einmal in der Tasche hatte. Nein sie fragen nur, ob er ein braver, tapferer Kerl ist. Sie sammeln ihre Freunde unabhängig nach Betrieben u[nd] Berufen, sondern sie scharen alle diejenigen um sich, zu denen sie Vertrauen haben u[nd] von denen sie wissen, daß sie auch den notwendigen Mut haben, im Kampf ihren Mann zu stehen.

Selbstverständlich gibt es auch reine Berufs- u[nd] Betriebskader, die ohne weiteres in Deinen Vorschlag hineinpassen. Aber wissen müssen wir u[nd] unsere Freunde drüben, was mit den sogenannten Vertrauenskameradschaften geschieht u[nd] wo u[nd] wie sie eingefügt werden. Ob Dein Vorschlag, sie als Hospitanten aufzunehmen, ausreichend erscheint, vermag ich erst zu sagen, wenn Du mir eingehender berichtet hast.

Ich glaube, ich habe Dir nun so ziemlich alles beantwortet.

Damit ich es nicht vergesse. Kannst Du mir illeg[ales] Material besorgen. Kleinformat, dünnes Papier. Ich möchte mich nämlich, wenn ich anderweitig bedient werden kann, von Prag vollständig freimachen. Bis jetzt muß ich leider immer noch die S[ozialistische] A[ktion] benützen.[23] Gebe mir bald Antwort.

Mit herzl[ichen] Grüßen
Dein August Wernli.

21 Die ausgelassenen Ausführungen behandeln ein nicht näher gekennzeichnetes Beispiel für illegalen Zusammenhalt, die Gründung bzw. Weiterführung eines Gesangsvereins als Deckadresse für gemeinsame Treffen.

22 Dies war die Standardkritik an der Gewerkschaftsführung vor 1933.

23 In Prag war der Hauptsitz der Sopade. Vgl. zur Sozialistischen Aktion: Stroech, S. 98f. Vgl. auch die Überlegungen, Material der ITF bzw. des ISK zu verteilen (Dok. 70, 80).

DOKUMENT 78

24. 8. 1937: Hans Jahn antwortet Karl Molt, Rorschach/Schweiz, zur Organisation der illegalen Arbeit in Süddeutschland

AdsD, ITF, Mappe 46. Unpaginiert. Maschinenschrift. Ohne Absender- und Adressatangaben. Ohne Ortsangabe. Ohne Unterschrift.[1]

24. August 1937

Lieber Karl [*Molt*]!

Besten Dank für Deinen Bericht vom 19.8.[19]37.[2] Wie ich weiterhin aus Deinem Schreiben zu entnehmen glaube, willst Du mir neben einem mündlichen Bericht auch noch schriftlich einiges Interessante über Deine abgeschlossene Reise mitteilen. Du kannst Dir vorstellen, daß ich auch darauf sehr gespannt bin.

Aus Deinen Karten konnte ich Deine Reise verfolgen.[3] Daß Du von dem Ergebnis befriedigt bist, freut mich außerordentlich, auch ich drücke meine Genugtuung darüber aus, daß Du an den angegebenen Orten Stützpunkte und Gruppen errichten konntest, sodaß die Grundlage für unsere i[llegale] Arbeit in diesem Bezirk gegeben ist. Auch ich habe wie Du die Erfahrung gemacht, daß ein gut Teil Beamtenkollegen heute äußerst aktiv ist, während ein Teil der Arbeiter resigniert. Allerdings sind auch die Arbeiterfunktionäre, dort wo sie sich für die Sache einsetzen, hundertprozentig. Ich erinnere Dich nur an die Unterschrift auf der Karte von Stuttgart, die mir sofort sagte, daß Wilhelm [*Kraft*][4] von seinem Krankenlager[5] genesen ist und sich wieder in unsere Front eingegliedert hat. Das letzte Lebenszeichen, daß ich von ihm erhielt, war eine Karte von seinem Krankenlager.

Daß Du mit den Bonzen schlechte Erfahrungen machen würdest, hätte ich Dir von vornherein sagen können. Auf jeden Fall bestätigst Du durch Deine tatsächliche Erfahrung noch einmal meine Meinung über die Mehrzahl der Leute, die wir einst mit hohen Kosten hindurchgeschleppt haben. Ein Lichtblick ist, daß Freund »*nim*«[6] aus Deiner Heimatstadt die hundertprozentige Ausnahme unter der dortigen ehemaligen Bonzokratie ist.

Ill[egales] Material im Kleinformat und dünnem Papier kann ich Dir besorgen. Einige Exemplare liegen diesem Briefe bei. Ich würde es begrüßen, wenn Du Dich von der S[ozialistischen] A[ktion] und damit von Prag lösen könntest.[7] Es wäre zweckmäßig, wenn Du mir eine Deckadresse angeben könntest, damit ich Dich per Drucksache ausreichend beliefern kann. Sieh bitte zu, daß Du mir eine solche baldmöglichst mitteilen kannst, mit der gleichzeitigen Angabe der Anzahl der Exemplare.[8]

1 Die Autorenschaft von Hans Jahn folgt aus dem Kontext der Briefe.
2 Vgl. Dok. 77.
3 Vgl. hierzu Esters/Pelger, S. 79.
4 Vgl. auch Dok. 77. Die Karte selbst ließ sich nicht ermitteln.
5 Gemeint ist seine bisherige Abstinenz von der illegalen Arbeit.
6 Die Person konnte nicht eindeutig ermittelt werden. Gemeint ist möglicherweise ebenfalls Wilhelm Kraft.
7 Vgl. Dok. 77.
8 Am 14.10.1937 informierte Jahn Molt über eine Sendung von 10 Exemplaren »Fahrt frei« (AdsD, ITF, Mappe 17). Zur weiteren Belieferung mit illegalem Material vgl. die Abmachung zwischen Molt, Jahn und Fimmen am 27.11.1937 in Arbon/Schweiz (Dok. 80). Vgl. auch Fimmen an Molt, vom 30.11.1937 (AdsD, ITF, Mappe 17). Zur Deckadresse von Molt vgl. dessen Mitteilung an Fimmen vom 11.4.1938 (AdsD, ITF, Mappe 46). Danach war seine neue Anschrift: Theodor Surbeck, Rorschach (Kanton St. Gallen), Schönbrunnstr. 13a. Surbeck war Verbindungsmann der Schweizerischen Flüchtlingshilfe.

Und nun zu meinem Vorschlag, dem Ihr im großen und ganzen Eure Zustimmung gebt.[9] Die von Dir geäußerten Bedenken zwecks Eingliederung von eigen gewachsenen Gruppen im Reich können leicht zerstreut werden. Worauf kommt es an? Es kommt darauf an, zu begreifen, daß eine Umwälzung im 3. Reich nur von den Betrieben ausgehen kann.[10] Da wir nicht in einem luftleeren Raum bauen wollen, sondern die verdammt ernste Absicht haben, den Faschismus zu Fall zu bringen, müssen wir mit allen Mitteln und mit aller Konsequenz den Weg beschreiten, der allein zum Sturze führt. Die Aufgabe ist und bleibt also, im Endziel alles, was im Reich illegal tätig ist, von uns geistig zu beeinflussen und organisatorisch so zu lenken, daß jeder einzelne Kämpfer letzthin seine historische Aufgabe, die er im Betriebe zu spielen hat, erkennt und für den Auf- und Ausbau von Betriebskadern Sorge trägt. Die jetzt im Reiche vorhandenen Vertrauenskameradschaften dürfen natürlich unter keinen Umständen zerschlagen werden. Ich bin gleichfalls der Meinung, daß der Wille und die Auffassungen der illegalen Kämpfer im Reich berücksichtigt werden müssen. Ich bin fernerhin der Auffassung, daß wir diese Gruppierungen unbedingt in unserer Hand behalten müssen, um sie nicht der geistigen Beeinflussung der »Gleichschalter«[11] oder der Vertreter des trojanischen Pferdes[12] anheim fallen zu lassen. In meinem Vorschlage spreche ich ausdrücklich davon, daß die Grundlage jeder illegalen Arbeit das Vertrauen ist und daß eine Koordination vorerst nur im Auslande stattfinden soll, weil sie im Inlande einfach zu einer Katastrophe führen würde.[13]

Die Verhältnisse im Reich bezgl. des organisatorischen Lebens haben sich grundverschieden entwickelt. In ganzen Teilen des Reiches haben sich reine Betriebsgruppen gebildet und aus diesen Teilen des Reiches gehen uns auch die meisten Mitteilungen über Widerstandsregungen zu. Wie weit eine Stimmungsänderung in den Betrieben bereits Platz gegriffen hat, kannst Du aus einem Rundschreiben der DAF ersehen, das ich mit Kommentar in der nächsten Nummer von »Freies Deutschland« veröffentliche. Auch dieses Rundschreiben – ein für uns historisches Dokument – stützt meine These von der Notwendigkeit der Betriebsarbeit unter dem Faschismus.[14]

9 Vgl. die Darstellung von Hans Jahn in seinen Beiträgen »Gedanken eines Illegalen« und »Gewerkschafts-Diskussion« im Oktober und November 1937 in der Zeitschrift Sozialistische Warte (Dok. 77 Anm. 16).
10 Molt hatte hierzu eine entgegengesetzte Position bezogen. Vgl. Dok. 77.
11 Gemeint sind einzelne frühere Spitzenfunktionäre des ADGB.
12 D. h. die Beeinflussung durch die KPD.
13 Jahn bezog sich hier auf seine Erfahrungen bei der illegalen Tätigkeit im Reich bis zu seiner Flucht im Juni 1935. Vgl. Dok. 75.
14 Vgl.: Ein Dokument des Stimmungs-Umschwungs. DAF-Rundschreiben »Nach übereinstimmenden Berichten ...«, in: Freies Deutschland. Organ der deutschen Opposition, 1. Jg., Nr. 33, vom 26.8. 1937, S. 3. Das undatierte Rundschreiben wurde von der DAF-Gauwaltung im Gau Kurmark als »streng vertraulich« an die DAF-Kreisverwaltungen verschickt. Das Rundschreiben behandelte die Schwierigkeiten beim Aufbau der NSBO und DAF-Betriebsorganisation in einzelnen mittelständischen Unternehmen im Berliner Umland, DAF-interne Auseinandersetzungen in den Betrieben, schlechte Vertrauensratswahlergebnisse und Unzufriedenheit in den Belegschaften z.B. über die Tätigkeit des Vertrauensrates, die auch von DAF- bzw. NSDAP-Mitgliedern unter den Beschäftigten artikuliert wurde und die teilweise von ehemaligen Gewerkschaftsfunktionären unter den Arbeitnehmern geschürt worden sei. Die DAF rief dazu auf, in den Betrieben »ein wachsames Auge auf alle Vorgänge« zu richten. »Verdächtig erscheinende Arbeiter« sollten »in ihrer Tätigkeit und in ihren Gesprächen scharf« beobachtet werden, »eventuell auch außerhalb des Betriebes.« Ferner sollten die »früheren Einstellungen« überprüft werden. Die DAF wollte so in den Betrieben öffentlich ausgetragene Auseinandersetzungen zwischen Betriebsfunktionären und Vertrauensratsmitgliedern um vermeintliche Besserstellungen einzelner Funktionäre vermeiden. Vgl. zu dieser Zeitschrift Stroech, S. 209f.

Mein Vorschlag bezweckt also in erster Linie, die Kollegen und Genossen zusammen zu fassen, die nach dem Reiche hin lebendige Verbindung haben. Wenn ich dabei als Grundlage die I[nternationalen] B[erufs-]S[ekretariate] und im Bedarfsfalle den IGB nehme,[15] so deshalb, um endlich der neuen Bewegung, unabhängig von allen Parteien und Parteieinrichtungen, eine solide finanzielle Grundlage zu geben.[16] Dies können wir nur, wenn wir den Neuaufbau auf betrieblicher und damit gewerkschaftsähnlicher Grundlage vornehmen. Nehme ich z.B. Deinen Fall. Du hast neben Eisenbahnern auch andere Freunde, mit denen Du in ständiger Verbindung stehst. Diese anderen Freunde, die Metallarbeiter, Lederarbeiter oder [was sie] was weiß ich sonst noch sind, gibst Du nicht ab, sondern betreust sie nach wie vor. Du bist ihr Vertrauensmann und als solcher bei den zuständigen I[nternationalen] B[erufs-]S[ekretariaten] durch den dort akkreditierten Mann anerkannt. Du erhälst vom I[nternationalen] B[erufs-]S[ekretariat] alles erforderliche Material und – immer unter der Voraussetzung, [daß] der Finanzierungsplan Wirklichkeit wird – die notwendigen Mittel, um die ill[egale] Arbeit in unserem Sinne weiter zu verrichten. Deine Aufgabe ist dann, die übrigen von Dir erfaßten Kameraden dahingehend aufzuklären, daß sie über ihre Vertrauenskameradschaft hinaus in ihren Betrieben die von uns gestellte Aufgabe erfüllen. Die Vertrauenskameradschaften können also Ausgangspunkt von Betriebskadern werden, weil sich dort die ganzen Kerle, die den notwendigen Mut zum Kampf haben und die ihren Mann stehen – um mit Deinen eigenen Worten zu sprechen – gefunden haben. Unsere Aufgabe und damit auch Deine Aufgabe ist also, diese Leute an den Platz zu bringen, von dem aus der Sturz des Faschismus eingeleitet und durchgeführt werden muß. Mit Deiner Eingliederung in das I[nternationale] B[erufs-]S[ekretariat][17] ist also meine vorgeschlagene Koordination vorerst abgeschlossen, weil, wie vorhin schon gesagt, eine solche im Reiche z[ur] Z[ei]t unmöglich ist. Nach dem Reiche hin wird aber der in der Koordination tätige Wille und die in ihr gesammelte geistige Erkenntnis ausstrahlen auf alle die Kameraden, die mit uns in Verbindung stehen und die zur Erreichung unseres gewollten Zieles unserer Anleitung und Betreuung bedürfen. Ich glaube mich klar genug ausgedrückt zu haben, was Deinen Fall angeht. Nehmen wir Freund [Anton] *Döring*[18] als 2. Fall. Auch er hat Verbindungen nach einem Teil des Reiches. Auch seine Verbindungen sind notwendigerweise verschiedenartig zusammengesetzt. Aber er beeinflußt seine Kameraden und er richtet sie in dem von ihm gewünschten Sinne aus. Dabei stellen wir mit besonderer Freude fest, daß er fast restlos mit uns auf diesem Gebiete konform geht. Auch er könnte sich dazu als der Vertrauensmann einer Gruppe einem I[nternationalen] B[erufs-]S[ekretariat] anschließen, genau wie Du durch mich. Daß er dabei höchstwahrscheinlich zu uns stoßen würde, bedeutet nur, daß unser Einfluß in den von mir vorgeschlagenen Ausschüssen[19] außerordentlich wachsen würde und wir dadurch die Gewähr hätten, daß endlich die drinnen von unseren ill[egalen] Kämpfern so sehnlichst gewünschte Einheit auf gesunder und natürlicher Basis erstehen würde. Ich betrachte also meinen Vorschlag als durchaus durchführbar und, was wohl wichtiger ist, als im Augenblick

15 Vgl. den Beitrag von Fritz Kramer [d. i. Hans Jahn], Gewerkschafts-Diskussion (Anm. 9).

16 Vgl. zu ähnlichen Zielen auch die wiederholten Überlegungen im Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands, u.a. Dok. 44. Daneben ging es Jahn aber auch darum, seinen Einfluß und seine Position zu wahren, die er durch den direkten Kontakt zu Edo Fimmen aufgebaut hatte.

17 D. h. in die ITF.

18 Anton Döring war Leiter der »Funken-Gruppe« in der Schweiz und besaß enge Beziehungen zu Molt. Gleichzeitig verfügte er über Kontakte zu illegalen Gruppen aus dem Zentralverband der Angestellten in Frankfurt/Main. Vgl. Dok. 73 Anm. 17. Vgl. auch das Protokoll über Besprechungen in Arbon/Schweiz am 27./28.11.1937, an denen einmal auch Döring beteiligt war (Dok. 80).

19 Vgl. zu den »Arbeitsausschüssen«, wie sie z.B. auch von den Bergarbeiter-Gewerkschaftern um Franz Vogt befürwortet wurden, Dok. 44.

die einzige Möglichkeit, zu einer nutzbringenden und erfolgversprechenden Arbeit zu gelangen. Daß der Vorschlag noch verbesserungsfähig und -bedürftig ist, steht außer Zweifel. Er wird nicht nur von Euch, sondern auch noch an anderer Stelle[20] eingehend durchdiskutiert und ich hoffe, daß das Endergebnis dieser in proletarischer Demokratie durchgeführten schriftlichen Aussprache ein der geschichtlichen Situation angepaßtes und entsprechendes ist.

In der Hoffnung, soweit als möglich Dir – und damit Euch – die gewünschte Aufklärung gegeben zu haben und in der Hoffnung recht bald wieder von Dir zu hören, bin ich mit herzlichen Grüßen

Dein

DOKUMENT 79

27./28. 11. 1937: Grenztreffen in Arbon/Schweiz und Informationsaustausch zwischen Reichsleitung und illegal tätigen Gewerkschaftern aus Süddeutschland

AdsD, ITF, Mappe 46. Unpaginiert. Maschinenschrift. Für den Abdruck gekürzt. Maschinenschriftliche Unterschrift.[1]

Bericht vom Grenztreffen Arbon am 27. und 28. 11. 1937.

Anwesend: [Edo] *Fimmen*, [Fritz] *Kramer*, [Karl] *Molt*, *Andreas* und *Ferdinand*.[2]

20 U.a. in der »Freien Sozialistischen Tribüne« der Zeitschrift »Sozialistische Warte« 1937/38 unter der Überschrift »Gewerkschaftsdiskussion«, z.B.: Fritz Kramer [d. i. Hans Jahn], Gewerkschafts-Diskussion (Anm. 9); Gerhard Kreyssig, in: Nr. 26, 26.11. 1937, S. 621–624; ders., in: Nr. 28, 10.12.1937, S. 666–668; Walter Dirksen [d.i. Walter Auerbach], in: Nr. 29, 17.12.1937, S. 694–696; Koordinations-Ausschuß, in: Nr. 30, 24.12.1937, S. 718–720; G.W. [d.i. Gerhard Kreyssig], in: Nr. 31, 31.12.1937, S. 743f.; o.V., in: Nr. 3, 21.1.1938, S. 72; USG, in: Nr. 4, 28.1.1938, S. 90–92. Vgl. zu diesen Konflikten Kap. II der Dokumente.

1 Fritz Kramer war der Deckname von Hans Jahn. Das Protokoll wurde um ca. 2/3 gekürzt, wobei die Berichte aus dem Reich über die Lage der Rüstungsindustrie, über die Entwicklung der Löhne, Ernährungssituation, über das Winterhilfswerk, die Rohstofflage, die Aktionen gegen die katholische Kirche sowie über Verhaltensweisen einzelner führender Nationalsozialisten gestrichen wurden. Vgl. auch das zeitgleiche Protokoll über interne Besprechungen der ITF (Dok. 80). Zum Ablauf vgl. die Vorbereitungen und den Vorschlag für den Ablauf durch Karl Molt in: Jahn an Karl [Molt], vom 14.10.1937; August Wernli [d. i. Molt] an Hans [Jahn], vom 18.10.1937 sowie das Dankschreiben von Fimmen an Molt vom 30.11.1937 (AdsD, ITF, Mappe 17). Zu diesem Treffen vgl. auch die auf dem Protokoll fußende Darstellung von Esters/Pelger, S. 79; Wichers, Deutsche Sozialisten, S. 247.

2 Nach einer Namensliste mit Deck- und Klarnamen, die Molt an Fimmen schickte, handelt es sich bei »Ferdinand« um Jakob Müller aus Friedrichshafen. Liste in: AdsD, ITF, Mappe 46. Mit »Andreas« war Fridolin Endrass gemeint. Er führte seit der Besprechung in Arbon den Decknamen »Alex«, der auch auf der Namensliste von Molt für Fimmen hinter seinem Namen als Deckname vermerkt war. Auch die Angabe einer Adresse in Friedrichshafen deutet auf Endrass, da nur drei Anschriften in Friedrichshafen auf der Deck- und Klarnamenliste angegeben waren (Fridolin Endrass, Jakob Müller, Franz Gertel). Molt erinnerte in einem Brief an Fimmen vom 11.4.1938 (AdsD, ITF, Mappe 46) an die beiden Konferenzteilnehmer aus Friedrichshafen, von denen einer nicht mit Franz Gertel verwechselt werden dürfe. Vgl. auch die Anklageschriften A und B des Oberreichsanwalts gegen Fridolin Endrass und gegen Jakob Müller, Nr. 6 J 374/38g, vom 5.7.1939, S. 31 bzw. S. 11 (Widerstand als Hochverrat, Microfiche-Ausgabe). Vgl. zur Entwicklung die Angaben in Dok. 70, 73, 77.
Fridolin Endrass (15.3.1893–23.2.1940) war 1925–1931 Unterkassierer, 1929–1931 Schriftführer und 1931–1933 Vorsitzender des Einheitsverbandes der Eisenbahner in Friedrichshafen, 1937/38 illegale Arbeit für die ITF und Verbindungen zu Karl Molt, nach der Verhaftung am 21.7.1938 KZ

Kramer erläuterte die Arbeitsweise der ITF bezgl. der ill[egalen] Arbeit und gab die Richtlinien bekannt, die für die Funktionäre der neuen Bewegung maßgebend sind.[3]

Fimmen gab ein längeres außenpolitisches Exposé und betonte gleichfalls, daß wir uns nur auf uns selbst verlassen können und dürfen.

Die beiden Freunde aus dem Reich waren außerordentlich erfreut über die Aufklärung und sprachen den Wunsch aus, periodisch in den Besitz solch wichtiger Mitteilungen zu gelangen.[4]

Beide berichteten übereinstimmend, daß die sogenannte »alte Garde« der Freigewerkschafter absolut treu geblieben ist.[5] Die Opposition regt sich heute mehr, als es noch vor 1 bis 2 Jahren möglich war. Ihrer Meinung nach ist – bis auf die Leute, die an der Futterkrippe sitzen – das gesamte Volk unzufrieden. Organisierte Widerstandsregungen, die sich direkt gegen das System wenden, sind noch nicht möglich. Von der Tatsache, daß wichtige Funktionäre der früheren Organisation – speziell Beamte[6] – strafversetzt worden sind, profitieren wir jetzt. So erhält beispielsweise der leitende Beamte des Werkes unser Material und betont immer wieder, wenn nur diese Quellen nicht versiegt. In anderen Orten werden die strafversetzten Kollegen bei der Dienstzuweisung bevorzugt behandelt.

Über die Frage der Dienstplankommissionen wird der hierfür infrage kommende sachverständige Mitarbeiter *Moritz*[7] umgehend ausführlichen Bericht an uns senden. Jetzt kann schon festgestellt werden, daß die Betriebsbeamten bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit ausgenutzt werden, teilweise in einem Zeitraum von 6 Tagen kaum Zeit zum Schlafen erhalten haben. Wurden Vorstellungen gegen eine derartige Ausnützung erhoben, sind diese mit dem Hinweis auf die Stockungen im Verkehr zurückgewiesen worden.

Schwer empfunden wird von der Arbeiterschaft die Unterbindung der Freizügigkeit. Bei Arbeitsplatzwechsel erhält der betreffende Mann beim Arbeitsamt 13 Wochen Sperrfrist, also weder Unterstützung noch Arbeitsvermittlung. Nach 13 Wochen kann er vermittelt werden, jedoch erfolgt die Einstellung durchweg unter Tariflohn. Erst nach weiteren 13 Wochen, nach der sogenannten Einarbeitung, wird die unterste Stufe des Tariflohns gezahlt. Eine diesb[e]z[ü]gl[iche] Verfügung oder Anordnung der Arbeitsfront besteht anscheinend nicht, es wird nach stiller Übereinkunft so verfahren.

[...][8]

gez. Kramer

Welzheim, vom Volksgerichtshof am 24.11.1939 zum Tode verurteilt und am 23.2.1940 hingerichtet.
Jakob Müller (geb. 2.2.1890) war 1921–1923 und 1925–1930 Vorsitzender und Ende 1931 bis Januar 1932 2. Vorsitzender der Ortsverwaltung Friedrichshafen des Einheitsverbands der Eisenbahner Deutschlands, 1925–1931 Betriebsratsvorsitzender im Reichsbahnausbesserungswerk Friedrichshafen, nach 1933 DAF, Beisitzer im Oberversicherungsamt in Ravensberg, Tätigkeit als Schmied, illegale Tätigkeit für die ITF in Kontakt zu Fridolin Endrass und Karl Molt, am 24.7.1938 verhaftet, vom Volksgerichtshof am 25.11.1939 zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt.
Zu Franz Gertel vgl. Dok. 85.

3 Gemeint waren die »Richtlinien« der ITF (Dok. 74). Vgl. auch die Bemerkungen von Fimmen in seinem Brief an Molt vom 30.11.1937 (Anm. 1).
4 D. h. Periodika wie »Fahrt Frei« zu erhalten. Vgl. auch Anm. 8.
5 Vgl. dagegen noch den Briefwechsel zwischen Molt und Jahn im August 1937 (Dok. 77, 78).
6 Hierauf hatte Molt bereits hingewiesen. Vgl. Molt an Jahn vom 19.8.1937 (Dok. 77).
7 Nach Angabe der Anklageschrift gegen Fridolin Endrass, S. 27 (Anm. 2) war »Moritz« der Deckname für Friedrich Züfle. Züfle (23.1.1891–17.12.1938) war Zugschaffner in Ulm, kooperierte bei der illegalen Arbeit eng mit Fridolin Endrass, am 24.7.1937 verhaftet, am 17.12.1938 im Untersuchungsgefängnis Stuttgart umgekommen.
8 Ab hier wurde das Protokoll gekürzt. Vgl. Anm. 1. Unter dem Protokoll vermerkte Jahn, daß Dörings

DOKUMENT 80

27./28. 11. 1937: Protokollnotizen über die Sitzungen und Besprechungen in Romanshorn, Arbon und Zürich

AdsD, ITF, Nr. 46. Unpaginiert. Maschinenschrift. Überschrift wie Titel mit Datumsangabe. Ohne Verfasserangabe.[1]

1. Besprechung mit [Karl] *Molt*[2]

Molt erläutert an Hand einer Karte den Aufbau der Verbindungen in Württemberg. Neben seinen politischen Verbindungen im ehemaligen Wahlkreis Stuttgart war er in der Lage, durch seine letzte Reise ins Reich die Verbindung der ITF-Gruppe Eisenbahn auszubauen.[3] Sie umfaßt jetzt die Orte: Heilbronn, Ulm, Friedrichshafen, Cannstadt, Tübingen, Rottweil, Stuttgart, Crailsheim, Aulendorf und Aalen.[4] Die Grenzarbeit erfolgt per Fahrrad auf 3 Wegen ins Reich hinein. Zur Zeit werden von dem zur Verfügung gestellten Material je 60 Exemplare verwertet.[5] Die durch den Grenzverkehr und Transport des Materials entstandenen Kosten wurden bisher von den Mitarbeitern im Reich aufgebracht. Die Arbeit mußte sich deshalb im bescheidenen Rahmen halten. Zwecks Intensivierung der Arbeit wurden *Molt* ab Dezember 1937 pro Monat 40 Schw[eizer] Franken zur Verfügung gestellt.[6]

Die Aussprache [Edo] *Fimmen*, [Fritz] *Kramer*[7], *Molt* führte zu einer vollständigen Einigung über die Grundlagen der ill[egalen] Arbeit im Reich. *M[olt]* bleibt weiterhin beobachtendes Glied in der Funkengruppe, bis andere Anweisung von uns aus erfolgt.[8]

»Funken« nach dessen eigener Angabe in 10 Exemplaren ins Reich gelange, während von »unserem Material« 60 Exemplare in Süddeutschland verteilt würden. Dies gebe »Aufschluß über den Aktionsradius der einzelnen Gruppen«. Vgl. hierzu das zweite Protokoll zur Besprechung zwischen Fimmen, Jahn und Molt (Dok. 80). Mit »unserem Material« waren »Fahrt frei«, die »Reinhart-Briefe« und die »Sozialistische Warte« gemeint. Vgl. zum Umfang der nach Deutschland transportierten illegalen Schriften auch die Angaben der Anklageschrift gegen Fridolin Endrass, S. 23f. (Anm. 2).

1 Der Verfasser der Notizen ist wahrscheinlich Hans Jahn.
2 Parallel fand ein Treffen mit illegalen Gewerkschaftern aus Deutschland in Arbon/Schweiz statt. Vgl. Dok. 79. Zur Vorbereitung der Treffen vgl. August Wernli [Karl Molt] an Hans [Jahn], 18.10.1936 (AdsD, ITF, Mappe 17).
3 Vgl. hierzu die vorausgegangenen Schreiben von Molt an Jahn, z.B. Dok. 77.
4 Zu den Verbindungen vgl. die Angaben in den Anklageschriften und Urteilen des Volksgerichtshofes gegen Fridolin Endrass und Jakob Müller (Dok. 79 Anm. 2, Dok. 77 Anm. 11).
5 Gemeint waren die ITF-Zeitschrift »Fahrt frei« sowie »Sozialistische Warte«, »Reinhart-Briefe« u.a.. Vgl. Dok. 79 Anm. 8.
6 Zu Molts schwieriger finanzieller Lage vgl. bereits Dok. 70. Vgl. auch Esters/Pelger, S. 81.
7 Deckname von Hans Jahn.
8 Dies stellte einen Kompromiß dar zwischen Molts Aktivitäten und den Richtlinien der ITF vom November 1936 (Dok. 74).

2. Besprechung mit der Funkengruppe

Anwesend: *Fimmen*, *Kramer*, *Bärtschi*[9], *Molt* und 3 weitere Mitglieder[10]. Nach gewerkschaftlicher Zugehörigkeit setzt sich die Funkengruppe aus 3 Gesamtverbändlern, 1 Eisenbahner, 1 Metallarbeiter zusammen.

Bärtschi berichtet über den Fall *Dreng*.[11] Nach Mitteilungen aus Frankfurt/Main gefährdet die Arbeit *Drengs* die Leute drinnen. Er arbeitet gleichzeitig für den [Heinrich] *Schliestedt*-Laden[12] und die KP. *Dreng* muß unschädlich gemacht werden, jedoch so, daß er in seiner maßlosen Wut keinen Schaden anrichten kann.

Bärtschi berichtet, daß [Walter] *Schevenels* seinen Besuch bei der Funkengruppe angemeldet hat und ersucht um Verhaltensmaßregeln *Schevenels* gegenüber. Er betont, daß er bislang mit [Gerhard] *Kreyssig* zusammengearbeitet hat, daß *Kr[eyssig]* bislang vom IGB pro Monat 100.- M[ar]k für die Arbeit im Reich erhalten hat und daß diese 100.-M[ar]k restlos der Funkengruppe zugute gekommen seien. Jetzt sei *Kr[eyssig]* dieses Geld urplötzlich ohne Begründung gesperrt worden. *Kr[eyssig]* versuche, andere Geldquellen locker zu machen. Die Funkengruppe war die einzige Verbindung, die *Kr[eyssig]* besaß.[13]

Die Gründung des Bundes deutscher Gewerkschafter, Landesgruppe Frankreich[14] wurde durch ein Rundschreiben, unterzeichnet [von] *Schevenels*, [Ernst] *Langendorf*[15] und [Heinrich] *Sch[liestedt]*, einer Anzahl deutscher emigrierter Gewerkschafter bekanntgegeben und zur Mitarbeit aufgefordert.[16] Es stellt sich heraus, daß die Unterschrift von *Langendorf* und *Sch[liestedt]* ohne ihr Wissen gebraucht wurde. *Langendorf* und *Sch[liestedt]* haben protestiert und demissioniert. Es zeigt sich an

9 Deckname von Anton Döring.

10 Diese drei »Funken«-Mitglieder wurden nicht identifiziert. Vgl. auch Esters/Pelger, S. 80.

11 Karl Dreng war der Deckname von Paul Müller (geb. 16.5.1904). Müller war vor 1933 Mitglied des ZdA und bis zu seinem Ausschluß 1931 2. Vorsitzender der SPD in Frankfurt/Main, anschließend SAPD, im Mai 1933 kurzfristig inhaftiert, im April 1934 Emigration in die Schweiz und Mitarbeit bei den Berichten des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (AfA), nach Beginn des spanischen Bürgerkrieges Mitarbeit bei der republikanischen Propagandaabteilung, seit Sommer 1937 an den Bemühungen zum Aufbau der Landesgruppe Schweiz des geplanten Bundes der Deutschen Gewerkschafter unter Anleitung von Heinrich Schliestedt beteiligt. Wegen seines Doppelspiels für die KPD kam es innerhalb der Gewerkschaftsgruppen zu ernsten Auseinandersetzungen. Im Februar 1940 verhaftet, war Müller seit März 1941 in der Schweiz interniert, seit der Gründung 1943 Mitglied der Union deutscher Sozialisten und Gewerkschafter in der Schweiz, nach 1945 zunächst für die Büchergilde Gutenberg in Frankfurt/Main, ab 1948 bis 1964 für die Nassauischen Heimstätten als Geschäftsführer tätig. Vgl. auch Kap. VI der Dokumente. Vgl. ferner Wichers, Deutsche Sozialisten, S. 250–255; mit allerdings irreführenden Angaben Esters/Pelger, S. 83 und im Anschluß Buschak, Arbeit, S. 89.

12 D. h. die ADG.

13 Vgl. hierzu Kap. VI der Dokumente.

14 Vgl. zu diesen Organisationsversuchen eingehend Kap. VII der Dokumente.

15 Ernst Langendorf (geb. 15.12.1907) war vor 1933 Journalist und 1929–1932 Mitglied im Vorstand der SPD in Frankfurt/Main, April 1933 Emigration nach Paris, 1934–1936 in Ibiza, Oktober-Dezember 1936 in Genf, anschließend in Frankreich, ab Mitte 1937 Angestellter der Sopade und Mitarbeit an den Deutschland-Berichten, ab Ende 1937 Mitglied der ADG in Frankreich, September 1939 bis Februar 1941 in Frankreich interniert, im März 1941 Flucht über Lissabon nach New York, Tätigkeit in der amerikanischen Armee, 1945–1949 Chef der Presseabteilung der US-Militärregierung in Bayern, anschließend bis 1953 in verschiedenen Pressebereichen der US-Militärs in Deutschland, 1953–1974 Abteilungsdirektor bei Radio Free Europe in München.

16 Vgl. hierzu die Bekanntmachung und Stellungnahmen unter der Überschrift »Gewerkschaftsdiskussion« in der Sozialistischen Warte 1937/38 (Dok. 78 Anm. 20). Vgl. eingehend Kap. II der Dokumente, u.a. Dok. 42.

diesem Beispiel die grenzenlose Leichtfertigkeit, mit welcher von dieser Seite gearbeitet wird.[17]

Bärtschi anerkennt restlos unsere Konzeption.[18] Er wünscht Mitarbeit im Rahmen der ITF. Allerdings müsse die Frage der Finanzierung der weiteren Arbeit geklärt werden.

Fimmen macht *Bärtschi* den Vorwurf, daß er keine gerade Linie einhielt, einmal mit *Dreng*, dann mit *Kreyssig*, dann mit wer weiß wem zusammenarbeitet. Notwendig ist eine ganz klare Linie und restlose Einordnung in die von der ITF herausgegebenen Richtlinien.[19] Wenn die Richtlinien restlos anerkannt würden, könne über eine Weiterfinanzierung im bescheidenen Rahmen gesprochen werden. Versprechungen in dieser Beziehung wurden nicht gemacht.

An die Funkengruppe sollen 8 Exemplare der Richtlinien gesandt werden.

3. Besprechung mit [Hermann] *Leuenberger*[20]

[...][21]

Bezüglich der ill[egalen] Arbeit ergibt sich in längerer Aussprache, daß *L[euenberger]* vollständig mit der Konzeption und Arbeitsmethode der ITF konform geht. Er anerkennt, daß die ITF die einzige Stelle ist, die diese wichtige Aufgabe erfüllt hat, bittet um dauernde Verbindung mit der ITF bezügl[ich] der ill[egalen] Arbeit und wird innerhalb seiner Organisation[22] die Entwicklung in dieser Beziehung aufmerksam verfolgen. Wenn die Zeit reif ist, wird er selbständig zum Ausbau dieser Arbeit schreiten und damit sich in den Rahmen der ITF-Arbeit einschalten. Er lehnt *Schliestedt* sowie die IGB-Arbeit in dieser Frage rundweg ab und gibt der Meinung Ausdruck, daß *Fimmen* als der Begriff einer erneuerten Bewegung die Zusammenführung aller Kräfte durchführen solle. *L[euenberger]* wünscht die Zusendung einiger Exemplare der »S[ozialistischen] W[arte]« Nr. 18 vom 15. September 1937.[23]

In allen Besprechungen kam der Wunsch zum Ausdruck engerer persönlicher Fühlungnahme sowie Schaffung eines einheitlichen Organs zur Belieferung der illegalen Kämpfer im Reich. Das Organ soll auf dünnem Papier mit kleiner, aber leserlicher Schrift hergestellt sein und den Transportmöglichkeiten durch den Grenzverkehr entsprechen. Zur Ausschaltung aller parteipolitisch gefärbten Literatur soll *Molt* bis auf weiteres 60 Exemplare der »S[ozialistischen] W[arte]« auf dünnem Papier zugestellt erhalten. Dafür soll die S[ozialistische] A[ktion] vollkommen ausgeschaltet werden.[24]

17 Diese Formulierung deutet auf Hans Jahn als Verfasser des Protokolls. Jahn hatte die Konzeption von Schliestedt in der Sozialistischen Warte scharf kritisiert. Vgl. Fritz Kramer [d. i. Hans Jahn], Gewerkschafts-Diskussion, in: Sozialistische Warte, Nr. 23, 5.11.1937, S. 547–551.

18 D. h. die Richtlinien der Aktivgruppen der ITF (Dok. 74).

19 Ebd.

20 Hermann Leuenberger war Zentralsekretär des Verbandes der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter der Schweiz und hatte für die finanzielle Unterstützung Dörings durch die IUL gesorgt. Zu seiner Rolle beim Aufbau illegaler Strukturen in der Schweiz vgl. Kap. VI der Dokumente. Vgl. ferner Dok. 84.

21 Die ausgelassenen Ausführungen behandeln IGB-interne Konflikte und die Beteiligung der ITF.

22 D. h. der Verband der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter der Schweiz.

23 Gemeint ist der Artikel von Hans Jahn: Fritz Kramer, Gedanken eines Illegalen, in: Sozialistische Warte, Nr. 18, 15.9.1937, S. 418–422.

24 Zum Transport der Zeitschriften in Fahrradschläuchen über die Grenze vgl. Esters/Pelger, S. 81. Zur Verteilung von Sopade- statt ITF-Material vgl. Dok. 70, 77. Zu den beiden Zeitschriften vgl. Stroech, S. 98f., 281f.

DOKUMENT 81

2. 12. 1937: Hans Jahn berichtet Edo Fimmen über die Entwicklung seiner illegalen Arbeit im Reich und über seine Kontakte zu anderen freigewerkschaftlichen Gruppen in der Emigration

AdsD, ITF, Mappe 23. Unpaginiert. Maschinenschrift. Ohne Ortsangabe. Ohne Absender- und Adressatanschrift. Ohne Unterschrift. Für den Abdruck gekürzt.[1]

2. Dezember 1937

Lieber Edo [*Fimmen*]!

Besten Dank für Dein Schreiben vom 1.12.[1937] nebst Anlagen.[2]

Die Frage meiner Versetzung[3] habe ich am selben Abend, als ich nach Hause kam, mit meiner Frau besprochen. Wir waren in einigen Sekunden einig, daß wir dorthin gehen, wo wir der Bewegung am besten dienen können.

Da mit meiner Versetzung ein neuer Abschnitt der Arbeit beginnen soll, ist es nötig, sich Rechenschaft abzulegen über den Stand der Gesamtbewegung an sich.[4]

Im Reiche selbst lassen die technisch-organisatorischen Verbindungen viel zu wünschen übrig. Außer Berlin, Brandenburg-Schlesien, Sachsen und Württemberg hängen wir seit dem letzten Betriebsunfall im Westen[5] technisch gesehen in der Luft. Mit *Schnakenberg*-Bremen habe ich über Willy *E[ichler]*[6] Verbindung aufnehmen können, die – so hoffe ich – uns nach Norddeutschland wieder festen Anschluß schafft. Du hattest Gelegenheit im Laufe der Zeit mit folgenden Kumpels aus dem Reich persönlich zu sprechen: Alwin *Bösch*-Hamburg, Paul *Haltenhof*[7]-Wesermünde, Oskar *Schmitt*[8]-Göttingen, Franz *Poralla*, Max *Kellner*-Leipzig, Karl *Pieper*, Albert *Schmidt*, Gustav *Münchau*[9], Harry *Scheel*-Berlin, Wilh[elm] *Bode*, Willi *Schrödter*[10]-Cottbus, Willy *Molitor*[11]-Mülheim, Hugo *Bachmann*-Duisburg, Max *Vühr*-Ürdingen, Heinrich *Malina*[12], Paul *Emmen*-Krefeld, Hans *Funger*-Neuss, Max *Pester*, Willy *Komorowsky*-

1 Die Autorenschaft von Hans Jahn geht aus dem Kontext der Briefe hervor. Jahn knüpfte an seinen großen Bericht vom 15.12.1936 an (Dok. 75). Der Brief wird referiert in: Esters/Pelger, S. 67f.
2 Das Schreiben und die Anlagen liegen nicht vor.
3 D. h. die Übersiedlung von Antwerpen nach Luxemburg. Vgl. hierzu auch die Zusammenstellung unmittelbar anstehender Aufgaben in dem Schreiben von Jahn an Fimmen nach der Übersiedlung vom 21.3.1938 (AdsD, ITF, Mappe 18). Zum Fluchtweg vgl. Esters/Pelger, S. 67, 70f.
4 Vgl. auch die anderen Berichte Jahns für die Jahre 1933–1936 (Dok. 75) sowie für die Zeit bis 1941 (Dok. 86, 90).
5 Dies war im Februar/März 1937 die Verhaftung der »Funger-Gruppe«. Vgl. die Angaben in: Organisations-Anlage (Dok. 69 Anm. 1).
6 Vgl. zu Willi Eichler Dok. 82.
7 In der Vorlage irrtümlich: Haltenhoff.
8 In der Vorlage: Schmidt.
9 Name im Adressenverzeichnis zur Organisationsanlage von Jahn vom 1.3.1936 (Dok. 69 Anm. 11) genannt. Weitere Angaben wurden nicht ermittelt.
10 In der Vorlage: Karl Schröder.
11 Vgl. zu Willy Molitor Dok. 89.
12 Heinrich Malina (4.2.1887–8.6.1964) war 1925–1933 Sekretär des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands und 1931–1933 Vorsitzender des ADGB-Ortskartells in Krefeld, SPD, Reichsbanner, Ende Mai bis Anfang Juli und Oktober bis November 1933 Schutzhaft u.a. im KZ Kemna, Vertretertätigkeit für die Firma Schwäbische Trikotindustrie in Balingen, illegale Arbeit für die ITF, seit 1935 Koordinator als »Gebietsleiter« für Westdeutschland, Teilnahme an mehreren Besprechungen in den Niederlanden und innerhalb Deutschlands, aus Sicherheitsgründen Sommer 1936 Rückzug aus der illegalen Arbeit, 16.2.1937 verhaftet, am 3.12.1937 im Prozeß gegen Hans Funger u.a. (vgl. auch Dok. 69 Anm. 1), Nr. 9 J 315/37 // 2 H 50/37, vom Volksgerichtshof in Berlin zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, nach Ende der Strafe 1942 erneut verhaftet und bis Kriegsende im KZ Sachsenhausen und seit Oktober 1944 KZ Mauthausen, nach 1945 Vorsitzender der örtlichen Einheitsgewerkschaft in Krefeld, 1946 Mitbegründer der Gewerkschaft Transport und Verkehr bzw. Ende Juli 1946 Vorsitzender Gewerkschaft ÖTV für die Provinz Nordrhein, 1947 Mitglied im Bundesvorstand des DGB und 1. Vorsitzender der Gewerkschaft ÖTV für die Britische Besatzungszone, nach dem Scheitern der Konzeption einer großen Einheitsgewerkschaft für den Sektor Öffentliche Dienste, Tranport und Verkehr (einschließlich Bahn, Post, Energiesektor) bis 1950 Ausscheiden aus allen hauptamtlichen Funktionen.
13 In der Vorlage: Radke.
14 Vgl. die Organisations-Anlage vom 1.3.1936 (Dok. 69).
15 Das war Jacobus Oldenbroek, der Leiter des ITF-Büros in Amsterdam. Zu den Kontakten vgl. Dok. 58, 64.
16 Diese Person ließ sich nicht eindeutig identifizieren.
17 Otto Schmalfeld (geb. 16.7.1893) war 1920–1933 Angestellter im Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands in Stolp in Pommern.
18 Gemeint ist wahrscheinlich Hermann Hahn aus Breslau bzw. Cottbus, der vor 1933 unbesoldetes Vorstandsmitglied des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands und Betriebsrat in der Bahnmeisterei Randten war.
19 Nähere biographische Angaben wurden nicht ermittelt. Name auf der Adressenliste zur Organisationsanlage vom 1.3.1936 (Dok. 69 Anm. 11) nicht enthalten.
20 Frau Kant war der Deckname für Frieda Jahn, der Ehefrau von Hans Jahn. Frieda Jahn (geb. 28.2.1904) war 1920–1932 Angestellte bei der Ortsgruppe Leipzig des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, 1935 Emigration nach Amsterdam und ab 1938 nach Luxemburg, illegale Tätigkeit für die ITF als Kurierin, 1940 nach der Besetzung Luxemburgs durch die deutsche Wehrmacht Festnahme, am 8.4.1942 vom Volksgerichtshof im Prozeß gegen Wilhelm Bode u.a., Nr. 9 J 237/40 // 2 H 17/42, zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, 1944/45 KZ-Haft. Vgl. auch die Angaben in Dok. 69 Anm. 1 sowie zur gescheiterten Flucht 1940 Dok. 90.
21 Vgl. Anm. 5.
22 »Ferdinand« war der Deckname von Jakob Müller. Bei »Andreas« handelte es sich um Andreas Müller oder Fridolin Endrass. Vgl. Dok. 77, 79 Anm. 2.
23 Fimmen an Karl [Molt], vom 30.11.1937 (AdsD, ITF, Mappe 17).
24 Unvollständige Satzkonstruktion in der Vorlage.
25 Ursprünglich sollten mehrere illegale Gewerkschafter an dem Grenztreffen in Arbon teilnehmen. Vgl. Dok. 79, 80.
26 Zu Jacobi wurden keine biographischen Angaben ermittelt.

Köln, Leo *Radtke*[13]-Hamm, Heinrich *Engel*-Darmstadt, Andreas *Müller*-Augsburg.[14] Des weiteren sah *Jaap*[15]: Wilh[elm] *Burmester*-Hamburg, Jan *Köllner*[16] sah und sprach: Otto *Schmalfeld*[17]-Stettin, den Stationsvorsteher [Hermann] *Hahn*[18]-Cottbus und Franz *Wiler*-Leipzig.[19] Auch Frau *Kant*[20] konnte Dir berichten über Hubert *Weiss*-Koblenz.

Wenn die Aufzählung dieser Kumpels auch durch mancherlei Erfahrungen – und speziell durch den letzten Betriebsunfall[21] – in ihrem Wert etwas Einbuße erleidet, so ist sie doch immerhin ein Nachweis für die bisher geleistete, uns natürlich nicht restlos befriedigende Arbeit.

Hierzu kommt unsere letzte Reise, wo wir Freund [Karl] *Molt* sowie *Andreas* und *Ferdinand* wiedersehen konnten.[22] Dein Brief an *Molt* beweist,[23] daß auch Du Dich über die Jungen gefreut hast. Ich hatte die beiden Jungens aus dem Reich seit 1932 nicht mehr gesehen. Es war umso schöner für mich, daß sie – trotzdem in der Zwischenzeit eine Welt zusammengebrochen ist und trotz des Terrorapparates – ihre Gefühle für mich nicht erkaltet waren.[24] Wären die übrigen 3 Kumpels[25] auch noch anwesend gewesen, wir hätten dasselbe feststellen können. Im gesamten Reich sitzen noch Tausende solcher Andrease und Ferdinande. Ich glaube, das ist unsere beste Legitimation, die wir besitzen und die uns verpflichtet. Die [Heinrich] *Schliestedt*, [Gerhard] *Kreyssig*, [Fritz] *Tarnow*, [Anton] *Reissner*, *Jacobi*[26] usw. haben vielleicht

auch technische Beziehungen zur alten Apparatur[27] im Reich, wir aber haben die Herzen der Kumpels. Das hast auch Du empfunden, deshalb konntest Du mit Recht das Wort *Fichtes*[28] zitieren: »An diesem Wesen soll die Welt genesen«.

In der Emigration sind die Spuren unserer Tätigkeit gleichfalls immer sichtbarer geworden. Als ich [Paul] *Hertz*[29] am 19. Juni 1935 in Prag sprach, erklärte dieser nach meinen Ausführungen, daß sie einen der besten Leitartikel für die »S[ozialistische] A[ktion]« abgeben würden.[30] Ich hatte von unserer Konzeption, Aufbau der neuen Bewegung aus den Betrieben heraus, gesprochen. Es folgten unsere Weihnachtsvorschläge 1935. Wir kamen in der Beratung wegen der Dogmatik der SAP nicht weiter. Dann haben wir unsere Auffassung in der »S[ozialistischen] W[arte]« Nr. 18 dieses Jahres formuliert[31] und wie die Äußerungen von Genossen sowie die Verlautbarungen der Emigrantenpresse beweisen, wird unsere Konzeption allgemein grundsätzlich als richtig erkannt. Auch diese Tatsache verpflichtet.

Mir scheint aus dieser Betrachtung ersichtlich zu sein, daß wir – wie schon umseitig gesagt – vor einem neuen Abschnitt der Bewegung stehen. Es fragt sich nun, von welcher Stelle aus der Bewegung am besten gedient und die Arbeit am meisten gefördert werden kann. Wenn ich mich richtig entsinne, soll ich die Funktion einer räumlichen Zwischenstelle zwischen Dir und unseren Grenzstellen ausüben. Gleichzeitig müßte ich die Möglichkeit haben, neue Verbindungswege nach drinnen zu erschließen und nach wie vor die Beziehungen zu den wertvollsten Gruppen in der Emigration als auch zu den Verbänden der ITF zu pflegen. Das würde unsere Arbeit fördern und zumindest den Versuch darstellen, Dich gleichzeitig zu entlasten.[32]

Nun habe ich mir die Landkarte angesehen. Du schreibst Übersiedlung nach einem Ort an der französischen Grenze. Ich glaube, daß es nicht möglich sein wird, zwischen Basel und Luxemburg auch nur einen Schwanz von drinnen zu einer Besprechung nach draußen zu holen bezw. umgekehrt von draußen nach drinnen zu kommen. Die militärischen Anlagen auf beiden Seiten sind für die beiden Regierungen von so außerordentlicher Bedeutung, daß schärfste Überwachung der Grenze sowie schärfste Kontrolle der Grenzübertritte selbstverständlich sind. Soweit ich die Grenze kenne,

27 D. h. zu den ehemaligen führenden Gewerkschaftern im ADGB bzw. in den Einzelgewerkschaften sowie zur Illegalen Reichsleitung in Berlin.

28 Johann Gottlieb Fichte (19.5.1762–29.1.1814), Philosoph.

29 Paul Hertz (23.6.1888–23.10.1961) war 1906–1910 Angestellter im Zentralverband der Handlungsgehilfen, Studium der Staatswissenschaften, Redakteur der Leipziger Volksstimme, Anschluß an USPD und Redakteur des Parteiorgans »Freiheit«, 1922 Wiederanschluß an die SPD, 1920–1933 MdR (USPD/SPD), 1919–1925 Stadtverordneter von Berlin, April 1933 auf der Berliner Reichskonferenz der SPD in den Parteivorstand gewählt, Mai 1933 Mitarbeit am Aufbau einer Auslandsstelle der SPD in Prag, Emigration und nach Konstituierung besoldetes Vorstandsmitglied der Sopade, 1933–1938 Redakteur illegaler Zeitschriften der Sopade, 1935 Annäherung an Neu Beginnen und deren Vertrauensmann innerhalb der Sopade, führend an der Konzentrationsdebatte in der Emigration beteiligt, nach Übersiedlung des Parteivorstands nach Paris zunehmend mit Sopade-Vorstandsmitgliedern in Konflikt, März 1938 Ausscheiden als besoldetes Mitglied, zweite Jahreshälfte 1938 Ausscheiden aus der Sopade und offenes Eintreten für Neu Beginnen, Emigration nach USA, Konflikte mit German Labor Delegation, Mitglied im Council for a Democratic Germany, 1945 Ablehnung einer Rekonstruktion des alten Parteivorstands der SPD aus dem Jahr 1933, 1949 Rückkehr nach Deutschland, 1950–1961 in verschiedenen Funktionen des Berliner Senats tätig, zuletzt als Senator für Wirtschaft und Kredit.

30 Paul Hertz war Redakteur der Zeitschrift »Sozialistische Aktion«, die vom Exilvorstand der Sopade in Prag zwischen 29.10.1933 und März 1938 speziell zur illegalen Verbreitung in Deutschland herausgegeben wurde. Vgl. Stroech, S. 98f.

31 Fritz Kramer [d. i. Hans Jahn], Gedanken eines Illegalen, (Berlin 1.3.1935), gekürzt abgedr. in: Sozialistische Werke, Nr. 18, 15.9.1937, S. 418–422.

32 Vgl. auch die Briefe von Jahn an Fimmen vom 11.2., 1.3. und 21.3.1938, in denen er die Koordinationsvorschläge wiederholte (AdsD, ITF, Mappe 18).

finde ich kein Loch, wo durchzuschlüpfen wäre. Auch wenn ein Kumpel im Besitze eines Passes ist, erhält er ein Visum für Frankreich nur unter erschwerenden Bedingungen. Man kann wohl in Straßburg die Binnenschiffer bearbeiten. Eine ersprießliche Arbeit für die Eisenbahner ist leider unmöglich. Man müßte sich dann schon in die südliche Ecke und zwar nach Basel setzen. Das ist aber räumlich gesehen nicht opportun. Mir will am zweckmäßigsten Luxemburg als Sitz meines künftigen Wirkungskreises erscheinen. Nach Luxemberg herrscht von Deutschland aus starker Ausflugsverkehr mit einfachem Grenzübertrittsschein ohne Visumszwang. Es liegen ähnliche Verhältnisse vor wie am Bodensee in der Schweiz. Von hier aus könnte nach drinnen gearbeitet werden. Von hier aus könnte auch die Verbindung mit den Jungens in der Schweiz persönlich aufrecht erhalten werden, da die Entfernung nicht allzu weit ist. Wir werden auch nicht umhin können, mehr mit den Schweizer Verhältnissen zu rechnen, wenn wir wieder tiefer hinein nach Deutschland die persönlichen Verbindungen aufnehmen wollen.[33] Der Eisenbahner kann ohne große Gefahr hundert mal eher in die Schweiz und die Umgebung fahren als nach Holland oder Frankreich. Und da nun einmal die Kumpels drinnen mich kennen, bleibt nichts anderes übrig, als daß ich in solchen Fällen mit ihnen spreche, wobei Du dann in jedem Falle, wenn es Deine Zeit erlaubt, zugegen sein müßtest. Von Luxemburg aus könnte auch bei Eupen-Malmedy an der deutsch-belgischen Grenze der Versuch einer Verbindung nach drinnen unternommen werden.

[...][34]

DOKUMENT 82

27. 1. 1938: Willi Eichler informiert Hans Jahn über die vereinbarte Zusammenarbeit von ITF und ISK

AdsD, ITF, Mappe 18. Unpaginiert. Maschinenschriftliche Abschrift. Ohne Absender- und Adressatangabe. Maschinenschriftliche Unterschrift.[1]

Paris, 27.1.[19]38

Lieber Freund,

ich habe heute mit Edo [*Fimmen*] gesprochen, hauptsächlich über die Frage der

33 Vgl. zur intensiven Zusammenarbeit zwischen Karl Molt und den illegalen Gewerkschaftern in Süddeutschland sowie zu den Problemen mit den Schweizer Behörden z.B. das Schreiben von August Wernli [d. i. Karl Molt], an Hans Jahn, vom 28.10.1936 (Dok. 73).

34 Zur weiteren Entwicklung vgl. Jahn an Fimmen vom 21.3.1938 (Anm. 32). In den ausgelassenen Ausführungen begründete Jahn weiter seine Entscheidung für Luxemburg als neuen Standort und beschrieb die Umzugsorganisation.

1 Der Adressat Hans Jahn geht aus dem Kontext der Briefe hervor. Jahn informierte umgehend Edo Fimmen und Karl Molt von dem Brief. Jahn an Fimmen, vom 30.1.1938; ebd., vom 1.3.1938 (beide: AdsD, ITF, Mappe 18). Die informelle Zusammenarbeit dauerte bereits an, z.B. bei der Unterstützung von Gefangenen durch Hilfskomitees aus dem Ausland. Insbesondere die Funger-Gruppe hatte seit Ende 1936 Kontakt zum ISK und kooperierte – trotz der Richtlinien der ITF (Dok. 74) – beim Transport illegaler Schriften ins Reich. Tatsächlich dauerte es aber noch einige Wochen bis zur verabredeten Kooperation. Vgl. Dok. 84. Vgl. ferner Esters/Pelger, S. 59f., S. 70.
Willi Eichler (7.1.1896–17.10.1971) war 1923–1927 Privatsekretär von Leonard Nelson und übernahm nach dessen Tod 1927 den Vorsitz des ISK. 1925 war Eichler nach ideologischen Differenzen mit der SPD-Parteiführung aus der SPD ausgeschlossen worden. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten emigrierte Eichler nach Frankreich. Bereits im August 1933 vereinbarte Eichler mit Fimmen, beim Aufbau illegaler Strukturen zusammenzuarbeiten. Die von Eichler herausgege-

Koordinierung unserer Arbeit.[2] Er machte, wie schon vor kurzem, den Vorschlag, daß wir unsere Gruppen, soweit sie Gewerkschaftsarbeit machen, der ITF anschließen. Ich werde das mit unseren deutschen Genossen besprechen und glaube, daß sie damit einverstanden sein werden, denn vor etwa zwei Jahren hatten sie das von sich aus vor, nur meinte damals Edo [*Fimmen*], das ginge nicht, weil ja eine ganze Reihe von Berufsangehörigen in dieser Gruppe arbeiten, die der ITF nicht unterstellt werden könnten.[3] Damit würde sich die Frage des internationalen Anschlusses der Arbeit in gewisser Weise lösen, wenn auch natürlich die Bemühungen der Aufteilung der Arbeit auf die verschiedenen Berufssekretariate und schließlich ihre Anhängung an den IGB nach wie vor auf der Tagesordnung stünden. Mir wäre an sich die Zusammenfassung der illegal arbeitenden Gewerkschaftsgruppen in einem übergeordneten Rahmen lieber gewesen, weil von diesem Rahmen aus die einzelnen Berufssekretariate hätten bearbeitet werden können[4], mit dem Hinweis darauf, daß die in diesem Ring vertretenen Transportarbeiter von der ITF lange schon und gut gefördert würden. Aber auch so läßt sich ja das Ganze anpacken und auf alle Fälle ist es gegenüber dem bisherigen Zustand ein Schritt nach vorn. Und da wir bei der Wahl von führenden Persönlichkeiten innerhalb der internationalen Gewerkschaftsbewegung keine große Auswahl zur Verfügung haben, halte ich es für sehr gut, diesen Vorschlag anzunehmen, da er ja auch im übrigen nur in Kleinigkeiten unseren eigenen Absichten widerspricht.

Könntest Du mir vielleicht gelegentlich den »Funken« schicken, den *Bärtschi* herausgibt.[5]

Herzliche Grüße,
gez. W[illi] E[ichler]

bene Zeitschrift »Sozialistische Warte« wurde zu einem der führenden Diskussionsorgane in der Emigration. Nach seiner Ausweisung aus Frankreich im April 1938 lebte Eichler bis Januar 1939 in Luxemburg und danach in England. Dort war er intensiv publizistisch tätig. Der ISK näherte sich dabei der SPD an und fusionierte im Dezember 1945. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland wurde Eichler zu einem der führenden Politiker der SPD und war einer der maßgeblichen Verfasser des Godesberger Programms. Dem Parteivorstand der SPD gehörte Eichler von 1946 bis 1968 an, 1949–1953 war er MdB.

2 D. h. die über die bisherige partielle Zusammenarbeit hinausreichende Koordination von ITF und ISK. Vgl. auch Dok. 75 sowie Foitzik, Zwischen den Fronten, S. 95–88, 209.

3 Hier hatte sich die ITF geöffnet. Vgl. die Kontaktlisten von Jahn und Molt in Dok. 69 sowie in Jahn an Fimmen vom 10.5.1938 (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 392, Bl. 102–108).

4 Vgl. zu den Auseinandersetzungen um die Organisation und Anbindung der illegalen Gruppen die Stellungnahmen und Pläne von Jahn und Schliestedt in Kap. II der Dokumente. Vgl. auch die Hinweise zu weiteren Verbindungen der ITF bei Foitzik, Zwischen den Fronten, S. 208–211.

5 Bärtschi war der Deckname von Anton Döring. Der »Funken« erschien 1935–1938. Vgl. Stroech, S. 155. Kontakte zu Döring hatte auch Hans Molt. Vgl. z.B. Dok. 78, 79.

DOKUMENT 83

Januar 1938: Aufruf der ITF »Die Aufgaben der Freien Gewerkschaft im deutschen Wassertransport im Jahre 1938«

Die Schiffahrt. Organ des Gesamtverbandes der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer Deutschlands. Angeschlossen an die ITF, Nr. 1, 1938, S. 1–5. Hektographierte Maschinenschrift. Überschrift wie Titel. Ohne Verfasserangabe.[1]

Die Zahl der antifaschistischen Seeleute, Binnenschaffer und Hafenarbeiter, die sich auf den Schiffen und in den Häfen des »Dritten Reiches« heute als Mitglieder des Gesamtverbandes, der Freien Gewerkschaft aller im deutschen Wassertransport beschäftigten Arbeitnehmer fühlen, ist beständig gestiegen[2] und stellt schon heute eine ansehnliche, nicht mehr zu zerstörende Macht dar. Gestützt auf die bei den Seeleuten, Binnenschiffern und Hafenarbeitern gemeinsame, nazifeindliche, revolutionäre Stimmung konnte der Wiederaufbau der Freien Gewerkschaftsbewegung Fortschritte machen, die durch nichts, auch nicht durch die Terrormaßnahmen des faschistischen Staates und seiner Gestapo behindert werden konnten.

Die neue Organisation, der neue Verband mit neuen Formen, eine wirkliche Freie Gewerkschaft besteht, ist da und lebt! Und daß sie lebt, das weiß heute jede Gestapoabteilung in jedem deutschen Hafen, an allen deutschen Wasserstraßen im Binnenlande und auch in den Auslandshäfen, wo die Gestapospitzel der Auslandsabteilungen der NSDAP im Verein mit den deutschen Konsulaten sich alle Mühe geben, Berichte an die vorgesetzten Instanzen zusammenzuschwindeln.

Die neue Organisationsform ist das Resultat der faschistischen Diktatur, ist das Resultat der Lehren, die unsere Bewegung in den Jahren [19]33/34/35 aus den hart aufeinanderfolgenden Schlägen gegen unsere verschiedenen Organisationsversuche gezogen hat.[3] Wir haben endlich, ohne in unfruchtbaren Diskussionen steckenzubleiben, ohne unter uns Antifaschisten der verschiedenen politischen Richtungen neue Abgrenzungen zu schaffen, die gemeinsame Basis gefunden, auf der wir alle antifaschistischen Elemente im Betriebe zusammenfassen können! Diese Basis ist die Freie Gewerkschaft im Betrieb! Wir sind eine neue, bewußt revolutionäre Einheit innerhalb des Betriebes des deutschen Wassertransportes! Wir sind eine proletarische Einheit![4]

Dieser besondere Charakter unserer Organisation gibt uns heute schon unsere besondere Festigkeit und erhöht unsere Stoßkraft an dem Tage, wo wir in Aktion treten werden. Wir brauchen keine Rücksicht auf irgend welche Schichten zu nehmen, die klassenmäßig nicht zu den Ausgebeuteten gehören.[5] Wer von diesen Schichten übrigens den Sturz *Hitlers* ernsthaft will, mit dem können wir das Stück Weg bis zum

1 Der Artikel wurde für den Abdruck gekürzt. In der Vorlage zahlreiche Unterstreichungen und Sperrungen. Vgl. auch »An alle Binnenschiffer«, in: Die Schiffahrt. Organ des Gesamtverbandes der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer Deutschlands. Angeschlossen an die ITF, Nr. 9, August 1936, S. 12–19, bes. S. 16ff. sowie den »Vorschlag eines ›Gewerkschaftlichen‹ Sofortprogramms« (Dok. 62).

2 Vgl. noch die Anweisungen vom Februar 1936 (Dok. 68). Vgl. ferner: »Zum Jahreswechsel«, in: Die Schiffahrt, Nr. 12, 1937, S. 1–5.

3 Vgl. z.B. die Verhaftungswelle und den Prozeß gegen Adolf Kummernuss u.a. nach der Konferenz in Roskilde. Anklageschrift vom 15.6.1936 (AdsD, ITF, Mappe 46); Vernehmungsprotokolle von Wilhelm Voß u.a., vom 4.7.1935 (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 397, Bl. 18–65). Vgl. insgesamt die Angaben zu den Prozessen in Dok. 64.

4 Vgl. auch die »Richtlinien« von November 1936 (Dok. 74).

5 Vgl. hierzu ausführlich der Artikel: »Unser Ziel«, in: Die Schiffahrt, Nr. 6/7, 1938, S. 1–4.

Umsturz zusammengehen, ohne deshalb besondere Abmachungen zu treffen. Ernsthafte revolutionäre Kräfte sind im Lager der deutschen Bourgeoisie sowieso nicht zu finden! Was für diese Kreise Ziel ist, nämlich der Sturz *Hitlers*, ist für uns nur Etappe! An einem Kampf, der nur Wiederherstellung der Zustände von 1918 bis 1932, das heißt eines demokratischen aber kapitalistischen Deutschland bedeutet, sind wir nicht interessiert. Unser Ziel ist weitergesteckt. Wir wollen ein Deutschland, in dem die organisierte Arbeiterschaft durch die von ihr gebildeten Organe, nämlich die revolutionären Obleute, die Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik selbst bestimmt.[6]

[...][7]

Die heute noch illegale Gewerkschaftsbewegung, die überall in ständigem Wachsen begriffen ist, wurzelt in den Betrieben.[8] Aus diesen Betrieben heraus wird auch die Aktion gegen *Hitler* und gegen die *Hitler* unterstützenden, in Deutschland herrschenden Schichten begonnen werden. Die Freie Gewerkschaft ist der Träger dieses Gedankens, der schon immer im tiefsten Bewußtsein der Besten der deutschen Arbeiterschaft verankert war. Was nur verhältnismäßig Wenige in der deutschen Arbeiterschaft in den Jahren nach 1918 unter Einsatz ihrer ganzen Kräfte erstrebten, wird heute mehr und mehr zum Gemeingut aller klassenbewußten Arbeiter, die sich unter dem faschistischen Gewaltregime neue Organisationsformen geschaffen haben.

Unsere Aufgabe ist es, als Teil dieser Bewegung im deutschen Wassertransport, auf den See- und Binnenschiffen und in den Hafenbetrieben die Organisation zu verbreitern, zu vertiefen und stärker zu machen! Sind wir heute schon bedeutend in der Seeschifffahrt, so ist es die Aufgabe jedes einzelnen von uns, neue Besatzungen von nicht erfaßten Schiffen in die immer stärker werdende Organisation hineinzuziehen. Jeder Sympathisierende muß von unseren Vertrauensleuten ständig propagandistisch bearbeitet werden. Jeder, auch der letzte Antifaschist, sowohl in der See- als auch in der Binnenschiffahrt muß wissen, was wir wollen. Jede Besatzung, oder zumindestens die entscheidenden Leute der Besatzung müssen sich über das Wie und Wann des Einsatzes der Kräfte im Klaren sein, wenn es zur ersten Aktion der deutschen Seeleute kommt.

Bis dahin wird der Rahmenapparat unserer Gewerkschaft durch das Vertrauensleutesystem weiter ausgebaut und die Arbeit in den drei Branchen des Wassertransportes, Seefahrt, Binnenfahrt und Hafenbetrieben, weitergeführt. Für jeden Tag muß sich jeder innerhalb seines Kreises neue Stützpunkte schaffen, neue zuverlässige Genossen an die Arbeit heranziehen. Das alles muß geschehen in der vorsichtigen und klug berechnenden Art, wie in den letzten zwei Jahren gearbeitet wurde.[9] Es ist keine Kunst, ins Zuchthaus oder ins Konzentrationslager zu geraten, es ist eine Kunst draußen zu bleiben!

Jedes unnütze Risiko muß im Interesse der Gesamtarbeit unbedingt vermieden werden. Besonders in der durch die Gestapo mehr bedrohten Binnenschiffahrt und in den Hafenbetrieben müssen die Genossen auch weiterhin mit allergrößter Vorsicht arbeiten. Viele ganz kleine Organisationseinheiten sind besser, als große starke Gruppen,

6 Vgl. auch den Aufruf vom Mai 1936 (Dok. 71); sowie allgemein: Fritz Kramer [d. i. Hans Jahn], Gewerkschafter im Ausland, in: Sozialistische Warte, Nr. 23, vom 15.11.1937, S. 547–551.

7 Der gestrichene Absatz wiederholt nochmals die Rolle der »Bourgoisie« bei Aufstieg und Machtübernahme der Nationalsozialisten.

8 Vgl. auch Fritz Kramer [d. i. Hans Jahn], Gedanken eines Illegalen [1.3.1935], abgedr. in: Sozialistische Warte, Nr. 18, vom 15.9.1937, S. 418–422; sowie die Tätigkeitsberichte von Hans Jahn für die Jahre 1933–1938 (Dok. 75, 86).

9 Vgl. zur Vorgehensweise z.B. die Artikel »Möglichkeiten ...«, in: Die Schiffahrt, Nr. 12, 1937, S. 12–16; »Was ist zu tun?« (Dok. 76).

da sie sich viel leichter tarnen können und ein Eindringen von Gestapoagenten in Drei- oder Fünfmanngruppen fast ausgeschlossen ist.[10]

Bis dahin tuen wir tagaus, tagein unbeirrt unsere Pflicht. Wir stehen solidarisch zusammen im täglichen Kleinkampf an Bord und im Hafen. Wir stehen solidarisch im Kampf um unser Recht, im Kampf um bessere Heuern, um höheren, auskömmlichen Verdienst, im Durchsetzen besserer Verpflegung (Speiserolle), in der Abwehr gegen die Antreiber und Überstundenjäger.

In diesem täglichen Kampf erproben wir unsere Kraft. Von keinem Spitzel faßbar knüpfen wir das Band enger, das uns Wassertransportarbeiter eint und unüberwindlich macht: Die Solidarität!

Das Jahr 1938 wird uns auf dem Posten finden! Der gesamte deutsche Wassertransport muß für unsere Idee:

Die freie Gewerkschaft ist der Träger der proletarischen Revolution der deutschen Betriebsbelegschaften, restlos gewonnen werden!

Genossen Seeleute, Binnenschiffer und Hafenarbeiter!
Heran an die Arbeit!
Nieder mit dem Nazismus!

DOKUMENT 84

5. 4. 1938: Edo Fimmen berichtet Hans Jahn über den Stand und die Möglichkeiten der illegalen Arbeit

AdsD, ITF, Mappe 18. Unpaginiert. Maschinenschrift. Ohne Absender- und Adressatanschrift. Ohne Unterschrift. Paraphe von Edo Fimmen.

Amsterdam, den 5. April 1938

Lieber Hans [*Jahn*]!

Besten Dank für Dein Briefchen vom 1.[4.1938], dem ich entnahm, daß der Umzug glücklich vonstatten gegangen ist.[1] Ich sehe nun Deinen weiteren Nachrichten entgegen.

Ich selber habe inzwischen, weiß Gott, nicht stillgesessen. Die Arbeit geht weiter. Die wichtigsten Ereignisse sind:

1.) daß die Angelegenheit mit Karl *Molt* in Ordnung gegangen ist; das Material, das ich von ihm erhielt und an [Robert] *Bratschi*[2] weiterleitete, hat mächtig geholfen. Er steht unter hohem Schutz.

10 Vgl. bereits das Flugblatt »Willst Du gesund bleiben?« (Dok. 59).

1 Fimmen spielt hier auf den Umzug von Jahn nach Luxemburg an.

2 Robert Bratschi (1891–23.5.1981) war ab 1920 Gewerkschaftssekretär, ab 1921 Generalsekretär und 1945–1953 Präsident des Schweizerischen Eisenbahner-Verbandes (SEV), 1934–1952 Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB), seit den 1930er Jahren bis 1958 in verschiedenen Funktionen der ITF, 1950–1954 Präsident der ITF, 1953–1962 leitender Direktor der Schweizer Privateisenbahn, lange Jahre Mitglied des Nationalrats.
Karl Molt leitete den ITF-Widerstand von der Schweiz aus. 1938 war es wegen seiner Berichte, seinem Sohn und seiner Frau zu Mißverständnissen und Verdächtigungen gekommen, die aber ausgeräumt wurden. Vgl. Jahn an Fimmen vom 20.7.1939 und 26.7.1939 (AdsD, ITF, Mappe 21 und 22). Darüber hinaus entwickelten sich innerhalb der schweizerischen Emigrantenkreise Auseinandersetzungen um die Anbindung an die ADG, bei denen auch vor Denunziationen nicht zurückgeschreckt wurde. Vgl. hierzu Kap. VI der Dokumente.

2.) [Hermann] *Leuenberger*[3] steht restlos hinter und neben uns und wird aller Wahrscheinlichkeit nach die ganze Arbeit auf dem Rhein in seine Hände nehmen. Anfang Mai kommt er hierher; ich werde dann alles weitere mit ihm besprechen;
3.) In Hamburg ist eine Gruppe von ca. 120 Mann, die hauptsächlich im Hafen und auf den Werften beschäftigt ist, über unseren Antwerpener *Karl* zu uns gestoßen;[4]
4.) Die Geschichte mit den ISK-Leuten ist nun auch in Ordnung; auch sie marschieren mit uns zusammen.[5] Einer von ihnen wird wahrscheinlich innerhalb nicht allzulanger Zeit auf ein paar Wochen nach Amsterdam kommen, um sich hier bei mir einzuarbeiten;[6]
5.) Ich habe noch einen Mann in Narvik gefunden; so daß auch die Arbeit dort bald steigen wird.[7]

Im übrigen habe ich weniger Zeit als je. Sobald ich einigermaßen kann, komme ich auch einen Tag dorthin, um mit Dir das Weitere zu besprechen.

Beste Grüße Dir, Frau und Tochter

DOKUMENT 85

28. 4. 1938: Karl Molt, Rorschach/Schweiz, berichtet Edo Fimmen über den Stand der illegalen Arbeit in Württemberg

AdsD, ITF, Mappe 19. Unpaginiert. Maschinenschrift. Ohne Absender- und Adressatangaben. Ohne Ortsangabe. Handschriftliche Unterschrift.[1]

28. 4. [19]38

Lieber Freund!

Anbei einen Stimmungsbericht aus dem württembergischen Betrieben im Oberland.[2]

Ich lege Dir diesmal auch das Original mit bei, damit Du Dir auch ein Bild machen kannst, wie die Stimmung drüben ist, wenn das Material ausbleibt.[3] Ich möchte nämlich den Stups, den ich bekam, freundschaftlich an Dich weitergeben, nicht weil

3 Hermann Leuenberger (1901–30.12.1975) war 1933–1942 Generalsekretär, 1942–1966 Präsident des Verbandes der Arbeitnehmer in Hotel-, Transport- und Lebensmittelbetrieben (VHTL), 1939–1949 Präsident der IUL, 1950 stellvertretender Generalrat der ITF, 1958 Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB).

4 D. h. die vormaligen ISH-Angehörigen. Der Antwerpener »Karl« war Hermann Knüfken, der ehemalige Mitarbeiter der ISH, der Anfang 1936 zur ITF gewechselt war. Vgl. Dok. 63, 67. Vgl. ferner die Ratschläge der Antwerpener Gruppe um Hermann Knüfken für Vorgehensweisen und Inhalte illegaler Arbeit in: »Mannheim im No....«, in: Die Schiffahrt. Organ des Gesamtverbandes der Seeleute, Binnenschiffer und Hafenarbeiter Deutschlands, Nr. 3, November 1935, S. 11f.

5 Vgl. Jahn an Molt, vom 31.1.1938 (AdsD, ITF, Mappe 18). Vgl. auch Dok. 82.

6 Gemeint ist wahrscheinlich Willi Eichler. Vgl. auch Esters/Pelger, S. 71. Ihre Einschätzung, daß dabei die Initiative von Fimmen ausging, geht aus der Quelle nicht hervor.

7 Dabei dürfte es sich um den Niederländer Jef Last handeln. Vgl. J[ef] L[ast], an Karl [Hermann Knüfken], vom 13.4.1939 (AdsD, ITF, Mappe 20). Vgl. auch Nelles, Ungleiche Partner, S. 538.

1 Der Verfasser war Karl Molt. Handschriftlicher Zusatz im Briefkopf: »Abschrift für Hans [Jahn]«. Der Adressat Edo Fimmen folgt aus dem Kontext des Briefes. Vgl. auch Molt an Fimmen, vom 11.4. 1938 (AdsD, ITF, Mappe 46). Dort auch die Angaben zur Deckadresse des Absenders Karl Molt.

2 D. h. die Bodenseegegend. Der Stimmungsbericht befindet sich im Anhang des Dokumentes: Aus dem württembergischen Oberland (Friedrichshafen), ohne Datum [Ende April 1938] (AdsD, ITF, Mappe 19). Zum zweifelhaften Inhalt der Berichte, die Molt wenig später in Schwierigkeiten brachten, vgl. Anm. 11.

3 Mit Material sind die illegalen Zeitungen und Zeitschriften wie z.B. »Fahrt frei« oder »Sozialistische Warte« gemeint. Vgl. Dok. 79 Anm. 8.

ich der Meinung bin, daß Du irgend eine Schuld an dem Ausbleiben des Materials trägst, sondern Du sollst sehen, daß drüben bei meinen Kumpels Leben ist. Es ist kein schlechtes Zeichen, wenn sie drängen, wenn einmal etwas ausbleibt. Immer besser sie drängen uns, als wir müßten sie drängen.[4]

Dann eine zweite Frage, die *Heinrich*[5] aufwirft. Er sollte, wenn er weiter bauen soll,[6] Geld haben. Geld hat bis jetzt von allen meinen Gruppen nur *Alex*.[7] Alle anderen nicht. Bei *Heinrich* halte ich es für dringend notwendig. Wie kann das geregelt werden? Soll ich *Alex* veranlassen, daß er ihm vorerst etwas von seinem Fond abgibt, oder kannst Du mir eine oder zwei Zigarren[8] zukommen lassen. Das letztere wäre mir natürlich lieber, damit die Gruppen vollständig getrennt bleiben. Oder willst Du die Zigarren *Heinrich* persönlich geben. Er ist nämlich zu diesem Zweck bereit, rüber zu kommen. Noch eine Möglichkeit besteht, wenn [Hermann] *Leuenberger*[9] jetzt zu Dir

4 Nach den Festnahmen von Endrass u.a. und der Zerschlagung der Verbindungen von Molt durch die Gestapo im Juli 1938 (vgl. Dok. 77 Anm. 11) kam dessen illegale Arbeit im Reich weitgehend zum Stillstand und lebte bis zu seiner Verhaftung 1940 und seinem Untertauchen in der Schweiz nicht mehr auf. Vgl. zur Verhaftung und Untertauchen von Molt die Darstellung bei Wichers, Deutsche Sozialisten, S. 255, sowie zur weiteren Entwicklung in der Schweiz ebd., S. 250. Zur Entwicklung der ITF-Tätigkeit vgl. Dok. 87, 90.

5 »Heinrich« war der Deckname von Franz Gertel bzw. Bertel. Im Deck- und Klarnamenverzeichnis seiner Mitarbeiter schrieb Molt an Fimmen »Gertel« und kennzeichnete diesen als Metallarbeiter, mit einer Anschrift in Friedrichshafen. (AdsD, ITF, Mappe 46). Vgl. auch zu anderen Namen auf dieser Liste die Angaben in Dok. 79 Anm. 2. In dem Schreiben von Molt an Fimmen vom 11.4.1938 (Anm. 1) warb Molt für seinen neuen Mitarbeiter: »Es ist der frühere KPD-Landtagsabgeordnete u[nd] Vorsitzende des Betriebsrates eines großen Industriewerkes in F[riedrichshafen]. Früherer Metallarbeiter, hat unsere Richtlinien anerkannt u[nd] ist alles, nur kein KPD-Mann mehr. Mit einem Wort ein richtiger Gewerkschaftler u[nd] nach allen seinen Eigenschaften ein gewandter Illegaler. Er war früher nie Anhänger oder Mitglied der RGO. Immer Amsterdamer.« Nach Angaben der Anklageschrift des Oberreichsanwalts gegen Fridolin Endrass u.a., Nr. 6 J 374/38g, vom 5.7.1939, S. 25 (Widerstand als Hochverrat, Microfiche-Ausgabe), handelt es sich dagegen – ohne weitere biographische Hinweise – um Franz Bertel. Die Angaben von Molt ließen sich jedoch nicht verifizieren. In dem biographischen Handbuch von Schumacher, MdL, wird kein Franz »Gertel« bzw. »Bertel« genannt. Ein »Gertel« berichtete unter dem Decknamen »Eberhard« spätestens seit Herbst 1938, nach der Verhaftung der »Funken«-Gruppe um Hans Lutz April/Mai 1938 (vgl. Dok. 73 Anm. 12) und der Gruppe um Fridolin Endrass am 21./24.7.1938 (vgl. Dok. 77 Anm. 11), an die Gestapo über Molt und die verschiedenen Emigrantenkreise in der Schweiz. (BA, RSHA IV, P.St. 3, Nr. 90). Vgl. zur weiteren Entwicklung dieser Person in der Emigration die Angaben bei Wichers, Deutsche Sozialisten, S. 248–250, der ohne nähere Belege wiederum von »Bertel« spricht.

6 D. h. weiter Kontakte und illegale Verbindungen herstellen. Nach Mitteilung von Molt an Fimmen vom 11.4.1938 (Anm. 1) hatte »Heinrich« »jetzt bei den Dornierwerken, Metallbauten, Maibach Motorenbau, Zahnradfabrik gute Gruppen ausgebaut. In diesen drei Weltfirmen sind wir dominierend, wie wir überhaupt im ganz F[riedrichshafen] dominierend sind; außer uns hat niemand mehr noch dort irgend eine Verbindung. Außer diesen Großfirmen hat er auch in einer Reihe kleinerer Firmen seine Verbindungsleute. Weiter hat er Verbindungen in Ravensburg in den dortigen Metallwerken u[nd] nach dem naheliegenden Weingarten in der dortigen Maschinenfabrik. Auch dort sind wir dominierend. Seinem Vorstoß nach Ulm a. L. ist es gelungen, Fuß in dem dortigen auch weltbekannten Industriewerk Magirus zu fassen.« Die hier genannten Verbindungen konnten nicht konkretisiert werden. Eine andere, durch »Heinrich« vermittelte Kontaktperson stellte Molt als den früheren Reichsbannerführer in Tübingen und Metallgewerkschafter Wilhelm Kiess vor, der über einen eigenen, Molt bis dahin nicht bekannten »Apparat« in Tübingen verfügen sollte, und von dem Molt angab, ihn in seine Verbindungen einzubauen. Weitere Hinweise zur Existenz dieser Gruppe liegen nicht vor. Vgl. auch Wichers, Deutsche Sozialisten, S. 249, der zu Recht die Gutgläubigkeit von Molt in dieser Angelegenheit hervorhebt, da Molt gerade seine Unkenntnis von einer Gruppe in dem von ihm betreuten Gebiet als Hinweis für die gute illegale Arbeit gegen das NS-Regime herausstellt.

7 Deckname von Fridolin Endrass. Vgl. Angaben in Dok. 79 Anm. 2.

8 Gemeint waren Geldscheine (50 Mark), die in Zigarren eingewickelt waren. Vgl. die Anklageschrift gegen Fridolin Endrass, S. 32 (Anm. 5).

9 Vgl. Dok. 80.

kommt, könntest Du ihm Zigarren mitgeben. Überlege Dir diese Vorschläge u[nd] nehme den, der Dir am besten zusagt.

Leider habe ich zur Zeit örtliche Schwierigkeiten. Es sind Nachwehen von der St. Galler Aktion,[10] besser gesagt die jetzt zur Auswirkung kommenden Rachegelüste der »Anderen«. Einige Wochen hatten wir Ruhe, jetzt scheint es aber wieder um so toller zu werden. Ich hoffe zwar, ohne Deine Hilfe u[nd] ohne daß ich Dich mit der Sache belaste, fertig zu werden. *Leuenberger* habe ich alles mitgeteilt u[nd] glaube mit seiner Unterstützung auszukommen. Für alle Fälle liegt alles für Dich bereit.[11] Wenn noch notwendig, kann es sofort an Dich abgehen, aber wie gesagt, nur wenn notwendig, denn ich will Dich nicht mehr in Anspruch nehmen als wie irgend notwendig.

Ebenfalls noch beiliegend ein Los der braunen Schwindellotterie, das ist der Ausdruck, der drüben üblich ist.[12]

Laß bald von Dir hören. Mit dem Transport auf 1. Mai wird es nichts mehr. Schade, ich hätte meine Kumpels so gerne zufrieden gestellt. Für Hans [*Jahn*] liegen Abschriften bei.[13]

Mit herzlichen Grüßen
dein Karl [Molt]

10 Molt spielte hier auf Verhaftungen der Funken-Gruppe in Frankfurt/Main um Hans Lutz u.a. an, die Anton Döring angeleitet hatte. Vgl. Dok. 73 Anm. 12. Die »Nachwehen der St. Galler Aktion« beziehen sich auf die Auseinandersetzungen innerhalb der Landesgruppe Schweiz der ADG um den Ausschluß von Paul Müller (»Dreng«) aus der Landesgruppe im Februar 1938. Müller hatte gegen verschiedene Mitglieder der Landesgruppe, u.a. Karl Molt, bei Fimmen intrigiert. Zudem betrieb er ein Doppelspiel für die KPD. Vgl. Dok. 80, 84 sowie Kap. VI der Dokumente. Zur »St. Galler Aktion« vgl. Wichers, Deutsche Sozialisten, S. 254f.

11 Die schweizerischen Behörden drohten den Flüchtlingen, sie bei politischer Betätigung abzuschieben, selbst zurück nach Deutschland. Vgl. zum Schutz und zur Hilfe für Molt die Darstellung bei Esters/Pelger, S. 83, insbes. Anm. 29. Wenig später geriet Molt aber wegen der angeblich wenig zutreffenden Berichte seiner Gewährsleute, wonach 90% falsch seien, massiv unter Druck und mußte sich bei Fimmen und Jahn vehement für seine Reputation einsetzen. Letztlich gelang ihm dies. Vgl. die beiden Briefe von Jahn an Fimmen zum Fall Molt, vom 20.7.1939 und 26.7.1939 (AdsD, ITF, Mappe 21 und 22). Vgl. bereits die von Molt behaupteten Verbindungen nach Deutschland, die Jahn an Fimmen am 10.5.1938 weitermeldete (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 392, Bl. 102–108).

12 Gemeint war ein Stimmzettel zur »Abstimmung« am 10.4.1938 über den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich am 13.3.1938.

13 Molt legte häufig Stimmungberichte für Jahn bei. Vgl. Molt an Fimmen, 11.4.1938 (Anm. 1) sowie in der Anlage dieses Briefes: Aus dem württembergischen Oberland (Friedrichshafen) (Anm. 2).

DOKUMENT 86

November 1938: Hans Jahn berichtet an die ITF über die Organisation der illegalen Arbeit in Deutschland für die Zeit zwischen Dezember 1936 und Ende Oktober 1938

BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 392, Bl. 148–159. Maschinenschrift. Eigenhändige Unterschrift. Für den Abdruck gekürzt.

Bericht[2]
über die illegale Arbeit im Reich vom 2.12.[19]36 bis 1.11.1938
und
Bemerkungen zur internationalen Lage anläßlich des Kongresses der ITF vom 30.10. bis 6.11. 1938 zu Luxemburg.
Berichterstatter: [Fritz] **Kramer**[1].

Ich hatte die Ehre dem Sekretariat der ITF bezw. dem Generalrat Ende 1936 einen eingehenden schriftlichen Bericht über die Ursachen des Zusammenbruches der deutschen Gewerkschaften und des Versuches und Erfolges zum Neuaufbau einer illegalen Bewegung im 3. Reich zu erstatten. Der Bericht endete mit dem Stand der Bewegung vom 1.12.[19]36. Danach waren in 158 Orten des Reiches 284 Vertrauensleute der ill[egalen] Organisation aktiv tätig.[3]

Anfang 1937 mehrten sich die Widerstandsregungen in den deutschen Betrieben.[4] Die Arbeiterschaft, speziell qualifizierte Handwerker, konnten auf dem Lohngebiete hier und da kleine Erfolge erringen. Diese Erfolge verstärkten ihre Aktivität und diese wiederum verursachte den Herren des 3. Reiches Sorgen. Die Gestapo erhielt den Auftrag, die Betriebe durchzukämmen. Eine Terrorwelle von noch nicht dagewesenem Ausmaß flutete über die Produktionsstätten Deutschlands, um die Betriebsopposition zu zerschlagen. Auch unsere Kader wurden in Mitleidenschaft gezogen. Wir hatten im Westen des Reiches empfindliche Verluste zu verbuchen, die in einem Falle bis Sachsen ausstrahlten. 8 Funktionäre fielen der Gestapo zum Opfer und wurden zu insgesamt 97 Jahren Zuchthaus verurteilt.[5] Ein bis dahin nie gekanntes Strafausmaß. Es ist einzusehen, daß sofort alle Verbindungen abgedeckt werden mußten. Die

1 Fritz Kramer war der Deckname von Hans Jahn. Der Bericht wurde um die Bemerkungen Jahns zur außenpolitischen Situation sowie zur allgemeinen Stimmung in Deutschland gekürzt. Er schließt unmittelbar an den Bericht Jahns vom 15.12.1936 für die Zeit zwischen 1933 und 1.12.1936 an (Dok. 75). Folgeberichte finden sich mit weiteren Hinweisen in Dok. 87, 90. Zu diesem Bericht vgl. auch die Ermittlungsunterlagen der Gestapo, nachdem ihr die Unterlagen Jahns beim Einmarsch in Luxemburg und der überstürzten Flucht Jahns am 10.5.1940 in die Hände gefallen waren (Dok. 69 Anm. 1).

2 In der Vorlage gesperrt und unterstrichen.

3 Diesen Bericht siehe Dok. 75. Vgl. auch die Organisations-Anlage vom 1.3.1936 (Dok. 69), und dort in Anm. 79 die Ausführungen zu den unterschiedlichen Zahlenangaben für Stützpunkte und Vertrauensleute.

4 Vgl. die Zusammenstellung für 1936/37 bei Morsch, Streiks, S. 27ff.; ders., Arbeit, S. 423ff.

5 Jahn bezog sich hier auf die Verhaftungen der Gruppe um Hans Funger im Rheinland und in Westfalen bzw. um Max Kellner in Leipzig im Februar/März 1937. Vgl. hierzu Angaben in Dok. 69 Anm. 1. Es ist allerdings unklar, wen Jahn zu den Verurteilten rechnete, da die acht Hauptangeklagten (Hans Funger, Paul Emmen, Hugo Bachmann, Leo Radtke, Wilhelm Komorowsky, Max Pester, Heinrich Malina, Heinrich Tillier) vom Volksgerichtshof am 3.12.1937, Nr. 9 J 315/37 // 2 H 50/37, zu insgesamt 58,5 Jahren Zuchthaus verurteilt wurden (HStA Düsseldorf, RW 58, Nr. 12644, Bl. 5–45R). Max Kellner wurde vom Volksgerichtshof am 28.2.1938, Nr. 9 J 315/37 // 2 H 21/37, zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt (HStA Düsseldorf, RW 58, Nr. 37287, Bl. 14–21). Vgl. auch die nochmals abweichenden Angaben in einem Bericht von Jahn vom 9.12.1940 (AdsD, ITF, Mappe 38).

Tatsache, daß nur in 8 Orten und in diesen jeweils nur 1 Kamerad verloren ging, beweist den Erfolg der Abdeckung. Trotzdem war der Verlust äußerst schmerzlich und die Auswirkung organisatorisch schwer.

Ist schon der Wiederaufbau einer legalen Organisation nach einer Krise mühevoll und zeitraubend, um wieviel schwerer und langsamer gelingt das Wiederanknüpfen zerrissener Fäden in illegaler Zeit. Das Verhalten unserer Funktionäre in der qualvollen Zeit der Isolierung war bewunderungswürdig. Sie haben auf ihrem Platz ausgehalten im klaren Bewußtsein der Gefahr und mit dem festen Willen: Nun erst recht Sturz des Faschismus!

Der Kampf gegen den Faschismus ist kompromißlos und muß es sein. Wir grenzen uns deshalb aufs schärfste von den sogenannten Erhaltern der guten alten Gewerkschaftstradition ab.[6] Diese erklären uns, man müsse mit den Wölfen heulen, um sich selbst und die Tradition zu retten. Wer aber bewußt oder unbewußt, offen oder heimlich einen irgendwie gearteten Kompromiß mit dem Faschismus schließt, ist heute gleichgeschaltet und morgen Faschist.

Nachdem wir durch Kurier festgestellt hatten,[7] daß die Grundlagen der Kader im übrigen Reich durch den Betriebsunfall im Westen nicht gelitten hatten, wurde begonnen, das Netz der Verbindungen wieder zu knüpfen. Es zeigte sich dabei, daß die maßgebenden Funktionäre in den verschiedenen Gegenden und Orten des Reiches mit bewundernswerter Treue an uns und unseren Idealen hängen. Nach den bisher gemachten Erfahrungen ist die Hoffnung berechtigt, daß alle aufgebauten Stützpunkte noch intakt sind und zu gegebener Zeit wieder erfaßt werden können. Diese Tatsache verpflichtet. Auf Einzelheiten der durchzuführenden Maßnahmen kann aus naheliegenden Gründen nicht eingegangen werden.

Ein Überblick über das z[ur] Z[ei]t bestehende Netz von direkten und indirekten Verbindungen zu den Funktionären mag zeigen, daß trotz der schweren Enttäuschung, hervorgerufen durch das Verhalten der Demokratien, unsere Ideale noch nicht verschüttet sind, sondern leben – und was wesentlicher ist – wirksam sind und bleiben.

Im Dienstbereich der Deutschen Reichsbahn bestehen z[ur] Z[ei]t Verbindungen nach folgenden Orten und Bezirken: Berlin-Brandenburg, Cottbus-Schlesien, Leipzig-Sachsen, Meiningen-Thüringen, Stendal-Altmark, Wesermünde-Nordwest, Augsburg-Bayern-Süd, Stuttgart-Württemberg, Darmstadt-Hessen, Hannover, Göttingen, Passau, Frankfurt/M., Saarbrücken, Ludwigshafen, Oberstein, Kaiserslautern, Trier, Koblenz, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf und Bremen.

In diesen Orten und Bezirken sind 83 Funktionäre aus insgesamt 72 Orten in Übereinstimmung mit uns an der Grundsteinlegung einer neuen Organisation tätig. Die Anzahl der von ihnen erfaßten und beeinflußten Kameraden, sowie ihr Wirkungsbereich sind zahlenmäßig nicht abzuschätzen. Er schwankt je nach dem politischen und

6 D. h. der ADG. Vgl. auch die Artikel von Hans Jahn unter dem Pseudonym Fritz Kramer in der Zeitschrift Sozialistische Warte 1937/38 bei der Diskussion um die Organisation illegaler Gewerkschaftsarbeit im Reich und in der Emigration, z.B.: F[ritz] Kramer, Deutsche Gewerkschafter im Ausland, gekürzt abgedr. unter dem Titel »Gewerkschafts-Diskussion«, in: Freie Sozialistische Tribüne. Beilage zu Sozialistische Warte, H. 23, 5.11.1937, S. 547–551. Zu diesem Gesamtkomplex und der Diskussion vgl. eingehend Kap. II der Dokumente. Das Originalmanuskript befindet sich in: BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 392, Bl. 160–167.

7 Vgl. den Erinnerungsbericht von Max Kellner, abgedr. in Esters/Pelger, S. 140–150, S. 147. Eine wichtige Verbindungsfunktion zwischen Jahn und den Eisenbahnern innerhalb Deutschlands hatte danach Wilhelm Bode aus Cottbus. Vgl. Dok. 81 sowie die Ermittlungen des Reichsanwalts beim Volksgerichtshof und das Urteil des Volksgerichtshofes im Prozeß gegen Wilhelm Bode u.a., Nr. 9 J 237/40 // 2 H 17/42, vom 8.4.1942 (HStA Düsseldorf, RW 58, Nr. 2122 insb. Bl. 28–43).

wirtschaftlichen Pendelausschlag im Reich und in Europa. Darüber hinaus haben wir aktive Verbindungen zu verschiedenen großen Betrieben der Privatindustrie.[8]

Wir kontrollieren durch unsere dortselbst tätigen Vertrauensleute in Berlin, Leipzig, Essen, Bremen, Rüsselsheim, Dellbrück, Ürdingen, Friedrichshafen, Weingarten, Ulm, Tübingen, Stuttgart, Böblingen, Magstadt und Mannheim 19 der bedeutendsten Metall- und Flugzeugfabriken sowie Werften; in Cottbus und Echterdingen Textil- und Bekleidungsfabriken, in Aachen Bergbau, in Düren eine Glasfabrik, in Tübingen eine Uhrenfabrik und in Cottbus ein Bauunternehmen. In diesen Betrieben stehen uns 47 Funktionäre zur Verfügung. Wir haben sie, da sich niemand um sie kümmert, in unsere Kader aufgenommen. Insgesamt stehen 120 erprobte Funktionäre aus 95 Städten des 3. Reiches in direkter Verbindung mit uns. Erfahrungsgemäß und nach Art der Arbeit im Reich (Bildung von Fünfer-Gruppen) ist die Zahl der bewußt in der Kaderorganisation tätigen Vertrauensleute auf 600 zu veranschlagen. Das mag angesichts der Größe Deutschlands als verzweifelt wenig erscheinen. Jedoch, illegale Kämpfer darf man nicht zählen, man muß sie wiegen.[9]

Indirekte Verbindungen, d.h. Verbindungen über Kameraden, die unsere Konzeption akzeptieren und eng mit uns zusammenarbeiten, bestehen nach Köln, Essen, Solingen, Frankfurt/M., München, Augsburg, Hamburg, Kiel, Bremen, Hannover, Hildesheim, Braunschweig, Kassel, Jena, Erfurt, Magdeburg, Berlin und Görlitz zu ausschlaggebenden Metall-, Flugzeug-, Motoren-, Leichtmetall-, Edelstahl- und Fahrradwerken, sowie Werften; nach Bochum, Dortmund und Zwickau zu Bergwerken; nach Leipzig, Hamburg, Köln und Berlin zu Textil-, Möbel- und Schokoladenfabriken, der GEG und verschiedenen Kaufhäusern und Druckereien; nach Düsseldorf zur Dresdner Bank und Stadtverwaltung, nach Dortmund zur Städtischen Straßenbahn und nach Mainz, Worms, Ludwigshafen, Mannheim und Stuttgart zu verschiedenen kleinen Betrieben.[10]

Diese Angaben sind kontrollierbar. Gemessen an den Verhältnissen ist unsere Arbeit nicht ganz ohne Erfolg geblieben. Trotzdem bleibt noch viel zu tun übrig.

[...][11]

Anläßlich der Beerdigung des Kameraden [Nathan] *Nathans*[12] sprachen wir mit Kamerad *Paul*-Aussig[13] eingehend über Möglichkeiten, in Eger und Bodenbach ille-

8 Vgl. auch die Liste der Betriebe außerhalb der Reichsbahn, zu denen nach Auskunft von Jahn an Fimmen vom 10.5.1938 Verbindungen bestanden (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 392, Bl. 102–108). Vgl. aber die noch weiterreichenden Angaben in der Organisationsanlage vom 1.3.1936 (Dok. 69).

9 Inwieweit diese Zahlenangaben zutrafen, kann nicht überprüft werden. Erinnert sei allerdings an die Organisations-Anlage vom 1.3.1936, die einige Namen und Verbindungen enthielt, die nur auf dem Papier bestanden (Ebd. Anm. 11).

10 Vgl. die Liste der Betriebe in dem Brief von Jahn an Fimmen (Anm. 8). Der 1933 aus der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine (GEG) gebildete Reichsbund der deutschen Verbrauchergenossenschaften GmbH (GEG) war am 29.6.1935 umbenannt worden in Deutsche Großeinkaufs-Gesellschaft mbH (Deugro). Vgl. Ulrich Kurzer, Nationalsozialismus und Konsumgenossenschaften, Pfaffenweiler 1997, S. 296.

11 Die ausgelassenen Ausführungen behandeln den »Anschluß« Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938 und die weiter bestehende Verbindungsstelle für Kontakte österreichischer und reichsdeutscher Gewerkschafter in Passau.

12 Nathan Nathans (7.12.1883–28.7.1937) war neben Edo Fimmen Generalsekretär der ITF und leitete die Sektion Eisenbahnen, Kraft-, Luftfahrt und Straßenbahnen. Nathans starb 1937 bei einem Flugzeugabsturz.

13 Aussig war der Sitz des deutschsprachigen Verbandes der Eisenbahner in der CSR. Mit »Kamerad Paul« war möglicherweise Leopold Kulcsar (9.9.1900–28.1.1938) gemeint. Kulcsar war aus der österreichischen KP 1926 zur SDAP gekommen und arbeitete vor 1933 als Redakteur der Zeitung der österreichischen Eisenbahnergewerkschaft »Der Eisenbahner«, Anfang 1933 enge Kontakte zu Neu Beginnen, versuchter Aufbau einer konspirativen Kaderorganisation, während der Februarkämpfe

gale Stützpunkte vorzubereiten. Regelmäßige Materiallieferung wurde vereinbart und durchgeführt. Mitteilungen über die Verwendung des Materials gingen nicht ein.

Ab 1.6. 1938 erscheint das Mitteilungsblatt »Fahrt frei« aus technischen und taktischen Gründen nicht mehr.[14] Da die süddeutschen Funktionäre wieder nach Material verlangen,[15] sollte geprüft werden, ob eine Neuauflage opportun erscheint. Der Transport von Material ins Reich war während der letzten Krisenmonate nicht zu empfehlen. Es mußten hingegen alle Anstrengungen auf die Aufrechterhaltung der Verbindungen konzentriert werden, um bei den illegalen Kämpfern nicht das Gefühl des Verlassenseins und der Hoffnungslosigkeit aufkommen zu lassen. Das ist gelungen. Dazu kommt, daß in den Gastländern die Bedingungen über Aufenthaltsbewilligung immer schärfer werden, worunter unsere Arbeit naturgemäß leidet. Die Angst vor *Hitler* nimmt bisweilen groteske Formen an.

In der kritischen Zeit vor dem Münchener Diktat[16] haben wir als einzige Formation der deutschen Emigration unsere Stellung in einem allfälligen Krieg präzisiert. Wir haben nach eingehender Untersuchung sowohl des technischen Apparates der Reichsbahn, als auch der sozialen Struktur und Verfassung des Personalkörpers nachgewiesen, daß eine empfindliche Störung des Aufmarsches und Nachschubes der deutschen Wehrmacht möglich ist.[17] Uns kamen dabei die selbsterlebten Erfahrungen der Jahre 1917/18 zugute. Damals war die Militärdiktatur *Hindenburg-Ludendorff*[18] gezwungen, dem Personal durch Gesetz vom 5.12. 1916[19] demokratische Freiheiten einzuräumen, um sich dessen Mitwirkung zur Überwindung und ev[en]t[uel]l[en] Abwendung der tödlichen Krise zu sichern. Die Einsicht kam zu spät. Heute glaubt die totale Diktatur durch Austreten des letzten Funkens von Freiheit seine unausbleibliche Krise im Ernstfall überwinden zu können. Diese Auffassung wird sich im Kriegs- und Krisenfall für das System als verhängnisvoller erweisen, als 1917/18 für das Kaiserreich. Der Zusammenbruch der Verkehrs- und Versorgungsbasis mit allen militärischen, wirtschaftlichen und sich daraus ergebenden sozialen Folgen wird zur gegebenen Zeit unausbleiblich sein. Ihn zu beschleunigen, ja durch den Krieg abzukürzen und den Sturz des Faschismus zu bewirken, war und ist unser Bestreben.[20]

1934 in Österreich vorübergehend inhaftiert, illegale Arbeit, Ende 1934 Flucht in die CSR, Redakteur und Herausgeber der Zeitschrift Sozialistische Tribüne, ab 1937 Leiter der Pressestelle der spanischen Republik in Prag, Tätigkeit für den spanischen Nachrichtendienst, die spanische Geheimpolizei und die GPU.

14 Fahrt-Frei, für den Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands. Sektion ITF. Erscheinungszeitraum Oktober 1936 bis 1938. Vgl. Stroech, S. 146.

15 Vgl. Dok. 85.

16 D. h. die Münchner Konferenz mit Hitler, Mussolini, Chamberlain und Daladier am 29.9.1938, die die Abtretung der sudetendeutschen Gebiete der CSR an das Deutsche Reich beschloß. Am 1.10. 1938 Einmarsch der deutschen Wehrmacht in das Sudetenland.

17 Vgl. Kramer, Deutsche Gewerkschafter (Anm. 6).

18 Erich Ludendorff (9.4.1865–20.12.1937) war General im Ersten Weltkrieg, von 1916–1918 neben Hindenburg Chef der Obersten Heeresleitung, Rücktritt am 26.10.1918, nach dem Kriegsende an völkischen Gruppierungen beteiligt, Teilnahme am Hitler-Putsch 1923, 1924–1928 MdR (Liste Nationalsozialistische Freiheitspartei), Gründer und Führer des Tannenbergbundes 1926–1933.

19 Das »Vaterländische Hilfsdienstgesetz« vom 5.12.1916 verpflichtete die nicht zum Militär eingezogenen Männer zwischen 17 und 60 Jahren zur Arbeit in der Rüstungsindustrie und kriegswichtigen Einrichtungen. Zugleich wurden obligatorische Arbeiter- und Angestelltenausschüsse in Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten sowie paritätisch besetzte Schlichtungsausschüsse eingeführt, mit denen die Arbeitnehmer begrenzte Mitbestimmungsrechte erlangten und die Gewerkschaften gestärkt wurden. RGBl., 1916, Nr. 276, S. 1333–1339.

20 Vgl. Hans Jahn, Bericht über die illegale Tätigkeit seit Kriegsbeginn, vom 15.6.1941 (Dok. 90). Zu Sabotageakten im Bereich der Seeschiffahrt vgl. den Bericht vom Ende November 1938 (AdsD, ITF, Mappe 47) sowie die Angaben in Dok. 90 Anm. 3.

In den Septembertagen des Jahres 1938 haben wir alle Anstrengungen gemacht, um bei Ausbruch des Krieges über einen uns zur Verfügung zu stellenden Sender den Aufmarsch und Nachschub des deutschen Heeres durch dauernde »Dienstanweisungen« an die einzelnen Personalgruppen der Reichsbahn derart zu stören, daß eine blitzartige Entfaltung der deutschen Wehrmacht und damit der für die Diktatur unerläßliche Blitzsieg von vornherein infrage gestellt war. Dieser Störungsakt wäre uns weitgehend gelungen. Die Folgen der sich daraus ergebenden Stockungen im Verkehrsapparat sind so eindeutig, daß sich jede weitere Erörterung darüber erübrigt.[21]

Ein Wort noch zu unserer Konzeption der illegalen Arbeit.[22] Wir gehen von der Voraussetzung aus, daß bei kommenden großen Ereignissen – Krieg, Wirtschaftsnot, politische Niederlagen aller Art – der Anstoß zu sozialen Umschichtungen von den Betrieben ausgeht. Aus den Betrieben erwächst die neue deutsche Arbeiterbewegung als Hauptträger kommender sozialer Revolutionen. Ein wesentlicher Teil der Vorbereitungsarbeit hierzu wird von uns und unseren Kader geleistet. Über das »Wie« habe ich ausführlich in meinem Bericht vom 1.6.[19]36 gesprochen.[23] Diese, unsere Konzeption ist von allen politischen und gewerkschaftlichen Gruppen, die illegale Arbeit leisten, anerkannt.[24] Sie wird von den in Frage kommenden Organisationen in den europäischen Staaten, sogar selbst in Indien zustimmend diskutiert. Damit haben wir einen wichtigen allgemeinen Beitrag zum Sturz des Faschismus geleistet.

[...][25]

Zum Schluß noch einige Bemerkungen:

Nur dann, wenn eine Gesellschaft sich selbst aufgegeben hat und alle Klassen und Gruppen derselben nicht mehr die Kraft in sich fühlen, die Staatsgewalt für sich zu gewinnen oder zu erhalten, ist eine Diktatur möglich. Solange eine einzelne Klasse noch darauf hofft, die Staatsgewalt zu erringen, besteht die Möglichkeit zur Vermeidung der Diktatur, und da wo diese besteht, die Aussicht zum Sturze derselben.

Diese Erkenntnis verpflichtet 1. jede nationale Arbeiterklasse, nach Maßgabe der von ihr vorgefundenen Möglichkeiten nicht nur ihre Hoffnung, sondern ihren Anspruch auf Gewinnung der Staatsgewalt immer wieder geltend zu machen. Sie verpflichtet 2. die internationale Arbeiterklasse, uns zu helfen, den Willen der Wiedergewinnung der Staatsgewalt in Deutschland auch weiterhin wachzuhalten, also illegal zu arbeiten. Heute gilt mehr denn je das Wort: »Nur wer sich selbst aufgibt, ist verloren«.

Ich bin nicht gefragt und deshalb nicht befugt, in dieser Beziehung Ratschläge zu erteilen. Meine Erfahrungen aus der vieljährigen legalen und 2 ½jährigen illegalen

21 Vgl. zu dem Sender die Ermittlungen der Gestapo im August 1938 und den Spitzelbericht von »S8« vom 10.9.1938 (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 394, S. 159, 167). Zur Behauptung einer im Kriegsfall erfolgreichen Sabotage vgl. die Ermittlungsergebnisse der Gestapo 1940, nachdem ihr beim Einmarsch in Luxemburg die Unterlagen von Hans Jahn in die Hände gefallen waren. Die Gestapo kam darin zu dem – aus ihrer Perspektive – gegenteiligen Ergebnis. Vgl. aber Dok. 90 Anm. 3.

22 Vgl. auch die Überlegungen Jahns in seinem Bericht vom 15.12.1936 für die Jahre 1933–1936, S. 6ff. (Anm. 2) und in seinem Aufsatz »Deutsche Gewerkschafter im Ausland« (Anm. 6), wonach die Basis für die illegale Arbeit stets die Betriebe im Reich darstellen sollten, in denen ausgewählte Kader der illegalen Gewerkschaftsbewegung arbeiteten.

23 Richtig: 1.12.1936. Vgl. Anm. 2.

24 Dieses Selbstlob Jahns trifft nicht ganz zu. Zu den Auseinandersetzungen um die Organisation der illegalen Arbeit insbesondere zwischen ADG, Koordinations-Ausschuß sowie den Organisationen der Bergarbeiter, Eisenbahner und Seeleute vgl. Kap. II der Dokumente.

25 Die ausgelassenen Ausführungen (4,5 Ms-Seiten) befassen sich mit der außenpolitischen Entwicklung 1938 und dem drohenden Krieg sowie mit der allgemeinen Stimmung in der Bevölkerung.

Kampfzeit[26] mit dem Faschismus in Deutschland lassen sich wie folgt zusammenfassen.

[...][27]

Alle Anstrengungen der Arbeiterklasse im nationalen und internationalen Ausmaß würden aber vergeblich sein, wenn der Urheber aller sozialen Reaktion, wenn die stärkste Säule des Faschismus, wenn das 3. Reich weiterbestehen würde. Dessen innere Aushöhlung ist Voraussetzung für seinen vordringlichen Sturz. Diese Aufgabe leisten die illegalen Kader im Reich. Ihre Arbeit ist für die Existenz und Zukunft der internationalen Arbeiterklasse und ihrer Organisation lebenswichtig. Der Kampf der deutschen Illegalen ist der Kampf für Freiheit und Kultur in Europa, ja vielleicht in der Welt.

DOKUMENT 87

9. 3. 1939: Hans Jahn berichtet Edo Fimmen über den Stand seiner illegalen Arbeit nach einem Jahr seit der Übersiedlung von Antwerpen nach Luxemburg

AdsD, ITF, Mappe 46. Unpaginiert. Maschinenschriftliche Abschrift. Überschrift: »Auszug aus dem Brief vom 9. März 1939 Hans Jahn an Edo Fimmen«. Ohne Ortsangabe.[1]

Nun zum Schluß noch ein Generalbericht:

Ende dieses Monats bin ich 1 Jahr hier.[2] In dieser Zeit ist es gelungen, die Verbindungen wie folgt wiederherzustellen und damit die Organisation – wenn man sie so nennen darf – arbeitsfähig zu machen.

1) Persönliche Verbindungen nach Cottbus (Schlesien – Brandenburg) zu Willi *B[ode]* und nach Duisburg (Rhein – Ruhr) zu Willi *M[olitor]*. Beide sind der Person nach dort bekannt.[3]

2) Direkte Verbindungen nach Augsburg, Berlin, Cottbus, Duisburg, Darmstadt, Freising, Leipzig, München, Passau, Regensburg, Stendal, Stuttgart und Wesermünde. Originalmeldungen und Berichte aus diesen 12 Städten liegen dort vor.

3) Indirekte Verbindungen über eigene Wege, sowie 1) und 2) [nach] Aachen, Bremen, Koblenz, Köln, Erfurt, Hannover, Göttingen, Dresden, Breslau, Frankfurt/M., Saarbrücken, Ludwigshafen, Kaiserslautern, Trier, Dortmund, Düsseldorf, Köthen, Koswig, Dessau, Halle, Güsten, Görlitz, Schweidnitz, Guben, Forst (25 Städte) und 15 weiteren Orten aus dem Gau von Willi *B[ode]*.

26 Vgl. neben dem vorliegenden den Bericht für die Jahre 1933–1936 (Anm. 2).

27 Die folgenden Ausführungen (1 Ms-Seite) befassen sich mit der Notwendigkeit internationaler Solidarität.

1 Der Brief war auch der Gestapo beim Einmarsch der Wehrmacht in Luxemburg in die Hände gefallen. Zu Fundort und Verbreitung des Briefes vgl. Angaben in Dok. 69 Anm. 1. Die Abschrift enthält keine Absender- oder Adressatanschrift. Der Brieftext ist paraphrasiert bei Esters/Pelger, S. 73.

2 Vgl. die Pläne von Jahn in seinem Brief an Fimmen vom 21.3.1938 (AdsD, ITF, Mappe 18). Die Verbindungen im Reich waren nach den Verhaftungen von Funger u.a. im Rhein-Ruhr-Gebiet im Februar/März 1937 empfindlich unterbrochen worden. Vgl. Dok. 86.

3 Zu den Kontaktpersonen Willi Bode und Willy Molitor vgl. Dok. 69 Anm. 1, Dok. 89 Anm. 1. Zu den folgenden Verbindungen vgl. auch die in der Organisations-Anlage vom 1.3.1936 beigefügte Adressenliste (Dok. 69 Anm. 11) sowie die Listen der Verbindungen, die Jahn am 10.5.1938 an Fimmen geschickt hatte (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 392, Bl. 102–108).

4) Verbindungen über [Karl] *Molt*: Stuttgart, Ulm, Friedrichshafen, Eßlingen, Tübingen, Aulendorf, Heilbronn.

5) Verbindungen zur Privatindustrie in Düsseldorf, Cottbus, Leipzig und Berlin.

Zusammenfassung: In 59 Städten und Orten des Reiches sind mir persönlich bekannte Funktionäre mehr oder minder aktiv für uns tätig.[4]

Mit Hamburg und Wien wird die Verbindung in nächster Zeit gleichfalls hergestellt sein.

Wenn wir mit der Bilanz des ersten Jahres auch keineswegs zufrieden sind, ist der Anfang doch erfolgversprechend. Die Arbeit fortzusetzen und das Erreichte zu stabilisieren sowie die Organisation auszubauen und die gewonnenen Funktionäre zu aktiven Kämpfern zu erziehen, ist meine Aufgabe. Ob ich sie in dem von mir gewünschten Sinne erfüllen kann, hängt nicht allein von mir ab.

In der Hoffnung, Dich am Dienstag wohl und munter begrüßen zu können, bin ich

mit herzlichem Gruß!

DOKUMENT 88

25. 7. 1939: Hermann Knüfken, Antwerpen, berichtet Edo Fimmen über die illegale Arbeit und die beobachteten Militärbewegungen

AdsD, ITF, Mappe 22. Unpaginiert. Maschinenschrift. Ohne Absenderangabe. Anschrift: »Edo Fimmen, I.T.F., 61 Vondelstraat Amsterdam. W.« Maschinenschriftliche Unterschrift: »Karl«.[1]

Antwerpen, den 25. 7. 1939

Lieber Freund,

Habe soeben Deinen Brief, datiert 24. Juli [1939], erhalten. Den Brief von E[rich] *Rix*[2] sende ich beiliegend mit zurück. Leider muß ich sagen, daß das eine üble Geschichte ist, zu der nicht viel zu sagen ist. Am besten wäre wohl, ihn nach der Westküste zurückreisen zu lassen und ihm zu verstehen zu geben, daß er sich jetzt erstmal von dem Schreck, den wir bekommen haben[3], erholen soll. Die Geschichte kann ja stimmen, darf aber doch wirklich nicht passieren. Soll er mal zeigen, was er kann und zumindestens in den Westküstehäfen anfangen zu arbeiten. Eine Neuorganisierung der Reise halte ich jetzt nicht für angebracht.[4] Du solltest ihm einen Brief in diese Richtung schreiben. Diese Geschichte ist wirklich zum Kotzen. Ich fühle mich wirk-

4 Am 1.3.1936 nannte Jahn allerdings noch 137 Stützpunkte mit 284 Stützpunktführern und 1.320 Funktionären bei insgesamt 158 Orten mit Stützpunkten (Dok. 69). In seinem Bericht vom November 1938 sprach Jahn von 83 Funktionären in 72 Orten allein innerhalb der Reichsbahn. Darüber hinaus erwähnte er weitere Verbindungen. Vgl. Dok. 86 Anm. 8.

1 Karl war der Deckname von Hermann Knüfken.

2 Erich Rix war der Deckname von Erich Krewet (5.12.1900–13.2.1970). Krewet war Seemann, vor 1933 KPD, nach 1933 illegale Arbeit, Festnahme und bis 1935 in Strafhaft, Emigration nach Antwerpen, Mitglied der Antwerpener Gruppe der ITF um Hermann Knüfken, Agitation auf deutschen Schiffen, 1936 Emigration nach USA um bei der Rückkehr seines Schiffes in einem deutschen Hafen der Verhaftung zu entkommen, 1937–1939 an der Westküste Leiter der German-American League for Culture und Organisation von Lesungen, 1941 Internierung, 1957 Rückkehr nach Deutschland. Der Brief von Krewet lag nicht vor. Vgl. zu diesem Dokument auch knapp Buschak, Arbeit, S. 100. Der Brief von Fimmen an Knüfken vom 24.7.1939 befindet sich ebenfalls in AdsD, ITF, Mappe 22.

3 Dieser Halbsatz ist in der Vorlage gesperrt.

4 Vgl. Angaben in Anm. 2.

lich schlecht, wenn ich daran denke, welche Widerwärtigkeiten Du in Verbindung mit der deutschen Arbeit hast. Nicht genug, daß Du so schon krank bist, kommen dazu auch noch diese verdammt unangenehmen Gegenschläge.[5]

Von Dunkerque[6] hatte ich morgens einen Brief, in welchem Kurt [*Lehmann*] mich bat, sofort an unseren Mann in Dunkerque zu telegraphieren[7], damit der ihm ermöglicht, auf British s[team]s[hip] »Charlewood« anzumustern. Nun hätte ich ein langes Telegramm schicken müssen, um das begreiflich zu machen, was natürlich nicht angängig war. Ich habe statt dessen einen Expreßbrief an ihn geschrieben, worin ich die Sache auseinandersetze. Da ich gleichzeitig einige Nachrichten bekommen hatte, war die Sache natürlich für mich bedeutend angenehmer. Wenn das auch nicht mit s[team] s[hip] »Charlewood« in Ordnung kommt, dann wird es doch möglich sein mit einem anderen Schiff bei einer späteren Gelegenheit.

Ich tue alles, um die Geschichte der Jungens in Marseille und Dunkerque in Ordnung zu bringen. Wie das genau gehen wird, weiß ich nicht. Hier liegt der Fall ja so, daß die Genossen wirklich die Opfer ihrer Arbeit geworden sind. Es bleibt nichts anderes übrig, als dafür zu sorgen, daß sie in einem Land endlich in Ruhe gelassen werden.[8] Damit gerate ich natürlich immer mehr in eine Tretmühle, die mich zwingt, unermüdlich bessere und mehr maritime Nachrichten zu sammeln, als andere Leute, die darin ihren Beruf sehen. Ich habe dabei die Hoffnung und auch das Bewußtsein, daß es doch bald los geht und wir von dem Schlamassel, in dem wir uns jetzt befinden, erlöst werden durch den ganz großen Schlamassel.[9] Mir soll es recht sein! Wir brauchen

5 Der konkrete Anlaß wurde nicht ermittelt. Vgl. aber zu den Auseinandersetzungen innerhalb der Emigrantengruppen in den USA Kap. X der Dokumente.

6 Das ist Dünkirchen.

7 Kurt Lehmann war neben Knüfken der führende Kopf der Antwerpener Gruppe. Der Mann in Dünkirchen war wahrscheinlich »Werner«, d. i. Werner Lehmann, der Bruder von Kurt Lehmann. Werner Lehmann (1904–1941) war vor 1933 KPD, nach 1933 Emigration, seit 1935 Mitglied der Knüfken-Gruppe in Antwerpen, 1940 nach Kriegsbeginn in Marseille verhaftet, Juli 1941 Auslieferung nach Deutschland, in Karlsruhe und Berlin inhaftiert, dort umgekommen. Vgl. auch Dok. 63 sowie Dieter Nelles, »Daß wir den Kopf hinhalten, auch wenn er mal abgehauen werden sollte.« Wuppertaler Seeleute im Widerstand, in: Forschungsgruppe Wuppertaler Widerstand (Hg.), »...se krieje us nit kaputt«. Gesichter des Wuppertaler Widerstandes, Essen 1995, S. 165–174.

8 Nach dem Schreiben von Fimmen an Knüfken hatten die drei ITF-Kontaktpersonen in Marseille (»Helmut«, »Harry«, »Tetje«) keine Arbeit und Einkommen und keine sichere Aufenthaltsgenehmigung. Der von der Gestapo angeworbene V-Mann Willi Müller identifizierte »Helmut« als Helmut Bruhns, »Tetje« als Theodor Haag (oder: Hack) und »Harry« fälschlicherweise als Harry Ballatski – richtig: Harry Bahlke. Harry Bahlke war zusammen mit Theodor Haag vom sowjetischen Geheimdienst für Aktionen in Deutschland ausgebildet worden, wurde aber wegen seiner Kontakte zu Knüfken nicht eingesetzt, Mitglied der Antwerpener Gruppe um Hermann Knüfken, 1940 nach Kriegsbeginn in Frankreich verhaftet und interniert.
Der V-Mann Willi Müller (geb. 22.12.1892) gehörte der illegalen Reichsleitung des Einheitsverbandes der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer. Deutsche Sektion der ISH an, nach seiner Emigration zur KPD-Gruppe in Antwerpen. In seiner Wohnung fanden angeblich Besprechungen der KPD-Mitglieder statt. Müller arbeitete seit Juli 1939 als Spitzel für die Gestapo. Abwehrstelle Wilhelmshaven, an OKW Abwehrabteilung III F, vom 21.7.1939, sowie die weiteren Berichte von Willi Müller (HStA Düsseldorf, RW 58, Nr. 39810, Bl. 216–219, Bl. 223–230, Bl. 269–280). Vgl. hierzu auch die auf parallelen Akten fußende Darstellung bei: Nelles, Ungleiche Partner, S. 547. Vgl. ferner den Briefwechsel zwischen Fimmen und KPD-Mitgliedern, u.a. Willi Müller, um deren Beitrittswunsch zur ITF im Juli/August 1936 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/708/139, Bl. 26–31). Wenige nähere Angaben zu Müller, allerdings ohne Hinweis auf die Spitzeltätigkeit: Dieter Nelles, Jan Valtins »Tagebuch der Hölle« – Legende und Wirklichkeit eines Schlüsselromans der Totalitarismustheorie, in: 1999, 9 (1994), S. 25; Inge Marßolek/René Ott, Bremen im Dritten Reich. Anpassung, Widerstand, Verfolgung, Bremen 1986, S. 273.

9 D. h. der erwartete Ausbruch des Krieges.

sowieso frische Luft und anderenteils auch ein Erdbeben, damit dieser unhaltbare Zustand beendigt wird.

Heute und gestern bin ich besetzt mit unseren Leuten von der »Phrygia«, Hapag, No. 316, Ausreise Trinitad und Mexiko, die eben von H[am]b[ur]g und Bremen kamen.[10] Außer den beiden Hansadampfern »Marienfels« und »Lauterfels« ist eine Reihe anderer großer Schiffe für Truppentransporte nach Ostpreußen requiriert worden. »Marienfels« hat 3 Transporte gemacht von Holtenau, Hamburg und Stettin und befindet sich jetzt wieder in regulärem Dienst. Die »Lauterfels« macht noch Truppentransporte von Stettin nach Königsberg. Requiriert wurde Anfang Juli s[team]s[hip] »Oldenburg« Hapag, No. 84, (nicht verwechseln mit gleichnamigem Schiff der O.P.D.R.![11]), die ebenfalls für Truppentransporte nach Ostpreußen eingesetzt wurde. Gleichzeitig sind 2 Dampfer der Wörmann-Linie für diesen Zweck in Fahrt gesetzt worden und 1 Hapagschiff von dem Typ der »Jonia«-Klasse. Nebenbei höre ich, daß die Schiffe des sogenannten Ostpreußendienstes ausschließlich mit Truppen fahren. Die getroffenen Maßnahmen in der Ostsee sind so riesig, daß eine friedliche Rückgängigmachung ausgeschlossen ist.

Teile des 1. Schiffstammregimentes Stralsund sind in Pillau angekommen und nach 2 Wochen Unterbringung dort Anfang des Monats Juli per Dampfer nach Neukrug auf die frische Nehrung gebracht worden. (Zum Einsatz längs der Haff- und Ostseeküste gegen Danzig).

Die 1. und 3. Hilfsminensuchbootflottille (je 12 von der Marine übernommene Fischdampfer, die vor Jahren bei Stülken in Hamburg und auf anderen Werften umgebaut wurden), sind von Kiel, wo sie bisher im Nordhafen lagen, Anfang des Monats nach neuer Indienststellung in See gegangen nach Pillau.

Wenn Du mit Leuten zusammenkommst, die noch denken können und die eben von Hamburg oder Bremen oder von einem Ostseehafen kommen, dann hast Du das bestimmte Gefühl, es kommt wieder einmal zu einer großen Überraschung.

Aus dem Hamburger Hafen: Die Schauerleute sowohl als die Werftarbeiter, und letztere ganz besonders, sind deprimiert. 12 bis 14 Stunden Arbeit sind die Regel. Die Sonntagsarbeit gehört zu den ständigen Einrichtungen. Das Arbeitstempo ist stark zurückgegangen. Die meisten Unverheirateten und auch viele Verheiratete machen 1 Tag in der Woche, meistens Montag »blau«. Die Senkung des Arbeitstempos ist keine besprochene Maßnahme, sondern entspricht der Unlust der Einzelnen. Unser Mann sprach mit einem alten Unionisten, der bei Bl[ohm] & V[oß] im Schiffbau beschäftigt ist, und der sagte ihm folgendes: Alles, was früher irgendwie mit Arbeiterbewegung zu tun hatte, ist von einem tiefen Haß gegen alles, was mit den Nazis zusammenhängt, durchdrungen. Es wird allgemein geschimpft, alle sind unzufrieden, aber alle sind von der Zwecklosigkeit irgendwelcher Aktionen überzeugt. Wo es bereits zu Besprechungen kam, ist nichts ausgeführt worden. Die Furcht sitzt allen zu tief in den Knochen. Wenn gestern mal was verabredet wurde zwischen 5 oder 6 Mann, von denen keiner ein Verräter ist, geht heute oder morgen keiner von den 5 oder 6 an die Ausführung des Besprochenen. Sie laufen dann wochenlang aneinander vorbei und haben Angst sich zu treffen. Wenn wirklich aber einer unter ihnen die anderen versucht anzu-

10 Fimmen und Knüfken besaßen Verbindungen zum englischen und französischen Geheimdienst, denen sie die Truppenbewegungen meldeten. Vgl. Nelles, Jan Valtin, S. 69f.; ders., Ungleiche Partner, S. 545ff. sowie die Ermittlungen der Gestapo und der deutschen Spionageabwehr u.a.: Abwehrstelle Wilhelmshaven, an Oberkommando der Wehrmacht, Abwehrabteilung III, u.a., vom 31.10.1938 (HStA Düsseldorf, RW 58, Nr. 39810, Bl. 67–70). Über Truppenbewegungen berichtete auch Hans Jahn. Vgl. Dok. 90. Vgl. ferner die anonymisierten Berichte aus der Binnenschiffahrt, z.B. vom 8.7. 1939 (AdsD, ITF, Mappe 47).

11 Der genaue Name der Reederei des »Ostpreußendienstes« wurde nicht ermittelt.

treiben zu dem, was vorher abgemacht wurde, dann fängt man an, sich vor dem gegenseitig zu warnen. Es ist ein furchtbarer Zustand, der auch keine Lichtblicke zeigt etwa in dem Blaumachen des Montags.

Der Anstoß, auf den viele[12] warten, muß von außen kommen. Wenn es zum Krieg kommt, wenn die Anspannung jedes einzelnen Arbeiters in der Kriegsindustrie durch die noch unerträglicher werdende Ausbeutung und die noch schlechter werdende Ernährung zu groß wird, dann erst können Aktionen geführt werden. Natürlich wartet alles auf diese Änderung. (Unter »alles« ist der in unserem Sinne bessere Teil der Betriebsbelegschaften zu verstehen.)

Es sind in den letzten Wochen ziemlich viele Lastkraftwagen requiriert worden, zum Teil mit Wagenführern. Seit 14 Tagen hat man auch wieder ganze Jahrgänge bereits ausgebildeter Mannschaften eingezogen. Trotz der ewigen Truppenabgänge aus den Kasernen sind die Kasernen doch immer überbelegt. Zum 31. Juli [1939] zieht auch wieder die Marine einen Teil von 6 Jahrgängen von Berufsseeleuten ein zur Ausbildung. Ob kurzfristige Ausbildung ist den Leuten selbst nicht bekannt. Die Musterung für die Seeleute findet in Hamburg in der Schule an der Bömkenstraße (Neustadt) statt.

Morgen muß ich meine Identitätskarte für 6 Monate verlängern lassen, hoffentlich zum letzten Mal.[13] Auf jeden Fall sollst Du das Gefühl haben, daß die Arbeit in Antwerpen fruchtbar weitergeführt wird. Wir leisten trotz aller Schwächen noch eine ganze Menge. Außerdem werde ich alles tun, um daran mitbeizutragen, daß auch die Frage der Genossen in Dünkirchen und Marseille im besten Sinne geregelt wird. Hoffentlich ändert sich bald diese miserable Zeit.

Mit besten Grüßen
Karl.[14]

12 Wort in der Vorlage unterstrichen.
13 Dies geschah ohne Probleme. Vgl. Karl [Hermann Knüfken] an Edo Fimmen, vom 26.7.1939 (AdsD, ITF, Mappe 22).
14 Vgl. Anm. 1.

DOKUMENT 89

4. 3. 1940: Willy Molitor berichtet Hans Jahn über seine Zeit nach der Entlassung aus dem Zuchthaus und über seine Flucht nach England

AdsD, ITF, Mappe 51. Unpaginiert. Maschinenschriftliche Abschrift. Ohne Orts- und Datumsangabe. Eingangsvermerk »4.3.1940. Kr[amer]«. Maschinenschriftliche Unterschrift. Für den Abdruck gekürzt.[1]

Lieber Hans [*Jahn*]!

Soweit ich es übersehen kann, wird mein Ausbleiben[2] nur Folgen für meine Familie zeitigen. Nach meiner Entlassung aus dem Bau[3] und besonders nach der Berührung mit der Gestapo habe ich weder direkten noch indirekten Verkehr mit unseren namhaften Freunden gehabt.[4]

Von der Absicht, nicht zurückzukehren, habe ich niemanden unterrichtet, damit sich auch niemand durch das Verschweigen dieses Umstandes strafbar machen konnte. Mit meiner Frau habe ich ebenfalls nicht über Einzelheiten gesprochen, deren Wissen sie belasten würde. Außer [Wilhelm] *Bode* ist ihr dem Namen nach kein Funktionär aus dem Reiche bekannt. Die wenigen Funktionäre, die sie aus dem Bezirk kennt, sitzen meist, und die anderen paar können nicht belastet werden.[5] Wir haben auch mit Absicht nie über sie gesprochen. Man wird meine Frau ja wohl zum Schreiben diverser Briefe nötigen, um mich ausfindig zu machen und um dann einen Druck auf mich auszuüben, zurückzukommen. Von mir aus gehen diese Briefe alle als unbestellbar zurück. Meine Frau und ich sind uns schon vor 3/4 Jahren einig gewesen, daß es sich um eine jahrelange Trennung handeln könne. Sie weiß, daß ich mich durchbeißen werde. Und sie selbst hat Energie genug für den Fall, daß man sie nach einiger Zeit zufrieden läßt, sich und die Kinder durchzuschlagen.

Mit Gruß! (gez.) Willy [**Molitor**]

Nach meiner Entlassung aus dem Zuchthaus[6] fiel es mir sehr schwer, in meinem Beruf als Maschinenbauer unterzukommen. Einige Monate später benötigte man jede Kraft, aber zur Zeit geben sich die Arbeitsämter mit uns keine Mühe. In der Kriegsindustrie ist auch heute noch die Beschäftigung politisch Unzuverlässiger unerwünscht, man vermittelt aber in die übrigen Industriezweige. Damals mußte ich jedenfalls zunächst als Hilfsarbeiter tätig sein und zwar als Montagehelfer. Der Monteur, ein Zimmermann, war P[artei]g[enosse] und SA-Mann. Ich hatte ihm sofort gesagt, was ich für ein

1 [Fritz] Kramer war der Deckname von Hans Jahn. Zu Molitor vgl. auch Dok. 20; die Vernehmungsprotokolle von Molitor durch die Gestapo vom 31.5.1937 bis 12.7.1937 (HStA Düsseldorf, RW 58, Nr. 58896, S. 5–29) sowie für die Entwicklung 1939/40 die Vernehmungsunterlagen und das Urteil des Volksgerichtshofes gegen Wilhelm Bode u.a., Nr. 9 J 237/40 // 2 H 17/42, vom 8.4.1942 (ebd., Nr. 2122, Bl. 28–43). Zum Duisburger Brotfabrik-Prozeß vgl. Jürgen Dzudzek, Von der Gewerksgenossenschaft zur IG Metall. Zur Geschichte der Metallgewerkschaften in Duisburg, Oberhausen 1991, S. 253–262. Die ausführlich paraphrasierte, allerdings nicht eigens gekennzeichnete Wiedergabe der Gestapo-Vernehmungsprotokolle findet sich in Esters/Pelger, S. 47 ff.
Der Brief greift die Situation nach der Entlassung aus der Haft auf.
2 »Ausbleiben« verweist auf Molitors Offenbaren gegenüber der ITF und Emigration.
3 D. h. aus dem Zuchthaus bzw. KZ.
4 D. h. zu illegal in Deutschland tätigen Gewerkschaftern.
5 Dies gilt insbesondere für die Februar/März 1937 verhafteten Mitglieder der Funger-Gruppe im Rhein-Ruhrgebiet. Vgl. auch Jahns Bericht über die illegale Arbeit 1936–1938 (Dok. 86) sowie die verschiedenen Gestapo-Berichte, Verhörprotokolle, Anklageschriften und Urteile (Dok. 69 Anm. 1).
6 Am 7.6.1938.

Vogel sei. Daran stoße er sich nicht, er bewerte den Arbeiter und Menschen. Er hat mich auch bis zur Beendigung der Montage beschäftigt und mir dann von sich aus ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt, von dem er wünschte, daß es mir bei weiterer Arbeitssuche dienlich sein möge.

Mit dem Arbeitsamt hatte ich wieder Last; zuletzt wollte man mir trotz des Facharbeitermangels Tiefbauarbeit zuweisen. Ich habe mich dann auf eigene Faust bei einem Werk der Schwerindustrie um Beschäftigung in meinem Fach bemüht. Die Arbeiterannahme nimmt dort der Betriebsobmann vor.[7] Auch diesem habe ich gleich gesagt, wen er vor sich habe. Wie sich später herausstellte, war dem Obmann meine frühere politische und gewerkschaftliche Arbeit bekannt. Nach kurzem Überlegen sagte er mir, daß er gegen meine Annahme nichts einzuwenden habe; er wünsche natürlich, daß ich keine »krummen Dinge« mehr mache. Dann schickte er mich zu meinem späteren Betriebsdirektor. Der setzte eine Amts- und P[artei]g[enossen]-Miene auf, als er sagte, er wolle es mit mir auf Treu und Glauben versuchen. Hinter dieser Maske verbarg sich aber Mitgefühl und Achtung. – In der Betriebsabteilung, in die ich eingestellt wurde, machte sich natürlich alles an mich heran. Wenn sonst der Neuling vor allem auf seine fachliche Eignung hin beobachtet wird, so galt das Interesse dem politischen Zuchthäusler. Nun kam sogar einer von der SPD, ein freigewerkschaftlicher Gaufunktionär, ein Halbbonze! An der Art, wie man mir begegnete, konnte ich gleich die innere Einstellung des einzelnen erfühlen. Nach drei Tagen war mir diese innere Einstellung auch bekannt, entweder durch die einzelnen Arbeitskameraden selbst oder durch Hinweise und Erzählungen der anderen. Der größte Teil der engeren Berufskollegen hatte mich so auch vor denjenigen gewarnt, vor denen es sich in Acht zu nehmen galt.

[...][8]

In Bezug auf die Arbeit hatte ich mich auch nicht zu beklagen. Man half mir, wo man konnte, damit ich mich wieder in meinen Beruf fände. Auch die Betriebsleitung behandelte mich gut. Als ich mich beruflich wieder eingelebt hatte, übertrug man mir gleich selbständige Arbeiten mit den notwendigen Helfern. Innerhalb eines Jahres besserte man mir dreimal meinen Lohn bis zur Spitzengruppe auf, ohne daß ich einen Ton dazu gesagt hätte. Zellen- und Blockwalter befürworteten diese Aufbesserungen. Die Behandlung durch die Amtswalter war ausgesucht höflich.[9] Sie kapitulierten vor der Persönlichkeit eines Freigewerkschaftlers. Nach kurzer Zeit wirkte ich indirekt an der Gestaltung der betrieblichen Verhältnisse mit, entweder durch suggestive Beeinflussung oder durch den Umstand, daß man sich vor mir schämte, zu tief unter das Niveau der Systemzeit zu geraten. Bald beklagten sich alle »Walter« bei mir, so daß ich bis heute auf nur einen gestoßen bin, der nicht enttäuscht zu sein scheint. Für den Fall, daß es bei ihm Berechnung sein sollte, wird ihn sein Phlegma und mangelnde politische Einsicht entschuldigen.

[...][10]

Ob er durch die Mühle der Gestapo gegangen ist oder das Glück hatte, nicht hochzugehen, überall ist der Freigewerkschaftler Mittelpunkt des Betriebes, wenn er ge-

7 Dies war der oberste DAF-Funktionär im Betrieb. Bei dem Unternehmen handelte es sich um Mannesmann in Duisburg-Huckingen.

8 Der ausgelassene Absatz beschreibt die »Aufnahme« Molitors im Betrieb und wiederholt dabei die zuvor angerissene Haltung der Arbeiterschaft.

9 Mit den verschiedenen »Waltern« sind die DAF-Betriebsfunktionäre näher gekennzeichnet.

10 Wie Anm. 8.

schickt zu arbeiten versteht. Man hat ihn früher zu finden gewußt und man findet ihn auch heute. Ihn[11] fragt man in schwierigen Dingen um Rat, zu ihm[12] kommt man, wenn ein ernstes Gespräch gewünscht wird. Seine Meinung gilt, sein Einfluß bedient sich vieler Kanäle. Er hat wertvolles sozialistisches Geistesgut in all dem Chaos bewahrt, an ihm richtet man sich wieder auf, wenn die Hoffnungslosigkeit allzu groß wird. Das ist ein Aktivposten unserer Bewegung. Wenn die Zeit erst reif ist und der richtige psychologische Moment erfaßt wird, kommt er zur Geltung. Den Betrieb haben wir eigentlich noch nicht verloren, aber dann wird er uns bestimmt gehören.

[...][13]

DOKUMENT 90

15. 6. 1941: Hans Jahn, London, berichtet über seine Tätigkeit seit Kriegsbeginn

AdsD, ITF, Mappe 52. Unpaginiert. Maschinenschrift. Ohne Ortsangabe. Unterschrift mit Datumsangabe. Für den Abdruck gekürzt.[1]

Bericht über die illegale Tätigkeit seit Kriegsbeginn.

Mit Ausbruch des Krieges wurde es schwer, die direkten und persönlichen Verbindungen ins Reich im alten Umfang aufrecht zu erhalten. Die Grenzen des Reiches nach dem Westen waren befestigt und militärisch bewacht. In einer Tiefe bis zu 100 km wurde das deutsche Grenzland als befestigte Zone erklärt. In dieser durften sich, außer Anwohnern, nur Leute mit besonderer militärischer Erlaubnis aufhalten. Unter diesen Umständen blieb der persönliche Verkehr auf die Gegend von Verviers in Belgien, Bollendorf – Echternach und Wasserbillig in Luxemburg sowie Konstanz an der Schweizer Grenze beschränkt. Die Verbindungen ins Innere des Reiches mußten über Deckadressen durch die Post aufrechterhalten werden.[2]

Die Tätigkeit der Illegalen wurde auf Sabotage erweitert.[3] Der DZ 92 entgleiste bei Genthin, der GZ 1008 bei Aachen und der GZ 1032 bei Jünkerath. Durch Aus-

11 In der Vorlage unterstrichen.

12 Ebd.

13 Hans Jahn kommentierte in einem maschinenschriftlichen Nachsatz am Ende des Briefes den Bericht Molitors mit dem sichtlichen Bedauern, daß mit Molitor eine der zentralen Kontaktpersonen im Reich ausgefallen war.

1 [Fritz] Kramer war der Deckname von Hans Jahn. Im Dokumentkopf handschriftliche Wiederholung der Datumsangabe: »15.6.1941«. Handschriftliche Notizen auf dem Seitenrand, u.a.: »Zur Kenntnis. Bitte bei Gelegenheit zurück. H[ans Jahn].« Die übrigen Notizen sind nicht eindeutig zu entziffern. Wem der Bericht übergeben wurde, ließ sich nicht ermitteln. Der Bericht überschneidet sich mit einem Bericht von Jahn an Richard Crossman vom 9.12.1940 (AdsD, ITF, Mappe 38), bringt aber zahlreiche zusätzliche Informationen zur illegalen Tätigkeit nach Kriegsbeginn. Vgl. auch die Vorläuferberichte in Dok. 75, 86, 87. Zum Bericht vom 9.12.1940 vgl. Foitzik, Zwischen den Fronten, S. 209; zum Bericht vom 15.6.1941 vgl. auch Nelles, Ungleiche Partner, S. 548.

2 Vgl. auch die bei der Besetzung Luxemburgs in die Hände der Gestapo gefallenen Briefe Jahns, in denen er auf diese Verbindungen hinweist. Vgl. Gestapo Trier, an RSHA Abt. IV/Müller, vom 14.6. 1940 (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 399, Bl. 9–11).

3 Vgl. hierzu die Aufrufe im »Sender der europäischen Revolution« in England, z.B. vom 7.12.1940, abgedr. in: Rundfunk. Geheim. Vom 9.12.1940 (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 397, Bl. 240f.) Weitere

wechseln von Leitzetteln an Güterwagen wurden Transporte fehl- und umgeleitet. Die Gestapo hat die Täter nicht entdecken können. In den Werkbetrieben wurde die Parole: »Arbeit nur nach Lohntüte« und im Betriebe die Parole: »Dienst nach Vorschrift« ausgegeben. Nach kurzer Zeit wurde der Bahnschutz durch SS-Verbände abgelöst und bei wichtigen Transporten ein SS-Mann auf die Lokomotive beordert. Die Eisenbahner wurden unter Kriegsrecht gestellt.

Der Aufruf der Labourpartei wurde in 12.000 Exemplaren ins Reich befördert. Diese erfolgte erstens durch Flaschenpost auf der Mosel. Damit gelangten 8.000 Exemplare ins Reich.[4] Aus Koblenz wurde berichtet, daß sich das Publikum um das Auffischen der mit schönem roten Flaschenhals versehenen Flaschen gestritten hat.[5]

2.000 Exemplare wurden per Luftballon abgelassen. Die Ballons wurden bei günstigem Wind längs der Mosel und Sauer und verschiedener Belastung, zwei bis acht Stück, aufgelassen. Die Streuung war gut. Berichte vom Auffinden von Ballons mit dem Aufruf gingen aus Hannover, Stuttgart und Görlitz ein.

Der Rest wurde per Post, je 3 bis 4 Stück, an etwa 500 obere und höchste Nazibonzen, mit der Aufforderung um Weiterverbreitung, geschickt. Damit deckten wir gleichzeitig die anderen Empfänger des Flugblattes ab.

Der Abwurf von Flugblättern durch die R[oyal] A[ir] F[orce] wurde im Reich begrüßt. Nach dem zweiten Abwurf hätte man gern Bomben auf Werkanlagen gesehen. Der Vertrauensmann der Opelwerke berichete, daß die Luftschutzanlagen ungenügend seien. Bei Fliegeralarm müßten deshalb die Werktore geöffnet werden, damit die Belegschaft im Freien in Deckung gehen könne. Einmal in Deckung, würde sie nicht sobald in den Betrieb zurückkehren und der Produktionsausfall an Tanks sei beachtlich.[6]

Ende Januar [1940] erstattete ich dem Generalrat in London Bericht über die Lage im Reich. Mit besonderer Mission ging ich zurück. Die Störungsarbeit am deutschen Transportsystem wurde intensiviert. Mitte März [1940] wurde ich nach Paris gebeten.

Berichte über Aufrufe oder durchgeführte Sabotageakte, vom 2.11.1940 (ebd., Bl. 238f.) und vom 2.8.1941 (ebd., Bl. 242). Vgl. außerdem den Sabotageaufruf vom 18.9.1941, abgedr. in: Hessische Gewerkschafter im Widerstand 1933–1945, hrsg. vom DGB-Bildungswerk Hessen und Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933–1945, Gießen 1984, S. 88; ferner die Aktionen in der Seeschiffahrt in den genannten Radioberichten sowie in den Berichten einzelner Aktivgruppen, z.B. vom Ende November 1938 (AdsD, ITF, Mappe 46), sowie Nelles, Ungleiche Partner, S. 548.

4 Dabei handelt es sich wahrscheinlich um den Aufruf »Lieber deutscher Leser« vom 28.7.1939. Gestapo Trier, an RSHA Abt. IV/Müller, vom 14.6.1940 (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 399, Bl. 9–11). Die Höhe der Auflage konnte nicht überprüft werden. Die Gestapo Trier (ebd.) berichtete von einer Aufstellung Jahns, nach der 10.000 Exemplare durch Briefsendung, Flaschenpost, Ballon, Autobusse u.ä. verteilt wurden. Daß die Aktion tatsächlich stattfand, bestätigt indirekt die Kritik des Sopade-Grenzsekretärs Reinbold, der »von vielen tausenden von Exemplaren« des Labour-Aufrufs berichtete, die an den Grenzen »herumflattern«. So hatten Jahn und Reinbold unabhängig voneinander mehrere Pakete mit den Labour-Aufrufen an ihre gemeinsame Deckadresse in Luxemburg erhalten. Briefwechsel zwischen Salomon Schwarz [d.i. Georg Reinbold] und Hans [Vogel], vom 31.7., 1.8., 10.8.1939 (AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 95). Vgl. auch Anm. 5. Eine ähnliche Flaschenpostaktion der ITF fand im Sommer 1939 bei Basel am Rhein statt. Vgl. Wichers, Deutsche Sozialisten, S. 248.

5 Die Zusendung des Informationsmaterials an hohe NS-Funktionsträger sollte von den anderen Adressaten ablenken. Zur Resonanz liegen keine Berichte vor. Vgl. aber die harte Kritik und Häme an dem Verteilungsverfahren durch den Grenzsekretär der Sopade in Luxemburg Salomon Schwarz (d. i. Georg Reinbold), der die Aktionen von Jahn als »Romantik« qualifizierte. Schwarz an Hans (Vogel), vom 10.8.1939 (Anm. 4). Fimmen hatte zuvor gegenüber Jahn die Methode, die Flugblätter in Züge zu legen, die nach Deutschland fuhren, als zu gefährlich bezeichnet. Fimmen an Jahn, vom 11.7.1939 (AdsD, ITF, Mappe 21).

6 Auch hierzu liegen keine Resonanzmeldungen vor. Der Bericht konnte nicht verifiziert werden.

Man wünschte meine Hilfe auf besonderem Gebiet.[7] Anfang April 1940 startete die Gestapo eine großangelegte Aktion um mich ins Reich zu entführen.[8]

Mitte April [19]40 berichteten die linksrheinischen Funktionäre von starken Verkehrseinschränkungen bei der Reichsbahn. Ursache war starke Truppenbewegung und Konzentration im Aachener Loch. Deserteure, die über die Sauer kamen, berichteten dasselbe. Alle meinten, die Hölle bricht bald los. An der holländisch-belgisch-luxemburgischen Grenze waren in tiefer Staffelung 62 Divisionen bereitgestellt. Ich berichtete sofort nach Amsterdam und erhielt die Antwort, daß ich mich irren müßte, es handele sich nur um 6 Divisionen.

Am Abend des 9. Mai [1940] kam ein Kurier mit Material zu mir.[9] Wir wollten am anderen Morgen ein dickes Ding drehen. Es kam anders. Ab 3 Uhr 40 morgens dröhnten die deutschen Fluggeschwader über dem kleinen wehrlosen Luxemburg und Fallschirmjäger fielen wie Fliegen an allen wichtigen Punkten der französisch-belgischen Grenze herab. In knapp zehn Minuten war die Grenze blockiert. Der Kurier wurde gefangen genommen und nach Görlitz in ein Militärlager gebracht. Es gelang ihm zu entkommen, er schlug sich bis Paris durch und befindet sich heute in Amerika in Sicherheit.[10]

Um 6 Uhr, als bereits deutsche motorisierte Einheiten durch die Straßen Luxembourgs rasten, entschloß ich mich zur Flucht.

[...][11]

Jetzt laufen Anstrengungen, die Verbindungen nach dem Kontinent zu aktivieren. Ein dorthin mit bestimmten Aufträgen entsandter Kurier ist soeben zurückgekehrt. Über die Schweiz, Schweden und Amerika versuchen wir, an die Funktionäre im Reich heranzukommen und gleichzeitig mit den Kameraden in Frankreich wieder in Kontakt zu gelangen. Über die Schweiz gehen laufend Berichte aus Frankreich ein. Bald wird die Berichterstattung aus dem Reich besser funktionieren.[12]

Trotz Ausbau des Terrorapparates sind die ill[egalen] Funktionäre im Reich nicht untätig, wenn ihre Wirkungsmöglichkeit auch stark eingeschränkt ist. So hat eine Relaisstaffel polnischen Kameraden von Berlin über Küstrin – Landsberg a/der Warthe – Schneidemühle und Bromberg nach Polen verholfen. Stichwort für internationale gegenseitige Hilfe ist: In Treue Fest = ITF.

7 Jahn spielte hier auf Verbindungen zum englischen Geheimdienst an. Vgl. die eingehende Darstellung bei Nelles, Ungleiche Partner, S. 548, 553f., 558f.; sowie Sigdrid Koch-Baumgarten, Spionage für Mitbestimmung. Die Kooperation der Internationalen Transportarbeiter-Föderation mit alliierten Geheimdiensten im Zweiten Weltkrieg als korporatistisches Tauscharrangement, in: IWK 33 (1997), S. 361–389.

8 Dies sollte ursprünglich mit Hilfe von Willy Molitor erfolgen. Vgl. Dok. 89.

9 Der Kurier konnte nicht identifiziert werden. Bei dem Material handelte es sich wahrscheinlich wieder um Flugblätter aus England.

10 Dies konnte nicht verifiziert werden.

11 In den ausgelassenen Ausführungen (1 Ms-Seite) beschrieb Jahn seine Flucht durch Frankreich, seine zeitweilige Internierung in einem Lager bei Nimes in Südfrankreich und seine erneute Flucht angesichts drohender Auslieferung nach Deutschland über Lissabon nach England. Bei seiner Flucht mußte Jahn in Luxemburg seine Frau und seine Tochter zurücklassen, die nach Deutschland gebracht wurden. Frieda Jahn wurde dort vom Volksgerichtshof im Prozeß gegen Wilhelm Bode u.a., Nr. 9 J 237/40 // 2 H 17/42, am 8.4.1942 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt (HStA Düsseldorf, RW 58, Nr. 2122, Bl. 28–43). Vgl. hierzu auch den erwähnten Bericht vom 9.12.1940 (Anm. 1).

12 Da dies der letzte vorliegende Tätigkeitsbericht von Jahn über seine Tätigkeit aus Luxemburg darstellt, kann die Realisierung der Verbindungen bezweifelt werden. Die Kontaktperson in der Schweiz war René Bertholet. Vgl. Wichers, Deutsche Sozialisten, S. 250; Nelles, Ungleiche Partner, S. 554. Zur weiteren Tätigkeit von Jahn in England vgl. die Briefwechsel zwischen Jahn und Fimmen, in: ebd., S. 553f., 558f. Zu den einzelnen Gruppen vgl. Kap. IX der Dokumente.

Alle Nachrichten aus dem Reich stimmen darin überein, daß das Volk kriegsmüde ist und noch in diesem Jahr den Frieden erwartet.[13] Die Arbeiterschaft wartet ab. Ihr ist bekannt, wer *Hitler* zur Macht verhalf. Auch sieht sie keine Zukunft, für die sie bereit wäre zu kämpfen. Die Elite der Arbeiterschaft ist entweder von der Gestapo erschlagen oder im Zuchthaus und den Konzentrationslagern. Ich schätze die Zahl der Ermordeten auf etwa 1.000, in den Zuchthäusern sitzen ungefähr 5.000 Funktionäre und in den rund 50 Konzentrationslagern des 3. Reiches dürften sich 25.000 linke »Schutzhäftlinge« befinden. Wer sich der »Freiheit« erfreut, hat sich nach besten Kräften abgedeckt. Da schätzungsweise 500.000 linke Funktionäre im Laufe der Jahre von der Gestapo unter diesem oder jenem Vorwand vernommen worden sind, düfte die Zahl der ständig »Überwachten« groß sein.[14]

Nach alledem würde eine frühzeitige Erhebung der Arbeiterschaft ihre Enthauptung bedeuten.[15] Für den Aufstand der deutschen Arbeiter gegen *Hitler* sind zwei Voraussetzungen erforderlich:

1.) Es muß glaubhaft versichert werden, daß er nach dem Sturz *Hitlers* sein Haus sozialistisch einrichten kann, ohne Gefahr zu laufen, mit einem zweiten *Hitler* bestraft zu werden.

2.) Ein offensichtlicher Mißerfolg *Hitlers* muß den Mythos der Unbesiegbarkeit des Systems aufzeigen und damit den psychologischen Erstarrungszustand des Volkes auflockern, um die Freisetzung der revolutionären Kräfte zu gestatten.

Der deutsche Arbeiter weiß, daß dieser Krieg um Profite-Interessensphären-Märkte und Kolonien geht, also ein imperialistischer Krieg ist. Er weiß, endigt dieser Krieg nicht mit der Beseitigung des Kapitalismus, dann ist er nur der Anfang des 3. Weltkrieges und das Sprungbrett für noch schlimmere *Hitlers*. Und dafür ist er nicht zu begeistern.

Kr[amer] 15. VI. [19]41.

13 Vgl. hierzu aber die Deutschland-Berichte der Sopade, z.B. Januar bis April 1940, die ein differenzierteres und weniger von Hoffnungen bestimmtes Bild von der Stimmung in der Bevölkerung zeichneten.

14 Diese geschätzten Zahlenangaben lassen sich nicht verifizieren.

15 Die abwartende Haltung nahm Jahn auch schon 1934 ein. Vgl. Dok. 19.

IV. Der Widerstand der Bergarbeiter

DOKUMENT 91

30. 10. 1935: Franz Vogt, Amsterdam, bittet die Bergarbeiter-Internationale um finanzielle Unterstützung für die illegale Arbeit

IISG, Miners International, Correspondance Germany, Nr. 2. Unpaginiert. Maschinenschrift. Absenderangabe am Briefende: Jan Fontijn, Joh[an] Verhulststraat 210 B, Amsterdam-Z. Adressat: Mr. E[bby] Edwards, General Secretary, Miners Federation of Great Britain, 50 Russel Square. London W C 1, England. Eigenhändige Unterschrift.[1]

Franz Vogt wendet sich in Vertretung der illegalen Bergarbeitergruppen an den Generalsekretär der Bergarbeiter-Internationale mit der Bitte um finanzielle Unterstützung der illegalen Arbeit nach und in Deutschland. Die eigenen finanziellen Mittel seien erschöpft. Vogt verweist auf die Anerkennung der illegalen Arbeit durch den Vorsitzenden des niederländischen Bergarbeiterverbandes. Als Gegenleistung für die Unterstützung verspricht Vogt Stimmungsberichte aus Deutschland.

Amsterdam, 30.10.1935

Dear Comrade,

As you are naturally aware, a report was submitted at the last Executive meeting of the Miners International[2] concerning the activities of the underground mine-workers organization in Germany.[3] Linked up with this report was a request from the German comrades for financial assistance in their struggle[4], this request being made on behalf of the latter by the President of the Netherlands Miners Union.[5]

1 Jan Fontijn war der Deckname von Franz Vogt. Die angegebene Anschrift war seine Exiladresse in Amsterdam. Vogt unterschrieb mit: J. Fontijn. Vgl. Dok. 44, 92 Anm. 1. Zu diesem Dokument vgl. auch Peukert/ Bajohr, S. 107f.
Ebenezer (Ebby) Edwards (1884–1961), Großbritannien, war 1930 Vizepräsident, 1931 Präsident, 1932–1944 Generalsekretär der Miners Federation, 1934–1936 Sekretär der Bergarbeiter-Internationale, 1944–1946 Sekretär der National Union of Mineworkers (NUM), 1944–1945 Präsident des TUC, 1946–1953 Chief Labour Relations Officer, National Coal Board.

2 Die Exekutive, das Internationale Komitee, tagte am 14./15.10. 1935 in Brüssel.

3 Der Bericht konnte im IISG weder im Bestand Miners International, Correspondance Germany, noch im Nachlaß Vogt (Collection Vogt) ermittelt werden. Vgl. auch Peukert/ Bajohr, S. 211. Es liegt lediglich das Begleitschreiben von Vogt an die Miners International Federation vom 10.10. 1935 vor (IISG, Miners International, Collection Vogt). Die Korrespondenz wurde von der Gestapo in Saarbrücken erfaßt. Vgl. die Übersetzungen der Briefe in: BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I. Zur Entwicklung der illegalen Verbindungen von Vogt in das Ruhrgebiet vgl. Peukert/Bajohr, insb. S. 81–83.

4 Vgl. lediglich das undatierte Schreiben von Fontijn [d.i. Vogt] an die Miners International Federation, mit dem er allgemein und unter Bezug auf den Bericht nochmals um finanzielle Unterstützung bat (IISG, Miners International, Collection Vogt).

5 Dies war Christian van de Bilt, der den niederländischen Verband 1931–1937 bei den Sitzungen des Exekutivkomitees der Bergarbeiter-Internationale vertrat. Vgl. Herrmann, Geschichte, S. 461–468.

I have been informed by Comrade [Christian] *van de Bilt* that the Executive has decided to study the question and to reconsider it at the next meeting. I have thereupon pointed out to Comrade *van de Bilt* that the young clandestine movement of the German miners finds itself involved in considerable financial difficulties precisely in this very moment. We still had at our disposal certain funds from a private source,[6] but these are now completely exhausted. It must be added that precisley in the next few months our illegal work should be carried on with the utmoste vigour, because in the spring of 1936 the works council elections will be held for the various mines,[7] and as you know, these offer the only opportunity for our friends to protest publicly against the national-socialist regime which they hate so much.[8]

I have described this situation to Comrade *van de Bilt* to the best of my ability, and asked him for advice as to a possibility of obtaining some financial assistance right now. Comrade *van de Bilt*, who has an intimate knowledge of our difficult work, has thereupon advised me to write direct to you as leader of the British Miners and to apply for help.

Even a small sum would suffice to keep up our young underground organization and to enable it to work arduoussly and effectively during the next few months. I therefore venture to appeal to you, not as Secretary of the International but as General Secretary of the Miners Federation of Great Britain, to stand by us in our present plight and to accede to my nurgent request. Comrade *van de Bilt* has promised me that, if your organization gives some help, the Netherlands organization will be prepared to do the same.[9]

If your organization could see its way to assist us with only twenty-five oder thirty pounds and the Netherlands union would give us some additional help, there should be no financial difficulties for us for at least the next few months.[10]

You will realize, dear Comrade *Edwards*, that to-day all our friends in Germany who are working for our cause are literally putting their freedom and lives at stake. They will do so even more readily if they may feel sure that their miner friends in other countries are following their fight and struggles with sympathy and are prepared to help them. Believe me if I say that those who are now trying to rebuild are not responsible for the inglorious smash-up of trade unionism in Germany. And even if we were responsible, can there be anything else for a militant Socialist than to start to build anew after the defeat, even if the work may be exhausting and dangerous ?

In order to give you as it were some direct values for any assistance you may decide to give us, I should like to propose that I send you from time to time articles concerning our fight and conditions in Germany which you could then publish in your Journal. I may say that I have been, and in fact are still, active as a journalist, and from my

6 Diese Finanzierung konnte nicht ermittelt werden.

7 Die Vertrauensratswahlen wurden im März 1936 kurzfristig abgesagt. RGBl., I., vom 31.3.1936, S. 335.

8 Vgl. für die vorausgegangenen Vertrauensratswahlen 1934 und 1935 Teil VIII der Einleitung.

9 Edwards teilte Vogt am 18.11.1935 mit, daß die Bergarbeiter-Internationale aus Geldmangel dem Wunsch nach finanzieller Unterstützung nicht entsprechen könne. Die britische Bergarbeitergewerkschaft leitete danach finanzielle Hilfen an den britischen TUC, der das Geld an den IGB zur Verteilung weiterreichte. Edwards an Fontijn, vom 18.11.1935 (IISG, Miners International, Collection Vogt).

10 Vgl. auch die erneute Bitte von Vogt an Edwards, vom 22.11.1935, die in einem verzweifelten Ton gehalten war. Mit Verweis auf die Finanzierung der Geade/ADG und der Illegalen Reichsleitung der Gewerkschaften in Deutschland (»the central comittee for the »illegal« trade union movement in Germany«) durch den IGB und der einzelnen Gewerkschaftsgruppen in Deutschland durch die Internationalen Berufssekretariate beklagte Vogt, daß dadurch die Bergarbeitergruppen gegenwärtig keinerlei Unterstützung erhielten (IISG, Miners International, Correspondence Germany, Nr. 2).

former work in the Union and in Parliament I am intimately conversant with political, economic, social and trade union conditions in Germany.

If you reply to this letter, please correspond with the address given below.[11] But if you remit any money, I have to ask that you forward it to Comrade *van de Bilt* at Heerlen, who will then forward same to us.[12]

Trusting that you will be good enough to accede to this earnest and urgent appeal for help, and thanking you in anticipation for anything you can do for us in the matter, I remain,

Fraternally Yours,
J[an] Fontijn

DOKUMENT 92

24./25. 5. 1936: Kongreß der deutschen Bergarbeiter in Paris

BA, SAPMO, ZPA, I 2/708/137, Bl. 291–357. Maschinenschrift. Überschrift: »Kongreß der deutschen Bergarbeiter, Pfingsten 1936.« Ohne Unterschrift und Verfasserangabe. Handschriftliche Notiz im Dokumentkopf: »Vertraulich. Nicht für die Presse«. Weitere handschriftliche Nummerierungen im Dokumentkopf und zahlreiche Unterstreichungen im Text. Für den Abdruck gekürzt.[1]

11 Vgl. die Angaben in der Kopfleiste des Dokuments.

12 Nach der Ablehnung finanzieller Hilfe am 18.11.1935 und dem Bittbrief vom 22.11.1935 schrieb Vogt am 8.12.1935 einen weiteren Brief an Edwards, in dem er um ein Treffen im Vorfeld der nächsten Sitzung des Exekutivkomitees der Bergarbeiter-Internationale in Heerlen/Niederlande bat und zugleich vorschlug, auf der Sitzung des Exekutivkomitees im Januar 1936 über die illegalen Aktivitäten der deutschen Bergarbeiter zu berichten. Edwards willigte am 10.12.1935 umgehend ein (Vorgang in: IISG, Miners International, Collection Vogt). Ähnliche Bitten um finanzielle Unterstützung richtete Vogt auch in späteren Jahren wiederholt an Edwards, z.B. am 12.2.1937, 3.6.1937, 1.9.1937, 6.1.1938, 23.6.1938, 2.8.1938, 19.8.1938, 9.11.1938, 28.1.1939, 25.4.1939 (alle: IISG, Miners International, Correspondence Germany, Nr. 2). Vgl. auch Dok. 113.

1 Das Dokument umfaßt nach der laufenden Seitenzählung der Verfasser entgegen der Archivnummerierung 60 Schreibmaschinenseiten. Die zahlreichen unvollständigen oder grammatikalisch falschen Sätze (fehlendes Verb, Wortstellung usw.) wurden unverändert belassen. Zu der Konferenz vgl. auch Peukert/Bajohr, S. 113–117. Einzelne Teile des Protokolls sind paraphrasiert bei Buschak, Arbeit, S. 119–127.
Die Verfasser des Protokolls sind Franz Vogt (16.10.1899–14.5.1940) und Wilhelm Knöchel (8.11.1899–24.7.1944). Dies geht aus einem Schreiben von Vogt und Knöchel an Richard Kirn vom 10.6.1936 hervor. Sie berichten: »Das Protokoll der Konferenz haben wir in Arbeit. Bis es endgültig fertiggestellt ist, werden wohl noch Wochen vergehen. Es muß alles neu gemacht werden, da die Stenotypistinnen allemal die Sachen wörtlich aufgenommen haben. Und eine Rede, die man redet, nimmt sich ganz anders aus als etwas, was man schreibt. Natürlich erhälst Du nach Fertigstellung des Protokolls sofort ein Exemplar zugestellt.« F[rans van Dam] A[lfred Schroeder], an Lieber Richard [Kirn], vom 10.6.1936. Frans van Dam war einer der Decknamen von Franz Vogt. Alfred Schroeder war der Deckname von Knöchel innerhalb der illegalen Bergarbeiterbewegung. Es dauerte tatsächlich noch bis Ende Juni 1936, bis das Protokoll an Kirn verschickt wurde. Alfred [Schroeder], an lieber Freund [Richard Kirn], vom 25.6.1936 (Vorgang in: BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 11–12). Die dem Protokoll zugrundeliegenden stenographischen Mitschriften wurden nicht ermittelt.
Der Termin der Konferenz wurde auf »Pfingsten« (24./25.5.) 1936 festgelegt, um die Teilnahme deutscher illegaler Bergarbeitergewerkschafter zu ermöglichen. Die Konferenz dauerte nach Angaben des Protokolls nach Abreise der aus Deutschland illegal angereisten Teilnehmer am Ende des ersten Tages noch einen weiteren Tag, an dem nach Absprache mit den deutschen Illegalen die Beschlüsse und Resolutionen der Konferenz an die Bergarbeiter-Internationale und den IGB, ein »Manifest an die deutschen Bergarbeiter«, ein »Brief an die Bergarbeiter aller Länder«, eine »besondere Adresse an die französischen Kameraden«, die »Entsendung einer Delegation zum Prager Kongreß der Berufs-Intern[ationale]« der Bergarbeiter am 3.–6.8.1936 und die »Herausgabe einer Broschüre mit Geleitwort [Pierre] Vigne« festgelegt wurden. Nach einem Teilnehmerbericht nahm

die Tagung hingegen einen modifizierten Verlauf. Danach wurde am Pfingstsonntag, dem ersten Tag, mit Begrüßungsreden von Vigne und Jouhaux eröffnet und anschließend mit einem Kranz zu Ehren der ermordeten F[ritz] Husemann und A[lbert] Funk an der Massendemonstration der Volksfrontregierung in Paris teilgenommen. Die eigentliche Tagung begann danach erst am folgenden Tag im Haus der CGT und dauerte von 9–13 und 14.30 bis 19 Uhr. Anschließend reisten die illegal aus Deutschland gekommenen Teilnehmer ab. Die oben genannten Beschlüsse wurden am darauffolgenden Tag formell gefaßt. Bericht von der Pfingsttagung der Bergarbeiter in Pa[ris], o.D., ohne Verfasserangabe, wahrscheinlich: Karl Becker. Die Autorenschaft geht aus einer Zusammenstellung der Redebeiträge mit Teilzitaten hervor in: Berichte und Diskussionen: (Pfingsttagung Berg). Dort ist handschriftlich im Dokumentkopf vermerkt: »v[on] Carbon Forts[etzung]«. Carbon war der Deckname von Karl Becker (s.u.). Auch dieser Bericht trug mit gleicher Handschrift wie das Protokoll des Kongresses die Notiz: »vertraulich«, »Nicht für die Presse«. Die Datumsangabe: 2.5.1936 beruht vermutlich auf einem Schreibfehler und muß wohl heißen: 2.6.1936. (BA, SAPMO, ZPA, I 2/708/137, Bl. 268–272, 280–282). Vermutlich hat Becker die Berichte und Protokolle an die Zentrale der KPD nach Moskau weitergeleitet. Dorthin sind möglicherweise auch die stenographischen Mitschriften geschickt worden. Vgl. die Ankündigung in: Bericht von der Pfingsttagung, S. 3 (ebd., Bl. 282).

Die genaue Datierung der Konferenz ist umstritten. Vgl. z.B. das Einladungsschreiben des Präsidenten der Bergarbeiter-Internationale Pierre Vigne an Richard Kirn, vom 12.5.1936, bei dem als Beginn der 24.5.1936 genannt wurde. Kirn informierte wenig später Alphons Rieth in einer mißverständlichen Formulierung, daß die offiziell bekanntgegebene Datierung zum Schutz der illegal angereisten Teilnehmer falsch sei, nannte aber ebenfalls kein anderes Datum. In den zeitgenössischen Schriftwechseln wird die Tagung durchgängig als »Pfingsttagung« bezeichnet (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 3, 6). Das Tagungsdatum »Pfingsten« stellt schließlich ein Bericht des Arbeitsausschusses als Tarnung dar. »Wenn illegale Tagungen stattfinden und die Situation es erfordert, daß man die deutsche Arbeiterschaft in Kenntnis setzt, wie es in dem hier erwähnten Fall geschehen ist, dann werden Ort, Zeit und alle anderen Umstände, unter denen derartige Tagungen vonstatten gehen, jedesmal zur Irreführung des Gegners absolut falsch angegeben.« Unsere Arbeit und die deutsche Geheime Staatspolizei, in: Bergarbeiter-Mitteilungen, Januar 1938, S. 13. Vgl. mit der Datierung 23.–24.5.1936: Peukert/Bajohr, S. 113, sowie hieran im Anschluß Buschak, Arbeit, S. 119; Paul, Braun, S. 161; Mallmann/Steffens, Lohn, S. 234f. Uneinheitlich dagegen die Datierung bei Paul/Mallmann, Milieus, die auf S. 283 einmal als Datum 23./24.5.1936 und auf S. 427 abweichend die Zeit vom 1.–3.5.1936 angeben. Hierfür stützen sich ihre Angaben auf den genannten Bericht von Carbon (Becker) mit der Datierung 2.5.1936.

Teilnehmer der Konferenz waren neben Leon Jouhaux als Vertreter der französischen Gewerkschaften und Pierre Vigne, dem Präsidenten der Bergarbeiter-Internationale nach diesem undatierten Bericht und anderen Dokumenten (vgl. Dok. 93 sowie den streng vertraulichen, nicht zur Veröffentlichung freigegebenen Beschluß über die Zusammensetzung und Aufgabenverteilung des Arbeitsauschusses in: IISG, Miners International, Collection Vogt) insgesamt 11 Personen: Franz Vogt als Vorsitzender, Richard Kirn, Hans Mugrauer, vier aus Deutschland eingeschleuste »Betriebsarbeiter«, von denen drei aus dem Saargebiet und einer aus dem Wurmrevier stammten, sowie Wilhelm Knöchel und drei weitere kommunistische Gewerkschafter aus den Grenzgebieten für das Ruhr- und das Wurmrevier, für das Saargebiet und für Schlesien. Der zuletztgenannte »Gr[enz-]Gew[erkschafts-]Arb[eiter]« für Schlesien war Karl Becker selbst. Der oben genannte Teilnehmerbericht sortierte in frühere »SPD-BAV-Leute« und »unsere«, und gab ein Verhältnis von sieben zu vier Personen an. Die aus Deutschland angereisten »Betriebsarbeiter« wurden danach als »nicht unsere Leute, aber bereits mit uns arbeitende frühere SPD-BAV-Leute« charakterisiert, die »durch unsere Gr[enz]-Leute herausorganisiert« worden seien. Dagegen hätten »die anderen ... keine herausgebracht.«

Die Sprecher sind im Protokoll anonymisiert. Aus dem Kontext der Beiträge lassen sich aber zumindest die Herkunftsorte der Redner sowie Franz Vogt als Vorsitzender sicher identifizieren. In dem erwähnten »Bericht von der Pfingsttagung« (s.o.) wird eine Reihenfolge der Redner genannt. Dort heißt es nach dem Einleitungsbeitrag von Vogt: »Erst sprach ein Betriebsarbeiter von der Saar, dann der Sachsen-Vertreter, dann unser Mann von Ruhr-Wurm, dann der Wurm-Prolet, ein Saar-Kumpel, der Saar-Sekretär, der Alfred, Schlesien«. Allerdings stimmt diese Reihenfolge zumindest im zweiten Teil nicht mit dem Protokoll überein.

Einzelne Personen konnten aus dem Kontext des Protokolls identifiziert werden. Der KPD-Vertreter für das Saargebiet war Wilhelm Frisch, der anschließend zusammen mit Richard Kirn die Grenzstelle Saar in Forbach leitete. Bei dem Vertreter für das Ruhr- und das Wurmrevier handelte es sich wahrscheinlich um Ludwig Becker, den Grenzinstrukteur für das Wurmrevier. Vgl. Protokoll, S. 14 (Hinweis auf die Haft im KZ Esterwege); Bericht von der Pfingsttagung, S. 1 (ebd., Bl. 280); Peukert/Bajohr, S. 117.

Einige Verbindungsleute aus dem Saargebiet werden – allerdings ohne Bezug zur Konferenz – genannt bei: Richard Kirn, Erinnerungen an den Widerstand, in: Peukert/Bajohr, S. 193–197, S. 196. Nach Angaben von Peukert/Bajohr, S. 117 und Buschak, Arbeit, S. 127, berichtete als Verbindungsmann des

Arbeitsausschusses Nikolaus Lonsdorfer aus Ludweiler/ Saar über Lohnkonflikte im Saargebiet für die »Bergarbeiter-Mitteilungen«, der Zeitung des Arbeitsausschusses. Nach Angaben von Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul, Das zersplitterte Nein. Widerstand und Verweigerung im Saarland, Bd. 1, Bonn 1989, S. 173, berichtete weiterhin aus Neunkirchen/ Saar der Bergmann und KPD-Mitglied Johann Mathieu (6.12.1888–2.1.1961). In seinem autobiographischen Rückblick »Mein Lebenslauf« vom 3.2.1949 nennt Karl Becker als einen Teilnehmer aus Deutschland: P. Hoffmann/Dortmund. Allerdings ist der »Lebenslauf« hinsichtlich der Datierungen ungenau. So gibt Becker als Zeitpunkt für die Tagung »Juni 1936« an. Abweichend von allen zeitgenössischen Berichten führt Becker in einem weiteren handschriftlichen Bericht: »Über die gewerkschaftliche Widerstandsbewegung gegen das NS-Regime im Bergbau. Selbsterlebtes, Dokumente und Berichte« vom Dezember 1954 als Teilnehmerkreis »rund 30 anwesende Kameraden« an, von denen je die Hälfte aus Deutschland (Ruhrgebiet, Saargebiet, Aachen, Schlesien) und aus der Emigration in der CSR, Lothringen, Belgien und Holland stammten. (AdsD, DGB-Archiv, Nl. 256). Angaben zu einem P. Hoffmann aus Dortmund wurden nicht ermittelt. Möglicherweise handelte es sich aber um: Richard Hoffmann (5.6.1897- nach 1945), KPD, Bergmann, 1925–1931 Betriebsrat, Vertrauensmann und Zahlstellenleiter des Bergbauindustriearbeiter-Verbandes für die Zeche Eving II, Vorstandsmitglied Geschäftsstelle Dortmund; oder um einen Gewerkschafter aus dem Saargebiet: Paul Hoffmann (7.7.1901–1966), seit 1921 Angestellter im BAV in Frankfurt/Oder, später Kreistagsabgeordneter und Bezirksleiter des Bergbauindustriearbeiter-Verbandes in St. Wendel/ Saarland, 1935 Emigration nach Frankreich, 1941 nach der Besetzung Frankreichs durch die deutsche Wehrmacht verhaftet, 1943 zu zwei Jahren Gefängnis wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt, Mitte 1943 »Bewährungseinheit 999«, Herbst 1943 Organisation Todt, nach 1945 Sekretär der IG Bergbau in Dortmund, Geschäftsstellenleiter, später in Bochum in der Hauptverwaltung der IG Bergbau. Vgl. auch Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945. Hrsg. von Günter Högl, Dortmund 1992, S. 342; Mallmann/Steffens, Lohn, S. 235; Paul/Mallmann, Milieus, S. 266f.

Zur Teilnehmerzahl vgl. dagegen Peukert/Bajohr, S. 113, die allerdings ohne nähere Angaben von 12 deutschen Teilnehmern sprechen; sowie Buschak, Arbeit, S. 119, der Peukert/Bajohr folgt.

Zu Vogt und Knöchel vgl. die Angaben in Dok. 44.

Richard Kirn (geb. 23.10.1902) war 1924–1928 Jugendsekretär, 1928–1935 Rechtschutzsekretär und Bezirksleiter Sulzbachtal des saarländischen Bergarbeiterverbandes, 1927–1935 Mitglied im Landesvorstand der saarländischen SPD, 1935 Emigration nach Frankreich, Verbindungsmann der Sopade und Leiter der Grenzstelle in Forbach, 1935/36 im Auftrag des IGB sozialpolitische Betreuung der emigrierten saarländischen Bergarbeiter, 1936 Sekretär des lothringischen Bergarbeiterverbandes, 1936 Mitglied im Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands, Spezialist für Sozialversicherungsfragen und zahlreiche Artikel in illegalen Publikationen und in der Emigrationspresse, Mitunterzeichner des Volksfrontaufrufs vom 21.12.1936, Gründungsmitglied des Koordinationsausschusses deutscher Gewerkschafter in Frankreich März 1937, aus Kritik an der Politik der KPD bereits im Frühjahr 1937 Rückzug aus dem Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter, nach Kriegsbeginn 1940 Flucht nach Südfrankreich, Internierung, Juni 1942 Auslieferung nach Deutschland, Inhaftierung und Verurteilung am 12.4.1943 vom Volksgerichtshof zu acht Jahren Zuchthaus, nach 1945 Rückkehr nach Saarbrücken und leitende Tätigkeit im Regierungspräsidium, 1946–1955 1. Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei des Saarlandes, 1947–1955 Mitglied des saarländischen Landtages, 1947–51 und 1952–1955 Minister für Arbeit und Wohlfahrt.

Hans Mugrauer (3.2.1899–17.7.1975) war Bergmann, 1928–1933 Sekretär des Bergbauindustriearbeiterverbandes in Bochum und Redakteur der Zeitschrift »Verband und Wirtschaft«, Mai 1933 Entlassung, August 1933 Flucht in die CSR, Grenzarbeit für die Sopade, danach Stützpunktleiter des RSD-Grenzsekretariats in Karlsbad, Mitglied in der Führungsgruppe des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands, 1936–1938 Mitarbeiter der Bergarbeiter-Mitteilungen und der Bergarbeiter-Zeitung, Verbindungsmann in der CSR zur ADG und zur Miners International Federation in London, November 1938 Emigration nach Stockholm, Mitgründer und Vorstandsmitglied der Landesgruppe Schweden der Auslandsvertretung Deutscher Gewerkschaften und später der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden, Mitarbeit am Mitteilungsblatt der Landesgruppe, Mitarbeit im Arbeitskreis für den Neuaufbau der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Vorstandsmitglied der Sopade-Ortsgruppe Stockholm, 1944/45 Vorsitzender des Arbeitsausschusses deutscher antinazistischer Organisationen in Schweden unter Mitarbeit der KPD, Mitglied im Freien deutschen Kulturbund, ab 1945 Geschäftsführer des Hilfskomitees für deutsche und staatenlose Opfer der Konzentrationslager, politische Schwierigkeiten beim Wunsch zu Rückkehr nach Deutschland, 1948–1950 Geschäftsführer der DGB-Briefschule in Frankfurt/Main, 1950–1952 persönlicher Referent des Vorsitzenden der IG Bergbau, 1952–1957 Vorstandsmitglied und Arbeitsdirektor der Ewald-Kohle AG in Herten, 1957–1962 Arbeits- und Bergwerksdirektor der Salzgitter AG.

Karl Becker (3.9.1896–5.12.1961), DMV, war führender KPD-Funktionär im Waldenburger Bergbaugebiet/ Niederschlesien, von September 1930 bis 1933 MdR (KPD), Februar-Dezember 1933 illegale

Der **Vorsitzende**[2] eröffnet die erste Sitzung mit folgender Einleitung:

Kameraden! Wir haben schon sehr oft gehört, daß seit der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus in Deutschland der Klassenkampf abgeschafft worden ist. Wir haben darüber gelacht, und es gibt für jeden vernünftigen Menschen darüber nichts als zu lachen. Aber diese Behauptung hat doch weitere Kreise gezogen als nur die der Nationalsozialisten, die man ja über alles das, was sie über Arbeiterbewegung und Klassenkampf sagen, nicht ernst zu nehmen braucht. Dieses Wort von der Abschaffung des Klassenkampfes hatte auf einige Schichten Einfluß, da man ja den Klassenkampf nicht mehr so offen sehen kann wie früher.

Die im Kampf stehenden Kameraden, die trotz allen Terrors treu zur Sache stehen, sind die Gewähr und der Beweis, daß der Klassenkampf weiter lebt. Die Organisationen wurde zerschlagen. Die alten Formen des Kampfes, die man in Streiks, Wahlen und sonstigen Handlungen gesehen hat, das alles fiel nun nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten fort.

Nun kommt das Verblüffende, daß es Menschen gibt, die gegen die Nationalsozialisten sind, die aber glauben, man könne den Klassenkampf nicht im Lande führen, sondern die der Ideologie verfallen sind, daß die Hilfe von außen kommen muß.

Wenn jemand glaubt, daß das, was zum Sturz der Faschisten führen kann, nicht von der Arbeiterklasse ausgehen kann, sondern daß alle politischen Bewegungen von Teilen des Heeres gemacht werden müssen, von kirchlichen Institutionen usw., wer die Arbeiterschaft in diesem Kampf einfach wegläßt, sie nur als Objekt, als eine Masse, mit der man handelt, die aber nicht selbst handelt, betrachtet, ist dieser Ideologie ebenfalls erlegen. Und wir wissen, daß es Gruppen in der Arbeiterbewegung gibt, die viele Veränderungen von den oben genannten Gruppen (Militär, Kirche usw.) erwarten, aber nicht von der Arbeiterklasse. Diese Gruppen sehen nicht, daß der Klassenkampf im Grunde weitergeht und weitergeführt wird.

Die alten Formen des Kampfes, der Kampfformationen: Gewerkschaften, Parteien etc., Formen, in denen früher die Kämpfe zum Ausdruck kamen, sind nicht mehr da. Der Klassenkampf hat andere Formen angenommen. Vor allem auch in der Truppe,

Arbeit in Schlesien und im Ruhrgebiet, Emigration in die CSR, 1936 Anschluß an den Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands, Aufenthalte in Polen und CSR, Haft in der CSR und 1939 Ausweisung nach Polen, von dort nach erneuter Festnahme Emigration nach Großbritannien, Juni 1940-Januar 1942 Internierung in England und Kanada, Vorstandsmitglied der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien, 1941–1945 Mitglied des Exekutivkomitees der Bergarbeiter-Internationale, 1946 Rückkehr nach Deutschland, 1946–1948 Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der IG Bergbau in Bochum, 1949–1951 Sekretär in der Hauptverwaltung der IG Bergbau.

Ludwig Becker (1.1.1893–21.6.1973) war seit 1919 gewerkschaftlich organisiert, bis 1921 SPD, seit 1933 KPD, März-Dezember 1933 KZ Esterwege, bis 1935 illegale Tätigkeit im Ruhrgebiet für die KPD, November 1935 Emigration in die Niederlande, danach Grenzinstrukteur der KPD ins Wurm- und Ruhrgebiet, nach 1945 Rückkehr nach Deutschland und Wiederaufbau der KPD, Sekretariat der KPD-Landesleitung in Nordrhein-Westfalen, April-Juni 1947 Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen, Juni 1947-Juli 1948 Wirtschaftsrat der Bizone, bis 1956 Verlagsleiter in Essen.

Leon Jouhaux (1879–1954) war seit 1905 Vorstandsmitglied, 1909–1940 und 1945–1947 Generalsekretär der Confédération Générale du Travail (CGT), 1948–1954 Präsident der CGT-FO (Force Ouvrière), bis 1940 Vizepräsident des Internationalen Gewerkschafts-Bundes (IGB), 1941–1945 in Frankreich und Deutschland inhaftiert, 1945–1948 Vizepräsident des Weltgewerkschaftsbundes (WGB), 1949–1954 Vizepräsident des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), 1947–1954 Präsident des französischen Wirtschaftsrates.

Pierre Vigne (geb. 1885) war seit 1923 Generalsekretär des Verbandes der Bergarbeiter (Fédération du Sous-Sol) und seit 1925 Mitglied des Internationalen Komitees, 1934–1938 Präsident der Bergarbeiter-Internationale.

2 Nach dem »Bericht von der Pfingsttagung« und der Zusammenstellung »Berichte und Diskussion (Pfingsttagung Berg)« (beide: Anm. 1) handelte es sich bei dem Vorsitzenden um Franz Vogt.

die ihn führt und zu führen hat. Die Formen, wie der Kampf geführt werden muß unter der Herrschaft des Nationalsozialismus, sind beileibe noch nicht endgültig gefunden. Es wird dauernd darüber experimentiert, ob es eine Massenführung oder ob es Kader sein sollen, ob man besonders an die unzufriedenen Schichten herangehen soll, ob man die Arbeit an erster Stelle in den Betrieben verankern soll – hieraus entsprang ja die Idee des Wiederaufbaus einheitlicher Gewerkschaften –, ob man die Arbeit im Lande ganz dezentralisieren und nach außen – über die Grenze – verankern soll oder ob man im Inlande selbst ein Netz schaffen soll, um die einzelnen Betriebe etc. zusammenzufassen.[3] Das alles ist eine Kette von Experimenten. Ihr seid die Maschen in diesem Netz, das wir in der einen oder anderen Weise schaffen wollen. Von Euch[4], aus Euren Erfahrungen wollen wir hören: Wie ist es nun gewesen mit der Zentralisierung, mit dem Zusammengehen mehrerer arbeitender Gruppen, was denkt Ihr Euch, auf welchem Wege weitergearbeitet werden muß? Das sind die Fragen der organisatorischen Form des Kampfes.

Die Kampfgebiete und die Kampfparolen haben sich verschoben. Kein Mensch wird es ernst nehmen, wenn man heute zum Streik aufruft, d.h. wenn man allgemein dazu aufruft.[5] Es gibt natürlich Fälle – im Ruhrgebiet haben wir sie gehabt –, wo es auch zu Streikhandlungen gekommen ist.[6]

Was sind nun die Formen der Widerstandshandlungen heute? Soll man die Möglichkeit, mit den Massen, in den Massen der Arbeitsfront zu operieren, ausnutzen? Die einen sagen: Boykott! Vollkommen weg mit der Arbeitsfront! Die anderen wieder sagen: Man muß hineingehen in die Arbeitsfront![7]

Wir bitten Euch, sagt uns objektiv: Habt Ihr die Möglichkeit, in Versammlungen der Arbeitsfront Fragen zu stellen? Wenn ja, finden solche Versammlungen statt, wie oft finden sie statt, sind die Leute, die Fragen stellen, einer besonderen Gefahr ausgesetzt? Lohnt sich diese Kampfmethode? Bringt sie einen solchen Erfolg, der die Opfer aufwiegt? Wir würden dankbar sein, gerade über diese Fragen etwas zu hören.

Wie weit sind die Ausmaße überhaupt, in denen man die Menschen in die Arbeitsfront hineingepreßt hat? Wie weit ist es unseren Kameraden möglich, dort hineinzukommen, den Leuten eventuell eine Zeitung zu bringen oder ihnen sonst etwas zu sagen? Auch darüber teilt uns bitte Eure Erfahrungen mit.

Weiter, Kameraden! Was wirkt besonders stark auf die Arbeiter. Die Art der Agitation ist heute ganz anders geworden. Man sagt, wenn einer *Hitler* lobt, dann ist das schon ein Zeichen, daß es höchstwahrscheinlich ein Illegaler ist. Die Agitationsmethoden

3 Beispielhaft für diese verschiedenen Standpunkte vgl. z.B. die Stellungnahmen zu den Vertrauensratswahlen und zum Verhalten im Betrieb in der Zeitschrift Sozialistische Warte 1936/1937: Martin Hart [d.i. Willi Eichler], Für sozialistische Vertrauensmänner, in: H. 2, Februar 1936, S. 25–39; ders., Machtpolitik oder Betriebspolitik ?, in: H. 3, März 1936, S. 56–58; H. Klein [d.i. Werner Hansen], Das trojanische Pferd, in: H. 13, 1.7.1937, S. 289–291; Fritz Kramer [d.i. Hans Jahn], Gedanken eines Illegalen, in: H. 18, 15.9.1937, S. 418–422. Vgl. ferner auch Dok. 19, 36, 75 sowie für die Forderung nach Massenorganisationen u.a. Dok. 119, 124, 127.

4 Vogt sprach hier die aus dem Reich illegal nach Paris gereisten Bergarbeiter an.

5 Vgl. z.B. die Aufforderungen von RGO und KPD zum Streik im Frühjahr 1933 sowie zu Aktionen in den folgenden Jahren in Kap. V der Dokumente.

6 Zum Ruhrgebiet vgl. z.B. den kommunistischen Aufruf zum Wideraufbau des freigewerkschaftlichen Bergbauindustriearbeiter-Verbandes in: Das ist Volksgemeinschaft, in: Der Bergarbeiter. Organ der Bergarbeiter des Ruhrgebietes, Nr. 2, Februar 1935, S. 9–12 (BA, SAPMO, ZPA, I 3/18–19/68, Bl. 190–191). Gerade 1936/37 kam es im Reich zu einer Welle von Arbeitsniederlegungen. Vgl. Morsch, Streiks, S. 27 ff.

7 Vgl. beispielhaft die Positionen der Sopade bzw. der ITF, die gegen eine Arbeit in der DAF votierten und der KPD sowie Teilen der Sopade, die für eine Arbeit in der DAF eintraten (Anm. 3).

haben sich also verkehrt. Dann sagt man, na ja, der *Hitler* kann ja auch nicht alles auf einmal. Und dann schildert Ihr das Elend und schafft so Aufklärung.

Was bewegt den Kumpel? Die Bergarbeiter gehen nach unten arbeiten. Feierschichten hat er nicht mehr. Drückt den Kumpel das Bewußtsein, daß er nicht zusammenkommen kann mit seinen Kameraden, um sich auszusprechen? Oder ist es die kleiner werdende Lohntüte die ihn am meisten bewegt?

Welche Seiten klingen am stärksten bei den Jugendlichen an. Ich meine die bis zu 20 Jahren und auch darüber. Man muß doch annehmen, daß die Jugend von einem besonders starken Freiheitsdrang bewegt ist.

Für uns ist es sehr wertvoll, und wir wären Euch dankbar, über alle diese Gebiete etwas zu hören.

Die Aufgabe der Gewerkschaften im Augenblick ist natürlich der gewerkschaftliche Kampf, nicht der politische Kampf. Das wissen wir alle und die Hauptaufgabe besteht darin, Zustände zu schaffen, die uns das Wirken der Gewerkschaften ermöglichen. Nun, nach dem Zusammenbruch war es so – und ich weiß nicht, ob es heute noch so ist – daß die Kumpels sagten, das mit den 26 Parteien war ja auch scheußlich. Es war dies der Augenblick, wo wir das Fehlen der einheitlichen Gewerkschaft am ersten empfunden haben und Kräfte suchten, um am ersten einspringen zu können. Es hatte aber nicht 26 sondern nur 3 Gewerkschaften gegeben,[8] aber das Fehlen einer einheitlichen Gewerkschaft merkte der Kumpel. Auf Grund dieses Fehlens wandte sich der Arbeiter an die nationalsozialistischen Funktionäre, die diese Schwächen wohl merkten, die offen nationalsozialistische Provokateure in die Betriebe hineingeschickt hatten.

Ich habe diese Fragen so angeschnitten. Wir draußen sehen eben andere Sachen, wir sehen aber nicht, was bei Euch vorgeht und darum bitte ich Euch der Reihe nach zu allen unseren Fragen etwas zu sagen, wie Ihr den Kampf um Eure Rechte führt, damit wir von draußen Euch als Berater beistehen können. Es liegt ein Zweck der Art unserer Fragestellung zu Grunde, damit wir die Arbeit am rechten Ende anpacken können. Ich habe Fragen in größerer Fülle angeschnitten, sprecht also dazu.

Nr. 2.[9] Wir haben die Ausführungen des Kameraden gehört, sie gehen also darauf hinaus, festzustellen, wie die Art des Kampfes oder der Kampfmittel sein soll, die drüben angewandt werden müssen.

Es wurde gesagt, daß zwei Möglichkeiten aufgeworfen sind und so gewissermaßen versucht, daß jeder das Beste sich davon herausnehme. Ich stehe zu der Auffassung, gemäß der Erfahrungen, die wir machen konnten, daß erst langsam der Mut zur Arbeit zurückgekehrt ist. Wir an der Saar stehen in der praktischen Arbeit sicher noch stark zurück. Es kommt bei uns zum Beispiel ein Boykott der Arbeitsfront unmöglich in Frage. Ein Boykott der Arbeitsfront bedeutet, daß der Kumpel aus der Arbeit ausscheidet. Die Beiträge zur Arbeitsfront werden an der Saar zwangsläufig erhoben, jeder bekommt seinen Betrag zur Arbeitsfront, je nach der Verdiensthöhe, einfach

8 Vogt erinnerte hier an die Situation vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten und der Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933. Mit den drei Gewerkschaften waren die freien, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften gemeint. Unklar bleibt, inwieweit Vogt hier trotz Beteiligung von KPD-Mitgliedern die RGO und den kommunistischen Einheitsverband einschloß.

9 Nach dem »Bericht von der Pfingsttagung« und der Zusammenstellung »Berichte und Diskussion (Pfingsttagung Berg)« (beide: Anm. 1) handelte es sich bei Nr. 2 um einen »ehem[aligen] Angest[ellten], Sop[ade]«. Dies war Richard Kirn. Vgl. auch die folgende Selbsteinschätzung als Spezialist für Fragen der Sozialversicherung, die auf Richard Kirn hinweist.

vom Lohn abgehalten[10] und würde der Mann ausscheiden aus der Arbeitsfront, dann würden ihm erstens, ob er wollte oder nicht, diese Beiträge trotzdem vom Lohn abgehalten und zweitens hätte er sich öffentlich gegenüber den Faschisten als das gebrandmarkt, nämlich als Gegner, der dem Faschismus unangenehm wird, und er würde über kurz oder lang doch aus dem Betriebe entlassen werden. Wir hätten dadurch erreicht, was wir nicht wollten, nämlich das Ausscheiden aus einem Sektor, wo wir hätten drin sein müssen.

Gemäß den Verhältnissen an der Saar bin ich der Auffassung – ich betone ausdrücklich, ich weiß nicht, ob dies für die Ruhr oder Aachen oder sonst wo auch zutrifft, sondern nur für die Saar ausgedehnt –, daß wir der Auffassung sind, unsere Leute bleiben in der Arbeitsfront, mit welchen Mitteln, spielt keine Rolle. Unsere Leute bleiben in den Betrieben, in der Arbeitsfront und haben demzufolge zu versuchen, in der Arbeitsfront zu arbeiten.

Bezüglich der Arbeit im Betrieb, da kommt es mehr oder minder auf die Geschicklichkeit des Mannes überhaupt an. Welche Ämter kann er im Betrieb an sich reißen? Bleibt es so, daß die Führer der Arbeitsfront und die Betriebswalter durch die Führer der Arbeitsfront ernannt und bestätigt werden? Wird es uns möglich sein, unsere Leute in die Verwaltung hineinzubekommen? Sollten aber irgendwo Arbeitsausschußmänner gewählt werden können, würde ich selbstverständlich empfehlen, daß unsere Leute diese Ämter nach Möglichkeit übernehmen. Es kommt nun, wie gesagt, im Betrieb nicht darauf an, daß die Leute in der Lage sind, Losungen anzubringen, die weniger darauf eingestellt sind – »*Hitler* ist der Krieg«, oder »Rot Front«, oder »Freiheit«, oder »Es lebe die Revolution«. Solche Dinge sollte man nicht tun, weil sie die notwendige Wirkung nicht haben. Es kommt darauf an, daß man den Nenner darauf abstellt, daß man keine Strafe (Buße) zahlen muß, es kommt darauf an, daß die Losung auf den gerechten Lohn abgestellt ist.[11] Ich bin überzeugt, daß an der Saar die 7 ½-Stunden-Schichtzeit fallen wird. Es wird die 8-Stunden-Schicht eingeführt werden, was also besagt, daß das Einführen dieser Arbeitszeitverlängerung Gegenstand unserer Propaganda sein muß.

Das wäre also die Parole. Ich würde mehr oder minder die Parolen im Betrieb auf das Praktische stellen. Ideologische Losungen zünden nicht und lösen auch keine Diskussion aus.

Es ist weiter notwendig, daß die Kameraden, die mit uns Verbindung haben, uns die Zeitungen, Betriebs- und Werkzeitungen, übermitteln, um an Hand dieser Werkzeitungen zu sehen, was ist notwendig, und sie zum Studium der Verhältnisse zu benutzen.

Es kommen drei faschistische Werkzeitungen heraus, eine für Gruppe Ost, eine für Zentrum und eine für Gruppe West. Um ein Bild über die Lage im ganzen Gebiet zu

10 Dies war auch in anderen Branchen ein übliches Verfahren. Vgl. Frese, Betriebspolitik, S. 438ff.

11 In seinem Aufruf zum 1. Mai 1935 hatte der DAF-Leiter Robert Ley die Losung vom »gerechten Lohn« postuliert und die Parole ausgegeben: »Heran an die Löhne«. Vgl. Robert Ley, Wie finden wir den gerechten Lohn? Die vordringlichste Aufgabe, in: Arbeitertum, 5. Jg., H. 5, 1.6.1935, S. 13. In der Emigration löste diese Rede eine willkommene Kampagne aus, um die Scheinaktivität und Einflußlosigkeit der DAF bei sozialpolitischen Fragen aufzudecken. Vgl. noch die Erläuterung der KPD in Berlin zum Verhalten bei den Vertrauensrätewahlen, in: Wahlenthaltung ?, in: Hammer und Sichel. Organ der KPD, U[nter-]B[ezirk] »Stettin«, Nr. 2, Berlin Ende Januar 1936, S. 10f. (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 459/II, Bl. 185–188). Die DAF sah sich genötigt, sofort zu reagieren, u.a.: Zehn Gebote des deutschen Arbeiters. Ein Aufruf Dr. Ley's und was die Journaille daraus macht, in: Arbeitertum, 5. Jg., H. 6, 15.6.1935, S. 19. Vgl. auch die späteren Stellungnahmen zur Lohnentwicklung, z.B.: Franz Mende, Stetigkeit des Einkommens – garantierter Wochenverdienst, in: ebd., 6. Jg., H. 3, 1.5.1936, S. 13; Kernprobleme unserer Arbeitspolitik. Die soziale Verantwortung und der gerechte Lohn, in: ebd., 6. Jg., H. 6, 15.6.1936, S. 3 f.

bekommen, ist es notwendig, das Material aus diesen drei Gruppen zusammenzutragen.

Ich habe einige solcher Zeitungen zur Hand bekommen. Da wird berichtet, daß einer ein Kind bekommen hat, der andere hat sich verheiratet usw. Aber dann geht's los: Dort und dort ist ein Unfall passiert. Ein Bergführer ist beauftragt worden, den Fall zu untersuchen. Und alles klingt darauf hinaus: Der Kumpel ist Schuld an den Unfällen. Es werden die Verschlechterungen der Sozialversicherung geschildert. Allerdings werden sie in der Zeitung umgekehrt als Verbesserung hingestellt. Man könnte an Hand dieses Materials erörtern, wie aus der Sozialversicherung Milliarden hinausgenommen werden, um in der Kriegsindustrie Verwendung zu finden. Ich bin Spezialist und kenne alle Einzelheiten, und man könnte diese Dinge genauer darlegen. Aber dazu ist hier keine Zeit.

Innerhalb des Betriebes steht die Frage so: Die Knappschaftsältesten sind teilweise noch Leute – einige wenige – vom alten Bergarbeiterverband und von dem ehemaligen Christlichen Gewerkschaftsverband. Die Mehrzahl aber ist von der Betriebsverwaltung ernannt worden. Es ist interessant, festzustellen, daß beispielsweise die alten Arbeiter, Pensionäre, sich in Knappschaftsangelegenheiten nicht an den Ältesten der Deutschen Arbeitsfront wenden, sondern an den früheren Knappschaftsältesten, der im Bergarbeiterverband seit Jahren Knappschaftsältester war und deshalb gut über alle Dinge, Lohn, Versicherung etc. orientiert ist, während die von der Deutschen Arbeitsfront ernannten Ältesten von diesen Dingen nichts verstehen und den Arbeitern nur etwas vorstottern können, wenn sie um Auskunft bitten. Die Leute wenden sich also nicht an den eigentlichen, sondern an den ehemaligen Kanppschaftältesten. Es kommt vor, daß unseren Kameraden ein Knappschaftsmandat angeboten wird. Die Kameraden haben die Möglichkeit, durch geschicktes Frage- und Antwortspiel darauf hinzuwirken, daß über den Weg der Arbeiter, die sich an die Verwaltung wenden, es möglich wird, einen Knappschaftsältesten, der eingesetzt ist, abzuberufen und einen anderen einzusetzen.

Zwischenfrage des **Vorsitzenden**[12]: (Hälst Du es also für gut, daß unsere Kameraden Ämter und Funktionen haben?)

Jawohl. Es kommt vor, daß die Betriebsleitung ihnen ein Amt anbietet; aber unsere Kameraden sagen dann nein. Das ist ein Fehler. Sie sollen das Amt annehmen und werden dadurch in ihrer Arbeit legalisiert durch die Arbeitsfront selber. Ihr Arbeitskreis ist zwar beschränkt; aber es ist einer der Wege, um Unterminierarbeit leisten zu können.[13]

Es gibt im Betrieb auch die Möglichkeit, daß ehemalige Verbandskameraden zu sogenannten Betriebswaltern[14] unter Tage gemacht werden. Nehmen wir einen großen Bandstoß, an dem 250 bis 450 Arbeiter in drei Förderschichten beschäftigt sind. Auf je 10 bis ... Mann[15] entfällt ein Mann als Betriebswalter. Dieser Mann hat offiziell die Aufgabe, unter den übrigen Arbeitern seiner Gruppe im Sinne des nationalsozialistischen Staates zu wirken. Aber wir könen diese Funktion anders ausnutzen.

Es sind im Betrieb wesentliche Verschlechterungen vorgekommen. Jetzt kommen die Arbeiter an unseren Kameraden heran und fragen, wie denkst Du darüber? Es gibt

12 Franz Vogt.

13 Der Berichterstatter des »Bericht von der Pfingsttagung«, Karl Becker (Anm. 1), vermerkte hierzu (Bl. 285): »Sehr gut, daß dabei die Redner sogleich besonders das Problem der Arbeit in der DAF stellten, positiv stellten. Ja mit Leidenschaft und bei sichtlicher Nervosität des Vogt, der interessiert und anscheinend überrascht oft Zwischenfragen stellte.«

14 Bezeichnung für einen Betriebsfunktionär der DAF.

15 Nicht lesbare Zahlenangabe.

also bereits einen ideologischen Kontakt, und wir können das sehr gut ausnutzen. Wenn einem Mann von uns im Betrieb eine Funktion angeboten wird, (er hat dadurch zwar nicht materielle, aber doch ideologische Vorteile z.B. bei der Verwaltung) so soll er das Amt annehmen und ausnutzen, so z.B., wenn man ihm das Amt als Blockwart anbietet.

Die Jugend ist sowohl im Betrieb als außerhalb des Betriebes durch Vertreter der NSDAP und Jugendorganisationen vertreten.

[...][16]

Nun bleibt die Frage der fehlenden Organisation. Ich denke dabei an die Organisationen, wie sie einmal gewesen sind, organisatorische Erfassung mit Beitragszahlung etc. Es kommt in diesem Falle auf bestimmte Momente an, und ich glaube noch nicht, daß diese schon an der Saar gegeben sind. Wir sind auf ein paar Pfennige, die wir bekommen, angewiesen. Es ist uns oft nicht möglich, dieses oder jenes Rundschreiben an den Mann zu bringen, um so etwas positivere Arbeit zu leisten. An der Saar sind wir darauf angewiesen, uns durch kleine Zuwendungen anderer Organisationen Propaganda und Werbematerial zu verschaffen.[17] Es fragt sich nun, wie weit kann man diese Dinge überhaupt heute, in die Ämter einzudringen, popularisieren? Es bedarf also da gewisser Vorsichtsmaßnahmen, es bedarf da Verbindungsmänner, es bedarf da vor allen Dingen finanzieller Hilfe. Die verschiedenen Ämter durch unsere illegalen Kader zu besetzen, ist eines der wichtigsten Momente. Ich kann mir sehr gut vorstellen, daß Vorarbeit in einem Revier schon geleistet wurde, ich kann mir aber denken, daß in dem Revier, in dem mein Nachbar gewesen ist, es noch nicht so weit ist, sondern man fühlen muß und vielleicht froh sein kann, überhaupt dort einen Mann zu haben, um da diese oder jene Dinge tun zu können.

Man soll nicht zum Prinzip machen, feste Kaders auf jeden Fall, sondern die Dinge auch gemäß den Verhältnissen in den einzelnen Revieren beurteilen. Es kann also möglich sein, daß für das Saargebiet gilt, Kaders zu bilden, wie es möglich ist, im Ruhrgebiet Kaders zu bilden. Es ist ebenso möglich, daß in einzelnen Revieren an die Bildung von Kaders (Distriktmann mit Unterleitung, Betriebsmann etc.) noch nicht zu denken ist. Die Organisation muß beweglich bleiben. Es gilt vor allem, absolut gewissenhaft zu arbeiten, es so wenig Opfer kosten zu lassen, wie es nur geht. Man darf nicht so denken, daß man selbst im Ausland sitzt und erklärt, der Kamerad im Land hat unbedingt diese und diese Arbeit zu leisten. Unser Gewissen muß so groß sein, daß nach Möglichkeit es keine Opfer kosten darf. Es muß eine Form gesucht werden, wie wir uns bewegen können. Wo können Kader gebildet werden? Wie können sie gebildet werden? In jedem Ort ist es z.B. anders. In einem Ort ist das richtig, was in einem anderen Ort falsch ist. Hier muß man lavieren können.

In einem Ort sitzt als Polizeikommissar ein alter Mann von früher, der nicht besonders scharf ist, der einen gewissen Widerwillen gegen die neuen Leute hat. In einem anderen Ort ist ein echter Nazi-Polizeikommissar. Hier muß man ganz anders arbeiten. Deshalb kann man eine absolut feststehende Form der Organisationen nicht festlegen, sondern man muß sie auf die Verhältnisse abstellen.

16 In den ausgelassenen Ausführungen wurde ausgeführt, daß auch Jugendliche Funktionen in NS-Organisationen übernehmen sollten.

17 Gemeint waren Unterstützungsleistungen der Bergarbeiter-Internationale bzw. der französischen Bruderorganisation. Vgl. Paul, Max Braun, S. 107ff.; Paul/Mallmann, Milieus, S. 266.

Nr. 6 hat das Wort:[18]

Kameraden! Die Frage, ob der Klassenkampf tot ist oder nicht, wird ja schon durch die Tatsache beantwortet, daß wir hier sind. In Deutschland ist die Parole der Faschisten und der Unternehmer: Der Klassenkampf ist tot, es lebe der Kampf gegen die Arbeiterklasse!

Aus dieser Situation entwickeln sich neue Formen des Kampfes. Diese Formen haben wir durch dreijährige Erfahrung in illegaler Arbeit gut studieren können. Es kommt darauf an, die Erfahrung in der politischen Arbeit auf die gewerkschaftliche Arbeit mit zu übernehmen. Wir müssen versuchen, erstens eine möglichst große Wirkung zu erzielen und zweitens möglichst wenig Opfer zu bringen.

[...][19]

Einige Erfahrungen aus dem sächsischen Revier:[20] Die Arbeit in den einzelnen Revieren wird verschieden sein. Ich bin dafür, daß wir als Leitmotiv nehmen: Im Ziel absolut konsequent. Das Ziel ist der Sturz des Faschismus und weiter die Auslösung der sozialen Revolution. Von diesem Ziel dürfen wir keinen Moment abgehen. Die Taktik aber muß beweglich sein. Wenn wir starre Methoden wählen, werden wir ungeheure Verluste und kleine Erfolge haben. Wir müssen beweglich sein, weil die Verhältnisse auf jeder Grube anders sind, weil auch das Verhältnis der Arbeiter untereinander verschieden ist. Der kommunistische, der christliche, der sozialdemokratische Arbeiter haben oft noch Hemmungen gegeneinander. Die Zerrissenheit ist noch nicht ganz überwunden, sie klingt auch heute noch nach. Es kommt darauf an, so zu arbeiten, daß die Leute gegenseitig Vertrauen zueinander bekommen. Diese Aufgabe schreibt uns die Taktik vor.

Die Zusammensetzung unserer heutigen Konferenz zeigt, daß in allen Revieren Deutschlands gewerkschaftliche Arbeit geleistet wird, daß die Bergarbeiter irgendwie wieder in Bewegung gekommen sind, daß sie versuchen, neue Wege zu finden, um sich gegen das Regime zu wehren. Das ist das Erfreuliche und zeigt uns, daß wir ungeheuer große Verpflichtungen auch mit der Zusammensetzung der Konferenz haben, und ich bitte, daß wir alle diese Dinge vollkommen ernst und verantwortungsbewußt erledigen.

Zur Aufgabe selber. Der Kamerad, der vor mir gesprochen hat,[21] vertrat die Ansicht, in den nationalsozialistischen Organisationen zu bleiben, um dort die Positionen zu erobern. Gewiß, Kameraden, ich bin immer dafür, aber was kommt dabei heraus? Kann der Mann, der früher Betriebsrat oder Knappschaftsältester war, in diesen Organisationen viel tun? In fast ganz Deutschland und nicht nur bei den Bergarbeitern ist der alte immer noch mehr oder weniger der Vertrauensmann der Arbeiter, weil der Arbeiter revolutionär ist, weil er dem Arbeiter nicht neu ist, weil er die Gewerkschaft, für die er gestanden hat, genau kennt und diese ihm die Aufgabe gegeben hat, für die Gewerkschaft zu arbeiten und weil er in dieser Arbeit als Vertrauensmann der Gewerkschaft in allen Fragen vollkommen zu Hause ist. Wenn der Arbeiter dann eine Auskunft will und sich an unsere Vertrauensmänner gewandt hat oder wendet, weiß er, daß er keine falsche Auskunft bekommt. Er weiß, das ist die Auskunft, die er braucht und keine falsche! Aus diesen Gründen gehen sie zu ihm hin. Natürlich kommt dabei auch das Andere. Sie haben sich mit ihm nicht verbunden,

18 Nach dem »Bericht von der Pfingsttagung« und der Zusammenstellung »Berichte und Diskussion (Pfingsttagung Berg)« (beide: Anm. 1) handelte es sich bei Nr. 6 um Hans Mugrauer. In der Vorlage ist die gesamte Zeile unterstrichen.

19 »Unsere Aufgaben sind vor allem praktisch« ist der Kernsatz der ausgelassenen Absatzes.

20 Mugrauer betreute von der CSR aus das sächsische Revier.

21 Richard Kirn.

soweit er den Nationalsozialismus ablehnte. Wir müssen hier versuchen, die falsche politische Einstellung irgendwie umzumünzen in revolutionäre Kraft. Ich würde es ablehnen – ich möchte mich dagegen wehren, unsere Arbeit, die sozialpolitische Wiederaufbauarbeit, als nationalsozialistische Arbeit betrachtet zu sehen; denn unsere Arbeit muß geleistet sein vom revolutionären Gesichtspunkt aus, und deshalb frage ich mich jedesmal, was kann er für die Auslösung der Revolution tun? Nicht zuerst, was kann er in der Organisation tun.

[...][22]

Wir müssen ihnen sagen, Du kommst erst dann aus Deiner unerträglichen Lage heraus, nach Sturz dieses Regimes, nicht mit einem Kilo Butter, nicht mit 10% Lohnforderung. Das ist, wie schon bereits gesagt,[23] die Meinung der Jugend und wir haben dafür zu sorgen, daß diese Meinung in Deutschland als revolutionäres Gesetz erhoben wird. Was ich will ist, daß wir im Aufbau unserer illegalen Organisationen davon abkommen, sozialpolitische Organisationen aufzubauen. Es ist eine Tatsache, der Reformismus ist überwunden, der Reformismus hat zwar seine Berechtigung gehabt, aber er hat das Endproblem nicht gelöst, denn er hat nicht zum entscheidenden Kampf geführt.

[...][24]

Nun zu den Formen der Organisation: Kader oder Massenorganisation?[25] Die Erfahrung aus der illegalen Arbeit der letzten drei Jahre zeigt, daß man jede Verbindung, ob politisch oder gewerkschaftlich, so gestalten muß, daß möglichst wenig Zentralisation vorhanden ist. Auch bei den Kommunisten ist es so. Alle Parteigruppen sind von der starren Verbindung abgegangen.[26]

Es ist gut zu denken, dort sitzt ein Vertrauensmann des Gebietes, dann der Stadt, der einzelnen Gruppen etc. So haben die politischen Parteien ihre Arbeit begonnen. Das Regime hat uns dadurch furchtbare Schläge beibringen können, weil dort, wo ein Mann bekannt wurde, die Möglichkeit bestand, das ganze Netz der Verbindungen aufzurollen.

Die Organisationsform ist nicht nur eine Frage der Zweckmäßigkeit, sondern auch eine finanzielle Frage. Die aufgelockerte Form braucht nicht so viele Verbindungsleute. Wir haben jetzt sogar in den Städten, 3, 4 Gruppen, die sich nicht untereinander kennen. Wenn sie sich zufällig kennenlernen, fordern wir, daß sie sich nicht untereinander verbinden. Wenn es der Polizei dann wirklich gelingt, eine Gruppe auszuheben, sind die Opfer nicht so groß, und die Arbeit geht trotzdem weiter, weil die anderen Gruppen noch dort sind. Diese Gruppen müssen natürlich irgendeine Verbindung haben, und das ist die Aufgabe der Auslandsvertreter. Sonst haben sie weiter keine Aufgaben. Doch dazu noch später. Die Auslandsvertretungen dienen dazu, um eine lockere Form zu schaffen, um Opfer möglichst zu vermeiden und, falls doch ein Unglück passiert, der Gestapo nicht die Möglichkeit zu geben, die ganze Organisation auszuheben.

Man wird in den einzelnen Gruppen Vertrauensleute (je einen) haben, die mit den Leuten im Ausland, wo sein Revier angrenzt, Verbindung haben.

22 In den ausgelassenen Ausführungen behandelte Mugrauer die Ausrichtung der Forderungen: grundsätzliche Beseitigung des NS-Regimes oder stufenweise soziale Verbesserungen mit dem Ziel, das NS-Regime bloßzustellen.

23 Ebd.

24 Ebd. »Wir müssen beides kombinieren und verbinden« lautet die zentrale Aussage der ausgelassenen Ausführungen.

25 Vgl. Anm. 3.

26 Vgl. zur KPD auch eingehend Kap. V der Dokumente.

Das ist auch eine Frage der Finanzen, wie das ja auch von meinem Vorredner betont wurde. Wir freuen uns, von den Kameraden der anderen Länder die Auffassung zu hören, daß das deutsche Proletariat moralische und finanzielle Hilfe braucht.[27] Aus Gründen der Organisationstechnik ist es unmöglich, daß sich eine illegale Organisation zur Zeit aus reichsdeutschem Geld finanzieren kann. Es ist selbstverständlich, daß die Kameraden, die sich bereit erklären für illegale Arbeit, auch Opfer bringen müssen. Sie müssen mehr opfern als früher, an Fahrgeldern etc. Sie fahren zu Kameraden zwei, drei Städte weiter, von denen sie wissen, mit denen können wir reden. Das ist ja der Zweck solcher Aussprachen, daß sich einer an den anderen wendet und fragt, ob er nicht auch die Arbeit in seiner Gruppe aufnehmen will. Das bedeutet aber, daß die Arbeit der Organisation jetzt viel teurer ist, weil ja der größte Teil durch Kurierdienst etc. bewerkstelligt werden muß. Unsere Kameraden im Reich mit ihren geringen Löhnen bringen hier unendliche Opfer. Dann kommt die Frage der Unterstützung der Opfer und ihrer Familien, und das muß unsere sozialpolitische Aufgabe sein, wenn man davon reden will. Es ist eine selbstverständliche Pflicht, daß wir für die Angehörigen der Opfer sorgen, damit sie wissen, wir verlassen sie nicht.

[...][28]

Nun zur Frage der Zeitung, die hier angeschnitten wurde.[29] Es ist in den Gesprächen mit den Kameraden angefragt worden, ob man eine illegale Zeitung für die Bergarbeiter, nur für bestimmte Reviere oder zentral schaffen soll. Da möchte ich dazu sagen, das ist eine Frage der Finanzen, und ich plädiere für eine zentrale Zeitung, die wir in allen Revieren, in die wir in Deutschland Eingang haben, verbreiten, damit die Kumpels in Sachsen erfahren, was ist los in Westfalen, wie sieht es aus an der Ruhr. Das ist doch das erste, da der Arbeiter ja noch nicht einmal weiß, was in seinem nächsten Revier oder sogar in der nächsten Grube los ist. Eben vom Gesichtspunkt des Blickfeldes bin ich dafür, eine zentrale Zeitung herauszugeben. Ich bin also dafür, der Zentralstelle möglichst weitgehendes Material zugehen zu lassen, dieses zu verarbeiten, so daß es für das ganze Reich bestimmt ist.

Ich habe vergessen, über den Aufbau der Organisation zu sprechen, und sage: Träger können und müssen die Kameraden im Lande sein, die im Lande arbeiten, auch die Taktik bei der Arbeit haben die Kameraden zu bestimmen, die im Lande arbeiten. Es wäre eine Unverfrorenheit, wenn die Kameraden, die im Ausland sitzen, sich das Recht nehmen würden und sagen, das und das müßt Ihr so machen. Auf der anderen Seite aber kann auch eine Vertretung im Reich nicht auf eine Auslandsvertretung verzichten, weil es eine Stelle geben muß, wo die gesamten Fäden zusammenlaufen, das Material gesichtet werden kann, dort kann man sich dann eine Meinung bilden, weil dort alles zusammengetragen wird, aus allen Gebieten, aus allen Revieren.[30]

Von dieser Stelle aus muß die Erkenntnis aus dem gesamten Material zurückströmen wieder ins Reich. Das ist die Aufgabe der Auslandsvertretung, und eine andere Aufgabe hat sie nicht, nur die, dem illegal arbeitenden Bergmann zur Seite zu stehen,

27 Vgl. entsprechend der Vorsitzende der Bergarbeiter-Internationale, Pierre Vigne, sowie der Vorsitzende des französischen Bergarbeiterverbandes, Leon Jouhaux, in ihren Begrüßungsreden auf der Konferenz. »Bericht von der Pfingsttagung« (Anm. 1).

28 In dem ausgelassenen Absatz folgt eine Wiederholung des Danks an die Internationale.

29 Die »Bergarbeiter-Zeitung« erschien als Zeitung für die illegale Arbeit in Deutschland ab Juli 1937. Die »Bergarbeiter-Mitteilungen« als das gemeinsame Organ des Arbeitsausschusses erschien ab Juli 1936. Vgl. Stroech, S. 121f.

30 In dieser Betonung des Vorrangs der innerhalb Deutschlands illegal Arbeitenden stimmten die freigewerkschaftlichen Gruppen bei allen sonstigen Differenzen überein. Vgl. die Konzepte der ADG um Heinrich Schliestedt und der ITF um Hans Jahn in Kap. II und III, dagegen die Politik der KPD und RGO in Kap. V der Dokumente.

weil in Deutschland keiner in der Lage ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, weil man dort eine politische Meinung aufdiktiert bekommt.

[...][31]

Wie wären froh, wenn wir heute schon so weit wären, daß die Zentrale im Inland sein könnte, aber leider sind wir so weit in Deutschland noch nicht.

[...][32]

Nr. 9 spricht:[33]

Ich möchte hier einige Tatsachen aus Ruhr und Wurm übermitteln, die zeigen, daß wir schon dort bestimmte Formen des Kampfes auf einer organisatorischen Grundlage haben. Wir haben dort z.B. einen Betrieb, in welchem wir seit über einem halben Jahr praktische, organisierte Arbeit leisten, folgendes zu verzeichnen:

[...][34]

Auf der Grube X.[35] ist man dazu übergegangen, die ganze Belegschaft in Zellen aufzuteilen. Jedes Revier stellt eine Zelle dar, jede 20 Mann bilden einen Block und über diesem steht der Vertrauensmann, der die Aufgabe hat, die Gesamtbelegschaft zu leiten. Kameraden, wir haben von vornherein gesagt, so viele Spitzel gibt es gar nicht unter den Bergarbeitern, wie die Nazis haben möchten, und wir haben festgestellt, daß unsere Kameraden in den Betrieben den Kontakt gefunden haben, auch mit diesen hauptsächlich von der Direktion und Deutschen Arbeitsfront eingesetzten »Spitzeln«, und heute arbeiten wir mit ihnen zusammen.

Ich führe hierfür ein Beispiel[36] an: Ein solcher von der Direktion eingesetzter »Spitzel« arbeitete mit unserem verantwortlichen Kameraden dieses Betriebes zusammen in einer Rutsche. In dieser Grube fiel vor kurzem der Abschlag sehr niedrig aus. Die Kameraden kommen herunter, fangen an zu buttern und sind durch den niedrigen Abschlag ganz unentschlossen zu arbeiten. Sie kommen zu unserem Vertrauensmann gelaufen, denn dem SA-Mann hatte bis dahin noch keiner Vertrauen entgegengebracht. Aber gerade dieser SA-Mann ist es, der jetzt in der Kameradschaft, in der so wenig verdient werden soll, sagt: Kameraden, seid Ihr denn mit dem Lohn einverstanden? Ich bin bereit, für Euch einzutreten, wenn Ihr mich unterstützt. Ihr wißt, allein kann ich nichts machen, aber wenn Ihr mich unterstützt, werde ich es versuchen. Und so hat man sich so nach und nach berochen, den Kontakt gefunden und da erklärt dieser Mann, den man als »Spitzel« angesehen hatte, seid Ihr damit einverstanden? Dieser »Spitzel« hat sich damit einverstanden erklärt, die Sache der Kumpels zu verteidigen.

31 In den ausgelassenen Ausführungen wiederholte Mugrauer nochmals die Informationsaufgabe der Auslandsvertretung.

32 Der Kern der ausgelassenen Ausführungen lautet: Das Ziel ist der Sturz des Faschismus und die soziale Revolution. Mugrauer verwies auf das Beispiel der Volksfront-Regierung in Frankreich.

33 Nach dem »Bericht von der Pfingsttagung« und der Zusammenstellung »Berichte und Diskussion (Pfingsttagung Berg)« (beide: Anm. 1) handelte es sich bei Nr. 9 um den mit der Gewerkschaftsarbeit im Ruhrgebiet und im Wurmrevier beauftragten Grenzinstrukteur der KPD, wahrscheinlich Ludwig Becker. Der Autor von »Berichte und Diskussion (Pfingsttagung Berg)«, Karl Becker, bezeichnete den Redner als »unser[en]« Mann und kommentierte die Äußerungen mit: »Überhaupt war sein Bericht eher ein Parteibericht!«. Der Bericht ist ausführlich paraphrasiert bei Buschak, Arbeit, S. 120f., 123f. In der Vorlage ist die gesamte Zeile unterstrichen.

34 Der Berichterstatter behandelte in den ausgelassenen Ausführungen Arbeitsbedingungen und -konflikte auf einzelnen Zechen und ging auf das sich aus der konkreten Arbeitssituation entwickelnde Belegschaftshandeln ein, allerdings ohne konkrete Angaben, um welche Zeche es sich handelte.

35 Der Name konnte nicht ermittelt werden.

36 Dieser Bericht wird auch in der Zusammenstellung »Berichte und Diskussion (Pfingsttagung Berg)« (Anm. 1) dargestellt.

[...][37]

Wir haben eine weitere Erscheinung. In einem anderen Betriebe[38], wo wir in einem Betriebspunkt sehr gut verankert sind, kam es vor, daß die Kameraden als Mindestlohn, der damals noch M[ar]k 7,70 war, nur noch M[ar]k 5,40 bekamen. Das gesamte Revier ist auf unsere Bearbeitung hin, darauf zum Schacht gegangen und wollte ausfahren, ist offen in den Streik gegangen. Am Schacht wollte man sie nicht ausfahren lassen. Der Stab der Beamten setzte mit Drohungen und Versprechungen ein, weil hier sowieso schon eine gespannte Stimmung herrschte. Auf diesem Schacht hatte sich vor einigen Wochen noch folgendes abgespielt: Man hatte den Kameraden der verschiedenen Schichten das Geld für die Arbeitsbeschaffungslotterie sofort vom Lohn abgezogen. Die Belegschaft opponierte. Darauf kam ein Anschlag der Direktion heraus: Wer das Geld wieder haben wolle, der solle sich im Verwaltungsgebäude melden. Da ist die Belegschaft zu 70 bis 80% zum Verwaltungsgebäude gezogen und hat sich das Geld zurückgeholt. Dabei hatte sich schon eine solche Stimmung bemerkbar gemacht, daß sie den Faschisten gefährlich wurde. Man konnte nicht wagen, zu dulden, daß ein Revier ausfuhr, weil das eventuell bereits den Widerstand der ganzen Belegschaft nach sich ziehen konnte, und bei der Stimmung in diesem Bezirk bestand die Gefahr, daß die Bewegung übergriff.

Auf die Drohungen und Versprechungen sind die Kumpels dann zurückgegangen bis auf einen SS-Mann und 5 weitere Kameraden, die hier eine falsche Politik machten. Nachdem sie feststellten, daß das Revier zurückging, war es ihre Aufgabe, auch zurückzugehen. Sie fuhren aus, wurden vor die Direktion geladen und fristlos entlassen. Die Kameraden protestierten. Daraufhin hat man die Entlassung der 5 Kameraden zurückgezogen aufgrund der Erregung im Betrieb. Aber die Entlassung des SS-Mannes wurde nicht zurückgezogen. Diese Sache hat sehr gut gewirkt, nicht nur auf die Belegschaft, sondern auch auf die SA- und SS-Leute im Betrieb, weil ihr Mann entlassen wurde.

Wenn man heute von Faschisten im Betrieb spricht, soll man vorsichtig sein. Es gibt eine Reihe von Bergarbeitern, eine verhältnismäßig geringe Anzahl, die Mitglieder der SA und SS sind. Aber hier sind es nicht immer politische Motive, die sie veranlaßten, einzutreten, sondern zu einem großen Teil handelte es sich um schwankende Elemente, die aus Furcht oder anderen Gründen eintraten und die heute durch die Geschlossenheit der Belegschaft sich wieder zur Klassenfront gefunden haben. In vielen Fällen, wo wir SA- und SS-Leute, alte Funktionäre der NSBO vor uns haben, die in den Jahren [19]30/31 in diese Organisationen eingetreten sind, stellen wir fest, daß sie, soweit sie Funktionen im Betrieb haben, aufgrund der Rationalisierung beginnen, sich für die Interessen der Belegschaft zu interessieren.

Wir haben z.B. in Wurm[39] von allen Schachtanlagen heute nur noch einen einzigen Vertrauensratsvorsitzenden, der direkt gegen die Interessen der Wurm-Bergarbeiter auftritt. Es gab einen Fall, wo ein Bergarbeiter einen Lohn von M[ar]k 8,90 verdient hat. Man hat ihm aber diesen Lohn nicht ausbezahlt, sondern nur M[ar]k 7.- angeschrieben. Der Kamerad protestierte. Der Betriebsführer antwortete ihm darauf: Wir leben in einem nationalsozialistischen Staat. Da geht Gemeinnutz vor Eigennutz. Wir

37 In den ausgelassenen Ausführungen unterstrich der Redner seine Annahme, daß das NS-Regime unter den Bergarbeitern nur noch eine geringe Anhängerschaft besitze.

38 Der Betrieb wurde nicht ermittelt.

39 D.h. im Wurmrevier.

haben die Summe, die nicht ausbezahlt wurde, einem Kameraden zugelegt, der nur M[ar]k 6.- verdiente.

Darauf ging der Kamerad zur Arbeitsfront. Diese verwies ihn an den Vertrauensratsvorsitzenden. Es wurde eine Sitzung einberufen, und dort erklärte der Vertrauensratsvorsitzende ebenfalls: Wir leben in einem nationalsozialistischen Staat. Gemeinnutz geht vor Eigennutz.

Wir haben bei der Vorbereitung der Vertrauensmänner-Wahlen in einem Teil der Betriebe die Frage der Aufstellung von Kandidaten gestellt; zum anderen gab es aber damals schon eine Reihe von Nationalsozialisten, die sich für Arbeiterinteressen einsetzen. Wir kamen überein, sie wiederzuwählen und sie durch die Belegschaft zu drücken, damit sie noch energischer als bisher unsere Interessen vertreten. Heute könnte man getrost, nachdem auf allen Schächten bis auf den vorhin erwähnten zu verzeichnen ist, daß die Arbeiterelemente in der NSDAP beginnen, sich für die Interessen der Arbeiter einzusetzen, diese in den Vertrauensräteposten belassen und sie unterstützen und gleichzeitig drücken.

Wir arbeiten schon über ein halbes Jahr in diesem Gebiet und haben bestimmte organisatorische Formen und Kader, die in den Betrieben existieren. Ich will ein Beispiel geben. Wir haben in einem Betrieb[40] annähernd 5.000 Mann Belegschaft in 4 Abteilungen. Dort ist eine Zahl von nur 15 Mann, welche die Arbeit organisiert. In diesem Betrieb haben wir bisher – das ist so die Form, die auch in anderen Betrieben verankert ist – einen Dreierkopf gehabt.

Die 15 Mann verteilen sich auf Schacht 1,2,3 und Tagesbetrieb. In der Abteilung 2 haben wir eine Gruppe von 4 Mann, die jetzt ihre Verbindungen hat in allen Revieren.

Der Kopf einer Schachtanlage setzt sich nach dem von uns mehrfach angewandten Schema wie folgt zusammen: Einer vom Tagesbetrieb, weiter einer von Sohle 2 und einer von Sohle 3, um ein Beispiel zu geben. Der Mann vom Tagesbetrieb schafft sich in allen Abteilungen des Tagesbetriebes einen Verbindungsmann. Die Kameraden von den einzelnen Sohlen schaffen sich in den Revieren ihre Vertrauensleute. Der Revier-vertrauensmann schafft sich in den Rutschen seinen Vertrauensmann. So kommen wir zu einem System, wo die unteren nicht die oberen kennen und umgekehrt, und wo sich nur der Kopf mit drei Mann trifft und sonst nur jeder einen Verbindungsmann hat, wodurch die Verbindung bis zum untersten Ende geht.

Wir haben es abgelehnt, in diesem Gebiet Parolen zu malen, Flugblätter in Massen zu verbreiten. Wenn wir nämlich mit Flugblättern auf den Straßen herumwerfen oder eine leichtsinnige Sache machen, dann sagt der Kumpel: Tapferer Kerl, aber mir ist das zu gefährlich. Aber wenn wir die Sache gut durchorganisiert haben, mit guten Proleten und schieben ihnen regelmäßig unsere Zeitungen, zum Teil aus dem Ausland, zum Teil im Inland hergestellt, immer wieder zu, mit Berichten aus den Betrieben, wenn wir ihm dadurch zeigen, an welcher Linie er arbeiten kann, dann bekommt der Prolet nicht nur Vertrauen zu sich selbst, sondern auch Vertrauen zu den Leuten, die mit einer solchen Sicherheit durch Monate hindurch solche Arbeit organisieren, und er wird mitarbeiten.[41]

40 Der Betrieb wurde nicht ermittelt. Vgl. auch die Zusammenstellung »Berichte und Diskussion (Pfingsttagung Berg)« (Anm. 1). Danach habe dieses System seine Bewährungsprobe bestanden.

41 Nach der Zusammenstellung »Berichte und Diskussion (Pfingsttagung Berg)« (Anm. 1) gab der Redner an, daß »1000 Zeitungen« nach dem Verfahren »in die Betriebe« kämen: »Material geht in den Betrieb, wird dort verteilt, gelesen und im Betrieb vernichtet.«

[...][42]

Kameraden, nun zur Frage der Leitung überhaupt. Wir haben die Betriebe getrennt, wo wir Kameraden haben, von solchen Arbeitern, die erwerbslos sind oder in kleineren Betrieben arbeiten, wo wir keine Leitung haben, wo vielleicht nur 10 Mann beschäftigt sind. Diese Betriebe haben wir verbunden mit dem Ausland, alle getrennt voneinander. Von den Kumpels in den Betrieben, selbst wenn sie im Kopf sitzen, wissen in den meisten Fällen noch nicht einmal die zwei anderen, daß der eine derjenige ist, der rüber geht, sondern jeder macht dort seine politische Arbeit, wo er kann. Wir haben hier z.B. in einem Ort folgenden Fall. Da haben wir eine Gruppe im Betrieb, ebenfalls einheitlich, christliche Arbeiter, freie Gewerkschaftler, Sozialisten und ehemalige Kommunisten. Diesen Betrieb haben wir verbunden mit dem Ausland, und einer davon fährt immer rüber.

[...][43]

Desweiteren sind wir dazu übergegangen, daß jeder Kamerad, der eine bestimmte Funktion in der illegalen Arbeit hat und ist er nur unterer Vertrauensmann, einer faschistischen Organisation beitreten muß. Wir haben es heute – ich möchte sagen fast restlos – geschafft, daß unsere Kameraden eingebaut sind in die faschistischen Massenorganisationen. In der Arbeitsfront sind sie zwangsweise. Gute Funktionäre sind außerdem in den Luftschutz, in Kraft durch Freude etc. gegangen.

Im Luftschutz ereignete sich vor einiger Zeit folgendes: Der Luftschutz wurde zwangsweise bestimmt zur Werbung von NSV-Mitgliedern. Unsere Kameraden haben sich sofort gemeldet. Jeder erhält einen Wohnblock zugeteilt, wo er die Familien im Sinne der NSV bearbeiten muß. Sie sind die eifrigsten Funktionäre, gehen in die Wohnungen der Kumpels – während ja gleichzeitig unten im Betrieb Material an die Kumpels gegeben wird – und diskutieren mit ihnen. So wird die ganze Arbeit im Betrieb unterstützt oben durch Ausnutzung der legalen Möglichkeiten. Die Arbeiter werden aufgesucht, und unsere Kameraden stellen dabei fest, wie sie eingestellt sind. Von hier aus werden sie an die Reviere zur Materialbelieferung überwiesen.

Nicht nur die Möglichkeiten der Arbeit, sondern auch die Sicherung der Funktionäre spielt eine Rolle. Die Gestapo kann nicht durchführen, daß sie alle Funktionäre der faschistischen Organisationen überschattet. Wenn wir Elemente haben, die von früher nicht so bekannt sind, können wir auf dieser Basis eine gute Arbeit leisten ohne Gefahr zu laufen, viel zu opfern. In einem halben Jahr Tätigkeit hatten wir nur einen Fall von Verhaftung, wo drei Mann hochgingen.

[...][44]

Kameraden! Die Faschisten sind sich heute zu einem Teil schon der Gefahr bewußt, die ihnen aus dieser Arbeit erwächst. Wir haben uns in die verschiedenen Organisationen eingebaut. In den letzten Tagen kommt die Meldung aus einer Stadt[45], daß alle Unterkassierer der deutschen Arbeitsfront abgeschafft und ersetzt werden durch Kassierer, die ein Monatsgehalt von M[ar]k 100.- und 2% der kassierten Beiträge

42 In den ausgelassenen Ausführungen beschrieb der Redner die Plazierung des Materials vor Ort und das Auffinden durch Bergarbeiter unter Tage. Weiterhin wurde eine gemeinsame Zeitung für ehemals freigewerkschaftliche, christliche und kommunistische Arbeiter gefordert. Allerdings dürfe diese Zeitung nicht durch Verkauf finanziert werden, da die Bergarbeiter nicht in der Lage seien, solche Beträge aufzubringen.

43 Der Redner berichtete in den ausgelassenen Ausführungen über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die Anlage von Rüstungsbauten und die Abgrenzung von militärischen Sperrgebieten.

44 In den ausgelassenen Ausführungen behandelte der Redner das Verhalten bei Verhaftungen sowie die Entwicklung der Jugendlichen, deren Einstellung zum NS-Regime und die Möglichkeiten zur politischen Beeinflussung im Betrieb.

45 Die Stadt wurde nicht ermittelt.

bekommen. Die Beitragskassierung ist ja nicht überall im Betriebe. Hier muß man sehen, daß hier die Faschisten eine Gegenmaßnahme gemacht haben. Darum ist es notwendig, daß man mit den legalen Möglichkeiten, die wir ausnutzen müssen, die illegale Arbeit verbindet. Wir können unsere Vertrauensleute dadurch am besten sichern, daß wir sie in die faschistischen Organisationen einschieben und dort in der Linie arbeiten lassen, daß sie Funktionen erringen.

Nr. 3 erhält das Wort:[46]

[...][47]

Nun zu den Vertrauensrätewahlen: Ich kann ruhig und offen sagen, wir sind in unserem Betrieb[48] noch zwei, eigentlich drei vom früheren Betriebsrat: ein christlicher, ein freigewerkschaftlicher und ich. Die anderen sind alle entlassen oder pensioniert. Kommt etwas vor im Betrieb, so wenden sie[49] sich nicht mehr an den Obmann, sondern sie kommen zu uns alten, früheren Vertrauensleuten gelaufen. Beispiel: Einem Kameraden wurde der Schuh durch Kohlenstücke zerrissen. Wenn früher so etwas passiert war, haben wir diese Schuhe repariert oder durch neue ersetzt, weil unsere Sicherheitsmänner mit den Arbeitern gut zusammen arbeiteten. Heute ist das was ganz anderes. Wir hatten nun diesen Kameraden zum Blockwalter geschickt, um ebenfalls die Reparatur der Schuhe zu verlangen, da sie zerrissen waren durch das Unglück. Der Blockwalter aber fragte nur, wer hat Dich geschickt? Das ist heute ausgeschlossen, daß wir dafür Ersatz geben, wir können doch nicht jedem Arbeiter seine Schuhe kaufen. Wenn Du kein Geld hast, Dir welche zu kaufen, dann gehe zur NS-[Volks-]Wohlfahrt. Der Arbeiter kam zurück, ich brauchte ihm nichts mehr zu sagen, aber er hat dann von selbst genug gesagt, so daß heute keiner mehr zu dem Blockwalter hingeht. Einige Kameraden beschwerten sich über diesen Blockleiter.

Und noch eine Frage ist sehr ernst zu nehmen. Es wurde nämlich sehr vielen Arbeitern vor der Rückgliederung versprochen, sie würden Schachtleiter etc. Jeder drängte nun nach einem Posten, aber diese Wünsche wurden nicht erfüllt. Die Wut hierüber ist so groß, daß es heute so ist, daß ein Blockwalter nicht eher Ruhe hat, bis ein Betriebswalter beseitigt ist, damit er dahin kommt.

(**Zwischenfrage**[50]: Es ist dies für uns eine der wichtigsten Fragen, weil sie gerade bei den Betriebs- und Vertrauensratswahlen wieder gestellt werden. Darum frage ich: Möchtest Du Blockwalter sein?)

Antwort: Um Blockwalter zu werden, muß man erstens: Mitglied der NSBO sein. Da bin ich nicht drin und die nehmen mich auch nicht auf. Aber die Belegschaft könnte

46 Nach dem »Bericht von der Pfingsttagung« und der Zusammenstellung »Berichte und Diskussion (Pfingsttagung Berg)« (beide: Anm. 1) handelte es sich bei Nr. 3 um einen »Saar-Kumpel«. Dessen Name wurde allerdings nicht mitgeteilt. Vgl. Anm. 1. Der Autor von »Berichte und Diskussion (Pfingsttagung Berg)«, Karl Becker, charakterisierte den Redner als »alter Kumpel«, »war i[m] EVBA [wahrscheinlich: EVBD: der kommunistische Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands]«. Der Bericht (S. 16–23) wurde für den Abdruck erheblich gekürzt. In der Vorlage ist die ganze Zeile unterstrichen.

47 Die ausgelassenen Ausführungen (S. 16–19/20) behandeln die Entwicklung der Arbeiterschaft, der Arbeitsbedingungen, der Preise, der DAF und betrieblicher Sozialmaßnahmen nach der Angliederung des Saargebiets an das Deutsche Reich und konstatieren eine wachsende Unzufriedenheit und Enttäuschung über ausgebliebene Versprechungen und nicht erfüllte Erwartungen.

48 Der Betrieb wurde nicht ermittelt.

49 D.h. die Beschäftigten.

50 Der Fragende ist nicht zu identifizieren. Nach dem »Bericht von der Pfingsttagung« und der Zusammenstellung »Berichte und Diskussion (Pfingsttagung Berg)« (beide: Anm. 1) stellte aber der Vorsitzende Franz Vogt zahlreiche Zwischenfragen. Vgl. Anm. 13.

mich vorschlagen und 100% gewählt, so ist der Betriebsleiter nicht in der Lage, mich abzusetzen.

Frage: Wie soll aber der Wille der Belegschaft zum Ausdruck gebracht werden?

Antwort: Wir hatten dieses Jahr eine Wahl[51] und die Betriebsrätewahl[52] ist so gedacht, daß die Belegschaft vorschlagen kann, aus ihrem Betrieb ein Mitglied als Betriebsratsmitglied. Bei uns hat die Belegschaft beschlossen, den und den Kamerad zum Betriebsrat zu machen. Die Vorschläge machen die Mitglieder der NSDAP, die schlagen vor und die Belegschaft soll mit ja oder nein stimmen, ob sie damit einverstanden ist. Wenn die Belegschaft ihre Zettel bekommt, kann sie »ja« schreiben, sie kann aber auch einen anderen Namen schreiben. Als nun die Gärung bei uns so stark war, um einen anderen Betriebswalter hinzusetzen, haben wir uns gefragt, was machen wir jetzt? Die Arbeiter wollen den Vorgeschlagenen nicht, aber die Leitung setzt ihn ein. Einen von uns zu sagen, wäre gefährlich, man hätte ihn nicht anerkannt und man hätte sich gesagt, hier steckt ein Kerl, der bei den Arbeitern was machen kann und den wir aus dem Betrieb herausschmeißen müssen.

(Zwischenruf von **Nr. 2**[53]: Ich weiß einen Fall, daß ein Mann von der Belegschaft vorgeschlagen wurde und heute noch Betriebsrat[54] ist.)

Frage der **Präsidenten**:[55] Das ist eines der wichtigsten Themen und ich bitte darum um genaue Auskunft. Nach dem Gesetz wird der Betriebsrat ernannt vom Betriebsführer im Einvernehmen mit dem NSBO-Mann. Was folgt nun, wer hat Einfluß, der Betriebsführer und die NSBO? Diese beiden sind doch die Personen, die eine Willensäußerung geben können, was werden soll. Wenn ich nun auf der Liste bin, muß ich dies entweder durch den Betriebsführer oder den NSBO-Mann machen, damit auch mein Name auf der Liste anerkannt wird. Welche Möglichkeiten stehen also für uns aus?

Fortsetzung **Nr. 3**:[56] Es ist vorgekommen, daß der Betriebsführer gefragt hat: Welchen Mann wollt Ihr haben? Die Belegschaft hat geantwortet: Den und den. Derjenige, der gewählt werden soll, muß aber entweder in der NSDAP oder in der NSBO sein. So ist man auf Belegschaftsversammlungen vorgegangen und hat anstelle des alten Betriebsrates einen neuen gewählt. Natürlich haben wir diesen dem Betriebsführer vorgeschlagen. Jetzt ist ja aber die Verfügung herausgekommen, daß der alte Betriebsrat weiter fungieren soll.[57] Bei der Belegschaft hat der aber keine Sympathie. Die eigenen Genossen sind gegen den Betriebsrat und führen Beschwerde über ihn.

(**Vorsitzender**[58]: Eine Zwischenfrage: Wenn Du nun über den Nazi-Obmann auf die Liste kommst, würdest Du die Befürchtung haben, daß Deine Kameraden sagen: Jetzt ist der Jup übergelaufen, er ist vorgeschlagen worden, er gehört also zu den Nazis?)

Ohne weiteres besteht die Gefahr. Es kommt dabei auf die Vorarbeit an. Wenn wir vorgearbeitet haben, wenn wir unten Kontakt haben, dann ist es gut. Dann wissen die Kameraden Bescheid oder merken sehr bald, was los ist. Aber wie gesagt, weil der Drang, den alten Betriebsrat zu beseitigen, groß ist, und wenn keine Möglichkeit besteht, einen anderen zu bekommen, gehen wir dazu über, den Zettel zu streichen,

51 D.h. die Abstimmung nach der Remilitarisierung des Rheinlandes am 29.3.1936.

52 Richtig: Vertrauensratswahlen nach dem auch für das Saargebiet gültigen Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit (AOG). 1935 fanden im Saargebiet keine Vertrauensratswahlen statt. Am 31.3. 1936 wurden die vorgesehenen jährlichen Wahlen ausgesetzt. RGBl., I., 1936, S. 335.

53 Das war Richard Kirn.

54 Richtig: Vertrauensrat.

55 Pierre Vigne (Anm. 1). In der Vorlage unterstrichen.

56 Grenzinstrukteur für das Wurm- und Ruhrgebiet (Anm. 46). In der Vorlage unterstrichen.

57 Vgl. Anm. 52.

58 Franz Vogt.

um zu protestieren gegen den ganzen Apparat. Wir streichen den Zettel durch, als Protest gegen den Vorschlag. Es richtet sich alles nach der konkreten Lage im gegebenen Fall. Eventuell kann man dadurch einen neuen Vorschlag erzwingen.[59]

(Zwischenfrage d[es] **Vorsitzenden**[60]: Du bist ja jetzt sozusagen der Vertrauensmann, alle kommen zu Dir. Würdest Du der Belegschaft einen großen Nutzen leisten, wenn Du Vertrauensrat wirst? Was würdest Du dann dem Kameraden wegen des zerrissenen Arbeitsschuhs sagen?)

Natürlich gibt es Schwierigkeiten. Es besteht ja eine Verordnung, wonach der Betriebsrat bis zu M[ar]k 10.000.- Geldstrafe verurteilt wird, wenn er seine Funktion zum Schaden des Betriebs durchführt.[61] Da kann man natürlich alles mitkonstruieren.

Ich würde den Kumpels, wenn sie mich vorschlagen, sagen: So und so war es früher. Ich werde versuchen, Eure Interessen zu vertreten. Wenn ich arbeiten sollte, wie ich wollte und es notwendig ist, müßte es auch so sein wie früher. Man wird mich dann vielleicht entlassen. Jetzt käme es darauf an, ist die Belegschaft einverstanden mit meiner Entlassung oder nicht. Wenn sie nicht einverstanden wäre, würde ich sofort den Posten annehmen; denn dann würde es eine Bewegung im Betrieb geben. Durch die neue Verfügung[62] hat man uns einen Strich durch die Rechnung gemacht, den Zettel zu streichen. Jetzt bereiten wir schon die Arbeit für das nächste Jahr vor.[63] Und wenn die Dinge sich so weiterentwickeln, wird ein großer Aufschwung sein, indem die Kameraden ihre alten Vertrauensleute wieder fordern.

(Zwischenfrage **[Nr.] 9**[64]: Gibt es nicht einen Weg? Kann man den Vertrauensrat nicht schieben? Was sind es für Leute, die jetzt eingesetzt worden sind?)

Es sind Leute, die früher unorganisiert waren.

[...][65]

Nr. 8 hat das Wort:[66]

[...]

59 Diese Absichten betrafen die erwarteten regulären, dann aber erneut abgesagten Vertrauensratswahlen im Frühjahr 1937.

60 Franz Vogt.

61 Nach dem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit (AOG) konnten ehrengerichtliche Strafen in Höhe bis zu 10.000 RM verhängt werden. Davon konnten Vertrauensratsmitglieder wie einfache Arbeitnehmer und »Betriebsführer« betroffen sein. Vgl. §§ 14,3 und 38,3 AOG.

62 D.h. die Absetzung der Vertrauensratswahlen 1936 (Anm. 52).

63 Vgl. aber Anm. 59.

64 Das war der KPD-Grenzinstrukteur für das Wurm- und Ruhrgebiet; wahrscheinlich Ludwig Becker (Anm. 1).

65 Die ausgelassenen Ausführungen behandelten die Inhalte und den Wahrheitsgehalt von Werkszeitungen, die schwierige finanzielle Lage der Arbeiterschaft, wodurch der Aufbau illegaler Verbindungen erschwert werde. Notwendig sei die einheitliche Zusammenfassung der illegalen Verbindungen in der Emigration, der Aufbau kleinmaschiger illegaler Verbindungen ohne Organisationsstrukturen, um die Aufdeckung ganzer Organisationsnetze durch »Verräter«, Spitzel oder bei zufälligen Verhaftungen zu vermeiden, sowie die Herausgabe einer gemeinsamen Zeitung.

66 Nach der Selbstdarstellung im Protokoll, dem »Bericht von der Pfingsttagung« und der Zusammenstellung »Berichte und Diskussion (Pfingsttagung Berg)« (beide: Anm. 1) handelte es sich bei Nr. 8 um den »Betr[iebs]arb[eiter aus dem] Wurm[gebiet]«. Er behandelte Lohnfragen, das Spitzelwesen in den Betrieben, die Verteilung illegaler Zeitungen, Stimmungen in der Bevölkerung, die Winterhilfe, Abstimmungen im Dritten Reich. Der Bericht von Nr. 8 wurde hier vollständig weggelassen (S. 23–26 des Protokolls). In der Vorlage ist die ganze Zeile unterstrichen.

Nr. 10 hat das Wort:[67]

[...][68]

Ich möchte nicht nur eine chronologische Darstellung geben, sondern die Verschiedenartigkeit der Kampfesformen in Deutschland zeigen und daraus schlußfolgern: Was sind die wichtigsten Lehren aus diesen Widerstandsbewegungen und wie können wir daraus lernen, sie noch besser zu organisieren und uns besser auf einzelne Punkte zu konzentrieren.

Ich habe vor einigen Tagen eine Arbeit über zwei größere Bewegungen gemacht. Es sind die Bewegungen auf Carolus Magnus und Rheinpreußen.[69]

Schon im November vorigen Jahres, nachdem die Widerstandsbewegung eben anfing, begannen auf Carolus Magnus bereits die Meckereien, und es kam Anfang Februar in der Lohnhalle zu einer offenen Demonstration. Es sollten nur M[ar]k 15.- Abschlag bezahlt werden. Diese offene Demonstration in der Lohnhalle sah natürlich anders aus, als die Volksfrontdemonstration hier[70] am 24. Mai [1936] ausgesehen hat.

Es waren kleine Gruppen, die sich an allen Ecken zusammenfanden, sich unterhielten, laut Krach schlugen. Es war eine solche Stimmung und Lage, daß auch SS-Leute das Geld durch den Schalter zurückwarfen. Die Kumpels bekamen durch Verfügung des Nazikreisleiters dann M[ar]k 30.- Abschlag. Aber damit war dann Schluß.

Es gibt auf Carolus Magnus eine Reihe anderer Dinge, die man hätte zu allgemeinen Forderungen der Belegschaft zusammenfassen können. Wir vermochten das nicht. Es fehlte noch zu sehr jene organisierende Kraft, die der Bewegung den spontanen Charakter hätte nehmen können. Der Vertrauensratsvorsitzende dieser Schachtanlage ist ein Arbeiterfeind, aber es gibt neben ihm eine Reihe unterer DAF-Funktionäre, die all das, was die Belegschaft bewegte, als ihre eigenen Forderungen ansahen. Es wäre also Aufgabe der Gewerkschaftler, wie überhaupt der Antifaschisten, gewesen, diese Funktionäre für die Entwicklung des gewerkschaftlichen Kampfes auch in diesem Falle gegen den Vertrauensratsobmann zu gewinnen. Gerade dieses Beispiel zeigt, wie wertvoll es ist, die DAF-Funktionäre für die Organisierung des gewerkschaftlichen Kampfes zu gewinnen.

Auf Rheinpreußen gab es eine Bewegung gegen eine Lohnreduzierung, die in der Form unbezahlter Überstunden durchgeführt werden sollte. Man wollte hier mit der Umlegung der Übertagebetriebe gleichzeitig eine neue Treibstoffanlage bauen. Im Interesse der Verbilligung der Produktion wurde von der Rheinpreußen-Belegschaft verlangt

67 Nach dem »Bericht von der Pfingsttagung« und der Zusammenstellung »Berichte und Diskussion (Pfingsttagung Berg)« (beide: Anm. 1) handelte es sich bei Nr. 10 um Alfred Schroeder, d. i. Wilhelm Knöchel. Der Berichterstatter Karl Becker beschrieb die 1,5 Stunden dauernde Rede von Knöchel als Zusammenfassung und Antwort auf Mugrauer und kommentierte: »Bei seinen zus[ammen]fassenden, klaren Sätzen allgemeiner Beifall!« In der Vorlage ist die ganze Zeile unterstrichen.

68 Der Bericht ging in den ausgelassenen Ausführungen (S. 26–29 des Protokolls) auf Formen der Entlohnung und die Lohnhöhe ein. Danach sei »die Lohnfrage die entscheinde Frage im gewerkschaftlichen Kampf in Deutschland«.

69 Die Konflikte werden auch geschildert in: Bergarbeiter-Mitteilungen, Nr. 1, Juli 1936, S. 7. Allerdings konnten diese Konflikte nicht weiter verifiziert werden. Zur Zeche »Carolus Magnus« im Aachener Revier und zur Ruhrzeche »Rheinpreußen« vgl. auch Wisotzky, Ruhrbergbau, S. 111, S. 279f. Die Studie von Knöchel liegt nicht vor. Vgl. aber den allgemeinen Bericht von Knöchel über die Bergarbeiterbewegung in Deutschland, vom 21.12.1936 (Dok. 99).

70 D.h. in Paris.

die Leistung von unbezahlten Überstunden zu Vorbereitungsarbeiten.[71] Ich will hier nur noch einflechten, daß die Errichtung dieser Treibstoffanlage ja auch ein Ausdruck der *Hitler*'schen Kriegspolitik ist, für die die Bergarbeiter die Kosten bezahlen sollen.

Wie nun wurde diese Widerstandsbewegung geführt? Es gibt auf diesem Schacht einen alten Vertrauensmann, er hatte ideologisch nichts mit der Arbeitsfront zu tun, aber die Arbeiter kamen immer wieder mit ihren Sorgen zu ihm, denn gerade diese Vertrauensräte sind eben jene, die doch über große Erfahrungen in der sozialen Gesetzgebung [verfügen], wie in den Fragen des Arbeitsrechts Bescheid wissen. Während die neugebackenen Nazivertrauensmänner keine Ahnung davon haben. Das Vertrauen der Belegschaft zu dem oben genannten Vertrauensmann war sehr groß, und als die neuen Maßnahmen der Direktion bekannt gegeben wurden, gab es einen »Spaziergang« der Belegschaft zu demselben. Einer nach dem anderen ging hin und machte ihn auf das Unhaltbare des Anschlages aufmerksam. Dieser Vertrauensrat geht nun zur Direktion und berichtet über die Stimmung der Belegschaft, macht darauf aufmerksam, daß es möglich ist, daß die Belegschaft diese unbezahlten Überstunden ablehne. In der Grube wird von Mund zu Mund die Losung durchgegeben: »Wir gehen nach 8 Stunden Arbeitszeit nach Hause.« Nach Schicht geht die ganze Belegschaft, ohne noch weiter darüber zu sprechen, nach Hause. Es ist ganz klar, daß auch in diesem, wie in vielen anderen Betrieben, noch Spitzel und Werkspolizei tätig sind. Man soll sich auch keinen Illusionen hingeben, daß das nicht so ist. Sondern, je schärfer sich der Klassenkampf zuspitzt, umso feiner und raffinierter müssen die Gestapo und der Staatsapparat arbeiten. Aber gerade hier an diesem Beispiel zeigt es sich, daß wenn die Arbeiter verstehen, legale Formen des Kampfes zu finden, dieser geführt werden kann unter äußerst minimalen Opfern.

Diese Demonstration ist unter normalen Verhältnissen eine einfache Sache. Heute unter den schwierigen illegalen Bedingungen ist das schon ein beachtenswerter Schritt, der zeigt, wie man gegen den Faschismus vorgehen muß, wie man nach neuen Wegen sucht, um den Kampf gegen den Faschismus und die Grubenbarone aufzunehmen.

Es wäre also falsch, wenn wir heute den Arbeitern abstrakt sagen wollten: Heraus zum Streik, heraus zum Generalstreik.[72] Es wäre noch schlechter, wenn wir der Arbeiterschaft nur den von Hans [*Mugrauer*][73] vorgeschlagenen Weg, zeigen würden. Ich frage mich, was würden die deutschen Arbeiter sagen, wenn wir ihnen jetzt vorschlagen würden: »Kämpft für die soziale Revolution.« Es ist einer der Hauptfehler in der Vergangenheit gewesen, daß wir viel zu lange, in sehr abstrakter Form, die Losung der proletarischen Diktatur gestellt haben.

(Zwischenruf von Hans [**Mugrauer**]: Jetzt aber nicht ins andere Extrem fallen.)[74]

[...][75]

71 Satzstellungen wie in der Vorlage. Zu dem Konflikt auf der Zeche Rheinpreußen vgl. auch den Bericht des Arbeitsausschusses »über die Lage im Bergbau und die sozialen Verhältnisse der Bergarbeiter in Deutschland. Vorgelegt dem Internationalen Bergarbeiter-Kongreß, tagend im August 1936 in Prag« (IISG, Miners International, Correspondence Germany, Nr. 2).

72 Dies war 1933 die Parole der RGO; vgl. Dok. 6, 115.

73 Vgl. auch Anm. 67.

74 Mugrauer spielte bei der Selbstkritik Knöchels auf die alten KPD-Parolen an (Anm. 72).

75 In den ausgelassenen Passagen ging Knoechel auf die Notwendigkeit ein, die Spaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden. »Ich halte es nicht für zweckmäßig, sich jetzt darum zu streiten, ob nach dem Sturz Hitlers eine reformistische oder eine kommunistische Politik gemacht wird.« Hierzu folgte ein weiterer Zwischenruf von Hans Mugrauer: »Es gibt außer uns noch andere.«

Eben darum, weil es außer uns noch andere gibt, die ernsthaft versuchen, gegen die faschistische Diktatur zu kämpfen, aber beileibe nicht für ein Sowjetsystem zu haben sind, müssen wir einen solchen Kampfboden schaffen, der es ermöglicht, alle antifaschistischen Kräfte für den Sturz *Hitlers* zu sammeln, dabei denkt die Arbeiterklasse beileibe nicht daran, etwas von ihrer historischen Aufgabe anderen zu überlassen, oder gar preiszugeben.

Die Arbeiter also suchen nach neuen Formen, mit welchen sie den Widerstand gegen die faschistische Diktatur und gegen die Willkür der Unternehmer stärken können. Noch tastend und zögernd suchen die Arbeiter solche Wege, die es ermöglichen, mit den denkbar wenigsten Opfern die bestmöglichsten Erfolge zu erzielen.

Das Problem der wenigsten Opfer muß bei allen unseren Arbeiten zugrunde gelegt werden. Wie dürfen nicht einen Mann unnütz opfern. Jeder der aus unseren Reihen gerissen wird, ist ein Schlag gegen die Front, die um die Erhaltung des Friedens, für die Gewinnung der Freiheit kämpft. Deshalb muß man versuchen, Methoden zu finden, die uns die Möglichkeit der Tarnung geben und uns nicht von den Massen isolieren.

Wie kann man das erreichen? Ich bin einer Meinung mit Hans [*Mugrauer*][76], und Nr. 2 [Richard *Kirn*][77], wie auch mit den anderen Kameraden[78], und ich glaube sogar, daß die Fragestellung der Genossen von der Saar, absolut richtig ist. Die Kameraden sagen, wir können unter Umständen Funktionen in der DAF gewinnen, ja es wurde hier gesagt, daß man sogar Amtswalter sein kann. Aber ich denke, wir sollen nicht nur darauf warten, bis man unseren Freunden im Lande solche Funktionen anbietet, sondern wir sollten versuchen, solche Funktionen in den faschistischen Massenorganisationen zu erkämpfen, und vor allem Sorge dafür tragen, daß die schon vorhandenen unteren Funktionäre in den gewerkschaftlichen Kampf einbezogen werden. Es wird also eine sehr starke Differenzierung auch bei solchen Funktionären, die von den Faschisten eingesetzt werden, sich als notwendig erweisen.[79]

Dabei steht gar nicht in Frage, daß sich die Arbeit in der DAF nur in Versammlungen ausdrücken kann, das ist sehr schwierig und wird wahrscheinlich erst am Ende der begonnenen Arbeit stehen. Es ist wirklich so, daß es in Westdeutschland wenig Arbeitsfrontversammlungen gibt. Aber was gibt es? Es gibt einen Amtswalter, die Vertrauensmänner im Vertrauensrat, den Kraft durch Freude-Wart, den Musikwart, den Sportwart usw.[80] Wenn ich da z.B. einen Musikklub im Betrieb organisieren soll, dann muß ich ihn mit Menschen organisieren, und zwar mit Menschen, die meiner Klasse angehören. Ich habe dann sehr schnell heraus bei dem Einzelnen, ist er ein Faschist oder ein seiner Klasse ergebener Arbeiter. Gibt es eine Anzahl solcher klassentreuen Arbeiter in einer solchen oder ähnlichen Organisation, warum kann ich sie dann nicht ausnutzen für meine antifaschistische Arbeit.

Nehmen wir doch einmal das Beispiel der Versammlung der Betriebsführer und Betriebszellenobleute in Oberhausen. Dort sprach anläßlich der Vertrauensrätewahlen der ehemalige Arbeitgebersyndikus und jetzige Treuhänder der Arbeit »Dr. [Karl] *Hahn*« über die Vertrauensrätewahlen.[81] Er nannte einige Zahlen und sagte, daß bei

76 Vgl. Anm. 67.
77 Vgl. Anm. 9.
78 Vgl. oben Anm. 33, 46, 66.
79 Vgl. zu dieser Taktik der KPD die Angaben in Anm. 3.
80 Vgl. zu diesen DAF-Betriebsfunktionären: Frese, Betriebspolitik, S. 434ff.
81 Karl Hahn (geb. 18.4.1883), Jurist, war 1919–1933 Syndikus des Landesausschusses der sächsischen Arbeitgeberverbände und Geschäftsführer des Verbandes der Holzindustrie und Stuhlfabrikation in Sachsen, 1933 Gaufachberater für Wirtschaft der Gauleitung Sachsen der NSDAP, Januar 1934 Abteilungsleiter für Rechtsstreitigkeiten in der Bezirksleitung der DAF in Sachsen, seit April 1934–1940 Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Westfalen. Der Vortrag muß vor der

ihm im vergangenen Jahr 123 Anträge auf Abberufung von Vertrauensräten eingelaufen seien. Er gab weiter bekannt, daß 17 Vertrauensräte freiwillig vom Amt zurückgetreten sind. Kann man denn annehmen, daß in den 123 Fällen die Abberufung deshalb erfolgte, weil die zur Abberufung stehenden zu gute Faschisten sind, oder soll man vermuten, daß die 17 freiwillig zurückgetretenen deshalb zurückgetreten sind, weil der Faschismus in seinen reaktionären und arbeiterfeindlichen Maßnahmen nicht weit genug geht. Ich glaube beide Annahmen wären falsch. Ich denke, daß gerade dieser Bericht des Treuhänders der Arbeit zeigt, daß es eine Reihe von unteren Funktionären der DAF gibt, die sich ernsthaft bemühen, größeres Recht im Betrieb sich zu verschaffen. Diese Bemühungen müßten meiner Meinung nach von der Arbeiterklasse sehr aktiv unterstützt werden, immer mit dem Ziel, solche Leute für den gewerkschaftlichen Kampf zu gewinnen.

Es gibt ein anderes Beispiel: Ich kenne einen Ort[82], wo sich die ganze Arbeit der antifaschistischen Angestellten in »Kraft durch Freude« abspielt. Dort gibt es keine extra Zusammenkünfte der Gewerkschaftler, sondern die »Kraft durch Freude«-Veranstaltungen werden von diesen freigewerkschaftlichen Angestellten ausgenutzt. Sie erreichen damit, daß nur sehr schwer man sie beobachten kann, und in geschickter Form können sie bei den Teilnehmern Diskussionen in bestimmter Richtung organisieren.

Das sind Beispiele, die uns zeigen, welche Formen der gewerkschaftlichen Arbeit in Deutschland die gegebenen sind. Bei all unserem Handeln sollen wir uns klar darüber sein, daß es uns nur dann gelingt, die gewerkschaftliche Aktivität der Massen zu steigern, wenn wir es vermögen, dem gewerkschaftlichen Kampf in legaler Form Ausdruck zu verleihen. Wir sollen beachten, daß ein nur illegaler gewerkschaftlicher Kampf kaum denkbar ist. Wenn ich vom Unternehmer etwas fordern will, muß ich das öffentlich fordern. Es kommt nur darauf an, wie es gefordert wird. Wer da glaubt, mit kleinen illegalen Gruppen etwas zu erreichen, der muß sich noch einmal überprüfen. Wie müssen solche Wege finden, die dem Arbeiter zeigen, wie unter so schwierigen Bedingungen zu kämpfen ist. Wir müssen solche Methoden ausfindig machen, die uns den Erfolg eines kleinen Widerstandes garantieren.

[...][83]

In der Deutschen Bergwerks-Zeitung[84] wurde mitgeteilt, daß ein Vertrauensmann entlassen wurde, weil er einseitig die Interessen der Belegschaft vertreten hatte. Nach dem Gesetz aber verpflichtet ist er, die Interessen des Gesamtbetriebes wahrzunehmen.[85] Wenn sich der Mann nun nicht mit der Belegschaft festverbunden hat, wird er abgesetzt und entlassen, das ist die andere Seite, die uns immer wieder daraufhinweist, daß es notwendig ist, die DAF-Funktionäre in den gewerkschaftlichen Kampf einzubeziehen. Ich denke, daß es durchaus möglich ist, gerade durch die Organisierung solcher Beschwerden und ähnlichem auch noch vom Faschismus beeinflußte

Absage der Vertrauensratswahlen 1936 am 31.3.1936 stattgefunden haben. Ein besonderer Bericht wurde nicht ermittelt. Zur Ab- und Umbesetzung von Vertrauensräten vgl. Frese, Betriebspolitik, S. 187ff.
82 Der Ort wurde nicht ermittelt.
83 In den ausgelassenen Ausführungen diskutierte Knöchel mit den Teilnehmern der Konferenz die Regelungen des AOG zur Festsetzung von Betriebsstrafen.
84 Deutsche Bergwerks-Zeitung. Industrie- und Handelsblatt, 36. Jg., 1936. Der angesprochene Artikel wurde nicht ermittelt.
85 Vgl. §§ 5 und 6, 1–2 des AOG (RGBl., I., 1934, S. 45).

Vertrauensmänner für die Interessen der Arbeiter zu gewinnen. Wir sollen uns also mehr wie bisher um solche Funktionäre kümmern, und wenn wir feststellen, daß er ein ausgesprochener Arbeiterfeind ist, muß man versuchen, einen solchen Funktionär der DAF zum Rücktritt zu zwingen. Dabei denke ich mir das durchaus möglich, einen guten Arbeiter an dessen Platz zu bringen. Es gibt natürlich auch eine ganze Reihe von Beispielen, die zeigen, daß das auch geht. Ich denke z.B. an Herne 1 und 2.[86] Dort stellte die Betriebsleitung mit der NSBO gemeinsam eine Liste auf. Es fanden zwei Besprechungen zwischen DAF-Kreisleitung und Betriebsleitung statt. In der Belegschaft gab es eine sehr starke Erregung wegen der Gedingeregelung, aber es war nicht so, daß wir in offener Versammlung einen unserer Freunde auf die Kandidatenliste bringen konnten. Aber die Direktion kannte die Stimmung ihrer Belegschaft sehr gut und wußte, daß mit der vorgeschlagenen Liste die erregte Stimmung abzudämmen [war]. Die Betriebsleitung glaubte, wenn sie einen früheren Gewerkschaftler auf die Liste nimmt, es ihr gelingen würde, mit seiner Hilfe auf die Stimmung der Belegschaft einzuwirken. Das ist eine Taktik der Unternehmer.[87] Wenn er sieht, daß er durch bestimmte Maßnahmen zur Erhaltung seines Profils beitragen kann, bedient er sich auch gern einmal der Arbeiter. Und da fragt es sich, sollen wir in einem solchen Fall den vom Unternehmer jetzt vorgeschlagenen Arbeiter als Verräter und Überläufer bezeichnen, oder sollen wir ihn gar veranlassen, diese Funktion nicht anzunehmen. Ich denke, das wäre falsch, sondern wir müssen alles tun, um ihn zu unterstützen und mit ihm gemeinsam die Aktivität der Belegschaft weiterzuentwickeln.

[...][88]

Nur einige Bemerkungen zur Org[anisations]frage: Ich denke, wir sollten etwas überprüfen, was bisher im Lande gemacht wurde. An einem Beispiel will ich bekräftigen, daß wirklich versucht wird, so viel als möglich zu arbeiten, daß wir aber oft unsere Arbeit falsch angefaßt haben.

Ihr wißt alle, daß augenblicklich in Wuppertal ein großer Prozeß gegen 600 Gewerkschaftler läuft.[89] Daß die Verhaftungen der Kumpels solches Ausmaß annehmen konnten, lag an einem ganz falschen Aufbau der Organisation. Lag daran, daß die Arbeiterklasse noch nicht die genügenden Erfahrungen zur Entfaltung der gewerkschaftlichen Arbeit hatte. Was hatte man in Wuppertal? Dort hatte man illegale, streng abgegrenzte Gewerkschaftsgruppen neben den legalen faschistischen Massenorganisationen aufgebaut. Das war die Ursache, daß, wenn die Kameraden sich rührten, die Gestapo auf sie aufmerksam wurde und alles platzen mußte. Wir hatten in Wuppertal alles bis zu einer zentralen Gewerkschaftsleitungen.[90] Diese zentrale[n] Leitungen waren auch zugleich der Kopf der politischen Organisationen der Arbeiter. Man trug sich sogar mit dem Gedanken, Verbandstage usw. durchzuführen. Das war zweifellos falsch, und uns muß das eine Lehre sein. Wuppertal war nicht der einzige Fall. Viele solcher Fehler wurden gemacht. Nehmen wir den großen Prozeß gegen die sozialdemokratischen Arbeiter in Bremen, nehmen wir das Beispiel Hamburg, wo jetzt

86 Gemeint sind die Zechen Herne 1 und 2.
87 Vgl. ähnliche Berichte u.a. in Sopade, DB, März 1935, A 18.
88 In den ausgelassenen Ausführungen beschäftigte sich Knöchel mit der NS-Propaganda, mit KdF, den Renten- und Pensionssystemen sowie dem Siedlungsbau.
89 Vgl. hierzu Peukert, Ruhrarbeiter, S. 136–145.
90 Der Text ist hier und in den folgenden Sätzen mehrdeutig, ob es sich um eine oder mehrere Gewerkschaftsleitungen handeln soll. Daher wurde der Text an dieser Stelle auch grammatikalisch nicht verändert.

gerade 570 Gewerkschaftler ihrer Aburteilung entgegensehen[91], überall war der Ausgangspunkt eine zu starke Zentralisation. Heute kann und muß man darüber sprechen, da ja alle Organistionen schon diesen großen Fehler erkannten. Ich kann Euch sagen, daß auch die politische Partei, der ich angehöre[92], keine zentrale Zusammenfassung der Kräfte im Lande macht, weil doch jedesmal, wenn die Leitungen verhaftet wurden, es eine lange Zeit dauerte, bis die Verbindung wieder hergestellt war. Wir sind für eine starke Dezentralisation. Ich könnte Euch dafür verschiedene Beispiele auch aus dem Westen anführen. Wir gehen hier sogar so weit, wichtige Verbindungen in Betrieben oder einzelner Reviere großer Schachtanlagen, nicht mehr unmittelbar mit den Leitungen der Betriebe zu verbinden. Wir erstreben vorläufig einen solchen Aufbau, daß die eine Gruppe von der anderen Gruppe nichts mehr weiß. Wie würde das praktisch aussehen: Nehmen wir das Beispiel vom Bochumer Verein. Dort gibt es 14 bis 15 Abteilungen. Wir müßten also die Verbindungsleute nach den wichtigsten Abteilungen, nicht nach dem Betriebsmann verbinden, sondern nach Draußen, und von Draußen bekommt der Betriebsmann den Überblick über den ganzen Betrieb vermittelt.

Es gibt auch Kameraden, die sagen: Ja, aber das kostet sehr viel Geld, diese Dezentralisation. Das ist richtig. Aber ich weiß, was mehr kostet. Wenn uns dreimal oder noch mehr im Jahr die Leitung verloren geht, das kostet nicht nur Geld, sondern auch Menschen und dazu gerade die besten Menschen, die wir haben. Darum bin ich der Meinung, lieber etwas liegen lassen vorübergehend, als wieder untereinander zu verbinden. Nicht mehr solche Verkuppelungen, durch die der Gestapo das Eingreifen erleichtert wird. Ich denke, die Auslandsverbindungen dürfen nicht in Paris liegen, sondern man muß solche Einrichtungen an den Grenzen schaffen, die an die wichtigsten Bergbaureviere im Lande stoßen. Der Kamerad, der dort sitzt, muß die ganzen Verbindungen regeln. Der nimmt die Berichte an von Drüben, leitet sie weiter und gibt den Kameraden von Drinnen Anleitungen für die Arbeit, sodaß wir also eine ganz bewegliche Form in der Arbeit haben. In diesem Zusammenhang steht ja auch die hier aufgeworfene Frage der Kader oder Massenorganisationen. Es gab schon früher auch Diskussionen gerade über dieses Problem. Mir scheint, das ist eine überflüssige Frage. Man kann eine Massenorganisation nicht unter dem Gesichtswinkel von 1932 betrachten, sondern handelt es sich jetzt darum, daß wir ein Netz von Vertrauensleuten schaffen, die in engster Verbindung mit der Masse ihren Einfluß auf sie ausüben können. Das ist meiner Meinung nach heute der Ausdruck einer Massenorganisation, wenn der Kamerad auch wirklich mit der Masse und in der Masse arbeitet. Denn jeder bewußte Antifaschist sollte heute Führer einer bestimmten Gruppe sein.

Wir können heute nicht die Frage des Mitgliedbuches stellen oder die Erfassung in 2, 3 oder 5er Gruppen. Grundprinzip muß sein, daß unser Kamerad immer Wegweiser und Führer ist.

91 Auf welchen Prozeß sich Knöchel bezog, bleibt unklar. Ein Gewerkschaftsprozeß in dieser Größenordnung wurde für Hamburg nicht ermittelt. Ursel Hochmuth/Gertrud Meyer, Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933–1945, Frankfurt 1980, S. 165–167, berichten über Ermittlungen gegen Johannes Heldt u.a. 1935, bei denen nach Angaben der Ermittlungsakten etwa 570 Personen betroffen waren. Daran schlossen sich mindestens 69 Prozesse an. Verhandelt wurden vor allem Verfahren wegen illegaler Tätigkeit für die KPD, Verteilung illegaler Schriften und Teilnahme an illegalen Zusammenkünften. In einzelnen Verfahren waren auch Mitglieder der freien Gewerkschaften betroffen, z.B. im Verfahren Nr. 32 gegen Carl Genz u.a. und im Verfahren Nr. 33 gegen Johannes Heldt u.a.
92 D.h. der KPD.

(Zwischenruf des **Vorsitzenden**:[93] Massenorganisationen heißt doch, zu versuchen, sagen wir mal, tausend Leute zu organisieren. Wenn ich aber nur mit 10 Mann zufrieden bin, so ist das doch ein Kader.)

Ich sehe eine Massenorganisation heute nicht in einem festgefügten Organisationsrahmen, sondern bin der Meinung, daß die Bearbeitung der Menschen in der sich entwickelnden gemeinsam organisierten Widerstandsbewegung eben die Organisation der Massen zum Ausdruck kommen läßt. Das bedeutet aber auch, daß man auch zu einer gruppenmäßigen Zusammenfassung der bewußtesten Kräfte kommen wird. Es wäre aber ein Unding, wenn wir meinetwegen 20 Mann in eine feste Gruppe zusammenschließen und dann noch mit anderen Gruppen verbinden würden. Man sollte sich auch hüten, Org[anisations]formen aus den verschiedenen Bezirken schematisch zu übernehmen oder zu übertragen.

(Zwischenruf des **Vorsitzenden**:[94] Eben sagtest Du, daß Du als Ausdruck der Massenarbeit siehst, daß wir in der Aktion Einfluß auf die Masse haben. Jetzt sagst Du 20 Mann in der Gruppe.)

Ich denke, nicht nur Einfluß in der Aktion zu gewinnen, sondern [es] müssen schon unsere Kameraden die Bewegungen der Arbeiter vorbereiten. Es werden sich wahrscheinlich im Verlaufe des illegalen Kampfes immer wieder neue Formen herauskristallisieren. Wir können heute noch nicht ein fix und fertiges Rezept auf den Präsentierteller legen. Im Ruhrgebiet wird man wahrscheinlich von einem arbeitenden Vertrauensleutesystem vorläufig noch nicht abgehen. In anderen Gebieten vielleicht in Berlin, könnte das unter Umständen falsch sein.

Ich will also noch einmal ganz kurz meine Gedanken zusammenfassen. Das wichtigste ist, eine solche Form der Arbeit zu finden, die es ermöglicht, die gewerkschaftliche Aktivität der Arbeiter zu entfalten. Die Belebung der gewerkschaftlichen Arbeit kann nur gelingen, wenn wir es verstehen, legale und halblegale Möglichkeiten auszunutzen. Wenn wir immer wieder aufzeigen, was die Faschisten versprochen haben und was sie tun. Wenn wir vor den Arbeitern die soziale Demagogie der Nationalsozialisten enthüllen, wenn wir ernsthaft versuchen, gegen die nationalsozialistische Ideologie zu kämpfen.

Ich bin mit den Vorschlägen von Hans [*Mugrauer*][95] absolut einverstanden, wenn wir eine solche Organisationsarbeit leisten wollen, daß wir die verschiedenen Betriebe an den Grenzen verbinden, dann muß auch eine solche Einrichtung bestehen, die diese Grenzstellen zentral zusammenfaßt.

Im Mittelpunkt der ganzen Arbeit, das zeigt die Diskussion, müßte die Frage des Lohnes und eine Reihe sozialpolitischer Probleme stehen.

Aber noch etwas. Die Faschisten stellen die Arbeitsfront dar als eine Einrichtung, wo die Arbeiter ihre Interessen am besten gewahrt sehen sollen. Die Faschisten haben die Gewerkschaften zerschlagen. Wir sollten den Arbeitern zeigen, was sind die Aufgaben der Gewerkschaften, unter und nach *Hitler*. Man muß beweisen, daß nach *Hitler* nicht das Chaos kommt, sondern im Gegenteil die soziale und politische Befriedigung der Massen.

Es gibt noch Arbeiter, die in der DAF noch ihren Verband sehen. Ich saß da einmal mit einem Mann in Deutschland zusammen, er ist früherer Gewerkschaftler und jetzt Funktionär der Arbeitsfront. Er erzählte mir davon, auf einmal sagte er, ich muß jetzt

93 Franz Vogt.
94 Ebd.
95 Vgl. Anm. 67.

weg, ich muß zum Verbandsbüro und meine Unterstützung holen. Der Arbeiter sieht also in der DAF seinen Verband.

Ein besonderes Problem ist die Schulung der Kader. Wir haben hier die Herausgabe einer zentralen Zeitung diskutiert.[96] Man muß wirklich dabei berücksichtigen, daß diejenigen Kameraden, die heute im Lande die gewerkschaftliche Arbeit machen, vielfach Menschen sind, die früher von der Arbeiterbewegung sehr wenig gesehen und gehört haben. Sie kommen aus der Tiefe der Illegalität heraus, sprechen mit den Kumpels, entwickeln sich zum Führer der Abteilung und des Betriebes. Um sie zu entwickeln, muß man besondere Formen der Schulung finden. Eine solche Form kann die Zeitung sein. Es ist wichtig im Saargebiet zu wissen, was an der Ruhr und anderswo los ist. Es ist sehr gut, wenn man die Erfahrungen und Methoden des Kampfes übermitteln kann. Das kann in der Zeitung geschehen.

(**Zwischenruf**[97]: Sie bedeutet eine Brücke zwischen den illegal arbeitenden Kameraden).

[...][98]

Nr. 7:[99]

[...][100]

Nr. 4 spricht:[101]

[...][102]

Bei der Durchführung dieser Aufgabe[103] spielt auch die Frage der Kader eine Rolle. Die Formen der Organisierung der illegalen Arbeit sind sehr schwierig. Es sind hier eine ganze Menge guter Anregungen gegeben worden. Es gibt kein fertiges System der Arbeit. Aber was erreicht werden muß, ist eine gute Durchorganisierung, immer mit aller Vorsicht, und vor allem eine Vertiefung der Arbeit.

Als eine Hauptaufgabe ergibt sich, die Kader zu verbreitern. In welchen Formen? Dafür gibt es kein Dogma. Das muß in jedem Gebiet nach Zweckmäßigkeitsgründen herausgefunden werden. Wir bilden ja nun in der Hauptsache Kader aus früheren

96 Vgl. oben Anm. 29.
97 Der Name des Zwischenrufers ließ sich nicht ermitteln.
98 In den ausgelassenen Ausführungen ging Knöchel abschließend auf die Notwendigkeit der ausländischen Unterstützung gegen die soziale Demagogie der DAF ein. Franz Vogt erinnerte ergänzend an die Hilfe der Internationale und des französischen Bergarbeiterverbandes.
99 Nach dem »Bericht von der Pfingsttagung« und der Zusammenstellung »Berichte und Diskussion (Pfingsttagung Berg)« (beide: Anm. 1) handelte es sich bei Nr. 7 um den Grenzinstrukteur für Schlesien, Karl Becker.
100 In den ausgelassenen Ausführungen des Konferenzprotokolls (S. 38–41) berichtete der Grenzinstrukteur Karl Becker über Arbeitsbedingungen, DAF sowie die Stimmung in den Belegschaften in Nieder- und Oberschlesien. Bei der Organisation der illegalen Arbeit stimmte er den Ausführungen von Knöchel zu. Im Anschluß (S. 41–43 des Protokolls) hielt der mittlerweile erschienene stellvertretende Vorsitzende der französischen CGT, Leon Jouhaux, eine Begrüßungsrede, in der er die Notwendigkeit des Kampfes gegen das NS-Regime betonte.
Beide Beiträge wurde für den Abdruck vollständig gestrichen.
101 Nach dem »Bericht von der Pfingsttagung« und der Zusammenstellung »Berichte und Diskussion (Pfingsttagung Berg)« (beide: Anm. 1) handelte es sich bei Nr. 4 um einen Betriebsarbeiter aus dem Saargebiet. Der Name des Redners konnte allerdings nicht ermittelt werden. Vgl. zum Teilnehmerkreis die Hinweise in Anm. 1. Die Zeile ist in der Vorlage unterstrichen.
102 Der Redner sprach zunächst über die internationale Lage. Diese Passagen wurden hier gestrichen (S. 43 des Protokolls).
103 Der Redner nahm Bezug auf die außenpolitischen Erfolge des NS-Regimes und forderte, die »großen politischen Fragen« in einen »logischen Zusammenhang« mit den »betrieblichen Fragen« zu bringen. Hierfür seien die Kader notwendig.

Gewerkschaftern. Aber es wurde schon gesagt, es gibt viele Arbeiter, die früher indifferent waren, aber in das antifaschistische Lager gehören. Sie kommen in die Arbeit und müssen geschult werden.

Man muß die Organisationsfrage so gut durchdenken, wie nur irgend möglich, indem man versucht, die Arbeit im Lande so aufzubauen – selbstverständlich immer in Verbindung mit den Auslandsstellen, daß die Kameraden möglichst selbstständig arbeiten können. Das schon aus zweierlei Gründen. Einmal, weil die Verbindung abreißen kann, und dann müssen wir die Kader so schulen, [daß] die im Falle eines Krieges wissen, was zu tun ist. Hier müssen wir vorarbeiten. In diesem Zusammenhang muß das Schulungsmaterial, gleich welcher Art, Literatur, Zeitung usw. so sein, die Kader im Inland damit zu schulen.

In diesem Zusammenhang wurde schon mehrmals das Problem der Zeitung erwähnt.[104] Das ist sehr wichtig. Es ist begrüßenswert, daß eine zentrale Zeitung geschaffen werden soll. Es hat natürlich seine Vorteile und eventuell auch Nachteile. Der Vorteil ist, daß das Blickfeld der Kameraden im Lande erweitert wird. Es wird eine bessere Verbreitung der Gesinnung dadurch geschaffen, die Bewegung doch irgendwie vereinheitlicht. Aber der Nachteil, das wissen wir aus Erfahrung, liegt darin, daß man vielleicht mit dem Raum nicht ausreichen wird, was vielleicht auf Kosten des einen oder anderen Reviers geht. (**Zwischenbemerkung**[105]: Eventuell Bezirksbeilagen schaffen.) Wir von der Saar haben eine Bezirkszeitung und geben sie in 200 Exemplaren heraus.[106] Diese Zeitung hat sehr guten Boden gefunden. Gerade weil unsere illegale Arbeit noch nicht so weit gediehen ist, wie die im Reich, hat uns diese Zeitung gute Dienste getan. Gerade daß wir laufend die Gegensätze zwischen den Versprechungen der Nazis, die gerade an der Saar gegeben wurden, und dem, was sie durchgeführt haben, besprechen, ist sehr wertvoll für uns. Deshalb würde sich vielleicht auch die Weiterführung unserer Bezirkszeitung rechtfertigen, vielleicht in anderer Art. Ich glaube, daß man das aus der praktischen Erfahrung entscheiden soll.

Ich glaube, über den Inhalt der Zeitung müßte man noch etwas sagen. Wir sind uns doch darüber klar, daß die Nazis mit der größten Demagogie arbeiten, und diese Demagogie zu entlarven, systematisch zu entlarven, das ist die Methode, um sie unmöglich zu machen, nicht nur bei den Bergarbeitern, sondern bei allen Arbeitern.

Ein Kapital, was wir noch berühren müssen, ist auch die Frage der Vertrauensrätewahlen. Ihr hattet im Reich noch einmal eine Gelegenheit, eine Wahl durchführen zu können. An der Saar hat man uns das auch versprochen. Inzwischen hat sich aber vieles verändert. Man bringt der Arbeiterschaft nicht einmal so viel Verständnis entgegen, daß man sie – schon als Dank für die Rückgliederung – zur Wahl gehen läßt.[107] Diese Vertrauensratswahlen müssen immer wieder von uns gefordert werden, weil das der Ausgangspunkt ist, um die Mißstimmung zum Ausdruck zu bringen – und darum fürchten sie sie. Nichts fürchtet das National[sozialistisch]e System so sehr, als gerade die Wahlen der Vertrauensräte, weil man bei ihnen nicht so gut fälschen kann, wie bei Reichswahlen, und vor allen Dingen auch, um das Schmarotzer-System auf den Gruben bei Seite zu bringen und dadurch wieder Position zu bekommen, im

104 Vgl. oben Anm. 29.

105 Der Name des Zwischenrufers war nicht angegeben. Auf die Möglichkeit von Bezirksbeilagen hatte schon der Grenzinstrukteur für das Wurm- und Ruhrgebiet, Nr. 9 (Ludwig Becker), hingewiesen. Vgl. Bl. 13 des Protokolls (nicht abgedruckt).

106 Zum »Saar-Arbeiter« vgl. Stroech, S. 238f.

107 Der Redner nahm Bezug auf die im Frühjahr 1935 im Deutschen Reich, nicht aber im Saargebiet durchgeführten Vertrauensratswahlen. Am 31.3. 1936 waren die jährlich vorgeschriebenen Vertrauensratswahlen reichsweit um ein Jahr verschoben worden. Vgl. RGBl., I., 1936, S. 335.

Betrieb legal zu arbeiten. Deswegen wäre eine Forderung in dieser Richtung als wesentliches Merkmal einer gewerkschaftlichen Aktivität festzustellen.

Vor allen Dingen muß der Belegschaft gesagt werden, wir müssen protestieren, daß man die Ernennung der Betriebsräte durchführt, man plant sogar, daß man ein Gesetz schafft, wonach die Vertrauensräte ernannt werden sollen.[108] So will sich *Hitler* sein 1000-jähriges Reich sichern. Immer wieder muß man darauf hinweisen, daß die Kameraden fragen, »wo bleiben die Vertrauensrätewahlen« – »Wo bleiben unsere Beiträge«![109] Alle diese Mittel, alle diese Möglichkeiten müssen ausgenutzt werden. Es gilt, immer wieder das Bewußtsein in die Massen zu bringen, was sie alles verloren haben und was sie alles wieder zurückzuholen haben.

Nr. 5 spricht:[110]

Noch einen kurzen Überblick über die Situation an der Saar. Man kann kurz sagen, daß noch vor einem Jahr unsere Leute an der Saar vollständig isoliert waren. Unsere Leute konnten sich nicht bewegen. Sie wurden von der Masse beobachtet. Wir wissen ja, das Saarproblem ging nicht zu unseren Gunsten aus.[111]

[...][112]

Nun noch zu den Organisationsfragen. Wie hätten es an der Saar sehr leicht, uns über die Grenze zu verbinden. Der weiteste Betrieb ist nicht weiter als 25 Km von der

108 1937 wurden die Vertrauensrätewahlen erneut verschoben und 1938 per Gesetz abgeschafft. RGBl., I., 9.3.1937, S. 282; RGBl., I., 1.4.1938, S. 358. Vgl. Frese, Betriebspolitik, S. 187–193.

109 D. h. die DAF-Beiträge. Die DAF sah sich in ihrer Zeitschrift Arbeitertum mehrfach gezwungen, auf diese Fragen einzugehen. Vgl. z.B.: Die Mitgliedsbeiträge zur DAF, in: Arbeitertum, 6. Jg., H. 15, 1.11.1936, S. 3–6; Die Antwort auf die Frage: Wo bleiben die Beiträge der DAF?, in: ebd., H. 18, 15.12.1936, S. 14–16. Zur Unzufriedenheit vgl. auch u.a.: Sopade, DB, Januar 1935, A 21.

110 Nach dem »Bericht von der Pfingsttagung« und der Zusammenstellung »Berichte und Diskussion (Pfingsttagung Berg)« (beide: Anm. 1) handelte es sich bei Nr. 5 um den »Saar-Sekretär«. Der Name ging aus dem Dokument nicht hervor. Die Funktionsbeschreibung trifft aber auf Wilhelm Frisch zu. Frisch (29.3.1891–20.10.1940) war Funktionär in der Arbeitersportbewegung und in der saarländischen Bergarbeiter-Gewerkschaft, Leiter der RGO bis zur Rückführung in den ADGB-Saar 1934, Mitglied der KPD-Bezirksleitung Saar-Nahe, 1932–1935 Gemeinderatsmitglied in Landsweiler/ Saar, 1932–1935 Mitglied im Landesrat des Saargebiets, nach der Saarabstimmung Flucht nach Frankreich, illegale Arbeit für die KPD-Abschnittsleitung Saarpfalz als Verantwortlicher für Gewerkschaftsfragen von Forbach/ Lothringen nach Deutschland, Gründungsmitglied des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands, 1936/37 zusammen mit Richard Kirn Leiter der Grenzstelle Saar des Arbeitsausschusses in Forbach, nach Rückzug von Kirn ab August 1938 alleiniger Leiter der Grenzstelle Saar, März 1937 Vertreter der Bergarbeiter im Koordinationsausschuß deutscher Gewerkschafter in Frankreich, August 1937 in Metz Teilnahme am Gründungskongreß des Volksfront-Ausschusses für das Saargebiet, Zusammenarbeit mit der CGT, Teilnahme am Kongreß der Bergarbeiter-Internationale Mai 1938 in Luxemburg, nach der deutschen Besetzung Frankreichs verhaftet, in der Gestapo-Haft nach Folter Selbstmord. Vgl. zu Frisch und zur Gewerkschaftsarbeit aus Forbach nach dem Saargebiet Peukert/Bajohr, S. 117f., Paul/Mallmann, Milieus, 280ff. Vgl. zum Teilnehmerkreis auch die Angaben in Anm. 1.
Die Zeile ist in der Vorlage unterstrichen.

111 Die lockere Formulierung bezog sich auf die Abstimmungsniederlage der Gegner einer Rückgliederung des Saargebiets an das Deutsche Reich am 13.1. 1935, als 91% der Bevölkerung für die Rückgliederung, 0,4% für die Angliederung an Frankreich und der Rest für die Beibehaltung des Status quo votierten. Vgl. hierzu mit weiteren Hinweisen: Patrik von zur Mühlen, »Schlagt Hitler an der Saar!« Abstimmungskampf, Emigration und Widerstand im Saargebiet 1933–1935, Bonn 1979; Gerhard Paul, »Deutsche Mutter – Heim zu Dir!« Warum es mißlang, Hitler an der Saar zu schlagen. Der Saarkampf 1933–1935, Köln 1984; ders., Max Braun, S. 92ff.

112 In den ausgelassenen Ausführungen (S. 45–47 des Protokolls) ging der Redner auf die Veränderungen der Arbeitsbedingungen, der Löhne und der betrieblichen Sozialleistungen bei einzelnen, nicht namentlich genannten Betrieben ein und diskutierte das Ausnützen von Alltagskonflikten für die illegale Arbeit.

Grenze, und man könnte die meisten Betriebe im Ausland zusammenfassen. Es ist ein konzentrierter Komplex, den wir haben. Es wäre nicht gut, die Betriebe im Lande untereinanderzuschließen[113], sondern besser, sie alle einzeln über die Grenze zu verbinden. Es wäre hier möglich, einen Apparat zu schaffen mit nicht zu viel Kosten, um alle Betriebe im Ausland zuammenzufassen. Das wäre die beste Art, um die Organisation an der Saar aufzubauen.

Kameraden! Ich habe Euch hier ganz kurz die Situation an der Saar geschildert und gezeigt, daß die Saar gewillt ist, mitzuarbeiten in der antifaschistischen Front. Desweiteren können wir feststellen, daß die Bergarbeiter vom BAV schon eine gute Zusammenarbeit haben mit den christlichen Arbeitern.[114] Sehr gut hat gewirkt, daß [Robert] *Ley* ihnen damals gesagt hat, ihre Organisation bleibe bestehen, weil sie die stärkste war. Nun spüren die christlichen Arbeiter die Verschlechterungen.[115] Das gibt die Möglichkeit, an sie gut heranzukommen.

Jeder an der Saar fragt immer, was macht die Ruhr? Der Saarbergarbeiter hat immer stark nach der Ruhr geschaut. Die Organisationstradition an der Saar ist nicht so alt. Aber der Saarkumpel ist ein Arbeiter, der auch bereit ist zu kämpfen, wenn er die Methoden einsieht und sieht, daß man mit ihm kämpft.

Vorsitzender:[116]

Ich will kurz zusammenfassen, was die Kameraden, die heute noch zurückfahren müssen,[117] als Ergebnis mitnehmen sollen. Vorbehaltlich dessen, was später noch herausgeschält werden muß, in Gegenwart des Präsidenten[118] möchte ich sagen, es sind heute hier vertreten alle wichtigen Bergbaureviere durch Kameraden, die heute noch illegale Gewerkschaftsarbeit in Deutschland leisten. Es sind weiter aus diesen Revieren und auch aus einigen kleineren Revieren die Grenzvertretungen da, wo eine Möglichkeit des Kommens durch Paß- und Grenzschwierigkeiten nicht bestand. Daraus schlußfolgernd: Wir sind eine Vielzahl von bisher getrennt nebeneinander arbeitenden gewerkschaftlichen Gruppen im Bergbau. Wir sind aber sicher, daß wir die ganze überwältigende Mehrheit hinter uns haben, überhaupt im Bergarbeiterberuf, die wir gegen das System und den Kapitalismus vertreten haben. Wir werden alle Instanzen bitten, das anzuerkennen, auf deren Anerkennung wir Wert legen, aber auch von uns aus stellen wir fest, daß wir in dieser Kampfgemeinschaft, die sich heute hier gebildet hat, bleiben und weiterarbeiten wollen. Alle Entscheidungen sind daher von den Kumpels zu fällen, die im Inland heute noch arbeiten.

Was nicht im Inland ist, hat nur die Aufträge dieser Kameraden nach ihren Wünschen und Richtlinien zu erfüllen. Nun ist es so, in der Illegalität drüben geht es nicht, vieles zu erledigen, was unbedingt erledigt werden muß, und würden wir Euch bitten, Kameraden, daß Ihr die Arbeit, die Ihr drüben nicht erledigen könnt, die aber erledigt werden muß, jenen Kameraden übertragt, die an der Grenze die Verbindung mit Euch aufrecht erhalten. Diese Grenzarbeiter sind den Kameraden, die heute noch abfahren werden, bekannt und wir bitten weiter [um] Eure Ermächtigung dafür, daß diese Grenzverbindungen untereinander und diese Vertrauensleute der in Deutschland

113 Formulierung in der Vorlage.

114 D.h. der frühere freigewerkschaftliche Bergbauindustriearbeiter-Verband (BAV) und der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands. Vgl. dagegen die Versuche von Kirn Juni/Juli 1936 (Dok. 93, 94).

115 Der christliche Verband wurde aufgelöst bzw. in die DAF eingegliedert zusammen mit der Deutschen Front. Vgl. Mallmann/Steffens, Lohn, S. 197ff.

116 Franz Vogt.

117 D. h. nach Deutschland zurückkehren.

118 Pierre Vigne (Anm. 1).

arbeitenden Kameraden völlig frei handeln und dann die günstigsten Gelegenheiten benutzen, und so wie es ihnen am zweckmäßigsten erscheint, die Kameraden mit Aufgaben betrauen bezüglich Zeitungen und ähnlichem. Dieser Kontakt muß festgehalten werden, jeder arbeitet für sich. Widerspruch wird sich nicht erheben und ich bitte, daß das festgehalten wird und die ab heute bestehende Bergarbeiterorganisation allen denen, die es wissen dürfen, mitzuteilen.

In der Frage der Zeitung sind Meinungsverschiedenheiten nicht aufgekommen, so daß ich annehmen muß, daß in der Form, unter Berücksichtigung aller Wünsche, die Ihr geäußert habt, dieselbe erscheinen kann, sobald es die Finanzen gestatten. Noch einiges darüber, wie wir diese Waffe anzuwenden haben. Ein kurzer Auszug aus dem, was in der Diskussion gesagt worden ist. Unsere Arbeit ist jetzt anders als früher. Wie war es früher?

Wir haben Tarife abgeschlossen und haben vielleicht 5% herausgeholt. Wir haben den Paragraph 702, Abschnitt B. des Knappschaftsgesetzes verbessert, das Betriebsrätegesetz ausgebaut. Wir haben gesagt: Ihr sehr es doch, es geht besser. Die anderen wieder sagten, das ist alles nichts. Dann kam die Krise, die hat gezeigt, daß alle schönen Paragraphen bald zu Ende waren, weil keine Kohle mehr abgenommen wurde. Da sagte man, 5% ist besser als 10% Abbau. Nun, wir müssen sagen, daß wir von denen, die immer sagten, es geht doch besser, jetzt wirklich die Schnauze voll haben. Man hat uns gesagt, wir entfremden uns von den Massen. Die Debatte hier heute, das Thema, der Ton haben gezeigt, daß es nicht auf das Gerede von Paragraphen ankommt, sondern daß wir einig kämpfen müssen.

Jetzt muß ich betonen, daß es um die Taktik geht. Im Ziel und Prinzip gibt es keine Unterschiede. Das Ziel heißt die Eroberung der ganzen politischen Macht durch Auslösung der sozialistischen Revolution in Deutschland. Diesem Ziel steuern wir zu. Ein Mittel zu diesem Ziel sind die Gewerkschaften und die gewerkschaftliche Arbeit, die wir hier beraten haben.

Nun kann man sagen: Ja, gewiß, das wollt ihr. Führt das aber nicht zwangsläufig zum Reformismus zurück. Die, welche am Anfang dieser Bewegung standen, waren auch mal Revolutionäre. Es kam die große Trade-Union-Bewegung. Die Arbeiter waren erfüllt von den Gedanken, wir kommen nach oben. Muß dieser Weg, den wir jetzt beschreiten, nicht wieder dahin führen? Wir können getrost sagen, nein! Diese Entwicklung war möglich, so lange der Kapitalismus ein Aufstiegsschicksal hatte. Jetzt nicht mehr. Wir können alle die Sorgen, daß eine allzu starke Berücksichtigung der realen Momente – und wir als Gewerkschaftler sind real – uns von der Revolution abbringt, getrost beiseite schieben. Wir brauchen hier nichts zu fürchten.

Etwas über die Fragen der Taktik. Ich habe mich gefreut, daß wir uns so weitgehend in den Fragen einig sind. Ich habe schon vorher immer gedrückt im IGB usw.: Packt an![119]

Ich bin zu dem Ergebnis gekommen: Jawohl, mitmachen! Das war die Empfehlung, die ich bekam. Ich bin dann zu anderen Gewerkschafts-Berufs-Internationalen gegangen und habe die Frage aufgerollt. Da ist es mir zum Bewußtsein gekommen, daß hier der Kernpunkt lag: Einschalten. Das sich Einschalten scheint nach allem, was ich gehört habe, die heute zweckmäßigste Taktik zu sein.

Da wir uns aber zu einig waren, möchte ich auch hier etwas Wasser in den Wein schütten. Was jetzt richtig ist, kann zum Verhängnis werden, wenn man überspitzt und übereilt. Wenn ich einen fest in der Hand habe, kann ich ihn hinschicken, wo ich will. Den Einzelnen kann ich schicken. Wenn ich Tausende haben, dann kann das zu einer

119 Vgl. Dok. 91.

Gefahr werden. Wenn wir Leute irgendwie hinschicken, dann haltet gerade mit ihnen engste Verbindung. Kettet gerade sie ganz besonders fest an Euch, und dann wird diese Taktik keinerlei Gefahr für uns werden.

Zur Organisationsform wäre noch zu sagen, was hier auch einhellig herauskristallisiert worden ist: Wir einigen uns auf eine Organisationsform, die darin besteht, daß wir relativ wenige – im Vergleich zur Gesamtzahl der Arbeiter – organisatorisch erfassen. Wir haben heute nicht das Ziel, alle zu erfassen. Eng erfassen und fest an uns binden wollen wir einen kleinen Teil im Vergleich zur großen Masse. Dieser kleine Teil soll nach unten ausstrahlen. Hängt er in der Luft, dann ist die Arbeit, die wir aufgebracht haben, umsonst gewesen. Aber er wird nicht, weil wir ihn im Betrieb sitzen haben, wo die Einheit gar nicht zu zerschlagen ist, es sei denn, man löst den Großbetrieb auf. Wenn wir nun uns auf Worte festlegen, nennen wir den Begriff Kader. Ich habe auch bei Kadern nie etwas verstanden, was mit den Massen keine Verbindung hat.

Wenn wir auf Worte Wert legen, einiges, was uns hilft, dieses Netz von Vertrauensmännern zu schaffen und zu halten, das nach unten hin ausströmt, wobei wir nach den strengsten Grundsätzen der Dezentralisierung aus Sicherheitsgründen, so weit es nur eben geht, handeln. Weiter wollen wir noch feststellen. Wir sind hier, wir wissen aber nicht, welche Gruppen außer uns noch arbeiten. Erfahren wir das, so halten wir jederzeit unseren Arm offen, um sie in dieses Netz, das heute organisatorisch erschaffen wurde, einzugliedern. Und damit dürfte wohl alles gesagt sein, was wir heute am Tage der ersten Konferenz ausgearbeitet haben.

Nun einige Worte an die Freunde, die uns heute verlassen.[120] Wir werden morgen weiterberaten und uns über vieles verständigen müssen und nun will ich die Kumpels bitten, das Vertrauen zu uns zu haben, daß wir in Eurem Sinne und nach Euren Wünschen handeln werden. Ihr aber, die Ihr zurückkehrt, auch Euch möchte ich sagen, daß nicht nur die, die heute oder morgen oder übermorgen hinausgehen und alles tun wollen, daß nicht nur diejenigen, die mit uns im Ausland arbeiten, sondern in der ganzen deutschen Bergarbeiterschaft damit gerechnet wird, mit Eurem Wirken und Arbeiten, und daß diese alle den allerregsten Anteil nehmen an Eurem Handeln. Wir fassen unsere Arbeit so auf, es ist ja Europas Arbeiterschaft, für die gearbeitet wird und das ist unser aller Aufgabe. Wir werden auf der gleichen Ebene weiter kämpfen und wünschen Euch alles Gute und sagen Euch zum Abschied das kameradschaftlichste, »Glück auf!«[121]

120 Die illegal aus dem Reich angereisten Teilnehmer fuhren aus Zeit- und Sicherheitsgründen vorzeitig ab. Zum zeitlichen Ablauf der Tagung vgl. Anm. 1.

121 Der Berichterstatter in »Berichte und Diskussionen (Pfingsttagung Berg)« (Anm. 1), Karl Becker, kommentierte die Zusammenfassung von Vogt folgendermaßen (Bl. 271): »Nicht überwältigend. Resumierend. Einmütigkeit hervorhebend. Kommt einem vor wie emporgehoben, geschoben, kann nicht zurück, hat sich überzeugen lassen müssen, daß wir recht haben betr. Arbeit in [der] DAF. Ganz ist er wohl noch nicht überzeugt. Man hat aber den Eindruck, daß er ehrlich mitmacht. Wehrt sich nur gegen Formulierungen in schriftlich fixierten Materialien, die von der Konferenz kommen, die ihre Herkunft «verdächtig» erscheinen lassen. Nicht bei ihm, sondern bei den Anderen, die noch hemmen. Alles vermeiden, was uns hier stempeln würde als «von links aufgemacht» und so. (Übrigens richtig. Wir waren uns klar, daß auf der Konferenz gerade die Anderen das sagen, was wir sagen wollen.) Vogt versichert, alles zu tun, um dem hoffnungsvollen Beginnen hier Anerkennung und Unterstützung zukommen zu lassen beim IGB und den einzelnen Sektionen.
Vom Prager Vorstand oder Z[entral]-K[omitee] oder Gewerkschaften der S[owjet]U[nion] war nirgends die Rede.«
Vgl. hierzu auch den Bericht von Alfred (Wilhelm Knöchel) über die Bergarbeiterbewegung ein Jahr nach der Brüsseler Konferenz, vom 21.12.1936 (Dok. 99).

[...][122]

II. Tag.

Vorsitzender:[123]

Die Kameraden, die gestern abgefahren sind, haben uns Vollmacht gegeben, die Arbeiten so zu erledigen, daß der größte Erfolg erzielt wird.

Ein Mittel zur Erledigung der Arbeiten soll die Konstituierung eines Arbeitsausschusses sein. Solche Arbeiten, die im Lande selbst nicht erledigt werden können, sollen durch einen Arbeitsausschuß im Auslande durchgeführt werden. Wir haben nun die Aufgabe diesen Ausschuß zu wählen.

Wir werden die Bildung des Ausschusses in einer Erklärung festlegen und legen dazu eine Resolution vor.

Dann werden wir den Arbeitsausschuß konstituieren. Der Lage der Dinge nach ist es zweckmäßig und notwendig, daß wir in den Grenzrevieren, denen gegenüber deutsche Bergwerksgebiete liegen, Grenzvertreter haben, die heute schon zumeist bestehen. Für die schlesischen und saechsischen Reviere würde es sich empfehlen, den Auslandsvertreter in der Tschechoslowakei zu haben. Es ist das Land, wo man heute noch legal arbeiten kann und das eine breite Grenze mit Deutschland hat. Es empfiehlt sich, einen Kameraden dorthin zu setzen.

Der zweite Vorschlag wäre einen Kameraden, der die Verbindung mit dem Saargebiet hält, das infolge der dort noch herrschenden Hypnose, wie ein Kamerad sich ausdrückte, noch sehr viele Eigenartigkeiten hat. Für diesen Auslandsvertreter würden wir ein lothringisches Städtchen vorschlagen, das die Möglichkeit bietet, mit dem Saargebiet zu arbeiten.

Dann haben wir das Ruhr- und Wurm-Kohlengebiet zu erfassen. Für alle diese Reviere, die auf einem langgestreckten Gebiet liegen, möchten wir einen Vertreter halten und zwar in Holland. Die Verbindung ist nicht so weit. Die Verbindungen sind zwar nicht so, wie von der Tschechoslowakei nach Sachsen usw., aber sie sind ganz gut. Wir haben gute Verbindungen nach Amsterdam etc. Die Kosten sind nicht so hoch.

Soweit der Plan. Nun das Personelle.

Wir möchten Euch vorschlagen, daß wir heute schon den Keim dazu legen, mit der Methode des sogenannten zusammengeschlossenen Verbandes zu brechen. Wir wollen nicht das Wort »Vereinigte« benutzen, wir sind einfach eine Organisation. Wir wollen aber auch nichts überstürzen, wir wollen dem Prinzip des Einigseins dadurch Ausdruck geben, daß wir an allen Grenzgebieten einen Kameraden wählen. Wir möchten nichts überstürzen, damit sich alles aneinandergewöhnt[124] und alles gut zusammenwächst. Wir möchten so arbeiten, daß wir nicht eine vereinigte Bergarbeitergewerkschaft sind, sondern eine Bergarbeitergewerkschaft.[125]

Für die Tschechoslowakei schlagen wir Hans [*Mugrauer*][126] vor, der dort zusammen mit dem Genossen, der dort schon arbeitet[127], die Arbeiten erledigen wird.

122 Die ausgelassenen Ausführungen (S. 49/50 des Protokolls) beinhalten die Dankesrede eines Teilnehmers aus dem Reich und die Abschlußrede des Vorsitzenden der Bergarbeiter-Internationale Pierre Vigne. Dieser erklärte, daß die Kosten der Konferenz von der französischen Bergarbeitergewerkschaft übernommen wurden.

123 Franz Vogt.

124 In der Vorlage: auseinandergewöhnt.

125 D. h. keine Betonung im Namen, daß die alten Richtungsgewerkschaften überwunden seien. »Vereinigte« in der Vorlage unterstrichen.

126 Diese Position hatte Hans Mugrauer bereits inne. Vgl. Anm.1.

127 Möglicherweise: Karl Becker für Schlesien.

Für das Saargebiet schlagen wir den Kameraden *K[irn]* vor, wo ebenfalls schon eine Zusammenarbeit mit den anderen Kameraden besteht.[128]

Für das große Gebiet, das Aachen und Köln und das Ruhrgebiet umschließt, schlagen wir Amsterdam vor. Wir nennen hier keinen Namen, sondern sagen nur die Stadt, weil in Holland noch niemand als Ausländer sich politisch betätigen darf und diese Arbeit dort illegal gemacht werden muß. Wenn die Kameraden Amsterdam hören, werden sie wissen, das sind Alfred [*Schroeder*] und ich.[129]

Dieser Arbeitsausschuß wird also die Arbeiten erledigen, die es zweckmäßiger ist, vom Ausland aus zu organisieren. Er hat auch die Aufgabe, die einzelnen Grenzstellen zentral zusammenzufassen, und das, schlagen wir vor, soll von Amsterdam geschehen von den Kameraden, die auch das Wurm- und Ruhrgebiet als Grenzstelle bearbeiten. Hier ist die Stelle, an die die einzelnen Grenzstellen ihre Berichte schicken, damit sie dort zusammengefasst werden, und die Euch allen berichten und helfen wird, soweit das in ihrer Kraft steht. Diese Stelle wird gleichzeitig den Verkehr mit der Internationale halten usw.

Also nochmals, wir würden Euch bitten, als Zentralstelle – Arbeitsauschuss kann man nicht gut sagen – draußen – Amsterdam zu betrachten. Ihr wißt, wer die Personen in Amsterdam sind, wer Eure Briefe lesen und beantworten wird.

Ich bitte dazu Eure Meinung, eventuell andere Vorschläge. Wenn irgend einer hierzu noch etwas zu sagen hat, so kann es jetzt geschehen.

[...][130]

Es wird dann die Resolution verlesen, über die es noch eine kleine Diskussion gibt. Der Vorsitzende betont nochmals, daß mit der Bergarbeiter-Internationale Kontakt gehalten werden soll bezw. der Arbeitsausschuß sich unter ihren Schutz stellt. Wenn wir den Kameraden [Pierre] *Vigne* gewonnen haben, dann haben wir viel gewonnen.

Die Resolution[131] wird dann in folgender Form einmütig angenommen:

[»]Die Pfingsten[132] in Paris tagende Konferenz der Vertreter aller illegal arbeitenden Gruppen aus den wichtigsten Bergbaurevieren beschließt, einen Arbeitsausschuß einzusetzen, der die illegale Gewerkschaftsarbeit unter den deutschen Bergarbeitern nach einheitlichen Gesichtspunkten zu leisten hat.

Der Arbeitsausschuß besteht aus 4 Kameraden, und zwar:

128 D.h. in Forbach/Lothringen mit anderen emigrierten Saarbergarbeitern, z.B. Wilhelm Frisch. Vgl. Peukert/Bajohr, S. 117; Paul/Mallmann, Milieus, S. 264ff. Vgl. auch zu Richard Kirn und Wilhelm Frisch Anm. 1 und 110.

129 Gemeint sind Wilhelm Knöchel (Deckname: Alfred Schroeder) und Franz Vogt.

130 An der Diskussion beteiligten sich Nr. 7 (Karl Becker), Nr. 2 (Richard Kirn) und Nr. 9 (Grenzinstrukteur für das Wurm- und Ruhrgebiet), die übereinstimmend die überwundene Spaltung der Gewerkschaftsbewegung lobten und die vorgeschlagene Einteilung der Grenzsekretariate unterstützten. Zu den einzelnen Rednern vgl. oben Angaben in Anm. 1, 9, 33, 99.

131 Vgl. auch die Veröffentlichungen und die Verteilung der Resolution durch Pierre Vigne an die anderen Gewerkschafts-Internationalen bzw. Berufssekretariate, vom Juni 1936 (IISG, Saarcollection, Nr. 20); teilweise (Text zwischen »Die Pfingsten« bis »konzentrieren«) abgedruckt in: Bergarbeiter-Mitteilungen, Nr. 1, Juli 1936. Vgl. auch Peukert/Bajohr, S. 115.

132 In dem internen Resolutionsbeschluß und in der veröffentlichten Resolution (Anm. 131) eingefügt: 1936. Unter dem Resolutionsbeschluß maschinenschriftlicher Text: »Angenommen mit Einstimmigkeit«. Handschriftliche Überschrift: »Streng vertraulich nicht veröffentlichen«. Handschriftliche Eintragung der Namen der Arbeitsauschuß-Mitglieder. Ansonsten stimmten der Resolutionsbeschluß und die Protokollfassung überein. (IISG, Miners International, Collection Vogt).

[...][133]

Die Kameraden arbeiten in den an Deutschland angrenzenden Ländern, um von dort aus die Arbeit in den deutschen Bergrevieren zu leiten und zu konzentrieren.

Für das Ruhrgebiet, für Aachen und das Rheinische Braunkohlengebiet liegt die Sammelstelle in Holland, für das Saargebiet in Frankreich, die Bergbaugebiete Sachsens, Oberschlesiens, Niederschlesiens und Mitteldeutschlands haben ihre Sammelstelle in der Tschechoslowakei.

Der Arbeitsausschuß hat seine Zentralstelle in Amsterdam, wohin alle Mitteilungen zu richten sind, und von wo aus die Grenzstellen laufend informiert werden.[«]

Vorsitzender:[134]

Dann kommt es darauf an, daß wir als Arbeitsausschuß nun auch von der Internationale als Vertretung der deutschen Bergarbeiter die Legitimation haben, daß sie mit uns verkehren und uns als deutsche Vertretung anerkennen. Ihr wißt, daß wir bisher die Anerkennung in der Form, daß der Kamerad *Vigne*, der Präsident der Bergarbeiter-Internationale, unsere Tagung präsidierte, und daß der Kamerad [Leon] *Jouhaux*[135] uns begrüßte, erhalten haben.

Mehr haben wir nicht. Wir können der Internationale nur mitteilen, daß, wenn sie etwas für die deutschen Bergarbeiter tun will, es durch uns tun könne, da wir die Vertreter der ganzen Bergarbeiter sind, und daß wir uns freuen würden, wenn die ganze Bergarbeiter-Internationale dieselbe Haltung uns gegenüber einnehmen würde, wie sie der Kamerad *Vigne* hier eingenommen hat und was wir so dankbar begrüßen.

Dazu haben wir einen Brief an das Exekutivkomitee der Internationale der Bergarbeiter entworfen, den ich bitte, hier zu verlesen.

Nachdem der Brief verlesen und von einem Kameraden klargelegt worden ist, warum er die einzelnen Punkte so gestellt hat, wird der Brief einmütig so angenommen, wie er vorgeschlagen worden ist.

Er lautet:[136]

»Brief der Konferenz der deutschen Bergarbeiter an das Exekutivkomitee der Internationale der Bergarbeiter.

Liebe Kameraden!

Pfingsten hat in Paris auf Anregung und unter dem Vorsitz des Kameraden [Pierre] *Vigne*, Präsident der Berufsinternationale der Bergarbeiter, eine Konferenz deutscher Bergarbeiter getagt.

133 Hier folgen im Protokoll einige Leerzeilen. Die Namen wurden in den Rundschreiben und den Pressemitteilungen aus Sicherheitsgründen weggelassen. In dem nicht für die Presse bestimmten internen Resolutionsbeschluß (Anm. 132) waren handschriftlich eingefügt: »Franz Vogt, Amsterdam (Holland), Alfred Schröder, Amsterdam (Holland), Richard Kirn, Marignau-Forbach (Frankreich), Hans Mugrauer, Probstau (Tschecho-Slowakei)«.

134 Franz Vogt.

135 Vgl. Anm. 1.

136 Vgl. auch den Briefentwurf mit handschriftlichem Zusatz: »Vertraulich, nicht veröffentlichen«. Im Briefentwurf ist nach »Pfingsten« eingefügt »1936«. Dagegen fehlt die Ortsangabe. Personennamen waren in Großbuchstaben geschrieben. Der Briefentwurf trägt die maschinenschriftliche Unterschrift: »Die Konferenz der deutschen Bergarbeiter. gez. im Auftrage des Arbeitsausschusses« und die handschriftlichen Unterschriften: »Vogt« [Franz Vogt] und »Alfred« [Deckname für Wilhelm Knöchel]. (IISG, Miners International, Correspondence Germany, Nr. 2).

Auf dieser Konferenz waren anwesend Kameraden aus dem Ruhr-, Wurm- und Saargebiet, sowie alle Grenzstellen, die z[ur] Z[ei]t als Verbindungsorgane nach Deutschland hin funktionieren.

Die Teilnehmer der Konferenz, welche ohne Richtungsunterschied alle Fragen brüderlich diskutiert haben und alle Entschließungen mit vollständiger Einmütigkeit angenommen haben, sind der Überzeugung, daß sie z[ur] Z[ei]t alle die Kräfte der deutschen Bergarbeiter vertreten, welche als ernstzunehmende Faktoren, die am Wiederaufbau der gewerkschaftlichen Gruppen der Bergarbeiter arbeiten, zu betrachten sind. Die Konferenz vereinigte also die Vertretung aller gewerkschaftlichen Gruppen, die unter den bekannten schwierigen Umständen in Deutschland existieren.

Die Konferenz hat einen gemeinsamen Arbeitsausschuß ernannt, welcher im Ausland die Tätigkeit aller Gruppen im Lande koordinieren soll. Als eine seiner ersten Aufgaben wurde dem Arbeitsausschuß aufgetragen, die unterbrochene organisatorische Verbindung zwischen der Berufsinternationale und den gewerkschaftlichen Gruppen in Deutschland wieder herzustellen, die zerrissenen Fäden wieder anzuknüpfen, eine Aufgabe, deren Lösung wir durch diesen Brief einleiten wollen.[137]

Die Konferenz wendet sich an das Exekutivkomitee der Berufsinternationale und im Besonderen an ihren Präsidenten, den Kollegen *Vigne*, und an ihren Generalsekretär, den Kollegen [Ebby] *Edwards*,[138] um ihre Einwirkung in dem Sinne zu ersuchen, daß es möglich wird, daß auf dem kommenden Kongreß der Bergbau-Internationale in Prag eine Delegation von Kollegen aus dem Reich teilnehmen kann als offizielle Vertretung der deutschen Bergarbeiter.[139]

Euer alle sich als notwendig erweisende Korrespondenz wird gebeten, sich an [...][140] zu wenden, von wo aus alles Nötige seitens des Arbeitsausschusses eingeleitet wird.

Paris, den 2. Juni 1936.«

Vorsitzender:[141]

Es wurde ebenfalls beschlossen, daß sich die deutschen Kameraden, die hier zusammengekommen sind, in einem Aufruf an alle deutschen Bergarbeiter wenden, in dem sie sich über die Tagung und ihre Ziele informieren. Dieser Brief wird durch die Zentralstelle des Arbeitsausschusses durch geeignete Mittel (Zeitung etc.) den Bergarbeitern in Deutschland zur Kenntnis gebracht werden.

Ich schlage folgende Fassung vor: (Verliest den Brief.)

Es werden dann noch einige Änderungsvorschläge gemacht und danach der Aufruf in folgender Form einmütig beschlossen.[142]

137 Dieses Eingeständnis der unterbrochenen illegalen Arbeit verdeutlicht den Quellenmangel für die Jahre seit 1933.

138 Ebenezar (Ebby) Edwards (1884–1961). Vgl. Dok. 91.

139 Der Arbeitsausschuß wurde auf dem Kongreß der Bergarbeiter-Internationale am 3.–6.8.1936 in Prag offiziell als Vertretung der deutschen Bergarbeiter anerkannt.

140 An dieser Stelle folgen in dem Protokoll zwei Leerzeilen. In dem Briefentwurf (Anm. 136) wurde handschriftlich die Anschrift eingefügt: »Frans van Dam, Amsterdam, Marathonweg 68 III«. Dies war die Deckadresse von Franz Vogt.

141 Franz Vogt.

142 Der Aufruf ist auch abgedr. in: Bergarbeiter-Mitteilungen, Nr. 1, Juli 1936; und daraus bei Peukert/Bajohr, S. 115f.

»An die deutschen Bergarbeiter:

Kameraden!

Die nationalsozialistischen Gewaltherrscher haben unsere einst unabhängigen Gewerkschaften zerschlagen, ihre Führer ermordet oder ins Exil gejagt, hunderten treuen Verbandsfunktionären das gleiche Schicksal bereitet, und unser Gewerkschaftsvermögen gestohlen. So raubte uns die faschistische Diktatur unsere Waffe im Kampf um unsere wirtschaftliche und soziale Befreiung.

Deutsche Bergleute aber wollen keine Sklaven sein. Kaum waren ihnen die alten Waffen der Gewerkschaften aus den Händen geschlagen und schon gingen sie daran, sich neue zu schmieden, um sie im Kampf um Freiheit und Lebensrechte einzusetzen.

Überall, wo Bergleute wohnen, in den dumpfen Zechenkolonien des rheinisch-westfälischen Industriegebiets, in den schlesischen Elendsrevieren, den mitteldeutschen Braunkohlendistrikten, in dem »befreiten Saarland«, in Sachsen, Aachen, kurz überall dort, wo Kohle gehauen, Erz gefördert oder Kali geschürft wird, bilden sich Gruppen freiheitsliebender Bergarbeiter, die sich fest entschlossen zeigen, das faschistische Joch abzuschütteln, um dadurch den Weg frei zu bekommen, der allein aus immer größer werdender Verelendung zur Freiheit, Glück und Wohlstand führt.

Diese im Dunkel der Illegalität arbeitenden Knappen sprechen hier zu Euch deutsche Bergarbeiter-Kameraden!

Pfingsten 1936 trafen sich Abgesandte aller dieser den Freiheitskampf führenden Bergarbeiter-Gruppen unter der Leitung des Präsidenten der freigewerkschaftlichen Bergarbeiter-Internationale[143] zu gemeinsamer Aussprache und Beratung.

Hört das Ergebnis dieser Konferenz Eurer illegal wirkenden Kameraden. In der Erkenntnis der Tatsache, daß der Hitlerfaschismus nur von der geeinten Arbeiterklasse siegreich überwunden werden kann, sind die in der Konferenz anwesenden Kameraden dahin überein gekommen, daß die früher vorhandene weltanschauliche und politische Zerrissenheit von nun ab als überwunden gelten kann. In absolutem Vertrauen zueinander geloben wir, in brüderlicher Solidarität, in einer einheitlichen Bergarbeiterbewegung gegen den blutbefleckten und arbeiterfeindlichen Hitlerfaschismus bis zu seiner entgültigen Vernichtung zu kämpfen.

Unterstützt durch die Solidarität der Bergarbeiter aller demokratischen Länder der Welt wird der Kampf um ein freies Deutschland mit allen Mitteln und in verschärfter Form weitergeführt.

Jedem Angriff der Nationalsozialisten, kapitalistischen Grubenbarone[144] auf Lohn und Arbeitszeit der Bergarbeiter werden wir mit den zweckmäßigsten Methoden des Widerstands begegnen.

Dem Willen der nationalsozialistischen Führercliquen und ihrer großkapitalistischen Auftraggeber zum Krieg setzen wir den Kampf um die Erhaltung des Friedens entgegen.

Kameraden!

Wir kämpfen still und unerkannt in Eurer Mitte. Helft und stützt uns, wo ihr unser Wirken erkennt oder ahnt.

143 Pierre Vigne.

144 In den Bergarbeiter-Mitteilungen, Nr. 1, Juli 1936; sowie bei Peukert/Bajohr, S. 116 abweichend: »nationalsozialistisch-kapitalistische Grubenbarone«.

Schafft alle mit an Eurem Platz für unsere Kampfziele, dann werden wir bald mit offenem Visier unseren Kampf fortsetzen können und [der] Freiheitssieg wird unser sein.«

Ein Aufruf an die Bergarbeiter aller Länder wird im Entwurf verlesen. Dieser Entwurf wird noch redigiert; nach der Redigierung wird er dann einmütig in folgender Form beschlossen:[145]

»An die Bergarbeiter aller Länder.

Kameraden!

Die faschistischen Gewalthaber in Deutschland haben, als sie die Gewerkschaften zerschlugen, die Arbeiter ihrer wichtigsten Waffe im Kampfe um die soziale und wirtschaftliche Befreiung beraubt. Die deutschen Werktätigen haben sich jedoch mit diesem, eines freien Arbeiters unwürdigen Zustand nicht abgefunden. In allen Berufen haben sich Kampfgruppen gebildet, die unter Einsatz ihres Lebens und ihrer persönlichen Freiheit im Dunkel der Illegalität den Kampf um die Lebensrechte der Arbeiter weiterführen. – So auch im Bergbau.

In allen deutschen Bergrevieren führen diese illegalen Gruppen einen heroischen Kampf, überzeugt davon, daß nur Einigkeit aller kämpfenden Gruppen zum Sieg führen kann, durchdrungen von der Erkenntnis, daß in diesem gewaltigen Kampf gegen einen übermächtigen und brutalen Gegner alles Trennende vergessen und alles Einigende gesucht werden muß, und angefeuert durch die Erfolge einigen Zusammenwirkens der Arbeiter gegen den barbarischen Faschismus in anderen Ländern, haben sich Pfingsten 1936 Vertreter der illegal arbeitenden Bergarbeitergruppen unter dem Vorsitz des Präsidenten der Bergarbeiter-Internationale[146] außerhalb Deutschlands zusammengefunden.

Diese Konferenz der deutschen Bergarbeiter wendet sich auch an Euch, Bergarbeiter-Kameraden aller Länder, er dankt Euch für alle Sympathie und Hilfe, die Ihr bisher unserem schweren Kampf entgegen gebracht habt, und bittet Euch, unseren Streit auch weiterhin zu unterstützen. Unser Kampf gegen den barbarischen deutschen Faschismus, unser Kampf für die Befreiung der deutschen Bergarbeiter, ist auch Euer Kampf. Wir geloben Euch alles zu tun, um in dem großen Lande, im Herzen Europas, die kriegstreiberische Diktatur durch ein System des Fortschritts, der Freiheit und des Friedens zu erkämpfen. Daß wir in diesem Kampf Eurer Solidarität und Kameradschaft gewiß sind, wird unserem Wirken immer wieder neuen Antrieb geben, in diesem Kampf auszuharren, bis der Sieg unser ist.«

Als fünftes und letztes Dokument wird der folgende Aufruf an die französischen Bergarbeiter einstimmig beschlossen:

[...][147]

Nachdem alle Dokumente einstimmig beschlossen worden sind, wird von einem Kameraden daran erinnert, daß die Frage der Schaffung einer Zeitung noch nicht gelöst ist.

Der Internationale soll mitgeteilt werden, daß die Konferenz den Arbeitsausschuß beauftragte, ein Organ für die deutschen Bergarbeiter zu schaffen.

145 Vgl. auch Entwurf und Endfassung in: IISG, Miners International, Correspondence Germany, Nr. 2.

146 Pierre Vigne.

147 Dieses – hier gestrichene – Dokument wiederholte außer dem speziellen Dank für die Solidarität im Kern das vorangegangene Dokument »An die Bergarbeiter aller Länder«.

Es entwickelt sich eine Diskussion über den Namen der Zeitung. Einige sind der Meinung, sie soll heißen, wie das Organ des BAV[148] vor *Hitler*, »Der Bergbau-Industrie-Arbeiter«. Von einem anderen Kameraden wird die Anregung gemacht, es vielleicht »Informations- oder Mitteilungsblatt« zu nennen. Dagegen wendet sich ein anderer Kamerad und betont, daß wenn die Zeitung Informationsblatt oder Mitteilungsblatt heißen wird, daß dann bei dem deutschen Bergarbeiter, der sie liest wieder der Eindruck erweckt wird: Hier ist wieder eine besondere Gruppe, die mich informieren will, – die Zeitung muß etwas organisatorisch zusammenreißendes haben. Das muß auch schon im Namen zum Ausdruck kommen. Sie muß als das Organ der Bergarbeiter-Gewerkschaft erscheinen. Man einigt sich dann auf – »Der Bergarbeiter«, Organ der freigewerkschaftlichen Bergarbeiter Deutschlands.[149]

Der **Vorsitzende**:[150] regt an, daß die Zentralstelle des Arbeitsausschusses auch herantreten soll an die verschiedenen Hilfskomitees, um Hilfe für die verhafteten Kameraden in Deutschland zu schaffen. Er schildert einige Fälle, was es für die verhafteten Kameraden bedeutet, wenn sie einen Rechtsanwalt gestellt bekommen und wenn sie wissen, daß ihre Familien nicht im Stich gelassen werden.

Er kommt auf andere Arbeiten zu sprechen, die von draußen geleistet werden können. So z.B. zu der Anti-Olympiade in Amsterdam.[151] Die Zentralstelle wird überall dort zupacken, wo wir Interesse dran haben. Zu dem »Freizeit-Kongreß« in Hamburg[152], soll eine Gegenkampagne geführt werden, indem man z.B. Aufklärung darüber schafft, wie der junge Bergarbeiter in Deutschland seine Freizeit verlebt, wie er gedrillt und im Militärdienst ausgebildet wird, usw.

Nr. 2.[153]

Noch etwas über die Art der Organisationsform. Soviel ich weiß, waren früher zwei Richtungen, die eine sagte, mehr oder minder starres System, die andere war der Meinung, mehr oder minder draußen zu bleiben.[154] Wäre es nicht gut, da Richtlinien herauszuarbeiten[?]

Nach einigen Bemerkungen von verschiedenen Kameraden kommt man zu folgendem Beschluß:

Die Kameraden in den Grenzgebieten arbeiten selbständig und auf eigene Verantwortung und müssen je nach den Verhältnissen entscheiden. Große Betriebe sollen direkt mit den Grenzstellen verbunden werden.

148 D.h. des freigewerkschaftlichen Bergbauindustriearbeiter-Verbandes.

149 Die Zeitung trug schließlich den Titel: »Bergarbeiter-Zeitung. Zeitung der deutschen Bergleute« und erschien seit Juli 1937 als Fortführung der bis 1933 bestehenden Bergarbeiter-Zeitung. Die Bergarbeiter-Zeitung wurde als Zeitung für den illegalen Kampf in Deutschland hergestellt. Daneben bestanden die »Bergarbeiter-Mitteilungen« seit Juli 1936 als Organ des auf der Konferenz gebildeten Arbeitsausschusses. Vgl. auch Anm. 29.

150 Franz Vogt.

151 Die regulären XI. Olympischen Sommerspiele in Berlin begannen am 1.8.1936.

152 Den »Freizeit-Kongreß« vom 23.–30.7.1936 in Hamburg hatte Nr. 10 (Wilhelm Knoechel) in seinem Vortrag kurz als Agitationsmöglichkeit erwähnt. Diese Passage (S. 38 des Protokolls) wurde hier gestrichen. Zu diesem »Freizeit-Kongreß« vgl. die Veröffentlichung der DAF: Bericht Weltkongreß Freizeit und Erholung, Hamburg 23.–30.7.1936, Berlin 1936.

153 Richard Kirn.

154 Kirn sprach die in der Emigration geführte Diskussion um die Organisation der illegalen Gewerkschafter in Deutschland und hier die Arbeit in der DAF an, die von der KPD befürwortet, von der Sopade und in anderen Gewerkschaften, z.B. der ITF, abgelehnt wurde. Zum anderen zielte diese Frage auf die Art der Zusammenfassung und Anbindung der in der Emigration lebenden Gewerkschafter.

Zu der Frage, ob man das Eingliedern in die Arbeitsfront zentral oder für die einzelnen Reviere festlegen soll, erklärt der **Vorsitzende**[155], daß eine Festlegung der Formen nicht notwendig sei, da ja vollkommene Einigkeit in der Konferenz zu diesen Fragen bestanden hat, daß man das Material noch weiter sammeln wird, um zu versuchen, daraus allgemeingültige Schlußfolgerungen zu ziehen. Als Richtlinie soll jetzt gelten, die Methoden anzuwenden, die die größten Erfolge versprechen und am wenigsten Opfer erfordern. Über die Frage, ob in der Arbeitsfront arbeiten oder nicht, ob Funktionen annehmen, darüber herrscht bei uns hier vollkommene Einigkeit, niemand hat sich gegen diese Methode gewandt, das weitere wird sich dann aus der Praxis ergeben.

Der Arbeitsausschuß wird beauftragt, an die Grenzstellen periodisch Berichte zu schicken.

II. Tag Nachmittagssitzung:

Vorsitzender:[156]

Kameraden, nun wollen wir mit unseren Schlußberatungen beginnen, ich möchte unsere jetzige Zusammenkunft in Gegenwart unseres verehrten Präsidenten[157] dazu benutzen, um die Ergebnisse der Konferenz bekanntzugeben.

Die Konferenz war dadurch gekenntzeichnet, daß Kameraden aus dem Reich an den Beratungen teilgenommen haben. Gestern sind schon die wichtigsten Beschlüsse herausgearbeitet worden, und die Kameraden haben mit uns eine Entschließung angenommen, daß im Ausland ein Arbeitsausschuß gebildet wird.[158]

Als Hauptaufgaben wurden festgelegt und beschlossen, alle Vorbereitungen zu schaffen, für die Herbeiführung einer einheitlichen gewerkschaftlichen Organisation der Bergarbeiter, um besser für eine Verbesserung der Lebenslage kämpfen zu können.

[...][159]

155 Franz Vogt.
156 Franz Vogt.
157 Pierre Vigne.
158 Im Protokoll war ergänzt: »(Siehe Resolution Seite 52.)«. Vgl. oben Anm. 131.
159 Es folgen bis zum Schluß des Protokolls eine Wiederholung der weiteren Vorhaben des Arbeitsausschusses, u.a. Bereitstellung von Materialien zur Unterstützung der Boykottmaßnahmen gegen den Freizeit-Kongreß der DAF im Sommer 1936, sowie Appelle um öffentliche Unterstützung für die Inhaftierten durch internationale Aufrufe und Anfragen an die deutsche Regierung. Vogt nannte als Beispiel den inhaftierten vormaligen BAV-Bezirkssekretär Heinrich Jochem und bat den Präsidenten der Internationale, Pierre Vigne, sowie Leon Jouhaux von der CGT, sich für Jochem einzusetzen.
Hieran schloß sich die nochmalige Verlesung des Briefes an das Exekutivkomitee der Internationale der Bergarbeiter an.
Danach sprach der Präsident der Bergarbeiter-Internationale, Pierre Vigne, ein Schlußwort (S. 58 des Protokolls), in dem er die Solidarität der Internationale mit den deutschen Bergarbeitern betonte, konkrete Entscheidungen hinsichtlich der Finanzierung der geplanten Zeitung etc. aber noch nicht endgültig – trotz seiner Unterstützung – traf bzw. erst nach Rücksprache mit dem Generalsekretär der Internationale, Ebby Edwards, und den anderen Vertretern der Internationale treffen wollte. Die Vertretung auf dem Weltkongreß der Bergarbeiter-Internationale in Prag am 3.–6.8.1936 sollte Hans Mugrauer in Absprache und Kontakt mit dem Arbeitsausschuß wahrnehmen, zumal aus Deutschland wegen der Kürze der Vorbereitungszeit kaum Bergarbeiter anreisen konnten. Im Anschluß an die Rede von Vigne folgen im Protokoll eine Stellungnahme des

DOKUMENT 93

17. 6. 1936: Richard Kirn, Forbach/Frankreich, versucht die Basis des Arbeitsausschusses zu erweitern

BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 261, Bl. 2. Maschinenschriftliche Abschrift. Ohne Unterschrift. Ohne Absenderangabe. Adressat: »Monsieur Frédéric Dobisch, 46, Rue de Beggen, Luxembourg-Eich«.[1]

17. 6. 1936

Werter Kamerad [Fritz] *Dobisch*![2]

Ich hätte eine dringende Bitte an Dich. Sei bitte so gut und suche mir dieselbe zu erfüllen.

Es wird Dir nicht unbekannt sein, daß der geeinte deutsche Bergarbeiterverband aus der Taufe gehoben worden ist. Die Einigung erfolgte in Paris über den Pfingsttagen.[3]

Übersetzers der Rede, die Antwort des Vorsitzenden der Konferenz, Franz Vogt, die nochmalige Verlesung des Aufrufs an die deutschen Bergarbeiter, der Solidaritätsadresse an die französischen Bergarbeiter und des Briefes an die Bergarbeiter aller Länder. (S. 59 des Protokolls). Den Abschluß des Protokolls bilden Grußworte von Vigne und Vogt (S. 59/60 des Protokolls).
Der Verfasser von »Berichte und Diskussion: (Pfingsttagung Berg)« (Anm. 1), Karl Becker, beschrieb die Schlußsitzung folgendermaßen: »Vigne: am letzten Tage nochmals versichernd, daß alles, was hier geschah, ihn überaus glücklich mache, daß er alles billigt, was hier beschlossen wurde, ja, daß es zugleich mit seiner Stimme beschlossen wurde. Teilt mit, daß soeben die Graphiker beschlossen hätten, uns unsere Sachen auf ihre Kosten zu drucken (war durch Patenschaftskomitee vorgearbeitet und schon sicher!). Zur Frage der Teilnahme einer Delegation in Prag müsse er bedauern, keine feste Zusage machen zu können, daß es ihm gelänge, das Geld aufzubringen, jedoch sollen zum Mindesten die 2 Kameraden aus der CSR hinkommen, das verspricht er zu ermöglichen. (Nach Zuruf, daß wir die Frage der Finanzierung wohl selbst lösen können; es käme auf die Anerkennung an, versichert er freudig, er könne dies fest versprechen.) Wir mögen fortfahren, in dem Sinne und Geist zu arbeiten, wie er hier zum Ausdruck kam. Er, Jouhaux, die CGT und die französische Arbeiterklasse seien mit uns und es gäbe noch Kräfte in der Welt, die auch mit uns seien (sinngemäß).«
Der Berichterstatter ergänzte: »H. Schuhmann [Deckname für Hans Mugrauer], Alfred [Deckname für Wilhelm Knöchel], [Franz] Vogt u[nd] Carbon [Deckname für Karl Becker] hatten noch eine Sondersitzung, wo die Arbeit in der CSR besprochen wurde. Es wurde Aussprache hier vereinbart, zugleich an die hiesigen Leute heranzutreten.« Für die eigene Arbeit gelte es jetzt, für die Bezirke Nieder- und Oberschlesien und Sachsen die Delegation für den Kongreß der Bergarbeiter-Internationale in Prag am 3.–6.8.1936 vorzubereiten und Verbindungen zum bayerischen Pechkohlerevier herzustellen. Die Absprache für die CSR wiederholten auch: F[ranz Vogt] A[fred, d.i. Wilhelm Knöchel], an Lieber Richard [Kirn], vom 10.6.1936 (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 11). Nach Angabe von Karl Becker rückte er mit dieser Besprechung in die Führung des Arbeitsausschusses auf. Vgl. Anm. 1.

1 Unter dem Dokument Stempel der Gestapo Saarbrücken und Vermerk zur Abschrift von der Sachbearbeiterin.
Der Verfasser Richard Kirn geht aus dem Kontext dieses Briefes (vgl. Anm. 4) sowie der anderen Briefe hervor. Der Briefwechsel der Außenstelle Forbach wurde der Gestapo durch Spitzel bekannt bzw. fiel nach der deutschen Besetzung von Frankreich und Luxemburg der Gestapo in die Hände. Vgl. hierzu die Anklage gegen Richard Kirn durch den Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof vom 16.2.1943 und das Urteil des Volksgerichtshofes vom 12.4.1943, Nr. 7 J 465/42g // 2 H 31/43 (Widerstand als Hochverrat, Microfiche-Ausgabe); sowie zur Übermittlung der Briefe durch den Gestapospitzel A 1, Johann Bernarding, eingehend Mallmann/Paul, Herrschaft, S. 221ff.; Paul/Mallmann, Milieus, S. 272. Vgl. auch Dok. 94, 96.
2 Fritz Dobisch (16.2.1890–7.7.1941) war ab 1921 Angestellter, später Bezirksleiter des Keramischen Bundes, zuletzt bis 1935 Bezirksleiter des ADGB im Saargebiet, 1927–1935 stellvertretender Delegierter der Freien Gewerkschaften zum Saarausschuß, 1930–1935 Stadtverordneter in Saarbrücken (SPD), nach der Saarabstimmung am 15.1.1935 Emigration nach Luxemburg, illegale Tätigkeit von Luxemburg nach Deutschland, nach der deutschen Besetzung in Luxemburg 1940 verhaftet, im KZ ermordet.
3 Vgl. Dok. 92.

In die Leitung des Verbandes bin auch ich gewählt worden.[4] Schon seit Monaten arbeite ich mit einer größeren Anzahl Kameraden in der illegalen Bewegung. Es sind bereits gute Ergebnisse zu verzeichnen.[5]

Da auch die Mitglieder des ehemaligen christlichen Gewerkschaftsvereins[6] zu einem ganz erheblichen Teile unzufrieden über das Naziregime sind,[7] ergibt sich die Frage, wie diese Kameraden erfaßt und bearbeitet werden können. Demzufolge müssen doch die ehemaligen Führer [Fritz] *Kuhnen*[8] und [Heinrich] *Imbusch*[9] ein Interesse an der Gestaltung und Fortentwicklung des gegründeten illegalen deutschen Bergarbeiterverbandes haben. Um die beiden Kameraden über den Stand der Dinge zu informieren, ist eine Aussprache notwendig, die Du vermitteln sollst. Welchen Weg Du dabei einschlagen tust, ist mir gleich. Maßgebend ist, daß es zu einer Aussprache mit den Kameraden kommt und man ins Reine mit denselben gelangt. Vielleicht ist es möglich, daß Du mit den Kameraden nach hier[10] kommen kannst. *Hoffmann*[11] hat doch einen Wagen und kann den Transport übernehmen. Ich selbst bin nicht im Besitze eines regulären Reisepasses, so daß schon der Besuch nach Forbach zu machen ist. Sollte dem nicht sein, dann wäre ich auch bereit nach Luxemburg zu kommen. Versuche Dein Bestes![12]

Besten Gruß!

4 Diese Aussage verweist auf Richard Kirn als Briefautor. Zur Zusammensetzung der Leitung des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter vgl. Dok. 92 Anm. 1 und 159.

5 Vgl. zu den Aktivitäten von Richard Kirn im Kreis der Saar-Emigranten die Selbstdarstellung von Kirn, Erinnerungen an den Widerstand, in: Peukert/Bajohr, S. 193ff.; ferner aus der Sicht der deutschen Verfolger die Anklage gegen Richard Kirn durch den Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof vom 16.2.1943 und das Urteil des Volksgerichtshofes vom 12.4.1943 (Anm. 1). Zum Kontext der Saaremigration vgl. u.a. Paul, Max Braun, S. 107ff.; Paul/Mallmann, Milieus, S. 255ff.

6 Gemeint ist der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands.

7 Zu den enttäuschten Erwartungen des Verbandes, dessen Führung sich im Vorfeld der Saarabstimmung überwiegend für die Wiedereingliederung an das Deutsche Reich ausgesprochen hatte, vgl. eingehend: Mallmann/Steffens, Lohn, S. 197ff.

8 Fritz Kuhnen (5.6.1879–25.9.1947) war Bergmann, Bezirksvertrauensmann, ab 1920 Bezirksleiter des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands in Bochum, 1912 Bezirksleiter des Gewerkvereins für das Saargebiet, Westpfalz und Elsaß-Lothringen, September 1930 – November 1933 MdR (Zentrum), nach Ausschaltung der christlichen Gewerkschaften in Deutschland 1933 in zunehmender Konfrontation zum NS-Regime, in der eigenen Organisation mehr und mehr isoliert, 22.9.1933 Rücktritt als Bezirksleiter, Kontakt zu Heinrich Imbusch, seit 1934 Gegner einer Rückgliederung des Saargebiets an das Deutsche Reich, Gründungsmitglied des Deutschen Volksbundes für christlich-soziale Gemeinschaft mit dem Ziel der Unabhängigkeit des Saargebiets bei der Saarabstimmung, 9.12.1934 Ausschluß aus dem Gewerkverein, nach der Saarabstimmung am 15.1.1935 Emigration nach Frankreich und Luxemburg, Kontakte zu freigewerkschaftlichen Bergarbeitergruppen jedoch ohne organisatorische Mitarbeit, 1940 nach der Besetzung Luxemburgs verhaftet, 1941 von einem Sondergericht zu 18 Monaten Haft verurteilt, Ende 1941 freigelassen, 1942 nach erneuter, vorübergehender Verhaftung dauerhaft krank. Vgl. zu Kuhnen auch Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul, Das zersplitterte Nein. Widerstand und Verweigerung im Saarland, Bd. 1, Bonn 1989, S. 149–155.

9 Zu den Kontakten von Imbusch vgl. Dok. 15 Anm. 13, Dok. 94.

10 D.h. Forbach.

11 Wahrscheinlich Paul Hoffmann (geb. 7.7.1901). Vgl. auch Dok. 92 Anm. 1.

12 Vgl. die umgehende Antwort von Dobisch an Kirn vom 19.6.1936, daß er Kuhnen »in allernächster Zeit« besuchen werde, zumal Dobisch »auf eine halbe Wegstunde dessen Nachbar« sei und man sich »zwangsläufig dann und wann« treffe. Dagegen sei dies bei Imbusch schwieriger. Auch spreche Dobisch lieber mit Kuhnen als mit Imbusch, der »von der München-Gladbacher Schule nicht ganz los« komme. Kirn bestärkte am 24.6.1936 wiederum umgehend Dobisch bei dessen Vorgehen (beide: BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 261, Bl. 3f.) sowie Dok. 94.

DOKUMENT 94

2. 7. 1936: Fritz Dobisch, Luxemburg, berichtet Richard Kirn, Forbach/Frankreich, über das Fehlschlagen seiner Einigungsversuche innerhalb der illegalen Bergarbeiterbewegung

BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 261, Bl. 5. Maschinenschriftliche Abschrift. Maschinenschriftliche Unterschrift. Absenderanschrift mit Datumsangabe: »Luxembourg-Eich, den 2.7.1936, 46 Beggenerstr. 46«. Adressat: »Mons[ieur] Richard Kirn, Syndikat Confédéré des Mineurs de la Moselle, 9 Rue St. Croix 9, Forbach/Moselle«.[1]

Lieber Richard *Kirn*!

Ich habe Gelegenheit genommen, in der besagten Sache sowohl mit [Fritz] *Kuhnen*, wie mit [Heinrich] *Imbusch* in Fühlung zu treten.[2]

Das erste Ergebnis ist aber leider mehr wie mager. Der erstere glaubt nicht recht an den Erfolg dieser Arbeit. *I[mbusch]* wiederum schützte Vorsicht und Mißtrauen vor und ich hatte nicht den Eindruck, daß mir das letztere zu zerstreuen ganz gelungen wäre. Er scheint irgendwie üble Erfahrungen gemacht zu haben.[3] Was mich an der ganzen Angelegenheit am meisten interessierte, war die Frage, ob denn von dieser Seite irgend etwas getan wird, oder ob alle Hände und Köpfe müßig sind. Die Antworten waren ausweichend, mir schien aber, daß zumindest gewerkschaftliche Arbeit nicht gemacht wird.[4]

Auch mein weiterer Anhieb, ev[en]t[uel]l die Adresse eines Vertrauensmannes zu nennen, mit dem Du dich persönlich und unmittelbar ins Benehmen setzten könntest, war erfolglos.

Das Resumée! Das in Angriff genommene Werk muß vorerst ohne christliche Unterstützung[5] weitergeführt werden.

Bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit werde ich natürlich erneut einhaken. Ob mit besserem Erfolg wird die Zeit lehren. Innerhalb der nächsten 3 Wochen hoffe ich Gelegenheit zu haben, nach Forbach zu kommen. Wir können uns dann eingehender darüber unterhalten.

Mit den besten kollegialen Grüßen
Fritz Dobisch

1 Unter dem Dokument Stempel der Gestapo Saarbrücken und Vermerk zur Abschrift von der Sachbearbeiterin. Zu dem Briefwechsel im Besitz der Gestapo vgl. Hinweise in Dok. 93 Anm. 1. Zur Rolle von Kirn vgl. Dok. 92 Anm. 1. Kirn war im Hauptberuf Angestellter der französischen Bergarbeitergewerkschaft.

2 Vgl. Dok. 93 insb. Anm. 12.

3 Imbusch hatte im Vorfeld der Saarabstimmung 1935 unter Anfeindungen und Verfolgungen der Deutschen Front bzw. der Deutschen Gewerkschaftsfront zu leiden. Inwieweit sich diese Bemerkung auf Erfahrungen nach der Saarabstimmung in der Emigration bezog, konnte nicht geklärt werden. Allgemein zur Situation von Imbusch in der Emigration und in der Illegalität nach 1933 vgl. Michael Schäfer, Heinrich Imbusch. Christlicher Gewerkschaftsführer und Widerstandskämpfer, München 1990, S. 257ff.

4 Christliche Gewerkschafter und Politiker waren insbesondere bei den Versuchen, in der französischen Emigration eine übergreifende »Saarvolksfront« aufzubauen, gefragt, sowie bei den im Frühjahr 1937 unternommenen, im wesentlichen von der KPD gesteuerten Versuchen, die in der französischen Emigration befindlichen Gewerkschafter unabhängig von der Parteizugehörigkeit im Koordinationsausschuß deutscher Gewerkschafter zusammenzuführen. Vgl. Dok. 149–151; zur Saarvolksfront vgl. eingehend z.B. Paul/Mallmann, Milieus, S. 275ff.

5 D.h. ohne Unterstützung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands.

DOKUMENT 95

21. 9. 1936: Hans Mugrauer, Teplitz/CSR, informiert Franz Vogt, Amsterdam, über Gespräche mit der ADG

IISG, Miners International, Collection Vogt. Unpaginiert. Maschinenschrift. Handschriftliche Unterschrift: »Hans« jeweils unter dem Brief und unter dem Postscript. Ohne Absender- und Adressatangaben.[1]

den 21. 9. 1936

Lieber Freund![2]

In Eile kurz folgendes: Hatte Samstag, den 19. d[iesen] M[onats] eine Besprechung mit Freunden der Konkurrenz /GAD/.[3] Sie war von ihnen selbst in Aktion gesetzt. Thema: Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit zwischen uns und ihnen. Ihre Bedingungen:[4] 1) Unabhängigkeit der Gew[erkschafts]-Arbeit von den pol[itischen] Parteien; 2) auf längere Sicht gesehen Angliederung unserer Gruppen an die Inlandsleitung der GAD; 3) Mitteilung darüber, von wo und wie hoch unsere Arbeit finanziert wird; 4) Verpflichtung dazu, daß Besprechungen in der GAD von uns, bezw. von mir, wenn erforderlich, vertraulich behandelt werden. Meine Antwort darauf: Zu eins: wir verfolgen das gleiche Ziel; zu zwei: das muß unser Arbeitsausschuß[5] erst nach Rücksprache mit den Freunden im Lande erneut regeln, da vorerst der Beschluß unserer Pariser Konferenz[6] aufrechterhalten wird, der Dezentralisation heißt; zu drei: wir informieren unseren Präsidenten[7] darüber, ansonsten würden wir ihrem Wunsch nur dann nähertreten, wenn Gegenseitigkeit garantiert wird; zu vier: Vertraulichkeit ist bei uns eine Selbstverständlichkeit. Diese Erklärung genügte vorerst und am kommenden Sonntag soll eine Konferenz von Gewerkschaftern unter Teilnahme von *Heinrich*,[8] *S.A. Hauser*,[9] *Sigismund*,[10] mir und verschiedenen anderen, die hier im Lande sind, stattfinden.[11]

Soviel zu Eurer Information für sofort. Ich bitte, wenn es möglich ist, mir sofort die geplanten Richtlinien[12] zu schicken, es wäre gut, wenn ich sie bis Sonntag hätte. In den nächsten Tagen folgt auch das Gewünschte /Rechnung/.[13] Persönlich geht's mir nun wieder wenigstens so, daß ich schon an Sitzungen teilnehmen kann. Ich hoffe, bald ganz auf dem Damm zu sein.

Recht herzliche Grüße allen dort
Hans [**Mugrauer**][14]

K[arl] *B[öchel]*[15] ersucht mich eben, Dich zu bitten, für den nächsten RS-Brief[16] einen Beitrag zu liefern. Er hat folgenden Plan, bzw. Vorschlag: Du sollst über die Gewerkschaftsfrage schreiben, ausgehend von den Gedanken, wie sie im Artikel der Soz[ialistischen] Tribüne über die Bergarb[eiter]-Arbeit[17] dargelegt sind. Wir brauchen die Arbeit in etwa vier Wochen. Der Artikel soll etwa vier Seiten des RS-Briefes füllen, das sind zirka zehn bis zwölf eng geschriebene Seiten Maschinenschrift. K[arl] *B[öchel]*. wollte vorher mit mir darüber reden, sonst hätte er Dir den Wunsch in seinem eigenen

1 Die Autorenschaft von Hans Mugrauer ergibt sich aus dem Kontext. Vgl. auch Dok. 98. Handschriftliche Notiz unter dem Postscript: »Unser Mitteilungsblatt erhalten, es ist wieder gut«. Mugrauer bezog sich auf die »Bergarbeiter-Mitteilungen«, hrsg. vom Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands, 1 (1936) – 4 (1939). Die erste Ausgabe erschien im Juli 1936. Vgl. auch Dok. 92. Für die weiteren Diskussionen innerhalb des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter sowie mit der ADG vgl. Dok. 97, 98, 101. Zu dem vorliegenden Dokument vgl. auch Peukert/Bajohr, S. 213 Anm. 1. Zu den Gruppen Revolutionäre Sozialisten Deutschlands und Neu Beginnen vgl. Foitzik, Zwischen den Fronten, insb. S. 148ff.

2 Das ist Franz Vogt. Der Adressat geht aus dem Postskript sowie aus der Korrespondenz zwischen Vogt, Mugrauer, Kirn und Knöchel im Zusammenhang der Verhandlungen des Arbeitsausschusses mit der ADG hervor.

3 Gemeint ist die ADG. Der Ort der Besprechung ist unklar, könnte aber Prag gewesen sein. Vgl. aber Anm. 11 sowie für weitere Besprechungen die Hinweise in Dok. 97 Anm. 51.

4 Zu den Bedingungen vgl. Dok. 98, 101 sowie allgemein Kap. II der Dokumente. Die folgende Numerierung wurde in der Vorlage handschriftlich eingefügt.

5 Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands. Vgl. auch die Angaben in Anm. 1.

6 Vgl. zur Konferenz der Bergarbeiter-Internationale am 3.–6.8. 1936 und der vorgegangenen »Pfingstkonferenz« 1936 mit der Gründung des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands Dok. 92.

7 Pierre Vigne.

8 Heinrich Schliestedt.

9 Siegfried Aufhäuser.

10 Handschriftlich eingefügt. Ob sich diese Notiz zur Erklärung auf »S.A.Hauser« (Siegfried Aufhäuser) oder auf eine weitere Person bezog, läßt sich nicht eindeutig klären. Eventuell: Siegmund Crummenerl (19.2.1892–22.5.1940), der dem Exil-Parteivorstand der Sopade in Prag angehörte, allerdings ein erklärter Gegner einer organisatorischen Zusammenarbeit der Sopade mit linkssozialistischen Gruppen und der KPD war.

11 Die anderen Teilnehmer konnten nicht eindeutig ermittelt werden. Eine Mitteilung der Sopade-Führung an ihren Grenzsekretär Helmut Hertel [d.i. Franz Bögler] in Trautenau vom 18.9.1936 nannte als Teilnehmer für eine geplante Konferenz über die illegale Gewerkschaftsarbeit im Bergbau Ende September 1936 in Prag neben Bögler und Schliestedt »einen Vertreter der Gewerkschaftskommission und einen Vertreter des hiesigen Bergarbeiterverbandes.« (AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 21). »Hier im Lande« meint die CSR. Zu anderen Gesprächspartnern des Arbeitsausschusses von Seiten der ADG vgl. die Hinweise zu Dok. 97 Anm. 51.

12 Vgl. Dok. 98, 102.

13 Vgl. wegen der Abrechnungen für die Bergarbeiter-Internationale die umfangreichen Briefwechsel z.B. zwischen Richard Kirn in der Forbacher Außenstelle und Franz Vogt in Amsterdam 1936/37 (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I).

14 Handschrift.

15 Karl Böchel (15.9.1884–28.2.1946), DMV, war ab 1913 Redakteur in Duisburg, ab 1918 in Chemnitz, Wortführer des linken Flügels der SPD in Sachsen, 1924–1933 Vorsitzender des SPD-Bezirks Chemnitz/Erzgebirge und Mitglied im Reichsparteiausschuß der SPD, 1925–1933 Stadtverordneter in Chemnitz, 1926–1933 Mitglied des Landtags in Sachsen (SPD), 24.4.1933 in den Parteivorstand der SPD gewählt, Flucht in die CSR, Gegner des Legalitätskurses der SPD, Aufbau illegaler sozialdemokratischer Gruppen in Sachsen, Unterstützung des Grenzsekretariats der Sopade in Karlsbad, ab August 1933 mit Siegfried Aufhäuser Vertreter des linken Flügels der Sopade in Prag, Mitgründer des Arbeitskreises Revolutionärer Sozialisten (RSD), Mitherausgeber der RS-Briefe, 30.1. 1935 mit Aufhäuser Ausschluß aus der Sopade, anschließend verstärkte Einheits- und Volksfrontpolitik, 1936 Mitglied Deutscher Volksfrontausschuß in Prag, Unterzeichner u.a. des Pariser Volksfrontaufrufs im Dezember 1936, nach dem Scheitern der Einheitspolitik und der revolutionär-sozialistischen Bemühungen politisch resigniert, Rückzug aus der Führung der RSD und Wiederannäherung der RSD an die Sopade, 1938 Emigration nach Oslo, 1939 schwere Erkrankung, nach Besetzung Norwegens untergetaucht, nach Befreiung Norwegens Rückkehr nach Oslo, in Norwegen 1946 verstorben.

16 RS-Briefe. Herausgegeben vom Arbeitskreis Revolutionärer Sozialisten, 1935–1937. Erscheinungsorte: Prag, Karlsbad, Paris. Vgl. Stroech, S. 234f. Der Artikel wurde nicht ermittelt.

17 Vgl. Martin Bergmann [d.i. Franz Vogt], Die Lage der deutschen Bergarbeiter, in: Sozialistische Tribüne. Beilage zur Sozialistischen Warte, 1. Jg., H. 3, August 1936. Der Artikel ist wiederabgedruckt in: Peukert/Bajohr, S. 133–153. Siehe dort zur Autorenschaft die Hinweise auf S. 213 Anm. 1. Vgl. zu dem Artikel auch Dok. 97 Anm. 43.

Brief[18] schon unterbreitet. Ich selbst würde Dich bitten, diese Arbeit zu übernehmen, wie ich überhaupt um Eure engere Mitarbeit bitte, auch was die Bereicherung unseres Monatsberichtes und der nun herausgebrachten Mitteilungen betrifft.[19]

Noch eine private Bitte: schreib im nächsten Brief einige nette Zeilen auch für unseren Freund *Karl*[20] aus unserer Heimatstadt, er ist ein wenig gekränkt, daß Du ihn nicht aufgesucht hast, als Du hier warst, und die Briefe, die wir wechseln, eignen sich schlecht dafür, sie ihn lesen zu lassen.

Hans [Mugrauer][21]

DOKUMENT 96

19. 10. 1936: Franz Vogt und Wilhelm Knöchel, Amsterdam, berichten Richard Kirn, Forbach/Frankreich, über Stand und Vorgehensweisen bei der illegalen Arbeit

BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/ I, Bl. 30–31. Maschinenschriftliche Abschrift. Überschrift: »An Richard [Kirn]«. In der Vorlage unterstrichen. Ohne Absender- und Adressatangaben.[1]

19.10.1936

Lieber Freund!

Nach dem Bericht *Alfr[eds]*[2] über die Lage in Eurem Gebiet[3] halten wir es für notwendig, Euch noch einmal die nächsten Schritte zur Weiterentwicklung der Bewegung für höhere Löhne schriftlich zu übermitteln.[4]

Gerade Eure Erfahrungen zeigen, daß die legale Vertretung der Arbeiterinteressen, die zur Zeit einzig mögliche ist, und die es auch am erfolgreichsten gestattet, den unteren Funktionärstamm der DAF in die Bewegungen einzubeziehen.[5] Diese Linie müssen

18 Der Brief konnte nicht ermittelt werden.
19 Vgl. zu den Bergarbeiter-Mitteilungen Anm. 1.
20 Karl Becker. Vgl. Dok. 92 Anm. 1.
21 Handschrift.
1 Unter dem Dokument Stempel der Gestapo Saarbrücken und Vermerk zur Abschrift von der Sachbearbeiterin. Zu den Anschriften von Absendern und Adressat sowie zur Information der Gestapo über den Briefwechsel vgl. die Angaben in Dok. 92 Anm. 1, 93 Anm. 1, 94. Zur illegalen Arbeit des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter vgl. auch die vorausgegangenen intensiven Briefwechsel zwischen Kirn in Forbach und Vogt und Knöchel in Amsterdam, insbesondere den Brief von F[ranz Vogt und] A[lfred], an Lieber Freund Richard [Kirn], vom 23.9. 1936 (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 27).
2 Alfred bzw. Alfred Schroeder war der Deckname von Wilhelm Knöchel. Knöchel war Anfang Oktober 1936 in Forbach und wollte durch Vermittlung von Kirn »mit den Luxemburger Freunden, die gewerkschaftliche Arbeit machen«, in Kontakt treten. Gemeint waren Heinrich Imbusch, Fritz Kuhnen, Paul Hoffmann und Max Bock. F[ranz Vogt und] A[lfred], an Lieber Freund Richard [Kirn], vom 23.9.1936 (Anm. 1); dass., vom 2.10.1936 (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 29).
3 D.h. das von der Grenzstelle in Forbach betreute Saarrevier.
4 In der folgenden Aufzählung fehlt die Angabe »1.«. Zur vorangegangenen Information vgl. die laufenden Briefwechsel, insbesondere das erwähnte Schreiben vom 23.9.1936 (Anm. 1).
5 Kirn hatte diese Ansicht zur Zufriedenheit der der KPD angehörenden oder nahestehenden Teilnehmer auf der Konferenz 1936 bereits vehement vertreten. Vgl. Dok. 92, insb. Anm. 1.

wir noch stärker wie bisher weiterentwickeln.[6] Dabei ist es notwendig, sich auf die früheren Versprechen der Faschisten zu berufen [und] den Lohn und Manteltarif, Arbeitsgerichtsurteile, das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit auszunutzen. Wir haben Euch ja schon einige geeignete Materialien zugeschickt.[7]

Das Besondere der Lage in Eurem Gebiet liegt darin, daß die Arbeiter im Verlaufe des letzten Jahres alles das schlucken mußten, was im übrigen Reich seit 3 Jahren durchgeführt wurde.[8] Die Verschlechterungen wurden also noch viel spürbarer wie im Reich. Die Unzufriedenheit mußte besonders bei den Bergarbeitern schneller anwachsen. Die Faschisten konnten und können dieser sich immer mehr verbreitenden Unzufriedenheit nur begegnen, wenn sie den Terror paaren mit einer raffinierten und beschleunigten Differenzierung in der Arbeiterschaft, selbst bei gleichzeitiger Anwendung einer geschickten Demagogie.[9]

Dieser Differenzierung dient das bei Euch eingeführte Gruppengedinge, das in dieser Art noch in keinem anderen Bergbaugebiet angewandt wird.[10] Eure Berichte zeigen, daß diese Gedingeregelung[en] auf den stärksten Widerstand der Arbeiter stoßen.[11] Deshalb ist unserer Meinung nach der Kampf gegen das Gruppengedinge für Euch der Ausgangspunkt für die Beeinflussung der Bewegung im Lande. Um die Diskussion und den Widerstand gegen das Gruppengedinge zu verbreitern, schlagen wir Euch vor, den Abschnitt der bestehenden Tarifordnung den Arbeitern in geeigneter Form bekanntzugeben, in dem die Gedingeregelung festgehalten ist und in dem es u.a. heißt:[12]

6 In dem erwähnten Schreiben von Vogt und Knöchel an Kirn vom 23.9.1936 (Anm. 1) heißt es: » Bewegt sich unsere gewerkschaftliche Arbeit noch zu sehr in engem illegalen Rahmen. Obwohl gerade die gewerkschaftliche Arbeit viel bessere Möglichkeiten hat, wie irgend eine andere antifaschistische parteipolitische Bewegung. Das ist eine allgemeine Schwäche unserer Arbeit. Auch aus Euren Berichten ersehen wir, genau wie aus den übrigen Revieren, daß unsere Freunde im Lande es noch nicht genügend verstehen, für die Forderungen der Arbeiter legale Begründungen zu finden.«
7 Vgl. z.B. die u.a. auf den Berichten von Kirn fußenden Artikel in der Zeitschrift des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter, den »Bergarbeiter-Mitteilungen«, z.B. Nr. 1–3, Juli bis September 1936, sowie die Sondernummer vom September 1936 über »Die Lohnverhältnisse im deutschen Steinkohlenbergbau«. Vogt hatte Kirn am 22.9.1936 die Sondernummer angekündigt, in dem die offiziellen Angaben des Reichsarbeitsblattes ausgewertet wurden, aber Angaben zum Saargebiet fehlten. Kirn antwortete am 28.8.1936, daß er einen Artikel über das »Lohnproblem im Bergbau« im Verbandsorgan des lothringischen Bergarbeiterverbandes, dem »Travailleur du Sous-Sol«, veröffentlichen werde und sich um den Abdruck in »einer Reihe deutschsprachiger Zeitungen« bemühe.
8 D.h. nach dem Anschluß des Saargebiets an das Deutsche Reich am 1.3.1935.
9 Vgl. auch die erwähnte Einschätzung von Vogt und Knöchel in dem Schreiben an Kirn vom 23.9. 1936 (Anm. 6). Dort hieß es weiter: »Wir glauben, daß wir auch der faschistischen Ideologie, ihrer Agitation und Propaganda nicht genügend begegnen können, weil wir noch viel zu wenig wissen, was denn eigentlich noch auf die Bevölkerung wirkt. In unserem Falle also steht die Frage, was sehen zurückgebliebene Schichten der Bergarbeiter noch positiv am Faschismus. Wir meinen also damit, welche Maßnahmen der Faschisten tragen bei zu einer Differenzierung unter den Arbeitern. Im Ruhrgebiet haben wir solche Beobachtungen gemacht, daß Siedlungswohnungen beispielsweise oder Madeirafahrten doch noch eine bestimmte Auswirkung auf die betreffenden Arbeiter haben. Oder wenn wir z.B. an die vorjährige Feierschichtenkampagne denken, müssen wir sagen, daß es dem Faschismus damit gelungen ist, die große Erregung über das niedrige Einkommen zurückzudämmen.«
10 Zu den Entlohnungsformen im Bergbau vgl. Bergarbeiter-Mitteilungen, Sondernummer, September 1936, sowie ebd., Nr. 4, Oktober 1936, S. 1. Danach wurden die Kameradschaften in Gruppen aufgeteilt, das Gedinge nach dem abbaugünstigsten Stück berechnet und unabhängig von den unterschiedlichen Abbauverhältnissen für alle Gruppen gleich festgesetzt. Vgl. auch allgemein Wisotzky, Ruhrbergbau, S. 167 ff.
11 Vgl. auch zu anderen Revieren, z.B.: »Die Kehrmedallie des Drinbleibens!«, in: Bergarbeiter-Mitteilungen, 2. Jg., Nr. 2, Februar 1937, S. 3. Diese Ablehnung war auch in späteren Jahren zu beobachten. Vgl. die zitierten Stellungnahmen aus Anfang der 1950er Jahre bei Wisotzky, Ruhrbergbau, S. 168.
12 Der folgende Absatz ist in der Vorlage eingerückt.

»Das Gedinge wird in den Betriebspunkten, in denen bis zu 5 Hauer arbeiten, zwischen Steiger und Partiemann schriftlich vereinbart. Sind über 5 bis 10 Hauer beschäftigt, muß ein zweiter, von 10 bis 15 Hauern ein dritter Hauer seine Unterschrift unter dem Gedingezettel leisten.«

Es ist auch nützlich, diesen Abschnitt den Blockobleuten, Zellenobleuten, Vertrauensräten usw. zu übermitteln. Auch in der neuen Bergarbeiterzeitung[13] solltet Ihr dieses Problem in den Mittelpunkt der Betrachtungen über die Lohnverhältnisse im Saarbergbau stellen.[14] Die Berufung auf diesen Teil der Tarifordnung ermöglicht ein ganz legales Auftreten der Kameradschaften gegen willkürliches Gedingediktat vom Fahrsteiger oder Betriebsführer; und erschwert den Verwaltungen das Ausspielen einer Arbeitergruppe gegen die andere innerhalb ein und derselben Kameradschaft.[15]

2. Darüber hinaus solltet Ihr mit der Zusammenstellung des Materials über die Lohnverhältnisse im Saarbergbau ebenfalls ausgehen von den früheren Versprechungen der Faschisten und belegt mit konkreten Angaben aus den Gruben beginnen und dasselbe nach Fertigstellung an die DAF oder Gauleitung der Reichsbetriebsgruppe senden. Die Übergabe dieser Beschwerdeschrift durch Funktionäre der DAF oder NSBO wäre für das kollektive organisierte Auftreten äußerst wertvoll. Wenn das nicht gelingt, solltet Ihr die Denkschrift ohne Unterschrift an die betreffenden Stellen weiterleiten, mit der Begründung, daß die Furcht vor Entlassungen und sonstigen willkürlichen Maßnahmen der Unternehmer die Ursache des Verschweigens der Namen sind.[16]

13 Die »Bergarbeiter-Zeitung« war als illegale Zeitung für die Information der Bergarbeiter in Deutschland vom neu gebildeten Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter auf der Gründungskonferenz zu Pfingsten 1936 beschlossen worden, erschien jedoch erstmals im Juli 1937. Vgl. aber Dok. 92 zur Zeitung »Der Saarbergmann«, in der diese Themen aufgegriffen wurden. »Der Saarbergmann« erschien unregelmäßig seit Anfang 1937.

14 Unabhängig hiervon wurden Gestapo-Stellen wiederholt als Rundschreiben der DAF getarnte Informationsschriften übermittelt, z.B. in Bochum an Vertrauensräte einzelner Zechen verteilte, angebliche Rundschreiben der DAF-Reichsbetriebsgemeinschaft Bergbau am 27.11.1936. Gestapa Berlin/II A 2 (Sattler), Betr. Illegaler Deutscher Bergarbeiter-Verband, vom 4.1.1937, S.3 (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 297, Bl. 55–79).

15 Vgl. auch »Weiter im Kampf um den höheren Lohn!«, in: Bergarbeiter-Mitteilungen, 2. Jg., Nr. 1, Januar 1937, S. 1 f. Danach verschlechterten die am 1.1.1937 geltenden Richtlinien des Treuhänders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Westfalen die Mitsprachemöglichkeit der Hauer. Vgl. hierzu und zu den Auseinandersetzungen zwischen Unternehmern und DAF um die Regelung des Gedingeabschlusses und die Beteiligung der Kameradschaften im Ruhrbergbau 1936/37 ausführlich Wisotzky, Ruhrbergbau, S. 170ff.

16 Eine solche, der DAF tatsächlich speziell zugestellte Denkschrift, die auch noch Eingang in die Politik der DAF fand, wurde nicht ermittelt. Angefertigt wurden von Kirn allerdings als DAF-Schriften getarnte Publikationen, so z.B. ein »Merkblatt der deutschen Sozialversicherung«, in dem über die Entwicklung der deutschen Sozialversicherung nach der Angliederung des Saargebiets an das Deutsche Reich informiert wurde und das als Herausgeber die DAF-Reichsbetriebsgemeinschaft Bergbau nannte. Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof, Anklageschrift gegen Richard Kirn, vom 16.2.1943 (Nr. 7 J 465/42g), S. 6 f.; Urteil des Volksgerichtshofes, vom 12.4.1943 (Nr. 7 J 465/42g // 2 H 31/43), S. 8 f. (Widerstand als Hochverrat, Microfiche-Ausgabe). Als dagegen die DAF alte Gewerkschaftsforderungen bei den Gedingeverhandlungen 1936 in der DAF-Denkschrift »Gedingefrage im Bergbau« vom Juni 1936 übernahm, wurde dies von den Bergbauunternehmern umgehend entdeckt. Hierzu s. Wisotzky, Ruhrbergbau, S. 170f. Hinweise auf Tarnschriften nach dem Saargebiet s. bei Paul/ Mallmann, Milieus, S. 271.
Zu Broschüren, die als offizielle NS-Schriften aufgemacht waren, vgl. auch zum Bereich der Arbeitsverfassung Dok. 97 Anm. 35. Andere Flugblätter waren direkt an DAF-Funktionäre adressiert und wiesen auf die Verschlechterungen gegenüber den Arbeitsbedingungen und den Kompetenzen der Gewerkschaften vor 1933 hin. Vgl. z.B. »An die Kreisverwaltung der Deutschen Arbeitsfront, Erklärung. Im Namen Zehntausender Gewerkschafter, Deutschland Winter 1935/6«. Das Flugblatt wurde nach Angaben der KPD von Gerhard Kreyssig erarbeitet, vom IGB zur Verteilung für Westdeutschland herausgegeben. (BA, SAPMO, ZPA, I 2/708/55, Bl. 4–5).

3. Bei der Auswertung der »Sondernummer«[17] und der von Euch selbst zusammengestellten Materialien solltet Ihr neben der Veröffentlichung in den Grenzzeitungen[18] Gewicht auf den Abdruck bei solchen Zeitungen legen, die noch legal ins Land gehen.[19]

4. Die westdeutschen Zeitungen veröffentlichen laufend die Spenden für das Winterhilfswerk. Bisher erscheint in der Spendenliste noch kein großer Bergwerkskonzern. Auch [Emil] *Kirdorf*[20], der Ehrenpräsident des vor kurzem in Saarbrücken unter Beisein von [Hjalmar] *Schacht*[21] gegründeten »Bergmannsvereines«, fehlt bisher in der Liste. Aber es wird großspurig bekannt gegeben, daß die NSDAP-Reichstagsfraktion 20.000 Mark gestiftet hat. Also im Durchschnitt rund 40,– Mark pro Mann. Diese Tatsache sollten wir im Lande bekanntgeben mit dem Hinweis, wer diese Reichstagsabgeordneten eigentlich sind, und über welche Einkommen sie verfügen. Gleichzeitig müssen wir sagen, was muß der Bergmann für die Winterhilfe zahlen und was zahlen die großen industriellen Reichstagsabgeordneten. Die Saar ist mit 5 Abgeordneten im Reichstag vertreten, einer davon ist [Hermann] *Röchling*.[22] An der Ruhr sind es die *Krupp*[23] und *Kirdorf*.

Mit solchen Gegenüberstellungen können wir die Volksgemeinschaftsideologie enthüllen und die Forderungen erheben:

»Die Konzerne und Trusts, die Grubenkönige sollen für die Winterhilfe zahlen.« Dabei könnt Ihr auch solche Tatsachen ausnutzen: die Leiter der Reichsbetriebs-

17 Bergarbeiter-Mitteilungen, Sondernummer »Die Lohnverhältnisse im deutschen Steinkohlenbergbau«, September 1936.

18 Die Informationen erhielten Kirn und die Forbacher Grenzstelle des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter von Grenzgängern zwischen Saargebiet und lothringischen Zechen. Gemeint sind u.a. die Zeitungen der lothringischen Bergarbeitergewerkschaft »Travaillieur du Sous-Sol« und »Der Kumpel«. Kirn war Angestellter dieser Gewerkschaft. Vgl. ferner die Zeitung: Saararbeiter. Interessenorgan der Arbeiter von Schacht und Hütte (IISG, Saarcollection, Nr. 17); sowie die Zeitschriften der Saarvolksfront »Freiheit-Korrespondenz« und »Gewerkschaftsdienst der Freiheits-Korrespondenz«. Hierzu s. Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof, Anklageschrift gegen Richard Kirn (Anm. 16), S. 5; sowie: Paul, Max Braun, S. 113–116; Paul/Mallmann, Milieus, S. 271ff. In der Folge kam es zeitweise zu Unstimmigkeiten zwischen Kirn und Vogt/Knöchel, da Kirn seine Artikel parallel anbot und Berichte über den deutschen Bergbau früher z.B. in der Freiheit-Korrespondenz als in den Bergarbeiter-Mitteilungen veröffentlicht wurden. Vgl. u.a. die Bitte von F.A. (d.i. Vogt/Knöchel), an Richard [Kirn], vom 6.12.1936 (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 35). Vgl. auch Dok. 110.

19 Solche Artikel wurden nicht ermittelt.

20 Emil Kirdorf (8.4.1847–13.7.1937) war Gründer und Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerks AG und gehörte zu den frühen finanziellen Förderern der NSDAP.

21 Hjalmar Schacht (22.1.1877–3.6.1970) war 1916–1923 Direktor der Darmstädter und Nationalbank, 1923 Reichswährungskommissar, 1924–1930 Reichsbankpräsident, 1930 Rücktritt, 1930–1932 Unterstützung der Harzburger Front und Befürworter einer von Hitler geführten Reichsregierung, 1933–1939 erneut Reichsbankpräsident, 1934–1937 zugleich Reichswirtschaftsminister, 1937 Rücktritt, 1937–1944 Reichsminister ohne Geschäftsbereich (seit 1943 amtsenthoben), 1944/45 vom NS-Regime inhaftiert, 1946 im Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher freigesprochen, anschließend noch bis 1948 in Haft, seit 1953 Privatbankier in Düsseldorf.

22 Hermann Röchling (12.11.1872–24.8.1955) war Eigner und Leiter der Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke GmbH, Wehrwirtschaftsführer, Leiter der Bezirksgruppe Saar-Pfalz der Reichsgruppe Industrie und der Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie, zahlreiche Aufsichtsratsmandate, nach 1945 vorübergehend inhaftiert.

23 Gemeint ist stellvertretend Gustav Krupp von Bohlen und Halbach (7.8.1870–16.1.1950), der 1909–1943 Aufsichtsrat bzw. Aufsichtsratsvorsitzender der Fried. Krupp AG war, außerdem bis 1933 Preußischer Staatsrat, 1931–1934 Vorsitzender des Reichsverbands bzw. Reichsstands der Deutschen Industrie, Vorsitzender des Kuratoriums Adolf-Hitler-Spende der Deutschen Industrie, 1937 Wehrwirtschaftsführer.

gruppe Bergbau, [Albert] *Padberg*[24] und [Ernst] *Stein*[25], beziehen nicht nur Reichstagsdiäten, sondern auch Gehälter als Reichsbetriebsgemeinschaftsleiter bzw. Gauleiter, als Mitglieder der Arbeitskammer Westfalen-Lippe und als Mitglieder der Reichswirtschaftskammer.

Ihr habt noch stärker wie wo anders unter den Feierschichten zu leiden. Wir halten es für nützlich, daß Ihr im Zusammenhang mit der Winterhilfe die vorjährige Feierschichtenkampagne im Ruhrgebiet im Lande stellt und die Diskussion in der Richtung entfaltet: Auch wir an der Saar brauchen diese Feierschichtengutscheine. Wir werden Euch die Ausführungsbestimmungen zu dem Feierschichtenausgleich im Ruhrgebiet senden, Ihr könnt manches ausnutzen.[26]

5. Als *Alfr[ed]*[27] bei Euch war, gelang es nicht, gemeinsam mit Euch mit den Gewerkschaftlern anderer Berufe über all diese Fragen zu sprechen.[28] Ihr habt einige Verbindungen zu diesen Freunden, die für Euer Gebiet in Frage kommen.[29] Vor allem kommt es dort darauf an, mit dem Luxemburgerkreis in engeren Kontakt zu kommen.[30] *Alfr[ed]*[31] war nun dort und hat festgestellt, daß von [Max] *Bo[ck]*[32] und [Fritz] *Do[bisch]* die Verbindung und die Zusammenarbeit mit Euch gewünscht wird.[33] Es wurde eine neue Zusammenkunft mit Euch für Ende der nächsten Woche vereinbart.

24 Albert Padberg (geb. 18.1.1900) war seit 1935 Leiter der Reichsbetriebsgemeinschaft Bergbau bzw. des DAF-Fachamtes Bergbau (Sitz Bochum).

25 Ernst Stein (26.4.1906–1943) war 1920–1931 kaufmännischer Angestellter, Gauredner der NSDAP, 1931 Gaubetriebszellenleiter Westfalen-Süd, 1933 Stadtverordneter und Mitglied des Provinziallandtages Westfalen, ab November 1933 MdR, 1933–1935 Leiter der Reichsbetriebsgemeinschaft Bergbau in der DAF, 1935 Leiter der Arbeitskammer Westfalen-Lippe, 1935–1942 Provinzialrat, Amtsleiter in der Reichsorganisationsleitung der NSDAP.

26 Vgl. Angaben oben Anm. 9 und 15.

27 D.i. Wilhelm Knöchel.

28 Knöchel hatte nach Angaben von Vogt bereits auf der Pariser Konferenz Pfingsten 1936 mit Kirn über diese Kontaktaufnahme gesprochen. Ende September 1936 schlug Kirn den 11.10.1936 als Besuchstermin für Knöchel in Forbach vor. Vogt bestätigte indirekt diesen Termin am 2.10.1936. F.A. [d.i. Vogt/Knöchel], an Lieber Richard [Kirn], vom 22.9.1936; Kirn, an Francois van Dahm [d.i. Franz Vogt], vom 28.9.1936; F.A. [d.i. Vogt/ Knöchel], an Lieber Richard [Kirn], vom 2.10.1936 (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 26–29). Vgl. zu den Besuchswünschen von Knöchel die Angaben in Anm. 2.

29 Kirn versuchte im Juni/Juli 1936 erfolglos einzelne christliche Gewerkschafter zu gewinnen. Vgl. Dok. 93, 94. Vgl. außerdem die Forbacher Kontakte von Kirn zur Saar-Volksfront sowie die laufende Diskussion um das Verhältnis zur ADG und den Koordinations-Ausschuß deutscher Gewerkschafter in Frankreich, der sich am 20.3.1937 konstituierte. Vgl. hierzu Dok. 112, 149–151. Zur Saarvolksfront s. Paul, Max Braun, S. 161ff.; Paul/Mallmann, Milieus, S. 275ff., insb. S. 284–286.

30 Vgl. die Angaben in Anm. 2.

31 Wie Anm. 27.

32 Max Bock (31.12.1888–20.8.1953) war 1919–1921 Gewerkschaftssekretär des DMV in Eisenach, Besuch der Akademie der Arbeit in Frankfurt/M., 1921/22 Gewerkschaftssekretär in Herborn, 1922–1928 in Saarbrücken, Mitglied im Landesvorstand der SPD im Saargebiet, 1928–1933 Gewerkschaftssekretär in Frankfurt/M. und Saargebiet, 1933 entlassen, Rückkehr ins Saargebiet, 1933–1935 Unterstützung der Status-Quo-Befürworter, Februar 1935 Flucht nach Luxemburg, Kooperation mit Schliestedt/ADG, Organisation des Landesverbands der ADG, nach der deutschen Besetzung von Luxemburg am 1.6.1940 Festnahme, am 1.7.1941 vom Oberlandesgericht Hamm zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt (Anklageschrift und Urteil Nr. 5 O.Js. 66/41, in: HStA Düsseldorf, RW 58, Nr. 27701, Bl. 83–95), anschließend bis 1945 in den KZ Buchenwald und Neuengamme inhaftiert, am 22./23.6.1945 auf der 1. Landeskonferenz der IG Metall Hessen zum 1. Landesvorsitzenden gewählt, 1950–1953 Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand der IG Metall, 1950–1953 Mitglied des Hessischen Landtags (SPD).

33 Der Hintergrund waren die Vorbereitungen für eine Konferenz in Metz im Februar 1937, die die Einrichtung eines »Arbeitsausschusses zur Bildung der Volksfront im Saargebiet« beschloß. Vgl. auch die Angaben in Anm. 29.

Es wird gut sein, wenn Du, Richard [*Kirn*], dich sofort mit [Max] *Bo[ck]* in Verbindung setzt und Zeit und Ort der Zusammenkunft vereinbarst.[34]

Es wird Euch verständlich sein, daß diese kurz umrissenen Aufgaben nur gelöst werden können durch eine wirklich kollektive Arbeitsmethode innerhalb des Kreises unserer Freunde.[35] Ihr habt damals gemeinsam mit *Charles*[36] eine sehr gute Arbeitsteilung vorgenommen und beschlossen, alle Fragen gemeinsam zu beraten. Das war zweifellos ein guter Schritt, den Ihr in aller Konsequenz fortsetzen solltet. Nur durch eine solche Regelung, wie Ihr sie getroffen habt, sehen wir die Gewähr, daß wir die begonnene Arbeit weiterentwickeln können. Wir hoffen, daß Ihr die noch hier und da auftretenden Mängel bei der Förderung einer kollektiven Arbeitsweise bald restlos beseitigen werdet.

Mit besten Grüßen
Franz [Vogt] u[nd] Alfred[37]

Sagt doch [Wilhelm] *Hansm[ann]*[38] bitte, daß wir seinen Brief erwarten.

DOKUMENT 97

Mitte November 1936: Bericht über die illegalen Bergarbeiteraktivitäten im Ruhrgebiet

BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/331, Bl. 299–305. Maschinenschrift. Ohne Unterschrift und Verfasserangabe. Ohne Adressatangabe. Im Original verschlüsselt.[1]

Mitte November 1936

Westdeutscher Bergbau-Bericht

A. Bergleute und Vierjahresplan

Die Kohle ist der einzige Rohstoff, in dem Deutschland heute schon vom Ausland unabhängig ist. Die Kohle gibt auch noch eine Menge von Nebenprodukten. Es ist

34 Ob und wann diese Besprechung stattfand, wurde nicht ermittelt. Allzu eng kann der Kontakt nicht gewesen sein, da die Amsterdamer Leitung des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter noch Anfang Dezember 1936 wiederholt bei Kirn um die Anschriften von Dobisch, Bock, Heinrich Becker, Hermann Petri, Wilhelm Hansmann bat. F.A. [d.i. Vogt/Knöchel], an Lieber Richard [Kirn], vom 28.11.1936; dass., vom 6.12.1936; [Kirn], an Franz van Dahm [d.i. Franz Vogt], vom 2.12.1936 (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 33–35).

35 Gemeint ist der Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands. Zur kollektiven Arbeitsweise vgl. Dok. 92, die Erklärung des Arbeitsausschusses gegenüber der ADG im Februar 1937 (Dok. 102) und den Briefwechsel zwischen Vogt und Kirn im März 1937 (Dok. 104–106).

36 Diese Person konnte nicht identifiziert werden. Gemeint ist möglicherweise August Weisheit, dessen Deckname Charles war. Weisheit war Mitglied der PCF und gehörte zu den Gründungsmitgliedern des Koordinationsausschusses deutscher Gewerkschafter in Frankreich im März 1937. Auf welche Verabredung Vogt und Knöchel anspielen, wurde nicht eindeutig ermittelt. Vgl. aber die Briefwechsel von Vogt und Kirn im März 1937 (Dok. 105, 106). Zu Weisheit vgl. auch Peukert/Bajohr, S. 129.

37 Vgl. Anm. 1.

38 Wilhelm Hansmann (29.10.1886–27.10.1963) war 1919–1931 Landrat in Hoerde und Ennepe-Ruhr-Kreis, 1928–1933 Mitglied des Preußischen Landtags (SPD), März 1933 Mißhandlungen durch SA, Flucht ins Saargebiet, Februar 1935 Flucht nach Frankreich, 1.9.1939 Internierung, Flucht in den nicht besetzten Süden Frankreichs, illegaler Aufenthalt, 17./18.10.1942 Flucht in die Schweiz, 28.10.1945 Rückkehr nach Deutschland, 1945–1963 kommunalpolitisch in Dortmund aktiv, dort Februar 1946 Oberbürgermeister, April 1946-Dezember 1954 Oberstadtdirektor.

1 Handschriftliche Notiz der Nummer des Codes: »1729« im Dokumentkopf und am Anfang jeder Seite des Berichts. Der Code befindet sich im Archiv als Bl. 299–300 in der Anlage des Berichts. Die

deshalb nicht verwunderlich, daß die Faschisten den Bergbau in den Mittelpunkt ihres neuen Vierjahresplanes stellen. Bedeutung und Auswirkung (s. beigefügtes Material)[2] des Vierjahresplanes werden in den westdeutschen Kohlerevieren sehr stark unterschätzt. Die vorherrschende Meinung der Bergleute über den Vierjahresplan kommt in der immer wiederkehrenden Äußerung: »Die Durchführung ist unmöglich« zum Ausdruck. Man macht allgemein den Plan und die dem Bergbau gestellten Aufgaben lächerlich. Diese Einstellungen, vor allem zum Treibstoffproblem, basieren darauf, daß die Kumpels die bisher noch äußerst kleinen Anlagen zur Schwefelung, Hydrierung und Kohlenverflüssigung in den verschiedensten Arten kennen. Der Bergmann weiß, welche Riesenanlagen dazugehören, um eine solche Menge Treibstoffe künstlich herzustellen, wie sie Deutschland braucht.

»In 4 Jahren sieht es ganz anders aus«, ist eine andere auch weit verbreitete Meinung. Sie stützt sich auf die Annahme, daß der Krieg sehr nahe bevorsteht und die Faschisten gar nicht mehr dazu kommen, die notwendigen Riesenanlagen zu bauen. Zum anderen glaubt man nicht, daß sich das System noch lange halten kann, weil die Unzufriedenheit ständig und sehr rasch wächst. Der Mann aus 1 [Bochum] bezeichnet sogar schon die Verhaftungen in letzter Zeit und die gleichzeitige Entlassung früherer Verhafteter als einen Ausdruck der Nervosität der Faschisten. Die Schlußfolgerungen, die wir aus dieser kurz umrissenen Einstellung der Bergarbeiter zu ziehen haben, ist die, Material über die Auswirkung des Planes auf die Lebensverhältnisse der Arbeiter ins Land zu geben. Wir wollen deshalb unser Material noch mehr nach der Lage in den einzelnen Bergarbeiterrevieren konkretisieren und es in einem Traktätchen für alle Reviere drucken lassen.

[B.] Unfallverhütung und Arbeitsschutzwalter[3]

Die R[eichs-]B[etriebs-]G[emeinschaft] Bergbau führte in der Zeit vom 10. bis 15. November 1936 eine Unfallverhütungswoche durch. Eingeleitet wurde dieselbe durch eine Kundgebung in Dortmund am 7.11., wo [Robert] *Ley* eine äußerst demagogische Rede hielt. In beiliegendem Flugblatt gehen wir auf diese Rede ein.[4] Während der Unfallverhütungswoche wurde ein Preisausschreiben durchgeführt. Alle im Bergbau Beschäftigten und Beteiligten sollten Vorschläge zur Unfallverhütung machen. Von 2 [Scholven u. Bottrop 1 u. 2[5]] wissen wir, daß die Kumpels eine ganze Anzahl mündlicher und auch schriftlicher Vorschläge beim Vertrauensrat abgaben. Sie waren meistens auf die Gedingeregelung abgestellt. Als Preise gab *Ley* einige hundert Kraft-durch-Freude-Fahrten. Die Ruhrknappschaft gab 10.000 Mark, die Saarknappschaft 6.000 Mark, die als Taschengeld für diese Reisen gezahlt werden sollen. Bisher ist die Preiszuteilung noch nicht bekannt.

Angaben des Codes wurden im Dokument nach der Code-Ziffer in []-Klammern ergänzt. Als Verfasser des Berichts kommt aufgrund der Formulierungen in den Abschnitten E. und F., insbesondere zu Anm. 70, ein Vertreter der KPD aus dem engen Umfeld des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter in Frage, vermutlich: Wilhelm Knöchel.
In der Vorlage sind die Überschriften unterstrichen.

2 Nicht vorhanden.

3 Dies waren besondere Betriebsfunktionäre der DAF. Vgl. Wisotzky, Ruhrbergbau, S. 188, der diesen Funktionären nur ein »Schattendasein« attestiert.

4 Vgl. »An die deutschen Bergarbeiter! Kameraden!«, ohne Datumsangabe (IISG, Saarcollection, Nr. 18). Die DAF-Kampagne zur Unfallverhütung dauerte vom 10.–17.11.1936. Vgl. Wisotzky, Ruhrbergbau, S. 186.

5 Gemeint sind die Zeche Scholven in Gelsenkirchen-Buer, im Besitz der Hibernia AG Bergwerksgesellschaft, und die Zeche Prosper I/II in Bottrop, im Besitz der Rheinischen Stahlwerke AG.

Im Gegensatz zu der Unfallverhütungswoche bei Eisen und Metall[6], die ja noch nicht abgeschlossen ist, hatte die Unfallverhütungskampagne im Bergbau insofern ein praktisches Ergebnis, daß nunmehr in allen Bergbaubetrieben Arbeitsschutzwalter eingesetzt werden sollen.[7] Bisher waren solche Arbeitsschutzwalter, die jetzt der R[eichs-]B[etriebs-]G[emeinschaft] Bergbau verantwortlich sind, nur auf den Zechen der Harpener Bergwerksgesellschaft. Auf den übrigen westdeutschen Zechen und in den übrigen Revieren gab es seither diese Arbeitsschutzwalter nicht. Bei Harpen selbst waren sie auch nicht von allzu großer Bedeutung. Die Unterschiede zwischen den früheren Arbeitsschutzwaltern bei Harpen und den jetzt einzusetzenden sind die:

1. Bei Harpen waren es bestimmte Vertrauensmänner, die in ihrer Eigenschaft das Amt des Arbeitsschutzwalters führten. Das Amt des Arbeitsschutzwalters war also ein inoffizielles. Heute sollen in allen Betrieben solche Arbeitsschutzwalter bestellt werden. Die Bestellung ist nicht abhängig von der Mitgliedschaft im Vertrauensrat. Die jetzige Bestellung kommt einer Erweiterung des Vertrauensrates gleich.

Das geht deutlich aus dem Aufgabengebiet, wie es [Albert] *Padberg* darstellte, hervor. Das wichtigste dabei ist, daß der Arbeitsschutzwalter auch dann Befahrungsrecht hat, wenn er nicht Mitglied des Vertrauensrates ist. Er wird auch zu den Sitzungen hinzugezogen und soll vor allem für die Kranken- und Erholungsfürsorge und für die Jugend verantwortlich sein. Sein Aufgabenkreis erstreckt sich mithin über alles, was den Kumpel besorgt. Er wird im Bergbau mit dem Vertrauensmann zu einem der wichtigsten Funktionäre der DAF werden.[8]

C. Verbindungen zu 4 [Ruhr] und 5 [Wurm][9]

Bei und nach der Pariser-Konferenz[10] gab es fast keine von der Partei unabhängige Verbindungen. Auch heute noch sind die Verbindungen zahlenmäßig und auch ideologisch noch schwach. Es sind durchweg ältere Gewerkschaftler, die während der ganzen Zeit der Illegalität nicht oder kaum etwas von illegaler Arbeit gesehen haben. Es sind meist solche Leute, die bisher nicht verhaftet waren und deshalb ziemlich unbelastet sind. Ihr Beobachtungsvermögen und ihre Berichte sind noch sehr allgemein und mangelhaft. Aber ihre frühere Mitgliedschaft im Verband, ihre gewerkschaftliche Schulung, hilft ihnen doch sehr schnell über die größten Schwierigkeiten hinweg. Sie haben ausgedehnte Personenkenntnisse und haben im Lande selbst noch wertvolle freundschaftliche Verbindungen. Die Aktivierung dieser Leute wird es uns im Laufe der Zeit ermöglichen, ein gutes Netz von gewerkschaftlichen Vertrauensmännern auf den Gruben zu schaffen. Am besten entwickelt sich die Sache im südlichen Gebiet. Begonnen wurde hier mit einem früheren Zahlstellenleiter des BAV.[11] Er war zweimal hier draußen und stellte Verbindungen nach 6 [Kaiserstuhl[12]] und 7 [Hardenberg[13]] her. Diese Verbindungen wurden jetzt von ihm gelöst. Der frühere Zahlstellenleiter hat noch eine Menge Bekannte auf anderen Gruben. Seine

6 Vgl. Frese, Betriebspolitik, S. 359f.

7 Vgl. Wisotzky, Ruhrbergbau, S. 188f.

8 Zu solchen umstrittenen, nicht durchgängig erfolgreichen Versuchen vgl. Wisotzky, Ruhrbergbau, S. 188; Frese, Betriebspolitik, S. 353ff.

9 D.h. das Ruhr- und das Wurmrevier.

10 Gründungskonferenz des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands Pfingsten 1936. Vgl. Dok. 92.

11 Diese Person konnte nicht eindeutig identifiziert werden. Möglicherweise: Richard Hoffmann (5.6.1897-nach 1945). Vgl. zu Hoffmann die Hinweise in Dok. 92 Anm. 1.

12 Zeche Kaiserstuhl I und II in Dortmund, im Besitz der Hoesch-Köln-Neuessener AG für Bergbau und Hüttenbetrieb.

13 Zeche Fürst Hardenberg in Dortmund, im Besitz der Gelsenkirchener Bergwerks AG. Im Code »Hartenberg«.

Arbeit besteht lediglich darin, geeignete Leute auszuwählen und mit uns zu verbinden. Sobald wir die Leute gesprochen haben, werden sie von ihm gelöst. Er ist bei der Auswahl der Leute sehr vorsichtig und hat uns zu Weihnachten[14] wieder zwei Leute von verschiedenen Gruben avisiert. Schwieriger ist die Sache im nördlichen Gebiet. Dort werden die Verbindungen direkt von draußen, d.h. von unserem Mann an der Grenze hergestellt.[15] Bisher gibt es dort nach 4 [Ruhr] auf 5 Zechen Verbindungen. Der hiesige Bergarbeiterverband hat ebenfalls seine Verbindungen an unseren Grenzmann abgegeben. Sie erstrecken sich auf das Aachener Gebiet.[16]

D. Methoden der Arbeit

Wie schon bereits gesagt, haben unsere Verbindungsleute praktische Arbeit bisher nicht geleistet. Sie kommen mit Freunden und Bekannten zusammen und unterhalten sich über alle möglichen Probleme. Sehr interessant ist dabei, daß diese Unterhaltungen meist sich nur um außenpolitische Fragen drehen. Aber doch zeigen die, wenn auch noch so oberflächlichen Beobachtungen dieser Freunde, daß sich die Arbeiter in der Verteidigung ihrer Belange im legalen Rahmen [...][17]. Meist noch unbewußt über die Bedeutung ihrer Handlung, werden solche Methoden angewandt, wie sie von der Partei[18] vorgeschlagen werden.[19] Für bewußtes Auftreten sind die Beispiele, wie sie im 4 [Ruhr-]Bericht vom Oktober 1936[20] aufgezeigt sind, charakteristisch. Neu ist jetzt ein Vorfall auf 2 (Erstgenannte) [Scholven[21]]. Dort wurden die Vertrauensmänner mit Beschwerden über die Gedingeregelung ziemlich stark bestürmt. Es kam zu einer Verständigung zwischen einigen Vertrauensmännern, die darauf vom Betriebsführer eine Sitzung verlangten und zwar unter Berufung auf das Gesetz.[22] Der Betriebsführer gab dem Verlangen nach. Die Sitzung fand statt und ein Vertrauensmann (früherer Gewerkschaftler) berichtete über die Beschwerden und die Unruhe im Betrieb. Einige Gedingereduzierungen wurden auch von dem Betriebsführer zurückgenommen. Aber er beschwerte sich bei der DAF. Der Vertrauensmann wurde bestellt, man machte ihm Vorhaltungen, aber er antwortete: Ich bin für die Ruhe im Betrieb mitverantwortlich und die Stimmung bei den Arbeitern war so, daß diese Ruhe nicht mehr gesichert war, wenn der Betriebsführer nicht einige Zugeständnisse macht.[23] Der DAF-Bonze hatte ihm nichts anderes zu erwidern als: Sei doch in Zukunft etwas vorsichtiger.

Das Herantreten an die Vertrauensmänner ist eine allgemeine Erscheinung, wie ja überhaupt die Ignorierung der Vertrauensmänner im Bergbau niemals so groß war, wie in anderen Berufszweigen.

14 1936.
15 Der Grenzstellenleiter des Arbeitsausschusses für Ruhrgebiet und Wurmrevier war Ludwig Becker (1.1.1893–21.6.1973). Vgl. die Hinweise in Dok. 92 Anm. 1 sowie zu den Grenzstellen insgesamt Dok. 99.
16 Ebd. Gemeint war der holländische Bergarbeiterverband. Zur Abgrenzung der Zuständigkeiten vgl. Dok. 92.
17 In der Vorlage fehlt ein Wort. Zu ergänzen ist sinngemäß: bewegen.
18 D.h. KPD.
19 Vgl. auch den Bericht von Knöchel über die Entwicklung der Bergarbeiterbewegung nach der »Brüsseler Konferenz« der KPD (Dok. 99).
20 Dieser spezielle Bericht liegt nicht vor. Vgl. aber die Beispiele in ebd.
21 Gemeint ist die im Code »erstgenannte« Zeche Scholven. Vgl. auch Anm. 5.
22 Gemeint ist das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit (AOG), das in § 12 die Einberufung einer Vertrauensratssitzung vorsah, »wenn die Hälfte der Vertrauensmänner es beantragt.« Ansonsten lag das Recht zur Einberufung beim Betriebsführer. RGBl., I., 1934, S. 46.
23 Dies entsprach ganz der formulierten Zielsetzung in § 6 des AOG.

Wir haben einige Fragen an den Briefkasten des »Ruhr-Arbeiters«[24] geschickt, aber er ist bisher nicht darauf eingegangen. Das liegt wahrscheinlich daran, daß die Briefe anonym abgeschickt wurden. Aber daß der »Ruhr-Arbeiter« mit Fragen und Beschwerden geradezu bestürmt wird, das gibt er selbst zu. In der letzten Nummer wettert er sogar dagegen. Im »Ruhr-Arbeiter«, erste Novemberausgabe[25], heißt es da z.B.:

»Der Briefkasten, den wir unterhalten, gibt uns in der Schriftleitung eine Fülle von Anregungen, weil eben die Anfragen zeigen, wo unseren Volksgenossen der Schuh drückt. Andererseits aber müssen wir auch häufig feststellen, daß der Briefkasten aber auch nur benutzt wird, um zu querulieren, um Möglichkeiten zum Streiten, um Möglichkeiten zum Prozessieren herauszutifteln. Das ist ungesund!«

Im »Ruhr-Arbeiter« Nr. 46[26] schreibt man:

»Diese Ausführungen Bernhard *Köhlers*[27] sind damals von unserem Leserkreis nicht verstanden, ja sie sind in einigen Zuschriften sogar bekämpft worden. Dabei war es interessant zu sehen, daß sowohl Arbeiter der Faust als auch Arbeiter der Stirn den Kampf gegen diese Forderung der Rationalisierung führten, und in allen Zuschriften kam gleichmäßig zum Ausdruck, daß die Rationalisierungswelle der Jahre 1926 bis 1929 der eigentliche Grund der Krise gewesen sei.«

Überhaupt gibt der »Ruhr-Arbeiter« in einigen Artikeln der letzten Nummer die Stimmung der Bevölkerung wider. In der zweiten Novemberausgabe[28] kann man lesen:

»Die Diskussion über die augenblickliche national-wirtschaftliche Lage in den breiten Schichten unseres Volkes hat sehr ernste und kritische Formen angenommen.«

Die 4. Oktoberausgabe[29] schreibt:

»Viele Volksgenossen haben sich wieder eine eigene politische Überzeugung zurechtgemacht, die ungefähr in dem Satz ausgedrückt werden kann: Ich habe mich mit den gegebenen Tatsachen abgefunden, sonst kümmere ich mich um nichts.«

Welche Formen die Solidarität der Kumpels zum Ausdruck kommen läßt, dafür folgendes Beispiel:
In einem Bergarbeiterort hat der frühere Arbeitergesangsverein (gleichgeschaltet) sein Jubiläumsfest. Die beiden Gründer des Vereins sind zwei Sozialdemokraten, die nach dem Krieg in einem anderen Gebiet Kommunalfunktionen innehatten und die zur Zeit in der Emigration leben. Auf dem Fest hält der jetzige Vorsitzende eine Rede, in der er bedauert, daß die Gründer nicht anwesend sein könnten. Der Verein und seine zahlreichen Freunde könnten sie nur aus der Ferne grüßen. Dieser Teil der Rede wurde von den Festteilnehmern, meist früheren Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern, mit Beifall begrüßt. Sie wußten sehr gut, was der Redner sagen wollte. Die Nazi-

24 Der Ruhr-Arbeiter. Amtliches Organ der NSBO (seit 1934: und DAF) Gau Essen. Wochenzeitung, 1 (1932) ff. In der Vorlage durchgängig »Ruhrarbeiter« geschrieben. Die Zeitung veröffentlichte wiederholt auch in späteren Jahren unter der Rubrik: »Der Leser fragt – ›Der Ruhr-Arbeiter‹ antwortet!« Anfragen, die mit Namen und Anschrift »deutlich lesbar« gekennzeichnet sein mußten. Die Themen betrafen häufig Rentenversicherungsfragen.
25 Der Ruhr-Arbeiter, 5. Jg., Nr. 44, 1. November-Ausgabe 1936.
26 Der Ruhr-Arbeiter, 5. Jg., Nr. 46, 3. November-Ausgabe 1936.
27 Bernhard Köhler (geb. 30.12.1882) war seit 1920 Schriftleiter beim Völkischen Beobachter, 1932 Wirtschaftspolitische Abteilung bei der Reichsleitung der NSDAP, 1932 Stabsleiter, Dezember 1932 stellvertretender Leiter, seit Juli 1933 Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP.
28 Der Ruhr-Arbeiter, 5. Jg., Nr. 45, 2. November-Ausgabe 1936.
29 Der Ruhr-Arbeiter, 5. Jg., Nr. 43, 4. Oktober-Ausgabe 1936.

Kulturgemeinde hatte auch einen Redner geschickt. Seine Rede wurde mit Unaufmerksamkeit und am Ende ohne Beifall hingenommen.

E. Agitationsmaterialien

Neben den »Bergarbeiter-Mitteilungen«[30] wurden von uns bisher nur die zwei kleinen Rundschreiben der DAF und beiliegendes Flugblatt ins Land gegeben.[31] Mit unseren noch immer schwachen Verbindungen wäre es natürlich noch nicht denkbar, etwas Schriftliches ins Land zu geben. Wir nutzen dazu alle möglichen Stellen aus, vor allem aber mit Hilfe des hiesigen Bergarbeiterverbandes[32] den kleinen Grenzverkehr. Partei und Sopadegrenzstellen erhalten jeweils einige Exemplare. Auch mit den Binnenschiffern gingen einige Materialien nach 4 [Ruhr].

Eine wichtige Rolle bei der schriftlichen Agitation spielt die hiesige Bergarbeiterzeitung. Sie wird sehr viel von deutschen Bergarbeitern gelesen. Unsere im September erschienene Sondernummer der »Bergarbeiter-Mitteilungen« über die Lohnfrage[33] wurde in deutscher Sprache ganz abgedruckt. Wie überhaupt alle Artikel von uns in deutscher Sprache dort erscheinen. Neben dem fertiggestellten Material über den Vierjahresplan[34] wird noch eine kleine Broschüre: Fragen und Antworten für den Vertrauensmann fertiggestellt. In dieser Broschüre sind alle Gesetze und Verordnungen usw., soweit sie für die Steigerung der Widerstände auf legaler Art ausgenutzt werden können, verarbeitet. Auch der Lohn- und Manteltarif soll darin veröffentlicht werden.[35]

F. Beziehungen zu den politischen Parteien und Gruppen

Es ist bekannt, wie schwierig es im August in Prag[36] gewesen ist, 8 [Franz *Vogt*[37]] davon zu überzeugen mit 9 [Sopade[38]] an Ort und Stelle in Verbindung zu treten. Auch nach seiner Rückkehr machte er sich über seinen Besuch bei 9 [Sopade] lustig

30 Hrsg. vom Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands, 1 (Juli 1936) - 4 (1939).

31 Vgl. das Flugblatt »An die deutschen Bergarbeiter! Kameraden!« (Anm. 4). Um welche als Rundschreiben der DAF getarnte Schriften es sich handelte, wurde nicht ermittelt.

32 D. h. des holländischen Bergarbeiterverbandes.

33 Die Lohnverhältnisse im deutschen Steinkohlenbergbau. Sondernummer der Bergarbeiter-Mitteilungen, September 1936.

34 Veröffentlicht in der Sondernummer der Bergarbeiter-Mitteilungen, Anfang Dezember 1936.

35 Die Broschüre: »Fragen und Antworten für den Vertrauensmann« wurde nicht ermittelt. Möglicherweise handelt es sich um die vom Inhalt und Aufbau ähnliche Tarnbroschüre: »Handbuch für den Vertrauensmann und Betriebsführer. 100 Fragen und Antworten für die tägliche Praxis unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit, der Arbeitszeitverordnung und aller neuen Verordnungen, bearb. und zusammengestellt von Werner Denkler, Berlin o.J.«, das ebenfalls vom Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands im Jahr 1936 hergestellt wurde. Nach Angaben von Karl Becker, dem Grenzstellenleiter für Schlesien, wurde die Broschüre »im Ausland hergestellt, getarnt in der Sprache der Nazis, nach Deutschland geschmuggelt und in Original DAF-Briefumschlägen an die Vertrauensräte geschickt.« Keine der Sendungen sei »hoch gegangen«. Die Vertrauensratsmitglieder seien aufgrund der Bereitstellung von Richtlinien zufrieden gewesen und hätten nach diesen Richtlinien im Betrieb gearbeitet. Erst einige Monate später sei »der Schwindel« aufgrund der Beschwerde des Direktors einer oberschlesischen Zechengewerkschaft bei der Reichsleitung der NSDAP aufgeflogen, ohne daß die »Schuldigen« ermittelt werden konnten. Tarnbroschüre mit Notiz von Karl Becker in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. 256. Zu anderen Tarnschriften vgl. auch die Angaben zu den von der Forbacher Außenstelle des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter verteilten Schriften in Dok. 96 Anm. 14.

36 Gemeint ist der Kongreß der Bergarbeiter-Internationale in Prag am 3.–6.8.1936, an dem zwei Vertreter des Arbeitsausschusses teilnahmen und auf dem der Arbeitsausschuß formell anerkannt wurde.

37 Im Code »Vogt«.

38 D. h. mit dem Parteivorstand der Sopade.

und verspottete uns und unsere sogenannten Illusionen.[39] Meine wiederholten Vorschläge an ihn, der 9 [Sopade] Material zu senden, wurde von ihm abgelehnt. Später gab er mir dann die Adresse von 9 [Sopade], und ich schickte einige Materialien mit einem Begleitschreiben, in dem ich vorschlug, sie möchten doch in Zukunft uns ihre Materialien ebenfalls als Austausch zugehen lassen. Zugleich teilte ich ihnen eine neue Adresse mit, so daß eventuelle Antwort sofort in meine Hände kam. Nach 4 Tagen erhielt ich den ersten kurzen Brief, in dem sie Empfang des Materials bestätigten und den Wunsch aussprachen, daß die Zusammenarbeit eine gute werden möge. Seitdem schicken sie nun laufend ihr Material nach hier. Ich sandte ihnen vor einiger Zeit eine Sonderarbeit, die sie in veränderter Form in 10 [Neuer Vorwärts[40]] in dem Artikel der »Braune Lohnschutz« brachten. Jetzt habe ich Ihnen vor einigen Tagen eine neue Arbeit über Versprechen und Wirklichkeit im Wohnungsbau geschickt, mit der Bitte, das Material in der S[ozialistischen] A[ktion][41] auszuwerten. Eine Antwort ist bisher noch nicht hier.

Besonders stark bemühen sich die Milesleute um uns. Sie wollen nämlich auch dabei sein. Er selbst will ebenfalls in der nächsten Zeit nach hier kommen und mit uns reden. Wir werden ihm einige Vorschläge machen.[42]

Die R[evolutionären-]S[ozialisten]-Leute scheinen nun in der Praxis von ihren Auffassungen über uns, wie sie in dem Artikel in der Augustnummer der »Tribüne«[43] zum Ausdruck kommt, abzurücken. Vor 14 Tagen war jemand hier bei 8 [*Vogt*], der ihm davon Kenntnis gab, daß 11 [Hans *Mugrauer*[44]] von den R[evolutionären-]S[ozialisten] für unsere Arbeit freigestellt werden soll.

In der Beratung und Lösung der Probleme habe ich durch unsere Parteivertretung keine Unterstützung. Es ist dies ein Zustand, der sich hemmend auf die Arbeit auswirken muß. Ich habe nur dann die Möglichkeit, mit 12 [Kommunisten] bestimmte Fragen durchzusprechen, wenn jemand aus dem Hauptgeschäft[45] gerade hier ist; sonst bleibt mir jede Aussprache versagt.

39 Gemeint sind die Versuche der KPD, den Parteivorstand der Sopade für die Bildung einer Volksfront zu gewinnen.

40 »Neuer Vorwärts« war die seit 1933–1938 in Prag, 1938–1940 in Paris herausgegebene Wochenzeitung des emigrierten Parteivorstandes der Sopade. Der Artikel wurde nicht ermittelt.

41 Sozialistische Aktion. Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, hrsg. vom Parteivorstand der Sopade in Prag, erschien ab 1933 zunächst wöchentlich, ab 1934 14-tägig, ab 1935 monatlich und diente als illegales Informationsorgan in Deutschland. Vgl. auch Stroech, S. 98f. Der Artikel wurde nicht ermittelt.

42 Gemeint sind die Vertreter von ORG/Neu Beginnen. Miles war der Deckname von Walter Loewenheim, der allerdings nach innerorganisatorischen Auseinandersetzugen am 28.6.1935 als Leiter abgesetzt wurde und im September 1935 in die CSR und von dort im Oktober 1936 nach Großbritannien emigrierte. Loewenheim hatte Ende September 1935 die Gruppe ORG/Neu Beginnen für aufgelöst erklärt und war danach von der neuen Leitung um Karl Frank, Werner Peuke und Richard Löwenthal offiziell ausgeschlossen worden. Wer demnach der Ansprechpartner des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter sein sollte, ist nicht festzustellen. Vgl. zu Miles Dok. 35, sowie allgemein zu ORG/Neu Beginnen: Foitzik, Zwischen den Fronten, S. 70–85, insb. S. 80ff., sowie S. 130ff.

43 Damit dürfte der Artikel von Franz Vogt unter dem Pseudonym Martin Bergmann, Die Lage der deutschen Bergarbeiter, in: Freie Sozialistische Tribüne. Beilage zur Sozialistischen Warte, 1. Jg., Nr. 3, August 1936 gemeint sein. Zu Deckname und Autorenschaft vgl. die Hinweise in Dok. 95 Anm. 17. Die Zeitschrift wurde von Willi Eichler im Namen des ISK herausgegeben. Die Beilage erschien seit Mai 1936. Vgl. auch Stroech, S. 281f.

44 Im Code irrtümlich Hans Mukrauer. Die Kontaktperson von Vogt wurde nicht ermittelt.

45 D. h. von der KPD, deren operative Auslandsleitung sich nach der »Brüsseler Konferenz« von Oktober 1935 bis September 1936 in Prag und anschließend bis September 1939 in Paris befand. Das Zentralkomitee der KPD hatte bis zur »Brüsseler Konferenz« seinen Sitz in Paris und seitdem in Moskau.

G. Die Verbindungen zu anderen Gewerkschaftsstellen

Meine Linie war darauf ausgerichtet, so schnell wie möglich mit der 13 [GAD[46]] in ein Verhältnis und zur Zusammenarbeit zu kommen. Trotz aller Widerstände in unserem eigenen Kreis schien das Anfang Oktober[47] zu gelingen. Die Bedingungen von 14 [Heinrich *Schliestedt*[48]] waren solche, die von uns eingegangen werden konnten.[49] In der ersten Sitzung, die nun auf Veranlassung von 14 [*Schliestedt*] festgelegt war, ging 11 [Hans *Mugrauer*] angeblich wegen Krankheit nicht hin. An den nächsten Besprechungen nahmen neben 11 [Hans *Mugrauer*] nur 15 [Martin *Krebs* und Carl *Polenske*[50]] teil, die aber ohne 14 [*Schliestedt*] nichts entscheiden wollten.[51] Nach Lage der Dinge scheint es heute so, daß 14 [*Schliestedt*] diesen Schwebezustand beibehalten will. Es scheint, daß er sich nicht uns gegenüber festlegen will, zum anderen möchte er sich aber gerne gegenüber dem 16 [IGB] auf uns berufen können. Am 15.11.[52] wurde dem 14 [*Schliestedt*] nun noch einmal ein Brief von uns übergeben, ob er für die Eingliederung unseres Geschäftes ist, oder nicht. Gleichzeitig schicken wir nun an 17 [Walter *Schevenels*[53]] und an das 18 [Koordinationskomitee[54]] einen ausführlichen Bericht, in dem wir auch die 13 [GAD-]Frage stellen und noch Vorschläge machen.[55] Weiter wollen wir 33 [Pierre *Vigne* und Ebby *Edwards*[56]], mit denen wir ja in nächster Zeit zusammentreffen [...][57], den Vorschlag machen, einen Sitz für die 35 [Berufsinternationale[58]] im 18 [Koordinationskomitee] zu verlangen, und uns denselben zu übertragen. Wenn das gelingt, können wir 14 [*Schliestedt*] dort stellen.[59] Diese Sache

46 GAD ist eine Variante der Abkürzung für: Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften.
47 1936. Die Behinderungen aus dem eigenen Kreis waren die Zurückhaltung von Vogt und Kirn. Vgl. auch Dok. 99.
48 Im Code »Schliestedt«.
49 Vgl. Dok. 95.
50 Im Code »Krebs und Polentke«. Carl Polenske (11.11.1876–22.3.1956) war seit 1905 Bevollmächtigter im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Berlin, 1910–1921 Stadtverordneter in Berlin-Neukölln, 1928–1933 Vorstandssekretär, seit der Gründung des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe 1929 3. Vorsitzender und Reichsabteilungsleiter, 1931 im Vorstand des AfA-Bundes, 1933 Rücktritt und anschließend Emigration, seit 1934 in der CSR, Mitarbeit in der ADG, illegale Kontakte nach Deutschland, 1938 Emigration nach Schweden, 1940–1943 Vorsitzender der Sopade-Ortsgruppe Stockholm, November 1943 Vorstandsmitglied der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter, Befürworter der Einheitsgewerkschaft, 1944 Mitbegründer des Freien Deutschen Kulturbundes in Schweden, Januar 1949 Gastdelegierter auf dem Vereinigungsverbandstag der Gewerkschaft ÖTV in Stuttgart, 1950 Rückkehr nach Deutschland. Vgl. zu Polenskes illegalen Kontakten nach Deutschland eingehend: Nachtmann, ÖTV, S. 254–256.
51 Diese Verabredungen ließen sich nicht im einzelnen nachprüfen. Vgl. aber die Angaben bei Mugrauer, daß er am 19.9.1936 eine »Besprechung mit Freunden der Konkurrenz/GAD« hatte, und daß am 27.9.1936 eine weitere Besprechung mit Gewerkschaftern stattfinden sollte, an der auch Schliestedt teilnehme. Dok. 95, sowie den Brief von Schliestedt an Mugrauer vom 17.11.1936 (Dok. 98), der sich auf eine »erste Besprechung« bezog.
52 1936. Der Brief liegt nicht vor. Vgl. aber das Schreiben von Schliestedt an Mugrauer, vom 17.11.1936 (Dok. 98).
53 Im Code »Schevenels«.
54 D. h. das Koordinationskomitee des IGB.
55 Vgl. hierzu auch die Erklärung des Arbeitsausschusses gegenüber der ADG vom 26.2.1937 (Dok. 102).
56 Im Code »Vigne und Edwards«.
57 An dieser Stelle ein unleserliches Wort in der Vorlage.
58 D. h. die Bergarbeiter-Internationale.
59 Die ADG wurde auf der Sitzung des Koordinationskomitees des IGB am 29.11.1935 offiziell als Vertretung der deutschen Gewerkschafter anerkannt. Gegen die Anerkennung stimmten Tom Shaw von der Textilarbeiter-Internationale und Edo Fimmen von ITF. Vgl. Dok. 35 Anm. 47.

ist mit 37 [Edo *Fimmen*[60]] durchgesprochen, auch er glaubt, daß sie von Erfolg sein wird.[61]

Mit der 38 [ITF] klappt die Zusammenarbeit jetzt ganz gut. Ich komme mit dem zuständigen Mann 41 [Walter *Auerbach*[62]] öfters zusammen. Es ist ja schon bekannt, daß wir in jedem Monat einmal eine Seite für unsere »Mitteilungen«[63] in ihrem Organ[64] erhalten. Auch an den anderen Nummern arbeiten wir allerdings noch schwach mit. Aber die Sache mit ihrer Zeitung ist sehr heiß. Das Bestreben von 41 [*Auerbach*], wahrscheinlich in Übereinstimmung mit 37 [*Fimmen*], geht darauf hinaus, die Zeitung in ein deutsches Organ zu verwandeln.[65] Ich habe dabei noch ziemlich starke Bedenken und lege mich vor der endgültigen Entscheidung [...][66] nicht fest.

Für den Gedenktag im Januar[67] beabsichtigen wir mit allen hier befindlichen 35 [Berufsinternationalen] etwas Gemeinsames herauszugeben. Mit 37 [*Fimmen*] ist die Geschichte schon besprochen, er ist einverstanden und wird helfen.

Die Schwächen in den Verbindungen draußen liegen zweifellos in unseren Beziehungen zu den 43 [Christen]. Hier sind wir noch nicht weitergekommen. Ich habe es einige Male versucht, mit 45 [Heinrich *Imbusch*[68]] zusammenzukommen, war auch schon dort, aber er hat dann plötzlich abgesagt.[69] Unser dortiger Freund[70] bemüht sich ständig, aber bis heute ist es nicht gelungen.

60 Im Code »Fimmen«.
61 Zu weiteren Konflikten zwischen ADG und ITF vgl. Dok. 44, 75, 86.
62 Im Code »Auerbach«. Walter Auerbach (22.7.1905–23.3.1973) war 1930–1933 Sekretär des Vorsitzenden im Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, 2.5.1933 Entlassung, kurzzeitig inhaftiert, 15.5.1933 Flucht nach Amsterdam, 1933–1946 Tätigkeit im Generalsekretariat der ITF, u.a. Herausgeber der Zeitschrift »Faschismus«, illegale Verbindungen nach Deutschland, Gegner der ADG-Politik, 1939 mit der ITF-Zentrale Übersiedlung nach London, 1941 mit Hans Jahn Pläne für eine unabhängige Auslandsvertretung der illegalen Betriebsorganisationen, 1940–1942 Mitarbeit beim Sender der europäischen Revolution, Teilnahme an Nachkriegsplanungen der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien und der westlichen Alliierten auf dem Gebiet der Sozialpolitik und Gewerkschaftsorganisation, erst 1946 Rückkehrmöglichkeit nach Deutschland, ab November 1946 Vizepräsident des Zentralamtes für Arbeit in der Britischen Besatzungszone, 1948–1955 und 1957–1969 Staatssekretär im niedersächsischen Arbeitsministerium, 1969–1971 Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Ausschußmitglied beim Parteivorstand der SPD.
63 D.h. den »Bergarbeiter-Mitteilungen« des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands.
64 Faschismus. Berichte und Dokumente zur Lage der Arbeiterschaft unter der faschistischen Diktatur. Hg. ITF, 1933–1941. Vgl. Stroech, S. 148.
65 Vgl. zu solchen Planungen Dok. 75, 86.
66 An dieser Stelle ein unleserliches Wort in der Vorlage.
67 Gemeint ist der Jahrestag der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30.1.1933.
68 Im Code »Imbusch«.
69 Vgl. zu den Bemühungen und den nur teilweise zustande gekommenen Treffen von Knöchel mit christlichen und anderen Gewerkschaftern Dok. 96.
70 Damit dürfte der Leiter der Grenzstelle des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter in Forbach, Richard Kirn, gemeint sein. Vgl. Dok. 93, 94, 96.

DOKUMENT 98

17. 11. 1936: Heinrich Schliestedt, Komotau/CSR, stellt Hans Mugrauer, Teplitz/CSR, Bedingungen für die Kooperation der ADG beim Aufbau von Kontakten nach Deutschland

IISG, Miners International, Collection Vogt. Unpaginiert. Maschinenschrift. Eigenhändige Unterschrift. Ohne Absenderanschrift. Adressat: »Herrn Hans Mugrauer, Probstau«.[1]

Komotau, den 17. November 1936

Werter Kollege,

leider habe ich bisher die Zeit noch nicht gewinnen können, die gewünschte Aussprache[2] herbeizuführen, aber ich hoffe, in den nächsten Tagen soweit zu sein.

Es ist nicht ein Auftrag des IGB, die gewerkschaftlichen Kräfte in und für Deutschland zusammenzufassen, sondern die praktische Arbeit, welche wir in Deutschland bereits seit 1933 durchgeführt haben. Mit meiner Übersiedlung nach hier[3] ist die Aufgabe nur erweitert in dem Sinne, auch die im Ausland lebenden deutschen Gewerkschafter mit der illegalen Arbeit in Deutschland zu vereinigen.[4] Die Auslandsvertretung[5] ist ein Organ der in Deutschland zusammengefaßten illegalen Gewerkschaften, deren Verbindung zum IGB über diese Stelle geht, weil der direkte Weg ungangbar ist.[6]

Zugleich ist die Auslandsvertretung bereit und verpflichtet, die Verbindung der einzelnen Gewerkschaftsgruppen zu ihren Berufsinternationalen wunschgemäß herzustellen bzw. zu fördern. Das ist wiederholt geschehen und geschieht auch noch heute.

Die Auslandsvertretung hat also bisher die alte gewerkschaftliche Arbeit der Zusammenfassung aller Kräfte fortgesetzt.[7] Auch mit den deutschen Gewerkschaftern im Auslande bestehen umfassende Verbindungen.[8] Allerdings bestanden dafür bisher immer zwei Voraussetzungen: daß die betr[effenden] Kollegen überhaupt noch gewerkschaftliche Arbeit nach Deutschland leisten und dazu die nötigen Verbindungen haben oder herstellten; außerdem, daß diese ganze Arbeit auf dem gewerkschaftlichen Boden des IGB, weder im Interesse noch im Auftrage einer politischen Partei oder Gruppe, geleistet wird.[9]

Bei der ersten Besprechung unter uns hast Du erklärt, weder gewerkschaftliche Verbindungen nach Deutschland zu pflegen, noch irgendwelche gewerkschaftliche Arbeit nach drüben zu leisten. Entsprechend meiner Anregungen wolltest Du aber etwas versuchen.[10] Da ich niemals von Dir hörte, daß Du etwas positives erreicht hast,

1 Absender- und Adressatort liegen beide in der CSR.
2 Zu vorangegangenen Kontakten vgl. Dok. 95, 97, mit Vermutungen, daß Schliestedt die Treffen hinauszögerte.
3 Schliestedt floh am 2.10.1934 in die CSR. Komotau war der Sitz der ADG.
4 Vgl. die unterschiedlichen Sichtweisen in Dok. 22, 35.
5 D.h. Die Auslandsvertretung deutscher Gewerkschafter (ADG).
6 Die Anerkennung der ADG durch den IGB erfolgte auf und nach der Reichenberger Konferenz 26.–27.7.1935, war aber nicht unumstritten. Vgl. Schliestedts Klage über konkurrierende Konzeptionen innerhalb des IGB in Dok. 35.
7 Dies war Schliestedts Interpretation der Anerkennung der ADG durch den IGB.
8 Dies entsprach mehr der Wunschvorstellung von Schliestedt und überlagerte die erheblichen, auch konzeptionellen Differenzen, z.B. zur ITF. Vgl. Dok. 22, 44, 96.
9 Dies zielte insbesondere gegen die Gewerkschaftspolitik der KPD.
10 Hans Mugrauer war nach der Vereinbarung auf der Gründungskonferenz des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Pfingsten 1936 als Führungsmitglied des Arbeitsausschusses für die Grenzarbeit in der CSR nach Sachsen zuständig. Über Entwicklungen auf den sächsischen

liegt der Grund dafür, daß Du bisher nicht zu dem Kreis der Mitarbeiter gehörtest, in diesem Mangel eigener gewerkschaftlicher Arbeit bzw. in dem Nicht-bekannt-werden derselben.[11]

Das ist für uns nur ein Grund mehr gewesen, die Verbindungen mit den Bergarbeitern wieder herzustellen, nachdem Fritz *Husemann*, den ich selbst noch in Bochum kurz vor meiner Ausreise aufsuchte[12], ermordet war. Es besteht seit langer Zeit ein guter Kontakt mit einem Vertrauensmann der Bergarbeiter und seine Arbeit ist auch finanziell gefördert. Auf seinen Wunsch ist auch schon vor Monaten eine Verbindung mit ausländischen Bergarbeiter-Verbänden hergestellt.[13] Die Arbeit ist also drüben in besten Händen und es dürfte unter uns keine Meinungsverschiedenheit darüber bestehen, daß nur die Arbeit drüben ausschlaggebende Bedeutung hat. Wir vom Ausland können nur in sehr bescheidener Weise Hilfestellung einnehmen.[14]

Ich hoffe, damit einer kommenden Besprechung[15] eine gewisse Grundlage gegeben zu haben.

Besten Gruß

H[einrich] Schliestedt[16]

DOKUMENT 99

21. 12. 1936: Wilhelm Knöchel, Amsterdam, berichtet über die Entwicklung bei den Bergarbeitern in Deutschland, die Taktik der KPD und die Versuche zur Bildung eines einheitlichen Bergarbeiter-Verbandes in der Emigration nach der Brüsseler Konferenz der KPD

BA, SAPMO, ZPA, I 2/708/137, Bl. 359–370. Maschinenschrift. Maschinenschriftliche Unterschrift. Ohne Ortsangabe. Im Original verschlüsselt. Für den Abdruck gekürzt.[1]

Zechen berichteten mehrmals die Bergarbeiter-Mitteilungen. Vgl. z.B. Nr. 1, Juli 1936, S. 8; Nr. 2, August 1936, S. 5 f., Nr. 3, September 1936, S. 2; Nr. 4, Oktober 1936, S. 4. Die Angabe von Schliestedt läßt sich ebensowenig verifizieren, wie der Hinweis auf die »Anregungen«. Vgl. Dok. 92.
11 Vgl. aber die Angaben in Anm. 2. Schliestedt wußte von der Bildung des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter und dessen Anerkennung durch die Bergarbeiter-Internationale auf deren Kongreß in Prag am 3.–6.8.1936.
12 Zu Informationsreisen von Schliestedt vor seiner Flucht in die CSR am 2.10.1934 vgl. Dok. 22.
13 Davon war weder auf der Gründungskonferenz des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter in Paris Pfingsten 1936 noch in den umfangreichen Briefwechseln des Arbeitsausschusses mit der Bergarbeiter-Internationale sowie dem holländischen und französischen Bergarbeiterverband die Rede. Der Kontakt konnte nicht verifiziert werden. Vgl. auch Peukert/Bajohr, S. 103.
14 Bei allen freigewerkschaftlichen Gruppen bestand Einigkeit, daß die illegal in Deutschland tätigen Personen selbst über ihre Arbeitsformen und Kontakte bestimmten. Zu den ansonsten konkurrierenden Vorstellungen vgl. Dok. 36, 44.
15 Vgl. Dok. 97.
16 Handschriftlich.
1 Stempel im Dokumentkopf: »1183–17.M[ä]rz 1937«. Der Bericht lag als »Jahresbericht des Gen[ossen] Alfred [d.i. Wilhelm Knöchel] über die Entwicklung bei den Bergarbeitern« dem Brief von Feld [d. i. Paul Merker] und Robert [d. i. Wilhelm Beuttel] an das Zentralkomitee der KPD vom 9.3. 1937 bei. Der Code befindet sich im Archiv als Bl. 371 in der Anlage des Berichts. Auf dem Code der Vermerk: »Gehört zu den Gew[erkschafts-]Berichten von Alfred, die Feld mit Schreiben vom 9.3.[1937] übersandte. Al[fred].« Zusätzlich der Stempel: »1428–25.M[Ä]RZ 1937«. (BA, SAPMO, ZPA, I 2/708/137, Bl. 358 und 371; ein zweites Exemplar des Berichts mit Code und Begleitbrief befindet sich in: BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/287, Bl. 81–94). Dem Brief lag ein Satz Bergarbeiter-

21.12.1936

Die Bergarbeiterbewegung 1 Jahr nach der Brüsseler Konferenz.[2]

a. Die Lage vor und während der Tagung.

Die Hauptfrage, die damals die Bergarbeiter bewegte, waren die Feierschichten, unter denen besonders die Belegschaften der Mager- und Eßkohlengruben litten. – Acht und mehr Feierschichten pro Monat auf diesen Gruben, vier und fünf Feierschichten auf den Fettkohlenzechen waren keine Seltenheit. Die Widerstände und Protestbewegungen der Belegschaften hatten deshalb vor allem ihre Ursache in der Kürzung des Lohnes durch diese Feierschichten. Die Streiks auf Hagenbeck und Bismarck und Prosper II, die Bewegungen auf Diergardt, Thyssen 4/6 waren neben vielen anderen die fortgeschrittensten Bewegungen des Jahres 1935.[3]

[...][4]

Doch kam auch die ganze Schwäche der gewerkschaftlichen Arbeit des vergangenen Jahres gerade in dieser Bewegung gegen die Feierschichten zum Ausdruck. Natürlich gab es damals eine Reihe von Gewerkschaftsgruppen, aber es waren zum Teil von den Massen isolierte, sektiererische Gruppen, die ihre Tätigkeit nicht in die DAF verlegten, obwohl die Mitglieder der illegalen Gewerkschaftsgruppen zugleich auch in der DAF organisiert waren, sabotierten sie noch in starkem Maße die Veranstaltungen der DAF oder versuchten Versammlungen usw. zu stören.[5] Die Rechtsberatungsstellen der DAF[6] wurden nicht nur von ihnen ignoriert, sondern auch noch die Arbeiter abgehalten, sich mit Beschwerden an solche Instanzen zu wenden. Auch die Prüfung

Mitteilungen bei, der an die Bibliothek der RGI gehen sollte. Der Bericht von Knöchel enthielt nach Einschätzung von Merker und Beuttel »einige Schiefheiten bei der Behandlung der Entwicklung des jetzigen Bergarbeiter-Komitees sowie in bezug auf die Einschätzung der früheren Arbeit.« In einem zusätzlichen Brief zur Entwicklung der internationalen Gewerkschaftsarbeit wiederholten Merker und Beuttel ihre Vorbehalte. Feld und Robert, vom 9.3. 1937 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/287, Bl. 95–98). Vgl. auch die Angaben in Anm. 72.

Der insgesamt 12 Schreibmaschinenseiten lange Bericht wurde für den Abdruck gekürzt. Die Angaben des Codes wurden im Dokument nach dem Code-Buchstaben in []-Klammern ergänzt. Zu diesem Bericht vgl. auch den Hinweis in Dok. 102, wonach solche Berichte »in offiziellem Auftrag des Arbeitsausschusses« angefertigt wurden und »informatorischen Charakter« für die »politischen Zentralinstanzen« besaßen. Allerdings wurden keine weiteren Berichte ähnlichen Zuschnitts – auch an andere Organisationen – ermittelt. Gegen diese Version spricht auch die Charakterisierung der anderen Organisationen durch Knöchel, insb. zu Anm. 34ff., 51, 72. In der Vorlage sind die Überschriften unterstrichen.

2 Die «Brüsseler Konferenz», die 4. Parteikonferenz der KPD, fand tatsächlich in Moskau vom 3.–15.10.1935 statt.

3 Die Streiks auf den genannten Zechen konnten nicht verifiziert werden. Vgl. auch die detailliertere Darstellung unten zu Anm. 13. Diese Passage wird paraphrasiert wiedergegeben, aber ohne nähere Angaben, bei Peukert, Ruhrarbeiter, S. 147f. Zur Entwicklung der Feierschichten im Ruhrbergbau vgl. Wisotzky, Ruhrbergbau, S. 63–72. Zu Arbeitsniederlegungen während der NS-Zeit vgl. Günter Morsch, Streiks im »Dritten Reich«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 36 (1988), S. 649–689; zu den Schwankungen von Stimmung und Verhalten der Arbeiterschaft insb. 1936/37 vgl. ders., Arbeit, S. 354ff.

4 Die ausgelassenen Ausführungen beschäftigen sich mit den Maßnahmen des Regimes, den Unmut der Beschäftigten über die Feierschichten zu besänftigen.

5 Zu diesen hier als sektiererisch charakterisierten Gewerkschaftsgruppen liegen keine weiteren Angaben vor. Zum Vorwurf des Sektierertums im Kontext der Auseinandersetzungen innerhalb der KPD und RGO um die Arbeit in der DAF vgl. u. a. Dok. 127–129.

6 Zu den Rechtsberatungsstellen der DAF vgl. Wolfgang Spohn, Betriebsgemeinschaft und Volksgemeinschaft. Die rechtliche und institutionelle Regelung der Arbeitsbeziehungen im NS-Staat, Berlin 1987, S. 258–273: Andreas Kranig, Lockung und Zwang. Die Arbeitsverfassung im Dritten Reich, Stuttgart 1984, S. 195–208

der NSV[7] über die Anträge konnte nicht so beeinflußt werden, wie das möglich gewesen wäre, weil antifaschistische Arbeiter noch in der Regel ablehnten, in der NSV zu arbeiten.

[...][8]

Dieselben Einstellungen gab es auch in starkem Maße noch gegenüber den Vertrauensmännern und anderen betrieblichen Funktionären der DAF. Allerdings waren diese Einstellungen im Ruhrbergbau nie so stark wie in anderen Industriezweigen. Auch kamen sie in der Regel etwas anders zum Ausdruck. Es war wohl in den meisten Fällen nicht die Auffassung der Arbeiter, daß diese Funktionäre Faschisten seien, waren es doch meist auf der Zeche alt bekannte Arbeiter. Vielmehr war die Auffassung vertreten: Die Vertrauensleute können doch nichts machen. Das war auch noch in vielen Fällen damals die Auffassung solcher Vertrauensmänner, die eine gute gewerkschaftliche Vergangenheit hatten und innerlich fest blieben. Die Hemmungen dieser Gewerkschaftler bei der Übernahme solcher Funktionen basierten ebenfalls in sehr starkem Maße eben auf dieser Einstellung: Wir können nichts machen.

Aber auch noch eine andere Schwäche hatten die damaligen Gewerkschaftsgruppen. Sie waren nicht auf der Basis der Einheitsfront aufgebaut und konnten das auch aus der oben genannten Einstellung heraus gar nicht sein. Auch die Tatsache, daß hier und da Sozialdemokraten Mitglieder dieser illegalen Gewerkschaftsgruppen waren, ändert nichts an dieser Feststellung. Der alte Kern der Gewerkschaftler, die in der DAF erfaßt waren und auch Funktionen ausüben, konnte nicht aktiviert werden. Anfang 1935 wurde in Dortmund ein ernsthafter Versuch gemacht zur Aufrichtung einer einheitlichen Bergarbeiterbewegung. Die damalige Bezirksleitung der Partei traf mit einigen früheren Sekretären des BAV und DMV eine Vereinbarung, die der Neubildung der Gewerkschaftsbewegung und der Durchführung der Vertrauensrätewahlen dienen sollte.[9] In dem gemeinsam beschlossenen Aufruf hieß die entscheidenste Stelle:

»Schulter an Schulter wollen wir sozialdemokratischen, kommunistischen und christlichen Arbeiter kämpfen, für die Aufstellung unserer eigenen Kandidaten. – Wir wollen gemeinsam die kämpfende freie Gewerkschaft, diese alte und doch neue freie Gewerkschaft aufbauen.«[10]

Der große Mangel dieses Aufrufes lag darin, daß nicht der Versuch unternommen wurde, auch an nationalsozialistisch beeinflußte Arbeiter heranzukommen und die bestehende große Mauer zwischen den antikapitalistisch eingestellten Arbeitern, die der Nazidemagogie glaubten, und den übrigen Arbeitermassen niederzureißen. Doch immerhin war dieser Aufruf als ein ernsthafter Versuch an die alten Gewerkschaftler heranzukommen, zu werten. Über diesen Aufruf hinaus jedoch konnte damals diese Sache nicht weiterentwickelt werden, die Gestapo verhaftete alle Leute, wie auch die vorhandenen Gewerkschaftsgruppen durch den verstärkt einsetzenden Gestapoterror vernichtet wurden.

7 Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV).

8 Knöchel schilderte in der ausgelassenen Passage ein Beispiel für die Arbeit in der NSV.

9 Vgl. Aufruf des Einheitskomitees von Groß-Dortmund zur gemeinsamen Arbeit bei den Vertrauensrätewahlen und zum gemeinsamen Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften, [Februar 1935] (BA, SAPMO, ZPA, I 3/18–19/68, Bl. 3–4).

10 Ebd.

b. Formen der Widerstände und Unwillensäußerungen im Jahre 1935.

Schon auf der Konferenz[11] gab die Partei die Einschätzung, daß die Bewegungen zumeist spontaner Art, ihrem Charakter nach Abwehrhandlungen der Arbeiter waren, und sich im Bergbau zumeist auf Gruben oder Kameradschaften erstreckten.[12] Nur in ganz wenigen Fällen griffen sie über diesen Rahmen hinaus, und erfaßten ganze Reviere oder Schichten. Diese Erscheinung hatten wir noch nach der Konferenz bis in Anfang des Jahres 1936 hinein. Natürlich entfalteten die Gewerkschaftler, Kommunisten und Antifaschisten eine sehr starke Initiative für die Auslösung solcher Bewegungen, doch wurden sie mit wenig Ausnahmen von solchen Handlungen der Arbeiter überrascht. Es gab auch Fälle, wo um die Erfüllung ein und derselben Forderung in den Kameradschaften und Revieren ungleichzeitig und ungleichmäßig mitunter monatelang gekämpft wurde. Es gelang nicht, solche Bewegungen zu koordinieren.

Wie sahen nun diese damaligen Widerstandsbewegungen aus. Eines der besten Beispiele der damaligen Zeit war der Kampf der Belegschaft des Reviers 6 der Zeche Prosper II.[13] Diese Bewegung wurde ganz systematisch von den Gewerkschaftlern[14] vorbereitet. Schon monatelang wurde den Kumpels zu wenig Abschlag gezahlt. In dem genannten Revier wurde immer wieder aufs neue die Parole verbreitet: »Wir wollen den Hauerdurchschnittslohn als Abschlag haben.« So wurde den Arbeitern eine sehr lange Zeit eingehämmert, daß man ihnen Unrecht tut. Als nun bei der ersten Abschlagszahlung im Februar diesen Jahres den Kumpels anstatt des Hauerdurchschnittslohnes, der um 1.- Mark niedrigere Mindestlohn verrechnet wurde, war gerade die Erregung der Kumpels von Revier 6 am stärksten. Während der Seilfahrt, die ja Revierweise geschieht, und der unterirdischen Fahrt nach dem Revier, wurde die Parole verbreitet: »Wir bleiben alle am Stapel sitzen, bis wir höheren Abschlag bekommen.« Niemand wußte so recht, von wo diese Losung kam, aber sie entsprach in diesem Moment so ganz dem Denken der Arbeiter, und sie wurde befolgt. Die Arbeit wurde nicht aufgenommen, bis der Reviersteiger den Kumpels zugesichert hatte, daß sie nach der Ausfahrt eine Nachzahlung bekommen sollten. Die Nachzahlung wurde gezahlt. Dieser Streik dauerte 1 1/2 Stunde.

Dieses Beispiel bildete eine Ausnahme. Vorwiegend machte sich die Unzufriedenheit der Bergarbeiter viel primitiver Luft.

[...][15]

Aber doch zeigten sich schon in den ersten Monaten des Jahres 1936 die ersten Versuche an die Vertrauensmänner heranzutreten und von ihnen die Vertretung der Interessen der Arbeiter zu fordern.[16] Allerdings suchten sich die Arbeiter zumeist solche Vertrauensmänner aus, die noch vom Nationalsozialismus beeinflußt sind. Sie wollten jemand haben den sie »vorschicken«. Diese »Vorschickungstheorie« ist auch heute noch teilweise vorhanden. Vor allem findet man sie bei solchen Gewerkschaftlern die bisher von der Sopade beeinflußt wurden.[17] So schädlich diese Auffassung ist,

11 D. h. die «Brüsseler Konferenz» vom 3.–15.10.1935 (Anm. 2).

12 Zur Spontanität und zum Charakter der Bewegungen vgl. die Zusammenstellung nach Berichten des Reichsarbeitsministeriums und der Gestapo bei Morsch, Streiks, S. 27–79.

13 Hierzu liegen keine weiteren Unterlagen vor. Vgl. auch Angaben in Anm. 3.

14 D. h. von den auf der Zeche beschäftigten, illegal tätigen Bergarbeitern.

15 In den ausgelassenen Passagen wurden zwei Beispiele aus dem Ruhrbergbau genannt. Gemeint waren Provokationen gegenüber Vorgesetzten.

16 D. h. in Erwartung und zeitlich vor der Absetzung der Vertrauensrätewahlen Ende März 1936.

17 Diese Behauptung konnte nicht überprüft werden. Die Sopade empfahl 1936 wie schon in den beiden vorangegangenn Jahren die Liste zu streichen und sich auf keine Zugeständnisse, z.B. die Hereinnahme alter Betriebsräte auf die Liste, einzulassen. Andererseits berichtete die Sopade in

zeigte sie aber doch, daß auch solche Kreise aus den eigenen Erfahrungen sehr viel gelernt haben. Sie zeigt, daß in den von der Sopade beeinflußten Arbeitern sich sehr starke Schwankungen vollzogen und noch vollziehen, wenn auch noch sehr unklar, sehen doch schon solche Arbeiter, daß der Vertrauensmann auch doch etwas tun kann.

c. Veränderte Lage, neue Losungen.

Die Lage änderte sich im ersten Halbjahr 1936 im Bergbau insofern, daß die Feierschichten enorm zurückgingen und heute mit wenigen Ausnahmen fast ohne Bedeutung sind.

[...][18]

Es machte sich eine Neuformulierung und eine noch bessere Konkretisierung der Losungen notwendig. Als wichtigste Losungen mußten nun in den Vordergrund gestellt werden:

1. Für eine gerechte Gedingeregelung, die den Hauerdurchschnittslohn garantiert.
2. Hinweg mit dem willkürlichen Strafsystem.
3. Bezahlung aller Gedingearbeiter mit dem Gedingelohn.
4. Für die Erhöhung der Gedingesätze, entsprechend der Teuerung.

Auch diese allgemein für den Bergbau gültigen Losungen konnten wegen der mangelhaften Verbindungen der Partei und der daraus sich ergebenden Unkenntnis über die konkreten Verhältnisse auf den einzelnen Schachtanlagen nicht genügend den Verhältnissen des einzelnen Schachtes angepaßt werden. Von einer selbständigen Gewerkschaftsbewegung[19] konnte unmittelbar nach der Konferenz in den ersten Monaten 1936 nicht gesprochen werden. Die Lage wurde auch noch deshalb so kompliziert, weil die bestehenden Tarifordnungen[20] mit Ausnahme der des Saargebiets nichts über die Art der Gedingeregelung sagen, und die Betriebsordnung,[21] die ja an die Stelle der Arbeitsordnung trat, jeder Verwaltung des einzelnen Schachtes die Art der Gedingeregelung überließ.

Immerhin konnten diese allgemeinen Losungen den Bergarbeitern die Richtung angeben, und eine neue Widerstandsbewegung zur Verteilung der Gedingelöhne setzte ein. Teilweise wurde sogar schon um die Erhöhung der Gedingesätze gekämpft. Die Bewegung des Jahres 1936, die nunmehr im Dezember zu einem beachtenswerten Erfolg führte,[22] ist in ihrem Charakter anderer Art wie die des vergangenen Jahres. Würde man die diesjährige Bewegung mit der im vergangenen Jahr rein zahlenmäßig

ihren Deutschland-Berichten selbst von der teilweise erfolgreichen Instrumentalisierung der ansonsten als machtlos eingeschätzten Vertrauensräte. Vgl. u. a. Sopade, DB, Januar 1936, A 77–98, April 1936, A 73–83.

18 In den ausgelassenen Passagen wurden knapp einige Maßnahmen der Grubenverwaltungen und des Regimes zur Kürzung der Löhne genannt.

19 D. h. kommunistisch gelenkten Gewerkschaftsbewegung.

20 Tarifordnungen enthielten lediglich die von den Treuhändern der Arbeit erlassenen Rahmenbedingungen für die Regelung der Löhne und Arbeitsbedingungen.

21 Die Betriebsordnung wurde in § 26 AOG für alle Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten vorgeschrieben. Zum Inhalt der Betriebsordnungen und den Auseinandersetzungen um die einzelnen Regelungen vgl. Wisotzky, Ruhrbergbau, S. 45–50; Frese, Betriebspolitik, S. 138ff.

22 Knöchel spielte auf die Auseinandersetzungen um die Gedingeregelung und um die Beteiligung der Hauer bei der Gedingefestsetzung an. Hierbei schlugen sich nach seiner Einschätzung die «spontanen Einzelbewegungen» in den Richtlinien des Treuhänders der Arbeit für den deutschen Steinkohlenbergbau vom 19.11.1936 nieder, die zum 1.1.1937 gültig wurden. «Sie weichen zurück», in: Bergarbeiter-Mitteilungen, Nr. 6, Dezember 1936, S. 1 f. Vgl. auch Amtliche Mitteilungen des Treuhänders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Westfalen, Nr. 51, vom 19.12.1936, S. 436ff. sowie zu den Gedingeregelungen allgemein Wisotzky, Ruhrbergbau, S. 170–175. Vgl. ferner Dok. 97.

vergleichen, so müßte man zu Fehlschlüssen kommen. Die Zahl der offenen Widerstandshandlungen ist geringer, was aber keinesfalls bedeutet, daß Widerstandswille und Widerstandskraft der Bergarbeiter zurückgegangen sind.[23]

d. Stimmung der Bergarbeiter und wie die Faschisten darauf reagierten.
[...][24]

e. Die neuen Richtlinien für die Betriebsordnungen des Ruhrbergbaus.
[...][25]

Die Organisierung der Widerstände und des Kampfes der Arbeiter für die Durchsetzung dieser Losungen[26] muß im Bergbau vor allem mit den Vertrauensmännern geschehen. Auf den weitaus meisten Zechen des Ruhrgebiets ist ein kollektives Auftreten einer ganzen Belegschaft ohne Vertrauensmänner oder gar gegen sie kaum denkbar. Deshalb müssen die bisherigen Anstrengungen um die Vertrauensmänner noch viel mehr gesteigert werden. Wir müssen Schluß machen mit einer allgemeinen Differenzierung in früher gewerkschaftlich organisierte und »faschistisch« eingestellte Vertrauensmänner. Denn nur so ist es möglich, die Zerreißung der Arbeiter in zwei feindliche Lager, die klassenmäßig betrachtet gar nicht vorhanden ist, zu überwinden. Es mag durchaus auf den einzelnen Schächten Gestapo-Agenten als Mitglieder des Vertrauensrates geben, aber dann müssen wir sie konkret beim Namen nennen und den Arbeitern ihre Handlungen zeigen. Das sind eben keine Vertrauensmänner mehr, sondern Agenten, Spitzel usw., die sich der Vertrauensmännereinrichtung für ihr dreckiges Handwerk bedienen. Das gilt speziell besonders für den Bergbau. In den großen Kriegsbetrieben ist das etwas anders. Dort muß man sich viel stärker auf andere Funktionäre der DAF stützen. Der Unterschied nämlich zwischen den Vertrauensmännern im Bergbau und derer bei Krupp ist wesentlich. Im Bergbau sind es Arbeiter mit der Erfahrung aus dem Beruf, auch frühere Gewerkschaftler sind Mitglied des Vertrauensrates. Die Schulung der Vertrauensmänner im Bergbau geschieht in den gewöhnlichen Schulungsabenden in der DAF. Anders ist es bei Krupp. Hier wird die Vergangenheit jedes einzelnen Vertrauensmannes sehr genau geprüft. Mitglieder früherer Arbeiterorganisationen, selbst wenn es sich um reine Kulturorganisationen handelte, kamen kaum in Betracht. Es handelt sich fast durchweg um eingeschriebene Mitglieder der NSBO. Ihre Schulung in den gewöhnlichen Schulungsabenden reicht nicht aus, sie müssen besondere Kurse besuchen, die von hohen Gestapobeamten und sogar von Leuten aus dem Kriegsministerium geleitet werden. Aber auch damit noch nicht genug, gibt es bei Krupp besondere Vertrauensleute der DAF, denen die ständige Überwachung der Belegschaft, einschließlich der Mitglieder des Vertrauensrates, obliegt. Hier ist also die Lage viel schwieriger wie im Bergbau, die Bewegungsmöglichkeiten der Vertrauensmänner sind viel enger.[27]

Wir haben auf der Brüsseler Tagung[28] schon gesagt, daß die alten Gewerkschaftler zum Kern der neuen Gewerkschaftsbewegung werden müssen. Das ist auch heute noch richtig, aber gerade deshalb muß der Vertrauensmann im Bergbau besonders zur zentralen Figur in der Arbeit werden, ganz gleich, ob er früher einer Gewerkschaft angehört hat oder nicht. Durch ihn ist im höchsten Maße die Beeinflussung der Gesamtbergarbeiterschaft unmittelbar am Arbeitsort möglich.

f. Der Vertrauensmann und die Einheit und Volksfront.
[...][29]

Dieselbe Rolle spielt der Vertrauensmann im Bergbau bei der Schaffung der deutschen Volksfront.[30] Wenn nur durch die Masseninitiative der Arbeiter es möglich ist eine breite Volksfrontideologie durch die vielfäligsten Kanäle in die mittelständlerischen Schichten zu tragen, so ist es über die Vertrauensmänner möglich, diese Masseninitiative der Massen zu wecken.
[...][31]

Aus allen diesen politischen und gewerkschaftlichen Motiven heraus ist der Vertrauensmann im Bergbau, auch aus Gründen der objektiven Möglichkeiten, die hier nach jeder Richtung gegeben sind, der bedeutungsvollste Funktionär.

g. Über die Anwendung der Taktik.

Wenn sich auch allgemein die Gewerkschaftstaktik, wie sie von der Parteikonferenz[32] herausgearbeitet wurde, Schritt vor Schritt durchsetzt, so ist doch der Grad des Fortschrittes in den einzelnen Bergbaurevieren sehr unterschiedlich. In Sachsen und Oberschlesien z.B. gibt es auch heute noch sehr starke Sabotagestimmungen gegenüber der DAF und den Vertrauensmännern. Auch ist hier das illegale Anbringen von Losungen noch viel stärker zu beobachten wie an anderen Stellen. Auch im Wurmgebiet machte sich in der vergangenen Zeit die gewerkschaftliche Aktivität noch allzu sehr in individuellen Handlungen der Arbeiter Luft. Besser liegen die Verhältnisse an der Saar und an der Ruhr. Die objektiven Ursachen liegen teilweise in der gewerkschaftlichen Vergangenheit der Belegschaften, aber vielmehr noch in den Verhältnissen, wie sie unter *Hitler* in den einzelnen Revieren herrschen. Das Ruhrgebiet z.B. hat in der zurückliegenden Zeit sehr stark unter dem Terror gelitten und mahnte die Arbeiter zur äußersten Vorsicht. Hier sind es also Vorsichtsmaßregeln (so weit die Arbeiter nicht von uns zur Durchführung der neuen Taktik angeregt wurden) und die Suche nach Tarnung, die die Arbeiter bewegten, diese ungefährlichere Taktik anzuwenden. Dazu kommt noch, daß die alten geschulten Betriebsräte und andere gewerkschaftliche Funktionäre meist wieder in den Gruben sind und auch häufig selbst Funktionen in der DAF innehaben. Dabei ist sehr interessant, daß solche Funktionäre, die während der ganzen zurückliegenden Zeit überhaupt keine Verbindung zu politi-

23 Dieser Feststellung hinsichtlich der Quantität der Bewegungen widersprechen Ergebnisse der neueren Forschung, z.B. Morsch, Arbeit, insb. S. 426f.

24 Der ausgelassene Abschnitt (S. 4/5 des Berichtes) behandelte die Stimmungslage der Arbeitnehmer am Beispiel von Belegschaftsversammlungen in Dortmund bzw. auf einzelnen Zechen im Ruhrbergbau, auf denen die Beschäftigten Forderungen der DAF verbalisierten und damit Druck auf die Betriebsleitungen, Vertrauensmänner und DAF-Funktionäre ausübten, das Gedinge oder allgemein die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

25 Die ausgelassenen Ausführungen dieses Abschnittes (S. 5/6 des Berichtes) behandelten Vorschriften zum Inhalt der Betriebsordnungen und zur Festsetzung des Gedinges, bei der Vertreter der Bergleute beteiligt werden sollten, u.a. an einem Beispiel auf der Zeche Scholven.

26 Kameradschaftsgedinge statt Einmanngedinge sowie Erhöhung der Gedingesätze. Vgl. auch den Artikel »Sie weichen zurück« (Anm. 22).

27 Zu den Vertrauensmännern bei Krupp, dem dort schon in der Weimarer Republik aufgebauten System der Hilfsvertrauensmänner, zu den Vertrauensmännern im Ruhrbergbau sowie bei anderen Großunternehmen vgl. Zollitsch, Arbeiter, S. 141f., 228–233; Frese, Betriebspolitik, S. 193ff.

28 Vgl. Anm. 2.

29 Der ausgelassene Absatz wiederholt die Notwendigkeit, mit den Vertrauensräten zu arbeiten.

30 Vgl. zu den zeitlich parallelen Bemühungen der KPD zum Aufbau einer Volksfront z.B. Paul, Max Braun, S. 128ff.

31 Der ausgelassene Absatz enthielt eine Aneinanderreihung von möglichen Kontaktpersonen der Vertrauensmänner innerhalb und außerhalb der Zeche.

32 Vgl. Anm. 2.

schen und gewerkschaftlichen Instanzen, wie überhaupt zur illegalen Arbeit, hatten, unsere Taktik mit einer fast sprichwörtlichen Selbstverständlichkeit durchführten. [...][33]

Wie schädlich sich die Beeinflussung der Arbeiter durch die Sopade im Lande aber noch geltend macht, zeigt sich an einem anderen Beispiel. Wir sprachen mit einem Bergarbeiter, der bisher Verbindung mit dem hiesigen Sopade-Sekretär B [*Schumacher*].[34] hatte. Es handelt sich wohl um eine der wenigen Verbindungen, die dieser überhaupt hatte. Die Einstellung dieses Bergarbeiters war ganz anders. Die Auffassungen der Sopade kamen hier so krass zum Ausdruck, wie das selbst in der sozialdemokratischen Emigration oder im »Neuen Vorwärts« nicht mehr zu beobachten ist. Er wußte nicht, daß er mit einem Kommunisten sprach, deshalb waren auch mitunter seine Äußerungen sehr lehrreich. Er sprach davon, daß die Kommunisten die DAF erobern wollten, daß die Funktionäre Faschisten seien, daß man jetzt nichts weiter machen könne wie beobachten, um dem Ausland zu zeigen, wie es in Deutschland aussieht. Man solle auch nichts tun, was unter Umständen den Krieg verhindern könnte, denn nur durch diesen Krieg könne man *Hitler* stürzen.

Allerdings gibt es auch für die Verschiedenartigkeit unserer Taktik noch subjektive Schwierigkeiten. Nicht alle für die Bergarbeiterbewegung tätigen Freunde sind von der Richtigkeit der Taktik überzeugt. Besonders sind es die R[evolutionäre]S[ozialisten]-Leute, die sich hartnäckig gegen die Anwendung der Taktik wenden. Aus den Berichten des zuständigen Mannes für Sachsen[35] geht sehr deutlich hervor, daß er immer wieder versuchen will, die von uns eingeschlagene Taktik zu widerlegen.[36]

h. Entwicklung und Stand der freigewerkschaftlichen Bergarbeiterbewegung.

Die Untersuchung der nun folgenden Probleme wäre ohne selbstkritische Klarstellung all der Fehler, Mängel und Schwächen in unserer Arbeit unmittelbar nach der Parteikonferenz[37] wertlos.

Schon an anderer Stelle wurde gesagt, daß die Verbindungen der Partei zu den Schächten des Ruhr- und Wurmgebiets gleich null waren. Wir versuchten nun noch eine geraume Zeit zu experimentieren und trugen uns mit dem Gedanken der Errichtung eines gewerkschaftlichen Grenzapparates. Natürlich hätte dieser Apparat zu einem kommunistischen werden müssen. Das war zweifellos falsch. Mit der Schaffung einer Grenzstelle für das Wurmgebiet, mit deren Hilfe es gelang, im Wurmgebiet rasch einige Verbindungen zu bekommen, versuchten wir dann, mit diesen Parteiverbindungen Gewerkschaftsgruppen zu schaffen. Wir gaben deshalb von der Partei eine Bergarbeiterzeitung für das Wurmgebiet[38] heraus und glaubten, so dem Gewerkschaftsaufbau im Lande zu dienen. Diese Zeitung unterschied sich fast in nichts von den offiziellen Parteiblättern. Es war ganz klar, daß wir über diesen Weg nicht weiterkommen konnten. Dazu kam noch, daß wir uns von dem hiesigen früheren Sekretär des alten Bergarbeiterverbandes[39] sehr stark täuschen ließen. Sehr lange haben wir den von ihm verfaßten Berichten an den IGB geglaubt.[40] Aus diesen Berichten ging hervor, daß der Mann über äußerst gute und zahlreiche Verbindungen nach dem Ruhrgebiet verfügte. Das alles stellte sich später als unwahr heraus. Aber doch verleiteten uns diese Berichte zu dem Gedanken, in sehr rascher Zeit ebenfalls solche Verbindungen herzustellen, um ihm als vollwertige Partner gegenüber zu stehen. Wir wollten also eine Politik »von Macht zu Macht« treiben. Es war dies eine verhängnisvolle Einstellung, die uns den Tempoverlust nur noch vergrößern ließ.

Die Änderung trat dann erst ein als auf dem Vereinigungskongreß der französischen Gewerkschaften eine Resolution angenommen wurde, die es den einzelnen Berufsverbänden in Frankreich zur Aufgabe machte, die Unterstützung der Gewerkschaftsarbeit in Deutschland unmittelbar in Angriff zu nehmen.[41] Anfang März diesen Jahres fuhr ich dann zu dem Präsidenten der Bergarbeiter-Internationale[42], um mit ihm zu verhandeln, wie diese Resolution nun für die Wiederaufrichtung des deutschen Bergarbeiterverbandes, verwirklicht werden soll. Im Mai konnte ich dann in der Exekutivkomiteesitzung sprechen.[43] In dieser Sitzung kam ein äußerst starker Widerstand der tschechischen und belgischen Vertreter[44] gegen die Zusammenarbeit mit Kommunisten zum Ausdruck. Ende Mai fand dann die mit dem Präsidenten vereinbarte deutsche Bergarbeiterkonferenz statt.[45] Nach zweitägigen Beratungen wurde dann ein Arbeitsausschuß gebildet. Mit dieser Konferenz sollte die Zusammenfassung aller bisher zersplitterten Kräfte an den Grenzen erreicht werden, um dann mit Hilfe der im Ausland lebenden früheren Gewerkschaftsfunktionäre an die Gewerkschaftler im Lande heranzukommen. Im August 1936 wurde dann offiziell von der Exekutive der Internationale die Anerkennung des Arbeitsausschusses als einem Organ der Berufsinternationale durch Beschluß getätigt.[46] Gleichzeitig wurde den Leitern des Arbeitsausschusses Sitz und Stimme in der Exekutive eingeräumt.[47] Es war dies das erste Mal wieder, daß Vertreter eines deutschen Verbandes offiziell zu einer Berufsinternationale zählten. In der gleichen Zeit fand dann eine Besprechung mit den führenden Leuten der Sopade statt.[48]

33 In der ausgelassenen Passage folgte ein Beispiel mit einem angeblich ehemals sozialdemokratischen Gewerkschafter, der als Vertrauensratsmitglied arbeitete. Dem Beispiel fehlten jedoch die nähere Kennzeichnung des Orts und des Betriebes.

34 Ernst Schumacher (7.10.1896–24.2.1957) war seit 1922 Sekretär im SPD-Unterbezirk Magdeburg, stellvertretender Gauführer des Reichsbanners, ab Herbst 1932 Sekretär des SPD-Bezirks Niederrhein in Düsseldorf, Juli 1933 Emigration, Grenzsekretär der Sopade zunächst in Amsterdam und Arnheim, nach Ausweisung in Antwerpen, Zusammenarbeit mit der ITF, Berichterstatter der Deutschland-Berichte der Sopade für Nordwestdeutschland, 1939 Emigration nach Bolivien, dort Emigrationspolitik, 1947 Rückkehr nach Deutschland, Sekretär des SPD-Bezirks Unterfranken, 1948–1953 Verlagsgeschäftsführer des »Neuen Vorwärts« in Bonn. Zur Grenzarbeit der Sopade vgl. allgemein Buchholz/ Rother, Parteivorstand, S. XXXIV-XXXVI.

35 Gemeint ist das Mitglied des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter und Leiters der Grenzstelle für Sachsen, Hans Mugrauer. Angesprochen ist ferner der engste Mitarbeiter von Knöchel im Arbeitsauschuß, Franz Vogt. Vgl. Dok. 92, 97.

36 Vgl. Dok. 95, 97. Zu den Revolutionären Sozialisten vgl. Foitzik, Zwischen den Fronten, S. 140–155.

37 Vgl. Anm. 2.

38 Es ist nicht eindeutig, welche Zeitung gemeint ist: Der Rote Funken. Organ der Bergarbeiter im Wurmrevier, Nr. 6, 1935 (BA, SAPMO, ZPA, I 3/18–19/68, Bl. 193–194); Bergbau-Industrie-Arbeiter. Organ des Bergbau-Industrie-Arbeiter-Verbandes (BAV), Wurm, 1936. Vgl. auch Stroech, S. 122, 156.

39 Gemeint ist wahrscheinlich Franz Vogt.

40 Die Berichte wurden nicht ermittelt. Vgl. aber die Hinweise auf angebliche Verbindungen von Vogt nach Deutschland in Dok. 91.

41 Die Resolution lag nicht vor.

42 Pierre Vigne.

43 Sitzung des Exekutivkomitees der Bergarbeiter-Internationale am 10.5.1936 in Paris. Franz Vogt nahm bereits an der Sitzung am 29./30.1.1936 in Heerlen/Niederlande teil. Vgl. auch Dok. 91 Anm. 12.

44 Zum Teilnehmerkreis des Internationalen Komitees vgl. die Aufstellung bei Herrmann, Geschichte, S. 467.

45 Vgl. das Protokoll der Gründungskonferenz des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands, Pfingsten 1936 (Dok. 92).

46 Auf dem Kongreß der Bergarbeiter-Internationale in Prag am 3.–6.8.1936.

47 Dies waren Franz Vogt und der Verfasser dieses Berichts, Wilhelm Knöchel.

48 Vgl. hierzu die Angaben Dok. 95 Anm. 11 und 97 Anm. 51.

i. Zusammensetzung des Arbeitsausschusses.[49]

Der Arbeitsausschuß besteht aus 4 Mann. Die Leitung der Gesamtarbeit konzentriert sich auf zwei hiesige Freunde. Politisch betrachtet gehören dem Arbeitsausschuß an: 1 Sopade-Mann, 2 R[evolutionäre]S[ozialisten]-Leute und 1 Kommunist.[50] Bei allen handelt es sich um langjährige Mitglieder des alten BAV. Es ist ganz klar, daß diese Zusammensetzung auch innerhalb des Arbeitsausschusses große Schwierigkeiten macht. Vor allem machen es die R[evolutionäre]S[ozialisten]-Leute, die nun auf einmal radikaler sein wollen wie wir. Diese Schwierigkeiten sind heute bis zu einem großen Teil überwunden.

k. Grenzapparat

War unser anfangs gesagter Gedanke über die Bildung eigener Gewerkschaftsgrenzstellen durch die Partei falsch, so mußte jetzt ein solcher von der Partei getrennter selbständiger Bergarbeiter-Grenzapparat geschaffen werden. Er sieht zur Zeit wie folgt aus[51]: Für die Saar arbeitet ein Kollektiv von C [5 Mann auf lothringischem Gebiet][52], in der D [Tschechoslowakei] arbeiten E [3 Mann] und zwar für f [Niederschlesien], -g [Sachsen], -h [Senftenberg],[53] in I [Polen] ist 1 Mann für k [Oberschlesien],[54] in L [Holland] arbeitet die Leitung des Arbeitsausschusses[55] und an der Grenze m [2 Grenzstellen]. Es wurde möglichst versucht, die Grenzarbeit soweit wie das eben geht, legal zu organisieren. In L [Holland] sieht das beispielsweise so aus: Eine Stelle des Verkehrs ist das N [Verbandsbüro des holl[ändischen] Verbandes][56]. Dort liegt alles Lesematerial von uns, die Leute kommen lesen und gehen wieder nach Hause. Die N [Verbandsbüro des holl[ändischen] Verbandes] liegt nämlich nicht weit von der Heimat ab. Diese Stelle wird ziemlich oft besucht, auch von solchen Arbeitern, die sich nicht gerne organisatorisch mit der Arbeit verbinden wollen. Sie kommen dorthin und unterhalten sich mit dem hiesigen Sekretär, lesen das Material und verschwinden dann wieder. Diese Stelle wird auch sehr stark benutzt von solchen Arbeitern, die hier arbeiten aber drüben wohnen und auch teilweise umgekehrt.

Die andere Stelle liegt in den Händen des O [früherer Bezirkskassierer des BAV Ruhrgebiet][57]. Er verfügt gerade in diesem wichtigsten Gebiet über eine große Autorität und ist aus der Vergangenheit bei den dortigen Kumpels ziemlich beliebt. Der Vorteil dieser Stelle ist der, daß dieser Freund hier legal lebt und das Amt eines P [Kastellan des Volkshauses unmittelbar an der Grenze][58] hier ausübt. Der Verkehr an dieser Stelle geht so ähnlich wie an der dort genannten Stelle, mit dem Unterschied allerdings, daß hier die organisatorischen Verbindungen erfaßt werden. Neben den bekannten Freunden, die er selbst drüben hat, bearbeitet er auch ganz systematisch die »Gäste« von drüben. Beide Stellen arbeiten außerordentlich gut miteinander, eine Verflechtung mit irgendwelchen Parteien ist hier nicht der Fall.

Andere Stellen in anderen Ländern arbeiten so ähnlich, teilweise noch streng illegal, es müssen hier ebenfalls solche Möglichkeiten durch die dort bestehenden Verbände geschaffen werden. In der nächsten Sitzung der Exekutive[59] werden wir mit den einzelnen Sekretären diese Sache konkret besprechen.

l. Arbeits- und Agitationsmethoden des Arbeitsausschusses.

Der Ausschuß leitet die Arbeit aller dieser Grenzstellen, teilweise in Briefform, wie auch die Informationen durch die herausgebrachten »Bergarbeiter-Mitteilungen« übermittelt werden.[60] Neben den direkten Verbindungen nach der Heimat und nach den Stellen draußen, nutzen wir alle Verbandsorgane der ausländischen Organisationen zur Beeinflussung und Anleitung der Arbeiter im Lande aus. Mit der gleichen Post erhaltet Ihr einige Exemplare solcher Zeitungen, wie sie in den Grenzgebieten in deutscher Sprache erscheinen.[61] In dem hiesigen Verbandsorgan, das ja auch in der Sprache des Landes erscheint, werden unsere Artikel in unserer Heimatsprache gebracht.[62] Es gibt rings um unsere Heimat kaum ein Verbands- oder S[ozialdemokratische]P[artei]-Organ, das nicht regelmäßig Material von uns veröffentlicht.[63] Mit dieser Methode werden einige tausend Arbeiter ständig informiert und beeinflußt. Die Schwäche bei dieser Arbeitsmethode liegt noch darin, daß sich der Behandlung taktischer Fragen in Artikelform noch Schwierigkeiten von Seiten der Redaktion entgegenstellen. Bisher ist es nur möglich, den Arbeitern mit dieser Methode unsere Taktik in Beispielen verständlich zu machen. Es wird aber nur noch eine Frage der Zeit sein, um auch diese Schwierigkeiten zu überwinden.

Eine andere Methode, die wir anwenden, ist die Veröffentlichung von kurzen Artikeln in solchen Zeitungen, die noch ins Land gehen. Hierbei muß man natürlich die größte Vorsicht walten lassen. Veröffentlichungen in solchen Zeitungen können natürlich

49 Vgl. hierzu detailliert das Protokoll der Konferenz (Dok. 92).

50 In der Reihenfolge der Aufzählung: Richard Kirn, Franz Vogt, Hans Mugrauer, Wilhelm Knöchel.

51 Vgl. zur Zusammensetzung auch den «streng vertraulich» klassifizierten, nicht namentlich gekennzeichneten KPD-Bericht «Die Bergarbeiter für die Einheitsfront» vom 25.11. 1936, der einzelne, unvollständige Angaben zur politischen Verteilung der Grenzstellenvertreter machte. Danach gehörten die Vertreter für Ruhrgebiet, für Wurmgebiet, für Niederschlesien, sowie die beiden Vertreter für Oberschlesien der KPD an, von den Grenzstellenvertretern für das Saargebiet rechnete der Bericht zwei der SPD und einen der KPD, sowie einen – nicht näher gekennzeichneten – Vertreter in Zwickau der SPD zu (BA, SAPMO, ZPA, I 2/708/137, Bl. 264–267).

52 Es läßt sich nicht mehr eindeutig klären, wer neben den beiden Leitern der Außenstelle in Forbach, Richard Kirn und Wilhelm Frisch, gemeint ist, da es personelle Überschneidungen bei den Tätigkeiten in Forbach für den Arbeitsauschuß, die Sopade, die KPD sowie bei den Volksfrontbemühungen an der Saar gab. Gemeint sind möglicherweise als ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre des BAV: Hermann Petri, Heinrich Becker, Josef Wagner oder der später als Spitzel und Übermittler der Forbacher Korrespondenz an die Saarbrücker Gestapo enttarnte Johann Bernarding. Vgl. hierzu die – mitunter allerdings ungenauen – Erinnerungen von Richard Kirn, in: Peukert/ Bajohr, S. 193–197, insb. S. 195f.; sowie grundlegend zu den Grenzstellen in Forbach: Paul/ Mallmann, Milieus, S. 271f., 282–284, 386–390, 427.

53 Die beiden anderen Personen neben Hans Mugrauer, der von der Tschechoslowakei aus für Sachsen zuständig war, wurden nicht ermittelt. Der Grenzsekretär der Sopade in Trautenau, Helmut Hertel [d.i. Franz Bögler] informierte den Parteivorstand der Sopade am 11.9.1936, daß er »in Erfahrung gebracht« habe, »daß der für Waldenburg-Glatz-Neurode zuständige Bergarbeiterverbands-Vertreter« Kommunist sei und mit Zustimmung der Bergarbeiter-Internationale vom »Bergarbeiter-Sekretariat in Trautenau«, d.h. der Grenzstelle des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter, unterstützt werde (AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 21). Vgl. auch Dok. 95.

54 Karl Becker. Vgl. Dok. 92 Anm. 1.

55 Franz Vogt und Wilhelm Knöchel. Formal waren Kirn und Mugrauer gleichgestellt. Vgl. Dok. 92. Faktisch lag die Leitung aber bei Vogt und Knöchel. Vgl. hierzu die Auseinandersetzungen bei den Verhandlungen mit der ADG bzw. in dem Briefwechsel zwischen Kirn und Vogt 1937 (Dok. 104–106).

56 Das Verbandsbüro lag in Heerlen, direkt an der deutsch-niederländischen Grenze. Der Grenzstellenleiter war Ludwig Becker. Vgl. zu Becker seine Redebeiträge auf der Gründungskonferenz des Arbeitsausschusses in Dok. 92. Zum folgenden s. ferner die knappen Hinweise bei Peukert/ Bajohr, S. 119.

57 Friedrich Delker (geb. 1889) war seit 1920 Angestellter des Bergbauindustriearbeiter-Verbandes im Bezirk Saarbrücken, 1931–1933 Hauptkassierer in der Ruhrgebietsleitung des BAV, 1933 Emigration in die Niederlande, Angestellter im Gewerkschaftshaus in Maastricht.

58 Das Volkshaus lag in Maastricht. Delker war Kantinenwirt.

59 Die Sitzung des Internationalen Komitees der Bergarbeiter-Internationale fand am 14./15.1.1937 in Brüssel statt.

60 Die «Bergarbeiter-Mitteilungen» waren das Informationsorgan des Arbeitsausschusses innerhalb der Emigration. Vgl. zur Abgrenzung Dok. 92. Zur Briefform als Anleitung vgl. Dok. 96.

61 Die Zeitungen lagen nicht vor.

62 Vgl. Dok. 97.

63 Ebd.

über einwandfreie Feststellungen nicht hinausgehen.[64] Auch die »Bergarbeiter-Mitteilungen« werden sehr viel abgedruckt. In den letzten Tagen sind es die Feststellungen, die wir über die Auswirkungen des neuen Vierjahresplans für den Bergbau in einer Sondernummer publiziert haben,[65] die in der großen Presse abgedruckt werden. Es gibt nun noch neuerdings eine neue Möglichkeit, über die man die große Auslandspresse direkt von der Heimat aus zur Berichterstattung bringen kann.[66]

Diese neuen Arbeitsmethoden brachten uns nicht nur bei der Presse eine ziemliche Autorität, sondern werden auch unsere Untersuchungen und Veröffentlichungen von den verschiedenen deutschen politischen und gewerkschaftlichen Instanzen sehr beachtet und auch schon von Organen internationaler Instanzen abgedruckt.[67]

[...][68]

m. Unser Verhältnis zu den politischen Parteien und zur GAD.[69]

Wir haben Verbindung zu allen politischen Parteien, stehen mit den großen Parteien, auch mit der Sopade, im Briefverkehr, erhalten ihre Materialien. Auch drucken sie Materialien von uns, wenn sie besonders für sie gemacht wurden.[70]

Der Eingliederung unserer Bewegung in die GAD werden von 1 [Heinrich *Schliestedt*][71] neue Schwierigkeiten immer wieder in den Weg gestellt. Er macht das sehr geschickt und stellt brieflich immer wieder neue Anfragen, die seiner Meinung nach erst geregelt werden müssen, bevor man sich an den Verhandlungstisch zusammensetzt. Er würde gerne Einzelne von uns in die GAD aufnehmen, aber dieses neue organisatorische Gebilde, das unsere Bewegung darstellt, gefällt ihm nicht.[72]

n. Die Schwächen unserer Bewegung.

Wohl hat sich die Bewegung in den letzten Monaten stark gefestigt, doch liegt die Hauptschwäche immer noch an den organisatorischen Verbindungen, die wir vor allem nach dem Ruhrgebiet noch ziemlich schwach haben. Objektiv sind die Möglichkeiten für eine Verbesserung der Verbindungen gegeben. Diese schwache Seite unserer Arbeit wird aber, sobald wir eine in etwa gesicherte finanzielle Basis haben, sehr bald

64 Vgl. die Hinweise in Dok. 96.

65 Bergarbeiter-Mitteilungen, Sondernummer, Anfang Dezember 1936.

66 Die neue Arbeitsmethode wurde an keiner Stelle erläutert. Möglicherweise spielte Knöchel auf eine projektierte Zeitung an, die gemeinsam mit der ITF aus Deutschland berichten sollte. Vgl. die Angaben zu Dok. 97 Anm. 65. Die Nachdrucke konnten nicht im einzelnen festgestellt werden. Vgl. aber die Hinweise von Knöchel auf eigene Artikel in ebd.

67 Dieser etwas hochgegriffene Hinweis spielte auf die Zusammenarbeit mit der ITF und deren Publikationen an. Vgl. die Angaben zu Dok. 97 Anm. 65.

68 Die ausgelassenen Ausführungen nannten einige Beispiele für Reaktionen – auch des Regimes – auf die Veröffentlichungen des Arbeitsausschusses, u.a. auf die Tarnbroschüre »Handbuch für den Vertrauensmann und Betriebsführer. 100 Fragen und Antworten für die tägliche Praxis unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit, der Arbeitszeitverordnung und aller neuen Verordnungen, bearb. und zusammengestellt von Werner Denkler, Berlin o.J.«[1936] (AdsD, DGB-Archiv, Nl. 256). Vgl. hierzu Dok. 97 Anm. 35. Dort auch weitere Hinweise auf Materialien und Denkschriften des Arbeitsausschusses.

69 D. h. die Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften (ADG).

70 Vgl. auch die Hinweise von Knöchel in Dok. 97.

71 Im Code «Schliestedt».

72 Vgl. zu den Auseinandersetzungen zwischen ADG bzw. Schliestedt und dem Arbeitsausschuß, insbesondere Vogt und Knöchel, die Briefwechsel zwischen Vogt und Knöchel mit Kirn sowie zahlreiche andere Dokumente 1936/37, u.a. Dok. 95, 97, 98, 102, 105, 106, 108. Die KPD-Abschnittsleitung West in Amsterdam wies in ihrem Begleitbrief bei der Übermittlung dieses Berichts an das Zentralkomitee in Moskau darauf hin, daß sich bei den Auseinandersetzungen mit Schliestedt und der ADG »im Januar ein scharfer Kampf um das Bergarbeiter-Komitee (entwickelte).« Feld und Robert, vom 9.3.1937 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/287, Bl. 95–98).

überwunden sein. Wir erwarten von der nächsten Exekutivsitzung, die jetzt unmittelbar bevorsteht und die auf Beschluß der Prager Sitzung nun entscheiden soll, die Regelung der Finanzfrage für unsere Bewegung.[73]

Eine andere Schwäche unserer Arbeit liegt darin, daß es bisher nicht gelungen ist, an die christlichen Gewerkschaftler und deren frühere Vertreter, die im Ausland sitzen, heranzukommen. Mit der Verbesserung unserer Verbindungen im Lande werden natürlich auch auf diesem Gebiet Fortschritte erzielt werden. Die bisherigen Versuche an christliche Gewerkschaftler heranzukommen, sind bisher noch gescheitert.[74]

Trotz aller dieser festgestellten Mängel, muß man doch jetzt feststellen, daß sich in unserer Bewegung ein großer Fortschritt in der Gewerkschaftsarbeit in Deutschland verkörpert. Die von uns geschaffene Bewegung kann als ein ernster[75] Schritt zur Bildung der neuen Gewerkschaftsbewegung in Deutschland betrachtet werden, in der aktiv frühere Sozialdemokraten und Gewerkschafter mitarbeiten. Unsere Verbindungen an der Ruhr sind fast ausschließlich Verbindungen, die mit unserer Partei[76] absolut nichts zu tun hatten. Dieser Kurs der Heranziehung und Aktivierung dieser Freunde wird von uns weiter eingehalten werden.[77]

Diese Bewegung wird auch die Kraft entfalten können, andere Arbeiter wie: christliche, nationalsozialistisch beeinflußte Arbeiter und sonstige in ihren Bann zu ziehen und sie im Kampf um Lohn und Brot dem allgemeinen antifaschistischen Kampf zuzuführen.

o. Welche Lehren müssen wir ziehen.

Durch die Initiative unserer Partei[78] ist es gelungen ein Jahr nach der Konferenz[79] diese Bewegung zu schaffen. Sie zeigt, wenn auch noch in groben Umrissen, die Konturen der weiteren Entwicklung. Eine ähnliche Lage, wie wir sie bei den Bergarbeitern am Anfang dieses Jahres hatten, gibt es heute bei einer Reihe anderer Berufszweige. Deshalb sollte die Partei alle Kräfte einspannen, um mit Hilfe der einzelnen Berufsinternationalen die Bildung von kollektiven Leitungen der einzelnen Berufe anstreben. Die Zusammenfassung bis jetzt zersplitterter Kräfte der einzelnen

73 Der Prager Kongreß der Bergarbeiter-Internationale fand am 3.–6.8.1936 und die »nächste Exekutivsitzung«, d.h. die Sitzung des Internationalen Komitees, fand am 14./15.1.1937 in Brüssel statt. Dort wurde beschlossen, daß die einzelnen nationalen Verbände einen Unterstützungsbetrag nach eigenem Ermessen leisten. Die endgültige Regelung der Finanzierung wurde auf die nächste Sitzung des Exekutivkomitees der Bergarbeiter-Internationale am 22./23.4.1937 in Paris vertagt. Dort sollte der Generalsekretär der Internationale, Edwards, einen »Vorschlag über die gesamte Höhe« unterbreiten. Vgl. Fr[anz Vogt] / Alfr[ed, d.i. Wilhelm Knöchel], an Lieber Richard [Kirn], vom 19.1.1937; dass., vom 3.2.1937. Trotz doppelter Namensnennung waren im ersten Brief Knöchel und im zweiten Brief Vogt alleinige Verfasser (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 36f.). In der Zwischenzeit drängte Vogt bei Edwards, der der Finanzierung auf der Tagung des Exekutivkomitees angeblich zurückhaltend gegenüber stand, auf finanzielle Unterstützung angesichts der bevorstehenden Vertrauensratswahlen im Frühjahr 1936 und 1937. Vgl. Vogt an Edwards, vom 12.2. 1937 (IISG, Miners International, Correspondence Germany, Nr. 2). Vgl. zur weiterhin ungeklärten Gesamtunterstützung die Berichte von Knöchel für die KPD: Bericht Nr. 25, aus VIa, vom 10.6.1937 (chiffriert), sowie Bericht Nr. 26, aus V, vom 10.6. 1937 (chiffriert) (BA, SAPMO, ZPA, I 2/708/137, Bl. 373–378). Gleichwohl erhielt der Arbeitausschuß zwischen 1936 und 1939 unregelmäßige finanzielle Unterstützung von einzelnen nationalen Verbänden. S. hierzu die Zusammenstellung bei Peukert/Bajohr, S. 120, sowie S. 122. Zur Finanzierung durch die Bergarbeiter-Internationale vgl. bereits die Anträge und Bitten von Franz Vogt Ende 1935 (Dok. 91).

74 Vgl. die Hinweise in Dok. 93, 94, 96, 97.

75 Formulierung in der Vorlage.

76 D.h. der KPD.

77 Vgl. die Beispiele in Dok. 97.

78 D. h. der KPD.

79 Vgl. Anm. 2.

Berufe ergibt große Möglichkeiten für die Entfaltung der Gewerkschaftsarbeit in den breitesten Massen. Heute bereits sind wir imstande, die Organisierung der Zusammenfassung der Kräfte von schon durch die einzelnen Berufsinternationalen anerkannten deutschen Gewerkschaftlern vorzunehmen. Eine Reihe von Voraussetzungen müssen von dem Arbeitsausschuß der Bergarbeiter dafür geschaffen werden. Die nächsten Schritte, die wir zur Weiterentwicklung der gesamten gewerkschaftlichen Arbeit in Deutschland machen werden, sind folgende:

Um endlich dem Streuben der GAD gegen die Eingliederung unserer Bewegung in dieselbe entgegentreten zu können, soll auf der nächsten Exekutivsitzung[80] mit den Leitern der Bergarbeiter-Internationale besprochen werden, daß die Internationale vom IGB einen Sitz im Koordinationskomitee verlangt. Dieser Sitz soll dann dem Arbeitsausschuß übertragen werden. Dieses Vorgehen wird vorbereitet durch einen ausführlichen Bericht an den IGB, der auch allen Mitgliedern des Koordinationskomitees zugestellt wird.[81]

Ende Januar soll hier[82] eine erste Besprechung mit allen deutschen Sachbearbeitern der hier ansässigen Berufsinternationalen stattfinden mit dem Zweck, eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden, die allmonatlich westdeutsche Gewerkschaftsberichte veröffentlichen soll.[83] Einige Vorbereitungen für diese Besprechung wurde von uns schon gemacht. Die erste Zusammenkunft soll natürlich den Charakter einer zwanglosen Besprechung sein, in deren Verlauf wir die soeben genannten Vorschläge machen werden.[84] In einer späteren Sitzung dann würden die GAD und alle für Westdeutschland arbeitenden Gewerkschaftler hinzugezogen werden müssen, um so zu erreichen, daß sie, soweit das heute noch nicht ist, von ihren Internationalen anerkannt werden.

Alfred[85]

80 Am 14./15.1.1937 in Brüssel.

81 Vgl. u.a. Dok. 102, 107. Zur Informationspolitik s. Dok. 97. Eine Eingliederung in das Koordinationskomitee des IGB erfolgte nicht. Vgl. den Bericht Nr. 25 (Anm. 73) sowie das vertrauliche Protokoll der Sitzung des Exekutivkomitees vom 8.–11.3.1938, vom 20.3.1938 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/708/137, Bl. 384–387).

82 D. h. am Sitz der faktischen Leitung des Arbeitsausschusses in Amsterdam.

83 Vgl. zu solchen Verabredungen bereits die Äußerungen von Schliestedt in seinem Bericht gegenüber Martin Plettl, vom 5.2.1936 (Dok. 35), über die Sitzung des Koordinationskomitees des IGB.

84 Vgl. die Konferenz zur Bildung eines Koordinationsausschusses am 20.3.1937 in Paris (Dok. 149). Der Versuch scheiterte rasch an inneren Streitigkeiten um den Einfluß der KPD. Die ADG erkannte den Ausschuß nie an. Vgl. eingehend Kap. VII der Dokumente.

85 Alfred bzw. Alfred Schroeder war der Deckname von Wilhelm Knöchel.

DOKUMENT 100

16. 2. 1937: Richard Kirn, Forbach/Frankreich, informiert Franz Vogt, Amsterdam, über die illegale Arbeit des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands im Saargebiet

BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 38. Maschinenschriftliche Abschrift. Absenderanschrift: »Syndicat Confédéré des Mineurs de la Moselle Siégne social: Forbach (pp.)«. Adressat: »Frans van Dam, 68 III Marathonweg, Amsterdam/ Hollande«. Maschinenschriftliche Unterschrift.[1]

1 Dies waren die Anschrift des Arbeitgebers von Richard Kirn und die Deckadresse von Franz Vogt. Unter dem Dokument Stempel der Gestapo Saarbrücken und Vermerk zur Abschrift von der Sachbearbeiterin. Vgl. Dok. 93 Anm. 1.

Forbach, le 16. Februar 1937

Lieber Franz [*Vogt*],

Den »Travailleur« und »Kumpel«[2] wirst Du inzwischen erhalten haben. Aus dem »Kumpel« konntest Du eine durch uns hier eingeleitete Aktion gegen die Devisenverordnung der *Hitler* ersehen. Die Aktion führte zu vollem Erfolg. Darüber bitte ich die beigefügte Zeitungsnotiz lesen zu wollen.[3] An der Aktion beteiligen sich alle Saargrenzgänger, die täglich die deutsch-französische Grenze überschreiten. Die Zahl beträgt zirka 6.000 Mann. Sicherlich ein großer Erfolg.[4]

Unsererseits wurden zwei Flugzettel angefertigt und unter die Arbeiter gebracht.[5] Dank dieser Maßnahme konnte der Widerstand der Grenzgänger ausgelöst und bewußt gefördert werden.[6]

Der Erfolg blieb auch nicht aus. Die *Hitler*regierung hat verfügt, daß die geplante Devisengesetzgebung bis 1. April 1937 aufgehoben wird. Die Weiterentwicklung wird durch uns sehr aufmerksam verfolgt werden. Mitteilung darüber später.[7]

Wann kommt das so langersehnte Geld.[8] Ich weiß mir[9] vor Schulden bald nicht mehr

2 Zu diesen beiden Zeitschriften des lothringischen Bergarbeiterverbandes, dessen Mitarbeiter Richard Kirn war, vgl. ders., Erinnerungen an den Widerstand, in: Peukert/Bajohr, S. 195f.

3 Nach der Devisenverordnung mußten Arbeiter mit einer Beschäftigung im Ausland ab 1.2.1937 zwei Drittel ihres Lohnes in Deutschland in Reichsmark umtauschen. Nach Angaben des Arbeitsausschusses mußten die Arbeiter wegen des ungünstigen Kurses erhebliche Einbußen hinnehmen, da die Reichsmark im Ausland nur etwa die Hälfte des offiziellen Umtauschkurses in Deutschland wert war. Vgl. hierzu und zu den Aktionen der Bergleute und des Arbeitsausschusses die Berichterstattung in: Das Signal von der Saargrenze, in: Bergarbeiter-Mitteilungen, 2. Jg., Nr. 3, März 1937, S. 1 f., abgedr. in: Peukert/Bajohr, S. 177f.; das Flugblatt »Kameraden! Grenzgänger von den Wendelschächten!« [Anfang Februar 1937] (AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 94), sowie Dok. 101, 103, 107. Die Devisenregelung bezog sich formal auf das Devisengesetz vom 4.1.1935, die 3. und 5. Durchführungsverordnung vom 1.12.1935 und 25.5.1936 sowie den Runderlaß 175/36 der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung vom 16.2.1936. Vgl. Strafbefehl der Staatsanwaltschaft Völklingen, vom 4.3.1937, abgedr. in: Materialsammlung des Grenzsekretärs der Sopade, Georg Reinbold, S. 4 (AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 94). Die Ausgabe des »Kumpel« und die Zeitungsnotiz lagen nicht vor.

4 Danach verschob die NS-Regierung zunächst vorübergehend nach Protesten der Grenzgänger die Inkraftsetzung der Devisenverordnung. Später verweigerten die Bergleute die Einfahrt und kehrten geschlossen nach dem Umtausch in Frankreich nach Deutschland zurück. Vgl. den Bericht »Das Signal von der Saargrenze« und das Flugblatt »Kameraden! Grenzgänger von den Wendelschächten!« (beide Anm. 3) sowie Dok. 103. Zu diesem gesamten Konflikt vgl. Mallmann/Steffens, Lohn, S. 219–222; Mallmann/Paul, Herrschaft, S. 370–378.

5 Vgl. das Flugblatt »Kameraden! Grenzgänger von den Wendelschächten!« (Anm. 3), Dok. 103.

6 Vgl. aber zur unterschiedlichen Einschätzung der Auseinandersetzungen durch die Exilpresse und – gegenüber einer politischen Anleitung durch Widerstandsgruppen überwiegend skeptisch – in der historischen Forschung die Hinweise zit. bei Mallmann/Paul, Herrschaft, S. 376f.

7 Über diese Aktion wurde in der Exilpresse ausführlich berichtet. Vgl. z.B. Sopade, DB, Juni 1937, A 27–29.

8 Vgl. die Antwort von Vogt in Dok. 101. Vgl. auch zu den Anträgen, Bitten und Konflikten um die dauerhafte finanzielle Unterstützung die Hinweise in Dok. 99 Anm. 73, ferner die Abrechnung von Kirn gegenüber Vogt für Juli 1936 bis März 1937 in der Anlage von Brief Nr. 1 Kirn an Vogt vom 10.4. 1937 (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 97). Danach rechnete die Grenzstelle Forbach für die Zeit Juli 1936 bis März 1937 ab an Einnahmen (Französische Francs): »Kamerad Vigne (Patenschaft)« 200.-, »Kamerad Vigne (über Charles [d.i. Charles Weisheit])« 490.-, »Saarkameraden in der Emigration« 400.-, »Lothringische Bergarbeiter« 500.-, »Kamerad Vigne (über Frans [d.i. Franz Vogt]) 325.-, «Lothringer Kameraden» 500.-. An Ausgaben machte Kirn für «Fahrten nach Grenzorten, ins Land, Papier, Wachsmatrizen etc» zusammen 2.515.-, somit ein Minus von 100,– Francs geltend. (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 98). Vgl. aber die Angaben von Vogt über eine bevorstehende Überweisung von ihm an Kirn über 500.- Francs am 25.2.1937 (Dok. 101). Die Anfragen, Nachfragen, Bitten, Forderungen sowie gegenseitigen Vorhaltungen wegen der finanziellen Unterstützung

aus noch ein. Auf die Dauer funktioniert die »Pumpe« einfach nicht. Also macht vorwärts.

Besten Gruß!
Rico[10]

DOKUMENT 101

25. 2. 1937: Franz Vogt und Wilhelm Knöchel, Amsterdam, informieren Richard Kirn, Forbach/Frankreich, über den Stand der Verhandlungen zwischen dem Arbeitsausschuß und der ADG

BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 39. Maschinenschriftliche Abschrift. Ohne Angaben zu Anschrift von Absender- und Adressat. Ohne Ortsangabe. Maschinenschriftliche Unterschrift.[1]

den 25. Februar 1937

Lieber Richard [*Kirn*]!

Vielen Dank für Deinen letzten Brief.[2] Die Sache mit den Grenzgängern[3] habt Ihr ganz ausgezeichnet gemacht. Auch über den uns zugeleiteten Bericht[4] haben wir uns tüchtig gefreut. Wir werden ihn sehr gut verwenden können. Es ist Dir sicherlich bekannt, daß die GAD einen Monatsbericht herausgibt. In der Januarnummer dieses Monatsberichtes war ein Leitartikel über die Verhältnisse an der Saar.[5] Es waren darin verarbeitet die von Euch seinerzeit angestellten Erhebungen über die Teuerung im Saargebiet.[6] Daneben noch die Geschichte mit dem Bergmannsbauer usw. Wir haben uns darüber gefreut, daß das Organ der GAD diese Sachen von Euch abgedruckt hat. So wie die Dinge zwischen der GAD und uns im Augenblick noch stehen,[7] rechnen wir jedoch damit, daß sie diese Erhebung als eigene Arbeit auszugeben trachten wird. Wir möchten dann natürlich einen festen Beweis dafür in der Hand haben, daß die Sachen von Euch stammten. Könnt Ihr uns mitteilen, wie die GAD in den Besitz dieses Materials gekommen ist? Nun gleich zum Thema GAD. Unser Freund Hans

der Grenzarbeit in Forbach dauerten aber unverändert an. Kirn und Frisch beharrten auf einer Zusage von monatlich 500.- Francs, die aber kaum die Herstellung eines Flugblattes deckten. Kirn an Vogt vom 10.4.1937 (ebd.). Vogt und Knöchel lehnten mit Hinweis auf die noch schwierigere Lage von Mugrauer in der CSR ab. Briefwechsel Vogt und Kirn, u.a. vom 26.5.1937, 31.5.1937, 2.6.1937, 5.7.1937, 19.7.1937, 7.11.1937, 22.11.1937 (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 115, 117–120, 131, 136, 146, 149). Vgl. auch die allgemeine Zusammenstellung der Zuschüsse und Ausgaben in Peukert/Bajohr, S. 120f.

9 In der Vorlage: mit.

10 D. i. Richard Kirn.

1 Unter dem Dokument Stempel der Gestapo Saarbrücken und Vermerk zur Abschrift von der Sachbearbeiterin. Vgl. hierzu Dok. 93 Anm. 1.

2 Vgl. Dok. 100.

3 Gemeint sind die in Frankreich arbeitenden und im Saargebiet wohnenden Bergleute. Vgl. ebd.

4 Das Signal von der Saargrenze, in: Bergarbeiter-Mitteilungen, 2. Jg., Nr. 3, März 1937, S. 1 f., abgedr. in: Peukert/Bajohr, S. 177f. Vgl. auch Dok. 100 Anm. 3.

5 Nachrichten der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften, Nr. 1, Januar 1937. Zur ADG bzw. GAD vgl. eingehend Kap. II der Dokumente.

6 Vgl. hierzu auch die laufenden Berichte in den »Bergarbeiter-Mitteilungen« über sinkende Löhne, steigende Abzüge und Lebenshaltungskosten sowie den zusammenfassenden Bericht des Arbeitsausschusses von Mitte März 1937 (Dok. 107).

7 Vgl. auch das Schreiben von Vogt an Kirn vom 3.2.1937, in dem er von den stockenden Verhandlungen mit der ADG berichtet (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 37). Vgl. ferner Dok. 97, 98.

[*Mugrauer*] hat seinerzeit[8] mit [Heinrich] *Schl[iestedt]* über die Eingliederung unserer Bewegung in die GAD verhandelt.[9] Den Schluß dieser Verhandlungen bildeten zwei Briefe, einer von *Schl[iestedt]* und einer von Hans [*Mugrauer*]. Beide Briefe liegen Dir in Abschrift bei.[10] Behandle diese Briefe als vertraulich, d.h. sprich nur mit *Gustav*[11] darüber. Jetzt haben wir der GAD im Namen des Gesamt-Arbeitsausschusses ein Schreiben übersandt. Dieses Schreiben liegt Dir ebenfalls in Abschrift bei.[12] Den Originalbrief halten wir uns hier. Du erhälst nur die letzte Seite davon. Sie ist von uns unterzeichnet. Setze Du bitte Deinen Namen darunter und sende die letzte Seite allein, ohne jegliches Begleitschreiben an die Adresse: Hans *Mugrauer*, Probstau Nr. 303, bei Teplitz-Schönau, Tschechoslowakei.[13] Erledige die Sache aber sofort. Wirf den Brief in den Zug, der von Metz nach Basel geht. Wir nehmen an, daß Du mit dem Inhalt des Briefes einverstanden bist, sollte das jedoch wider Erwarten nicht der Fall sein, dann teile uns sofort mit, welche Stellen Du geändert haben möchtest.[14] Der Brief ist in dieser Form abgefaßt, weil er möglicherweise bei den Verhandlungen mit unserer Berufsinternationale[15] einmal eine Rolle spielen kann und es ebenfalls nicht ausgeschlossen ist, daß der IGB einmal mit dieser Angelegenheit befaßt wird.[16] Übrigens können wir Euch mitteilen, daß Ihr in den nächsten Tagen von uns einen Betrag von etwa 500ffrs.[17] erhalten werdet.

Nehmt nun die herzlichsten Grüße von uns.
F[ranz]A[lfred][18]

8 D. h. nach der Gründung des Arbeitsauschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter und dem Kongreß der Bergarbeiter-Internationale in Prag im Mai und August 1936 im Auftrag des Arbeitsausschusses ab Spätsommer 1936.

9 Vgl. Dok. 95, 97, 98.

10 Die Abschriften lagen nicht vor. Schliestedt hatte zuletzt das Verhandlungsergebnis in einem Schreiben an den Arbeitsausschuß vom 14.1. 1937 zusammengefaßt. Vgl. auch Dok. 102.

11 D. i. Wilhelm Frisch.

12 Der Brief lag nicht bei. Vgl. aber Dok. 102, die weitere Diskussion zwischen Arbeitsausschuß und ADG u. a. in Dok. 104–106, 108–110; sowie den Brief des Arbeitsausschusses an die ADG vom 24.3. 1938 mit der Forderung nach Aufnahme in die ADG und dem Hinweis auf die Anerkennung durch die Bergarbeiter-Internationale als legitime Vertretung der deutschen Bergarbeiter (BA, SAPMO, ZPA, I 2/708/137, Bl. 383).

13 Das war die reguläre Anschrift von Mugrauer in der CSR. Vgl. auch zur Korrespondenz Dok. 92.

14 Kirn war nicht einverstanden. Vgl. Dok. 104.

15 D. h. der Bergarbeiter-Internationale.

16 Zu Konflikten um die Anerkennung durch den IGB und die konkurrierenden Organisationsvorstellungen vgl. auch Dok. 44, 99 sowie die intensive Diskussion in der Exilpresse, z.B. in der Sozialistischen Warte 1936–1938.

17 Französische Francs. Vgl. hierzu die vorangegangenen Klagen, zuletzt in der Nachfrage von Kirn in Dok. 100. Vgl. aber die Angaben zu den »Einnahmen« von Kirn gegenüber Vogt vom 10.4.1937 (Anm. 8 Dok. 100), in denen dieser Betrag nicht ausgewiesen war.

18 Namenskennzeichnung für Franz Vogt und Wilhelm Knöchel.

DOKUMENT 102

26. 2. 1937: Der Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter erklärt gegenüber der ADG seine Bereitschaft zur Mitarbeit

BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 40–42. Maschinenschriftliche Abschrift. Angaben im Dokumentkopf: »Bergarbeiter-Mitteilungen. Herausgegeben vom Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands (angeschlossen der Bergarbeiter-Internationale: – Sitz London)«.[1]

den 26. Februar 1937

An die
Auslandsvertretung deutscher Gewerkschaften (GAD)[2]

Werte Kameraden!

Der Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands, der Euch dieses Schreiben übersendet, wurde im Frühjahr 1936 auf einer Konferenz deutscher Bergarbeiter gewählt.[3] Auf der dem internationalen Bergarbeiterkongreß folgenden Sitzung des Exekutivkomitees der Bergarbeiter-Internationale im August 1936[4] wurde unsere Bewegung der Bergarbeiterinternationale eingegliedert.[5] Damit wurden die Beschlüsse der illegalen Konferenz der freigewerkschaftlichen Bergarbeiter Deutschlands und die Wahl des Arbeitsausschusses von der Bergarbeiterinternationale bestätigt. Diese Tatsachen verpflichteten uns, mit der vom Internationalen Gewerkschaftsbund eingesetzten Auslandsvertretung deutscher Gewerkschaften in Verbindung zu treten. Wir fühlten uns dazu umsomehr verpflichtet, da wir in den Richtlinien der GAD, datiert vom 31. Oktober 1935[6], von denen wir auf dem Prager internationalen Bergarbeiterkongreß Kenntnis erhielten, folgende Erklärungen fanden: »Es ist Aufgabe der GAD, eng mit den Gewerkschaftern, die illegal in Deutschland arbeiten, zusammen zu arbeiten und die Vereinheitlichung gewerkschaftlicher Bewegungen in Deutschland zu fördern...« »Die Berufsinternationalen setzen ihre Arbeit in Deutschland im Rahmen ihrer Fachgruppen fort. Die GAD unterstützt sie durch beratende und fördernde Aktion. Die Berufsinternationalen verpflichten sich,[7] der GAD alle Maßnahmen, die sie in Verbindung mit ihrer Arbeit in Deutschland ergreifen, mitzuteilen, vertrauliche Zwischenpersonen zu bestimmen und der GAD die Berichte aus Deutschland und das zur Verteilung bestimmte Propagandamaterial zur Kenntnis zu bringen...« »Die Zentralen der gewerkschaftlichen Berufsorganisationen in Deutschland werden von den Berufsinternationalen finanziert.« Wir bemerken, daß uns die Richtlinien der GAD nicht in deutscher Sprache vorgelegen haben, sodaß die hier angeführten Sätze eine von uns vorgenommene Rückübersetzung ins Deutsche darstellen.

Im Auftrage des Arbeitsausschusses wurde dessen Mitglied Hans *Mugrauer*[8] beauftragt, mit der GAD Verhandlungen über die Eingliederung der freigewerkschaftlichen Bergarbeiterbewegung in die GAD zu führen. Diese Verhandlungen fanden zwischen unserem Kameraden und dem Leiter des GAD, Kamerad [Heinrich] *Schliestedt*[9], statt. Das Verhandlungsergebnis wurde vom Kameraden Schliestedt in einem Schreiben, datiert vom 14.1.1937, schriftlich fixiert.[10]

Der Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter hat zu diesem Schreiben des Kameraden *Schliestedt* Stellung genommen. Wie aus dem Brief ersichtlich ist, stehen nach der Ansicht des Kameraden *Schliestedt* einer Eingliederung unserer Bewegung in die GAD bestimmte Hindernisse im Wege, von denen er am Schluß seines Briefes wörtlich sagt: »Es liegt an Euch, diese Hemmungen zu beseitigen, damit die gemeinsamen Aufgaben in vertrauensvoller Zusammenarbeit gefördert werden können.« Unser Schreiben soll diesem Ziele dienen.

Auf den Einwand des Kameraden *Schliestedt*, daß »bei der Entstehung des Arbeitsausschusses und seiner Zusammensetzung die gewerkschaftliche Notwendigkeit außer Acht gelassen worden« sei, erklärten wir: Bis zum Frühjahr 1936 arbeiteten an allen deutschen Grenzen, an denen die Bergreviere liegen, ehemalige Funktionäre des freigewerkschaftlichen deutschen Bergarbeiterverbandes an der Wiederaufrichtung ihrer Organisation.[11] Diese Kameraden hatten und haben die Verbindungen zu den illegalen Kadern und Gruppen auf den Gruben aller bedeutsamen deutschen Bergreviere. Aber es bestand bis Frühjahr 1936 weder im Lande noch draußen eine engere Verbindung dieser Kameraden untereinander. Die Kameraden an den Grenzen und damit auch die mit ihnen verbundenen Vertrauensleute im Lande standen nur teilweise mit unserer Berufsinternationale in Verbindung.[12] Die Mängel dieses Zustandes waren nicht nur den Kameraden im Lande, sondern auch der Leitung der Bergarbeiter-Internationale spürbar. Diese Unzulänglichkeiten zu beseitigen, war eine der Hauptaufgaben der unter der Leitung des Präsidenten der Bergarbeiter-Internationale[13] durchgeführten illegalen deutschen Bergarbeiterkonferenz.[14] Wir unterstreichen hier noch einmal, was unser Kamerad *Mugrauer* in den Verhandlungen mit dem Kameraden *Schliestedt* bereits erklärt hat: Die Konferenz war ausschließlich von früheren Mitgliedern und Funktionären des ehemaligen freigewerkschaftlichen deutschen Bergarbeiterverbandes beschickt. Diese unsere Erklärung kann jederzeit durch Anfrage bei dem Präsidenten unserer Internationale nachgeprüft werden. Vertreter politischer Parteien waren keine anwesend.[15] Vor dem Stattfinden der Konferenz konnte außer den direkt Beteiligten niemand von dem Vorhaben unterrichtet werden, um die Kameraden aus dem Lande nicht zu gefährden. Aus diesem Grunde unterblieb auch jede Benachrichtigung und Einladung an andere antifaschistische Organisationen. Nur die strikteste Einhaltung dieser Regel der Konspiration gestattete uns die

1 Unter dem Dokument Stempel der Gestapo Saarbrücken und Vermerk zur Abschrift von der Sachbearbeiterin. Vgl. hierzu Dok. 93 Anm. 1. Der Text entspricht dem Zeitschriftenkopf der »Bergarbeiter-Mitteilungen«, wurde dort aber nicht veröffentlicht.
2 Zu den variierenden Schreibweisen und Abkürzungen vgl. Dok. 101 Anm. 5.
3 Vgl. Dok. 92.
4 Die Formulierung ist mißverständlich. Der Kongreß der Bergarbeiter-Internationale fand vom 3.–6.8. 1936 in Prag, die folgende Sitzung des Exekutivkomitees am 14./15.1.1937 in Brüssel statt. Nach dem Bericht von Knöchel (Dok. 99) erfolgte die Anerkennung auf dem Kongreß in Prag.
5 Vgl. ebd.
6 Vgl. bereits Dok. 27, 32.
7 An dieser Stelle folgte in der Abschrift eine Wiederholung: »Die Berufsinternationalen verpflichten sich, durch beratende und fördernde Aktion.«
8 Vgl. Dok. 92, 95.
9 In der Vorlage durchgängig: Schliestädt.
10 Das Schreiben wurde nicht ermittelt. Eine Abschrift sandten Vogt und Knöchel am 26.2.1937 an Kirn. Auch diese Abschrift lag nicht vor. Vgl. Dok. 101.
11 Zu dieser nicht mehr im einzelnen nachprüfbaren Behauptung vgl. schon die Aussage von Vogt Ende Oktober 1935 (Dok. 91) sowie die Darstellung in Dok. 92 und 99. Für die Verbindungen in das Ruhrgebiet vgl. Peukert/Bajohr, S. 81–83.
12 Ebd.
13 Pierre Vigne.
14 Zur Konferenz Ende Mai 1936 vgl. Dok. 92.
15 Die Bemerkung überging die Parteizugehörigkeit der meisten Konferenzteilnehmer, z.B. die von Knöchel in der KPD. Vgl. dessen Bericht für die KPD (Dok. 99).

Übernahme der schweren Verantwortung für die ungefährdete Rückreise unserer Kameraden ins Land. Wir dürfen heute mit Stolz davon sprechen, [daß] sie alle noch heute im Lande aktiv für unsere Sache wirken können. Wir können weder in der Vorbereitung, noch in der Zusammensetzung, noch in der Durchführung der Konferenz einen Verstoß gegen gewerkschaftliche Prinzipien erblicken, sondern wir sind vielmehr der Meinung, daß diese Konferenz einen großen Teil jener Aufgaben erfüllt hat, die nach den GAD-Richtlinien erfüllt sein müssen, wenn Existenz und Wirken der GAD einen der gewerkschaftlichen Gesamtbewegung dienenden Inhalt bekommen sollen.

Aus der irrigen Auffassung über die Zusammensetzung der illegalen Bergarbeiterkonferenz kommt Kamerad *Schliestedt* zu dem ebenso irrigen Schluß, der auf der Konferenz gewählte Arbeitsausschuß sei nicht unabhängig von politischen Parteien und Gruppen. Er stützt sich dabei auf den Umstand, daß ein Mitglied des Arbeitsausschusses der KP[16] und ein anderes der RS[17] angehört. Da sich die andern beiden Mitglieder des Arbeitsausschusses politisch der vom Prager Vorstand geleiteten Sopade zurechnen[18], könnte mit noch mehr Recht auf ein politisches Abhängigkeitsverhältnis unserer Bewegung zur Sopade geschlußfolgert werden. Natürlich wäre diese Annahme genau so unrichtig, wie die erstere. Es kann aus der Parteiabhängigkeit des einzelnen Ausschußmitgliedes nicht auf die Parteiabhängigkeit unserer Organisation geschlußfolgert werden. Alle unsere Beschlüsse und unsere ganze Arbeit beschränken sich auf das gewerkschaftliche Gebiet. Sie sind ein Resultat der Erfahrungen unserer Vertrauensleute im Lande, eigener Überlegungen und genauer Kenntnis der Verhältnisse im Bergbau. Der Charakter unserer Arbeit ist u.a. aus unseren Publikationen ersichtlich, die der GAD regelmäßig zugestellt werden. Alle unsere Beschlüsse sind in vollster Unabhängigkeit von der politischen Parteizugehörigkeit des Einzelnen gefaßt und von allen Funktionären ohne Hemmungen durchgeführt worden. Es ist für uns und alle unsere Kameraden als disziplinierte Gewerkschaftler selbstverständlich, daß Beschlüsse, die auf demokratischer Grundlage gefaßt werden, auch durchgeführt werden. Denn nur so ist eine einheitliche gewerkschaftliche Arbeit denkbar und dauerhaft.[19]

Ebenfalls können wir nicht, wie es der Kamerad *Schliestedt* tut, in dem Umstand, daß einzelne Ausschußmitglieder ihre politischen Zentralinstanzen von ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit unterrichten, einen Beweis für deren politische Abhängigkeit erblicken. Diese Unterrichtung ist bei uns allgemein geschehen. So hat beispielsweise auch unser Kamerad [Franz] *Vogt* bei seinem Aufenthalt in Prag die Gen[ossen] [Otto] *Wels* und [Hans] *Vogel* von seiner Arbeit unterrichtet.[20] Alle unsere Kameraden haben das in offiziellem Auftrage des Arbeitsausschusses getan, wir halten das auch in Zukunft für notwendig.[21] Natürlich können derartige Besprechungen nur rein informatorischen Charakter haben, sie schränken keineswegs die Unabhängigkeit des Arbeitsausschusses in seiner Beschlußfassung und seiner Arbeit ein.

16 D. h. der KPD. Gemeint ist Wilhelm Knöchel.
17 D.h. die Gruppe Revolutionäre Sozialisten Deutschlands. Gemeint ist Hans Mugrauer.
18 Gemeint sind Richard Kirn und Franz Vogt. Nach den vorausgegangen Berichten von Knöchel Ende 1936 wurde Vogt dagegen den Revolutionären Sozialisten zugerechnet. Vgl. zu allen genannten Personen Dok. 92, 97 insb. zu Anm. 38, Dok. 99 insb. Anm. 35, 50. Zur Entwicklung von Vogt vgl. eingehend Peukert/ Bajohr, insb. S. 84ff.
19 Dies betonte schon Hans Mugrauer in seinem ersten Schreiben an Schliestedt. Vgl. Dok. 95.
20 Vgl. aber die Angaben zu Dok. 97 Anm. 38. Es wurde kein Bericht von Vogt ermittelt.
21 Dieser Charakterisierung steht aber z.B. der interne Bericht von Knöchel über die Entwicklung der illegalen Bergarbeiterbewegung und des Arbeitsausschusses entgegen. Vgl. Dok. 99 insb. zu Anm. 34ff., 51, 72.

Die hier von uns gegebene Erklärung sind wir jederzeit bereit unter[22] Beweis zu stellen. Wir lehnen es hingegen ab, für literarische Arbeiten verantwortlich gemacht zu werden, die weder vom Arbeitsausschuß noch einem seiner Mitglieder verfaßt worden sind. Das ist beispielsweise mit dem von Kamerad *Schliestedt* zitierten Artikel in der »Sozialistischen Tribüne« der Fall, für dessen Inhalt und Tendenz uns keinerlei Verantwortung auferlegt werden kann. Es handelt sich bei der genannten Arbeit um persönliche Ansichten des Verfassers. Ein Mitglied unseres Arbeitsausschusses hat der »Sozialistischen Tribüne« eine Entgegnung gesandt, deren Abdruck in der nächsten Nummer der »Sozialistischen Tribüne« von der Redaktion zugesagt wurde.[23]

Zusammenfassend erklären wir noch einmal:

Der Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter ist vollkommen unabhängig von den Beschlüssen politischer Parteien und Gruppen. Wir sind eine gewerkschaftliche Bewegung und jeder Versuch, unsere Arbeit im Interesse politischer Körperschaften auszunutzen, wird unseren einmütigen Widerstand finden. Ziel unserer Arbeit ist, weiterzuarbeiten am Bau einer einheitlichen freigewerkschaftlichen deutschen Bergarbeiterorganisation. Die gewerkschaftliche Arbeit unserer Vertrauensleute basiert ausschließlich auf den Beschlüssen der letzten illegalen Bergarbeiterkonferenz[24] und des Arbeitsausschusses. Der Arbeitsausschuß ist der Berufsinternationale für alle seine Handlungen verantwortlich. Zu allen politischen und sonstigen antifaschistischen Organisationen halten wir ein kameradschaftliches Verhältnis für notwendig. Der Arbeitsausschuß und die mit ihm verbundenen gewerkschaftlichen Kader im Lande erstreben die Eingliederung in die GAD. Wir hoffen, daß dieses Schreiben dazu beitragen möge, die diesem Ziel noch im Wege stehenden Hemmungen zu beseitigen.

Mit kameradschaftlichen Grüßen
Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands

DOKUMENT 103

Anfang März 1937: Flugblatt an die Grenzgänger im Saargebiet

IISG, Saarcollection, Nr. 18. Unpaginiert. Hektographierte Maschinenschrift. Einseitig beschrieben. Ohne Orts- und Datumsangabe. Ohne Verfasserangabe.[1]

Zur Aufklärung!!![2]

Da uns weder Presse noch Radio im Saargebiet zur Verfügung stehen, müssen wir diesen Weg benutzen. Gauleiter [Josef] *Bürckel*[3], Kreisl[eiter] *Weber*[4], sowie die

22 In der Vorlage: und.
23 Der genannte Aufsatz und die Entgegnung wurden nicht ermittelt.
24 Vgl. Dok. 92.
1 Das Flugblatt wurde zusammen mit anderen Flugblättern und Materialien dem Grenzsekretär der Sopade Georg Reinbold nach dessen Vermerk am Ende der Abschriften »zur Verfügung gestellt von unserem Vertreter beim Bergarbeiterverband in Forbach, der als Vertrauensmann der Saarbergarbeiter gilt.« Gemeint war hier wahrscheinlich Richard Kirn. Vgl. auch die Flugblätter »An die deutschen Bergarbeiter! Kameraden!«, ohne Datumsangabe (IISG, Saarcollection, Nr. 18); »Kameraden! Grenzgänger von den Wendelschächten«, Anfang Februar 1937 (AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 94). Vgl. zur Datierung die Angaben in Dok. 100. Das Dokument wurde wie die beiden Flugblätter von der Gestapo in Saarbrücken erfaßt und befindet sich in Abschrift in: BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 46 und 66. Vgl. zu dieser Überlieferung auch Dok. 93 Anm. 1.
2 In der Vorlage gesperrt und unterstrichen.
3 In der Vorlage durchgängig: Bürkel.
4 Nähere Angaben wurden nicht ermittelt.

»NSZ«[5] haben sich in den letzten Tagen mehrmals mit den Vorkommnissen an der Saar-lothringischen Grenze beschäftigt. Dabei versuchte man die Dinge so darzustellen, als seien die Lothringengänger die Schuldigen, die sich durch »Schreier und Hetzer« aufwiegeln ließen. Es ist deshalb notwendig, zu diesen Fragen einige aufklärende Worte an Euch zu richten.[6]

Im Januar [19]37 wurde unter den Lothringengängern die [Hermann] *Göring*'sche Verordnung bekannt, wonach jeder Lothringengänger ab 1. Febr[uar] [19]37 zwei Drittel seines in Frankreich verdienten Lohnes in Fr[anc]s mit nach Hause zu bringen habe.[7] Dies löste eine berechtigte Empörung aus. Das ist um so besser zu verstehen, wenn man bedenkt, daß die Lothringengänger bisher ihren sauer verdienten Lohn in Lothringen für 5.- bis 5,50 Fr[anc]s pro M[ar]k umwechseln konnten und jetzt die M[ar]k für 8,30 Fr[anc]s und mehr im Saargebiet kaufen sollten, was einen Lohnverlust von mehr als 30% bedeutet. Aus diesem Grunde wandten sich die Lothringengänger in zahlreichen Briefen und Delegationen an *Hitler*, *Göring* und *Bürckel* sowie an die DAF und baten um Aufhebung der Verordnung.[8] Aber nirgends fanden sie Verständnis für ihre schwere Lage. Darum einigten sie sich ohne »Hetze und Geschrei«, sich selber zu helfen und ihr Geld weiter in Lothringen umzuwechseln.[9]

Dies war der Anlaß, daß am 27. Februar und den darauffolgenden Tagen 57 Lothringengänger, Amtswalter, Mitglieder der DAF u[nd] der NSDAP verhaftet wurden. Über 2.000 Bergarbeiter wurden zu Geldstrafen bis 130.- M[ar]k und Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft. Das ist der Verlauf.[10]

Gauleiter *Bürckel* hat in seinem Anruf zur Lothringengängerfrage Behauptungen aufgestellt, die auch vom Kreisl[eiter] *Weber* in einigen Reden übernommen wurden und nicht der Wahrheit entsprechen.[11]

1. Es ist nicht wahr, daß die Gewährung einer Ausgleichszulage das Verdienst einer Person ist, sondern der Erfolg der Einigkeit der Lothringengänger.[12]
2. Es ist auch nicht wahr, daß die Lothringengänger auf Grund des Ausgleichs besser leben können, als wenn sie ihren verdienten Lohn in Lothringen verleben müßten. Die Kaufkraft des lothr[ingischen] Bergmanns ist um 30% höher als die des Saarbergmanns.[13]

5 NS-Zeitung Rheinfront.

6 Zu den Äußerungen von Bürckel, Weber und den Zeitungsartikeln vgl. Mallmann/Steffens, Lohn, S. 220f.; Mallmann/Paul, Herrschaft, S. 374f. Vgl. auch: Das Signal von der Saargrenze, in: Bergarbeiter-Mitteilungen, 2. Jg., Nr. 3, März 1937, S. 1 f.; Unsere Antwort, in: Der Saarbergmann, [April 1937], S. 2 (IISG, Saarcollection, Nr. 19) sowie Dok. 100.

7 Die Vorschrift bezog sich auf den Runderlaß 175/36 der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung vom 16.2.1936. Vgl. den Strafbefehl der Staatsanwaltschaft Völklingen vom 4.3.1937 wegen des unerlaubten Geldumtauschs in Frankreich am 27.2.1937, abgedr. in: Materialsammlung des Grenzsekretärs der Sopade, Georg Reinbold (AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 94).

8 Die Eingaben wurden nicht ermittelt.

9 Vgl. auch Dok. 100; ferner den Bericht: Das Signal von der Saargrenze (Anm. 6) sowie die anderen Flugblätter und Informationsmaterialien im Kontext dieser Auseinandersetzungen (Anm. 1).

10 Vgl. auch den Bericht: Sachverhalt zur Aufklärung über die Vorgänge an der Saargrenze sowie den Strafbefehl der Staatsanwaltschaft Völklingen vom 4.3.1937 wegen des unerlaubten Geldumtauschs in Frankreich am 27.2.1937 (beide in: Materialsammlung des Grenzsekretärs der Sopade, S. 1 und 4 (Anm. 7)). Vgl. ferner Mallmann/Paul, Herrschaft, S. 372f.

11 Vgl. hierzu auf der Basis von Zeitungsberichten der NS-Presse Mallmann/Steffens, Lohn, S. 220f.

12 Wie Anm. 9. Mit der Person war der Gauleiter Bürckel gemeint.

13 Vgl. auch die Zusammenstellung: Lohn und Kaufkraft in Lothringen und an der Saar (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 53–58). Nach den Protesten erhielten die Grenzgänger statt eines 30%-Ausgleichs ab 31.7.1937 einen Ausgleich von 50% zu dem in Deutschland gewechselten Geld. Nach Kursverlusten und Abwertung der französischen Währung erhielten die Grenzgänger nunmehr bei einem vollständigen Umtausch im Saargebiet ein höheres Einkommen als nach einem vollständigen

3. Nicht die Lothringengänger schädigen die Devisenlage des Reiches, sondern die Herren, die jeden Monat Hunderttausende für unnütze Propaganda im Ausland hinauswerfen, unzählige Millionen durch Waffenlieferungen u[nd] Anleihen an die Rebellengenerale *Francos* zum Morden des spanischen Volkes zum Fenster hinauswerfen. In Rom, London, Warschau Hunderttausende verpulvern. [Max] *Schmeling* bietet einem amerikanischen Boxer 365.000 Dollar an, wenn er mit ihm in Deutschland boxt. Da ist das Reich nicht devisenarm, aber wenn es um die Pfennige der Lothringengänger geht, begründet man es mit Armut.
4. Niemand hatte es notwendig zu hetzen, es gab keine Rädelsführer, was geschehen ist, wurde von allen getan im Interesse ihrer Familien und sich selbst.[14]
5. Es ist eine Schande, daß man Männer, die im Saarkampf[15] ihren Mann gestanden haben, verhaftet, schmäht und beschimpft. Lothringengänger sind keine Devisenschieber.

Deshalb müssen alle Strafen ohne Ausnahme zurückgenommen werden, alle Verhafteten freigelassen werden.[16]

Umtausch des Lohns in Lothringen. Vgl. das nicht namentlich gekennzeichnete Flugblatt »Einkommenserhöhung der Grenzgänger von der Saar«, wahrscheinlich verfaßt von der Forbacher Außenstelle des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter, sowie den internen Bericht der Grenzstelle Forbach vom 7.8.1937 (ebd., Bl. 50, 52, 141). Vgl. mit Verweis auf die Deutsche Volkszeitung, vom 8.8.1937, wonach der erhöhte Ausgleich ab August 1937 gezahlt wurde, Mallmann/Paul, Herrschaft, S. 376.

14 Diese Aussage diente auch als Schutzbehauptung, um eingeleitete Gerichtsverfahren abzuwehren und um dem Vorgehen des NS-Regimes entgegenzutreten, einzelne Personen zur allgemeinen Abschreckung zu verurteilen. Vgl. zu Gerichtsverfahren und Verfolgung von »Rädelsführern« die Beispiele in Mallmann/Paul, Herrschaft, S. 373–376.

15 D. h. die Auseinandersetzungen 1918–1923 mit der französischen Regierung. Auch hier diente nationale Rhetorik als Schutz vor Verfolgung durch das NS-Regime.

16 Vgl. die Strafbefehle, z.B. der Staatsanwaltschaft Völklingen (Anm. 7), die Verhaftungen und Verurteilungen (s. Anm. 14) sowie die Massenentlassungen von 1.700 bis 3.000 Bergarbeitern Anfang Mai bis Anfang Juli 1937 auf den Saargruben, die von erhöhten Leistungsanforderungen und Rationalisierungsmaßnahmen begleitet waren. Eine nicht näher gekennzeichnete Zahl entlassener Bergarbeiter wurde unter Androhung des Entzugs der Unterstützung zur Arbeitsaufnahme auf schlesischen Zechen verpflichtet. Der Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter in Forbach vermutete dahinter eine gezielte Aktion, da »die deportierten Arbeiter hauptsächlich aus den Kreisen der früher freigewerkschaftlich Organisierten« stammten. Andere Bergarbeiter wurden auf Erzgruben in Donaueschingen sowie ins Ruhrgebiet verschickt. In einem in Neunkirchen verteilten Flugblatt wurde zur »Solidarität mit den Deportierten« aufgerufen und u.a. zur Verhinderung weiterer Entlassungen sowie für die Wiedereinstellung der bereits entlassenen Bergarbeiter geraten, »arbeiten wir vernünftig, der Gesundheit entsprechend und unter strengster Beachtung unserer Gesundheit.« Materialsammlung des Grenzsekretärs der Sopade, S. 4 f. (Anm. 7). Die in Abschriften vorliegenden Berichte: Der Saarbergbau unter der Diktatur des Hitlerfaschismus; Tatsachenbericht über die Verhaftung zweier deutscher Bergarbeiter, welche für Schacht Alexander zu Falquemont beschäftigt gewesen sind; Kameraden! Dann wird es anders! Dann hören die Verhaftungen auf! (alle: BA P, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 59f., 62–65, 67). Vgl. auch: Das traurige Los der zwangsverschickten Bergarbeiter, in: Bergarbeiter-Mitteilungen, 2. Jg., Nr. 7, Juli 1937, S. 1 f.; Die sogenannte Umsiedlung der Bergarbeiter, in: Bericht über die deutsche Situation, in: Bergarbeiter-Mitteilungen, Mitte Oktober 1937, S. 9–11. Vgl. ferner Mallmann/Paul, Herrschaft, S. 49–51.

DOKUMENT 104

11. 3. 1937: Richard Kirn, Forbach/Frankreich, an Franz Vogt, Amsterdam, über die Herstellung der Gewerkschaftseinheit

BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 69f. Maschinenschriftliche Abschrift. Ohne Absenderanschrift. Adressat: »Frans van Dam, Amsterdam/ Hollande«. Maschinenschriftliche Unterschrift.[1]

Forbach, den 11. März 1937

Lieber Franz [*Vogt*].

Entschuldige bitte, daß ich Deinen Brief respektive die beiden letzten[2] nicht sofort habe beantworten können. Ich war allzusehr mit Arbeit überlastet. Unser Verband[3] hatte seine Generalversammlung und außerdem befanden wir uns in einer neuen Tarifbewegung, die gottlob heute abgeschlossen worden ist. Schließlich hat auch die Saargrenzgänger-Devisenangelegenheit meine Aufmerksamkeit in Anspruch genommen. (Darüber in der Anlage anbei eine Abschrift eines Aufrufes des Gauleiters [Josef] *Bürckel* zu Deiner freien Verwendung).[4] Zur Sache selbst folgendes:[5]

Dem Kameraden [Hans] *Mugrauer* habe ich sofort nach Erhalt Deines 2. Briefes[6] geschrieben, und zwar folgendes:

»Lieber Kamerad *Mugrauer*,

In der Anlage anbei übermittele ich Dir die 3. Seite des Schreibens, das mir die Kameraden *Vogt* und *Schröder*[7] haben zugehen lassen.[8] Mit dem Inhalt des Schreibens bin ich nicht ganz einverstanden, sodaß ich meine Erklärung besonders abgeben muß, die dahingehend lautet:

1) Ich bin einverstanden mit der Eingliederung der freien gewerkschaftlichen Bergarbeiterbewegung in die GAD[9].
2) Grundsätzlich muß die völlige Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung von allen Parteigruppierungen gewahrt und[10] garantiert werden.[11]

1 Unter dem Dokument Stempel der Gestapo Saarbrücken und Vermerk zur Abschrift von der Sachbearbeiterin. Vgl. hierzu Dok. 93 Anm. 1. Die Anschrift war die Deckadresse von Franz Vogt. In dem Schreiben von Kirn an Vogt vom 16.2.1937 (Dok. 100) war zusätzlich angegeben: 68 III Marathonweg.

2 Einer der beiden letzten Briefe war das Schreiben von Vogt vom 25.2.1937 mit den Informationen über die Verhandlungen mit der ADG (Dok. 101). Welcher andere Brief gemeint war, konnte nicht eindeutig ermittelt werden. Möglicherweise ist auch die Erklärung des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter gegenüber der ADG vom 26.2.1937 gemeint. Vgl. Dok. 102.

3 Das war der lothringische Bergarbeiterverband, bei dem Kirn angestellt war. Vgl. auch die Absenderangabe von Kirn in seinem Schreiben an Vogt vom 16.2.1937 (Dok. 100): Syndicat Confédéré des Mineurs de la Moselle Siégne social: Forbach.

4 Vgl. hierzu Dok. 100, 103, 107. Der Aufruf von Bürckel lag nicht bei und konnte nicht ermittelt werden.

5 Der folgende Text bis »in Verbindung bleiben« ist in der Vorlage einzeilig geschrieben.

6 Vgl. Anm. 2.

7 Alfred Schröder war der Deckname von Wilhelm Knöchel.

8 Kirn sollte hier unterschreiben. Vgl. Dok. 101.

9 Dies war offiziell Konsens und Ziel des Arbeitsausschusses. Vgl. Dok. 102. Vgl. aber den internen Bericht von Knöchel über die Verhandlungsweise von Mugrauer in Dok. 99. Die Bezeichnung »Gewerkschaftliche Auslandsvertretung Deutschlands« (GAD) oder »Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften« (ADG) wird wahlweise gebraucht. Vgl. allgemein Kap. II der Dokumente.

10 In der Vorlage: uns.

11 Vgl. aber die »Erklärung« des Arbeitsausschusses (Dok. 102). Ähnlich rigide wie die Forderung von Kirn waren die »Richtlinien« der ITF vom November 1936 formuliert (Dok. 74). Kirn wiederholte diese Forderungen gegenüber Vogt wenig später am 2.6.1937 ausdrücklich. Vgl. Dok. 110 Anm. 11.

3) Jede illegale deutsche Gewerkschaftsbewegung muß mit der jeweils in Frage kommenden Berufsinternationale in Verbindung bleiben.«[12]

Warum meine Vorbehalte?«

Die Argumente des Kameraden [Heinrich] *Schliestedt* sind mir überzeugender als die Deinigen und die des Kameraden *Alfred*[13]. Außerdem hörte ich zum ersten Mal von dem an Hans [*Mugrauer*] erteilten Auftrag, demzufolge mit dem Kameraden *Schl*[*iestedt*] verhandelt werden sollte.[14] Somit kann man nicht von dem gesamten Einverständnis des Arbeitsausschusses sprechen. Ich bitte mich nicht falsch zu verstehen, d.h. meinerseits bestehen nicht die geringsten Einwände, daß mit dem GAD verhandelt worden ist und [werden] muß, was sich ja einwandfrei aus meinem Schreiben an Hans [*Mugrauer*] ergibt. Hoffentlich sind in Bälde die Hemmnisse überwunden und die Eingliederung unserer Bewegung in die GAD möglich.[15] Unsere Gewerkschaftsarbeit muß grundsätzlich von allen parteipolitischen Strömungen respektive Einmischungen ferngehalten werden. Die Parteien mögen ihre Aufgaben erfüllen, wohingegen wir unsere Pflicht zu tun haben. Kein Ausschußmitglied darf irgendwie von irgendeiner Partei zur Pflicht gemacht erhalten, über seine gewerkschaftliche Mission von Tätigkeit berichten zu müssen. Ich selbst gehöre heute noch der Sopade als Mitglied an und bezahle jeden Monat meinen Beitrag. Ich bin aber ganz und gar dagegen – und würde mich in aller Entschiedenheit dagegen wehren, wenn mich die Sopade verpflichten wollte, ihr über die gewerkschaftliche Tätigkeit Bericht zu erstatten –, daß ein Mitglied unseres Ausschusses sich einer Partei gegenüber verpflichten würde. Wo dies bis dato geschehen ist, ist das sofort zu unterbinden.[16] Kurz und gut: ich vertrete den Standpunkt, daß unsere Gewerkschaftsarbeit von jeder parteipolitischen Arbeit und Einmischung jeglicher Art getrennt sein muß!

Die Mitteilung des Kameraden *Schliestedt* betreffend der gewerkschaftlichen Tätigkeit des ehemaligen Leiters der RGO in Paris[17] hat mich sehr frappiert. In dieser Hinsicht unterstütze ich voll und ganz die Argumente des Kameraden *Schl*[*iestedt*].[18] Wo bleibt die Erklärung der KPD? Wenn man es ehrlich meint mit der zukünftigen deutschen Gewerkschaftsbewegung, dann muß die ganz unmißverständliche Erklärung der KPD-Leitung in aller Kürze erfolgen.[19] Erfolgt sie nicht, dann ist jeder Zweifel hundertprozentig gerechtfertigt. Freund *Alfred*[20] müßte gerade in diesem Sinne seinen Einfluß geltend machen. Was in Frankreich erfolgt ist, kann für Deutschland nicht unmöglich sein. Hier in Frankreich ist die CGT[21] von jeder parteipolitischen Strömung und Beeinflussung unabhängig. Es gibt keine CGTU (RGO) mehr[22], es gibt nur

12 Hier bestand eigentlich ein Dissens zwischen dem Arbeitsausschuß und der ADG mit Schliestedt. Vgl. auch die Konflikte zwischen ITF und Schliestedt, u. a. Dok. 22, 36, 75.

13 Wie Anm. 7.

14 Zu diesen Verhandlungen seit Spätsommer 1936 vgl. Dok. 95, 98, 99, 102.

15 Die Verhandlungen verliefen schleppend, von gegenseitigem Mißtrauen begleitet und versandeten schließlich. Zur Entwicklung vgl. Dok. 44, 105, 106, 108, 109.

16 Vgl. auch die Richtlinien der ITF (Anm. 11).

17 Gemeint ist wahrscheinlich Paul Merker. Zur Entwicklung der RGO und der Gewerkschaftsarbeit der KPD vgl. Kap. V der Dokumente.

18 Schliestedt besuchte Kirn nach dessen Erinnerungen mehrmals in Forbach und warnte ihn vor Unachtsamkeit bei Kontakten mit KPD-Vertretern. Vgl. Kirn, Erinnerungen an den Widerstand, in: Peukert/Bajohr, S. 196.

19 D. h. die Trennung der Gewerkschafts- von der Parteiarbeit.

20 Vgl. Anm. 7.

21 Confédération Générale du Travail, d.h. der französische Allgemeine Gewerkschaftsbund.

22 Confédération Générale du Travail Unitaire, d.h. die kommunistische Abspaltung von der CGT. Die von kommunistischer Seite betriebene Abspaltung war bereits im Dezember 1921 erfolgt. Auf dem Kongreß in Toulouse im März 1936 schlossen sich beide Verbände wieder zusammen.

mehr eine vereinigte CGT. Das auch will ich für Deutschland. Und nur so kann eine fruchtbringende Arbeit geleistet werden.[23]

Schließlich noch die Mitteilung, daß ich die 500.- frs. erhalten haben.[24]

Mit gewerkschaftlichem Gruß!
Dein Rico[25] ?[26]
Grüße mir bitte den Freund *Alfred*[27].

DOKUMENT 105

13. 3. 1937: Franz Vogt, Amsterdam, antwortet Richard Kirn, Forbach/Frankreich, zur Gewerkschaftsarbeit der Bergarbeiter

BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/ I, Bl. 71–74. Maschinenschriftliche Abschrift. Ohne Absender- und Adressatanschrift. Ohne Ortsangabe. Maschinenschriftliche Unterschrift.[1]

den 13. M[ä]rz 1937

Lieber Richard [*Kirn*]!

Diesen Brief schreibe ich Dir nicht als Mitglied des Arbeitsausschusses, sondern rein privat als Freund und Parteigenossen.[2] Er betrifft, wie Du Dir denken kannst, Deinen letzten Brief[3] und die darin behandelte Stellungnahme zu unserem geplanten Briefwechsel mit der GAD[4]. Inzwischen wirst Du mein kurzes Schreiben erhalten haben, das ich Dir sofort schickte, als wir von Hans [*Mugrauer*][5] über Deine Stellungnahme informiert wurden.[6] Du sprichst von einer gesonderten Erklärung. Daraus schlußfolgerte ich, daß Du die Absicht habest, der GAD eine gesonderte Erklärung zu schicken. Aus Deinem jetzigen Schreiben glaube ich ersehen zu können, daß Du nicht an die GAD geschrieben hast. Ich bin erst einmal darüber froh, denn eine Sondererklärung hätte ja nur dann einen Sinn, wenn auch die Haupterklärung vorliegt.[7]

[...][8]

23 Vgl. hierzu auch die weiteren kurzzeitigen Aktivitäten von Kirn, u.a. im Ausschuß zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront, im Komitee deutscher Gewerkschafter in Frankreich, Arbeitsausschuß zur Bildung einer Volksfront im Saargebiet. Vgl. Dok. 150, 151; sowie Paul, Max Braun, S. 148, 163f., 239; Mallmann/Paul, Milieus, insb. S. 284–286.
24 Das war Kirn von Vogt angekündigt worden (Dok. 101).
25 Rico war der Deckname von Richard Kirn.
26 Das Fragezeichen steht in der vorliegenden Abschrift der Gestapo Saarbrücken. Vgl. Anm. 1.
27 Vgl. Anm. 7.
1 Unter dem Dokument Stempel der Gestapo Saarbrücken und Vermerk zur Abschrift von der Sachbearbeiterin. Vgl. hierzu Dok. 93 Anm. 1.
2 D. h. Mitglied der Sopade.
3 Vgl. Dok. 104.
4 Zur Bezeichnung GAD bzw. ADG vgl. ebd. Anm. 9.
5 In der Vorlage irrtümlich: Hand.
6 Das kurze Schreiben wurde nicht ermittelt. Kirn lehnte ab. Vgl. Dok. 104.
7 Dies sollte ursprünglich Dok. 102 sein.
8 Die ausgelassene Passage wiederholte die Notwendigkeit des geschlossenen Handelns seitens des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter.

Da niemand von uns daran denkt, einen nur mit drei Unterschriften versehenen Brief an die GAD abzusenden, ist diese Deine Feststellung[9] gegenstandslos.

Doch nun zur Sache. Du schreibst, es sei Dir nicht bekannt gewesen, daß mit [der] GAD verhandelt worden sei. Ich habe Dir in unserem gemeinsamen Beisammensein nach dem Prager Kongreß[10] gesagt, daß wir zu einem geeigneten Zeitpunkt die Verhandlungen mit der GAD aufnehmen werden. Schon rein technisch ist das nicht anders möglich, als daß diese dann von dem Ausschußmitglied geführt werden, das in dem Lande wohnt, wo auch die GAD-Leitung ihren Sitz hat.[11] Aber das ist unwichtig, da Du ja mit dem Schritt absolut einverstanden bist und ihm sogar besten Erfolg wünschst. Viel wichtiger sind Deine Argumente, mit denen Du deine Haltung begründest. Gerade darüber, *Richard*, möchte ich hier einmal, nicht durch Amtsverpflichtung gebunden, mit Dir sprechen. Du legst den allergrößten Wert auf die Unabhängigkeit der Gewerkschaft von jeder politischen Partei oder Gruppe. Du siehst mit Recht eine Gefährdung der Unabhängigkeit darin, wenn unsere Funktionäre von ihren politischen Leitungen dazu verpflichtet werden, über ihre gewerkschaftliche Arbeit Bericht zu erstatten. Wohlgemerkt nicht darin, daß die einzelnen Kameraden ihre Partei- oder Gruppenleitungen über ihre Tätigkeit informieren, siehst Du eine Verletzung der Unabhängigkeit, sondern erst dann, wenn ihnen das zur Pflicht gemacht wird. Wir haben beide auch schon einmal eingehend gesprochen. Es war in Paris, als Du mir erzähltest, Du habest unserm P[artei-]V[orstand][12] über Deine Tätigkeit einen langen schriftlichen Bericht gesandt.[13] Ich habe Dir damals erklärt, daß ich das für selbstverständlich und richtig halte. Als ich in Prag war, habe ich mündlich dasselbe getan.[14] Gewiß, unser P[artei-]V[orstand][15] verpflichtet uns nicht zur Berichterstattung. Aber wo gibt [Heinrich] *Schl*[*iestedt*] in seinem Schreiben auch nur den Schatten eines Beweises dafür, daß die Leitungen anderer Parteien und Gruppen ihre Mitglieder dazu verpflichten? Er beschwert sich nur darüber, daß Hans [*Mugrauer*] die Leitung seiner politischen Gruppe[16] unterrichtet habe, also darüber, daß Hans [*Mugrauer*] genau das gleiche getan hat, was auch ich meinem P[artei-]V[orstand][17] gegenüber getan habe und was Du für richtig hälst.[18]

Weiter machst Du Dir die *Schliestedt*ische[19] Argumentation zu eigen, es sei bisher keine parteiamtliche Verlautbarung der K[ommunistischen] P[artei][20] darüber erfolgt, daß man auf RGO-Politik verzichten wolle. Sie ist erfolgt. Die Beschlüsse der Brüsseler Reichskonferenz der K[ommunistischen] P[artei][21], die überall veröffentlicht worden sind,[22] sprechen unzweideutig von dem Wiederaufbau einer einheitlichen freien Gewerkschaftsbewegung. Eine andere Frage ist, ob man an die ehrliche Einhaltung

9 Vgl. Dok. 104.
10 D. h. der Prager Kongreß der Bergarbeiter-Internationale am 3.–6.8.1936.
11 D. h. in der CSR. Vgl. auch Dok. 95.
12 Parteivorstand der Sopade.
13 Vgl. hierzu die Antwort von Kirn in Dok. 106.
14 Vgl. aber die kritische Darstellung von Knöchel in Dok. 99.
15 Wie Anm. 12.
16 Mugrauer gehörte den RSD an.
17 Wie Anm. 12.
18 Vgl. hierzu bereits Dok. 102.
19 In der Vorlage durchgängig: Schliestädt bzw. Schliestädtisch.
20 D.h. der KPD.
21 Die sogenannte Brüsseler Konferenz der KPD, die 4. Parteikonferenz der KPD, fand am 3.–15.10. 1935 in Moskau statt.
22 D. h. in den zahlreichen Veröffentlichungen der KPD, z.B. in der Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, Nr. 73, vom 12.12.1935, S. 2815–2823.

derartiger Beschlüsse glauben will.[23] Hier aber, *Richard*, haben wir unsere Antwort bereits gegeben. Wenn wir nicht davon überzeugt wären, daß es möglich sei, die neue illegale Gewerkschaftsbewegung einheitlich aufzubauen, dann hätten wir nicht den Weg beschreiten dürfen, den wir in Paris eingeschlagen haben. Wenn man nicht von der Aufrichtigkeit eines Partners überzeugt ist, bildet man nicht gemeinsam mit ihm einen Arbeitsausschuß.[24] Stell Dir ein einziges Mal vor, in welche Situation Du und ich kommen würden, wenn wir heute, nach einem Jahr bester kameradschaftlicher Zusammenarbeit erklären: »Wo bleibt die Erklärung der KPD? Wenn man es ehrlich meint mit der zukünftigen deutschen Gewerkschaftsbewegung, muß die ganz unmißverständliche Erklärung der KPD-Leitung in aller Kürze erfolgen. Erfolgt sie nicht, dann ist jeder Zweifel hundertprozentig gerechtfertigt.«[25] Würdest Du Dich wundern, *Richard*, wenn man Dir auf eine solche Erklärung antworten würde: Da die Erklärung bisher nach Deiner Meinung nicht vorlag, war also wirklich jeder Zweifel hundertprozentig gerechtfertigt. Und mit einem solchen Partner machst Du gemeinsame Sache? Mit einem solchen Partner trittst Du in eine Spitzenleitung ein?

Du verweist weiter auf den auch von *Schliestedt* angeführten Umstand, die K[ommunistische] P[artei] habe ein eigenes gewerkschaftliches Dezernat. Ich habe anläßlich des Briefwechsels Hans [*Mugrauer*]-*Schliestedt*[26] mit *Alfred*[27] auch über diese Frage gesprochen. Er erklärt, die K[ommunistische] P[artei]-Leitung habe ihre Arbeit nicht nach Fachgebieten, sondern geographisch unter die einzelnen Vorstandsmitglieder eingeteilt. Aber selbst wenn es anders wäre, was soll das? Wir beide, *Richard*, gehören derselben politischen Organisation an.[28] Und wir haben beide an unserer politischen Leitung eins auszusetzen, Du mehr noch als ich, nämlich, daß sie sich zu wenig um die Verbindung zu uns kümmert.[29]

[...][30]

Diese Erklärung aber, in Zweifelsfällen stets der gewerkschaftlichen Entscheidung den Vorrang zu geben, ist in unserem Schreiben an *Schliestedt* enthalten. Entweder wir glauben uns diese Erklärung gegenseitig oder wir glauben sie uns nicht. Tun wir das letztere, dann ist Zusammenarbeit unmöglich, und arbeiten wir getrennt weiter, dann ergeben sich in der Konsequenz Sopade-, R[evolutionäre] S[ozialisten]- und K[ommunistische] P[artei]-Gewerkschaften.[31] Solange wir keinen Grund zum Mißtrauen haben, würden wir also statt die Einigkeit der Gewerkschaftsbewegung zu fördern, ihre Spaltung betreiben. Das will niemand von uns, Du genauso wenig wie jeder andere unserer Funktionäre. Und nun, *Richard*, frage ich Dich ganz offen, haben

23 Vgl. auch die Beiträge in der Exilpresse, z.B. in der Sozialistischen Warte um die Gewerkschaftseinheit, um die Parole bei den Vertrauensratswahlen und um die Anwendung der Taktik des »Trojanischen Pferdes«, u.a.: Martin Hart [d. i. Willi Eichler], Gewerkschaftseinheit überall !, in: Sozialistische Warte, H. 10, vom 15.6.1936, S. 250–253; H. Klein [d. i. Werner Hansen], Zur illegalen Arbeit, in: ebd., H. 8, vom 15.4.1937, S. 176–178; ders., Das Trojanische Pferd, in: ebd., H. 13, vom 1.7.1937, S. 289–291; H. Wald/ H. Klein, Zum »Trojanischen Pferd«, in: Freie Sozialistische Tribüne, H. 15, vom 1.8.1937, S. 352–354.

24 D. h. die Bildung des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter auf der Konferenz Pfingsten 1936 in Paris. Vgl. eingehend Dok. 92.

25 Zitat aus dem Brief von Kirn an Vogt (Dok. 104).

26 Vgl. zum Briefwechsel Dok. 102.

27 Deckname von Wilhelm Knöchel.

28 D.h. der Sopade.

29 Vgl. aber die kritische Sicht von Knöchel in Dok. 99.

30 In der ausgelassenen Passage diskutierte Vogt, ob der Parteivorstand der Sopade bei einem stärkeren Engagement ebenfalls ein Gewerkschafts-Dezernat besitzen würde und wie sich dann Kirn und er verhalten würden.

31 Vogt spielte hier auf die Organisationszugehörigkeiten der Führungsgruppe des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter an.

wir nach der einjährigen Zusammenarbeit Grund und Ursache, an der Aufrichtigkeit unserer Partner, soweit sie nicht unserer politischen Organisation zurechnen, zu zweifeln?[32] Du schriebst, was in Frankreich möglich war, muß auch in Deutschland möglich sein. Ich bin fest davon überzeugt, daß es möglich ist.[33]

Doch nun zur Lösung der Frage. Ich schrieb Dir schon, entweder schreiben wir gemeinsam an die GAD oder wir schreiben gar nicht. *Alfred*[34] ist im Augenblick nicht hier. Sobald er zurück ist, werde ich ihm vorschlagen, Deine in dem Brief an Hans [*Mugrauer*] formulierten Erklärungen wörtlich in unser Schreiben an die GAD einzubauen. Ich hoffe, daß Du damit einverstanden sein wirst. [35]

Noch etwas zu diesem Brief. Ich habe es bisher stets unterlassen, gerade mit Dir als meinem Parteigenossen über gewerkschaftliche Dinge zu wechseln, weil wir alles unterlassen wollen, was nach Fraktionen, Gruppen oder ähnlichen der Einheit abträglichen Dingen aussehen könnte. Ich habe diesmal eine Ausnahme gemacht, und möchte auch Dich bitten, Dir in diesem Falle einmal diese Ausnahme zu gestatten und mir auf dieses private Schreiben eine private Antwort zu schicken.[36]

Nimm nun am Schluß die herzlichsten Grüße, auch für Deine Familienangehörigen und alle Kameraden dort unten von

Deinem
gez. Unterschrift (Franz [Vogt]?[37])

DOKUMENT 106

15. 3. 1937: Richard Kirn, Forbach/Frankreich, rechtfertigt seine Arbeit und seine Verbindungen gegenüber Franz Vogt, Amsterdam

BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 92 f. Maschinenschriftliche Abschrift. Ohne Absender- und Adressatanschrift. Ohne Unterschrift.[1]

32 Vgl. aber Dok. 99, 111 sowie Angaben in Dok. 110 Anm. 6. Ferner z.B. Gustav [d. i. Wilhelm Frisch], Gew[erkschafts-]Bericht Bergbau (Saar), o. D. [Februar 1937] sowie (Auszug) »aus einem Brief von Alfr[ed], Amst[er]d[am]«, vom 9.9.1938 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/319, Bl. 252f.; I 2/708/137, Bl. 401). Der letzte Bericht bezog sich auf eine »Zusammenkunft mit den nach dem Lande [d.h. Deutschland] Arbeitenden.« Dieses Treffen segele »wieder unter der Gewerk[schafts-]Flagge.« Vgl. auch den Brief des Arbeitsausschusses an die ADG vom 24.3.1938 (Dok. 101 Anm. 12).

33 Vogt spielte auf den Zusammenschluß des kommunistischen Gewerkschaftsbundes mit dem sozialistischen Dachverband CGT beim Kongreß in Toulouse im März 1936 an.

34 Vgl. Anm. 27.

35 In seinem Antwortschreiben am 19.3. 1937 auf die folgende Reaktion von Kirn (Dok. 106) übersandte Vogt die überarbeitete dritte Seite der Erklärung, in der die Wünsche von Kirn aufgenommen worden seien. Knöchel war in der Zwischenzeit bei Kirn in Forbach gewesen. Vogt bat, daß sich Kirn, falls er erneut die Formulierungen ablehnte, möglichst umgehend bei ihm melden sollte. Ansonsten sollte er die Erklärung weiter an Hans Mugrauer in der CSR schicken (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 93).

36 Vgl. Dok. 106.

37 Das Fragezeichen befindet sich in der Abschrift der Gestapo Saarbrücken. Vgl. Anm. 1.

1 Unter dem Dokument Stempel der Gestapo Saarbrücken und Vermerk zur Abschrift von der Sachbearbeiterin. Vgl. hierzu Dok. 93 Anm. 1. Die Autorenschaft von Richard Kirn ergibt sich aus dem Kontext der Briefe.

Forbach le 15 Mars 1937

Lieber Franz [*Vogt*],

Dein Brief vom 13. [März 1937] erhalten, wofür ich Dir bestens danke.[2]

Ich habe es als ganz selbstverständlich betrachtet, an die GAD keine Erklärung zu schicken, da ich mich hierzu keineswegs autorisiert fühlte. Nach meinem Dafürhalten kann an die genannte Stelle nur eine einheitliche Erklärung unseres Auftretens ergehen. In dieser Hinsicht teile ich ja mit Dir gleiche Auffassung.

Deine Erwähnung, daß ich den P[artei-]V[orstand][3] über meine Arbeit informiert habe, ist nicht ganz richtig. Ich habe dem P[artei-]V[orstand] seinerzeit einen schriftlichen Bericht über die von mir geleistete Arbeit hinsichtlich der Betreuung der saarländischen Flüchtlinge in Bezug [auf] Pensionen und Renten zugehen lassen.[4] Diese von mir während mehr als einem Jahr durchgeführte Arbeit habe ich nicht geleistet als Mitglied unseres Ausschusses, sondern als Mitglied der damals vorhanden gewesenen Beratungsstelle für saarländische Flüchtlinge.[5] Auch hat zur damaligen Zeit unser Ausschuß in seiner wirklichen Form noch nicht bestanden.[6] Inzwischen ist meinerseits an den P[artei-]V[orstand] keine Berichterstattung mehr erfolgt, erst recht nicht über meine Tätigkeit als Ausschußmitglied des Bergarbeiter-Verbandes. In dieser Hinsicht also ist keinerlei Widerspruch zu meinem Schreiben respektive zu meiner bekundeten Auffassung zu verzeichnen.

Ebenso hast Du mich nicht überzeugen können von wegen meiner Stellungnahme betreffend die RGO-Politik.[7] Diese Stelle besteht nur einmal, was ja auch von Dir in Deinem Schreiben bestätigt wird. Ich habe nun einmal Zweifel, die ich gegenüber meinen kommunistischen Freunden in Forbach[8] allerdings nicht habe. Deiner Aussage zufolge, die Du mir in Deinem Schreiben hast zukommen lassen, ist das gleiche Verhältnis gegenüber Freund *Alfred*[9] vorhanden.[10] Diese Tatsachen jedoch schließen nicht aus, daß die Zweifel gegenüber der Hauptleitung der K[ommunistischen] P[artei] begründet sind. Einige Anzeigen sind vorhanden. Ich verweise nur auf eine Radiosendung, die in der vergangenen Woche der illegale deutsche Sender auf Welle 29,8 vorgenommen hat. Erst diese Sendung hat mich stutzig gemacht.[11]

Trotz dieser Feststellung arbeite ich nach wie vor für das gesteckte Ziel. Unbeirrt halte ich an dem fest, was ich auch in meinem Brief an Dich gesagt habe, daß ich eine Gewerkschaftsbewegung anstrebe, die frei von parteipolitischem Einfluß jeglicher Art sein muß.[12]

Ich bekunde ausdrücklich, daß ich Dir und Freund *Alfred*[13] gegenüber keinerlei Mißtrauen habe. Ich glaube, daß Du mit Freund *Alfred*[14] im besten Einvernehmen arbeitest, so wie ich ebenfalls mit den hiesigen Freunden bis dato gearbeitet habe.

Bei deinem Hiersein in Forbach[15] hast Du lediglich mit mir darüber geredet, daß Verhandlungen angebahnt seien, um festzustellen, wer die Denunzianten bei der Bergarbeiterinternationale und dem I[nternationalen] G[ewerkschafts-]B[und] gewesen sind.[16] Ich weiß mich nicht zu entsinnen, daß Du mit mir Rücksprache genommen hättest bezüglich Eingliederung des Bergarbeiterverbandes in die GAD.[17] Diese Feststellung hat jedoch keineswegs etwas zu tun damit, daß die Eingliederung möglichst bald erfolgen muß. Die[18] Eingliederung liegt sicherlich im Interesse der deutschen Arbeiterschaft.

Ich erachte es als eine Selbstverständlichkeit, daß die Mitglieder des Ausschusses keineswegs, auch nicht die geringste Zellenarbeit[19], leisten dürfen. Meinerseits besteht in dieser Hinsicht keinerlei Neigung. Ich bin Gewerkschaftler und will meiner Bewegung ehrlich und mit ganzem Herzen dienen.

Schließlich die Versicherung, daß unser Zusammenarbeiten bis dato durch nichts getrübt worden ist. Auch fürderhin soll es so bleiben.

Grüße mir Freund *Alfred*[20]
Besten Gruß:

2 Vgl. Dok. 105.
3 Parteivorstand der Sopade.
4 Kirn galt als Spezialist für Rentenfragen und verfaßte immer wieder Gutachten und Artikel zur Rentenentwicklung. Der angesprochene Bericht lag nicht vor. Vor allem die Artikel in den Bergarbeiter-Mitteilungen fußten auf den Informationen von Kirn. Vgl. auch im Kontext der Auseinandersetzungen um die Devisenregelung in der ersten Hälfte 1937 (Dok. 100, 103) die Flugschrift »Rentenabbau bei den Kriegsbeschädigten, Invaliden und Knappschaftspension« (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 49).
5 Vgl. Paul, Max Braun, S. 108, 113.
6 Der Arbeitsausschuß wurde Pfingsten 1936 gegründet. Vgl. Dok. 92.
7 Vgl. Dok. 104.
8 Dies war vor allem der engste Mitarbeiter Wilhelm Frisch, mit dem Kirn die Außenstelle Forbach gemeinsam leitete und der auch an der Gründungskonferenz des Arbeitsausschusses teilgenommen hatte. Nach dessen Angaben hatten sich die beiden anderen Mitarbeiter bis Anfang 1937 »wegen Differenzen innerhalb der S[ozialdemokratischen] P[artei]« zurückgezogen. Hierbei handelte es sich um Hermann Petri (5.1.1883–1.10.1957) und Paul Hoffmann. Gustav [d. i. Wilhelm Frisch], Gew[erkschafts-]Bericht Bergbau (Saar), o. D. [Februar 1937] (BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/319, Bl. 252f.). Vgl. auch Dok. 92 Anm. 1. Später kam von kommunistischer Seite Josef Wagner (6.5. 1897–1.9.1943, hingerichtet) hinzu. Vgl. auch die Erinnerungen von Kirn in Peukert/Bajohr, S. 196. Zu den Verbindungen von Frisch zur KPD vgl. auch Dok. 108 sowie Kirn an Vogt vom 2.6.1937 (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 120). Zu den anderen, meist kurzzeitigen Aktivitäten von Kirn und seinen Verbindungen in Forbach vgl. die Angaben in Dok. 104 Anm. 23 sowie die Erinnerungen von Kirn (ebd.).
9 Deckname von Wilhelm Knöchel.
10 Vgl. Dok. 107 sowie den Bericht von Knöchel an die KPD (Dok. 99).

11 Zum »Deutschen Freiheitssender 29,8« und dem Empfang im Saargebiet vgl. Mallmann/Paul, Herrschaft, S. 347–349. Welche Sendung Kirn meinte, ließ sich nicht ermitteln. Auch Vogt fragte am 19.3. 1937 bei Kirn um Information nach, da er keine Kenntnis von der angesprochenen Sendung habe (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 93). Kirn war mit Sendungen des Arbeitsausschusses im »Deutschen Freiheitssender 29,8« einverstanden unter der Bedingung, daß »alle Kameraden des Arbeitsausschusses jeweils den im Radio durchzusagenden Text vorgelegt erhalten und berechtigt sind, Vorschläge und Ergänzungen machen zu dürfen.« Kirn an Vogt vom 10.4.1937 (ebd., Bl. 97). Vogt antwortete am 16.5.1937 (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 109). Danach hatte sich die »Sendergeschichte ... schon wieder verändert«, da er jetzt als »Freiheitssender funken wird.« Vogt gab an, daß er momentan wegen der Arbeit an dem »Bericht über die deutsche Situation« in der Vorbereitung der Sitzung des Exekutivkomitees der Bergarbeiter-Internationale in Paris »keine Zeit (habe), Sendemanuskripte zu machen.« »Über die Art der Mitarbeit« müsse man sich ohnehin noch verständigen. Später fertigte Kirn Sendemanuskripte an und sandte sie an Vogt zur Durchsicht und Weiterleitung. Kirn an Vogt, 11.6.1937; Vogt an Kirn, 19.7.1937 (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 122, 136). Vgl. auch Dok. 108.
12 Vgl. bereits Dok. 104.
13 Wie Anm. 9.
14 Ebd.
15 Vgl. Dok. 105.
16 Zu diesen Konflikten vgl. auch Dok. 99.
17 Zur Bezeichnung GAD oder ADG vgl. Dok. 104 Anm. 9.
18 In der Vorlage: Zur.
19 D. h. Betätigung für eine parteipolitische Gruppierung innerhalb des Arbeitsausschusses.
20 Wie Anm. 9.

DOKUMENT 107

Mitte März 1937: Der Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands berichtet über die Lage der Bergarbeiterschaft und die Entwicklung der Widerstandstätigkeit

BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 75–91. Maschinenschriftliche Abschrift. Für den Abdruck gekürzt. Ohne Unterschrift. Im Dokumentkopf Verfasserangabe: Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands.[1]

Bericht über die Lage im deutschen Bergbau.
[...][2]

J.) Deutsche Arbeitsfront und unsere Arbeit.

Die stetige Verschlechterung der Lebenslage der Bergarbeiter bringt naturgemäß eine Vergrößerung der Unzufriedenheit und eine Verstärkung des Widerstandswillens der Arbeiter mit sich. Die tiefe Unzufriedenheit der Arbeiter kommt in der deutschen Arbeitsfront und in den Widerständen in den Betrieben zum Ausdruck.

Die zwangsweise Mitgliedschaft in der Deutschen Arbeitsfront ist nunmehr in allen Revieren durchgeführt.[3] Die Beiträge werden fast ausschließlich vom Lohn abgezogen. Das einzelne Mitglied erhält nicht einmal das Mitgliedsbuch. Der Haß der Kameraden gegen diese Organisation ist sehr stark, weil sie wissen, daß diese totale Organisation geschaffen wurde, um den Arbeitern den gewerkschaftlichen Kampf zu erschweren oder gar unmöglich zu machen. Die Arbeiter wissen auch, daß große Teile ihrer Zwangsbeiträge für diese Organisation für *Hitlers* Kriegsrüstungen Verwendung finden. Die gesamte Mitgliedschaft unseres früheren Verbandes gehört, soweit sie im Betrieb beschäftigt ist, natürlich auch zur Deutschen Arbeitsfront. Auch die illegalen Kameraden gehören dazu. Zum Teil sind sie sogar Funktionäre geworden.[4] Die Arbeitsfront ist überhaupt nur die einzige Organisation, die ein Zusammenkommen der Arbeiter auf der Betriebsbasis zuläßt. Es ist deshalb natürlich, daß eine gewerkschaftliche Massenbeeinflussung nur in dieser Organisation geschehen kann, nicht nur deshalb, weil die Massen der Arbeiter in ihr legal zusammenkommen können, sondern auch darum, weil in dieser Organisation die beste Möglichkeit besteht, die

1 Unter dem Dokument Stempel der Gestapo Saarbrücken und Vermerk zur Abschrift von der Sachbearbeiterin. Vgl. hierzu Dok. 93 Anm. 1. Anhand der späteren Berichte geht hervor, daß diese Analysen »über die deutsche Situation« in deutscher und englischer Sprache verfaßt, auf deutsch unter dem Zeitschriftenkopf der Bergarbeiter-Mitteilungen (ohne laufende Numerierung oder Kennzeichnung als Sondernummer) veröffentlicht und jeweils im Vorfeld der Sitzungen des Exekutivkomitees der Bergarbeiter-Internationale zusammengestellt und dem Exekutivkomitee vorgelegt wurden. Vgl. z.B.: Report about the German Situation (Mitte Juli 1937); Bericht über die deutsche Situation, in: Bergarbeiter-Mitteilungen, Mitte Oktober 1937; dass., Januar 1938. Zu den Sitzungen des Exekutivkomitees vgl. die Zusammenstellung bei Herrmann, Geschichte, S. 467f.
Die Überschriften sind in der Vorlage unterstrichen.

2 Gekürzt wurden die Seiten 1–8 des Manuskriptes mit den Kapiteln: »A) 28 Milliarden Mark für Kriegswirtschaft selbst angewiesen«, »B) Kriegskonjunktur vergrößert die Widersprüche innerhalb der Herrschenden«, »C) Umorganisierung der Bergwirtschaft für den Kriegsfall«, »D) Kriegswirtschaft im Kohlenbergbau ruiniert privaten Kohlenhandel«, »E) Sicherung der Betriebe für den Kriegsfall«, »F) Facharbeiter unter Mobilisierungsgesetzen«, »G) Lohnverhältnisse im Bergbau«, »Abzüge vom Lohn«, »Teuerung«.

3 Vgl. hierzu Wisotzky, Ruhrbergbau, S. 111f.

4 Vgl. zu solcher Funktionsübernahme auch die unterschiedlichen Standpunkte im Vorfeld der Vertrauensrätewahlen 1934–1936 in Teil VIII der Einleitung.

illegale Arbeit mit halblegalen und legalen Methoden zu verbinden.[5] Die bitteren Erfahrungen der ersten drei Jahre der Hitlerdiktatur haben gezeigt, daß die Anwendung von nur illegalen Methoden allzu große Opfer erfordert, und sogar in weitem Maße die Gefahr in sich trug, daß sich die illegalen gewerkschaftlichen Vertrauensleute und Gruppen von den Massen isolierten. Darum entwickelten unsere Kameraden in der Deutschen Arbeitsfront eine halblegale Tätigkeit. Sie nutzten Versprechen der Faschisten von vor der Machtübernahme aus, schrieben nationalsozialistische Flugblätter aus den Zeiten vor *Hitler* ab und verteilten sie von Hand zu Hand.[6] Sie stützten sich bei der Begründung von Arbeiterforderungen auf Bestimmungen der Nazigesetzgebung, der bestehenden Tarifordnungen, und nutzten vor allem betriebliche Funktionen der Deutschen Arbeitsfront zur Vertretung von Arbeiterinteressen aus. Sie veranlaßten die Bergarbeiter, die Forderungen an die Deutsche Arbeitsfront und ihre Vertrauensmänner in den Gruben heranzubringen, und verlangten von diesen Vertrauensmännern die Vertretung der Arbeiterinteressen. Sie knüpften so an die antikapitalistische Einstellung proletarischer Nazianhänger an und versuchten, diese an die gewerkschaftliche Arbeit Schritt für Schritt heranzuführen. Soweit unsere Kameraden selbst Mitglieder des Vertrauensrates oder aber Funktionäre der Deutschen Arbeitsfront sind, beeinflussen sie in starkem Maße auf Grund ihrer Kenntnisse im Arbeitsrecht auch die übrigen Mitglieder des Vertrauensrates. Diese Methode der gewerkschaftlichen Arbeit hatte Erfolg und führte zu dem Ergebnis, daß sich im Bergbau, bereits den Bedingungen entsprechend, erste Ansätze zur gewerkschaftlichen Interessenvertretung zeigen. Es ist nicht nur gelungen, bei unseren älteren Kameraden den gewerkschaftlichen Gedanken wachzuhalten, sondern auch größere Teile irregeleiteter proletarischer Nazianhänger in die gewerkschaftliche Bewegung einzubeziehen.[7] Diese zum Teil legal entfachte und geführte Aktivität kam zum Ausdruck in einer gewaltigen Masse von Beschwerden über die Betriebsführer an die Deutsche Arbeitsfront. Aber gleichzeitig auch wurden die Funktionäre der DAF von den Arbeitern viel kritischer beobachtet und der Druck auf sie bedeutend verstärkt. In den letzten Monaten gibt es nun eine ganze Anzahl organisierter Widerstände und Unwillensäußerungen in den Veranstaltungen der Deutschen Arbeitsfront, ohne daß der noch immer sehr stark währende Terror etwas dagegen ausrichten konnte.[8]

In Dortmund wurde eine Versammlung der DAF von Grube Dorstfeld durchgeführt. Der Redner sprach über das Thema »Deutschland braucht Kolonien«. In dieser Versammlung wurde Diskussion zugelassen. Die Arbeiter machten von dieser »Redefreiheit« Gebrauch, und einer nach dem anderen stand auf und sprach über die schlechten Lohnverhältnisse im Betrieb. Der Naziredner konnte sich der erregten

5 Vgl. dagegen die Position z.B. der ITF sowie die Diskussion u.a. in der Zeitschrift Sozialistische Warte 1936/37 um die illegale Arbeit in NS-Organisationen und die vor allem von der KPD und ihren Organisationen propagierte »Taktik des Trojanischen Pferdes« (Dok. 105 Anm. 23).

6 Diese Flugblätter wurden nicht ermittelt.

7 Dieser vor allem der KPD-Linie entsprechende Fall konnte nicht verifiziert werden.

8 Zur Entwicklung von Stimmung und Unmutsäußerungen sowie von Arbeitsniederlegungen im Jahr 1936 und in der ersten Hälfte des Jahres 1937 vgl. Morsch, Arbeit, insb. S. 398ff.; sowie die Zusammenstellung der vom Regime erfaßten Arbeitsniederlegungen in: ders., Streiks, S. 27–79. Danach waren nur 4 von 251 bekanntgewordenen Fällen im Bergbau registriert worden (ebd., S. 85), zu denen allerdings z.B. keine Konflikte im Saarbergbau im Kontext der Auseinandersetzungen um die Saargrenzgänger gehörten (Dok. 100, 103). Die Liste dokumentiert daher auch das Unvermögen des Regimes, die Stimmung und Arbeitskonflikte in den Betrieben umfassend zu registrieren. Vgl. mit Verweis auf die größere Zahl der in der Exilpresse aufgelisteten Arbeitsniederlegungen die Einschätzung von Mallmann/Paul, Herrschaft, S. 361f. bzw. 482. Danach »(war es) an der Saar der Bergbau, der die weitaus meisten Arbeitskämpfe erlebte.«(S. 362). Vgl. ferner Anm. 13.

Stimmung der Kumpels nur noch erwehren durch die Drohung, »wer noch einmal von Lohn spricht, wird verhaftet«.

Bei einer anderen DAF-Versammlung in demselben Gebiet hefteten die Arbeiter an den Eingang des Versammlungslokal einen Artikel aus dem »Ruhr-Arbeiter«, amtliches Organ der Deutschen Arbeitsfront[9], in dem die Redaktion demagogisch gegen einzelne unsoziale Kapitalisten wetterte. Der Redner mußte in der Versammlung auf diesen Artikel eingehen und er sagte zu den Arbeitern: »Es liegt an Euch, daß das nationalsozialistische Gedankengut, das in dem Artikel zum Ausdruck kommt, Wahrheit wird.« Sofort stellten die Arbeiter die Frage, wie er denn das meine: »Es liegt an Euch?« Der Redner kam bei der Beantwortung der Frage in peinliche Verlegenheit und mußte eine wahre Schimpfkanonade über sich ergehen lassen.

Aus einem Bericht[10] aus Beuthen in Oberschlesien entnehmen wir folgende Stelle: Hier fand eine Tagung der Amtswalter der Arbeitsfront statt, in der der Redner bekannt gab, daß von den oberschlesischen Arbeitern noch nicht einmal 15% für den Nationalsozialismus gewonnen seien.

In diesem Revier werden alle Augenblicke größere DAF-Veranstaltungen durchgeführt. Die Arbeiter finden aber immer wieder Mittel und Wege, um sich vor solchen Paradeveranstaltungen zu drücken.

Aus dem Januarbericht [1937] der Kameraden aus Niederschlesien[11] entnehmen wir über einen Gemeinschaftsempfang diese Stelle: »Es waren mehrere Lautsprecher auf den Bänken aufgestellt, um welche sich die Bergarbeiter gruppieren mußten. Von Dortmund aus sprachen [Robert] *Ley* und [Albert] *Padberg* durch das Radio. Die Kumpels waren sichtlich enttäuscht über diese Reden. Am Ende der Kundgebung sollte das Horst-Wessel-Lied gesungen werden. Die Kumpels aber weigerten sich, drei Steiger und einige Funktionäre der Deutschen Arbeitsfront haben beim Hitlergruß nicht einmal die Hand erhoben. Die Kumpels behielten sogar ihre Kopfbedeckung auf dem Kopf.«

Aus einem Bericht der Kameraden aus dem Saargebiet[12] entnehmen wir über die Kundgebung zum 30. Januar: »Zum Gemeinschaftsempfang wurden die Bergarbeiter in die Zechensäle gezwungen. Nur sehr widerwillig folgten die Bergarbeiter dieser Anweisung. *Hitler* hatte noch nicht 1/4 Stunde gesprochen und schon waren sehr viele Kumpels eingeschlafen. Wenn die Klatschpausen kamen, schreckten die Eingeschlafenen auf, was jedesmal von den Bergarbeitern zu Zwischenrufen und satirischen Redewendungen benutzt wurde.« Auch hier weigerten sich die Arbeiter, am Schluß das Horst-Wessel-Lied mitzusingen.

Offene Widerstände.

Diese ablehnende Haltung der Arbeiter kommt viel deutlicher noch in den Widerständen gegen Gedingereduzierungen und für bessere Löhne zum Ausdruck. Die Widerstandshandlungen der Bergarbeiter mehren sich in den letzten Monaten und sie

9 »Der Ruhr-Arbeiter. Amtliches Organ der NSBO und der Deutschen Arbeitsfront« erschien wöchentlich im Gau Essen, 1. Jg. 1932. Der erwähnte Artikel wurde nicht ermittelt. Allerdings waren wortradikale Angriffe auf »unsoziale Betriebsführer« in dieser Zeitung keine Seltenheit.

10 Der vollständige Bericht lag nicht vor.

11 Ebd.

12 Wie Anm. 10.

werden zumeist auch erfolgreich beendet.[13] Die genaue Untersuchung dieser betrieblichen Bewegungen der Bergarbeiter läßt noch klarer erkennen, daß es den gewerkschaftlichen Kadern in fortschreitendem Maße gelingt, irregeleitete Nazianhänger und die DAF-Funktionäre in die Bewegungen aktiv einzubeziehen. Aus einem Bericht aus dem Ruhrgebiet[14] entnehmen wir darüber folgende Schilderung:

»Auf der Grube Achenbach[15] herrscht schon seit langem in einer Kameradschaft (60 Mann) starke Mißstimmung wegen der Gedingeregelung. Schon seit Monaten erhalten die Kumpels nur den Hauermindestlohn. Der Abbauhammer ging von der Hand des Hauers der Mittagsschicht. Bei der Gedingeabnahme für Oktober [1936] wurde den Bergarbeitern wieder mitgeteilt, daß sie wiederum nur den Mindestlohn erhalten. Das brachte eine so starke Erregung der Arbeiter mit sich, und sie ergriffen nun als Abwehrmaßnahme folgendes: Die Morgenschicht blieb wieder in der Grube bis die Mittagsschicht ankam und gemeinsam berieten beide Schichten, was zu tun sei. Schließlich kam man überein, daß die Mittagsschicht die Arbeit verweigert und die Hauer der Morgenschicht nicht ausfahren. Als um 4 Uhr mittags noch nicht ein einziger Wagen Kohle von diesem Betriebspunkt zum Schacht ging, kam der Steiger angerannt. Er drohte und bettelte schließlich die Kumpels an, doch endlich die Arbeit aufzunehmen. Er rief den Arbeitern einige Male zu, »Kumpels, Ihr bringt uns alle zusammen ins Konzentrationslager«. Aber die Kumpels blieben fest und erklärten ihm, nicht eher die Arbeit aufzunehmen, bis ihr Lohn aufgebessert sei. Schließlich mußte der auch hinzugezogene Fahrsteiger den Kumpels einen Lohn von 7,80 Mark garantieren. Aber auch damit gaben sich die Arbeiter angesichts dieses Erfolges nicht zufrieden, sondern verlangten nunmehr auch die Erhöhung des Gedingesatzes. Es blieb dem Fahrsteiger nichts anderes übrig, als das Gedinge von 70 auf 80 Pfennige pro Wagen zu erhöhen. Diese passive Besetzung des Arbeitsplatzes dauerte bis nachmittags 5½ Uhr.«[16]

[...][17]

Besonders stark ist die gewerkschaftliche Arbeit der Bergarbeiter in den Gruben des Saargebietes.[18] Das hat seine Ursache darin, daß all die Verschlechterungen, die *Hitler* seit der Machtübernahme für die Bergarbeiter des übrigen Reiches durchführte, für den Saarbergarbeiter nach der Rückgliederung des Saargebietes in Anwendung kamen, und so den Arbeitern noch viel spürbarer wurde, wie im übrigen Reich. Zum

13 Zur Entwicklung der Unmutsäußerungen und der vom Regime erfaßten Arbeitsniederlegungen vgl. Morsch, Arbeit (Anm. 8). Solche erfolgreichen Aktionen waren z.B. die Auseinandersetzungen um die Grenzgänger und den Umtausch des auf den lothringischen Zechen verdienten Lohns im Saargebiet. Vgl. Dok. 100, 103. Diese Konflikte sind ebenso wie die anderen geschilderten Auseinandersetzungen (Anm. 19, 20 und 21) in der Zusammenstellung bei Morsch, Streiks (Anm. 8) nicht dokumentiert. Vgl. ferner die laufende Berichterstattung des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter über Arbeitskonflikte in den »Bergarbeiter-Mitteilungen«.

14 Wie Anm. 10.

15 Zeche Minister Achenbach der Gebr. Stumm GmbH in Brambauer/Lünen. Welcher Schacht der Zeche Minister Achenbach gemeint war, wurde nicht ermittelt.

16 Vgl. Angaben in Anm. 13.

17 Die ausgelassene Passage behandelte Konflikte auf mehreren Zechen, so im Ruhrgebiet auf der Zeche Germania in Dortmund im Februar 1937 wegen der Verwendung der Gelder der Reisesparkasse, auf der Zeche Prosper II in Bottrop im März 1937 wegen der Höhe der Abschlagszahlung, im schlesischen Kohlenrevier im Februar 1937 auf der Zeche Castellango wegen der Erhöhung der Gedingesätze, auf einer nicht näher genannten Zeche wegen der Verweigerung von Krankenscheinen, auf einer Zeche in Gleiwitz wegen der Schikanen der Steiger, im sächsischen Kohlenrevier auf der Zeche Morgenstern wegen der Einsammlung von Spenden, auf dem Brückenbergschacht wegen der erhöhten Leistungsanforderungen, im Waldenburgergebiet auf den Schächten Haid und Melchior wegen der Einführung verlängerter Schichten und der Bezahlung von Überstunden.

18 Vgl. auch Anm. 8 und 13.

anderen aber ist es die Nähe der französischen Grenze und die engere Verbindung der Saarbergarbeiter mit der französischen Gewerkschaftsbewegung, die unter der Volksfrontregierung solch gewaltige soziale Errungenschaften für die Bergarbeiter erkämpfen konnte. Die Vergleiche zwischen den Arbeits- und Lohnbedingungen des lothringischen Bergarbeiters und den des Saargebietes sind ein bedeutender Ansporn für die Arbeiter des III. Reiches. Wir entnahmen der Fülle aus dem uns vorliegendem Material aus dem Saargebiet nur folgende Beispiele: So berichten uns die Kameraden von Grube Reden:[19]

»Einigen Partieleuten wurden im Januar [1937] neue Gedingescheine mit einer Reduzierung des Gedingelohnes von 10 Pf[enni]g ausgehändigt. Diese Herabsetzung des Gedingesatzes bedeutete eine Lohnkürzung von 30 bis 40 Pf[enni]g pro Schicht. Diese Lohnkürzung war auf der Grube der Anlaß größter Erregung und heftigster Diskussionen.[20] Eine Abteilung schickte ihren Partiemann zu dem Betriebswalter, um gegen die Senkung des Lohnes zu protestieren und von dem Betriebswalter zu verlangen, vom Betriebsführer die Zurücknahme der Lohnsenkung zu fordern. Der Betriebsführer aber lehnte kurzerhand das Ansinnen des Betriebswalters ab. Die Kameraden setzten nun den SA-Leuten und DAF-Waltern dermaßen zu, daß diese sich ständig mit den Beschwerden über den schlechten Lohn an den Betriebsführer wandten. Derselbe nun mußte auf Grund dieser tiefen Unzufriedenheit für diese Partie die Lohnsenkung zurücknehmen. Bei den anderen Partien aber blieb dieselbe in Kraft. Aber der hartnäckige Widerstand dieser einen Partie hatte auch auf die übrige Belegschaft eine aktivierende Wirkung.«

»Auf der Grube Kohlwand führte der Betriebswalter auf Grund der allgemeinen Stimmung gegen das Verfahren von Sonntagsschichten und auf Verlangen der Belegschaft bei einer Betriebsversammlung eine Abstimmung durch, wo die gesamte Belegschaft gegen das Verfahren von Sonntagsschichten stimmte.«

Die bedeutendste Bewegung der Bergarbeiter war aber zweifellos jene gewaltige Bewegung der Saargrenzgänger.[21]

[...][22]

Sie wehrten sich gegen diesen Hitlerschen Raub auf folgende Weise:[23]

»Am 13. Februar d[iese]s Jahres verweigerten alle Grenzgänger, die auf den Gruben Saar und Moselle arbeiten, die Einfahrt, wechselten ihren soeben empfangenen Lohn auf französischem Boden und marschierten geschlossen über die deutsche Grenze, durchbrachen die Sperrketten der Zollbeamten und brachten so ihren gesamten Lohn, den sie in Frankreich verdient hatten, nach Hause.

Am 27. Februar, es war der Lohnzahlungstag auf der Grube »de Wendel«, fuhren auch die Grenzgänger dieser Grube nicht an und marschierten ebenfalls in einer Stärke von 2.000 Mann geschlossen über die deutsche Grenze. Über der Grenze wurden sie von einem Riesenaufgebot Gestapo und Gendarmerie aufgehalten und in einen naheliegenden großen Saal gebracht; mußten aber nach kurzer Zeit wieder freigelassen werden. Auch am Grenzübergang Carlingen-Lauterbach kam es an diesem Tag wieder

19 Wie Anm. 10.

20 Zu solchen Lohnkürzungen durch höhere Leistungsanforderungen vgl. auch das in Neunkirchen/Saar verteilte Flugblatt »Kameraden! Dann wird es anders. Dann hören die Entlassungen auf!« vom Mai 1937 (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 67). Vgl. Dok. 103. Das Flugblatt wurde auch in der Deutschen Volkszeitung vom 27.6.1937 zitiert. Vgl. Mallmann/Paul, Herrschaft, S. 363.

21 Vgl. Dok. 100, 101, 103.

22 Die ausgelassenen Passage erläuterte den Begriff Grenzgänger und schilderte die durch die Devisenverordnung geänderte Umtauschregelung für den in Frankreich erhaltenen Lohn der im Saargebiet wohnenden Bergarbeiter.

23 Vgl. mit weiteren Belegen Dok. 103.

zu einer eindrucksvollen Demonstration von einigen hundert Bergarbeitern. In der Folge dieser wochenlangen Bewegung wurde eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen.[24] Es handelt sich fast durchweg um Funktionäre der Deutschen Arbeitsfront, ja sogar der nationalsozialistischen Partei. Wie stark das Solidaritätsgefühl der Arbeiter in dieser Bewegung zum Ausdruck kam, zeigte sich sehr deutlich in dem Benehmen einiger bisher nationalsozialistisch beeinflußter Arbeiter. Diese traten an einen unseren, aus früherer Zeit als guten Gewerkschaftler bekannten Kameraden heran und baten ihn, sich nicht unmittelbar an dieser Bewegung zu beteiligen, da er sowieso drüben von der Gestapo stark beobachtet und deshalb besonders gefährdet sei. Wörtlich sagte ein Amtswalter zu ihm: »Du mußt uns erhalten bleiben, wir brauchen Dich noch sehr notwendig in späteren Zeiten.«

[...][25]

K.) Wie reagiert der Gegner auf all diese Widerstandshandlungen der Arbeiter?

Da die Arbeiter jenen Paradeveranstaltungen und Appellen[26] der Deutschen Arbeitsfront fernbleiben und nur geneigt sind, Betriebsversammlungen zu besuchen, um ihre betrieblichen Mißstände zur Sprache zu bringen, versucht die Deutsche Arbeitsfront-Führung diese Betriebsappelle in der Erde abzuhalten. Man läßt dabei die Arbeiter einfach nicht ausfahren und glaubt so gegen mangelnden Besuch gesichert zu sein. Die Tatsache, daß die Arbeiter in immer größerem Maße die Versprechungen der Faschisten vor ihrer Machtübernahme irgendwie immer wieder in Diskussionen benutzen, und auch die Druckmaterialien der NSDAP von der Vorhitlerzeit immer wieder von neuem in Umlauf bringen, hat [Rudolf] *Heß*, den Stellvertreter des Führers, veranlaßt, im Januar [1937] ein generelles Verbot für die Aufbewahrung eigener alter Flugblätter anzuordnen.[27]

[...][28]

Padberg, der Leiter der Reichsbetriebsgruppe Bergbau, machte im Dezember 1936 eine ganze Versammlungskampagne, um das Drängen der Bergarbeiter auf eine gerechte Gedingeregelung abzubremsen. Alle seine demagogischen Versprechungen wurden von den Bergarbeitern ausgenutzt, und auf den Gruben die Durchführung dieser Versprechungen verlangt. Dieses Drängen der Arbeiter auf die betrieblichen DAF-Funktionäre und auf die Betriebsverwaltung wurde so stark, daß der Treuhänder der Arbeit (staatliche Behörde) im Dezember gezwungen war, neue Richtlinien für die Gedingeregelung des Ruhrbergbaues zu erlassen.[29] In diesen Richtlinien waren zwei-

24 Ebd.

25 Die ausgelassene Passage beschrieb die Versuche des NS-Regimes, insbesondere des Gauleiters Bürckel, Ende Februar/Anfang März 1937, den Konflikt aufzufangen und zu kanalisieren. Vgl. die Hinweise in ebd.

26 Zur Einrichtung und Resonanz auf die Betriebsappelle vgl. für den Ruhrbergbau Wisotzky, Ruhrbergbau, S. 197f.

27 Ein solches Verbot wurde nicht ermittelt.
Rudolf Heß (26.4.1894–17.8.1987), Freikorps, 1920 NSDAP, 1925–1932 Privatssekretär von Hitler, seit 21.4.1933 »Stellvertreter des Führers«, seit 2.12.1933 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, 1939 Mitglied im Ministerrat für Reichsverteidigung, 10.5.1941 Flug nach England, britische Kriegsgefangenschaft, 1946 im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß zu lebenslanger Haft verurteilt.

28 Die ausgelassene Passage behandelte den sozialdemagogischen Stil auf Versammlungen der DAF, der nach Einschätzung des Arbeitsausschusses an die Zeit vor 1933 erinnerte, aber keine Resonanz mehr fand.

29 Richtlinien des Treuhänders der Arbeit für den deutschen Steinkohlenbergbau vom 19.11.1936, die zum 1.1. 1937 gültig wurden. Amtliche Mitteilungen des Treuhänders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Westfalen, Nr. 51, vom 19.12.1936, S. 436ff. Vgl. »Sie weichen zurück«, in: Bergarbeiter-Mitteilungen, Nr. 6, Dezember 1936, S. 1 f. sowie zu den Gedingeregelungen allgemein Wisotzky, Ruhrbergbau, S. 170–175. Vgl. hierzu die Hinweise in Dok. 99 Anm. 22.

fellos eine ganze Reihe wichtiger alter gewerkschaftlicher Forderungen formuliert, aber durchgeführt wurden sie nicht. Bei Veröffentlichung dieser Richtlinien erklärte *Padberg*, daß diese Richtlinien als Mindestbedingungen gelten müssen, und daß die Vertrauensräte dafür zu sorgen haben, daß sie in der Tat durchgeführt werden. So setzte im Januar [1937] ein wahrer Sturm der Bergarbeiter im Ruhrgebiet auf die Vertrauensräte ein. Diese glaubten nun zu einem großen Teil in gutem Glauben zu handeln und traten sehr aktiv gegen Betriebsführer, die sich gegen die Durchführung dieser Richtlinien wandten, auf. Sie selbst brachten die sich sträubenden Grubenverwaltungen bei der DAF zur Anzeige. Diese ganze Bewegung nahm ebenfalls ein solches Ausmaß an, daß derselbe Treuhänder der Arbeit, der diese Richtlinien verfügte, am 24. Februar [1937] die Vertrauensmänner des Gaues Essen in Duisburg zu einer Versammlung zusammenrief und dort den Vertrauensräten, die sich für die Durchsetzung seiner eigenen Richtlinien einsetzten, sehr grobe Vorwürfe machte.[30] Er erklärte in seiner Rede u.a.: »Sie (die Vertrauensräte) dürfen sich nicht unaufhörlich mit allen möglichen und unmöglichen Wünschen der Belegschaften zum Betriebsführer schicken lassen, sonst werden sie zum sozialpolitischen Kindermädchen«.

Verschiebung der Vertrauensrätewahlen.

Diese gewerkschaftliche Aktivität der Massen, die es in immer stärker werdendem Maße versteht, auch die unteren Funktionäre der von den Faschisten selbst geschaffenen Zwangsorganisationen einzuziehen, ist auch die wahre Ursache für die Verschiebung für die Vertrauensrätewahlen in diesem Jahr. Nach dem Gesetz müßten in jedem Jahr diese Vertrauensräte gewählt werden. Die Furcht vor diesen Wahlen in den Betrieben, wo faschistischer Terror und Wahlfälschungen in einem hohen Grad die Wirkung verlieren, läßt es den Machthabern in Deutschland ratsam erscheinen, die Vertrauensrätewahlen abzusetzen.[31] Sie fürchten, daß durch eine neue Wahl der Kreis arbeiterfreundlicher Vertrauensmänner sich vergrößert, und sie kennen sehr gut die Gefahr, die ihnen daraus entsteht. Es ist schließlich kein Zufall, daß im vergangenen Jahr im Ruhrgebiet weit über hundert Vertrauensräte ihrer Posten enthoben wurden. Auch noch heute erhalten wir dauernd Nachricht über die Absetzung solcher Vertrauensräte aus allen Gebieten.[32]

Wie wichtig es ist, daß unsere Kameraden solche Vertrauensrätefunktionen übernehmen und ausnutzen für die Entfaltung der gewerkschaftlichen Bewegung, sagt einer unserer illegalen Kameraden, der zugleich Mitglied eines solchen Vertrauensrates ist:

»Die Arbeiter, die mich nicht so gut kannten, mißtrauten mir, als ich Vertrauensrat wurde, zumal sich der Zellenleiter am Anfang immer bemühte, mich bei der Befahrung zu begleiten. Auch der Betriebsführer wußte es sehr geschickt anzufangen, mich immer dann festzuhalten und mit mir zu sprechen, wenn es die Belegschaft beobachten konnte. Einige Male bin ich auch mit ihm gefahren und dann frug er mich immer im Beisein der Kameraden über meine Meinung über diese und jene Beschwerden der Kumpels. Das Eigenartige dabei war, daß er fast immer meine Vorschläge akzeptierte und auch erfüllte. Heute ist mir das ganz klar, er wollte Volksgemeinschaft demonstrieren und den Arbeitern zeigen, daß wir Vertrauensmänner doch von ihm gehört werden und auch etwas zu sagen haben. Dieses Verhalten des Betriebsführers hatte bei den Kumpels, auch bei denen, die zuerst mißtrauisch gegen mich waren, eine positive Auswirkung für mich, weil ich ja eine ganze Reihe von Mißständen abstellen konnte. Das Mißtrauen schwand allmählich, ich wurde auch innerlich etwas freier, und so bekam ich mit der Zeit ein recht gutes Verhältnis zu allen Kameraden. Heute sind alle froh, daß gerade ich der Vertrauensmann bin.«[33]

Nur dieses eine Beispiel möge zeigen, daß es nur bei den aktiven Gewerkschaftern liegt, die von den Faschisten im Betrieb selbst geschaffenen Einrichtungen zu einer Gefahr für das faschistische System selbst werden zu lassen. Unsere ganze Arbeit ist nach dieser Linie ausgerichtet, weil sie die größten Erfolge z[ur] Z[ei]t verspricht und die beste Sicherung unserer illegalen Kameraden darstellt.[34] Zum Schlusse wollen wir nur noch darauf verweisen, daß in diesem Bericht nur ein Bruchteil der sich in unserer Hand befindenden Materialien ausgewertet und bekanntgegeben werden konnte.

30 Ein Bericht über diese Versammlung wurde nicht ermittelt.
Kritisch zu der vom Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter – und im Anschluß daran von Teilen der historischen Forschung zum Widerstand gegen das NS-Regime – als erfolgreiche Widerstandsaktivitäten postulierten Aktion betont allerdings Wisotzky (Ruhrbergbau, S. 175) die geringen realen Veränderungen und die geringe Wirksamkeit der neuen Richtlinien des Treuhänders der Arbeit. Vgl. auch Bednareck, Gewerkschaftspolitik, S. 327; Peukert, Ruhrarbeiter, S. 222; ders., KPD, S. 320.

31 Die Vertrauensratswahlen wurden am 9.3.1937 erneut für ein Jahr verschoben. RGBl., I., 1937, S. 282.

32 Vgl. zu solchen Umbesetzungen 1937/38 Frese, Betriebspolitik, S. 188–190.

33 Der Verfasser und der Betrieb, auf den sich der Bericht bezog, wurden nicht ermittelt.

34 Zu dieser nicht unumstrittenen Sichtweise innerhalb der Exil-Gruppen vgl. die Hinweise in Anm. 5.

DOKUMENT 108

14. 5. 1937: Wilhelm Knöchel, Amsterdam, schreibt an die Forbacher Mitglieder des Arbeitsausschusses wegen der Verhandlungen mit der ADG

BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 105–108. Maschinenschriftliche Abschrift. Für den Abdruck gekürzt. Ohne Absender- und Adressatanschrift. Ohne Ortsangabe. Maschinenschriftliche Unterschrift.[1]

No.A.[2] 14.5.1937

An Richard [*Kirn*][3]

Liebe Freunde.[4]

Wir[5] bestätigen den Eingang Eures Briefes No. 3 vom 7.5.[1937] mit einliegendem Bericht.[6]

[...][7]

1 Unter dem Dokument Stempel der Gestapo Saarbrücken und Vermerk zur Abschrift von der Sachbearbeiterin. Vgl. hierzu Dok. 93 Anm. 1. Zu den Anschriften vgl. die vorangegangenen Briefwechsel, u.a. Dok. 100.

2 Vgl. die Information über die Absprache von Vogt und Knöchel, ab 1.4. 1937 die Briefe zur besseren Kontrolle zu numerieren. Vogt an Kirn vom 3.4.1937 (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 94–95).

3 Die Zeile ist in der Vorlage unterstrichen.

4 Gemeint sind neben Kirn die übrigen Mitglieder der Forbacher Grenzstelle des Arbeitsausschusses. Dies war in erster Linie Wilhelm Frisch. Vgl. ferner Dok. 106 Anm. 8.

5 D. h. Wilhelm Knöchel und Franz Vogt.

6 BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 103f.

7 In der ausgelassenen Passage (Bl. 105–106) behandelte Knöchel die schwierige finanzielle Situation des Arbeitsausschusses und die dauernden Klagen aus den Grenzstellen. Vgl. auch Vogt an Kirn vom 3.4.1937 (Anm. 2).

Und nun eine andere Frage. Ihr seit ja bereits im Besitze des Schreibens von Kollege [Heinrich] *Schliestedt* an uns.[8] Dieses Schreiben war die Grundlage einer längeren Verhandlung zwischen *Alfr[ed]*[9] und Hans [*Mugrauer*] einerseits und dem Kollegen *Schliest[edt]* andererseits.[10] Diese mündlichen Verhandlungen fanden statt während unserer Bergostkonferenz[11], die im allgemeinen einen guten Verlauf und positive Ergebnisse zeitigte. Aber doch erst einige Worte zu dem Brief *Schliest[edts]* selbst. Ihr erseht ja daraus, daß er sich an den verschiedensten Stellen widerspricht und daß in diesem Brief versucht wird, unserer Angliederung an die GAD eine neue Schwierigkeit in den Weg zu stellen. Im Gegensatz zu früheren Briefen hat jetzt *Schliest[edt]* zwei Bergarbeiterleitungen entdeckt.[12] Nun, Du, lieber *Richard*, kennst selbst unsere Entstehungsgeschichte. Du weißt auch, daß auf unserer Konferenz[13] alle damalig uns und der Internationale bekannten Kräfte und Gruppen vertreten waren. Du weißt auch so gut wie wir, daß damals allen maßgebenden Instanzen von dem Bestehen einer sogenannten gewerkschaftlichen Reichsleitung niemand etwas bekannt war.[14] Noch viel weniger wußte jemand von Bergarbeitern in dieser Reichsleitung. All das habe ich dem Kollegen *Schl[iestedt]* gesagt. Natürlich wird es in der Illegalität immer so sein, daß neue Gruppen entstehen. Darum haben wir nicht das Recht, die Behauptung des Kollegen *Schl[iestedt]*, er habe Bergverbindungen, als unglaubwürdig zu behandeln, auch dann, wenn diese Verbindungen auch noch so schwach sein mögen. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden im Verlaufe unserer Arbeit im Lande noch eine Anzahl bisher unbekannter Gruppen auftauchen, und daraus ergibt sich ja auch für uns die große Aufgabe, die Zusammenfassung und die Vereinigung dieser Gruppen innerhalb unserer Berufsinternationale und dem IGB herbeizuführen. D. h. also, [daß] alle diese Gruppen uns, die wir ja eine von der Internationale anerkannte und autorisierte Stelle darstellen, angeschlossen werden müssen. Das entspricht auch den Beschlüssen des Prager Kongresses unserer Berufsinternationale.[15] Im Verlaufe der Diskussion und auch teilweise in seinem Brief stellt der Kollege *Schl[iestedt]* die Frage: wer soll jetzt wem angeschlossen werden? Ihr versteht, daß eine solche Fragestellung absolut unzulässig ist, nie von uns gestellt wurde und darum willkürlich in die Debatte geworfen ist. Die Diskussion über diese Probleme nahmen den Hauptplatz in den Verhandlungen ein. Um so wertvoller ist es, daß nach sehr langer Diskussion es endlich zwischen uns und dem Kollegen *Schl[iestedt]* gelungen ist, die Vereinbarung zu treffen, daß sobald wie möglich eine Zusammenkunft zwischen uns und seinen Leuten stattfinden soll, auf der die Vereinigung beraten und eventuell vollzogen werden soll.[16] In unserem Antwortschreiben an den Kollegen *Schl[iestedt]* werden wir noch einmal auf einige Behauptungen des Kollegen *Schl[iestedt]* unsere Feststellungen und auch die vorher geschilderte Vereinbarung schriftlich fixieren.[17] Dieses Antwortschreiben an die GAD geht Euch im Entwurf in den nächsten Tagen zu, und wir bitten Euch dringend, uns umgehend Eure Bemerkungen und Vorschläge dazu zu

8 D. h. an den gesamten Arbeitsausschuß. Der Brief von Schliestedt lag nicht vor.
9 Deckname von Wilhelm Knöchel.
10 Vgl. schon das Schreiben von Vogt an Kirn vom 29.4.1937 (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 101).
11 Vgl. Dok. 110, 111.
12 Vgl. bereits Dok. 98.
13 Gemeint ist die Gründungskonferenz des Arbeitsausschusses im Mai 1936 (Dok. 92).
14 Vgl. die Aussage von Schliestedt in Dok. 98 sowie zur Illegalen Reichsleitung Kap. II der Dokumente.
15 Der Kongreß der Bergarbeiter-Internationale fand am 3.–6.8.1938 in Prag statt. Vgl. ferner Dok. 92 und 99.
16 Das Treffen kam nicht zustande. Vgl. für die weitere Diskussion Dok. 109, 112 sowie den Brief des Arbeitsausschusses an die ADG, vom 24.3.1938 (Dok. 101 Anm. 12).
17 Vgl. Dok. 109.

machen.[18] Solltet Ihr mit dem Entwurf einverstanden sein, so schickt es doch bitte baldigst mit *Rich[ards]*[19] Unterschrift an uns zurück.[20] Aber nicht nur das, sondern zu diesen Problemen habe ich an Dich, *Richard*, noch eine besondere Bitte. Du hast doch wieder die Verbindung mit dem Kollegen [Walter] *Schevenels*.[21] Ich würde es für zweckmäßig halten, daß Du einmal mit ihm sprichst über die Schwierigkeiten, die unserer Angliederung an die GAD in den Weg gestellt werden. Er erhält zwar fortan Berichte über unsere Arbeit von uns direkt, aber doch ist es besser, wenn Du einmal mit ihm persönlich den ganzen Fragenkomplex besprichst. Das würde bestimmt unsere Bemühungen erleichtern.[22]

Gleichzeitig fand einen Tag vor den Verhandlungen mit dem Kollegen *Schlie[stedt]* eine Besprechung unserer Vertreter[23] mit dem Parteivorstand der Sopade und zwar mit den Genossen [Otto] *Wels* und [Hans] *Vogel* statt.[24] Diese Unterhaltungen wurden in sehr zwangloser Form geführt und trugen einen kameradschaftlichen Charakter. Auch diese Freunde hatten ein sichtbares Interesse daran, daß wir mit dem Kollegen *Schl[iestedt]* verhandelten. Das Ergebnis dieser Besprechungen war, daß man von dort aus stärker wie bisher noch von uns erarbeitete Originalsachen in den Materialien, die ins Land gehen, veröffentlichen wird.[25]

Und nun für heute noch eine letzte Frage. Es handelt sich um die Ausnutzung des Freiheitsenders 29,8 für unsere Arbeit. Wir sind ja nun im Ausschuß darin einer Meinung, daß man das machen muß.[26] Auch in der Internationale[27] haben wir uns dieserhalb ein Rückgrat verschafft und das Einverständnis einer ganzen Anzahl von Mitgliedern des Exekutivkomitees eingeholt, sodaß der praktischen Verwirklichung nichts mehr im Wege steht. Wir brauchen hier nicht mehr zu betonen, daß *Richards* Vorschläge im Brief vom 10.4.[1937][28] berücksichtigt werden, nur mit der kleinen Einschränkung, daß es nicht immer möglich sein wird, daß die durchzusagenden Texte vorher allen Kameraden des Arbeitsausschusses zur Begutachtung vorgelegt werden. Ich denke, wir einigen uns dahingehend, daß alle von uns ausgearbeiteten Vorträge unmittelbar nach der Fertigstellung allen Kameraden gleichzeitig mit dem Absenden an den Sender zugeleitet werden. Natürlich sind wir für weitgehende Kritik, Anregungen und Vorschläge allen unseren Kameraden sehr dankbar. Aber darüber hinaus müssen wir folgendes Problem lösen. Die Lage in den einzelnen Revieren ist sehr verschieden, darum auch müssen wir für die einzelnen Gebiete spezialisierte Vorträge ausarbeiten, und zwar soll das an Ort und Stelle geschehen, d.h. daß die Vorträge über das Saargebiet von Euch selbst hergestellt werden müssen. Wir sind dafür, daß Ihr im Monat zweimal solche Vorträge über das Saargebiet an uns zur

18 Zu den Reaktionen vgl. Dok. 110 sowie den Brief von Kirn an Vogt über das Verhältnis des Arbeitsausschusses zur ADG vom 2.6.1937 (Dok. 110 Anm. 11). Eine Reaktion von Hans Mugrauer lag nicht vor.
19 Vgl. schon Dok. 101, 104.
20 Vgl. die Stellungnahme von Kirn gegenüber Vogt vom 2.6.1937 (Dok. 110 Anm. 11).
21 Walter Schevenels war seit 1930 Generalsekretär des IGB. Vgl. zu diesem Kontakt die Briefe von Kirn an Vogt vom 10.4.1937 und 22.11.1937 (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 97, 149–151).
22 Kirn hatte am 11.4.1937 in Forbach ein Gespräch mit Schevenels und war danach in schriftlichem Kontakt wegen einer Broschüre über die Entwicklung der Sozialversicherung sowie wegen der finanziellen Unterstützung für die Koordination der nach Frankreich emigrierten Gewerkschafter aus dem Saargebiet. Vgl. den Brief von Kirn an Vogt vom 10.4.1937 (ebd.); dass., vom 16.4.1937; dass., vom 5.7.1937 (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 100, 131).
23 Das waren Wilhelm Knöchel und Hans Mugrauer.
24 Vgl. bereits das Treffen von Vogt mit dem Parteivorstand (Dok. 102).
25 Vgl. bereits Knöchel in Dok. 99.
26 Zu dem Sender und zu Sendemanuskripten vgl. die Angaben in Dok. 106 Anm. 11.
27 D. h. die Bergarbeiter-Internationale.
28 Vgl. Kirn an Vogt vom 10.4.1937 (Anm. 21).

Weiterleitung übermittelt[29]. Wir brauchen hier wohl nicht zu betonen, daß wir uns nicht schlechthin auf Berichte und einfache Feststellungen beschränken wollen, sondern unsere Vorträge müssen in operativer und anleitender Form aktuelle Probleme behandeln, damit sie den Arbeitern im Lande wirklich Anleitung und Wegweiser und damit Organisatoren des gewerkschaftlichen Kampfes sein können. Solche aktuellen Probleme sind z[ur] Z[ei]t solche Themen wie: Die katholischen Bergarbeiter im gewerkschaftlichen Kampf und die Aufgaben der freien Gewerkschaftler, oder Wie können die deutschen Gewerkschaftler den Kampf in Spanien unterstützen, oder: Wie organisieren die Bergarbeiter ihre Widerstandshandlungen gegen die Verschlechterung und für die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Dabei ist es zweckmäßig, die positiven und negativen Seiten bestimmter Widerstandshandlungen aufzuzeigen.

Berücksichtigt bitte dabei, daß unsere Vorträge nicht größer als 2 bis 4 Seiten, zweizeilig mit der Maschine geschrieben, sein dürfen.

Und nun laßt uns für heute schließen. In der Hoffnung, recht bald wieder etwas von Euch zu hören,

grüßt Euch recht herzlich
Alfred[30]

N.B. Die Flugblätter[31] sind ebenfalls hier angekommen.

DOKUMENT 109

20. 5. 1937: Der Arbeitsausschuß wendet sich an die ADG wegen der Organisation der deutschen Bergarbeiter in der Illegalität und in der Emigration

BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 111–114 R. Maschinenschriftliche Abschrift. Ohne Absender- und Adressatanschrift.[1] Ohne Ortsangabe.[2]

den 20. Mai 1937

Werte Kameraden![3]

Wir bestätigen hiermit den Empfang Eures Schreibens vom 14. April dieses Jahres[4] und nehmen hier in unserer Antwort sowohl darauf als auch auf die zwischen unseren Kameraden H[ans]*M[ugrauer]* und A[lfred] *Schr[oeder]*[5] einerseits und dem Kameraden H[einrich] *Schl[iestedt]* andererseits geführte Unterredung Bezug, deren Grundlage ebenfalls Euer Brief vom 14. April bildete.[6]

Soweit die Verhältnisse in unserem Beruf[7] in Frage kommen, erklärt ihr als zu den noch »ungelösten Fragen« gehörend die Existenz zweier Leitungen der illegalen Bergarbeiterbewegung, von denen der Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter die sei, die sich »durch die Gunst der Umstände als der Bergarbeiter-Internationale angeschlossen bezeichnen kann«. Wie wir bereits in unserem letzten Brief mitteilten, manifestiert sich die »Gunst der Umstände« in einem Beschluß des Exekutivkomitees unserer Berufsinternationale.[8] Dieser Beschluß ist gefaßt worden, nachdem sich die Vorstandsmitglieder unserer Berufsinternationale, vor allem die Vorsitzenden der ausländischen Bruderorganisationen, Jahre hindurch von der Existenz und dem Wirken jener illegalen Bergarbeitergruppen, die sich im vergangenen Jahre in unserer Bewegung zusammenschlossen haben, überzeugt hatten. An allen Debatten über unsere Arbeit und bei allen Beschlüssen über unsere Eingliederung in die Bergarbeiter-Internationale und die Finanzierung durch sie haben sämtliche Mitglieder des Exekutivkomitees unserer Internationale mitgewirkt. Nie ist von einem erklärt worden, daß ihm etwas von der Existenz einer anderen illegalen Bergarbeiterbewegung als der unsrigen bekannt sei.[9] Wäre irgend jemandem aus unserer Internationalen davon etwas bekannt gewesen, die Sache wäre unzweifelhaft zur Sprache gekommen. Bis heute jedoch ist das nicht geschehen.

Wenn unserer Internationale und keinem ihrer Mitglieder bis heute etwas von dem Vorhandensein anderer als den zu uns gehörigen Gruppen bekannt ist, so war das selbstverständlich auch nicht der Fall, als wir unsere vorjährige Konferenz[10] abhielten. Damals wurden uns alle unserer Internationale bekannten Verbindungen übergeben, der nur Euch bekannten Gruppe gehörte davon niemand an. Auch uns ist bis zu Erhalt Eures letzten Briefes von Euch bekannten Bergarbeiterverbindungen nichts bekannt gewesen. Ebenfalls unsere Funktionäre im Lande, die es mit als ihre erste Pflicht betrachten, alles, was sich in unserem Berufe regt, zur Kenntnis zu nehmen und uns anzugliedern, erklären einstimmig, noch nie etwas von anderen als den von uns erfaßten Bergarbeitergruppen gehört, geschweige denn von ihrem Wirken etwas gespürt zu haben.[11]

Auch in der Auslandspresse, die wir sehr aufmerksam verfolgen, ist nie Material oder sonst etwas veröffentlicht worden, was auf die Existenz einer anderen illegalen Bergarbeiterorganisation als die unsrige schließen läßt. Alles was bisher in ausländischen Gewerkschaftsorganisationen, einschließlich den von Euch herausgegebenen Publikationen[12], über die Verhältnisse in unserem Beruf veröffentlicht worden ist, stammt fast ausschließlich von uns oder unseren Vertrauensleuten.[13]

29 Vgl. z.B. Dok. 110.
30 Wie Anm. 9.
31 D. h. die Flugblätter im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Devisenregelung der Grenzgänger. Vgl. mit weiteren Angaben Dok. 103.
1 Vgl. aber Anm. 6.
2 Unter dem Dokument Stempel der Gestapo Saarbrücken und Vermerk zur Abschrift von der Sachbearbeiterin. Vgl. hierzu Dok. 93 Anm. 1.
3 Es ist nicht eindeutig zu ermitteln, wann dieses Schreiben endgültig an die ADG und Schliestedt weitergeleitet wurde, da Richard Kirn die notwendige Unterzeichnung hinauszögerte. Das Schreiben war an Kirn unter dem Datum vom 19.5.1937 geschickt worden, mit der Bitte die unterschriebene letzte Seite nicht wie bei dem vorangegangenen Schreiben des Arbeitsausschusses an die ADG an Hans Mugrauer, sondern umgehend direkt an Vogt und Knöchel in Amsterdam zurückzusenden. Am 27.5.1937 und 8.6.1937 mahnte Vogt die Zusendung dringend an. Bereits am 31.5.1937 hatte Vogt sich bei Kirn über dessen Verschleppung der Verhandlungen beschwert (Dok. 110). Erst am 11.6. 1937 schickte Kirn »das Gewünschte« mit der Entschuldigung, »daß sich dadurch keine Störung des Plans ein(stellt).« (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 110, 116, 121f.). Vgl. auch zu den weiteren Auseinandersetzungen innerhalb des Arbeitsausschusses Dok. 110 Anm. 11.
4 Das Schreiben lag nicht vor.
5 Deckname von Wilhelm Knöchel.
6 Vgl. Dok. 102.
7 D. h. Bergbau.
8 Nach dem Bericht von Knöchel (Dok. 99) wurde der Arbeitsausschuß bereits auf dem Kongreß der Bergarbeiter-Internationale im August 1936 anerkannt. Die folgenden Sitzungen des Exekutivkomitees fanden am 14./15.1.1937 in Brüssel und am 22./23.4.1937 in Paris statt.
9 Vgl. Dok. 108. Gemeint ist die Illegale Reichsleitung der Bergarbeiter, deren Existenz Schliestedt behauptete.
10 Vgl. Dok. 92.
11 Diese Erklärungen konnten nicht verifiziert werden.
12 D. h. besonders in den Nachrichten der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften. Vgl. Stroech, S. 212.
13 Gemeint sind u.a. die Mitarbeiter der Forbacher Grenzstelle des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands, Richard Kirn und Wilhelm Frisch. Vgl. Dok. 101, 102.

Da Ihr die Verschiedenheiten zwischen unserem Organisationsprinzip und dem bei der von Euch genannten Bergarbeitergruppe üblichen hervorhebt, so gestattet, daß wir das nach Euren eignen Worten alles »Sache der Bergarbeiter selbst sein« lassen. Alle diese Fragen werden in der von Kamerad *Sch[liestedt]*[14] zugesagten Zusammenkunft zwischen den ihm bekannten Bergarbeiterkameraden und uns ihre Regelung finden. Euch möchten wir nur zur Kenntnis geben, daß unsere Organisationsprinzipien ein Produkt der Erfahrung sind und daß andere uns bekannte bedeutsame illegale Gewerkschaften, von denen wir wissen, daß sie eine sehr ernsthafte Arbeit leisten, nach den gleichen Prinzipien arbeiten wie wir.[15]

Noch ein Wort zu der in Eurem Brief gegebenen Charakteristik der finanziellen Grundlage unserer Arbeit. Ihr schreibt: »Die Unterstützung der zweiten Gruppe (gemeint ist der Arbeitsausschuß. D[ie] U[nterzeichner]) entzieht sich unserer Kenntnis«. Warum ein solcher Satz, nachdem wir Euch mitgeteilt hatten, daß wir von unserer Berufsinternationale unterstützt werden! Die Berufsinternationale, das sind alle freigewerkschaftlichen Bergarbeiterorganisationen Europas. Sie alle haben sich ausnahmslos an der Finanzierung unserer Arbeit beteiligt. Ein Brief, vielleicht gar nur ein Telephonanruf von Euch nach einer Euch benachbarten Stadt[16] hätten genügt, um Euch von der Richtigkeit dieser unserer Angabe zu überzeugen. Wir wissen, daß Ihr Euch beim Niederschreiben dieses Satzes gewiß nichts Übeles gedacht habt, da aber gerade derartige Äußerungen sehr leicht falsch gedeutet werden können, möchten wir auch an dieser Stelle noch einmal auf unsere Berufsinternationale als die einzige finanzielle Grundlage unserer Arbeit verweisen.

Wir freuen uns über Eure Erklärung, daß Ihr es als eine Eurer Aufgaben betrachtet, Gruppen gleicher Berufe miteinander in Verbindung zu bringen. In unserem Berufe haben wir uns selbstverständlich von jeher die gleiche Aufgabe gestellt, weshalb wir die zwischen unseren Kameraden H[ans] *M[ugrauer]* und A[lfred] *Schr[oeder]*[17] auf der einen und dem Kameraden H[einrich] *Schl[iestedt]* auf der anderen Seite getroffenen Abmachungen begrüßen[18] und ihren Inhalt noch einmal in folgenden Punkten zusammenfassen:

1. Die Existenz und das immer wieder zu beobachtende Entstehen von illegal arbeitenden gewerkschaftlichen Gruppen, die ihre Tätigkeit entweder voneinander ganz losgelöst ausüben oder hie und da schon auf irgend eine Art miteinander verbunden sind, sind den heutigen Verhältnissen entsprechende Erscheinungen.
2. Sowohl die Leitung der GAD als auch der Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter sind sich darin einig, daß dem Zustand der zersplittert arbeitenden Kräfte jede, noch so geartete Zusammenfassung vorzuziehen ist.
3. GAD-Leitung und Arbeitsausschuß haben in ihrer bereits oben erwähnten Aussprache gemeinsam den Willen bekundet, solche, der Zusammenfassung dienende Schritte bei den Bergarbeitern zu unternehmen. Kamerad *Schl[iestedt]* hat zugesagt, einen oder einige Funktionäre einer ihm bekannten Gruppe in unserem Beruf mit Vertretern unseres Arbeitsausschusses zu einer gemeinsamen Aussprache zusammen zu bringen.
4. Der Arbeitsausschuß erklärt sich bereit, wenn es gewünscht wird, bei dem Zustandekommen dieses Schrittes jede Art technischer Hilfe zu leisten.

14 In der Vorlage weicht die Abkürzung des Namens »Sch« von der sonst üblichen »Schl« ab. Aufgrund der angesprochenen Verhandlungen dürfte gleichwohl ebenfalls Heinrich Schliestedt gemeint sein.
15 Vgl. z.B. die Richtlinien der ITF vom November 1936 (Dok. 74).
16 Gemeint ist der Sitz des tschechischen Bergarbeiterverbandes in Teplitz/CSR.
17 Wie Anm. 5.
18 Vgl. Dok. 102.

5. Der Arbeitsausschuß stellt den für einen Zusammenschluß mit ihm in Frage kommenden Kräften keinerlei Bedingungen und erklärt sich ausdrücklich bereit, sie an der uns von unserer Berufsinternationale gewährten Unterstützung zu beteiligen.[19]

Damit dürften alle »psychologischen Hemmungen« beseitigt sein, an deren Existenz wir umsoweniger glauben, da dem Kameraden [Friedrich] *Husemann*[20], der uns von Kamerad *Schl[iestedt]* als einstiger Leiter der ihm bekannten illegalen Bergarbeitergruppe genannt wurde, die Existenz unserer Bewegung bekannt war. *Husemann* hat unseren Kameraden, der ihn darüber informierte, zu dem begonnenen Werke beglückwünscht und erklärt, er hoffe, daß unsere Arbeit von Erfolg gekrönt sein möge. Unsere damaligen Verbindungen mit dem Kameraden *Husemann* sind unserer Berufsinternationale noch zu Lebzeiten des Kameraden *Husemann* bekannt gewesen. Wir sind bereit, das durch die Vorlage von Berichten, die von einigen unserer jetzigen Ausschußmitglieder und anderen Funktionären unserer Bewegung damals an die Bergarbeiter-Internationale gegeben worden sind, zu beweisen.[21] Die Leitung unserer Berufsinternationale ist in der Lage, diese unsere Angaben zu bestätigen.

Wir glauben durch diese Feststellungen und Erklärungen alles gesagt und getan zu haben, was nach dem augenblicklichen Stand der Dinge von uns gesagt und getan werden kann, um die Arbeit in unserem Beruf zusammenzufassen, alle sich regenden Kräfte mit unserer Berufsinternationale in Verbindung zu bringen und auf diese Weise das Ganze zu fördern. Wir wären sehr dankbar, wenn die von Kamerad *Schl[iestedt]* zugesagte Aussprache zwischen einem oder einigen ihm bekannter Kameraden mit uns recht bald zustande käme.[22]

Die zweite Frage, die sowohl brieflich als auch in der Unterredung zwischen unseren beiden Ausschußmitgliedern und dem Kameraden *Schl[iestedt]* erörtert wurde, ist die Eingliederung unserer Bewegung in die GAD. Es ist unsere Auffassung, daß eine Auslandsvertretung der gesamten deutschen Gewerkschaftsbewegung nur durch die Zusammenfassung aller aktiv tätigen Gewerkschaftskräfte die Basis erhalten kann, die notwendig ist, um in den deutschen Betrieben eine aktive, den konspirativen Bedingungen entsprechende Gewerkschaftspolitik zu entwickeln. Wir haben wiederholt erklärt, daß wir bereit sind, an der Verwirklichung dieses Zieles mitzuarbeiten.

In Eurem ersten Briefe[23] an uns habt Ihr als Hemmnis der Eingliederung unserer Bewegung in die GAD angegeben, der Arbeitsausschuß sei Eurer Meinung nach in seinen Entscheidungen nicht unabhängig. In Euerm letzten Schreiben sagt Ihr demgegenüber: »Wir maßen uns nicht an, Eure Meinung zu bezweifeln, daß der Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter vollkommen unabhängig von den Beschlüssen politischer Parteien und Gruppen ist«. Allerdings schreibt Ihr dann weiter: »Das gilt natürlich für den Ausschuß, aber unsere Sorge und unser Zweifel gilt einzelnen Mitgliedern.«[24] Wie stellt Ihr Euch das vor: der Arbeitsausschuß handelt

19 Vgl. aber zu den dauernden Klagen um die Höhe dieser Unterstützung z.B. den Briefwechsel zwischen Vogt und Kirn, u.a. vom 26.5.1937 und 31.5.1937 (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 115, 117f.). Zur Unterstützung s. auch die Zusammenstellung auf der Basis der offiziellen Abrechnung des Arbeitsausschusses bei Peukert/Bajohr, S. 120f.
20 Der Vorsitzende des Bergbauindustriearbeiter-Verbandes während der Weimarer Republik, Fritz Husemann, war am 15.4. 1935 im KZ Esterwegen ermordet worden.
21 Vgl. zu den Kontakten auch Peukert/Bajohr, S. 67. Die Berichte lagen nicht vor.
22 Zu einer Besprechung wurden keine Unterlagen ermittelt.
23 Vgl. Dok. 95, 98 sowie die Berichte von Knöchel in Dok. 97, 99.
24 Vgl. auch die Darstellung von Vogt gegenüber Kirn vom 14.7.1937 (Dok. 112).

»frei«, einzelne seiner Mitglieder jedoch handeln »unfrei«? Wollt Ihr damit sagen, daß die nach Eurer Meinung »unfreien« Mitglieder, wenn sie einmal überstimmt werden, unsere Beschlüsse sabotieren werden? Wir können diesen »Sorgen« und »Zweifeln« gegenüber nur noch einmal erklären, daß alle unsere Entscheidungen Mehrheitsentscheidungen sind und diese, wie es für disziplinierte Gewerkschafter selbstverständlich ist, von allen Mitgliedern durchgeführt werden, ganz gleich, wie der einzelne vorher dazu stand. Wie anders sollte ein organisatorisches Zusammenarbeiten möglich sein!

Wir sind weiter der Meinung, daß »Sorgen« und »Zweifel« und vor allem das sich gegenseitige Unterstellen von »stillen Vorbehalten« nicht die geeigneten Mittel sind, eine einheitliche deutsche Gewerkschaftsbewegung aufzubauen und den faschistischen Todfeind niederzuringen. Es kann nur einzig und allein durch praktische Arbeit geschehen, und nur praktisch-erfolgreiche Arbeit legitimiert zur Vertretung einer Bewegung, an deren Zukunft wir glauben.

Wir werden in diesem Sinne auf dem Boden des IGB und unserer Berufsinternationale weiter arbeiten. Nehmt bitte davon Kenntnis, daß, solange uns die Mitarbeit in der GAD versagt ist, die Leitung unserer Berufsinternationale den IGB fortan laufend über unsere Arbeit unterrichten wird.

Mit Gewerkschaftsgruß
Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands.[25]

DOKUMENT 110

31. 5. 1937: Franz Vogt, Amsterdam, an Richard Kirn, Forbach/Frankreich, über Schwierigkeiten der internen Organisation

BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 117–119. Maschinenschriftliche Abschrift. Für den Abdruck gekürzt. Ohne Absender- und Adressatanschrift. Ohne Ortsangabe. Ohne Unterschrift.[1]

Nr. 5 den 31. Mai 1937.

Lieber Richard [*Kirn*]!

Deinen Brief vom 26. Mai [1937] (Nr. 4)[2] haben wir erhalten. Am 27. Mai hatte ich Dir geschrieben[3], unsere beiden Briefe haben sich also gekreuzt. Dein Schreiben Nr. 4 stellt demnach die Antwort auf meinen Brief vom 19.5.[4] und *Alfreds*[5] Schreiben mit

25 D. h. Franz Vogt, Wilhelm Knöchel, Hans Mugrauer, Richard Kirn. Vgl. ebd.

1 Unter dem Dokument Stempel der Gestapo Saarbrücken und Vermerk zur Abschrift von der Sachbearbeiterin. Vgl. hierzu Dok. 93 Anm. 1. Die Autorenschaft von Franz Vogt ergibt sich aus dem Kontext der Briefe.

2 Rico [d.i. Richard Kirn] an Liebe Freunde, vom 26.5.1937 (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 115).

3 Vogt an Lieber Richard [Kirn], vom 27.5.1937 (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 116).

4 Vogt an Lieber Richard [Kirn], vom 19.5.1937 (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 110).

5 Alfred war der Deckname von Wilhelm Knöchel.

den Berichten über Ostkonferenz, GAD-, Sopade-Besprechungen usw. dar.[6] Dein Brief berührt in der Hauptsache finanzielle Dinge.[7]

[...][8]

Zu unserem Antwortschreiben an die GAD.[9] Du hast unseren Schriftwechsel mit der GAD zirkulieren lassen[10], willst nun eine Konferenz darüber abhalten und uns deren Entscheidung dazu mitteilen. Jetzt, wo Du diesen Weg schon beschritten hast, teile uns bitte das Ergebnis umgehend mit.[11] Für alle späteren Fälle würde ich Dich dringend bitten, ein einfacheres Verfahren zu wählen. Stelle Dir bitte einmal vor, jedes Ausschußmitglied würde sich erst durch Beratungen und Stellungnahme eines Mitarbeiterkreises zur eigenen Stellungnahme bevollmächtigen lassen, dann käme wahrscheinlich nie ein gemeinsamer Brief des Arbeitsausschusses zustande. Eine solche, meines Erachtens falsch verstandene demokratische Methodik macht gemeinsames Handeln unmöglich. Du bist Ausschußmitglied und trägst als solches die Verantwortung. Die Mitarbeiter müssen ständig informiert werden und ihr Wille soll Deine Entscheidungen mitbestimmen. Es geht aber unmöglich, daß alle von der letztlich verantwortlichen Körperschaft auszuführenden Handlungen in Kollektivhandlungen aufgelöst werden, da dann praktisches Arbeiten unmöglich wird. Wir erleben es bei unserem Beispiel schon, daß auf diese Weise nicht einmal ein gemeinsamer Brief

6 Zur Ostkonferenz vgl. Dok. 111 sowie den verschlüsselten »Bericht Nr. 25) aus VIa vom 10.6.1937« (BA, SAPMO, ZPA I 2/708/137, Bl. 373–375). Danach »(fanden) im März-April im Westen für Ruhr, Wurm und Saar, am 20. und 21.4.[1937] in Prag eine Konferenz der Mitglieder und Mitarbeiter des »Arbeitsausschusses deutscher freigewerkschaftlicher Bergarbeiter« statt, um Ergebnisse und Erfahrungen der nunmehr einjährigen Tätigkeit nach zentraler Zusammenfassung zu prüfen, eine einheitliche Linie in der Arbeit zu entwickeln und schließlich örtliche und bezirkliche Angelegenheiten zu regeln. Die Ostkonferenz diente gleichzeitig zu Verhandlungen mit dem Parteivorstand [der Sopade] und dem 215 [GAD bzw. Schliestedt].« Zu diesen Verhandlungen vgl. auch den eingehenden Bericht von Vogt und Knöchel an die Forbacher Mitarbeiter des Arbeitsausschusses, vom 14.5.1937 (Dok. 108) sowie das Schreiben des Arbeitsausschusses an die ADG vom 20.5.1937 (Dok. 109).

7 Kirn beklagte sich über die unzureichende finanzielle Unterstützung, mit der nicht einmal die Flugblätter bezahlt werden könnten, über die ausgebliebenen Gelder für »Arbeiten ins Land« im Mai 1937 sowie über die Schulden, die er und Wilhelm Frisch mittlerweile angehäuft hätten. Rico [d.i. Richard Kirn] an Liebe Freunde, vom 26.5.1937 (Anm. 2). Vgl. ferner Dok. 100 Anm. 8.

8 Die ausgelassene Passage (Bl. 117–118) behandelte ausführlich die allgemeinen finanziellen Engpässe und die finanziellen Hilfen für den Arbeitsausschuß, ging auf die Zahlungen an die Forbacher Außenstelle ein und verwies auf die noch schwierigere finanzielle Situation von Hans Mugrauer in der CSR.

9 Dok. 109.

10 Vgl. Rico [d.i. Richard Kirn] an Liebe Freunde, vom 26.5.1937 (Anm. 2).

11 Vgl. die Antwort von Kirn an Vogt vom 2.6.1937 (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 120): »In der am Dienstag stattgefundenen Besprechung haben die Kameraden mich gebeten, nachstehenden Nachsatz zu dem Schreiben zu geben:
Wir bitten, dem Schreiben an *Schl[iestedt]* eine N.B. folgenden Wortlautes machen zu wollen:
1) Die Forbacher Kameraden sind der Auffassung, daß der Bergarbeiter-Ausschuß in die GAD eingebaut werden soll, da die deutsche Arbeiterschaft nicht mit verzettelter Kraft den Sturz des Hitlerismus herbeiführen kann.
2) Daß die Arbeit der Kameraden der Reichsleitung durch gegenseitige Aussprache in die des bestehenden Ausschusses eingebaut werden kann, ohne daß das Gebot strengster Vertraulichkeit verletzt zu werden braucht.
3) Nach wie vor darf keiner Partei gewerkschaftliche Einmischung eingeräumt werden, d.h. die gewerkschaftliche Demokratie muß gewahrt und irgendwelche parteipolitische Zellenbindung innerhalb der Gewerkschaften untersagt bleiben.
4) Nach Möglichkeit soll erwähnt werden, daß Kamerad [Hans] *Mugr[auer]* seine Bindung zu den R[evolutionären]S[ozialisten] gelöst hat.«

rechtzeitig abgeht oder gar zu Stande kommt.[12] Nun sage mir, *Richard*, wie wir mit der gleichen Arbeitsmethodik die Welt umkrempeln wollen!

Du fragst weiter nach dem Wortlaut des Prager Beschlusses. Ich nehme an, Du meinst den Beschluß des Exekutivkomitees über unsere Eingliederung in die Bergarbeiter-Internationale. Du bemerkst, Du hörtest darüber von uns immer nur andeutungsweise. Das ist ein Irrtum von Dir. Ich habe Dir gleich nach dem Prager Kongreß erzählt, welchen Inhalt der Beschluß hat.[13] Alle Verbindungen der B[ergarbeiter-]I[nternationale] zur deutschen Bewegung sollen über uns gehen, wir sollen an den Arbeiten und Beratungen der B[ergarbeiter-]I[nternationale] tätigen Anteil nehmen, sie vor allem über die Verhältnisse in Deutschland unterrichten, wir sollen von der B[ergarbeiter-]I[nternationale] finanziell und moralisch unterstützt werden. Das war der Inhalt des Beschlusses, der uns in Gestalt einer Anerkennungsrede gehalten und vorgetragen wurde. Anwesend dabei waren u.a. Hans [*Mugrauer*] und ich. Ich habe mit einer Dankesrede darauf geantwortet. Wichtiger als alle diese Einzelheiten ist doch aber, daß die B[ergarbeiter-]I[nternationale] diesen ihren Beschluß bis heute ganz strikte durchgeführt hat. Das geht u.a. aus den regelmäßigen Einladungen an den Arbeitsausschuß zur Teilnahme an den Sitzungen des Exekutivkomitees, aus der aktiven Mitarbeit der deutschen Vertretung an den Arbeiten der B[ergarbeiter-]I[nternationale] und nicht zuletzt aus der uns von der B[ergarbeiter-]I[nternationale] gewährten Finanzhilfe hervor.[14]

Wenn ich in Erwägung ziehe, daß innerhalb eines Jahres einmal ich und einmal *Alfred*[15] das Glück hatten, persönlich bei Euch zu sein, und wenn ich vor allem unsere schriftlichen Berichte und unsere oft sehr umfangreichen Briefe an Dich betrachte, dann möchte ich jedesmal feststellen, daß wir bisher aber wirklich alles getan haben, um Dich über alles, was uns bewegt, auf dem Laufenden zu halten. Wenn wir von Dir ebenso genau informiert werden, sind wir absolut zufrieden. Deine Briefe machen jedoch jedesmal den Eindruck, als fühltest Du Dich nicht genügend informiert. Wenn Du irgendwelche Fragen hast, dann teile sie uns mit, Du wirst stets genaueste Auskunft erhalten. Wenn Du darüber hinaus dann gar noch das gleiche tust, ist sicherlich die Zufriedenheit auf allen Seiten hergestellt.[16]

Schicke uns bitte Dein Sendemanuskript[17], auf das wir uns freuen. Ebenso natürlich auf ein Exemplar Deiner Broschüre über die Sozialversicherung.[18] Vor allem, laß uns

12 Vgl. hierzu bereits das Problem der Abstimmung bei den Manuskripten für die Radiosendungen auf der Frequenz 29,8. Vgl. Dok. 106 Anm. 11, Dok. 108.

13 Der Prager Kongreß der Bergarbeiter-Internationale fand am 3.–6.8.1936 statt. Zur Datierung des Anerkennungsbeschlusses vgl. Dok. 109.

14 Zur Teilnahme an den Sitzungen des Exekutivekomitees vgl. die Berichte von Vogt an Kirn, u.a. vom 16.5.1937 (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 109).

15 Wie Anm. 5.

16 Vgl. die Richtigstellung von Kirn gegenüber Vogt, vom 20.6.1937 (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 123). Die gegenseitige Information verbesserte sich langsam. Vgl. die eingehenderen Berichte von Vogt an Kirn über die Beschlüsse und weiteren Vorhaben der Bergarbeiter-Internationale. (Vogt) an Lieber Richard [Kirn], vom 13.10.1937; dass., vom 7.11.1937 (ebd., Bl. 145–147). Das änderte jedoch wenig an dem gegenseitigen Mißtrauen. Vgl. Dok. 112 insb. Anm. 20.

17 Kirn sandte am 11.6.1937 ein Manuskript und kündigte ein weiteres an (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 122).

18 Vgl. zu dieser Studie den Brief von Kirn an Vogt und Knöchel, vom 22.11.1937 (Anm. 16). Kirn hatte zuvor bereits mehrere Analysen zur Entwicklung der Sozialversicherung in Deutschland für den Arbeitsausschuß und die Bergarbeiter-Internationale verfaßt. Vgl. den Bericht des Arbeitsausschusses »über die Lage im deutschen Bergbau und die sozialen Verhältnisse in Deutschland. Vorgelegt dem Internationalen Bergarbeiter-Kongreß, Tagend im August 1936 in Prag«. Der Bericht war die Anlage zum Schreiben von Alfred [d.i. Wilhelm Knöchel] an den Generalsekretär der Bergarbeiter-Internationale, Ebby Edwards, vom 14.7.1936. Knöchel äußerte dort die Bitte, die beigefügten

recht bald das Antwortschreiben an die GAD[19] zugehen und nimm für Dich und alle Freunde dort die herzlichsten Grüße von uns.

DOKUMENT 111

10. 6. 1937: Bericht über Besprechungen mit den Vertretern des Arbeitsausschusses in Polen und der CSR sowie über Verhandlungen mit der ADG

BA, SAPMO, ZPA, I 2/708/137, Bl. 376–378. Maschinenschrift. In der Vorlage verschlüsselt. Code-Nr. 2770 im Archiv in der Anlage (Bl. 376). Ohne Adressat. Maschinenschriftliche Unterschrift.[1]

Bericht Nr. 26) aus V vom 10. Juni 1937.

An der 1 [Bergbauberatung] – sog. Ostkonferenz[2] – haben folgende Freunde teilgenommen: Meine Person[3] für N[ie]d[er-]Schl[esien], 2 [Hans *Mugrauer*[4] für Sachsen] 3 [*Karbon*[5]] und mit ihm ein zweiter SP-Freund, der in letzter Zeit in unsere Arbeit für 4 [Oberschlesien] eingegliedert wurde.[6] Außerdem war vom Arbeitsausschuß unser Freund 5 [*Alfred*[7] aus Amsterdam] erschienen. Nach der Berichterstattung über die Lage im 6 [Bergbau] aus den oben angeführten Gebieten gab alsdann Fr[eun]d 5 [*Alfred* aus Amsterdam] einen Gesamtsituationsbericht für den 6 [Bergbau] im Reich

Berichte an den zur Zeit in London tagenden »Sozialpolitischen Kongreß« weiterzuleiten. Der zweite, direkt an den Sozialpolitischen Kongreß gerichtete Bericht vom 11.7.1936 behandelte die »Renten und Pensionsleistungen der Ruhrknappschaft in Deutschland« und war als »Bericht des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands« gekennzeichnet (IISG, Miners International, Correspondance Germany, Nr. 2).

19 D. h. die unterschriebene letzte Seite des Schreibens des Arbeitsausschusses an die ADG (Dok. 109). Zur Antwort von Kirn s. Anm. 11.

1 Auf dem Dokumentkopf Stempel: »11. SEP[tember] 1937«. Handschriftliche Notiz der Codenummer. Auf dem Code Stempel: »3291 19. SEP[tember] 1937«. Die Angaben zu den Zahlen des Codes wurden im Dokument in [] – Klammern ergänzt. Der Verfasser »Adolf« ließ sich nicht eindeutig identifizieren. Er stand aber den kommunistischen Vertretern im Arbeitsausschuß nahe oder gehörte ihnen an.

2 Das genaue Datum der Ostkonferenz wurde nicht ermittelt. Vgl. auch Dok. 109, 110 aus der zweiten Mai-Hälfte 1937, die auf die Ostkonferenz und die Besprechungen mit der GAD Bezug nahmen.

3 Vgl. die Hinweise in Anm. 1.

4 Im Code wörtlich: »Mukr. für Sachsen«.

5 Karbon oder Carbon war der Deckname von Karl Becker. Vgl. Dok. 92 Anm. 1.

6 Dies war Johann Kowoll (27.12.1890-nach 1941), der von Polen aus Grenzarbeit leistete. Kowoll war SPD, ab 1918 hauptamtlicher Bezirksleiter des Zentralverbands der Maschinisten und Heizer für Oberschlesien, ab 1919 Redakteur des Volkswille in Kattowitz, ab 1921 Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei in Oberschlesien, 1922–1928 Wahl in den schlesischen Sejm, Mitglied im polnischen Sejm, ab 1929 Vorsitzender der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei Polens, nach 1933 enge Zusammenarbeit mit der Sopade in Prag und Berichterstatter für die Deutschland-Berichte, ab Juli 1938 Nachfolger von Franz Bögler als Grenzsekretär der Sopade für Oberschlesien, 1939 Flucht und Übersiedlung nach der UdSSR, nach 1941 bei der Evakuierung umgekommen. Vgl. den Brief des Parteivorstands der Sopade an Helmut Hertel [d. i. Franz Bögler], vom 18.9.1936 (AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 21), mit einem Bezug auf die Information von Kowoll über illegale Gewerkschaftsarbeit und der Bitte um Kontaktaufnahme mit Kowoll. Vgl. ferner den Bericht von Alfred [d.i. Wilhelm Knöchel], Ergänzungsbericht A/35, vom 3.8.1938 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/708/137, Bl. 400) über die Entwicklung der Grenzarbeit des Arbeitsausschusses in Schlesien während der Sudetenkrise. Zur Biographie von Kowoll vgl. auch Petra Blachetta-Madajczyk, Klassenkampf oder Nation? Deutsche Sozialdemokratie in Polen 1918–1939, Düsseldorf 1997, S. 245–249, 278–283.

7 Deckname für Wilhelm Knöchel.

und die damit vor uns stehenden Aufgaben. An der Beratung hat auch ein 7 [tschech[ischer] Freund] vom 8 [svaz horniku] teilgenommen, der auch Mitglied der Exekutive ist.[8] Wie aus der Berichterstattung hervorkam, hat sich im wesentlichen an der Situation im 6 [Bergbau] nichts besonders verändert, was man hier hervorheben könnte. Die Ausbeutungsmethoden sind fast überall die gleichen und damit auch die immer mehr wachsende Unzufriedenheit. Wesentliche Widerstandsbewegungen sind gegenwärtig nicht zu verzeichnen. Organisatorisch gesehen sind die 9 [Verbindungen] nach 4 [Oberschlesien] die besten. Dies liegt an den besonderen Verhältnissen. Für 10 [Sachsen u[nd] Niederschlesien] müssen die 9 [Verbindungen] noch ausgebaut werden. In 11 [Niederschlesien] sind sie durch die eingetretenen 12 [Verhaftungen] gerissen.[9] Nach der allgemeinen Berichterstattung fanden dann noch gesonderte Besprechungen über die Aufgaben in den einzelnen Gebieten statt.

Die Verhandlungen mit der 13 [Sopade] und 14 [GAD[10]] wurden durch 5 [*Alfred* aus Amsterdam] und 2 [*Mugrauer* für Sachsen] geführt.[11] Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist nach einem Bericht von 2 [*Mugrauer* aus Sachsen] folgendes: Bei der 13 [Sopade] fanden unsere Freunde eine gute, kameradschaftliche Atmosphäre und auch die Unterhaltung war geführt und getragen von gegenseitiger Achtung. Die 13 [Sopade] will in der 15 [Sozialistische Aktion] auch einiges Material aus den Mitteilungen unseres Arbeitsausschusses mit veröffentlichen.[12] 2 [*Mugrauer* für Sachsen] meint, daß wir von Seiten der 13 [Sopade] keine Schwierigkeiten, bestimmt keine Hemmungen und Knüppel befürchten brauchen. Jedoch muß auch hier der Kontakt weiter gepflegt und die Arbeit entsprechend angekurbelt werden.

Weniger erfreulich verlief die Besprechung mit der 14 [GAD]. Der Ton war oft gereizt unter einer zum Platzen gereizten Stimmung. Ergebnis? Wenn es wahr würde, könnte man sagen, trotzdem positiv. Die 14 [GAD] will die unter ihrer Führung angeblich im Lande bestehenden 16 [Bergarbeiter-Kader] veranlassen, mit uns in Kontakt zu treten, damit zwischen denen und uns eine Verständigung zustande kommt. Was dabei herauskommen wird, muß man erst abwarten. Ich bin natürlich in jeder Richtung skeptisch.

Nun zum Ergebnis der letzten Sitzung der Exekutive:

Auf der vorletzten Sitzung, die im Januar stattgefunden hat,[13] wurde festgelegt, auf der nächsten Sitzung, die am 22.4.[19]37 stattgefunden hat,[14] unseren finanziellen Etat für unsere Arbeit zu beschließen. Dieser Beschluß ist nicht zustande gekommen. Den vorliegenden Informationen nach hat der Sekretär[15] und auch der Präsident[16] der Exekutive bestritten, daß über unseren Etat Beschluß gefaßt werden sollte. Hinzu kam, daß einige Länder, die unsere Bestrebungen unterstützen, nicht vertreten waren.

8 Dies war entweder Karel Brozik oder Emil Haase. Haase war 1934–1938 und Karel Brozik war 1925–1938 für den tschechischen Verband im Internationalen Komitee der Bergarbeiter-Internationale. Zu den tschechischen Vertretern im Exekutivkomitee der Bergarbeiter-Internationale vgl. Herrmann, Geschichte, S. 195f., 468. svaz horniku heißt Verband der Bergleute.

9 Es wurde nicht ermittelt, auf welche Personen sich dieser Hinweis bezieht.

10 Im Code irrtümlich: HAD.

11 Vgl. auch Dok. 109.

12 Ebd.

13 Am 14./15.1.1937 in Brüssel.

14 Am 22./23.4.1937 in Paris.

15 Ebby Edwards.

16 Pierre Vigne.

Es fehlten: 17 [Polen], 18 [Luxemburg] und der 19 [holländische] Kamerad.[17] Alles Leute, die in der Exekutive unseren Standpunkt vertreten. Für den festen Etat hat sich der 20 [holländische] Vertreter und der Freund der hiesigen 21 [Union][18] eingesetzt. Das Präsidium lehnte aber mit der Begründung den Etat ab, daß dies nicht nur Sache der 22 [Berufs-Internationale] allein sei, sondern auch den 23 [IGB] angehe. Der Präsident[19] versichert, daß er dafür eintreten werde, daß uns die einzelnen Verbände durch freiwillige Beihilfe unterstützen sollen. Er versicherte weiter, daß er einen entsprechenden Appell an die angeschlossenen Verbände richten werde und daß dadurch die Weiterarbeit gewährleistet würde. Unserem Vertreter 24 [Franz *Vogt*][20] blieb dann weiter nichts übrig, als mit dieser Regelung sich einverstanden zu erklären. Das ist der gegenwärtige Stand. Dem Arbeitsausschuß bleibt nun nichts anderes übrig, als zu versuchen, durch Bettelbriefe von den einzelnen Landesverbänden in möglichst regelmäßigen Abständen sog[enannte] freiwillige Beihilfe zusammenzuschnorren.[21] Wie der Erfolg sein wird, muß man noch abwarten. Mein Fr[eun]d 2 [*Mugrauer* für Sachsen] kommentiert zu den Berichten »Licht und Schatten, mehr Schatten als Licht«.

Nun meine Einschätzung betreffs 2 [*Mugrauer* für Sachsen]: er ist der Verantwortliche im Arbeitsausschuß für die Linie CSR. Ich habe den Eindruck, daß er sich in letzter Zeit mehr zu uns gewandt hat, und ich komme auch bisher gut mit ihm aus. Trotzdem kann ich nicht empfehlen »allzu offenherzig« zu ihm zu sein.

Eine andere Frage: Wie ich schon oben berichtet habe, ist für 4 [Oberschlesien] neben unserem Fr[eun]d 3 [*Karbon*] ein zweiter Fr[eun]d in unsere Arbeit eingegliedert worden. Er ist SP-Mann, gehört zur 25 [*Miles*-Gruppe] und ist gleichzeitig Mitarb[eiter] des hiesigen 13 [Sopade]-Sekretärs 26 [*Hertel*[22] für Oberschlesien]. Angeblich soll er über gute 9 [Verbindungen] zum 6 [Bergbau] verfügen. Die 25 [*Miles*-Gruppe] hatte die Absicht, unseren Fr[eun]d 3 [*Karbon*] beiseite zu schieben und ihren Fr[eun]d als den Verantwortlichen für 4 [Oberschlesien] in unseren Arbeitsausschuß einzugliedern. Dieser Trick ist ihnen nicht gelungen. Wie jetzt die weitere Zusammenarbeit in 4 [Oberschlesien] sein wird, weiß ich nicht.

V/Adolf[23]

17 Dies war Christian van de Bilt.

18 Ebd. sowie Union der Bergarbeiter in der CSR. Der Freund war Emil Haase. Vgl. auch Anm. 8.

19 Pierre Vigne. Vgl. auch Dok. 112.

20 Im Code »Vogt«.

21 Vgl. die wiederholten Bitten um finanzielle Unterstützung in Dok. 91 Anm. 12 und Dok. 99 Anm. 73 sowie die dauernden Nachfragen von Kirn bei Vogt und Knöchel wegen ausbleibender Unterstützung ihrer Grenzarbeit an der Saar. Angaben in Dok. 110 sowie in dem Brief von Kirn an Vogt und Knöchel vom 22.11.1937 (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 149–151).

22 Deckname für Franz Bögler (4.12.1902–4.7.1976). Bögler war 1926–1932 Stadtverordneter in Speyer (SPD), ab 1929 Bezirkssekretär der SPD für die Pfalz, 1933 Mitglied des Bayrischen Landtags, März-April 1933 inhaftiert, Juni 1933 Flucht nach Saarbrücken, ab 1934 Grenzsekretär der Sopade in Trautenau/CSR, Fraktionsarbeit für die Gruppe Neu Beginnen innerhalb der SPD, 1938 Flucht nach Frankreich, ab 1939 in Frankreich Gefängnis- und Lagerhaft, Oktober 1942 wegen Landesverratsverfahren in Deutschland Flucht in die Schweiz, Internierung, 1943 Mitgründer der Union deutscher Sozialisten in der Schweiz, Januar 1946 Rückkehr nach Deutschland, 1946–1961 Vorsitzender des SPD-Bezirks Pfalz, 1946 Mitglied der beratenden Landesversammlung, 1947–1963 Mitglied des Landtags Rheinland-Pfalz, 1946–1958 Mitglied im Parteivorstand der SPD, November 1961 Rücktritt als SPD-Bezirksvorsitzender, 1962 Parteiausschluß. Vgl. Anm. 6.

23 Vgl. Anm. 1.

DOKUMENT 112

14. 7. 1937: Franz Vogt und Wilhelm Knöchel, Amsterdam, an Richard Kirn, Forbach/Frankreich, über Fragen der illegalen Organisation und die Gewerkschaftseinheit

BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 132–134. Maschinenschriftliche Abschrift. Ohne Absender- und Adressatanschrift. Ohne Ortsangabe. Maschinenschriftliche Unterschrift.[1]

Nr. 3 den 14. Juli 1937

Lieber Richard [*Kirn*]!

Wir haben Deinen Brief vom 5. Juli [1937][2] erhalten. Wie wir daraus ersehen, hast Du wahrscheinlich unsere Fragen über Dein Verhältnis zur GAD falsch verstanden. Du schreibst uns von einer Unterredung, die Du mit dem Kameraden [Walter] *Schevenels* hattest. Daß Du mit diesem gesprochen, ihn über unsere Berufsarbeit informiert und gebeten hast, um eine möglichste Koordinierung der gewerkschaftlichen Kräfte besorgt zu sein, war natürlich gut und richtig von Dir. Du weißt, daß die Leitung des IGB, also der Kamerad *Schevenels*, über unsere Arbeit fortlaufend schriftlich informiert wird.[3] Wenn nun überdies jemand von unseren Funktionären noch Gelegenheit hat, ihn mündlich zu unterrichten, so kann das für unsere Sache nur gut und nützlich sein.[4]

Aber darum ging es in unserm letzten Brief nicht.[5] Wir hatten Dich gefragt, ob Du mit der GAD verhandelt und in ihrem Auftrage Funktionen übernommen habest. Die GAD wird in der Spitze durch den Kameraden [Heinrich] *Schlie*[*stedt*] vertreten. Gestatte, daß wir Dir einmal auseinandersetzen, warum wir darüber Auskunft erbitten.

Du weißt, wir bemühen uns seit langem, der GAD, die vom IGB eingesetzt und beauftragt ist, die deutschen gewerkschaftlichen Kräfte im In- und Auslande zu koordinieren, eingegliedert zu werden. Du kennst alle diesbezüglichen Verhandlungen und den ganzen über diesen Fragenkomplex geführten Schriftwechsel zwischen der GAD und dem Arbeitsausschuß.[6] Aus ihm geht hervor, daß die Leitung der GAD bis jetzt unsere Eingliederung ablehnt, weil in unserem Funktionärsstab Kameraden sind, an deren Zugehörigkeit zu einer politischen Partei die GAD Anstoß nimmt.[7] Also, weil wir unserem gewerkschaftlichen Charakter nach das sind, was beispielsweise bei dem englischen Bergarbeiterverband eine Selbstverständlichkeit ist, will die GAD mit uns nicht arbeiten. Weil wir das für Deutschland wollen, was die französischen Kameraden in ihrer gewerkschaftlichen Organisation verwirklicht haben[8], deren Angestellter Du bist, versagt man uns die Mitwirkung in der GAD.

Nun hat die Leitung der GAD von Anfang an Versuche unternommen, mit einzelnen Mitgliedern unseres Ausschusses zusammenzuarbeiten, aber nicht [mit] dem Gesamt-

1 Unter dem Dokument Stempel der Gestapo Saarbrücken und Vermerk zur Abschrift von der Sachbearbeiterin. Vgl. Dok. 93 Anm. 1.
2 BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 131.
3 Vgl. Dok. 109.
4 Vgl. Dok. 108.
5 Vogt an Kirn, vom 19.6.1937, zit. in: Antwort Kirn an Vogt, vom 5.7.1937 (Anm. 2).
6 Vgl. Dok. 95, 98, 99, 102, 109.
7 D. h. in erster Linie an Wilhelm Knöchel. Gemeint ist aber ferner Karl Becker, der für den Arbeitsausschuß von Polen aus die Bergbaureviere in Schlesien betreute.
8 D. h. den Anschluß der kommunistischen CGTU an die CGT zu einem einheitlichen Dachverband.

Arbeitsausschuß. Aus dem Briefwechsel zwischen *Schlie*[*stedt*] und Hans [*Mugrauer*][9] geht hervor, daß *Hans* zu Verhandlungen über seine persönliche Mitarbeit in der GAD eingeladen worden ist. *Hans* hat das sofort für ein Mißverständnis erklärt, indem er *Schlie*[*stedt*] schrieb, daß es sich nicht um die Mitarbeit einzelner Funktionäre unserer Bewegung in der GAD handelt, sondern um Eingliederung der gesamten vom Arbeitsausschuß geleiteten Bergarbeiterbewegung.[10] Dieses Verhalten von *Hans* war eine glatte Selbstverständlichkeit.

Stelle Dir bitte einmal vor: die GAD lehnt eine Eingliederung des Arbeitsausschusses ab, will aber einzelne seiner Mitglieder in ihren Mitarbeiterstab aufnehmen. Dann bekommen wir in unserem Ausschuß zwei Klassen von Bergarbeitergewerkschaftern. Solche, die von der GAD als »richtige« Gewerkschafter anerkannt werden, und andere, deren Mitarbeit man ablehnt, weil sie ihrer Parteizugehörigkeit wegen keine »richtigen« Gewerkschafter sein sollen. *Richard*, das ist die Spaltung. Wer eine solche Methode anwendet, versucht die Einigkeit in unseren Reihen zu zerstören. Wer sich von uns zu einem solchen Spiel mißbrauchen läßt, unterstützt bewußt oder unbewußt den Kampf gegen die Einheit in unseren Reihen.

Nimm ein anderes Beispiel, *Richard*. Die Nachrichten der GAD[11] haben wiederholt Artikel und Mitteilungen von *Gustav*[12] gebracht. Auf unsere Frage, ob die GAD diese Berichte von Dir erhalten hat[13], hast Du uns nicht geantwortet. Jetzt ergibt sich folgender Zustand: die GAD lehnt unsere Eingliederung ab, weil wir unter anderem auch Ausschußmitglieder und Funktionäre haben, die *Gustavs* politischer Partei angehören.[14] Aber *Gustav* seine Leistungen nimmt die GAD sehr gern an. Gewollt oder ungewollt, ein solches Verhalten stempelt *Gustav* und seine Parteigenossen in unseren Reihen zu Kameraden zweiter gewerkschaftlicher Klasse. Du würdest Dir so etwas nie gefallen lassen. Mit Recht nicht. Denn wer sich so etwas gefallen läßt, ohne darüber empört zu sein, dem mangelt es an gewerkschaftlichem Stolz. Den aber brauchen wir alle. Und niemand von uns hat das Recht, diesen gewerkschaftlichen Stolz bei seinen Kameraden zu verletzen.

Wir könnten Dir noch mehr Beispiele anführen, glauben jedoch, daß schon durch das hier Gesagte das Problem klar wird. Da wir davon überzeugt sind, daß Du in all diesen Fragen mit uns übereinstimmst, haben wir Dich gebeten, uns über Deine Verhandlungen mit der GAD zu informieren und uns zu sagen, ob Du in ihrem Auftrage Funktionen übernommen hast. Leider gehst Du in Deinem Brief darauf nicht ein. Du schreibst nur, Du habest einmal an einer Verhandlung teilgenommen, an der u.a. die Kameraden [Gerhard] *Kreyssig*, *Charles*[15] und [Paul] *Merker* teilgenommen haben.[16] Sollen wir annehmen, daß Du bei diesen Verhandlungen als Privatmann gewesen bist? Wir bitten Dich noch einmal, uns über diese Fragen zu informieren und weiter, uns

9 Vgl. zu anfänglichen Kontakten Dok. 95, 98.
10 Vgl. ebd. Weitere Briefe wurden nicht ermittelt.
11 Nachrichten der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften. Vgl. Stroech, S. 212.
12 Deckname von Wilhelm Frisch.
13 Vgl. Dok. 101.
14 Vgl. Anm. 7.
15 Deckname von August Weisheit.
16 Gründungskonferenz des Koordinationskomitees deutscher Gewerkschafter in Frankreich am 20.3.1937. Kirn hatte Vogt am 16.4.1937 kurz über die wesentlichen Beschlüsse der Konferenz informiert (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 99f.). Kirn schied aus diesem Kreis bereits Ende April 1937 mit Verweis auf die KPD-Politik wieder aus. Es bestehe eine »Leitung für den Westen«. Das in Paris »neugebildete Koordinationskomitee« stelle »eine Spaltung schlechthin« dar. Kirn, an Lieber Franz, vom 5.7.1937 (Anm. 2). Vgl. zur Begründung das Schreiben von Kirn an Bruno Süß, vom 21.5.1937, zit. in Peukert/Bajohr, S. 129. Zum Koordinationsausschuß und den Konkurrenzen in Frankreich vgl. Kap. VI der Dokumente.

mitzuteilen, ob Du von der GAD oder dem IGB für gewerkschaftliche deutsche Arbeit in unserem Beruf finanzielle Zuwendungen erhalten hast oder erhälst.[17]

Ende dieses Monats findet eine Sitzung des Exekutivkomitees unserer Berufsinternationale statt.[18] Du weißt, daß sowohl der Präsident, Kamerad [Pierre] *Vigne*, als auch der Generalsekretär, Kamerad [Ebby] *Edwards*, an unserer Arbeit auf das Innigste interessiert sind. Sie kennen und befürworten nicht nur unser Werk im allgemeinen, sondern auch die Prinzipien, nach denen wir arbeiten.[19] Sie wissen um unser Verhältnis zur GAD, und wenn sich darin Änderungen vollziehen, müssen sie davon unterrichtet werden. Auch das ist ein Grund, der uns zwingt, von Dir über diese Punkte informiert zu werden.

Zusammenfassend noch einmal: Wir sind für die Eingliederung des Arbeitsausschusses in die GAD. Die Einheitlichkeit unserer Organisation darf durch nichts gestört werden. Für uns hat die Alternative nie geheißen, entweder bei der GAD oder bei uns Funktionär zu sein.

Worauf es ankommt, ist, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung vereinheitlicht wird. Und dazu gehört die Eingliederung des Arbeitsausschusses in die GAD. Wenn wir uns gegenseitig über alles Wichtige unterrichten und gemeinsam versuchen, alles zum Besten unserer Organisation auszuwerten, dienen wir der Sache der Gesamt-Gewerkschaftsbewegung am besten. Wir zweifeln nicht daran, daß wir uns auch mit Dir über diese Fragen jederzeit verständigen werden.[20]

17 Die Frage wurde drängend wenig später wiederholt in: Vogt an Lieber Richard [Kirn], Nr. 2, vom 19.7.1937. Kirn bejahte die Frage nach finanzieller Hilfe durch den IGB und nannte die Finanzierung seiner Broschüre über die Entwicklung der Sozialversicherung, über die er Vogt bereits frühzeitig vor einigen Wochen informiert habe und die Vogt ebenfalls gern genommen habe. Ansonsten sei seine Mitarbeit freiwillig und ohne Verpflichtung. Er habe sich bereit erklärt, an der »Zeitung der GAD« mitzuarbeiten, bisher einen Artikel zur Verfügung gestellt und lasse »monatlich etwas Material zukommen, weil ich glaube, dadurch die Atmosphäre zugunsten unserer Absichten günstig zu beeinflussen.« Rico [Richard Kirn] an Lieber Franz [Vogt], vom 23.7.1937 (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 136–140). Allerdings näherte sich Kirn in der Folge immer mehr der ADG an und übernahm im Oktober 1937 die Leitung der ADG für Ostfrankreich. Schliestedt an Kirn, vom 25.10. 1937; Kirn an Vogt und Knöchel, vom 22.11.1937 (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 392, Bl. 90; P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 149–151).

18 29./30.7. 1937 in Paris.

19 Vgl. Dok. 92 sowie die selbstkritische Sicht von Edwards über seinen Einstellungswandel gegenüber der illegalen Arbeit des Arbeitsausschusses und der erforderlichen finanziellen Unterstützung bei der Diskussion während der Sitzung des Exekutivkomitees am 8./9.3.1938 in London, zit. in: Alfred [Wilhelm Knöchel], Über die Tagung des Exekutivkomitees der Bergarbeiter-Internationale am 8.–11.3.1938 (vertraulich), vom 20.3.1938 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/708/137, Bl. 384–387).

20 Vgl. nochmals Vogt an Lieber Richard [Kirn], Nr. 2, vom 19.7.1937 (Anm. 17). Zu dem gegenseitigen Mißtrauen gehörte auch, daß Kirn annahm, daß die Leitung des Arbeitsausschusses gewechselt habe, da Vogt seinen Brief »so spät« beantwortet habe. Rico [Richard Kirn] an Lieber Franz [Vogt], vom 23.7.1937 (Anm. 17).
Dieses Mißtrauen verstärkte sich im Sommer und Herbst 1937. Ende des Jahres 1937 kam es schließlich zum Eklat. Am 19.11.1937 schrieb Vogt an Kirn: »Dieser Tage erhielten wir von Gustav [d.i. Wilhelm Frisch] einen ausführlichen Bericht über die Situation in Eurer Grenzstelle. Er teilt uns u.a. mit, daß Du einen Aufruf an die emigrierten Saargewerkschafter mitunterzeichnet habest, aus dem die Neugründung einer für sie bestimmten Organisation hervorgeht. Der Aufruf ist in unserem Besitz. Der bei Euch bestehende Bergarbeiterausschuß ist dabei ausgeschaltet worden, obwohl die Saararbeiter nahezu ausschließlich Bergarbeiter sind. Dem Bergarbeiterausschuß bei Euch obliegt wie in allen andern Gastländern auch die Aufgabe der gewerkschaftlichen Betreuung der dorthin emigrierten Berufskameraden. Selbstverständlich hat jeder Kamerad Mitglied der Bruderorganisation des Gastlandes zu sein, weshalb die Betreuung durch den Arbeitsausschuß im Rahmen der Bruderorganisation zu geschehen hat, um vor allem dem Verbundenbleiben mit dem in Deutschland geführten Gewerkschaftskampfe zu dienen. Die von Dir in dem erwähnten Rundschreiben angeführte Neugründung würde den Versuch einer Spaltung unserer Bewegung bedeuten, ja sogar dem

Wir wissen, daß Ihr für Juli noch kein Geld von uns erhalten habt. In unserer Kasse ist augenblicklich Ebbe, wir erwarten jedoch in den nächsten Tagen wieder Beiträge und werden alles versuchen, Euch dann wieder weiter zu helfen.[21] *Richard*, übersende uns bitte bis zum 20. Juli allerspätestens eine Abrechnung Eurer Einnahmen und Ausgaben. Aber der 20. Juli ist wirklich der allerletzte Termin, da wir die Gesamtabrechnung für die Exekutive fertig machen müssen. Setze die von der dortigen Geschäftsstelle erhaltenen Beträge ein, damit wir sie in der Gesamtabrechnung unter dem Posten »von den französischen Kameraden erhalten« verbuchen können.[22]

In der Hoffnung, recht bald einen ausführlichen Brief[23] von Euch zu erhalten, sind wir mit den besten Grüßen.

F[ranz Vogt] A[lfred][24]

DOKUMENT 113

9. 11. 1938: Franz Vogt, Amsterdam, berichtet dem Generalsekretär des Internationalen Bergarbeiterverbandes über die Lage in Deutschland und im illegalen Bergarbeiterverband nach dem Münchener Abkommen

IISG, Miners International, Correspondence Germany, Nr. 2. Unpaginiert. Maschinenschrift. Handschriftliche Unterschrift.[1] Ohne Absender- und Adressatanschrift. Ohne Ortsangabe. Als Briefkopf die Kopfleiste der Zeitschrift Bergarbeiter-Mitteilungen. Für den Abdruck gekürzt.

Franz Vogt weist gegenüber dem Generalsekretär der Bergarbeiter-Internationale auf die erschwerten Möglichkeiten der illegalen Arbeit nach dem Münchener Abkommen und den Einberufungen von illegalen Vertrauensleuten zu Reserveübungen der Wehrmacht hin. Die Anleitung der illegalen Arbeit in Sachsen und Oberschlesien sei nach der Besetzung des Sudetengebiets und der Flucht von Hans Mugrauer nach Prag zusammengebrochen. Zugleich benötige die neue Organisation erhebliche finanzielle

§ 7 des Rundschreibens, herausgegeben von H[einrich] S[chliestedt], betitelt »An die deutschen Gewerkschafter im Auslande« widersprechen. Außerdem beschwert sich Gustav darüber, daß bei Euch wiederholt Sitzungen von Gewerkschaftern stattgefunden haben, zu denen man ihn als hervorragenden Funktionär unserer Bewegung nicht hinzugezogen habe. Wir bitten Dich, uns zu allen diesen Punkten Deine Stellungnahme mitzuteilen. Nach Vorlage des gesamten Materials wird der Gesamt-Arbeitsausschuß über die Sache entscheiden.« Da Vogt und Knöchel aber »den Eindruck gewonnen« hätten, daß ein »reibungsloses Arbeiten im dortigen Bergarbeiterausschuß [d.h. die Grenzstelle in Forbach] zwischen Dir und Gustav [d.i. Wilhelm Frisch] nicht gewährleistet ist«, habe die Zentrale in Amsterdam beschlossen, sowohl zu Kirn wie zu Frisch »direkte Verbindung« herzustellen. Beide sollten künftig jeweils eigene Berichte schicken. F[ranz Vogt] / A[lfred, d.i. Wilhelm Knöchel], an Lieber Richard [Kirn], vom 19.11.1937 (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 82/I, Bl. 148). Das Rundschreiben von Heinrich Schliestedt vom 4.8.1937 ist abgedr. in: Sozialistische Warte, H. 20, vom 15.10.1937, S. 467–470. Vgl. auch Dok. 42.

21 Vgl. aber die Bitte um weiteres Abwarten in Vogt an Lieber Richard [Kirn], vom 19.7.1937 (Anm. 17)

22 Zu dieser Formulierung s. die ausführliche Darstellung von Vogt an Lieber Richard [Kirn], Nr. 2, vom 19.7.1937 (Anm. 17). Zur detaillierten Abrechnung vgl. die Zusammenstellung für 20.4.1937 bis 25.7.1937 (IISG, Miners International, Correspondence Germany, Nr. 2) sowie die Zusammenstellung, allerdings ohne die von der Grenzstelle für Oberschlesien für April-Juli 1937 geltend gemachten Unkosten, in Peukert/Bajohr, S. 120f.

23 Zur weiteren Entwicklung, der Entfremdung und schließlich dem Bruch zwischen Kirn und dem Arbeitsausschuß vgl. Kirn an Vogt und Knöchel, vom 22.11.1937 (Anm. 17).

24 Alfred war der Deckname von Wilhelm Knöchel.

1 Durch den Vergleich von Unterschriften ergibt sich als Briefautor Franz Vogt.

Unterstützung, die Vogt über die bekannten Verbindungen beim niederländischen Verband erbittet.

November 9th, 1938

Dear comrade [Ebby] *Edwards*,

Again we wish to give you a short report of the situation in our country and of the work of our collaborators there.

[...][2]

In our country during the critical days[3] nobody of our illegal comrades has been imprisoned. In some line districts many imprisonments took place in the end of September. Before all they imprisoned those, who from former times were known as functionaries of the old worker's organisations, but who, knowing this danger, don't take part in our illegal work. Some of our trusted men during two months were called for drill of the reserves, so that our contact had been broken. At the end of this month they will be free, and certainly they will have to report very much interesting things about the frame of mind of the reservists. With some of our trusted men [who] were sent to build the fortifications we found the possibility to hold the contact, in spite of great difficulties.

The annexation of the district of the Sudetic mountains and the internal political development of Czecho-Slowakia are forcing us to undergo great changes in the south-east district of our work. Until now the brown-coal district of Middle-Germany, the Saxon and Upper-Silesian stone-coal districts were taken care by our trusted man in Czecho-Slowakia.[4] He was living in the district of the Sudetic, to the last minute he did not leave his place. After the annexation of this district he was obliged to flee with his wife and child to Prague.[5] There he still is living, but because he is well-known to the Czecho-Slowakian authorities, it is impossible to remain there. We are taking pains to find for him a new country that gives asyl, Sweden, France or England. Comrade [Emil] *Haase*,[6] with whom until now our trusted man in CSR was living and working together, is also in Prague. Also for him it is impossible to remain there. He tries to emigrate from Prague to another country. At present we still are endeavouring to keep a trusted man for the coal districts of Middle and South Germany in Czecho-Slowakia. From here or from Poland we are trying also to find the contact with our comrades in Lower-Silesia, Saxonia and Middle Germany. Unfortunately this new organisation is asking very much money.

2 Die ausgelassene Passage behandelte die Stimmung in der Bevölkerung, die Dienstverpflichtungen zum Bau von Befestigungsanlagen und die damit verbundenen Beschränkungen beim Arbeitsplatzwechsel nach der Münchener Konferenz am 29.9.1938 und der Annexion des Sudetenlandes durch das Deutsche Reich am 1.10.1938.

3 D. h. im September 1938 während der »Sudetenkrise«.

4 Dies war Hans Mugrauer. Vgl. auch den »Ergänzungsbericht A/35« von Alfred [d.i. Wilhelm Knöchel] vom 3.8.1938 über die Lage des Arbeitsausschusses in Schlesien, wonach die Annexion erwartet und verschiedene Fluchtmöglichkeiten erwogen wurden. (BA, SAPMO, ZPA, I 2/708/137, Bl. 400). Danach drängte Knöchel auf die Ablösung von Mugrauer durch ein KPD-Mitglied, da Mugrauer sehr niedergedrückt sei und keine erfolgreiche Arbeit in der Emigration und nach Deutschland betreibe. Vgl. auch den Brief von Mugrauer an Vogt mit der Schilderung seiner persönlichen Lage nach dem Umzug nach Prag (IISG, Miners International, Collection Vogt).

5 Vgl. weitere Angaben bei Vogt an Edwards, vom 20.10.1938 (IISG, Miners International, Correspondence Germany, Nr. 2).

6 Emil Haase war u.a. Vertreter des Tschechischen Bergarbeiter-Verbandes im Internationalen Komitee der Bergarbeiter-Internationale 1934–1938 und Vorsitzender der deutschen Union der Bergarbeiter in der CSR. Vgl. auch Dok. 111 Anm. 8.

Closing, dear comrade, we wish to say, that in spite of all change our work is going on. The optimism of our comrades, illegal working in Germany, gives us the guarantee, that our work will win the day, whenever it may be.

[...][7]

If you, dear comrade *Edwards*, in the meantime received an amount for us, we should be very thankful if you as usual would send this amount to our comrade Christian *van de Bilt*.[8]

Please, comrade *Edwards*, take for all you did for us until now our thanks and many greetings.

Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands

DOKUMENT 114

22. 4. 1940: Wilhelm Knöchel, Amsterdam, berichtet Denis Edwards in England über die Lage im Arbeitsausschuß

IISG, Miners International, Correspondence Germany, Nr. 2. Unpaginiert. Maschinenschrift. Handschriftliche Unterschrift. Ohne Absender- und Adressatanschrift. Ohne Ortsangabe.[1]

Lieber Freund Denis [*Edwards*]!

Nimm zunächst meinen herzlichen Dank für die durch Karl [*Becker*][2] übermittelten Grüße. In seinem letzten Brief schrieb *Karl*, daß Du in der nächsten Zeit heiraten willst. Nimm dazu meine herzlichsten Glückwünsche entgegen.

Wie Du weißt, arbeite ich nicht mehr mit Franz [*Vogt*] zusammen. Es war einfach eine Unmöglichkeit, zumal er versuchte, das was in mühevoller und jahrelanger Arbeit aufgebaut wurde, für alles mögliche auszunutzen.[3] Das bedeutet natürlich nicht, daß die Arbeit in D[eutschland] eingestellt wurde. Du weißt ja, daß diese schon früher ausschließlich in meiner Hand lag, während sich *Franz* mit Außenarbeit beschäftigte.[4]

7 Die ausgelassene Passage ging kurz auf die deutsche Rüstungspropaganda sowie allgemein auf verlängerte Arbeitszeiten und Arbeitsintensivierung ein, wodurch der Boden für die illegale Arbeit verbessert werde.

8 Vgl. zu vorangegangenen, zahlreichen Bitten um finanzielle Hilfe Dok. 91 Anm. 12.

1 Das Schreiben ist auch abgedruckt in Peukert/Bajohr, S. 131.

2 Karl Becker war im Frühjahr 1939 gemeinsam mit 11 anderen »reichsdeutschen Bergarbeitern« nach Intervention des Arbeitsauschusses beim Generalsekretär der Bergarbeiter-Internationale Ebby Edwards mit finanzieller Hilfe der englischen Bergarbeiter-Gewerkschaft aus der CSR nach England gekommen. Vgl. Briefwechsel und Namensliste Januar/Februar 1939 (IISG, Miners International, Correspondence Germany, Nr. 2). In London wurde Becker die Kontaktperson von Knöchel zu Denis Edwards. Vgl. Peukert/Bajohr, S. 130, 213.

3 Hierzu liegen keine Unterlagen vor. Zur Entfremdung zwischen Vogt und Knöchel vgl. auch die Besprechung mit den ITF-Vertretern Jahn und Knüfken über das Verhältnis zur ADG in Dok. 44. Vogt deutete aber in einem persönlichen Brief an Mugrauer Veränderungswünsche zu stärkerer politischer Arbeit in Paris bzw. London an. Am 19.1.1940 bat Erwin Schoettle in London Ebby Edwards, sich für ein Visum für Vogt nach Großbritannien einzusetzen. Am 12.4.1940 bat Vogt selbst bei Edwards um Hilfe für ein Visum (Vorgänge in: IISG, Miners International, Collection Vogt; Correspondence Germany, Nr. 2). Am 14.5.1940 beging Vogt nach dem Einmarsch der Wehrmacht in den Niederlanden Selbstmord.

4 Diese schematische Aufteilung war ursprünglich nicht vorgesehen und konnte nicht verifiziert werden. Knöchel war darüber hinaus auch an der »Außenarbeit« durch seine Teilnahme an Sitzungen des Exekutivkomitees der Bergarbeiter-Internationale sowie bei Verhandlungen mit der ADG beteiligt. Vgl. Dok. 92, 109.

Natürlich willst Du wissen, was unsere Kameraden in D[eutschland] machen. Es ist sicher, daß sich ihre Lage durch den Ausbruch des Krieges noch verschlechtert hat. Aber ich darf wohl sagen, daß sich unsere jahrelange Arbeit gelohnt hat. Es ist den Gegnern nicht gelungen, trotz verschärftem Terror unser Vertrauensnetz drinnen zu zerschlagen. Auch nicht in dem Gebiet, in dem *Karl* früher gearbeitet hat. Und in diesem Gebiet ist es natürlich in den letzten Monaten besonders schwierig gewesen.[5] Es ist klar, daß der Krieg für die deutschen Bergarbeiter eine ganze Reihe neuer Fragen in den Vordergrund geschoben hat. Es ist nicht Aufgabe dieses Briefes, Dir einen genauen Bericht über die Lage der deutschen Bergarbeiter zu geben, das folgt später. Für heute will ich nur sagen, daß drei große Fragen die deutschen Kameraden bewegen. Das ist die Frage, wie dieser Krieg am schnellsten beendet werden soll. Das ist die Lebensmittelfrage und die Frage der Arbeitszeit. Darum gruppieren sich auch die einzelnen Widerstandsbewegungen der Kameraden.[6] Und ich muß schon sagen, was wir in dieser Hinsicht aus den letzten Monaten wissen, das erfüllt mich mit Genugtuungen. Die Liebknechts stehen auf. So etwas an Mut, Entschlossenheit und Einsatzbereitschaft kann nur eine Arbeiterschaft vollbringen, die das heutige Gewaltregime leid bis zum Überlaufen ist.[7] Aber darüber werde ich Dir noch näheres schreiben.

Karl schrieb[8], daß Du in absehbarer Zeit hier durchreisen würdest. Es würde mich natürlich sehr freuen, wenn wir uns dabei einmal wiedersehen könnten.

Was machen die dortigen Kameraden? Grüße sie alle recht herzlich von mir. Sei auch Du bestens gegrüßt

Dein Freund
Alfred[9]

N.B. Vor allem viele Grüße an Deinen Vater.[10]

5 Vgl. die Bemühungen von Knöchel, die Grenzarbeit von Polen und der CSR nach Schlesien und Sachsen zu reorganisieren. Alfred [d.i. Wilhelm Knöchel], Ergänzungsbericht A/35, vom 3.8. 1938 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/708/137, Bl. 400). Nähere Angaben zu dem bestehenden »Vertrauensnetz« wurden nicht ermittelt. Allerdings waren im Herbst 1938 Hans Mugrauer nach Schweden und im Frühjahr 1939 Karl Becker mit weiteren Bergarbeitern aus dem waldenburgischen und oberschlesischen Revier nach England geflüchtet. S. Anm. 2.

6 Vgl. auch die Aussage von Knöchel auf der »Berner Konferenz« der KPD in der Nähe von Paris am 30.1.–1.2.1939, daß der »Leistungsrückgang im Bergbau« nicht nur mit der sinkenden Arbeitskraft angesichts verlängerter Schichten und Arbeitsintensivierung, sondern auch mit der »zentralen Losung gegen die Rationalisierung...: Langsamer arbeiten!« zusammenhänge. Zit. nach: Gerhard Nitzsche, Berner Konferenz der KPD 1939. »Protokoll« der Diskussion, in: BzG 26 (1984), H. 6, S. 761–778, S. 778.

7 Vgl. hierzu den Kommentar von Peukert/Bajohr, S. 132, wonach »dieser Zweckoptimismus zwei Wochen, bevor die deutschen Arbeiter in Wehrmachtsuniformen Westeuropa überrollten, gespentisch an(mutet)«.

8 Der Brief wurde nicht ermittelt.

9 Deckname von Wilhelm Knöchel. Name handschriftlich daneben wiederholt.

10 Gemeint ist Ebby Edwards, der Generalsekretär der Bergarbeiter-Internationale.

V. Der Widerstand kommunistischer Gewerkschafter

DOKUMENT 115

9. 5. 1933: Die RGO-Reichsleitung in Berlin zur illegalen Arbeit in den Betrieben nach der Zerschlagung der Gewerkschaften am 2.5. 1933

BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/13, Bl. 453–455 R. Maschinenschrift. Maschinenschriftliche Unterschrift. Ohne Ortsangabe.[1]

9. 5. [19]33

An alle Leitungen

Warum faschistischer Gewaltakt gegen die Gewerkschaften?

Der faschistische Gewaltstreich gegen die Gewerkschaften charakterisiert die ungeheure Zuspitzung der Klassengegensätze in Deutschland. In Anbetracht der weiteren

1 Der Verfasser konnte nicht eindeutig ermittelt werden. Der Reichsleiter der RGO war zu diesem Zeitpunkt Fritz Schulte. Gemeinsam mit Walter Ulbricht (Deckname: Silverberg) bildeten Hermann Schubert und John Schehr die Inlandsleitung der KPD bzw. das Sekretariat.
John Schehr (9.2.1896–1.2.1934) war SPD, USPD, seit 1920 KPD, seit 1924 Polleiter von Altona, seit dem 10. Parteitag der KPD 1925 Kandidat des Zentralkomitees, Leiter des Unterbezirks Harburg-Wilhelmsburg, 1927 Organisationsleiter des Bezirks Wasserkante, im Zusammenhang mit der Wittorf-Affäre im Oktober 1928 vom Zentralkomitee vorübergehend aller Parteifunktionen enthoben, seit Oktober 1930 Politischer Leiter des Bezirks Niedersachsen, April 1932 Mitglied des Preußischen Landtags, seit Juli 1932 bis 1933 MdR, Mitte 1932 Vollmitglied des Zentralkomitees und Mitglied des Politbüros der KPD, Sekretär des Zentralkomitees in Berlin und Stellvertreter Thälmanns, nach dessen Verhaftung von der Komintern zum Parteivorsitzenden bestimmt, illegale Arbeit in Berlin, Machtkampf zwischen Schehr, Ulbricht und Schubert um die Parteiführung, 13.11.1933 verhaftet und von der Gestapo gefoltert, am 1.2.1934 von der Gestapo ermordet.
Hermann Schubert (26.1.1886–1938) war SPD, USPD, seit 1920 KPD, 1922 Gewerkschaftssekretär in Suhl, Besuch der Leninschule in Moskau, 1923 an den Vorbereitungen zum bewaffneten Aufstand in Thüringen beteiligt, 1924 verhaftet, gewaltsame Befreiung, Mai-Juli 1924 MdR, illegale Tätigkeit im Ruhrgebiet, nach erneuter Festnahme seit Dezember 1924 bis 1933 Mitglied des Preußischen Landtags, Januar 1925 bis Ende 1928 Leiter der Abteilung Gewerkschaft bei der Bezirksleitung Ruhr der KPD, nach Auseinandersetzungen mit dem Politischen Leiter Wilhelm Florin Wechsel nach Berlin und ab März 1929 Politischer Leiter des Bezirks Ostpreußen, 1929 Wahl zum Kandidaten des Zentralkomitees, seit 1931 Vollmitglied, Polleiter des Bezirks Wasserkante, 1932 Mitglied des Politbüros, nach der Verhaftung von Thälmann Wechsel nach Berlin, Mitglied der illegalen Inlandsleitung und Machtkampf mit Ulbricht und Schehr um den Parteivorsitz, Sommer 1933 Emigration nach Prag und später nach Paris, seit 1934 Moskau, 1933/34 vorübergehend Mehrheit im Politbüro (gegen Pieck und Ulbricht), 1934 Nachfolger von Fritz Heckert als KPD-Vertreter beim Exekutivkomitee der Komintern, 1935 nach Schwenk der Komintern-Linie und Mehrheitsverlust auf der 4. Parteikonferenz der KPD (»Brüsseler Konferenz«) in Moskau im Oktober 1935 nicht mehr ins Zentralkomitee gewählt, untergeordnete Tätigkeit im Apparat der Internationalen Roten Hilfe, 15.5.1937 verhaftet und im Zusammenhang der stalinistischen Verfolgungen am 22.3.1938 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Verschärfung der Wirtschaftskrise sieht sich die deutsche Bourgeoisie gezwungen, erneut zu einer großen Offensive auf die Löhne und Unterstützungen der Arbeiterschaft überzugehen. Infolge des vorhandenen Widerstandswillens der Arbeiterklasse war der Faschismus gezwungen, seinen ursprünglichen Plan, sich mit der Einsetzung von Kommissaren bei Beibehaltung der reformistischen Leitungen zu begnügen, fallen zu lassen. Die [Theodor] *Leipart*[2], [Peter] *Graßmann*[3] u. Co. waren in der Vergangenheit zwar in der Lage, die revolutionäre Opposition in den Gewerkschaften durch den Hinauswurf der besten Elemente, ja durch Abspaltung ganzer Organisationen zu

Fritz Schulte (28.7.1890–10.5.1943) war 1918 USPD, seit 1920 KPD, Betriebsratsvorsitzender bei Bayer in Leverkusen, nach Abspaltung vom Fabrikarbeiter-Verband 1922 hauptamtlicher Sekretär der neuen Gewerkschaft, Leiter der KPD in Leverkusen-Wiesdorf, 1924 Mitglied der Bezirksleitung Niederrhein, 1925 dort Sekretär für Kommunalpolitik, 1927 und seit Ende 1928 bis Ende 1931 Politischer Leiter des Bezirks Niederrhein, seit dem 11. Parteitag 1927 Mitglied des Zentralkomitees, seit 1929 Mitglied des Politbüros der KPD, 1928–1930 Mitglied des Preußischen Landtags, 1930–1933 MdR, seit 1932 in Berlin, Reichsleiter der RGO, 1933 illegale Tätigkeit in Berlin, Ende Dezember 1933 Emigration nach Prag und später nach Paris, seit 1935 Moskau, gemeinsam mit Hermann Schubert Mehrheitsführer der alten ultralinken Linie im Zentralkomitee, seit dem Schwenk der Komintern 1935 Einflußverlust, auf der »Brüsseler Konferenz« der KPD in Moskau im Oktober 1935 nicht mehr ins Zentralkomitee gewählt, danach untergeordnete Tätigkeiten, 1938 verhaftet, 1941 zu 8 Jahren Lagerhaft verurteilt, 1943 im Petschora-Lager in der Sowjetunion umgekommen.

Walter Ulbricht (30.6.1893–1.8.1973) war vor 1914 SPD, Mitglied der Spartakus-Gruppe der USPD, Mitgründer der KPD, dort zahlreiche Parteifunktionen in Sachsen und Thüringen, 1923 Wahl in die Parteizentrale, 1924–1926 Aufenthalte in der CSR und UdSSR, 1926–1928 Mitglied des Sächsischen Landtags, 1928–1933 MdR, ab 1927 Zentralkomitee der KPD, ab 1929 Politbüro und Leiter des stärksten KPD-Bezirks Berlin-Brandenburg-Lausitz-Ostmark, 1932 Sekretär des Zentralkomitees, ab 1933 Mitglied der illegalen Inlandsleitung der KPD in Berlin, Herbst 1933 Emigration nach Paris, Juli/August 1934 in der Parteiführung einer der Hauptvertreter der Einheitsfrontstrategie, ab Februar 1935 gemeinsam mit Franz Dahlem operative Leitung der KPD, Delegierter auf dem VII. Kongreß der Komintern, Kandidat des EKKI, auf der »Brüsseler Konferenz« der KPD in Moskau im Oktober 1935 Wahl zum Mitglied der operativen Leitung des Politbüros für die illegale Parteiarbeit, Bemühungen um Vereinbarungen mit dem Parteivorstand der Sopade, KPD-Vertreter im Ausschuß zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront Ende 1936 in Paris, auf der erweiterten Politbüro-Tagung in Paris Ernennung zum Sekretär des Politbüros und faktischer Leiter der operativen Leitung der KPD, ab Februar 1937 Leiter des neugebildeten Sekretariats des Zentralkomitees in Paris, ab Juni 1938 Vertreter der KPD beim EKKI und Wechsel nach Moskau, nach dem Hitler-Stalin-Pakt Ende 1939 Forderung nach dem Neuaufbau der KPD-Strukturen innerhalb Deutschlands, ab 1941 führender Vertreter der Propaganda-Arbeit unter deutschen Kriegsgefangenen, ab 1944 Nachkriegsplanungen in der Arbeitskommission des Zentralkomitees, Leiter der ersten Gruppe von Rückkehrern der KPD aus Moskau nach Berlin Ende April/Anfang Mai 1945, maßgeblich am Wiederaufbau der KPD bzw. SED beteiligt, 1949–1973 Politbüro der SED, 1950–1953 Generalsekretär, 1953–1971 1. Sekretär des Zentralkomitees der SED, zahlreiche Funktionen im Staatsapparat der DDR, 1949–1955 Stellvertretender Ministerpräsident, 1955–1960 1. Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats, 1960–1973 Staatsratsvorsitzender, 1960–1971 Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrats, 1946–1963 Bundesvorstand des FDGB, 1950–1973 Präsidium der Nationalen Front.

Vgl. auch die vorausgegangenen Anweisungen: S., an Liebe Freunde: Anweisung für eine breite innergewerkschaftliche Kampagne, vom 10.3.1933; dass., Unsere Taktik im Betriebsrätewahlkampf, vom 7.4.1933; dass., Die Bedeutung des 1. Mai, Hauptaufgaben, Forderungen, vom 10.4.1933 (Vorgänge in: BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/13, Bl. 421f., 430–432, 437–439). In der Vorlage sind zahlreiche Sätze und einzelne Wörter durch Unterstreichung hervorgehoben.

2 Theodor Leipart (17.5.1867–23.3.1947) war von 1908–1919 Vorsitzender des Holzarbeiterverbandes, 1919/20 württembergischer Arbeitsminister, 1920/21 MdL in Württemberg (SPD), 1921–1933 Vorsitzender des ADGB, 1922 Mitglied und stellvertretender Vorsitzender des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates, 1922–1933 stellvertretender Vorsitzender des IGB, nach dem 2.5.1933 zeitweise in Haft, danach zurückgezogen in Berlin wohnhaft.

3 Peter Graßmann (28.7.1873–20.10.1939) war seit 1908 Vorsitzender des Buchdruckerverbandes, 1919–1933 2. Vorsitzender des ADGB, 1920–1924 (Mit-)Vorsitzender der Zentralarbeitsgemeinschaft, seit 1922 Mitglied im IGB-Ausschuß, 1924–1933 MdR (SPD), 2.5.1933 verhaftet, Polizeigefängnis, nach Mißhandlungen Krankenhausaufenthalt, anschließend zurückgezogen in Berlin.

schwächen, sie erwiesen sich aber immer weniger befähigt, trotz ihrer demagogischen Betrugsmanöver, die Kämpfe der Arbeiter gegen die Angriffe des Unternehmertums zu verhindern. Die *Hitler*-Regierung befürchtet, daß es ihr bei der kommenden Kapitaloffensive genau so gehen könne wie der [Franz von] *Papen*-Regierung, unter deren Regierungstätigkeit bekanntlich trotz verschärfter Gegenwehr der reformistischen Bürokratie eine breite Streikwelle durchgeführt wurde, die ihren Höhepunkt erreichte mit dem Berliner Verkehrsarbeiterstreik.

Die *Leipart*, *Graßmann* u. Co. sind nicht imstande, im Proletariat, insbesondere unter den Gewerkschaftsmitgliedern, das Klassenbewußtsein zu ertöten, den Kampfwillen der Arbeiter gegen die bevorstehenden Angriffe auf seine letzten politischen und sozialen Rechte zu vernichten. Deshalb die gewaltsame Übernahme der Führung in den Gewerkschaften durch den Nationalsozialismus.[4]

3 Monate *Hitler*-Regierung zeigen bereits klar die ganze Ohnmacht des Faschismus, an den trostlosen wirtschaftlichen Verhältnissen in Deutschland etwas ändern zu können. Die *Hitler*-Rede am 1. Mai [1933] in Berlin war nicht nur für die werktätigen Massen im allgemeinen, sondern auch für große Teile der werktätigen Anhänger des Faschismus eine Enttäuschung. Die Arbeiter fühlen instinktiv, daß mit Häuserreparaturen, Wegebau und faschistischer Zwangsarbeit die Erwerbslosigkeit nicht beseitigt und das Lebensniveau der Arbeitermassen nicht gehoben werden kann. Diese Enttäuschung spiegelt sich mehr oder weniger auch in der bürgerlichen Presse wider, soweit es sich nicht um die offizielle Regierungspresse handelt.

Der Faschismus ist entschlossen, die Aktion in den Gewerkschaften bis zur völligen Besetzung und Säuberung des gesamten Apparates durchzuführen. Dies trifft nicht nur zu auf die Leitungen bis zu den Ortsverwaltungen und Zahlstellen, sondern auch auf den Funktionärskader in den Betrieben. Gerade die Besetzung der Betriebsfunktionen ist für den Faschismus von großer Bedeutung, weil diese Funktionäre, wie wir das ja in der Vergangenheit beobachtet haben, bei der Organisierung des Streikbruchs und der Verhinderung von Streiks eine entscheidende Rolle spielen. Wahrscheinlich wird der Faschismus jetzt die NSBO veranlassen, in die Gewerkschaften einzutreten, um innerhalb der Gewerkschaften als feste Zelle und Fraktion aufzutreten. Sie werden auch alles versuchen, um die entscheidenden Betriebsfunktionen mit ihren zuverlässigsten Elementen zu besetzen.

Gegen Massenaustritt und Beitragssperren[5]

4 Zu diesen zentralen Angriffen auf die Gewerkschaftsführung vgl. schon die Aufrufe »SPD-Arbeiter, gemeinsam gekämpft!« und »Appell zur Rettung der Gewerkschaften«, in: Rote Fahne, Mai-Nummer 1933 (StA Detmold, M I P, Nr. 601); »Rüstet zum 1. Mai« und »Rettet die Gewerkschaften!«, in: RGO Betriebs-Presse-Dienst, Nr. 8, April 1933 (BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/35, Bl. 118); S., an Liebe Freunde: Die Bedeutung des 1. Mai, Hauptaufgaben, Forderungen (Anm. 1). Vgl. ferner die vom Zentralrat der Roten Gewerkschafts-Internationale der RGO in ihren »Vorschlägen für die Arbeit der RGO unter den gegenwärtigen Verhältnissen« vorgegebene Losung: »Verteidigung der Gewerkschaften gegen Terror und Faschisierung – für die Gewerkschaft als Klassenkampforganisation«, die die KPD-Inlandsleitung an ihre Funktionäre »für die Lösung der täglich vor uns stehenden Probleme« weiterreichte. S., an Liebe Freunde, vom 23.4.1933 (BA, SAPMO, ZPA, I 4/16/13, Bl. 440, 444).

5 Vgl. hierzu aber mit entgegengesetzter Empfehlung für die Nichtabführung der Gewerkschaftsbeiträge an die von NS-Gewerkschaftskommissaren geleiteten gleichgeschalteten Organisationen. S., an alle Bezirkskomitees und roten Verbände! Wichtige Anweisungen zur Gewerkschafts- und Betriebsarbeit!, vom 31.5.1933 (BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/13, Bl. 464–466). Voraussetzung seien »Mehrheitsbeschlüsse der Gewerkschaftsmitglieder in den Betrieben«. Die zurückgehaltenen Beiträge sollten danach zur »Finanzierung der Kämpfe« gegen das NS-Regime verwendet werden. Dagegen sollten solche Beschlüsse keinesfalls von »Minderheiten« durchgeführt werden, um eine »Isolierung ... von den Massen« der Gewerkschaftsmitglieder zu verhindern. Inwieweit diese Empfehlungen umgesetzt wurden, konnte nicht überprüft werden. Allerdings mußte sich die neuge-

Es ist klar, daß dieser Gewaltstreich gegen die Gewerkschaften ungeheure Auswirkungen bei den Gewerkschaftsmitgliedern ausgelöst hat. Es sind teilweise starke Stimmungen für den Austritt aus den Gewerkschaften bzw. für die Durchführung der Beitragssperre vorhanden. Diese Stimmungen beschränken sich nicht nur auf die reformistischen Gewerkschaftsmitglieder, sondern sie sind auch teilweise in unseren eigenen Reihen, besonders an der Peripherie vorhanden. Es gibt sogar bei unseren Mitgliedern vereinzelt Stimmungen, als ob jetzt unmittelbar der völlige Verfall der Gewerkschaften eintreten würde. Wir müssen solchen Auffassungen energisch entgegentreten. Die Entwicklung wird so verlaufen, daß zwar trotz unserer überzeugenden Aufklärungsarbeit Austritte aus den Gewerkschaften nicht überall verhindert werden können, daß aber andererseits durch die Werbeaktion des Faschismus neue und unverbrauchte Massen mit großen Illusionen behaftet in die Gewerkschaften hineinströmen, so daß sich insgesamt betrachtet der Mitgliederstand nicht verringern, sondern erhöhen wird. Heute schon schlagen die Nazis eine große Reklame über eine starke Beitragsreduzierung und Erhöhung der Unterstützungsleistungen in den Gewerkschaften. Das alles sind Methoden, um die Arbeiter in Massen in die Gewerkschaften hineinzudirigieren. Das alles muß bei unserer Massenarbeit berücksichtigt werden.

RGO und Rote Verbände vor gewaltigen Aufgaben: Diese kurzen Betrachtungen zeigen, daß die RGO und die Roten Verbände in der gegenwärtigen Situation vor ungeheuren Aufgaben stehen. Wir müssen erkennen, daß die Möglichkeiten, große Massen der Gewerkschaftsmitglieder für uns zu gewinnen, noch nie so günstig waren, als wie gerade jetzt. Auch die rückständigsten Gewerkschaftsmitglieder sehen jetzt klar, daß die Politik der Gewerkschaftsführer dem Faschismus zur Macht verholfen hat, daß durch diese Politik die Gewerkschaften dem Faschismus ausgeliefert wurden. Das ist deshalb so bedeutungsvoll, weil wir als RGO in jahrelanger Agitation diese Entwicklung richtig vorausgesagt haben. Es ist auch deshalb eine ganz neue Lage, weil die Gewerkschaftsbürokratie nicht mehr in dem Maße wie vorher die Möglichkeit hat, die Gewerkschaftsmitglieder mit solchen Betrugsmanövern, wie »Wirtschaftsdemokratie«, »langsames Hineinwachsen in den Sozialismus« vom Kampf um ihre Interessen abzuhalten. In welchem Umfang und in welchem Tempo es gelingt, die Gewerkschaftsmitglieder für uns zu gewinnen, den Widerstandswillen gegen die faschistische Kommissarherrschaft zu steigern, die Voraussetzungen zu schaffen zum erfolgreichen Kampf gegen die bevorstehenden Unternehmerangriffe, hängt in der Hauptsache von unserer Aktivität und unserer richtigen Taktik ab.

Die RGO und die Roten Verbände müssen deshalb folgende Aufgaben sofort in Angriff nehmen:

1. Breite ideologische Aufklärung in unseren eigenen Reihen.

Wir müssen in unseren eigenen Reihen bis in die letzte Betriebsgruppe und Verbandssektion hinein sofort eine breite Aufklärungskampagne durchführen, um unsere eigenen Mitglieder auf die richtige Linie einzustellen, um alle Stimmungen auf Austritt, Beitragssperre und sonstige Schwankungen rasch zu überwinden. Im Mittelpunkt dieser aufklärenden Diskussion muß die Frage stehen, daß wir als revolutionäre Organisation in allen Gewerkschaften revolutionäre Massenarbeit zu leisten haben, in denen Arbeitermassen zusammengeballt sind, ganz gleich, ob solche Organisationen von Sozialdemokraten oder Faschisten beherrscht werden. Wir müssen darauf hinweisen, daß mit der Übernahme der Führung der Gewerkschaften durch die Faschisten keineswegs die Millionenmassen der Mitglieder faschistisch gworden sind, sondern daß bei dem überwiegenden Teil nach wie vor ein ausgeprägtes Klassenbewußtsein und das Bekenntnis zum Marxismus und Sozialismus vorhanden ist.[6]

2. Einheitsfrontaktion, das Gebot der Stunde!

Alle Betriebsgruppen der RGO müssen sich sofort mit Einheitsfrontangeboten an die Gewerkschaftsmitglieder in jedem Betrieb wenden. Die Stimmungen auf Austritt und Beitragssperre müssen in kameradschaftlichen Diskussionen überwunden werden, indem wir den Gewerkschaftsmitgliedern aufzeigen, daß solche Maßnahmen ein Zurückweichen vor dem Faschismus bedeuten, daß sie nur dazu führen, daß gerade die besten und aktivsten Elemente die Gewerkschaften verlassen und damit die Millionenmassen der Gewerkschaftsmitglieder der faschistischen Demagogie überlassen werden. Unter Anknüpfung an die kleinsten Verbands- und betrieblichen Fragen gilt es jede Form des Widerstandes gegen die faschistische Kommissarherrschaft und die Unternehmerangriffe zu wecken, zu festigen und zu steigern.[7] Wir müssen in umfassenden Diskussionen den Gewerkschaftsmitgliedern aufzeigen, daß der faschistische Gewaltstreich gegen die Gewerkschaften nur durchgeführt wurde, um das Streik- und Koalitionsrecht der Arbeiter zu vernichten, um die Arbeitermassen wehrlos den Angriffen des Unternehmertums auszuliefern.

Bei der innergewerkschaftlichen Arbeit müssen wir anknüpfen an den Gewerkschaftsaufruf, der vor einigen Wochen von einer Anzahl oppositioneller Leitungen herausgegeben wurde, und an den Aufruf des Reichskomitees der RGO »Verteidigt die Gewerkschaften«, der Euch vor einigen Tagen zugegangen ist.[8] Die Kampfforderungen in diesen beiden Aufrufen müssen die Grundlage bilden zur Organisierung des Widerstandes der Gewerkschaftsmitglieder gegen die faschistische Diktatur in jedem einzelnen Betrieb. Dabei ist der Kampf um die Demokratie in den Gewerkschaften, um das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder von allergrößter Bedeutung. In allen Betrieben, in allen Gewerkschaftsversammlungen, in kleinen Gruppenversammlungen von Gewerkschaftsmitgliedern müssen Entschließungen angenommen werden, durch die die Wiederherstellung der Demokratie in den Gewerkschaften, das Recht der Mitglieder, ihre Leitungen und Funktionäre selbst zu wählen, selbst zu bestimmen über die Kündigung bezw. Neuabschluß von Tarifverträgen usw. gefordert werden.

gründete DAF als Dachorganisation im Sommer und Herbst 1933 mit Beitragsrückständen auseinandersetzen. Vgl. den Aufruf des von der DAF gleichgeschalteten Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands in Osterode/Harz, dem Verband die Treue zu halten, vom 11.5.1933 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/8/25, Bl. 38).

6 Vgl. die in Anm. 4 genannten Aufrufe; sowie »Einheitsfront! Das Gebot der Stunde!«, in: RGO Betriebs-Presse-Dienst, Nr. 5, März 1933 (BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/35, Bl. 110–112); Zentralkomitee der KPD, Rettet die Gewerkschaften! (Aufruf), vom 30.3.1933 (BA, R 58, Nr. 468, Bl. 31–36); und den von der Reichsleitung der RGO herausgegebenen »Aufruf der Kommunistischen Partei und der RGO an alle deutschen Arbeiter«, vom April 1933, mit jeweils massiven Angriffen gegen die Gewerkschaftsfunktionäre (LHA Koblenz, 403, Nr. 16783, Bl. 326–331). Vgl. mit Beispielen für solche Flugblatt-, Klebe- und Streuzettel-Aktionen in Berlin den Abschnitt »Winke für die Agitation im Betrieb und vor dem Betrieb«, in: Kampferfahrungen, Neue Folge Nr. 1, April 1933, S. 9 f. Anlage 1 zu: Gestapo Düsseldorf, an Gestapa Berlin, vom 26.7.1933 (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 171, Bl. 32f.).

7 Vgl. zu dieser Mischung aus grundsätzlichen Parolen gegen das NS-Regime und konkreten Forderungen nach Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen die ähnlichen »Vorschläge für die Arbeit der RGO unter den gegenwärtigen Bedingungen«, die der Zentralrat der Roten Gewerkschafts-Internationale (RGI) der KPD-Führung unterbreitet hatte (Anm. 4). Auch die »an alle Bezirkskomitees und roten Verbände« gerichteten »Wichtigen Anweisungen zur Gewerkschafts- und Betriebsarbeit« vom 31.5.1933 wiederholen diese Losungen, angereichert um Parolen zur Wiederherstellung der Gewerkschaften (BA, R 58, Nr. 468, Bl. 188–195).

8 Vgl. Oppositionelle Zahlstellen und Ortsverwaltungen rufen: Eine Not, ein Feind, ein Kampf!, in: Leuna-Prolet. Kampforgan der Leuna-Arbeiter und Angestellten, 9. Jg., Nr. 2, Februar 1933; Verteidigt die Gewerkschaften, in: RGO Betriebs-Presse-Dienst, Nr. 4, April 1933, S. 1 f. (BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/35, Bl. 107f.).

Zur Unterstützung dieser Kampagne sind alle nur erdenklichen Mittel und Methoden anzuwenden. (Breite Unterschriftenkampagne für diese Forderungen, Entsendung von Massendelegationen zu den Gewerkschaftskommissaren, Gewinnung von NSBO-Gewerkschaftsmitgliedern für diese Forderungen und ihre Delegierung zu den Gewerkschaftskommissaren.)

Bekanntlich haben die Faschisten auch die Gewerkschaftsredaktionen besetzt. Die Zeitschrift der NSBO »Arbeitertum« soll in Zukunft als die Zeitschrift des ADGB allen Gewerkschaftsmitgliedern zugestellt werden.[9] Auch die übrigen Gewerkschaftszeitungen, die weiter erscheinen, werden von Nationalsozialisten redigiert. In allen Gewerkschaften und Betrieben müssen wir gegen diese Zeitschriften und Zeitungen sofort eine breite Boykottbewegung durchführen, indem wir alle Gewerkschaftsmitglieder dafür gewinnen, die Annahme dieser faschistischen Zeitungen zu verweigern. Wir dürfen uns jedoch nicht nur auf diese negative Maßnahme beschränken, wir müssen die Gewerkschaftsmitglieder gleichzeitig dafür gewinnen, regelmäßig die Zeitungen der RGO abzunehmen. Dies setzt voraus, daß wir in jedem Bezirk energisch daran gehen, um für die wichtigsten Industriegruppen regelmäßig erscheinende Zeitungen zu schaffen, auch wenn diese nur auf Apparaten abgezogen werden können.[10] Auch die regelmäßige Herausgabe von Betriebszeitungen der RGO, auch bei geringem Umfang und kleiner Auflage ist für unsere Arbeit von ungeheurer Bedeutung, weil bei den Arbeitermassen ein großer Hunger nach unseren Materialien vorhanden ist.

Entsprechend der Lage in den Betrieben müssen wir bei der Steigerung des Widerstandes der Gewerkschaftsmitglieder für ihre Forderung alle möglichen Formen von Einheitsfrontorganen schaffen.[11] Außer der Wahl von Kampfkomitees zur Verteidigung der Gewerkschaften sind Lohn-, Akkord-, Tarifkommissionen und dergl[eichen] gewerkschaftliche Einheitsfrontorgane zu wählen, die uns in bestimmtem Rahmen trotz des Terrors auch noch legale oder halblegale Möglichkeiten für unsere Mobilisierungsarbeit in den Betrieben geben.

3. Rote Verbände vor die Front.

Unsere roten Verbände müssen in allen Bezirken endlich aus ihrer bisherigen Reserve und sektiererischen Abgeschlossenheit hervortreten. Alle Verbände, insbesondere der Berliner Metallarbeiterverband, der Bergarbeiterverband, der Verband der Hafenarbeiter, Seeleute und Binnenschiffer und der Bauarbeiterverband müssen sich durch ihre Leitungen sofort mit Einheitsfrontangeboten an die reformistischen Zahlstellenleitungen bezw. an die entscheidenden Funktionärschichten des betr[e]f[fenden] Verbandes wenden. Diese Kampagne muß tatkräftig unterstützt werden durch die Verbandssektionen in den Betrieben, indem diese gleichzeitig an die Gewerkschaftsmitglieder mit konkreten Einheitsfrontangeboten herantreten. Die Grundlage für unsere Einheitsfrontangebote müssen die Kampfforderungen der beiden Gewerkschaftsaufrufe sein, in Verbindung mit konkreten Industriegruppen- und betrieblichen Forderungen.[12]

9 Arbeitertum. Blätter für Theorie und Praxis der NSBO (ab 1935: Amtliches Organ der DAF) 1 (1931) ff.

10 Vgl. S., an alle Bezirke und roten Verbände. [Betr.] Herausgabe einer zentralen Gewerkschaftszeitung, Mannheim 27.5.1933 (BA, R 58, Nr. 468, Bl. 188–195). Die Ortsangabe Mannheim war fiktiv. Tatsächlich kam der in Mannheim von der Gestapo abgefangene Brief aus Berlin. Absender und Anschrift waren Deckadressen. Vgl. ferner: S., an alle Bezirkskomitees und roten Verbände (Anm. 5).

11 S., an alle Bezirkskomitees und roten Verbände (Anm. 5); Bezirksleitung der RGO für den Bezirk Mittelrhein, Resolution über Lage und Aufgaben der RGO, Mai 1933 (LHA Koblenz, 403, Nr. 16783, Bl. 359–377).

12 Ebd. Vgl. auch die Angaben in Anm. 7.

Jeder rote Verband muß sofort im Bereich von 2 oder 3 Ortsverwaltungen bezw. Zahlstellen auf der Basis einer Anzahl wichtiger Betriebe Musterbeispiele schaffen, die dann der gesamten Organisation zur Nacheiferung übermittelt werden.

4. Innergewerkschaftliche Arbeit unter den Erwerbslosen.

In jedem Bezirk muß energisch begonnen werden mit der innergewerkschaftlichen Arbeit an den Stempelstellen. Bekanntlich ist ein erheblicher Prozentsatz der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos und die Gefahr des Massenaustritts aus den Gewerkschaften ist gerade unter den erwerbslosen Mitgliedern am stärksten. An jeder Stempelstelle muß sofort mit der Registrierung der Gewerkschaftsmitglieder und mit einer planmäßigen Zusammenfassung zu Diskussionsgruppen begonnen werden. Gerade durch die Initiative der Gewerkschaftsmitglieder müssen wir die Erwerbslosenarbeit zu beleben versuchen und an allen Stempelstellen Erwerbslosenforderungen aufstellen. Diese Arbeit unter den erwerbslosen Gewerkschaftsmitgliedern muß kräftig in den Betrieben, vor allen Dingen in den Gewerkschaften unterstützt werden, in dem allenthalben in Gewerkschaftsversammlungen spezielle Forderungen für die Erwerbslosen beschlossen werden.

5. Kampf gegen faschistische Zwangsarbeit.

Diese innergewerkschaftliche Kampagne, die Organisierung des Massenwiderstandes gegen die faschistische Kommissarherrschaft, gegen die bevorstehenden Unternehmerangriffe muß verbunden werden mit dem Kampf gegen die faschistische Zwangsarbeit, gegen die angekündigte Einführung der Arbeitsdienstpflicht. Hier müssen wir den Arbeitern die Zusammenhänge zwischen der Unternehmeroffensive im Betrieb und der Arbeitsdienstpflicht aufzeigen. Während in den Betrieben die Tarife durchbrochen, die Leistungslöhne eingeführt werden sollen, die praktisch für das Gros der Arbeiter ungeheuren Lohnabbau bedeuten, soll die in die Arbeitsdienstpflicht gezwängte Reservearmee, die zu Bettelpfennigen Frohnarbeit verrichten muß, gleichzeitig zum Lohndrücker verwandt werden, um die Betriebsarbeiter für den Lohnabbau gefügig zu machen, um sie von Kampfmaßnahmen gegen die Pläne des Unternehmens abzuhalten.

Da für die Arbeitsdienstpflicht in der Hauptsache Jungarbeiter herangezogen werden sollen, ist unsere revolutionäre Arbeit unter den Jungarbeitern in den nächsten Wochen und Monaten von großer Bedeutung.[13] Wir müssen nicht nur dafür sorgen, daß unsere Arbeit unter den Jungarbeitern im allgemeinen verbessert wird, sondern es kommt darauf an, daß wir uns in unserer Arbeit hauptsächlich auf jene Betriebe konzentrieren, in denen überwiegend oder zum großen Teil Jungarbeiter beschäftigt werden. Unter Herausarbeitung spezieller Jugendforderungen, in Verbindung mit allgemeinen Arbeiterforderungen, müssen wir versuchen, auch das Jungproletariat gegen die Pläne des Faschismus, insbesondere gegen die Arbeitsdienstpflicht in Kampfstellung zu bringen. Von besonderer Bedeutung ist hierbei, eine planmäßige Arbeit unter den Jungerwerbslosen, die in der Vergangenheit fast vollständig vernachlässigt wurde.

6. Festigung der Gewerkschaftsopposition – Werbeaktion für die RGO

Noch nie waren seit dem Bestehen der RGO solche Möglichkeiten zur Schaffung einer breiten Gewerkschaftsopposition und zur Werbung von Gewerkschaftsmitgliedern für die RGO günstiger als gegenwärtig. Die Gewerkschaftsmitglieder erkennen immer mehr, daß wir die entscheidende revolutionäre gewerkschaftliche Massenkraft sind, die entschlossen ist, das Banner des Klassenkampfes hochzuhalten, die Lehren

13 Vgl. zu den Jungarbeitern: Statistische Beilage zum Reichsarbeitsblatt 1933 Nr. 10, in: RABl., I., 1933, Nr. 10, vom 5.4.1933.

von [Karl] *Marx* und [Friedrich] *Engels*[14] in der Gewerkschaftsfrage konsequent zu befolgen und für ihre Verwirklichung den Kampf [zu] führen. Wenn wir diese Erkenntnis durch eine umfassende Agitation und Aufklärungsarbeit immer mehr bei den Gewerkschaftsmitgliedern festigen und vertiefen und gleichzeitig verbinden mit der Organisierung des Widerstandes der Arbeitermassen gegen die faschistische Diktatur und alle Unternehmerangriffe, schaffen wir dann alle Voraussetzungen, um die entscheidenden Schichten der Gewerkschaftsmitglieder auch organisatorisch für die RGO zu gewinnen.

Es ist deshalb erforderlich, daß wir bei der Inangriffnahme und Durchführung der vorstehend aufgezeigten Aufgaben auch gleichzeitig daran gehen, in jeder Gewerkschaft, in jedem Betrieb eine feste Oppositionsgruppe zu schaffen. Zu diesem Zweck müssen wir sofort beginnen mit der Registrierung der Gewerkschaftsmitglieder, die bereit sind, mit uns auch nur den leisesten und ersten Schritt des Widerstandes und des Kampfes um ihre eigenen Forderungen zu gehen. Diese registrierten Gewerkschaftsmitglieder müssen regelmäßig in kleinen Gruppen zu Besprechungen in Wohnungen usw. zusammengefaßt werden. Unseren RGO- und Verbandsmitgliedern müssen dabei feste Aufgaben gestellt werden, z.B. jedes Mitglied von uns bearbeitet für eine bestimmte Zeit ein Gewerkschaftsmitglied, um es für die Opposition zu gewinnen. Um alle Bedenken und Zweifel, die noch vorhanden sind, zu überwinden - (in derselben Weise müssen wir versuchen, auch unsere abgesprungenen Mitglieder zurückzugewinnen).

Neben der Schaffung von Oppositionsgruppen ist die Massenwerbung für die RGO und Roten Verbände von großer Bedeutung. Dabei müssen wir uns hauptsächlich konzentrieren auf die Gewinnung der Gewerkschaftsmitglieder.

Wir müssen sehen, daß diese Werbearbeit deshalb so wichtig ist, weil uns in Zukunft in allen Gewerkschaften die NSBO als Fraktion und in der ersten Zeit wahrscheinlich sehr aktiv und geschlossen entgegentreten wird. Die gefühlsmäßige oppositionelle Stimmung der Gewerkschaftsmitglieder ohne ihre feste Bindung und Zielrichtung durch die RGO wird sich gegenüber den Vorstößen in den Gewerkschaften durch die NSBO nicht durchsetzen und behaupten können.

Deshalb muß in jedem Bezirk sofort eine breite Werbekampagne für die RGO in allen Betrieben eingeleitet werden. Hier sollen wir den Betriebsgruppen und Verbandssektionen kleine, durchaus realisierbare Aufgaben stellen. Z. B. jedes Mitglied gewinnt im nächsten Monat 1 Gewerkschaftsmitglied für die RGO. Dieses Gewerkschaftsmitglied wird ihm von der Leitung namentlich überwiesen. Oder: Jedes Mitglied versucht ein ehemaliges RGO-Mitglied zurückzugewinnen. Oder: Jedes RGO-Mitglied versucht 2 oder 3 Gewerkschaftsmitglieder zu gewinnen, die regelmäßig unsere Industriegruppenzeitungen oder Betriebszeitungen abnehmen usw.[15]

Dabei ist es besonders wichtig, die Werbung nach strategischen Gesichtspunkten in Angriff zu nehmen. Also hauptsächlich konzentriert auf die Großbetriebe, auf die Kommunal- und Staatsbetriebe, in denen der Faschismus am meisten vordringen konnte. Bei dieser Werbekampagne werden wir um so mehr Erfolg haben, je mutiger und entschlossener unsere Mitglieder sich einsetzen gegen die Diktatur der Kommissare in den Gewerkschaften, gegen den Naziterror in den Betrieben und gegen die Angriffe der Unternehmer auf die Löhne und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft. Unsere Werbekampagne unter den Gewerkschaftsmitgliedern für die RGO wird jedoch

14 Karl Marx (5.5.1818–14.3.1883) und Friedrich Engels (28.11.1820–5.8.1895), deutsche Philosophen und Politiker.

15 Vgl. den Bericht der Bezirksleitung der KPD im Bezirk Wasserkante über den Stand der Organisation und der gewerkschaftlichen Arbeit in: Hamburger Freunde, an Liebe Freunde, vom 10.4.1933 (BA, SAPMO, ZPA, I 3/16/66, Bl. 102–104).

nur dann von größerem Erfolg sein, wenn wir endlich in unseren eigenen Reihen alle Widerstände und Hemmungen brechen und erreichen, daß unsere Mitglieder in Massen in die Gewerkschaften eintreten; dadurch gewinnen wir auch rascher als bisher das Vertrauen der Gewerkschaftsmitglieder, weil diese dann viel klarer erkennen, daß wir wirklich eine revolutionäre Opposition in den Gewerkschaften sind und sein wollen und kein neben den Gewerkschaften einherlaufender Gewerkschaftsersatz. Noch sind die legalen Möglichkeiten zum Eintritt in die Gewerkschaften für uns vorhanden. Vielleicht wird uns diese Möglichkeit sehr bald durch die Diktatur der faschistischen Kommissare und durch die lückenlose Besetzung des unteren Funktionärsapparates mit NSBO-Leuten und eine systematische Kontrolle beträchtlich erschwert.

Nutzen wir deshalb rasch und mit aller Energie diese Möglichkeit aus.

Die Erfahrungen der letzten Wochen zeigen sehr eindeutig, (das geht aus allen mündlichen und schriftlichen Berichten der Leitungen und unserer Instrukteure hervor), daß die Arbeiter überall bereit sind, Widerstand zu leisten, wo wir bereit sind, die Führung zu übernehmen, wo wir nur den geringsten Versuch unternehmen, die Arbeiter in Kampfstellung zu bringen. In allen diesen Betrieben, wo es zu Widerstandsaktionen, wenn auch nur zu den kleinsten Bewegungen, durch unsere Initiative kam, ist es dem Faschismus nicht gelungen, so weit vorzustoßen als wie im allgemeinen und sind unsere Betriebsgruppen und Verbandssektionen ziemlich stabil geblieben.

Unsere Leitungen müssen sofort für jede Industriegruppe die konkreten Aufgaben festlegen und vor allen Dingen auch die entscheidenden Betriebe und Gewerkschaften registrieren, auf die wir uns bei der Durchführung dieser gestellten Aufgaben konzentrieren wollen.

Wir weisen noch einmal darauf hin, daß die massenweise Verbreitung unseres Gewerkschaftsaufrufes innerhalb der Gewerkschaften und Betriebe für die Steigerung unseres Einflusses und die Durchführung unserer Aufgaben von allergrößter Bedeutung ist.[16] Jede Leitung muß bis zum 20.5.[1933][17] schriftlich berichten, in welcher Weise sie die vorstehend aufgezeigten Aufgaben in Angriff genommen hat.

Mit Gruß Euer Freund S.kr.[18]

DOKUMENT 116

Mai/Juni 1933: Berichte zur Lage der RGO in den Bezirken Ruhrgebiet, Niederrhein und Mittelrhein

BA, SAMPO, ZPA, I 4/6/9, Bl. 40–52. Maschinenschrift. Ohne Unterschrift. Für den Abdruck gekürzt.[1]

Auszug aus den Berichten Ruhrgebiet, Niederrhein, Mittelrhein. Bericht über [die] Sitzung unseres Beraters mit RGO-Sekretären und Sekretär des E[inheits-]V[er-

16 Zentralkomitee der KPD, Rettet die Gewerkschaften (Anm. 6); Verteidigt die Gewerkschaften (Anm. 8); S., an Liebe Freunde: Die Bedeutung des 1. Mai, Hauptaufgaben, Forderungen (Anm. 1).

17 Diese Terminsetzung blieb weitgehend ohne Wirkung. Eine eingehende Berichterstattung wurde nicht ermittelt. Vgl. auch das wenig später folgende Schreiben von S., an alle Bezirkskomitees und roten Verbände (Anm. 5) mit einem Berichtstermin 10.6.1933 und das Schreiben der RGO-Leitung in Berlin, vom 4.7.1933 (Dok. 117) mit einer Terminsetzung 15.7.1933.

18 Mit »S.kr.« dürfte »Sekretär« oder »Sekretariat« gemeint sein.

1 Im Dokumentkopf Stempel: »Mitteleurop[äisches] Ländersekretariat«, »19. OKT[ober] 1933* 6292«. Sätze und Satzbau sind in der Vorlage mehrmals unvollständig und wurden nicht ergänzt. Die zahlreichen maschinenschriftlichen Unterstreichungen der Überschriften, ganzer Sätze und einzelner Worte in der Vorlage wurden nicht ausgewiesen.

bandes der] B[ergarbeiter] D[eutschlands] am 19.5. 1933. (Ruhrgebiet-RGO fehlte.)[2] Leiter des E[inheits-]V[erbandes der] B[ergarbeiter] D[eutschlands] berichtet: (W[illi] *A[gatz]*[3]). Als sein Ersatz käme nur [Karl] *Becker*[4]-Niederschlesien oder *Samel*[5] in Betracht. In den letzten Tagen Kassierer des E[inheits-]V[erbandes der] B[ergarbeiter] D[eutschlands] verhaftet. 130.- M[ark] beschlagnahmt. Mit dem E[inheits-]V[erband der] B[ergarbeiter] D[eutschlands] Oberschlesien besteht keine Verbindung.[6] Z[entral]k[omitee] bezw. R[eichs]k[omitee] soll helfen, Verbindung herzustellen. In Niederschlesien E[inheits-]V[erband der] B[ergarbeiter] D[eutschlands]

2 Bei dem Berater dürfte es sich um den Oberberater West Hans Walter Pfeiffer handeln. Vgl. auch Dok. 6. Vgl. zur Situation in den Verbänden K[arl] B[ecker], Bericht, ohne Datum, Stempel des Mitteleuropäischen Ländersekretariats »1. Jul[i] 1935 4256« (BA, SAPMO, ZPA, I 3/6/24, Bl. 23–27). Vgl. zu den NSBO-Eintritten vormaliger RGO-Mitglieder und zur Mitgliederentwicklung der RGO und roten Verbände u. a. Dok. 115, 118 sowie: Bericht von der Besprechung mit den RGO-Sekretären und dem Leiter des EVBD am 21.4.1933; Bericht von der Instrukteurssitzung am 17. und 24.4.1933; Bericht 21 [Bericht des Politschen Leiters für den Bezirk Mittelrhein], an die Direktion des Stammgeschäfts in Berlin [Sekretariat des Zentralkomitees der KPD], vom 25.4.1933; Bericht von der Besprechung mit den RGO-Sekretären 20 [Niederrhein] und 21 [Mittelrhein, vom 8.5.1933; Berater 18/19 [Ruhrgebiet], Kurzer Bericht über eine Sitzung mit den RGO-Sekretären 20 [Niederrhein], 21 [Mittelrhein] und dem Sekretär des EVBD am 19.5.[1933]; Bericht über eine Sitzung mit dem Sekretariat der Bezirksleitung 18/19 [Ruhrgebiet] am 2.6.[1933]; die zusammengestellten Berichte über die Situation der RGO und der roten Verbände in den einzelnen Reichsteilen zwischen April und Juni 1933, vom 13.7.1933 (alle: BA, SAPMO, ZPA, I 3/21/45, Bl. 8–13; I 3/21/46, Bl. 7–9; I 4/6/9, Bl. 35–38, 74–91, 146–150). Zur Entwicklung in den Bezirken Niederrhein und Ruhrgebiet vgl. ferner Polizeipräsident Recklinghausen, betr. RGO, vom 24.5.1933 (BA, R 58, Nr. 468, Bl. 177), nach dessen Bericht in den Bezirken keine aktive RGO, sondern nur noch KPD-Zellen existierten.

3 Willi Agatz (10.6.1904–28.8.1957) war Bergmann, 1930–1932 MdR für die KPD, Vorsitzender des Bezirkskomitees der RGO für den Bezirk Ruhrgebiet, Vorsitzender der RGO-Industriegruppe Bergbau und des EVBD mit Sitz in Essen, nach Angaben von Karl Becker Anfang Juni bzw. nach Angaben des Gerichts Ende September/Anfang Oktober 1933 Wechsel nach Berlin zum Reichskomitee der RGO, ab Januar Vertreter von Fritz Schulte und faktischer Leiter der RGO, am 18.1.1934 verhaftet und am 11.2.1935 vom Volksgerichtshof wegen Vorbereitung zum Hochverrat (Nr. 17 J 44/34 // 2 H 2/34) zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, Zuchthaus Luckau, anschließend KZ Sachsenhausen, 1939 Entlassung und Polizeiaufsicht, Beschäftigung als Maurer, 1943–1945 Wehrmacht, für die KPD 1946–1949 Mitglied des Landtags in Nordrhein-Westfalen und 1949–1953 Mitglied des Bundestags. Nachfolger von Agatz im Ruhrgebiet wurde nach eigenen Angaben ab 31.5.1933 Karl Becker, der zuvor seit 1.3.1933 im Bezirk Schlesien als Leiter des EVBD und anschließend seit Ende September 1933 bis Ende November 1933 als Leiter der RGO im Bezirk Ruhrgebiet arbeitete und danach nach Schlesien zurückkehrte. Vgl. B[ecker], Bericht (Anm. 2); Anklageschrift des Oberreichsanwalts vom 6.12.1934; Urteil des Volksgerichtshofes vom 11.2.1935 (Widerstand als Hochverrat, Microfiche-Ausgabe). Vgl. auch Dok. 121.

4 Zur Ablösung von Agatz durch Becker vgl. den Bericht vom 13.6.1933 (BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/12, Bl. 124–127). Zu Becker vgl. Angaben in Anm. 3 und Dok. 92 Anm. 1.

5 Nähere biographische Angaben wurden nicht ermittelt. Nach einem Bericht der Politischen Polizei in Berlin vom 16.1.1933 über eine KPD-Fraktionssitzung der Delegierten zur Generalversammlung des Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins (EVMB) informierte der RGO-Funktionär Paul Peschke die Delegierten, daß Samel aus Mülheim/Ruhr von der Bezirksleitung der KPD zum EVMB-Vorsitzenden vorgeschlagen und auch gewählt worden sei. Allerdings stoße Samel im EVMB auf »wenig Sympathie«, da er keine Erfahrung als Vorsitzender eines roten Verbandes besitze. Daher sei statt Samel nun Erich Gentsch zum Vorsitzenden vorgeschlagen worden. Samel arbeite als Betriebsräte-Instrukteur der RGO (GStA Berlin, Rep. 219, Nr. 127, Bl. 32).

6 Zur Entwicklung in Schlesien vgl. B[ecker], Bericht (Anm. 2).

gut. In Mitteldeutschland Gen[osse] [Otto] *Schlag*[7] verhaftet. Im Wurmgebiet Lage des E[inheits-]V[erbandes der] B[ergarbeiter] D[eutschlands] am schlechtesten. Fast alle Schachtgruppen zerschlagen, keine Bezirksleitung [des] E[inheits-]V[erbandes der] B[ergarbeiter] D[eutschlands] mehr.[8] Mittelrhein muß Genossen zur Verfügung stellen. Saargebiet ist bisher finanziell und politisch die stärkste Stütze. Aber auch dort chauvinistische Hetze, 50% Rückgang der Mitgliedschaft. Faschisten machen Jagd auf unsere Emigranten, die in Autos gepackt und an die Grenze gebracht werden, französische Offiziere angespuckt.

Am 17. Mai [1933] wurde auf dem Straßenbahnhof in Essen eine rote Fahne gehißt. Darauf Massenverhaftungen, sogar NSBO-Leute mit verhaftet. Im Monat Mai rechnet Hauptvorstand nur mit ca. 300 M[ark] Einnahme.

RGO-Arbeit im Ruhrgebiet schlecht. RGO-Sekretär machte Vorschlag, daß er die E[inheits-]V[erband der] B[ergarbeiter] D[eutschlands]-Arbeit mit übernimmt. W[illi] *A[gatz]* dagegen.[9] Nicht genügend scharfe Stellung trug mit bei zum Eintritt vieler Arbeiter in die NSBO. Erst in letzter Zeit schärferer Kampf dagegen geführt. Die erste Anweisung des R[eichs-]K[omitees] habe nach Meinung von W[illi] *A[gatz]* mit dazu beigetragen, daß Unklarheit. Auf den Schachtanlagen in Hamborn viele E[inheits-]V[erband der] B[ergarbeiter] D[eutschlands]-Mitglieder verhaftet und gemaßregelt, der größte Teil in NSBO eingetreten. Am 1. Mai [1933] keine Aktionen.[10]

RGO-Niederrhein: in letzter Zeit weniger Verhaftungen von leitenden Funktionären, mit Ausnahme eines Arbeitsgebietsleiters. Bei Rheinischer Bahngesellschaft wurde in einer NSBO-Versammlung die Entlassung eines kommunistischen Arbeiters abgelehnt. In Wuppertal-Gevelsberg geht es wieder vorwärts. Bis jetzt 300.- M[ark] Beitragseinnahmen. Bei Akku-Hagen Belegschaftsversammlung, unsere Genossen geschickt operiert. Aber Nazi-Funktionäre verstanden geschickt, die Unzufriedenheit der Arbeiter umzubiegen, Schuld: [Alfred] *Hugenberg*.[11] Resolution angenommen, die *Hugenbergs* Rücktritt verlangt. In Betrieben wächst Stimmung für Lohnerhöhung als Ausgleich für Preissteigerung.

RGO-Mittelrhein: Im Westerwald fast noch keine Verhaftungen. Lebhafte Diskussionen über Tarifverlängerung, die nicht zum Vorteil der Arbeiter sei. Viele Beispiele über zunehmende Bewegungen, kleine Widerstandsaktionen. Genosse wandte sich mit scharfen Worten gegen Flugblattentwürfe des R[eichs-]k[omitees], die den politischen Massenstreik fordern. Dazu sei heute keine Lage.[12] Sie brauchten keinen neuen RGO-Sekretär, das könnten sie alleine machen. Bei Aufzeigung der nächsten Aufgaben

7 Otto Schlag (5.1.1889–22.4.1944) war Bergarbeiter, 1918 Teilnehmer am Matrosenaufstand in Kiel, USPD, 1920 KPD, 1920–1928 Betriebsratsvorsitzender der Brikettfabrik Bösau/Kreis Weißenfels, 1928–1933 Mitglied des Preußischen Landtags, 1930–1933 Agitpropleiter im Bezirk Halle-Merseburg, April 1933 verhaftet, bis April 1939 KZ Lichtenburg, Esterwege, Sachsenhausen, 1944 an den Folgen der Haft gestorben.

8 Vgl. eingehend den Bericht »Die Lage im Unterbezirk Aachen (Wurmrevier)« in dem Bericht »Die Lage im Bezirk 21 [Mittelrhein]«, vom 25.4.1933 (BA, SAPMO, ZPA, I 3/21/45).

9 Zu diesen Personalquerelen vgl. auch den Bericht von Karl Becker (Anm. 2), sowie Dok. 115.

10 Vgl. ähnlich die zusammengestellten Berichte über die Situation der RGO und der roten Verbände zwischen April und Juni 1933 (Anm. 2).

11 Alfred Hugenberg (16.9.1865–12.3.1951) war Mitbegründer des Alldeutschen Bundes, 1909–1918 Vorsitzender des Krupp-Direktoriums, 1912–1925 Vorsitzender des Vereins für bergbauliche Interessen in Rheinland und Westfalen und des Zechenverbandes, ab 1928 Vorsitzender der DNVP, 1919–1945 MdR (DNVP, NSDAP), 30.1.–28.6.1933 Reichsernährungsminister und Reichswirtschaftsminister, zugleich Preußischer Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Preußischer Minister für Wirtschaft und Arbeit, Reichskommissar für die Osthilfe, seit 1916 Aufbau eines Medienkonzerns (zahlreiche Presseorgane, UfA-Film), den er teilweise unter Zwang während der NS-Zeit an das Deutsche Reich verkaufte.

12 Vgl. auch Dok. 115 mit den Hinweisen auf weitere Berichte in Anm. 1.

erklärte der Genosse, das sei für sie nichts Neues, das sei alles schon eingeleitet (!) Es soll deshalb sofort anstelle des Gen[ossen] [Ernst] *Busse*[13] sofort ein anderer Genosse geschickt werden. Genosse wandte sich auch gegen die Einsetzung eines neuen Bezirksleiters im Wurmgebiet.[14]

Entwurf für Aufgabenresolution liegt vor nur vom RGO-Sekretär Niederrhein und ein schlechter Plan vom Mittelrhein.[15]

Bericht des Pol[itischen] Leiters Ruhrgebiet an Z[entral-]k[omitee] vom 22. Mai [1933][16]

In Generalversammlung Gesamtverband Bielefeld anwesend 400, Mitgliederzahl von 1.500 auf 900 herabgegangen. Referat des Essener Verbandsangestellten: im nächsten Jahre würden sie bestimmen, welche Fahne die Unternehmen hissen. Eisige Ruhe während des Referats. Der 2. Vorsitzende sprach gegen die Bonzen: Beifall. Der Mann hatte Geburtstag. Bonze gratulierte ihm vor der Versammlung, worauf dieser entgegnete: die größte Freude für ihn sei eine Sammlung für die politischen Gefangenen. Man sammelte 33.- M[ark] auf Listen. Der 2. Vorsitzende ist SPD-Mann. Weiter wurde Antrag gestellt, aus Lokalkasse für die Frauen der Inhaftierten wöchentlich 5.- M[ark] zu zahlen. Bonze wehrte sich dagegen, aber Antrag wurde angenommen.

DMV-Segeroth/Essen. Leitung in unseren Händen. Mitglieder nicht einverstanden mit Gleichschaltung, ähnlich auch in anderen Bezirken.

Bei Krupp trat ein DMV-Kollege an *Max*[17] heran, fragte, was sie jetzt machen sollten. Vorschläge wurden begeistert angenommen. Vorgesehene Aussprache in größerem Rahmen, Verbindung mit RGO-, DMV- und NSBO-Kollegen, um für eine Abteilung Forderungen aufzustellen, ferner eine Kommission zu bilden, die die Forderungen unterbreitet. Gleichzeitig sollen Kampfmaßnahmen beschlossen werden. – Für DMV ist Besprechung mit Kollegen aus allen Bezirksleitungen eingeleitet. RGO von 45 Mann bei Krupp soll tagen.

B[au-]G[ewerkschafts-]B[und]: Hier besonders starke Empörung über Gleichschaltung. Aus Bochum, Dortmund, Duisburg und einigen Branchen wird gemeldet, daß Mitglieder die Gleichschaltung nicht mitmachen wollen, stellen Frage der illegalen Weiterführung des Verbandes. Ebenso die Zimmerer in Bochum unter Führung des E[inheits-]V[erbandes] f[ür] d[as] B[augewerbe] und RGO Bau.

13 Vgl. auch Bericht 21 [Mittelrhein], an die Direktion (Anm. 2). Zu Busse vgl. Broszat/Weber, SBZ-Handbuch, S. 882.

14 Vgl. auch Dok. 6 sowie die Angaben in Anm. 8 und 9.

15 Zu Niederrhein vgl. den Arbeitsplan für die Betriebs-, Gewerkschafts- und Erwerbslosenarbeit im Bez[irk] N[ieder]rh[ein], verfaßt vom Bezirkskomitee der RGO, o.D.; der Plan wurde von der Staatspolizeistelle Düsseldorf an das Gestapa Berlin am 28.7.1933 geschickt (LHA Koblenz, 403, Nr. 16783, Bl. 399–409). Zu Mittelrhein vgl. Bericht 21 [Mittelrhein], an die Direktion (Anm. 2); Bezirksleitung der RGO für den Bezirk Mittelrhein, Resolution über Lage und Aufgaben der RGO, Mai 1933 (LHA Koblenz, Bestand 403, Nr. 16783, Bl.359–377); Eure Freunde [Inlandsleitung], an die Bezirksleitung 21 [KPD und RGO im Bezirk Mittelrhein], vom 14.7.1933 (BA, SAPMO, ZPA, I 3/21/46, Bl. 10–12).

16 Zur Entwicklung vgl. ergänzend: Kurzer Bericht RGO 18/19 [Ruhrgebiet] über Bewegungen (Anfang Juni); Bericht über die Entwicklung der roten Verbände im Ruhrgebiet, vom 13.6.1933; Bericht über Stand und Planungen der weiteren Arbeit im Bezirk Ruhrgebiet, vom 19.6.1933 (nach der Reihenfolge: BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/19, Bl. 43; 4/6/12, Bl. 124–127, Bl. 80f.); Berater 18/19 [Ruhrgebiet], Kurzer Bericht über eine Sitzung mit dem Sekretariat der B[ezirks]l[eitung] 18/19, o.D. [Juli 1933] (BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 171, Bl. 72–75). Danach wurde wiederholt geklagt, daß in Veröffentlichungen wie z.B. der Internationalen Gewerkschafts-Pressekorrespondenz und illegalen Schriften übertriebene Streikberichte gedruckt würden, über die die Beschäftigten nur lachten und durch die die illegale Arbeit der KPD und ihrer Organisationen unglaubwürdig werde. Vgl. auch den RGO-Bericht unten in diesem Dokument.

17 Die Person konnte nicht eindeutig identifiziert werden.

GBH9:[18] RGO-Mitglieder wurden in NSBO gezwungen. RGO-Leiter jetzt NSBO-Gruppenleiter. Für Mitgliederversammlung wurden 10 Forderungen aufgestellt und zwar vom Kreisleiter. Ausführungen unseres Mannes begeistert aufgenommen. Wenn Direktion Annahme der Forderungen verweigert, sollen sie von Abteilung zu Abteilung durchgekämpft werden. In Belegschaftsversammlung waren 1.500 anwesend. Gelsenkirchener bürgerliche Presse kündigte offenen Konflikt an, wenn Forderungen nicht erfüllt werden.

Auf Depot Bahnhof VI Segeroth wurde am 1. Mai [1933] eine rote Fahne gehißt, Fahnenschnur durchschnitten. Kommissar schimpfte. Am 2. Mai nachts wurden 13 Mann verhaftet, einige verprügelt. Am nächsten Tage lief Schwester eines Verhafteten zur SA-Kaserne, machte diese rebellisch. Es wurden alle 13 entlassen. Mit den SA-Leuten, die geschlagen hatten, kam es zu Konflikten. SA-Leute nahmen einen Verprügelten mit zu [Josef] *Terboven*[19], der versprach, eine Untersuchung einzuleiten.

Am 1. Mai Jugenddemonstrationen in Oberhausen, Duisburg, Dortmund und Essen.

Zum Antifaschistischen Kongreß[20] gewählt: 2 SPD, 1 Reichsbanner, 1 KPD, 1 RGO.

Schachtanlage der NSBO auf Scholven[21]: Zunächst 45 Mann. Alter Betriebsrat wurde erledigt, Kommissar ernannt, aber Mitgliedszahl stieg gering. 1. Mai machte Stimmung, Zuwachs rapide, vermehrt durch eine Belegschaftsversammlung. Zwei Zellen gebildet: für Stickstoff und für Schacht. NSBO-Leitung erhöhte Eintrittsgeld von 30 Pf[enni]g auf 1 M[ark]. Mitgliedersperre verhängt, aber Aufnahmen bis 1. Mai, so machten die Aufnahmen Fortschritte. Vom 1. Mai an sollte die Aufnahme 5.- M[ark] kosten. Gute Arbeiten der Vertrauensmänner in einzelnen Arbeitspunkten brachte ein wenig Vertrauen. Aber Hindernisse sind unüberwindbar. In vielen Köpfen herrschen noch Taumel und Verwirrung. – An Ortsgruppenversammlung nahmen 300 teil. Berichtet wurde[22]: Mitgliederstand bis 1. Mai auf Zelle Schacht 1.100, rund 75%, auf Zelle Stickstoff 143, 100%, Zelle Kolonie 68 (Erwerbslose usw.). An den Gau wurden abgeführt von 80 Pf[enni]g Beitrag 20 Pf[enni]g. Bestand 300.- M[ark]. Gekauft Schreibmaschine und Abziehapparat. In der Kolonie ein Büro eingerichtet, unentgeltliche Erledigung von Beschwerden. Zu Punkt 4.)[23] wurde erklärt: der Marxismus ist zerschmettert, aber ein neuer Feind erstanden: die schwarz-weiß-rote Kampfriege. Sie muß vernichtet werden. Wir sind keine Gewerkschaft, wir haben Führerprinzip. Erst wenn wir 100%ig organisiert sind, alle anderen vernichtet, sind wir eine Gewerkschaft. Wir haben gekämpft in Hagen, in Berlin (Verkehrsarbeiterstreik), dabei Tote

18 Die Abkürzung konnte nicht aufgelöst werden. Nach dem unten folgenden Bericht des RGO-Sekretärs für das Ruhrgebiet sowie dem »Kurzen Bericht RGO 18/19 [Ruhrgebiet] über Bewegungen (Anfang Juni)« (Anm. 16), handelte es sich um die Hütte Schalker Verein in Gelsenkirchen, die im Zuge der Neustrukturierung der Vereinigten Stahlwerke 1933 aus der Gelsenkirchner Bergwerks AG (GBAG) ausgegliedert und unter dem Dach der Betriebsgesellschaft Deutsche Eisenwerke AG geführt wurde.

19 Josef Terboven (23.5.1898–8.5.1945) war Bankbeamter, NSDAP, 1930–1945 MdR, 1933 Preußischer Staatsrat, NSDAP-Gauleiter für den Gau Essen, 1935 Oberpräsident für die Rheinprovinz, September 1939 Reichsverteidigungskommissar für den Wehrkreis VI, 1940–1945 Reichskommissar in Norwegen.

20 Der Kongreß fand vom 4.–6.6.1933 in Paris statt. Vgl. Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, Nr. 22, vom 30.6.1933, S. 757f.

21 Gemeint ist die NSBO auf der Schachtanlage Scholven. Vgl. den Bericht über Stand und Planungen der weiteren Arbeit im Bezirk Ruhrgebiet vom 19.6.1933 (Anm. 16).

22 Der folgende Versammlungsbericht bis zum Absatzende ohne besondere Kennzeichnung aus NSBO-Perspektive.

23 Andere Tagesordnungspunkte wurden nicht ausdrücklich berichtet.

und Verwundete. Die anderen haben nur geschrien. [Fritz] *Brolat*[24] hat alle verraten. Wir kämpften immer für die Besserstellung der Arbeiter, sind keinen wilden RGO-Streikparolen gefolgt. Unser Kampf wird in Zukunft anders sein: gegen [Alfred] *Hugenberg* und die Unternehmerclique. *Hugenberg* bewies seine Unfähigkeit durch Erhöhung der Fettpreise. Aber *Hitler* und [Joseph] *Goebbels* lassen sich von den Schwarz-Weiß-Roten nicht einpacken. Ihr müßt Vertrauen haben und ihnen im Kampfe gegen die Kapitalisten beiseitestehen. Wir sind in erster Linie Sozialisten. Wir müssen den Arbeitern trotz der Kapitalisten zum Bessergestelltsein verhelfen. (Man war von dieser Rede zu 60% begeistert.) 22.V.[1933]

Bericht von Instrukteurssitzung Dortmund am 17. und 24.IV.[1933]

In allen Betrieben kommissarische Betriebsräte. Zum 1. Mai 2.000 Flugblätter hergestellt, ferner eine Zeitung »Der Kämpfer«, 6-seitig, Auflage 3.000, Preis 5 Pf[enni]g.[25] In Dorstfeld, Lingen, Mengede, Asseln erneut die Leitungen verhaftet.

Gelsenkirchen: Neue Verhaftungen in Zweckel und Rotthausen. Erbitterte Stimmung unter SPD und Christen in Betrieben. Überall kommissarische Betriebsräte.

Recklinghausen: (Betriebsstätte Eisenbahn) 40 Austritte aus dem Einh[eits-]Verb[and] d[er] Eisenb[ahner] in 8 Tagen. Belegschaft zur Demonstration zu *Hitlers* Geburtstag sehr schwach erschienen. Intensive Werbung für NSBO. Polizei über Ersatzleitung informiert. Innerparteilich Stimmung bei Betriebsgenossen besser als bei Erwerbslosen.

Essen: Neue zahlreiche Verhaftungen, Mißhandlungen. Bei Krupp Sammlung für NSBO-Fahne: teilweise Weigerung, teilweise hohe Beträge. Für 1. Mai geschlossenes Antreten festgesetzt. Nach der Rede eines P[artei]g[enossen] gemeinsamer Kirchgang.

Jugendverband: 40% Verlust. Jetzt Mitgliederbestand 2.000. 6 Bezirksinstrukteure. Konzentrierung auf Krupp, Bochumer Verein, Prosper II Bottrop, Thyssen Mülheim.

Bewegungen: Auf Baustelle in Gelsenkirchen Forderung auf Wassergeld, Verhandlungskommission mit NSBO gewählt. Stadtverwaltung lehnte mit Zustimmung Nazivertretung ab. Streikandrohung, Wasserzulage erzwungen. Belegschaft 1.600.

[...][26]

U[nter-]B[ezirk] Hamm: In Herringen 180 Verhaftungen, davon 150 Genossen, 7 Genossinnen. Durch Verrat Schreibmaschine und Vervielfält[igungs-]App[arat] beschlagnahmt. Die meisten Verhaftungen im U[nter-]B[ezirk] am 11. und 12.IV.[1933]. Im U[nter-]B[ezirk] insgesamt 200. Untergebracht im Wohlfahrtsgebäude einer Zeche, Essen schlecht, keine Schlafgelegenheit. Ein Genosse beging Selbstmord, ebenso ein Sympathisierender.

Rüthe: In der SA starke Differenzen, Ursache Verdächtigungen wegen Verfolgung kommunistischer Juden.

24 Fritz Brolat (1883–1946) war Vertreter der Berliner Betriebsvertrauensleute im Rat der Volksbeauftragten, 1920–1922 Sekretär der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, 1922–1929 Leiter der Berliner Brennstoff AG, 1929–1932 Leiter der Berliner Verkehrs-Gesellschaft, im Februar 1933 in einem Meineidverfahren im Zusammenhang mit einem Bestechungsskandal verurteilt. Vgl. auch die Sicht des Parteiausschusses der SPD zum Berliner Verkehrsarbeiterstreik und zu Brolat in: Jahn, Quellen IV, Dok. 144, S. 752–161.

25 Die Ausgabe lag nicht vor. Nach Angaben bei Stroech, S. 190, erschien »Der Kämpfer« vor der Machtübernahme der NSDAP in Dortmund und Bielefeld als Nebenausgabe des »Ruhr-Echo«.

26 Die ausgelassenen Ausführungen behandeln die Arbeitsdienstverpflichtungen, die Situation der Roten Hilfe und der Internationalen Arbeiter-Hilfe.

Bürgerliche Zeitungen berichteten aus Herringen unter dem 17. April: »37 Mann auf de Wendel[27] gekündigt. Es handelt sich um Funktionäre der freien Gewerkschaften bezw. der RGO. Grund: Absatzmangel und Verdacht der Staatsgefährdung. Die Kandidaten der freien Gewerkschaften wollen Einspruch erheben.«[28] Auf Radbod[29] wurden ebenfalls 46 Mann gekündigt. NSBO forderte, daß die Entlassungen zurückgenommen werden. Der Direktor wurde einige Tage in Schutzhaft genommen. Die Forderungen der Nazi wurden eingestellt. Ebenso wurde der Direktor vom Gas- und Elektrizitätswerk verhaftet, Ursache unbekannt.

U[nter-]B[ezirk] Ahlen: Schachtanlage Westfalen (20.IV.[1933]). Kommissarische Betriebsräte eingesetzt. 40 Kumpels einer Strebe beschwerten sich, daß sie zu wenig Abschlag erhalten hätten. Sie gingen zu den Steigern und drohten diesen Schutzhaft an. Die Steiger kamen der Forderung nach. Es handelte sich um 5.- M[ark] Differenz zwischen Mindestlohn und Tarif. Die Kumpels hatten abgelehnt, ein Gedinge im Vorschlag des Steigers abzuschließen. Da jetzt der Tariflohn auch ohne Gedinge und Soll gezahlt wird, hat die Förderung bedeutend nachgelassen. Nazibetriebsräte erklärten, die Leistung müsse um 50% gesenkt werden, das Schalholzgedinge sei beseitigt, es ginge nur noch Wagengedinge. Es wurde die Auffassung erzeugt, als liege es nur an den Kumpels, davon Gebrauch zu machen. – Am 20. IV.[1933] war Feierschicht und Belegschaftsversammlung, anwesend 1.500. Alle, auch teilweise unsere Anhänger hatten Illusionen. Ein Naziobmann, Prolet, eröffnete die Versammlung: es müsse heute zu allen Unerträglichkeiten Stellung genommen werden, um sie zu beseitigen. Es gäbe keine Absatzkrise, denn überall gäbe es Bedürfnisse. In Deutschland müsse die Bedarfswirtschaft eingeführt werden. Erster Hauptredner der Betriebskommissar, Angestelltenausschußmitglied: Arbeiter hätten heute ein anderes Ansehen in Deutschland als unter dem Bonzensystem. Die Förderung sei um 10% zurückgegangen. Es seien Saboteure am Werk. Das Schalholzgedinge bleibe bestehen, die Kohle müsse steinfreier sein. Nach dem sprach ein Betriebsprolet. Die Verwaltung möge Erwerbslose einstellen, die die Kohle auslesen. Das Gedinge müsse herabgesetzt werden. Dann sprach der Direktor: er forderte vor allem steinfreie Kohle. Die Zeche werfe auch in normalen Zeiten keinen Gewinn ab. Er drohte mit Stillegung. Ein anderer Naziprolet erklärte nach dem u.a.: wenn es so noch 10 Jahre weiterginge, hätten wir in Deutschland mehr Invaliden als arbeitsfähige Menschen. Andere Nazikumpels sprachen ähnlich, forderten u. a. die Beachtung der Bergbauvorschriften von den Kumpels. Der zweite Hauptredner, der als radikal bekannte NSBO-Kreisleiter erklärte: Man hat Gerüchte verbreitet, ich hätte Veranlassung zur Sabotage gegeben, man wolle mich deshalb vor den Reichsgerichtshof zerren. Ich habe mich lediglich gegen das Stoppuhrensystem gewandt. Dann Jugend- und Bonzenhetze. Schuld an den Verhältnissen haben nicht die Angestellten, nicht die Verwaltung, sondern die Aufsichtsräte und die intern[nationalen] Juden. Zum Schluß regte der Kommissar an, daß die Angestellten für die ärmsten Kumpel 10% von ihrem Gehalt abtreten. Er werde selbst 50–60 M[ark] monatlich geben. Zelle und Betriebsgruppe E[inheits-]V[erband der] B[ergarbeiter] D[eutschlands] unaktiv, E[inheits-]V[erband der] B[ergarbeiter] D[eutschlands] stark zurückgegangen, starke Tendenzen zum Eintritt in die NSBO.

In einem Metallbetrieb erklärten die Nazi durch Anschlag, daß jetzt Tarif gezahlt werde. Die Verwaltung gab aber bekannt, daß nur der alte Lohn weitergezahlt werde. Daraufhin wurde Direktor verhaftet, aber nach 3 Stunden wieder freigelassen.

27 Schachtanlage in Herringen bei Hamm.

28 Vgl. zu solchen Kündigungen und den möglichen anschließenden Widerspruchsverfahren mit weiterführenden Angaben z.B. Dok. 7, 11, 12, 14. Die Zeitungsartikel wurden nicht ermittelt.

29 Bergwerk in Bochum-Hövel.

Auf »Westfalen« Betriebsräte amtsenthoben, Haussuchungen bei Kommunisten, ein kommunist[ischer] Betriebsrat verhaftet. – Ebenso wurden die Betriebsräte der Metall- und Emaillierwerke amtsentsetzt, neuer Betriebsrat besteht nur aus Nazi.

U[nter-]B[ezirk] Bielefeld: Am 5. April [1933], am Tage der Stadtverordnetensitzung gelang es uns, auf allen Baustellen, einschließlich der Fürsorgearbeiter, einen 1 1/2tündigen Streik auszulösen, beteiligt 400. Tariflohn betrug bis dahin 66 Pf[enni]g, sollte auf 61 Pf[enni]g gekürzt werden, weil die Stadt von den Unternehmern das forderte. Durch den Streik wurde erreicht für die kinderreichen Arbeiter ein monatlicher Ausgleich von 8.- M[ark] pro Monat.

Lage: Auf allen Ziegeleien der Ziegeleivereinigung forderte die NSBO eine Lohnerhöhung von 10 bis 20 Pf[enni]g pro Stunde. Die Unternehmer kündigen daraufhin Betriebsstillegung von 14 Tagen an. In der Möbelfabrik Wilhelmie forderte der Unternehmer 6 Pf[enni]g Lohnabbau pro Stunde. – Der U[nter-]B[ezirk] hat keine Marken, seit 4 Wochen nicht kassiert, neue Leitung gebildet. Mit RGO und R[oter] H[ilfe] wieder enge Verbindung bekommen. In Osnabrück wurden die roten und reformistischen Betriebsräte abgesetzt. Bei Hammersen[30] trat der rote Betriebsrat auf Wunsch der Firma freiwillig zurück. Ausschluß aus Partei beantragt. – Der SPD wurde ein Einheitsfrontvorschlag ähnlich wie in Bielefeld gemacht, Ergebnis nicht bekannt.[31]

Rheine: U[nter-]B[ezirks]-L[eitung] nicht mehr vorhanden, alle Genossen verhaftet, 5 Genossen gaben ein Flugblatt, Auflage 100, heraus[32]. Kassierung ruht.

Im U[nter-]B[ezirk] Osnabrück sind in einigen kleinen Orten die Genossen zu den Nazi übergelaufen. In Lengerich gründeten SA-Leute eine »Wehrwolf«-Organisation, um die SA zu erschlagen, da sie nicht mehr revolutionär sei. – In der Ortsgr[uppe] Osnabrück wurden in allen Zellen Versammlungen durchgeführt, Kassierung 50%.

U[nter-]B[ezirk] Lage: In der Ziegelei Heidenolderdorf forderten die Arbeiter 2 Pf[enni]g Lohnerhöhung. Früher verdienten sie 40.- M[ark], heute 28.- M[ark] die Woche. NSBO führte die Verhandlungen. Unternehmer forderte als Gegenleistung 1/2 Stunde täglich Mehrarbeit, was die NSBO zugestand und durchführte. – In einer Möbeltischlerei in Lage verdienten die Arbeiter vor 2 Jahren noch 35.- M[ark], jetzt 20.- M[ark]. Arbeiter forderten Lohnerhöhung. Unternehmer, ein Nazi, trat daraufhin aus der NSDAP aus. Die Naziproleten ließen sich vom Unternehmer bluffen. – Zum Antif[aschistischen] Kongreß wurde ein Reichsbannermann als Delegierter gewählt.[33]

U[nter-]B[ezirk] Osnabück: Im Betrieb O[snabrücker] K[upfer- und] D[rahtwerk] (1.000) wurden zum 1. Mai [1933] 100 Flugblätter verteilt. Zum 1. Mai war eine Flugblattverbreitung während der Demonstration mittels Brieftauben geplant, Erfolg nicht bekannt. Jede Brieftaube kann 300 Flugblätter schleppen. Es wird geprüft, die Brieftauben auch zur Postverbindung zu benutzen. SA drohte uns an, daß die Massen alle lünchen, die Losungen malen. Ferner ist geplant Flugblattverbreitung durch Luftballons.

30 Textilfirma Hammersen in Osnabrück.
31 Weitere Unterlagen wurden nicht ermittelt.
32 Das Flugblatt lag nicht vor.
33 Es nahmen nach einer anderen Information am Kongreß teil ein Metallarbeiter von Krupp in Essen sowie Samel als Vertreter des Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands. Beide waren KPD-Mitglieder. Vorgesehen waren mehrere Delegierte, doch scheiterte dies an der Finanzierung. Berater 18/19 [Ruhrgebiet], Kurzer Bericht über eine Sitzung mit dem Sekretariat der B[ezirks]l[eitung] 18/19, o.D. [Juli 1933] (Anm. 16).

[...][34]

In Osnabrück haben wir noch 2 Betriebszellen. Im O[snabrücker] K[upfer- und] D[rahtwerk] 8 Mann, bei Hammersen 7 Mann. E[inheits-]V[erband der] T[extilarbeiter] ist noch intakt. 60 Mann. Bei[m] O[snabrücker] K[upfer- und] D[rahtwerk] gute Verbindung zu SPD. SPD-Betriebsrat wurde als Deleg[ierter] zum Antif[aschistischen] Kongr[eß] gewählt.[35]

Im U[nter-]B[ezirk] wird eine abgezogene »Rote Fahne«, Auflage 500, zum Preise von 15 Pf[enni]g verkauft, ferner 2 Flugblätter wöchentlich und ein Informationsblatt zum Preise von 5 Pf[enni]g.[36] Direkte Verbindung des U[nter-]B[ezirks] mit 10 Ortsgruppen, Mitgliederzahl 200.

U[nter-]B[ezirk] Bielefeld: U[nter-]B[ezirks-]L[eitung] hat Verbindung mit Ortsgruppen durch 11 Instrukteure, die wöchentlich zusammenkommen. Im letzten Monat abgerechnet 269,73 M[ark]. Betriebszellen bestehen im Betriebsamt 7, Anker 6, Feldmühle (Papier) 5 Genossen. Im Betriebsamt sammelten die Genossen 20.- M[ark] für die politischen Gefangenen. In Bünde fand eine große Kundgebung der Tabakarbeiter statt, Naziredner wandte sich gegen Technik und Rationalisierung, zurück zur Handarbeit. Die Heimarbeiter zollten Beifall. Zum 1. Mai wurde eine »Volkswacht«[37] herausgebracht, Auflage 500, alle verkauft, ferner Handzettel und Streuzettel.

Bericht über U[nter-]B[ezirk] Essen vom 25. Mai [1933].[38]

Am 24. April wurde in einer Instrukteursitzung der völlige finanzielle Bankrott festgestellt. Im Februar [1933] 26.000 abgerechnet, im März 6.000, im April 1.000. Da Sekret[ariat] keine finanziellen Garantien übernehmen konnte, stellte U[nter-]B[ezirks]-Sekretär seine Tätigkeit ein. Lage außerordentlich schwierig. U[nter-]B[ezirke] Oberhausen, Rheine, Osnabrück, Bottrop, Recklinghausen sind angeblich zusammengebrochen. Bewegung muß mit Spitzeln durchsetzt gewesen sein. In Essen waren von 2.000 Mitgl[iedern] 500 verhaftet, viele in den SA-Kasernen furchtbar zugerichtet. Essen rechnete noch im Februar 1.000 M[ark] an den Bezirk ab, im April 250.- M[ark]. Von 2.000 Mitgl[iedern] waren im April noch 300 aktiv. Organisation in den proletarischen Stadtteilen Borbeck, Segeroth, Stoppenberg, Altenessen, Hornapp bestand nur noch aus Trümmern. Besser, zum Teil ausgezeichnete Arbeit in Stadtteilen West, Süd, Frohnhausen, Kettwig, Werden. Funktioniert haben die beiden wichtigsten Betriebszellen: Krupp und Straßenbahn. Arbeit auf Zechen wurde durch E[inheits-]V[erband der] B[ergarbeiter] D[eutschlands] geleistet. Der U[nter-]B[ezirks]-Leiter des E[inheits-]V[erbands der] B[ergarbeiter] D[eutschlands] ging unabgemeldet nach dem Saargebiet, eine ganze Reihe Gruppen des E[inheits-]V[erbands der] B[ergarbeiter] D[eutschlands] zusammengebrochen.[39]

An Material kam heraus im März und April [1933]: 1 gedr[uckte] Zeitung, dreimal ein Pressedienst.[40] Vom Z[entral]k[omitee] kein Material erhalten, außer dem Resolu-

34 Die ausgelassenen Ausführungen behandeln das Verhalten der Hilfspolizei und die Unzufriedenheit der Bauern.
35 Vgl. aber Anm. 33.
36 Die Zeitung, Flugblätter und das Informationsblatt lagen nicht vor. Zu den verschiedenen Erscheinungsformen der »Roten Fahne« vgl. Stroech, S. 137–145.
37 Vgl. Angaben bei Stroech, S. 270.
38 Vgl. die zusammengestellten Berichte über die Situation der RGO und der roten Verbände zwischen April und Juni 1933 (Anm. 2).
39 Vgl. auch den Bericht von Karl Becker (Anm. 2).
40 D. h. der Reichs-Presse-Dienst der RGO. Die Ausgabe lag nicht vor.

tionsentwurf zur EKKI-Sitzung[41] und Anweisungen zum 1. Mai.[42] Auch von den Abt[ei]l[un]g[en] des Z[entral]k[omitees] kam kein Material. U[nter-]B[ezirk] gab wöchentlich ein Informationsmaterial heraus in 200 Exempl[aren], in Frohnhausen, Altendorf, Süd erschienen Stadtteilzeitungen, eigene Flugblätter.[43]

U[nter-]B[ezirk]-Instrukteure hatten die Verbindung mit der B[ezirks-]l[eitung] einmal wöchentlich. Hauptinhalt der Besprechungen: Finanz- und Abrechnungsfragen. Direkter Besuch unterer Einheiten durch Gen[ossen] des Sekretariats im U[nter-] B[ezirk] Essen im März und April [1933] nicht.

Ursachen für schlechte Lage: Terror, keine Tradition in der Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet, spontane Tendenzen, Mißstände und Mißstimmungen bereits in der legalen Zeit, starke Antibonzenstimmung in Essen.

[...][44]

Sitzung der Pol[itischen] Sekretäre von Ruhr, Nieder- und Mittelrhein, 31.V.[1933]

Niederrhein:

[...][45]

25–30 positive Betriebsbewegungen, Widerstand der Arbeiter wächst. Besonders hervorzuheben unsere Arbeit bei Conix und in Zuckerwarenfabrik Düsseldorf und Hilden. Hier wird lebhaft über Lohnerhöhung als Ausgleich für die Teuerung diskutiert. Unsere Genossen forderten 20%. Mit der Verhandlungsleitung wurden aber nur NSBO- und SA-Leute beauftragt. 15% Lohnerhöhung wurden durchgesetzt. Auf Grund des Erfolges traten viele Arbeiter in die NSBO ein (in einem Betrieb in Hilden). Bei den Gewerbeämtern liegen viele Anträge auf Stillegung, z.B. von der Fensterfabrik Fenestra. Einige Betriebe werden direkt vom Sekret[ariat] bearbeitet, aber noch keine Anleitung der Gewerkschaftsfraktionen. R[ote] H[ilfe]-Sekretär *J.*[46] nach Frankreich geflüchtet.

[...][47]

41 Die Lage in Deutschland. Resolution des Präsidiums der EKKI zum Referat des Genossen [Fritz] Heckert. Angenommen am 1. April 1933, in: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, Nr. 9, vom 12.4.1933, S. 229–231. Vgl. auch in: S., an Liebe Freunde, vom 23.4.1933 (BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/13, Bl. 440).

42 Vgl. die Vorgaben und Zielsetzungen für die gewerkschaftliche Arbeit und die Aktivitäten am 1.5. 1933, in: S, an Liebe Freunde: Die Bedeutung des 1. Mai, Hauptaufgaben, Forderungen, vom 10.4. 1933 (BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/13, Bl. 430–432).

43 Die Materialien lagen nicht vor.

44 Die ausgelassenen Ausführungen behandeln den »Bericht über die Sitzung mit [dem] Seketariat [der] B[ezirks-]l[eitung] Ruhrgeb[iet] 2.VI.[1933]«, der sich mit dem geplanten Antifaschistischen Kongreß und den interen Verhältnissen der RGO beschäftigte und die zuvor mitgeteilten Informationen wiederholte.

45 Die ausgelassenen Ausführungen behandeln den Brief des Zentralkomitees der KPD zur Zellenstruktur der Partei, die Broschüren aus Anlaß des Schlageteraufmarsches der NSDAP in Düsseldorf, Razzien und Versammlungen der NSDAP.

46 Name und biographische Angaben wurden nicht ermittelt.

47 Die ausgelassenen Ausführungen behandeln Probleme der Beitragskassierung, die Erwerbslosenbewegung, die Verhaftung und Ermordung des Vorsitzenden des Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Albert Funk, am 16.4.1933 in Recklinghausen, die Herausgabe von Zeitungen, die innerparteiliche Lage in Gelsenkirchen, die Situation im Unterbezirk Dortmund und in Essen, Betriebsbewegungen, Rüstungsaufträge für einzelne Unternehmen. Der Berichterstatter urteilte, daß der Bericht die Unzulänglichkeiten der letzen Sitzung der Politischen Sekretäre in der Bezirksleitung verdeutliche, insbesondere daß die Aufgabenstellung nicht durchdacht sei. Verlangt wurde ein neuer Sekretär der Bezirksleitung. Vgl. auch die zusammengestellten Berichte über die Situation der RGO und der roten Verbände zwischen April und Juni 1933 (Anm. 2).

Vom Verband der Gemeinde- und Verkehrsarbeiter (roter Verband) und vom roten Textilarbeiterverband existieren nur noch kleine Gruppen. Org[anisations]-Sekretär stellte die Frage der Liquidierung.

[...][48]

Wirtschaftslage im Bergbau: weitere Entlassungen, außer der Stillegung von »Neumühl«[49] Entlassungen auf Diergardt 1/2[50] (150 Mann in der Wäsche). Partei hat nur noch wenige Betriebsarbeiter. Verbindung zu DMV-Mitgliedern in Dortmund, wo sich 2 bereit erklärten, RGO-Funktion zu übernehmen.

[...][51]

Bericht des RGO-Sekretärs Ruhrgebiet Anfang Juni [1933]:[52]

160 Mann Baustelle Bielefeld streikten 3 Tage erfolgreich, Beihilfe von 8.- M[ark] monatlich bewilligt.

Auf einer Anzahl Schächte durch passive Resistenz gegen Meter- und Schalholzgedinge gewehrt. NSBO-Leitung unterstützt. Förderung auf »Westfalen«, »De Wendel«, »Bismarck«, »Zollverein«, »Thyssen 4/8, 2/5«, ging zurück bis auf 50%, ähnlich auf vielen anderen. Auf »Westfalen« wollten die Steiger deshalb 5.-M[ark] weniger zahlen. Unter Androhung von Schlägen wurden dann aber die 5.- M[ark] gezahlt. – Verwaltung forderte eine Belegschaftsversammlung, wo NSBO-Kreisleiter einen Rückzug machte. Große Entrüstung in Belegschaft. In der NSBO besteht eine E[inheits-]V[erband der] B[ergarbeiter] D[eutschlands]-Gruppe[53] auf »Thyssen 4/8«. Hier wurden Flugblätter verteilt: »Rettet die Gewerkschaften«.[54] Darauf wurden 141 revolt[ierende] Arbeiter schwarz und in Arbeitskleidung verhaftet. Auf »Zollverein«[55] faßte die NSBO, in der auch von uns Kameraden sind, einen Beschluß, daß keine Verhaftungen von KPD- und RGO-Funktionären von der Schachtanlage vorgenommen werden dürfen.

Auf Schalker Verein ist der RGO-Gruppenleiter Leiter der NSBO-Gruppe auf Grund eines Belegschaftsbeschlusses, er ist mit den anderen Betriebsräten noch im Amt. NSBO-Gruppenversammlung stellte 10 Kampfforderungen auf. In Belegschaftsversammlung waren von 2.400–1.500 anwesend. Belegschaft nahm die Forderungen [an]. »Gelsenkirchener Zeitung« und »Dortmunder Generalanzeiger« schrieben: »Was geht auf Schalker Verein vor?«[56]

Krupp: In den einzelnen Abteilungen gute Stimmung. Aussprache mit oppositionellen Arbeitern, darunter SPD, fand statt.

48 Die ausgelassenen Ausführungen behandeln die Entwicklung der Roten Hilfe, der Sportorganisationen, der Jugendarbeit sowie die Diskussionen zu den Delegierten für den Antifaschistischen Kongreß.

49 Zeche Neumühl in Duisburg.

50 Zeche Diergardt in Duisburg-Rheinhausen.

51 Die ausgelassenen Ausführungen behandeln die Mitgliederentwicklung im Bezirk Niederrhein und die Entwicklung der Stahlhelm-Selbsthilfe im Bezirk Ruhrgebiet.

52 Vgl. hierzu als Vorlage detailliert: Kurzer Bericht des RGO 18/19 [Ruhrgebiet] über Bewegungen (Anfang Juni) (Anm. 16).

53 In der Vorlage irrtümlich: EVSD.

54 Aufruf abgedr. in: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, Nr. 11, vom 28.4.1933, S. 321f. Vgl. auch Dok. 115.

55 Zeche Zollverein in Essen.

56 Die Artikel wurden nicht ermittelt. Vgl. auch: Kurzer Bericht RGO 18/19 [Ruhrgebiet] über Bewegungen (Anfang Juni) (Anm. 16).

Gesamtverband Bielefeld: (Bereits früher berichtet von Beschluß, für politische Gefangene zu geben.)[57]

Bericht über eine Sitzung mit Fraktionsleitern der Gewerkschaften[58] in Düsseldorf am 30.V.[1933].

Mitgl[ied] der Zellenleitung von Conix. Mitgl[ied] der erweit[erten] Ortsverwaltung des DMV berichtet, daß keine Fraktionsleitung des DMV mehr existiert. Bei Conix keine Austritte aus den Gewerkschaften, nur die Mehrheit der Unorganisierten ist in die NSBO eingetreten. Zelle zählt 19 Mitgl[ieder], wird noch zu 100% kassiert (350 Belegschaft). Ein Genosse verhaftet wegen Vertrieb von Agitationsmaterial. Mehrheit der Belegschaft gegen Nazi. Betriebsrat wurde von Nazi besetzt, Christen blieben.[59] In Abt[ei]l[un]g Drahtzug, die wichtigste Abteilung, soll für 6 Arbeiter ein 10%iger Lohnabbau erfolgen. Arbeiter werden sich das wahrscheinlich nicht gefallen lassen. 70 Arbeiter freigewerkschaftl[ich] organisiert, 25 christlich, 20 Hirsche[60], 150 Aufnahmen in NSBO. Aufnahme einiger SPD- und R[eichs-]B[anner]-Leute wurde abgelehnt. Im freigewerksch[aftlichen] Vertrauensleutekörper haben wir 8, SPD 2 Funktionäre. Am 1. Mai-Aufmarsch beteiligten sich 35 Arbeiter. – In einer Sitzung der DMV-Funktionäre wurde der Bevollmächtigte abgesetzt, keine Diskussion. – Funktionär vom Gemeindearbeiterverband berichtet, daß trotz großer Übertritte zur NSBO starke Stimmung gegen die Vergewaltigung der freien Gewerkschaften herrscht. NSBO versprach den Arbeitern Überführung ins Angestelltenverhältnis. Beiträge wurden erhöht, gestaffelt von 50 Pf[enni]g bis 2,50.- M[ark] wöchentlich.
(...)[61]

An letzter Funktionärssitzung des Gesamtverbandes nahm SA in Uniform teil. Rede des Bevollmächtigten wurde mit Schweigen angehört. Ein SA-Mann stieß in der Diskussion Drohungen gegen den Bevollmächtigten aus, hiergegen lebhafte Protestrufe. Ein Arbeiter erklärte in der Diskussion, die Aufrechterhaltung der Tarife nütze nichts, wenn die Preise steigen. SA-Leute stellten nach der Versammlung diesen Arbeiter zur Rede, drohten mit Verhaftung. Eine große Zahl Arbeiter aber sammelte sich zu seinem Schutze. Austritte aus dem Verband wenig, Stimmung für Partei gut. Dagegen zur RGO wenig Vertrauen. Im Konsum besteht eine RGO-Zelle von 45 Mann, hier lebhafte Diskussion mit den SPD-Frauen, die sich uns stark genähert haben, »ein Kampf um die 2. Republik komme nicht mehr in Frage«. U[nter-]B[ezirks-]L[eiter] hat die Fraktionsleitung niemals zusammengeholt.

Aus dem Butab berichtete ein Genosse: vor der Gleichschaltung viele Austritte, jetzt nur wenige. Unter den revolutionär gesinnten Angestellten überhaupt keine Austritte. Viele Angestellte sind aber der Meinung, daß jetzt nichts mehr zu machen sei. Leitung zum Teil in unseren Händen; ein Teil der Mitgl[ieder] in NSBO eingetreten, aber große Mißstimmung hier wegen der hohen Beiträge. Teilweise Wiederaustritt aus NSBO. Unsere Fraktionsarbeit im Butab und ZdA sehr schlecht. Es gibt unter den Angestellten 5 RGO-Betriebsgruppen und 3 Stadtteilgruppen.

57 Vgl. oben sowie die Angaben in: Kurzer Bericht RGO 18/19 [Ruhrgebiet] über Bewegungen (Anfang Juni) (Anm. 16).
58 D. h. der gleichgeschalteten, ehemals freigewerkschaftlichen Gewerkschaften.
59 Vgl. zu solchen Verfahren und Abläufen z.B. das Protokoll der Absetzung und Neubenennung der Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräte bei der Klöckner-Werke AG, Abteilung Eisen- und Drahtindustrie, in Düsseldorf, vom 24.5.1933 (HStA Düsseldorf, Regierung Düsseldorf, Nr. 33628) sowie Teil II der Einleitung.
60 D. h. Mitglieder des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins.
61 Die ausgelassenen Ausführungen wiederholen die Diskussionen um Austritte aus den gleichgeschalteten, ehemals freigewerkschaftlichen Verbänden.

[...][62]

Bericht Bezirkskomitee RGO Mittelrhein vom 29. Mai [1933]:[63]

In legalen Zeiten 5.000 Mitgl[ieder] registriert, kassentechnisch 3–4.000 erfaßt; gegenwärtig schätzungsweise 600–1.000 Mitgl[ieder], rückläufige Bewegung noch nicht abgeschlossen. Aber guter Kern vorhanden. U[nter-]B[ezirk] Aachen arbeitet besser als Köln. KPD in RGO keine Fraktionsarbeit. RGO keine kollektive Leitung mehr. – In Aachen noch ca. 40 RGO-Mitgl[ieder] und einige Betriebsgruppen; eine leistete gute Arbeit durch Flugblattverteilung. B[ezirks-]k[omitee] hat keine Verbindung zu den U[nter-]B[ezirken] in Düren, Eschweiler und mit dem Wurmgebiet, auch Partei hat keine Verbindung zu letzterem. Im Braunkohlengebiet wurden die besten Funktionäre verhaftet, Arbeit fast ganz liquidiert. Industriegruppenleitung Eisenbahn arbeitet noch am besten. Viele Verhaftungen, einige wieder entlassen, die sofort wieder Arbeit aufnahmen. Ind[ustrie-]Gr[uppen]-Leitung Chemie arbeitet noch nicht wieder aktiv. Ind[ustrie-]Gr[uppen]-L[ei]t[un]g Metall arbeitet nicht mehr. I[ndustrie-]G[ruppen]-L[ei]t[un]g Angestellte, die durch Tietzstreik großen Aufschwung genommen hatte, ist liquidiert. Ferner existieren noch kleine Überreste der I[ndustrie-]G[ruppen]-L[ei]t[un]g Gemeinde-Verkehr und für die Mühlenbetriebe.

Rote Verbände: Roter Hafenarb[eiter] Verband Köln, 150 Mitgl[ieder], fast alle übergetreten zur NSBO, Verband existiert nicht mehr. E[inheits-]V[erband] f[ür das] B[augewerbe] nur noch 100 Mitgl[ieder], früher 300, aber Rest noch aktiv, eigene Zeitung verteilt. E[inheits-]V[erband der] B[ergarbeiter] D[eutschlands][64] Wurmgebiet: keine Verbindung, aber viele Verhaftungen. Schachtgruppen teilweise zusammengebrochen. – Betriebsgruppen RGO in Glanzstoff Köln und Oberbruch, RWS Troisdorf, Plaat in [Köln-]Nippes existieren nicht mehr. I[ndustrie-]G[ruppen]-L[ei-]t[un]g Bergbau existiert nicht mehr. Gesamte Leitung verhaftet. Jugendleiter RGO gleichfalls verhaftet, ebenso Frauenleiterin. Sekretariat RGO hat nur direkte Verbindung mit dem Carlswerk.[65] Hier ist die Parteizelle aktiv, die RGO-Betriebsgruppe aber noch nicht. Belegschaft ist sehr unzufrieden, haben nur zu einem Teil am 1. Mai teilgenommen. Nach Material von uns große Nachfrage. Viele SPD-Arbeiter sind aus Gewerksch[aft] ausgetreten. Manche SPD-Funktionäre sind unserer Agitation noch nicht zugänglich, wollen noch nicht die Fehler ihrer Führung anerkennen, sind dagegen bereit, betriebliche Fragen gut aufzunehmen. Konkrete Kampfforderungen wurden für den Betrieb noch nicht entwickelt.

[...][66]

Wirtschaft:[67] Pohlig, Transportanlagen, eine der größten Maschinenfabriken des Rheinlandes, kündigte sämtlichen Angestellten, die halbjährliche Kündigung haben, verlängerte dann die Kündigung um 2 Monate, die Kündigung selbst aber blieb bestehen. Firma hat keine neuen Aufträge, Firma Klosterfrau, Parfümerie, ist in Konkurs, 4711 hat sämtliche Neubauten zurückgezogen. Maschinenfabrik Humboldt Köln-Kalk hat neue Aufträge von Reichsbahn und Rußland, aber keine Neuein-

62 Die ausgelassenen Ausführungen behandeln die Erwerbslosenarbeit der KPD im Bezirk Niederrhein und die Rote Hilfe in den Bezirken Ruhrgebiet, Niederrhein, Mittelrhein.
63 Vgl. auch zur Entwicklung die Zahlenangaben in Dok. 118.
64 Wie Anm. 53.
65 Carlswerk in Köln.
66 Die ausgelassenen Ausführungen behandeln die Erwerbslosenarbeit der KPD in Köln.
67 Zur wirtschaftlichen Entwicklung in einzelnen genannten Firmen vgl. Rüther, Arbeiterschaft, S. 16ff.

stellung. Köln-Deutzer-Motorenbau hat 300 neu eingestellt. Im Braunkohlengebiet mehrere Feierschichten eingelegt. Aus Holland kamen Brikettlieferungen wegen des Wirtschaftskonfliktes zurück. Bei dem Bau der Schnellbahn Düsseldorf-Köln wurde an einer Baustelle die 40 Stundenwoche eingeführt: 4 Tage à 10 Stunden. Arbeiter diskutierten, daß sie nicht mehr lange so mitmachen können. Manche haben kaum noch die Kraft, nach Hause zu fahren. B[ezirks]k[omitee] hat noch keine Verbindung mit diesen Arbeitern. Bei der Eisenbahn wurde die Arbeitszeit der Lokführer um 2 Stunden erhöht, auf 16 Std. Bei Tietz müssen die Packer bereits früh 8 Uhr anfangen und so lange bleiben, bis alles aufgearbeitet ist. Sie werden dann erst wiedergeholt, wenn neue Arbeit da ist, müssen ev[en]t[uel]l bis nachts 10 Uhr arbeiten. Rückgang im Umsatz soll bis 30% betragen.

Nach dem Tietz-Streik konnten wir mit den SPD-Kollegen nicht diskutieren, heute ist das anders. Die gemaßregelten NSBO-Leute wurden wieder eingestellt, die RGO-Kollegen nicht. – Die Angestellten der Maschinenfabrik Humboldt wurden zur Schlageterfabrik kommandiert, der größte Teil weigerte sich. – Instrukteure des Bezirkskomitees gibt es nicht.

Allgemeiner Bericht von Mittelrhein (ohne Datum): In Textilfabriken Königsberger, Aachen, wurde zum 1. Mai eine Flugblattverteilung vorgenommen, Polizeiuntersuchung war erfolglos. – In Stolberg bestehe eine Erwerbslosengruppe, klein, aber aktiv. Die Betriebsgruppe ist aber passiv (Metallbetrieb). In Düren und Eschweiler konnte der Bezirksinstrukteur noch nicht anlaufen. Im Wurmgebiet fand in Hürth am 1. Mai die Feier statt, keine Begeisterung der Kumpel, die NSBO-Leitung ließ die Kundgebung acht Tage später wiederholen.

In Bonn, Godesberg, Beuel, Mehlem, Hönningen, Vallendar, Neuwied, Andernach, Mayen, Koblenz, N[ieder]-Lahnstein, O[ber]-Lahnstein sind die Betriebsgruppen auseinandergefallen, Ortskomitees aufgerieben. Nur in Wirges, Westerwald, besteht die RGO noch zu 90%. In dieser roten Hochburg fast keine Verhaftungen.

Stadt Köln: Eine Gruppe erwerbsloser Eisenbahner von 10 Mann hat folgendes durchgeführt: Aufbau der Betr[iebs-]Gr[uppe] R[eichsbahn-]A[usbesserungs-]W[erk], Gereon, Oberbau und Mitropa. I[ndustrie-]G[ruppe] Gemeinde-Verkehr steigende Aktivität, Materialien restlos verkauft. Aber seit Februar [1933] keine Abrechnungen mehr. Bei der Rhenag (Gas, Elektrizität, Wasser) 240 Belegschaft, wurde der RGO-Obmann aus der Haft entlassen, aber nach einem Tage Arbeit von der Arbeit entlassen. Belegschaft verlangt eine Versammlung. NSBO-Leitung erklärte dort, alle Marxisten müßten entlassen werden. Kollegen verlangten von der Direktion eine Erklärung dazu. Diese erklärte, die Entlassung sei erfolgt auf Anweisung der NSBO. Ein NSBO-Kollege aber erklärte, der Entlassene sei einer der besten Kollegen, er müsse sofort wieder eingestellt werden. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Abstimmung ergab überwältigende Mehrheit für Wiedereinstellung. Der Kollege wurde wieder eingestellt, erhielt wegen der Haft einen zehntägigen bezahlten Urlaub. In einem anderen Betrieb erklärte ein Nazi, als eine Broschüre von uns in seine Hände kam, er müsse das melden, dann sagte er, er wolle doch mal sehen, was die Kommune schriebe und die um ihn herumstehenden vergaßen dabei, was sie waren und sagten: »Das haben wir doch gleich gesagt, daß das mit dem [...][68] Schwindel ist, das haben die Nazi selbst getan.« – Die Instrukteure erhalten kein Fahrgeld, fahren weite Touren mit dem Rad, keine Mittel.

68 Das Wort fehlt in der Vorlage. Zu ergänzen wahrscheinlich: Reichstagsbrand.

DOKUMENT 117

4. 7. 1933: Die RGO-Reichsleitung in Berlin analysiert den Zustand und das weitere Vorgehen der »roten Verbände«

BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/13, Bl. 473–474 R. Maschinenschrift. Ohne Unterschrift. Ohne Adressatangaben.[1]

Berlin, den 4. Juli 1933

Liebe Freunde

Die Aufgaben der roten Verbände

I.) Die roten Verbände sind gerade in der jetzigen Situation, wo die Gewerkschaften vom *Hitler*-Faschismus beherrscht werden, von allergrößter Bedeutung. Sie sollen im Bewußtsein der Millionen Gewerkschaftsmitglieder jene Klassengewerkschaften sein, die die besten Traditionen der deutschen Gewerkschaftsbewegung in sich verkörpern und weiterentwickeln. Sie sollen die Organisationen des unversöhnlichen Klassenkampfes darstellen, die an der Spitze der Arbeiterschaft den Kampf der Massen auf der Basis der Einheitsfront gegen die Angriffe der Unternehmer, gegen die faschistische Kommissar-Herrschaft in den Gewerkschaften, für die Entreißung der Gewerkschaften aus den Händen des Faschismus und ihre Wiederherstellung als Klassengewerkschaften usw. organisieren. Sie sollen also gemeinsam mit der RGO das antifaschistische Kraftzentrum innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften und Betriebe darstellen, zur Sammlung der Millionenmassen gegen die Angriffe der faschistischen Reaktion, für die Forderungen und Interessen der Arbeiterklasse.

Mit Recht wurde auf unserem November-Plenum[2] darauf hingewiesen, daß die roten Verbände in jeder Beziehung Mustergewerkschaften sein müssen, die auf die Arbeitermassen als leuchtendes Beispiel eine große Anziehungskraft ausüben. Leider sind wir von diesem Ziele noch recht weit entfernt.

Die entscheidenden Schwächen, die auf dem letzten Plenum des Reichskomitees[3] festgestellt wurden, die sektiererische Abgeschlossenheit unserer Betriebssektionen von den Belegschaften und Gewerkschaftsmitgliedern durch die Negierung der Einheitsfrontpolitik, die ungenügende Interessenvertretung der Arbeiter in den Betrieben, die mangelnde innergewerkschaftliche Arbeit (die sich in der Hauptsache darin äußert, daß die Verbände sich nicht auf die Industriegruppenpolitik konzentrieren), ferner unser Unvermögen, neben den Betriebssektionen der roten Verbände RGO-Gruppen zu schaffen und eine breite Oppositionsarbeit in den Gewerkschaften zu leisten, die ungenügende Entwicklung der Arbeiterdemokratie in den roten Verbänden und die Ersetzung der Masseninitiative von unten durch bürokratische Anweisungen usw., all diese entscheidenden Schwächen und Mängel haben wir in den vergangenen Monaten nur teilweise überwinden können und sie sind die Ursache für die schweren Mängel, die nach der Errichtung der faschistischen Diktatur durch den *Hitler*-Fa-

1 Der Verfasser konnte nicht eindeutig ermittelt werden. Der Reichsleiter der RGO war zu diesem Zeitpunkt Fritz Schulte. Gemeinsam mit Walter Ulbricht (Deckname: Silverberg) bildeten Hermann Schubert und John Schehr die Inlandsleitung der KPD bzw. das Sekretariat. Vgl. Dok. 115 Anm. 1. In der Vorlage zahlreiche Unterstreichungen und Sperrungen des Textes.

2 Gemeint ist die Plenartagung des Reichskomitees der RGO am 23./24.11.1932. Vgl. hierzu Müller, RGO, S. 192.

3 D. h. das Reichskomitee der RGO.

schismus und bei dem faschistischen Gewaltstreich gegen die Gewerkschaften[4] allgemein in Erscheinung traten.

II.) Seitdem unsere roten Verbände unter dem Terror der faschistischen Diktatur gezwungen sind, ihre Arbeit im Betriebe illegal weiterzuführen, äußern sich in der Hauptsache folgende entscheidende Schwächen:

a) Wir konnten allgemein ein Zurückweichen unserer Verbandsmitglieder und Leitungen vor dem faschistischen Betriebsterror feststellen. Unsere Funktionäre und Mitglieder versuchten nur ungenügend, die antifaschistische Kampfstimmung der Gewerkschaftsmitglieder und Arbeiter zur Organisierung von Widerstandsaktionen auszunützen. Dieses Zurückweichen vor dem faschistischen Terror äußerte sich teilweise in einer starken Passivität in diesen entscheidenden Wochen und kam andererseits in dem kampflosen Überlaufen unserer Mitglieder in die Organisationen des Faschismus, insbesondere in die NSBO, zum Ausdruck. Hierbei wurde noch von einzelnen Funktionären und Mitgliedern die »Theorie« erfunden, daß die Gewerkschaften jetzt faschistisch seien und daß die Arbeit in der NSBO wichtiger sei, als in den Gewerkschaften.

Durch diese »Theorie« kommt die völlige Unterschätzung der innergewerkschaftlichen Arbeit und der entscheidenden Rolle der Millionen Gewerkschaftsmitglieder bei den kommenden Kämpfen treffend zum Ausdruck. Neben dem prinzipiellen Kampf gegen die faschistischen Betriebsorganisationen, gegen den faschistischen Terror auf Eintritt in die NSBO unter gleichzeitiger Organisierung einer Oppositionsbewegung in den faschistischen Verbänden ist jedoch die Organisierung einer Massenoppositionsbewegung in den Gewerkschaften aufgrund der marxistischen Traditionen unter den Gewerkschaftsmitgliedern und deren antifaschistischer Einstellung die entscheidende Kampfaufgabe. Der Verzicht auf die Gewinnung der Gewerkschaftsmitglieder, der Organisierung des Massenwiderstandes gegen den Faschismus in den Gewerkschaften, ist gleichbedeutend mit dem Verzicht auf Massenaktionen des Proletariats gegen Unternehmeroffensive und Faschismus überhaupt.[5]

b) Diese Isolierung von den Gewerkschaftsmitgliedern, das Zurückweichen vor dem faschistischen Terror und den Schwierigkeiten in der Arbeit kommt ferner zum Ausdruck in dem Vorhandensein stark liquidatorischer Tendenzen. Wir haben solche Tatsachen zu verzeichnen, daß selbst die Leitungen von großen roten Verbänden, die für ihre Existenz und Weiterentwicklung eine breite Massenbasis haben, ernsthaft die Liquidierung der roten Verbände und die Überführung der Mitglieder in die Gewerkschaften in Erwägung gezogen und diese beim Reichskomitee beantragt haben.

Diese liquidatorische Tendenz äußert sich auch sehr eindeutig in der Doppelmitgliedschaft vieler Mitglieder der roten Verbände. Unter dem Druck des faschistischen Betriebsterrors traten zahlreiche Verbandsmitglieder in die NSBO ein, während ein anderer Teil bei Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft im roten Verband in die freien oder christlichen Gewerkschaften eingetreten ist. Diese letzteren Mitglieder »begründen« ihren Schritt mit der Notwendigkeit der Oppositionsarbeit in den Gewerkschaften. In der Tat jedoch bedeutet die Doppelmitgliedschaft in diesem Falle, wenn auch unbewußt, den Anfang für die Liquidierung der roten Verbände. Sie spiegelt die

4 D.h. bei der Besetzung und Zerschlagung der Freien Gewerkschaften am 2.5.1933

5 Vgl. zu dieser Entwicklung auch Dok. 6, 116 sowie z.B.: S., an Liebe Freunde: Die Bedeutung des 1. Mai, Hauptaufgaben, Forderungen, vom 10.4.1933; Bericht der Bezirksleitung der KPD im Bezirk Wasserkante über den Stand der Organisation und der gewerkschaftlichen Arbeit in: Hamburger Freunde, an Liebe Freunde, vom 10.4.1933; Bericht des Bezirksausschusses Berlin-Brandenburg über die Situation der RGO und der roten Verbände, vom 28.7.1933 (BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/13, Bl. 430–432, 3/16/66; Bl. 102–104; 4/6/14, Bl. 179–181).

völlige Isolierung unserer Betriebsgruppen von den Belegschaften, vor allem von den Gewerkschaftsmitgliedern, wider.

c) Als zwangsläufige Folge dieser Doppelmitgliedschaft wird vielfach in den roten Verbänden die Forderung auf Herabsetzung der Verbandsbeiträge gestellt. So hatte der »Einheitsverband der Metallarbeiter« in Berlin bereits ohne Zustimmung des Reichskomitees eine Beitragsreduzierung bis zu 50 Prozent beschlossen, die nur im letzten Augenblick noch verhindert werden konnte.

Bei der Frage der Doppelmitgliedschaft ist besonders die letzte Verordnung des faschistischen Kommissars [Robert] *Ley* über die Zwangsmitgliedschaft in den Gewerkschaften von Bedeutung.[6] Bekanntlich wollen die Faschisten in den nächsten Monaten eine große Werbekampagne in den Betrieben durchführen mit dem Ziel, die Arbeiter restlos in die Gewerkschaften zu zwingen. Die Arbeiter, die nicht bereit sind, in die Gewerkschaften einzutreten, sollen kein Recht auf Beschäftigung oder Zahlung von Tariflöhnen haben. Es wird ihnen außerdem der Entzug des Staatsbürgerrechts angedroht.[7] Die Leitungen der roten Verbände stehen vor der ernsten Frage:

Wie organisieren wir sofort den Massenwiderstand der Belegschaften und Gewerkschaftsmitglieder gegen diese Zwangswerbung?

Gelingt es unseren Betriebssektionen nicht, sich in dieser Frage fest mit den Belegschaften und Gewerkschaftsmitgliedern zu verbinden und mächtige Widerstandsaktionen in den Betrieben und Gewerkschaften auszulösen, so werden unsere Mitglieder entweder kampflos aus den Betrieben herausfliegen, oder sie treten unter dem Druck des faschistischen Terrors in die Gewerkschaften ein.[8]

In beiden Fällen würde das die Liquidierung der roten Verbände bedeuten.

d) Das Zurückweichen vor dem faschistischen Betriebsterror kommt auch in der Tendenz zum Ausdruck, das Schwergewicht der Verbandsarbeit, z.B. die Kassierung usw., die Propaganda, das Verkaufen der Zeitungen etc. in das Wohngebiet zu verlegen. Also anstatt einen Schritt vorwärts zu tun, unsere Positionen im Betriebe fester auszubauen und sich ganz auf die Organisierung der Industriegruppenpolitik, der konkreten Politik in den gegnerischen Verbänden zu konzentrieren, soll hier ein Schritt rückwärts gemacht werden.

Hier spiegelt sich deutlich die reformistische Auffassung wider, daß man infolge des herrschenden Betriebsterrors im Betriebe nichts tun könne, daß man abwarten müsse, bis der Terror sich gelegt habe und daß nur dann Widerstandsaktionen möglich sind, wenn der *Hitler*-Faschismus »abgewirtschaftet« habe. Diese Auffassungen und Stimmungen spiegeln die reformistische Ideologie in der Arbeiterklasse und in unseren eigenen Reihen wider. Es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß nach der »Gleichschaltung« der Gewerkschaften, nach der Verjagung der sozialdemokratischen Führer auch ihre Ideologie und ihre Theorien erledigt sind. Die »Theorien« des »Abwirtschaftenlassens«, des »Abwartens«, des »Kleineren Übels« spielen nach wie vor im Be-

6 Vgl. hierzu und zum folgenden: Robert Ley, Grundsätzliche Gedanken über den ständischen Aufbau und die Deutsche Arbeitsfront. Rede vor dem Großen Arbeitskonvent der DAF am 23.5.1933, in: Der Angriff, 7. Jg., Nr. 132, vom 8.6.1933 und Nr. 133, vom 9.6.1933. Vgl. auch den Aufruf von Ley, Deutscher Arbeitsmensch in Stadt und Land, vom 22.6.1933, abgedr. in: Mitteleuropäische Sektion, RGI (Deutschland), Material zum Faschisierungsprozeß der Gewerkschaften in Deutschland, vom 15.5.1933, S. 19 (BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/22, Bl. 176).

7 Vgl. Reinhold Muchow (Leiter des Organisationsamtes der DAF und stellvertretender NSBO-Leiter), Der Neuaufbau der Deutschen Arbeiterverbände, in: Arbeitertum, 3. Jg., Nr. 8, vom 15.6.1933, S. 3–5.

8 Zum Druck von DAF und NSBO auf die Beschäftigten, in den gleichgeschalteten Organisationen zu bleiben und die Beiträge weiter zu entrichten, vgl. z.B. den Aufruf des Fabrikarbeiterverbandes in Osterode/Harz, vom 11.5.1933 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/8/25, Bl. 38).

wußtsein der Gewerkschaftsmitglieder und Arbeitermassen eine entscheidende Rolle, gegen die wir überzeugend den Kampf führen müssen.

III) Diese ausführlichen Darlegungen zeigen, daß unsere roten Verbände vor entscheidenden Aufgaben stehen. Diese sind nur dann erfolgreich zu lösen, wenn wir ideologisch unter unseren Verbandsmitgliedern, vor allen Dingen bei den Betriebssektionen, restlose Klarheit in allen Fragen schaffen, wenn es uns gelingt, die irrigen Auffassungen, die vorhandene Schwäche und Mängel schnell und restlos zu überwinden. Es muß deshalb das Bestreben jeder Verbandsleitung sein, sofort in Funktionär- und Mitgliederzusammenkünften an die völlige Klärung dieser Fragen heranzugehen und auch die Verbandszeitungen in den Dienst dieser Kampagne zu stellen.

Die gesamten hier aufgezeigten Schwächen und Mängel lassen sich zurückführen auf eine große zentrale Schwäche in unserer gesamten Politik, auf die ungenügende Verbindung mit den Gewerkschaftsmitgliedern, auf das bisherige Unvermögen, unsere Betriebssektionen mit den Gewerkschaftsmitgliedern des Betriebes zu einem Block zusammenzuschließen, durch unsere Aktivität in den Gewerkschaften eine breite, antifaschistische Oppositionsbewegung zu schaffen.

Diese zentrale Aufgabe können wir nur dann lösen, wenn wir nicht allgemein vom antifaschistischen Kampf reden, sondern wenn wir die Gesamtpolitik des gegnerischen Verbandes (also beim Einheitsverband der Bergarbeiter die Politik des Industrieverbandes für den Bergbau, beim roten Metallarbeiterverband Berlin die Politik des D[eutschen] M[etallarbeiter-]V[erbandes] usw.) zum Ausgangspunkt unserer Gesamtarbeit machen.

Hier gilt es anzuknüpfen an die Tariffragen dieser Verbände, an die Statuten, die im Bewußtsein der Mitglieder eine große Rolle spielen, an die Unterstützungseinrichtungen, an die Tätigkeit der Kommissare in diesen Verbänden, an das Selbstbestimmungsrecht usw., und diese Fragen zu verbinden mit dem Kampf gegen die faschistische Zwangswerbung, für die Verteidigung der Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte gegen beabsichtigte Funktionsenthebung und Entlassung, für die Verteidigung der Unabdingbarkeit der Tariflöhne und des kollektiven Tarifvertrages, gegen die Einführung des Leistungslohnes, gegen die Verlängerung der Arbeitszeit, für Lohnerhöhungen und Gewährung von Teuerungsbeihilfen usw. usw.[9]

In kleinen Einzelbesprechungen müssen die speziellen gewerkschaftlichen Kampfforderungen auf der Grundlage des Tarifvertrages, unter Anknüpfung an die Verbandsstatuten, in Verbindung mit den konkreten Betriebsfragen herausgearbeitet werden, um diese unter den Gewerkschaftsmitgliedern und der Arbeiterschaft des Betriebes zu popularisieren. Es muß uns in kürzester Zeit gelingen, in den Betrieben die verschiedenartigsten Einheitsfrontorgane gemeinsam mit den Gewerkschaftsmitgliedern zu schaffen (Komitees zur Verteidigung des kollektiven Tarifvertrages, zur Verteidigung der Akkordlöhne, der tariflich festgelegten Sonderleistungen wie Schmutzzulagen, Waschpausen, Arbeitskleidung, Wegegeldzulagen usw. usw.).

In jedem Verband muß sich diese konkrete innergewerkschaftliche Politik in den Verbandszeitungen widerspiegeln. Wenn es uns gelingt, einige solcher Beispiele zu schaffen, so sollen diese in der Verbandszeitung an der Spitze mit kurzem Kommentar gut aufgemacht werden, als nachahmenswerte Musterbeispiele für unsere rote Verbandsarbeit.

Durch eine solche planmäßige innergewerkschaftliche Arbeit schaffen wir nicht nur die Voraussetzung für den erfolgreichen Widerstand der Gewerkschaftsmitglieder und

9 Der Absatz ist in der Vorlage durch Einrücken hervorgehoben.

Arbeiter gegen die bevorstehenden Angriffe des Faschismus und Unternehmertums. Wir schaffen dadurch auch die Basis für die Bildung von Betriebsgruppen der RGO neben den Betriebssektionen und einer breiten Oppositionsbewegung in den Gewerkschaften. Sie ist auch die erste Voraussetzung für die Durchführung einer breiten Werbekampagne für die roten Verbände unter den Massen der unorganisierten Arbeiter.

Jede Leitung ist verpflichtet, sofort zu diesen Fragen Stellung zu nehmen und uns bis zum 15. Juli [1933] in einem genauen schriftlichen Bericht mitzuteilen, in welcher Weise diese aufgezeigten Arbeiten in Angriff genommen wurden.[10]

Eure Freunde

DOKUMENT 118

13. 7. 1933: Die Entwicklung der Mitgliederzahlen der RGO und der »roten Verbände« in den einzelnen Reichsteilen zwischen Januar und Juni 1933

BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/9, Bl. 157–159. Maschinenschriftliche Abschrift. Ohne Unterschrift. Ohne Verfasser- und Ortsangabe. Für den Abdruck gekürzt.[1]

10 Solche schriftlichen Berichte lagen nicht vor. Vgl. auch Dok. 115 Anm. 16 sowie zum Fortgang in einzelnen Bezirken u. a. die zusammengestellten Berichte über die Situation der RGO und der roten Verbände in den einzelnen Reichsteilen zwischen April und Juni 1933, vom 13.7.1933 (alle: BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/9, Bl. 74–91); Bericht der Bezirksleitung der KPD im Bezirk Wasserkante über den Stand der Organisation und der gewerkschaftlichen Arbeit (Anm. 5); Bericht der RGO Ruhrgebiet über den Stand der RGO und der roten Verbände, vom 28.11.1933 (BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/19, Bl. 44–49).

1 Die Zahlenangaben befinden sich in der Anlage zu einem 18-seitigen Bericht über »Die Lage in der RGO, den roten Verbänden und den faschistischen Gewerkschaften« (BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/9, Bl. 74–91). Beide Teile sind als »streng vertraulich« eingestuft. Angaben im Kopf des Berichts: »6. 6793/8/F. Abschrift. 13.7.[19]33.« Handschriftliche Notizen am Anfang der Zusammenstellung zum »Mitgliederstand der RGO«: »3693: 28.8.1933« und »8ex[emplare]«. Eingangsstempel im ersten Text (Bl. 74): »3021 * 15.JUL[I] 1933«. Russischer Stempel. Handschriftlicher Namenszug: »Knorin« [d. i. Wilhelm Knorin], sowie handschriftliche Notizen: »5.VII 1933, S.b.« und »siehe auch Mappe 2/1«.
Die hier entfallene, umfangreiche Darstellung beinhaltete Berichte der Instrukteure und Leiter von RGO und KPD zur Lage in den einzelnen Bezirken. Vgl. hierzu neben Dok. 116 auch die vorangehenden vorläufigen Zusammenstellungen, z.B. zu Mittelrhein, Niederrhein und Ruhrgebiet, deren Informationen und Formulierungen in den vorliegenden Lagebericht eingeflossen sind: Bericht von der Besprechung mit den RGO-Sekretären und dem Leiter des EVBD am 21.4.1933; Bericht von der Besprechung mit den RGO-Sekretären 20 [Niederrhein] und 21 [Mittelrhein, vom 8.5.1933; Berater 18/19 [Ruhrgebiet], Kurzer Bericht über eine Sitzung mit den RGO-Sekretären 20 [Niederrhein], 21 [Mittelrhein] und dem Sekretär des EVBD am 19.5.[1933] (alle: BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/9, Bl. 35–38, 146–150). Vgl. ferner: Bericht von der Instrukteurssitzung am 17. und 24.4.1933; Bezirk 21 [Mittelrhein], An die Direktion des Stammgeschäftes in Berlin, 25.4.1933; Bericht über eine Sitzung mit dem Sekretariat der Bezirksleitung 18/19 [Ruhrgebiet] am 2.6.[1933] (BA, SAPMO, ZPA, I 3/21/46, Bl. 7–13). Zu den Betriebsratswahlen vgl. Dok. 6 und 9.

Streng vertraulich

Mitgliederstand der RGO[2]

Bezirke:	Januar	Juni	
		abgerechnet	erfaßt
Berlin	15.054 abger[echnet]	800	1.500
Sachsen	13.601 abger[echnet]	250[3]	1.000
Hamburg	6.134 abger[echnet]	769	–
Ruhrgebiet	9.368 abger[echnet]	160	1.500
Düsseldorf	6.381 abger[echnet]	553	–
Köln	3.097 abger[echnet]	80	250
Thüringen	4.083 abger[echnet]	290	850
Halle-Merseburg	7.086 erfaßt	73	300
Bremen	3.050 erfaßt	185	400
Frankfurt a.M.	4.440 abger[echnet]	200	600
Württemberg	2.962 abger[echnet]	kein Bericht	kein Bericht
Kassel	770 abger[echnet]	70	200
Baden-Pfalz	3.689 abger[echnet]	kein Bericht	kein Bericht
Schlesien	2.452 abger[echnet]	50	–
Oberschlesien	1.309 abger[echnet]	kein Bericht	kein Bericht
Ostpreußen	829 abger[echnet]	kein Bericht	kein Bericht
Pommern	2.170 erfaßt	70	–
Mecklenburg	1.451 abger[echnet]	kein Bericht	kein Bericht
Magdeburg	1.624 abger[echnet]	kein Bericht	kein Bericht
Hannover	2.900 abger[echnet]	114	500
Nordbayern	1.707 abger[echnet]	kein Bericht	kein Bericht
Südbayern	1.142 abger[echnet]	kein Bericht	kein Bericht
Danzig	825 abger[echnet]	kein Bericht	kein Bericht
Saar	900 erfaßt	kein Bericht	kein Bericht

Mitgliederstand der Roten Verbände[4]

Metall Berlin	9.000 erfaßt	1.200 abger[echnet]
Metall Solingen	3.215 abger[echnet]	400 abger[echnet]
Metall Limbach	360 erfaßt	nichts
Fabrikarb[eiter] Selb	295 abger[echnet]	?
Fabrikarb[eiter] Fabrik Marktredwitz	48 erfaßt	?
Fabrik Penig	214 erfaßt	?
Textil Rheine	722 erfaßt	?
Textil Limbach	372 abger[echnet]	nichts
Textil Forst	270 erfaßt	60 abger[echnet]
Eisenbahn Ostpreußen	794 erfaßt	nichts
Eisenbahn Saar	336 erfaßt	?
Eisenbahn Oberschlesien	303 abger[echnet]	?
Eisenbahn Gotha	118 erfaßt	hat sich aufgelöst
Gemeinde-Verkehr Ruhr	533 abger[echnet]	200 erfaßt
Gesamtverb[and] Limbach	16 abger[echnet]	hat sich aufgelöst
Angestellte Limbach	42 erfaßt	hat sich aufgelöst

2 Die Überschriften sind in der Vorlage unterstrichen.
3 Handschriftlich eingefügt: »-24«.
4 Wie Anm. 2.

Südd[eu]t[sche] Hotel-Ang[estellte] Stuttgart	227 abger[echnet]	?
Fleischer Berlin	308 abger[echnet]	?
Schuhmacher Berlin	714 erfaßt	?

Zentrale Verbände

Bauarbeiter Januar [1933] 29.267 erfaßt; Mitglieder jetzt unbekannt.[5]

Bezirk Berlin sind im Juni [1933] 1.500 abgerechnet.
Bezirk Ruhr sind im Juni [1933] 1.300 erfaßt.
Bezirk Hamburg sind im Juni [1933] 300 erfaßt.

Bauarbeiterverband: Hatte im Januar [1933] 14.200 erfaßte und 9.000 abgerechnete Mitglieder im Reich. Jetzt unbekannt. Der Verband hat nach den Berichten nur im Ruhrgebiet, Waldenburger und Saargebiet Stützpunkte. Mitgliederzahl ist nur von Ruhr bekannt. Dort haben wir jetzt 1.000 erfaßte Mitglieder. (Nur Erwerbslose).

Landarbeiter-Verband: Hatte im Januar [1933] folgende Mitglieder in den Bezirken.

Berlin	210 abger[echnet]	Pommern	51 abger[echnet]		
Ostpreußen	1.136 abger[echnet]	Schlesien	62 abger[echnet]		
Hamburg	166 erfaßt	Halle	587 erfaßt	Danzig	878 erfaßt

Den Berichten aus den Bezirken ist zu entnehmen, daß die Landarbeiterverbände überall zusammengebrochen sind.

Einheitsverband der Seeleute und Hafenarbeiter: Mitglieder im Januar [1933] 8.000 erfaßt. Jetziger Stand siehe Bericht.[6]

Bemerkungen zur Anlage:

Die Aufstellung der Mitglieder sowohl in der RGO wie in den roten Verbänden sind keine Schätzungen, sondern Bestimmtheiten. Sie stützen sich auf Berichte und meist auf eingesandte Finanzberichte. Wo wir keine genauen Unterlagen haben, haben wir keine Angaben gemacht.

Über die Zusammensetzung der Mitglieder (Betriebsarbeiter-Erwerbslose) haben wir keine genauen Angaben. Es ist aber mit Bestimmtheit anzunehmen, daß der größte Teil erwerbslos sein wird. Trotz mehrmaliger Aufstellung von Berichtsschemen erhalten wir nicht die Fragen in den Berichten beantwortet. Das zeigt, daß die Bezirke nicht über [den] genauen Stand der Organisation informiert sind. Die beiliegenden Berichte Ruhr, Berlin, Hamburg, Thüringen und Seeleute geben Aufschluß über die Lage im Bezirk. Sehr aufschlußreich ist die Statistik über die Mitgliederbewegung. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß Hamburg immer noch organisatorisch und finanziell der best fundierte Bezirk ist. Allen Berichten nach zu urteilen – und das zeigt auch der Hamburger – ist von einem Stillstand in der Rückwärtsentwicklung noch nichts zu merken. Terror und Verhaftungen lassen nicht nach. Im Gegenteil haben sie sich in den letzten Wochen verstärkt und reißen weitere Lücken. Sicherungen und Kaderfrage werden zu einem entscheidenden Problem für die Organisation. Auch die Zahl[en] der Bewegungen werden in den Berichten immer spärlicher. Daraus ist zu schließen, daß wenige vorhanden sind, was auf eine schwächere politische Tätigkeit unserer Organisation schließen läßt. Erhöht hat sich jetzt im starken Maße die Herausgabe des Materials. Fast alle Bezirkskomitees geben in laufenden Abständen

5 Die beiden letzten Worte sind in der Vorlage unterstrichen.
6 Der Bericht lag nicht bei. Vgl. zur Entwicklung des Einheitsverbandes der Seeleute, Binnenschiffer und Hafenarbeiter Kap. III der Dokumente u.a. Dok. 56.

Informationsmaterial und vervielfältigte RGO-Zeitungen heraus. Betriebszeitungen sind sehr spärlich. Das meiste Material wird von den Bezirkskomitees herausgegeben. Ganz schlecht ist es mit der Erwerbslosenarbeit. Nur der Berliner E[rwerbslosen]-Ausschuß, der unter unseren direkten Anweisungen arbeitet, macht Fortschritte. Er gibt regelmäßig in einer Auflage von 500 bis 1.000 Exemplaren den »Stempelstellenbruder« heraus. Auch zum 1. August [1933] entfaltete er eine gute Arbeit. (Flugblätter und Klebezettel auf Stempelstellen). Zu Aktionen kam es nicht.

Finanziell ist, wie aus der Anzahl der abgerechneten Mitglieder in den Bezirken ersichtlich, nicht viel herauszuholen. Auch wenn die uns zustehenden Beitragsanteile abgerechnet wurden, dann deckt dieser Betrag nicht im entferntesten unsere Ausgaben.

DOKUMENT 119

Anfang Oktober 1933: Anweisungen des Zentralkomitees der KPD an die illegalen Gliederungen der KPD zum »Aufbau unabhängiger Klassengewerkschaften« und die Weitergabe durch die Bezirksleitung Ruhrgebiet

BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 299, Bl. 162–173. Maschinenschriftliche Abschrift.[1]

Schafft unabhängige Klassengewerkschaften.[2]

1.) Alle Bezirksleitungen [der KPD] sollten unmittelbar zur Gewerkschaftsresolution des Z[entral]k[omitees] und der sich daraus ergebenden konkreten Aufgaben der Schaffung unabhängiger Klassengewerkschaften Stellung nehmen, festlegen, [in] welcher Weise die Parteimitglieder und die Massen der Arbeiter über diese zentrale Aufgabe informiert werden und einen konkreten Arbeitsplan ausarbeiten, in welchen Betrieben und örtlichen Industriegruppen vor allem die Organisierung unabhängiger Klassengewerkschaften erfolgen soll.[3] Gleichzeitig ist zu bestimmen, welche Kräfte der revolutionären Gewerkschaftsopposition und den roten Einheitsgewerkschaften für die Durchführung dieser Aufgaben in den einzelnen Industriegruppen zur Verfügung gestellt werden. Die RGO mit ihren Betriebsgruppen und roten Verbänden muß die Führung übernehmen, in den Augen der Arbeiterklasse der Träger der Initiative zum Aufbau der unabhängigen Klassengewerkschaften sein.[4]

2.) Alle Parteiorganisationen sind verpflichtet, die Aufrufe des Z[entral]k[omitees] und der RGO für die Schaffung unabhängiger Klassengewerkschaften zu vervielfältigen und mitzuhelfen bei der Vorbereitung der »Gewerkschaftszeitung«[5] und bei der Herausgabe von Industriegruppenzeitungen.[6]

Die Schaffung der »Deutschen Arbeitsfront« bedeutet die völlige Liquidierung der reformistischen und christlichen Gewerkschaften. Was heute unter dem Namen des »Gesamtverbandes der Arbeiterorganisationen« noch besteht, hat in seinem Wesen mit Gewerkschaften nichts mehr zu tun.[7] Die Zerschlagung der Gewerkschaften findet ihren Ausdruck in der völligen Umwandlung der Verbände in einen Bestandteil des faschistischen Staatsapparates, im Verbot jeder gewerkschaftlichen Tätigkeit, in der »Reorganisation« zu faschistischen Berufsverbänden, denen auch die Unternehmer und Antreiber angehören, im Raub der Mitgliederrechte, in der Beseitigung des Tarifvertragssystems und der Einsetzung der »Treuhänder«, in der Beseitigung der Wählbarkeit der Betriebsräte. In unmittelbarem Zusammenhang damit steht die Zerschlagung der staatlichen Sozialversicherung und die Einführung von Arbeitsdisziplinargerichten.

Diese Zerschlagung der Gewerkschaften dient unmittelbar der verschärften Kapitaloffensive, den Massenentlassungen antifaschistischer Arbeiter, dem Abbau der Löhne und der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, der Senkung der Reallöhne durch Teuerung und der Durchführung der faschistischen Zwangsarbeit. Die Erklärung der Hitlerregierung über die Unantastbarkeit der »Tarifverträge« war nur ein Manöver, unter dessen Deckmantel der Lohnraub in Form des faschistischen »Notopfers«, der Senkung des Reallohnes durch die Teuerung und die verschärfte Hetzarbeit durchgeführt und die weitere Offensive des Faschismus gegen die Arbeiterklasse vorbereitet wird.[8]

Wir haben in unserem Aufruf zur Schaffung der unabhängigen Klassengewerkschaften die Pläne der faschistischen Kapitalsdiktatur für das kommende Jahr gekennzeichnet.[9]

1 Die Anweisungen des Zentralkomitees wurden von der Bezirksleitung Ruhrgebiet der KPD verschickt und befanden sich als Anlage im Schreiben der Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Arnsberg in Dortmund an das Gestapa in Berlin, vom 4.11.1933. Die Dortmunder Stapo hatte das KPD-Schreiben »auf vertraulichem Wege« zugespielt erhalten. (Ebd., Bl. 161f.). Vorangegangen waren lange Diskussionen innerhalb der Inlandsleitung der KPD und mit der Auslandsleitung der KPD. Vgl. hierzu die ersten Entwürfe, insbesondere von »Freier« [d.i. Walter Ulbricht] vom 18.8.1933. Dieser hatte einen Resolutionsentwurf als »kurze Anweisung« an alle Bezirke verschickt, da »die Ausarbeitung der Resolution wahrscheinlich doch noch längere Zeit« dauere (BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/255, Bl. 39–40). Vgl. ferner die internen Auseinandersetzungen wegen Verzögerungen und ausgebliebenen Auslieferungen der Aufrufe aufgrund von Zerstörung und Materialschwierigkeiten (Ausfertigung und Lesbarkeit der Drucke), die verschiedenen Stellungnahmen und Entwürfe der Auslandsleitung sowie den nahezu textidentischen Entwurf vom 28.8.1933 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/256, Bl. 10–18) verglichen mit dem vorliegenden, verteilten Text von Anfang Oktober 1933. Der Konflikt drehte sich um die Stellung zur DAF und zur illegalen Arbeit in der DAF. Die Vorschläge von Ulbricht wurden eingearbeitet. Insbesondere der erste Teil entsprach den Anweisungen vom 18.8.1933 (Vorgänge in: BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/255, Bl. 33–35; 43–44, 48, 53–56, 59–62, 72–73, 77–78, 99–104; I 2/3/256, Bl. 19–20). Darüber hinaus wurden am 29.9.1933 und 27.10.1933 in der »Rundschau« zwei Beschlüsse des Zentralkomitees der KPD datiert vom 26.8.1933 bzw. bereits vom 25.8.1933 mit der Forderung nach dem Aufbau unabhängiger Klassengewerkschaften und jeweils deutlicher Kritik an den internen Gegnern veröffentlicht, was sich u.a. in den Losungen niederschlug. Vgl. hierzu die Angaben in Anm. 9, 14 und 28. Zur Entwicklung innerhalb der KPD während der ersten Monate der Illegalität vgl. auf der Basis einiger dieser Dokumente: Stefan Weber, Nach der Verhaftung Ernst Thälmanns leitete John Schehr die illegale KPD, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. 4, 1982, S. 483–498.
Zur Umsetzung vgl. z.B. den Aufruf des Einheitsverbands der Bergarbeiter Deutschlands, von Ende Oktober/Anfang November 1933 (LHA Koblenz, 403, Nr. 16783, Bl. 473, 475); Bericht der RGO Ruhrgebiet, vom 28.11.1933; Bericht der RGO Niederrhein, vom 1.12.1933 (BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/19, Bl. 44–49; I 4/6/20, Bl. 78–85).

2 Die Überschrift ist in der Vorlage unterstrichen.

3 Vgl. auch zur weiteren Entwicklung Dok. 120.

4 Dieser Satz ist den Anweisungen von »Freier« vom 18.8.1933 (Anm.1) hinzugefügt worden.

5 Die Nr. 1 der »Gewerkschafts-Zeitung. Organ des Reichskomitees der RGO« erschien im Juni/Juli 1933. Vgl. auch Stroech, S. 165f.

6 In den Anweisungen von »Freier« vom 18.8.1933 (Anm.1) hieß es zusätzlich: »und Betriebszeitungen«.

7 Noch im Juli 1933 wurde allerdings von »faschistischen Gewerkschaften« gesprochen. Vgl. den umfangreichen Bericht: Die Lage in der RGO, den roten Verbänden und den faschistischen Gewerkschaften, vom 13.7.1933 (BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/9, Bl. 74–91, 157–159).

8 Ab diesem Absatz unterschied sich der Resolutionstext von den Anweisungen von »Freier« (Anm. 1).

9 Zentralkomitee der KPD, Schafft überall von Kapital und Faschismus unabhängige Klassengewerkschaften. Aufruf, vom 26.8.1933, in: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, Nr. 36, vom 29.9.1933, S. 1402–1404.

Gegen diese Pläne müssen wir die Arbeiterklasse in den Kampf führen. Der Hauptteil dessen, was der NSDAP-Parteitag mit neuer Demagogie verbrämen sollte, ist:

1. die »Deutsche Arbeitsfront« wird zur allgemeinen Zwangsorganisation erklärt;
2. eine neue Lohnabbauwelle soll mit allgemeiner Kurzarbeit ohne Lohnausgleich verbunden werden (also doppelter Lohnabbau);
3. die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht (Arbeitsdienstpflicht) soll mit Militarisierung aller Betriebe verbunden werden;
4. die ganze Sozialpolitik soll indirekt und direkt vernichtet und in eine »Selbstversicherung« verwandelt werden, deren Leistungen sich nach den geleisteten Einzelbeiträgen richten;
5. die kollektiven Arbeitsverträge sollen vernichtet und durch individuelle Leistungsverträge ersetzt werden;
6. die Unternehmer sollen neben gewaltigen Subventionen eine umfassende steuerliche Entlastung erhalten, neue gewaltige Massensteuern sollen die Lasten der verschärften Krise und der großen Kriegsrüstungen auf Arbeiter, Angestellte und Werktätige abwälzen.

Dieses ungeheuerliche »Rettungsprogramm« der faschistischen Kapitalsknechte muß bei einer richtigen Durchführung unserer Politik zu einem gewaltigen Ansteigen der revolutionären Welle bis zu großen Massenaktionen, ökonomischen und politischen Massenstreiks und Massenkämpfen gegen Wehrpflicht, Militarisierung und Kriegshetze führen.

Schon jetzt zeigte der Widerstand breiter Massen der Gewerkschaftsmitglieder gegen die faschistischen Kommandeure der »Arbeitsfront«, die Sprengung zahlreicher, von den Faschisten einberufener Versammlungen, der Widerstand gegen den Lohnraub durch das faschistische »Notopfer«, der Kampf gegen Entlassungen und die Sprengung von Arbeitsdienstlagern, daß dem Faschismus die »Eroberung der Arbeiter« mit Hilfe der faschistischen Berufsverbände nicht gelingt.

Die Aufgabe unserer Partei, insbesondere aber der Betriebszellen und der kommunistischen Fraktionen in der RGO, den roten Verbänden, der »Deutschen Arbeitsfront« und der NSBO besteht darin, den Massenwiderstand zu organisieren und ihn auf dem Wege von Streiks, Demonstrationen und anderen Massenaktionen in das Fahrwasser des entscheidenden Kampfes gegen die faschistische Diktatur, gegen die faschistische »Arbeitsfront« zu lenken, und die Aufgabenstellung des »Offenen Briefes« zur Einigung der Arbeiterklasse unter Führung der KPD zu erweitern um die Schaffung unabhängiger Klassengewerkschaften.[10]

Schon der V. RGI-Kongreß hat die Losung »Hinein in die Gewerkschaften« als unzulässig gegenüber den reformistischen ADGB-Gewerkschaften erklärt.[11] Für die faschistische »Deutsche Arbeitsfront« aber wäre eine solche oder ähnliche Losung in noch schärferer Art zu bekämpfen, als krasser Opportunismus, der die Werbeaktion der [Robert] *Ley* und Konsorten direkt unterstützt, ihnen die Durchführung der Zwangsorganisationen erleichtert und faktisch alle liquidatorischen Tendenzen gegen die RGO unterstützt.[12]

10 Zentralkomitee der KPD, Es lebe die Einigung der Arbeiterklasse. Offener Brief des Zentralkomitees der KPD an alle Arbeiter Deutschlands, vom 20.6.1933, in: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, Nr. 23, vom 7.7.1933, S. 783–787.

11 V. Kongreß der Roten Gewerkschafts-Internationale in Moskau, vom 15.–30.8.1930. Zu dieser Politik während der Weimarer Republik vgl. eingehend Müller, RGO, insb. S. 135f.

12 Vgl. aber Dok. 115. Zu diesem Punkt – der Arbeit in der DAF – vgl. auch die Angaben zu den Auseinandersetzungen in der KPD-Führung in Anm. 1.

Auch die Losung »Rettet die Gewerkschaften«[13] ist opportunistisch, weil sie den Anschein erweckt, als sei die »Deutsche Arbeitsfront« mit den nationalsozialistischen Berufsverbänden noch eine »Gewerkschaft«, als könne hier etwas für den Klassenkampf »gerettet« werden.

Indem wir die opportunistische Gefahr brandmarken, verweisen wir gleichzeitig auch auf die Absätze der Gewerkschaftsresolution, in denen die ganze Partei verpflichtet wird, rücksichtslos durchzusetzen, daß genügend starke, qualifizierte Genossen der Partei und Mitglieder der RGO in der »Deutschen Arbeitsfront«, in der NSBO – besonders wo die NSBO nennenswerte Zahlen von Arbeitermitgliedern hat – die revolutionäre Arbeit zur Entfesselung des Massenwiderstandes, zur Organisierung einer Massenopposition, zur Losreißung der Arbeitermassen aus den faschistischen Stände- und Betriebsorganisationen leisten, die faschistischen Organisationen von innen sprengen, die Massen der früheren freigewerkschaftlichen und christlichen Arbeiter mit den RGO-Anhängern in den neuen unabhängigen Klassengewerkschaften vereinigen.[14] Der Werbeaktion der »Deutschen Arbeitsfront« setzen wir eine große Werbeaktion für die unabhängigen Klassengewerkschaften gegenüber. Unser Kampf um die revolutionären Klassengewerkschaften ist der Gegenschlag gegen den Versuch der Schaffung faschistischer Zwangsorganisationen. Unsere Politik verfolgt unverrückbar das Ziel, die faschistischen Zwangsorganisationen von innen und außen zu sprengen und die ganze Arbeiterklasse politisch unter Führung unserer Partei, gewerkschaftlich in den unabhängigen Klassengewerkschaften unter der Führung der RGO zu einigen (wobei natürlich in den Klassengewerkschaften die Kommunisten durch ihre vorbildliche Arbeit auf der Grundlage der Arbeiterdemokratie die politische und praktische Führung sich erobern).

Die mobilisierende Losung gegen die Schaffung des faschistischen Korporativsystems ist unter diesen Verhältnissen die Losung:

»Unabhängige Klassengewerkschaften«.[15]

Unter der zentralen Losung:

»Im Kampf gegen *Hitlers* Hunger-, Kriegs- und Unterdrückungsprogramm schafft Euch freie, vom Kapital und Faschismus unabhängige Klassengewerkschaften«,[16]

ist der ganze Kampf gegen die Tarifwillkür der Unternehmer, für das Koalitionsrecht, die Arbeiterpresse-, Versammlungsfreiheit, für Kollektivverträge ohne staatliche Einmischung, gegen die Liquidierung der staatlichen Sozialversicherung, gegen deren Übergabe an die faschistischen Verbände und für die Selbstverwaltung der Arbeiterversicherungsämter, gegen die Betriebskommissare und für unabhängige Betriebsräte, die von den Arbeitern gewählt werden, gegen Massenentlassungen antifaschistischer Arbeiter aus den Betrieben, für das Bestimmungsrecht der Betriebsräte über Arbeitereinstellung und -entlassungen, gegen die Zwangsmitgliedschaft in der faschistischen »Arbeitsfront« sowie gegen die Zwangsabzüge vom Arbeitslohn, gegen den Lohnraub durch das faschistische »Notopfer«, durch die Teuerung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, gegen die außerordentlichen Arbeitsdisziplinargerichte, gegen

13 Rettet die Gewerkschaften. Verteidigt Eure Organisation gegen die Angriffe der faschistischen Sozialreaktion und der kapitalistischen Lohnräuber. Aufruf des Zentralkomitees der KPD, in: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, Nr. 11, vom 28.4.1933, S. 321f.

14 Vgl. den Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 26.8.1933 (Anm. 9) bzw. den »Beschluß zur Gewerkschaftsfrage« vom 25.8.1933, in: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, Nr. 40, vom 27.10.1933, S. 1552–1556.

15 Die Losung ist in der Vorlage durch Einrücken hervorgehoben.

16 Ebd.

die »Deutsche Arbeitsfront« und gegen die faschistischen Berufsverbände zusammenzufassen.

In der Erkenntnis, daß die Sozialdemokratie nach wie vor die soziale Hauptstütze der Herrschaft der Bourgeoisie ist, gilt es, den prinzipiellen Kampf auf dem Boden des »Offenen Briefes« gegen die sozialfaschistische Gewerkschaftspolitik verstärkt weiterzuführen.[17] Es gilt, den Massen der Gewerkschaftsmitglieder zum Bewußtsein zu bringen, daß die Politik des »Abwartens« die direkte Unterstützung der faschistischen Diktatur bedeutet und die Hetze der Amsterdamer Internationale gegen den Kommunismus aktive Hilfe für die *Hitler*regierung und für den Faschismus im eigenen Land darstellt. Wenn sozialdemokratische Funktionäre jetzt von [Theodor] *Leipart*, [Peter] *Graßmann* und Konsorten abrücken, jedoch mit allen möglichen Wenn und Aber die reformistische Gewerkschaftspolitik verteidigen, so müssen wir stärker als bisher den Gewerkschaftsmitgliedern zum Bewußtsein bringen, daß die Auslieferung des ADGB an die faschistische Diktatur und die Zertrümmerung des ADGB nicht nur die Schuld der *Leipart* & Co. ist, sondern daß die Amsterdamer Internationale in allen Ländern die gleiche Politik treibt und daß alle diejenigen, die die Politik der *Leipart* und Co. unterstützt haben und nicht dem Rufe der revolutionären Gewerkschaftsopposition auf Durchführung des Generalstreiks gefolgt sind, selbst die größte Mitverantwortung für die Zerschlagung der Gewerkschaften haben. Es gilt, den Arbeitern, die jetzt den faschistischen Berufsverbänden angehören, überzeugend nachzuweisen, daß allein die Politik der Roten Gewerkschaftsinternationale den Klasseninteressen des Proletariats dient und nur die Rote Gewerkschaftsinternationale nach den Lehren von [Karl] *Marx* und [Friedrich] *Engels* den Kampf gegen die Kapitalherrschaft führt, der in der Sowjetunion unter der Führung [Wladimir Iljitsch] *Lenins*[18] zum Siege der Arbeiterklasse, zum Aufbau des Sozialismus geführt hat.

Unter diesen Losungen führen die Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung die breiten proletarischen Massen zum Kampf, zu Streiks, Demonstrationen, Protestkundgebungen und Versammlungen sowie anderen Massenaktionen.[19] Unter diesen Losungen nimmt unsere Partei die Schaffung unabhängiger Massengewerkschaften[20] in Angriff und setzt alle Kräfte ein, damit die RGO sowie die roten Gewerkschaften zum Haupthebel dieser Arbeiter werden.[21]

Die Hervorhebung der Rolle der RGO ist augenblicklich besonders wichtig, weil in einzelnen Gliedern der Partei gegenüber der RGO liquidatorische Tendenzen aufgetaucht sind. Die Partei muß alle Kräfte einsetzen, um die RGO aktiv in der Entfaltung ihrer Arbeit zur Schaffung unabhängiger Klassengewerkschaften zu unterstützen. Die Schaffung von Betriebs- und Ortsorganisationen der unabhängigen Klassengewerkschaften ist sofort einzuleiten durch die breiteste Massenagitation in den Betrieben,

17 Vgl. Anm. 10. Zu dieser Uneinigkeit vgl. auch die interne Kritik von »Donner« [d.i. John Schehr], an Lieber Freund, vom 26.9.1933 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/255, Bl. 99–104). Schehr verwies auf die Beschlüsse des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, wonach der »Hauptfeind« nach wie vor die SPD sei und kritisierte anderslautende Resolutionsvorschläge, die den »Hauptstoß« gegen das NS-Regime richteten und alle Arbeitnehmer, nicht nur die sozialdemokratische Arbeiterschaft, ansprechen wollten. Grundlage sei unverändert der Artikel von G. S., Die Aufgaben der KPD im Kampfe um die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung, in: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, Nr. 28, vom 7.7.1933, S. 817f.

18 Wladimir Iljitsch Lenin (22.4.1870–21.1.1924) war russischer Revolutionär und Gründer der Sowjetunion.

19 Ab diesem Absatz entsprach der Text wieder den Anweisungen von »Freier« vom 18.8.1933 (Anm. 1).

20 »Massengewerkschaften« in der Vorlage. Möglicherweise handelt es sich aber um einen Fehler in der Abschrift, da sonst von »Klassengewerkschaften« gesprochen wird.

21 Diese Zeile ist in der Vorlage durch Einrücken hervorgehoben.

durch die Herausgabe von Industriegruppen- und Betriebszeitungen und Flugblättern. Auf diese Weise muß die Initiative aller antifaschistischen Arbeiter entwickelt werden, damit jeder Arbeiter selbst seine ganze Kraft einsetzt zur Organisierung einer Betriebsorganisation der revolutionären Gewerkschaften. Alle Verbindungen mit Betriebsarbeitern sind auszunutzen zu Besprechungen mit Arbeitern, die in den einzelnen Betriebsabteilungen beschäftigt sind, über die Zusammenfassung der Gewerkschaftsmitglieder und Unorganisierten und die Bildung einer revolutionären Gewerkschaftsleitung im Betrieb. Das Schwergewicht muß konzentriert werden auf die Gewinnung der Gewerkschaftsmitglieder und der sozialdemokratischen Arbeiter. Von größter Bedeutung für den Aufbau der Betriebsorganisationen der revolutionären Gewerkschaften ist die Schaffung von Vertrauensleuten in den einzelnen Abteilungen. Wo wir in den Betrieben schon stärkeren Einfluß haben, gilt es, die Gewerkschaftsmitglieder zu mobilisieren für die Nichtabführung der Mitgliedsbeiträge an die faschistischen Kommissare, so daß nicht nur eine Organisation der unabhängigen Klassengewerkschaften im Betrieb geschaffen wird, sondern auch die faschistischen Organisationen von innen gesprengt werden. Wo Betriebssektionen der roten Gewerkschaften bestehen, ist es ihre Aufgabe, durch eine kühne zielbewußte Führung des Kampfes gegen die faschistische »Arbeitsfront« und gegen die NSBO und für die betrieblichen Arbeiterforderungen die unorganisierten Arbeiter als Mitglieder der roten Einheitsverbände zu gewinnen. Die Mitglieder der faschistischen Berufsverbände sind zu einer rev[olutionären] Gewerkschaftsgruppe zusammenzufassen und für die Betriebsaktion des roten Verbandes zu gewinnen. Z. B.[22] hatten die Hamburger Hafenarbeiter mit Unterstützung von Naziarbeitern bereits die Absetzung von 2 NSBO-Kommissaren in der »Gewerkschaft« durchgesetzt. Die Stimmung der Masse der Hafenarbeiter ist antifaschistisch. Einige Sozialdemokraten und parteilose Gewerkschaftskollegen haben ein Komitee gegründet, an welches die Gewerkschaftsbeiträge abgeführt werden sollen, so daß von diesen Hafenarbeitern die faschistische Verbandsleitung keine Gelder mehr bekommt. In diesem Falle gilt es, jetzt unmittelbar dieses Kommitee zu einer revolutionären Gewerkschaftsleitung umzubauen und unmittelbar eine revolutionäre Gewerkschaftsorganisation für den Hafen zu schaffen.

Im Stadtteil I.[23] in Berlin war bereits vor dem 2. Mai [1933] die Mehrheit der Mitglieder des Baugewerksbundes antifaschistisch. Sie hatten bisher die revolutionäre Bauarbeiterzeitung[24] vertrieben, ohne selbst der RGO anzugehören. In diesem Falle gilt es, sofort für diesen Stadtteil eine revolutionäre Gewerkschaftsleitung der Mitglieder des Baugewerksbundes zu schaffen und eine möglichst große Zahl antifaschistisch gestimmter Mitglieder des Baugewerksbundes zusammenzufassen und dem roten Einheitsverband der Bauarbeiter anzuschließen. In anderen Fällen, wo wir z.B. früher die Branchenleitungen in den Händen hatten, werden wir unseren Einfluß in diesen Branchen benutzen, um die Arbeiter für den Aufbau einer Organisation der unabhängigen Klassengewerkschaften zu gewinnen. Z. B. haben die Kommissare des DMV in Berlin die Auflösung der Branchen verfügt. In den Branchen der Gürtler und Drücker haben die Kollegen zum Ausdruck gebracht, daß sie ihre Branche nicht auflösen werden. Bei den Bauanschlägern ebenso. Da in dieser Industriegruppe ein roter Verband besteht, gilt es also, diese Branche dem roten Einheitsverband der Metallarbeiter in Berlin anzuschließen.

22 Die folgenden Beispiele sind dem Text der Anweisungen von »Freier« vom 18.8.1933 (Anm. 1) hinzugefügt.

23 Die Abkürzung konnte nicht aufgelöst werden.

24 Gemeint ist wahrscheinlich: Der Bauarbeiter. Einheitsfront-Kampforgan aller Bauarbeiter zur Verteidigung der Gewerkschaften. Vgl. auch Stroech, S. 117.

Die Zusammenfassung der Gewerkschaftsmitglieder kann auch mit Hilfe des Abonnements der »Gewerkschaftszeitung«, der Industriegruppenzeitung und der Betriebszeitung erfolgen. Durch die Besprechung mit den Arbeitern, die diese Zeitung gelesen haben und mit ihrem Inhalt einverstanden sind, werden die Betriebsorganisationen der revolutionären Gewerkschaften aufgebaut. In Betrieben, wo Betriebsorganisationen auf Klassenkampfbasis aufgebaut sind, gilt es, auch zur Arbeit unter den Erwerbslosen Stellung zu nehmen und konkrete Maßnahmen zu beschließen, wie an der Stempelstelle die erwerbslosen Arbeiter der betreffenden Industriegruppen als Mitglieder der unabhängigen Klassengewerkschaft gewonnen und zu einer Stempelstellengruppe zusammengefaßt werden sollen. Wenn auf der Basis der Schaffung von Betriebsorganisationen eine örtliche Organisation der unabhängigen Klassengewerkschaften geschaffen wurde, ist es die Aufgabe ihrer Leitung an den Stempelstellen, die Stempelstellengruppe der Gewerkschaft zu organisieren. Ebenso gilt es, besonders in den Industriegruppen, wo die übergroße Mehrheit der Arbeiter erwerbslos sind, wie besonders im Baugewerbe, die erwerbslosen Mitglieder des Verbandes zu einer systematischen Bearbeitung der einzelnen Betriebe und zur Bearbeitung der Arbeitsdienstlager zu veranlassen. Die unabhängigen Klassengewerkschaften sollen auch eine systematische Arbeit in den Arbeitsdienstlagern durchführen und mit Hilfe der gewerkschaftlichen Forderungen durch Organisierung von Streiks die Sprengung der Arbeitsdienstlager systematisch unterstützen.

Angesichts der besonders intensiven Beeinflussung der Arbeiterjugend durch den Faschismus ist es die Pflicht der roten Verbände und der RGO, mit allen Kräften die Jugendsektionen der roten Verbände zu unterstützen und auszubauen sowie eine systematische Massenkampagne unter den Jugendlichen im Betrieb, in der Berufsschule, an der Stempelstelle und im Arbeitsdienstlager für die Schaffung von Jugendsektionen der unabhängigen Klassengewerkschaften zu führen. Unter der Führung der revolutionären Gewerkschaftsleitung der betr[effenden] Industriegruppe soll die eigene Initiative der jugendlichen Arbeiter und der Leitungen der Jugendsektionen aufs stärkste entfaltet werden. Durch die revolutionäre Arbeit in den Jugendsektionen der faschistischen Berufsverbände gilt es, diese von innen heraus zu sprengen. Angesichts der faschistischen Maßnahmen gegen die Frauenarbeit in den Betrieben müssen die revolutionären Gewerkschaften stärker als bisher die Arbeiterinnenforderungen vertreten und gegen die faschistische Hetze gegen die »Doppelverdiener«, die dem Zwecke dient, Arbeiter gegen Arbeiter zu hetzen, [den] Kampf führen.

Überall, wo Arbeiterversammlungen stattfinden, die von den Faschisten einberufen werden, gilt es, die stärkste Agitation für die Schaffung unabhängiger Klassengewerkschaften zu führen. Durch Zwischenrufe, Fragestellung und Handzettelverbreitung gilt es, die Faschisten anzuklagen, daß sie die Arbeitergewerkschaften zertrümmert haben usw. und die Massen aufzufordern, von den Kapitalisten und der faschistischen Regierung unabhängige Arbeitergewerkschaften zu bilden. Alle solche von den Faschisten einberufene Versammlungen müssen durch Handzettel, Forderung auf Wahl einer Versammlungsleitung und dergl[eichen] von vornherein gesprengt werden. Im Anschluß daran gilt es, die in der Versammlung sich durch Zwischenrufe bemerkbar machenden Arbeiter zusammenzufassen und eine revolutionäre Gewerkschaftsleitung zu schaffen. Nachdem die Mehrzahl der allgemeinen Versammlungen für einzelne Industriegruppen oder einzelne Verbände durch den Widerstand der Arbeiter gesprengt wurden und oftmals der Naziredner gar nicht erst beginnen konnte, wollen jetzt die Nazis nach dem 15. September [1933] überall Betriebsversammlungen durchführen, um den Arbeitern beizubringen, daß im Betrieb nur der Unternehmer und die Antreiber zu bestimmen haben, daß sie sich ruhig weitere Lohnabzüge gefallen lassen sollen (»Notopfer« usw.), daß diese Verherrlichung der kapitalistischen Ausbeutung

»Sozialismus« sei. Alle diese Versammlungen müssen von uns rechtzeitig vorbereitet werden durch die stärkste Agitation im Betrieb über die Schaffung unabhängiger Klassengewerkschaften und für die Teilforderungen der Arbeiter. Dabei gilt es, besonders den »Arbeitsbeschaffungs«-Schwindel zu entlarven, die Tätigkeit der faschistischen Betriebskommissare anzuprangern, zu fordern, daß kein Pfennig für das faschistische »Notopfer« abgezogen wird, zu begründen, warum die Arbeiter die Wahl unabhängiger Betriebsräte und das Bestimmungsrecht der von den Arbeitern gewählten Betriebsräte bei Einstellungen und Entlassungen erkämpfen müssen. In allen Versammlungen muß bei Beginn die Wahl einer Versammlungsleitung, die Zulassung freier Diskussion und die Entfernung der SA aus dem Saale verlangt werden. In der Versammlung selbst sind kleine Flugzettel zu verbreiten mit Fragen an die Nazis und den Forderungen der Arbeiter.

Die Bezirksleitungen und die U[nter-]B[ezirks]-Stadtteil-, Ortsgruppenleitungen sind verpflichtet, einen konkreten Arbeitsplan auszuarbeiten, in welcher Weise die besten Kräfte auf bestimmte Betriebe und die Bearbeitung bestimmter Industriegruppen am Ort konzentriert werden, damit die Schaffung von Organisationen der unabhängigen Klassengewerkschaften in einzelnen Betrieben und Orten tatsächlich durchgeführt und Beispiele vorbildlicher Arbeiter revolutionärer Gewerkschaften geschaffen werden. Vor allen Dingen muß die Arbeit der roten Gewerkschaften der Metallarbeiter, Bauarbeiter, Bergarbeiter und Seeleute gefördert und diese Organisationen durch Schaffung neuer Betriebs- und Ortsgewerkschaftsorganisationen verstärkt werden, um damit die Voraussetzungen für die Bildung von Industrieverbänden im Reichsmaßstabe zu schaffen. Die Parteiorganisationen dürfen bei der Durchführung der politischen Leitung der RGO und der roten Gewerkschaften deren Arbeit keinesfalls ersetzen, sondern sie sollen diese Arbeit anleiten und aktiv unterstützen.

Gegenwärtig gilt es, besonders die illegalen Gewerkschaftsorganisationen anzuleiten zum Kampf gegen den Arbeitsbeschaffungsschwindel der »Arbeitsfront« für die täglichen Interessen der Arbeiter. Die Mobilisierung der Belegschaften zum Kampf gegen den Lohnabzug für das faschistische »Notopfer«, die Teuerungsbeihilfen angesichts der allgemeinen Preissteigerung, gegen die verschärfte Hetzarbeit, gegen die Arbeiterentlassungen, vor allem gegen die Entlassungen von Arbeiterfrauen und Jugendlichen ist von größter Bedeutung für die Gewinnung der breitesten Arbeitermassen für die revolutionären Gewerkschaften.

Die Grundlage der unabhängigen Klassengewerkschaften sind die Betriebsorganisationen, beispielsweise die Organisationen in den Blocks und Abteilungen des Betriebs, in jeder Betriebsabteilung. Die Erfüllung der Kampfaufgaben im Betrieb ist entscheidend abhängig von der Schaffung und der Tätigkeit der Vertrauensleute in den einzelnen Abteilungen. Von der Schaffung der Betriebs- und Ortsorganisationen in den einzelnen Industriegruppen ist die Schaffung der Bezirks- und Reichsorganisation der Klassengewerkschaften für die betreffende Industriegruppe abhängig. Von vornherein muß die Organisation der unabhängigen Klassengewerkschaften Deutschlands in den Betrieben fundiert und auf der Basis der Industriegruppenverbände aufgebaut werden. Gleichzeitig gilt es, Jugendsektionen der unabhängigen Klassengewerkschaften, Stempelstellengruppen und revolutionäre Gewerkschaftsgruppen in den Arbeitsdienstlagern zu schaffen. Die unabhängigen Klassengewerkschaften müssen eine ständige und systematische Arbeit in den faschistischen Berufsverbänden leisten, um diese von innen her zu sprengen.

Die entschiedene, zielbewußte Durchführung der zentralen Losung »Schaffung unabhängiger Klassengewerkschaften« wird durch zwei Gefahren gehemmt. Auf der einen Seite sind Tendenzen vorhanden einer Unterschätzung des Willens der Arbeiter zur Schaffung unabhängiger Klassengewerkschaften, die zum Ausdruck kommen in der

Kapitulation vor dem Faschismus in passiver Mitgliedschaft bei der »Deutschen Arbeitsfront« und selbst in der NSBO, in liquidatorischen Stimmungen gegen die RGO und nicht genügend scharfem Kampfe gegen die sozialfaschistische Ideologie, in Spontanitätsspekulationen usw. Andererseits zeigt sich die Tendenz, einfach die RGO-Gruppen als revolutionäre Gewerkschaftsorganisationen umzubenennen und auf bolschewistische Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen zu verzichten, den Kampf um die Mehrheit der Arbeiterklasse zu vernachlässigen. Diese sektiererische Einstellung ist ein Hemmnis für die Entfaltung des Massenwiderstandes und Massenstreiks und für die Schaffung revolutionärer Massengewerkschaften.[25]

Es kommt vor allem darauf an, die Massen der Gewerkschaftsmitglieder als Mitglieder der revolutionären Gewerkschaften zu gewinnen. Die revolutionäre Arbeit in den faschistischen Berufsverbänden ist mit aller Beharrlichkeit und Zähigkeit verstärkt fortzusetzen. Die Zersetzung und Sprengung der faschistischen »Gewerkschaften« von innen erfordert, daß erprobte revolutionäre Arbeiter in hinreichender Zahl in diese »Gewerkschaften« entsandt und dort illegale revolutionäre Gewerkschaftsgruppen gebildet werden mit dem Ziele, diese Massen herauszureißen und in der unabhängigen Klassengewerkschaft mit den RGO-Anhängern zu vereinigen. Bei der Durchführung der zwangsweisen Betragserhebung für die faschistischen Verbände ist die Abwehr vor allem in den Großbetrieben zu organisieren und die Verweigerung der Entrichtung der Mitgliedsbeiträge durch die Belegschaften ganzer Betriebe herbeizuführen. Wozu alle Formen und Arten des Protestes bis Streiks in einzelnen Betrieben anzuwenden sind. Gelingt die Abwehr nicht, so haben die Kommunisten und die Mitglieder der RGO sowie der unabhängigen Klassengewerkschaften, während sie in den faschistischen »Gewerkschaften« bleiben, die Arbeitermassen zum Kampf gegen die faschistischen Gewerkschaften zu mobilisieren, diese mit allen Mitteln und Methoden zu zersetzen und von innen heraus zu sprengen und gleichzeitig die besten Arbeiterelemente in diesem fortwährenden Kampf für unsere revolutionären Gewerkschaften zu gewinnen.[26]

Wir können auch die allgemeinen Direktiven geben. Wir weisen aber zum Schluß auf die Resolution hin[27], in der es ausdrücklich heißt, daß Schematismus und Starrheit hier besonders schädlich sind, daß in jedem Betrieb, in jeder Industriegruppe, in jedem Industriebezirk die Lage verschieden, der Umfang der Unternehmeroffensive, die Kampftradition der Arbeiter, die Stärke der RGO und die Roten Verbände nicht gleichmäßig sind. Das muß berücksichtigt werden. Die Schaffung einer Betriebs- oder Ortsgruppe der Freien sozialistischen Klassengewerkschaften[28] muß in jedem einzelnen Fall von der B[ezirks-]L[eitung] geprüft und beschlossen werden. Jedes leichtsinnige Experimentieren und jede Namensspielerei muß von Anfang an unterbleiben. Ohne eine wirkliche Massenmobilisierung, ohne konkrete Kampfforderungen für den

25 Vgl. Anm. 20.

26 Zu dieser komplizierten Taktik, in der DAF zu arbeiten und gegen die DAF zu sein, gleichzeitig den individuellen Austritt zurückzuhalten, vgl. auch die interne Kritik von »Donner«, an Lieber Freund, vom 26.9.1933 (Anm. 17).

27 Vgl. auch schon den Entwurf von »Freier« vom 18.8.1933 (Anm. 1), den Entwurf vom 28.8.1933 (Anm. 1), sowie den veröffentlichten »Beschluß des Zentralkomitees der KPD zur Gewerkschaftsfrage« vom 25.8.1933 (Anm. 14).

28 Zu dieser Formulierung vgl. den Brief von »Freier« [d. i. Ulbricht], an »Donner« [d.i. Schehr], vom 2.9.1933, mit der Kritik, daß die Formulierung »Freie sozialistische Gewerkschaften« von der Zielsetzung der »unabhängigen Klassengewerkschaften« wegführe. (BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/255, Bl. 61). Sie wurde auch in dem erst am 27.10.1933 veröffentlichten »Beschluß des Zentralkomitees der KPD zur Gewerkschaftsfrage« vom 25.8.1933 verwendet (Anm. 14, S. 1553). Dagegen wurde die Formulierung »Freie sozialistische Gewerkschaften« noch in dem am 29.9.1933 in der Rundschau veröffentlichten Aufruf des Zentralkomitees vom 26.8.1933 als Zielsetzung gebraucht (Anm. 9, S. 1403).

Betrieb und die Verbindung der ökonomischen mit den politischen Forderungen der Arbeiterklasse, ohne eine wirklich großzügige, umfassende Anwendung der Einheitsfrontpolitik ist die Lösung der großen Aufgabe nicht denkbar.[29]

Wir ersuchen Euch, bis zum 30. Oktober [1933][30] uns ausführlich zu berichten über die von Euch aufgrund der vorliegenden Direktiven eingeleiteten Maßnahmen.

Mit Gruß und Händedruck:
Eure Freunde: Z[entral-]K[omitee]

DOKUMENT 120

Frühjahr 1934: Arbeitsplan des Reichskomitees der RGO und Anweisungen für die weitere Arbeit in den Bezirken

BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/9, Bl. 167–169. Maschinenschrift. Ohne Unterschrift und Verfasserangabe. Ohne Orts- und Datumsangaben.[1]

Richtlinien für den Arbeitsplan des Reichskomitees.[2]

Die Hauptaufgabe der RGO und der Roten Verbände besteht in der gegenwärtigen Situation in der Organisierung des breitesten Massenwiderstandes der Arbeiterklasse gegen die Angriffe des Finanzkapitals und der faschistischen Diktatur. Erfolgreiche Massenaktionen auf breiterer Basis als bisher sind nur möglich, aufgrund einer konkreten Einheitsfrontpolitik. Gelingt es nicht, die reformistischen und christlichen Arbeiter in der faschistischen Arbeitsfront durch eine planmäßige Oppositionsarbeit und durch geschicktes Anknüpfen an die Tagesforderungen der Arbeiterklasse zu gewinnen, sind Widerstandsaktionen im breiteren Ausmaße als seither unmöglich.[3]

Die Organisatoren und Träger der Einheitsfront sind in erster Linie die Betriebsgruppen der RGO und Sektionen der Roten Verbände und die Stempelstellengruppen. Deshalb muß die ganze Kraft der Leitungen darauf konzentriert werden, den unteren Organisationseinheiten zu helfen, ihnen durch gute Anleitung und ständige Beratung behilflich zu sein, ihre schweren Aufgaben zu erfüllen.

Was sind heute die größten Schwächen in unserer Arbeit?[4]

Die zahlreichen Widerstandsaktionen der Arbeiterklasse gegen Unternehmerangriffe und faschistische Diktatur entwickeln sich meistens spontan, ohne daß diese Aktionen von der RGO bzw. den Roten Verbänden planmäßig vorbereitet, durchgeführt und nach Abschluß ausgewertet werden. Nur in den seltensten Fällen wurden durch unsere Initiative Einheitsfrontorgane bzw. Kampfausschüsse gewählt. Dadurch, daß wir es verabsäumten, im entscheidenden Augenblick richtige Kampfforderungen aufzustellen, kämpften die Belegschaften häufig in die falschen Richtungen. Zum Beispiel gibt es Fälle, wo die Arbeiter in Aktionen traten für die Verlängerung der Arbeitszeit,

29 Damit waren die internen Konflikte nicht beendet. Am 30.10.1933 beschwerte sich das Reichskomitee der RGO bei der Inlandsleitung der KPD, daß noch immer keine einheitliche Gewerkschaftspolitik, sondern verschiedene Interpretationen und Zielsetzungen trotz des eigentlich verbindlichen Gewerkschaftsbeschlusses formuliert wurden (BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/255, Bl. 136–137).

30 In den Anweisungen vom 18.8.1933 und dem Entwurf vom 28.8.1933 (beide Anm. 1) waren zuvor die Fristen 1.9. bzw. 30.9.1933 gesetzt worden.

1 Im Dokumentkopf Eingangsstempel: »18. Mai 1934* 2566«; sowie handschriftliche Paraphen.

2 Die Überschrift ist in der Vorlage unterstrichen.

3 Vgl. auch bereits die Diskussion um die Ausweitung der Gewerkschaftsarbeit im Sommer/Herbst 1933 (Dok. 119 Anm. 1).

4 Wie Anm. 2.

um sich dadurch einen besseren Lohn zu erkämpfen, als umgekehrt für die Forderung zu kämpfen, voller Lohnausgleich für die eingeführte Kurzarbeit.

Von einer planmäßigen Bearbeitung der Betriebe durch die regelmäßige Herausgabe von Betriebszeitungen und sonstigem selbstangefertigten Agitationsmaterial besonders in jenen Betrieben, wo die Arbeiterschaft entschlossen war, gegen Unternehmerangriffe sich zur Wehr zu setzen, kann bisher kaum die Rede sein.

Eine planmäßige Oppositionsarbeit wurde bisher weder in der faschistischen Arbeitsfront noch in der NSBO geleistet. Aus keinem Bezirk liegen konkrete Nachrichten vor, in welchen unteren faschistischen Einheiten solche Oppositionsgruppen bestehen und wie dieselben arbeiten.

In der Praxis erleben wir sehr häufig, daß zwar Widerstandsaktionen durch die RGO-Gruppen oder Sektionen der Roten Verbände vorbereitet werden, daß aber unsere Organisation im Verlauf der Aktion sichtbar nicht in Erscheinung tritt, und daß sehr häufig bei den Massen der Eindruck entsteht, als ob die faschistischen Arbeiter die Träger solcher Bewegungen sind.

Wir haben es bisher auch nur ungenügend verstanden, die zahlreichen Einzelbewegungen zur Entlarvung der faschistischen Demagogie und Betrugsmanöver auszunutzen. Es ist uns vor allen Dingen bisher nicht gelungen, eine größere Anzahl Betriebsgruppen unabhängiger Klassengewerkschaften zu schaffen, trotzdem zweifellos in vielen Betrieben aufgrund der Erkenntnis der Arbeiterschaft alle Voraussetzungen dafür gegeben sind.

Diese gesamte Schwäche spiegelt sich deutlich in allen Berichten der B[ezirks-]K[omitees] an das Reichskomitee wieder. Alle Berichte beschränken sich lediglich auf die allgemeine Mitteilung von Widerstandsaktionen. Es wird berichtet, daß die Belegschaften aus diesen oder jenen Gründen in den Streik traten oder aber durch Streikbereitschaft die geplanten Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen abwehrten, oder daß die Bewegung mit Hilfe der faschistischen Kommissare und der streikbrecherischen Rolle der NSBO niedergeschlagen wurde. Lakonisch heißt es oft in solchen Berichten, daß aufgrund der Lage in diesen oder jenen Betrieben jetzt alle Voraussetzungen gegeben seien für die Schaffung von Unabhängigen Klassengewerkschaften.

Was fehlt allgemein in diesen Berichten?[5]

1. Die zahlenmäßige Stärke und das Wachstum der Betriebsgruppen bzw. der Verbandssektionen.
2. Welche Arbeit von uns in der faschistischen Arbeitsfront und NSBO geleistet wurde.
3. Mit welchen Methoden und mit welchem Erfolg wir versucht haben, die Einheitsfront im Betrieb durch die Wahl von Einheitsfrontorganen, durch die Aufstellung von richtigen Kampfforderungen herzustellen, vor allen Dingen, was von unseren Kollegen unternommen wurde, um die reformistischen und christlichen Arbeiter für uns zu gewinnen.
4. Welche Materialien, Betriebszeitungen usw. selbständig von unseren Betriebseinheiten während der Vorbereitung und im Verlauf von Widerstandsaktionen herausgegeben wurden.
5. Mit welchen Methoden unsere Einheiten versuchen, eine breite Agitation für die Schaffung von unabhängigen Klassengewerkschaften zu entfalten und was praktisch nach Abschluß der Aktion in dieser Hinsicht unternommen wurde. (Aufruf der Betriebsgruppe an die Belegschaft, Besprechung mit reformistischen und christlichen Arbeitern, ernsthafte Versuche, die aufgetretenen Mängel zu überwinden usw.).
7. Wie die Betriebseinheiten praktisch durch die B[ezirks-]K[omitees] bzw. Industriegruppenleitungen und ihre Instrukteure im allgemeinen und bei der Organisierung und Durchführung von Widerstandsaktionen im besonderen unterstützt wurden.

Das sind nur einige der entscheidensten Mängel, die wir zu überwinden versuchen müssen.

Bei der wachsenden Radikalisierung der Arbeitermassen und raschen Entlarvung der sozialen Demagogie des Faschismus besteht die große Gefahr, daß die Aktionsfähigkeit der Massen und die Bereitschaft zu mächtigen Widerstandsaktionen schneller wächst, als die Befähigung der RGO diese Aktionen planmäßig vorzubereiten und zu führen. Daraus entwickelt sich die zweite große Gefahr, daß es der Sozialdemokratie und den *Brandler*isten[6] gelingt, diese wachsende Kampfbereitschaft der Massen für ihre eigenen spalterischen Zwecke geschickt auszunutzen. Die vielen Meldungen, daß Sozialdemokratie und *Brandler*ismus versuchen, die reformistischen Gewerkschaften wieder illegal aufzubauen, die Tatsache, daß unsere Betriebseinheiten bzw. leitenden Betriebsfunktionäre sich häufig im Schlepptau solcher Leute befinden, signalisiert sehr eindeutig diese Gefahr.

Diese Mängel können hinsichtlich ihrer großen Bedeutung keineswegs durch allgemeine Anweisungen, Aufrufe, Rundschreiben usw. überwunden werden.

Jeder Schematismus ist gerade in der gegenwärtigen Situation für unsere Gesamtarbeit eine Gefahr. Anstelle der schematischen Anweisungen muß die konkrete Anweisung und Hilfe für jeden Bezirk, insbesondere für die einzelnen entscheidenden Bezirke wie Berlin, Wasserkante, Ruhr, Niederrhein, Sachsen, Halle und Betriebsgruppen insbesondere der Großbetriebe treten.

Von diesen Gesichtspunkten aus stellt sich das Reichskomitee folgende Aufgaben:

a) Genaue Untersuchung der Lage in den Bezirken Berlin, Wasserkante, Ruhr, Niederrhein als den wichtigsten Bezirken des Reichs. (Genaue Ermittlungen in welchen Betriebsgruppen der RGO bestehen, über ihre zahlenmäßige Stärke und über die Arbeit, die von diesen besonders auch durch die Leitungen geleistet wurde.)

b) Konzentrierung auf 5–6 der wichtigsten Großbetriebe in denen aufgrund unseres organisatorischen und ideologischen Einflusses die besten Voraussetzungen gegeben sind, um in jeder Hinsicht Musterbeispiele unserer revolutionären Arbeit zu schaffen. (Ausarbeitung von guten betrieblichen Kampfforderungen, Organisierung von Oppositionsgruppen in der faschistischen Arbeitsfront und NSBO, Schaffung von Einheitsfrontorganen unter Einbeziehung der reformistischen und christlichen Arbeiter, regelmäßige Herausgabe einer Betriebszeitung und sonstigen Materials, tatkräftige Unterstützung dieser Betriebsgruppen durch B[ezirks-]K[omitee] und Industriegruppenleitung, insbesondere durch befähigte Instrukteure.) Über die Tätigkeit dieser Betriebsgruppen soll monatlich ein konkreter Bericht an das Reichskomitee eingesandt werden.

5 Wie Anm. 2.

6 Heinrich Brandler (3.7.1881–26.9.1967) war 1901 SPD, 1918 KPD, ab Februar 1921 Mitvorsitzender, 1923 Vorsitzender, an Umsturzvorbereitungen der KPD 1923 beteiligt und nach deren Scheitern von der Komintern im Februar 1924 von allen Ämtern enthoben und in die Sowjetunion befohlen, Vorwurf des Trotzkismus und Luxemburgismus, nach dem Scheitern des ultralinken Kurses der KPD unter Ruth Fischer 1926 rehabilitiert, 1928 Rückkehr nach Deutschland, Organisation der »rechten« Parteiopposition, Dezember 1928 Ausschluß aus der KPD, Mitglied der Reichsleitung der KPD-Opposition (KPDO), gegen den Zusammenschluß von KPDO und SAP, März 1933 Emigration nach Frankreich und von dort Organisation der illegalen Arbeit der KPDO, 1939/40 in Frankreich interniert, 1941 Emigration nach Kuba, 1947 London, 1949 Rückkehr in die BRD, Versuch der Weiterführung der KPDO.

c) Das R[eichs-]K[omitee] versucht mit allem Nachdruck, die wichtigsten Roten Verbände, und zwar Metallarbeiter-Verband Berlin-Niederrhein, Bergarbeiterverband, Verband der Seeleute und Hafenarbeiter, Bauarbeiterverband, mit Hilfe von Instrukteuren wieder aufzubauen und zu aktivieren. Für den Wiederaufbau der Organisationen und die zu leistende Arbeit werden mit den Verbandsleitungen besondere Richtlinien festgelegt.

d) Neben einer besseren Unterstützung und Kontrolle dieser Bezirke durch Instrukteure des R[eichs-]K[omitees] sollen diese Bezirke auch in finanzieller Hinsicht besser wie bisher unterstützt werden.

Das R[eichs-]K[omitee] legt jeweils 8 Tage vor Schluß des Monats einen monatlichen Arbeitsplan fest, in dem folgende Fragen berücksichtigt werden:

a) Termin für die Herausgabe der G[ewerkschafts-]Z[eitung], der Praxis und der politischen Informationen.[7]

b) Anforderung von schriftlichen Berichten aus den wichtigsten Bezirken bzw. mündliche Aussprachen mit den betreffenden Sekretären oder Instrukteuren.

DOKUMENT 121

1. 6. 1934: Bericht des Reichskomitees der RGO über den Stand der Organisation und die organisatorischen und politischen Pläne

BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/9, Bl. 221–227. Maschinenschrift. Maschinenschriftliche Unterschrift.[1]

1. 6. [19]34

Liebe Freunde!

Wir haben Euch in unserer Information Nr. 1[2] kurz die Verhältnisse geschildert, die wir bei unserem Eintreffen vorfanden.[3] Heute wollen wir Euch ein Bild über unsere organisatorischen und politischen Pläne sowie über den Stand ihrer Durchführung geben, mit der nächsten Post erhaltet Ihr einen Bericht über die Entwicklung der Arbeit in Berlin.[4]

7 Gemeint waren die »Gewerkschafts-Zeitung. Organ des Reichskomitees der RGO«, die den Titel des früheren ADGB-Organs übernahm, sowie die »RGO-Praxis«. Vgl. die Angaben bei Stroech, S. 165f., 233. Die »Politischen Informationen« wurden nicht ermittelt.

1 Russischer Eingangsstempel unleserlich. Eingangsstempel: »888 5. OKT[ober] 1934«. Adressat waren das Politbüro der KPD in Paris bzw. das Mitteleuropäische Ländersekretariat der Komintern. Vgl. auch mit weiteren Informationen den vorangegangenen »Bericht über die Tätigkeit der RGO seit Januar 1934«, die Zusammenstellung »Die Massenorganisationen« (ohne Datum; Frühjahr 1934), den Bericht über den Stand der RGO im Reich, vom 20.5.1934, sowie den Bericht des Bezirkskomitees der RGO für Berlin-Brandenburg für die Zeit vom 15.7.1933 bis 1.4.1934 (BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/9, Bl. 170–172; I 2/3/246, Bl. 275–286; I 4/6/12, Bl. 149–153; 4/6/14, Bl. 193–210).

2 Diese »Information« wurde nicht ermittelt.

3 Im Januar 1934 waren in Berlin umfangreiche Verhaftungen erfolgt, die auch das Reichskomitee der RGO trafen. So wurde z.B. am 18.1.1934 der RGO-Funktionär Willi Agatz verhaftet, der seit Januar 1934 den RGO-Reichsleiter Schulte vertrat und faktisch die RGO anleitete. Zu Agatz vgl. auch Dok. 116.

4 Vgl. Tätigkeitsbericht des Bezirkskomitees der RGO für Berlin-Brandenburg für die Zeit vom 15.7. 1933 bis 1.4.1934; Bericht über den Stand der RGO-Berlin (Ende Mai 1934); Reichskomitee, an das Bezirkskomitee Berlin, vom 12.6.1934 (Vorgänge in: BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/14, Bl. 193–210, 256–264, 282–286).

1. Die allgemeine Richtung des organ[isatorischen] Aufbaus unseres Apparates.[5]

Es ist notwendig, mit der Schilderung dieses Problems zu beginnen, da von dem Ausmaß seiner Lösung zu einem sehr wesentlichen Teil unsere Aktionsfähigkeit abhängt. In unserem Bericht Nr. 1[6] stellten wir fest, daß bei Aufnahme unserer Tätigkeit das R[eichs-]K[omitee] nur über eine lose Verbindung nach Berlin verfügte und gerade den Versuch unternommen hatte, Verbindungen nach Halle und Essen anzuknüpfen. Alle übrigen Verbindungen waren abgerissen. Die Lage wurde noch verschlimmert, da auch keine schriftlichen Unterlagen vorlagen, aus denen der bisherige oder der geplante Aufbau der RGO, die Existenz und bisherige Tätigkeit der RGO-Komitees und Gruppen sowie der rev[olutionären] Verbände ersichtlich gewesen wäre. Aus der Neueinteilung der Dachorganisation in kleinere Bezirke waren allem Anschein nach noch keine Konsequenzen für den Aufbau der RGO gezogen worden. Wir standen infolgedessen vor der Aufgabe, die allgemeine Linie der organisatorischen Struktur der RGO und ihrer Verbindungen von unten nach oben zu bestimmen und in Durchführung dieser Linie eine solche Geschmeidigkeit und Beweglichkeit zu entwickeln, die es ermöglicht, die Organisation den verschiedenen Entwicklungsstadien der Bewegung in den einzelnen Bezirken und Industrien anzupassen, und die Organisationen und Verbindungen soweit wie nur irgendmöglich vor dem Auffliegen zu sichern. Wir haben versucht, dieses Problem in folgender Weise zu lösen:

a.) Da im Rahmen der alten Bez[irke] der RGO, über deren Einteilung kein Material hinterlassen wurde, die Arbeit entweder zusammengebrochen war oder sich im wesentlichen auf die Arbeit im Vorort der alten Dachorganisations-Bez[irke] beschränkte, ergab sich die Notwendigkeit, diese alte Bez[irks]-Einteilung aufzugeben. Wir haben das getan. An ihre Stelle soll die neue Bezirkseinteilung der Dachorganisation treten. Wir haben deshalb die Anweisung an jede Dachorganisation gegeben [...][7], ein RGO-Komitee für ihren Bezirk zu bestimmen. Diese Bez[irks]-RGO-K[omitees] sollen bis auf weiteres nur über den Apparat der Partei Verbindung zum R[eichs-]K[omitee] erhalten. Infolge mangelhafter Verbindung zu den Freunden der D[ach-]O[rganisation] haben wir noch keine Informationen darüber erhalten, in welchem Bez[irk] der D[ach-]O[rganisation] bereits ein RGO-Leiter oder ein RGO-K[omitee] bestimmt wurde. Wir selbst haben durch die Entsendung von RGO-Leitern nach Halle, Leipzig, Essen, Düsseldorf und Hamburg die Verbindung zu diesen 5 Bez[irken] geschaffen. Es kann mit Sicherheit angenommen werden, daß in diesen Bez[irken] unterdessen RGO-K[omitees] gebildet und die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Wir haben darüber einige kurze Informationen erhalten, ausführliche Berichte liegen jedoch nicht vor. In unserem Arbeitsplan ist jedoch vorgesehen, die nach diesen Bezirken entsandten Freunde Mitte Juni [1934] zur Berichterstattung und zur Festlegung der nächsten Arbeiten nach dem Sitz des R[eichs-]K[omitees] kommen zu lassen. Die Durchführung dieser Maßnahme ist aber jetzt in Frage gestellt, da die finanziellen Mittel fehlen. Wird diese Schwierigkeit schnellstens überwunden, so werden wir in der Lage sein, Euch in der zweiten Hälfte des Juni [1934] ausführlich über die Lage in den genannten Bez[irken] zu informieren.

b.) Da die direkte Verbindung des R[eichs-]K[omitees] zu ca. 40 B[ezirks-]K[omitees] aus konspirativen Gründen auch in Zukunft unmöglich ist, haben wir beschlossen, das Reich in 6 Instrukteur-Bez[irke] einzuteilen mit je einem Instrukteur des R[eichs-]K[omitees]. Jeder I[nstrukteur]-B[ezirk] wird sich auf 5 bis 8 B[ezirks-]K[omitees]

5 Die Überschrift ist in der Vorlage unterstrichen.

6 Vgl. Anm. 2.

7 In der Vorlage ist eine halbe Zeile zerstört und konnte nicht rekonstruiert werden.

erstrecken. Die Instrukteure des R[eichs-]K[omitees] sollen neben der politischen Hilfeleistung an die B[ezirks-]K[omitees] und an die I[ndustrie-]G[ruppen]-K[omitees] auch für die Beschaffung von Druckmöglichkeiten usw. sorgen und die sehr notwendig werdende Herausgabe von gedruckten Verbandszeitungen forcieren. Die Instrukteure sollen ferner die Verbindung herstellen einerseits nach dem R[eichs-]K[omitee], andererseits nach den B[ezirks-]K[omitees] und den I[ndustrie-]G[ruppen]-K[omitees]. Es ist vorgesehen, daß die von uns nach den oben genannten Bez[irken] entsandten Freunde, nachdem sie dort bestimmte Aufgaben erledigt und ein funktionierendes B[ezirks-]K[omitee] gebildet haben, mit der Funktion als Instrukteur des R[eichs-]K[omitees] betraut werden sollen, soweit sie sich natürlich im allgemeinen dafür als geeignet erweisen. Wir glauben, daß die Entwicklung der Arbeit in den Bez[irken] die Einsetzung der Instrukteure in 4 I[nstrukteurs]-Bez[irken] für Anfang Juli [1934] erforderlich macht. Die Einteilung der I[nstrukteurs]-Bez[irke] wurde wie folgt vorgenommen: Gebiet Nr. 1. (Berlin-Brandenburg), Nr. 2 (Mitteldeutschland) umfaßt Halle, Magdeburg, Erfurt und Kassel, Nr. 3 (Norddeutschland) umfaßt Hamburg, Bremen, Lübeck, Hannover, Nr. 4 (Westdeutschland) umfaßt Essen, Düsseldorf, Köln, Nr. 5 (Sachsen, Schlesien) umfaßt Leipzig, Chemnitz, Dresden, Breslau, Gleiweitz, Nr. 6 (Süddeutschland) umfaßt Frankfurt, Stuttgart, Mannheim, Nürnberg, München, Nr. 7 (Ostdeutschland) umfaßt Stettin, Königsberg. Die genaue Abgrenzung der zu den einzelnen I[nstrukteurs]-Gebieten gehörenden Bezirke muß noch gemeinsam mit der Dachorganisation erfolgen.

c.) Der technisch-organisatorische Apparat des B[ezirks-]K[omitees] wurde von uns mit Hilfe der Freunde der Dachorganisation so weit wieder aufgebaut, daß jeder Freund eine verhältnismäßig gute Unterbringung und Arbeitsmöglichkeit hat, daß Schreibarbeiten in einem beschränkten Umfange schnell erledigt werden können, und daß die Postverbindungen am Sitze des R[eichs-]K[omitees] und zu den vorher genannten fünf Bez[irken] funktionieren. Die bisher geschaffenen Einrichtungen beschränken sich jedoch noch immer auf das unbedingt Notwendige. Reserven, deren Beschaffung und Aufrechterhaltung mit bestimmten Kosten verbunden sind, konnten trotz dringlichster Notwendigkeit noch nicht beschafft werden. Jeder Unfall kann infolgedessen zu sehr unangenehmen Konsequenzen führen.

Der Verkehr nach unten wird unter größtmöglicher Vermeidung von offiziellen Postverbindungen organisiert. Er soll sich später auf die ständige Verbindung zu den Instrukteuren und zu Funktionären, die von Fall zu Fall besonders bestimmt werden (I[ndustrie-]G[ruppen]-Leiter, Vertreter von Großbetrieben, Leiter von unabhängigen Verbänden usw.) beschränken. Die Materialbelieferung der B[ezirks-]K[omitees] und I[ndustrie-]G[ruppen]-Leitungen soll später durch regelmäßige Botendienste erfolgen, wozu 2 bis 3 legale Freunde, die am Sitz des R[eichs-]K[omitees] wohnen, vorgesehen sind.

Zur Sicherung des R[eichs-]K[omitees] und seines Apparates ist der örtliche und auswärtige Botendienst vollständig von dem Apparat selbst getrennt und durch den Botenleiter und ein Mitglied des R[eichs-]K[omitees] verbunden. Ein großer Mangel ist noch immer das Fehlen jeder Druckmöglichkeit bei der D[ach-]O[rganisation], wodurch die Aktionsfähigkeit des R[eichs-]K[omitees] außerordentlich behindert wird. Ein weiterer Mangel ist das Fehlen von Kollektionen für die Freunde des R[eichs-]K[omitees] und für die Freunde, die nach den Bez[irken] gesandt werden. Alle leben und arbeiten, ohne irgend ein Dokument in ihrer Tasche zu haben.

Die Arbeitsteilung im R[eichs-]K[omitee] wurde einstimmig wie folgt beschlossen: *Fuchs*[8], pol[itische] Leitung, ständige Kontrolle der Instr[ukteurs-]Gebiete Westdeutschland und Sachsen sowie der I[ndustrie-]G[ruppen] Berg, Metall und Textil, ständige Kontrolle der gesamten Propaganda, regelmäßige Treffs mit 8 Freunden; *Fred*, organ[isatorische] Leitung, ständige Kontrolle der I[nstrukteurs]-Gebiete Norddeutschland und Mitteldeutschland sowie der I[ndustrie-]G[ruppen] Chemie, Verkehr einschl[ießlich] Seetransport und Angestellte, ständige Kontrolle der Jugendarbeit, regelmäßige Treffs mit 8 Freunden; *Emil*, ständige Unterstützung des Berliner Komitees, ständige Kontrolle der I[ndustrie-]G[ruppen] Graph[isches] Gewerbe, Gemeinde- und Staatsarbeiter und Bau, ständige Kontrolle der Arbeit des Erwerbsl[osen]-Kom[itees], regelmäßige Treffs mit 8 Freunden; *Kurt*, Propaganda-Chef, ständige Kontrolle der I[ndustrie]-G[ruppen] Ost- und Süddeutschland und der I[ndustrie]-Gruppen Schuh-, Leder und Land, regelmäßige Treffs mit 4 Freunden.

Die regelmäßigen Treffs zwischen den Mitgliedern des R[eichs-]K[omitees] untereinander und den ständigen Verbindungen nach außerhalb finden ein- bis zweimal wöchentlich statt. Die Pünktlichkeit aller Freunde bei Durchführung der Treffs ist im allgemeinen gut. Leider ist jedoch wiederholt die Verbindung zur D[ach-]O[rganisation] abgerissen und blieb für Wochen unterbrochen. Das wirkte sich sehr nachteilig für die Arbeit des R[eichs-]K[omitees] aus, da wir in Bezug auf die Verbindungen nach unten noch sehr von den Freunden der D[ach-]O[rganisation] abhängig sind.

Sitzungen des R[eichs-]K[omitees] haben innerhalb 7 Wochen 5 stattgefunden. Alle Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt. Wie wir bereits früher mitteilten, hat sich eine gute Kollektivität in der Arbeit des R[eichs-]K[omitees] entwickelt. Außer den Auseinandersetzungen mit *Kurt* hat es keine Differenzen oder Unstimmigkeiten im R[eichs-]K[omitee] gegeben. Mit der Erledigung der technischen Arbeiten und der Verbindungen haben wir zwei Freundinnen und einen Freund betraut.

Kritisch ist zur Arbeit des R[eichs-]K[omitees] zu bemerken: a.) Die Kräfte des R[eichs-]K[omitees] werden infolge der noch zu geringen Entwicklung der Bewegung nicht voll ausgenutzt. b.) Der Ausbau des Apparates des R[eichs-]K[omitees], insbesondere der Reserve-Wohnungen und Büros, muß beschleunigt werden, da der gegenwärtige Zustand zu einer kritischen Lage führen kann. c.) Die Arbeit des R[eichs-]K[omitees] zur Entfaltung einer Massenpropaganda ist ganz ungenügend. Die Ursache dafür liegt nicht im Mangel an Material oder an Aktivität zu schreiben, sondern vor allem an dem Fehlen von technischen Möglichkeiten, die Dinge herauszubringen. Die erste Nummer der Gew[erkschafts-]Zeitung[9] wurde bereits vor 7 Wochen fertiggestellt. Unmittelbar vor der Drucklegung ging die Druckmöglichkeit verloren. Seitdem mißlang dreimal der Transport des Manuskripts nach außen. Dasselbe mußte infolgedessen dreimal umgearbeitet werden, so daß die Herausgabe dieser ersten Nummer ca. 10 Wochen erforderte. Die Herausgabe des Pressedienstes[10] leidet an Unpünktlichkeit der Materiallieferung. Wir hoffen jedoch, durch bereits beschlossene Maßnahmen diese Mängel zu überwinden. Wir wollen erreichen, daß der Pressedienst regelmäßig zweimal monatlich erscheint und am 15. und 1. zum Versand gelangt, daß wir das Manuskript für die Gew[erkschafts]-Zeitung jeden 20. d[es] M[onats] nach draußen liefern und beginnen, der Frage der Herausgabe von einigen gedruckten I[ndustrie-]G[ruppen]-Zeitungen näherzutreten. Des weiteren haben wir das Manuskript eines Manifestes und das Manuskript einer Broschüre über »Was sind und was wollen die unabhängigen Klassengewerkschaften?« fertiggestellt. Beide Manuskripte sollen als Massenbroschüre erscheinen. Wir kommen darauf noch später zurück.

8 Deckname von Paul Merker. Die folgenden Decknamen konnten nicht eindeutig ermittelt werden.

9 Gewerkschafts-Zeitung. Organ des Reichskomitees der RGO. Vgl. Stroech, S. 165f.

10 Der »Pressedienst« erschien u. a. als Organ der KPD-Inlandsleitung. Daneben gab es zahlreiche Ausgaben auf Bezirksebene. Ein Organ des Reichskomitees der RGO lag nicht vor. Vgl. auch Angaben bei Stroech, S. 222–226.

Über die voraussichtliche Entwicklung der notwendigen Zusammensetzung des Apparates des R[eichs-]K[omitees] in Verbindung mit dem Wachsen der Bewegung sowie über die finanziellen Erfordernisse schreiben wir in einem besonderen Brief.[11]

2. Die allgem[eine] pol[itisch]-organ[isatorische] Linie des R[eichs-]K[omitees].[12]

Aus der Kontrolle der Arbeit der Reste des alten RGO-Apparates, die wir in Berlin vorfanden[13], ergab sich a.) daß das Schwergewicht der Leitung der gesamten Arbeit in Händen des B[ezirks-]K[omitees] lag; b.) daß nur geringe Anfänge oder Reste von I[ndustrie-]G[ruppen]-Leitungen bestanden; c.) daß sich die Arbeit des B[ezirks-]K[omitees] und der I[ndustrie]G[ruppen]-Leitungen fast ausschließlich auf die Herausgabe von RGO-Zeitungen und I[ndustrie-]G[ruppen]-Zeitungen beschränkte; d.) daß fast keine Verbindung zu den Betrieben und zu den Verbänden der DAF bestand; e.) daß keine Anstrengungen gemacht wurden, Verbindungen zu Betrieben anzuknüpfen und Betriebsaktionen sowie oppositionelle Verstöße in der DAF zu organisieren.

Infolge der zu starken Konzentrierung der leitenden Arbeit in den Händen des B[ezirks-]K[omitees] und der Unterschätzung der Aufgaben der I[ndustrie-]G[ruppen]-Leitungen konnte sich ein breiterer Funktionärsstab nicht entwickeln. Die vorhandenen Kräfte waren zahlenmäßig sehr gering, ihre Einstellung gegenüber den vorhandenen Aufgaben äußerst engherzig. Um dieses Verhältnis zu überwinden, beschlossen wir neben einer Anzahl politischer und taktischer Maßnahmen, die später geschildert werden, vor allem die Verlegung des Schwergewichts der leitenden Arbeit aus den Händen des B[ezirks-]K[omitees] in die Hände der I[ndustrie-]G[ruppen]-Leitungen durchzuführen. Wir haben in Berlin bereits mit Erfolg in dieser Richtung gearbeitet und auch die nach den Bez[irken] entsandten Freunde eingehend in dieser Linie informiert. Unser Plan ist, die B[ezirks-]K[omitees] im Verlaufe der Zeit zu ersetzen durch einen oder einige Instrukteure, während die I[ndustrie-]G[ruppen]-Leitungen aufgebaut bzw. gestärkt werden, damit sie die selbständige Leitung der Arbeit in ihrer Gruppe durchzuführen in der Lage sind. Die I[ndustrie-]G[ruppen]-Leitungen werden deshalb angehalten, sich einen funktionierenden, selbständigen Apparat aufzubauen, Verbindungen zu den Betrieben und Facharbeitsnachweisen[14] herzustellen, Zeitungen und Flugblätter herauszugeben, Schulungskurse zu veranstalten usw. Die von uns an das Berliner Komitee und an die nach den Bez[irken] entsandten Freunde gegebenen Instruktionen lauten infolgedessen: a. Bildung von I[ndustrie]-G[ruppen-]Leitungen in den wichtigsten Industrien mit eigenem technischen und Verbindungsapparat, b. Umwandlung der bestehenden RGO-Zeitungen in Informationsorgane für die RGO-Funktionäre und Gründung von I[ndustrie-]G[ruppen-] bzw. Verbandszeitungen, c. Konzentrierung der Arbeit jeder I[ndustrie-]G[ruppen-]Leitung auf 2 bis 4 Betriebe und den Facharbeitsnachweis. Die Konzentrationsbetriebe sind festzulegen gemeinsam mit den Freunden der D[ach-]O[rganisation].

Die bescheidenen Erfolge in Berlin in der Anwendung dieser Linie zeigen bereits sehr deutlich, daß sie richtig und dringend notwendig ist. Der leitende Funktionärskader hat sich in Berlin zahlenmäßig bereits wesentlich gestärkt, und seine Aktivität steigt. Unser Plan ist ferner, daß in der weiteren Entwicklung und in Verbindung mit der Bildung unabhängiger Verbände die besten I[ndustrie-]G[ruppen-] bzw. Verbandsleitungen zu Bez[irks-] oder zu Reichs-I[ndustrie-]G[ruppen] oder Verbandsleitungen ausgebaut werden sollen. Dabei ist jedoch zu beachten, daß vor dem Aufbau einer

11 Der Brief lag nicht vor. Vgl. aber die Angaben in Anm. 4.
12 Wie Anm. 5.
13 Vgl. auch den Tätigkeitsbericht des Bezirkskomitees (Anm. 4).
14 In der Vorlage wird wechselweise auch der Begriff Facharbeiternachweis verwendet. Die Begrifflichkeit wurde nicht vereinheitlicht.

solchen Leitung eine wirkliche Fundamentierung derselben in den Betrieben und Facharbeitsnachweisen geschaffen ist. Auch ist es nicht möglich, bei der Bestimmung des Arbeitsbereiches dieser Leitungen an unseren früheren Prinzipien festzuhalten. Unseres Erachtens muß in der Abgrenzung der Verbände eine viel größere Bewegungsfreiheit stattfinden. Z. B. besteht die Möglichkeit, in der Metallindustrie einen Verband der Automobilarbeiter, einen solchen für die Kleineisenindustrie, einen solchen für die Eisen- und Stahlindustrie usw. aufzubauen. In der Chemieindustrie wird es möglich sein, einen Verband der Chemiearbeiter, einen Verband der Gummiarbeiter, einen Verband der Glasarbeiter usw. zu bilden. Im Bergbau wird die Entwicklung voraussichtlich zur Bildung eines Verbandes im Ruhrgebiet in Mitteldeutschland und in Oberschlesien führen. Durch ein solches Vorgehen wird die Konzentrierung der leitenden Körperschaften an bestimmten zentralen Punkten vermieden und die konspirative Arbeit sowie die Aktionsfähigkeit der Leitungen erleichtert. Im Verlaufe der Zeit müssen die Industriegruppen bzw. Verbands-Leitungen auch zur Basis des R[eichs-]K[omitees] werden, anstelle der bisherigen B[ezirks-]K[omitees]. Dadurch wird auch die Arbeit des R[eichs-]K[omitees] einen viel besseren Inhalt bekommen und sich viel vorteilhafter auswirken.

In Bezug auf die Eingliederung der Erwerbslosenarbeit in die Tätigkeit des R[eichs-]K[omitees], der B[ezirks-]K[omitees] und der I[ndustrie-]G[ruppen-] bzw. Verbandsleitungen haben wir beschlossen, das R[eichs-]K[omitee] und die B[ezirks-]K[omitees] sind verantwortlich für die gesamte Aktivität unter den Erwerbslosen und für die Entwicklung einer Erwerbslosen-Bewegung, gestützt auf Erw[erbslosen]-Komitees. Die Industriegruppen und Verbandsleitungen haben die Pflicht, die Arbeiter unter den Erwerbslosen, die bei den in Frage kommenden Facharbeiternachweisen eingetragen sind, zu führen. Die Erw[erbslosen]-Kom[itees] sollen sich darauf konzentrieren, eine Einheitsfront-Erw[erbslosen]-Bewegung auf der Grundlage der Stadtbez[irke], der Nachweise für ungelernte Arbeiter, der Arbeitsstellen der Notstandsarbeiter und der Arbeitsdienstler zu organisieren.

Über die Entwicklung der gewerkschaftlichen Arbeit unter den Jungarbeitern wird ein besonderer Bericht durch das Jugend-Kom[itee] der RGO zusammengestellt. An dieser Stelle sei nur gesagt, daß wir in ständiger Verbindung mit den Freunden des Jugend-Kom[itees] stehen und daß mit unserer Unterstützung die Arbeit desselben Schritt für Schritt etwas Form erhält.

3. Die Organisierung von Bewegungen in den Betrieben und in der DAF sowie die Bildung von unabhängigen Verbänden.

Wir wiesen bereits früher darauf hin, daß die Tätigkeit der RGO-Kom[itees] und der I[ndustrie-]G[ruppen]-Leitungen sich fast ausschließlich auf allgemeine Propaganda beschränkte, und daß die Verbindung zu den Betrieben und Facharbeitsnachweisen fehlte. Die in zahlreichen Betrieben stattgefundenen kleinen Widerstands-Bewegungen und die Kampagne zur Wahl der Vertrauensräte wurde von den Freunden in den Betrieben selbst ohne Zutun der B[ezirks-]K[omitees] und I[ndustrie-]G[ruppen]-Leitungen durchgeführt. In einer Anzahl Fälle wurden sie von den Zellen der D[ach-]O[rganisation] beeinflußt. Als wir damit begannen, in Berlin diesen Zustand zu bekämpfen, stießen wir auf einen gewissen Widerstand. Die Freunde erklärten, daß es noch nicht an der Zeit sei, direkte Verbindungen zu den Betrieben aufzunehmen und zu versuchen, Widerstandsbewegungen in Gang zu bringen. Es sei aus konspirativen Gründen notwendig, bis auf weiteres noch davon Abstand zu nehmen. Das war jedoch nur ein Verlegenheits-Argument. In Wirklichkeit war die Isolierung der B[ezirks-]K[omitee]s und der I[ndustrie-]G[ruppen]-Leitungen auf das Fehlen geeigneter politischer, praktischer und organisatorischer Anleitungen zurückzuführen. Es bestand

eine Unbeweglichkeit in taktischer Beziehung. Die Anwendung einer Einheitsfrontpolitik fehlte vollständig. Diese Unbeweglichkeit förderte auch die vorhandene sektiererische Einstellung gegenüber den früheren SPD- und Gew[erkschafts]-Mitgliedern und Funktionären, den oppositionellen Mitgliedern der DAF und der NSBO. Die Bildung von Gruppen unabhängiger Verbände wurde dadurch sehr stark gehindert. Eine weitere Ursache für das Stagnieren der Arbeit in dieser Hinsicht war die geringe Klarheit über die Fragen, wann und wie mit der Organisierung von Widerstandsbewegungen und mit der Bildung von unabhängigen Verbandsgruppen vorzugehen [ist]. Daran trägt die schematische Auslegung der Formulierung, daß verhütet werden müsse, vorhandene RGO-Betriebsgruppen einfach in Gruppen unabhängiger Verbände umzubenennen, einen Teil der Schuld. Des weiteren die Unklarheit in der Frage, bilden wir Betriebsgruppen der unabhängigen Verbände nur in Fällen, wo die Massen sich weigern, der DAF beizutreten, oder wo sie dieselbe bereits enttäuscht verlassen. Oder bilden wir unabhängige Verbände auch dort, wo die gesamte Belegschaft der Arbeitsfront angehört? Bilden wir eine besondere Opposition in der DAF oder ist die Entwicklung und Leitung des oppositionellen Kampfes in der DAF und die Organisierung der Widerstands-Bewegungen im Betrieb beides die Aufgabe der unabhängigen Verbände?

Wir haben versucht, auf diese Fragen konkrete Antworten zu geben und arbeiten in folgender Linie: a. Die RGO-Gruppen sollen in jedem Betrieb unverzüglich in Verbindung mit einer umfassenden Mobilisierungsarbeit zur Durchführung von Widerstands-Bewegungen – unter Ausnutzung aktueller Ereignisse im Betrieb und Aufstellung und Propagierung von Forderungen, die die Belegschaft am meisten beschäftigen – an die Bildung von Organisations-Komitees des in Frage kommenden unabhängigen Verbandes gehen, und mit der Mitgliederwerbung den Aufbau von Gruppen usw. beginnen. Die Organ[isations-]Komitees sind nicht identisch mit den zu wählenden Beschwerde-Komitees, Streikleitungen usw., sondern sie sind illegale gewerkschaftliche Komitees, aus denen sich in Verbindung mit der Erstarkung der Verbands-Betriebsgruppen die Betriebsgruppen-Leitung entwickelt. Die Mitglieder der RGO-Gruppen werden zu den ersten Mitgliedern der Betriebsgruppe des unabhängigen Verbandes. Durch ihre Arbeit muß die Betriebsgruppe des Verbandes zahlenmäßig ausgebaut, politisch und organisatorisch gestärkt und aktiviert werden. Mit dieser Regelung glauben wir die Scheu vor der Bildung von Gruppen unabhängiger Verbände in den Betrieben bei unseren RGO-Gruppen zu überwinden. Wir erklären damit, daß wir als eine schematische Umwandlung einer RGO-Gruppe in eine Betriebsgruppe eines unabhängigen Verbandes nur solche Fälle bezeichnen, wo sich eine passive RGO-Gruppe nur den Namen eines unabhängigen Verbandes zulegt, ohne eine wirkliche Arbeit in obigem Sinne und unter Anwendung der Einheitsfrontpolitik zu leisten. Diese Regelung besagt auch, daß wir nicht nur während Widerstandsbewegungen und ihrer Auswertung, sondern in der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung derselben Betriebsgruppen unabhängiger Verbände bilden, wobei als Widerstandsbewegung keinesfalls nur der Streik anzusehen ist. Aus der von uns beschlossenen Regelung ergibt sich außerdem, daß die Voraussetzung zur Bildung von Betriebsgruppen unabhängiger Verbände keineswegs in der Weigerung der Massen zum Beitritt oder in dem Austritt von Belegschaften aus der DAF besteht. Sondern wir sagen, wir bauen in jedem Betrieb Betriebsgruppen der unabhängigen Verbände auf, auch dort, wo die Belegschaft zu hundert Prozent der DAF angehört, die ja von sich selbst behauptet, keine Gewerkschaft zu sein, und die es ablehnt, gewerkschaftliche Tätigkeit auszuüben. Die Mitglieder der unabhängigen Klassengewerkschaften werden infolgedessen in der nächsten Periode zum übergroßen Teil gleichzeitig auch Mitglieder der DAF sein. Sie sollen nicht einzeln aus der DAF austreten, sondern die

Betriebsgruppen der unabhängigen Verbände müssen um den geschlossenen Austritt der ganzen Belegschaften aus der DAF oder auch, wie das in einer beschränkten Anzahl von Fällen noch notwendig ist, für die geschlossene Ablehnung des Beitritts zur DAF durch die ganze Belegschaft kämpfen. Daraus ergibt sich logischerweise, daß wir die unabhängigen Klassengewerkschaften in Wirklichkeit innerhalb der DAF aufbauen, der heute die große Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft angehört. Die organisatorische Struktur der Betriebsgruppen der unabhängigen Verbände muß sich infolgedessen eng an die organisatorische Struktur der DAF (die vor kurzem endgültig bekannt gegeben wurde)[15] anschmiegen. Sie werden dadurch besser geeignet sein, den oppositionellen Kampf in der DAF und gleichzeitig die Organisierung der Widerstandsbewegungen durchzuführen. Die Betriebsfunktionäre der unabhängigen Verbände sollen aus diesen politischen Gründen, jedoch auch aus Gründen der Konspirativität, sich nicht scheuen, untere Funktionen in der DAF, wie die Funktion als Block- oder Zellenwart anzunehmen. Sie sollen sogar versuchen, sich solche Positionen anzueignen, ihre Ausübung erleichtert die Verbindung zu den Mitgliedern des unabhängigen Verbandes, die individuelle Aktionsarbeit, die Durchführung von Sammlungen usw.

b. Um die Herstellung der Verbindung der RGO-Mitglieder zu den früheren Gewerkschaftsmitgliedern und den oppositionellen DAF- und NSBO-Leuten zu erleichtern, deren Initiative anzureizen, die bei zahlreichen RGO-Funktionären und Mitgliedern vorhandenen sektiererischen Hemmungen gegenüber der Aufnahme solcher Verbindungen und gegenüber der Anwendung der Einheitsfrontpolitik zu überwinden, haben wir mit der Einleitung verschiedener Maßnahmen begonnen, die sich von unten und oben in dieser Richtung auswirken, die Basis der RGO verbreitern, ihre führende Rolle unterstreichen und die Organisation von Widerstandsbewegungen sowie die Bildung von unabhängigen Verbänden fördern sollen. Die Maßnahmen bestehen in folgendem: Jede RGO I[ndustrie]-G[ruppe] ist angewiesen, sich auf die Tätigkeit in 2 bis 4 Betrieben zu konzentrieren und zu versuchen, für jeden Betrieb besonders ein kleines Programm unmittelbarer Forderungen sowie konkrete Vorschläge zur Organisierung von Bewegungen und zur Bildung einer Betriebsgruppe des zuständigen unabhängigen Verbandes herauszubringen. Das so entstehende Flugblatt soll von einem zu bildenden Organisations-Komitee des in Frage kommenden Verbandes unterzeichnet werden. Die Betriebsgruppe der RGO soll sich durch eine Formulierung in dem Flugblatt oder durch einen besonderen Flugzettel mit dem Vorgehen des Org[anisations]-Komitees solidarisch erklären und ihre Bereitschaft zur aktivsten Mitarbeit bekanntgeben. Das Org[anisations]-Komitee soll in Verbindung mit den Mobilisierungsarbeiten für die Durchsetzung der gestellten Forderungen unverzüglich mit der Zusammenfassung des ersten Kaders des unabhängigen Verbandes im Betriebe beginnen. Es soll sich dabei insbesondere an ehrliche, frühere Funktionäre und Mitglieder der freien, christlichen oder Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften, an frühere SPD-Leute usw. wenden, kleine Zusammenkünfte in Wohnungen organisieren usw. Gelingt ein solches Vorgehen, so soll sich das erfolgreiche Org[anisations]-Komitee bzw. die neugebildete Betriebsgruppe des unabhängigen Verbandes durch persönliche Verbindungen und auch durch Flugblätter an die Belegschaften anderer Betriebe derselben Industrie wenden und sie zum gleichen Vorgehen auffordern. Es soll mit der Herausgabe einer Verbandszeitung beginnen, kleine Konferenzen von Vertretern verschiedener Betriebe organisieren usw. Sind in einigen Betrieben derselben Industrie oder Branche Verbandsgruppen gebildet, so soll die Gründung der Ortsgruppe des Verbandes vorgenommen werden, die dann neben ihrer laufenden Arbeit wiederum versucht, den Verband nach anderen Betrieben und Orten

15 Zur Umbildung des DAF-Aufbaus im Frühjahr bis Herbst 1934 vgl. Frese, Betriebspolitik, S. 96ff.

auszudehnen. Bei Durchführung dieser Maßnahmen betonen wir besonders, daß es nur eine unabhängige Klassenbewegung geben kann, die von den Arbeitermassen auf dem Boden der Prinzipien der RGO selbst gebildet [wird], in der die Mitglieder die Leitungen selbst bestimmen und die den schärfsten Kampf gegen alle Spaltungsmanöver reformistischer und nationalsozialistischer Kräfte führt. Bereits bestehende illegale Gewerkschaftsgruppen sollen sich deshalb ihrem zuständigen Verband anschließen bzw. mit Energie an dem Ausbau der Organisation arbeiten.

Die geschilderten Maßnahmen können wir durch Aktivierung unserer Kräfte unter Ausnutzung der Lehren der Vertrauensräte-Wahlen usw. und in Verbindung mit den im Gange befindlichen Angriffen auf die tariflichen Bestimmungen und auf die gegenwärtigen Arbeitsordnungen durchführen. Jedoch genügt das nicht. Um den Prozeß zur Organisierung von Widerstandsbewegungen und zur Bildung von Klassengewerkschaften zu beschleunigen, ist es notwendig, in weitgehendstem Maße die zahlreich vorhandenen aktiven Kräfte – auch diejenigen, die noch nicht mit uns politisch oder organisatorisch verbunden sind – nach diesem Ziel zu leiten. Es ist ferner notwendig, mit äußerster Energie an die Errichtung der Einheitsfront zwischen den RGO-Anhängern, den sozialdemokratischen, christlichen und oppositionellen nationalsozialistischen Arbeitern heranzugehen. Wir haben, um die Anwendung der Einheitsfrontpolitik durch die RGO-Leitungen und Gruppen zu fördern, und das Interesse für die Einheit auf Seiten der noch nicht mit uns verbundenen Arbeitermassen zu steigern, ein Manifest an die deutsche gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft verfaßt, das von einer »Konferenz« von ca. 15 Vertretern aus Großbetrieben des ganzen Reiches, die am 1. Mai [1934] in Stuttgart tagte, beschlossen wurde. Die Konferenz wurde mit Unterstützung des R[eichs-]K[omitees] der RGO »organisiert«.[16] Das Manifest ist also das Produkt einer Konferenz, an der Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen, Parteilose teilnahmen, und ist dementsprechend aufgemacht. Es gibt eine kurze Antwort auf die aktuellen Fragen, die im Vordergrund des Interesses der klassenbewußten Arbeiter stehen. Es stellt sehr scharf die Frage der Notwendigkeit des Kampfes um den Sozialismus, die Rolle der Gewerkschaftsbewegung in diesem Kampfe, die Bedeutung des gewerkschaftlichen Kampfes usw. und zeigt den Weg, wie die Einheitsfront zu bilden, der Widerstand gegen weiteres Elend und [wie] unabhängige Klassengewerkschaften zu organisieren [sind]. Das Manifest ist 20 Schreibmaschinenseiten lang und soll in Broschürenform in einer Massenauflage verbreitet werden. Das Manuskript geht Euch mit gleicher Post zu. Wir bitten, seine Durchsicht und Drucklegung auf das äußerste zu beschleunigen, da sein Erscheinen politisch dringend erforderlich ist, und da nach der Beantwortung der darin gestellten Fragen unter unseren Anhängern sowie unter den Massen im allgemeinen ein Heißhunger besteht. Wenn es gelingt, das Manifest an breite Massen heranzubringen, so kann es viel dazu beitragen, unsere RGO-Anhänger und ihren Apparat mit den Massen zu verbinden.

Wir haben ferner, um auf die zahlreichen praktischen Fragen eine Antwort zu geben, die in Verbindung mit der Bildung unabhängiger Verbände auftauchen, eine kleine Broschüre verfaßt mit dem Titel »Die Rolle und der Aufbau der unabhängigen Klassengewerkschaften«.[17] Das Manuskript geht Euch mit der nächsten Post zu. Es ist notwendig, auch die Durchsicht und Drucklegung dieser Broschüre sehr zu beschleunigen. Das Manuskript für die Broschüre »Wird Hitler das Erwerbslosenproblem lösen?«[18] hoffen wir Euch in ungefähr 14 Tagen senden zu können. Die regelmäßige Herausgabe solcher kleinen Gewerkschafts-Broschüren sowie der Gewerkschaftszeitung ist von der größten Bedeutung. Sie ist auch notwendig, um unseren in der Entstehung begriffenen Leitungen und Gruppen eine Möglichkeit zur Beschaffung von Finanzen zu geben, was ihnen am besten und für die Bewegung am vorteilhaftesten durch den Vertrieb von solchem Material möglich ist. Wir bitten Euch deshalb, uns in der Lösung dieser Aufgaben mit aller Kraft zu unterstützen. Vielleicht ist es Euch möglich, das Manuskript für eine vierte Broschüre zu liefern, die eine Antwort auf die Rede *Hitlers* vor dem Kongreß der Arbeitsfront gibt und mit reichem Vergleichsmaterial aus der Sowjet-Union ausgestattet ist. Für uns ist es schwieriger, das Manuskript auch dafür zu liefern, da uns genaues Zahlenmaterial über die Sowjet-Union nicht zur Verfügung steht.

4. Die finanzielle Lage des R[eichs-]K[omitees][19]

Die Abrechnungen für die Monate Februar, März, April und Mai [1934] erhaltet Ihr in kürzester Frist. Zur Zeit sind wir ohne jede finanzielle Mittel. Das ist um so unangenehmer, da wir dadurch in der weiteren Durchführung unseres Arbeitsplanes stark behindert sind. Hinzu kommt, daß unsere in den Bez[irken] tätigen Freunde zur Berichterstattung kommen und mit neuem Material für die nächsten zwei Monate ausgestattet werden müssen. Mit dem Wachsen der Bewegung wachsen auch die finanziellen Anforderungen, da bisher noch keine Maßnahmen durch die Herausgabe von Zeitungen und Broschüren getroffen wurden, Mittel zur Finanzierung der Instrukteure usw. aufzubringen. Wir werden über das finanzielle Problem – Budgetfragen usw. – noch besonders schreiben. Heute bitten wir Euch nur, die Überweisungen unverzüglich vorzunehmen, damit nicht größere Störungen in der Arbeit und in der Aufrechterhaltung des mit vielen Schwierigkeiten aufgebauten Apparates entstehen. Der Bericht über die Entwicklung der Arbeit in Berlin folgt in den nächsten Tagen.[20]

Mit bestem Gruß R[eichs-]K[omitee].

16 Vgl. den Bericht über die »Stuttgarter Gewerkschaftskonferenz«, vom 15.5.1934; sowie das »Manifest der Stuttgarter Gewerkschaftskonferenz an die deutsche Arbeiterschaft«, vom 15.5.1934 (beide: BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/3, Bl. 16–17, 25–39). Ablauf, Teilnehmerkreis und Ertrag der Konferenz wurden intern kritisch gesehen. Vgl. die Diskussion auf der Sitzung des Reichskomitees der RGO am 24./25.8.1934 (BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/5, Bl. 523–628, hier Bl. 536, 610).

17 Das Manuskript lag nicht vor.

18 Ebd.

19 Wie Anm. 5.

20 Vgl. die Angaben in Anm. 4 sowie das Schreiben ohne Verfasserangabe an Paul [d. i. Walter Ulbricht] vom 16.6.1934 (BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/9, Bl. 228–230).

DOKUMENT 122

7. 7. 1934: Bericht über den Stand der illegalen Arbeit im Oberbezirk West

BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/268, Bl. 91–101. Maschinenschrift. Ohne Unterschrift. Für den Abdruck gekürzt.[1]

7.7.[19]34

West

Stimmungen.[2]

1 Im Dokumentkopf Stempel: 22. JUL[I] 1934* 4597». Paraphen. Zahlreiche handschriftliche und maschinenschriftliche Unterstreichungen in der Vorlage. Zum Verfasser wurden keine näheren Angaben ermittelt. Zur Entwicklung im Oberbezirk West vgl. auch den Bericht über eine Instruktionsreise in Westdeutschland, vom Mai 1934 (BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/9, Bl. 209–220).

2 Die Überschrift ist in der Vorlage unterstrichen.

Unsere Gen[ossen] haben immer wieder auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten hingewiesen, die Preissteigerungen, Rohstoffmangel, z.B. bei Bemberg[3], wo bereits Entlassungen angedroht sind wegen Rohstoffmangel, die Feierschichten haben sich erhöht, dadurch Lohnausfall.[4]

Es herrscht bei unseren Gen[ossen] jetzt allgemein die Stimmung, daß schärfer, stärker und rücksichtsloser als bisher gearbeitet werden muß. Eine ganze Reihe von Gen[ossen], die früher passiv waren, nur ihre Beiträge bezahlten, verlangen jetzt, in die Arbeit eingereiht zu werden. Dieselbe Stimmung, allerdings nicht in so scharfer Form, kann bei den Sozialdemokraten festgestellt werden. Sie kommen zu uns und sagen: »Die Situation verschärft sich, wir müssen zusammen was machen«. Im Gegensatz zu früher, wo sie sagten, daß alles keinen Zweck hat, kommen sie zur Einsicht, daß es jetzt höchste Zeit ist, etwas zu unternehmen. Dieses konnte man bereits vor dem 30. Juni [1934][5] feststellen. Jetzt nach dem 30. Juni [1934] wird es noch stärker sein.

Im Zusammenhang mit der Einführung der neuen Betriebsordnung[6] war die Stimmung so, daß man von einem großen Willen, diese Dinge abzulehnen, sprechen konnte. Früher maulten die Arbeiter bei solchen Gelegenheiten und erklärten: »Wir werden noch mehr abgezogen bekommen«. Jetzt sagen sie: »Wir dürfen uns das nicht mehr gefallen lassen.« Es herrscht starker Offensivwillen. In den Großbetrieben gibt uns das eine bessere Basis zur Arbeit. Bisher sind wir über propagandistische Arbeit nicht hinausgekommen. Der Ausbruch der kleineren Widerstandsaktionen war meistens ohne unser Zutun. Jetzt sind günstigere Voraussetzungen, diese Aktionen zu organisieren und zu führen.

[...][7]

Gewerkschaftsarbeit.[8]

In der Metall-, Textil- und chemischen Industrie sind 70% der Betriebsarbeiter in der Arbeitsfront erfaßt. Die Hälfte davon bezahlt keine Beiträge. Im großen und ganzen Wohnkassierung.

Die Bergarbeiter im Ruhrgebiet sind 50%ig organisiert, ja, es gibt sogar Gruben, wo nur 20% in der Arbeitsfront sind. Von diesen 50% zahlen rund 60% keine Beiträge. Es kam dort vor, daß Bergarbeiter gruppenweise ihren Austritt aus der A[rbeits-]F[ront] erklärten. In der rev[olutionären] Stimmung sind sie am entwickeltsten.

Die 30%ige Urlaubsbezahlung durch die Arbeitsfront ist nur jenen zugute gekommen, die in der Arbeitsfront organisiert waren. Hiermit wollten die Arbeitsfrontbonzen einen Druck auf die Arbeiter ausüben, daß sie in die A[rbeits-]F[ront] eintreten. Die Arbeiter fielen aber nicht darauf herein, sondern rechneten sich aus, daß sie bei 7–9 Tagen Urlaub 15–18 Mark einbüßen. Wenn sie aber in die A[rbeits-]F[ront] gehen, müssen sie jährlich mehr als diese Summe bezahlen. Ab 1. Oktober [1934] sind die Unternehmer gezwungen, den vollen Urlaub zu zahlen.

3 Gemeint ist das Chemieunternehmen I.P. Bemberg in Wuppertal-Oberbarmen.
4 Vgl. bereits den »Bericht über Betriebsbewegungen Mai-Juni [1934] zu Betrieben im Bezirk Niederrhein«, o.D., vom 4.8.1933 [Stempel] (BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/17, Bl. 110–111, 118–121).
5 D. h. nach der Ermordung der SA-Führung durch Hitler und die SS.
6 Das AOG schrieb in § 6 vor, daß alle Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten eine Betriebsordnung erlassen mußten. Dies kam am Anfang nur sehr schleppend in Gang. Vgl. Frese, Betriebspolitik, S. 138ff.
7 Die ausgelassenen Ausführungen behandeln die Entwicklung der SPD, SAJ, katholische Gruppen, Kleinbürgertum, die Stimmung verschiedener Bevölkerungsgruppen, die Entwicklung der Einheitsfront, verschiedener NS-Organisationen sowie der NSDAP.
8 Wie Anm. 2.

Der Besuch der Arbeitsfrontversammlungen ist katastrophal. Z.B. auf einer Amtswaltertagung im nördlichen Kohlengebiet Gelsenkirchen waren 1.200 erwartet. Anwesend waren 4. Durchschnittlich besuchen 1–2% der organisierten Mitglieder die Versammlungen. Mehr wie 20–30 Mann sind nie da. Dies ist auch bei der übrigen Industrie in der Arbeitsfront festzustellen.

Dasselbe ist bei den »Kraft durch Freude«-Veranstaltungen.

Das Fahrgeld von Düsseldorf nach dem Saargebiet hin und zurück sollte 5 Mark betragen. Der Sonderzug war nicht besetzt.[9] In Mainz war eine große Kundgebung vor 4 Wochen. »Kraft durch Freude« und NS Hago stellten einen Sonderzug. Das Fahrgeld hin und zurück 5 Mark. Von Düsseldorf und Köln war der Zug nicht besetzt worden. Eine Dampferfahrt nach Emmerich von Sonnabend 2 Uhr bis Sonntag abend 12 Uhr wurde organisiert. Einschließlich gesamter Verpflegung kostete die Fahrt 3,90 Mark. Der Dampfer war nicht voll. Dies zeigte eine demonstrative Ablehnung der Dinge.

Unsere Gen[ossen] sagen betr[effs] Arbeit in den Gewerkschaften[10]: Die Arbeiter sabotieren die Arbeit in der Arbeitsfront, sie sind nur auf Druck hineingegangen. Da sollen wir hineingehen und dort arbeiten, kommt nicht in Frage. Ein Gen[osse] äußerte: Du kannst von mir verlagen, daß ich *Hitler* umbringe, aber nicht, daß ich in die Arbeitsfront als Kommunist gehe. Ich blamiere mich nicht vor den Arbeitskollegen. Andere: Wenn wir hineingehen, haben wir keine Erfolge, es ist ja niemand da, die wir überzeugen können, denn diejenigen, die da sind, sind Kommandierte.[11]

Die Arbeitsfront ist noch nicht auf Betriebsorganisationen umgestellt[12], spielt somit im Betrieb keine Rolle. In den Versammlungen werden allgemeine Reden über *Hitler*, Rasse usw. gehalten. Über Betriebsfragen wird nicht gesprochen. Wenn einer eine betriebliche Frage stellt, wird ihm geantwortet, daß er sie schriftlich bei der Arbeitsfront einreichen soll.

Die Straßenorganisation der Arbeitsfront – 25-er Gruppen – hat keine Bedeutung. Blockwartstellen werden allen Arbeitern angeboten. Meist nehmen alte SPD-Leute sie an. Unsere Gen[ossen] sagen: »Was hat das für einen Zweck. Die Gruppe hat Verbot, Versammlungen duchzuführen. Der Blockwart hat nur einen Führerbeirat, die dürfen zusammenkommen und an die höhere Instanz ihre Wünsche und Anregungen weitergeben. Wenn wir da was machen wollen, müssen wir dem Blockwart es sagen, der gibt es weiter und es verschwindet im Papierkorb. Diese Arbeit ist eine Verzettelung unserer Arbeitskraft, wir können sie auf anderen Gebieten besser anwenden.«

Wo wir diesen ideologischen Widerstand gebrochen haben, besteht aber immer noch keine praktische Arbeit. In der Arbeitsfront gibt es im ganzen Westen keinerlei organisatorische Ansätze einer Arbeit.

9 Die DAF organisierte Sonderfahrten wegen der Saarabstimmung.
10 Zu diesem Zeitpunkt war damit die DAF gemeint.
11 Vgl. auch die Kritik auf der Konferenz der RGO am 24./25.8.1934 (BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/5, Bl. 523–628).
12 Dies war mit der Reorganisation der DAF seit Januar 1934 angestrebt worden, zog sich aber das ganze Jahr 1934 hin. Vgl. Frese, Betriebspolitik, S. 95ff., 434ff.

Aufgabenstellung:[13]

Unsere Gen[ossen], die Mitglied der Arbeitsfront sind, müssen versuchen, Funktionen zu erhalten. In der Arbeitsfront innerhalb der Mitgliedschaft sollen Oppos[itions-] Gruppen geschaffen werden. Es muß versucht werden, im Rahmen der Arbeitsfront SPD-, parteilose und christliche Arbeiter an uns heranzuholen. Es muß versucht werden, eine Politisierung der Arbeitsfront durchzuführen, da dieselbe vollkommen entpolitisiert ist. Von uns aus sollen Oppositionsgruppen der Arbeitsfront auf der Betriebsbasis geschaffen werden aufgrund konkreter Betriebsfragen.

Seit 1 Jahr wurde propagandistisch die Frage der Klassengewerkschaften gestellt.[14] Aber das ist an der Org[anisation] abgelaufen wie Wasser an Fett. Grund: Die Gen[ossen] haben die Frage unten nicht konkret gestellt, z.B. eine Aktion hat im Betrieb nicht geklappt. Dann müßte man nach unten gehen, mit den Arb[eitern] sprechen, warum es nicht gegangen ist: es fehlten Vertrauensmänner usw. Man hat diese Frage nicht genügend durchgearbeitet, sondern nur propagandistisch gestellt.

Die RGO-Arbeit hat sich bisher ausschließlich erschöpft in der Arbeit von kleinen Gruppen. In den faschistischen Verbänden wurde keine Arbeit durchgeführt. Es wurden innerhalb der Betriebe mit unserer Zelle höchstens neue RGO-Gruppen geschaffen, aber weiter nichts. Z. B. waren die zwei Leute, die ins Ruhrgebiet und zum Niederrhein geschickt wurden, ganz versessen darauf, die Bildung solch kleiner Gruppen vorzunehmen. Die Verbindung mit dem R[eichs-]K[omitee] klappt auch schlecht. Von der RGO ist einiges allgemeine Material herausgekommen.

Die SPD-Leute, die Funktionen in der Arbeitsfront annehmen, tun dies zum Teil bewußt, andere sind alte Gew[erkschafts]-Mitgl[ieder], die ihr ganzes Leben lang kassiert haben, und nicht anders leben können, andere wieder tun es, um eine gewisse Rücksicherung für ihre Arbeit zu haben.

Erfahrungen mit den neuen Vertrauensräten.[15]

Es herrscht gegen sie eine starke Stimmung innerhalb der Belegschaften. Der größte Teil dieser Vertr[auens-]Räte sind wütende Faschisten. Ein kleiner Teil, die an unterster Stelle standen, aber durch die Wahl an die erste Stelle traten, erfüllen nicht die Funktion der Unternehmerknechte. Bei Mannesmann[16] wurden viele Arbeiter mobilisiert, z.B. solche, denen der Lohn nicht voll ausbezahlt wurde, sie wurden zum Vertrauensrat geschickt, der soll es regeln.- Am Sonnabend wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit vorgenommen, damit eine Lohnsenkung. Die Arbeiter gingen zum Vertrauensrat und forderten die Zahlung des alten Lohns. Der Vertrauensratobmann[17] lehnte ab, ihn ginge das nichts an. Ein anderer Vertrauensrat griff es auf und wollte es mit der Betriebsführung regeln. Hier erklärte man ihm, wenn er das so weiter macht, wird man andere Seiten aufspannen. Er ist nicht der Briefträger für Meckerer. Dies erzählte er den Kollegen. Unsere Gen[ossen] fragen: »Was sagen Deine Kollegen im Vertrauensrat?« Er: »Mit denen ist nichts anzufangen.« Hier ist eine Differenzierung im Vertrauensrat erreicht. Es wird sicher sehr viele solche Sachen geben, sie wurden aber bisher noch nicht genügend ausgenutzt. Meistens heißt es: »Die Vertrauensräte sind Schweinehunde.«

Es besteht auch zum Teil passive Stimmung gegen den Vertrauensrat. Sie gehen nicht hin, da er ja doch nichts macht.

13 Wie Anm. 2.
14 Vgl. Dok. 119.
15 Wie Anm. 2.
16 In der Vorlage unterstrichen.
17 Gemeint ist der geschäftsführende Vertrauensratsvorsitzende.

Rote Verbände[18] gibt es überhaupt nicht mehr, auch kleine Gruppen bestehen nicht. RGO-Gruppen[19] gibt es eine ganze Reihe, aber sehr schwach. Sie werden nur kassiert. Pol[itische] und org[anisatorische] Arbeit wird nicht viel geleistet. Gruppen bestehen z.B. bei den Straßenbahnern, eine Metallgruppe, eine Gruppe in der Textilindustrie im [Bezirk] Niederrhein. Bis vor 3 Wochen keine Ansätze von Industriegruppenleitungen. Es gab nur RGO-Leitungen.

Aufgabenstellung:[20]

In der gleichen Linie und im Zusammenhang mit der Betriebsarbeit die RGO-Arbeit ansetzen. Bei der Konkretisierung des Rettungsprogramms auf die Betriebe die RGO mit einschließen. Hier Vertrauensleute in den Abt[eilungen] schaffen und um die Vertrauensleute herum Teile der Arbeiter gruppieren als Kader für Gewerkschaftsorganisationen innerhalb der Betriebe. Die Arbeit in den Massenorganisationen – Arbeitsfront – in den Mittelpunkt stellen. Von dort aus Fraktionen bzw. Oppositionsgruppen in den Verbänden schaffen. Alle Kader sollen für die weitere Verbreiterung dienen.

Die Zusammenarbeit zwischen RGO und Partei ist sehr gut.

[...][21]

DOKUMENT 123

November 1934: Interne Abstimmung im Zentralkomitee der KPD über eine Resolution zur Bildung der Aktionseinheit und Gewerkschaftsarbeit

BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/17, Bl. 154–160. Maschinenschrift. Ohne Datumsangabe. Für den Abdruck gekürzt bis auf das Kapitel »Der Kampf um den Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften« (S. 6 f.; Bl. 159f.).[1]

18 Wie Anm. 16.
19 Ebd.
20 Ebd.
21 Die ausgelassenen Ausführungen behandeln die Entwicklung der SA und anderer NS-Organisationen sowie die Aufrüstungspolitik des Deutschen Reiches.

1 Im Dokumentkopf zwei Datumsstempel: »30. NOV[ember] 1934« und »15. DEZ[ember] 1934* 8016«. Zahlreiche handschriftliche Anstreichungen. Im Dokumentkopf handschriftliche Notiz: »Mit 3 gegen 2 (Rich[ard] u[nd] Paul) beschlossene Resolution« [d.i. Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht]. Die Resolution wurde begleitet von einem ebenfalls mit drei zu zwei Stimmen verabschiedeten Schreiben an die Politkommission des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI), Entwurf vom Ende November 1934 mit Stempel »15. DEZ[ember] 1934 * 8016« (BA, SAPMO, I 2/3/17, Bl. 256–258). In diesem Schreiben wurde mitgeteilt, daß »im Politbüro in nicht unbedeutenden Fragen Differenzen zum Ausdruck kamen, die die Entfaltung der praktischen Arbeit im Politbüro für die Durchsetzung der Einheitsfrontpolitik hemmten.« Das Schreiben griff die Kritik des EKKI an der Arbeit des Politbüros auf und erklärte mit Hinweis auf die Resolution zur Gewerkschaftsarbeit: »Um bei dem Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften nicht den Eindruck zu erwecken, daß es sich dabei um eine kommunistische Parteisache handele, hielt das P[olit-]B[üro] es für zweckmäßig, in den zentralen Materialien der Partei die allgemeine Losung des Wiederaufbaus der Freien Gewerkschaften nicht in den Vordergrund zu stellen. Selbstkritisch stellt das PB fest, daß die beispielgebende Auswertung der, wenn auch nur geringen Erfolge in der Schaffung freigewerkschaftlicher Organisationen in den zentralen Materialien der Partei fast nicht zum Ausdruck kommt, wodurch die Aktivität für den Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften und der Kampf um die Gewerkschaftseinheit ungenügend entwickelt wurden. Das Politbüro stellt selbstkritisch fest, daß nach wie vor die Hauptschwäche der Partei in der Arbeit innerhalb der »Arbeitsfront«, zur Gewinnung der Mitglieder für den Widerstand in der Arbeitsfront und in den Betrieben und für den Aufbau von Freien

Entwurf *Rolf*[2] *Jean*[3]
Aktionseinheit gegen Faschismus und imperialistischen Krieg.[4]
(Resolution des Z[entral-]K[omitees] der KPD vom November 1934)

Zur Lage in Deutschland.[5]
[...][6]

Der Kampf um den Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften.[7]

Ein dumpfes millionenfaches Ringen der Massen mit dem Faschismus ist im Gange. In zahlreichen kurzfristigen Widerstandsaktionen setzen sich die Belegschaften gegen die Unternehmerangriffe zur Wehr. Die Aufgabe der Kommunisten ist es, diesen Kämpfen eine größere Organisiertheit und Stoßkraft zu verleihen. Dem wohlorganisierten Unternehmertum, das sich rückhaltlos auf die Staatsgewalt stützt, muß die Arbeiterschaft ihre organisierte Kraft als Klasse entgegensetzen.

Gewerkschaften besteht. Obwohl in den zentralen Dokumenten der Partei, wie auch in der »R[oten] F[ahne]« die Notwendigkeit der Massenarbeit in den faschistischen Organisationen durch eine Reihe von Beispielen aus der Praxis unterbaut worden ist, stellt das PB fest, daß es bisher noch nicht gelang, die Gesamtpartei auf diese entscheidende Aufgabe entschieden genug einzustellen. Zusammenfassend erkennt das PB die vom EKKI gestellte Aufgabe, die von ihm aufgezeigten linkssektiererischen Abweichungen in der Massenpolitik der Partei entschlossen und schnell zu bekämpfen und zu überwinden.« Die Mehrheit des Politbüros kritisierte Pieck und Ulbricht, daß sie zu spät und nicht ausreichend informiert worden wären und verwies zur Entlastung gegenüber den Forderungen des EKKI auf eine Reihe von Publikationen zur »Einheitsfront- und Massenpolitik«. Vgl. auch zu den Auseinandersetzungen um die Gewerkschaftsarbeit seit der Gewerkschaftsresolution des Zentralkomitees der KPD vom 1.8.1934 innerhalb des Politbüros und zwischen Inlands- und Auslandsleitung der KPD u.a.: Politbüro/Walter Ulbricht, an Landesleitung, vom 20.8.1934; 15. Dez[ember] 1934; Entwurf Paul [d. i. Walter Ulbricht], an die Landesleitung, vom 15.11.1934; Entwurf Rolf [d. i. Wilhelm Florin] und Jean [d. i. Franz Dahlem] für das Schreiben an die Politkommission des EKKI; sowie die Protokolle der Politbüro-Sitzungen vom 9.11. und 15.11.1934 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/260, Bl. 300–303; I 2/3/17, Bl. 10–12, 15–18, 104–107, 239–244). Zur weiteren Entwicklung vgl. die Anweisungen und Forderungen der Auslandsleitung gegenüber der Inlandsleitung vom 10.12. 1933 (Dok. 124) sowie zu den Auseinandersetzungen mit dem EKKI die Angaben in Dok. 125.

2 Deckname von Wilhelm Florin. Florin (16.3.1894–5.3.1944) war 1917 USPD, 1920 KPD, seit 1923 in hauptamtlichen Funktionen der KPD tätig, 1925 Zentralkomitee und Politischer Leiter des KPD-Bezirks Ruhrgebiet, ab 1929 Politbüro, 1932 Politischer Leiter des KPD-Bezirks Berlin-Brandenburg, 1924–1933 MdR, Frühjahr 1933 Emigration, Mitglied der Auslandsleitung der KPD, zunächst Unterstützung des linken Flügels um Hermann Schubert und Fritz Schulte, auf dem VII. Weltkongreß der Komintern Abrücken und Annäherung an die Position von Pieck und Ulbricht, seit 1933 Mitglied des Präsidiums des EKKI, 1935–1943 Sekretär des EKKI.

3 Deckname von Franz Dahlem. Dahlem (14.1.1892–17.12.1981) war 1913 SPD, 1917 USPD, 1920 KPD, zahlreiche wechselnde Parteifunktionen, 1921–1924 Mitglied des Preußischen Landtags, 1929–1933 MdR, ab 1927 Zentralkomitee und Kandidat des Politbüros, 1929 Politbüro und dort zuständig für Massenarbeit, Kader- und Organisationspolitik, 1930–1932 Reichsleiter der RGO, Frühjahr 1933 Emigration und Mitglied der Auslandsleitung der KPD, zunächst auf dem linken Flügel des Politbüros mit Hermann Schubert und Fritz Schulte, auf dem VII. Weltkongreß der Komintern Schwenk gegen die Politik von Schubert und Schulte, Teilnahme an den Einheitsfrontverhandlungen mit der Sopade, 1938 Leiter des Pariser Sekretariats des Zentralkomitees, bei Kriegsausbruch 1939 freiwillige Registrierung und anschließende Internierung, August 1942 Auslieferung nach Deutschland, KZ Mauthausen, nach 1945 Leiter der Kader- und Organisationspolitik des Zentralkomitees der KPD, seit 1946 Parteivorstand der SED, 1950–1953 Zentralkomitee der SED, 1953 Absetzung, 1956 Rehabilitation und seit 1957 erneut Zentralkomitee der SED, Mitglied der Volkskammer der DDR 1949–1953 und 1963–1976.

4 Die Überschrift ist in der Vorlage unterstrichen.

5 Ebd.

6 Die ausgelassenen Ausführungen behandeln auf den S. 1–6 (Bl. 154–159) zunächst allgemein die politische und ökonomische Entwicklung in Deutschland, die Aufrüstung, die internationale Entwicklung sowie die Bemühungen um die Herstellung der Aktionseinheit.

7 Wie Anm. 4.

Deshalb steht für die Kommunisten und Sozialdemokraten im Kampfe gegen Kapitalsoffensive und Faschismus der gemeinsame Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften auf dem Boden des Klassenkampfes als dringlichste Aufgabe.

Die Kommunisten und revolutionären Gewerkschaftler müssen in den Betrieben und in der Arbeitsfront die Initiative ergreifen, um mit den ehemaligen Gewerkschaftsmitgliedern und Funktionären die Verständigung herbeizuführen für den Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften.

Die Kommunisten werden alle Schritte unternehmen, um durch Vereinbarungen auch mit ehemaligen gewerkschaftlichen Leitungen und Spitzenfunktionären den Prozeß des Wiederaufbaus der Freien Gewerkschaften als Klassengewerkschaften zu fördern.

Um diese brennende Aufgabe rasch und erfolgreich durchführen zu können, müssen sich die Kommunisten in ihrer Arbeit im stärksten Maße auf die Arbeit in der Arbeitsfront konzentrieren. Die letzte Verordnung *Hitlers*[8], die ein Ausdruck für die wachsende Opposition innerhalb der Millionenmassen der Mitglieder der Arbeitsfront ist, zeigt welche großen Möglichkeiten bestehen, diese Massen in die Aktionseinheit einzubeziehen und ihre fortgeschrittensten Teile, vor allem die ehemaligen Freien Gewerkschaften, für den Wiederaufbau der Gewerkschaften zu gewinnen.

Der Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften kann sich nur erfolgreich vollziehen, wenn die Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftler durch ihre Aktionseinheit innerhalb der Arbeitsfront gemeinsam die Opposition und den Widerstand organisieren, für ihre gemeinsamen betrieblichen Forderungen kämpfen, auf die Einberufung von Versammlungen drängen, alle legalen Möglichkeiten ausnützen, für die Wählbarkeit der Funktionen und für deren Eroberung kämpfen und dieselben im Sinne des Aufbaus der Freien Gewerkschaften ausnützen.

Für den betrieblichen Aufbau der Gewerkschaften sollen die Kommunisten auf eine Verständigung mit den sozialdemokratischen Arbeitern, Gewerkschaftlern und Funktionären hinwirken, gemeinsame Vertrauensleute wählen, die Verständigung von Mann zu Mann, von Abteilung zu Abteilung herbeiführen, um den Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften in den Betrieben zu vollziehen.

Eine Anzahl praktischer Beispiele beweist, daß man über diesen Weg dazu kam, in anderen Betrieben die Initiative zur Bildung einer Gewerkschaft zu entfachen und gemeinsam die Grundlage für eine örtliche Leitung des Verbandes zu schaffen.

Überall, wo nebeneinander freigewerkschaftliche Gruppen und solche der RGO und der Roten Verbände bestehen, erstreben die Kommunisten die Herstellung der Gewerkschaftseinheit, die Vereinigung in der Freien Gewerkschaft.

Überall, wo durch die Initiative reformistischer Führer unter bewußter Ausschaltung revolutionärer Arbeiter oder von anderer Seite reformistische Gewerkschaftsgruppen zur Aufrechterhaltung der Spaltung der Arbeiterklasse geschaffen werden, sind die Kommunisten verpflichtet hineinzugehen, in ihnen zu arbeiten, auf die Eroberung von Funktionen hinzuwirken, sie auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes zu bringen und ihre Vereinigung mit etwaig bestehenden Gewerkschaftsgruppen herbeizuführen.

Es muß selbstkritisch festgestellt werden, daß beim Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften sowohl in der Partei als auch in den Roten Verbänden und in der RGO das Sektierertum das Haupthemmnis ist gegen eine kameradschaftliche Verständigung mit den sozialdemokratischen Arbeitern und Gewerkschaftlern für den gemeinsamen

8 Verordnung über Wesen und Ziel der DAF, vom 24.10.1934, abgedr. in: Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Robert Ley (Hg.), Organisationshandbuch der NSDAP, München 1936, S. 185–187.

Wiederaufbau der Gewerkschaften. Mit allgemeinen verschwommenen Losungen von der Herstellung der Gewerkschaftseinheit, ohne konkrete Schritte im Betrieb und in der Arbeitsfront zu unternehmen, kommen wir praktisch nicht vorwärts.

Die Kommunisten müssen alle Tendenzen bekämpfen, die die Gefahr in sich bergen, den Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften sektiererisch außerhalb der Massen der Arbeitsfront zu vollziehen (Versuche, die Zugehörigkeit zur Freien Gewerkschaft abhängig zu machen von dem Austritt aus der Arbeitsfront oder durch hohe Mitgliedsbeiträge den Eintritt zu erschweren).

Gleichzeitig muß energisch der Kampf geführt werden gegen das Liquidatorentum, welches in dem Willen zur vorzeitigen Auflösung von RGO- und Roten Verbandsgruppen zum Ausdruck kommt, bevor es auf Grund der Verständigung mit den sozialdemokratischen Arbeitern und Gewerkschaftern zur gemeinsamen Bildung von freigewerkschaftlichen Organisationen gekommen ist.

Die überragende Bedeutung, welche die Lohnfrage im Leben der Arbeiter und Angestellten, besonders im Zusammenhang mit Teuerung, Kurzarbeit und fortschreitender Inflation darstellt, muß die Kommunisten veranlassen, die Organisierung und Entfesselung des Kampfes um höheren Lohn, gegen die Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen durch die faschistischen Betriebsordnungen, gegen den Hinauswurf der Jugendlichen aus den Betrieben zu verstärken. Damit eng verbunden steht der Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter, für die Wahl von Vertrauensleuten, für Versammlungs-, Streik- und Koalitionsfreiheit.

Die Erfahrungen lehren, daß in der Organisierung und Entfachung der betrieblichen Kämpfe, in der Ausnutzung der halb legalen und legalen Möglichkeiten die vielfältigsten Methoden angewandt werden können: angefangen von der Entfachung einer Massendiskussion, über die Entsendung einer Delegation zum Vertrauensrat, die selbständige Abhaltung von Abteilungsversammlungen, das langsamere Arbeiten, Stillsetzen der Motoren während der Verhandlungen usw. bis zum Streik.

Im Prozeß eines solchen Kampfes, in dem die Arbeiter sich zusammenschließen, müssen die Kommunisten und Sozialdemokraten die Initiative ergreifen, um illegale Vertrauensleute zu wählen, Einheitsfrontorgane zu schaffen und die Freien Gewerkschaften aufzubauen.

[...][9]

DOKUMENT 124

10. 12. 1934: Anweisungen der Auslandsleitung der KPD an die illegale Landesleitung zu Fragen der Aktionseinheit und zum »Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften«

BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/260, Bl. 432–451. Maschinenschrift. Maschinenschriftliche Unterschrift. Für den Abdruck gekürzt.[1]

An die L[andes-]L[eitung] 10. 12. 1934

Liebe Freunde!

Anknüpfend an unsere Aussprache, die wir mit dem Vertreter der L[andes-]L[eitung] zum Bericht der L[andes-]L[eitung] und zur Kritik unserer Freunde an einer Reihe

9 Die Resolution fährt fort mit der Situation der Jugendlichen.

1 Stempel: »2. Feb[ruar] 1935* 1021«. Handschriftliche Notiz: »Dubl[ette] 1x an P[Polit]B[üro]«. Zahlreiche maschinenschriftliche Unterstreichungen in der Vorlage. Der Brief wurde gekürzt um die

von Fehlern und Mängeln in unserer Einheitsfronttaktik hatten[2], wollen wir in diesem Brief auf einige Fragen eingehen, die für die Durchführung unserer Einheitsfronttaktik, für den Wiederaufbau der freien Gewerkschaften und für unsere Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen von Wichtigkeit sind.

Wir beschränken uns heute auf die Behandlung dieser Fragen. Die Stellungnahme des P[olit-]B[üros] zur Lage und zu den Aufgaben, insbesondere zur innerparteilichen Lage und zur Selbstkritik der Parteiführung ist festgelegt in einer Resolution, die Euch zusammen mit der Kritik unserer Freunde zugeht, nachdem diese Stellung zu der Resolution des Z[entral-]K[omitees] genommen haben wird.[3]

Zur Aktionseinheit!![4]

Nachdem in den verschiedensten Bezirken des Reiches Aktionsabkommen mit sozialdemokratischen Gruppen und Organisationen zustandegekommen bzw. erfolgreich im Gange sind[5] und solche Möglichkeiten sich überall dort auftun, wo die Parteiorganisationen dazu die Initiative ergreifen, kommt es darauf an, durch eine breite Popularisierung der vorhandenen Beispiele eine wirkliche Massenbewegung von unten für die Einheitsfront zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten im ganzen Lande zu entfesseln.[6] Das wird sowohl bei unseren Genossen und bei unseren Parteieinheiten, wie auch bei sozialdemokratischen Funktionären und Gruppen auch in jenen Orten die Initiative zum gemeinsamen Zusammengehen und zum Abschluß fester Einheitsfrontabkommen auslösen, wo unsere Bezirksleitungen noch nicht unmittelbar die Verbindungen haben oder direkt helfend eingreifen können. Bei der Popularisierung dieser Beispiele müssen wir selbstverständlich immer darauf Rücksicht nehmen, daß der Gestapo keine Anhaltspunkte gegeben werden, störend in eine sich entwickelnde Bewegung hineinzuschlagen. Besonders in solchen Fällen, wo es sich um einen kleinen Kreis von Arbeitern handelt (Betriebsabteilungen, betriebliche Gewerkschaftsgruppen, kleine Orte usw.) soll man von einer näheren Benennung absehen. Der sicherste Schutz vor der Taktik der Gestapo, sich auf die Punkte zu konzentrieren, an denen sich die Arbeiterklasse am stärksten einheitlich sammelt, um zur Aktion überzugehen, besteht darin, die Aktionseinheit an möglichst vielen Punkten zu schaffen und sie zu einer allgemeinen Bewegung im Maßstabe des Bezirks und des ganzen Landes zu machen.

Anweisungen zur Bildung der Aktionseinheitsabkommen mit Sozialdemokraten und um Berichte aus den Bezirken, die Partei- und Gewerkschaftsarbeit gemeinsam behandelten. Vgl. auch die Zusammenfassung am Ende des Dokuments. Zu den Bezirken vgl. u.a. zu Berlin Dok. 126 sowie zum Oberbezirk West (Niederrhein, Mittelrhein und Ruhrgebiet): Fred [d.i. Heinrich Schmitt, Gewerkschafts-Oberberater West], Gewerkschaftsbericht von Westdeutschland, vom 24.11.1934; Bericht aus den Betrieben im Ruhrgebiet, Niederrhein, Rheinland, Ende 1934; Einige Bemerkungen des Gewerkschaftsober[berater]s [West] zur Praxis der Gewerkschaftsarbeit, vom Frühjahr 1935 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/268, Bl. 219–225; 2/3/246, Bl. 313–317; 2/3/237, Bl. 9). Zu ähnlichen Dokumenten vgl. auch Peukert, KPD, S. 243f. Zu den Auseinandersetzungen zwischen Auslands- und Inlandsleitung um die Gewerkschaftsarbeit vgl. die Angaben in Dok. 123 Anm. 1 sowie die zahlreichen konträren Berichte und Stellungnahmen auf der Brüsseler Konferenz der KPD am 3.–15.10. 1935 in Moskau. Vgl. hierzu Lewin, Brüsseler Konferenz.

2 Zu dieser Aussprache liegen keine Unterlagen vor. Vgl. aber zu Briefwechsel und Kritik im Herbst und Winter 1934 die Angaben in Dok. 123 Anm. 1.

3 Vgl. Dok. 123.

4 Die Überschrift ist in der Vorlage unterstrichen.

5 Vgl. aus kommunistischer Perspektive z.B.: Für die antifaschistische Aktionseinheit! Gemeinsamer Aufruf der Bezirksleitungen der KPD und SPD des Bezirks Hessen-Frankfurt, vom 5.9.1934, in: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, Nr. 50, vom 13.9.1934, S. 2134.

6 Der Satz ist in der Vorlage ab »es kommt darauf an« unterstrichen.

[...][7]

Zum Aufbau der freien Gewerkschaften und zur Frage der Gewerkschaftseinheit.[8]

In unmittelbarer Verbindung mit der Durchführung der Aktionseinheit muß der Aufbau der freien Gewerkschaften und die Herstellung der Gewerkschaftseinheit vor sich gehen. Hier haben wir den größten Tempoverlust.

Alle bisherigen Erfahrungen zeigen, daß Aktionseinheit und Wiederaufbau der freien Gewerkschaften in engster Wechselwirkung zueinander stehen. Einerseits ist die Durchführung der Aktionseinheit der Hebel für die Bildung von Gewerkschaftsgruppen, denn sie überzeugt die Arbeiter von der Notwendigkeit der Gewerkschaft als dem Kampfinstrument zur Durchsetzung der Arbeiterforderungen, während andererseits jede Abmachung über den Gewerkschaftsaufbau mit der Aufstellung betrieblicher Kampfforderungen und der Mobilisierung der Arbeiter für ihre Durchsetzung verbunden sein muß. Abmachungen über den Wiederaufbau der freien Verbände, wenn sie losgelöst sind vom konkreten Kampf um die aktuellen Arbeiterforderungen, bleiben in theoretischen Diskussionen stecken, führen zu sektiererischer Schaffung von »Gewerkschaften«, die vom Betrieb und von den Massen isoliert sind (z.B. Bauarbeiter und Lederarbeiter-Verband in Frankfurt) oder bringen uns in der Herstellung der Gewerkschaftseinheit nicht vorwärts (z.B. bisherige Resultate der Tätigkeit des Aktionskomitees der Metallarbeiter in Berlin.)[9]

Es ist deshalb erforderlich, daß in den konkreten Abmachungen bei der Abschließung von Einheitsfrontpakten mit sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Mitgliedern und Gruppen die Aufgabe des Wiederaufbaues der freigewerkschaftlichen Verbände, des Metallarbeiter-, Fabrikarbeiter-, Bergarbeiterverbandes usw. an erster Stelle nach der Festlegung der Kampfforderungen stehen muß.

Wir werden versuchen, diesen Prozeß durch Verhandlungen mit ehemaligen Spitzenfunktionären der freien Gewerkschaften, durch zentrale Abmachungen zu fördern.

Mit den beiden zentralen Aufgaben, der Herstellung der Aktionseinheit und des Wiederaufbaues der freien Gewerkschaften, unlösbar verbunden und ohne sie nicht durchführbar ist unsere revolutionäre Arbeit innerhalb der Arbeitsfront.

Es ist bisher nicht gelungen, diese Erkenntnis zum Gemeingut der gesamten Partei zu machen.

Das Z[entral-]K[omitee] hat zuletzt diese Linie unserer Arbeit in dem Aufruf an die Sozialdemokraten und Freigewerkschaftler innerhalb der Arbeitsfront umrissen.[10] Dieser Aufruf muß in breitestem Maße veröffentlicht und anhand der jeweiligen Verhältnisse in den Betrieben und in der Arbeitsfront konkretisiert werden.

Entscheidend ist aber, daß jetzt Tatsachen der erfolgreichen Oppositionsarbeit und der Herausbildung freigewerkschaftlicher Gruppen im Bauche der Arbeitsfront geschaffen und breit popularisiert werden.[11] In den Bezirksberichten sind eine ganze Reihe solcher Beispiele genannt, die unter Innehaltung der konspirativen Sicherungen für die betreffenden Betriebe und Orte, als nachahmenswerte Beispiele der Gesamtpartei zur Kenntnis gebracht werden müßten. Der Bitterfelder Fall, wo es nach einer stürmischen Auseinandersetzung der Bauarbeiter in der Mitgliederversammlung der Arbeitsfront zur Sprengung dieser Versammlung und auf Grund der Initiative von Kommunisten und Freigewerkschaftlern zur Bildung eines illegalen Bauarbeiterverbandes kam, ist solch ein Beispiel, das propagiert werden muß. Ebenso ist es nötig, der Partei die Methoden bekanntzugeben, mit denen an die Schaffung des Halleschen Bauarbeiterverbandes geschritten wurde.

Die letzten *Hitler*'schen Verordnungen zur Arbeitsfront[12], die faktische Liquidierung der selbständigen Rolle der NSBO, Reden von Dr. [Robert] *Ley* über die Vertrauensräte als »Mißtrauensräte«, die letzte Verfügung des Berliner Treuhänders gegen die Niederlegung der Vertrauensratsfunktionen[13], die polizeiliche Verfügung in Schwenningen zur polizeilichen Überwachung der NSBO-Versammlungen und der Verhaftung der oppositionellen Diskussionsredner und Dutzende solcher Dinge beweisen, wie günstig die Lage in der Arbeitsfront ist, um dort auf Grund einer planmäßigen Arbeit die Oppostion zusammenzufassen und die Werbung für den Aufbau freier Gewerkschaftsgruppen durchzuführen.

Alle wichtigen Fälle der letzten Zeit, wo NSBO-Leute, SA-Männer oder Vertrauensräte bei der Opposition in den Arbeitsfrontversammlungen mit an der Spitze standen oder im Betrieb als Mitglieder der Delegation, bei passiver Resistenz oder beim Streik mit in vorderster Front kämpften, müssen ausgewertet werden, um alle Parteigenossen zu überzeugen, daß die revolutionäre Arbeit in der Arbeitsfront nicht nur eine Voraussetzung für den Gewerkschaftsaufbau ist, sondern daß sie jetzt leicht und erfolgreich gelöst werden kann, wenn nur die sektiererische Einstellung in dieser Frage liquidiert wird.

In der Arbeitsfront besteht die Möglichkeit, unsere revolutionäre Arbeit und den Aufbau der illegalen freien Gewerkschaften auf legale Weise und halblegale Weise, z.B. getarnt durch Funktionen durchzuführen und von hier aus den Durchbruch aus der Illegalität zu offeneren Formen der Massenarbeit einzuleiten. Durch Ausnutzung solcher Funktionen können wir an viele Kollegen herankommen, auf legale Weise Abteilungsversammlungen durchsetzen, Diskussionen in den A[rbeits-]F[ront]-Mitgliederversammlungen organisieren, unsere Forderungen auf Versammlungs-, Redefreiheit, auf freie Wahl der Vertrauensleute stellen, die illegale Literatur an die Arbeitsfrontmitglieder heranbringen, die Mitglieder der illegalen freien Gewerkschaften kassieren usw. Wir sind einverstanden, wie Ihr die Aufgabe der Arbeit innerhalb der

7 Die ausgelassenen Ausführungen auf S. 1–4 (Bl. 432–435) behandeln die Aufgaben der Parteiorganisation für den Abschluß von Aktionseinheitsabkommen, die Gespräche mit führenden Vertretern der Sopade und die Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie.

8 Wie Anm. 4.

9 Vgl. Bericht über die Sitzungen des Bezirkskomitees der RGO mit dem Aktionsausschuß zur Schaffung illegaler Klassengewerkschaften, vom Oktober 1934; Bericht des Einheitsverbandes der Berliner Metallarbeiter über durchgeführte Besprechungen zur Herstellung der Aktionseinheit, vom Ende Oktober/Anfang November 1934 (BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/14, Bl. 320–322; I 4/6/15, Bl. 414–415). Vgl. auch die Beispiele in Dok. 125 Anm. 5.

10 Der Satz ist in der Vorlage ab »Aufruf« unterstrichen. Vgl. Offener Brief des Zentralkomitees der KPD, An alle Sozialdemokraten! An alle Gewerkschafter und Gewerkschaftsgruppen! An alle Kollegen in der Arbeitsfront!, von Mitte November 1934, in: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, Nr. 61, 22.11.1934, S. 2739f.

11 Der Satz ist in der Vorlage unterstrichen.

12 Verordnung über Wesen und Ziel der Deutschen Arbeitsfront, vom 24.10.1934, abgedr. in: Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Robert Ley (Hg.), Organisationshandbuch der NSDAP, München 1936, S. 185–187.

13 Vgl. den Vorwurf der »Fahnenflucht« und »Mangel an Verantwortung«, den der Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Brandenburg gegenüber amtsmüden Vertrauensratsmitgliedern erhob. Deutsches Arbeitsrecht, 2. Jg., 1934, S. 346f. Die Tendenz, vom Vertrauensratsamt zurückzutreten, hielt an, wobei auch die Einflußlosigkeit und demonstrative Mißachtung des Vertrauensrates durch den Betriebsführer in etlichen Unternehmen eine wichtige Rolle spielte. Vgl. Sopade, DB Juni 1937, A 43–45; sowie die Thematisierung in der DAF-Presse, u.a. Der Ruhr-Arbeiter, 3. Jg., Nr. 29, 1934; Indie, 3. Jg., Nr. 74, vom 28.3.1935. Zu dieser Kritik aus der DAF und von den Treuhändern der Arbeit an den Vertrauensräten vgl. Frese, Betriebspolitik, S. 169ff., 434ff.

Arbeitsfront im Pressedienst stellt[14] und wollen deshalb nicht auf weitere Einzelheiten eingehen. In den Direktivbriefen an die Bezirke jedoch sollt Ihr die Fragen schärfer stellen.[15] Wir machen Euch auf den Artikel des Gen[ossen] *Stark* »Einige Fragen zur halblegalen und legalen Massenarbeit« in Nr. 63 der »Rundschau« aufmerksam.[16] Wir werden auch im P[artei-]A[rbeiter][17] anhand von Beispielen auf diese Methoden der legalen und halblegalen Arbeit eingehen.

Eine Frage steht bei der Arbeit innerhalb der Arbeitsfront z. Z. aktuell im Vordergrund, über die restlose Klarheit in der Partei geschaffen werden muß, die Stellungnahme zu der Frage der Beitragssperre und zum Austritt aus der Arbeitsfront. Solche sektiererischen Losungen, wo sie von Genossen vertreten werden, sind nur geeignet, uns von den Massen zu trennen oder zu isolieren. Wir sollen die gesamte Haßstimmung gegenüber den hohen Beiträgen oder gegenüber ihrem Abzug vom Lohn direkt durch die Unternehmer, zur Zusammenfassung der Oppostionellen und zur Organisierung des Kampfes ausnutzen. Wir dürfen also keinesfalls Beitragssperre und Austritt aus der Arbeitsfront propagieren; auch nicht jene seltenen Fälle, wo auf Grund von Unterschlagungen Belegschaften spontan die Beiträge sperren oder wenn in bestimmten Betrieben ein Teil der Arbeiter die Arbeitsfront verläßt, in den Vordergrund stellen, weil das allen Sektierern den willkommenen Anlaß zur Verfälschung unserer Linie geben würde. Wir sollen aber eine breite Bewegung innerhalb der Arbeitsfront um solche Forderungen führen, wie: Gegen den Abzug der Beiträge durch den Unternehmer, gegen die Verwendung der Beiträge zur Subventionierung der Unternehmer, für die Senkung der Beiträge, für Rechenschaftlegung und Kontrolle der Verwendung der Beiträge, gegen den Raub der durch die Beitragszahlung erworbenen sozialen Rechte. (Erwerbslosen-, Krankenversicherung usw.)

Bei der Propagierung des Wiederaufbaues der freien Gewerkschaften sollen wir Schluß mit solchen verschwommenen Formulierungen machen, wie sie teilweise in zentralen Dokumenten, in »R[ote] F[ahne]«[18], »Ingewpress«[19], »Rundschau«[20] über gewerkschaftliche Massenorganisationen, über Herstellung der Gewerkschaftseinheit mit sozialdemokratischen, christlichen, oppositionellen faschistischen Arbeitern etc. gemacht wurden und wie sie besonders noch im Memorandum der Berliner B[ezirks-]L[eitung] enthalten sind.[21] Anstatt dessen sollen wir klar und unmißverständlich die Losung der Wiederherstellung der freien Gewerkschaften auf dem Boden des Klassenkampfes und konkret den Wiederaufbau des DMV, Holzarbeiterverbandes, Bauarbeiterverbandes etc. stellen.

14 Diese Ausgabe des »Pressedienstes der KPD« lag nicht vor. Vgl. zu dieser Zeitschrift, die von der Inlandsleitung bzw. der Landesleitung der KPD herausgegeben wurde, die Angaben in Stroech, S. 225.

15 Vgl. z.B. die Stellungnahme der Auslandsleitung der KPD zu einem Direktivbrief der Landesleitung an die Bezirke Ruhrgebiet und Niederrhein mit Anweisungen zur Korrektur der Aktivitäten zum »Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften«, vom 31.12.1934 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/260, Bl. 463–465).

16 Stark war der Deckname von Fritz Schulte. Der Beitrag ist abgedr. in: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, Nr. 63, vom 6.12.1934, S. 2888–2891.

17 Der Parteiarbeiter. Zeitschrift für die Praxis revolutionärer Organisationsarbeit. Hrsg. vom Zentralkomitee der KPD. Vgl. auch die Angaben bei Stroech, S. 219.

18 Rote Fahne. Zentralorgan der KPD. Vgl. Stroech, S. 138–141.

19 Internationale Gewerkschafts-Pressekorrespondenz. Hrsg. vom Westeuropäischen Sekretariat der Roten Gewerkschaftsinternationale. Vgl. Stroech, S. 164f.

20 Rundschau über Politik Wirtschaft und Arbeiterbewegung. Hrsg. vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale. Vgl. Stroech, S. 237f.

21 Das Memorandum der Bezirksleitung der KPD lag nicht vor. Vgl. aber den Aufruf des Bezirkskomitees der RGO Berlin vom Oktober 1934, »der als Grundlage für die Verhandlungen mit dem Aktionskomitee zur Schaffung von unabhängigen Klassengewerkschaften diente.« (BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/14, Bl. 323f.).

Die bisherige Praxis beim Wiederaufbau der Gewerkschaften zeigt einige Gefahren auf, die wir signalisieren und zur Kenntnis aller Parteieinheiten bringen müssen.

Überall, wo nebeneinander freigewerkschaftliche Gruppen und solche der RGO und der roten Verbände bestehen, erstreben die Kommunisten die Herstellung der Gewerkschaftseinheit, die Vereinigung in der freien Gewerkschaft. Solche sektiererischen Auffassungen wie im Aufruf des Berliner E[inheits-]V[erbandes der] M[etallarbeiter] B[erlins], daß die Gewerkschaftseinheit durch die Vereinigung der ehemaligen Freigewerkschaftler im roten Metallarbeiterverband herbeigeführt werden müsse oder wie es in einem Artikel des Organs des roten Bauarbeiterverbandes heißt, daß er die Einheitsgewerkschaft der Bauarbeiter sei[22], sind falsch und würden uns von den freigewerkschaftlichen Massen isolieren. Andererseits ist das kapitulantenhafte Preisgeben der RGO, bevor es zum gemeinsamen Aufbau der freien Gewerkschaft gekommen ist, (Altona) aufs schärfste zu bekämpfen. Die Frage des Aufgehens der RGO bzw. der roten Verbände kann nur so gestellt werden, wie im Aufruf an die sozialdemokratischen Gruppen vom 1. August [1934] und im Zellenbrief vom gleichen Datum.[23]

Ebenso müssen wir den Versuch der *Brandler*ianer, die Zusammenarbeit beim Wiederaufbau der freien Gewerkschaften (wie z.B. im Berliner Aktionskomitee der Metallarbeiter) auszunutzen, um sich eine organisatorische Basis und eine Tribüne für ihre Gruppeninteressen zu schaffen, zurückweisen und unmöglich machen.

Wir haben uns in den bekannten zentralen Abmachungen mit der KPO-Leitung bereit erklärt, mit den KPO-Gruppen, wo solche bestehen, die Aktionseinheit zu schließen und gemeinsam an den Wiederaufbau der freien Gewerkschaft heranzugehen. Wir werden Euch auf Grund neuer Besprechungen in dieser Hinsicht Näheres in Kürze mitteilen.

Eine Reihe von Tatsachen und Mitteilungen zeigen, daß die reformistische Bürokratie daran ist, an manchen Stellen sehr aktiv illegale reformistische Gewerkschaften zu bilden. In allen solchen Fällen, wo wir auf eine illegale reformistische Gewerkschaft im Betrieb (z.B. Siemens Abtl. X) oder in einem Ort stoßen (Leipzig, Halle) [...][24], muß es vermieden werden, daß zwei illegale Gewerkschaften nebeneinander aufgebaut werden.[25] Hier steht die Aufgabe, daß unsere Genossen dort eintreten, um in ihnen zu arbeiten, auf die Eroberung von Funktionen hinzuwirken, um sie auf den Boden des Klassenkampfes zu bringen.

Die Verbindung mit den sozialdemokratischen Arbeitern allein ist keine Garantie dafür, daß wir über solche Absichten oder Tatsachen der Bildung von illegalen Gewerkschaften mit Hilfe der reformistischen Spitzen informiert werden, weil diese reformistischen Führer dies teilweise ohne und neben den bestehenden sozialdemokratischen Gruppen durchführen (siehe Berliner Bericht). Das sicherste Mittel, um das zu wissen, besteht in der engsten Verbindung mit den ehemaligen freien Gewerkschaften in der Arbeitsfront.

22 Die Aufrufe lagen nicht vor.

23 Resolution des Zentralkomitees der KPD, vom 1.8.1934, in: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, Nr. 45, vom 16.8.1934, S. 1867–1869. Der Zellenbrief lag nicht vor. Vgl. auch die wenig später in der »Rundschau« veröffentlichte Kritik von Walter Ulbricht an dem Festhalten an der RGO und der falschen Vorgehensweise bei der Anwendung dieser Taktik. Walter, Über die Durchführung der Resolution des Politbüros des Zentralkomitees der KPD vom 1. August [1934], in: ebd., Nr. 66, vom 27.12.1934, S. 3065–3067.

24 In der Vorlage fehlt ein Wort. Sinngemäß zu ergänzen: treffen.

25 Der Satz ist ab »vermieden« in der Vorlage unterstrichen.

Wo bereits eine illegale Gruppe der freien Gewerkschaft unter unserer Initiative gebildet wurde und es sich herausstellt, daß auch von anderer Seite bereits reformistisch geleitete Gruppen bestehen, steht die Frage des Kampfes um die Gewerkschaftseinheit durch die Vereinigung beider Gewerkschaften. In diesem Falle sollen aktive Gewerkschaftler in die reformistische Organisation entsandt werden, um von innen aus die Gewerkschaftseinheit zu propagieren und praktisch vorzubereiten.

Wo reformistische Gewerkschaftsführer dazu übergehen, in den Großbetrieben die illegalen Gewerkschaften berufs- oder branchenmäßig aufzubauen, (siehe Berliner Bericht)[26] müssen wir die Losung: ein Betrieb, eine Gewerkschaft[27] propagieren und unter dieser Losung für die Schaffung der Gewerkschaftseinheit kämpfen.

Einige Beispiele (im Frankfurter Bezirk) zeigen die Gefahr auf, daß illegale freie Gewerkschaften außerhalb und isoliert von den Massen in der Arbeitsfront aufgebaut werden könnten. Die Gewerkschaftsgruppen, deren Mitglieder meist Mitglieder der Arbeitsfront sind, müssen deshalb im Rahmen der Arbeitsfront als illegale Oppositions-Zentren wirken und durch die Beeinflussung und Werbung der oppositionellen A[rbeits-]F[ront]-Mitglieder ihre Reihen erweitern und mit allen legalen und halblegalen Methoden den Kampf um die Forderungen und Rechte der Arbeiter führen. Die gleichzeitige Zugehörigkeit zur Arbeitsfront und zur illegalen freien Gewerkschaft darf also nicht durch hohe Beiträge für die Mitglieder der letzteren unmöglich gemacht oder durch solche falschen Behauptungen von der Unvereinbarkeit der Organisierung im illegalen Verband mit der Mitgliedschaft in der Arbeitsfront sabotiert werden.

Zur Förderung der Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten und Freigewerkschaftlern bei der Vorbereitung des Wiederaufbaues ist es notwendig, die bestehenden Aktionskomitees auszunutzen bzw. entsprechende organisatorische Übergangsformen zu schaffen (von der losesten gelegentlichen Diskussion über Verbindungsleute, Verbindungskomitees bis zu Organisationskomitees zur Schaffung der freien Gewerkschaft). Dazu gehört auch, daß die Redaktion der illegalen Gewerkschaftszeitung[28] mitverantwortlich von freigewerkschaftlichen Kollegen gemacht wird und daß selbstverständlich die Leitungen der Gewerkschaft im Betriebs-, Orts- und Bezirksmaßstab auf der Basis der proletarischen Demokratie (soweit das die illegalen Verhältnisse erlauben) gewählt bzw. bestimmt werden.

Eine Ursache unseres Hinterherhinkens im Aufbau der freien Gewerkschaften ist auch das vielerorts noch vorhandene Nebeneinander der Arbeit von Partei und RGO, teilweise sogar noch eine sektiererische ressortmäßige Auffassung, daß die Gewerkschaftsarbeit die spezielle Aufgabe der RGO sei.

Wir brauchen auf die Frage der Aufgabenstellung, daß die Partei die volle uneingeschränkte Verantwortung für die Lösung der gewerkschaftlichen Aufgaben trägt, nicht eingehen, weil in den Dokumenten der L[andes-]L[eitung] die Probleme richtig gestellt sind. Aber in der Praxis der Arbeit der Bezirke herrscht noch das größte Durcheinander.

In einem eurer letzten Materialien wurden eine Reihe von Beispielen aus den Betrieben angeführt, in denen das Nebeneinander von Parteileitungen und RGO-Komitees in der Frage des Wiederaufbaues der freien Gewerkschaften kritisiert wurde. Eine eingehende Untersuchung der Lage im Bezirk Hessen-Frankfurt enthüllte, daß dort die Bezirksleitung sich überhaupt nicht mit der praktischen Lösung dieser

26 Vgl. die Angaben in Anm. 9.

27 Die Losung ist in der Vorlage unterstrichen.

28 Das Reichskomitee der RGO gab 1933/34 eine »Gewerkschafts-Zeitung« heraus, die mit dem Titel bewußt an das alte Organ des ADGB anknüpfte. Vgl. auch Angaben bei Stroech, S. 165f.

Aufgaben befaßte und daß andererseits die RGO-Leitung losgelöst und unkontrolliert von der B[ezirks-]L[eitung], in abstrakter Weise, ohne Verbindung mit der Bewegung in den Betrieben, von oben her »arbeitete«. Das Resultat war ein allgemeiner, unkonkreter politischer Inhalt des »Roten Gewerkschaftlers«[29] ohne Stellungnahme zu den aktuellsten Fragen des Akkordabbaues, der Betriebsordnungen, des Hinauswurfs der Jugendlichen aus den Betrieben usw., eine Praxis beim Gewerkschaftsaufbau, die zu einer sektiererischen Schaffung von freien Gewerkschaften neben der Arbeitsfront und zahlenmäßig kleiner, mehr auf der Basis des Wohngebiets als der Betriebe aufgebauter Gewerkschaften zu führen drohte. Die ideologische Einstellung der verantwortlichen RGO-Genossen war so entfernt von den aktuellen Fragen der Gewerkschaftsarbeit, daß nichts anderes übrig blieb, sollte kein weiterer Tempoverlust in Kauf genommen werden, als diese Genossen durch andere Funktionäre zu ersetzen.

Aus diesem Frankfurter Beispiel, das noch krasser ist, als der von Euch mitgeteilte Fall, daß bei der B[erliner] V[erkehrs-]G[esellschaft]-Berlin auf Grund des Nebeneinanders von Partei- und RGO-Leitung von zwei Stellen Direktiven und Aufrufe an die B[erliner] V[erkehrs-]G[esellschaft] Belegschaften gegeben wurden – muß man u. a. sofort die Schlußfolgerung ziehen, daß der bezirkliche RGO-Leiter Mitglied der betr[effenden] B[ezirks-]L[eitung] sein und daß eine unmittelbare Anleitung und Kontrolle der Arbeit der RGO durch jedes Bezirkssekretariat vor sich gehen muß.

Solange die RGO noch einen gewissen beschränkten Apparat (insbesondere Industriegruppenleitungen) als Hilfsorgan für den Aufbau der freien Gewerkschaften und die Verwirklichung der Gewerkschaftseinheit hat, soll unmittelbare Leitung der Fraktion durch die B[ezirks-]L[eitung] erfolgen. In dem Maße, wie von unten her, auf dem Wege der Entstehung freier Gewerkschaften in den Betrieben, sich betriebliche und örtliche Verbandsleitungen, Kartelle, bezirkliche Leitungen herausbilden, gehen die RGO- und roten Verbandsgruppen in den freien Verbänden auf, wird der obere Apparat (Industriegruppenleitungen, Instrukteure, Bezirkskomitees) immer mehr eingeschränkt, um zuletzt vollständig zu verschwinden. Diese natürliche Entwicklung darf andererseits nicht durch bürokratische vorzeitige Liquidierung des RGO-Apparats gehemmt werden, was nur zu einer Schwächung der Gewerkschaftsarbeit führen würde.

Falsch ist auch der Beschluß der B[ezirks-]L[eitung] Leipzig auf Bildung einer Gewerkschaftsabteilung. Es muß bei der bisherigen Arbeitsteilung in der B[ezirks-]L[eitung] bleiben, bei der jeder Genosse für die gesamte Arbeit, besonders die gewerkschaftliche, in seinem Sektor verantwortlich ist. Zur besonderen zusammenhängenden Beobachtung und Verfolgung der Gewerkschaftsprobleme im ganzen Bezirk soll ein Mitglied der Leitung besonders beauftragt sein. Die Bildung einer besonderen Gewerkschaftsabteilung in der jetzigen Zeit würde nur die Tendenzen verstärken, die Verantwortung auf dieses Organ abzuschieben und würde wieder zu einer Ressortwirtschaft führen.

Wir halten es für notwendig, daß den B[ezirks-]L[eitungen] und Beratern konkrete Anleitungen gegeben werden, wie, entsprechend den Erfahrungen beim Parteiaufbau, auch bei der Schaffung der freien Gewerkschaften die konspirativen Regeln beachtet und die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Kollegen darin unterwiesen werden, um unnötige schwere Verluste zu vermeiden. Der Fall des neugegründeten

29 Der rote Gewerkschaftler. Organ der RGO und der unabhängigen Klassengewerkschaften. Bezirk Hessen-Frankfurt/Main. Vgl. Angaben bei Stroech, S. 164.

Z[entralverband] d[er] A[ngestellten] in Frankfurt zeigt, wie dringend diese Aufgabe vor allen Parteieinheiten steht.[30]

[...][31]

Zur innerparteilichen Kampagne gegen das Sektierertum und die opportunistischen Abweichungen.[32]

[...][33]

Wie wir bei der Schaffung der Aktionseinheit den Fehler korrigieren, daß wir die Frage der Vereinigung an die Spitze stellten, so müssen wir in der Gewerkschaftsfrage von der bloßen Deklamation und Stellung der Fragen in Verhandlungen mit sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Funktionären zu einer konkreten Lösung auf der Basis der Betriebe und der Arbeitsfront in engster Verbindung mit den Kampfforderungen der Arbeiter kommen. Es ist deshalb eine energische innerparteiliche Kampagne gegen die Sabotage des Besuchs der Mitgliederversammlungen der Arbeitsfront, der durch die A[rbeits-]F[ront] einberufenen Abteilungs- und Betriebsversammlungen, der Veranstaltungen von »Kraft durch Freude« etc. zu führen. Im Gegenteil, wir müssen das Auftreten in solchen Versammlungen sorgfältig vorbereiten, durch Rücksprache und Beeinflussung veranlassen, daß auch NSBO und SA-Mitglieder die Forderungen der Belegschaft vertreten, unsere Forderungen innerhalb der Arbeitsfront stellen, Delegationen zu den Betriebsleitungen und Büros der Arbeitsfront schicken usw. Das ist z. Z. der günstigste und legale Weg, um an die breiten Massen der in der Arbeitsfront zusammengefaßten Arbeiter heranzukommen.

Ebenso ist energisch der Kampf gegen das Sektierertum zu führen, wie es [sich] einerseits bei Genossen in der Propagierung der Beitragssperre und dem Austritt aus der Arbeitsfront und andererseits in der Ablehnung der Übernahme von Funktionen in der Arbeitsfront und der Ausnutzung der revolutionären Möglichkeiten in »Kraft durch Freude« und anderen faschistischen Massenorganisationen zeigt.

Gegenüber jenen Genossen, die in unserer Gewerkschaftstaktik einen neuen politischen Kurs (»Rechtskurs«, *Brandler*kurs) und einen Widerspruch zu den früheren Beschlüssen der Partei und der internationalen Kongresse sehen und deshalb mißtrauisch und zögernd die Beschlüsse durchführen, müssen wir eine überzeugende ideologische Aufklärung durchführen, um sie gegenüber den Argumenten der *Brandler*ianer, der Reformisten und der Opportunisten in unseren eigenen Reihen zu wappnen.[34]

[...][35]

30 Vgl. hierzu die Erinnerungsberichte sowie die Anklageschrift des Generalstaatsanwalts in Kassel gegen eine ZdA-Jugendgruppe vom 16.11.1934, in: DGB-Bildungswerk Hessen u. a. (Hg.), Hessische Gewerkschafter im Widerstand 1933–1945, Gießen 1984, S. 50–70.

31 Die ausgelassenen Ausführungen befassen sich auf S. 9 f. (Bl. 440f.) mit der Arbeit in den NS-Organisationen wie z.B. der SA und in Sportvereinen.

32 Wie Anm. 4.

33 Die ausgelassenen Ausführungen behandeln auf S. 10 (Bl. 441) einzelne Beispiele innerhalb der Parteiorganisation.

34 Vgl. hierzu auch die Angaben zu den Konflikten innerhalb des Politbüros der KPD in Dok. 123 Anm. 1.

35 Die ausgelassenen Ausführungen behandeln auf S. 11–18 (Bl. 442–449) die Politik des kommunistischen Jugendverbandes und schildern nochmals Bemühungen in der KPD um die Bildung von Aktionseinheiten in einzelnen Orten und Bezirken (Wasserkante, Hannover, Berlin, Westen, Halle-Merseburg, Sachsen, Südwestbezirk, Württemberg, Bayern, Schlesien, Thüringen). Abschließend wiederholen die »Schlußfolgerungen zum Stande der Einheitsfront in den Bezirken« auf S. 18–20 (Bl. 449–451) die Appelle, die Politik der Aktionseinheits-Abkommen und den Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften entschieden voranzutreiben und über die Tätigkeit zu berichten.

Beste Grüße!
Eure Freunde.
Anlagen.[36]

DOKUMENT 125

15. 3. 1935: Anweisungen der RGI zu den Formen der gewerkschaftlichen Arbeit in Deutschland und zur Auflösung der RGO

BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/23, Bl. 120–123. Maschinenschrift. Ohne Unterschrift.[1]

15. 3. [19]35
Vertraulich

Die praktischen Aufgaben im Kampf um den Wiederaufbau der freien Gewerkschaften in Deutschland.[2]

In Anbetracht dessen, daß das Polit-Sekretariat des EKKI der Kommunistischen Partei Deutschlands über alle grundlegenden politischen Fragen, einschließlich der Fragen der Einheitsfront und des Kampfes um den Wiederaufbau der freien Gewerkschaften Weisungen erteilt hat[3], hält es das Fraktions-Büro nur notwendig, im nachstehenden Beschluß den Anhängern der RGI Richtlinien über die praktischen Fragen ihrer Tätigkeit in Deutschland zu erteilen.

I. Der Kampf um den Wiederaufbau der freien Gewerkschaften ist gegenwärtig eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunistischen Partei. Mit der Organisationsarbeit zum Wiederaufbau derselben muß die Partei eine großzügige Agitations- und Propaganda-Kampagne für den Wiederaufbau der freien Gewerkschaften einleiten und dabei betonen, daß die freien Gewerkschaften auf der Basis des Klassenkampfes wieder aufgebaut werden und daß die wichtigste Aufgabe der freien Gewerkschaften der Kampf um die offene Existenz aller Arbeiterorganisationen für die unmittelbaren Forderungen der Arbeiterklasse und für den Sturz des faschistischen Regimes ist.

II. Der Aufbau der freien Gewerkschaften muß hauptsächlich in den Betrieben, innerhalb der Arbeitsfront erfolgen. Entschieden ist die Anschauung zu bekämpfen, daß gegenwärtig die freien Gewerkschaften nur außerhalb der Arbeitsfront aufgebaut werden können. Der Wiederaufbau der freien Gewerkschaften innerhalb der Arbeitsfront ist dort deshalb am leichtesten, weil die Massen der ehemaligen freien und christlichen Gewerkschaften in der Arbeitsfront zwangsorganisiert sind, und weil wir mit diesen Gewerkschaftern den Wiederaufbau vollziehen müssen. Zugleich müssen

36 Wie Anm. 4. Die Materialien lagen nicht bei dem Schreiben.

1 Angabe im Dokumentkopf über der Datumsangabe: »6« 2743/2/St Abschr[ift]. Handschriftlicher Vermerk: »Endgült[iger] Text der Profintern«. Zu den vorangegangenen Auseinandersetzungen innerhalb des Politbüros der KPD und zu den Besprechungen der KPD-Führung mit dem Politsekretariat des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vgl. die Beiträge auf der Brüsseler Konferenz, die sich durchgängig mit den Auseinandersetzungen 1934/35 beschäftigten, in: Lewin, Brüsseler Konferenz. Vgl. auch Dok. 123, 124.

2 Die Überschrift ist in der Vorlage unterstrichen.

3 Vgl. die Resolution des Politsekretariats des EKKI »Über die sektiererischen Fehler der KPD«, vom 19.1.1935, abgedr. in: Lewin, Brüsseler Konferenz, Dok. 6, S. 866–868. Vgl. ebenfalls die Resolution des Zentralkomitees der KPD, Proletarische Einheitsfront und antifaschistische Volksfront zum Sturz der faschistischen Diktatur, in: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, Nr. 10, vom 21.2.1935, S. 531–535.

in die freien Gewerkschaften auch diejenigen Arbeiter einbezogen werden, die von der Arbeitsfront nicht erfaßt sind.

III. Die Partei muß für den Wiederaufbau der freien Gewerkschaften die ungeteilte Verantwortung auf sich nehmen. Das erfordert eine breite ideologische Kampagne innerhalb der Partei und in der gesamten Arbeiterklasse, um alle vorhandenen Widerstände rasch zu überwinden (Widerstand gegen Arbeit in der Arbeitsfront – Auffassungen, daß Gewerkschaften dem Zeitalter des liberalistischen Kapitalismus angehören – daß der Wiederaufbau der Gewerkschaften nicht Aufgabe der politischen Partei sei – daß statt Gewerkschaften nur militärische Organisationen geschaffen werden müßten – daß man sich beschränken müsse auf die Schaffung schmaler Kadergewerkschaften – daß Gewerkschaften geschaffen werden könnten durch Vereinigung von kommunistischen und sozialdemokratischen Parteiorganisationen in einer Dachorganisation, bei völliger Aufrechterhaltung der politischen und organisatorischen Selbständigkeit der Parteien und ähnlicher abwegiger Anschauungen).

IV. Die illegalen freien Gewerkschaften soll man nach den Industriegruppen aufbauen, in die die Arbeitsfront eingeteilt ist, und sich des von der Arbeitsfront geschaffenen organisatorischen Rahmen bedienen. Wo in der Arbeitsfront eine geschlossene Industriegruppe nicht vorhanden ist, soll man die Gewerkschaften im Rahmen des alten Organisations-Schemas des ADGB aufbauen. Falls die Arbeitsfront ihre Organisationen aus den Betrieben in die Wohngebiete verlegt, so müssen wir ihr folgen und die Massenarbeit dorthin konzentrieren, ohne auch nur für einen Augenblick unsere gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb abzuschwächen. Überhaupt ist zu betonen, daß unter den gegenwärtigen Umständen der organisatorische Rahmen beim Wiederaufbau kein Streitfall werden darf.

V. Der Kampf um den Wiederaufbau der freien Gewerkschaften soll sich auf der Grundlage von Kämpfen um die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterschaft entfalten, wobei man die Losung der allgemeinen Erhöhung der Löhne zurückzuweisen hat, weil sie eine verfrühte ist.[4] Zugleich muß man sich entschieden gegen die Versuche aussprechen, sich nur auf einen Kampf um die bestehenden Arbeitsbedingungen zu beschränken; wo es nur möglich ist, muß man besonders in den Rüstungsbetrieben die Losung einer Steigerung der Löhne ausgeben.

Die Hauptsache ist, alle Arten und Formen der Wirtschaftskämpfe, von den primitivsten bis zu den kompliziertesten zu entfalten (fliegende Meetings, Proteste im Betrieb oder vor den Betriebstoren, Entsendung und Wahl von Abordnungen zur Betriebsdirektion, passive Resistenz, kurze Streiks einzelner Gruppen oder Betriebsabteilungen und andere Streiks in den Betrieben oder in Gruppen von Betrieben).

Die konkrete Herausarbeitung der betrieblichen Lohnforderungen soll man verbinden mit dem Kampf gegen die faschistischen Betriebsarbeitsordnungen und um die demokratischen Rechte und Freiheiten der Belegschaft (Koalitionsrecht, Versammlungs- und Diskussionsfreiheit, Wählbarkeit der Funktionäre und andere).

VI. Der Kampf um den Wiederaufbau der freien Gewerkschaften muß auf das engste verbunden werden mit dem Kampf gegen die faschistische Betriebsdisziplin (Betriebs-Appelle), gegen das faschistische Führerprinzip, für die freie Wahl der Funktionäre (Vertrauensräte, Betriebs- und Blockwarte und sonstige Amtswalter usw.) durch die Belegschaften bzw. Mitglieder der Arbeitsfront. Der Kampf gegen die Ernennung der

4 Vgl. zu den Losungen auch Dok. 124.

Funktionäre in der Arbeitsfront ist unter der Losung: »Die Arbeiter selbst sollen ihre Funktionäre wählen« zu entfalten.

Es muß überall und in der breitesten Weise die Kampagne für die Wählbarkeit aller Funktionen geführt werden. Diese Posten müssen zu dem Zweck akzeptiert werden, um sie für die Arbeit an der Festigung der freien Gewerkschaften und an der besseren Entfaltung einer Massenarbeit überhaupt auszunutzen. Um diesen Zweck zu erreichen, können auch untere Funktionen ohne Wahl auf der Grundlage von Ernennungen angenommen werden, in solchen Fällen, wo die Partei ausdrücklich ihr Einverständnis erklärt und die Arbeit solcher Funktionäre ständig der Kontrolle der Partei untersteht. Aber auch in diesen Fällen müssen die Ernannten um das Vertrauen der Belegschaft immer kämpfen. Die Parteiorganisationen müssen ständig diesen Funktionären der unteren Organisationen besondere Beachtung schenken, ihnen bei ihrer Arbeit behilflich sein und ihre Tätigkeit fortlaufend kontrollieren.

VII. In weit größerem Maße als bisher muß man einen Kampf um die Ausnutzung der legalen und halblegalen Möglichkeiten entfalten (Forderung der Einberufung von Versammlungen der einzelnen Berufsgruppen, der einzelnen Abteilungen, ganzer Belegschaften, Industriegruppen – Forderung der Rechenschaftsablegung seitens der ernannten Kommissare, Leitung der sogenannten Arbeitervertreter, Forderung der Ablegung einer Rechenschaft über die Verausgabung der von der Arbeiterschaft eingetriebenen Gelder, Wahl einer Lohnkommission, einer Kommission für Arbeitshygiene usw.)

Im Zusammenhang damit muß man eine konkrete Arbeit an der Ausnutzung der bestehenden Zirkel der unteren Organisation »Kraft durch Freude« als Stützpunkte der Kegelklubs, der Sport-, der Musikvereine, Theater und Kinos wie aller anderen Vergnügungsveranstaltungen entfalten und auf dem Wege der Wahlen in diesen Organisationen allerlei Funktionen an sich bringen.

Besondere Aufmerksamkeit ist jeder Wahl von Vertrauensleuten und von Vertretern für spezielle Zwecke zu schenken. Personen, die im Betrieb aus jedem beliebigen Anlaß gewählt werden, können durch systematische Arbeit unter ihnen in Vertrauensleute der freien Gewerkschaften verwandelt werden.

VIII. Bei der Schaffung von Gewerkschaftsgruppen muß man den Grad und die Schärfe des Terrors in Betracht ziehen und je nach der Anzahl der Mitglieder der einzelnen Gewerkschaftsgruppen die größeren Gewerkschaftsgruppen in kleine (Abteilungsgruppen usw.) aufteilen.

Der Wiederaufbau der freien Gewerkschaften muß gemeinsam mit den sozialdemokratischen Arbeitern und ehemaligen freigewerkschaftlichen Mitgliedern und Funktionären durchgeführt werden. Er muß sich auf dem Boden der proletarischen Demokratie vollziehen bei gleichzeitiger Beachtung der Konspiration entsprechend den illegalen Arbeitsbedingungen. Die Demokratie muß ihren Ausdruck finden in der kollektiven Herausarbeitung und Durchführung der Aufgabe, in der Wählbarkeit der Funktionäre und Leitung.

Im Interesse eines größeren Einflusses der illegalen Gewerkschaft und einer besseren Verbindung derselben mit den Massen muß man auf der Grundlage eines vorherigen Einvernehmens sowohl die ehemaligen Funktionäre der alten Gewerkschaften als auch einfache einflußreiche sozialdemokratische und parteilose Arbeiter in die Leitungen der wiederaufgebauten freien Gewerkschaften hineinwählen.

Die Wahl der Funktionäre und Leitungen aus Kommunisten, Sozialdemokraten und ehemaligen freigewerkschaftlichen Mitgliedern und Funktionären ist so durchzuführen, daß die Organisation dadurch nicht gefährdet wird. Durch die Schaffung eines gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörpers in allen Abteilungen der Betriebe ist die

Verbindung zwischen Mitgliedschaft und Leitung herzustellen. An denjenigen Orten, wo mehrere illegale freie Gewerkschaften existieren, muß man ein Ortskartell des ADGB aus Vertretern dieser Gewerkschaften bilden.

IX. Besondere Beachtung hat man der Konspiration, der Bekämpfung des Eindringens von Spionen in die Organisationen usw. zu widmen. Zu diesem Zweck muß man immer eine Funktionärreserve für die Leitungen der illegalen Verbände haben, um die Leitung im Falle eine Verhaftung sofort ersetzen zu können.

X. Wo die reformistischen Funktionäre Gewerkschaftsgruppen geschaffen haben, müssen wir hineingehen und in ihnen arbeiten. In Betrieben, wo zwei Gewerkschaftsgruppen nebeneinander bestehen, ist ihre Vereinigung zu einer Gruppe anzustreben. Wo die Bereitschaft zu einer solchen Vereinigung bei reformistischen Funktionären im Anfang nicht besteht, sollen wir die Schaffung der Einheitsfront, das gemeinsame Zusammenarbeiten und Zusammengehen zum Kampf um bestimmte Tagesforderungen vorschlagen. Gleichzeitig sollen Kommunisten und revolutionäre Gewerkschaften in diese Gruppen eintreten, um dort im Sinne der Schaffung der Einheitsfront und der Vereinigung zu wirken.[5]

In Anbetracht dessen, daß die Arbeiter zwangsweise Mitgliedsbeiträge an die Arbeitsfront zahlen, sollen die Beiträge der freien Gewerkschaften so bemessen sein, daß sie kein Hemmnis für die Entwicklung der Organisation darstellen. Überhaupt soll die Beitragszahlung vorerst kein Hindernis für die Mitgliedschaft in einer freien Gewerkschaftsgruppe sein. Die Gruppen müssen bestrebt sein, ihre Einnahmen durch freiwillige Sammlungen und durch den Verkauf von Literatur zu steigern.

Beim Wiederaufbau der freien Gewerkschaften ist besondere Aufmerksamkeit der Einbeziehung der jugendlichen Arbeiter zuzuwenden. Partei und Jugendverband müssen ihre Kräfte zu diesem Zweck vereinen, insbesondere ist in den *Hitler*schen Jugendorganisationen eine breite Arbeit für den Wiederaufbau von Jugendsektionen in den wiederaufgerichteten freien Gewerkschaften zu führen.

XI. Bestrebungen von Mitgliedern der RGO oder von roten Verbänden, mit ihren Organisationen neben den wiederaufgebauten freien Gewerkschaften weiter zu existieren oder sich einfach in Gruppen der wiederaufgebauten freien Gewerkschaften umzunennen, ist entschieden entgegenzutreten. Die Gruppen der RGO und roten Verbände müssen in den freigewerkschaftlichen Betriebsgruppen aufgehen. Zu diesem Zweck sind die Betriebskomitees und Industriegruppenleitungen der RGO zu liquidieren und ihre Kräfte für den Aufbau der freien Gewerkschaften in den Betrieben einzusetzen.

5 Vgl. die Hinweise in Dok. 127 sowie z.B. den gemeinsamen Aufruf von Kommunisten und Sozialdemokraten in Dortmund zu den Vertrauensratswahlen und zum Wiederaufbau der freien Gewerkschaften vom Februar 1935 (BA, SAPMO, ZPA, I 3/18-19/68, Bl. 3-4). Vgl. auch Peukert, Ruhrarbeiter, S. 91-94. Nach Einschätzung von Wilhelm Knöchel Ende 1936 (Dok. 99 Anm. 9) blieb der Aufruf aber ohne Nachwirkung, da die Verfasser von der Gestapo verhaftet wurden. Vgl. dagegen die optimistischen Darstellungen »Mitte 1935« von »F[red]«, d.i. Heinrich Schmitt: »Trotz allem Terror marschiert die Aktions- und Gewerkschaftseinheit« und »Aus dem Ruhrgebiet. Unsere Losungen: ›Aktionseinheit‹ und ›Wiederaufbau der freien Gewerkschaften‹ - und die sozialdemokratischen Arbeiter« (BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/327, Bl. 53f., 62-65).

DOKUMENT 126

März/April 1935: Tätigkeitsbericht des Bezirks-Komitees der RGO Berlin

BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 299, Bl. 78 (Seite 1-5). Maschinenschrift. Ohne Unterschrift oder Verfasserangabe.[1]

Bericht über die Tätigkeit des Bezirkskomitees Berlin-Brandenburg der RGO, März/April 1935

Das neu eingesetzte B[ezirks-]K[omitee][2] hat die Arbeit Ende Februar [1935] aufgenommen. Verbindungen waren vorhanden zu 11 I[ndustrie]-Gruppen.[3] Nach Fühlungnahme mit den I[ndustrie-]G[ruppen]-Leitern[4] mußten wir feststellen, daß keine genügende Klarheit herrschte über unsere Einheitsfrontbestrebungen und im Zusammenhang damit über den Wiederaufbau der freien Gewerkschaften. Hieraus ergab sich die Notwendigkeit, sofort in den I[ndustrie]-G[ruppen]-Leitungen Stellung dazu zu nehmen und nach genügender Klärung aller Fragen ihnen praktische Aufgaben zu stellen. In fast allen Gruppen herrschte danach Einmütigkeit darüber, daß man jetzt genügend geredet hat, um nun an die praktische Arbeit heranzugehen. Gut unterstützt wurden wir dabei durch Belieferung mit Parteimaterial (K[ommunistische] I[nternationale][5], Broschüren) und durch Herausgabe eigenen Materials. Unsere Zeitung konnten wir in der Berichtsperiode dreimal herausgeben, Auflage: 1100, 540 und 950. Belegexemplare sind abgeliefert. Das alles trug dazu bei, daß nun die Hauptarbeit, [die] Gewinnung der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter, in Angriff genommen wurde. (Darüber siehe Bericht über die einzelnen Gruppen.)[6] Wir haben in dieser Frage gute Erfolge zu verzeichnen, die man umso höher bewerten muß, weil es uns schon nach dem ersten Anlauf gelungen ist, Fuß zu fassen und somit ein Argument mancher Freunde zu beseitigen, daß mit den sozialdemokratischen Arbeitern doch nichts anzufangen ist. Zum 21. März [1935] (Luftschutzübung) haben wir eine Zeitung herausgegeben, desgleichen der größte Teil der I[ndustrie]-Gruppen, so daß die Betriebe genügend über unsere Stellungnahme unterrichtet waren. Leider gelang es uns nirgends, Aktionen gegen die Luftschutzübung auszulösen. Eine Herausgabe von besonderen Flugblättern des B[ezirks]-K[omitees] dazu scheiterte an technischen Schwierigkeiten. Die Einführung der Wehrpflicht wurde in allen Betrieben von den Arbeitern lebhaft durchdiskutiert. »Jetzt gibt es bald Krieg« war die Konsequenz, die die Arbeiter daraus zogen. Hierzu gab ein Teil unserer I[ndustrie-]G[ruppen] Material heraus, nachdem wir die Fragen mit ihnen durchgesprochen hatten. Besonders hervorgehoben wurde die Arbeit, die sich für die revolutionären Arbeiter daraus ergibt. (Kriegsthesen des 6. Weltkongresses.)[7]

1 Anlage zu: Polizeipräsident/Staatspolizeistelle Berlin, an Gestapa/Müller, vom 22.5.1935 (ebd., Bl. 77). Die im Schreiben genannten Verbindungen und Resultate der Vertrauensratswahlen ließen sich nicht verifizieren.
2 Das ist die Bezirksspitze der RGO.
3 D. h. mit den kommunistischen Gewerkschaftsorganisationen.
4 Gemeint sind die Leiter der kommunistischen Industriegruppen, d.h. der »gewerkschaftlichen Einheitsverbände«.
5 Die Kommunistische Internationale war die deutschsprachige Ausgabe der Komintern und wurde vom Westeuropäischen Büro der Kommunistischen Internationale herausgegeben. Vgl. Stroech, S. 182-184.
6 D. h. die unten angeführten Berichte.
7 Vgl. Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg und die Aufgaben der Kommunisten. Angenommen in der 45. Sitzung des VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale am 29.8.1928, abgedr. in: Protokoll des VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Moskau, 17. Juli -

Als ein besonderer Mobilisierungsfaktor mußten die diesjährigen Vertrauensratswahlen betrachtet werden, die bei richtiger Arbeit es uns ermöglicht hätten, aus der Illegalität herauszukommen. Hier haben wir nicht im Entferntesten das erreicht, was wir bei einem richtigen Kräfteeinsatz erreichen konnten.[8] Die Fehler sind folgende:

1) Mangelhafte Verbindung des B[ezirks-]K[omitees] mit der B[ezirks-]L[eitung].[9] Ganz kurze Treffs auf der Straße. Diese Frage mußte mit den 3 Hauptfunktionären des B[ezirks-]K[omitees] gründlich durchgesprochen werden. Möglichkeiten dazu waren vorhanden. Bekanntlich wurde die Frage der Durchbrechung des starren Instrukteursystems schon im vergangenen Jahr gestellt und gilt für alle Funktionäre.[10] Material der B[ezirks-]L[eitung] und des Z[entral-]K[omitees] zu den Wahlen wurde erst 3 Tage vorher geliefert, so daß es uns nicht möglich war, unser Material zu ergänzen. Die Stellung des B[ezirks-]K[omitees] war richtig (siehe Zeitung).[11] Die I[ndustrie-]G[ruppen] haben auch eigenes Material herausgegeben.

2) Mußten wir gewisse Widerstände in den Gruppen beseitigen, die sich ergeben haben aus unserer neuen Taktik[12]: Aufstellung von eigenen Kandidaten; Verteidigung von SA- und anderen Arbeitern, die sich für die Belegschaft eingesetzt haben, und überhaupt das Eindringen dadurch in die Arbeitsfront, ja selbst in den Funktionärskörper, das sich daraus ergibt. Hier mußten wir feststellen, daß die Kollegen den Weg des geringsten Widerstandes vorziehen. (Streichung der Listen.)[13] Das Durchdiskutieren all dieser Fragen nahm zuviel Zeit in Anspruch, so daß es uns nicht gelang, hier eine entscheidende Bresche zu schlagen. Nur in einigen Fällen gelang es, ehrliche Arbeiter durchzubringen. Es ergibt sich hieraus, daß wir jetzt mit aller Kraft daran gehen müssen, die Arbeit in der Arbeitsfront aufzunehmen.

3) Die Kollegen stoßen [bei] ihrer Betriebsarbeit zum größten Teil auf Widerstand bei den Betriebszellen der Partei. Diese kapseln sich so ab, daß sie überhaupt nicht zu

1. September 1928. Thesen, Resolutionen, Programm, Statuten, Hamburg/Berlin 1928 (Nachdruck Erlangen 1972), S. 107–152; sowie: Kampf mit allen Mitteln gegen den imperialistischen Krieg! Aufruf des VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale zum 4. August, angenommen in der 19. Sitzung am 2.8.1928, abgedr. in: ebd., S. 220–222. Der eingeklammerte Satz ist in der Vorlage unterstrichen.

8 Vgl. mit ähnlicher Tendenz zahlreiche Berichte aus verschiedenen Landesteilen, u. a. über den Verlauf der Vertrauensratswahlen in Essener Betrieben, vom 8.7.1935; über die Möglichkeiten in Oberschlesien, vom Mai 1935 (BA, SAPMO, ZPA, I 3/18–19/68, Bl. 101–102; 3/6/24, Bl. 112–114). Zu den Parolen und Aufrufen der KPD im Frühjahr 1935 und zur Vorbereitung der Abstimmungen z.B. in den westlichen Bezirken vgl. die internen Anweisungen, Flugblätter und Aufrufe: Zentralkomitee, an Liebe Freunde: Neuwahl der Vertrauensräte – Durchbrechung der Illegalität, vom 1.2. 1935; Zentralkomitee der KPD, Für einheitliches Handeln bei der Wahl der Belegschafts-Vertrauensleute, vom 1.2.1935 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/708/140, Bl. 39–44; HStA Düsseldorf, RW 58, Nr. 9133, Bl. 148–149); Zentralkomitee der KPD, an den sozialdemokratischen Parteivorstand in Prag, vom 11.2.1935: Für die Herstellung der Einheitsfront bei den Vertrauensrätewahlen in Deutschland, in: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, Nr. 10, vom 21.2.1935, S. 516; Fred [d.i. Heinrich Schmitt], Vorbereitung der Vertrauensrätewahlen im Westen, vom 23.3.1935 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/327, Bl. 3–5).

9 Die Bezirksleitung war die KPD-Führung im Bezirk. Gemeint ist der mangelhafte Kontakt zwischen RGO und KPD auf Bezirksebene.

10 Vgl. auch die interne Kritik an den Aktionen und der programmatischen Ausrichtung des Bezirkskomitees der RGO in Berlin, vom 21.11.1934 (BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/14, Bl. 325–327). Der Satz ist in der Vorlage unterstrichen.

11 Die Zeitung lag nicht vor.

12 Vgl. die Aufrufe des Zentralkomitees der KPD vom 1.2.1935 (Anm. 8).

13 Das war die Parole der Sopade, des ISK und der freigewerkschaftlichen Abstimmungsempfehlungen, z.B. der ITF. Vgl. Komödie der Wahl, in: Sozialistische Aktion, Ende Februar 1935; Reinhart [d.i. Willi Eichler], Habe Mut, (Flugblatt April 1935). Abschrift in: Thüringisches Geheimes Staatspolizeiamt, an Politischen Polizeikommissar der Länder/Zentralbüro Berlin, vom 3.5.1935: Montagsbericht April 1935, S. 4 (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 977, Bl. 4). Zur ITF vgl. auch Dok. 75.

finden sind. Hier muß die sektiererische Einstellung liquidiert werden. Einige Beispiele: Im Konsum Lichtenberg[14] suchen 5 sozialdemokratische Arbeiter seit einigen Monaten Anschluß an unsere bestehende Betriebszelle; das ist bis heute noch nicht geschafft. Umgekehrt müßte es sein, unsere Genossen müßten die Initiative ergreifen und an sie herantreten. Bei Bolle, Moabit, gelang es nach einigen Monaten, der Zelle klar zu machen, daß sie der Motor bei der Arbeit ist. Trotzdem ein vollständiges Versagen des U[nter-]B[ezirks] bei der Wahl, trotz Zusage, Material zu liefern usw. Hier muß alles unternommen werden, um die ganze Partei auf Betriebsarbeit umzustellen.

Wir begrüßen den neuen Beschluß des Polit-Büros, der das Aufgehen der RGO-Gruppen in der Partei beschließt, weil sich daraus ein einheitliches Arbeiten ergibt.[15] Dazu schlagen wir vor, daß unsere I[ndustrie-]G[ruppen]-Funktionäre, die Erfahrung in der Betriebsarbeit haben, in leitende Stellungen eingesetzt werden, so daß wirklich alles getan wird, um die Arbeit zu forcieren.

An das B[ezirks-]K[omitee] wurden an Beitragsgeldern in der Berichtsperiode zirka 140.- Mark abgeführt, so daß unsere finanzielle Lage nicht günstig ist. Für herausgegebenes Material rund 200.- Mark. Die I[ndustrie-]G[ruppen] haben in der letzten Zeit viel Material herausgegeben, so daß sie mit ihrem Geld nicht auskommen konnten. Daher die schlechte Abrechnung an das B[ezirks-]K[omitee].

Arbeit in den Industrie-Gruppen[16]

Nahrung hat 22 Gruppen mit 106 festen und zirka 50 lose erfaßten Mitgliedern. Die Leitung ist politisch gut, setzt sich aus 4 Mann und einigen Instrukteuren zusammen. Eine Versammlung mit ehemals sozialdemokratischen Kollegen hat stattgefunden (Kellnern), die sich aufgrund des ungeschickten Benehmens von einem unserer Kollegen zerschlagen hat. Er hielt ihnen alle Taten von früher vor, nachdem sie sich bereit erklärt hatten, gemeinsam zu arbeiten. (Dieser Funktionär ist inzwischen ersetzt.) Ein von früher bekannter sozialdemokratischer Funktionär aus der Zigarettenbranche arbeitet seit einiger Zeit mit.[17] Er schafft der I[ndustrie-]G[ruppe] weitere Verbindungen zu sozialdemokratischen Arbeitern, ist aber noch nicht gewillt, selbst in die Leitung zu kommen. Hier war ein gewisser Widerstand zu durchbrechen, um an den Funktionär heranzutreten, weil er bekannt war als ein Mensch, mit dessen Hilfe revolutionäre Arbeiter aus dem Betrieb geflogen sind.

Die I[ndustrie-]G[ruppe] hat für die Brauereien eine Zeitung geschaffen und war jetzt dabei, mit Hilfe des oben genannten Funktionärs die Zigarettenarbeiter zu erfassen. Die Lage in den Betrieben ist für uns sehr günstig, nur mangelt es an dem richtigen Kräfteeinsatz. Zu den Wahlen wurde eigenes Material herausgegeben. I[ndustrie-]G[ruppen]-Zeitung erscheint alle 2–3 Wochen. Auflage: 300–500.[18] Wahlresultate wurden in keinem Betrieb offiziell bekannt gegeben.

Gemeinde und Verkehr: Die Gruppe hat 60 Mitglieder und zwar 3 Betriebsgruppen zu je 9, 7, 9 Mann, eine Kraftfahrergruppe zu 24 Mann und 11 Erwerbslose. Leitung ist politisch gut und ist vollzählig. Wir haben der Gruppe die Aufgabe gestellt, einen Kohlenbetrieb, in dessen Gruppe 1 Sozialdemokrat ist, als Basis zu benutzen, um an die anderen Kohlenbetriebe heranzukommen. Eine Verbindung wurde schon geschaffen. Erleichtert wird diese Arbeit dadurch, daß sich viele Arbeiter von früher

14 D. h. in Berlin-Lichtenberg.

15 Vgl. Dok. 125.

16 Die folgenden Überschriften, Branchenbezeichnungen und Unternehmensnamen am Anfang der Absätze sind in der Vorlage unterstrichen.

17 Diese Person wurde nicht ermittelt.

18 Die Zeitung und das Material lagen nicht vor.

kennen. Es ist eine Tatsache, daß viele Gruppen existieren, zu denen die I[ndustrie-]G[ruppe] keine Verbindung hat. So sind wir z.B. letzte Woche in einem wichtigen Fuhrbetrieb auf eine Gruppe (10 Mann) gestoßen und werden von dort andere erfassen. Die I[ndustrie-]G[ruppe] gibt eigenes Material heraus; zur Wahl Zeitung und Flugblätter. In einem Betrieb ist ein Mann von uns Vertrauensrat. Keine Bekanntgabe der Resultate.[19]

Leder: Diese Gruppe ist die schwächste und hat zirka 20 Mitglieder. Eine Leitung besteht nicht. Der Kollege, der diese Gruppe zusammenhält, kann sich nicht bewegen, weil er den Gegnern bekannt ist.

Textil: Hier haben wir erst vor 14 Tagen die Verbindung mit 4 Betriebsgruppen bekommen. Die Kollegin, die in Textil gearbeitet hat, ist verhaftet. Eine Leitung bestand nicht, so daß wir jetzt erst an den Aufbau dieser Gruppe herangehen können. Eine Leitung ist jetzt eingesetzt.

Bau: Eine Leitung in dieser Gruppe ist nicht vorhanden. In den einzelnen Bezirken sind einige Gruppen erfaßt. Im Ganzen zirka 100 Mann. Der größte Teil der früheren bekannten Funktionäre weigert sich zu arbeiten. Es wird weder regelmäßig kassiert noch Material herausgegeben. Es wäre verhältnismäßig leicht, unter den Bauarbeitern Einfluß zu gewinnen, wenn eine arbeitsfähige Leitung vorhanden wäre. Die nächste Aufgabe ist, dies nachzuholen. Von einem Arbeiten des Baugewerksbundes[20] ist nichts zu merken.

Chemie: Eine kleine Gruppe von zirka 17 Mann. Ein Instrukteur und ein Leiter. Die Arbeit zur Gewerkschaftsfrage ist schwach. In den letzten Wochen ist eine Besserung zu verzeichnen. Verbindung besteht zu:
Zöllner, Neukölln
Schering-Kahlbaum, Adlershof
Schering-Kahlbaum, Müllerstr[aße], und einigen kleineren Firmen.
Eigene Zeitung wird nicht herausgegeben. Zu den Vertrauensratswahlen wurde unsere Linie gut diskutiert. Zöllner und Kahlbaum, Adlershof, ca 15–18% Ablehnung der Liste. Ein erheblicher Prozentsatz hat die Listen geändert. Bei Zöllner ist bemerkenswert, daß ein Hauptfunktionär der Nazis die notwendige Stimmenzahl nicht bekommen hat, aber trotzdem auf der Liste verbleibt.

Metall ist sehr schlecht. Wir bekamen einen verantwortlichen Mann, der als Leiter nach der Verhaftung von *Erich*[21] wirken sollte, von der B[ezirks-]L[eitung] zugewiesen. Mit diesem Mann hatten wir ca. 10 Tage Verbindung. Nach unseren Informationen soll er ebenfalls verhaftet sein. Seitens der B[ezirks-]L[eitung] sollte uns ein Mann, der Metall gut kennt, schon seit ca. 3 Wochen zugeführt werden. Aber bis heute haben wir diesen Mann noch nicht. [Der] Grund, warum es in Metall so schlecht steht, liegt an der früheren Organisation. Durch die seinerzeitige Verhaftung von *Erich* ist alles zerrissen, auch Kasse und Kurier, weil alles in einer Hand lag. Wir haben Aussicht, in den nächsten Tagen Verbindung zu bekommen, so z.B. AEG, Osram, Bergmann usw.

Banken und Handel: Zu dieser Gruppe besteht keine Verbindung. Der letzte Mann aus der Leitung ist am 8. Februar [1935] bei einem Treff angeschossen und verhaftet worden. Der von der vorhergehenden Leitung neu eingesetzte Mann war noch nicht aufzufinden, so daß wir bis heute nicht in der Lage sind, die Arbeit zu überprüfen. Es

19 Nähere Angaben wurden nicht ermittelt.
20 Gemeint ist der freigewerkschaftliche Deutsche Baugewerksbund.
21 Nähere Angaben wurden nicht ermittelt.

ist eine Tatsache, daß die Gruppen zusammengehalten werden. Wir hoffen die Verbindung in 14 Tagen zu haben.

Jugend: Von einer organisatorischen Zusammenfassung der Jugend kann überhaupt keine Rede sein. Nur in der I[ndustrie-]G[ruppe] Graphik sind einige kleine Gruppen, die mit der Leitung zusammenarbeiten. Ihnen wurde die Aufgabe gestellt, an die SAJ- und Freie Gewerkschaftsjugend heranzutreten. Anfangserfolge sind zu verzeichnen bei Ullstein.[22]

Film-Bühne: Zu diesen Gruppen war 14 Tage lang eine Verbindung. Seitdem sind alle Verbindungen gerissen, erst der I[ndustrie-]G[ruppen]-Leiter, dann [der] Kurier und zuletzt [die] Kasse. Wir haben den Eindruck, als wenn man hier mit einer Sabotage von Seiten des I[ndustrie-]G[ruppen]-Leiters zu rechnen hat, der ein Intellektueller ist und ein ziemlich borniertes Auftreten Arbeitern gegenüber hat.

Holz: Hier besteht nur eine Leitung von 3 Mann, mit denen wir am 2.5.[1935] Verbindung bekommen haben. Seit der Verhaftung der letzten Leitung November [19]34 ist hier nichts getan worden. Alle Mitglieder hat man fallen lassen mit der Motivierung, man muß den Prozeß abwarten. Inzwischen, am 28.4.[1935], stattgefunden.[23] Die Hauptfunktionäre durchweg 5 Jahre Zuchthaus. Jetzt sind sie erst recht ängstlich und wollen nichts mehr tun.

Post: Diese Gruppe setzt sich zum größten Teil aus Beamten zusammen, zirka 50 Mann. Bei den Telegrafenarbeitern haben sie jetzt erst wieder Fuß gefaßt bei den Bauabteilungen I bis III. Verbindung ist zu SPD-Leuten aufgenommen worden. Leitung ist vollständig. Eigenes Material wird herausgegeben.

Grafik: Die Leitung setzt sich aus 3 Mann und mehreren Instrukteuren aller Betriebsarbeiter zusammen und ist politisch gut. In dieser Gruppe sind wir am weitesten in der Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter. Aufgrund des Zusammenschlusses der Gruppen bei Ullstein hat der Prager Vorstand einen Beauftragten ([Alwin] *Brandes*, früher DMV) zu dem SPD-Funktionär, einen bekannten Mann aus dem ehemaligen Buchdruckerverband,[24] geschickt und ihn aufgefordert, linke Mätzchen anzuwenden und dann das Bestehende auseinanderzuhauen. Der SPD-Mann hat das abgelehnt und uns dieses mitgeteilt. Hier ist in der Praxis bewiesen, wer die Einheitsfront nicht will.

Einige Betriebsberichte

Deutsche Allgemeine Zeitung: Dort wurden letzthin dem gewerblichen Personal am Wochenlohntag die Arbeitsfrontbeiträge gleichzeitig mit der Bürgersteuer abgezogen. Die Hälfte der Belegschaft ging zum Personalbüro und protestierte gegen den hohen Abzug. Der Erfolg war, daß die DAF-Beiträge zurückgezahlt wurden.

Märkische Kartonfabrik: Dort übte die Belegschaft passive Resistenz. In einer Abteilung sollen von 18 Mann jeweils 2 Mann einmal jeden Tag aussetzen. Die Arbeiter verlangsamten das Tempo und streckten die Arbeit. Dadurch mußte der Unternehmer weiter voll beschäftigen.

Druckerei Elsner: Vor dem Stattfinden der Vertrauensratswahl wurde der Nazi-Vertrauensrat-Spitzenkandidat zum Unternehmer gerufen. Er wurde aufgefordert, nach der Wahl einem Lohnabbau der übertariflichen Bezahlung zuzustimmen. Dieses Ansinnen lehnte er ab und verzichtete gleichzeitig auf weitere Kandidatur.

22 Zur Industrie-Gruppe Graphik und deren jugendlichen Mitgliedern in Berlin vgl. mit positiver Gewichtung bereits den Bericht der Industriegruppe für den Zeitraum Mai bis Dezember 1933 (BA, SAPMO, ZPA, I 4/6/14, Bl. 185–187).
23 Prozeßunterlagen wurden nicht ermittelt.
24 Es ließ sich nicht ermitteln, wer gemeint war.

Druckerei Lehmann: Die Zeitungsfahrer des 8-Uhr-Abendblattes fuhren bisher ohne festen Lohn. Sie bekamen für jede Zeitung 1 1/4 Pfennig. Die Belegschaft wählte eine Delegation und führte über die Arbeitsfront weg mit der Betriebsführung hartnäckig Lohnverhandlungen. Unter dem Eindruck der geschlossenen Haltung der Zeitungsfahrer bewilligte die Betriebsführung einen Garantielohn von 2.- Mark pro Tour. Die Vertrauensratswahlen fanden in diesem Betrieb bei den Zeitungsfahrern nicht geheim[25] statt. Demonstrativ führten die Fahrer eine Hofversammlung durch, wo sie ihre eigenen Vertrauensmänner wählten. Die amtliche Liste machten sie ungültig.

Den betrieblichen Antritt zum 1. Mai haben die Zeitungsfahrer abgelehnt. Jetzt sind alle Zeitungsfahrer wegen wirtschaftlicher Unrentabilität des Spätverlages »8-Uhr-Abendblatt« zum 9. Mai [1935] gekündigt worden (40 Fahrer). Die Zeitung soll den Fahrern des Großkopf-Verlages zum Ausfahren übertragen werden. Die Kollegen haben den Vertrauensrat gezwungen, mit der Arbeitsfront zu dieser Frage eine Betriebsversammlung einzuberufen. Auf dieser Versammlung soll ein Kampfbeschluß der Belegschaft auf Zu[rück]nahme der Kündigungen erreicht werden.

Das technische Personal der Buchdrucker bei Lehmann hatte 2.000.- Mark rückständige DAF-Beiträge. Diese waren nicht einzutreiben. Jetzt hat [die] DAF davon 2/3 gestrichen. Die Kollegen erklärten: Das restliche Drittel wird von uns erst nach der nächsten Lohnerhöhung bezahlt.

Ullstein: Mit der Verschmelzung der RGO-Gruppe mit der ehemaligen sozialdemokratischen Freien Gewerkschaftsgruppe wurde dort der Verband der graphischen Arbeiter gegründet.[26] Ein von RGO-Leuten mit Sozialdemokraten gemeinsam gebildetes Organisations-Komitee gab sich eine einstimmig angenommene politische Plattform (zur B[ezirks-]L[eitung] gegeben). Dieselbe wurde für den Betrieb 70-mal vervielfältigt. Diese betriebliche Gewerkschaftsgruppe ist bisher in 7 Abteilungen vertreten. Als erste Aufgabe haben sie sich die restlose Erfassung aller ehemaligen Freien Gewerkschaftler und damit die organisatorische Stärkung ihrer Gruppe im Betrieb gestellt. In den nächsten Sitzungen wird der Antrag auf Herausgabe eines eigenen Verbandsorganes »Der grafische Arbeiter«[27] zur Diskussion gestellt. Das über den Betrieb hinausgehende Ziel der Ullstein-Gruppe ist, in allen graphischen Großbetrieben über den Weg des Zusammenschlusses aller ehrlichen Arbeiter den Verband der graphischen Arbeiter durch Schaffung betrieblicher Gewerkschaftsgruppen zu stärken.

Anmerkung: Im Parteimaterial darf aus Sicherheitsgründen der Betrieb Lehmann und Ullstein nicht namentlich aufgeführt werden.

Die Wahlresultate von Graphik sind in der erschienenen Maizeitung »Der Gewerkschaftler« enthalten.[28] Dazu folgen ergänzende Berichte:

Mosse:	1338	abgegebene Stimmen
	934	ja
	146	nein
	254	teilweise Streichung
	4	ungültig
Ullstein:	6211	Wahlberechtigte
	4501	abgegebene Stimmen
	3161	ja
	788	teilweise Streichung
	537	nein
	15	ungültig

Deutsche Tageszeitung:

	480	abgegebene Stimmen
	96	nein
	15	ungültig
12-Uhr-Blatt:	112	abgegebene Stimmen
	76	ja
	36	nein

H.S. Herrmann:
Resultat nicht bekannt gegeben. Angelegenheit ist dem Treuhänder der Arbeit übergeben worden.

Berliner Börsen-Zeitung:
Die Liste wurde ohne Resultatsangabe als einstimmig gewählt erklärt.

25 Die letzten beiden Worte sind in der Vorlage unterstrichen.
26 Hierzu konnten keine näheren Angaben ermittelt werden.
27 Die Zeitschrift »Der graphische Arbeiter« wurde von der Industriegruppe Graphik der RGO in Berlin herausgegeben und erschien Februar 1934 und April 1935. Vgl. Stroech, S. 104.
28 Der Gewerkschaftler. Zentralorgan der Freien Gewerkschaften. Hrsg. vom Bezirkskomitee der RGO Berlin. Vgl. Stroech, S. 163.

DOKUMENT 127

Juni/Juli 1935: Paul Merker berichtet über die Umsetzung der Anweisungen zum »Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften« und die Entwicklung der kommunistischen gewerkschaftlichen Arbeit im Reich

BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/17, Bl. 312–316. Maschinenschrift. Im Dokumentkopf maschinenschriftliche Verfasserangabe: »Merker«. Ohne Datumsangabe.[1]

Innerparteiliche Entwicklung[2]

In der Durchsetzung der Beschlüsse zur Herbeiführung der Aktionseinheit und zum Wiederaufbau der Gewerkschaften[3] sind bestimmte Fortschritte gemacht worden. Das zeigt sich in der wachsenden Zahl von Fällen, wo sich die Parteileitungen ernstlich mit den Möglichkeiten befaßten, den Kontakt zu sozialdemokratischen Arbeitern und Gruppen zu finden, in der wachsenden Zahl der Fälle, wo solche Verbindungen hergestellt wurden und auch in der zunehmenden Orientierung der verschiedenen Parteiorganisationen und der Parteigenossen, in der Richtung des Herantretens an sozialdemokratische Arbeiter in den Betrieben. Eine solche Verbesserung in der Einstellung der Parteileitungen und der Parteimitgliedschaft wird aus Berlin, Hamburg, Leipzig, Halle, Oberschlesien, Plauen und anderen Orten berichtet. Trotzdem sind die gegen diese Maßnahmen gerichteten Tendenzen in der Partei und in der RGO

1 Im Dokumentkopf Stempel: »[...] AUG[UST] 1935«. In der Vorlage zahlreiche handschriftliche An- und Unterstreichungen. Vgl. als zugrundeliegende Information u. a. den Bericht über die Entwicklung im Oberbezirk West und die Bemerkungen des Gewerkschafts-Oberberaters West zur Praxis der Gewerkschaftsarbeit, beide Frühjahr 1935 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/327, Bl. 9, 291–303) sowie Dok. 126.
2 Die Überschrift ist in der Vorlage maschinenschriftlich unterstrichen.
3 Vgl. Dok. 123, 124, 125 sowie dort in Anm. 1 die genannten Anweisungen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, vom 19.1.1935. Vgl. ferner die zahlreichen Beiträge in der Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung im Sommer bis Winter 1934, u. a. auf der Sitzung des EKKI am 9./10.7.1934: Richter [d. i. Hermann Schubert], Die Lage in Deutschland und die Arbeit der KPD, in: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, Nr. 48, vom 30.8. 1934, S. 2017–2021; Wilhelm Pieck, Aktionseinheit gegen den Faschismus, in: ebd., S. 2021–2023.

noch längst nicht überwunden. Sie treten teilweise sehr stark hervor. Die Argumentation dieser Genossen ist die bereits bekannte: »Mit den Sozialdemokraten ist nichts anzufangen. Laßt die Sozialdemokraten für sich arbeiten, und wir arbeiten für uns. Eine sofortige Vereinigung gefährdet die Organisation, später werden wir zusammenwachsen« etc. Es gibt jedoch auch mehr ausgesprochen politische Tendenzen, die sich gegen die Durchführung der Beschlüsse richten, u.a. »Die Politik ist richtig und zeigt, daß die ganze politische Linie der Partei in der Vergangenheit die Frage des Sozialfaschismus betreffend falsch war«. »Es ist gut, daß endlich eine Korrektur eingetreten ist«. »Die Beschlüsse bedeuten eine Annäherung der Parteilinie an die Plattform der *Brandler*isten und Versöhnler. Es ist notwendig, dagegen zu kämpfen«. Die erste Auffassung wirkt sich in einer kapitulantenhaften Stellungnahme unserer Genossen bei Verhandlungen mit den Sozialdemokraten etc. aus. Die zweite äußert sich in einer Passivität gegenüber der Durchführung der Beschlüsse. Es bedarf noch einer intensiven Durcharbeitung der gesamten Parteiorganisation, die gleichzeitig die Voraussetzung ist für einen wirkungsvollen Kampf gegen die Manöver des Prager Vorstandes, der [Siegfried] *Aufhäuser-Miles*[4]-Gruppe etc. Es kann nicht behauptet werden, daß dieser Kampf bereits auch nur in annähernd genügendem Maße entwickelt worden sei. Eine Ursache dafür ist die noch immer nicht genügend durchgesetzte Kollektivierung der gesamten Arbeit der Partei, eine andere ist die ungenügende Verbindung der stattfindenden Diskussion mit der praktischen Aufgabenstellung. Ein weiterer Mangel in Verbindung mit diesem Fragenkomplex sind die ungenügende allgemeine Agitation, in erster Linie unter den sozialdemokratischen Arbeitern und früheren Gewerkschaftlern, unsere Einschätzung der Lage und unsere revolutionäre Perspektive in Verbindung mit der Aufrollung der praktischen Möglichkeiten zur Herbeiführung von Kämpfen und zum Wiederaufbau der Gewerkschaften. Der lähmenden Agitation des Prager Vorstandes und der sogenannten linken sozialdemokratischen Gruppen: »Jetzt ist nichts zu machen. Man muß abwarten«; »Man darf mit den Kommunisten sich nicht einlassen; ihre Organisationen sind von Spitzeln durchsetzt«; »Jeder, der sich mit den Kommunisten einläßt, fällt der Gestapo in die Hände« etc. wird ganz ungenügend entgegengetreten. Auch hier kommt es vor allem darauf an, in Verbindung mit dieser Massenagitation eine äußerst konkrete und einfache Aufgabenstellung, die sich stützt auf unmittelbare Anlässe, die sich zur Auslösung von Bewegungen der verschiedensten Art eignen, durchzuführen, um so die eigene Initiative der Massen zu fördern und damit [sich] eine gesunde Wechselwirkung zwischen den organisierenden Kräften der Partei, der RGO etc. und der im Wachsen begriffenen Kampfbereitschaft der Massen und der sich entwickelnden Initiative der klassenbewußten Teile derselben, zu denen noch kein organisierter Kontakt von seiten der Partei aus hergestellt werden konnte, ergibt.

4 Deckname von Walter Loewenheim. Vgl. zu Miles und der Org./Neu Beginnen eingehend Foitzik, Zwischen den Fronten, S. 70–85, 130–140. Vgl. ferner die Kritik aus der KPD an den Positionen im Prager Parteivorstand der Sopade, an der Gruppe Revolutionäre Sozialisten und an der Org./Neu Beginnen, in: W. Müller [d. i. Wilhelm Florin], Ideologischer Wirrwarr: Drei Plattformen in der deutschen Sozialdemokratie, in: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, Nr. 54, vom 11.10.1934, S. 2362–2365; Walter [Ulbricht], Für die Aktionseinheit gegen den Hitlerfaschismus. Offene Antwort an Siegfried Aufhäuser und die linken Sozialdemokraten, in: ebd., Nr. 55, vom 18.10.1934, S. 2412–2414; ders., Der Weg zur Gewerkschaftseinheit in Deutschland, in: ebd., Nr. 56, vom 25.10.1934, S. 2480–2482; Zentralkomitee der KPD, Offener Brief des Zentralkomitees der KPD: An alle Sozialdemokraten! An alle Gewerkschafter und Gewerkschaftsgruppen! An die Kollegen in der Arbeitsfront! In: ebd., Nr. 61, vom 29.11.1934, S. 2789f.; Die Kommunistische Partei im Kampf um die Einheitsfront. Zum Einheitsfrontangebot des Zentralkomitees an die Gruppe »Revolutionärer Sozialisten«, in: ebd., S. 2740f. Vgl. ferner zum Angebot des Zentralkomitees der KPD an die Sopade im Vorfeld der Vertrauensratswahlen 1935 und zur Ablehnung der Sopade Dok. 126 Anm. 8, 13.

Auch in der praktischen Anwendung der Beschlüsse zeigen sich gewisse Fehler. Der wichtigste ist dabei folgender:

In vielen Fällen wird anstatt der Aktionseinheit die Gewerkschaftseinheit als unmittelbare Grundlage für die Aufnahme von Verhandlungen mit sozialdemokratischen Gruppen gestellt. Auch die Agitation wird nicht getrieben für die unmittelbare gemeinsame Arbeit zur Organisierung und Durchführung des Kampfes gegen das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit, gegen die Entlassung der Jugendlichen etc., sondern für die Herbeiführung der Gewerkschaftseinheit als die Voraussetzung zur Organisierung und Durchführung von Kämpfen. Das zeigte sich besonders stark in Berlin.[5]

In anderen Fällen wurde nur die Frage der Aktionseinheit gestellt, und die Frage der Wiedererrichtung der Gewerkschaften überhaupt nicht erwähnt (Oberschlesien, teilweise auch Leipzig und Berlin).[6]

In wieder anderen Fällen werden noch immer die Frage der Aktionseinheit und die Frage der Bildung von Gewerkschaften als zwei Probleme betrachtet, die wenig miteinander zu tun haben (Berlin, Leipzig).

Steht die Arbeit zur Vorbereitung und Durchführung von ökonomischen Bewegungen und des Wiederaufbaues der Gewerkschaften im Mittelpunkt der Arbeit der Partei?[7]

In dieser Hinsicht sind ebenfalls einige Fortschritte zu verzeichnen. In Hamburg und Leipzig entwickelte sich eine Orientierung der Partei in dieser Hinsicht, ebenso in Halle und Oberschlesien, jedoch beschränkt sich diese Entwicklung noch immer fast ausschließlich auf die höheren Leitungen und zum Teil auf die Betriebszellen. Eine Mobilisierung der gesamten Partei, das heißt der Unterbezirksleitungen, der Betriebs- und Straßenzellen, ist noch längst nicht erreicht.

Daß das so ist, zeigt sich auch in der noch ungenügenden Verbindung der Arbeit der Parteiorganisationen und der Organisationen der RGO. Diese Verbindung war von jeher äußerst schlecht. In allen Berichten der Freunde der RGO wurde darüber Klage geführt. Unser Essener Vertreter[8] z.B. berichtete über seine Beziehung zur Parteileitung:

»Die Zusammenarbeit mit der Partei war eine schlechte, d.h. man kann von einer Zusammenarbeit überhaupt nicht reden. Zu der provisorischen B[ezirks-]L[eitung] hatten wir fast überhaupt keine Verbindung und auch keine Unterstützung zum Wiederaufbau unserer Organisationen. Im Gegenteil, dort, wo wir die Verbindungen zu unseren unteren Einheiten anknüpfen, wurden sie von der provisorischen Leitung der B[ezirks-]L[eitung] wieder abgerissen. Man erklärte: »Wenn Du auch von dem Oberreisenden[9] mitgebracht worden bist, so bist Du doch nicht auf dem richtigen Wege gekommen. Deswegen erkennen wir Dich nicht an.«

Um nicht Zeit zu verlieren, war es deshalb notwendig, daß wir ohne Hilfe der B[ezirks-]L[eitung] vorstießen. Ende Juni [1935] ist eine neue B[ezirks-]L[eitung] gekommen, und ich hoffe, daß die Mängel nunmehr beseitigt sind. Ich habe bereits mit

5 Vgl. Dok. 124, 126 sowie den Bericht des Auslands-Komitees der KPD an die Landesleitung über Ergebnisse und Festlegungen, die nach einer Aussprache mit dem Reichskomitee der RGO zur weiteren illegalen Arbeit getroffen wurden (BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/260, Bl. 489f.).

6 Vgl. auch die Berichte aus den Bezirken in den Anweisungen der Auslandsleitung der KPD an die illegale Landesleitung zu Fragen der Aktionseinheit und zum »Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften« vom 10.12.1934 (BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/260, Bl. 432–451). Die Informationen aus den Bezirken im Oberbezirk West sind teilweise enthalten in Dok. 124.

7 Der Satz ist in der Vorlage eingerückt und maschinenschriftlich unterstrichen.

8 Die Person wurde nicht ermittelt. »Essener« in der Vorlage maschinenschriftlich unterstrichen.

9 Der Oberberater für West war Heinrich Schmitt.

dem neuen Po[litischen Leiter] darüber gesprochen. Wichtig ist, daß die unteren Einheiten der P[artei] mobilisiert werden ...«

Unser Düsseldorfer Vertreter[10] berichtete:

»Auch die Verbindung zur Partei ist ungenügend. Ich habe bisher an keiner Besprechung der B[ezirks-]L[eitung] teilgenommen. Das wirkt sich insofern hinderlich aus, da man den Bezirk in seiner Arbeit zu langsam kennenlernt, und ohne die Arbeit der Partei zu kennen, fehlt einem der Kompaß für die eigene Tätigkeit. Die B[ezirks-]L[eitung] erhält unser Material, und verteilt es von sich aus, ohne auch nur an die RGO zu denken.«

Unser Leipziger Freund[11] berichtet:

»Die Verbindung mit der B[ezirks-]L[eitung] ist unregelmäßig. Außerdem wurde uns von der Partei versprochen, einige qualifizierte Kräfte für die RGO freizustellen; persönlich hatte ich von Anfang an mit der B[ezirks-]L[eitung] Verbindung und das Zusammenarbeiten war im großen und ganzen gut. Schlechter ist es jedoch mit dem Oberreisenden[12], den man nur sehr selten erreichen kann.«

Unser Berliner Freund[13] berichtet:

»Bei allen Besprechungen mit den I[ndustrie-]G[ruppen]-Leitungen und Betriebsgruppen zeigt es sich, daß der Kontakt und die Zusammenarbeit mit der Partei ganz wesentlich verstärkt und verbessert werden muß. Ganz allgemein ist die Erscheinung, daß die Parteiorganisation in den Betrieben, [um] die Parteizellen aufzubauen und ihre eigene Organisation zu festigen, rücksichtslos Funktionäre aus der Gewerkschaftsarbeit herausreißt, [und] allgemein die Parole: »Schaffung unabhängiger Gewerkschaften« zwar vertritt, aber keine organisierte Arbeit dafür leistet. Ja, im Gegenteil, die Arbeit unserer Gruppen noch sehr häufig hemmt. In einem Berliner Nahrungsmittel-Großbetrieb hat man einer Gruppe seitens des Partei-U[nter-]B[ezirks] direkt verboten, Verbindungen zu U[nter-]B[ezirken] zu halten. Bei der Autorität, die die Partei in der Arbeiterschaft genießt, ist es durchaus verständlich, daß unsere Gruppen gegen solche schädlichen Anweisungen sich sehr häufig nicht durchsetzen können.

Seitdem ist zweifellos eine Verbesserung eingetreten. Trotzdem sind die Verhältnisse in dieser Hinsicht noch immer sehr schlecht. In Berlin beschränkt sich die Zusammenarbeit zwischen Parteileitung und dem RGO-Komitee noch immer auf eine Besprechung, die von Zeit zu Zeit stattfindet. Der Leiter der RGO wurde noch nicht zum Mitglied der Parteileitung gemacht. Die Arbeit des RGO-Komitees wird von der Partei nur ungenügend kontrolliert. Das zeigt sich in den vielen Schwankungen bei der Durchführung der Beschlüsse des Z[entral]k[omitees], die in den Zeitungen, Aufrufen und in dem sonstigen Material der Berliner RGO vorhanden sind. Selbst so wichtige Dokumente, wie die Plattform zur Verhandlung mit dem Aktionskomitee und zum Aufbau unabhängiger Klassengewerkschaften[14], der Aufruf des Einheitsverbandes der Metallarbeiter[15] usw. sind ganz ungenügend ausgearbeitet und in der Aufstellung von

10 Die Person wurde nicht ermittelt. »Düsseldorfer« in der Vorlage maschinenschriftlich unterstrichen.
11 Die Person wurde nicht ermittelt. »Leipziger« in der Vorlage maschinenschriftlich unterstrichen.
12 D. h. dem Oberberater der KPD.
13 Wie Anm. 8.
14 Vgl. Dok. 119.
15 Vgl. auch den Aufruf des kommunistischen Einheitsverbandes der Metallarbeiter zur Aktionseinheit mit den früheren DMV-Mitgliedern und zum Aufbau illegaler Gewerkschaften, vom Ende Oktober 1934, abgedruckt in: Der Metallarbeiter, Ende Oktober 1934, S. 2–4 (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 1021, Bl. 271).

Forderungen fehlerhaft. Der Aufruf des Einheitsverbandes der Metallarbeiter steht vollständig den Beschlüssen entgegen.

Es heißt dort:[16]

»Ihr Kollegen vom ehemaligen DMV und den christlichen Gewerkschaften!

Ihr oppositionellen Kollegen der NSBO und parteilosen Arbeiter vereinigt Euch mit dem E[inheits-]V[erband der] M[etallarbeiter] B[erlins] zu einer einheitlichen Gewerkschaft der Metallarbeiter auf betrieblicher Grundlage. Dieser neue Metallarbeiterverband muß unabhängig sein vom Faschismus und Unternehmertum. Er muß die besten Traditionen des gewerkschaftlichen Kampfes der Arbeiterklasse übernehmen. In den täglichen wirtschaftlichen Kämpfen unter Führung eines starken, illegalen Metallarbeiterverbandes wird es gelingen, breite Massenbewegungen und Streiks zu organisieren; wird es gelingen, Kräfte zu sammeln für die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung überhaupt.

Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte!

Gewerkschaftseinheit gegen den Faschismus! Das ist ein Gebot der Stunde. Wir rufen Euch auf: Schließt Euch in diesem illegalen Metallarbeiter-Verband zusammen. Laßt uns gemeinsam kämpfen gegen *Göring*plan, Arbeitsplatzaustausch und faschistische Betriebsordnung![17]

Gegen alle Formen des Lohn- und Akkordabbaues!
Für 10%ige Teuerungszulage!
Für Koalitions- und Streikrecht!
Für die freie Wahl von unabhängigen Betriebs- und Vertrauensräten!«

Ein entscheidender Mangel besteht auch darin, daß sich die Berliner Parteileitung überhaupt nicht um die einzelnen Industriegruppenleitungen, die teilweise über wichtige Betriebsverbindungen verfügen, kümmert. Mit Hilfe der I[ndustrie-]G[ruppen-]L[eitungen] ist es möglich, die Bewegungen in den einzelnen Industrien in schnellem Tempo zu fördern, vorausgesetzt, daß diese Leitung durch die Instrukteure der Parteileitung die notwendige Unterstützung erhalten und in Kontakt gebracht werden zu den Betriebszellen ihrer Industrie. Durch diese I[ndustrie-]G[ruppen-]L[eitungen] kann auch die Agitation und Propaganda durch Flugzettel, Verbandzeitungen etc. wesentlich gesteigert werden. Zur Zeit liegt die Instruierung dieser Leitungen jedoch ausschließlich in den Händen des RGO-Komitees und der Aktionsradius derselben beschränkt sich auf ihre eigenen Verbindungen, während dem alle Betriebe der einzelnen Industrien, in denen die Partei Betriebszellen hat, nicht von ihnen beeinflußt werden.

Ihre Aufgabe aber ist, die gesamte gewerkschaftliche Politik in ihrer zuständigen Industrie festzulegen, damit in einer einheitlichen Richtung durch alle Parteizellen, Betriebsgruppen der RGO, Gewerkschaftsgruppen etc. gearbeitet wird. Das kann sie jedoch nur, wenn die Politik der I[ndustrie-]G[ruppen-]L[eitungen] gemeinschaftlich und unter Kontrolle der B[ezirks-]L[eitung] festgelegt wird und somit in ständiger Wechselwirkung mit den Betriebszellen in den wichtigsten Betrieben der einzelnen Industrien festgelegt und kontrolliert wird. Die große Unzulänglichkeit der Arbeit in dieser Hinsicht wird durch zahlreiche Beispiele bewiesen. Da ist u.a. die B[erliner] V[erkehrs-]G[esellschaft], wo trotz aller Beschlüsse noch immer die Partei und die RGO getrennt voneinander arbeiten. Zwischen beiden besteht keine Übereinstimmung in der Aufgabenstellung, keine Übereinstimmung in den zu propagierenden

16 Der nachfolgende Text des Aufrufes ist in der Vorlage eingerückt.
17 Vgl. hierzu bereits mehrmals die Agitation der KPD/RGO, u. a. in Dok. 124.

Forderungen, keine Übereinstimmung in der Frage der Konzentration auf bestimmte Betriebe der B[erliner] V[erkehrs-]G[esellschaft] usw. So wurden z.B. fast gleichzeitig zwei verschiedene Aufrufe für die B[erliner] V[erkehrs-]G[esellschaft]-Arbeiter herausgegeben.[18] Der eine ohne Unterschrift, der andere unterzeichnet mit: »Illegale Gewerkschaft/ Sektion Verkehr und Gemeinde«. Beide Aufrufe sind insbesondere, soweit die Forderungen in Frage kommen, ganz unzulänglich. In keinem dieser Aufrufe wird gesagt, wie der Kampf geführt werden kann und wie die Wiedererrichtung des Verbandes durchzuführen ist. Man begnügt sich mit der allgemeinen Aufforderung »Organisiert Euch in der illegalen Gewerkschaft«. Auch in diesen Aufrufen tritt die Tendenz zu Tage, daß die Wiedererrichtung die Voraussetzung für die Durchführung von Kämpfen ist. Beide Aufrufe haben anscheinend der B[ezirks-]L[eitung] nicht vorgelegen und dabei handelt es sich hier, wie bei dem Aufruf des Einheitsverbandes [der] Metallarbeiter an die Siemens-Arbeiter um einen Konzern, auf den sich die Arbeit der B[ezirks-]L[eitung] zu konzentrieren hat.

In Leipzig und Hamburg zeigt sich die ganz ungenügende Verbindung zwischen der Partei und der RGO darin, daß nach der Verhaftung einiger leitender Genossen beider Bewegungen die Verbindung zu der I[ndustrie-]G[ewerkschafts-]L[eitung] (Leipzig) oder zu der ganzen RGO (Hamburg) überhaupt verloren gegangen ist.

Dort, wie auch in Halle, entwickelt sich jedoch eine bessere Orientierung unter den leitenden Funktionären die gewerkschaftliche Arbeit betreffend. Um in dieser Richtung schneller vorwärts zu kommen, wurde die Schaffung von besonderen Aktionszentren für einzelne Konzerne (Berlin), für einzelne Wirtschaftsgebiete (Hamburg Hafen), für einzelne Industrien (Leipzig, Oberschlesien, Chemnitz, Halle etc.) vorgenommen, die unter direkter Leitung der zuständigen Parteileitung die Arbeit zur Herbeiführung der Aktionseinheit in den in Frage kommenden Konzernen oder Industrien und die Wiedererrichtung der Verbände durchzuführen haben. Es ist jedoch dringend notwendig, die gesamte Arbeit auf diesem Gebiet in kürzester Frist und kürzeren Abständen zu kontrollieren und die weiteren Aufgaben festzulegen.

In der Frage der gewerkschaftlichen Ausarbeitung von Betriebsprogrammen mit sozialdemokratischen Freunden bzw. mit früheren Gewerkschaftlern etc. wurden noch keine größeren Fortschritte gemacht, wie überhaupt das Schwergewicht der Herbeiführung von Verhandlungen mit sozialdem[okratischen] Freunden etc. bisher weniger in den Betrieben, sondern mehr in dem Wohngebiet lag. In der Frage der Wiedererrichtung der Verbände sind wir deshalb ebenfalls noch nicht viel weiter gekommen. Nur in einzelnen Fällen wurden Organisations-Komitees gebildet. Im allgemeinen beschränkt man sich noch immer darauf, um die Frage herumzureden, ohne den nächsten Schritt, d.h. die Bestimmung von Vertrauensleuten und die Werbung von Mitgliedern zu unternehmen. Auch hier kann eine Änderung nur geschaffen werden, wenn die Aktionszentren der einzelnen Industrien und Konzerne bzw. die einzelnen I[ndustrie-]G[ruppen-]L[eitungen] in dieser Arbeit wirklich laufend politisch und organisatorisch unterstützt und kontrolliert werden.

Die Arbeit in der DAF[19]

In der Entwicklung der Arbeit in der DAF können kaum ernste Fortschritte berichtet werden. Selbst in Berlin wird die Arbeit noch isoliert von den Maßnahmen zur

18 Die Aufrufe lagen nicht vor.

19 Wie Anm. 2. Vgl. zum folgenden auch die Vorgaben in Dok. 125.

Herbeiführung der Aktionseinheit und zum Wiederaufbau der Gewerkschaftsverbände betrachtet. Es wird noch viel zu wenig erkannt, daß sich die Gruppen früherer Gewerkschaftler gerade innerhalb der Deutschen Arbeitsfront gebildet haben und daß die Frage der Entwicklung einer Oppositionsbewegung in der DAF eine der wichtigsten und unmittelbaren Möglichkeiten für das gemeinsame Vorgehen darstellt. Auch spukt in den Köpfen der Genossen immer der Gedanke, daß unsere Hauptaufgabe darin bestehe, die Arbeiter zur Verweigerung der Beiträge an die DAF zu mobilisieren, daß die Voraussetzung dafür, den Verband wieder aufzubauen, der Austritt der Arbeiter aus der DAF ist usw. In dem Berliner Manifest wurden ebenfalls in verhüllter Form diese Gedankengänge propagiert. Es heißt dort:

»Wir müssen es verstehen uns zu tarnen. Warum soll nicht ein Freund zu uns sagen: »Unser Reichsminister [Rudolf] *Heß* hat angeordnet, niemand soll in die nationalistischen Organisationen gezwungen eintreten. Man hat uns zur »Kraft durch Freude« gezwungen. Laßt uns die Anordnung von *Heß* durchführen. Wer gezwungen wurde und austreten will, tritt aus. Wir popularisieren das im Betrieb von außen durch die Partei, durch die Jugend, durch die RGO immer wieder. Wir lassen keine Ruhe. Wir stellen in der Naziversammlung diese Anfrage. Wir fordern eine solche Versammlung und erzwingen sie. So beharrlich müssen wir um die Massen in der Arbeitsfront ringen. Dann wird der Erfolg nicht ausbleiben und den freien Gewerkschaften wirklich breite Schichten aus der Arbeitsfront zugeführt werden können.«

Die ganz ungenügende Entwicklung der Arbeit auf diesem Gebiet spiegelt nur die geringen Fortschritte in der Arbeit zur Herbeiführung der Aktionseinheit, zur Vorbereitung und Durchführung von Bewegungen und zum Wiederaufbau der Gewerkschaftsverbände wider. Beispiele für eine gewisse Aktivität in der DAF sind die Bewegung in Oberschlesien gegen die Beteiligung an dem Breslauer Aufmarsch, das Auftreten der Bauarbeiter in einer DAF-Versammlung in Bitterfeld, die zur Gründung einer Gruppe des Bauarbeiterverbandes führte etc. Spontane Aktionen der Arbeiter innerhalb der DAF gibt es dagegen eine viel größere Anzahl. Man kann fast sagen, daß es in der Mehrzahl der Fälle, in denen die Arbeiter gegen Lohnraub, gegen die Abzüge für »Kraft durch Freude«, gegen Überstunden im Interesse von »Kraft und Freude« etc. auftraten, es unmittelbar zu einem scharfen Zusammenstoß mit den DAF-Bonzen kam. In Zukunft erhält jedoch die Frage dieser Arbeit, die – wir betonen nochmals – nicht getrennt werden kann von unserer gesamten Arbeit zur Vorbereitung und Durchführung von Bewegungen und zum Wiederaufbau der Gewerkschaftsverbände, eine noch viel größere Bedeutung. Durch die Verordnung *Hitlers* über die Aufgaben der DAF[20] wird dieselbe praktisch aus einer Unterstützungs- und »Kultur«-Organisation zu einer gelben Gewerkschaft, deren Aufgabe es ist, zwischen Arbeitern und Unternehmern zu vermitteln und die Treuhänder der Arbeit zu entlasten, d.h. daß in Zukunft zu den Verhandlungen zwischen Vertrauensrat und Unternehmer auch regelmäßig die Arbeitsfront-Bonzen erscheinen, daß überhaupt alle Fragen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Betrieb unter ihrer Mitwirkung geregelt werden müssen. Die Voraussetzungen für die Entwicklung der Opposition werden dadurch wesentlich verbessert, da es nunmehr möglich ist, sie direkt für alle Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse verantwortlich zu machen. Es ist deshalb eine der wichtigsten Aufgaben, die Frage der Entwicklung der Arbeit in der DAF allen Parteiorganisa-

20 Verordnung über Wesen und Ziel der DAF, vom 24.10.1934, abgedr. in: Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Robert Ley (Hg.), Organisationshandbuch der NSDAP, München 1936, S. 185–187.

tionen und RGO-Gruppen wirklich klar zu machen und jede Maßnahme zur Entwicklung von Bewegungen etc. unmittelbar damit zu verbinden.[21]

DOKUMENT 128

Juli/September 1936: Anweisungen der KPD-Auslandsleitung an die illegalen Gruppen zu Form und Inhalt der Gewerkschaftsarbeit für den »Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften«

BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 303, Bl. 24–27. Maschinenschriftliche Abschrift. Ohne Datumsangabe. Maschinenschriftliche Unterschrift.[1]

Beschluß zur Wiederentfaltung der freigewerkschaftlichen Bewegung.[2]
(Nur für Bezirksleiter, Instrukteure, Abschnittleiter und Grenzstellen).

1) Die bisherige Durchführung des Beschlusses der Brüsseler Parteikonferenz zur Förderung des einheitlichen Wiederaufbaus der freien Gewerkschaften hat einige Erfolge gezeitigt.[3] In Zukunft muß die Partei die einheitliche Wiederentfaltung der freigewerkschaftlichen Bewegung viel mehr als bisher als einen untrennbaren Bestandteil ihrer Arbeit zur Schaffung der Einheitsfront und Volksfront behandeln. Im Interesse derselben ist die Initiative aller früheren aktiven Gewerkschaftler (sozialdemokratische, kommunistische und christliche) im Lande und in der Emigration zu wecken und zu steigern, damit diese die Verbindung zu ihnen bekannten und befreundeten früheren Verbandskollegen wieder aufnehmen.[4]

Durch ihre Organisation und Mitglieder muß die Partei die Verbindung mit sozialdemokratischen und christlichen Gruppen, Freunden und Gewerkschaftlern aufnehmen und mit ihnen durch ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten die ersten Schritte zur Wiederentfaltung der freigewerkschaftlichen Bewegung in den Betrieben

21 Vgl. hierzu z.B. die Vorschläge zum Verhalten im Betrieb in: E. Gentner, Freigewerkschaftliche Aktivität und Vertrauensrätewahlen, in: Informationsdienst der Freien Gewerkschaften Deutschlands, 2. Jg., Nr. 1, Januar/Februar 1936, S. 9 f.; KPD Berlin, Wahlenthaltung? Ein Wort zur Vertrauensratswahl, in: Hammer und Sichel. Organ der KPD, Unterbezirk »Stettin« [d.i. Stettiner Bahnhof, Berlin], Nr. 2, Ende Januar 1936, S. 10f. (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 459/II, Bl. 185–188); Rundschreiben der KPD, Liebe Freunde. Zu Eurer Information, vom 25.3.1936 (BA, R 58, Nr. 418, Bl. 17; Nr. 265, Bl. 35–37); Gewerkschaftliche Information, Juni 1936: Gewerkschaftlicher Kampf! Wiederaufbau des Baugewerksbundes; Einige Winke für die praktische Betriebsarbeit, in: Metallarbeiter-Informationen von der Wasserkante, Nr. 13, November 1936, S. 4 f. (beide: BA, SAPMO, ZPA, I 2/708/136, Bl. 121–122, 305–312) sowie die Aufrufe im Zusammenhang mit den Vertrauensratswahlen 1935. Vgl. Angaben in Dok. 126 Anm. 8.

1 Anlage zu: Gestapa, an Staatspolizeistellen, 1.9.1936 (ebd., Bl. 23). Das Rundschreiben ist auch in anderen Beständen enthalten, z.B. BA, RSHA IV, P. St. 3, Nr. 219, Bl. 282–286; P. St. 3, Nr. 265, Bl. 62–66. Das Gestapa Berlin datierte den Beschluß ohne näheren Hinweis auf Juli 1936. Vgl. auch die Empfehlungen der KPD zu den Vertrauensratswahlen sowie z.B. den Aufruf: Kollegen! Mehr Geduld und notwendig langsamer treten! In: Informationsdienst der Freien Gewerkschaften Deutschlands, 2. Jg., Nr. 1, Januar/Februar 1936, S. 10 (BA, R 58, Nr. 418, Bl. 17), ferner die Angaben in Dok. 127 Anm. 21.

2 Die Überschrift ist in der Vorlage maschinenschriftlich unterstrichen.

3 Vgl. Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf aller Werktätigen für den Sturz der Hitlerdiktatur. Resolution der Brüsseler Parteikonferenz der KPD im Oktober 1935, in: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, Nr. 73, vom 12.12.1935, S. 2817–2823. Die Konferenz fand vom 3.–15.10.1935 in Moskau statt.

4 Vgl. auch die Versuche im Bergbau und bei den Seeleuten in Kap. III und IV der Dokumente, u.a. Dok. 72, 99.

und Orten durchführen. Die Partei soll ferner der freigewerkschaftlichen Bewegung mit Rat und Tat beim Ausbau ihrer Verbindungen und der Schaffung eines eigenen Transportapparates zur Seite stehen. Sie soll, wie es die freigewerkschaftlichen Funktionäre und Leitungen wünschen, mit ihrem Verbindungs- und Transport-Apparat helfend eingreifen.

2) Die Wiederentfaltung der breiten gewerkschaftlichen Bewegung ist erfolgreich nur möglich durch die Entwicklung der gewerkschaftlichen Aktivitäten in der DAF, durch die Ausnutzung aller legalen Möglichkeiten in der größten faschistischen Zwangsorganisation Deutschlands. Nur wenn sich die Tätigkeit der freigewerkschaftlichen Kräfte in den Betrieben zugleich gegen die Unternehmer und gegen die DAF-Führung sowie gegen die Treuhänder der Arbeit richtet, wenn sie getragen ist von einer ernsten Aufklärungsarbeit über die faschistische Kriegspolitik und von einer gewissenhaften Auseinandersetzung mit der DAF-Ideologie, wird es möglich sein, die Arbeitermassen erfolgreich für ihre ökonomischen und freiheitlichen Forderungen zu mobilisieren. Die wichtigsten dieser Forderungen sind z[ur] Z[ei]t:[5]

Gegen die Senkung und zunehmende Differenzierung der Löhne!
Gegen die unerträglichen Lohnabzüge!
Gegen die zunehmende Antreiberei!
Gegen die Leistung unbezahlter Arbeit!
Für höhere Löhne! Für Sicherung des Prinzips: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!
Für besseren Unfallschutz!
Für Maßnahmen zur Verschönerung des Arbeitsplatzes!
Für Steigerung der Leistungen von »Kraft durch Freude«, sowie der DAF-Unterstützungen.
Für die Einflußnahme auf die Auswahl der DAF-Funktionen im Betrieb und der Vertrauensräte auf die Einteilung des Urlaubs, auf die Verwendung und Kontrolle der DAF-Beiträge.
Für den Kampf um die Amnestie, gegen den Terror, gegen Spitzel und Provokateure etc.

3) Die Wiederentfaltung der freigewerkschaftlichen Bewegung muß unbedingt einheitlich geschehen. Die Bewegung muß selbständig sein und darf keiner Bevormundung durch die Parteien unterliegen. Als wichtigster nächster Schritt empfiehlt sich die Schaffung freigewerkschaftlicher Vertrauensleute und Freundeskreise sowie die Bildung von Gewerkschaftsleitungen. Die Tätigkeit der freigewerkschaftlichen Vertrauensleute und Freundeskreise soll bestehen in Ratschlägen und praktischer Hilfe für ihre Kollegen gegenüber den Schwierigkeiten, denen sie in ihrem Arbeitsverhältnis ausgesetzt sind und in der Vorbereitung der Bewegungen für ökonomische und freiheitliche Forderungen.

Die freigewerkschaftlichen Vertrauensleute und Freundeskreise müssen ihre Arbeit unter Ausnutzung aller legalen Möglichkeiten, die sich in der DAF bieten, durchführen. Als Ausgangspunkt von Bewegungen sind vor allem solche Forderungen zu verwenden, mit denen sich bereits die große Mehrheit der Belegschaft beschäftigt. Zur Propagierung der Forderungen und der gewerkschaftlichen Maßnahmen sind in ausgiebiger Weise nationalsozialistische Versprechungen und Agitationsphrasen, wie »gerechter Lohn«, »Ehre und Arbeit« etc., auszunutzen. Es sind die betrieblichen DAF-Funktionäre und Vertrauensräte in die Diskussionen über die Forderungen einzubeziehen, um sie schließlich zur Vertretung derselben bei dem Unternehmer und

5 Die folgenden Forderungen sind in der Vorlage einzeilig geschrieben.

bei den DAF-Führern zu veranlassen und sie nach und nach für die freigewerkschaftliche Aktivität zu gewinnen.

Es ist daher entschieden gegen die noch weit verbreitete Auffassung anzukämpfen, daß die betrieblichen Funktionäre der DAF in ihrer Gesamtheit reaktionär sind. Die große Mehrheit von ihnen sind einfache Arbeiter, von denen viele früher den freien Gewerkschaften angehörten, deren Lebenslage sich in nichts von der ihrer Kollegen unterscheidet, die infolgedessen durch geduldige, politische Bearbeitung für die gewerkschaftliche Front gewonnen werden können. Gleichzeitig müssen die aktiven Gewerkschaftler zielbewußt die Übernahme von DAF-Funktionen im Betrieb betreiben zur Stärkung und Ausbreitung ihrer Aktivität und deren Sicherung.

4) Die Zusammenfassung der freigewerkschaftlichen Bewegung soll ausschließlich durch die Berufsinternationalen bzw. durch [die] mit ihrer Hilfe gebildeten provisorischen Leitungen der einzelnen Industrien und Verbände und durch die Geade[6] erfolgen. Sie muß unter gewissenhafter Anwendung konspirativer Regeln und Formen durchgeführt werden. In der Bewegung ist für volle Gleichberechtigung aller Kollegen und für die Sicherung der gewerkschaftlichen Demokratie Sorge zu tragen, damit die Auswahl von gewerkschaftlichen Funktionären entsprechend der Zuverlässigkeit, der Aktivität und des tatsächlichen Einflusses des Einzelnen erfolgt. Im Interesse der Einheitlichkeit der freigewerkschaftlichen Bewegung soll kein Kollege wegen seiner Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen oder kommunistischen Partei oder zu einer anderen antifaschistischen Parteigruppe, von der Zugehörigkeit zur freigewerkschaftlichen Bewegung oder von der Übernahme von Funktionen ausgeschlossen werden, wenn er ein Hitlergegner ist, seine Zuverlässigkeit außer Frage steht und [er] sich zur aktiven Beteiligung an der freigewerkschaftlichen Arbeit bereit erklärt.[7]

5) Gewerkschaftliche Zeitungen oder andere gewerkschaftliche Materialien sollen nur von den Funktionären oder Leitungen der freigewerkschaftlichen Bewegung nach vorheriger Verständigung mit den Kollegen in den Betrieben und Orten herausgegeben werden. Im übrigen soll von Fall zu Fall vereinbart werden, welche Agitationsmethoden (Flüsteragitation oder Herausgabe von Materialien) anzuwenden sind.

6) Die Patenschaftsbewegung zur Unterstützung der Wiederentfaltung der freigewerkschaftlichen Bewegung ist durch in der Emigration befindliche Gewerkschaftskollegen in erster Linie innerhalb der freigewerkschaftlichen Verbände der verschiedenen Länder zu entfalten. Ihre Aufgabe ist es, alle einer einheitlichen freigewerkschaftlichen Bewegung in Deutschland noch entgegenstehenden Hindernisse überwinden zu helfen und zur materiellen Unterstützung derselben Mittel aufzutreiben.

7) Die Partei muß in der Arbeit zur Schaffung der Einheits- und Volksfront die Förderung der freigewerkschaftlichen Bewegung als eine der wichtigsten Aufgaben vertreten. Je schneller es zu einem Abkommen zwischen SPD und KPD kommt, desto schneller wird sich der Wiederaufbau der freigewerkschaftlichen Bewegung vollziehen.[8]

Eure Freunde.

6 In der Vorlage: Grade.
7 Vgl. hierzu die weitaus strengeren Vorschriften der ITF in Dok. 74.
8 Vgl. die zeitgleichen Versuche der KPD, zu einem Volksfrontabkommen zu gelangen, sowie die zeitlich vorausgehende Vereinbarung des im Mai 1936 neugegründeten Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands (Dok. 92). Vgl. ferner die Diskussionen in vielen anderen Gruppierungen 1936, z.B. in der ADG in Kap. II.

DOKUMENT 129

24. 8. 1937: Anweisungen der KPD zur Kooperation mit allen Anhängern der früheren Gewerkschaften für den »Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften«

BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 1048, Bl. 27–31. Maschinenschriftliche Abschrift. Maschinenschriftliche Unterschrift. Ohne Ortsangabe.[1]

Betreffs Einheit und Wiederaufbau der illegalen freien Gewerkschaftsbewegung![2]

Während der 4 Jahre faschistischer *Hitler*diktatur ist der Lebensstandard der deutschen Arbeiter trotz vielfacher Leistungssteigerung ungeheuer gesenkt worden. Durch systematische Methoden sind die Löhne seit 1933 um zirka 18% gesunken. Auf der anderen Seite stiegen die Preise für Lebensmittel durchschnittlich um etwa 25%. Die gewaltige Preissteigerung steht im Gegensatz zu der Politik »Stabile Löhne, stabile Preise«. Obwohl Löhne nicht nur stabil, sondern gesenkt worden sind, sind gleichzeitig die Preise um durchschnittlich 25% erhöht worden. Die wachsenden Schwierigkeiten in der Wirtschaft, die Durchführung des sogenannten »zweiten Vierjahresplanes« in der Richtung der totalen Kriegsbereitschaft werden den deutschen Arbeitern und den anderen Werktätigen noch größere Lasten aufbürden, wenn sie sich nicht zur Wehr setzen werden.[3]

Die allgemeine Unzufriedenheit und die Diskussionen über die Einlösung der nationalsozialistischen Versprechungen werden immer größer. Wir haben zu verzeichnen, daß die Arbeiter in den Betrieben beginnen, gegen die eingetretenen Verschlechterungen den Widerstand zu organisieren. Die bisherigen Bewegungen und Widerstandsaktionen in einer großen Anzahl von Betrieben zeigen, daß die Arbeiter neue Wege suchen für den Kampf um ihre unmittelbaren Interessen. Sie[4] beweisen aber auch gleichzeitig, daß es trotz faschistischer Terrorherrschaft möglich ist, Verschlechterungen abzuwehren und darüber hinaus auch noch Vorteile herauszuholen. Die heutigen Methoden des Kampfes sind allerdings anders, als wie in der Zeit vor *Hitler*. Früher hatten die Arbeiter ihre Gewerkschaften und Betriebsräte, die heute vom Faschismus zerschlagen sind. Millionen ehemaliger Gewerkschaftler sind heute in der DAF organisiert. Die DAF und Vertrauensräte sollen aber nach dem Prinzip des Faschismus Organe der Unternehmer sein zur Verhinderung des Kampfes und zur faschistisch ideologischen Beeinflussung der Arbeiter. Heute drängen aber bereits große Massen auf eine gewerkschaftliche Interessenvertretung. Die Entwicklung der Widerstandsaktionen wies den Weg zur Wiederentfaltung des gewerkschaftlichen Kampfes durch aktive Kader und zum Wiederaufbau der freien Gewerkschaftsbewegung.

Auf welcher Basis soll der gewerkschaftliche Kampf und der Organsiationsaufbau erfolgen?[5]

1 Das Schreiben befindet sich in der Anlage zu: Gestapa Berlin/II A 4, Vermerk, vom 24.8.1937 (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 1048, Bl. 26). Das Gestapa erhielt das Schreiben von der Staatspolizeileitstelle Breslau. Zu den Empfehlungen für das Verhalten im Betrieb vgl. z.B. den als DAF-Appell fingierten Aufruf an die Saarbergarbeiter zum 1.5.1937, in: Der Saarbergmann. Schulungsblatt der DAF für den Saarbergbau, [April/Mai 1937], S. 1 (IISG, Saarcollection, Nr. 19) sowie Dok. 127 Anm. 21 und Dok. 128.
2 Die Überschrift ist in der Vorlage unterstrichen.
3 Zum Vierjahresplan vgl. grundlegend Dietmar Petzina, Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan, Stuttgart 1968.
4 In der Vorlage: Die.
5 Wie Anm. 2.

Die Grundlage für die Einheit der freigewerkschaftlichen Bewegung ist das brüderliche Zusammenarbeiten der Sozialdem[okraten], Komm[unisten] und Christlichen Arbeiter. Der lose Zusammenschluß der besten und zuverlässigsten gewerkschaftlichen Kader im Betrieb, die Herstellung von Verbindungen zu jeder Betriebsabteilung durch die Schaffung illegaler gewerkschaftlicher Vertrauensleute ist unerläßlich. Die Aufgabe dieser losen, im Betriebe zusammengeschlossenen besten und zuverlässigsten Kader der früheren Gewerkschaften ist es, als Motor unter den Belegschaftsmitgliedern, die ja fast alle der DAF angehören, zu wirken, ohne dabei den Eindruck zu erwecken, daß im Betrieb eine freigewerkschaftliche Organisation besteht. Ihre Aufgabe ist es, mit den Kollegen zusammen die Forderungen auszuarbeiten, die beste Formulierung derselben unter Ausnützung der demagogischen Versprechungen und Losungen der Nazis ausfindig zu machen, um eine legale Propagierung derselben zu ermöglichen, die ganze Belegschaft der Abteilung oder des Betriebes zur Unterstützung der Forderungen zu sammeln, sie auf ein einheitliches Auftreten in den DAF-Versammlungen und anderes einzustellen usw. Bei Aufstellung von Forderungen ist darauf zu achten, daß keine überspitzten Forderungen aufgestellt werden, sondern solche, für die die breiten Massen auch bereit sind zu kämpfen. Heute ist die Zeit noch nicht da, um große Aktionen zu führen. Wir müssen jedoch mit den kleinen Bewegungen und Widerstandsaktionen beginnen, um die unzufriedenen Massen langsam zu aktivieren, sie durch ihr Kraftbewußtsein nach und nach an die größten und entscheidenden Kämpfe heranzuführen. Die Vertrauensräte und Blockwarte der DAF müssen bei der Organisierung von Bewegungen und Widerstandsaktionen mit einbezogen und vorgeschickt werden. Wo der Stand der Bewegung es bereits zuläßt, sollen durch Vorschläge von Verhandlungskommissionen, die zusammen mit den Blockwarten und Vertrauensräten (unter Umständen auch ohne sie) die Forderungen der Belegschaft bei dem Meister, bei Betriebsführer, DAF-Führern und Treuhändern [der Arbeit] vertreten, um auch auf diesem Wege die Totalität des Naziregimes im Betrieb zu durchbrechen.[6] Die erfolgreiche Anwendung dieser, sich selbst aus dem Kampfe der Massen ergebenden Taktik, ist nur durch ein enges Zusammenarbeiten der besten und zuverlässigsten Gewerkschaftskollegen – gleichviel, ob Sozialdemokraten, Kommunisten oder Christen – möglich. Einheit, Erhaltung und Stärkung der gemeinsamen Zusammenarbeit stehen bei uns an erster Stelle, auch dann, wenn taktische Meinungsverschiedenheit auftauchen.

Die freie Gewerkschaftsbewegung muß eine selbständige und unabhängige von den politischen Parteien sein. Keine Bevormundung, Kommandieren oder Diktieren der anzuwendenden Arbeits- und Agitationsmethoden, sondern vertrauensvolle, kameradschaftliche Verständigung mit den politischen Richtungen ist notwendig. Auch die organisatorischen Verbindungen im Betriebe sind so konspirativ zu regeln, daß die Kader vor einem Zugriff der Gestapo und ev[en]t[ue]l[len] Massenverhaftungen geschützt sind.

Unser Gewerkschaftskampf, der nur ein legaler Kampf sein kann, ist auf das engste verbunden mit der Arbeit in der Deutschen Arbeitsfront. Es muß deshalb getrachtet werden, in der DAF nach Möglichkeit Funktionen zu bekommen. Wir übernehmen solche Funktion deshalb, um bei den Massen besser arbeiten und sie in unserem Geiste beeinflussen zu können. Die Ausnutzung der legalen Funktionen bedeutet natürlich keinen Verzicht auf illegale Vertrauensleute, sondern setzt deren Schaffung sogar voraus. Nur auf dem Wege der Massenarbeit im Betrieb, [in der] DAF und anderen Massenorganisationen werden wir die Totalität des Naziregimes durchbrechen.

6 Der Satz ist in der Vorlage unvollständig.

Bei der Arbeit des gewerkschaftlichen Kampfes ist auch unbedingt notwendig, die Nazipresse laufend zu verfolgen und auch die Tarif- und Betriebsordnungen sowie gefällte Arbeitsgerichtsurteile zu studieren. Bei der Presse zeigen sich sehr oft Anknüpfungsmöglichkeiten, um die Massen für irgendwelche Forderungen und dergl[eichen] in Bewegung zu bringen, wenn wir es verstehen, vollkommen legal in unserem Sinne auszuwerten. Auch bei den Tarif- und Betriebsordnungen kann man manchmal einpacken, um irgendwelche Verschlechterungen abzuwehren oder andere Forderungen durchzudrücken.

Unsere Hauptforderung ist Lohnerhöhung als Ausgleich für die eingetretene Preissteigerung. Einfuhr von genügend Lebensmitteln, statt Kanonen und Flugzeuge für [Francisco] *Franco*.[7]

Der gewerkschaftliche Kampf ist unter den gegenwärtigen Bedingungen in Deutschland gleichzeitig ein politischer Kampf auf dem Wege zum Sturz der faschistischen Diktatur. Die faschistische *Hitler*diktatur wird nicht von selbst zusammenbrechen. Sie kann nur durch die vereinte Kraft der Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen ausgebeuteten werktätigen Schichten gestürzt werden.[8]

Dazu ist notwendig, die Massen systematisch an unsere Gedankengänge heranzuführen, bei ihnen das Rechtsgefühl [zu] erwecken für alle ihre berechtigten Forderungen, den Kampf zu organisieren und sich nicht mit der Unzufriedenheit ab[zu]finden oder auf Spontanität [zu] verlassen.

Tragen auch wir als Gewerkschaftler durch aktive Arbeit mit dazu bei, mit den politischen antifaschistischen Parteien den Leidensweg der deutschen Arbeiterklasse zu verkürzen.

Eure Freunde!

7 Francisco Franco (4.12.1892–20.11.1975) war 1934 spanischer Generalstabschef, 1936 Auslösung des spanischen Bürgerkriegs, Juntachef und Führer der faschistischen Falange, nach der Zerschlagung der spanischen Republik 1939 bis zu seinem Tod Diktator und Inhaber zahlreicher militärischer und staatlicher Ämter.

8 In der Abschrift folgte ein Satz, der nach einem Vermerk der Gestapo in Breslau schon in der Vorlage durchgestrichen war: »(Dazu ist es notwendig, daß wir bei den Massen das Rechtsgefühl erwecken, für ihre berechtigten Forderungen den Kampf zu führen.)« Vgl. die ähnliche Formulierung im folgenden Absatz.

VI. Deutsche Gewerkschaftsemigranten in der Schweiz

DOKUMENT 130

30. 3. 1933: Schreiben von Anton Döring, Kreuzlingen, an drei Schweizer Gewerkschaften zur Kontaktaufnahme und Unterstützung

Sozialarchiv Zürich, Ar 20.618, Emigranten (1933–45), Deutschland, Diverse A-Z 6.2.81. Maschinenschrift. Überschrift: »An den Zentralvorstand des Verbandes des Pers[onals] öffentl[icher] Dienste, Schweiz z.Hd. des Genossen Dr. Oprecht z.Zt. in Bern. Im weiteren zur Kenntnisnahme dem Zentralvorstand des Schweizerischen Metall- und Uhrenverbandes, Bern sowie dem Zentralvorstand des Schweizerischen Bau- und Holzarbeiterverbandes«. Eigenhändig unterzeichnet.

Werte Kollegen und Genossen!

Der Zentralvorstand des Verbandes des Personals öffentlicher Dienste ist bereits informiert, daß sich in Kreuzlingen 6 Mann befinden,[1] die Grund hatten, Deutschland zu verlassen[2]. Ihr habt in dankenswerter Weise Euch bereits für uns eingesetzt; habt mit unserem Kollegen *Fischer*[3] telefoniert und ein Kollege von Deutschland war

1 Gemeint sind Anton Döring, August Faatz, Ottmar Schmidt, Peter Fischer, Adolf Halter und Fritz Menges.
Anton Döring, Deckname Alexander Bärtschi, (18.11.1892–25.1.1960), Gärtner, Gewerkschaftsfunktionär, 1919–22 Geschäftsführer des Gärtnerverbandes in Frankfurt a.M., 1922–29 des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes in Offenbach, 1928–33 ADGB-Sekretär in Frankfurt a..M., ab 1930 Mitglied des Exekutivkomitees der ITF, 1934 Ausweisung; von der Schweiz aus Kontakte zu illegal arbeitenden Gewerkschaftern im süddeutschen Raum; Herstellung und Einfuhr von Druckschriften u.a. »Der Funke«, später als Hessen-Nassauische Kleingärtnerzeitschrift getarnt ins Reich, nach 1950 Bezirkssekretär der ÖTV bzw. 1952–57 DGB-Kreisvorsitzender in Offenbach; ab 1911 SPD, vorübergehend USPD.
August Faatz, geb. 7.12.1881, Spengler, vor 1933 Arbeitersekretär des DMV in Frankfurt a.M., 1933 in die Schweiz, 1933–38 enger Mitarbeiter von Anton Döring.
Ottmar Schmidt, vor 1933 Sekretär des DMV in Frankfurt a.M., ab 1933 Schweiz, Mitglied der Funkengruppe und des Arbeitskreises sozialdemokratischer Flüchtlinge in der Ostschweiz.
Adolf Halter und Fritz Menges waren vor 1933 Mitglieder des Reichsbanners in Frankfurt a.M., vgl. Wichers, Deutsche Sozialisten, S. 49, 57, 240ff, 269f.

2 Vgl. Schreiben der in Anm.1 Genannten an die »Schweizerische Flüchtlingszentrale«, Bern, dem ein Ausschnitt aus der Frankfurter Zeitung vom 7.4.1933, Nr. 261/263, S. 4 beigefügt ist; »Aus Frankfurt. Große Waffenfunde auf einem Sportplatz ...«. Darin heißt es u.a., daß auf dem Gelände des Arbeiter Sportvereins Westend »etwa 150 Stielhandgranaten mit Zündern, etwa 50 Gewehre und Pistolen, ein Maschinengewehr und lose Munition gefunden [wurden]. Es sind einige Festnahmen erfolgt, jedoch konnten sich einige Beteiligte durch die Flucht ins Ausland der Festnahme entziehen. Die polizeilichen Ermittlungen sollen ergeben haben, daß die Waffen vorher längere Zeit im Gewerkschaftshaus gelagert haben, wo sie unter der besonderen Obhut der Gewerkschaftssekretäre Döring und Fischer gestanden haben sollen«, Quelle wie Kopfregest.

3 Peter Fischer, geb. 5.11.1885, Transportarbeiter, ab 1.4.1922 Angestellter im Verkehrsbund, später des Gesamtverbandes, Ortsverwaltung Frankfurt a.M.; Bezirksführer der Eisernen Front; SPD.

vorgestern bei uns[4]. Für Eure seitherigen Bemühungen danken wir Euch herzlich. Nun hatte ich, der Unterzeichnete, Anton *Döring*, Sekretär des Ortsausschusses des ADGB Frankfurt/Main und Mitglied des Gesamtverbandes Deutschland, gestern eine Unterredung mit dem hiesigen Statthalter. Ich wollte erreichen, daß *Fischer* und ich für einen Tag die Erlaubnis bekämen, nach Zürich zu fahren, um mit Euch persönlich eine Aussprache zu pflegen. Der Statthalter[5], ein an sich höchst anständiger Mann, erklärte mir jedoch, daß er eine solche Genehmigung nicht erteilen könne, da er, auf Anordnung der Berner Regierung, gezwungen gewesen sei, uns unterschriftlich bestätigen zu lassen, daß wir Kreuzlingen auf keinen Fall verlassen. Er könne deshalb eine solche Genehmigung, wenn auch nur für 1 Tag, nicht geben, da er sich damit in Widerspruch zu seiner vorgesetzten Behörde stellen würde. Auf meine Frage, ob nach seiner Auffassung denn wohl eine Entscheidung der Berner Regierung dahingehend gefällt würde, daß wir uns in der Schweiz frei bewegen könnten, beantwortete er dahingehend, daß er nicht glaube, daß wir eine solche Genehmigung erhalten würden. Auf meine weitere Frage, was es dann werden solle, wenn sich der eine oder der andere von uns eine neue Existenz gründen wolle, dies aber in Kreuzlingen nicht möglich sei, ob auch dann ein Verlassen Kreuzlingens nicht gestattet werde, beantwortete er damit, daß dann ein diesbezügliches Gesuch an die Berner Regierung, durch ihn laufend, gemacht werden müsse. Wir sind demnach in eine ganz elende Lage hineingeraten. Wir sind in dem Verwaltungsapparat eine Nummer geworden, über die man ganz kühl urteilt und eventuell hinweggeht. Es wäre uns wirklich sehr lieb, wenn wir mit einem Bevollmächtigten von Euch einmal hier in Kreuzlingen sprechen könnten. Vielleicht würdet Ihr das Opfer auf Euch nehmen. Am kommenden Samstag erwarten wir sowieso wieder einen deutschen Kollegen hier[4] und es wäre in dem Falle eine grundlegende Aussprache möglich. Außerdem befinden sich bei uns noch 2 Angestellte des Deutschen Metallarbeiterverbandes Ortsverwaltung Frankfurt/Main,[6] die sich mit uns in der gleichen Lage befinden. Auch sie hätten gerne mit einem Vertreter ihrer Bruderorganisation eine Aussprache. Vielleicht würde ein Vertreter des Schweizerischen Metallarbeiterverbandes an der von uns angeregten Aussprache ebenfalls teilnehmen. Zum Schluß noch, als Ergänzung, die Mitteilung, daß wir außer den Genannten noch 2 Kollegen des Deutschen Baugewerksbundes hier haben[7], ehrenamtliche Funktionäre der Orts- und Bezirksverwaltung Frankfurt/Main, die mit uns in Deutschland durch dick und dünn gegangen sind, die natürlich an dem Ergebnis der eventuell stattfindenden Aussprache gleichfalls interessiert sind. Nehmt brüderliche Grüße von uns allen entgegen.

Mit proletarischem Handschlag
Anton Döring[8]

4 Nach Wichers, Deutsche Sozialisten, war im Frühjahr und Sommer 1933 Hans Lutz, der Schwiegersohn von August Faatz, zweimal nach Kreuzlingen gekommen, ebd., S. 240.
5 Gemeint ist offensichtlich der Thurgauer Regierungsrat Altwegg. Zu dessen Position gegenüber Flüchtlingen, vgl. ebd., S. 58f.
6 Gemeint sind August Faatz und Ottmar Schmidt.
7 Es konnte nicht geklärt werden, wer gemeint ist.
8 Handschriftlicher Zusatz: z.Zt. bei Herrn Abegg, Kreuzlingen, Kanton Thurgau, Unterseestr.4.

DOKUMENT 131

19. 7. 1933: Schreiben von August Faatz, Kreuzlingen, an Konrad Ilg, Schweizer Metallarbeiterverband, Bern, zwecks Unterstützung illegaler Arbeit in Deutschland

Sozialarchiv Zürich, Ar. 20.612 Emigranten (politische Flüchtlinge) Deutschland D – Fi 6.2.2. Maschinenschrift. Eigenhändig unterzeichnet.

Lieber Genosse Ilg!

Jetzt endlich komme ich dazu, wieder einmal einige Zeilen zu schreiben. In Deinem letzten Briefe[1] teiltest Du mir mit, daß im Juli eventuell ein Kongreß stattfinden würde, der sich mit der Frage unserer Mitgliedschaft bzw. der Aufnahme in den Schweizerischen Metallarbeiterverband befassen würde.[2] Ich möchte Dich bitten, mir mitzuteilen, inwieweit nun die Angelegenheit gediehen ist. Da ich nur bis zum 30. Juni meine Beiträge in Deutschland geklebt habe und nunmehr doch wissen müßte, ob eine Aufnahme in den Schweizer Metallarbeiterverband möglich gemacht wird oder nicht. Andernfalls müßte ich mich an den DMV in Saarbrücken wenden, um von dort aus Beitragsmarken zu erhalten und eventuell dort meine Mitgliedschaft anmelden. Inwieweit dies möglich ist, weiß ich natürlich auch nicht. Ich werde mich aber mit dem Kollegen *Bock*[3] in Saarbrücken in Verbindung setzen. Wie es in Deutschland in bezug auf gewerkschaftliche Organisationen aussieht, ist Dir ja bekannt. Ich kann Dir nur noch mitteilen, daß in Frankfurt/Main sämtliche Angestellte des DMV entlassen sind. Teilweise hat man sie wegen angeblicher Sabotage fristlos entlassen. Es wurde mir weiter mitgeteilt, daß der Kollege *Mulansky*[4] eine Klage wegen seiner fristlosen Entlassung angestrengt hat. Über den Erfolg derselben bin ich noch nicht unterrichtet. Den Kollegen *Metz*[5] hat man ebenfalls fristlos entlassen, da er nicht unterschreiben wollte, daß Gemaßregeltenunterstützung nicht mehr ausgezahlt würde.

Nun zu einer anderen Frage. Durch meine langjährige Tätigkeit stehe ich natürlich mit einer ganzen Anzahl unserer Vertrauensleute in Verbindung. Wie Dir vielleicht bekannt ist, hatten wir in Frankfurt/Main eine Gruppe von Leuten zwischen 20–35 Jahren in allen Gewerkschaften zusammengestellt, die zur internen Arbeit im Kampfe gegen die Nazis verwendet wurden. Einige der Genossen haben uns inzwischen hier besucht und haben wir in der Aussprache mit einzelnen festgestellt, daß dieselben unserer guten Sache restlos treu geblieben sind. Sie haben sich freiwillig bei uns angeboten, illegal zu arbeiten und verlangten von uns die notwendigen Anweisungen und Grundlagen sowie eventuell Material, um illegal, wenn auch nur lose, die Genossen zusammenzuhalten, um andererseits dadurch die Grundlage zur späteren Aufbauarbeit zu schaffen. Die 2 Genossen, unter denen sich mein Schwiegersohn[6] befindet, die uns besuchten, berichteten uns, daß die Lethargie endgültig beseitigt sei

1 Nicht in den Akten. Zur Kontaktaufnahme mit dem Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiter-Verband vgl. Dok. 130.
2 Vgl. Protokoll des ordentlichen Verbandskongresses Metall- und Uhrenarbeiter-Verband, Bern 1934.
3 Max Richard Bock (31.12.1888–20.8.1953), Schmied, ab 1907 DMV-Mitglied, 1914–33 DMV-Funktionär, ab 1928 zuständig für das Saargebiet, 1933 entlassen, ab Juni 1933 Vorsitzender DMV Saar, 1935 Flucht nach Luxemburg, Vorsitzender Landesverband Luxemburg der ADG, 1940 verhaftet, 1941 3 Jahre Zuchthaus, 1950–53 1. Vorsitzender IGM Hessen, 1950–53 Mitglied Geschäftsführender Vorstand IGM; SPD, 1950–53 MdL Hessen.
4 Ernst Mulansky war vor 1933 Geschäftsführer im DMV Frankfurt a.M.
5 Gemeint ist Franz Metz, geb. 10.8.1878, Mechaniker, ab 1907 Bezirkssekretär des DMV in Frankfurt a.M.
6 Gemeint ist Hans Lutz; vgl. Dok. 130, Anm.4.

und daß sie nunmehr arbeiten wollten. Sie verlangten von uns, wie oben erwähnt, die notwendigen Anweisungen. Wie Dir bekannt, befindet sich der Kollege *Döring*, Sekretär des ADGB ebenfalls in meiner Gesellschaft und haben wir nunmehr den Kollegen versprochen, ihnen die notwendigen Anleitungen sowohl als auch Material zur Verfügung zu stellen. Auch über die Form des Aufbaues haben wir uns dahingehend verständigt, daß der Aufbau so vorgenommen werden soll, daß ohne Unterschied des Berufes, sich die Kollegen in kleinen Gruppen zusammenschließen, um dann möglichst, wenigstens vorläufig, größeren Zusammenschluß zu vermeiden. Den dementsprechenden Plan, den wir ihnen entwarfen, haben sie als gut anerkannt. Es wird also nunmehr nicht nur in Frankfurt/Main, sondern auch den umliegenden Orten, in Offenbach usw., wo sie bereits die Verbindungen hergestellt haben, im Sinne unserer Sache wieder gearbeitet. Zu der ganzen vorbereitenden Arbeit haben wir bisher unsere eigenen uns noch zur Verfügung stehenden Barmittel verwandt. Jetzt sind wir dadurch, daß wir gestern dem einen Genossen die Her- und Rückfahrt sowie seinen Aufenthalt von 3 Tagen finanzieren mußten, vollständig auf dem Trockenen, da wir ja irgendwelche Unterstützung von Deutschland nicht erhalten und man uns sogar die Auszahlung unserer Unterstützungskasse verweigert. Weitere Barmittel haben wir nicht mehr. Uns stehen lediglich nur noch die 3.50 Franken pro Tag von der schweizerischen Flüchtlingshilfe zu unserem persönlichen Unterhalt zur Verfügung. Es wäre nun wirklich sehr schade, sollte dadurch die Arbeit für die gute Sache einschlafen, da dieselbe nicht mehr von uns finanziert werden kann. Ich möchte Dich deshalb anfragen, ob nicht die Möglichkeit besteht, durch den schweizerischen Metallarbeiterverband uns einige Barmittel zur Verfügung zu stellen, damit wir diese Sache vorwärts treiben können. Wir wären Dir sehr dankbar, und Du würdest der gesamten Arbeiterbewegung einen großen Dienst erweisen, wenn die Möglichkeit bestände, uns einige Barmittel zur Verfügung zu stellen. Denn die Möglichkeit, in Deutschland die Sache durch Beiträge zu finanzieren, besteht zumindest im jetzigen Anfangsstadium nicht. Doch dieses brauche ich Dir wohl nicht auseinanderzusetzen, da Du ja selbst diesbezüglich mehr Erfahrung hast als ich. Es muß also von uns versucht werden, mit Hilfe der schweizerischen Organisationen die vorbereitenden Arbeiten durchzuführen. Unsere Kollegen versichern uns, daß jetzt gerade, nachdem die Lethargie verschwunden ist, der geeignetste und günstigste Moment sei, wieder aktiv zu werden. Da sonst die Gefahr bestände, daß Leute, die im allgemeinen nichts mit der KPD zu tun haben wollten, sie aber aus Mangel an etwas anderem zur R[evolutionären] G[ewerkschafts] O[pposition] oder KPD stoßen würden. Ich möchte Dich bitten, die Angelegenheit einmal selbst zu überprüfen und mir baldmöglichst Bescheid zukommen zu lassen .

Nun noch etwas Persönliches. Wir[7] sind jetzt 4 Monate in Kreuzlingen und haben von der Bundesregierung vorläufige Aufenthaltserlaubnis bis zum 31.8. Von dem Einwohneramt Kreuzlingen hatten wir Aufenthaltsbewilligung bis zum 10.7. Durch die Kantonspolizei wurden wir aufgefordert am 28. Juni, einen Bericht nach Bern zu schicken, in dem wir darlegen sollten, warum die Möglichkeit einer Rückkehr nach Deutschland nicht gegeben sei. Wir mußten also unverfälscht unsere ganze Sache in bezug auf das Waffenversteck darlegen.[8] Vor einigen Tagen erhielten wir durch die Kantonspolizei in Frauenfeld die Mitteilung, daß wir auf Antrag der Gemeinde Kreuzlingen den Kanton Thurgau bis zum 15.8. freiwillig verlassen müssen. Wir haben nun den hiesigen Statthalter befragt, und er riet uns, einen neuen Antrag an die Regierung

7 Gemeint sind Faatz, Döring, Schmidt und Schoettle, die einen gemeinsamen Haushalt führten, vgl. Brief Anton Döring an die Schweizerische Flüchtlingshilfe, Bern, 19.6.1934, in: Sozialarchiv Zürich Ar 20.618 Emigranten (1933–45) Deutschland Diverse A-Z 6.2.81.

8 Vgl. Dok. 130, Anm.2.

in Frauenfeld über ihn zu stellen.[9] Und er glaubt, daß dann weitere Bewilligung, auch für Kreuzlingen, erteilt würde. Von dem Polizeidepartment in Bern haben wir über weitere Aufenthaltsbewilligung nach dem 31. August noch keinen Bescheid. Vielleicht kannst Du mir auch in dieser Frage Bescheid geben, was wir unternehmen sollen, um weitere Aufenthaltsbewilligung zu erhalten.

In der Hoffnung, daß Du mir recht bald Antwort zukommen läßt, grüßt Dich mit kameradschaftlichem Gruß!

August Faatz
z.Zt. Kreuzlingen, Scheflerstr. 7 bei Fleig[10]

DOKUMENT 132

24. 9.1935: Brief von Anton Döring, St. Gallen, an Jean Schifferstein, Präsident des VHTL, Zürich

IUL, Korrespondenz – 31.12. 1948, Buchstabe S. Maschinenschrift. Eigenhändig paraphiert.

Lieber Freund Schifferstein,

ich habe gestern von Paris eine recht sonderbare Nachricht erhalten. Einer meiner Freunde war dieser Tage bei Genossen *Schevenels*, und dieser sagte zu ihm, daß er in letzter Zeit eine neue illegale Zeitung zugestellt bekommen habe, die aber von Kommunisten herausgegeben würde und auch von solchen gelesen würde. Auf die Bemerkung meines Freundes, daß er bestens wisse, daß der »F«[1] nicht von Kommunisten herausgegeben würde, und daß dieses Material sozialistisches Material sei, erklärte *Schevenels*, daß er genau wisse, daß Kommunisten dahinter ständen.

Ich muß gestehen, das ist mir nun aber doch zu viel. Ich bin kein Kommunist und war auch noch nie einer. Daß ich heute mit den Methoden der alten Führung und der alten Genossen und Kollegen nicht mehr einverstanden bin, das leugne ich nicht. Die wirklich illegalen Arbeiter erkennen die [alte] Führung nicht mehr als solche an und sie werden in der Zukunft bestimmt keine positive Rolle mehr zu spielen haben. Aber damit ist man doch noch [kein] Kommunist. Gewiß, ich erstrebe mit den Freunden drinnen möglichst bald einen Zustand, wo die alte Spaltung überwunden ist, die so überaus großes Unglück über die deutsche Arbeiterklasse gebracht hat. Aber ich frage, kann das nur ein Kommunist wollen oder ist das nicht eine Selbstverständlichkeit, daß jeder Sozialist mit 5 gesunden Sinnen zur Einheit der deutschen Arbeiterbewegung strebt?[2] Ich frage nun, wer kann mich bei *Schevenels* zu einem Kommunisten ge-

9 In der endgültigen Ablehnung des Antrages auf Aufenthaltsbewilligung durch den Kanton Thurgau vom 10.11.1933 heißt es: »Aus Ihren Wiedererwägungsgesuchen geht unzweideutig hervor, daß Sie aus unserer Bewilligung den Wunsch ableiten, Sie möchten dauernd werden. Das ist aber ganz ausgeschlossen, wie es auch unmöglich ist, Ihnen eine Erwerbstätigkeit zu gestatten. Ferner kommt dazu, daß Sie ausgesprochen an der Grenze Wohnsitz genommen haben, und wenn wir auch über Ihr Verhalten gegenüber Deutschland bis jetzt keine Klagen hörten, so könnte mit der Zeit »jenseits« [in Deutschland, S.M.] unser Entgegenkommen doch falsch ausgelegt werden«; in: Sozialarchiv Zürich, Ar 20.618 Emigranten (1933–45) Deutschland Diverse A-Z 6.2.81.

10 Der Kreuzlinger Arbeiter Andreas Fleig gehörte zu den Kurieren zwischen den Exilgewerkschaftern in der Ostschweiz und den Illegalen in Frankfurt a. M. und Umgebung; vgl. Wichers, Deutsche Sozialisten, S. 241.

1 Der Funke, Informationsorgan der Freigewerkschaftler Süddeutschlands, später als Hessen-Nassauische Kleingärtnerzeitschrift getarnt; vgl. Röder, Handbuch, S. 134.

2 Zur Funkengruppe vgl. Wichers, Deutsche Sozialisten, S. 242.ff., auch Esters/Pelger, S. 79ff.

stempelt haben? Du warst so liebenswürdig und hast den »Funken« dem IGB überwiesen, da Du mich kennst, kann diese Charakteristik unmöglich von Dir stammen. Aber wer kommt da in Frage? Das kann nur der Mann. sein, der im IGB diese Sachen bearbeitet, also Dr. *Kr[eyssig]*.[3] Ich möchte nun aber gerne Dein Urteil wissen und ich bitte Dich daher sehr, mir bald Deine Meinung zu schreiben. Ich lege den allergrößten Wert darauf, daß die Sache beim IGB, und zwar beim Genossen *Schevenels*, richtig gestellt wird. Auf keinen Fall lasse ich mir gefallen, daß ich bei dem Gen[ossen] *Sch[evenels]* auf so hinterhältige Art zum Kommunisten gestempelt werde mit der ausgesprochenen Absicht, mich beim IGB zu diffamieren.

Da Du den »F[unken]« dem IGB übersandt hast, darf ich wohl hoffen, daß ich in diesem meinem Bestreben, mich vor einer Diffamierung zu schützen, auf Deine Hilfe rechnen kann.[4] Wenn Du es für gut halten würdest, wäre ich bereit, persönlich nach Zürich zu kommen, um mündlich mit Dir sprechen zu können. Ich würde kein Opfer scheuen, denn es liegt viel daran, daß solche Intrigen verunmöglicht werden. Denn das sind die übelsten Methoden, die man sich nur denken kann, und sie sind wahrhaftig geeignet, die an sich schon sehr schwere Arbeit, die wir alle miteinander leisten, auch noch zu vergiften.

In der Hoffnung, bald etwas von Dir zu hören, grüße ich Dich recht herzlich

Dein A[nton] D[öring]

DOKUMENT 133

27. 3. 1936: Brief von Anton Döring, St. Gallen, an Jean Schifferstein, Präsident des VHTL, Zürich

IUL, Korrespondenz – 31.12. 1948, Buchstabe S. Maschinenschrift. Eigenhändig paraphiert.

Lieber Freund Schifferstein,

anbei sende ich Dir die Abschrift der letzten Nummer des »F[unken]«[1] zu Deiner Information.

Zu gleicher Zeit möchte ich eine Frage an Dich richten. Es ist möglich, daß zu Ostern zwei Mann unserer Gruppe nach hier kommen müssen zwecks Besprechung wichtiger Vorgänge in unserer Heimat. Bist Du in der Lage, die Reisekosten für zwei Mann zu übernehmen? Es kämen 100 Franken in Frage, die wir aber schleunigst in Paris oder Amsterdam in deutsche Noten umwechseln lassen müßten, d.h. wenigstens 70 Franken, die restlichen 30 Franken brauchten wir für Reisegeld in der Schweiz und sonstige Spesen. Ich wäre Dir sehr dankbar, wenn Du einspringen könntest, und ich hoffe auch, daß in späterer Zeit eine andere Regelung der Finanzierung der notwendigsten Dinge durch die Zusammenarbeit mit dem Genossen *Kreyssig* [2] gefunden

3 Vgl. ebd., S. 80. Danach war die »Funkengruppe« später finanziell von Gerhard Kreyssig und dem IGB abhängig.

4 Der Brief enthält die handschriftliche Notiz: »An Gen[ossen] Schevenels. Gelegentlich auf diesen Brief antworten. Nach Einsichtnahme ist der Brief zu retournieren. Schifferstein«.

1 Vgl. Dok. 132, Anm. l.

2 Vgl. ebd., Anm. 3.

werden wird. Bitte gebe mir umgehend Bescheid, damit ich disponieren kann.[3] Die Besprechung kann hier erfolgen, kann aber auch in Zürich erfolgen, wenn Du Wert darauf legst. Mir wäre es lieber, wenn wir in Z[ürich] mit Dir zusammen tagen könnten, wenn Du aber Deine Ostertage nicht gerade verschandeln lassen willst, was ich durchaus verstehen kann, dann müßte die Sache hier vor sich gehen.[4] Mein Freund *Faatz*, der hier bei mir wohnt, ein ehemaliger Metallarbeiter, hat an *Ilg* geschrieben, ob derselbe nicht die Unkosten für weitere zwei Mann übernehmen wollte, er hat es mir ja schon einmal versprochen, im vorigen Jahre für zwei Mann einzuspringen; die Konferenz kam aber damals nicht zustande. Du kannst Dich sicher noch erinnern. Vielleicht ist er bereit, jetzt die Unkosten für zwei Mann zu übernehmen, denn es handelt sich bei diesen zwei Genossen um Leute, die aus Metallbetrieben kommen. Auf alle Fälle wäre uns sehr geholfen, wenn wenigstens Du erst einmal Dich äußern würdest für die zwei Mann, denn das ist das wichtigste. Herzlichen Gruß

A[nton] D[öring]

DOKUMENT 134

22. 7. 1937: Leitsätze deutscher Freigewerkschafter in der Schweiz zum Aufbau der deutschen Gewerkschaften

IfZ, Nl. Valentin Baur, F 204, Bl. 52f. Maschinenschrift. Überschrift: »Niederschrift über die Besprechung vom 22.7. 1937«.

Anwesend waren die Kollegen Karl *Dreng*[1], Karl *Stahl*[2], Ulli *Fuchs*[3], Kurt *Busch*[4] und *Rolf*[5].

Einleitend gab Kollege *Dreng* einen Überblick über die bisherigen Bestrebungen, die freien Gewerkschaften wieder aufzurichten und neu zu aktivieren. Er schilderte dann kurz die Aufgaben, wie sie der Gewerkschaftsbewegung für die nächste Zeit gestellt sind. Um alle geeigneten Kollegen zur Mitarbeit zu gewinnen, schlug er nachfolgende

3 Vgl. Antwort von Schifferstein vom 31.3.1936: »Meine Freunde in der Exekutive können sich nicht dazu verstehen, Dir Fr.100,– für den in Aussicht genommenen Zweck zu bewilligen. Sie teilen in dieser Sache auch meine Ansicht. Es liegt nämlich ein Beschluß der Exekutive vor, nach der nur die Abteilung des IGB, die sich mit der illegalen gewerkschaftlichen Organisation in Deutschland befaßt, finanziell subventioniert werden soll. An den Vorstand der IUL, der Ende Mai tagt, wird ein Bericht gehen, und es ist dann Sache des Vorstandes, über die Zusendung finanzieller Mittel an andere Instanzen außer dem IGB-Beschluß zu fassen«. Quelle wie Kopfregest.

4 Antwort Schifferstein: »Über die Osterfeiertage werde ich nicht in Zürich sein. Du mußt die Konferenz also ohne mich abhalten«; vgl. ebd.

1 Karl Dreng, Deckname von Paul Müller, geb. 16.5.1904, ab 1919 ZdA, seit 1929 Kassierer und Leiter der Jugend- und Bildungsarbeit des ZdA Gau Hessen, 1934 Emigration in die Schweiz, 1934–37(?) Herausgeber der Berichte des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (Afa-Berichte) zur illegalen Verbreitung im Reich, 1940 Festnahme wegen illegaler politischer Tätigkeit, 1941 Internierung, 1943 Mitglied der Union deutscher Sozialisten und Gewerkschafter in der Schweiz, ab 1949 Mitglied, 1951–52 Vorsitzender des Kontrollausschusses von HBV; 1918–25 SAJ und SPD, 1925–28 ISK; ab 1928 erneut SPD.

2 Karl Stahl, d.h. Erwin Schoettle, zu dessen Biographie vgl. Röder, Handbuch, S. 664.

3 Ulli Fuchs, Deckname von Valentin Baur, vgl. Wichers, Deutsche Sozialisten, S. 251.

4 Kurt Busch, Deckname von Carl Tesch, vgl. ebd. Carl Tesch gehörte »zum Umfeld von Neu Beginnen«. Er war im November 1935 aus Frankfurt a. M. in die Schweiz emigriert; vgl. ebd. S. 226, 264.

5 Rolf, Deckname von Bruno Fuhrmann. Er war der KPD-Verbindungsmann im Arbeitsausschuß. Er hielt sich offenbar bedeckt und konnte die nicht eingeweihten »Ausschußmitglieder weitgehend täuschen«; ebd., S. 254.

Grundsätze für die gemeinsame Arbeit vor, von denen er annimmt, daß diese von jedem ernsthaften Kollegen anerkannt werden können:

Leitsätze für die gemeinschaftliche Arbeit für den Aufbau der deutschen Gewerkschaftsbewegung [6]

1. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung erstrebt die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen aller schaffenden Männer und Frauen. Sie erkämpft das Koalitionsrecht. Sie kämpft deshalb gegen den Faschismus in jeder Form und lehnt jegliches Paktieren mit dem Faschismus oder seinen Helfern ab.

2. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist als Organisation parteipolitisch völlig unabhängig zu organisieren und in voller Selbstverwaltung aufzubauen. In der Erkenntnis, daß der Faschismus nur durch die gemeinsame Anstrengung aller seiner wirklichen Gegner gestürzt werden kann, erstrebt und pflegt die deutsche Gewerkschaftsbewegung mit allen gleichgerichteten Parteien und Gruppen ein freundschaftliches Verhältnis und kollegiale Zusammenarbeit.

3. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist die einheitliche Zusammenfassung aller Arbeiter, Angestellten und Beamten, sie vermeidet Trennung nach politischen oder religiösen Anschauungen und Grundsätzen (ausgen. arbeiterfeindlicher politischer Bestrebungen und Gesinnung) zum Zwecke der Erfüllung ihrer sozial- und wirtschaftspolitischen Aufgaben und Ziele.

4. Ausgehend von der Erkenntnis, daß nur durch internationales, solidarisches Handeln die Interessen aller Schaffenden auf die Dauer mit Erfolg wahrgenommen werden können, ist die deutsche Gewerkschaftsbewegung ein Glied des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

In der Diskussion stimmt Kollege *Fuchs [V. Baur]* den Grundsätzen zu. Er will insbesondere die Selbständigkeit und Unabhängigkeit auch im sozialistischen Staate bzw. Gesellschaftsordnung gewahrt wissen. Denn nur dann könne die Gewerkschaftsbewegung das auch für eine sozialistische Gesellschaftsordnung unentbehrliche fortschrittliche Element sein, das verhindern kann, daß der sozialistische Staat zum Selbstzweck der Staatsbürokratie wird. Er erblickt in den Gewerkschaften das Machtmittel, durch das bei einheitlichem Aufbau, in enger Anlehnung an die illegal arbeitenden Freunde im Reiche, neuer Kraft- und Machtwillen entstehen und den heutigen Zustand der Ohnmächtigkeit und Atomisierung in der deutschen Arbeiterschaft überwunden werden kann. Hier den Freunden im Reiche, unter größter Rücksicht auf ihre persönliche Sicherheit, beizustehen, ist eine der vornehmsten Aufgaben der emigrierten Gewerkschaftskollegen. Je schneller es gelingt, wieder eine Massenorganisation zu werden, desto rascher wird Erfolg möglich sein. Die Rückeroberung der gestohlenen Gewerkschaften, d.h. der jetzigen Deutschen Arbeitsfront, ist vorzubereiten, denn diese Rückeroberung ist für die gesamte sozialistische Arbeiterbewegung eine der bedeutendsten Chancen im Kampfe um die Wiedereroberung ihrer Freiheit und Selbständigkeit. Wenn man aufbaut, muß man ein klares Ziel haben, damit man einen Gradmesser für künftig zu fassende Beschlüsse hat. Er ist deshalb dafür, daß man von Anfang an für eine große, alle Arbeitnehmer umfassende Einheitsorganisation eintritt und alle künftigen Arbeiten darauf abstimmt. Nicht zuletzt forderte er gegenseitig aufrichtige Zusammenarbeit, denn nur diese biete Gewähr für vollen Erfolg und vermeide unnötige Auseinandersetzungen.

Kollege *Busch [C. Tesch]* begrüßte die Zusammenfassung auf der genannten Grundlage. Nach seiner Meinung sei eine gedeihliche Arbeit nur möglich bei einer grundsätzlichen Anerkennung der internationalen Organisationen und Berufsverbände. Durch die parteipolitische und religiöse Neutralität wird die gewerkschaftliche Einheitsfront geschaffen, die dann beispielgebend für die politischen Gruppen wirken kann.

Kollege *Rolf [B. Fuhrmann]* berichtet über seine Tätigkeit bei den schweizer Gewerkschaften, die darauf abzielt, die moralische und finanzielle Unterstützung für die deutsche Gewerkschaftsbewegung zu mobilisieren. Es gehöre zu den heutigen Aufgaben der in Emigration befindlichen Gewerkschaftskollegen, die Zentralinstanzen, wie auch die Mitglieder der schweiz. Gewerkschaften für unseren Kampf zu interessieren. Die hierbei erreichbaren materiellen Mittel sollen zusammengefaßt werden in dem Hilfswerk zum Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaften, aus dem dann nach Kräften die illegale Gewerkschaftsarbeit gefördert werden soll.

Unter Anerkennung der Leitsätze werden als wesentliche Aufgaben für die nächste Zeit nach reger Aussprache folgende Punkte fixiert:

1. Zusammenfassung aller früheren Gewerkschaftskollegen und -kolleginnen, soweit diese als Emigranten in der Schweiz sind. Ausgenommen sollen nur Kollegen werden, die man aus Gründen der Sicherheit für die Arbeit wie der Mitarbeitenden nicht in den Arbeitskreis einbeziehen kann.

2. Ideelle und materielle Förderung und Unterstützung der Verbindungen im Reiche, soweit diese für die Gewerkschaften tätig sind. Die Beziehungen zum Reiche müssen unter Beachtung größter Sicherheit gepflegt werden. Die materielle Unterstützung soll durch weitgehende Finanzierung von Besuchen aus dem Inlande aus dem Hilfswerk erfolgen.

Alle Berichte aus dem Reiche, die allgemeines Interesse erwarten lassen, sollen zusammengefaßt werden und den maßgebenden Gewerkschaftsinstanzen, wie der Auslandsvertretung der GDA[7], dem Schweizer Gewerkschaftsbund und später dem IGB zugestellt werden.

3. Weitere Ausbreitung des Schweizer Hilfswerkes für die deutschen Gewerkschaften. Diese soll erfolgen durch Besprechungen mit den einzelnen Berufsverbänden, deren Funktionären und Mitgliedern, Betrieben usw. Die Schweizer Kollegen sollen durch unser Wirken gewonnen werden, die Tätigkeit für das Hilfswerk aber selbst vollziehen und die Verwendung der Mittel überwachen. Um das finanzielle Ergebnis zu steigern, sollen Informationsberichte an die Kollegen geliefert und von diesen verkauft werden. Ferner sollen Artikel und Berichte für die schweizer Gewerkschaftszeitungen gestellt werden, um auch auf diese Weise Mittel für die Gewerkschaftsarbeit zu erlangen.

4. Anerkennung der Auslandsvertretung der GDA in Komotau (CSR) und Zusammenarbeit mit derselben.

Die einzelnen Arbeitsgebiete wurden nach gegenseitigem Einverständnis wie folgt verteilt bzw. übertragen:

Verbindung mit den Organisationen und Instanzen sowie Präsidium werden dem Koll. *Dreng [P. Müller]*, Kassawesen und Materialverteilung dem Koll. *Stahl [E. Schoettle]* übertragen. Die Zusammenfassung der Gewerkschaftskollegen in der Schweiz soll Koll. *Fuchs [V. Baur]* übernehmen[8], Koll. *Busch [C. Tesch]* Berichte und Protokolle sowie die Presseaufgaben und Koll. *Rolf [B. Fuhrmann]* soll den weiteren Ausbau des Hilfswerkes betreiben.

6 In IfZ, Nl. Valentin Baur, F 204, Bl. 57 befindet sich ein inhaltlich identisches Exemplar der »Leitsätze für die gemeinschaftliche Arbeit für den Aufbau der deutschen Gewerkschaften«.

7 Gemeint ist die Gewerkschaftliche Auslandsvertretung Deutschlands; offizielle Abkürzung Geade bzw. ADG.

8 In seinem Brief vom 12.10.1937 schreibt Valentin Baur an H. Schliestedt: »Ich habe von den Kollegen den Auftrag erhalten, mich mit allen d[eutschen] Gewerkschaftskollegen [in] der Schweiz in Verbindung zu setzen und sie zur Mitarbeit zu gewinnen.

DOKUMENT 135

Sommer 1937: Der Arbeitsausschuß deutscher Freigewerkschafter in der Schweiz zum Satzungsentwurf für den Bund der deutschen Gewerkschafter

IfZ, Nl. Valentin Baur, F 204, Bl. 54–56. Maschinenschrift. Überschrift: »Bemerkungen und Vorschläge des Arbeitsausschusses S[chweiz] zu dem Satzungsentwurf für den Bund deutscher Gewerkschafter«.[1]

Nach der grundsätzlichen Seite wäre zu sagen, daß sowohl das allgemeine Ziel, als auch die konkreten Aufgaben in dem Entwurf nicht mit genügender Eindeutigkeit umrissen sind. Die doch sicher wichtige Aufgabe, an der Entwicklung der neuen, gewerkschaftlichen Ansätze in D[eutschland] fördernd und helfend teilzunehmen, wird z.B. überhaupt nicht berührt. Ferner müßte klar zum Ausdruck kommen, daß es sich um die einheitliche Zusammenfassung der deutschen Gewerkschafter handeln soll [2]. Die Formulierung des Entwurfs läßt mehrere Deutungen zu.

Formal wäre eine knappere und übersichtlichere Formulierung vorzuziehen.

Punkt 1 und 3, die der Sache nach zusammengehören,[3] könnten den Punkt 1 überhaupt bilden. Wir schlagen folgende Fassung vor:

Abs. 1: Die im Ausland lebenden reichsdeutschen Gewerkschafter bilden den Bund der deutschen Gewerkschafter mit dem Ziel der einheitlichen Zusammenfassung aller gewerkschaftlich organisierten deutschen Emigranten. Der Bund bekennt sich zu den Grundsätzen und Beschlüssen des IGB. Mitglied kann jeder Reichsdeutsche werden, der bis zur Gleichschaltung einer gewerkschaftlichen Organisation angehörte, die heute durch den Nationalsozialismus verboten und verfolgt ist und der Deutschland aus politischen oder gewerkschaftlichen Gründen verlassen mußte.

Abs. 2: Der Bund der deutschen Gewerkschafter bekennt sich bei voller Wahrung seiner Selbständigkeit als Teil der antifaschistischen Bewegung, deren Ziel der Sturz der nationalsozialistischen Diktatur, die Wiederherstellung der Freiheitsrechte, vor allem der freien Koalitionsrechte für die Arbeiter in Deutschland ist.

Die Bemerkung über die Ausgebürgerten[4] kann füglich wegbleiben, da wohl kein deutscher Antifaschist die Aberkennung des bürgerlichen Ehrenrechtes und der Bürgerrechte durch die faschistische Diktatur als für sich bindend anerkennen wird.

Logischerweise müßte vor den mehr technischen Bestimmungen über die Mitgliedschaft und Gliederung die Aufgabenstellung der Organisation stehen. Der Absatz 3 könnte daher dieses Thema behandeln und vielleicht lauten:

Abs. 3: Der BddG setzt sich und seinen Mitgliedern folgende Aufgaben:

a) wie im Entwurf 5a,

b) desgl. 5b, evtl. a und b zusammengezogen,

c) Förderung des Kampfes der innerdeutschen Kameraden vor allem auf gewerkschaftlichem Gebiet mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, Beobachtung der Entwicklung in Deutschland, Sammlung von Material und zuverlässigen Nachrichten, vor allem über die Lage der deutschen Arbeiter;

d) wie im Entwurf 5d,

1 Zum Satzungsentwurf für den Bund deutscher Gewerkschafter vgl. Dok. 42.
2 Vgl. vorangehendes Dokument.
3 Vgl. Dok. 42.
4 Vgl., auch zum folgenden, ebd.

e) Herausgabe der »Gewerkschaftszeitung«.

Gegen die Aufnahme eines Passus wie 5c des Entwurfs müssen Bedenken geltend gemacht werden. Die deutschen Gewerkschafter sind rechtlich und wirtschaftlich mit allen übrigen Emigranten verbunden. Eine Befassung des BddG mit rechtlichen und wirtschaftlichen Fragen der Emigration würde aber einerseits aus dem Rahmen seiner Aufgaben herausfallen, andererseits eine Zersplitterung der auf diesem Gebiet bestehenden Einrichtungen bedeuten.

Die Bestimmungen über die innere Gliederung der Organisation können in einem Abschnitt zusammengefaßt werden, etwa so:

Abs.4: Die Grundlage des BddG ist die Einzelmitgliedschaft. Alle Mitglieder haben die gleichen Rechte und Pflichten. Alle Funktionen des Bundes werden durch freie Wahl der Mitglieder vergeben. Sind in einem Land genügend Mitglieder niedergelassen, so kann eine Landesgruppe gebildet werden. Ebenso können nach Maßgabe der Bedürfnisse die Landesgruppen sich örtlich gliedern.

Sind in einer Landes- oder Ortsgruppe mehrere Mitglieder einer Berufsgruppe vorhanden, so können sie sich im Rahmen des Bundes als Berufsgruppe zusammenschließen, Aufgaben ihrer Berufsgruppe wahrnehmen und die Verbindung mit ihrer Berufsinternationale pflegen.

Der Absatz, der die Bildung der Bundesleitung betrifft, sollte so gefaßt werden, daß er den demokratischen Grundsätzen entspricht. Die Fassung des Entwurfs läßt den Schluß zu, als ob die Leitung des Bundes vom IGB eingesetzt werden sollte. Selbstverständlich will damit nicht gesagt werden, daß man nicht eine Identität der »vom IGB anerkannten Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften« und der Bundesleitung wollte. Aber in der Satzung hat die faktische Übereinstimmung nichts zu suchen, da die Beziehungen zum IGB prinzipieller Natur sind und die freie Selbstbestimmung der Mitglieder des Bundes nicht beeinträchtigen dürfen. Man sollte deshalb etwa so sagen:

Abs. 5: Die Leitung des BddG obliegt dem aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Vorstand, der aus ... Mitgliedern besteht. Aus den Mitgliedern des Landes, in dem der Vorstand niedergelassen ist, werden zwei weitere Mitglieder gewählt. Die Leiter der Landesgruppen bilden mit dem Vorstand zusammen eine erweiterte Leitung,[5] die nach Maßgabe der Möglichkeiten zu Sitzungen zusammenberufen werden soll.

Bis zur Durchführung der ordentlichen Wahl liegt die Geschäftsführung des Bundes in den Händen der »Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften«.

Für den Absatz »Beiträge« könnte man folgenden Wortlaut wählen:

Abs. 6: Die Arbeiten des Bundes werden durch die Beiträge der Mitglieder ermöglicht. Die Beiträge werden aufgrund eines Vorschlages der Bundesleitung durch Urabstimmung der Mitglieder festgesetzt. Der Festsetzung durch die Mitglieder unterliegt auch der Anteil der Bundes-, Landes-, resp. Ortsgruppenleitungen an den Beiträgen.

Die Beitragszahlung erfolgt in der Regel an die Bundesleitung. Wo Landes- bzw. Ortsgruppen bestehen, übernehmen sie die Kassierung und erhalten den aufgrund des Abs. 6, Abschn. 1 ihnen zustehenden Beitragsanteil. Die Quittierung der Beiträge und ihre Abrechnung an die Bundesleitung muß einheitlich geregelt sein, wobei den besonderen Verhältnissen der Emigration Rechnung getragen werden muß.

5 Vgl. hierzu auch Dok. 43.

Am Schluß des Kalenderjahres muß den Mitgliedern des Bundes, der Landesgruppe, bzw. Ortsgruppe eine von zwei Mitgliedern geprüfte Abrechnung über Einnahmen und Ausgaben vorgelegt werden. Bis spätestens 10. des auf den Schluß des Kalenderjahres folgenden Monats muß die Abrechnung der Landesgruppen mit der Zentrale erfolgen.

Die Einnahmen dürfen nur für den BddG und seine Aufgaben verwendet werden. Alle Funktionäre des Bundes sind ehrenamtlich tätig. Ihre tatsächlichen Aufwendungen werden ersetzt.

Allen Mitgliedern wird die Gewerkschaftszeitung geliefert. Dem Plan, einen Lichtbildausweis mit analoger Lichtbildkartei bei der Zentrale zu schaffen, ist zu widersprechen aus Gründen der Konspiration und der Sicherheit[6]. Es gibt heute für jeden ordnungsgemäß legitimierten Genossen, der als Emigrant anerkannt ist, genug andere Möglichkeiten, sich über seine Person auszuweisen. Solche Ausweise wären eine Quelle des Mißbrauchs.

Sehr gründlich muß auch der Abschnitt über das Erlöschen der Mitgliedschaft diskutiert werden. Wir machen dazu folgenden Vorschlag :

Abs. 7: Für die Aufnahme in den BddG sind außer den in Absatz 1 genannten Voraussetzungen noch erforderlich antifaschistische Zuverlässigkeit, einwandfreier Charakter. Über das Vorliegen dieser Voraussetzung entscheiden die Mitglieder derjenigen Gliederung des Bundes, an die das Aufnahmegesuch gestellt wird.

Die Mitgliedschaft erlischt:

a) durch Austritt oder Tod,

b) bei dreimonatigem Beitragsrückstand, ohne daß an die für die Beitragskassierung zuständige Stelle ein Stundungsgesuch gerichtet wurde,

c) durch Ausschluß. Der Ausschluß kann erfolgen, wenn ein Mitglied bewußt gegen Abs. 1, 2, 3a, b, c und d der Satzung verstößt, wenn die in Abs. 1 und 8, Abschn. 1 festgesetzten Voraussetzungen nicht mehr zutreffen, oder sich nachträglich als nicht vorhanden[7] erweisen wegen bewußter Sabotage der Aufgaben und Ziele des Bundes. Ein Mitglied kann nicht ausgeschlossen werden, aufgrund seiner politischen Tätigkeit außerhalb des Bundes, sofern sie nicht den Zielen des Bundes zuwiderläuft. Ausschluß kann ferner nicht erfolgen, wenn ein Mitglied seine abweichenden Ansichten im Rahmen des Bundes sachlich und kameradschaftlich vertritt.

Ausschlußanträge sind an die zuständige Landesleitung unter Angabe des Tatbestandes und der Beweisgründe zu richten. Diese entscheidet nach Prüfung der Beweise und Anhören des Beschuldigten wie des Antragstellers durch Mehrheitsbeschluß. Gegen die Entscheidung der Landesgruppenleitung kann die Bundesleitung angerufen werden, die im schriftlichen Verfahren aufgrund der Verhandlungsprotokolle der Erstinstanz und neuer Anträge der Parteien [entscheidet]. Für Einzelmitglieder ist die Bundesleitung bei Ausschlußverfahren zuständig[8].

6 Vgl. auch Dok. 42.
7 Vgl. ebd.
8 Zum geplanten Bund der deutschen Gewerkschafter schreibt Valentin Baur am 12.10.1937 an H. Schliestedt: »Ich hoffe, daß es mit dem BddG gelingt, alle Kräfte zusammenzufassen und den [i. O. aus dem] furchtbaren Zustand der hoffnungslosen Zersplitterung in unabsehbare kleine Gruppen und Grüppchen zu überwinden und wieder zu einer großen einheitlichen Gewerkschaftsbewegung zu kommen. Dieses Ziel zu erreichen, dürfen uns weder persönliche Abneigungen noch irgendeine extremistische Strömung hemmend beeinflussen»; in: IfZ, Nl. Valentin Baur, F 204, Bl. 61.

DOKUMENT 136

9. 11. 1937: Schreiben von Anton Döring, St. Gallen, an Valentin Baur, Rorschach/Schweiz, hinsichtlich der Leitsätze zum Aufbau einer neuen deutschen Gewerkschaftsbewegung

IfZ, Nl. Valentin Baur, F 204, Bl. 72f, Maschinenschrift. Eigenhändig unterzeichnet.

Lieber Valentin Baur[1],

ich habe Deinen Brief vom 27. v. M. nebst Anlage[2] erhalten. Heute erhielt ich Deine Mahnung um Zurücksendung der Niederschrift[3]. Gerade stand ich im Begriffe, Dir zu schreiben, als ich Deine Zeilen vom 7.(11.)[4] cr. erhielt. Du mußt entschuldigen, daß ich Dich solange auf Antwort warten ließ; ich hatte sehr bewegte Tage und ich kam nicht zum Schreiben. Ich dachte auch nicht, daß die Sache so eilig wäre, zumal ich hörte, daß Du einen Durchschlag der Niederschrift an Peter [*Fischer*][5] geschickt hast. Aber gestern erst konnte ich mich überzeugen, daß dieser Durchschlag nur einen Teil der Niederschrift darstellt, die Du mir zur Verfügung stelltest. Beigeschlossen ist nun das Exemplar der Niederschrift[6] und für die etwas verspätete Rücksendung bitte ich nochmals um Entschuldigung.

Die Thesen habe ich gewissenhaft studiert und die Einladung zur Mitarbeit habe ich als ehrend empfunden. Soweit sich die Grundsätze mit der Schaffung einer neuen deutschen Gewerkschaftsbewegung beschäftigen, kann niemand etwas dagegen einzuwenden haben. Das habe ich stets gewollt und mein ganzes Wirken steht im Dienste dieser Zielsetzung. Ich bin auch der Meinung, daß der Emigration in diesem Prozeß eine gewichtige Rolle zufällt, und entsprechend dieser Einsicht habe ich stets gehandelt.[7] Auf der anderen Seite kann ich auch sehr gut verstehen, daß der Versuch einer Zusammenfassung aller Emigranten[8], soweit sie früher gewerkschaftlich organisiert waren, von allen Genossen begrüßt wird. Die Menschen fühlen sich isoliert und sind gerne bereit, einem Rufe zu folgen, der ihnen das Gefühl gibt, daß sie nun wieder einer Gemeinschaft angehören, einer Gemeinschaft von Schicksalsgenossen. Und wenn man ihnen dann noch sagt, daß sie durch ihr Dabeisein mithelfen, den Sturz *Hitlers* vorzubereiten, die Fundamente einer neuen deutschen Arbeiterbewegung zu legen, wer wird dann abseits stehen wollen. Mit diesen Worten will ich lediglich zum Ausdruck bringen, daß es mich nicht im geringsten wundert, wenn Du mir mitteilst, daß Euer Arbeitskreis sich nicht nur über die ostschweizerischen Gebiete, sondern über andere Städte und Kantone erstreckt.[9] Ich glaube, daß es sehr leicht sein wird, nahezu den letzten Mann für einen solchen Plan zu gewinnen. Aber wenn ich das als eine verhältnismäßig leichte Aufgabe bezeichne, möchte ich die Frage aufwerfen, wie

1 Im Original irrtümlich »Valtin Bauer«.
2 Der Brief befindet sich in IfZ, Nl. Valentin Baur, F 204, Bl. 69; zur Anlage vgl. Dok. 134.
3 Vgl. Anm. 1, Bl. 69.
4 Vgl. ebd.
5 Vgl. Brief von Valentin Baur an P. Fischer, vom 30.10.1937; ebd., Bl. 70f, In dem Brief heißt es u. a. »Inzwischen haben sich viele Freunde aus der Ostschweiz, Zürich, Schaffhausen u[nd] a[nderen] O[rten] zu einer losen Arbeitsgemeinschaft mit der Auslandsvertretung zusammengefunden. Die Freunde haben beiliegende Leitsätze aufgestellt, unter deren Beachtung sie bereit sind, mit der A[uslands] V[ertretung] in Komotau zusammenzuarbeiten und die Auslandsvertretung als die vom IGB eingesetzte offizielle Stelle der deutschen Gewerkschaftsbewegung anzuerkennen. Es sei ihr Ziel, wieder zu einer großen, einheitlichen, sozialistischen Bewegung zu kommen.«
6 Vgl. Dok. 134.
7 Vgl.zur »Funkengruppe« von Anton Döring: Esters/Pelger, S. 80f., 84.
8 Vgl. Dok. 42.
9 Vgl. Brief von Valentin Baur an Anton Döring, vom 27.10.1937, in: IfZ, Nl. Baur, F 204, Bl. 69.

es kommt, daß solche Versuche nicht schon längst in der Schweiz vorgenommen worden sind. Waren in der Vergangenheit alle Emigranten, die wirklich mit i[llegaler] Arbeit in Zusammenhang standen und stehen, lediglich erfüllt von »Eigenbrödelei« und unterließen sie aus diesem Grunde alle Versuche, der Arbeit eine breitere Basis zu geben? Ich glaube, das würde eine sehr oberflächliche Betrachtung sein. Es waren bestimmt sehr gewichtige Gründe, die die in Frage kommenden Genossen davon abgehalten haben, ihrer Arbeit einen größeren Rahmen zu geben, soweit der schweizer Boden in Frage kommt. Und ich möchte mit aller Bestimmtheit behaupten, daß diese gewichtigen Gründe auch heute noch bestehen. Der Versuch, von hier aus die Fundamente drüben legen zu helfen, Hilfestellung zu leisten bei diesem Bemühen, ist eine sehr reale Sache und muß mit Überlegung und ohne Gefühlswallung vorgenommen werden. Da mit langen Zeiten zu rechnen ist, muß auf lange Sicht hin die Frage der Sicherheit im Vordergrund stehen, und zwar der Sicherheit von den Stellen, die für die eigentliche Arbeit in Frage kommen. Die Frage der seelischen Befriedigung der vielen Genossen, die sich seither isoliert vorkamen und auch tatsächlich waren, und die nun das Gefühl haben, bei dieser wichtigen Arbeit beteiligt zu sein, das ist eine Frage, die erst in zweiter Linie zu stehen hat. Es tut mir aufrichtig leid, daß ich dies so formulieren muß. Nachdem ich nun diese meine Gedanken so kurz wie nur möglich skizziert habe, frage ich mich, ist das, was Du mit Deinen Freunden jetzt auf breiter Basis unternommen hast und was Dich und Deine Mitarbeiter offenbar mit großem Stolz erfüllt, ist das auf eine Linie zu bringen mit meiner grundsätzlichen Einstellung, wie ich sie oben skizziert habe? Gewiß ist geplant, die internen Einzelheiten einem kleinen Gremium zu überlassen, aber daß dieser Verein, wie ich das Gebilde einmal nennen möchte, in allen seinen Gliedern weiß, daß mit ihm illegale Absichten verfolgt werden, steht nach allem, was Du mir gesagt und schriftlich überlassen hast, außer allem Zweifel. Ich möchte sagen, daß jemand, der sich den teuflischen Plan in den Kopf gesetzt hätte, die Schweiz eines Tages von der Mehrheit der Emigranten zu befreien, der müßte genau so vorgehen, wie Du mit Deinen Freunden das jetzt tust. Nicht nur, daß in der Schweiz sämtliche Teilnehmer an dieser Sache eines Tages samt und sonders hinausgeworfen werden können, nein, auch die so notwendigen Stützpunkte [im Reich] sind in die direkte Gefahrenzone gebracht. So eine Planung der Arbeit mag in der Tschechoslowakei und in Frankreich möglich sein, in der Schweiz ist sie nur möglich, wenn man eine dilettantenhafte Vorstellung, nehme mir bitte diesen Ausdruck nicht übel, von der Schweigsamkeit der Menschen hat, die doch in verhältnismäßig großer Zahl an der Sache beteiligt sind. Nicht, daß ich hier die Behauptung aufstellen wollte, ich würde irgendeinem der an der Sache Beteiligten zutrauen, daß er bewußt irgendeinem Unberufenem in schlechter Absicht davon Mitteilung machen würde, diesen Fall will ich ganz außer acht lassen, nein, die Fälle einer unbeabsichtigten Schwätzerei liegen nahe, und die Fälle, daß irgendeiner einmal in die Hände der Bu[ndes]po[lizei] zu kommen braucht, dann kann das Verhängnis bereits eingetreten sein. Wir sollten doch aus den vielen Erfahrungen in der i[llegalen] Arbeit, die doch oft so unendlich traurig waren und sind, weil eben mit der Unvollkommenheit der Menschen gerechnet werden muß, wirklich für unsere zukünftige Arbeit etwas in Anwendung zu bringen versuchen. Aber anscheinend ist dieser Gedanke bei Dir und Deinen Freunden gar nicht aufgetaucht. Zusammenzukommen und berauscht sein von dem Gedanken, endlich der »Eigenbrödelei« den Garaus zu machen und befriedigt sein von dem Echo, daß ein großer Teil, wenn nicht alle, der vorhandenen Emigranten, mit Begeisterung zustimmten, das ist noch keine Arbeit, die erfolgversprechend ist. Die eigentliche Arbeit, die auf die Dauer erfolgversprechend ist, spielt sich nach wie vor nur in ganz kleinen Zirkeln ab, oder aber sie wird über kurz oder lang vernichtet sein. Und aus diesem Grunde muß ich es ablehnen, an dieser Zusammenfassung mit dem vorliegenden Zweck mitzuarbeiten. Es täte mich schmerzen, wenn ich dieserhalb weiterhin als Eigenbrödler bezeichnet würde, aber ich würde mich in diesem Falle bemühen, das mit Würde zu ertragen. Ich wollte nur, daß Du und andere sich noch einmal ganz realistisch die Sache durch den Kopf gehen lassen wollten und zwar ohne jede Romantik, die die gefährlichste Begleiterscheinung aller i[llegalen] Arbeit darstellt.

Aus oben angeführten Gründen habe ich mit meinen Freunden beschlossen, an Stelle des »Bundes Deutscher Gewerkschafter« eine andere Maßnahme zu setzen. Wir haben Komotau mitgeteilt, daß wir vorschlagen, jedem ehemaligen Gewerkschafter eine Mitgliedskarte durch den IGB ausstellen zu lassen, selbstverständlich nach genauer Prüfung seines Falles. Damit wäre eine Legitimation geschaffen für jeden, der in Frage kommt, und es wäre nichts gefährdet.

Diese meine Stellungnahme geht Dir im Einverständnis mit meinen Freunden, auch des Genossen Peter *[Fischer]* zu, von dem Du in dieser Sache keine gesonderte Mitteilung mehr erhalten wirst.

Mit herzlichen kollegialen Grüßen
A. Bärtschi

NB. Da in diesem Brief von i[llegaler] Arbeit die Rede ist, muß ich bitten, denselben nicht allen Teilnehmern an Eurer Sache bekannt zu geben. Der Brief ist als vertraulich[10] zu behandeln.

DOKUMENT 137

25. 3. 1938: Valentin Baur, Rorschach/Schweiz, über die Schwierigkeit illegaler Arbeit in der Schweiz

IfZ, Nl. Valentin Baur, F 204, Bl. 99. Maschinenschrift. Brief vom 25.3. 1938 an »Lieber Freund« [H. Schliestedt]

Lieber Freund, bestätige Dir gerne den Empfang Deiner beiden Briefe[1]. Vorweg zu dem jüngsten. Hier haben die Ereignisse wegen des größeren Nachbarn[2] sehr erschreckend und auch ernüchternd gewirkt. Die Mehrzahl der Bevölkerung will von einer Angliederung an D[eutschland] absolut nichts wissen. Anhänger der Nazis hat es hier, aber nur einen ganz unbedeutenden Teil. Regierung und Landtag haben für Unabhängigkeit und Beibehaltung des Vertrages mit der Schweiz votiert. Trotzdem herrscht natürlich ein Gefühl der Unsicherheit und Ängstlichkeit. Die Deutschenfreundlichkeit, die vorher bestand, hat merklich nachgelassen.

In der Schweiz ist der Deutschenhaß (Schwabenhaß) noch gewachsen. Dort war die Volksstimmung geradezu explosiv. Die Schweiz[erische] Arb[eiter] B[ewegung] hat dort meines Erachtens eine sehr günstige Situation, die Volksstimmung zu einer antifaschistischen Massendemonstration zu nützen, verpaßt. Sie hätte der gesamten Bewegung wie der allgemeinen Lage eine große Überwindung der heute alles stagnierenden und auffressenden Angst werden können.

10 Handschriftliche Notiz von Valentin Baur: »Er macht sich aber heimlich Abschriften und bricht selbst die Vertraulichkeit des ihm überlassenen Protokolls.«

1 Vgl. die Schreiben Schliestedts vom 16. und 21.3.1938, in: IfZ, Nl. Valentin Baur, F 204, Bl. 95ff. und 98.

2 Gemeint ist der Einmarsch deutscher Truppen in Österreich (12.3.1938) und dessen Anschluß an das Deutsche Reich am 14.3.1938. Dazu hatte Schliestedt »vorausgesagt, daß die sogenannten ›Demokratien‹ nichts tun werden, wie sie sich seit Jahren in der schändlichsten Weise alles gefallen ließen, einschließlich der bedauernswerten Volksfront«, vgl. ebd., Bl. 98; ferner Bl. 96.

Deine Feststellung wegen der Vorwürfe gegen die deutsche Arbeiterbewegung teile ich darum nicht erst seit heute, sondern schon von jeher[3]. Ich habe das auch immer zum Ausdruck gebracht. In diesem Zusammenhang auch noch eine Bemerkung zum Rendez-vous mit Konrad *[Ilg]*[4]. Ich war gerade deshalb so betroffen, weil ich mir sagte, wenn solche Pessimisten an der Leitung der internationalen A[rbeiter] B[ewegung] sitzen, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, daß es nicht vorwärts gehen will und daß wir nicht aus der verhängnisvollen Situation herauskommen. Als ich die geradezu aufmunternde Demarche der Engländer und Franzosen las, die sie anläßlich der Beorderung *Schuschniggs* nach Berchtesgaden in Berlin[5] zum Ausdruck brachten, da wußte ich, daß Nazideutschland den Raubzug todsicher machen wird.

Mit Dir bin ich auch der Meinung, daß wir nun erst recht fest zusammenhalten müssen. Allerdings die internationalen Stellen müssen auch aufs neue zur Sachlage Stellung nehmen. Es darf nicht vorkommen, wie bei uns vor etwa vier Wochen, daß man von seiten der Gewerkschaftsspitzen alle deutschen Freunde einlädt und ihnen unter Androhung des Unterstützungsentzuges die Pflege von Beziehungen zum Heimatlande auf das strengste untersagt[6]. Das ist der Grund, warum Du wegen der Zeitungen noch keine neue Adresse erhalten hast und warum ich noch nicht geschrieben habe. Wir müssen uns also auch gegen unsere Gesinnungsfreunde abdecken und illegal werden nach jeder Richtung. Denn wegen der Kurzsichtigkeit und Ängstlichkeit dieser Leute können wir doch unsere Mission nicht vernachlässigen. Wir befinden uns also in der Umstellung. Suchen mit der nötigen Deckung und Technik eine neue sichere Situation zu bauen. Das bitte ich Dich zu berücksichtigen. Aus diesem Grunde bitte ich Dich in Deinen Briefen bei der Anrede auch keinen Vornamen mehr zu verwenden. Sobald ich dann kann, werde ich Dir Bericht geben. Unsere Korrespondenz braucht deswegen nicht zu stocken, es sei denn ich alarmiere.

Diesen Querschuß haben wir soweit ich das bis jetzt erkennen kann, der Gruppe *Döring* zu verdanken[7], die unmöglich machen wollte, daß wir Mittel für unsere Arbeit erhalten und dabei auch mit unter die Räder kam, denn wir wurden alle in gemeinsamer Gegenwart verwarnt.

In der gleichen Sitzung wurde bekannt gegeben, daß Fr[eund] *Dreng* die Unterstützung sofort entzogen wird, weil er angeblich mit Komm[unisten] Beziehungen unterhält[8] und die treibende Kraft der illegalen Bestrebungen sei. *Dreng* hat dagegen Einspruch erhoben. Doch in Bern läßt es, wie es den Anschein hat, die Herren[9] kalt.

3 In seinem Brief vom 16.3.1938 hatte Schliestedt hinsichtlich des Spanischen Bürgerkrieges und des deutschen Einmarsches in Österreich geschrieben: »In allen Ländern vertreten die Regierungen und die Arbeiterparteien die Nichteinmischung und beglückwünschen sich noch zu diesem Verrat an der Demokratie aus lauter Angst. Wer von ihnen allen hat noch das Recht, sich über die deutsche Arbeiterschaft zu entrüsten und sie zu kritisieren, weil sie nicht den Bürgerkrieg ausgelöst hat, der bei der Machtverteilung in Deutschland schon verloren war. Die anderen Länder hatten riesengroße Machtmittel und sind bis heute immer vor Hitler zu Kreuze gekrochen«; ebd., Bl. 97.

4 Vgl. auch den Brief von Valentin Baur vom 25.2.1938, in dem er Schliestedt über ein Treffen »vor einigen Tagen« mit K. Ilg berichtet und zu dem Ergebnis kommt: »Freund K[onrad] hat für unsere Arbeit kein Verständnis«; vgl. ebd., Bl. 89.

5 Gemeint ist die Reaktion der britischen und französischen Regierung auf das Berchtesgadener Abkommen zwischen Hitler und Schuschnigg bei dessen erzwungenem Besuch auf dem Obersalzberg am 12.2.1938, das den Nationalsozialisten vor allem freiere Betätigungsmöglichkeiten und einen stärkeren Einfluß in der Regierung Schuschniggs zusicherte.

6 Vgl. hierzu auch den Brief von H. Schliestedt an Spiekman vom 4.4.1938, in: IfZ, NI. Valentin Baur, F 204, Bl. 93.

7 Zur Rivalität mit der Gruppe Döring (»Funkengruppe«) finden sich im Briefwechsel Baur – Schliestedt zahlreiche Hinweise, vgl. z.B. ebd., Bl. 92.

8 Vgl. ebd., Bl. 93.

9 Gemeint sind Schifferstein und Leuenberger.

Das Schicksal von *Dreng* und seiner Frau hängt nun seit Wochen in der Luft. Diese Sache bitte ich Dich vorerst für Dich zu behalten. Ich habe Aussicht in nächster Zeit einige prominente Kollegen zu treffen. Vielleicht bringe ich dort noch genaueres heraus, dann gebe ich auch darüber Bericht. Ein weiterer Beweis dafür, daß man mit Leuten wie *Döring* recht mißtrauisch sein muß. Aufgrund dieser Sachlage haben wir uns entschlossen, an die Gruppe *Döring* nicht mehr heranzutreten zur Mitarbeit, weil uns die Sicherheit der Arbeit wichtiger ist. Mit Freund *Schoettle* ist gut zusammenzuarbeiten[10]. Ich arbeite seit 1935 mit ihm in der Sopade zusammen. Er ist bemüht, stets sachlich allem, was uns heute berührt, zu dienen. Er steht auf dem Standpunkt der sachlichen Einigung, wo immer diese im Interesse der Bewegung möglich ist. Hätten *Döring* und Konsorten den gleichen sachlichen Standpunkt, gäbe es in der Ostschweiz längst keine Differenzen mehr.

Schevenels war nicht bei uns[11]. Keiner von uns hat ihn gesehen. Ich bitte Dich also, wenn er mal wieder in die Schweiz kommt, ihn zu ersuchen, daß er auch mit uns Fühlung nimmt und informiert.

Bei *Schifferstein*[12] könntest Du mich ja auch einmal einführen. Ich will mich ja nicht aufdrängen, aber mit Rücksicht auf den Umstand, daß Du nun nur unter sehr erschwerten Umständen hierher in die Schweiz kannst, würde sich vielleicht einmal die Notwendigkeit ergeben, daß Du zu diesen Stellen eine direkte Verbindung hast. Ich gebe Dir das anheim, Dir [das] mal zu überlegen. Nicht zuletzt auch deshalb, weil *Fimmens* Leute wie *Döring* dort ja stets ein und aus gehen. Da das leider so ist, wird man ja wohl auch hier ein Gegengewicht stellen müssen, mindestens solange bis es uns gelungen ist, diese Kollegen zu überzeugen, daß auch wir jemand hinter uns haben und wertvolle Arbeit nach der Heimat leisten.

Mit herzlichen Grüßen Dein
V[alentin Baur]

DOKUMENT 138

12. 8. 1938: Schreiben von Valentin Baur, Rorschach/Schweiz, an den Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes Walter Schevenels, Paris

IfZ, Nl. Valentin Baur, F 204, Bl. 120f. Maschinenschrift. Überschrift: »An den Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes, z.Hd. des Generalsekretärs Kollegen Schevenels«. Eigenhändig unterzeichnet.

Werte Kollegen!

Durch den Kollegen *Schliestedt* wurden wir informiert[1], daß am kommenden Montag in Mülhausen eine Konferenz deutscher Gewerkschafter aus verschiedenen Ländern

10 Offensichtlich hatte es von Seiten von Döring und Molt Einwände gegen Schoettle gegeben; vgl. handschriftliche Anmerkung von Valentin Baur zum Brief von H. Schliestedt an ihn vom 17.1.1938, vgl. ebd., Bl. 85.

11 Am 3.3.1938 hatte Schliestedt Valentin Baur mitgeteilt, daß »Schevenels in St. Gallen« gewesen sei, um »mit den Deutschen zu sprechen. Ich würde es sehr bedauern, wenn das richtig ist, ohne daß er sich mit Euch in Verbindung setzte«; ebd., Bl. 91.

12 Jean Schifferstein (gest. 19.5.1941), Präsident des Verbandes der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter der Schweiz, Sekretär der Internationalen Union der Organisationen der Arbeiter und Arbeiterinnen der Lebens- und Genußmittelindustrie.

1 Vgl. die Briefe von H. Schliestedt an Valentin Baur vom 21.7., 3.8., 4.8., 10.8.1938, in: IfZ, Nl. Valentin Baur, F 204, Bl. 113, 115, 117, 119.

stattfinde, zu der aus der Schweiz der Kollege *Bärtschi (D[öring])* als Vertreter eingeladen sei.[2] Diese Mitteilung hat in mehr als einer Hinsicht unser Erstaunen erregt. Wir wissen nicht, nach welchen Gesichtspunkten die Einladungen zu der genannten Konferenz ergangen sind. Aber wir sind der Ansicht, daß derartige Konferenzen nur dann ihrer Aufgabe gerecht werden können, wenn die an ihnen teilnehmenden Kollegen die Gewähr bieten, daß sie einen großen Teil der möglichen gewerkschaftlichen Inlandsverbindungen ihres Sektors entweder schon vertreten, was heute wohl kaum jemand in vollem Umfang von sich behaupten kann, oder wenn sie wenigstens die potentielle Möglichkeit haben, sich im Laufe der Zeit zu dieser Vertretung zu entwickeln. Sie müssen andererseits mindestens den entscheidenden Teil der emigrierten deutschen Gewerkschafter ihres Gastlandes vertreten, denn das ist mit eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine wirklich breite Erfassung der Verbindungen, die sich ja unter den heutigen Umständen nicht nach landläufigen organisatorischen »Normen auf bestimmte eingesetzte Instanzen« konzentrieren lassen, sondern in hohem Maße auf dem schmalen Rest von Vertrauen beruhen, das sich an die einzelnen emigrierten Gewerkschafter – keineswegs an alle – knüpft. Darum ist die Zusammenfassung der im Ausland befindlichen Kollegen für die Entwicklung der inneren Arbeit so wichtig. Wir müssen zu unserem Bedauern aussprechen, daß der von Euch in Aussicht genommene Vertreter unseres Landes, der Kollege *B[ärtschi]*, keine einzige dieser Voraussetzungen erfüllt. Um diese Behauptung zu begründen, wollen wir einige Tatsachen anführen:

Seit mehr als einem Jahr besteht in unserem Gastlande eine Zusammenfassung von freien Gewerkschaftlern, die in engster Verbindung mit dem Kollegen *Schliestedt* arbeitet[3] und über aktive Beziehungen in süd- und südwestdeutschen Bezirken verfügt[4]. Ein Versuch, den Kollegen *Bärtschi* zur Mitarbeit in dieser Zusammenfassung zu bewegen[5], schlug unter Umständen fehl, die uns den Beweis erbrachten, daß es ihm gar nicht um die Zusammenfassung und gemeinsame Arbeit, sondern um die Erhaltung einer seiner Ansicht nach wichtigeren Sonderposition ging.[6] Diese Behauptung kann durch den mit *B[ärtschi]* gepflogenen ausgiebigen Briefwechsel belegt werden. Auch ist der Kollege *Schliestedt* über diese Dinge informiert. Aus einer Reihe von Vorgängen müssen wir schließen, daß *B[ärtschi]* an Versuchen, die vorerwähnte Arbeit zu stören, zu diffamieren und lahmzulegen, beteiligt war.[7] Die Vorwürfe, die er gegen unsere Arbeit erhob, sind, zumal nach den Ereignissen in seinem eigenen Heimatbezirk, nicht stichhaltig. Sie können mit größtem Recht gegen seine eigene Tätigkeit gerichtet werden, die jetzt so schwere Opfer gefordert hat.[8] Sofern Sie über die betr. Vorgänge nicht informiert sein sollten, so bitten wir Sie, sich an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Paris 5e, rue des Ecoles 30 (Hans *Vogel*) zu wenden. Wir haben jedenfalls allen Grund, zu erklären, daß wir weder in der Person des Kollegen *Bärtschi* noch in der seiner 4 Auslandsmitarbeiter[9] eine Gewähr für eine wirklich den heutigen Bedingungen angepaßte gesicherte Arbeit erblicken

2 Vgl. ebd. Bl. 113ff.
3 Vgl. den Briefwechsel zwischen Schliestedt und Valentin Baur, ebd., Bl. 40ff.
4 Vgl. ebd.; vgl. auch Rundschreiben von Anfang Oktober 1934 »Genossen«, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Valentin Baur.
5 Vgl. ebd., Bl. 69.
6 Vgl. Dok. 136
7 Gemeint ist wohl der »Fall Dreng« (P. Müller), dem u.a. »Spitzelei für die Gestapo« und Kontakte zur KPD vorgeworfen wurden, vgl. z.B. IfZ, Nl. Valentin Baur, F 204, Bl. 104f.
8 Mai/Juni 1938 waren im süddeutschen Raum insgesamt 35 Personen verhaftet worden, die zu Karl Molt und Anton Döring Kontakt gehabt hatten; vgl. Esters/Pelger, S. 84.
9 Vgl. Brief von Valentin Baur an H. Schliestedt, 26.7.1938: »Zu seiner (Bärtschi) Gruppe gehören nur er, Faatz, Molt, Fischer, Nusch«; in: IfZ, Nl. Valentin Baur, F 204, Bl. 114.

können. Daher können wir *Bärtschi* nicht als Vertreter der freien Gewerkschafter unseres Landes anerkennen.

Andererseits sind wir der Ansicht, daß eine wirkliche gesicherte gewerkschaftliche Arbeit nur dann möglich ist, wenn die Zusammenfassung der deutschen Freigewerkschafter ohne Rücksicht auf Sonderinteressen nach einem einheitlichen Gesichtspunkt erfolgt. Nur dann ist es möglich, daß sich in der Zusammenarbeit allmählich eine Klärung der Arbeitsmethoden und ein höheres Maß von Sicherheit der Verbindungen entwickelt, als es bei dem heutigen, die Zersplitterung und die Konservierung eigenbrötlerischer oder ehrgeiziger Sonderbestrebungen fördernden Zustand je möglich sein wird. Nur dann wird es auch möglich sein, alle an den verschiedensten Stellen gesammelten Erfahrungen der Gesamtarbeit zugänglich zu machen und unnötige Opfer zu vermeiden.

Wir können deshalb in einer Konferenz, die nicht alle vorhandenen und erfaßbaren freigewerkschaftlichen Kräfte vereinigt, nur einen unzulänglichen und niemanden bindenden Vorbereitungsakt erblicken. Im Hinblick auf die große internationale Bedeutung des Wiederaufbaues einer freien deutschen Gewerkschaftsarbeit müssen wir gegen die Art der Beschickung einer derartigen Konferenz, wie sie sich mindestens für unser Gastland darstellt - Delegation eines Kollegen, der mehr durch seine Beziehungen zu internationalen Gewerkschaftsspitzen[10] als durch qualifizierte Inlandsbeziehungen sich auszeichnet, ohne Befragen der übrigen Kollegen –, ernste Bedenken erheben.

Wir glauben endlich vom IGB als dem Initianten[11] der erwähnten Konferenz[12] erwarten zu dürfen, daß er objektiv und frei von Voreingenommenheit, aber auch unabhängig von einseitigen Informationen, von der Existenz einer freigewerkschaftlichen Zusammenarbeit in unserem Lande in engstem Zusammenhang mit der unter der Leitung des Kollegen *Schliestedt* stehenden ADG Kenntnis nimmt. Die mit dem Kollegen *Schliestedt* zusammenarbeitenden freigewerkschaftlichen Kollegen dürfen für sich mindestens die gleiche Qualifikation und das gleiche Recht in Anspruch nehmen, wie der Kollege *Bärtschi.*

Ohne Anspruch auf eine Vertretung bei der gegenwärtigen Konferenz zu erheben – ein Anspruch, der schon infolge der Kürze der Zeit und aus anderen Gründen nicht realisierbar wäre –, hielten wir es für unsere Pflicht, den Internationalen Gewerkschaftsbund und insbesondere den Kollegen *Schevenels* als Einberufer der Konferenz von diesen Gesichtspunkten in Kenntnis zu setzen. Zur Fühlungnahme, entweder über den Kollegen Heinrich *Schliestedt* oder über die unten angegebene Adresse, stehen wir jederzeit gern zur Verfügung.

Mit freigewerkschaftlichen Kollegengrüßen!

Arbeitskreis der deutschen Freigewerkschafter in der Schweiz
I. A.: V[alentin] B[aur]

10 Gemeint ist wohl der Kontakt zu G. Kreyssig vom Internationalen Gewerkschaftsbund und – über Molt – zur Internationalen Transportarbeiter-Förderation; vgl. auch Anm. 8., S. 80.
11 Vgl. Brief H. Schliestedt an Valentin Baur, 21.7.1938, in: IfZ, Nl. Baur, F 204, Bl. 113.
12 Zu den Beschlüssen der Konferenz von Mülhausen vgl. Dok 43.

DOKUMENT 139

24. 7. 1940: Brief von Valentin Baur, St. Gallen, an das Schweizerische Arbeiterhilfswerk, Abteilung Flüchtlingshilfe, Zürich

Sozialarchiv Zürich, Ar 20.618, Emigranten (1933–45), Deutschland, Diverse A-Z. Handschriftlich. Eigenhändig unterzeichnet.

Geschätzte Genossin Kaegi!

Ich nehme Bezug auf die Unterredung, die ich am 8. Juli mit Ihnen hatte wegen der Unterstützung meines Gesuches um Arbeitsbewilligung.[1] Leider konnte ich das Gesuch nicht mehr umstellen, da ich am 9. Juli, anderen Tages also, wegen gewerkschaftlicher und politischer Tätigkeit in Untersuchungshaft genommen wurde. Da ich hier ganz hilflos bin und doch nichts Unrechtes gewollt habe, bitte ich Sie, mir Ihre Hilfe nicht entziehen zu wollen, sondern auch weiterhin in meiner schwierigen Lage zu helfen.

Sie können sich über mein bisheriges Verhalten bei dem Genossen Th. *Surbeck*, Vertrauensmann der sozialdemokratischen Flüchtlingshilfe in Rorschach, Schönbrunnstraße 13, erkundigen.

Gerne hoffe ich, daß Sie meine Bitte würdigen und nachkommen wollen und zeichne mit besten Genossengrüßen

Valentin Baur
z.Zt. Untersuchungshaft[2], St. Gallen
Neugasse
Büro

DOKUMENT 140

Januar 1941: Paul Nusch, St. Gallen, zu seiner illegalen gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit in Deutschland

Sozialarchiv Zürich, AR 20.618, Emigranten (1933–45), Deutschland, Diverse A-Z. Maschinenschrift. Überschrift: »Personalien«[1]. Eigenhändig unterzeichnet.

[...][2]

Seit 1922 bin ich Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, seit 1918 gewerkschaftlich organisiert. Am Elektrizitätswerk Offenbach/Main war ich Betriebsratsvorsitzender und wurde von den Nazis 1933 aus dem Betrieb entlassen[3], nachdem ich 10 Jahre dort beschäftigt war. Ich war bis 1936 Leiter einer illegalen Gruppe in Offenbach und Frankfurt/Main.[4] Aus dem Auslande wurde mir ein Film regelmäßig übermittelt, auf welchem illegale Schriften fotografiert waren.[5] Diese habe ich fotografisch vergrößert und damit illegale Gruppen in Frankfurt, Offenbach, Darmstadt, Heidelberg, Mannheim, Mainz und in Oberhessen versorgt. Nachdem ein Offenbacher Genosse verhaftet wurde, habe ich mich versteckt, weil ich vermutete, daß derselbe mich angeben wird. Fünf Tage danach wollte man mich in meiner Wohnung verhaften. Nachdem ich das erfahren hatte, flüchtete ich in die Schweiz.[6] Ich fühle mich besonders gefährdet, da meine Verbindung mit dem Auslande, die Herstellung und Versorgung des illegalen Materials[7] für die obengenannten Gruppen von den Verhafteten ausgeplaudert wurde. Mit dem Genossen Anton *Döring* in St. Gallen, ebenfalls Flüchtling, bin ich sehr gut befreundet. Gut bekannt bin ich auch dem Genossen *Schevenels*, da ich für ihn illegal gewerkschaftlich gearbeitet habe.

N.B. Ich bin im Besitze eines Affidavits, welches mir aus Amerika beschafft wurde. Leider habe ich noch keinen Gebrauch davon gemacht, da kurz nachdem ich es bekam, der Krieg ausbrach und man mir auf dem amerikanischen Konsulat erklärte, daß es mindestens 3 Jahre dauern wird, bis ich mit einer Einreiseerlaubnis rechnen könnte. Das Affidavit ist vollgültig und amtlich beglaubigt.

Mit Genossengruß
Nusch, Paul

1 Am 5.7.1940 hatte Baur in einem Brief an R. Kaegi noch auf eine vorläufige Arbeitsbewilligung für eine Maschinen- und Schraubenfabrik gehofft und geäußert: »Da meine Beschäftigung als Facharbeiter und Spezialist für Präzisionswerkzeugmaschinen der schweizer Volkswirtschaft ein wesentlich höherer Nutzeffekt ist, als wie die Beschäftigung mit Erdarbeiten« und gehofft, daß die Fremdenpolizei in seinem Fall »von einer Einweisung in das Arbeitslager ... Abstand nimmt.« Quelle wie Kopfregest.

2 Am 17.12.1940 wurde die Strafsache »Durchführung von Schulungskursen, die der kommunistischen Propaganda oder Taktik dienen«, aufgehoben, der Vorwurf »verbotener militärischer Nachrichten[tätigkeit]« weiter verfolgt. Vgl. Valentin Baur, 1.1.1941, an R. Kaegi; ebd.

1 Paul Nusch, geb. 30.1.1899, Elektromechaniker und -installateur, Meister seit 1926, Mitglied des Gesamtverbandes.

2 Nicht abgedruckt die Personalien für Paul Nusch, seine Ehefrau und seinen Sohn und die Berufsangaben.

3 Dazu heißt es in einem Brief von Paul Nusch, 20.5.1936, an die Kantonale Fremdenpolizei: Ich »wurde fristlos entlassen, weil ich Vorsitzender des Arbeiterrates und Mitglied meiner Berufsorganisation war«. Nachdem er eine neue Beschäftigung gefunden hatte, mußte er auf »Druck der Nationalsozialistischen Partei wieder entlassen werden«, weil er sich »weigerte, dieser Partei und der Deutschen Arbeitsfront als Mitglied beizutreten«. Quelle wie Kopfregest.

4 In einem Brief an Schneeberger, Schweizerische Flüchtlingshilfe, 21.5.1936, bescheinigt G. Kreyssig Paul Nusch, daß er »in der illegalen Gewerkschaftsarbeit in Frankfurt und Umgebung mit an führender Stelle gestanden hat und Ausgezeichnetes geleistet hat«; ebd.

5 Dies war die Methode, die Zeitschrift »Der Funken« zu verbreiten, vgl. Dok. 132.

6 Vgl. hierzu auch Paul Nusch, 22.5.1933, an die Schweizerische Flüchtlingshilfe; vgl. Sozialarchiv Zürich, Ar 20.618

7 Dazu gehörte auch »illegales Propagandamaterial der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sitz Prag)«; vgl. das Schreiben von Paul Nusch vom 20.5.1936; ebd.

DOKUMENT 141

13. 1. 1941: Einweisung des Emigranten Paul Nusch, St. Gallen, in ein Arbeitslager

Sozialarchiv Zürich, Ar. 20.618, Emigranten (1933–45), Deutschland, Diverse A-Z. Gedruckt. Überschrift: »Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement«.

Einweisung in ein Arbeitslager für Emigranten

Die Polizeiabteilung, gestützt auf Art. 14, Abs.1, lit. c, des Bundesratsbeschlusses vom 17. Oktober 1939 über Änderungen der fremdenpolizeilichen Regelung, verfügt:

Nusch, Paul, geboren 30.Januar 1899, verheiratet, evangelisch, Elektromonteur, deutscher Reichsangehöriger,

wird, vorbehältlich seiner Tauglichkeit, in ein Arbeitslager für Emigranten eingewiesen. Die Weisungen über Ort und Zeitpunkt der Stellung zur ärztlichen Unter-

suchung und zum Lagereintritt, Ausrüstung usw. erfolgen durch die Zentralleitung der Arbeitslager für Emigranten, Eidgenössische Technische Hochschule in Zürich.

Der Chef der Polizeiabteilung
i.A. sig. Häusermann

Beilagen:
Empfangsbestätigung (Postkarte sofort einzusenden)
Merkblatt[1]
Geht an: Emigrant Paul Nusch, Brauerstr. 35, St. Gallen,
Durchschlag an: Kanton St. Gallen
Gemeinde St. Gallen
Zentralleitung der Arbeitslager für Emigranten, Zürich
Eidgenössische Fremdenpolizei, Emigrantenbureau
Schweizerisches Arbeiterhilfswerk[2], Wibichstr. 81, Zürich

DOKUMENT 142

August 1944: Entwurf einer Stellungnahme deutscher Gewerkschafter in der Schweiz zum Aufbau einer Einheitsgewerkschaft

A. Enderle (unter Mitarbeit von B. Heise), Die Einheitsgewerkschaften, Maschinenschriftliches Manuskript, Bd. 1, Düsseldorf 1959, S. 195–199. Überschrift: »Grundsätze für den Aufbau der Freien deutschen Einheitsgewerkschaft (FDEG).[1]

1) Das Koalitionsrecht wird durch die Verfassung gewährleistet.
2) Die FDEG ist auf dem Prinzip der demokratischen Selbstverwaltung begründet. Konfessionelle oder parteipolitische Bestrebungen sind ausgeschlossen.
3) Die FDEG umfaßt alle Arbeiter, Angestellte und Beamte. Die FDEG ist die Spitzenorganisation, sie gliedert sich in Industrieverbände, die sich auf die Betriebsorganisationen stützen.
4) Die Aufgaben der FDEG sind:
   a) Regelung von Lohn- und Arbeitszeit[2],
   b) Organisation und Verwaltung der Sozialversicherung,
   c) Arbeitsschutz,
   d) Mitwirkung bei der Gestaltung des Arbeitsrechts,
   e) Mitarbeit am wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbau Deutschlands,
   f) Mithilfe an der Wiedergutmachung der Schäden, die der Nazismus anderen Völkern zufügte.
5) Die FDEG ist Mitglied des Internationalen Gewerkschaftsbundes.
6) Die FDEG hat keine Sonderinteressen. Sie ist ein Glied der Volksbewegung gegen Nazismus und Imperialismus, für ein politisch und wirtschaftlich freies Deutschland.[3]

Ergänzende Bemerkungen

Zu 1) Es besteht ein Koalitionsrecht, aber kein Organisationszwang. Von der FDEG bleiben ausgeschlossen: alle Funktionäre ehemaliger nazistischer Organisationen, alle, die sich eines Verbrechens schuldig machten gegen die antinazistischen Volksgenossen.

Zu 2) Die FDEG ist das große Sammelbecken aller schaffenden deutschen Männer und Frauen. Sie vertritt deren Interessen im Rahmen der unter 4) beschriebenen Aufgaben. Es kann deshalb nicht ihr Zweck sein, in die Belange der politischen, konfessionellen oder kulturellen Organisationen einzugreifen. Das schließt nicht aus, daß sie an dem Neuaufbau Deutschlands mitarbeitet.

Zu 3) Die frühere Spaltung in Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten usw. wird beseitigt. Desgleichen die veraltete Form der Berufsverbände. Berufliche Schulung kann im Rahmen der Industrieverbände in den Fachgruppen durchgeführt werden. So werden engstirnige Standesinteressen ausgeschaltet und ein Gegeneinander vermieden. Die Organisierung erfolgt von unten nach oben. Alle Wahlen sind frei und geheim. Die Entstehung einer Bürokratie in früheren Ausmaßen soll vermieden werden durch eine Aufteilung der verschiedenen Funktionen auf möglichst viele ehrenamtlich tätige Mitarbeiter. Die Gliederung der Industrieverbände könnte ungefähr nach folgendem Plan erfolgen:

I. Bergbau II. ...(17 Gruppen)

Die Wahl von Betriebsräten erfolgt für ein Jahr. Sie sind der Belegschaft jederzeit Rechenschaft schuldig. Erst von einer gewissen Betriebsgröße an erfolgt Freistellung von der Arbeit.

Zu 4) Es wird vorausgesetzt, daß die FDEG ihre Organisation in einem politisch und wirtschaftlich demokratischen Deutschland errichtet, in dem die imperialistischen und monopolistischen Mächte beseitigt und entmachtet sind. Sie wird deshalb als Verhandlungspartner sowohl öffentliche, genossenschaftliche und private Vertreter haben. Deshalb müssen alle Vereinbarungen nicht in einem gruppenegoistischen Interesse, sondern im Sinne einer neuen Volksgemeinschaft aller Schaffenden getroffen werden. Die FDEG übernimmt die Vermögen der alten Gewerkschaften und die anderen vom deutschen Volk erpreßten Vermögen.

Zu 4a) Die konkrete Situation wird die Schaffung von Indexlöhnen erforderlich machen. Die Arbeitszeit in gesundheitsschädlichen Betrieben muß gegenüber anderer Arbeit eine Reduktion erfahren.

Zu 4b) Die Sozialversicherung umfaßt folgende Gebiete: Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität, Arbeitslosigkeit, Mutterschutz und Säuglingsfürsorge. Die Beiträge werden von den Betrieben errichtet und bilden einen Teil des Soziallohnes.

Zu 4c) Zum Arbeitsschutz gehören auch prophylaktische Maßnahmen wie Samariterstationen, Kindergärten, Mütter- und Erholungsheime.

Zu 4d) Die Körperschaften sollen sich paritätisch zusammensetzen[4] aus Vertretern der Belegschaft, der Unternehmer und des Staates.

1 Nicht in den Akten.
2 Das Schweizerische Arbeiterhilfswerk wurde benachrichtigt, da Paul Nusch Unterstützungsempfänger dieses Hilfswerkes war.
1 Nach Paul Müller, »Wir wollten die Welt verändern. Stationen im Leben eines Altsozialisten«. Frankfurt a.M. 1987, S. 228, stammte der Entwurf von ihm; die endgültige Formulierung von Leo Bauer, Willi Mauer und Michael Schenk. Ein inhaltlich identischer, sprachlich leicht abweichender Entwurf des Dokumentes befindet sich in: ARA, Material W. Pöppel, Bd. 7; im folgenden zitiert »Entwurf I«.
2 Im »Entwurf I« (vgl. Anm.1) heißt es hier: »die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, vor allem der Arbeitszeit«.
3 Formulierung im »Entwurf I«: »für ein wirtschaftliches Deutschland«; vgl. ebd.
4 Die folgende Konkretisierung fehlt im »Entwurf I«; vgl. ebd.

Zu 4e) Förderung des Wohnungsbaues (soziale Baugesellschaften)[5], Schaffung von Erholungsmöglichkeiten (Ferienheime, Ausbau der Touristik, Betriebssport, Gemeinschaftshäuser, Jugend- und Erwachsenenbildung).

Zu 4f) Die FDEG tritt für eine europäische und internationale Gemeinschaft zum Wiederaufbau der durch den internationalen Faschismus verwüsteten Gebiete ein. Schulter an Schulter mit seinen europäischen Kameraden soll der schaffende Deutsche mit Einsatz seiner ganzen Kraft die Schäden wiedergutmachen, die Nazismus und Faschismus Europa zufügten.

Zu 5) Aus der Erkenntnis, daß Friede und Wohlstand nur garantiert werden können durch eine dauernde Verständigung und Versöhnung aller Schaffenden – gleich welcher Rasse, Konfession oder Sprache – tritt die FDEG für den internationalen Zusammenschluß ein.

Zu 6) Diese Formulierung bedeutet zunächst eine Verpflichtung, sie verlangt von jedem Gewerkschafter, daß er auf autonome Gruppeninteressen verzichtet und seine Haltung ausrichtet auf das Gemeinwohl. Es leitet sich daraus aber auch das Recht ab, daß Gewerkschafter in allen Institutionen Sitz und Stimme haben, in denen das künftige Schicksal des Freien Deutschland gestaltet wird.[6]

DOKUMENT 143

August 1944: Aufruf der Bewegung »Freies Deutschland« an die deutschen Arbeiter zur Arbeitssabotage

Freies Deutschland, Zürich, 1. Jg ., Nr. 7, August 1944. Überschrift: »Was tut der deutsche Arbeiter gegen Hitler? (Kleiner Katechismus der Arbeitersabotage)«.

Der Schritt der Befreiungsarmee überschreitet die »unüberwindlichen Grenzen« des Reiches. *Hitlers* Parteigänger flüchten, *Hitlers* Generäle kapitulieren und revoltieren, *Hitlers* Soldaten weichen zurück.

Weißt Du, warum das geschieht? Weißt Du, wem *Hitler* das verdankt? Das verdankt *Hitler* der gemeinsamen Anstrengung der Werktätigen der ganzen Welt, den Werktätigen der Sowjetunion, Amerikas, Englands und der tapferen kleinen Nationen Europas, aber auch den Werktätigen Deutschlands selbst im Bunde mit den Millionen der Kriegsgefangenen und Deportierten im Reich.

Warum den Werktätigen Deutschlands? Führen sie nicht *Hitlers* Krieg? Stehen sie nicht in *Hitlers* Diensten? Beschleunigen sie nicht *Hitlers* Kriegsproduktion? Nein, sie führen keinen Krieg, *Hitler* führt sie auf die Schlachtbank. Sie stehen nicht, sie verbluten und fallen. Sie beschleunigen nicht, sie verzögern und sabotieren.

Die Formen ihrer Sabotage sind verschieden. Am häufigsten ist die Sabotage der Arbeitszeit. In erstaunlicher Übereinstimmung wird sie vom bewußt antifaschistischen Arbeiter bis zum kleinen Amtswalter der Arbeitsfront, der mit *Hitler* längst nicht mehr einverstanden ist, angewandt. Der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit und die Verschlechterung der Arbeitsqualität wird viel intensiver geführt als der Kampf um die Lohnerhöhung.

5 In »Entwurf I«: »soziale Baugenossenschaften«; vgl. ebd.
6 Zur Einschätzung des Dokumentes vgl. Klein, Vereint, S. 110; Ross, Gewerkschaften, S. 138.

Wir unterscheiden:

1. die bewußte Arbeitsverminderung.

Es gibt Arbeiter, die bewußt so wenig Akkordarbeit leisten und so oft Stunden versäumen, daß sie mit ihrer Familie gerade noch das Leben fristen. Sie bewegen sich fortgesetzt an jener Grenze, deren Überschreitung mit acht Wochen Arbeitserziehungslager – ein Konzentrat der üblichen KZ-Behandlung – bestraft wird. Das Hauptkontingent dieser Lager stellen bemerkenswerterweise die ausländischen Zwangsarbeiter. Auch für Frauen wurden solche Lager geschaffen.

2. die legale Arbeitsdrosselung.

Die üblichste Methode ist das Ausnützen der legalen Gelegenheiten, um der Arbeit fern zu bleiben, wie z. B. nach Fliegerangriffen. Ist man nicht selbst geschädigt, so hilft man Verwandten oder entschuldigt sich mit dem Ausbleiben der Verkehrsmittel. Von der gesetzlichen Bestimmung, nach Fliegerangriffen und eigenem Bombenschaden bis zu 12 bezahlten Tagen der Arbeit fern zu bleiben, wird mehr als gewissenhaft Gebrauch gemacht. Deshalb wurde auch die Befugnis, nach Luftangriffen die notwendigen Bescheinigungen auszustellen, den unteren Amtswaltern der Partei entzogen und der Polizei übertragen. Der Verkehr mit Behörden aller Art wird möglichst während der Arbeitszeit abgewickelt, ebenso Besuche beim Arzt, Einkäufe und Haarschneiden. Arbeiter mit einer kleinen Landwirtschaft fehlen zu gewissen Jahreszeiten besonders oft, und es ist interessant, daß sie politisch begründeten Ermahnungen ebensolche politische Argumente entgegenhalten, nämlich die »Ernährungsschlacht«.

3. die Arbeitsverschlechterung aus Gleichgültigkeit gegen *Hitlers* Krieg. Frauen und Mädchen, insbesondere die Dienstverpflichteten, arbeiten widerwilliger und mit viel ausgeprägterer Gleichgültigkeit als die Männer. Die Behörden mußten dem Widerstand der Frauen nachgeben und den freien Sonnabend bewilligen. Die Frauen sind auch viel entschlossener, Überstunden zu verweigern. Die Betriebsleitungen und Parteileitungen fürchten besonders die Briefe der verärgerten Frauen an ihre Männer im Feld.

4. die passive Resistenz am Arbeitsplatz.

Sehr häufig ruht die Arbeit nach 16 Uhr fast ganz. Jeder Arbeiter weiß, daß die persönlichen Arbeitsleistungen im Verlaufe des Krieges gesunken sind. Alle gegenteiligen offiziellen Behauptungen rufen nur Spott hervor. Die Autorität der Vorgesetzten ist in Fragen der Arbeitszeit nicht groß, da sie selbst nicht anders handeln als ihre Untergebenen. Ein Arbeiter aus den Stuttgarter Bosch-Werken berichtet: »Als in meinem Betrieb der freie Sonnabendnachmittag abgeschafft wurde, fehlten nach Vereinbarung abwechselnd Meister, Stellvertreter, Vorarbeiter und Zellenobmann je einen ganzen Tag. Praktisch sah der Sonnabendnachmittag in meiner Abteilung so aus, daß in der letzten Stunde von 55 Arbeitern noch fünf bis zehn anwesend waren«.

5. Die Arbeitsverschlechterung aus persönlichen Motiven.

Durch das Verbot des Arbeitsplatzwechsels ist jede soziale Aufstiegsmöglichkeit unterbunden. Von Betrieb zu Betrieb dienstverpflichtet zu werden, bedeutet Trennung von der Familie und materielle Verschlechterung. Dies vermindert die Lust an der Arbeit und führt zu Arbeitsversäumnis und Arbeitsverschlechterung.

Es ist also klar: die Motive der Arbeitssabotage erstrecken sich vom einfachen Kampf um die Selbsterhaltung und Verärgerungen aller Art bis zur bewußten antifaschistischen Sabotage. Feindschaft und Gleichgültigkeit gegenüber den faschistischen Forderungen kommt dabei zum Ausdruck. Es ist die praktische Illustrierung dafür, daß unser Arbeitervolk diesen Krieg durchaus nicht als »seinen« Krieg, sondern als die

»Sache der Partei« ansieht. Überall wird es offen ausgesprochen: »Was wir tun, hat alles keinen Wert; der Krieg ist sowieso verloren«.

Das wichtigste Ergebnis aller Formen der Arbeitssabotage aber ist: Der einfache Arbeiter, so gut wie der bewußte Kämpfer, macht die Erfahrung, daß so gut wie draußen auf dem Schlachtfeld auch in der Heimat die faschistischen Bäume nicht in den Himmel wachsen. Die kleinen und kleinsten persönlichen Erfolge des Widerstandes heben das Kraftgefühl, steigern das gegenseitige Vertrauen und stärken die Kampfmoral. Das aber sind die unerläßlichen Voraussetzungen, um von der passiven, zu nichts verpflichtenden Erkenntnis: »Der Krieg ist sowieso verloren«, zu größeren, kühneren und organisierten antifaschistischen Kampfhandlungen zu kommen.

Der Boden ist überall vorbereitet. Immer häufiger ergeben sich in ganzen Betrieben oder einzelnen Abteilungen spannungsgeladene und zur Explosion drängende Situationen. Daraus folgt, daß jeder hitlerfeindliche Werktätige, der oft jäh und scheinbar plötzlich hervorbrechenden Kampfbereitschaft Ziel, Form und Organisation geben muß. Es darf nicht mehr geschehen, daß Arbeiter gedankenlos die Parole der schlimmsten Feinde der Arbeiterschaft und des deutschen Volkes, der Lauen, Feigen und Faschistenhelfer, nachbeten: »Wir können doch nichts machen, denn wir haben keine Führer«. Jeder Arbeiter, der denken und handeln will, ist ein »Führer«, wenn er den regelmäßigen organisierten Kontakt mit den Mitarbeitern in der eigenen Abteilung und in den anderen Werkhallen aufnimmt und sich mit ihnen berät, was zu tun ist. Wenn der Arbeiter das tut, so kann es nicht geschehen, daß der antifaschistische Aktivist hinter den Ereignissen herhinkt. Es kann nicht mehr vorkommen, daß ein antifaschistischer Arbeiter von dieser oder jener Widerstandsaktion in anderen Werkabteilungen erfährt – aber erst, wenn sie vorbei ist.

Darum ist der Zusammenschluß aller hitlerfeindlichen Werktätigen unter der Parole des »Freien Deutschland« zu Volksausschüssen[1] und Kampfkomitees der unmittelbar notwendige Schritt, um die Kräfte nicht weiterhin zu zersplittern, um die Arbeitssabotage bewußt und planmäßig vorwärts zu treiben und sie in höhere Formen des Widerstands zu verwandeln. Nur durch organisierte, zusammengefaßte und überlegte Aktivität aller Werktätigen in Zusammenarbeit mit Bauern, Intellektuellen und Soldaten kann *Hitler* gestürzt und Deutschland befreit werden.

DOKUMENT 144

Ende 1944: Vorschläge deutscher Gewerkschafter in der Schweiz für ein gewerkschaftliches Programm der Nachkriegszeit

AdsD, Akte J 15 Bezirk Schwaben 1945/46. Maschinenschrift. Überschrift: »Programm der deutschen Gewerkschaft nach dem Kriege«.[1]

1. Koalitionsrecht für alle Arbeiter, Angestellte und Beamte, Frauen wie Männer, Jugendliche und Lehrlinge beiderlei Geschlechts,[2]

Schutz in allen Fragen des Arbeitsplatzes und gewerblichen Lebens durch fortschrittliche und soziale Tarifverträge für alle Branchenangehörigen,

1 Vgl. hierzu »Bildet Volksausschüsse«, Quelle wie Kopfregest.

1 Das Dokument enthält den handschriftlichen Vermerk: »Überreicht durch Baur, Val[entin], Augsburg«; der vermutlich auch der Autor dieses Dokumentes ist.

2 Vgl. hierzu auch Dok. 142.

gerechte Lohn- und Gehaltspolitik auf der Grundlage eines garantierten menschenwürdigen Existenzminimums, gleiche Entlohnung von Mann wie Frau bei gleicher Leistung.

2. Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechtes:[3]

wie Betriebsrätegesetz, Arbeitsgerichtsgesetz usw., gesetzliche Sicherung und Festlegung der Arbeitszeit, Mindest- wie Höchstarbeitszeit für alle Kategorien von Arbeitern, Angestellten und Beamten, 40-Stundenwoche,

gesetzliche Urlaubssicherung für jedermann, einschl. Jugendliche,

Ausbau der Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Angestelltenversicherung zu einer umfassenden Volksversicherung für alle Lebensnotlagen wie Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit, Witwen- und Hinterbliebenenversicherung usw.,

wissenschaftlich geführter Unfallschutz und Betriebshygiene,

besten Jugendschutz und Lehrlingsausbildung.

3. Aufbau einer demokratisierten Wirtschaftsordnung[4] mit völlig gleichberechtigter Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten durch ein entsprechendes Betriebsrätegesetz und zu errichtende Wirtschaftskammern.

4. Durchführung einer gemeinwirtschaftlichen Plan- und Bedürfniswirtschaft aller Güter durch:

a) gemeinwirtschaftliche Ausnützung der Bodenschätze, Wasserkräfte, Naturgüter,
b) Vergesellschaftlichung (oder Vergenossenschaftlichung) der Schlüsselindustrien, der Banken und Versicherungen sowie des Großgrundbesitzes zum Zwecke der Sicherstellung der Existenz des Volkes und aller aus der Wiedergutmachung entspringenden Aufgaben.

5. Einführung eines mustergültigen und zweckmäßigen Unterstützungswesens:

Streik- und Maßregelungsunterstützung,
Kranken- und Arbeitslosenunterstützung,
Invalidenunterstützung,
Notlageunterstützung,
Sterbegeld.

6. Aktivierung und Pflege der internationalen Beziehungen zu allen sozialistischen Arbeiterorganisationen der Welt, Beteiligung an den Sozialorganen der Vereinten Nationen (Weltsicherheitsorganisation).

7. Förderung aller Genossenschaften, die der Steigerung und Sicherung des Wohlstandes der Allgemeinheit des Volkes dienen.

8. Systematische Förderung aller sozialen Wissenschaften und Beziehungen zu anderen arbeitenden Volkskreisen wie Gewerbe, Landwirtschaft und freien Berufe.

9. Errichtung von wissenschaftlichen Studienkommissionen zur Erforschung von wirksamen Mitteln und Methoden zur bestmöglichen Erreichung der Ziele der Gewerkschaften und kollegiale Zusammenarbeit mit den sozialistischen Parteien.

10. Förderung aller Bestrebungen, die der Gesundheitspflege und Bildung von Geist und Körper der arbeitenden Jugend dienen.

3 Vgl. ebd.

4 Vgl. zum folgenden auch »Richtlinien der Union deutscher Sozialisten in der Schweiz zum Wiederaufbau Deutschlands«, in: Neues Deutschland im neuen Europa, 1. Jg., Nr. 2, Mai 1945.

DOKUMENT 145

Anfang 1945: Die Bewegung »Freies Deutschland« zur Bedeutung der neuen deutschen Gewerkschaftsbewegung

Bewegung »Freies Deutschland« in der Schweiz, Um Deutschlands nächste Zukunft, o.O., o.J., S. 34f.

Sehr große Bedeutung ist der neuen deutschen Gewerkschaftsbewegung beizumessen. Sie wird da sein, weil sie da sein muß. Sie wird ein machtvoller Träger des neuen demokratischen Deutschland sein. Sie wird aus ihrer großen Geschichte, die durch die Naziära unterbrochen wurde, das Beste für die neue Zeit übernehmen und am Aufbau entscheidenden Anteil nehmen. Gerade die Gewerkschaften werden bei der Ingangsetzung der Produktion und beim wirtschaftlichen Aufbau nicht nur nötig sein, sondern ganz bedeutungsvolle Funktionen zu erfüllen haben.[1] Die besonderen Aufgaben bestehen zunächst im vorbereitenden Wiederaufbau der Deutschen Gewerkschaften durch die Sammlung und Mobilisierung aller Gewerkschafter innerhalb der deutschen Arbeitsfront und der Armee gegen den Faschismus, um in der gemeinsamen Niederringung *Hitlers* die Basis einer deutschen Einheitsgewerkschaftsbewegung zu schaffen. Gerade die Gewerkschaftsmobilisierung ist eine wichtige Ausgangsposition des organisierten Widerstands, die am wenigsten durch Mißtrauen und Kleinmut angekränkelt ist. Die gemeinsame Verbundenheit aller Gewerkschafter, die Erinnerung an eine jahrzehntelange Gemeinschaftsarbeit im Sinne der fortschreitenden Emanzipation der Arbeiterklasse, die ständige Tuchfühlung im Arbeitsprozeß haben Voraussetzungen geschaffen, die eine Aufstellung besonders aktiver Kampfkader gegen den Faschismus ermöglichen. Die klassenbewußten Gewerkschafter, das sind ganz besonders legitimierte Vertreter der Arbeiterbewegung und damit besonders anerkannte Gegner des Faschismus. Ihre Gewinnung und Kampfbereitschaft ist darum eine Voraussetzung, die Transmission der fortgeschrittenen Kräfte der Arbeiterbewegung zum arbeitenden Volke und allen fortschrittlichen Kreisen.

1 Dazu heißt es im Programm der Bewegung »Freies Deutschland« in der Schweiz: »Neuaufbau einer freien deutschen Gewerkschaftsbewegung, die der Arbeit ihren Lohn garantiert sowie das Recht auf ausreichenden Urlaub für alle Lohn- und Gehaltsempfänger, Mitbestimmungsrecht der Belegschaften bei Organisierung und Lenkung der Produktion«. An anderer Stelle heißt es: »Förderung der Volkswirtschaft und Schutz vor der Arbeitslosigkeit durch Industrie- und Produktionskontrolle der Arbeiter und Angestellten in Industrieausschüssen und Fabrikkomitees«; vgl. Unser Weg. Bericht von der ersten Tagung der Bewegung »Freies Deutschland« in der Schweiz am 27./28. Januar 1945, o.O., o.J., S. 31.

DOKUMENT 146

12. 4. 1945: Brief von Valentin Baur, Locarno, an Hans Dohrenbusch, Zürich

IfZ, Nl. Valentin Baur, F 204, Bl. 136. Maschinenschriftliche Durchschrift.

Lieber Freund Hans,[1]

besten Dank für Deine Zeilen vom 7.4.[2] und die Zusendung der Exposés. Beiliegend ein Entwurf zu einem Gewerkschaftsprogramm[3] sowie das Sofortprogramm der Kollegen in London[4]. Ich bitte Dich, im AWH[5] die entsprechenden Abschriften machen zu lassen und sie den Kollegen der Gewerkschaftskommission[6] zuzusenden, damit sie dieselben vor der Sitzung studieren können und eventuelle Ab- oder Ergänzungsanträge dazu stellen können. Da nicht viel Zeit ist, soll alles gut vorbereitet sein. Von der Bildung von Einheitsgewerkschaften im Aachener Industriegebiet habe ich gehört, die Kollegen dort scheinen also weiter zu sein als man sich in der Kommission entschließen konnte.[7] Nun, ich hoffe, daß die Kollegen nach dem Studium der Exposés den ungeheuren Wert und Vorteil einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation erkannt haben in seinem vollen Umfange und sich entschließen können, sich dafür mit ganzer Kraft einzusetzen für diese Idee. Sei überzeugt, kommt es zu der Bildung einer einheitlichen Organisation, so ist für den Aufbau der deutschen Arbeiterbewegung ungeheuer viel gewonnen. Man wird dies erst später einmal in vollem Ausmaße erkennen und würdigen können.

Wir haben die Pflicht, mit Kühnheit alle Probleme zu lösen. Wir dürfen uns keine Chance entgehen lassen und müssen alles alte Denken überwinden.

Von dem Kollegen *Crispien*[8] habe ich Nachricht, daß er mit meinem Briefe bei dem Kollegen *Ilg* K[onrad][9] war und dieser der Gewerkschaftskommission sofort ein Darlehen bzw. einen Kredit von 1000 Fr. eingeräumt hat[10], wovon er sofort Fr. 550,– an *Crispien* zur Auszahlung brachte.

1 Vermutlich Hans Dohrenbusch, mit dem Baur »zusammengearbeitet« hatte, vgl. Röder, Handbuch, S. 41. Hans Dohrenbusch, geb. 9.8.1904, Eisendreher, Journalist, ab 1923 Gewerkschaftsfunktionär. Nach 1933 illegale Tätigkeit, u.a. in Verbindung mit der ITF; zus. mit W. Heidorn (W. Hansen) Bezirksleiter Köln/West des ISK/Unabhängige Sozialistische Gewerkschaft. 1937 Flucht in die Schweiz, Mitbegründer von »Das Demokratische Deutschland«; seit 1923 – mit Unterbrechung: ISK – SPD.

2 Vgl. Dok. 142, 144.

3 Nicht in den Akten.

4 Vgl. Dok. 234.

5 Vermutlich Arbeiter-Hilfswerk (AHW), von dem Dohrenbusch unterstützt wurde; vgl. Röder, Handbuch, S. 134.

6 Zu den Mitgliedern vgl. Dok. 147, Anmerkung 1.

7 Kritischer gegenüber der Aachener Gewerkschaftsgründung war Fritz Werkmann: Probleme des Gewerkschaftsaufbaus, in: Neues Deutschland im neuen Europa, 1. Jg., Nr. 4, Juli 1945.

8 Arthur Crispien (4.11.1875–29.11.1946), Theatermaler, seit 1894 SPD- und Gewerkschaftsmitglied, ab 1917 Mitglied, 1919 Vorsitzender der USPD, ab 1922 Mitglied des SPD-Parteivorstandes, 1920–1933 MdR.

9 Konrad Ilg (1877–1954), ab 1909 Sekretär, später Präsident des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes, 1920–1954 Sekretär des IMB, 1918–1947 Mitglied des Nationalrats der Schweiz.

10 Am 5.4.1945 hatte Valentin Baur Konrad Ilg die Bildung einer deutschen Gewerkschaftskommission mitgeteilt und um finanzielle Unterstützung des Schweiz. Metall- und Uhrenarbeiterverbandes gebeten. Zum Gewerkschaftsaufbau heißt es in dem Schreiben: »Es kam einstimmig [in der Gewerkschaftskommission] zum Ausdruck, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung aufgebaut sein muß

Ein guter Anfang, nicht wahr? Ich hoffe, daß ich zum 21. Urlaub erhalte und wir dann alles besprechen können, was nötig [ist].

Quartier habe ich, wie das letzte Mal. Darum brauchst Du Dich also nicht bemühen. Deinen weiteren Nachrichten sehe ich also entgegen.

Für heute mit besten Grüßen

DOKUMENT 147

1. 5. 1945: Gewerkschaftliche Sofortaufgaben für Deutschland

Neues Deutschland im neuen Europa, Nr. 2, Mai 1945. Überschrift: »Gewerkschaftliche Sofortaufgaben für Deutschland, aufgestellt von der Gewerkschaftskommission der Union deutscher Sozialisten in der Schweiz«.[1]

1. Mitwirkung bei der Befreiung der politischen Gefangenen und der anderen Opfer des Naziterrors.

2. Kameradschaftliche Zusammenarbeit mit den noch in Deutschland befindlichen ausländischen Arbeitern und Arbeiterinnen zur Verbesserung ihrer Lage.

3. Mitwirkung bei der Liquidierung der DAF und aller anderen Naziorganisationen, bei der Säuberung des öffentlichen Lebens, der Verwaltung und der Wirtschaft. Mitwirkung bei der Fernhaltung aktiver Nazi und Naziagenten aus den neuen demokratischen Organisationen, dem öffentlichen Leben, der Verwaltung und der Wirtschaft. Organisierung eines Sicherheitsdienstes zum Schutze der in öffentlichen Diensten stehenden Genossen und Republikaner.

4. Mitwirkung bei der Anpassung der Lohn- und Arbeitsbedingungen an die veränderten Verhältnisse. In der Übergangszeit werden die Gewerkschaften auch aktiv mitzuwirken haben bei der Sicherung der Lebensmittelbeschaffung und gerechter Verteilung der Lebensmittel, der Überwachung der Wohnungs-, Kleidungs- und Brennstoffbewirtschaftung, bei der Förderung der Umgestaltung und Demokratisierung des öffentlichen Lebens, der Verwaltung und des Wirtschaftslebens. Verhinderung von Korruption und Bereicherung beim Neubau von Wohnungen, Betrieben und öffentlichen Anlagen usw.

5. Arbeitsrecht und Sozialverwaltung: Alle seit dem Beginn des Naziregimes erlassenen Gesetze, Verordnungen, Bestimmungen usw., die Naziprinzipien Rechtskraft verliehen haben oder Diskriminierung festlegten, sind mit sofortiger Wirkung außer Kraft zu setzen.

Die Gewerkschaften werden bei der Ersetzung der Nazi-Arbeitsgesetze, Verordnungen usw. durch ein einheitliches Arbeits- und Sozialrecht und bei der Umgestaltung der Arbeitsverwaltungen durch Übergangsbestimmungen, die den Ausgangspunkt für

auf demokratischer Grundlage und Selbstverwaltung, die Mitgliedschaft eine freiwillige sein muß und die Gewerkschaftsbewegung völlig unabhängig von Staat, Parteien und Unternehmertum sein muß«. In: AdsD, IMB-Bestand.

1 Die »Union deutscher Sozialisten und Gewerkschafter« war eine der Gruppen der Arbeitsgemeinschaft »Demokratisches Deutschland« (DD). Im September 1945 gehörten von Gewerkschaftsseite Franz Bögler, Valentin Baur, Peter Fischer und Paul Nusch der Leitung der »Union« an; vgl. Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft »Demokratisches Deutschland«, 1. Jg., Nr. 1, September 1945. F. Bögler war zu diesem Zeitpunkt auch Mitglied des Hauptausschusses und Leiter des Generalsekretariats des DD.
Paul Müller stieß offensichtlich erst Mitte Juni dazu. Vgl. Brief von Paul Müller an Franz (im Original irrtümlich Wilhelm) Bögler. In: IfZ, Nl. Valentin Baur, F 204, Bl.144.

ein demokratisches, fortschrittliches Arbeitsrecht und für demokratische Arbeitsverwaltung und Berufsausbildung bilden können, maßgeblich mitzuwirken haben.

Die Tarifvertragsordnung, vom 23. Dezember 1918 ist provisorisch in Kraft zu setzen, sie dient als Grundlage bei der Neuregelung von Tarifverträgen. Ebenso sind die für die Sicherung gewerkschaftlicher Tätigkeit in den Betrieben wesentlichen Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes vom 4. Februar 1920 (insbesondere die Artikel 84 und 96, 66 und 78 – Mitwirkung der Betriebsvertretung und Schutz vor Kündigung wegen gewerkschaftlicher Tätigkeit) provisorisch bis zu einer Neuregelung in Kraft zu setzen.

6. Betriebsrätewahlen: Bis zur Durchführung von Betriebsrätewahlen werden Betriebsausschüsse gebildet und Vertrauensleute gewählt, diese bilden die Grundlage der neuen Gewerkschaften.[2] Die Betriebsräte und Vertrauensleute sind auch Organe der Gewerkschaften und sind in diesen Funktionen gesetzlich zu schützen.

7. Wir hoffen, daß die deutschen Gewerkschafter bei der schwierigen Wiederaufbauarbeit auf die Hilfe kundiger Berater aus den Reihen ausländischer Gewerkschafter rechnen können, und wir würden es begrüßen, wenn von der internationalen Gewerkschaftsbewegung entsandte Gewerkschafter mit ihrer Erfahrung helfen würden, insbesondere durch Mitarbeit in der gewerkschaftlichen Neuaufbaukommission. Bei der Umgestaltung des Arbeitsrechtes und der Sozialversicherung wäre der Rat erfahrener Sozialpolitiker, insbesondere aus dem Kreise des Internationalen Arbeitsamtes (IAA), eine außerordentliche Hilfe.

Wir sind überzeugt, daß die enge Zusammenarbeit mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung das Vertrauensverhältnis schaffen wird, das die Grundlage für die Wiedereingliederung der deutschen Gewerkschaften in die internationale Gewerkschaftsbewegung ist und wesentlich zur Eingliederung des erneuerten und friedliebenden Deutschlands in die Weltgemeinschaft der Völker beitragen wird.

Zürich, 1. Mai 1945.

DOKUMENT 148

September 1945: Stellungnahme der Gewerkschaftskommission der »Union deutscher Sozialisten in der Schweiz« zur Gewerkschaftseinheit

Neues Deutschland im neuen Europa, 1. Jg., Nr. 6, September 1945. Überschrift: »Vorwärts zur Gewerkschaftseinheit«.[1]

In den Jahren nach dem Kriege 1914/18 versuchten weitsichtige Gewerkschaftsfunktionäre der freien Gewerkschaften Deutschlands die von der Entwicklung überholte Form von 46 Berufsverbänden durch eine freiwillige Fusion zu Industrieorganisa-

2 Vgl. ebd., Nr. 5, August 1945, »Die deutsche Arbeiterbewegung beim Wiederaufbau«.

1 Die Datierung bei Klein, Vereint, S. 111 und Ross, Gewerkschaften, S. 139 (»April/Mai 1945«) trifft nicht zu. Das Dokument befindet sich auch als Flugschrift in: AdsD, Akte J15 – Bezirk Schwaben 1945/46. Das endgültige Dokument »Vorwärts zur Gewerkschaftseinheit«, das als letzten Teil zusätzlich die »Gewerkschaftlichen Sofortaufgaben« (vgl. Dok. 147) enthält, befindet sich in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. W. Hansen, Bd XIX. Das vorliegende Dokument enthält die Vorbemerkung: »Die Gewerkschaftskommission der Union deutscher Sozialisten in der Schweiz hat in längeren Beratungen zum Neuaufbau der deutschen Gewerkschaftsbewegung Stellung genommen. Sie unterbreitet hier ihren Organisationsvorschlag und stellt ihn zur Diskussion«.

tionen zu überwinden.[2] Dieser Prozeß war in Fluß geraten und in vollem Gange, als er durch die Machtübernahme der Nazis und die Gleichschaltung der Gewerkschaften zur DAF gewaltsam unterbrochen wurde.

Die DAF war eine Zwangsorganisation für die Arbeiter, Angestellten, Beamten und Unternehmer. Die Leitung der DAF entschloß sich zu dieser Organisationsform, um die Arbeiter und die Wirtschaft wirksam überwachen zu können.

Die deutsche Industrie hat nach 1918 eine stürmische Entwicklung in der Zusammenschließung zu Kartellen und Konzernen in horizontaler wie vertikaler Richtung genommen. Die Wirkungsbereiche und Arbeitsgebiete der einzelnen Gewerkschaften überschnitten sich deshalb dauernd und erzeugten bei Lohnbewegungen fortwährend große Komplikationen und Reibungen. Allen einsichtigen Gewerkschaftsfunktionären drängte sich daher die Überzeugung auf, daß man zur Bildung von umfassenderen Gewerkschaftsorganisationen schreiten müsse. Die Bildung von Industrieorganisationen wurde erstrebt. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, wäre dieser Entwicklungsprozeß durch das Naziregime nicht unterbrochen worden, so hätte er zur Industrieorganisation geführt. Es ist heute weiter zu beachten, daß während der letzten zwölf Jahre, begünstigt vom Naziregime, der Konzentrationsprozeß in der Industrie, im Banken- und Versicherungswesen ganz erheblich weiter fortgeschritten ist.

Jeder geschulte Gewerkschafter weiß, daß man diese Wirtschaftsentwicklung nicht einfach wieder auf alte Ausgangsstufen zurückführen kann. Die heute erreichte Organisation der deutschen Wirtschaft muß in neuer Richtung umgewandelt werden.

Aus diesen und vielen anderen Gründen ist es dringend notwendig, daß die Organisationsform der neuen Gewerkschaft in Deutschland alle jene Voraussetzungen in sich bergen muß, um bei der jetzigen wirtschaftlichen und politischen Situation Kämpfe mit Erfolg führen zu können. Dies besonders dann, wenn es gilt, die deutsche Wirtschaft zu demokratisieren, sie zu einer Wirtschaft umzuwandeln, bei der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufgehoben ist.[3]

Denken wir auch daran, daß für die deutsche sozialistische Arbeiterschaft der Neuaufbau ihrer Bewegung am schwierigsten sein wird, weil das Verbrecherregime Hunderttausende der besten Genossen und Gewerkschafter, die geschulte Kräfte waren, ermorden ließ. Die deutsche Arbeiterschaft muß also mit stark reduzierten Kräften an die Aufgabe des Neuaufbaues herantreten. Es ist deshalb ein ehernes Gesetz für uns, jede organisatorische Zersplitterung zu vermeiden und Organisationsformen zu entwickeln, die es ermöglichen, allen Aufgaben gerecht zu werden.

Wir stehen also vor der Notwendigkeit, eine Gewerkschaft zu schaffen, die den uns gestellten großen Aufgaben gewachsen ist. Es sind nicht nur Tagesaufgaben zu erledigen, wie Lohnkämpfe sie mit sich bringen. Die Gewerkschaft muß fähig sein, den Arbeitern, Angestellten und Beamten das Recht der Mitwirkung und Entscheidung in den Betrieben und wirtschaftlichen Kommandohöhen zu geben. Die Vergangenheit hat uns gelehrt: die politische Demokratie muß wirkungslos bleiben, wenn sie sich nicht auch auf den Organismus der gesamten Wirtschaft erstreckt. Es gilt die kapitalistische Wirtschaft durch eine Wirtschaftsordnung zu ersetzen, die jedem Schaffenden seine Existenz sichert.

Zwölf Jahre Naziregime, davon fast sechs Jahre totalster Krieg, haben eine unvorstellbare Not hinterlassen. Der Besitz von Millionen von Familien liegt in Schutt und Asche. Aus dieser Katastrophe kann uns nur echte und tiefe Solidarität des gesamten Volkes führen.

2 Vgl. Ruck, Quellen II.

3 Vgl. hierzu auch »Richtlinien der Union deutscher Sozialisten in der Schweiz zum Wiederaufbau Deutschlands«, in: Neues Deutschland im neuen Europa, 1. Jg., No. 2, Mai 1945.

Für unbestimmte Zeit wird Deutschland von einer Regierung der Siegermächte verwaltet und beherrscht. Auch da obliegt der neuen Gewerkschaftsbewegung eine große Aufgabe. Das deutsche Volk muß sich bewußt werden, daß es den Aufbau der Heimat aus eigener Kraft vornehmen muß. Daß es darüber hinaus freiwillig und aus eigenem Antriebe die Wiedergutmachung der Schäden in den anderen Ländern, die es durch den Krieg des Hitlerregimes mitverursacht hat, nach besten Kräften vornehmen muß. Das deutsche Volk muß vor allem das Vertrauen der Welt wieder gewinnen durch aufrichtige Zusammenarbeit mit allen Völkern.

All dies kann nur erreicht werden, wenn die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland den Platz einnimmt, der ihr ihrer Bedeutung nach zukommt. Die Gewerkschaftsbewegung, die geschlossen, zielbewußt und in Kenntnis und Beachtung der wahren internationalen Sachlage an die Lösung der Aufgaben – Wiedergutmachung und Verständigung – geht, kann die Kräfte mobilisieren, die in all den Jahren des Terrorregimes in ständigem Kontakt mit der großen internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung waren. So wird die Gewerkschaftsbewegung zur großen Hoffnung, daß Deutschland wieder in die Völkergemeinschaft zurückgeführt wird.

Für jeden einsichtigen Gewerkschafter ist sofort ersichtlich, daß die 46 Berufsverbände des ehemaligen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes [1932: 31 Mitgliedsorganisationen] nicht mehr in Frage kommen können, und daß es ferner nicht wieder christliche und Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften oder gar eine Rote Gewerkschaftsopposition geben darf, wenn die deutsche Arbeiterklasse nach diesem Kriege ihre geschichtliche Mission erfüllen soll.

Es gilt für die deutschen Arbeiter und Angestellten, Beamten und freien Berufe, zu einer raschen Sammlung aller guten und wahrhaft aufbauwilligen Menschen, Frauen und Männer zu kommen. Je schneller dies möglich ist, desto schneller wird der Aufbau und Neubau der deutschen Arbeiterbewegung und der deutschen Heimat möglich sein.

Das deutsche Bürgertum, dessen Parteien im Jahre 1933 der Verbrecherregierung *Hitlers* ein Ermächtigungsgesetz erteilten, kann einen sauberen und gerechten Aufbau nicht verbürgen. Dem Aufbau einer neuen Wirtschaftsordnung werden sich wesentliche Teile des Bürgertums sogar entgegenstellen. Die deutsche Arbeiterklasse hat alle diese Aufgaben zu lösen. Sie muß sich daher in ihren Organisationen Einrichtungen schaffen, mit deren Hilfe sie ihrem historischen Auftrage gerecht werden kann.

Die alte Welt ist tot. Die Zukunft ist mit denen, die dieser alten Welt resolut den Rücken kehren, die mit Mut und schöpferischer Phantasie, mit Verständnis und festem Willen die neue Welt bauen.

Und nun die Organisation selbst. Wir schlagen vor:

Die kommende Gewerkschaftsbewegung in Deutschland ist eine in Industriegruppen gegliederte Einheitsgewerkschaft; deren Name ist

Unabhängige Gewerkschaft Deutschlands

Diese ist demokratisch organisiert und aufgebaut. Sie ist unabhängig von Staat, Parteien, Unternehmertum und Behörden.

Die Unabhängige Gewerkschaft Deutschlands ist die Organisation aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten, Beamten und der Angehörigen freier Berufe. Der Beitritt ist freiwillig.

Die UGD gliedert sich in 12 Industriegruppen wie folgt:

1. Lebensmittel- und Genußmittelindustrie,
   Gastwirtsgewerbe,

2. Landwirtschaftsarbeiter und -arbeiterinnen, Forstpersonal, Hausangestellte,
3. Textil-, Leder- und Bekleidungsindustrie,
4. Bergbauindustrie
5. Baugewerbe.
6. Chemische Industrie
7. Metallindustrie
8. Typographisches Gewerbe
9. Betriebe des öffentlichen Dienstes, Transport- und Verkehrsunternehmungen: des Staates, der Gemeinden und des privaten Transport-Verkehrsgewerbes
10. Banken und Versicherungen
11. Theater-, Konzertwesen, Radio, Film
12. Lehr- und Erziehungspersonal, freie Berufe.[4]

Jede Industriegruppe umfaßt alle Arbeiter, Angestellten und Beamten, die in ihrem Bereiche tätig sind. Die Industriegruppe gliedert sich nach Bedarf in Branchengruppen.

Der Aufbau der UGD ist demokratisch und erfolgt organisch von unten nach oben. Das demokratische Element der UGD ist die Ortsgruppe mit ihrem Wahl- und Kontrollrecht, ihrem Organisationsleben in Betriebs-, Industriegruppen- und allgemeinen Mitgliederversammlungen.

Aufbau der Ortsgruppe

Alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten an einem Orte bilden zusammen die Ortsgruppe. In gemeinsamer Versammlung wählen dieselben eine Ortsverwaltung.

Die Ortsverwaltung besteht aus mindestens 11 Mitgliedern bei einer Mitgliederzahl bis zu 1000 Mitgliedern. In der Ortsverwaltung soll jede am Orte mit Mitgliedern beteiligte Industriegruppe mindestens mit einem Funktionär vertreten sein. Die Zahl der Vertreter der Industriegruppen erhöht sich um einen, für jedes weitere volle Tausend Mitglieder am Orte. Die Gesamtzahl der Mitglieder der Ortsverwaltung soll jedoch 35 Mitglieder nicht übersteigen.

Die Aufgaben der Ortsverwaltung sind: die Einziehung der Beiträge, die Auszahlung der Unterstützungen, die örtliche Vermögensverwaltung, die Beratung der Mitglieder, Gewährung des Rechtsschutzes, Bildungswesen, Jugendfragen sowie die Betreuung aller Mitglieder in Verbindung mit den Ausschüssen der Industrie- und Branchengruppen. Den Ortsverwaltungen ist gestattet, einen mäßigen Lokalbeitrag zu erheben, der jedoch nicht höher als 10 Prozent des Verbandsbeitrages sein soll.

Im Orts- und Verwaltungsbereich einer Ortsgruppe bilden die Mitglieder nach ihrer Beschäftigung in den verschiedenen Industriezweigen, entsprechend der Einteilung in 12 Industriegruppen, die Industriegruppen des Orts, wo notwendig, unterteilt in die Branchengruppen.

Die Gliederung nach Industriegruppen und deren Branchen erfolgt in der Gesamtgewerkschaft in gleicher Weise, also in der Ortsgruppe, dem Bezirk und in der Gesamtorganisation bis zum ehrenamtlich funktionierenden Teile des Hauptvorstandes. Für ihre Aufgaben sind die Industriegruppen selbständig in ihren Entscheidungen, soweit sie dabei nicht gegen die Interessen der Gesamtorganisation oder anderer Industriegruppen verstoßen. Jedes Mitglied muß wissen, daß die UGD auf der absoluten

4 Die Aufgliederung in 12 Industriegruppen folgt einer handschriftlichen »bildlichen Darstellung des Aufbaus der UGD«, die vermutlich von Valentin Baur angefertigt wurde, in: AdsD, Akte J15 – Bezirk Schwaben 1945/46.

Solidarität aufgebaut ist, ohne deren strengste Beachtung kein Erfolg auf die Dauer möglich ist.

Für die Finanzierung der Aufgaben der Industriegruppen und ihrer Branchen kommt nach einem gemeinschaftlich festgelegten Verteilungsschlüssel die Gesamtorganisation auf.

Jede Industriegruppe wählt sich einen Ortsausschuß. Dieser ist gleichzeitig die für die Lohnbewegungen zuständige Lohnkommission. In Verbindung mit den Sekretären des Ortes haben diese Ortsausschüsse die Regelung aller Lohn- und Gehaltsfragen sowie die Fragen des Arbeiter- und Angestelltenschutzes ihrer Gruppe zu überwachen und zu regeln.

Die Gewerkschaftsangestellten der Organisation haben alle Industriegruppen und Branchen zu beraten und zu vertreten.

An jedem Orte bilden alle Betriebsräte und Vertrauensleute der Ortsgruppe eine Arbeitsgemeinschaft. Die Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft sind: die Durchführung der Wahlen und die Schulung,

a) der Arbeitsrichter und Beisitzer bei den Arbeitsgerichten und Schlichtungsausschüssen;
b) der Vertreter zu den Sozialversicherungsorganen, wie Vorstände und Ausschüsse bei den Ortskrankenkassen, Betriebskrankenkassen, der Unfallversicherung, der Invaliden- und Angestelltenversicherung usw.

Die Wahl von Spezialkommissionen zur Durchführung der Aufgaben des Sofortprogramms[5] der Gewerkschaft, wie Überwachung und Sicherung einer gerechten Lebensmittelverteilung, gerechte Verteilung der Wohnungen, Verhinderung von Korruption und Bereicherung aus der Notlage der Heimat und des Volkes, Auflösung der DAF, Sicherstellung eventuell noch vorhandenen Vermögens für die neue Gewerkschaft, Reinigung der öffentlichen Ämter von Nazis und ihren Helfern. Besonders wichtig ist eine Kommission, die an jedem Ort alle auftretenden Fragen vertrauensvoll mit der Okkupationsmacht zu regeln versuchen muß.

Von Anfang an soll nach Möglichkeit eine breite Verteilung der Funktionen erfolgen, damit keine Überlastung der Funktionäre entsteht und alle Aufgaben sorgfältig erledigt werden können.

Aufgebaut auf den so organisierten Ortsgruppen ergibt sich für die Gesamtorganisation eine Zweiteilung: a) die Funktion der Gesamtorganisation, b) die Industriegruppen, deren Aufgabenteilung sich wie folgt regelt:

A. Für die Gesamtorganisation und ihre Organe – als da sind: Hauptversammlung, Hauptvorstand, Beirat der Betriebsräte, erweiterter Beirat – die einheitliche Führung der Gesamtgewerkschaft, sozialpolitisch, wirtschaftlich, taktisch und technisch, Fassung genereller Beschlüsse und Gesetze als für die Gewerkschaft gültig, Leitung aller Verhandlungen mit den gesetzlichen Instanzen, wie Parlament und Regierung, einheitliche Schulung aller Funktionäre, einheitliches Beitrags- und Unterstützungswesen, einheitliche Materialführung und -beschaffung, Vermögensverwaltung, gemeinschaftliche Presse und Literaturbeschaffung.

B. Für die Industriegruppen, Branchengruppen und deren Ortsverwaltungen, deren Wirkungsbereiche die Betriebe sind, bestehen folgende Aufgaben: Durchführung von Lohn- und Gehaltsbewegungen, Verhandlungen mit den Betriebsleitungen, den Genossenschaften, den Vertretern des Gewerbes und der Landwirtschaft, den Gemeinden usw.; Durchführung aller Beschlüsse der Gemeinschaftsorgane der Gesamtorganisation; Wahl der besoldeten Sekretäre der Ortsverwaltungen, Wahl der ehrenamtlich

5 Vgl. Dok. 147.

tätigen Funktionäre, Wahl der Delegierten zu den Hauptversammlungen der einzelnen Industriegruppen und zu etwaigen Branchenkonferenzen. Die für diesen Wirkungsbereich notwendigen organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen sind statutarisch festzulegen.

Der demokratische Aufbau der Gewerkschaft ergibt sich also aus der Organisierung der Industriegruppen und ihrer Funktion. Die Industriegruppen sind Abteilungen der Einheitsgewerkschaft. Sie haben ihre Jahres-Hauptversammlungen. In diesen werden unter Berücksichtigung der gemeinsamen Interessen der gesamten Organisation die Gruppeninteressen beraten. Entsprechend sind die Beschlüsse dieser Jahres-Hauptversammlungen. Ihre Anträge müssen in der Gewerkschaftsversammlung, um bindend zu werden, eine einfache Mehrheit finden.

Die Unabhängige Gewerkschaft Deutschlands hat ihren jährlichen Verbandstag. Er ist die für die Gewerkschaft gesetzgebende oberste Instanz und seine Beschlüsse sind bindend für alle Mitglieder. Seine Beschlüsse können nur korrigiert werden durch eine Urabstimmung der gesamten Mitgliedschaft. Der Verbandstag wählt mit Mehrheit: die 7 besoldeten Mitglieder des Hauptvorstandes, die Redakteure des Gewerkschaftshauptorgans, die Mitglieder der wissenschaftlichen Studienkommission.

Die Delegierten des Verbandstages werden in den Industriegruppen-Hauptversammlungen gewählt, die zwei Monate vor dem Verbandstag tagen. Jede Industriegruppe wählt entsprechend ihrer Stärke proportionell ihre Delegierten zum Verbandstag der UGD.[6] Für eine gewisse Übergangszeit werden alle Beschlüsse vorläufig gefaßt. Diese werden erst in das noch zu schaffende Organisationsstatut aufgenommen, wenn sie in drei aufeinanderfolgenden Verbandstagen Annahme fanden. Der Zweck dieser Maßnahme soll sein, die Gewerkschaftsbewegung in Fluß zu halten, weil das Besetzungsregime, der geistig-moralische Zustand des Volkes, die zerstörte Wirtschaft ein Ausnahmezustand sind. Die Organisation muß sich also in ihrem Aufbau für eine längere Übergangszeit den ökonomischen und politischen Verhältnissen gemäß entwickeln und ihre Taktik darauf einstellen können, wenn sie ihre Aufgaben erfüllen soll.

Der Hauptvorstand besteht aus:
1. sieben besoldeten Sekretären, von denen jeder ein bestimmtes Arbeitsgebiet zu verwalten hat;
2. aus je zwei unbesoldeten, ehrenamtlich tätigen Betriebsräten, die von jeder Industriegruppe bestimmt und delegiert werden.[7]

Den ersten Vorsitzenden des Hauptvorstandes stellen jeweils die besoldeten Mitglieder, den zweiten die ehrenamtlichen Mitglieder. Der Vorsitz soll unter den besoldeten Sekretären jedes Jahr wechseln.

Die Referatseinteilung der besoldeten Mitglieder des Hauptvorstandes der UGD ist:
1. Organisation, Werbung, Gewerkschaftspresse
2. Internationales Sekretariat
3. Betriebsräte- und Genossenschaftswesen
4. Lohn- und Gehaltsbewegungen, Urlaubswesen
5. Arbeitsrecht, Schulung, Bildungswesen, Kulturaufgaben, Jugend- und Lehrlingswesen, Organisierung von Studienreisen, Beratung und Vermittlung für Ferienaufenthalte
6. Sozialversicherung
7. Vermögensverwaltung, Bank der Gewerkschaft.

6 Vgl. hierzu die in Anm. 4 genannte Darstellung.
7 Vgl. ebd. Dort heißt es jedoch: »18 Betriebsräte als unbesoldete Vorstandsmitglieder«.

Dem Hauptvorstand wird ein Beirat von je drei Betriebsräten jeder Industriegruppe beigegeben. Dieser Beirat ist vom Verbandstage der UGD zu wählen. Er hat den Zweck, den Hauptvorstand in allen Fragen des Betriebes und der Wirtschaft mit seinen Fachkenntnissen und Erfahrungen, bei der Bearbeitung der Organisationsfragen, bei Ausarbeitung von Gesetzesvorschlägen an Parlament und Regierung zu beraten und ein Kontrollorgan zu sein über Ausübung und Vollzug gefaßter Gewerkschaftsbeschlüsse.

Für die Übergangszeit bis zur Neubildung der Organisation und der Schaffung ihres Statuts wird ein Erweiterter Beirat geschaffen. Dessen Aufgabe ist es, für notwendige unaufschiebbare Beschlüsse und Entscheidungen den Verbandstag zu vertreten, da dieser nur jährlich tagen kann, die außergewöhnliche Situation aber wohl häufiger die Entscheidung einer größeren veranwortlichen Körperschaft nötig macht.

Der Erweiterte Beirat setzt sich zusammen aus dem gesamten Hauptvorstand, dem Beirat der Betriebsräte, den 1. Vorsitzenden sämtlicher Industriegruppen, dem Hauptredakteur der Gewerkschaftszeitung sowie – mit beratender Stimme – den Mitgliedern der wissenschaftlichen Studienkommission.[8]

Die Schaffung einer einheitlichen, sich ihrer Aufgabe und Verantwortung – aber auch ihrer Bedeutung für unser Land und international – bewußten Organisation steht zwingend vor der deutschen Arbeiterschaft. Sie wird uns die demokratisch geschulten Kader geben, die in Gemeinde und Staat den Umbau der Verwaltung ermöglichen und sicherstellen. Sie wird Trägerin sein des Aufbaues einer organisch wachsenden Plan- und Bedarfswirtschaft, die allein die Sicherung der Existenz des ganzen Volkes, der Industrie, des Gewerbes, der Landwirtschaft gewährleistet. So wird die Gewerkschaftsbewegung zu dem entscheidenden Faktor einer konstanten, demokratischen und friedlichen Entwicklung des neuen Deutschland.

Die Unabhängige Gewerkschaft Deutschlands wird einerseits mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund bzw. dem sich eventuell bildenden Weltgewerkschaftsbund und anderseits mit den politischen Organisationen, die ihre Zielsetzung anerkennen und fördern, aufs engste zusammenarbeiten. So wird sie am Aufbau einer gerechten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mitwirken, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen unmöglich macht und die Gefahren, die in das heutige Chaos geführt haben, erst bannt und dann ganz beseitigt.[9]

8 Vgl. ebd. Dort fehlt der Hinweis: »mit beratender Stimme«.
9 Hier folgen im endgültigen Dokument (vgl. Anm.1) die gewerkschaftlichen Sofortaufgaben, vgl. Dok. 147.

VII. Deutsche Gewerkschaftsemigranten in Frankreich: Koordinationsausschuß deutscher Gewerkschafter, ADG-Landesgruppe, Deutsche Sprachgruppe in der CGT

DOKUMENT 149

20. 3. 1937: Protokoll der Gründungsversammlung des Koordinationsausschusses deutscher Gewerkschafter in Frankreich

BA, R 58, Nr. 725, Bl. 164–181. Überschrift: »Protokoll über die Zusammenkunft der in Frankreich lebenden deutschen Gewerkschaftler, stattgefunden am 20. März [1937] in Paris, Gewerkschaftshaus«. Maschinenschrift.

Kollege **Koppel** eröffnet die Konferenz und schlägt folgende Tagesordnung vor:

1. Begrüßungsansprache – Kollege *Koppel*
2. Bericht über die bisherige Arbeit des Arbeitskreises in Paris – Kollege *Weisheit*
3. Diskussion
4. Beschlußfassung

Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Kollege **Koppel**[1] ergreift dann zur Begrüßung der erschienenen Kollegen das Wort und führt aus:

Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie aufs herzlichste, die Sie zu unserer heutigen Konferenz erschienen sind, um einen Schritt vorwärts zu tun in der Vereinigung aller aktiven Kräfte zur Wiederentfaltung unserer früher so mächtigen deutschen Gewerkschaftsbewegung. Ich begrüße besonders die so vielen Gewerkschaftskollegen bekannten Kollegen *Schulenburg*[2], *Süss*[3], *Merker*, *Oettinghaus*[4], die Kollegen der

1 Walter Koppel (oder Koppe?, vgl. ein ansonsten inhaltlich identisches Exemplar des abgedruckten Protokolls in: BA, SAPMO, ZPA, I 2/708/138), vor 1933 Bezirkssekretär des Zentralverbandes der Hotel- und Restaurantangestellten in Osnabrück, ab 1935 Mitglied der Provisorischen Hauptverwaltung dieser Organisation.

2 Gustav Schulenburg, geb. 7.3.1874, Schlosser, ab 1905 Angestellter des DMV in Straßburg, ab 1906 Vorsitzender des Landesgewerkschaftsausschusses in Elsaß-Lothringen, 1918 Vorsitzender des ADGB-Ortsausschusses in Karlsruhe, 1933 Emigration nach Frankreich, ab März 1937 Vorsitzender des Koordinationsausschusses deutscher Gewerkschafter in Frankreich; SPD.

3 Bruno Süss (26.8.1876–1943), Deckname »Carlloss«, Holzarbeiter, kaufmännischer Angestellter, ab 1898 Gewerkschaftsmitglied, ab 1918 Bezirksleiter des Verbandes der Bureauangestellten für Sachsen, ab September 1920 einer der Vorsitzenden des Afa-Bundes, ab April 1924 Gauleiter des ZdA und Bezirksleiter des Afa-Bundes für Rheinland und Westfalen in Düsseldorf, 1933 Flucht nach Saarbrücken, 1935 in die Niederlande, später nach Frankreich, ab 1938 Sekretär des ADG-Länderkomitees, Leiter des ADG-Landesverbandes in Frankreich und Redakteur des Nachrichtendienstes der ADG; ab 1898 SPD, 1918 Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates und November 1918 – Juli 1920 Regierungsbeauftragter in Sachsen.

4 Walter Oettinghaus (26.2.1883–17.9.1950), Former, Partei- und Gewerkschaftssekretär, ab 1901 Mitglied, 1910–32 Bevollmächtigter des DMV in Gevelsberg, Mitglied des erweiterten Beirates des DMV, ab 1931 leitende Funktionen in der RGO; 1933 Emigration nach Holland, später Paris, für die

früheren christlichen Gewerkschaften *Pick*[5] und *Hauser*[6], den Kollegen der Gewerkschaftsjugend *Markscheffel*[7] und den Kollegen[8] der Berliner Bauarbeiter.

Bevor ich jedoch fortfahre, will ich eine Ehrenpflicht erfüllen. Nicht wenige Kollegen sind den Mordgesellen der Gestapo zum Opfer gefallen, in Spanien kämpfen tausende Kollegen gegen die *Hitler, Mussolini* und *Franco*, und viele von ihnen opferten ihr Leben für Freiheit, Recht und Demokratie. In Clichy fielen gerade vor zwei Tagen fünf Kollegen der französischen Bruderorganisation im Kampfe gegen den Faschismus. Ich bitte Sie, sich zum Gedenken dieser Helden und zu Ehren der in den Kerkern Hitler-Deutschlands befindlichen Antifaschisten von den Plätzen zu erheben. – – – Ich danke Ihnen.

Unsere heutige Konferenz, deren Zustandekommen wir der gemeinsamen Initiative[9] der Kollegen *Schulenburg, Pick, Kirn*[10], *Merker, Oettinghaus, Weisheit*[11] und der übrigen Kollegen, die in Paris seit langem im Interesse der Wiederentfaltung unserer deutschen Gewerkschaftsbewegung aktiv waren, verdanken, die möglich wurde durch die solidarische Unterstützung unserer französischen Bruderverbände [CGT], wurde einberufen, um den in Frankreich lebenden aktiven Gewerkschaftskollegen, die als Mitglieder einer bereits bestehenden Industriegruppenleitung oder als Person ihre Kraft für die Förderung der Arbeit der Kollegen im Lande einsetzen, die Möglichkeit zu einer Aussprache zu geben, damit eine bessere Koordinierung der Arbeit erreicht wird. Erreichen wir durch die heutigen Verhandlungen dieses Ziel, so glaube ich, haben wir ein gutes Stück Arbeit geleistet.

Ich gebe nun dem Kollegen *Weisheit* das Wort zu Punkt 2) der Tagesordnung.

Metallarbeiter Mitglied im Arbeitsausschuß des Koordinationsausschusses; ab 1901 SPD, später USPD, 1922 SPD, 1920–24 und ab September 1930 MdR (SPD), ab 1931 für die KPD, später Ausschluß aus der KPD.

5 Otto Pick (15.4.1882–17.4.1945), Schmied, Gewerkschaftsfunktionär, ab 1914 Sekretär des Christlichen Metallarbeiterverbandes, nach dem Saaranschluß Emigration nach Frankreich, als Vertreter der christlichen Gewerkschaften Mitglied des Arbeitsausschusses des Koordinationsausschusses; 1919–20 MdR (DDP), später Mitglied der Deutsch-Saarländischen Volkspartei.

6 Toni Hauser, Jugendleiter des Christlichen Metallarbeiterverbandes Saar; Zentrum.

7 Günter Markscheffel (geb. 16.11.1908), Journalist, bis 1933 Lokalredakteur, Flucht ins Saargebiet, 1935 nach Frankreich, ab 1938 Mitglied des Landesausschusses des Landesverbandes Deutscher Sozialdemokraten in Frankreich, Dezember 1944 Mitbegründer und Sekretär des Aktionsausschusses, ab Februar 1945 der Landesgruppe deutscher Sozialdemokraten in Frankreich, 1948–57 Vorsitzender des SPD-Bezirks Rheinhessen, 1950–57 MdL Rheinland-Pfalz, 1951–57 Landesvorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbandes.

8 Gemeint ist vermutlich Herbert Steike, Mitglied des Deutschen Baugewerksbundes seit 1918, später Mitglied des Einheitsverbandes der Berliner Bauarbeiter, Mitglied der Reichsleitung dieser Organisation; vgl. Anwesenheitsliste der Zusammenkunft der in Frankreich lebenden deutschen Gewerkschaftler, stattgefunden am 20. März 1937 in Paris, Gewerkschaftshaus, in: BA, SAPMO, ZPA, I 2, 708/138.

9 Dies wird von R. Kirn bestritten; vgl. Dok. 150.

10 Richard Kirn, geb. 23.10.1902, Bergmann, Gewerkschaftsfunktionär, 1928–35 Bezirksleiter und Rechtsschutzsekretär des Saarländischen Bergarbeiterverbandes, 1936 von der CGT zum Sekretär des lothringischen Bergarbeiterverbandes ernannt, mit W. Frisch Leiter der Grenzstelle Forbach des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands, während des Krieges interniert und Auslieferung an die Gestapo, zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt; SPD, Sopade-Verbindungsmann in Forbach, 1946–55 1. Vorsitzender der SPS, 1947–55 MdL (Saarland), 1947–51 und 1952–55 Minister für Arbeit und Wohlfahrt des Saarlandes.

11 August Weisheit, vor 1933 Mitglied des Deutschen Baugewerksbundes, seit 1916 Vorsitzender der Sektion der Maurer in Magdeburg, im französischen Exil Mitglied KPF, März 1937 Sekretär des Koordinationsausschusses deutscher Gewerkschafter in Frankreich; wegen Vorwurfs »faschistischer Kollaboration« seitens der KPF Ausschluß aus der Gewerkschaftsarbeit.

Kollege **Weisheit**:

Kollegen! Die in Frankreich von einem Kreis deutscher Gewerkschaftler seit längerer Zeit zur Förderung der illegalen Bewegung in Deutschland geleistete Tätigkeit kann seit ungefähr 1 ½ Jahren wichtige Erfolge verzeichnen. Es ist in Frankreich seit jeher eine starke Stimmung vorhanden für praktische Solidarität mit der illegalen deutschen Gewerkschaftsbewegung. Das Pariser Proletariat ist am Schicksal der deutschen Gewerkschaftsbewegung stark interessiert. Als dann im Jahre 1934 einige Kollegen versuchten, dieses Interesse der französischen Kollegen in aktive Handlungen umzuwandeln, war die einzige Schwierigkeit nur, die richtige Form dafür zu finden.

Das gelang zum ersten Male in Verbindung mit dem Wuppertaler Prozeß[12], wo 628 deutsche Textilarbeiter und andere deutsche Gewerkschaftler vor den faschistischen Richtern standen und zu schweren Strafen verurteilt wurden. Damals sagten sich mehrere Kollegen in Paris, es ist doch wirklich notwendig, daß man die französischen Arbeiter und ihre Gewerkschaftsverbände direkt an dem Schicksal dieser deutschen Gewerkschaftler, an dem Schicksal der gesamten deutschen Gewerkschaftsbewegung interessiert, indem man Aufklärung unter ihnen schafft. Denn die zufälligen Nachrichten über die Ereignisse in Deutschland genügten nicht, um eine breite Solidaritätsbewegung zur Auslösung zu bringen.

Der Wuppertaler Prozeß wurde somit zum Ausgangspunkt unserer Arbeit. Wir haben uns damals an verschiedene französische Gewerkschaften gewandt und sie gebeten, Schritte im Interesse der in Wuppertal angeklagten Kollegen zu unternehmen. Wir haben den Metallarbeitern als eine der stärksten Pariser Organisationen vorgeschlagen, eine Delegation nach Wuppertal zu schicken, wenn möglich zusammen mit Kollegen von den Transportarbeitern, Staatsarbeitern etc. Wir fanden bei den leitenden Kollegen dieser Verbände ein gutes Verständnis. Sie waren mit unserem Vorschlag einverstanden, und es haben sich dann Kameraden und Kollegen gefunden, die nach Wuppertal gefahren sind, [...].[13]

Die Beschlüsse [des Internationalen Bergarbeiter-Kongresses in Prag], die im Interesse der deutschen Bergarbeiterbewegung gefaßt wurden, waren weitgehend, und die Kameraden schalteten sich in das Leben ihrer Berufsinternationale ein, fingen an, ihre Verbindungen auszubauen und haben bereits eine gute Bewegung an den Grenzen entfaltet. Und heute ist es so, daß die ausländischen Bruderverbände regelmäßig Beiträge für die Arbeit der deutschen Kameraden überweisen, da ein genereller Beschluß gefaßt worden ist, die Arbeit des deutschen Bergarbeiter-Ausschusses von der Internationale zu finanzieren.[14]

Eine ähnliche Entwicklung, jedoch nicht in derselben Form und nicht mit denselben Methoden, hat sich für die Kollegen der Hotel-, Restaurant- und Kaffeehausange-

12 Vgl. hierzu Bednareck, Gewerkschaftspolitik, S. 134ff; ferner MRC, MSS, 159/3/c/a/25 »Der Wuppertaler Gewerkschaftsprozeß der Sechshundert«.

13 Nicht abgedruckt die folgenden Ausführungen über eine französische Gewerkschaftsdelegation nach Wuppertal, eine Solidaritätsresolution der CGT und über eine Konferenz illegaler Bergarbeitergruppen (Gemeint ist höchstwahrscheinlich die Konferenz vom 23./24.5.1936, auf der es zur Bildung des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands kam) und über die Teilnahme von Vertretern des Bergarbeiterausschusses am Internationalen Bergarbeiterkongreß (August 1936) in Prag.

14 Das Protokoll des International Miners Congress, held at the Slovansky Ostrov, Prague, on the 3rd to 6th August, 1936, o.O., o.J., enthält keinen Hinweis auf eine Zahlungsverpflichtung des Internationalen Bergarbeiterverbandes (IBV) selbst. Die Solidaritätsbeiträge für die deutschen Bergarbeiter kamen von den Mitgliedsorganisationen des IBV, vgl. Peukert/Bajohr, S. 120f.; vgl. ferner Minutes of the 6th Meeting of the Executive Committee of the Miners International Federation 1934–1936 held at 211, Rue Lafayette, Paris, on the 10th May 1936, S. 4, in: IBV-Archiv, Brüssel.

stellten angebahnt[15], die von den französischen Kollegen ebenfalls solidarisch unterstützt wird.

Die Kollegen der Metallarbeiter[16] haben gerade in den letzten Tagen eine Zusammenkunft gehabt und einen wichtigen Schritt vorwärts getan. Wiederum ist es die französische Organisation gewesen, die bereit war zu helfen. Die Tagung kam folgendermaßen zustande: Die Kollegen von Renault hatten unter sich vereinbart, daß jemand von den deutschen Kollegen kommen solle, um sie über die gewerkschaftliche Arbeit in Deutschland zu unterrichten. Sie haben uns gebeten, einen Kollegen aus Berlin oder einer anderen Stadt kommen zu lassen. Am 2. Februar fand dann eine Delegiertenkonferenz des Renault-Betriebes statt, an der 2.000 Kollegen teilnahmen, um ihre deutschen Kollegen anzuhören. Ich kann Euch sagen, die Delegiertenkonferenz machte einen gewaltigen Eindruck, und sie war ein ungeheurer Erfolg. Aus ihr erwuchs der Gedanke: Wenn wir uns jetzt an unsere Föderation wenden, könnte dann nicht unsere Delegiertenkonferenz ein Schritt sein, um den deutschen Kollegen eine ständige Hilfe in ihrem schweren Kampfe zu leisten?

So kam am anderen Tage eine Zusammenkunft zwischen den deutschen Kollegen, die nach hier gekommen waren, und der französischen Organisation zustande. Die Kollegen der französischen Föderation erklärten uns: »Wir werden Euch helfen«. Und diejenigen Metallarbeiterkollegen, die gestern und vorgestern an der so zustandegekommenen Konferenz mit den französischen Kameraden teilgenommen haben, können bestätigen, daß diese ihr Wort hielten. Die Beschlüsse, die in dieser Metallarbeiterkonferenz gefaßt worden sind, werden sich als eine große Hilfe für die deutsche Metallarbeiterbewegung auswirken.

Bei den Angestellten[17] liegen die Dinge ähnlich. In der Unterhaltung mit den französischen Kollegen haben diese gesagt: »Wir wollen Euch helfen«, und sie haben dazu bereits praktische Schritte unternommen.

Kollegen! Es gibt noch eine ganze Reihe anderer Dinge, die ich aufzählen könnte, um unsere bisherige Arbeit zu schildern. Z. B. die Tatsache, daß die Bauarbeiterföderation sich ebenfalls entschlossen hat, den deutschen Bauarbeitern[18] zu helfen, ebenso die Transportarbeiter und andere Gruppen. Natürlich gab es oft Schwierigkeiten, um diese Resultate herbeizuführen, und es wird auch in Zukunft Schwierigkeiten geben. Aber diese Schwierigkeiten können überwunden werden, denn wir haben bei unserer Kleinarbeit bemerkt, daß bei den Föderationen großes Verständnis für unsere Arbeit und unter den Kollegen große Solidarität vorhanden ist. Hier sitzen einige Kollegen, die im Verlaufe des Monats Januar in den verschiedensten Industrien Frankreichs ca. 70 Gewerkschaftsversammlungen und Konferenzen besucht und dort für unsere Aufbauarbeit und deren Unterstützung gesprochen haben. Im Februar waren es nicht weniger als 40 bis 50 Versammlungen der verschiedensten Industriegruppen und auch der Monat März ist trotz der Dinge, die wir jetzt durchführen, nicht arm an dieser Arbeit zugunsten der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Die französischen Kollegen fragen uns bei dieser Arbeit, was in den einzelnen Industriegruppen in Deutschland vor sich geht, und wir geben ihnen Auskunft, soweit es unsere Informationen erlauben. Aber, Kollegen, es genügt nicht, den französischen Kollegen nur von den Opfern, die der illegale Kampf mit sich bringt, zu erzählen. Nein, wir müssen ihnen auch aufzeigen, unter welchen Bedingungen die deutsche

15 Vgl. Buschak, Arbeit, S. 143ff; vgl. ferner Paul Merker, Kurze Übersicht über den Stand der Gewerkschaftsbewegung, S. 8, in: BA, SAPMO, ZPA I/2/3/288.
16 Vgl. ebd.; vgl. ferner Bednareck, Gewerkschaftspolitik, S. 176; Buschak, Arbeit, S. 101ff.
17 Vgl. ebd., S. 161ff.; ferner Merker (Anm.15), S. 8f.
18 Vgl. ebd., S. 8.

Arbeiterklasse lebt und kämpft und wie sich die wiederentstehende Gewerkschaftsbewegung in Deutschland Wege für ihre Wiederentfaltung sucht. Und ich kann Euch sagen, unsere Kollegen, die an der Arbeit aktiv teilnahmen, haben fast jedes Dorf in Frankreich kennengelernt. Ihre Kampagnen führten sie nach dem Norden, dem Süden, Westen, Osten und ihre Arbeit war oft nicht leicht, denn die Kollegen waren lange der Gefahr ausgesetzt, infolge ihrer Tätigkeit ausgewiesen zu werden. Erst in letzter Zeit hat sich die Lage in dieser Hinsicht gebessert, denn die französische Gewerkschaftsbewegung ist jetzt viel stärker, so daß sich die Kollegen darauf beschränken können, nur in Gewerkschaftsversammlungen zu sprechen.

Neben den politischen werden durch diese Arbeit auch finanzielle Erfolge erzielt. Unsere Aufgaben waren also in der Vergangenheit, die französischen Kollegen über die Verhältnisse aufzuklären, unter welchen ihre deutschen Kollegen im faschistischen Deutschland zu leben und zu kämpfen haben, finanzielle Mittel aufzubringen, für die Förderung der deutschen Gewerkschaftsbewegung an der Vereinheitlichung der deutschen Gewerkschaftsbewegung mitzuhelfen. Beschließt die heutige Konferenz, unseren bisherigen Arbeitskreis zu vergrößern, werden natürlich auch noch größere Aufgaben gestellt werden.

Durch unsere Arbeit war es möglich, die Bewegungen der Bergarbeiter, der Metallarbeiter, Textilarbeiter, der Hotel- und Restaurantangestellten und andere auch finanziell zu unterstützen und ihnen in ihrer Entfaltung zu helfen.

Aber die französischen Kollegen wissen bereits, daß der Kampf, den wir als deutsche Gewerkschaftler führen, auch ihnen nützt. Ich will dazu ein Beispiel aus der Metallarbeiterkampagne anführen. Wir hatten eine Besprechung mit der Leitung der Pariser Metallarbeiterorganisation. Dort waren anwesend die Leitung und die deutsche Delegation. Es wurde berichtet, wie sich die Arbeitsbedingungen in der Berliner Industrie entwickelt haben. Aufgrund der Berichte erklärten die französischen Kollegen, daß gerade 3.000 Arbeiter und Arbeiterinnen aus der Pariser Spielzeugindustrie entlassen werden sollen. Der Unternehmer behauptet, er sei konkurrenzunfähig gegenüber dem Dumping Deutschlands geworden. Die Kollegen wiesen darauf hin, daß es jetzt die Aufgabe sei, diese Metallarbeiter aufzuklären. »Übermorgen findet eine große Versammlung der von der Entlassung betroffenen 3.000 Arbeiter statt. Dort müßt Ihr auftreten und Euren französischen Kollegen auseinandersetzen, daß es der Faschismus ist, der die deutschen Arbeiter zwingt, zu solchen schändlichen Löhnen zu arbeiten«.

Die Kollegen aus Berlin und Hamburg sind in die Versammlung gegangen. Sie wurden mit großer Freude begrüßt, und es ergab sich eine interessante und aufklärende Diskussion über die Wirkungen des faschistischen Druckes auf die Arbeitsbedingungen in Deutschland, auf die Arbeitsbedingungen in den anderen Ländern.

Die Informationen über das, was in Deutschland vorgeht, die den Zweck haben, die Solidarität zu wecken, das Interesse der französischen Kollegen so zu steigern, daß sie von sich aus sagen: Wir müssen den deutschen Kollegen in unserem und in ihrem Interesse helfen, ist der Ausgangspunkt unserer Arbeit.

Ich komme nun zum Schluß. Die Kollegen vieler französischer Organisationen hatten ihre Teilnahme an unserer Konferenz zugesagt. In Verbindung mit dem Begräbnis der Opfer des Blutbades in Clichy sind sie jedoch heute gerade sehr stark beschäftigt und können darum nicht erscheinen. Sie haben mich gebeten, das hier mitzuteilen. Wenn es ihnen irgend möglich ist, werden sie trotzdem noch jemanden schicken. Sie hoffen, daß wir verstehen werden, die unserer Konferenz gestellten Aufgaben, an denen sie ebenso stark interessiert sind, zu lösen. Wenn also die französischen Kollegen heute nicht persönlich hier anwesend sein können, und ihnen ist es in erster Linie mit zu danken, daß wir heute hier versammelt sind, und die französischen Kollegen werden

uns helfen, die Arbeit der Industriegruppenkomitees zu koordinieren und so unsere Kräfte zu vervielfachen. Sie sind am stärksten daran interessiert, daß sich unsere Arbeit einheitlich gestaltet, denn die französischen Kollegen haben gelernt, was es für die Arbeiterklasse heißt, einheitlich zu marschieren. Sie könnten nicht begreifen, würden wir uns hier nicht entschließen, die gewerkschaftliche Arbeit gemeinsam zu entfalten. Und ich glaube, es muß das gelingen.

Wir haben hier so alte Kollegen wie *Schulenburg*, *Süss*, Walter *Oettinghaus*, die sich alle unter den schwierigsten Verhältnissen durchs Leben schlagen müssen und die trotzdem den Gedanken an die Arbeit im Lande nie verloren haben. Wir haben hier die Kollegen *Pick* und *Hauser* aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung, die auch gestern an der Metallkonferenz teilnahmen. Wir haben hier sozialdemokratische, kommunistische und christliche Gewerkschaftler, die gewillt sind, gemeinsam zu arbeiten. Und ich glaube, eine so entfaltete Arbeit wird sich im Interesse der deutschen Gewerkschaftsbewegung auswirken. Ich bitte die Kollegen also, sich darüber zu unterhalten, wie die Arbeit in Zukunft auf breiterer Basis durchgeführt werden kann. Ich bitte, daß die Kollegen aus ihrer Erfahrung heraus grundsätzlich aufzeigen, welche Stellung sie zum Gewerkschaftsproblem einnehmen, ob es nach ihrer Meinung an der Zeit ist, die deutschen gewerkschaftlichen Kräfte in Frankreich in einem Ausschuß zusammenzufassen, dessen Aufgabe es sein müßte, die Arbeit zu koordinieren, die Verbindung mit den zentralen deutschen Gewerkschaftsstellen herzustellen, um so zu einer mehr zielbewußten Arbeit zu kommen.

Zum Schluß möchte ich nochmals dem Kollegen *Koppel* danken, der sich schon seit Monaten intensiv an der Arbeit beteiligt. Auch bitte ich Euch, daß Ihr zu unserer Arbeit kritisch Stellung nehmt als ein Stück Aufbauarbeit, die im Interesse der deutschen Gewerkschaftsbewegung durchgeführt wurde.

Kollege **Koppel**:

Wir kommen nun zum Punkt 3) der Tagesordnung: Diskussion. Als erstem Redner erteile ich dem Kollegen *Pick* das Wort.

Kollege **Pick**:

Meine werten Freunde! Unser Freund *Weisheit* hat Ihnen ja schon gesagt, um was es sich hier handelt. Und wenn vielleicht der eine oder der andere unter Ihnen überrascht sein sollte, über die Zusammensetzung dieser Tagung, besonders darüber, daß auch Kollegen aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung hier vertreten sind, so gestatten Sie bitte, daß ich Ihnen kurz sage, um was es sich nach unserer Auffassung handelt:

Wir betrachten die Ursache dieser Zusammenkunft erstens einmal in der gemeinsamen Not, in der sich die deutsche Arbeiterschaft ohne Unterschied der früheren Richtungen, ohne Unterschied des Bekenntnisses befindet. Wir betrachten aber die Ursache dieser Zusammenkunft auch in der hoffentlich vorhandenen Gemeinsamkeit der Ideen und der Gemeinsamkeit des Zieles. Die Not ist es, die uns alle mit unseren deutschen Arbeitsbrüdern verbindet. Ideen und Ziel müssen uns aber ebenfalls gemeinsam werden.

Liebe Freunde! Was uns in der sogenannten guten Zeit getrennt hat, das hat heute der Wille zum gemeinsamen Handeln zugeschüttet, und mein heißester Wunsch ist, daß alles, was uns jemals getrennt hat, für immer zugeschüttet und für immer vergessen sein möge.

Die Idee der Einigkeit, des gemeinsamen Wollens und des gemeinsamen Zieles ist erfreulicher Weise wohl da und muß es auch bleiben. Über das Ziel, glaube ich, sind wir uns auch einig. Es handelt sich um den Sturz des arbeiter- und gewerkschaftsfeindlichen Hitlersystems und um die Schaffung einer einheitlichen deutschen Gewerkschaftsbewegung. Diesem großen Ziele, liebe Freunde, muß sich und hat sich

alles andere unterzuordnen, hat sich auch die Vergangenheit und hat sich sogar unsere eigene persönliche Einstellung unterzuordnen. Wenn wir diese Großzügigkeit – das soll nicht Gesinnungslumperei sein – nicht aufbringen, dann, verehrte Freunde, werden wir Schwierigkeiten haben. Wir müssen, was hinter uns liegt, begraben, und die sich damals befehdeten, müssen Schicksalsgenossen und Kampfgenossen werden. Wir sind Gewerkschaftler, und ich bin der letzte, der daran denkt, irgendwie parteipolitische Töne anzuschlagen.

Aber mein Wunsch und der Wunsch meiner Freunde, die in unserem Lager wie ich denken, ist, daß es dem deutschen Volke, daß es der deutschen Arbeiterschaft neben einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung gelingen möge, auch eine einheitliche politische Vertretung ihrer Interessen zu finden[19]. Aber wenn einmal wieder mit unserer bescheidenen Mitarbeit in Deutschland eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung gesichert ist, dann, liebe Freunde, ist die deutsche Arbeiterklasse unüberwindlich.

Wir aber wollen und müssen handeln als verantwortungsbewußte Menschen. Erstens einmal für die Arbeit im Lande, und ich glaube, daß es da auch unter uns keine Meinungsverschiedenheiten gibt. Diese Arbeit muß dort geleistet werden, wo es möglich ist, und zwar in der Institution, die wir alle wie die Sünde hassen, die aber nun einmal vorhanden ist, und in der es für unsere Kameraden vielleicht unter den geringsten Gefahren möglich ist, zu ihrem Teil am Sturze dieses faschistischen Systems beizutragen, nämlich in der Deutschen Arbeitsfront.

Über die Arbeit im Auslande hat der Freund *Weisheit* schon gesagt, daß es hier gilt, vor allen Dingen darauf hinzuweisen, daß heute der deutsche Arbeitssklave, der er gegen seinen eigenen Willen geworden ist, für die freiheitsliebende Arbeiterschaft der übrigen Länder eine gefährliche Konkurrenz darstellt, wenn deutsche Proletarier Arbeit für einen Hungerlohn leisten. Denn das bedeutet nichts mehr und nichts weniger als ein Angriff der Reaktion auf eine geordnete Lebenslage der Arbeiterschaft im Auslande.

Werte Freunde! Nur ganz kurz noch zu der grundsätzlichen Seite, um was es geht. Wir sind bereit zur Mitarbeit, und wir erklären, daß für uns die Vergangenheit nicht mehr existieren darf, nur an die Zukunft müssen wir denken, daß wir alle Schicksals- und Kampfgenossen sind und mitarbeiten wollen am Aufbau einer einheitlichen deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Kollege **Koppel**: Das Wort hat der Kollege *Schulenburg*.

Kollege **Schulenburg**:

Kollegen! Freunde! Ich meine, bei unserer Tagung dürfen wir eines nicht außer Acht lassen und zwar, daß wir nach wie vor auf Widerstände stoßen werden und zwar bei der Institution, die als die sogenannte anerkannte Institution ausersehen war und ausersehen ist, bei der von der Internationale eingerichteten Geade[20]. Ich möchte nur mit ein paar Worten darauf hinweisen, warum und weshalb der Drang nach etwas anderem heute in so großem Maßstabe vorhanden ist und speziell im Lande der gewerkschaftlichen Einheit, in Frankreich. Es ist klar, daß auf einem solchen Boden auch bei denen der Gedanke zur Einheit reift, die bis dahin eine andere Meinung hatten. Ich möchte dazu zunächst einmal folgendes betonen: Warum ist eigentlich der Gedanke bei uns entstanden, etwas anderes zu tun als das, was bis heute geleistet worden ist? Ich habe vorhin darauf hingewiesen, daß eine Stelle [Geade] geschaffen wurde, die die illegale Arbeit oder aber die Gewerkschaftsarbeit für Deutschland

19 Diese Position galt nur für eine kleine Minderheit in der katholischen Arbeiterbewegung; vgl. J. Aretz, Katholische Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus, Mainz 1978.

20 Zur Position der ADG/Geade vgl. Dok. 27–35.

leisten sollte. In den letzten Monaten, man kann sagen in den letzten beiden Jahren entstand aber bei einem oder dem anderen Kollegen sehr oft der Gedanke: Reicht denn das aus, was von dieser Stelle geleistet wird? Kann denn die Arbeit, diese Riesenarbeit, die zu bewältigen ist, um den Wiederaufbau der freien Gewerkschaften Deutschlands durchzuführen, von diesen Kollegen allein vollbracht werden? Und viele frühere aktiv tätige Kollegen kamen immer mehr zu der Einsicht, daß andere Wege beschritten werden und andere Mittel angewandt werden müssen, um das Ziel, das wir uns als das Hauptziel gesteckt haben, zu erreichen.

Ich erinnere auch an die Zeit, wo jeder einzelne mehr oder weniger nach seinem eigenen Kopf gearbeitet hat, natürlich immer in dem Glauben, daß seine Person und seine Tätigkeit mithilft, das System in Deutschland zu stürzen. Ich erinnere auch daran, daß von Seiten der Kameraden der kommunistischen Richtung ungeheure Arbeit geleistet wurde. Ballen von Material wurden hinübergebracht, um es dort unter den früheren Gewerkschaftskollegen zur Verteilung zu bringen. Aber man mußte sehr bald erwägen, ob diese Methode richtig war, denn viele Kollegen wurden gefaßt und ungeheure Strafen verhängt. Und der eine oder der andere sagte sich: »Hast nicht auch DU mit dazu beigetragen, daß dieser oder jener ins Zuchthaus kam?« Und es entstand die andere Frage: »Gibt es nicht andere Wege, andere Mittel, um vorwärts zu kommen?«

Aber man hat auf einmal das Gefühl bekommen, daß die Arbeit, die geleistet wird, viel besser geleistet werden kann, wenn alle Ideen, alle Kräfte zusammengefaßt werden.

Kameraden! Ich glaube, jeder einzelne hier unter uns hatte Verbindungen mit drüben, sei es schriftlich oder mündlich. Er kam mit seinen früheren Bekannten, wenn möglich, zusammen. Die erste Frage, die wir stellten: »Was leistet Ihr im Innern?« Aber, Kameraden, dann kam die Frage des Freundes: »Was leistet Ihr denn im Auslande, um uns in unserem schweren Kampfe zu unterstützen? Könnt Ihr nicht viel mehr leisten? Ihr seid doch freier. Wie macht Ihr die Arbeit eigentlich?« Und dann mußte sich mancher Kollege beschämend sagen: »Wir arbeiten, aber es reicht nicht aus, was wir tun, und es ist auch nicht das, was wir unter Umständen tun könnten, um unseren Freunden, die innerhalb Deutschlands noch arbeiten, wirksam zu helfen.«

Und da gibt es einen Gedanken, der alle[21] drüben erfaßt hat. Der Gedanke ist: Richtungen dürfen uns nicht mehr trennen. Uns ist jeder Kamerad gut, der mit am Sturze *Hitlers* arbeitet, am Sturze des so verhaßten faschistischen Systems. Daß es nicht legal beseitigt werden kann, darüber sind wir uns klar. Daß es illegal beseitigt werden muß, darüber besteht kein Zweifel. [...][22]

Ich komme nun zum Schluß meiner Ausführungen. Kollegen, wir begrüßen zunächst einmal das, was bisher geleistet wurde und die Zustimmung jedes aufrichtigen Freundes finden kann. Wir begrüßen es aber auch, daß man jetzt daran denkt, eine Stelle zu schaffen, von der zunächst einmal alles das Material zusammengefaßt wird, von der wir selbst unterrichtet werden und wo dann jeder einzelne von uns eingreifen, besser eingreifen kann in den Kampf, weil ihm dann auch das notwendige Material zur Verfügung steht. Und dann bleibt noch zum Schluß, daß wir die Stelle [Geade], die von der Internationale geschaffen worden ist, davon überzeugen, daß wir mit ihr zusammenarbeiten wollen, daß wir jene Stelle ergänzen wollen, daß wir nicht gegen sie, sondern mit ihr arbeiten wollen.

21 Vgl. dagegen Dok. 36ff.

22 Nicht abgedruckt sind die Überlegungen zur Materialbeschaffung aus Deutschland – Schulenburg plädiert dafür, »von Zeit zu Zeit Kameraden aus dem Lande herauszurufen, um sie an irgendeiner Stelle mündlich zu befragen« – und die Kritik am Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB), da dessen »Arbeit nicht ausreicht«. Dem IGB wird jedoch ein Angebot zur Zusammenarbeit gemacht.

Und ich glaube, wenn der Wille zur Tat auch dort vorhanden ist, wie er bei uns vorhanden ist, eine Verständigung kommen muß. Sollte der Widerstand jedoch größer sein als wir denken, müssen wir alles versuchen, um ihn zu brechen, und ich glaube schwerlich, daß über den Einheitswillen derjenigen Kollegen, mit denen wir in den letzten Tagen beisammen waren, und die mit so großem Eifer gearbeitet haben, um zu erreichen, daß die große französische Metallarbeiterorganisation unseren Kampf moralisch und finanziell unterstützt, kein Zweifel bestehen kann. Ich glaube, es kann nicht der Fall sein, daß man an dieser Tatsache vorübergeht und auf Seiten der Geade glaubt, so weiterarbeiten zu können wie man bis heute gearbeitet hat.

Meiner Meinung nach ist es notwendig, daß wir schon heute unserem Gebilde eine festere Fassung geben und zwar dadurch, daß wir ein Komitee – oder nennen Sie es wie Sie wollen – schaffen und das dann in dem Sinne, wie wir es wünschen, weiterarbeiten wird, um beizutragen, damit in absehbarer Zeit jenes schändliche System, das drüben existiert, gestürzt werden kann, jenes System, das nicht allein die Freiheit der Arbeiter aller Länder bedroht, sondern das der größte Friedensfeind ist, und wir wissen, daß, solange dieses System existiert, von einem eigentlichen Weltfrieden keine Rede sein kann.

Wenn wir alle davon überzeugt sind, dann werden wir wohl keine Mittel und keine Opfer scheuen, um das System helfen zu untergraben.

Kollege **Koppel**: Das Wort hat der Kollege *Markscheffel*.

[**Markscheffel**] [...][23] Kollegen! Ich will darauf verzichten, ausführlicher auf die Hemmungen der offiziellen Vertretung der deutschen Gewerkschaften einzugehen, die hier von Seiten des Kollegen *Schulenburg* zum Ausdruck gebracht wurden. Woher sie kommen, ist furchtbar einfach. Ich bin nicht abhängig. Ich verdiene mein Brot. Aber diese Kollegen sind abhängig von der Mehrheit der SP und den Gewerkschaften in den Ländern, wo die Einheit noch nicht hergestellt wurde. Das ist sowohl bei der Geade als auch beim PV der Fall. Aber können wir uns damit zufrieden geben? Ich stehe auf dem Standpunkt, daß ohne Rücksicht auf die Verhältnisse in den nordischen Ländern, in England etc., wo die Einheit noch nicht das dringendste Problem sein mag, wir für unsere deutschen Verhältnisse die Bedeutung, Wichtigkeit und Notwendigkeit der Einheit klar erkennen und uns danach richten müssen.

Kollege **Koppel**: Das Wort hat nun der Kollege *Merker*.

Kollege **Merker**:

Kollegen! Wenn wir zurückdenken, wie für die Kollegen unverständlich langsam sich die Einheit in der gewerkschaftlichen Aktivität unter den Kollegen in der Emigration bisher durchsetzte, so glaube ich, können wir mit Recht sagen, daß unsere heutige Zusammenkunft ein großer Fortschritt ist. In unserer Zusammenkunft sind die beiden wichtigsten Gewerkschaftsrichtungen vertreten, d.h. die freie und die christliche. Es sitzen die wichtigsten politischen Richtungen kameradschaftlich zusammen: die sozialdemokratische, die kommunistische und die Arbeiteranhänger des früheren Zentrums. Unsere Zusammenkunft ist eine wirkliche Einheitsfront und sie wird deshalb ihre Auswirkungen haben im Interesse der einheitlichen Wiederentfaltung der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Von besonderer Bedeutung glaube ich ist es, daß unter allen Anwesenden, wie es sich aus den bisherigen Ausführungen ergeben hat, Einmütigkeit über den in Deutschland einzuschlagenden Weg besteht für die Verteidigung der Arbeiterinteressen. Einmütig-

23 Nicht abgedruckt die Ausführungen von G. Markscheffel, der die Notwendigkeit betont, »die frz. Arbeiterschaft auf die Gefahren des mitteleuropäischen Faschismus aufmerksam zu machen« und dies anhand einiger Beispiele illustriert.

keit darüber, daß der Kampf geführt werden muß auf dem vom Faschismus geschaffenen Boden. Das heißt aber für uns Gewerkschaftler in der Deutschen Arbeitsfront[24], daß für diesen Kampf jede von Gewerkschaftskollegen in der DAF besetzte Funktion von größter Bedeutung ist. Die Einmütigkeit in der Frage des Weges zur Vertretung der Arbeiterinteressen, der heute in Deutschland eingeschlagen werden kann und eingeschlagen wird, ist eine der wichtigsten Garantien, daß unsere hier geschlossene Einheitlichkeit unzerbrechlich sein wird.

Kollege *Schulenburg* hat hier schon ausgeführt, daß die Freude über unsere Zusammenkunft etwas durch die Tatsache getrübt wird, daß unsere Tagung durch selbständiges Handeln deutscher Gewerkschaftskollegen zustandekommen mußte, anstatt durch die Initiative derjenigen Kollegen, die eigentlich verpflichtet sind, den Weg zu weisen, in deren Hände die vorläufige Leitung der deutschen Gewerkschaftsbewegung vom IGB gelegt worden ist. Auch ich möchte unterstreichen, die Arbeit, die von unserem Kreis in der Vergangenheit geleistet wurde und die Schritte, die wir hier heute zu unternehmen gedenken, richten sich nicht gegen die Geade oder gegen irgendeine internationale Stelle. Das Ziel, das wir in unserer Arbeit in der Vergangenheit verfolgt haben und das wir heute durch unsere Tagung erstreben, ist gerade die Verpflichtung, die die deutschen Gewerkschaftler gegenüber den ausländischen Bruderorganisationen, den Internationalen Berufssekretariaten und dem IGB übernehmen, deren moralische und materielle Hilfe sie heute gezwungen sind, in Anspruch zu nehmen, besser durchzuführen.

Das heißt, wir wollen, daß für die Hilfe, die von diesen Stellen geleistet wird, eine bessere, umfassendere und zielbewußtere Arbeit gemacht wird, damit der Friede erhalten bleibt und der Hitlerfaschismus in Deutschland gestürzt wird.

Ich glaube, daß schon die Ausführungen des Kollegen *Weisheit* und des Kollegen *Schulenburg* bewiesen haben, daß mit einer solchen Hilfe viel mehr und viel Größeres geleistet werden kann als wie es bisher der Fall gewesen ist.

In unserer heutigen Zusammenkunft sind die Kollegen vorhanden, die von jeher eine gewisse Arbeit zur Förderung der Wiederentfaltung der deutschen Gewerkschaftsbewegung im Lande oder im Auslande geleistet haben. Es sind die Kollegen vorhanden, die hier in Frankreich schon in irgendeiner Form eine gewerkschaftliche Funktion ausüben, – sei es, daß sie im Auftrage eines Internationalen Berufssekretariats arbeiten, sei es, daß sie durch eine französische Gewerkschaftsorganisation anerkannt sind, sei es, daß sie einem zentralen gewerkschaftlichen Komitee angehören, wie dem der Bergarbeiter oder dem der Hotel- und Restaurantangestellten, sei es, daß sie ein besonderes Mandat von Kollegen im Lande ausüben.[25]

Ich glaube, es ist richtig, wenn hier gesagt wurde, daß durch die Koordinierung der bisherigen Arbeit aller dieser Kollegen oder Komitees durch die Schaffung einer zentralen Stelle für Frankreich wie es vom Kollegen *Schulenburg* vorgeschlagen wurde – mehr geleistet werden kann. Ein solches Koordinierungskomitee könnte die Arbeit aller dieser Kollegen und Komitees durch Anregungen und Materiallieferungen fördern, mithelfen an der Herausbildung der Komitees auch für andere Industrien, Aufklärung schaffen unter den Gewerkschaftskollegen in der Emigration und unter den französischen Kollegen.

Der Schritt, den wir heute unternehmen wollen, entspricht natürlich auch der Situation, die wir in Deutschland zu verzeichnen haben. Kollege *Schulenburg* hat schon auf die Tastversuche hingewiesen, die in der Entwicklung der gewerkschaftlichen Aktivität in Deutschland unternommen wurden. Er erwähnte die propagandistische Tätigkeit eines Teiles der Kollegen, besonders der kommunistischen, die heute von diesen, aber auch von anderen mit besseren Methoden als früher durchgeführt wird. Aber es war ja nicht allein die Frage, wie die Materialverbreitung so zu organisieren [ist], daß Opfer vermieden werden. Auch in bezug auf die Organisationsformen der Arbeit war nicht die notwendige Klarheit von Anfang an vorhanden. Die Orientierung vieler Kollegen war, in erster Linie sich organisatorisch zusammenzuschließen, anstatt die Arbeit in der DAF zur Vertretung der Arbeiterinteressen zu entwickeln. Das hat viele Opfer gekostet. Aber Kollegen, warum konnte sich nur langsam eine richtige Einstellung zu diesen Fragen durchsetzen? Weil keine Einheitlichkeit in der Gewerkschaftsbewegung vorhanden war, weil keine einheitliche Stelle versuchte, diese Fragen aufgrund der Erfahrungen, die im Lande gesammelt wurden, zu überprüfen und die Methoden herauszuarbeiten, die heute anwendbar sind, mit denen Erfolge erzielt werden können und durch die die Zahl der Opfer herabgemindert wird.

Zur Zeit haben wir ein Ansteigen der Aktivität der Kollegen im Lande, um so notwendiger ist es, ihre Arbeit zu fördern. Während die Aufgabe der Industriegruppenkomitees – also der Kollegen, die sich im Bergarbeiter-, Metallarbeiter-, Transportarbeiterkomitee etc. zusammengeschlossen haben – meines Erachtens ist, die Bewegung im Lande direkt zu fördern, sollte das Komitee, was wir heute zu bilden beabsichtigen, sich vor allem damit beschäftigen, aufgrund der Erfahrungen im Lande, die Arbeitsmethoden zu finden, die heute – wie ich bereits sagte – im Lande anwendbar sind, und die man den Kollegen, ohne sich später Gewissensbisse machen zu müssen, empfehlen kann. Es ist schon gesagt worden, welch große Aufgabe ein solches Komitee erfüllen kann, um Aufklärung unter den französischen Kollegen über die Lage der deutschen Arbeiterschaft, über die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu schaffen.[26]

Aber es handelt sich nicht nur um die Aufklärung der französischen Arbeiter über die Verhältnisse im faschistischen Deutschland. Sondern auch wir müssen die Verhältnisse im Frankreich der Volksfront kennenlernen, um darüber die Kollegen im Lande aufzuklären. Denn unsere deutschen Kollegen können dann besser vergleichen, wie es sich unter dem Regime der Volksfront in Frankreich und wie es sich unter dem Regime des Faschismus in Deutschland lebt. Wenn es uns gelingt, auch in dieser Hinsicht eine breitere Propaganda unter den Kollegen im Lande durchzuführen und der Hetze der Goebbels-Presse gegen die Volksfront entgegenzuarbeiten, wird sich das auswirken im Kampf um den Sturz des Hitlersystems.

Eine weitere Aufgabe, die sowohl die Industriegruppenkomitees als auch das Komitee, was wir heute hier bilden wollen, erfüllen können, ist meines Erachtens, die in Frankreich befindlichen deutschen Gewerkschaftskollegen enger zusammenzuschließen, das Zusammengehörigkeitsgefühl im Rahmen ihrer früheren Verbände unter ihnen zu stärken und sie für eine systematische Agitation unter den französischen Kollegen zu gewinnen. Ferner sie in ihrer eigenen Entwicklung zu fördern, das erfordert das Interesse des antifaschistischen Kampfes, denn wir müssen doch sehen, im Lande sammeln die Kollegen zwar gewaltige Erfahrungen in der illegalen Arbeit, aber jeder weiß, daß sich die Kollegen dort nur sehr schwer untereinander verständigen können. Es ist ihnen bei der fehlenden Verbindung untereinander, bei der Wirkung der Goebbels'schen Lügenpresse nicht leicht, sich ein zusammenhängendes Bild über die ganze Entwicklung zu schaffen. So entstehen die verschiedensten Auffassungen, die sich letzten Endes gegen das Interesse der Volksmassen auswirken.

24 Zur Politik des »Trojanischen Pferdes« vgl. auch Dok. 153.

25 Vgl. hierzu auch P. Merker, Kurze Übersicht (Anm.15), S. 8f. Zum unterschiedlichen Entwicklungsstand der Gruppen vgl. Bednareck, Gewerkschaftspolitik, S. 174ff.

26 Zu den Aufgaben des Koordinationsausschusses vgl. auch »Gewerkschaftliche Mitteilungen«, 1.Jg., Nr.1, November 1937, »Aufgaben und Ziele des Koordinationsausschusses«.

Ich will nur ein Beispiel erwähnen. Noch immer ist die Auffassung stark verbreitet: Der Krieg wird Deutschland vom Faschismus retten. Richtig ist aber, daß wir alles tun müssen, um den Frieden zu erhalten, denn der Friede wird *Hitler* stürzen. Die Hoffnung aber, daß der Krieg *Hitler* stürzen wird, hindert den Kampf um die Erhaltung des Friedens und zögert damit den Sturz *Hitlers* hinaus, und so gibt es andere Beispiele.

Wir müssen sehen, daß die Kollegen, die sich im Auslande befinden, eines Tages wichtige Funktionäre sein werden und sein müssen, daß die dann einen weiten Blick, eine umfassende Übersicht über die Dinge notwendig haben. Sie können und müssen sich diesen Weitblick, eine genügende Übersicht über die Dinge heute erarbeiten. Sie haben dazu eine bessere Möglichkeit als die Kollegen im Lande, und wir müssen ihnen dabei helfen. Das aber ist meines Erachtens eine der wichtigsten Aufgaben des Komitees, das wir heute bilden wollen. Es kann diese Aufgabe lösen, wenn es durch alle antifaschistischen Kreise die notwendige Unterstützung erhält, und ich glaube, in dieser Hinsicht dürfte es nicht fehlen; die Anwesenheit sozialdemokratischer, kommunistischer und christlicher Kollegen hier deutet darauf bereits hin.

Wenn eine Einheitlichkeit in diesen Fragen unter uns besteht, würde ich vorschlagen, daß wir heute hier beschließen: Erstens ein Komitee zu bilden, das alle Gewerkschaftskollegen, die in Frankreich eine aktive Arbeit im Interesse der Wiederentfaltung der deutschen Gewerkschaftsbewegung leisten, umfaßt und die Aufgaben des Komitees zu umreißen. Zweitens die Kollegen *Schliestedt* und *Kreyssig* von der Bildung des Komitees zu informieren und sie um die Unterstützung der Arbeit desselben durch die offizielle Vertretung der deutschen Gewerkschaften im Auslande zu ersuchen. Drittens, die CGT und die Leitungen der einzelnen französischen Gewerkschaftsverbände von der Bildung unseres Komitees zu informieren und auch ihre Unterstützung für die Arbeit desselben zu erbitten.

Sollte es doch noch – was ich kaum glauben kann – mit den Kollegen *Schliestedt* und *Kreyssig* Komplikationen geben, so müßte eine einheitliche Stellung aller dem Komitee angehörenden Kollegen das Zusammenarbeiten mit der Geade durchsetzen; denn die Geade müßte ja selbst interessiert daran sein, daß sich aktive Gewerkschaftskollegen zusammenfinden, um eine gute Arbeit zu entfalten, denn ohne die dadurch geschaffene Basis kann ja auch die Geade ihre Aufgaben nicht erfüllen.[27]

Zum Schluß will ich noch eine Frage anschneiden. Wenn man die Möglichkeit hat, die Verhältnisse in der deutschen Gewerkschaftsbewegung auch in größerem Rahmen zu verfolgen, so muß man leider feststellen, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung heute im IGB so gut wie keine Rolle spielt. Die Zurücksetzung der deutschen Gewerkschaftsbewegung im IGB ist ein Zustand, der sicher von den führenden deutschen Kollegen selbst mitverschuldet wurde, aber im Interesse der Bewegung nicht ewig so bleiben kann. In Deutschland ist eine große Gewerkschaftsbewegung im Keim vorhanden, die eines Tages viele Millionen umfassen wird, und ich glaube, daß diese Bewegung schon heute ein Recht darauf hat, im IGB den Platz einzunehmen, der ihr gebührt, denn die Bewegung kämpft heute bereits unter den schwierigsten Bedingungen. Sie bringt gewaltige Opfer, und sie kennt ihr Ziel. Ihr den ihr gebührenden Platz im IGB zu erringen, kann aber ebenfalls nur erreicht werden, wenn alle aktiven Gewerkschaftskollegen in die Arbeit einbezogen werden, wenn die dem IGB angeschlossenen Bruderorganisationen sehen: hier handelt es sich nicht nur um sich gegenseitig bekämpfende kleine Führerklüngel, sondern um eine gesunde Bewegung, die sich einheitlich entwickelt, und die eines Tages nicht nur die Verhältnisse in Deutschland, sondern in ganz Europa stark beeinflussen wird.

27 Zur ablehnenden Haltung der Geade/ADG vgl. Dok. 157.

Kollege **Koppel**: Das Wort hat jetzt der Kollege *Fuchs*.

Kollege **Fuchs**:[28]

Kollegen! Ich glaube, uns beherrscht alle der eine Gedanke, daß wir die gewaltige Gewerkschaftsbewegung, die wir in Deutschland hatten, wieder in Fluß bringen müssen, damit sie hilft, *Hitler* zu beseitigen und damit die Lage der deutschen Arbeiterschaft verbessert wird.

Wenn Kollege *Markscheffel* in seinen Ausführungen hier gesagt hat, daß Aufklärung auch in Frankreich nötig ist, so ist das nur zu unterstreichen. Es ist aber auch zu sagen, daß diese Aufklärung nicht nur bei den schlichten, einfachen französischen Arbeitern notwendig ist, die gewerkschaftlich organisiert oder noch nicht organisiert sind, sondern, daß sie auch notwendig ist bei Leuten, die früher sehr hohe Funktionen in der deutschen Arbeiterbewegung innehatten. Ich will nicht von denen sprechen, die, nachdem das Unglück passiert ist, das sie mitverschuldet haben, grollend in einem Winkel stehen. Ich will von denjenigen sprechen, die in der Emigration irgendwelche Funktionen bekleiden, die sich auch in der Emigration in den Vordergrund geschoben haben. Man komme mir nicht damit, zu sagen: Über Vergangenes wollen wir hier nicht sprechen. Wir wollen über Vergangenes sprechen, wo es notwendig und angebracht ist, weil wir ja aus der Vergangenheit lernen und Erfahrungen ziehen müssen, wie man es besser macht, ohne unterzugehen.

Über das vorhandene Unverständnis sind eine Reihe Beispiele angeführt worden. Und ich kann Euch sagen, Kollegen, ich habe über die Zusammenfassung der in der Emigration befindlichen gewerkschaftlich organisierten deutschen Arbeiter mit einem sehr hohen Herrn gesprochen, der, als ich die Frage anschnitt, mir einfach mit einem mitleidigen Lächeln erklärte: »Ach, was willst Du denn? Was sprichst Du von einer Zusammenfassung der Gewerkschaftler? Dafür fehlen ja doch alle Voraussetzungen. Unser Kampf muß politisch sein«.

Die Verhältnisse haben sich heute so zugespitzt, daß alle Werte umgewertet wurden, daß, wenn wir von gewerkschaftlichen, von wirtschaftlichen Fragen sprechen, wir das von der politischen Nähe entwickeln und nicht trennen können, weil eines ins andere greift wie in einem Uhrwerk. Und Kollegen, was mich am heutigen Nachmittag so außerordentlich gefreut hat, ist das, was der christliche Gewerkschaftsvertreter *[Pick]* hier mit Nachdruck gesagt hat. Daß es nur eine einheitliche gewerkschaftliche Bewegung geben kann, wenn eine solche wieder in Deutschland entstehen soll. Das ist ein Beispiel für alle diejenigen, die sich noch gegen eine einheitliche politische Zusammenfassung sträuben. Das aber nur so nebenbei.

Kollegen, ich will gleich auf das Ziel hinsteuern. Ich unterstreiche, daß es tatsächlich notwendig ist zu handeln, ein Komitee zu wählen, welches aus Vertretern von ein oder zwei Kollegen der vorhandenen und zusammenfaßbaren Berufe bestehen soll. Dieses Komitee sollte nach meiner Ansicht erstens einmal die Verbindung nicht nur zu den deutschen Stellen, sondern auch zu sämtlichen Internationalen Berufssekretariaten herstellen. Denn ich glaube, soweit die Frage der Materialbeschaffung in Frage kommt, sind die Intern[ationalen] Berufssekretariate sehr wohl in der Lage, das entsprechende Material zur Verfügung zu stellen. Dann müßte nach meiner Meinung die nationalsozialistische Gewerkschaftspresse gelesen werden von Kollegen, die zu lesen und das Gelesene zu verarbeiten verstehen. Ich bin überzeugt davon, daß es geradezu eine Fundgrube von Material sein wird, das man zusammenstellen kann. Meiner Auffassung nach ist die Schaffung einer Gewerkschaftsbewegung in Deutschland nicht von heute auf morgen möglich, noch nicht mal unter legalen Zeiten, wenn

28 Adolf Fuchs war vor 1933 Mitglied der Bezirksleitung des Deutschen Buchdruckerverbandes Ruhrgebiet; laut P. Merker SPD-Mitglied; vgl. auch Peukert/Bajohr, S. 108f., 129.

wir vorher nicht – wie wir es seinerzeit, als wir die Gewerkschaftsbewegung schufen - von klein auf anfangen und von Mund zu Mund in den Betrieben agitieren.

Ich verweise darauf, daß trotz unseres großen Allgemeinen [Deutschen] Gewerkschaftsbundes schon in den Jahren 1930/31 in fast sämtlichen großen und größeren Betrieben die nationalsozialistischen Betriebszellen bestanden, und meiner Auffassung nach ist eine derartige Betriebszellenorganisation, wenn sie auch ganz lose ist und nicht die Form annimmt, die wir unter Zellenorganisation verstehen, sehr wohl möglich, und nicht nur, sie ist sehr wohl möglich, sondern sie ist auch schon vorhanden. Denn man kann nicht sagen, daß die 7 oder 8 Millionen Gewerkschaftsmitglieder so einfach ausradiert werden konnten, weil das System gewechselt wurde, daß sie vom Erdboden verschwunden sind. Denn hier handelt es sich doch zum größten Teil um reife, um jahrzehntelang organisierte Kollegen, denen der Gedanke des gemeinsamen Kampfes, des gemeinsamen Strebens nach besseren Lebensverhältnissen in Fleisch und Blut übergegangen ist.

Es ist nicht richtig, daß man glaubt, daß die deutsche Arbeiterschaft, weil sie diese Schlappe erlitten hat aus Gründen, über die wir hier nicht eingehend zu sprechen brauchen, nun auf einmal ein Brett vor dem Kopf hat und nicht mehr weiß, nach was sie früher gestrebt hat und was sie noch erstreben will. In diesem Sinne glaube ich, setzen wir die so gut eingeleitete und von einer beispiellosen Einmütigkeit getragene Aktivität fort, um zu einem gewissen Ziel zu kommen, das uns dem Hauptziel näher bringt, und das uns hilft, den Faschismus zu schädigen, ihn zu schlagen, und daß wir vielleicht auch mit unserer heutigen Aktion und durch unsere Arbeit diejenigen, die sich heute noch sträuben und noch glauben, an ihren Dogmen festzuhalten, von der unbedingten Notwendigkeit der Einheit überzeugen – denn Frankreich gibt uns hier ein glänzendes Beispiel – oder sie, wenn sie Widerstände entgegensetzen, durch unsere Arbeit in den Winkel stellen, wo sie hingehören.

Kollege **Koppel**: Kollegen! Wir haben die Ehre, doch noch einen Vertreter der französischen Gewerkschaften und zwar einen Kollegen der Pariser Métro begrüßen zu können. Ich erteile dem Kollegen das Wort.[...][29]

Kollege **Koppel**: Das Wort hat der Kamerad *Kirn*.

Kamerad **Kirn**:

Kollegen! Vielleicht ist es wertvoll, ganz kurz die Arbeit zu skizzieren, die wir als Bergarbeiterkameraden nach Deutschland und erst recht von Forbach aus nach dem Saargebiet in der letzten Zeit durchgeführt haben. Als im Januar 1935 die Saarabstimmung zu Ende gegangen war, hattet Ihr schon 2 Jahre Emigration hinter Euch. Wir kamen in etwas mehr geordnete Emigrationsverhältnisse und hatten auch einige günstigere Bedingungen. Wir erhielten einen gewissen Schutz.

Wir haben uns zuerst an die Arbeit gemacht, um den Kameraden zu ermöglichen, sich eine Existenz zu verschaffen und darüber hinaus knüpften wir die Fäden nach dem Lande. Wir haben ungefähr 600 Sozialversicherungsfälle durchgearbeitet, darunter 95% mit Erfolg. Die Kameraden bekamen ihre Knappschaftspensionen zum Teil nach Frankreich gezahlt und haben heute ein halbwegs gutes Einkommen.

Nachdem diese Arbeit zum größten Teil vollbracht war, haben wir versucht, wie schon gesagt, die abgerissenen Fäden wieder anzuknüpfen. Dabei hatten wir bei unserer Arbeit den Vorteil, daß in dem Grenzgebiet Lothringen ungefähr 6.000 Bergarbeiter beschäftigt sind, die täglich die Grenze passieren. Das nützten wir aus, um mit der

29 Nicht abgedruckt sind die Ausführungen des französischen Gewerkschafters, der den deutschen Kollegen in Frankreich »jede nur mögliche finanzielle und moralische Unterstützung« für ihre Arbeit verspricht und die Anregung von A. Weisheit, den französischen Kollegen eine »Dankadresse« der Tagungsteilnehmer zu übermitteln.

Arbeit zu beginnen. Die Verbindungen waren zunächst lose. Die Freunde von der kommunistischen Partei waren ja schon vor der Saarrückgliederung in den deutschen Bergarbeiterverband übergegangen. Und ich kann sagen, wir hatten ja quasi schon die Einheitsfront politisch und gewerkschaftlich geschaffen. Gewerkschaftlich war sie vollständig, da nur eine gewerkschaftliche Richtung bestand, abgesehen von den Freunden der christlichen Kollegen, die damals noch ihre eigenen Gewerkschaften hatten.

Der Arbeitsausschuß der illegalen Bergarbeiter[30], der im vorigen Jahre dank der großen Hilfe, die uns vor allem der Kamerad *Vigne*[31] und die französische Bergarbeiterföderation gab, gebildet wurde, ist aus Sozialisten, Kommunisten und Parteilosen zusammengesetzt und hat seine Grenzstellen um Deutschland herum. Es wäre notwendig, wenn mehr illegale Zeitungen als Informationen nach Deutschland gingen. Vielleicht kann man Material herstellen, welches die Lage in Deutschland aufzeigt und die französischen Arbeiter aufklärt, was der Faschismus der Arbeiterklasse bringt. Solche Materialien könnten verkauft werden, und hier wäre die Möglichkeit, wie man die illegale Arbeit zum Teil mitfinanzieren kann. Andererseits könnte man für das Land Materialien herstellen, in denen den deutschen Arbeitern aufgezeigt wird, was die Volksfront den Arbeitern brachte und wie die Lage in anderen Gebieten ist. Ich will hier einmal aufzeigen, wie wir diese Arbeit leisten und auf die letzten Ereignisse der Grenzgänger hinweisen.[32]

Die Grenzgänger, die jeden Tag die deutsche Grenze passieren müssen, um auf französischen Gruben zu arbeiten, bekommen ihren Lohn in französischen Francs. Die deutsche Regierung hatte nun eine neue Devisenverordnung erlassen, die besagte, daß die Grenzgänger ihr Geld in Zukunft nicht mehr in Frankreich, sondern in Deutschland umwechseln müssen. Diese Maßnahme bedeutet für die Kameraden eine Lohnsenkung bis zu 40%. Die Erregung unter den Kameraden war sehr stark, da die Kumpels bei dem Einwechseln des Geldes in Frankreich für eine Mark nur fünf Francs, in Deutschland dagegen 8 bis 9 Francs zahlen mußten.

In der französischen Bergarbeiterzeitung »Travailleur« und in verschiedenen Betriebszeitungen und Flugblättern zeigten wir auf, daß diese Maßnahme der Regierung für die deutschen Bergarbeiter einen Lohnabbau von 40% bedeute und forderten die Kollegen auf, sie nicht ruhig hinzunehmen. Durch unsere einheitlichen Losungen, durch unser einheitliches Zusammenarbeiten war es möglich, den Stein ins Rollen zu bringen. Die 6.000 Kameraden – außer drei - wechselten ihr Geld auch nach Bekanntwerden der Verordnung in Frankreich um. Als die Nachtschicht dann zur Zollstelle kam, war dieselbe mit SA, SS und Zollbeamten abgesperrt. Sie machten die Arbeiter darauf aufmerksam, daß Zuwiderhandlungen mit Gefängnis, Zuchthaus, ja mit dem Tode bestraft werden.

Die Nachtschicht konnte die Grenze nicht passieren und zog zurück zum Schacht. Darauf trat die Früh- und Mittagsschicht in den Streik. Auf französischem Boden streikten deutsche Bergarbeiter gegen die Maßnahmen der deutschen Regierung. Dann zogen alle Bergarbeiter geschlossen zur Zollstelle. Die vielen tausend Grenzgänger durchbrachen die Kette der SA und SS. In dem Grenzort Großrosseln berief die DAF eine Versammlung der Grenzgänger ein. Von allen umliegenden Orten kamen die Bergleute zusammen, der Saal war brechend voll. Die DAF-Funktionäre forderten

30 Zum Arbeitsausschuß der freigewerkschaftlichen Bergarbeiter Deutschlands vgl. Dok. 91ff., Peukert/Bajohr, S. 107ff.; Bednareck, Gewerkschaftspolitik, S. 177ff.; Buschak, Arbeit, S. 116ff.

31 Pierre Vigne, Vorsitzender der französischen Bergarbeitergewerkschaft, 1924–39 Mitglied des Internationalen Komitees, ab 1934 Präsident des Internationalen Bergarbeiterverbandes.

32 Vgl. zum folg. auch Bednareck, Gewerkschaftspolitik, S. 177f.

die Arbeiter auf, ihr Geld in Deutschland umzuwechseln. Der Gemeindevorsteher versuchte zu sprechen, die Stimmung der Arbeiter war aber so erregt, daß er nicht weitersprechen konnte. Als der DAF-[Amts]walter von den Ereignissen in Spanien und der kommunistischen Gefahr sprechen wollte, riefen die Bergarbeiter: »Was heißt hier Spanien? Was heißt hier kommunistische Gefahr? Wir wollen unseren Lohn!« Der Druck und die Empörung der Arbeiter war so stark, daß sich die Nazis gezwungen sahen, die Verordnung vorläufig aufzuheben für den Monat Februar. Von Anfang März an wurde jedoch versucht, die Devisenverordnung mit Gewalt durchzuführen. Zirka 80 Kameraden unter den Kameraden, die ihren Lohn in Frankreich umgewechselt hatten, wurden verhaftet und zu Geldstrafen von über 100 Mark bzw. zu Gefängnisstrafen von 6 bis 10 Monaten verurteilt. Der größte Teil der verhafteten waren SA- und SS-Leute, Amtswalter der DAF und andere nationalsozialistische Arbeiter. Durch diese Gegenmaßnahmen der Nazibehörden kam die Bewegung zu einem gewissen Stillstand. Damit war jedoch die Ruhe noch keineswegs wiederhergestellt. Alle Schichten der Bevölkerung sind stark erregt und kommen immer mehr in Gegensatz zum nationalsozialistischen System. In der Bewegung gibt es eine Einheitlichkeit, und das muß immer wieder gesagt werden, dieser einheitliche Widerstand wurde nur erreicht, weil die Losungen und die Führung des Kampfes einheitlich waren. Diese Bewegung ist noch nicht abgeschlossen. Jetzt werden wir in den Zeitungen und in Flugblättern das Problem des Lohnes aufzeigen. In der kommenden Woche wird von der CGT ein Flugblatt zur Verteilung gelangen, wo die CGT zum Lohnproblem Stellung nimmt und zu der Angelegenheit der Grenzgänger. Sie wird darauf hinweisen, daß durch die Angelegenheit in 6 Schichten nicht gearbeitet worden ist, wodurch viele Tonnen Kohle nicht gefördert wurden und somit die französische Nation geschädigt worden ist. Damit der CGT keine Einmischung in deutsche Angelegenheiten nachgewiesen wird, soll das Flugblatt mit einem Aufnahmeschein für die CGT versehen werden. Der Arbeitsausschuß der illegalen Bergarbeiter wird illegales Material nach Deutschland geben, was zu der Grenzgängergeschichte Stellung nehmen wird.

Wie sehr diese Aktion die gesamte Bevölkerung aufgerüttelt hat, beweist die Tatsache, daß der Gauleiter *Bürckel*[33] am Radio zu der Angelegenheit Stellung nahm, und 2/3 seiner Rede war der illegalen Arbeit gewidmet. In seinen Ausführungen ging er auch auf die Vorgänge in Frankenholz ein. Dort war auf Anweisung der Nationalsozialisten das Kruzifix aus der katholischen Schule entfernt und an seine Stelle das Hitlerbild aufgehängt worden. Der Pfarrer des Ortes hat dann in seiner Predigt gegen dieses Neuheidentum Stellung genommen und die Eltern zum Schulstreik aufgefordert. Der Streik wurde durchgeführt. Die Bergarbeiter der Grube Frankenholz unterstützten diesen Kampf durch passive Resistenz in der Grube. *Bürckel* selbst mußte zugeben, daß durch die Ereignisse in Frankenholz, durch die passive Resistenz in der Grube die Förderung der Kohlen von 286 Tonnen auf 108 Tonnen zurückgegangen sei.

Wir sehen also, daß durch unser einheitliches Auftreten ein gutes Ergebnis erzielt wurde, daß die Widerstandskraft der Bergarbeiter gewaltig gestiegen ist.

Wir arbeiten in sehr kameradschaftlicher Form – sozialistische und kommunistische Kameraden – zusammen. Die Parteizugehörigkeit spielt keine Rolle, und wir gelangen immer mehr zu der Überzeugung, daß nur die Einheitlichkeit den Faschismus stürzen kann. Auch bei den anderen Grenzstellen unseres Bergarbeiterausschusses sowie in

33 Josef Bürckel (1894–1944), Lehrer, seit 1926 Gauleiter der NSDAP in der Rheinpfalz, 1930 MdR, seit 1934 Saarbevollmächtigter der Reichsregierung, nach der Saarabstimmung 1935 Reichskommissar für das Saarland, nach dem Anschluß von Österreich Gauleiter von Wien, ab August 1940 Reichsstatthalter der Westmark und Chef der Zivilverwaltung in Lothringen.

Amsterdam arbeiten Kommunisten und Sozialdemokraten eng zusammen[34] und haben ein kameradschaftliches Verhältnis. Diese Einheitlichkeit ist fruchtbringend für die gesamte Arbeit, die nach Deutschland hin geleistet wird. Man muß natürlich darauf achten, daß nichts getan wird, was dem einem oder dem anderen politisch schaden könnte.

Wer sagt, daß die Zusammenfassung der Gewerkschaftler in der Emigration ein Nonsens sei, der ist auf dem falschen Wege. Es ist notwendig, alle Kräfte für die Wiedererrichtung der deutschen Gewerkschaftsbewegung zusammenzufassen. Für die Arbeit, die zu leisten ist, sind aber auch sehr viele Mittel notwendig. Nehmen wir ein Beispiel. Aus entlegenen Orten kommen die Kumpels über die Grenze. Oft versuchen die Kameraden die Grenze zu überschreiten und warten dann stundenlang, bis die Luft rein ist. Unter Lebensgefahr versuchen sie immer wieder, die Grenze zu überschreiten. Diesen Kameraden müssen wir wenigstens Essen und Fahrgeld geben können.

Wir in der Emigration müssen hier helfen, die Mittel dazu zu beschaffen[35]. Vielleicht wäre es möglich, ein Informationsmaterial in verschiedenen Sprachen herauszugeben, welches dann verkauft werden kann. Wir haben eine primitive Bergarbeiterzeitung[36], die wir zuerst für 50 cts verkauften. Aber was nicht viel kostet, taugt auch nicht viel, sagt ein altes Sprichwort. Das, was uns fehlt, sind Informationen über andere Gebiete. Dadurch entsteht eine gewisse Desinteressiertheit. Auch hier kann von anderen Stellen geholfen werden. Die letzte Grenzgängerbewegung zeigt, daß wir auch die Anhänger des Nazisystems für unsere Aktionen gewinnen können. Der SA- und SS-Mann auf den Gruben ist für uns nicht der Faschist, sondern der Kumpel, der ebenso ausgebeutet wird wie alle anderen. Durch die Rede *Bürckels* ist mehr über die Grenzgängerbewegung gesprochen worden als wir es zu erreichen vermochten.

Das was bei den Bergarbeitern geschaffen worden ist, muß in allen anderen Industriegruppen geschaffen werden. Mehr denn je ist die Gewerkschaftseinheit notwendig. Es wird nicht immer so gehen wie bei uns. Wir hatten die glänzende Hilfe des Präsidenten unserer Internationale und Leiters der französischen Bergarbeitergewerkschaft, des Kameraden *Vigne*. Dank seiner tatkräftigen Unterstützung, die wir nie hoch genug anerkennen können, sind wir zu der einheitlichen Arbeit gekommen, wie wir sie heute haben, und auch dank der Kollegen, die in Paris die Arbeit machten.

Es ist notwendig, daß mit der Geade verhandelt wird. Wir müssen ihnen beweisen, daß wir arbeiten. Es kommt nicht nur darauf an, Beschlüsse zu fassen, sondern unsere Taten müssen sprechen.

Ich selbst habe ein kameradschaftliches Verhältnis mit dem Kollegen *Schevenels*. Das war in den letzten Monaten etwas gedämpft. Aber ich habe nicht nachgelassen. Ich schickte ihm jeden Monat immer wieder unsere Materialien. Noch zuletzt erhielt er eine große Arbeit über die Sozialversicherung[37]. Vor 14 Tagen schrieb er mir, daß es

34 Zu den 1938 auftretenden Differenzen zwischen SPD- und KPD-Gewerkschaftern in Amsterdam, vgl. Peukert/Bajohr, S. 128f.

35 Zur finanziellen Ausstattung des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands und seiner Grenzstellen, vgl. ebd., S. 120f.

36 Die »Bergarbeitermitteilungen« wurden vom Arbeitsausschuß ab Sommer 1936 herausgegeben. Die letzte Ausgabe erschien im März 1939. Daneben publizierte der Arbeitsausschuß »unregelmäßig auch die Bergarbeiterzeitung, das traditionelle Organ des Alten Verbandes«. Vgl. Herrmann, Geschichte, S. 181.

37 Gemeint ist wohl der »Bericht des Arbeitsausschuss[es] freigewerkschaftlicher Bergarbeiter über die Renten und Pensionsleistungen der Reichsknappschaft in Deutschland« vom 11.7.1936, in: MRC, MSS, 292/943/3.

sehr gut wäre, wenn dieses Material gedruckt nach Deutschland ginge, ich solle mich erkundigen über die Unkosten, und ich werde am Montag mit ihm hier in Paris verhandeln. Dies ist der Beweis, daß Taten auch diese Leute überzeugen.

Ich schlage vor, daß wir uns kameradschaftlich an den IGB und an die Geade wenden, daß wir bereit sind, gemeinsam mit ihnen zu arbeiten und nicht gegeneinander arbeiten wollen.

Wie die Lage in Deutschland ist, beweist die Tatsache, daß die diesjährigen Vertrauensrätewahlen wieder verschoben sind. Mehr denn je ist schnelles einheitliches Handeln für die deutsche illegale Arbeit notwendig. Es geht nicht, daß SPD contra KPD zum Lohnproblem oder zu den anderen Probleme Stellung nehmen. Schnellstes Sichkennenlernen ist notwendig, um zur Einheitspartei zu kommen[38]. Die Anfänge zur Einheitsgewerkschaftsbewegung sind vorhanden. Dieses Komitee, welches heute gebildet werden soll, wird ein weiterer Schritt auf diesem Wege sein.

Durch die Rede *Bürckels* ist erst recht auf die illegale Arbeit hingewiesen worden. Jetzt erst recht hören die deutschen Arbeiter den Schwarzsender, und wenn diese Leute wie *Bürckel* so gegen uns wettern, dann können wir gewiß sein, dann sind wir auf dem richtigen Wege. Unsere Arbeit muß so sein, daß die ausländischen Arbeiter sagen: »Die Deutschen, das sind doch Kerle, das beweist ihre illegale Bewegung«. Unsere Arbeit ist ein Dienst für die Welt und den Frieden.

Kollege **Koppel**: Das Wort hat der Kollege *Süss*.

Kollege **Süss**:

Kollegen! Den tiefsten Eindruck hat auf mich die klare Erklärung des Kollegen *Pick* von den christlichen Gewerkschaften gemacht, indem er betonte, daß die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen in Deutschland keine Existenzberechtigung mehr haben, daß es darauf ankommt, nur noch einheitliche Gewerkschaften aufzubauen. Das ist sehr gut. Die organisatorischen Bedenken, die vom Kollegen *Schulenburg* vorgebracht wurden, sind meiner Meinung nach unberechtigt. Ich bin auch für eine zentrale Gewerkschaftsbewegung, und ich sehe keine Schwierigkeiten, die dagegen gemacht werden könnten.

Was ist die Geade? Nicht das, was wir wollen[39]. Wir wollen ja keine Instanz gegen den IGB sein oder die Geade selbst sein. Wir wollen die Berufsvereinigung der Emigranten, die mit ihren Berufsinternationalen in Verbindung stehen. Im anderen Falle könnte der IGB sagen: »Das geht Euch nichts an«. Die Zusammenfassung der Kräfte erfolgt nicht gegen den IGB, sondern muß immer im Einverständnis mit den Berufssekretariaten erfolgen. So wie es bei den schon bestehenden Berufskomitees der Fall ist, müssen auch die neuen, zu schaffenden Komitees die Erlaubnis der Berufssekretariate einholen. Die heutige Zusammenfassung ist die zentrale Stelle aller Komitees in Frankreich. Die unmittelbare Arbeit kann nur mit den Berufsinternationalen erfolgen und muß zur Zusammenfassung aller Gewerkschaftler im Auslande führen.

Die Bergarbeiter sind schon weiter fortgeschritten. Sie sind von ihrer Internationale anerkannt und haben bereits ein Internationales Komitee. Wir haben noch erst den Anfang in Frankreich. Dem heute zu bildenden zentralen Komitee muß die Aufgabe gestellt werden, auch in anderen Berufsgruppen diese Berufskomitees zu schaffen. Es wäre aber notwendig, daß vorher mit den Berufssekretariaten gesprochen wird, dann beständen keine Schwierigkeiten. Es muß Verpflichtung der Zentrale sein, den noch

38 Vgl. dagegen Dok. 151.

39 Wenige Monate später dagegen arbeitet Süss für die Geade, vgl. Dok. 160ff.

zu bildenden Komitees Ratschläge zu erteilen über die Erfahrungen der anderen Komitees.

Kollege **Koppel**: Das Wort hat der Kamerad *Frisch*.[40]

Kamerad **Frisch**: Die Ausführungen meines Freundes *Kirn* informierten über die Aktionen an der Grenzstelle, die einheitlich von uns organisiert wurden. Ich muß nochmals betonen, daß diese Aktionen nicht möglich gewesen wären, wenn wir nicht die Konzentration aller gewerkschaftlichen Kräfte hätten. Durch unsere Aktionen wird den Proleten in Deutschland die Notwendigkeit der Einheit aufgezeigt. Die Aktionen an der Saar sind nicht nur spontane Widerstände, sondern einheitlich organisierte Aktionen, die nur möglich waren durch einheitliche Losungen und durch einheitliches Handeln. Die Naziführer versuchten, eine Spaltung in die Bewegung hineinzutragen, aber es ist ihnen nicht gelungen. [...][41]

Kollege **Weisheit**:

Die Diskussion hat meines Erachtens vollständige Einheitlichkeit für die Bildung eines Koordinationskomitees der in Frankreich befindlichen aktiven deutschen Gewerkschaftler oder Komitees deutscher Gewerkschaften ergeben. Es erübrigt sich daher für mich, längere Schlußausführungen zu machen. Ich glaube, ich kann mich darauf beschränken, dem Vorsitzenden unserer Tagung vorzuschlagen, über die Bildung des von den Kollegen *Schulenburg* und *Merker* vorgeschlagenen Komitees abzustimmen, damit wir anschließend dazu übergehen können, uns über die Zusammensetzung des Komitees und seine Aufgaben zu unterhalten.

Kollege **Koppel**:

Kollegen! Ist jemand gegen den Vorschlag des Kollegen *Weisheit*, vorerst darüber abzustimmen, daß wir uns hier zu einem Koordinationskomitee der in Frankreich als Emigranten lebenden deutschen Gewerkschaftler zusammenschließen? – Ich stelle fest, daß keine Einwände erhoben werden. Wir kommen somit zur Abstimmung. Wer dafür ist, daß sich die hier vertretenen Industriegruppenkomitees der Metallarbeiter, Bergarbeiter, Bauarbeiter, Hotel- und Restaurantangestellten und die hier anwesenden aktiven Kollegen anderer Berufsgruppen zu einem Koordinationskomitee deutscher in Frankreich lebender Gewerkschaftler zusammenschließen, bitte ich, die Hand zu erheben. – Gegenprobe? – Stimmenenthaltung? – Keine. Kollegen! Ich konstatiere, daß die Konstituierung des Koordinationskomitees einstimmig beschlossen worden ist.

Wir fahren nun mit der Tagesordnung fort und ich bitte zur Frage der Aufgaben des Komitees und zur Organisierung seiner Arbeit Stellung zu nehmen. Wer wünscht dazu das Wort? – Das Wort hat der Kollege *Merker*.

Kollege **Merker**:

Kollegen! Noch einige Worte zu der bisherigen Diskussion. Ich glaube, was von den Kameraden *Kirn* und *Frisch* hier angeführt wurde, und was die allgemeine Zustimmung fand, unterstreicht noch einmal, daß über die Methoden der Aktivität, die wir in Deutschland fördern wollen, unter uns vollkommene Übereinstimmung herrscht. Und

40 Wilhelm Frisch (im Protokoll irrtümlich Fritsch), Nachfolger von Kirn als Leiter der Grenzstelle Forbach des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands, als Mitglied desselben Mitglied im Arbeitsausschuß des Koordinationsausschusses.

41 Nicht abgedruckt sind die folgenden Ausführungen von Frisch, in denen er u.a. auf die gute Zusammenarbeit mit den »christlichen Kameraden« hinweist und behauptet, daß auch »bei den Anhängern des Nationalsozialismus ein Umschwung zu verzeichnen ist«.
Nicht abgedruckt ist ferner der Beitrag von Schulenburg, der bedauert, daß der Koordinationsausschuß »nicht mit dem Willen und der Mitarbeit der Geade zustande kam« und der dessen Hauptaufgabe darin sieht, »die jetzt zersplitterte Arbeit zusammenzufassen«.

das kann ja auch nicht anders sein, denn was wir zu fördern versuchen, ist ja der natürliche Drang der Arbeiter, auch unter den heutigen Bedingungen, so schwer sie auch sein mögen, in irgendeiner Form ihre Lebensbedingungen zu verteidigen.

Und da sich Bewegungen dazu nur auf der Grundlage der DAF entwickeln können, Bewegungen, die sich richten gegen die Unternehmer und gegen die Führer dieser Organisation, müssen wir alles fördern, was geeignet ist, um die Arbeiterfunktionäre dieser Organisation in die Bewegungen einzubeziehen und was unter den Kollegen die Auffassung stärkt: Es wird sicher ganz gut sein, solche Funktionen im Interesse der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung auszuüben. Ich glaube deshalb, Kollegen, daß wir, nachdem sich der Ausschuß oder das Komitee konstituiert hat, versuchen sollen, in dieser Hinsicht unsere Arbeit zu entfalten.

Die zweite Frage, die ich noch kurz berühren wollte, ist folgende: Die Diskussion, die es zwischen dem Kollegen *Süss* und *Schulenberg* gab, zeigt, daß hier ein Mißverständnis zugrunde liegt, dessen Klärung meines Erachtens nach notwendig ist. Wir müssen sehen, daß hier zwei Arten von Industriegruppenkomitees vertreten sind: Die einen haben bereits die Billigung und Unterstützung ihrer Berufsinternationale gefunden. Das sind die Komitees der Bergarbeiter, der Angestellten und Hotel- und Restaurantangestellten. Das ist auch bei den Transportarbeitern der Fall, die leider heute hier nicht vertreten sind, wahrscheinlich hat sie die Einladung nicht rechtzeitig erreicht. Diese Komitees sind zugleich einer zentralen deutschen Leitung angeschlossen, die von der zuständigen Berufsinternationalen anerkannt ist.

Die anderen sind von ihrer französischen Bruderorganisation anerkannt und ihre Mitglieder haben zum Teil enge Beziehungen zu den Kollegen der Geade und der zuständigen Berufsinternationale. Das ist u.a. bei den Metallarbeitern und Bauarbeitern der Fall. In diesen Industrien besteht jedoch noch keine zentrale Leitung der deutschen Arbeit. Für sie steht deshalb neben ihrer Arbeit nach dem Lande hin noch die Aufgabe, eine zentrale Zusammenfassung aller aktiven Kollegen ihrer Industrie bzw. ihrer früheren Verbände und die Anerkennung durch die Berufsinternationale zu erwirken.

Dann aber sind noch einzelne Kollegen verschiedener Industriegruppen hier anwesend, die mit ihrer Arbeit erst beginnen, die noch dabei sind, die Beziehungen zu ihrer französischen Bruderorganisation aufzunehmen usw. Das ist z.B. bei den Buchdruckern und bei den Textilarbeitern der Fall.

Man kann also nicht sagen: Wir können nur mit Unterstützung von oben arbeiten, ohne in vielen Industrien die Arbeit überhaupt einzustellen oder auf ein Beginnen mit der Arbeit zu verzichten. Denn in vielen Industriegruppen muß überhaupt erst mit der Arbeit begonnen werden, um schließlich ein »oben«, d.h. eine zentrale Zusammenfassung der Arbeit zu erreichen, bzw. um die Berufsinternationalen und die Geade von der Notwendigkeit einer solchen und der Unterstützung der Arbeit zu überzeugen. Das heißt aber, daß die Initiative der Kollegen unten, die noch Beziehungen zu ihren Kollegen im Lande haben, entfaltet werden muß, denn die Schaffung eines »oben« in den einzelnen Industrien und die Erwirkung der Unterstützung durch die Berufsinternationalen und durch die Geade ist nicht leicht.

Es bestehen ja gerade darüber verschiedene Auffassungen, ob es besser ist, heute aktiv oder passiv zu sein. Es gibt noch immer führende Kollegen, die den Sturz *Hitlers* nicht durch den Kampf der Arbeiter bzw. der Volksmassen erwarten, sondern von »geheimnisvollen Kräften in der Großbourgeoisie und im Offizierskorps der Reichswehr«. Diese Kollegen aber sind an der Aktivität der breiteren Massen der Gewerkschaftskollegen und an allem, was damit zusammenhängt, nicht sehr stark interessiert. Um so größer müssen unsere Anstrengungen sein, sie von der Notwendigkeit derselben zu überzeugen.

Die Kollegen *Kirn*, *Schulenburg*, *Markscheffel* und andere haben darauf hingewiesen, wie notwendig es ist, daß der nun gebildete Ausschuß die deutschen wie auch die französischen Kollegen informiert, und daß das deutsche Material für die Kollegen im Lande geeignet sein muß. Ich schlage, um dieses Problem zu lösen, Ihnen dazu folgendes vor: Die Kollegen kennen alle das kleine illegale Organ »Deutsche Gewerkschaftsinformationen«. Dieselben wurden im Jahre 1934 in Berlin zuerst herausgebracht[42]. Hier ist ein Kollege der Berliner Bauarbeiter anwesend, der an der Gründung der Zeitung teilgenommen hat. Es war damals beabsichtigt, die kleine Information ständig von Berlin aus herauszugeben. Die Schwierigkeiten für die Herstellung und für den Versand von Berlin aus wurden jedoch größer, und so beschloß der in Frage kommende Kreis von Gewerkschaftskollegen, die »Deutschen Gewerkschaftsinformationen« im Auslande herzustellen und in Deutschland zu verbreiten.

Das geschieht nun seit 1935 mit gutem Erfolg. Das Organ verfolgt von jeher die Ziele, die wir hier behandelt haben. Es wäre vielleicht vorteilhaft, wenn das neugebildete Komitee das Organ nunmehr übernehmen würde. Ich glaube nicht, daß die Kollegen, die dem gegenwärtigen Redaktionskomitee angehören, und die sich zum Teil noch in Berlin, Hamburg und Hannover befinden, dagegen Einwände erheben werden. Es könnte zu einem Organ ausgebaut werden, das sowohl die Kollegen im Lande wie die in der Emigration in Frankreich informiert. Wer es von den Kollegen im Norden, Süden oder Osten ebenfalls beziehen will, kann es natürlich auch bekommen. Ich bitte, zu dem Vorschlag Stellung zu nehmen, er bietet die Möglichkeit, mit der propagandistischen Arbeit sofort zu beginnen.

Es war bisher nicht immer leicht, die Gelder für die Zeitung aufzubringen. In Gemeinschaft mit den Kollegen im Lande gelang das jedoch immer wieder. Es wird jedoch um so besser gelingen, wenn das Organ in Zukunft von dem neugebildeten Ausschuß herausgegeben wird.

Zur Informierung der französischen Kollegen würde ich vorschlagen, daß wir eine, vielleicht monatlich erscheinende kleine Information in französischer Sprache herausbringen, die an die Redaktionen der Gewerkschaftspresse geliefert wird. Darüber hinaus wird es notwendig sein, auch noch spezielle Artikel an die französische Gewerkschaftspresse zu schicken.

Kollege **Schulenburg** (Zwischenruf): Die Materialien vor allen Dingen auch an die infrage kommenden französischen Föderationen schicken.

Kollege **Koppel**: Das Wort hat der Kollege *Weisheit*.

Kollege **Weisheit**:

Kollege *Merker* hat mit seinen Vorschlägen eigentlich nur das konkretisiert, was von den verschiedenen Kollegen gefordert wurde. Die Kollegen *Kirn* und *Schulenburg* sprachen sich für eine einheitliche Zusammenfassung der Materialien aus, und ihre Verbreitung wäre tatsächlich durch die »Deutschen Gewerkschaftsinformationen« gut möglich. Daneben müßte natürlich eine in französischer Sprache erscheinende Information herausgebracht werden, die sich mehr auf die französischen Verhältnisse einstellt. Das würden die Sprachrohre des Ausschusses sein, und daß sie geschaffen werden, dafür ist ein wirkliches Verlangen unter den Kollegen vorhanden. Nehmen wir die vielen Möglichkeiten, die gerade von Frankreich aus vorhanden sind, um die »Deutschen Gewerkschaftsinformationen« an die Kollegen im Lande heranzubrin-

42 Vgl. dagegen Stroech, S. 178. »Der Informationsdienst wurde in Auswertung der Beschlüsse des ZK der KPD von Januar 1935 von der Auslandsleitung der KPD herausgegeben und diente dem Zweck, den Aufbau freier Gewerkschaftsgruppen in Deutschland zu unterstützen.« Vgl. ferner Dok. 150.

gen. Erinnern wir uns, daß die führenden Organe der französischen Gewerkschaftspresse zum Teil in einer Auflage von 500.000 Exemplaren erscheinen, daß es noch zahlreiche bezirkliche und örtliche Gewerkschaftsblätter gibt, die alle froh sind, wenn sie Material über die deutsche Bewegung erhalten. Von meiner Seite aus möchte ich darum die Vorschläge, die »Deutschen Gewerkschaftsinformationen« in deutscher Sprache und eine kleine Information in französischer Sprache herauszubringen, unterstützen. [...][43]

Kollege **Koppel**: Das Wort hat der Kollege *Weisheit*.

Kollege **Weisheit**:

Ich möchte nun zu einer anderen Frage Stellung nehmen und zwar zur Zusammensetzung des Arbeitsausschusses. Ich glaube, die Arbeit wird wachsen und so wären ein oder zwei Kollegen im Arbeitsausschuß zu wenig, um die Arbeit zu bewältigen. Der Kollege *Fuchs* hat bereits ausgeführt, daß ein oder zwei Vertreter jeder Berufsgruppe den Arbeitsausschuß bilden und von sich aus dann eine Art Sekretariat wählen. Ich würde vorschlagen, von jeder Gruppe zwei Vertreter, von den Metallarbeitern jedoch drei.

Kollege **Koppel**: Das Wort hat der Kollege *Fuchs*.

Kollege **Fuchs**: Ich bin der Ansicht, daß, je größer der Kreis ist, desto komplizierter wird die Arbeit sein. Das Komitee muß tatsächlich ein Arbeitsausschuß werden, der das, was hier im Prinzip beschlossen wurde, durchführt. Und wenn wir heute z.B. beschließen werden, diese Informationen zu gründen, so kostet das Geld und das zu beschaffen, ist eine der Aufgaben, die der Arbeitsausschuß erledigen muß. Nun haben wir wohl 6 oder 7 Berufsgruppen hier vertreten. Vielleicht sollten die größeren zwei oder drei, die kleineren nur einen Vertreter für den Arbeitsausschuß bestimmen.

Kollege **Koppel**: Das Wort hat der Kollege *Schulenburg*.

Kollege **Schulenburg**: Kollege *Weisheit* hat vorgeschlagen, daß Kameraden gewählt werden, die den sogenannten engeren Vorstand bilden, der sich auf den Arbeitsausschuß stützt. Der könnte sich nur zusammensetzen aus 4 bis 5 Kollegen, die in Paris ansässig sind und die Beschlüsse durchführen.

Kollege **Koppel**: Das Wort hat der Kollege *Merker*.

Kollege **Merker**:

Wir müssen bei der Zusammensetzung des Arbeitsausschusses berücksichtigen, daß der größere Teil der Kollegen nicht in Paris lebt. Ihn nur aus Pariser Kollegen zusammensetzen,würde dazu führen, daß die auswärtigen Kollegen, zu denen solche Kollegen wie *Schulenburg*, *Kirn*, *Pick*, *Süss*, *Frisch* und andere gehören, zu stark von der unmittelbaren Arbeit des Ausschusses isoliert würden. Das kann meines Erachtens nur vermieden werden, wenn wir von den Metallarbeitern drei, und von den übrigen Industriegruppen je zwei Kollegen in den Ausschuß delegieren, der dann von

43 Nicht abgedruckt ist die Diskussion über die in deutscher und französischer Sprache herauszugebenden Publikationen des Koordinationsausschusses und deren Finanzierung, wobei Kirn laut Protokoll für eine deutschsprachige Zeitung plädiert, die »sowohl Informationen für die Kollegen im Lande, als auch Informationen für die in der Emigration lebenden Kollegen enthalten« soll, (vgl. dagegen auch Dok. 159) und Munari dazu auffordert, »darauf hinzuarbeiten, daß die Deutschen Gewerkschafts-Informationen als allgemeines Organ anerkannt werden und zwar auch von der Geade und von der Internationale« (gemeint ist der IGB); er tritt ferner dafür ein, in den Publikationen der französischen Gewerkschaften stärker als bisher aufzuzeigen, »wie sich der Widerstand der Arbeiter in Deutschland entwickelt« und daß Munari, Kirn und Merker zu der Frage Stellung nehmen, welche Publikationen der französischen Gewerkschaften sich für Grundsatzartikel eignen.

Zeit zu Zeit zusammentritt und die wichtigen Fragen der Arbeit gemeinschaftlich behandelt und beschließt.

Eine weitere Frage ist, sollen wir einen engeren Vorstand wählen, wie es der Kollege *Weisheit* vorschlägt und der sich aus in Paris wohnenden Kollegen zusammensetzt, wie es der Kollege *Schulenburg* wünscht? Ich bin der Meinung, daß für die Wahl eines solchen engeren Vorstandes die Verhältnisse noch nicht genügend herangereift sind. Auch dadurch würden die auswärtigen Kollegen zu wenig in die tägliche verantwortliche Arbeit des Ausschusses einbezogen. Ich würde konkret folgendes vorschlagen: Die Konferenz wählt von sich aus den Vorsitzenden und den Sekretär des Ausschusses. Personell würde ich den Kollegen *Schulenburg* als Vorsitzenden und den Kollegen *Weisheit* als Sekretär zur Wahl empfehlen. Dann sollte jede Industriegruppe zwei Kollegen, die Metallarbeiter drei Kollegen in den Arbeitsausschuß delegieren, der die Leitung der Arbeit des Koordinationskomitees, was wir heute hier gebildet haben, ausübt.

Natürlich können wichtige Arbeiten, wie die Redaktion der Informationen, der Versand dieses Materials, die Verhandlungen mit den Föderationen etc. nur von Paris aus gemacht werden. Diese Arbeit sollen sich dann die in Paris lebenden Mitglieder des Ausschusses gemeinschaftlich mit dem Kollegen *Schulenburg* teilen. Ich glaube, das wäre vorläufig die beste Regelung, und es wird die Pflicht derjenigen sein, die in Paris die Arbeit durchführen, das in engster Verbindung mit allen Mitgliedern des Ausschusses zu tun, bei wichtigen Fragen eine vorherige Verständigung mit allen Mitgliedern des Ausschusses herbeiführen und so eine wirkliche Demokratie in unserer Arbeit sichern. Hinzufügen möchte ich noch, daß, wenn sich neue Industriegruppenkomitees bilden, diese natürlich ohne weiteres das Recht haben, ihre Vertreter in den Ausschuß zu entsenden, sofern sie sich dem Koordinationskomitee anschließen.

Kollege **Koppel**: Wünscht zu dieser Frage noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Dann erteile ich dem Kollegen *Weisheit* das Wort zu einer Mitteilung über die Zusammensetzung unserer Konferenz.

Kollege **Weisheit**:

Nach der Anwesenheitsliste nehmen an der Konferenz 21 Kollegen teil, darunter 5 Kollegen der Metallarbeiter, 2 Bergarbeiter, 4 Bauarbeiter, 2 Hotel- und Restaurantangestellte, 4 Angestellte, 2 Buchdrucker, 1 Holzarbeiter, 1 Textilarbeiter.

Kollege **Koppel**: Das Wort hat der Kollege *Merker*.

Kollege **Merker**: Wir haben noch nicht über die Regelung unseres Finanzgebarens gesprochen, und ich möchte dazu einen Vorschlag machen: Da auch in Zukunft der größere Teil der Gelder durch die Arbeit des Ausschusses von den französischen Kollegen kommen wird, würde ich es für das beste halten, daß die Verwaltung derselben einem Kassierer oder einem kleinen Komitee in die Hand gegeben wird, der sich aus französischen Kollegen zusammensetzt, die für diese Arbeit die Autorisation von ihrer zuständigen Verbandsleitung erhalten. Ich bin also dafür, daß die Gelder in den Händen der französischen Kollegen verbleiben, und daß der Ausschuß von Fall zu Fall Vorschläge für die Verwendung derselben macht.

Kollege **Koppel**: Das Wort hat der Kollege *Weisheit*.

Kollege **Weisheit**:

Das Finanzgebaren unseres bisherigen Ausschusses war bisher folgendes: Die Gelder wurden auf ein Postscheckkonto überwiesen, das unter Verwaltung eines französischen Kollegen stand, der auch die Kassenführung erledigte. Vom Ausschuß wurde von Fall zu Fall die erforderliche Summe angefordert und mit dem französischen Kollegen verrechnet. Diese Regelung halte ich für die Zukunft noch für viel notwendiger und unterstütze deshalb den Vorschlag des Kollegen *Merker*, die Kollegen zu

bitten, uns einige Kollegen namhaft zu machen, die die Verwaltung der Gelder übernehmen können.

Kollege **Koppel**: Kollegen! Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich glaube, daß wir deshalb zu den Abstimmungen kommen können.

Vielleicht beginnen wir mit der Konstituierung des Arbeitsausschusses. Es liegt ein Vorschlag des Kollegen *Merker* vor, daß das Koordinationskomitee den Vorsitzenden und den Sekretär des Arbeitsausschusses wählt. Erhebt sich gegen diesen Vorschlag Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Ich konstatiere deshalb einstimmige Annahme dieses Vorschlages.

Es liegt dann ein weiterer Vorschlag des Kollegen *Merker* vor, den Kollegen *Schulenburg* als Vorsitzenden und den Kollegen *Weisheit* als Sekretär des Arbeitsausschusses zu wählen. Werden andere Vorschläge gemacht? – Das ist nicht der Fall. Ich frage deshalb den Kollegen *Schulenburg*, ob er bereit ist, den Vorsitz des Arbeitsausschusses zu übernehmen und damit des Koordinationskomitees zu übernehmen?

Kollege **Schulenburg**: Ich werde annehmen.

Kollege **Koppel**: Ich frage den Kollegen *Weisheit*, ob er bereit ist, die Funktion als Sekretär des Arbeitsausschusses und damit des Koordinationskomitees zu übernehmen?

Kollege **Weisheit**: Ich bin bereit.

Kollege **Koppel**: Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer dafür ist, daß der Kollege *Schulenburg* als Vorsitzender, der Kollege *Weisheit* als Sekretär des Arbeitsausschusses und damit des Koordinationskomitees fungieren, bitte ich, die Hand zu erheben. - - Gegenprobe? – Stimmenenthaltung? –

Ich konstatiere die einstimmige Wahl der beiden Kollegen.

Wir kommen dann zur Abstimmung über die Zusammensetzung des Arbeitsausschusses. Es ist vorgeschlagen worden, daß die Metallarbeiter drei, alle übrigen Industriegruppen zwei Delegierte in den Arbeitsausschuß schicken. Gibt es dazu andere Vorschläge? – Erhebt sich gegen den Vorschlag Widerspruch? – Das ist nicht der Fall.

Ich konstatiere somit die einstimmige Annahme desselben.

Wir kommen dann zur Abstimmung über die Frage der Herausgabe der beiden Informationen. Es wurde vorgeschlagen, vom Ausschuß die »Deutschen Gewerkschaftsinformationen« als deutschsprachiges Organ und eine Information in französischer Sprache herauszugeben. Werden andere Vorschläge gemacht? – Erhebt sich gegen den Vorschlag Widerspruch? Das ist nicht der Fall.

Ich konstatiere somit die einstimmige Annahme desselben.

Ich glaube, daß es nicht erforderlich ist, besonders über die Vorschläge, die von den verschiedenen Kollegen gemacht wurden, abzustimmen und die sich mit dem politischen Inhalt und dem Rahmen der Tätigkeit des Ausschusses befaßten. Ich glaube, ich kann in Übereinstimmung mit allen anwesenden Kollegen konstatieren, daß über diese Fragen in unserer Tagung vollkommene Einmütigkeit geherrscht hat. Wir können es infolgedessen dem Arbeitsausschuß überlassen, in kürzester Frist ein detailliertes Arbeitsprogramm für unser Komitee aufzustellen.

Wünscht noch jemand das Wort? – -Das Wort hat der Kollege *Schulenburg*. [...][44]

44 Nicht abgedruckt sind die Schlußbemerkungen, in denen sich Schulenburg und Weisheit für das ihnen entgegengebrachte Vertrauen bedanken, Schulenburg nochmals seinen Wunsch nach Zusammenarbeit mit dem IGB und der Geade betont und Merker den Vorschlag macht, »das Protokoll dieser Tagung der Geade, dem Bergarbeiterausschuß, der Leitung der Transportarbeiter, der SP und KP in Paris, der Pariser Union, der CGT und einigen anderen daran interessierten Stellen zu übermitteln«.

DOKUMENT 150

29. 4. 1937: Schreiben von Richard Kirn, Forbach/Frankreich, an Pierre Brou, Paris, zum Protokoll der Gründungskonferenz des Koordinationsausschusses

BA, R 58, Nr. 725. Maschinenschrift.[1]

Werte Kameraden,

ich bestätige Euch den Empfang der beiden Protokolle. Der Inhalt veranlaßt mich zu nachstehenden Darlegungen:

»Der Zweck heiligt die Mittel«. Dies scheint mir das Leitmotiv derer gewesen zu sein, die zur »Zusammenkunft der in Frankreich lebenden deutschen Gewerkschaftler« am 20. März 1937 nach Paris eingeladen und das Protokoll dieser Versammlung[2] abgefaßt haben. Gegen ein derartiges Gebaren bin ich gezwungen, allen Ernstes energisch zu protestieren. Meinen Protest begründe ich mit folgenden Tatsachen:

1) Es ist unwahr, daß ich gemeinsam mit den Gewerkschaftlern *Schulenburg*, *Pick*, *Merker*, *Oettinghaus*, *Weisheit* etc. zu der vorerwähnten Zusammenkunft eingeladen habe. Ich bezeichne den Satz des Protokolls[3]: »Unsere heutige Konferenz, deren Zustandekommen wir der gemeinsamen Initiative der Kollegen *Schulenburg*, *Pick*, *Kirn*, *Merker*, *Oettinghaus*, *Weisheit* und den übrigen Kollegen, die in Paris seit langem im Interesse der Wiederentfaltung unserer deutschen Gewerkschaftsbewegung aktiv tätig waren, verdanken, die möglich wurde, durch die solidarische Unterstützung unserer Bruderverbände ...« für bewußt als unwahr geschrieben. Wie den wirklichen Initiatoren bekannt, konnte und habe ich gar nicht zur Zusammenkunft eingeladen.

Was soll darum diese bewußte Entstellung? Mir ist heute der Zweck dieser Konferenz völlig klar! Ganz offen gebe ich, – ja fühle ich mich dazu verpflichtet, – meiner Auffassung Ausdruck.

Ich erkläre:

a) die Konferenz wurde eingeladen bzw. geschoben durch die KP –

Zweck: die Gewerkschaftsbewegung soll zu einem politischen Instrument gebraucht werden. Da in Frankreich die Zweck-Zielsetzung unter dem Decknamen der »Einheitsgewerkschaft« am leichtesten möglich ist, sollte die Gewerkschaftsemigration den notwendigen Versuch abgeben[4].

b) Um vorerwähnten Zweck erreichen zu können, lud man Sozialdemokraten ein; KP-Leute allein zu einer Zusammenkunft vereinigt, hätte bestimmt seinen Zweck verfehlt. Da einzelnen der Initiatoren, die zur Konferenz eingeladen haben, bekannt ist, daß ich heute noch Mitglied der Sopade bin, mußte mein Name herhalten und wurde ich somit im Sinne gewollter Zweckerfüllung als einer der Initiatoren bezeichnet. Gegen einen derartigen Mißbrauch meines Namens erhebe ich allerschärfsten Protest.

Wofür anders als zu einem Mißbrauch ist wohl die mir zugelegte Initiative zwecks Stattfinden der Zusammenkunft unterschoben worden!?

1 Pierre Brou ist der Deckname von August Weisheit.
2 Vgl. Dok. 149.
3 Vgl. ebd.
4 Ähnlich argumentiert B. Süss, vgl. Dok. 163.

c) Mit *Oettinghaus* würde ich nie eine Einladung ergehen lassen, da ich nur zu gut weiß, wie schlecht dessen Name bei den Metallarbeitern klingt. Glaubt man vielleicht, die Sache *Oettinghaus*[5] sei bei den deutschen Metallarbeitern vergessen? Nein!

d) Warum haben an der besagten Zusammenkunft keine Vertreter des IGB, der Berufsinternationale und der GAD teilgenommen? Über das Nichtvertretensein dieser Gewerkschaftsinstanzen habe ich mir meine Gedanken gemacht.

e) Warum sprach *Merker* nicht davon, auch dem IGB ein Exemplar des Protokolls über die Zusammenkunft zukommen zu lassen?[6] Liegt darin eine bestimmte Absicht? Ich denke: ja.

2) Warum ist mein Antrag unterschlagen worden, demzufolge ich bat, dem IGB und der GAD einen Bericht über den Verlauf der Zusammenkunft zuzustellen? Aus welchen Gründen soll der IGB nicht informiert werden?

3) Warum wurden meine Ausführungen unterschlagen, denen zufolge ich den Antrag des Kollegen *Merker* ablehnte und beantragte eine eigene Gewerkschaftsinformation zu schaffen. Dieser Antrag wurde angenommen und nicht der Antrag des Kollegen *Merker*[7]. Es kann somit nicht die Rede sein, daß die »Deutsche Gewerkschaftsinformationen«[8] als das Organ des gebildeten Gewerkschaftskomitees [gewählt] ist.

Diese meine Darlegungen veranlassen mich, eine Berichtigung im Sinne meiner Ausführungen zu beantragen. Falls keine Berichtigung folgt, erkläre ich meinen Austritt aus dem Komitee.

Mit gewerkschaftlichem Gruß:

DOKUMENT 151

21. 5. 1937: Schreiben von Richard Kirn, Forbach/Frankreich, an Bruno Süss, Troyes, zur Gründungskonferenz des Koordinationsausschusses und zur KPD

BA, R58, Nr. 725. Maschinenschrift. Eigenhändig unterzeichnet.

Lieber Genosse Süss!

Dein Brief hat mich sehr gefreut. Ergibt sich doch daraus die Quintessenz, daß auch Du Deine Bedenken über die »Konferenz« bekommen hast.[1] – Es war ja auch gar nicht anders zu erwarten!. -Warum so viel Schleierhaftes?

5 Gemeint ist offensichtlich sein Übertritt zur KPD am 26.9.1931, obwohl er sich kurz vorher noch auf dem Leipziger Parteitag der SPD ins Sekretariat des Parteivorstandes hatte wählen lassen; gemeint ist ferner seine Tätigkeit als leitender RGO-Funktionär.

6 Vgl. Dok. 149. In den nicht abgedruckten Teilen des Protokolls, die in Anm. 43 zusammengefaßt sind, wird die Position von Kirn offensichtlich unzutreffend wiedergegeben.

7 Ab November 1937 erschienen als Publikation des Koordinationsausschusses die «Gewerkschaftlichen Mitteilungen«.

8 Das Dokument enthält folgenden handschriftlichen Zusatz: »Wer hat eingeladen? Warum die Demagogie? Konferenz mit Schevenels!«

1 In einer Stellungnahme »Material zur ersten Tagung des Coordinations-Ausschusses«, das einem Brief vom 19.5.1937 an A. Weisheit beigefügt war, hatte Süss u.a. die Fragen aufgeworfen »1. Ist die Zusammenkunft am 20.III. in Paris einberufen worden durch die RGO in Verfolg der Beschlüsse der KPD? [...] 3. Bestand die Absicht, das Ergebnis der Zusammenkunft abhängig zu machen von der RGO und den Beschlüssen der Brüsseler Konferenz der KPD? 4. Kann der Coordinations-Ausschuß völlig frei und unabhängig von Organisationen oder deren Vertreter arbeiten? [...] 6.Soll der Co[ordinations]-A[usschuß] die KPD-Betriebsarbeit – die nicht unbedingt als illegale Gewerkschaftsarbeit anzusehen ist – fortsetzen bzw. übernehmen?« (BA, R 58, Nr. 725).

In der Anlage anbei eine Abschrift meines Schreibens an Pierre *Brou*,[2] alias *Weisheit*. Ich erspare mir, auf die Angelegenheit noch näher einzugehen. Meine Stellungnahme ist, glaube ich, ganz eindeutig. (Siehe darüber die Abschrift meines Schreibens vom 29.4. 1937)[3].

Ja, es stimmt, daß ich aus dem Komitee ausgetreten bin. Auf keinen Fall lasse ich mich mißbrauchen.(Wenn ich das gewollt hätte, brauchte ich ja nicht in die Emigration gegangen zu sein. Du und viele, viele andere wirkliche Gewerkschaftler auch nicht). Niemals mache ich Handlangerdienste für den Mord an der Gewerkschaftsbewegung und somit an mir selber. Wenn man immer seiner Gewerkschaftsbewegung gedient hat und man in der Emigration im Dienst an dieser Idee gestärkt wurde, dann muß man ganz konsequent die einwandfreie Scheidung treffen. Der schlaue *Fuchs-Merker*[4] muß sich andere suchen wie solche Kameraden, die über alle Spaltungen hinweg der alten und richtigen Idee treu geblieben sind.

Sicherlich will auch ich die deutsche Gewerkschaftseinheit. Aber so, wie die Arrangeure der Konferenz vom 20.3.37 bestimmt nicht. Die Einheit kommt doch, bestimmt ohne die *Fuchs-Merker* und C[ompagn]ie.

Ich freue mich, in meinem Schreiben vom 29.4. 1937 so klar gewesen zu sein. Inzwischen wurde mir für diese meine Auffassung hundertprozentige Genugtuung. Die Kameraden *Schevenels* und *Schliestedt* sind dieser Tage in Forbach gewesen. Ein Stück gründliche Arbeit wurde geleistet. Das Forbacher Gewerkschaftskomitee ist sowohl durch den IGB wie durch die GAD[5] anerkannt und zwar moralisch wie finanziell. Darüber in Kürze mehr. In dieser Hinsicht rechnen wir auf Deine, wie auf die Mitwirkung einer Reihe anderer in Frankreich lebender deutscher Gewerkschaftler[6]. Heute schon bin ich überzeugt, daß Du dabei sein wirst![7]

Schließlich darf ich Deine Aufmerksamkeit darauf hinlenken, daß an der Konferenz vom 20.3.[19]37 als linientreue Gewerkschafter, wenn ich mich einmal so ausdrücken darf, nur ganz wenige teilgenommen haben. Die Spalter bildeten die Mehrheit. Das allein schon gibt zu denken. Ja der Rubel! – Moskau bezahlt, seine Trabanten gehorchen blindlings! Oder nicht?

Nur drei Momente hierzu:

1) Warum reden die Bekämpfer der Demokratie so plötzlich von Demokratie und warum gibt es im »Lande der Arbeiter« trotz 20 Jahre »Diktatur des Proletariats« keine Demokratie?

2) Man klagt über die Leiden der Emigration! Warum gibt es immer noch so viele Menschewiken (russische Sozialdemokraten) in der Emigration? Wo bleibt die große Geste?

3) Man läßt Bäche von Tinte fließen ob der Erschießung und Ermordung von Antifaschisten in Deutschland und Italien. Was aber sagen die Rubeltrabanten über die Erschießung und Ermordung von Nicht-Stalinanhängern bzw. solcher Leute, die doch

2 Vgl. Dok. 150.

3 Ebd.

4 Laut Schreiben vom 17.5.1937 von G. Kreyssig an B. Süss war Martin Fuchs das Pseudonym von Paul Merker (BA, R 58, Nr. 725).

5 GAD = Geade.

6 Dabei war auch an G. Schulenburg, den Vorsitzenden des Koordinationsausschusses, gedacht; vgl. Brief von G. Kreyssig an B. Süss, 25.5.1937 (BA, R 58, Nr. 725), in dem es u.a. heißt: »Worauf es ankommt, ist den alten braven Schulenburg loszueisen, mit dem sie den Eindruck erwecken, als handle es sich in der Tat um eine Gewerkschaftersache«. Vgl. ferner den Brief von G. Kreyssig an B. Süss vom 3.6.1937 (ebd).

7 Das war Ende Mai/Anfang Juni der Fall; vgl. Brief von B. Süss an G. Kreyssig vom 6.6.1937 (ebd.).

auch kein Stroh haben, wo angeblich »Zar Stalin« die geniehaften asiatischen Gedankenblitze bündelweise gelagert hat?

Zu den Ideen solcher Heloten soll man zu allem ja oder nein sagen? Dann lieber schon eine Kugel durch den Kopf. Es ist mutiger, sich selbst zu richten als andere zu wählen, um sich »abmurksen« zu lassen .

Zur Sitzung vom 23.[8] komme ich nicht. Der Betrug liegt hinter mir, und zum Selbstbetrug bin ich nicht dumm genug.

Das Komitee wird nie durch den IGB[9] anerkannt werden, das ist heute für mich ohne jeglichen Zweifel. Die Sünden verschiedener dieser Leute sind nun einmal zu groß!

Viele Grüße, Dein

Richard Kirn

DOKUMENT 152

Juni 1937: Martin Stahl über Demokratie und Diktatur

BA, SAPMO, ZPA I 2/708/138. Gewerkschafts-Zeitung, Organ der Arbeiter und Angestellten Deutschlands 1. Jg., Juni 1937,«Demokratie und Diktatur«. Maschinenschriftliche Abschrift.[1]

Auch Schlagworte haben ihre Schicksale, besonders deshalb, weil sich jeder etwas Eigenes darunter vorstellen kann. Das Schlagwort umschreibt keinen eindeutigen Begriff, und weil es nur ein Wort ist, entbehrt es der Definition und darin liegt die Quelle aller Mißverständnisse, des Mißbrauchs und des Kampfes um den Inhalt.

Das deutsche Volk bekam erst seit dem Jahre 1918 den Weg zur Errichtung einer Demokratie frei, das war alles; denn Demokratie ist mehr als ein Verfassungsartikel. Aber zugleich setzte auch schon der Kampf gegen die beginnende Demokratie ein, nicht nur von den Reaktionären, von der »rechten« Seite, sondern auch von der sogenannten äußersten »Linken«, die sich als die alleinigen Revolutionäre bezeichnen. An die Stelle der kaum ins Leben getretenen Demokratie wollten sie die Diktatur setzen und zwar die »Diktatur des Proletariats«. Das wurde zum Schlagwort, dessen Anwendung die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der deutschen Arbeiterschaft durch seinen beispiellosen Mißbrauch vergiftete. Wer dagegen auch nur eine Definition des Begriffes versuchte, wurde eines Sakrilegs an einem geheiligten Marxwort angeklagt und verurteilt. Als wenn es kein Mißbrauch des ganzen Marx'schen Schaffens wäre, ein Wort von ihm vor über einem Menschenalter unter vollkommen anderen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Zuständen geprägt, unbesehen auf die heutige Zeit anwenden zu wollen. Alle Marx'schen Formulierungen wollen immer neu erarbeitet, an den neuen Verhältnissen geprüft sein. Dabei kann man davon absehen, wieviel Unverständnis, Demagogie, Dummheit und Unkenntnis der Marx'schen Theorien bei manchen Wortgewaltigen vorhanden war.

Das letzte Wort, wenn auch kein Argument, war der Hinweis auf Rußland, auf die dort bestehende Diktatur des Proletariats. Ein russisches Sprichwort sagt: »Der Himmel ist

8 Gemeint ist die 1. Sitzung des Arbeitsausschusses des Koordinationsausschusses.

9 Zur ablehnenden Haltung des Internationalen Gewerkschaftsbundes zum Koordinationsausschuß vgl. den Brief von G. Kreyssig an B. Süss, 25.5.1937 (BA, R 58, Nr. 725).

1 Im Vorspann der Abschrift des Artikels heißt es u.a. »anbei einen Artikel aus der Gewerkschafts-Zeitung [...]. der sehr wichtig ist bei dem jetzigen Bestreben der Herstellung der Gewerkschaftseinheit und Zusammenfassen der Kräfte, um auf einheitlicher Basis eine verstärkte gewerkschaftliche Arbeit [im] Land zu machen« (BA, SAPMO, ZPA I 2/708/138).

hoch, und der Zar ist weit«. So ist es auch heute; niemand hat ein objektives und umfassendes Urteil über Rußland, diesen Kontinent mit seinen Unterschieden und Gegensätzen. Wer kann das Romanovsche und das Stalinsche Rußland vergleichen und wer von den vielen Kämpfern gegen die Demokratie hat heute noch den Mut, die russischen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Formen des Lebens als marxistisch und sozialistisch zu preisen und diese Zustände auf Deutschland übertragen zu wollen.

Inzwischen haben die begeisterten Anhänger der Diktatur in Deutschland so etwas erlebt, schaudernd und mit Ingrimm der furchtbaren Opfer aus den eigenen Reihen gedenkend. Das haben sie gewiß nicht gewollt. Es ist eine nationalsozialistische Diktatur, wer aber die politische Herrschaftsform der Diktatur überhaupt für menschenwürdig hält, erkennt sie im Prinzip an, auch wenn sie sich gegen ihn selbst kehrt. Denn wer sie auch immer ausübt, mindestens ein Teil der Menschen wird als Feind angesehen und muß alles erdenkliche Leid ertragen. Das gilt für jede Diktatur, die sich letzten Endes sogar gegen das ganze Volk richten muß, wenn es die Diktatur abschütteln möchte. Persönlichkeitsrechte gelten nicht, Meinungs- und Gesinnungsfreiheit, die Freiheit des gesprochenen und geschriebenen Wortes, alle unabdingbaren Attribute des Menschen, wie sie seit der klassischen Französischen Revolution nicht mehr fortzudenken sind, werden vernichtet und die daran festhaltenden Menschen zertreten. Jeder Diktator setzt seinen Willen dem Volkswillen gleich und behauptet deshalb, der Vollstrecker desselben zu sein und unbedingten Gehorsam von jedem Menschen verlangen zu können. Diktatur und freies Menschentum sind unvereinbare Gegensätze.

Nachdem die Hitlerdiktatur mit ihrem Schrecken und der Vernichtung allen Menschentums über Deutschland hereingebrochen war, gab es in den ersten beiden Jahren sehr viele Arbeiter, die eine neue Diktatur für notwendig hielten, aber nur die eigene, als Diktatur des Proletariats angesprochene. Es war das berechtigte Gefühl, einmal Vergeltung üben zu können für die ungeheuerliche Schändung der menschlichen Kreatur, welche die Hitlerdiktatur zu verantworten hat. Doch diese Periode ist überwunden, denn zur notwendigen Vergeltung bedarf es der Diktatur mit anderen Vorzeichen nicht, und die Erkenntnis hat sich durchgesetzt, daß die Beseitigung der Diktatur durch die Diktatur eine grundsätzliche Bejahung dieser Herrschaftsform ist. Die Diktatur kann nur durch die Freiheit, die allein in der Demokratie gewährleistet ist, überwunden werden. In kluger Demagogie wurde dem deutschen Spießer mit dem drohenden Bolschewismus, der »Diktatur des Proletariats«, die Angst eingejagt, die ihn dem Nazismus gefügig machen sollte. Jede Diktatur muß aber durch die Unterdrückung immer wieder Gegner erzeugen und letzten Endes muß sie an dem Widerspruch zwischen Diktatur und Menschentum, national und international, scheitern. So hat das Schlagwort von der Diktatur sein Schicksal; selbst die ehemaligen Verkünder wenden sich nach den grausen Erlebnissen von ihr ab und kehren zurück zur Demokratie, die wir in Deutschland noch nie erlebt haben.

Diese Entwicklung ist für die Gewerkschaften von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die Gewerkschaften können, wenn sie lebendige Organismen sein und dauernd jung bleiben wollen, nur demokratische Organisationen sein. Weil sie aus dem kaleidoskopatischen täglichen Ablauf der Wirtschaft in tausenderlei Variationen die notwendigen Folgerungen ziehen müssen, brauchen sie die geistigen Kräfte möglichst aller Mitglieder, die in gleicher Freiheit, im selbstgegebenen Rahmen, wirksam sind und werden können. Wenn so für alle das gleiche grundsätzliche Recht der Mitwirkung besteht, dann sind die Gewerkschaften mehr als eine bloße Zweckverbindung, dann sind sie ein Organismus im Gesamtleben eines Volkes. Die Mitwirkung aller Kräfte, aller Mitglieder in gleicher Freiheit und unter gleichem Recht, das ist Demo-

kratie. Das innere Leben der Gewerkschaften kann nur demokratisch sein oder es gibt keine Gewerkschaft, sondern eine »Arbeitsfront«, die kommandiert wird, ein Gebilde ohne eigene Regung, indem die einzigen Lebewesen die schmarotzenden, unverantwortlichen und sich bereichernden Bonzen-Parasiten sind.

Die Gewerkschaften können auch unter einer äußeren Diktatur nicht leben. Sie brauchen als Lebenselement das freie Wort der freien Meinung, die öffentliche Auseinandersetzung mit ihren sozialen Gegenspielern. Wie die Gewerkschaften im Innern die volle Demokratie zum Leben brauchen, so können sie auch nur in einer demokratischen Umwelt ihre gesellschaftlichen Aufgaben erfüllen. Jede Diktatur bedeutet eine Einschränkung der Lebensmöglichkeit und zuletzt die Vernichtung der Gewerkschaften. Deshalb müssen die Gewerkschaften grundsätzliche Gegner der Diktatur sein.

Die Demokratie hat viele Formen und eines schickt sich nicht für alle. In welcher Weise der Wille des Volkes ermittelt wird und in welchen Formen dieser ermittelte Wille in konkrete Wirklichkeit umgesetzt wird, dafür gibt es mancherlei Möglichkeiten und Abwandlungen. Das Leben der demokratischen Völker in allen Zonen beweist zur Genüge, daß die Eigenheiten und die Geschichte der Völker sich in den demokratischen Formen widerspiegelt. Auch diese unterliegen der Entwicklung, sie sind nicht eindeutig und einmalig. Aber die bittere Erfahrung haben wir in Deutschland bei dem Versuch, eine möglichst vollendete Demokratie zu schaffen, gemacht, daß Demokratie nicht mit Narrenfreiheit zu übersetzen ist. In Deutschland nicht, noch nicht. Die Demokratie gibt keinem das Recht, an ihrer Beseitigung zu arbeiten und zwar aus Demokratie. Niemand kann sich auf demokratische Rechte berufen, wenn er sie benutzen will, um die Demokratie zu beseitigen. Nur derjenige hat Anspruch auf Demokratie, der ehrlich bereit ist, diese auch jedem anderen zuzuerkennen, für sie einzutreten und sie zu sichern gegen jeden Angriff.

Weil die Gewerkschaften grundsätzlich auf dem Boden der inneren und äußeren Demokratie stehen müssen, deshalb sind sie mit allen Demokraten verbündet im Kampfe gegen die Schande der Hitlerdiktatur, für die Freiheit des deutschen Volkes.

Martin Stahl[2]

DOKUMENT 153

Anfang Juli 1937: Paul Merker zu Fragen des gewerkschaftlichen Selbstverständnisses, zur Taktik illegaler Gewerkschaften und zu Differenzen mit Vertretern der Auslandsvertretung Deutscher Gewerkschafter

BA, SAPMO, ZPA I 2/708/138. Maschinenschrift. Überschrift [handschriftlich]: »Rede auf der Gew[erkschafts]-Ausschußsitzung«.

[...][1] Und nun zu den prinzipiellen und taktischen Fragen. Die prinzipielle Diskussion[2] drehte sich um die Fragen, auf welcher Grundlage die Gewerkschaftsbewegung sich entwickeln soll. Diese Fragen stehen vor der deutschen Arbeiterklasse und darum auch vor unserem Ausschuß. Soll die Bewegung auf dem Boden des Klassenkampfes wachsen, mit dem fortgeschrittensten Teil der deutschen Arbeiter – den sozialdemokratischen und kommunistischen als Kern – und durch den Kampf zur Vertretung der Arbeiterinteressen und zur Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten zu einer Massenbewegung werden, oder soll sie sich entwickeln – wie es der Kollege *Schliestedt*[3] haben will – daß sie unter Nichtachtung der Grundsätze des proletarischen Klassenkampfes sich so weite Ziele in bezug auf ihre Anhängerschaft steckte, daß sie eigentlich aus nichts anderem bestehen würde als aus einer etwas reformierten DAF. Das ist der entscheidende Punkt. Soll die Gewerkschaftsbewegung von unten herauf, durch den Kampf der Arbeiter heranwachsen, dann kann sie sich nicht hermetisch von den Arbeiterparteien abschließen, sondern dann muß sie eng mit ihnen zusammenarbeiten; dann wird die Zeit kommen, wo die Gewerkschaftsbewegung den Rahmen der DAF sprengt und als eine gewaltige Massenbewegung vorwärts schreitet. Soll aber der Weg des Kollegen *Schliestedt* gegangen werden, so würde das nur eine Umstellung in den Spitzen der DAF bedeuten und eine Entwicklung, wie wir sie z.B. in Österreich zu verzeichnen haben.

Diese Fragen aber stehen in enger Beziehung zu der Taktik der illegalen Gewerkschaftsbewegung. Kollege *Kreyssig* schrieb uns,[4] daß wenn die Arbeiter in Deutschland versuchen, ihre Interessen zu vertreten und gemeinsam mit den Naziarbeitern die Betriebs- und Tarifordnungen ausnutzen, die Demagogie der Naziführer als Waffe gegen dieselben verwenden, Funktionen in der DAF annehmen etc., dann sei das eine kommunistische Taktik.[5] Wir aber sagen, daß in diesem Vorgehen der Arbeiter der Kampf der illegalen Gewerkschaftsbewegung überhaupt zum Ausdruck kommt. Ich erinnere daran, daß gerade der Kamerad *Kirn* die feurigste Rede zur Begründung der Notwendigkeit dieser Taktik auf unserer Gründungstagung gehalten hat.[6]

Ich habe dazu bekanntlich ja gar nicht sehr viel gesagt, sondern im wesentlichen nur festgestellt, daß über die Fragen der Taktik der illegalen Gewerkschaftsbewegung unter uns Einheitlichkeit vorhanden ist.[7] Trotzdem aber schrieb uns der Kollege *Kreyssig*, daß ich die sozialdemokratischen Kollegen übertölpelt und ihnen die kommunistische Taktik aufgezwungen hätte. Ich glaub' diese Behauptung ist nur eine Beleidigung der soz[ial]dem[okratischen]Kollegen.

Ich hatte in der Vorbesprechung auf die Gewerkschaftszeitung, die von dem Kollegen *Schliestedt* herausgegeben wird, hingewiesen und hervorgehoben, daß darin Hoffnungen auf einen mechanischen Zusammenbruch des faschistischen Regimes vertreten werden; daß darin gesagt wird, die DAF werde an ihrer inneren Unwahrhaftigkeit zugrunde gehen. Ich glaube, daß die Dinge nicht so einfach sind. Das Naziregime wird nicht mechanisch zusammenbrechen, sondern es muß von den Arbeitern gestürzt werden. Die DAF wird nicht an ihrer inneren Unwahrhaftigkeit zugrunde gehen, sondern sie wird durch den Kampf der Arbeiter um bessere Lohn- und Arbeits-

2 Nach Bednareck, Gewerkschaftspolitik, S. 193, handelt es sich bei Martin Stahl um Heinrich Schliestedt.

1 Nicht abgedruckt sind Merkers einleitende, sehr allgemeine Bemerkungen über Differenzen mit G. Kreyssig und V. Hartig über Fragen der Zusammenarbeit während des 1. Kontaktgespräches am 29.5. 1937. Merker geht bei seinen folgenden Ausführungen davon aus, daß die »Vereinheitlichung [...] von niemandem aufgehalten werden [kann], weil die Massen der Kollegen im Lande sie verlangen und weil sie von ihnen faktisch verwirklicht wird«. Vgl. auch Dok. 129.

2 Zu den ersten Kontakten zwischen Vertretern des Koordinationsausschusses und der ADG (Kreyssig und Hartig) vgl. Dok. 154, 155.

3 Zur Position von Schliestedt vgl. u.a. Dok. 30, 39, 40.

4 Brief nicht in den Akten.

5 Zur Politik des Trojanischen Pferdes kommunistischer Gewerkschafter vgl. Dok. 119, 123.

6 Zur Position von R. Kirn vgl. Dok. 149–151.

7 Vgl. ebd.

verhältnisse, um mehr Freiheiten überwunden werden. Dieser Kampf aber kann heute nur so geführt werden, wie ihn die Kollegen im Lande von sich aus begonnen haben.

Alle diese Fragen wurden in der Vorbesprechung [29.5.1937] diskutiert, und ich kann wohl feststellen, daß auch die Kollegen *Kreyssig* und *Hartig* sich nicht der Tatsache verschließen konnten, daß in den von den Kollegen im Lande angewandten Methoden des illegalen Gewerkschaftskampfes das Leben der Gewerkschaftsbewegung überhaupt zum Ausdruck kommt, und daß es unsere Aufgabe ist, die illegalen Kämpfer im Lande in ihrem Kampfe zu unterstützen. Wenn es gelingt, über die Fragen der Taktik durch den einheitlichen Ausschuß[89] noch größere Klarheit zu schaffen, Einwände dagegen zu überwinden, dann wird sich das sehr stark im Interesse der Bewegung auswirken; und ich glaube, es wird möglich sein, diese größere Klarheit herbeizuführen. Der Kollege *Kreyssig* schlägt heute vor, die Naziarbeiter und Funktionäre in den Auseinandersetzungen mit den Unternehmern vorzuschicken. Aber er – wie auch der Kollege *Schliestedt* hoffen, daß wenn auf diese Weise die Nazi-Arbeiter und -funktionäre hineingefallen sind, sie einsehen werden, daß die faschistische Herrschaft auch zu ihrem Schaden vorhanden ist. Ich glaube aber, daß wir auf diesem Wege nicht viel weiterkommen. Wir müssen versuchen, die Naziarbeiter und Funktionäre näher an uns heranzubringen, in ein Vertrauensverhältnis zu ihnen zu kommen, gemeinschaftlich mit ihnen den Kampf gegen die Unternehmer und gegen die hohen DAF-Funktionäre zu führen.

Die Frage der »Gewerkschaftsinformationen«[10] wurde geklärt. Kollege *Kirn*[11] konnte seine Vorwürfe nicht aufrechterhalten. Alle Kollegen wissen, daß nie ein Druck erfolgt ist, daß man die »Gewerkschaftsinformationen« in der alten Form herausbringen soll. Im Gegenteil. Alle Kollegen wissen auch, daß ich immer darauf hingewiesen habe, daß die »Gewerkschaftsinformationen« dem Ausschuß zur Verfügung gestellt worden sind, und daß der Ausschuß über alles weitere von sich aus zu beschließen hat. Die Frage des Verhältnisses zu den Kommunisten habe ich ganz offen gestellt. Ich glaube, man muß sich klar sein, daß es nicht möglich ist, zugleich gegen *Hitler* und gegen die Kommunisten zu kämpfen. Denn jeder Versuch in dieser Richtung hilft nur *Hitler* und schädigt den illegalen Kampf der Massen. Wir sollen weiter sehen, daß keine antifaschistische Partei oder Richtung allein über die notwendige Kraft verfügt, *Hitler* zu stürzen. Dieser Kampf kann nur gemeinsam von allen antifaschistischen Kräften geführt werden. Deshalb ist die Einheitsfront zwischen der SPD und der KPD eine so unbedingte Notwendigkeit. Denn die Einheitsfront muß zum Kern der großen Volksfrontbewegung werden, die imstande sein wird, mit dem Hitlerfaschismus Schluß zu machen. Es ist meines Erachtens auch unsinnig, wenn heute nach vier Jahren *Hitler* noch Kollegen kommen und behaupten, »man kann mit den Kommunisten nicht zusammenarbeiten; sie meinen es nicht ehrlich«. Ich glaube, alle Kollegen werden mit mir der Meinung sein, daß unser Zusammenarbeiten hier im Ausschuß vollkommen reibungslos und selbstlos von allen Seiten erfolgt. Aber nicht nur das. Es besteht außerdem die Tatsache, daß sowohl Sozialdemokraten als auch die Kommunisten dasselbe große Ziel verfolgen: den Sturz *Hitlers* und die Errichtung einer demokratischen Volksrepublik, die nicht ein zweites Weimar sein wird, sondern dem Faschismus endgültig die ökonomische Basis entzieht.

8 Vgl. Dok. 157

9 Gemeint ist ein von Vertretern der ADG und des Koordinationsausschusses zu bildender gemeinsamer Ausschuß.

10 Die »Deutsche Gewerkschaftsinformationen« war eine illegale kommunistische Gewerkschaftszeitung, die von Merker als Organ des Koordinationsausschusses vorgeschlagen worden war; vgl. Dok. 149.

11 Zur Position von Kirn vgl. Dok. 150.

Noch ein Wort zu einem wichtigen Punkt in dem Schreiben des Kollegen *Kreyssig*, der auch in der Vorbesprechung eine Rolle spielte. Aus dem Brief des Kollegen *Kreyssig* geht hervor, daß er der Meinung ist, SPD wie auch KPD haben bankrott gemacht, und daß die Gewerkschaftsbewegung auch die Parteien ersetzen werde. Ich glaube, es ist notwendig festzustellen, daß weder die SPD noch die KPD bankrott gemacht haben. Beide leben und werden die entscheidenden Kräfte sein in der deutschen Volksfront, die *Hitler* stürzen wird. Auch die Gewerkschaften werden in diesem Kampfe eine große Rolle spielen. Aber sie können, wie das Beispiel Spanien beweist, die Parteien nicht ersetzen. Es ist notwendig, sich gegen diese syndikalistischen Tendenzen zur Wehr zu setzen, denn wir sollen uns überlegen, der Einfluß der Faschisten in Deutschland auf die Massen ist nicht ohne Wirkung geblieben. In den kommenden großen Bewegungen werden zu den marxistischen Arbeitern große Massen stoßen, denen von den Faschisten unklare Begriffe über den Sozialismus eingehämmert wurden. Solche Massen sind leicht empfänglich für syndikalistisch-anarchistische Bestrebungen. Wir haben heute noch keine Möglichkeit zu prüfen, wie sich die Dinge in dieser Hinsicht entwickeln; eins nur steht fest, in den kommenden großen Auseinandersetzungen ist vor allem die Einheitlichkeit notwendig, sonst werden wir in Deutschland ähnliche Schwierigkeiten haben, wie sie in Spanien vorhanden sind.

Nun zum Schluß. Ich bin der Meinung, wir sollen den Willen zur Vereinheitlichung, der in der Vorbesprechung zum Ausdruck gekommen ist, begrüßen. Wir sollen den Vorschlag des Kollegen *Schulenburg* annehmen und eine Kommission wählen, die Vorschläge für die Vereinheitlichung ausarbeitet[12] und die weiteren Verhandlungen führt. Wir sollen im Prinzip mit der Auflösung unseres Ausschusses einverstanden sein, die jedoch erst erfolgen kann, wenn gemeinschaftlich in einer breiteren Konferenz der neue Ausschuß gebildet worden ist. Alles weitere können wir später festlegen. Noch einmal will ich unterstreichen, die Arbeit des Ausschusses geht weiter, sie darf nicht geschwächt, sondern muß noch verstärkt werden, umso eher wird die von uns allen gewünschte Einheitlichkeit der Bewegung zur Tatsache werden.

DOKUMENT 154

8. 7. 1937: Verhandlungsangebot des Koordinationsausschusses, Paris, an die Vertreter der ADG für den Westen, Gerhard Kreyssig und Valentin Hartig, Paris

BA, R 58, Nr. 725. Maschinenschriftliche Abschrift.

Werte Kollegen!

Am 20. 3. [19]37 haben sich in Frankreich ansässige ehemalige deutsche Gewerkschaftler der freigewerkschaftlichen und christlichen Richtung zu einem Coordinationsausschuß zusammengeschlossen.[1]

Der Ausschuß setzte sich das Ziel der Vereinheitlichung der gewerkschaftlichen Arbeit in den an Frankreich angrenzenden Gebieten und der Förderung aller Bestrebungen zur Schaffung einer einheitlichen deutschen Gewerkschaftsbewegung.

In diesem Sinne fanden Verhandlungen zwischen Vertretern der A[uslandsvertretung] der D[eutschen] G[ewerkschaften] und Vertretern des Coordinationsausschusses

12 Vgl. Dok. 154.

1 Vgl. Dok. 149. Diese Verhandlungen fanden am 29.5.1937 statt, vgl. Dok. 155.

statt,[2] die mit beiderseitigem Einverständnis zu dem Ergebnis führten, daß in einer Kommission die beiderseitigen Vorschläge zur Herbeiführung einer Einigung beraten werden sollen.[3]

Der Coordinationsausschuß hat nunmehr in seiner letzten Sitzung zu den Verhandlungen Stellung genommen und eine Kommission, bestehend aus den Kollegen *Schulenburg, Pick, Merker, Weisheit, Oettinghaus, Fuchs* zur Weiterführung derselben gewählt.

Die Kommission unterbreitet Euch die nachstehenden Vorschläge als Diskussionsgrundlage für die weiteren Verhandlungen:

1) Einberufung einer gemeinsamen Konferenz von Vertretern der ADG und des Coordinationsausschusses zur Wahl eines einheitlichen Ausschusses der in Frankreich ansässigen deutschen Gewerkschaftler.

2) Wahl der Vertreter für die zu bildende Kommission der ADG für den Westen durch die gemeinsame Konferenz.

3) Entfaltung der Arbeit durch den Ausschuß für Frankreich mit Ziel der Schaffung einheitlicher zentraler Leitungen der Arbeit für die einzelnen Industriegruppen unter Kontrolle der zuständigen Berufsinternationalen nach dem Beispiel der Bergarbeiter, Transportarbeiter, Angestellten, Gastwirtsgehilfen usw.

Herstellung engster Verbindungen der Industriegruppenkomitees deutscher Gewerkschaftler in Frankreich mit ihrer zuständigen französischen Bruderorganisation.

Wir bitten Euch, uns eventuell weitere Vorschläge übermitteln zu wollen, damit nach Prüfung derselben der Zeitpunkt für die gemeinsame Konferenz baldmöglichst festgelegt werden kann.

Mit gewerkschaftlichem Gruß:
gez.: Schulenburg, Merker, Pick, Oettinghaus, Weisheit, Fuchs

2 Vgl. hierzu auch den Brief von G. Kreyssig an B. Süss, 25.5.1937, daß Schulenburg und Weisheit mit ihm gesprochen hätten (BA, R 58 Nr. 725).

3 Dazu heißt es bei Kreyssig: »Schulenburg meinte, daß diese Aussprache, wie sie mit ihm und Weisheit stattgefunden habe, auch mit anderen Kollegen stattfinden solle; ob ich bereit wäre dazu, wenn nur alte Gewerkschafter anwesend seien. Dem stimmte ich zu, ja ich halte das für dringend erwünscht, weil ich absolut davon überzeugt bin, daß dann – wie Sie sagen – dem Spuk wirklich ein Ende bereitet ist. Ich schlug als Teilnehmer vor Sie, Kirn, Schulenburg, Hartig (außer mir natürlich), – wozu seitens Schulenburgs der Kollege Pick noch gewünscht wurde ... Zu dieser Besprechung sollen Weisheit und Merker erscheinen; dort will ich mit ihm [Merker] in Eurem Beisein abrechnen« (ebd.).

DOKUMENT 155

28. 7. 1937: Schreiben von Bruno Süss, Troyes, an Gerhard Kreyssig und Valentin Hartig, Paris

BA, R 58, Nr. 725. Maschinenschrift. Eigenhändig unterzeichnet[1].

Liebe Freunde und Gewerkschaftskollegen!

Bei den Besprechungen, die am 29. Mai in Paris stattfanden[2], einigten wir uns darauf, daß in Kürze eine Erfassung der emigrierten deutschen Gewerkschafter erfolgen solle. Inzwischen sind nun zwei Monate verflossen, ohne daß etwas Positives geschah. – Das ist ein für die deutsche Gewerkschaftsbewegung beschämender Zustand. Kein verantwortungsbewußter deutscher Gewerkschafter kann, wenn er die deutsche Gewerkschaftsbewegung nicht aufgeben und sich davon lossagen will, das vor sich selbst und vor der Geschichte verantworten.

Ich lehne den jetzigen Zustand ab und spreche eindeutig aus, daß ich alles tun werde, damit endlich auch in Frankreich die emigrierten deutschen Gewerkschafter einen Zusammenhalt bekommen.

Wie sieht es um die deutsche Gewerkschaftsbewegung nach ihrer Zerschlagung durch *Hitler* in den Gastländern der Emigranten aus?

1. Die »Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften« besteht seit 1935 (ADG).
2. Die emigrierten deutschen Gewerkschafter haben sich mehr oder weniger fest zusammengefunden in der Tschechoslowakei, Dänemark, Schweden und der Schweiz.
3. Seit Januar 1936 erscheinen die »Nachrichten« der ADG.
4. Seit Januar 1937 ist die »Gewerkschaftszeitung« als Organ der Arbeiter und Angestellten Deutschlands erschienen.

Und in Frankreich? Die emigrierten deutschen Gewerkschafter haben davon nichts erfahren bis auf einzelne. Ich habe davon Kenntnis bekommen am 20. März d.J.[3], obwohl meine Anschrift bekannt war. Nur die Zentrale in Komotau hatte diese nicht.

Ich lehne es ab, die Schuldfrage aufzuwerfen und nach dem oder den Verantwortlichen zu suchen. Festgestellt sei aber, daß wenn die emigrierten deutschen Gewerkschafter davon Kenntnis bekommen hätten, schon längst auch in Frankreich ein Zusammenschluß erfolgt wäre. Es gibt soviel emigrierte deutsche Gewerkschafter in Frankreich, die mit Leib und Seele der deutschen Gewerkschaftsbewegung ergeben sind. Alle, die ich kenne – und das sind nicht wenige – haben es als einen Mangel angesehen, daß keine Zentrale vorhanden war.

Trotzdem ganz untätig war auch in Frankreich keiner. Jeder einzelne leistete, gleichgültig auf welche Art, illegale Arbeit, hielt fest am Gewerkschaftsgedanken. Manche schafften in Gruppen.

Diesem unmöglichen Zustand ist es auch nur zu danken, daß am 20.III. d.J. der

1 Dieser Brief war ferner zur Kenntnisnahme an Thomas Blanc, Tours, G. Groha, Nantes, H[einrich] Häfner, Paris; F[ritz] Sauber, Paris und W[ilhelm] Zander, Angers, gerichtet.

2 Vgl. Dok. 157.

3 Vgl. auch Brief von B. Süss an G. Kreyssig, 14.3.1937 (BA, R 58, Nr. 725).

Coordinationsausschuß in Paris sich bilden konnte.[4] Am 29. Mai fand dann die bekannte Besprechung statt, an der teilnahmen für den Co.-A.[5] die Genossen *Merker, Pick, Schulenburg* und *Weisheit* und für uns die Genossen *Hartig, Kirn*, Dr. *Kreyssig* und *Süss*.[6] Der Co.-A. wollte seinen Mitgliedern den Vorschlag unterbreiten, sich aufzulösen und seinen Mitgliedern die Eingliederung in die ADG im Westen empfehlen. Die beiderseitigen Verhandlungen sollten fortgesetzt werden. Über die weitere Entwicklung habe ich nichts mehr gehört. Fest steht aber folgendes:

1. Der Co.-A. hat grundsätzlich seine Bereitwilligkeit zur Arbeit auf gemeinsamer Grundlage erklärt.
   Der Co.-A. hat sich in der Zwischenzeit noch mehr gefestigt und entwickelt seine Tätigkeit auf breiter Linie.
2. Die ADG im Westen ist bis heute noch nicht in Erscheinung getreten. Sie hat nur ein Rundschreiben[7] an die Landeszentralen und die Internationalen Berufssekretariate (IBS) verschickt.

Aber es entwickelt sich die Arbeit der Berufsgruppen im Rahmen der IBS. Dieser Arbeit kann sich der einzelne nicht entziehen. Das ist auch bei den Angestellten der Fall. Es ist bekannt, daß auch am 18./19.III.[1937] der Versuch gemacht wurde, die Angestellten gruppenmäßig zu erfassen. Das scheiterte zunächst an dem Widerstand, den ich im Hinblick auf die in Aussicht stehende ADG im Westen machte. Inzwischen ist Genosse *Spiekman* der Sekretär des Internationalen Bundes der Privatangestellten (IBP), zweimal in Paris gewesen. An der letzten Besprechung am 17./18. Juli habe ich teilgenommen. Auch Vertreter der französischen Bruderorganisation nahmen daran teil. Mit deren Zustimmung und unter deren Patronat ist bei Zustimmung des IBP der »Stützpunkt der deutschen Angestelltenbewegung in Frankreich« (St.d.A.F.) gebildet und eine Leitung gewählt worden. Der St.d.A.F. ist unabhängig und einheitlich, arbeitet mit Zustimmung der französischen Fédération und hat auch da seinen Sitz. Natürlich erfolgt auch die Arbeit unter Kontrolle und im Rahmen des IBP.[8] Auf Verlangen aller Teilnehmer und nach langem Drängen habe ich mich bereit erklärt, den Vorsitz zu übernehmen.

Bei dieser Gelegenheit kam ich auch in Gegenwart von Kollegen *Spiekman* mit Kollegen *Weisheit* zusammen und fand ihn in Gesellschaft von unserem Freund *Hoffmann*-Pfalz[9], *Fuchs* (Buchdrucker) und *Markscheffel*, die im Büro des Co.-A. arbeiteten.

Ich war verblüfft über die Aktivität des Co.-A. Er steht mit fast allen Zentralen und Pariser Gliederungen der französischen Gewerkschaften in Verbindung. Der Verkehr zwischen diesen und Weisheit, das konnte ich beobachten, ist recht freundschaftlich.

4 Vgl. auch den Brief von B. Süss an G. Kreyssig, 6.6.1937: »Die Kater-Idee mit dem Coo[rdinations] A[usschuß] hätte überhaupt nicht aufkommen können (und auch Schulenburg wäre nicht so fest in dessen Fängen), wenn wenigstens die früheren gewerkschaftlichen Funktionäre der Emigration erfaßt, informiert und zur Mitarbeit herangezogen worden wären« (ebd.). Vgl. Dok. 149.

5 Coordinations-Ausschuß.

6 Vgl. Dok. 157, das Kirn und Süss als Verhandlungspartner nicht erwähnt. Bednareck, Gewerkschaftspolitik S. 190, nennt Kirn irrtümlicherweise noch als Vertreter des Koordinationsausschusses, obwohl dieser den Ausschuß bereits verlassen hatte.

7 Nicht in den Akten.

8 Nach Bednareck, Gewerkschaftspolitik, S. 174f. war die Gruppe der Angestellten, ebenso wie die der Bergarbeiter und der Transportarbeiter, bereits »zu Beginn des Jahres 1937« anerkannt.

9 Nach Bednareck, Gewerkschaftspolitik, S. 194, war Hoffmann Sozialdemokrat und beteiligte sich an Aktivitäten der Berg- und Metallarbeiter, die das Ziel hatten, »die Arbeit in der Deutschen Arbeitsfront und in den Betrieben zu verstärken«. Vgl. ausführlich Dok. 92.

Auch Geld ist da. Die Karte[10], herausgegeben mit oder durch die französischen Metallarbeiter, hat großen Erfolg gehabt. Die ersten 100 000 sollen verausgabt sein und sich eine zweite Auflage in Druck befinden. Auf breitester Linie kann die Arbeit beginnen. Auch innerlich ist nach dem Austritt von mir und *Kirn* eine Festigung erfolgt. *Ludwig*[11] mit seiner Gruppe der Schuhmacher ist neu eingetreten[12]. Er arbeitete bisher mit seinem IBS allein. *Weisheit* hat ihn mit seiner französischen Bruderorganisation zusammengebracht und der Erfolg ist sichtbar. Auch von der Grenze hört man die gleiche Regsamkeit. Trotzdem besteht auch heute noch die Möglichkeit, den Co.-A. als eine Arbeitsgemeinschaft deutscher Gewerkschafter anzusehen. Aber es ist höchste, ja allerhöchste Zeit, daß von uns aus etwas Positives geschieht.

Die Tätigkeit des Co.-A. hat natürlich seine unmittelbaren Auswirkungen auf die französischen Gewerkschaften. Der Co.-A. wird sicher von vielen als die ordentliche Vertretung der deutschen Gewerkschaften angesehen. Das macht die Situation noch verworrener als sie ohnehin schon ist, und eine Lösung erscheint beinahe unmöglich. Und doch im Interesse und wegen des Ansehens der deutschen Gewerkschaftsbewegung muß sie unbedingt erfolgen.

Es werden dabei die Verhältnisse der französischen Gewerkschaften berücksichtigt werden müssen. Ist es nicht überhaupt notwendig, die Zusammenfassung der deutschen Gewerkschafter abhängig zu machen von der Ideologie der Gewerkschaften des Gastlandes? Was in Skandinavien, der CSR oder Schweiz notwendig und möglich ist, wird vermutlich für Frankreich nicht möglich sein und umgekehrt! Die Voraussetzungen sind durch die Ideologie zum Gewerkschaftsprinzip bzw. seiner Organisation in jedem Lande für unsere Aufgaben andere. Wir werden wohl in Frankreich manches aufgeben und hinzulernen müssen, um in ständigen Kontakt mit den französischen Freunden zu kommen und zu bleiben. Denn nur unter dem Patronat der CGT, mit deren Zustimmung und im Rahmen des IGB kann die deutsche Gewerkschaftsbewegung in Frankreich arbeiten, wenn sie überhaupt wirksam werden will. Das geschieht übrigens in den anderen Gastländern in der gleichen Weise.

Nach reiflicher Überlegung mache ich deshalb folgende Vorschläge:

I. Abhaltung einer Besprechung spätestens am 14. August d.J., Beginn vormittags 10 Uhr. Lokal IGB oder CGT oder eines der französischen Bruderorganisationen.

1. Die Sitzung hat vorbereitenden, aber im Ergebnis verbindlichen Charakter.
2. Teilnehmer die Genossen: *Blanc*[13], Tours; *Groha*, Nantes; *Hartig*, Paris; *Häfner*[14]

10 Die Bedeutung dieser Karten konnte nicht geklärt werden.

11 Zu den biographischen Daten von Adolf Ludwig vgl. Mielke, Quellen VI, S. 651.

12 Dazu schreibt G. Kreyssig an B. Süss, 28.4.1937: »Ludwig hat Weisheit schriftlich bereits vor längerer Zeit ausdrücklich mitgeteilt, daß sein und seiner Gruppen Beitritt zum Koo[rdinations-] A[usschuß] *nie* in Frage käme. – Du bist also offensichtlich einer absichtlich falschen oder bewußt täuschenden Mitteilung von W[eisheit] zum Opfer gefallen, – ein weiterer Beweis, wie vorsichtig man mit diesen Kollegen sein muß« (BA, R 58, Nr. 725).

13 Thomas Blanc (im Dokument irrtümlich Blank), (16.4.1895–27.7.1967), Bergmann, Parteifunktionär, ab 1923 Krankenkassenangestellter, zuletzt Direktor AOK Saarbrücken, noch 1935 Emigration nach Lothringen, 1936 und nach Kriegsausbruch interniert. 1940 Südfrankreich, 1943 in Montpellier von der Gestapo verhaftet, 3 Jahre Zuchthaus.

14 Heinrich Häfner, geb. 29.12.1898, Schweißer, Gewerkschaftsfunktionär, vor 1933 Betriebsfunktionär des DMV in Frankfurt a. M.; 1933 Flucht nach Saarbrücken, 1935 nach Paris, ab Herbst 1937 Vorstandsmitglied der ADG-Landesgruppe Frankreich, 1940 verhaftet, in Deutschland zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Paris; *Kirn*, Forbach; *Kreyssig*, Paris; *Sauber*[15], Paris; *Süss*, Troyes und *Zander*[16], Angers.

3. Tagesordnung:
   a. Auslandsvertretung der ADG im Westen (französisches Sprachgebiet) und deren Leitung.
   b. Landesgruppe der deutschen Gewerkschaftsbewegung in Frankreich.
   c. Der Coordinationsausschuß,

Die Sitzung konstituiert sich selbst.

Die Kosten sollte der IGB übernehmen. Ich bitte Kollegen *Kreyssig*, die notwendigen Schritte dafür zu übernehmen[17]. Lehnt der IGB ab, dann soll er die Unkosten bevorschussen, bis diese von der CGT bzw. den französischen Fédérationen zurückerstattet sind. Jedenfalls darf an der Kostenfrage die Sitzung unter keinen Umständen scheitern. Um die Unkosten zu drosseln, kann sich die Sitzung auf einen Tag beschränken, sie muß aber samstags stattfinden. Dann würde nur Fahrgeld und ein Tagesspesensatz pro Mann in Frage kommen. Bei den in Paris wohnenden Genossen würden die Unkosten gering sein. *Kirn* könnte versuchen, sie auf seine Fédération[18] abzuwälzen. Ist die Abhaltung am Samstag, den 14. August unmöglich, muß diese mindestens acht Tage später stattfinden. Bitte in Kürze um Mitteilung.

II. Landesgruppe der deutschen Gewerkschaftsbewegung bzw. ihr Programm.

1. Die Landesgruppe der deutschen Gewerkschaftsbewegung in Frankreich (LDGF) ist selbständig[19], völlig unabhängig und einheitlich.
2. Die LDGF ist parteipolitisch neutral und verlangt Respektierung ihrer Unabhängigkeit.
3. Das Ziel, was sich die LDGF stellt, die Methoden und Mittel, die zur Erreichung desselben und zur Erfüllung ihrer Aufgaben nötig sind, werden von ihr selbst festgelegt auf demokratischer Grundlage.
4. Das Ziel der LDGF ist der Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Uneingeschränktes Koalitionsrecht, volles Menschenrecht, Freiheit und soziale Gerechtigkeit sind die Voraussetzung dazu. Ihr Kampf gilt deshalb dem in Deutschland herrschenden System.
5. Daraus ergeben sich als Aufgaben:
   a. Förderung und Unterstützung des illegalen Kampfes in materieller und ideeller Hinsicht.
   b. Aufklärung der französischen Kollegenschaft in mündlicher und schriftlicher Form, in jeder zweckmässigen Weise, über die Verhältnisse der Arbeiterklasse in Deutschland.

15 Fritz Sauber, 1918 Vorsitzender des Münchener Arbeiter- und Soldatenrates, 1919 des bayerischen Landessoldatenrates, Zuchthaus wegen Beteiligung an der Münchener Räterepublik, ab 1925 Gauleiter des Gastwirtsgehilfenverbandes bzw. Sekretär des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten (ZVHRC) in Frankfurt a. M., 1933 Flucht ins Saarland, 1935 nach Frankreich, Mitglied der »Provisorischen Hauptverwaltung« des ZVHRC, nach der Besetzung Frankreichs von der Gestapo verhaftet.

16 Wilhelm Zander, vor 1933 Sekretär des Fabrikarbeiterverbandes in Gelsenkirchen.

17 Von Kreyssig wurde dies abgelehnt, da Schevenels, der Generalsekretär des IGB, »Schliestedt-Komotau, mit der Regelung all dieser Fragen beauftragt [hat]; das bedeutet, daß jede Initiative, die nicht aus Komotau kommt, vergeblich ist. Komotau übertrug diese Aufgabe weiter an mich und Hartig, so daß voraussichtlich Hartig nach meinem Verzicht auf aktive Rollen für Komotau, [d.h. Schliestedt] der maßgebliche Mann sein dürfte, an den man sich wenden muß« (BA, R 58, Nr. 725).

18 Gemeint ist die französische Bergarbeitergewerkschaft.

19 Vgl. hierzu die kritischen Anmerkungen von G. Kreyssig in seinem Brief vom 24.8.1937 an B. Süss: »Damit Du nicht Deine Pläne und Absichten auf falschen Voraussetzungen aufbaust, möchte ich Dich also informieren, daß Schliestedt für sich allein – ohne Mitwirkung anderer – das Recht beansprucht, die illegale Arbeit zu leiten und zu machen«. (BA, R 58, Nr. 725).

   c. Förderung und wo notwendig Zentralisierung der Arbeit der Berufsgruppen, die unter dem Patronat ihrer französischen Bruderorganisation und mit deren Zustimmung sowie im Rahmen ihrer I[nternationalen] B[erufs-]S[ekretariate] zu arbeiten haben.
   d. Zweckentsprechende Zusammenfassung aller in Frankreich lebenden emigrierten deutschen Gewerkschafter, soweit diese sich in der Emigration in ideologischer, moralischer und sittlicher Hinsicht einwandfrei verhalten haben.
6. Das Arbeitsgebiet in Deutschland wird mit Zustimmung der CGT, der A[uslandsvertretung der] d[eutschen] G[ewerkschaften] im Westen und dem IGB festgestellt[20]. Dabei sind die Arbeitsgebiete der bereits arbeitenden Berufsgruppen derart zu berücksichtigen, daß deren Arbeit nicht gehemmt, sondern gefördert wird. Dabei ist selbstverständlich, daß diese Berufsgruppen mit Zustimmung ihrer französischen Berufsorganisation und im Rahmen ihrer I[nternationalen] B[erufs-] S[ekretariate] arbeiten.
7. Mobilisierung von Mitteln für die Durchführung der gestellten Aufgaben nach voraufgegangener Zustimmung durch die CGT und der ihr angeschlossenen Verbände.
8. Ohne Zustimmung der CGT, der ADG im Westen bzw. des IGB führt die L[andesgruppe der] d[eutschen] G[ewerkschaftsbewegung] in F[rankreich] keine Arbeiten durch. Das hat zur Folge, daß diese gewerkschaftlichen Organe ihre Zustimmung zu Ziel und Aufgaben der LDGF zu geben haben.

III. Organisatorisches der Landesgruppe der deutschen Gewerkschaftsbewegung in Frankreich.

1. Die LDGF wird gebildet unter dem Patronat der CGT und arbeitet mit Zustimmung [von] deren Zentrale im Rahmen des IGB bzw. der A[uslandsvertretung der] d[eutschen] G[ewerkschaften] im Westen.
2. Die LDGF schließt sich der ADG im Westen an und hat eine entsprechende Vertretung in deren Leitung.
3. Die organisatorische Erfassung der emigrierten deutschen Gewerkschafter in Frankreich erfolgt zunächst durch zweckentsprechende Informationsmittel. In Orten, wo das möglich ist, kann das auch durch Zusammenkünfte erfolgen.
4. Die LDGF gibt sich eine Leitung bestehend aus:
   a. dem Vorsitzenden (nach französischem Modus am besten Président genannt)
   b. dem Kassierer;
   c. dem Schriftführer;
   d. drei Beisitzern.
5. Beschlüsse grundsätzlicher Art sind mit Dreiviertelmehrheit, gewöhnliche mit einfacher Mehrheit gültig. Für Beschlüsse und deren Durchführung und Einhaltung gelten die allgemeinen demokratischen Grundsätze.
6. Die Durchführung aller Arbeiten bedarf der Zustimmung der Leitung.
7. Sitzungen der Leitung finden mindestens monatlich einmal statt.
8. Protokolle werden grundsätzlich nur in Beschlußform geführt. Sie sind regelmäßig der CGT und dem IGB bzw. der A[uslandsvertretung der] d[eutschen] G[ewerkschaften] im Westen zuzuleiten, auch dann, wenn deren Vertreter an der Sitzung teilnahmen.
9. Sitz der LDGF und deren Leitung ist Paris.
10. Die Postanschrift ist die der CGT.

20 Vgl. dazu G. Kreyssig: »Die in Deinem Plan enthaltene Hoffnung oder Aussicht, innerhalb Deutschlands z.B. ein Arbeitsfeld »zugewiesen« zu bekommen – oder zugestanden zu bekommen – mußt Du Dir aus dem Kopf schlagen, wenn Du mit Komotau einig werden willst« (ebd.).

IV. Organisation der ADG im Westen.

1. Geltungsbereich ist das französische Sprachgebiet.
2. Die ADG im Westen gibt sich eine Leitung, in der vertreten sind:
   a. Frankreich mit drei Kollegen,
   b. Luxemburg mit einem Kollegen,
   c. Belgien mit einem Kollegen.
3. Die ADG im Westen erstrebt eine zweckentsprechende Vertretung in der Zentralsitzung der ADG in Komotau[21].
4. Der Sitz der ADG im Westen ist Paris.
5. Postanschrift ist die des IGB.
6. Die ADG im Westen arbeitet mit Zustimmung des IGB im Rahmen der Zentrale der ADG.
7. Die ADG im Westen führt alle Arbeiten durch mit Zustimmung des IGB und unter dessen Patronat.
8. Der ADG im Westen gehören die Landesgruppen der deutschen Gewerkschaftsbewegung in Frankreich, Luxemburg und Belgien an. Sie unterhält mit diesen zweckentsprechende Beziehungen. Sie fördert deren Bildung.
9. Die ADG im Westen unterstützt die Arbeit der ihr angehörenden Landesgruppen zentral und beruflich.
10. Sitzungen der Leitung der ADG im Westen finden nach Bedarf statt, sind aber auf Antrag einer Landesgruppe abzuhalten.
11. Protokolle werden nur in Beschlußform geführt.

Das alles sind natürlich nur Vorschläge[22]. Sie sollen eine Diskussionsgrundlage sein für die in Aussicht genommene Sitzung. Ich bin gern bereit, darüber das dazu notwendige Referat zu erstatten. Die Bezeichnungen der Gruppen sind von mir gewählt worden, um ein Beispiel zu haben. Auch sie müssen natürlich geprüft werden auf ihre Zweckmäßigkeit.

Dem Kollegen *Kirn* gab ich einen Durchschlag. Mit den anderen Genossen habe ich mich wiederholt schriftlich und mündlich unterhalten. *Häfner*[23] und *Sauber* sind Euch sicher bekannt. Alle waren gewerkschaftliche Funktionäre bis *Hitler* die deutschen Gewerkschaften zerschlug. Für die gewerkschaftliche Überzeugungstreue und ihre Zuverlässigkeit übernehme ich volle Garantie.

21 Vgl. dazu G. Kreyssig: Es wird sich »nie erreichen lassen, daß etwa die ADG-Vertretung ›Westen‹ (falls es zu ihrer Bildung überhaupt noch kommen sollte) einen Vertreter in der ADG als solcher bekommt« (ebd.).

22 Erläuternd heißt es zu diesen Vorschlägen in einem Brief (11.8.1937) an V. Hartig: »Das organisatorische Verhältnis der 'Landesgruppe der Deutschen Gewerkschaftsbewegung in Frankreich' zu der ADG ist so wie es die [sic!] der früheren Verbände in Deutschland zum ADGB war«. Ferner: »Das Ziel der ADG und ihre Satzungen müssen so vorsichtig gehalten sein, daß den emigrierten Gewerkschaftern in ihren Gastländern keine Schwierigkeiten aus Zugehörigkeit und Mitarbeit erwachsen. Asylrecht und vereinsrechtliche Bestimmungen sind dabei zu beachten«, ebd. In dem Brief von B. Süss an V. Hartig vom 20.8.1937 heißt es: »Ob Du meine Vorschläge dabei zur Diskussion stellst oder etwa schon den Satzungsentwurf für den Bund deutscher Gewerkschafter, den uns Schliestedt übersandte, ist gleichgültig, kannst auch eigene Vorschläge unterbreiten. Nur voran soll die Sache gehen. Beim Satzungsentwurf für den BDG müßten sehr vorsichtige Formulierungen gesucht werden. Es muß dabei das Asylrecht, die Aufenthaltsgenehmigung und das Arbeits- sowie Vereinsrecht in den Gastländern ebenso berücksichtigt werden, wie die gewerkschaftliche Grundeinstellung des Gastlandes. Es darf also auch der Anschein nicht erweckt werden, daß [i.Original ›als‹] ein Gewerkschaftsersatz entstehen soll. Auch Programmatisches wird in den Satzungen nicht untergebracht werden können« (ebd.).

23 Laut Schreiben von B. Süss, 20.8.1937, an V. Hartig hatten Blanc, Groha, Häfner, Sauber und Zander ihm mitgeteilt, daß sie mit seinen »Vorschlägen einverstanden« wären. Nur Kirn machte eine Mitarbeit von einer Einladung zur Gründungssitzung der Landesgruppe durch Schliestedt abhängig; vgl. ebd.

Am 18. Juli wollte ich Euch beide aufsuchen. Ihr wart aber nicht anzutreffen. Ich wollte Euch damals mündlich vortragen, was mich bewegte. Nun erfolgt das schriftlich, eingehend und umfangreich. Mich kürzer zu fassen, war mir bei der Fülle des Materials nicht möglich. Schwätzen wollte ich nicht, deshalb machte ich gleich praktische Vorschläge, denn nur auf diese Art können wir zu einem Ergebnis kommen.

Ich betone am Schluß nochmals: Wir dürfen die Sache nicht laufen lassen und müssen bald zu einem positiven Ergebnis kommen für Frankreich und den Westen, wenn nicht heillose Verwirrung eintreten und die deutsche Gewerkschaftsbewegung in Frankreich unvorstellbaren Schaden erleiden soll.

Die Sitzung muß an einem Samstag stattfinden. Paßt Euch der 14. August nicht, bitte macht andere Vorschläge, aber keine Verzögerung. Macht das Tagungslokal fest. Ordnet die Finanzierung. Teilt es mir bald mit, damit die Einladungen rechtzeitig ergehen können. Zu der Sitzung, die als Vorbesprechung gedacht ist, braucht die CGT und der IGB noch keine Einladung zu erhalten.

Mit den besten Grüßen
Euer Bruno Süss

DOKUMENT 156

Ende Juli 1937: Adolf Ludwig zur Organisierung der Gewerkschaftsarbeit in der Emigration

BAP, RSHA IV, St. 3, Nr. 392. Maschinenschriftliche Abschrift. Überschrift: »Vorschlag zur Organisierung der Gewerkschaftsarbeit durch die deutsche Emigration.«[1]

Die zahlreichen Schwierigkeiten,[2] die bisher einer fruchtbringenden Organisierung der Gewerkschaftsarbeit im Wege standen, veranlassen mich, das Vorgehen auf beruflicher Grundlage[3] vorzuschlagen. – Gründe:

1) Dadurch ist die weitgehendste Erfassung aller in der Emigration lebenden Gewerkschafter möglich.
2) Verschiedene Schwierigkeiten, die sich insbesondere durch die Bildung des Koordinationsausschusses ergeben haben, lassen sich so am leichtesten überwinden.

1 In seiner Antwort vom 10.8.1937 nennt Schliestedt dieses Dokument, einen »erfreuliche[n] Versuch, die Kräfte zusammenzufassen«; in BAP, RSHA IV, St. 3, Nr. 392.

2 Nach Schliestedt liegen diese Schwierigkeiten und »Hemmungen einmal bei den Emigranten und auch bei den internationalen Organisationen«; gemeint sind der Internationale Gewerkschaftsbund und die Internationalen Berufssekretariate; vgl. ebd. An anderer Stelle betont er, daß »einzelne I[nternationale] B[erufs-]S[ekretariate] und auch einzelne Emigranten glauben, ihre absolute Selbständigkeit stabilisieren und jede Zusammenarbeit ablehnen zu müssen«.

3 Dazu Schliestedt: »Die illegale Gewerkschaftsarbeit ist aus beruflicher bzw. industrieller Notwendigkeit, gewerkschaftlicher Tradition und durch die Gliederung der internationalen Bewegung im allgemeinen nach der herkömmlichen Art in Gewerkschaften eingeteilt, und soweit es überhaupt möglich war, wurden die Spitzenvertrauensleute der einzelnen Gewerkschaften zu einer allgemeinen Spitze, der Reichsleitung, zusammengefaßt«. »In Deutschland müssen wir bei der Erfassung der Arbeiter an den Betrieben anknüpfen, also an den Beruf, an die Industrie, weil daraus die gemeinsamen Interessen fließen«. »Für die Zusammenfassung der Emigranten lassen sich diese Grundsätze, auf der beruflichen Gliederung die Gesamtheit aufzubauen, nicht anwenden, wenigstens nicht für alle Berufe und alle Länder. In den meisten Ländern gibt es relativ wenige deutsche Gewerkschafter, oft genug sind die meisten Berufe nur einmal vertreten, so daß eine Zusammenfassung nach Berufen in diesen Ländern schon deshalb unmöglich ist« (ebd.).

3) Auf diesem Wege ist es am leichtesten, an alle Internationale Berufssekretariate heranzukommen.
4) Es ist der wirksamste Weg zur Geldbeschaffung.

Eine zentrale Leitung für alle Berufsgruppen soll trotzdem bestehen, ferner muß ein Leiter für die in allen Ländern zerstreut lebenden Emigranten bestehen und einer für das Emigrationsland.

Der Leiter für die gesamte Berufsgruppe hat sich mit dem internationalen Sekretariat[4] in Verbindung zu setzen und es von der beabsichtigten Arbeit und den Wünschen, die hauptsächlich finanzielle sind, in Kenntnis zu setzen und der nationale Leiter tritt mit der betreffenden Landesorganisation in Verbindung.

Organisationsplan: Zentraler Leiter der Gewerkschaftsarbeit: *Schliestedt*, H[einrich], Komotau. Leiter der Arbeit in Frankreich: [Valentin] *Hartig*, [Gerhard] *Kreyssig* oder ein eventuell noch zu benennender Kollege, der seinen Wohnsitz nach Paris verlegen kann, wenn die Berufung der beiden Erstgenannten scheitern sollte.

	Internationaler Leiter:[5]	Nationaler Leiter in Frankreich
Metallarbeiter:	*Schliestedt, [Heinrich]*	*Schulenburg [Gustav]*, Mulhouse
Bergarbeiter:		*Kirn, R[ichard]*, Forbach
Angestellten:	*Aufhäuser, [Siegfried]*	*Süss, Bruno*, Troyes
Buchdrucker:		*Fuchs, [Adolf]*, Paris
Gemeinde- und Staatsarbeit:	*Hartig, [Valentin]*	*Hartig [Valentin]*, Paris
Schuh- & Leder:	*Ludwig, A[dolf]*	*Ludwig, [Adolf]*, Sarreguemines
		usw.

Aufgaben:

1) Erfassung aller[6] in der Emigration lebenden Gewerkschafter, Feststellung ihrer Situation, Hilfeleistung, soweit notwendig, Heranziehung zur Mitarbeit, soweit dies erforderlich erscheint. Ausnützung eventueller privater Beziehungen ins Reich; Auskünfte usw., Versorgung mit Informationen.
2) Herstellung der Beziehungen zu den Kollegen in Deutschland, Beschaffung mit Informationen, Versorgung mit Material, soweit dies gewünscht wird. Diese Arbeit wird streng vertraulich von den hierzu befähigten Kollegen geleistet und kann nicht Gegenstand von Diskussionen in größeren Kreisen sein, besonders soweit es sich um die Frage persönlicher Beziehungen handelt.

4 Gemeint sind die jeweiligen Internationalen Berufssekretariate.

5 Dazu Schliestedt: »Die internationalen Leiter der Berufsgruppen können nicht von der Auslandsvertretung ernannt werden, weil [dies] das nicht zu bestreitende Recht der einzelnen Berufsgruppen ist« (Anm.1).

6 In der nicht abgedruckten Anlage »Kassengeschäfte« heißt es hierzu: »In der Frage der Gewerkschaftseinheit ist der Standpunkt zu vertreten, daß es eine Spaltung im Sinne der französischen, in Deutschland nicht gab. Die sogenannte RGO bezeichnete sich selbst nicht als Gewerkschaft im eigentlichen Sinne und wenn in einigen Bezirken schon Ansätze zu selbständigen Aktionen vorhanden waren, so steht trotzdem fest, daß eine eigentliche kommunistische Gewerkschaftsorganisation nicht bestanden hat.
Die meisten Kommunisten waren noch Mitglieder der alten Gewerkschaften und arbeiteten sogar dort als Funktionäre mit.
Wir vertreten also den Standpunkt, daß sich alle Gewerkschaftler um den von der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften ernannten Leiter der Berufsgruppe sammeln, ohne Unterschied der politischen Einstellung.
Da sich in Frankreich infolge der Einigung alle Gewerkschaftler ohne Unterschied der Partei dem IGB unterstellt haben, können wir bei den Landesverbänden mit der vorstehend angedeuteten Einstellung keine Schwierigkeiten bekommen« (BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 392).

DOKUMENT 157

28. 8. 1937: Resolution und Verhandlungsangebot des Koordinationsausschusses an die ADG-Vertreter

Gewerkschaftliche Mitteilungen, hrsg. vom Koordinationsausschuß deutscher Gewerkschaftler, 1. Jg., Nr. 1, November 1937, S. 3. Überschrift: »Resolution«.

In Ausführung seiner Beschlüsse vom 20. März 1937[1] und in voller Übereinstimmung mit seinen Grundsätzen hat der Koordinationsausschuß deutscher Gewerkschaftler in Frankreich ihm geeignet erscheinende Schritte unternommen, um sich der ADG anzuschließen und um die einheitliche Zusammenfassung der in Frankreich ansässigen deutschen Gewerkschaftler zu sichern. Der ADG (Kollegen *Schliestedt, Kreyssig* und *Hartig*[2]), dem IGB (Kollegen *Schevenels*) wurden die Dokumente des Koordinationsausschusses überreicht. Am 29.Mai fanden daraufhin Verhandlungen zwischen den Kollegen *Kreyssig* und *Hartig* als Vertreter der ADG und Vertretern des Koordinationsausschusses statt[3]. Nach eingehender Diskussion über die Arbeit des Koordinationsausschusses und über die Absichten der ADG wurde unter allseitiger Anerkennung der von dem Koordinationsausschuß erzielten großen Erfolge vereinbart, die Verhandlungen weiterzuführen mit dem Ziele, eine gemeinsame Konferenz vorzubereiten, durch die der Anschluß des Koo[rdinations]a[usschusses] an die ADG erfolgen und die einheitliche Zusammenfassung der in Frankreich ansässigen deutschen Gewerkschaftskollegen gesichert werden sollte. Als Verhandlungsgrundlage überreichte der Koordinationsausschuß am 8.Juli 1937 an die A[uslandsvertretung der] D[deutschen] G[ewerkschaften] folgende Vorschläge:[4]

1. Einberufung einer gemeinsamen Konferenz von Vertretern der ADG und des Koordinationsausschusses zur Wahl eines einheitlichen Ausschusses der in Frankreich ansässigen deutschen Gewerkschaftler.
2. Wahl der Vertreter der zu bildenden Kommission der ADG für den Westen durch die gemeinsame Konferenz.
3. Entfaltung der Arbeit durch den Ausschuß für Frankreich mit dem Ziel der Schaffung einheitlicher zentraler Leitungen der Arbeit für die einzelnen Industriegruppen unter Kontrolle der zuständigen Berufsinternationalen nach dem Beispiel der Bergarbeiter, Transportarbeiter, Angestellten, Gastwirtsgehilfen usw. Herstel-

1 Vgl. Dok. 149.

2 Valentin Hartig, geb. 1889, Neuphilologe, Partei- und Gewerkschaftsfunktionär, 1919–22 Festungshaft wegen aktiver Teilnahme an der Novemberrevolution, 1923–26 Leiter des Arbeiterbildungsinstitutes Leipzig und Redakteur der Zeitschrift »Kulturwille«, 1926 Leiter des Bildungssekretariats des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, ab 1930 Leiter des Büros der Internationale des Personals öffentlicher Dienste, 1933 Emigration nach Paris, Verbindungsmann der Sopade zur CGT, leitender Funktionär der ADG.

3 Vgl. Dok. 154. Zuvor hatte bereits eine Besprechung zwischen Schulenburg und Weisheit mit G. Kreyssig stattgefunden. Hierzu heißt es in einem Brief von G. Kreyssig an B. Süss: »Worauf es ankommt, ist den alten braven Schulenburg loszueisen, mit dem sie [KPD-Vertreter im Koordinationsausschuß] den Eindruck erwecken, als handele es sich in der Tat um eine Gewerkschaftersache.« (BA, R 58, Nr. 725).

4 Vgl. Brief vom 8.7.1937 an die Vertreter der ADG für den Westen z.Hd. der Kollegen Kreyssig und Hartig. Gez.: Schulenburg, Merker, Pick, Oettinghaus, Weisheit, Fuchs (BA, R 58, Nr. 725).

lung engster Verbindungen der Industriegruppenkomitees deutscher Gewerkschaftler in Frankreich mit ihrer zuständigen französischen Bruderorganisation.

Der Koordinationsausschuß hat nunmehr in seiner Sitzung vom 28. August 1937 den Bericht seines Vorsitzenden über den Stand der Anschluß- und Einheitsbestrebungen entgegengenommen. Er stellt dazu fest, daß der Vorsitzende, wie auch die gewählte Verhandlungskommission, alles Mögliche, selbst unter Übernahme größerer Opfer durch den Koordinationsausschuß, unternommen habe, um die Einheitsziele zu erreichen. Mit umso größerem Bedauern nimmt der Koordinationsausschuß darum die Erklärung der Kollegen *Hartig* und *Kreyssig* entgegen, daß die Verhandlungen vom 29. Mai 1937 unverbindlich gewesen seien. Er protestiert zugleich entschieden gegen die Versuche einer Anzahl Kollegen, angeblich im Auftrage der A[uslandsvertretung der] D[eutschen] G[ewerkschaften] neben dem Koordinationsausschuß und der in ihm vereinigten Industriegruppenkomitees eine parallele Bewegung zu schaffen[5], die nur zu einer Spaltung in den Kreisen der in Frankreich ansässigen deutschen Gewerkschaftskollegen führen kann.

Der Koordinationsausschuß appelliert angesichts dieser Lage erneut an alle in Frankreich ansässigen deutschen Gewerkschaftskollegen, die Einheitsbestrebungen des Koordinationsausschusses in den Reihen der früher freigewerkschaftlich organisierten und der früher christlich organisierten Kollegen zu unterstützen und allen Zersplitterungsversuchen, von wem sie auch kommen mögen, entgegenzuwirken. Der Koordinationsausschuß erklärt gleichzeitig, daß er an seinen Vorschlägen vom 8. Juli festhält und von sich aus alle sich bietenden Möglichkeiten, die Verhandlungen mit der ADG wieder aufzunehmen, sowie alle Möglichkeiten der Vermittlung zwischen ADG und Koordinationsausschuß begrüßen und restlos ausnützen wird.

Er wird darüber hinaus seinen ganzen Einfluß und seine großen propagandistischen und organisatorischen Möglichkeiten verwenden, um trotz aller Widerstände die Einheit und die Förderung der Arbeit unserer illegal kämpfenden Kollegen im Lande und unter den in Frankreich ansässigen deutschen Gewerkschaftskollegen zu sichern.[6]

DOKUMENT 158

29. 8. 1937: Stellungnahme des Koordinationsausschusses zur Schaffung eines Bundes der deutschen Gewerkschafter im Ausland

Gewerkschaftliche Mitteilungen, hrsg. vom Koordinationsausschuß deutscher Gewerkschaftler, 1. Jg., Nr. 1, November 1937, S. 4 f. Überschrift: »Zur Frage der Bildung eines Bundes der deutschen Gewerkschaftler im Ausland«.

Der Koordinationsausschuß hat sich eingehend mit dem Vorschlag der A[uslandsvertretung der] D[eutschen] G[ewerkschaften] zur Schaffung eines Bundes deutscher Gewerkschaftler im Ausland und dem Satzungsentwurf[1] sowie mit den ihm bekannten

5 Vgl. Dok 155, 160.

6 Die Resolution kommentierend, heißt es in den »Gewerkschaftlichen Mitteilungen« (vgl. Kopfregest), S. 3: Die Resolution zeigt auf, »wo die Widerstände und Hemmungen für die einheitliche Zusammenfassung und Arbeit liegen, die es gemeinsam mit dem Koordinationsausschuß zu überwinden gilt«. Die Resolution ist auch abgedruckt in: »Zum Aufbau einer unabhängigen einheitlichen antifaschistischen Gewerkschaftsbewegung in Deutschland«, hrsg. vom Koordinationsausschuß deutscher Gewerkschaftler, o.O., o.J., S. 13–16 (BA, SAPMO, ZPA I 2/708/138).

1 Vgl. Dok. 42.

Abänderungsvorschlägen[2] und den in Frankreich in dieser Richtung bereits eingeleiteten Schritten beschäftigt. Auf seiner Tagung vom 29. August 1937 hat der Koordinationsausschuß einmütig seine Stellungnahme zum Wiederaufbau einer einheitlichen, unabhängigen deutschen Gewerkschaftsbewegung in einem Memorandum niedergelegt[3]. Indem wir uns auf diese Stellungnahme beziehen, wiederholen wir unsere Bereitschaft, alles zu tun, um an der Vereinigung und Eingliederung aller Gewerkschaftskollegen in eine einheitliche Organisation mit allen unseren Kräften zu helfen. Der Koordinationsausschuß bedauert, daß diese Bereitschaft nicht bei allen führenden Gewerkschaftsfunktionären vorhanden ist. Die Tatsache, daß der Entwurf[4] nur einem ausgesuchten Kreis von Gewerkschaftlern übermittelt wurde, die Art und Weise, wie in Frankreich die Zusammenfassung der Gewerkschaftler von der A[uslandsvertretung der] D[eutschen] G[ewerkschaften][5] und angeblich auch mit Hilfe des IGB eingeleitet wird, läßt berechtigte Zweifel aufkommen, ob damit das von allen Gewerkschaftskollegen sehnlichst erwünschte Ziel einer einheitlichen, unabhängigen Gewerkschaftsbewegung erreicht werden kann[6]. Nach diesem Entwurf werden nicht alle vertrauenswürdigen Kollegen herangezogen (Aufnahmebeschränkung), die besonderen Bedingungen der Emigration werden nicht berücksichtigt (Lichtbilder, Mitgliedsbeiträge) und wird vor allem nicht die Hilfe und Unterstützung der Arbeit der Gewerkschaftskollegen in den Betrieben Deutschlands zur Hauptaufgabe gemacht. Die Zusammenfassung der emigrierten Saargewerkschaftler in einer besonderen Saargewerkschaft seitens der ADG in Frankreich begann unter bewußter Ausschaltung aktiver Gewerkschaftler und hat schon zu Protesten geführt; mit Recht, denn sie bedeutet einen Rückschritt gegenüber der Einheit der Gewerkschaftsbewegung vor der Saarabstimmung. Es muß leider festgestellt werden, daß so für die einheitliche Zusammenfassung neue Hindernisse aufgetürmt werden, die den Kampf gegen den gemeinsamen Feind – den Hitlerfaschismus – nur erschweren.

Der Koordinationsausschuß ist sich bewußt, daß nur die einheitliche und gemeinsame Zusammenfassung aller Gewerkschaftler im Auslande alle Kräfte für die Entfaltung der Arbeit nach dem Lande mobilisieren kann. Er tritt dafür ein, daß diese Zusammenfassung nach Industriegruppen und möglichst im Rahmen des Bruderverbandes erfolgt, in dem die Kollegen im Gastlande Mitglied sind. Aus gewählten Vertretern der Industriegruppen müßte sich eine Landesleitung deutscher Gewerkschaftler in den Gastländern bilden, deren Aufgabe die Koordinierung der gesamten Tätigkeit wäre. Eine solche Zusammenfassung ist auch die Voraussetzung, um das Interesse und die Solidarität in den Betrieben und Gewerkschaften der Gastländer, Berufsinternationalen und IGB weiter zu entwickeln. Sie ist deshalb zur Lösung folgender Aufgaben notwendig:

1. für den gewerkschaftlichen Kampf um die Forderungen der Betriebsarbeiter, für den Sturz des Hitlersystems;
2. für die Herstellung von Beziehungen zu den Gewerkschaften in den Gastländern, zu den Berufsinternationalen und zum IGB, für eine systematische Aufklärung im Ausland über den Hitlerfaschismus und den heroischen Kampf der deutschen Arbeiterschaft, für eine breite Solidaritätsbewegung in allen Betrieben und Gewerkschaften;

2 Vgl. ebd. Anm. 1 und 2, ferner Dok. 135.

3 Dieses Memorandum erschien unter dem Titel »Zum Aufbau einer unabhängigen einheitlichen antifaschistischen Gewerkschaftsbewegung in Deutschland«, vgl. Gewerkschaftliche Mitteilungen (s. Kopfregest), S. 5.

4 Gemeint ist der Entwurf zur Schaffung eines Bundes deutscher Gewerkschafter, vgl. Dok. 42.

5 Vgl. z. B. Brief von B. Süss an G. Kreyssig, 6.6.1937, B. Süss an Kreyssig/Hartig, 28.7.1937 (BA, R 58, Nr. 725).

6 Vgl. hierzu auch Dok. 157.

3. für die Sicherung der Rechte und Interessen aller Kollegen in der Emigration, Pflege der Solidarität und Kameradschaft, Fortentwicklung gewerkschaftlicher Ideen und Traditionen, Schulung und Erziehung der Jugend in gewerkschaftlichem Geist.

Die Wahl der Funktionäre und Leitungen aller Einheiten müßte nach den Grundsätzen der Gewerkschaftsdemokratie erfolgen. So wird eine lebendige Anteilnahme und Mitarbeit aller Kollegen an der Entwicklung im Lande und in der Emigration in allen Industriegruppen erzielt; die direkte Arbeit nach dem Lande muß von der Arbeit im Gastlande getrennt sein.

Der Koordinationsausschuß kommt zu diesen Schlußfolgerungen auf Grund seiner reichen Erfahrungen der Arbeit nach dem Lande, der bisher geleisteten Solidaritätsarbeit, seiner Zusammenarbeit mit den französischen Gewerkschaften und den verschiedenen Berufsinternationalen.

Ausgehend von diesem Willen und seinen Bestrebungen auf Zusammenfassung aller Gewerkschaftler für eine einheitliche unabhängige deutsche Gewerkschaftsbewegung wird der Koordinationsausschuß einen eigenen Satzungsentwurf ausarbeiten.

In diesem Entwurf wird der Koordinationsausschuß auf Grund der hier dargelegten Auffassungen die Vorschläge des Projekts der ADG, als auch der uns bekannten Änderungen eines Teiles der Saargewerkschaftler und der Kollegen von Stockholm[7], die sich unserer Auffassung nähern, entsprechend berücksichtigen.

DOKUMENT 159

13. 11. 1937: Resolution zur Gründung der Industriegruppe der deutschen Bau- und Holzarbeiter

Gewerkschaftliche Mitteilungen, hrsg. vom Koordinationsausschuß deutscher Gewerkschaftler, 1. Jg., Nr. 2, Dezember 1937, S. 2. Überschrift »Resolution«[1].

Die am 13. November 1937 versammelten deutschen Bauarbeiter beschlossen die Bildung der Bauarbeitergruppe auf einheitlicher Grundlage und die Gruppe schließt sich dem Koordinationsausschuß an.

Die Bauarbeitergruppe verpflichtet sich, mit allen Kräften den gewerkschaftlichen Kampf in Deutschland und die Bildung einer einheitlichen, unabhängigen, antifaschistischen Gewerkschaftsbewegung zu fördern. Deswegen fordern wir auch die Zusammenfassung aller deutschen Kollegen in Frankreich auf der Basis wirklicher Gewerkschaftsdemokratie und tatsächlicher Gewerkschaftseinheit, ohne Rücksicht auf politische oder religiöse Meinung des einzelnen. Diese Zusammenfassung soll in engster Verbindung mit dem französischen Bauarbeiterverband und der CGT als deutsche Sprachgruppe der Bauarbeiter vor sich gehen.

Die Bauarbeitergruppe steht auf dem Standpunkt, daß es nur ein einheitliches Komitee für Frankreich geben darf und lehnt darum alle Neubildungen und Bestrebungen ab, die zum Ziel haben, eine parallele Bewegung zu schaffen und so die entfaltete Tätigkeit des Koordinationsausschusses stören könnten.[2]

7 Vgl. Günther, Landesgruppe, S. 51.

1 Einleitend heißt es hierzu: »Die Industriegruppe der deutschen Bau- und Holzarbeiter, die sich eine Pariser Leitung gewählt hat, nahm folgende Resolution an:« (Quelle wie Kopfregest).

2 Vgl. die die gleiche Zielsetzung verfolgende Resolution einer Angestelltengruppe, die hinsichtlich des Verhältnisses zur ADG deutlicher formuliert: »Sie fordern von der ADG die sofortige Verwirklichung der einheitlichen Zusammenfassung aller emigrierten deutschen Gewerkschaftler nach den vom Koordinationsausschuß gemachten Vorschlägen« (ebd.).

DOKUMENT 160

16. 11. 1937: Rundschreiben Nr. 1 der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften, Landesgruppe Frankreich

BA, R 58, Nr. 725. Hektographierte Maschinenschrift. Überschrift: »An alle nach Frankreich emigrierten deutschen Gewerkschaftskollegen.«

Werte Kollegen!

Es ist Ihnen sicherlich bekannt, daß gleich nach der Machtergreifung *Hitlers* in Deutschland und der Vernichtung der freien Organisationen der deutschen Gewerkschaftsbewegung der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) mit einer Reihe von deutschen Kollegen, ständig – obwohl mit wechselndem Erfolg – tätig war, um sowohl innerhalb als auch außerhalb Deutschlands die Traditionen der freien deutschen Gewerkschaftsbewegung aufrechtzuerhalten.[1]

Zur Durchführung dieser Tätigkeit haben die emigrierten deutschen Gewerkschaftskollegen in den meisten Ländern Gruppen gebildet, die mit den Kollegen in Deutschland zusammenarbeiten. Nach ein paar Jahren machte sich eine internationale Erfassung nötig und im Jahre 1935 wurde die »Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften« mit Sitz in Komotau unter dem Patronat des IGB gebildet.[2]

Von der Auslandsvertretung aus sind dann erneut Bemühungen unternommen worden, um in den Ländern eine Zusammenfassung der arbeitenden Gruppen zu ermöglichen, wo diese noch nicht befriedigend durchgeführt worden war. In Frankreich ist die Arbeit nun soweit gediehen, daß eine Gruppe mit Sitz in Paris konstituiert werden konnte, die sich die Aufgabe gestellt hat, den Zusammenschluß aller emigrierten Gewerkschafter in Frankreich herbeizuführen.[3] Voraussetzung zu dieser Zugehörigkeit ist selbstverständlich die Mitgliedschaft in einer früheren deutschen Gewerkschaft, moralisch und sittlich einwandfreies Verhalten in der Emigration sowie eine volle Anerkennung der Grundsätze des IGB.

Die Gruppe, die unter dem Patronat des IGB arbeitet, hat eine Geschäftsleitung ernannt, deren Tätigkeit selbstverständlich in der ersten Zeit sehr bescheiden sein und in der Hauptsache darin bestehen wird, die auf dem Boden des IGB stehenden Gewerkschaftskollegen regelmäßig über die für sie interessanten Ereignisse auf dem Laufenden zu halten, ihnen eine moralische Stütze zu bieten sowie ihnen kostenlos das vom IGB herausgegebene spezielle deutsche Informationsblatt zweimal im Monat zuzustellen.[4] Die Aufgabe der Landesgruppe Frankreich ist ferner die Pflege und Förderung der Solidarität und Kameradschaft unter den deutschen Gewerkschaftern.[5]

Von den emigrierten deutschen Gewerkschaftern erwarten wir, daß sie den Kampf unterstützen, den der IGB auf breitester Grundlage zur Wiederherstellung der Menschenrechte und der Gewerkschaftsfreiheit in Deutschland energisch führt und seit 1933 geführt hat. Es wird weiter von jedem einzelnen erwartet, daß er die Arbeit der Landesgruppe Frankreich durch Zustellung von Informationen, die die einzelnen zu erfahren die Möglichkeit haben und die für die französische Landesgruppe und das deutsche Informationsblatt von Interesse sind, unterstützt.

1 Vgl. hierzu besonders MRC, MSS, 292/915/62/1; ferner AdsD, ITF, Mappe 46.

2 Vgl. Dok. 27–30.

3 Vgl. Dok. 162.

4 In seinem Schreiben von 20. 9. 1937 an V. Hartig hatte B. Süss noch vorgeschlagen, ein eigenes »14tägig erscheinendes Informationsorgan« herauszugeben; in: BA, R 58, Nr. 725.

5 Vgl. ebd.

Damit auch die Verbundenheit des Freiheitskampfes der deutschen Kollegen mit dem Kampf der französischen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung im allgemeinen gestärkt wird, wird das Komitee dafür sorgen, daß die in unserem Informationsblatt veröffentlichten Nachrichten möglichst weite Verbreitung in der französischen Arbeiter- und Gewerkschaftspresse finden. Die deutschen Gewerkschaftskollegen können uns dabei ebenfalls außerordentlich behilflich sein, indem sie darauf achten, daß in der französischen Gewerkschafts- und Parteipresse ihres betreffenden Departements die Nachrichten des Informationsblattes, das den französischen Blättern in französischer Sprache zugeht, in genügendem Maße aufgenommen werden. Wenn dies nicht der Fall ist, muß der Geschäftsleitung in Paris Nachricht gegeben werden, damit entsprechend interveniert werden kann.

Um den Zusammenschluß fester zu gestalten, wollen wir den Kollegen, die die bereits angegebenen Voraussetzungen erfüllen, einen Ausweis vom IGB als Legitimation ausstellen. Zu diesem Zweck ist ein Fragebogen beigefügt, den jeder, der eine derartige Legitimation wünscht und bereit ist, in unserer Gemeinschaft mitzuarbeiten, auszufüllen und an unsere Pariser Adresse zu senden hat. Jeder kann, wenn ihm Kollegen bekannt sind, die den dargelegten Voraussetzungen entsprechen und kein Rundschreiben von uns erhalten haben, die Adressen bekanntgeben, so daß wir uns auch an diese wenden können.

Wir hoffen, mit Ihrer vollen Unterstützung bald in der Lage zu sein, in Frankreich für die deutschen Gewerkschaftskollegen das zustande zu bringen, was bereits in anderen Ländern unter dem Patronat des IGB seit Jahren besteht.

Noch eine letzte Bemerkung: Bei der Anerkennung der Gewerkschaftskollegen, die sich zu unserer Gewerkschaft bekennen wollen, spielen politische und religiöse Anschauungen überhaupt keine Rolle. Das bedeutet jedoch nicht, daß Personen, die unter Vorspiegelung von Einheitsbestrebungen nur die Aufgabe haben, die freie Gewerkschaftsbewegung zu sprengen und zu spalten, in unsere Reihen aufgenommen oder geduldet werden können[6]. Deshalb wird an die bereits genannten Voraussetzungen zur Mitarbeit in unserer Gemeinschaft in strengster Weise [fest]gehalten werden.

Wir sind davon überzeugt, daß uns die Mitarbeit der Kollegen, die wirklich den freien Gewerkschaftsgedanken und den Traditionen des IGB treu geblieben sind, gesichert sein wird.

Mit gewerkschaftlichen Grüßen

Für den Internationalen Gewerkschaftsbund:
Walter Schevenels
Generalsekretär

Für die Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften (ADG):
Die Geschäftsleitung der Landesgruppe Frankreich:
Bruno Süss,
Heinrich Häfner
Ernst Langendorf[7]

6 Dieser Satz war gegen ehemalige RGO-Mitglieder gerichtet. Angesprochen werden sollten sozialdemokratische Gewerkschaftsmitglieder. In dem Brief vom 20.9.1937 heißt es: »Die Landesgruppe will die Ideologie der freien demokratischen Gewerkschaftsbewegung pflegen und fördern« (ebd.).

7 Ernst Langendorf, geb. 15.12.1907, Journalist, 1933 Emigration nach Frankreich, ab Mitte 1937 Angestellter der Sopade, Leiter Matteotti-Komitee, 1939–41 interniert, 1941 mit Notvisum nach New York, 1945–49 Chef der Presseabteilung der US-Militärregierung in Bayern.

DOKUMENT 161

19. 3. 1938: Aktennotiz von Bruno Süss, Paris, über eine Besprechung mit Adolf Ludwig, Sarreguemines, am 16./17.3. 1938

BA, R 58, Nr. 725. Maschinenschrift. Überschrift: »Besprechung mit Genossen Adolphe Ludwig, Sarreguemines am 16./17.3.[1938]«.

Ludwig[1] ist mir seit vielen Jahren bekannt. Er war Bezirksleiter des Schuhmacherverbandes für die Pfalz. Einige Zeit war er auch Bürgermeister von Pirmasens. Er befindet sich in der Emigration seit 1933. Im Hinblick auf D[eutschland] arbeitet er:

a) für seine Berufsgruppe in bestem Einvernehmen mit seinem IBS[2],
b) für die Sopade,
c) für *Kirschmann*,[3] *Hoffmann*, F-K-.[4]

I. *Ludwig* war auf Ersuchen seines französischen Verbandes nach hier gekommen, er berichtete mir darüber. Die Verhandlungen haben an drei Tagen gedauert. Sie hatten die Unterstützung seiner D[eutschland]-Arbeit durch den fr[anzösischen] Verband zum Ziel. Daran nahmen nur teil der Sekretär des fran[zösischen] Verbandes, *Ludwig* und ein Dolmetscher vom Ko[ordinations]-A[usschuß]. Am Schluß ist *Ludwig* folgende Zusage zuteil geworden: »Der Sekretär des fr[anzösischen] Verbandes berichtet seinem Vorstand und tritt dafür ein, daß *Ludwig* für seine D[eutschland]-Arbeit monatlich einen Zuschuß von Frcs. 1.000,-- erhält.« *Ludwig* erklärte, die Zahlung erfolge frei zu seiner freien Verwendung, nicht über den Ko[ordinations]-A[usschuß] und nicht unter [dessen] Kontrolle.

II. *Ludwig* ist im Anschluß daran gebeten worden, mit *Weisheit* in eine Aussprache einzutreten. Dabei ist ihm etwa folgendes eröffnet worden, sicher mit der bestimmten Absicht, es hierher weiter zu geben:

1. Der Ko[ordinations]-A[usschuß] hat von den franz[ösischen] Verbänden und der Pariser Union den Auftrag, »Deutsche Sprachengruppen« für alle der CGT angehörigen Verbände zu bilden.[5] Das ganze Land soll dabei erfaßt werden. Ist das geschehen, soll der Ko[ordinations]-A[usschuß] wiederum im gleichen Auftrag eine Landeskonferenz abhalten.

2. Im Department Seine ist für alle Berufsgruppen die Gründung der Sprachengruppen, die Wahl von deren Leitungen, bestehend aus:
dem Präsidenten,
dem Sekretär,
dem Kassierer, erfolgt.

3. In den übrigen Departments ist dort, wo verschiedene Berufe vorhanden sind, in der gleichen Weise verfahren worden wie im Departement Seine. – Dort, wo diese Voraussetzungen nicht vorhanden waren, ist die Bildung einer Sprachengruppe erfolgt, die

1 Zu den biographischen Daten von A. Ludwig vgl. Mielke, Quellen VI, S. 651.

2 Mit dem Internationalen Berufssekretariat ist die Internationale Vereinigung der Schuh- und Lederindustriearbeiter gemeint.

3 Emil Kirschmann (13.11.1888–11.4.1948), Ministerialbeamter, Dez. 1932 Entlassung aus dem Staatsdienst nach dem Staatsstreich vom 20. Juli 1932, Emigration nach Saarbrücken, leitende Funktion bei der Sopade-Grenzarbeit im Westen, 1940 in die USA, in Opposition zur German Labor Delegation.

4 F.K. = Freiheits-Korrespondenz. Kirschmann war 1936/37 Herausgeber des Gewerkschaftsdienstes der Freiheits-Korrespondenz; vgl. Röder, Handbuch, S. 365.

5 Vgl. Dok. 162.

alle Berufsgruppen erfaßt und sich entweder auf einen Ort oder auf ein Departement erstreckt.

4. Am 7. und 8. April wird in Paris die Landeskonferenz der »Deutschgewerkschaftlichen Emigration in Frankreich« abgehalten.[6]
Auftrag hierzu hat der Ko[ordinations]-A[usschuß] von den Verbänden der CGT und der Pariser Union.

a) Die Delegiertenwahlen zu dieser Konferenz sind in den Versammlungen erfolgt, die unter 2. und 3. bezeichnet wurden.
b) Die Landeskonferenz soll die Konstituierung der Landesorganisation und die Wahl der Leitung vornehmen sowie Zweck und Ziel der Organisation festlegen.
c) Alle Vorbereitungen hierzu und die Abhaltung der Landeskonferenz hat der K[oordinations]-A[usschuß] durchzuführen und Auftrag dazu.

5. Es ist jetzt allerhöchste Zeit, daß sich die A[uslandsvertretung der] D[eutschen] G[ewerkschaften] besinnt, ob sie dabei sein will. Mit *Süss* wird das nicht möglich sein. Er, *Weisheit*, sei dafür, daß alles einheitlich erfolgt, einheitliche Organisation und einheitliche Leitung, damit der K[oordinations]-A[usschuß] sich auflösen könne.

Der Präsident [Gustav *Schulenburg*] des K[oordinations]-A[usschuß] habe schon Fühlung mit der A[uslandsvertretung der] D[eutschen] G[ewerkschaften] genommen (mit wem?), habe aber kein Verständnis gefunden. Es sei nunmehr aber allerhöchste Zeit, eine Entscheidung zu fällen.

Nach dem Stattfinden der Landeskonferenz sei eine Einschaltung der ADG kaum noch möglich. Nach der Landeskonferenz werde der K[oordinations]-A[usschuß] von *Jouhaux* Vollmacht und Autorisation erhalten als einige Gewerkschaftszentrale der Deutschen in Frankreich. Ein Ausweichen[7] sei dann nicht mehr möglich.

19.III. Süss

DOKUMENT 162

2. 4. 1938: Schreiben von Bruno Süss, Paris, an den Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Walter Schevenels, Paris

BA, R 58, Nr. 725. Maschinenschriftliche Durchschrift. Überschrift: »Betrifft: ›Vereinigung der deutschen Arbeiter und Angestellten in Frankreich‹«.

Werter Genosse Schevenels!

Ihrem Solidaritätsempfinden, ihrer ideellen und materiellen Hilfe ist es zu danken, daß die deutsche gewerkschaftliche Emigration sich auch in Frankreich zusammenfinden konnte. – Diese Tatsache hat für die Erkämpfung der Gewerkschaftsfreiheit und der Menschenrechte in Deutschland eine sehr große Bedeutung. Das wird erst in der Zukunft möglich sein festzustellen.

Inzwischen tritt – gegen unseren Willen – ein neues Problem an uns heran, daß wir ohne Ihre grundsätzliche Zustimmung nicht verwirklichen können und wobei wir wiederum Ihrer Hilfe bedürfen. Es handelt sich um die Zusammenfassung der deutschen Arbeiter und Angestellten in Frankreich, soweit diese Mitglied eines Verbandes sind, der der CGT angehört.

6 Vgl. ebd.
7 Im Original »Ausweigen«.

Weshalb muß dieses Problem gelöst werden? Weil sonst der Koordinationsausschuß eine solche Organisation schafft. Das aber würde einen Mißbrauch der deutschen Gewerkschafter bedeuten, ein neuer kommunistischer Laden würde entstehen, mit einem gewerkschaftlichen Firmenschild und politisch-kommunistischer Tendenz.

Im Gründungsprotokoll[1] ist als Ziel seiner Tätigkeit angegeben »die Koordinierung der Arbeit der Gruppen und Einzelpersonen im Hinblick auf Deutschland«. Also wollte er sein eine Zentrale der deutschen Arbeit, bei grundsätzlicher Ablehnung der organisatorischen Erfassung der deutschen Gewerkschafter in Frankreich.

Als im Herbst vorigen Jahres die A[uslandsvertretung der] D[eutschen] G[ewerkschaften] Landesgruppe Frankreich sich mit ihren Rundschreiben vom 16.XI.[2] an die nach Frankreich emigrierten deutschen Gewerkschaftskollegen wandte und diesen empfahl, sich zusammenzuschließen; da änderte auch der KA (so nennt sich jetzt der Koordinationsausschuß) sofort seine grundsätzliche Einstellung zum Problem der deutschen gewerkschaftlichen Emigration. Nach einigen schriftlichen Tobsuchtsanfällen ging er dazu über, die deutschen Gewerkschafter in der Provinz und in Paris in Versammlungen zu bearbeiten. Im Dezember war schon klar, wohin der Weg ging.

Der K[oordinations]-A[usschuß] holte sich und empfing von dem Gewerkschaftskartell Paris und dem Bezirkskartell Seine sowohl als auch von einzelnen Gewerkschaftszentralen das Recht und den Auftrag, die deutschen Arbeiter und Angestellten, die Mitglieder von Verbänden der CGT waren, in Sprachengruppen der einzelnen Berufe zusammenzufassen. Was sich auf diesem Gebiete in den letzten Monaten ergab, grenzt an das Tollste, was auf dem Gebiet des Versammlungswesens möglich ist.

Unsere Genossen sind selbstverständlich sofort Mitglied der CGT geworden, sobald sie Arbeit gefunden haben. Anders bei den Kommunisten. Diese waren ja meist gewerkschaftlich nicht organisiert. Der K[oordinations]-A[usschuß] wandte sich über die KP-Vertrauensleute an alle Emigranten, ohne Rücksicht darauf, ob diese Arbeit haben oder nicht und verlangte von ihnen, daß sie Mitglied der CGT würden. Auf diese Weise führte der KA der CGT eine Anzahl von Mitgliedern zu, die freilich in keinem Arbeitsverhältnis standen, also überhaupt nicht organisationsfähig waren. Mit diesen so gewonnenen und anderen wurden die Sprachengruppen aufgebaut.

Der K[oordinations]-A[usschuß] hat inzwischen versucht, für alle Berufe – er nennt sie »Industriegruppen« – Sprachgruppen zu bilden. Auch die freien Berufe wie Ärzte sind bereits erfaßt. Da unsere Freunde meist nicht wußten, um was es sich handelte, machten sie mit. Auch unsere unmittelbaren Freunde in der französischen Gewerkschaftsbewegung unterstützten die Bildung der Sprachengruppen, weil diesen gar nicht bekannt [war], wer eigentlich hinter diesem Bestreben steckte und was damit beabsichtigt wurde. So gewann der K[oordinations]-A[usschuß] Einfluß und Vertrauen selbst da, wo man ihm seiner ideologischen Einstellung halber hätte die Tür weisen müssen.

Den deutschen Gewerkschaftern wurde in den Versammlungen erklärt, »Es ist notwendig, alle Gewerkschafter in den Sprachengruppen als Antifaschisten zusammenzufassen. Der Kampf gegen *Hitler* kann nur gemeinsam geführt werden, wenn er Erfolg haben soll. Wir sind von der CGT beauftragt, diese Organisation durchzuführen. Die A[uslandsvertretung der] D[eutschen] G[ewerkschaften] ist Spaltung und Verrat an der Einheit im antifaschistischen Kampf. Es müssen eine Leitung gewählt werden und Delegierte zu einem Kongreß«. Wenn auch da und dort Widerstände einsetzten, so setzte der K[oordinations]-A[usschuß] doch in allen Berufs-

1 Vgl. Dok.149.
2 Vgl. Dok. 160.

gruppen seinen Willen durch. Selbst gekauft sind einzelne worden. In der Berufsgruppe Metall ist dem K[oordinations]-A[usschuß] wohl zum Bewußtsein gekommen, daß er *Oettinghaus*[3/4] unmöglich als Funktionär gelten lassen kann. Man holte sich *Schönauer*, ein angeblicher Sozialdemokrat. Bis vor kurzem holte sich dieser noch die Unterstützung vom Matteotti-Komitee. Er tut das jetzt nicht mehr. Er ist Vorsitzender der Sprachengruppe Metall und bekommt seine Unterstützung vom K[oordinations]-A[usschuß]. Das ist nur ein Beispiel von vielen.

Am 7. April findet eine Regionalkonferenz dieser Sprachengruppen für das Département Seine in Paris statt und am 8. April die Landeskonferenz für Frankreich, beide einberufen vom K[oordinations]-A[usschuß]. Da soll die Konstituierung und Wahl der Leitung erfolgen und die organisatorische Eingliederung in die CGT. Die Pariser Union ist sicher von diesem Vorgehen unterrichtet, ob auch die Zentralleitung der CGT, ist nicht bekannt.

Bekannt ist, daß Genosse *Rieth*, Forbach, am 17.1. d. Jhs. dem Genossen *Jouhaux*, im Auftrage des Bezirkskartells Moselle der CGT, eine Denkschrift überreicht hat, die ähnliches forderte[5]. Auch das hat sehr stark zur Förderung der Pläne des K[oordinations]-A[usschuß] beigetragen.

Diese Entwicklung kann nur mit großer Sorge beobachtet werden. Die deutsche gewerkschaftliche Emigration hat auch die internationale Verpflichtung, die CGT vor dem unendlich großen Schaden zu bewahren, der bestimmt entstehen wird, wenn der K[oordinations]-A[usschuß] seine Pläne, wenn auch zunächst nur getarnt, verwirklichen kann. Aufzuhalten sind die Dinge nicht mehr. Wir haben aber die Verpflichtung, diese aufzufangen und in die richtigen Bahnen zu leiten, wenn sie nicht mehr abgedrosselt werden können.

Nach Rücksprache mit einer großen Zahl von Kollegen mache ich auch in deren Namen folgenden Vorschlag:

I. Mit Zustimmung der CGT (Zentrale) und des IGB wird gegründet eine: »Vereinigung der deutschen Arbeiter und Angestellten in Frankreich«.[6]

II. Die Vereinigung bezweckt, die sozialen und wirtschaftlichen [Interessen] ihrer Mitglieder als Ausländer in Frankreich zu wahren und zu fördern im Rahmen der CGT.

III. Die Ziele der Vereinigung sollen erreicht werden durch:

1. Zusammenschluß aller deutschen männlichen und weiblichen Arbeiter und Angestellten, soweit diese Mitglied eines Verbandes der CGT sind.
2. Einwirkung auf die Gestaltung der Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis der deutschen Arbeiter und Angestellten in Frankreich.
3. Aufklärung der nationalen und internationalen Zentralen der Gewerkschaften über die besonderen Probleme der deutschen Arbeiter und Angestellten, die sich aus dem Aufenthalts- und Sozialrecht[7] ergeben.
4. Über die CGT Einwirkung auf die Gesetzgebung des Landes, damit das geltende Sozialrecht in Frankreich in vollem Ausmaße auch Anwendung findet auch auf die deutschen Arbeiter und Angestellten in Frankreich.
5. Pflege der Berufsausbildung (einschließlich der Umschulung).
6. Statistische Erhebungen über Beruf und soziale Lage der Mitglieder.
7. Stellenvermittlung im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten und mit Hilfe der CGT.
8. Gewährung von Unterstützungen zur Verwirklichung der Bestrebungen der Vereinigung.
9. Aufklärung über die rechtliche und soziale Situation.
10. Erteilung von Rechtsrat im Rahmen der Bestrebungen der Vereinigung (Rechtsschutz für Streitigkeiten aus dem Arbeitsvertrag ist Angelegenheit der CGT und nicht der Vereinigung).

IV. Die Einwirkung auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen und der Abschluß von Tarifverträgen gehört nicht zu dem Aufgabengebiet der Vereinigung.

V. Die Tätigkeit der Vereinigung darf nicht in Widerspruch stehen zu der gewerkschaftlichen Tätigkeit der CGT.

VI. Das Aufgabengebiet der Vereinigung ist mit Zustimmung der CGT festgelegt worden.

VII. Die Vereinigung ist eine Gliederung der CGT, die sich auf alle Verbände erstreckt, die ihr angehören und die alle deutschen Arbeiter und Angestellten umfaßt, die deren Mitglieder sind.[8]

VIII. Parteipolitische, politische und religiöse Bestrebungen in der Vereinigung sind grundsätzlich ausgeschlossen.

Wenn dieser Vorschlag verwirklicht werden kann, wird Klarheit geschaffen, die neue Organisation auf ihr eigentliches Aufgabengebiet beschränkt und verhindert, daß sich die Pläne des kommunistischen K[oordinations]-A[usschuß] verwirklichen.

Die neue Vereinigung darf mit der A[uslandsvertretung der] D[eutschen] G[ewerkschaften] nichts zu tun haben. Beide haben völlig verschiedene, für sich abgeschlossene Aufgabengebiete. Die Vereinigung kann und darf sich nur beschäftigen mit Fragen, die sich im Rahmen der CGT verwirklichen lassen und die sich beschränken auf Arbeitserlaubnis und Aufenthaltsrecht in Frankreich.

Damit wird aber auch der Plan des K[oordinations]-A[usschuß] vollständig verhindert. Daß die Vereinigung, entsprechend der Struktur der CGT, eine Art Einheitsorganisation wird, damit muß von vornherein gerechnet werden.

Ist das Grundgesetz der Vereinigung aber klar, kann das keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bringen. Die Organisationsform und die Verwaltung können bald gefunden werden, wenn über das Grundgesetz eine Verständigung erzielt worden ist.

Der hier gemachte Vorschlag entspricht der Auffassung einer Anzahl von Genossen, die deswegen mit mir in Verbindung traten, Besorgnis und Wünsche äußerten. Sagt Ihnen im einzelnen die Formulierung nicht zu, so kann darüber natürlich eine Verständigung herbeigeführt werden.

3 Im Original »Was die ADG ist ...«.

4 Im Original irrtümlicherweise »Oettinghausen«.

5 In diesem Schreiben ging es um den Versuch der Vereinheitlichung der deutschen Emigrantenbewegung in Frankreich. Unter der Überschrift »Die gewünschte Lösung« heißt es u.a. in dem Schreiben: »Die gewünschte Lösung besteht in dem sofortigen Einstellen des Kampfes zwischen den beiden Strömungen, indem man sie der Disziplin der Statuten der CGT unterstellt, der die emigrierten Arbeiter angehören. Infolgedessen würde es sich darum handeln, die sich aus ihrer besonderen Lage ergebende Verteidigung ihrer Interessen im Rahmen einer Föderation der Emigranten zu sichern, ähnlich z.B. der Regelung, die für die polnischen und italienischen Arbeiter getroffen wurde«. In: BA, R 58, Nr. 725.

6 Vgl. zum folgenden [Statut der] »Vereinigung der deutschen Arbeiter und Angestellten in Frankreich«; ebd.

7 Im Statut heißt es »Arbeitsrecht«. Die »internationalen Zentralen« werden nicht erwähnt; vgl. ebd. §3c.

8 Nach dem Schreiben von Rieth (vgl. Anm.5) waren »ungefähr 4000 gewerkschaftlich organisierte deutsche emigrierte Arbeiter [...] Mitglied der CGT«.

Wir bitten Sie aber, werter Genosse *Schevenels*, ebenso höflichst wie dringend, uns auch in diesem Hilfe zu gewähren und gemeinsam einen Weg zu suchen, der aus dem Wirrwarr herausführt.

Das wichtigste dürfte im Augenblick eine möglichst baldige Aussprache mit Genosse *Jouhaux* sein, um diesen über die Situation zu informieren und seine Genehmigung zur Bildung einer Vereinigung einzuholen. Die Organisierung der Gründungskonferenz, die Teilnahme der CGT daran und die Sicherung deren Einflusses müßte einer späteren Aussprache mit ihm vorbehalten bleiben.

Mit den besten kameradschaftlichen Grüßen Ihr

[B.Süss]

DOKUMENT 163

28. 10. 1938: Koordinationsausschuß deutscher Gewerkschaftler in Frankreich an den Vorsitzenden der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften Fritz Tarnow, Kopenhagen

BA, SAPMO, ZPA I 2/708/138. Maschinenschrift.[1]

Werter Kollege Tarnow!

Wir nehmen an, daß Ihnen unsere bisherigen Bemühungen um Aufnahme in die ADG bzw. Herstellung der Einheit mit der Landesgruppe der ADG in Frankreich bekannt sind.[2] Wir sind nun darüber informiert worden, daß Sie jetzt mit der Leitung der ADG betraut sind. Davon und von dem außerordentlichen Ernst der Lage ausgehend, hat unser Sekretariat beschlossen, sich mit einem direkten Brief an Sie zu wenden.

Wir verfolgen damit einmal den Zweck, Ihnen durch eine unmittelbare Information über unseren Ausschuß, seine Ziele und die von ihm durchgeführte Arbeit ein objektives Urteil zu ermöglichen. Zum anderen wollen wir damit zum Ausdruck bringen, daß wir trotz der bisher erfahrenen Ablehnungen weiter den unveränderten Wunsch haben zur Einheit in der gewerkschaftlichen Arbeit für die illegalen Kämpfer im Lande, wie auch in der Emigration, die uns in der jetzigen Situation besonders dringend erscheint. Schließlich hoffen wir dadurch – wenn der organisatorischen Einheit auch jetzt noch Hindernisse im Wege stehen sollten – wenigstens eine informatorische Verbindung einzuleiten und dadurch an die Stelle des von uns immer bedauerten Gegen- und Nebeneinander-Arbeitens eine sachliche und möglichst freundnachbarliche Zusammenarbeit zu setzen.

Wir glauben, daß es nicht notwendig ist, Ihnen noch einmal die ganze Geschichte der Entstehung des Koordinationsausschusses darzustellen.[3] Es genügt wohl, daran zu erinnern, daß er zu einem Zeitpunkt entstand und sich organisatorisch formierte, als eine Landesgruppe der ADG in Frankreich noch nicht existierte, daß er also schon unter diesem Gesichtspunkt eine bestehende Lücke ausfüllte, die in der Arbeit für die Unterstützung des gewerkschaftlichen Kampfes bestand. Unsere grundsätzliche Einstellung für eine einheitliche und unabhängige deutsche Gewerkschaftsbewegung hat

1 Das Schreiben ist abgedruckt in: Rundbrief Nr. 2 (9.12.1938) der ADG (BA, SAPMO, II 164/4).
2 Vgl. Dok.157. Vgl. auch Gewerkschaftliche Mitteilungen Nr. 1, Januar 1938 und Nr. 2/3 Februar/März 1939.
3 Vgl. Dok. 149.

auch unser Verhältnis zur ADG bestimmt und unsere wiederholten Schritte für Aufnahme in die ADG oder Herstellung der Einheit mit ihr diktiert.

Unsere praktische Tätigkeit hat sich seit der Gründung des K[oordinations]-A[usschuß] nach zwei Richtungen in positiver Weise entwickelt. Einmal in bezug auf die Unterstützung des illegalen gewerkschaftlichen Kampfes durch Solidaritätsaktionen der französischen Gewerkschaftsorganisationen und einer entsprechenden Aufklärungsarbeit über den Hitlerfaschismus. Zum anderen auf dem Gebiete der direkten Verbindungen zu den illegalen Gewerkschaftlern im Lande und ihren Ausbau.

Der K[oordinations]-A[usschuß] hatte schon bei seiner Gründung das Vertrauen und die Unterstützung einer großen Zahl starker französischer Gewerkschaften, die seine Arbeit moralisch und materiell unterstützen. Gegenwärtig unterstützen neben vielen lokalen und beruflichen Syndikaten u.a. folgende zentrale Fédérationen unsere Arbeit: die Metall-, Bau-, Chemie-, Textil-, Berg-, Land-, Transport-, Nahrungsmittel- und Hafenarbeiter, die Seeleute, Eisenbahner und Buchdrucker. Über diese Fédérationen oder direkt stehen wir mit einer Anzahl Internationaler Berufssekretariate in regelmäßiger Verbindung. Diese Verbindungen ermöglichen dem K[oordinations]-A[usschuß] eine systematische und regelmäßige Aufklärungsarbeit über den Hitlerfaschismus und über die Lage der deutschen Arbeiter im allgemeinen, ihren illegalen gewerkschaftlichen Kampf im besonderen.

Wir haben dafür die Gewerkschaftspresse dieser Fédérationen ausnützen können und konnten dadurch, neben unzähligen Interventionen in Sitzungen und Versammlungen gewerkschaftlicher Organisationen, entscheidende Teile der französischen Arbeiter von der Notwendigkeit einer aktiven Unterstützung des Kampfes der deutschen Arbeiter überzeugen. Durch die regelmäßige Herausgabe unserer »Gewerkschaftlichen Mitteilungen«[4] in deutscher Sprache haben wir ein Bindeglied unter der gewerkschaftlichen Emigration in Frankreich geschaffen, die in ihrer Mehrheit unsere Bestrebungen unterstützt und fördert. Die ebenfalls regelmäßig herausgebrachten »Informations syndicales« in französischer Sprache dienen dem Zweck einer Vertiefung der von uns geleisteten Aufklärungsarbeit.

Alles das zusammengenommen ermöglichte uns nicht nur die Aufbringung bedeutender Mittel für die Durchführung unserer Tätigkeit zur Unterstützung des illegalen gewerkschaftlichen Kampfes, sondern auch die Schaffung und Unterhaltung regelmäßiger direkter Verbindungen zu den Illegalen im Lande. Über ein Netz von Grenzvertrauensleuten erhalten wir laufende Nachrichten aus dem Lande und können solche von uns ins Land geben. Von uns hergestellte illegale Materialien[5] kommen auf diesem Wege ebenfalls ins Land und das von uns praktizierte System einer industriegruppenmäßigen Arbeit[6] hat sich als zweckmäßiges Mittel erwiesen für eine kontinuierliche Arbeit mit den Gewerkschaftlern im Lande. Heute bestehen in Frankreich Industriegruppenleitungen für Metall, Bau, Textil, Transport, Buchdrucker, Leder und Angestellte, die mit ihren Kollegen im Lande regelmäßigen Kontakt haben und im K[oordinations]-A[usschuß] zusammengeschlossen sind. Aus diesen Leitungen für Frankreich haben sich bei Bergbau und Textil schon zentrale Leitungen dieser Industriegruppen entwickelt, die ihre Verbindungsleute, Grenzstellen etc. in allen Emigrationsländern haben und – wie der zentrale Bergarbeiterausschuß[7] – von ihrer Internationale anerkannt [sind].

4 Die erste Nummer der »Gewerkschaftliche Mitteilung« erschien November 1937.
5 Vgl. z.B. BA, RSHA IV, St. 3, Nr. 392. Vgl. auch Rundbrief Nr. 2 (9.12.1938) der ADG, S. 3 (BA, SAPMO, II 161/4).
6 Vgl. Dok. 159.
7 Vgl. hierzu Dok. 91–114.

Wir glauben, Ihnen mit dieser gedrängten Information ein ungefähres Bild von unserer Tätigkeit vermittelt zu haben. Wir verfolgen damit den Zweck der Information, aber auch den, Ihnen die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Einheit zwischen dem K[oordinations]-A[usschuß] und der ADG in Frankreich vor Augen zu führen, die die Erhaltung und weitere Entwicklung sowie der gesamten gewerkschaftlichen Arbeit ermöglichen und sicherstellen würde.

Wir wären Ihnen dankbar, eine baldige Stellungnahme[8] und Rückäußerung zu erhalten und hoffen bestimmt, daß damit zumindest der Weg zu einer sachlichen und gegenseitigen Information und Zusammenarbeit freigemacht wird.

In dieser Erwartung begrüßen wir Sie
mit gewerkschaftlichen Grüßen!
Das Sekretariat des K[oordinations]-A[usschuß][9]

DOKUMENT 164

28. 8. 1939: Offener Brief von Bruno Süss, Paris, an Gustav Schulenburg, Straßburg,und die freigewerkschaftlichen Mitglieder des Koordinationsausschusses

AdsD, PV Emigration, Mappe 113. Überschrift: »Fédération Syndicale Internationale. Section Allemande. 96 Avenue d'Orsay, Paris. Monsieur Schulenburg, Strassbourg (Bas-Rhin). Offener Brief an die Freigewerkschafter, die Mitglied des ›Koordinations-Ausschusses‹ sind, aber nicht der kommunistischen Peripherie angehören«. Maschinenschrift.

Werter Genosse Schulenburg!

Vor 2 ½ Jahren wurde der Koordinationsausschuß (KA) gegründet[1] und Du als dessen Präsident gewählt. Außer Dir sind deutsche Emigranten, die grundsätzlich auf dem Boden der freigewerkschaftlichen Ideologie standen, Mitglied des KA geworden.

Als alter freigewerkschaftlicher Funktionär[2] glaubtest Du damals, auf diese Art im Rahmen des KA den Kampf gegen den Hitlerfaschismus führen zu können. Du hast sicher damals in gutem Glauben gehandelt. Du glaubtest, dadurch wohl am besten den Kampf für Menschenrecht und Menschenwürde und damit für Herstellung der Gewerkschaftsfreiheit führen zu können. Du warst von der Richtigkeit Deines Handelns überzeugt. Du hast wohl damals auch nicht daran gezweifelt, daß Deine kommunistischen Freunde im KA und für dessen angebliche Ziele ehrliche und überzeugende Mitkämpfer seien.

8 Die Stellungnahme von F. Tarnow erfolgte bereits am 6.11.1938, der jedoch vor einer endgültigen Antwort, die Stellungnahme der Landesgruppe in Frankreich einholen wollte (BA, SAPMO, ZPA I 2/708/138. Die ablehnende Stellungnahme der Landesgruppe und von F. Tarnow ist abgedruckt in: Rundbrief Nr. 2 (9.12.1932) der ADG (BA, SAPMO, II 161/1). Als wesentliche Gründe nennt F. Tarnow die parteipolitische Ausrichtung des Koordinations-Ausschusses und Vertrauensprobleme: »Die gleichen Gründe, die es früher nicht zuließen, die RGO als eine gewerkschaftliche Organisation und neben uns als Verhandlungspartner bei der Regelung gewerkschaftlicher Angelegenheiten anzuerkennen, zwingen uns heute dazu, Ihrem Ausschuß gegenüber dieselbe Haltung einzunehmen. Dazu kommen noch die besonderen Verhältnisse der Illegalität, unter denen ein engeres Zusammenarbeiten ein noch viel größeres Maß gegenseitiges Vertrauens erfordert als womit in der Legalität auszukommen wäre.«

9 Laut Brief von Feld, 22.11.1938, an »Liebe Freunde« war das Schreiben von den geschäftsführenden Mitgliedern des Koordinations-Ausschusses Schulenburg, Stoerck, Merker, Deter, Fuchs und Kress unterzeichnet (BA, SAPMO, ZPA I 2/708/138).

1 Vgl. Dok. 149.

2 Vgl. ebd., Anm.2.

Damals trennten sich unsere Wege. Meine früheren Erfahrungen mit der angeblichen Gewerkschaftsarbeit, die auf Kommando der KPD in den deutschen Gewerkschaften betrieben wurde, hielten mich davon ab. Ich konnte nicht glauben, daß die Mitglieder der »Revolutionären Gewerkschaftsopposition« (RGO)[3] sich nun auf einmal zu überzeugten freien Gewerkschaftern gewandelt haben könnten. Ich nahm vielmehr an, daß diese Herren im Auftrage der KPD handelten, als sie den KA gründeten.[4] Meine Nachforschungen nach den Vorgängen, die zur Einberufung des KA[5] geführt haben, ergaben die volle Bestätigung meiner Befürchtungen.

Ich und meine Freunde lehnten deshalb die Mitarbeit im KA ab. Meine Zugehörigkeit zu den freien Gewerkschaften seit 1894 und meine Arbeit seit dieser Zeit für diese führte zu einer eindeutigen grundsätzlichen Überzeugung, daß die freigewerkschaftliche Ideologie die einzig mögliche und richtige sei. Sollte in der Emigration etwas anderes gelten? Und wenn ja, wäre das nicht ein Verlassen der bisherigen Auffassung? Du hast meine Meinung nicht geteilt und bliebst im KA und behieltest da die Funktion als dessen Präsident.

Auch Du wirst heute nicht mehr bestreiten können, daß die R[evolutionäre] G[ewerkschafts-]O[pposition]-Mitglieder im KA im Auftrage der KPD gehandelt haben, deren Aufträge im KA ausführten. Die Brüsseler Konferenz der KPD im Jahre 1935 hatte zwar die Auflösung der RGO beschlossen, gleichzeitig aber die Steigerung der kommunistischen Betriebsarbeit[6]. Das bedeutet, daß über den Begriff »Gewerkschaftsarbeit« die illegalen Kämpfer in Deutschland zu kommunistischer Parteiarbeit mißbraucht werden sollten. Die Plattform dazu sollte der KA sein.

Und da zu jener Zeit »Volksfront« die Parole in Frankreich war, wurden auch freie Gewerkschafter und christliche, wie Du und andere, für den K[oordinations]-A[usschuß] von den Kommunisten gewonnen. Mit den Schlagworten »Einheitsfront«, »Aufbau der freien und unabhängigen Gewerkschaften Deutschlands« glaubte man, die deutsche gewerkschaftliche Emigration in ihrer Gesamtheit für diese kommunistische Zweckorganisation, den KA, gewinnen zu können. Das Ziel war aber nicht Gewerkschaftsfreiheit in Deutschland, der KA sollte nicht die Voraussetzungen schaffen zur Bildung »freier und unabhängiger Gewerkschaften«. Was gewerkschaftlich denkt in Deutschland, sollte ebenso unter die kommunistische Ideologie kommen,[7] wie die deutsche gewerkschaftliche Emigration in Frankreich und in den übrigen Gastländern. Das schwebte den Kommunisten vor neben ihrer Parteiarbeit unter dem Deckmantel der Gewerkschaftsarbeit. Außerdem wollte man damit dem IGB ein kommunistisches Kuckucksei in das Nest legen. Daß das nicht gelungen ist, gehört nicht zu dem Verdienst des KA und der Mitarbeit freier und christlicher Gewerkschafter in ihm.

Ich habe bisher immer gehofft, daß Du und Deine Freunde im KA über kurz oder lang, doch zu der Auffassung kommen werdet, daß Ihr von der KPD zu politischen Zwekken mißbraucht werdet. Diese Hoffnung veranlaßt mich zu meinem heutigen Schreiben.

3 Zur Politik der RGO vgl. u.a. Müller, RGO.

4 Die eindeutige Orientierung der kommunistischen Gewerkschafter an den Richtlinien der KPD verdeutlicht der Beitrag von Paul Merker »Kurze Übersicht über den Stand der Gewerkschaftsbewegung« [1937] (BA, SAPMO, ZPA I 2/3/288); vgl. Kap. V, Dok. 115ff.

5 Vgl. hierzu auch Dok. 150, 151.

6 Zu den gewerkschaftlichen Richtlinien der Brüsseler Konferenz vgl. P. Merker (Anm.4, S. 1ff.).

7 Das gilt z.B. für die Politik des »Trojanischen Pferdes«, vgl. Dok. 119, 123; ferner Merker, Anm.4.

Mir wurde berichtet, Du hättest Dein Amt als Präsident im KA niedergelegt. Ich wurde darüber unterrichtet, daß Du und die Kommunisten aus dem KA ausgetreten seid.[8] Ob Du bei dieser Handlung von den gleichen Voraussetzungen ausgegangen bist wie die Kommunisten, entzieht sich meiner Kenntnis.

Ich will auch nicht nach der Ursache der Weiterexistenz des KA unter der Präsidentschaft des Genossen *Fuchs*[9] und des Herrn W. *Kress*[10], genannt Karl, als Sekretär, forschen. Auch das von den beiden verschickte Rundschreiben an die Mitglieder des KA nehme ich nur als Tatsache und erwähne es, ohne es zu behandeln. Denn es war ja kein Geheimnis, was darin steht.[11]

Nein, mein Schreiben an Dich hat einen anderen Grund. Der Augenblick ist gekommen, wo jeder deutsche Gewerkschafter sich fragen muß, ob er in der Zukunft noch in irgendeiner Hinsicht mit Kommunisten zusammenarbeiten kann. Und die Entscheidung hierüber muß ganz eindeutig sein. Wir sind das der großen Vergangenheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung und ihrer klaren grundsätzlichen Zielsetzung schuldig. Wir sind das schuldig den Gewerkschaftern in Deutschland, die noch heute täglich ihre Freiheit und ihr Leben für ihre Überzeugung aufs Spiel setzen und auf denen jetzt eine große Verantwortung lastet. Wir sind das schuldig dem großen historischen Augenblick, den wir durchleben.

Frieden, Freiheit, Demokratie! Dafür setzte sich die freigewerkschaftliche Front in allen Ländern ein. Alle Kulturstaaten machten die größten Anstrengungen, um Frieden, Freiheit und Demokratie zu retten. Wer diese Kulturgüter angreift, begegnet dem vereinten Abwehrwillen!

Die deutsche gewerkschaftliche Emigration hat sich bewußt, mit Absicht, in die gleiche Front eingereiht. – Die kommunistischen Mitglieder im KA haben immer so getan, als ob sie die eifrigsten Kämpfer für diese selbstverständliche Plattform seien. Und was geschieht?

In der Nacht vom 24. zum 25. August schließt Rußland mit Deutschland einen Pakt. Ein Bündnis mit *Hitler*, dem Feind von Frieden, Freiheit und Demokratie. *Hitler* und *Stalin*, die sich scheinbar bisher bekämpften, schließen einen Freundschaftsbund. Die Ereignisse der letzten Tage haben bewiesen, daß dieser Pakt nicht dem Frieden diente, sondern die Kriegsgefahr ins kaum Vorstellbare gesteigert hat.

Und was sagen dazu die kommunistischen Mitglieder des KA, mit denen Du solange zusammengearbeitet hast? Sie verteidigen das Bündnis *Hitler-Stalin* als einen Beitrag zum Frieden. Sie haben vergessen, für was sie bisher gekämpft haben. Sie werden morgen in die Arme *Hitlers* eilen, um mit ihm und für ihn gegen Freiheit, Frieden und Demokratie zu kämpfen, wenn der Befehl dazu aus Moskau kommt. Sie haben keine eigene Meinung. Sie gehorchen blindlings ihrer Moskauer Internationale.

8 Im Koordinationsausschuß war es zu finanziellen Unregelmäßigkeiten gekommen. Dazu heißt es in einem undatierten Schreiben [Mai 1939]: »Alle Umstände und Indizien sprechen dafür, daß es sich nicht um persönliche Veruntreuungen handelt, sondern mit großer Wahrscheinlichkeit um eine von der KPD-Leitung angeordnete Praxis. Die dem KA entzogenen Mittel sind daher auch mit großer Wahrscheinlichkeit direkt oder indirekt für Zwecke der KPD-Leitung verwandt worden oder sollen dafür verwendet werden, wie es im Falle des Sonderzuschusses von 3500 Francs erwiesen ist, die die Textilfédération dem KA zur Verfügung stellte und der fast völlig für den Druck einer KPD-Broschüre verausgabt wurde« (BA, SAPMO, ZPA I 2/3/288).

9 Vgl. Dok. 149, Anm.28.

10 Willi Kress, 1933 Emigration, 1944 Mitbegründer und Vorsitzender der Deutschen Sprachgruppe der CGT, KPD.

11 Gemeint ist vermutlich ein Rundschreiben vom 18.[?] Mai 1939 an »Werter Kollege«, gez. Karl, das auf die Differenzen innerhalb des Koordinationsausschusses eingeht (BA, SAPMO, ZPA, I 2/3/288).

Der französische Gewerkschaftsbund hat ebenso wie der IGB in klarer und scharfer Form gegen das Bündnis Rußland-Deutschland Stellung genommen. Die Fronten sind klar und eindeutig.

Gibt es einen deutschen Gewerkschafter, der bereit ist, sich in Zukunft noch in die Gefolgschaft der kommunistischen KA-Leute zu begeben? Die Entscheidung muß eindeutig gefällt, die Linien klar gezogen werden. Mancher trägt die Verantwortung dafür, daß die Kommunisten mit seinem ehrlichen Namen als Gewerkschafter Mißbrauch treiben konnten.

Der Zeitpunkt ist gekommen, wo jeder die moralische und politische Verpflichtung hat zu sagen, was er über die Verbrüderung der Bolschewisten mit den Faschisten denkt. Diese Verpflichtung hat jeder vor den illegalen Gewerkschaftern im Reich, vor sich selbst und vor der Geschichte.

Der Mißbrauch der Kommunisten mit dem Namen deutscher Gewerkschafter muß aufhören. Mit den Hitler-Stalinisten darf es keine Gemeinschaft geben. Diese Sorge um die Ehre der deutschen gewerkschaftlichen Emigration hat mich veranlaßt, Dir zu schreiben. Die Sorge um die Zukunft gebietet uns, in Zukunft nicht mehr einen Finger breit davon abzuweichen.

Es würde mich freuen, wenn auch Deine Freunde von dem Inhalt dieses Schreibens Kenntnis bekommen würden. Ich wäre Dir dankbar, wenn ich Deine Auffassung zu dem Inhalt dieses Schreibens bekommen würde.

Mit den besten Grüßen
F[édération] S[yndicale] I[nternationale]
Section Allemande
gez. Bruno Süss

DOKUMENT 165

18. 2. 1941: Rundschreiben der Auslandsvertretung der Deutschen Gewerkschaften/Internationaler Gewerkschaftsbund zur Lage der gewerkschaftlichen Emigranten in Frankreich

IUL-Archiv. Hektographierte Maschinenschrift. Eigenhändig unterzeichnet.

Werte Genossen!

Die Verhältnisse, unter denen die deutsche gewerkschaftliche Emigration in Frankreich lebt, haben sich sehr geändert. Geändert in asylrechtlicher und auch in materieller Hinsicht. Eines hat so tief wie das andere in das Erleben der einzelnen eingegriffen.

Ich will aber auf keinen Fall, das mir und meinen Freunden gewährte Asylrecht verletzen. Ich will deshalb nicht auf die politische Willensbildung eingehen, die seit 8 Monaten eine Änderung erfuhr und auch nicht auf die Veränderung der politischen Verhältnisse an sich.

An was wir Gewerkschaftler aber nicht gedankenlos vorübergehen können, das ist die Veränderung der gewerkschaftlichen Situation. Diese hat auch ihre Einwirkung auf das Ergehen der antifaschistischen gewerkschaftlichen Emigration.

Die französische Gewerkschaftsbewegung ist in vieler Hinsicht nicht mehr die gleiche wie vor der Niederlage.[1] Der französische Gewerkschaftsbund (CGT) ist durch eine

1 Vgl. zum folgenden auch den Bericht von Hans Oprecht vom 16.9.1940, »Internationales«, in: IUL-Archiv.

Verfügung der Regierung aufgelöst worden. Es gibt zentral, bezirklich und örtlich keine Zusammenfassung der Gewerkschaften, der bestehenden Berufsverbände mehr. Und damit hat auch das gemeinsame Handeln, Arbeiten und Denken aufgehört. Die CGT – und das ist allgemein zu verstehen – gehört der Vergangenheit an.[2]

Die einzelnen Berufsverbände bestehen noch. Sie sind aber organisatorisch sehr geschwächt.[3] Das hat verschiedene Ursachen. Der außerordentlich große Mitgliederzugang im Jahre 1936 hat keinen Jahre anhaltenden starken Mitgliederbestand zur Folge gehabt. Der damals so große Zugang an Mitgliedern war keine soziale Folgeerscheinung, sondern hatte politische Hintergründe. Vor allem war er eine Folge der gewerkschaftlichen Einheitsfront mit den Kommunisten und der politischen Volksfront, in der die Kommunisten ebenfalls einbezogen waren.

Dadurch strömten Menschen in die Gewerkschaften, denen gewerkschaftliches Denken und Handeln fremd war, die auch keine Aufnahmefähigkeit dafür zeigten. Für sie war der Eintritt in die Gewerkschaften eine rein politische Angelegenheit. Hinzu kamen die dadurch mitgerissenen völlig Indifferenten. Nur zu einem kleinen Teil ist es gelungen, aus diesen Menschen überzeugte Gewerkschafter zu machen.

Für diesen Erziehungsprozeß fehlten zu einem großen Teil auch die Voraussetzungen. So war der Mangel an geschulten Funktionären, die dafür in Frage kamen, sehr groß. Der Einfluß der kommunistischen Gewerkschaftssekretäre auf die CGT und die ihr angeschlossenen Organisationen wurde noch größer. Die letzteren hatten gar kein Interesse daran, gewerkschaftliche Erziehungsarbeit zu leisten, ihre Tätigkeit wurde nur unter dem Gesichtspunkt politischer Disziplin bestimmt – also Handeln und Denken nach dem Befehl der kommunistischen Partei – und nicht nach gewerkschaftlichen und demokratischen Grundgesetzen.

Diese Tatsache und der Umschwung in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht hatte schon im Jahre 1938 einen starken Mitgliederrückgang zur Folge, der sich auch 1939 fortsetzte. – Als dann das Freundschaftsbündnis zwischen *Hitler* und *Stalin* bekannt wurde, da hatte die französische Gewerkschaftsbewegung wohl die größte Krise in ihrer Geschichte zu bestehen. Manche Gewerkschaften mußten von Grund auf neu aufgebaut werden. Ein allgemeiner starker Mitgliederrückgang war die Folgeerscheinung. Dazu kam die Mobilisation, die den Mitgliederrückgang noch verschärfte. Trotzdem! Die CGT und die ihr angeschlossenen Berufsverbände waren noch im Juni 1940 ein im öffentlichen Leben Frankreichs immerhin achtungsgebietender Faktor.

Dann kam im Verlauf der späteren politischen Entwicklung des Landes die Auflösung der CGT auf zentraler, bezirklicher und örtlicher Grundlage. Es wurde aber nicht nur die CGT aufgelöst, sondern auch der christliche Gewerkschaftsbund, die Zentrale der Gelben und auch die der Arbeitgeber.

Die einzelnen Berufsverbände bestehen noch. Sie sind jedoch mitgliedsmäßig sehr geschwächt. Ihre organisatorische Tätigkeit wird durch die Teilung des Landes in zwei Teile, das besetzte und das unbesetzte Gebiet, und die große Arbeitslosigkeit sehr gehemmt. Dazu wirkt sich das Fehlen des zentralen, bezirklichen und örtlichen Zusammenschlusses ungünstig aus, da dieser bei der Eigenart der französischen Gewerkschaftsbewegung für viele Berufsverbände den Motor bildete. Trotzdem haben

2 Nach Oprecht existierte die CGT »de jure« zwar nicht mehr, sie hatte sich »de facto« aber noch nicht aufgelöst«; ebd.

3 Vgl. die Ausführungen von Oprecht zu den Gewerkschaften im öffentlichen Dienst und der Privatwirtschaft. Zu letzteren heißt es u. a.: » […] die Metallarbeiter sind gespalten. Chevalme, der leitende Funktionär, steht in Opposition zur Regierung [in Vichy]. Roy, sein engster Mitarbeiter, hält zu Belin«, der einen Ministerposten übernommen hatte. »Die meisten Sekretäre der übrigen Privatarbeiterverbände sind nach Paris zurückgekehrt. Sie versuchen sich anzupassen«; ebd.

es die Gewerkschaften verstanden, sich der neuen Lage anzupassen und sich den Verhältnissen entsprechend zu festigen. Ihre Rechte sind an sich durch die Auflösung der CGT nicht mitbetroffen worden. Sie können sich aber trotzdem nicht mehr so betätigen wie früher. So haben die Präfekten der Départements die Lösung und Schlichtung von Arbeitskonflikten verpflichtend und unabdingbar übertragen bekommen.

Eine Gewerkschaft, der Berufsverband der Beamten und Angestellten, aber ist seines gewerkschaftlichen Charakters vollständig entkleidet worden. Es war die am besten organisierte Berufsschicht, die vom Genossen *Laurent* geführt wurde. Es war die beste Gewerkschaft der CGT. Diese Gewerkschaft wurde zu einem Staatsverband. Ihre Mitglieder haben natürlich kein Streikrecht.

Internationale Verbindungen sind den Gewerkschaften nicht mehr erlaubt, weder beruflich (IBS) noch zentral (IGB). Die Internationalen Berufssekretariate, die in Frankreich domizilierten, haben keine gesetzliche Betätigungsmöglichkeit mehr. Darunter fällt auch die gewerkschaftliche Internationale (IGB).

Unter den Gewerkschaften, die früher der CGT angehörten und jenen, die zum christlichen Gewerkschaftsbund zählten, sind deutliche Vereinigungsbestrebungen erkennbar. Bestrebungen, die sich aus der Situation zwangsläufig ergeben. So haben die beiderseitigen Metallarbeiterverbände Verhandlungen eingeleitet, mit dem Ziel des Zusammenschlusses. Die Verhandlungen sind auch schon weit gediehen und aussichtsreich.

Die Beziehungen der antifaschistischen gewerkschaftlichen Emigration zu den französischen Gewerkschaften sind restlos beseitigt. Sie sind nicht einmal mehr von Mensch zu Mensch möglich. Das ergibt sich ganz von selbst bei Prüfung der Sicherheitsgründe für beide Seiten. War es früher möglich, in einzelnen Fällen in Not geratenen Freunden materielle, ideelle oder auch asylrechtliche Hilfe zu erbringen, so ist dies heute ganz unmöglich. Die gewerkschaftliche Emigration ist deshalb vollständig auf sich selbst gestellt.

Da auch alle anderen Organisationen, wie Matteotti-Comité usw. ihre Tätigkeit einstellen mußten, so ist die Lage unserer Freunde heute trostlos. Ich verweise dabei auf meinen letzten Bericht.[4] Als Beweis erlaube ich mir die Aufführung einiger Beispiele.

1. Kollege F[ritz] *S[auber]*[5], 62 Jahre alt, früher Gauleiter im Gastwirtsgehilfen-Verband, Gau Süddeutschland. Seit Anfang 1939 zuckerkrank. Er konnte deshalb im Juni Paris nicht verlassen. Seine Frau liegt seit 8 Monaten im Krankenhaus. Seine Tochter von 29 Jahren ist durch die Verhältnisse irrsinnig geworden und befindet sich in einer Anstalt, aus der sie entlassen werden soll, weil niemand die Gebühren bezahlt. *S[auber]* hat seinerzeit nach dem Räteputsch in München 4 Jahre Festung abmachen müssen, was seine Gesundheit auch geschwächt hat. Von was lebt dieser Mann heute? – Er geht morgens ab 4 Uhr in die Großmarkthalle und sammelt Abfälle, die seine einzige Nahrung bilden. […][6]

Die Beziehungen zu unseren Freunden erfolgen über den Schriftverkehr, soweit es sich um das unbesetzte Gebiet handelt. Vom Wohnort kann man nur bis zum Nachbarort. Sonst muß man sich bei der Gendarmerie eine Erlaubnis einholen. Sie wird nur in Ausnahmefällen erteilt, ist dazu sehr langwierig.

Nach dem besetzten Gebiet ist nur mit vorgedruckten Karten ein Briefverkehr möglich. […][7] Wird mehr auf die Karte geschrieben, so wird sie nicht befördert, oder sie

4 Nicht in den Akten.

5 Vgl. Buschak, Arbeit, S. 154.

6 Nicht abgedruckt die 4 weiteren Beispiele sozialer Notlagen emigrierter Gewerkschafter.

7 Nicht abgedruckt der auf den vorgedruckten Karten enthaltene Wortschatz.

kommt im besten Falle wieder zurück. Und trotzdem ist noch ein Schriftverkehr möglich, aber unter besonderer Ausnützung gewisser Wege und Möglichkeiten.

Ab und zu ist es auch möglich, über Kuriere Botschaften zu schicken und Berichte zu empfangen. Im Oktober war ein Kurier aus den eigenen Reihen da. Das ist eine Seltenheit, weil das Geld dazu gar nicht da ist. Briefe hat außer den oben bezeichneten auch Val[entin] *[Hartig]* bekommen. Es liegen von allen noch in Paris befindlichen Freunden und auch aus den anderen Orten des besetzten Gebietes nur Familien-Karten vor, oder mündliche Botschaften. Auch Val[entin] *Har[tig]* schrieb bisher nicht, obwohl wir in der Lage sind, ihm und allen anderen jede Botschaft zu übermitteln. Sie sind und müssen auch sehr, sehr vorsichtig sein.

Warum? Die Gestapo hat Haussuchungen vorgenommen. Die Wohnung von G. *Stolz*[8] ist vollständig ausgeräumt worden. Die von Dr. *Kreyssig* und *M. G.* sowie Dr. *Str.* versiegelt.[9] Die Gestapo hat Wohnungen versiegelt, Möbel, Bücher u. a. beschlagnahmt und hat wahrscheinlich auch Verhaftungen vorgenommen. Daß diese Annahme richtig ist, geht aus der Tatsache hervor, daß seit Beginn dieser Aktion - Anfang Dezember 1940 – Nachrichten aus dem besetzten Gebiet ausblieben. Es liegen nur noch einige Nachrichten über die »carte famille« vor, aus denen wenig geschlossen werden kann. Fest steht, daß es sich um keine Einzelaktionen handelt, sondern um eine generelle Maßnahme der Gestapo.

Kollegin *H.* vom IGB[10] ist zweimal verhört worden, mußte eine Haussuchung über sich ergehen lassen und ist dann in das unbesetzte Gebiet getürmt. Sie brachte wichtige Nachrichten mit, war aber aller Mittel entblößt. Sie hatte nichts mitgenommen, aus Furcht, an der Demarkationslinie alles zu verlieren.

Wir dürfen weder unsere Freunde drüben, noch uns selbst in Gefahr bringen und sind deshalb zur größten Vorsicht gezwungen. In ausländischen Zeitungen lasen wir kürzlich eine Notiz über den Lebensstandard. Es sei ausreichend rationiert und daneben gäbe es Mais und Haferprodukte, Hülsenfrüchte, Kartoffeln und Gemüse in hinreichendem Maße. Daß es bei den Wirren des Vorjahrs-Juni und der Zerschneidung des Landes in zwei Teile Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung geben mußte, war jedem klar. Aber solch dumme Berichte sollten doch besser unterbleiben. Die Journalisten sehen nur das, was sie persönlich sehen und hören oder was ihnen gesagt wird. Es ist nur eine Frage, ob dieses dann auch mit der Wirklichkeit übereinstimmt. Es ist alles anders und dazu bestehen noch zwischen den einzelnen Départements und vielfach sogar den einzelnen Orten große Unterschiede.[11]

Die amtliche Rationierung sieht folgendermaßen aus:

Brot	pro Tag	300 Gramm
Fleisch	pro Woche	360 Gramm
Fett	pro Woche	100 Gramm; manchmal trotzdem nicht zu haben
Käse	pro Woche	60 Gramm; jetzt da, vor 4 Wochen noch nicht
Kartoffeln	1 kg alle 10 Tage	nicht zu haben
Seife	1 Monat	75 Gramm Toilettenseife Männer für ¼ Jahr 50 g Rasierseife
Milch	für Kinder bis 6 Jahre	¾ l pro Tag
	für Kinder 6 bis 14 J.	½ l oder mit ärztl. Attest ½ l
Zucker	pro Monat	500 Gramm
Kaffeemischung	pro Monat	250 Gramm / 25% Kaffee
Nudeln	pro Monat	500 Gramm
Reis	pro Monat	100 Gramm, Kinder unter 3 Jahren 200 g
Hülsenfrüchte	pro Monat	250 Gramm; keine zu haben

Das Deutsche Nachrichtenbüro verbreitet die Meldung, es seien 5 Millionen Tonnen Kartoffeln nach Frankreich geliefert worden. Diese waren vermutlich für die Besatzung und die deutschen Beamten. Es gibt überhaupt keine, auch nicht auf Karten. Mais und Haferprodukte, wo sollen sie herkommen? Es sind keine da, oder doch nur sehr wenig. Gemüse? Die Haupterzeugungsgebiete sind besetzt und davon lassen die Deutschen nichts übrig. Dazu muß das unbesetzte Gebiet heute viel mehr Menschen ernähren als vordem. Zudem mangelt es noch an der Zufuhr.

Die französischen Evakuierten bekommen eine Unterstützung. Sie bekommen auch die Lebensmittel zugeteilt, die aus Amerika kommen. Von alledem sind unsere Freunde ausgeschlossen. Wohl gibt es Ausnahmen, aber sie sind selten, sehr selten.

Kürzlich ging durch die Auslandspresse auch die Meldung, daß die Mehrzahl der Emigranten gerettet sei. Als Beweis wurde angeführt, daß *Adler*[12], *Stampfer*, *Ellenbogen*[13], *Abramowitsch*[14] und *Heiden*[15] in New York gelandet seien. Solche Meldungen muß man als großen Unfug bezeichnen, denn fast alle sind noch da. Wahr ist, daß William *Green*, der Vorsitzende des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, 400 Visen von der Regierung erwirkt hatte. Das war bereits im Juni. Wir erhielten davon erst im Oktober Bescheid. Von den 400 Visen sind 122 auf die Deutschen gekommen. Abgesehen davon, daß auch die Mitglieder und Angestellten des deutschen P[artei] V[orstandes] gewerkschaftlich organisiert waren, sind darin keine Gewerkschaftler enthalten. Nur ein Gewerkschaftsfunktionär, der Kollege Val[entin] *Hart[ig]* wurde mit einem Visum bedacht. Alle anderen, die auch in der Emigration ihre Funktionen erfüllen, sitzen noch da und warten und warten. Es wird niemandem ein Vorwurf wegen der Verteilung der Visen gemacht. Wir wissen nicht einmal, wer sie vorgenommen hat. Aber jeder wäre froh, wenn er ein Visum bekommen könnte. Aber man soll doch mit solchem Unfug, wie die vorgenannte falsche Zeitungsnotiz, aufhören. Sie mag einzelne beweihräuchern, schadet aber der großen Masse hoffnungsloser Emigranten.

Ursprünglich waren die Beziehungen innerhalb der gewerkschaftlichen Emigration sehr gut. Wir unterhielten zu allen Beziehungen. Durch den Krieg wurde dies alles geändert. Fast alle Kollegen wurden interniert. Man rechnete allgemein nur mit einer

8 G. Stolz, Tschechoslowakei, war von 1931–45 Untersekretär des IGB.

9 Abkürzungen konnten nicht entschlüsselt werden.

10 Koll. H. vom IGB? Gemeint ist wohl die Sekretärin von Schevenels.

11 Bei Oprecht (vgl. Anm. 1) heißt es hierzu: »Nahrungsschwierigkeiten bestehen nur in einzelnen Départements, speziell dort, wo die Flüchtlinge das Land überschwemmen, was vor allem in den Départements des Südens der Fall ist. Dort ist es sehr schwierig, Kartoffeln und Brot zu erhalten.«

12 Friedrich Adler (9.7.1879–2.1.1960), 1921 Mitbegründer und Sekretär der Internationalen Arbeitsgemeinschaft, 1923 Mitbegründer der SAI aus Arbeitsgemeinschaft und Zweiter Internationale, 1927–35 in Zürich, 1935–39 in Brüssel Sekretär der SAI, Sommer 1940 nach der französischen Kapitulation über Spanien, Portugal in die USA.

13 Wilhelm Ellenbogen (9.7.1893–25.2.1951), Arzt, Politiker, 1920–34 Mitglied des österreichischen Nationalrats, 1918–19 Mitglied der konstituierenden Nationalversammlung und Mitglied des Staatsrates, 1919 im 2. Kabinett Renner Unterstaatssekretär; 1938 nach Paris, 1940 nach New York.

14 Rafael Rein Abramowitsch (1880–1963), Vertreter der jüdischen Arbeiterpartei »Bund« bei der SDAPR, führender Menschewik, 1918 von den Bolschewiki verhaftet, 1921/22 Emigration nach Österreich und Deutschland, 1933 nach Paris, 1940 in die USA.

15 Konrad Heiden (Pseudonym Argus, Klaus Bredow, Schäfer), Journalist, Schriftsteller (7.8.1901–18.7.1966), 1933 Emigration ins Saarland, 1934 Frankreich, 1940 USA.

provisorischen Maßnahme, die nur von kurzer Dauer sein würde. Doch war dies eine große Täuschung. Ohne jede Rücksicht wurden auch unsere Leute als feindliche Ausländer behandelt und mit Nazis und anderen Elementen der 5. Kolonne[16] auf eine Stufe gestellt. Es nutzte nichts, daß Saarflüchtlinge und auch Reichsflüchtlinge, deren Verhältnisse doppelt und dreifach geprüft waren, einen besonderen Flüchtlingspaß[17] besaßen, sie wurden gleich behandelt. Später wurden Kommissionen in die Lager geschickt, um notwendige Änderungen und Entlassungen durchzuführen, aber nichts geschah. Die primitiven Unterkünfte und die mangelhafte Kleidung machte die Internierung für viele zu einer großen Qual. Die Behandlung war unterschiedlich. Es gab Vorgesetzte, die Verständnis für die Lage der Flüchtlinge besaßen, aber auch viele, die keinen Unterschied zwischen Nazi und Nazigegner machten und alle als Boches behandelten.

Um aus diesen Verhältnissen herauszukommen, in manchen Fällen aber auch infolge starken Druckes, stellten sich viele zum Militärdienst. Sie rechneten natürlich mit einer Aufnahme in das reguläre Heer oder mit der Einreihung in Sonderformationen. Es wurde aber nur die Fremdenlegion in Aussicht gestellt, mit dem Zugeständnis, daß das Engagement nur für die Dauer des Krieges zu erfolgen brauche.

Die in den Lagern Verbleibenden wurden zu den verschiedensten Arbeitsleistungen herangezogen. Manche strenge Maßnahme der ersten Zeit, wie Einschränkung der Schreiberlaubnis und des Briefempfanges, Zeitungsverbote usw. wurden gemildert oder ganz aufgehoben. Im Mai 1940 bekamen die Lager neuen starken Zugang, als die Ausrottung der 5. Kolonne durchgeführt wurde. Männer bis 80 Jahren und auch Frauen mit kleinen Kindern wurden eingeliefert. Sie mußten für zwei Tage Essen mitbringen. Wer aber gerade auf der Straße kontrolliert und festgenommen wurde, der hatte eben zwei Tage nichts zu essen! Oft wurden es auch drei! Es wurden sogar Leute auf Tragbahren herbeigeschafft und eingeliefert und in einem Falle wurde von einer Niederkunft mit tödlichem Ausgang berichtet. Der Kreis war sehr weit gezogen und traf insbesondere die älteren Frauen sehr hart und die, welche in Frankreich geboren wurden, aber aus einer Familie stammten, die zufällig noch deutsch war.

Tausende der zunächst Festgenommenen wurden wieder in ihre Heimat entlassen, die anderen kamen in ein Internierungslager. Es ist ganz erstaunlich, was für Leute damals interniert worden sind. So hatte die Rundfunkzentrale Ausländer gebeten, sich für die Propaganda gegen den Faschismus zur Verfügung zu stellen. Dabei hatten die österreichischen Legitimisten einen Vorzug. So war der Sprecher des Straßburger Senders, der seine Sendungen stets mit dem Rufe schloß: »Österreich wird wieder frei«, ein österreichischer Flüchtling, der durch seine Tätigkeit seinem Gastlande wertvolle Dienste leistete. Er kam in das Lager Braçonne. Das ist aber kein Einzelfall. Zahlreiche Politiker, Publizisten u. a., die aktiv tätig gewesen waren und niemals in den Verdacht kommen konnten, Hitler-Agenten zu sein, wurden rücksichtslos interniert.

Die wirklichen Agenten dagegen arbeiteten ruhig weiter. Es waren dies in der Hauptsache Leute französischer Nationalität, deren Sympathie für das 3. Reich wohl gut bekannt war, denen aber niemand etwas in den Weg legte. Es kam diesen Leuten dabei zustatten, daß sie sich mit jenen Leuten, welche die 5. Kolonne vernichten sollten, im gemeinsamen Haß gegen die Emigranten trafen.

Als dann der deutsche Vormarsch einsetzte, da gerieten die Internierten teilweise in eine furchtbare Situation. Teilweise fielen sie mit ihren Bewachungsmannschaften, die

16 Gemeint sind nationalsozialistische Agenten in Frankreich.

17 Den sogenannten Nansen-Paß, der von der Saarregierung ausgestellt worden war. Vgl. B. Süss, 29.4. 1936, an O. Wels, in: AdSD, PV Emigration, Mappe 143.

sie nicht herausließen, den Deutschen in die Hände. Nur wenige davon haben inzwischen ein Lebenszeichen gegeben. Ein Teil davon scheint sich wieder auf freiem Fuße zu befinden. In anderen Lagern wurden die Internierten auf deren stürmisches Verlangen hin freigelassen und haben sich diese dann nach eigenem Ermessen fortbegeben. Andere Lager haben sich geschlossen mit ihren Bewachungsmannschaften in Marsch gesetzt und sind nach dem Süden Frankreichs gezogen. Einen solchen Marsch zu schildern, kann man an dieser Stelle nicht, die Leute haben sehr vieles mitmachen müssen.

Soweit es sich bei den Internierten um Hitlerdeutsche handelte, so machten diese von jeder sich bietenden Fluchtgelegenheit Gebrauch und viele harmlose unpolitische Leute, die durch die französischen Internierungslager zermürbt worden waren, haben sich dem angeschlossen. Bei ihrer Stellung bei den deutschen Behörden, resp. Militärstellen wurde ihnen mitgeteilt, daß sie noch einmal in ein Lager kämen zur Prüfung ihrer Papiere und Familienverhältnisse. Als dann die deutsche Kommission »Kuhnt«[18] die französischen Internierungslager besuchte, da benutzte eine kleine Zahl unbekannter politischer Flüchtlinge diese Gelegenheit, um über diesen Weg ebenfalls die »Heimkehr« anzutreten. Mit diesen Heimkehrern wurde dann in Deutschland große Reklame gemacht. Sie mußten in Versammlungen auftreten und ihre Erlebnisse und Leiden in der Emigration erzählen.

Von den im Juni freigelassenen Internierten mußten sich viele inzwischen erneut in Internierungs- oder Arbeitslager begeben, die inzwischen im unbesetzten Gebiet errichtet wurden. Ein Teil der davon Betroffenen zog es unter diesen Umständen vor, lieber ins besetzte Gebiet zurückzugehen und dort unterzutauchen. Was aus ihnen geworden ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Aber auch von jenen Flüchtlingen, die aus dem Lager entlassen wurden, ist ein Teil davon freiwillig wieder in das Lager zurückgekehrt, weil sie in der Freiheit vor dem Nichts standen, nichts zu essen, kein Dach über dem Kopf besaßen und das Lager dem letzten Ausweg, dem Tod, zunächst noch vorzogen.

In den Arbeitslagern werden die Insassen (Prestatäre[19] werden sie genannt) nach den Methoden militärischer Disziplin behandelt. Das ist vor allem für ältere Leute außerordentlich hart. Nach der Arbeit haben sie Ausgang bis 9 Uhr. Am Wochenende können sie Urlaub erhalten. In besonderen Fällen wird ein Urlaub von 10 Tagen erteilt, sie sind uniformiert und erhalten neben den Vergünstigungen, wie Wein und Zigaretten zu verbilligten Preisen, pro Tag eine Löhnung von 50 Centimes.

Für Urlaubsüberschreitungen oder andere Vergehen gibt es militärische Strafen. Die Prestatäre arbeiten im Walde, bei Straßenbauten, bei Landwirten und auch bei Handwerkern. Frauen, deren Männer als Prestatäre tätig sind, erhalten die Militärunterstützung, so daß viele das Ganze als eine erträgliche Lösung ansehen. Aber es gibt auch solche, die darin eine Freiheitsbeschränkung erblicken. Dabei muß betont werden, daß es eine große Zahl von Prestatären gibt, die ihre Frauen seit September 1939, dem Tag als sie ins Lager gingen, nicht mehr gesehen haben und viele sind darunter, die überhaupt nicht wissen, wo ihre Frauen heute sind. Früher war der Postverkehr für die Prestatäre portofrei. Das ist jetzt geändert. In den letzten Tagen hat auch eine ärztliche Untersuchung stattgefunden und alle für untauglich befundenen und die über 50 Jahre alten sollen nur noch zu leichten Arbeiten verwendet werden. Entlassungen sind nur sehr schwer zu erreichen. Wer einmal von dem Apparat erfaßt ist,

18 Der genaue Auftrag der »Kommission Kuhnt« konnte nicht ermittelt werden.

19 In einem Brief von B. Süss an K. Ilg, 16.4.1941, heißt es zu dieser Gruppe: »... Es sind 268 Prestatäre in das Internierungslager Gurs erneut eingeliefert worden. Darunter befinden sich rund 100 Kameraden von uns« (AdsD, IMB-Bestand).

kommt kaum wieder los! Ein Repräsentant der amerikanischen Quäker hat dieser Tage einem Journalisten ein Interview erteilt und darin heißt es, daß die Quäker den französischen Kindern und denen der Emigranten Hilfe bringen wollen. Danach sollen 200 bis 300.000 Kinder täglich Milch bekommen. In der Praxis sieht dies schon heute so aus, daß Emigrantenkinder davon ausgeschlossen bleiben und nur französische Kinder etwas erhalten.

Vor einigen Tagen hat der vergangene Innenminister, Monsieur *Peyrouton*, die Erklärung abgegeben, daß er, nachdem er die Lager Rivesaltes, Noé und Bargares inspiziert hat, Anweisung gegeben habe, daß diese Lager umgruppiert werden sollen. In Rivesaltes sollen Kinder und Erwachsene mit ihren Familien untergebracht werden. Nach Noé sollen alle über 60 Jahre alten und die Kranken kommen und nach Bargeres alle Erwachsenen ohne Anhang. Außerdem soll eine Trennung nach Nationalitäten durchgeführt werden. Dazu wird die Bereitstellung von Gartenland erwogen. Von dieser Maßnahme sollen 35.000 Ausländer betroffen werden. Außerdem hat der Minister hinzugefügt, daß die moralische und materielle Hilfe durch 21 ausländische Hilfsorganisationen gesichert sei. Diese würden in einem Koordinations-Komitee zusammengefaßt, dem auch das Rote Kreuz beigeordnet wird. Die Pressekommentare zu dieser Angelegenheit lassen den Schluß zu, als wenn damit das Problem der Internierung der Ausländer gelöst sei. Leider ist dies bei weitem noch nicht der Fall und bisher ist außer den vorstehenden Erklärungen auch noch nichts geschehen.

Auch die Zahl der Internierten ist weit höher als 35.000. Im Lager Gurs befinden sich nach uns vorliegenden Berichten allein weit mehr. Dazu gibt es auch noch andere Lager, die nicht benannt sind.

Uns ist bisher nicht bekannt geworden, daß eine uns befreundete Organisation zu den 21 Hilfsorganisationen gehört. Sollte dies doch der Fall sein, so würden wir es begrüßen, wenn wir die Möglichkeit bekämen, diese nach unseren Kräften zu unterstützen. Wir wissen, daß das letztere notwendig ist. Man kann aber nur wirksam helfen, wenn man einwandfrei unterrichtet ist. Da genügen Besuche der Lager nicht. Da sind Informationen notwendig von Menschen, die in den Lagern gelebt haben und die das Spiel mit potemkinschen Dörfern kennen.

Wenn ich mir heute erlaubt habe, in dieser Ausführlichkeit zu schreiben, so hat dies seinen Grund. Ich habe im November vorigen Jahres die Not der gewerkschaftlichen deutschen Emigration den Freunden im Ausland eingehend geschildert und muß leider feststellen, daß nur ein kleiner Teil darauf reagiert hat. Das ist kein Vorwurf, denn ich weiß, wie stark in der gegenwärtigen Zeit der Appell an die Solidarität ist. Wenn ich trotzdem nochmals an unsere ausländischen Freunde appelliere, dann nur, weil die Not unter unseren Freunden so unendlich groß ist. Vielleicht ist es doch möglich, daß man in diesem Fall etwas tun kann. Darum wiederhole ich meine Bitte vom November vorigen Jahres »Bitte helft!«

Mit bestem gewerkschaftlichen Gruß

Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften
Internationaler Gewerkschaftsbund

Bruno Süss

DOKUMENT 166

Januar 1942: Tätigkeitsbericht 1940/41 des Hilfskomitees für emigrierte Gewerkschafter in Frankreich

IUL-Archiv. Maschinenschrift. Überschrift: »Hilfskomitee für emigrierte Gewerkschaftler. Tätigkeitsbericht 1940/41«. Eigenhändig unterzeichnet.[1]

Asylrechtliche Unsicherheit. Neues Gastland nicht in Sicht. Keine Mittel zur Deckung des Lebensbedarfs. Das war die Situation, in der die deutsche gewerkschaftliche Emigration sich im Herbst 1940 befand; die sich nach den Mai/Juni-Tagen nach dem Süden Frankreichs begeben hatte. Dem Zuzug der Internierten aus Lagern, die früher im Norden Frankreichs sich befanden, waren die Internierungslager im Süden nicht gewachsen.[2] Neueinrichtungen, Umorganisationen, Beschaffung von Lebensbedarf in gesteigertem Umfange waren notwendig. Dinge, mit denen die Bürokratie nicht fertig wurde. Die Leidtragenden waren die Internierten. In den Sammellagern der Prestatäre (Arbeitslager von Internierten unter militärischem Kommando)[3] sah es nicht besser aus.

Wer aber das Glück hatte, frei zu leben[4], der wußte oft nicht, wo er sich abends zur Ruhe legen und von was er am anderen Tag leben sollte.

Unterstützungseinrichtungen bestanden nicht mehr. Die französischen Gewerkschaften waren aktionsunfähig geworden. Das Matteotti-Komitee, an das sich in Not befindliche Freunde normalerweise wenden konnten, war aufgelöst, da keine Mittel mehr vorhanden waren und Finanzierungsmöglichkeiten nicht mehr bestanden.

Bis Ende September half noch nach Kräften, in uneigennütziger Weise Freund Walter *[Schevenels]*, der damals noch im Lande war. Nun aber verließ uns auch dieser. Von da ab gab es weder eine Person, noch irgendeine Stelle, an die sich in Not befindliche Freunde wenden konnten. Zu dieser materiellen Not unserer Freunde, die von Tag zu Tag größer wurde, kam die seelische.

Das Gastland hatte sich auf den Weg einer Neuorientierung begeben. Die bittere Frage war, ob auch das Asyl- und Menschenrecht angetastet werden würde.

In dieser Situation hatten vier früher verantwortliche Freunde durch Zufall die Möglichkeit, sich auszusprechen. Alle Probleme wurden einer eingehenden Erörterung unterzogen. Und das Ergebnis? Hilfe sollte geschaffen werden für die notleidenden Freunde, Hilfe, soweit wie möglich, auf materiellen, kulturellen und ideellen Gebieten. Die Schwierigkeiten erschienen zwar unüberwindbar, da der IGB

1 Ein englischsprachiges Exemplar des Tätigkeitsberichtes, das an W. Schevenels, den Generalsekretär des IGB, ging, befindet sich in IISG, IFTU, Nr. 270. Vgl. zu dem vorliegenden Tätigkeitsbericht auch Dok. 167, das als Begleitbrief beigefügt war.

2 Vgl. Dok. 165.

3 In einem Bericht der Sekretärin des Schweizerischen Arbeiter-Hilfswerks, R. Kaegi-Fuchsmann (geb. 1889) »Die Lage der politischen Flüchtlinge im unbesetzten Frankreich« vom Juli 1942 heißt es hierzu: »Sie wurden ursprünglich aus den demobilisierten Freiwilligen, den sogenannten prestataires, gebildet; später kamen auch solche dazu, die in Lagern interniert waren und es vorzogen, gegen einen Tagelohn von 50 französischen Rappen zu arbeiten. Die G[roupes des] T[ravailleurs] E[trangéres] hatten etwas mehr Bewegungsfreiheit als die Internierten!« (IUL-Archiv).

4 »Das ›freilebend‹ ist ebenfalls une facon de dire. Die meisten haben Zwangsaufenthalt, d.h. sie müssen an dem Ort, wo sie sind, bleiben und dürfen sich ohne behördliche Erlaubnis nicht von diesem Ort wegbegeben«; ebd.

nicht mehr im Lande war, und auch die ADG keine Betätigungsmöglichkeit mehr im Lande hatte[5].

So entstand unser Freundeskreis. Laut Stiftungsbeschluß erstatten wir alljährlich dem IGB einen Tätigkeitsbericht. Das erfolgt hierdurch im bescheidenen Umfange zum ersten Male.

I. Materielle Hilfe

1. Notfall-Unterstützungen:

Zuwendungen von:	Einnahmen	Ausgaben
a) Internationalen Berufssekretariaten	Frcs 33.000,--	
b) Freunden aus Neutralien[6]	Frcs 2.000,--	
Notfall-Unterstützungen		27.250,--
Unterstützung durch Kleider und Schuhwaren		1.380,20
Reisekostenzuschuß		1.687,50
Reparatur Schreibmaschine		450,50
Büromaterial		442,85
Porto und andere Postgebühren		1.314,45
Kassenbestand am 31.Dezember 1941		2.474,50
Summa	Frcs 35.000,--	35.000,--

Nur in den allerschlimmsten Fällen konnten wir Hilfe bringen. Allen Freunden, die sich in Not befanden, zu helfen, war bei den beschränkten Mitteln, über die wir verfügen, unmöglich. Wir konnten auch einigen Freunden die notwendigen Reisezuschüsse geben und einige mit Kleidung und Schuhwaren versorgen. Heute ist auch das unmöglich, da alles rationiert ist.

2. Hilfe durch andere Komitees:

Als wir feststellen konnten, daß das »Comité d'Assistance aux Refugiés«, CAR, (ein jüdisches Comité) seine Tätigkeit wieder aufnahm, wandten wir uns an dieses und baten um Hilfe für unsere Freunde. Es gelang uns für eine Anzahl Freunde eine monatliche Unterstützung, die unmittelbar durch das CAR an diese gezahlt wird, zu sichern. Leider mußte das CAR die Hilfe teilweise unterbrechen, dann kürzen[7], und ob bei der neuen Situation (Eintritt von U.S.A. in den Krieg) jetzt noch Unterstützungen von ihm gezahlt werden können, ist noch die Frage.

Zwei Freundinnen konnten wir vom Self Help in New York eine einmalige Unterstützung sichern zur Erneuerung der Carte d' Identité.[8] Außerdem vermittelten wir einem Freund einen Zuschuß durch den »Kirchlichen Ausschuß«.

3. Le Collis Suisse:[9]

Durch ein Schreiben unserer Freundin, Frau Dr. Regina *Kaegi-Fuchsmann*, Leiterin des Schweizerischen Arbeiterhilfswerk, bekamen wir Kenntnis von der vielfältigen

5 Über die geringen Möglichkeiten gewerkschaftlicher Tätigkeit, selbst für die französischen Einzelgewerkschaften, »die CGT existiert[e] de jure nicht mehr«, vgl. Oprecht »Internationales«, 16.9.1940; in: IUL-Archiv.

6 Im englisch-sprachigen Text (vgl. Anm.1): »neutral countries«; gemeint sind vor allem die Schweiz und Schweden.

7 Vgl. hierzu auch Schreiben von B. Süss an W. Schevenels, 22.7.1941, in: IISG, IFTU Nr. 270. Dort heißt es: »Es war mir gelungen, bei Mithilfe von Heine zu erreichen, daß CAR an 23 unserer Freunde monatliche Beihilfen von 150 bis 500 franz[ösische] Frcs zahlte.«

8 Ohne Carte d' Identité erfolgte die Einweisung in ein Lager.

9 Vgl. zum folg. Anm. 3: Die Lage der politischen Flüchtlinge. Die Akten des Schweizerischen Arbeiter-Hilfswerkes befinden sich im Sozialarchiv Zürich.

sozialen Fürsorge, die Emigranten in Südfrankreich zuteil wurde. Die Fürsorge für Kinder und der Versand von Lebensmittelpaketen ist besonders hervorzuheben. Wir haben besonders notleidende Freunde benannt und hatten die Genugtuung, daß schon ab Mai 1940 18 Freunde monatlich ein Lebensmittelpaket geschickt bekamen. Unsere Liste ist fortgesetzt ergänzt worden. Laufend oder einmal wurden unsere Freunde berücksichtigt. Die Ausfuhr von Lebensmitteln aus der Schweiz ist nicht mehr erlaubt. Der Versand der Pakete erfolgt nunmehr über das Tochterunternehmen des Schw[eizerischen] A[rbeiter] H[ilfswerks] »Le Colis Suisse« unmittelbar von Frankreich aus. Rationierte Lebensmittel können natürlich nicht versandt werden.

II. Soziale Betreuung:

1. Saarländische Sozialrentner und Sozialanwärter (auf Renten):[10]

Zur Sicherung der Rechte aus der Saarländischen Sozialversicherung haben Frankreich und Deutschland am 17.2. 1934 ein besonderes Abkommen getroffen. Rund 800 Rentner haben bis zum Kriegsausbruch eine monatliche Rente in Höhe von 80 bis 135 Rmk bekommen. Es waren Bemühungen im Gange, daß Frankreich den saarländischen Rentnern ihre Bezüge auch während der Dauer des Krieges auszahle. Der Waffenstillstand machte diese Bemühungen zunichte. Die ehemaligen Invaliden- und Altersrentner befanden sich seit September 1939 in sehr schlimmer Lage. Die Not steigerte sich bei fortschreitender Verteuerung der Lebensbedarfsartikel. Wer keine Verwandten hatte und keine Unterstützung bekam, mußte hungern. Herzzerreißend waren meist die Mitteilungen dieser Freunde.

Unablässig bemühte sich ein befreundeter Anwalt in Neutralien[11] darum, den Rentnern ihre Bezüge wieder zu beschaffen und den Rentenanwärtern ihre Rechte zu sichern. Seine Arbeit wurde, soweit es möglich war, unterstützt. Und das Ergebnis: Am 14.11.40 ist in Wiesbaden zwischen den beiden Ländern ein Abkommen getroffen worden, daß die Rentenzahlungen wieder aufgenommen werden sollen. Im besetzten Teil Frankreichs ist die Wiederaufnahme der Rentenzahlungen ab 1. Dezember 1940 erfolgt. Im unbesetzten Gebiet sollte das ab 1. Juni 1941 geschehen. Die Zahlungen erfolgen nicht mehr direkt an die Rentner, sondern über die deutsch-französische Ausgleichskasse. Die Schaffung der formalen Voraussetzungen ist erfolgt (erst jetzt). Erst dieser Tage haben zwei Freunde ihre Renten mit den Nachzahlungen erhalten. Bei den anderen ist das noch nicht der Fall, da die Entscheidung vom zuständigen Sozialversicherungsträger noch nicht gefällt worden ist.

Die Rechte der Anwärter sind durch ein besonderes Gesetz gesichert worden. Von unseren Freunden sind rund 50 an diesen Fragen unmittelbar interessiert.

2. Schul- und Lehrlingsfragen:

Unser Freund *Dino* hat durch seine reichen Kenntnisse auf diesem Gebiete unendlich viel Gutes geleistet. Er ist inzwischen nach USA ausgewandert. Heute machen die Kinder aller Freunde ihren ordentlichen Schulbesuch durch.

Schwieriger war die Berufsaus- und Fortbildung, die Lehrlingsfrage zu lösen. Das konnte natürlich nur beratend geschehen. Der Besuch der Industrie- bzw. Berufsschulen ist bei bestimmten Voraussetzungen in der gleichen Weise wie für Franzosen möglich.

10 Vgl. zum folg. auch den Brief von B. Süss an W. Schevenels, 22.7.1941 (IISG; IFTU 270).

11 Gemeint ist der Schweizer Rechtsanwalt Brand; vgl. ebd.

3. Arbeitsvermittlung

Soweit es sich um saarländische Freunde handelt, konnten etwa 50 im Bergbau untergebracht werden. Für Reichsdeutsche Arbeit zu beschaffen, war nur in einigen Ausnahmefällen möglich. Es bestehen keine Möglichkeiten, im Augenblick mehr zu erreichen.[12]

III. Auswanderung:

1. Visenbeschaffung:

Keinem von unseren Freunden, der in der Heimat eine Funktion bekleidet hat oder sich eine solche in der Emigration erwarb, ist es gelungen, ein Visum zu erlangen und auszuwandern. Die Bemühungen dafür waren stark, blieben aber erfolglos. Unser internationaler Freund Walter *[Schevenels]* hat sich unmittelbar in USA dafür eingesetzt. Aber auch das hat nichts genützt. Trotzdem bemühen wir uns auch heute noch weiter. Wir versuchen, wenigstens für die Fälle die Voraussetzungen zu schaffen, in denen Abhilfe unbedingt notwendig ist.[13]

2. Visa für Kinder: Die Quäker haben im Sommer vergangenen Jahres einer großen Zahl Kindern Visa beschaffen können, und sie haben gleichzeitig für Unterkunft der Kinder in USA gesorgt. Wir hatten unseren Freunden von der Absicht der Quäker Kenntnis gegeben und veranlaßt, um Berücksichtigung ihrer Kinder zu ersuchen. Vier Kinder von drei Freunden wurden berücksichtigt. Die Kinder sind drüben gut versorgt. Und die Eltern haben auch bereits die Mitteilung bekommen, daß die Quäker die Garantien für die Visa beschaffen und die Einreise auch der Eltern nach USA fördern.

3. Bezahlung von Schiffskarten und Reisezuschüsse:

An parteipolitische Freunde hat der Amerikanische Gewerkschaftsbund nicht unerhebliche Mittel zur Ausreise zur Verfügung gestellt. Auch die Schweizer Freunde leisteten in dieser Hinsicht Erhebliches.

IV. Bauerngenossenschaften:

Auswanderungsmöglichkeiten gab es seit Juli vorigen Jahres nur noch, soweit Affidavits schon gegeben, die Visa aber noch nicht ausgehändigt waren. Aber auch da nur in Einzelfällen. Seit dem Kriegszustand mit USA ist das ganz unmöglich geworden. Arbeitsbeschaffung ist undenkbar, solange der gegenwärtige Zustand besteht. Unterstützungszahlungen durch uns, in ausreichendem Maße, unmöglich. Solche durch andere Komitees nur noch beschränkt möglich, kann aber auch da täglich ganz eingestellt werden.

Was tun bei solcher Situation? Das war die Frage, vor der einige Freunde standen, als sie im Sommer des Vorjahres zu einer Besprechung zusammengekommen waren.

Und das Ergebnis? Gründung von Bauerngenossenschaften, mit Hilfe von ausländischen Freunden. Dadurch Einordnung in die nationale Wirtschaft Frankreichs. Keine Schädigung französischer Bauern. Schaffung aber von Existenzmöglichkeiten auf schmaler Basis für eine Anzahl unserer Freunde.

12 Auch Kaegi-Fuchsmann (Anm. 3) schreibt: »Ein sehr geringer Prozent[satz] der Freilebenden kann arbeiten«, zumeist in Bergwerken oder bei Bauern.

13 Vgl. hierzu die fehlgeschlagenen Bemühungen von B. Süss, eine »Behelfsstelle zur Förderung in Auswanderungsfragen« in Marseille zu schaffen; in: AdsD, ITF, Mappe 59 (Briefe an Steiner und Hirschberg).

Freund Hans wurde beauftragt, diese Ansicht in einer Denkschrift zusammenzufassen und den Freunden in Neutralien [Schweiz] zu übermitteln.[14] USA antwortete darauf bis heute nicht.

Weitblickend und tatbereit wie unsere Schweizer Freunde immer sind, gingen diese sofort darauf ein. Den unermüdlichen Bemühungen der Freundin *Kaegi-Fuchsmann* ist es nach Überwindung großer Schwierigkeiten gelungen, die erste Bauerngenossenschaft zu gründen. Sie wird als Lehr- und Pionierunternehmen angesehen.

Unsere Freunde Adolphe [Adolf *Ludwig*], Ernest[15] und Frederic[16] mit Familien verwirklichen diesen Gedanken[17]. Sie haben ihre schwere Arbeit bereits aufgenommen. Sie ist umso schwerer, als im Lande ja keine Werkstoffe, die zur Instandsetzung notwendig sind, gekauft werden können oder doch nur mit großer Schwierigkeit.

V. Kulturelle Betreuung:

Freunde in Neutralien[18] haben uns Zeitschriften und Tageszeitungen zur Verfügung gestellt.

Im Vorjahre zu Weihnachten und auch in diesem Jahre auch Bücher.

Auch der Schweizerische Gewerkschaftsbund schickt uns regelmäßig seine Monatsschriften zu sowie die »Stimme der Arbeit«.

Unseren Freunden in den Lagern und solchen, die frei leben, konnten wir damit wenigstens teilweise eine Freude bereiten.

VI. Schlußbemerkungen:

Groß ist die Zahl unserer Freunde nicht, denen wir Hilfe bringen konnten. Die allgemeine Notlage konnte von uns keine Berücksichtigung finden. Die Unterstützungen, die wir in bar zahlen konnten, waren im Verhältnis zu der großen Not nur klein und im Verhältnis zur Zahl der in Südfrankreich lebenden Gewerkschaftsemigranten erst recht gering. Wir freuen uns trotzdem sehr darüber, daß wir wenigstens diese Hilfe leisten, die wenn auch verhältnismäßig geringe Unterstützung zahlen konnten.

Allen unseren Freunden in Neutralien, die uns die Mittel zur Steuerung der Not zur Verfügung gestellt haben, sagen wir auch bei dieser Gelegenheit im Namen der deutschen gewerkschaftlichen Emigration und in unserem Namen den besten Dank.

Besonderen Dank unseren Schweizer Freunden, ja herzlichen Dank sagen wir ihnen für das große Verständnis und die Hilfsbereitschaft, die sie immer gezeigt haben.

Dank auch unseren Freunden in Neutralien, die uns bei der Mobilisierung von Mitteln so sehr behilflich waren, und denen auch die Möglichkeit der kulturellen Betreuung zu danken ist.

Die Not wird aber bei unseren Freunden in Südfrankreich immer größer durch die ständige Verteuerung aller Lebens- und Bedarfsartikel. Dazu kommt die Besorgnis über Asylrecht usw. Ein Erlaß in neuerer Zeit kündigt neue Maßnahmen in bezug auf das Domizil an.

14 Dazu heißt es in dem Brief von B. Süss an W. Schevenels (Anm. 10): »Adolphe [Adolf Ludwig] und Hans bekamen den Auftrag, einen Plan auszuarbeiten und dem Dr. Oprecht in seiner Eigenschaft als Präsident des Schw[eizerischen] Arbeiterhilfswerks zu übermitteln. Das ist geschehen. Fermen sollen gepachtet und da eine Anzahl unserer Freunde untergebracht werden. Gemüsebau usw. soll da getrieben werden. Die Schweizer haben diesen Plan begrüßt«. Hans Oprecht (geb. 1894), 1925–1963 Mitglied des Schweizer Nationalrats, 1936–1952 Präsident der SPS.

15 Ernst Kern, geb. 11.10.1904, Leiter der Ferme; vgl. Sozialarchiv Zürich Akte, AR 20.820.2.

16 Gemeint ist Fritz Hofacker. Weitere biographische Angaben wurden nicht ermittelt.

17 Im Sozialarchiv Zürich, Akte Ar 20.820.2 befinden sich zahlreiche Unterlagen zu diesem Projekt.

18 Gemeint sind die IUL und das Schweizerische Arbeiter-Hilfswerk.

Wir verbinden deshalb mit dem Dank für die geleistete Hilfe die dringende Bitte, unsere armen Freunde auch im kommenden Jahre nicht zu vergessen.

Mit dieser Bitte schließen wir unseren Rechenschafts- und Tätigkeitsbericht. Die Arbeit wurde von jedem einzelnen auf eigene Verantwortung geleistet. Daß aber diese Ergebnisse erzielt werden konnten, danken wir ausschließlich unseren lieben Freunden in Neutralien, die den Solidaritätsgedanken so herrlich verwirklichten.

im Januar 1942
Carlloss [Bruno Süss]
Adolphe [Adolf Ludwig], Jean, Henri, Thomas [Blanc]

DOKUMENT 167

24. 2. 1942: Brief von Bruno Süss, Auslandsvertretung der Deutschen Gewerkschaften (Deutsche Gruppe im IGB), an Hermann Leuenberger, Internationale Union der Lebensmittel- und Getränkearbeiter, Zürich

IUL-Archiv. Maschinenschrift. Eigenhändig unterzeichnet.[1]

Werte Kollegen, die deutsche gewerkschaftliche Emigration, die Frankreich als Gastland gewählt hatte, zählte vor dem Kriegsausbruch im September 1939 rund 1.500 Personen[2]. Dazu kamen im Frühsommer 1940 solche aus Belgien und Luxemburg. - Der größte Teil davon wurde im September 1939 und in den Maitagen 1940 interniert.

Aus den Internierungslagern gingen viele zur Fremdenlegion und soweit sie aus dem Saargebiet stammten, unmittelbar zur französischen Armee. Nur einige wurden entlassen. Die anderen sind dem militärischen Arbeitsdienst zugeteilt. Andere Internierte wurden den Prestatär-Kompanien zugeteilt, wo sie sich zum größten Teil noch heute befinden. Viele sind noch heute in den Internierungslagern. Frei leben (was man unter den heutigen Umständen frei nennen kann) in Südfrankreich heute rund 500 Kollegen. Die Mehrheit davon lebt in bitterster Not. Meist haben sie nichts zu essen, oft kein Dach über dem Kopfe und nichts anzuziehen.

Wir wollen heute nur mitteilen, was wir durch die Hilfe ausländischer Kollegen tun konnten, um diese Not zu lindern und überreichen aus diesem Grunde den beigefügten Tätigkeits- und Rechenschaftsbericht[3]. Daraus ist zu ersehen, wie die deutsche gewerkschaftliche Emigration in Südfrankreich lebt, und die Ausweglosigkeit ihrer Situation ist daraus erkennbar.

Wenn die Möglichkeit vorhanden ist, ein neues Gastland zu bekommen, bitten wir um Mitteilung. Berücksichtigt hierbei sollen nur die werden, deren Aufenthalt hier unmöglich geworden ist.

Helft uns, diese vor dem Allerschlimmsten zu retten. - Verhaftungen sind schon erfolgt.

Und dann:

1. Helft uns bitte mit Geld, damit wir auch in Zukunft in den allerschlimmsten Notfällen Unterstützung geben können. Begründung? Es sei nur darauf aufmerksam gemacht, daß wir im Augenblick über keinerlei Mittel mehr verfügen. Der letzte Rest mußte im Monat Januar ausgegeben werden, um die allerschlimmsten Notfälle zu mildern.[4]

2. Übernehmt bitte Patenschaften zur Gründung von Bauerngenossenschaften.[5]

Dazu sei folgendes bemerkt: Mit den Unterstützungen können wir die große Not nicht mildern. Auswanderungsmöglichkeiten gibt es nicht mehr. Vermittlung von Arbeit ist unmöglich. Wer öffentliche Unterstützung in Anspruch nimmt, wird interniert. Bleibt nur ein Ausweg, die Schaffung von Bauerngenossenschaften. Das ist möglich durch Pachtung kleiner Bauernhöfe. 3 bis 5 Familien können da jeweils untergebracht werden. Bis 10 Personen können durch solch eine Bauerngenossenschaft ernährt werden.

Zur Gründung einer Bauerngenossenschaft sind 1.500 Schweizer Franken erforderlich. Diese haben wir aber nicht. Wir bitten um Übernahme von ein oder mehreren Patenschaften.

Ein Versuch ist bereits gemacht mit Hilfe ausländischer Freunde. Und dieser Versuch gelingt vollständig. Auch die Behörden machen keine Schwierigkeiten.

Aber bitte, wir benötigen daneben auch noch Mittel, um in den schlimmsten Notfällen helfen zu können. - Helft, und bitte helft reichlich und helft bald.

Es handelt sich um die Hilfe - ja um die Rettung - wertvoller Menschen. Sie standen im Kampfe gegen den Nazismus in der Heimat. Ein Teil davon führte diesen Kampf auch illegal, bei Einsetzung ihres Lebens. Sie erfüllen auch in der Emigration ihre Pflicht. Ja, die meisten haben mehr als das getan. - Diese Opfer des Faschismus sind jeden Augenblick bereit, ihr Leben für ihre Überzeugung - den freigewerkschaftlichen Gedanken - für Freiheit, Demokratie und Menschenrecht einzusetzen. Laßt sie im Kampfe für Freiheit und Recht in der Fremde nicht verkommen. Helft ihnen. Gebt uns die Mittel dazu.

Wir danken von Herzen für die bisher gewährte Unterstützung. Gebt uns auch in Zukunft die Mittel, um unseren Freunden helfen zu können. Helft unseren Freunden auch in diesem Jahre und helft bald wieder.

Mit den besten gewerkschaftlichen Grüßen
Bruno Süss

1 Der Brief enthält den Hinweis: »Zuschriften und andere Sendungen erreichen uns über folgende Adresse: Georg Richter, Schaffhausenerstraße 151, Zürich«. Georg Richter (13.10.1891–13.4.1967). Schlosser, Gewerkschafts- und Parteifunktionär, Verleger, Gewerkschaftsmitglied seit 1908, 1923–26 Geschäftsführer des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter; SPD, 1926–33 SPD-Parteisekretär im Unterbezirk Düsseldorf, 1933 Flucht in die Schweiz.

2 In seinem Brief vom 18.10.1940 an J. Schifferstein, hatte B. Süss geschrieben: »Frankreich beherbergte bis zum Ausbruch des Krieges rund 10.000 freigewerkschaftliche Emigranten, wovon wir mit 5000 in ständigem Kontakt standen. Wir betreuten sie kulturell und beratend. Die materielle Betreuung erfolgte über das französische Matteotti-Komitee, das auch beim IGB domizilierte.« (IUL-Archiv).

3 Vgl. »Hilfskomitee für emigrierte Gewerkschaftler, Tätigkeitsbericht 1940/41«; vgl. Dok. 166.

4 Der Tätigkeitsbericht 1940/41 verzeichnet als Einnahmen 35.000 Frcs, davon 33.000 von den Internationalen Berufssekretariaten und 2000 von Freunden aus Neutralien; vgl. ebd.

5 Der Tätigkeitsbericht 1940/41 berichtet von der Gründung der ersten Bauerngenossenschaft mit Hilfe der Sekretärin des Schweizer Arbeiter-Hilfswerkes, Regina Kaegi-Fuchsmann.

DOKUMENT 168

12. 8. 1942: Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften beim IGB, Bruno Süss, Loures-Barousse, an Konrad Ilg, Internationaler Metallarbeiter-Bund, Bern

AdsD, IMB. Maschinenschrift. Eigenhändig unterzeichnet.[1]

Lieber und verehrter Kollege Ilg,

die Verhältnisse, unter denen die Mehrzahl der deutschen Gewerkschaftsemigranten in Südfrankreich leben muß, zwingt mich erneut dazu, an Ihre Solidarität zu apellieren und die dringende Bitte um Hilfe an Sie zu richten. Im Februar dieses Jahres habe ich Ihnen den Rechenschafts- und Tätigkeitsbericht[2] zustellen lassen für das Jahr 1941. Ich hoffe, Ihre umfassende gewerkschaftliche und politische Tätigkeit ließ Ihnen Zeit zum Studium. Ende des Jahres verfügte ich immerhin noch über einen Kassenbestand. Und ich bekam auch noch einige Zuwendungen. Aber seit April dieses Jahres ist mein Fonds vollständig leer. Im Vorjahre haben Sie mir 18.000 FFrcs zur Unterstützung der in Südfrankreich lebenden Freunde überwiesen.[3] In diesem Jahre blieb Ihre Unterstützung bisher aus. Wir konnten mit dem uns im Vorjahr überwiesenen Betrag manchen Verzweiflungsakt verhindern, viel Not lindern und manche Träne trocknen.

Ihre letzte Zuwendung bekam ich am 18. September 1941 ausgehändigt durch René.[4]

Seit April dieses Jahres bin ich nicht mehr in der Lage, den in Not befindlichen Freunden zu helfen.[5] Dabei haben sich aber die Verhältnisse seit jener Zeit sehr verändert und hat sich die Situation unserer Freunde sehr verschlechtert.[6]

Es laufen bei mir täglich Briefe ein, aus denen eine furchtbare Not spricht. Fast aus allen ruft es mir entgegen: »Wir haben Hunger! Vergiß uns nicht und hilf!«

Das immer und immer wieder lesen zu müssen und nicht helfen, ist etwas, was ich Ihnen lieber Kollege *Ilg* gar nicht schildern kann. Wie mir dabei meist zumute ist, und was die Freunde schreiben, kann ich dem Papier nicht anvertrauen.

Es zwingt mich aber zu der dringenden Bitte an Sie, uns auch in diesem Jahre uns Ihre Hilfe nicht zu versagen. Helfen Sie bitte möglichst bald! Helfen Sie bitte so reichlich, wie es Ihnen die Umstände erlauben! Helfen Sie soweit es in Ihren Kräften steht.

Bedenken Sie bitte, daß es sich um wertvolle Menschen handelt. Um Menschen, die ihr Leben für ihre Überzeugung eingesetzt haben und die jetzt bitterste Not leiden.

Bedenken Sie bitte auch die seelischen Qualen, denen unsere Freunde in den letzten Wochen und Monaten ausgesetzt waren, neben dem Hunger, den sie erdulden müssen. Ich würde nicht so dringend schreiben, wenn die Not und das Elend nicht so unermeßlich groß wären. Ich hoffe, recht bald und Günstiges von Ihnen zu hören und danke Ihnen schon im voraus für Ihren erneuten Akt internationaler Solidarität.

1 Ein inhaltlich weitgehend gleichlautendes Schreiben ging am 12.8. an H. Leuenberger, den Präsidenten der IUL; in: IUL-Archiv. Die IUL überwies daraufhin 500 Schweizer Francs; vgl. Brief von B. Süss, 1.12.1942 an H. Leuenberger; ebd. In diesem Brief heißt es ferner: »Die Beziehungen zu Freunden in anderen Ländern sind unterbrochen. Von da können wir auf keine Hilfe rechnen«.

2 Vgl. Dok. 166.

3 Die IUL hatte 1941 insgesamt 15.000 FFrcs überwiesen und 1942 5.000 FFrcs (vgl. Anm.1).

4 René, das ist Robert Pierre, vgl. Brief von B. Süss an W. Schevenels, 12. bzw. 16.5.1942, in: IISG, IFTU, Nr. 270.

5 Vgl. ebd.

6 Vgl. Dok. 169.

Mit den besten gewerkschaftlichen und kollegialen Grüßen
Ihr
Bruno Süss

DOKUMENT 169

September 1942: Bruno Süss über die Lage deutscher Gewerkschaftsemigranten in Frankreich

IUL-Archiv. Hektographierte Maschinenschrift. Überschrift. »Die Situation in Frankreich! SOS-Ruf für die stark gefährdeten deutschen Gewerkschaftsemigranten«.[1]

Besteht das Asylrecht noch? Das war die bange Frage, die sich in den Monaten nach dem Juni 1940 alle deutschen Gewerkschaftsemigranten stellten, soweit sie aktiv tätig gewesen und gefährdet waren. Der Amerikanische Gewerkschaftsbund brachte zu jener Zeit Hilfe materieller Art als auch insbesondere durch 400 Visen nach USA. Kein aktiver deutscher Gewerkschaftsemigrant, der wegen seiner Überzeugung und gewerkschaftlichen Betätigung gefährdet war, wurde von diesem hochherzigen, menschlichen sowie solidarischen Hilfswerk der amerikanischen Freunde bedacht. Keiner bekam ein Visum oder materielle Unterstützung. Alle blieben im Lande; alle hofften auf weitere Hilfe, die bis heute nicht kam.[2]

In der Zwischenzeit legten sich die Besorgnisse über das Asylrecht etwas. Unmittelbare Zugriffe unterblieben. Das hat sich jedoch in den letzten Monaten grundlegend geändert. Die bange Frage taucht wieder auf: Wie lange sind wir noch sicher vor dem Zugriff unserer Henker? Wann erfolgt auch unsere Auslieferung? Wird man mich vergessen? Das sind die Fragen, die sich die Freunde täglich, ja stündlich stellen, und die in noch viel krasserer Form mir gegenüber zum Ausdruck gebracht werden. In der Regel wird hinzugefügt: »Sind wir denn ganz und gar von unseren Freunden vergessen worden, die glücklicher waren und in neue Gastländer entkamen? Können uns diese gemeinsam mit unseren ausländischen Freunden denn nicht helfen? Will man uns unserem Schicksal überlassen?« Die Frage nach dem Asylrecht wird überhaupt nicht mehr gestellt. Es ist bitter und sehr schwer, auf alle diese Fragen überhaupt eine auch nur einigermaßen beschwichtigende Antwort zu geben. Diese bangen Fragen und der sorgenvolle Blick in die Zukunft, die das Schlimmste für viele oder auch alle bringen kann, ist mehr als erschütternd, ist oft herzzerreißend. Handelt es sich doch um wertvolle Menschen, die einst im Kampf für ihre Überzeugung und gegen den Nazismus ihr Leben eingesetzt haben. Sie kämpften für eine Welt der Freiheit, der Menschlichkeit, der sozialen Gerechtigkeit. Sie setzten diesen Kampf auch in der Emigration fort. Diese aufrechten Kämpfer bangen jetzt um das nackte Leben. Bei den gefährdeten Gewerkschaftsemigranten handelt es sich nicht wie bei den abtransportierten Juden darum, daß sie in ein Arbeitslager im Osten kommen und von Frau und Kind getrennt werden, sondern es geht um weit mehr, um ihre Sicherheit, um Quälereien, um ihr Leben! Unmenschlich und grausam zugleich wäre es, dem zuzusehen und nicht den Versuch zu machen, das zu verhindern.

1 Das abgedruckte Dokument enthält den handschriftlichen Vermerk »7.9.42« (dies ist das Datum des Anschreibens von G. Richter, dem dieser Bericht beigefügt war), »Für Freund Leu(enberger)«, den Präsidenten von VHTL und IUL. Ein weiteres Exemplar befindet sich in: IISG, IFTU Nr. 270 und enthält den Vermerk: »Für Freund Walter [Schevenels]. Gruß C[arlloss]« und den Eingangsstempel vom 28. September 1942.

2 Nach Dokument 165 erhält lediglich Valentin Hartig ein Visum; nach anderen Unterlagen auch G. Kreyssig.

Deshalb frage ich: »Gibt es denn kein Land, das seine Tore diesen wenigen Menschen öffnet? Wo ist noch Asylrecht und Sicherheit für sie? Ein dringender Appell an die Gefühle der Menschlichkeit und der gewerkschaftlichen Solidarität sollen diese Zeilen sein. Ein letzter SOS-Ruf. Nicht für mich bitte ich so dringend, sondern um unsere gemeinsamen Freunde. Ist das berechtigt? Ja! Die Vorgänge der letzten Zeit beweisen es. Aus einem Internierungslager wird berichtet: Freund NN[3] hat einen Brief an einen früheren gemeinsamen Freund nach Vichy geschrieben, um seine gefährdete Situation darzulegen. Der Brief muß dort in schlechte Hände geraten sein. NN wurde am Samstag (1.8.) von drei deutschen Herren in Schwarz abgeholt und mitgenommen. Wir sehen ihn nicht wieder. Sein Schicksal ist besiegelt. Weshalb ist für ihn nichts geschehen? Er ist doch schon so lange hier, und was er früher für uns getan, ist doch mehr wie bekannt.« Jedes Wort dazu wäre eine Abschwächung.

Im Oktober vorigen Jahres habe ich von der Festnahme von R. K[3] und S. W[3] sowie von dem Verdacht gegen H.[4] berichtet[5], und zwar umfangreich mit allen Belegen. Im Februar wiederholte ich meine Vorstellungen und bat dringend um Hilfe. Heute muß ich mitteilen, daß auch R.K. sowie S.W. und H. abgeholt und ausgeliefert worden sind. Sie befinden sich mit noch drei anderen, deren Namen ich noch nicht feststellen konnte, in den Händen ihrer Henker. Ihr Schicksal ist gewiß. Zwei Frauen mit einer Schar Kinder sitzen als Hinterlassene hier und fragen sich, was aus ihnen werden soll. Jetzt ist es zu spät.

Den Freunden kann keine Hilfe mehr gebracht werden, wenn sie überhaupt noch am Leben sind.

Soll die übrigen das gleiche Schicksal ereilen? Könnt Ihr verstehen, wie sie nunmehr die Verzweiflung packt, wie sie nach allen möglichen und unmöglichen Auswegen suchen? Aber es gibt keinen anderen Ausweg als den über Eure Hilfe. Neues Gastland für die Bedrohten! Mittel zur Reise und Papiere dazu! Es ist doch in der Tschechei auch gegangen. Weshalb jetzt und hier nicht? Dann Mittel zur Unterstützung der Hungernden! Laßt diesen SOS-Ruf nicht ungehört verhallen. Laßt diese wertvollen Menschen nicht verzweifeln, nicht hoffnungslos und an ihren Idealen irre werden!

Auslieferung von Juden aus dem unbesetzten Gebiet von Frankreich nach Deutschland

Über die Auslieferung von Juden aus dem freien bzw. unbesetzten Gebiet Frankreichs nach Deutschland sind die tollsten Gerüchte im Umlauf. Da keinerlei offizielle oder offiziöse Feststellungen erfolgen, verschlimmert das die Gerüchtemacherei und steigert die Angstpsychose ins Unvorstellbare. Man spricht davon im englischen Radio und liest in ausländischen Zeitungen, daß 10.000 Juden ausgeliefert werden sollen. Es läßt sich nicht feststellen, ob das wahr ist oder nicht.

Es sind aber Festnahmen in Internierungslagern und Abtransporte von dort erfolgt. Es wurde berichtet, daß vom Lager Les Milles ⅘ aller dort internierten Juden (nach einer Meldung, die nicht unmittelbar kam, sollen es 260 sein) betroffen wurden. Einzelheiten wurden nicht berichtet. Von Récébédon liegt auch nur die Meldung vor, daß Abtransport erfolgt sei. Von Gurs und Rivesaltes fehlt bisher noch genaue Nachricht. Es ist für die Internierten sehr schwer, unmittelbare Berichte zu schicken und mit Gefahr verbunden. Deshalb ist auch die Reserve der Freunde verständlich.

3 Konnte nicht entschlüsselt werden.

4 Vermutlich Valentin Hartig, der in den Verdacht geraten war, mit der deutschen Besatzung zusammenzuarbeiten; vgl. u. a. B. Süss, 17.5.1941, an W. Schevenels (IISG, IFTU, Nr. 270). Hartig wurde jedoch nicht verhaftet; vgl. Anm. 2.

5 Nicht in den Akten.

Über die Vorgänge im Straflager Vernet liegt folgende Nachricht vor: »Am Sonnabend, den 5. August, früh wurden 2/3 der Juden (die genaue Zahl fehlt) mit starker Bedeckung – Staatspolizei – nach Deutschland abtransportiert. Niemand weiß, wohin der Transport ging, nur das Land wurde bekannt. Die Auswahl unter den Lagerinsassen erfolgte lediglich unter dem einen Gesichtspunkt »ausnahmslos nur Juden«, sonst alle Altersklassen, alle Berufe, Gesunde und Krüppel, fast alle Nationalitäten (Deutsche, Polen, Russen, Österreicher), aber keine Rumänen, Griechen, Ungarn usw., die den Schutz ihres Konsuls genießen. Reiseproviant wurde nicht vom Lager, sondern vom Roten Kreuz gestellt. Einzelheiten, die ich noch feststellen werde können, berichte ich später. Heute nur soviel. »Ich habe den Krieg von 14/18 mitgemacht, aber solche Szenen und angstverzerrten Gesichter sah ich noch nie; auch solche markerschütternden Verzweiflungsrufe hörte ich noch nie. Es gehören sehr starke Nerven dazu, um das mitansehen und mitanhören zu können.« Ein Junge von 18 Jahren konnte seiner Mutter noch schnell vor dem Abtransport einen Brief schreiben; tröstende Worte und doch auch Verzweiflung. »Ich bin vom Lager von R. vor einigen Monaten mit mehreren Kameraden gut nach hier gekommen. Heute trete ich mit vielen Kameraden eine längere Reise an. Es liegt kein Grund zur Annahme vor, daß ich nicht gut ankommen werde. Mache Dir keine Sorgen. Ich bin guten Mutes, nur hätte ich Dich, liebe Mutter, vorher gern noch einmal gesehen.« Und der Junge hat beim Abtransport geweint wie ein Schoßhund, wie unser Freund berichtet. Auch nur ein Wort dazu zu sagen, wäre falsch.

In einem Hotel in Marseille waren die Angehörigen von Männern untergebracht, die sich im Lager Les Milles befanden. Sie warteten da auf die Erteilung der Visen und Ausreisevisen. In Marseille handelt es sich bei den im Hotel Untergebrachten um Frauen und Kinder. Sie wurden nachts aus den Betten geholt und ins Lager gebracht. Es wird erzählt, daß diese Maßnahme auf Grund einer Anordnung eines sozial eingestellten Beamten erfolgt sei, der damit erreichen wollte, daß zumindestens von Frankreich aus der Abtransport – wenn er schon nicht verhindert werden könne – gemeinsam erfolge und die Familien nicht auseinandergerissen blieben.

Aus einem Internierungslager wird berichtet: »Ein hier internierter Arbeiter erhielt Nachricht von seiner Frau, die Französin ist und im unbesetzten Gebiet lebt, daß am 5. 8. 1942 alle in ihrem Wohnort lebenden Juden festgenommen worden seien (die Frau lebt in einer mittelgroßen Stadt Südfrankreichs). Sie fügte hinzu, diese Maßnahme erstrecke sich auf das besetzte und unbesetzte Gebiet.« Diese Meldung ist sicher übertrieben, aber eben geboren aus der Angst, in der die Angehörigen der Flüchtlinge leben, auch dann wenn sie, wie in diesem Falle, Franzosen sind. Tatsache ist aber, daß Verhaftungen in großer Zahl erfolgt sind in Lyon, Marseille usw. Es steht aber nicht fest und ist nicht erwiesen, ob die Verhafteten auch nach Deutschland abtransportiert wurden. Vermutlich sind die Verhaftungen erfolgt im Zuge der Aktionen:

1. der nach dem 1. Januar 1939 Eingewanderten habhaft zu werden, die sich bisher zu dieser Tatsache nicht bekannten;
2. sich der Juden zu versichern, die bisher den geforderten Fragebogen noch nicht abgaben oder versicherten, keine Juden zu sein;
3. die zu bekommen, die bisher ihrer Prestationspflicht nicht genügten und der Aufforderung, sich ins Arbeitslager zu begeben, keine Folge geleistet haben.

Diese Aktionen haben sich auf Großstädte und solche, die in der 30-Kilometerzone (entfernt von der Demarkationslinie oder der Mittelmeerküste) liegen, beschränkt. In der Provinz konnten solche Vorgänge nicht beobachtet werden. Juden, die sich in einem regelrechten Arbeitsverhältnis befanden, sollen auch in Paris von der Verhaf-

tung verschont geblieben sein. Daraus wird ganz allgemein geschlossen, daß ein Arbeitsverhältnis vor dem Zugriff sichert.

Es sind über die Abtransporte die sonderbarsten Gerüchte in Umlauf. Gendarmen aus den entlegensten Orten hat man zur Begleitung bis zur Demarkationslinie beordert. Diese haben erzählt: »Es haben sich unbeschreibliche Szenen abgespielt. Die Wagen waren vollgestopft von Menschen; diese durften die Wagen nicht verlassen; ihre Notdurft mußten sie im Wagen verrichten; Durst und Hunger quälten sie. Franzosen erbarmten sich ihrer und brachten ihnen Wasser, ab und zu auch etwas zu essen.« Durch diese unkontrollierbaren Erzählungen ist die Angst unter den Flüchtlingen noch mehr gesteigert worden. Sie glauben, daß morgen auch sie selbst rankommen werden; sie sind der Meinung, daß die Massenzuweisung nach bestimmten Wohnorten schon eine vorausschauende Maßnahme dafür gewesen sei. Es kann nicht wiedergegeben werden, was man über diese Vorgänge und das Asylrecht spricht. Diese Angst haben nicht nur die Juden, sondern alle Kameraden. »Heute sind die Juden dran, morgen werden wir gepackt«, sind die Worte, die man täglich hört.

Verhaftung von Juden im besetzten Frankreich und deren Auslieferung nach Deutschland

Am 5., 8. und 10. August sind in Paris viele Juden verhaftet worden. Man nahm keine Rücksicht auf Alter, Beruf, Geschlecht oder Vermögensverhältnisse; Gesunde, Kranke, Junge, Alte, Männer, Frauen und teilweise auch Kinder wurden verhaftet und abgeführt. Bei der Zerreißung der Familienangehörigen haben sich grauenhafte Szenen und Verzweiflungsakte abgespielt. Briefe, die an Verwandte oder Freunde im unbesetzten Frankreich von den Betroffenen gerichtet waren, enthalten unmenschliche Schilderungen über diese Vorgänge. Herzerschütternd und grauenvoll ist der Inhalt dieser Nachrichten.

Über die Zahl der Betroffenen konnte nichts genaueres festgestellt werden. Ausländische Zeitungen und Radio sprechen von 48.000 und 80.000. Ob die Zahl stimmt, kann nicht gesagt werden. Was alles mit den Tatsachen in Übereinstimmung zu bringen ist, kann nicht festgestellt werden. Wir wollen uns nur an das halten, was unmittelbar von den Betroffenen berichtet wurde. Der erste Abtransport der verhafteten Männer erfolgte am 10. 8. [1942] und sollte am 15. 8. [1942] beendet sein. Ob dies der Fall ist, ist unbekannt. Begleitperson – gewiß rauhe Männer [sic!] – schilderte herzzerreißende Szenen. Die verhafteten Frauen sollen sich zumeist noch in Lagern befinden, zum Teil auch im Gefängnis. Weshalb Unterschiede gemacht wurden, ist nicht bekannt. Ebenso weiß ich nichts über das Schicksal der Frauen. Seelisch leiden diese sehr stark, wurden sie doch zumeist von Mann und Kindern getrennt. Wo sich die Kinder befinden und was mit ihnen geschehen soll, wurde bisher nicht bekannt. Meldungen, die darüber erfolgten, können nicht nachgeprüft werden. Die Meldungen des Auslands, daß von der Aktion französische Juden betroffen wurden, sind unzutreffend oder doch nur zum kleinen Teil wahr. Es wurden freilich auch Juden verfolgt, die naturalisierte Franzosen sind. Ich selbst habe zwei davon in der freien Zone gesprochen, die von Paris flüchteten und über das Schicksal ihrer Familien sehr besorgt sind. Verhaftet hat man Juden, die keine französischen Staatsangehörige waren. Solche, die unter konsularischem Schutz ihres Landes stehen, sind nicht belästigt worden. Es gibt viele, die sich rechtzeitig retten konnten; teilweise sind sie noch im besetzten Gebiet, teilweise gelang es ihnen, in die freie Zone zu entkommen. Jetzt ist der Übertritt über die Demarkationslinie sehr erschwert. Die Bewachung ist stark und scharf geworden. Es erfolgen deshalb auch viele Verhaftungen vor dem Übertritt in die freie Zone.

Es heißt, daß die Aktion, die am 5., 8., 10. August [1942] auf Paris beschränkt blieb, nach dem 15. 8. [1942] auch auf die anderen Orte im besetzten Frankreich ausgedehnt werden soll. Meldungen darüber, ob das erfolgt ist oder nicht, liegen noch nicht vor.

Aller jüdischen Kameraden im unbesetzten Gebiet hat sich eine an Verzweiflung grenzende Gemütsverfassung bemächtigt. Sie erwarten ausnahmslos das gleiche Schicksal wie die Pariser Juden. Von dieser Angstpsychose sind auch alle anderen Emigranten angesteckt worden. Das trifft auch auf die politischen zu.[6] Wo sie sich auch treffen, sie sprechen nur noch über diese Befürchtungen. Mut und Hoffnung sind nicht mehr vorhanden.

Aufruf an alle zur Rückkehr nach Deutschland und den besetzten Gebieten und Ländern

Mitte Juli [1942] erschien wiederholt in den Zeitungen ein Aufruf zur Rückkehr nach Deutschland und den besetzten Gebieten. Er wurde auch wiederholt im Radio wiedergegeben. Als Endtermin der Anmeldung zur Rückkehr war der 31. Juli [1942] festgesetzt. Die Meldungen sollten bei den deutschen Konsulen erfolgen, die zu Rückwanderungskommissaren ernannt worden sind.

Diese Rückführung besteht schon seit längerer Zeit[7], aber man wandte sich bisher nur an Arier und Deutsche. Der Flüchtling bekam einen Brief vom deutschen Konsul, daß man ihm von Freundesseite wichtige Mitteilungen zu machen habe. Der Konsul entpuppte sich als Rückwanderungskommissar. Der Flüchtling wurde befragt, ob er zurückkehren wolle und ihm dies dringend nahegelegt. Hinweise auf Ernährung, soziale Stellung und besonders auch die staatsbürgerliche Rechtlosigkeit sollten den Mann mürbe machen. Die Frage nach dem Freund blieb unbeantwortet. Ein Fragebogen sollte ausgefüllt werden. Ein Fall ist bekannt, der sich bereits im Mai zutrug: Der Flüchtling hatte Anspruch auf Rente, die ihm auf Grund von zwei Länderabkommen zusteht.[8] Da er sich weigert, zurückzugehen, hat er bis heute noch keine Rente bekommen.

Jetzt will man alle zurückhaben, auch die Juden, besonders aber die Elsässer und Lothringer, die nach dem Einmarsch ausgewiesen worden waren; ebenfalls die Luxemburger.

Der oben erwähnte Aufruf ist unklar, scheinbar nicht richtig übersetzt und nicht richtig kommentiert wiedergegeben worden. Aber das scheint die Absicht des DNB [Deutschen Nachrichten Büros] gewesen zu sein. Er hat geradezu eine Panik ausgelöst. Die ständige und dazu bange Frage, die sich die meisten vorlegen, ist: »Was geschieht nach dem 31. Juli mit mir, wenn ich mich nicht melde?« Man verspricht die Einsetzung in die alten staatsbürgerlichen Rechte, auch den Ausgebürgerten und Ausgewiesenen, und will in Wirklichkeit Kanonenfutter und Arbeiter für die Rüstungsbetriebe.

Die »Heimbewegung« ist in manchen Orten zu einer Epidemie geworden. Viele melden sich.[9] Damit hängen auch die Befragungen in den Arbeits- und Internierungslagern zusammen. Tatsache ist auch, daß sich sehr viele Spanier durch diese Aktion nach Deutschland gemeldet haben. Rosenrot ist ihnen alles vorgemalt worden, was in Deutschland ist und noch schwärzer als schwarz wird ihnen dargestellt, unter welchen Verhältnissen sie hier leben müssen. Die Werber hatten Erfolg.

6 Viele dieser politischen Emigranten flüchteten deshalb in die »Berge der Pyrenäen«, Brief G. Richter an M. Leuenberger, 7. 12. 1942 (IUL-Archiv).

7 Vergl. Dok. 165.

8 Gemeint sind die Abkommen von Neapel und Rom zwischen Deutschland und Frankreich, die Rentenangelegenheiten von Sozialversicherten des Saarlandes regelten, vgl. B. Süss, 22. 7. 1941, an W. Schevenels (IISG, IFTU, Nr. 270).

9 Bereits in einem Brief vom 17.5.1941 an W. Schevenels berichtet B. Süss von Rückkehrern; vgl. ebd.

Bekennst Du Dich zur deutschen Rassengemeinschaft? Wann bist Du nach Frankreich eingewandert? Bist Du Jude?

In den Internierungslagern wurde in den letzten Juli- und ersten Augusttagen [1942] eine nochmalige und gründliche Befragung aller Lagerinsassen durchgeführt. Die Befragung erfolgte diesmal nicht in Massen bzw. vor versammelter Mannschaft, sondern jeder mußte einzeln ins Büro kommen. Die Personalien wurden genau und zum soundsovielten Male aufgenommen. Der Tag der Einwanderung nach Frankreich wurde festgestellt, wobei besonderer Wert darauf gelegt wurde, ob das nach dem 1. Januar 1936 erfolgte.[10] Besonders nachdrücklich wurde gefragt, ob man sich zur deutschen Rassengemeinschaft bekenne. Eindringlich war auch die Frage nach der Religionszugehörigkeit bzw. ob Jude oder nicht.

Aus einem Internierungslager liegt folgender Bericht über diesen Vorgang vor: »Hier wurden alle in Deutschland und in den besetzten Ostgebieten geborenen Arier vorige Woche befragt, ob sie sich zur deutschen Rassengemeinschaft bekennen. Nicht nur Deutsche mußten diese Frage über sich ergehen lassen, sondern auch Polen, Tschechen und Russen, die kein Wort Deutsch sprechen können. Ich sagte, daß sich diese Frage für mich nicht stelle, weil ich ausgebürgert sei. Im übrigen wolle ich unter keinen Umständen zurückkehren, solange das gegenwärtige Regime bestehe. Darauf wurde mir ein Formular vorgelegt, wonach man sich nicht zur deutschen Rassengemeinschaft bekennt, und zwar mit einem handschriftlichen Vermerk versehen ›aus persönlichen Gründen.‹ Diesen Zettel habe ich unterschrieben. Ich wurde weiter nochmals nach den Personalien gefragt, nach dem Tag meiner Einwanderung in Frankreich und ob ich Jude sei.

Die Frage beantwortete ich. Die, ob ich Jude sei, damit, daß ich mich nicht als solcher deklariert habe und einer christlichen Religionsgemeinschaft angehöre. Die Befragung verlief an sich sehr korrekt.«

In den Arbeitslagern ist die gleiche Befragung durchgeführt worden. Soweit sich die Angehörigen (Arbeitsdienstler) im Lager befanden, ist sie durch eine deutsche Kommission erfolgt. Die Personen, die zu einer Arbeit bei Privaten detachiert sind, wurden ins Büro der Lagerleitung bestellt. Ein Fragebogen, der das Notwendige (bereits Gesagte) enthielt, wurde ausgefüllt von einem Angehörigen der Lagerleitung und mußte unterschrieben werden. In kurzer Zeit war die Befragung zu Ende. Aber die Leute waren zum Teil (wenigstens in einem Département) zwei Tage unterwegs, mußten Fahrgeld und alle anderen Unkosten aus der eigenen Tasche bezahlen. Diese Befragungen scheinen in Zusammenhang zu stehen mit der Aufforderung zur Rückkehr nach Deutschland, die an alle durch Radio und Zeitungsmeldungen gerichtet wurde.

Allgemeines

Vor fünf Wochen wurden alle Ausreisevisen als ungültig erklärt. Das galt auch für die dazu gestellten Anträge, die noch nicht erledigt waren. Neue Anträge werden aber seit vier Wochen wieder entgegengenommen. Sie müssen direkt nach Vichy eingereicht werden. Holländer, Belgier, Dänen, Jugoslawen, Rumänen und Ungarn sind von dieser Anordnung ausgenommen.

Aus seelischer und materieller Not haben sich zwei unserer Freunde zurückgemeldet. Sie haben die Reise nach der Heimat vor kurzem angetreten. Der eine hat hier im Lande Frau und Kinder zurückgelassen. Er will sie nachkommen lassen, sobald er eine Existenzsicherheit hat. Er war Arbeitsdienstler und in einem Lager. Der andere ist ein

10 Gegen die Saarflüchtlinge gerichtet.

älterer Mann, der kürzlich seine Frau hier an Krankheit und Unterernährung verloren hat. Er war in einem Internierungslager.

Seit mehr als Monatsfrist ist in den Internierungslagern eine große Unruhe entstanden, die sich nicht allein auf den Abtransport der Juden stützt. Es sind auch viele Umgruppierungen vorgenommen worden und Verlegungen nach anderen Lagern. Einer der Berichte darüber lautet: »Das Quartier XYZ ist aus rein administrativen Gründen geschlossen ins Quartier ABC verlegt worden, um im XYZ Platz für neue Eingänge zu schaffen. ... Während ich dies schreibe, kommt ein riesiger Transport neuer Leute an, für die Quartier XYZ geräumt wurde. Werde morgen wissen, woher sie kommen, was für Leute es sind.«

Die materielle Lage hat sich sehr verschlechtert bei allen Freunden. Lebensmittellage, Preissteigerung, Wegfall oder Verminderung der Unterstützung, keine Möglichkeit mehr, was zu veräußern, um leben zu können, da nichts mehr da ist. Vor allem aber Krankheit, insbesonders hervorgerufen durch Unterernährung. Das ist die allgemeine materielle Lage. – Sorge um die Zukunft und damit verbunden seelische Not sind die Qualen, unter denen alle mehr oder weniger leiden. [...][11]

DOKUMENT 170

Juli 1945: Die Deutsche Sprachgruppe in der CGT zum Neuaufbau einer deutschen Gewerkschaftsbewegung

Die Einheitsgewerkschaft, Nr. 7, Juli 1945 (Sondernummer). Gedruckt. Überschrift: »Der Aufbau der Deutschen Einheitsgewerkschaft auf der Grundlage von Industrieverbänden«. Auszug.[1]

In der Einheitsgewerkschaft organisieren sich alle Werktätigen ohne Unterschied der Religion, der Weltanschauung oder der politischen Meinung.

Die deutschen Werktätigen müssen jetzt endlich aus den bitteren Erfahrungen in der Zeit zwischen den beiden imperialistischen Raubkriegen und während der blutigen Hitlerdiktatur die Erkenntnis gewinnen, daß beim Neuaufbau der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland der erste elementare Grundsatz lauten muß: Einheitlicher Zusammenschluß aller arbeitenden Deutschen in nur einer Gewerkschaft.[2]

Selbstverständlich freiwillig, denn in einem wirklichen demokratischen Deutschland gibt es keinen Organisationszwang, wie unter der Hitlerdiktatur. Aber es ist die Aufgabe der Gewerkschaftler, allen Werktätigen klarzumachen, daß es ihre gesellschaftliche Pflicht ist, sich mit Ihren Arbeitskameraden zusammenzufinden, um ihre gemeinsamen Interessen zu vertreten und das deutsche Volk vor dem Untergang zu retten.

Die neue große Einheitsgewerkschaft macht keinen Unterschied zwischen Katholiken, Protestanten oder Freidenkern. In ihr versammeln sich alle Lohn- und Gehaltsempfänger zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen.

11 Nicht abgedruckt die folgenden Ausführungen über einzelne Arbeits- und Internierungslager wie Gurs, Muret, Les Milles und über eine »Aktion gegen die nach dem 1.1.1936 ins Land Gekommenen.« Zu dem Bericht insgesamt heißt es in einem Brief von R. Kaegi-Fuchsmann, SAH, an K. Ilg, 14.9.1942: »Der Bericht ist nicht übertreibend, im Gegenteil«, in: AdsD, IMB-Bestand.

1 Hier abgedruckt die Seiten 5–9.

2 Vgl. Die Einheitsgewerkschaft Nr. 5, April 1945, S. 3 »Die große Lehre, nur eine Gewerkschaft«; ferner Nr.6, Juni 1945, (Schulungsmaterial Nr.2) S.1ff. »Für den Aufbau einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter und Angestellten in einem demokratischen Deutschland«.

Alle Versuche, wieder religiöse oder parteipolitische Gewerkschaften zu gründen, müssen zurückgewiesen werden.

Sollten aber trotz besseren Wissens einige frühere Gewerkschaftssekretäre die Spaltung der deutschen Arbeiterschaft wieder von neuem beginnen und den Versuch unternehmen, religiöse oder politische Gewerkschaften zu gründen, dann werden die Kameraden der Einheitsgewerkschaft mit den Kameraden dieser Splittergruppen kameradschaftlich diskutieren und ihnen aufzeigen, daß eine Gewerkschaft keine religiöse und keine parteipolitische Organisation ist, sondern eine wirtschaftliche Interessenvertretung. Auch werden sie ihnen an Beispielen aus den Gewerkschaftsbewegungen der anderen Länder zeigen, wie sich überall der Gedanke der Gewerkschaftseinheit Bahn bricht. Im katholischen Italien haben sich schon seit einigen Monaten die christlichen und freien Gewerkschaften zu einer großen nationalen Einheitsgewerkschaft zusammengeschlossen. Auch in Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien sind Einheitsgewerkschaften mit den christlichen Gewerkschaftlern gebildet worden. Überall haben die Arbeiter und Angestellten die Erkenntnis, daß jede Zersplitterung vermieden werden muß.

Die Arbeiter und Angestellten, die sich aus Unkenntnis in christliche oder parteipolitische Splittergewerkschaften aufnehmen ließen, werden sicher nicht lange brauchen, um zu erkennen, daß sie irregeführt wurden, und nicht zögern, die Vereinigung mit der großen nationalen Einheitsgewerkschaft durchzuführen.

Der einheitliche gewerkschaftliche Zusammenschluß der deutschen Arbeiter und Angestellten hat bereits begonnen.

In vielen Teilen Deutschlands haben die Arbeiter und Angestellten sich bereits gewerkschaftlich zusammengeschlossen. Nach den Berichten aus Aachen, Trier, Saargebiet und Ruhrgebiet wurde, von den früher freigewerkschaftlich und christlich organisiert gewesenen Werktätigen, der Wille der arbeitenden Massen nach Einheit berücksichtigt und Einheitsgewerkschaften geschaffen, mit einer vollständig neuen Organisationsform.[3]

Aber in vielen Gebieten Deutschlands bestehen noch keine Gewerkschaftsorganisationen. Ohne Einheitsgewerkschaft ist keine wirkliche Mobilisierung des gesamten deutschen Volkes für den Wiederaufbau und die Wiedergutmachung sowie die Ausrottung der Reste des Faschismus möglich. Es muß deshalb sofort in allen Betrieben, auf allen Baustellen, die Initiative für die Gründung der Einheitsgewerkschaft ergriffen werden.

Du fragst : »Wer gründet die neue Einheitsgewerkschaft?«

Natürlich, Du freigewerkschaftlich organisiert gewesener Arbeiter,

Du christlich organisiert gewesener Arbeiter,

Du antifaschistischer Angestellter,

Du arbeitende Frau, die erkannt hat, daß die gewerkschaftliche Organisation eine Notwendigkeit ist,

aber auch

Du junger Arbeiter, der Du Dich von den verderblichen Naziideen befreit und den hohen Wert der brüderlichen Kampfgemeinschaft aller Arbeitenden erkannt hast,

Ihr alle Kameraden, seid berufen, den ersten Schritt zur Zusammenfassung Eurer Arbeitskameraden zu unternehmen.

Wie gründest Du die Einheitsgewerkschaft ?

3 Vgl. Mielke, Quellen VI, S. 213 ff.

Du wirst den Gedanken, eine Einheitsgewerkschaft zu gründen, Deinen Freunden im Betrieb oder auf der Baustelle mitteilen. Gemeinsam werdet Ihr durch Anschlag oder durch mündliches Durchsagen eine Versammlung aller im Betrieb arbeitenden Arbeiter und Angestellten ankündigen.

In der Betriebsversammlung wirst Du in einfacher und klarer Weise den Arbeitskameraden sagen, warum der einheitliche Zusammenschluß aller im Betrieb Arbeitenden notwendig ist. Daß nur dadurch die Interessen der Belegschaft vertreten werden können, und daß darüber hinaus das deutsche Volk aus der tödlichen Gefahr, in die es durch die Schuld der Hitlerbande gebracht wurde, gerettet werden muß.

Du wirst ihnen die Sofortaufgaben, die sich aus den örtlichen Verhältnissen ergeben, erläutern.

Aus der Versammlung werden im Verlauf der anschließenden Diskussionen sicher eine Reihe von Anregungen kommen, und Du wirst die Freude haben, während der Versammlung viele Arbeitskameraden zu erkennen, die nur auf den Augenblick gewartet haben, um sich wieder aktiv in die Gewerkschaftsbewegung einreihen zu können.

Nach der Aussprache wird dann eine provisorische Leitung gebildet. Die Namen der Arbeitskameraden, die Mitglieder der Einheitsgewerkschaft werden wollen, müssen in eine Liste eingetragen werden. Der erste Schritt zur Bildung einer Einheitsgewerkschaft ist damit getan.

In jedem Betrieb, auf jeder Baustelle eine Gewerkschaft.

Wir haben gesehen, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung auf der Grundlage von Berufsverbänden aufgebaut war. Das entsprach Wirtschaftsverhältnissen, in denen die Klein- und Mittelbetriebe vorherrschend waren. Als aber die Klein- und Mittelbetriebe immer mehr von einer verhältnismäßig kleinen Anzahl von Großbetrieben aufgesaugt wurden, entsprach die Organisationsform der deutschen Gewerkschaften längst nicht mehr den realen Verhältnissen.

Die gewerbliche Betriebszählung in Deutschland vom Jahre 1932–1933 ergab rund 3,5 Millionen Betriebe, in denen 20,1 Millionen Arbeiter und Angestellte beschäftigt wurden. Von diesen 3,5 Millionen Betrieben waren 300 000 Mittelbetriebe mit 5,5 Millionen Arbeitern und Angestellten und ca. 3 000 Großbetriebe, in denen 7,8 Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger beschäftigt wurden.

Die Konzentrierung der Arbeiter auf die Großbetriebe hat sich während der Hitlerdiktatur noch weiter verstärkt, so daß mehr als die Hälfte aller Berufstätigen in Großbetrieben arbeitete.

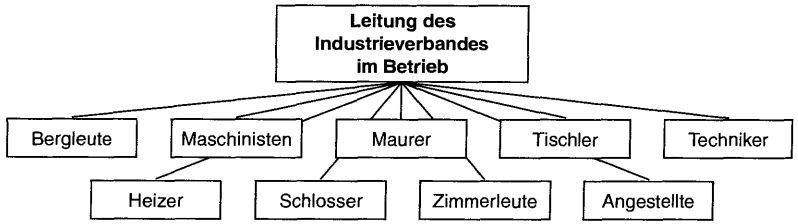
Bei dieser ungeheuren Entwicklung der Industrie und damit der Konzentrierung der Arbeiterschaft in den Riesenbetrieben bedeutet die Beibehaltung der Berufsorganisationen vollständige Entmachtung der Werktätigen. Wenn in einem Großbetrieb Metallarbeiter, Holzarbeiter, Heizer, Maschinisten, Bauarbeiter, Glasarbeiter, Maler, Mechaniker, Lederarbeiter, Techniker und Büroangestellte arbeiten und dann noch verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen angehören, so kann man sich denken, wie jede Bewegung von vornherein durch diese Spaltung erschwert wurde und oft zum Scheitern bestimmt war. Der Unternehmer konnte durch geschicktes Ausspielen der einen Berufsorganisation gegen die andere zum Schaden der Arbeiterschaft seinen Vorteil gut nützen.

Die Lehre:

Die Arbeiter- und Angestelltenschaft eines Betriebes muß dem Unternehmer geschlossen entgegentreten, denn nur so kann sie die Interessen der Belegschaft wahren. Die Losung muß sein: Jeder Betrieb eine Gewerkschaft.

Der Industrieverband ist die geschlossene Front der Werktätigen gegen ein Unternehmertum, das in Trusts, Monopolen und Kartellen zusammengeballt ist.

Wie schon gesagt, in einem Betrieb wird nur eine Gewerkschaftsorganisation organisiert. Zum Beispiel in einem Bergbaubetrieb arbeiten Bergleute, Heizer, Maschinisten, Schlosser, Maurer, Zimmerleute, Tischler, Angestellte und Techniker. Sie alle trotz ihrer verschiedenen Berufe und ihrer unterschiedlichen Tätigkeit bilden eine Einheitsgewerkschaft mit neuer Organisationsform, nämlich der des Industrieverbandes:



Die Leitung des Industrieverbandes der Einheitsgewerkschaft nimmt die Interessen aller Arbeitskameraden, aller Berufe des Betriebes resp. des Industriezweiges war. Sie schließt mit dem Unternehmer die Tarifverträge ab und wird sich natürlich mit den Vertretern der einzelnen Berufsgruppen vorher beraten.

Die Berufs- und Fachgruppen werden auch im Industrieverband die Berufsinteressen der Arbeiter- und Angestellten wahrnehmen.

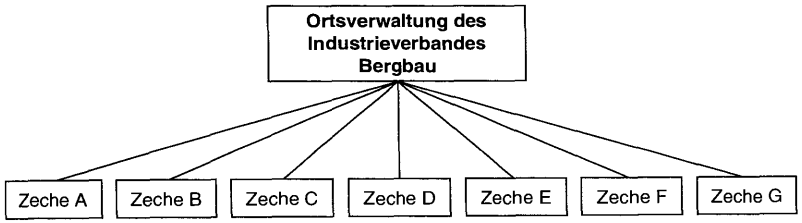
Es ist ein Irrtum zu glauben, daß durch die Organisierung aller Berufe in einer Industriegewerkschaft die Berufsgruppen ihre Existenzberechtigung verlieren. Die einzelnen Berufsgruppen werden weiterhin ihre Berufskollegen in allen Berufsfragen beraten, sie über alle Neuerungen im Beruf auf dem laufenden halten und auch die Berufsweiterbildung durchführen. Auch werden die Delegierten aller Berufs- oder Fachgruppen bei den Leitungen im örtlichen, bezirklichen oder im zentralen Maßstab bei allen Entscheidungen, insbesondere bei den Festsetzungen der Löhne und Gehälter, beratend mitwirken.

Die Berufsgruppen werden so gesehen in der neuen Einheitsgewerkschaft ihre wirklichen Aufgaben erfüllen, ohne spaltend und damit schwächend zu wirken, wie das früher der Fall war.

Die organisatorische Bildung der Industrieverbände.

Bleiben wir bei dem obigen Beispiel des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses der Arbeiter und Angestellten einer Zeche, so ist es selbstverständlich, daß die Arbeiter und Angestellten der anderen Zechen in der Umgebung dieselben gemeinschaftlichen Gewerkschaftsorganisationen schaffen. Alle Zechen zusammen werden eine Ortsverwaltung des »Industrieverbandes Bergbau« bilden. In der ersten Zeit wird diese Leitung provisorisch sein, aber da die neue deutsche Einheitsgewerkschaft eine wahrhafte demokratische Organisation sein muß, werden die Belegschaften ihre Leitung selbst wählen und die besten Arbeitskameraden damit beauftragen, die in den Jahren der blutigen Hitlerdiktatur bewiesen haben, daß sie jederzeit für die Interessen der Arbeiter und Angestellten eintreten.

Das Organisationsschema einer Ortsverwaltung des »Industrieverbandes Bergbau« würde so aussehen:



Nun sind in der Stadt nicht nur Bergbaubetriebe, sondern außer den Zechen noch 3 Metallbetriebe, 1 Möbeltischlerei, 1 Warenhaus, 1 Bank und 2 Baubetriebe.

Die Arbeiter und Angestellten dieser Betriebe, nachdem sie sich einheitlich organisiert haben, schließen sich auch mit den Betrieben ihres Industriezweiges zu einem Industrieverband zusammen.

Die Arbeiter und Angestellten der Metallbetriebe bilden den Industrieverband »Metall«.

Die Arbeiter und Angestellten der Möbeltischlerei den Industrieverband »Holz«.

Der Textilbetrieb mit seinen Arbeitern und Angestellten den Industrieverband »Textil«.

Die Arbeiter, technischen und kaufmännischen Angestellten des Baubetriebes den Industrieverband »Bau«.

Die Angestellten und Arbeiter des Warenhauses und die Angestellten und Arbeiter der anderen Geschäfte des Groß- und Einzelhandels den Industrieverband »Handel«.

Die Bank mit den Angestellten und Arbeitern der anderen Kassen und Versicherungen den Industrieverband »Geld und Versicherungen«.

Die Einteilung der Betriebe in die Industrieverbände, die Bezeichnung der Industrieverbände sowie die Zweckmäßigkeit mehrere angrenzende Industriezweige zu einem großen Industrieverband organisatorisch zusammenzulegen, das sind Fragen, die bei der Organisierung und in der weiteren Entwicklung entschieden werden. Hier handelt es sich lediglich zu zeigen, wie die neue Organisationsform der Einheitsgewerkschaft aussehen muß.

Die Einheitsgewerkschaft, organisiert auf der Grundlage der Industrieverbände, das ist die geschlossene Front der Lohn- und Gehaltsempfänger, die imstande ist, erfolgreich die Interessen der Werktätigen zu vertreten, gegenüber einem Unternehmertum, das zusammengeballt ist in Truste, Monopolen und Kartellen.

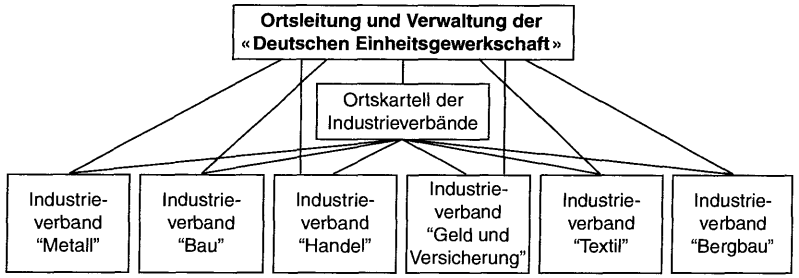
Es sind die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse, die von den Werktätigen eine Änderung der Struktur ihrer wirtschaftlichen Interessenvertretung fordern.

Die Industrieverbände eines Ortes bilden zusammen die Ortsleitung der »Deutschen Einheitsgewerkschaft«.

Die einzelnen Industrieverbände schließen sich örtlich zusammen und zwar auf folgende Weise:

Jeder Verband wählt in freien demokratischen Wahlen seine Delegierten. Diese Delegierten treten zusammen und bilden das Ortskartell der Industrieverbände. Die Vertreter der Arbeiter und Angestellten im Ortskartell wählen wiederum die Ortsleitung und Verwaltung der »Deutschen Einheitsgewerkschaft«.

Das örtliche Organisationsschema der Industrieverbände würde dann so aussehen:



Provisorische Gewerkschaftsleitungen müssen sofort bei der Bildung der Industrieverbände helfend eingreifen und ihre örtliche und bezirkliche Zusammenfassung durchführen.

Dieselbe Zusammenfassung wird dann im bezirklichen und zentralen Rahmen vorgenommen.

In der ersten Zeit werden jedenfalls alle diese provisorischen Leitungen nicht immer auf demokratischer Grundlage entstehen. Aber das wird nach Festigung der Organisation sofort der Fall sein.

Das Wichtigste ist im Augenblick, daß sich Gewerkschaftler zusammenfinden und organisierend eingreifen, um die betrieblich entstehenden Organisationen örtlich und bezirklich zu verbinden.

Bei den bestehenden chaotischen Verhältnissen wird diese Arbeit sicher mit vielen Schwierigkeiten verbunden sein. Im Interesse der Werktätigen und des gesamten Volkes muß sie aber dennoch schnellstens durchgeführt werden.

Jeder Gewerkschaftler wird sicher sein Bestes tun, um die große deutsche Einheitsgewerkschaft zu organisieren.

Organisationsgrundsätze der »Deutschen Einheitsgewerkschaft«.

Über Statuten und Programme zu beraten und zu entscheiden, wird zur Aufgabe der zukünftigen deutschen Gewerkschaftskonferenzen und des Kongresses der »Deutschen Einheitsgewerkschaft« sein. Hier deshalb nur einige Hinweise:

Jeder Lohn- und Gehaltsempfänger und Angehörige der freien Berufe muß Mitglied der neuen Deutschen Einheitsgewerkschaft werden können. Seine religiösen, weltanschaulichen und politischen Anschauungen sowie die Angehörigkeit zu einer bestimmten Rasse, dürfen kein Hinderungsgrund für seine Aufnahme in die Industrieorganisationen der Deutschen Einheitsgewerkschaft sein. Bedingung muß aber sein, daß er die Ziele der Gewerkschaft anerkennt und bereit ist, sich gemeinsam mit seinen Arbeitskameraden für ihre Verwirklichung einzusetzen.

Nazifunktionären und allen faschistischen Elementen, die sich aktiv betätigt haben oder noch betätigen, muß der Eintritt in die »Deutsche Einheitsgewerkschaft« verboten sein. Sollten sie sich dennoch einschleichen, müssen sie ausgeschlossen werden.

Die »Deutsche Einheitsgewerkschaft« muß eine wahre demokratische Organisation sein. Alle Mitglieder haben gleiche Rechte. Die Leitungen müssen in demokratischen Wahlverfahren von den Mitgliedern gewählt werden. Ihre Amtsdauer wird befristet. Die höchste Instanz der »Deutschen Einheitsgewerkschaft« muß der »Kongreß der Deutschen Einheitsgewerkschaft« sein. Die Delegierten zum Kongreß werden von den Mitgliedern gewählt. Der Kongreß bestimmt Ziel und Weg der »Deutschen Einheitsgewerkschaft« und alle anderen Maßnahmen, die geeignet sind, den Interessen der deutschen Arbeiter, Angestellten und Intellektuellen zu dienen.

Wenn die von den Mitgliedern gewählten Delegierten auf dem Kongreß Beschlüsse gefaßt haben, dann sind sie bindend für alle Leitungen und Mitglieder und müssen durchgeführt werden.

Die deutsche Einheitsgewerkschaft muß unabhängig sein.

Die Deutsche Einheitsgewerkschaft muß über ihre Bewegungen und Maßnahmen im Interesse der Werktätigen in vollständiger Unabhängigkeit von Unternehmertum, Regierungen und politischen Parteien entscheiden.

Mit den demokratischen Parteien wird die Einheitsgewerkschaft in allen Bewegungen, die die Wahrung oder Erreichung demokratischer Freiheiten und wirtschaftlicher Rechte zur Grundlage haben, zusammengehen.

Auch beim Aufbau eines wirklich demokratischen Deutschlands wird die Deutsche Einheitsgewerkschaft mit allen demokratischen Bewegungen und Parteien zusammenarbeiten, damit diesmal den Trustherren, die immer versuchen, die nationalen Gefühle des Volkes für ihre egoistischen Privatinteressen zu verwenden, dauernd das schmutzige Handwerk gelegt wird.

Die wahren Interessen der deutschen Nation liegen heute in den Händen seiner arbeitenden Frauen und Männer, die den Wiederaufbau beginnen, die Produktion wieder in Gang setzen und die Schäden, die Hitlerdeutschland den demokratischen Völkern zugefügt hat, wiedergutmachen. Die Deutsche Einheitsgewerkschaft wird bei der Durchführung der Sofortaufgaben zur Rettung des deutschen Volkes mit allen demokratischen Bewegungen und Parteien zusammengehen, um nicht nur die Arbeiterschaft, sondern das gesamte deutsche Volk für die Verwirklichung dieser Aufgaben zu sammeln.

Forderungen der Deutschen Einheitsgewerkschaft.[4]

Die Sofortaufgaben, die durchgeführt werden müssen, wenn Deutschland überhaupt eine Zukunft haben soll, wurden bereits eingangs aufgeführt. Die folgenden gewerkschaftlichen Forderungen werden erst im weiteren Verlauf der Entwicklung Anspruch auf Verwirklichung haben.

1. Freiheit des Wortes und der Presse,
2. Versammlungsfreiheit,
3. Ein fortschrittliches demokratisches Arbeitsrecht,
4. Gesetzliche Festlegung für eine gemeinsame Betriebsvertretung der Arbeiter und Angestellten,
5. Gesetzliches Mitbestimmungs- und Kontrollrecht durch die Betriebsvertretung,
6. Beschlagnahme aller Kriegsgewinne zur Wiedergutmachung der Kriegsschäden,
7. Bestrafung aller Kriegsverbrecher und Kriegsschuldigen. Beschlagnahme ihres Eigentums zugunsten des deutschen Volkes,
8. Aufteilung der großen Güter und Domänen und Verteilung des Bodens an die Landarbeiter und Kleinbauern,
9. Ausreichende Löhne und Gehälter,
10. Achtstundentag,
11. Gesetzliches Recht auf Arbeit und Erholung,

4 Zur Programmatik vgl. »Erklärung der deutschen Sprachgruppe in der CGT« (8.5.1945) in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Gottfurcht, Dokumente und Unterlagen Herbst 1944–1945. Nach Klein, Vereint, S. 184 und Ross, Gewerkschaften, S. 146 wurden diese Materialien u.a. in Frankfurt a. M. bzw. im Ruhrgebiet von kommunistischen Kreisen in Umlauf gebracht, »da die Programmatik der Sprachgruppe mit der der KPD Ende 1945 in gewerkschaftlichen Fragen beinahe deckungsgleich war«; ebd., S. 146.

12. Erweiterung und Verbesserung der Sozialversicherungen (Kranken-, Invaliden-, Angestellten-, Unfall- und Altersversicherungen),
13. Wiedergutmachung an allen Opfern des Naziterrors,
14. Hilfe für die Schwerkriegsbeschädigten,
15. Wirtschaftliche und politische Gleichstellung der Frauen. Bessere Mutterschafts- und Säuglingsfürsorge,
16. Einführung großzügiger Jugendschutz- und Erziehungsgesetze. Berufsausbildung und Berufsumbildung. Sechsstundentag für Jugendliche,
17. Materielle und moralische Betreuung der Kriegsgefangenen,
18. Wiederaufbau genügend großer und gesunder Wohnungen durch Staat und Genossenschaften,
19. Wiederherstellung und Förderung aller Genossenschaften und insbesondere der Konsumgenossenschaften.

VIII. Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden

DOKUMENT 171

Sommer 1938: Satzungen der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden

LOA, Fackföreningsinternationalen 1938–39, Bd. 20. Maschinenschrift. Überschrift: Satzung der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden (LDG), Abteilung der Auslandsstelle deutscher Gewerkschaften.[1]

Die nachstehenden Satzungen gaben sich die emigrierten deutschen Gewerkschafter in Schweden in Erkenntnis ihrer Aufgaben, die großen Ideen der deutschen Gewerkschaftsbewegung über die Zeit der Knechtung des deutschen Volkes hinüberzuretten, das Interesse der Gewerkschaften der ganzen Welt für das Ringen der deutschen Arbeiter um die Freiheit wachzuhalten, bis die Stunde der Erlösung schlägt für die freie, unabhängige deutsche Gewerkschaftsbewegung als wiedererstandenes Mitglied des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der damit verbundenen internationalen Verbände.

1. Die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden [LDG] ist die Vereinigung der in Schweden lebenden deutschen und österreichischen Gewerkschafter.[2]

2. Die Mitgliedschaft kann jeder Deutsche erwerben, der nachweislich einer früheren anerkannten Gewerkschaft bis Ende April 1933 resp. Februar 1934[3] angehörte. Gleichgestellt sind diejenigen, welche aus politischen oder gewerkschaftlichen Gründen vor den Verfolgungen des Hitlerregimes bereits vorher Deutschland verlassen mußten. Über die Aufnahme anderer Deutscher in Schweden entscheidet der Gesamtvorstand der LDG. Voraussetzung für Personen, die infolge jugendlichen Alters oder aus anderen nachweisbaren Gründen keiner Gewerkschaft angehören konnten, ist, daß sie inzwischen im Gastland in ihrer zuständigen Berufsorganisation die Mitgliedschaft erworben haben und nachweisen können. Wer von der Hitlerregierung ausgebürgert wurde, ist Deutscher.

3. Die LDG in Schweden ist eine Vereinigung, die sich zu den Grundsätzen und Beschlüssen des IGB und restloser Beachtung der Satzungen der Landesorganisation des Gastlandes bekennt.

4. Mehrere in einem Orte befindlichen Gewerkschafter bilden eine Ortsgruppe. Die Ortsgruppen zusammengeschlossen, bilden die LDG. Einzelmitglieder aus verschiedenen Orten unterstehen in der Betreuung und Verwaltung der LDG.

5. Die Aufgaben der Landesgruppe und der Mitglieder sind:
   a. Pflege und Fortentwicklung der gewerkschaftlichen Ideen und Traditionen;

1 Zur Datierung vgl. Günther, Landesgruppe, S. 57.
2 Die Richtlinien von 1944 (vgl. Dok.189) sprechen von »reichsdeutschen« Gewerkschaftern.
3 Vgl. hierzu abweichend ebd.

b. Fortentwicklung, Förderung und Erhaltung der Solidarität und Kameradschaft unter den Mitgliedern;
c. Auskunftserteilung an die Mitglieder und Beratung in wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen, soweit als möglich. Herstellung von Verbindungen zur Förderung der Arbeiten der Landesgruppe und der Auslandsstelle deutscher Gewerkschaften;
d. Pflege der Beziehungen zur Landesorganisation und zu den Gewerkschaften des Gastlandes, zu den internationalen Berufsverbänden und zum IGB, insbesondere aber zur Auslandsstelle deutscher Gewerkschaften;
e. Beobachtung der Entwicklung in Deutschland, Sammlung von Material und Nachrichten darüber und Weiterleitung an geeignete Stellen.

6. Das Organ der Auslandsstelle deutscher Gewerkschaften »Die deutsche Gewerkschaftszeitung«, Organ der Arbeiter und Angestellten Deutschlands, ist die Presse der LDG und wird den Mitgliedern unentgeltlich geliefert.

7. Die Mittel der Landesgruppe werden durch Beiträge aufgebracht. Diese Mittel werden in erster Linie zur Führung und Weitergestaltung des Abwehrkampfes der Auslandsstelle deutscher Gewerkschaften und Aufrechterhaltung sonstiger internationaler Verbindungen verwandt. Die Beiträge betragen für die Mitglieder, die in Arbeit stehen, 2 : – kr. per Monat
für arbeitslose Mitglieder – : 25 kr. per Monat
Das Eintrittsgeld beträgt – : 25 kr. per Monat

Die Beiträge werden in den Ortsgruppen resp. von der LDG erhoben; es werden dafür Kassierer bestellt. Die Ortsgruppen und Einzelmitglieder führen den Betrag an die Landesgruppe ab. Die Beiträge werden auf Karthotekkarten von der LDG mit Stempel quittiert und jedes Mitglied erhält über abgeführte Beiträge halbjährlich eine Quittung. Die Kartothekkarte gilt zugleich als Mitgliedsausweis. Alle Beiträge der Ortsgruppen sind vierteljährlich zu verrechnen und einzusenden. Die Ortsgruppen erhalten von der Landesgruppenleitung hierfür entsprechendes Material und Bestätigungen. Alle Arbeiten in der LDG und ihren Ortsgruppen werden ehrenamtlich verrichtet. Es werden nur nachweisbare Auslagen ersetzt.

8. Die Landesgruppe hat eine Leitung von 5 Personen. Den Vorsitzenden, seinen Stellvertreter, den Kassierer und 2 Beisitzer. Zur Überprüfung der Kassengeschäfte werden 2 Revisoren bestellt. Der jeweilige Delegierte zum Länderkomitee der Auslandsstelle deutscher Gewerkschaften[4] gehört in jedem Falle zur Landesgruppenleitung. Das Mandat der Gruppenleitung läuft 2 Jahre. Ausnahmen für die Ortsgruppen bedürfen der Zustimmung der Landesgruppenleitung.

Die Ortsgruppen wählen sich ihre Vertreter der Stärke der vorhandenen Mitgliedschaften entsprechend. Die gewählten Vertreter sind der Landesgruppenleitung sofort zu benennen und sind von ihr zu bestätigen.

9. Die Landesgruppenleitung hat ihren Sitz in Stockholm, am Orte des Sitzes der Landesorganisation des Gastlandes. Für die Ortsgruppe Stockholm ist die Landesgruppenleitung zugleich Verwaltungsorgan. Die Landesgruppenleitung hält ihre Sitzungen nach Bedarf ab. Mitgliederzusammenkünfte müssen mindestens vierteljährlich erfolgen .

10. Die Mitgliedschaft erlischt:
a. durch Austritt;
b. durch Tod;
c. bei Nichtbezahlung der Beiträge über drei Monate, falls die Zahlung nicht vorher gestundet wurde. Anträge wegen Stundung der Beiträge sind an die Landesgruppenleitung mit Begründung zu richten;
d. durch Ausschluß. Er kann erfolgen wegen gröblicher Verletzung der Ziff. 2, 3, 5a, 5d der Satzungen und der damit verbundenen Pflichten. Über Anträge auf Ausschluß [entscheidet] die Landesgruppenleitung nach vorheriger Untersuchung und Aufnahme eines Protokolls. Rekurs ist an die Auslandsstelle deutscher Gewerkschaften zu richten.

Unter Anerkennung der vorstehenden Satzungen schließe ich mich der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden an.

_____ den _____

4 Vgl. Dok.43.

DOKUMENT 172

14. 9. 1941: Fritz Tarnow: Richtlinien zur Wiederherstellung der Gewerkschaften

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Maschinenschrift. Überschrift: »Die Wiederherstellung der Gewerkschaften.«[1]

1. Die Deutsche Arbeitsfront soll nicht aufgelöst, sondern mit den Mitgliedern, dem Vermögen und den Einrichtungen übernommen werden.[2] Nicht mit übernommen werden die Arbeitgeber, leitenden Angestellten und Personen, die nach ihrer Stellung und Beschäftigung nicht in den Rahmen der gewerkschaftlichen Organisation fallen.

2. Die DAF wird umgewandelt in den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Die Reichsbetriebsgemeinschaften werden umgewandelt in »Deutscher Betriebsmetallarbeiterverband«, »Deutscher Bauarbeiterverband« usw.

3. Zur Leitung des DGB wird vorläufig auf die Dauer eines Jahres ein siebenköpfiges Direktorium von zuverlässigen Gewerkschaftern berufen. Das Direktorium ernennt, gleichfalls für ein Jahr, die Leitungen der einzelnen Verbände.

4. Dem Direktorium wird die Aufgabe zugewiesen, den Angestellten- und Funktionärskörper der übernommenen Organisationen von Nationalsozialisten und gewerkschaftlich unzuverlässigen Elementen zu reinigen. Für die Durchführung dieser Aufgabe hat es unbeschränkte Vollmachten.

5. Sämtliche Anstellungen und Entlassungen sowie Berufung und Abberufung ehrenamtlicher Funktionäre im DGB und den angeschlossenen Organisationen erfolgen durch das Direktorium. Es kann dieses Recht widerruflich auf nachgeordnete Stellen oder Beauftragte übertragen.

6. Sämtliche Anstellungsverträge für Funktionäre und Personal der DAF und der angeschlossenen Organisationen und Institute werden mit dem Tage der Umwandlung

1 Diese Richtlinien waren als Anlage dem Schreiben von Fritz Tarnow an Hans Gottfurcht, 14.9. 1941, beigefügt. In dem Brief heißt es hierzu: »Wie ich den Start der neuen Gewerkschaftsbewegung sehe, geht aus den 9 Punkten hervor. Sie sind wahrhaftig nicht das, was ich [mir] wünsche. Der Gedanke an eine Zwangsorganisation mit staatlichem Monopolschutz – und damit auch unvermeidlich in starker Abhängigkeit von der Staatsleitung – und ohne innere Demokratie, diese Vision ist für mich nicht weniger schrecklich wie sie für jeden freien Gewerkschafter sein muß. Aber ich sehe keinen anderen Weg unter den gegebenen Umständen«; in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht.

2 Vgl. ebd.: »Die Auflösung der Arbeitsfront und der Wiederaufbau gewerkschaftlicher Organisation ganz von vorn, wäre Unsinn. Die Nazis haben unsere Organisationen mit den Mitgliedern und Einrichtungen übernommen, und es ist nur selbstverständlich, daß wir das zurückfordern müssen, wenn wir es auch nicht anders bekommen können, als in dem Zustande, in dem es nun ist«. Vgl. zum folgenden Dok. 174.

für erloschen erklärt. Gesetzliche Kündigungsansprüche, soweit sie nicht durch besondere Verordnungen aufgehoben werden, sind zu berücksichtigen. Alle Neuanstellungsverträge werden für ein Jahr auf Probezeit mit täglicher Kündigung abgeschlossen.

7. Der indirekte Organisationszwang, der für die DAF bestand, bleibt vorläufig auch für den DGB bestehen. Durch Verordnung im Rahmen der (zeitlich begrenzten) Demobilmachungsgesetze soll bestimmt werden, daß niemand gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt werden darf, der Nicht-Mitglied des DGB ist.

8. Die innere Organisationseinteilung bleibt vorläufig so bestehen, wie sie von der DAF übernommen wurde. Dringend notwendige Änderungen können vom Direktorium angeordnet werden, doch soll nach Möglichkeit mit der organisatorischen Neuordnung gewartet werden, bis das gewerkschaftliche Organisationsleben sich wieder so weit entwickelt hat, daß die Mitglieder selbst an den Beratungen und Beschlußfassungen teilnehmen können.

9. Das Direktorium hat dafür zu sorgen, daß dem Zweck der Umwandlung entsprechend auch die Aufgaben und Einrichtungen des DGB mit den gewerkschaftlichen Zielsetzungen in Übereinstimmung gebracht werden. Es soll so bald wie möglich vorläufige Satzungen für den DGB und ein Normalstatut für die Verbände herausgeben. Die endgültige Neuordnung soll auf einem Gewerkschaftskongreß vorgenommen werden, der ein Jahr nach der Umwandlung einzuberufen ist.[3]

DOKUMENT 173

11. 12. 1941: Carl Polenske über erste Maßnahmen zum Gewerkschaftsaufbau

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Überschrift: »Diskussionsgrundlage zu Punkt II des Memorandums von Fritz Tarnow vom Frühjahr 1940,« S. 4–6. Maschinenschrift.

[...][1]

Die ersten Maßnahmen zur Schaffung des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Das Ziel ist die Umwandlung der Arbeitsfront zu Gewerkschaften.[2]

3 Diese Richtlinien sollen nur für die Übergangszeit gelten, die jedoch »einige Jahre dauern kann«. »Für diese Übergangszeit gelten alle meine Überlegungen. Was dahinter kommen soll, welche Programme und Forderungen für den demokratischen Staat aufzustellen sind und wie der Kampf für seine Verwirklichung während der Übergangszeit geführt werden soll, das heute schon und in der Emigration festzulegen, wäre eine nutzlose und überflüssige Übung, denn das wird natürlich von denen bestimmt werden, die in der Übergangszeit die Bewegung führen werden«. Quelle wie Anmerkung 1. Zur Kritik an Fritz Tarnows Konzeption vgl. Hans Gottfurcht 2.12. 1942: »Wir alle hier können uns mit seinen (und zum Teil wohl auch Euren?) Ideen über [den] Gewerkschaftsaufbau nicht befreunden. Wir sehen in allem zu sehr das Streben nach der Allmacht der ›fachmännischen‹ Leitung und zu wenig das Bedürfnis, zu einer echten Verständigung von Masse und Führung zu gelangen«, in: HBS, Nl. Hans Gottfurcht.

1 Nicht abgedruckt die Teile A »Status der Gewerkschaften um die Jahreswende 1932/33. B. Die Arbeitsfront nach dem Gesetz vom 30.1. 1934.« Diese Diskussionsgrundlage ist als Anlage dem Schreiben von Carl Polenske an Hans Gottfurcht vom 11.12. 1941 beigefügt; in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht.

2 Vgl. ebd.: »Im März 40 hatte ich Gelegenheit, hier in Stockholm in einem Kreise von deutschen Gewerkschaftern meine Auffassung über die Umwandlung der Arbeitsfront vorzutragen. Ihr wurde allgemein zugestimmt. Meine kleine Arbeit zu Punkt II des Memorandums von Fritz Tarnow, der damals noch in Kopenhagen saß, ist etwa der Inhalt meiner Ausführungen«.

Unter Hinweis auf das Memorandum von Fritz *Tarnow* zur Gewerkschaftsfrage[3] kann ich mir hier ersparen, auf die Voraussetzungen für diese Aufgabe einzugehen. Voraussetzung ist jedenfalls der Sturz *Hitlers* und des Naziregimes. Die Wiedererrichtung demokratischer Einrichtungen. Ich benenne zwei Sofortmaßnahmen:[4]

Erste Maßnahme: Besetzung der leitenden Stellen in den Zentralen und in den lokalen Verwaltungsstellen durch zuverlässige Gewerkschaftler. Die hierzu notwendigen Personen sind vorhanden.

Zweite Maßnahme: Unbedingte Verhinderung der Mitgliederflucht aus den Organisationen der bisherigen Arbeitsfront.

Grundsätzliche Regelungen für die Umwandlung der Betriebsgemeinschaften in Gewerkschaften:

1. Beseitigung der Mitgliedschaft der Arbeitgeber und damit der Stellung des Betriebsführers als Leiter der Betriebszelle.
2. Wiederherstellung des uneingeschränkten Koalitionsrechtes, im ersten Zuge Koalitionspflicht.
3. Übernahme der Interessenvertretung der Arbeitnehmer durch die Gewerkschaften im Rahmen der Aufgaben, wie sie vor der Machtübernahme durch *Hitler* bestanden.
4. Sicherung der Vermögensbestände der Gewerkschaften in allen Institutionen der früheren Arbeitsfront.
5. Neue Aufgaben: Einflußnahme der Gewerkschaften auf alle Institutionen der Wirtschaft. Vertretung der Gewerkschaften in diesen Institutionen.[5]

Die Betriebsräte, die aufgrund der Bestimmungen des früheren Betriebsrätegesetzes zu wählen sind, gelten als Organe der Gewerkschaften.[6] Die Betriebsräte sind die Grundgliederungen für die zukünftige Einflußnahme der Gewerkschaften auf die Wirtschaft.

Da es zwingend notwendig ist, die Mitglieder der Betriebsgemeinschaften mit Ausnahme der in Punkt 1 angeführten[7] Maßnahme restlos in die Gewerkschaften zu überführen, darf im ersten Zuge keine Änderung im zur Zeit bestehenden Aufbau vorgenommen werden.

Selbstverständlich sind die Beamten- und Lehrerverbände ihrer Eigenschaft als gewerkschaftliche Organisationen wieder zuzuführen. Natürlich unter zuverlässiger Leitung.

Koalitionsrecht bedeutet in dieser Zeit Koalitionspflicht

Keine Teilung der Gewerkschaften nach religiösen oder politischen Gesichtspunkten.

Die Frage der Errichtung besonderer Angestelltenorganisationen darf erst nach Durchführung der restlosen Übernahme der Arbeitsfront behandelt werden.

3 Vgl. Dok.174.

4 Vgl. zum folg. Dok. 172.

5 In der hier nicht abgedruckten Anlage »Um die Zukunft Deutschlands« zum Schreiben vom 11.12. 1941 (vgl. Anmerkung 1) heißt es zu den gewerkschaftlichen Aufgaben: »Neben den spezifisch gewerkschaftlichen Aufgaben: der Interessenvertretung der Arbeitnehmer, Sozialpolitik, Arbeitsschutz, der entscheidenden Mitwirkung auf dem Gebiete der zukünftigen Wirtschaftsgestaltung, um nur einige zu nennen, werden die Gewerkschaften in erster Linie die Erziehung der Massen zu demokratischer Denkweise zu ihren besonderen Aufgaben machen müssen«.

6 Vgl. Dok. 194.

7 Gemeint sind die Arbeitgeber.

Das Gleiche gilt auch für die Bildung oder Einteilung der Gewerkschaften auf der Basis von Berufs-, Industrie- oder Betriebsorganisationen.

Die z.Z. bestehenden Unterstützungseinrichtungen sind nach Möglichkeit aufrecht zu erhalten bzw. im früheren Geiste auszubauen.

Die Gewerkschaftspresse ist durch zuverlässige Gewerkschaftler zu besetzen. Ihr Hauptaugenmerk ist auf die Bildung demokratischer Gedankengänge zu richten.

Die Gewerkschaften werden nach demokratischen Grundsätzen verwaltet.

Bis zur endgültigen Regelung der Organisationsform ist der Vorstand des Gewerkschaftsbundes die in allen Gewerkschaftsfragen allein zuständige und entscheidende Stelle.

Der Vorstand kann seine Befugnisse nach Maßgabe der Verhältnisse den Vorständen der einzelnen Gewerkschaften übertragen.

Bei der Besetzung des Vorstandes des Bundes und der einzelnen Gewerkschaften sind die früher bestehenden Gewerkschaftsrichtungen entsprechend zu beteiligen.

Entwurf zu einer Verordnung - [Entwurf eines] Gesetzes - über die Errichtung von Gewerkschaften[8]

Anlage zur Diskussionsgrundlage zu Punkt II des Memorandums.

§ 1. Die bisherige Arbeitsfront, nunmehr »Deutscher Gewerkschaftsbund«, übernimmt mit dem Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes - mit dem heutigen Tage - die berufliche, soziale und wirtschaftliche Interessenvertretung der deutschen Arbeitnehmer.

§ 2. Die Mitgliedschaft der Arbeitgeber in den Gliederungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes wird aufgehoben.

§ 3. Die Zugehörigkeit zu den Gliederungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist für alle Arbeitnehmer incl. der Beamten und Lehrer obligatorisch. Die Beamten und Lehrervereinigungen werden dem Deutschen Gewerkschaftsbunde als selbständige Gliederungen angeschlossen.

§ 4. Bis zum Beschluß eines deutschen Gewerkschaftsgesetzes durch die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches gelten für die Tätigkeit des Deutschen Gewerkschaftsbundes die Bestimmungen, die bis zum 1. Mai 1933 in Geltung waren.

§ 5. Zur Leitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes wird ein Vorstand von 7 Personen ernannt. Zu Mitgliedern des Vorstandes können nur Arbeitnehmer bzw. frühere Gewerkschaftler bestimmt werden.

§6. Die erstmalige Ernennung der Mitglieder des Vorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes erfolgt durch die Reichsregierung nach den im § 5 des vorliegenden Gesetzes geltenden Bestimmungen. Die späteren Wahlen zum Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes erfolgen aufgrund der Satzungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

§ 7. Der Vorstand des DGB beruft im Einvernehmen mit dem Reichskommissar für den Deutschen Gewerkschaftsbund die Leitungen für die Gliederungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes unter Beachtung der Bestimmungen des § 5 dieses Gesetzes.

§ 8. Die Reichsregierung als Vertreterin der Gesamtinteressen des deutschen Volkes ernennt zur Beobachtung der Tätigkeit der Organe des Deutschen Gewerkschaftsbundes für die Zeit des Überganges zu geordneten Verhältnissen einen der Reichsregierung verantwortlichen Reichskommissar. Der Kommissar kann Mitglied des Vorstandes des DGB sein. Der Reichskommissar hat im besonderen die Aufgabe, die Durchführung der Bestimmungen dieses Gesetzes zu überwachen.

§ 9. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage außer Kraft, an dem die gesetzgebenden Körperschaften für das Deutsche Reich das Gesetz über das neue Gewerkschaftsrecht erlassen.[9]

8 Vgl. zum folgenden auch Dok. 172, 174.

DOKUMENT 174

Dezember 1941: Fritz Tarnow zur Gewerkschaftsfrage nach dem Sturz des Hitlerregimes

AdsD, Parteivorstand Emigration Sopade, Mappe 179, Überschrift: »Stockholmer Arbeitskreis deutscher Sozialdemokraten: Betrachtungen und Richtlinien zur Politik am Tage nach Hitler«, Dezember 1941, S. 10-16, Maschinenschrift.

[...][1]

Die alten Gewerkschaften sind nach dem Machtantritt von den Nazis »übernommen« worden, unter Einsatz bewaffneter SA-Banden. Die führenden Gewerkschafter wurden in Schutzhaft abgeführt, mit ihnen die Funktionäre von ihren Posten entfernt und durch Nazis ersetzt. Die Mitglieder dagegen wurden gezwungen, weiterhin den Organisationen anzugehören; auch die Unorganisierten wurden zur Mitgliedschaft gezwungen, wenn auch nicht durch Gesetz, so doch durch gewisse Maßnahmen, die ebenso sicher wirken wie ein gesetzlicher Zwang zur Mitgliedschaft. Die Arbeitgeberverbände wurden in gleicher Weise »übernommen« und mit den Gewerkschaften zusammen zur »Deutschen Arbeitsfront« verbunden.

Aus den internen Beratungen, die diesen Aktionen vorausgingen, ist bekannt geworden, daß in der NSBO[2] (vor der Machtübernahme die Gewerkschaftsabteilung der nationalsozialistischen Partei) ein Streit darüber bestand, ob die Gewerkschaften aufgelöst und zerstört oder »übernommen« werden sollten[3]. Die Frage wurde im letzteren Sinne auf der Führerkonferenz der Partei zu Ostern 1933 entschieden. Aber nicht die NSBO wurde mit der Führung der Gewerkschaften beauftragt, sondern dem Reichsorganisationsleiter der Partei, Dr. *Ley*, wurde im Rahmen dieses Amtes der Auftrag dazu erteilt.

9 Der Verfasser Carl Polenske (11.11. 1876-22.3. 1956), Gasarbeiter, ab 1905 Bevollmächtigter im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, zuletzt Vorstandssekretär des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe, Emigration über CSR 1938 nach Schweden, Mitarbeit in der ADG, ab 1943 Vorstandsmitglied der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden; SPD, 1910-21 SPD-Stadtverordneter in Berlin-Neukölln, 1940-43 Vorsitzender der Sopade-Ortsgruppe in Stockholm, 1944 Mitbegründer und zusammen mit M. Hodann Vorsitzender des FDKB.

1 Nicht abgedruckt die Kapitel über »Die Situation nach dem Sturz des Hitlerregimes« und »Entwurf von Richtlinien zur Staatspolitik«. Das abgedruckte Dokument enthält einige Randbemerkungen von Hans Gottfurcht und zahlreiche Fragezeichen. Ein Exemplar befindet sich auch in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Zur Autorenschaft von Fritz Tarnow vgl. Fritz Tarnow an Hans Gottfurcht, 14.9. 1941, ebd; vgl. ferner Lange, Denkschriften, S. 559ff. Die von Lange abgedruckte Denkschrift weicht sprachlich an zahlreichen Stellen von der vorliegenden ab, nicht jedoch inhaltlich. Zu dem Arbeitskreis (vgl. Kopfregest) schreibt Fritz Tarnow an Hans Gottfurcht, 30.3. 1942: »Ich bemerke dazu noch, daß unser engerer Arbeitskreis aus 9 Genossen besteht, nach ihrer zuletzt innegehabten Funktion: zwei Reichstags-, ein Landtagsabgeordneter (davon zwei gleichzeitig Mitglieder gewerkschaftlicher Zentralvorstände), zwei weitere Mitglieder gewerkschaftlicher Zentralvorstände, zwei Parteiredakteure, ein Gewerkschafts- und ein Parteibezirkssekretär«, ebd.

2 Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation.

3 Vgl. Gerhard Beier, Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933, Frankfurt a. M., Köln 1975, S. 34; Aus NS-Sicht vgl. Reinhold Muchow, Nationalsozialismus und »freie« Gewerkschaften, München 1932.

Dementsprechend, das kommt auch in den Satzungen zum Ausdruck, ist die DAF im juristischen Sinne eine Unterorganisation der nationalsozialistischen Partei.[4] Aber die Mitglieder gehören ihr nicht aus freiem Willen und noch viel weniger aus politischer Überzeugung an. Auf die Führung haben sie nicht den geringsten Einfluß, selbst untergeordnete Funktionäre werden nicht von ihnen gewählt, sondern von Parteiinstanzen ernannt. Soweit die DAF einen politischen und Parteicharakter hat, ist dies ausschließlich eine Angelegenheit des Führerkreises. Außer Propagandaveranstaltungen, Festlichkeiten, den Veranstaltungen von »Kraft durch Freude« u.ä. gibt es kein inneres Organisationsleben, bei dem die Mitglieder ihre Meinung geltend machen könnten. Das Verhältnis der Führer und Funktionäre zu den Mitgliedern ist das von Beamten zum Volk, sie sind nicht den Mitgliedern, sondern einer vorgesetzten Parteistelle verantwortlich.

Bei der Entnazifizierungsaktion liegt deshalb kein zwingender Grund vor, die DAF aufzulösen. Mit der Entfernung der bisherigen Führer und Funktionäre würde sie sofort aufhören, eine Naziorganisation zu sein. Wenn diese durch demokratische und dem neuen Staate ergebene Personen ersetzt würden, würde die Organisation ebenso »demokratisch« sein, wie sie bisher »nazistisch« war.[5]

Hierin liegt für das neue Staatsregime eine so naheliegende Möglichkeit, sich sofort eine organisierte Basis in der Bevölkerung zu verschaffen, daß wohl keine Regierung, die das Erbe *Hitlers* übernehmen könnte, daran vorbeisehen wird. Sie braucht nur die Organisation an sich bestehen [zu] lassen und dafür [zu] sorgen, daß eine neue Leitung, in der Staatsauffassung konform der Regierung, mit ihr zusammenarbeitet.[6]

Allerdings würden außer dem Wechsel der Leitung noch wesentliche andere Änderungen sofort erforderlich sein, um die Organisation der neuen Zeit anzupassen. Der unnatürliche Zwang zur Gemeinschaftsorganisation für Arbeitgeber und Arbeitnehmer müßte aufgehoben, es müßten wieder Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände hergestellt werden. Diese müßten auch wieder zu ihrem ursprünglichen Charakter und zu ihren ureigenen Aufgaben zurückgeführt werden. Es wäre mit der demokratischen Idee nicht vereinbar, wenn eine solche Organisation allein als Staatseinrichtung zur Stütze des Regimes aufrecht erhalten würde.

Während der Übergangszeit werden aber die Berufsorganisationen zunächst die einzige organisierte Basis sein, auf die das Regime sich stützen kann. Die politischen Parteien, die normalerweise in einem demokratischen Staat diese Funktion ausüben, müssen erst wieder gebildet werden und es wird geraume Zeit dauern, bis wieder ein funktionsfähiges Parteiensystem vorhanden sein kann. Es ist aber gerade in der ersten Zeit ungeheuer wichtig, daß der neuen Regierung ein Organ zur Verfügung steht, mit dem sie an die Massen herankommen und mit ihnen Fühlung unterhalten kann.

Wenn die zu Gewerkschaften umgewandelten Organisationen der DAF wie bisher das gesamte werktätige Volk umfassen und ebenso wie bisher einer straffen zentralen Direktion unterliegen, sind die technischen Voraussetzungen für ein solches Organ in hervorragender Weise gegeben. Die Presse der DAF, die an sämtliche Mitglieder und ihre Familienangehörigen herankommt, kann bei der Umwandlung ohne Unterbrechung weiter erscheinen, während die politische Presse erst wieder neu geschaffen werden muß.

4 Zur DAF vgl. Hans-Gerd Schumann, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, Hannover. Frankfurt a. M. 1958.

5 Kommentar von Hans Gottfurcht: »Kartei und Werte [von der DAF übernehmen] ja Go[ttfurcht], sonst nein«. Vgl. Brief von Hans Gottfurcht an Fritz Tarnow, 22.10.1941: »Von der Arbeitsfront darf außer technischen Einrichtungen nichts übrigbleiben. Selbstverständlich gehören uns alle Werte. Der Apparat ist zu vernichten. In einer solchen Apparatur macht sich der Ungeist selbständig, darum müssen es neue Formen sein«; in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht.

6 Kommentar von Hans Gottfurcht: »Zu einfach, um funktionieren zu können. G[ottfurcht]«.

Allerdings müßte zunächst sowohl der indirekte Organisationszwang wie auch das »Führungsprinzip« nach der Umwandlung der DAF vorläufig beibehalten werden; die neuen Gewerkschaften würden in der ersten Zeit weder »frei« noch in sich demokratisch geordnet sein können. Aber wenn die neuen Gewerkschaften durch Umwandlung der Arbeitsfront zustande kommen, werden sie auf jeden Fall die Voraussetzungen für die innere Demokratie erst wieder herstellen müssen, bevor sie zur demokratischen Praxis übergehen können. Die Absetzung der jetzigen Leiter und Funktionäre und die Neubesetzung der Stellen muß sofort und Zug um Zug vorgenommen werden; schon technisch wäre es ganz unmöglich, die Neubesetzungen von Wahlen abhängig zu machen. Bevor das geschehen kann, muß erst wieder ein freies inneres Organisationsleben hergestellt sein und müssen die Mitglieder Gelegenheit bekommen haben, einander nach ihrer Gesinnung kennenzulernen. Im Nazistaat durfte niemand eine oppositionelle Gesinnung offen zeigen und deshalb wird es in der ersten Zeit sehr schwer sein, die für die neue Zeit Brauchbaren herauszufinden. Die Auslese durch Abstimmungen unter den Mitgliedern vornehmen zu lassen, könnte leicht zu Ergebnissen führen, die im direkten Gegensatz zu der Notwendigkeit der Bereinigung des Funktionärskörpers von Nazis ständen.

Die Aufrechterhaltung eines indirekten[7] Organisationszwanges erscheint während der Übergangszeit auch noch aus anderen Gründen zweckmäßig.

Die Demobilmachung und die Umstellung der Kriegswirtschaft auf Friedenszwecke werden gewaltige Anforderungen an die öffentliche Arbeitsverwaltung und die Organe der sozialen Fürsorge und der Regelung des Arbeitsmarktes stellen. Die Staatsverwaltung könnte mit diesen Aufgaben kaum fertig werden ohne die enge Mitwirkung der Berufsorganisationen. Wenn aber die Gewerkschaften in dieser Zeit öffentliche Aufgaben übernehmen müssen, die sich auf die gesamte werktätige Bevölkerung beziehen, kann daraus auch deren Pflicht zur Mitgliedschaft begründet werden. Der indirekte Zwang könnte durch eine Bestimmung im Demobilmachungsgesetz festgelegt werden, wonach der Anspruch auf einen Arbeitsplatz in erster Linie den Mitgliedern der Berufsorganisationen zusteht. Nach Beendigung der Demobilmachung würde dann diese Bestimmung automatisch entfallen.

Im vorstehenen ist die Gewerkschaftsfrage nur vom Standpunkt des neuen Staatsregimes aus betrachtet worden. Wie aber muß sie vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus gesehen werden?

Ein vom Staat ausgeübter Zwang zur Mitgliedschaft ist mit der freien gewerkschaftlichen Auffassung nicht vereinbar. Der Begriff der Koalitionsfreiheit, um die so lange gekämpft werden mußte, ist immer so aufgefaßt worden, daß sowohl die Freiheit der Organisationsgründung wie auch die Freiheit des einzelnen Bürgers, sich zu organisieren oder es nicht zu tun, darunter fällt. Selbstverständlich war es immer das Ziel der Gewerkschaften möglichst restlos sämtliche Arbeitnehmer zu umfassen, aber sie wollten das aus eigener Kraft erreichen, weil die Hilfe des Staates ja auch unvermeidlich die Abhängigkeit vom Staate zur Folge haben muß. Das Beispiel der Staatsgewerkschaften in Hitlerdeutschland, in Italien und auch in Rußland, wo überall die sozialen Interessen der Arbeiterklasse dem vom Volkswillen unabhängigen Staatsregime untergeordnet werden und wo die Scheingewerkschaften keine Organe der sozialen Selbsthilfe, sondern Machtinstrumente des Staatsregimes sind, muß abschreckend auf jeden freien Gewerkschafter wirken.

7 Kommentar: Fragezeichen und G.[ottfurcht] bzw. Go[ttfurcht].

Aber andererseits kann es in Deutschland keine freien Gewerkschaften geben, wenn nicht der Staat selbst wieder frei und demokratisch wird. Die Wiederherstellung des demokratischen Staates und seine Erhaltung ist die Voraussetzung für die Wiederherstellung der freien Gewerkschaftsbewegung; für diesen Zweck vorübergehend auf gewerkschaftliche Grundsätze und Rechte [zu] verzichten, würde sich auch vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus rechtfertigen lassen.

Auch aus praktischen Gründen liegen in der gegebenen Situation die gewerkschaftlichen Bedürfnisse näher bei den genannten Wünschen der neuen Regierung als es in normalen Zeiten der Fall sein könnte. Die sofortige Proklamierung der Koalitionsfreiheit (in Verbindung mit einer Auflösung der DAF) wäre für die gewerkschaftlichen Interessen gar nicht erwünscht. Sie würde nicht dazu führen, daß die neue Gewerkschaftsbewegung ebenso stark oder gar noch in besserer Verfassung da neu beginnen könnte, wo sie 1933 aufhören mußte. In der gegebenen Situation würden die Gewerkschaften sofort zum Spielball parteipolitischer Leidenschaften werden. Einzelne Parteien und Parteigruppen würden versuchen, eigene Gewerkschaften zu gründen.[8] Mit besonderem Eifer würden die politischen Extremisten links und rechts, die Nazis und die Kommunisten, sich auf diese Möglichkeit werfen, besonders wenn ihnen die offene parteipolitische Betätigung verboten sein würde. Natürlich würden sie die Gewerkschaftsgründungen nicht offen unter ihrer Flagge starten, sondern sorgfältig in das Gewand der neuen Staatsgesinnung einkleiden. Da bis dahin die Nazis alle Fäden der DAF in der Hand hielten und über viele tausende von existenzlos gewordenen Funktionären verfügen, hätten sie es besonders leicht, diesen Weg zu gehen.

Zu dieser Zersplitterung aus politischen Gründen würde auch noch eine weitere Zersplitterung aus den Gegensätzen zu erwarten sein, die in der Gewerkschaftsbewegung aus der Zeit vor *Hitler* bestehen. Die alten drei Richtungen – freie Gewerkschaften, christliche und Hirsch-Dunckersche – würden wieder entstehen, die Syndikalisten und Lokalisten könnten ihr Glück versuchen und die Unternehmer würden wieder gelbe Werkvereine begründen. Auch der alte Streit zwischen den Industrieorganisationen und den Berufsverbänden würde sofort wieder akut werden und wahrscheinlich in zahllosen Sondergründungen Ausdruck finden. Eine Zeit, in der alle neu beginnen müssen, ist eine starke Ermunterung für alle Sonderbestrebungen.

Das gewerkschaftliche Interesse erfordert die Einheitsorganisation, selbstverständlich mit zweckentsprechender Unterteilung in Verbänden.[9] Wenn die jetzt in der DAF erzwungene Einheitlichkeit wieder verloren gehen sollte, würden im besten Falle jahrelange innere Kämpfe notwendig sein, um die Vereinigung wieder herzustellen. Das kann verhindert werden durch die Umwandlung der DAF zu einem neuen Gewerkschaftsbund und das Verbot von Neugründungen.

Es sprechen auch gewerkschaftliche Gründe dafür, den indirekten Organisationszwang nach der Umwandlung[10] noch eine Zeit aufrechtzuerhalten. Die Nazis haben die Gesamtheit der Arbeiter und Angestellten viele Jahre hindurch durch die DAF in einer Zwangserziehungskur gehabt. Sie haben kein Mittel gescheut, um die alten Gewerkschaften zu diffamieren, sie herabzusetzen und über ihre Tätigkeit Lügen zu verbreiten. Der Nachwuchs eines ganzen Jahrzehnts ist unter dieser Lügenpropaganda groß geworden und auch viele der Älteren haben vergessen, was die Gewerkschaften eigentlich bedeuten. Es wäre nur ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit, wenn

8 Kommentar von Gottfurcht »Einheitsorg[anisation]«; diese Randbemerkung soll wohl auf den Willen der illegalen Gewerkschafter und der Emigranten, die früheren Richtungsgewerkschaften zu überwinden, hinweisen.

9 Vgl. auch Schreiben von Fritz Tarnow an Hans Gottfurcht, 14.9. 1941, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht.

10 Vgl. Dok. 173.

nun auch die wiederauferstandenen Gewerkschaften die Gelegenheit bekämen, sich für eine Zeit ohne die unvollkommene Methode der Einzelagitation an die Gesamtheit der Arbeitnehmer wenden zu können.

Man muß damit rechnen, daß die Mehrzahl der DAF-Mitglieder sich in die Armee der Indifferenten einreihen würde, wenn sie dazu die Freiheit bekäme, bevor die gewerkschaftliche Aufklärung an sie herangekommen wäre.[11] Bis zum Ersten Weltkriege war trotz jahrzehntelanger Agitation nur erst ein Fünftel der deutschen Arbeitnehmer organisiert. Nach dem Kriege und der Revolution glaubten breite Massen bisher Indifferenter, daß nun die Verwirklichung der sozialen Forderungen der Arbeiterbewegung unmittelbar bevorstehe, und sie strömten in Massen in die Gewerkschaften. Aber der Auftrieb ließ bald nach, als diese Hoffnungen nicht in Erfüllung gingen und begriffen wurde, daß man an den Erfolgen[12] der gewerkschaftlichen Aktion auch teilnehmen könne, ohne an den Opfern und Beiträgen teilzunehmen. Der höchste Mitgliederstand in den Gewerkschaften (jeweils am Jahresschluß gemessen) wurde für das Jahr 1922 mit folgenden Ziffern erreicht:

Freie Gewerkschaften	8.460.000
Christliche Gewerkschaften	1.491.000
Hirsch-Dunckersche Gewerkschaftsvereine	531.000
Andere Gewerkschaften	560.000
Zusammen	11.042.000

Die Zahl der Organisationsfähigen für die gleiche Zeit ist auf 18–19 Millionen geschätzt worden, so daß also selbst auf ihrem Höhepunkt die deutschen Gewerkschaften aller Richtungen nicht mehr als 60% der Arbeitnehmer umfaßten. Nach Beendigung der Geldinflation, die durch den Mechanismus der Lohnbewegungen einen starken Zwang zur gewerkschaftlichen Organisation ausgeübt hatte, ging die Mitgliederzahl wieder schnell zurück; in den freien Gewerkschaften sank sie von 8 ½ Millionen in 1922 auf 5 ¾ Millionen in 1932. Bei der Übernahme durch die Nazis dürfte der Mitgliederbestand in allen Gewerkschaften zusammengenommen 6 Millionen nicht überschritten haben.

Diese Zahl muß zugrunde gelegt werden, wenn man sich eine Vorstellung davon zu machen versucht, wie groß die Zahl der alten Getreuen sein kann, die bei der Wiederherstellung der Koalitionsfreiheit sofort ihr gewerkschaftliches Pflichtbewußtsein wiederfinden werden. Dabei muß aber noch berücksichtigt werden, daß auch vor 1933 ein erheblicher Teil der Mitglieder gar nicht aus fester gewerkschaftlicher Überzeugung organisiert war, sondern aus einem Zwang, der mit dem Arbeitsplatz verbunden war. Und schließlich muß noch von der Zahl wirklich innerlich treu gebliebener Gewerkschafter, die vorzugsweise unter den älteren Jahrgängen zu suchen sind, der natürliche Abgang durch Tod und Alter abgesetzt werden.

Wenn auch bei der Staatsumwälzung, ähnlich wie 1918, der Massenabfall vom alten Regime verbunden sein wird mit einem Massenzulauf zu den Trägern des neuen Regimes, so werden doch die Gewerkschaften im ersten Augenblick kaum so viel davon profitieren können wie damals. Denn diesmal können sie, da sie ja noch nicht gleich zur Stelle sind, nicht in gleicher Weise aktiv an der Umwälzung teilnehmen, und es fehlt ihnen auch zunächst der Apparat, um die Massenstimmung für sich einfangen zu können. Es fehlt doch die agitatorische Wirkung der großen sozialen Reformen – in

11 Vgl. auch Schreiben von Fritz Tarnow an Hans Gottfurcht, 14.9. 1941, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht.

12 Randbemerkung von Gottfurcht: »ein Ausweg!«. Vgl. hierzu Schreiben von Hans Gottfurcht an Fritz Tarnow, 22.10. 1941: »Ein paar Worte zum Gewerkschaftsproblem: Ich bin für die Einheitsgewerkschaft und die Kopplung gewisser sozialpolitischer Rechte an die Mitgliedschaft;« ebd.

erster Linie Achtstundentag und Arbeitslosenversicherung – die damals die Revolution brachte und die Frucht des jahrzehntelangen gewerkschaftlichen Kampfes waren.[13]

Man muß auch in Betracht ziehen, daß die Gewerkschaften in der ersten Zeit wahrscheinlich nur geringe Möglichkeiten finden werden, ihren Mitgliedern große und handgreifliche Erfolge der Gewerkschaftsarbeit vorzuführen. Die wirtschaftlichen und sozialen Nöte werden am Ende dieses Krieges noch furchtbarer sein als 1918. Während der Übergangszeit der Demobilisierung und der Umstellung der Kriegswirtschaft muß mit einer ungeheuren Arbeitslosigkeit[14] gerechnet werden und mit verzweifelten Zuständen in der Lebensmittelversorgung. Das ist keine Zeit, in der die Gewerkschaften durch sichtbare Erfolge im Kampf um die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse eine starke Werbekraft auf die Massen ausüben können. Ihre Aufgabe wird in dieser Zeit in der Hauptsache darin bestehen, das Chaos ordnen zu helfen, den Weg für eine bessere Zukunft vorzubereiten und zu verhindern, daß die Lebenshaltung der breiten Massen noch tiefer sinkt als es durch die traurigen Umstände unvermeidlich ist.

Alle diese Überlegungen führen zu dem Schluß, daß bei sofortiger Wiedereinführung der unbeschränkten Koalitionsfreiheit die neue Gewerkschaftsbewegung viel kleiner wieder anfangen müßte als sie aufgehört hat und daß ihre Kraft noch weiterhin durch eine größere Zersplitterung geschwächt sein würde. Die Zusammenhaltung aller Arbeitnehmer in einer Einheitsorganisation zur besseren Aufrechterhaltung der Ordnung während der schicksalsentscheidenden Übergangszeit und zu Schulungs- und Erziehungszwecken entspricht ebenso dem gewerkschaftlichen wie dem Staatsinteresse. Für die kommende Gewerkschaftsbewegung sollte deshalb für die erste Zeit der gesetzliche Monopolschutz und ein indirekter Organisationszwang gefordert werden.

Aus den gleichen Gründen, die für den Staat im Beginn ein autoritäres Regime erforderlich machen, kann auch die neue Gewerkschaftsbewegung nicht sofort mit der inneren Demokratie beginnen. Wenn sie durch Umwandlung der DAF entsteht, muß sofort eine gründliche Säuberung der Leitung und des ganzen Organisationsapparates von Nazis und unwürdigen Elementen durchgeführt werden, an ihre Stelle müssen sofort zuverlässige Gewerkschafter gesetzt werden. Die neue Regierung kann dazu nicht mehr beitragen, als bei der Zusammensetzung der Oberleitung mitzuwirken. Unter früher schon tätig gewesenen Gewerkschaftern dürften sich dafür geeignete Kräfte in genügender Anzahl finden. Das so gebildete Direktorium des neuen Gewerkschaftsbundes hätte dann die Leitung der einzelnen Verbände, die aus den Betriebsgemeinschaften der DAF zu bilden wäre,[15] zu bestimmen, die ihrerseits die nachgeordneten Funktionäre zu ernennen hätten.[16]

In der ersten Zeit werden Fehlbesetzungen ganz unvermeidlich sein. Nach so langer Zeit der gewerkschaftlichen Untätigkeit, des Fehlens gewerkschaftlicher Praxis und des Gesinnungsterrors wird sich nicht immer von vornherein erkennen lassen, wer für eine gewerkschaftliche Funktion geeignet und genügend gesinnungsfest ist. Deshalb

13 Zum Vergleich mit 1918 vgl. Brief von Fritz Tarnow an Hans Gottfucht, 14.9. 1941: »Wer den Versuch macht, sich die Zustände und Vorgänge nach dem Sturze Hitlers im voraus auszumalen, muß sich davor hüten, einfach die Erfahrungen von 1918 zu Rate zu ziehen und anzunehmen, daß es diesmal ähnlich so kommen könne und daß man bloß aufzupassen habe, daß die Fehler von damals nicht wiederholt würden. Das ist der Gedanke, auf den ich bei allen Unterhaltungen darüber mit Genossen immer wieder stoße. In Wirklichkeit wird diesmal eine ganz andere Situation vorliegen«; ebd.

14 Randbemerkung von Gottfurcht: »darf nicht [passieren]«.

15 Vgl. Dok. 173.

16 Randbemerkung von Gottfurcht: »Gefahr einer neuen Arbeitsfront«.

müssen alle Ernennungen auf Widerruf vorgenommen und noch auf lange Zeit muß eine scharfe Kontrolle des Funktionärskörpers aufrecht erhalten werden. Um die Einheitlichkeit bei der Reinigung des Funktionärskörpers und seines Neuaufbaues zu sichern, müssen alle Berufungen und Ernennungen der Kompetenz des Bundesdirektoriums unterstellt werden; er wird natürlich diese Vollmachten zweckentsprechend verbands- und bezirksweise weitergeben, aber es muß das Recht des Eingriffes in die Personalpolitik nachgeordneter Stellen haben.

Überhaupt wird damit zu rechnen sein, daß die Auswechselung der Funktionäre und Angestellten nicht mit einem Schlage erfolgen kann und längere Zeit in Anspruch nimmt. Personal in nichtverantwortlichen Stellen wird auch beibehalten werden können,[17] soweit es nicht sonst durch nazistische Betätigung sich unwürdig gemacht hat. Man könnte in Aussicht nehmen, mit dem Tage der Umwandlung sämtliche Anstellungsverträge in der DAF für erloschen zu erklären, daß aber das Beschäftigungsverhältnis stillschweigend mit täglicher Kündigungsfrist weiterläuft, soweit keine Entlassung erfolgt.

Auf die Dauer ist selbstverständlich dieses Führungssystem mit den Grundsätzen einer freien Gewerkschaftsbewegung nicht vereinbar. Sobald die Reinigungsaktion durchgeführt und der Bund einigermaßen konsolidiert worden ist, muß ein von den Mitgliedern gewählter Kongreß zusammentreten, um die endgültige Neuordnung festzulegen. Vor Ablauf eines Jahres wird dieser Zeitpunkt aber schwerlich erreicht worden sein.

Ein gewerkschaftliches Aktionsprogramm für die erste Zeit läßt sich im voraus kaum aufstellen. Daß die neuen Gewerkschaften alles tun müssen, was möglich ist, um die Arbeits- und Lohnverhältnisse zu verbessern und der Arbeiterklasse im sozialen Leben und im Staat den Platz zu erkämpfen, auf den sie Anspruch hat, ist selbstverständlich. Aber welche Methoden und Mittel dann dafür angewendet werden können, das wird von Verhältnissen abhängen, die heute noch nicht übersehen werden können. Sicher ist nur, daß es sich um ganz anormale Verhältnisse handeln wird, denen mit gewöhnlichen Mitteln des gewerkschaftlichen Kampfes gar nicht beizukommen ist. In Verbindung mit der Demobilmachung und den anderen Folgen des Krieges und der Niederlage wird das Leben des Volkes nur mit staatlichen Notmaßnahmen über diese Zeit hinweggeführt werden können. Für die Durchführung dieser Maßnahmen werden die Gewerkschaften unentbehrlich sein, und damit bekommen sie auch Einfluß auf die Gestaltung der Dinge. Aber bestimmte Forderungen, die in dieser Situation im Interesse der Arbeiterklasse gestellt werden können, können erst formuliert werden, wenn die Verhältnisse besser überblickt werden können.

In den nachstehenden Richtlinien hat der Arbeitskreis seine Vorschläge zur Gewerkschaftsfrage in der Übergangszeit zusammengefaßt :

Entwurf von Richtlinien zur Gewerkschaftsfrage[18]

1) Die Deutsche Arbeitsfront soll zu Gewerkschaften, vereinigt in einem einheitlichen Gewerkschaftsbund (GB) zurückverwandelt werden.[19] Arbeitgeber, leitende Angestellte und andere Personen, die nach der Art ihrer Beschäftigung nicht in den Rahmen der gewerkschaftlichen Organisation passen, scheiden dabei aus. Die Reichs-

17 Randbemerkung: 3 Fragezeichen und »unmöglich«.

18 Diese Richtlinien folgen weitgehend dem 9-Punkte-Programm von Fritz Tarnow, vgl. Dok. 172.

19 Randbemerkung von Gottfurcht: 3 Fragezeichen; vgl. auch Anmerkung 5.

betriebsgemeinschaften werden sinngemäß in Gewerkschaftsverbände zurückverwandelt.

2) Zur Leitung des GB wird vorläufig auf die Dauer eines Jahres ein elfköpfiges Direktorium von zuverlässigen Gewerkschaftern berufen. Das Direktorium ernennt, gleichfalls für die Dauer eines Jahres, die Leitung der einzelnen Verbände.

3) Die Vorsitzenden der Verbände und ihre nächsten Stellvertreter bilden für die Zeit bis zum ersten Gewerkschaftskongreß einen beratenden Bundesausschuß, den das Direktorium in allen wichtigen Fragen hören muß. Der Bundesausschuß soll in der Regel monatlich einmal zusammentreten.

4) Dem Direktorium wird die Aufgabe zugewiesen, den Angestellten- und Funktionärskörper der übernommenen Organisationen von nationalsozialistischen und gewerkschaftlich unzuverlässigen Elementen zu säubern. Für die Durchführung dieser Aufgabe hat es unbeschränkte Vollmachten.

5) Sämtliche Anstellungsverträge der Funktionäre und des Personals der DAF und der angeschlossenen Organisationen und Institute werden mit dem Tage der Umwandlung für erloschen erklärt. Alle Neuanstellungsverträge werden für ein Jahr auf Probezeit mit täglicher Kündigung abgeschlossen.

6) Sämtliche Anstellungen sowie Berufungen von ehrenamtlichen Funktionären im GB und den ihm angeschlossenen Organisationen erfolgen durch das Bundesdirektorium. Es kann dieses Recht widerruflich auf nachgeordnete Stellen und Beauftragte übertragen.

7) Bis zur endgültigen Neuordnung des neuen Staates darf die Gründung anderer Gewerkschaften nicht zugelassen werden. Durch Verordnung im Rahmen der (zeitlich begrenzten) Demobilmachungsgesetze soll bestimmt werden, daß niemand gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt werden darf, der nicht dem GB angehört (oder daß die Mitglieder des GB einen Vorrang bei der Besetzung von Arbeitsplätzen haben).

8) Die innere Organisationsgliederung bleibt so bestehen, wie sie von der DAF übernommen wird. Dringend notwendige Änderungen können vom Direktorium angeordnet werden, doch soll nach Möglichkeit mit solchen Maßnahmen gewartet werden, bis das freie gewerkschaftliche Organisationsleben sich wieder so weit entwickelt hat, daß die Mitglieder selbst an der Beratung und Beschlußfassung teilnehmen können.

9) Das Direktorium hat dafür zu sorgen, daß dem Zwecke der Umwandlung entsprechend auch die Aufgaben und Einrichtungen des GB mit der gewerkschaftlichen Zielsetzung in Übereinstimmung gebracht werden. Es soll sobald wie möglich vorläufige neue Satzungen herausgeben. Die endgültige Neuordnung soll auf einem Gewerkschaftskongreß vorgenommen werden, der ein Jahr nach der Umwandlung einzuberufen ist.

10) Im Bewußtsein, daß die neue Zeit eine größere und engere Zusammenarbeit zwischen den Völkern auf allen Gebieten des ökonomischen, sozialen und kulturellen Lebens erfordert, soll der neue Gewerkschaftsbund, getreu den Traditionen der alten deutschen Gewerkschaftsbewegung, als Mitglied des Internationalen Gewerkschaftsbundes die bestmögliche Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften der anderen Länder pflegen[20].

20 Kommentar von Gottfurcht: »Eine nicht-demokratische Org[anisation] kann nicht Mitglied des IGB sein«.

DOKUMENT 175

12. 8. 1942: Entwurf eines Gesetzes über die Umwandlung der Deutschen Arbeitsfront zu Gewerkschaften

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Tarnow. Maschinenschrift.[1]

1. Um eine möglichst umfassende soziale Interessenvertretung der Arbeitnehmer und deren Mitwirkung beim Aufbau des neuen Staates sofort sicherzustellen, und um das Unrecht wieder gut zu machen, das den deutschen Arbeitern und Angestellten durch den Raub ihrer früheren Gewerkschaften zugefügt wurde, hat die Reichsregierung beschlossen, die Deutsche Arbeitsfront nicht gleich den anderen nationalsozialistischen Organisationen aufzulösen, sondern sie nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen in Gewerkschaften umzuwandeln.

2. Die Reichsregierung hat einen besonderen Reichskommissar[2] für die Umwandlung der Deutschen Arbeitsfront ernannt. Die dazu von ihm erlassenen Anordnungen haben Gesetzeskraft.

3. Das Vermögen der Deutschen Arbeitsfront, ihrer sämtlichen Unterabteilungen und angeschlossenen Institutionen, Betriebe und Einrichtungen, einschließlich der Organisation »Kraft durch Freude«, gilt mit sofortiger Wirkung als beschlagnahmt und wird sichergestellt. Der Reichskommissar ist als Treuhänder der Vermögensverwaltung bestellt.

4. Die Polizeiverwaltungen im ganzen Reich sind angewiesen, unverzüglich geeignete Maßnahmen zur Sicherung der Durchführung des § 3 zu treffen. Sämtliche Diensträume der Deutschen Arbeitsfront in allen ihren Gliederungen sind bis auf weiteres zu schließen. Es ist Vorsorge zu treffen, um Diebstähle oder Zerstörungen zu verhindern. Sämtliche Bank- und Sparkassenkonten der DAF, ihre Depositen und Kapitalanlagen sowie alte Geldzugänge unterstehen mit sofortiger Wirkung der alleinigen Verfügung des Reichskommissars. Die verantwortlichen Leiter von Geldinstituten, die schuldigen Angestellten und andere Personen, die entgegen dieser Bestimmung noch Gelder oder Vermögenswerte der DAF ohne Genehmigung des Treuhänders ausliefern, werden nicht nur ersatzpflichtig gemacht, sondern auch wegen Beihilfe zum Diebstahl und als Staatsfeinde bestraft werden.

5. Die politischen Leiter und die Kassenwarte der Deutschen Arbeitsfront und der Fachämter, bei den Zentralen, den Bauleitungen und den Ortsabteilungen mit mehr als 10000 Mitgliedern sind sofort in Schutzhaft zu nehmen und festzuhalten, bis weitere Anweisungen ergehen. Genauere Anweisungen über die sonst in Schutzhaft zu nehmenden Funktionäre der DAF werden den Polizeibehörden durch den Reichskommissar erteilt werden. Ihr und ihrer Familienangehörigen Vermögen und privaten Bank- und Sparkassenkonten sind vorläufig sicherzustellen bzw. zu sperren, bis die Untersuchung ergeben hat, daß es sich nicht um gestohlenes oder wider die guten Sitten erworbenes Gut handelt.

1 Der Entwurf war als Anlage dem Schreiben von Fritz Tarnow an Hans Gottfurcht, 12.8. 1942, beigefügt. Dort schreibt Tarnow zur Entstehung des Gesetzentwurfes, er habe »nach dem ersten Diskussionsabend – an dem deutlich wurde, daß die SAP-Genossen durch ihre a priori-Einstellung einfach verhindert waren, den Umwandlungsplan [vgl. Dok. 172.], so wie er von uns gedacht ist, zu verstehen – die Umwandlungsaktion in der Form eines Gesetzentwurfes« dargestellt. »Ich sende diesen Entwurf beiliegend auch Euch zu, in der Hoffnung, daß er auch dort dazu beitragen kann, Mißverständnisse zu beseitigen«; in. AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Der Entwurf ist abgedruckt bei Lange, Denkschriften, S. 573ff.

2 Vgl. Dok. 172.

6. Die individuelle oder kollektive Mitgliedschaft aller selbständigen Unternehmer, Handel- und Gewerbetreibenden, leitenden Angestellten und anderen Personen, die nach dem üblichen Sprachgebrauch nicht als Arbeitnehmer gelten, ist mit dem heutigen Tage erloschen. Nähere Anweisungen über die in Betracht kommenden Personengruppen erläßt der Reichskommissar.

7. Im Rahmen der Gesetze zur Liquidierung des Nationalsozialismus und der Sicherung des neuen Staates können die im vorigen § genannten Personengruppen eigene Berufsorganisationen oder Interessenvertretungen gründen oder früher bestandene wieder ins Leben rufen. Der Reichskommissar entscheidet auf Antrag darüber, ob und in welchem Umfange solchen Organisationen ein Anteil aus dem hinterlassenen Vermögen der DAF zuerteilt werden kann.

8. Nach dem Ausscheiden der Nichtarbeitnehmer-Mitglieder wird die bisherige Deutsche Arbeitsfront in den Deutschen Gewerkschaftsbund (DG) umgewandelt. Die Fachämter[3] verwandeln sich dabei sinngemäß in gewerkschaftliche Industrieverbände. Die bisherige Abgrenzung der Fachämter und ihrer Untergliederungen bleibt vorläufig für die Industrieverbände bestehen. Etwaige Änderungen müssen der freien Entschließung der Gewerkschaften zu einem späteren Zeitpunkt vorbehalten bleiben, wenn das innere freie Organisationsleben wieder hergestellt ist.

9. Der Reichskommissar beruft eine provisorische Leitung von 15 Personen für den Deutschen Gewerkschaftsbund. Die Auswahl soll unter geeigneten früheren Gewerkschaftern vorgenommen werden, deren Gesinnung keinen Zweifel darüber läßt, daß sie entschiedene Gegner des Nationalsozialismus und ebenso entschiedene Anhänger der freiheitlich-demokratischen Staatsidee sind. Insoweit diese Erwartungen nicht oder nicht ausreichend erfüllt werden, hat der Reichskommissar während der Dauer des provisorischen Zustandes das Recht, Ernennungen zu widerrufen und geeignetere Personen zu berufen.

10. Der provisorische Vorstand des Gewerkschaftsbundes ernennt sofort für die einzelnen Industrieverbände kommissarische Leiter und so schnell wie möglich provisorische Vorstände. In gleicher Weise und nach dem Grundsatz, daß die Funktionäre der Gewerkschaften in der Regel aus der betr. Industrie bzw. früheren Gewerkschaft hervorgegangen sein sollen, werden die regionalen Leitungsstellen des Bundes und der Verbände besetzt.

11. Sämtliche Anstellungsverträge der Funktionäre und Angestellten der DAF und der angeschlossenen Organisationen werden mit dem heutigen Tage aufgehoben. Soweit nicht ausdrücklich Entlassung erfolgt, läuft das Anstellungsverhältnis stillschweigend mit täglicher Kündigungsfrist weiter.

12. Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes hat dafür zu sorgen, daß Funktionär- und Angestelltenkörper des Bundes und der angeschlossenen Organisationen so besetzt wird, wie es dem Wesen freiheitlicher Gewerkschaften und Vorkämpfern für die demokratische Staatsidee entspricht. Der aus der DAF übernommene Organisationsapparat muß gründlich von allen Elementen gesäubert werden, die durch nationalsozialistische Betätigung oder aus anderen Gründen sich unwürdig für Vertrauensstellen in der neuen Gewerkschaftsbewegung gemacht haben. Damit diese Aufgabe nach einheitlichen Grundsätzen durchgeführt werden kann, ist der Bundesvorstand während der Dauer des Provisoriums oberste Instanz in Personalfragen auch für die angeschlossenen Organisationen.

13. Das Vermögen der DAF, soweit es nicht aus Billigkeitsgründen den in § 7 genannten Organisationen zuerteilt werden muß, wird zur Verfügung des Bundes und der ihm angeschlossenen Organisationen gestellt. Nach Beendigung des provisorischen Zustandes geht es endgültig in ihr Eigentum über. Bis dahin hat der Reichskommissar darüber zu wachen, daß das Vermögen zweckmäßig verwendet und die Unterverteilung auf die angeschlossenen Organisationen gerecht durchgeführt wird.

14. Der Bundesvorstand hat die Aufgabe, unverzüglich alle zweckmäßigen Maßnahmen einzuleiten, um der äußeren Umwandlung der DAF zu einem freiheitlich-demokratischen Gewerkschaftsbund eine entsprechende innere Umwandlung folgen zu lassen. Er soll die Reichsregierung bei der Ausrottung des nationalistischen Ungeistes tatkräftig unterstützen. Von allen Organen des Bundes und der angeschlossenen Organisationen wird erwartet, daß sie im Sinne einer positiven neuen Staatsauffassung auf ihre Mitglieder einwirken.

15. Zur inneren Umwandlung gehört auch die Wiederherstellung der demokratisch-gewerkschaftlichen Selbstbestimmung und Selbstverwaltung. Sobald die Voraussetzungen dafür hergestellt sind, soll ein aus freien Wahlen der Mitglieder hervorgegangener Gewerkschaftskongreß zusammentreten, die endgültige Verfassung des Bundes bestimmen und die Wahl der Leitung vornehmen. Damit ist der provisorische Zustand beendet, und das Amt des Reichskommissars wird aufgehoben.

16. Es sind gesetzgeberische Maßnahmen in Vorbereitung, die den Gewerkschaften wichtige öffentliche Aufgaben auf den Gebieten der Demobilmachung, der Regelung des Arbeitsmarktes und der Arbeitsvermittlung, der Sozialversicherung, der Arbeitslosenfürsorge, der Fürsorge für Kriegsopfer und -hinterbliebene sowie der ökonomischen Neuordnung zuweisen werden. Die Durchführung dieser Aufgaben, die zum Teil öffentlich-rechtlicher Natur sein werden, erfordern eine einheitliche, alle Arbeitnehmer umfassende Gewerkschaftsorganisation. Die Gründung anderer Gewerkschaften wird deshalb verboten.

3 Gemeint sind die Reichsbetriebsgemeinschaften. Vgl. Dok.176, Anm.11.

DOKUMENT 176

Herbst 1942: Denkschrift »Neuaufbau der Gewerkschaften«

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Maschinenschriftliche Durchschrift.[1]

Trotz aller sonstigen Meinungsverschiedenheiten unter den vielen Richtungen der Arbeiterbewegung in den vom Nationalsozialismus und Faschismus beherrschten Ländern besteht Einigkeit darin, daß mit dem Sturz dieser Systeme der Wiederaufbau einer starken, möglichst einheitlichen Gewerkschaftsbewegung sofort in Angriff genommen werden muß.[2]

1 Zur Datierung: Die Denkschrift enthält einen Eingangsstempel vom 25. November 1942. Zu den Verfassern enthält sie die handschriftlichen Initialen E./S.; d.h. vermutlich E[nderle]/S[zende]. Auf Enderle deuten verschiedene Hinweise in dem Briefwechsel Gottfurcht/Tarnow hin; vgl. z.B. Hans Gottfurcht, 2.12. 1942, an Fritz Tarnow: »Inzwischen sind mir auch Ausarbeitungen anderer Freunde in Schweden zugegangen, die doch – zumindest ideologisch – erheblich von Deinen Gedankengängen abweichen«. Antwort von Fritz Tarnow, 29.12. 1942, an Hans Gottfurcht: »Mir sind solche Ausarbeitungen nicht bekannt, es sei denn, Du meinst eine Disposition von Enderle, die er für die SAP-Gruppe ausgearbeitet hatte und die er mir auch gegeben hat«. Zur Autorenschaft vgl. Niethammer u.a., Arbeiterinitiative, S. 96. Die Denkschrift enthält zwei weitere handschriftliche Zusätze: »Wichtig, weil die eigentliche schwedische [gemeint ist die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden] Einstellung besser zur Geltung kommt als [in] 8 [gemeint ist Dokument März 1943].« Da die im März 1943 abgeschlossene Schrift [vgl. Dok. 181] den Vermerk enthält, daß sie eine Kompromißlösung aller Beteiligten sei, dürfte diese Arbeit überholt sein. Go[ttfurcht].

2 Vgl. hierzu Günther, Landesgruppe, S. 74ff.

Diese einheitliche Auffassung zeigt, daß in bezug auf die Masseneinstellung zur Gewerkschaftsfrage die Bedingungen für den Neuaufbau günstiger sind als 1918/19:[3]

1. sind die Gewerkschaften bzw. ihre Leitungen nicht wie damals, durch Unterstützung und Zusammenarbeit mit den Kriegsschuldigen und dem deutschen Militarismus diskreditiert,

2. hat die Zerschlagung der früheren Gewerkschaften und die Unterdrückung jeder Art gewerkschaftlicher Betätigung durch die Nazis jedem einzelnen Arbeiter den Wert und die Notwendigkeit eines freien, organisierten Zusammenschlusses gegenüber den Betriebsleitungen bzw. dem Unternehmertum klar zum Bewußtsein gebracht,

3. ist mit der 10-jährigen Nazistenherrschaft (bzw. 20-jährigem Faschismus) auch viel Schädliches, wie die Zersplitterung der Gewerkschaften in viele Richtungen, veraltete Organisationsformen u.a. hinweggeräumt worden. Die Möglichkeit eines modernen Aufbaus und einer besseren Gliederung der Gewerkschaften ist daher größer als 1918/19.

Um diese Möglichkeiten erfolgreich auszunutzen, müssen sich die bewußten Sozialisten und Antifaschisten klar sein über das Wesen und die Aufgaben der Gewerkschaften. Scheinbar sind diese ganz klar und eindeutig, und zwar:

a. Zweck der Gewerkschaften ist die Verbesserung bzw. Verteidigung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.[4]

b. Daran haben alle Lohn- und Gehaltsempfänger ohne Unterschied ihrer sonstigen (politischen oder religiösen) Auffassungen ein gleichartiges Interesse. Deshalb können auf diesem Gebiet alle – soweit sie nicht höhere Vorgesetztenfunktionen ausüben – in einer (wenn auch nach verschiedenen Gesichtspunkten gegliederten) Organisation vereinigt sein.

c. Der einzige Gegenpart ist für sie alle in dieser Hinsicht in eindeutiger Weise der Unternehmer (oder Konzernleitung oder staatliche Betriebsleitung).

Dies ist in der einfachen Form die Austragung rein wirtschaftlicher Interessengegensätze und hat scheinbar mit den politischen und anderen Gegensätzen in der Gesellschaft nichts unmittelbar zu tun.

Vom formal gewerkschaftlichen Standpunkt wäre es in der Tat am besten, wenn die Gewerkschaften unpolitisch, überparteilich bzw. parteipolitisch neutral sein könnten.

So einfach liegen die Dinge indes leider nicht, denn:

1. zwischen wirtschaftlichem und politischem Kampf besteht eine fließende Grenze. Wichtige Entscheidungen oder Veränderungen in dem an sich rein wirtschaftlichen Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern beeinflussen die politischen Geschehnisse.

2. Die Unternehmer haben neben ihren unmittelbaren wirtschaftlichen, immer auch politische Machtmittel gegenüber den Wirtschaftsforderungen der Arbeiter eingesetzt. Schon hierdurch wurden die Gewerkschaften zur Abwehr auch mit politischen Mitteln gezwungen.

3. Andererseits sind es eine Reihe allgemeiner sozialer Maßnahmen, die ihrer Natur nach im Aufgabenbereich der Gewerkschaften liegen, nur über die staatliche Gesetzgebung – also mit Anwendung politischer Mittel – durchführbar. Hierzu gehören die Festlegung einer Maximalarbeitszeit, die Sozialversicherung und Arbeitsschutzmaßnahmen in den Betrieben sowie das Arbeitsrecht, soweit es das Lohn- und Arbeitsverhältnis betrifft.[5]

4. Da die Gewerkschaften alle Lohn- und Gehaltsempfänger umfassen, werden sie in jedem Industriestaat zur zahlenmäßig weitaus stärksten Organisation des Landes und damit ein wichtiges Instrument der politischen Beeinflussung der Massen und damit ein politischer Faktor erster Größe.

Aus allen diesen Gründen werden sich die politischen Parteien und die Staatsleitung immer Einfluß in den Gewerkschaften zu verschaffen suchen.

Deshalb gibt es auch nie unpolitische oder völlig überparteiliche Gewerkschaften. Mit dieser Tatsache muß man rechnen. Hier liegt auch immer eine Gefahr der Sprengung und Spaltung der Organisation.

Man muß diese Tendenzen kennen und sich ihrer stets bewußt sein, wenn ein erfolgreicher Neuaufbau und eine gesunde Entwicklung der neuen Gewerkschaftsbewegung erreicht werden soll.

Das bisher Dargelegte gilt – mit entsprechenden Modifikationen – für die Gewerkschaftsbewegung jeder Staats- oder Gesellschaftsform.

Wie werden die neuen Gewerkschaften entstehen? Wie sollen sie nach unserer Auffassung geformt werden?

Wenn die antifaschistisch sozialistisch orientierte Arbeiterschaft am Tage nach dem Sturz des Nazismus den Aufbau beginnt, findet sie die faschistischen Ersatzorganisationen (DAF usw.) oder vielleicht auch nur Reste von ihnen vor.

Diese faschistischen Organisationen sind ihrem Wesen nach das Gegenteil von wirklichen Gewerkschaften. Statt Instrumente der Arbeiter zur Wahrung ihrer Interessen sind sie ein Instrument zur wirtschaftlichen Niederhaltung und Terrorisierung der Arbeitermassen.

Daraus ergibt sich, daß jeder Versuch, die DAF und ähnliche Gebilde als Grundlage für den Neuaufbau zu »übernehmen« nicht nur falsch, sondern auch eine Utopie ist.[6] So wie die Nazis für ihre Zwecke die alten Gewerkschaften nicht übernehmen, sondern nur zerschlagen konnten, so müssen auch wir die ganze nazistische Apparatur beseitigen und völlig neu aufbauen.

Aber ebenso wie die Nazis aus den alten Gewerkschaften all das verwandt haben, was ihrer DAF nützlich war (Gewerkschaftshäuser, Organisationseinrichtungen, Mitgliederlisten, Vermögen usw.), werden auch wir darauf achten, von all dem, was an für uns nützlichen Einrichtungen der DAF noch besteht, möglichst restlos der neuen Gewerkschaftsbewegung zuzuführen.[7]

Oberster Grundsatz der neuen Gewerkschaften – in schroffem Gegensatz zu allen faschistischen Gebilden – muß sein:

Völlige Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Organisation, Freiwilligkeit der Mitgliedschaft, freie, demokratische Wahl aller Funktionäre durch die Mitglieder.[8]

Die Propagierung und Durchführung dieser Grundsätze wird dem ersten Anlauf zur Neubildung der Gewerkschaften sicherlich den notwendigen Schwung verleihen und die Mitgliederwerbung gewaltig erleichtern. Nur dadurch werden die Gewerkschaften die notwendige Kraft erreichen.

3 Vgl. dagegen Tarnow, Dok. 174, Anm.13.
4 Vgl. hierzu auch August Enderle, Was sind Gewerkschaften?, hrsg. von Oskar Schulze, Bremen 1946³, S. 18.
5 Vgl. ebd., S. 23.
6 Zur Gegenposition von Fritz Tarnow u.a. vgl. Dok.174.
7 Vgl. hierzu auch Dok. 172, 175, 181, 182, 188.
8 Vgl. hierzu auch Niethammer u.a., Arbeiterinitiative, S. 96. Zur Gegenposition vgl. Dok. 175.

Die Anfänge der neuen Gewerkschaften entstehen sicherlich schon unter dem Naziregime, sie sind zum Teil sicherlich schon heute vorhanden, in Gestalt von rückgratfesten Arbeitern, die in unzähligen Betrieben durch Ausnutzung aller Widerstandsmöglichkeiten, durch Hilfe, Ratschläge, Solidarität usw. zwar keine gewählten, aber faktische Vertrauensleute der Belegschaften sind. Je näher der Sturz des Naziregimes rückt, desto stärker und aktiver werden diese gewerkschaftlichen Pionierposten werden, um am Tage des Umsturzes offen als erste Funktionärsgarnitur und erstes Organisationsgebilde der neuen Gewerkschaften aufzutreten.

Selbstverständlich können zu Beginn, wenn sicherlich vielfach noch chaotische Zustände herrschen und nicht sofort ein geordnetes und zentralisiertes Organisationsleben möglich [sein wird], nicht alle Funktionärswahlen bis zur Spitze nach streng demokratischen Regeln durchgeführt werden. An vielen Stellen wird es Funktionäre geben, die zunächst von einem kleinen Gremium bestimmt werden. Das wird besonders auch da notwendig sein, wo zunächst keine befähigten Funktionäre und keine Organisationen da sind, oder wo Wirrköpfe und unverantwortliche Demagogen (verkappte Nazis u.a.) am Werk sind. D.h. man wird an vielen Stellen schneller Organisationen aufbauen müssen als die notwendigen Kräfte dort von unten herkommen. All dies darf aber nur ein kurzes Übergangsstadium sein.

Die früheren Gewerkschaftsfunktionäre und Mitglieder werden sicherlich mit die wichtigsten Glieder der neuen Verbände sein. Aber es wäre ganz falsch anzunehmen, daß nur sie allein zunächst Träger und Funktionäre sein könnten, weil alle unter dem Nazismus aufgewachsenen Arbeiter durch diese Schulung und mangels früherer Erfahrung unfähig dazu wären.

Erstens sind viele von den alten Gewerkschaftsfunktionären auch nicht mehr brauchbar. Viele sind müde und indifferent, manche sogar nazistisch geworden. Unzählige junge Arbeiter, die 1933 noch Kinder waren, haben sich dagegen zu rückgratfesten und durch die Praxis im Betrieb – oft auch beim Militär – zu erfahrenen und entschlossenen Antifaschisten und wirklichen Arbeiter-Vertrauensleuten entwickelt. Was ihnen an formaler Gewerkschaftskenntnis und Praxis fehlt, können sie schnell nachholen. Sie werden bestimmt zum Kern der neuen Arbeiterbewegung werden.

Einheitliche Gewerkschaftsorganisation

Der Grundsatz: Völlige Freiheit und Unabhängigkeit der Gewerkschaften birgt in sich die Gefahr, daß wieder viele Richtungen entstehen. Die wirkungsvollste Kraft hiergegen ist die entschlossene und denkbar breiteste Agitation mit dem Schlagwort: Nur eine Gewerkschaftsbewegung, keine Zersplitterung der Kräfte!

Die Wirkung wird um so größer sein, wenn diese Propaganda begleitet ist von dem Bestreben für eine sozialistische Einheitspartei, in der alle Sozialisten von den Sozialdemokraten bis zu den Kommunisten ihren Platz finden.[9] (Ob das möglich ist, hängt neben anderem natürlich weitgehend von dem Verhalten der Komm[unistischen] Internationale ab).

Die Einheitlichkeit der Gewerkschaften ist von so entscheidender Bedeutung, daß dafür alle Mittel, evtl. auch staatlich (gesetzlicher) Zwang, angewandt werden müssen. Das setzt natürlich so großen Einfluß auf die neue Staatsführung voraus, daß ein Gesetz durchgeführt werden kann, nach dem in jedem Betrieb, in jeder Industriegruppe nur eine Gewerkschaft zulässig ist, unter zentraler Zusammenfassung aller so entstehenden Gewerkschaften in einem Gewerkschaftsbund. Bedingung muß dabei aber sein, daß die Selbständigkeit und die demokratische Selbstverwaltung der Gewerkschaften unangetastet bleiben.

9 Vgl. F. Tarnow: »Gedanken zur Bildung einer sozialistisch-demokratischen Einheitspartei im neuen Deutschland« (Oktober 1942), in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Fritz Tarnow.

Die Struktur der neuen Gewerkschaften

Die früheren Gewerkschaften auf dem Kontinent sind ebenso wie die bis heute existierenden Gewerkschaften in England, Amerika und Schweden usw. zu einer Zeit entstanden, in der die handwerkliche Produktion immer mehr in die fabrikmäßige überging. Da damals wie auch noch lange Zeit nachher der gelernte Berufshandwerker in den Fabriken die entscheidende Rolle spielte, entstanden die Gewerkschaften als Berufsverbände. So richtig diese Organisationsform im Anfang war, so veraltet ist sie heute. Sie hat bereits seit Jahrzehnten hemmend auf die Entwicklung und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften eingewirkt. Die Geschichte lehrt aber überall, daß die Umformung von Berufs- zu Industrieorganisationen sehr schwierig ist und noch nirgends völlig gelang.

Jetzt, wo man in fast allen Ländern des Kontinents ganz neu aufbauen muß, ist es selbstverständlich, daß wir grundsätzlich das Prinzip des Industrieverbandes anwenden.[10] In einem Betrieb, in einer Industriegruppe nur ein Verband, der alle dort beschäftigten Arbeiter und Angestellten, gleich welchen Berufes, umfaßt, muß vom ersten Augenblick an die einheitliche Richtschnur sein.

Bestimmte, in der Tat unterschiedliche Interessen der einzelnen Berufsschichten, wie z.B. die Verschiedenartigkeit der Lohn- und anderer Bedingungen zwischen manuellen und geistigen Arbeitern, können durch Schaffung verschiedener Sektionen innerhalb des Industrieverbandes wahrgenommen werden.

Hierbei kann man sich sehr wohl des von der DAF angewandten Schemas bedienen. Sie hat ihre ca. 25 Millionen Zwangsmitglieder in nur 17 Industriegruppen[11] eingeteilt. Das ist allerdings keine Erfindung der DAF. Sie hat nur die Pläne und Forderungen der Verfechter des Prinzips der Industrieorganisationen[12] übernommen.

Mit der Durchführung des Industrieverbandes wird auch gleichzeitig eine in den früheren Gewerkschaften heiß umstrittene Frage gelöst, das Problem der Betriebsräte.

Da früher die einzelnen Betriebsräte fast jedes größeren Betriebes verschiedenen Berufsverbänden angehörten, konnten sie nie das werden, was sie sein müssen: die entscheidenden Träger der Gewerkschaften, der in erster Linie in der Organisation bestimmende Funktionärskader.

Auf das beim Umsturz und Neuaufbau so wichtige Problem der Entstehung und Bedeutung der Räte überhaupt, soll hier nicht näher eingegangen werden. Hier sei nur gesagt, daß m.E. die Entstehung von Arbeiter- und anderen Räten bei einem revolutionären Umsturz außer Zweifel steht. In irgendeiner Form werden sich daraus – wahrscheinlich neben mehr politisch fungierenden Organen – sicher sehr rasch ausgesprochene Betriebsräte entwickeln. Sie dürfen und sollen keinesfalls, wie das 1918 der Fall war, im Gegensatz zu den Gewerkschaften stehen. Sie sollen im Gegenteil vom ersten Augenblick an zur gleichen Zeit die Exponenten und Organe der Belegschaften wie auch die maßgebenden Gewerkschaftsfunktionäre sein.[13]

10 Vgl. Dok. 176.

11 Korrekt 18 Reichsbetriebsgemeinschaften, vgl. hierzu Hans-Gerd Schumann, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, Hannover 1958, S. 100, ferner Anlage Nr. 20, »Die endgültige Organisationsform der DAF«; zur Mitgliederentwicklung in der DAF vgl. ebd., S. 168.

12 Vgl. Mielke, Quellen VI, S. 639, Anm. 4.

13 Zur Betriebsrätefrage vgl. auch Dok. 194, 191. Zu den Differenzen innerhalb der Landesgruppe in dieser Frage vgl. Niethammer u.a., Arbeiterinitiative, S. 96f.

Ein konsequenter Gewerkschaftsaufbau in dieser Weise ist eine weitgehende Sicherung gegenüber der Gefahr eines Übergewichts der aus Verbandsangestellten bestehenden Bürokratie. Je enger und direkter die Gewerkschaft mit dem Betrieb verbunden ist, desto mehr werden die Mitgliedermassen und Funktionäre in den Betrieben zum bestimmenden Faktor der ganzen Bewegung.

Die Stellung der Gewerkschaften zum Staat

Diese hängt natürlich weitgehend vom Charakter und der Form des Staates und dem Gesellschaftssystem überhaupt ab. Kommt es, was unwahrscheinlich ist, wieder zu einem rein bürgerlich-kapitalistischen Staat, in dem der Privatbesitz in der Produktion vorherrscht, so werden die Gewerkschaften in einem prinzipiellen Gegensatz zum Staat stehen, wenn auch nicht ständig in offenem Kampf. Denn Gewerkschaften, die ihre Aufgabe in voller Konsequenz zu erfüllen bestrebt sind, können sich heute weniger denn je mit einer auf privatkapitalistische Interessen aufgebauten Staats- und Gesellschaftsordnung abfinden.

Das Wahrscheinlichste ist, daß nach dem Krieg nicht nur in Kontinentaleuropa, sondern mehr oder minder in allen bisher kapitalistischen Ländern zunächst ein gewisses Übergangsstadium vorherrschen wird. D.h. eine rein kapitalistische Gesellschaftsordnung wird nicht mehr möglich sein, während andererseits die sozialistisch orientierte Arbeiterklasse und die mit ihr gehenden Bevölkerungsschichten politisch nicht stark genug und auch nicht genügend vorbereitet sein werden zur alleinigen Übernahme der Macht und Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Dies würde bedeuten, daß eine zum Teil in Staats-, zum Teil in Privatbesitz befindliche, im Interesse der breiten Bevölkerungsmassen liegende Planwirtschaft[14] bestünde. Hier dürften die Gewerkschaften nicht beiseite stehen. Ihre Aufgabe ist, in einem solchen Fall mitzuwirken und alle Kraft einzusetzen, damit die privatkapitalistischen Kräfte zurückgedrängt werden und die Entwicklung in der Richtung zum Sozialismus[15] zu forcieren.

Die Hauptaufgabe der Gewerkschaften ist auch in solcher Situation die Verbesserung bzw. Verteidigung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Doch werden die Kampfformen bereits anders sein müssen als unter rein privatkapitalistischem System. Je mehr eine wirkliche Planung der Wirtschaft durchgeführt wird und je größer der Einfluß der Arbeiterklasse auf die Planung ist, desto mehr wird auch die Arbeitskraft ein Teil der Planung. Dann müssen die Gewerkschaften ihre Forderungen in bezug auf die Arbeitsbedingungen und ihre Kampfmaßnahmen dem Rahmen des von ihnen selbst mitgeschaffenen Plans anpassen.

In einer rein sozialistischen Gesellschaft muß die Gewerkschaft eine positive Einstellung zum Staat bzw. der Gesellschaft haben. Streiks sind hier prinzipiell unzulässig. Doch auch hier dürfen die Gewerkschaften nicht direkte Staatsorgane werden, wie das in der SU der Fall ist. Sie dürfen auch nicht ein Organ der Wirtschaft werden, sondern haben auch hier die Interessen der Arbeiter in bezug auf ihre Arbeitsbedingungen zu vertreten. Auch hier müssen sie ihre Selbständigkeit und innere Demokratie bewahren. Sie müssen als Vertreter des Sektors Arbeitskraft und damit als Regulator bei den auch in einer sozialistischen Gesellschaft vorhandenen verschiedenartigen Gesichtspunkten der Arbeiter und der Betriebs- und Wirtschaftsleitungen wirken.[16]

14 Vgl. Dok. 191.
15 Vgl. dagegen Fritz Tarnow in Dok.184.

DOKUMENT 177

14. 11. 1942: Brief von Fritz Tarnow, Stocksund, an Hans Gottfurcht, London, zu dessen Disposition »Gewerkschaftliche Organisationsfragen«

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Maschinenschrift. Eigenhändig unterzeichnet.

Lieber Hans,

recht vielen Dank für die neue Sendung der Mitteilungsblätter, die ich gestern bekommen habe, mit einer Mitteilung »letter follows shortly«. Ich will aber darauf nicht warten und sofort einiges zu den übersandten Dispositionen schreiben.

Den ersten Abschnitt »Gewerkschaft und Staat«[1] möchte ich überschlagen, um nicht zu lang zu werden. An sich wäre auch dazu manches zu sagen, Zustimmendes, Abweichendes und Ergänzendes. Es wäre schon eine ganz interessante Gedankenübung, sich genauer mit den gewerkschaftlichen Möglichkeiten in einem demokratischen Staat zu beschäftigen, der noch nicht sozialistisch ist, aber viel stärker als bisher in die Wirtschaftsführung hineinwächst, womit man nach dem Kriege rechnen kann. Aber diese Probleme sind vorläufig doch noch mehr akademischer Natur, solange man nichts Genaueres darüber weiß, wie der Staat aussehen wird. Wie wir paar Emigranten darüber denken, wird für die künftige Gewerkschaftsideologie auch kaum eine Bedeutung bekommen, und für den Start spielt das auch keine Rolle. Die unmittelbaren praktischen Aufgaben der Gewerkschaften und was über das Organisationswesen zu wissen notwendig ist, das ist auch genügend bekannt und bedarf keiner theoretischen Fundierung.

Auf die praktischen Maßnahmen[2] kommt es an, die wir für den Tag des Regimesturzes vorschlagen können. Dafür können wir weder in der Theorie, noch in der Geschichte, noch am lebenden Beispiel in anderen Ländern eine Anleitung finden. Der Start der neuen Bewegung muß notwendigerweise unter Verhältnissen vor sich gehen, die ohne Beispiel sind. Brauchbare Lösungen können nur gefunden werden, wenn diese Verhältnisse als Ausgangspunkt genommen werden und nicht etwa Vorstellungen, die aus ganz anderen Verhältnissen stammen.

16 August Enderle, (5.8. 1887–2.11. 1959), Mechaniker, 1904 Mitglied des DMV, 1921–28 Gewerkschaftsredakteur, 1933 Emigration von Holland über Belgien nach Schweden, 1944 Vorstandsmitglied der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden, 1945–54 Gewerkschaftsredakteur, Chefredakteur und Leiter verschiedener Gewerkschafts- und DGB-Zeitungen, Mitglied der IG Druck und Papier sowie der IG Metall, Vorsitzender, später Ehrenvorsitzender der Deutschen Journalisten-Union; SPD, nach 1918 Anschluß an USPD, Spartakusbund, KPD, 1928 Mitbegründer der KPO, ab 1932 SAP, nach 1945 SPD.
Stefan Szende, geb. 10.4. 1901, Dr. rer. pol. et phil., Publizist, vor 1933 KPO, SAP (ab 1932), 1933 Mitglied der illegalen SAP-Inlandsleitung, Nov. 1933 verhaftet, 1934 2 Jahre Zuchthaus, Dez. 1935 in die CSR ausgewiesen, in Prag Leiter des SAP-Auslandsbüros, 1937 nach Schweden.

1 Vgl. Dok. 226.

2 Zur Kritik an dieser Position vgl. Hans Gottfurcht an Carl Polenske, o.D.: »Ich bin nach wie vor der Meinung, daß viele der von Euch dort entwickelten Gedankengänge zu praktisch, zu opportunistisch, zu wenig sozialistisch und zu sehr Tagespolitik sind.«, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht.

Zunächst muß man bedenken, daß es sich um eine nicht nur »möglicherweise«, sondern ganz bestimmt revolutionäre Situation handeln wird. Ich habe schon früher darauf hingewiesen, daß es aus dem »totalen Staat« einen anderen Weg in einen neuen Staat als den einer politischen Revolution überhaupt nicht gibt. Zweifel können nur bestehen, ob und inwieweit sich die politische Revolution auch zu einer sozialen ausweitet, aber die politische Revolution selbst, d.h. die plötzliche und vollständige Umwälzung des Staates, ist ganz unvermeidlich.

Zweite Erkenntnis: Jede revolutionäre Zeit hat ihre eigenen revolutionären Gesetze und Prinzipien. Sonst wichtige bürgerliche Rechte und Freiheiten sind während dieser Zeit suspendiert. Alle Kräfte müssen nun darauf konzentriert werden, einen lebensfähigen neuen Staat zu schaffen und andere an sich berechtigte Interessen müssen dahinter zurücktreten. Daß dabei vom ersten Tage an auch schon peinlich genau die Gesetze und Regeln respektiert werden müßten, die später im geordneten Staat gelten sollen, das steht in keiner Revolutionstheorie und hat sich auch noch nie ereignet.

Wir wollen, daß der neue Staat demokratisch wird, d.h. ein Rechtsstaat mit weitgehenden Freiheiten für alle Bürger, mit Gedanken- und Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Organisationsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Beamtenrechten,[3] Unabhängigkeit der Richter usw.. Aber könnte jemand von uns so töricht sein, zu fordern, daß diese demokratischen Grundrechte schon am Tage nach *Hitler* für alle Bürger, auch für die Nazis gelten müssen? Oder hören wir auf, Demokraten zu sein, weil wir das nicht wollen, weil wir vielmehr einen Teil des Volkes unter ein Ausnahmerecht stellen und für die erste Zeit überhaupt uns wohl für die Rechtsform oder vielmehr Unrechtsform des Belagerungszustandes entscheiden würden, wenn wir darüber zu bestimmen hätten?

Ihr[3] macht offenbar den Gedankenfehler, daß Ihr gewerkschaftliche Grundrechte wie Koalitionsfreiheit oder Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder, die in normalen Zeiten heilig sein müssen, als Ausgangspunkt für das Handeln auch in revolutionären Zeiten einsetzt, statt darin Ziele zu sehen, zu denen man erst kommen muß. Revolutionäre Barrikadenbauer dürfen nicht erst in der polizeilichen Verkehrsordnung nachsehen wollen, ob es überhaupt erlaubt ist, das Straßenpflaster aufzureißen. Der Irrtum der formalistisch-demokratischen Rechtsmoral hat sehr viel dazu beigetragen, daß die Weimarer Republik zugrunde ging. Unter ihrem Schutz genossen die Nazis Narrenfreiheit und konnten bei hellem Tageslicht ihre Belagerungsgeschütze gegen den demokratischen Staat in Stellung bringen.

Wir haben uns in unserer Bewegung immer sehr viel mit Revolutionstheorie beschäftigt. Die Nazis haben gezeigt, wie man eine Revolution macht und der Neid muß ihnen lassen, daß sie sich als verdammt geschickte Revolutionstechniker erwiesen haben. Trotz ihres wütenden Hasses gegen den »Marxismus« – oder vielmehr gerade deswegen – haben sie die marxistischen Gewerkschaften nicht aufgelöst; sie haben den Mitgliedern nicht einmal gestattet, davonzulaufen und sich der r[ohen?] Erziehungsgewalt zu entziehen. Sie haben, [..., um die Konti]nuität des Organisationsbetriebes aufrecht zu erhalten, die übergroße Mehrheit der Funktionäre und Angestellten nicht sofort davongejagt, son[dern sie auf] ihren Plätzen belassen, bis man Ersatz für sie [gefunden hatte. ... Ich habe?] begriffen, wie wichtig für ihre Zwecke die Aufrechterhaltung der Organisation war und daß sie ihre Gegner organisiert in der Hand und unter [Auf-?] Sicht halten konnten. Wie gesagt, sie erwiesen sich als außerordentlich geschickte Revolutionstechniker.

Die kommende politische Umwälzung wird, wie jede andere dieser Art, aus zahlreichen revolutionären Einzelhandlungen bestehen. Nicht die am wenigsten revolu-

3 Von Hans Gottfurcht unterstrichen und mit Fragezeichen versehen.

tionäre würde es sein, wenn sofort beim Ausbruch der Revolution das Lohnproletariat organisatorisch zusammengefaßt werden könnte. Wie die Dinge liegen, kann das verhältnismäßig einfach schon dadurch erreicht werden, daß das Auseinanderlaufen verhindert wird. Selbstverständlich erzeugt die Aufrechterhaltung einer Zwangsgemeinschaft noch keine Gesinnungsgemeinschaft. Aber wer sich noch einen Rest marxistischer Geschichtsauffassung bewahrt hat, sollte begreifen, daß in einer reinen Arbeiterorganisation mit sozialen Aufgaben dynamische Kräfte schlummern, die nur erwachen brauchen, um zur Entladung zu drängen. Auch das hatten die Nazis begriffen, als sie die Naturkraft der sozialen Interessen, die sich in einer solchen Organisation ansammeln muß, durch die Zwangsgemeinschaft mit der Unternehmerklasse zu paralysieren versuchten. Darüber hinaus haben sie auch ständig ihren ganzen Terrorapparat gegen die Gefahr einer sozialen Rebellion im Einsatz gehabt, und trotzdem sind die Flammen, wie wir doch gut genug wissen, immer wieder hoch geschlagen.

Wer in diesem Zusammenhang nicht sehen will, der sollte wenigstens begreifen, daß schon allein ein Organ, mit dem die ganze Arbeiterklasse geistig beeinflußt werden kann, zu einer Tatsache von revolutionärer Bedeutung werden kann.

Mit der Auflösung der Arbeitsfront, neben der Auflösung aller politischen Organisationen, würde genau das Spiel zu Ende gespielt werden, das die Nazis sich ausgedacht haben; auch darin Meister der Revolutionskunst. Sie haben nicht nur zur Sicherung ihrer Revolution systematisch alles zu zerstören versucht, was ihrer Machtstellung gefährlich werden könnte, sie haben auch alles zu beseitigen versucht, was nach ihrem Sturz den Aufbau eines neuen Staates erleichtern könnte. Wie sie die Macht der Organisation kennen, so kennen sie auch die Ohnmacht der Organisationslosigkeit, und die Bitterkeit ihrer letzten Stunden wird ihnen noch versüßt werden durch die Vorstellung, wie nun ihre Nachfolger verzweifelt mit dem Chaos zu kämpfen haben werden, das sie hinterlassen.

Und wenn ich nun in Deiner Disposition[4] nach einem Aktionsplan suche, so kann ich nur einen positiven Vorschlag finden, nämlich die Auflösung der Arbeitsfront. Auch dies an sich ja nur eine negative Maßnahme. Für den Wiederaufbau sehe ich in Deinen Betrachtungen keine anderen Vorschläge, als daß man eben wieder Organisationen gründen, Mitglieder sammeln, einen Apparat aufbauen und zu einem Organisationsleben kommen muß. Selbstverständlich, wenn von allen Vorbereitungen abgesehen wird und die Dinge sich selbst überlassen bleiben, wird es nach der Befreiung von der Diktatur auf diesem Wege auch wieder zu Gewerkschaften kommen. Können wir uns mit einer solchen Feststellung begnügen? Sollten wir wirklich keine realisierbaren Vorschläge machen können, um den Start zu erleichtern und um – nicht nur durch bloße Wünsche, sondern durch positive Maßnahmen – eine schnelle und gesunde Entwicklung zu sichern?

Du stellst fest, daß es »erwünscht« ist, in Zukunft eine Einheitsbewegung zu haben.[5] Aber das haben wir uns ja auch schon früher immer gewünscht, ohne es bekommen zu können. Als alter praktischer Gewerkschafter kannst Du gar nicht im Zweifel darüber sein, daß es auch beim Neubeginnen ein frommer Wunsch bleiben wird, wenn nicht ganz bestimmte und wirksame Maßnahmen getroffen werden, um das sonst unvermeidliche Gegenteil, nämlich eine noch viel größere Zersplitterung, zu verhindern. Es gibt nur einen Weg, um die Einheit zu sichern, das ist, die bestehende Einheitsform zu benutzen.

4 Vgl. Dok. 227.
5 Vgl. ebd.

An anderer Stelle »vertraust« Du darauf, daß der illegale Apparat wohl noch gut genug beieinander sein wird, um bei der Neubegründung die örtlichen, bezirklichen und zentralen Funktionäre bestimmen zu können[6]. Ist das wirklich Deine ehrliche Überzeugung? Nach meiner Einschätzung der Dinge – und so ganz fremd bin ich ihnen ja auch nicht gegenüber gestanden – wäre das sicher in den ersten Jahren möglich gewesen, als die meisten der alten Funktionäre noch zur Verfügung standen. Aber was ist nach zehn Jahren davon noch vorzufinden? Schon bei Kriegsausbruch war es so, daß der illegale Apparat bis auf einige wenige Plätze für diese Aufgabe nicht mehr ausgereicht haben würde. Und nun nach vier Jahren verschärfter Kriegsdiktatur. Die jüngeren aktiven Kräfte, auf die Du Deine größten Hoffnungen setzt, sind sicher so gut wie restlos ihrem Milieu entrissen und soweit sie den Kriegsdienst überleben, werden sie in den entscheidenden Tagen und Wochen fern der Heimat überhaupt an der ersten Wiederaufbauarbeit gar nicht teilnehmen können.

Auf weitere Einzelheiten will ich nicht eingehen. Die Hauptsache ist zu begreifen, daß außerordentliche Zeiten die Anwendung außerordentlicher Mittel nicht nur gestatten, sondern zur unabweisbaren Pflicht machen. Auch ich lehne Zwangsorganisation und Gewerkschaften ohne innere Demokratie ab. Aber über diesen Skrupeln steht der Zwang einer historischen Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse, deren Lösung ihr eigenes und das Schicksal Deutschlands nach dem Sturz *Hitlers* bestimmen wird. Dazu ist Organisation erforderlich. Und die historische Situation ist so, daß das Tempo des Wiederaufbaues der Organisation von ebenso großer Bedeutung ist, wie der Wiederaufbau selbst.

In bezug auf die Arbeitsfront sind zwei Wege möglich. Entweder so, wie Du vorschlägst: Die ganze Mannschaft wird nach Hause geschickt und dann wird an jeden einzelnen die Aufforderung gerichtet, freiwillig wieder zum Dienst zurückzukehren. Oder nach unserem Vorschlage: Man läßt die Mannschaft antreten, sondert die Untauglichen und Unerwünschten aus, und der Dienst geht ohne Unterbrechung weiter. Ich verstehe nicht, wie man im Zweifel sein kann, welcher Weg der richtige ist.

Du bemühst Dich, wie ich anerkenne, nachzuweisen, daß ein gewisser Zwang ja auch früher schon nicht in Widerspruch mit unseren Grundsätzen gestanden habe. Unter den Hinweisen, die Du dazu anführst, hast Du den wichtigsten vergessen, nämlich das Denken und Handeln der organisierten Arbeiter. Daß jemand sich einfach an den gedeckten Tisch setzt, die Früchte der gewerkschaftlichen Arbeit mit verzehrt, es ablehnt, an dieser Arbeit und an den Opfern teilzunehmen und dazu auch noch das Recht haben soll, sich für dieses Verhalten auf einen Freibrief zu berufen, ausgestellt von der gewerkschaftlichen Rechtsmoral, das ist in den gesunden Menschenverstand der organisierten Arbeiter niemals hineingegangen. Sie haben auf das moralische Prinzip der Koalitionsfreiheit einfach gepfiffen. Wo sie nur immer die Möglichkeit dazu hatten, haben sie an den Unorganisierten das Prinzip des Organisationszwanges exekutiert und sind dabei vor der Anwendung von Brachialgewalt und dem Mittel der Existenzlosmachung nicht zurückgeschreckt. Diejenigen Genossen, die das Denken der Massen als die höchste Instanz für alle Zweifelsfragen in unserer Bewegung ausgeben, müssen es also um so leichter haben, nun wenigstens für eine Ausnahmezeit mit diesem Denken auch wirklich übereinzustimmen.

Wie ich sehe, habt Ihr [Eure M]einung und einen abschließenden Standpunkt noch nicht festgelegt, und s[eid noch in der Diskussion]. Ich hoffe, daß die von mir vorgetragenen Gesichtspunk[te gewür]digt werden und daß Ihr Euch dann doch noch zu unserer Stellungnahme finden könnt. Hier haben wir diese Probleme nun in den

6 Vgl. ebd.

breitesten Kreisen der gewerkschaftlichen und parteigenössischen Emigration besprochen, und ich bin dabei nirgendwo auf einen grundsätzlichen Widerspruch gestoßen.[7] Im Gegenteil ist ein starkes Interesse ganz unverkennbar und der lebhafte Wunsch, die möglichen Vorarbeiten für die gestellte Aufgabe sofort in Angriff zu nehmen. Ich werde aber nicht unterlassen, den Genossen auch von Deiner Diskussionsgrundlage Kenntnis zu geben.[8]

Mit den besten Grüßen
Dein Fritz Tarnow

DOKUMENT 178

29. 12. 1942, 2.1. 1943: Schreiben von Fritz Tarnow, Stocksund, an Hans Gottfurcht, London

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Maschinenschrift. Eigenhändig unterzeichnet.

[...][1]

Wir haben hier nun auch – angeregt durch die freundlichere politische Situation – unseren bisher losen gewerkschaftlichen Zusammenschluß in festere Organisationsform gebracht, mit Beitragszahlung. Ich schätze, daß wir auf etwa 150 Mitglieder im Lande kommen werden, davon die gute Hälfte in Stockholm. (Wir wollen im Prinzip nur früher schon gewerkschaftlich Organisierte). Vorsitzender der Landesgruppe ist Martin *Krebs*[2], weitere Vorstandsmitglieder: *Mugrauer*[3], Henry *Dittmer*[4], Carl *Polen-*

7 Vgl. dagegen Hans Gottfurcht an Fritz Tarnow, 2.12. 1942, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht.

8 Zur kritischen Auseinandersetzung mit den Stichworten »Gewerkschaftliche Organisationsfragen« von Hans Gottfurcht vgl. ferner Brief von Fritz Tarnow an Hans Gottfurcht, 16.11. 1942, in: ebd., Nl. Hans Gottfurcht.

1 Nicht abgedruckt die Ausführungen über die Arbeit der »Internationalen Gruppe demokratischer Sozialisten« (vgl. hierzu Klaus Misgeld, Die »Internationale Gruppe demokratischer Sozialisten« in Stockholm 1942–1945. Zur sozialistischen Friedensdiskussion während des Zweiten Weltkrieges, Stockholm, Bonn-Bad Godesberg 1976), über die Friedensdiskussion in Großbritannien und über die »Bolschewisierungsgefahr« bei »Gewaltmaßnahmen gegen das deutsche Volk« und die Kritik eines Beitrages von Paul Einzig im Economic Journal.

2 Martin Krebs (17.3. 1892–29.12. 1971), Tafelglasmacher, Industriemeister, Werksleiter, Fachschul- und Arbeiterakademiebesuch, 1925–30 Sekretär des Glasarbeiterverbandes Berlin, 1930–33 Internationaler Sekretär im Internationalen Glasarbeiter-Verband, nach 1933 wiederholt inhaftiert, 1935 Flucht in die CSR, 1938 nach Schweden, Vorsitzender des Landesverbandes Schweden der ADG, ab 1942 Vorsitzender der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter, Mitglied des FDKB, Tätigkeiten als Hilfsarbeiter, Journalist und in der Arbeiterbildung, 1946 Rückkehr nach Deutschland, bis 1948 Tätigkeit im Sozial- und Arbeitsministerium in Kiel, 1948–70 Kommunalpolitiker in Eckernförde; SPD.

3 Hans Mugrauer (3.2. 1899–17.7. 1975), Bergmann, Hauer, 1928–33 Sekretär im Bergarbeiterverband Bochum, 1933 Emigration in die CSR, 1938 nach Schweden, Mitbegründer und Vorstandsmitglied der Landesgruppe (LG) deutscher Gewerkschafter in Schweden, 1944/45 Vorsitzender der Ortsgruppe Stockholm, ab 1944 Vertreter der LG in der Bewegung »Der Weg ins Leben«, 1944/45 Vorsitzender des Arbeitsausschusses deutscher antinazistischer Organisationen in Schweden (Zentralstelle deutscher antinazistischer Organisationen), 1948–50 Geschäftsführer der DGB-Briefschule, 1950–52 persönlicher Referent des Vorsitzenden der IG Bergbau und Energie; ab 1952 Arbeits- bzw. Bergwerksdirektor; ab 1919 SPD, Vorstandsmitglied der Sopade-Ortsgruppe Stockholm.

4 Henry Dittmer (geb. 14.1. 1905), Meiereiarbeiter, Arbeitsamtsangestellter, 1933 Emigration über Dänemark nach Schweden, Mitbegründer der Landesgruppe Schweden der Auslandsvertretung deutscher Gewerkschafter, bis 1945 deren Kassierer, Mitglied des FDKB; SPD, 1933–52 Sekretär der Internationale sozialistischer Alkoholgegner.

ske, August *Enderle*, Fritz *Fricke*[5], Hein *Bohnsack*[6]. Es wird monatlich ein »Rundbrief« herausgegeben werden. Wir verfügen hier in der Emigration über einen verhältnismäßig großen Kreis früherer Funktionäre. Da die SAP-Genossen auch dabei sind, haben wir noch einige gute Köpfe dazubekommen.

Du deutest an, daß Dir aus Schweden Ausarbeitungen zugegangen seien, die »zumindest ideologisch« erheblich von meinen Gedankengängen abwichen. Mir sind solche Ausarbeitungen nicht bekannt, es sei denn, Du meinst eine Disposition von *Enderle*[7], die er für die SAP-Gruppe ausgearbeitet hatte und die er mir auch gegeben hat. Ich halte sie, trotz ideologischer Abweichungen, im Ganzen für vernünftiger als manche Meinungen, auf die ich im Anfang auch in den mir näher stehenden Kreisen gestoßen bin, mit denen ich dann aber nach erfolgter Aussprache sehr gut einig geworden bin. So ging es auch mit den SAP-Genossen, wie ich Dir wohl schon geschrieben habe.[8] Möglich, daß noch ideologische Meinungsunterschiede zurückgeblieben sind, die zu überwinden mir aber gar nicht so wichtig erscheint. Ich bin nicht abgeneigt, mich darüber zu unterhalten, aber ein Streit darüber[9] erscheint mir in der gegenwärtigen Situation unnütz. Die neue Ideologie der deutschen Arbeiterbewegung kann erst nach den neuen Verhältnissen geformt werden, die heute noch niemand kennt. Ich sehe jetzt nur die praktische Aufgabe, den Aktionsplan für den Start festzulegen, auch wenn die Chance, daß draußen ausgearbeitete Pläne überhaupt drinnen zum Zuge kommen werden, noch so gering sein mag. Aber ich sehe keine andere Möglichkeit, unserer Sache zu dienen.

Man könnte einwenden, daß die ideologische Einstellung doch auch bestimmend ist für den Aktionsplan und die Art der Maßnahmen, die für den Start vorgesehen werden, so daß ohne vorherige Vereinheitlichung der Ideologie auch kein einheitlicher Aktionsplan zustande kommen könnte. Ich glaube aber, daß dieser Einwand auf den von uns aufgestellten Aktionsplan[10] keine Bedeutung hat. Er paßt ebensowohl für eine hochrevolutionäre wie für eine evolutionäre reformistische Situation und bestimmt von sich aus weder das eine noch das andere. Der Plan läuft darauf hinaus, auf dem denkbar schnellsten und sichersten Wege eine umfassende und funktionsfähige Organisation der Arbeiterklasse zu schaffen. Wofür diese Organisation dann eingesetzt wird, das hängt nicht davon ab, was wir heute darüber bestimmen, sondern von den sonstigen Verhältnissen in Deutschland.

Wir haben bei unseren Betrachtungen angenommen, daß diese Verhältnisse eine demokratische Entwicklung gestatten werden und haben danach die künftige Haltung der Gewerkschaften eingeschätzt. Sollten aber die Verhältnisse eine sozialrevolutionäre Situation erzeugen, dann ist doch der Plan zur Schaffung einer einheitlichen und umfassenden Arbeiterorganisation nicht wertlos geworden. Eher im Gegenteil. So weit meine Kenntnis reicht, haben noch alle marxistischen Revolutionstheoretiker die

5 Fritz Fricke (26.10. 1894–9.11. 1961), ab 1909 Arbeiter-Jugendbewegung, 1912–33 ZdA, 1919–21 Leiter der Betriebsräteschule, 1921–33 Gewerkschaftsschule Berlin, 1933 Emigration in die CSR, 1938 nach Schweden, Mitgründer und bis 1945 Vorstandsmitglied, Sekretär und Studienleiter der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden, Mitglied des FDKB, 1943–45 wissenschaftlicher Assistent an der Universität Stockholm, 1945 Rückkehr nach Deutschland, später Tätigkeit im Bildungswesen beim Bundesvorstand des DGB, seit 1919 SPD.

6 Heinrich Bohnsack (geb. 28.3. 1893), Dreher, ab 1922 Angestellter des DMV Kiel, nach 1933 inhaftiert, dann Emigration über Dänemark nach Schweden, nach 1942 Vorstandsmitglied der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden, 1944 Mitglied des FDKB, 1945 Rückkehr nach Deutschland, Funktionär der IG Metall in Schleswig-Holstein und Hamburg; SPD.

7 Vgl. Dok. 176.

8 Vgl. Brief von Fritz Tarnow an Hans Gottfurcht; in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht.

9 Anmerkung von Tarnow: »Wegen Maschinenpanne unterbrochen; fortgesetzt den 2. Jan.«.

10 Vgl. Dok. 183.

Organisation der Arbeiterklasse für die notwendige Voraussetzung des Erfolges angesehen. Wenn ich mir vorzustellen versuche, welche Pläne die Kommunisten wohl haben mögen, für den Fall, daß sie sich stark genug fühlten, nach *Hitler* die Macht zu übernehmen, dann kann ich mir in bezug auf unsere Sache nichts anderes denken, als daß sie die DAF sofort in eine staatliche Zwangsgewerkschaft umwandeln würden. Und den Gedanken, die bestehende Organisation der Arbeiterklasse aufzulösen und an die Stelle der umfassenden Einheitsorganisation dann partielle, gegeneinander zersplitterte Organisationen neu ins Leben zu rufen, würden sie vielleicht als Ausgeburt eines teuflischen konterrevolutionären Geistes brandmarken. Unter dem Gesichtspunkte der Revolution nicht ganz mit Unrecht.

Ich meine deshalb, selbst mit anderen ideologischen Auffassungen könnte man auch bei Euch unserem Plane zustimmen und mit uns gemeinsam an seiner Vorbereitung arbeiten. Um den sehr stürmischen Tätigkeitsdrang in unserer neu belebten Gewerkschaftszusammenfassung befriedigen zu können, werden wir vorläufig zwei Arbeitskreise einrichten.[11] Der eine bekommt zur Aufgabe: Die Einrichtungen und Verhältnisse in der DAF und welche Maßnahmen – und in welcher Reihenfolge – sind für die Umwandlung zu Gewerkschaften zweckmäßig? Der andere: Welche Mittel und Methoden sind für die geistige Umschulung der deutschen Arbeiter notwendig?[12] Welche Ideen müssen am sichtbarsten herausgestellt werden und in welcher Form?

Mit den besten Grüßen
Dein Fritz Tarnow

DOKUMENT 179

Februar 1943: Die Aufgaben der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden

Auslandsvertretung der Deutschen Gewerkschaften Landesgruppe Schweden, Rundbrief Nr. 3, Februar 1943, S. 1 f. Überschrift: »Unsere Aufgabe«.

Auf Anfrage einer Ortsgruppe hat der Landesvorstand geantwortet: Es kann nicht unsere Aufgabe sein, die Beteiligung unserer deutschen Kameraden an der schwedischen Gewerkschaftsbewegung zu ersetzen oder zu ergänzen. Wir halten es für selbstverständlich, daß alle ehemaligen deutschen Gewerkschafter, soweit sie nach ihrem Arbeitsverhältnis dafür in Betracht kommen, ihrem schwedischen Fachverbande angehören und sich vorbildlich am Organisationsleben beteiligen.[1]

Die Aufgabe unseres Zusammenschlusses ist die Vorbereitung auf die zukünftige Gewerkschaftsarbeit in der Heimat und die Schulung für diese Aufgabe.[2] Die Aufforderung zum Beitritt kann danach nur für diejenigen gelten, die diese Aufgabe anerkennen und sich ihr verpflichtet fühlen. Für diejenigen Kameraden, die glauben, hier eine neue und dauernde Heimat gefunden zu haben und die bereits entschlossen sind, hier zu bleiben, kann eine moralische Verpflichtung zum Beitritt nicht geltend gemacht werden. Es liegt auch kein Grund vor, ihnen wegen ihrer Einstellung die Freundschaft aufzusagen. Auch für solche Kameraden, die unsere Aufgabe für unnütz

11 Vgl. Dok. 181, Anm. 1.

12 Vgl. Landesvertretung der deutschen Gewerkschaften, Landesgruppe Schweden, Rundbrief Nr.6, Mai 1943, S. 5.

1 Vgl. Dok. 171.

2 Zur Aufgabe der Landesgruppe heißt es ferner in: Rundbrief Nr. 2, Januar 1943, S. 1: »Wir müssen unentwegt der Welt zeigen, daß wir das andere, das bessere Deutschland vertreten.«

ansehen – etwa aus der Vorstellung heraus, daß auch nach einem Regimewechsel in Deutschland noch auf viele Jahre eine freie Gewerkschaftsbewegung nicht möglich sein würde –, hätte der Beitritt wenig Sinn.

Unser Zusammenschluß ist nicht Selbstzweck und es kommt gar nicht darauf an, möglichst sämtliche deutschen Emigranten zu erfassen. Nur diejenigen sollen gesammelt werden, die ein wirkliches Interesse an der gestellten Aufgabe haben, den Glauben an die Zukunft der freien deutschen Gewerkschaftsbewegung in sich tragen und ehrlich und ohne Nebenabsichten zur sachlichen Mitarbeit in der Gewerkschaftsfrage bereit sind.

Mit den Kameraden in der Heimat fühlen wir uns einig darin, daß beim Neubeginnen alles getan werden muß, um von Anfang an die Einheit der künftigen unabhängigen Gewerkschaftsbewegung zu sichern. Für die deutsche Arbeiterklasse wäre es ein großes Glück, wenn auch die politische Arbeiterbewegung als Einheit neu ins Leben treten könnte.[3] Doch darauf haben wir keinen entscheidenden Einfluß. Aber wenn auch die weltanschaulichen und parteipolitischen Gegensätze unter den deutschen Arbeitern noch nicht überwunden werden können, so muß es doch möglich sein, wenigstens die einheitlichen sozialen Interessen durch eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung zum Ausdruck zu bringen.

Diesen Grundsatz haben wir auch unserer Verbindung zugrunde gelegt, sie ist nicht parteipolitisch abgegrenzt. Allerdings, eine politische Voraussetzung liegt in der Natur der Sache, nämlich das Bekenntnis zur Demokratie, denn nur in einem demokratischen Staat sind freie Gewerkschaften möglich.

Die Einheit der Gewerkschaftsbewegung trotz parteipolitischer Gegensätze kann aber nur bestehen, wenn die gewerkschaftlichen Fragen von den parteipolitischen scharf getrennt und wenn die Gewerkschaften nicht zum Tummelplatz politischer Streitigkeiten und Leidenschaften gemacht werden. Danach muß auch das Zusammenleben in unserer Vereinigung eingerichtet werden und das kann ohne Mühe erreicht werden, wenn unsere Tätigkeit auf die sachlichen Gewerkschaftsfragen beschränkt wird.

Wir müßten alle den Ehrgeiz haben, durch unsere Vereinigung im Kleinen ein Beispiel dafür zu liefern, daß die Hoffnung auf eine einheitliche deutsche Arbeiterbewegung in der Zukunft keine Utopie zu sein braucht. Von allen Kameraden, die sich anzuschließen wünschen, müssen wir voraussetzen, daß sie die moralischen Verpflichtungen, die sich daraus ergeben, auch respektieren.

3 Vgl. Dok. 176, Anm. 9.

DOKUMENT 180

Februar 1943: Carl Polenske über die Gewerkschaften im neuen Deutschland

Auslandsvertretung der Deutschen Gewerkschaften Landesgruppe Schweden, Rundbrief Nr. 3, Februar 1943, S. 2f. Überschrift: »Die Gewerkschaften im neuen Deutschland«.

Der starke Anschluß der in Schweden lebenden deutschen Emigranten an die Landesgruppe deutscher Gewerkschaften[1] beweist, daß die Bedeutung der Gewerkschaften für das neue Deutschland allseitig anerkannt und gewürdigt wird. Ihre Bedeutung kann auch kaum überschätzt werden. Ein moderner Staat ist nicht denkbar ohne Gewerkschaften! Karl *Marx*, der große Meister der Erkenntnis gesellschaftlichen

1 Vgl. Dok. 178.

Werdens, prägte den Satz: »Die Bedeutung der Arbeiterschaft liegt in ihrer Zahl!« Ein einfacher und schmuckloser Satz und doch birgt er in sich eine der bedeutendsten Feststellungen unserer Zeit. Die Zahl an und für sich bedeutet nicht viel. Zur gesellschaftlichen Macht wird die Zahl erst durch den einheitlichen Willen, der sie beseelt. Karl *Marx* hat hier die Gewerkschaftsfrage auf die einfachste Formel gebracht. Will die deutsche Arbeiterschaft im neuen Deutschland den Platz einnehmen, der ihr entsprechend ihrer Zahl und Bedeutung gebührt, muß sie ohne Rücksicht auf politische oder religiöse Meinungsverschiedenheiten einig und geschlossen an die Meisterung der ihr gestellten Aufgabe herantreten.[2]

In den Vordergrund für die Schaffung der neuen Gewerkschaften stellen wir den Satz: Diese Gewerkschaften müssen unabhängig sein. Sie dürfen in ihrer Tätigkeit keiner staatlichen Bevormundung unterliegen. Sie müssen in einem Vertrauensverhältnis zur demokratischen Staatsgewalt stehen, ja sie sollen und müssen mit in erster Linie Träger der demokratischen Staatsauffassung sein. Denn mehr noch wie die Gewerkschaften im demokratischen Deutschland des Staates bedürfen, wird der Staat die Gewerkschaften brauchen zur Lösung der ihm gestellten sozialen und ökonomischen Aufgaben.

Die neuen Gewerkschaften werden Stützen des demokratischen Volkswillens sein. Im Aufbau und in der Verwaltung der Gewerkschaften wird die vollendetste Demokratie ihren Ausdruck finden. Wahlen und Entscheidungen müssen auf Grund der demokratischen Spielregeln erfolgen. Aber auf der anderen Seite erfordert die Demokratie die Anerkennung von Mehrheitsbeschlüssen. Der Grundsatz: Anerkennung von Mehrheitsbeschlüssen muß in den deutschen Gewerkschaften erstes Gebot sein. Es sei an dieser Stelle auch darauf hingewiesen, daß in der zukünftigen deutschen Republik kein Platz für die Propagierung antidemokratischer Anschauungen sein darf. Bei der Bildung demokratischer Geistesauffassungen werden die deutschen Gewerkschaften an erster Stelle stehen. Die Erziehung zum demokratischen Denken wird ebenfalls eine der Aufgaben der Gewerkschaften sein.[3] Sie bilden das große Forum für die Behandlung der Fragen Demokratie und Sozialismus. Keine andere Gesellschaftsschicht, keine andere Berufsgruppe oder politische Partei wird auf dem Gebiete der Erziehung zur Demokratie ein gleich gewaltiges Arbeitsfeld haben. Keine andere Gruppe hat die Voraussetzungen für den Erfolg dieser Aufgabe. Unsere Freunde der Freien, Christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, vereinigt im zukünftigen »Deutschen Gewerkschaftsbund«, werden die Erziehung der 20 Millionen deutscher Gewerkschaftsmitglieder zu demokratischer Denkweise übernehmen. 20 Millionen! Ja, 20 Millionen! Die 20 Millionen Arbeitnehmer der heutigen Arbeitsfront sind das Massenheer der neuen deutschen Gewerkschaften. Wir können diese gewaltige Aufgabe nicht irgendwelchen Zufälligkeiten, politischen oder religiösen Gruppen überlassen. Wir können auch nicht dulden, daß alle die unsolidarischen Elemente in der Arbeiterschaft sich dieser Aufklärung entziehen. Wir wissen, daß in der Stunde des Zusammenbruchs des Hitlersystems die Arbeiterschaft nicht führerlos dastehen wird. In Deutschland befinden sich die Kräfte, die nach der restlosen Beseitigung des nationalsozialistischen Funktionärkörpers aus allen Gliederungen der Arbeitsfront die Führung und Vertretung dieser Riesenarmee zukünftiger Kämpfer der Demokratie übernehmen werden. In diesen Reihen befinden sich die Millionen deutscher Arbeitnehmer, die der Schulung nicht mehr bedürfen, die aber bei der Bewältigung dieser Riesenaufgabe zur Verfügung stehen. Wir sind überzeugt, daß die deutschen Arbeiter diese Aufgabe meistern werden.

2 Vgl. vorangehendes Dokument.
3 Zur Bedeutung der Umerziehung des deutschen Volkes vgl. auch Dok. 182.

DOKUMENT 181

März 1943: Vorschläge der Gruppe Stockholm der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften für den Aufbau einer neuen deutschen Gewerkschaftsbewegung

AdsD, PV Sopade Emigration, Mappe 166. Hektographierte Maschinenschrift. Überschrift: »Gedanken über den Wiederaufbau freier unabhängiger Gewerkschaften in Deutschland.«[1] Auszug S. 15–20.

[...][2]

Aus der vorstehenden Darstellung über Aufgaben und Organisation der DAF ist ersichtlich, daß diese Mammutorganisation nicht den Charakter einer Gewerkschaftsbewegung hat. Sie ist eine aus Angehörigen der verschiedensten Bevölkerungsschichten zusammengesetzte Massenorganisation zum Zwecke der Beherrschung der Massen im Interesse des Naziregimes, durch nichts anderes zusammengehalten als den Machtapparat des totalen Staates. Darüber hinaus ist die DAF Eigentümer einer Reihe wirtschaftlicher Unternehmungen verschiedenster Art und Größe, gelegen sowohl in Deutschland selbst als auch in den okkupierten Ländern.

Nach dem Zusammenbruch des jetzigen Regimes ist für das kommende demokratische Deutschland eine freie und unabhängige Gewerkschaftsbewegung eine selbstverständliche Notwendigkeit.[3] Innerhalb der deutschen Arbeiterklasse ist auch der Wille vorhanden, eine solche gewerkschaftliche Arbeiterbewegung wieder aufzurichten, sobald die politischen Voraussetzungen dafür vorhanden sind. Dieser Wille wird sich geltend machen unabhängig davon, in welcher Weise die DAF zugrunde geht.

Damit jedoch die neue Gewerkschaftsbewegung auf eine möglichst effektive Weise zustande kommt, muß die DAF als ein Teil des politischen Apparates des Naziregimes zur Unterdrückung der Arbeiterklasse aufgelöst werden.[4] Da jedoch die nach dem Umsturze auf der Tagesordnung stehenden sozialen und politischen Aufgaben nur unter Mitwirkung der Arbeiterklasse gelöst werden können, wird der neue demokratische Staat, im Zusammenwirken mit den Vertretern der Arbeiter, die sofortige Überführung der in der DAF organisierten Arbeitnehmer in den neuzuschaffenden Gewerkschaftsbund anordnen.[5] Diese Maßnahme dient zugleich der Erhaltung der von den Arbeitern gegen die DAF [aufgrund] jahrelanger Beitragszahlung erworbenen Ansprüche.

1 Zur Entstehung dieser Vorlage heißt es im Vorwort: »Die Gruppe Stockholm der ADG beschloß in ihrer Versammlung im Januar 1943 u.a. einen Arbeitsausschuß einzusetzen, der das Problem der Neubildung von Gewerkschaften in einem kommenden demokratischen Deutschland zu untersuchen hatte. [...]
Die vorliegende Arbeit ist das Ergebnis der Beratungen dieses Ausschusses. Sie ist als Diskussionsbasis für die Kollegen gedacht,und um Mißdeutungen vorzubeugen, sei folgendes beachtet: Als Ausgangspunkt aller Diskussionen des Ausschusses galt die Voraussetzung, daß das kommende Deutschland auf demokratischer Grundlage aufgebaut wird und die dann vorhandene zentrale Staatsgewalt das Vertrauen der breiten Schichten der deutschen Arbeiter besitzt. Weiter möge beachtet werden, daß hier nur Organisationsprobleme behandelt sind und Fragen wirtschafts- und sozialpolitischer Art nur insoweit erwähnt wurden, als es im Zusammenhang mit dem Organisationsproblem notwendig erschien.«

2 Nicht abgedruckt die ausführliche Darstellung der DAF nach dem Stand vom Jahre 1939. »Die Wandlungen der DAF im Verlaufe dieses Krieges sind, soweit es notwendig erschien und Unterlagen hierfür vorhanden waren, berücksichtigt worden,« ebd., S. 1.

3 Zu den folgenden organisatorischen Vorschlägen der Arbeitsgruppe heißt es im Vorwort: »Der zweite Abschnitt, in dem das Organisationsproblem behandelt wird, ist ein Kompromiß der verschiedenen Auffassungen, die von den Mitgliedern des Ausschusses in dieser Frage vertreten wurden. Alle Mitglieder des Ausschusses haben der vorliegenden Arbeit zugestimmt. Sie glauben, Formulierungen gefunden zu haben, denen möglichst jeder deutsche Gewerkschaftler zustimmen kann, auch wenn sie nicht ganz mit seinen Auffassungen übereinstimmen«, ebd.

4 Zur Position von Fritz Tarnow, des Vorsitzenden der ADG, vgl. dagegen Dok.172, 174, 177, 182. 184.

1. Provisorische Konstituierung des neuen Gewerkschaftsbundes

Das Ziel ist die Vereinigung aller Arbeitnehmer in einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung. Diese ist durch gesetzliche Verordnung anzuerkennen. Um die Einheitlichkeit zu sichern, gilt der neuzuschaffende Gewerkschaftsbund als die alleinige staatlich anerkannte Interessenvertretung der deutschen Arbeitnehmer.

Es ist zu erwarten, daß bei dem Zusammenbruch des Naziregimes in allen Orten und Betrieben Deutschlands die Arbeiterschaft zu spontanen Einzelaktionen mit dem Ziele der Wiederaufrichtung von Gewerkschaften greifen wird, welche zweckmäßig koordiniert werden müssen. Außerdem werden vom ersten Tage des Umsturzes an eine Reihe von anderen gewerkschaftlichen Aufgaben erwachsen, die nur zentral gelöst werden können.

Aus diesen Gründen ist es notwendig, daß vom ersten Augenblick an eine Zentralstelle vorhanden ist, die von sich aus alle zweckmäßigen Maßnahmen zur Vertretung der Arbeiterinteressen ergreifen und die Koordination der spontanen Aktionen im Lande unter ihrer Leitung durchführen kann. Diese Stelle soll durch ein vorläufiges Zentralkomitee gebildet werden, welches die zentrale Leitung der neugeschaffenen Organisation in die Hände nehmen und solange führen muß, bis ein allgemeiner Gewerkschaftskongreß und die Kongresse der einzelnen Verbände die endgültige Organisation vornehmen.

Das Zentralkomitee hat die Pflicht und das Recht, die Besetzung der besoldeten und unbesoldeten Funktionärsstellen zu überwachen und wo es der Aufbau der Organisation erfordert, selbst vorzunehmen. Dieses Recht kann an die Leitungen der einzelnen Verbände auf Widerruf übertragen werden.

Dem Zentralausschuß soll ein vorläufiger Bundesausschuß zur Seite gestellt werden, der sich aus den Vertretern der Vorstände der einzelnen Verbände zusammensetzt.

In allen Betrieben sind unverzüglich die Wahlen von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten vorzunehmen.

Das Zentralkomitee hat weiter dafür zu sorgen, daß in allen Betrieben die Wahl von Betriebsräten erfolgt. Diese Betriebsräte gelten als Organe der Gewerkschaften.[6]

Dieser provisorische Aufbau soll sobald als möglich durch eine demokratische Organisationsform ersetzt werden. Einen genauen Zeitpunkt dafür zu fixieren, ist z. Zt. nicht möglich, da die Zustände unmittelbar nach dem Zusammenbruch heute noch nicht übersehen werden können und überdies stark von außenpolitischen Faktoren abhängig sein werden.

Aus den vorstehenden Darlegungen ergeben sich für den Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaftsbewegung folgende

Leitsätze

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung soll im Rahmen eines einheitlichen Gewerkschaftsbundes wiederhergestellt werden.

5 Randbemerkung von Hans Gottfurcht »Org[anisations]zwang« an dem Exemplar Nr. 110 des vorliegenden Dokumentes; in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht.

6 Zur Betriebsrätefrage vgl. auch Dok. 194, 191.

Alle Einrichtungen der DAF, die von den Gewerkschaften übernommen werden, sind sofort und restlos von allen nazistischen Kräften zu säubern.

Zur vorläufigen Leitung des neuen Gewerkschaftsbundes und zur Koordination aller schon eingeleiteten gewerkschaftsbildenden Aktionen wird ein Zentralkomitee von vielleicht 12 Personen gebildet. Dieses Zentralkomitee soll den neuen Gewerkschaftsbund und seine Gliederungen provisorisch organisieren und sich dabei aller gewerkschaftlich geeigneten Kräfte bedienen. Soweit sich die Leitungen der einzelnen Verbände nicht schon selbst gebildet haben, hat das Zentralkomitee solche einzusetzen. Gleichzeitig hat es vom ersten Tage seiner Wirksamkeit an die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft in vollem Umfange und gegenüber allen Stellen, die dafür in Frage kommen, zu vertreten.[7]

Die endgültige Gliederung der neuen Gewerkschaften nach Berufen und Industrien bleibt dem ersten Gewerkschaftskongreß vorbehalten. Bis zu diesem Zeitpunkt wird die bestehende Industriegruppeneinteilung beibehalten. Für die Landarbeiter, die bis heute nicht der DAF, sondern dem Reichsnährstande angehören, ist ein besonderer Landarbeiterverband zu schaffen. Ebenso sind die Beamten und Lehrer, unter zuverlässiger demokratischer Leitung, wieder in gewerkschaftlichen Organisationen zusammenzuschließen.[8]

Das Zentralkomitee hat sofort Maßnahmen zur Herausgabe einer eigenen Gewerkschaftspresse in die Wege zu leiten.

Die Vorsitzenden der einzelnen Verbände und ihre Stellvertreter bilden bis zum ersten Gewerkschaftskongreß einen vorläufigen Bundesausschuß, der in allen wichtigen Fragen mit dem Zentralkomitee gemeinsam zu entscheiden hat.

Das Zentralkomitee hat sobald als möglich provisorische Satzungen für den Bund und Mustersatzungen für die Verbände herauszugeben, nach welchen bis zu den konstituierenden Kongressen zu verfahren ist.

Sobald die Verhältnisse es zulassen, möglichst innerhalb eines Jahres, hat das Zentralkomitee den konstituierenden Gewerkschaftskongreß einzuberufen. Die Wahl der Delegierten hat nach demokratischen Grundsätzen in den Verbänden zu erfolgen.

2. Unabhängigkeit von den politischen Parteien und vom Staate

Die Gewerkschaften sind Organisationen zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen ihrer Mitglieder. Zu diesem Zwecke vereinigen sie ausschließlich Arbeitnehmer. Die politischen Parteien hingegen haben andere weiterreichendere und allgemeinere politische Aufgaben. Sie vertreten die allgemeinen politischen Anschauungen ihrer Anhänger und Wähler gegenüber der öffentlichen Meinung und im Parlament. Ihre Mitglieder rekrutieren sich aus verschiedenen sozialen Schichten der Bevölkerung.

Diese Abgrenzung besagt, daß neben den Gewerkschaften politische Parteien bestehen müssen, besagt aber nicht, daß die Gewerkschaften politisch desinteressiert sein können. Die Interessenvertretung ihrer Mitglieder zwingt sie vielmehr zur politischen Stellungnahme auf bestimmten Gebieten und bei bestimmten Gelegenheiten.

In ihrem Verhältnis zu den politischen Parteien müssen die Gewerkschaften von diesen unabhängig sein. Sie werden jedoch zu solchen Parteien in freundschaftlichen Beziehungen stehen, die ihre Bestrebungen unterstützen.

Die vorstehend skizzierte Neutralität der Gewerkschaften gegenüber den politischen Parteien ist unbedingt erforderlich für die Erhaltung der Gewerkschaftseinheit. Das

7 Die Leitsätze dieses Absatzes sind von Hans Gottfurcht mit Fragezeichen versehen, vgl. Anm. 5.
8 Die folgenden Leitsätze sind von Hans Gottfurcht mit Fragezeichen versehen, vgl. ebd.

braucht die politischen Parteien nicht zu hindern, mit ihren Mitgliedern auch gewerkschaftliche Fragen zu erörtern. Da aber der gewerkschaftliche Wille nur von den Gewerkschaftsmitgliedern selbst gebildet werden kann, ist es unzulässig und undemokratisch, daß die Parteien innerhalb der Gewerkschaften in geschlossenen Fraktionen oder Zellen auftreten.

In gleicher Weise müssen die Gewerkschaften auch vom Staate unabhängig sein und dürfen keiner wie auch immer gearteten Staatsaufsicht oder Kontrolle unterliegen. Sie haben die Aufgabe, an dem Aufbau eines neuen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens entscheidend und nach sozialistischen Prinzipien mitzuwirken.[9] Deshalb können sie auch nicht irgendwelchen staatlichen Organen untergeordnet sein. Diese Unabhängigkeit der Gewerkschaften liegt überdies auch im Interesse des demokratischen Staates selbst, da diese ihm gegenüber als Partner auftreten können, der den korporativen Willen der durch die Gewerkschaften vertretenen Arbeitnehmer zum Ausdruck bringt.

3. Wirtschaftspolitische Forderungen

Zu den ersten und wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften wird die Mitwirkung an der Lebensmittelversorgung, der Arbeitsbeschaffung und der Umstellung der Wirtschaft gehören.

In bezug auf die Lebensmittelversorgung unmittelbar nach dem Kriege müssen die Gewerkschaften sowohl in die Planung als auch in die Kontrolle über die Verteilung eingeschaltet werden. Auch an der Planung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen müssen sie beteiligt werden und Kontrollrechte über die Durchführung dieser Maßnahmen erhalten. Sie müssen weiter das Recht bekommen, aktiv an der Umstellung der Wirtschaft von der Kriegs- auf die Friedensproduktion mitzuwirken und haben dabei die besonderen sozialen und ökonomischen Grundanschauungen ihrer Mitglieder zur Geltung zu bringen.

Im Hinblick auf die engen Zusammenhänge zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik muß den Gewerkschaften, entsprechend ihrer gesellschaftlichen Bedeutung, Einfluß auf die Gestaltung der staatlichen Wirtschaftspolitik eingeräumt werden.

4. Internationaler Anschluß

Der Rat und die Hilfe der internationalen Gewerkschaftsbewegung wird für den Aufbau, die Geltung und den Einfluß der deutschen Gewerkschaften von weitreichender Bedeutung sein. Es bedarf deshalb keiner näheren Erörterung, daß der neue deutsche Gewerkschaftsbund sofort um den Anschluß[10] an den Internationalen Gewerkschaftsbund anzusuchen hat. Ebenso müssen die neuen Verbände sofort wieder an ihre internationalen Organisationen angeschlossen werden.

5. Die Abwicklung der Arbeitsfront[11]

Solange der demokratische Aufbau des neuen Gewerkschaftsbundes sich noch in der Durchführung befindet, und um in der Übergangszeit chaotische Zustände im Organisationsleben zu verhindern, ist dem provisorischen Zentralkomitee der neuen Gewerkschaften das Recht zu erteilen und ihm zur Pflicht zu machen, alle Einrichtun-

9 Handschriftliche Anmerkung von Hans Gottfurcht »Sozialistisches Bekenntnis«, vgl. ebd.
10 »Rat und die Hilfe« und »sofort um den Anschluß [...] anzusuchen« wird unterstrichen und mit Fragezeichen versehen, vgl. ebd.
11 Handschriftliche Anmerkung von Hans Gottfurcht »Provisorische Fortexistenz?!«, vgl. ebd.

gen, Mittel und organisatorische Möglichkeiten der DAF zur Aufnahme und Fortführung seiner Arbeit anzuwenden.[12]

Gleichzeitig ist alles weitere bewegliche und unbewegliche Vermögen der DAF, aller ihrer Untergliederungen sowie das Vermögen aller leitenden und disponierenden Angestellten und Funktionäre zu beschlagnahmen. Ebenso ist das Vermögen ihrer nahen Angehörigen und aller Personen überhaupt, die im Verdacht stehen, sich an eventuellen Vermögensverschiebungen, die mit der DAF in Zusammenhang stehen, beteiligt zu haben, zu beschlagnahmen. Diese Vermögenswerte sind erst wieder freizugeben, wenn ihr rechtmäßiges Zustandekommen nachgewiesen oder festgestellt ist.

Um jegliche Störung zu verhindern, werden alle Stellen der DAF auf Widerruf geschlossen und während dieser Zeit besetzt gehalten. Für laufende Wirtschaftsbetriebe werden jedoch besondere Maßnahmen angeordnet, um Produktions- und Betriebsstörungen zu verhindern.

Alle Mitglieder der DAF, die nach ihrer beruflichen Stellung nicht in die Gewerkschaftsbewegung hineingehören, sind sofort auszuscheiden.[13]

In bezug auf die Arbeitnehmermitglieder der DAF ist jedoch anders zu verfahren. Sie müssen im Interesse der Einheitlichkeit der neuen Bewegung von dem neuen Gewerkschaftsbunde erfaßt werden. Die provisorische Leitung der Gewerkschaften soll alle ihr zweckmäßig erscheinenden Mittel anwenden, um alle Arbeiter dem Gewerkschaftsbunde zuzuführen. Zu diesem Zwecke müssen alle Einrichtungen zur Erfassung der Mitglieder der DAF, zur Kontrolle und zur Erhebung der Beiträge vorläufig in Funktion gehalten und der provisorischen Gewerkschaftsleitung zur Verfügung gestellt werden.[13]

Zur Durchführung aller mit der Auflösung und Abwicklung der DAF notwendigen Maßnahmen ist es notwendig, sofort alles nationalsozialistisch gesinnte Personal, vor allem alle leitenden und maßgebenden Angestellten zu entlassen und, solange sie noch mit der Übergabe ihrer Geschäfte beschäftigt sind, unter schärfste Kontrolle zu stellen. Darüber hinaus sind alle Einrichtungen der DAF und ihrer Untergliederungen sowie alle ihr gehörenden Unternehmungen sofort und auf das sorgfältigste von jedem nationalsozialistischem Einflusse gründlich zu reinigen.

Außer dem bisher Vorgeschlagenen werden sich einige weitere

Sofortmaßnahmen

zur Sicherstellung und Kontrolle von Vermögenswerten der DAF notwendig machen:

Es wird zweckmäßig sein, einen Reichskommissar zur Abwicklung der DAF einzusetzen, der als Beauftragter der derzeitigen Staatsgewalt alle Rechtsmaßnahmen zu treffen hat und Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen kann, soweit sie die Abwicklung der DAF betreffen.[13]

Dieser Reichskommissar wird unter anderem die Aufgabe haben, auch alle die Werte der DAF, die evtl. schon vor dem Umsturze durch Verkäufe, Scheinverträge oder sonstige Formen der Veräußerung an dritte Personen und Institutionen übergegangen sind, sicherzustellen.[13]

Alle Buchführungen und Kassengebahrungen sind sofort durch Sachverständige zu revidieren. Gleiche Revisionen sind auch sofort durchzuführen in bezug auf alle Forderungen und Schulden, um evtl. unrechtmäßigen Vermögensverschiebungen auf die Spur kommen zu können. Um bei der Vermögensermittlung und Beschlagnahme

12 Dieser Absatz ist mit mehreren Fragezeichen versehen; vgl. ebd.
13 Diese Absätze sind mit Fragezeichen versehen; vgl. ebd.

Verschleierungen verhindern zu können – und auch aus politischen Gründen – muß die Inhaftsetzung der leitenden und verantwortlich tätig gewesenen Personen aller Einrichtungen der DAF und aller ihrer Unternehmungen sofort angeordnet werden.

Die beschlagnahmten Wirtschaftsbetriebe der DAF erhalten sofort durch den Reichskommissar besondere Betriebskommissare, unter deren Aufsicht und Kontrolle die Betriebe weitergeführt werden. In diesen Betrieben sind unter Leitung des Betriebskommissars sofort besondere Betriebsausschüsse zu bilden, durch die die ungestörte Fortführung des Betriebes zu gewährleisten ist.

Durch die vorstehend vorgeschlagenen Maßnahmen erscheint die Gewähr gegeben zu sein, die Vernichtung der DAF als Massenorganisation im Dienste der Naziherrschaft so gründlich als möglich zu erreichen. Andererseits erscheinen alle Werte und Einrichtungen der DAF, die dem Aufbau der neuen Gewerkschaften dienstbar gemacht werden können, gesichert zu sein.[13]

DOKUMENT 182

15. 3. 1943: Fritz Tarnow, Stocksund, an Hans Gottfurcht, London

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Maschinenschrift. Eigenhändig unterzeichnet.

[...][1]

Und nun wieder zu unseren Problemen des Wiederaufbaues der deutschen Gewerkschaften. Die Zeit rückt näher, wo es notwendig wird, eine feste Disposition zu haben und da müßten wir uns doch unter uns verständigen können. Bei den Vorbereitungen für den Frieden darf die Vorbereitung für die künftige Arbeiterbewegung keine untergeordnete Rolle spielen. Man muß wissen, wie die Gewerkschaftsbewegung wieder ins Leben gerufen werden kann. Richtlinien über die Aufgaben, die Zielsetzung und die Organisationsformen reichen dafür nicht aus. Man muß sich über die praktischen Maßnahmen klar werden, die für den Start erforderlich sind.

Die Kernfrage ist, ob Neugründung oder DAF als Ausgangspunkt.[2] Wer der Meinung ist – und instinktiv denkt zunächst jeder so –, daß die DAF »aufgelöst« oder »zerschlagen« werden muß[3], sollte sich dieses Objekt erstmal etwas näher ansehen. Die DAF ist keineswegs nur eine Zwangsorganisation mit nichts anderem als der Beitragspflicht für 25 Millionen Mitglieder. Wenn in England jetzt durch den Beveridgeplan[4] die Frage der Sozialisierung des Versicherungswesens akut geworden ist, dürfte es interessieren, daß in Deutschland die DAF den größten Versicherungskonzern besitzt mit einem Drittel (8,5 Millionen) aller Lebensversicherungen. Zur DAF gehören Wohnungsbaugesellschaften mit rund 100 000 eigenen Wohnungen. Alle Konsumgenossenschaften mit ihren Einkaufszentralen und Eigenbetrieben sind in die DAF eingegangen. Die »Bank der Arbeit« ist das viertgrößte Bankunternehmen mit 30 Milliarden Umsatz im Jahre 1940. Die DAF besitzt eine Reihe Verlagsanstalten, viele Druckereien und eine Großbuchbinderei. Die Gesamtauflage der DAF-Fachpresse und des »Arbeitertum« ist etwa ebenso groß wie die Gesamtauflage der deutschen Tagespresse und danach kann man sich eine Vorstellung von dem technischen Apparat machen. Ferner gehört zur DAF der Riesenapparat von »Kraft durch Freude«

1 Nicht abgedruckt die Hinweise auf die Diskussion über die Friedensziele in Schweden und über den Vansittartismus in Großbritannien, vgl. hierzu Dok. 178, Anm. 1.
2 Vgl. Dok. 172, 174, 177, 182, 184, 188.
3 Vgl. Dok. 176, 188.
4 Vgl. William H. Beveridge, Full Employment in a Free Society. A Report. London 1944.

mit unzähligen Reisebüros, Hotels, Ferien- und Wanderheimen, Seebädern, Theatern, Kinos, Schiffen und anderen Transportmitteln. Die große Volkswagenfabrik, die Vulkanwerft Stettin und andere Wirtschaftsunternehmungen gehören der DAF. Und schließlich die vielen Kontorhäuser, Schulen und Erziehungsheime. Was früher einmal von den Gewerkschaften übernommen wurde, ist nur ein Bruchteil dessen, was heute da ist.

Das alles kann man überhaupt nicht »auflösen« und kein vernünftiger Mensch kann daran denken, es »zerschlagen« zu wollen. Manches wird vielleicht für die künftige Gewerkschaftsbewegung nicht erwünscht sein, aber doch für die künftige Arbeiterbewegung in einem größeren Rahmen gesehen. Mit der »Volksfürsorge« hatten wir doch auch früher schon unser Interesse auf diesem Gebiete bekundet, und die »Dewog«[5] war ja auch eine gewerkschaftliche Gründung, ebenso die Arbeiterbank.

Über die materielle Seite des Problems mag mancher mit einer großen Handbewegung hinweggehen; wer aus eigenem Erleben weiß, wie viel Mühe, Opfer und Zeit es gekostet hat, bis die Gewerkschaften ihre materielle Ausrüstung beieinander hatten, wie stolz wir über das erste eigene Bürohaus und über die erste eigene Druckpresse waren, wird das anders einschätzen.

Man könnte sich natürlich denken, daß der Staat zunächst all diese Vermögenswerte übernimmt und den neu zu gründenden Gewerkschaften davon das gibt, was ihnen zukommt. Aber wie kann das praktisch vor sich gehen? Bei einer allgemeinen Neugründung werden sicher eine ganze Reihe miteinander konkurrierender Gewerkschaftsrichtungen und Verbände entstehen, um so sicherer, wenn dahinter die Hoffnung auf Anteil an einer Milliardenerbschaft steht. Keine der früheren Organisationen kann mit einer legitimierten Repräsentation auftreten; was früher bestand, kann heute nicht wieder rekonstruiert werden. Tatsächlich ist es ja auch rechtlich und moralisch so, daß das Vermögen der DAF der Gesamtheit der deutschen Arbeitnehmer gehört, die ja auch ihre Unterstützungsansprüche daran haben. Daß eine verantwortliche Staatsleitung das Vermögen der DAF auf eine zersplitterte Gewerkschaftsbewegung, die nur einen Bruchteil der heutigen DAF-Mitglieder umfaßt, verteilen würde, ist ganz unwahrscheinlich.

Es sind nicht nur materielle Werte, die auf dem Spiele stehen. Wir sind uns alle einig darin, daß die Einheit der künftigen Bewegung hergestellt werden muß, aber es gibt dazu keinen anderen Weg als den von uns vorgeschlagenen. Und auch nur auf diesem Wege kann es sofort zu einer großen und funktionsfähigen Bewegung kommen. Das Tempo der Wiederherstellung der Bewegung wird von der allergrößten Bedeutung für die Rolle sein, die von der Arbeiterklasse beim Neuaufbau des Staates gespielt werden kann. Was in den ersten Wochen und Monaten versäumt wird, kann später in Jahren und Jahrzehnten nicht wieder aufgeholt werden.

Alle Bedenken, die von Euch geltend gemacht werden, sind anfangs auch bei uns vorhanden gewesen, aber sie haben bei einer genaueren Behandlung der Fragen nicht standgehalten. Unter den vielen alten Gewerkschaftsfunktionären, die hier leben, ist heute nicht mehr ein einziger, der in den wesentlichen Fragen eine andere Meinung hat. Du wirst Dir doch auch wohl nicht vorstellen können, daß so solide Gewerkschafter und selbständige Menschen wie Carl *Polenske*[6], Walter *Kwasnick*, Martin *Krebs*[7], Fritz *Fricke*, Hein *Bohnsack*, Otto *Elchner*, Franz *Lorenz*[8] – um nur die

5 Dewog = Deutsche Wohnungsfürsorgegesellschaft AG für Beamte, Angestellte und Arbeiter; gegründet am 14.3. 1924. Aktionäre waren u.a. ADGB, Afa-Bund, ADB und mehrere Dutzend Einzelgewerkschaften auf Reichs-, Bezirks- bzw. Ortsebene.

6 Zur Position von Carl Polenske vgl. Dok. 180.

7 Vgl. Brief von M. Krebs an W. Schevenels vom 10.6. 1942, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Gottfurcht.

8 Franz Lorenz, seit 1900 Mitglied, später Funktionär des Schuhmacherverbandes.

Bekanntesten zu nennen – sich von mir zu Dummheiten beschwätzen lassen könnten?

Meine Überzeugung von der Richtigkeit unserer Vorschläge ist auch dadurch gefestigt worden, daß auch solche Kreise, die mit dem vorgefaßten Willen zur Opposition kamen[9], eines besseren belehrt wurden. Mit der Bildung der festeren Organisation[10] haben wir ja eine ganze Reihe Kollegen mit hineinbekommen, die seit Jahren nur politische Grüppchen-Inzucht betrieben und in blindem Haß gegen die alte Arbeiterbewegung gemacht haben. Die ersten gemeinsamen Versammlungen waren auch keineswegs erbaulich, aber überraschend schnell hat sich das sachliche Interesse für die Gewerkschaftsarbeit auf der von uns vorgezeichneten Linie durchgesetzt. Außer in Stockholm habe ich nun in Ortsgruppen-Versammlungen in Eskilstuna, Örebro und Göteborg referiert und in den letzten beiden Orten bestand die Mehrzahl der Teilnehmer aus alten RGO-Leuten. Abgesehen von einigen wenigen unvermeidlichen Phraseuren bin ich auch dort mit dem Ergebnis der Aussprache sehr zufrieden.[11]

Auch in der ersten Stockholmer allgemeinen Versammlung ging es noch reichlich bunt zu. Da waren manche, die nach Jahren aufgezwungenen Schweigens die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen konnten, erstmal ihrem Herzen Luft zu machen. In dieser Versammlung wurden zwei Arbeitsausschüsse gebildet,[12] die das ganze Problem von Grund auf noch mal durcharbeiten sollten, und jeder wurde in die Ausschüsse aufgenommen, der sich dazu meldete. Freie Bahn der Opposition! Ich selber habe mich fast ganz von den Ausschußarbeiten ferngehalten, in der Überzeugung, daß auch ohne dem der richtige Weg gefunden werden würde, und darin bin ich auch nicht enttäuscht worden. Der Ausschuß, der das eigentliche Organisationsproblem zu behandeln hatte, hat seine Arbeit vorläufig zum Abschluß gebracht, und das Resultat entspricht meinen Erwartungen.[13] Es wird vorgeschlagen, von der DAF auszugehen, die Einheit der Gewerkschaftsbewegung dadurch zu sichern, daß nur diese die staatliche Anerkennung bekommt, neben den Einrichtungen der DAF auch die Arbeitnehmermitglieder zu übernehmen und jedem freizustellen, seinen Austritt aus der Gewerkschaft zu erklären. Bei der Schlußverhandlung gab es ein bezeichnendes Intermezzo. Vom äußersten linken Flügel kam nämlich ein Abänderungsantrag, für eine Übergangszeit den gesetzlichen Mitgliedszwang zu fordern und obwohl dagegen heftig polemisiert wurde, wurde er mit 7 gegen 3 Stimmen angenommen! Ich selber habe dann mitgeholfen, den Antragsteller davon zu überzeugen, daß es zweckmäßiger sei, von dieser Änderung abzusehen, und er hat dann auch den Antrag zurückgenommen.

Ich schreibe Dir dies so ausführlich, nicht – um Deine eigenen Worte zu gebrauchen – weil ich es »kritisch noch etwa triumphierend« meine, sondern weil ich glaube, daß es Euch zum Nachdenken anregen wird. Wenn wir uns in diesen Fragen nicht richtig verständigen konnten, so liegt das z.T. natürlich an der Unvollkommenheit der schriftlichen Diskussion, zum andern aber auch daran, daß wir eigentlich auf zwei verschiedenen Gebieten exerzieren: Ihr auf dem der Ideologie und wir auf dem der Praxis für die Neubegründung. Aber das Ideologische, worauf ich auch hier immer wieder hinweisen muß, ist z.Zt. gar nicht aktuell. Sicher werden die Gewerkschaften der Zukunft einen Aufgabenkreis haben und eine Stellung im Staat und in der Wirtschaft einnehmen, mehr oder weniger anders als in der Vergangenheit. Aber ob »mehr« oder ob »weniger« und über das »wie« – davon wissen wir heute noch nichts und auch am

9 Vgl. Brief von Fritz Tarnow an Hans Gottfurcht, 12.8. 1942, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Gottfurcht.

10 Vgl. Dok. 178.

11 Vgl. auch Brief von Carl Polenske an Hans Gottfurcht, 10.3. 1943, ebd., der diese Aussage bestätigt.

12 Vgl. Dok. 178.

13 Vgl. Dok. 181.

Ende des Krieges ist das noch nicht zu übersehen. Deshalb läßt sich auch eine Ideologie noch nicht fixieren. Sicher ist nur, daß sofort die Organisation wieder hergestellt werden muß, und wie das am besten geschehen kann, darauf sollten wir unser ganzes Denken konzentrieren.

Wie die Verhältnisse nun geworden sind, muß man ja damit rechnen, daß das deutsche Volk nach dem verlorenen Kriege nicht die Freiheit haben wird, den neuen Staat und sein Organisationsleben ganz nach freiem Willen einzurichten. Auch der Wiederaufbau der Gewerkschaften wird wohl der Kontrolle von außen her mit unterworfen sein. Um so notwendiger ist es, daß wir uns Klarheit verschaffen über das, was wir als deutsche und antinazistische Gewerkschafter wollen.

Bei den Diskussionen über die Friedensgestaltung tritt immer mehr die Frage der »Zwangserziehung« des deutschen Volkes in den Vordergrund, und in USA sollen für diesen Zweck ja auch schon praktisch große Vorbereitungen getroffen werden. In früheren Briefen an Dich habe ich selbst auch schon darauf hingewiesen, daß nach zehn Jahren geistesabtötender Gleichschaltung für jedes Volk eine systematische und umfassende Umerziehung eine Notwendigkeit ist, aber sie wird schwerlich von außen her mit Erfolg durchgeführt werden können.[14] Insbesondere für die Arbeiterschaft muß das eine Angelegenheit der eigenen demokratischen Arbeiterbewegung sein. In ihr werden die erzieherischen Kräfte bestimmt in genügender Anzahl vorhanden sein, die Frage ist nur, wie die Objekte erfaßt werden können, wie sofort an sie heranzukommen ist. Auch von diesem Gesichtspunkte aus müssen unsere Vorschläge gesehen werden.

Wir bitten Euch nun, doch noch einmal diese Gedanken zu überprüfen; vielleicht kommt Ihr dann doch noch zu unserem Standpunkt. Im anderen Falle aber bitten wir darum, daß Ihr selbst einmal positive Vorschläge formuliert und uns zusendet, das heißt also einen praktischen Handlungsplan für die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Organisationen sowie für die Abwicklung der DAF. Hier werden wir am Sonnabend eine Mitgliederversammlung haben, in der das Ergebnis des ersten Arbeitsausschusses vorgelegt wird.[15] Danach werden wir es auch Euch zuschicken.

Mit den besten Grüßen
Fritz Tarnow

DOKUMENT 183

Juli 1943: Aktionsplan für die Wiederherstellung der deutschen Gewerkschaften

ARA, Nl.W. Pöppel, Bd. 7. Maschinenschrift. Überschrift: »Aktionsplan für die Wiederherstellung der deutschen Gewerkschaften«.[1]

Vorbemerkung: Dem Plane liegt die Annahme zugrunde, daß dem militärischen Zusammenbruch an den Fronten der Sturz der Hitlerregierung im Reiche und die Besetzung Deutschlands durch die Siegermächte im Zeitraum weniger Wochen unmittelbar aufeinander folgen werden. Wenn die Ereignisse einen anderen Verlauf nehmen sollten, muß der Plan – ohne daß er grundsätzlich zu ändern wäre – diesen Verhältnissen angepaßt werden.

14 Vgl. hierzu auch Dok. 180.
15 Vgl. Rundbrief Nr. 6, Mai 1943, S. 5 »Mitgliederversammlung der Gruppe Stockholm.«
1 Zur Autorenschaft: Der Plan enthält die handschriftliche Notiz »Tarnows Entwurf?.«

Es wird weiter angenommen, daß die Siegermächte – ebenso eine neue deutsche Regierung nach *Hitler*, wenn es sofort zur Bildung einer solchen kommt – die ehrliche Absicht haben, die Wiederherstellung der Demokratie in Deutschland zu fördern. Sie werden sich dann darüber klar sein, daß die Kräfte dafür im deutschen Volk am ehesten bei der Arbeiterschaft zu finden sind, und sie werden bemüht sein müssen, die Sammlung und Aktivierung dieser Kräfte zu fördern. Auch aus Gründen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Durchführung der Notmaßnahmen, die in der ersten Zeit nach dem Zusammenbruch lebenswichtig für die Bevölkerung sind, ist die schnelle Schaffung neuer Massenorganisationen notwendig, wenn nach der Vernichtung aller Naziorganisationen das deutsche Volk sich in einem organisationslosen Zustande befindet. Die Neubildung politischer Massenorganisationen wird voraussichtlich längere Zeit erfordern. Erheblich günstiger liegen die Bedingungen für die Wiederherstellung gewerkschaftlicher Massenorganisationen.

1. Ein *provisorisches gewerkschaftliches Zentralkomitee*[2] wird sich sofort beim Sturz der Hitlerregierung in Berlin bilden. Man kann damit rechnen, daß geeignete und berufene Persönlichkeiten aus der alten Gewerkschaftsbewegung der damaligen drei Richtungen schon heute in Fühlung miteinander stehen und sich gemeinsam auf die Aufgabe vorbereiten. Dieses Komitee wird bereit sein, mit einer neuen deutschen Regierung demokratischen Charakters – wenn sich eine solche bildet – zusammenzuarbeiten. Es wird auch die Zusammenarbeit mit den Besatzungsbehörden anstreben.

2. Die *Legitimation des Zentralkomitees* kann zunächst nur darin bestehen, daß seine Mitglieder sich auf ihre frühere gewerkschaftliche Funktion und auf eine einwandfreie Haltung in der Hitlerperiode berufen können.[3] Dem Auslande gegenüber wird die Leitung des *Internationalen Gewerkschaftsbundes* aufgrund ihrer Personenkenntnis in der Lage sein, ein Urteil über die Zuverlässigkeit der Persönlichkeiten abzugeben. Unter Umständen kann die Autorität des IGB auch gegenüber den deutschen Arbeitern von Bedeutung werden, wenn rivalisierende Gruppen oder Personen in Erscheinung treten sollten.

3. In den *meisten Orten des Reiches* werden sich beim Zusammenbruch des Regimes zweifellos die Arbeiter spontan erheben und werden auch die Nazileitungen der *Arbeitsfront* verjagen. In den Betrieben werden die Arbeiter Vertrauensleute wählen, unter denen sich viele frühere Gewerkschaftsfunktionäre befinden werden. Die Vertrauensmänner werden nach Industriegruppen und für den ganzen Ort zusammentreten und lokale Leitungen einsetzen. Diese werden die Amtsstellen der Arbeitsfront in Besitz nehmen.

4. Alles dies wird *spontan* vor sich gehen, ohne daß eine zentrale Anweisung erforderlich wäre und ohne eine Verbindung der lokalen Aktionen untereinander. Naturgemäß kann der Charakter der lokalen Organe, die auf diese Art zustande kommen, nicht einheitlich sein und die gewerkschaftliche und demokratische Zuverlässigkeit wird nicht überall ganz sicher sein. Wenn auf dieser Basis von unten her die Sammlung zu einer zentralen Gewerkschaftsbewegung durchgeführt werden müßte, würde eine unübersehbare und langanhaltende Verwirrung sowie eine starke Zersplitterung ganz unvermeidlich sein.[4] Der Zusammenbruch des Verkehrswesens mit dem am Ende des Krieges zu rechnen ist, würde die Verwirrung und die Tendenz zur Isolierung noch wesentlich steigern.

2 Zur Bildung eines gewerkschaftlichen Zentralkomitees vgl. auch Dok. 181.
3 Zur Berufung von Gewerkschaftsgründern nach 1945 auf frühere gewerkschaftliche Funktionen vgl. z.B. Mielke, Quellen VI, S. 563ff.
4 Handschriftlicher Zusatz »und viel zu lange Zeit in Anspruch nehmen«.

5. Es ist deshalb absolut notwendig, daß das *Zentralkomitee sofort in Aktion treten* kann, um die lokalen Aktionen zu koordinieren, sie nach einheitlichen Grundsätzen in einheitlichen Organisationen zu sammeln und die Bereinigung von unerwünschten Elementen durchzuführen.

6. Die *sofortige* Bildung des Zentralkomitees ist auch notwendig, um die *zentralen Einrichtungen der Arbeitsfront* übernehmen und für die neue Gewerkschaftsbewegung dienstbar machen zu können. Besonders wichtig ist das in bezug auf die *Presse der Arbeitsfront* mit ihrem Druckerei- und Expeditionsapparat. Die Wiederherstellung einer zuverlässig antinazistischen Tagespresse wird einige Zeit dauern und während dieser Zeit kann die Fachpresse der bisherigen Arbeitsfront – geistig umgestaltet nach demokratisch-gewerkschaftlichen Grundsätzen – zum wichtigsten Informations- und Aufklärungsmittel für die breiten Massen werden. Die wöchentlich erscheinenden Fachzeitungen der Arbeitsfront einschließlich ihres monatlich erscheinenden Zentralorgans haben heute eine Auflage größer als die der gesamten Tagespresse.

7. Von der *neuen deutschen Regierung* – wenn ihre sofortige Errichtung möglich ist – kann erwartet werden, daß sie die Wiederherstellung der Gewerkschaften kräftig fördert. Eine ihrer ersten Maßnahmen muß ein Gesetz sein, das die Auflösung der Arbeitsfront und die gleichzeitige Konstituierung der Gewerkschaften verfügt. Das Eigentum der Arbeitsfront, soweit es nicht aus Billigkeitsgründen anderen Bevölkerungsgruppen zuerteilt werden muß, ist den Gewerkschaften zur Verfügung zu stellen. (Siehe hierzu den »Entwurf eines Gesetzes über die Umwandlung der Deutschen Arbeitsfront«).[5]

8. Wenn eine neue Regierung mit Autorität nicht sofort zustande kommt, werden die *Besatzungsbehörden* vorläufig an die Stelle einer Staatsgewalt treten. Auch von ihnen muß erwartet werden, daß sie alles Interesse an der schnellen Wiederherstellung der Gewerkschaften haben, als die ersten nach Lage der Verhältnisse möglichen Massenorganisationen zur Stütze des demokratischen Staatsaufbaues. Die Besatzungsbehörden müssen dann ähnliche Verordnungen erlassen wie sie im »Entwurf eines Gesetzes über die Umwandlung der Deutschen Arbeitsfront« vorgesehen sind.

9. Die neuen Gewerkschaften können aber die Hilfe der Besatzungsbehörden nur annehmen und mit ihnen zusammenarbeiten, wenn sie dadurch nicht in Gefahr geraten, in den Augen der Arbeiterschaft als *Quisling-Organe* angesehen zu werden. Dieses Problem erfordert ein tiefes Verständnis und taktvolles Vorgehen der Besatzungsbehörden. Die Aufgabe würde wesentlich erleichtert werden, wenn für die Regelung der Gewerkschaftsfrage und der damit zusammenhängenden Angelegenheiten den Besatzungsbehörden ein *Zivilkommissar* zur Seite gestellt würde, dessen Name als Gewerkschafter in seiner Heimat und in der Internationalen Gewerkschaftsbewegung den deutschen Arbeitern als Bürgschaft dafür dienen könnte, daß ehrliche demokratische und gewerkschaftliche Absichten im Interesse der deutschen Arbeiter vorliegen.

10. Sofort wenn der endgültige militärische Zusammenbruch sichtbar geworden ist und im Reiche das Hitlerregime sich noch an der Macht hält, müssen die deutschen Arbeiter durch Radio vom Auslande her und durch Flugblattabwürfe in der Gewerkschaftsfrage informiert und mit Anweisungen versehen werden. International bekannte Führer der ausländischen Arbeiterbewegung und von früher her bekannte deutsche Gewerkschafter in der Emigration müssen dabei mitwirken.

Juli 1943

5 Vgl. Dok. 175.

DOKUMENT 184

12. 8. 1943: Fritz Tarnow zur Denkschrift der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien »Gewerkschaften im neuen Deutschland«

AdsD, DGB-Archiv Nl. Fritz Tarnow. Maschinenschriftliche Durchschrift.

Lieber Hans!

Ich danke Dir sehr für die Übersendung Eures Exposés über die »Gewerkschaften im neuen Deutschland«[1], das ich vorgestern bekommen habe. Ich habe sofort für die Mitglieder des Landesgruppenvorstandes Abschriften angefertigt, der wohl noch Stellung dazu nehmen wird. Ich möchte aber keine Zeit verlieren, um Euch meine Meinung, in Übereinstimmung mit den hier ausgearbeiteten Auffassungen und Vorschlägen, mitzuteilen.

Natürlich bedaure ich es ganz außerordentlich, daß es nicht gelungen ist, eine Übereinstimmung zu erzielen. Aber ich begrüße, daß Ihr nun Eure Gedanken in eine solche Form gebracht habt, daß sie deutlicher als bisher[2] erkennbar werden und eine Auseinandersetzung ermöglichen.

Vorweg muß ich wiederholen, was ich schon mehrfach betont habe,[3] daß ich es nicht als unsere Aufgabe ansehe, für die Zukunft Ideal- und Endzielprogramme aufzustellen. Erstens ist die Emigration dazu wohl kaum berufen, zweitens verfügt sie auch nicht entfernt über die geistigen Kräfte, die dafür erforderlich wären, und drittens können die Programme der zukünftigen Arbeiterbewegung heute überhaupt noch nicht fixiert werden, weil die staatlichen, ökonomischen und sozialen Grundlagen des künftigen Deutschland noch unbekannt sind. Auch nach Kriegsschluß werden die Konturen dieser Verhältnisse erst allmählich festere Gestalt annehmen, und es wird auch dann noch einige Zeit vergehen bis die Programm-Klarheit gefunden werden kann. Auf jeden Fall aber ist das eine Aufgabe, die im Reiche selbst zu erledigen ist, von den aktiven Kräften in der dann wieder aktiven Bewegung.

Bis dahin wird man sich statt mit spezialisierten Totalprogrammen mit einfachen und ziemlich allgemeinen Formulierungen behelfen müssen, nach den uns allen geläufigen Zielen der freiheitlich-demokratischen Staatsordnung, einer vernünftig geplanten und gesellschaftlich beherrschten Wirtschaft und einer gerechten Sozialordnung. Für die praktische Politik muß nach Übergangsmaßnahmen gesucht werden, die den Weg zu weitergesteckten Zielen nicht versperren dürfen, die aber festgelegt werden müssen nach den vorhandenen Mitteln und Kräften, nicht nach Zielvorstellungen. Am Kriegsschluß wird man mit sehr einfachen und lapidaren Worten an das deutsche Volk herantreten müssen, wenn man verstanden werden will. Es darf keine allzu lange und komplizierte Umschreibung der vier Worte sein: Friede! Freiheit! Arbeit! Brot!

Die Kardinalfrage für uns als Gewerkschafter ist die Wiederherstellung der organisierten Bewegung. Unsere Vorschläge enthalten einen Aktionsplan mit dem Ziel: sofort eine große und einheitliche, schnellstens funktionsfähige Gewerkschaftsbewegung auf die Beine zu stellen.[4] Daß und warum jede dieser vier Bedingungen wichtig ist und auf keine verzichtet werden kann, haben wir eingehend in unseren Ausarbeitungen begründet.

1 Vgl. Dok. 229.
2 Vgl. Dok. 226, 227.
3 Vgl. Dok. 178.
4 Vgl. Dok. 174.

Das Programm, daß Ihr aufgestellt habt,[5] nähert sich sehr stark einem politischen Parteiprogramm, und zwar dem einer radikal-sozialistischen Partei. Allerdings legitimiert Ihr es auch als Gewerkschaftsprogramm durch die Definition der gewerkschaftlichen Doppelaufgabe: die »Hebung des Lebensstandards ihrer Mitglieder« und »die Befreiung der Arbeiterklasse« und indem Ihr die letztere – den »revolutionären Kampf« – als die Hauptaufgabe bezeichnet. Diese Definition und Rangordnung ist für die Erkenntnis der Stellung von entscheidender Bedeutung. Darum hat sich nämlich in der Vergangenheit der ganze ideologische, teilweise auch praktische Kampf gedreht, welchen Platz die Gewerkschaftsbewegung einnehmen soll.

Wenn man schon die zwei Aufgaben als getrennte ansehen will – in unserer Bewegung wurde diese Trennung nicht anerkannt –, dann haben bisher die Gewerkschaften, in Deutschland und in allen maßgebenden Ländern im IGB-Bereich immer den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen als ihre Hauptaufgabe angesehen. Darauf beruhte ja doch die Zweiteilung der Arbeiterbewegung und die selbständige Existenz der Gewerkschaften neben der politischen Bewegung. Der »revolutionäre Kampf« für die Umgestaltung der Gesellschaftsordnung – wenn man ihn als selbständige Aufgabe neben dem sozialen Gegenwartskampf ansehen will – war als Hauptaufgabe der politischen Bewegung vorbehalten.

Ihr könnt natürlich die Forderung aufstellen, daß das in Zukunft eben anders werden müsse, daß die Gewerkschaften »politischer« und »revolutionärer« werden müssen. Aber es besteht sehr wenig Wahrscheinlichkeit, daß Ihr dazu die Zustimmung der Mehrheit der Gewerkschafter auch nur in unserem eigenen Kreise, d.h. im Bereich der alten freien Gewerkschaftsbewegung finden würdet. Den Gewerkschaften als Hauptaufgabe den »revolutionären Kampf« zuweisen, bedeutet ja nichts anderes als ihnen in erster Linie eine politische Aufgabe zuzuweisen und ihnen den Charakter einer politischen Partei zu verleihen. Auf die Dauer muß das notwendigerweise entweder zu Kollisionen mit der politischen Arbeiterorganisation führen oder zur Einordnung oder Unterordnung unter sie.

In der Vergangenheit waren unsere Gewerkschaften weniger sozialrevolutionär als sie nach Euren Wünschen sein sollten, und trotzdem konnte ein erheblicher Teil der Arbeiter für sie nicht gewonnen werden, weil sie diesen zu sozialrevolutionär erschien. Sie schlossen sich Gewerkschaften an, die die revolutionäre Klassenkampfideologie ablehnten. Wie wäre es da möglich, in der Zukunft eine Einheitsgewerkschaft mit einer noch stärker betonten Klassenkampfideologie aufrecht zu erhalten? Man muß sich entweder für das eine oder das andere entscheiden. Wer die Weltanschauungsgewerkschaft will, muß auf die Einheit verzichten, solange noch so große Differenzierungen in der Weltanschauung in der Arbeiterklasse vorhanden sind.

Das bedeutet keineswegs, daß die Einheit der Gewerkschaften nur durch Grundsatzlosigkeit gesichert werden könne. Die Tatsachen in den Ländern, wo die Einheit besteht, beweisen ja das Gegenteil, wie in England und hier in Schweden. Aber es ist kein Zufall, sondern eine Voraussetzung für die Einheit, daß die Gewerkschaften in diesen Ländern von weltanschaulichen Bindungen für ihre Mitglieder absehen, daß sie weitgehend tolerant sind, keine betont sozialrevolutionäre Ideologie propagieren und den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse als ihre Hauptaufgabe, wenn nicht als die alleinige Aufgabe ansehen. Nur zu diesen Bedingungen ist auch in Deutschland in der Zukunft die Einheit zu haben. Was allen Arbeitern gemeinsam ist, das sind die sozialen Interessen. Die Einheitsgewerkschaft muß sich darauf beschränken, eine soziale Interessengemeinschaft zu sein, die Raum läßt für verschiedene politische und andere Weltanschauungen, und die organisierte Pflege dieser Weltanschauungen muß außerhalb der Gewerkschaften erfolgen.

5 Vgl. Dok. 229.

Praktisch gesehen muß damit gerechnet werden, daß die politischen Kirchenbewegungen im neuen Deutschland eine nicht unerhebliche Rolle spielen werden. Dahinter scheint die ohnehin nicht geringe Gefahr der Gründung selbständiger christlicher Gewerkschaften.[6] Wenn wir an die Neugründung unserer Gewerkschaften mit Eurem Programm und der damit verbundenen Einstellung herangingen, wäre es keine Gefahr mehr, sondern eine Gewißheit.

Wir schlagen vor, daß die neuen Gewerkschaften sofort versuchen müssen, die gesamte Arbeiterschaft zu umfassen, ohne Rücksicht auf die sicher vorhandenen Unterschiede der parteipolitischen oder weltanschaulichen Gesinnung. Das bedeutet: Unter den gegebenen Verhältnissen ist die Organisierung der Arbeiter wichtiger als die Homogenität der Gesinnung. Das bei alledem eine Tolerierung der Nazis und der Nazigesinnung nicht einbegriffen ist, versteht sich von selbst. Die Wiederherstellung einer festen und brauchbaren Kollektivgesinnung bei den breiten Massen kann erst das Resultat einer längeren Erziehungsarbeit[7] sein. Und gerade dafür ist das Vorhandensein der Organisation und die Möglichkeit des Herankommens an die Erziehungsobjekte so außerordentlich wichtig.

Aus Euren Vorschlägen wird es nun aber auch deutlich, daß Ihr bei der Neugründung in erster Linie an die Gesinnungsgemeinschaft denkt, wobei die Einheit und Homogenität der Weltanschauung wichtiger ist als die Zahl der Mitglieder. Ihr denkt an die »spontane Bildung gewerkschaftlicher Keimzellen in den Betrieben«[8] und seht in der Zusammenfassung dieser Betriebsgruppen den Anfang der neuen Gewerkschaften, wobei Ihr den jetzt schon illegal arbeitenden Gruppen eine besondere Bedeutung beimeßt.

Wir dagegen sind überzeugt, daß in der Stunde der Befreiung ein Zug der Erhebung durch die ganze Arbeiterschaft gehen wird, daß in den Betrieben davon nicht nur eine kleine Elitegruppe, sondern die ganze Belegschaft davon erfaßt werden wird, und daß es in diesem Augenblick darauf ankommt, die Belegschaften im ganzen in die neuen Gewerkschaften hereinzuholen. Die Benutzung des heute in der Arbeitsfront schon vorhandenen Zusammenschlusses und der für eine Massenorganisation schon vorhandenen technischen Einrichtungen wird das ganz außerordentlich erleichtern, ja überhaupt erst möglich machen.

Es ist möglich und sogar wahrscheinlich, daß sich dann sofort auch »Gruppen« in den Betrieben bilden werden, aber nicht als Anfang einer neuen Einheitsgewerkschaft, sondern als Keimzellen einer neuen Zersplitterung. Diese Gefahr, nicht nur für die Gewerkschaften, sondern auch für den neuen Staat und in bezug auf die Einnistung getarnter Nazinester, erscheint uns so groß, daß wir für die Übergangszeit ein gesetzliches Verbot für Neugründungen vorgeschlagen haben,[9] während Ihr anscheinend sofort »volle Koalitionsfreiheit« fordert.

Mir scheint, daß Ihr Euch bei Euren Überlegungen zu sehr vom politischen Interessenstandpunkt und den Bedürfnissen des politischen Kampfes habt leiten lassen. Das zeigt sich auch daran, daß Ihr eine engere Verbindung als früher mit der politischen Arbeiterbewegung fordert, und zwar mit einer der politischen Parteien, die sich auf Arbeiteranhänger stützt, voll bewußt darum, daß es daneben noch andere Arbeiter-

6 Vgl. dagegen hierzu Mielke, Quellen VI, S. 38ff; vgl. Enderle, Einheitsgewerkschaften I, S. 234ff.
7 Vgl. Schreiben von Fritz Tarnow, 15.3. 1943, an Hans Gottfurcht, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Tarnow.
8 Vgl. Dok. 229.
9 Vgl. Dok. 174.

parteien oder politische Parteien mit Arbeiteranhang geben wird. Ihr seht nicht ganz daran vorbei, zu welchen Konflikten das führen kann, aber die leichte Handbewegung, mit der Ihr dieses Problem beiseite schiebt, zeigt doch, daß Ihr wenig bemüht gewesen seid, Euch ernsthaft darin zu vertiefen. Aus der Forderung nach Einheitsgewerkschaft für alle Arbeiter ergibt sich ganz von selbst eine noch striktere parteipolitische Neutralität als in der Vergangenheit.

Aber alles das wird sich später regeln, wenn die Bewegung erst wieder in Funktion ist und nach den Bedürfnissen wie sie von denen eingeschätzt werden, die aktiv sind. Es hätte wenig Sinn, wenn wir uns heute und in der Emigration darüber streiten wollten. Etwas anderes ist es mit den Sofortmaßnahmen beim Sturz des Regimes. Für diese Zeit kann das Bereithalten von praktischen Vorschlägen und eine Hilfeleistung von außen her für die Arbeit, die drinnen geleistet werden muß, sehr wertvoll werden.

Wir haben hier vorgestern im Vorstand der Landesgruppe eine eingehende Beratung über die gegenwärtige Situation gehabt. Nach den Ereignissen in Italien[10] muß man auf weitere Überraschungen gefaßt sein. Die Nachrichten, die jetzt aus dem Reich nach hier gelangen, melden übereinstimmend wachsende Zusammenbruchsstimmung. Es scheint auch, als ob der Machtapparat im Innern schon anfängt etwas zu wackeln und der Gestapogriff sich etwas lockert. Wir haben aus verschiedenen Teilen des Reiches in der letzten Zeit Lebenszeichen von unseren Freunden bekommen, die erkennen lassen, daß schon wieder Zusammenkünfte abgehalten werden. Wir haben nun außerordentliche Maßnahmen ins Auge gefaßt, um eine bessere und regelmäßige Verbindung mit dem Reich herzustellen, insbesondere mit den Kameraden, die drinnen zentral arbeiten. Um militärisch zu reden, haben wir uns in »erhöhte Alarmbereitschaft« versetzt und darauf vorbereitet, daß überraschend auf »höchste Alarmstufe« umgeschaltet werden kann.

Mit den besten Grüßen

10 Gemeint sind wohl die Landung der Alliierten auf Sizilien (10.7.) und der Sturz Mussolinis (24/25.7. 1943).

DOKUMENT 185

Herbst 1943: Vorschlag von Ernst Galanty zur neuen Gewerkschaftsbewegung

Västerås Stadsbibliothek, Akte Deutsche Gewerkschaften in Schweden. Maschinenschriftliche Durchschrift. Überschrift: »Vorschlag Galanty.«[1]

Für den Aufbau der neuen Gewerkschaftsbewegung im morgigen Deutschland können in der Emigration nur einige prinzipielle Punkte herausgearbeitet werden. Ein ganzes detailliertes Gewerkschaftsprogramm heute[2] schaffen zu wollen, wäre verfehlt und müßte eine leblose Konstruktion ergeben. Wir sind in einigen wesentlichen Grundfragen mit dem englischen Entwurf[3] einer Meinung, aber wir sind der Auffassung, daß er Dinge enthält, die über den Rahmen einer gewerkschaftlichen Plattform hinausgehen. Wir haben deshalb zu den uns wichtig erscheinenden Fragen unsere Ansicht

1 Ernst Galanty gehörte als Mitglied der »Opposition« in der Landesgruppe dem Arbeitskreis für Gewerkschaftsfragen an; vgl. Liste »Mitglieder des Arbeitskreises für Gewerkschaftsfragen«, in: Västerås Stadsbibliothek, Akte Deutsche Gewerkschaften in Schweden.

2 Zur Datierung vgl. Dok.186, Anm. 5.

3 Vgl. Dok. 229.

niedergelegt, wobei wir das, was uns sowohl am englischen, als auch am Stockholmer Entwurf[4] für richtig erschien, verarbeitet haben.

Zur Frage der DAF

Die vollständige Zerschlagung des faschistischen Staatsapparates, die eine der wichtigsten Forderungen aller Antifaschisten ist, kann und darf vor der DAF nicht halt machen.[5] Die DAF ist eine der wichtigsten Stützen des Dritten Reiches. Ihre Aufgabe ist die Organisierung der größtmöglichsten Ausbeutung und Kontrolle der Werktätigen. Das Ziel muß sein: Beschlagnahmung und Verwendung des technischen Apparates wie Häuser, Druckereien, Kartotheken und Statistiken etc. für die im Aufbau begriffene Gewerkschaftsbewegung. Der ausgesprochen nazistische Teil des Angestelltenapparates, die höheren und mittleren Beamten, ist zu verhaften, das untere administrative Personal ist zu entlassen. Die Betriebe der DAF sollen in den einzelnen Orten von den sich bildenden lokalen Gewerkschaftskomitees oder von Belegschaftsausschüssen der betreffenden Betriebe provisorisch verwaltet werden, bis eine endgültige Regelung getroffen wird.

Die grundsätzliche Linie der neuen Gewerkschaftsbewegung

Die neue Gewerkschaftsbewegung muß auf dem Boden des Klassenkampfes[6] stehen. Sie darf keinerlei Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum eingehen und muß sich in vollständiger Unabhängigkeit vom Staat, ganz gleich welchen Charakter er trägt, befinden. Sie darf auch nicht zur Trägerin von Staatsfunktionen werden (Sozialversicherungsagenturen). Die Aufgabe der neuen Gewerkschaftsbewegung ist die uneingeschränkte Interessenvertretung des werktätigen Volkes. In der heutigen Epoche jedoch, um so mehr in der Zeit nach dem Kriege, ist eine wirksame und vor allem dauernde Interessenvertretung der Werktätigen nicht mehr möglich nur im Kampfe um die täglichen Forderungen, sondern nur durch eine grundlegende Veränderung der gesamten Wirtschaft[7] durch den Übergang zu einer sozialistischen Planwirtschaft. Die neue Gewerkschaftsbewegung muß auf dem Boden einer sozialistischen Veränderung der Gesellschaft stehen. Ihren Tageskampf muß sie auf diese Grundlinie ausrichten und damit zum Erzieher der Arbeiterklasse für den Sozialismus werden.

Der Aufbau der neuen Gewerkschaftsbewegung

Die neue Gewerkschaftsbewegung muß sich demokratisch aufbauen. Ihr Ausgangspunkt müssen die in den Orten und Betrieben sich bildenden lokalen Organisationen sein. Die Fragestellung einer Überführung der Mitglieder der DAF in den neuzuschaffenden Gewerkschaftsbund durch den neuen Staat anzuordnen, ist auf das schärfste abzulehnen.[8] Die Frage der Zugehörigkeit zur neuen Gewerkschaftsbewegung zu einer administrativen Angelegenheit zu machen, zu einem einfachen Akt der Überführung aus einer faschistischen Zwangsorganisation in eine angeblich demokratische Organisation, heißt die Demokratie zur Phrase zu machen. Die Schwierigkeiten des Aufbaues der neuen Arbeiterbewegung können nicht umgangen werden, wenn man nicht das Wesentliche in der Organisation an sich sieht, sondern im freiheitlich-demokratischen Charakter. Die Arbeiter unter staatlichem Druck, auch wenn »Vertreter der Arbeiter« dabei assistieren, aus einer faschistischen Zwangsorganisation administrativ überführen zu wollen, heißt de facto, die Massen ihrer Freizügigkeit, die

4 Vgl. Dok. 181.

5 Vgl. auch Dok. 186.

6 Vgl. ebd.

7 Vgl. ebd.

8 Vgl. ebd.

sie unterm Faschismus verloren hatten, auch weiterhin zu berauben. Die Freizügigkeit ist aber das wesentlichste Grundrecht der Demokratie. Freizügigkeit und freie Arbeiterorganisationen ergänzen einander. Die Aufhebung der Koalitionsfreiheit zieht zwangsläufig nach einiger Zeit die Aufhebung der Freizügigkeit nach sich.

Das Ziel, eine einheitliche freie Gewerkschaftsbewegung, das von uns allen erstrebt wird, darf nicht durch staatlichen Zwang oder durch staatliche Anerkennung erstrebt werden, sondern nur durch eine solche Politik, die die Werktätigen von dieser Notwendigkeit überzeugt.

Der Funktionärsstab, vor allem der oberste der neuen Gewerkschaftsbewegung, darf nur auf demokratische Weise, gewählt von den Mitgliedern, gebildet werden. So sehr eine rasche Zentralisierung und Vereinheitlichung und Schaffung einer zentralen Leitung anzustreben ist, so kann sie nicht der Ausgangspunkt sein, sondern sich erst im Verlaufe des Aufbaues ergeben. Im morgigen Deutschland ist nicht das Wichtigste, so schnell wie möglich eine provisorische Zentralleitung zu haben;[9] die brennende Aufgabe ist, schnellstens Gewerkschaftsorganisationen zu schaffen, die sich demokratische Leitungen geben können. Eine entgegengesetzte Entwicklung muß unvermeidlich den demokratischen Aufbau der neuen Gewerkschaftsbewegungen hemmen, wenn nicht gar ersticken. Der Funktionärskörper der deutschen Gewerkschaftsbewegung war in den Jahren 1918–1933 durch lange Seßhaftigkeit außerordentlich erstarrt und überaltert. Es muß dafür gesorgt werden, daß in den kommenden Organisationen die jungen, aktiven Kräfte und die in der betrieblichen Gewerkschaftsarbeit erprobten Funktionäre den entscheidenden Einfuß ausüben.

Gewerkschaft und Partei

Die Gewerkschaften müssen von den politischen Parteien der Arbeiterbewegung unabhängig sein, das ist eine Grundbedingung für die Erhaltung der Gewerkschaftseinheit. Zu solchen Parteien, die die Bestrebungen der Gewerkschaften unterstützen, werden sie ein freundschaftliches Verhältnis einnehmen.

DOKUMENT 186

Herbst 1943: Vorstellungen der Opposition in der Landesgruppe zu Funktionen und Aufgaben neuer Gewerkschaften in Deutschland

ARA, Mappe Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden. Maschinenschrift. Überschrift: »Die neuen Gewerkschaften in Deutschland.«[1]

Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit zeigt zwei Erscheinungsformen: 1.) den Kampf um die unmittelbaren Wirtschaftsinteressen, 2.) den Kampf um die Gesellschaftsordnung.[2] In Erkenntnis ihrer individuellen Schwäche schließen sich die Arbeiter zur Vertretung ihrer unmittelbaren wirtschaftlichen und sozialen Interessen in Kampforganisationen (d.h. Gewerkschaften) zusammen.

I. Voraussetzungen für die Gewerkschaften

9 Vgl. hierzu Dok. 181.

1 Ein inhaltlich weitestgehend identisches Dokument mit der Überschrift: »Vorschlag Scholz« befindet sich in: Västerås Stadsbibliothek, Akte Deutsche Gewerkschaften in Schweden ... .

2 Vgl. hierzu auch Dok. 176.

Die Volksgemeinschaftsideologie des Nationalsozialismus dient der Verhüllung der Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit. Die DAF soll dieser Volksgemeinschaft Ausdruck geben. Aber auch unter der Herrschaft des Terrors der Nazis konnte den Arbeitern die Überzeugung der Notwendigkeit von Gewerkschaften nicht genommen werden. Mit dem Verschwinden des Terrors wird diese Überzeugung sofort ihren organisatorischen Ausdruck finden.

Die DAF ist das Hindernis jeder Gewerkschaftsbewegung. Mit der Bildung von Gewerkschaften zerschlagen die Arbeiter die DAF und machen sie auch als eventuellen Ausgangspunkt neuer Gewerkschaften unbrauchbar.[3]

II. Charakter der Gewerkschaften

Um den Gewerkschaften die Erfüllung ihrer Aufgaben zu ermöglichen, muß die Mitgliedschaft auf Freiwilligkeit beruhen. Das Streben nach Gewerkschaftseinheit und der maximalen Erfassung der Arbeitnehmer darf dieses Prinzip nicht verletzen. Gewerkschaften müssen von Staat und Parteien unabhängig sein. Die Gewerkschaften unterstützen aber die Arbeiterpartei, die für die sozialistische Gesellschaftsordnung kämpft. Sie müssen das tun, weil die kapitalistische Rentabilität der Gewerkschaftsarbeit Grenzen setzt. Die deutschen Gewerkschaften vertreten die Interessen der Arbeitnehmer in Deutschland. Zu diesen Interessen gehört die Integrität des Staatsgebietes. Die deutschen Gewerkschaften bekämpfen jeden Imperialismus und können weder Eroberungen oder Eingriffe in andere Staatsgebiete anerkennen. Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit ist auch ein internationaler. Die deutschen Gewerkschaften sind daher ein gleichberechtigter Teil der Gewerkschaftsinternationale.

III. Aufbau der Gewerkschaften

Die Gewerkschaften sind demokratische Organisationen. Alle Funktionäre werden gewählt. Um die spontan sich bildenden örtlichen Ansätze zu Gewerkschaften zu koordinieren, ist eine provisorische Leitung zu bilden, zusammengesetzt aus gewählten Funktionären solcher ersten örtlichen Zusammenschlüsse.[4] Der provisorische Vorstand gewährt den örtlichen und bezirklichen Zusammenschlüssen jede mögliche Unterstützung und wird selbst zum Initiator solcher Zusammenschlüsse, wo sie noch nicht bestehen. Der provisorische Vorstand hat unmittelbar einen Gewerkschaftsgründungskongreß zu organisieren. Die Gliederung der Gewerkschaften nach Berufen bzw. Industrien und die Ausarbeitung von Statuten bleiben diesem Kongreß vorbehalten.

IV. Sofortmaßnahmen

Die Gewerkschaften retten das bewegliche und unbewegliche Inventar der DAF. Wirtschaftsunternehmungen werden ihren ursprünglichen Bestimmungen wieder zugeführt. Ausländisches Eigentum wird seinem Besitzer zurückgegeben. Die Gewerkschaft lehnt es ab, Funktionsorgan des Staates zu sein. Sie beansprucht jedoch ein Kontrollrecht aller Maßnahmen, die das wirtschaftliche Wohl und Interesse der arbeitenden Massen berühren. Das beanspruchte Recht auf Kontrolle dürfte nach dem Zusammenbruch der Naziherrschaft folgende wichtige Sofortmaßnahmen betreffen: Die gerechte Verteilung der Lebensmittel, die gerechte Versorgung mit den lebensnotwendigen Dingen Obdach, Kleidung, Hausrat usw.. Die Gewerkschaft beansprucht weiter als Mandant der unmittelbaren Wirtschaftsinteressen der Arbeitnehmer eine Kontrolle über die Arbeitsbeschaffung sowie über die Umstellung der Rüstungsindustrie auf Friedenswirtschaft.

3 Vgl. dagegen Dok. 174.

4 Vgl. dagegen Dok. 183.

Begründung unseres Entwurfs:

Die Generaldebatte wurde das letzte Mal abgeschlossen. Man kam überein, heute[5] in die Ausarbeitung des Entwurfs einzutreten. In den als Ausgangspunkt vorliegenden Stockholmer Entwurf[6] sollen die außer ihm vorliegenden zwei Vorschläge, der englische[7] und der Vorschlag Galanty[8], hineingearbeitet werden. Vielen unter uns war es schon nach dem ersten Lesen des englischen Entwurfs klar, daß er in manchen Punkten eine Kritik, eine sachlich berechtigte Kritik des Stockholmer Entwurfs darstelle. Einige unter uns drückten es auch so aus: Der englische Entwurf sei besser als der Stockholmer[9]. Ich[10] hüte mich vor einer so einfachen Gesamtbewertung. In praxi wird es sich also darum handeln, die im englischen Entwurf enthaltene Kritik für einen heute und das nächste Mal auszuarbeitenden Stockholmer Entwurf fruchtbar zu machen. Es entsteht die weniger polemische als sachliche Aufgabe, einen neuen positiven Aufbauentwurf auszuarbeiten. Der heute abend hier vorgelegte vierte Vorschlag stellt das Ergebnis einer solchen positiven Ausarbeitung dar. Warum ich glaubte, den Aufgaben des heutigen und nächsten Abends mit einer solchen Ausarbeitung im voraus Hilfe leisten zu müssen? Erstens glaube ich, daß die rein sachlichen Widersprüche in dem Stockholmer Entwurf so groß sind, daß sie endlose Debatten entfesseln, die durch positive Herausstellung der Kernpunkte sehr weitgehend abzukürzen gehen. Zweitens bin ich fest überzeugt, daß eine Kritik des Stockholmer Entwurfs vom englischen her, am Ende, wenn wir Satz für Satz durchgeführt haben, entweder bei einem Vorschlag, wie diesem vierten ankommt, oder – da man aus schwarz nicht weiß und aus weiß nicht schwarz machen kann – notwendig bei einem sachlich noch schlechteren, widerspruchsvolleren zweiten Stockholmer Entwurf landet. Und dies nach Wochen sich hinziehender Debatten. Gestattet mir in wenigen Sätzen die vier Hauptwidersprüche des Stockholmer Entwurfs[11] herauszustellen.

Der erste Widerspruch: Es wird gesagt, und das ist sachlich durchaus richtig; die DAF hat gar nicht den Charakter einer Gewerkschaft. Sie sei einmal eine Nazi-Interessenorganisation zusammen mit den Unternehmern. Sie sei weiter eine Teilorganisation des Staates, zusammengehalten von diesem Staate. Da ihr, wie es heißt, der Charakter einer Gewerkschaft fehlt, ist sie aufzulösen. Soweit die Logik, – nun die Unlogik: Kaum hat man sie aufgelöst, da ihr der Gewerkschaftscharakter fehlt, so beginnt man, sie von nationalsozialistischem Einfluß »gründlich zu reinigen« (S. 19).[12] Die Befürworter des Stockholmer Entwurfs schlagen vor, ein Haus erst einzureißen und nachher kommen sie überein, es gründlich zu reinigen. S. 19 heißt es weiter: Alle Mitglieder der DAF, die nach ihrer beruflichen Stellung nicht in die Gewerkschaftsbewegung hineingehören, sind sofort auszuscheiden: Kollegen, was ist das für ein neuer Widerspruch? Erst zerschlägt man die Organisation, da sie keine Gewerkschaft ist und nachher plötzlich scheidet man einige Mitglieder aus. Man kann doch wohl solchen Nonsens aus dem Stockholmer Entwurf nur herausbringen, indem

5 Herbst 1943. Die genaue Datierung ließ sich nicht ermitteln. Zur Entwicklung der Arbeit des Arbeitskreises 1 vgl. Protokoll der Gruppenversammlung [Stockholm] vom 18. Februar 1944 ...», in: Västerås Stadsbibliothek, Akte Deutsche Gewerkschaften in Schweden ....

6 Vgl. Dok. 181.

7 Vgl. Dok. 229.

8 Vgl. Dok. 185.

9 Vgl. ebd.

10 Autor ist offensichtlich Gerhard Scholz (vgl. Anm. 1), geb. 1903, Lehrer, SAP-Mitglied, 1936 Emigration, zunächst CSR, ab 1938 Schweden, Mitglied der Landesgruppe, 1946 Rückkehr nach Deutschland in die SBZ, später Professor für Germanistik an der Humboldt-Universität in Berlin.

11 Vgl. Dok. 181.

12 Vgl. ebd.

man sich in der einen oder anderen Richtung entscheidet: Entweder für die Zerschlagung oder, sagen wir es ohne Beschönigung, für die Übernahme und Reform.

Der zweite Widerspruch! Er betrifft das Verhältnis der Gewerkschaft zum Staat. Es heißt im Stockholmer Entwurfe: Es müssen die Gewerkschaften vom Staate unabhängig sein (S. 17 unten).[13] S. 15 heißt es aber nun plötzlich, der neue Staat solle im Zusammenwirken mit den Vertretern der Arbeiter – und nun kommt ein neuer Widersinn – die Überführung der in der DAF organisierten Arbeitnehmer anordnen.[14] Was ist das nun wieder für ein Nonsens! Die Gewerkschaft soll eine freie, vom Staat unabhängige Organisation und Bewegung sein – und läßt sich vom Staate die Zuführung und Auffüllung ihrer Mitgliederbestände anordnen. Man kann doch offenbar auch diesen Nonsens nur herausbringen, indem man ohne alle Umschweife erklärt: Die Gewerkschaft wird künftig keine freie, vom Staat unabhängige Organisation sein. Dann nämlich, nur dann kann man sich die Zuführung und Auffüllung seines Mitgliedsbestandes vom Staate anordnen lassen. Oder Kollegen, ja, es bleibt keine andere Wahl, man stellt sich auf den Boden der großen Tradition der deutschen Arbeiterbewegung und läßt die Befreiung der Arbeiter das Werk der Arbeiter selbst sein. Mit dem Augenblick aber, wo eine sozialistische Arbeiterbewegung sich von einem Staate, der noch kein sozialistischer ist, die Auffüllung der Reihen ihrer Mitglieder, ihrer Kämpfer anordnen läßt, hat eine solche Gewerkschaft nicht nur aufgehört Bewegung, sondern sozialistisch zu sein. Sie hat den Glauben und eine gute organisatorische Waffe der Arbeiterbewegung – die Gewerkschaften – an einen nichtsozialistischen Staat verkauft. Und was hat sie dafür eingetauscht? Das Linsengericht einer vom Staat, von einem nichtsozialistischen Staat angeordneten und durch Gesetze garantierten Zwangseinheit der Organisation.

Damit, Kollegen, sind wir schon bei der dritten und vierten Schildbürgerei des Stockholmer Entwurfs. Es wird gesagt, die Organisationsform der Gewerkschaften solle demokratisch sein (S. 16 Mitte). Spontan aus der Arbeiterschaft selbst werde der Wille zu gewerkschaftlicher Organisation »in allen Orten und Betrieben Deutschlands« emporbrechen (S. 15 unten).[15] Merken denn die Befürworter des Stockholmer Entwurfs nicht, daß die Bejahung dieser Spontaneität zur leeren Phrase wird, wenn man den Büttel Staat herbeiruft, dieser im Kampf entstehenden Einheit der Arbeiterklasse in den Arm zu fallen mit der Schaffung einer vom Staate angeordneten und darum logisch ja von ihm auch beaufsichtigten Zwangsorganisation? Das Prinzip eines auch nur »indirekten Organisationszwanges« schlägt der Staatsunabhängigkeit, wie auch dem Bekenntnis zur Demokratie ja einfach ins Gesicht. Wer kann solchen Widersinn befürworten? Entweder die Organisation der Arbeiter ist das Werk der Arbeiter und dann ist sie demokratisch oder sie ist nicht das Werk der Arbeiter, sondern eines nichtsozialistischen Staates und dann ist sie logischerweise undemokratisch.

Damit, Kollegen, sind wir bei der vierten Schildbürgerei, dem vierten Widerspruch des Stockholmer Entwurfs. Es wird von der Bedeutung einer demokratischen Repräsentation der Arbeiter, von Betriebsräten gesprochen. Mit der Bejahung von Betriebsräten findet die Anerkennung der Bewegung von unten ihren demokratisch-organisatorischen Ausdruck. Das künftige Deutschland wird entweder eine Arbeiterdemokratie, sie wird entweder eine Demokratie, die in diesen Zentralorganen, in diesen Brunnenstuben der Befreiung der Arbeiterklasse ihre Kraft und Stütze findet, oder es wird keine Demokratie in Mitteleuropa geben. Der Stockholmer Entwurf verwickelt sich

13 Vgl. ebd.

14 Vgl. ebd.

15 Vgl. ebd.

auch in dieser wichtigen Frage einer Demokratie in gefährliche Widersprüche. Er spricht von »Betriebsräten«, ja nicht nur das, er nennt sie – man höre und staune – »Organe der Gewerkschaften« und befürwortet im selben Atem ein nicht von unten sich bildendes Zentralkomitee mit diktatorischen Vollmachten. Den undemokratischen Charakter der Herrschaft dieses Zentralkomitees gibt der Stockholmer Entwurf sehr freimütig zu. (Es heißt S. 16 Mitte) »Dieser provisorische Aufbau soll sobald als möglich durch eine demokratische Organisation ersetzt werden.«[16]

Mit dieser kurzen Charakteristik bin ich am Ende. Lest den hier eingereichten Entwurf und erkennt drei Vorzüge: Die positive und demokratische Grundhaltung. Die Ausmerzung aller Widersprüche. Und, Kollegen, da er sich mit Nonsens nicht abgibt: Die erfreuliche Kürze. Das Ganze auf einer Seite!

DOKUMENT 187

Oktober 1943: Herbert Warnke zur Frage Auflösung oder Umwandlung der Arbeitsfront

Landesgruppe Schweden, Rundbrief 11. Oktober 1943, S. 2f. Überschrift: »Deutsche Arbeitsfront – Auflösung oder Umwandlung« von H[erbert] W[arnke].[1]

Über die nach dem Sturz des faschistischen Regimes in bezug auf die »Deutsche Arbeitsfront« zu ergreifenden Maßnahmen sind heute noch sehr auseinandergehende Auffassungen vorhanden.[2] Teilweise wird die sofortige Auflösung der DAF verlangt, teilweise will man die Organisationsstruktur für längere Zeit beibehalten, teilweise lediglich als Ausgangspunkt für den Aufbau der neuen deutschen Gewerkschaftsbewegung benutzen. Der Verfasser dieses Aufsatzes ist Anhänger der letztgenannten Ansicht.

Bei einer sofortigen totalen Auflösung der DAF würden die deutschen Arbeiter mit einem Schlage organisationslos, unter ihnen auch die Millionen freigewerkschaftlich organisiert gewesenen Arbeiter, deren Organisationen die Nazis am 2. Mai 1933 an sich rissen, um sie als Grundstock bei der Errichtung der DAF zu verwenden. In langwieriger Tätigkeit müßten also dann dieselben Arbeiter für den Eintritt in neu zu gründende Gewerkschaften gewonnen werden, wobei ein nicht unbeträchtlicher Teil unorganisiert bleiben und außerdem das Aufkommen von Splitterorganisationen begünstigt werden würde.[3] Dem Ziele der Herausbildung einer einheitlichen deutschen Gewerkschaftsbewegung würde also eine sofortige Auflösung der DAF wenig nützen, aber viel schaden. Außerdem würde aber die Auflösung in der Arbeiterschaft starke Unzufriedenheit hervorrufen. Der seit einem Jahrzehnt auf der Arbeiterschaft lastende Druck des »Führerprinzips« hat auch unter den DAF-Mitgliedern eine tiefe Sehnsucht nach Selbstbestimmungsrecht erzeugt, nach dem Recht, selbst die Vertrauensleute und Leitungen [zu] wählen, selbst über die Verwendung der Beiträge beschließen zu können. Durch eine »sofortige totale Auflösung der DAF« und eine »Sicherstellung

16 Vgl. ebd.

1 Die Autorenschaft ist umstritten. Günther, Landesgruppe, S. 244 vermutet Helene Warnke als Autorin; Gerhard Beier, Einheitsgewerkschaft, in: Archiv für Sozialgeschichte 13 (1973), S. 241 dagegen – unter Berufung auf H. Dittmer – Herbert Warnke. Das Faktum, daß Herbert Warnke seit Oktober 1943 im Stockholmer Arbeitskreis zur Diskussion von Gewerkschaftsfragen mitarbeitete (vgl. Lange, Tarnows Pläne, S. 164) und Aussagen im Text des Dokuments (»der Verfasser dieses Aufsatzes«) weisen eher auf Herbert Warnke hin.

2 Vgl. Dok. 174, 176.

3 Ähnlich die Argumentation von Fritz Tarnow, vgl. u.a. Dok. 184.

des Vermögens der DAF« von außen her würde den zwangsweise in der DAF erfaßten Massen endgültig (und durch den Antifaschismus) das Mitbestimmungsrecht verweigert werden – in einer Situation, in der die Arbeiter glauben werden, zum ersten Male Ansprüche solcher Art offen stellen zu können. Sie würden in solchen Maßnahmen nur eine Wiedererrichtung des Führerprinzips auf neuer Basis wittern.

Noch ernstere Erwägungen haben wir anzustellen über das Handeln der Massen selbst, das dem Sturze des Faschismus vorangeht und in noch weit stärkerem Maße ihm folgt. Es ist ja schließlich nicht so, daß diese Bewegungen erst mit dem Eintreffen der Emigration und ihrer Konzeptionen ihren Anlauf nehmen. Umgekehrt ist es richtig – die Rückkehr der Emigration wird erst durch das Vorhandensein von Massenbewegungen ermöglicht, die dem Sturz des Faschismus vorausgehen (oder ihn zumindest doch begleiten). In welcher Richtung werden aber in dieser Periode die Arbeiter der DAF handeln? Das ist anscheinend bisher sehr wenig berücksichtigt worden. Versuchen wir also, uns einmal die Lage vorzustellen, wie sie dann sein wird:

Im Moment des Sturzes des Faschismus zerbrechen die Verbote der freien Diskussion, der freien Versammlungen, des Rechtes auf freie Wahl der Leitungen und der Vertrauensleute. (Ein Teil der oberen Leitungen verschwindet zudem durch Verhaftungen, Flucht usw.) Nun ist aber die Belegschaft eines Betriebes zugleich die DAF-Mitgliedschaft derselben Fabrik. Das wird vergessen, wenn man sich die »Keimzellen der neuen Gewerkschaften« – also vorwiegend ehemalige Freigewerkschaftler – von der DAF losgelöst vorstellt; in Wirklichkeit befinden sie sich infolge der Zwangsmitgliedschaft innerhalb der DAF. Auch örtliche Versammlungen z.B. der Bergarbeiter, der Metallarbeiter usw. sind automatisch gleichzeitig DAF-Mitgliederversammlungen der betreffenden Branchen. Was werden also die Arbeiter im Prozeß des Sturzes des Faschismus tun? Sie werden in Versammlungen die demokratischen Rechte und die Diskussionsfreiheit wiederherstellen, sie werden Männer ihres Vertrauens an die Spitze der DAF in Betrieb und Ort stellen. Das alles ist ein sehr natürlicher Vorgang, der sich schon in den ersten Tagen vollzieht. Später, nach schematisch ausgearbeiteten Konzeptionen, die DAF einfach »total auflösen« zu wollen, heißt doch dann eine schon in Umwandlung begriffene, schon von Antifaschisten geleitete Organisation aufzulösen, heißt ein schon gewonnenes Fundament des Wiederaufbaus der Gewerkschaften zu zerschlagen und den Aufbau auf eine viel mühsamere und langwierige Art vollziehen zu wollen.

Mit anderen Worten: Unmittelbar mit dem Sturz des Faschismus wird die DAF nicht »total aufzulösen« sein, sondern von den bisher zwangsweise in ihr erfaßten Arbeitern wird sofort ihre Umwandlung in Angriff genommen werden.[4] Das Eigentümliche wird eben darin bestehen, daß die DAF in schnellem Tempo ihren Charakter, ihre Organisationsstruktur und schließlich auch ihren Namen verliert, ohne daß die Arbeitermassen erst organisationslos werden; gleichzeitig entstehen dadurch die neuen, einheitlichen Gewerkschaften aufgebaut auf Industrieverbänden, vom Staate unabhängige, klassenkämpferische Organisationen, von demokratischen Prinzipien erfüllt und geleitet, unter Aufhebung der Zwangsmitgliedschaft. Die DAF hört auf zu bestehen, weil etwas anderes an ihre Stelle getreten ist (und nicht erst treten soll).

Die Ansicht, die wir hier vertreten, ist aber keineswegs die auf ständige Beibehaltung der DAF, ihrer Organisationsstruktur oder ihres »Führerprinzips«. (Eine Einsetzung

4 Vgl. zu dieser Position die Kritik von Hans Gottfurcht, Brief vom 23.12. 1943 an Carl Polenske, »Auch der Artikel in Eurem Rundbrief No. 11 (Oktober) geht m.E. am Problem vorbei, die deutschen Arbeiter, die unter der Arbeitsfront gelitten haben, wollen – auch nicht in Rudimenten – eine Fortsetzung oder Nachahmung derartiger Gebilde«, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht.

gewerkschaftlicher Leitungen wäre strikte abzulehnen, gleichgültig, ob sie vom Staat, von Besatzungsbehörden oder von sonst einer Seite kommt.) Zu fördern ist die Initiative der Arbeiter, deren Aufschwung auf die Gestaltung auch der Gewerkschaften entscheidenden Einfluß nehmen wird. Daß sie nicht blindlings wirke, dafür eben werden die entstehenden Keimzellen ehemaliger Freigewerkschaftler zu sorgen haben; diese werden die richtunggebenden Kader, nicht aber die Organisationen selbst sein. Erst in dem Maße, in dem die gewerkschaftliche Emigration die Art und die Maßnahmen der entstehenden Massenbewegungen voraussieht und einberechnet, wird sie, werden ihre Pläne in der Lage sein, sich fruchtbar und führend einzufügen.

H.W.

DOKUMENT 188

Februar 1944: Vorschlag der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden für den Neuaufbau der deutschen Gewerkschaftsbewegung

Erste Landeskonferenz der deutschen Gewerkschafter in Schweden 26-27.II.1944, als Manuskript gedruckt für die Mitglieder der Landesgruppe Schweden der Auslandsvertretung Deutscher Gewerkschaften, Stockholm 1944, S. 46-48.[1]

Einleitung:

Nach dem Zusammenbruch des jetzigen Regimes ist für das kommende demokratische Deutschland eine freie und unabhängige Gewerkschaftsbewegung eine selbstverständliche Notwendigkeit. Innerhalb der deutschen Arbeiterklasse ist auch der Wille vorhanden, eine solche gewerkschaftliche Arbeiterbewegung wieder aufzurichten, sobald die politischen Voraussetzungen vorhanden sind. Dieser Wille wird sich geltend machen unabhängig davon, in welcher Weise die DAF liquidiert wird.

Damit die neue Gewerkschaftsbewegung auf eine möglichst effektive Weise zustande kommt, muß die DAF als ein Teil des politischen Apparates des Naziregimes zur Unterdrückung der Arbeiterklasse aufgelöst werden.[2]

1 Das Dokument ist ferner veröffentlicht in: Landesvertretung der deutschen Gewerkschaften. Landesgruppe Schweden, Rundbrief Nr. 4, 2. Jg., April 1944. In dem Bericht von der 2. Landeskonferenz am 9.10. 1945 – s. Mitteilungsblatt. Landesgruppe deutscher Gewerkschaften in Schweden, Nr. 8, 3. Jg., 1945 – heißt es u. a.: »Die Konferenz bekennt sich aufs Neue zu den Richtlinien für den Neuaufbau der Gewerkschaften, die von der vorjährigen Landes-Konferenz aufgestellt wurden«.
Dieser Vorschlag folgt inhaltlich einem Entwurf »II. Vorschläge über den Aufbau der neuen Gewerkschaften« mit dem handschriftlichen Vermerk [Anna] »Zammert«; im folgenden zitiert »Entwurf Zammert« in: ARA, Material Pöppel, Bd. 7. Ein weiterer Entwurf, der der Landeskonferenz, Februar 1944, vorlag und einige Alternativvorschläge enthält, befindet sich in: ARA, Mappe Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden; im folg. zitiert: »Vorschlag Landeskonferenz«.

2 Im »Entwurf Zammert« (vgl. Anm. 1) gibt es einen Abschnitt »Die Entwicklung der DAF«; in dem es u.a. heißt: »Alle Mitglieder der DAF, die nach ihrer Berufsstellung nicht in die Gewerkschaftsbewegung hineingehören, sind sofort auszuscheiden. [...] Was jedoch die Arbeitnehmerschaft der DAF angeht, so ist anders zu verfahren. Sie müssen im Interesse der Einheitlichkeit der neuen Bewegung vom neuen Gewerkschaftsbund erfaßt werden. Die neue Gewerkschaftsleitung soll alle ihr zweckmäßig erscheinenden Mittel anwenden, um alle Arbeiter zum Eintritt in die Gewerkschaften zu veranlassen. Die Reinigung von aktiven Nazis hat auch hier zu erfolgen. Um diese Aktion durchzuführen, müssen alle Einrichtungen zur Erfassung der Mitglieder zu ihrer Kontrolle und zur Erhebung der Beiträge sofort sichergestellt, vorläufig in Funktion gehalten und übernommen werden. Die Unterstützungsansprüche der Mitglieder müssen gewahrt werden.«

Da die nach dem Sturz des Naziregimes zu lösenden sozialen und politischen Aufgaben nur unter Mitwirkung einer gut organisierten Arbeiterklasse bewältigt werden können, wird die schnelle Organisierung der in der DAF zwangsweise erfaßten Arbeiter und Angestellten in dem neu zu schaffenden Gewerkschaftsbund angestrebt.[3]

Durch diese Maßnahme soll erreicht werden, daß die deutsche Arbeiterklasse wieder eine kampffähige Gewerkschaftsbewegung erhält. Es ist ferner größtes Gewicht darauf zu legen, daß den Arbeitern ihre in den früheren Gewerkschaften und der DAF erworbenen Unterstützungsansprüche erhalten bleiben.

1. Provisorische Konstituierung des neuen Gewerkschaftsbundes

Das Koalitionsrecht der Arbeiterklasse ist durch Gesetz erneut sicherzustellen. Die Gewerkschaftsorganisationen sind als Träger der Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten gesetzlich anzuerkennen. Das Ziel ist ihre Vereinigung in einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung.[4]

Es ist zu erwarten, daß beim Zusammenbruch des Naziregimes in allen Orten und Betrieben Deutschlands die Arbeiterschaft zu spontanen Einzelaktionen mit dem Ziele der Wiederaufrichtung von Gewerkschaften greifen wird, welche zweckmäßig koordiniert werden müssen. Außerdem werden nach dem Umsturz eine Reihe von anderen Aufgaben erwachsen, die nur zentral gelöst werden können.[5] Aus diesem Grunde ist es notwendig, daß sobald als möglich eine Zentralstelle geschaffen wird, die von sich aus alle zweckmäßigen Maßnahmen zur Vertretung der Arbeiterinteressen durch Koordinierung aller einzelnen gewerkschaftlichen Aktionen im Lande einleitet. Die Zentralstelle soll sich auf die Delegierten aus den wichtigsten Orten und Betrieben des Reiches stützen, die den Verhältnissen entsprechend zusammengerufen werden können. Sie gilt solange als zentrale Leitung der neuen deutschen Gewerkschaften, bis ein allgemeiner deutscher Gewerkschaftskongreß und die Kongresse der einzelnen Verbände eine endgültige Leitung gebildet haben.

In allen Betrieben und Orten sind unverzüglich Wahlen von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten vorzunehmen, die von sich aus eine örtliche Gewerkschaftsleitung bilden. Die im Kampf gegen den Hitlerfaschismus entstandenen illegalen Gewerk-

3 Im »Vorschlag Landeskonferenz« (vgl. Anm. 1) folgt der Satz: »(Zusatzvorschlag: Aufgabe der Gewerkschaften ist es, ihre Reihen von Feinden der Arbeiterklasse rein zu halten.)«

4 Im »Entwurf Zammert« (vgl. Anm. 1) folgt der Satz: »Um die Einheitlichkeit zu sichern, gilt der neu zu schaffende Gewerkschaftsbund als die alleinige staatlich anerkannte Interessenvertretung der deutschen Arbeitnehmer«.

5 Die folgenden 5 Absätze lagen der Landeskonferenz als »Formulierungsvorschlag 1« vor. Handschriftlicher Vermerk: »[Vorschlag] Tarnow«; vgl. »Vorschlag Landeskonferenz«. Abgelehnt wurde der »Formulierungsvorschlag 2«: »Die besonders zugespitzten und verwickelten Verhältnisse, mit denen nach dem Sturz des Hitlerfaschismus in Deutschland zu rechnen ist, machen die Schaffung effektiver und einsatzfähiger Gewerkschaften zu einer dringenden Aufgabe. Besonders die unmittelbaren wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die nach dem Zusammenbruch des Faschismus auf der Tagesordnung stehen, stellen einen natürlichen Antrieb in dieser Richtung dar.
Diese Erkenntnis darf jedoch nicht dazu führen, daß der Versuch gemacht wird, von irgendeiner Seite den Gewerkschaftsaufbau durch Einsetzung von mehr oder weniger autoritären oder nicht von den deutschen Arbeitern selbst geschaffenen Zentralinstanzen durchzuführen. Der Aufbau der neuen deutschen Gewerkschaften muß der Initiative und dem organisierten Willen der deutschen Arbeiter selbst entspringen. Die im Kampf gegen den Hitlerfaschismus entstandenen Gewerkschafts- und Betriebskader müssen einen wichtigen Bestandteil beim Wiederaufbau der Organisation bilden. In allen Betrieben und Orten müssen sofort gewerkschaftliche Vertrauensleute gewählt werden, die ortsweise zusammentreten und provisorische Ortsleitungen der einzelnen Verbände und provisorische Ortskartelle wählen. Der Hauptort jedes Bezirkes wählt bis zur Abhaltung einer Bezirkskonferenz eine provisorische Bezirksleitung. Vertreter dieser Bezirksleitungen aus dem ganzen Reiche treten – soweit dies möglich ist – so rasch wie möglich zu einer zentralen Ausschußsitzung zusammen, die den provisorischen Zentralvorstand bestimmt.«

schaftsgruppen werden ein wichtiger Faktor beim Wiederaufbau der Organisation sein.

Dem Zentralausschuß soll ein vorläufiger Bundesausschuß zur Seite gestellt werden, der sich aus Vertretern der einzelnen Verbände oder Bezirke zusammensetzt. Dieser Aufbau kann aber nur ein provisorischer sein, bis durch demokratische Wahlen die Wahl aller Funktionäre von unten bis oben durchgeführt ist.

Die endgültige Gliederung der Gewerkschaften nach Industrien bzw. Berufen bleibt den Gewerkschaftskongressen vorbehalten.

Der Aufbau der deutschen Gewerkschaften muß dem Willen und der Initiative der deutschen Arbeiter selbst entspringen. Es muß vermieden werden, daß durch irgendwelche autoritären oder nicht durch deutsche Arbeiter geschaffene Instanzen die gewerkschaftliche Demokratie durchkreuzt wird.

Zur Zusammenfassung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben und zur Sicherung ihres demokratischen Mitbestimmungsrechtes ist die sofortige Wahl von provisorischen Betriebsräten erforderlich. Die Betriebsräte sollen ein Verbindungsglied zwischen den gewerkschaftlichen Organisationen und den Betrieben darstellen. Es ist dafür zu sorgen, daß ihnen als Vertreter der Belegschaften ein gebührender Raum eingeräumt wird.[6]

Die Landarbeiter, die zwangsweise dem Reichsnährstand eingegliedert wurden, müssen wieder in einem starken Landarbeiterverband zusammengeschlossen werden. Für die Lehrer und Beamten, deren gewerkschaftliche Organisationen ebenfalls liquidiert wurden, besteht die gleiche Notwendigkeit, sich wieder gewerkschaftlich zu organisieren.

Die gewerkschaftliche Erfassung der werktätigen Frauen und Mädchen ist eine der Hauptaufgaben der neuen Gewerkschaftsbewegung. Das Eintreten der Gewerkschaften für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit und volle Gleichberechtigung gibt die Grundlage für eine aktive Teilnahme der Arbeiterinnen am gewerkschaftlichen Kampf.

Notwendig ist eine großzügige gewerkschaftliche Aufklärungs- und Organisationsarbeit unter den jugendlichen Arbeitern und Lehrlingen und die Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen und sozialen sowie geistigen Interessen.

Das wird dazu beitragen, die furchtbare physische und psychische Zerstörungsarbeit des Naziregimes wiedergutzumachen und der Arbeiterbewegung ihren so notwendigen Nachwuchs sicherzustellen.

Die Zentralstelle hat die Pflicht, sofort die materiellen und technischen Voraussetzungen für die Herausgabe von Gewerkschaftszeitungen zu schaffen.

2. Unabhängigkeit von den politischen Parteien und vom Staat

Die Gewerkschaften sind Organisationen zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse. Zu diesem Zwecke vereinigen sie ausschließlich Arbeiter und Angestellte, unabhängig von ihren politischen und religiösen Auffassungen. Die politischen Parteien hingegen haben andere weiterreichende politische Aufgaben.

Diese Abgrenzung besagt nicht, daß die Gewerkschaften politisch desinteressiert sind. Die Interessenvertretung ihrer Mitglieder zwingt sie vielmehr zur politischen Stellungnahme auf bestimmten Gebieten und bei bestimmten Gelegenheiten.

6 Vgl. Dok. 194.

In ihrem Verhältnis zu den politischen Parteien müssen die Gewerkschaften von diesen unabhängig sein. Sie werden jedoch zu solchen politischen Parteien in freundschaftlichen Beziehungen stehen, die ihre Bestrebungen unterstützen. Die Unabhängigkeit der Gewerkschaften gegenüber den politischen Parteien ist für die Erhaltung der Gewerkschaftseinheit unbedingt erforderlich.[7] Das soll die politischen Parteien nicht hindern, mit ihren Mitgliedern auch gewerkschaftliche Fragen zu erörtern.

Auch gegenüber dem Staate müssen die Gewerkschaften selbständig sein und dürfen nicht den Charakter von Staatsorganen haben. Ihre Tätigkeit ist nach den Grundsätzen der Selbstverwaltung der Arbeiterorganisationen auszuüben. Die Entschluß- und Handlungsfreiheit der Gewerkschaften bei der ökonomischen und sozialen Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten darf nicht staatlichen Weisungen und Richtlinien unterliegen.

3. Wirtschaftspolitische Forderungen

Den Gewerkschaften ist entsprechend ihrer gesellschaftlichen Bedeutung Einfluß auf die staatliche Wirtschaftspolitik, insbesondere bei der Umstellung der Wirtschaft von der Kriegs- auf die Friedensproduktion, einzuräumen.

Sie haben bei der Aufgabe, am Aufbau eines neuen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens nach sozialistischen Prinzipien entscheidend mitzuwirken.[8] Zu den ersten und wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften unmittelbar nach dem Kriege wird die Mitwirkung an der Lebensmittelversorgung, der Wohnungs- und Arbeitsbeschaffung und der Einreihung der Demobilisierten in den Produktionsprozeß gehören. Bei der Durchführung dieser Maßnahmen müssen die Gewerkschaften sowohl in der Planung als auch in der Kontrolle eingeschaltet werden.

4. Internationaler Anschluß

Die neuen deutschen Gewerkschaften treten für den Aufbau einer einheitlichen Gewerkschaftsinternationale ein, in der alle dazu bereiten Länderorganisationen zusammengeschlossen sind. Bis dahin streben die deutschen Gewerkschaften den Anschluß an den IGB als selbständige und gleichberechtigte Sektion an. Ebenso schließen sich die einzelnen Verbände wieder an ihre internationalen Organisationen an.

Der kameradschaftliche Rat und die solidarische Hilfe der internationalen Gewerkschaftsbewegung werden für die neuen deutschen Gewerkschaften und die gesamte deutsche Arbeiterklasse von weitreichender Bedeutung sein.[9]

Wahrscheinlich ist die Zeit nicht mehr fern, wo in Deutschland selbst die hier niedergelegten Gedanken über den Aufbau einer neuen Gewerkschaftsbewegung ihren Wert in der Praxis erweisen müssen. Wir hoffen, daß durch die vorliegende Arbeit ein nützlicher Beitrag zur Bewältigung der großen Aufgaben, die vor der deutschen Arbeiterklasse stehen werden, geleistet wurde. Wir sind uns bewußt, daß die Wirklichkeit viele Korrekturen vornehmen wird.

7 Vgl. Dok. 180.
8 Vgl. Dok. 191, 205.
9 Vgl. Dok. 183.

DOKUMENT 189

Juni 1944: Richtlinien für die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden

Landesvertretung der deutschen Gewerkschaften. Landesgruppe Schweden, Rundbrief Nr. 6, 2. Jg., Juni 1944.

Entsprechend den von der Landeskonferenz[1] akzeptierten Vorschlägen der Ortsgruppe Göteborg hat die Sitzung der erweiterten Landesleitung, die am Sonntag, den 4. Juni in Stockholm, unter Anwesenheit der Revisoren tagte, Richtlinien über das organisatorische Verhältnis der deutschen Gewerkschafter in Schweden beraten und beschlossen. Wir bringen sie hiermit den Mitgliedern zur Kenntnis:

1. Die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden (LDG) ist die Vereinigung der in Schweden lebenden reichsdeutschen Gewerkschafter.
2. Die Aufgaben der Landesgruppe sind:
   a) Pflege der gewerkschaftlichen Ideen und Traditionen;
   b) Beratung der Mitglieder;
   c) Pflege der Beziehungen zur Landesorganisation und den Gewerkschaften des Gastlandes sowie zur internationalen Gewerkschaftsbewegung;
   d) Vorarbeit für den Wiederaufbau der Gewerkschaften in Deutschland.
3. Die Landesleitung gibt monatlich an alle Mitglieder einen Rundbrief heraus, der als Organ der Landesgruppe gilt.
4. Aufnahmebedingungen:
   a) Der Antragsteller muß politischer Flüchtling sein und dafür den Nachweis erbringen. Außer mindestens zwei Referenzen, hat er anzugeben, von welchem Komitee oder welcher Organisation er betreut wird.
   b) Der Antragsteller muß bis April 1933 einer anerkannten Gewerkschaft in Deutschland angehört haben. Ausnahmen sind zulässig für Jugendliche, die vor 1933 noch nicht organisiert sein konnten, wenn sie die Voraussetzung in Ziffer 4a erfüllen.
   c) Der Antragsteller muß, wenn er in Arbeit steht, einer schwedischen Gewerkschaft angehören.
   d) In besonderen Fällen kann die Landesgruppenleitung Ausnahmen zulassen.[2]
5. Wo Ortsgruppen bestehen, ist der Aufnahmeantrag bei der Ortsgruppenleitung einzureichen, die ihn nach Prüfung an die Landesgruppenleitung weiterleitet. Die Aufnahme kann nur durch Beschluß der Landesleitung vollzogen werden.
6. Die Mitglieder sind verpflichtet monatlich einen Beitrag in folgender Höhe zu entrichten:

Monatseinkommen bis 200 Kronen	– : 50 Kr.
Monatseinkommen über 200–300 Kronen	1 : – Kr.
Monatseinkommen über 300 Kronen	2 : – Kr.

Wo Ortsgruppen bestehen, werden diese Beiträge von diesen erhoben, sonst vom Kassierer der LDG. Die Beiträge werden durch Einkleben von Marken in die Mitgliedskarte quittiert.

Den Ortsgruppen steht für die Bestreitung ihrer Aufgaben ein Anteil von 25% der vereinnahmten Beiträge zu. Sie haben das Recht, mit Zustimmung der Landesleitung, Lokalbeiträge zu erheben[3]. Die Ortsgruppen haben mindestens alle Vierteljahre mit dem Kassierer der LDG abzurechnen.

7. Mitglieder, die länger als 3 Monate mit der Beitragszahlung rückständig sind und auch nach Aufforderung ihrer Verpflichtung nicht nachkommen, werden aus der Mitgliederliste gestrichen, sofern ihnen nicht auf Antrag durch die Landesleitung Stundung bewilligt ist.
8. Die Landesgruppe bekennt sich zu den Grundsätzen des Internationalen Gewerkschaftsbundes und hält sich im Einvernehmen mit der Landesorganisation der schwedischen Gewerkschaften.
9. Die Mitglieder erkennen durch ihren Eintritt diese Grundsätze als bindend auch für sich an. Sie übernehmen mit ihrem Eintritt in die LDG die moralischen Verpflichtungen, die sich aus der Zugehörigkeit zu einer deutschen Gewerkschaftsorganisation ergeben. Es wird von ihnen erwartet, daß sie durch ihr Verhalten dazu beitragen, das Ansehen der deutschen Gewerkschaftsemigration im Gastlande zu heben und die Kameradschaftlichkeit unter den Mitgliedern zu stärken.
10. Die Landesleitung ist berechtigt und verpflichtet, Mitglieder, die sich diesen Richtlinien nicht unterordnen oder sich in anderer Weise als unwürdig oder organisationsschädigend erweisen, aus der LDG auszuschließen. Das Ausschlußverfahren ist mit einer Untersuchung einzuleiten, bei dem den Beschuldigten die Möglichkeit der Verteidigung gewährleistet sein muß.

1 Vgl. Erste Landeskonferenz, S. 17f.
2 Im ursprünglichen Entwurf (vgl. ARA, Mat. W. Pöppel, Bd. 7) fehlt Punkt 4d. Er ist dort handschriftlich eingefügt.

DOKUMENT 190

15. 7. 1944: Brief von Fritz Tarnow, Stockholm, an Hans Gottfurcht, London, über Formen der Zusammenarbeit mit Kommunisten

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Maschinenschrift. Eigenhändig unterzeichnet.

Lieber Hans!

Deinen Brief vom 8. Juni[1], für den ich Dir bestens danke, habe ich heute bekommen, und ich will ihn gleich beantworten, da die nächsten 2 Wochen mit einigen Reisen ausgefüllt sind. Dein letztes Schreiben, das ich einige Tage nach dem Abgang meines Briefes bekam, hat uns ja bereits die ausreichende und befriedigende Aufklärung über Eure Haltung zu den IGB-Plänen gegeben.[2] Du wirst verstehen, daß die Mitteilungen von N[ordahl][3] hier einige Bestürzung hervorgerufen hatten.[4] Gewiß erscheint es unglaublich, daß in unseren Reihen eine Einstellung, wie sie Euch unterstellt wurde, vorhanden sein könnte, aber bei der Verwirrung, die in der Emigration anzutreffen ist,

3 Dieser Satz fehlt im Entwuf; vgl. ebd.
1 Vgl. AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht.
2 Diese sehen vor, daß »die alliierten Gewerkschaften den Wiedererrichtungsprozeß nicht nur beaufsichtigen, sondern sogar selbst in der Hand behalten und leiten wollten«, Misgeld, (vgl. Anm. 5) S. 125; vgl. kritisch zu den IGB-Plänen: Fritz Tarnow an Hans Gottfurcht, 13.5. 1944 (in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht): »Die Anwendung dieser Grundsätze würde die Deutschen von jeder Selbstbestimmung beim Aufbau ihrer eigenen Gewerkschaften ausschalten«.
3 Gemeint ist der norwegische sozialistische Politiker und Gewerkschafter Nordahl; vgl. ebd.
4 Nordahl hatte fälschlicherweise behauptet, »daß die Vertretung der deutschen Gewerkschafter in London nicht nur vor der Beschlußfassung der Kommissionen Kenntnis von den Vorschlägen bekommen habe, ohne dagegen Widerspruch zu erheben, sondern daß sie sogar zugestimmt habe«; vgl. ebd.

hat man sich ja schon längst daran gewöhnt, das Wort »unmöglich« nicht mehr als etwas Absolutes anzusehen.

Die Einstellung in den dortigen IGB-Kreisen ist nicht nur für uns unverständlich. Die Stellungnahme der hiesigen Internationalen Gruppe[5] kennst Du ja. Auch in den leitenden Körperschaften der schwedischen Landesorganisation hat man sich mit der Sache beschäftigt und die IGB-Auffassung entschieden abgelehnt. In Unterhaltungen, die ich mit dem Vorsitzenden und anderen leitenden Persönlichkeiten der L[ands] O[rganisationen] hatte, kam übereinstimmend das Mißfallen über die Vorschläge des IGB zum Ausdruck. Die norwegische Gewerkschaftsemigration hatte auf einer Landeskonferenz, als *N[ordahl]* hier war, ebenfalls ablehnend Stellung genommen. Nach Mitteilungen, die ich aus der Schweiz bekommen habe, hat auch die dortige Gewerkschaftsleitung Protest beim IGB eingelegt. Tatsächlich ist es ja auch ganz undenkbar, daß der Plan zum Zuge kommen könnte. Aber schon daß solche Ideen heute an solcher Stelle vorhanden sind, ist schlimm. Aber vielleicht erleichtert es auch später das Wiederzusammenkommen, wenn man sich gegenseitig attestieren kann, daß das menschliche Denken und Handeln nicht immer ausschließlich von noch so geheiligten Prinzipien bestimmt wird.

Ich hatte gerade die Absicht, an den P[artei]V[orstand] über unsere »Zusammenarbeit mit den Kommunisten« zu schreiben. Da dies auch für Euch von Interesse ist, möchte ich mir Doppelarbeit ersparen und bitte Dich, dem P[artei]V[orstand] von Nachstehendem Kenntnis zu geben. Ich hatte H[ans] *V[ogel]* schon früher berichtet,[6] da aber in der hiesigen SPD-Gruppe von einigen Leuten, die ohne Knatsch keine Freude am Dasein hätten,[7] andauernd an diesem Knochen herumgenagt wird und dem P[artei]V[orstand] vermutlich auch entsprechende Berichte zugehen, erscheint es mir nicht überflüssig, die Vorgänge noch einmal im Zusammenhang zu schildern.

Die KPDisten haben seinerzeit wohl den Plan gehabt, auch hier eine Filiale des Moskauer Komitees[8] aufzuziehen, und sie wandten sich an uns, d.h. vornehmlich die in der Gewerkschaftsgruppe bekanntesten SPD-Genossen mit dem Vorschlage einer Besprechung über die Möglichkeiten einer auch politischen Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen sozialistischen Gruppen. Wir sind der Besprechung nicht ausgewichen; ich habe aber mit aller Deutlichkeit erklärt, daß ein Komitee à la Moskau gemeinsam mit der SPD nicht in Frage käme und auch von uns nicht befürwortet würde, solange eine deutsche Gesamtvertretung nicht die Anerkennung von allen alliierten Großmächten fände und seine Unabhängigkeit gewährleistet sei.

Auch auf den Vorschlag, ganz unabhängig vom Moskauer Komitee eine überparteiliche Vertretung des »anderen Deutschland« in Schweden zu schaffen, sind wir nicht eingegangen. Das einzige, wozu wir uns bereit erklärten, war, gelegentlich zu Aussprachen zusammenzukommen, die aber lediglich informatorischen Charakter haben und nicht von den Organisationen getragen werden sollten. Solche Ausspracheabende haben auch einige stattgefunden und sind sehr anständig verlaufen. Die KPDisten schlugen als Richtlinie vor: Wir müssen beiderseits anerkennen, daß unsere Parteien das Beste für die Arbeiter gewollt haben, wir haben Fehler gemacht, ihr habt Fehler gemacht, es hat keinen Sinn, darüber noch zu reden, wir müssen einen Strich hinter

5 Zur Internationalen Gruppe vgl. Klaus Misgeld, Die »Internationale Gruppe demokratischer Sozialisten« in Stockholm 1942–1945. Zur sozialistischen Friedensdiskussion während des Zweiten Weltkrieges, Stockholm, Bonn-Bad Godesberg 1976.

6 Vgl. z.B. die Briefe von Fritz Tarnow an H. Vogel, 28.7. 1943, 6.12. 1943, 10.1. 1944, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Fritz Tarnow.

7 Gemeint ist die Gruppe um K. Heinig; vgl. hierzu auch Misgeld, S. 89.

8 Gemeint ist das Nationalkomitee Freies Deutschland. Vgl. ferner die in Anmerkung 6 angegebenen Quellen.

die Vergangenheit machen und nur über die Zukunft reden. Ich kann nur feststellen, daß die KPDisten sich musterhaft an diese Richtlinie gehalten haben, besser als unseren Leuten das immer möglich war, aber ich bin nach allen Erfahrungen nicht naiv genug, um dahinter vorläufig mehr als eine für den Augenblick gewählte Taktik zu sehen.

Die KPDisten deuteten wiederholt an, daß es doch zweckmäßiger wäre, wenn diese Besprechungen offiziellen Organisationscharakter bekämen; und wenn auch aus anderen Gründen, waren auch einige unserer Genossen dieser Meinung. In einer Versammlung der SPD-Ortsgruppe, wo diese Angelegenheit besprochen wurde, bin ich dem Vorschlage entgegengetreten, und die Versammlung schloß sich auch meiner Auffassung an, daß es genüge, die Besprechungen zu tolerieren, aber nicht zweckmäßig sei, den privaten Charakter in einen offiziellen umzuwandeln und dadurch die SPD als solche in eine Verbindlichkeit zu bringen, die leicht mißgedeutet werden könne.

Als die KPDisten sahen, daß sie mit einem Komitee bei uns nicht weiterkamen, haben sie, das ist Euch ja bekannt, auf eigene Faust einen Kreis von meist Intellektuellen zusammengetrommelt und damit begonnen, Begrüßungsschreiben an das Moskauer und Londoner Komitee und Thomas *Mann* unterschreiben zu lassen. Da aber von unseren Genossen niemand mitmachte, erwies sich auch dieses Geleise als toter Weg. Dann ergriffen sie die Initiative für die Gründung eines »Freien Deutschen Kulturbundes.[9]« Wir haben uns, weil uns das taktisch richtig erschien, daran beteiligt unter der Bedingung, daß der Bund sich von der Politik fernhalten müsse.

Mit einer bloßen Zusage haben wir uns nicht begnügt, sondern bei der Besetzung der Leitung und durch die Einrichtung eines Förderkreises respektabler schwedischer Persönlichkeiten, die abspringen würden, wenn die Sache sich als kommunistisches Manöver entwickeln würde, Sicherungen geschaffen. Es hat nicht an Versuchen gefehlt, die Tätigkeit des Bundes gelegentlich auch auf politische Angelegenheiten auszudehnen, aber es war für unsere dort tätigen Leute nicht schwer, sie zurückzuweisen. Wenn sie weiterhin die Augen offen halten, kann da kaum ein Unglück passieren, denn der Bund wäre erledigt, wenn wir uns entschließen müßten, von ihm abzurücken.

Die eigentliche »Zusammenarbeit« allerdings, auf die am meisten von der genannten Seite[10] herumgehackt wird, liegt in der Gewerkschaftsgruppe. Man will es gar nicht verstehen können, daß wir »nach allem, was hinter uns liegt« Kommunisten aufnehmen. Unter Gewerkschaftern und vernünftigen Parteigenossen brauche ich nicht erst begründen, warum wir dem gar nicht entgehen konnten, nachdem die Zeit reif erschien, die lose Verbindung unter einigen Vertrauensleuten in eine feste Organisation umzuwandeln, um Vorarbeiten für den kommenden Wiederaufbau aufzunehmen. Es ist doch eine einfache Selbstverständlichkeit, daß dabei der Rahmen für die Mitgliedschaft so gezogen wurde, wie er für die künftigen Organisationen gezogen werden muß und daß wir keine parteipolitisch abgegrenzten Gewerkschaften, sondern die Einheit wollen, darüber gibt es doch überhaupt keine Meinungsverschiedenheiten. Wir haben als Gewerkschaften früher die heftigsten Kämpfe mit der KPD führen müssen und vielleicht wird das auch in der Zukunft notwendig werden. Aber wir haben doch niemals jemand ausgeschlossen oder seine Aufnahme verweigert, nur weil er Mitglied der KPD war. Diese Haltung, die auch von unserer Partei stets

9 Vgl. zum Kulturbund Müssener, Exil, S. 196ff.

10 Vgl. Anm. 7. Zum Streit innerhalb der SPD über die Zusammenarbeit mit der KPD vgl. auch Müssener, Exil, S. 134ff., bes. S. 166ff., 426, ferner Misgeld, S. 102.

verstanden und gebilligt worden ist, wird in der Zukunft wohl noch notwendiger werden als sie es in der Vergangenheit war.

Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme von Kommunisten nicht eine Gemeinschaft mit der kommunistischen Partei. Wenn diese versuchen wollte, sich einen dominierenden Einfluß in der Gewerkschaft zu verschaffen, würden wir uns dagegen ebenso zur Wehr setzen, wie wir das früher getan haben, und es liegt keine Gefahr vor, daß wir dabei den kürzeren ziehen könnten. Daß »die Gewerkschaftsleitung sich schon ganz in kommunistischen Händen befinde« wird durch die Tatsache illustriert, daß dem engeren Landesgruppenvorstande unter 6 Mitgliedern ein Kommunist, dem erweiterten unter 9 Mitgliedern zwei[11] und der Stockholmer Ortsgruppe ebenfalls unter 9 Mitgliedern zwei Kommunisten[12] angehören! Nebenbei ist es geradezu rührend, wie die Kommunisten – die natürlich den Zwist in der SPD sehr genau verfolgen – sich geradezu musterhaft gewerkschaftlich in unseren Versammlungen aufführen und darauf dringen, daß keine politischen Streitfragen, sondern nur gewerkschaftliche Fragen behandelt werden sollen.

Bei alledem braucht niemand in London befürchten, daß ich in meinen alten Tagen naiven Illusionen verfallen wäre. Ich weiß zwischen Taktik und Überzeugung zu unterscheiden und zweifle nicht einen Augenblick daran, daß die Kommunisten nie aufhören werden, bedingungslos jeder Anweisung aus Moskau zu folgen. Wir können mit ihnen keine Verbindung eingehen, die nicht jeden Tag wieder gelöst werden kann, ohne daß uns daraus sachlicher oder moralischer Schaden erwachsen könnte. Das muß immer im Auge behalten werden. Aber andererseits ist die Gesamtsituation mit dem Blick auf die Zukunft so, daß die starre Isolierung nicht mehr der Lage entspricht. Sie ist anders als in der »Volksfrontperiode«, als offensichtlich die Kommunisten in unsere Reihen eindringen wollten, nur um mit sozialrevolutionärer Demagogie unsere Anhänger zu verwirren. Nach den Anweisungen, die heute von Moskau vorliegen, müssen sie sich begeistert zur »bürgerlichen Demokratie« bekennen und von sozialer Revolution und Klassenkampf abrücken. Inwieweit das etwa ernsthaften Konzeptionen entspricht, die das Stalinregime für Deutschland in Hinterhand hat, das weiß noch niemand, vielleicht *Stalin* eingeschlossen. Es ist jeden Tag oder nach Kriegsschluß möglich, daß wieder eine radikale Schwenkung vorgenommen wird und unsere Bewegung auf Tod und Leben gegen die Kommunisten und den Versuch der Bolschewisierung Deutschlands[13] kämpfen muß. Aber trotz solcher Aussichten glaube ich, daß unsere moralische Position besser ist, auch in der Zukunft, wenn wir den Kommunisten nicht allein die Forderung nach einer Einheit der deutschen Arbeiterklasse überlassen, noch dazu mit einem demokratischen Programm, dem wir nichts anderes entgegenhalten können, als daß es nicht ehrlich gemeint ist.

Der ganze widerwärtige Streit, der hier in der SPD-Gruppe vor sich geht, ist im Grunde genommen auch gar kein politisch-sachlicher, sondern ein persönlicher. Soweit er sich gegen die Gewerkschaftsgruppe richtet, ist die unverkennbare Absicht die, so viele SPD-Genossen hinauszugraulen, daß die Kommunisten allein das Feld beherrschen können. Glücklicherweise sind diese Bemühungen bisher aber auch

11 Das Protokoll »Erste Landeskonferenz der deutschen Gewerkschafter in Schweden 26.–27.2. 1944«, gibt als engere Landesleitung 7 Mitglieder an, darunter das KPD-Mitglied Karl Mewis; zum erweiterten Vorstand gehörten ferner Otto Elchner, Otto Piehl und Arthur Hentschel (vgl. ebd. S. 32f.): laut Müssener alles Sopade-Mitglieder; vgl. Müssener, Exil, S. 122.

12 Laut Protokoll der Gruppenversammlung [Stockholm] vom 18. Januar 1944 (in: Västerås Stadsbibliothek) wurden 10 Vorstandsmitglieder gewählt; darunter die Kommunisten Alfred Noll und Heinz Rauch; vgl. Müssener, Exil, S. 447.

13 Die Gefahr einer »Bolschewisierung« durchzieht die Korrespondenz mit Gottfurcht, vgl. u.a. die Briefe von Fritz Tarnow vom 14.9. 1941, 30.3. 1942, 29.12. 1942, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht.

vollständig erfolglos geblieben, um ganz genau zu sein, bis auf einen einzigen Querulanten, den wir mit Vergnügen entbehren. – Nun laßt auch Ihr mal etwas von Euch hören.

Mit den besten Grüßen
Fritz Tarnow

DOKUMENT 191

August 1944: Hans Mugrauer zu Planwirtschaft und Betriebsdemokratie

Landesvertretung der Deutschen Gewerkschaften, Landesgruppe Schweden. Rundbrief Nr. 8, 2. Jg., August 1944, S. 1–3. Vervielfältigte Maschinenschrift.[1]

Solange ein Wirtschaftssystem funktioniert, besteht in der breiten Masse der Bevölkerung kein Bedürfnis, es durch ein anderes abzulösen. Es ist kein aktuelles Problem, das mehr oder weniger dringend seiner Lösung harrt. Welche Voraussetzungen muß nun ein Wirtschaftssystem erfüllen, um es als »funktionierend« zu bezeichnen? Diese Frage läßt sich eigentlich mit einem einzigen Satz beantworten: Die Menschen müssen ein den Verhältnissen angepaßtes Auskommen haben, die Zukunft muß ihnen gesichert erscheinen, der einzelne muß seinen Fähigkeiten entsprechend immer die Chance des Aufstieges vor sich sehen, mit anderen Worten, Arbeitslosigkeit und Not dürfen nicht Dauererscheinungen sein.

Ist man mit dieser sehr allgemein gefaßten Definition eines »funktionierenden Wirtschaftssystems« einverstanden, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß die gegenwärtige privatkapitalistische Wirtschaft nicht mehr funktioniert. Selbst die wärmsten Befürworter der Privatwirtschaft geben das zu, sowohl sie wie dessen Gegner, suchen nach einem Ausweg aus der jetzigen wirtschaftlichen und politischen Krise, in die die Welt infolge der Mängel des Privatkapitalismus geraten ist. Einheitlich ist auch die Auffassung, daß es nach diesem Krieg kein Zurück zu den überlieferten Formen der Privatwirtschaft gibt. Diese Erkenntnis ist aber nur negativ, weil sie nicht aufzeigt, welches Wirtschaftssystem an Stelle des bisherigen treten soll.

Es ist sicher, daß die positive Seite dieses zur Lösung drängenden Problems nur im politischen und sozialen Kampf der Beteiligten untereinander und gegeneinander entschieden wird. Als Beteiligte in diesem Sinne sind die Vertreter und Propagandisten bestimmter wirtschaftspolitischer Ideen und die Massen der Bevölkerung, die im Kampf um die Durchsetzung dieser Ideen aktiviert werden können, gemeint.

Von sozialistischer Seite wird gefordert, daß an die Stelle der privatkapitalistischen Wirtschaft die Planwirtschaft treten möge. In der Planwirtschaft soll der Produktionsmotor im Gegensatz zum Privatkapitalismus nicht mehr das Streben nach Macht, Herrschaft und Profit sein; der Antrieb zur Produktion soll statt dessen aus dem ständig sich steigernden Bedürfnis der Konsumtion geschöpft werden, und der gesamte Lenkungsprozeß der Wirtschaft soll den Interessen des einzelnen entzogen und dem Interesse der Allgemeinheit untergeordnet sein.

Die Befürworter der Planwirtschaft[2] vertreten die Ansicht, daß das Verfügungsrecht[3] an den Produktionsmitteln dem Privatbesitz entzogen und Institutionen der öffentli-

1 Ein inhaltlich weitgehend identischer Entwurf dieses Beitrages befindet sich in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Mugrauer.

2 Im Entwurf »sozialistischen Planwirtschaft«; vgl. ebd.

3 Im Entwurf »Besitz- und Verfügungsrecht«, vgl. ebd.

chen Hand übertragen werden soll. Diese Institutionen können der Staat, die Gemeinden, Produktionsgenossenschaften, kooperative Vereinigungen und ähnliche gesellschaftliche Organisationen sein.

Die Verschiebung des Besitz- und Verfügungsrechtes an den Produktionsmitteln bedingt eine weitgehende[4] Demokratisierung des gesamten Wirtschaftslebens. Alle Institutionen, die Träger der Produktion, des Verkehrs und der Verteilung sein sollen, müssen auf demokratischer Grundlage gebildet werden und können nur durch demokratische Kontrolle und Erneuerung funktionieren. Diese Demokratisierung ist die Garantie dafür, daß die gesamte Bevölkerung in ein positives Verhältnis zur Wirtschaft kommt und damit auch zu einem positiven Verantwortungsgefühl dem Staate gegenüber, was unter dem System der Privatwirtschaft als unlösbares Problem erscheint.

Jeder einzelne Mensch muß die Gewißheit haben, daß er im Rahmen der demokratischen Institutionen das Wirtschaftsleben beeinflussen kann, unabhängig davon, ob er Arbeiter oder Direktor ist. Dadurch wird der Gegensatz zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft – zwischen Kapital und Arbeit – aufgehoben und die Stellung des Arbeiters im Betrieb wird eine grundlegend andere,[5] die *Betriebsdemokratie* wird ein wirtschaftspolitischer Faktor ersten Ranges.

Was kann sich dadurch für die Arbeiter im Betrieb und für die Allgemeinheit ändern? In der privatkapitalistischen Wirtschaft ist der Arbeiter am Betrieb, in dem er arbeitet, in der Hauptsache nur vom Gesichtspunkt seiner Lohntüte aus interessiert. Er muß dort arbeiten und will möglichst viel verdienen. Einfluß auf die Gestaltung des Betriebes hat er ja kaum. In der Planwirtschaft muß dieses Verhältnis von Grund auf umgestaltet und positiv geformt werden. Soll die Planwirtschaft funktionieren, muß der Arbeiter und Angestellte einer ihrer stärksten Pfeiler werden.

Die Demokratisierung der Wirtschaft gibt ihnen die Möglichkeit, ihre Vertrauensmänner in die verschiedensten Wirtschaftsinstitutionen zu entsenden, die dort die Interessen der Betriebsarbeiterschaft vertreten[6] und mit den Interessen der Allgemeinheit in Einklang zu bringen haben. Es ist klar, daß den Arbeitern zuerst und am entscheidendsten die Stellung interessiert, die er im Betrieb selbst einnimmt. Deshalb muß ihm ein Lohn gesichert sein, der es ihm ermöglicht, den Verhältnissen entsprechend sorgenfrei zu leben. Das Verhältnis zwischen dem Lohn des Arbeiters und dem Einkommen der übrigen Bevölkerungsschichten muß so sein, daß es für den Arbeiter sowohl materiell wie psychologisch tragbar ist. Um nicht das Gefühl aufkommen zu lassen, daß er nach wie vor ausgebeutet wird, muß der Arbeiter durch seine Vertreter Einblick in die finanzielle Gestaltung des Betriebes[7] bekommen und bei der Auskalkulierung der Akkordsätze beteiligt werden.

Das privatkapitalistische Wirtschaftssystem erzwingt vielleicht eine betriebliche Organisierung, in der ein Keil den anderen treibt. Das hat zur Folge, daß dem Arbeiter die Stunden, die er im Betriebe verbringen muß, oft zur Hölle werden und ihm alle Freude an der Arbeit genommen werden kann. Das so vieldiskutierte Problem der Arbeitsfreude wird in der Planwirtschaft zu einer für das Produktionsergebnis entscheidenden Frage. Deshalb muß die Leitung der Betriebe auf demokratischer Basis[8] aufgebaut werden und das Verhältnis zwischen Betriebsarbeiter auf der einen Seite und der technischen und kaufmännischen Leitung des Betriebes auf der anderen Seite muß kollegial sein. Dieses Verhältnis kann geschaffen und gesichert werden, wenn die

4 Im Entwurf »eine so weit als möglich gehende Demokratisierung«, vgl. ebd.
5 Im Entwurf folgt der Satz: »Der Betrieb selbst wird demokratisiert«; vgl. ebd.
6 Der folgende Nebensatz fehlt im Entwurf; vgl. ebd.
7 Die Forderung nach »Einblick in die finanzielle Gestaltung des Betriebes« fehlt im Entwurf; vgl. ebd.
8 Im Entwurf »kollegialer Basis«; vgl. ebd.

Betriebsarbeiter über ihren Vertrauensmann Einfluß auf die Zusammensetzung der Betriebsleitung und Einfluß auf die technische, kaufmännische und finanzielle Leitung des Betriebes bekommen.[9] Dadurch wird auch für die intelligenten und strebsamen Arbeiter der Weg in die leitenden Stellen des Betriebes frei.

Die Arbeiter müssen die Gewähr haben, daß ihre Vorschläge, die auf eine Steigerung oder Verbesserung der Produktion und Erleichterung und Vereinfachung des Arbeitsprozesses abzielen, geprüft und berücksichtigt werden. Das gleiche gilt für Vorschläge auf dem Gebiet der Betriebshygiene.

Um auf der anderen Seite die Betriebsdisziplin zu sichern, ist es zweckmäßig, die Arbeiter kollektiv hierfür verantwortlich zu machen. Ein von den Arbeitern gewähltes Kollegium kann im Einvernehmen mit der Betriebsleitung die Art und Höhe der Strafen für Verstöße gegen die Betriebsordnung festsetzen.

Das Arbeitszeitproblem kann in der Planwirtschaft besser und gerechter gelöst werden als dies im Privatkapitalismus der Fall ist. Die gegenwärtige schematische Lösung der Arbeitszeitfrage enthält viele Ungerechtigkeiten gegenüber bestimmten Berufsgruppen. Es ist ungerecht, wenn zum Beispiel die Arbeitszeit des Grubenarbeiters, des Glasbläsers oder des Hochofenarbeiters genau so lang ist wie die Arbeitszeit solcher Berufsgruppen, deren Arbeit körperlich weniger schwer und nicht gesundheitsschädlich ist.[10]

Planwirtschaft und Betriebsdemokratie müssen einander ergänzen. Dadurch wird die Arbeiterklasse den übrigen Schichten des Volkes sozial gleichgestellt, der meiste Zündstoff aus dem gesellschaftlichen Leben im Staate beseitigt und der soziale Frieden und der Wohlstand aller Bürger gesichert. Und das soll ja der Zweck aller Wirtschaft sein.[11]

DOKUMENT 192

September 1944: Richtlinien der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden zur Sozialversicherung

Mitteilungsblatt Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden, 2. Jg., Nr. 9, September 1944, S. 4 f.[1]

9 Im Entwurf »[...] Einfluß auf die Betriebsleitung und Einblick in die finanziellen Verhältnisse des Betriebes haben«.
10 Im Entwurf heißt es ferner: »Läßt sich aus technischen Gründen eine kürzere als die allgemein übliche Arbeitszeit für Berufsgruppen, deren Arbeit besonders schwer oder gesundheitsschädlich ist, nicht durchführen, so müssen diese Gruppen von [der] Lohnseite her bevorzugt werden«, vgl. ebd. Nicht abgedruckt sind im Rundbrief ferner die Ausführungen zur Sozialgesetzgebung in der Planwirtschaft, wo es u.a. heißt: »Absolute Gleichheit aller von der Sozialversicherung erfaßten Werktätigen muß leitendes Prinzip aller Sozialgesetzgebung in der Planwirtschaft sein«, vgl. ebd.
11 Zu den Neuordnungsvorstellungen von H. Mugrauer vergleiche auch das Manuskript, ders.: »Die tägliche Gewerkschaftsarbeit als Mittel zur Revolutionierung der Geister«, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. H. Mugrauer.
1 Redaktionelle Vorbemerkung: »Der sozialpolitische Arbeitskreis hat als erstes Ergebnis seiner Arbeiten folgende Richtlinien betreffend die zukünftige Sozialversicherung gefunden. Sie werden hiermit allen Mitgliedern als Diskussionsgrundlage unterbreitet«; Quelle wie Kopfregest. Die Richtlinien sind unverändert abgedruckt in: »Vorschläge zu Problemen des Wiederaufbaus in Deutschland«, S. 16 f.
Ein inhaltlich weitgehend identischer Entwurf »Forderungen zur Sozialversicherung« befindet sich in Västerås Stadsbibliothek, Akte »Deutsche Gewerkschaften in Schweden«. Die handschriftlichen Änderungsvorschläge im Entwurf wurden bei der vorliegenden Veröffentlichung nicht berücksichtigt.

Es besteht schon heute völlige Klarheit darüber, daß nach dem Sturze des Hitlerregimes die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Deutschland völlig zerrüttet sein werden. Wir hegen jedoch die feste Überzeugung, daß unser Volk beim Aufbau eines neuen demokratischen Staates nicht versäumen wird, in solidarischer Hilfe den Kranken, Schwachen und Alten der werktätigen Bevölkerung beizustehen, um sie vor dem Zugrundegehen zu bewahren.

Alle Notmaßnahmen, die hier gefordert werden, sollen schon auf unser weiteres Ziel, nämlich auf den Aufbau einer umfassenderen, einheitlichen[2] und mehr demokratischen Sozialversicherung als der früheren, hinweisen.

Die Demobilisierung und die plötzliche Einstellung der Kriegsproduktion wird eine nie gesehene Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Die Pflicht zur zeitweiligen anständigen Versorgung und Unterbringung sowie zum schnellsten Rücktransport der ausländischen Arbeiter und Zwangsverschleppten wird gewaltige Versorgungsprobleme aufwerfen, die von einer Arbeitslosenversicherung nicht zu lösen sein werden. Diese Probleme wie auch die notwendige Hilfe für die Opfer des verbrecherischen Krieges und des nazistischen Terrors können nur auf dem Wege der direkten staatlichen Hilfe gelöst werden. Zur Finanzierung dieser gewaltigen Versorgungsaufgaben sind in erster Linie Kriegsgewinne und Kapitalerträge heranzuziehen.

Die Vorzüge einer neuen Sozialversicherung dürfen den heutigen Angehörigen der Nazi-Terrorverbände und sonstigen Kriegsverbrechern nicht zugute kommen.

Die Aufgaben einer fortschrittlichen deutschen Sozialversicherung werden unter den zu erwartenden Umständen groß und schwer sein. Aber unser Volk will und wird weiterleben. Dazu gehört, daß die ganze Bevölkerung nach ihren wirtschaftlichen Kräften wird dazu beitragen müssen, daß diese Sozialversicherung in die Lage gebracht wird, die Arbeitenden und ihre Familien von der Furcht und Sorge vor einem ungewissen Morgen, in Krankheit, Erwerbsunfähigkeit, Arbeitslosigkeit und Alter zu befreien. Eine endgültige Befreiung von der Geisel wirtschaftlicher Not wird erst nach der Erkämpfung des Sozialismus möglich sein.

1. Sicherungsmaßnahmen: Trotz des am Kriegsende zu erwartenden wirtschaftlichen Zusammenbruchs müssen alle geeigneten Maßnahmen getroffen werden, die dazu dienen können, die Leistungen aller sozialen Versicherungszweige auch für diese Zeit sicherzustellen. Insbesondere darf die Behandlung der Kranken, deren Versorgung mit Heilmitteln und Arzneien sowie die Krankenhausbehandlung nicht unterbrochen werden. Ebensowenig dürfen die geldlichen Leistungen (Krankengeld, Renten etc.) nicht aussetzen. Als Übergangsmaßnahme zur Erreichung dieser Ziele sind denkbar: Solidarische Haftung aller Versicherungsinstitute gegenüber den Anspruchsberechtigten, Sicherstellung der kontinuierlichen Beitragszahlung und Bereitstellung noch verfügbarer öffentlicher Mittel.

2. Reinigung von Nazieinfluß: Unabhängig davon ist im ersten Zuge eine gründliche Reinigung aller Sozialversicherungseinrichtungen von allen nationalsozialistischen Elementen herbeizuführen. Alle leitenden und verfügungsberechtigten Kräfte sind solange in Gewahrsam zu halten bis die Nachprüfung ihrer Geschäfte erfolgt ist.

3. Wiedereinführung der Selbstverwaltung: Gleichlaufend mit der Reinigung ist die Selbstverwaltung der Versicherten wieder einzuführen und das von den Nazis eingeführte Führerprinzip abzuschaffen. Zur provisorischen Besetzung der Verwaltungsstellen müssen die Arbeiterorganisationen vorläufig erfahrene Kräfte aus ihren früheren Sozialversicherungsfunktionären bereitstellen. Es sind sofort und mit großzügigen Mitteln Ausbildungsmaßnahmen für neue Kräfte einzuleiten. Die Wahlen zu

2 Vgl. auch Dok. 191, Anm.10.

den Körperschaften der Versicherungsinstitute müssen – unter Beachtung der sachlichen Qualifikation der Bewerber – auf eine denkbar breite Basis gestellt werden.

Die Verwaltung der Versicherung soll nach den Prinzipien der Selbstverwaltung und Gegenseitigkeit geführt werden. Alle leitenden Organe der Versicherungskörperschaften sind von den beitragsverpflichteten Versicherten zu wählen. Die Wahlkörper können je nach Bedürfnis nach Betrieben oder nach regionalen Bezirken eingeteilt werden.

4. Zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung und Behandlung sind sofort durch die Krankenkassen und sonst daran interessierten Sozialversicherungseinrichtungen regional nach örtlichen Bedürfnissen verteilte Behandlungsambulatorien zu schaffen. In ihnen sollen sowohl allgemein praktizierende wie auch Spezialärzte tätig sein. Die Ambulatorien üben sowohl die ärztliche Versorgung wie die Gesundheitskontrolle innerhalb ihres Bezirkes aus. Sie sollen [Ein]weisung in die Krankenhäuser, Sanatorien und Genesungsheime vornehmen können. Außerdem sollen sie innerhalb ihres Bezirkes die gesamte Prophylaxe ausüben und für die sozialhygienische Überwachung zuständig sein. Alles vorhandene Personal muß rationell zur Förderung der Volksgesundheit eingesetzt werden. Ebenso müssen alle privaten Sanatorien, Erholungsheime etc. in den Dienst der öffentlichen Gesundheitspflege gestellt werden.

5. Sicherstellung von Arzneien und Heilmitteln: Um die ausreichende Versorgung mit allen erforderlichen Arzneien und Heilmitteln zu angemessenen Preisen zu sichern, muß die Verstaatlichung der gesamten pharmazeutischen- und Heilmittelindustrie gefordert werden.

6. Neugestaltung der Sozialversicherung: Schon bei den ersten Sicherungsmaßnahmen in der Übergangsperiode ist auf die Notwendigkeit eines grundlegenden Umbaus der Sozialversicherung Bedacht zu nehmen. Das Ziel muß eine durchgreifende Vereinheitlichung der gesamten Sozialversicherung sein. Als erster Schritt ist die Vereinheitlichung der Krankenversicherungen zu fordern, bei der alle Betriebs-, Innungs- und sonstigen Sonderkrankenkassen mit den Allgemeinen Ortskrankenkassen zusammenzulegen sind. Ebenso müssen zu geeigneter Zeit die Invaliditäts- und Altersversicherung, die Unfallversicherung, die Knappschaftsversicherung, die Pensionsversicherung für Angestellte und andere Pensionsversicherungen – unter sinngemäßem Einbau der Krankenversicherung – zu einem allgemeinen öffentlichen Versicherungsinstitut ausgebaut werden, das alle sozialen Risiken – zeitweilige und dauernde Erwerbsunfähigkeit und Erwerbsbeschränkung – versichert sowie alle zur Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit notwendigen Hilfen – ärztliche, medikamentorische, rekreative und pädagogische – gewährleistet.

7. Kriegsopferversorgung: Die Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen ist aus Reichsmitteln zu gewährleisten. Die dieser Kategorie zu gewährende umfassende Fürsorge darf die allgemeine Sozialversicherung nicht belasten. Die Opfer des nationalsozialistischen Terrors sind in der Fürsorge und Versorgung den Kriegsopfern mindestens gleichzustellen. Den Kriegs- und Terroropfern muß – wenn nötig – auch ärztliche Behandlung bis zur Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit zuteil werden.

8. Erwerbslosenversicherung: Da die Voraussetzung für eine hinreichende Leistungsfähigkeit einer erst neu zu schaffenden Arbeitslosenversicherung in der Übergangszeit nicht gegeben ist, kann diese Aufgabe zunächst nicht im Rahmen der Sozialversicherung durchgeführt werden. Deshalb ist für diesen Zweck eine ausreichende, das Existenzminimum deckende staatlich-kommunale Arbeitslosenunterstützung in die Wege zu leiten. Sie muß verbunden sein mit einer öffentlichen Arbeitsvermittlung.[3]

3 Vgl. hierzu Dok. 202.

Ihre Leistungen sind an die Verpflichtung zur Annahme einer zumutbaren Arbeit zu binden. In den Organen dieser Erwerbslosenunterstützung müssen die Gewerkschaften mitbestimmend beteiligt sein.

9. Allgemeine Versicherungspflicht: Versicherungspflichtig zur Sozialversicherung sollen alle Berufstätigen sein, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um Arbeiter, Angestellte, Beamte, selbständige Gewerbetreibende oder landwirtschaftlich Berufstätige handelt. Die Leistungsverpflichtung der Versicherung soll jedoch an eine bestimmte, weitherzig festzusetzende Einkommensgrenze gebunden sein.

10. Verwaltungsgrundsätze: Die Verwaltung der allgemeinen Sozialversicherung soll nach den Grundsätzen der Selbstverwaltung, im Rahmen der über die Sozialversicherung neu zu fassenden Gesetze, geleitet werden.

Um die Entstehung allzugroßer und bürokratischer Versicherungskörperschaften zu verhindern, soll die allgemeine Sozialversicherung in weitgehend selbständige regionale (Landes-, Kreis-, Orts-) Institute gegliedert werden.

Auch die Aufsichts- und Rechtsprechungsorgane innerhalb der Versicherung sollen nach Selbstverwaltungsprinzipien gebildet werden.

Um das Aufkommen eines bürokratischen Berufsbeamtentums zu verhindern, sind bei Besetzung von Stellungen in der Sozialversicherung in erster Linie Personen zu berücksichtigen, die sich durch eine ehrenamtliche Tätigkeit in den Verwaltungskörpern der Sozialversicherung oder in politischen Vertrauensstellungen bewährt haben und das erforderliche, in der Vergangenheit oft fehlende soziale Verständnis im Verkehr mit den Versicherten gewährleisten.

Bei der Entscheidung über Erwerbsbeschränktheit oder Erwerbsunfähigkeit sollen nicht nur die Gutachten ärztlicher, sondern auch solche berufskundiger Vertrauenspersonen maßgebend sein. Rentenfestsetzungen haben je nach dem Arbeitseinkommen zu geschehen, welches der Anspruchsberechtigte vor Eintritt der Beschädigung gehabt hat.

Bei der Versorgung der Erwerbsbeschränkten ist darauf hinzuwirken, daß für diese ein geeigneter Arbeitsplatz bereitgestellt wird, oder ihre Umschulung auf einen anderen Beruf erfolgen kann.

11. Soweit die eigenen *Beitragseinkommen* der Sozialversicherung nicht ausreichen, um die notwendigen Mindestleistungen erfüllen zu können, sollen Gelder aus der öffentlichen Hand beigesteuert werden. Das endgültige Ziel bei der Finanzierung der Sozialversicherung soll die Aufbringung der Mittel in Form einer Sozialumlage auf die Produktion sein.

DOKUMENT 193

22. 9. 1944: Diskussion in der Ortsgruppe Stockholm über die Bildung eines Arbeitsausschusses deutscher antinazistischer Organisationen in Schweden

Västerås Stadsbibliothek, Akte Deutsche Gewerkschaften in Schweden. Maschinenschrift. Überschrift: »Protokoll der Gewerkschaftsversammlung vom 22. Sept. 1944.« Auszug S. 2–5.

[...][1]

Eingeladen von den Kollegen *Mugrauer* und *Krebs* hatten sich Sonnabend, den 17. Sept. [1944] die Vorstände der Landesgruppe und der Stockholmgruppe der Gewerkschaften, die Vorstandsmitglieder des Freien deutschen Kulturbundes, der kommunistischen und der sozialdemokratischen Partei zusammengefunden.

Der Anlaß zur Ergreifung dieser Initiative sei im Tempo der Entwicklung auf den Kriegsschauplätzen und in der Politik zu suchen. Die Entwicklung mache es erforderlich, die deutschen Emigrationsgruppen durch eine Organisation zu überbauen mit dem Rechte der Repräsentation aller deutschen Antinazisten gegenüber den schwedischen Behörden, des geeinten Versuches der Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Lande und der Welt. Hier die Schaffung einer kräftigen Stimme in Richtung Heimat; für gemeinsame Fragen der Rückwanderung und ähnliche Aufgaben.[2] Jede dieser Gruppen soll mit drei Personen in den engen Kontaktkreis eintreten, Voraussetzung für die Konkretisierung behandelter Fragen ist das Bestehen absoluter Einmütigkeit aller Vertreter der beteiligten Gruppen. Der Stockholmer Vorstand hat die Initiative gutgeheißen und die Kollegen *Mugrauer, Noll*[3] und *Enderle* als Vertreter bestimmt.

Zwischenruf **Stechert**[4]: Warum Kartell?

Koll. **Janus**[5] fragt, wer den Umfang des Kartells bestimmt? Es seien alle Adressen bekannt, also hätte man auch auf andere bestehende Zirkel und Kreise Rücksicht nehmen müssen. Es scheint, als bestehe eine bewußte Tendenz in Richtung der Ausschaltung bestimmter Gruppen.

Koll. **Mugrauer**: Es ist nur eine Vereinigung von Organisationen und daher konnte eine Einladung an Personen nicht ausgestellt werden.

Koll. **Unger**[6]: Wozu braucht man für die genannten Aufgaben ein Kartell? Es besteht ja der ausbaufähige Kulturbund; Propaganda ist unabhängig von Namen.

1 Nicht abgedruckt die übrigen Mitteilungen zu TO-Punkt 1. u. a. über die geplanten Rundbriefe und über die Kontakte zu den Militärflüchtlingen.

2 Vgl. zum Arbeitsausschuß deutscher antinazistischer Organisationen in Schweden auch Müssener, Exil, S. 214ff.

3 Alfred Noll, geb. 19.4. 1896, Glasmachermeister, ab 1913 Mitglied des Glasarbeiterverbandes, Vorstandsmitglied (Kassierer) der Ortsgruppe Stockholm der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden, Mitglied des FDKB; KPD.

4 Kurt Stechert (19.9. 1906–16.6. 1958), Publizist, nach 1933 verhaftet, Emigration über CSR 1936 nach Schweden, Mitbegründer der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden; SPD, SAP, nach 1932 wieder SPD, Mitglied des FDKB.

5 Richard Janus (1891–5.5. 1972), Metallarbeiter, ab 1910 gewerkschaftlich organisiert, DMV-Mitglied der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden, Oppositionsgruppe, 1918 KPD, 1928 Ausschluß, danach KPO, ab 1938 Mitglied der KPO-Exilgruppe in Schweden.

6 Joachim Unger, bildete mit Ernst Schmitt und Friedl Hagedorn eine »eigene Richtung« in der Oppositionsgruppe; 1946 Vorstandsmitglied des Demokratischen Hilfskomitees für Deutschland.

Koll. I. **Enderle**[7]: Wir wollen ja zur Einheit kommen, jetzt ist die Gelegenheit geschaffen, einheitlich und geschlossen aufzutreten. Der Kulturbund hat keine politischen Aufgaben.

Koll. Siggi **Neumann**[8]: Natürlich muß man diese Bestrebung zur Einheit unterstützen, aber es geht ja um viel mehr als nur das. Beweis ist der Fall *Piehl*[9]. Auch soll man Rücksicht nehmen auf die noch vorhandenen Gruppen und Zirkel.

Koll. **Stechert**: Viele meiner Genossen möchten bei der Teilnahme an der Trauerfeier[10] nicht in Zusammenhang mit einem Kartell gebracht werden. Voraussetzung für Zusammenarbeit ist Vertrauen, doch ich glaube nicht, daß ich mit jedem illegale Arbeit machen möchte. Keiner wird auch übrigens seine noch bestehenden Verbindungen aufdecken. Der Weg zur Einheit ist ein Entwicklungsprozeß und der vollzieht sich aber in Deutschland. Was wird z.B. aus dem Kartell, wenn die Kriegskoalition auseinanderfällt? Es gibt ja eine Partei, die nicht unabhängig ist[11] und (es ist zu befürchten) daß wir als die Blamierten zurückbleiben, wenn sich die konkrete Situation verändert. Wir können kein wie hier skizziertes Kartell gebrauchen, sondern wir müssen eine konkrete Basis mit konkreten Abmachungen haben, denn hier draußen müssen wir über prinzipielle Fragen Einigkeit erzielen, aber keine fiktive Einheit.

Koll. **Stephany**[12]: Ich spreche hier als kommunistischer Gewerkschaftler und nur als solcher und möchte betonen, daß wir stets und immer unsere Abmachungen gehalten haben und halten werden. Wir wollen Verständigung, die Einstellung *Stecherts* ist gefährlich und schädlich für die Arbeiterbewegung. Wo er hier in Schweden als Journalist tätig ist, wird seine Linie auch von vielen nicht gebilligt. Wir sollten von hier aus Einigkeit nach Deutschland proklamieren.

Zwischenruf: Ach so, das ist der Sinn!

Koll. **Schmitt**[13]: Ich beantrage, die Mitarbeit im Kartell abzulehnen.

Koll. **Enderle**: Einige sehen alles negativ aus Angst und Furcht, es könnte ein Moskaukomitee sein. Hier soll erreicht werden, die Emigration als Einheit auftreten zu lassen. Deshalb ist Einigkeit die Voraussetzung.

Koll. **Unger**: Koll. *Stechert* hat den zweifelhaften Wert einer Kartellbildung treffend gezeichnet. Es geht nicht mehr nur gegen den Faschismus, sondern auch schon um die deutsche Arbeiterklasse. Für die aufgezeigten Aufgaben läßt sich der Kulturbund ausbauen.

Koll. **Janus**: Warum hat man kein Arbeitsprogramm vorgelegt, dann zeigt es sich bald, ob wir uns finden werden.

7 Irmgard Enderle, Dr., geb. 28.4. 1895, Lehrerin und Universitätsdozentin, 1925–27 Gewerkschaftsredakteurin, 1933 Verhaftung, Flucht über die Niederlande, Belgien nach Schweden, Mitglied der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden und des Vorstandes des FDKB, 1945–49 Mitglied des Ortsvorstandes der IG Druck und Papier in Bremen und 1950–55 in Köln, gleichzeitig Vorsitzende des DGB-Frauenausschusses Köln; ab 1918 KPD, ab 1932 SAP, ab 1944 SPD.

8 Zu den biographischen Daten von S. Neumann vgl. Mielke, Quellen VIII, S. 416.

9 Im »Fall Otto Piehl« ging es um die vorübergehende Auflösung der Ortsgruppe Örebro der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden, um – so die Auffassung der Oppositionellen – die Mitglieder um Fritz Schreiber aus der Landesgruppe herauszudrängen; vgl. hierzu Günther, Landesgruppe, S. 207f.

10 Gemeint ist die Gedenkfeier am 24.9. 1944 für Wilhelm Leuschner, Ernst Thälmann und Rudolf Breitscheid, vgl. Müssener, Exil, S. 214.

11 Gemeint ist die Moskau-Abhängigkeit der KPD.

12 Franz Stephany (im Original Stefani), seit 1922 DMV-Mitglied, 1940 aus Norwegen nach Schweden geflüchtet, Februar 1944 Delegierter der Landeskonferenz der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden, Mitbegründer der FDKB; KPD.

13 Ernst Schmitt; im Original Schmidt; vgl. Anm. 6.

Koll. **Bohnsack**: Ich würde mich mit Schärfe gegen die Bildung eines Nationalkomitees wenden. Doch hier gilt es die Möglichkeit, die die Neutralität Schwedens gibt, auszunützen. Doch deshalb ist eben hier die Einheit notwendig. Man soll das Kartell erst mal arbeiten lassen.

Koll. Kurt **Neumann**: Es ist eine politische Sache. Das ist aus den ersten Arbeiten ersichtlich, aber in solchem Fall [ein] Kartell, ohne politische Abmachungen, ist unmöglich, hat es auch noch nie gegeben. Man kann eben keine Blancovollmacht ausstellen.

Zur Abstimmung lagen zwei Anträge vor:

1.) Antrag des Vorstandes: Der Vorstand schlägt der Versammlung vor, der Bildung einer Zusammenfassung der Emigrantengruppen zuzustimmen und die Kollegen *Mugrauer, Noll* und *Enderle* zu delegieren.

2.) Antrag *Schmitt*: Die Gewerkschaftsgruppe Stockholm lehnt eine Beteiligung wegen ungeeigneter Voraussetzungen ab.

Ein Geschäftsordnungsantrag des Koll. S. *Neumann*, die Abstimmung auf später zu vertagen, konnte nicht berücksichtigt werden, weil der Abstimmungsprozeß bereits eröffnet war.

Abstimmungsergebnis: 42 Stimmen für den Antrag des Vorstandes und 20 Stimmen für den Antrag *Schmitt*.[14]

DOKUMENT 194

Oktober 1944: Richtlinien der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden zur Betriebsrätefrage

Mitteilungsblatt Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden, 2. Jg., Nr. 10, Okt. 1944. Überschrift: »Richtlinien zur Betriebsrätefrage«.[1]

1) Betriebsvertretungen sind eine uralte Forderung der Arbeiterschaft. Für ein neues demokratisches Deutschland ist deshalb die sofortige Einführung und der Ausbau des kollektiven Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben eine selbstverständliche und notwendige Maßnahme.

2) Wenn die zukünftige deutsche Demokratie nicht wieder eine formale sein, sondern das gesamte gesellschaftliche Leben durchdringen soll, muß das betriebliche Mitbestimmungsrecht auch zu einem bedeutenden Faktor innerhalb der zukünftigen planökonomischen Maßnahmen[2] gemacht werden.

3) Die Wiedereinführung des alten Betriebsrätegesetzes von 1920 würde den zukünftigen Aufgaben der Betriebsräte nicht mehr entsprechen. Doch muß erreicht werden, daß die Mitwirkung der Betriebsräte bei der betrieblichen Gestaltung der Arbeitsbedingungen, der hygienischen und sozialen Verhältnisse, der Unfallschutzein-

14 Ein erneuter Versuch der Opposition (vgl. »Protokoll von der Mitgliederversammlung (der Ortsgruppe Stockholm) am 27.10. 1944«, in: Västerås Stadsbibliothek, Akte Deutsche Gewerkschaften in Schweden) »in der Frage des ›Antinazistischen Arbeitskreises‹ die Grundsatzdebatte nochmals aufzurollen«, wurde gegen 4 Stimmen abgelehnt.

1 Das Dokument ist auch abgedruckt in: Landesgruppe, Vorschläge, S. 19f.

2 Vgl. hierzu auch Dok. 205.

richtungen, vor allem aber die Mitbestimmungsrechte bei Einstellungen und Entlassungen schärfer gefaßt und erweitert werden. Ebenso sollen die Betriebsräte das Recht haben, die Interessen der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter im Betriebe wahrzunehmen, unbeschadet eventueller Lehrverträge.

4) Ganz besonders aber müssen die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte ausgedehnt werden bei der betrieblichen Berechnung der Zeit- und Akkordlöhne, im Rahmen der von den Gewerkschaften vereinbarten Tarifverträge. Dabei muß den Betriebsräten Gelegenheit gegeben werden, die Zeitmessungen für die einzelnen Arbeitsoperationen zu kontrollieren oder selbst vorzunehmen. Sie müssen auch das Recht erhalten, die Akkordlöhne gemeinsam mit den Lohnbeamten des Betriebes zu errechnen. Neue Lohnberechnungssysteme dürfen nur eingeführt werden, wenn sie mit den Gewerkschaften, unter Mitwirkung der Betriebsräte, vereinbart worden sind.

5) Zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten ist den Betriebsräten Gelegenheit zu geben, sich mit allen Angelegenheiten der Betriebsleitung, der Produktion sowie des Absatzes vertraut zu machen. Zu diesem Zwecke muß ihnen volle Einsicht gewährt werden in die gesamte Buchhaltung und in deren dokumentarische Unterlagen. Sie müssen weiter Einsicht bekommen in das gesamte Kalkulationswesen des Unternehmens. Weiter sollen sie ein Kontrollrecht bekommen über die Durchführung aller Aufträge, Bestellungen und sonstigen dem Unternehmen von den eventuellen planökonomischen Stellen zugewiesenen Aufgaben.[3]

6) Die Betriebsräte sollen von allen Arbeitern und Angestellten des Betriebes frei gewählt werden. Gegenüber der Betriebsleitung müssen sie gesetzlich legitimiert sein, alle wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiter und Angestellten zu vertreten.

Zugleich aber sollen sie ein Bindeglied zwischen den Arbeitern und Angestellten und deren gewerkschaftlichen Organisationen sein.[4] Deshalb soll den organisierten Betriebsräten in allen örtlichen und zentralen gewerkschaftlichen Körperschaften Sitz und Stimme eingeräumt werden. Ebenso soll dafür gesorgt werden, daß die Betriebsräte in den Kommissionen vertreten sind, durch die die Gewerkschaften mit den Unternehmerorganisationen über den Abschluß von kollektiven Arbeitsverträgen verhandeln. Darüber hinaus sollen die Gewerkschaften in regelmäßigen Betriebsräteversammlungen die Betriebsräte über ihre Pläne sowie über die jeweilige allgemeine, wirtschaftliche, soziale und politische Situation informieren.

Anderseits sollen die Betriebsräte gegenüber den Gewerkschaften die Pflicht haben, unter ihren Betriebsangehörigen Verständnis für die gewerkschaftlichen Aufgaben zu wecken, sich zu bemühen, sie restlos der Organisation zuzuführen und ihrerseits sich dem demokratischen Urteil der Belegschaften zu unterstellen.

7) Es muß Vorsorge getroffen werden, daß solche Mitglieder von Betriebsräten, die sich grobe Verstöße gegen ihre Pflichten zuschulden kommen lassen, durch Mehrheitsbeschlüsse der Belegschaft abberufen werden können.

3 Im Entwurf »Richtlinien für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft«, o.D., in: ARA, O. Friedländer Sammlung, Bd.5, heißt es ferner: »Die Betriebsräte entsenden Vertreter mit Stimmrecht in die Aufsichtsräte der Gesellschaftsunternehmungen«.

4 Zur Position der Opposition in der Landesgruppe hinsichtlich des Verhältnisses von Gewerkschaften und Betriebsräten vgl. Dok.181.

DOKUMENT 195

24. 10. 1944: Memorandum zum Gewerkschaftsaufbau in Deutschland von Max Hodann und Kurt Stein

ARA, Nl. M. Hodann, Bd. 14. Maschinenschrift. Überschrift: »Gewerkschaftsaufbau im okkupierten deutschen Gebiet.[1]«

1.) Die Okkupation deutscher Gebiete durch die Alliierten hat begonnen und wird vermutlich bald erweitert werden. Dabei dürften die Alliierten darauf Wert legen, möglichst rasch mit solchen Kreisen der Bevölkerung in Kontakt zu kommen, die bereit sind, mit den Besatzungsbehörden zusammenzuarbeiten, von denen daher eine Mitwirkung bei der Pazifizierung des Gebiets[2] und eine Mithilfe beim Aufbau lokaler und sozialpolitischer Selbstverwaltungsorgane zu erwarten ist. Diese Teile der Bevölkerung gilt es möglichst rasch zu organisieren.

2.) Die alliierten Behörden müssen dabei eine Garantie haben, daß diese Bevölkerungskreise frei sind von getarntem Nazieinfluß. Anders ist die Atmosphäre nicht zu schaffen, die eine Zusammenarbeit zwischen Alliierten und Deutschen ermöglicht und damit auf die übrige Bevölkerung einen hinreichenden moralischen Einfluß ausübt, der diese nach 11 Jahren Nazierziehung und dem Chaos der Schlußperiode des Krieges zu einem geordneten Leben unter einem neuen Rechtszustand zurückführen kann.

3.) Eine wesentliche Unterstützung könnten sich die Alliierten sichern durch Fühlungnahme und Übereinkommen mit Personen und Gruppen aus der früheren deutschen Gewerkschaftsbewegung. Es dürfte bekannt sein und durch Nachfrage beim Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) in London einwandfrei beglaubigt werden, daß diese Gewerkschaftskreise in Deutschland noch heute Verbindungen untereinander haben. Es bestehen illegale Arbeitsgruppen, die den Tag des Zusammenbruchs des Nazisystems herbeisehnen. Seitens der hiesigen Amerikanischen Legation wird die Beschaffung entsprechender Adressen systematisch organisiert.[3] Laut einer Mitteilung des Vorsitzenden der Auslandsgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden hat man unter Zustimmung von Herrn *Tarnow* bisher ca. 500 Adressen zu diesem Zweck an Mr. *Dorfmann* übergeben. Diese zahlreichen Träger der alten Gewerkschaftsidee gehören zu der Generation der jetzt über 30 Jahre alten Menschen. Sie sind zum überwiegenden Teil verheiratet und in ihren Wohnorten seßhaft. Sie bilden daher eine Schicht, die an der Wiederherstellung von Ordnung, Ruhe und gesetzlichen Zuständen stark interessiert ist. Ihrer sozialen Stellung nach sind sie Arbeiter und Angestellte, der Gesinnung nach überwiegend Anhänger der sozialdemokratischen Richtung und verwandter demokratischer Gruppierungen.

4.) Die ehemaligen freien deutschen Gewerkschaften haben seit 1935 eine Auslandsvertretung,[4] die mit dem IGB in dauerndem Kontakt steht. Sie hat in England und Schweden festorganisierte Gruppen ehemals aktiver deutscher Gewerkschafter. In beiden Gruppen sind Pläne für den Wiederaufbau deutscher Gewerkschaften ausgearbeitet worden.

5.) Die Pläne, die von den in England lebenden Gewerkschaftern akzeptiert wurden,[5] sind unter der Verantwortung des früheren Berliner Vorsitzenden des Zentralver-

1 Das Dokument enthält den handschriftlichen Hinweis »Copy Fricke.«

2 Vgl. hierzu auch Dok. 201.

3 Vgl. hierzu auch Müssener, Exil, S. 217 f.

4 Vgl. Kap. II, Reichsleitung/ADG u. a. Dok. 27 ff.

5 Vgl. Kap. IX, Landesgruppe Großbritannien, Dok. 206–250.

bandes der Angestellten, Hans *Gottfurcht*, zusammengestellt worden. Der entsprechende Entwurf der schwedischen Gruppe deutscher Gewerkschafter geht auf ein Komitee zurück, daß die Ergebnisse seiner Diskussion vom Plenum der schwedischen Gruppe hat annehmen lassen.[6] Beide Entwürfe sind auf Wunsch zu beschaffen. Ein Abdruck des Stockholmer Entwurfs ist seinerzeit Mr. *Tennant*[7] übermittelt worden.

6.) Innerhalb des IGB in London sind ebenfalls Pläne für den Wiederaufbau deutscher Gewerkschaften in Vorbereitung. Die Differenzen zwischen diesen und denen von den deutschen Auslandsgruppen fixierten Vorschlägen sind im wesentlichen psychologischer Art. Geeignete Vorbereitungen vorausgesetzt, lassen sich diese Differenzen überbrücken. Könnte also eine Verständigung zwischen Vertretern der alliierten Behörden, des IGB und der Auslandsvertreter deutscher Gewerkschafter erzielt werden, so ergäbe sich daraus eine brauchbare Grundlage zur Beschleunigung der Pazifizierung in den befreiten Teilen Deutschlands. Eine solche gemeinsame Tätigkeit könnte und sollte schon aus propagandistischen Gründen herbeigeführt werden, sobald ein befreites Gebiet genügend Abstand von der Front gewinnt. So könnte nicht nur in den Städten und Industriegebieten, sondern auch in landwirtschaftlichen Distrikten ein zur Zusammenarbeit bereiter Bevölkerungskern gesammelt werden.

7.) Aus psychologischen Gründen muß verhindert werden, daß die vorgeschlagenen Gewerkschaftsneubildungen den Nazis und anderen Kreisen, die der Zusammenarbeit mit Amerika und England abgeneigt sind, ein Argument liefern, sie als Werkzeuge der Okkupationsbehörden (»Quislingorgane«) zu bezeichnen.[8] Das kann dadurch verhindert werden, daß die Neugründungen durch deutsche Gewerkschafter ohne sichtbaren Eingriff der Alliierten erfolgen, und daß die dabei mitwirkenden Delegierten des IGB nur als Berater in Erscheinung treten. Diese könnten dabei gleichzeitig als Verbindungsglieder zwischen den alliierten Behörden und den neuen Gewerkschaften fungieren.

8.) Voraussetzung für all dies ist, daß die in Frage kommenden alliierten Behörden, der IGB und die Auslandsverteter der deutschen Gewerkschaften ihre Wünsche und Ziele in Übereinstimmung bringen. Dabei sollten zuerst die alliierten Behörden sich mit dem IGB verständigen. Danach sollten diese einer Kontaktperson Gelegenheit geben, die Ansichten der deutschen Gewerkschafter persönlich in London zu vertreten. Als eine solche Kontaktperson schlagen die Unterzeichneten in erster Linie den früheren Leiter der Berliner Gewerkschaftsschule und jetzigen Schriftführer der Landesgruppe Schweden deutscher Gewerkschafter, Herrn Fritz *Fricke*, Solna, Stockholm, Charlottenburgvägen 14, vor.

9.) Wenn bei derart vorbereitenden Schritten gewisse zur Zeit bestehende Meinungsverschiedenheiten zwischen IGB und den deutschen Gewerkschaften[9] geklärt sind, kann ein weiterer Kreis führender Gewerkschafter zugezogen werden, um eine endgültige Übereinstimmung herbeizuführen. Personen, die von deutscher Seite dazu herangezogen werden sollten, sind auf Blatt 4[10] verzeichnet.

6 Vgl. Dok. 181, 188.
7 Peter Tennant, Presseattaché der britischen Gesandtschaft in Stockholm. Tennant soll über den Emigranten Dr. Walter Jacobsen auch Verbindung zur Widerstandsgruppe um Goerdeler gehabt haben; vgl. Müssener, Exil, S. 462.
8 Vgl. hierzu »Aussprache mit deutscher KP und Gewerkschaftsleitung, 3. Okt. 1944.« Bei dieser Aussprache hatte K. Mewis (KPD) die Forderung erhoben, »daß die ›deutsche Bewegung‹ selbständig sein müsse und nicht der Schein entstehen dürfte, als stünde sie oder einer ihrer Teile im Dienst einer auswärtigen Macht« (Quislingstheorie), in: ARA, Nl. M. Hodann, Bd. 14.
9 Vgl. Dok. 190.
10 Genannt werden mit biographischen Notizen Fritz Fricke, Fritz Tarnow, Hans Gottfurcht und Martin Krebs.

10.) Da die Mehrzahl wirklich erfahrener ehemaliger deutscher Gewerkschafter in Schweden lebt, sind ihnen die Absichten der Alliierten begreiflicherweise nur soweit bekannt, als sie aus der Presse zu erfahren sind. Der briefliche Kontakt mit dem IGB und dem Vorsitzenden der deutschen Gewerkschaftsgruppe in England genügt zur Regelung so diffiziler Fragen nicht. Es muß also die Möglichkeit zu direkten Besprechungen in London oder Stockholm eröffnet werden.

Hodann[11]-Stein, 24.X.1944[12]

DOKUMENT 196

November 1944: Charlotte Burmester über das Verhältnis von Landesgruppe und Nationalkomitee Freies Deutschland

ARA, Akte Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden. Maschinenschriftliche Durchschrift. Überschrift: »Was haben wir als Gewerkschaftler mit dem Nationalkomitee Freies Deutschland gemeinsam?«[1]

Wenn wir als ehemalige Mitglieder der freien deutschen Gewerkschaften im Auslande zur Frage des Wiederaufbaus der freien Gewerkschaften Deutschlands Stellung nehmen, so muß uns beim Herangehen an diese Frage vor allem klar sein, daß die Wiederherstellung der freien Gewerkschaften nur nach dem Sturz *Hitlers* und nach der Errichtung eines freien Deutschlands erfolgen kann. Von dieser Tatsache ausgehend, können wir die Frage der Wiederherstellung der freien Gewerkschaften in Deutschland nicht losgelöst vom Kampf für den Sturz *Hitlers* und für die Errichtung eines freien, demokratischen Deutschlands stellen. Das tut, wie uns die Praxis zeigt, die Arbeiterschaft im Lande nicht und wir, als im Ausland lebender Teil der deutschen Arbeiterschaft, dürfen es auch nicht tun.

Unsere Gewerkschaftskollegen in der Heimat sind von der Erkenntnis fest durchdrungen, daß der Weg zur Wiederherstellung der freien Gewerkschaften nur über den Sturz der Hitlerbande führt, und sie sehen es daher als erste Aufgabe an, mit allen antifaschistisch[2]-demokratischen Kräften vereint für den Sturz *Hitlers* und für die Errichtung eines freien demokratischen Deutschlands zu kämpfen. Nach dem Sturz *Hitlers* und der Errichtung eines freien Deutschland wird entschieden die faschistische DAF liquidiert und eine freie Gewerkschaft auf demokratischer Grundlage durch die deutschen Arbeiter selbst aufgebaut werden.

Von dieser Erkenntnis und von dem entschlossenen Willen unserer Gewerkschaftskollegen in der Heimat müssen wir uns leiten lassen, daß man für die Wiederherstellung der freien Gewerkschaften vereint mit allen antifaschistisch-demokratischen Kräften *Hitler* und seine Bande stürzen und ein freies Deutschland errichten muß,

11 Max Julius Hodann, Dr. med. (30.8. 1894–17.12. 1946), vor 1933 Vorstandsmitglied der Vereinigung sozialistischer Ärzte, ab 1923 Leiter des Proletarischen Gesundheitsdienstes, 1933 Verhaftung, Sommer 1933 Flucht über die Schweiz, Frankreich nach Norwegen, 1937–38 Militärarzt in Spanien, danach über Norwegen nach Schweden, 1944 Vorsitzender des FDKB, März 1944 – Juli 1945 politischer Berater der britischen Botschaft.
12 Nicht abgedruckt die biographischen Daten der in Anmerkung 10) genannten Gewerkschafter.
1 Die Datierung und der Hinweis auf die Verfasserin ergeben sich aus folgender Bemerkung auf der Rückseite des Dokumentes: »Die nächste Versammlung am 20. November soll sich mit dem Antrage der Kollegin Burmester beschäftigen. Antragsgemäß übersenden wir mit Vorliegendem ihre Begründung. Die Ortsgruppenleitung.« Zur Autorenschaft von Ch. Burmester vgl. auch Müssener, Exil, S. 126.
2 Im Original »antifaschisten«

weil dies die einzige Voraussetzung ist, um die faschistische DAF zu liquidieren[3] und eine starke Freie Gewerkschaft auf demokratischer Grundlage in Deutschland aufbauen zu können. Diese Richtung im Kampfe für die Wiederherstellung der freien Gewerkschaften soll ohne Zögern für jeden freien Gewerkschaftler und Antifaschisten im Auslande bindend sein.

Unsere Gewerkschaftskollegen im Lande lehnen es entschieden ab, daß sich Gewerkschaftler nur mit den zukünftigen Wiederaufbauproblemen der freien Gewerkschaften beschäftigen und anderen Kräften und den politischen Parteien es überlassen wollen, die Voraussetzung für die Wiederherstellung der freien Gewerkschaften zu erkämpfen. Unsere Gewerkschaftskollegen im Lande sind vielmehr der Auffassung, daß alle freien Gewerkschaftler vereint mit allen antifaschistischen Kräften für diese Voraussetzung, also für den Sturz *Hitlers* und die Errichtung eines freien demokratischen Deutschlands, kämpfen müssen, wenn sie nach dem Sturz *Hitlers* in der künftigen freien Gewerkschaftsbewegung einen würdigen Platz einnehmen und am Wiederaufbau der freien Gewerkschaften führend teilnehmen wollen.

Der Kampf um den Sturz *Hitlers*, für die Errichtung eines freien Deutschland, für die Wiederherstellung der politischen, gewerkschaftlichen und sozialen Rechte und Errungenschaften, für die Organisations-, Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit usw. usf. ist ein Gesamtproblem, eine Gesamtaufgabe der deutschen Antifaschisten innerhalb und außerhalb des Landes. Man kann diese Gesamtaufgaben der deutschen Antifaschisten nicht in eine Ressortfrage oder Abteilungen einteilen, wo die einen die Aufgaben haben, *Hitler* zu stürzen und ein freies Deutschland zu erkämpfen und die anderen sich nur mit den Aufbauproblemen nach dem Sturz *Hitlers* und mit der Wiederherstellung der freien Gewerkschaften zu beschäftigen haben. Die gemeinsamen Kampfaufgaben müssen gemeinsam von den deutschen Antifaschisten erfüllt werden. Die antifaschistische Emigration und die antifaschistische Befreiungsbewegung im Lande muß ein einheitliches Ganzes sein, und es darf in dieser Frage keinen Gegensatz unter den Antifaschisten im Lande und in der Emigration geben.

Aus diesem Grunde dürfen wir von der einzig richtigen, an Kraft und Bedeutung zunehmenden und auf das Hauptziel ausgerichteten Befreiungsbewegung »Freies Deutschland« nicht abseits stehen. Wenn wir das tun würden, dann isolieren wir uns selbst von der Befreiungsbewegung »Freies Deutschland«, schädigen diese Bewegung und unterstützen damit faktisch die Feinde eines freien, demokratischen Deutschlands, die Deutschland nach dem Sturz *Hitlers* durch Kommissare überwachen und der deutschen Arbeiterschaft und dem Volk das Selbstbestimmungsrecht und Selbstverwaltungsrecht nehmen wollen.[4]

Wenn wir ein freies, demokratisches Deutschland wollen und dafür eintreten, dann müssen wir

erstens in unserer Arbeit von den Bedingungen und von den Kampfzielen der in der Heimat kämpfenden Arbeiterschaft ausgehen, uns davon leiten lassen und unsere Arbeit auf diese Hauptkampfziele ausrichten,

zweitens müssen wir ernstlich und kameradschaftlich überprüfen, was wir mit unserer bisherigen Arbeit der im Lande und außerhalb des Landes entstandenen Befreiungsbewegung »Freies Deutschland« gemeinsam haben,

3 Zur Diskussion um die Liquidierung bzw. Übernahme einer reformierten DAF vgl. u. a. Dok. 172–176, 180–188.

4 Nach Müssener, Exil, S. 127 traf diese Ansicht »auf den geschlossenen Widerstand der sozialdemokratischen und der übrigen sozialistischen Emigration.«

drittens müssen wir eine proklamatorische Ausrichtung auf die Kampfziele der Befreiungsbewegung »Freies Deutschland« kameradschaftlich diskutieren, vornehmen und in dieser Richtung wirken und arbeiten.

Tun wir das, dann folgen wir dem Beispiel unserer Gewerkschaftskollegen in der Heimat, dann erfüllen wir in der Befreiungsbewegung »Freies Deutschland« unsere Pflicht als deutsche Antifaschisten und freie Gewerkschaftler, dann helfen wir mit, den Faschismus zu stürzen, ein freies, demokratisches Deutschland zu errichten und die Wiederherstellung der freien Gewerkschaften zu verwirklichen.

Die Kampfziele der Befreiungsbewegung: Sturz des Hitlerregimes und Errichtung eines freien Deutschlands

Die Kampfziele der deutschen Befreiungsbewegung erhielten ihre zusammengefaßte Formulierung[5] auf der Friedenskonferenz Ende 1942 im Rheinland; und das kürzlich in der SU gebildete Nationalkomitee »Freies Deutschland«, hinter dem hunderttausende deutsche Kriegsgefangene, tausend Emigranten aus allen Teilen der freien Welt und breite Massen im Lande stehen, stellt sich auf den Boden der Beschlüsse und hinter die Kampfziele der deutschen Friedenskonferenz. Diese Kampfziele lauten:

1. Sturz *Hitlers* und seines gesamten Regimes, für ein freies Deutschland, gegründet auf eine demokratische Staatsmacht, die nichts mehr mit der Weimarer Republik gemein hat, für eine Demokratie, die jeden Versuch des Wiederauflebens von Verschwörungen gegen die Freiheitsrechte des Volkes oder gegen den Frieden Europas rücksichtslos im Keime erstickt.

2. Für die restlose Beseitigung aller auf Völker- und Rassenhaß beruhenden Gesetze, aller unser Volk entehrenden Einrichtungen des Hitlerregimes und der Zwangsgesetze gegen Freiheit und Menschenwürde.

3. Für die Wiederherstellung und Erweiterung der politischen und sozialen Errungenschaften für die Schaffenden, Rede-, Versammlungs-, Organisations-, Presse-, Gewissens- und Religionsfreiheit, Freiheit der Wirtschaft, des Handels und des Gewerbes und Sicherung des Rechtes auf Arbeit.

4. Für die Sicherung des rechtmäßig erworbenen Eigentums. Rückgabe des durch die faschistischen Machthaber geraubten Hab und Gut an die Eigentümer, für die Beschlagnahme des Vermögens der Kriegsschuldigen und Kriegsgewinnler.

5. Güteraustausch mit anderen Ländern als eine gesunde Grundlage eines gesicherten nationalen Wohlstandes.

6. Für die sofortige Befreiung und Entschädigung aller Opfer des Hitlerregimes, gerechtes, schonungsloses Gericht über die Kriegsverbrecher, deren Anführer, Hintermänner und Helfershelfer, die Deutschland ins Verderben, Schuld und Schande gestürzt haben.

7. Amnestie für alle Antifaschisten und auch Hitleranhänger, die sich rechtzeitig durch ihre Taten vom Hitlerregime lossagten und sich der Befreiungsbewegung für ein freies Deutschland anschlossen.

Gewerkschaftliche Forderungen

1. Schafft auf allen Arbeitsplätzen Komitees zur Organisierung von *Hitlers* Sturz als Voraussetzung für die Wiederherstellung der Freien Gewerkschaft.

5 Gemeint ist das »Friedensmanifest vom 6. Dezember 1942, das Moskau einer westdeutschen Friedensberatung zuschrieb«. Vgl. Peukert KPD, S. 349.

2. Ist *Hitler* gestürzt und Deutschland vom faschistischen Regime frei, dann hinweg mit der faschistischen DAF.

3. Aufbau der freien Gewerkschaften auf dem Prinzip der gewerkschaftlichen Demokratie und Erfassung aller Arbeitenden in Industriegewerkschaften.

4. Freiwilliger Beitritt, ausgeschlossen sind SS, Gestapo und alle verhaßten Nazis und DAF-Funktionäre; Glaubensverschiedenheiten sollen kein Hindernis sein.

5. Gesetzliche Einführungen eines demokratischen Produktionsausschusses, wo die Arbeiterschaft stark vertreten sein muß, zur Organisierung des Wiederaufbaus und Ausbaus der Zivilgütererzeugung und zur Produktions- und Konsumtionskontrolle.

6. Ausarbeitung eines neuen Betriebsrätegesetzes und schleunigste Inkraftsetzung.

7. Acht-Stundentag, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, gesetzlicher Urlaub bei Bezahlung eines monatlich festgesetzten Durchschnittslohnes für alle Arbeiter, Arbeit für alle und gerechte Entlohnung, staatliche Arbeitslosenunterstützung, bis die vorübergehende Arbeitslosigkeit beseitigt ist.

8. Die Einführung einer Sozialversicherung, die in allen Notfällen des Lebens in Kraft tritt und alle gleichmäßig umfaßt.

9. Internationale Solidarität, Zusammenarbeit mit der Weltarbeiterschaft, mit allen Gewerkschaften der Welt, die auf dem Boden der Freiheit, Demokratie und des Fortschritts stehen.

Die Ortsgruppenleitung

DOKUMENT 197

18. 11. 1944: Schreiben von Hans Mugrauer an R. Schulz über die Unterstützung der Militärflüchtlinge durch die Landesgruppe

AdsD, DGB-Archiv, Nl. H. Mugrauer. Maschinenschrift.

Lieber Kollege Schulz,

der Kassierer unserer Landesgruppe der deutschen Gewerkschafter, der Kollege *Dittmer*[1], hat mir Deinen Brief zur Beantwortung übergeben, was ich nun tun will. Am Schluß Deines Briefes regst Du an, die Gewerkschaftsgruppe solle sich um die Militärflüchtlinge ein wenig kümmern. Das ist schon der Fall, deshalb bekommst Du von mir den Brief beantwortet, ich habe nämlich von der Landesgruppe den Auftrag, diesen Kontakt zwischen den Militärflüchtlingen und der Landesgruppe aufrechtzuerhalten. Zuerst eine Information über diese Angelegenheit. Die Militärflüchtlinge und geflüchteten Seeleute sind, soweit sie schon aus den Lagern entlassen sind, dafür Interesse haben und hierfür geeignet sind, in der Bewegung »Weg ins Leben« zusammengeschlossen.[2] Es gibt für sie auch eine hektografierte Zeitung »Der Weg ins Leben«, die ungefähr monatlich erscheint und in der die Militärflüchtlinge über die sie interessierenden Probleme schreiben. Für die Zeitung ist ein von den Militärflüchtlingen gewähltes Redaktionskomitee und je ein Vertreter des von Dir auch erwähnten Freien Deutschen Kulturbundes, der Kollege Herbert *Warnke*, und ein Vertreter der Landesgruppe der deutschen Gewerkschafter in Schweden, das bin ich, verantwortlich. Zu den Lagern selbst haben wir meist Kontakt durch Kameraden, die vorher im Lager waren und einen Kameraden haben, der noch im Lager ist. Die Militärflüchtlinge und Seeleute bekommen den »Weg ins Leben« und nun neuerdings schicken wir jedem Militärflüchtling, von dem wir die Adresse haben, auch unser gewerkschaftliches Mitteilungsblatt. (Du schreibst, daß Du dieses Blatt von einem Nichtdeutschen geliehen bekommen hast. Ist es ein Schwede oder wer auch immer, wenn er Interesse hat, mit uns Kontakt zu bekommen, so möge er schreiben, entweder an mich oder an irgendeine Adresse, die im Blatt selbst angegeben ist. Wir werden uns auf alle Fälle freuen, Kontakt zu bekommen). Daneben haben wir persönliche Korrespondenz mit einer Anzahl Militärflüchtlinge und Seeleuten. Das ist die bisherige Verbindung der politischen Emigration und der Militärflüchtlinge und das Material, das jeder bekommt, dessen Adresse wir kennen. Daneben haben wir gesorgt, daß in Kosta eine Bibliothek zustande kam für die Flüchtlinge. Es ist uns gelungen, eine recht beträchtliche Anzahl Bücher zu verschaffen, teils in deutsch, teils in schwedisch, aber vor allem gute Literatur. – Daß der größte Teil der Jungens politisch recht ungeschult ist, kann ja kaum anders sein. Wichtig ist ja, daß sie nicht verbissene Nazis sind und eingesehen haben, daß das Naziregime der Feind des deutschen Volkes und das Unglück der Welt ist. Sie für die Ideen der Freiheit, der Demokratie und des sozialen Fortschrittes, des Sozialismus zu gewinnen, das ist Sache der Generation, die noch etwas davon weiß. Soweit man das durch unsern Zusammenschluß und Kontakt mit ihnen machen kann, geschieht es. Das ist natürlich eine schwierige Aufgabe, muß aber gemacht werden. Wir sind dabei, einiges Material zusammenzustellen, das ungefähr dem entspricht, was Du auch vorschlägst. Aber das ist alles nicht so einfach, wie es zunächst aussieht. Inhaltlich muß es so sein, daß wir für die Zukunft weitgehendst, wenn möglich ganz, (?) den Bruderkampf verhindern.[3] Und daneben ist alles eine Geldfrage. Unsere Emigrationsorganisationen haben es in dieser Hinsicht nicht leicht und vieles kann nicht geschehen, weil einfach die Geldmittel fehlen.

Zu Deiner Frage über die Aufnahmebedingungen in die Landesgruppe der Gewerkschaften. Bisher haben wir nach folgendem Grundsatz gehandelt: Aufgenommen kann nur der werden, der vor 1933 daheim einer Gewerkschaft angehörte (auch RGO), hier in Schweden organisiert ist, wenn er hier arbeitet und von einem Flüchtlingskomitee anerkannt ist. Für diejenigen, die noch zu jung waren für Punkt eins, gilt dieser natürlich nicht. Zur Frage der Aufnahme der Militärflüchtlinge haben wir noch nicht Stellung genommen, werden aber demnächst einen Beschluß fassen hierzu. Alle politischen Richtungen sind in der Gewerkschaftsgruppe organisiert und im allgemeinen ist die Zusammenarbeit recht gut.

Nun noch einiges über Deine Frage betreffend den Freien Deutschen Kulturbund[4] in Schweden. Der ist natürlich ein unpolitischer Zusammenschluß aller antinazistischen demokratischen Deutschen hier in Schweden. Ihm gehören selbstverständlich auch Bürgerliche an. Im Vorstand sind Sozialdemokraten, Kommunisten und Bürgerliche vertreten, die Zusammenarbeit ist auch hier absolut gut und kameradschaftlich. Natürlich hat der Bund nur kulturelle Aufgaben, er hat die wirkliche deutsche Kultur zu pflegen und zu propagieren und das, was sich Kultur des Dritten Reiches nennt, zu bekämpfen. Gewerkschaft wie Kulturbund haben hier in Schweden ein ganz gutes

1 Henry Dittmer (im Original irrtümlich Dittmar), geb. 14.1. 1905, Meiereiarbeiter, Angestellter. Juli 1933 Emigration über Dänemark nach Schweden, Mitgründer und bis 1945 Kassierer der Landesgruppe Schweden der Auslandsvertretung deutscher Gewerkschaften, Mitglied der SPD und des Freien Deutschen Kulturbundes.

2 Vgl. hierzu auch Günther, Landesgruppe, S. 165ff; ferner Müssener, Exil, S. 257ff.

3 Vgl. auch den Brief von H. Mugrauer an R. Schulz, 13.12. 1944: »Ich glaube, daß wir Sozialdemokraten auf der einen Seite gelernt haben, die Machtergreifung des Nazismus in Deutschland richtig einzuschätzen. Daraus gilt es, für die Zukunft die notwendigen Lehren zu ziehen. Eine dieser Lehren muß sein, die Spaltung der Arbeiterschaft zu überwinden«; in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. H. Mugrauer.

4 Zum Freien Deutschen Kulturbund vgl. Müssener, Exil, S. 196ff. Zur Zusammenarbeit von Kulturbund und Militärflüchtlingen vgl. Dok. 203.

Ansehen, soweit überhaupt der Name und der Begriff Deutsch noch Ansehen in der Welt besitzt. Wenn Du Mitglied im Kulturbund werden willst, steht dem also absolut nichts im Wege.

Nun zu Deiner persönlichen Angelegenheit betreffs Fach- und Sprachliteratur. Ist es da nicht möglich, über die Lagerverwaltung einige der Wünsche erfüllt zu bekommen? Leider haben wir nicht die Möglichkeit, die Lager besuchen zu können. Wir streben das an, aber zunächst müssen wir hierzu grundsätzlich die Genehmigung erhalten und zum anderen müssen hierzu die notwendigen Mittel irgendwie aufgebracht werden. Das Land hier ist ja in seiner Ausdehnung so groß, daß Reisen immer eine kostspielige Angelegenheit sind. Aber wir hoffen, daß wir auch hierin irgendeinen Weg finden werden.

Das wäre wohl alles, was ich zu Deinem Brief zu sagen hätte. Ich hoffe, von Dir wieder Nachricht zu bekommen und bleibe mit den besten Grüßen für Dich und die anderen Kameraden dort

[Hans Mugrauer]

DOKUMENT 198

Dezember 1944: Richtlinien der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden zur Arbeitsverfassung

Mitteilungsblatt Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden, 2. Jg., Nr. 12, Dezember 1944, S. 1. Überschrift: »Richtlinien zur Arbeitsverfassung«.[1]

1) *Recht auf Arbeit!* Jedem Deutschen muß das Recht auf Arbeit gewährleistet werden. Zur Durchführung dieses Rechtes muß der Staat verpflichtet werden, für jeden arbeitsfähigen[2] Deutschen einen Arbeitsplatz zu sichern, auf dem er seinen Lebensunterhalt entsprechend dem allgemeinen Lebensstandard verdienen kann. Während vorübergehender Arbeitslosigkeit bis zur Beschaffung eines neuen Arbeitsplatzes soll dem Arbeitslosen Anspruch auf ausreichende Unterstützung zustehen.[3]

2) *Koalitionsrecht.* Jedem Einwohner des Landes ist das Koalitionsrecht zu gewährleisten; darunter ist nicht nur die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen, sondern auch das Recht der Vereinigung und Versammlung überhaupt zu verstehen. Es müssen entsprechende Bestimmungen getroffen werden, welche die tatsächliche Ausübung dieser Freiheiten sichern.

Mit dem Koalitionsrecht soll das Recht des Streikes als letzte Waffe im Arbeitskampf festgelegt werden.[4]

1 Laut redaktioneller Vorbemerkung hatte »der sozialpolitische Arbeitsausschuß der Gruppe Stockholm [...] folgende Richtlinien ausgearbeitet, die hiermit allen Mitgliedern zur Kenntnis und Stellungnahme bekanntgegeben werden«; Quelle wie Kopfregest. Dieser Arbeitsausschuß war am 9.3. 1944 eingesetzt worden. Vorsitzender war Fritz Fricke, vgl. Günther, Landesgruppe, S. 155. Der »Entwurf« ist unverändert in: »Vorschläge zu Problemen des Wiederaufbaus in Deutschland«, Stockholm 1945, S. 14f. abgedruckt, d.h. trotz der »Diskussionen in der Landesgruppe nicht mehr verändert worden.«
Ein erster Entwurf (im folg. »Entwurf«) mit der Überschrift »Arbeitsverfassungsrecht« befindet sich in Västerås Stadsbibliothek, Akte »Deutsche Gewerkschaften in Schweden«.

2 Im »Entwurf« heißt es: »für jeden Arbeitsfreudigen und Arbeitswilligen«; vgl. ebd.

3 Ähnlich auch H. Mugrauer, Entwurf »Planwirtschaft – Betriebsdemokratie«, in: AdsD, DGB-Archiv. Nl. H. Mugrauer.

4 Vgl. Enderle, Gewerkschaften, S. 18.

Die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer und die Vereinbarungen, die diese mit den entsprechenden Vereinigungen der Arbeitgeber abschließen, sollen gesetzlich anerkannt werden.

Die Arbeiter und Angestellten sollen berechtigt sein, durch ihre Vereinigungen (Gewerkschaften) an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung mitzuwirken.

Personen, die den Nationalsozialismus freiwillig und absichtlich unterstützt und gefördert haben oder die in Zukunft der demokratischen Ordnung entgegenarbeiten, sollen keinen Anspruch auf das Recht auf Arbeit oder das Koalitionsrecht haben.[5]

3) *Kollektivvereinbarungen.* Das kommende Arbeitsverfassungsrecht soll auch die Regelung der Arbeitsverhältnisse und Löhne durch Kollektivverträge zum Gegenstand haben. Zu diesem Zwecke soll die Tarifvertragsordnung in der Fassung vom 28. Februar 1928 wieder in Kraft gesetzt werden.

Hingegen soll die Verordnung über das Schlichtungswesen nicht wieder in Kraft treten. An ihre Stelle soll eine Verordnung treten, die das Schlichtungswesen, unter Berücksichtigung der Planwirtschaft, neu festlegt.

Die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen infolge der erhöhten Verantwortung, die beide Teile durch planmäßige Wirtschaftsmaßnahmen auferlegt bekommen, veranlaßt werden, alle Kollektivabkommen durch freie Vereinbarung abzuschließen. Soweit sich die Parteien zur Beilegung der Streitigkeiten auf einen Schlichter einigen, soll dieser nur ein Vorschlagsrecht haben.[6]

Bei Streitigkeiten besonders großen Ausmaßes, die durch die beteiligten Parteien nicht selbst beigelegt werden können, soll die Regierung einen amtlichen Schlichter ernennen dürfen. Aber auch dieser soll nur Vorschlagsrecht an die Parteien haben.

Wenn trotz Einsetzung von Schlichtern keine Einigung erzielt wird und die Absicht besteht, die Forderungen im Wege des Streiks durchzusetzen, so ist vor Beginn der Kampfhandlungen der andere Partner rechtzeitig zu verständigen.

Alle Tarifverträge[7] sind von Amts wegen für alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber des Berufszweiges und räumlichen Geltungsbereiches als allgemein verbindlich zu erklären.

Es ist darauf hinzuwirken, daß möglichst alle Übereinkommen als Reichstarife abzuschließen sind. Dabei können für die Lohnabkommen Bezirks- oder Ortsklasseneinteilungen vorgesehen werden.

4) *Wirtschaftliches Mitbestimmungsrecht.* Den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer (Gewerkschaften) ist im Rahmen der für den neuen demokratischen Staat notwendigen Planwirtschaft ein weitgehendes und gesetzlich festzulegendes Mitbestimmungsrecht einzuräumen. Dieses Mitbestimmungsrecht soll schon bei der Vorbereitung der Planung gewährleistet sein, aber auch die Durchführung und Kontrolle der Wirtschaftspläne betreffen.[8]

5 Im »Entwurf« (vgl. Anm. 1) heißt dieser Absatz: »Das Recht auf Arbeit wie das Koalitionsrecht soll jedoch solchen Elementen nicht gegeben werden, die den Nationalsozialismus freiwillig und absichtlich unterstützt und gefördert haben oder die in Zukunft der demokratischen Ordnung entgegen arbeiten«.

6 Im »Entwurf« heißt dieser Satz: »Nur in Ausnahmefällen sollen sich die Parteien zur Beilegung der Streitigkeiten auf einen Schlichter einigen können. Dieser soll nur ein Vorschlagsrecht haben, nicht aber verbindliche Schiedssprüche fällen dürfen«; vgl. ebd.

7 Im »Entwurf«: »Alle frei abgeschlossenen Tarifverträge«.

8 Vgl. Dok. 191. Zur Diskussion dieser Richtlinien vgl. auch Günther, Landesgruppe, S. 156ff.

DOKUMENT 199

Januar 1945: Die Position der Landesgruppe der Gewerkschaften, der SPD, der KPD und des Kulturbundes zu den Alliierten

Mitteilungsblatt Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden, 3. Jg., Nr. 1, Januar 1945, S. 6. Überschrift: »Das andere Deutschland und die Alliierten«.

Die unterzeichneten deutschen antinazistischen Organisationen haben Stellung genommen zur Frage des Verhältnisses des deutschen Volkes zu den Vereinigten Nationen und folgenden Vorschlag[1] ausgearbeitet:

Kameraden in der Heimat und in der Emigration haben die Frage aufgeworfen, welche Stellung wir in Deutschland zu den Vereinigten Nationen einnehmen sollen.

Viele Einzelfragen werden in Zukunft auftauchen, zu denen heute Stellung zu nehmen unmöglich ist. Über unsere grundsätzliche Einstellung darf jedoch kein Zweifel bestehen.

Es ist unsere Pflicht, an der Neugestaltung Deutschlands von Anfang an mitzuarbeiten. Unsere Aufgaben und Ziele sind klar: Die bedingungslose Vernichtung des Nazismus ist unsere wichtigste Aufgabe. Wir kämpfen für die restlose Beseitigung des deutschen Militarismus, Imperialismus und für ein friedliebendes, demokratisches Deutschland. Nur so kann sich das neue Deutschland das Vertrauen der Völker erringen. Wir wollen die Bestrafung der Kriegsverbrecher sowie der Verbrecher am deutschen Volke und den Einsatz aller Kräfte zur Wiedergutmachung der begangenen Verbrechen.[2]

Diese Ziele sind identisch mit denen der Vereinigten Nationen. Nachdem der nazistische Terror bisher jede Erhebung des deutschen Volkes unmöglich gemacht hat, schaffen die Armeen der Vereinigten Nationen die Voraussetzungen für die Vernichtung des deutschen Nationalsozialismus, Militarismus und Imperialismus.

Daraus ergibt sich unsere Stellungnahme zur Okkupation. Im Interesse des Wiederaufbaues des neuen Deutschlands und der friedlichen Neugestaltung der Welt ist die Zusammenarbeit des deutschen Volkes mit den Besatzungsmächten notwendig.

Wir sind daher schärfste Gegner der nazistischen Volkskriegsparole. Wir kennen nur einen Volkskrieg: den Volkskrieg gegen den Nazismus in allen seinen Schattierungen.

Die Dauer und die Art der Besetzung wie auch die endgültigen Friedensbedingungen werden weitgehend von dem positiven Einsatz des deutschen Volkes im Endkampf des Krieges und während der Okkupation bestimmt werden. Diese Zusammenarbeit soll auch dem Zwecke dienen, günstigere Voraussetzungen für den erfolgreichen Kampf der Arbeiterbewegung um ihre eigenen Ziele zu schaffen.

Landesgruppe Schweden der deutschen Gewerkschaften
Landesgruppe Schweden der Sozialdemokratischen Partei Deutschland
Landesgruppe Schweden der Kommunistischen Partei Deutschland
Freier deutscher Kulturbund in Schweden

1 Vgl. zum Verhältnis zu den Alliierten auch M. Krebs »Was meinen Sie?«, in: Politische Information. 2. Jg., Nr. 12, 15.6. 1944, S. 4. Zur Kritik an der Landesgruppe in dieser Frage von Seiten der »Opposition« vgl. Dok. 200; ferner Günther, Landesgruppe, S. 114ff.

2 Vgl. auch K. Mewis, »Über Schuld und Verantwortung«, in: Politische Information, 2. Jg., Nr. 15, 1.8. 1944, S. 4.

DOKUMENT 200

25. 1. 1945: Protest der Opposition in der Landesgruppe gegen eine Stellungnahme zum Verhältnis zu den Alliierten

ARA, P 10 15, Hektographierte Maschinenschrift. Überschrift: »Protest gegen die Erklärung über unsere Stellung zu den Alliierten«.

In Nr. 1/1945 des Mitteilungsblattes der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden ist eine Erklärung abgedruckt: »Das andere Deutschland und die Alliierten«,[1] die mit den Worten beginnt: »Die unterzeichneten deutschen antinazistischen Organisationen haben Stellung genommen ...«

Diese Behauptung ist unwahr! In keiner Versammlung der Stockholmer Gewerkschaftsgruppe wurde zu den in der Erklärung aufgeworfenen Fragen Stellung genommen, in keiner Versammlung wurde diese Resolution besprochen,[2] noch wurde sie in irgendeiner anderen Weise vor der Veröffentlichung den Mitgliedern zur Kenntnis gebracht. Die »Erklärung« ist ein eigenmächtiges Produkt des Vorstandes.

Dieses Verhalten des Vorstandes in einer so fundamentalen Frage wie das Verhältnis des anderen Deutschland zu den Alliierten schlägt den elementarsten Grundsätzen demokratischen Organisationslebens ins Gesicht.

Nachdem der Stockholmer Vorstand ein ganzes Jahr lang jede ernste Diskussion über diese Fragen auf den Versammlungen der Stockholmer Gruppe verhindert hat, wird hinter dem Rücken der Mitgliedschaft, zusammen mit Vorstandsmitgliedern anderer Organisationen, ein Dokument eminent politischen Charakters beschlossen. Nach Kenntnisnahme dieser »Erklärung« versteht man jedoch besser die undemokratische Handlungsweise des Vorstandes. Er wußte sehr gut, daß er eine Entschließung solchen Inhalts nicht ohne ernsten Widerstand in einer Gewerkschaftsversammlung hätte durchsetzen können.

Die bedingungslose Vernichtung des Nazismus und der Kampf gegen die nazistische Volkskriegsparole, die in der Entschließung genannt werden, gehören zur Grundeinstellung jedes Sozialisten. Aber »bedingungslose Vernichtung des Nazismus« ist eine leere Phrase, wenn in diesem Zusammenhang nicht nachdrücklichst auf die ökonomischen und sozialen Wurzeln des deutschen Imperialismus und Faschismus und auf die objektiven Voraussetzungen für deren dauerhafte Überwindung hingewiesen wird. Verzichtet man darauf, so degradiert man das andere Deutschland zum Werkzeug der alliierten Großmächte.

Die Entschließung hat kein Wort zur Erhaltung der Unabhängigkeit und der Einheit Deutschlands (in den vor-hitlerschen Grenzen) zu sagen.

Es wird nichts gesagt, daß sich das andere Deutschland vor allem auf die Zusammenarbeit mit der internationalen Arbeiterbewegung und anderen fortschrittlichen Kräften einstellen müsse. Für die Verfasser der Erklärung existiert nur die Zusammenarbeit mit den Besatzungsmächten.

In Belgien und Griechenland zeigt sich, daß man überhaupt nicht die »Alliierten« über einen Kamm scheren kann, daß untereinander unvermeidliche schwere Meinungsverschiedenheiten über die Formen und Ziele des Neuaufbaus vorhanden sind, und daß diese Fragen nicht primär unter dem Gesichtspunkt des politischen und sozialen Fortschritts, sondern der Sicherung der Machtinteressen behandelt werden.

1 Vgl. Dok. 199.

2 Vgl. hierzu die Protokolle der Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen der Stockholmer Gewerkschaftsgruppe in: Västerås Staatsbibliothek, Akte Deutsche Gewerkschaften in Schweden.

Es ist deshalb eine völlig unrealistische Betrachtungsweise, ohne weiteres von der Identität der Ziele der »Vereinten Nationen« und denen des anderen Deutschland zu sprechen.

Mit dieser Erklärung wird der Boden selbständiger internationaler Arbeiterpolitik verlassen!

Wir unterzeichneten Stockholmer Gewerkschaftsmitglieder protestieren auf das Schärfste gegen diesen Kurs des Gewerkschaftsvorstandes und fordern alle Kollegen auf, unbeschadet aller sonstigen Differenzen sich unserem Protest anzuschließen.[3]

Stockholm, den 25. Januar 1945.[4]

DOKUMENT 201

7. 2. 1945: Die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden zur Zusammenarbeit mit den Alliierten

ARA, Nl.M. Hodann, Bd. 14. Maschinenschrift. Überschrift: »Protokoll der gewerkschaftlichen Besprechung vom 7. Februar 1945.«[1]

1. Anwesend waren die Herren *Dittmer, Enderle, Fricke, Krebs, Kwasnik*[2], *Polenske, Seifert*[3] und *Tarnow* sowie Herr *Stein*[4].

2. Das erste Ergebnis der Aussprache betraf die Bereitwilligkeit, in freundschaftlichem Geiste mit den alliierten Mächten zu arbeiten, wobei betont wurde, daß sich diese Bereitwilligkeit, entsprechend der im Mitteilungsblatt der Landesgruppe Nr. 1, 1945 bereits abgedruckten Erklärung,[5] in gleicher Weise auf alle drei Großmächte bezieht.[6]

3. Man vermißt seitens der Westmächte eine Erklärung über die sozialpolitischen Entwicklungsmöglichkeiten der deutschen Arbeiterschaft nach dem Kriege, resp. irgendeine Ermunterung an deutsche Gewerkschafter, an der notwendigen Aufbautätigkeit und Redemokratisierung während der Okkupationsperiode teilzunehmen.

4. Besonders interessiert wäre man, die Intentionen kennenzulernen, welche die britische Regierung bei der Pazifizierung und Redemokratisierung Deutschlands leiten werden. Ebenso wünscht man die Absichten der Leitung des britischen Gewerkschaftsrates, resp. des Internationalen Gewerkschaftsbundes bezüglich des Wiederaufbaues der deutschen Gewerkschaften kennenzulernen[7].

5. Die im übrigen geäußerten Wünsche konzentrieren sich vorläufig auf folgende Punkte:

a) Schaffung der Möglichkeit zum Einsatz zuverlässiger deutscher antifaschistischer Gewerkschafter in den befreiten, resp. okkupierten Zonen Deutschlands.
b) Ev. Referat von Mr. *Lamming*[8] über die Politik der britischen Gewerkschaften vor dem Landesvorstand der deutschen Gewerkschaftsgruppe in Schweden.
c) Weitere Lieferung gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Materials, das nach Auswahl ins Deutsche übersetzt und unter den hier anwesenden deutschen Gewerkschaftern verbreitet werden soll.
d) Arrangement von Filmvorführungen zur Information über die alliierte Filmpropaganda im Dienst der Demokratisierung Zentraleuropas.

[Max Hodann]

3 Zur Einschätzung dieses Protestes vgl. auch Günther, Landesgruppe, S. 114ff.
4 Nicht abgedruckt die Namen der 42 Unterzeichner des Protestes.
1 In derselben Akte befindet sich auch der »Entwurf zum Protokoll der Besprechung vom 7. Februar 1945« mit der Randnotiz: »entscheiden, ob die Namen erwähnt werden sollen.«
2 Walter Kwasnik (geb. 25.4. 1883), Gärtner, 1902 Vertrauensmann im Deutschen Gärtner-Verein Berlin, 1907–19 Gauleiter im Gärtnerverband, ab 1919 Redakteur im Landarbeiterverband, Sekretär der Landarbeiter-Internationale, Emigration nach Dänemark, 1940 nach Schweden, Leiter des Studienkreises für Agrarfragen in der ADG-Landesgruppe Schweden, 1944 Mitgründer des FDKB Schweden; SPD, Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates.
3 Willi Seifert (19.7. 1893–1.8. 1970), Schriftsetzer, ab 1920 Sekretär des SPD-Bezirkes Ostsachsen. Emigration vermutlich über CSR nach Schweden, Gründungsmitglied des FDKB; 1944 Wahl zum Vorsitzenden der SPD-Landesleitung durch die von der Opposition einberufene 1. Landeskonferenz der deutschen Sozialdemokraten in Schweden; ab Januar 1945 Redaktionsmitglied der »Sozialistischen Tribüne«.
4 Kurt Stein, Mitarbeiter von Max Hodann, Political Adviser beim Press Department of the British Legation; vgl. Müssener, Exil, S. 255.
5 Vgl. Dok. 199.
6 Im Entwurf (vgl. Anm. 1) folgt der Nebensatz: »also nicht etwa irgendwelche versteckte antikommunistische Tendenz enthält.«

DOKUMENT 202

Februar 1945: Richtlinien der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden für Arbeitsvermittlung und für das Arbeitszeitproblem

Mitteilungsblatt Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden, 3. Jg., Nr. 2, Februar 1945, S. 6.[1]

1) Die Gewerkschaften weisen auf die primäre Bedeutung der Arbeitskraft hin und sind überzeugt, daß nur die denkbar effektivste und umfassendste Anwendung derselben eine Garantie für die Überwindung der kommenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten bieten kann.

2) Da die bisherigen Methoden des nationalsozialistischen zwangsweisen Arbeitseinsatzes entwürdigend für die Arbeiterschaft sind und diese zu willenlosen Objekten herabdrückt, muß an die Stelle des bisherigen Arbeitseinsatzwesens wieder eine auf dem Prinzip der Selbstverwaltung aufgebaute Arbeitsvermittlung treten, an der neben den Staatsbehörden auch die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen beteiligt sind.

Diese Arbeitsvermittlungsbehörden müssen in den Apparat der staatlichen Planwirtschaftsbehörden eingebaut werden.

3) Im Zusammenhang mit der sofortigen Umorganisierung des Arbeitseinsatzwesens müssen aus den Arbeitsämtern alle nationalsozialistischen Kräfte entfernt werden. Als erste Notmaßnahme müssen die Arbeitsämter eventuell unter die Leitung von lokalen Selbstverwaltungsausschüssen gestellt werden, die vorläufig aus Vertretern der be-

7 Dieser Absatz ist auf Anregung von F. Fricke (vgl. Brief vom 14.2. 1945) eingefügt worden; vgl. ARA, Nl. M. Hodann, Bd. 14; vgl. hierzu auch das Memorandum von M. Hodann und K. Stein »Gewerkschaftsaufbau im okkupierten deutschen Gebiet« vom 24.10. 1944; vgl. Dok. 195.
8 Mitarbeiter der Britischen Botschaft in Stockholm.
1 Redaktionelle Vorbemerkung: »Der sozialpolitische Arbeitsausschuß der Gruppe Stockholm hat folgende Richtlinien für die Arbeitsvermittlung und das Arbeitszeitproblem ausgearbeitet. Wir machen diese hiermit den Kollegen im Lande zugänglich, mit der Bitte, dazu Stellung zu nehmen«; Quelle wie Kopfregest. Diese Richtlinien sind abgedruckt in: »Vorschläge zu Problemen des Wiederaufbaues in Deutschland«, S. 20ff. Ein undatierter Entwurf der Richtlinien befindet sich in: Västerås Stadsbibliothek, Akte Deutsche Gewerkschaften in Schweden.

teiligten Bevölkerungskreise und der in Frage kommenden Behörden gebildet werden.

4) Die Verwaltungsausschüsse müssen, eventuell schon vor der Zusammenfassung des Arbeitsvermittlungswesens durch Zentralbehörden, neue Vorschriften ausfertigen, durch die die Arbeitsvermittlung geregelt wird.

5) Soweit der zwangsweise Einsatz von Arbeitskräften notwendig wird,[2] sollen in erster Linie solche Personen herangezogen werden, die, durch ihr positives Eintreten für den Nationalsozialismus die Stellung unter einen gewissen Zwang verdienen. Das sind in erster Linie die Angehörigen der NSDAP, insbesondere der SS und Gestapo. Darüber hinaus soll zwangsweise Anweisung eines Arbeitsplatzes nur erfolgen dürfen, wenn die Mittel der freiwilligen Werbung nicht ausreichen. Hierbei muß auf die Vermeidung von unnötigen Härten gesehen und die Wünsche der zu Vermittelnden soweit als möglich berücksichtigt werden. Bei Streitfällen sollen die Gewerkschaften berechtigt sein, die Interessen der Betroffenen zu vertreten.

6) Nach Überwindung der ersten Notstandsperiode muß die Arbeitsvermittlung wieder durch ein dem Geiste des Gesetzes von 1928 entsprechendes Reichsgesetz geregelt werden. In diesem wird Rücksicht genommen werden müssen auf die zu erwartende planwirtschaftliche Gestaltung der Wirtschaft.

Außerdem muß durch das Gesetz bestimmt werden, daß jede Vermittlung von Arbeitskräften ausschließlich nur durch die Arbeitsämter erfolgen darf. Bei Streik und Boykott darf keine Vermittlung erfolgen.[3]

Im Zusammenhang mit dem Arbeitsvermittlungsproblem müssen die Gewerkschaften weiter fordern, daß folgende Gesichtspunkte berücksichtigt werden:

a) Der Arbeitnehmer hat Anspruch auf einen Arbeitsplatz,[4] dessen Ausfüllung ihm das Recht gibt, den ihm gebührenden Anteil am Sozialprodukt zu erwerben.
b) Ihm muß die Möglichkeit gegeben werden, seine Kräfte voll zur Entfaltung zu bringen und sich zu diesem Zwecke um freie Plätze zu bewerben.
c) Jeder Arbeitende muß seinen Arbeitsplatz auf eigenen Wunsch wechseln dürfen, soweit dem nicht öffentliche Interessen entgegenstehen. Es sind wieder für Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleiche Kündigungsfristen einzuführen.
d) Den mit der Durchführung von planwirtschaftlichen Aufträgen betrauten Betrieben müssen durch die Arbeitsämter die notwendigen Arbeitskräfte jederzeit zur Verfügung gestellt werden. Andererseits haben die Planwirtschaftsbehörden die Verpflichtung, zusammen mit den Arbeitsämtern dafür zu sorgen, daß keine Arbeitslosigkeit entsteht.
e) Damit die Möglichkeit der rationellen Anwendung der Arbeitskraft gegeben ist, muß auf vielseitige Berufsausbildung hingewirkt werden. Hierzu ist u. a. eine mit allen pädagogischen Mitteln arbeitende Berufsberatung notwendig, die den Arbeitsämtern angegliedert sein soll. Zur Deckung von neuauftretendem Arbeitsbedarf sollen diese auch das Recht haben, Berufsumschulungskurse durchzuführen.
f) Deshalb soll die Lenkung der Berufsausbildung den Arbeitsämtern unterstellt werden. Dabei haben diese jedoch die Freiheit der Berufswahl, die aus verschiedenen Gründen von großer Bedeutung ist, zu erhalten und zu fördern.

2 Im Entwurf (vgl. Anm. 1) heißt es: »Soweit in der ersten Zeit nach dem Kriege zur Überwindung gewisser Notzustände der zwangsweise Einsatz von Arbeitskräften unerläßlich wird«.
3 Im Entwurf fehlt dieser Absatz; vgl. ebd.
4 Vgl. auch Dok. 198.

Richtlinien für das Arbeitszeitproblem[5]

Trotz der nach dem Kriege vermutlich auftretenden hohen Arbeitsanforderungen muß besonders in Hinblick auf die hochentwickelte Technik, an der Forderung der 48-stündigen Arbeitswoche grundsätzlich festgehalten werden.

Sobald die wirtschaftliche Lage es zuläßt, ist die regelmäßige Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden neu festzulegen.

In gesundheitsgefährlichen Betrieben, bei Nachtarbeit,[6] und im Bergbau muß eine wesentlich verkürzte Arbeitszeit eingeführt werden.

In Betrieben mit kontinuierlicher Arbeitszeit ist das Vierschichtensystem festzulegen.

Bei der Festsetzung der Arbeitszeit, die am zweckmäßigsten wieder wie früher durch Gesetz erfolgt, muß dem Überstundenunwesen dadurch entgegengearbeitet werden, daß die Leistung von Überarbeit an die Zustimmung des Betriebsrates gebunden wird. Dieser soll verpflichtet werden, diese Zustimmung zu verweigern, solange auf den Arbeitsnachweisen noch geeignete Arbeitskräfte vorhanden sind und die Betriebsverhältnisse die Einstellung neuer Kräfte erlauben.[7]

Allen Erwerbstätigen, einschließlich Landarbeitern, Hausangestellten und Heimarbeitern soll durch Gesetz ein bezahlter Mindesturlaub von 14 Tagen sichergestellt werden.[8] Durch die Errichtung eines besonderen Urlaubsclearings soll die Gewährung des Urlaubs von einer bestimmten Beschäftigungszeit innerhalb ein und desselben Betriebes unabhängig gemacht werden. Im übrigen soll der Urlaub tarifvertraglicher Regelung unterliegen.

DOKUMENT 203

Februar 1945: Hans Mugrauer über die Militärflüchtlinge in Schweden

Mitteilung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) in Schweden, Nr. 2, Februar 1945, S. 1f.: »Die Militärflüchtlinge in Schweden«, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. H. Mugrauer.[1]

Seit Ausbruch des Krieges sind wir politischen Emigranten nicht mehr die alleinigen Deutschen, die in Schweden Asyl suchten. Deutsche Soldaten und Seeleute haben sich zu uns gesellt, und ihre Anzahl wird ständig größer. Das durch die Emigration bedingte gleiche Schicksal und weitgehend gleiche politische Interessen ergeben, daß sich die politische Emigration für die Militärflüchtlinge und diese wiederum für die politische Emigration interessieren.

5 Im Entwurf (vgl. Anm. 1) lautet die Überschrift: »Richtlinien für Arbeitszeit und Freizeit«.
6 Im Vergleich zum Entwurf neu eingefügt.
7 Im Entwurf folgt der Satz: »Bei Mangel an Arbeit sind solange Betriebseinschränkungen vorzunehmen, bis die Arbeitsämter für die überschüssigen Kräfte neue Stellen beschafft haben«; vgl. ebd.
8 Im Vergleich zum Entwurf neu eingefügt; vgl. ebd.
1 Dem Artikel ist folgende redaktionelle Anmerkung vorangestellt: »Wir haben Gen[ossen] H. Mugrauer, der im Auftrag der Landesgruppe Deutscher Gewerkschafter in Schweden den Kontakt zu den deutschen Militärflüchtlingen unterhält, gebeten, für diese Nr. unserer «Mitteilungen» unseren Genossen im Lande einen informatorischen Überblick über dieses interessante Problem zu geben.«

Im August vergangenen Jahres beauftragte mich daher die Landesleitung der deutschen Gewerkschaften in Schweden, mit diesen Militärflüchtlingen und Seeleuten in Verbindung zu treten, nachdem einige Wochen vorher der Freie Deutsche Kulturbund in Schweden Herbert *Warnke*[2] den gleichen Auftrag erteilt hatte. Beide Organisationen sind überparteiliche Zusammenschlüsse unserer Emigration, und die Zusammenarbeit mit diesen Flüchtlingen vollzieht sich dadurch auf überparteilicher Basis, was für beide Teile nur von Vorteil ist.

Zunächst einiges über die Flüchtlinge selbst, die teils Angehörige der Wehrmacht und zum nicht geringen Teil Angehörige der deutschen Handelsflotte waren. Ihr Aufenthalt hier ist von recht verschiedener Dauer. Die ersten von ihnen kamen gleich nach der Invasion in Norwegen hierher, und seitdem ist ihre Anzahl auf etliche Hundert gestiegen. Ich schätze, daß es gegenwärtig vier- bis fünfhundert[3] sein dürften, wobei ich für diese Schätzung keine anderen Unterlagen habe, als die in den Zeitungen erscheinenden Meldungen. Sie werden zunächst interniert und erst meist nach drei bis sechs Monaten entlassen. Die aus der Internierung Entlassenen arbeiten in der Regel in der Landwirtschaft oder im Wald, weil die meisten von ihnen keinen Beruf ausgelernt haben. Soweit dies aber der Fall ist, werden sie von den zuständigen Arbeitsämtern wie jeder andere Facharbeiter vermittelt.

Das Durchschnittsalter dieser Flüchtlinge dürfte zwischen 23 und 25 Jahren liegen. Die meisten von ihnen sind unverheiratet. Die oft gestellte Frage, warum denn nicht mehr deutsche Soldaten desertieren, läßt sich damit beantworten, daß es nicht leicht ist »abzuhauen«, daß auf Desertion Todesstrafe steht – viele von ihnen haben schon den Fluchtversuch mit dem Leben bezahlt – und daß vor allem die Verheirateten aus Angst vor Repressalien gegenüber ihren Angehörigen sich schwer zur Flucht entschließen. Forscht man nach den Gründen ihrer Flucht, so ist man darauf angewiesen, was der einzelne von sich selbst mitteilt. Bei den meisten ist sicher der entscheidende Grund, daß sie es einfach »satt« hatten; andere sind in Kontakt mit der illegalen Bewegung in Norwegen und Dänemark gekommen, aber es ist auch eine Anzahl etwas älterer Leute unter ihnen, die vor 1933 noch der deutschen Arbeiterbewegung angehörten. Richtige, echte Nazis waren die meisten dieser Flüchtlinge nicht. Aber es ist klar, daß es auch solche und direkt kriminelle Elemente unter ihnen gibt. Im allgemeinen halten sie untereinander gute Kameradschaft und sind selbst interessiert, die Unzuverlässigen zu isolieren.

Die politischen Auffassungen der Jüngeren sind verständlicherweise recht unklar. Schließlich sind sie alle mit mehr oder weniger Erfolg zehn lange Jahre der nazistischen »Erziehung« ausgesetzt gewesen. Soweit sich der eine oder andere bereits ein bestimmteres politisches Bild geformt hat, ist es geworden durch den Kontakt mit der politischen Emigration, den demokratischen Lebensformen in Schweden und der ihnen zugänglichen politischen Literatur. Die Grundeinstellung der meisten von ihnen ist bewußt antinazistisch und für Freiheit und Demokratie.[4] Freilich sind sie selten hinreichend politisch geschult, um diese Begriffe näher präzisieren zu können. So unklar im allgemeinen ihre politischen Perspektiven sein mögen, lehnen sie doch jede Diktatur ab. Davon haben sie genug und, wie sie – unabhängig voneinander – immer wieder unterstreichen, auch das deutsche Volk.

Über ihre persönlichen Absichten sind sich die meisten recht unklar. Zunächst sind sie froh, der Hölle des Krieges und dem nazistisch-militärischen Drill entronnen zu sein und genießen die Freiheit. Über das Elend in Deutschland nach dem Kriege machen sie sich keine Illusionen und viele tragen sich sicher mit dem Gedanken, nicht mehr nach Deutschland zurückzukehren. Hinzu kommt, daß einige Befürchtungen haben, wegen ihrer Desertion bestraft zu werden. Nach den jetzt gültigen Gesetzen haben sie ihr Leben »verwirkt«, wie sie selbst sagen. Erst wenn man ihnen klar macht, daß nach dem Kriege derartige »Verbrechen« amnestiert werden, und die nazistischen Gesetze keine Gültigkeit mehr haben können, kommen sie von dieser Art Sorgen los. Durch Diskussion, bei der das politische Bewußtsein reift, wird der Wille zu einem positiven Einsatz für das Deutschland von morgen geweckt.

Die aus der Internierung entlassenen Flüchtlinge wurden bisher zusammengehalten durch eine lose Organisation mit der Bezeichnung Bewegung »Weg ins Leben«. Der Kern dieses losen Zusammenschlusses war ein Komitee bestehend aus 6–7 Flüchtlingen, die in verschiedenen Gegenden Schwedens lebten und den Kontakt mit den übrigen in ihrem Umkreis lebenden Kameraden pflegten. Die Mitglieder des Komitees wurden im vergangenen Jahre in drei Zusammenkünften der Flüchtlinge gewählt. Der Vertreter der Gewerkschaftsgruppe [*Mugrauer*] und des Kulturbundes [*Warnke*] gelten als Mitglieder des Komitees, haben aber kein Stimmrecht, sondern nur beratende Funktion. Diese Organisationsform ist richtig, weil dadurch die Jungens die Sicherheit haben, von der politischen Emigration nicht am »Gängelband« geführt zu werden. Dies ist unsererseits auch nicht beabsichtigt. Das Komitee gibt monatlich eine stenzilierte Zeitung »Der Weg ins Leben« heraus. Sie wird von einem Flüchtling gemeinsam mit den Vertretern der beiden Organisationen redigiert. Die Beiträge kommen fast ausschließlich von den Militärflüchtlingen und Seeleuten selbst[5]. Aus diesem Grunde ist »Der Weg ins Leben« immer interessant und lebendig und für unsere politische Emigration recht aufschlußreich. Das Komitee verfügt gegenwärtig bereits über mehr als hundert Adressen von Flüchtlingen, an die es den »Weg ins Leben« versendet. Außerdem geht die Zeitung in alle Internierungslager. Dabei sei am Rande bemerkt, daß das größte davon in Lenhovda ist, wo sich zur Zeit ca. 150 Internierte befinden dürften. Finanziert wird die Zeitung durch freiwillige Spenden der Jungens selbst und durch Zuschüsse der Emigrationsorganisationen. Neben der Zeitung verfügt das Komitee über eine recht ansehnliche Wanderbibliothek[6], die in Kosta (Småland) stationiert ist und recht fleißig benutzt wird. Bücher, vor allem politischen Charakters, werden gern entgegengenommen, und die Landesleitung unserer Partei in Schweden ist gern bereit, sie weiterzuleiten.

2 Herbert Warnke (24.2. 1902–26.3. 1975), Dachdecker, Nieter, 1924–29 Mitglied des DMV, 1929–30 Betriebsratsvorsitzender der Hamburger Werft Blohm und Voß, 1930 Mitglied der RGO-Bezirksleitung Wasserkante, 1931–33 mehrfach inhaftiert, 1936 Emigration, zuletzt Schweden, ab Herbst 1943 Leitungsmitglied der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden, Februar-Mai 1946 1. Landesvorsitzender des FDGB Mecklenburg-Vorpommern, ab Februar 1946 Mitglied des Bundesvorstandes, von Oktober 1948–75 1. Vorsitzender des FDGB; 1914 SPD, 1918 USPD, ab 1920 KPD, ab 1946 SED, 1932/33 MdR, 1950–75 Mitglied des ZK der SED, 1953–58 Kandidat, ab 1958 Mitglied des Politbüros der SED.

3 »Der Weg ins Leben«, 2. Jg., Nr. 9, April 1945 nennt »6–700 deutsche Militärflüchtlinge und Seeleute«.

4 Vgl. hierzu »Was wir wollen«, Beilage zu »Der Weg ins Leben«. Dort wird u.a. »die Errichtung eines freien, unabhängigen demokratischen Deutschlands«, die »absolute politische und wirtschaftliche Entmachtung der deutschen Reaktion« gefordert; ferner die »Einheitsfront gegen den Hitlerfaschismus«. »Wir wollen einen engen Arbeitskontakt mit der politischen deutschen Emigration und mit ihren in verschiedenen Städten Schwedens bestehenden und aus Vertretern der Sozialdemokraten, der Kommunisten, der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter und des Freien Deutschen Kulturbundes zusammengesetzten Arbeitsausschüssen«; in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. H. Mugrauer.

5 Über »aufklärende« Artikel von Mugrauer u.a. über »Was ist Demokratie?«, »Die Gewerkschaften« vgl. z.B. »Der Weg ins Leben«, 1. Jg., Nr. 2 und Nr. 3, September/Oktober 1944.

6 Vgl. Dok. 197.

Das Komitee der Bewegung »Weg ins Leben« und die beiden Vertreter der Gewerkschaftsgruppe und des Kulturbundes sind gegenwärtig dabei, eine festere Organisation unter der Bezeichnung »Kameradschaft deutscher Militärflüchtlinge und Seeleute (K.d.M.u.S.)« zu schaffen.[7] Dieser Schritt ist notwendig geworden, um die Zeitung »Der Weg ins Leben« auf eine gesündere Grundlage zu stellen und den Kontakt dieser Flüchtlinge untereinander zu festigen und auszubauen. In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, daß die einheitliche Zusammenfassung durch den Versuch gestört wird, neben der »Kameradschaft deutscher Militärflüchtlinge und Seeleute« eine sogenannte »Orientierungsgruppe junger Deutscher« zu gründen.[8] Zur Information unserer Genossen sei mitgeteilt, daß weder die Landesgruppe deutscher Gewerkschaften noch der Freie Deutsche Kulturbund die Gründung der »Orientierungsgruppe« unterstützt.

Ich möchte nicht schließen, ohne jeden Genossen zu bitten, sich überall da, wo Militärflüchtlinge sind, um sie zu kümmern und wenn notwendig ihnen beim Aufbau der »Kameradschaft deutscher Militärflüchtlinge und Seeleute in Schweden« zu helfen.

Hans Mugrauer

DOKUMENT 204

März 1945: Fritz Tarnow über die Zukunftsaussichten von SPD und Gewerkschaften

Sozialistische Tribüne, Nr. 3, März 1945, S. 12f. »Fritz Tarnow: Partei und Gewerkschaften: Zukunftsaussichten«.

Für die politische und die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung wie für die Zusammenarbeit beider Flügel wäre es von allergrößter Bedeutung gewesen, wenn noch vor der endgültigen Niederlage und noch vor der Okkupation Deutschlands ein innerer Aufstand das Regime gestürzt und eine provisorische Reichsregierung aufgerichtet hätte. Ein neues deutsches Regime hätte sich auf organisierte Bewegungen im Volke stützen und es hätte alles tun müssen, sie mitschaffen zu helfen. In erster Linie wäre dafür die Arbeiterbewegung in Betracht gekommen. Es wären sofort zentrale Komitees gebildet worden, darunter ein gewerkschaftliches und ein sozialdemokratisches. Sie hätten die Möglichkeit bekommen, mit Radio, Flugblättern, Zeitungen usw. sofort im ganzen Reich eine Propaganda- und Organisierungskampagne aufzunehmen und Anhängermassen in reichseinheitlichen Organisationen zu sammeln.[1] Selbst wenn später die Okkupationsmächte eine deutsche Regierung nicht anerkannt hätten, so wären aber doch inzwischen die ersten Grundlagen für eine zentrale Organisation der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung gelegt worden, und der Zwang der Verhältnisse hätte sie auch automatisch zu einer Zusammenarbeit geführt.

Durch das Mißlingen der Aktion am 20.Juli 1944[2] sind die Hoffnungen auf einen solchen Neustart zerschlagen worden. Der Aufstandsversuch, in letzter Minute vor 12, scheiterte, und nun scheint der Krieg *Hitlers* weiter rasen zu müssen bis zum bitteren Ende der letzten Widerstandsmöglichkeit.

7 Vgl. hierzu Günther, Landesgruppe, S. 168.
8 Vgl. Müssener, Exil, S. 261f.
1 Vgl. u.a. Dok.174.
2 Zur Widerstandsgruppe vom 20. Juli 1944 vgl. Dok. 50, 51.

Dadurch hat sich die Perspektive, die früher unseren Vorstellungen vom Wiederaufbau der Arbeiterbewegung zugrundegelegt werden durfte, vollständig verschoben.[3] Die Okkupation wird sich voraussichtlich unter dem Donner der Geschütze gebietsweise mit dem Vorrücken der Armeen vollziehen. Das bedeutet, daß die Naziherrschaft unmittelbar abgelöst wird von der Herrschaft der Okkupationsmächte, ohne ein Zwischenstadium, währenddem die deutsche Bevölkerung Gelegenheit bekäme, in Freiheit und selbständig ihrem eigenen Willen Ausdruck zu geben. Die Geburt der neuen deutschen Arbeiterbewegung wird unter den Kriegsgesetzen ausländischer Militärbehörden vor sich gehen, die Gründung von Organisationen kann sich nur isoliert in einem Ort nach dem anderen vollziehen, ohne ein wirksames zentrales Eingreifen, das von vornherein Einheitlichkeit und Einheit in die Bewegung hineinbringen könnte. Welches Maß von Freiheit und Selbstbestimmung der so erstehenden Arbeiterbewegung von den Okkupationsbehörden eingeräumt und welche Tätigkeit ihr gestattet wird, das kann erst die Praxis ausweisen. Wahrscheinlich wird es zunächst eine sehr stark beschnittene Freiheit sein.

Für die anglosächsischen Okkupationszonen liegt immerhin eine Verordnung General *Eisenhowers*[4] vor, die, wenigstens in bezug auf die Gewerkschaften, nicht ohne Ermunterung ist. Den deutschen Arbeitern in den besetzten Gebieten wird versprochen, daß sie sich »sobald die Umstände es gestatten«, in demokratischen Gewerkschaften zusammenschließen dürfen. Alle Formen der wirtschaftlichen Vereinigungen und Zusammenschlüsse der Arbeiter sollen zugelassen werden, »sofern sie nicht politische oder militärische Tendenzen haben oder annehmen«. Die Formulierung dieser einschränkenden Bedingung muß wohl so gedeutet werden, daß nicht nur den Gewerkschaften die Beschäftigung mit politischen Angelegenheiten verboten wird, sondern daß zunächst überhaupt politische Organisationen nicht zugelassen werden sollen, wobei aber die Hoffnung berechtigt sein dürfte, daß dabei nur an die Zeit des direkten Kriegszustandes gedacht worden ist.

Danach würde also die gewerkschaftliche Bewegung früher zum Zuge kommen als die politische, aber das würde sie sicher auch ohne Eingriffe der Besatzungsbehörden, und es wäre auch nicht anders gekommen, wenn die Neugründungen in Freiheit noch vor der Okkupation hätten vorgenommen werden können. Sowohl psychologisch wie organisationstechnisch liegen die Bedingungen für die Gewerkschaften günstiger. Die soziale Interessengemeinschaft wird in der Arbeiterklasse, besonders unter den Zeitumständen, leichter und einheitlicher begriffen werden als die politisch-weltanschauliche. Die gewerkschaftliche Neuorganisation wird auch wesentlich leichter sein, weil die alten Gewerkschaften ja niemals aufgelöst wurden. Ihre Mitglieder wurden zwangsweise in der DAF zusammengehalten, und wenn nun, im gleichen Augenblick, da die DAF aufgelöst wird, die Freiheit zur Gründung von Gewerkschaften kommt, ist es nur selbstverständlich, daß der neue Zusammenschluß aus dem hervorgehen wird, der bis zu diesem Augenblick bestanden hat. Das kann viel dazu beitragen, daß die Einheit der Bewegung, statt der Aufspaltung in »Richtungen«, trotz dezentralisierter Neugründung gesichert und daß auch überall die gleiche Gliederung nach Industrieverbänden eingehalten wird, so daß die spätere Zentralisierung keine Schwierigkeiten machen würde.

Schwerer wird die politische Bewegung getroffen werden, wenn der Wiederaufbau dezentralisiert vor sich gehen muß, zumal ja auch ohnedem die notwendige Neuorientierung genügend Konfliktstoff in sich birgt. Um so wichtiger ist es, die Not-

3 Die Vorstellungen von Fritz Tarnow waren bis dahin davon ausgegangen, daß das NS-Regime durch eine Revolution oder durch Aktionen des Militärs gestürzt würde.
4 Vgl. Mielke, Quellen VI, S. 128f.

wendigkeit der Einheit, auch der politischen demokratisch-sozialistischen Arbeiterbewegung,[5] zu unterstreichen und dafür zu arbeiten, daß Meinungsverschiedenheiten innerhalb der gemeinsamen Organisation ausgetragen werden müssen. Leider ermuntern die Erfahrungen in der Emigration nicht zu der Hoffnung, daß ein solcher Appell auf allgemeines Verständnis stoßen wird. Die organisatorische Gestaltung der neuen Parteibewegung wird natürlich wesentlich auch mit davon abhängen, welche Freiheiten und Betätigungsmöglichkeiten unabhängigen politischen Parteien von den Besatzungsbehörden eingeräumt werden. Noch läßt sich die Gesamtsituation zu wenig übersehen, um schon bestimmte Prognosen herausarbeiten zu können.

Doch mit Sicherheit können wir darauf vertrauen, daß die beiden großen Prinzipien unserer Bewegung, Demokratie und Sozialismus, durch die faschistische Periode - welches unmittelbare Nachspiel sie auch noch haben mag – nicht nur keinen Schaden erlitten haben, sondern mit stärkerer Kraft daraus hervorgehen werden und daß sich diese Kraft sowohl im Zwang der geschichtlichen Entwicklung wie im Bewußtsein der Menschen äußern wird. Es gibt keinen anderen Weg zur dauernden Sicherung des Friedens und zur Wohlfahrt aller Völker als den demokratischen und sozialistischen. Welche Verwirrungen nach Abschluß des militärischen Krieges über Europa und nicht zuletzt unser Heimatland auch noch kommen mögen, wieviel menschliche Unvernunft und Kurzsichtigkeit auch noch mit törichten Eingriffen den vernünftigen Verlauf der Geschichte zu stören versuchen wird, den letzten Sieg werden unsere Ideen davontragen!

DOKUMENT 205

April 1945: Richtlinien der Landesgruppe der deutschen Gewerkschafter in Schweden für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft

Landesgruppe der deutschen Gewerkschafter in Schweden, Vorschläge zu Problemen des Wiederaufbaues in Deutschland, Stockholm, April 1945, S. 7–10. Überschrift: »Richtlinien für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft.«[1]

Sofort nach der Beendigung des Krieges und der Niederwerfung des Naziregimes müssen mit größter Beschleunigung drei große Aufgaben in Angriff genommen werden:[2]

1. dem Mangel der Bevölkerung an den lebensnotwendigsten Existenzmitteln durch schnellstes Wiederingangsetzen der Produktion nach der Dringlichkeit der Bedürfnisse und durch eine möglichst soziale Verteilung der Konsumgüter abzuhelfen,

5 Vgl. Dok. 176, Anm. 9.

1 Bei den Richtlinien handelt es sich um einen Auszug aus dem Bericht des Arbeitsausschusses für Wirtschaftsfragen der Landesgruppe. Zu den wirtschaftspolitischen Forderungen vgl. auch Enderle, Einheitsgewerkschaften, Bd. 1, S. 210f; Günther, Landesgruppe, S. 219ff.; Ross, Gewerkschaften, S. 128f. Zur Diskussion der Richtlinien auf der zweiten Landeskonferenz vgl. F[ritz] F[ricke], Unsere 2. Landeskonferenz, in: Mitteilungsblatt Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden, 3. Jg., Nr. 7, Juli 1945, S. 3.

2 Dieser Abschnitt folgt inhaltlich dem Entwurf von W. Pöppel, I. Enderle, »Abänderungen bzw. Ergänzungen zum Entwurf Friedländer über Planung und Demokratisierung der deutschen Wirtschaft« vom 14.1. 1944, in: ARA, O. Friedländer Sammlung, Bd. 5.

2. eine Wirtschaftsführung herzustellen und zu sichern, die in der Hebung der Konsumkraft der breiten Massen und in voller Beschäftigung die wichtigsten Dauerziele sieht,
3. die politische Demokratie durch eine feste soziale Grundlage zu sichern.

Die Durchführung dieser drei gleichbedeutsamen Aufgaben ist nur möglich durch eine planmäßige Lenkung der Wirtschaft und durch die Demokratisierung ihrer Führung und Verwaltung sowie der Betriebe. Dazu sind folgende Maßnahmen erforderlich:

A) Änderung der Besitzverhältnisse und der Verfügungsgewalt[3]

Die gesamte Wirtschaftsführung muß dem staatlichen Aufsichts- und Anweisungsrecht unterstellt werden. Eine wirksame Planung und Lenkung der Gesamtwirtschaft erfordert die Beherrschung der Schlüsselstellungen auf den Gebieten der Produktion, des Kreditwesens, des Transportwesens und bei der Verteilung der Rohstoffe und Güter. Unternehmungen dieser Art müssen durch Verstaatlichung, Kommunalisierung oder anderweitige Vergesellschaftung entprivatisiert werden. Als solche Schlüsselstellungen sind anzusehen:

1. die maßgebenden Organe des Geld- und Kreditwesens sowie die großen Versicherungsunternehmen,
2. die Betriebe des Bergbaues, des Hüttenwesens, der Groß-Chemie und der Energieversorgung sowie alle Monopolunternehmen, die wirtschaftliche Schlüsselstellungen einnehmen,
3. alle Großbetriebe des Transportwesens[4] wie Eisenbahnen, Schiffahrtsgesellschaften, Luftfahrtsunternehmen und Großbetriebe des motorisierten Fracht- und Personenverkehrs,
4. landwirtschaftlicher Großbesitz, soweit er geschlossen zu bewirtschaften ist.

Der im Privatbesitz verbleibende Teil der Wirtschaft ist ebenso wie der vergesellschaftete Teil der staatlichen Lenkung zu unterstellen. Die Lenkung erstreckt sich in erster Linie auf die Ausrichtung der Produktion (durch Investierungskontrolle, Kreditlenkung u.a.), auf die Ein- und Ausfuhr und auf die Preisgestaltung.[5]

Es ist zweckmäßig, die Privatwirtschaft in einen öffentlich dirigierten und einen nur regulierten Sektor[6] einzuteilen. Im *dirigierten Sektor* sind diejenigen Wirtschaftszweige der Unternehmungen zusammenzufassen, die für die Massenversorgung von entscheidender Bedeutung sind oder den Gesamtplan erheblich beeinflussen können. Sie unterstehen direkten Produktionsanweisungen der Planstellen. Sie haben das Recht zu Zusammenschlüssen für die Regelung der gemeinsamen Produktionsaufgabe und zur Bildung von Selbstverwaltungsorganen unter Kontrolle und im Zusammenwirken mit den öffentlichen Planorganen. Wo es erforderlich erscheint, können Zwangszusammenschlüsse angeordnet werden.

Zum nur *regulierten Sektor* gehören die mittleren und kleineren landwirtschaftlichen Betriebe, große Teile der verarbeitenden Industrien, das Handwerk, Teile des Großhandels, der Einzelhandel und die freien Berufe. Die Regulierung kann sich auf allgemeine Anweisungen und Kontrollmaßnahmen beschränken und der freien Initiative des einzelnen weitgehenden Spielraum lassen.

B) Der Aufbau der Wirtschaftslenkung

3 Vgl. zum folgenden auch Dok. 191.

4 Bei Pöppel/Enderle (vgl. Anm. 2) heißt es dagegen »das gesamte Transportwesen«.

5 Bei Pöppel/Enderle soll sich die Lenkung auch auf die »Währungsfragen« erstrecken, vgl. ebd.

6 Bei Pöppel/Enderle fehlt die Differenzierung zwischen dirigiertem und reguliertem Sektor; vgl. ebd.

Die gesamte Wirtschaftsführung untersteht der staatlichen Aufsicht unter Verantwortlichkeit der Regierung und in letzter Instanz der parlamentarischen Volksvertretung. Zweckmäßig erscheint die Einsetzung eines Reichswirtschaftsrats, zusammengesetzt aus Vertretern der großen wirtschaftlichen und sozialen Interessengruppen.[7] Gegenüber der Regierung und dem gesetzgebenden Parlament übt der Reichswirtschaftsrat eine begutachtende Tätigkeit aus mit dem Recht zu Initiativvorschlägen und mit Kontrollbefugnissen bei der Wirtschaftslenkung nach Maßgabe gesetzlicher Vorschriften.

Unter Leitung der Regierung bzw. des Wirtschaftsministers ist eine *Oberste Plankommission* einzusetzen, in die geeignete und auch politisch zuverlässige Sachverständige zu berufen sind. Ihre Vorschläge unterliegen dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung und dem gesetzgebenden Parlament zur Beschlußfassung. Die Oberste Plankommission, der das Recht und die Mittel zu geben sind, sich alle Aufklärungen über die gesamten Produktionsmöglichkeiten des Landes und der einzelnen Bezirke sowie der Außenhandelsmöglichkeiten zu verschaffen, hat einen Generalplan für die Wirtschaft aufzustellen und seine Durchführung zu überwachen.[8]

Den zentralen Lenkungsorganen sind regionale und solche für die einzelnen Wirtschaftszweige nachzuordnen. Ihre Verteilung und Zusammensetzung ist im Zusammenwirken der zentralen Organe nach Zweckmäßigkeitsgründen zu regeln. Unter Sicherung der entscheidenden Bestimmungsgewalt bei den öffentlichen Organen sind überall nach Möglichkeit Selbstverwaltungsorgane zur Mitwirkung heranzuziehen.

C) Demokratisierung der Wirtschaft

Um der Gefahr einer Bürokratenherrschaft oder totaler Staatstendenzen vorzubeugen, muß die staatliche Wirtschaftsführung verbunden werden mit einer Demokratisierung der Wirtschaft.[9] Die werktätige Bevölkerung muß zur aktiven Teilnahme an der Planung, Führung und Kontrolle mit herangezogen werden und das muß zum Ausdruck kommen bei der Bildung der öffentlichen Organe und aller Selbstverwaltungskörperschaften mit öffentlich-rechtlichen Befugnissen. Im Reichswirtschaftsrat müssen die Arbeiter und Angestellten entsprechend ihrer Bedeutung im Produktionsprozeß ausreichend vertreten sein. Im besonderen sind folgende Maßnahmen ins Auge zu fassen:

1. Anstellung aller im Rahmen der öffentlichen Wirtschaftsführung tätigen Beamten auf Privatdienstvertrag mit Kündigungsfristen wie sie im privaten Geschäftsleben üblich sind.
2. Einstellung auf Grund fachlicher Eignung und unter Berücksichtigung der Entschlußkraft und Verantwortungsfreudigkeit.[10]
3. Die Aufgabenkreise der Verwaltung müssen so begrenzt werden, daß eine persönliche Entscheidung und Verantwortung der einzelnen erhalten bleibt und daß bei kollegialen Entscheidungen die beschließende Mehrheit für die Beschlüsse verantwortlich gemacht werden kann.
4. Sicherung gegen jede Art Patronagesystem durch entsprechende Kontrollmaßnahmen.

7 Bei Pöppel/Enderle soll sich der Reichswirtschaftsrat aus »Vertretern der Regierung sowie der einzelnen Interessengruppen [...]« zusammensetzen; vgl. ebd.

8 Bei Pöppel/Enderle folgt der Hinweis: »Die Generalpläne können in ihrem grundsätzlichen Teil nur dann abgeändert werden, wenn veränderte objektive Umstände das erfordern und das Parlament seine Zustimmung dazu gegeben hat«; vgl. ebd.

9 Der Entwurf Pöppel/Enderle spricht von »einer entfalteten Demokratie in der Wirtschaft«; vgl. ebd.

10 Pöppel/Enderle verlangen als Voraussetzung eine »demokratische Gesinnung«; vgl. ebd.

5. Belebung der allgemeinen Anteilnahme an der öffentlichen Wirtschaftsführung durch Publizität und Förderung öffentlicher sachlicher Kritik in der Presse, in Werk- und Wandzeitungen, in Versammlungen usw.
6. In der Generalverwaltung der öffentlichen Betriebe müssen neben den von der Regierung oder deren Beauftragten bestimmten Personen auch Vertreter von Betriebsräten aus öffentlichen Betrieben Sitz und Stimme haben.
7. Um einer ungesunden Zentralisierung vorzubeugen, muß die Bildung autonomer öffentlicher Wirtschaftskörper, gemeinnütziger Aktiengesellschaften etc. gefördert werden, wobei Punkt 6 zu berücksichtigen ist.

In allen öffentlichen und privaten Betrieben sind als wichtige Organe der demokratischen Mitwirkung und Kontrolle Betriebsräte zu bilden. (Da die Betriebsrätefrage in den Richtlinien des Sozialpolitischen Ausschusses behandelt wurde, kann – unter Hinweis darauf – auf eine Wiederholung an dieser Stelle verzichtet werden).[11]

D) Ernährung und Landwirtschaft[12]

Die Sicherstellung der Ernährung wird unmittelbar nach dem Kriege eine der schwierigsten Aufgaben sein. Um der drohenden Hungerkatastrophe entgegenzuwirken, muß alles getan werden, um Störungen von der Landwirtschaft fernzuhalten und mit schnell wirkenden Maßnahmen die Produktion zu steigern. Solche Maßnahmen sind nicht möglich, ohne Anbau-, Lieferungs- und Verteilungsvorschriften, so daß die vorhandenen Einrichtungen dieser Art auch nach Beendigung des Krieges nicht unmittelbar beseitigt werden können.

Die Demokratisierung der Landwirtschaft

Angestrebt und sofort begonnen werden muß die Umwandlung der behördlichen Zwangswirtschaft in eine demokratisch organisierte Selbstverwaltung der Landwirtschaft, wobei auch den Landarbeitern eine angemessene Vertretung einzuräumen ist. An geeigneter Stelle ist auch eine Vertretung der Konsumenten mit einzugliedern.

Die nationalsozialistische Organisation Reichsnährstand muß liquidiert werden. An ihre Stelle tritt die neue Organisation der demokratischen Selbstverwaltung mit öffentlich-rechtlichem Charakter, die das Vermögen und die technischen Einrichtungen des Reichsnährstandes übernimmt.

Um die Produktion zu fördern, den Leistungswillen der Landbevölkerung zu steigern und um sie leichter für den neuen Staat zu gewinnen, müssen besondere Anstrengungen gemacht werden, um dem Mangel für sie wichtiger Waren so schnell wie möglich abzuhelfen. Die landwirtschaftlichen Betriebe brauchen sofort eine besondere Ausrüstung mit Geräten, künstlichem Dünger, Textilien, motorischer, tierischer und menschlicher Arbeitskraft. Die Bestände des Heeres sind für diesen Bedarf weitgehend in Anspruch zu nehmen.

11 Bei Pöppel/Enderle folgt der Abschnitt »Die Aufgaben der Betriebsräte in den einzelnen Betrieben«; vgl. ebd.

12 Vgl. zum folgenden auch die Entwürfe von W. Kwasnick/Pöppel, »Bemerkungen zur Frage der Lebensmittelversorgung und zu den Aufgaben der landwirtschaftlichen Produktion« vom November 1943; ferner Entwurf Kw[asnick], »Für die Lebensmittelversorgung ...«, o. D., in: ARA, Sammlung O. Friedländer, Bd. 5.

Der Großgrundbesitz[13]

Die Entmachtung der Großgrundbesitzer ist eine der notwendigsten Sofortmaßnahmen zur Sicherung des Friedens und der demokratischen Entwicklung. Der private Großgrundbesitz muß enteignet werden. Wenn die politische Situation eine entschädigungslose Enteignung nicht ermöglichen sollte, muß um eine Entschädigungsform gekämpft werden, welche die enteigneten Betriebe nicht in einer ihre wirtschaftliche Rentabilität gefährdende Weise belastet oder den bisherigen Besitzern gestattet, die Ablösung in einen Fonds für reaktionäre Bestrebungen zu verwandeln.

In welcher Form der bisherige Großgrundbesitz weiter bewirtschaftet wird, ist eine Frage der Zweckmäßigkeit, die verschiedenartige Lösungen zuläßt. Wo die Verhältnisse es gestatten, sollte ein genügender Anteil für die Neubildung von bäuerlichen Betrieben (Neusiedelung) und für Landzulagen an bestehende bäuerliche Betriebe (Anliegersiedelung) zur Verfügung gestellt werden. Eine allgemeine Aufteilung ist jedoch nicht ratsam. Die Bewirtschaftung sollte zunächst öffentlich-rechtlichen Körperschaften übertragen werden, wobei auch den Genossenschaften eine Betätigungsmöglichkeit gegeben werden kann. Zur Erzielung einer höchstmöglichen Leistung und Rentabilität sollte Vorsorge getroffen werden, daß die Einzelbetriebe untereinander konkurrieren.

Der forstwirtschaftliche Besitz ist restlos von der öffentlichen Hand zu übernehmen.

13 Bei Kwasnick / Pöppel beginnt dieser Absatz: »Vom sozialistischen, aber auch vom demokratischen Standpunkt sind eine Reihe von unbedingt und sofort durchzuführenden Maßnahmen notwendig. soll Deutschland nicht erneut einer irgendwie gearteten Reaktion in die Hände fallen. Eine dieser Maßnahmen ist die Liquidierung der feudalistischen Reste in der Gesellschaft. Die Aufhebung der ökonomischen und sozialen Vorzugsstellung dieser Reste ist eine notwendige Voraussetzung für den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft«; vgl. ebd.

IX. Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien

DOKUMENT 206

25. 9. 1939: Aufruf der Londoner Vertretung der freien Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengewerkschaften (ADGB-AFA-ADB) zum Ausbruch des Krieges

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Flugschrift. Maschinenschrift. Überschrift: »The struggle of German Socialdemocrats against Hitler.« S. 15f: »Die freien Gewerkschaften an der Seite der SPD.«

Die in Großbritannien lebenden Mitglieder der früheren freien deutschen Gewerkschaften erneuern ihr Gelöbnis, tatkräftig mitzuwirken in dem entscheidenden Kampf zur Vernichtung des Nationalsozialismus.

In treuer Verbundenheit mit denen, die zur Emigration gezwungen wurden, stehen die Kader, die vorbestimmt sind, an dem Wiederaufbau eines freien Deutschlands mitzuwirken.

Dieser vom Nationalsozialismus sinnlos entfesselte Krieg ist kein Kampf der Völker gegeneinander.

Es ist ein Kampf
der Gesinnung gegen die Gesinnungslosigkeit,
der Menschlichkeit gegen das Untermenschentum,
der Gerechtigkeit gegen das Weltverbrechen,
der Freiheit gegen die Knechtschaft.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, auf welcher Seite wir Kämpfer für ein freies Deutschland stehen.

Die kommunistischen Führer haben sich durch den deutsch-russischen Vertragsabschluß[1] und die Beteiligung an dem feigen Überfall auf Polen zu Handlangern des Nationalsozialismus erniedrigt, sie haben damit ihren Platz gewählt an der Seite der Mörder der Freiheit. Sie verdienen keine andere Wertung und keine andere Behandlung.

Die Kämpfer für die deutsche Freiheit stehen bereit, ihren Platz einzunehmen in den Reihen aller Freiheitskämpfer.

Vorwärts für ein freies Europa, für ein freies Deutschland!

Die Vernichtung *Hitlers* sichert den Frieden der Welt![2]

London, den 25.September 1939.
Die Londoner Vertretung der freien
Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengewerkschaften
(ADGB-AFA-ADB)[3]

1 Gemeint ist der Hitler-Stalin-Pakt.
2 Zur Stellungnahme der ADG zum Kriegsausbruch vgl. Dok.46, 47.
3 In einer späteren Ausarbeitung von 1954 »Deutsche Gewerkschafter in der Emigration« nennt Hans

DOKUMENT 207

11. 10. 1939: Schreiben von Fritz Tarnow, Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften (ADG), Kopenhagen, an den Vorsitzenden des Trades Union Congress, London, zwecks Anerkennung der Londoner Vertretung

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Maschinenschrift.[1] Abschrift.

Lieber Kamerad Citrine!

Wir stehen seit längerer Zeit in Verbindung mit einer Gruppe früherer deutscher Gewerkschafter, die jetzt in Ihrem Lande in der Emigration leben. Vor kurzem hat sich diese Gruppe als »The London Representatives of the free German Trade Unions« konstituiert. Zum Vorsitzenden hat sie den Kameraden Hans *Gottfurcht*, 72, Blenheim Gardens, London N.W. 2 gewählt. Kamerad *Gottfurcht* hat vor seiner Emigration mehrere Jahre aktiv am illegalen Kampf in Deutschland teilgenommen.[2] Er war während dieser Zeit und ist heute in der Emigration der Vertrauensmann der Angestellten-Internationale.

Nun bitte ich Sie, zur Kenntnis nehmen zu wollen, daß die genannte Representative von uns als Sektion der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften anerkannt wird.[3] Wir haben den Kameraden *Gottfurcht* beauftragt, soweit sich Möglichkeiten dazu bieten, dort unsere Interessen wahrzunehmen und bemüht zu sein, ein gutes kameradschaftliches Verhältnis mit den Organen des TUC herzustellen.

Ich bitte Sie, auch Ihrerseits den Kameraden *Gottfurcht* als den von uns beauftragten Vertreter der Interessen der deutschen Gewerkschaften anerkennen zu wollen.[4] Das würde für ihn eine gute moralische Stütze bei der Durchführung seiner Aufgaben sein.

Ich benutze die Gelegenheit, um zum Ausdruck zu bringen, daß wir in Gemeinschaft mit unseren Kameraden im Reich heute die feste Zuversicht haben, daß die Gangsterbande, die den verbrecherischen Krieg entfesselt hat, darin ihr Ende finden wird. Diese Zuversicht wird unseren Kameraden im Reich, die nach Ausbruch des Krieges in die Gefängnisse und Konzentrationslager gesperrt wurden, die Leiden erträglicher machen. Nicht nur alle diejenigen wurden eingesperrt, gegen die auch nur der geringste Verdacht bestand, an der illegalen Bewegung beteiligt zu sein. Auch alle von früher her bekannten führenden Leute der Bewegung, die von der aktiven Teilnahme an der illegalen Arbeit befreit waren, um die Sache nicht zu gefährden, wurden festgenommen. Trotz ihres hohen Alters sind auch die Kameraden *Leipart* und *Grassmann* ihrer Freiheit beraubt worden.

Drei Monate vor Kriegsausbruch hatte ich die letzte Gelegenheit der persönlichen Besprechung mit einer Vertretung unserer zentralen Leitung des illegalen Kampfes im Reich. Wir hatten damals schon die Überzeugung, daß der Krieg unvermeidlich kommen würde. Unsere Kameraden hatten durch vertrauliche Informationen genaue Kenntnis bekommen von den terroristischen Maßnahmen, die für den Kriegsfall gegen sie vorgesehen waren. Aber die Kameraden waren dadurch nicht entmutigt. Sie versicherten mir, was auch immer die Nazis bis zu ihrem sicheren Sturz an Terror aufbieten würden, am Tage der Befreiung würde sofort wieder eine große freie Gewerkschaftsbewegung auf den Beinen stehen.

Ich brauche Ihnen nicht erst zu versichern, daß wir alles, was in unserer Macht steht, tun werden, um den Sturz des Gangsterregimes beschleunigen zu helfen. Daneben aber hat sich die ADG die Aufgabe gesetzt, praktische Vorbereitungen für die Wiederaufrichtung der Gewerkschaften in Deutschland in Angriff zu nehmen.[5]

Mit freundlichen Grüßen
gez. Fritz Tarnow

Gottfurcht diesen Aufruf »das politische Glaubensbekenntnis der Gruppe«, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Plettl.

1 Der englischsprachige Text befindet sich im gleichen Bestand.
2 Vgl. hierzu Beier, Reichsleitung, S. 36ff.
3 Vgl. hierzu die Kritik von Walter Auerbach, Schreiben vom 15.10.1939 an Hans Gottfurcht, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht.
4 Die Anerkennung erfolgte mit Schreiben W. Citrines vom 18.10.1939 an Hans Gottfurcht, ebd. Darin heißt es ferner: »We may say before the receipt of your letter we had already written to Comrade Schevenels, the General Secretary of the International Federation of Trade Unions in Paris as to the possibility of assisting the work of the groups of the trade union-refugees in this country.«

DOKUMENT 208

30. 10. 1939: Aktennotiz von Hans Gottfurcht über ein Gespräch mit Walter Auerbach

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Maschinenschrift. Eigenhändig paraphiert. Überschrift: »30.10. 1939. Besprechung mit Walter Auerbach«.

Darlegung der entstandenen Situation. Bedenken *Auerbachs* gegen zu enge Bindung an ADG.[1] Ansprüche der ADG auf Führung könnten nicht anerkannt werden. *Tarnow* sei nicht der geeignete Mann: Verhalten 1933, zu enge Bindung an Sopade, keine Kenntnis der illegalen Arbeit etc.

Ich [**Gottfurcht**] legte dar, wie sich durch Besuch *Schevenels-Citrine*, Bescheid *Citrines* an mich[2] die Angelegenheit entwickelt habe, insbesondere die Finanzierung unserer Arbeit.

Auerbach meinte, daß über Finanzierung anderweitig gesprochen werden könne, aber wir dürften keine Filiale der ADG sein. Wir verblieben, daß ich Bescheid *Tarnows* abzuwarten habe und ihm dann antworten müsse. Übereinstimmung besteht darüber, daß wir auf keinen Fall von Weisungen und Entschlüssen der ADG abhängig sein dürfen und dies auch *Tarnow* gegenüber zum Ausdruck bringen müssen[3].

Übereinstimmung besteht über das Erfordernis parteipolitischer Neutralität.[4] Wir

5 Vgl. Dok. 27–35.
1 Vgl. Dok.207. Auerbach kritisierte u.a. auch, daß die »Londoner Vertretung« in ihrem ersten Rundschreiben Ende Oktober 1939 ihre Anerkennung durch die ADG betont hatte; zu diesem Rundschreiben und dem Briefwechsel Gottfurcht-Auerbach vgl. u.a. AdsD, Nl. Auerbach, T.1, Mappe 107 und AdsD, DGB-Archiv, Nl. Gottfurcht.
2 Vgl. Dok. 207, Anm. 4.
3 Vgl. auch Dok. 208.
4 Im 1. Rundschreiben der »Londoner Vertretung« (vgl. Anm.1) heißt es hierzu: »Vom Streit der politischen Gruppen wünschen wir unberührt zu bleiben, jedoch wollen wir uns klar und präzise von den Wortführern und Mitläufern der bolschewistischen Politik abgrenzen nach dem Grundsatz, daß jeder Freund des Nationalsozialismus unser Feind ist«.

sprechen über die pol[itischen] Gruppen. Über N[eu] B[eginnen][5] besteht keine volle Übereinstimmung: während ich ziemlich weitgehend ablehne, sieht *A[uerbach]* gewisse Werte und Brauchbarkeit, obwohl auch er mit mir die Unzulänglichkeiten sieht. Über die ISK-Leute[6] besteht Übereinstimmung. Zur Sopade entwickeln wir unsere Standpunkte.

Wir besprachen auch meine persönliche finanzielle Situation. Wir erörterten die Lage des I[nternationalen] B[undes] der P[rivatangestellten] und die Frage besonderer Angestellten-Arbeit.

Zu veranlassen:

Denkschrift *Tarnow* an *A[uerbach]* senden.[7]
Tarnow schreiben, sobald seine Antwort kommt.
Exposé über selbständige Angestelltenarbeit.

Ha[ns] Go[ttfurcht]

DOKUMENT 209

30. 11. 1939: Hans Gottfurcht zum Standort und zu den Aufgaben der Londoner Vertretung

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Maschinenschrift. Handschriftlich datiert und paraphiert: »30.11.39 Go.«[1]

I. Die zentrale Zusammenfassung der emigrierten deutschen Gewerkschaftler durch die Auslandsvertretung Deutscher Gewerkschaften (ADG) und der Anschluß dieser ADG an den IGB schafft den organisatorischen Rahmen für die im frühest möglichen Zeitpunkt herzustellende Wiederaufnahme der Zusammenarbeit mit den illegalen Gewerkschaftsgruppen in Deutschland.[2] Die Auslandsarbeit kann nur in Verbindung bzw. in geistiger Übereinstimmung mit der illegalen Arbeit die Grundbasis für den organisatorischen Aufbau und die inhaltliche Gestaltung späterer deutscher Gewerkschaftsarbeit darstellen.

Die Londoner Vertretung der freien Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengewerkschaften (ADGB-AFA-ADB) betrachtet sich an einer für die weitere Entwicklung entscheidenden Stelle als weitgehend mitverantwortlich für die Erhaltung und Wiedererweckung gewerkschaftlichen Geistes. Die Londoner Vertretung ist sich der Tatsache bewußt, daß die weitere Kriegsentwicklung von ihr schnelle und selbständige Entscheidungen verlangen wird. Bei selbstverständlicher Wahrung aller Beziehungen

5 Zu Neu Beginnen vgl. u.a. Foitzik, Zwischen den Fronten, S. 70ff., 130ff.; ferner Kurt Kliem, Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich dargestellt an der Gruppe »Neu Beginnen«, Diss. phil., Marburg 1957; Röder, Exilgruppen, 39ff.
6 Zum ISK vgl. u.a. Link, Geschichte; Röder, Exilgruppen, S. 44f.
7 Handschriftlicher Zusatz »erl[edigt] 31.10.«
1 Handschriftlicher Zusatz: »Geiser überreicht 1/12/39«. Gemeint ist Hans Geiser, das spätere Hauptvorstandsmitglied der DAG, den Gottfurcht zur Mitarbeit in der »Londoner Vertretung« aufforderte. vgl. auch Brief von Hans Gottfurcht an H. Geiser vom 8.12.1939, ebd.
2 Zur Kritik Auerbachs an der ADG vgl. auch Dok. 208.

zentraler Art ist die Londoner Vertretung bereit, die notwendige Verantwortung für selbständige Entscheidungen zu tragen.[3]

II. Unsere Kampfziele decken sich bis zu einer gewissen Grenze mit den politischen Kampfzielen des kriegführenden Landes, in dem wir als Gäste leben. Dieses Ziel ist der Sturz der nationalsozialistischen Diktatur.[4] Wir wünschen es klar zu machen, daß darüber hinaus unsere Arbeit lediglich diktiert wird von den Interessen, für die wir als Sachwalter deutscher freier Gewerkschaftsarbeit zuständig sind.

III. Die Londoner Vertretung begrüßt die Herausgabe eines Exposés und die Aufstellung eines Arbeitsplanes seitens der ADG.[5]

Die Londoner Vertretung sieht den praktischsten Weg zur Durchführung der aufgezeigten Arbeiten in folgender Arbeitsdarstellung:

a) In sorgfältiger Durcharbeitung aller Einzelheiten muß ein Plan für die Umgestaltung der Arbeitsfront in einer gewerkschaftlichem Geist Rechnung tragenden Weise aufgestellt werden.[6]

b) Das Gesamtgebiet des Sozialrechtes muß in Anlehnung an die gesammelten Erfahrungen und unter zeitgemäßem Ausbau bei restloser Beseitigung aller Verschlechterungen in der Herrschaftsperiode des Dritten Reiches neu bearbeitet werden. Der IGB wird dafür sorgen müssen, daß durch internationale Vereinbarungen die vermeidbaren Begleiterscheinungen unterschiedlicher Sozialgesetzgebung in konkurrierenden Ländern auch wirklich vermieden bzw. auf ein Minimum reduziert werden. Die Aufstellung eines internationalen sozialpolitischen Programms muß verlangt werden. Gesetzgebung über soziale Fragen darf nur vorbereitet und geschaffen werden in enger Zusammenarbeit mit den berufenen Vertretern der Arbeiterschaft.

c) Es ist Aufgabe aller gewerkschaftlichen Auslandsstellen, unverzüglich die Schulungsarbeit für alle diejenigen zu beginnen, die berufen sein werden, als Propagandisten und Organisatoren oder als Sachwalter auf allen Gebieten mitzuarbeiten.

30/11/39
Go[ttfurcht]

DOKUMENT 210

Dezember 1939: Fragebogen der Londoner Vertretung der freien Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengewerkschaften

AdsD, Nl. Walter Auerbach, T. 1, Mappe 107, Gedruckt.[1]

W[erte] K[ollegen] !
Wir bitten um Ausfüllung des Fragebogens und Rücksendung an:
Hans Gottfurcht, 26, Exeter Rd., London N.W. 2.

3 Vgl. ebd.
4 Vgl. Dok. 206.
5 Vgl. Dok. 47.
6 Vgl. hierzu auch Dok. 211, Anm.15.
1 Dieser Fragebogen war zusammen mit der Beitrittserklärung einzureichen. Angesprochen wurden zunächst offensichtlich nur ehemals freigewerkschaftlich Organisierte, vgl. auch Rundschreiben von Hans Gottfurcht von Oktober 1939 »An alle Mitglieder der freien deutschen Angestellten-Gewerkschaften«, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. M. Plettl.

1. Vorname, Zuname, Geburtsdatum, genaue Anschrift:
2. Ort, Zeit (von bis). Verbandsname, soweit bekannt auch Mitgliedsnummer der freigewerkschaftlichen[2] Organisationszugehörigkeit in Deutschland:
3. Falls die Emigration nicht sofort nach *Hitlers* Machtantritt erfolgte, Angaben über die Mitarbeit in der illegalen Gewerkschaftsarbeit in Deutschland:[3]
4. Angaben über gewerkschaftliche Arbeit in der Emigration:
5. Angaben über den Beruf, falls Beruf gewechselt, auch über den früheren Beruf:
6. Möglichst genaue Angaben über die Art der in der Gewerkschaftsbewegung bekleideten Funktionen. Angaben über bearbeitete Spezialgebiete (z.B. Organisationsfragen, Arbeitsrecht, Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik, Jugendbewegung, Frauenbewegung etc.):[4]

Datum: Unterschrift:

DOKUMENT 211

Anfang Januar 1940: Aufgaben der gewerkschaftlichen Emigration. Stellungnahme der Londoner Vertretung der freien Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengewerkschaften (ADGB-AFA-ADB)

AdsD, Nl. Walter Auerbach, T.1, Mappe 108. Maschinenschrift. Überschrift wie Kopfregest.[1] Stempel Hans Gottfurcht. The London Representative of the free German Trade Unions.

Zusammenfassung:

Die Zusammenfassung ehemaliger Freigewerkschafter in den verschiedenen Gastländern der Emigration kann nur dann einen Sinn haben, wenn man sich darüber klar ist, daß die Gewerkschaftsbewegung repräsentiert wird sowohl von den Gruppen der Emigration wie von den illegalen Gruppen in Deutschland.[2] Diese bereits vor Kriegsausbruch gefundene Erkenntnis findet ihre Verstärkung durch die besonderen Umstände des Krieges. Die Steigerung des Terrors kann im Kriege plötzlich abgelöst werden von Entfaltungsmöglichkeiten, die vorher nicht vorauszusehen waren. Darum muß auch in Zeiten, in denen die Beziehungen zur illegalen Arbeit erschwert und zum Teil zerstört sind, doch der Verbindungsapparat intakt gehalten und den Verhältnissen entsprechend reorganisiert werden, um in jedem geeigneten Augenblick einsatzbereit und verwendungsfähig zu sein.

Die in der Illegalität Lebenden haben die bessere Kenntnis der Geschehnisse im Lande, insbesondere eine bessere Beurteilung und Beeinflußungsmöglichkeit der Massenstimmung. Die an der inneren Front Kämpfenden haben und werden in steigendem Ausmaße die Möglichkeit der ständigen und direkten Einwirkung auf die Geschehnisse bekommen. Die im Auslande Lebenden haben den ungeheuren Vorteil der persönlichen Freiheit, des freieren Weltblicks und der besseren Möglichkeit zur allgemeinen Beurteilung der politischen Gesamtsituation. Diese Feststellungen ergeben die zwingende Notwendigkeit, daß erfolgreiche Arbeit auf die Dauer gesehen nur im gemeinsamen Wirken geleistet werden kann.

Das darf jedoch nicht bedeuten, daß die im Auslande lebenden Gruppen nicht sofortige Aufgaben zu erfüllen hätten, bevor sie noch in der Lage sind, die Zusammenarbeit mit den illegalen Gruppen in verstärktem Maße fortzusetzen.

Aufgaben und Ziele: Die Londoner Vertretung hält sich für verpflichtet, zu der im Auslande zu leistenden Arbeit ihren Anteil beizutragen. Richtschnur unserer Arbeit muß die Erkenntnis sein, daß sich unsere Kampfziele in dem einen ganz konkreten Ziel, dem Sturz der Nazidiktatur, mit dem politischen Kampfziel des Landes decken, in dem wir als Gäste leben.[3] Darüber hinaus wird unsere Arbeit lediglich diktiert von den Interessen deutscher Gewerkschaftsarbeit. Als Deutsche kämpfen wir für ein freies Deutschland. Als Sozialisten kämpfen wir mit unseren Freunden in allen Ländern für eine Neugestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Wir wissen, daß dieser Krieg mit der Zerstörung des Hitlerregimes endet. Wir wissen nicht, welches politische Gesicht das nach *Hitler* kommende Deutschland haben wird.[4] Zur Verhinderung des Wiederaufbaus eines kapitalistischen Deutschlands im alten Geiste, das schon bei der Wiedergeburt mit allen Tendenzen baldiger Zerstörung belastet sein müßte, halten wir es für erforderlich, unsere Forderungen für ein kommendes Deutschland vorzutragen.

Es ist Aufgabe der Partei[5], die politischen Formen im Detail abzustecken. Wir setzen voraus, daß wir uns mit unseren sozialistischen Freunden einig wissen in dem Verlangen nach der Gestaltung einer freien, demokratischen, deutschen Republik, die gemeinsam mit den anderen freien Demokratien Europas in einem geordneten Wirtschaftsraum beitragen wird zur Befriedung der demokratischen europäischen Welt.

Forderungen: Es ist unsere gewerkschaftliche Sonderaufgabe, erste Formulierungen vorzutragen für die Gestaltung des gesamten Sozialrechts im neuen Deutschland, trotzdem wir uns der Tatsache bewußt sind, daß diese ersten Formulierungen nur

2 Im späteren Aufnahmeantrag der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien heißt es dagegen: »Angaben über Zugehörigkeit zu Gewerkschaften in Deutschland und dort bekleidete Funktionen: Verbandsname«. Gefragt wurde jedoch auch nach »Angaben über etwa erfolgte Ausschlüsse aus deutschen Gewerkschaften, auch wenn diese Ausschlüsse nur vorübergehenden Charakter hatten«, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht.

3 Diese Frage fehlt im Aufnahmeantrag der Landesgruppe.

4 Dazu heißt es im (1.) Rundschreiben von Ende Oktober 1939: »Unsere Aufgabe wird in der Klärung vieler Probleme liegen, die unsere Ansprüche und Erwartungen an ein freies Deutschland auf gewerkschaftlichem und gesetzgeberischem Gebiet zu umreißen haben. Es wird nötig sein, individuelle Arbeit und Arbeit in Gruppen zu leisten. Dürfen wir daher bitten, den beiliegenden Bogen auszufüllen, damit sich ein klares Bild über die Möglichkeit der Mitarbeit jedes einzelnen ergibt«, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht.

1 Röder, Exilgruppen, S. 58, Anm. 136, gibt als Datum den 23.1.1940 an. Die hier abgedruckte Fassung aus dem Auerbach-Nachlaß gibt ebenso wie die in einigen Punkten abweichende Fassung aus dem Gottfurcht-Nachlaß als Datum »Anfang Januar 1940« an. Letztere enthält handschriftliche Änderungen, die in der hier abgedruckten Fassung Berücksichtigung gefunden haben, so daß die vorliegende Version (Fassung II) die endgültige »Stellungnahme« darstellt. Aus einem Schreiben von Walter Auerbach vom 12.2.1940 an Hans Gottfurcht geht hervor, daß es sich bei dieser Stellungnahme um das Exposé von Gottfurchts Referat in der konstituierenden Versammlung der Londoner Vertretung handelt, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Gottfurcht.

2 Hier sieht Auerbach einen »grundlegenden Gegensatz«. «Wir sind der Auffassung, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung ausschließlich von den gewerkschaftlichen Aktivgruppen im Reich repräsentiert wird und daß Gewerkschaftsemigranten nur als Verbindungsleute oder Beauftragte dieser Gruppen begrenzte Repräsentations-, wenn auch wichtige Arbeitsaufgaben haben. Persönliche Vorbereitungs- und Schulungsarbeit und erst recht Emigrantenseelsorge berechtigen u.E. nicht zu Repräsentationsansprüchen«.

3 Vgl. hierzu auch Dok. 206.

4 Hier folgen in der Fassung I (vgl. Anm. 1) die später durchgestrichenen Sätze: »Wir sehen um uns herum bereits wieder den Streit der Gruppen und Parteien um Einfluß und Geltung, die versuchen, aus dem unvermeidlichen Zusammenbruch soviel an kapitalistischen Formen zu retten wie nur irgend möglich ist. Wir hören die ›freundliche‹ Einladung an die Vertreter der Arbeiterschaft, mitzuwirken an diesem Versuche. Wir wissen aber auch aus praktischer Erfahrung, daß nach der etwaigen Rekonstruierung eines kapitalistischen Deutschlands die Bekämpfung aller Rechte der Arbeitenden wieder ein Hauptprogrammpunkt dieser Gruppen wäre. Es ist daher nicht unsere Aufgabe, an derartigen Lösungen mitzuwirken«.

5 In Fassung I heißt es zunächst »der reinen Politiker«.

Skizze sein und keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben können. Ein kurzer Überblick ist als Anlage 1 beigefügt. Die Londoner Vertretung wird jedes der in dieser Anlage behandelten Themen durch sachverständige Kommissionen bearbeiten.[6]

Nach allgemeiner Erkenntnis erfordert jede sinnvolle Sozialpolitik als Voraussetzung eine gesunde Wirtschaftspolitik. Auch zu diesem Thema fügen wir als Anlage 2 eine kurze Skizze bei. Wir gehen, auch wenn wir uns der Notwendigkeit von Kompromissen bewußt sind, von der Erfahrung der letzten Jahrzehnte aus, daß Halbheiten und Scheinlösungen gerade auf diesem Gebiet zu den verhängnisvollsten Folgen führen.

Interessenvertreter der Wirtschaftsgruppen können nur als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannte Verbände sein. Es darf nur eine gewerkschaftliche Einheitsorganisation aller Arbeitnehmer geben. Eine kurze Skizze hierüber ist als Anlage 3 beigefügt.

Der Wert der Propaganda darf nicht unterschätzt werden. Es ist eine unserer vordringlichsten Aufgaben, für unsere Arbeit und unsere Ziele zu werben und allen denen, die bei der künftigen Gestaltung Deutschlands mitzuwirken haben, unsere Ideen nahe zu bringen.[7] Wir müssen versuchen, Einfluß zu nehmen auf die Stimmung in den Gastländern der Emigration, auf politische Freunde, aber auch auf alle anderen politischen Gruppen. Presse und Funk müssen beachtet, mit Material versorgt und wenn nötig, kritisiert werden. Die erfreulich klare Formulierung, der Krieg werde nicht gegen das deutsche Volk, sondern nur gegen die Nazi-Regierung geführt, muß lebendig bleiben. Es ist unsere Pflicht und Aufgabe, innerhalb der deutschen Emigration und in der Propaganda, die nach Deutschland reicht, in Presse und Funk unser Teil beizutragen zu dem Beweis, daß der Nationalsozialismus und das wirkliche Deutschland nicht identisch sind. Wir müssen die für die Propaganda in den kriegführenden Ländern Verantwortlichen vor falschen Beratern warnen und darauf hinweisen, daß die in die Emigration versprengten Reste des untergegangenen deutschen Bürgertums nicht mehr Wegbereiter und Propagandisten für ein neues Deutschland sein können.

Die Schulung von Propagandisten ist erforderlich; sie werden nicht nur benötigt für die geschilderten Arbeiten in der Emigration, sondern in ebenso starkem Maße für Zukunftsaufgaben in Deutschland. Alle werden sich vorzubereiten haben für die Aufgaben, die ihnen besonders liegen. Jede Fachkenntnis ist auszunutzen, jede Spezialerfahrung in den Dienst der Sache zu stellen. Ansprachen, Aufrufe und Proklamationen müssen vorbereitet werden. Material für die Propagandatätigkeit muß gesammelt, gesichtet und ausgewertet werden.

Zur Durchführung dieses Programms ist die Aktivität jedes geeigneten Mitarbeiters erforderlich. Es ist unsere Aufgabe, diese Aktivität zu wecken, um in guter Zusammenarbeit zu bestmöglichen Resultaten zu kommen.

6 Einen »Entwurf für die Zusammenstellung von Arbeitsgruppen« enthält das Rundschreiben vom 14.3.1940, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht.

7 In einem Memorandum von Hans Gottfurcht vom 8.11.1939 »Re: British Broadcasting Company. Propaganda in deutscher Sprache« heißt es u.a.: »Die wirkungsvollste Propaganda würde darin bestehen, Einzelheiten über die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Bevölkerung in England zu senden und Vergleiche anzustellen zwischen der Freiheit, den Löhnen, den Steuern, den Lebensmittelbedingungen und allen Einzelheiten des täglichen Lebens in England einerseits mit der Zerstörung der guten Bedingungen der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland wie sie vor Hitler bestanden durch den Nationalsozialismus«, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Gottfurcht.

Anlage 1. Arbeits- und Sozialrecht

Arbeitszeit: Der Achtstundentag bildet die Grundlage der Arbeitszeitgesetzgebung.[8]

Wirtschaftlicher Notstand kann eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit erforderlich machen.

Technischer Fortschritt und gesundheitsgefährdende Tätigkeiten werden eine grundsätzlich kürzere Arbeitszeit in den entsprechenden Wirtschaftszweigen bedingen.

Die Arbeitszeit für Frauen und Jugendliche unterliegt besonderen einschränkenden Bestimmungen. Kinderarbeit ist grundsätzlich zu verbieten.[9]

Sozialversicherung: Eine einheitliche Sozialversicherung für alle Gruppen von Arbeitnehmern und sozial gleichgestellten Bevölkerungskreise ist zu schaffen.

Arbeitslosenfürsorge: Unter Zugrundelegung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und unter zeitgemäßer Fortentwicklung der Gedankengänge ist eine umfassende Fürsorge für den Fall der Arbeitslosigkeit zu schaffen.[10]

Kranken- u. Unfall-Versicherung: Einheitliche Versicherungsträger sorgen für den allgemeinen Versicherungsschutz. Grundsätzlich bleiben Anwartschaften aus den bisherigen Versicherungen aufrecht erhalten. Hierunter fallen auch Unterbrechungen und Zwangsmaßnahmen des Dritten Reiches. Alle Schäden, die durch Terrorakte entstanden sind, fallen unter den Versicherungsschutz. Eine gesunde Selbstverwaltung ist sicherzustellen.

Tarifvertragsrecht: Die Verpflichtung zum Abschluß unabdingbarer[11] kollektiver Tarifverträge und die Überwachung ihrer Durchführung für alle Gruppen von Arbeitnehmern ist zu sichern.

Betriebsräterecht: Die Wirksamkeit der Betriebsräte ist unter Fortentwicklung des Betriebsrätegesetzes und unter Ausmerzung der Zwischengesetzgebung des Dritten Reiches für alle Gruppen von Arbeitnehmern zu garantieren.

Arbeitsgerichtsbarkeit: Die Arbeitsgerichtsbarkeit ist wiederherzustellen. Die Zwischengesetzgebung des Dritten Reiches ist auszumerzen. Das Arbeitsgerichtsgesetz ist unter Berücksichtigung der Zeitverhältnisse fortzuentwickeln.

Die gesamte übrige Sozialgesetzgebung ist neu und zeitgemäß zu kodifizieren. Auf allen Gebieten ist die Zwischengesetzgebung des Dritten Reiches auszumerzen.

Anlage 2. Wirtschaftspolitik

Die deutsche Wirtschaftspolitik wird belastet sein mit den zerstörenden[12] Folgen dieses Krieges. Es bedarf hierzu gar nicht der Wiederholung von Kontributions- und Reparationspolitik, die Wiedergutmachung der im eigenen Lande angerichteten Schäden ist [eine] schwere und belastende Hypothek. Der offenkundige Mißerfolg der Politik, die dem Weltkrieg folgte, wird Sieger und Besiegte von der Wiederholung gemachter Fehler zurückhalten.

Die wirtschaftliche Gestaltung im einzelnen wird von dem Ausmaße der Zerstörung abhängen, die der Krieg hinterläßt. Darum können im gegenwärtigen Stadium alle Formulierungen nur allgemeinen Charakter haben.

Währung: Erste Voraussetzung ist die Stabilisierung der Währung und ihre Wiedereingliederung in das System marktgängiger Valuten.

8 Hier folgt in Fassung I der später durchgestrichene Satz: »Normale wirtschaftliche Verhältnisse vorausgesetzt, ist die achtstündige tägliche Arbeitszeit die zu verlangende Höchstleistung«, ebd.

9 In Fassung I ist dieser Satz handschriftlich nachträglich eingefügt, ebd.

10 In Fassung I ist dieser Absatz nachträglich eingefügt, ebd.

11 In Fassung I ist dieses Wort nachträglich eingefügt, ebd.

12 Fassung I »unvermeidlichen«, ebd.

Zwangs- und Kriegswirtschaft sind abzubauen.

Anleihen: Die direkten und indirekten (d.h. auch die getarnten) Anleihebelastungen sind zu annullieren, besonders, soweit sie von den industriellen Nutznießern des Nazisystems übernommen worden sind. Mitbetroffenen kleinen Sparern, erpreßten Gewerbetreibenden und in ähnlicher Weise zur Anleihezeichnung gezwungenen Personen können aus Billigkeitsgründen Entschädigungen zuerkannt werden. Die ausgeplünderten Sozialversicherungseinrichtungen etc. sind mit Staatshilfe auf gesunde Basis zu stellen.

Verstaatlichung: Die Schlüsselindustrien und die Kreditwirtschaft (Bank-, Börsen-, Versicherungswesen)[13] sind zu verstaatlichen. Das Versorgungsgewerbe (Gas, Elektrizität, Wasser etc.) sowie das Beförderungsgewerbe sind der privaten Hand zu entziehen.

Steuern: Das Einkommensteuerrecht ist nach sozialen Gesichtspunkten zu kodifizieren. Alle Kopfsteuern sind zu beseitigen. Die indirekten Steuern sind auf ein Mindestmaß herabzusetzen.

Das System der wirtschaftlichen Steuern und Abgaben ist zu vereinfachen. Sie sind ertragsfähig zu gestalten. Ihre Abwälzung ist zu verhindern. Erbschaftssteuern, Steuern auf einmalige Gewinne oder Schenkungen sind an die obere Grenze der Belastungsmöglichkeit zu setzen.

Aufrüstungs- und Kriegsgewinne sowie ihnen gleich zu erachtende Gewinne sind durch einmalige Abgabe wegzusteuern.

Das gesamte Steuerrecht ist zu vereinfachen, die Zahl der Steuerarten so klein wie möglich zu halten, der Steuerhoheit des Reiches ist der Vorrang zu geben.

Agrarwirtschaft: Eine gesunde Agrarreform ist durchzuführen. Die Probleme der Verstaatlichung gewisser Formen des Großgrundbesitzes, der sozialen und wirtschaftlichen Stellung der Bauern und Landarbeiter, des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, der Versorgung der städtischen Bevölkerung, der Wanderungsbewegung etc. erfordern besondere Beachtung.

Demokratie in der Wirtschaft ist die Voraussetzung für das Gelingen der Neugestaltung des deutschen wirtschaftlichen Lebens. Hierzu gehört die gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeitnehmer in allen Organen der Wirtschaft.

Anlage 3: Organisation der Arbeit

Einheitsgewerkschaft:[14] Interessenvertreter der Wirtschaftsgruppen sind die als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannten Interessenverbände.[15] Für alle Arbeitnehmer darf es nur eine gewerkschaftliche Einheitsorganisation geben. Neben dieser ist kein Raum für gewerkschaftliche oder gewerkschaftsähnliche Organisationen, auch nicht auf betrieblicher Grundlage. Die Leitung der Arbeitsfront und das gesamte Personal sind ihrer Funktionen zu entheben, die Verantwortlichen sind zur Rechenschaft zu ziehen.

Der Neuaufbau hat im freigewerkschaftlichen Geiste zu erfolgen. Die organisatorische Untergliederung hat sich auf die Erfahrungen gewerkschaftlicher Arbeit zu stützen.

Die Zugehörigkeit zur Organisation ist Voraussetzung für die Möglichkeit der Arbeitsaufnahme.

13 Inhalt der Klammer in Fassung I nachträglich eingefügt, ebd.
14 Zur Diskussion der Organisationsfrage vgl. auch Dok. 212, 214.
15 Ursprünglicher Text in Fassung I: »Das organisatorische Gerippe der Deutschen Arbeitsfront ist als Ausgangspunkt für den Aufbau einer einheitlichen Organisation aller Gruppen von Arbeitnehmern zu verwerten«.

Die Mitgliedschaften aller ehemaligen Gewerkschaftsmitglieder, die durch Gesetzgebung oder Terrormaßnahmen des Dritten Reiches erloschen sind, gelten als aufrechterhalten.

Finanzierung: Der Charakter der DAF als Staatshilfsorganisation hat zu einer Vernichtung der von den Gewerkschaften übernommenen und der durch Beiträge erworbenen Vermögenswerte geführt, ähnlich wie bei den Sozialversicherungsträgern. Der Staat hat deshalb die Verpflichtung, eine gesunde Finanzgrundlage wiederherzustellen.

Ein nach dem Einkommen gestaffeltes progressives Beitragssystem ist zu schaffen.

Aufgaben: Die gewerkschaftliche Einheitsorganisation ist die alleinige Interessenvertretung der Arbeitnehmer auf allen Gebieten des sozialen Rechts und des wirtschaftlichen Lebens. Die Einzelheiten ergeben sich aus den Formulierungen der Anlagen 1 und 2.

Abgrenzung: Es ist sorgfältig zu prüfen, welche Sozialeinrichtungen der früheren deutschen Gewerkschaften wieder aufzubauen und welche Nebenorganisationen der DAF im reformierten Sinne der Erhaltung wert sind.

Die gewerkschaftliche Einheitsorganisation hat auf den Gebieten der Erziehung, der Volksbildung, des kulturellen Lebens im allgemeinen mitzuwirken, um den Einklang zwischen Sozial-, Wirtschafts- und Kulturpolitik herzustellen.

Demokratie/Internationale: Die gewerkschaftliche Einheitsorganisation wird in Aufbau, Ausdrucksform und Betätigung demokratischen Charakter haben. Sie wird der internationalen Gewerkschaftsbewegung angehören.

Organisation der Arbeitgeber: Für die Arbeitgeber ist eine einheitliche Parallelorganisation zu schaffen.

DOKUMENT 212

29. 1. 1940: Neuordnungsvorstellungen der Mitglieder der Londoner Vertretung der freien Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengewerkschaften (ADGB-AFA-ADB)

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Maschinenschrift. Überschrift: »Auszüge aus der Diskussion nach einem Vortrag des Kollegen Gottfurcht vor der Londoner deutschen Gewerkschaftsgruppe am 29. Januar 1940«.

Grätzer[1]: wünscht ein sozialistisches Deutschland.

Waldheim[2]: wir können nicht über Demokratie sprechen, wenn wir die Frage einer glatten Übernahme der DAF[3] undiskutiert annehmen. Wenn wir von Demokratie sprechen, so verlangen die meisten von uns freien Beitritt. Gegen die öffentlich rechtliche Eigenschaft. Gegen Zwangsprinzip. Zwangsgewerkschaft ist keine freie Gewerkschaft.

1 Rosi Grätzer, geb. 23.5.1899, Berufsberaterin, Arbeitsvermittlerin, Wohlfahrtspflegerin, ZdA-Mitglied seit 1921, 1933 verhaftet und mißhandelt, ab 1934 in Großbritannien; SPD.
2 Harald von Waldheim, geb. 3.6.1904, Studium der Ökonomie und der Sprachen, Dr. phil., seit 1928 ZdA-Mitglied, Bildungssekretär des ZdA 1930–33, Emigration 1933; SPD.
3 Gemeint sind die Vorstellungen von Fritz Tarnow, vgl. Dok. 47. Dieses Dokument war Hans Gottfurcht zugegangen und von ihm den Mitgliedern der Londoner Vertretung als Diskussionsgrundlage zugestellt worden.

Gotthelf[4]: Es ist wichtig, daß alle unsere Formulierungen klar sind. Für ein sozialistisches Wirtschaftsprogramm.

Sorg[5]: Ich würde es für richtig halten, wenn Kol[lege] *Gottfurcht* eine Andeutung macht: Wie wird das Deutschland wirtschaftlich und ökonomisch aussehen. Gewerkschaften mit Fürsorgeeinrichtungen werden in jedem Staat notwendig sein.

Schoettle[6]: Ein demokratischer Staat, der diesen Namen verdient, ist ein Staat, in dem Interessengegensätze ausgetragen werden müssen. Um überhaupt in den Wettbewerb treten zu können, ob eine gewerkschaftliche Monopol-Organisation sein soll, welche Rechte, welche Pflichten der einzelne im Volksstaat hat, das alles muß man sehr vorsichtig formulieren. Ich bin der Meinung, daß die Formulierungen des Kol[legen] *Gottfurcht* notwendigerweise nicht tiefer gehen konnten, daß man nicht bereits alle Einzelheiten ausarbeiten kann. Ich habe vor wenigen Tagen mit einem Mann gesprochen, der regelmäßig jetzt noch an der Grenze mit verschiedenen Kollegen aus dem Lande spricht, was die Leute denken und sagen über Organisation war etwa so: Die Kollegen drinnen finden einen einzigen Punkt, in dem die DAF fortschrittlich ist, daß sie nämlich mit den Splitterorganisationen aufgeräumt hat.

Weckel[7]: In der Tschechoslowakei gab es zum Beispiel 13 Bergarbeitergewerkschaften. Jede Partei hatte ihre eigene Gewerkschaft. Die Organisation der Gewerkschaften hängt von der Staatsform ab. Die Frage der Beamten- und Lehrergewerkschaften konnte noch nicht bearbeitet werden. Mir graut schon davor, den Beamten in Deutschland Demokratie zuzugestehen. Die Beamten und besonders die Lehrer sind im jetzigen Deutschland 100-prozentige Nazis.

Kressmann[8]: Wir können die gewerkschaftliche Frage nicht trennen von der politischen Frage. Wir wollen jedoch nicht zusammenkommen, um über ausgesprochen politische Fragen zu diskutieren. Die Frage ist, ob man überhaupt die Frage ›Sozialistische Republik‹ stellen kann. Politische Schwierigkeiten und damit möchte ich sagen Konzentration sind ein Faktor, den man nicht reformieren kann.[9] Wir sollen die Frage der Gestaltung Deutschlands nicht aus den Augen lassen. Welche Möglichkeit gibt es, wieder in Deutschland arbeiten zu können? Wir gehen in ein Deutschland zurück, das eine Forderung an uns stellt. Wir müssen ein Mindestprogramm in einem sozialistischen Staat mit guten programmatischen Forderungen aufstellen. Wir müssen versuchen, eine Schlüsselstellung hier festzulegen und Fragen vorzubereiten, um die Arbeiterklasse vorzubereiten und dann vorwärts zu treiben. Wir beschränken uns auf ein Arbeitsprogramm und gewisse Dinge, die geändert werden müssen.

Höltermann[10]: In Zukunft werden die Gewerkschaften in Deutschland eine größere Bedeutung haben als vor dem Jahre 1933. Die deutschen Gewerkschaften werden in bezug auf die Politik viel größere Verantwortung übernehmen müssen als vorher. Es gibt einiges in der besonderen Organisation der englischen Gewerkschaften, von dem wir lernen können. Eines wird bleiben, wenn der Freitag und Samstag kommt, dann bekommt jeder Arbeiter seinen Lohn. Es gibt deshalb Lohnfragen in jeder Staatsform. Es wird die Frage auftauchen, wie lange arbeitet man für diesen Lohn, die Frage der Arbeitszeit. Die Invalidenfürsorge muß geregelt werden. Ob man das sozialistisch nennt, so oder so, das ist mir gleichgültig. Zwangsgewerkschaften oder nicht? Ich bin ein Gegner von Zwangsgewerkschaften aus erzieherischen Gründen. Es ist natürlich bequemer, Zwangsgewerkschaften zu machen. Ich glaube, daß die Beamtenhierarchie es gar zu bequem hat, wenn sie aus Staatsbeiträgen bezahlt wird. Der Verwaltungsstab muß Diener und nicht Herr der Mitglieder sein, das gilt für Partei, Gewerkschaften und Staatsbeamte. Es kann nur eine Form von Gewerkschaften in Deutschland geben.

Salomon[11]: Es gibt keinen größeren Revolutionär als den Krieg. Wir dürfen vertrauen, daß die Wirkungen des Krieges über das hinausgehen werden, was die Anstifter und Mitwirkenden des Krieges sich gedacht haben. Diejenigen, die von uns in der Tschechoslowakei waren, kennen sicher die Redewendung ›Demokratie den Demokraten‹. Die Nichtdemokraten können kein Stimmrecht mehr haben. Ob man das unsere Diktatur nennt, ist vielleicht nicht wichtig. Da wir die Mehrheit haben werden und sind, ist es keine Diktatur. In einer Hinsicht möchte ich übereinstimmen: Freie Gewerkschaften durch freien Entschluß zur Mitgliedschaft.

Derkow[12]: Einheitsorganisation oder freigewerkschaftliche Organisation? Diese Frage ist unter den illegalen Leuten in Deutschland überhaupt gleichgültig, um welche Richtung es sich auch handelt. Dies ist kein Diskussionsstoff mehr. Alle Gruppen sind sich einig, daß wir als Mindesterrungenschaft zu einer einheitlichen Organisation der Arbeiterschaft kommen müssen.

Waldheim: Ich bin überzeugt, daß ich vielleicht in zehn Jahren als Gewerkschafter einen bitteren Feind haben werde, das ist der sozialistische Staat. Wir müssen uns,

4 Herta Gotthelf (6.6.1902–13.5.1963), Bankangestellte, ab 1920 ZdA, 1926–33 Mitarbeiterin von Marie Juchacz und der Redaktion »Die Genossin«; 1941–1944 Mitglied des Arbeitsausschusses der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter und ab 1942 des Ortsgruppen-Ausschusses der SPD in London. 1934 Emigration nach Großbritannien, 1934–46 BBC-Monitordienst, 1946 Rückkehr nach Deutschland, ab Juli 1946 Leiterin des Zentralen Frauensekretariats beim SPD-Parteivorstand.

5 Heinrich Sorg (7.11.1898–21.9.1963), Angestellter, 1913 SAJ, ab 1917 SPD, Mitglied der Obersten Kampfleitung der Eisernen Front Frankfurt a.M., 1933 Flucht in die CSR, Februar 1939 Emigration nach Großbritannien, ab 1942 Ausschuß-Mitglied der SPD-Ortsgruppe London, 1946 Rückkehr nach Deutschland, Sportreferent des SPD-Parteivorstandes mit Sitz in Frankfurt a. M.

6 Erwin Schoettle (18.10.1899–25.1.1976), Politiker, Verleger, ab 1931 SPD-Parteisekretär, Stuttgart; ab März 1933 MdL in Württemberg, Mai 1933 Flucht in die Schweiz, ab 1934 Neu Beginnen, ab Dezember 1939 Sekretär des Auslandsbüros und Leiter der Londoner NB-Gruppe; 1940 Internierung, ab 1941 Mitglied des Arbeitsausschusses der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien, 1941–46 BBC-Programmassistent, 1946 Rückkehr nach Stuttgart, 1947–49 MdL Württemberg-Baden, SPD-Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender des Hauptausschusses im Wirtschaftsrat der Bizone, 1948–68 Mitglied des Parteivorstandes, ab 1958 Präsidiumsmitglied, 1949–72 MdB, 1949–69 Vorsitzender des Haushaltsausschusses, 1961–69 Vizepräsident des BT, 1953–57 stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender.

7 Curt Weckel (15.3.1877–18.7.1956), Volksschullehrer, 1896–1927 Mitglied des Sächsischen Lehrervereins, ab 1928 der Freien Lehrergewerkschaft, März 1933 Flucht in die CSR, 1939 Emigration nach Großbritannien, (1942/43?) Mitglied des Arbeitsausschusses der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien; SPD, 1917 USPD, später wieder SPD, 1920–33 MdL Sachsen, 1927–33 Präsident des sächsischen Landtages, ab 1942 Vorstandsmitglied der SPD Ortsgruppe London, nach 1945 Rückkehr in die SBZ, Volksschullehrer, 1952 Entlassung.

8 Willy Kressmann, geb. 6.10.1907, Schriftsetzer, später Ausbildung als Fürsorger, Mitglied des ZdA. SPD, 1926–31 2. Vorsitzender der SAJ von Groß-Berlin, ab 1931 Mitglied der Reichsleitung der Jungsozialisten, 1931 Mitbegründer der SAPD, 1933 Emigration in die CSR, 1939 nach Großbritannien, Wiedereintritt in die SPD, einer der Wortführer der linken Parteiopposition, 1945 Rückkehr nach Berlin, 1949–1962 Bürgermeister von Kreuzberg, 1950–54 MdA, 1963 Austritt aus der SPD.

9 Handschriftlich gestrichen ist der folgende Satz: »Die sozialistischen Gewerkschaften im sozialistischen Staat sind vielleicht dazu verurteilt, überhaupt nicht weiter arbeiten zu können«.

10 Karl Höltermann (20.3.1894–3.3.1955), Schriftsetzer, Journalist, ab 1924 stellvertretender, ab April 1932 Bundesführer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, 1932–33 MdR, SPD, Mai 1933 Flucht nach Amsterdam, 1935 Emigration nach London, 1939/40 Gründung der Gruppe der Parlamentarier als Konkurrenz zum Londoner Parteivorstand mit dem Ziel der politischen Gesamtvertretung des Exils (vgl. Röder, Handbuch, S. 306f).

11 Friedrich Salomon, geb. 8.1.1890, SPD.

12 Willi Derkow, geb. 17.11.1906, Handlungsgehilfe, nach 1933 Bankangestellter, seit 1921 ZdA-Mitglied, später Gewerkschaftsangestellter der Wirtschaftspolitischen Abteilung des ZdA, illegale Gewerkschaftsarbeit von 1933–39, Emigration August 1939 über die Niederlande nach London, 1941–45 Mitglied des Arbeitsausschusses der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien.

wenn es ein demokratisches oder sozialistisches Deutschland gibt, darüber klar sein, wie setzen wir die Frage der Zwangsgewerkschaft zum Arbeitnehmer.

Scheer[13]: Bei einer Zwangsgewerkschaft sind nicht alle mit ganzem Herzen dabei. Kollektivverträge nur für die Beitragzahlenden. Die Monopolstellung der Gewerkschaften ist eine Frage der politischen Machtstellung.

Neumann[14]: Ich selbst war dabei tätig, beim Aufbau der Betriebsobleute. Ich habe gesehen, wie die politische Arbeit sich aus den politischen Bezirken und Straßenbezirken verlegte in die Betriebe. Das Verschwinden der politischen Organisationen ist noch weiter fortgeschritten durch den Terror der Gestapo. Es trat nun das neue politische Gebilde auf. Materialaustausch wurde im Betrieb vorgenommen und auch die Verständigung erfolgte im Betrieb. Die Einheit setzte nun ein, was die Sehnsucht von uns allen war. Die frühere Trennung in Branchen ist vollkommen überholt. Trennung zwischen Angestellten und Arbeitern ist so gut wie verschwunden. Wir müssen uns auf den Boden stellen, wie wir ihn [uns] in Deutschland vorstellen. Die fragen nicht nach Beschlüssen,und wir haben dann auch nicht zu bestimmen, sondern müssen uns danach richten, was schon drüben ist.

[...][15]

DOKUMENT 213

29. 2. 1940: Die Einheitsgewerkschaft als Zwangsgewerkschaft? Zur Diskussion der Londoner Vertretung der freien Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengewerkschaften (ADGB-AFA-ADB)

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Maschinenschrift. Überschrift: »2. Versammlung der Representative im Transport House am 29.2. 1940; anwesend: 42 Kollegen (darunter 2 österreichische Kollegen, Comr[ade] Carthy).

Gottfurcht eröffnet die Versammlung, begrüßt die anwesenden Koll[egen] und Gäste und zeichnet in kurzen einleitenden Worten die Probleme auf, die Grundlage für die Unterhaltung sein sollen.[1]

Weckel: verliest in Ergänzung hierzu einen Artikel aus der letzten Nummer der NGZ.[2]

Svitanics[3] erinnert an die frühere freundschaftliche Zusammenarbeit und verweist auf die Vorteile einer großen Einheitsgewerkschaft. Das, was sie den Nazis in ihrer diktatorischen Führung bietet, bietet sie auch an Vorteilen der Schlagkraft uns. Das

13 Kurt Scheer, geb. 6.12.1908, Lagerhalter, Expedient, ab 1925 gewerkschaftlich organisiert, zuletzt Gesamtverband; ab 1924 SAJ und SPD, ab 1931 SAP.
14 Unklar, ob Leo Neumann, geb. 3.1.1877, SPD, oder Robert Neumann, geb. 25.4.1897, SAP, vermutlich letzterer.
15 Nicht abgedruckt die Ausführungen des britischen Gewerkschaftsfunktionärs Carthy zu einigen Aspekten der britischen Gewerkschaftsentwicklung.
1 Vgl. vorangehendes Dokument.
2 Neue Gewerkschafts-Zeitung, hrsg. mit Unterstützung des IGB durch die Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften (ADG).
3 Johann Svitanics (im Text irrtümlich Switanicz), (11.12.1890–1.4.1958), Hilfsarbeiter, Metallschleifer, bis 1934 Zentralkassierer der Gewerkschaftskommission bzw. ab 1928 des Bundes Freier Gewerkschaften Österreichs, 1934 Flucht nach Prag, zusammen mit Johann Schorsch, Gründer des Auslandsbüros der illegalen Freien Gewerkschaften Österreichs, Februar 1939 Flucht nach London. 1939–1945 Mitglied der Auslandsvertretung der Freien Gewerkschaften Österreichs, 1941/42 Gründer und Vorsitzender der Landesgruppe österreichischer Gewerkschafter in Großbritannien.

Problem der Tolerierung läßt eine Lösung durchaus zu, plädiert für Einheitsgewerkschaft, braucht nicht erzwungen, kann durch geistige Beeinflussung vorbereitet werden.

Weckel sieht für eine Einheitsgewerkschaft keine Schwierigkeiten, ist gegen Zwangsgewerkschaften, aber auch gegen politische Zersplitterung der Gewerkschaftsidee, gibt zu bedenken, daß zwangsorganisierte Mitglieder keine Kämpfer sind.

Walter[4] für Berufsverbände, nicht empfindlich sein in demokratischen Fragen, das deutsche Volk hat sich in 7 Hitlerjahren an manches gewöhnt, gegen Zwangsgewerkschaften, da keine Stärkung der Kampfkraft.

Rosenberg[5] gegen Konkurrenzkampf der Gewerkschaftsrichtungen untereinander. Einheitsgewerkschaft ist notwendig, Frage der Zwangsgewerkschaft hängt von der politischen Grundlinie ab, schlägt vor, turnusmäßig anhand der Mitgliederzahlen den Führungsanspruch zu übertragen.

Gottfurcht über Prinzip der Einheitsgewerkschaft keine Meinungsverschiedenheiten, störender als der Kampf der großen Gewerkschaftsgruppen untereinander waren die kleinen Verbände auf betrieblicher Grundlage, besonders große Gegensätze im Angestelltenlager.[6] Frage der Zwangsgewerkschaft ein zweiseitiges Problem, nicht nur Unternehmerverhandlungen, sondern auch Einflußnahme auf Sozialgesetzgebung. Organisationsfreiheit u.U. Anarchie. Demokratie und Zwangsgewerkschaft kein Widerspruch, geschlossene Betriebe, Genter System.[7]

Berger[8] keine Furcht vor »Zwang«, Weimarer Zeit ein warnendes Beispiel.

Schoettle verweist auf Unterschied zwischen DAF-Einheit und einer gewerkschaft-[lichen] Einheit, hat Bedenken gegen eine kampflose Einheit von oben.

Schuricht[9] eine einheitliche Zwangsgewerkschaft wäre d i e Macht im Staate.

Nitze[10] unterstreicht im wesentlichen die Ausführungen *von Schoettle*, ist gegen jeglichen Zwang.

Sorg plädiert eindringlich für Zwangsgewerkschaften und wendet sich scharf gegen unproletarische Drückebergerei.

Spreewitz[11] lehnt Zwangsgewerkschaften ab.

Lorenz[12] wünscht zur Klärung Referat eines Engländers über die englischen Gewerkschaften und ihre Erfahrungen.

4 Paul Walter, das ist Paul Kronberger; zu den biographischen Daten vgl. Mielke, Quellen VI, S. 475.
5 Zu den biographischen Daten von Ludwig Rosenberg vgl.ebd., S. 380.
6 Vgl. hierzu Mielke, Quellen VIII, S. 57ff.
7 Beim Genter System wurde aus öffentlichen Mitteln an Gewerkschaften oder private Arbeitslosenkassen ein Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung gewährt.
8 Walter Berger, geb. 25.6.1910, Volkswirt, vor 1933 gewerkschaftlich nicht organisiert, SPD.
9 Hans Schuricht, geb. 22.12.1905, technischer Angestellter, Mitglied des ZdA; 1925–31 SPD, ab 1931 SAPD, 1938/39 Leiter der SAPD-Landesgruppe in Großbritannien – oder Ella Schuricht, geb. 22.4. 1907, kaufmännische Angestellte, 1922–33 ZdA-Mitglied, 1927–31 SPD, dann SAPD.
10 Willi Nitze, geb. 24.4.1913, seit 1928 Mitglied des DMV; bis 1940 KPD.
11 Gustav Spreewitz (nach 1945 Gustav Spree), geb. 9.3.1906, Metallarbeiter, Schwimmeister, Jugendhelfer, seit 1930 Mitglied des Gesamtverbandes, 1933 Emigration in die CSR, 1939 nach Großbritannien, SAPD-Vertreter im Arbeitsausschuß der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien; 1923–28 KPD, 1928–33 Freie Sozialistische Jugend, seit 1932 SAPD, ab 1939 Vorstandsmitglied der SAPD-Landesgruppe Großbritannien.
12 Kurt Lorenz (18.12.1903–20.11.1947), Maschinensetzer, 1924–33 Angestellter bzw. Geschäftsführer von SPD-Zeitungen, 1933 Flucht in die CSR, Mitarbeiter bei der Herstellung der Deutschland-Berichte, 1937 nach London, 1942 Ausschluß aus der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien; SPD.

Derkow warnt vor theoretischen Haarspaltereien, die Illegalen werden dafür kein Verständnis haben, Einheit und Zwang sind erforderlich, 7 oder mehr Hitlerjahre haben das deutsche Volk in weitem Ausmaße demoralisiert und erfordern besondere Übergangsmaßnahmen.

Kressmann: Hitlersturz ist nicht zimperlich zu erreichen, 7 Hitlerjahre haben viele bürgerliche Hirngespinste zerschlagen, Einheitsgewerkschaft, keine anderen Richtungen, diese nur Sammelbecken der Reaktion, Zwangsorganisation reiflich zu überlegen, Gefahr der Verbürokratisierung und gegen die Tradition der deutschen Arbeiterbewegung, nur starke, schlagkräftige und demokratische Gewerkschaften als Gegengewicht.

Gottfurcht: Übergewicht der Entscheidungsbefugnis liegt bei den Illegalen, Kampf gegen etwaige Verbonzung ist notwendig und möglich, wie das Beispiel der argentinischen Bankangestellten zeigt; wie ist es zu verhindern, daß Ansätze vernünftiger gewerkschaftlicher Arbeit durch unorganisierte Sabotage verhindert werden, Opposition auch in der Demokratie notwendig.

London, 3.3. 1940 Go[ttfurcht]

DOKUMENT 214

29. 2. 1940: Anmerkungen von Hans Gottfurcht zur Organisationsfrage

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Maschinenschrift. Überschrift: »Einige Stichworte zur Diskussion des Organisationsproblems. London, 29. Februar 1940«.

Die Grundlage der Diskussion[1] darf nicht verschoben werden, sonst müssen falsche Vorstellungen über unsere Auffassung entstehen. Wir gehen aus von einem Staatswesen, in dem Lohn- und Arbeitsbedingungen zwischen Tarifparteien zu vereinbaren sind, wobei in diesem Zusammenhang unerörtert bleiben muß, wie weit die Mitwirkung des Staates durch Schlichtungsinstanzen u[nd] Ä[hnliches] geht. Wir wollen also von echten Gewerkschaften und nicht Staatshilfsorganisationen sprechen. Jede Gedankenführung, daß wir »die Arbeitsfront übernehmen« oder eine arbeitsfrontähnliche Staatshilfsorganisation schaffen wollten,[2] würde die Problemstellung verkennen.

Die erste Frage lautet:

Einheitsgewerkschaft oder Zulassung mehrerer Richtungen. Die Frage wird voraussichtlich von einer überwältigenden Mehrheit zu Gunsten der Einheitsgewerkschaft beantwortet werden.

Die zweite Frage behandelt den Kern, sie zerfällt in zwei Teile:

a) Absolute Organisationsfreiheit oder absoluter Organisationszwang oder Bindung gewisser sozialer Rechte, Vorteile und Ansprüche an die Mitgliedschaft.
b) Körperschaft öffentlichen Rechts oder freie Vereinigung oder Vereinsform (etwa eines e.V.).

Die Frage 2b ist erst nach der Klärung von 2a zu beantworten; die Entscheidung ist eine überwiegend technische.

Zu der also zunächst zu diskutierenden Frage 2a seien einige Probleme aufgezeigt:

1 Vgl. nachfolgendes Dokument.
2 Vgl. hierzu die Vorstellungen von Fritz Tarnow Dok.47.

Kann nur an solche sozialen Rechte, Vorteile und Ansprüche gedacht werden, die von der Organisation vereinbart oder erreicht werden, oder soll auch an solche Dinge gedacht werden, die aus der Gesetzgebung resultieren?

Bedeutet Organisationszwang Gesinnungsdruck oder Verpflichtung zur Teilnahme an der Wahrung eigener Interessen? Bedeutet Organisationsfreiheit, d.i. in erster Linie das Recht, unorganisiert zu bleiben, den stärksten Ausdruck der Demokratie oder die Vorstufe zur Anarchie?

Soll – bei Organisationsfreiheit – allen Stellen, berufenen und unberufenen, das Recht des Versuchs der Beeinflussung der Gesetzgebung eingeräumt werden oder soll bzw. kann ein indirekter Organisationszwang darin liegen, daß der Gewerkschaft ein gewisses Monopol in dieser Hinsicht zufällt?

Soll, um das landläufigste Beispiel zu wählen, die Gewerkschaft als Tarifträgerin gezwungen sein, Tarife auch für Unorganisierte abzuschließen?[3]

DOKUMENT 215

15. 5. 1940: Bericht von Hans Gottfurcht über Organisation und Tätigkeit der Londoner Vertretung der freien Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengewerkschaften (ADGB-AFA-ADB)

IISG, IFTU, Nr. 257. Maschinenschriftliche Durchschrift. Überschrift: »2. Bericht«. Eigenhändige Unterschrift.

Im Anschluß an unseren ersten Bericht, abgeschlossen am 5. Dezember 1939[1], werden hier die wesentlichen Tatsachen aus unserer Arbeit zusammengestellt. Es wird dabei unvermeidlich sein, manche Dinge – wenigstens andeutend – zu wiederholen.

Organisatorisches:

Ende Oktober 1939 hatten wir in Verbindung mit einem Rundschreiben die Fragebögen zum Zwecke der Registrierung[2] herausgegeben. Bis zum 6. Mai 1940 waren 103 Fragebögen eingegangen. Die Zusammensetzung des Personenkreises geht aus einer besonderen vertraulichen Zusammenstellung[3] hervor. Einige Fragebögen gingen ein, deren Einsender wir nicht registrierten, da sie gewerkschaftlich nicht organisiert waren oder gewerkschaftsfeindlichen politischen Gruppen angehören. Eine Anzahl von Personen registrierten wir als Gäste; es handelt sich um Personen, die aufgrund ihrer früheren Berufe (Akademiker etc.) gewerkschaftlich nicht organisiert gewesen sein konnten oder hierfür noch zu jung waren, aber jetzt lebhaftes Interesse an der Arbeit haben.

Es ist nur eine Wiederholung, wenn wir feststellen, daß das Kriterium für die Registrierung bei uns nicht die politische Gruppenzugehörigkeit des Betreffenden ist. Die Bedingungen der Emigration haben es aber mit sich gebracht, daß derartige Gruppenzugehörigkeiten nicht einfach ignoriert werden können. So gesehen ist zu erwähnen, daß nach freundschaftlicher Aussprache mit einem führenden Mitglied des ISK wohl nahezu alle gewerkschaftlich organisiert gewesenen Mitglieder dieser Gruppe ihre

3 Zur Diskussion der Organisationsfragen in der Landesgruppe vgl. ferner die Dok. 212, 213, 227, 229, 239, 250.
1 Nicht in den Akten.
2 Vgl. Dok. 210.
3 Nicht in den Akten. Für eine spätere Zusammenstellung der Mitglieder der Landesgruppe vom 1.3. 1941 vgl. Dok. 220.

Fragebögen bei uns einreichten. Gerade in diesen Tagen ergab sich, daß der »Gruppe Wollenberg im Czech-Refugee-Trust-Fund« eine größere Zahl von uns noch nicht erfaßter Gewerkschaftler angehören, um deren Erfassung wir uns jetzt bemühen[4].

Es kam in der Berichtsperiode zu umfangreichen Korrespondenzen über die Beziehungen der ADG zum IGB[5] und über die innere Ordnung in der ADG[6]. Die Auseinandersetzungen über das Ausmaß der Selbständigkeit, über die etwaige Errichtung eines Zentralbüros, über die Funktionen von Vorsitzendem und Sekretär gingen nach unserer Überzeugung weit über das Notwendige hinaus. Die Überbetonung von Formalitäten erschien uns unangebracht. Die Selbständigkeit unserer Arbeit hielten wir für genauso selbstverständlich wie unsere engen Beziehungen zur Gewerkschaftsinternationale. Es ist bedauerlich, daß die Klärung der ganzen Angelegenheit nicht durch erzielte Übereinstimmung erfolgte, sondern durch das – wenigstens vorläufige – gewaltsame Unterbinden weiterer Erörterungen durch weltpolitische Ereignisse. Niemand weiß heute, wie weit die Bewegungsfreiheit für unsere Arbeit in der nahen Zukunft reichen wird, aber wie es auch komme, wir werden keineswegs mehr Zeit zu Auseinandersetzungen über Formalien haben. Soll überhaupt irgendeine Geltungsmöglichkeit das Resultat unserer Arbeit sein, dann kann es nur geschehen in voller Übereinstimmung und guter Zusammenarbeit aller Stellen der internationalen Gewerkschaftsbewegung einschließlich der Gewerkschaftsemigration aus den von *Hitler* unterdrückten Ländern. Das Gewinnen des Krieges gegen *Hitler* ist eine gemeinsame Aufgabe, wir müssen sie gemeinsam erfüllen. Unsere Vorbereitungsarbeit für ein besseres Deutschland ist unsere spezielle Aufgabe, für die wir aber auch die internationale Solidarität nicht entbehren können und wollen. Die gleichen Überlegungen ließen uns überzeugt sein, daß eine gute Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsstellen, die besonders aktiv in der illegalen Arbeit in Deutschland waren (und sind?), notwendig ist. Hierzu gehört in erster Linie die ITF[7]. Die Abneigung der ITF gegen die ADG[8] bzw. die Ursachen hierfür reichen in eine Zeit zurück, in der es eine Arbeit der Gewerkschaftsemigration in England noch nicht gab. Wir hatten und haben wenig Neigung, in diese Streitigkeiten einbezogen zu werden. Auch hier glauben wir, daß Zeitentwicklung und Tagesereignisse diese Dinge als unwichtig erscheinen und in den Hintergrund treten lassen.

Unterhaltungen haben ergeben, daß die kürzlich erfolgte Gründung des »Gewerkschaftlichen Freiheitsbundes gegen das Hakenkreuz»[9] den Zweck der Zusammenfassung der an der illegalen Arbeit interessierten Stellen (Berufssekretariate) hat.[10] Die Mitwirkung des Berichterstatters in dem »Freiheitsbund« ist vorgeschlagen worden mit Rücksicht auf die langjährige Tätigkeit in der illegalen Arbeit der Angestellten. Diese Mitwirkung könnte hoffentlich als ein erster Schritt zur Überbrückung bestehender Spannungen angesehen werden. Es ist dann hoffentlich nur noch eine Frage

4 Anfang Februar 1941 schreibt Hans Gottfurcht über »kommunistische Aktivitäten«: »Der Czech Refugee Trust Fund wurde eine der Hochburgen kommunistischer Aktivität. Die reichsdeutsche Gruppe Schmidt und die österreichische Gruppe Winterberg versuchen zwar immer wieder zu behaupten, daß die Zugehörigkeit zu diesen Gruppen die kommunistische Parteimitgliedschaft nicht bedinge. Das ist unwahr«, in: IISG, IFTU, Nr. 257.

5 Vgl. Dok. 207.

6 Vgl. Dok. 207, 208.

7 Zum Widerstand der ITF-Gruppen vgl. Kap. III, Dok. 57ff.

8 Vgl. Dok. 30, 34, 37, 44.

9 Vgl. Dok. 216.

10 Nach einer späteren Berichtigung soll dieser Satz lauten: »Der kürzlich gegründete ›Gewerkschaftliche Freiheitsbund gegen das Hakenkreuz‹ stellt eine Arbeitsgemeinschaft zur Koordinierung der Arbeit der erreichbaren Vertrauensleute und Repräsentanten innerdeutscher freigewerkschaftlicher Betriebsorganisationsnetze dar. Einige dieser Gruppen arbeiten in engem Kontakt mit Berufssekretariaten«, in: IISG, IFTU, Nr. 257.

der Zeit, bis alle Schwierigkeiten der Zusammenarbeit – und nicht nur in England – ausgeräumt sind.

Die Zusammenarbeit mit dem IGB war gut und reibungslos. Außer zwei Besuchen im September und November 1939 besuchte der Kollege *Schevenels* London noch im Januar und April. Alle Besuche führten zu ausführlichen Besprechungen über die Gesamtlage zur Zeit eines jeden Besuchs. Teilnehmer der Besprechungen waren jeweils die Obleute der hier anerkannten Gewerkschaftsgruppen (*Gottfurcht* für die Reichsdeutschen, *Svitanics*[11] für die Österreicher, *Belina*[12] für die Tschechoslowaken und *Zinner*[13] für die deutschen Gewerkschaftler aus der CSR). Diese vier Obleute gelten auch dem TUC gegenüber als die Spitze der gewerkschaftlichen Emigration. Ein reger Briefwechsel sorgte in der Zeit zwischen den Besuchen für die Aufrechterhaltung des erforderlichen Kontakts.

Der IGB hat in dankenswerter Weise die Finanzierung der materiellen Unkosten unserer Arbeit fortgesetzt. Durch das Entgegenkommen des TUC ist die Durchführung unserer Verwaltungsarbeit erleichtert worden, indem wir Vervielfältigungen etc. auf Kosten des IGB beim TUC anfertigen können. Die Papierknappheit hat allerdings die Möglichkeiten stark eingeschränkt.

Die enge Verbindung des Berichterstatters mit der Angestelltenbewegung und der starke zahlenmäßige Anteil der Angestellten an unserer Gruppe haben einen besonders engen Kontakt auch mit dem IBP herbeigeführt[14]. Der Kollege *Spiekman* besuchte London bis Kriegsausbruch regelmäßig, zuletzt Anfang August 1939, dann erst wieder um die Monatswende Februar/März 1940. Aussprachen und Korrespondenzen behandelten alle wichtigen Fragen und Ereignisse.

Die Gruppenarbeit in London ergab eine Unzahl von Besprechungen aller Art, über die auch nur annähernd zu berichten unmöglich ist. Drei gut gelungene und besuchte Versammlungen seien erwähnt: Am 29. Januar mit einem Referat *Gottfurchts* über »Die Aufgaben der gewerkschaftlichen Emigration»[15], am 29. Februar ohne Referat zum Zwecke einer ausführlichen Aussprache über »Organisationsform einer zukünftigen deutschen Gewerkschaftsbewegung»[16] und am 29. März mit einem englischen Referat des Kollegen *Bell*[17] über »Finnland«.

Der Frage der zukünftigen Organisationsform ist viel Zeit gewidmet worden[18]. Die Meinungen gehen weit auseinander. Zwischen den Anhängern einer Zwangsmitgliedschaft zur Gewerkschaft einerseits und den Verfechtern der absoluten Organisations-

11 Johann Svitanics (11.12.1890–1.4.1958), Metallschleifer, bis 1934 Zentralkassierer der Gewerkschaftskommission bzw. ab 1928 des Bundes Freier Gewerkschaften Österreichs, 1934 in Prag mit J. Schorsch Gründer des Auslandsbüros der illegalen Freien Gewerkschaften Österreichs, 1939 Flucht nach Großbritannien, 1939–45 Mitglied der Auslandsvertretung der Freien Gewerkschaften Österreichs, 1941/42 Vorsitzender der Landesgruppe österreichischer Gewerkschafter in Großbritannien.

12 Josef Belina, vor dem Zweiten Weltkrieg Funktionär des Tschechischen Metallarbeiterverbandes.

13 Josef Zinner (27.3.1894–9.9.1961), Buchhalter, ab 1933 Obmann der Union der Bergarbeiter in der CSR; Mitglied der Exekutive der Internationale der Bergarbeitergewerkschaften, 1940 Mitbegründer der Landesgruppe England der deutschen Freigewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen in der Tschechoslowakischen Republik.

14 Hans Gottfurcht war »von 1933–38 Hauptvertrauensmann des IBP für die illegale Arbeit in Deutschland« und wurde 1939 von W. Spiekman bevollmächtigt, als Verbindungsmann zwischen dem IBP »und den in Großbritannien lebenden Mitgliedern der ... früher angeschlossenen deutschen Verbände aufzutreten«; vgl. Brief Hans Gottfurcht vom 12.4.1941 an W. Schevenels, ferner Vollmacht für Hans Gottfurcht von W. Spiekman vom 3.6.1939, beides in: IISG, IFTU, Nr.257 bzw. 254.

15 Vgl. Dok. 212.

16 Vgl. Dok. 213.

17 Ernest Bell, Leiter des International Departments des TUC.

18 Vgl. Dok. 212–214, ferner 227, 229, 239, 250.

freiheit andererseits steht eine starke Gruppe, welche die Gewährung gewisser sozialpolitischer und auch anderer Rechte von der Organisationszugehörigkeit abhängig machen will. Die Frage kann noch keineswegs als geklärt angesehen werden.

In einer der nächsten Versammlungen werden wir einen Engländer bitten, zum Thema zu sprechen unter besonderer Berücksichtigung des Standorts der englischen Gewerkschaftler und unter Beachtung der Tatsache, daß in Ländern wie Neuseeland unter [einer] Labour-Regierung eine Art von Zwangsgewerkschaften besteht. Keinerlei Verschiedenheiten in der Auffassung bestehen hinsichtlich der Stellungnahme, daß es nur noch eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung und keine Aufspaltung in Richtungen geben darf.

Die Besprechungen der Denkschrift des Kollegen *Tarnow* über die Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben[19] der Stellungnahmen hierzu aus verschiedenen Ländern, der eigenen Stellungnahme des Londoner Representatives durch die Ausarbeitung des Exposés »Aufgaben der gewerkschaftlichen Emigration»[20] nahm viel Zeit in den Sitzungen des Representatives in Anspruch. Wir glauben nicht, daß schon die richtigen Formulierungen auf allen Gebieten gefunden wurden. Wir haben beschlossen, in fünf Arbeitsgruppen (1. Organisationsfragen, 2. Wirtschaftspolitik, 3. Arbeits- und Sozialrecht, 4. Beamtenfragen, 5. Jugendfragen) den Versuch der Erarbeitung der wesentlichen Dinge zu machen. Unsere Gruppe Bristol beteiligt sich lebhaft an diesen Beratungen; sie ist auch sonst sehr aktiv und bemüht, in wöchentlichen Zusammenkünften gewerkschaftliche Schulung zu betreiben und die höchstmögliche Aktivität zu entfalten.

In anderen Orten ist Gruppenbildung nicht möglich. Soweit einzelne interessierte Kollegen hierfür in Frage kommen, bitten wir sie um Stellungnahme und Äußerung zu den in London erörterten Problemen auf schriftlichem Wege.

Beziehungen zu anderen Organisationen oder Personen:

Wir pflegen keine Beziehungen zu kommunistischen Gruppen und wir registrieren keine Personen, die Kommunisten sind[21]. Wir lehnen dies ab, da wir sowohl die Gewerkschaftsfeindlichkeit der Kommunisten kennen, wie auch die enge Verbundenheit zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus für eines der größten Verbrechen halten, die jemals begangen wurden. Wer mit *Hitler* zusammengeht, ist unser Feind.

In unserer Gruppe finden wir Sozialdemokraten, Mitglieder der SAP, Anhänger des ISK, Anhänger von Neu-Beginnen, politisch unorganisierte frühere Kommunisten, die gründlich geheilt sind und Personen, deren Klassifizierung nicht möglich ist, die aber bei gewerkschaftlicher Zuverlässigkeit eine grundsätzlich sozialistische Tendenz haben. Es wäre nicht ganz richtig formuliert, wenn wir berichten, daß zu allen diesen politischen Gruppen Beziehungen bestehen, aber es ist richtig, festzustellen, daß ein gewisser Kontakt sich automatisch aus der Tatsache der Zugehörigkeit zur Gewerkschaftsgruppe ergibt.

In diesen Zusammenhang gehört die Erwähnung der Tatsache, daß der Genosse *Gillies* (Internationales Sekretariat der Labour Party) für Fragen der Propaganda und andere Dinge eine Beratungskörperschaft gebildet hat, der wir angehören neben Vertretern der meisten soeben erwähnten Gruppen.

19 Vgl. Dok. 47.
20 Zur Änderung dieser Position vgl. Dok. 223, Anm. 5, Dok. 224, Anm. 1.
21 Vgl. das in Anm. 4 zitierte Memorandum von Hans Gottfurcht »Kommunistische Aktivitäten«.

[...][22]

Mit dem »British Council« stehen wir neuerdings in direkter Beziehung. Diese Institution halbamtlichen Charakters beschäftigt sich mit Propaganda für englische Ideen durch Vorträge etc., aber auch durch die Gratisausgabe von Eintrittskarten für Theater und Film.

Auch mit der Organisation »Friends of Europe« ist die Fühlung aufgenommen worden.

Propaganda:

Wir erblicken unsere Aufgabe in der Vorbereitung der Wiedererrichtung eines freien Deutschlands. Vorher muß der Krieg gewonnen werden. Eines der wesentlichen Kampfmittel ist die Waffe der Propaganda. Wir müssen mit Bedauern feststellen, daß wir die deutschsprachige Propaganda für völlig unzulänglich und zum erheblichen Teil für psychologisch falsch halten.[23] Auf die oben erwähnte Angelegenheit *Thyssen*[24] sei hingewiesen. Die deutschen Sendungen des BBC sind unzureichend und teilweise schlecht, die Behandlung der Arbeiterfragen kümmerlich und unter Anwendung einer für deutsche Arbeiter unmöglichen Formulierung der deutschen Sprache. Bemühungen englischer Genossen, in Verbindung mit geeigneten deutschen Emigranten zu besseren Resultaten zu kommen, sind einstweilen erfolglos geblieben. Beratungen zwischen englischen Genossen, der Labour Party und dem TUC sollen nun zur Einsetzung einer Kommission englischer Genossen mit deutschen »associated members« führen. Hoffentlich führt dieser Weg zu Erfolgen.

Wir sind alle jederzeit bereit, mit unserer ganzen Kraft in diesem Propagandakampf zur Verfügung zu stehen.

Wir sprechen hiervon, weil wir fest davon überzeugt sind, daß es tatsächlich ein »anderes Deutschland« gibt und geben kann, ein Deutschland, das sich völlig unterscheidet von dem Hitlerstaat. Sowie die Propaganda diesen Weg verläßt, ist die Hoffnung aufzugeben, daß eines Tages die Aktivität von Teilen des deutschen Volkes zur Niederlage *Hitlers* und seinem Sturz beitragen wird. Sowie die Propaganda sich verwandelt aus Ermunterung in Bedrohung, erreicht sie das Gegenteil ihres Zweckes, der Sache der Freiheit zu helfen. Das soll keineswegs andeuten, daß dem deutschen Volke nicht nachdrücklich das Ausmaß seiner Mitverantwortung klarzumachen ist. Wesentlich für jede Propaganda sollte die Überlegung sein, wie ihre Wirkung auf die noch in Deutschland wirkenden Kräfte der illegalen Widerstandsbewegung ist.

Verhältnis der Auslandsarbeit zur illegalen Arbeit:

Die Auslandsarbeit hat nur einen Sinn, wenn ihre Exponenten sich der Tatsache bewußt bleiben, daß die moralische Berechtigung für die Arbeit der deutschen Opposition nur hergeleitet werden kann aus dem Vorhandensein illegal wirkender Anti-Nazi-Kräfte. Auslandsarbeit an sich hat sich daher neben der selbstverständlich nötigen Fürsorgearbeit zu beschränken auf Sammlung und Schulung und Vorbereitung.

22 Nicht abgedruckt die folgenden Ausführungen über einige deutsche bürgerliche Gruppen, österreichische und tschechoslowakische Exilgruppen in Großbritannien.
23 Vgl. hierzu das »Memorandum on the Significance of Propaganda among the German Workers«, vermutlich von Hans Gottfurcht, in: IISG, IFTU, Nr.259.
24 Dazu heißt es im nicht abgedruckten Teil (vgl. Anm. 22): »Presse und Rundfunk widmen dem Hauptverantwortlichen an der Machtergreifung der Nazis, Herrn Thyssen, umfangreiche Äußerungen. Die Restbestände des deutschen Bürgertums finden Anerkennung und spielen eine Rolle, die weit über ihre Bedeutung hinausgeht.«

Wir wünschen es klar zu machen, daß wir den illegal in D[eutschland] wirkenden Kräften den absoluten Vorrang zuerkennen.[25] Wir begrüßen in unserer Arbeit besonders die tatkräftige Mitwirkung solcher Kollegen, die auf langjährige Erfahrungen in dem illegalen Kampf zurückblicken können. Die Auswertung der dabei gesammelten Erfahrungen und die Fortsetzung der in diesem Zusammenhang geleisteten Arbeit im möglichen Umfang und im Rahmen der gegebenen Mittel und Gelegenheiten gehört zu den Hauptaufgaben der Auslandsarbeit.

In unserem politischen Auftreten haben wir uns von dem Grundsatz leiten lassen, daß wir jede Äußerung abhängig zu machen haben von der Wirkung auf diese illegalen Kräfte und von der Wirksamkeit zur Wiederherstellung eines anderen Deutschland. Diese Feststellungen sollen die Bedeutung der Auslandsarbeit keineswegs unterbewerten. Die uns gegebene (relative) Bewegungsfreiheit verpflichtet zu einer Aktivität auf allen Gebieten, jedoch ohne – und das ist das Wesentliche – hieraus irgendwelche zukünftigen Führungsansprüche herleiten zu dürfen.

Wir möchten den Bericht nicht schließen, ohne erneut festzustellen, daß wir unseren britischen Freunden im TUC Dank schulden für alle die Hilfe, die sie uns gewährt haben und laufend gewähren. Sie ist uns ein neuer Beweis für das tatsächliche Vorhandensein einer internationalen Solidarität. In diesen Wochen, in denen uns alle die Sorgen erfüllen um unsere skandinavischen, holländischen und belgischen Genossen sowie um die deutschen Freunde, die in diesen Ländern Zuflucht gefunden hatten, stärkt uns das Bewußtsein vom Vorhandensein dieser internationalen Solidarität in unserer Hoffnung für eine bessere Zukunft.

Eine entscheidende Phase des Krieges hat begonnen. Unsere englischen Kameraden sind in der Regierung, im Kampf gegen die Hitler-Pest. Das ist kein Augenblick für lange politische Ausführungen. Darum nur eine kurze Formulierung: Wir sind bereit und entschlossen, unsere ganze Kraft mit einzusetzen in dem Kampf um die Erhaltung und Wiedererrichtung einer Familie freier Völker in Europa. Jeder Sozialist verabscheut den Krieg. Aber jetzt muß er gewonnen werden, damit die Welt wieder atmen kann und endlich eine Generation aufwachsen kann, unbeschattet von den Tragödien seit 1914.

London, den 15. Mai 1940.

Hans Gottfurcht

25 Hier folgt die »Londoner Vertretung« der Position der ADG, vgl. Dok. 27, 30, 32; vgl. ferner Dok. 216, Anm. 3.

DOKUMENT 216

12. 2. 1941: Protokollnotiz von Walter Auerbach über eine Abgrenzung der Arbeitsgebiete des Gewerkschaftlichen Freiheits-Bundes gegen das Hakenkreuz und der Londoner Vertretung

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Maschinenschrift. Überschrift: »Protokollnotiz über die Besprechung vom 12. Februar 1941«.

Anwesend: *Kramer* [Hans *Jahn*], Hans [*Gottfurcht*], Helmut [von *Rauschenplat*], Erwin [*Schoettle*], Walter [*Auerbach*][1]

Hans [*Gottfurcht*] schlägt vor, die Arbeitsgebiete des Gewerkschaftlichen Freiheits-Bundes und der Gewerkschafts-Emigranten-Gruppe gegeneinander abzugrenzen. Das geschieht mit folgender, einmütig angenommener Formulierung:

1) Der Gewerkschaftliche Freiheits-Bund gegen das Hakenkreuz ist die Arbeitsgemeinschaft der Repräsentanten illegaler deutscher freigewerkschaftlicher Betriebsorganisationen.[2] Diese B.O. sind von einer freigewerkschaftlichen Instanz (legaler freigewerkschaftlicher Landeszentrale, Landesverbände, I[nternationale] B[erufs-] S[ekretariate], I[nternationaler] G[ewerkschafts-]B[und]) anerkannt[3]. Alle Maßnahmen und Beschlüsse des GFB bedürfen der Zustimmung der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft oder ihrer Vertreter.

2) Der GFB ist keine Organisation zur Erfassung oder Registrierung von emigrierten Gewerkschaftsmitgliedern.

3) Die in England bestehende, vom IGB und TUC anerkannte Gruppe deutscher Gewerkschafter ist die allein zuständige Zusammenfassung der emigrierten Gewerkschaftsmitglieder.

4) Der GFB vertritt die durch die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft repräsentierten Betriebsorganisationen, die in England bestehende Gruppe deutscher Gewerkschafter vertritt die von ihr repräsentierten deutschen Gewerkschafter bei den nationalen und internationalen Gewerkschaftsinstanzen und bei den Behörden.

Hans [*Gottfurcht*] schlägt vor, auf die Einsetzung des Namens der in England bestehenden Gewerkschaftsgruppe zu verzichten.[4] Ihm wird zugestimmt, da auf der vorhergehenden Besprechung über diese Frage Einmütigkeit und Klarheit erzielt wurde.

1 Nach einem Brief von Walter Auerbach und H. Jahn an den Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, W. Schevenels, vom 21.4.1941 bildeten die Genannten das »London Committee of the Trade Union Freedom League against the Swastika«, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht.

2 Vgl. Brief in Anmerkung 1. Dort heißt es zu den am Freiheitsbund beteiligten Gruppen: »The representatives of the trade union cell organizations of German transport workers, miners, textile workers, the U[nabhängige] S[ozialistischen] G[ewerkschaften] and certain other groups, tightened their cooperation in 1940 and placed it on a more permanent basis by the formation of what is known as the Trade Union Freedom League against the Swastika«, ebd.

3 In einem Brief Walter Auerbachs vom 18.2.1941 an Hans Gottfurcht heißt es zur Reihenfolge: »Nur bei natürlich vorher zu besprechender Veröffentlichung müssen wir Wert darauf legen, daß auch durch die Reihenfolge zum Ausdruck kommt, daß in unserer Wertskala illegale Arbeit vor Emigrationsarbeit steht«, ebd.

4 Gottfurcht hatte nach Auffassung von Auerbach als »Privatmann« und nicht als Vorsitzender der »Londoner Vertretung« verhandelt, vgl. ebd. In seinem Antwortschreiben vom 21.2.1941 wurde dies von Gottfurcht bestritten, ebd.

Die vier Punkte sind nicht zur Veröffentlichung bestimmt, sondern dienen Hans als Unterlage einer Besprechung mit dem IGB-Sekretariat.

DOKUMENT 217

28. 2. 1941: Protokoll einer Sitzung von Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes, des Trades Union Congress und der Vertretung der freien Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengewerkschaften

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Maschinenschrift. Eigenhändig paraphiert.

Anwesend: Stolz[1] für den I[nternationalen] G[ewerkschafts-]B[und], Carthy[2] für den T[rades] U[nion] C[ongress] und von der deutschen Gruppe *Gottfurcht*, *Derkow*, *Doberer*[3], *Eichler*[4], *Gotthelf*, *Sander*[5], *Schoettle*, *Walter*, *Weckel*.

Stolz gibt eine kurze Begründung für die Notwendigkeit der Umgestaltung der deutschen Gewerkschaftsgruppe und berichtet über die Verhandlungen mit den englischen Verbänden.[6]

Gottfurcht ergänzt diese Ausführungen, insbesondere im Hinblick auf die Umbesetzung und Erweiterung des Ausschusses, er erläutert die als Entwurf vorgelegten deutschen Richtlinien.[7]

In der sich daran anschließenden Aussprache bittet **Carthy** um möglichst enge Anlehnung an den englischen Mustertext. **Schoettle**, **Derkow** und **Gottfurcht** unterstreichen die Notwendigkeit einer besonderen Regelung mit Rücksicht auf die Verhältnisse in der deutschen Emigration. **Carthy** äußert Bedenken gegen zu eindeutige politische Formulierungen des Abschnitts 3. **Eichler** formuliert einen Vermittlungsvorschlag. Nach eingehender Diskussion, an der sich alle Anwesenden beteiligen, wird auf Anregung von **Carthy** eine Einigung dahin erzielt, daß die Abänderung lauten soll:

»Die Beitrittserklärung ist vom Arbeitsausschuß zu bestätigen, nach Prüfung der gewerkschaftlichen Zuverlässigkeit. Eine Ablehnung kann ohne Bekanntgabe von Gründen erfolgen.«[8]

Übereinstimmung wurde erzielt, daß der Abschnitt 7 einen Zusatz erhalten soll, wonach die Rechte des Arbeitsausschusses durch diese Bestimmung nicht aufgehoben werden. Die bisherigen Funktionen der Londoner Vertretung werden von der Landesgruppe fortgeführt.

Der IGB wird bei der Bestätigung des Ausschusses erstmalig von Ziffer 6 Abs. 3 Gebrauch machen.[9]

Der abgeänderte Text der Richtlinien sowie des Aufrufes[10] soll als angenommen gelten, wenn nicht innerhalb einer angemessenen Frist – möglichst telefonisch – Einspruch erhoben wird. *Gottfurcht* wurde erneut mit der Weiterführung der Geschäfte als chairman beauftragt.

London, den 1. März 1941

1 G. Stolz, 1941–45 Untersekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes.
2 Albert E. Carthy war Internationaler Sekretär des Trades Union Congress.
3 Kurt Karl Doberer, geb. 11.9.1904, Journalist, Schriftsteller, ab 1928 Mitglied des Bundes der technischen Angestellten und Beamten (BUTAB), Ende 1933 Emigration nach Prag, 1938 nach London, 1939–41 Mitglied des »engeren Arbeitskreis(es)« der »Londoner Vertretung«.
4 Willi Eichler (7.1.1896–17.10.1971), kaufmännischer Angestellter, Journalist, seit 1919 gewerkschaftlich organisiert, ab 1927 Vorsitzender des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK), 1933 Emigration nach Frankreich, Aufbau der ISK-Auslandszentrale, mit Unterstützung der ITF Hrsg. von Neue Politische Briefe, später Reinhart-Briefe, Organ der vom ISK geleiteten Unabhängigen Sozialistischen Gewerkschaft in Deutschland, 1939 nach Großbritannien, ab 1942 ständiger Mitarbeiter des BBC; ab 1941 Mitglied der Exekutive der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien und des Arbeitsausschusses der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien; 1945 Rückkehr nach Deutschland, ab 1946 Mitglied des Parteivorstandes der SPD, 1947/48 MdL, NRW; 1948/49 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates, 1949–53 MdB; Mitverfasser des Godesberger Programms.
5 Wilhelm Sander (6.5.1895 – August 1978), Schlosser, ab 1911 Mitglied des DMV, ab 1919 als Geschäftsführer in Neuruppin, 1922–33 Mitglied der DMV-Bezirksleitung Sachsen; Mai 1933 Flucht in die CSR, 1938 über Stockholm nach London, 1939–41 Mitglied des engeren Arbeitskreises der Londoner Vertretung der freien Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengewerkschaften (ADGB-AFA-ADB), 1941–45 Mitglied des Arbeitsausschusses der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien; ab 1911 SPD, ab 1920 USPD, 1922–33 SPD-Bezirkssekretär für Ostsachsen, ab Dezember 1945 Vorsitzender der Vereinigung deutscher Sozialdemokraten in Großbritannien, 1949 Rückkehr nach Deutschland, bis 1962 Sekretär der SPD-Fraktion des Bundestages.
6 Dazu heißt es in: Die Arbeit. Gewerkschafts-Zeitung, Nr. 1, 15.3.1941, S. 3 »Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) hat Grundsätze aufgestellt für die gewerkschaftliche Zusammenfassung der in Großbritannien lebenden und arbeitenden Flüchtlinge aus den verschiedenen Ländern. Wir haben deshalb im Einvernehmen mit dem IGB und dem British Trades Union Congress (TUC) mit Wirkung vom 1. März 1941 die »Londoner Vertretung der freien Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Gewerkschaften« in die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien umgeformt».
7 Vgl. Dok. 219.

8 Vgl. ebd, Punkt 1, Abs. 3.
9 Vgl. ebd.
10 Vgl. Die Arbeit. Gewerkschafts-Zeitung, Nr. 1, 15.3.1941, S. 1.

DOKUMENT 218

28. 2. 1941: Schreiben von Hans Gottfurcht, London, an G. Stolz, Internationaler Gewerkschaftsbund, London

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Maschinenschrift, Durchschrift. Eigenhändig paraphiert.

Lieber Kollege Stolz,

ich möchte noch einmal den Dank der deutschen Gewerkschafter für die Hilfe zum Ausdruck bringen, die der IGB bei der heute erfolgten Konstituierung unserer »Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien Trade Union Centre for German Workers in Great Britain« geleistet hat.[1]

Darf ich bestätigen, daß der IGB von dem dritten Absatz der Ziffer 3 der Richtlinien[2] Gebrauch gemacht hat, da die gegenwärtigen Umstände die Einberufung einer Delegierten-Versammlung zur Wahl des Arbeitsausschusses nicht erlauben. Die Unerreichbarkeit eines Teiles der Mitglieder (Internierte in England und in Übersee, Mitglieder des Pionier Corps) und die Tatsache, daß der vorgesehene Personenkreis als der Zusammensetzung der Mitgliedschaft entsprechend angesehen werden kann, waren mit maßgebend für den Beschluß des IGB, wie oben ausgeführt zu verfahren. Wir kamen überein, diese Entschlüsse in der ersten Ausgabe unseres Publikations-Organs[3] zu veröffentlichen, so daß etwaige Einwendungen erhoben werden können.

1 Vgl. vorangehendes Dokument.
2 Vgl. nachfolgendes Dokument.
3 Vgl. Die Arbeit. Gewerkschafts-Zeitung, Nr. 1, 15.3.1941, S. 3ff.

Der Arbeitsausschuß[4] besteht aus:

Hans *Gottfurcht*	Willi *Eichler*	Erwin K. *Schoettle*
Willi *Derkow*	Herta *Gotthelf*	Paul *Walter*
Kurt *Doberer*	Willi *Sander*	Curt *Weckel*.

Für eine Bestätigung des Briefes und seines Inhalts wäre ich dankbar.[5]

Mit kollegialem Gruß

H[ans] G[ottfurcht]

DOKUMENT 219

28. 2. 1941: Richtlinien der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Die Arbeit. Gewerkschafts-Zeitung Nr. 1, 15.3. 1941, S. 4 f.[1]

1. Eine Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien wird für die Dauer des Krieges errichtet.

Der Arbeit zugrunde gelegt werden die Grundsätze der englischen Gewerkschaften und des Internationalen Gewerkschafts-Bundes (IGB).[2] Es ist beabsichtigt, alle deutschen Arbeitnehmer zu erfassen, ohne Rücksicht auf ihr Religionsbekenntnis oder auf ihre politische Überzeugung.[3]

Jede Beitrittserklärung muß vom Arbeitsausschuß anerkannt werden nach Prüfung, ob beim Antragsteller gewerkschaftliche Zuverlässigkeit vorauszusetzen ist.[4] Die Ablehnung der Aufnahme kann ohne Angabe von Gründen erfolgen.[5]

2. Der Sitz der »Landesgruppe« ist London. Eine Verlegung ist nur möglich mit Zustimmung des IGB und des Britischen Trades Union Congress (TUC).

3. Die »Landesgruppe« wird deutsche Arbeitnehmer organisieren, die in Großbritannien in Industrie, Handel, Landwirtschaft und im Transportgewerbe beschäftigt sind, sowie frühere deutsche Gewerkschafter.

Soweit notwendig, werden innerhalb der »Landesgruppe« Fachgruppen und Ortsgruppen errichtet. Mit Zustimmung des IGB und der betroffenen anderen Landesgruppen haben die Fachgruppen das Recht, Arbeitnehmer anderer Nationalitäten aufzunehmen.

Jede dieser Gliederungen gibt sich ihre eigene Geschäftsordnung, die der Zustimmung des Arbeitsausschusses bedarf.

4. Die »Landesgruppe« ist dem IGB angeschlossen. Sie wird sich bemühen, die Erreichung ihrer Ziele sicherzustellen in Zusammenarbeit mit dem IGB und – unter dessen Verantwortlichkeit – mit dem britischen TUC und seinen angeschlossenen Verbänden.

5. Die Aufgaben der »Landesgruppe« sind:

a) Die sozialen Interessen der deutschen Arbeitnehmer als Flüchtlinge in Großbritannien zu verteidigen.
b) Durch die Tätigkeit der britischen Organisationen und in Zusammenarbeit mit ihnen die allgemeinen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schützen.
c) Den Arbeitslosen bei der Arbeitsvermittlung behilflich zu sein.
d) Die Propaganda für den freigewerkschaftlichen Gedanken zu betreiben.

6. Die Geschäfte der »Landesgruppe« werden von einem Arbeitsausschuß geführt, der aus nicht weniger als fünf und nicht mehr als zehn Mitgliedern besteht;[6] er gibt [sich] seine Geschäftsordnung selbst. Der Arbeitsausschuß wird gewählt aus den geeignetsten aktiven Gewerkschaftern jetzt in Großbritannien. Er bedarf für seine Tätigkeit der Zustimmung des IGB. Jede Fachgruppe delegiert einen Vertreter zum Arbeitsausschuß. IGB und TUC sind berechtigt, an den Sitzungen teilzunehmen.

Grundsätzlich und soweit die Umstände es erlauben, wird der Arbeitsausschuß jährlich von einer Delegiertenversammlung gewählt. Die Delegierten werden von den Mitgliedern bestimmt; die Art der Benennung regelt der Arbeitsausschuß.

Der IGB ist im Falle der Unmöglichkeit, eine solche Versammlung einzuberufen, bevollmächtigt, die Zusammensetzung und die Mandate der Mitglieder des Arbeitsausschusses zu bestätigen oder abzuändern und, wenn nötig, neue Mitglieder zu ernennen.

4 Zur Zusammensetzung heißt es: »Die Zusammensetzung des Arbeitsausschusses wird die Gewähr für ein reibungsloses Arbeiten geben. Außer Mitgliedern der bisherigen Representative [Gottfurcht, Doberer, Sander, Weckel] gehören solche Kollegen der Körperschaft an, die in einem besonderen Vertrauensverhältnis zu Teilen der Mitgliedschaft stehen und alle wesentlichen Berufsgruppen repräsentieren. [...] Der Kollege Hans Gottfurcht wird die in der Representative innegehabte Funktion des Chairman und die Führung der Geschäfte beibehalten,« ebd., S. 6.

5 Vgl. das Schreiben von Stolz vom 4.3.1941, ebd., S. 3, ferner S. 6.

1 Zur Datierung: Beschlossen wurden die Richtlinien am 28.2.1941 (vgl. Dok. 217); in Kraft traten sie mit der Umbildung der »Londoner Vertretung« in die »Landesgruppe« am 1.3.1941. Diese Richtlinien wurden im März 1942 und Juni/Juli 1944 abgeändert, vgl. Röder, Exilgruppen, S. 256–258.

2 Vgl. auch Dok. 217, Anm. 6.

3 Hinsichtlich der Haltung gegenüber KPD-Mitgliedern vgl. Dok. 215, 224, Anm. l.

4 Später ergänzt »und b) an seiner aktiv freundlichen Einstellung gegenüber den gemeinsamen Kampfzielen dieses Krieges nicht zu zweifeln ist«; Röder, Exilgruppen, S. 256.

5 Ergänzt: »Der Ausschluß aus der Landesgruppe erfolgt durch Beschluß des Arbeitsausschusses mit Zweidrittelmehrheit. Jeder Ausschluß bedarf der Bestätigung durch den IGB. Der Ausschluß kann erfolgen bei Verstoß gegen die Richtlinien und Beschlüsse der Landesgruppe sowie bei Verstoß gegen Beschlüsse des IGB und des TUC, insbesondere soweit sie allgemeine gewerkschaftliche Probleme oder die Tätigkeit der Landesgruppe betreffen;« ebd.

6 Die Richtlinien vom 17.7.1944 lauteten: »Die Geschäfte der ›Landesgruppe‹ werden von einem Arbeitsausschuß geführt, der aus nicht weniger als 5 und nicht mehr als 14 Mitgliedern besteht; er gibt sich seine Geschäftsordnung selbst. Der Arbeitsausschuß wird gewählt aus den geeignetsten aktiven Gewerkschaftern jetzt in Großbritannien. Die Mitglieder des Arbeitsausschusses müssen ihren Wohnsitz im Bereich des Vorortverkehrs in London haben. Der Arbeitsausschuß bedarf für seine Tätigkeit der Zustimmung des IGB. Jede Fachgruppe delegiert einen Vertreter zum Arbeitsausschuß. (Es liegt ein Antrag vor, diesen Satz zu streichen.) IGB und TUC sind berechtigt, an den Sitzungen teilzunehmen. Die jüngeren Mitglieder (d.h. alle 1919 und später geborenen) entsenden zusätzlich einen Vertreter mit beratender Stimme in den Arbeitsausschuß. Er wird in einer Londoner Versammlung der jüngeren Mitglieder gewählt; die Zustimmung der jüngeren Mitglieder der anderen Ortsgruppen ist einzuholen.
Grundsätzlich und soweit die Umstände es erlauben, wird der Arbeitsausschuß jährlich von einer Delegiertenversammlung gewählt. Erweist sich die Durchführung einer Delegiertenversammlung als unmöglich, so sind Sonderregelungen entsprechend den jeweiligen Umständen zu beschließen. Die Delegierten werden von den Mitgliedern bestimmt; die Art der Benennung regelt der Arbeitsausschuß. Das Mitberatungs- und Mitbestimmungsrecht der Mitglieder ist einzufügen; eine Wahlkommission ist zu bilden.
Der IGB ist im Falle der Unmöglichkeit, eine solche Versammlung einzuberufen oder die oben ausgeführten Maßnahmen anderweitig durchzuführen, bevollmächtigt, die Zusammensetzung und die Mandate der Mitglieder des Arbeitsausschusses zu bestätigen oder abzuändern und, wenn nötig, neue Mitglieder zu ernennen.
Zur Unterstützung des Arbeitsausschusses wird ein Beirat gebildet. Diese beratende Körperschaft setzt sich wie folgt zusammen: Die Mitglieder des Arbeitsausschusses, die Revisoren, je ein Vertreter der Ortsgruppen (möglichst der Vorsitzende), 2 Vertreter der Einzelmitglieder und der Vertreter der jüngeren Mitglieder (s. Ziffer 6, Absatz 2).«

7. Eine allgemeine Vereinbarung mit den britischen Gewerkschaften ist zustande gekommen, wonach alle deutschen Arbeitnehmer, die zur »Landesgruppe« gehören, Mitglieder der zuständigen englischen Gewerkschaft werden müssen und folgerichtig jeder deutsche Arbeitnehmer, der Mitglied einer englischen Gewerkschaft ist, der »Landesgruppe« anzugehören hat. Diese Bestimmung berührt nicht die unter 1 und 3 festgelegten Grundsätze für die Mitgliedschaft.[7]

8. Der Beitrag zur »Landesgruppe« beträgt 3d. für jedes £ Einkommen pro Woche; arbeitslose Mitglieder und Angehörige des Pioneer Corps zahlen 6d. monatlich. Die Beiträge finden Verwendung für die Deckung der Verwaltungsunkosten, der Kosten der Propaganda, der unentgeltlichen Lieferung der Gewerkschaftszeitung sowie für die etwaige Zahlung von Unterstützungen. Art und Höhe solcher Unterstützungen werden durch besondere Bestimmungen geregelt, welche auch die Form der Beitragsabführung festsetzen.

9. Die an die britische Organisation zu entrichtenden Beiträge werden von diesen Organisationen in Übereinstimmung mit ihren Satzungen festgesetzt. Der Beitragszahler erhält das Recht auf gewerkschaftliche Hilfe, im allgemeinen umfassend die Sicherung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Verhandlungen mit den Arbeitgebern, den Abschluß von Tarifverträgen, Streik- und Rechtsschutz. Die britischen Organisationen übernehmen die Erhebung der ihnen zustehenden Beiträge selbst.[8]

10. Die Kassenprüfung wird von einem oder mehreren Revisoren vorgenommen, die nicht dem Arbeitsausschuß angehören dürfen. Sie werden von der Delegiertenversammlung oder dem IGB ernannt.

11. Bei Kriegsende ist es die Pflicht der Landesgruppe, mit ihren Mitgliedern, der Organisation und dem Vermögen nach Deutschland zurückzukehren, sofern es die Umstände erlauben, um mit beizutragen zur Wiederherstellung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, in Zusammenarbeit mit den illegalen Gruppen in Deutschland, die gegen den Nationalsozialismus kämpfen.[9]

Im Falle der Unmöglichkeit der Rückkehr wird die »Landesgruppe« ihre Tätigkeit in Großbritannien oder an anderer geeigneter Stelle fortsetzen.

Im Falle der Auflösung, unbeschadet der Gründe, geht das Vermögen der »Landesgruppe« an den IGB oder, falls das nicht möglich ist, an den TUC über.

12. Diese Richtlinien können nur durch 2/3 Mehrheitsbeschluß einer Delegiertenversammlung abgeändert werden, auf deren Tagesordnung dieser Punkt gestanden hat oder, im Falle der Unmöglichkeit der Einberufung einer solchen Konferenz, durch den Arbeitsausschuß mit der formalen Zustimmung des IGB.

7 Ergänzt: (»Anmerkung: Siehe besonderes Merkblatt über Kollektivvertrag mit der National Union of General & Municipal Workers«). Dieses Abkommen (in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht) mit der UGMW trat Anfang Dezember 1942 in Kraft. Darin heißt es u.a.: »Nach dieser Vereinbarung können Mitglieder unserer Landesgruppe die Mitgliedschaft in einer ›Special Section‹ als ›angeschlossene Mitglieder‹ erwerben. Diese Mitgliedschaft sichert volle Vertretung in allen Fragen des Arbeitsvertrages, der Sicherung von Lohn- und Arbeitsbedingungen, einschließlich des Unterstützungsrechts in Fällen von Streik, Aussperrung oder Maßregelung. Alle anderen Unterstützungen sind in dieser Special Section ausgeschlossen.«

8 Vgl. Ausnahme Anm. 7.

9 Ergänzung: (»Anmerkung zu Ziffer 11, Absatz 1: Um Mißverständnisse auszuschließen, sei darauf hingewiesen, daß es sich bei dieser Formulierung um eine kollektive Proklamation und nicht um eine individuelle Verpflichtung handelt«).

13. Die Mitglieder der früheren Londoner Vertretung der freien deutschen Gewerkschaften werden automatisch Mitglieder der »Landesgruppe«. Die »Landesgruppe« übernimmt die Aufgaben der Londoner Vertretung.[10]

DOKUMENT 220

1. 3. 1941: Zusammensetzung der Mitgliedschaft der Landesgruppe

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Maschinenschrift.[1]

Berufsverteilung:			
Kaufmännische- und Verwaltungsangestellte aller Art		68	47%
Techniker und Ingenieure		8	5 ½%
Bankangestellte		3	2%
Werkmeister		1	1%
	Angestellte insgesamt	80	55 ½%
Metallarbeiter		16	11%
Gemeinde-, Staats-, Transport-Arbeiter		8	5 ½%
Buchdrucker		7	5%
Verschiedene andere Arbeiter-Gruppen		18	12%
	Arbeiter insgesamt	49	33 ½%
Verschiedene Beamten-Gruppen		7	5%
Schriftsteller, Juristen, Volkswirte		9	6%
	[zus.]	145	100%

Ortsverteilung:			
London	51	35%	
Im weiteren Umkreis von London	15	10%	
Manchester, York, Bristol, Leeds	3, 3, 3, 2 je 2%	8%	
In zahlreichen kleinen Orten zusammen	16	11%	64%
Im Pionier Corps	20		14%
Interniert: in Großbritannien	16	11%	
in Übersee	16	11%	22%
			100%

10 Zu den Richtlinien heißt es in der Zeitschrift »Die Arbeit. Gewerkschafts-Zeitung«, Nr. 1, vom 15.3. 1941, S. 3: »Wir wollen keinen Zweifel darüber lassen, daß die folgenden Richtlinien für uns ein notwendiges Übel sind und niemals die Grundlage für irgendeine Verwaltungsbürokratie abgeben werden. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß nicht der tote Buchstabe entscheidend ist, sondern der Geist, der unsere Arbeit trägt.«

1 Die Aufstellung ist auch abgedruckt in: Die Arbeit. Gewerkschafts-Zeitung, Nr. 1, 15.3.1941, S. 7; jedoch ohne die absoluten Zahlen, die in der Originalvorlage handschriftlich hinzugefügt sind.

DOKUMENT 221

Dezember 1941: Entschließung von »Union« und »Landesgruppe« zur Überwindung der Nazidiktatur

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Maschinenschrift. Überschrift: »Die deutschen Sozialisten und Gewerkschafter und die Überwindung der Nazidiktatur. Eine Entschließung der ›Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien‹ und der ›Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien‹«.[1]

Der Krieg, den die Hitlerdiktatur zur Verwirklichung ihrer Weltherrschaftspläne herbeigeführt hat, ist nun zum Weltkrieg geworden. Opfer ohne Zahl, namenloses Leid und bitterste Not bezeichnen den Weg dieses Krieges, und alle Völker bewegt die Frage, wie die Welt vor neuen verbrecherischen Angriffen geschützt und der dauernde Frieden gesichert werden kann.

Die deutschen Sozialisten und Gewerkschafter in England nehmen zu dieser Frage Stellung im vollen Bewußtsein ihrer doppelten Verantwortung: Ihrer Verantwortung als internationale Sozialisten gegenüber den angegriffenen und leidenden Völkern, die Sicherheit vor der Wiederkehr derartiger Überfälle verlangen, und ihrer Verantwortung als deutsche Hitlergegner und Sozialisten vor den illegalen Kämpfern gegen das Naziregime, die seit zehn Jahren schwere Opfer bringen in der Hoffnung, einen Weg aus der Nazihölle in eine bessere Zukunft zu erkämpfen.

Die deutschen Sozialisten und Gewerkschafter in England rufen in Erinnerung, was die »Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien« in ihrer ersten öffentlichen Erklärung im Frühjahr 1941 aussprach:

»daß die militärische Niederlage und die Überwindung des Hitlerregimes, die endgültige Vernichtung des deutschen Militarismus und die Beseitigung der sozialen Grundlagen der Hitlerdiktatur unerläßliche Voraussetzungen für einen dauernden Frieden, für den Wiederaufbau Europas und für eine demokratische und sozialistische Zukunft sind.«

Der aggressive Charakter der deutschen Politik, die unter der Führung der nationalsozialistischen Diktatur die Welt in das Unglück dieses Krieges gestürzt hat, hat seine Wurzeln in der Struktur der deutschen Gesellschaft und Wirtschaft und in der unglücklichen Geschichte Deutschlands, die niemals eine erfolgreiche demokratische Revolution gekannt hat. Das Bündnis von Schwerindustrie, Großgrundbesitz und Armeeführung, das in der Geschichte des Deutschen Reiches immer wieder eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat, brachte auch *Hitler* zur Macht. Die Interessen und die Ziele dieser Gruppen liegen *Hitlers* Politik zugrunde, wie sie der Politik des Kaisers zugrunde lagen. Die Vormachtstellung dieser gesellschaftlichen Stützen des deutschen Militarismus muß beseitigt werden,[2] wenn der Kampf gegen den deutschen Nationalsozialismus zu einem wirklich gesicherten Frieden führen soll.

Die Erfolgsaussichten einer so tiefgreifenden demokratischen Umwälzung in Deutschland hängen in erster Linie davon ab, ob die freiheitlichen Kräfte, die sie tragen und gegen den Widerstand der in ihrer Machtstellung bedrohten Gruppen durchsetzen müssen, stark genug sind. Der gegenwärtige Schwächezustand dieser freiheitlichen Kräfte in Deutschland ist das Ergebnis ihrer politischen Niederlage im Jahre 1933, einer neunjährigen systematischen Unterwerfung des ganzen deutschen Volkes unter den Terror eines totalitären Systems, wie es die Geschichte bisher nicht gekannt hat und der entmutigenden Wirkung der außenpolitischen Erfolge dieses Systems.

Es sprechen trotzdem viele Anzeichen dafür, daß die Zahl der unbeugsamen Hitlergegner in Deutschland nicht gering ist und daß das deutsche Volk keineswegs so geschlossen hinter dem Hitlerregime steht, wie es die deutschen Machthaber behaupten. Widerstand und Ungehorsam gegen die Verbote und Gebote des Regimes sind weit verbreitet und können weder durch Terror noch durch schwere Strafen beseitigt werden. Die Kriegsmüdigkeit großer Schichten in Deutschland wird in allen glaubwürdigen Berichten bestätigt. Neben einer unorganisierten Gefühlsopposition arbeiten noch immer illegale Gruppen. Die Tatsache ihrer Existenz nach neun Jahren Diktatur ist eine Bürgschaft dafür, daß der Zerfall des nationalsozialistischen Machtapparates, der die Folge militärischer Niederlagen sein wird, demokratische Kräfte freisetzen und ihrer geschichtlichen Aufgabe wiedergeben wird: der Schaffung freier, demokratischer Zustände in Deutschland.

Wir deutschen Sozialisten und Gewerkschafter sind entschlossen, nach dem Sturz der Hitlerdiktatur in Deutschland die sozialen Grundlagen des deutschen Nationalsozialismus und Imperialismus zu zerstören und in der Außenpolitik des neuen Deutschlands durch sichtbare Leistung den Willen dieses neuen Deutschlands zu einer friedlichen Zusammenarbeit zu beweisen. Wir sehen in der vollkommenen militärischen Abrüstung[3] Deutschlands, die der militärischen Niederlage Hitlerdeutschlands folgen, und die auch die Entwaffnung aller Partei- und Wehrorganisationen umfassen muß, einen ersten notwendigen Schritt zur Befriedung Europas. Wir erneuern unsere Erklärung, daß wir keine der Gebietserweiterungen oder der gewaltsamen Eroberungen der Hitlerdiktatur anerkennen. Wir betrachten es als eine Ehrenpflicht des kommenden freien Deutschlands, das Unrecht, das Hitlerdeutschland den Völkern zugefügt hat, wiedergutzumachen und am Wiederaufbau Europas mit allen Kräften mitzuwirken.

Die Möglichkeiten einer so weitreichenden Wandlung der deutschen Politik werden aber auch davon abhängen, ob die demokratischen Kräfte des deutschen Volkes die Freundschaft und Unterstützung der demokratischen und sozialistischen Kräfte des Auslands finden. Wir erhoffen diese Unterstützung, weil wir überzeugt sind, daß die Entwicklung der inneren Zustände Deutschlands nach dem Sturz *Hitlers* und das Verhältnis dieses neuen Deutschlands zur Welt für die Sicherung des Friedens von größter Bedeutung sein werden. Die Förderung einer solchen Entwicklung betrachten wir als die unerläßliche Ergänzung der militärischen Niederlage des Hitlerregimes und als die Richtschnur auch aller technischen Mittel der Friedenssicherung, die am Kriegsende als notwendig erachtet werden.

Verantwortliche Staatsmänner Englands und Amerikas haben in den acht Punkten der Atlantik-Erklärung Grundsätze entwickelt, die auch wir als Ausgangspunkt für das Verhältnis eines neuen Deutschland zu seiner Umwelt betrachten.

Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, wirtschaftliche und soziale Sicherheit für den einzelnen, Selbstbestimmungsrecht der Völker und Verzicht auf Gewalt sind die Grundlagen einer Ordnung, für die wir in der innerpolitischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus gekämpft haben. Wir deutschen Sozialisten und Gewerkschafter sind uns bewußt, daß die Prinzipien des Selbstbestimmungsrechtes und der internationalen Zusammenarbeit nur in dem Maße verwirklicht werden

1 Vgl.: Gründungserklärung der Union vom 19.3.1941, in: Zur Politik deutscher Sozialisten. Politische Kundgebung und programmatische Richtlinien der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien 1941–45, London 1945. Vgl. ferner Röder, Exilgruppen, S. 96.

2 Vgl. hierzu auch Dok. 225.

3 In der Erklärung der Gruppe Loeb vom 2.3.1942 wurde besonders kritisiert, daß dieser Begriff anstelle des unmißverständlichen Terminus ›einseitige Abrüstung Deutschlands‹ gebraucht wurde. Sie sah auch hierin einen Beweis für die in der ›Union‹ und in der ›Landesgruppe‹ herrschenden »nationalistischen Tendenzen«, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht.

können, wie alle Nationen auf ihre militärische und wirtschaftliche Souveränität zugunsten einer größeren Einheit verzichten. Wir sind überzeugt, daß ein demokratisches und sozialistisches Deutschland seinen vollen Beitrag zu einer solchen übernationalen Neuordnung leisten wird.

London, Ende Dezember 1941

DOKUMENT 222

Anfang 1942: Zur Errichtung und Bedeutung der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien

Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien. Aus der Arbeit des Jahres 1941, London [1942], S. 2f.

Die Arbeit der Landesgruppe nahm im Februar ihren Anfang[1], nachdem die Periode der allgemeinen Internierung als überwiegend abgeschlossen angesehen werden konnte. Im Laufe des Jahres 1940 waren Flüchtlinge aus so vielen Ländern nach England gekommen[2], daß ein allgemeines Organisationsschema notwendig wurde. Der alte Beschluß des IGB, wonach in andere Länder übersiedelnde Gewerkschaftsmitglieder in die zuständige Organisation ihrer neuen Wahlheimat zu überführen seien, konnte unter den besonderen Umständen der politischen Emigration nur bedingt Anwendung finden. Wer früher in ein anderes Land ging, um dort zu arbeiten, tat es freiwillig, für die Dauer oder zumindest für eine lange Reihe von Jahren. Sein Ziel war, völlig in der sozialen Gemeinschaft der neuen Wahlheimat aufzugehen. Die politischen Flüchtlinge unserer Tage sind emigriert mit der Absicht, vom Ausland her an der Befreiung ihrer Heimat vom nationalsozialistischen Terror mitzuwirken und sobald wie möglich wieder in die befreite Heimat zurückzukehren, um dort ihren gewerkschaftlichen Aufgaben nachgehen zu können. Es ergab sich also für die in England lebenden Arbeiter und Angestellten sowie sonstigen Arbeitssuchenden aller Art die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Doppelorganisation. Während die Zugehörigkeit zur englischen Gewerkschaft dem Zweck dient, in allen Fragen der Lohn- und Arbeitsbedingungen von der zuständigen Stelle unter gleichen Gesichtspunkten betreut zu werden wie die englischen Arbeitskräfte, ist die Zugehörigkeit zur Landesgruppe der Ausdruck der ideologischen Verbundenheit mit jenen Kräften, die den Kampf gegen den Nationalsozialismus fortsetzen, wo sie sich auch befinden mögen. Darüber hinaus werden die Landesgruppen sich bemühen, zur Arbeit der internationalen Gemeinschaft der Gewerkschaften beizutragen, wenn die wirtschaftlichen, politischen und gewerkschaftlichen Fragen der Zukunft zur Diskussion stehen und die Nachkriegswelt Formen anzunehmen beginnt.[3] Die Landesgruppe ist sich dabei der Tatsache bewußt, daß sie nur ein Partner des zukünftigen Wiederaufbaues ist. Jede Arbeit muß getan werden im Bewußtsein der engen geistigen Beziehungen zu den Kräften im Reich, die die illegale Arbeit fortgesetzt haben und der Verantwortlichkeit ihnen gegenüber.

1 Vgl. Dok. 217.
2 Vgl. hierzu Röder, Exilgruppen, S. 15ff.
3 Vgl. Dok. 225–227, 234, 236, 238ff.

DOKUMENT 223

10. 5. 1942: Der Arbeitsausschuß der »Landesgruppe« zur Aufnahme von Kommunisten, zum Fall Bieligk und zur Aktivierung der eigenen Tätigkeit

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Maschinenschrift, Überschrift: »Protokoll der Arbeitsausschuß-Sitzung am Sonntag, 10. Mai 1942, 6 p. m., 20 East Heath Road NW3.«

Anwesend: alle Mitglieder des Ausschusses.

Hans **Gottfurcht** eröffnet die Sitzung mit der Bitte um Wahl eines Schriftführers. Herta *Gotthelf* wird vorgeschlagen und akzeptiert.

[...][1]

7. Aufnahme von Kommunisten: es liegen eine Reihe unerledigter Anträge von Mitgliedern der KP vor.[2]

Willi **Derkow** schlägt vor, daß wir grundsätzlich die Aufnahme von Funktionären ablehnen sollten, einfache Mitglieder aber aufnehmen.

Willi **Eichler** ist derselben Meinung. Schlägt vor, Kollegen, die mit der KP vertraut sind, zu Auskünften heranzuziehen: Riepl[3], Schultz[4] usw.

Paul **Walter** verlangt, daß der IGB eine klare Stellungnahme zu dem Problem ausdrücken muß. Schlägt vor, alle die aufzunehmen, die sich früher nicht gewerkschaftsschädlich betätigt haben. Ist für Einsetzung einer besonderen Prüfungskommission.

Willi *Eichler* wird beauftragt, mit *Schultz* zu sprechen.[5]

1 Nicht abgedruckt die Ausführungen zu den Tagesordnungspunkten betr. Sonderunterstützungen für einzelne Mitglieder, hinsichtlich des Rücktritts von Kurt Doberer, Neuaufnahmen einzelner Antragsteller und der »Aufforderung des Kulturbundes, sich an einer Anti-Nazi-Ausstellung zu beteiligen«.
2 Vgl. z.B. Dok. 224; ferner Briefwechsel Kuczynski – Gottfurcht vom 17.7.–26.10.1942 in: AdsD, Nl. Walter Auerbach, T.1. Mappe 110.
3 Hans Riepl, (im Original irrtümlich Riepel), geb. 28.3.1906, gest. 1967, Verleger, seit 1921 ZdA-Mitglied, vor 1933 Funktionär des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands, 1933 Flucht in die CSR, später Großbritannien, KPD, später SPD.
4 Walter D. Schultz (im Original irrtümlich Schulz), (5.10.1910–13.8.1964), kaufmännische Lehre, später Studium der Volkswirtschaft, Staatswissenschaften; ab 1925 ZdA-Mitglied, 1933 Verhaftung, KZ Moringen, Oranienburg, Lichtenberg, nach Entlassung politische Untergrundarbeit in Hamburg, 1934 Flucht nach Prag, 1938 nach London, 1925–30 SPD, später KPD, Ausschluß 1938, 1939 Mitarbeiter der Sozialistischen Warte, 1940/41 Internierung in Australien, danach Mitarbeiter des BBC.
5 Zur Aufnahme von KPD-Mitgliedern heißt es in dem von der Landesgruppe herausgegebenen Arbeitsbericht über das erste Halbjahr 1942, S. 2 »Zahlreiche Aufnahme-Anträge kamen aus Kreisen, die zunächst unserer Arbeit abwartend oder ablehnend oder gar feindselig gegenüberstanden. Sagen wir es deutlich, daß hierunter auch viele Anhänger der KP oder ihrer Politik sind. An unserer prinzipiellen Haltung hat sich nichts geändert. Wir werten den Antragsteller nicht nach seiner Parteizugehörigkeit, sondern nach seiner gewerkschaftlichen Zuverlässigkeit. Wir hoffen, daß Spaltungsaktionen, RGO-Taktiken, Zellenbildungen der Vergangenheit angehören und daß alle, auch die neuen Antragsteller, die Lehre von der Einheit der Gewerkschaftsbewegung gut gelernt und gut begriffen haben. Wir wissen, daß die Einheit der Arbeiterbewegung eine der Voraussetzungen für den Endsieg ist. Eine Unterschätzung der psychologischen Schwierigkeiten, die sich aus den Differenzen der Vergangenheit ergeben, wäre ebenso falsch, wie die Meinung, daß der Versuch der gemeinsamen Arbeit aller Gewerkschafter nicht gemacht werden sollte.«

8. Der Fall *Bieligk*[6] und Genossen: Es wird beschlossen, an die betreffenden einen Brief zu schreiben, in der sie aufgefordert werden, ihre Behauptungen gegen die Gewerkschaftsgruppe zurückzunehmen.[7] Wenn sie sich weigern, wird der Ausschluß vollzogen. Es wird beschlossen, im Arbeitsausschuß noch zu besprechen, ob die Frage des Ausschlusses der Juni-Mitglieder-Versammlung vorzulegen ist.

Willi *Eichler* wird beauftragt, der Mai-Mitgliederversammlung einen Zwischenbericht zu geben.

Hans **Gottfurcht** eröffnete nun die Debatte über eine bessere Aktivierung der Gewerkschaftsgruppe mit den folgenden Vorschlägen:

1. Der Vorsitzende wird nicht mehr allein alle Berichterstattungen übernehmen.
2. Die Gewerkschaftsgruppe wird sich in Zukunft nur dann an politischen Manifesten der Union beteiligen[8], wenn alle Fragen in den der Union angeschlossenen Gruppen selbst geklärt sind.
3. Funktionen müssen besser auf die einzelnen Mitglieder des Arbeitsausschusses verteilt werden.

Im Zusammenhang mit diesen Fragen berichtet Willi **Derkow** über die Unterredung mit *Gredinger*[9]. Anne **Beyer**[10] ergänzt den Bericht. Paul **Walter** ist der Meinung, daß die Gewerkschaft ein Fehlschlag ist, da es uns nur gelungen ist, von etwa 30.000 arbeitenden refugees 2% zu organisieren. Schlägt vor, vierteljährliche Kassenberichte an Mitglieder zu geben.

Sander weist darauf hin, daß es auch den anderen Landesgruppen nicht gelungen ist, über gewisse Grenzen hinauszugehen. Beiträge sind immer noch zu hoch.[11]

Eichler: gewisse Beschwerden gegen die Geschäfts- und Versammlungsführung könnten abgestellt werden. Mehr Toleranz von seiten des Vorsitzenden *[Gottfurcht]* in der Versammlung, mehr Arbeitskreise, bessere Orientierung der Mitglieder in der Provinz. Evtl. vierteljährliche Berichte – wenn möglich Versammlungen für Provinzmitglieder.

Schoettle: ein Teil der gegen *Gottfurcht* und den Ausschuß erhobenen Vorwürfe entspricht nicht sachlichen Gründen. Es liegt an uns selber zu zeigen, daß der Ausschuß ein wirkliches Kollektiv ist. Evtl. wäre es auch möglich, von Zeit zu Zeit ein

6 Fritz Bieligk (26.10.1893–1967), Schriftsetzer, Journalist, 1912–1933 Mitglied des Verbandes der Deutschen Buchdrucker; seit 1911 SPD, vorübergehend USPD, 1927–31 Mitglied der Klassenkampfgruppe in der SPD, 1933/34 KZ Sachsenhausen, Emigration in die CSR, Mitglied der Revolutionären Sozialisten Deutschlands, über Schweden, Norwegen 1940 nach Großbritannien, Mitglied der Gruppe Fight for Freedom.

7 Fritz Bieligk hatte zusammen mit Curt Geyer, Walter Loeb, Kurt Lorenz, Karl Herz und Bernhard Menne eine »Erklärung« veröffentlicht, in der der SPD vor 1933 und im Exil nationalistische Tendenzen attestiert wurden und sie für den Aufstieg des Nationalsozialismus wesentlich mitverantwortlich gemacht und zur »Landesgruppe« festgestellt: »Den gleichen bekämpfenswerten Auffassungen begegnen wir im ›Trade Union Centre for German Workers in Great Britain‹, dort nur verstärkt und der Politik der Gewerkschaftsführung im März-April 1933 entsprechend,« in: AdsD. DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht.

8 Bieligk und Genossen (vgl. Anm.7) hatten in ihrer Erklärung auch eine gemeinsame Resolution der »Union« und der »Landesgruppe« angegriffen, weil diese sich nicht zugunsten einer »einseitigen Abrüstung Deutschlands«, sondern nur für eine »vollkommene Abrüstung Deutschlands« ausgesprochen habe; vgl. ebd.

9 Gemeint ist Jacob Greidinger, geb. 25.7.1906, SPD.

10 Anna Beyer, geb. 2.2.1909, kaufmännische Angestellte, in der Emigration Köchin, 1923–33 ZdA-Mitglied, nach 1933 Widerstandstätigkeit, 1937 Emigration über Belgien, Frankreich nach Großbritannien, 1941–44 Mitglied des Arbeitsausschusses der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien; ISK-Mitglied, 1946 in Hannover in den SPD-Parteivorstand gewählt.

11 Zur Höhe der Beiträge vgl. Dok. 219, Punkt 8.

anderes Mitglied des Ausschusses den Vorsitz in Londoner Versammlungen führen zu lassen.

Gottfurcht: mit Ausnahme von Norwegen und Belgien, die tausende von Seeleuten und Diamantenarbeitern in Gewerkschaftsgruppen haben, sind alle Landesgruppen zahlenmäßig schwach. Aufgrund der besonderen Lage der arbeitenden refugees in England, kann das kaum anders sein. Art unserer Organisation nicht selbst gewählt, Resultat von Vereinbarung mit TUC und IGB[12]. Masse ist nicht entscheidend. Unsere Gruppe anerkannt von IGB und ILO. Finanzielle Situation wird überprüft, soweit es uns möglich ist, großzügig sein in Beitragsfrage, Arbeitsgemeinschaften sollen Vorsitzenden haben.

Fliess[13]*-Derkow*: *Schoettle.*

Schoettle-Gottfurcht: *Eichler. Weckel*: *Sander.*

Es müssen neue Revisoren gewählt werden. Vorgeschlagen werden: Peter *Schäffer*[14], Dora *Segall*[15].

Es wird beschlossen, an *Greidinger* einen Brief zu schreiben, gezeichnet von *Derkow, Beyer* und *Sander*, daß der Ausschuß hofft, daß G*[reidinger]* nunmehr wieder aktiv mitarbeiten wird. Weitere Unterredungen werden abgelehnt.

Schluß der Sitzung: 10.15 p. m.

Nächste Ausschußsitzung: Dienstag, 26.5., 4 p. m., Bloomsbury Hse.

DOKUMENT 224

6. 7. 1942: Schreiben von Alfred Kiss, Bristol, an Hans Gottfurcht, London, zum Aufnahmegesuch eines kommunistischen Gewerkschafters

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht, Maschinenschrift.[1]

Lieber Hans!

Ich nehme an, daß es sich bei dem fraglichen Ernst *Schilling*[2] um den Kommunisten *Schilling* handelt, den ich vor 2 Jahren in Llangollen kennenlernte. Dieser *Schilling* ist

12 Vgl. Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien, Aus der Arbeit des Jahres 1941, London 1942, S. 2.

13 Walter Fliess, geb. 13.12. 1901, Maschinenbau-Ingenieur, 1934–57 Gastwirt, 1925 Bezirksleiter Oberrhein der Jungsozialistischen Vereinigung, später führender ISK-Funktionär, Dezember 1933 Flucht nach Holland, 1934 nach Großbritannien, Mitglied der Beratungs-Kommission der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien, einer der ISK-Sprecher für Wirtschaftsfragen.

14 Peter Schäffer, geb. 12.5.1914, Rundfunktechniker, seit 1931 Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend, ab 1936 SAPD.

15 Dora Segall, geb. 1904, Rezitatorin, nach 1933 Sozialarbeiterin, ab 1945 Komiteemitglied der British Aid for German Workers.

1 Der Brief ist die Antwort auf ein Schreiben von Hans Gottfurcht, in dem er Kiss um eine Stellungnahme zum Aufnahme-Antrag von Ernst Schilling bittet und die Auffassung vertritt, »daß es in zunehmendem Maße schwieriger, wenn nicht unmöglich wird, die Aufnahme vieler Leute abzulehnen, die von den englischen Trade Unions mit offenen Armen aufgenommen werden«, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht.

2 Ernst Schilling (25.10.1901–25.11.1954), Bäcker, ab 1919 Mitglied der Lehrlingsgruppe des Verbandes der Bäcker und Konditoren, ab 1925 Vorsitzender des Betriebsrates der Brotfabrik Stahl und Mante, Berlin-Weißensee, 1932 Lehrgang bei den Gewerkschaften der UdSSR, nach 1933 illegale Tätigkeit, später Emigration über die Tschechoslowakei nach England, Rückkehr nach Berlin 1947, 1949–1953 Vorsitzender des Zentralvorstandes der IG NGG.

ein äußerst gewandter und geschickter kommunistischer Funktionär. Er war immer sehr ruhig und sicher in seinem Auftreten und auch uns gegenüber sachlich, so daß es schwer war, gegen seine Pläne anzukämpfen. Jedenfalls hatte er in Llangollen und auch im Preece Heath Camp[3] die Fäden fest in seiner Hand. Ich kann es natürlich von hier aus nicht beurteilen, ob Ihr seine Aufnahme ablehnen könnt. Vermutlich ist es ein Versuch, und die anderen Kommunisten werden im Falle seiner Aufnahme vermutlich bald folgen.[4] Da die Kommunisten viel größer an Zahl sind als wir, außerdem innerlich und organisatorisch gefestigter dastehen als unsere Leute und zudem nicht ihre Kraft durch gegenseitige Bespitzelung, Verdächtigungen usw. verbrauchen, wie es viele unserer Leute tun, und zudem auch der Egoismus nicht so ausgeprägt ist, so vermute ich, daß sie mit der Zeit eine Gefahr werden können. Die Engländer kommen mir wie politische Kinder vor. Vor einigen Jahren haben sie mit dem Austritt aus der Sozialistischen Internationale gedroht, wenn man sich mit den Russen an einen Tisch setzt, und jetzt wissen sie nicht, was sie alles tun sollen. Viele Führer der Labour Party sind bessere Agitatoren für den Bolschewismus als die Kommunisten selbst.

Alfred Kiss[5]

DOKUMENT 225

Sommer 1942: Willi Derkow: Wiederaufbau oder Vergeltung?

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Maschinenschrift.[1] Überschrift: »Wiederaufbau oder Vergeltung.«

Mit dem Eintritt in das vierte, voraussichtlich entscheidende Kriegsjahr, übergibt die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien diese Denkschrift der Öffentlichkeit. Sie will damit nicht nur ihre Aufgaben und Ziele erneut klarstellen, sondern zugleich einen konstruktiven Beitrag für den Frieden leisten. Neben der grundsätzlichen Stellungnahme zu den entscheidenden Fragen, hofft sie, nicht nur Verständnis für die besonderen deutschen Probleme zu erwecken, sondern auch die Wege für eine internationale Zusammenarbeit zu ebnen.

Die Ursachen der Weltkrise[2]

Zum zweiten Male innerhalb von 25 Jahren wird die Welt durch gewaltige sozialökonomische Umwälzungen erschüttert. Wie bei den meisten voraufgegangenen Krisen liegt der Unruheherd wiederum in Europa. Abermals geht die Bedrohung der gesamten Zivilisation vom »deutschen Imperialismus« aus. Die Entwicklung zwischen den Kriegen hat die Unzulänglichkeit der nationalstaatlichen Machtpolitik wie

3 Internierungslager.

4 Vgl. Dok. 223.

5 Alfred Paul Kiss, geb. 1.8.1894, Handlungsgehilfe, 1913/14 Vorsitzender der ZdA-Ortsgruppe Greitz, 1921–33 Arbeitersekretär des ADGB-Ortsausschusses Riesa, Juli 1933 Emigration CSR, Dezember 1938 nach Großbritannien; ab 1912 SPD, 1919–22 USPD, später wieder SPD.

1 Handschriftlicher Zusatz von Hans Gottfurcht »2. Entwurf«. Die erste Fassung mit gleichlautendem Titel datiert von Frühjahr 1942. Sie wurde ebenfalls im Auftrag des Arbeitsausschusses der »Landesgruppe« von Willi Derkow verfaßt, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht.

2 Erste Fassung: »Die Ursachen des Zusammenbruchs«. Während Anna Beyer Derkows Ausführungen als »zu allgemein« kritisierte (vgl. ihren Brief vom 30.8.1942 an Hans Gottfurcht, ebd.), hielt W. Eichler (vgl. sein Schreiben vom 27.8.1942 an Hans Gottfurcht, ebd.) die folgenden Ausführungen für »überflüssig«, da sie »vom eigentlichen Thema der Arbeit unnötig« ablenkten. Hans Gottfurcht selbst stimmte »in den großen Linien« mit diesem Teil der Ausführungen überein; vgl. Hans Gottfurcht »Bemerkungen zum Entwurf »Wiederaufbau oder Vergeltung?«, ebd.

der privaten Wirtschaftsführung bewiesen. Beide waren außerstande, die Schäden des letzten Krieges zu beheben, die ihm zugrunde liegenden Ursachen zu beseitigen oder einen vernünftigen Wiederaufbau einzuleiten. Aus ihrer falschen Konzeption heraus konnten sie weder die wirtschaftlichen Ursachen zu den gesellschaftlichen Spannungen beseitigen noch – infolge ihrer Plan- und Ziellosigkeit – dem sozialen und kulturellen Fortschritt der Menschheit dienen. Schon daraus ergibt sich der ursächliche Zusammenhang zwischen den geschichtlichen Ereignissen jener Epoche.[3]

Alle politischen Auseinandersetzungen der letzten Jahrzehnte werden überschattet von der sogenannten sozialen Frage, dem Gegensatz zwischen Reichtum und Armut, zwischen Kapital und Arbeit. Ihm liegt der sich ständig vertiefende Gegensatz zwischen politischer Demokratie und wirtschaftlicher Autokratie zugrunde. Die Kämpfe der Klassen und die Kriege der Staaten galten dem Ausgleich der widerstrebenden Interessen; sie wurden und werden geführt um die wirtschaftliche und gesellschaftliche Neugestaltung. Wieder einmal haben sich die daraus resultierenden Spannungen derart zugespitzt, daß ein Zusammenbruch unvermeidlich erscheint. Von allen Nationen und Parteien wird eine grundlegende Reform als notwendig anerkannt. Bisher glaubten die herrschenden Schichten, diesen Problemen des 20. Jahrhunderts mit reaktionären Methoden und überholten Ideen ausweichen zu können. Der Erhaltung ihrer Vorrechte – sowohl Eigentums- wie Führungsprivilegien – waren sie bereit, den allgemeinen Wohlstand wie den sozialen Fortschritt zu opfern. Die Menschheit kann und wird jedoch nicht länger dulden, daß eine verschwindend kleine Gruppe[4] über den von allen gemeinsam erarbeiteten Reichtum verfügt, während die übergroße Mehrheit – teilweise unter dem Existenzminimum – dahinvegetieren muß. Ebenso unmöglich ist es auf die Dauer, die Entscheidung über lebenswichtige Fragen von allgemeinem Interesse weiterhin Einzelpersonen oder Personengruppen zu überlassen, die der Gemeinschaft nicht verantwortlich sind.

Die private Wirtschaft hat sich in einer zwar folgerichtigen, aber einseitigen Entwicklung festgefahren. Sie hat die Produktion in einem Tempo und in einem Ausmaße vervollkommnet, dem die Konsumtion nicht standhielt und nicht mehr entspricht. Die unmittelbare Folge ist eine relative Überproduktion bei ständig wachsender unbefriedigter Nachfrage. Die der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung eigene Dynamik, mit ihrem Zwang zur Kapitalbildung, ließ den Trägern des Systems keine andere Wahl, als das Profitinteresse vor die Bedarfsdeckung zu stellen. Produktionsfähigkeit und Absatzmöglichkeit klafften infolgedessen immer weiter auseinander. Dieser Widerspruch mußte schließlich nicht nur das soziale Gleichgewicht innerhalb der einzelnen Völker zerstören, sondern auch den nationalen Rahmen sprengen und zu einer völligen Zerrüttung der Weltwirtschaft führen.[5] Die in der gegebenen Eigengesetzlichkeit begründete Beschränkung der Arbeits- und Entwicklungsmöglichkeiten erzwangen

3 Aus der 1. Fassung wurde der folgende Passus gestrichen: »Die Reformation, die Französische Revolution und die in diesem Krieg auslaufende gegenwärtige Krise stellen Meilensteine in der Entwicklung der zivilisierten Völker dar. Sie waren bzw. sind Revolutionen des Landadels, des Großbürgertums und der Arbeiterschaft. Sie kennzeichnen jeweils den Übergang zum kleinstaatlichen Feudalismus, zur nationalen Privatwirtschaft (Kapitalismus) und zur internationalen Gemeinwirtschaft (Sozialismus). So, wie die weltliche Macht der Kirche durch die Grundherren und deren Vorherrschaft durch die Bürger gebrochen wurden, sind jetzt die besitz- und rechtlosen Massen auf dem Wege, ihre Ansprüche auf gleichberechtigte Teilnahme an Führung, Fortschritt und Wohlstand der Gemeinschaft geltend zu machen«.

4 In der 1. Fassung heißt es, daß »1/10 ihrer Mitglieder [der Menschheit] über mehr als die Hälfte des von allen gemeinsam erarbeiteten Reichtums verfügt, während die übrigen 9/10 mit der anderen Hälfte, teilweise unter dem Existenzminimum, dahin vegetieren muß,« ebd.

5 In der 1. Fassung heißt es im letzten Halbsatz: »[...] und zu einer immer engeren weltwirtschaftlichen Verflechtung führen«, ebd.

den Übergang von der freien zur gebundenen Wirtschaft. An die Stelle der nicht mel funktionierenden Marktgesetze traten Kartelle und Monopole. Alle im Zuge dies Prozesses getroffenen Maßnahmen und geschaffenen Einrichtungen stellen im w sentlichen lediglich Sicherungsventile zur Erhaltung überholter Vorrechte dar. Wen sie vorerst nur den Sektor der Produktion erfassen, so liegt das an den retardierende Kräften, die das System schufen und tragen. Da sie an dem eigentlichen Kernpunk des Problems – den Mängeln in der Verteilung – vorbeigehen, können sie die Span nungen nicht beseitigen, sondern nur auf eine breitere Basis verlagern. Das Ergebni ist, daß heute nicht nur die soziale Sicherheit in den Völkern, sondern auch di nationale Unabhängigkeit der Staaten bedroht sind.

Aus der mangelnden Einsicht für die notwendig gewordene wirtschaftliche und so ziale Neuordnung entwickeln sich fast alle Spannungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsschichten und Völkern. Wie der »Klassenkampf«, so ist auch der »Im perialismus«, der im Faschismus seine späte, aber reinste Inkarnation fand, keine spezifisch nationale Eigenheit. Beiden liegen nicht Ideen, sondern Fakten zugrunde Nationale Charakter- und Temperamentsunterschiede geben ihnen zwar einen vielge staltigen Ausdruck, doch ist in allen Fällen die wirtschaftliche und soziale Unsicher heit die Triebkraft. Zwischen der Einzelleistung und ihrem Anteil am Gesamtertrag besteht kein organischer Zusammenhang. Individueller und nationaler Wohlstand und Kultur, Reichtum und Armut, Bildung und Unwissenheit, sind nicht das Ergebnis von Fähigkeit und Charakter, sondern von Zufällen, Vorrechten und Machtkombinationen. Während formal die politischen Rechte ständig weiter auf die breiten Massen ausgedehnt wurden, gelang es der privaten Wirtschaft, ihre entscheidende Vormachtstellung, unter fortgesetzter Konzentrierung auf immer kleinere Kreise, national auszubauen und international zu festigen. Dieser Prozeß vollzog sich seit der Jahrhundertwende und insbesondere nach dem letzten Kriege mit äußerster Beschleunigung. Aus einer vermeintlichen Gefährdung ihrer Position heraus hielten gewisse reaktionäre Schichten den Zeitpunkt für gekommen[6], einen Schlag gegen die Arbeiterschaft zu führen, von der sie eine Bedrohung ihrer Vormachtstellung befürchteten. Sie glaubten sich bereits oder noch stark genug, in den Ländern, wo diese Entwicklung am weitesten vorgeschritten war, den immer fühlbarer werdenden Druck mit Hilfe imperialistischer Mittel durch autokratische Methoden zu zerbrechen. Deutschland war das erste Versuchsobjekt.

Die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und die Ungeheuerlichkeit der zur Verhinderung einer sinn- und zeitgemäßen Reform angewandten Mittel kamen am deutlichsten in den diesem Krieg vorausgehenden Jahren der Krise zum Ausdruck. In der ganzen Welt waren ungezählte Millionen von arbeitsfähigen und arbeitswilligen Männern und Frauen erwerbslos der Verelendung preisgegeben. Mit dem Zusammenbruch immer weiterer Produktionseinheiten und Wirtschaftsgebiete wuchs der soziale Verfall. Die daraus resultierende allgemeine Unzufriedenheit wurde politisch mißbraucht[7], um antidemokratische Tendenzen in den Massen zu stärken. Daß die Entwicklung dann darüber hinausging und zu der von den Urhebern vielleicht nicht beabsichtigten Herrschaft asozialer Elemente führte, mag eine Fehlspekulation gewesen sein. Sie spricht weder für den Weitblick jener Kreise, noch entbindet sie sie von der Verantwortung für die Folgen. Das Kennzeichen dieser Periode war international die sogenannte Befriedungspolitik. National wurde in allen Ländern die Staatsmacht zur Erhaltung des Status quo in der Wirtschaft mobilisiert. Deren Führer schienen nicht gewillt, ihr persönliches Wohlergehen dem

6 In der 1. Fassung heißt es dann: »einen Schlag gegen die drohende Demokratisierung ihrer Vormachtstellung zu führen.«

7 In der 1. Fassung: »bewußt politisch mißbraucht«, ebd.

Allgemeinwohl unterzuordnen. Die Furcht für ihre Position ließ sie nicht nur die Demokratie in Deutschland und Italien zerstören, sondern auch die gewaltsamen Übergriffe dieser Länder auf andere Staaten dulden. Nie zuvor in der Geschichte haben sich – trotz aller Warnungen – die Verantwortlichen in Staat und Wirtschaft gegenüber den eigenen wie den Interessen der Zivilisation kurzsichtiger erwiesen. Erst als ihnen in zwölfter Stunde die Gefahr des Experiments auf dem europäischen Festland klar wurde und die unmittelbare Bedrohung durch die ihren Zügeln entgleitende Bewegung ins Riesenhafte wuchs, entschlossen sie sich langsam und zögernd zur Abwehr. Bis dahin wurden alle diejenigen, die rechtzeitig dagegen kämpfen wollten oder tatsächlich gekämpft haben, als Kriegshetzer verschrien oder totgeschwiegen. Auf diese Weise ist die deutsche Arbeiterschaft zu einem der ersten Opfer und zugleich zum unversöhnlichsten Gegner des Nationalsozialismus geworden. Sie hat bereits lange Jahre vor Beginn der Feindseligkeiten durch Zehntausende von Blutzeugen diesen Satz erhärtet.

Die Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden

Schon bei Kriegsausbruch haben die deutschen Gewerkschafter in England ihre Aufgaben, Ziele und Forderungen umrissen. Sie wurden s.Zt. durch internationale Gewerkschaftszeitungen und den Pressedienst des TUC verbreitet. Die deutschen Gewerkschafter erneuern heute ihr Bekenntnis zu den damals niedergelegten Grundsätzen und sehen als Voraussetzung für einen dauernden Frieden an:

1) den kompromißlosen Kampf bis zur völligen Vernichtung des Nationalsozialismus. Mindestens so wichtig wie die Zerschlagung des militärischen Apparates und die Verhinderung autoritärer Regierungsformen erscheint ihnen, daß Großgrundbesitz, Hochfinanz und Schwerindustrie als die geistigen und realen Triebkräfte der Aggressionspolitik, ihrer privatwirtschaftlichen Funktionen entkleidet werden.

2) Auf den Grundsätzen der Atlantikcharta aufbauend[8], sind die deutschen Gewerkschafter zu jeder Mitarbeit bereit, die dem sozialen Fortschritt dient. Solange die vier Freiheiten in Deutschland nicht gesichert sind, ist jedoch ein Zusammenwirken mit allen denen, die diese Prinzipien als Grundlage ihrer Politik anerkennen, nicht möglich. Die deutschen Gewerkschafter erstreben daher die Verwirklichung dieser Grundsätze ebenso wie die Träger jener Erklärung. Sie sind bereit, sich dafür einzusetzen, daß Deutschland jede zur Erreichung dieses Zieles notwendige Hilfe annehmen und leisten wird.

3) Die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse in Deutschland und die geistige Umstellung (sog. Re-education) der breiten Massen muß im wesentlichen dem eigenen Volk vorbehalten bleiben. Sie darf selbstverständlich nicht mit den internationalen Grundsätzen oder den zu ihrer Überwachung errichteten Kontrollinstanzen in Widerspruch stehen. Die deutschen Gewerkschafter sind sich darüber im klaren, daß die darüber hinaus gehenden Aufgaben der Wiederherstellung normaler Beziehungen zu den anderen Völkern sowie die damit zusammenhängenden Fragen des Wiederaufbaus, der Aburteilung aller Schuldigen und der Wiedergutmachung der durch sie begangenen Verbrechen oder verursachten Schäden nur im Einvernehmen mit und nach den von der Gemeinschaft der Völker aufgestellten Richtlinien gelöst werden können.

4) Im vollen Vertrauen auf die Atlantikcharta und die von den Staatsmännern der Vereinigten Nationen abgegebenen Erklärungen muß erwartet werden, daß das deut-

8 In seiner Stellungnahme führt Hans Gottfurcht (vgl. Anm.2) hierzu aus: Die Atlantikcharta »zu erwähnen, dürfte opportun sein; sich als Sozialisten zu eng auf sie zu berufen, erscheint mir unangebracht.«

sche Volk als erstes Zeichen seines guten Willens die sofortige und totale Abrüstung[9] durchführt. Die deutschen Gewerkschafter warnen vor einer Politik übertriebener staatlicher und wirtschaftlicher Souveränität. Sie sind der Meinung, daß alle in dieser Richtung zu treffenden einschränkenden Maßnahmen Teile eines auf kollektive Sicherheit abzielenden umfassenden Planes sein müssen. Sie lehnen es ab, Zwangsvollstrecker von einseitigen Vergeltungsmaßnahmen, ohne Rücksicht auf politische Vernunft und wirtschaftliche Notwendigkeiten, zu werden. In Verwirklichung der Atlantikcharta wird und muß Deutschland, unbeschadet etwaiger späterer Veränderungen aufgrund des in ihr garantierten Selbstbestimmungsrechtes der Völker, alle seit 1933 angegliederten Gebiete herausgeben sowie auf die aus der Angliederung hergeleiteten Ansprüche oder dadurch erlangten Vorteile verzichten.

Die Möglichkeiten eines deutschen Wiederaufbaues

Alle Fragen der Wirtschafts-, Handels-, Finanz- und Verkehrspolitik, soweit sie über den nationalen Rahmen hinausgehen oder in internationale Zusammenhänge eingreifen, müssen zwischenstaatlichen Regelungen vorbehalten bleiben. Die deutschen Gewerkschafter hoffen, daß diese, nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte, nicht wieder der privaten Initiative überlassen bleiben, sondern zum Gegenstand einer überstaatlichen Planung im Interesse des Allgemeinwohles gemacht werden.[10] Sie sind bereit, mit allen Kräften an der Lösung der sich daraus ergebenden Probleme mitzuwirken. Aufgrund der besonders gelagerten Verhältnisse sehen sie für Deutschland als unumgänglich notwendig an:

1) Der Boden[11] und die Bodenschätze sind als Gemeingut des Volkes zu erklären. Daraus ergibt sich, daß die Schlüsselindustrien (Kohle, Erze und Mineralien) sowie das darauf aufbauende Versorgungsgewerbe (Gas, Wasser, Elektrizität und Verkehr) ihres privatwirtschaftlichen Charakters entkleidet werden müssen.[12]

2) Das gesamte Kreditwesen (Banken und Versicherungen) darf nicht mehr Erwerbszwecken dienen. Dieses Prinzip muß durch staatliche Kontrolle sichergestellt werden.

3) Ebenso muß der gesamte Verteilungsapparat (insbesondere Kartelle, künstliche und natürliche Monopole), soweit seine privatwirtschaftlichen den gemeinwirtschaftlichen Tendenzen entgegenstehen, im Interesse der letzteren staatlich überwacht und gelenkt werden.[13]

4) Die Landwirtschaft ist durch eine grundlegende Agrarreform auf eine gesunde Basis zu stellen. Sie muß in der Aufteilung des total verschuldeten und lebensunfähigen Großgrundbesitzes auf landwirtschaftliche Genossenschaften, unter Wahrung der kleinbäuerlichen Betriebsformen, bestehen. Die mit Hilfe jahrzehntelanger staatlicher Subventionen (Osthilfe, Erbhofumschuldung etc.) angesammelten Privatvermögen sind zurückzuerstatten.

5) Aus bevölkerungs- und gesundheitspolitischen Gründen darf es im Wohnungs- und Medizinalwesen keine Profitwirtschaft geben. Träger der sozialen Bauwirtschaft können nur gemeinnützige Genossenschaften sein. Krankenhäuser, Kliniken und Sanatorien dürfen nur von öffentlichen Körperschaften betrieben werden. Die Heil- und Arzneimittelindustrie ist vom Staate zu kontrollieren. Ärzte und Apotheker sind in den öffentlichen Dienst zu überführen.[13]

6) Die Steuergesetzgebung ist unter Schonung der wirtschaftlich Schwachen gemeinverständlich und übersichtlich zu gestalten. Jede Art von Kopfsteuern ist zu vermeiden. Demgemäß sind arbeitslose Einkommen bzw. Vermögenszuwachs und der Luxusbedarf besonders scharf zu erfassen.

7) Das gesamte Arbeits- und Sozialrecht ist in Übereinstimmung mit den internationalen, evtl. noch zu ratifizierenden Abkommen, neu zu gestalten. So wie die Versicherungsträger saniert, muß es rekonstruiert, d.h. sinn- und zeitgemäß weiter entwickelt und vereinheitlicht werden. Diesem Zwecke sind bestimmte Staatseinnahmen (z.B. Luxussteuern etc.) nutzbar zu machen. Alle durch das Nazisystem verursachten individuellen, materiellen Schäden sind auszugleichen.

8) Jede staatspolitische Reform hat zu beginnen mit der Ausmerzung des nationalsozialistischen Einflusses in Gesetzgebung, Rechtsprechung, Verwaltung und Erziehung, sowohl in personeller als in sachlicher Hinsicht. Sie dürfen nicht länger das Machtinstrument von Klassen sein und sind als Diener der Gemeinschaft zum Schutze der sozial Schwächeren umzugestalten. Besitz darf nicht zum Bildungsprivileg werden. Jedem müssen nach seiner Befähigung die gleichen Ausbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten offen stehen. Die Vorrechte bestimmter Gruppen innerhalb der verschiedenen Berufe, in Verwaltungen und Betrieben sind aufzuheben.

Für die Durchführung dieser wichtigsten und anderer, im allgemeinen Interesse, notwendigen Maßnahmen wirtschaftlicher und sozialer Art werden sich die Gewerkschafter mit allen Kräften einsetzen. Alle Reformen und alle zu treffenden Entscheidungen können nach ihrer Auffassung jedoch nicht wirksam werden ohne eine gründliche Neuordnung der Staatsgrundlagen. Sie darf sich nicht nur auf die formale Wiederherstellung der Demokratie beschränken. Die Möglichkeit für eine dementsprechende Neuordnung scheint gegeben, wenn die Legislative beim Reiche liegt, während die Exekutive dezentralisiert wird. Träger der dezentralisierten Verwaltung brauchten nicht mehr die früheren Länder zu sein. Ihre Aufgaben würden besser erfüllt durch territorial zusammenhängende Gebiete, für deren Grenzen die wirtschaftliche Lebensfähigkeit entscheidend sein müßte.[14] Diese Regelung verbürgt eine ausgleichende Ausstattung in formeller und sachlicher Beziehung und verhindert so jede überspitzte Zentralisierung.

Die deutschen Gewerkschafter sind sich der Tatsache bewußt, daß ihnen bei aller parteipolitischen Neutralität künftig weit größere politische Aufgaben zufallen werden als bisher. Zur Vermeidung wirtschaftlicher und sozialer Unordnung wird auf die sofortige organisatorische Erfassung und Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft nicht verzichtet werden können. Aufgrund der gemachten Erfahrungen kann Träger derselben nur eine von staatlichen, weltanschaulichen und privaten Einflüssen unabhängige Organisation sein, die auf den anerkannten gewerkschaftlichen Prinzi-

9 Vgl. Dok. 221.

10 Für diese beiden Einleitungssätze schlägt Gottfurcht (vgl. Anm.2) vor: »Ohne in diesem Zusammenhang auf die Rückwirkungen der übrigen Welt einzugehen, glauben die deutschen Gewerkschafter, daß eine sozialistische Wirtschaftsgestaltung zwingende Voraussetzung für eine Gesundung des wirtschaftlichen Lebens in Deutschland und internationaler wirtschaftlicher Beziehungen ist.«

11 Vgl. Dok. 229.

12 Punkt 1 in Fassung I lautet: »Die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien (Kohle und Erz), der Kreditwirtschaft (Banken und Versicherungen) und des Versorgungsgewerbes (Gas, Wasser, Elektrizität). Sie verstehen darunter weniger die Enteignung als die Ablösung der privaten durch eine staatlich gelenkte Wirtschaftsführung. Das öffentliche Kontroll- und Mitbestimmungsrecht der Arbeiter, Konsumenten und Produzenten muß gewährleistet sein.«

13 Punkt 3 und 5 fehlen in der 1. Fassung.

14 Hier heißt es in Fassung I: »Der durch die Nazis überspannte Zentralismus des Einheitsstaates muß auf ein notwendiges und tragbares Mindestmaß reduziert werden. Die früheren Landesarbeitsamts- und jetzigen Treuhänderbezirke können als mehr oder weniger selbständige Wirtschaftsprovinzen die Grundlage dafür bieten. Ein auf dieser Basis geschaffener Bundesstaat oder Staatenbund könnte zugleich die Keimzelle für eine umfassendere Föderation sein. Selbstverständlich muß der für ihre Existenz notwendige Zusammenhang bestimmter territorialer und wirtschaftlicher Gebiete gewahrt bleiben. Dazu gehört die staatliche Oberhoheit in allen Fragen des Handels und der Finanzen (einschl. Zölle), der Verkehrs- und Versorgungswirtschaft sowie der Arbeits- und Sozialpolitik. Für die Durchführung dieser Aufgaben wären entsprechende Organe und Körperschaften zu schaffen«.

pien aufbaut. Sie muß im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben des Volkes so verankert sein, daß die Zugehörigkeit zu ihr nur einen Vorteil darstellt. Schließlich muß sie die Gewähr dafür bieten, daß die notwendige übernationale Zusammenarbeit mit den anderen Völkern gesichert ist.

Die deutschen Gewerkschafter wünschen in der gleichen Weise, in der sie den Nationalsozialismus seit der Stunde seiner Geburt bekämpft haben, das ihre zu tun, um ein für alle Mal den Frieden der Menschheit zu sichern und ihrem sozialen Fortschritt zu dienen.[15]

DOKUMENT 226

Anfang Oktober 1942: Stichworte von Erwin Schoettle zum Thema »Gewerkschaften und Staat«

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Maschinenschriftliche Vervielfältigung.[1] Überschrift: »I. Gewerkschaften und Staat«.

1. Das Thema umfaßt praktisch alle Probleme der Gewerkschaftspolitik; d.h. alle Fragen, die das Verhältnis einer Organisation, die den Namen »Gewerkschaft« verdient, zu ihrer Umwelt betreffen.

2. Das Wesen einer freien Gewerkschaftsbewegung kann definiert werden »als ein doppeltes: Das Lebensniveau ihrer Mitglieder und damit der Arbeiterklasse zu erhöhen und die Idee der Befreiung der Arbeiterklasse zu verwirklichen, d.h., den arbeitenden Menschen von den Fesseln der Eigentumsherrschaft zu befreien und die Herrschaft des Eigentums über den Menschen durch die Herrschaft des Menschen über das Eigentum zu ersetzen.« (Leopold *Franz* »Die Gewerkschaften in der Demokratie und im Faschismus«, Graphiaverlag Karlsbad 1935).

Die Doppeleigenschaft der Gewerkschaft besteht also

a) in der Vertretung der Tagesinteressen ihrer Mitglieder-Lohnpolitik, Tarifvertragsverhandlungen, Ausbau des Arbeitsrechts, Einfluß auf die Wirtschaftspolitik und im weiteren Sinne die Staatspolitik;
b) im Kampf für die Umgestaltung der kapitalistischen Eigentumsordnung im Sinne sozialistischer Lösungen.

3. Die Erfüllung der sozialreformerischen Aufgabe der Gewerkschaft ist grundsätzlich in jedem Staat möglich, der auf dem Grundsatz des demokratischen Interessenausgleichs beruht. Sie hat zur Voraussetzung die Unabhängigkeit der Gewerkschaft vom

15 Im letzten Absatz vermißt Gottfurcht (vgl. Anm. 2) einen Hinweis auf die »sozialistischen Entwicklungsmöglichkeiten.« W. Fischer (vgl. Anm. 2) hält diesen Absatz für »schwach. Es muß gesagt werden, daß die deutschen Gewerkschafter alles einsetzen werden, um den Nazismus, den deutschen Militarismus und Imperialismus zu zerstören, und wenn sie ihre Hauptaufgabe darin erblicken, zusammen mit allen fortschrittlichen Kräften eine planmäßige, sozialistische Bedarfswirtschaft in Deutschland zu errichten und daran mitzuarbeiten, sie zu sichern.«

1 Diese »Stichworte« lagen bereits Anfang August dem Arbeitsausschuß der »Landesgruppe« vor; vgl. [Protokoll] A[rbeits-]A[usschuß] 7. August 1942. Tagesordnungspunkt 11: »Eichler, Schoettle und Gottfurcht werden Stichworte über ›Gestaltung der Gewerkschaften‹ und ›Gewerkschaften und Staat‹ vorbereiten, nachdem die Ausarbeitungen von Gottfurcht und Schoettle nunmehr vorliegen«. Vgl. ferner [Protokoll] Arbeitsausschuß 2.9.1942, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. In einem Rundschreiben des Arbeitsausschusses von Anfang Oktober 1942 »Anregungen zu einem Gedankenaustausch über Gewerkschaften und Staat und gewerkschaftliche Organisationsprobleme« wird auf die Vorläufigkeit dieser »Diskussionsgrundlage« verwiesen und um Stellungnahmen bis zum 15.12.1942 gebeten; ebd.

Staat, die volle Koalitionsfreiheit und die Freiheit der Anwendung aller gewerkschaftlichen Kampfmittel.

4. Der faschistische Staat ist prinzipiell Gegner der Gewerkschaftsfreiheit. Jede Form der Staatsaufsicht über die Gewerkschaft muß in der kapitalistischen Wirtschaft das Wesen der Gewerkschaft aufheben. Das Verhältnis der Gewerkschaftsbewegung zu faschistischen und halbfaschistischen Systemen ist daher notwendigerweise das der Feindschaft, des Kampfes und in der Praxis – der Illegalität.

4. Im demokratischen Staat, d.h. in einem Staat, der zwar auf einer Klassengesellschaft und auf der kapitalistischen Eigentumsordnung beruht, der aber durch Parlament, Mehrparteiensystem und demokratische Kontrolle die Austragung der Interessengegensätze vollzieht, kann die Gewerkschaft ihre Aufgabe als freie Interessenvertretung der Arbeiterklasse nur erfüllen, wenn sie als legale, unabhängige Kampforganisation auftritt.

5. Die Tagespolitik der Gewerkschaft in einem solchen Staat kann nicht getrennt werden von ihrer Aufgabe, den Kampf für die Umgestaltung der Sozialordnung zu führen. Die gewerkschaftliche Tagespolitik muß vielmehr ein Instrument für die Verwirklichung der weitergesteckten Ziele der Gewerkschaft sein.

6. Die Gewerkschaft im demokratisch-kapitalistischen Staat muß die Verkörperung der Einheit der Arbeiterklasse sein. Das heißt, sie muß danach streben, die einzige gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterklasse zu werden. Die Überwindung der organisatorischen Spaltung der Gewerkschaftsbewegung nach religiösen oder politischen Gesichtspunkten kann jedoch nicht das Ergebnis staatlicher oder anderer außer-gewerkschaftlicher Intervention sein. Wenn der Staat aufgrund starken politischen Einflusses der Arbeiterschaft durch eigene gesetzliche Maßnahmen der gewerkschaftlichen Zersplitterung Schranken setzt, so ist eine solche Entwicklung selbstverständlich zu fördern. Aber der entscheidende Antrieb zur Verwirklichung der gewerkschaftlichen Einheit muß in der inneren Kraft der Gewerkschaft, in der Anziehungskraft ihrer Ideen und Taten, in der Energie und Geschlossenheit ihres Funktionärkörpers liegen.

7. Um diese innere Kraft zu erreichen, bedürfen die Mitglieder und Funktionäre der Organisation eines stark entwickelten Bewußtseins für die Größe ihrer Aufgabe. Die Politik der Gewerkschaft muß beruhen auf der echten demokratischen Mitwirkung ihrer Mitglieder. Die allgemeinen Ziele der Gewerkschaft wie ihre Tagesforderungen müssen in einer durchaus undogmatischen, jede doktrinäre Beschränktheit vermeidenden Sprache der Gesamtarbeiterschaft klargemacht werden. Die Einheit der Arbeiterklasse wird ihrer Verwirklichung am nächsten kommen in der Sphäre der Tagesinteressen. Sie müssen deshalb der Ausgangspunkt für die Überwindung weltanschaulicher Widerstände sein, soweit solche noch vorhanden sind, wenn die deutsche Arbeiterschaft nach dem Sturz *Hitlers* sich die Erfahrungen der Vergangenheit bewußt machen kann.

8. Zur Durchsetzung ihrer unmittelbaren wie ihrer weiterreichenden Ziele muß die Gewerkschaft in weitem Umfange mit der politischen Vertretung der Arbeiterklasse zusammenarbeiten, als unabhängige Organisation auf der Grundlage gemeinsamer Interessen.

9. Im Kampf um die Verwirklichung einer neuen Sozialordnung muß die Gewerkschaft als die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter im Gesamtbereich der Wirtschaft unabhängig und gleichberechtigt ihre vorwärtstreibende und kontrollierende Rolle ausüben. Nach der politischen Durchsetzung der sozialistischen Kräfte, in der Periode des Übergangs zur sozialistischen Wirtschaft, wird sie neben ihrer Aufgabe als Interessenvertretung der Arbeiter zwar nicht die leitende, aber eine kontrollierende Instanz des wirtschaftlichen Umbaus sein.

10. In dem Maße, in dem die Umgestaltung der Wirtschaft nach sozialistischen Grundsätzen fortschreitet, wird – wie bei allen Institutionen der Gesellschaft – so auch in der Rolle der Gewerkschaft, ein Funktionswandel eintreten. Ihre Arbeitsmethoden werden [sich] in dem Maße verändern, als der Gegensatz zwischen dem Prinzip, das der neuen Sozialordnung unterliegt und den Interessen der Klasse, die die Gewerkschaft vertritt, aufhört zu bestehen. In der Theorie wird das in dem Augenblick der Fall sein, wo die sozialistische Ordnung politisch fest begründet ist. In der Praxis wird die Arbeiterklasse solange einer freien und unabhängigen Gewerkschaft bedürfen, als der Umbau der Wirtschaft tief in das Leben der Arbeiter eingreift und oft die Interessen eines Teiles der Arbeiterschaft hinter den Gesamtinteressen des Umbaues zurücktreten müssen. Aber die Vertretung dieser Teilinteressen wird in der neuen Situation nicht ein Kampf mit einem im Prinzip feindlichen System sein, sondern die Suche nach einem gerechten Ausgleich der widerstreitenden Interessen.

11. Je näher diese Periode ihrem Abschluß rückt, um so stärker wird der Kampfcharakter der Gewerkschaft zurücktreten hinter ihrer Funktion als Mitträger der neuen Ordnung. Das heißt nicht, daß im sozialistischen Staat die Gewerkschaft eine Staatsinstitution sein muß. Es ist durchaus denkbar, daß in einer politisch gesicherten sozialistischen Ordnung die Wirtschaft auf lange Zeit hinaus Übergangscharakter tragen wird. Das Problem des Interessenausgleichs zwischen den verschiedenen Sphären der Wirtschaft – Produktion, Investition, Verbrauch, Anteil der öffentlichen Hand usw. – bliebe vermutlich noch lange bestehen. Und damit die Aufgabe einer Gewerkschaft, die verantwortlich abzuwägen hätte zwischen den Interessen des Volksteils, den sie unmittelbar vertritt – vermutlich eine ständig wachsende Mehrheit des Volkes – und den Interessen der sozialistischen Gesamtordnung, von deren gesunder und gesicherter Weiterentwicklung auch das Schicksal der Werktätigen abhängt.

12. Am Abschluß dieser Entwicklung würde – das ist nur eine These für die weitere Diskussion – wahrscheinlich eine Organisationsform stehen, die sehr verschieden ist von der Kampfgewerkschaft der kapitalistischen Wirtschaftsepoche: die demokratische Zusammenfassung der Arbeiter als Produzenten, vertreten in den Gesetzgebungs- und Vollzugsorganen des Staates und in den Planungs- und Leitungsorganen der Wirtschaft. Die Gewerkschaft als ein autonomes Glied im sozialistischen Staatsaufbau – das wäre die Erfüllung der Idee der »Freien Gewerkschaft«.[2]

DOKUMENT 227

Anfang Oktober 1942: Hans Gottfurcht zu gewerkschaftlichen Organisationsfragen

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Maschinenschriftliche Vervielfältigung. Überschrift: »Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien. Anregungen zu einem Gedankenaustausch. II. Gewerkschaftliche Organisationsfragen. Stichworte Gottfurcht.[1]«

1. Liquidierung der Arbeitsfront

Die Arbeitsfront ist kein Gewerkschaftsersatz, sondern eine Partei- und Staatshilfsorganisation. Sie kann daher nicht in Gewerkschaften umgewandelt, sondern muß

2 Zur Diskussion dieser Stichworte in der Arbeitsgemeinschaft Organisationsfragen im Jahre 1943 vgl. Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien, Die Tätigkeit der Landesgruppe im Jahre 1943, S. 7; vgl. ferner dieselbe, Veranstaltungsbericht 11. Mai 1943,in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht.

1 Zur Entstehungsgeschichte der Stichworte vgl. vorangehendes Dokument, Anm. 1.

aufgelöst werden.[2] Kein Angestellter oder Funktionär der Arbeitsfront kann in einem Gewerkschaftsbüro beschäftigt werden. Die Verantwortlichen in der Arbeitsfront sind im gleichen Maße zur Rechenschaft zu ziehen wie die Verantwortlichen in der Partei und im Staatsapparat. Aus der Arbeitsfront können nur technische Einrichtungen wie Gebäude, Kartotheken etc. übernommen werden.

Diese Stichworte beschäftigen sich nicht mit den Wirtschaftsunternehmungen, die im Besitz der Gewerkschaften ursprünglich waren und später von der Arbeitsfront verwaltet wurden. Hierüber ist eine besondere Ausarbeitung erforderlich.

2. Der neue Gewerkschaftsbund

Eine einzige einheitliche Gewerkschaftsrichtung wird für erwünscht gehalten.[3] Die frühere Dreiteilung in freie, christliche oder Hirsch-Duncker'sche Gewerkschaften und das Danebenbestehen kleinerer gewerkschaftsähnlicher Organisationen wird für schädlich gehalten.

Kein Staat wird darauf verzichten können, die im Staat bestehenden Organisationen in Verfassung oder Gesetzgebung zu verankern. Die Grenzen der Organisationsmöglichkeiten werden immer durch Verfassung und Gesetz geregelt sein. Die gesetzliche Verankerung organisatorischer Rechte ist also an sich kein Verstoß gegen den Begriff der freien Organisation. Die Festlegung formaler Voraussetzungen, die das hemmungslose Etablieren von Gewerkschaften oder gewerkschaftsähnlichen Organisationen unterbinden, ist mithin nicht die Verleihung eines Organisationsmonopols. Die Weimarer Verfassung garantierte die Koalitionsfreiheit, es wurde trotzdem berechtigterweise nie als ein Verstoß hiergegen angesehen, daß nur die drei oben erwähnten Gewerkschaftsrichtungen gewisse Vertretungsrechte besaßen. Niemand wird auf den Gedanken kommen, eine Einschränkung des Koalitionsrechts darin zu sehen, daß nur gewissen Organisationen die mit dem Genter System verbundenen Sozialversicherungs-Funktionen übertragen werden. Die Politik des »closed shop« ist an sich eine starke Einschränkung der Koalitionsfreiheit; niemand wird aber auf die Idee kommen, diese Politik für unvereinbar mit dem Charakter einer freien Organisation zu halten. Es bestehen logischerweise keine Bedenken, daß eine neue Verfassung die Idee der Einheitsgewerkschaft fördert, ohne sie zur Zwangsgewerkschaft zu machen. Es darf kein Monopol formuliert werden, jedoch erscheint es unbedenklich, gewisse Vorteile und Rechte nur der Einheitsgewerkschaft einzuräumen. Der Gedanke der Zwangsmitgliedschaft wird abgelehnt. Die Zugehörigkeit zur Organisation muß freiem Willen entspringen.

Die einheitliche Gewerkschaftsrichtung muß durch gesunde Unterteilung ihrer Gliederungen dafür sorgen, daß eine Bürokratie zentralistischen Charakters nicht aufkommen kann. Ob die Unterteilung nach Industrien oder Berufen vor sich geht, wird

2 Vgl. auch Schreiben von Hans Gottfurcht an Fritz Tarnow vom 22.10.1941, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. So auch H. Jahn, »Stichworte zum Gewerkschaftsproblem«, 1.11.1942. Zu abweichenden Positionen vgl. Die Arbeit, H. 5. 15.7.1941; ferner Dok. 212.

3 Diese Position wurde nicht von allen Mitgliedern der Landesgruppe akzeptiert: »Wenn ich lese, Einheitsorganisation ist erwünscht, so ist das ein Wunschgedanke, solange wie wir die Demokratie fordern; Einheitsorganisation kann und wird kommen in einem sozialistischen Staate, sie ist undurchführbar, weil selbige in einem demokratischen Staate niemals ohne einen etwas diktatorischen Charakter durchführbar ist und selbst wenn sie doch eingeführt [würde], würde sie niemals mit freier Gewerkschaft etwas zu tun haben [...] Betrachten wir die Möglichkeiten, dann finde ich es absurd, dem Gedanken einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung das Wort reden zu wollen«. C. Waage an Hans Gottfurcht, 8.12.1942, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht.

von der zukünftigen Organisation der deutschen Wirtschaft abhängen. Wahrscheinlich ist, daß Industrie- und Berufsverbände nebeneinander bestehen werden.[4]

3. Der Aufbau des neuen Gewerkschaftsbundes

Das Schwergewicht aller Arbeit muß auf die ehrenamtlichen Funktionäre verlegt werden. Es darf nicht mehr geprüft werden, wieviel Mitglieder notwendig sind, um an einem Ort einen »Gewerkschaftsbeamten« anstellen zu können, sondern es muß die optimale Größe der Untergliederung ermittelt werden, die gerade noch erlaubt, die Arbeit ehrenamtlich zu verrichten.

Es muß darauf vertraut werden, daß die illegalen gewerkschaftlichen Gliederungen einen ausreichenden Rahmen erhalten haben, der für die erste Wahl örtlicher, bezirklicher und zentraler Körperschaften erforderlich ist. Eine solche Wahl wird Schwächen enthalten, darum darf sie nur für eine kurze Periode erfolgen. Zur Ausfüllung von Lücken in den Wahlmöglichkeiten mag für eine Übergangszeit die Kompetenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) eingeschaltet werden.[5] Es kann darauf vertraut werden, daß jüngere aktive Kräfte in Deutschland selbst zur Verfügung stehen, die ergänzt werden können von solchen in die Emigration gegangenen Funktionären, die sich das Vertrauen der Illegalen in Deutschland und der internationalen gewerkschaftlichen Gemeinschaft erhalten oder erworben haben.

Alle Neubildungen in Deutschland werden eine Anzahl unbestimmbarer, möglicherweise revolutionärer, Faktoren in sich tragen. Dies wird auch beim Gewerkschafts-Wiederaufbau der Fall sein.

4. Internationale Zusammenarbeit

Voraussetzung unserer Planung ist, daß nach der Zerstörung des Nationalsozialismus und seiner Helfershelfer demokratische Formen die Grundlage für die Zukunftsentwicklung abgeben. Der um die Demokratie geführte Krieg verpflichtet zur Erfüllung demokratischer Formen in allen Gebilden und Organisationen. Dies wird auch die Grundlage der neuen Konstitution des Internationalen Gewerkschaftsbundes sein und logischerweise auch die Grundlage für alle ihm angeschlossenen Organisationen.[6] Daß der neue deutsche Gewerkschaftsbund den Wunsch hat, Mitgliedsorganisation des IGB zu sein, ist selbstverständlich.[7]

4 Ähnlich H. Jahn »Stichworte zum Gewerkschaftsproblem«, 1.11.1942: »In den entscheidenden Betrieben setzt sich das Prinzip des Industrieverbandes durch. Daneben werden Ansätze zu Berufs- oder Branchenverbänden entstehen«, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht.

5 Vgl. dagegen H. Jahn: »Koordinierung muß unter Hilfe der I[nternationalen] B[erufs-]S[ekretariate] erfolgen«, ebd.

6 Abweichend dazu H. Jahn: Die Internationalen Berufssekretariate (IBS) »entwickeln sich zu internationalen Industrieverbänden [IIV]. Die Landesorganisationen werden zu Zweig-, Bezirks- oder Unterverbänden. Der IGB entsteht nur auf der Grundlage der IIV, vormals IBS«, ebd.

7 Zur Diskussion dieser Stichworte im Jahre 1943 vgl. nachfolgendes Dokument, Anm. 2; vgl. ferner Landesgruppen deutscher Gewerkschafter in Großbritannien, Veranstaltungsbericht, 28.4.1943, der Arbeitsgemeinschaft Organisationsfragen. Dort heißt es: »Rege Aussprache, an der sich Becker, Heidorn [das ist W. Hansen], Rothenberg, Dannenberg, F. Bannemann, Zeidler, Schoettle beteiligen. Berührte Probleme: Aufbau von unten nach oben. Industrieverbände bevorzugt. Notwendigkeit der Einheit. Schwierigkeit mit Katholiken. Rußland in Gewerkschafts-Internationale. Zerstörung der Arbeitsfront. Wert und Unwert ihrer bisherigen Funktionäre. Freiwilligkeit der Mitgliedschaft, direkter und indirekter Zwang. Bürokratie, freigestellte Betriebsräte. Rolle der deutschen Arbeiterklasse bei der Überwindung des Nazi-Staates. Gewerkschaften als Kampforganisation«; in AdsD, DGB-Archiv, Nl, Hans Gottfurcht.

DOKUMENT 228

9. 3. 1943: Diskussion der Londoner Mitgliederversammlung der Landesgruppe zu den Neuwahlen des Arbeitsausschusses

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Maschinenschrift. Überschrift: »Protokoll der Versammlung der Londoner Mitglieder der Landesgruppe am 9. März 1943«. Eigenhändig unterzeichnet.

Hans **Jahn** eröffnet die Versammlung um 7.45 Uhr, anwesend waren 116 Mitglieder. Einziger Punkt der Tagesordnung: »Gegenwartsprobleme in der Landesgruppe«. Gegen die Tagesordnung wurde kein Widerspruch erhoben, Kollege *Jahn* erteilt dem Kollegen Hans *Gottfurcht* das Wort zu seinem Referat. Hans **Gottfurcht** berichtete zunächst über den Stand der Aussprache zum Wahlverlauf.

Der Februarversammlung lag eine Entschließung[1] des Kollegen *Becker* und je ein Antrag der Kollegen *Zeidler*[2] und *Auerbach* vor. Der Kollege *Auerbach* hatte inzwischen seinen Antrag zurückgezogen. Die Versuche des Kollegen *Gottfurcht*, die Kollegen *Becker* und *Zeidler* ebenfalls zur Zurücknahme ihrer Anträge zu bewegen, stießen auf Schwierigkeiten. Der A[rbeits] A[usschuß] hatte der heutigen Versammlung eine Entschließung[3] vorgelegt, die in ihrem ersten Teil die wesentlichen Punkte der Kritik der Kollegen *Becker* und *Zeidler* aufgenommen hatte und in der ganzen Anlage eine Basis für die Verständigung bilden sollte. Die Kollegen *Becker* und *Zeidler* waren jedoch nicht bereit, ihre Anträge zurückzuziehen, es sei denn, der A.A. verpflichtet sich, in etwa 5–6 Monaten Neuwahlen durchzuführen. Der Arbeitsausschuß lehnte ab, eine derartige Zusicherung zu geben. Hans *Gottfurcht* begründete diese Ablehnung im wesentlichen damit, daß es nicht zweckmäßig sei, sich auf eine solche Wahlperiode festzulegen und daß es im übrigen gerade im Interesse einer kameradschaftlichen Zusammenarbeit besser sei, keine solche Machtproben zu machen, wie sie die Anträge der Kollegen *Becker* und *Zeidler* hervorrufen würden.

Bezüglich der Kritik zum Wahlverlauf[4] betonte H[ans] *G[ottfurcht]* nochmals, daß berechtigte Kritik nur geübt werden könne an der Durchführung der Wahl, daß in

1 Die Anträge befinden sich nicht in den Akten.

2 Alfred Zeidler, geb. 24.1.1904, Schlosser, 1933 Emigration, Verbindung zum innerdeutschen Widerstand, Mitarbeit im Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands, ab 1944 Mitglied des Arbeitsausschusses der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien; KPD, 1931 Leiter des KPD-Unterbezirks Hamm, ab 1932 Parteisekretär in Essen, in Großbritannien zusammen mit Karl Becker Gewerkschaftsleiter in der KPD-Landesleitung Großbritannien.

3 In dieser Entschließung heißt es u.a.: die Diskussion zum Wahlverlauf, deren kritischen Charakter keineswegs jede Berechtigung abgesprochen werden soll, hat, ebenso wie die Erklärungen des Kollegen Schevenels und des Arbeitsausschusses klargemacht, daß ein allseitiges Bedürfnis besteht, jede Wiederholung der Möglichkeit derartiger Auseinandersetzungen zu vermeiden.
Bei der Vorbereitung zukünftiger Wahlen soll daher das Mitberatungs- und Mitbestimmungsrecht der Mitglieder eingefügt werden in die gemäß Satzung gegebenen Funktionen des Arbeitsausschusses und des IGB. Der Arbeitsausschuß hat die notwendigen Vorlagen (Wahlordnung etc.) rechtzeitig vorzubereiten und der Mitgliedschaft vorzulegen.
Es dürfte kaum zweifelhaft sein, daß auch bei einer anders gearteten Durchführung der Wahlhandlung das materielle Resultat der Wahlen etwa das gleiche gewesen wäre. Jedenfalls steht das Bestätigungsrecht des IGB unzweifelhaft fest, und es liegt im besten Interesse der Landesgruppe, vertrauensvoll mit dem IGB zusammen zu arbeiten.
Die brennenden Aufgaben der deutschen Emigration im allgemeinen und der Landesgruppe im besonderen verbinden uns in dem Bestreben, rein formalen innerorganisatorischen Diskussionen nicht mehr Zeit zu widmen als unbedingt erforderlich ist.«

4 Moniert wurde insbesondere eine Numerierung der Stimmzettel und darin eine Verletzung der Wahlordnung gesehen, die eine Kenntlichmachung der Stimmzettel ausschloß. Vgl. dazu die gemeinsame Stellungnahme von Hans Gottfurcht und des Generalsekretärs des Internationalen Gewerk-

dieser Beziehung kein Vorwurf gegen den Arbeitsausschuß erhoben werden könne, da die Wahl nicht vom A.A., sondern vom IGB durchgeführt worden sei. Was die Wahlordnung angehe, so sei diese von der Jahresversammlung genehmigt worden und sollte also kein Gegenstand der Diskussion mehr sein.

In dem Interesse, die schwebenden Erörterungen zu einem positiven Abschluß zu bringen, erneuerte H[ans] *G[ottfurcht]* seinen Appell an die Kollegen *Becker* und *Zeidler*, sowohl ihre Anträge zurückzuziehen als auch die Forderung fallen zu lassen, daß in 5–6 Monaten Neuwahlen stattfinden sollen. Statt dessen sollte die Entschließung des A.A. angenommen werden.

H[ans] *G[ottfurcht]* verlas die Entschließung des A.A..

In näheren Ausführungen erläuterte H[ans] *G[ottfurcht]* die im zweiten Teil der Entschließung des A.A. angedeuteten Pläne und Vorschläge für die kommende praktische Arbeit der Landesgruppe.

H[ans] *G[ottfurcht]* schloß die Versammlung für 5 Minuten und eröffnete um 8.45 Uhr die Aussprache.

Als erster Diskussionsredner sprach der Kollege **Becker**. Er betonte, für ihn sei der zweite Teil der Entschließung des Arbeitsausschusses der wichtigste. Trotz politischer Zerrissenheit müsse eine Zusammenarbeit in bestimmten Fragen möglich sein, wofür die Landesgruppe alle Voraussetzungen biete. Kameradschaft würde sich gerade in der praktischen Arbeit herausstellen. Für die praktische Arbeit machte er Ergänzungsvorschläge (Beteiligung deutscher Emigranten an qualifizierter Propaganda nach Deutschland; – internationale Gewerkschaftssendungen). Eine wesentliche Voraussetzung wirksamer Arbeit der deutschen Emigration sei Einheitlichkeit in der Ausrichtung der praktischen Arbeit. Aber in der ganzen Resolution sei das Wort ›Einheit‹ nicht ein einziges Mal vorgekommen.

Wir brauchen einen Arbeitsausschuß, der wirklich das Vertrauen der Mehrheit hat. Hätte es keine Beschränktheit der Wahlberechtigung[5] gegeben, so würde das Wahlergebnis ein ganz anderes gewesen sein, darum fordere er Neuwahlen nach einem halben Jahr. Da jedoch der Arbeitsausschuß Neuwahlen nicht zulassen will, sehe er sich nicht imstande, seinen Antrag zurückzuziehen.

Die Kollegin **Grätzer** erklärte, sie sei nicht einverstanden mit der Art der Durchführung der Wahl und hätte erwartet, daß der Arbeitsausschuß zurücktreten werde.

Der Kollege **Zeidler** sagte im wesentlichen dasselbe wie der Kollege *Becker* und lehnte mit der gleichen Begründung ab, seinen Antrag zurückzuziehen.

Außerdem machte der Kollege **Zeidler** noch einige Propagandavorschläge.

schaftsbundes (IGB): »Die Nummern auf den Stimmzetteln stellen eine Kontrollmaßnahme zur Verhinderung von Wahlbetrug dar. Die Nummern und ihre Anwendung sind ausschließlich dem Generalsekretär des IGB bekannt. Mitglieder des Arbeitsausschusses oder andere Mitglieder der Landesgruppe hatten weder vor noch nach der Wahl irgendwelche Möglichkeit, in die diesbezüglichen Unterlagen einzusehen. Die Numerierung ist leider notwendig: Wahlzuschriften konnten verloren gehen (und sind tatsächlich verloren gegangen), neue Wahlpapiere mußten zugestellt werden. Wo liegt die Garantie dafür, daß nicht irgend jemand einen Mißbrauch versucht, wenn keine Kontrolle ausgeübt werden kann?«, in: AdsD, Nl. Walter Auerbach, T.1, Mappe 111. Dort auch ein Beitrag von W. Schevenels »Neuwahlen des Arbeitsausschusses und der Revisoren. Bekanntmachung des Wahlergebnisses« vom 8.2.1943.

5 Bereits vor der Wahl des neuen Arbeitsausschusses hatten KPD-Vertreter u.a. eine »Abänderung der Wahlordnung hinsichtlich Karenzzeiten [gefordert]. Die 3 Monate für das aktive Wahlrecht seien überhaupt unüblich, 1 Jahr Karenzfrist für das passive Wahlrecht wäre verständlich, wenn es sich nicht um so viele alte Funktionäre handelte«, Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien, Veranstaltungsbericht, 17.1.1943, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht.

Der Kollege **Schoettle** sagte, er habe während der Wahlperiode ein gewisses Unbehagen gespürt, habe aber im A.A. nicht dagegen gesprochen, und will das auch jetzt nicht tun. Er hätte die Vorstellung gehabt, man würde den kommunistischen Genossen Funktionen geben. Das sei nicht geschehen und zwar mit Grund. Es bestehe berechtigtes Mißtrauen gegen 150%ige Demokraten und 100%ige War-effortler. Man müsse sich mäßigen. Das Vertrauen, von dem der Kollege *Becker* gesprochen habe, sei nicht vorhanden. Die Wirkungen der Spaltung von 25jähriger Dauer säßen tief und das Vertrauen würde nicht hergestellt, wenn man wie in der letzten Versammlung[6] 10 Stehaufmännchen uns die alten Methoden kommunistischer Fraktionsarbeit wieder vorführen läßt. ›Hier wird versucht, die Landesgruppe in kommunistische Hände zu bringen. Dagegen muß man sich zur Wehr setzen‹. Der Kollege *Becker* versuche in einer Situation, in der sich das Verhältnis zwischen den Kommunisten und den älteren Mitgliedern noch gar nicht geklärt habe, die Neuwahl zu erzwingen. Das sei falsch, so könne man nicht an der Einheit arbeiten, von der *Z[eidler]* u. *B[ecker]* so viel gesprochen haben. Er bittet *Z[eidler]* u. *B[ecker]*, nicht auf ihren Anträgen zu bestehen, da sie die ganze Zusammenarbeit der nächsten Monate erschüttern würden, ganz gleich, wie die Abstimmung ausfallen würde. Besser sei zu warten, bis sich in der praktischen Zusammenarbeit ein Vertrauensverhältnis gebildet habe.

Der Kollege **Nelki**[7] protestierte dagegen, daß im A.A. kein Vertreter jener Mitglieder sei, die keiner der politischen Gruppen angehören.

Der Kollege **Sander** sagte, auch er sei mit der Art der Durchführung der Wahl nicht einverstanden gewesen, er sei jedoch der Auffassung, daß die Entschließung des A.A. dieser Kritik gerecht werde. Er appellierte an die Kollegen *Becker* und *Zeidler* auf die Abstimmung ihrer Anträge im Interesse einer Zusammenarbeit zu verzichten, da die Abstimmung erhebliche Bitterkeit hinterlassen würde.

Schluß der Aussprache

In seinem Schlußwort sagte der Kollege **Gottfurcht** zum Teil 1 der Entschließung des A.A., daß dort die Kritik am Wahlverfahren aufgenommen worden sei, die den Kernpunkt der Anträge der Kollegen *B[ecker]* und *Z[eidler]* bildet. Da mit dem 2. Teil der Entschließung die Versammlung einverstanden sei, bilde die Entschließung des A.A. eine Basis, auf der sich die Versammlung einigen könnte. Er fordere darum die Kollegen *Z[eidler]* u. *B[ecker]* auf, auf Abstimmung ihrer Anträge zu verzichten.

Der Kollege **Becker** zieht seinen Antrag zurück sowie auch den des Kollegen *Zeidler*. Er stellte einen Ergänzungsantrag zur Entschließung des A.A.: Neuwahlen sollen nach Erstattung des Halbjahresberichtes stattfinden.

Hans **Jahn** appellierte an den Kollegen *Becker*, seinen Ergänzungsantrag zurückzuziehen.

Der Kollege **Becker** bestand darauf, über den Ergänzungsantrag abzustimmen.

Der Kollege **Jahn** erklärte, der Ergänzungsantrag sei geschäftsordnungsmäßig nicht mehr zulässig, da er nach Abschluß der Aussprache eingebracht worden sei. Im Interesse der Zusammenarbeit wolle er jedoch nicht strikt an der Geschäftsordnung festhalten und darum der Versammlung die Frage zur Abstimmung vorlegen: »Soll über den Ergänzungsantrag des Kollegen *Becker* abgestimmt werden?«

Ergebnis der Abstimmung: 41 Ja, 45 Nein.

6 Gemeint ist die Versammlung vom 17.1.43.

7 Wolfgang Nelki, geb. 11.6.1911, Zahntechniker, ab 1927 Vorsitzender der Ortsgruppe Berlin und Mitglied der Reichsleitung des sozialistischen Schülerbundes, 1933 Emigration nach Belgien, 1939 nach Großbritannien.

In der darauffolgenden Abstimmung wurde die Entschließung des Arbeitsausschusses einstimmig angenommen.

Der Kollege **Jahn** schloß die Versammlung.

London, März 1943.
Gottfurcht

DOKUMENT 229

19./20. 6. 1943: Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien: Die Gewerkschaften im neuen Deutschland

AdsD, DGB-Archiv, Nl. W. Hansen XXI. Hektographierte Maschinenschrift. Original wie Überschrift.[1]

Kollege Hans *Gottfurcht* hat auf der Wochenend-Konferenz der Landesgruppe am 19. und 20. Juni 1943[2] ein Referat gehalten, dessen wesentlicher Inhalt hiermit in Stichworten bzw. in abgekürzter Form zusammengefaßt wird.

Abschnitt I:[3] *Die Gestaltung der Gewerkschaften*

1. Die Liquidierung der Arbeitsfront

a) Die Organisation selbst ist total aufzulösen. Das Arbeitsfrontpersonal ist für unfähig zu erklären, Funktionen in der Gewerkschaftsbewegung oder im öffentlichen oder sozialen Dienst zu bekleiden. Es muß jedoch der Versuch gemacht werden, Karteien, Registraturen, technische Unterlagen etc. zu retten.

b) Die Wirtschaftsunternehmungen, die heute der Arbeitsfront unterstehen, sind in den Besitz der Gewerkschaften oder der früheren Eigentümer (Beispiele: Parteien, Genossenschaften) zurückzuführen. Sie mögen auch in eine solche neue Verwaltung überführt werden, die sich aus einer etwa entstandenen neuen Wirtschaftsverfassung fortschrittlicheren Charakters ergibt.

1 Der Text enthält einige z.T. unleserliche Anmerkungen von W. Heidorn [W. Hansen]. Der vorliegende Text ist abgedruckt in: Landesvertretung der deutschen Gewerkschaften. Landesgruppe Schweden, Rundbrief Nr. 10, Sept. 1943; vgl. hierzu auch Hans Gottfurcht »Entwurf einer programmatischen Erklärung der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien«, London Ende Jan. 1943, dazu das Schreiben von W. Heidorn [W. Hansen] an Hans Gottfurcht, 5.4.1943 und Anlage »Zum Entwurf einer Prinzipienerklärung der Landesgruppe«; ebd. Nl. Hansen XXI; vgl. ferner den Programmentwurf »Fassung vom 25.11.1942, in: ebd., Nl. Hans Gottfurcht.

2 Zur Wochenendkonferenz vgl. auch Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien. Die Tätigkeit der Landesgruppe im Jahre 1943, London o. J., S. 4f.

3 Zu Abschnitt 1 vgl. Dok.227; ferner Hans Gottfurcht, The Trade Unions in a new Germany. Some observations on the problem of economic and social reconstruction of Germany and the recreation of the Trade Union Movement, London February 1944; vgl. auch W. Heidorn (Anm.1): »Die Landesgruppe lehnt jede Art von Zwangsgewerkschaft ab und tritt darum auch für vollständige Liquidierung der Deutschen Arbeitsfront ein. Diese Organisation kann weder in ihrer Organisationsform noch in ihren Methoden als Grundlage für den gewerkschaftlichen Neuaufbau dienen. Dieser Neuaufbau muß von unten, unter der lebendigen und freiwilligen Mitarbeit der Arbeiterschaft erfolgen. Es wird eine der wesentlichen Aufgaben einer neuen deutschen Gewerkschaftsbewegung sein, organisatorische und sonstige Sicherungen dafür zu schaffen, daß diese lebendige Mitarbeit ihrer Mitglieder nicht wieder von einem bürokratischen Apparat erstickt wird. Von der aktiven Teilnahme der Mitglieder am Leben und an den Aufgaben der Organisation wird es vor allem abhängen, ob die Gewerkschaftsbewegung zu einem wichtigen Faktor in einem neuen freien und fortschrittlichen Deutschland [werden, i.O. »sein«] wird«. Biographische Angaben siehe in Mielke, Quellen VI, S. 381.

2. Die Periode des Übergangs[4]

a) Verschiedenartige Bestrebungen werden – wahrscheinlich gleichzeitig – in Erscheinung treten:

aa) die spontane Bildung gewerkschaftlicher Keimzellen in den Betrieben etc., in anderen Worten: der Anfang des Neuaufbaus von unten her.

ab) der Versuch der Wiederaufrichtung einer Zentralstelle des Organisationslebens. Das kann gegensätzlich zu aa) sein, muß aber nicht. Dieser Versuch von oben her mag sich treffen, er mag aber auch im Widerspruch stehen zu dem Aufbau von unten.

ac) der Versuch von außen her, d.h. die Einführung gewerkschaftlicher oder gewerkschaftsähnlicher Einrichtungen durch und in Abhängigkeit von Besatzungsbehörden.

ad) das Problem der Einfügung der in der Emigration geleisteten sachlichen und organisatorischen Vorbereitungsarbeiten.

b) wir haben zu fordern:

ba) eine Mitwirkung von Ausländern kann und soll nur die Mitwirkung ausländischer Gewerkschafter sein, deren Autorität hergeleitet ist von internationalen gewerkschaftlichen Stellen. Diese Mitwirkung ausländischer Gewerkschafter oder – in anderen Worten – die Internationalisierung des Gewerkschaftsproblems beschränkt sich keineswegs nur auf den Wiederaufbau der Gewerkschaften in Deutschland. Wir glauben, daß entweder überall freie Entfaltung möglich oder in vielen Ländern internationale Hilfe notwendig ist. Von einer Besatzungsbehörde geschaffene Gewerkschaften sind so wenig Gewerkschaften, wie etwa die Arbeitsfront. Dies hat nichts zu tun mit dem selbstverständlichen Kontrollrecht solcher (ausländischer und deutscher) Stellen, denen die Verantwortung für die restlose Liquidierung des Nazi-Staates und seiner Einrichtungen übertragen wurde.

bb) die engste Zusammenarbeit der Betriebsgruppen (siehe oben unter 2a), aa).) mit solchen heimkehrenden Emigranten, deren Mitwirkung am Wiederaufbau sachlich und personell erforderlich ist. Wir gehen davon aus, daß die Betriebsgruppen in der Periode des Wiederaufbaus mindestens zum Teil identisch sein werden mit den illegalen Gruppen der Nazi-Zeit.

bc) die Bildung einer – wenn auch nur provisorischen – zentralen Leitung auf demokratischer Grundlage. Die Hilfe der internationalen Gewerkschaftsorganisation wird hierbei unvermeidliche Lücken im ersten Aufbau überbrücken müssen.

3. Der neue Gewerkschaftsbund[5]

Wir erstreben:

a) eine einheitliche Organisation, nicht Aufspaltung in »Richtungen«;

b) volle Koalitionsfreiheit, keinen Organisationszwang;

c) verantwortliche Mitwirkung in Staat, Verwaltung und – insbesondere – in der Selbstverwaltung, jedoch nicht die Rolle als Träger von Staatsfunktionen (etwa Sozialversicherungsagenturen);

d) die Organisierung nach dem Grundsatz der Industrieverbände, mit der Einschränkung, daß Berufsverbände daneben für solche Berufe bestehen können, die sich für industrieweise Zusammenfassung nicht eignen;

e) die Einfügung früher nicht gewerkschaftlich erfaßter Berufe;

4 Vgl. hierzu auch Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien, Arbeitsgemeinschaft, Organisationsfragen, Veranstaltungsbericht 28.4.1943, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht.

5 Vgl. Dok. 227.

f) die Zusammenfassung von Arbeitern, Angestellten und Beamten in einer Säule, eine gesunde Unterteilung aller Gliederungen, eine optimale Größe aller Gliederungen, die die Bewältigung der Arbeit durch ehrenamtliche Funktionäre möglich läßt;

g) eine gesunde Abgrenzung der Funktionen des ehrenamtlichen Funktionärs von denen des Angestellten. Schwergewicht des ehrenamtlichen Funktionärs soll nicht eine Unterbewertung des Angestellten zur Folge haben.

4. Die internationalen Bindungen

Wir erstreben:

a) einen Weltbund der Gewerkschaften, der eine einheitliche Internationale verkörpern soll, und zwar in folgender Hinsicht:

aa) der IGB und die Berufsinternationalen sollen ihm angehören,

ab) die russischen Gewerkschaften gehören ebenso notwendig in diese Organisation wie die amerikanischen,

ac) die Gewerkschaften der Kolonialvölker gehören in diesen

Weltbund; Rassenfragen dürfen in der Gewerkschaftsbewegung keinen Platz haben.

b) ein aktionsfähiges und mit weitgehenden Machtmitteln ausgestattetes internationales Arbeitsamt.

Abschnitt II: Die Beziehungen der Gewerkschaften

5. Gewerkschaften und Staat[6]

a) Unabhängigkeit der Gewerkschaften in jeder Staatsform.

b) Die Vertretung der Tagesinteressen der Mitglieder – Lohnpolitik, Tarifverträge, Arbeitsrecht, Wirtschafts- und Sozialpolitik bleibt auch dann eine Notwendigkeit, wenn der kapitalistische Eigentümer durch den Staatsbeauftragten oder Manager eines sozialisierten Betriebes ersetzt worden ist.

c) Im fortbestehenden kapitalistischen Staat dagegen ist es die Aufgabe der Gewerkschaften, auf dem Boden des Klassenkampfes für die Umgestaltung der kapitalistischen Eigentumsordnung im Sinne sozialistischer Lösungen zu kämpfen.

d) Wir übernehmen die Definition von Leopold *Franz* in »Die Gewerkschaften in der Demokratie und im Faschismus« (Graphiaverlag Karlsbad 1935). Hiernach ist das Wesen der Gewerkschaften als ein doppeltes zu definieren: »Das Lebensniveau ihrer Mitglieder und damit der Arbeiterklasse zu erhöhen, und die Idee der Befreiung der Arbeiterklasse zu verwirklichen, d.h., den arbeitenden Menschen von den Fesseln der Eigentumsherrschaft zu befreien und die Herrschaft des Eigentums über den Menschen durch die Herrschaft des Menschen über das Eigentum zu ersetzen«.

e) Das Verhältnis der Gewerkschaften zum Staat wird also bestimmt sein von der Erfüllung oder teilweisen Erfüllung dieser Forderungen.

f) aa) Im Kapitalismus steht die kämpferische Aufgabe der Gewerkschaften im Vordergrund und Mittelpunkt;

ab) in der Übergangsperiode ist die Sicherung der Rechte der Arbeitnehmer, die Teilnahme an Kontrollinstanzen, ergänzende Hauptaufgabe neben der Teilnahme am revolutionären Kampf;

ac) Im sozialistischen Staat hat die Einfügung gewerkschaftlicher Vollmachten (ohne Beeinflussung der Ziffer a) in die den Staat beherrschende Maschinerie der Arbeiterbewegung zu erfolgen.

6 Vgl. Dok. 226.

6. Gewerkschaften und Parteien

a) Im Falle eines fortschrittlich demokratischen, aber immer noch kapitalistischen Deutschlands, ist mit dem Bestehen von mindestens einer sozialistischen Partei, mit dem möglichen Bestehen einer kommunistischen Partei, mit dem sicheren Bestehen einer bürgerlich-demokratischen Partei und mit dem wahrscheinlichen Bestehen einer oder mehrerer (möglicherweise getarnter) reaktionärer Parteien zu rechnen.

b) Ich bin nicht der Meinung, daß das englische System für uns annehmbar ist, d.h., ich bin nicht der Meinung, daß die politische Partei der Linken im wesentlichen Ausdruck und Instrument der Gewerkschaftsbewegung sein soll. Ich glaube vielmehr, daß die Dreiteilung der Bewegung in Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft und die organisatorische Selbständigkeit der drei Zweige wiederhergestellt werden soll. Anzunehmen vom englischen System wäre die Schaffung eines übergeordneten Zentralorgans der Arbeiterbewegung, wie hier das National Council of Labour.[7] Mit der Schaffung einer solchen Einrichtung wäre unser Problem zum Teil gelöst.

c) Parteien und Gewerkschaft werden mutmaßlich bezirklich und regional aufgegliedert sein. Zweckmäßigerweise sollten diese Aufgliederungen für alle politischen und organisatorischen Zwecke gleichartig sein (Beispiel aus der Weimarer Republik: die 13 Landesarbeitsämter). In den leitenden Körperschaften der sozialistischen Partei dieser politischen Einheiten sollte die Gewerkschaft vertreten sein. Ebenso sollte die Partei ihre Vertreter in den korrespondierenden gewerkschaftlichen Gliederungen haben. Sollten diese Einteilungen so erfolgen, daß sie mit dem Geltungsbereich gesetzgebender Körperschaften übereinstimmen (Reichstag, Landtage, Provinziallandtage etc.), dann müßte auch die Gegenseitigkeitsvertretung entsprechend erfolgen.

d) Die Frage entsteht, wie beim Vorhandensein einer einheitlichen Gewerkschaft, deren Interessen in bürgerlich-demokratischen, katholischen und/oder kommunistischen Parteien gewahrt werden kann. Es ist anzunehmen, daß das Schwergewicht immer bei der sozialistischen Partei liegen wird. Immerhin muß erörtert werden, wie ein wesentlich loseres Vertretungssystem auch zwischen anderen Parteien und der Gewerkschaft möglich ist.

e) Es soll hier nicht auf die Funktionen von Partei und Gewerkschaft eingegangen werden, es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß die Zusammenarbeit einem Hauptzweck zu dienen hat, daß nämlich kein Parteibeschluß möglich sein darf, der in das Interessengebiet der Gewerkschaften eingreift, ohne sie zu befragen und mit entscheiden zu lassen und umgekehrt.

f) Das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft im sozialistischen Staat unterscheidet sich nur insofern, als die Zahl der Parteien kleiner, das Bestehen mehrerer Arbeiterparteien unwahrscheinlich und der politische Einfluß von Partei und Gewerkschaft stärker ist. Grundsätzlich muß die Unabhängigkeit bestehen bleiben.

Abschnitt III. Das Programm der Gewerkschaften

Vorbemerkung :

Die folgenden Abschnitte stellen das vorläufige Beratungsergebnis dar, zu dem der Arbeitsausschuß nach ausführlichen Erörterungen gekommen ist. Das Ziel der Beratungen ist die Erarbeitung einer programmatischen Stellungnahme der Landesgruppe gewesen. Die folgende Formulierung ist nicht endgültig, sie stellt im allgemeinen die Auffassung der Mitglieder des Arbeitsausschusses dar, ohne daß eine Bindung an den

7 Das National Council of Labour (Bezeichnung seit 1934, 1905 als Joint Council gegründet) war ein Koordinationsgremium zwischen TUC und Labour Party.

Wortlaut bereits erfolgt sei. In einigen Punkten sind die Beratungen noch nicht abgeschlossen, es bestehen sogar noch verschiedenartige Auffassungen. Soweit möglich, ist dies an den entsprechenden Stellen kenntlich gemacht worden.

Die folgenden Abschnitte haben aber dem Referenten als Grundlage für den letzten Teil seines Referats gedient. Das ist der eine Grund, warum wir sie in diese Niederschrift aufnehmen; der zweite und wichtigere Grund dagegen ist, daß wir unsere Mitarbeiter bitten, sich zustimmend oder kritisch zu äußern.

Es liegt in der Natur der Entstehungsgeschichte der nachfolgenden Niederschrift, daß in ihr einige Dinge noch einmal behandelt werden, die auch in den vorstehenden Kapiteln des Referates schon Erwähnung fanden.

7. Einige Feststellungen und Mindestforderungen – Entwurf einer programmatischen Stellungnahme[8]

a) Die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter hält den Zeitpunkt für gekommen, zu einer Reihe von wichtigen Problemen sowohl der Kriegsliquidierung als auch der folgenden Wiederaufbauperiode Stellung zu nehmen. Sie hofft so, zum Verständnis für die besonderen deutschen Probleme beizutragen und die Wege für eine fruchtbare internationale Zusammenarbeit ebnen zu helfen.

b) Bei ihrer Stellungnahme sieht die Landesgruppe davon ab, die Ursachen der jahrzehntelangen Krisen und die dadurch erzeugten Unruheherde unter dem Gesichtspunkte nationalen und internationalen Geschehens im einzelnen aufzuzeigen.[9] Sie beschränkt sich bewußt darauf, mit einigen Sätzen (stichwortartig) die deutschen Verhältnisse (die ›deutsche Frage‹) zu behandeln. Die Beschränkung hierauf bedeutet nicht, daß die Landesgruppe sich nicht der internationalen Verflechtung der deutschen Verhältnisse bewußt ist.

c) Die Landesgruppe erstrebt[10] – als Teil der deutschen Arbeiterbewegung – die sozialistische Wirtschaft.[11] (Anmerkung: Es bestand Einmütigkeit darüber, daß das Ziel der Gewerkschaftsbewegung die sozialistische – und Gemeinwirtschaft ist. Es unterlag auch keinem Zweifel, daß die gewerkschaftlichen Kämpfe sich stets auf dem Boden des Klassenkampfes vollzogen haben. Es wurde jedoch geltend gemacht, daß die angestrebte Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung eine entsprechende Programmformulierung nötig machen würde). Als zwingende Voraussetzung hierfür sowie für jeden Wiederaufbau muß die internationale Zusammenarbeit im weitesten Umfange gesichert sein. (Andere Anregung für die Formulierung dieses Satzes: «... soll die internationale Zusammenarbeit im weitesten Sinne angestrebt werden«). Für die Lösung der deutschen Verhältnisse lehnt die Landesgruppe alle Methoden und

8 Punkt 7 a-h ist weitgehend identisch mit dem [Programmentwurf] »Fassung vom 25.11.1942«; der gesamte Punkt 7 entspricht inhaltlich weitestgehend dem »Entwurf einer programmatischen Erklärung der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien« von Januar 1943, beide in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht.

9 Vgl. hierzu Dok. 225.

10 In der »Fassung vom 25.11.1942« heißt es hier ergänzend »getreu der Vergangenheit der deutschen Gewerkschaften«. Die folgende Anmerkung fehlt in diesem Text.

11 Diese Formulierung – »sozialistische Wirtschaft« – geht W. Hansen »zu weit, vor allem, wenn wir wirklich eine Einheitsgewerkschaft wollen«. Er schlägt folgende Formulierung vor:
»Die Landesgruppe erstrebt die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Religion oder Parteizugehörigkeit dürfen nicht wieder zur Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung führen. Religiöse und parteipolitische Neutralität sind darum die unabdingbaren Voraussetzungen einer neuen deutschen Gewerkschaftsbewegung.«

Einrichtungen ab, die der Aufrechterhaltung oder Ausbreitung des Imperialismus zweckdienlich sein können.[12]

d) Im Kampfe um seine Aufrechterhaltung bedient sich der Kapitalismus des Nationalsozialismus und Faschismus, die somit zur typischen Ausdrucksform des wirtschaftlichen und politischen Imperialismus werden. Die deutschen Gewerkschafter lehnen imperialistische Methoden als Inhalt deutscher Politik entschieden ab. Ebensowenig darf das Deutschland der Zukunft Gegenstand internationaler imperialistischer Ausbeutung sein.[13] Nach Auffassung der Landesgruppe wäre es eine Illusion, anzunehmen, daß der Übergang Deutschlands vom nationalsozialistischen Willkürstaat zum Rechtsstaat und zur Teilnahme an einer Zusammenarbeit der Völker sich ohne Erschütterung vollziehen könnte. (Anmerkung: Die Anregung liegt vor, hier einzufügen: »Deutschland wird sich in der Übergangszeit zweifellos in einer revolutionären Situation befinden«).[14] Dann weiter: Eine vollständige und rücksichtslose Umwälzung seiner inneren Verhältnisse ist notwendig, um eine dauerhafte Gesundung Deutschlands herbeizuführen. Darüber hinaus ist eine grundsätzliche Umgestaltung der deutschen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung die beste Sicherheitsgarantie für Deutschlands Nachbarländer. Wie sich auch die Verhältnisse in den übrigen europäischen Staaten entwickeln mögen, radikale Umgestaltungen werden sich schon von internationalen Gesichtspunkten her als notwendig erweisen. Gewisse nationale Hoheitsrechte werden internationalen Einrichtungen, mögen sie föderativen oder anders gearteten Charakters sein, untergeordnet werden müssen.[15] Insbesondere werden der völlig veränderten wirtschaftlichen und sozialen Struktur entsprechend, Fragen der Wirtschaft, des Handels, des Verkehrs, der Finanzen, der Versorgung mit Rohstoffen etc., insbesondere soweit sie über den nationalen Rahmen hinausgehen oder in internationale Zusammenhänge eingreifen, zwischenstaatlichen Regelungen vorbehalten bleiben müssen.[16] Die Regelungen dürfen nicht wieder der Privatinitiative überlassen bleiben, sondern müssen zum Gegenstande überstaatlicher Planung im Interesse des Gemeinwohls der Völker gemacht werden.

e) Ausgangspunkt aller politischen Betrachtungen können nur die Grenzen der Vor-Hitlerzeit sein.

(Es ist angeregt worden, hier anzufügen: «... unbeschadet etwaiger später sich vollziehender Änderungen aufgrund des von der Atlantikcharta anerkannten Selbstbestimmungsrechts der Völker«).[17]

Eine Aufteilung Deutschlands, etwa in eine Anzahl selbständiger Einzelgebilde oder Kombinationen ähnlicher Art lehnt die Landesgruppe ab. Hierdurch würde nicht der Kern des Problems berührt werden; im Gegenteil, neue und verbreiterte Unruheherde müßten entstehen.

f) Zur Herbeiführung geordneter deutscher Verhältnisse ist unumgänglich notwendig

12 In der Fassung vom 25.11.1942 heißt es ergänzend: »Denn im Imperialismus sieht sie die Bedrohung des Friedens der Völker, die Vorbereitung neuer Krisen und Kriege und die Verhinderung jedes sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Fortschritts der Menschheit«.

13 Dieser Satz fehlt in der Fassung vom 25.11.1942.

14 Die Anmerkung entspricht der Fassung vom 25.11.1942.

15 Vgl. ebd. Dort heißt es ergänzend: »Politische Grenzen werden ihre alte Bedeutung behalten für kulturelle und traditionelle Probleme«.

16 Vgl. hierzu Dok. 225.

17 Der Zusatz in der Klammer entspricht der Fassung vom 25.11.1942.

fa) der kompromißlose Kampf bis zur völligen Vernichtung des Nazismus und die dauernde Beseitigung des militärischen Apparates,

fb) die Durchführung von Maßnahmen, durch die diejenigen Personen zur vollen Verantwortung gezogen werden, die als geistige und reale Triebkräfte der Aggression zu betrachten sind und die die innerhalb und außerhalb Deutschlands begangenen Verbrechen veranlaßt oder durchgeführt haben,

fc) die weitgehende Rückgängigmachung geschaffener Rechtsungleichheiten sowie die Wiederherstellung geraubter politischer Rechte und sonstiger öffentlich-rechtlicher Ansprüche, (Es wurden Zweifel über die Zweckmäßigkeit der Einfügung des Satzes fc) geäußert).

fd) die Schaffung von Gesetzen, die jede politische Betätigung und Bekleidung öffentlicher Ämter durch Amtsträger der nationalsozialistischen Bewegung und Angehörige ihrer militärischen Gliederungen unmöglich machen.[18]

g) Die deutschen Gewerkschafter glauben, ihre Aufgaben erfolgreich nur lösen zu können als aktive Mitträger einer starken internationalen Gewerkschaftsbewegung, die für die arbeitende Menschheit eine fortschrittliche Gestaltung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen erstrebt. In einem neuerstandenen, weltweiten internationalen Gewerkschaftsbund und in einem seinen umfassenden Aufgaben entsprechend umgestalteten internationalen Arbeitsamt sieht die Landesgruppe die gegebenen Instrumente der Zusammenarbeit.

h) Schon der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft setzt das sofortige Vorhandensein wirtschaftlicher Organisationen der Arbeitnehmer voraus. Spätestens mit dem Augenblick der Vernichtung des Nazismus muß damit begonnen werden, den gewerkschaftlichen Unterbau neu zu legen, um die aktive Mitwirkung der Arbeitnehmer zu gewährleisten. Aufgrund der gemachten Erfahrungen kann der Träger der Interessen der Arbeitnehmerschaft nur eine von staatlichen, weltanschaulichen und privaten Einflüssen unabhängige Organisation sein, die auf den anerkannten gewerkschaftlichen Prinzipien aufbaut und die Sicherheit dafür bietet, daß die notwendige internationale Zusammenarbeit gewährleistet ist.

i) Die Landesgruppe hält danach als erste Maßnahmen für den Wiederaufbau die Durchführung der folgenden Grundsätze innerhalb Deutschlands für notwendig:[19]

ia) Der Boden und die Bodenschätze sind als Gemeingut des Volkes zu erklären.

ib) Die Schlüsselindustrien (Kohle, Erze, Mineralien etc.) sind ihres privatwirtschaftlichen Charakters zu entkleiden.

ic) Alle nachfolgenden Stufen der Erzeugung und Verteilung sollen, soweit ihre privatwirtschaftlichen Tendenzen den gemeinwirtschaftlichen Interessen entgegenstehen, mit Hilfe einer gemeinwirtschaftlich orientierten Wirtschafts-, Verkehrs-, Zoll- und Finanzpolitik beeinflußt werden.

id) Die Reste der Privatwirtschaft im Versorgungsgewerbe (Gas, Wasser, Elektrizität) und im Verkehrswesen sind zu beseitigen.

ie) Das gesamte Kreditwesen und das Versicherungsgewerbe sind unter eine staatliche Kontrolle zu bringen, die ihren Dienst an der Gemeinwirtschaft sicherstellt.

18 Die Punkte fc und fd fehlen in der Fassung vom 25.11.1942.
19 Vgl. zu den folgenden Forderungen Dok. 225.

if) Monopole, Kartelle und sonstige produktions- oder marktregelnde Zusammenfassungen sind unter eine Kontrolle zu bringen, die ihre Anpassung an den Charakter der neuen Wirtschaft sicherstellt.

ig) In der Landwirtschaft sind die kleinbäuerliche Betriebsform und das Genossenschaftswesen zu fördern. Der Großgrundbesitz ist restlos aufzuteilen. (Herstellung der optimalen Betriebsgröße).

ih) Träger der Wohnungsbauwirtschaft sollen ausschließlich gemeinnützige Baugenossenschaften sein.

ii) Das Gesundheits- und Medizinalwesen ist zum sozialen Dienst am Volke umzugestalten. Nur öffentliche Körperschaften sollen Krankenhäuser, Kliniken, Sanatorien, Erholungsheime etc. betreiben dürfen. Ärzte, Apotheker sowie alle im Gesundheits- und Medizinalwesen tätigen Personen sind in den öffentlichen Dienst zu überführen. Die Herstellung und der Vertrieb von Heil- und Arzneimitteln sind ihres privatwirtschaftlichen Charakters zu entkleiden.

ik) Die Steuergesetzgebung ist progressiv zu gestalten unter Schonung der wirtschaftlich Schwachen. Kopfsteuern sind zu vermeiden, indirekte Steuern auf ein Mindestmaß zu beschränken. Arbeitsloses Einkommen bzw. arbeitsloser Vermögenszuwachs sowie Luxusverbrauch sind besonders scharf zu erfassen.

il) Das Arbeitsrecht hat die Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie herzustellen, die Arbeitskraft zu schützen und das Recht auf Arbeit zu gewährleisten. Soweit das Recht auf Arbeit wegen Erwerbsunfähigkeit oder aus von der Person unabhängigen Gründen nicht befriedigt werden kann, ist durch die vereinheitlichte Sozialversicherung eine ausreichende, von Bedürftigkeit unabhängige Versorgung sicherzustellen. Die Leistungsfähigkeit der Sozialversicherung ist sofort wieder herzustellen, ihre Selbstverwaltung zu gewährleisten. Die Aufbringung der erforderlichen Mittel hat zu einem wesentlichen Teile aus Staatseinnahmen zu erfolgen, die insbesondere eine Überhöhung der für die Sozialversicherung zu leistenden Beiträge verhindern sollen.

Das deutsche Arbeits- und Sozialrecht hat internationale Abkommen zu berücksichtigen und sich für weitgehende Gegenseitigkeit der Arbeits- und Sozialgesetzgebung einzusetzen.

im) Erziehung und Bildung dürfen nur und sollen jedem nach Maßgabe seiner Befähigung gewährt werden. Gemeinschaft und Familie haben bei der Durchführung dieses Grundsatzes zusammenzuwirken. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen hierfür sind durch Ausgleichs- und Unterhaltsbeihilfen zu schaffen.

Das Erziehungs- und Bildungswesen haben ebenso wie Theater, Film, Rundfunk, Presse und sonstiges Schrifttum von der Anerkennung der Menschenwürde auszugehen und auf der betonten Überlegenheit der Demokratie über totalitäre und autoritäre Systeme aufzubauen.

k) Für die Erfüllung dieser Forderungen ist eine vom Gedanken der Völkerversöhnung durchdrungene Demokratie und die Wiederherstellung des Rechtsstaates die Voraussetzung. Dies bedingt nicht nur die demokratische Regierungsform sowie die Beseitigung der Ideenwelt des Nazismus und die dauernde Entfernung seiner Anhänger in Rechtsprechung, Verwaltung und überhaupt jedem öffentlichen Dienst. Es müssen vielmehr darüber hinaus diese Funktionen vor der Wiederauslieferung an die Macht einzelner Klassen oder vor dem Mißbrauch durch diese bewahrt bleiben.

Die deutschen Gewerkschafter werden mit allen Mitteln an der Erreichung dieses Zustandes mitwirken. Sie wünschen das ihre zu tun, um ein für alle Mal den Frieden der Menschheit zu sichern und dem sozialen Fortschritt zu dienen.

London, Ende Juni 1943.

DOKUMENT 230

August 1943: Entwurf einer Resolution von Karl Becker zur Gründung des Nationalkomitees Freies Deutschland

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Maschinenschrift.[1]

Die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien erblickt in der Gründung des »Nationalkomitees Freies Deutschland« in Moskau eine Initiative von weittragender Bedeutung auf dem Wege zur Niederringung des Hitler-Reiches und zur Errichtung einer neuen, freiheitlichen Deutschen Republik.

Die Landesgruppe sieht in dieser Schaffung, die sich notwendigerweise auf die auf dem Gebiete der Sowjetunion vorhandenen antinationalsozialistischen Kräfte beschränken mußte, eine konsequente Fortentwicklung des Gedankens, den *Stalin* eindeutig verkündet hat, daß dieser Krieg gegen Hitler-Deutschland geführt wird und daß es töricht und kurzsichtig wäre, das gesamte deutsche Volk, insbesondere die Millionen der früher gewerkschaftlich und politisch organisierten deutschen Proletarier, in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft mit dem verbrecherischen, kriegsschuldigen Regime des Dritten Reiches zu identifizieren und zu diffamieren.

Die Landesgruppe würde ihre moralische Existenzbasis als Zusammenfassung deutscher Emigranten, die für den Triumph der Vereinigten Nationen gegen den internationalen Faschismus in allen seinen Formen kämpfen, preisgeben, wenn sie es nicht begrüßte, daß damit zum ersten Male eine führende alliierte Macht die deutsche militante Emigration als politischen Faktor und als aktiven Bundesgenossen offiziell anerkannt hat.

Die Landesgruppe, die in dem 20-jährigen Freundschaftsbündnis zwischen Großbritannien und der Sowjetunion den stärksten Garanten für den Sieg und für einen gerechten, vernünftigen und dauernden Frieden erblickt, hofft, daß die von der Sowjetunion ermöglichte Initiative entsprechende Auswirkungen in den alliierten Ländern des Westens auslösen wird, namentlich im Sinne eines direkten Einsatzes der deutschen Antifaschisten für den Endsieg und für die Errichtung einer neuen, besseren, friedlichen Welt.

In dieser neuen Welt wird es keinen Raum geben dürfen für die militaristischen, schwerindustriellen und großagrarischen Kräfte, die sich zu Mitschuldigen an den Verbrechen gemacht haben, die das Hitler-Regime in Deutschland und ganz Europa aufgehäuft hat.

Die Landesgruppe hofft, daß in naher Zukunft eine anerkannte Vertretung der deutschen antifaschistischen, politischen und gewerkschaftlichen Emigration in Großbritannien in der Lage sein möge, die vom »Nationalkomitee Freies Deutschland«[2] in Moskau eingeleitete Arbeit vom Westen her ergänzend aufzunehmen und mit diesem eng und einträchtig zusammenzuwirken, gestützt auf gleichgerichtete Bestrebungen und Ziele der verbündeten Regierungen in London und Moskau sowie der demokratischen Vertretungen der übrigen Völker des europäischen Kontinents.

[Karl Becker][3]

1 Ohne Datum und ohne Angabe des Autors. Die Autorenschaft ergibt sich aus dem Brief von W. Eichler an Hans Gottfurcht, 30.8.1943, vgl. Dok. 232.

2 Zum Nationalkomitee vgl. Bodo Scheurig (Hrsg.), Verrat hinter Stacheldraht? Das Nationalkomitee »Freies Deutschland« und der Bund Deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943–1945, München 1965.

3 Karl Becker (3.9.1896–5.12.1961), Schmied, ab 1919 DMV-Mitglied, ab 1923 Betriebsrat, 1933 Emigration in die CSR, 1939 über Polen nach Großbritannien, Juni 1940 – Januar 1942 interniert, 1941–45 Mitglied des Exekutivkomitees der Bergarbeiter-Internationale, 1943 (oder 1944?) –1945 Ausschuß-Mitglied der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien, ab 1946 Gewerkschaftsfunktionär der IG Bergbau in Gelsenkirchen bzw. Bochum, Januar 1949 – Dezember 51 Sekretär in der Hauptverwaltung der IG Bergbau; KPD, 1930–33 MdR. Vgl. auch Dok. 92, Anm. 1.

DOKUMENT 231

25. 8. 1943: Entwurf einer Stellungnahme der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien zum Nationalkomitee Freies Deutschland

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Maschinenschrift. Überschrift:«Entwurf.«[1]

Die Landesgruppe d[eutscher] Gew[erkschafter] in G[roß]B[ritannien] hat seit ihrer Gründung den Standpunkt vertreten, daß Voraussetzung für den Wiederaufbau eines freien und demokratischen Deutschlands die restlose Zerstörung des nationalsozialistischen und militärischen Machtapparates und die Beseitigung der ökonomischen Wurzeln und Hintergründe dieser Ausdrucksformen sind.[2]

Von dem Bewußtsein und der Erkenntnis durchdrungen, daß diese Ziele nicht ausschließlich mit militärischer Kraft erkämpft, sondern auch mit politischer Kriegsführung gesichert werden müssen, hat die Landesgruppe stets dargelegt, daß nur die Zusammenwirkung von militärischen Erfolgen gegen Nazi-Deutschland und die Ermutigung und Steigerung des Widerstandes der Volksmassen gegen das Hitler-Regime innerhalb Deutschlands, den endgültigen Sieg einer totalen Demokratie zu verbürgen vermögen.

Obwohl die Auffassungen über die zahlenmäßige Stärke und die Kampfkraft der Widerstandskräfte innerhalb Deutschlands weit auseinandergehen, besteht doch in unseren Reihen Übereinstimmung darüber, daß eine innere Opposition besteht, ohne Unterbrechung bestanden hat und daß es notwendig ist, die aktive Mitwirkung dieser Opposition sicherzustellen. Kräfte, die mehr als ein Jahrzehnt den Mut zur illegalen Arbeit besaßen, haben sich ohne Zweifel eine volle Berechtigung für den Anteil an den Wiederaufbauaufgaben erkämpft, sie haben ihre Qualitäten und ihre Charakterstärke unter Beweis gestellt. Wir haben unsere Aufgabe als gewerkschaftliche Emigration immer auch darin gesehen, dafür zu wirken, daß diese hervorragende Bedeutung und Funktion der Illegalen nicht übersehen wird. Wie weit also auch die Meinungen in Einzelfragen auseinandergehen mögen, volle Übereinstimmung besteht in der positiven Gesamteinstellung zu den bekannten Ausdrucksformen des inneren Widerstandes in Deutschland. Das Bewußtsein, daß bei weitem nicht alles bekannt wird, was an Widerstandsregungen vorhanden ist, läßt uns mit Vertrauen den weiteren Entwicklungsmöglichkeiten entgegen sehen. Dabei übersehen wir keinen Augenblick die große Verantwortlichkeit aller Teile des deutschen Volkes.

Der ideologische Charakter dieses Krieges bringt es mit sich, daß deutsche politische und gewerkschaftliche Flüchtlinge in den Ländern, die mit Nazi-Deutschland Krieg führen, ihre politische Vorbereitungsarbeit zu leisten vermögen. Während in Großbritannien und USA diese Arbeit sich noch innerhalb der Organisationen selbst abspielt, ist in der UdSSR ein Nationalkomitee »Freies Deutschland« ins Leben gerufen worden. Ohne unsere Augen vor der Tatsache zu verschließen, daß es sich

1 Im Anschreiben vom 25.8.1943 an die Mitglieder des Arbeitsausschusses heißt es: «In der gestrigen A[rbeits]-A[usschuß]Sitzung wurde beschlossen, daß ich allen Mitgliedern des Ausschusses den Entwurf einer Entschließung für die nächste Versammlung [31.8.] zustellen sollte. Abweichende Auffassung[en] sollen spätestens Montag früh in meinem Besitz sein«.

2 Vgl. z.B. Dok. 229.

hierbei nicht nur um die Ausdrucksform des Willens deutscher Flüchtlinge handeln kann, ohne zu übersehen, daß es sich bei dieser Gründung zugleich auch um die Bekundung und Betonung eines ausgesprochenen politischen Willens und Plans des Gastlandes handelt, wünschen wir darzulegen, daß wir in dieser Gründung ein Ereignis von höchster Bedeutung auch für das deutsche Volk und seine Zukunft sehen.[3] Die Landesgruppe glaubt nicht, daß es im gegebenen Augenblick ihre Aufgabe wäre, zu den Einzelheiten des Programms und der Komitee-Gründung Stellung zu nehmen. Ein Für und Wider wäre die unvermeidliche Folge. Auf solche Auseinandersetzungen kommt es jedoch im Augenblick nicht an. Wir haben uns darauf zu beschränken, die positiven Anzeichen zur Kenntnis zu nehmen.

Unser Bestreben und unsere Hoffnungen gehen dahin, in der deutschen politischen und gewerkschaftlichen Emigration in ihrer Gesamtheit, in welchen Ländern sie sich auch immer befinden möge, die Grundlagen zu schaffen für den Anteil am Wiederaufbau Deutschlands, gemeinsam mit den illegalen Kämpfern und in möglichster Übereinstimmung mit der Gesamtheit der Vereinten Nationen.[4]

DOKUMENT 232

30. 8. 1943: Willi Eichler zum Nationalkomitee Freies Deutschland

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Maschinenschrift. Eigenhändig unterzeichnet.

Lieber Gottfurcht,

ich komme eben von den Ferien zurück und sehe Deinen Entwurf[1] für eine Resolution des Arbeitsausschusses über das russische Nationalkomitee »Freies Deutschland«. Ich bin gegen jede Resolution über das Komitee und das heißt, auch gegen jede Empfehlung, wie vorsichtig und verwaschen sie auch ausgedrückt werden möge. Die ganze Resolution scheint mir daran zu kranken, daß sie mit einer langen Geschichte beginnt, statt klar und deutlich direkt zum Thema zu sprechen. Ich würde etwa vorschlagen zu sagen: Der Arbeitsausschuß hat die von dem Genossen *Becker*[2] eingebrachte Resolution erörtert und ist zu dem Entschluß gekommen, über sie nicht abstimmen zu lassen, da sie ein politisches Ereignis betrifft, über das jedes Mitglied innerhalb unserer Gewerkschaftsgruppe seine eigene Meinung haben kann und über das eine allgemeine Linie der Gewerkschaftsgruppe festzulegen sich bei dem Charakter der Gewerkschaftsarbeit von selbst verbietet.[3]

3 Dieser Absatz folgt bis dahin einem Vorschlag von H. Jahn, der in der »Grundtendenz« sich mit dem Resolutionsentwurf von Gottfurcht »einverstanden« erklärt (vgl. Brief vom 26.8.1943 an Hans Gottfurcht; in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht). Vgl. dagegen die Kritik von Anna Beyer in einem Brief an Hans Gottfurcht vom 29.8.1943: »Ich schlage also vor, den 4. Absatz (Der ideologische Charakter ...) so abzuändern, daß wir es ablehnen, zum Moskauer Komitee offiziell Stellung zu nehmen, weil uns solche Stellungnahme als Gewerkschafter nicht zukommt«, in: ebd., Nl. Hans Gottfurcht.

4 Zur Kritik dieser Stellungnahme vgl. Dok. 232.

1 Vgl. Dok. 231.

2 Vgl. Dok. 230.

3 Ähnlich auch die Stellungnahme von Anna Beyer in ihrem Brief vom 28.8.1943 an Hans Gottfurcht (in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. H. Gottfucht): »Wir müssen uns entschließen, entweder überhaupt abzulehnen, zum Moskauer Komitee Stellung zu nehmen, oder aber Stellung zu nehmen. Ich bin ja der Meinung, man sollte Stellung nehmen und zwar bis in die Einzelheiten und es ablehnen. Anscheinend werden wir uns jedoch im A[rbeits] A[usschuß] auf keine eindeutige Stellungnahme für oder wider einigen können. Dann müssen wir halt ablehnen und uns dazu äußern und diese Stellungnahme damit begründen, es sei nicht Aufgabe der Gewerkschaften, zu diesem politischen Geschehen offiziell Stellung zu nehmen.«

Abgesehen davon, daß ich das Moskauer Komitee für eine so schandbare Aktion halte, daß man sie eigentlich gar nicht ernst nehmen sollte und überhaupt nicht darüber sprechen, halte ich es für eine ausgesprochene Torheit, wenn unsere Landesgruppe, angeführt durch den Arbeitsausschuß, zu dieser Unverschämtheit auch noch zustimmend oder gar bewundernd Stellung nimmt. Ich möchte deshalb nicht verfehlen, mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß die Annahme einer Pro-»Freies Deutschland«-Resolution sehr wahrscheinlich eine organisatorische Spaltung unserer Gewerkschaftsgruppe bedeuten würde.

Hast Du die Rede gelesen, die Willi *Bredel*[4] am Moskauer Sender vor etwa 14 Tagen vorgelesen hat?

Mit besten Grüßen!
Dein Willi Eichler

DOKUMENT 233

Ende 1943: Die »Landesgruppe« zu Fragen der politischen Abgrenzung

Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien. Die Tätigkeit der Landesgruppe im Jahre 1943, London o. J., S. 3.

Fragen der politischen Abgrenzung standen wiederholt zur Erörterung. Die Zugehörigkeit der politisch geschulten Mitglieder zu den verschiedenen politischen Parteien und der politisch weniger Geschulten zu Organisationen wie Kulturbund und Freie Deutsche Jugend, machte gelegentliche Behandlungen des Problems der Abgrenzung der Tätigkeiten aller Organisationen unvermeidlich.[1] Wir haben die Auffassung vertreten, daß Beschlüsse politischer Organisationen nicht zum Gegenstand der Überprüfung, Abänderung oder Weiterentwicklung im Rahmen der Diskussionen der Landesgruppe gemacht werden können. Mit anderen Worten, wir haben es abgelehnt, Beschlüsse zu fassen, die den Versuch gemacht hätten, die eine oder andere politische Auffassung in der Landesgruppe zu überstimmen. Wir glauben, daß wir mit dieser Politik der Einheit in der Gewerkschaftsgruppe am besten gedient haben. Es liegt weder im Rahmen der Aufgaben der Landesgruppe, noch würde es ihren Zwecken dienen, wenn uns in irgendeiner Versammlung die »Überstimmung« der einen oder anderen politischen Auffassung gelingen würde. Die Mitglieder würden sich an einen solchen Beschluß nicht halten. Jedes Mitglied würde in politischen Fragen doch so handeln, wie es den Beschlüssen seiner politischen Organisation entspricht.

Noch weniger können wir den Versuchen folgen, die Beschlüsse des Kulturbundes[2] oder der FDJ oder anderer Organisationen ähnlicher Art auf die Landesgruppe übertragen wollen. Es handelt sich hier um Organisationen von Refugees, deren politische Ausrichtung viel zu allgemein ist. Die Folge ist, daß Organisationen dieser Art viele Dinge weniger grundsätzlich behandeln können als dies im Rahmen unserer Ver-

4 Willi Bredel (2.5.1901–27.10.1964), Dreher, Dockarbeiter, Seemann, seit 1930 Autor zahlreicher Romane, u.a. Maschinenfabrik N. und K., Rosenhofstraße, Die Prüfung, Der Spitzel; 1934 über CSR in die UdSSR, 1937 Spanien, 1938 Frankreich, 1939 UdSSR; ab 1917 Spartakusbund, 1919 KPD, nach 1946 SED.

1 Zur Diskussion innerhalb der Landesgruppe über ihre Haltung zum Nationalkomitee Freies Deutschland vgl. Dok. 230–232.

2 Der Kulturbund war bereits 1942 mehrfach Gegenstand von Diskussion im Arbeitsausschuß der Landesgruppe, vgl. [Protokoll] Arbeitsausschußsitzung 27. und 28.Juni 1942, ferner [Protokoll] A[rbeits] A[usschuß] 7.August 1942, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht.

pflichtungen als Gewerkschaftsgruppe liegt. Daß viele politisch ungeschulte Mitglieder diese Grenzen nicht sehen, ist bedauerlich. Wir müssen jedoch daran festhalten, daß die Landesgruppe eine selbständige Politik im Sinne internationaler gewerkschaftlicher Grundsätze zu führen hat.

Diese Überlegungen haben uns zu dem Beschluß veranlaßt, zwar in allen Ortsgruppen die Diskussion von politischen Tagesfragen nicht grundsätzlich auszuschließen, jedoch Beschlüsse, Resolutionen oder Abstimmungen hierzu unter keinen Umständen zuzulassen.

Die Abgabe politischer bindender Erklärungen ist ausschließlich Sache des Arbeitsausschusses.

DOKUMENT 234

Juni 1944: Sofortprogramm der Landesgruppe für die Arbeit im Jahre 1944

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Hektographierte Maschinenschrift. Original wie Überschrift.[1]

Nach den letzten politischen Ereignissen, insbesondere nach der Konferenz von Teheran [28.11.–1.12. 1943], besteht begründete Hoffnung, daß im Jahre 1944 die endgültige Vernichtung des Nationalsozialismus und aller mit ihm verbündeten reaktionären Elemente erfolgen wird.

Die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien ist entschlossen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften zu dem gemeinsamen Kampf der fortschrittlichen und freiheitsliebenden Völker und Gruppen beizutragen.

Im Interesse der Entwicklung des deutschen Volkes zu innerer und äußerer Freiheit darf der Sturz des Nationalsozialismus nicht nur durch die militärischen Erfolge der Alliierten, d.h. durch Einwirkungen von außen herbeigeführt werden, sondern auch durch die aktive Mitwirkung des deutschen Volkes. Das würde den Krieg abkürzen und unsägliche Opfer und Leiden ersparen. Mit dieser Erkenntnis befinden wir uns in Übereinstimmung mit den illegalen Kräften in Deutschland, mit denen wir uns eng verbunden fühlen. Von fortschrittlichem Geist und revolutionärem Willen und Bewußtsein getragen, haben diese illegalen Kämpfer zahllose Opfer gebracht. Sie waren bisher teils zu schwach und teils durch erfolgreiche Terrormaßnahmen daran gehindert, einen wirksamen Anteil zur Niederwerfung des Nationalsozialismus zu leisten.

1 Im AdsD, Nl. Walter Auerbach, T.1, Mappe 112 befindet sich ein inhaltlich identischer Entwurf vom 21.3.1944, der den Hinweis enthält: »Eine Kommission des Arbeitsausschusses hat in Beratungen mit drei kommunistischen Gewerkschaftskollegen eine Verständigung über eine Vorlage erzielt, die der Mitgliedschaft zusammen mit dem Entwurf einer Wahlordnung und Vorschlägen für die Durchführung der Wahl vorgelegt werden sollte.«
Zur Entstehung des Programms heißt es in einer Vorbemerkung:
»Das nachstehende, im Januar und Februar 1944 beratene Sofortprogramm ist in den Monaten März bis Mai 1944 in den Ortsgruppenversammlungen der Landesgruppe diskutiert worden. Die zur Vorberatung der Wahldurchführung eingesetzte Kommission hat in ihrer den Ortsgruppen unterbreiteten Vorlage den folgenden Beschluß empfohlen: ›Das vorgelegte Sofortprogramm der Landesgruppe wird grundsätzlich als Arbeitsbasis gebilligt. Die im Programm vorgesehenen Kommissionen werden sofort eingesetzt‹.« Quelle wie Kopfregest.
Einem weiteren inhaltlich übereinstimmenden Exemplar ist die Vorbemerkung vorangestellt: »Diesem Sofort-Programm ist in den Mitgliederversammlungen in London, Birmingham, Glasgow, Leeds und Manchester, die zwischen dem 8. Juni und 2.Juli 1944 stattgefunden haben, zugestimmt worden.« Ebd.

Je schneller und stärker die antifaschistischen Kräfte sich durchsetzen, um so größer sind die Aussichten auf die Schaffung und Anerkennung eines freien demokratischen Deutschlands. Die Arbeiter in der Heimat und an der Front müssen die Hauptträger der Freiheitsbewegung sein. Alle unsere Anstrengungen müssen darauf gerichtet sein, ihnen in ihrem ständigen schweren Kampf zu helfen. Damit erfüllen wir als deutsche Gewerkschafter unsere hervorragendste Verpflichtung, für die Ausrottung des deutschen Nationalsozialismus zu kämpfen, womit der bedeutsamste Schritt zur Vernichtung der faschistischen Weltgefahr zurückgelegt wird.

Ein wesentlicher Beitrag zur Überwindung der nationalsozialistischen Diktatur kann die Propaganda von außen sein. Sie kann die Aktionsfähigkeit jeder Widerstandsbewegung, ihre Organisierung und ihre Steigerung zur revolutionären Erhebung wirksam unterstützen.

Die Landesgruppe erklärt sich erneut bereit, mit allen Kräften an wirksamer Massenpropaganda, sei es durch den Rundfunk,[2] sei es durch die Herstellung von Flugblättern und anderen Schriften, mitzuhelfen.

Die Landesgruppe vereinigt in ihren Reihen Angehörige vieler politischer Auffassungen. Zu ihr gehören geeignete Kräfte, die an überzeugte Gegner des Nationalsozialismus ebenso appellieren können wie an die Massen derer, die aus Mangel an politischer Erkenntnis und Schulung, aus Gleichgültigkeit oder Hoffnungslosigkeit noch immer die Nazi-Kriegsmaschine direkt oder indirekt, bewußt oder unbewußt, unterstützen.

Deutsche Gewerkschafter und Gewerkschafter aller Länder zu den deutschen Arbeitern sprechen zu lassen, verspricht den größtmöglichsten Erfolg.

Die Landesgruppe wird eine Kommission der erfahrensten Gewerkschafter einsetzen, die sich dem Studium der Entwicklung in Deutschland zu widmen hat.[3] Eine zweite Kommission zur fortlaufenden Beratung aller Propagandaprobleme und Möglichkeiten soll zur gleichen Zeit ihre Arbeiten aufnehmen.

Die Landesgruppe ist sich ihrer Verpflichtung bewußt, in steigendem Maße die Hilfe der britischen und internationalen Gewerkschaftsbewegung für ihre Arbeit zu gewinnen.

Aus unserer Verbundenheit mit der deutschen Gewerkschaftsbewegung und ihrer besten Tradition erwächst die Aufgabe, unseren Anteil zur Wiedererrichtung freier, unabhängiger und einheitlicher Gewerkschaften auf demokratischer Grundlage beizutragen.

Dabei sind wir uns des treuhänderischen Charakters unserer in Großbritannien auszuübenden Funktionen wohl bewußt. Diese Aufgaben der alten Gewerkschafter verbinden sich mit der Verpflichtung, die jungen und erstmalig organisierten Mitglieder für den gewerkschaftlichen Kampf zu schulen.[4]

Örtlich und zentral soll deshalb in Arbeitsgemeinschaften und Kursen das gewerkschaftliche Wissen der Gesamtmitgliedschaft vertieft werden. Flugschriften und Broschüren sollen dem gleichen Zweck und der Informierung der interessierten Öffentlichkeit dienen.

2 Vgl. Dok. 211 ; vgl. ferner Röder, Exilgruppen, S. 182ff.
3 Zur Zusammensetzung der Deutschland-Kommission vgl. Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien, 2. Halbjahresbericht 1944, London, o. J., S. 3.
4 Vgl. Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien. Die Tätigkeit der Landesgruppe im Jahre 1943, London o. J., S. 21 weist Ende 1943 186 von insgesamt 674 Mitgliedern auf, die erst nach 1918 geboren waren.

Die Landesgruppe ist sich der Tatsache bewußt, daß die Zukunft der Arbeiterbewegung in einem neuen Deutschland von ihrer Einigkeit abhängt. Ein Fortdauern der Spaltung wäre der Beginn einer neuen Katastrophe.

Es ist in der Landesgruppe gelungen, über Parteigrenzen hinweg, gemeinsame wertvolle gewerkschaftliche Arbeit zu leisten. Dies war möglich, weil wir aus der Landesgruppe – ihrem überparteilichen Charakter entsprechend – parteipolitische Auseinandersetzungen herausgehalten haben.[5] Diese Erkenntnisse dienen uns als Grundlage für die zukünftige Arbeit.

Wir verfolgen mit Aufmerksamkeit und Interesse alle Bemühungen um die politische Einheit in der deutschen Emigration. Wir hoffen, daß in naher Zukunft die Voraussetzung für eine weitergehende Zusammenarbeit aller demokratischen und fortschrittlichen antifaschistischen Organisationen und Kräfte gegeben sein wird.

Die Landesgruppe ist der Meinung, daß auf der Grundlage dieser Erklärungen und Aufgabenstellung der Erfolg der in den abgelaufenen 4 1/2 Jahren geleisteten Arbeit noch gesteigert werden kann. An alle Mitglieder und Freunde ergeht der dringende Appell, ihre volle Kraft einzusetzen in kameradschaftlichem Kampf für unsere Aufgaben:

Für die Befreiung Deutschlands, für die Wiederaufrichtung neuer freier Gewerkschaften!

DOKUMENT 235

24. 8. 1944: Aufruf der Landesgruppe: An die deutschen Arbeiter in der Heimat und an der Front

Hans Gottfurcht. Hektographierte Maschinenschrift. Überschrift: »Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien. Rundschreiben an unsere Mitglieder und Freunde. 24. August 1944«, S. 17 f. Original wie Überschrift.[1]

Wir deutschen Gewerkschafter in England wenden uns an Euch, deutsche Arbeiter in der Heimat und an der Front. Ihr wißt so gut wie wir: Die Tage der Hitlerherrschaft sind gezählt. Was immer der letzte Zweck der Aktion der Generale[2] gewesen sein mag, – sie hat *Hitlers* militärischen Bankrott enthüllt, sie hat das Hitlerregime schwer erschüttert.

Der offene Kampf an der inneren Front wurde begonnen von Generalen. Entschieden werden muß er durch eine entschlossene Aktion der Volksmassen gegen *Hitler* und für den Frieden.

Die Stunde drängt. Bald wird Deutschland Kriegsschauplatz sein, auch im Landkrieg. Je früher der Krieg beendet wird, je eher das deutsche Volk selber sein Schicksal in die Hand nimmt, desto besser für Deutschlands Zukunft.

Darum laßt kein Mittel unversucht. Nutzt jede Schwächung des Polizeiapparates aus. Jede verbummelte Arbeitsstunde, jedes verpfuschte Werkstück rettet Menschenleben. Jeder fehlgeleitete Zug bringt uns dem Frieden näher. Unterstützt die Soldaten, die nicht für *Hitler* sterben wollen. Übt Solidarität mit ausländischen Arbeitern und Kriegsgefangenen.

5 Vgl. Dok. 230–233.

1 In der Vorbemerkung zum Aufruf heißt es u.a.: »Wir bringen hiermit zur Kenntnis, daß wir den nachfolgenden Text der BBC, mit der Bitte um Verbreitung, zugestellt haben.«

2 Gemeint ist das Attentat vom 20. Juli 1944.

In diesem täglichen Kampf gegen *Hitlers* Krieg müssen die deutschen Arbeiter die Organe schaffen, die den Kampf an der inneren Front organisieren und entwickeln, bis schließlich Demonstrationen, Massenstreiks und Kämpfe der Arbeiter und Soldaten möglich werden, und zwar im Zusammenwirken mit ausländischen Zwangsarbeitern und den Widerstandsbewegungen in den besetzten Gebieten.

Illegale Betriebsausschüsse, bestehend aus den zuverlässigsten Kollegen, müssen sich in der Organisierung dieser Kämpfe erproben. Gleichzeitig müssen sie sich vorbereiten, im Augenblick der Entscheidung als Betriebsausschüsse offen hervorzutreten, den Aufbau von Gewerkschaften in die Hand zu nehmen, alle Nazi-Organisationen aufzulösen und die aktiven Nazis und ihre reaktionären Helfershelfer zur Verantwortung zu ziehen.

Die Aktion der Generale hat dem Hitlerregime von innen den ersten Stoß gegeben. Nutzt die Erschütterung. Sammelt alle Kräfte gegen Hitler, für einen baldigen Frieden, für ein neues Deutschland.

DOKUMENT 236

Anfang September 1944: Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien: Gewerkschaften und Erziehung

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Hektographierte Maschinenschrift. Original wie Überschrift.[1]

Erster Gesamtentwurf

Die Abschnitte

I. Vorschläge für Übergangsmaßnahmen in der Schulerziehung;

II. Vorschläge für ein Schulprogramm;

III. Vorschläge für Maßnahmen zur Erziehung der berufstätigen Jugend

sind in Arbeitsgemeinschaften, Kommissionen und Ortsgruppen bereits diskutiert worden und stellen somit das – wenn auch keineswegs endgültige – Ergebnis von Aussprachen dar.

Der Abschnitt IV. Vorschläge zur Erwachsenenbildung

stellt einen ersten Entwurf dar, über den die Aussprache erst beginnen soll.

Wir haben uns zur Herstellung des Gesamtentwurfs in dieser Form entschlossen, da der Überblick erleichtert wird, die Zusammenhänge zwischen den Abschnitten besser erkennbar werden und das Ziel der baldigen Verabschiedung der Gesamtvorlage schneller erreicht werden kann.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß es sich um einen Entwurf zur Beratung innerhalb der Organisation, nicht um eine abgeschlossene oder gar zur Verbreitung reife Arbeit handelt.

I. Vorschläge für Übergangsmaßnahmen in der Schulerziehung

1. Unterbrechung des Schulunterrichts durch eingelegte Ferien.[2]

2. Bildung von Ortsschulausschüssen aus politisch zuverlässigen Lehrern, Ärzten, Psychologen, Berufsberatern, Arbeitern[3], Technikern[3] und anderen pädagogisch inter-

1 Ein Exemplar dieses Entwurfes mit zahlreichen Anmerkungen von Walter Auerbach und H. von Rauschenplat befindet sich in: AdsD, Nl. Walter Auerbach, T.1, Mappe 114.

2 Ergänzungsvorschlag von Walter Auerbach entsprechend endgültiger Formulierung vgl. Dok. 250.

3 Vorschlag von Walter Auerbach, diese zu streichen; vgl. Anm. 1.

essierten Personen sowie darauf aufbauenden Bezirksschulausschüssen, Landesschulausschüssen[3] und einem Reichsschulausschuß[3]. Alle Schularten werden diesen Schulausschüssen unterstellt.

3. Enge Zusammenarbeit der Schulausschüsse mit den Fürsorgestellen in bezug auf Kinderlager,[4] Kinderspeisungen, ärztliche Aufsicht über die Schulkinder, Unterbringung von Waisen, Einrichtung von Heimen für Schwererziehbare usw.

4. Einsetzung politisch zuverlässiger und verantwortlicher Schuldirektoren und Schulinspektoren.[5]

5. Bildung von Vertrauensräten[6], aus Lehrern und Eltern[7] bestehend, an den Schulen und bei den Schulinspektoren. Die beteiligten Lehrer und Eltern werden durch die Schuldirektoren bzw. Schulinspektoren berufen. An den Berufsschulen werden die Vertrauensräte[6] zusammengesetzt aus Lehrern, Berufsberatern, Betriebsleitern und Gewerkschaftern.[8]

6. Wiedereinstellung aller von den Nazis, aufgrund der Gesetze vom April 1933 entlassenen Lehrkräfte.[9] Lehrer, die sich nicht aktiv in den Organisationen der NSDAP betätigt haben und deren Verhalten gezeigt hat, daß sie dem Nationalsozialismus ferngestanden haben, können von den Schuldirektoren und -inspektoren mit Zustimmung der Vertrauensräte[6] zum Schuldienst weiter herangezogen werden. Alle Lehrer, die aktive Nazis gewesen sind, werden endgültig entlassen. Heranziehung von fachlich und pädagogisch geeigneten Laien.

7. Aufbau einer Berufsorganisation der Lehrer auf freigewerkschaftlicher Grundlage.[10]

8. Außerkraftsetzung des von den Nazibehörden eingeführten Lehrplanes. Bis zur Einführung eines neuen Lehrplanes verständigt sich der Schuldirektor[11] mit den Lehrern über den Lehrstoff. (Systematischer Geschichtsunterricht[12] entfällt vorläufig). – Konferenzen finden mindestens wöchentlich statt. – Die vorgebildeten Lehrkräfte sind zu verpflichten, den an ihrer Schule tätigen Laien mit Rat und Tat Hilfe zu leisten.[13] Einrichtung von Ausbildungs- und Fortbildungskursen für Laien und Lehrer.

9. Zur Ausgleichung des Lehrermangels sollen technische Hilfsmittel verstärkt benutzt werden, wie Lesebogen (insbesondere für Geschichte und Gesellschaftskunde), Rundfunk, Lehrfilme, Schallplatten (für Sprachunterricht). Mit ihrer Hilfe und aufgrund besonders ausführlicher Leitfäden für den Lehrergebrauch (als Ergänzung der Lehrbücher) sollen politisch und charakterlich einwandfreie, aber fachlich noch unzureichend vorgebildete Lehrer versuchen, die Zeit des Lehrermangels zu überbrücken.[13]

10. Säuberung der Schulbücher, Lehrmittelsammlungen und Schulbüchereien von allen nationalsozialistischen, militaristischen und nationalistischen Tendenzen.

4 Ergänzungsvorschlag Rauschenplat »Jugendheime«, ebd.
5 Ergänzungsvorschlag von H. v. Rauschenplat entsprechend endgültiger Formulierung, vgl. Dok. 250.
6 Vorschlag von Walter Auerbach »Schulbeiräte«, vgl. Anm. 1.
7 Ergänzungsvorschlag von Walter Auerbach: »Schüler«, Schüler durchgestrichen, vermutlich von H. v. Rauschenplat, vgl. ebd.
8 Ergänzungsvorschlag von Walter Auerbach »Schüler«, vgl. ebd.
9 Ergänzungsvorschlag von H. v. Rauschenplat entsprechend endgültiger Formulierung, vgl. Dok. 250.
10 Streichungsvorschlag mit Verweis auf Punkt 11, 9; vgl. Anm. 1.
11 Randnotiz »Direktorallmacht?«.
12 Randnotiz von Walter Auerbach : »Alle Gesinnungsfächer erfordern besondere Beaufsichtigung«; vgl. ebd.
13 Sätze von Walter Auerbach gestrichen, vgl. ebd.

11. Schüler, die mit 14 Jahren die Schule verlassen, werden in die Berufsschule überführt. Es ist Aufgabe der Berufsschulen und Gewerkschaften, die Erziehungsaufsicht für diese Jugendlichen zu übernehmen.[14]

12. Alle höheren Schulen werden vorläufig geschlossen für Schüler über 16 Jahre.[15] Überführung der älteren Schüler der höheren Schulen in Arbeitsgemeinschaften, die am Wiederaufbau zerstörter Gebiete mithelfen. Für die Organisation und Gestaltung des Lebens in diesen Gemeinschaften sollen die Jugendlichen mitverantwortlich sein. Die Leitung hat dafür zu sorgen, daß sobald wie möglich sowohl theoretische Kurse für alle als auch eine intensivere theoretische Ausbildung für die beruflich mehr Interessierten und Fähigen eingerichtet werden. –

Diese Arbeitsgemeinschaften werden alle Schüler der höheren Schulen über 16 Jahre umfassen für wenigstens die ersten sechs Monate. Wie bald nach dieser Zeit und unter welchen Umständen es diesen Jugendlichen freistehen wird, außerhalb einer solchen Arbeitsgemeinschaft zu leben, zu arbeiten und zu lernen, hängt von Umständen ab, die heute schwerlich richtig eingeschätzt werden können.

II. Vorschläge für ein Schulprogramm

1. Es ist nicht die Aufgabe einer freien Gewerkschaft, selber systematisch[16] ein Schulprogramm aufzustellen, diese Verantwortung sollte Parteien und kulturellen Organisationen überlassen werden. Andererseits nimmt die Gewerkschaft ein aktives Interesse an der Erziehung und Schulbildung der berufstätigen Bevölkerung, aus der sich die Mitgliedschaft der Gewerkschaften rekrutiert.[16] Sie meldet daher ihre besonderen Interessen in bezug auf diese Vorbildung an.

2. Als ersten wichtigen Grundsatz fordern wir, daß die Vorbildung der Jugend in der allgemeinen, freien, für alle verbindlichen Volksschule erfolgt, beginnend mit dem 6. Jahr und fortgesetzt bis zum Abschluß des 16. Jahres. Alle weitere Schulbildung, einschließlich der bisher so genannten »höheren Schulbildung«, steht neben fortgeführter Allgemeinbildung, Berufs- oder Fachbildung, die grundsätzlich jedem offen stehen[17] soll, der für einen bestimmten Beruf aufgrund seines Interesses und seiner Fähigkeiten geeignet zu sein verspricht.

Solange die Schulpflicht bis zum 16. Jahre aus praktischen Gründen noch nicht durchführbar ist, sollen der Schulentlassung mit dem 14. Jahr zwei Jahre Berufsschule folgen. (Siehe III A.)

Beide Pläne finden ihre Fortsetzung in einer unter sozialpädagogischen Gesichtspunkten geleiteten Arbeitsdienstzeit, die von allen Jugendlichen zwischen 17 und 23[18] Jahren geleistet werden soll. (Siehe III C.)

3. Die besonderen Ziele, die die allgemeine Volksschulbildung im Interesse künftiger Gewerkschaftsarbeit anstreben soll, sind:

a) Selbständiges Denken und Selbsttätigkeit, um des einzelnen willen, aber auch um die Voraussetzung für das Funktionieren einer dezentralisierten Selbstverwaltung zu schaffen.

14 Absatz 11 von Walter Auerbach gestrichen. Randnotiz zu Satz 1 »selbstverständlich«; zu Satz 2 »Schulaufsicht?«; vgl. ebd.
15 Neue Fassung von Punkt 12, die inhaltlich weitgehend der endgültigen Formulierung entspricht vgl. Dok. 250. Zum folgenden Abschnitt II vgl. W[alter] A[uerbach]: »Gewerkschaftliche Vorschläge zur Schulreform« o. Datum, in: AdsD, Nl. Walter Auerbach, T.1, Mappe 114.
16 »Freien«, »selber systematisch« und gekennzeichneter Relativsatz gestrichen; vgl. Anm. 1.
17 Ergänzungsvorschlag von H. v. Rauschenplat: »und durch Erz[iehungs]beihilfen ermöglicht werden« soll. Rest des Absatzes gestrichen; vgl. ebd.
18 Änderungsvorschlag H. v. Rauschenplat: »vor Beendigung des 23. Lebensj[ahres]«; Streichungsvorschlag des ganzen Absatzes, vermutlich von Walter Auerbach.

b) Friedensliebe und Völkerverständigung,
c) Lebensnähe,
d) Einführung in die verschiedenen Wege der Berufsarbeit,
e) Körperliche Gesundheit.

4. Die Mittel, die die Erreichung dieser Ziele sichern sollen, sind:

Zu a) Weitgehende Selbstverwaltung sowie Arbeitsunterricht mit Werkstätten.

Zu b) Förderung dieser Bestrebungen in der Schule durch die internationalen Gewerkschaftsorganisationen (Austausch, internationale Lager usw.). Einführung einer internationalen[19] Sprache in allen Schulen.

Zu c) Vertrautsein von Lehrern und Kindern mit dem Milieu, in dem die Kinder leben sowie Erweiterung ihres Gesichtskreises über diesen Rahmen hinaus, wo immer möglich durch Anschauung (Wechsel von Stadt- und Landerfahrungen; Fahrten und Reisen).[20] Einführung der älteren Schüler in Sozialgeschichte und -bewegung.

Zu d) Berufsaufklärung und Berufsberatung; Gabelung des Unterrichts, etwa vom 12. Jahr an[21], z.B. in einen technischen, handelswissenschaftlichen, handwerklich-künstlerischen und geisteswissenschaftlichen Zug; besondere Beachtung der Landschuljugend.

Zu e) Gute Gebäude, Spielplätze, Schwimmhallen, Schulmahlzeiten, Schulärzte, Schulzahnärzte, usw.

5. Lehrmittelfreiheit; Erziehungsbeihilfen bis zum Abschluß aller obligatorischen Schulbildung. Beihilfen für höhere Berufsbildung sollten in Form staatlicher Kredite[22] gewährt werden.

6. Im Interesse der Kinder und Eltern sollen für die Kinder bis zum 6. Jahr[23] Kindergärten und ähnliche Einrichtungen[23] zur Verfügung stehen.

7. Elternbeiräte an allen Schulen und Schulinspektoraten.

8. Die Gewerkschaften sollen in den Beiräten der Schulbehörden vertreten sein sowie in den Jugendwohlfahrts-, Jugendfürsorge- und Berufsberatungsstellen. Ihre besondere Aufmerksamkeit werden sie dem Ausbau und der Durchführung des Kinder- und Jugendschutzes zuwenden.

9. Wir streben an, alle Lehrer gewerkschaftlich zu organisieren,[24] damit sie gemeinsam mit Arbeitern, Angestellten und Beamten für die Durchsetzung gerechter Arbeitsbedingungen eintreten. Ihre Zugehörigkeit zu besonderen Fachorganisationen, in denen sie pädagogische und weltanschauliche Ziele vertreten, wird dadurch nicht berührt.

III. Vorschläge für Maßnahmen zur Erziehung der berufstätigen Jugend.

A. Berufsschule

1. Die Berufsschulen sind öffentliche Schulen. Sie unterstehen den allgemeinen Schulaufsichtsbehörden. In allen Instanzen der Schulverwaltung sind Abteilungen für Berufsschulen, und an den einzelnen Berufsschulen sind Beiräte einzurichten, an denen die Gewerkschaften entsprechend ihrer Bedeutung zu beteiligen sind, ebenso das Reichsarbeitsministerium bzw. die Arbeitsämter, insbesondere ihre Abteilungen für

19 Vorschlag von H. v. Rauschenplat: »Fremd[sprache]«; Randnotiz Walter Auerbach: »Esperanto?«; vgl. ebd.
20 Randnotiz H. v. Rauschenplat: »Gastlehrer«, vgl. ebd.
21 Umstritten, Randnotiz: Fragezeichen; vgl. ebd.
22 Änderungsvorschlag: »Beihilfen«; vgl. ebd.
23 Ergänzungsvorschlag von H. v. Rauschenplat, Krippen bzw. Änderungsvorschlag »Horte«; vgl. ebd.
24 Streichungsvorschlag für den folgenden Nebensatz, vgl. ebd.

Berufsberatung, ferner das Reichswirtschafts- und Reichslandwirtschaftsministerium bzw. ihre untergeordneten Behörden und Organe; Betriebsleiter sind als Fachleute für Betriebsleitung heranzuziehen, nicht als Arbeitgebervertreter. Nach Bedarf sind Sachverständigenbeiräte für einzelne Berufe oder Berufsgruppen einzurichten.

Wo Werkschulen bestehen, wird die Anstellung und Besoldung der Lehrer und die Auswahl der Schüler der öffentlichen Schulbehörde übertragen. Einrichtung von Lehrwerkstätten in Verbindung mit den übrigen Berufsschulen.

Selbstverwaltung durch die Schüler, soweit irgend möglich. Vertreter des Schülerausschusses nehmen an den Sitzungen des Beirats ihrer Schule mit beratender Stimme teil. Die Schüler haben das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

2. Die Berufsschulpflicht beginnt mit der Entlassung aus einer anderen öffentlichen Schule und endet mit dem Schuljahr, in dem die Vollendung des 18. Lebensjahres erfolgt.

Der Unterricht erstreckt sich auf mindestens 320 Schulstunden im Durchschnitt der Berufsschuljahre. Schulzeit und Zeit für den Schulweg liegen in der Arbeitszeit und sind als Arbeitszeit vom Betrieb zu bezahlen. Fahrtbeihilfen für Kreis-, Bezirksschulen usw. aus öffentlichen Mitteln.

Die Schulstunden verteilen sich auf Pflichtfächer und Wahlfächer. Pflichtfächer sind: 2 Wochenstunden Fachkunde, 1 Wochenstunde Gesellschaftskunde[25] (in der die Bedeutung der Gewerkschaften darzustellen und Arbeitsrecht und Sozialversicherung zu behandeln sind), 1 Wochenstunde Sport. Für Mädchen sind hauswirtschaftlicher Unterricht und Säuglingspflege Pflichtfächer. Wahlfächer sind z.B. neuere Geschichte, Literatur, Physik und Chemie; sie können auch an anderen Einrichtungen, z.B. Jugendvolkshochschulen, belegt werden.

Den besonderen Verhältnissen in der Landwirtschaft wird durch Kreisschulen, insbesondere im Winter, und Wanderlehrer Rechnung getragen; den besonderen Verhältnissen in dünn besiedelten Gebieten und schwach besetzten Berufen durch zentrale mehrwöchige Kurse als Ersatz für den laufenden Berufsschulunterricht oder zu dessen Ergänzung.

Auch bei Berücksichtigung der Gewerkschaften im Gesellschaftskunde-Unterricht[25] bleibt es eine Aufgabe der Gewerkschaften selber, Schulungsarbeit für Jugendliche zu leisten zur Vertiefung des Verständnisses für die Aufgaben der Gewerkschaften und zur Schulung in Fragen des Arbeitsrechts, der Betriebsratspraxis usw.

3. Die Fachlehrer sollen eine technische und pädagogische Ausbildung erhalten und sollen vor Aufnahme der Lehrtätigkeit mindestens 2 Jahre in einem Betrieb ihres Faches gearbeitet haben. Vorarbeiter, Werkmeister und Techniker sollen durch entsprechende Sonderkurse als Fachlehrer ausgebildet werden. Fortbildungskurse für alle Berufsschullehrer in Abständen von je mehreren Jahren.

Neben hauptamtlichen Lehrern ist die Heranziehung von nebenamtlichen Lehrern und Gastlehrern (Staatsbeamten, Beamten der Selbstverwaltungskörper, Hochschullehrern, Gewerkschafts- und Genossenschaftsfunktionären) erwünscht. Insbesondere ist der Unterricht durch Vorarbeiter, Werkmeister und Techniker aus dem betreffenden Wirtschaftszweig zur engen Verbindung mit der Berufsarbeit unentbehrlich.

B. Fachschulen

1. Die Fachschulen müssen (in Änderung des derzeitigen Zustandes) sämtlich zu öffentlichen Schulen gemacht werden, weil die Berufsausbildung bis zum 18. Lebensjahre Sache des Staates ist; dazu kommt für die Übergangszeit, daß private Fach-

25 Änderungsvorschlag von Walter Auerbach: »Staatsbürgerkunde«; vgl. ebd.

schulen zu einem besonders guten Schlupfwinkel für Nazis werden könnten. – Im übrigen gilt das unter Berufsschule, Ziff. 1, Gesagte; insbesondere gilt für Werkfachschulen das dort für Werkschulen Gesagte. – Die Gewerkschaftsjugend nimmt Fachschüler als Gäste auf.

2. Der Besuch der Fachschulen ist freiwillig. Er entbindet vom gleichzeitigen Besuch der Berufsschule. Für jeden Beruf sind Schuldauer und Ausbildungsnormen einheitlich durch Richtlinien zu ordnen. Dabei sind für Gesellschaftskunde[25] mindestens 4 Wochenstunden vorzusehen.

Die Kapazität der Fachschulen für die verschiedenen Berufe muß den wirtschaftlichen Bedürfnissen angepaßt werden und wird von den Wirtschaftsbehörden festgesetzt. Über die Aufnahme von Schülern in dem so gesetzten Rahmen entscheidet die Schulbehörde unter Mitwirkung der Lehrer der letzten Volksschulklassen, der Berufsschullehrer, der Schulärzte und der Berufsberatungsstellen, aufgrund von Aufnahmeanträgen der Schüler.

3. Lehrer – wie Berufsschule, Ziff. 3.

C. Arbeitsdienst

Aus erzieherischen Gründen und zur Förderung von Volksgesundheit und Volkswohlstand[26] sollen alle gesunden Jugendlichen in der Zeit zwischen ihrem 17. und 23. Lebensjahr ein Jahr Arbeitsdienst leisten. Dabei sollen die Angehörigen verschiedener Berufe und Landesteile möglichst gemischt werden. Neben körperlicher Arbeit (möglichst im Freien) soll eine intensive Bildungsarbeit stehen.[27]

Ein geschulter Stab von Männern und Frauen soll nicht nur das organisatorische Gerippe darstellen, innerhalb dessen die Arbeitsdienstpflichtigen sich nach Möglichkeit selber verwalten, sondern auch als Erzieher wirken. Nebenamtliche und Gastlehrer sollen ebenso wie in der Berufsschule herangezogen werden.

Als Arbeitsaufgaben kommen, um Lohndruck zu vermeiden, nur zusätzliche Aufgaben in Frage, die – deutlich für alle erkennbar – im allgemeinen Interesse liegen. Als Arbeitsträger kommen, um jede kapitalistische Ausbeutung auszuschließen, nur öffentliche Körperschaften in Frage.

D. Berufsberatung

Die Berufsberatungsstellen sind den Arbeitsämtern angegliedert und mit psychologisch vorgeschulten Berufsberatern zu besetzen. Sie arbeiten aufgrund eines Nachwuchsplanes, den die Arbeitsämter aufstellen, aufgrund der Feststellungen der Wirtschaftsbehörden über den Arbeitsbedarf der einzelnen Berufe und Wirtschaftszweige. An der allgemeinen und individuellen Berufsberatung sind zu beteiligen: die Arbeitsämter, die Schulbehörden, die Schulärzte, die Klassenlehrer der Abschlußklassen und derjenigen Klassen, nach denen eine Schulteilung erfolgt.

Die allgemeine Berufsberatung (Aufklärung über Mangel und Überschüsse in den einzelnen Berufen, über Berufsarbeit – auch durch Vorträge, Fabrikbesichtigungen usw.) erfolgt unter Leitung der Berufsberatungsstellen. Deren individuelle Berufsberatung soll sich auf alle Berufsanfänger erstrecken und alle, die in dem gewählten Beruf auf Schwierigkeiten stoßen oder aus anderen Gründen den Beruf wechseln wollen. 6 Monate nach Beginn der Berufsarbeit soll die Berufsberatungsstelle eine ärztliche Untersuchung des Berufsanfängers vornehmen lassen, um seine gesundheitliche Eignung zu überprüfen.

26 Streichungsvorschlag für »zur Förderung von Volksgesundheit und Volkswohlstand«; Änderungsvorschlag »zum Wiederaufbau«, vgl. ebd.
27 Randnotiz: »antimilitärisch«; vgl. ebd.

IV. *Vorschläge zur Erwachsenenbildung*[28]

1. Der Neuaufbau der Gewerkschaften kann nur gelingen, wenn er Hand in Hand geht mit einer intensiven und extensiven Bildungsarbeit. Diese Bildungsarbeit muß Funktionäre wie Mitglieder auf ihre gewerkschaftlichen Tagesaufgaben fachlich vorbereiten und der Tagesarbeit inmitten der zu erwartenden Schwierigkeiten Stoßkraft und Beharrlichkeit verleihen, indem sie die Bedeutung der gewerkschaftlichen Arbeit im Rahmen des deutschen Neuaufbaues klarstellt.

Die Bildungsarbeit muß um so weitere Kreise erfassen, je mehr die Gewerkschaftsarbeit selber dezentralisiert und von ehrenamtlichen statt bezahlten Funktionären geleitet wird.

2. Die Bildungsarbeit soll in jeder Weise die Spontaneität wecken. Die Arbeitsgemeinschaft ist daher grundsätzlich dem Vortrag mit anschließender Diskussion vorzuziehen; innerhalb der Kurse, Arbeitsgemeinschaften, Gewerkschaftsschulen, soll Selbstverwaltung herrschen;[29] d.h. der Dozent soll nicht allein über die Arbeit entscheiden. Die Bildungssekretäre sollen laufend mit Bildungsausschüssen, gewählt von der Mitgliedschaft, beraten. Neben hauptamtlichen Lehrern sollen möglichst viel nebenamtliche Lehrer geworben werden. Das Schwergewicht der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit soll bei den lokalen und bezirklichen Gewerkschaftsorganisationen (Verbänden und Kartellen) liegen. Die Aufgabe der zentralen Instanzen (ADGB, Verbände) ist in erster Linie, diese Arbeit zu unterstützen durch systematische Anregungen (z.B. durch eine Zeitschrift für gewerkschaftliche Bildungsarbeit),[29] durch Schulung und laufende Vorbereitung von Lehrern, insbesondere Leitern von Arbeitsgemeinschaften (etwa in zentralen Gewerkschaftsschulen wie Bernau), durch Bereitstellung von Lehrmitteln (Broschüren, Büchern, Lesebogen, Filmen)[29], durch zentrale Ausnutzung des Rundfunks als Hilfe für die lokale gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Besondere Anstrengungen an zentraler Stelle werden erforderlich sein, um Landarbeiter[30] und in landwirtschaftlichen Gegenden verstreut lebende Industriearbeiter einzubeziehen.

3. Die Gewerkschaften werden sich an zentralen und lokalen Einrichtungen der allgemeinen Volksbildung maßgeblich beteiligen:

am Rundfunk (sie fordern eine »Stunde des Arbeiters« unter eigener Verantwortung),

an Volkshochschulen, Volksbildungsheimen[31] (dort z.B. auch durch Bezahlung von Kurskosten für von ihnen entsandte Mitglieder) an Volksbüchereien.

Je stärker die Gewerkschaften an diesen Einrichtungen maßgeblich beteiligt sind, um so eher können sie z.B. auf den Aufbau eigener Leihbüchereien oder auf die Veranstaltung von Fachkursen (für Kaufleute, Techniker) verzichten (letzteres um so eher, wenn eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung den früheren Wettbewerb verschiedener Richtungen durch Fachkurse hinfällig macht).

4. Es bleiben jedoch allgemeine Bildungsaufgaben übrig, die von den Gewerkschaften als solche geleistet werden müssen, z.B. die Aufklärung über vom Standpunkt der Gewerkschaften wichtige Probleme der Wirtschafts- und Sozialpolitik (z.B. Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft; Demobilmachung und Arbeitsmarkt; Umschulung).

28 Der Abschnitt über die Erwachsenenbildung stimmt inhaltlich weitgehend überein mit »Entwurf II – Vorschläge zur Erwachsenenbildung«, 28.9.1944 Rpt« = Rauschenplat; in: AdsD, Nl. Walter Auerbach, T.1, Mappe 114.
29 Streichungsvorschlag für den Rest des Satzes bzw. für den Inhalt der Klammern; vgl. Anm. 1.
30 Ergänzungsvorschlag von H. v. Rauschenplat »Hausangest[ellte], Heimarbeiter«; vgl. ebd.
31 Ergänzungsvorschlag von Walter Auerbach: Museen, Naturfreunde, Theater»; vgl. ebd.

5. Daneben steht die Aufgabe der Vorbereitung der hauptamtlichen und ehrenamtlichen Funktionäre auf ihre Arbeit im Dienst der Gewerkschaft. Dazu sind Abendkurse, Wochenendkurse, Schulungswochen usw. notwendig für:

Gewerkschaftsangestellte verschiedener Art, Betriebsräte, Gewerkschaftsvertreter in:
Sozialversicherung,
Arbeitsämtern,
Berufsberatung,
Berufsschulen,
Schulausschüssen und Elternbeiräten,
Arbeitsdienst,
Arbeitsgerichten usw.

Bei all dieser notwendigen Ausbildung von Spezialisten ist darauf zu achten, daß die beteiligten Funktionäre nicht lediglich mit Kenntnissen angefüllt werden, sondern mit dem Willen, ihr Fachwissen im Dienste des Kampfes um die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterschaft anzuwenden.

6. Die Gewerkschaften werden staatliche Bildungseinrichtungen (Akademie der Arbeit, Wirtschaftsschulen) zur Ausbildung der von ihnen selber auszuwählenden Funktionäre gern in Anspruch nehmen, verlangen aber, gleichberechtigt an der Lehrplangestaltung teilzunehmen. Bei langdauernden Kursen soll besondere Aufmerksamkeit darauf verwandt werden, eine Entfremdung der Kursteilnehmer von der Gewerkschaftsarbeit zu vermeiden, z.B. durch die Eingliederung in die lokale gewerkschaftliche Bildungsarbeit am Studienort, durch Einschiebung von Studienpausen, in denen die Kursteilnehmer ihre bisherige Gewerkschaftsarbeit zeitweise wieder aufnehmen.[32]

DOKUMENT 237

5. 9. 1944: Antrag Spieler an die Deutschland-Kommission der Landesgruppe

AdsD, Nl. Auerbach. Maschinenschriftliche Abschrift.[1]

Die Delegiertenkonferenz möge beschließen: Der Arbeitsausschuß wird beauftragt, dem IGB und dem TUC eine Erklärung über die Vorschläge der Landesgruppe zum Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaften zu überreichen, die neben den Organisationsfragen folgende prinzipielle Stellungnahmen enthalten sollen:

Nach mehr als 5 Jahren schwerster opferreicher Kämpfe haben die siegreichen Armeen der Vereinten Nationen den Krieg auf deutschen Boden getragen und sind jetzt dabei, die Kriegsmaschine des deutschen Faschismus und Imperialismus endgültig zu zerschlagen. Trotz allgemeiner Kriegsmüdigkeit und wachsender Einsicht, daß der Krieg verloren ist, gelang es den schwachen Kräften der aktiven Hitlergegner in

32 Maschinenschriftlicher Zusatz: »Um das zu erreichen, ist es notwendig, bei der Auswahl der leitenden Personen besonders darauf zu achten, daß sie selber dem Kampf der Arbeiterschaft eng verbunden sind und daß sie die Fähigkeit haben, eine erzieherische Atmosphäre zu schaffen. Ferner sollten stets solche Lehrer oder Gastlehrer herangezogen werden, die über akute Kämpfe aus eigener Erfahrung berichten können; zur Erweiterung des Bereichs der Solidarität auch solche, die in anderen Ländern Arbeitskämpfe miterlebt haben«; ebd.

1 In einer Vorbemerkung zum Antrag heißt es: »Der A[rbeits] A[usschuß] hat beschlossen, die Beratungen der Deutschland-Kommission auch auf den Antrag Spieler auszudehnen. Die Sitzung (Arbeitsausschuß und Kommission gemeinsam) findet bekanntlich Dienstag, 10.Oktober [...] statt.«

Deutschland bisher nicht, die Massen in Bewegung zu setzen, den Terror zu brechen und größere Aktionen durchzuführen; und der Kampf der demokratischen Völker mußte somit weiter gegen *Hitler* und gegen das gesamte deutsche Volk, das auf der anderen Seite steht, geführt werden.

Wir geben unsere Hoffnung nicht auf, daß sich in der letzten Phase des Krieges aufrechte, national-bewußte Deutsche aus allen Klassen und Schichten in der Heimat und an den Fronten finden werden, die sich vereinigen und mithelfen werden an der Niederringung des fluchbeladenen Hitlerregimes. Wir betrachten es weiter als unsere dringlichste Pflicht als deutsche Gewerkschafter im Auslande die Anti-Hitlerkräfte zu unterstützen und alles zu tun, um den Sturz der Nazi-Diktatur beschleunigen zu helfen.

Wir müssen jedoch ausdrücklich feststellen, daß die Duldsamkeit und Passivität des deutschen Volkes die Alliierten zwingt, nicht nur rücksichtslos den Krieg zu Ende zu führen, sondern jetzt auch ohne die Mitwirkung des deutschen Volkes Maßnahmen zur Sicherung des Friedens vorzubereiten und durchzuführen. Da diese Maßnahmen das Hauptziel verfolgen, den deutschen Faschismus und Imperialismus mit der Wurzel auszurotten, dienen sie nicht nur den Interessen der Vereinigten Nationen, sondern stimmen auch vollkommen mit den Interessen des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterschaft überein.

Dabei müssen wir hervorheben, daß es die Armeen der Vereinigten Nationen sind, die dem deutschen Volk und der deutschen Arbeiterschaft Frieden, Freiheit und geordnete Zustände wieder zurückgeben, so daß nur dadurch der wirtschaftliche Wiederaufbau, die moralische Wiedergesundung und demokratische Erneuerung begonnen werden kann.

Deshalb nehmen wir als deutsche Gewerkschafter die beabsichtigte militärische Besetzung und die Verwaltung Deutschlands durch eine alliierte Militärregierung für die erste Zeit nicht nur zur Kenntnis, sondern betrachten sie als wertvolle, unerläßliche Hilfe für den Aufbau eines friedlichen und demokratischen Deutschlands.

Wir treten ein für die rücksichtsloseste und schnellste Aburteilung aller Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher, die im Namen Deutschlands so fürchterliche Verbrechen an den anderen europäischen Völkern begangen haben.

Als deutsche Gewerkschafter müssen wir uns dafür einsetzen, daß das deutsche Volk nach diesem Kriege freiwillig das Menschenmöglichste leistet, um so viel als möglich wiedergutzumachen, was von Deutschen an anderen Völkern verübt worden ist.

Wir wissen, daß die endgültige Ausrottung und die politische und moralische Überwindung des Nationalsozialismus nach dem Kriege eine schwere Aufgabe sein wird, an deren Bewältigung die Arbeiterschaft, erfaßt und beeinflußt durch eine neue, einheitliche Gewerkschaftsbewegung, in erster Linie teilnehmen muß.

Wir werden dabei die Hilfe, die wir von der internationalen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung für den gewerkschaftlichen Wiederaufbau zu erhalten hoffen, auf das wärmste begrüßen.

Wir vergessen aber keinen Augenblick, daß die vollkommene moralische und ideologische Überwindung des Nationalsozialismus ein Reinigungswerk ist, das uns niemand abnehmen kann. Die deutsche Arbeiterklasse und das deutsche Volk müssen sich die innere Freiheit selbst erkämpfen und erarbeiten. Es muß das gemeinsame Ziel aller fortschrittlichen und freiheitlichen Deutschen sein, mit einer starken und einheitlichen Gewerkschaftsbewegung die Voraussetzungen und Garantien für die Wiedereingliederung eines erneuerten Deutschland in die Weltfamilie der demokratischen Völker zu schaffen.[2]

2 Dieser Antrag war auch der Mitgliederversammlung am 5.9.1944 vorgelegt worden.

DOKUMENT 238

10. 9. 1944: Erster Entwurf zu einem sozialpolitischen Programm

AdsD, Nl. Walter Auerbach, T.1, Mappe 114. Maschinenschriftliche Durchschrift.[1] Original wie Überschrift.

Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte haben gezeigt, daß man Sozialpolitik nicht im luftleeren Raum betreiben kann. Sie ist nicht Selbstzweck[2], sondern unlösbar verbunden mit der wirtschaftlichen Gestaltung eines Landes und wird von deren sowie der internationalen Entwicklung entscheidend[3] beeinflußt. Die seinerzeit bahnbrechende Sozialgesetzgebung der Weimarer Republik krankte an den inneren Widersprüchen zwischen diesen Faktoren.

Wenigstens fünf Jahre Krieg und wahrscheinlich zwölf Jahre Faschismus haben das wirtschaftliche und soziale Gefüge des Landes derart verändert, daß es schon aus diesem Grunde unmöglich sein wird, da wieder anzufangen, wo 1933 der Aufbau jäh unterbrochen wurde. Das Ausmaß der materiellen Verwüstung und personellen Verelendung wird zudem so groß sein, daß nur eine völlig neue Sozialverfassung der veränderten Situation entsprechen und den daraus erwachsenden[4] Anforderungen gerecht werden kann. Aufgabe dieses Programms ist es, gewisse Prinzipien und Richtlinien dafür festzulegen, die eine bessere Fundierung gewährleisten.

Wir können nur und müssen davon ausgehen, daß die staatliche Einheit Deutschlands – unbeschadet etwaiger Grenzberichtigungen oder Strukturveränderungen – erhalten bleibt. Eine ebenso zwingende Voraussetzung ist, daß nach einer gewissen Stabilisierungsperiode die Eingriffe in die Staatsautorität von Seiten alliierter Besatzungsbehörden oder anderer Kontrollinstanzen sich auf ein Mindestmaß[5] beschränken und genügend Raum für eine freie Entwicklung lassen.

Grundsätzlich wird man zwischen sofortigen Hilfsaktionen und einer langfristigen Planung unterscheiden müssen. In der Praxis wird sich eine so reinliche Trennung jedoch nicht immer durchführen lassen. In die erste Gruppe würden alle Maßnahmen zur Austilgung des nationalsozialistischen Einflusses, zur Behebung dringendster Notstände und zur Sicherung eines geordneten Überganges fallen. Sie dürften sich noch weitgehend unter alliierter Kontrolle vollziehen und wenigstens teilweise von deren Zustimmung oder Förderung abhängen. Soweit überhaupt erforderlich, können die provisorischen Maßnahmen der Übergangszeit nur allmählich in die der zweiten Gruppe eingebaut werden. Der Umfang und das Tempo des Wiederaufbaus werden weitgehend von der Konsolidierung der politischen und wirtschaftlichen Situation -national und international gesehen – abhängen.

Neben den in den einzelnen Phasen der Entwicklung und auf den verschiedenen Sachgebieten[6] sich als notwendig erweisenden Schritten erscheint es uns zweckmäßig, hier gewisse Prinzipien und Richtlinien festzulegen, deren Verankerung in Grundgesetzen empfehlenswert ist:

1. Das Recht auf Arbeit und der Anspruch auf soziale Sicherheit müssen verfassungsmäßig garantiert sein.
2. Der öffentliche Aufwand für soziale Leistungen sollte in einem bestimmten Verhältnis zum Staatshaushalt[7] stehen.
3. Die Schaffung einer einheitlichen und unabhängigen Reichsarbeitsverwaltung ist aus sachlichen wie aus politischen Gründen unerläßlich.

Die soziale Selbstverwaltung muß wiederhergestellt und zu einem Bestandteil der wirtschaftlichen Demokratie ausgebaut werden.

Nach dem Grade ihrer Dringlichkeit und Wichtigkeit dürften sich die einzelnen Probleme in ihren gruppenweisen[8] Zusammenhängen etwa wie folgt darstellen:

Die materielle und personelle Bereinigung bildet im Rahmen der allgemeinen Demobilmachung eine zwingende Voraussetzung für die geordnete Überführung in den planmäßigen Wiederaufbau. Ihre rigorose Durchführung ist aus sachlichen wie aus Sicherheitsgründen unvermeidbar.[9] Alle kriegsbedingten oder nationalsozialistischen Einflüsse in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung sind auszumerzen. In den entsprechenden Körperschaften und Institutionen beamtet oder ehrenamtlich tätige Personen, soweit sie sich irgendwelcher Verbrechen, Vergehen oder Verstöße schuldig gemacht haben und aktiv in hervorragender Weise für den Nationalsozialismus tätig gewesen sind, müssen ihrer Ämter und Funktionen enthoben werden. Disziplinarische Entscheidungen hätten nach allgemeinen Richtlinien zu erfolgen. Leitende Positionen (wie Treuhänder, Personalreferenten etc.) können nur mit zuverlässigen und nicht vorbelasteten Demokraten besetzt werden.

Die Versorgung der Opfer, ihre materielle Sicherung und soziale Fürsorge kann nur Gegenstand eines einheitlichen Reichsversorgungsgesetzes sein. Die rechtliche Neugestaltung müßte sowohl die öffentliche wie die freie Wohlfahrtspflege erfassen. Zu den Versorgungsberechtigten gehören nicht [nur] alle direkten und indirekten Kriegsopfer (Beschädigte und Hinterbliebene), sondern auch die bisherigen Opfer des illegalen Kampfes, wie die eines noch zu erwartenden Bürgerkrieges.

Die Arbeitsmarktpolitik verdient besondere Aufmerksamkeit. Voraussichtlich dürfte es diesmal nicht nur auf die Ordnung des inländischen Arbeitsmarktes, sondern auch auf die Regelung der Beziehungen zum Ausland (Arbeitsleistungen im Rahmen der Wiedergutmachung) ankommen. Aus einer Vielfalt von sich daraus ergebenden Gründen ist die sofortige Schaffung einer straffen einheitlichen Organisation der Vermittlung, der Berufsberatung und der Berufsausbildung notwendig. Nur die planmäßig gelenkte Berufswahl, die Festsetzung von Lehrlingshöchstzahlen, die öffentliche Kontrolle der Ausbildung und Umschulung können ein allgemeines Chaos verhindern. Die Schaffung und Vermehrung von Arbeitsgelegenheiten in der Privat- und Gemeinwirtschaft müssen das Recht auf Arbeit gewährleisten. Überall da, wo es sich auf normalem Wege und mit ordentlichen Mitteln nicht verwirklichen läßt, hätten öffentliche Notstandsarbeiten oder eine produktive Erwerbslosenhilfe einzugreifen. Für unverschuldete Arbeitslosigkeit darf es keinerlei Beschränkungen im Hinblick auf Unterstützungsdauer oder Bedürftigkeit geben. Eine so weitgehende Gemeinschaftsgarantie setzt gewisse Sicherungen gegen Mißbrauch voraus und bedingt gewisse Verpflichtungen. Dazu würde die Annahme vertretbarer und zumutbarer Arbeit, Umschulung und Umsiedlung gehören.[10]

1 Diese Vorlage wurde von Willi Derkow erstellt. Sie enthält den Zusatz: »Diese Vorlage ist nur zum internen Gebrauch als Diskussionsgrundlage bestimmt«. Daneben existiert in AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht ein inhaltlich weitestgehend identischer »Erster Entwurf eines sozialpolitischen Programms für die Landesgruppe« (ohne Datum, Eingangsstempel 4. September 1944), der ebenfalls von Willi Derkow stammt (im folg. zitiert: 1. Fassung).
2 Dieser Satzteil ist im Vergleich zur 1. Fassung (vgl. Anm. 1) neu eingeführt.
3 In der 1. Fassung »maßgebend«, vgl. ebd.
4 Im Original »[...] und das aus den erwachsenden Anforderungen«.
5 In der 1. Fassung »auf das Notwendigste«, vgl. ebd.
6 Im Vergleich zur 1.Fassung neu eingeführt, vgl. ebd.
7 In der 1. Fassung »Gesamthaushalt«, vgl. ebd.
8 Neu eingeführt, vgl. ebd.
9 In der 1. Fassung heißt es: »Sie ist aus sachlichen wie aus politischen Gründen unvermeidbar«, ebd.
10 In der 1. Fassung folgt hier der Abschnitt »Das Wohnungs- und Siedlungswesen [...]«, vgl. ebd.

Arbeitsrecht und Arbeitsschutz wären den veränderten Verhältnissen entsprechend von Grund auf umzugestalten. Der Reichsarbeitsverwaltung müßte ein einheitliches Arbeitsgesetz entsprechen. Auf die Erfahrungen der letzten fünfundzwanzig Jahre aufbauend, wären die vielen, über unzählige Gesetze zerstreuten Bestimmungen zum Kollektivvertrag, zur Betriebsverfassung, zur Arbeitsgerichtsbarkeit, zum Frauen-, Jugend- und Unfallschutz zusammenzufassen und fortschrittlich weiterzuentwickeln. Der Ausbau des Betriebsräterechtes, (ihre Vertretung im Aufsichtsrat, fachliche, regionale und nationale Gliederung etc.) wäre zu einer wirksamen[11] Wirtschaftsdemokratie zu vervollkommnen. Die Gewerbeaufsicht, die Unfallverhütung sowie alle Rechtsprechungs-, Verwaltungs- und Aufsichtsorgane wären paritätisch zu besetzen. Die Fragen der Arbeitszeit, der Lohnpolitik und des Schlichtungswesens sind unter Berücksichtigung der besonderen Probleme der Übergangszeit und im Hinblick auf die international anerkannten Grundsätze zu regeln. Minimallöhne sind festzusetzen. Der Reallohn ist den Lebenshaltungskosten anzupassen. Schlichtungsstellen, welcher Art auch immer sie sein mögen, können nur als Vermittler fungieren. Schiedssprüche dürfen grundsätzlich nicht mehr als Empfehlungen sein. Nur da, wo Konflikte die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit gefährden, sind staatliche Eingriffe zulässig und tragbar.

Die Sanierung und Reform der Sozialversicherung dürfte eines der schwierigsten Probleme darstellen. Sie ist nur mit Hilfe des Staates möglich, der ja auch wesentlich für ihre Ausplünderung und Verwässerung verantwortlich war. Jeder Versuch, diese Aufgabe auf den Kreis der Versicherten abzuwälzen, müßte an dem Umfang und der Schwere der Vorbelastung scheitern. Auf dem Wege zu einer durchgreifenden Reform bildet die organisatorische Vereinheitlichung und technische Vereinfachung nur den ersten Schritt. Die Zusammenlegung der bisher getrennten Invaliden-, Angestellten-, Knappschafts-, Seeleute-, Kranken- und Unfallversicherung kann und muß den Risikoausgleich gegen alle Mißgeschicke des beruflichen und privaten Lebens auf eine möglichst breite Basis verteilen. Ob das in der Praxis überwiegend durch direkte Beitragsleistung, durch feste Anteile aus dem Steueraufkommen oder durch ein gemischtes Finanzierungssystem erfolgt, ist unerheblich. Eine Bindung an den Staatshaushalt, etwa durch Heranziehung von Luxus- und Kapitalsteuern, könnte sowohl ein bestimmtes Mindestmaß an Stabilität, als auch eine gewisse Krisenfestigkeit garantieren. Das System der Ersatz-, Innungs-, Betriebs- und Privatkassen wäre abzubauen.[12] Die Aufrechterhaltung zwangsweise unterbrochener Anwartschaften, alter Renten- und Rechtsansprüche sowie die Garantie neuer ausreichender Sach- und Barleistungen sind sicherzustellen.

Das Wohnungs- und Siedlungswesen sind unter öffentliche Kontrolle zu stellen. Die durch unmittelbare Kriegsfolgen und Nachkriegswirren erzwungene Binnenwanderung größten Ausmaßes muß durch eine planmäßige Neu- und Umsiedlung in geordnete Bahnen gelenkt werden. Der im Rahmen einer radikalen Agrarreform zu zerschlagende Großgrundbesitz wäre diesem Ziele nutzbar zu machen. Boden- und Grundstücksspekulation sind zu unterbinden. Wegen der kolossalen Wohnungsnot wird ein Weiterbestehen der Zwangsbewirtschaftung erforderlich sein. An ihrer Behebung sollten nur gemeinnützige Baugesellschaften mitwirken. Die Förderung der Bautätigkeit und Kapitalbildung muß unter bevölkerungs- und wohlfahrtspolitischen Gesichtspunkten erfolgen.

Das Medizinal- und Gesundheitswesen muß gemeinnützigen Charakter haben. Der Betrieb von Krankenhäusern und Sanatorien, die Ausübung einer Arzt-, Hebammen-,

11 In der 1. Fassung »vollkommenen«, ebd.
12 Im Vergleich zur 1. Fassung neu eingefügt, vgl. ebd.

Heilgehilfen- oder Apothekerpraxis sowie die Herstellung und der Vertrieb von Arzneien und Medikamenten dürfen nur nach sozialen Gesichtspunkten und unter staatlicher Kontrolle erfolgen. Ausgenommen davon sind alle Mittel und Leistungen zur Schönheitspflege (kosmetische Artikel, plastische Operationen etc.).

DOKUMENT 239

15. 9. 1944: Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien: Vorlage über den Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaftsbewegung

AdsD, DGB-Archiv, Nl. W. Hansen XXI. Hektographierte Maschinenschrift. Original wie Überschrift.[1]

Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaftsbewegung

Wir setzen im folgenden voraus, daß in Deutschland nach dem Sturz der Nazi-Diktatur der sofortige Wiederaufbau freier und unabhängiger Gewerkschaften für alle Arbeitnehmer in Angriff genommen werden kann.

Betriebliche Ausschüsse[2]

Die ersten Formen gewerkschaftlicher Interessenvertretung werden sich aus den Kämpfen der illegalen Organisationen und Kräfte gegen Nazi-Regime und Krieg entwickeln. Betrieblich und örtlich werden sich in Stadt und Land vom Vertrauen der Arbeitenden getragene Ausschüsse bilden. Sie werden die Interessen der Arbeitenden an der Arbeitsstelle und in der Selbstverwaltung zu vertreten und, besonders in der Übergangszeit, in der örtlichen Verwaltung, in der Lebensmittelversorgung und bei der Behebung sozialer und wirtschaftlicher Notstände mitzuwirken haben.

1 Als gedrucktes Flugblatt unter dem Titel »Wiederaufbau deutscher Gewerkschaften«, in: AdsD, Nl. Walter Auerbach, T.1, Mappe 112. Zur Entstehung des Textes heißt es in der Vorbemerkung: »Die folgende Ausarbeitung ist das Ergebnis eingehender Beratungen in den Ortsgruppen der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien. Die Auffassungen führender Personen der internationalen Gewerkschaftsbewegung, des Internationalen Arbeitsamtes und deutscher Gewerkschafter in anderen Emigrationsländern waren mit Grundlage der Beratungen. London, 15.September 1944. Der Arbeitsausschuß der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien. Hans Gottfurcht, Vorsitzender.«
In der »Aktennotiz über die Programmberatungen der Landesgruppe« vom 20.4.1945 weist Hans Gottfurcht darauf hin, daß die Vorlage »am 15.September 1944 in deutsch und englisch in etwa 4000 Exemplaren in allen Teilen der Welt zur Verbreitung kam und von vielen Zeitungen auszugsweise abgedruckt oder kommentiert worden war. Becker begründete in der Delegiertenversammlung [30/31.12.1944] die Vorlage und empfahl sie mit dem Hinweis auf die etwaige Notwendigkeit geringfügiger Veränderungen«, in: AdsD, Nl. Walter Auerbach, T.1, Mappe 116.
Neben Becker gehörten Hans Gottfurcht, Walter Auerbach und W. Heidorn (das ist W. Hansen) der »Arbeitsgemeinschaft Organisationsfragen« an, die diese Vorlage im wesentlichen erarbeitete, vgl. Schreiben von Hans Gottfurcht vom 12.9.1944 an die Kollegen Auerbach, Heidorn, Becker; ferner Brief von Hans Gottfurcht vom 21.7.1944 an die Mitglieder des Arbeitsausschusses, beide Briefe in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht.
Ein »Erster Entwurf (Juli 1944) Wiederaufbau Freier Gewerkschaften« der »Arbeitsgemeinschaft Organisationsfragen« der Landesgruppen, und ein »In der Besprechung des Organisationsausschusses am 20.6.44 vorläufig festgelegter Text« befinden sich in: AdsD, Nl. Walter Auerbach, T.1, Mappe 112.
2 Vgl. Dok. 235.

Gewerkschaftliche Organisationen

Örtlich und bezirklich, nach Industrien oder Berufen, werden sich aus diesen Ausschüssen gewerkschaftliche Organisationen bilden. Die Entwicklung wird wahrscheinlich nicht in allen Industrien und Berufen und in allen Bezirken gleichmäßig vor sich gehen.

Provisorische Bezirksausschüsse

In jedem Bezirk wird einer der aktivsten örtlichen Gewerkschaftsgliederungen die Aufgabe zufallen, den gewerkschaftlichen Aufbau zu fördern und zu koordinieren und mit den Vertretern anderer örtlicher Gliederungen einen provisorischen Bezirksausschuß zu bilden .

Ein einheitlicher Gewerkschaftsbund

In entsprechender Weise werden Vertreter dieser provisorischen Bezirksausschüsse die Arbeit der Bezirke zu koordinieren haben, mit dem Ziel der Bildung zentraler Industrie- oder Berufsverbände. Diese sind in einem einheitlichen allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund örtlich, bezirklich und zentral zusammenzufassen.

Organisationsgrundsätze[3]

Alle Gewerkschaften und der Gewerkschaftsbund müssen von Anfang an unabhängig von Unternehmern, Staat und Behörden sein. Die Bildung einheitlicher Industrieverbände sollte angestrebt werden. Die Gewerkschaften sind freiwillige Zusammenschlüsse von Arbeitnehmern und machen die Aufnahme weder von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse, zu einem Religionsbekenntnis oder zu einer bestimmten politischen Auffassung abhängig. Aktive Nazis und andere aktive faschistische Elemente können nicht Mitglied einer Gewerkschaft werden. Der Bundesausschuß des deutschen Gewerkschaftsbundes stellt hierfür Richtlinien auf und entscheidet über Einsprüche in letzter Instanz. Alle Mitglieder einer Gewerkschaft müssen gleiche Rechte und Pflichten haben, und alle Leitungen müssen periodisch in demokratischem Wahlverfahren gewählt werden.

Verhältnis zu politischen Parteien[4]

Gewerkschaften dürfen in keinem Abhängigkeitsverhältnis zu politischen Parteien stehen. Mit sozialistischen und anderen demokratischen Parteien verbindet sie die gleiche Zielsetzung: Demokratische Umgestaltung von Staat und Gesellschaft, wirtschaftliche Sicherheit und soziale Gerechtigkeit und Völkerverständigung. Sie erstreben daher Zusammenarbeit mit allen Parteien, die diese Ziele vertreten und die bereit sind, gewerkschaftliche Forderungen in Parlamenten und Öffentlichkeit Geltung zu verschaffen.

Gewerkschaftliche Wiederaufbaukommission

Nach der Befreiung Deutschlands von der Nazi-Diktatur kann es sich sofort als zweckmäßig erweisen, daß eine gewerkschaftliche Wiederaufbaukommission in Zusammenarbeit mit bereits aktiven örtlichen und bezirklichen Gewerkschaftsgliederungen bis zur Bildung einer provisorischen Gewerkschaftszentrale beim Gewerkschaftsaufbau beratend und helfend mitwirkt. Sie sollte aus aktiven deutschen Gewerkschaftern und Delegierten der internationalen Gewerkschaftsbewegung bestehen.

3 Im »Ersten Entwurf« (vgl. Anm.1) heißt es hierzu lediglich: »Alle Gewerkschaften und der Gewerkschaftsbund müssen von Anfang an unabhängig von Unternehmer, Staat und Behörden sein und das Prinzip der Freiwilligkeit der Mitgliedschaft ihrer Arbeit zu Grunde legen«. Diese Organisationsgrundsätze gehen auf einen Vorschlag von H. Jahn zurück; vgl. ders. an Hans Gottfurcht, 27.7.1944, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht.

4 Dieser und der folgende Abschnitt über »Gewerkschaftliche Wiederaufbaukommission« fehlt im »Ersten Entwurf«; vgl. ebd.

Die Auflösung der Nazi-Berufsorganisationen

Die Deutsche Arbeitsfront (DAF) und alle anderen Nazi-Berufsorganisationen sind zugleich mit allen anderen Gliederungen, Institutionen und Formationen der NSDAP mit sofortiger Wirkung aufzulösen; alle Vermögenswerte sind zu enteignen.[5] Das gesamte Personal dieser Organisationen ist mit sofortiger Wirkung fristlos und ohne Entschädigung irgendwelcher Art zu entlassen.

Vermögensverwaltung

Eine Treuhänderverwaltung, in der die Interessen der deutschen Gewerkschaften gemeinsam durch Vertreter internationaler Gewerkschaftsorganisationen und der provisorischen Bezirksausschüsse wahrgenommen werden, wird das gesamte Vermögen dieser aufgelösten Berufsorganisationen verwalten. Unbeschadet der endgültigen Regelung sollen die Treuhänderverwaltungen mobiles und immobiles Vermögen dieser aufgelösten Nazi-Berufsorganisationen für Zwecke des gewerkschaftlichen Wiederaufbaus zur Verfügung stellen (z.B. Gewerkschaftshäuser, Büros, Druckereien etc.).

Die gewerkschaftlichen Sofortaufgaben

Die ersten gewerkschaftlichen Aufgaben werden insbesondere sein: Mitwirkung bei der Befreiung der politischen Gefangenen und der anderen Opfer des Nazi-Terrors; kameradschaftliche Zusammenarbeit mit den noch in Deutschland befindlichen ausländischen Arbeitern zur Verbesserung ihrer Lage;[6] Mitwirkung bei der Unterstützung und bei der Wiedereingliederung der Opfer des Nazi-Terrors, der Arbeitslosen und der Demobilisierten in den Arbeitsprozeß; Mitwirkung bei der Liquidierung der DAF und aller anderen Nazi-Organisationen, bei der Säuberung des öffentlichen Lebens, der öffentlichen Verwaltung und des Wirtschaftslebens und bei der Fernhaltung aktiver Nazis und Nazi-Agenten aus den neuen demokratischen Organisationen, dem öffentlichen Leben, der öffentlichen Verwaltung und den wirtschaftlichen Schlüsselpositionen; Mitwirkung bei der Anpassung der Lohn- und Arbeitsbedingungen an die veränderten Verhältnisse.

Besonders in der Übergangszeit werden die Gewerkschaften auch aktiv mitzuwirken haben bei der Sicherung der Lebensmittelversorgung und der Überwachung der Wohnungs-, Kleidungs- und Brennstoffbewirtschaftung; bei der Überwachung und demokratischen Umgestaltung des öffentlichen Lebens, der öffentlichen Verwaltung und des Wirtschaftslebens.

Arbeitsrecht und Sozialverwaltung

Alle seit dem Beginn der Nazi-Herrschaft erlassenen Gesetze, Verordnungen, Bestimmungen usw., die Nazi-Prinzipien Rechtskraft verliehen oder Diskriminierung festlegten, sind mit sofortiger Wirkung außer Kraft zu setzen.

Die Gewerkschaften werden bei der Ersetzung der Nazi-Arbeitsgesetze, Verordnungen usw. durch ein einheitliches Arbeits- und Sozialrecht und bei der Umgestaltung

5 Im »Ersten Entwurf«: »beschlagnahmen«; vgl. ebd.

6 Diese Aufgaben fehlen im »Ersten Entwurf«; vgl. ebd.

der Arbeitsverwaltungen durch Übergangsbestimmungen, die den Ausgangspunkt für ein demokratisches, fortschrittliches Arbeitsrecht und für demokratische Arbeitsverwaltung und Berufsausbildung bilden können, maßgeblich mitzuwirken haben.

Die Tarifvertragsverordnung vom 23.12. 1918 ist provisorisch wieder in Kraft zu setzen; sie dient als Grundlage bei der Neuregelung der Tarifverträge.

Ebenso sind die für die Sicherung gewerkschaftlicher Arbeit in den Betrieben wesentlichen Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes vom 4.2. 1920 (insbesondere die Paragraphen 84 und 96: Schutz vor Kündigung wegen gewerkschaftlicher Betätigung) provisorisch wieder in Kraft zu setzen.

Betriebsrätewahlen

Bis zur Durchführung von Betriebsrätewahlen werden betriebliche Ausschüsse und Vertrauensleute die Verankerung der Gewerkschaften in den Betrieben zu bilden haben.

Internationale Zusammenarbeit

Wir hoffen, daß die deutschen Gewerkschafter bei der schwierigen Wiederaufbauarbeit auf die Hilfe kundiger Berater aus den Reihen ausländischer Gewerkschafter rechnen können, und wir würden es begrüßen, wenn von der internationalen Gewerkschaftsbewegung entsandte Gewerkschafter mit ihrer Erfahrung helfen würden,[7] insbesondere durch Mitarbeit in der gewerkschaftlichen Wiederaufbau-Kommission.

Bei der Umgestaltung des Arbeitsrechts und der Sozialversicherung wäre der Rat erfahrener Sozialpolitiker, insbesondere aus dem Kreise des Internationalen Arbeitsamts (IAA), eine außerordentliche Hilfe.

Wir sind davon überzeugt, daß die enge Zusammenarbeit mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung das Vertrauensverhältnis schaffen wird, das die Grundlage für die Wiedereingliederung der deutschen Gewerkschaften in die internationale Gewerkschaftsbewegung ist und wesentlich zur Eingliederung des erneuerten und friedliebenden Deutschlands in die Weltgemeinschaft der Völker beitragen wird.

DOKUMENT 240

4. 10. 1944: Protokoll der Sitzung des Arbeitsausschusses der Landesgruppe

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Maschinenschrift. Überschrift: »Niederschrift über die Sitzung des Arbeitsausschusses am 4.10. 1944 in [London] 20, East Heath Road«.

Die Sitzung wird um 7.45 p. m. eröffnet. Anwesend sind die Kollegen *Rauschenplat, Kamnitzer, Schoettle, Sander, Schilde, Oppenheimer, Becker, Weidmann, Eichler, Gottfurcht, Kramer, Walter, Derkow*; entschuldigt fehlen die Kolleginnen *Beyer* und *Gotthelf*.

Die Tagesordnung sieht vor

1) Protokoll vom 16.9.
2) Durchführung der Delegiertenversammlung
3) Versand der »Vorlage«
4) Versand eines Fragebogens

7 Der folgende Nebensatz fehlt im »Ersten Entwurf«; vgl. ebd.

5) Bericht der Kommission 1
6) Unterstützungsanträge
7) Brief *Wiest*
8) Literaturangebote

Zu Punkt 1) Das Protokoll der letzten Sitzung des Arbeitsausschusses wird verlesen und genehmigt.

Zu Punkt 2) gibt der Kollege **Gottfurcht** eine ausführliche Begründung für die Vertagung.[1] Gegen die Abhaltung am vorgesehenen Termin sprechen eine Reihe von nationalen und internationalen Konferenzen, die eine weitgehende Klärung der »Deutschen Frage« fördern dürften. Es erscheint zweckmäßig, Vermutungen und Gerüchte im Zusammenhang mit den Präsidentenwahlen in USA und der Vorbereitung von Parlamentswahlen in England abzuwarten. Organisatorische Gründe zwingen nicht zur überhasteten Verabschiedung eines Programms, das besonders in seinem politischen Teil noch einer ausgiebigen Klärung bedarf. Der Verlauf der letzten Londoner Mitgliederversammlung [5.9. 1944] und die Vorfälle in einigen Ortsgruppen zeigen, wie weit wir noch von einer wirklichen kameradschaftlichen Zusammenarbeit, geschweige denn von einer politischen Verständigung entfernt sind. Es muß zu gefährlichen und doch wohl von niemandem beabsichtigten Konsequenzen führen, wenn man Meinungsverschiedenheiten durch Beschlüsse von Zufallsmehrheiten entscheiden will. Glasgow, Manchester und Leeds haben nur kommunistische Delegierte gewählt, in Birmingham ist es sogar zu Unkorrektheiten bei der Wahl gekommen. Die ganze Tendenz widerspricht dem Wortlaut und dem Geist unserer Abmachungen.[2]

Becker gibt zu, daß hochpolitische Entscheidungen eine Vertagung rechtfertigen mögen. Erwiesene Unkorrektheiten sind bedauerlich und müssen berichtigt werden. Eine einheitliche Stimmführung und ausgerichtete Meinung könne man jedoch ebenso wenig erwarten oder erzwingen. Es sei aber hohe Zeit, eine politische Erklärung abzugeben und diese schon womöglich der »Vorlage«[3] beizugeben.

1 Zur Begründung der Vertagung vgl. auch Rundschreiben der Landesgruppe vom 6.10.1944 an die Ortsgruppen,in dem es u.a. heißt:
»In der Landesgruppe herrscht Übereinstimmung darüber, daß die formal-organisatorischen Dinge auf unserer Delegiertenversammlung nicht von besonderer Bedeutung sein werden und nicht viel Zeit in Anspruch nehmen sollten. Der Sinn der Versammlung liegt im wesentlichen darin, zu einer programmatischen Formulierung unserer Auffassungen zu gelangen. Die Praxis der letzten Wochen hat gezeigt, daß wenig Aussicht besteht, bis zum Ende Oktober die Beratungen aller Arbeitsgemeinschaften zu Ende zu führen und somit die Programmgrundlagen fertig zu haben. Bedeutsamer aber ist, daß viele Kollegen die Auffassung vertreten, unser Programm müsse eine politische Einleitung haben, die zu all den Fragen Stellung nimmt, die wir am besten mit dem Begriff »Deutschland-Problem« umschreiben können. Entschließungen zu diesem Thema sind in der Londoner Mitgliederversammlung vorgelegt und diskutiert, in Mitgliederversammlungen im Lande ebenfalls diskutiert und zum Teil als Anträge an die Delegiertenversammlung eingereicht worden. Bei der Erörterung des Deutschland-Problems stehen sich zwei Anschauungen schroff gegenüber; trotzdem sollte, wie seinerzeit im Sofortprogramm, der Versuch gemacht werden, eine Formel zu finden, die für die Landesgruppe als Ganzes tragbar ist. Der A[rbeits]A[usschuß] war einstimmig der Meinung, daß Entscheidungen dieser Art nicht durch Kampfabstimmungen herbeigeführt werden sollten.«
In: AdsD, DGB-Archiv; Nl. Hans Gottfurcht.
2 Zum Verhältnis der Landesgruppe zur KPD vgl. u.a. Dok. 223 Anm. 5, 224 Anm. 1, 228, 240 Anm. 2.
3 Vgl. Dok. 239.

Sander betont, daß eine politische Erklärung zu formulieren, Sache des Deutschland-Ausschusses sei. Dahin gehöre auch der Antrag *Spieler*[4] zu einer gründlichen Beratung.

Kramer ist der Meinung, daß noch sehr viel zur Angleichung der politischen Auffassungen zu tun übrig bleibt. Die ideologische Grundlage für eine feste Zusammenarbeit ist noch nicht gegeben und wird durch die von *Gottfurcht* aufgezeigten Vorfälle immer wieder erschüttert. Die Festigung unserer mühsam vorbereiteten Einigung sollte uns höher stehen als die Durchpeitschung von Entschlüssen oder die Abhaltung der Delegiertenkonferenz.

Walter erscheint es klar, daß die KP-Freunde versuchen, ihre politische Auffassung durchzuboxen. *Becker* solle doch einmal erklären, was er sich dabei denkt und wieweit er dieses Spiel treiben will.

Rauschenplat unterstreicht, daß wir Zeit gewinnen müssen für die Fertigstellung der verschiedenen Programme. Sie sollen ja schließlich die Grundlage und das Hauptthema der Delegiertenkonferenz bilden. Es wäre bedauerlich, wenn die auf ihre Ausarbeitung verwandte viele Mühe und Arbeit durch übereilte Handlungen zunichte gemacht würden.

Eichler sieht nicht ein, warum eine politische Einigung die Vorbedingung für fruchtbare gewerkschaftliche Arbeit sei. Er betont die Unmöglichkeit, so etwas zu erzwingen. Keinem werde damit gedient sein, und das Ganze könne nur auf einen allgemeinen Prestigeverlust hinauslaufen.

Weidmann betont, daß es falsch wäre, die Anträge[5] als eine feindliche oder gar einheitsschädigende Aktion aufzufassen. Man wolle keine Beschlüsse forcieren, sondern auch nur die verschiedenen Meinungen ausdiskutieren und womöglich angleichen. Im übrigen sei diese Frage nicht nur eine Angelegenheit der Deutschland-Kommission oder des Arbeitsausschusses, sondern der gesamten Landesgruppe.

Schoettle unterstreicht die Auffassung, daß alle Gliederungen an der Klärung beteiligt werden müssen. Aber hier höre die Übereinstimmung auch schon auf. Der Wille zur Einheit könne nur in einem Kompromiß Ausdruck finden. Die vielen hier vorgetragenen Fälle sind keine Einzelaktionen, sondern eine politische Linie. Sie läuft auf eine glatte Machtprobe hinaus und man solle sich darüber gegenseitig nichts vormachen. Er mache den KP-Freunden daraus keinen Vorwurf, aber man solle es ehrlicherweise zugeben. Keine abgemachten Meinungen oder vorgefaßten Beschlüsse dürfen entscheiden, sondern nur die Güte der Argumente. In bestimmten politischen Fragen wie Gebietsabtretung oder Kollektivschuld werde man wohl kaum zu einer Einigung kommen.

Derkow begrüßt die Ausführungen von *Weidmann*, leider ständen sie im krassen Gegensatz zum praktischen Verhalten. Das Vorgehen *Spielers*[6] sei um so unverständlicher gewesen, da er ja Mitglied der Deutschland-Kommission ist und die Schwierigkeiten kannte. Reden wie die des Kollegen *Sendler*[7] tragen nur zur Verschärfung der Gegensätze bei. Eine möglichst baldige politische Erklärung sei notwendig, könne jedoch nicht erzwungen werden. Die von der Presse verstümmelt wiedergegebene *Citrine*-Rede[8] werde vielfach auch falsch ausgelegt. Einer kollektiven Alleinschuld des deutschen Volkes könne er nie zustimmen, schon weil es so etwas nicht gäbe. Der Arbeitsausschuß muß formal beschließen, die Wahlen in Birmingham für ungültig zu erklären. Schon aus diesem Grunde sei die Verschiebung der Delegiertenkonferenz notwendig.

4 Vgl. Dok. 237.
5 Vgl. z. B. ebd., ferner Dok. 230–233.
6 Vgl. Dok. 237.
Alfred Spieler, Delegierter der Londoner Ortsgruppe der Delegiertenversammlung am 30./31.12. 1944, Mitglied der Deutschland-Kommission der Landesgruppe, KPD.
7 Hubert Sendler, Delegierter der Londoner Ortsgruppe der Delegiertenversammlung der Landesgruppe am 30./31.12.1944, Mitglied der Deutschland-Kommission der Landesgruppe; KPD.

Schilde erhebt Einwendungen gegen die Vorlage[9], die **Gottfurcht** zurückweist, da sie von ihm mitbeschlossen wurde. Er verwahrt sich gegen die Unterstellung von politischen Manövern, die einheitliche Willensbildung sei zufällig zustande gekommen. Das wird von der Mehrheit der Anwesenden bezweifelt. Er plädiert ebenfalls für eine kurze Verschiebung der Delegiertenkonferenz.

Weidmann betont erneut, daß sie keinerlei Entscheidungen erzwingen wollen.

Gottfurcht faßt folgende Schlußfolgerungen zusammen: die Delegiertenkonferenz ist zu vertagen, eine neue Sitzung des Arbeitsausschusses am 24.10. soll über den endgültigen Termin entscheiden. Der Antrag *Spieler* wird in der nächsten Sitzung der Deutschland-Kommission am 10.10.[10] beraten werden. Der Arbeitsausschuß nimmt daran teil.

Die nächste Londoner Mitgliederversammlung soll Anfang November stattfinden. Ein Bericht vom TUC-Kongreß [16–20.10. 1944] und die Diskussion aller bis dahin eingegangenen Anträge sind auf die Tagesordnung zu setzen. Über die Vorgänge in Birmingham ist ein offizieller Bericht anzufordern. Danach wird die Wahlkommission entscheiden.

Dementsprechend wird einstimmig beschlossen.

Zu Punkt 3) wird der alte Beschluß, die Versendung der »Vorlage« ohne Kommentar, bestätigt.

Zu Punkt 4): Die Ausarbeitung und Versendung des Fragebogens[11] betr. die Vorbereitungen für eine evtl. Rückwanderung wird genehmigt.

Zu Punkt 5): Der Bericht der Kommission 1[12] wird zur Kenntnis genommen und gebilligt.

Zu Punkt 6) wird beschlossen, dem Kollegen *Koller* £2.10.- Unterstützung zu zahlen.

Zu Punkt 7) wird beschlossen, den Brief *Wiest* ohne Kenntnisnahme abzulegen.

Wegen der vorgeschrittenen Zeit kann der letzte Punkt der Tagesordnung nicht mehr behandelt werden. Die Sitzung wird um 10.05 p. m. abgebrochen.

London, 5. Oktober 1944
Willi Derkow

8 Vgl. Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien, 76. Jahres-Kongreß des Britischen Gewerkschaftsbundes, Blackpool 16.–20.10.1944, London o. J. S. 6. W. Citrine hatte bedauert, daß »von einer allgemeinen Widerstandsbewegung in Deutschland zu wenig zu sehen gewesen sei«.
9 Gemeint ist Dok. 239.
10 Vgl. Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien, Deutschland-Kommission, »Protokoll der Sitzung am 10.Oktober 1944«, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht; vgl. ferner Dok. 237.
11 Vgl. Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien, 2. Halbjahresbericht 1944, London o. J., S. 3. Bis Ende 1944 hatten nur 315 (45%) der Mitglieder den Bogen ausgefüllt. Dazu heißt es im Bericht: »Niemand soll jedoch erwarten, daß wir uns um ihn besondere Mühe geben werden, wenn er uns bei den Vorbereitungen im Stich läßt«.
12 Fehlt in den Akten.

DOKUMENT 241

30./31. 12. 1944: Entwurf zu einem Gewerkschaftsprogramm: Abschnitt »Sozialpolitik«

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Hektographierte Maschinenschrift. Original wie Überschrift.[1]

Einführung

Die Organisierten vieler Länder, mit ihnen deutsche Gewerkschafter, haben sich seit jeher für soziale Gerechtigkeit und sozialen Fortschritt eingesetzt. Wir begrüßen daher die erneute Bestätigung und internationale Anerkennung alter Forderungen durch die »Declaration of Philadelphia«.[2]

Ausgehend von der Erkenntnis, daß Arbeit keine Ware sein darf und daß Armut irgendwo den Wohlstand überall in der Welt gefährdet, daß alle Menschen ohne Unterschied der Rasse, des Glaubens und des Geschlechts das Recht auf materielle Wohlfahrt und kulturelle Entwicklung in wirtschaftlicher Sicherheit und unter gleich günstigen Bedingungen haben müssen, bekennen wir deutschen Gewerkschafter uns zu den folgenden

Sozialpolitischen Grundsätzen:

Im Hinblick auf die besonders gelagerten Verhältnisse in Deutschland ist ihre verfassungsrechtliche und gesetzliche Verankerung zu empfehlen.

Vollbeschäftigung: Eine planmäßige Wirtschaftspolitik muß unter Heranziehung und Erschließung aller nationalen Hilfsquellen jedem Arbeitsfähigen eine Arbeitsgelegenheit zu bestmöglichen Bedingungen und Mindestlöhnen schaffen.

Es ist die Pflicht der Gesellschaft, die Voraussetzungen zu schaffen, die jedem Arbeitswilligen eine menschenwürdige Existenz unter beständiger Hebung des Lebensstandards ermöglichen.

Existenzsicherung: Wer durch persönliche oder wirtschaftliche Umstände unverschuldet, zeitweilig oder dauernd, an voller Erwerbstätigkeit verhindert ist, hat Anspruch auf ein durch öffentliche Sozialversicherung garantiertes Mindesteinkommen.[3] Wirtschaftlich abhängige Personen haben nach dem Tode des Ernährers einen Rechtsanspruch auf Renten und Existenzsicherung.

1 Ein Exemplar dieses Entwurfes befindet sich auch in AdsD, Nl. Walter Auerbach, T.1, Mappe 115. Dem Entwurf ist folgende Vorbemerkung vorangestellt: »Diese Vorlage ist das Ergebnis eingehender Beratungen in der Arbeitsgemeinschaft ›Sozialpolitik‹ und in einer Sonderkommission des Arbeitsausschusses. Diese Beratungen fanden am 8. Dezember 1944 ihren Abschluß. Herangezogen wurden auch frühere Ausarbeitungen der Landesgruppe [vgl. Dok. 238], zu denen in den Ortsgruppen Stellung genommen war. Der Arbeitsausschuß legt nunmehr das Beratungsergebnis der Delegiertenversammlung vor.« ebd. Vgl. zu dieser Vorbemerkung Walter Auerbach (Brief vom 26.12.1944 an Hans Gottfurcht, ebd.), der kritisiert, daß diese »den Eindruck erweckt, daß diese 7 1/2 Seiten in der Arbeitsgemeinschaft ›Sozialpolitik‹ eingehend durchberaten wurden. Das war nicht der Fall. Nur die ersten 2 1/2 Seiten des der Delegiertenkonferenz [30./31.12.1944] Vorgelegten wurden in Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft gründlicher, wenn auch noch nicht ausreichend, durchberaten. Die übrigen 5 Seiten wurden nur flüchtig besprochen und können daher nicht als Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft gelten«.

2 Sie ist abgedruckt in: Internationale Arbeitskonferenz, Übereinkommen und Empfehlungen 1919–1952, Genf 1954, S. 475ff.

3 Diese Formulierung geht auf einen Vorschlag (ohne Datum) von L. Rosenberg zurück, vgl. »Vorschlag Rosenberg«, in: AdsD, Nl. Walter Auerbach, T.1, Mappe 114.

Leben und Gesundheit aller Erwerbstätigen und ihrer Angehörigen müssen ausreichend geschützt sein. Ein umfassender Gesundheitsdienst, der alle privaten und beruflichen Risiken deckt, muß ihnen frei zur Verfügung stehen. Besonders zu fördern wären vorbeugende Maßnahmen für die Unfallverhütung sowie für den Mutter- und Kinderschutz.

Lastenverteilung: Alle Volksschichten sind im Verhältnis ihrer Mittel zur Aufbringung der Kosten der sozialen Dienste heranzuziehen. Neben den direkten Beiträgen zur Sozialversicherung muß der gesamte Sozialetat durch öffentliche Leistungen gesichert sein .

Vereinheitlichung: Für einen gesicherten und geordneten Aufbau und für die Vereinheitlichung der Arbeits- und Sozialpolitik ist die Schaffung einer einheitlichen Gesetzgebung und autonomen Arbeits- und Sozialverwaltung zwingende Voraussetzung.[4]

Demokratisierung:[5] In den Körperschaften der Arbeits- und Sozialverwaltung ist die Selbstverwaltung sofort in vollem Umfange herzustellen. Sie muß zu einem Bestandteil demokratischer Wirtschaftsführung werden, die eine gleichberechtigte Mitarbeit an der Hebung der Produktivität und des Lebensstandards gewährleistet. Die paritätische Mitwirkung aller Beteiligten an der Gestaltung und Anwendung der wirtschaftlichen und sozialen Gesetzgebung und Verwaltung setzt die Wiederherstellung des Koalitionsrechts voraus.

Sofortmaßnahmen

Den deutschen Gewerkschaftern sind in der dem Ende der Kriegshandlungen unmittelbar folgenden Zeit über den engeren Rahmen gewohnter gewerkschaftlicher Betätigung hinausreichende sozialpolitische Aufgaben gestellt.

Nach wenigstens 12 Jahren Raubwirtschaft und nach mehr als 5 Jahren totaler Kriegsführung hinterläßt die Nazidiktatur Deutschland in furchtbarem Elend. Verwüstete Städte und Dörfer, vernichtete Arbeitsplätze, Millionen Tote und Verstümmelte, Witwen und Waisen, Seuchen, Hunger und Massenerwerbslosigkeit erzeugen eine Bedrohung des wirtschaftlichen und sozialen Gefüges des Landes.

Die öffentliche Verwaltung wird in vielen Bezirken zusammenbrechen und selbst da, wo sie notdürftig intakt bleibt, können die Arbeitenden ihrer Leitung nicht vertrauen. Als Interessenvertretung aller Arbeitnehmer müssen die deutschen Gewerkschaften sich führend an der demokratischen Umgestaltung der öffentlichen Verwaltung beteiligen, insbesondere am Um- und Neubau der Sozialverwaltungen, der Gemeindeverwaltungen und der Bewirtschaftungsstellen. Sie werden bis zum ordnungsgemäßen Funktionieren dieser Körperschaften gelegentlich selbst öffentliche Aufgaben übernehmen müssen.

Die personelle Säuberung der Arbeits- und Sozialverwaltung

Vorbemerkung: Die in diesem Abschnitt vorgeschlagenen Maßnahmen sind nicht nur für die Arbeits- und Sozialverwaltung erforderlich. Es bleibt deshalb vorbehalten, diesen Abschnitt, wenn nötig mit Ergänzungen, an eine andere Stelle des Gesamtprogramms zu setzen.[6]

Die personelle Säuberung bildet im Zuge der Bereinigung des gesamten öffentlichen Lebens eine unerläßliche Voraussetzung für die Demokratisierung Deutschlands. Die

4 Bei Rosenberg heißt es hier: »Die Einheitlichkeit der Arbeits- und Sozialverwaltung und ihre Befreiung von Bevormundung in ihrer Tätigkeit ist eine zwingende Voraussetzung eines geordneten und gesicherten Wiederaufbaus«; ebd.

5 L. Rosenbergs Formulierungsvorschlag: »In einer Gesellschaft, in der der Mensch im Mittelpunkt der Wirtschaft steht, muß die soziale Selbstverwaltung in vollem Umfang hergestellt und ihr Anteil an der demokratischen Wirtschaftsleitung gesichert sein«; ebd.

6 Vgl. Dok. 250.

radikale Ausschaltung aller aktiven Nazis, Kriegsverbrecher und deren Helfershelfer ist die beste Sicherung zur Verhinderung von Sabotage und zur wirksamen Bekämpfung etwaiger illegaler Nazizellen.[7] Die Gewerkschaften müssen auf folgende Sofortmaßnahmen[8] bestehen:

1. Alle im öffentlichen Dienst Beschäftigten gelten vorübergehend als mit täglicher Kündigung weiterbeschäftigt.

2. Alle Neueinstellungen, Beförderungen und Aufrückungen, die unter nationalsozialistischen Regierungen oder Regierungen mit nationalsozialistischen Ministern in Reich und Ländern oder in gleichartig geleiteten Gemeindeverwaltungen vorgenommen wurden, werden überprüft.

3. Alle verantwortlichen Leiter und Personalreferenten von Behörden, Körperschaften öffentlichen Rechts usw. gelten als mit sofortiger Wirkung fristlos entlassen. Sie haben ihre Geschäfte ordnungsgemäß zu übergeben und sind bis dahin der Aufsicht erprobt demokratischer Kommissare zu unterstellen. Ohne deren Gegenzeichnung ist keine ihrer Anordnungen gültig.

4. Diese Bestimmung ist sinngemäß auch auf die ehrenamtlichen Mitglieder von Präsidien, Vorständen, Verwaltungsräten, Kuratorien usw. anzuwenden.

5. Entsprechendes gilt für alle im öffentlichen Dienst Beschäftigten, die in der NSDAP oder einer ihr angeschlossenen Organisationen den Rang eines Ortsgruppenleiters, oder dessen Äquivalent, oder einen höheren Rang bekleidet haben. Dasselbe gilt für *alle* Angehörigen der Gestapo und ihrer Hilfsorganisationen, sowie für *alle* aktiven Mitglieder der SS- und Totenkopfverbände.[9]

6. Alle wegen politischer oder religiöser Betätigung oder Haltung oder wegen ihrer Abstammung aus dem öffentlichen Dienst Entlassenen oder im öffentlichen Dienst Gemaßregelten haben Anspruch auf Wiedereinstellung und volle Wiederherstellung ihrer durch Nazimaßnahmen beeinträchtigten Rechte.

Die sachliche Umgestaltung der Arbeits- und Sozialverwaltung ist eine zwingende Notwendigkeit. Unternehmerinteressen und verhüllte Nazieinflüsse werden versuchen, einen größtmöglichen Teil der autoritären Struktur aufrecht zu erhalten. Ein Erfolg würde ihnen nicht nur die Sabotage der Wiedergutmachung und die Abwälzung der Leistungen auf die Arbeitenden erleichtern, sondern auch jede wirksame Demokratisierung unmöglich machen. Nur die Herstellung einer einheitlichen Arbeits- und Sozialverwaltung unter zentraler Aufsicht kann die Beeinflussung durch und das Wiedereindringen von Naziagenten verhindern bzw. mit dem geringsten Aufwand den größten Erfolg garantieren. Die Durchführung dieser Aufgabe dürfte längere Zeit in Anspruch nehmen. Die Gewerkschaften müssen daher, in Zusammenarbeit mit den Betriebsvertretungen, für eine sofortige Notgesetzgebung sorgen. Diese muß u.a. die folgenden wichtigsten Punkte berücksichtigen:

1. Die Stäbe der Reichs- bzw. Sondertreuhänder, des Generalbeauftragten für Arbeitslenkung, des Reichsarbeitseinsatz-Ingenieurs und die ihnen nachgeordneten Stellen sind zu beseitigen.

7 Walter Auerbach (Brief vom 28.11.1944 an Hans Gottfurcht) fordert für eine »Übergangszeit ... Maßnahmen zur Verhinderung gewerkschaftlich getarnter Naziaktivität«; in: AdsD, Nl. Walter Auerbach, T.1, Mappe 115.

8 Die Sofortmaßnahmen folgen inhaltlich weitgehend dem »Entwurf W[alter] A[uerbach] zu einem sozialpolitischen Programm der Landesgruppe«, o. Datum; ebd.

9 Bei Auerbach heißt es weiter: »und für Unternehmer, Betriebs- und Abteilungsleiter, denen zunächst mehr als 19 Beschäftigte unterstellt sind«, ebd. Randnotiz von Rauschenplat: »in Wi[rtschafts-] Progr[amm]« übernehmen; ebd.

2. Die Gauarbeitsämter sind aufzulösen. Der Organisationsaufbau der früheren Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung ist wieder herzustellen.

3. Die Träger der Invaliden-, Angestellten-, Knappschafts-, Seeleute-, Kranken- und Unfallversicherung sowie die Kriegsbeschädigten-, Hinterbliebenen- und Militärversorgungsbehörden sind einer kommissarischen Verwaltung zu unterstellen. Diese muß die Überführung in ein gemeinsames Sozialversicherungsamt vorbereiten. Alle Ersatz-, Innungs-, Betriebs- und Privatkassen sind diesem System einzugliedern.

4. In den in allen Stufen wiederhergestellten Selbstverwaltungsorganen können bis zur Heimkehr der ausländischen Zwangsarbeiter und bis zur Abwicklung ihrer Ansprüche deren Vertreter auf Wunsch beteiligt werden.

5. Das bisherige Personal und die neuen demokratischen Behörden sind voll verantwortlich für die unversehrte Erhaltung aller Vermögens- und Sachwerte, Dokumente und Akten, die letzteren besonders aus der Zeit nach dem 1. Januar 1930 und im Hinblick auf Ausländer, Juden und deutsche politische Gefangene.

Die Veränderung des materiellen Rechts und dessen Überwachung ergibt sich zwangsläufig teils aus der vorerwähnten sachlichen Umgestaltung, teils aus der völlig neuen Situation und den sich daraus ergebenden Aufgaben.

Die Überführung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft, die Demobilisierung der Soldaten und der zur Kriegs- bzw. Arbeitsdienstpflicht Einberufenen sowie die Versorgung der direkten und indirekten Kriegsopfer gehören mit zu den vordringlichsten Aufgaben. Sie müssen unverzüglich nach Einstellung der Feindseligkeiten begonnen und im Hinblick auf den späteren Wiederaufbau planmäßig in Angriff genommen werden. An der Vorbereitung und Durchführung dieser Maßnahmen werden die Gewerkschaften hervorragend beteiligt sein.

In den meisten deutschen Arbeitsstätten haben Nazibetriebsführer, ihre Vertrauensräte und deren Hilfsorganisationen die Belegschaften terrorisiert und ausgebeutet. Ein rücksichtsloses Antreibersystem hat die Solidarität untergraben, die Arbeitskraft geschwächt und die Volksgesundheit gefährdet.

In einer Zeit riesigen Frauenüberschusses werden schon aus materiellen Gründen Millionen von Frauen auch weiterhin auf ständigen Lohnerwerb angewiesen sein. Hunderttausende von kleinen Handwerkern und Gewerbetreibenden haben ihre Betriebe verloren und sind in Rüstungsfabriken gepreßt worden. Da ihnen ihre Existenz zerstört worden ist, dürften auch sie auf voraussichtlich längere Zeit eine zusätzliche Belastung des Arbeitsmarktes darstellen. Millionen von nicht mehr oder nur beschränkt Erwerbsfähigen müssen eine ausreichende materielle Versorgung erhalten.

Weitere Verelendung und chaotische Zustände, mit allen sich daraus ergebenden Gefahren sind nur zu verhindern, wenn auf den einzelnen Sachgebieten schnellstens die folgenden Maßnahmen ergriffen werden:

Arbeitsrecht und Arbeitsschutz

Die Treuhänderverordnung, das Gesetz zum Schutze der nationalen Arbeit und alle darauf aufbauenden Verfügungen sind aufzuheben. An ihre Stelle sind vorübergehend und bis zu einer endgültigen anderweitigen Regelung das Betriebsrätegesetz, die Tarifvertrags- und die Schlichtungsordnung sowie die gesamte Arbeitsschutzgesetzgebung der Vornazizeit wieder in Kraft zu setzen.[10]

Paritätisch zusammengesetzte Aufsichts- und Schlichtungsorgane sind kommissarisch zu bestellen. Sie haben darüber zu wachen, daß bestehende Tarifordnungen und etwaige bessere betriebliche oder einzelvertragliche Abmachungen als unabdingbare

10 Kritik Auerbachs »Schafft Lücken – Führt Überholtes ein«; ebd.

Mindestleistungen weiter gelten. Diese Instanzen müssen auch das Recht haben, in besonderen Fällen bestehende Tarifordnungen zu ändern oder den Abschluß von neuen Kollektivverträgen und Arbeitsordnungen zu fördern. Sie haben ferner die Aufgabe, als Instanzen für die Festsetzung von Löhnen und Arbeitsbedingungen für solche Betriebe und Gewerbe zu fungieren, in denen organisatorische Voraussetzungen für den Abschluß von Kollektivverträgen nicht gegeben sind.

Die Betriebsvertretungen sind, wo immer möglich, sofort neu zu wählen. Von ihnen, provisorischen Ausschüssen etc. abgeschlossene Tarifverträge, Arbeitsordnungen etc. bedürfen der Zustimmung der vorgenannten Instanzen. Sie sind für die Wiederherstellung der Betriebsdemokratie verantwortlich.

Im beiderseitigen Einvernehmen muß die sofortige Überprüfung aller seit 1933 angeordneten Lohndiktate und aufgezwungenen Arbeitsordnungen beginnen. Sie sind als rechtsunwirksam zu erklären, soweit sie auf Naziprinzipien beruhen, diskriminierende Bestimmungen im Hinblick auf Behandlung und Bezahlung enthalten und von den Betriebsvertretungen nicht gebilligt werden.

Die Gewerbeaufsichtsbehörden sind erneut paritätisch zu besetzen. Sie haben insbesondere die Einhaltung des Sonderschutzes für Kinder, Jugendliche und Frauen sowie für in gesundheitsgefährdenden Betrieben oder Gewerben Beschäftigte zu überwachen. In allen anderen Fragen des allgemeinen Arbeitsrechtes und -schutzes müssen sie mit den vorgenannten Stellen zusammenarbeiten.

Soziale Versicherung und Versorgung

Grundsätzlich und für eine kurze Übergangszeit sind alle bisherigen Unterstützungen und Renten – mit den entsprechenden Teuerungszuschlägen in Anpassung an die veränderten Kaufkraftverhältnisse – weiterzuzahlen.

Eine Überprüfung aller Grundbezüge und Staffelungssätze sowie aller seit dem 1.12. 1930 erlassenen einschlägigen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsmaßnahmen ist sofort in Angriff zu nehmen.

Alle seit dem 30.1. 1933 geschaffenen Rechtsungleichheiten sind sofort aufzuheben. In Haft, Zwangsarbeit oder unfreiwilliger Arbeitslosigkeit innerhalb und außerhalb des Landes verbrachte Beitragszeiten sind auf die Anwartschaft aufzurechnen.

Alle den Nazis und den ihnen Gleichgestellten eingeräumten Vorrechte sind unter Vorbehalt der Rückforderung zu beseitigen. Dieser Personenkreis hat einen Rechtsanspruch nur aufgrund der nachgewiesenen Verdienste vor 1933; im Nichtbeibringungsfall gelten die Mindestsätze.

Erwerbslosenunterstützung ist bis auf weiteres unbefristet und ohne Bedürftigkeitsprüfung zu zahlen. Die Einstufung erfolgt nach dem letzten Jahresverdienst auf der Grundlage der 48-Stundenwoche. Vorübergehend erwerbslose Opfer von Nazimaßnahmen erhalten zunächst für die Dauer von mindestens 6 Monaten die Höchstsätze. Der Rechtsanspruch auf Arbeitslosenunterstützung erlischt bei Ablehnung von den Arbeitsämtern zugewiesener und zumutbarer Beschäftigung zu tarifvertraglich festgelegten Bedingungen. Das gilt nicht für die Nazis und die ihnen Gleichgestellten.

Auf die gesamte übrige Sozialversicherung sind die vorstehenden Grundsätze sinngemäß anzuwenden. Zusatzleistungen einzugliedernder Versicherungseinrichtungen (siehe Ziffer 3, letzter Satz im Abschnitt »Die sachliche Umgestaltung der Arbeits- und Sozialverwaltung«) sind, unbeschadet einer endgültigen Regelung, bis auf weiteres außer Kraft zu setzen.

Die Versorgung der direkten und indirekten Kriegsopfer hat nach den gleichen einheitlichen Gesichtspunkten zu erfolgen. Zu den Versorgungsberechtigten gehören nicht nur die Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen, ohne Rücksicht auf ihre aktive

oder passive Teilnahme an den Kampfhandlungen, sondern auch die Opfer des illegalen Kampfes gegen den Nationalsozialismus. In der Notzeit des Übergangs dürfen – unbeschadet einer späteren grundsätzlichen Regelung – keine Versorgungsbezüge oder Beamtenpensionen die entsprechenden Sätze der Sozialversicherung übersteigen.

Arbeitszeit und Lohn

Es erscheint fraglich, ob das Ende der Kriegswirtschaft eine Verkürzung der Arbeitszeit in allen Berufen möglich macht.[11] Grundsätzlich und bis auf weiteres sollten die Arbeitszeitverordnung sowie die einschlägigen Bestimmungen der Gewerbeordnung und des Handelsgesetzbuches wieder in Kraft treten. Die Schichtzeit für Untertagearbeit im Bergbau muß stufenweise auf 7 Stunden herabgesetzt werden. Die Regelung der Arbeitsbedingungen für Landarbeiter und Hausangestellte ist den allgemeinen Bestimmungen weitmöglichst anzupassen.

Für längere Zeit wird die Kaufkraft von der nur in beschränktem Umfange zur Verfügung stehenden Warenmenge entscheidend beeinflußt werden. Ein unvollständiger Lohnausgleich wäre eine ungerechtfertigte Bereicherung der Sachwertbesitzer auf Kosten der Lohn- und Gehaltsempfänger. Die Gewerkschaften werden sich jedem derartigen Versuch mit allen Mitteln widersetzen. Er würde vielfach eine Bereicherung der Nazis und Kriegsverbrecher darstellen, also eine Begünstigung statt einer Bestrafung bedeuten. Das damit verbundene Lohndumping würde den Lebensstandard der Arbeiter in anderen Ländern gefährden. Im Falle allgemeiner Preissteigerungen hat eine zentrale Instanz allgemeine Teuerungszuschläge unabdingbar festzusetzen. Als Grundlage dafür und im Hinblick auf die Festsetzung von Mindestlöhnen, eines Existenzminimums etc. ist die Neugestaltung der von den Nazis verfälschten Sozial- und Wirtschaftsstatistik zu beschleunigen. Die Gewerkschaften sollten daran beteiligt werden und überdies eine eigene statistische Berichterstattung beginnen.

Arbeitsvermittlung und Berufswahl

Die schnellstmögliche Behebung aller Kriegsschäden sowie die angestrebte Vollbeschäftigung können nur durch einen planmäßigen Einsatz unter öffentlicher Kontrolle erreicht werden. Vorübergehende Störungen durch Kriegs- und Nachkriegsfolgen sind durch eine planmäßig aufgebaute und gelenkte Arbeitsvermittlung, Berufswahl und Berufsausbildung auszugleichen.

Die Vermittlung hat nach sozial- und arbeitsmarktpolitischen Grundsätzen zu erfolgen. Durch Organisierung, Schaffung und Vermehrung von Arbeitsgelegenheiten müssen öffentliche- und Privatwirtschaft zur Verwirklichung der Vollbeschäftigung beitragen. Wiederaufbau-, Wiedergutmachungs- und Notstandsarbeiten dürfen nur im ordentlichen Arbeitsverhältnis durchgeführt werden. Von der gegebenen Situation wird es abhängen, ob und in welchem Umfange darüber hinaus etwaige Hilfs- und Notdienste beizubehalten sind.

Falls eine Beschäftigung im Auslande erwogen wird, müßten rechtzeitig umfassende Schutzvorkehrungen im Hinblick auf Behandlung und Bezahlung getroffen werden. Die Durchführung und Kontrolle einer solchen Maßnahme wäre einer internationalen Kommission zu übertragen. Vor einer Entscheidung hätte sie die sozialen, wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Rückwirkungen, sowohl im Heimat- wie im Lei-

11 Vgl. dagegen ebd.: »Das Ende der Kriegsproduktion wird Kürzung der Arbeitszeit in fast allen Berufen möglich machen.«

stungslande, sorgfältig zu prüfen. Besonders zu beachten wäre die Versorgung zurückbleibender Familienangehöriger und die Verhinderung privater Reparationsgewinne aus solchen Maßnahmen.

Zur Erhaltung der Volksgesundheit sind energische Notmaßnahmen sofort in Angriff zu nehmen, um einen völligen sozialen Verfall aufzuhalten. Die Ernährung, Bekleidung, Behausung und medizinische Betreuung zu sichern, ist eine unerläßliche Vorbedingung für die Gesundung des öffentlichen Lebens. Sie kann nur erreicht werden durch zweckmäßige Ausnutzung und gerechte Verteilung aller vorhandenen oder verfügbaren Rohstoffe, Verbrauchsgüter und sozialer Dienste. Die damit verbundenen Probleme, überwiegend wirtschaftspolitischer Natur können hier nur in ihren sozialpolitischen Aspekten behandelt werden. An ihrer Lösung werden Vertreter der organisierten Arbeiterschaft entscheidend auf allen Gebieten und in allen Instanzen mitzuwirken haben. Bei der praktischen Durchführung wären im einzelnen die folgenden Gesichtspunkte zu beachten:

Die Ernährung der Bevölkerung dürfte eines der dringlichsten und schwierigsten Probleme darstellen, wie die Erfahrung in den bisher befreiten Gebieten gezeigt hat. Unter Berücksichtigung der besonderen Situation, in der sich Deutschland befinden wird, ist eine Lockerung des Bewirtschaftungssystems unmöglich. Die umfassende Rationierung aller lebenswichtiger Verbrauchsgüter zu festen Höchstpreisen muß beibehalten werden. Umgehungen oder Verstöße dagegen sind als Sabotage zu bestrafen. Gaststätten, Hotels, Warenhäuser und Kleinhandelsgeschäfte dürfen Nahrung, Kleidung, Brennstoff etc. nur gegen Karten abgeben. Alle Vorräte sind meldepflichtig.

In der Übergangszeit kann die Ernährung wahrscheinlich nur mit Hilfe von Gemeinschaftsverpflegung sichergestellt werden. Soweit nicht bereits oder noch in ausreichendem Maße vorhanden, müssen Betriebskantinen, Volksküchen und Schulspeisungen unter hervorragender Mitwirkung der Konsumgenossenschaften organisiert werden. Den zuständigen Behörden (Ernährungs-, Preiskontroll- und Bewirtschaftungsstellen) sind örtliche und bezirkliche Ausschüsse beizuordnen. Sie haben deren Einrichtungen und die Durchführung von ihnen erlassener Anordnungen zu überwachen.

Das Wohnungs- und Siedlungswesen sind in öffentliche Kontrolle zu nehmen. Die Zwangsbewirtschaftung muß auf den gesamten verfügbaren Wohnraum, ohne Rücksicht auf Eigentumsverhältnis oder Verfügungsrecht, ausgedehnt werden. Notstandsreparaturen, Wohnungsteilungen etc. sind beschleunigt durchzuführen. Die Umwandlung von Geschäfts-, Büro- und Fabrikräumen ist zu überprüfen. Im Bedarfsfalle sind frühere Luftschutzunterkünfte, Kasernen, Baracken und andere öffentliche Gebäude für diesen Zweck zu beschlagnahmen.

Die Zuteilung hat nach sozialen Gesichtspunkten zu erfolgen. Kinderreiche, Kranke, Obdachlose (Ausgebombte und Flüchtlinge) sind bevorzugt zu behandeln. Die für Wohnungsbewirtschaftung und Mieterschutz zuständigen Ämter haben auch die Verantwortung für die Festsetzung von Höchstmieten und für die Organisierung des Wohnungstauschs. In ihnen sind paritätische Ausschüsse zu bilden.

Die durch unmittelbare Kriegsfolgen und Nachkriegswirren erzwungene Binnenwanderung größten Ausmaßes muß in geordnete Bahnen gelenkt werden. Die Flüchtlingsströme von Rückwanderern oder heimatlos Gewordenen sind bis zu ihrer endgültigen Niederlassung in bereits bestehende oder zu errichtende Auffanglager zu dirigieren.

Der Gesundheitsschutz wird sich besonders in der Übergangszeit hauptsächlich auf die Bekämpfung von Epidemien und Seuchen konzentrieren müssen. Eine enge

Zusammenarbeit mit den Besatzungsbehörden, der UNRRA-Verwaltung[12] und den Nachbarländern ist dafür unerläßlich. Meldung und Behandlung (einschließlich Schutzimpfungen) etc. sind obligatorisch. Die Knappheit an Ärzten, Medikamenten und Ambulatorien erfordert, daß alle privaten Einrichtungen des Gesundheitswesens (Krankenhäuser, Sanatorien, Erholungsheim etc.) unbeschadet etwaiger Rechtsnachfolger in den von den Nazis enteigneten Institutionen – vom öffentlichen Gesundheitsdienst für die Übergangszeit planmäßig verwaltet und geleitet werden. Eine Arzt-, Hebammen-, Heilgehilfen- oder Apothekerpraxis darf nur mit Zustimmung und unter Kontrolle der Gesundheitsämter ausgeübt werden. Die Herstellung, der Vertrieb und die Preisgestaltung von Heil- und Arzneimitteln unterliegen der gleichen Kontrolle.

DOKUMENT 242

30./31. Dezember 1944: Programmentwurf der Landesgruppe zur Wirtschaftspolitik

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Hektographierte Maschinenschrift. Überschrift: »Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien. Entwurf zu einem Gewerkschaftsprogramm: Abschnitt ›Wirtschaftspolitik‹«.[1]

Angesichts der langjährigen einseitigen Einstellung der gesamten deutschen Wirtschaft auf den Krieg,

angesichts der großen Zerstörungen in Deutschland, insbesondere von Wohnhäusern, Produktions- und Transportanlagen,

angesichts der zwangsweisen »Anpassung« der Wirtschaft der besetzten Gebiete an die deutsche Kriegswirtschaft, der großen Zerstörungen in den besetzten Gebieten und den sich daraus ergebenden Wiedergutmachungsverpflichtungen[2]

wird es der größten Anstrengungen und Opfer des gesamten deutschen Volkes bedürfen, um die deutsche Wirtschaft wiederaufzubauen.

Vorschläge für Sofortmaßnahmen[3]

Wo immer gewerkschaftliche Organisationen entstehen, sollten sie – in Anpassung an die örtlichen Verhältnisse – für die rascheste Durchführung von folgenden Maß-

12 United Nations Relief and Rehabilitation Administration/Flüchtlings- und Rehabilitationsverwaltung der Vereinten Nationen.

1 Ein Exemplar des Entwurfs befindet sich auch in AdsD, Nl. Walter Auerbach, T.1, Mappe 115. In der Vorbemerkung zum Entwurf heißt es: »Diese Vorlage gründet sich auf die Ergebnisse verschiedener Diskussionen und einer 1943 abgehaltenen Arbeitsgemeinschaft. Die nachstehende Formulierung ist das Ergebnis zahlreicher Einzelbesprechungen, die am 9. Dezember 1944 abgeschlossen wurden. Der Arbeitsausschuß legt nunmehr das Beratungsergebnis der Delegierten-Versammlung vor. London, Dezember 1944,« ebd.

2 Im Unterschied zu den übrigen Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft »Wirtschaftspolitik« (Fliess, v. Rauschenplat, Schilde) trat Derkow für »eine Anerkennung der Verpflichtung zur Wiedergutmachung im Rahmen des Möglichen« ein; vgl. Derkow, Vorschläge für den Abschnitt »Wirtschaftspolitik«, in: AdsD, Nl. Walter Auerbach, T.1, Mappe 115; vgl. ferner »Bericht an den Arbeitsausschuß zum Entwurf des Wirtschaftsprogramms«, 7.11.1944, von [H. v.] Rauschenplat, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht.

3 In einem Brief vom 19.3.1944 an Hans Schilde charakterisiert W. Fliess das Programm als »ein zeitgebundenes ..., nämlich für die Zeit unmittelbar nach dem Nazizusammenbruch«, ferner als einen »Programm-Entwurf ... für ein Wirtschaftsprogramm der deutschen Gewerkschaften für ein demokratisches – oder jedenfalls nicht nazistisches Deutschland«; vgl. auch Brief von Hans Schilde, 14.3.1944, an W. Fliess, beide Briefe in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht.

nahmen in der ersten Übergangszeit eintreten und sie notfalls unter eigener Verantwortung durchführen oder einleiten:

1. Betriebsleitung: Wo die Eigentümer, Betriebsleiter, Abteilungsleiter usw. geflohen sind oder aktive Nazis oder aktive Helfershelfer der Nazis waren, übernehmen Betriebsausschüsse die Weiterführung von Produktion, Transport und Verteilung. Sie handeln dabei als vorläufige Treuhänder des Volkes.[4] Aktive Nazis dürfen in keiner Vorgesetztenstellung beschäftigt werden.

2. Produktion: Jede dem zivilen Bedarf dienende Produktion ist fortzusetzen. Jede dem militärischen Bedarf dienende Produktion ist sofort abzubrechen und nach Möglichkeit umzustellen. Zur Abwehr von Sabotage und zum Schutz der Vorräte sind aus der Belegschaft besondere Schutztrupps zu bilden.

3. Verteilung: Die Rationierung zu Festpreisen ist aufrechtzuerhalten (unter Beseitigung der Diskriminierungen aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen, bei Sonderzuteilungen an bisher Benachteiligte), ebenso die Ablieferungskontingente der landwirtschaftlichen Betriebe, die mit industriellen Konsumgütern und Produktionsmitteln aus vorhandenen Vorräten bevorzugt zu beliefern sind.

Frühere Verkaufsstellen, Lagerhäuser usw. der Konsumgenossenschaften sind – unbeschadet der endgültigen Vermögensauseinandersetzung – neugebildeten Konsumgenossenschaften zur Verfügung zu stellen.

Rohstoff- und Devisenbewirtschaftung sind aufrechtzuerhalten, bei Änderung der Zuteilungsgrundsätze entsprechend der Umstellung der Wirtschaft.

4. Beschäftigung: Einreihung aller durch Umstellung und Demobilmachung arbeitslos Gewordenen in Arbeitstrupps der Gemeindeverwaltungen zu Aufräumungs-, Reparatur- und Aufbauarbeiten, insbesondere zum Ingangbringen des Transports und des Notwohnungsbaues.

5. Finanzwesen: Steuern und Abgaben sowie Sozialbeiträge werden zunächst nach den bisherigen Sätzen weiter erhoben. Die ersten Wiedergutmachungsleistungen und Wiederaufbauarbeiten werden finanziert durch:

a) restlose Einziehung des Vermögens aller Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher,
b) Einziehung aller Rüstungs- und Kriegsgewinne,
c) eine scharfe Vermögensabgabe auf alle großen Vermögen.

Die Inflation wird in erster Linie durch die unter Ziffer 3 genannten Rationierungsmaßnahmen bekämpft.

II. *Grundsätzliche Vorschläge zum Wirtschaftsprogramm*

1. Grundlagen und Zielsetzung: Der Aufbau einer Wirtschaft, die den Interessen eines neuen demokratischen Deutschlands dient, wird sich auf der Grundlage der Maßnahmen der Vereinten Nationen zur Sicherung des Friedens vollziehen.

Die deutschen Gewerkschaften setzen sich für eine Politik der Wiedergutmachung tatkräftig ein und werden von sich aus alles tun, um zu verhindern, daß deutsche Produktivkräfte jemals wieder für eine imperialistische Politik eingesetzt werden.

Bereits in der Übergangszeit, vor allem aber auf lange Sicht werden die Gewerkschaften sich einsetzen für Maßnahmen zur Sicherung des Friedens, zur Erreichung dauernder Vollbeschäftigung und sozialer Sicherheit, zur Wiederherstellung menschenwürdiger Lebensbedingungen und dann zur ständigen Hebung des allgemeinen Lebensstandards.

2. Strukturänderung: Zur Erreichung dieser Ziele sind tiefgreifende Änderungen der sozialen Struktur notwendig. Unmittelbar nach dem Kriege müssen diejenigen politischen und sozialen Kräfte, die immer wieder zum Kriege drängten, restlos zerstört werden: Kriegsschuldige und Kriegsgewinnler sowie die aktiven Helfershelfer der Nazis müssen aus allen leitenden Stellen der Wirtschaft entfernt werden; von den Nazis geschaffene Wirtschaftsorganisationen wie Reichsnährstand, Reichsgruppen und Fachgruppen müssen in ihrer jetzigen Form zerschlagen und auf demokratischer Basis völlig neugestaltet werden; in der Landwirtschaft muß das private Großgrundeigentum im Zuge einer großzügigen Agrarreform enteignet werden; in Industrie und Handel müssen die privaten Monopolkonzerne in Staatseigentum überführt werden.[5] Hierdurch werden die Grundlagen für eine staatliche Wirtschaftsplanung geschaffen.

3. Planung: Auf lange Sicht gilt es, eine staatliche Wirtschaftsplanung durchzuführen, die – ohne alle wirtschaftlichen Aktivitäten vorzuschreiben – festlegt, welchen Anteil Konsum und Investitionen am gesellschaftlichen Gesamtprodukt haben und in welcher Richtung die Investitionen gehen sollen.

4. Wirtschaftsdemokratie: An der Ausarbeitung der Wirtschaftspolitik, an der Leitung der in öffentlichem Eigentum stehenden Betriebe nehmen die Gewerkschaften als unabhängige Vertreter der Arbeitnehmer aktiven Anteil. Sie wollen in den neu zu schaffenden Organen der staatlichen Wirtschaftsplanung und der wirtschaftlichen Selbstverwaltung vertreten sein, um aktiv am Aufbau eines freien demokratischen Deutschlands mitzuwirken. Sie sehen in der Anwendung genossenschaftlicher Grundsätze ein Mittel, um möglichst viele Arbeitnehmer an der Gestaltung des Produktions- und Verteilungsprozesses verantwortlich zu beteiligen.

5. Genossenschaften: Die Gewerkschaften treten ein für eine Förderung der Genossenschaften als Organe der Selbsthilfe und als ausführende Organe der Wirtschaftsplanung. Eine enge Zusammenarbeit von Konsumgenossenschaften und landwirtschaftlichen Absatzgenossenschaften soll gleichzeitig dem Interesse der städtischen Konsumenten und der landwirtschaftlichen Produzenten dienen.

III. Einzelvorschläge zum Wirtschaftsprogramm

1. Bodenschätze: Übernahme der Bodenschätze in Staatseigentum.[6]

2. Schlüsselindustrien: Übernahme der Großkonzerne der Schlüsselindustrien in Staatseigentum, besonders in Bergbau, Schwerindustrie und Chemischer Industrie.[7]

3. Transport- und Versorgungsbetriebe: Vollständige Übernahme der Verkehrssysteme und der Versorgungsbetriebe (Gas, Wasser, Elektrizität) in öffentliches Eigentum.

4. Wohnungswesen: Planung des Wohnungsbaues im Rahmen der staatlichen Investitionsplanung. Errichtung und Verwaltung von Wohnhäusern unter Verantwortung der Gemeinden und Gemeindeverbände, die als ausführende Organe gemeinnützige Bau-

4 Bei Derkow (vgl. Anm. 2) heißt es ergänzend: »Bei der Ausübung ihrer Funktionen sind die Betriebsausschüsse auf enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften angewiesen und an die von amtlichen Bewirtschaftungsstellen erlassenen Anordnungen und Richtlinien gebunden.«

5 Im »Bericht« von H. von Rauschenplat (vgl. Anm. 2) heißt es hierzu: »Derkow ist gegen eine Enteignung der privaten Monopolkonzerne; er wünscht eine Veränderung der Politik gegenüber den Monopolen.« Vgl. ferner Derkow »Vorschläge«, ebd.

6 Vgl. ebd.; dort heißt es: »Der Boden und die Bodenschätze sind als Gemeingut des Volkes zu erklären.«

7 Vgl. ebd.; dort werden zusätzlich die »Baustoffe« genannt.

genossenschaften bevorzugen und fördern sollen.[8] Öffentliche Ausschreibung aller größeren Bauvorhaben. Ausschaltung der Grundstücksspekulation durch Kontrolle der Veräußerung und Verpachtung von Grund und Boden.

5. *Landwirtschaft*: Das im Zuge der Agrarreform enteignete Großgrundeigentumsland soll, soweit es seine Beschaffenheit zuläßt, zu günstigen Bedingungen landarmen Bauern, Landarbeitern und anderen Siedlungswilligen zur Verfügung gestellt werden. Bäuerliche Familienbetriebe bleiben erhalten. Die Förderung landwirtschaftlicher Genossenschaften aller Art soll die landwirtschaftliche Produktion steigern und verfeinern sowie die Lage aller in der Landwirtschaft Beschäftigten verbessern.

6. *Verteilung*: Förderung der Konsumgenossenschaften.

7. *Außenhandel*: Staatliche Lenkung des gesamten Außenhandels.

8. *Bank- und Kreditwesen*: Verstaatlichung der Großbanken.[9] Staatliche Überwachung der übrigen Kreditinstitute wie Privatbanken, Sparkassen, Kreditgenossenschaften, Versicherungsunternehmungen.

9. *Finanzwesen*: Die Steuergesetzgebung soll sich nach folgenden Grundsätzen richten: Stark progressive Einkommens-, Erbschafts- und Schenkungssteuer. Möglichst hohe Freigrenze bei der Einkommenssteuer. Indirekte Steuern möglichst nur auf Luxusgüter. Keine Kopfsteuer. Bodenwertzuwachssteuer.

Eine inflationistische Finanzpolitik im Sinne einer Ausgabenwirtschaft ohne Rücksicht auf die realen Produktionsmöglichkeiten lehnen die Gewerkschaften ab. Inflationistische Preissteigerungen sind durch Steuern, Rationierungsmaßnahmen sowie durch Anreiz zum Sparen zu verhindern.

Die zur Strukturänderung notwendigen Enteignungen erfolgen, soweit sie sich nicht gegen Kriegsschuldige und Kriegsverbrecher richten, gegen Entschädigung. Die Entschädigungen werden durch eine allgemeine Vermögensabgabe aufgebracht.

IV. Internationale Zusammenarbeit

Die vorstehenden Maßnahmen zerstören die soziale und wirtschaftliche Basis des deutschen Imperialismus und damit eine der wesentlichsten Kriegsursachen. Sie schaffen damit die wichtigste Voraussetzung für die Einordnung Deutschlands in die internationale Zusammenarbeit und für eine friedliche deutsche Außenpolitik.

In diesem Geiste werden die deutschen Gewerkschaften alle Maßnahmen internationaler Zusammenarbeit und alle internationalen Einrichtungen unterstützen und an ihnen teilnehmen, die die Förderung von Frieden, Vollbeschäftigung und sozialer Sicherheit und die Hebung des allgemeinen Lebensstandards zum Zweck haben.[10]

8 Im »Bericht« von H. v. Rauschenplat (vgl. Anm. 2) heißt es: »Derkow wünscht ausschließlich gemeinnützige Baugenossenschaften als Träger der Wohnungsbauwirtschaft«. Bei Derkow »Vorschläge« (vgl. Anm. 2) heißt es jedoch: »Träger der Wohnungsbauwirtschaft sollten wo immer möglich gemeinnützige Genossenschaften sein.«

9 Vgl. ebd.: »Die Notenbank und die privaten Großbanken sind zu entprivatisieren. Das gesamte Bank-, Kredit- und Versicherungswesen sind unter öffentliche Kontrolle zu stellen, mit der Maßgabe der Kredit- und Investitionsplanung«.

10 Laut »Bericht« von H. von Rauschenplat (vgl. Anm. 2) trat Fliess für den Zusatz ein: »Als eine Bedingung dafür sehen die Gewerkschaften die praktische Anerkennung der wirtschaftlichen Einheit Europas an. Die volle wirtschaftliche Souveränität ist mit den wirtschaftlichen und politischen Existenzbedingungen nicht mehr vereinbar.«

DOKUMENT 243

30./31. 12. 1944: Entschließung der Delegiertenversammlung der Landesgruppe zur Koordinierung der fortschrittlichen Nazigegner

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Maschinenschrift. Überschrift: »Koordinierung von Anti-Nazi-Kräften«.[1]

Das Wiederaufbauwerk in der Heimat wird nach den Verwüstungen auf allen Gebieten derart schwer und die positiven aufbauwilligen Kräfte werden voraussichtlich so schwach sein, daß eine enge Zusammenarbeit aller fortschrittlichen Gegner des Nazi-Regimes zur zwingenden Notwendigkeit wird.

Aus dieser Erkenntnis heraus hält die Delegiertenversammlung es schon in der Emigration für notwendig, die Koordinierung der geeigneten Kräfte für den demokratischen Wiederaufbau Deutschlands anzustreben. Hier damit zu beginnen, heißt die Arbeit in der Heimat zu erleichtern.

Deshalb beauftragt die Delegiertenversammlung den A[rbeits] A[usschuß][2], von sich aus Verhandlungen mit den antifaschistischen deutschen Organisationen und Kräften in diesem Lande in Gang zu bringen, wenn immer Interessengebiete deutscher Gewerkschafter berührt werden und gemeinsame Aktionen im Rahmen einer gewerkschaftlichen Aufgabenstellung wünschenswert sind;

dazu als ersten Schritt das Programm der Landesgruppe zum Anlaß zu nehmen, um den Grad der Übereinstimmung innerhalb der Organisationen und Kräfte der Emigration zu ermitteln.

1 Diese Entschließung ist abgedruckt in: Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien. Rundschreiben, 1. Februar 1945. Beschlüsse der Delegiertenversammlung. Der ursprüngliche Antrag der Ortsgruppe Glasgow, der eine »Direkte Bezugnahme auf [die] F[reie] D[eutsche] B[ewegung]« enthielt (vgl. »Arbeitsausschuß 18.11.1944. Stellungnahme zu den Anträgen zur Delegiertenversammlung«) war auf Empfehlung des Arbeitsausschusses zurückgezogen worden. Der von Karl Becker und H. v. Rauschenplat erarbeitete Kompromißvorschlag des Arbeitsausschusses begann mit der Feststellung:
»Die Delegiertenversammlung der Landesgruppe stellt mit Bedauern fest, daß eine Zusammenarbeit aller demokratischen und fortschrittlichen antifaschistischen Organisationen und Kräfte im Lager der deutschen Emigration – über die Landesgruppe hinaus – bisher noch nicht verwirklicht werden konnte«.
Vgl. »Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien. Anträge zur Delegiertenversammlung – II«, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. H Gottfurcht.

2 Laut Antrag des Arbeitsausschusses sollte dieser beauftragt werden,
a) »alle Vorkommnisse in der Emigration daraufhin zu beobachten, ob sie die Voraussetzungen für eine politische Einheit zu fördern helfen;
b) alle Bemühungen um die Herstellung der politischen Einheit und alle Möglichkeiten der Zusammenarbeit im allgemeinen oder auf Teilgebieten sorgfältig zu verfolgen;
c) in geeignet erscheinenden Fällen seine guten Dienste als Vermittler anzubieten;
d) zum Zwecke der Beschleunigung von sich aus Verhandlungen in Gang zu bringen, wenn immer die Aktion im Rahmen gewerkschaftlicher Aufgabenstellung verantwortet werden kann oder Interessengebiete deutscher Gewerkschafter berührt sind;
e) als ersten Schritt das Programm der Landesgruppe zum Anlaß zu nehmen, um den Grad der Übereinstimmung innerhalb der Organisationen und Kräfte der Emigration zu ermitteln.« Ebd.

DOKUMENT 244

22. 3. 1945: Antrag von Hans Gottfurcht zur Sitzung des Arbeitsausschusses der Landesgruppe, die Programmberatungen zu beenden

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Maschinenschrift. Überschrift: Antrag Gottfurcht zur A[rbeits] A[usschuß]-Sitzung am 22.3. 1945«.[1]

Der A[rbeits] A[usschuß] ist der Auffassung, daß die Erfüllung der Ziffer 11 unserer Richtlinien[2] (›Rückkehr nach Deutschland und Beteiligung am Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaftsbewegung‹) klare Vorstellungen über die wichtigsten Fragen zur Voraussetzung hat, mit denen Gewerkschafter in Deutschland sich zu beschäftigen haben werden.

Der A[rbeits] A[usschuß] ist sich der Tatsache bewußt, daß endgültige programmatische Beschlüsse Aufgabe der in Deutschland wieder erstehenden Bewegung sein werden. Unsere Freunde in der Heimat haben jedoch einen berechtigten Anspruch an ihre emigrierten Genossen, daß diese einen sorgfältig erarbeiteten Beitrag zu diesem zukünftigen Programm mitbringen.

Der A[rbeits] A[usschuß] vertritt den Standpunkt, daß Verfügungen alliierter Besatzungsbehörden und Beschlüsse internationaler gewerkschaftlicher Organisationen und Konferenzen volle Beachtung zu finden haben, daß sie uns aber nicht von der Aufgabe entbinden, unsere eigenen Auffassungen zu entwickeln. Daß diese in möglichster Übereinstimmung mit den oben erwähnten Verfügungen und Beschlüssen stehen sollen, sei erneut betont. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß Verfügungen von Behörden und Beschlüsse internationaler Organisationen notwendigerweise von anderen Voraussetzungen ausgehen und sich selbst andere Begrenzungen zu setzen haben, als dies in den Ausarbeitungen von Trägern oder Mitarbeitern neuer Organisationen notwendig ist.

Die hier dargelegten Gesichtspunkte, die Beschlüsse der Delegiertenversammlung und das Bewußtsein der Übereinstimmung mit den maßgeblichen gewerkschaftlichen Instanzen veranlassen den A[rbeits] A[usschuß] zu beschließen, die begonnenen Beratungen beschleunigt zum Abschluß zu bringen[3] und das Ergebnis unter dem Titel:

»Vorschläge der Landesgruppe zu einem Programm der deutschen Gewerkschaften«

zu veröffentlichen. Die Beratungen der Arbeitsgemeinschaften sind jetzt für abgeschlossen zu erklären. Kleine Kommissionen werden mit der endgültigen Redigierung beauftragt, die am 10. April abgeschlossen sein muß. Die Kommissionen beschließen mit einfacher Mehrheit. Bis zum 20. April ist die endgültige Zustimmung des A[rbeits] A[usschusses] – nach schriftlicher Befragung der Beiratsmitglieder – herbeizuführen.

1 Dieser Antrag ist auch abgedruckt in: »Aktennotiz [von Hans Gottfurcht vom 20.4.1945] über die Programmberatungen der Landesgruppe«, in: AdsD, Nl. Walter Auerbach, T.1, Mappe 116.

2 Vgl. Dok. 219.

3 In einem Rundschreiben von Hans Gottfurcht, 25.3.1945, heißt es hierzu: »Die Beratungen in den Arbeitsgemeinschaften haben sich in einer Weise in die Länge gezogen, die befürchten lassen, daß auf absehbare Zeit mit Resultaten nicht gerechnet werden kann«, in: AdsD, Nl. Walter Auerbach, T.1 Mappe 116.

Das Programm besteht aus folgenden Teilen:

1. Politische Einleitung. (Textgrundlage hierfür ist die Entschließung vom 17.11. 1944)[4],
2. Übergangsmaßnahmen, Reinigung des öffentlichen Lebens etc.,
3. Wiederaufbau der Gewerkschaftsbewegung (mit der Maßgabe, daß die beschlossene Vorlage nur geringfügiger redaktioneller, aber keiner materiellen Änderungen bedarf),
4. Sozialpolitik,
5. Wirtschaftspolitik,
6. Erziehung,
7. Schlußbemerkung.

Die Redaktionskommissionen sollen bestehen aus:

	Lt. Antrag Gottfurcht:	Zusatzvorschläge in der A[rbeits] A[usschuß]-Sitzung
Zu 1, 2 & 7:	*Schoettle, Walter, Eichler, Sander, Weidmann*[5]	*Schilde*,[6] *Sendler*,[7] *Gottfurcht*
Zu 3:	*Gottfurcht, Kramer, Becker, Auerbach, Walter*	
Zu 4:	*Gottfurcht, Derkow, Becker, Auerbach, Rosenberg*	*Zeidler, Flaemig*,[8] *Kamnitzer*[9]
Zu 5:	*Rauschenplat, Schilde, Fliess, Auerbach, Schumacher*[10]	J. *Zimmering*[11]
Zu 6:	*Rauschenplat, Borinski*,[12] *Specht*,[13] *Abraham, Siebert*[14]	*Kamnitzer*

4 Vgl. Dok. 250.

5 Friedrich Weidmann, 1944/45 Mitglied des Arbeitsausschusses der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien; KPD.

6 Hans Schilde, geb. 2.10.1910, Werkzeugmacher, 1933 verhaftet, 1934 UdSSR, über Niederlande, CSR nach Großbritannien, 1944/45 Mitglied des Arbeitsausschusses der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien, 1945 Rückkehr nach Deutschland, Landrat des Kreises Freiberg; 1930 KPD, nach 1946 SED-Parteifunktionär.

7 Hubert Sendler, Delegierter der Mitgliederversammlung der Landesgruppe 30./31.12.1944.

8 Kurt Flaemig, Teilnehmer der Delegiertenversammlung der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien am 30./31.12. 1944.

9 Heinrich Kamnitzer, geb. 13.5.1886, 1907–33 Mitglied der Genossenschaft deutscher Bühnen-Angehöriger, Vorsitzender der Fachgruppe Bühne, Film, Rundfunk und Mitglied des Arbeitsausschusses der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien, SPD nahestehend; vgl. Anlage zum Brief von Hans Gottfurcht an T. Sender, 19.6.1943, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht.

10 Vermutlich Ernst Friedrich Schumacher (16.8.1911–4.9.1977), Wirtschaftsexperte, 1937 Emigration nach Großbritannien, Mitverfasser des Beveridge-Reports (Bericht über Wohlfahrtsstaatsplanung) 1945–50 Wirtschaftsberater der Kontrollkommission für Deutschland, 1950–70 des National Coal Board.

11 Josef Zimmering, Teilnehmer der Delegiertenversammlung der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien am 30./31.12.1944.

12 Fritz Borinski, geb. 17.6.1903, Rechts-, Geschichts- und Soziologiestudium, 1927 Dr.jur, 1928 Deutsche Freischar und SPD, 1931–33 Assistent von Th. Litt, 1933 entlassen, 1934 nach Großbritannien, 1947–54 Direktor der Heimvolkshochschule Göhrde, 1956–1970 Professor für Pädagogik.

13 Minna Specht (22.12.1879–3.2.1961), Pädagogin, ab 1924 Mitglied des Lehrer-Kampf-Bundes, Mitglied des Führungskreises des 1925 gegr. Internationalen Sozialistischen Kampfbundes, Mitarbeiterin der Parteiorgane »isk« und »Der Funke«, Oktober 1933 Emigration nach Dänemark, 1938 nach Großbritannien, Mitglied der Union Deutscher Lehreremigranten, 1943 Mitarbeit in den Programmkommissionen der »Union«.

(Die Unterstreichungen zeigen an, wer die Federführung der Kommission in Händen hat).

Der vorstehende Antrag wurde mit den Stimmen von *Derkow, Gottfurcht, Kamnitzer, Rauschenplat, Sander, Schoettle, Walter* gegen die Stimmen von *Schilde* und *Weidmann* (7:2) angenommen.

Bei der Besetzung der Kommissionen haben die Kollegen *Schilde* und *Weidmann* erklärt, daß sie sich die Entscheidung über ihre Mitarbeit vorbehalten müssen; sie haben sich dann aber an der Unterbreitung von Zusatzvorschlägen für die Besetzung der Kommissionen beteiligt.

Vor der Abstimmung über den Antrag *Gottfurcht* wurde ein Antrag *Weidmann* mit 7 gegen 2 Stimmen abgelehnt. Dieser Antrag sah vor, daß die Arbeitsgemeinschaften weiter tagen sollen, daß sie ihre Ergebnisse bis zum 1. Mai vorlegen sollen und daß, falls erforderlich, zwei verschiedene Auffassungen formuliert vorgelegt werden können.

DOKUMENT 245

29. 3. 1945: Programmentwurf der Arbeitsgemeinschaft »Wirtschaft« der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien

AdsD, Nl. Walter Auerbach, T.1, Mappe 116. Maschinenschriftliche Durchschrift. Überschrift: »Landesgruppe deutscher Gewerkschafter. Programm Entwurf: Wirtschaft«.[1]

Angesichts der großen Kriegszerstörungen in Deutschland und der wirtschaftlichen Entmilitarisierung, angesichts ferner der Zerstörungen in den von Deutschland im Krieg besetzten Gebieten und der Verpflichtung des deutschen Volkes zur Wiedergutmachung wird es der größten Anstrengungen und Opfer des deutschen Volkes bedürfen, um die deutsche Wirtschaft neu aufzubauen. Dabei kann es sich nicht einfach um ihre Wiederherstellung handeln. Die deutsche Wirtschaft war weitgehend den Interessen des aggressiven deutschen Imperialismus untergeordnet. Die neue deutsche Wirtschaft soll eine stabile Grundlage sein für ein demokratisches und friedliches Deutschland. Daher muß die deutsche Wirtschaft – bei gleichzeitiger Stärkung der Wirtschaft anderer europäischer Staaten, teilweise mit Hilfe deutscher Wiedergutmachungsleistungen – so aufgebaut werden, daß keine neue Vorherrschaft der deutschen Wirtschaft entsteht.

I. Vorschläge für Sofortmaßnahmen

Vor allen Nazigegnern steht sofort nach dem Zusammenbruch der Nazi-Verwaltung die Aufgabe, zur Sicherung der nackten Existenz der Bevölkerung eine lokale Notwirtschaft in Gang zu bringen. Die Bewährung von Antinazis bei Bewältigung der

14 Johannes Georg Siebert, Dr., geb. 20.7.1910, Lehrer, KPD, nach 1933 aus dem Schuldienst entlassen, 2 Jahre Zuchthaus, 1937–1947 Großbritannien, nach 1947 hoher SED-Funktionär, nach 1949 Leiter der Hauptabteilung für Unterricht und Erziehung im Ministerium für Volksbildung, ab 1960 Professor für Geschichte und Theorie der sozialistischen Pädagogik, Mitglied des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung im FDGB.

1 Dem Entwurf vorangestellt ist der Hinweis: »Der nachstehende Text berücksichtigt nach Möglichkeit die in mehreren AG-Sitzungen besprochenen Änderungswünsche. Er ersetzt den gelben Entwurf [vgl. Dok. 242] vom Dez[ember] 1944 bis zu II, Ziffer 1 einschließlich.«

ersten wirtschaftlichen Aufgaben gibt die beste Gelegenheit zum Aufbau einer demokratischen Verwaltung und von Gewerkschaften, von unten auf.

1. Notwirtschaftsstellen[2]

Die Solidarität in der Not verlangt, daß die schweren Lasten der ersten Übergangszeit nicht auf die wirtschaftlich Schwachen abgewälzt, sondern gerecht verteilt werden; sie verlangt zur Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse aller die Heranziehung sämtlicher bewohnbarer Räume, verfügbarer Vorratslager, Produktions- und Transportmöglichkeiten. Die dazu notwendigen Maßnahmen sind von lokalen, durch zuverlässige Antinazis zu leitenden Notwirtschaftsstellen durchzuführen, in denen Betriebsausschüsse und bereits tätige Gewerkschaftsorganisationen angemessen vertreten sein müssen. Eine besondere Aufgabe wird darin liegen, der Bevölkerung die Notmaßnahmen aus der Notlage heraus verständlich zu machen und sie dadurch zur Mitarbeit an ihnen zu gewinnen.

Im einzelnen werden sich in der ersten Übergangszeit nachstehende Maßnahmen als notwendig erweisen. Die Reihenfolge hier bedeutet keine Rangordnung nach der Wichtigkeit. Je nach den örtlichen Verhältnissen werden verschiedene Maßnahmen die dringlichsten sein.

2. Betriebsleitung

Wo die Eigentümer, Betriebsleiter, Abteilungsleiter usw. geflohen sind oder aktive Nazis oder aktive Helfershelfer der Nazis waren, übernehmen Antinazis – im Einvernehmen mit Betriebsausschüssen und Notwirtschaftsstellen, wo solche bereits bestehen – provisorisch das Wiederingangbringen oder die Weiterführung von Produktion, Transport und Verteilung. Sie unterstehen den Notwirtschaftsstellen und erhalten von ihnen allgemeine Anweisungen. Aktive Nazis dürfen in keiner Vorgesetztenstellung beschäftigt werden.

3. Notstandsarbeiten

Die Notwirtschaftsstellen bestimmen, in welcher Reihenfolge die dringendsten Aufräumungs-, Reparatur- und Aufbauarbeiten, insbesondere zum Ingangbringen von Transport, Versorgungsbetrieben und Notwohnungsbau, durchzuführen sind. Die Gemeindeverwaltungen haben das Recht, zu solchen Aufgaben alle Arbeitsfähigen heranzuziehen.

4. Produktion

Jede dringendem zivilen Bedarf dienende Produktion ist nach Möglichkeit fortzusetzen oder wieder in Gang zu bringen. Besondere Maßnahmen sind gegen Wirtschaftssabotage zu treffen. Selbsterzeugung von Nahrungsmitteln, Selbsthilfe-Genossenschaften zum Wohnungsbau sind zu fördern.

5. Transport

Die Notwirtschaftsstellen müssen versuchen, durch Schnellreparatur-Kolonnen in ihrem Bereich einen Notbetrieb auf den wichtigsten Straßen, Eisenbahnlinien und

2 In »Vorschläge für den Abschnitt ›Wirtschaftspolitik‹« von Derkow heißt es hierzu: »Notwirtschaftsstellen: Überall da, wo die Wirtschaftsverwaltung zusammengebrochen ist, wird sich die Errichtung von örtlichen Notwirtschaftsstellen nicht umgehen lassen. In ihnen müssen Betriebsausschüsse und bereits tätige lokale Gewerkschaftsorganisationen angemessen vertreten sein. Sie haben in der Notzeit des Übergangs darauf zu achten, daß die anfallenden schweren Lasten nicht auf die wirtschaftlich Schwachen abgewälzt, sondern gerecht verteilt werden. In ihrem Wirkungsbereich müssen sie für die sofortige Koordinierung aller Dienste und Leistungen sorgen, die für die Befriedigung dringendster und elementarster Bedürfnisse notwendig sind. Alle von diesen Notwirtschaftsstellen getroffenen Maßnahmen und Anordnungen haben vorübergehenden Charakter. Sie sind auf die möglichst schnelle Überführung in die ordentliche Wirtschaftsverwaltung abzustimmen.«

Wasserstraßen zu ermöglichen. Sie entscheiden, welche lokalen Verkehrsmittel zuerst wieder in Gang gebracht werden und für welche Zwecke.

6. Verteilung

Die Notwirtschaftsstellen müssen für die nicht-landwirtschaftliche Bevölkerung – möglichst unter Beibehaltung bisheriger Liefergebiete – ein landwirtschaftliches Bezugsgebiet sichern, das auch bei Ausfall der Haupteisenbahnlinien und Wasserstraßen eine Versorgung mit Lebensmitteln ermöglicht. – In verlassenen Gebäuden und Ruinen sind Lebensmittel, Mobiliar usw. sicherzustellen und – unbeschadet etwaiger Entschädigungsansprüche – planmäßig zu verwenden.

Das System der Rationierung zu Festpreisen ist unter allen Umständen aufrechtzuerhalten (unter Beseitigung der Diskriminierungen aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen, bei Sonderzuteilungen an bisher Benachteiligte), ebenso das System der Ablieferungskontingente der landwirtschaftlichen Betriebe. Die landwirtschaftliche Bevölkerung soll mit industriellen Konsumgütern und mit Produktionsmitteln aus den vorhandenen Vorräten als Gegenleistung bevorzugt beliefert werden, insbesondere bei Überschreitung der Ablieferungskontingente.

Frühere Verkaufsstellen, Produktionsbetriebe usw. der Konsumgenossenschaften sind – unbeschadet der endgültigen Vermögensauseinandersetzung – neugebildeten Konsumgenossenschaften zur Verfügung zu stellen.

7. Bank- und Kreditwesen

Alle Kreditanstalten unterstehen der zuständigen Notwirtschaftsstelle ihres Sitzes, auch Filialen von Kreditanstalten mit anderem Hauptsitz. Wo Gemeindeverwaltungen wegen Bargeldmangels Notgeld herausgeben müssen, darf es nur kurzfristig gültig sein. Die Inflationsgefahr wird in erster Linie durch Konzentrierung aller Kräfte auf die unter Ziffer 6, Abs. 2 genannten Rationierungsmaßnahmen bekämpft.

8. Finanzwesen

Steuern und Abgaben sowie Spezialbeiträge sind unter Beseitigung der bisherigen Diskriminierungen – zunächst nach den bisherigen Sätzen weiterzuentrichten.

Die ersten Wiedergutmachungsleistungen und größeren Wiederaufbaumaßnahmen werden finanziert werden durch:

a) restlose Einziehung des Vermögens aller Kriegsschuldigen,
b) Einziehung aller System-, Rüstungs- und Kriegsgewinne,
c) eine scharfe Vermögensabgabe auf alle großen Vermögen.

II. Grundsätzliche Vorschläge zum Wirtschaftsprogramm

1. Grundlagen und Zielsetzung

Über die vorstehenden Sofortmaßnahmen hinaus machen wir die folgenden Vorschläge, die selbstverständlich nur schrittweise durchgeführt werden können. Aber bereits viele Sofortmaßnahmen können und sollen an ihnen ausgerichtet werden. Die nachstehenden Vorschläge können – soweit sie nicht von den Vereinten Nationen[3] selber durchgeführt werden – nur verwirklicht werden auf Grundlage ihrer Maßnahmen zur Sicherung des Friedens und der Wiedergutmachung. Unsere Vorschläge haben zum Ziel:

a) die restlose und dauernde Ausschaltung aller nazistischen, militaristischen und imperialistischen Kräfte aus dem deutschen Wirtschaftsleben,

b) den Aufbau einer dem Frieden dienenden wirklich demokratischen Wirtschaft, einer Wirtschaft, in der es keine privilegierten Schichten gibt und in der somit auch die durch Wiederaufbau und Wiedergutmachung bedingten Lasten gerecht verteilt sind und nicht bloß von den Werktätigen getragen werden.

Bereits in der Übergangszeit, vor allem aber auf lange Sicht, werden die Gewerkschaften sich einsetzen für Maßnahmen zur Wiederherstellung menschenwürdiger Lebensbedingungen, zur Erreichung dauernder Vollbeschäftigung und sozialer Sicherheit, und dann zur ständigen Hebung des allgemeinen Lebensstandards.

Weiter wie im gelben Entwurf.[4] Aber III, 6 streichen.

29.3.45 Rpt.[5]

3 In einem Brief vom 29.3.1945 an Hans Schilde schreibt H. v. Rauschenplat hierzu: »In II,1 habe ich den Versuch gemacht, Deinem Entwurf [nicht in den Akten], II, erster Absatz, Rechnung zu tragen. Vergleiche den von mir neu hereingeschriebenen Hinweis auf die Handlungen der Vereinten Nationen. Ich habe mich bei den Kollegen Fliess und Auerbach vergewissert, daß sie einen solchen Kompromiß annehmen würden. Und ich teile das Dir mit, weil ich Dir dadurch den endgültigen Entschluß mitzuarbeiten, zu erleichtern hoffe.« In: AdsD, Nl. Auerbach, T.1, Mappe 116.

4 Vgl. Dok. 242.
5 Hellmuth von Rauschenplat = Fritz Eberhard; zu den biographischen Angaben vgl. Mielke, Quellen VI, S. 576.

DOKUMENT 246

30. 3. 1945: Schreiben von M. Berger, Ortsgruppe Leeds, an den Arbeitsausschuß der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Maschinenschrift.

Nach Empfang der Zuschrift des Koll. *Gottfurcht* v. 23.ds.M.[1] teilen wir folgendes mit:

Wir haben in Leeds regelmäßig Arbeitsgemeinschaften abgehalten und uns mit allen Programmentwürfen unserer Landesgruppe beschäftigt. Das Ergebnis aller unserer Teilnehmer ist, daß die Entwürfe von ganz anderen Vorstellungen über die Widerstandsbewegungen und Verhältnisse innerhalb Deutschlands angefertigt worden sind als die Wirklichkeit ist. Nachdem nun größere Teile Deutschlands im Osten und Westen von Alliierten besetzt sind, kann man die Verhältnisse dort etwas deutlicher erkennen.

Nehmen wir den Entwurf über Wiederaufbau der Gewerkschaften in Deutschland.[2] In diesem wird von illegalen Organisationen gesprochen, aus denen die ersten Anfänge des Aufbaues beginnen sollen. Wir haben aber bis jetzt nichts von illegalen Organisationen gegen den Hitlerkrieg gesehen, d.h. man sah noch keinen organisierten Widerstand. Es gibt einzelne Kräfte, es tauchen auch wieder einige alte Gewerkschafter auf, die sich durch Passivität während der Hitlerzeit erhalten haben. Doch besteht bei diesen die Gefahr, daß einige davon im guten Glauben, andere aber bewußt die verhängnisvolle Politik von vor 1933 fortsetzen.

Es heißt dann weiter in diesem Entwurf: Betrieblich und örtlich werden sich in Stadt und Land vom Vertrauen der Arbeitenden getragene Ausschüsse bilden usw.[3]

1 Vgl. Dok. 244.
2 Vgl. Dok. 229, 250.
3 Vgl. ebd.

Wie sieht es nun wirklich aus? Aus allen Berichten aus dem besetzten deutschen Gebiet zu schließen, gibt es dort apathische Deutsche oder vom Haß gegen die Alliierten erfüllte Einwohner. Es ist schwer vorstellbar, daß solche Menschen die Anfänge für unsere zukünftigen Gewerkschaften bilden sollen.

Dann die Organisationsgrundsätze (im selben Entwurf): Alle Gewerkschaften und der Gewerkschaftsbund müssen von Anfang an, unabhängig von Unternehmer, Staat und Behörde sein. Was wird die Wirklichkeit sein? Die Alliierten werden auf eine lange Zeit die Behörde sein und nichts wird ohne ihre Kontrolle geschehen. Wir haben auch nichts von den Alliierten zu fordern, sondern müssen dankbar sein, daß die Alliierten den Hitlerfaschismus zerschlagen. Wir müssen froh sein, daß die Alliierten die Bildung von deutschen Gewerkschaften und Kontrolle zulassen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß solche Forderungen überhaupt nicht geschrieben werden sollen.

Wenn wir bis vor der Krimkonferenz eine kleine Hoffnung hatten, daß das deutsche Volk noch zu der Niederlage des Hitlerkrieges beitragen wird, so sehen wir uns jetzt nicht nur dieser Hoffnung beraubt, sondern sehen, daß die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes bis zum letzten mit *Hitler* kämpft. Und gelingt es dem Hitlerfaschismus, den Krieg bis in die Alpen fortzusetzen, dann sollten sich alle unsere Kollegen im klaren sein, daß dann der Bestand der deutschen Nation in Frage gestellt ist.

Deshalb sind wir einstimmig der Meinung, die ganzen Entwürfe neu anzufertigen, das Hauptgewicht auf die Übergangsmaßnahmen zu legen und zwar von der Erkenntnis aus, daß:[4]

1) das gesamte deutsche Volk mitverantwortlich am Hitlerkrieg und den begangenen Verbrechen ist;
2) keine nennenswerte Widerstandsbewegung innerhalb Deutschlands vorhanden ist, auf welcher aufgebaut werden kann;
3) die bedingungslose Kapitulation nicht nur der Nazis, sondern des ganzen deutschen Volkes notwendig ist;
4) alle Bedingungen der Alliierten, welche zur Sicherung des Friedens erforderlich sind, anerkannt werden müssen (einschließlich Gebietsabtrennung und Wiedergutmachung).
5) Der Aufbau in Deutschland, ganz gleich, ob in sozialpolitischer, wirtschaftlich- und kulturpolitischer Frage oder ob Wiederaufbau der Gewerkschaften, kann nur mit Hilfe fortschrittlicher alliierter Kräfte und unter Kontrolle der internationalen Gewerkschaften geschehen.

Nur in dieser Erkenntnis und durch Umsetzen unserer politischen Resolution in die Tat (welche auf unserer Delegiertenversammlung angenommen wurde), werden wir dem Geist der Weltgewerkschaftskonferenz gerecht und werden uns nicht im Gegensatz zu den Gewerkschaftern der Welt befinden.

Wir bitten, unsere Niederschrift bei der Fertigstellung der neuen Entwürfe zu beachten.

Arbeitsgemeinschaft der Ortsgruppe Leeds.

[Max Berger][5]

4 Vgl. zum folgenden auch Dok. 248.

5 Max Berger, Vorsitzender der Ortsgruppe Leeds, Teilnehmer der Delegiertenversammlung vom 30./31.12.1944; KPD (?).

DOKUMENT 247

Anfang April 1945: Vorlage Friedrich Weidmann zur Programmdiskussion

AdsD, Nl. Walter Auerbach, T. 1, Mappe 116. Maschinenschriftliche Abschrift.[1]

I. Die klare, uneingeschränkte Erkenntnis der Schuld und Verantwortung des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterklasse, eingeschlossen der eigenen persönlichen, muß am Anfang des Weges zu einem neuen, demokratischen Deutschland stehen.

Wer sich über die reaktionäre Rolle des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterklasse, über die faschistische Vergiftung eines ganzen Volkes nicht im klaren ist, wer entschuldigt oder gar die Schuld bei anderen sucht, der wird nicht in der Lage sein, die richtigen Konsequenzen zu ziehen, dem werden die Maßnahmen der Alliierten als ungerecht erscheinen und wird, gewollt oder ungewollt, die ideologische Basis für Widerstand, Revanche und damit für einen neuen deutschen Imperialismus abgeben.

II. Jeder deutsche Antifaschist muß vorbehaltlos die Beschlüsse der Krimkonferenz und der Weltgewerkschaftskonferenz[2] anerkennen und helfen, sie durchzuführen, da sie den einzigen möglichen Weg darstellen:

a) für die Ausrottung des deutschen Faschismus, Militarismus und Imperialismus,
b) für die Sicherung des Friedens,
c) für die Erziehung der Deutschen zu einer demokratischen Nation,
d) für ein wirkliches Neubeginnen und deren Durchführung, [um] damit letzten Endes auch für Deutschland das Tor zu Fortschritt und Humanität, zu Frieden und Wohlstand [zu] öffnen.

Es gibt nur diesen Weg und keinen anderen.

III. Es gab keinen deutschen Beitrag zum Sturz des Hitlerregimes, es gibt nicht einmal in der Stunde des Zusammenbruchs eine deutsche Kraft, die die Übergabe an die Alliierten vollziehen könnte. Der Faschismus wird deshalb auch nach dem Zusammenbruch die stärkste politische und ideologische Kraft in Deutschland darstellen.

Da es deshalb für eine geraume Zeit in Deutschland keine antifaschistische, demokratische Kraft gibt, die stark und verläßlich genug wäre, die in Punkt II aufgeführten Maßnahmen durchzuführen, muß dies von alliierten Kräften, unter ihrer Kontrolle und Sicherung durch militärische Besetzung geschehen. Deutsche Selbständigkeit wird nur in dem Maße wiederkehren, als eine innerdeutsche demokratische Kraft sich entwickelt, die das Vertrauen der alliierten Völker besitzt.

Die entscheidende Aufgabe für deutsche Antifaschisten ist deshalb nicht, ferne Zukunftsprogramme aufzustellen, sondern zu helfen, die identischen Beschlüsse der Krimkonferenz und der Weltgewerkschaftskonferenz in der Periode nach dem Zusammenbruch durchzuführen.

IV. Das Ausmaß der deutschen Katastrophe und die Erkenntnis der Ursachen in der Vergangenheit, insbesondere in der ganzen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, erfordern einen radikalen Bruch mit den verhängnisvollen Kräften und Ideen

1 Die Vorlage ist ohne Datum. Die Datierung ergibt sich aus »Aktennotiz [von Hans Gottfurcht vom 20.4.1945] über die Programmberatungen der Landesgruppe«. Quelle wie Kopfregest.

2 Gemeint ist die Weltgewerkschaftskonferenz in London vom 6.–17.2.1945; vgl. Hans Gottfurcht, Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Weltgeschehen, Köln 1962, S. 169ff.

dieser Vergangenheit und ein völliges Neubeginnen. Eine Rückkehr zu Weimar, eine Fortführung der alten Schwächen hinter einer neuen Fassade wäre verhängnisvoll.[3]
gez. Weidmann

DOKUMENT 248

4. 4. 1945: Schreiben von Karl Becker, Max Oppenheimer, Hans Schilde, Friedrich Weidmann an den Arbeitsausschuß der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien zu Händen von Hans Gottfurcht

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Gottfurcht. Maschinenschrift. Eigenhändig unterzeichnet.[1]

Werte Kollegen,

in der letzten Arbeitsausschuß-Sitzung [22.3.] wurde mit Stimmenmehrheit der Beschluß gefaßt, die Beratungen der Arbeitsgemeinschaften für beendet zu erklären und kleine Kommissionen einzusetzen, die mit einfacher Stimmenmehrheit beschließen sollen, die einzelnen Programmteile bis 10. April zu verabschieden.[2]

Dieser Beschluß ist damit begründet worden, daß die Diskussionen in den Arbeitsgemeinschaften zu keinem Ergebnis geführt haben und voraussichtlich auch nicht führen werden.

Wir unterzeichneten Mitglieder des Arbeitsausschusses wünschen dazu folgende Feststellungen zu machen:

1. Die Diskussionen der Vorschläge in den letzten Mitgliederversammlungen und Arbeitsgemeinschaften haben das Vorhandensein grundsätzlich verschiedener politischer Auffassungen in den folgenden, für uns deutsche Gewerkschafter lebenswichtigen Fragen aufgedeckt:

a) In der Anerkennung der politischen Kollektivschuld[3] und Verantwortung des deutschen Volkes, eingeschlossen unsere eigene Verantwortung,
b) in den sich daraus ergebenden Konsequenzen, vor allem den Wiedergutmachungsverpflichtungen,
c) in der Einschätzung des Ausmaßes der faschistischen Verseuchung des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterklasse;
d) in der Einschätzung der Deklaration der Krimkonferenz, der Beschlüsse der Weltgewerkschaftskonferenz und der sich daraus ergebenden Haltung der deutschen Anti-Hitlerkräfte zu den Vereinten Nationen.[4]

Wir sind der Auffassung, daß die Mehrheit im Arbeitsausschuß, die den letzten Beschluß faßte und der nur eine Minderheit der Mitgliedschaft folgt, zwar formell den Beschlüssen der Krimkonferenz und der Weltgewerkschaftskonferenz zustimmt, tatsächlich aber eine Politik verfolgt, die zu diesen Beschlüssen im diametralen Gegensatz steht.

3 Laut Gottfurcht war diese Vorlage »für die Mehrheit des A[rbeits] A[usschusses] unannehmbar«, Quelle wie Anm. 1.
1 Eine maschinenschriftliche Abschrift befindet sich in: AdsD, Nl. Walter Auerbach, T.1, Mappe 116. Vgl. hierzu auch »Aktennotiz [vom 20.4.1945 von Hans Gottfurcht] über die Programmberatungen der Landesgruppe«, ebd.
2 Vgl. Dok. 244.
3 Vgl. auch Dok. 247.
4 Vgl. ebd.

Wir wollen es im Augenblick vollkommen dahingestellt sein lassen, ob die verhängnisvolle Politik der Mehrheit des Arbeitsausschusses bei dem heutigen Geisteszustand des deutschen Volkes, Zustimmung bei deutschen Arbeitern finden würde; mit den wirklichen Lebensinteressen des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterschaft, ist sie unvereinbar.

Wir sind der festen Überzeugung, daß eine wirklich gesunde deutsche Arbeiterbewegung nur und erst dann entstehen kann, wenn sie aufgebaut wird von Menschen, die die zutiefst reaktionäre Rolle des deutschen Volkes in diesem Kriege und die besondere Verantwortung der deutschen Arbeiterklasse dafür erkennen und anerkennen.

2. Wir [sind] daher der Auffassung, daß der Beschluß der letzten Arbeitsausschußsitzung im Widerspruch zu dem Beschluß der Delegiertenkonferenz steht, der besagt, daß der Arbeitsausschuß bevollmächtigt wird, eine gründliche Durcharbeitung des gesamten Programmes vorzunehmen ... usw. Hierbei sind alle Abänderungsanträge zu beachten und alle Anregungen zu beraten. An diesen Beratungen sind der Beirat, die zuständigen Arbeitsgemeinschaften und die Ortsgruppen zu beteiligen.[5]

Wir beantragen deshalb:

a) den Arbeitsausschuß so schnell wie möglich zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen,
b) den obenerwähnten Beschluß des A[rbeits]A[usschusses] wieder aufzuheben,
c) die Arbeitsgemeinschaften erneut zu Sitzungen einzuberufen,
d) als Voraussetzung für die sachliche Weiterberatung der einzelnen Arbeitsgebiete die vorgesehene politische Einleitung als erstes von einer Kommission beraten und entwerfen zu lassen, die aus Mitgliedern des A[rbeits] A[usschusses] und Londoner Delegierten der Delegiertenkonferenz bestehen soll,
e) die Ortsgruppen erneut aufzufordern, etwaige Abänderungsanträge und Anregungen einzureichen,
f) den A[rbeits] A[usschuß] und Beirat schon jetzt einzuberufen zum Zwecke der Beratung der Entwürfe und Abänderungsanträge für gewerkschaftliche Aufbauvorschläge,
g) für den Fall, daß eine Einigung auf einheitliche Aufbauvorschläge nicht möglich erscheint und mehrere Entwürfe vorliegen, eine außerordentliche Delegiertenkonferenz einzuberufen, die die letzte Entscheidung zu fällen hat.

Wir möchten keinen Zweifel darüber lassen, daß wir bereit und entschlossen sind, an der Ausarbeitung von Vorschlägen für Sofort- und Übergangsmaßnahmen mitzuarbeiten, und wir glauben, daß es während der Monate April und Mai möglich sein kann.

Mit kollegialen Grüßen

K[arl] Becker — Hans Schilde
M[ax] Oppenheimer[6] — F[riedrich] Weidmann

5 Vgl. Dok. 241, 242.
6 Max Ludwig Oppenheimer, geb. 20.10.1919, infolge NS-Rassenpolitik vom Gymnasium relegiert, Schlosserlehre, 1938 KZ Dachau, 1939 Emigration über die Schweiz, Frankreich nach Großbritannien, 1940 interniert, ab 1942 Mitglied, 1944/45 Arbeitsausschußmitglied der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien, Leiter der Arbeitsgemeinschaft Jugend; 1941–46 Freier Deutscher Kulturbund, 1943–45 Freie Deutsche Bewegung; KPD, 1947–50 Sekretär der KPD.

DOKUMENT 249

10. 4. 1945: Protokoll der Sitzung des Arbeitsausschusses der Landesgruppe

AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht. Maschinenschrift. Überschrift: »Niederschrift über die Sitzung des Arbeitsausschusses vom 10. April 1945 in 20, East Heath Road«. Eigenhändig unterzeichnet.

Die Sitzung wird um 7.45 p.m. eröffnet. Anwesend sind *Gottfurcht, Kamnitzer, Sander, Oppenheimer, Becker, Schilde, Eichler, Rauschenplat, Walter, Schoettle, Derkow*, später kommt *Weidmann*.

Die vorgeschlagene Tagesordnung findet Zustimmung. Das Protokoll der letzten Sitzung [22.3. 1945] wird verlesen und genehmigt.

Der Bericht der Verwaltungskommission wird zur Kenntnis genommen und einstimmig gutgeheißen.

Gottfurcht berichtet über den Fortgang der Programmberatungen und verliest einen diesbezüglichen Antrag der Kollegen *Becker-Schilde-Weidmann-Oppenheimer*.[1] Er verwahrt sich auch im Namen der übrigen Ausschußmitglieder mit Nachdruck gegen darin enthaltene Unterstellungen politischer Unehrlichkeit. Er legt einen schriftlich formulierten Beschluß auf Einstellung der Programmberatungen vor und begründet diesen ausführlich.[2]

Weidmann betont, daß keine persönliche Verunglimpfung beabsichtigt gewesen sei, sondern nur eine politische Klarstellung und erläutert das.

Eichler wendet sich gegen solche nur zu bekannten Diffamierungsmethoden und beantragt, daß eine schriftliche Stellungnahme der Ausschußmehrheit ebenfalls zu den Akten genommen wird.

Derkow unterstützt diesen Antrag und stellt fest, daß *Weidmanns* Beteuerungen im krassen Widerspruch zu dem Brief stehen. Alle Mitglieder sollten Abschrift davon und von dem Antrag erhalten. Das jetzige Fiasko bestätige nur erneut die Unmöglichkeit, in der Landesgruppe Parteipolitik zu betreiben.

Becker wünscht, daß die Beratungen wieder aufgenommen werden.[3] Sie könnten in 1–2 Monaten zum Abschluß gebracht werden. Notfalls sollte die letzte Entscheidung beim Beirat liegen.

Sander verwahrt sich energisch gegen jede politische Diffamierung und persönliche Verunglimpfung. Er hält den *Beckerschen* Vorschlag für undurchführbar. Der Geist der Erklärung reiße altes Mißtrauen wieder auf.

Gottfurcht unterstreicht das und weist darauf hin, daß die Tage der Landesgruppe gezählt seien. Man solle nicht mit neuen Verschleppungsmanövern immer wieder Zersetzungsarbeit versuchen.

Weidmann spricht dagegen und ergänzt nochmals seine und *Beckers* Ausführungen. Die Demokratie in der Landesgruppe müsse unter allen Umständen gewahrt bleiben.

Derkow fragt, ob man ernstlich glaube, sich etwa noch im Mai oder Juni und hier in England mit solchen Problemen herumschlagen zu können. Er warnt vor etwaigen Spaltungsabsichten. Sie seien bisher immer und würden auch diesmal fehlschlagen.

1 Vgl. Dok. 248.
2 Vgl. Dok. 244.
3 Rest des Satzes »wie die neue Formulierung einer politischen Erklärung« später gestrichen.

Ihm fehle das Vertrauen, daß – selbst wenn man sich jetzt noch einmal einige – nicht in einigen Monaten wieder eine neue Linie gelte.

In der weiteren Aussprache kommen noch *Eichler, Walter, Weidmann* und *Schoettle* mit Argumenten und Gegenargumenten auf der gleichen Linie zu Worte. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird von *Sander* zurückgezogen, da nur noch zwei Wortmeldungen vorliegen.

Rauschenplat berichtet über seine Erfahrungen in den Kommissionen für Erziehung und für Wirtschaft. Das Vorgehen und die Arbeitsweise der kommunistischen Freunde dort sei unmöglich und untragbar.[4]

Schilde betont, daß keine Spaltung beabsichtigt sei und daß man versuchen müsse, zu einer Einigung zu kommen. Ein Scheitern wäre bedauerlich und beschämend für uns, hier und im Lande.

Gottfurcht verliest dann die folgende Erklärung der Ausschußmehrheit: Der Inhalt des Briefes der Kollegen *Becker-Schilde-Weidmann-Oppenheimer* enthält neben seinen sachlichen Darlegungen auch Bemerkungen, die der Mehrheit des Arbeitsausschusses eine doppelzüngige Politik unterstellen. Dies bezieht sich insbesondere auf den vorletzten Absatz auf Seite 1 und die ersten Zeilen auf Seite 2. Die nachstehend genannten Mitglieder des Arbeitsausschusses weisen diese Formulierungen als unkameradschaftlich und ungehörig zurück. gez. *Gottfurcht, Kamnitzer, Sander, Eichler, Rauschenplat, Walter, Derkow, Schoettle*.

Nach einer Geschäftsordnungsdebatte wird abgestimmt. Der Antrag, die auf der vorigen Sitzung gefaßten Beschlüsse aufzuheben und dem Antrag der genannten vier Kollegen zu entsprechen, wird mit 8 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Die Aufnahme der obigen Erklärung in das Protokoll wird mit dem gleichen Stimmenverhältnis beschlossen.

Gegen den Vorschlag, über den ganzen Vorgang ausführlich dem I[nternationalen] G[ewerkschafts-]B[und] zu berichten, erhebt sich nur eine Stimme.

Ein Zusatzantrag von **Weidmann**, vom IGB die Sicherstellung der Demokratie zu fordern, wird mit 8 gegen 4 Stimmen abgelehnt. **Gottfurcht** verwahrt sich energisch gegen die unbewiesene Behauptung von »einer Minderheit im Ausschuß, aber Mehrheit in der Mitgliedschaft«. Mit solchen scheindemokratischen Methoden werde man bestimmt nicht weiterkommen. Über deutsche Angelegenheiten können nur die mitreden und mitbestimmen, die gewillt sind, im Lande auch dafür einzutreten.

Der von *Gottfurcht* eingangs beantragte und schriftlich begründete Beschluß, die Programmberatungen auszusetzen, wird mit allen gegen die Stimmen von *Weidmann* und *Becker* angenommen, und zwar wie folgt: Die Programmberatungen werden bis auf weiteres ausgesetzt.[5]

4 Dies bemängelt insbesondere für die Arbeitsgemeinschaft »Erziehung« auch Hans Gottfurcht in der Aktennotiz [20.4.1945] über die Programmberatungen der Landesgruppe: »Er [Gottfurcht] wandte sich gegen die Taktik, 2 Jahre nicht mitzuarbeiten – Beispiel Siebert – und dann plötzlich alles in Grund und Boden zu verdammen«, in: AdsD, Nl. Walter Auerbach, T.1, Mappe 116.

5 Zur Begründung heißt es in der »Aktennotiz [von Hans Gottfurcht vom 20.4.1945] über die Programmberatungen der Landesgruppe«: »Wir halten es für sinnlos, den Versuch einer weiteren Aussprache in Mitgliederversammlungen, Beirat oder Delegiertenversammlung über dieses Thema zu machen. Die offenbar unüberbrückbare Meinungsverschiedenheit würde sich überall in gleicher Weise demonstrieren. Keiner der beiden Anschauungen kann zugemutet werden, sich in einer solchen Frage überstimmen zu lassen, noch zumal es durchaus möglich und wahrscheinlich ist, daß Minderheiten und Mehrheiten oft nahe der 50%-Grenze liegen werden. Die Mehrheit des A[rbeits] A[usschusses] macht auch daher von ihrem ihr durch die Delegiertenversammlung [30./31.12.1944] eingeräumten Recht, die Vorlage zu verabschieden, keinen Gebrauch. Unser Verantwortungsgefühl verbietet uns, den vorzeitigen Zusammenbruch der Landesgruppe aus den hier geschilderten Gründen zu dulden.« Ebd.

Weidmann beantragt, das strittige Thema auf der nächsten Londoner Mitgliederversammlung zu behandeln. Das wird abgelehnt.

Schilde schlägt vor, nur den Termin festzusetzen und vorher noch eine Arbeitsausschußsitzung zu machen. Nach kurzer Aussprache wird beschlossen, den Arbeitsausschuß für den 30. April einzuberufen.

Das eigenmächtige Vorgehen des Kollegen *Oppenheimer* in der Programmgestaltung für die Arbeitsgemeinschaft der jüngeren Mitglieder wird mißbilligt. Die Referentenverteilung im einzelnen soll auf der nächsten Sitzung besprochen werden.

Die Sitzung wird um 10.40 p. m. geschlossen.

London, 13. April 1945.

Gottfurcht Derkow

DOKUMENT 250

Mai 1945: Die neue deutsche Gewerkschaftsbewegung. Programmvorschläge für einen einheitlichen deutschen Gewerkschaftsbund

Broschüre. Gedruckt. Original wie Überschrift.[1]

[...][2]

Voraussetzungen gewerkschaftlicher Arbeit in Deutschland[3]

Die gesellschaftlichen und politischen Kräfte in Deutschland, die mit Hilfe der nationalsozialistischen Massenbewegung das deutsche Volk zuerst entmündigt und dann

1 Zur Entstehung, Bedeutung und zu den Trägern der Programmvorschläge heißt es im Vorwort:
»Deutsche Gewerkschafter in Großbritannien haben in eingehender Beratung gemeinsame Auffassungen über die Probleme des Wiederaufbaus deutscher Gewerkschaften und über die den neuen gewerkschaftlichen Organisationen gestellten Aufgaben erarbeitet.
Die Auffassungen führender Personen der internationalen Gewerkschaftsbewegung, des Internationalen Arbeitsamtes und deutscher Gewerkschafter in anderen Emigrationsländern waren mit Grundlage der Beratungen.
Die Herausgeber des Gesamtvorschlags danken allen Kollegen, die sich an Beratung und Formulierung einzelner Abschnitte des Vorschlags aktiv beteiligten.
In der entstehenden neuen deutschen Gewerkschaftsbewegung werden alte, erfahrene Gewerkschaftsfunktionäre neben jungen Menschen ohne gewerkschaftliche Erfahrung und früher nicht gewerkschaftlich Organisierten stehen, Sozialisten und Kommunisten neben Mitgliedern christlicher Organisationen oder parteipolitisch nicht gebundenen demokratisch Gesinnten. Wir hoffen, daß unsere Vorschläge ihnen und allen am sozialpolitischen Aufbau und der demokratischen Entwicklung Europas Interessierten Anregung bieten werden.
London, im Frühjahr 1945.
Walter Auerbach, Anna Beyer, Willi Derkow, Willi Eichler, Walter Fliess, Hans Gottfurcht, Wilhelm Heidorn, Hans Jahn, Heinrich Kamnitzer, Helmut Rauschenplat, Ludwig Rosenberg, Wilhelm Sander, Erwin Schoettle., Minna Specht, Paul Walter, Kurt Weckel (sämtlich London); Willi Teller, Manchester [Vorstandsmitglied und Kassierer der Ortsgruppe Manchester], Gustav Heckmann, Glasgow [geb. 22.4.1898, Lehrer, seit 1926 ISK-Mitglied, 1933 Emigration nach Dänemark, 1938 nach Wales, Mitglied der Ortsgruppe Glasgow der Landesgruppe; nach 1945 SPD, 1947-53 Vorsitzender des Niedersächsischen Lehrerverbandes], Joachim Martin Müller, Birmingham [Vorsitzender der Ortsgruppe Birmingham der Landesgruppe], Ernst Schnacke, Yorkshire [Vorstandsmitglied der Ortsgruppe Leeds und Yorkshire und 1944/45 Mitglied des Beirats der Landesgruppe]«.

2 Nicht abgedruckt das Inhaltsverzeichnis.

3 Laut »Protokoll der Delegiertenversammlung vom 30. und 31.Dezember 1944« begründet Schoettle diesen als »politische Erklärung« bezeichneten Programmteil und warnt besonders vor nachträglichen Auslegungskunststücken dieses hart errungenen Kompromisses nach der einen oder anderen

zum zweiten Male in einem Menschenalter zum Werkzeug ihrer Eroberungspolitik gemacht haben, sind durch die gemeinsamen Opfer und Anstrengungen der angegriffenen Völker militärisch und politisch geschlagen worden.

Aus den furchtbaren Leiden, die das Hitlerregime über alle Länder Europas gebracht hat und aus dem Freiheitswillen der Unterdrückten wurde der leidenschaftliche Wunsch geboren, mit allen Mitteln die Wiederkehr jener aggressiven Kräfte zu verhindern, die mit Massenmord, Konzentrationslager und moralischer Vergiftung die Grundlagen der europäischen Kultur erschütterten.

In dem Willen, auch die letzten Spuren dieser Mächte auszurotten, treffen sich die besten Teile des deutschen Volkes mit den siegreichen Völkern. Die deutschen Nazigegner haben selbst im Kampf gegen die Nazidiktatur viele Opfer bringen müssen, sie kämpften fast 7 schwere Jahre in oft hoffnungslos scheinender Isolierung und sie fühlten sich in diesem Krieg von Anfang an als Verbündete der für ihre Freiheit kämpfenden Völker. Jetzt nach der totalen Niederlage des Naziregimes müssen die aktiv demokratischen Kräfte im deutschen Volke entschlossen die Voraussetzungen einer demokratischen Erneuerung Deutschlands schaffen. Dazu gehört vor allem, daß alle Deutschen sich klar werden über das Ausmaß ihrer Mitverantwortung an dieser Tragödie. Sie werden hieraus in ihrer praktischen Arbeit am demokratischen Neuaufbau Deutschlands rücksichtslos die Folgerungen zu ziehen haben. Die unerbittliche Bestrafung der Kriegsverbrecher, die endgültige Ausschaltung der nationalistischen und militaristischen Elemente aus dem öffentlichen Leben Deutschlands, die Wiedergutmachung der vom Naziregime angerichteten Schäden und Leiden, soweit das menschenmöglich ist. Das müssen Programmpunkte der demokratischen Kräfte im deutschen Volk sein nicht von außen aufgezwungen, sondern als Voraussetzung für die Wiedergesundung und echte Erneuerung unseres Volkes anerkannt.[4]

Die deutschen Gegner des Nationalsozialismus stehen vor einer ungeheuren Aufgabe. Zwölf Jahre lang sind die materiellen und geistigen Kräfte unseres Volkes ausschließlich auf Kriegsvorbereitung und Kriegführung ausgerichtet und im buchstäblichen Sinne vergeudet worden. Bei ihrem Abtreten vom Schauplatz ihrer Untaten hinterläßt die Nazidiktatur Deutschland in einem furchtbaren Zustand. Umgeben vom Mißtrauen und von der berechtigten Empörung der Völker steht das deutsche Volk vor den Trümmern seiner Städte und Dörfer. Massenarbeitslosigkeit, Hunger und Seuchen bedrohen ein Volk, das für den Krieg *Hitlers* bereits mit Millionen Toter und Verstümmelter, Witwen und Waisen bezahlt hat. Der Zusammenbruch der Diktatur hat zugleich die politische Struktur des deutschen Staates zerbrochen, die auf die Herrschaft einer als Partei aufgeputzten Clique von Abenteurern und modernen Feudalherren zugeschnitten war. Da der Nationalsozialismus in den 12 Jahren seiner Herrschaft jede politische Opposition systematisch unterdrückte und mögliche Träger einer neuen Führungskraft zu beseitigen suchte, ist ein politisches Vakuum entstanden. Die bewußten demokratischen Kräfte sind zunächst schwach und kaum organisiert. Und vor allem – die Massen des deutschen Volkes selbst sind in einem Zustand geistiger Verwirrung und Hilflosigkeit, der die unmittelbare Folge der 12 Jahre Hitlerdiktatur und der Erlebnisse vor und während des Zusammenbruchs ist. Dieser Zustand kann nur überwunden werden durch einen planmäßigen Prozeß der politischen und geistigen Erneuerung, in dem die Beseitigung noch keineswegs völlig überwundener Überreste nationalistisch-militaristischer Ideologien Hand in Hand

Richtung. In der Diskussion sprechen Greidinger, Heckmann, Spieler, Irmer, Sendler, Möller-Dostali, Lederer, Becker, Siebert, Eichler, Weidmann und Zimmering. Nach längerer Aussprache wird die Erklärung mit 38 gegen 2 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen», in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Hans Gottfurcht.

4 Vgl. zu diesem und den folgenden Abschnitten Dok. 237.

gehen muß mit dem Aufbau demokratischer Einrichtungen und Vorstellungen von unten her.

Es gibt heute keine zentrale deutsche Regierung, keine ganz Deutschland umfassende politische oder wirtschaftliche Organisation. Die politischen und militärischen Entscheidungen über die Sicherung der friedlichen, demokratischen Weiterentwicklung Deutschlands liegen in den Händen der verbündeten Regierungen und ihrer Besatzungsarmeen. Die sich neu formierenden demokratischen Kräfte in Deutschland werden für lange Zeit nicht in unbeschränkter Freiheit, sondern nur in den Grenzen wirken können, die ihnen durch die Politik der Besatzungsmächte gesetzt sind. Dies entbindet die fortschrittlichen Kräfte in Deutschland nicht von der Verpflichtung zur Entwicklung einer eigenen Initiative. In ehrlicher Zusammenarbeit mit den Besatzungsbehörden werden die deutschen Demokraten beim Wiederaufbau der zusammengebrochenen Verwaltung und der Lösung der dringendsten wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben, nicht nur ihre Fähigkeit zur Führung und Verwaltung, sondern auch ihren unbeugsamen Willen beweisen müssen, mit der Vergangenheit und den in ihr wirksamen Kräften zu brechen.

Die Herausgeber gingen an die Probleme des demokratischen Wiederaufbaus als Gewerkschafter heran. In Beratungen, die sich über mehrere Jahre erstreckten, haben wir uns Rechenschaft gegeben über Schwächen und Fehler der Vergangenheit. Wir kamen zu dem Ergebnis, daß ein Wiederaufbau der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland mehr sein muß als nur die Rückkehr zu dem alten Zustand mit seiner Zersplitterung.

Einheit der Gewerkschaftsbewegung ist mehr als nur die Zusammenfassung der früher getrennt marschierenden Teile der deutschen Arbeiterbewegung. Sie muß auf der Grundlage echter Toleranz alle jene zusammenfassen, die als Arbeitnehmer zusammengehören und die über ihre religiösen und weltanschaulichen Verschiedenheiten den gemeinsamen Willen zur demokratischen Erneuerung stellen. Eine solche Gewerkschaftsbewegung würde, wenn sie ihre Aufgabe richtig sieht, weit hinauswirken über den unmittelbaren Kreis der Arbeiterschaft. Sie könnte auf vielen Gebieten anregend, beispielgebend, vorwärtsweisend sein und so einer der stärksten Grundpfeiler einer lebendigen deutschen Demokratie werden. Dazu muß die deutsche Arbeiterschaft sich für die Verwirklichung der Grundsätze einsetzen, die die internationale Gewerkschaftsbewegung als die ihren anerkennt: für Gewerkschaften, die auf innerer Selbstverwaltung und demokratischer Mitwirkung ihrer Mitglieder an den Arbeiten der Organisation beruhen; für Gewerkschaften, die im Alltag des Betriebs und im öffentlichen Leben die Interessen der Arbeitnehmer vertreten, ohne dabei den Blick fürs Ganze zu verlieren und die durch ihr Beispiel zeigen, daß sie Träger und Garant eines demokratischen Deutschland sein wollen; und die schließlich durch ihre praktische Arbeit die deutschen Arbeiter zurückführen in die Gemeinschaft der internationalen Arbeiterbewegung und damit dem deutschen Volk das Vertrauen der Welt zurückgewinnen helfen.

Wir konnten nicht die Absicht haben, mit unseren Vorschlägen das Programm einer künftigen deutschen Gewerkschaftsbewegung vorwegzunehmen. Ein solches Programm kann nur in der lebendigen Auseinandersetzung mit der deutschen Wirklichkeit entstehen, d.h. in Deutschland selbst. Wir wollen unsere Arbeit als Beitrag zu einer Aussprache aufgefaßt wissen, die erst ihren Anfang genommen hat, und wir hoffen, daß unsere Vorschläge Anregung für alle sein mögen, die in Deutschland an dem gewaltigen Werk des Wiederaufbaus arbeiten. Unsere Vorschläge enthalten sowohl Gedanken über Sofortmaßnahmen, wie allgemeine Grundsätze für die soziale und wirtschaftliche Neuordnung, ohne die eine echte Gewerkschaftsbewegung nicht möglich wäre. Wir sind uns dessen wohl bewußt, daß gerade der Verwirklichung der

weitgehenden Ziele einer wirklichen Gewerkschaft im Deutschland der Gegenwart enge Grenzen gesetzt sind. Die Erbschaft der Hitlerzeit wird unsere Wünsche auf ein Mindestmaß herabsetzen. Wiedergutmachung ist nur möglich durch angestrengte Arbeit aller Deutschen; der Wiederaufbau der deutschen Städte und der deutschen Industrie zur Erfüllung ihrer Friedensaufgabe wird ebenfalls nur durch große Opfer der Gesamtheit aller Deutschen ermöglicht werden können. Die Erfüllung vieler sozialer Aufgaben wird nur dann möglich sein, wenn die materiellen Voraussetzungen geschaffen sind.

Im Bewußtsein dieser Beschränkungen[5], aber zugleich im festen Glauben an die Zukunft einer freien, demokratischen deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung unterbreiten wir unsere Vorschläge der Öffentlichkeit.

[...][6]

Die personelle Säuberung der öffentlichen Verwaltung und des Wirtschaftslebens[7]

Die radikale Ausschaltung aller Nazis und Naziagenten, aller Kriegsverbrecher und deren Helfershelfer ist eine unerläßliche Voraussetzung für die Demokratisierung Deutschlands. Von Grund auf müssen öffentliche Verwaltung und Wirtschaftsleben umgestaltet oder neu aufgebaut werden.

Wir halten folgende Sofortmaßnahmen für dringend notwendig:

Alle im öffentlichen Dienst Beschäftigten gelten vorübergehend als mit täglicher Kündigung weiter beschäftigt.

Alle Neueinstellungen, Beförderungen und Aufrückungen, die unter nationalsozialistischen Regierungen oder Regierungen mit nationalsozialistischen Ministern in Reich und Ländern oder in gleichartig geleiteten Gemeindeverwaltungen vorgenommen wurden, werden überprüft.

Alle verantwortlichen Leiter und Personalreferenten von Behörden, Ämtern, Körperschaften öffentlichen Rechts usw. gelten als mit sofortiger Wirkung fristlos entlassen. Sie haben ihre Geschäfte ordnungsgemäß zu übergeben und sind bis zum Augenblick der Übergabe der Aufsicht erprobt demokratischer Kommissare zu unterstellen. Anordnungen bedürfen der Gegenzeichnung der Kommissare.

Diese Bestimmungen sind sinngemäß auch auf ehrenamtliche Mitglieder von Präsidien, Vorständen, Verwaltungsräten, Kuratorien, Selbstverwaltungsorganen usw. anzuwenden.

Mit sofortiger Wirkung und fristlos zu entlassen, und zwar ohne Unterschied bezüglich der Berufsstellung, sind auch:

(a) Personen, die in der NSDAP oder einer ihr angeschlossenen Organisation den Rang eines Ortsgruppenleiters, einen gleichartigen oder höheren Rang bekleidet haben;

(b) alle Angehörigen der Gestapo und ihrer Hilfsorganisationen sowie alle aktiven Mitglieder der SS- und Totenkopf-Verbände, ohne Rücksicht auf ihre Rangstufe.

Die erwähnten verantwortlichen Leiter und Personalreferenten von Behörden usw., die gleichartig zu behandelnden ehrenamtlichen Funktionäre, die Ortsgruppenleiter

5 Dazu heißt es in Gottfurchts »Aktennotiz über die Programmberatungen der Landesgruppe« vom 20.4.1945: »Schoettle empfiehlt, in einem Schlußsatz oder Absatz oder zwischen Einleitung und Programm selbst eine Einfügung zu machen, die auf die Begrenzungen oder Möglichkeiten hinweist und damit das Programm so real wie möglich macht. Becker und Weidmann sind gegen ein Programm und lediglich für die Formulierung von Sofortmaßnahmen mit Konzentrierung auf die Wiedergutmachung«, in: AdsD, Nl. Walter Auerbach, T.1, Mappe 116.

6 Nicht abgedruckt die folgenden Passagen, die identisch mit Dok. 239 sind.

7 Vgl. Dok. 241, wo diese Ausführungen noch Teil des Abschnittes »Sozialpolitik« waren.

usw., Gestapo- und SS- Angehörige sowie alle Wehrwirtschaftsführer sind vorsorglich in Haft zu nehmen und ihrer endgültigen Aburteilung zuzuführen.

Alle wegen politischer oder religiöser Betätigung oder Haltung oder wegen ihrer Rasse aus dem öffentlichen Dienst oder anderen oben genannten Verwaltungsorganen Entlassenen oder in solchem Dienst Gemaßregelten haben Anspruch auf Wiedereinstellung und volle Wiederherstellung ihrer durch Nazimaßnahmen beeinträchtigten Rechte. Entsprechende Maßnahmen sind für das Wirtschaftsleben zu treffen.

Sozialpolitik[8]

Gemeinsam mit den Organisierten vieler Länder haben sich deutsche Gewerkschafter seit jeher für soziale Gerechtigkeit und sozialen Fortschritt eingesetzt. Sie begrüßen daher die erneute Bestätigung und internationale Anerkennung alter Forderungen durch die »Erklärung von Philadelphia«[9]. Ausgehend von der Forderung, daß Arbeit keine Ware sein darf, daß alle Menschen ohne Unterschied der Rasse, des Glaubens und des Geschlechts ein Recht auf materielle Wohlfahrt und kulturelle Entwicklung in wirtschaftlicher Sicherheit und unter gleich günstigen Bedingungen haben müssen sowie von der Erkenntnis, daß Armut in einem Lande den Wohlstand überall gefährdet, bekennen wir deutschen Gewerkschafter uns zu den folgenden

Sozialpolitischen Grundsätzen.

Im Hinblick auf die besonders gelagerten Verhältnisse in Deutschland sind sie durch verfassungsrechtlich geschützte gesetzliche Bestimmungen zu sichern.

Vollbeschäftigung

Voraussetzung der Existenzsicherung der arbeitenden Bevölkerung ist eine planmäßige Wirtschaftspolitik, die unter Heranziehung und Erschließung aller Hilfsquellen jedem Arbeitsfähigen eine Arbeitsgelegenheit zu bestmöglichen Bedingungen und Mindestlöhnen schaffen muß.

Es ist die Pflicht der Gesellschaft, durch Schaffung entsprechender Voraussetzungen jedem Arbeitswilligen eine menschenwürdige Existenz unter ständiger Hebung des Lebensstandards zu ermöglichen.

Existenzsicherung

Wer durch persönliche oder wirtschaftliche Umstände unverschuldet, zeitweilig oder dauernd, an voller Erwerbstätigkeit verhindert ist, hat Anspruch auf ein durch öffentliche Sozialversicherung garantiertes Mindesteinkommen. Wirtschaftlich abhängige Personen haben nach dem Tode des Ernährers einen Rechtsanspruch auf Renten und Existenzsicherung.

Leben und Gesundheit aller Erwerbstätigen und ihrer Angehörigen müssen ausreichend geschützt sein. Ein umfassender öffentlicher Gesundheitsdienst, der alle privaten und beruflichen Risiken deckt, muß ihnen frei zur Verfügung stehen. Vorbeugende

8 Vgl. zum folgenden Dok. 238, 241; ferner Sozialpolitische Sofortaufgaben der deutschen Gewerkschaften in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Handschriftlicher Zusatz: Entwurf W[alter] A[uerbach] zu einem sozialpolitischen Programm der Landesgruppe; ferner »Ergebnis der Besprechung vom 19.4.45. Umgestaltung der Arbeits- und Sozialverwaltung«; »W[alter] A[uerbach]: Abänderungsvorschläge zum Entwurf ›Sozialpolitik‹« Handschriftlicher Zusatz: »neu eingereicht auf Grund des Beschlusses der Delegiertenversammlung der Landesgruppe«. In: AdsD, Nl. Walter Auerbach, T.1, Mappe 115; ferner Schreiben Derkow, o. Datum [November 1944], nebst Anlage »Sozialpolitisches Programm der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien«; Brief Walter Auerbach an Derkow, o. D., nebst Anlagen; ebd., Mappe 114.

9 Vgl. Dok. 241, Anm. 2.

Maßnahmen für die Unfallverhütung sind zu fördern. Mutter und Kind haben Anspruch auf besonderen Schutz und Förderung durch die Gesellschaft.

Lastenverteilung

Alle Volksschichten müssen im Verhältnis ihrer Mittel zur Ermöglichung dieser Existenzsicherung beitragen. Die Kosten der sozialen Dienste müssen durch Beiträge der Versicherten und durch öffentliche Zuschüsse aufgebracht werden.

Vereinheitlichung

Für den gesicherten und geordneten Aufbau der Arbeits- und Sozialpolitik ist die Schaffung einer einheitlichen Gesetzgebung und einer von demokratischen Selbstverwaltungskörperschaften beaufsichtigten selbständigen Arbeits- und Sozialverwaltung selbstverständliche Voraussetzung.

Demokratisierung

Das Recht der Arbeitenden auf Kollektivverträge, auf Beteiligung an der Betriebsleitung[10] sowie auf gleichberechtigte Mitarbeit bei Gestaltung und Anwendung der wirtschaftlichen und sozialen Gesetzgebung muß gesichert sein. Diese unumgänglichen Bestandteile demokratischer Wirtschaftsführung setzen die Sicherung des Koalitionsrechts voraus.

Sofortmaßnahmen[11]

Den deutschen Gewerkschaftern sind besonders in der dem Ende der Kriegshandlungen unmittelbar folgenden Zeit über den engeren Rahmen gewohnter gewerkschaftlicher Betätigung hinausreichende sozialpolitische Aufgaben gestellt.

Die öffentliche und mit ihr die soziale Verwaltung ist in vielen Bezirken zusammengebrochen. Selbst da, wo sie notdürftig intakt blieb, können die Arbeitenden ihrer Leitung nicht vertrauen. Als Interessenvertretung aller Arbeitnehmer müssen die deutschen Gewerkschaften sich führend an der demokratischen Umgestaltung der öffentlichen Verwaltung, insbesondere aber am Um- und Neubau der Sozialverwaltungen, der Gemeindeverwaltungen und der Bewirtschaftungsstellen beteiligen. Sie werden – bis zum ordnungsgemäßen Funtionieren dieser Körperschaften – gelegentlich selbst öffentliche Aufgaben übernehmen müssen.

Im Hinblick darauf halten sie die folgenden Sofortmaßnahmen für unerläßlich:

Umgestaltung der Arbeits- und Sozialverwaltung

Mit der personellen Säuberung muß die sachliche Umgestaltung Hand in Hand gehen. Verhüllte Nazi-Einflüsse und ihnen gleichlaufende Unternehmerinteressen werden versuchen, einen größtmöglichen Teil der autoritären Struktur der Verwaltung zu erhalten. Ein Erfolg würde ihnen die Sabotage des Wiederaufbaus und die einseitige Abwälzung der Wiedergutmachung auf die Arbeitenden erleichtern. Die Durchführung der Umgestaltung dürfte längere Zeit in Anspruch nehmen. Die Gewerkschaften müssen daher, in Zusammenarbeit mit den Betriebsvertretungen, für sofortige Notmaßnahmen eintreten.

Das bisherige Personal und neue demokratische Behörden sind voll verantwortlich für die unversehrte Erhaltung aller Vermögens- und Sachwerte, aller Dokumente und

10 Neu eingefügt im Vergleich zu Dok. 241.

11 Vgl ebd.

Akten, insbesondere seit Beginn der nationalsozialistischen Amtsführung und im Hinblick auf Ausländer, Juden und deutsche politische Gefangene.

Wiederherstellung der Selbstverwaltung

Die Selbstverwaltungsorgane sind in allen Stufen sofort wiederherzustellen. Bis zur Heimkehr der nach Deutschland deportierten ausländischen Zwangsarbeiter treten deren Vertreter zur Abwicklung ihrer Ansprüche, auf ihr Verlangen, den Selbstverwaltungskörperschaften bei.

Arbeitsverwaltung

Nach der Beseitigung der Einrichtungen aller Treuhänder der Arbeit sowie aller Instanzen der Sonderbehörden des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und nach der Ausschaltung aller in die Arbeits- und Sozialverwaltung eingreifenden sonstigen kriegswirtschaftlichen und militärischen Instanzen muß die Arbeits- und Sozialverwaltung als einheitliche Organisation unter zentraler Aufsicht weitergeführt werden.[12] Die im Zuge der Nazikriegswirtschaft erfolgte Aufteilung der Landesarbeitsamtsbezirke in Gauarbeitsamtsbezirke ist aufzuheben. Organisations- und Wirkungsbereich der Instanzen der früheren Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sind wieder herzustellen. Wo noch keine örtlichen Arbeitsämter bestehen, übernehmen vorübergehend die Gemeindebehörden ihre Funktionen, insbesondere die Auszahlung von Unterstützung. Die Arbeitsbuchpflicht ist durch eine allgemeine Melde- und Registrierpflicht zu ersetzen. Zur Verhütung von Sabotage sind Arbeitsbücher oder an ihre Stelle tretende Ausweise »aktiver Nazis« bis auf weiteres von den Arbeitsämtern kenntlich zu machen.[13]

Soziale Versicherung und Versorgung

Die Träger der Invaliden-, Angestellten-, Knappschafs-, Seeleute-, Kranken- und Unfallversicherung sowie die Kriegsbeschädigten-, Hinterbliebenen- und Militärversorgungs-Behörden sind kommissarischen Verwaltungen zu unterstellen, in denen die Gewerkschaften vertreten sein müssen. Alle Ersatz-, Innungs-, Betriebs- und Privatkassen sind diesem System einzugliedern. Ihre kommissarischen Verwaltungen müssen die Überführung in ein gemeinsames Sozialversicherungsamt vorbereiten.[14]

Statistik

Bei der Neugestaltung der unter der Nazi-Diktatur weitgehend verfälschten Sozial- und Wirtschaftsstatistik sind erfahrene Vertreter der Gewerkschaftsbewegung heranzuziehen. Die Gewerkschaften werden überdies eine selbständige statistische Berichterstattung beginnen müssen.

Veränderungen des Arbeits-und Sozialrechts

Alle seit Beginn der Naziherrschaft erlassenen Gesetze, Verordnungen, Verfügungen und sonstigen Bestimmungen, die Nazi-Prinzipien Rechtskraft verliehen oder Diskriminierung festlegten, sind mit sofortiger Wirkung außer Kraft zu setzen. Bei der Neuschaffung eines einheitlichen Arbeits- und Sozialrechts, das den Ausgangspunkt für eine demokratische und fortschrittliche Entwicklung bildet, werden die Gewerkschaften maßgeblich mitzuwirken haben. In der Übergangszeit ist – soweit wie möglich – auf die Gesetze, Verordnungen, Verfügungen usw. der Vornazizeit zurückzugreifen.

12 Die Neuformulierung erfolgte aufgrund der Besprechung in der Arbeitsgemeinschaft »Sozialpolitik« am 19.4.1945, vgl. »Ergebnis der Besprechung vom 19.4.45« (Anm. 8).
13 Zur Neuformulierung vgl. ebd.
14 Im »Ergebnis der Besprechung vom 19.4.45« fehlen diese beiden Sätze, vgl. ebd.

Zur Beratung ihrer Mitglieder, vor allem in arbeits- und sozialrechtlichen Fragen, werden die örtlichen gewerkschaftlichen Organisationen gemeinsame Arbeitersekretariate zu errichten haben.[15]

Tarif- und Schlichtungsrecht

Für eine kurze Übergangszeit müssen die geltenden Tarifordnungen und etwaige bessere betriebliche oder einzelvertragliche Bestimmungen als unabdingbare Mindestbedingungen in Kraft bleiben.[16] Auf Naziprinzipien beruhende Bestimmungen und Diskriminierungen müssen mit sofortiger Wirkung aufgehoben werden.

Die einschlägigen Bestimmungen der Tarifvertrags- und der Schlichtungsordnung sind wieder in Kraft zu setzen. Vorübergehend, bis ihre demokratische Besetzung möglich ist, sind alle darin vorgesehenen Instanzen kommissarisch zu besetzen. Eine angemessene Vertretung der Gewerkschaften muß gesichert sein.

Für die Dauer dieser Übergangszeit haben diese Instanzen das Recht, in besonderen Fällen bestehende Tarif- und Arbeitsordnungen abzuändern. Alle seit dem 30. Januar 1933 angeordneten Lohndiktate und Arbeitsordnungen sind zu überprüfen.

Gewerkschaftliche Organisationen haben das Recht, auf Grund der Tarifvertragsverordnung mit Unternehmern oder Unternehmerverbänden Tarifverträge abzuschließen, die für alle Unternehmer und Beschäftigten des Vertragsbereichs unabdingbar sind. Neu abgeschlossene Kollektiverträge bedürfen der Zustimmung der vorgenannten Instanzen.

Schlichtungsausschüsse und Schlichter haben auf Anruf einer Partei beim Abschluß kollektiver Vereinbarungen Hilfe zu leisten, insbesondere in allen Fällen, in denen der organisatorische Aufbau einer der beiden Vertragspartner noch nicht genügend fortgeschritten ist.[17]

Betriebsdemokratie

In den meisten deutschen Arbeitsstätten haben Betriebsführer, Nazi-Vertrauensräte und deren Hilfsorgane die Belegschaften terrorisiert und ausgebeutet. Ein rücksichtsloses Antreibersystem hat die Gesundheit der Arbeitenden untergraben und die Arbeitskraft gefährdet.

Die einschlägigen Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes, insbesondere soweit sie die Vorbereitung der Wahl von Betriebsräten und für ihre Arbeit Bedeutung haben, sind mit sofortiger Wirkung wieder provisorisch in Kraft zu setzen.

Die Schaffung neuer Betriebsvertretungen ist sofort in Angriff zu nehmen. Die Betriebsvertretungen haben als Vertreter der Gewerkschaften die Einhaltung von Tarifverträgen, von Schiedssprüchen der Schlichtungsinstanzen und von Betriebsvereinbarungen zu überwachen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Gewerbeaufsichtsbeamten sind sie für die Wiederherstellung der Betriebsdemokratie verantwortlich.

15 Neuformulierung in der Sitzung vom 19.4.1945; vgl. ebd.
16 Diese Formulierung war umstritten. Posner hatte »Bedenken gegen die auch nur vorübergehende Beibehaltung von alten Tarifordnungen«, undatiertes Schreiben von Derkow, in: AdsD, Nl. Auerbach, T.1, Mappe 114.
17 Neu formuliert, vgl. Anm. 8 und 12.

Betriebliche Arbeitsordnungen dürfen nur weiter gelten, wenn und soweit sie nicht auf Naziprinzipien beruhen, keine diskriminierenden Bestimmungen enthalten und von der Betriebsvertretung gebilligt werden.

Arbeitszeit und Arbeitsschutz

Grundsätzlich und bis auf weiteres sollen die Arbeitszeitverordnung sowie die einschlägigen Bestimmungen der Gewerbeordnung und des Handelsgesetzbuches wieder in Kraft treten.[18] Die Schichtzeit für Untertagearbeit im Bergbau muß stufenweise von 8 ¾ auf 7 Stunden herabgesetzt werden. Die Regelung der Arbeitsbedingungen für Landarbeiter und Hausangestellte ist den allgemeinen Bestimmungen weitmöglichst anzupassen.

Die tatsächliche Dauer der Arbeitszeit wird wesentlich von der Ernährungslage und der dadurch bedingten Leistungsfähigkeit abhängen.

Überarbeitung und Unterernährung machen es unumgänglich, daß alle Arbeitsschutzmaßnahmen, einschließlich des Sonderschutzes für Kinder, Jugendliche und Frauen und in gesundheitsgefährdenden Betrieben Beschäftigte, die am 30.1. 1933 galten, wieder in Kraft treten. Im Zuge der Kriegswirtschaft angeordnete Verbesserungen des Arbeitschutzes über diesen Stand hinaus bleiben bis auf weiteres in Kraft.

Den Gewerbeinspektionen sind in allen Stufen paritätische Ausschüsse beizuordnen. Bei der Ernennung von Gewerbeaufsichtsbeamten und Gewerberäten sind Vorschläge der Gewerkschaften angemessen zu berücksichtigen.

Soziale Versicherung und Versorgung

Grundsätzlich und für eine kurze Übergangszeit sind alle bisherigen Unterstützungen und Renten- mit entsprechenden Teuerungszuschlägen in Anpassung an die veränderten Kaufkraftverhältnisse – weiter zu zahlen.

Alle seit dem 30.1. 1933 geschaffenen Rechtsungleichheiten sind sofort aufzuheben. Die seit diesem Tage ihrer Rechte ganz oder teilweise Beraubten sind zu entschädigen und wieder in ihren alten Status einzusetzen. In Haft und Zwangsarbeit verbrachte, durch politische, religiöse oder rassische Diskriminierung bedingte Arbeitslosigkeit sind als Beitragszeiten auf die Anwartschaft anzurechnen.

Alle den Nazis und ihnen Gleichgestellten eingeräumten Vorrechte sind sofort und unter Vorbehalt der Rückforderung zu beseitigen. Dieser Personenkreis hat einen Rechtsanspruch auf Unterstützung oder Rente nur auf Grund der vor 1933 nachgewiesenen Arbeitsverdienste. Im Nichtbeibringungsfalle gelten die jeweiligen Mindestsätze. Zusatzleistungen der einzugliedernden Versicherungseinrichtungen sind, unbeschadet einer endgültigen Regelung, bis auf weiteres außer Kraft zu setzen.

Eine Überprüfung aller Grundbezüge und Staffelungssätze sowie aller seit dem 1.12. 1930 erlassenen einschlägigen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsmaßnahmen ist unter Berücksichtigung der obigen Gesichtspunkte sofort in Angriff zu nehmen.

Diese Grundsätze sind sinngemäß auf die gesamte soziale Versicherung und Versorgung anzuwenden.

Hilfe für Erwerbslose

Die Erwerbslosenunterstützung ist bis auf weiteres unbefristet und ohne Bedürftigkeitsprüfung zu zahlen. Die Einstufung erfolgt nach dem letzten Jahresverdienst auf

18 Im »Ergebnis der Besprechung vom 19.4.45« heißt es konkreter: »Mit vorübergehender Ausnahme einzelner Berufsgruppen sollte die 48-Std.-Woche regelmäßige Arbeitszeit für alle Lohn- und Gehaltsempfänger sein mit entsprechender Regelung für Landarbeiter und Hausangestellte.« Ebd.

der Grundlage der 48-Stundenwoche. Vorübergehend erwerbslose Opfer von Nazimaßnahmen erhalten zunächst für die Dauer von mindestens 6 Monaten die Höchstsätze. Der Rechtsanspruch auf Arbeitslosenunterstützung erlischt nur bei Ablehnung einer von den Arbeitsämtern zugewiesenen zumutbaren Beschäftigung zu tarifvertraglich festgelegten Lohn- und Arbeitsbedingungen. Nazis und ihnen Gleichgestellte haben jede zugewiesene Arbeit anzunehmen.

Notstandsarbeiten sind im ordentlichen Arbeitsverhältnis durchzuführen.

Versorgung

Die Versorgung der direkten und indirekten Kriegsopfer hat ebenfalls nach einheitlichen Gesichtspunkten zu erfolgen. Zu den Versorgungsberechtigten gehören nicht nur die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, ohne Rücksicht auf ihre aktive oder passive Teilnahme an den Kampfhandlungen, sondern auch die Opfer des illegalen Kampfes gegen den Nationalsozialismus. In der Notzeit des Übergangs dürfen – unbeschadet einer späteren grundsätzlichen Regelung – keine Versorgungsbezüge oder Beamtenpensionen die entsprechenden Sätze der Sozialversicherung übersteigen.

Wohlfahrt und Fürsorge

Die Verordnung über Fürsorgepflicht und die »Reichsgrundsätze« von 1924 sowie das Jugendwohlfahrtsgesetz von 1922 müssen die Grundlage jeder Sozialarbeit bilden. Aus allen Zweigen der Wohlfahrtsarbeit sind aktive Nazis und Nazi-Methoden auszuschalten. Die Notzeit des Übergangs erfordert die örtliche und bezirkliche Zusammenfassung aller Einrichtungen und Mittel der öffentlichen und privaten Wohlfahrtspflege und ihre Verwendung nach einheitlichen Gesichtspunkten. Zersplitterung würde dazu führen, daß einzelne Bedürftige mehrfach, andere nicht oder unzureichend unterstützt würden.

Die gesamte Wohlfahrts- und Fürsorgetätigkeit muß daher in der Notzeit des Übergangs unbeschadet der endgültigen Abgrenzung zwischen öffentlicher und privater Wohlfahrtspflege und unbeschadet der endgültigen Regelung der Rechtsnachfolge in der Hand der Gemeinden und Kreise liegen. Eine enge Zusammenarbeit zwischen ihnen und den übrigen in Frage kommenden Sozial- und Wirtschaftsbehörden ist unerläßlich.

Den Wohlfahrtsämtern treten in der Übergangszeit Ausschüsse zur Seite, die aus in Sozialarbeit erfahrenen Personen zu bilden sind. Gewerkschafter sind angemessen zu beteiligen. Auch die nach dem Reichsjugendwohlfahrtsgesetz vorgesehenen Verwaltungsorgane sollten so schnell wie möglich wieder eingesetzt werden.

Die sofort aufzulösende NSV hat seit 1933 Einrichtungen und Mittel der von der Nazi-Diktatur aufgelösten Wohlfahrtsorganisationen u.a. Arbeiterwohlfahrt, Zentralwohlfahrtsausschuß der christlichen Arbeiterschaft und der in ihrer Betätigung beschränkten öffentlichen und privaten Wohlfahrtspflege übernommen. Alle diese Einrichtungen und Mittel sind bis zur Regelung der Rechtsnachfolge von den vorgenannten Instanzen treuhänderisch zu verwalten.

Bestehende private Wohlfahrtsorganisationen, bei denen sichergestellt ist, daß sie Naziagenten weder Unterschlupf noch Betätigungsmöglichkeiten bieten, sind in der Übergangszeit an die Anweisungen der Wohlfahrts- oder Jugendämter gebunden. Wo erforderlich, haben ihre Einrichtungen diesen Ämtern zur Verfügung zu stehen. Die Wohlfahrtsverbände müssen in den oben genannten Ausschüssen vertreten sein. Unterstützungen können nur nach einheitlichen Gesichtspunkten gezahlt werden. Die Höhe der »Richtsätze« ist örtlich provisorisch und unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse neu festzusetzen. In der Übergangszeit darf es keine »gehobene«

Fürsorge geben. Ein überlokaler Wohlfahrtslastenausgleich ist zur Erleichterung der Lage verwüsteter Städte sofort nötig. Soweit Unterstützungen in Naturalien gewährt werden müssen, haben die Gewerkschaften bei ihrer Bewertung mitzuwirken und darauf zu achten, daß es eine Übergangsmaßnahme bleibt.

Die Gemeindeverbände haben Schulungskurse und Ausbildungsmöglichkeiten für Fürsorge- und Wohlfahrtspflege-Personal einzurichten. Bei Aufstellung und Durchführung des Lehrplans und bei der Auswahl der Lehrkräfte sind die Gewerkschaften heranzuziehen.

Sozial- und Wirtschaftspolitische Notmaßnahmen[19]

Die furchtbare Verwüstung in den Kampfgebieten, die Umstellung der Kriegswirtschaft auf Friedenswirtschaft, die Wiedereingliederung der entlassenen Kriegsgefangenen und der zur Kriegsarbeit Dienstverpflichteten in die Wirtschaft und die Versorgung der Kriegsopfer erfordern planmäßige Maßnahmen unter möglichster Schonung der wirtschaftlich Schwachen. Millionen Frauen sind durch den Tod ihres Mannes, Verlobten oder Vaters in einer Zeit eines riesigen Frauenüberschusses weiter auf Erwerb angewiesen. Auch Hunderttausende Handwerker und Gewerbetreibende, die von der Nazidiktatur in die Kriegsbetriebe gebracht wurden, werden weiter auf Erwerbsarbeit angewiesen sein.

Die Gewerkschaften und Betriebsvertretungen sind an Ausarbeitung und Durchführung der planmäßigen Demobilisierungs- und Umstellungsmaßnahmen entscheidend zu beteiligen.

A.

Lohn- und Preispolitik

Insbesondere in der dem Ende der Kriegshandlungen unmittelbar folgenden Zeit wird die Kaufkraft der Löhne weit mehr von der Menge und der gerechten Verteilung der zur Verfügung stehenden Waren als von der nominellen Lohnhöhe abhängen. Die Frage des Nominallohns gewinnt mit einer etwaigen Steigerung der Preise besondere Bedeutung. Sicherung des Preisstopps, Ausschaltung des Schleichhandels und planmäßige Produktion von Verbrauchsgütern sind lebenswichtig. Durchlöcherung des Preisstopps bei unvollständigem Lohnausgleich wäre eine ungerechtfertigte Bereicherung der Sachwertbesitzer auf Kosten der Lohn- und Gehaltsempfänger. Dies würde eine Bereicherung für viele an Naziterror und Nazikrieg maßgeblich Mitverantwortlichen bedeuten und würde ein Lohndumping und damit eine Gefährdung des Lebensstandards der Arbeiter anderer Länder erleichtern. Die Gewerkschaften würden sich einer derartigen Entwicklung mit allen Mitteln zu widersetzen haben.

Preisbildungs- und Kontrollämter müssen demokratisch besetzt werden. Bei der Festsetzung von Höchstpreisen und einheitlichen Teuerungszuschlägen müssen sie mit den Schlichtungsbehörden Hand in Hand arbeiten.

Rationierung

Die Gewerkschaften fordern daher: Das Bewirtschaftungssystem darf nicht gelockert werden. Die umfassende Rationierung aller lebenswichtigen Verbrauchsgüter zu festen Höchstpreisen ist beizubehalten[20]. Gaststätten, Hotels, Warenhäuser und Kleinhandelsgeschäfte dürfen Lebensmittel, Kleidung, Brennstoff usw. nur gegen Karten

19 Vgl. zum folgenden auch den undatierten »Entwurf W[alter] A[uerbach] zu einem sozialpolitischen Programm der Landesgruppe« (Anm. 8).

20 Im Entwurf von Auerbach (Anm. 19) heißt es hierzu: »Lebensmittel, Heizung, Seife, Bekleidung und lebenswichtige Verbrauchsgüter bleiben rationiert«.

abgeben. Alle Vorräte sind meldepflichtig. Umgehungen oder Verstöße sind als Sabotage zu bestrafen.

Schwerarbeiter usw. müssen Zusatzrationen erhalten. Alle Diskriminierungen aus politischen, religiösen oder rassischen Gründen sind aufzuheben. Von den bisherigen diskriminierenden Bestimmungen Betroffene erhalten bis zu ihrer völligen Wiederherstellung Schwerstarbeiterrationen. Wo immer nötig und möglich, sind Betriebskantinen, Volksküchen und Schulspeisungen einzurichten.

Den zuständigen Behörden-, Ernährungs-, Preiskontroll- und Bewirtschaftungsstellen sind örtliche und bezirkliche Ausschüsse beizuordnen, in die Gewerkschaften, Verbraucher-, Frauen- und andere Organisationen ihre Vertreter entsenden.[21] Sie haben deren Einrichtungen und die Durchführung von ihnen erlassener Anordnungen zu überwachen.

Wohnungswesen[22]

Der gesamte verfügbare Wohnraum muß, ohne Rücksicht auf Eigentumsverhältnisse oder Verfügungsrecht, öffentlicher Bewirtschaftung unterstellt werden. Notreparaturen, Wohnungsteilungen usw. sind beschleunigt durchzuführen. Geschäfts-, Büro- und Fabrikräume sind auf ihre Eignung zur Umwandlung in Wohnräume zu überprüfen. Im Bedarfsfalle sind frühere Luftschutzunterkünfte, Kasernen, Baracken und andere öffentliche Gebäude für diesen Zweck zu beschlagnahmen.

Die Wohnungszuteilung hat nach sozialen Gesichtspunkten zu erfolgen.

Kinderreiche, Kranke, Obdachlose – Ausgebombte und Flüchtlinge – sind bevorzugt zu behandeln. Die für Wohnungsbewirtschaftung und Mieterschutz zuständigen Ämter haben Höchstmieten festzusetzen und ihre Einhaltung zu überwachen. Wohnungstausch bedarf ihrer Zustimmung. Den Wohnungsämtern sind Miet- und Hausbesitzerausschüsse beizugeben.

Für Rückwanderer und heimatlos Gewordene sind bis zu ihrer endgültigen Niederlassung bestehende oder zu errichtende Auffanglager zur Verfügung zu stellen.

Gesundheitsschutz

In allen Zweigen des Gesundheitswesens sind aktive Nazis und Nazi-Methoden, unter Aufhebung einschlägiger Bestimmungen bestehender Gesetze, Verordnungen usw., auszuschalten. Zur Erreichung dieses Zieles, angesichts des empfindlichen Ärztemangels und der drückenden Knappheit an Medikamenten, Instrumenten, Krankenhausbetten, Hospitälern, Heimen usw. ist für die Dauer der Übergangszeit das gesamte Gesundheitswesen öffentlicher Kontrolle und planmäßiger Leitung und Verwaltung zu unterstellen. Private Einrichtungen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens dürfen nur arbeiten, wenn ihre Dienste den Gesundheitsbehörden zur Verfügung stehen. Mit dieser notwendigen Übergangsmaßnahme soll einer endgültigen Regelung der Rechtsansprüche bisheriger nichtnazistischer oder seit dem 30.1. 1933 Enteigneter nicht vorgegriffen werden.

Arzt-, Hebammen-, Heilgehilfen- oder Apothekerpraxis darf nur mit Zustimmung und unter Kontrolle der Gesundheitsbehörden ausgeübt werden. Die Herstellung, der Vertrieb und die Preisgestaltung von Heil- und Arzneimitteln unterstehen ihrer Kontrolle.

21 Vgl. ebd., wo von betrieblichen Kantinenausschüssen und Stadtteil-Verbraucherausschüssen die Rede ist.

22 Dieser Abschnitt und der über Gesundheitsschutz folgen inhaltlich dem Programmentwurf von Dezember 1944, vgl. Dok. 214.

Bei der Verhütung und Bekämpfung von Epidemien ist Zusammenarbeit mit den Nachbarländern und internationalen Stellen unerläßlich. Die Gewerkschaften sind bei der Leitung des Gesundheitswesens in allen Stufen maßgeblich zu vertreten.

B.

Wirtschaftsverwaltung[23]

Die Wirtschaftsverwaltung ist für die beschleunigte Wiederingangsetzung der Wirtschaft verantwortlich. Zur planmäßigen Durchführung dieser Maßnahmen werden örtlich Ausschüsse zur Koordinierung der einschlägigen Zweige der öffentlichen Verwaltung errichtet, in denen Betriebsausschüsse und bereits tätige Gewerkschaftsorganisationen angemessen vertreten sein müssen.

Wo die Wirtschaftsverwaltung zusammengebrochen ist, werden deren Aufgaben vorübergehend von örtlichen Notwirtschaftsverwaltungen übernommen, denen entsprechende Ausschüsse beizugeben sind. Sie haben für den raschen Wiederaufbau der Wirtschaftsverwaltung zu sorgen.

Bezirkswirtschaftsstellen

Die örtlichen Wirtschafts- und Notwirtschaftsverwaltungen sind sobald wie möglich bezirklich zusammenzufassen. Bezirkswirtschaftsstellen koordinieren die Arbeit der Wirtschafts- und Notwirtschaftsverwaltungen durch Festlegung einheitlicher Richtlinien und erteilen die notwendigen Anweisungen. Den Bezirkswirtschaftsstellen sind aus Arbeiter- und Unternehmervertretern zusammengesetzte Kontrollausschüsse beizuordnen.

Betriebsleitung

Wo die Eigentümer, Betriebsleiter, Abteilungsleiter usw. geflohen sind oder aktive Nazis oder aktive Helfershelfer der Nazis waren, übernehmen qualifizierte und politisch zuverlässige Antinazis im Einvernehmen mit Betriebsausschüssen und Wirtschaftsverwaltung provisorisch Wiederingangbringen oder Weiterführen von Produktion, Transport und Verteilung. Sie unterstehen den Wirtschaftsverwaltungen und erhalten von ihnen allgemeine Anweisungen. Aktive Nazis dürfen in keiner Vorgesetztenstellung beschäftigt werden. In allen anderen Betrieben sind demokratisch bestimmte Belegschaftsvertreter von der Betriebsleitung zur Bewältigung der genannten Aufgaben heranzuziehen.

Notstandsarbeiten

Die örtlichen Wirtschaftsverwaltungen bestimmen im Einvernehmen mit der Bezirkswirtschaftsstelle, in welchem Umfang und in welcher Reihenfolge die dringendsten Aufräumungs-, Reparatur- und Aufbauarbeiten, insbesondere zum Ingangbringen von Transport, Versorgungsbetrieben und Notwohnungsbau sowie Versorgung mit Medikamenten und Heilmitteln durchzuführen sind.

Produktion

Dringendste Aufgabe ist Wiederingangbringen der dem zivilen Massenbedarf dienenden Produktion. Besondere Maßnahmen sind gegen Wirtschaftssabotage zu treffen.

Serienproduktion von Hausrat, einfachen Möbeln und notwendigsten Bekleidungsgegenständen könnte zweckmäßig von gemeinnützigen Hausrats- und Bekleidungsgesellschaften der Gemeindeverbände, zum Teil in eigener Regie, übernommen werden. Selbsterzeugung von Nahrungsmitteln und Selbsthilfe beim Wohnungsbau sind zu fördern.

23 Vgl. zum folgenden Derkow, »Vorschläge für den Abschnitt ›Wirtschaftspolitik‹«, in: AdsD, Nl. Auerbach, T.1, Mappe 115.

Sicherung der Ernährung

Die Wirtschaftsverwaltungen müssen für die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung – möglichst unter Beibehaltung bisheriger Liefergebiete – ein landwirtschaftliches Bezugsgebiet sichern, das auch bei Ausfall der Haupteisenbahnlinien und Wasserstraßen eine Versorgung mit Lebensmitteln ermöglicht. Das System der Ablieferungskontingente der landwirtschaftlichen Betriebe ist beizubehalten. Die landwirtschaftliche Bevölkerung soll mit industriellen Verbrauchsgütern und mit Produktionsmitteln aus vorhandenen Vorräten als Gegenleistung bevorzugt beliefert werden, insbesondere bei Überschreitung der Ablieferungskontingente.

Genossenschaften

Die als Verbraucherringe der Deutschen Arbeiterfront oder in anderer Form weitergeführten ehemaligen konsumgenossenschaftlichen Einrichtungen sind, unbeschadet der endgültigen vermögensrechtlichen Auseinandersetzung, unter Mitarbeit der Gewerkschaften wieder auf genossenschaftliche Grundlage zu stellen. Das gleiche gilt für Verteilungsstellen und Produktionsbetriebe, die vor dem 2.5. 1933 Eigentum konsumgenossenschaftlicher Organisationen waren.

Entsprechendes gilt für gemeinnützige Baugenossenschaften, Bauhütten und ihre Nebenbetriebe. Landwirtschaftliche Produktions- und Bezugsgenossenschaften unterstehen der Aufsicht der Bezirkswirtschaftsstelle und sind an ihre Anweisungen gebunden.

Transport

Die Wirtschaftsverwaltungen müssen versuchen, durch Bereitstellen von Schnellreparaturkolonnen in ihrem Bereich einen Notbetrieb auf den wichtigsten Straßen, Eisenbahnlinien und Wasserstraßen zu ermöglichen. Sie entscheiden, welche lokalen Verkehrsmittel zuerst wieder in Gang gebracht werden und für welche Zwecke.

Bank- und Kreditwesen

Alle Kreditanstalten unterstehen bis zu ihrer Unterstellung unter regionale oder zentrale Kontrolle der zuständigen Wirtschaftsverwaltung ihres Sitzes, auch Filialen von Kreditanstalten mit anderem Hauptsitz. Die Abhebung von Guthaben ist zu begrenzen und die Verwendung größerer Überweisungen zu kontrollieren.

Finanzwesen

Steuern und Abgaben sowie Sozialbeiträge sind – unter Beseitigung der bisherigen Diskriminierungen – zunächst nach den bisherigen Sätzen weiter zu entrichten. Die Wirtschaftsverwaltungen haben zweckentsprechende Maßnahmen zu veranlassen, die die restlose Einziehung des Vermögens aller Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher, aller System-, Rüstungs- und Kriegsgewinne und eine scharfe Vermögensabgabe auf alle großen Vermögen ermöglichen.

Wirtschaftspolitik

Zielsetzung

Über die vorstehenden Not- und Sofortmaßnahmen hinaus machen die Gewerkschaften Vorschläge mit dem Ziel der restlosen und dauernden Ausschaltung aller nazistischen, militaristischen und imperialistischen Tendenzen und Kräfte aus dem

deutschen Wirtschaftsleben, des Aufbaus einer dem Frieden dienenden wirklich demokratischen Wirtschaft, in der privilegierte Schichten ausgeschaltet werden und in der Arbeitende und Verbraucher gegen Ausbeutung geschützt sind[24], der gerechten Verteilung der durch Wiederaufbau und Wiedergutmachung bedingten Lasten unter Verhinderung ihrer Abwälzung auf die Werktätigen.

Strukturänderung

Zur Erreichung dieser Ziele sind tiefgreifende Änderungen der sozialen Struktur notwendig. Unmittelbar nach dem Kriege müssen diejenigen politischen und sozialen Kräfte, die immer wieder zum Kriege drängten, restlos zerstört werden. Kriegsschuldige und Kriegsgewinnler sowie aktive Helfershelfer der Nazis müssen aus allen leitenden Stellen der Wirtschaft entfernt werden. Die von den Nazis geschaffenen Wirtschaftsorganisationen müssen zerschlagen und neue Wirtschaftsorgane und -verwaltungen auf demokratischer Basis geschaffen werden. In der Landwirtschaft muß das private Großgrundeigentum im Zuge einer großzügigen Agrarreform enteignet werden, und in Industrie und Handel muß die den demokratischen und friedlichen Aufbau gefährdende Willkürherrschaft der Privatmonopole gebrochen werden.[25]

Die zur Strukturänderung notwendigen Enteignungen erfolgen, soweit sie nicht Kriegsschuldige und Kriegsverbrecher betreffen, gegen Entschädigung. Die Entschädigungen werden durch eine allgemeine Vermögensabgabe aufgebracht, unter besonderer Heranziehung der großen persönlichen Vermögen.

Durch diese Strukturänderung werden die wesentlichen Grundlagen für eine staatliche Wirtschaftsplanung geschaffen.

Wirtschaftsplanung

Eine auf Vollbeschäftigung und Befriedigung des Massenbedarfs ausgerichtete staatliche Wirtschaftsplanung setzt die Lenkung des Kredits und des Außenhandels voraus. Sie hat festzulegen, welchen Anteil Konsum und Investitionen am gesellschaftlichen Gesamtprodukt haben und in welcher Richtung die Investitionen gehen sollen.

Das Eigentumsrecht der kleinen und mittleren Besitzer und Unternehmer in Handwerk, Landwirtschaft, Handel, Industrie und Finanz wird ausdrücklich anerkannt; das Verfügungsrecht über dieses Eigentum bleibt grundsätzlich bestehen und kann nur durch planwirtschaftliche Maßnahmen im Gesamtinteresse beschränkt werden.[26]

Wirtschaftsdemokratie

An Ausarbeitung und Durchführung[27] wirtschaftspolitischer Maßnahmen nehmen die Gewerkschaften als unabhängige Vertreter der Arbeitnehmer aktiven Anteil. Sie müssen in den neu zu schaffenden Organen der staatlichen Wirtschaftsplanung und der wirtschaftlichen Selbstverwaltung vertreten sein, um aktiv am Aufbau eines freien demokratischen Deutschlands mitwirken zu können.

24 Neu hinzugefügt im Vergleich zu Derkow vgl. ebd.

25 Vgl. zum folgenden W[alter] F[liess]: »Vorschläge zum Wirtschaftsprogramm« [im folgenden zitiert »Vorschläge«], ebd., Mappe 116. Dort heißt es: »und in Industrie und Handel müssen Änderungen in den Eigentumsverhältnissen vorgenommen werden, um den politischen, kriegstreiberischen Einfluß einer kleinen Oberschicht ein für allemal auszuschalten. Private Monopole müssen verschwinden«, ebd. Hierzu Anmerkung von W[alter] F[liess]: »Ist dieser Satz vereinbar mit dem Vorschlag des Kartell- und Monopolamts?«

26 Dieser Satz fehlt in den »Vorschlägen«, vgl. ebd.

27 »Durchführung« fehlt in den »Vorschlägen«, vgl. ebd.

Gewerkschaften und Betriebsvertretungen sind an der Leitung größerer Betriebe zu beteiligen.[28]

Sie sehen in der Anwendung genossenschaftlicher Grundsätze ein Mittel, um möglichst viele Arbeitnehmer an der Gestaltung des Produktions- und Verteilungsprozesses verantwortlich zu beteiligen.

Genossenschaften

Die Gewerkschaften treten ein für eine Förderung der Genossenschaften als Organe der Selbsthilfe und als ausführende Organe der Wirtschaftsplanung.

Eine enge Zusammenarbeit von Konsumgenossenschaften und landwirtschaftlichen Absatzgenossenschaften soll gleichzeitig den städtischen Konsumenten und den landwirtschaftlichen Produzenten dienen.

Grundforderungen zur Wirtschaftspolitik

Industrie und Handel

Die Schlüsselindustrien sind der Willkürherrschaft der Privatmonopole zu entziehen; der Bergbau einschließlich der Nebenbetriebe, die Schwereisenindustrie und die Metallgewinnung,[29] die Großchemie sowie alle Bodenschätze sind in öffentliches Eigentum zu überführen.

Die Energie- und Verkehrswirtschaft sowie die Versorgungsbetriebe (Gas, Wasser) sind vollständig in den Besitz der öffentlichen Hand zu überführen mit dem Ziel der Verbesserung und Verbilligung ihrer Leistungen.

Alle Kartelle und ähnliche Zusammenschlüsse und Abreden von Unternehmungen sowie monopolartige Konzerne und Einzelunternehmungen sind durch ein staatliches Kartell- und Monopolamt zu überwachen. Das Kartell- und Monopolamt hat die Aufgabe, dem Interesse der Allgemeinheit zuwiderlaufende Geschäftspraktiken, wie Hochhaltung der Preise, Produktionsbeschränkungen, Behinderung[30] des freien Wettbewerbs zu unterbinden.

Die Planung des Wohnungsbaus ist ein Teil der staatlichen Investitionsplanung. Gemeinden und Gemeindeverbände haben die Errichtung und Verwaltung von Wohnhäusern zu überwachen unter Bevorzugung gemeinnütziger Baugenossenschaften. Grundstücksspekulation ist durch Kontrolle und Überwachung der Veräußerung und Verpachtung von Grund und Boden auszusetzen. Alle größeren Bauvorhaben sind öffentlich auszuschreiben.[31]

Landwirtschaft

Die Gewerkschaften erstreben einen gerechten Ausgleich zwischen Land und Stadt und machen hierzu folgende Vorschläge:

Der im Zuge der geforderten Agrarreform enteignete Großgrundbesitz wird, soweit es seine Beschaffenheit zuläßt, zu günstigen Bedingungen landarmen Bauern, Landarbeitern und anderen Siedlungswilligen zur Verfügung gestellt. Bäuerliche Familienbetriebe bleiben erhalten.

28 In den »Vorschlägen« heißt es: »[...] an der Leitung der Betriebe in öffentlicher Hand nehmen die Gewerkschaften als unabhängige Vertreter der Arbeitnehmer aktiven Anteil«; ebd.

29 »Metallgewinnung« fehlt in den »Vorschlägen«; vgl. ebd. Diskutiert wurde auch die Überführung der Baustoffindustrie in öffentliches Eigentum; auf Vorschlag von W. Fliess jedoch darauf verzichtet, »weil es sich dabei nicht um ein ›politisches‹ Monopol und keins mit großem Investitionskapital handelt [...]«; ebd.

30 In den »Vorschlägen« heißt es »Ausschaltung«, vgl. ebd.

31 In den »Vorschlägen« handschriftlich hinzugefügt; vgl. ebd.

Zur Sicherung der Landwirtschaft gegen übermäßige Schwankungen der Erlöse haben staatliche Organe den Markt der wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte zu regulieren.

Landwirtschaftliche Genossenschaften, die die landwirtschaftliche Produktion und Produktivität[32] bei gleichzeitiger Verbesserung der Lage der landwirtschaftlichen Bevölkerung heben und den Absatz verbilligen, sind zu fördern.

Kredit- und Bankwesen, Finanz

Die Reichsbank ist von dem Einfluß der privaten Bank- und Industriekreise zu befreien. In ihrem Generalrat müssen neben dem Staat und der öffentlichen Wirtschaft alle wichtigen Wirtschaftsverbände, vor allem die Gewerkschaften und Verbraucher, vertreten sein.

Die deutschen Großbanken sind zu verstaatlichen. Alle übrigen Kreditinstitute, wie Privatbanken, Sparkassen, Kreditgenossenschaften, Versicherungsunternehmungen können in ihrer bisherigen Form weiter bestehen, solange und soweit sie sich einer strikten staatlichen Überwachung und in ihrer Kreditpolitik den Anweisungen eines staatlichen Bankamtes unterwerfen.[33]

In enger Fühlung mit der Reichsbank überwacht und reguliert eine staatliche Investitionsstelle den im Rahmen der Gesamtplanung zur Vollbeschäftigung notwendigen Umfang der privaten und öffentlichen Investitionen und bestimmt ihre Prioritäten.

Diese Investitionskontrolle erstreckt sich, abgesehen von statistischen Erhebungen, nur auf größere Objekte, so daß in ihrem Rahmen der freien Initiative keine bürokratischen Hemmungen entgegenstehen.[34]

Die Steuergesetzgebung richtet sich nach folgenden Grundsätzen: Stark progressive Einkommens-, Erbschafts- und Schenkungssteuer. Möglichst hohe Freigrenze bei der Einkommenssteuer. Indirekte Steuern möglichst nur auf Luxusgüter. Keine Kopfsteuern. Bodenwertzuwachssteuer.

Eine inflationistische Finanzpolitik im Sinne einer Ausgabenwirtschaft ohne Rücksicht auf die Produktionsmöglichkeiten lehnen die Gewerkschaften ab. Inflationistische Preissteigerungen sind durch Rationierungsmaßnahmen, Steuern sowie durch Anreiz zum Sparen, insbesondere zum Zwecksparen für Wohnungsbau[35] usw., zu verhindern.

Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit

Mit der Durchführung der vorstehenden Maßnahmen würde die soziale und wirtschaftliche Basis des deutschen Imperialismus beseitigt sein. Damit wäre eine wichtige Voraussetzung für die Eingliederung Deutschlands in die internationale Zusammenarbeit geschaffen.

Unter ausdrücklicher Anerkennung der Verpflichtung zur Wiedergutmachungspolitik fühlen wir deutschen Gewerkschafter uns solidarisch mit der werktätigen Bevölkerung Europas und der Welt. Der Wiederaufbau der zerstörten Städte und Dörfer, die Ingangsetzung der Produktion und des Transports, die Wiederherstellung normaler Währungs- und Handelsbeziehungen in Europa stellen gigantische Aufgaben dar, die

32 »Produktivität« fehlt in den »Vorschlägen«; vgl. ebd.

33 In den »Vorschlägen« lautet dieser Satz: »Alle übrigen Kreditinstitute, wie Privatbanken, Sparkassen, Kreditgenossenschaften, Versicherungsunternehmen unterstehen einer strikten staatlichen Überwachung«; vgl. ebd.

34 Diese Formulierung wurde sinngemäß dem TUC-Wirtschaftsprogramm entnommen, vgl. »Vorschläge«, ebd.

35 Neu hinzugefügt der Hinweis »zum Zwecksparen für Wohnungsbau«; vgl. ebd.

über die Kräfte der einzelnen Nationalstaaten hinausgehen und nur durch internationale Zusammenarbeit lösbar sind. Im Rahmen einer friedlichen europäischen Zusammenarbeit wird es schließlich möglich sein, diese Aufgabe zu bewältigen und eine gesunde europäische Wirtschaft aufzubauen und diesen industriellen Neuaufbau Europas so zu gestalten, daß ein Wiederaufleben einer deutschen Vormachtstellung nicht zu befürchten ist.

In diesem Geiste werden die deutschen Gewerkschaften alle Maßnahmen internationaler Zusammenarbeit unterstützen und sind bereit, sich an allen internationalen Einrichtungen zu beteiligen, die die Förderung von Frieden, Vollbeschäftigung und sozialer Sicherheit und die Hebung des allgemeinen Lebensstandards zum Zweck haben.

Erziehung[36]

Übergangsmaßnahmen

Bei der Niederschrift der nachstehenden Vorschläge war es noch nicht möglich, sich ein genaues Bild der Lage zu machen, in der sich nach dem Ende der Feindseligkeiten Kinder, Jugendliche, Eltern und Lehrer befinden werden. Wir rechnen in vielen Bezirken Deutschlands mit einem weitgehenden Zusammenbruch der allgemeinen wie der Schulverwaltung, mit der weitgehenden Zerstörung von Schulen und Schulausrüstung, einem großen Mangel an geeigneten Lehrern und mit körperlicher und geistiger Erschöpfung von Kindern und Erwachsenen.

Viele Kinder werden sich beim Ende der Feindseligkeiten in Kinderlandverschickungslagern befinden. Sobald Transport- und Wohnungsverhältnisse es zulassen, sollten die Lager aufgelöst und die Kinder in normalere Verhältnisse zurückgebracht werden. Die nachstehenden Vorschläge für Schulen gelten sinngemäß auch für KLV-Lager.

Die Auflösung der Adolf-Hitler-Schulen, der Nationalpolitischen Erziehungsanstalten usw. bildet einen Teil des politischen Reinigungsprozesses und wird daher hier vorausgesetzt.

Kurze Unterbrechung des Unterrichts

Nach Beendigung der Kampfhandlungen im Bezirk: Kurze Unterbrechung des Unterrichts, die Gelegenheit zur Durchführung oder Einleitung der nachstehend genannten Maßnahmen gibt. Während dieser Zeit: Schulspeisungen, gesundheitliche Überwachung und Betreuung sowie Beschäftigungs- und Spielmöglichkeiten unter Aufsicht.

Schulausschüsse

Bildung von Orts-Schulausschüssen aus politisch zuverlässigen Lehrern, Ärzten, nach Möglichkeit auch Psychologen, Berufsberatern und anderen pädagogisch Interessierten sowie aus Vertretern interessierter Organisationen, darunter der neuen Gewerkschaften[37], ferner von darauf aufzubauenden Bezirks-Schulausschüssen. Sämtliche Schulausschüsse arbeiten unter der Aufsicht der neuen Selbstverwaltungsbehörden.[38]

Alle Schularten werden diesen Schulausschüssen unterstellt.

Die Schulausschüsse arbeiten eng zusammen mit Gemeindebehörden und Fürsorgestellen bei Einrichtung und Leitung von Kinderhorten (besonders für die Kinder mit

36 Vgl. zum folg. Dok. 236; ferner »Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien, Entwurf zu einem Gewerkschaftsprogramm: Abschnitt ›Erziehung‹«, [im folgenden zitiert als »Entwurf«]; in: AdsD, Nl. Auerbach, T.1, Mappe 115.

37 Im Vergleich zum Entwurf neu hinzugefügt; vgl. ebd.

38 Im »Entwurf« heißt es: »[...] unter der Aufsicht der neuen politischen Behörden«.

den schlechtesten Wohnverhältnissen)[39], Kindergärten, Schulheimen, Jugendheimen, Kinderspeisungen sowie bei der ärztlichen Betreuung der Schulkinder, bei der Unterbringung von Waisen und der Kinder von Kriegsverschollenen, bei der Einrichtung von Heimen für Schwererziehbare usw.

Die Orts- und Bezirks-Schulausschüsse sind zu einer provisorischen Schulverwaltung auszubauen.

Schuldirektoren und Schulinspektoren

Einsetzung politisch zuverlässiger und verantwortlicher Schuldirektoren und Schulinspektoren durch die Bezirks-Schulausschüsse für die Übergangszeit.

Selbstverwaltung

Bildung von Schulbeiräten. Die Mitglieder der Schulbeiräte werden, solange Wahlen nicht durchgeführt werden können, aus den Reihen geeigneter Lehrer und Eltern von Schuldirektoren oder Schulinspektoren provisorisch berufen. Schüler sollen sobald wie möglich zur Selbstverwaltung erzogen und in sie eingeführt werden. An den Berufsschulen werden die Beiräte zusammengesetzt aus Lehrern, Schülern, Berufsberatern, Betriebsleitern und Gewerkschaftern. In allen Schulbeiräten ist besonders darauf zu achten[40], daß sich nicht auf dem Umweg über die Selbstverwaltungsorgane Nazi-Einflüsse einschleichen.

Lehrer

Wiedereinstellung der von den Nazis aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen entlassenen Lehrkräfte, sofern sie dazu bereit und fähig sind. Lehrer, die sich nicht aktiv in den Organisationen der NSDAP betätigt haben und deren Verhalten zeigte, daß sie dem Nationalsozialismus fernstanden, werden mit Zustimmung der Schulbeiräte weiter zum Schuldienst herangezogen werden.

Alle Lehrer, die aktive Nazis waren, werden fristlos und ohne Pensionsansprüche entlassen. Heranziehung von fachlich und pädagogisch geeigneten Laien. Einrichtung von Ausbildungs- und Fortbildungskursen für Lehrer und Laienkräfte. Alle Lehrer müssen in den Geist der neuen Demokratie eingeführt werden, besonders eindringlich die Geschichtslehrer. Beschäftigung aller Lehrkräfte zunächst nur auf Widerruf. Besonders strenge Auswahl für Gesinnungsfächer wie Geschichte und Deutschkunde.[41]

Lehrplan

Außerkraftsetzung des von den Nazi-Behörden eingeführten Lehrplans. Bis zur Einführung eines neuen Lehrplans verständigt sich der Schulleiter mit den Lehrern über einen vorläufigen Lehrplan. Häufige Konferenzen zur gemeinsamen Beratung auftretender Schwierigkeiten. Insbesondere in Fächern wie Deutschkunde und Geschichte ist eine neue Grundlegung nötig.[42]

Lehrmittel

Säuberung oder Einziehung der Schulbücher, Säuberung der Lehrmittelsammlungen und Schulbüchereien von allen nationalsozialistischen, militaristischen und nationalistischen Tendenzen. Es ist Aufgabe der Lehrer, mit Hilfe von Schülern, Eltern und Facharbeitern selber Lehrmittel herzustellen.[43]

Während der Zeit des Mangels an ausgebildeten zuverlässigen Lehrern sollten zur Erleichterung des Unterrichts verstärkt technische Hilfsmittel benutzt werden, wie Lesebogen (insbesondere für Deutsch, Geschichte und Staatsbürgerkunde), Rundfunk, Lehrfilme, Schallplatten (für Sprachunterricht) und Schultheater.[44]

Berufsschulen

Alle Berufsschulen, einschließlich der Werkschulen, werden den Schulausschüssen unterstellt. An Werkschulen ist Anstellung und Besoldung der Lehrer sowie Auswahl der Schüler nicht Sache der Firmen, sondern der Schulausschüsse. Heranziehung von zuverlässigen Vorarbeitern, Werkmeistern und Technikern als Lehrer. Ausnutzung der Berufsschulpflicht zur Überwindung des unter den Nazis gelehrten Geschichts- und Gesellschaftsbildes, zur Einführung in den demokratischen Neuaufbau[45] sowie zum Schließen von Bildungslücken.

Allgemeine Einheitsschule[46]

Die sogenannten höheren Schulen sollen ihres traditionellen Klassencharakters entkleidet und in Oberstufen der allgemeinen Einheitsschule umgeformt werden[47], die sich auf die Vorbereitung zu wissenschaftlichen Berufen konzentrieren. Schüler, die nur auf Grund einer Hitler-Jugend-Funktion in die oberen drei Klassen versetzt wurden, sind zu entfernen. Befähigten Kindern und jungen Erwerbstätigen soll durch Besuch besonderer Vorbereitungskurse und durch Ausbildungsbeihilfen der Eintritt in die Oberstufe ermöglicht werden.

Der Unterricht in der Oberstufe wird wegen der besonderen Lage (größter Lehrermangel, Schülerauswahl, Lehrplanänderungen) vorläufig nur in beschränktem Ausmaß durchgeführt werden können. Die Schüler sollen während der Übergangszeit in Arbeitsgemeinschaften am Wiederaufbau mitarbeiten.

Arbeitsgemeinschaften zum Wiederaufbau

Bildung von freiwilligen Arbeitsgemeinschaften zum Wiederaufbau.[48] Aufgabe ist die aktive Arbeit am Wiederaufbau innerhalb und außerhalb Deutschlands. Sobald ausreichend geeignete Lehrer und Erzieher verfügbar sind, sollen die Arbeitsgemeinschaften so intensiv wie möglich zu Erziehungszwecken ausgenutzt werden. Erziehungsmittel sind, neben der Arbeit selber und ihrem einleuchtenden Zweck: weitgehende Selbstverwaltung innerhalb der Arbeitsgemeinschaft, Berufsschulung zur Ausfüllung von Lücken der Berufsausbildung, allgemeinbildender Unterricht zur Schließung von Wissenslücken, zum Verständnis des Zeitgeschehens, zur Ausmerzung des von den Nazis gelehrten Geschichts- und Gesellschaftsbildes.

Vorbemerkungen zu den Abschnitten »Schulreform«, »Erziehung der berufstätigen Jugend« und »Erwachsenenbildung«

Der Gesinnungswandel des deutschen Volkes, insbesondere der deutschen Jugend, kann nicht nur das Werk der berufsmäßigen Erzieher und der Eltern dieser Jugend

39 Erläuterung in der Klammer im Vergleich zum »Entwurf« neu hinzugefügt; vgl. ebd.
40 Im »Entwurf« heißt es: »In allen Schulbeiräten haben die Gewerkschaften besonders darauf zu achten ...«; vgl. ebd.
41 Letzter und drittletzter Satz im Vergleich zum »Entwurf« neu eingefügt; vgl. ebd.
42 Formulierung im »Entwurf«: »Die Gesinnungsfächer erfordern besondere Beaufsichtigung«; vgl. ebd.
43 Im Vergleich zum »Entwurf« ist dieser Satz neu; vgl. ebd.
44 »Schultheater« neu hinzugefügt; vgl. ebd.
45 »Zur Einführung in den demokratischen Neuaufbau« hinzugefügt; vgl. ebd.
46 Überschrift im »Entwurf«: »Höhere Schulen«; vgl. ebd.
47 Im »Entwurf« heißt es: sollen »in Fachschulen umgeformt werden [...]«; vgl. ebd.
48 Im »Entwurf« war eingefügt: »Obere Altersgrenze: 25 Jahre«; vgl. ebd.

sein. Die Erziehung des deutschen Volkes muß weitgehend Selbsterziehung sein, wobei die Fortgeschrittensten, die die gestellte Aufgabe am klarsten erkennen, den anderen bei der Selbsterziehung helfen. Regierungsorgane, Selbstverwaltungsorgane, soziale und kulturelle Körperschaften, alle als Erzieher oder zur Hilfe bei der Erziehung Befähigten müssen mithelfen bei der Überwindung einer Gesinnung, die den Nationalsozialismus, Militarismus und Chauvinismus ermöglicht und gestützt hat und bei der Erziehung zum verantwortungsbewußten demokratischen Verhalten, zum Bemühen um sozialen und kulturellen Fortschritt, zum Verständnis der anderen Völker und zur Zusammenarbeit mit ihnen, und zur inhaltsvollen Gestaltung des eigenen Lebens.[49] Die deutsche Jugend solle durch eine solche Erziehung bereitet werden, dem Gemeinwesen tatkräftig zu dienen.

Erziehung als gemeinsame Aufgabe des deutschen Volkes, diese Erkenntnis muß der gesamten Erziehung in Deutschland das Gepräge geben, angefangen im engeren Rahmen der Schulgemeinschaft, weitergeführt in der Berufsvorbereitung und in den Stätten der Erwachsenenbildung, vollendet in der verantwortungsbewußten Mitarbeit an allen Fragen des menschlichen Fortschritts.

Schulreform

Die Gewerkschaften sind als Vertreter der Arbeitnehmer an den Beratungen eines neuen Schulprogramms zu beteiligen und werden darauf bestehen, daß die Schulen für die berufliche Tätigkeit und die staatsbürgerlichen Aufgaben in einem demokratischen Gemeinwesen vorbereiten und daß für die Zulassung zur höheren Schulbildung ausschließlich Charakter, Fähigkeit und Neigung und nicht Zahlungsfähigkeit oder Einfluß der Eltern entscheidend sind.

Daraus ergeben sich u.a. die folgenden Forderungen:

Öffentlichkeit

Alle Bildungs- und Forschungseinrichtungen müssen öffentlich sein[50] oder wenigstens öffentlicher Kontrolle unterstehen.

Unentgeltlichkeit

Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehr- und Lernmittel. Unentgeltliche gesundheitliche Betreuung, Einrichtung von Kantinen und Schulheimen, Schulbüchereien, Spielplätzen und Schwimmbädern. Wirtschaftliche Beihilfen für Schüler und Studenten aus öffentlichen Mitteln.

Schulpflicht

Allgemeine Schulpflicht, einschließlich Berufsschulpflicht, vom 6. bis zum 18. Lebensjahr. Die obere Altersgrenze für die Volksschulpflicht soll sobald praktisch durchführbar, vom 14. auf das 16. Lebensjahr hinaufgesetzt werden. Nach Heraufsetzung der Altersgrenze werden die Berufsschulen entsprechend den geänderten Bedürfnissen der Jugendlichen umzugestalten sein.[51]

49 Formulierung im »Entwurf«: »[...] müssen mithelfen bei der Erziehung zum verantwortungsbewußten demokratischen Handeln, zum Bemühen um sozialen und kulturellen Fortschritt, zur Friedensliebe und Völkerverständigung und zur inhaltsvollen Gestaltung des eigenen Lebens«; vgl. ebd.

50 Der folgende Nebensatz ist neu hinzugefügt; vgl. ebd.

51 Im »Entwurf« folgt der Satz: »Auch nicht berufstätige Jugendliche sind berufsschulpflichtig«; vgl. ebd.

Kinderhorte und Kindergärten

Für noch nicht schulpflichtige Kinder. Berücksichtigung der Interessen der berufstätigen Mütter.

Schulaufbau

Einheitlicher, elastischer Aufbau des gesamten Schulwesens mit einem gemeinsamen Unterbau von 5 bis 6 Jahren und einem nach Bildungs- und Berufszielen gegliederten Oberbau. Hilfsschulen für körperlich oder geistig zurückgebliebene Kinder.

Die Schulklassen sollen die mit guter Erziehung zu vereinbarende Größe nicht überschreiten.

Selbstverwaltung

Wachsende Teilnahme von Schülern und Eltern an Selbstverwaltungsaufgaben der Schulen. Schulbeiräte an allen Schulen. Die Gewerkschaften sollen in ihnen vertreten sein.[52]

Unterricht

Arbeitsunterricht, Werkstätten, Arbeitsgemeinschaften. Schrittweise Einführung der Schüler in die Probleme des Arbeitslebens, der Freizeitgestaltung, der Gemeinde, der staatlichen Gesetzgebung und Verwaltung und der Zusammenarbeit der Völker. Die Schüler sollen – in ihrem Alter angemessener Form – eine praktische Anschauung von diesen Problemen gewinnen und bei der Lösung von Teilaufgaben auf einigen dieser Gebiete mitarbeiten.

In den oberen Klassen aller Schultypen Einführung in Fragen des Berufslebens und der Gewerkschaftsbewegung unter Hinzuziehung von Berufsberatern und Gewerkschaftern.

Lehrer

Lehrerausbildung für alle Schultypen auf Hochschulen. Vertiefung der Beziehungen zwischen der Lehrer-Gewerkschaft und den übrigen deutschen Gewerkschaften und den Gewerkschaften anderer Länder.

A. *Berufsschulen*

Schulverwaltung

Die Berufsschulen sind öffentliche Erziehungseinrichtungen. Sie unterstehen den allgemeinen Schulaufsichtsbehörden. In allen Instanzen der Schulverwaltung sind Abteilungen für Berufsschulen und an den einzelnen Berufsschulen Beiräte einzurichten, an denen die Gewerkschaften entsprechend ihrer Bedeutung zu beteiligen sind.[53] Betriebsleiter sind als Fachleute für Betriebsleitung heranzuziehen, nicht als Arbeitgebervertreter. Nach Bedarf sind Sachverständigenbeiräte für einzelne Berufe oder Berufsgruppen einzurichten.

52 Im »Entwurf« folgt der Nebensatz: »da die Schulbeiräte auch auf die Durchführung des Kinder- und Jugendschutzes zu achten haben«; vgl. ebd.

53 Gestrichen im Vergleich zum »Entwurf« wurde: »ebenso das Reichsarbeitsministerium bzw. die Arbeitsämter, insbesondere ihre Abteilungen für Berufsberatung, ferner das Reichswirtschafts- und Reichslandwirtschaftsministerium bzw. ihre untergeordneten Behörden und Organe.« Vgl. ebd.

Werkschulen und Lehrwerkstätten

Wo Werkschulen bestehen, wird die Anstellung und Besoldung der Lehrer und die Auswahl der Schüler der öffentlichen Schulbehörde übertragen. Einrichtung von Lehrwerkstätten für die übrigen Berufsschulen.

Berufsschulpflicht

Die Berufsschulpflicht beginnt mit der Entlassung aus einer anderen öffentlichen Schule und endet mit dem Schuljahr, in dem die Vollendung des 18. Lebensjahrs erfolgt.

Der Unterricht erstreckt sich auf mindestens 320 Schulstunden im Durchschnitt der Berufsschuljahre.

Bezahlung der Schulzeit als Arbeitszeit

Schulzeit und Zeit für den Schulweg liegen in der Arbeitszeit und sind vom Betrieb als Arbeitszeit zu bezahlen. Fahrtbeihilfen für Kreis-, Bezirksschulen usw. aus öffentlichen Mitteln.

Schüler-Selbstverwaltung

Selbstverwaltung durch die Schüler, soweit irgend möglich. Vertreter der Schüler nehmen an den Sitzungen des Beirats ihrer Schule mit beratender Stimme teil. Die Schüler haben das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Berücksichtigung besonderer Verhältnisse

Den besonderen Verhältnissen in der Landwirtschaft wird durch Kreisschulen, insbesondere im Winter, und durch Wanderlehrer Rechnung getragen; den besonderen Verhältnissen in dünn besiedelten Gebieten und schwach besetzten Berufen durch zentrale mehrwöchige Kurse als Ersatz für den laufenden Berufsschulunterricht oder zu dessen Ergänzung.

Fachlehrer

Die Fachlehrer sollen eine technische und pädagogische Ausbildung erhalten und sollen vor Aufnahme der Lehrtätigkeit mindestens zwei Jahre in einem Betrieb ihres Faches gearbeitet haben. Geeignete Arbeiter[54], Vorarbeiter, Werkmeister und Techniker sollen in entsprechenden Sonderkursen als Lehrkräfte ausgebildet werden. Fortbildungskurse für alle Berufsschullehrer in Abständen von jeweils mehreren Jahren.

Nebenamtliche Lehrkräfte

Neben hauptamtlichen Lehrern ist die Heranziehung von nebenamtlichen Lehrkräften und pädagogisch geeigneten Persönlichkeiten aus den Reihen der Staatsbeamten, Beamten der Selbstverwaltungskörper, Hochschullehrer, Gewerkschafts- und Genossenschafts-Funktionäre erwünscht. Insbesondere ist der Unterricht durch Vorarbeiter, Werkmeister und Techniker unentbehrlich.

54 Im Vergleich zum »Entwurf« hinzugefügt; vgl. ebd.

Lehrplan

Die Schulstunden verteilen sich auf Pflichtfächer[55] (z.B. Fachkunde) und einen weiteren Bereich von Wahlfächern (wie Geschichte, künstlerische Betätigung usw.).

Gewerkschaftliche Schulungsarbeit

Im Berufsschulunterricht ist die Bedeutung der Gewerkschaften darzustellen und Arbeitsrecht und Sozialversicherung zu behandeln.

Es bleibt jedoch Aufgabe der Gewerkschaften, eigene Schulungsmöglichkeiten für Jugendliche zu schaffen, zur Vertiefung des Verständnisses für die Aufgaben der Gewerkschaften und zur Schulung, vor allem in Fragen des Arbeitsrechts und der Betriebsrätepraxis.

B. Fachschulen
(Vollschulen ohne gleichzeitige Erwerbstätigkeit)

Schulverwaltung

Die Fachschulen müssen (in Änderung des derzeitigen Zustandes) sämtlich zu öffentlichen Schulen gemacht werden.[56] In allen Instanzen der Schulverwaltung sind Abteilungen für Fachschulen und an den einzelnen Fachschulen sind Beiräte einzurichten, an denen die Gewerkschaften entsprechend ihrer Bedeutung zu beteiligen sind. Betriebsleiter sind nur als Fachberater heranzuziehen. Nach Bedarf sind Sachverständigenbeiräte für einzelne Berufe oder Berufsgruppen einzurichten.

Werk-Fachschulen

Wo Werk-Fachschulen bestehen, wird die Anstellung und Besoldung der Lehrer und die Auswahl der Schüler der öffentlichen Schulbehörde übertragen.

Schüler-Selbstverwaltung

Selbstverwaltung durch die Schüler, soweit irgend möglich. Vertreter der Schüler nehmen an den Sitzungen des Beirats ihrer Schule mit beratender Stimme teil. Die Gewerkschaftsjugend nimmt Fachschüler als Gäste auf.

Freiwilligkeit

Der Besuch der Fachschulen ist freiwillig. Er befreit vom gleichzeitigen Besuch der Berufsschule.

Ausbildungsnormen

Für jeden Beruf sind Schuldauer und Ausbildungsnormen einheitlich durch Richtlinien zu ordnen.[57]

55 Im »Entwurf« heißt es: »Pflichtfächer sind: 2 Wochenstunden Fachkunde, 1 Wochenstunde Staatsbürgerkunde (in der die Bedeutung der Gewerkschaften darzustellen und Arbeitsrecht und Sozialversicherung zu behandeln sind), 1 Wochenstunde Sport. Für Mädchen sind hauswirtschaftlicher Unterricht und Säuglingspflege Pflichtfächer. Wahlfächer sind z.B. neuere Geschichte, Literatur, Physik und Chemie; sie können auch an anderen Einrichtungen, z.B. Jugendvolkshochschulen, belegt werden«; vgl. ebd.

56 Dazu heißt es im »Entwurf«: »weil die Berufsausbildung bis zum 18. Lebensjahre Sache des Staates ist; dazu kommt für die Übergangszeit, daß private Fachschulen zu einem besonders guten Schlupfwinkel für Nazis werden können«; vgl. ebd.

57 Im »Entwurf« heißt es zusätzlich: »Dabei sind für Staatsbürgerkunde mindestens 4 Wochenstunden vorzusehen«; vgl. ebd.

Kapazität der Fachschulen

Die Kapazität der Fachschulen für die verschiedenen Berufe muß den wirtschaftlichen Bedürfnissen angepaßt werden und wird von den Wirtschaftsbehörden festgesetzt.

Aufnahme von Schülern

Über die Aufnahme von Schülern in dem so gesetzten Rahmen entscheidet die Schulbehörde unter Mitwirkung der Lehrer der letzten Volksschulklassen, der Berufsschullehrer, der Schulärzte und der Berufsberatungsstellen auf Grund von Aufnahmeanträgen der Schüler.

Fachlehrer

Die Fachlehrer sollen eine technische und pädagogische Ausbildung erhalten und sollen vor Aufnahme der Lehrtätigkeit mindestens zwei Jahre in einem Betrieb ihres Faches gearbeitet haben. Geeignete Arbeiter, Vorarbeiter, Werkmeister und Techniker sollen in entsprechenden Sonderkursen als Lehrkräfte ausgebildet werden. Fortbildungskurse für alle Fachschullehrer in Abständen von jeweils mehreren Jahren.

Nebenamtliche Lehrkräfte

Neben hauptamtlichen Lehrern ist die Heranziehung von nebenamtlichen Lehrkräften und pädagogisch geeigneten Persönlichkeiten aus den Reihen der Staatsbeamten, Beamten der Selbstverwaltungskörper, Hochschullehrer, Gewerkschafts- und Genossenschafts-Funktionäre erwünscht. Insbesondere ist der Unterricht durch Vorarbeiter, Werkmeister und Techniker aus dem betreffenden Fachgebiet unentbehrlich.[58]

C. Berufsberatung

Die Berufsberatungsstellen sind den Arbeitsämtern anzugliedern und mit psychologisch vorgeschulten Berufsberatern zu besetzen. Sie arbeiten auf Grund eines Nachwuchsplanes, den die Arbeitsämter unter Mitwirkung der Gewerkschaften aufstellen, auf Grund der Feststellung der Wirtschaftsbehörden über den Arbeitsbedarf der einzelnen Berufe und Wirtschaftszweige. An der allgemeinen Berufsberatung sind zu beteiligen: die Arbeitsämter, die Schulbehörden, die Schul- und Gewerbeärzte, die Klassenlehrer der Abschlußklassen und Berufsschullehrer; an der individuellen Berufsberatung außerdem die Eltern.

Die allgemeine Berufsberatung (Berufskunde, Aufklärung über Mangel und Überfüllung in den einzelnen Berufen) erfolgt unter Verantwortung der Berufsberatungsstellen durch Vorträge, Fabrikbesichtigungen usw.

Die individuelle Berufsberatung soll sich auf alle Berufsanfänger erstrecken und auf alle, die in dem gewählten Beruf auf Schwierigkeiten stoßen oder aus anderen Gründen den Beruf wechseln wollen. Sechs Monate nach Beginn der Berufsarbeit soll die Berufsberatungsstelle erneut eine ärztliche Untersuchung des Berufsanfängers vornehmen lassen, um seine gesundheitliche Eignung zu überprüfen.

58 Hier folgt im »Entwurf« der Absatz »C. Arbeitsdienst? Ob eine Art Arbeitsdienst dauernd einen Bestandteil des deutschen Erziehungssystems bilden soll, wird später zu entscheiden sein, vor allem aufgrund der politischen, sozialen und ökonomischen Gesamtentwicklung, zum Teil aber auch aufgrund der Erfahrungen mit den für die Übergangszeit vorgeschlagenen ›Arbeitsgemeinschaften zum Wiederaufbau‹ und der Erfahrungen mit der Ausdehnung der Schulpolitik bis zum 16. Lebensjahr.« Vgl. ebd; vgl. hier auch Dok. 236.

Erwachsenenbildung

Der Neuaufbau der Gewerkschaften kann nur gelingen, wenn er Hand in Hand geht mit einer intensiven und extensiven Bildungsarbeit. Durch sie müssen sich Funktionäre wie Mitglieder auf ihre gewerkschaftlichen Tagesaufgaben fachlich vorbereiten. Darüber hinaus muß die Bildungsarbeit der Tagesarbeit inmitten der zu erwartenden großen Schwierigkeiten Stoßkraft und Beharrlichkeit verleihen, indem sie das Gefühl der Solidarität und Verantwortung weckt und stärkt und indem sie die Bedeutung der gewerkschaftlichen Arbeit für den deutschen und europäischen Neuaufbau klarstellt.

Die Bildungsarbeit muß um so weitere Kreise erfassen, je mehr die Gewerkschaftsarbeit dezentralisiert wird und ihr Schwergewicht bei ehrenamtlichen Funktionären liegt.

Mitgliederschulung

Die Bildungsarbeit soll in jeder Weise die Spontaneität und die Fähigkeit zu selbständiger Stellungnahme wecken. Die Arbeitsgemeinschaft, in der die Teilnehmer aufeinander einzugehen und sich zu verständigen lernen, ist daher dem Vortrag mit anschließender Diskussion vorzuziehen, wo immer sich das Thema dazu eignet. Innerhalb der Kurse, Arbeitsgemeinschaften, Gewerkschaftsschulen, Ferienkurse, Ferienlager usw. soll Selbstverwaltung herrschen. Die Bildungssekretäre sollen laufend mit von der Mitgliedschaft gewählten Bildungsausschüssen beraten. Neben hauptamtlichen Lehrern sollen möglichst viele nebenamtliche Lehrer geworben werden.

Das Schwergewicht der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit soll bei den lokalen und bezirklichen Organisationen liegen. Die Aufgabe der zentralen Instanzen ist in erster Linie, diese Arbeit zu unterstützen durch:

Systematische Anregungen (z.B. durch eine Zeitschrift für gewerkschaftliche Bildungsarbeit);

Schulung und laufende Vorbereitung von Lehrern, insbesondere Leitern von Arbeitsgemeinschaften;

Bereitstellung von Lehrmitteln;

Zentrale Ausnutzung des Rundfunks als Hilfe für die lokale Bildungsarbeit.

Besondere Anstrengungen an zentraler Stelle werden erforderlich sein, um Heimarbeiter, Hausangestellte, Landarbeiter und in landwirtschaftlichen Gebieten verstreut lebende Industriearbeiter in die gewerkschaftliche Bildungsarbeit einzubeziehen, ferner um die internationale Verständigung zu fördern durch Teilnahme ausländischer Gäste an deutschen Gewerkschaftsschulen, Ferienlagern usw. sowie durch Teilnahme deutscher Gewerkschafter an den entsprechenden Einrichtungen in anderen Ländern.

Eigene Funktionärsschulung

Zur Vorbereitung der hauptamtlichen und der ehrenamtlichen Funktionäre auf ihre Arbeit im Dienste der Gewerkschaft sind Abendkurse, Wochenendkurse, Schulungswochen usw. notwendig für

Gewerkschaftsangestellte verschiedener Art;
Betriebsräte;
Betriebsverwaltungen;
Gewerkschaftsvertreter in Sozialversicherungs-Instituten, Arbeitsämtern, Berufsberatungsstellen, Berufsschulen, Schulausschüssen und Schulbeiräten, Arbeitsgerichten, Rechtsberatungsstellen usw.. Bei all dieser Schulungsarbeit kommt es nicht nur darauf an, daß die beteiligten Funktionäre zu sachkundigen Spezialisten werden. Ebenso

wichtig ist die Stärkung des Willens, das Fachwissen anzuwenden im Dienste des Kampfes für die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterschaft und für die Neugestaltung der Gesellschaftsordnung.

Funktionärsschulung an öffentlichen Bildungseinrichtungen

Die Gewerkschaften werden öffentliche Bildungseinrichtungen (Hochschulinstitute, Wirtschaftsschulen und die im nächsten Abschnitt behandelten Einrichtungen) zur Ausbildung der von ihnen selber auszuwählenden Funktionäre gern in Anspruch nehmen, vorausgesetzt, daß sie an der Lehrplangestaltung gleichberechtigt teilnehmen. Bei langdauernden Kursen soll besondere Aufmerksamkeit darauf verwandt werden, eine Entfremdung der Kursteilnehmer von der Gewerkschaftsarbeit zu vermeiden, z. B. durch Eingliederung in die Bildungsarbeit am Studienort, durch Verteilung der Studien auf mehrere Jahre, wobei die Kursteilnehmer während eines erheblichen Teils des Jahres ihre bisherige Gewerkschaftsarbeit weiter leisten und daneben ihre Studien in einem Korrespondenz-Kursus fortsetzen.

Zusammenarbeit mit anderen Bildungseinrichtungen

Die Gewerkschaften werden eng zusammenarbeiten mit Bildungseinrichtungen der Genossenschaften, der Arbeitersport- und Wandervereine usw. und mit Arbeiter-Verlagen. Sie werden sich ferner an zentralen und lokalen Einrichtungen der allgemeinen Volksbildung, maßgeblich beteiligen, an Film, Theater und Rundfunk (sie fordern eine »Stunde des Arbeiters« unter eigener Verantwortung); an allgemeinen Volksbildungseinrichtungen wie Volkshochschulen, Volksbüchereien und Volksbühnen.

Die Beteiligung am Volkshochschulwesen wird vor allem bestehen in der Entsendung von Lehrern und der Förderung der Beteiligung von Gewerkschaftsmitgliedern an Volkshochschulveranstaltungen, in der Mitarbeit von Gewerkschaftern bei der Verwaltung der Volkshochschulen und bei der Vertretung von Volkshochschulinteressen vor der Öffentlichkeit. Diese aktive Mitarbeit wird davon abhängen, ob die Arbeit der Volkshochschulen allgemeinen sozialpädagogischen Richtlinien der Gewerkschaften entspricht, d.h., parteipolitische oder konfessionelle Festlegung vermeidet;

Stoff und Unterrichtsmethode[59] den Bedürfnissen der Besucher anpaßt; sozialwissenschaftliche Fächer und Betrachtungsweise ausreichend berücksichtigt; systematische intensive Arbeit in Arbeitsgemeinschaften durchführt und Selbstverwaltung durch die Hörer möglich macht.

Entsprechendes wird für die Beteiligung an Volksbüchereien und Volksbühnen zu gelten haben.

Je stärker die Gewerkschaften an den allgemeinen Volksbildungseinrichtungen maßgeblich beteiligt sind und je stärker diese den Bedürfnissen der Gewerkschaften Rechnung tragen, um so eher können die Gewerkschaften in gewissem Umfang auf den Aufbau eigener Einrichtungen der geschilderten Art verzichten. In jedem Fall aber bleiben allgemeine Bildungsaufgaben, die auch von den Gewerkschaften selber in die Hand genommen werden müssen, vor allem die Aufklärung über wichtige Probleme der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Hierzu ist eine eigene Bildungsarbeit der Gewerkschaften unerläßlich.

59 Im »Entwurf« (Anm. 36) folgt »auf die werktätige Bevölkerung mit Volksschulbildung eingestellt«.

X. Deutsche Gewerkschaftsemigranten in den USA

DOKUMENT 251

11. 3. 1939: Brief von Rudolf Katz, New York, an Friedrich Stampfer, Paris, über die Gründung der German Labor Delegation

AdsD, Nl. Friedrich Stampfer. Maschinenschrift.

Lieber Genosse Stampfer,

Hoffentlich haben Sie die Rückreise[1] über den Atlantik ohne Sturm überstanden und sich von den Strapazen des amerikanischen Aufenthalts inzwischen erholt.

Bei unserer gestrigen konstituierenden Sitzung [der German Labor Delegation] waren Sie und Ihre Tätigkeit naturgemäß der Mittelpunkt. Im einzelnen sieht die Lage heute folgendermaßen aus:

1. Das amerikanische Komitee ist gebildet worden. Es besteht aus einer deutschen Gruppe und aus einem noch heranzuziehenden amerikanischen Beirat. Die deutsche Gruppe ist – ich führe sie hier einzeln und mit den hier üblichen Titeln deshalb auf, weil Sie diese Liste voraussichtlich für die noch erforderlichen unten näher bezeichneten Verhandlungen gebrauchen werden – wie folgt zusammengesetzt:

Albert *Grzesinski*,	former Prussian Minister of the Interior, President,
Dr. Rudolf *Katz*[2],	former Aldermanic President of Altona, Executive Secretary,
Max *Brauer*[3],	former Mayor of Altona,
Hedwig *Wachenheim*,	former Member of the Prussian Diet,
Dr. Alfred *Braunthal*[4],	former Director of the Trade Union Institute in [Berlin]

1 Stampfer hatte sich im Februar/März 1939 in New York aufgehalten, um bei den amerikanischen Gewerkschaften Geld für die Finanzierung der weiteren Sopade-Arbeit zu »organisieren«.

2 Rudolf Katz (30.9.1895–23.7.1961), Jurist, SPD, ab 1929 Stadtverordnetenvorsteher in Altona, 1933 Emigration nach China, 1935 nach New York, Vorsitzender der Deutschen Sprachgruppe der Social Democratic Federation of America, 1939–46 Generalsekretär der German Labor Delegation, 1946 Rückkehr nach Deutschland, 1947–50 Justizminister in Schleswig-Holstein, 1948–49 Mitglied des Parlamentarischen Rates, ab 1951 Mitglied und Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichtes.

3 Max Brauer (3.9.1887–1.2.1973), Glasbläser, ab 1903 SPD, 1924–33 Oberbürgermeister von Altona, Mitglied des Preußischen Staatsrates, Vorstandsmitglied Deutscher und Preußischer Städtetag, März 1933 nach kurzer Schutzhaft Flucht nach Genf, 1934 ausgebürgert, 1933–35 in China, 1935 Frankreich, 1936 New York, 1944 als Nachfolger (zusammen mit Siegfried Aufhäuser) von Grzesinski Vorsitzender der German Labor Delegation, 1946–53 und 1957–60 1. Bürgermeister von Hamburg, 1949–61 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, 1961–65 MdB, 1954–64 Mitglied des SPD-Parteivorstandes.

4 Zu den biographischen Daten von Alfred Braunthal vgl. Kukuck/Schiffmann, Quellen III, 2, S. 1496; vgl. ferner Röder, Handbuch, S. 89.

Gerhart *Seger*[5], former Member of the German Reichstag,
Dr. Alfred *Kähler*[6], former Director of the Trade Union College in Flensburg.

Ich bemerke noch, daß der Schwerpunkt der Tätigkeit nach amerikanischer Übung bei dem Exekutiv-Sekretär zu liegen pflegt, während dem Präsidenten eine mehr dekorative Bedeutung zukommt. Dies zur Erklärung dafür, daß nicht ich, sondern *Grzesinski* das formelle Präsidium übernommen hat.

Eine etwaige Erweiterung des Komitees durch Kooptation anderer geeigneter Persönlichkeiten bleibt der Zukunft vorbehalten.

2. Ein geeigneter Name für das Komitee muß noch gefunden werden. Die Hauptschwierigkeit dabei ist, daß er für die amerikanischen Kreise zugkräftig sein und den Kern der Bewegung richtig wiedergeben muß. Ein Beispiel wäre: »For a Free Labor Movement in Germany«; aber das klingt noch nicht gut. Nun, diese, wenn auch nicht unwichtige Äußerlichkeit werden wir noch lösen.[7]

3. Was die Schaffung des amerikanischen Beirats betrifft, so hat die Diskussion, an der sich auch die beiden Amerikaner J. *Shaplen*[8] und I. *Minkoff*[9] lebhaft beteiligten, einstimmig folgendes Resultat gebracht: Der Beirat soll ausschließlich aus Persönlichkeiten gebildet werden, die der Partei- und der Gewerkschaftsbewegung nahestehen. Das bedeutet: wir sehen bewußt von der Schaffung eines breiteren Rahmens für den Beirat ab. Grund für diese Haltung ist die Tatsache, daß ein auf breiterer Basis gebildeter Beirat sofort mit der Forderung kommen würde, etwaige Mittel einer United Front und nicht nur der Sopade zuzuführen.

4. Weiter ist bemerkenswert, daß der Beirat sich in der Hauptsache aus Personen zusammensetzen wird, die der A[merican] F[ederation] of L[abor] – nicht aber dem C[ongress of] I[ndustrial] O[rganizations] – nahestehen. Bei den jetzigen amerikanischen Verhältnissen ist es leider ausgeschlossen, beide Gruppen gemeinsam in den Beirat zusammen zu setzen.[10] Es tut uns eigentlich leid, weil wir uns naturgemäß in den inneramerikanischen Zwist nicht einmischen wollen, und wir auch gern die Unterstützung des C[ongress of] I[ndustrial] O[rganizations] gehabt hätten. Aber wir sind gezwungen zu wählen und haben uns einstimmig für die A[merican] F[ederation] of L[abor]-Seite entschieden. Das wird uns nach außen hin dadurch leicht gemacht, daß ja nur die A[merican] F[ederation] of L[abor] Mitglied der Gewerkschafts-Internationale ist. All das Vorgenannte wird uns natürlich nicht hindern, unsere Tätigkeit in puncto finanzieller Mitwirkung auch auf C[ongress of] I[ndustrial] O[rganization]-Kreise, wie auf ganz außenstehende Gruppen (jüdische Organisationen etc.) zu erstrecken.

5. Für den Beirat haben wir, um ein paar Namen zu nennen, in Aussicht genommen: [...][11]

Die Bildung des Beirats wird naturgemäß noch einige Zeit und Arbeit in Anspruch nehmen. Seine Hauptfunktion wird sein, auf Briefbogen gedruckt zu stehen und so die Werbungsaktion mit seinem Namen zu unterstützen.

6. Nun hat sich in der gestrigen Diskussion, besonders durch die Ausführungen der beiden Amerikaner, folgender Punkt als sehr wichtig herausgestellt:

Da wir für die finanzielle Werbung in der Hauptsache auf laufende Beiträge aus Gewerkschaftskreisen angewiesen sein werden, wäre es dringend angebracht, wenn unsere oben genannte Gruppe offizielle »Credentials« – d.h. also gewissermaßen eine Art offizieller Beglaubigung, daß wir die Vertreter der deutschen exilierten Arbeiterorganisationen sind – von zwei weiteren Stellen erhält; nämlich a) von der Gewerkschafts-Internationale, b) von dem British Trades Union Congress.[12]

Es wird Eure, der Pariser Sopade, Aufgabe sein, uns diese »Credentials« so bald wie möglich zu verschaffen. Diese Beglaubigungsschreiben sind bei der bürokratischen Einstellung der hiesigen Gewerkschaften zweifellos von allerhöchster Wichtigkeit.[13] Sie müssen bedenken, daß hier im Lande eine große Anzahl von halb und ganz zweifelhaften europäischen Vertretern und Gruppen für ähnliche Zwecke dauernd Mittel zusammenzubringen versucht. Der offizielle Auftrag durch die Sopade, würde durch eine zusätzliche Bestätigung der beiden obengenannten Organisationen an Zugkraft ganz außerordentlich gewinnen. Sie müssen sich darüber klar sein, daß das Sopade-Büro in Paris im Verhältnis zu den beiden anderen Organisationen hier relativ

5 Gerhart Seger (16.11.1896–21.1.1967), Steindrucker, Journalist, 1923 Chefredakteur der Volkszeitung für Südwestsachsen und 1928–33 des Volksblattes für Anhalt, 1930–33 MdR, SPD; 14.6.–3.12.1933 KZ Oranienburg, Flucht nach Prag; 1934 New York, ab 1935 Redakteur, 1936–49 Chefredakteur der Neuen Volks-Zeitung (NVZ).

6 Alfred Kähler (geb. 1900), 1933 Emigration in die USA, Professor an der New School for Social Research.

7 In einem Brief von Rudolf Katz, 26.3.1939, an Friedrich Stampfer heißt es. »Inzwischen haben wir für unsere Gruppe einen Namen gefunden. Sie soll ›German Labor Delegation‹ heißen. Wir vermeiden den Namen ›Sozialdemokraten‹ mit Rücksicht auf die hiesigen Gewerkschaften, die ja bewußt unpolitisch sein wollen. Der Name ›Delegation‹ soll darauf aufmerksam machen, daß wir uns als Vertreter der vormals organisierten deutschen Arbeiterschaft betrachten«. Zitiert nach: Link, Mit dem Gesicht, S. 391.

8 Amerikanischer sozialistischer Publizist, Korrespondent der New York Times.

9 J. Minkoff war Sekretär des Jewish Labor Committee.

10 Katz spielt hier auf die Spaltung der AFL im Jahre 1935 nach langjährigen inneren Auseinandersetzungen an.

11 Nicht abgedruckt die Namen der für den Beirat in Aussicht genommenen Amerikaner.

12 Anfang Mai 1939 wurde die Frage der Autorisation durch den IGB erneut diskutiert; vgl. Link, Mit dem Gesicht, S. 394. Am 29.5.1943 hatte die GLD immer noch kein Schreiben von Schevenels, daß sie »die anerkannte Vertretung der exilierten Gewerkschaften sowie der sozialdemokratischen Partei in USA darstellt«. Es lag lediglich ein entsprechendes Schreiben von F. Tarnow vor; vgl. ebd., S. 596.

13 Am 28.2.1940 erhielt die German Labor Delegation (GLD) ein entsprechendes Empfehlungsschreiben der AFL, das an die »Officers of National and International Unions, State Federations of Labor and Central Labor Unions« gerichtet war und zur Unterstützung der GLD aufrief. Darin heißt es u.a.:
»The German Labor Delegation in the United States is endeavoring through education and the dissemination of information, to inform labor and the American public of what happened in Germany. They represent that class of labor which was punished and penalized by Dictator Hitler, and the movement which is seeking to restore democracy and democratic government to the German people. They are performing an honorable work and deserve a full measure of support. We have investigated the movement and find that it is a dependable and commendable organization and a movement which we can with perfect propriety support. They rely upon voluntary contributions from friends of democracy and free, democratic trade unions in Germany, to carry on their work.
By direction of the Executive Council we are submitting these facts to you, and are appealing for financial contributions to assist and help the German Labor Delegation in the United States. Please make such contribution as the financial condition of your organization will permit. Send it to George Meany, Secretary-Treasurer of the American Federation of Labor, A.F. of L. Building, Washington, D.C. He in turn will transmit it to the properly accredited representative of the German Labor Delegation in the United States.
We trust you will respond as generously as possible to this worthy appeal«. In: AdsD; PV Emigration Sopade, Mappe 44.

unbekannt ist. Unsere Gruppe legt daher aus praktischen Gründen den größten Wert darauf, diese »Credentials« baldmöglichst zu bekommen. Ich nehme an, daß es sich sicher lohnen dürfte, wenn Sie sich notfalls persönlich in Brüssel und in London für diese Sache einsetzen würden.

[...][14]

Rudolf Katz

DOKUMENT 252

25. 5. 1941: Schreiben von Rudolf Katz, New York, an Erich Ollenhauer zur Bildung der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien

AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 44. Maschinenschrift. Eigenhändig unterschrieben.

[...][1]

Außerordentlich gewundert, ja befremdet, hat uns der Beschluß der Koalition mit den sog. Splittergruppen.[2] Wie erklärt sich das? Wir stehen mit dem Abenteurer *Hagen*,[3] der sich hier die eigenartigsten Sachen geleistet hat, derartig, daß eine Wiederholung des Beispiels bei Euch hier in Amerika völlig ausgeschlossen ist. Es wäre auch in der hiesigen Gesamtatmosphäre unmöglich. Hier herrscht ein derartig starker Gegensatz nicht nur gegen Kommunisten, sondern auch gegen frühere Kommunisten und gegen ähnlich radikale Elemente, daß jede offizielle Annäherung an sie die Sozialdemokratie hier nur schwer diskreditieren würde. Wenn überhaupt politische Annäherungen oder Koalitionen geschlossen werden sollen, so kommen für uns in erster Linie die Liberalen, die Konservativen und ähnliche Antinazi-Gruppen in Frage. Mit Leuten, mit denen man keine praktische Politik treiben kann, sich in offiziellen Koalitionsgruppen zusammenzutun, erscheint uns in keiner Weise sinnvoll. *Sollmann*[4] hat bereits einen Protestruf in der Neuen Volkszeitung veröffentlicht. Er steht mit seiner Meinung aber keineswegs allein. Ich glaube, daß nicht nur wir alle, sondern auch die Mehrzahl der Neuangekommenen in diesem Falle mit *Sollmann* einer Meinung sind.

Vielleicht können Sie uns das Rätsel einmal erklären.

Fraternally yours,
Rudolf Katz

14 Nicht abgedruckt die folgenden Ausführungen über finanzielle Angelegenheiten und über ein Angebot an Friedrich Stampfer, regelmäßig für die Neue Volkszeitung zu schreiben.

1 Nicht abgedruckt eine »Billettangelegenheit« beim Jewish Labor Committee und Hinweise auf eine anstehende Reise Stampfers nach London.

2 Gemeint ist die Gründung der »Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien«. Vgl. hierzu Röder, Exilgruppen, bes. S. 93–116.

3 Zu den Differenzen mit Karl Frank (alias Willi Müller, alias Paul Hagen) und zur Anti-Hagen-Kampagne vgl. Link, Mit dem Gesicht, 428 f., 511, 514 f., 560, 584, 596, 601, ferner NVZ, 28.6.1941: »Der Fall Paul Hagen«.

4 Zu den biographischen Daten von Wilhelm Sollmann vgl. Kukuck/Schiffmann, Quellen III, 2, S. 1522.

DOKUMENT 253

30. 1. 1943: Aufruf der German Labor Delegation an die deutschen Arbeiter

Neue Volks-Zeitung, 30.1. 1943, S. 1. Überschrift: »Zum 30. Januar 1943, dem zehnten Jahrestag der Nazi-Tyrannei. Aufruf an Deutschlands Arbeiterschaft«.[1]

Deutsche Arbeiter!

Als *Hitler* vor genau zehn Jahren, am 30. Januar 1933, an die Macht kam, begann er damit, gegen Euch Krieg zu führen. Er hat Eure Organisationen zerschlagen, Eure Sprecher verfolgt, verjagt oder ermordet. Er hat Euch des Rechtes beraubt, Eure Arbeits- und Lebensbedingungen selbst zu bestimmen und an der Entwicklung Eures eigenen Landes mitzuarbeiten. Warum wart Ihr die ersten, auf die er sich stürzte, als seine Kraft noch jung und frisch war? – Ihr waret das Bollwerk der Freiheit und Menschlichkeit in Deutschland. Erst nachdem *Hitler* Euch mundtot gemacht hatte, konnte er sein Reich der Gewalt und der blutigen Verfolgungen errichten. Ihr waret die Vorkämpfer der Verständigung unter den Völkern und des Friedens. Er aber wollte Krieg. Darum mußte er Euch jede Freiheit des Handelns nehmen, ehe er Deutschland für seinen Krieg vorbereiten konnte.

Jetzt hat er ihn, seinen Krieg, hat ihn seit mehr als drei Jahren. Er hat Europa unterworfen, aus freien Völkern seine Arbeitssklaven gemacht, hat Hunderttausende, wenn nicht Millionen schuld- und hilfloser Menschen, die in seiner Gewalt waren, ermordet. Er hat die Arbeiterbewegungen fast aller europäischen Länder vernichtet. In unersättlicher Machtgier hat er die größten Nationen der Erde angegriffen. Aber diese wehren sich ihrer Freiheit. Sie sind stark und mächtig genug, ihn niederzuwerfen.

Wozu kämpft Ihr weiter ? – Warum erlaubt Ihr, daß dem Hitlerschen Größenwahn das Blut Eurer Söhne, Brüder und Väter geopfert wird ? – Nur um die unvermeidliche Niederlage um ein bis zwei Jahre hinauszuschieben ? – Deutschland kann ihr nicht mehr entgehen. Seit mehr als einem Jahr hat es keine Siege mehr erfochten, während die englische Luftflotte Eure Städte zerstört und die Heere der Gegenseite näher und näher rücken.

Die Alliierten kämpfen nicht nur für ihre eigene Freiheit, sie kämpfen auch für die Freiheit Europas. Wo ihre Heere hinkommen, werden die Menschen von den Nazis befreit werden. Die Befreiten wird Amerika ernähren und kleiden. Sie werden frei reden und schreiben dürfen. Um Deutschland herum werden wieder Arbeiterorganisationen entstehen, um den Willen freier Arbeiter zu verkünden und zu vertreten. Deutsche Arbeiter, wollt Ihr das verhindern? – Wollt Ihr auch dann noch weiter für den Tyrannen kämpfen und arbeiten?

Einst seid Ihr stolz durch die Straßen Eurer Städte marschiert, die Arbeiterfahne vor Euch her tragend. Ihr waret stolz, weil Ihr Euch aus der dumpfen Arbeitermasse der Frühzeit zur wissenden und denkenden Arbeiterklasse entwickelt hattet. Stolz, weil Ihr Deutschland seine besten Gesetze gegeben hattet, die Gesetze zum Schutz der Arbeiter und der gleichen politischen Rechte für arm und reich. Stolz, weil Ihr das Bild einer besseren Welt vor Augen hattet, und im Herzen das Bewußtsein, für diese

1 Der Aufruf ist auch abgedruckt in: Link, Mit dem Gesicht, S. 578 ff. Die redaktionelle Vorbemerkung lautete: »Aus Anlaß der zehnjährigen Wiederkehr des Tages, an dem der damalige deutsche Reichspräsident Hindenburg durch die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler die vergangenen zehn Jahre einer düsteren Welt-Finsternis einleitete, hat die German Labor Delegation in New York einen Aufruf an die Arbeiterschaft in Deutschland gerichtet, den wir nachfolgend wiedergeben.«

Welt zu streiten. Können zehn Jahre *Hitler* siebzig Jahre einer stolzen Tradition verlöschen? – *Hitler* hat Euch wieder zu stumpfen Arbeitssklaven gemacht. Wollt Ihr es bleiben?

Ihr waret es, die die Arbeiter der meisten europäischen Länder gelehrt habt, sich politisch und gewerkschaftlich zu organisieren. Auf Euch und Eure Organisationen haben sie mit Bewunderung geblickt. Selbst heute, wo Ihr in deren Länder kommt im Gefolge des Eroberers, der ihnen das Essen vom Munde fortnimmt, sie von ihrer Heimat wegschleppt, damit sie für ihn Kriegsarbeit leisten, der Hunderte der Ihren als Geiseln erschießen läßt – selbst heute noch ist ihr Glaube an Euch nicht ganz erloschen. Sie sagen sich, daß Ihr selbst auch Geknechtete seid, weil Ihr sonst nicht Eure Brüder im Stich lassen würdet.

Und wir, Eure alten Arbeits- und Kampfgefährten, wir kennen Euch zu gut, um nicht zu wissen, daß Millionen unter Euch die blutige Tyrannei *Hitlers* hassen und seinen Sieg nicht wünschen, der sein Regime verewigen würde. Diesen Millionen sagen wir: Die Arbeiterschaft der Welt außerhalb der deutschen Grenzen führt diesen Krieg nicht, um Euch noch ärmer zu machen, als *Hitler* es bereits getan hat, oder um Euch zu unterdrücken, wie er es tut. Sie ist einig im Willen zu siegen, um ihre Freiheit, ihre Organisationen, ihr Leben zu retten. Und indem sie ihre eigene Freiheit verteidigt, kämpft sie auch für die Eure. Durch den Wiedergewinn Eurer Freiheit allein könnt Ihr bessere Lebensbedingungen und ein menschenwürdiges Dasein erreichen.

Deutsche Arbeiter! Einst habt Ihr es als Eure Mission betrachtet, für den Sozialismus, das ist für Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit und Menschlichkeit, zu kämpfen. Was seid Ihr heute, was werdet Ihr in Zukunft sein, wenn *Hitler* bleibt? – Knechte, die schuften müssen für billige Löhne, damit *Hitler* Europa und die Welt beherrschen kann.

Was könnt Ihr werden, wenn Ihr zu Eurer großen Aufgabe zurückkehrt ?

– Die *Befreier* Deutschlands und der Welt!

New York, 28. Januar 1943.
German Labor Delegation in the United States
(Unterschriften):
Siegfried Aufhäuser
Max Brauer
Alfred Braunthal
Albert Grzesinki
Rudolf Katz
Gerhart Seger
Friedrich Stampfer
Hedwig Wachenheim.

DOKUMENT 254

3./4. 7. 1943: Resolution der Landeskonferenz deutschsprachiger Sozialdemokraten und Gewerkschafter in den USA zur Gewerkschaftsfrage

AdsD, PV Emigration Sopade, Landeskonferenz deutschsprachiger Sozialdemokraten und Gewerkschafter in den USA, New York 3. und 4. Juli 1943, S. 1f. Überschrift: »Resolution zur Gewerkschaftsfrage«.[1]

Dieser Krieg kann nicht nur mit der Vernichtung des Nazismus und Militarismus und ihrer Bundesgenossen im Dritten Reich enden. Um Europa und der Welt die Dauerhaftigkeit des kommenden Friedens zu sichern, muß das deutsche Volk zur aktiven Teilnahme am Aufbau einer neuen Welt der Demokratie und Freiheit gewonnen werden. Die Pioniere für die Demokratie in Staat und Wirtschaft können und werden die deutschen Arbeiter im weitesten Sinne des Wortes sein. Bis zu *Hitlers* Machtantritt war die in der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften geeinte Arbeiterschaft die einzige große Volksbewegung, die für Republik und Demokratie eingetreten war und für die soziale Demokratie gekämpft hat.

Adolf *Hitler* hat die deutschen Arbeiterorganisationen zerschlagen, er konnte ihren Geist nicht töten. Die Arbeiter und ihre Vertrauensmänner wurden zu Zehntausenden verfolgt, gemartert, geächtet und gemordet, nur weil sie nicht bereit waren, ihren Glauben an Demokratie und Sozialismus preiszugeben. Der Kollektivismus der deutschen Arbeiterschaft ist trotz *Hitler* und *Himmler* an einer Stelle erhalten geblieben, im industriellen Betrieb.[2] Keine Gewalt der Gestapo hat es vermocht, die hart geschweißte Schicksalsgemeinschaft der Arbeiter in den Betrieben zu zerstören. In den Kohlengruben, auf den Schiffswerften, in den Fabriken und Werkstätten, in den Büros und Handelsbetrieben stehen Arbeiter und Angestellte stumm, aber entschlossen, geeint und kämpferisch bereit, *Hitler* und seine Knechte zu schlagen, um der deutschen Demokratie den Weg zu ebnen.

Nur vom Betrieb aus wird die neue deutsche Arbeiterbewegung reorganisiert und konsolidiert werden können. Aus dem Betrieb heraus wird sich der Neuaufbau der Gewerkschaften örtlich, regional und zentral vollziehen müssen.

Die Landeskonferenz der deutsch-sprachigen Sozialdemokraten und der Freien Gewerkschaften Deutschlands sieht unmittelbar nach Beendigung der Feindseligkeiten in den entstehenden Industriegewerkschaften[3] die feste demokratische Basis, um die großen produktiven Kräfte Deutschlands zur Mitwirkung am Wiederaufbau von Staat und Wirtschaft zu befähigen. Die Gewerkschaften waren im früheren republikanischen Deutschland die beste Schule der Selbstverwaltung und der organisierten Selbsthilfe. Die gewählten Funktionäre der Gewerkschaften im Betrieb, am Ort, im Bezirk und im Reich sind berufen, in der Übergangsperiode vom Krieg zum Frieden in der Bewältigung der Tagesaufgaben den Boden der künftigen Demokratie zu bereiten.

1 Vgl. auch Link, Mit dem Gesicht, S. 603–612.

2 Die z.T. gleichlautenden Ausführungen in der Denkschrift des Councils for a democratic Germany (vgl. Dok. 257) weisen auf eine Autorenschaft Siegfried Aufhäusers hin; zur Tätigkeit und Funktion Aufhäusers in der GLD vgl. S. 420, 561, 593; betr. seines Austritts aus der GLD vgl. AdsD, DGB-Archiv, Nl. Plettl; Rudolf Katz, 8.10.1944 (New York) an Hans Gottfurcht und Erich Ollenhauer (London), ebd.

3 Nach einer Mitteilung von Max Brauer an J. Klein vom 7.12.1967 sprach sich die GLD auf einer Tagung (Ostern 1944) für die Bildung von Einheitsgewerkschaften aus, vgl. Klein, Vereint, S. 121. In dem ansonsten gleichlautenden Entwurf der Resolution in: IfZ, Sammlung Kurt Glaser, ED 202, Bd. 1, Bl. 91 ist beim Wort Industriegewerkschaften »Industrie« gestrichen.

Sie werden wirksame Hilfe in der Organisierung der kommunalen und sozialen Verwaltung, der Volksernährung, der Volksgesundheit und der Volkswohlfahrt leisten.

Die Wurzeln eines wahrhaft demokratischen neuen Deutschlands liegen in der freiheitlichen und unabhängigen deutschen Arbeiterbewegung. Wer auch immer den Willen zum Aufbau einer demokratischen Welt hat, wird in der organisierten deutschen Arbeiterschaft den stärksten Bundesgenossen finden.

DOKUMENT 255

3./4. 7. 1943: Resolution der Landeskonferenz deutschsprachiger Sozialdemokraten und Gewerkschafter in den USA zum Wiederaufbau der Wirtschaft

AdsD, PV Emigration Sopade, Landeskonferenz deutschsprachiger Sozialdemokraten und Gewerkschafter in den USA, New York 3. und 4. Juli 1943, IV, S. 1 f. Überschrift: »Resolution zum Wiederaufbau der Wirtschaft«.[1]

Nach der militärischen Niederlage und dem Zusammenbruch des Hitler-Regimes wird Deutschland vor zwei fundamentalen Wirtschaftsproblemen stehen, die miteinander aufs engste verbunden sind:

1) Die Bevölkerung muß mit Lebensmitteln versorgt werden und Arbeitsgelegenheiten müssen für die zurückströmenden Soldaten und für die durch die Einstellung der Rüstungsindustrie arbeitslos werdenden Arbeiter gefunden werden.

2) Eine neue Wirtschaftsordnung muß aufgebaut werden,[2] in der die hinter dem Nationalsozialismus und Militarismus stehenden Kräfte endgültig entmachtet werden und soziale Verhältnisse entstehen, die die Gefahr eines Neuerstehens des Nationalsozialismus unmöglich machen.

Das Problem der Arbeitsbeschaffung kann durch planmäßige Lenkung der Arbeitskräfte und des Kapitals in die Kanäle der Konsumgüterindustrie, durch eine Politik internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit und durch öffentliche Arbeiten größten Stils gelöst werden. Diese sind ohnehin nötig zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete.

Die Beherrscher der Monopol-Industrien und der Großgrundbesitz haben den Nationalsozialismus und Militarismus begünstigt. Die Massenarbeitslosigkeit und Massennot haben für ihn den Boden in anderen Klassen bereitet. Darum müssen die Monopol-Industrien, vor allem die Schwerindustrie, die chemische und die elektrochemische Industrie, in Gemeineigentum überführt werden, die Großbanken verstaatlicht werden und der Großgrundbesitz enteignet werden, damit sie nicht wieder ihre Wirtschaftsmacht zu politischen Zwecken mißbrauchen können.[3] Die Kreditpolitik, Produktionspolitik und Politik der öffentlichen Arbeiten müssen so verbunden werden, daß sie die dauernde Vollbeschäftigung der Wirtschaft sichern.

1 Ein Exemplar befindet sich ferner in: IfZ, Sammlung Glaser, ED 202, Bd. l.
2 Vgl. auch »Resolution« zum künftigen Staatsaufbau, ebd.
3 Ebd.; vgl. ferner GLD »Voraussetzungen für einen gerechten und dauernden Frieden« (Ostern 1945), in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Plettl II. Die englische Fassung »What is to be done with Germany. Prerequisits of Democracy in Germany« ist abgedruckt in: Link, Mit dem Gesicht, S. 690–695.

Nur wenn eine solche Ordnung der Wirtschaft mit Energie und Festigkeit in Angriff genommen wird, wird die Gesundung des deutschen Volkes gelingen und dem demokratischen System der Zukunft eine sichere Grundlage bereitet werden.

DOKUMENT 256

15. 6. 1944: Brief von Rudolf Katz, New York, an Erich Ollenhauer, London, zur Gründung des Council for a Democratic Germany

AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 44. Maschinenschrift. Eigenhändig unterzeichnet.

Lieber Freund Ollenhauer:

Den Brief vom 18. Mai[1] d. J. habe ich erhalten. Er erinnert mich an meine Schreibsünden, oder richtiger, Nicht-Schreibsünden. Wir hatten hier so lange und schwierige Auseinandersetzungen, die jetzt erst durch die Gründung des Tillich-Komitees[2] zu einem gewissen Abschluß gekommen sind, daß es unzweckmäßig war, zwischendurch Teilmitteilungen herausgehen zu lassen. Jetzt ist die Sache im großen und ganzen abgeriegelt und stabilisiert worden, so daß man Euch einen umfassenden Bericht geben kann.

Die Gründung[3] des »Council for a Democratic Germany« war offenbar eine abgekartete Sache zwischen den Neubeginnern und den Kommunisten. Man hoffte gleichzeitig, die demokratischen Gruppen des deutschen Exils auf diese Weise zersplittern, vielleicht sogar sprengen, auf jeden Fall schwächen zu können. An den ersten Vorbesprechungen hat sich die German Labor Delegation beteiligt. Das geschah aber nur, so lange nicht von Kommunisten die Rede war. Wir hätten uns unter Umständen bereit gefunden, eine breite Einigungsaktion mitzumachen, solange die Kommunisten ausgeschlossen waren. Zu einem gewissen Zeitpunkt brachte man aber bei den Vorbesprechungen, zu denen wir außer *Grzesinski*[4], *Aufhäuser* auch noch Hedwig *Wachenheim*[5] und *Stampfer*[6] delegiert hatten, die Frage auf, auch Kommunisten hinzuzuzie-

1 Nicht in den Akten.
2 Gemeint ist der Council for a Democratic Germany, der nach seinem Vorsitzenden Paul Tillich auch Tillich-Komitee genannt wurde.
3 Zur Gründung des Councils for a Democratic Germany vgl. The German American, 15.5.1944, S. 3 »Council for a Democratic Germany gegründet«; vgl. ferner Link, Mit dem Gesicht, S. 649 ff; Kurt R. Grossmann, Hans Jacob, The German Exiles and the German Problem, in: Journal of Central European Affaires, Bd. 4, Juli 1944; NVZ, Nr. 19, 6.5.1944, S. 4 »Der New Yorker Stalin-Coup«.
4 Albert Grzesinski (28.7.1879–31.12.1947), Metalldrücker, Gürtler, seit 1897 DMV-Mitglied; seit 1903 SPD, 1918/19 Vorsitzender Arbeiter- und Soldatenrat Kassel, 1919–21 Mitglied der Preußischen Landesversammlung, 1921–33 MdL Preußen, 1925/26 und 1930–32 Polizeipräsident, Berlin, 1926–30 Preußischer Innenminister, 1933 Emigration über die Schweiz nach Frankreich, ab 1936 geschäftsführender Vorsitzender der Zentralvereinigung der deutschen Emigration, 1936 Mitunterzeichner des Volksfrontaufrufes, 1937 über Peru in die USA, 1939–43 Vorsitzender der German Labor Delegation, 1941–44 Vorsitzender der Association of Free Germans, Inc.
5 Hedwig Wachenheim (27.8.1891–8.10.1969), Beamtin, Sozialpolitikerin, ab 1914 SPD, 1922–33 Abteilungsleiterin bei der Reichsfilmprüfstelle, 1926–33 Chefredakteurin der Zeitschrift Arbeiterwohlfahrt, 1933 Entlassung, 1935 über Frankreich Emigration in die USA, ab 1939 Mitglied der German Labor Delegation, nach 1946 Mitarbeiterin von OMGUS.
6 Friedrich Stampfer (8.9.1874–1.12.1957), Journalist, SPD, 1916–1919 und ab 1920 wieder Chefredakteur des Vorwärts, 1920–33 MdR, Mitglied des Fraktionsvorstandes und ab 1925 des Parteivorstandes, ab Juni 1933 Mitglied des Exil-Parteivorstandes, 1933–35 Chefredakteur Neuer Vorwärts, ab 1938 nach Frankreich, ab Oktober 1940 in New York, ab 1939 Mitglied der German Labor Delegation, Mitarbeiter der NVZ, 1948–55 Dozent der Akademie der Arbeit, Frankfurt a. M.

hen. Alle übrigen waren einverstanden; nur die German Labor Delegation sagte nein und stellte das vorbereitende Komitee vor die Frage, zwischen den Kommunisten und uns zu wählen. Das Komitee entschied sich sehr schnell – also war offenbar vorbereitet – für die Kommunisten. Daraufhin schieden wir aus und beteiligten uns nicht weiter.

Erleichtert wurde den Drahtziehern die Sache offenbar auch dadurch, daß *Grzesinski* und *Aufhäuser* Andeutungen gemacht hatten, sie würden auch dem neuen Komitee beitreten, selbst wenn die German Labor Delegation nein sagen würde. So ist es dann später auch gekommen.

Das Komitee besteht aus 19 Personen, die man, wie nachfolgend, klassifizieren kann:

3 Kommunisten – Albert *Schreiner*,[7] Felix *Boenheim*,[8] Bertold *Brecht*

5 Fellow-Traveller (womit man hier Leute bezeichnet, die eine prokommunistische Haltung einnehmen, ohne selbst Parteimitglieder zu sein): Paul *Tillich*,[9] Herman *Budzislawski*,[10] Jacob *Walcher*,[11] Horst *Baerensprung*,[12] Julius *Lips*[13]

7 Albert Hermann Schreiner, geb. 7.8.1892, Maschinenschlosser, Parteifunktionär, Historiker (Dr.phil.), ab 1917 USPD, ab Gründung KPD-Mitglied, November 1918 Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates Stuttgart und bis Ende November 1918 Kriegsminister der ersten Württembergischen Revolutionsregierung, 1922 Vorsitzender KPD Württemberg, danach für versch. KPD-Zeitungen und Zeitschriften tätig, nach KPD-Ausschluß ab 1928 KPO, ab 1935 wieder KPD, 1933 Emigration nach Frankreich, ab August 1936 Spanienkämpfer, ab 1941 USA, Redakteur von The German-American, ab Januar 1944 KPD-Vertreter im Initiativausschuß zur Vorbereitung des Council for a Democratic Germany, 1946 Rückkehr nach Deutschland (SBZ), u.a. Mitarbeiter des IML beim ZK der SED.

8 Felix Boenheim (geb. 1890), Arzt, seit 1918 Mitglied der KPD, 1933 Emigration nach London, Paris, New York, 1949 Rückkehr nach Deutschland, Leiter der Universitätsklinik Leipzig.

9 Paul Johannes Tillich (20.8.1886–22.10.1965), ev. Pfarrer, ab 1924 Hochschullehrer, 1919 Gründer des Tillich-Kreises, der die Blätter für religiösen Sozialismus herausgab, ab Jahreswende 1929/30 Mitherausgeber der Zeitschrift Neue Blätter für den Sozialismus, April 1933 suspendiert, Dezember 1933 entlassen, November 1933 Emigration in die USA, Professor für Theologie und Philosophie, 1944–46 Vorsitzender des Council for a Democratic Germany; ab 1929 SPD.

10 Hermann Budzislawski (11.2.1901–1978), Volkswirt, Journalist, März 1933 Flucht nach Zürich, 1934–39 Hrsg. und Chefredakteur von Die Neue Weltbühne, 1938 Flucht nach Paris, 1938–39 Mitglied Ausschuß der deutschen Opposition, Thomas-Mann-Ausschuß, 1939/40 interniert in Frankreich, 1940 in die USA, 1944 Mitbegründer des Council for a Democratic Germany, 1948 Rückkehr nach Deutschland, SBZ, 1948–67 Professor für Zeitungswissenschaft, Universität Leipzig; Mitglied des Bundesvorstandes des FDGB; 1929 SPD, ab 1948 SED.

11 Jacob Walcher (7.5.1887–27.3.1970), Dreher, Partei- und Gewerkschaftsfunktionär, ab 1906 DMV- und SPD-Mitglied, 1918 Mitglied des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates Stuttgart, Mitbegründer der KPD Stuttgart, 1924–26 Mitarbeiter der RGI-Exekutive, 1927–28 in der Gewerkschaftsabteilung des ZK der KPD, nach KPD-Ausschluß Mitbegründer der KPO, 1929–30 Sekretär der KPD-Reichsleitung, 1932 SAP, 1933 Emigration nach Frankreich, hauptamtliches Mitglied der SAP-Auslandsleitung in Paris, 1941–46 USA, 1947 Rückkehr nach Deutschland (SBZ), Chefredakteur der Tribüne, Organ des FDGB.

12 Horst W. Baerensprung (27.3.1893–29.11.1952) Berufsoffizier, Rechtsanwalt, Beamter, 1918 Mitglied des Soldatenrates Halberstadt, 1928–29 Landrat (Nordhausen), 1930 Polizeipräsident (Magdeburg), 1932 von der Regierung Papen abgesetzt, 1934 nach China, 1939 Emigration in die USA, ab November 1941 Direktoriumsmitglied des German-American Council for the Liberation of Germany from Nazism, Dezember 1946 Rückkehr nach Deutschland, 1947–51 Polizeipräsident in Braunschweig.

13 Julius Ernst Lips (8.9.1895–21.1.1950), seit 1930 Professor der Ethnologie in Köln, 1934 Emigration über Paris in die USA, ab 1940 Professor an der New School for Social Research, New York, 1948 Rückkehr nach Deutschland (SBZ), Professor an der Universität Leipzig.

3 Neubeginner – Paul *Hagen*, Paul *Hertz*,[14] Hans *Hirschfeld*[15]

3 Abgesplitterte – (die entgegen unserem Organisationsbeschluß beigetreten sind): Albert *Grzesinski*, Siegfried *Aufhäuser* und Kurt *Glaser*.[16]

– Ferner:

5 »Bürgerliche« – die sich alle dadurch auszeichnen, daß sie dem politischen Leben bisher relativ fern gestanden haben: Friedrich *Forell*[17] (evangelischer Pfarrer), Josef *Kaskel*[18] (Vertreter der Deutschen Blätter in Chile – früherer Berliner Rechtsanwalt und keiner Partei zugehörig), dann drei Katholiken, die an der hiesigen Fordham University tätig sind: *Pfeiffenberger*,[19] *Baerwald*,[20] und *Nehring*.[21] Die letzten fünf fallen alle in die Gattung der »Innocents«. Man konnte offenbar keine anderen Bürgerlichen, die mitmachten, finden und war froh, überhaupt welche zu haben. Die Namen der letzten drei habe ich überhaupt erst bei dieser Gründung kennengelernt. Die beiden anderen kenne ich flüchtig von früher und habe mich immer über ihre politische Unerfahrenheit und Unkenntnis gewundert.

Faktisch liegt also die politische Kraft bei dieser neuen Organisation bei den Kommunisten und den Neubeginnern; zusammen mit den Fellow-Travellern haben sie ohnehin die Mehrheit.

Unsere drei sozialdemokratischen Organisationen, die German Labor Delegation, die deutschsprachige Branch der Social Democratic Federation[22] und die Progressive

14 Paul Hertz (23.6.1888–23.10.1961), kaufmännischer Angestellter, 1906–10 Angestellter des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, danach Studium der Staatswissenschaften; 1905 SPD, 1919 USPD, 1922 SPD, 1920–33 MdR, 1922 Fraktionssekretär der SPD-Reichstagsfraktion, 1933 Emigration nach Prag, 1933–38 im Parteivorstand der Sopade und verantwortlicher Redakteur der Sozialistischen Aktion, 1938 nach Paris, Bruch mit der Sopade, Identifikation mit Neu Beginnen, 1939 Emigration in die USA, 1944/45 Mitglied des Council for a Democratic Germany, 1951–53 und 1955–61 Senator für Marshallplan und Kreditwesen bzw. für Wirtschaft und Kredit in Berlin.

15 Hans Hirschfeld (26.11.1894–10.4.1971), Journalist, ab 1924 persönlicher Referent des preußischen Innenministers Severing und bis Juli 1932 Pressereferent des Ministers des Innern, Ministerialrat, 1933 Emigration in die Schweiz, wegen antinationalsozialistischer Betätigung Abschiebung nach Frankreich, 1940 nach New York, 1949 Rückkehr nach Deutschland, 1950–60 Leiter des Presse- und Informationsamtes Berlin und 1957–59 Leiter der Senatskanzlei, 1961–70 Vorsitzender des Berliner Presse-Clubs.

16 Kurt Glaser (geb. 12.5.1892), Arzt, ab 1918 SPD- und Gewerkschaftsmitglied, 1930–33 SPD-Vorsitzender und Stadtverordneter in Chemnitz, 1933 Schutzhaft, Ende 1933 nach Paris, Vorsitzender der Pariser Gruppe der RSD, nach 1935 Vorstandsmitglied der SPD-Landesgruppe in Frankreich, Anfang 1941 nach New York, zunächst Mitarbeiter der German Labor Delegation, 1944 Mitbegründer des Council for a Democratic Germany, nach 1948 leitender Beamter im Gesundheitswesen.

17 Friedrich (Frederick F.) Forell (1888–1968), Pfarrer, Mitglied Christlich Sozialer Volksdienst, 1933 entlassen, 1933 Emigration nach Österreich, 1938 nach Frankreich, 1940 in die USA, Gründungsmitglied der Association of Free Germans und des Council for a Democratic Germany.

18 Joseph Kaskel (später Kaskell), (geb. 13.3.1892), Jurist, 1922–38 Rechtsanwalt und Notar in Berlin, 1938 Emigration in die USA, 1939–42 Rechtsstudium an der Columbia University, Mitarbeiter von Deutsche Blätter – Für ein europäisches Deutschland, gegen ein deutsches Europa, Santiago de Chile, Mitglied der American Friends of German Freedom.

19 Otto Pfeiffenberger, Jurist, Hochschullehrer an der Fordham University, Mitunterzeichner des Gründungsaufrufs des Council for a Democratic Germany.

20 Friedrich Baerwald, geb. 14.10.1900, Jurist, nach 1926 Assessor, ab 1928 Regierungsrat im Reichsarbeitsministerium bzw. in der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Mitarbeiter der Rhein-Mainischen Volkszeitung, von den Nazis 1933 entlassen, 1933 Emigration ins Saarland, 1934 in die USA, 1935–70 Professor für Labor Economics an der Fordham-Universität, New York.

21 Alfons Nehring (geb. 12.8.1890), Professor der Linguistik an den Universitäten Würzburg (1930–33, 1952–58), Marquette (1938–43) und Fordham University (1943–52).

22 Zur Social Democratic Federation vgl. Link, Mit dem Gesicht, S. 147 ff.

Publishing Association, die die Volkszeitung herausgibt, haben durch Beschlüsse nicht nur die Beteiligung abgelehnt, sondern auch allen ihren Mitgliedern dringend empfohlen, sich fernzuhalten.[23] Wie gesagt, haben drei Mitglieder diesem Beschluß entgegengehandelt, das sind *Grzesinski*, *Aufhäuser* und *Glaser*, die dann die 19 voll machen. Bedeutung haben nur die beiden ersteren. *Grzesinski* und *Aufhäuser* sind aus der German Labor Delegation ausgetreten, zu getrennter Zeit und mit verschieden angegebenen Gründen. Wir haben sie nicht ausgeschlossen. Sie haben aus anderen Anlässen die Trennung von sich aus vollzogen. *Grzesinski* ist außerdem aus der Association der Free Germans Inc.[24] ausgeschieden, deren Vorsitzender er war, nachdem diese Organisation einen Beschluß gegen das Tillich-Komitee angenommen hatte. Die Zahl der Abtrünnigen beschränkt sich zunächst auf diese drei. Man muß allerdings in Betracht ziehen, daß außer den 19 Komitee-Mitgliedern eine Reihe unserer Freunde sich auch unter den 65 Unterzeichnern der politischen Erklärung befinden, die der Council herausgegeben hat.[25] Daraus ziehen wir aber zunächst keine Konsequenzen. Die Erklärung[26] ist so abgefaßt, daß jeder von uns sie auch hätte unterschreiben können, rein demokratisch, friedlich und antimilitaristisch, wie es sich gehört. Ich lege meinen Artikel bei, in dem ich diese Sache in der Neuen Volkszeitung besprochen habe.[27] Solange die Unterzeichner nicht einer besonderen Organisation angehören, oder zu diesem Zwecke zusammengefaßt werden, oder sich allerdings gegen uns und im United Front Sinn betätigen, liegt kein Anlaß vor, daraus irgendwelche Folgerung zu ziehen. Es besteht kein Zweifel, daß viele von den Unterzeichnern über die Zusammenhänge nicht orientiert waren und nach wie vor zu uns halten.

Interessant ist, daß die wichtigsten politischen Persönlichkeiten der deutschen Emigration sich geweigert haben, mit dem Komitee irgend etwas zu tun zu haben. Dazu gehören [Heinrich] *Brüning*, Thomas *Mann*, [Wilhelm] *Sollmann* und viele andere wie Oscar *Meyer*,[28] Hubertus *Löwenstein*,[29] Botschaftsrat Ernst Wilhelm *Meyer*[30] und andere. Zusammen mit den drei sozialdemokratischen Organisationen machen diese freien Persönlichkeiten ja 95% des Gewichtes der deutschen, demokratischen, Anti-Nazi-Emigration aus.

Der Eindruck in der Öffentlichkeit war sehr schwach. Die amerikanischen Zeitungen haben sich der Zustimmung weithin enthalten, obgleich sie selbst den Zusammenhang kaum kapiert haben. Die uns befreundeten Gruppen und Organisationen haben ihn abgelehnt. Auffällig ist, daß kein Mann aus der amerikanischen Arbeiterbewegung

23 Vgl. ebd., S. 643.
24 Zu dieser Organisation vgl. ebd., S. 152 f.
25 Vgl. ebd., S. 652 ff.
26 Der englische Text der Erklärung ist abgedruckt in: ebd., S. 649–654.
27 Vgl. NVZ, Nr. 19, 6.5.1944, S. 4 »Der New Yorker Stalin-Coup«.
28 Oskar Meyer (18.12.1876–1.1.1965), Jurist, Politiker, 1904–33 Syndikus der Handelskammer Berlin, 1915–18 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses und 1919–21 der Preußischen Verfassungsgebenden Landesversammlung und des Parlaments, 1919–21 Staatssekretär im Preussischen Ministerium des Innern, 1924–30 MdR, DDP/Deutsche Staatspartei.
29 Hubertus Prinz zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg (geb. 14.10.1906), Schriftsteller, freier Journalist, Politiker, ab 1930 Mitglied des Zentrums und des Reichsbanners, ab 1935 USA, 1937–46 Gastprofessor, 1943–44 Mitglied und Ehrenpräsident des Lateinamerikanischen Komitees der Freien Deutschen, 1944 kurzfristige Mitarbeit im Council for a Democratic Germany; 1953–57 MdB, FDP, ab 1958 CDU.
30 Ernst Wilhelm Meyer (2.4.1912–15.5.1969), Jurist, Diplomat, ab 1931 Gesandschaftsrat in Washington D.C., 1937 auf eigenen Wunsch ausgeschieden, ab 1940 Professor für internationales Recht und Politische Wissenschaft; 1947 Rückkehr nach Deutschland, 1949 Professor in Frankfurt a. M., 1952–57 Botschafter, 1957–65 MdB, SPD.

sich unter den Sponsoren befindet.[31] Die AFofL und CIO [sind] dagegen; ebenso wie das Jewish Labor Committee. Sie alle sehen richtig darin kommunistische Treibereien und wollen mit Moskaubeeinflußten Organisationen nichts zu tun haben.

Merkwürdig ist die Liste der amerikanischen Sponsoren. Sie setzt sich fast ausschließlich aus sogenannten »liberals« zusammen. Die meisten haben den Zusammenhang gar nicht erfaßt. In dem Schreiben, in dem sie zur Unterzeichnung aufgefordert wurden, und das von *Niebuhr*[32] und Dorothy *Thompson*[33] ausging,[34] war nicht gesagt, daß auch deutsche Kommunisten dazu gehören. So sind ein Teil von Personen, die sich hier im Land durch einen scharfen Kampf gegen die United Front ausgezeichnet haben wie Dr. John *Dewey*,[35] Dr. [George S.] *Counts*, zunächst irregeführt worden. Auch da wird die Sache schon wieder rückläufig, wie bei manchen der Unterzeichner des Aufrufes auch.

Interessant ist auch die Haltung des »Aufbau«, der eine scharfe Stellung gegen das Komitee einnimmt, allerdings mit ganz abwegigen Gründen. Dem Aufbau ist es zu unamerikanisch. Wie Ihr wohl aus dieser Zeitschrift seht, sind diese Leute alle »super-Mayflower-people« geworden und nicht nur 100, sondern 175%-ige Vollamerikaner. So ist *Aufhäuser*, der dort 2. Redakteur ist, auch noch in innere Schwierigkeiten mit seinem Job gekommen.[36] Ob er da auf die Dauer wird bleiben können, ist wohl zweifelhaft.

Der Kern der Energie des neuen Komitees liegt offenbar bei *Hagen*, dessen Geschöpf diese Neugründung ist und bei dem Kommunisten Albert *Schreiner*, der von den drei Kommunisten der bedeutendste zu sein scheint und zweifellos ein direkter Moskauer Agent ist. Er ist zur Zeit der militärische Mitarbeiter des hiesigen deutschsprachigen Kommunistenblattes »German-American«. Interessant in der Presse ist, daß die kommunistischen Zeitungen wie der Daily Worker, der German-American und Mexicos »Freies Deutschland«, die Gründung des Komitees mit begeisterten Freudenausbrüchen begrüßt haben.

Im großen und ganzen scheint uns die Gründung fehlgeschlagen zu sein. Man kann aber auch das noch nicht 100%-ig sagen, da die Zukunft abgewartet werden muß. Die Kommunisten haben jedenfalls ihr Ziel erreicht, größere Unsicherheit und einen gewissen Spalt in die Reihen der nicht-kommunistischen Gruppen zu tragen. Denn es ist klar, daß unsere Beziehungen zu *Grzesinski* und *Aufhäuser* jetzt ziemlich am Ende sind. Auch wenn die ganze Sache bei dem Council irgendwie scheitern sollte, so wird der Wankelmut dieser beiden doch eine Wiederkehr des alten Verhältnisses ausschließen.

Den Wortlaut der Erklärung des Councils[37] habe ich im Augenblick nicht da; ich werde ihn noch schicken. Die Erklärung ist an sich ganz gleichgültig, da es hier ja auf den Charakter der Koalitionsgruppe, d.h. in erster Linie der Kommunisten ankommt und nicht auf den Text der Erklärung. Um diesen Zweck zu erreichen, hätten die

31 Zur Liste der Sponsoren vgl. IfZ, Sammlung Glaser ED 202, Bd. 2, Bl. 5; ferner Mit dem Gesicht nach Deutschland, S. 653 f.
32 Reinhold Niebuhr (geb. 1892), amerikanischer Theologe, seit 1928 Professor für christliche Ethik am Union Theological Seminary in New York.
33 Dorothy Thompson (1894–1961), amerikanische Frauenrechtlerin und Publizistin.
34 John Dewey, Professor für Philosophie an der Columbia University, New York, Präsident des Committee for Cultural Freedom; »beeinflußte maßgeblich die amerikanische Pädagogik«; vgl. Link, Mit dem Gesicht, S. 385.
35 Als Dritter hatte dieses Schreiben William Jay Schieffelin unterzeichnet; vgl. IfZ, Sammlung Glaser, ED 202, Bd. 2, Bl. 3.
36 Vgl. Link, Mit dem Gesicht, S. 643.
37 Vgl. ebd., S. 649–653.

Kommunisten alles unterschrieben. Aus welchem Grunde *Grzesinski* und *Aufhäuser* ins andere Lager übergeschwenkt sind, ist schwer zu verstehen. Sie gehören wahrscheinlich zu denen, die glauben, daß der russische Einfluß auf Deutschland nunmehr dauernd bestehen bleiben wird und die ihren Frieden mit *Stalin* und den Kommunisten machen wollen. Ganz wohl fühlen sie sich bei der Geschichte zweifellos nicht. Es ist möglich, daß in drei bis sechs Monaten, ähnlich wie in London, die ganze Sache schon wieder kaputt ist. Beide haben schlechte Nerven, wollen offenbar gern wieder nach Deutschland und sind durch das lange Warten müde und mürbe geworden.

Vielleicht glauben sie auch, daß sie dadurch gar nichts riskieren, denn wenn irgend etwas mit den Kommunisten schief gehen sollte, treten sie wieder aus oder schließen die Kommunisten dort aus und glauben, daß dann alles wieder im alten Geleise sein könnte. Wahrscheinlich werden sie sich dann zwar irren. Das ganze ist auch nur verständlich, wenn man die ungeheure Rußland-Freundlichkeit der breiten Kreise hier, die vollständig unpolitisch sind, in Betracht zieht.

Als interessante Einzelheit kann noch erwähnt werden, daß die ganzen Leute in der New School for Social Research, die ursprünglich dem Council sehr zugeneigt waren, kurz vor Toresschluß unter der Führung von *Staudinger*[38] wieder abgeschwenkt sind, was dem Ergebnis auch großen Schaden zugefügt hat.

Die German Labor Delegation hat inzwischen drei neue Mitglieder aufgenommen, nämlich Richard *Hansen*,[39] der inzwischen nach New York übergesiedelt ist, Fritz *Karsen*[40] und Friedrich Wilhelm *Wagner*.[41] Auch in der Neuen Volkszeitung und in der Social Democratic Federation ist die Ablehnung der drei: *Grzesinski*, *Aufhäuser* und *Glaser* so allgemein, daß irgendeine Schädigung der Organisation nicht zu befürchten ist. Daß die AFofL und die CIO in Washington auch gegen die Gründung sind, habe ich wohl schon oben erwähnt.

Nun zu der ILO-Tagung in Philadelphia:[42] Wir hatten Hedwig *Wachenheim* für ein paar Tage zur Aufnahme der Verbindung hingesandt. Es ist tatsächlich so gewesen, daß außer den Amerikanern die Leute reichlich unvernünftig waren. Die Kriegshetze ist noch im Anstieg; der Haß gegen alles Deutsche bei den kleinen Nationen und auch bei den englischen Gewerkschaftsvertretern ist so stark, daß die Vernunft im Augenblick nicht mehr recht zur Geltung kommt. *Schevenels* hatte zugesagt, uns in New York zu besuchen, ist aber gar nicht gekommen; ob das Zufall war oder auch auf die Stimmungstemperatur zurückzuführen ist, ist schwer zu sagen. Daß Ihr Euch noch Berichte von *Aufhäuser* schicken laßt, ist naturgemäß nicht zu empfehlen. *Aufhäuser*

38 Hans Staudinger (16.8.1889-Februar 1980), Ministerialbeamter, 1929–32 Staatssekretär im Handelsministerium, Preußen, 1932–33 MdR, SPD, Juni/Juli 1933 inhaftiert, Emigration in die USA, 1934–60 Professor für Wirtschaftswissenschaften an der New School for Social Research, New York, ab 1939 Mitglied der German Labor Delegation.

39 Richard Hansen (2.8.1887–5.9.1976), Werftarbeiter, Parteifunktionär, vor 1933 2. Vorsitzender des SPD-Bezirks Schleswig-Holstein, MdL, Juni 1933 Flucht nach Dänemark, Sopade-Grenzsekretär in Kopenhagen, 1940 über Schweden, UdSSR, Manila in die USA, nach 1947 Sekretär der SPD-Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein.

40 Fritz Karsen (11.11.1885–25.8.1951), Schulreformer, führendes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands, ab 1921 Oberstudiendirektor, 1933 entlassen; über Schweiz, Frankreich, Kolumbien 1938 in die USA; 1946–48 Mitarbeiter von Omgus; nach 1948 Hochschullehrer.

41 Friedrich Wilhelm Wagner (28.2.1894–17.3.1971), Jurist, ab 1916 SPD, 1930–33 MdR, März 1933 inhaftiert, Emigration ins Saargebiet, 1935 nach Frankreich, Vorstandsmitglied des Landesverbandes deutscher Sozialdemokraten in Frankreich; 1941 in die USA, 1946 Rückkehr nach Deutschland, 1947–49 MdL, Rheinland-Pfalz, 1949–61 MdB, 1961–67 Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts.

42 Gemeint ist die 26. Tagung der ILO in Philadelphia vom 20.4.–12.5.1944.

hat bei der ganzen Sache eine etwas merkwürdige Rolle gespielt. Im großen und ganzen hat uns *Grzesinskis* Haltung, der klar und offen erklärt hat, was er wolle, viel besser gefallen, als das merkwürdige Winden und Drehen von *Aufhäuser*, der offenbar gleichzeitig auf allen Stühlen sitzen wollte. Er hat auch im »Aufbau« einige sehr gehässige Artikel gegen *Stampfer* und *Brauer* veröffentlicht, die Tatsachen behaupteten, von denen er wußte, daß sie nicht zutreffend waren. Es hat daraufhin allerhand weitere Auseinandersetzungen gegeben. Das war, bevor der »Aufbau« ins Vansittart-'sche Fahrwasser[43] abschwenkte.

Was die Finanzfrage anbetrifft, so ist es leider so, daß die Sache noch immer ungeklärt ist. Wir haben die Zusagen, daß alle internationalen demokratischen Gewerkschafts- und Arbeitergruppen unterstützt werden sollen. Die Unterstützung ist bereits praktisch bei den Tschechen, bei den Norwegern und einigen anderen Gruppen aufgenommen worden. Bei den früheren Angehörigen der Zentralmächte sind da aber noch gewisse Schwierigkeiten. Ich selbst bin Mitglied des Komitees[44] und versuche, die Sache zu beschleunigen, wo ich kann. Wir haben alle zwei Wochen Sitzung. Es liegt auch nicht nur an den Leuten der AFofL, wenn es so schwierig weiterkommt. Ich kann Euch nur bitten, weiter Geduld zu haben; mit Gewalt ist nichts zu machen.

Die generelle Haltung von William *Green*,[45] Matthew *Woll*[46] und Robert *Watt*[47] beweist Euch aber, daß sie an ihrem Prinzip festhalten und auch die demokratische deutsche Gewerkschaftsbewegung unterstützen wollen. Ich glaube daher, daß wir mit der Zeit zum Erfolg kommen werden. Aber man muß bei den hiesigen Verhältnissen Geduld haben. Seid überzeugt, daß hier nichts versäumt wird. Ich verstehe, daß Ihr ungeduldig seid, aber bei den hiesigen Verhältnissen muß man auf längeres Hinzögern gefaßt sein. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Ich hoffe, daß über kurz oder lang doch etwas Positives für Euch herauskommt, wenn der Zeitpunkt da sein wird und dann höchstwahrscheinlich gleich in größerem Ausmaße.

Es würde uns leid tun, wenn Ihr die Neue Volkszeitung nicht regelmäßig bekommt. Ich hoffe, daß Ihr in der Zwischenzeit die fehlenden Nummern erhalten habt, aus denen Ihr ohne weiteres über den großen Gang der Dinge auch bezüglich des Tillich-Komitees Euch hättet orientieren können. Vielleicht ist der Transport wegen der kriegerischen Operationen verzögert und wird jetzt nachgeholt. Von den letzteren hängt ja sowieso ungeheuer viel ab. Hoffen wir, daß sie günstig verlaufen und schneller als die meisten von uns annehmen. Wenn das eintritt, werden [sich] viele dieser Probleme auch automatisch zu unseren Gunsten regeln.

Viele Grüße an [Hans] *Vogel* und [Wilhelm] *Sander*. Ich hoffe, Euch eines Tages mit günstigeren Nachrichten auch auf dem Gebiet dienen zu können, an dem Ihr jetzt besonders interessiert sein müßt, nämlich dem finanziellen. Unseren Leuten hier geht es jetzt im allgemeinen erträglich. Die meisten haben entweder gutbezahlte Arbeit oder sind irgendwie versorgt. In dieser Beziehung hat sich das Bild unter der Kriegsprosperitätswelle hier gegenüber früheren Jahren ganz gewaltig verbessert.

43 Lord Robert Vansittart, 1930–38 Unterstaatssekretär im Foreign Office, 1938–41 diplomatischer Berater des Außenministers, ab 1941 Mitglied des britischen Oberhauses, war Verfechter einer harten Linie gegenüber Deutschland; vgl. hierzu Röder, Exilgruppen, S. 144 f.

44 Gemeint ist vermutlich das »Committee of Sponsors« der German Labor Delegation.

45 William Green (1873–1952), Bergarbeiter, 1912–24 Schatzmeister der United Mine Workers of America, ab 1924 Präsident der AFL.

46 Matthew Woll (1880–1956), 1906 Präsident der International Photo-Engravers Union of North America, 3. Vizepräsident der AFL, später 1. Vizepräsident von AFL-CIO.

47 Robert J. Watt (1894–1947), 1926–29 Vizepräsident, 1930–38 Schatzmeister der Massachusetts State Federation of Labor, 1936–47 ständiger Vertreter der AFL beim IAA und internationaler Repräsentant der AFL, 1945 Mitglied des Generalrats des IGB.

Ich hoffe, bald wieder von Euch zu hören. Mit vielen Grüßen
Euer
Rudolf Katz
1 Anlage[48]

DOKUMENT 257

14. 7. 1944: Denkschrift des Council for a Democratic Germany über den Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaftsbewegung

IfZ, ED 119/2. Hektographierte Maschinenschrift. Überschrift: »Council for a Democratic Germany. Denkschrift über den Wiederaufbau einer Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Beschlossen am 14. Juli 1944.[1] Dem Council vorgelegt von Friedrich Baerwald, S[iegfried] Aufhäuser, Paul Hagen, Albert H. Schreiner, Jakob Walcher.«

1. Die Arbeiter unter dem Nazi-Regime

Es liegt im Wesen des Nationalsozialismus, die Organisationen der einzelnen Bevölkerungsschichten in seiner Hand zu monopolisieren, um sie total beherrschen zu können. Alle nicht-nationalsozialistischen Organisationen werden von ihm als potentielle Widerstandsherde zerschlagen oder »gleichgeschaltet«. Was sich von diesen Organisationen erhalten hat, wird als staatsfeindlich verfolgt und lebt in der Illegalität. So war es *Hitlers* erster Streich, die großen Arbeiterorganisationen in Deutschland zu zerschlagen, die Arbeiter selbst aller kollektiven Entfaltungsmöglichkeiten zu berauben, seien es Arbeitsverträge, Zusammenkünfte und Versammlungen, Einrichtungen der Selbstverwaltung in der staatlichen Sozialversicherung oder soziales Schrifttum und Gewerkschaftszeitungen. Die gesamte Arbeiterschaft mußte zunächst atomisiert werden, da jede Organisation für sie eine Waffe der Abwehr war. Diese Wehrlosmachung geschah einmal durch systematische Diffamierung der Führer der Oppositionsbewegung und dann durch gewaltsame Unterdrückung der Massen selbst. Die Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften ist ein klassisches Beispiel für das faschistische System der Machtergreifung und Machtbehauptung. Sie war mit eine der Folgen der politischen Uneinigkeit der deutschen Arbeiter, die den geschlossenen Einsatz ihrer Macht gegen den Nationalsozialismus verhinderte.

Nachdem zehn Millionen Arbeiter ihrer gewerkschaftlichen Organisationen beraubt worden waren, suchte *Hitler* mit der Gründung der »Deutschen Arbeitsfront« (DAF) den Rahmen zur organisatorischen Erfassung aller Arbeiter und Angestellten zu schaffen, um sie im Sinne des Nationalsozialismus zu erziehen und in der Richtung von *Hitlers* Krieg zu orientieren. Die Mitgliedsbeiträge dieser Zwangsorganisation dienten der Mitfinanzierung des Krieges. Die DAF ist zwar beruflich gegliedert, war aber niemals irgendwie ein Ersatz für die aufgelösten Gewerkschaften. Sie ist ihrem Wesen nach das Gegenteil einer Gewerkschaft. Statt ein Instrument der Arbeiter zur

48 Nicht in den Akten.

1 In der Sammlung Glaser, IfZ, ED 202, Bd. 2, befindet sich ein inhaltlich weitgehend identischer »Bericht über den Wiederaufbau einer Gewerkschaftsbewegung in Deutschland« (im folgenden zitiert »Bericht«) von Juli 1944 vom »Unterausschuß des Studienkomitees für Gewerkschaftsfragen« des Councils for a Democratic Germany.

Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen ist die DAF ein Organ zur Niederhaltung und Terrorisierung der Arbeiterschaft auf wirtschaftlichem Gebiet.[2]

Durch Terror und soziale Demagogie (»Kraft durch Freude« etc.), dadurch, daß die Nazis durch Ankurbelung der Kriegskonjunktur für Teile langjähriger Erwerbsloser Arbeit und Brot brachten und durch militärische Erfolge in den ersten Jahren des Krieges ließ sich zeitweilig zwar auch ein Teil der Arbeiterschaft verwirren. Beim Kern der deutschen Arbeiter erhielt und bewährte sich jedoch die ausgezeichnete sozialwirtschaftliche Schulung, mögen sie früher den Freien oder Christlichen Gewerkschaften angehört haben. Diese Arbeiter blieben in den Jahren der Nazidiktatur Träger und Kristallisationspunkt der antifaschistischen Widerstandsbewegung.

Görings Wirtschaftspläne konnten durchgeführt werden, insoweit es sich um das tote Material für die Kriegsführung handelte Beim Versuch der DAF dagegen ist Dr. Robert *Ley* restlos gescheitert, die lebendigen, menschlichen Träger der Arbeit, d.h. die produktiven Kräfte des deutschen Volkes innerlich irgendwie für den Arbeiterverband des Nationalsozialismus zu gewinnen. Der im Anfang der Hitler-Diktatur unternommene Versuch, der DAF das Mäntelchen einer Scheindemokratie umzuhängen und den Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht vorzutäuschen, waren die 1934 erstmalig durchgeführten sogenannten Vertrauensrätewahlen,[3] bei denen die Arbeiter trotz Terrors überwiegend ihre alten gewerkschaftlichen Vertrauensräte wählten. Die Wahlergebnisse wurden teils von den Nazis gefälscht, teils als ungültig erklärt. Die dritte Vertrauensrätewahl wurde wohl noch angekündigt, aber dann überhaupt nicht mehr durchgeführt.

Die DAF zählt als ausgesprochener Zwangsverband über zwanzig Millionen Beitragszahler, ist aber trotz riesenhafter Anstrengungen der größte sozialpsychologische Mißerfolg des Hitler-Regimes geblieben. Das Leben einer Gewerkschaft hat eigene Gesetze, die vom Schicksal des Arbeiters in der modernen Industriewirtschaft nicht zu trennen sind. Wer versucht, der natürlichen Schicksalsgemeinschaft der arbeitenden Menschen ihre soziale und organisatorische Entfaltungsmöglichkeit zu versagen, wird diese Menschen auch niemals politisch gewinnen.

Bei Ausbruch des Krieges mußte *Hitler* in einer Besprechung mit Industriellen[4] zu seiner großen Enttäuschung erfahren, daß die Arbeiter wohl ihre Beitragssteuer zur DAF leisten (Lohnabzug durch den Unternehmer), ihr aber nur gezwungenermaßen angehören, ohne von Dr. *Ley* in ihrem Denken und Fühlen irgendwie beeinflußt zu werden. *Hitler* hatte das Ethos der Arbeit und das daraus strömende Selbstbewußtsein der deutschen Arbeiter verkannt.[5] Sein Versuch, das militärische Führerprinzip im Betrieb einzuführen, wonach der Unternehmer als Führer, die Arbeiter als gehorsame Soldaten gedacht waren, hat Schiffbruch erlitten. Die Sprecher der Industrie erklärten *Hitler*,[6] daß die große Mehrheit ihrer Arbeiter nach wie vor im Sinne ihrer früheren gewerkschaftlichen Erziehung eingestellt seien. Die jüngeren Kräfte aber, denen gewerkschaftliche Tradition fehle, zeigten teilweise schlimme Anzeichen von Demoralisation, unter der die Unternehmer in ihren Betrieben zu leiden hätten. Das gelte vor

2 Im »Bericht« folgen hier die Sätze:
»Die Nazikriegswirtschaft war ein bis aufs kleinste konsequent durchdachter staatlicher Apparat, der funktioniert hat, soweit es sich um Rohstoffbeschaffung, Umstellung der Friedensproduktion auf die Kriegsbedürfnisse, Lenkung der Rüstungserzeugung und Finanzierung der Kriegswirtschaft handelte. Der einzige Zweig der Nazi-Kriegswirtschaft, der von Anfang an versagt hat, war die Deutsche Arbeitsfront. Das ist ein glänzendes Zeugnis für die unbeirrbar demokratische Grundeinstellung des größten Teiles der deutschen Arbeiter«; ebd.

3 Zu den Vertrauensrätewahlen 1934 vgl. Einleitung, S. 46ff.

4 Termin, Ort und Inhalt der Besprechung konnten nicht ermittelt werden .

5 Im »Bericht« (vgl. Anm. 1): »völlig verkannt«.

6 Im »Bericht«: dem »erstaunten Hitler«; vgl. ebd.

allem für bestimmte Nazi-Betriebsfunktionäre. Einzelne Industrielle hätten sogar den Versuch gemacht,[7] mit früheren Gewerkschaftsführern in Kontakt zu treten, um die Errichtung einer nationalen Gewerkschaft zu erwägen.

Inzwischen hat die DAF einen katastrophalen Niedergang erlebt. Ihre Versammlungen sind entweder dürftig besucht oder es kommt zu unerwünschten Auseinandersetzungen, die meist den vorzeitigen Abbruch der Versammlung zur Folge haben. In letzter Zeit hat die Leitung der DAF ihre Organisation selbst soweit abgebaut, daß im wesentlichen nur der bürokratische Apparat der Fachgruppen übrig geblieben ist, die vor allem die Aufgabe haben, die Zeitungen für die einzelnen Berufe herauszugeben. Das tatsächliche Scheitern der DAF ist ein schlagender Beweis gegen die häufig im Ausland wiederkehrende Behauptung, daß von einer Aktivität der Anti-Nazi-Opposition innerhalb Deutschlands nichts zu sehen sei. Eine der ersten großen Niederlagen *Hitlers* war das Versagen der Arbeitsfront.[8]

Im Kern sind die deutschen Arbeiter unentwegt Gewerkschaftler geblieben, durchdrungen von der Erkenntnis der Entfaltung ihrer kollektiven organisatorischen Kraft. Wer auch immer eine Kooperation mit den deutschen Arbeitern für wünschenswert erachtet, wird sie nur gewinnen können, wenn er ihnen zunächst die Basis ihrer sozialen Gemeinschaft unbeschränkt überläßt und ihnen das Recht der freien Koalition und echten Selbstorganisation gewährt.

2. Der Betrieb als Quelle kollektiver Kraft

Mit dem Versagen der Deutschen Arbeitsfront ist der Nazismus des wichtigsten Instruments zur Schaffung einer dauerhaften Massenbasis verlustig gegangen. Die von den Nazis befohlenen Straßenaufzüge, Massenparaden haben gleichfalls aufgehört, so daß in der Propaganda die Radio-Inspiration übrig bleibt, deren Wirksamkeit heute kaum mehr als zeitweise Beruhigung der bedrückten Bevölkerung erreichen kann. Auf der anderen Seite genügt die Untergrundbewegung auch in ihrer heute äußerst erschwerten Aktivität, um die Zersetzung der Nazi-Massenbasis weiter zu treiben.

Während der zehn Jahre Hitler-Diktatur haben Organisationsformen und Methoden des illegalen Kampfes im Betrieb mannigfaltig gewechselt, sich den durch Terror verschärften Kampfbedingungen und der sich gegen früher völlig veränderten Zusammensetzung der Betriebsbelegschaften angepaßt (Einströmen von Millionen ehemals selbständiger Kleinhandwerker und Kleingewerbetreibender, von Frauen und Jugendlichen in die Betriebe, denen kollektives Handeln fremd war. Außerdem kamen später Millionen ausländischer Arbeiter, die in die Betriebe eingestellt wurden).[9] Meist existierte im Betrieb neben den sogenannten Vertrauensräten und Amtswaltern der DAF (Stellen, in die in vielen Fällen Antifaschisten eingedrungen waren) ein Kader von illegalen Vertrauensleuten, meist alte erfahrene frühere Gewerkschaftler, die den wirklichen Widerstandsherd im Betrieb gegen Nazis und Unternehmerwillkür bilden.

Der Widerstandswille der Opposition, insbesondere der Arbeitermassen, sollte weder nach der Zahl der bekannt gewordenen Sabotageakte noch ausschließlich nach den Berichten über illegale Tätigkeit beurteilt werden, schon weil heute kaum von einer nennenswerten Berichterstattung aus Deutschland gesprochen werden kann. Die Rolle der deutschen Arbeiterschaft beim kommenden Sturz der Diktatur und ihr

7 Im »Bericht«: »Hitler erfuhr bei dieser Gelegenheit zu seinem Entsetzen, daß einige Zeit vorher einzelne Industrielle sogar den Versuch gemacht hätten [...]«; ebd.

8 Im »Bericht«: »In Wirklichkeit hat Adolf Hitler nach mehr als zehn Jahren intensivster Propaganda die Schlacht an der Arbeitsfront verloren«. Dem folgenden Satz ist der Halbsatz vorangestellt: »Mögen die deutschen Arbeiter in der Wahl ihrer Mittel des Widerstandes weniger zu spontanen Aktionen geneigt sein als die Arbeiter anderer Nationen [...]«; ebd.

9 Dieser Satz fehlt im »Bericht«; vgl. ebd.

Zusammenwirken mit den Streitkräften von außen zur Zeit des Zusammenbruches des Regimes kann nur beurteilen, wer den deutschen Arbeiter kennt. Tausende der Vertrauensleute sind in zehn Jahren hingemordet worden, hunderttausende schmachten heute noch in Zuchthäusern, Gefängnissen und Konzentrationslagern, ein blutvoller Beweis für die Opferbereitschaft und das Heldentum der deutschen Arbeiterschaft. Der illegale Kampf gegen den Nazismus ist für die deutschen Arbeiter nur eine Etappe in der Gesamtauseinandersetzung mit den Nazis. Es liegt im Wesen dieser Arbeiterschaft und auf der Linie ihrer langjährigen gewerkschaftlichen Schulung, daß sie den Endkampf nicht als einen Putsch vorbereitet, sondern daran denkt, die eigentliche Entscheidungsschlacht in einer möglichst organisierten Form zu führen. Millionen haben einen wirksamen Kampf durch Verlangsamung der Arbeit in der Kriegsproduktion geführt.[10] Mögen es Nichtwissende als konservativ bezeichnen, daß die deutschen Arbeiter zunächst jede Aktion organisieren wollen. Sie sind darin bestärkt durch die Erfahrung aus den ersten Jahren des illegalen Kampfes, in denen mangelhaft vorbereitete Aktionen mit schweren Opfern bezahlt werden mußten.[11] Und es entspricht ihrer langjährigen gewerkschaftlichen Schulung,[12] wenn die denkenden Arbeiter in jeder Situation den Weg der organisierten Kraftentfaltung beschreiten, weil sie durchdrungen sind von der Wahrheit, daß das Schicksal des einzelnen auch das Schicksal der ganzen Arbeiterschaft ist.

So wenig deshalb auch unter dem furchtbarsten Terror der Nazis die Arbeiter eine Neigung zum Individualterror als Abwehrmittel entwickelt haben, so stark und unvermindert ist ihr kollektivistisches Denken geblieben. Die Kritiker der deutschen Arbeiter wenden ein: was nützt es, in kollektiven Begriffen zu denken, wenn es im ganzen Lande keinerlei Organisation geben darf und schon jedes Treffen von fünf Menschen als eine Konspiration mit brutaler Gewalt im Keim erstickt wird? Wir haben gerade hervorgehoben, daß *Hitler* den kleinsten Rest von legaler Arbeiterorganisation zerstört hat, aber es gibt in jedem Industriestaat einen Arbeiterkollektivismus, der ohne eine äußerlich sichtbare Organisationsform zu beanspruchen, einfach automatisch eine Gemeinschaftsorganisation in sich selbst bedeutet – das ist der industrielle Betrieb.

Es ist ein leuchtendes Zeichen des sozialen Bewußtseins der deutschen Arbeiterschaft, daß sie nach Zerschlagung ihrer Berufsorganisationen ohne Presse- und Versammlungsfreiheit, ohne zentrale Führung und unter den Augen von Tausenden von Nazi-Agenten ihre Betriebsgemeinschaft als die einzig erlaubte tägliche Versammlung und als die Quelle ihrer unzerstörbaren Kraft erkannt und sorgsam gepflegt hat. Weder *Hitler* noch *Himmler* waren in der Lage, die soziale Schicksalsgemeinschaft der Bergleute in der Grube, der Schiffbauer auf der Werft, der Arbeiter in der Fabrik oder einer Werkstatt aufzulösen. Die deutschen Arbeiter haben erkannt, daß mit der wachsenden Rüstungsproduktion und dem steigenden Mangel an Arbeitskräften ihre Unentbehrlichkeit den Betrieb mehr und mehr zum Kraft- und Willenszentrum aller kommenden Widerstandsregungen machen muß. So sind heute in den Belegschaften der industriellen Großbetriebe alle Vorbereitungen künftiger Umsturzbewegungen konzentriert. Sie haben zwar keine legale Organisation, die Zusammenkünfte veranstalten dürfte, aber sie verfügen über eine Betriebsorganisation, die bei Strafe der Stillegung aller Produktion niemals verboten werden kann und wird. Diese Betriebsarbeiter arrangieren seit langer Zeit nur noch »erlaubte« Aktionen, sie fordern gemeinschaftlich kleine Dinge, wie »Schönheit der Arbeit« (Blumen am Fabrikfenster, bessere Beleuchtung der Arbeitsräume usw.). Im nächsten Betrieb wird »gemäß einer

10 Dieser Satz fehlt im »Bericht«; vgl. ebd.

11 Dieser Satz ist im Vergleich zum »Bericht« neu eingefügt; vgl. ebd.

12 Im »Bericht« heißt es dagegen: »es entspricht dem Willen zur Macht [...]«; ebd.

Anweisung des Führers« eine bescheidene Weihnachtsvergütung vorgeschlagen. Gelegentlich hat eine Betriebsgemeinschaft darum »gekämpft«, daß die Lohnauszahlungsperiode statt der verfügten zehntägigen wieder eine wöchentliche sein muß.[13] Das Ziel all dieser an sich unbedeutenden Aktiönchen war, die Solidarität aller Arbeiter im Betrieb herzustellen. So ist die Zusammenfassung der Sozialisten, der christlichen Arbeiter, der Kommunisten und auch der unzufriedenen Naziangehörigen im einzelnen Betrieb mit hundertprozentiger Vollständigkeit erreicht worden. Während die Erziehungsdiktatur der Arbeitsfront versagt hat, war die demokratische Erziehung in der Betriebsgemeinschaft vom Erfolg begleitet. Die Mitglieder einer Belegschaft sind im Ringen um kleine Dinge erzogen worden, zum gegebenen Zeitpunkt mit derselben Geschlossenheit den politischen Kampf um den Sturz der Diktatur zu führen. Die Betriebe sind auch jene Stätten geworden, an denen deutsche, französische, belgische, polnische, norwegische, italienische und russische Arbeiter ihre Kampfgemeinschaft gegen den Nazismus schweißen und schmieden.

Wer auch immer zur deutschen Arbeiterschaft von draußen zu sprechen wünscht, wer sie als Verbündete in der Stunde der Entscheidung gewinnen will, und wer an der Lösung des künftigen Arbeiterproblems in Deutschland tätig sein will, der muß ihre Betriebsgemeinschaft von heute verstehen lernen. Sie zu nutzen, heißt die Betriebsgemeinschaft zum Ausgangspunkt einer deutschen Arbeiterbewegung wählen.

3. Wiederaufbau der demokratischen Kräfte

Die innerpolitische Neugestaltung Deutschlands wird schon aus den durch die Niederlage gegebenen Bedingungen äußerst schwierig sein. Die Stillegung aller für den Kriegsbedarf produzierenden Betriebe, die Auflösung der Armee, die Zerstörung von Wohn- und Arbeitsstätten, die Desorganisation des Verkehrs, die Versorgung der Bevölkerung, Verwirrung in der Verwaltung und die innere Auseinandersetzung mit den Nazis werfen Probleme auf, die auch keine von den militärischen Mächten eingesetzte Behörde ohne aktive Mithilfe der demokratischen Kräfte des deutschen Volkes lösen kann. Ein einfacher und sicherer Weg demokratischer Zusammenfassungen ist die Bildung von Gewerkschaften, weil ihr betrieblicher Kern noch vorhanden ist. Es hat sich in Italien bereits nach der Befreiung gezeigt, daß trotz zwanzigjähriger Herrschaft des Faschismus die Arbeiterschaft am wenigsten infiziert war und fast automatisch zum Wiederaufbau der Gewerkschaften überging. Angesichts der Schulung der deutschen Arbeiter dürften diese Voraussetzungen in Deutschland noch günstiger sein. Es ist heute nicht vorauszusehen, inwieweit nach der Niederlage in Deutschland überhaupt eine zentrale zivile Regierungsgewalt oder Verwaltung bestehen wird. Die örtliche Reorganisation der Gemeinden und des lokalen Lebens der Bevölkerung bleibt daher als vordringliche Aufgabe. Ein Wiederaufbau der Gewerkschaften von unten nach oben wäre nicht nur ein Anfang zur allgemeinen Konsolidierung, sondern gleichzeitig ein Weg zur Demokratisierung des Landes auf der Basis einer Massenbewegung. Je einheitlicher die verschiedenen Arbeitergruppen und früheren Gewerkschaftler in ihrer Zielsetzung und Zusammenarbeit sind, um so reibungsloser und einheitlicher werden sich auch alle positiv zum neuen Staat eingestellten politischen Parteigruppen zur Gemeinschaftsarbeit zusammenfinden. Das italienische Beispiel hat gezeigt, daß andererseits durch die Koalition der wichtigsten politischen Parteien die Bildung der Einheitsgewerkschaft erleichtert und beschleunigt wird. Es besteht begründeter Anlaß zur Annahme, daß nach dem Zusammenbruch des Nazismus eine echte und haltbare Demokratisierung überhaupt nur von unten nach oben erfolgen kann. Die Zerstörung der Hitler-Diktatur in der Spitze

13 Vgl. hierzu die zahlreichen Belege in Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934–1940.

würde die Durchsetzung der Bevölkerung mit Nationalsozialisten nicht beseitigen können. Der Nazismus ist eine Bewegung, die nur durch die Ausrottung in den Wurzeln wirklich überwunden werden kann. Das aber ist nur denkbar, wenn neben polizeilichen und gesetzlichen Maßnahmen eine anti-nazistische und demokratische Bewegung vorhanden ist, die in den Betrieben, in den Wohnblocks und im Leben der breiten Massen überhaupt gegen die Nazis wirksam wird. Eine solche aktive Gegenbewegung von unten her ist umso unerläßlicher, als die Nazis vor ihrer Niederlage eine weit verzweigte und fein gegliederte illegale Organisation gebildet haben werden. Diese verbleibenden Nazi-Zellen können weder von oben noch von außen, sondern nur durch eine demokratische Volksorganisation von innen heraus getroffen werden.

Diese Organisation sind die Gewerkschaften, die neu hergestellt werden sollten. Der gelegentlich erwähnte Vorschlag, die Errichtung von Gewerkschaften technisch zu erleichtern, indem man einfach die Deutsche Arbeitsfront als Organisationsgerippe übernimmt und die von Nazis besetzten Ämter mit zuverlässigen Vertrauensleuten bestellt, ist unmöglich.[14] Die anti-nazistischen Kräfte in Deutschland würden jeder Neuordnung mit Mißtrauen begegnen, in der irgendwelche der früheren Nazi-Organisationen weiter bestehen sollten. Es ist aus rein psychologischen Erwägungen undenkbar, auch nur den äußeren Rahmen der DAF-Zwangsorganisationen beizubehalten. Die Auflösung der DAF muß selbstverständlich von Maßnahmen begleitet sein, die bezwecken, das ihr gehörige mobile und immobile Vermögen der neuen Gewerkschaftsbewegung wieder zuzuführen.

Die deutsche Arbeiterschaft, die über zehn Jahre hindurch in Unfreiheit zu leben gezwungen war, wird das natürliche Bedürfnis haben, eine geistige Klärung herbeizuführen und in freier Diskussion ihre Selbstverständigung über die neue Selbstorganisation zu finden. Demokratie kann sich nur entwickeln, wo Selbstverwaltung und Selbstverantwortung von Anfang an für den Neuaufbau richtunggebend sind.

4. Schaffung der Einheitsgewerkschaft

Die Reorganisation von Gewerkschaften ist neben den Gemeinschaften der Religionsbekenntnisse und Kirchen diejenige Koalition von Menschen, die in Deutschland ohne längere Übergangszeit sofort in Angriff genommen werden kann. Einmal haben sich trotz aller Organisationsverbote unter dem Naziregime die Gesinnungsgemeinschaften der Arbeiter erhalten und zum anderen sind in den vorher erwähnten Betriebsgemeinschaften die Grundelemente für eine neue Gewerkschaft vorhanden. Eine industrielle Arbeiterorganisation, die nur nach Betrieben gegliedert wäre, würde zwar die Gefahr syndikalistischer Tendenzen in sich bergen. Wenn dagegen die Betriebseinheit organisch örtlich, regional und zentral weiter zur Gesamtgewerkschaft entwickelt wird, ist eine solche Gefahr gebannt. Die sofortige Bildung einer gewerkschaftlichen Betriebsgruppe in jeder Fabrik würde etwa dem Unit (Einheit) der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung entsprechen. Die Betriebsgruppen hätten sich in jedem Industriezweig sofort zu einer Ortsgruppe zu vereinigen, die Ortsgruppen zur Bezirksorganisation und diese Regionalverbände streben sobald als möglich die Bildung der Reichsorganisation, d.h. des Industrieverbandes an. Parallel zu dieser Organisation der Arbeiter einer Industrie hätte sich der Gewerkschaftsaufbau aller Industrien zu entwickeln. Die Ortsgruppen der Industrien schließen sich zum Ortskartell der Gewerkschaften zusammen, die Ortskartelle zum Bezirksverband, die Bezirksverbände zum zentralen Gewerkschaftsbund. Eine solche Rekonstruktion würde auch von Anfang an ein größeres Eigenleben der lokalen Organisationen sichern, wie es auch bereits in den englischen und amerikanischen Trade Unions

14 Vgl. dagegen die Position von F. Tarnow; Dok. 47.

besteht, während die frühere deutsche Gewerkschaftsbewegung zweifellos an einer Überzentralisierung gelitten hat.

Die Mitgliedschaft in den Betriebseinheiten würde sich aus den Arbeitern und Angestellten unter Eliminierung der aktiven Nazis bilden. Die Vertrauensleute müßten den Nachweis ihrer Zuverlässigkeit erbringen, teils durch ihre frühere Zugehörigkeit zu den zerstörten Gewerkschaften, teils durch ihre antinazistische Aktivität in der Zeit des Hitler-Regimes.

Die neue Gewerkschaft soll einheitlich sein; es soll von Anfang an darauf verzichtet werden, eine Teilung nach politischen Richtungen und Parteien zuzulassen. Schon in den letzten Jahren vor *Hitler* ist in weiten Kreisen die Spaltung der deutschen Arbeiterschaft in drei Gewerkschaftsrichtungen als historisch überholt angesehen worden.[15] Es ist aus allen Berichten aus Deutschland erwiesen, daß die Arbeiter *in* Deutschland künftig nur noch *eine* Gewerkschaft wünschen, ähnlich ihrer Einheit in den erwähnten Betriebsgemeinschaften. Um diese Einheit zu gewährleisten, wird es unerläßlich sein, daß die neue Gewerkschaft ihre Hauptaufgabe darin sieht, die wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter zu sein. Sie will und wird kein Ersatz für politische Parteien sein. Sie wird zunächst auf Lohnfragen, Arbeitsbeschaffung, Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenfürsorge, Arbeiterschutz und Arbeiterwanderung konzentriert sein müssen. Sie hat in jeder ihrer Tagesaufgaben das Ziel einer Gesamtlinie zu verfolgen, nämlich die gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeitnehmer in einer späteren Wirtschaftsorganisation und -verfassung. Der Aufbau der Gewerkschaft ist ein Teil des Aufbaues einer neuen Wirtschaftsdemokratie.[16]

Um die Einheit der Gewerkschaft zu gewährleisten, genügt es nicht, daß sie sich auf Arbeits- und Wirtschaftspolitik konzentriert und eine parteipolitische Neutralität bewahrt. Die Gewerkschaften müssen in Zukunft neutral auch in Sachen der Religion sein. Das heißt, sie müssen das religiöse Bekenntnis aller ihrer Mitglieder achten und dürfen nichts unternehmen, das einen Arbeiter oder Angestellten in einen Gewissenskonflikt oder in einen Widerstreit mit seinen religiösen und kirchlichen Pflichten bringen könnte. Dem muß auch das Arbeiterbildungswesen Rechnung tragen.

Im wohlverstandenen Interesse einer organischen Eingliederung der deutschen in die künftige europäische Wirtschaft muß es gelegen sein, daß die deutsche Einheitsgewerkschaft gute Beziehungen zur internationalen Gewerkschaftsbewegung sucht und pflegt. Das stark erschütterte Vertrauen der Arbeiter anderer Länder zu den deutschen Arbeitern sollte durch praktische Zusammenarbeit wieder hergestellt werden.

Die Fronten der Menschen werden nach dem Kriege nicht nur nach nationalen Gesichtspunkten laufen; es gibt soziale Grenzen, die quer durch alle europäische Nationen gezogen sind.

5. Allgemeine Aufgaben der Gewerkschaft

Die deutschen Arbeiter werden sich nach diesem Krieg in erhöhtem Maße ihrer Verantwortung für den Wiederaufbau des Landes und seiner Eingliederung in eine neue friedliche Welt bewußt sein.[17] Ihre große Schulung auf dem Gebiet der Selbstverwaltung sollte eingesetzt werden. Die Organisation der Volksernährung, des Gesundheitswesens, der allgemeinen Wohlfahrtspflege und der lokalen Gemeindeverwaltung wird, wie das italienische Beispiel gezeigt hat, nicht ohne aktive Mitwirkung

15 Vgl. Jahn, Quellen IV; ferner Gerhard Beier, Einheitsgewerkschaft. Zur Geschichte eines organisatorischen Prinzips der deutschen Arbeiterbewegung, in: Ders., Geschichte und Gewerkschaft. Frankfurt a. M. 1981, S. 315–389.

16 Vgl. hierzu auch Dok. 269, 267.

17 Vgl. hierzu auch Link, Mit dem Gesicht, S. 649 ff.

der demokratischen Elemente im Lande möglich sein. Sobald örtliche Gewerkschaften errichtet sind, ist ein Instrument gegeben, diese schwierigen und nächsten Aufgaben reibungslos zu lösen.

Es sei schließlich darauf hingewiesen, daß unmittelbar nach einer Invasion in Deutschland allgemein, gebietsweise oder auch örtlich mit revolutionären Erhebungen der anti-nazistischen Bevölkerung gegen ihre Unterdrücker gerechnet werden kann. Sie werden sich in Demonstrationen, Streiks und betrieblichen Aktionen äußern. Welche Form sie auch immer annehmen, ihr Verlauf und ihre Ziele werden in erster Linie von den tragenden Kräften im Lande bestimmt. Die demokratischen Mächte der United Nations sollten einer solchen Freiheitsbewegung nicht in die Arme fallen, sondern die Arbeiterschaft in ihrer demokratischen Aktivität und Kraftentfaltung unterstützen.

Der deutsche Arbeiter hat die Härten der Diktatur auf keinem Gebiet tiefer und mehr empfunden als in der Zerschlagung seiner organisierten Gemeinschaft. Seine Schicksalsgemeinschaft war und ist ihm alles. Die Arbeiterorganisation ist die stärkste Vertrauensbasis, auf der sich ein wahrhaft demokratisches Deutschland entfalten kann. Sie ist die Vertrauensbasis, auf der sich nach Krieg, Zerstörung und Entfremdung die europäischen Menschen wieder begegnen und finden werden, um gemeinsam und neu zu beginnen am Aufbau einer neuen und besseren Welt.

DOKUMENT 258

15. 7. 1944: Schreiben von Siegfried Aufhäuser und Paul Hertz, New York, an Walter Schevenels, London, über die Vorbereitungen zur Gründung einer German Trade Union Delegation in the United States

AdsD, DGB-Archiv, Nl. M. Plettl II. Maschinenschriftliche Abschrift.

Das Schreiben benennt die Teilnehmer einer vorbereitenden Sitzung für die Gründung einer gewerkschaftlichen Landesgruppe in den USA, benennt ferner die informierten und die noch für die Gruppe zu gewinnenden deutschen Gewerkschafter in den USA und charakterisiert die Position des zu bildenden Gewerkschaftskomitees zum IGB.

We are writing you today in reference to the discussion we had in Philadelphia[1] and New York in relation to the creation of a German Trade Union Delegation in the United States.

As a result of our discussion a meeting was held on June 25, in which the following friends, who reside in New York, took part:

S[iegfried] *Aufhäuser*	formerly	Union of Technical Employees
Paul *Hertz*	formerly	General Union of White Collar Workers
Albert *Grzesinski*	formerly	Union of German Metal Workers
Erich *Schmidt*[2]	formerly	Union of Lithographers

1 Gemeint ist die 26. Tagung der ILO in Philadelphia vom 20.4.–12.5.1944, an der Schevenels teilgenommen hatte.

2 Erich Schmidt (geb. 4.8.1910), Offsetdrucker, Journalist, ab 1924 Gewerkschaftsmitglied, ab 1928 SPD, 1931 Wahl zum SAJ-Bezirksvorsitzenden von Berlin, 1933 wegen Linksopposition SPD-Ausschluß, Juni 1933 verhaftet, August 1933 Flucht in die Schweiz, 1937 nach Paris, 1939 interniert, 1940 mit Unterstützung des Jewish Labor Committee in die USA, Mitglied des Council for a Democratic Germany.

Jacob *Walcher*	formerly	Union of German Metal Workers
Maria *Juchacz*[3]	formerly	Union of Clothing Workers
Gerhard *Dannies*	formerly	Central Union of Transport Workers
Emil *Kirschmann*[4]	formerly	Central Union of White Collar Workers
Ludwig *Hacke*[5]	formerly	Central Union of Typographical Workers
Walter *Fraser* (Friedeberg)	formerly	Union of Physicians
Eva *Pfister*	formerly	Central Union of White Collar Workers
Willi *Snell*[6]	formerly	Union of Technical Employees

The following friends who do not live in New York: G[eorg] *Dietrich* – German Typographical Union – Nikolaus *Haas* – Union of Textile Workers, were informed about the purposes of the meeting and they approved our program.

It is our hope that we shall also obtain the cooperation of eight other former trade unionists, namely: Martin *Plettl* – Union of Clothing Workers, Hans *Arons*,[7] ADGB, Alfred *Braunthal*, ADGB, Paul *Levy*,[8] Central Union of Transport Workers, Wilhelm *Sollmann*, ZdA, Richard *Hansen*, G[eor]g *Reinbold*,[9] Hans *Unterleitner*[10] all three Union of German Metal Workers. If we succeed in this, it will mean that all of the German unionists who are at all known who are at present in the United States will be working together.

Those present at our meeting welcomed your proposal for the creation of a committee of German trade unionists who work with the International Federation of Trade Unions for the reconstruction of free trade unions in Germany. As you suggested our group will call itself German Trade Union Delegation in the USA. Working as closely as possible with the International Federation and with our fellow trade unionists in London,[11] we shall cooperate in trying to solve our mutual problems and in trying to fulfill our special obligations. We shall try to get as much support and assistance as possible from the American Trade Unions for these purposes.

We assume that this program is in keeping with the plans of the IFTU. We should like to have a letter to this effect and also your recommendations and suggestions so that we may definitely establish our group.[12] As we said at the time it seems to us necessary

3 Zu den biographischen Daten von Marie Juchacz vgl. Ruck, Quellen II, S. 1044; ferner Röder, Handbuch, S. 337.
4 Zu Emil Kirschmann vgl. S. 739.
5 Ludwig Hacke, SPD, vor 1933 Redakteur der Volkszeitung für das Vogtland, 1931 Vorsitzender des SAP-Bezirks Südwestsachsen, 1932 Mitglied des SAP-Parteivorstandes, 1933 Emigration nach Frankreich, Mitglied der SAP-Auslandsleitung.
6 Wenig später bemühte sich auch die German Labor Delegation erfolgreich um die Mitgliedschaft von Willy Snell, Paul Levy (später Paul Lynn), Gustav Ferl und M. Plettl; vgl. Brief von Rudolf Katz an M. Plettl, 18.10.1944, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Plettl; vgl. auch Link, Mit dem Gesicht, S. 695.
7 Hans Arons (geb. 1889), Nationalökonom, ab 1925 Angestellter der volkswirtschaftlichen Abteilung des ADGB-Bundesvorstandes, 1933 Emigration in die USA.
8 Vgl. Anm.6; nach dem Handbuch des Vereins Arbeiterpresse (S. 178) war Paul Levy, geb. 9.11.1886, Krankenpfleger und seit 1922 Angestellter im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband.
9 Georg Reinbold (1885–1946),vor 1933 Landesvorsitzender und Landessekretär des SPD-Bezirks Baden, MdL, Vizepräsident des badischen Landtags, nach seiner Flucht 1933 Grenzsekretär der Sopade in Hannweiler/Saar und ab 1935 in Luxemburg; 1941 Emigration in die USA.
10 Hans Unterleitner (27.1.1890–1971), Metallarbeiter, SPD, 1918 USPD, November 1918-April 1919 Minister für soziale Fürsorge, Bayern; 1920-Mai 1924, Dezember 1924-Juni 1933 MdR (SPD), Juni 1933 verhaftet, KZ Dachau, 1935 Haftentlassung auf Probe, 1936 Flucht in die Schweiz, 1939 Emigration in die USA, 1941 Vorstandsmitglied des German-American Council for the Liberation of Germany from Nazism.
11 Gemeint ist die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien.
12 Dieses Unterstützungsschreiben von Schevenels erfolgte am 18.8.1944. Die wichtigste Passage ist zitiert in Dok. 259.

that the IFTU accredit us as its liaison for the German Trade Union Movement with American Trade Unions for the AFoL credentials should go to: ... for the CIO they should go to: ...

A copy of this letter is also going to our friend *Gottfurcht*.[13]

We wish to assure you again that our only interest is in building an auxiliary group in America to aid in IFTU's difficult task of reconstruction of the European Trade Union Movement. May we hope for a reply as soon as possible.

Fraternally yours,
signed: Siegfried Aufhäuser, Paul Hertz

DOKUMENT 259

15. 9. 1944: Rundschreiben von Siegfried Aufhäuser und Paul Hertz, New York, zur Gründung eines deutschen Gewerkschaftskomitees in den USA

AdsD, DGB-Archiv, Nl. M. Plettl II. Maschinenschrift. Eigenhändig unterzeichnet.

Werter Kollege!

Wie Ihnen bekannt sein dürfte, haben sich seit längerer Zeit sowohl in London[1] als auch in Stockholm[2] lose Arbeitskreise früherer deutscher Gewerkschafter gebildet. Die von Hans *Gottfurcht* geleitete Gruppe in London ist dem Internationalen Gewerkschaftsbund als »Trade Union Centre for German Workers in Great Britain« unmittelbar eingegliedert.

Es war von Gewerkschaftsfreunden wiederholt angeregt worden, auch für die Kollegen in den Vereinigten Staaten eine ähnliche Zusammenfassung zu schaffen.[3] Die Notwendigkeit wurde besonders damit begründet, daß gerade hier angesichts der Zersplitterung der politischen sozialistischen Gruppen eine rein gewerkschaftliche und damit parteipolitisch neutrale Gewerkschaft erwünscht sein müsse. Ich hatte dennoch Bedenken, den mir zugegangenen Vorschlägen zu entsprechen, bis Walter *Schevenels*, der Generalsekretär des IGB, anläßlich seines Aufenthaltes bei der Internationalen Arbeitskonferenz in Philadelphia [20.4.–12.5. 1944] in einer Besprechung mit Paul *Hertz* und mir die Zweckmäßigkeit einer solchen Gruppe vom Standpunkt der Gewerkschaftsinternationale aus bejahte. Ein Brief von *Gottfurcht* an *Schevenels*, in dem er gebeten wurde, mit den deutschen Gewerkschaftsfreunden in USA Fühlung zu nehmen, um das Projekt eines Gewerkschaftsausschusses zu erwägen, hatte *Schevenels* in seiner Meinung bestärkt.

Wir hatten dann mit *Schevenels* eine vorläufige Liste der Teilnehmer eines solchen Kreises zusammengestellt, die nach Fühlungnahme mit den erreichbaren Kollegen in

13 Zum Antwortschreiben von Gottfurcht vgl. ebd.
1 Vgl. Dok. 206–250.
2 Vgl. Dok. 171–205.
3 Nach einem Brief von Hans Gottfurcht, 30.10.1944, an Rudolf Katz, behauptet er, Schevenels bereits am 11.3.1944 einen entsprechenden Vorschlag gemacht zu haben, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Plettl.

New York vervollständigt und dem IGB nach London zur Begutachtung eingesandt worden ist.[4]

Kopie dieses Briefes sandten wir an *Gottfurcht*.

Schevenels hat nun mit Brief vom 18. August den Plan nicht nur offiziell bestätigt, sondern uns autorisiert, unter Vorlegung des Briefes mit den führenden Stellen der A[merican] F[ederation] of L[abor] und C[ongress] of I[ndustrial] O[rganisations] in Fühlung zu treten.[5] In der Zusammensetzung ist Wert darauf gelegt, möglichst viele praktisch berufstätige Arbeiter und Angestelle dabei zu haben. *Schevenels* schreibt über Zusammensetzung und Bedeutung des von ihm als »Advisory Board of International Federation of Trade Unions« benannten Ausschusses wörtlich:

»I also explicitly express my agreement with the composition of your Committee as suggested in your letter. I am glad to say that in my opinion its composition comprising such a great number of militant leading and experienced trade unionists of the prenazi German Labor Movement makes it undeniably most representative in the United States of the thoughts and traditions of the old free trade union movement. I therefore approve entirely and in fact strongly advise that your Committee should be set up immediately as an advisory committee to the International Federation of Trade Unions and to the American trade union organizations in view of solving our mutual problem of the reconstruction of free trade unions in Germany.[6]

Gottfurcht schreibt:[7]

»I am convinced that the setting up of a group of German trade unionists at present in USA is a necessity and I welcome very much your initiative«.

Es ist nicht an eine Gewerkschaftsorganisation gedacht, sondern an einen beratenden Ausschuß von erprobten Gewerkschaftern, der hier eine Art Hilfestelle für den IGB bilden soll. Wir haben uns erlaubt, Sie auf die Liste zu setzen und glauben, daß Sie nicht fehlen sollten.

Um die Kollegen über die Antworten von *Schevenels* und *Gottfurcht* zu unterrichten und etwaige weitere Schritte zu erörtern, wollen wir am Sonnabend, den 23. September, nachmittags 4 Uhr in der Wohnung des Kollegen Dr. Walter *Fraser*,[8] 145 East, 49th Street (corner Lexington Ave., Tel.: PL 5-1168) eine Besprechung abhalten.

Sollten Sie zu dieser Besprechung nicht kommen können, weil Sie außerhalb von New York wohnen, so würden wir Sie schriftlich informieren. Wenn später das deutsche Gewerkschaftsproblem aktuell werden wird, dürfte es Ihnen vielleicht möglich sein, an entscheidenden Konferenzen teilzunehmen.

In jedem Fall bitten wir Sie um Ihre Äußerung, ob Sie bereit sind, dem »Advisory Board of International Federation of Trade Unions« beizutreten. Antwort ist zu richten an Siegfried *Aufhäuser*,

Mit gewerkschaftlichem Gruß:
S[iegfried] Aufhäuser
Paul Hertz

4 Vgl. Brief von Siegfried Aufhäuser, Paul Hertz vom 15.7.1944 an Walter Schevenels, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Plettl II.
5 Ebd.
6 Ebd.
7 Dieses Schreiben befindet sich nicht in den Akten.
8 Walter Fraser, Arzt aus Friedeberg, Mitglied der Union of Physicians.

DOKUMENT 260

16. 9. 1944: Schreiben von Rudolf Katz, New York, an Erich Ollenhauer, London, zur Gründung einer German Trade Union Delegation in den USA

AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 44. Maschinenschrift. Eigenhändig unterzeichnet.

Lieber Freund Ollenhauer:

Ihr Brief vom 17. August[1] ist angekommen. Ich ersehe daraus, daß Sie die Situation in den Gewerkschaftskreisen der USA und unsere eigene Stellungnahme dazu nicht vollständig erfassen.[2] Am Tage nachdem ich Ihren Brief erhielt, das war gestern, kam *Aufhäuser* zu mir, um mich vorbereitend um gutes Wetter für seine geplante Gründung eines deutschen Gewerkschaftskomitees[3] in USA zu bitten. Ich habe ihm wahrheitsgemäß sehr wenig Hoffnung gemacht. Ich erklärte, daß die German Labor Delegation in ihrer Sitzung in der nächsten Woche diskutieren würde,[4] gab ihm aber gleichzeitig als meine Privatmeinung bereits eine Reihe von Gründen bekannt, die dagegen sprechen, daß wir uns an dieser völlig unnötigen und potentiell nur schädlichen Gründung beteiligen.

Praktisch ist die Lage hier nämlich so: Das von *Aufhäuser* geplante Gewerkschaftskomitee ist in Wirklichkeit nicht ein Gewerkschaftskomitee, sondern ein politisches Komitee, das außer Vertretern der alten sozialdemokratischen Partei auch noch Vertreter der drei Splittergruppen, der SAP, der ISK und von Neu-Beginnern in sich schließt.[5]

Ein solches Komitee besteht aber in einer viel besseren Fassung bereits jetzt und ist auch in dem von *Aufhäuser* vorgeschlagenen Sinn tätig, nämlich die amerikanischen Gewerkschaften für den Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaftsbewegung nach *Hitlers* Sturz zu interessieren. Dieses Komitee besteht als deutsche Gruppe im Rahmen des International Underground Labor Council. Es sind dort vier Mitglieder, nämlich: Max *Brauer*, Paul *Hertz*, Ludwig *Hacke* und Eva *Lewinski-Pfister*[6]. Diese sind ausdrücklich als Vertreter der vier Gruppen dort hineingenommen worden.

Dieser Ausschuß hat gegenüber dem von *Aufhäuser* geplanten folgende drei Vorzüge:

1) er besteht bereits seit drei Jahren und ist bei den Gewerkschaften akkreditiert;

2) er arbeitet bereits nach bestimmten Richtlinien, mit demselben Zwecke, den *Aufhäuser* erzielen will;

1 Vgl. AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 44.
2 In dem Brief von Ollenhauer hieß es u.a. zur geplanten gewerkschaftlichen Neugründung: »Nach unseren hiesigen Erfahrungen [mit der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien] kann eine solche Repräsentation deutscher Gewerkschafter nützliche Arbeit leisten, und man muß wohl auf jeden Fall damit rechnen, daß die neue Gründung in USA den Anspruch erheben wird, als eine solche Repräsentation angesehen und bewertet zu werden. [...] Wir wissen nicht, aus welchen Gründen bisher kein Mitglied der German Labor Delegation und diejenigen Parteigenossen, die sich durch die German Labor Delegation vertreten fühlen, der Vertretung beitreten sollten, soweit sie früher Mitglied einer freigewerkschaftlichen Organisation waren. [...] Wir möchten der Stellungnahme der German Labor Delegation in keiner Weise vorgreifen, aber wir glauben, daß es aus verschiedenen Gründen nützlich wäre, wenn ein gutes freundnachbarliches Verhältnis mit der Vertretung der Gewerkschafter von Anfang an hergestellt werden könnte.«
3 Vgl. Dok. 258, 259.
4 Zur offiziellen Stellungnahme der German Labor Delegation vgl. Dok. 261.
5 Zur geplanten Zusammensetzung vgl. Dok. 258.
6 Im Text irrtümlich Levitsky-Pfister und Hans Hacke; zu Ludwig Hacke, vgl. ebd., Anm. 5.

3) er ist nicht wie *Aufhäusers* geplante Gruppe durch Beziehungen zu dem neu gegründeten Council for a Democratic Germany diskreditiert.

Daß die Leitung der AFofL und der CIO hier außerordentlich scharf gegen Kommunisten, kommunistisches Eindringen, kommunistische Einflüsse und kommunistische Tätigkeit eingestellt sind – erfreulicher Weise –, dürfte Ihnen ja kein Geheimnis sein. Schon aus diesem Grunde ist es ausgeschlossen, daß ein Ausschuß deutscher Gewerkschaften, dem ein *Aufhäuser*, ein prominentes Mitglied des Councils, der auch Kommunisten in einflußreichen Positionen enthält, präsidiert und in dem die Mehrzahl der Mitglieder gleichzeitig Mitglieder jenes Councils oder zum mindesten Unterzeichner seiner Erklärung sind.[7]

Wie gesagt, werden wir erst nächste Woche offiziell dazu Stellung nehmen.[8] Ich habe aber nicht den geringsten Zweifel, daß die German Labor Delegation die Teilnahme ihrer eigenen Mitglieder an dieser Neugründung nicht nur strengstens ablehnen wird, sondern die ganze Neugründung als überflüssig, schädlich und zerstörerisch ablehnen und streng bekämpfen wird. Die Zwecke, die wir erstreben, können nur durch Fortsetzung unserer bisherigen Arbeit erzielt werden; ein Aufhäusersches Komitee würde sie von selbst totschlagen.

Im übrigen will ich Ihnen nicht verhehlen, daß ich das Gefühl habe, daß hier lediglich beabsichtigt ist – in Verkennung der wahren Sachlage – mit dieser Neugründung für den Council innerhalb der Gewerkschaften zu werben. Es hat nämlich den Anschein, als ob die ganze Sache von *Tillich* und *Hagen* erfunden ist. Da diese wissen, daß ein spezieller Gewerkschaftsausschuß mit Kommunisten bei den amerikanischen Gewerkschaften eine völlig hoffnungslose Sache darstellen würde, sind sie offenbar auf den Ausweg gekommen, daß *Aufhäuser* einen offiziell selbständigen, aber in Wirklichkeit mit dem Council im wesentlichen identischen, gesonderten Ausschuß schaffen soll, der praktisch die Ziele des Councils vertritt. Sie werden verstehen, daß wir das nicht nur nicht unterstützen, sondern auf das Schärfste bekämpfen werden.

Wenn Sie das *Gottfurcht* und *Schevenels*[9] klarmachen können, um so besser. Sie müssen sich darüber klar sein, daß *Aufhäuser* seit seinem überraschenden Zusammengehen mit den Kommunisten sein Ansehen bei den hiesigen Gewerkschaftsgruppen vollkommen eingebüßt hat. Er ist seither nicht mehr ein Aktivum, sondern für jede Sache, für die er sich betätigt, nur eine schwere Belastung.

Mit bestem Gruß
Ihr
Rudolf Katz

7 Vgl. hierzu Dok. 256, 258.
8 Vgl. Dok. 261.
9 Gottfurcht und Schevenels hatten sich positiv zur Gründung einer German Trade Union Delegation in den USA geäußert. Vgl. Dok. 259.

DOKUMENT 261

30. 9. 1944: Ablehnende Stellungnahme der German Labor Delegation zur Gründung einer German Trade Union Delegation in den USA

IISG, Nl. Paul Hertz, S 161 d. Maschinenschriftliche Durchschrift.

Werter Genosse Aufhäuser:

Ihr Plan der Gründung einer »German Trade Union Delegation in the United States«[1] hat mit seinen Anlagen der German Labor Delegation in ihrer Sitzung vom 23. September 1944 vorgelegen.

Die German Labor Delegation hat dazu einstimmig wie folgt Stellung genommen:

1) Die German Labor Delegation hat seit ihrer Gründung vor sechs Jahren die politischen und gewerkschaftlichen Interessen der deutschen Arbeiterschaft in den Vereinigten Staaten nicht ohne Erfolg vertreten. Das haben Sie selbst als ihr Mitglied und Mit-Vorsitzender anerkannt. Sie sind ja erst vor kurzem aus der German Labor Delegation ausgeschieden, nachdem Sie Mitglied des auch Kommunisten einschließenden »Council for a Democratic Germany« geworden sind.[2] Bei Ihrem Austritt waren Sie sich dessen bewußt, daß Ihre Mitgliedschaft in der German Labor Delegation, die es strikt ablehnt, mit undemokratischen Elementen zusammenzuarbeiten, für jeden unmöglich ist, der die Entscheidung trifft, mit Kommunisten in jenem »Council for a Democratic Germany« zu sitzen.

Nachdem Sie auf diese Weise Ihre Verbindung mit den hier nach den alten bewährten Prinzipien weiter arbeitenden Sozialdemokraten verloren haben, wollen Sie nun eine eigene sogenannte »Gewerkschaftsgruppe« – in Wirklichkeit eine »zweite German Labor Delegation« – gründen. Sie soll Ihnen offenbar das Gewicht in jenem »Council for a Democratic Germany« wiedergeben, das Sie nach Ihrem Ausscheiden aus der »German Labor Delegation« verloren haben.

2) Der Gewerkschaftsausschuß, den Sie planen, besteht nach den vorgelegten Namen[3] hauptsächlich aus Mitgliedern und Anhängern des »Council for a Democratic Germany«. Das muß jeden in der Auffassung bestärken, daß es sich praktisch um nichts wesentlich anderes als um eine Art Unterausschuß dieses »Councils« handeln kann.

3) Wenn die Gründung dieser geplanten »Gewerkschaftsgruppe« zustande käme, so würden dann in den Vereinigten Staaten zwei gewerkschaftliche Vertretungen der exilierten deutschen Arbeiterbewegung bestehen, die German Labor Delegation, die bereits seit langem die offizielle Anerkennung der »American Federation of Labor«[4] und damit des Internationalen Gewerkschaftsbundes[5] besitzt, und weiter Ihre Gruppe, die um diese Anerkennung nachsucht.

Sie haben eine vorläufige Ermächtigung[6] bei dem offenbar nur sehr unvollständig orientierten Sekretär des IFTU in London nachgesucht unter Verschweigung der Tatsache, daß die »German Labor Delegation« die Anerkennung der »American

1 Vgl. Dok. 258,259,262–268,270.
2 Zum Council for a Democratic Germany vgl. Dok. 257,267.
3 Vgl. Dok. 258.
4 Die German Labor Delegation war bereits am 28.2.1940 von der AFL anerkannt worden; vgl. deren Rundschreiben »To the Officers of National and International Unions, State Federations of Labor and Central Labor Unions«, in: AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 44.
5 Dies wurde von Walter Schevenels nicht bestätigt, vgl. Dok. 266.
6 Vgl. Dok. 259, ferner Brief vom 18.8.1944 von Walter Schevenels an Siegfried Aufhäuser, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Plettl II.

Federation of Labor« besitzt und daß sie von Ihren Gründungsabsichten vorher nicht orientiert worden ist.[7]

4) Sie wissen, daß eine Spaltung und eine Bekämpfung der German Labor Delegation durch Ihre geplante Organisation, die ja daraus erwachsen würde, nur eine Wirkung haben kann: Sie kann dem Zweck, die zukünftige deutsche Arbeiterbewegung zu unterstützen, nur abträglich sein.

Wir haben es daher einstimmig abgelehnt, eine Zersplitterung der Kräfte, wie Sie Ihre Gründung bedeutet, in irgendeiner Weise zu unterstützen. Daß die beiden Genossen Richard *Hansen* und Alfred *Braunthal*,[8] die Sie aus der Reihe unserer früher gewerkschaftlich organisierten Genossen zur Mitgliedschaft bei Ihrer geplanten Organisation ausgewählt haben, es strikt ablehnen, Ihrer Aufforderung nachzukommen, wird Ihnen keine Überraschung sein. Sie kannten deren Stellung zu den Problemen ja vorher ganz genau.

5) Wir würden die Einigung aller Sozialdemokraten in USA begrüßen und für sehr wertvoll halten. Wir sind auch bereit, mit allen diesen zusammenzuarbeiten. Wir müßten dafür allerdings eine Bedingung stellen. Die unbedingte Voraussetzung ist, daß Sie und die anderen Genossen, die im Council sitzen oder ihn unterstützen, ihre Zusammenarbeit aufgeben mit den undemokratischen Elementen und zu diesem Zweck aus dem »Council«, für den nach den Worten ihres Vorsitzenden [P. *Tillich*] die Zusammenarbeit mit den Kommunisten eine Lebensfrage ist, ausscheiden. Eine Zusammenarbeit mit Personen, die eine so bedenkliche Taktik eingeschlagen haben und die sich, über kurz oder lang, den Kommunisten unterwerfen müssen, kommt für uns nicht in Frage. Sie würde obendrein unsere Verbindung mit den amerikanischen Gewerkschaften, die wir in jahrelanger Arbeit aufgebaut haben, gefährden.

Es wäre verantwortungslos von uns, wenn wir so die praktischen Vorarbeiten für den Wiederaufbau der künftigen deutschen Gewerkschaften leichtfertig aufs Spiel setzen würden. Wir nehmen an, daß Ihnen die Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten wichtig genug ist, daß Sie unserem Vorschlag Beachtung schenken.

Mit sozialdemokratischem Gruß
German Labor Delegation in the United States

Max Brauer	Rudolf Katz
Chairman	Executive Secretary

7 Vgl. dagegen den Brief von Siegfried Aufhäuser und Paul Hertz vom 5.1.1945 an Walter Schevenels, in dem es u.a. heißt: »Prior to our first meeting on September 23, we informed Dr [Rudolf] Katz verbally and in writing in detail about our plans. In response to a telephone call from him we entrusted him with the complete text of our correspondence with you. Katz then took several names from our list (apparently nine) and reported inaccurately to those people about our intentions. As the German Labor Delegation itself has only political personalities and almost no trade unionists as members, it has tried to win as members some of those on our list. The German Labor Delegation which heretofore was a Party delegation would like in this way to become a trade union delegation in the future. This misuse by Katz of addresses, which he had asked to have for a confidential purpose, does not require comment.« In: IISG; Nl. Hertz, S 161 d.

8 Zu R. Hansen und A. Braunthal vgl. auch Dok. 263.

DOKUMENT 262

Anfang Oktober 1944: Rundschreiben von Siegfried Aufhäuser an die Mitglieder der geplanten German Trade Union Delegation

IISG, Nl. Paul Hertz, S 161 d. Maschinenschriftliche Durchschrift. Überschrift: »Betr. Gruppe deutscher Gewerkschafter in USA«.

Werter Kollege:

In unserer Besprechung am 23. September war ausdrücklich und in Übereinstimmung mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund festgestellt worden, daß die Gruppe eine nur-gewerkschaftliche Tätigkeit entfalten soll.[1] Es ist auch in allen vorbereitenden Schritten streng an dem non-partisan-Prinzip festgehalten worden.

Die »German Labor Delegation« hat es dennoch fertiggebracht, uns in einem Brief übelster Art politische Motive zu unterschieben.[2] Die G[erman] L[abor] D[elegation] will in der Gewerkschaftsgruppe eine Konkurrenz sehen, weil angeblich die gewerkschaftliche Vertretung der deutschen Arbeiterschaft in ihren Händen liegen soll. Die Verfasser des Briefes behaupten wider besseres Wissen, daß die Mehrheit unserer Gewerkschaftsgruppe dem Council for a Democratic Germany angehört und konstruieren dann ohne jeden Beweis, daß unsere Absicht ein politisches Manöver des Council sei.[3]

Der ganze Angriff ist nur vom bösen Willen einer ganz sinnlosen Konkurrenzangst diktiert, so daß der Brief keinerlei diskutable Argumente enthält. Da die Briefschreiber [Max *Brauer*, Rudolf *Katz*] aber in ihren maßlosen Verdächtigungen soweit gehen, zu behaupten, wir hätten Walter *Schevenels* falsch informiert und ihm das gewerkschaftliche Mandat der GLD verschwiegen, so war es nötig, noch einmal an den IGB nach London zu schreiben.[4] Wir wünschen von Anfang an keinerlei Unklarheit aufkommen zu lassen und wir zweifeln nicht, daß die Gewerkschaftsinternationale gegenüber dieser gewissenlosen Wühlerei die richtige Antwort finden und unsere Gruppe noch einmal als zuständig bestätigen wird.[5]

Die in Aussicht genommene Zusammenkunft wird so nochmals verzögert werden, weil wir die Antwort des IGB abwarten wollen. Der eintretende Zeitverlust muß in Kauf genommen werden, um die von troublemakers geschaffenen Schwierigkeiten restlos aus dem Weg zu räumen, bevor wir die Verbindung mit den Trade Unions in diesem Lande aufnehmen können.

Mit gewerkschaftlichem Gruß
i.A. Siegfried Aufhäuser

1 Zur Haltung des IGB vgl. Dok. 266.
2 Vgl. Dok. 261.
3 Vgl. ebd.
4 Vgl. Dok. 265.
5 Vgl. Dok. 266.

DOKUMENT 263

5./7. 10. 1944: Brief von Rudolf Katz, New York, an Hans Gottfurcht und Erich Ollenhauer, London, zur geplanten German Trade Union Delegation in den USA

AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 44. Maschinenschrift. Eigenhändig unterzeichnet.[1]

Liebe Genossen Gottfurcht und Ollenhauer:

In der Angelegenheit *Aufhäuser* und seiner geplanten German Trade Union Delegation in the United States,[2] möchte ich Ihnen zusammenfassend im Nachtrag zu meinen beiden Schreiben an *Ollenhauer*[3] noch folgendes mitteilen:

Ich bemerke dabei, daß ich einen Durchschlag dieses Schreibens auch an den Genossen Hans *Gottfurcht* sende, Sie scheinen nämlich beide über Sinn und Ziel des *Aufhäuser'schen* Vorgehens unzutreffend orientiert zu sein; andernfalls wäre es wohl unmöglich gewesen, daß Sie direkt oder indirekt einen derartigen Plan noch unterstützt hätten.[4]

1) *Aufhäuser* ist im Frühjahr dieses Jahres aus der German Labor Delegation ausgeschieden. Der Grund seines Ausscheidens war, daß wir einstimmig beschlossen hatten, einen Beitritt zum Tillich-Komitee, dem »Council for a Democratic Germany«, abzulehnen. *Aufhäuser* hingegen ist beigetreten. Der »Council« ist eine United Front Gründung, in der auch die Kommunisten vertreten sind; er entspricht im großen und ganzen dem dortigen Kuczynski-Rawitski Komitee.[5]

Aufhäuser und die Leute vom »Council« wollen jetzt offenbar als Unterabteilung des »Council« eine deutsche Gewerkschaftsgruppe gründen, selbstverständlich im Gegensatz zu uns. Da sie aber gewußt haben, daß eine solche Gruppe niemals bei den hiesigen Gewerkschaften Anerkennung finden kann, wenn sie mit dem »Council« verbunden ist, und, da obendrein eine United Front Gruppe ebenfalls keine Aussicht auf Anerkennung finden konnte, haben sie folgenden Trick gebraucht: Sie haben:

2) die Neugründung als selbständige Gründung aufgezogen, die angeblich nicht in Zusammenhang mit dem »Council« steht. Das ist praktisch natürlich leicht durchschaubar. *Aufhäuser* ist jetzt ausschließlich im »Council« tätig, und alle seine Arbeiten auf diesem Gebiet geschehen in Zusammenarbeit und im Interesse des »Council«. Der zweite Trick war, daß sie die Kommunisten in die geplante Mitgliederliste nicht aufgenommen haben, um so den Schein zu wahren. Praktisch ist aber die Teilnehmerliste im großen und ganzen mit den Mitgliedern und Anhängern des »Council« identisch.

3) Die German Labor Delegation ist bereits 1940 anerkannt.[6] In der Anlage füge ich noch eine Abschrift der damaligen Mitteilung bei. *Aufhäuser* hat uns von dem Plan der Neugründung vorher nicht unterrichtet. Erst Mitte September, nach Erhalt Ihres [*Gottfurchts*] Briefes ist er an uns herangetreten, als sich die Sache nicht länger verhindern ließ.

4) Daß *Aufhäuser* bei seinem Brief an *Schevenels* vom 15. Juli[7] d. J. nicht im guten Glauben gehandelt hat, ergibt sich klar aus folgenden Umständen: In jenem Brief schreibt er, daß in Aussicht gestellt sei, daß auch Richard *Hansen* und Alfred *Braunthal* – unsere Mitglieder – in die Mitgliedschaft dieser Neugründung eingeschlossen werden. Wenn er das gewollt hätte, so hätte er nur das Telephon zu ergreifen brauchen, um deren Ansichten festzustellen. Er wußte aber ganz genau, daß es nach dem Vorfall hier, der zu seinem Austritt aus der German Labor Delegation geführt hat, unmöglich war. Infolgedessen hütete er sich nicht nur, bei diesen anzufragen, er legte vielmehr sorgfältiges Gewicht darauf, daß die ganze Aktion vor diesen beiden und vor uns völlig geheim blieb. Tatsächlich habe ich *Aufhäuser* in den Monaten von Mai bis August mehrere Male gesprochen. Er hat niemals etwas von diesem Plan mir gegenüber erwähnt. Auf diese Art und Weise wollte er offenbar die Legende aufrecht erhalten, als wenn die Schilderung in seinem Brief vom 15. Juli, daß wir mitmachen könnten, den Tatsachen entspricht. Faktisch jedoch hat er ausschließlich *Schevenels* täuschen wollen. Er hat in ihm den Eindruck erwecken wollen, als ob es sich um eine Zusammenfassung sämtlicher exilierter Gruppen der Arbeiterbewegung in Amerika handelt, was tatsächlich nicht der Fall ist.

5) Faktisch ergibt sich aus der vorgelegten Mitgliederliste,[8] daß das geplante Komitee ein solches von politischen und nicht von gewerkschaftlichen Personen ist; es ist ein Ausschuß von Sozialdemokraten, die von unserer Gruppe abgesplittert sind, sowie ferner von Mitgliedern der drei linken Splittergruppen: SAP, Neu Beginnen und ISK. Das Ganze stellt einen Versuch dar, dieser neuen politischen Gruppe nunmehr einen gewerkschaftlichen Namen zu geben und sich auf diese Art und Weise eine Art von Legitimität zu verschaffen, die es sonst niemals erhalten könnte.

Zur Richtigstellung für die außerhalb der Vereinigten Staaten lebenden Freunde kann man wohl darauf hinweisen, daß jede Parallele zu den Zuständen in England und Schweden unzutreffend und irreführend ist. Die Lage der deutschen Emigration ist hier grundsätzlich anders als in Europa. Dort gehören die Exilierten eigenen deutschen Gewerkschaften an, mit getrennter Tätigkeit und daher mit einer selbstverständlichen Existenzberechtigung. In den USA gibt es aber keine Abtrennung der Emigranten; jeder Arbeitende gehört automatisch zu seiner amerikanischen Gewerkschaft. Hier sind daher reine Gewerkschaftsgruppen, wie sie in Schweden und England mit Recht existieren, schon der Natur der Sache nach undenkbar.[9]

6) Grundsätzlich hätten wir gegen eine Zusammenarbeit mit den Splittergruppen nichts einzuwenden. Wir stellen dabei nur eine Bedingung, daß diese Splittergruppen nicht durch Zusammenarbeit mit den Kommunisten korrumpiert sein dürfen. Das ist

1 Eine Kopie des Briefes mit dem Datum 8.10.1944 befindet sich in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Plettl II.
2 Vgl. Dok. 258–268, 270.
3 Vgl. die Briefe vom 12.8. und 16.9.1944, in: AdsD, PV Emigration, Sopade,44.
4 In seinem Brief vom 17.8.1944 hatte E. Ollenhauer an Rudolf Katz u.a. geschrieben: »Nach unseren hiesigen Erfahrungen [mit der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien] kann eine solche Repräsentation deutscher Gewerkschafter nützliche Arbeit leisten, und man muß wohl auf jeden Fall damit rechnen, daß die neue Gründung in USA den Anspruch erheben wird, als eine solche Repräsentation angesehen und bewertet zu werden. [...] Wir wissen nicht, aus welchen Gründen bisher kein Mitglied der German Labour Delegation und diejenigen Parteigenossen, die sich durch die German Labour Delegation vertreten fühlen, der Vertretung beitreten sollten, soweit sie früher Mitglied einer freigewerkschaftlichen Organisation waren. [...] Wir möchten der Stellungnahme der German Labour Delegation in keiner Weise vorgreifen, aber wir glauben, daß es aus verschiedenen Gründen nützlich wäre, wenn ein gutes freundnachbarliches Verhältnis mit der Vertretung der Gewerkschafter von Anfang an hergestellt werden könnte«, in: AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 83. Zur Position von Gottfurcht vgl. Dok. 259.
5 Zum Kuczynski-Rawitsky Komitee in Großbritannien vgl. Röder, Exilgruppen, S. 207 ff.
6 Vgl. Dok. 261, Anm. 4.
7 Vgl. Dok. 258.
8 Vgl. ebd.
9 Zur Richtigstellung dieser Behauptung vgl. den Brief von Hans Gottfurcht, 30.10.1944, an Rudolf Katz, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Plettl.: »Sie sind übrigens auch im Irrtum über die Funktion unserer Gruppe hier (und der Gruppe in Schweden). Auch wir machen keine reine Gewerkschaftsarbeit, sondern Vorbereitungsarbeit für die Zukunft. Auch hier gehören die Flüchtlinge den britischen Gewerkschaften an«.

nun leider bei der SAP und den Neu Beginnen der Fall. Sie beide haben sich ja dem »Council«, d.h. der United Front, angeschlossen. Es ist ganz selbstverständlich, daß sie von diesen als einer tausendfach überlegenen Gruppe ohne weiteres übergeschluckt werden. Die Kommunisten haben Macht und Einfluß genug, um diese Mitläufer zur Einhaltung ihrer Generalrichtlinie zu zwingen.

Infolgedessen haben wir in unserer ablehnenden Antwort an *Aufhäuser*[10] unsere allgemeine Bereitschaft zur Zusammenarbeit erneut bestätigt. Wir haben aber ausdrücklich die Bedingung gemacht, daß vor jeder etwaigen Zusammenarbeit die Betreffenden die Verbindung mit den Kommunisten lösen und zu diesem Zweck aus dem »Council« austreten müssen. Wir machen uns keine Illusionen darüber, daß dies nicht geschehen wird.

7) Wie unsinnig und überflüssig die geplante Gründung ist, ergibt sich im übrigen aus folgendem Umstand: Außerhalb des Arbeitsgebietes der German Labor Delegation gibt es in New York seit geraumer Zeit ein breiteres Komitee. Das ist die deutsche Vertretung innerhalb des »Council for the Underground Labor Movement in the Axis Dominated Countries of Europe«. Die dortigen Vertreter sind Max *Brauer*, Paul *Hertz* (Neubeginner), [Ludwig] *Hacke* (SAP) und Eva *Lewinski* (ISK). Dieses Komitee hat gegenüber dem von *Aufhäuser* geplanten folgenden Vorteil: Es schließt Vertreter aller Gruppen ein, und ist bereits von der AFofL und CIO anerkannt; es hat in aktueller Arbeit wichtige Verbindungen geschaffen. Es schweben dort zur Zeit sehr bedeutsame, konkrete Projekte, darunter auch das Projekt finanzieller Hilfe für den Wiederaufbau europäischer Gewerkschaften. Die *Aufhäuser'sche* Neugründung könnte diese aussichtsreichen Bemühungen nur stören, sie könnte die Chancen sogar vernichten.

8) Daß Richard *Hansen* und Alfred *Braunthal*, die jetzt ergangene Einladung abgelehnt haben, bedarf wohl keiner besonderen Hervorhebung mehr. Darüber hinaus haben aber auch eine Reihe anderer von den von *Aufhäuser* genannten Personen abgelehnt. *Aufhäuser* hat offenbar die Namen in seinem Schreiben ausschließlich aus dem Grunde genannt, um den Ermächtigungsbrief von *Schevenels* aus diesem herauszulocken. Wir haben selbstverständlich unser Sponsorkomitee über diese Vorgänge informiert. Sie sind sehr gegen diese Machenschaften aufgebracht, und wir nehmen an, daß *Schevenels* von einigen von diesen über diese Affaire auch noch direkt hören wird.[11]

Das, was Ihr in England jetzt zu der Sache tun könnt und auch tun solltet, ist, sofort an *Schevenels* heranzutreten und [ihn] über den Sachverhalt aufzuklären. Das Zweckmäßigste wird sein, daß Ihr und insbesondere *Gottfurcht*, der – wie wir annehmen, völlig unschuldigerweise – bei dem Zustandekommen des Ermächtigungsschreibens mitgewirkt hat,[12] nunmehr *Schevenels* veranlassen, daß er seine Ermächtigung vom 18. August[13] sofort zurücknimmt oder wenigstens suspendiert, bis eine Untersuchung der Sachlage den Sachverhalt völlig geklärt hat. Das liegt nicht nur in unser aller gemeinsamem Interesse, sondern auch im Interesse von *Schevenels* selbst, dessen Ruf hier bei den Führern der American Federation of Labor sonst unnötig gefährdet würde.

Wir schreiben *Schevenels* auch noch getrennt,[14] aber selbstverständlich nicht so

10 Vgl. Dok. 261.
11 Vgl. z.B. das Schreiben von M. Woll an Walter Schevenels vom 9.11.1944, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Plettl II.
12 Vgl. dagegen den Brief von Hans Gottfurcht an Rudolf Katz vom 30.10.1944, ebd.
13 Vgl. Dok. 259.
14 Vgl. Brief von Max Brauer, Rudolf Katz an Walter Schevenels vom 9.10.1944, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Plettl. II.

ausführlich. Es ist aber angebracht, daß Ihr diesen Schritt durch persönliche Vorstellungen unterstützt.

Dieser Brief ist auf ausdrücklichen einstimmigen Beschluß der German Labor Delegation an Euch beide gerichtet worden.[15]

Mit besten Grüßen
gez. German Labor Delegation
Rudolf Katz.

DOKUMENT 264

9. 10. 1944: Schreiben von Max Brauer und Rudolf Katz, New York, an Walter Schevenels, London

AdsD, DGB-Archiv, Nl. M. Plettl II. Maschinenschriftliche Durchschrift.

Brauer und Katz argumentieren in ihrem Brief an Schevenels gegen die von Siegfried Aufhäuser beabsichtigte Gründung eines Gewerkschaftskomitees in den USA, verweisen auf den fehlenden Kontakt von Siegfried Aufhäuser zu den amerikanischen Gewerkschaften nach seinem Austritt aus der GLD und seiner Mitarbeit im Council for a Democratic Germany, das als Einheitsfront-Komitee abqualifiziert wird, und verweisen u.a. auf die gewerkschaftlichen Aktivitäten der GLD und die Arbeit anderer Emigrantenorganisationen, z.B. Council for the Underground Labor Movement ..., die die von Siegfried Aufhäuser geplante Neugründung überflüssig erscheinen lassen.

Dear brother Schevenels:

We were very much surprised by the letter you sent to Mr. Siegfried *Aufhäuser* on August 18, 1944.[1]

1) As you certainly know, the German Labor Delegation has been officially recognized by the American Federation of Labor for a long time (see enclosure of February 28, 1940).[2]

Mr. *Aufhäuser* was our member[3] till spring 1944. At that time he resigned because he joined – against our decision – a newly created United Front organization with the Communists; this is the so-called »Council for a Democratic Germany«,[4] or »Tillich-Committee« which is not very dissimilar to the Kuczynski-Rawitzki Committee in England.[5] Since then Mr. *Aufhäuser* has been very active within the United Front.

15 In seiner Antwort vom 16.11.1944 verweist Ollenhauer auf die »wesentlich andere Auffassung« von Gottfurcht über die geplante German Trade Union Delegation und schreibt: »Ich sehe unter diesen Umständen keine Möglichkeit, in dieser Sache von mir aus etwas zu tun, ich bin nach wie vor der Meinung, daß es wichtiger wäre, wenn sich die früher gewerkschaftlich organisierten Genossen der German Labor Delegation an dieser Zusammenfassung beteiligen würden. Die letzte Entscheidung liegt selbstverständlich bei Ihnen als den unmittelbar Beteiligten.« In: AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 83.
1 Vgl. Dok. 259.
2 Das Schreiben, unterzeichnet von G. Meany und W. Green, befindet sich in: AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 44; eine Kopie in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. M. Plettl.
3 D.h. Mitglied der German Labor Delegation; vgl. auch Dok. 254, 256, 260 f.
4 Vgl. Dok. 257.
5 Im Text irrtümlich: Kuczinsky-Rawitsky. Gemeint ist die Freie Deutsche Bewegung in Großbritannien, deren Vorsitzender Prof. Robert Kuczynski (parteilos, KPD-nahe) war. Der Sozialdemokrat Dr. Karl Rawitzki war auf ihrer Gründungskonferenz am 25.9.1943 einer der beiden Hauptredner; vgl. Röder, Exilgruppen, S. 207 ff.

2) When resigning from the German Labor Delegation Mr. *Aufhäuser* has severely damaged his position in the trade union field in USA. He now is no longer connected with any Trade Union or Labor group. That is obviously the main reason why he now wants to organize a new »Trade Union group«, in order to solidify his position in the Tillich-Committee, and among German refugees here. We have not the least doubt, that this special move has been planned by the Labor Sub-Committee of the Tillich-Committee[6] of which Mr. *Aufhäuser* is the chairman and which has Communist members, too. We are strengthened in this conviction by the fact that the majority of the prospective members of the planned *Aufhäuser* Committee are members or supporters of the Tillich-Committee. The other trade unionists he named in his letter of July 15th[7] to you had not given their consent, they had not even been asked to join when he sent you that letter.

3) The same is true for the two members of the German Labor Delegation – Richard *Hansen* and Alfred *Braunthal* – whom Mr. *Aufhäuser* selected among the former Trade Unionists of our organization to join his planned new organization. They had not even been informed or asked by *Aufhäuser* when he mailed his letter to you. When asked now they decided definitely not to join.[8]

4) We have been informed by the American Federation of Labor that the official recognition of the German Labor Delegation is and will remain valid.[9] There is no indication, whatsoever, why the German Labor Delegation should not be considered as the representative of the old free German Labor Movement in USA, either by the AFofL or by the I[nternational] F[ederation] of T[rade] U[nions].

5) You have certainly seen the publications of our member Hedwig *Wachenheim* on »Germany in the Transition Period« (Studies in Post-war Reconstruction No. 3 of the American Labor Conference on International Affairs), and her article on »The Revival of the German Labor Movement after the War« in »International Postwar Problems«, likewise published by the »American Labor Conference on International Affairs«. You know therefore that we have been very active in the Trade Union field, in close collaboration with the same American organization that has been set up a few years ago by the AFofL and the CIO for American Labor's international activity. You probably have got knowledge also of our draft on the »Reorganization of the German Trade Unions under a Regime of Occupation« to the International Labor Office.[10]

6) Another strong reason against the creation of the planned *Aufhäuser* Committee is the fact, that a special enlarged committee which includes the so-called German split-groups, is already in existence and active here for two years, in exactly the same field which Mr. *Aufhäuser* now proposes. We are speaking of the German group within the »Council for the Underground Labor Movement in the Axis Dominated Countries of Europe«. The four representatives there are: Max *Brauer*, Paul *Hertz*, (New Beginning), Ludwig *Hacke* (SAP) and Eva *Lewinski* (ISK).[11] That Committee -compared to the planned *Aufhäuser* group – obviously has the following advantages: All groups are represented, it has been officially recognized by the AFofL and the CIO, it has by

6 Vgl. Dok. 257.
7 Vgl. Dok. 258.
8 Vgl. auch Dok. 261.
9 Das bestätigt auch das Schreiben von M. Woll, Vizepräsident der AFL, an Walter Schevenels vom 9.11.1944, in: AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 61.
10 Vgl. hierzu auch H. Wickel, »Freie Gewerkschaften und Besatzungsregime«, in: NVZ, Nr. 39, 23.9. 1944.
11 Eva Pfister, später Lewinski-Pfister, Mitarbeit im Workmen-Kreis, einer ursprünglich russischen Hilfsorganisation, in der sich während des Krieges ein deutsch-sprachiger Zweig aus Mitgliedern der RSÖ, SAP und des ISK gebildet hatte; vgl. Link, Geschichte, S. 272.

personal contact created the necessary connections with American Labor, and finally, several concrete projects for the reconstruction of the European Trade Union Movement are under consideration just now. A new and separate organization like *Aufhäuser's* could only do harm to all those efforts, without at the other side offering any advantages.

7) It seems obvious therefore that Mr. *Aufhäuser's* chief aims in organizing his new group are strictly personal. His group would not only be unnecessary; its effects could not be else but harmful to the common cause of Democratic Labor.[12] It is known that a doubling of organizations has always been rejected by the IFTU as well as by the German Trade Unions. That is why it is so unexplainable to us, how you suddenly decide to support such an effort.[13] The only possible explanation for us is that the distance from the USA has prevented you from knowing the recent developments and that Mr. *Aufhäuser* must have misinformed you about the situation here. That is one more reason why we regret that you did not get in touch with us before sending your letter [18.8. 1944] to Mr. *Aufhäuser*.

We are convinced that by no means you did intend to give your backing to a »German United Front group« in USA. But this is, we are afraid, the effect which your letter is bound to create here. Under these circumstances it seems to us that the only solution of the complications would be that you revoke – or at least suspend until a careful examination of the whole situation has been made by you – the *Aufhäuser* endorsement of your letter of August 18, 1944.

Hoping to hear from you soon, we are with best regards,
Sincerely and fraternally yours
German Labor Delegation in the USA
signed: Max Brauer Chairman Rudolf Katz Executive Secretary

DOKUMENT 265

14. 10. 1944: Schreiben von Siegfried Aufhäuser, New York, an Paul Hertz, Los Angeles

IISG, Nl. Paul Hertz, S 161 d. Maschinenschrift. Eigenhändig unterzeichnet.

Lieber Hertz:

Anbei die Antwort der GLD,[1] die ich nicht zu kommentieren brauche. Ich habe den Originalbrief von »alten und bewährten« Genossen mit folgender Randbemerkung an *Katz* zurückgesandt:

Zurück mit dem Bemerken, daß in den Archiven der alten und bewährten Sozialdemokraten, für Briefe, die ein Mindestmaß menschlicher Anständigkeit vermissen lassen, niemals Raum vorhanden war und ist.

Eva *Pfister* hatte von *Katz* Abschrift erhalten mit der Anfrage, ob sie denn bei uns mitmachen will. Sie hat darauf kurz ihre Teilnahme an unserer Gewerkschaftsgruppe

12 Vgl. hierzu auch das Schreiben von Rudolf Katz an Erich Ollenhauer, 11.11.1944: »Es war ja eine Naivität von Schevenels anzunehmen, daß er [Aufhäuser] irgendwelche Gewerkschaftsvertretungsaufgaben hier überhaupt erfüllen könne. Seine Funktion als Vizepräsident dieses Ausschusses [Council for a Democratic Germany] macht ihn ja automatisch bei den hiesigen Gewerkschaften unmöglich«. In: AdsD, PV Emigration Sopade, Mappe 44.
13 Zur Position von Schevenels vgl. Dok. 266.
1 Vgl. Dok. 261.

in einem Antwortschreiben skizziert und gleichzeitig den Brief von *Katz* ebenfalls zurückgesandt, da er sich durch die Zurücksendung durch *Aufhäuser* ja bereits erledigt habe.

Dann habe ich ein saudummes »offizielles« Schreiben von *Snell* bekommen, der seine Unterschrift zurückzieht.[2] – scheen –

Nach Rücksprache mit Eva [*Pfister*], *Schmidt* und *Grzesinski* habe ich nun zunächst an *Schevenels* geschrieben. Wir müssen gesichert sein, daß er fest bleibt,[3] bevor wir mit den US-Gewerkschaften in Verbindung treten.

Ich hoffe, Sie billigen mein Vorgehen, auch wenn es etwas Zeit kostet, es ist nichts eilig. Im Council ist eine ganze Menge Stunk ausgeräumt worden. Es wurde als Kompromiß statt eines Vorstandes ein kleiner Verwaltungsausschuß: *Tillich*, *Baerwald*, *Schreiner* und ich gewählt. Im übrigen hat die Association etwas Geld bekommen. [In] Chicago gibt es wohl Austritte.[4] Ich bin aber auch nach der anderen Seite besorgt, daß die Komm[unisten] im Council einen schärferen Kurs einschlagen. Ich hatte bereits mit *Schreiner* eine Kontroverse, denn daß wir nun zur »Wiedergutmachung der deutschen Reaktion« auch noch begeistert Land verschenken sollen[5], geht mir etwas zu weit. Das ist die Kehrseite von Chicago.

Sie können also ruhig drei Monate zusehen, es wird sich bis Weihnachten vieles erledigen. Ich wünsche Hanna [*Hertz*], Ihnen und der family frohe Tage und ich bin gern bereit, Sie zur mündlichen Berichterstattung zu besuchen, falls Sie es als unerläßlich halten.

Herzlichst Ihr Aufhäuser

DOKUMENT 266

24. 10. 1944: Brief von Walter Schevenels, London, an die German Labor Delegation zur geplanten Neugründung einer German Trade Union Delegation

AdsD, DGB-Archiv, Nl. M. Plettl. Maschinenschriftliche Durchschrift.

Schevenels weist in seinem Brief an die GLD deren Argumente gegen die von ihm initiierte German Trade Union Delegation zurück und betont die Notwendigkeit einer rein gewerkschaftlichen Landesgruppe, ähnlich der in Großbritannien und Schweden, für die Phase des Wiederaufbaus deutscher Gewerkschaften nach Kriegsende.

Dear Comrades:

In reply to your letter of 9th October 1944,[1] regarding the newly constituted Committee of German trade unionists in the USA I would like to point out that:

2 Vgl. Dok. 258. In einem Brief von Rudolf Katz an M. Plettl, 18.10.1944, heißt es hierzu: »Von den Leuten, die er als angebliche oder prospektive Mitglieder aufführt [vgl. Dok. 258] wissen wir genau, das folgende abgelehnt haben: Grzesinski, Snell, Braunthal, Paul Levy, Wilhelm Sollmann, Hansen, Reinbold [im Text irrtümlich Reinfeldt] und Unterleitner«. In: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Plettl.

3 In einem Schreiben vom 24.10.1944 an die German Labor Delegation bekräftigte Schevenels seine Position zugunsten der geplanten German Trade Union Delegation, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Plettl II.

4 Dazu heißt es in einem Brief von Paul Hertz an Siegfried Aufhäuser vom 19.10.1944: »Zu ihrer Verstimmung hat beigetragen, daß sie nicht einmal alle Materialien des Council bekommen haben. So z.B. nicht die Rede von Baerwald«. In: IISG, Nl. Hertz, S 161 d.

5 Vgl. hierzu auch Dok. 271.

1 Vgl. Dok. 264.

1) The said Committee was set up at my request and by no means on the initiative of the Council for a Democratic Germany or any labour sub-committee. At the time when I asked Comrade *Aufhäuser* to gather some German trade unionists together to whom I could suggest the setting up of this Trade Union Committee I had not heard of any similar initiative contemplated by the Tillich-Committee or its Labour Sub-Committee, if any such initiative was ever in their minds.[2]

2) I made it quite clear when I met Comrade *Aufhäuser* with a few of his colleagues – namely Paul *Hertz*, Jacob *Walcher*, Gerhard *Dannies* – that this Trade Union Committee had to be absolutely non-political[3] and therefore must include, or at least be open to all genuine trade unionists representative of the pre-nazi German Trade Union Movement.

To make this quite clear I give you here the list of comrades who had to be invited to become members of the German Trade Union

Committee:

S[iegfried] *Aufhäuser*	formerly	Union of Technical Employees
Paul *Hertz*	formerly	Central Union of White Collar Workers
Albert *Grzesinski*	formerly	Union of German Metal Workers
Erich *Schmidt*	formerly	formerly Union of Lithographers
Jacob *Walcher*	formerly	Union of German Metal Workers
Maria *Juchacz*	formerly	Union of Clothing Workers
Gerhard *Dannies*	formerly	Central Union of Transport Workers
Emil *Kirschmann*	formerly	Central Union of White Collar Workers
Ludwig *Hacke*	formerly	German Typographical Union
Walter *Fraser*	formerly	Union of Physicians
Eva *Pfister*	formerly	Central Union of White Collar Workers
Georg *Dietrich*	formerly	German Typographical Union
Nikolaus *Haas*	formerly	Union of Textile Workers
Willy *Snell*	formerly	Union of Technical Employees
Martin *Plettl*	formerly	Union of Clothing Workers
Hans *Arons*	formerly	ADGB
Paul *Levy*	formerly	Central Union of Transport Workers
Wilhelm *Sollmann*	formerly	ZdA
Alfred *Braunthal*	formerly	ADGB
Richard *Hansen*	formerly	Union of German Metal Workers
Georg *Reinbold*	formerly	Union of German Metal Workers
Hans *Unterleitner*[4]	formerly	Union of German Metal Workers

3) The need for such a purely Trade Union Committee in the USA at the time when the war in Europe is nearing its end and practical measures will very soon have to be taken for the first phase of trade union reconstruction in Germany, is so obvious that I don't think it needs any elaboration.

Such purely Trade Union Committees already exist in Great Britain and in Sweden.[5]

2 Vgl. Dok. 261.

3 Vgl. Dok. 262.

4 Nach einem Schreiben von Rudolf Katz an M. Plettl vom 18.10.1944 hatten von den Genannten folgende eine Mitarbeit abgelehnt: Grzesinski, Snell, Braunthal, Paul Levy, Wilhelm Sollmann, Hansen. Reinbold [im Text irrtümlich Reinfeldt] und Unterleitner», in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Plettl.

5 Vgl. Dok. 206–250 und 171–205.

4) From the general labour point of view, the German Labour Delegation in the United States has undoubtedly been useful. However, it has never drawn a clear distinction between political and trade union representation. Anyhow, the IFTU has never considered that the German Labour Delegation had any representative character whatsoever from the trade union point of view.[6]

5) In our letter of 18th August[7] to Comrade *Aufhäuser* we expressed our satisfaction with the provisional composition of the committee to be set up and we strongly recommended that the committee should be constituted immediately. We insisted, however, on being immediately informed of when the committee started functioning and then on learning the names of the comrades among the aforesaid who had definitely accepted membership and, for those who had declined, the reasons why they had done so. This shows that we attached great importance to the fact that all the above-mentioned comrades should be part of the Committee.

I am convinced that this full explanation will completely dispose of the misunderstanding which no doubt was in your mind when writing your letter.

Yours fraternally,
sig. Walter Schevenels
General Secretary

DOKUMENT 267

26. 12. 1944: Siegfried Aufhäuser, Wirtschaftsausschuß des Councils for a Democratic Germany, zur Neugestaltung der deutschen Wirtschaft

IfZ, Sammlung Glaser, ED 202, Bd. 2, Bl. 44 ff. Maschinenschrift. Überschrift: »Wirtschaftsordnung. Punkt 3«.[1]

Die Neugestaltung der deutschen Wirtschaft kann zunächst nur in Anpassung an die außergewöhnlichen Bedingungen in Angriff genommen werden, die nach den Verwüstungen des Krieges bestehen werden. Sie muß zunächst ausgerichtet sein auf die

6 Handschriftliche Randnotiz von Plettl: »right he is«. In einem Brief an Rudolf Katz vom 16.11.1944 weist er darauf hin, daß er seit Schliestedts Zeiten »offizieller Vertreter [der ADG] für [die] USA« sei; in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Plettl.
Vgl. zu diesen Ausführungen von Schevenels auch den Brief von Paul Hertz an Siegfried Aufhäuser vom 13.11.1944: »Es ist auch von Bedeutung, daß er [Schevenels] nun schriftlich bestätigt, was er uns mündlich gesagt hat, daß der IGB die GLD niemals als eine Vertretung der deutschen Gewerkschaften anerkannt habe«, in: IISG, Nl. Hertz, S 161 d. In einem Brief an M. Plettl vom 28.11.1944 schreibt Rudolf Katz zu dem »Einwand [von] Schevenels, wir seien gleichzeitig auch politisch und nicht rein gewerkschaftlich«, daß dieser Einwand »auf das von Aufhäuser geplante Komitee weit stärker zutrifft. Der Unterschied bei dem geplanten Aufhäuser'schen Komitee ist lediglich der, daß seine Leute sich in der Hauptsache um die linken Splittergruppen konzentrieren und gänzlich unrepräsentativ sind«. In: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Plettl.

7 Vgl. Dok. 259.

1 In der Vorbemerkung heißt es: »Ich habe versucht, im beiliegenden Entwurf zu Punkt 3 des Arbeitsprogramms, die Diskussion des Wirtschaftsausschusses mit zu verarbeiten. Dabei zeigte sich vor allem in meinen Vorschlägen, daß die Richtlinien [vgl. Dok. 269] allein leicht den Eindruck hervorrufen können, als wollten wir eine bürokratisierte Staatswirtschaft. Die Gesamtkonzeption ist nur klar, wenn eine Begründung für die notwendige wirtschaftliche Untermauerung der künftigen demokratischen Verfassung gegeben wird. Die Einzelheiten gehören natürlich in die Denkschrift des Ausschusses für Recht und Verwaltung, aber einige grundsätzliche Bemerkungen waren auch in der beiliegenden Denkschrift des Wirtschaftsausschusses notwendig«; in: IfZ, Sammlung Glaser, ED 202, Bd. 2, Bl. 44.

Erfordernisse in der Übergangszeit[2] vom Krieg zum Frieden, sollte aber in ihrer Konstruktion elastisch genug bleiben, um eine freie Entwicklung des Wirtschaftssystems für die Zukunft weder zu verhindern noch zu erschweren. Die aktuelle Aufgabe ist deshalb, alle Hilfsquellen des Landes, alle menschlichen und technischen Kräfte landwirtschaftlicher und industrieller Erzeugung in den Dienst der Bevölkerung zu stellen, den Güteraustausch mit anderen Ländern zu stärken und den Weltfrieden zu sichern. Es ist die Aufgabe, die wirtschaftliche Produktivität des Ganzen und die wirtschaftliche Sicherheit des einzelnen zu gewährleisten. Die Macht jener Wirtschaftskräfte, die dem Nazismus zur Macht verholfen und sich als Kriegstreiber erwiesen haben, muß gebrochen werden.[3] Die Neubildung von wirtschaftlichen Machtkonzentrationen, die sich überall mit den antidemokratischen Kräften identifiziert haben, ist zu verhindern. Unter den denkbar ungünstigsten Voraussetzungen, inmitten eines Meeres von Zerstörung und Elend sollen Landwirtschaft, Industrie, Verkehr und Handel, nicht zuletzt das Leben eines Volkes wieder aufgebaut werden. Die Umstellung des Produktionsapparates von der Rüstungsindustrie auf die Bedürfnisse der Friedenswirtschaft und der Beginn von Wiedergutmachungsleistungen sollten erreicht werden.

Um diese gewaltige Aufgabe mit den verbleibenden Kräften und Mitteln bewältigen zu können, wird eine neue Wirtschaftsordnung unter planmäßiger Lenkung von Kapital und Arbeit unerläßlich sein. Eine einheitliche Aufsicht des Staates über die Wirtschaft und alle staatlichen Lenkungsmaßnahmen der Produktion, wie sie in nachstehenden Richtlinien[4] vorgeschlagen werden, würden indes ihren Zweck verfehlen, wenn sie zur Wirtschaftsbürokratie führen sollten. Diese Vorschläge dürfen aber keineswegs dahin verstanden werden, daß der Council eine Wiederholung jener Suprematie des Staates zulassen möchte, die im Vorkriegs-Europa und zuletzt unter dem Nazismus verhängnisvolle Wirkungen gehabt hat. Staatliche Maßnahmen zur Produktionspolitik und Dirigierung der Gesamtwirtschaft, wie sie in diesem Memorandum vorgesehen sind, müssen vielmehr örtlich, regional und zentral durch die unmittelbare Mitwirkung der erfahrenen und verantwortlichen Wirtschaftskräfte gegen bürokratische Eingriffe in den Gang der ökonomischen Entwicklung geschützt sein.

In allen Stockwerken des künftigen demokratischen Deutschlands werden Unternehmer, Arbeiter und Konsumenten in verfassungsmäßigen Organen zusammengefaßt, um das wirtschaftliche Funktionieren des demokratischen Staates zu gewährleisten. Der bürokratische Beamtenapparat ist lediglich ausführendes Organ der Wirtschaftsdemokratie eines souveränen Volkes.

Alle staatlichen Kontrollmaßnahmen in der Wirtschaft sollen der permanenten Beobachtung durch die Körperschaften der Wirtschaftsdemokratie unterstellt sein, um jederzeit den neuen Bedürfnissen der ökonomischen Entwicklung in Deutschland und Europa angepaßt werden zu können. So brauchen z.B. die für die Übergangszeit getroffenen Anordnungen nicht als Dauermaßnahmen angesehen zu werden. Die Wirtschaftsführung kann nur eine bewegliche sein, gleichviel ob sie in privaten Händen liegt oder durch staatliche Lenkung ergänzt wird. Die Ordnung der deutschen Volkswirtschaft bedarf jedoch einer gewissen Planung, d.h. einer methodischen und weitsichtigen Beeinflussung von Erzeugung und Verbrauch. Im Rahmen eines ein- oder mehrjährigen Wirtschaftsplanes kann die Kontinuierlichkeit der Durchführung von der politisch-parlamentarischen Demokratie allein nicht gewährleistet werden. Diese, nur formale Demokratie, hat in der Vergangenheit in der europäischen Wirt-

2 Vgl. hierzu Council for a Democratic Germany, Geschäftsführender Ausschuß: »Denkschrift über Sofortmaßnahmen«; Quelle wie Kopfregest, Bl. 22–41.

3 Vgl. Dok. 269.

4 Vgl. ebd.

schaft versagt. Bei mehr als zwei Parteien waren die Koalitionsregierungen in sich zu heterogen, um irgendein geschlossenes Wirtschaftsprogramm entwickeln zu können. Politische Kompromisse der Parteien waren ein Mittel zur Verständigung der Parteien auf Kosten der Wirtschaftlichkeit in Industrie und Handel. Das demokratisch-politische Parlament allein ist nicht imstande gewesen, die in den Konjunkturzyklen gewaltig angewachsenen Aufgaben der Wirtschaftspolitik bewältigen zu können. Die Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft nach Ende des Krieges werden noch unvergleichlich größer sein als je zuvor. Die Entwicklung drängt auf eine Absonderung der wirtschaftlichen Probleme von der parlamentarischen Beratung, der rein politischen. – Der Einbau einer demokratischen Wirtschaftsorganisation in die künftige Verfassung des Reiches ist unerläßlich. Sie kann nur von unten nach oben aufgebaut werden. Gliederung und Aufgaben einer deutschen Wirtschaftsdemokratie können an dieser Stelle nicht nach der verfassungsrechtlichen Seite behandelt werden, wohl aber mag generell betont werden: Die nachstehend aufgezeigten staatlichen Aufsichts- und Lenkungsmaßnahmen bezwecken eine wirtschaftsdemokratische Gestaltung der Gesamtwirtschaft im Sinne größerer Selbstbestimmung der Produzenten und Konsumenten durch staatliche Organe eines souveränen Volkes.

Die voraussichtlichen Verhältnisse in der Übergangszeit lassen es möglich erscheinen, daß auch für die Besatzungsmächte, wie für das deutsche Volk ein vordringliches Interesse besteht, noch vor Ausbau eines demokratischen Staates mit der Neuordnung der Wirtschaft zu beginnen und zu diesem Zweck selbstverwaltende, repräsentative und aktionsfähige Wirtschaftsorgane zu entwickeln. [...][5]

DOKUMENT 268

12. 1. 1945: Rundschreiben von Siegfried Aufhäuser und Paul Hertz, New York, zu Auseinandersetzungen mit der German Labor Delegation

AdsD, DGB-Archiv, Nl. M. Plettl. Maschinenschrift.

Werter Kollege!

In unserem Brief vom 15. September 1944[1] hatten wir mitgeteilt, daß wir auf Veranlassung des Generalsekretärs des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Walter *Schevenels*, eine Zusammenfassung der früheren deutschen Gewerkschafter vorbereiteten, wie sie bereits seit Jahren in London[2] und Stockholm[3] besteht. Gleichzeitig haben wir Sie zur Gründungssitzung[4] eingeladen. Die Liste der Einzuladenden[5] war mit dem IGB zusammengestellt worden. Sie umfaßte frühere Funktionäre der Gewerkschaften aller politisch-sozialistischen Richtungen. Kommunisten wurden nicht eingeladen.

Um jede Mißdeutung unseres Schrittes zu vermeiden, wurde die German Labor Delegation vorher eingehend informiert.[6] Auf Wunsch ihres Sekretärs, Dr. Rudolf

5 Nicht abgedruckt die folgenden »Richtlinien für die Wirtschaftsordnung«. Die endgültigen Richtlinien sind abgedruckt als Dokument 269.
1 Vgl. Dok. 259.
2 Vgl. Dok. 206–250.
3 Vgl. Dok. 171–205.
4 Diese Sitzung fand am 23.9.1944 statt; vgl. Dok. 262.
5 Vgl. Dok. 266.
6 Dies bestreitet Rudolf Katz, vgl. Dok.261. Laut Dokument vom 16.9.1944 wurde Katz von Aufhäuser am 15.9.1945 über die »geplante Gründung eines deutschen Gewerkschaftskomitees in USA« informiert.

Katz, wurde ihr die Liste der Einzuladenden gegeben, nachdem *K[atz]* versprochen hatte, sie vertraulich zu behandeln, da die Einzuladenden doch erst um ihre Zustimmung ersucht werden sollten. *Katz* hat sich jedoch an diese von ihm angebotene Zusage nicht gehalten. Er verbreitete auch eine unwahre Darstellung über Wesen, Ziel und Zweck der geplanten Gewerkschaftsgruppe.[7] Er scheute nicht einmal davor zurück, die Führer der American Federation of Labor falsch zu unterrichten.

Ähnliche Diffamierungsversuche wurden auch beim IGB unternommen.[8] Sie scheiterten aber.[9] Auf Wunsch von Walter *Schevenels* übermitteln wir Ihnen Abschrift seiner vier Briefe. Wir wollen lediglich hinzufügen, daß die Gewerkschaftsgruppe nichts mit dem Council for a Democratic Germany zu tun hat und eine rein gewerkschaftliche Einrichtung im Rahmen des IGB ist. Unwahr ist auch die Behauptung, daß von den Eingeladenen neun die Beteiligung abgelehnt hatten.[10]

Aus den Briefen von Walter *Schevenels* ersehen Sie, daß er größten Wert darauf legt, von Ihnen zu erfahren, wie Sie über die Schaffung einer deutschen Gewerkschaftsgruppe denken, die lediglich der Gewerkschafts-Internationale angeschlossen ist.[11] Bitte teilen Sie uns deshalb Ihre Auffassung mit. Wir werden sie an Walter *Schevenels* weitergeben.

Mit gewerkschaftlichem Gruß!
Siegfried Aufhäuser Paul Hertz

DOKUMENT 269

Anfang 1945: Richtlinien des Councils for a Democratic Germany zur Wirtschaftsordnung

IfZ, Sammlung Glaser, ED 202, Bd. 2, Bl. 42. Maschinenschrift. Überschrift »Anlage 1«.[1]

Die Wirtschaft besteht aus drei Sektoren:[2]

I. Verstaatlichte Betriebe,
II. Öffentliche kontrollierte Betriebe,
III. Freie privatwirtschaftliche Unternehmungen.

I. Die deutsche Volkswirtschaft ist im Sinne der bestmöglichsten Ertragsfähigkeit und gerechten Einkommensverteilung zu lenken. Es wird notwendig sein, Teile der Industrie unmittelbar als Staatswirtschaft zu führen. Andere Systeme der Kontrolle und Lenkung sind gemischtwirtschaftliche Betriebe oder Eigentumsbeteiligung durch Staat oder Gemeinde.

7 Gemeint ist wohl Dok. 264.
8 Vgl. Dok. 266.
9 Vgl. ebd.
10 Vgl. dagegen die Ausführungen der German Labor Delegation, vgl. Dok. 264 und 270, Anm. 3.
11 Vgl. Brief von Walter Schevenels an Siegfried Aufhäuser, 12.12.1944, in: AdsD, DGB-Archiv, Nl. Plettl II.
1 Der Entwurf zu diesen Richtlinien stammte von Siegfried Aufhäuser; vgl. IfZ, Sammlung Glaser, ED 202, Bd. 2, Bl.47f.
2 Im Entwurf von Aufhäuser war diesem Satz vorangestellt: »Die Ordnung der deutschen Wirtschaft unterliegt der einheitlichen Aufsicht des Reiches durch die zentralen, regionalen und lokalen Organe, deren Träger Unternehmer, Arbeiter und Konsumenten sind. Die Auslese der Mitglieder der wirtschaftlichen Körperschaften vollzieht sich in demokratischen Wahlen«; vgl. ebd. Bl. 47f.

Die Bodenschätze sind grundsätzlich[3] als Gemeinbesitz des Volkes anzuerkennen, die Grundstoffindustrien werden verstaatlicht. Die Eingliederung der Stahlindustrie, der Elektrizitätswirtschaft und anderer wirtschaftlicher Unternehmungen in den staatlichen Sektor wird erst endgültig entschieden werden, wenn noch schwebende Entwicklungen in Europa zu übersehen sind, die den Entschluß beeinflussen können.[4]

II. Die Großindustrien unterstehen in ihrer Produktionspolitik einer staatlichen Lenkung. Die staatliche Einflußnahme auf die Richtung, den Umfang und die Gestaltung der Produktion dient dem Interesse des Wiederaufbaues der Wirtschaft, der reibungslosen Umstellung der Kriegsindustrie auf die Erzeugung von Konsumgütern, der Verwirklichung von Wiedergutmachungsansprüchen, der Vermeidung[5] irgendwelcher Aufrüstung und der Anpassung der deutschen Industrie an die europäische Gesamtwirtschaft und an den Welthandel.

Wirtschaftszweige, die nach ihrer Art und Entwicklungstendenz einen privat-monopolistischen Charakter angenommen haben oder anzunehmen drohen, unterstehen der Überwachung unter dem Gesichtspunkt des Gemeinwohls.

Diese Überwachung ist durch ein Anti-Monopolgesetz zu regeln. Ein zentrales Monopolamt ist zu schaffen. Im Gesetz ist die Möglichkeit der Aufspaltung oder Auflösung monopolistischer Betriebe vorzusehen.

In den staatlichen Lenkungsmaßnahmen ist auf die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der Industrien Rücksicht zu nehmen, soweit sie lebensnotwendigen Export durchzuführen haben.

III. Die übrigen Betriebe in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel sollen gegen Aufsaugung und monopolistische Unterdrückung gesichert werden. Den Klein- und Mittelbetrieben muß der Wiederaufbau ermöglicht werden.[6]

DOKUMENT 270

7. 7. 1945: Rundschreiben des American Committee for Reconstruction of Democratic German Trade Unions

IISG, Nl. Paul Hertz, S 161 d. Maschinenschriftliche Durchschrift.

Werte Kollegen und Kolleginnen:

Unsere Gruppe hat am 9.Juni den Stand der Gewerkschaftsorganisation in Europa im allgemeinen und im besonderen über die ersten Versuche zur Bildung von Gewerkschaften in Deutschland erörtert. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß wir uns vorbereiten müssen, im Herbst dieses Jahres aktiv zu werden. Bis dahin wird zu

3 Dies Wort fehlt im Entwurf von Aufhäuser, vgl. ebd.
4 Dieser Satz fehlt bei Aufhäuser; vgl. ebd.
5 Bei Aufhäuser »Eliminierung«; vgl. ebd.
6 Artikel III heißt bei Aufhäuser: »Die freie Konkurrenz der Klein- und Mittelbetriebe in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel soll durch eine Schutzgesetzgebung gegen Überlastung und Aufsaugung ihrer Rohstoffversorgung zu sichern sein. Soweit Handelskonzerne monopolartigen Charakter annehmen, fallen sie unter die in Artikel II erwähnte Kartellkontrolle. Um eine solche Wirtschaftsordnung in der Übergangszeit beschleunigt und reibungslos entwickeln zu können, soll die künftige Wirtschaftsverfassung des Reiches von dem Grundgedanken ausgehen, daß alle Arbeit und Wirtschaft um des Menschen willen geleistet und geführt wird. Der Mensch soll nicht Objekt des Staates, die Volksgemeinschaft nicht Objekt des Individuums sein. Die demokratische Wirtschaftsordnung wird eine wesentliche Voraussetzung sein, die zerstörten Städte, Dörfer und Fluren zum Bauplatz eines demokratischen und friedliebenden Deutschlands werden zu lassen«; ebd.

übersehen sein, in welcher Weise wir bei der Aufgabe, der deutschen Arbeiterschaft beim Neuaufbau von demokratischen Organisationen zu helfen, mitwirken können.[1]

Die Auseinandersetzungen mit der German Labor Delegation betrachten wir als abgeschlossen, nachdem Präsident William *Green* von der AFL in seinem letzten Schreiben[2] an uns erklärt hat, daß die Autorisierung unserer Gruppe ausschließlich Sache des Internationalen Gewerkschaftsbundes sein müßte. Eine solche Anerkennung durch den IGB liegt, wie wir schon früher mitgeteilt haben, längst vor.[3]

Wir haben uns auf den Namen »American Committee for Reconstruction of Democratic German Trade Unions« geeinigt, durch den sowohl unsere Zusammensetzung als auch unsere Absichten klar ausgedrückt werden.

Um die jetzt notwendigen technischen Arbeiten finanzieren zu können, ist beschlossen worden, für die Dauer eines halben Jahres einen monatlichen Beitrag von $1,50 zu erheben. Wir bitten Sie, Beitragszahlungen an unseren Kassierer zu richten:

Ludwig *Hacke*, 41 West 74th St., New York 23, N.Y.

Unser Committee besteht gegenwärtig aus etwa 20 Personen. Wir wollen es auf 30 erweitern. Diese Erweiterung ist erforderlich, damit die künftige Arbeit nicht auf einer zu kleinen Zahl von Personen ruht. Dadurch soll aber unser Charakter als Committee, nicht Mitgliederorganisation, nicht geändert werden. Wir bitten Sie, uns Freunde namhaft zu machen, die wir zur Teilnahme einladen können.

In der internationalen Gewerkschaftsbewegung ist durch die Besprechungen, die im Zusammenhang mit der Weltsicherheitskonferenz in San Francisco stattgefunden haben, noch keine Klärung eingetreten. Die Gegensätze zwischen AFL und CIO haben sich teilweise noch verschärft. Unsere Gruppe betrachtet sich nach wie vor als einen amerikanischen Bestandteil des IGB. Sie erstrebt eine Einheit der Gewerkschaftsinternationale, wird aber für dieses Ziel nur innerhalb des IGB wirksam werden.

Mit kollegialen Grüßen
Siegfried Aufhäuser Paul Hertz

1 Die Gruppe ging dabei von der Position aus, »daß Gewerkschaften in keinem Abhängigkeitsverhältnis zu politischen Parteien stehen dürfen, und daß die Errichtung von Einheitsgewerkschaften zu fördern ist«. Vgl. Brief von Siegfried Aufhäuser, Paul Hertz u.a. vom 25.5.1945 an H. Vogel; in: AdsD, PV Emigration Sopade.
2 Nicht in den Akten.
3 Vgl. Dok. 259. Das Schreiben vom 11.7.1945 an Hans Gottfurcht zeigt, daß Schevenels inzwischen seine Meinung geändert hatte: »Ich möchte zu Deiner Orientierung noch einmal den jetzigen Stand der Dinge bezüglich einer rein gewerkschaftlichen Vertretung in Amerika schildern.
1. Zweiundzwanzig Kollegen sollten von den Genossen Aufhäuser und Hertz befragt werden, ob sie sich an einem rein gewerkschaftlichen Komitee beteiligen würden.
2. Da neun dieser Kollegen ablehnten und weiteren Schwierigkeiten entgegengesehen wurde, schrieb ich am 11. und 12. Dezember 1944, daß drei meiner Briefe allen betreffenden Kollegen in Abschrift zugestellt werden sollten, um völlige Klarheit in der Angelegenheit zu schaffen.
3. In einem dieser aufklärenden Briefe schrieb ich u.a.:
a) daß sobald alle Zustimmungen eingelaufen wären, die teilnehmenden Kollegen unter sich und ganz frei die Wort- und Schriftführer ihres Komitees bestimmen können;
b) falls die neun Kollegen, die abgelehnt hatten, sich weiter weigern, teilzunehmen, wir davon absehen müßten, den betreffenden Gewerkschaftsausschuß zu bilden.
4. Mit Brief vom 13.Januar 1945, habe ich noch einmal Kollegen Aufhäuser um Mitteilung des Ergebnisses dieser oben erwähnten Bemühung gebeten. Auf diese Anfrage, die für die ganze Angelegenheit entscheidend ist, habe ich bisher noch keine Antwort erhalten. Für uns gibt es daher kein Komitee.« In: IISG, Bestand IFTU, Nr. 269.

DOKUMENT 271

27. 1. 1946: Austrittsschreiben von Siegfried Aufhäuser, Kurt Glaser und Julius Lips, New York, an Paul Tillich, New York

IfZ, Sammlung Glaser, ED 202, Bd. 2, Bl. 237 f. Maschinenschriftliche Durchschrift.

Sehr geehrter Professor Tillich!

Seit der Gründung des Council for a Democratic Germany haben die sozialdemokratischen Mitglieder im Geiste des Gründungsmanifestes[1] mitgearbeitet. Da der Council alle antinazistischen Parteien und Richtungen umfassen sollte[2] und umfaßte, waren wir uns bewußt, daß die Generalrichtung einer solchen breiten Koalition nur mit Erfolg eingehalten werden konnte, wenn die einzelnen Parteien oder Gruppen in Einzelfragen zu Kompromissen geneigt und bereit waren. Es hat sich auch in der praktischen Arbeit gezeigt, daß bei der Ausarbeitung der Programme für den Wiederaufbau Deutschlands im Rahmen einer gesamteuropäischen, demokratischen Friedenspolitik die speziellen parteipolitischen Gesichtspunkte zugunsten einer einheitlichen und positiven Politik des Councils zurückgestellt werden konnten. Diese innere Verständigung war in vielen Fällen nur möglich, weil die Arbeiterparteien, insbesondere die sozialdemokratischen Mitglieder im wohlverstandenen Interesse einer einheitlichen Politik des Councils Konzessionen machten. Der Wille, parteipolitische Erwägungen zugunsten einer einheitlichen Koalitionspolitik des Councils zurückzustellen, hat die sozialdemokratischen Mitglieder auch bei der Frage der Potsdamer Erklärung veranlaßt, einen Vermittlungsvorschlag zu unterbreiten, auf den sich die divergierende Rechte und Linke bei allseitig gutem Willen hätten einigen können.[3]

Die sozialdemokratischen Mitglieder hatten sich übrigens für die Bildung einer umfassenden antinazistischen Koalition bereits zu einer Zeit eingesetzt, als es noch für verfehlt und unmöglich galt, eine überparteilich politische Front in Deutschland vorauszusagen. Sie mußten manche Angriffe von Kreisen innerhalb und außerhalb ihrer Partei hinnehmen, weil sie frühzeitig eine Politik vertraten, die in Deutschland nach der Niederlage zur Realität wurde. Die Ereignisse in Deutschland und Europa haben die Richtigkeit ihrer politischen Orientierung bestätigt.

Im Interesse der Einigkeit haben die sozialdemokratischen Mitglieder eine Reihe von Zwischenfällen toleriert, die sich bald nach der Gründung aus Sonderaktionen und einseitig gerichteten Veröffentlichungen von Paul *Hagen* ergeben hatten. Obwohl eine Generalaussprache über *Hagens* Taktik in – und außerhalb des Councils und seine nur subjektiv gehaltene Orientierung der Association for a Democratic Germany längst fällig geworden war, wurde im Interesse des Weiterbestehens des Councils auf einer Austragung der Mißhelligkeiten nicht bestanden. Es war längst sichtbar geworden, daß der Council als ein Instrument für die Sonderbestrebungen des Herrn

1 Vgl. Link, Mit dem Gesicht, S. 649–654.

2 Vgl. ebd.

3 Vgl. »Der Council for a Democratic Germany und die Potsdamer Beschlüsse«, 8.10.1945, über den Beitrag von Aufhäuser auf der »Vollsitzung des Councils vom 20. September« 1944 heißt es: »Er begann mit kritischen Einwänden gegen die Potsdamer Beschlüsse, bezeichnete aber jeden Protest des Councils als verfehlt und einen neuen Revisionismus als gefährlich«. Baerwald hatte dagegen die Auffassung vertreten, »daß der Council keine Existenzberechtigung hat, wenn er nicht zu einem Protest gegen Potsdam fähig ist«. Ähnlich argumentierte Forell. Hagen sah »in den Potsdamer Beschlüssen die Fortsetzung des Krieges gegen das deutsche Volk und verlangt[e] einen Protest«. Zu den Differenzen heißt es zusammenfassend: »Parteimäßig ist es so, daß die bürgerlichen Vertreter und die Gruppe Neubeginnen auf der einen und die verbleibenden Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten auf der anderen Seite stehen.« In: ARA, Material Pöppel, Bd. 5.

Hagen dienen sollte. Als sich aber ergab, daß der Council sich dafür als nicht tauglich erwies, versuchte er, ihn zu sprengen.

Den geeigneten Augenblick schienen ihm die Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Councils anläßlich einer Stellungnahme zur Potsdamer Erklärung zu bieten. Es genügte ihm nicht, vorzeitig und ohne Rücksicht auf die Koalition seinen persönlichen Standpunkt zu veröffentlichen,[4] vielmehr wollte er seine propagandistisch überspitzte Auffassung dem Council in seiner Gesamtheit aufoktroyieren. Als ihm die Aktion mißlang, erfolgte die Sprengung des Councils. Im Anschluß an seinen Austritt verbreitete *Hagen* an einen weiten Personenkreis und an die Presse einen Bericht über die entscheidende Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses, der eine völlige Entstellung der Tatsachen und einen eklatanten Vertrauensbruch darstellte.

So war die Situation vor der letzten Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses, an der alle verbleibenden Mitglieder teilnahmen. In dieser Sitzung wurde beschlossen: 1) daß der Council weiterbestehen, aber bis zur Ergänzung durch neue Vertreter der ausgeschiedenen Richtungen von einer größeren Aktivität nach außen Abstand nehmen sollte, 2) daß die veränderte Situation des Councils zusammen mit einer Richtigstellung zum Hagenschen Rundschreiben in einem Schreiben an alle Council-Mitglieder niedergelegt werden sollte, 3) daß die vom Council herausgebrachten Programme zusammengestellt und versandt werden sollten.[5] Laut Protokoll wurde dieser Punkt ohne Rücksicht auf die finanzielle Lage beschlossen.

Es wäre die Aufgabe des Vorsitzenden gewesen, die Beschlüsse durchzuführen, und es lag an seiner ausgesprochenen passiven Haltung, wenn weder der rechtzeitig gelieferte Entwurf eines Schreibens an die Mitglieder berücksichtigt wurde noch die Programme versandt worden sind. Der Vorsitzende weigerte sich sogar, das uns von unseren Freunden in der Schweiz[6] gelieferte Material[6] mit einem einfachen Begleitschreiben an unsere Mitglieder auch nur weiterzuleiten.[7]

Diese Politik völliger Passivität hat zur Folge, daß die Mitglieder des Councils in der Presse angegriffen werden konnten, ohne in der Lage zu sein, zu antworten. Wenn der Vorsitzende seine Passivität damit zu begründen versucht, daß es ihm unmöglich wäre, den Council zu repräsentieren, solange ihm nur die beiden Arbeiterparteien angehörten, so darf darauf verwiesen werden, daß er zu gleicher Zeit den Aufruf einer Relief-Gruppe unterzeichnet hat, in dem die Sozialdemokraten fehlten, also nur noch eine Arbeiterpartei vertreten war.

In einer Zeit, in der die wichtigsten Entscheidungen in der Welt, wie insbesondere in Deutschland selbst zur Reife kommen, ist der Council for a Democratic Germany durch die Passivität seines Vorsitzenden und die Spaltungsmanöver einer Gruppe aktionsunfähig gemacht worden.

Wir sehen uns daher außerstande, weiterhin im Council mitwirken zu können. Eine weitere Mitverantwortung für die Preisgabe des Councils und seiner politischen Idee erscheint uns untragbar.[8]

Mit demokratischen Grüßen
gez. Siegfried Aufhäuser Dr. Kurt Glaser Prof. Julius Lips

4 Gemeint ist eine Zuschrift von P. Hagen an »New Republic«; vgl. ebd.

5 Vgl. ebd., Anlage 3 zu »Der Council for a Democratic Germany und die Potsdamer Beschlüsse«.

6 Zur Gewerkschaftsdiskussion der Emigration in der Schweiz vgl. Dok. 142–145,147,148.

7 Im Antwortschreiben von P. Tillich, 6.2.1946, heißt es: »Die Tatsache, daß ich keine offiziellen Aktionen mehr vornehmen wollte, war in meiner Auffassung begründet, daß jede Aktivität des Rumpf-Councils den Wiederaufbau eines Voll-Councils gehindert hätte«. In: IfZ, Sammlung Glaser, Ed 202, Bd. 2, Bl. 240.

8 Dazu P. Tillich: »Ich glaube, daß die durch Ihren Brief Tatsache gewordene völlige Auflösung des Councils nur ein Vorteil für eine mögliche Neugründung auf einer anderen breiteren Basis ist«; ebd.

Verzeichnis der Archivalien

Arbeiterkammer Wien
- Archiv der Sozialdemokratie (bes. Akten 50.26ff., 50.115ff., 50.254ff.)
- Sozialistische Internationale

Arbetarrörelsens Arkiv (ARA), Stockholm
- Bestand Exilen 1933–1945
- Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden
- Material W. Pöppel
- Nachlässe F. Abicht, M. Hodann, F. Rück u.a.
- Sammlung O. Friedländer

Archiv der sozialen Demokratie, Bonn
- ADGB-Restakten
- DGB-Archiv (siehe DGB-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie)
- Internationale Graphische Föderation (IGF)
- Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF)
- Internationaler Metallarbeiter-Bund (IMB), Nachlaß K. Ilg
- Nachlässe W. Auerbach, V. Baur, E. Dittmer, M. Krebs, G. Kreyssig
- Parteivorstand der Sopade, Emigration

Arkiv Landsorganisationen i Sverige (LOA)
- Fackföreningsinternationalen 1933–1939 (Bände 16–23)
- Internationaler Gewerkschaftsbund
- Internationell Korrespondens, Tyskland, 1922–1936

Bibliothek des Hauptvorstandes der Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GtB), Düsseldorf
- Teilnachlaß M. Plettl

Brandenburgisches Hauptstaatsarchiv, Potsdam
- Gewerbeaufsichtsämter, Lageberichte
- Landratsämter, Lageberichte
- Oberpräsidium Provinz Brandenburg
- Polizeipräsidium Berlin
- Regierungspräsidium Frankfurt/Oder
- Regierungspräsidium Potsdam

Bundesarchiv Berlin
- Nachlässe (J. Kaiser, A. Erkelenz)
- Reichsarbeitsministerium
- Reichsministerium des Innern

- Reichssicherheitshauptamt
- Reichswirtschaftsministerium
- Volksgerichtshof
- SAPMO, ZPA (Bestand KPD: Parteikonferenzen, Zentrale Parteiorgane/Politbüro, Apparat des Zentralkomitees, Massenorganisationen, Flugblattsammlung, Bezirke der Partei, RGO; Bestand Sopade-PV-Emigration; Bestand ADGB-Emigration; Emigration Frankreich, Emigration Großbritannien, Emigration Schweden; Erinnerungsberichte)
- SAPMO, FDGB (Nachlässe, Erinnerungsberichte)

Bundesarchiv Dahlwitz-Hoppegarten
- Ermittlungsakten der Reichsanwaltschaft und des Volksgerichtshofes

DGB-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie, Bonn
- ADGB
- DGB (christlich)
- Nachlässe K. Becker, H. Gottfurcht, H. Fahrenbach, W. Hansen, H. Mugrauer, J. Nössenes, M. Plettl, F. Tarnow u.a.

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW), Wien
- Nachlaß F. Novy (Koordinationskommission IGB-IBS, Internationaler Bund der Bau- und Holzarbeiter)

Fachbereich Politische Wissenschaft, Freie Universität Berlin
- Mikrofilmarchiv (Emigrantenliteratur)

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem
- Gestapo, Lageberichte
- Landespolizeiamt
- Preußisches Ministerium des Innern. Staatssekretär Grauert

Generallandesarchiv Karlsruhe
- Badisches Finanzministerium
- Badisches Justizministerium
- Badisches Wirtschafts- und Arbeitsministerium
- Generalstaatsanwaltschaft Karlsruhe, Lageberichte
- Gestapo, Lageberichte
- NSDAP
- Treuhänder der Arbeit

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
- Gewerbeaufsicht
- Regierungspräsident Düsseldorf
- RW 58 Gestapo

Hauptstaatsarchiv Stuttgart
- Arbeitsministerium

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt
- Gestapo
- Innenministerium
- Landratsämter
- Nachlaß W. Leuschner

Institut für Zeitgeschichte, München
- Nachlässe V. Baur, K. Glaser, K.R. Grossmann u.a.
- Bibliothek

Institut für Zeitungsforschung, Dortmund

Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam
- Bestand Paul Hertz/Neu Beginnen
- International Federation of Trade Unions (IFTU)
- Internationaler Bund der Privatangestellten (IBP bzw. FIET), Spiekman-Papers
- Miners International Federation (Collection Vogt, Correspondence Germany u.a.)
- Saarcollection

IUL-Archiv, Genf
- IUL-Mitteilungsblatt 1933–1939
- Registerakten, IUL-Bestand

Landesarchiv Speyer
- Landratsämter, Bezirksämter
- Polizei/Gestapo

Landeshauptarchiv Koblenz
- Bezirksregierung Koblenz
- Bezirksregierung Trier
- Lageberichte
- Oberpräsidium Rheinprovinz
- Sammlung Wolff
- SD Koblenz

Modern Record Centre (MRC), University of Warwick Library, Coventry
- International Federation of Trade Unions (IFTU), (Koordinationskommission IGB-IBS, Internationaler Gewerkschaftsbund)
- Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF)
- Trades Union Congress (Germany, MSS, 292/943/2ff.)

Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich
- Schweizerisches Arbeiterhilfswerk

Staatsarchiv Detmold
- Politische Polizei
- Regierungspräsident

Staatsarchiv Münster
- Gewerbeaufsicht
- Oberlandesgericht Hamm. Prozeßakten Generalstaatsanwaltschaft
- Oberpräsidium
- Politische Polizei
- Regierungspräsident Arnsberg
- Regierungspräsident Münster

Stadtarchiv Mannheim
- Dokumente des Widerstands

Västerås Stadsbibliothek (VS), Västerås
- Deutsche Gewerkschaften in Schweden
- ADåG Landesgruppe Schweden, Ortsgruppe Stockholm
- Nachlaß Paul Zammert und Frau

VHTL-Archiv, Zürich
- Korrespondenz mit deutschen Emigranten
- Protokollbücher

Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur und gedruckten Quellen

(weitere Literatur- und Quellenangaben in den Fußnoten)

Bednareck, Gewerkschaftspolitik	Horst Bednareck, Die Gewerkschaftspolitik der KPD 1935-1939, Berlin 1969
Beier, Entstehung	Gerhard Beier, Zur Entstehung des Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften Ende April 1933, in: Archiv für Sozialgeschichte 15 (1975), S. 365–392.
Beier, Reichsleitung	Gerhard Beier, Die illegale Reichsleitung der Gewerkschaften 1933–1945, Köln 1981
Broszat/Weber, SBZ-Handbuch	Martin Broszat/Hermann Weber (Hg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1990
Buchholz/Rother, Parteivorstand	Marlis Buchholz/Bernd Rother (Hg.), Der Parteivorstand der SPD im Exil. Protokolle der Sopade 1933–1940, Bonn 1995
Buschak, Arbeit	Willy Buschak, Arbeit im kleinsten Zirkel. Gewerkschaften im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Hamburg 1993
Deutsche Widerstandskämpfer	Deutsche Widerstandskämpfer 1933–1945. Biographien und Briefe. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, 2 Bde, Berlin 1970
Eiber, Sozialdemokratie	Ludwig Eiber (Hg.), Die Sozialdemokratie in der Emigration. Die »Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien« 1941–1946 und ihre Mitglieder. Protokolle, Erklärungen, Materialien, Bonn 1997
Enderle, Einheitsgewerkschaften	August Enderle (unter Mitarbeit von Bernt Heise), Die Einheitsgewerkschaften, 4 Bde., Düsseldorf 1959
Enderle, Gewerkschaften	August Enderle, Was sind Gewerkschaften?, Berlin 1946
Erler, Dokumente	Peter Erler u.a. (Hg.), »Nach Hitler kommen wir«. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994
Esters/Pelger	Helmut Esters/Hans Pelger/Alexandra Schlingensiepen, Gewerkschafter im Widerstand, Bonn 1983
Foitzik, Zwischen den Fronten	Jan Foitzik, Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933–1939/40, Bonn 1986
Frese, Betriebspolitik	Matthias Frese, Betriebspolitik im »Dritten Reich«. Deutsche Arbeitsfront, Unternehmer und Staatsbürokratie in der westdeutschen Großindustrie 1933–1939, Paderborn 1991

Gittig, Tarnschriften	Heinz Gittig, Illegale antifaschistische Tarnschriften 1933–1945, 2. überarb. Aufl. München 1996
Günther, Landesgruppe	Dieter Günther, Gewerkschafter im Exil. Die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden 1938–1945, Marburg 1982
Handbuch Arbeiterpresse	Vorstand des Vereins Arbeiterpresse (Hg.), Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, Berlin 1927
Herbert, Arbeiterschaft	Ulrich Herbert, Arbeiterschaft im »Dritten Reich«. Zwischenbilanz und offene Fragen, in: Geschichte und Gesellschaft 15 (1989), S. 320–360
Herlemann, Auf verlorenem Posten	Beatrix Herlemann, Auf verlorenem Posten. Kommunistischer Widerstand im Zweiten Weltkrieg. Die Knöchel-Organisation, Bonn 1986
Herlemann, Emigration	Beatrix Herlemann, Die Emigration als Kampfposten. Die Anleitung des kommunistischen Widerstandes in Deutschland aus Frankreich, Belgien und den Niederlanden, Königstein/Ts. 1982
Herrmann, Geschichte	Karl Georg Herrmann, Die Geschichte des Internationalen Bergarbeiter-Verbandes 1890–1939, Frankfurt 1994
Jahn, Quellen IV	Peter Jahn (Bearb.), Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930–1933. (Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20.Jahrhundert, Bd. 4), Köln 1988
Klein, Vereint	Jürgen Klein, Vereint sind sie alles ? Untersuchungen zur Entstehung von Einheitsgewerkschaften in Deutschland. Von der Weimarer Republik bis 1946/47, Hamburg 1972
Kukuck/Schiffmann Quellen III	Horst A. Kukuck/Dieter Schiffmann (Bearb.), Die Gewerkschaften von der Stabilisierung bis zur Weltwirtschaftskrise 1924–1930. (Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20.Jahrhundert, Bd. 3), Köln 1986
Lange, Denkschriften	Dieter Lange, Zwei Denkschriften Fritz Tarnows über die Umwandlung der faschistischen Deutschen Arbeitsfront in Gewerkschaften, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 24 (1976), H. 5, S. 559–575
Langkau-Alex, Council	Ursula Langkau-Alex/Thomas Ruprecht (Hg.), Was soll aus Deutschland werden? Der Council for a Democratic Germany in New York 1944–1945. Aufsätze und Dokumente, Frankfurt 1995
Langkau-Alex, Volksfront	Ursula Langkau-Alex, Volksfront für Deutschland? Vorgeschichte und Gründung des »Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront« 1933–1936, Frankfurt 1977
Lemke-Müller, Ethischer Sozialismus	Sabine Lemke-Müller, Ethischer Sozialismus und soziale Demokratie. Der politische Weg Willi Eichlers vom ISK zur SPD, Bonn 1988
Lewin, Brüsseler Konferenz	Erwin Lewin u. a. (Hg.), Die »Brüsseler Konferenz« der KPD 1935. Reden, Diskussion und Beschlüsse, Moskau vom 3.–15. Oktober 1935, München 1997

Link, Geschichte	Werner Link, Die Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK), Meisenheim/Glan 1964.
Link, Mit dem Gesicht	Werner Link/Erich Matthias (Hg.), Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration. Aus dem Nachlaß von Friedrich Stampfer, ergänzt durch andere Überlieferungen, Düsseldorf 1968
Mallmann/Paul, Herrschaft	Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul, Herrschaft und Alltag. Ein Industrierevier im Dritten Reich, Bonn 1991
Mallmann/Steffens, Lohn	Klaus-Michael Mallmann/Horst Steffens, Lohn der Mühen. Geschichte der Bergarbeiter an der Saar, München 1989
Mason, Sozialpolitik	Timothy W. Mason, Sozialpolitik im Dritten Reich, Opladen 1978
Matthias/Schönhoven, Solidarität	Erich Matthias/Klaus Schönhoven (Hg.), Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 1984
Mayer, Kaiser	Tilman Mayer (Hg.), Jakob Kaiser. Gewerkschafter und Patriot. Eine Werkauswahl, Köln 1988
Mielke, Quellen VI	Siegfried Mielke, unter Mitarbeit von Peter Rütters, Michael Becker, Michael Fichter (Bearb.), Organisatorischer Aufbau der Gewerkschaften 1945–1949. (Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20.Jahrhundert, Bd. 6), Köln 1987
Mielke, Quellen VIII	Siegfried Mielke (Bearb.), Die Gewerkschaften und die Angestelltenfrage 1945–1949. (Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20.Jahrhundert, Bd. 8), Köln 1988
Mielke/Rütters, Arbeitsfront	Siegfried Mielke/Peter Rütters, Die Deutsche Arbeitsfront (DAF): Modell für den gewerkschaftlichen Wiederaufbau ? Diskussionen in der Emigration und in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland, in: Hans-Erich Volkmann (Hg.), Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau, München 1995, S. 675–708
Mommsen, Gewerkschaften	Hans Mommsen, Die deutschen Gewerkschaften zwischen Anpassung und Widerstand 1930–1944, in: Heinz Oskar Vetter (Hg.), Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung. Zum 100. Geburtstag von Hans Böckler, Köln 1975, S. 275–302
Mommsen, Leuschner	Hans Mommsen, Wilhelm Leuschner und die Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944, in: Ursula Büttner (Hg.), Das Unrechtsregime, Bd. 1, Hamburg 1986, S. 347–362
Morsch, Arbeit	Günter Morsch, Arbeit und Brot. Studien zu Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten der deutschen Arbeiterschaft 1933–1936/37, Frankfurt 1993

Morsch, Streiks — Günter Morsch, Streiks und Arbeitsniederlegungen im Deutschen Reich 1936 und 1937, in: Hasso Spode u.a. (Hg.), Statistik der Arbeitskämpfe in Deutschland (Quellen und Forschungen zur historischen Statistik von Deutschland, Bd. 15), St.Katharinen 1992, S. 1–89

Müller, RGO — Werner Müller, Lohnkampf, Massenstreik, Sowjetmacht. Ziele und Grenzen der »Revolutionären Gewerkschafts-Opposition« (RGO) in Deutschland 1928–1933, Köln 1988

Müssener, Exil — Helmut Müssener, Exil in Schweden. Politische und kulturelle Emigration nach 1933, München 1974

Nachtmann, ÖTV — Walter Nachtmann, 100 Jahre ÖTV. Die Geschichte einer Gewerkschaft und ihrer Vorläuferorganisationen, Frankfurt 1996

Naphtali, Wirtschaftsdemokratie — Fritz Naphtali, Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel, Neuauflage Köln 1966

Nelles, Ungleiche Partner — Dieter Nelles, Ungleiche Partner. Die Zusammenarbeit der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) mit den westalliierten Nachrichtendiensten 1938–1945, in: IWK. Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung 29 (1994), S. 534–560

Niethammer, Arbeiterinitiative — Lutz Niethammer u.a. (Hg.), Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, Wuppertal 1976

Opel/Schneider, 90 Jahre — IG Metall (Hg.), 90 Jahre Industriegewerkschaft 1891–1981. Vom deutschen Metallarbeiter-Verband zur Industriegewerkschaft Metall. Text von Fritz Opel/Dieter Schneider/Kurt Thomas Schmitz, Köln 1981

Paul, Max Braun — Gerhard Paul, Max Braun. Eine politische Biographie, St. Ingbert 1987

Paul/Mallmann, Milieus — Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann, Milieus und Widerstand. Eine Verhaltensgeschichte der Gesellschaft im Nationalsozialismus. Widerstand und Verweigerung im Saarland, Bd. 3, Bonn 1995

Peukert, KPD — Detlev Peukert, Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933–1945, Wuppertal 1980

Peukert, Lage — Detlev Peukert, Die Lage der Arbeiter und der gewerkschaftliche Widerstand im Dritten Reich, in: Ulrich Borsdorf (Hg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaften. Von den Anfängen bis 1945, Köln 1987, S. 447–498

Peukert, Ruhrarbeiter — Detlev Peukert, Ruhrarbeiter gegen den Faschismus. Dokumentation über den Widerstand im Ruhrgebiet 1933–1945, Frankfurt 1976

Peukert/Bajohr — Detlev Peukert/Frank Bajohr, Spuren des Widerstands. Die Bergarbeiterbewegung im Dritten Reich und im Exil, München 1987

Röder, Exilgruppen — Werner Röder, Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940–1945. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstands gegen den Nationalsozialismus, Bonn 2. verb. Aufl. 1973

Röder, Handbuch — Werner Röder/Herbert Strauss u.a. (Hg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. Bd. 1: Politik, Wirtschaft, Öffentliches Leben, München 1980

Ross, Gewerkschaften — Dietmar Ross, Gewerkschaften und soziale Demokratie. Von der Richtungs- zur Einheitsgewerkschaft, von Weimar zur Nachkriegszeit. Untersuchungen zur gewerkschaftlichen Programmatik für den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft, Diss. Bonn 1975

Ruck, Quellen II — Michael Ruck (Bearb.), Die Gewerkschaften in den Anfangsjahren der Republik 1919–1923. (Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20.Jahrhundert, Bd. 2), Köln 1985

Rüther, Arbeiterschaft — Martin, Arbeiterschaft in Köln 1928–1945, Köln 1990

Schmädeke/Steinbach, Widerstand — Jürgen Schädeke/Peter Steinbach (Hg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München 1985 (Neuausg. 1994)

Schneider, Christliche Gewerkschaften — Michael Schneider, Die Christlichen Gewerkschaften 1894-1933, Bonn 1982

Schneider, Gewerkschafter — Michael Schneider, Gewerkschafter unter nationalsozialistischer Diktatur: Verfolgung, Widerstand und Exil 1933–1945, in: DGB-Archiv (Hg.), Erschlagen – hingerichtet – in den Tod getrieben. Gewerkschafter als Opfer des Nationalsozialismus, Bonn 1995

Schumacher, MdL — Martin Schumacher, MdL. Das Ende der Parlamente und die Abgeordneten der Landtage und Bürgerschaften der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Ein biographischer Index, Düsseldorf 1996

Schumacher, MdR — Martin Schumacher, M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration, Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation, Düsseldorf 3. überarb. Aufl. 1995

Sopade, DB — Deutschland-Bericht(e) der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade), im Auftrag des Exilvorstands der Sozialdemokratischen Partei herausgegeben von Erich Rinner, Prag April/Mai 1934 – März 1938, Paris April/Mai 1938 – April 1940, Nachdruck Frankfurt/Main 1980

Steinbach, Widerstand — Peter Steinbach, Widerstand gegen den Nationalsozialismus aus dem Exil? Zur politischen und räumlichen Struktur der deutschen Emigration 1933–1945, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 41 (1990), S. 587–606

Stöver, Neu Beginnen	Bernd Stöver (Bearb.), Berichte über die Lage in Deutschland. Die Lagemeldungen der Gruppe Neu Beginnen aus dem Dritten Reich 1933–1936, Bonn 1996
Stroech	Jürgen Stroech, Die illegale Presse – eine Waffe im Kampf gegen den deutschen Faschismus. Ein Beitrag zur Geschichte und Bibliographie der illegalen antifaschistischen Presse 1933–1939, Leipzig 1979
Wichers, Deutsche Sozialisten	Hermann Wichers, Im Kampf gegen Hitler. Deutsche Sozialisten im Schweizer Exil 1933–1940, Zürich 1994
Widerstand als Hochverrat, Microfiche-Ausgabe	Widerstand als »Hochverrat« 1933–1945. Die Verfahren gegen deutsche Reichsangehörige vor dem Reichsgericht, dem Volksgerichtshof und dem Reichskriegsgericht. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte. Bearb. von Jürgen Zarusky und Hartmut Mehringer, Microfiche-Edition, München 1994
Winkler, Weg	Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930–1933, Bonn 1987
Wisotzky, Ruhrbergbau	Der Ruhrbergbau im Dritten Reich. Studien zur Sozialpolitik im Ruhrbergbau und zum sozialen Verhalten der Bergleute 1933–1939, Düsseldorf 1983
Zimmermann, Biographien	Rüdiger Zimmermann, 100 Jahre ÖTV. Die Geschichte einer Gewerkschaft und ihrer Vorläuferorganisationen. Biographien, Frankfurt 1996
Zollitsch, Arbeiter	Wolfgang Zollitsch, Arbeiter zwischen Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Jahre 1928–1936, Göttingen 1990

Verzeichnis der Abkürzungen

ADB	Allgemeiner Deutscher Beamtenbund
ADG	Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften bzw. Auslandsvertretung der Deutschen Gewerkschaften(r)
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie
AfA, AFA	Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände
AfA-Bund	Allgemeiner freier Angestelltenbund
AFoL, AFL	American Federation of Labor
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
AOG	Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit
ARA	Arbetarrörelsens Arkiv
BA	Bundesarchiv
BAV	Bergbauindustriearbeiter-Verband
BBC	British Broadcasting Corporation
Bl.	Blatt
BR	Betriebsrat
BT	Bundestag
BV	Bundesvorstand
BzG	Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung
CDG	Council for a Democratic Germany
CGT	Confédération Générale du Travail
CIO	Congress of Industrial Organizations
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DAG	Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
DB	Deutschland-Berichte
DGA	(siehe ADG)
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DHV	Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband
DMV	Deutscher Metallarbeiterverband
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DÖW	Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes
Dok.	Dokument
DVP	Deutsche Volkspartei
EdED	Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands
EK	Exekutivkomitee
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
EV	Einheitsverband
EVBD	Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands

EVfdB	Einheitsverband für das Baugewerbe
EVGV	Einheitsverband der Gemeinde- und Verkehrsarbeiter
EVLF	Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter
EVMB	Einheitsverband der Metallarbeiter Berlins
EVSH	Einheitsverband der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer
EVT	Einheitsverband der Textilarbeiter
FAV	Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDKB	Freier Deutscher Kulturbund
FIET	(siehe IBP)
GAD	(siehe ADG)
GDA	Gewerkschaftsbund der Angestellten
Geade	(siehe ADG)
Gedag	Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften
GEG	Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine/Reichsbund der deutschen Verbrauchergenossenschaften GmbH
Gesamtverband	Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs
Gestapa	Geheimes Staatspolizeiamt
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GG	Geschichte und Gesellschaft
GHG	Gesamtverband des (Deutschen) Handwerks, Handels und Gewerbes/ Gesamtverband der Handwerker, Kaufleute und Gewerbetreibenden
GLA	Generallandesarchiv
GLD	German Labor Delegation
GStA	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem
GTB	Gewerkschaft Textil-Bekleidung
GV	Gesamtverband
GZ	Gewerkschafts-Zeitung
H.D.	Hirsch-Duncker
HBS	Hans-Böckler-Stiftung
HStA	Hauptstaatsarchiv
IAA	Internationales Arbeitsamt
IAH	Internationale Arbeiter-Hilfe
IBBH	Internationaler Bund der Bau- und Holzarbeiter
IBF	Internationale Bekleidungsarbeiter-Föderation
IBP (frz. FIET)	Internationaler Bund der Privatangestellten
IBS	Internationale(s) Berufssekretariat(e)
IBV	Internationaler Bergarbeiterverband
IFF	Internationale Vereinigung der Fabrikarbeiterverbände
IFTU (s. IGB)	International Federation of Trade Unions
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
IG	Industriegewerkschaft
IGB	Internationaler Gewerkschaftsbund
IGF	Internationale Graphische Föderation
IISG	Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam
IMB	Internationaler Metallarbeiter-Bund

IML	Institut für Marxismus-Leninismus
Ingewpress	Internationale Gewerkschafts-Pressekorrespondenz
Inprekorr	Internationale Presse-Korrespondenz
ISH	International of Seamen and Harbour Workers
ISK	Internationaler Sozialistischer Kampfbund
ITF	Internationale Transportarbeiter-Föderation
ITS	(siehe IBS)
IUL	Internationale Union der Organisationen der Arbeiter und Arbeiterinnen der Lebens- und Genußmittelindustrie/Internationale Union der Lebens- und Genußmittelarbeiter
IVT	Internationale Vereinigung der Textilarbeiter
IWK	Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
KA	Koordinations-Ausschuß
KI	Kommunistische Internationale
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPO	Kommunistische Partei-Opposition
KZ, KL	Konzentrationslager
LdG	Landesgruppe deutscher Gewerkschafter
LdGF	Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Frankreich
LHA	Landeshauptarchiv
LO	Leninistische Organisation
LOA	Arkiv Landsorganisationen i Sverige
MdA	Mitglied des Abgeordnetenhauses
MdB	Mitglied des Deutschen Bundestages
MdL	Mitglied des Landtages
MdR	Mitglied des Reichstages
MRC	Modern Record Centre, University of Warwick Library
NB	Neu Beginnen
ND	Nachrichtendienst
Nl.	Nachlaß
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NVZ	Neue Volks-Zeitung (New York)
OLG	Oberlandesgericht
Org., ORG	Organisation
ÖTV	Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
Polbüro, PB, Politbüro	Politisches Büro des Zentralkomitees der KPD
Pr.	Preußisch(-e/er)
PV	Parteivorstand
RABl.	Reichsarbeitsblatt
RAD	Reichsarbeitsdienst
RAM	Reichsarbeitsministerium
Rep.	Repositur

RF	Rote Fahne
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGI	Rote Gewerkschafts-Internationale
RGO	Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition
RH	Rote Hilfe
RIM	Reichsinnenministerium
RL	Reichsleiter
RM	Reichsmark
RSD	Revolutionäre Sozialisten Deutschlands
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
RWM	Reichswirtschaftsministerium
SA	Sturmabteilung (der NSDAP)
SAI	Sozialistische Arbeiter-Internationale
SAJ	Sozialistische Arbeiterjugend
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SD	Sicherheitsdienst der SS
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SM	Sozialistische Mitteilungen
Sopade	Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Exil
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel (der NSDAP)
StA	Staatsarchiv
Stapo	Staatspolizei
SU	Sowjetunion
TA	Archiv der Thyssen AG
TUC	Trades Union Congress
USG	Unabhängige Sozialistische Gewerkschaft
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VGH	Volksgerichtshof
VHTL	Verband der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter (Schweiz)
VS	Västerås Stadsbibliothek
VSt.	Vereinigte Stahlwerke
WHW	Winterhilfswerk
ZA	Zentralausschuß
ZdA	Zentralverband der Angestellten
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZK	Zentralkomitee
ZPA	Zentrales Parteiarchiv

Personen-, Sach- und geographisches Register

Fettgedruckte Seitenzahlen verweisen auf biographische Angaben.
Die geographischen Bezeichnungen Deutschland, Deutsches Reich, Drittes Reich o.ä. wurden ebenso wie der Name Adolf Hitler wegen der Vielzahl der Verweise nicht in das Verzeichnis aufgenommen.

Aachen 124, 238, 266, 361f., 367, 429, 432, 446, 479, 573, 583f., 681, 772
Aalen 366, 371, 404, 413
Abraham 971
Abramowitsch, Rafael Rein **753**
ADG/Geade siehe auch Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands, Deutsche Arbeitsfront, Freie Gewerkschaften, illegale Gewerkschaftsgruppen, Illegale Reichsleitung, Internationale Berufssekretariate, Internationaler Gewerkschaftsbund, ITF, kommunistische Gewerkschaftsgruppen/RGO, Landesgruppen/Emigration, Leuschner-Kreis, Vertrauensratswahlen
- Aufbau und Organisationsstruktur 199, 237, 262–264
  - Auslandsvertretung für den Westen 231
  - Bund der Deutschen Gewerkschafter 202, 256–261
  - Finanzen 193, 199, 285
  - Gründung 50, 53–56, 161–163, 166, 189f., 194–196, 217, 236
  - Zentralisierungsbestrebungen 30, 171–173
- Aufgaben und Aktivitäten
  - Informationen aus Deutschland 56, 161–163
  - Konferenzen (Mülhausen) 56, 262–264, 266, 282
  - Presseorgane 165, 283f., 287, 780
  - Propaganda 284–286
  - Reichenberger Konferenz 55f., 194f., 196f.,213–219, 225f., 282f.
  - Vertrauensratswahlen 47
- Programmatik/Neuordnungsvorstellungen 204f., 206–208, 211–213, 273–279, 289f.
  - Aufgaben-/Funktionsverständnis 55f., 192f., 236, 269, 271–279, 648
  - Beurteilung und Zukunft der DAF/Übernahme und Umwandlung der DAF 204, 207–210, 276–278
  - Einheitsgewerkschaft 206–208, 232, 289f.
  - Einschätzung der Stabilität des NS-Regimes 202, 204f., 206, 270–272, 288–290
  - Einschätzung der Weimarer Republik 207
  - Sofortprogramm 205, 279–288, 337–342
  - Überwindung Richtungsgewerkschaften 232
- Beziehungen zu anderen gewerkschaftlichen Gruppen
  - Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands 35–37, 265–267
  - Illegale Reichsleitung 24, 199, 237, 254f., 269, 271f.
- Verbindungen zu gewerkschaftlichen Landesgruppen in der Emigration
  - Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Frankreich 56, 280f., 283, 285f.
  - Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien 283, 286, 876f.
  - Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweiz 60, 283
- Verbindungen zu internationalen Gewerkschaftsorganisationen
  - IBP 195–197, 203
  - IMB 191, 200
  - Internationale Berufssekretariate allgemein 55f., 191–193, 216, 227, 229, 232, 257, 260
  - Internationaler Gewerkschaftsbund 55f., 161, 191f., 198, 213f., 225, 227, 232, 236f., 256–258, 280f., 286
  - ITF 200, 226–229, 265–267
  - Koordinationskomitee 190f., 195, 216, 242–244

- Verbindungen/Einstellungen zu Parteien/Politischen Organisationen 203, 243
  - KPD 35, 194, 198, 203, 205, 232f., 247–254, 285, 289, 648
  - Neu Beginnen/Miles 194, 197–199, 216f., 226–230
  - Sopade/SPD 194, 198–200, 203f., 282
- Verhältnis zu den Gewerkschaften des Gastlandes
  - Frankreich 268f.
  - Großbritannien/TUC 876

Adler, Friedrich **753**
Adlhoch, Franz 361, 366, **374**f., 379
Adolf (Deckname) 553, 555
Agatz, Willi 44f., 118, **572**f., 604
Ahlen 118, 577
Ahrweiler 361
Albert, M. 238
Alfred bzw. **Schroeder**, Alfred, Deckname von Knöchel, Wilhelm
Altena 119
Altenburg 365
Altenburger, Agathe 361
Altenkirch, K. 238
Altmark 428
Altona 107, 238, 625, 1009
Amsterdam 17, 24, 28, 33, 36, 103, 106, 168f., 173f., 178, 180, 185, 187–191, 195, 201, 213, 215, 226–230, 236, 245f., 265, 302, 305, 308f., 311, 318, 322, 347, 360, 362–364, 366, 368, 381, 385, 396, 417, 423, 443, 477–479, 490, 518, 520, 528, 533, 543, 546, 553f., 556, 559, 561, 658, 707, 887
Andernach 584
Angers 725, 728
Antwerpen 28, 32, 169, 177, 266, 335f., 342–344, 346, 350f., 355–358, 373, 403, 416, 432–434, 436
Apel, Paul **177**
Apitzsch, Franz **172**, 174, 176, 235f., 299, 325, 365, 377
Arbeitgeberverbände 785
Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands siehe auch ADG/Geade, Christliche Gewerkschaften, Deutsche Arbeitsfront, Freie Gewerkschaften, illegale Gewerkschaftsgruppen, Illegale Reichsleitung, Internationale Berufssekretariate, Internationaler Gewerkschaftsbund, ITF, kommunistische Gewerkschaftsgruppen/RGO, Vertrauensratswahlen
- Aufbau und Organisationsstruktur 33–35, 513–515, 548
  - Arbeitsaufteilung 34f., 478, 514f., 534, 556–559, 561
  - Finanzierung 444, 456, 461–463, 516, 519, 530, 548, 551f., 554f., 558f., 561
  - Grenzstellen 35f., 484, 514f., 548
  - interne Differenzen 445–450, 528–535, 550–553, 556–559, 561
  - Konstituierung 34f., 477–484, 521–524, 534
- Aufgaben und Aktivitäten 35–37, 449, 459, 478, 480–482, 493f., 515f.
  - Arbeit in NS-Organisationen/DAF 36f., 449f., 452–455, 457–462, 464–468, 475, 484, 490, 492, 506–512, 536–538
  - Arbeitsniederlegungen/Streiks 458, 464, 508, 510, 538–541
  - Aufbau eines Vertrauensleutenetzes 35–37, 476, 561
  - Ausnutzen allgemeiner Arbeitsbedingungen/Tagesforderungen 464–467, 470, 491f., 496–499, 506, 508–510
  - Beratung bei Fragen der Sozialversicherung 452, 552
  - Beratung und Agitation der Saargrenzgänger 519f., 525–528, 540f., 546
  - Einschätzung von NS-Organisationen 458, 461, 526, 539–541
  - Flugblätter/illegale Presseorgane 459, 471f., 475, 482f., 500, 516, 519, 547, 554
  - Grenzstellenarbeit 35f., 469f., 474, 477f., 519f., 523, 527, 530, 543, 547, 551, 557–559
  - Informationen nach Deutschland 35, 481, 519f., 535, 538, 545f., 552–555
  - Konferenzen 445–484, 506, 522–525, 544, 551
  - NSBO 458, 461f., 493, 510
  - Prozeßvertretung/Rechtsberatung/Unterstützung Inhaftierter/Flüchtlingsarbeit 35, 483, 534
  - Stimmungsberichte aus Deutschland 35f., 495–503, 518, 520, 525–528, 536–543, 559–562
  - Vertrauensräte 37, 458f., 463f., 467, 473, 492, 507, 510, 537, 542f.
  - Vertrauensratswahlen 48, 444, 451, 459, 461f., 466, 472f., 507, 542
- Illegale Organisation 444, 460, 464–471, 473f., 490–495, 506–521, 534
  - Abgrenzung zu Parteien 36, 450, 523–525, 529, 531f., 535, 549
  - Aktivitäten in Deutschland 495–503, 506–518, 540f., 547, 554, 559, 561
  - Dezentralisierung/Zentralisierung 36, 476, 488, 534, 551–553
  - Kader 36, 449, 453, 455, 459, 468–471, 476, 480, 482, 523, 525, 548, 550–554, 556–559, 561
  - Kontakt zur Emigration 494f., 561
  - Kritik der »Taktik des Trojanischen Pferdes« 452–454, 457, 460, 462, 464–467, 511f., 536–538
  - Massenarbeit 449, 455, 469f.
  - Verhaftungen 453, 468f., 541, 560
- Programmatik
  - Einheitsgewerkschaft 454, 460, 481, 484, 486, 525, 544, 549, 558
  - Kommunistische Gewerkschaftspolitik/Wiederaufbau freigewerkschaftlicher Gruppen 36f., 480, 507f.
  - Neuordnungsvorstellungen 37
  - Richtlinien 36, 483f.
- Verbindungen zu anderen gewerkschaftlichen Gruppen
  - Auslandsvertretung der Deutschen Gewerkschaften 35–37, 404, 456, 469f., 474, 488–490, 494, 501, 504f., 516, 518, 520–535, 543–554, 556–558
  - Christliche Gewerkschaften 452, 460, 474, 485–487, 503, 517
  - Illegale Reichsleitung 444, 544, 547
  - ITF 36, 503
  - Koordinationsausschuß 35, 494f., 518, 557
- Verbindungen zu internationalen Gewerkschaftsorganisationen 518, 529f., 561
  - Bergarbeiter-Internationale 34f., 478–480, 482, 503, 518, 521–523, 525, 529, 531, 535, 544, 548–550, 552, 554f., 558–561
  - Internationale Berufssekretariate 475, 480, 504, 517, 529, 561
  - Internationaler Gewerkschaftsbund 475, 501, 518, 521f., 535, 550, 555f.
  - Koordinations-Komitee 502f., 518
  - Verhältnis zu den Gewerkschaften des Gastlandes in Frankreich 35, 268f., 519, 525, 530, 533
- Verbindungen/Einstellungen zu Parteien/Politischen Organisationen
  - KPD/RGO 34f., 501, 509, 517f., 523f., 529, 532, 534, 553, 555, 557
    - Brüsseler Konferenz 506, 511, 531
    - Einheitsfront 511
    - Kritik an Sopade 511
    - Volksfront 511
  - Neu Beginnen/Miles 501, 555
  - RSD 35, 489, 501, 524, 531f.
  - SPD/Sopade 35, 500, 511, 516, 524f., 529, 531f., 534, 545, 551, 553–555

Arbon 369, 378f., 404, 411, 413, 417
Arheiligen 361
Arhilger, H. 368
Arndt, Karl **297**
Arnsberg 119, 362f., 592
Arons, Hans **1032**, 1047
Aschaffenburg 366
Asseln 576
Attentat am 20. Juli 1944 302, 306, 868, 938
Auerbach, Walter 33, 256f., **503**, 876–878, 880, 897f., 921f., 941–943, 945, 958, 960f., 971, 974, 982, 985, 992
Aufhäuser, Siegfried 13, 22, 55, 60, 63, 185, 194, 196–199, 203, 205f., 217, **226**, 265, 489, 732, 640, 1014f., 1017–1024, 1031, 1033–1042, 1044–1048, 1050–1055
Augsburg 108, 238, 361, 366, 374, 378f., 417, 428f., 432, 678
Aulendorf 360, 379, 404, 413, 433
Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften, Landesgruppe Frankreich siehe auch ADG/Geade, Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands, illegale Gewerkschaftsgruppen, IGB, Internationale Berufssekretariate, ITF, kommunistische Gewerkschaftsgruppen/RGO, Landesgruppen/Emigration
- AFL 760, 765
- ADG 725, 728ff., 737, 740f., 743
- ADG im Westen 726, 728ff.
- Asylrecht 757, 761, 765ff.
- Aufgaben, Zielsetzungen 59, 63, 728f., 737f.

- Auswanderung/Visenbeschaffung 760, 770
- Bauerngenossenschaften 760f., 763
- CGT/französische Gewerkschaften 728f., 731, 738, 740f., 743, 749
- Collis Suisse 758
- Einheitsfront/Volksfront 747, 750
- Hilfskomitee für emigrierte Gewerkschafter 757–762
- Hitler-Stalin-Pakt 748ff.
- IBS 726, 728, 732, 739, 751
- IBP 726
- IGB 728, 730f., 737f., 740–744, 747, 757f.
- IMB 764f.
- Internierung/Internierungslager 753–757, 762, 766–771
- IUL 762f.
- Jüdische Emigranten 766–771
- Koordinationsausschuß/Landesgruppe 726, 739–742, 744, 746–749
- KPD/kommunistische Gewerkschafter 738, 741, 746ff.
- Matteotti-Komitee 751, 757, 762
- Organisation 729, 731f.
- Schweizerischer Gewerkschaftsbund 761
- Schweizerisches Arbeiterhilfswerk 758f.
- Sopade 739

Australien 51, 907
Averbrock, Alexander 361

Bachmann, Hugo 238, **360f.**, 416, 427
Bad Kudowa 320
Bad Lausick 365
Baden 120, 177, 239, 369, 377f.
Baden-Pfalz 590
Baerwald, Friedrich **1019**, 1024, 1046, 1054
Bahlke, Hans 343, 434
Bähren 142
Balleng, Carl **170**, 222, 230, 327
Baltikum 216, 242
Baltrusch, Friedrich **136**, 138f.
Bamberg 366
Bannemann, F. 920
Bärensprung, Horst **1018**
Bargmann, Heinz 361f.
Barmen-Elberfeld 238
Barth, Richard 23f., 170, 221, 301-**303**, 306
Bärtschi, Alexander, Deckname von Döring, Anton
Bärtschi, Ernst **378**
Basel 224, 254, 369, 378, 418f., 521
Basse, Hermann **395**
Bästlein, Bernhard 43
Bauer, Leo 674
Bauer, R. 238
Baum, August 361
Baur, Valentin 51, 58, 69, 185, 262, 375, **659**-661, 664f., 667–672, 678, 681f., 686
Bautzen 365
Bayern 108, 110, 239, 297, 369, 373, 378, 628
Bayern-Süd 428
Beck 129, 142
Beck, Ludwig 291
Beck, Reinhold **405**
Becker, Heinrich 495, 514
Becker, Karl 33, 35, 39, 41, 44f., 283, **446f.**, 452, 457, 461, 464, 471, 476–478, 485, 490, 500, 514, 553, 555f., 561f., 572f., 579, 920–923, 932–934, 951, 954–956, 969, 971, 978–981, 983, 985
Becker, Ludwig 446, **448**, 457–461, 463, 472, 498, 514
Beeckerwerth 116, 119
Beetz, O. 238
Behrens, Franz **136**, 138f., 148
Beil, N. 238
Beiss, Peter 361
Belgien 20, 24, 28, 31–33, 52, 246, 266, 268, 283, 312, 730, 762, 801, 848, 861, 908, 923
Belin 750
Belina, Josef **893**
Bell, Ernest **893**
Bentlage, Hermann **361f.**
Berchtesgarden 668
Berger, G. 238
Berger, Max **975f.**
Berger, Walter **889**
Bergisches Land 124
Bergsträsser, Ludwig 23
Berlin 23, 29, 48f., 104, 106, 109, 122, 130, 135, 144f., 153, 155–160, 164, 166f., 169, 171–178, 189f., 195f., 200, 202, 213f., 217f., 220–222, 224, 227f., 231, 234–238, 240f., 244, 251, 254, 255, 265, 267f., 294–302, 304f., 309, 311, 319f., 322–324, 326, 347f., 360f., 365f., 368, 376f., 385, 416–418, 429, 432–434, 441, 470, 563f., 567f., 572, 574f., 585, 587–592, 597, 603–605, 607–609, 613, 621, 624–628, 633f., 637–639, 641–644, 646, 649, 688, 694f., 711, 819, 851f., 1009
- **Brandenburg** 39, 41, 367, 428, 586, 604, 606, 633
- **Hohenneuendorf** 255
- **Lichtenberg** 635
- **Moabit** 305, 635
- **Neukölln** 636
- **Reinickendorf** 144
- **Spandau** 175, 303
- **Wedding** 49

Bern 189, 265, 305, 653, 655, 657, 668, 764
Bernard, Georg **176**, 204
Bernarding, Johann 485, 514
Bernau 172, 222, 945
Bernhard, Georg 204
Bernhard, Nikolaus **298**
Bertholet, René **172**, 441
Bertow, Erwin 347, 367
Betriebsräte/Personalvertretungen/Betriebsrätegesetz/Gesetz über Betriebsvertretungen und wirtschaftliche Vereinigungen siehe auch Christliche Gewerkschaften, Deutsche Arbeitsfront, Freie Gewerkschaften, kommunistische Gewerkschaftsgruppen/RGO, NSBO
- Absetzung von Betriebsräten 14f., 106f., 115, 119, 122f., 126, 132f.
  - Absetzungen wegen staats- und wirtschaftsfeindlicher Einstellung 199f., 123, 132–134
- Betriebsratswahlen
  - Ablauf 14, 105
  - Ergebnisse 14, 104, 122
  - Listen 14f., 103, 106–108, 117, 124–127
- Entscheidung staatlicher Instanzen bei Anfechtung von Absetzungen und Entlassungen 119f., 122, 132–134
- Gesetz über Betriebsvertretungen und wirtschaftliche Vereinigungen 15, 119, 123, 134
- Klagen gegen Absetzung und Entlassung 120, 134
- Kommissarische Betriebsvertretungen der NSBO 119f., 133
- Kommunistische Gewerkschafter/RGO 115, 132
- NSBO 119f., 132–134
- Verhaftungen 122

Beuthen/Oberschlesien 538
Beuttel, Wilhelm 505f.
Beyer, Anna **908**, 910, 934, 954, 982
Bezirk Mittelrhein 115f., 124, 126
Niederrhein 115, 132
Nordwest 135, 314
Siegerland 119
Südwest 628
Wasserkante 115f.
Bezirke West 41f., 44, 49
Bielefeld 124, 361f., 574, 576, 578f., 581f.
Bieligk, Fritz **907f.**
Bingen 363
Birck, Julius **321**
Birmingham 936, 955, 957, 982
Bitterfeld 623, 645
Bittner, Hermann **103**
Blackpool 957
Blanc, Thomas 725, **727**, 730, 762
Blaß, Karl **325**
Blenkle, Konrad 58
Bleyell bei Kaldenkirchen 361
Blüher (Regierungsrat) 119f.
Blum, Leon 382
Böblingen 429
Böchel, Karl 203f., 265, **489**
Bochum 34, 103, 107, 124, 238, 429, 492, 496, 505, 574, 576
Bochum-Hövel 577
Bock, Max 222, 246, 283, 490, **494f.**, 655
Bode, Willi 170, 238, 349, 359, 361, **366**, 416f., 428, 432, 437, 441
Bodenbach/CSR 175, 429
Bodensee(gebiet) 58, 419, 424
Boenheim, Felix **1018**
Bögler, Franz 489, 514, 553, **555**, 682
Böhmen 51, 197, 305
Bohnsack, Heinrich **806**, 816, 849
Bollessen, H. 238
Bolling, Johannes **347f.**
Bollow, O. 238
Bolz 152
Bömelburg, Theodor **393f.**
Bonn 124, 363, 584
Boose, Franz **347**
Borchers, Alfred 318
Borinski, Fritz **971**
Bormann, Martin 291, 294

Borsdorf 365
Bösch, Alwin **347**, 360f., 416
Bottrop 539, 576, 579
Brake 364
Brambauer/Lünen 539
Brand (Rechtsanwalt) 759
Brandenburg 107, 115, 172, 175, 304, 416, 432, 623
Brandes, Alwin 79, 130, 142, **169**, 171, 173, 176f., 189, 192, 220f., 235, 299, 637
Brandler, Heinrich **603**, 625, 628, 639
Braß, Otto **304**
Bratislava 189
Bratschi, Robert **423**
Brauer, Max **1009**, 1014f., 1023, 1035, 1038f., 1042–1045
Brauer, Theodor **138**f., 141, 148
Braunersreuther, Fritz **296**f.
Braunkohlengebiet 126, 583f.
Braunschweig 109, 238, 429
Braunthal, Alfred **1009**, 1014, 1032, 1038, 1041f., 1044, 1046f.
Brecht, Bertold 1018
Bredel, Willi **935**
Breitscheid, Rudolf 848
Bremen 49, 107, 166f., 238, 314, 361, 363, 416, 428f., 432, 435, 468, 590, 606
Bremerhaven 334, 364, 443, 518, 522, 547, 554, 753
Bremervörde 364
Brennecke, Otto **296**
Brenôt, Marcel **262**
Breslau 104, 107, 155, 238, 302, 367, 417, 432, 606, 645, 649
Breuer, E. 367
Breunig, Lorenz 307, **310**, 322
Brey, August 146, 167, **298**, 323
Brill, Hermann 304
Bristol 894, 903, 909
Brolat, Fritz **576**
Brou, Pierre, Deckname von Weisheit, August
Brozik, Karl **554**
Brugmann, Jonny 361
Bruhns, Helmut **343**, 434
Brümmer, Hans **176**, 221
Brüning, Heinrich 1020
Brüssel 170, 172, 228, 231, 238f., 246, 265, 280, 629, 646, 1012
Buchlohe 366
Budzislawski, Hermann 204, **1018**
Bührig, Erich **173**f., 176, 235f., 301f.
Bühring, Arthur 130
Bulgarien 772
Bünde 579
Bunzlau 107
Bürckel, Josef **150**, 525f., 528, 541, 706–708
Burger, W. 238
Burmeister, Karl 342
Burmeister, Wilhelm **347**f.
Burmester, Charlotte 853–856
Burmester, Wilhelm 238, 348, 361, **364**, 417
Busch, Kurt, Deckname von Tesch, Carl
Buse, Willi 361
Busse, Ernst **574**
Butzbach 177

Calujek, Anton 361
Cannstadt 366, 379, 413
Carbon, Deckname von Becker, Karl
Carlingen/Lauterbach 540
Carlos, Deckname von Süss, Bruno
Carthy, Albert E. **898**f.
Castenow, Walter **347**
Chamberlain, Arthur Neville 430
Chemnitz 108, 221, 238, 361, 365, 606, 644
Chevalme 750
Chicago 1046
Chile 1019
China 1009, 1018
Christliche Gewerkschaften siehe auch Freie Gewerkschaften, ADG/Geade, Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands, Betriebsräte, Deutsche Arbeitsfront, Freie Gewerkschaften, Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften, illegale Gewerkschaftsgruppen, Illegale Reichsleitung, Leuschner-Kreis, NSBO 135–137, 250f.
- Einheitsgewerkschaft 137, 141, 147
- Einzelgewerkschaften 151
- Frühere Funktionäre 136–140, 150–152
- Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften 13, 109, 127f., 135, 137
- Kontakte zum Preußischen Innenministerium 135f.
- Parteipolitische Unabhängigkeit 141
- Prozeßvertretung wegen Pensionsansprüchen/Rechtsberatung 141f., 149, 151–153

- Saarabstimmung 150
- Verbot/Gleichschaltung/Entlassungen/DAF 12–14, 16, 135–141, 148
- Verbindungen
  - Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter 452, 460, 474, 485–487, 503, 517
  - Illegale Reichsleitung 159
  - Leuschner-Kreis 136, 294f., 298, 300, 302
- Verhältnis zum NS-Staat 143, 147, 149f., 153
- Verhaftungen 136
- Vermögen 141f., 148f., 151

Cichocki, Erich 347, **348**, 349
Citrine, Walter 186, 191, 214–219, **227**, 239, 243–246, 287, 876f., 957
Clamart 231
Clichy 692, 695
Cohen, Adolf **222**
Coselwitz 365
Coswig 432
Cottbus 360f., 366, 368, 377, 416f., 428f., 432f.
Counts, George S. 1021
Crailsheim 366, 379, 404, 413
Cramp, Concemore **311**
Crispien, Arthur **681**
Crossmann, Richard 382, 439
Crummenerl, Siegmund **489**
CSR 20, 24, 33, 35, 50, 144, 173, 175–178, 187f., 190, 192, 194, 196f., 213, 218, 220, 226, 232, 236f., 239, 241, 251, 257, 262f., 267, 269, 301, 304f., 381, 430, 477, 479, 514, 521, 531, 533, 552f., 555, 560–562, 666, 725, 727, 752, 766, 785, 801, 805f., 828, 847, 862, 886f., 889, 893, 989, 907–910, 932, 971
Cuxhaven 364
Cyrener, Hermann **132**

Dahlem, Franz 564, **618**
Daladier, Édouard 430
Dänemark 24, 52, 170, 222, 230, 232, 262f., 282f., 326, 347, 725, 805f., 856, 862, 866, 971, 982
Dannenberg 920
Dannies, Gerhard 1032, 1047
Danzig 259, 301, 318, 322, 360f., 367, 385, 435, 590, 591
Darmstadt 297, 361, 363, 417, 428, 432, 673
Davidsen, Heinrich **321**
De Jonge, Klaas 186, 214–216, 218f., **225**, 246
De Wendel (Schachtanlage) 116, 118
Delker, Friedrich **515**
Dellbrück 126, 361f., 367 429
Denzler, J. 238
Derichi, Christian 361
Derkow, Willi 54f., **887**, 890, 898, 900, 907–916, 948, 954, 956f., 965–968, 971–973, 980–982, 985, 989, 994, 996
Dessau 432
Deter, Adolf 746
Deutsche Arbeitsfront (DAF) siehe auch ADG/Geade, Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands, Christliche Gewerkschaften, Freie Gewerkschaften, illegale Gewerkschaftsgruppen, Illegale Reichsleitung, ITF, kommunistische Gewerkschaftsgruppen/RGO, Landesgruppen/Emigration, NSBO, Vertrauensratswahlen
- Aufbau, Organisation und Aktivitäten 17f., 20, 134, 137–139, 140–142, 144–146, 156f., 241, 595, 597, 600f., 610f., 614f., 623, 628–630, 632, 637f., 643, 645, 648–650, 786
- Beurteilung durch illegale Gruppen und Emigration 24, 315, 340, 349, 543, 594–597, 599f., 615, 649, 797, 799, 810, 815, 817, 826, 890, 914, 1024ff.
- Entstehung/Frühphase 15ff., 135, 137–139
- Unterwanderung/Funktionsübernahme durch illegale Gewerkschafter (siehe besonders: kommunistische Gewerkschaftsgruppen/RGO) 449f., 452–455, 457–462, 464–468, 475, 484, 490, 492, 506–512, 536–538
- Zukunft nach einem Kriegsende 159, 204, 207–210, 276–278, 292, 682, 685, 781–195, 803ff., 810, 813–815, 825, 830f., 879, 885–888, 924, 953, 1024ff.

Deutsche Gewerkschaftsemigranten in der Schweiz siehe auch ADG/Geade, Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands, Funkengruppe, illegale Gewerkschaftsgruppen, Illegale Reichsleitung, IGB, Internationale Berufssekretariate, ITF, kommunistische Gewerkschaftsgruppen/RGO, Landesgruppen/Emigration

- Arbeitsausschuß(-/kreis) deutscher Freigewerkschafter in der Schweiz 57, 659ff.
  - ADG 661, 663, 665, 669, 671
  - Bund der deutschen Gewerkschafter 662ff., 667
  - Leitsätze 659ff., 665ff.
  - Mülhausener Konferenz 669ff.
  - Neuordnung 660f.
  - Sopade 669f., 673
- Arbeitslager/Internierung 672f.
- Fall Dreng 668ff.
- Freies Deutschland 676ff., 680
- Funkengruppe/Der Funken 57, 657f., 665, 673
- Gewerkschaftskommission der Union deutscher Sozialisten in der Schweiz 58, 64, 659ff., 681–689
  - Aufbau von unten 64, 686
  - Entnazifizierung 682, 687
  - IGB 689
  - Industriegewerkschaften 64, 684f., 687
  - Landesgruppe deutscher Gewerkschafter Großbritannien 681
  - Liquidierung DAF 682, 687
  - Weltgewerkschaftsbund 689
- Gruppe Döring 665ff., 668, 670
- IGB 658, 660f., 667, 669ff.
- Illegale Gewerkschaftsgruppen 655, 658f., 673
- Internationale Berufssekretariate 663, 669, 681
- KPD/RGO 656ff.
- Neuordnungsvorstellungen 63f., 660f., 674ff., 681ff.
  - Wirtschaftsdemokratie/Betriebsräte 69f., 675, 679, 683, 687
- Schweizer (Fremden-)Polizei 657, 666, 673f.
- Schweizer Gewerkschaften/Arbeiterbewegung 653f., 657ff., 661, 667ff.
- Schweizer Metallarbeiterverband 653, 655f., 659, 681
- Schweizer Regierung/Kantonalbehörden 654, 656f.
- Schweizerische Flüchtlingshilfe 656, 673
- Schweizerisches Arbeiterhilfswerk 672, 674
- Sozialdemokratische Flüchtlingshilfe 672
- Wiedergutmachung 676, 685

Deutsche Sprachgruppe in der CGT siehe auch ADG/Geade, illegale Gewerkschaftsgruppen, IGB, Internationale Berufssekretariate, ITF, kommunistische Gewerkschaftsgruppen/RGO, Landesgruppen/Emigration
- Entnazifizierung 776
- Industriegewerkschaften 773ff.
- Mitgliedschaft 771
- Organisatorische Neurodnungsvorstellungen 64, 771–776
- Sofortaufgaben 773, 777
- Wirtschaftsdemokratie 70f., 777f.

Deutscher Beamtenbund 122
Dewey, John **1021**
Dietrich, Georg 1032, 1047
Dillenz, Otto **405**
Dimitroff, Georgi 41, 252
Dinslaken 132f.
Dirksen, Walter, Deckname von Auerbach, Walter
Dittmer, Emil **109**
Dittmer, Henry **805**, 830, 856, 862
Dix, Paul 342
Dnjepropetrowsk 150
Doberer, Kurt **898**, 900, 907
Dobisch, Fritz **485**-487, 494f.
Dohrenbusch, Hans **681**
Döller, Wilhelm 361, 366
Dollfuß(regime) 382
Donaueschingen 527
Donner, Deckname von Schehr, John
Dorfmann, M. 851
Döring, Anton 57, **378**, 381, 410, 413–415, 653f., 656, 658, 665, 667–671, 673
Döring, Johann **325**f.
Dortmund 42, 115, 124, 238, 361f., 428f., 432, 496, 507, 537–539, 574–576, 580f., 592, 632
Dortmund-Dorstfeld 576
Dreher, E. 363
Dreng, Karl **414**f., 426, 659, 661, 668–670, 682
Dresden 108, 110, 144, 164, 176, 192, 220, 227, 235, 238, 301, 303, 365, 432, 606
Düe, Wilhelm 361
Duisburg 169, 238, 334, 357, 361f., 392, 416, 428, 432, 542, 574f., 581
- **Hamborn** 119, 238, 573
- **Meiderich** 119
- **Rheinhausen** 581

Duisburger Brotfabrikprozeß 437
Dünkirchen 434, 436
Düren 126, 362, 367, 429, 583f.
Dürks, C. 367
Düsseldorf 32, 115, 119f., 132, 142, 238, 342, 346, 362, 428f., 432f., 574, 580, 582, 584, 590, 605f., 615, 642

Ebeling, Wilhelm 361, **364**, 367
Eberhard, Fritz 33, **328**, 897, 939f., 942, 945, 954, 956, 960, 965, 967–969, 971f., 974f., 980–982
Ebersbach, Alfred **221**
Ebertz, Robert 361
Echterdingen 429
Eckhardt, Hans **343**
Edwards, Denis 561
Edwards, Ebenedzar (Ebby) 34, **443**-445, 480, 484, 501, 517, 552, 554, 558, 560–562
Eger/CSR 429
Eggert, Wilhelm 155
Egmond 24, 238f., 245f.
Ehrang 363
Ehrenteit, Johnny **335**
Eichler, Otto **301**f.
Eichler, Willi 331, 416, 419f., 423, 449, 501, 532, 634, **898**-900, 907–910, 916, 932, 934f., 954, 956, 971, 980–983
Eisenach 366
Eisenhower, Dwight D. 869
Ekilstuna 817
Elchner, Otto 66, 235, 347, **348**, 349, 816, 840
Ellenbogen, Wilhelm **753**
Emmen, Paul 359, 361, **362**, 367, 416, 427
Emmerich 346, 362, 615
Emmert, Johann 238, 361, **366**
Enderle, August 67, 795f., **801**, 806, 847–849, 862
Enderle, Irmgard **848**, 870–873
Endorff, Heinrich 361
Endrass, Fridolin 32, 365, 369–371, 405, **411**-413, 417, 425
Endrass, Johanna **405**
Engel, Heinrich 238, 361, 363, 417
Engels, Friedrich **570**, 596
Engers 363
England siehe Großbritannien
Erfurt 238, 429, 432, 606
Erkelenz, Anton 128, 130
Eschweiler 583f.

Essen 48, 115, 124f., 138, 169, 362, 367, 429, 573, 575f., 578–580, 605f., 634, 641
- **Altendorf** 580
- **Altenessen** 579
- **Borbeck** 579
- **Frohnhausen** 579f.
- **Hornapp** 579
- **Kettwig** 579
- **Segeroth** 574f., 579
- **Stoppenberg** 579
- **Süd** 579f.
- **Werden** 579
- **West** 579

Esslingen 371, 403, 433
Estland 168
Eudenbach 135
Eupen-Malmedy 419
Euskirchen 363
Eysen, W. 238

Faatz, August **653**-657, 659, 670
Fahrenbach, Heinrich **142**, 153
Feix, Rudolf 267
Ferl, E. 238
Ferl, Gustav 220, 1032
Fichte, Johann Gottlieb **418**
Fimmen, Edo 27–31, 55, 172, 186f., 188–191, 200f., 214–219, 222, 226–230, 239, 243–246, 266, **311**, 315, 318, 328, 347f., 351, 354f., 359, 368f., 371, 373–375, 377–381, 389, 393, 405, 408, 410f., 413–419, 423f., 429, 432f., 441, 503, 669
Finnland 893
Finsterwalde 367
Fischer, Peter **653**f., 665, 667, 670, 682
Fischer, Ruth 603
Fischer, W. 916
Fischer, Wilhelm **347**
Flaemig, Kurt **971**
Fleig, Andreas **657**
Fleischer, Louis 361, 367
Flensburg 1010
Fliess, Walter **909**, 965, 968f., 971, 974, 982, 996f.
Florin, Wilhelm 363, **618**, 640
Fontijn, Jan, Deckname von Vogt, Franz
Forbach 33–36, 103, 447, 485f., 490, 493f., 518–520, 527–529, 533–535, 543, 545, 547, 550f., 556, 559, 692, 704, 709, 715–717, 728, 732, 742
Forchheim 131

Forell, Friedrich **1019**, 1054
Forst 367, 432, 590
Förster, Alfred 361
Förster, Fritz 361
Förster, H. 238
Fraatz, Hermann 361, 364
Fraenkel, Ernst 163, **235**, 306
Franco, Francisco 527, **651**, 692
Frank, Karl 189, 198, **230**, 1012, 1019, 1021, 1024, 1036, 1054, 1055
Frankenholz 706
Frankenthal 363
Frankfurt/Main 101, 108, 155, 176f., 235, 238, 323, 361, 363, 376, 387, 428f., 432, 590, 606, 626–628, 653–657, 659, 673, 777
Frankfurt/Oder 367, 377
Frankreich 20, 24, 32, 44–36, 50–52, 56, 59, 63f., 69f., 138, 150, 172, 175, 201, 231–233, 257, 262–264, 267–269, 279–283, 285f., 289, 312, 419, 434, 485f., 494, 513, 519f., 526, 529f., 533, 540, 545, 555, 557f., 560, 580, 603, 691f., 695–699, 702–705, 708f., 711, 715, 717, 723–738, 740–745, 747, 749f., 753–755, 757, 759–762, 766, 768–770, 853, 898, 908, 935, 979, 1009, 1017–1019, 1032
Fraser (**Friedeberg**), Walter 1032, **1034**, 1047
Frau Kant, Deckname von Jahn, Frieda
Frauenfeld 656f.
Fred, Deckname von Schmitt, Heinrich
Frederek, C., Deckname von Tarnow, Fritz
Freiberg 221
Freie Gewerkschaften/ADGB/AFA-Bund/Einzelgewerkschaften siehe auch ADG/Geade, Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands, Betriebsräte, Christliche Gewerkschaften, Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften, gewerkschaftliche Überläufer, Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine, illegale Gewerkschaftsgruppen, Landesgruppen/Emigration, Leuschner-Kreis, Illegale Reichsleitung, ITF, kommunistische Gewerkschaftsgruppen/RGO, NSBO 12f., 15, 21–25, 27, 32, 39, 69, 73f., 155, 163, 170f., 234, 785
- AfA-Bund 13, 156
- Aufgaben und Aktivitäten
  - allgemein 103–105, 110f.
  - Streiks 106f.
  - Tarifverträge 104f., 111
- Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen 105
- Besetzung von Gewerkschaftshäusern 12, 101, 103f., 106f., 131, 320, 384, 563f.
- Betriebsvertretungen 106f., 119–122–124, 132f.
- Christliche Gewerkschaften 102, 109
- Eingriffe von außen in die Organisation 102f., 107–110, 121f., 129–131
- Einheitsgewerkschaft 127, 137, 141, 147
- Einschätzung der politischen Entwicklung im Frühjahr 1933 12–16, 113f.
- Einzelgewerkschaften 102ff.
  - Deutscher Postverband 121
  - Deutscher Holzarbeiter-Verband 103
  - Deutscher Textilarbeiter-Verband 104f.
  - Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs 104–110, 122f., 309f., 315f.
  - Reichsverband deutscher Post- und Telegraphenbeamten 121
  - Verband der Bergbauindustriearbeiter 103, 118–121
  - Verband der deutschen Reichs-, Post- und Telegraphenbeamtinnen 121
  - Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands 110–114, 129–132, 134, 143–146
  - Verband der Maschinisten und Heizer 309f., 313, 326
  - Verband der unteren Beamten 121
  - Zentralverband der Angestellten 582
  - Zentralverband der Schuhmacher 104
- Entschädigungsverfahren/-prozesse 16, 129, 135, 143–146, 320
- Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften 13, 109, 127f., 135, 137
- Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine 102, 109
- Klagen gegen Entlassung als Gewerkschaftsangestellte 16, 129–135
- Kommunistische Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften 14, 107, 116f., 125, 564
- Kontakt zu
  - Polizei 102
  - Regierungspräsident 119f., 122

  - Reichskommissar für Preußen 101f.
  - Reichspräsident 12, 101f.
  - Reichsregierung 12, 101f., 105, 112, 127
- Mitglieder/Organisation
  - Austritte/Eintritte 102–104, 107, 110, 112f.
  - Beamte 108, 122
  - Beitragszahlung 106f.
  - Stimmung 106f, 109f., 123
  - Verbindung Basis-Bundesvorstand 101f., 105
  - Werbemaßnahmen 103, 105, 110–112
- NS-Organisationen
  - SA 103, 126
  - NSBO 109, 119, 126
- Organisationsstruktur 101–109
  - Bundesvorstand 101, 113
  - Bezirke 101f., 106f., 120
  - Ortsverwaltung 102, 106f.
  - Umbau Frühjahr 1933 109, 121f.
- Parteipolitische Unabhängigkeit 105, 108, 122, 128
- Politische Ziele 104f., 108, 112, 114
- Presseorgane 103, 107f., 113, 121
  - Der Proletarier 113
- Prozeßvertretung/Rechtsberatung in Entschädigungsfragen 129, 135, 143–146
- Reichstagswahl am 5.3. 1933 102f., 112
- Terrorakte/Gewaltmaßnahmen gegen Gewerkschafter und Gewerkschaftseinrichtungen 12ff., 101ff., 320
- Umsturzwarnungen 102
- Verbote, Zerschlagung und Gleichschaltung im Frühjahr 1933 12–16, 101ff., 110, 112f., 135f., 331
- Verhaftungen 12–16, 103, 107f., 136
- Verhältnis zum NS-Staat 127
- Vermögen/Einrichtungen 144f.

Freier, Deckname von Ulbricht, Walter
Freising 361, 366, 432
Frey, H. 238
Freyer 321
Fricke, Fritz 66, **220**, 806, 816, 852, 858, 862f., 870
Friedländer, W. 870
Friedrich 141
Friedrichshafen 366, 369, 371, 403, 413, 425f., 429, 433
Frisch, Wilhelm 35f., 446, **473f.**, 478, 514, 520f., 533, 534, 543, 547, 551, 557–559, 692, 709
Fritzsche, Albin 361
Frühauf, Johann 361
Fuchs, Adolf **703**f., 712, 724, 726, 732f., 746
Fuchs, Martin, Deckname von Merker, Paul
Fuchs, Ulli, Deckname von Baur, Valentin
Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften siehe auch ADG/Geade, Christliche Gewerkschaften, Freie Gewerkschaften, Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine, Leuschner-Kreis, NSBO 13, 21, 23, 25, 109, 127f., 135, 137, 194
Fuhrmann, Bruno **659**, 661
Fulda 363
Funger, Hans 359, 361, **362**, 365, 392, 416f., 427, 432
Funk, Albert **118**, 580
Funk, Albrecht 446
Funkengruppe/Der Funken siehe auch ADG/Geade, Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands, ITF, Landesgruppe/Emigration Schweiz 241, 376, 378, 380, 405, 413–415, 420, 426

GAD siehe ADG/Geade
Galanty, Ernst 68, **824**-826, 828
Gaschwitz 361
Gau Brandenburg (ITF) 365
Essen 542
Hannover (ITF) 364, 367
Hessen-Nassau (ITF) 363
Kassel (ITF) 364, 367
Nordbayern (ITF) 366f.
Nordwest (ITF) 364, 367
Oldenburg (ITF) 363, 367
Ostpreußen (ITF) 367
Pfalz-Baden (ITF) 363
Pommern (ITF) 367
Rhein (ITF) 360
Ruhr (ITF) 360
Sachsen (ITF) 365
Schlesien (ITF) 366
Südbayern (ITF) 366f.
Thüringen (ITF) 365, 367
Wasserkante (ITF) 364
Westfalen (ITF) 360
Württemberg (ITF) 366f.
Geade siehe ADG/Geade
Geiger, Georg **146**
Geiser, Hans **287**, 878

Gelsenkirchen 119, 124, 238, 362, 575f., 580, 615
Genf 134, 136–138, 148, 170, 196, 217, 228, 326, 1009
Gentner, E. 646
Gentsch, Erich 43, 572
Genz, Karl 469
Geppert, Paul 361
Gerhardt, Philipp 361, 363
Gerling, Bernhardt 361
Gerolstein 363
Gertel, Franz 411f., **425**
Gewerkschaftliche Überläufer siehe auch ADG/Geade, Christliche Gewerkschaften, Freie Gewerkschaften, Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine, Kommunistische Gewerkschaftsgruppen/RGO 172, 222
Gewerkschaftsemigranten in den USA siehe auch ADG/Geade, Deutsche Arbeitsfront, IGB, Internationale Berufssekretariate, kommunistische Gewerkschaftsgruppen/RGO, Landesgruppen/Emigration
- **Council for a Democratic Germany** 59, 1024–1031, 1039, 1054f.
  • Aufbau von unten 63, 1024, 1028f.
  • aus der Sicht der GLD 1017–1024
  • Besatzungsmächte 1050
  • Betriebsebene/Betriebsräte 1026ff.
  • DAF 1024, 1026, 1028f.
  • Differenzen 1046, 1054f.
  • Einschätzung der deutschen Arbeiterschaft 1025, 1027, 1031
  • Gründungserklärung 1021
  • IGB 1047
  • illegale Gewerkschaftsgruppen 1026
  • KPD 59, 1046
  • Neu Beginnen 1054
  • Programmatik 71
    – Aufgaben und Funktion von Gewerkschaften 1030f.
    – Wirtschaftsdemokratie 74f., 1048–1051
    – Planung 1049
    – Einheitsgewerkschaften 63, 1028ff.
    – Industriegewerkschaften 1029
  • Vertrauensratswahlen 1025f.
  • Wiedergutmachung 1049, 1051
- **German Labor Delegation**
  • AFL 60, 1010, 1021f., 1037, 1042, 1044, 1051
  • Aktivitäten 59, 1013f.
  • Alliierte 1013
  • Beirat 1009ff.
  • CIO 1010, 1021f., 1037, 1044
  • Council 1017–1023, 1037f., 1040, 1043
  • Entnazifizierung 1016
  • Finanzen 1010f.
  • German Trade Union Delegation 60, 1035, 1038, 1040–1045
  • Gründung 1009
  • IGB/GLD 1010f., 1037, 1043–1048
  • ILO 1022, 1044
  • Jewish Labor Committee 1012, 1021
  • Mitglieder 1009
  • Parteien/Politische Organisationen
    – Freie Deutsche Bewegung 1043
    – ISK 1041
    – Konservative 1012
    – KPD 59, 1012, 1017ff., 1021f., 1040, 1042
    – Liberale 1012
    – Neu Beginnen 1017, 1019
    – Sopade 1009f., 1023, 1038
  • Programmatik/Neuordnungsvorstellungen
    – Betriebsräte/Betriebsebene 1015
    – Einheitsgewerkschaft 63, 1015
    – Wirtschaftsdemokratie 1016f.
- **German Trade Union Delegation**
  • Amerikanische Gewerkschaften 60, 1032
  • Aufgaben/Funktionen 1033f.
  • Council 1039, 1051
  • Einheitsgewerkschaft 1053
  • GLD 60, 1053
  • Gründung 1031ff., 1039
  • IGB 1031–1034, 1043, 1046ff., 1050, 1053
  • Landesgruppe deutscher Gewerkschafter Großbritannien 1032f., 1047
  • Landesgruppe deutscher Gewerkschafter Schweden 1033, 1047
  • Mitglieder 1031f.
Geyer, Curt 908
Gillies, William 894
Gladbach 362
Glanerbrug-Gronau 319
Glaser, Kurt 1015, **1019**f., 1022, 1051, 1054f.
Glasgow 936, 955, 969, 982
Gleiwitz 539, 606
Gmünd 366, 379
Go 1 (Polizeispitzel) 157

Godesberg 584
Goebbels, Joseph 139, 327, 335, 576
Goerdeler, Carl 26f., 135, 170, **291**-293, 295, 852
Göring, Bernhard 169
Göring, Hermann **108f.**, 335, 526, 643, 1025
Görlitz 107, 361, 367, 429, 432
Göteborg 373, 817, 836
Gotha 364, 590
Gottfurcht, Hans 60, 167, **168**-170, 185, 287, 781f., 785f., 788–793, 795, 801f., 805f., 811–813, 815, 817, 831, 837, 840, 852, 876–879, 882, 885f., 888–900, 907–910, 913f., 916, 918–924, 932, 934, 948, 951, 954–958, 960, 970–972, 977f., 980–982, 985, 1015, 1033f., 1036, 1040–1043, 1053
Gotthelf, Herta **886**, 898, 900, 907, 954
Göttingen 360f., 364, 416, 428, 432
Graeff, Paul 342
Graßlitz/CSR 304
Graßmann, Peter 128, **564**f., 596, 876
Grätzer, Rosi **885**, 922
Grauert, Ludwig **135**
Green, William **1023**, 1043, 1053
Greidinger, Jakob **908**, 983
Greten, Karl 361
Griechenland 861
Gröben, von der 135
Groha, G. 725, 727, 730
Großbritannien bzw. England 32, 50–53, 68f., 71, 168f., 172, 177, 226, 232f., 266, 282f., 286, 288, 304f., 560–562, 676, 799, 805, 821, 851–853, 875, 880, 882, 885–887, 889, 892–895, 897–910, 913, 918, 921, 923f., 932f., 936, 938f., 951, 954f., 971f., 931f., 936, 975, 979f., 986, 999, 1012, 1032, 1040–1043, 1046f.
Großrosseln 705
Grötzner, Karl **102**, 297
Gruber, F. 238, 370
Grübler, Richard 361
Grünberg, Karl 361
Gruppe Schmidt siehe Schmidt
Gruppe Walter Loeb siehe Loeb, Walter
Gruppe Winterberg siehe Winterberg
Grzesinski, Albert 1009f., 1014, **1017**-1023, 1031, 1046f.
Guben 367, 432
Gückel, Friedrich 238, 361, **364**
Gusko, Kurt **222**
Güsten 432

Haag, Theodor **343**, 434
Haas, Nikolaus **266**, 268, 1032, 1047
Haase, Emil **554**, 560
Habermann, Max 128, **292**, 294f., 300
Hacke, Ludwig **1032**, 1035, 1042, 1044, 1047, 1053
Häfner, Heinrich 725, **727**, 730, 738
Hagedorn, Friedl 847
Hagen 362, 573, 575
Hagen, Paul, Deckname von Frank, Karl
Hagenbuch, Franz **114**
Hahn, Hermann **417**
Hahn, Karl 466
Hähnlein 361
Haise, Eduard 361, 368
Halle 176, 235, 238, 303, 432, 591, 603, 605f., 625, 639, 641, 644
Halle-Merseburg 590, 628
Haltenhof, Paul 361 **364**, 416
Halter, Adolf 653
Hamann, Bernhardt 361f.
Hamburg 29, 32, 107, 170, 238, 296, 302, 312, 314, 326, 334f., 342f., 346–348, 355f., 360f., 364, 367f., 377, 416f., 423, 429, 435f., 468, 590f., 597, 605f., 639, 641, 644, 695, 711, 907
Hamm 124, 361f., 367, 417, 576f.
Hanf, Max **384**
Hannover 107, 110, 129, 134, 143, 146, 167, 170, 174, 176, 238, 296, 303, 361, 364, 368, 428f., 432, 590, 606, 628, 711
Hanschen, Karl **302**
Hansen, Richard **1022**, 1032, 1038, 1041f., 1044, 1046f.
Hansen, Werner 65, 73, 532, 920, **924**, 928, 951, 982
Hansmann, Wilhelm **495**
Hanweiler/Saar 177, 1032
Harburg 364
Hartig, Valentin 195, **230f.**, 280, 721–724, 727f., 730f., 733f., 737, 752f., 765f.
Hartmann, Karl **174**, 297
Hattingen 119
Haubach, Theodor **157**-159, 175, 200
Hauser, Toni **692**, 696
Häusermann 674
Heckert, Fritz 563, 580
Heckmann, Gustav **982**f.
Heerlen 445

Heidelberg 673
Heiden, Konrad **753**
Heidorn, Wilhelm siehe Hansen, Werner
Heilbronn 366, 371, 379, 404, 413, 433
Hein, August **296**, 302
Heinig, Kurt 231, **232**, 838
Heinrich, Karl **159**, 175
Heithain 365
Heldt, Johannes 469
Hennings 238
Hentschel, Arthur 840
Henze 122
Herborn 121
Herne 468
Herringen 576f.
Herrmann, Matthäus **299**, 308, 324, 384
Hertz, Hanna 1046
Hertz, Paul 60, 185, 304, **418**, 1019, 1031, 1033–1035, 1037–1039, 1042, 1044–1048, 1050–1053
Herz, Karl 908
Hessen 101f., 177, 428
Hessen-Frankfurt 621, 626f.
Heß, Rudolf 541, 645
Hildebrandt, Georg **325**
Hildebrandt, Paul 238, 361, **365**, 405
Hilden 580
Hildesheim 429
Hilferding, Rudolf 69
Hiller, Franz **347**
Hiller, Max **347**
Hilversum 245
Himmler, Heinrich 272, 1015, 1027
Hindenburg, Paul von Beneckendorff und von **101**, 108, 383, 430, 1013
Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine siehe auch Betriebsräte, Christliche Gewerkschaften, Freie Gewerkschaften, NSBO 12–14, 16, 109, 127f., 250f.
Hirschfeld, Hans **1019**
Hirthammer, Josef 238, 361
Hitler-Stalin-Pakt 748ff., 875
Hobiera, Wilhelm **347f.**
Hodann, Max 785, 851-**853**, 862f.
Hof 366
Hofacker, Fritz 761
Hoffmann, Emil **129**f., 139, 143, 145, 148
Hoffmann, J. 367
Hoffmann, Paul **447**, 486, 490, 534, 726, 739
Hoffmann, Richard **447**, 487
Hogen, W. 238
Holland siehe Niederlande
Holstein 296
Holtenau 435
Höltermann, Karl **887**
Hölzcker, Richard **325**
Hölzer, Josef 373
Hönningen 584
Hörsch, Josef 361
Höxter 364
Hugenberg, Alfred 251, 316, **573**, 576
Hürth 584
Husemann, Friedrich **103**, 300, 446, 505, 549

Ilg, Konrad 22f., **155**, 157, 162, 177, 200, 305, 655, 659, 668, 681, 755, 764, 771
Illegale Gewerkschaftsgruppen siehe auch ADG/Geade, Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands, Deutsche Arbeitsfront, Freie Gewerkschaften, Illegale Reichsleitung, Internationale Berufssekretariate, Internationaler Gewerkschaftsbund, ITF, kommunistische Gewerkschaftsgruppen/RGO, Landesgruppen/Emigration, Leuschner-Kreis, Vertrauensratswahlen 16, 18, 155ff., 166ff.
- Bündnispolitik 201
- Einschätzung der politischen Machtverhältnisse 24, 178f., 181f.
- Einschätzung der Weimarer Republik 184
- Einzelgruppen
  - Angestellte/Zentralverband der Angestellten 168, 170, 178ff., 184ff., 268, 376, 628
  - Bauarbeiter 625
  - Bergarbeiter 622
  - Buchdrucker 170, 201, 637
  - Butab 168–170
  - Fabrikarbeiter 622
  - Maschinisten und Heizer 170
  - Metallarbeiter/Deutscher Metallarbeiterverband 156, 162, 164, 168f., 170f., 220, 236, 622, 625, 637
  - Öffentliche Betriebe, Transportarbeiter/Gesamtverband 332
  - Textilarbeiter 267f.
- Finanzen 183
- Nachrichten- und Informationsmaterial 183
- Sofortprogramm/Neuordnungsvorstellungen 180, 183
- Unabhängige Sozialistische Gewerkschaften (USG) 268
- Verhaftungen 156, 160, 164, 178, 220f.
Illegale Reichsleitung siehe auch ADG/Geade, Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands, Deutsche Arbeitsfront, Freie Gewerkschaften, illegale Gewerkschaftsgruppen, Internationale Berufssekretariate, Internationaler Gewerkschaftsbund, ITF, kommunistische Gewerkschaftsgruppen/RGO, Landesgruppen/Emigration, Leuschner-Kreis, Vertrauensratswahlen 16, 21–25, 157–163, 166f., 171–178, 194f., 234–236, 238–242, 305
- Aufgaben und Aktivitäten
  - Flugblätter/illegale Presseorgane 23, 165, 224
  - Informationen aus Deutschland 161–163
  - Prozeßvertretung wegen Pensionsansprüchen/Rechtsberatung/Unterstützung von Familien inhaftierter Gewerkschafter 23f., 162f., 173, 176, 216
- Beurteilung aus Sicht der Gestapo 166–170
- Beurteilung aus Sicht der Sopade 171
- Konferenzen 305
  - Egmond 245–247
  - Mülhausen 262–265
- Neurordnungsvorstellungen 24f., 158f.
  - Auflösung/Umbau der DAF 25, 158
  - Einheitsgewerkschaft 25, 159
- Organisation
  - Aufbau/Gründung 21–25, 155–157, 188, 234–238, 268, 301, 303f.
  - Interne Differenzen 172f., 178–184
  - Finanzen 193, 228, 239
  - Zusammensetzung/Mitglieder 22f., 235f., 301–306
- Verbindungen zu
  - ADG 24, 231
  - Arbeitgebern 240
  - Christlichen Gewerkschaftern 159
  - Internationalen Berufssekretariaten 24, 165f., 186–189, 228, 238–246, 305
  - Internationalem Gewerkschaftsbund 24, 155, 165f., 177, 186–189, 213f., 238–245, 304
  - Neu Beginnen/Miles 188–191
  - Reichsbanner 180
  - Sopade 177, 180, 241, 303f.
  - Wehrmacht 240
- Verhaftung von Mitgliedern 24, 160, 178, 254f., 301f.
- Vertrauensratswahlen 239, 241
Ilmenau 129
Imbusch, Heinrich 34, **138**f., 486f., 490, 503
Indien 431
Ingolstadt 366
Internationale Berufssekretariate siehe auch ADG/Geade, Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands, illegale Gewerkschaftsgruppen, Illegale Reichsleitung, Internationaler Gewerkschaftsbund, ITF, kommunistische Gewerkschaftsgruppen/RGO, Landesgruppen/Emigration 50ff. 183, 191–193. 201, 216, 227, 229, 232, 256–262, 475, 480, 504, 517, 529, 561
- IBP 178–180, 184f., 194–196, 203, 267
- IMB 155–157, 191, 200
- ITF 27, 200, 218, 225–229, 235f., 265–267
- IFF 315–317
- IBV 478–480, 482, 503, 518, 521–523, 525, 529, 531, 535, 544, 548–550, 552, 554f., 558–561
Internationaler Gewerkschaftsbund/Internationale Berufssekretariate siehe auch ADG/Geade, Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands, illegale Gewerkschaftsgruppen, Illegale Reichsleitung, Internationale Berufssekretariate, ITF, kommunistische Gewerkschaftsgruppen/RGO, Landesgruppen/Emigration 50ff., 157, 161, 184f., 191f., 194ff., 198, 213–216, 224–227, 257, 232, 236f., 256–258, 260, 280f., 286, 475, 501, 518, 521f., 535, 550, 555f.
- Koordinationskomitee 186ff., 189–191, 195f., 214–216, 238–245, 502f., 518
Irmer 983
Irmscher, Willy 361, **365**
Italien 137, 215, 233, 717, 772, 787, 824, 913
ITF siehe auch ADG/Geade, Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands, Deutsche Arbeitsfront, Freie Gewerkschaften, il-

legale Gewerkschaftsgruppen, Illegale Reichsleitung, Internationale Berufssekretariate, Internationaler Gewerkschaftsbund, kommunistische Gewerkschaftsgruppen/RGO, NSBO, Vertrauensratswahlen 27–33, 157, 168f., 235f., 268, 308–311, 315–320, 322, 326, 332, 337f., 342, 347, 360, 372–374, 382ff.
- Aktivitäten und Aufgaben
  - Anfertigung von Stimmungsberichten 424–426, 437–439
  - Flugblätter/illegale Presseorgane 31f., 315, 328–332, 361, 392f., 396, 402f., 425, 430, 439f.
  - Informationssammlung aus Deutschland/Informationen nach Deutschland 30, 32, 441
  - Konferenzen (insb. in Roskilde 1935) 28, 337, 347–349, 360, 367, 387, 398 395, 397, 421
  - Kontakt zu Geheimdiensten 31f., 435
  - Matteotti-Fonds 310, 318
  - Radiosendungen 440
  - Sabotageakte 32, 439f.
- Aufbau und Organisationsstruktur 28–33, 385–387, 494
  - Aufbau 30, 385–387, 416–419, 421–423
  - Finanzierung 415, 425f.
  - Illegale Organisation, Konspiration 380–402, 405, 415–419, 421–424, 427–432, 435
  - Illegale Eisenbahnerorganisation
    - Kader(bildung) 29f., 359–368, 381, 386f., 397, 399–401, 409–411, 415, 428, 431f.
    - Reichsleitung 28–30, 361, 407
    - Zentralisation/Dezentralisation 29f., 360, 386f., 400f.
  - Mitglieder 394
  - Richtlinien 31, 354, 387–389, 395, 411, 415
  - Vertrauensleutenetz 29f., 323–325, 337, 372, 381–402, 405, 409–411, 424, 429
- Beurteilung NS-Politik/Verhältnis zu NS-Organisationen 316f., 319, 322
  - Arbeitsverfassung 332f., 338–390
  - DAF 315, 340, 349
  - NSBO 315, 324, 327
  - Olympiade 376
  - Saarabstimmung 382
- Dollfußregime/Austrofaschismus 382
- Einschätzung/Beurteilung
  - ADGB/Freie Gewerkschaften vor 1933 383, 397
  - Entwicklung in Deutschland nach 1933 309, 327, 401f., 427–432, 440f.
  - Weimarer Republik 372
- EVED/Eisenbahner/Lokführer 157f., 168f., 235f., 268, 307–310, 315, 323f., 337, 383–385
- ISK 395, 407, 419f., 424
- Knüfken-Gruppe/Seeleute/Binnenschiffer 28f., 31f., 268, 342–346, 350f., 354–356, 424, 433–436
- Kommunistische Gewerkschafter 29, 31, 311f.
  - ISH 31, 311–314, 332–337, 349, 351–354
  - RGO/KPD 312–314, 316, 354–356, 372–374, 381, 391
- Molt-Gruppe in der Emigration 32, 374–380
  - ADG 374f., 378f.
  - ITF 374f.
  - Miles 375
  - Sopade 375, 378
- Programmatik/Tätigkeitsbereiche
  - Allgemeine Arbeitsbedingungen 321, 323, 341, 402f.
  - Arbeitsdienst 341
  - Kritik der »Taktik des Trojanischen Pferdes« 357, 399, 409
  - Neuordnungsvorstellungen zu Betriebsverfassung und Wirtschaftsdemokratie 33, 340f., 409f.
  - Rolle Arbeitgeber(verbände) 340
  - Sofortprogramm 337–342, 387–389
  - Sozialversicherung 341
  - Streikrecht 340
  - Verhalten in der Illegalität, Richtlinien 29–31, 328–332, 354, 357f., 372, 380f., 388f., 396
  - Wiederaufbau der freien Gewerkschaften/Einheitsgewerkschaft 30, 316, 358, 380f., 421–423
- Spanischer Bürgerkrieg 382
- Verbindungen zu Einzelgewerkschaften 1933
  - Gesamtverband 309f., 315f., 332
  - Maschinisten und Heizer 309f., 313, 326
- Verbindungen zu Gewerkschaften in der Emigration
  - ADG-Landesgruppe in Frankreich 414
  - ADG/Geade 27, 372, 379, 391f., 397f., 405f., 418, 428
  - Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands 428
  - Schweizerischer Gewerkschaftsbund 311
- Verbindungen zu Parteien/politischen Organisationen 392–395, 397
  - ISK 29, 419ff.
  - KPD 392, 396, 399
  - Neu Beginnen/Miles 323, 395f.
  - Parteipolitische Unabhängigkeit 355
  - Reichsbanner 329
  - SAI 310, 322
  - SPD/Sopade 396, 407, 415
- Verbindungen zwischen Emigration und Illegalität 32, 318, 381–402
  - Grenzstellen 360, 418
  - Illegale Reichsleitung 364
  - Jahn-Gruppen 32, 393, 416–419, 427–433
  - Molt-Gruppe 32, 369–371, 374–380, 403–411
- Verbindungen zwischen Internationaler Gewerkschaftsbewegung und Hans Jahn
  - IBS 315–317, 406f., 410
  - IGB 308–311, 338, 410, 414, 420
  - ITF/Fimmen 27f., 418
- Verhältnis von Wehrmacht und Arbeiterbewegung 430–436, 441
- Verhaftungen 28f., 360
  - Duisburger Brotfabrikprozeß 437
- Vertrauensratswahlen 47f., 349, 352, 390f.
- Volksfrontregierung in Frankreich 382

Jäckel, Emil 361, 368
Jacob, Franz 43
Jacobi 417
Jacobsen, Walter **852**
Jahn, Frieda 359, 396, **417**
Jahn, G. 238
Jahn, Hans 22–33, 146, 157–161, 164, 167–175, 178, 180, 186, 200, 228f., 232, 234–239, 266, 268, 300, 301, 309, 317, 322–324, 328, 338, 343, 347–349, 354, 359, 364f., 368–371, 377–379, **381**-419, 422f., 425–433, 435f., 439–441, 449, 456, 503, 561, 897f., 919–921, 923f., 934, 954, 956, 971, 982
Janscheck, Alfred **300**
Janus, Richard **847**f.
Jäzosch, Wilhelm 129, 142
Jean, Deckname von Dahlem, Franz
Jena 174, 238, 429
Jochade, Hermann 235, 307, **310**, 319, 322–324
Jochem, Heinrich **121**, 484
Jouhaux, Leon 186, 189, 191, 196, 214–216, 218f., 446, **448**, 456, 471, 479, 484f., 740, 742–744
Juchacz, Maria **1032**, 1047
Jugoslawien 772
Jülich 124, 361f.
Jüterbog 107

Kaegi bzw. **Kaegi-Fuchsmann**, Regina 672, **757f.**, 760f., 763, 771
Kaever, Julius 130
Kahlau 367
Kähler, Alfred **1010**
Kaiser, Gustav **385**
Kaiser, Jakob 16, 21, 52, 55, 66, 127f., **135f.**, 142f., 147f., 152f., 159, 170, 291f., 294f., 298–300, 302
Kaiserslautern 361, 363, 428, 432
Kaltenbrunner, Ernst, 291, 294
Kamnitzer, Heinrich 954, **971**f., 980–982
Kanada 51
Kanitz, Theodor **158**f., 175
Kanton Aargau 50
Bern 50
Graubünden 50
St. Gallen 50
Thurgau 50, 654, 656
Zürich 50
Karl, Albin 55, 129, **146**, 176, 236, 298
Karl, Deckname von Knüfken, Hermann
Karle, Leopold **131**f., 134, 139, 143
Karlsbad/CSR 198, 305
Karlsruhe 131, 134, 238, 305, 363, 434
Karsen, Fritz **1022**
Karwahne, Berthold 129, **131**
Kaskel, Josef **1019**
Kassel 177, 238, 267, 296, 364, 429, 590, 606, 628
Katonah/USA 254
Katz, Rudolf **1009**f., 1012, 1014f., 1017, 1024, 1032f., 1035f., 1038–1043, 1045–1048, 1050f.
Kaufmann, Karl **107**
Kellner, Max 238, 359, 361, **365**, 385–387, 416, 427f.

Kemnath/Filder 369, 371
Kemp, Anton 361
Kempten 366
Kern, Ernst **761**
Keynes, John Maynard 74
Kiefer, Peter **150**
Kiel 122f., 238, 429, 435
Kieritzsch 365
Kies, Wilhelm 425
Kircher, Rudolf **400**
Kirchweye 364
Kirdorf, Emil **493**
Kirn, Richard 34–37, 445-**447**, 450–454, 462, 466, 473f., 478f., 483, 485–493, 495, 502f., 514, 516–521, 523–525, 528–535, 543–547, 549–553, 555–559, 692, 704–709, 711f., 715–718, 722, 726–728, 730, 732
Kirschmann, Emil **739**, 1032, 1047
Kiss, Alfred 909, **910**
Kjerböl, Johann **202**
Klebe, Hermann **230**, 326f.
Klein, Josef 316, 1015
Kleinknecht 361
Kleve 362
Klinger, G. 368
Knöchel, Wilhelm 33–37, 43, **265**-267, 445–447, 464–471, 476, 478f., 483f., 488, 490f., 493–496, 498, 503, 505–507, 509, 512–514, 516–518, 520–524, 528–535, 543–556, 558–562, 623
Knorin, Wilhelm 589
Knüfken, Hermann 28–33, **266**, 335f., 342–346, 354–356, 372–374, 381, 403, 423, 433–436, 561
Koblenz 124, 361, 363, 417 428, 432, 584
Koch 365
Koch, Erwin **405**
Koch, K. 238
Koch, Walter 361, 364
Koenen, Wilhelm **232**
Köhler, Bernhard **499**
Kolkwitz 367
Koller 957
Köllner, Jan 417
Köln 108, 115f., 124, 126, 238, 242, 244, 346, 361–363, 417, 429, 432, 583f., 590, 606, 615
Köln-Klettenberg 135
Kommunistische Gewerkschaftsgruppen/RGO siehe auch ADG/Geade, Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands, Deutsche Arbeitsfront, Freie Gewerkschaften, illegale Gewerkschaftsgruppen, Illegale Reichsleitung, Internationale Berufssekretariate, Internationaler Gewerkschaftsbund, ITF, Landesgruppen/Emigration, NSBO, Vertrauensratswahlen
– Aktivitäten und Aufgaben 37, 43–45, 115–118, 125–127, 566–570, 585, 596, 603, 622, 625f., 639, 641, 644–646
  • Abhalten regelmäßiger illegaler Treffen 607
  • Agitation bei Angestellten 582
  • Aktionsausschüsse 335–337
  • Antifaschistischer Kongreß 1933 117, 575, 578, 580
  • Arbeit in NS-Organisationen/DAF/NSBO 44f., 333f., 351–355, 570, 573, 575, 582, 586f., 592, 595, 599–603, 610f., 609–625, 628–631, 634, 644–648, 650
  • Arbeitspläne 593, 601, 604, 611
  • Ausarbeitung von Betriebs- und Stimmungsberichten/Sammlung von Informationen 45, 571–574, 576–583, 602, 615, 623, 633–639, 649
  • Ausnutzen betrieblicher Arbeitsbedingungen/Tagesforderungen 45, 570f., 580, 583f., 588, 593–595, 599, 601, 604, 610–612, 616f., 619f., 623f., 626–628, 630–632, 634, 640, 643–645, 647, 649–651
  • Bearbeitung von Vorzeigebetrieben/Konzentration auf einzelne Betriebe 570, 574, 579, 583f., 599f., 603, 608f., 611, 644
  • Betriebsarbeit 43f., 115f., 117, 124, 126, 343f., 563, 565, 567–570, 574, 576f., 580, 582, 585f., 588, 594, 599, 602f., 620f., 626, 630 632f., 635, 637f., 646, 648–651
  • Betriebsratswahlen 116f., 124–127
  • Einheitsfront/-abkommen, Zusammenarbeit im Betrieb 44, 116f., 125–127, 567f., 585, 588, 601–603, 612, 620f., 626, 632f., 635, 637f., 646, 648–651
  • Erwerbslosenarbeit 118, 569, 575, 584, 592, 598, 601, 607
  • Forderungen nach gewerkschaftlichen Rechten 630, 647
  • Flugblätter, illegale Presseorgane, Verbandszeitungen, Propagandamaterial 41–43, 117f., 344, 568, 573f., 578f., 583, 578, 588, 592f., 597f., 602–604, 606–608, 611f., 614, 616, 624, 626, 632–638, 642f., 648
  • Jugendforderungen 569, 575, 598, 632
  • Konferenzen (siehe auch Brüsseler Konferenz) 612, 646
  • Maikomitees 116, 118
  • Massenaktionen/Arbeitsniederlegungen/Streiks 43f., 115f., 118, 125, 331f., 345, 565–568, 573–576, 583–587, 589, 591f., 594–596, 598, 600–602, 607, 610, 614, 618, 623, 630, 633, 640, 643
  • Materiallieferung 606
  • Mitgliederwerbung 43, 569–571, 594f., 597
  • Neue Formen illegaler Arbeit (Langsamer arbeiten, Lohnpolitik auf eigene Faust) 45, 620, 630, 633, 637f., 645, 648, 650
  • Oppositionsgruppen/Fraktionsbildung in freien und christlichen Gewerkschaften/Unterwanderung 14, 38f., 107, 116f., 125, 313f., 334, 564f., 567, 569–571, 580, 582, 583, 585f., 588f., 595, 616f.
  • Reorganisation der eigenen Verbände/Industriegruppen 38ff., 605–612, 623, 630, 632, 636f., 643, 645, 648
  • Schulungen 608, 617, 624f., 628–630, 632f., 648
  • Übernahme von Funktionen in Betrieb, Vertrauensrat, DAF, NSBO 38, 44f., 595, 603, 610f., 616f., 620, 623, 628f., 631, 634, 636–638, 647, 649f.
  • Überwachung der Einhaltung der vorgegebenen politischen Linie 625, 632, 639f.
  • Sammlung Unterstützungsleistungen für Gefangene und deren Familien 574, 579, 584, 632
  • Verbindungen zu Zwangsarbeitergruppen 45
  • Verbindungen zwischen illegalen Gruppen und Emigration 648
  • Versammlungen 45, 116f., 594, 598, 623
  • Verteidigung der Betriebsräte und Gewerkschaften 588f., 603
– Aufbau und Organisationsstruktur von RGO und kommunistischen Gewerkschaftsgruppen (siehe auch Rote Verbände/Industriegruppen) 38–43, 115–117, 156, 247–254, 566, 570–585, 589, 594, 598f., 603–613, 617–627, 632, 635–637, 639f., 643, 645
  • Auflösung der Organisation 40f., 43, 627, 629, 632, 635
  • Betriebsgruppen bzw. -zellen/Schachtgruppen/Bordgruppen/-instrukteure/-komitee 39, 42–44, 115, 117, 314, 343f., 351, 567, 569f., 574, 577, 579, 582–584, 587–589, 593f., 596f., 601–604, 610, 632, 635–637, 640–643, 646
  • Bezirksinstrukteure/-komitee/-leitung 116, 312, 314, 572–584, 623, 626f., 633–639, 641–643
  • Einheitsfrontorgane/Kampfausschüsse 601, 627, 633
  • Finanzen 605, 608, 613
  • Fraktionsarbeit der KPD in der RGO 583, 594
  • Fraktionsgruppen siehe Aktivitäten und Aufgaben/ Oppositionsgruppen in freien und christlichen Gewerkschaften
  • Industriegruppen/-instrukteure/-leitung 38–40, 116–118, 126f., 568, 571, 583–585, 603, 605f., 608–610, 627, 632, 634f., 637, 642–644
  • Kaderfragex, Mitgliederstruktur 40, 570–584, 589–591, 593, 611, 617, 640, 648–650
  • Kassierung der Mitglieder/organisatorische Erfassung 614, 623f., 632, 635, 637
  • Kommunikationsverbindungen/Boten 605–609, 611f., 616, 620, 626f., 633–639
  • Mitgliederentwicklung 41, 314, 571–584, 589–592
  • Ortsgruppen/-leitung 584, 596, 600
  • Reichskomitee/-leitung 39, 118, 312, 314, 563–572, 585–587, 601–609, 613, 616, 627, 634
  • Überläufer zu NS-Organisationen/Spitzel 40, 44
  • Verhältnis kommunistische Gewerkschaftsgruppen zur KPD 41, 626, 639
  • Vertrauensleuteapparat im Betrieb 39, 42, 45, 116f., 127, 343, 59, 616f., 619f., 623, 631, 650

- Berner Konferenz der KPD 1939 45
- Beurteilung von NS-Organisationen
  - DAF (siehe auch Aktivitäten und Aufgaben/Übernahme von Funktionen) 38, 340, 543, 594–597, 599f., 615, 649
    - Beiträge 595, 632, 637f., 645
    - Einfache Mitglieder 610f., 643
    - Funktionäre 615, 648, 650
    - Industriegruppen 630
    - (Zwangs-)Mitgliedschaft 40, 595, 597, 600f., 610, 614, 629
    - Stimmung 614, 623, 649
    - Versammlungen 615, 623, 628, 638, 645
  - Kraft-durch-Freude 614, 628
  - NSBO 38, 116, 118, 125f., 314, 565, 570f., 573, 575, 580f., 584, 586, 594f., 600, 602f., 610, 623, 628, 643
  - NSDAP 116, 578, 580, 594
  - SA 580, 582
- Brüsseler Konferenz der KPD 1935 41, 45, 352, 531
- Christliche Gewerkschafter/en 38, 45, 116f., 582, 643, 646, 649
- Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale 41, 45, 252f., 579f., 629
- Freie Gewerkschafter/en 14, 38f., 45, 116f., 313, 574, 582, 596, 622, 625, 627f., 631, 633, 637f., 640, 643f., 646, 648–651
  - Butab 582
  - Deutscher Metallarbeiterverband 588, 597
  - Verband der Bergbauindustriearbeiter 118, 588
  - Zentralverband der Angestellten 582
- Internationale Berufssekretariate 648
- Interne Differenzen und Auseinandersetzungen um Aktivitäten: Kritik an »liquidatorischen Tendenzen«, Selbstisolierung, fehlenden Aktivitäten, Stagnation, Resignation, Zerfall der Organisation und Verbindungen, innerparteiliche Gegner 38–42, 44f., 585–588, 591f., 596, 601, 603f., 610, 614, 619, 622, 624–628, 630, 633–637, 639, 641–645
- KPD 37, 593f., 622, 626, 629–631, 634, 639–643, 646–648
  - Inlandsleitung 592, 601, 620, 626
  - Auslandsleitung 592, 620, 646
  - Parteizellen 634, 641, 643, 646
  - Politbüro 635
  - Verbindung zur RGO und einzelnen Gewerkschaftsgruppen 617, 634f., 639, 641–644, 647
  - Zentralkomitee 40f., 117f., 573, 579, 593, 601, 617, 622, 634, 642
- Liberale Gewerkschafter/Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine 582
- Programmatik/Tätigkeitsbereiche
  - Aktionseinheit 38f., 334–337, 617–622, 628, 639, 641f., 645
  - Einheitsfrontpolitik/Einheitsfrontabkommen/Volksfront 42, 312, 568, 581, 585, 601, 610f., 619–621, 626, 629, 632f., 637, 641, 643, 646, 648–651
  - Taktik des Trojanischen Pferdes 42, 45, 351, 353, 355, 622, 631, 644–647, 649–651
  - Unabhängige Klassengewerkschaften 40f., 353, 585, 592f., 595–603, 607, 611–613, 616, 619
  - Unabhängige Verbände 610, 627f., 635–637, 642, 644
  - Vertrauensleutenetz 42, 45, 646ff.
  - Wiederaufbau freier Gewerkschaften 41f., 336, 344, 350–354, 356, 531, 619–623, 625–633, 636, 639–651
- Rote Gewerkschaftsinternationale (RGI) 253, 339, 596, 629
- Rote Hilfe/Internationale Arbeiter-Hilfe 117
- Rote Verbände/Industriegruppen
  - Berliner Metallarbeiterverband 568, 604, 609
  - Einheitsverband der Seeleute und Hafenarbeiter/ISH 311–314, 331f., 334–337, 342–346, 351–356, 373f., 568, 583, 591, 597, 604
  - Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands 116, 118, 568, 572f., 577, 580, 588, 592, 604, 609, 613f.
  - Einheitsverband der Metallarbeiter/Industriegruppe Metall 582f., 587f., 590, 614, 617, 625, 636, 642f.
  - Einheitsverband für das Baugewerbe 568, 574, 591, 597f., 604, 607, 623, 636, 645
  - Fabrikarbeiter 590
  - Fleischer 591
  - Film- und Bühnenbeschäftigte 637

  - Graphik- und Druckereiarbeiter 607, 637f.
  - Handel und Banken 636
  - Holzarbeiter 637
  - Industriegruppe Angestellte 583, 590
  - Industriegruppe Chemie 583, 609, 614, 636
  - Industriegruppe Eisenbahn 583, 590
  - Lederarbeiter 636
  - Landarbeiter 591
  - Nahrung und Genuß 635
  - Post 637
  - Schuhmacher 591, 607
  - Textilarbeiter 581, 583, 590, 614, 617, 636
  - Verband der Gemeinde- und Verkehrsarbeiter/Straßenbahn 581–584, 590, 607, 617 635f., 644
- Verbindungen zu Gewerkschaften in der Emigration
  - Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands 34f., 42f.
  - ITF 351, 583
  - Verbindungen zu Gewerkschaften des Gastlandes 268f., 648
- Verbindungen zu Parteien/politischen Organisationen (siehe auch KPD)
  - KPO 625
  - Neu Beginnen/Miles 640
  - Reichsbanner 582
  - SPD/Sopade 42, 581–584, 587, 596, 603, 610, 619, 622, 625–628, 631, 633, 635, 637, 639–641, 644, 648f.
- Verhaftungen von Mitgliedern 40, 42–44, 117, 345, 574, 579, 581, 636f., 644, 650
- Verhandlungen auf Spitzenebene mit gewerkschaftlichen Organisationen 622
- Vertrauensratswahlen 241, 352, 609, 612, 633–637, 643
  - Aufrufe/Abstimmungempfehlungen 42, 47f., 634–636
  - Ergebnisse(beurteilung) 48f., 635f., 638f.
  - Kandidatur/Listen 48, 634

Komorowsky, Willy 359, 361, **362**, 416, 427

Komotau/CSR 17, 161, 173, 188, 192, 196f., 206, 219–221, 224, 247, 249, 254, 256, 269, 301, 304, 375–378, 391, 405, 504, 661, 665, 667, 725, 728–730, 732, 737

Königsberg 107, 122, 238, 296, 302, 435, 606

Königswinter 141, 363

Konstanz 369

Konzentrationslager 163, 223, 242, 275, 302, 305, 320, 324f., 327, 391, 442, 983

Koordinationsausschuß deutscher Gewerkschafter in Frankreich siehe auch ADG/Geade, Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands, IGB, illegale Gewerkschaftsgruppen, Illegale Reichsleitung, Internationale Berufssekretariate, ITF, kommunistische Gewerkschaftsgruppen/RGO, Landesgruppen/Emigration, Vertrauensratswahlen **58,** 269, 494f., 518, 557
- ADG/Geade 697–700, 702, 707f., 710, 716f., 721, 724
- Aufgaben/Funktionen 700ff., 707ff., 723f., 735, 754f.
- Austritte 717
- Bund der deutschen Gewerkschafter 734ff.
- CGT 692, 706, 727, 736
- Christliche Gewerkschaften 696, 699, 703, 705, 708
- DAF/NS-Organisationen 697, 700, 705f., 710, 721
- Deutsche Gewerkschaftsinformation 711f., 714, 716, 722
- Einheitsfront 722
- Einheitsgewerkschaft 696–699, 703ff., 707ff., 715, 717f.
- Einheitspartei 708
- Finanzen 713f., 727, 748
- Französische Gewerkschaften 692–696, 700, 710, 724, 727, 736, 745
- Freie Gewerkschaften 696, 699
- Internationale Berufssekretariate 693, 700, 703, 708, 710, 716, 724, 733, 736, 745
- Kommunistische Gewerkschafter/RGO 35, 696, 698–701, 717, 720–23, 733f., 744ff.
- KPD 715, 722
- Politik des Trojanischen Pferdes 697, 700f, 710, 721
- Vertrauensratswahlen 708
- Volksfront 701, 722
- Weimarer Republik 703, 723

- Zusammensetzung des Arbeitsausschusses 712f.

Kopenhagen 24, 191, 197, 216, 229–231, 246f., 249, 266, 279, 296, 305, 373, 744, 782, 876
Koppel, Walter **691**f., 696f., 699, 703f., 708f., 711–714
Körholz, K. 238
Kornwestheim 404
Koslovsky, A. 238
Kosta 857, 867
Köster, Karl 238, **363**
Köthen 361, 367, 432
Kowoll, Johann **553**
Kraft, Wilhelm 238, 361, **366**, 370f., 379, 380, 405, 408
Kramer, Fritz, Deckname von Jahn, Hans
Krautz, Otto **299**
Krebs, Martin 16, 23, 52, 55, 66, **144**, 146, 222, 225, 239, 246, 283, 301, 502, 805, 816, 847, 852, 860, 862
Krebs, Richard 342
Krefeld 238, 361f., 416f.
Kreiensen 364
Kreis Steltow-Beeskow-Storkow 169
Kreisel, Paul 361
Kress, Willi 746, **748**
Kressmann, Willy 65, **886**, 890
Kreuzlingen 653–657
Krewet, Erich **433**
Kreyssig, Gerhard 56, **194f.**, 216, 222, 230–232, 239, 240, 242, 244, 246, 256, 284, 286, 405, 414f., 417, 492, 557, 658, 671, 673, 702, 717, 718, 721–723, 727–730, 732–735, 752, 765
Kriedemann, Herbert **167f.**
Krohn, Johannes 120
Kronberger, Paul **889**, 898, 900, 907f., 954, 956, 971f., 980–982
Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav **493**
Kuba 603
Kuczynski, Robert 907, 1040, **1043**
Kuhn, Julius 361, 363
Kuhnen, Fritz **486**f., 490
Kulcsar, Leopold **429**
Kummer, Fritz **228**
Kummernuss, Adolph 28, **347**f., 360, 368f., 421
Kupfer, Erhard **297**
Kwasnick, Walter 52, 66, 816, **862**, 874
KZ Börgermoor 169f.
Buchenwald 117, 297
Dachau 172, 176, 221, 297, 299, 979, 1032
Esterwegen 103, 176, 300, 549, 573
Kemna 416
Lichtenburg 170, 573, 907
Mauthausen 220, 618
Mohringen 907
Oranienburg 907, 1010
Ravensbrück 298
Sachsenburg 169f., 192, 221, 223, 365
Sachsenhausen 172f., 224, 298, 305f., 417, 572f., 908

Lage 578
Lager Barconne 754
Bargares 756
Gurs 755f., 766, 771
Les Milles 766f., 771
Muret 771
Noé 756
Récébédon 766
Rivesaltes 756, 766
Vernet 767
Lahnstein 584
Lamming 863
Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien siehe auch ADG/Geade, Deutsche Arbeitsfront, IGB, Internationale Berufssekretariate, kommunistische Gewerkschaftsgruppen/RGO, Landesgruppen/Emigration
- ADG 60f., 877, 879
- Alliierte/Besatzungsmächte 925, 947f., 965, 970, 975f., 984
- Arbeitgeber/Wirtschaftsverbände 987, 996, 998
- Aufgaben/Ziele 61, 881f., 895f., 901
- Deutsche Arbeitsfront 64f., 890, 914
  - Liquidierung DAF 64f., 803, 885–888, 924, 953
  - Umwandlung DAF 64f., 879, 884–888
- Differenzen 880, 885–894, 905, 907f., 921ff., 928f., 933f., 949, 955ff., 965, 972, 975f., 978–981, 985
- Finanzen 877, 893
- Gewerkschaftlicher Freiheitsbund gegen das Hakenkreuz 892, 897f.
- IGB 61, 876, 878f., 885, 892f., 897–903, 806f., 909, 920ff., 926, 946, 951, 953, 981
- Illegale Gewerkschaftsgruppen 880f., 886, 890, 895f., 905f., 936, 975

- Internationale Berufssekretariate 892f., 920, 926
- Internationale Gewerkschaftsorganisationen 876, 878, 885, 925, 953f., 970, 976
- Internationales Arbeitsamt 926, 951, 954
- Konstituierung der Landesgruppe 60f., 899
- Labour-Party 894, 910, 927
- Londoner Vertretung der freien Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengewerkschaften 875–899
- Mitglieder/Zusammensetzung Mitgliedschaft 61, 879, 891, 894, 899f., 903, 907, 982
- Organisation 898f.
  - Arbeitsauschuß 899ff., 921ff., 954–957, 969ff., 975, 978f., 980ff.
  - Arbeitsgemeinschaften 894, 951, 970, 978f., 981f., 988
  - Beirat 979, 981
  - Delegiertenversammlung 969f., 979, 981f., 986
  - Deutschlandkommission 937, 946
  - Gewerkschaftliche Wiederaufbaukommission 952ff.
  - Mitgliederversammlung 978, 981f.
  - Ortsgruppen 951, 975
  - Richtlinien 900–903
- Parteien/Politische Organisationen 878, 894, 915, 926f., 935, 938, 952, 980
  - Freier Deutscher Kulturbund 907, 935
  - ISK 878, 891
  - KPD 875, 878, 892, 894, 907, 909f., 921ff., 932, 977f., 981
  - Nationalkomitee Freies Deutschland 932–935
  - Neu Beginnen 878
  - SAP 894
  - Sopade/SPD 881, 894, 927
  - Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien 904ff., 908
- Programmatik/Tätigkeit
  - Antifaschismus 930
  - Antimilitarismus 930
  - Arbeitsdienst 944
  - Arbeitsgerichte 883
  - Arbeitsmarkt/Arbeitsvermittlung 949, 988
  - Arbeitsrecht 883, 914, 931, 949f., 953, 961, 988
  - Arbeitsschutz 950, 961, 990
  - Arbeitszeit 963, 990
  - Bau- und Wohnungswirtschaft 915, 931, 950, 964, 968, 993
  - Berufsausbildung/Berufsbertung 941, 944, 963, 1001, 1003–1006
  - Betriebsräte/Betriebsebene 883, 888, 920, 950, 953, 960f., 966, 973, 987, 989, 994
  - Entnazifizierung 840, 913, 930, 949, 959, 966, 985, 987, 1000
  - Ernährung 964, 995
  - Erwachsenbildung 945f., 1001, 1007
  - Erziehung/Bildung 939–946, 971, 999ff.
  - Europa 968, 972, 998f.
  - Funktionswandel der Gewerkschaften 918, 926f.
  - Gebietsabtretung/Zerstückelung 929, 956, 976
  - Genossenschaften 915, 966, 968, 995, 997
  - Kollektivschuldthese 956f., 976ff.
  - Lohn- und Tariffragen 954, 962, 989, 992
  - Neuordnungsvorstellungen/Planung/Wirtschaftsdemokratie 69–74, 881, 884, 886, 906, 914, 916ff., 926, 928–931, 950, 952, 959, 961, 967f., 973, 975, 986f., 994, 996ff.
  - Organisatorische Neurdnungsvorstellungen
    - Angestellte/Berufsorganisation 889, 919, 925, 952f.
    - Aufbau von oben 924
    - Aufbau von unten 920, 924f., 951f., 973, 984
    - Einheitsgewerkschaft 64, 803, 882, 884–891, 894, 917, 919, 925, 984
    - Industriegewerkschaften 919f., 925, 952f.
    - Mitgliederfrage/Organisationszwang 64, 884–890, 919
  - Preiskontrolle 992
  - Rechtsstaat 931
  - Schulpolitik 999ff.
  - Schulung und Fortbildung 1007f.
  - Sozialisierung/Verstaatlichung 884, 914, 930, 967f., 997
  - Sozialpolitik/Sozialversicherung 883,

915, 948ff., 958–965, 971, 986ff., 990ff.
• Verhältnis zum Staat 801, 887, 916f., 926, 931, 976
• Wiedergutmachung 972, 974f., 978, 985, 987, 998
• Wirtschaftspolitik 883f., 910ff., 965–968, 971, 986, 994–997
– TUC/Britische Gewerkschaften 61, 876, 893, 896f., 900ff., 906, 909, 946, 957
– Vorläuferorganisationen (siehe Londoner Vertretung)
– Weltgewerkschaftsbund 976ff.
– Willensbildung 908, 917, 919, 979ff.
Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden siehe auch ADG/Geade, Deutsche Arbeitsfront, IGB, illegale Gewerkschaftsgruppen, Internationale Berufssekretariate, kommunistische Gewerkschaftsgruppen/RGO, Landesgruppen/Emigration
– ADG 60f., 780, 851
– Arbeitsausschuß deutscher antinazistischer Organisationen 847–849
– Aufgaben und Aktivitäten 61, 779ff., 807ff., 813–815, 818, 822ff., 825ff., 835f.
– Deutsche Arbeitsfront 66f-68, 797, 799, 810, 815–817, 826
• Liquidierung DAF 67f., 810, 825, 827, 830, 832, 853
• Umwandlung DAF 66f., 781–795, 803ff., 813ff., 830f.
– Differenzen innerhalb der Landesgruppe 61f., 67f., 828ff., 861f.
– Einschätzung der Stabilität des NS-Regimes 801ff.
– Finanzen/Beiträge 780
– IGB 779, 792, 819, 835, 837, 851, 853, 863
– Internationale Berufssekretariate 780
– Internationale Gewerkschaftsorganisationen 813, 835, 852, 863
– Kontakte zu illegalen Gewerkschaftern in Deutschland 824
– Landsorganisationen (LO) / Verhältnis zu Gewerkschaften im Gastland 779f., 807, 837
– Landesgruppe der deutschen Gewerkschafter in Großbritannien 782, 815ff., 821ff., 824ff., 828, 851, 853
– Militärflüchtlinge 847, 856–858, 865–868
– Mitglieder/Zusammensetzung Mitgliedschaft 799, 784, 817
– Organisationsstruktur 61f., 779, 784, 804, 817
• Satzungen 779ff., 836f.
• Ortsgruppe 836f.
– Parteien/Politische Organisationen 61f., 797, 798, 805, 812, 823f., 826, 834f.
• Arbeitsausschuß deutscher antinazistischer Organisationen
• Freier Deutscher Kulturbund 839, 857, 860, 866
• KPD 788
• Landesgruppe kommunistischer Gewerkschafter 788, 805, 807, 837–840, 857, 860
• Nationalkomitee Freies Deutschland 838f., 848, 854–856
• Sopade 838, 840, 860, 868–870
– Programmatik/Tätigkeit
• Acht-Stunden-Tag 856
• Aktionsprogramm 791, 806, 818ff., 821ff., 827
• Arbeitgeberorganisationen 786, 825
• Arbeitsmarkt/Arbeitsvermittlung 863ff.
• Arbeitsverfassung 858f.
• Arbeitszeit 834, 856, 863ff., 865
• Aufbau von oben 67f., 830
• Aufbau von unten 67f., 826, 833, 869
• Berufsbildung 864
• Besatzungsmächte/Zusammenarbeit 819f., 851f., 860–863, 869
• Betriebsräte/-gesetz/Betriebsebene 783, 799, 811, 819, 829f., 833f., 849f., 856, 873
• Entnazifizierung 786, 790, 792, 844, 851, 863
• Frauenerwerbsarbeit 834
• Internationale Beziehungen 792
• Lohn- und Tariffragen 859
• Mitbestimmung 783
• Mitgliederfragen 787, 797, 825, 827
– Organisationszwang 66-68, 804, 817
• Neurdnungsvorstellungen/Wirtschaftsdemokratie (incl. Betriebsdemokratie) 69–74, 783, 800, 841–843, 849f., 856, 859, 871–873

• Organisationsstruktur 66–68, 783, 796ff., 799, 834, 869
– Angestelltenfrage 783f.
– Berufsgewerkschaften 788, 827, 834
– Einheitsgewerkschaft 66, 784, 798, 808, 811, 822f., 827
– Industrieverbände 784, 794, 798f., 827, 831
• Planwirtschaft 841–843, 863f., 871f.
• Presseorgane 806
• Schlichtungswesen 859
• Sozialpolitik/Sozialversicherung 843–846, 856
• Verhältnis zum Staat 787, 799f., 801, 808f., 812, 827, 829, 834f.
• Wirtschaftspolitik 813, 835, 870–874
Langendorf, Ernst 414, **738**
Last, Jef **423**
Lauban 361, 367
Laurent 751
Leber, Julius 26, 170
Lederer, Emil 983
Leeds 903, 936, 955, 975f., 982
Leege, Richard 361
Lehmann, Kurt **343**, 356, 434
Lehmann, Werner **434**
Leinert, Robert **146**, 167
Leipart, Theodor 12, 113, 122, 130, **160**, 170, 564f., 596, 876
Leipzig 108, 110, 146, 159, 235, 238, 297, 360f., 365, 368, 377, 416f., 427–429, 432f., 605f., 625, 627, 639, 641f., 644
Lemmer, Ernst 128
Lengerich 578
Lenhovda 867
Lenin, Wladimir Iljitsch 596
Letterhaus, Bernhard **298**
Leuenberger, Hermann 415, **424**-426, 668, 762, 764f., 769
Leuschner, Wilhelm 21–23, 25–27, 127f., 134–136, 148, 157, **169f.**, 172, 174, 222, 234–236, 291–295, 297–300, 302, 304, 848
Leuschner-Kreis siehe auch ADG/Geade, Christliche Gewerkschaften, Freie Gewerkschaften, Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften, Illegale Reichsleitung 25–27, 136, 291–300
– Neuordnungsvorstellungen 26f., 291ff.
• Angestelltenfrage 292, 295
• Einheitsgewerkschaft 291ff.
• Umwandlung DAF 292
– Verbindungen
• Christliche Gewerkschaften 136, 294f., 298, 300, 302
• Goerdeler 27, 293
– Zusammensetzung/Organisation 25f., 294–300
Levy, Paul [später Paul Lynn] **1032**, 1046f.
Lewinski-Pfister, Eva 1035, 1042, **1044**-1047
Lex, Matthias **221f.**
Ley, Robert 15f., 131, 134, **136**f., 139, 141, 148, 152, 167, 170, 172, 202, 204, 222, 270, 290, 451, 474, 496, 538, 785, 1025
Liegnitz 107
Limbach 590
Lindau 369
Linderode 367
Lindley, Charles **389**f.
Lingen 362, 576
Lips, Julius **1018**, 1054f.
Litt, Theodor 971
Llangollen 909
Locarno 681
Loeb, Walter **905**, 908
Loewenheim, Ernst **177**
Loewenheim, Walter 177, 188f., 191, 194, 197–199, 216f., **226**, 230, 342f., 434, 501, 640
Löffler, Walter **175**, 235
Lohberg 119
Löhne 364
London 33, 52, 56, 64, 168, 186f., 190, 195, 226, 230, 246, 306, 373, 440, 527, 553, 558, 561, 603, 801, 805, 815, 837, 839f., 851–853, 875, 879–881, 885–891, 893f., 897–901, 903, 906f., 921, 924, 951, 955, 957, 977, 982, 1012, 1015, 1017f., 1031–1035, 1039f., 1043, 1046, 1050
Lonsdorfer, Nikolaus 447
Lorenz, Artur 238
Lorenz, Franz **816**
Lorenz, Kurt **889**, 908
Los Angeles 1045
Lothringen 34, 150, 477, 485, 514, 526, 539f., 704
Loures-Barousse 764
Löwenstein, Hubertus Prinz zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg **1020**
Löwenthal, Richard 198, 230
Lübben 367

Lübbenau 367
Lübeck 107, 238, 377, 606
Ludendorff, Erich **430**
Ludwig, Adolf 288, 727, 731–733, **739**, 761f.
Ludwigshafen 238, 361, 363, 428f., 432
Lünzmann 122
Lutz, Hans 58, 425f., 654
Luxemburg 20, 28f., 31, 52, 138, 169, 177, 240, 246, 262f., 265, 282f., 305, 359, 364f., 381, 396, 416–419, 427, 431f., 485f., 555, 655, 730, 762, 1032
Lyon 767

Magdeburg 104, 238, 429, 590, 606
Magstadt 429
Mähren 51, 150, 305
Maier, Ludwig **121**
Mainz 238, 297, 361–363, 429, 615, 673
Makurat, Georg 373
Malina, Heinrich 238, 361, **416f.**, 427
Manchester 903, 936, 955, 982
Mann, Thomas 839, 1018, 1020
Mannebach, Peter 361
Mannheim 134, 155, 174, 177, 221, 238, 363, 429, 568, 606, 673
Markscheffel, Günter **692**, 699, 703, 711, 726
Marktredwitz 590
Markwitz, Alfred **175**, 200, 235, 304, 347f.
Marsch, Hans 361
Marseille 434, 436, 760, 767
Martmöller, Albert **103**
Marx, Karl 250, **570**, 596, 808f.
Maschke, Walter 23, 155f., 161, **168**, 172–177, 235–237, 295, 301, 304
Mathieu, Johann **447**
Mattik, Arthur 361
Mauer, Willi 674
Mayen 361, 363, 363, 584
Meany, George **1011**, 1043
Mecklenburg 296, 377, 590
Mehlem 584
Meiningen 361, 365, 428
Memmingen 366
Mende, Franz 130
Mengede 576
Menges, Fritz 653
Menne, Bernhard 908
Merker, Paul 42, 47–49, 231, 249–253, 355, **373**f., 505f., 529, 557, 606, 639, 691f., 694, 699–702, 709–717, 720–724, 726, 733, 746–748
Merkstein/Aachen 361
Metz 521
Metz, Franz **655**
Mewis, Karl 68, 840, 852, 860
Mexiko 435
Meyer, Ernst Wilhelm **1020**
Meyer, Oscar **1020**
Meyer, W. 238
Meyer, Willy 361
Michaud, Ernest **231**
Miertschke, Paul **144**
Mieth, Otto 238
Miles, Deckname von Loewenheim, Walter
Minden 319, 364
Minkoff, I. **1010**
Mitteldeutschland 109, 164, 188, 479, 560, 573, 606f., 609
Mittelrhein 34, 40f., 568, 571–574, 583f., 589, 621
Molitor, Willy **169**, 349, 416, 432, 437–439, 441
Möller, Erich 361, 368
Möller-Dostali, Rudolf 983
Molt, Karl 28f., 31–33, 57f., 365f., 368, **369**-371, 374–380, 403–415, 417, 419, 423f., 433, 669–671
Mönchen-Gladbach 238
Moskau 41, 43, 265, 278, 281, 322, 339, 531, 563f., 594, 621, 646, 717, 748, 838–840, 848, 855, 932, 934f., 1021
Mössner, Friedrich **405**
Muchow, Reinhold 140, 587
Müffler, Arnold 361
Mugrauer, Hans 33, 35–37, 52, **446f.**, 454–457, 464–466, 470, 477, 479, 484f., 488f., 501, 504, 512, 514, 520f., 523f., 528–533, 544–548, 550–555, 557, 560, 562, 805, 841–843, 847, 849, 856–858, 865–868
Mühlacker 366, 379
Mulansky, Ernst **655**
Mülhausen/Elsaß 24, 106, 173, 262, 266f., 282–284, 669, 671, 732
Mülheim/Ruhr 169, 238, 362, 416, 572, 576
Müller 633
Müller, Andreas 238, **366**, 374, 417
Müller, F. 238
Müller, Gustav 361

Müller, H. 238
Müller, Hermann 304
Müller, Jakob 405, 411, **412**f., 417
Müller, Joachim Martin **982**
Müller, Paul, Deckname von Dreng, Karl
Müller, Richard 361
Müller, W., Deckname von Florin, Wilhelm
Müller, Willi, Deckname von Frank, Karl
Müller, Willi (Gestapospitzel) 434
Munari 712
Münchau, Gustav 361, 416
München 108, 178, 238, 291, 294, 361, 429, 432, 379, 606
Münster 120, 238, 362
Müntner, Fritz 231
Münzenberg, Willi **285**
Mussolini, Benito 430, 692, 824
Myrdal, Gunnar 220

Nantes 725, 727
Naphtali, Fritz 69, 74
Narvik 423
Nassau 177
Nathans, Nathan 318, 329, **429**
Neapel 769
Nebgen, Elfriede 153
Neheim-Hüsten 119
Nehring, Alfons **1019**
Nelki, Wolfgang **923**
Neumann, Kurt 849
Neumann, Leo **888**
Neumann, Robert **888**
Neumann, Siggi **848**f.
Neumünster 361, 364
Neunkirchen 527, 540
Neuseeland 894
Neuss 361f., 416
Neustadt/W. 363
Neutz, Richard **405**
Neuwied 584
New Orleans 286
New York 177, 188, 219, 226, 245, 738, 753, 758, 1009f., 1012–1019, 1021, 1031–1035, 1040, 1042f., 1045, 1050, 1053f.
Nicchiol, Max 361, **362**
Niebuhr, Reinhold **1021**
Niederlande 20, 24, 28, 35, 52, 56, 106, 168f., 187, 190, 217–219, 230, 239, 241f., 262f., 265, 282f., 286f., 312, 324, 347, 362f., 416, 419, 477–479, 514, 584, 691, 801, 848, 887, 909, 971
Niederrhein 40f., 571–574, 581, 583, 589, 603, 614, 616f., 621, 624
Niedersachsen 131
Niederschlesien 572
Nitze, Willi **889**
Noll, Alfred 840, **847**, 849
Nöll, J. 363
Nordahl, Konrad 837
Nordbayern 108, 590
Norddeutschland 325f., 416, 606f.
Nordheim 364
Nordmark 107
Nordsee(küste) 164, 246
Nordwestdeutschland 106, 428
Nörpel, Clemens **222**
Norwegen 52, 575, 848, 853, 866, 908
NSBO siehe auch ADG/Geade, Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands, Christliche Gewerkschaften, DAF, Freie Gewerkschaften, illegale Gewerkschaftsgruppen, Illegale Reichsleitung, Internationale Berufssekretariate, Internationaler Gewerkschaftsbund, ITF, kommunistische Gewerkschaftsgruppen/RGO, Leuschner-Kreis, Vertrauensratswahlen 12–16, 19, 38–40, 44–49, 109, 116, 118–120, 125f., 133, 314f., 324, 327, 458, 461f., 565, 570f., 573, 575, 580f., 584, 586, 594f., 600, 602f., 610, 623, 628, 643, 785
NS-Organisationen siehe auch NSBO, DAF
- NSDAP 9, 16, 22, 116, 578, 580, 594
- SA 12, 15, 31, 103, 126, 580, 582
- SS-Totenkopfverbände 985f.
Nürnberg 108, 238, 297, 324, 361, 366, 378f., 606
Nusch, Paul 670, **672**-674, 682

Oberbezirk West 115, 613, 621, 628, 639, 641
Oberdollendorf 361
Oberhausen 119, 238, 466, 575, 579
Oberhessen 673
Oberschlesien 35, 241, 572, 590, 609, 634, 639, 641, 644
Oberstein 361, 428
Oettinghaus, Walter **691**f., 696, 715f., 724, 733, 742
Offenbach 656, 672f.
Oldenbroek, Jacobus (Jaap) 228f., 309, 317, **318**-328, 338, 348, 365, 385, 417

Oldenburg 296
Ollenhauer, Erich 295f., **305**, 378, 1012, 1015, 1017, 1035, 1040, 1043, 1045
Oltersdorf, Karl 175, **235**f., 304, 337, 347–349
Opladen 362
Oppenheimer, Max 954, 965, **978**-982
Oppum 362
Oprecht, Hans 653, 749f., 752, 758, **761**
Oranienburg 365
Örebro 817, 848
Orlinski, Heinrich **347**
Oslo 223
Osnabrück 362, 578f.
Ostdeutschland 606f.
Osterode/Harz 110, 112, 114, 566, 587
Österreich 186, 191, 214, 429, 721, 754, 888, 893, 1019
Ostpreußen 106f., 164, 296, 435, 590f.
Ostsee(küste) 164, 435
Otte, Bernhard 128, 135, **136**-139, 142, 148
Otten, Johann 361, 364

Padberg, Albert **494**, 497, 538, 541f.
Papen, Franz von **101**, 125, 339, 564
Paris 51, 161, 168, 170, 172, 186, 188–192, 194–196, 199, 202, 214, 218, 224, 226, 228–231, 246, 264, 279f., 283f., 286f., 301f., 304f., 311, 322, 337, 369, 418, 440, 449, 468, 485, 518, 529, 531f., 535, 547, 554, 557–559, 561–564, 575, 604, 618, 657f., 669, 691–693, 695, 707, 708, 712–715, 723, 726–730, 732f., 736–742, 746, 750–753, 767f., 876, 1009f., 1018f., 1031
Passau 361, 366, 428f., 432
Paul, Deckname von Ulbricht, Walter
Peru 1017
Peschke, Paul 43, 572
Pester, Max 238, 359, **363**, 416
Petersdorf 169
Petershain 367
Petri bzw. Petry, Hermann 495, 514, 534
Peyronton, ??? 756
Pfalz 177, 726, 739
Pfeiffenberger, Otto **1019**
Pfeiffer, Hans Walter **115**, 572
Pfister, Eva siehe Lewinski-Pfister, Eva
Philadelphia/USA 168, 1031
Pick, Otto **692**, 692, 696f., 703, 708, 712, 715, 724, 726, 733
Pieck, Wilhelm 41, 563, 617, 639
Piehl, Otto 840, 848
Pieper, Karl 235, **347f.**, 360f., 365, 416
Pierre, Robert 764
Pillau 435
Pirmasens 739
Plattner, Fritz 131
Plauen/Vogtland 108, 238, 365, 639
Plettl, Martin 55f., 170f., 176, 188, 193, 195, 216, **218f.**, 222, 225, 234, 243, 245, 295, 337, 375, 1032, 1047
Plochingen 366, 404
Poick, Andreas 361
Polen 20, 35, 441, 514, 553, 555f., 560, 562, 875, 932
Polenske, Carl 66, 191, 197, **502**, 782–785, 801, 805–809, 816f., 831, 862
Pommern 107, 255, 296, 368, 590f.
Popitz, Johannes **292**
Pöppel, Walter 870–874
Poralla, Franz 238, 348, 360f., **365**, 385, 416
Portugal 177, 304f., 753
Posner 989
Potsdam 365, 1054
Pötzsch, Waldemar 32
Prag 43, 157, 168, 171, 174f., 189, 199f., 204, 217, 226, 230, 236, 304f., 308f., 322, 371, 378, 408, 418, 430, 485, 488f., 500, 521f., 524, 531, 544, 551f., 560, 563f., 634, 639, 693, 801, 888, 893, 898, 907, 1010, 1019
Preußen 101
Priefer, Carl 238, 361
Prinzler, O. 238
Probstau 521
Probstzella 366
Pünder, Hermann 120

Quallo, August **296**, 302

Raab, Hilmar **144**
Raack, Paul 361, 367
Radtke, Josef 361, 362
Radtke, Leo 238, 361, **362**, 417, 427
Randten 417
Rass 287
Rauch, Heinz 840
Rauschenplat, Hellmuth von, siehe Eberhard, Fritz
Ravensburg 404, 425
Rawitski 1040, **1043**

Recklinghausen 46, 118, 120, 124, 127, 362, 576, 579f.
Regensburg 108, 366, 432
Regierungsbezirk Arnsberg 49
Minden 49
Münster 49
Reichenberg/CSR 173, 175, 187, 191, 194–197, 201, 213–218, 220f., 224, 226, 230f., 239, 241, 267, 282, 365
Reinbold, Georg **177**, 440, 525, 1032, 1046f.
Reinefeld, Heinrich **235**
Reinhart, Deckname von Eichler, Willi
Reißner bzw. Reissner, Anton (Toni) 56f., **106**, 222, 230, 246, 264, 280–283, 286f., 299, 417
Reitz, August **326**
Remscheid 363
Rentmeister, Emil **321**
Repple 131
Rhein-Ruhr-Gebiet 432
Rheindahlen 361
Rheine 578f., 590
Rheinland 28, 108, 120, 135, 139, 298, 426f., 462, 479, 583, 621, 855
Rheinland-Westfalen 48
Rheydt 267, 362
Richard, Deckname von Pieck, Wilhelm
Richter, Deckname von Schubert, Hermann
Richter, G. 368
Richter, Georg **762**, 765, 769
Riedel (Gebrüder) 361
Riedlin, Josef **405**
Rieneck, Alfred 361, 366
Riepl, Hans **907**
Riesa 365
Rieth, Alphons 446, 742f.
Ritzrow, Friedrich **347**
Rix, Erich, Deckname von Krewet, Erich
Röchling, Hermann **493**
Rodenstock, Michael **321**
Röhm, Ernst 23, 167
Rolf, Deckname von Florin, Wilhelm
Rolf, Deckname von Fuhrmann, Bruno
Rom 527, 769
Romanshorn 413
Romboy, Adam 361
Rorschach 369, 371, 374f., 403, 408, 665, 667, 669, 672
Rosenberg, Ludwig **889**, 958f., 971, 982
Rosenheim 366
Roskilde 28–30, 222, 229, 235, 337, 347, 360, 368
Rößler, Willy 79, 169, 171, 176, **220f.**
Rothenberg 920
Rotterdam 266, 312, 403
Rotthausen 576
Rottweil 366, 379, 413
Rouette, Ludwig 361, **362**
Roy 750
Rudolph, Hermann 173f., 235f., 301, **319**f., 327
Ruf, Albert 256, **395**
Ruhland 367
Ruhrgebiet bzw. **Ruhrrevier** 33f., 36f., 39–41, 44, 48, 107f., 115f., 125, 169, 367, 443, 446, 449, 451, 456f., 462, 470f., 477, 479f., 491–495, 497f., 500, 511–513, 515f., 523, 527, 539, 541f., 551, 571–575, 578, 580–583, 589–592, 603, 609, 614, 616, 621, 624, 772, 777
Rumänien 772
Rüsselsheim 363, 368, 429
Rußland siehe Sowjetunion
Rüthe 576

Saalfeld 366
Saarbrücken 33, 103, 238, 428, 432, 443, 485, 487, 493, 518, 522, 525, 530, 533, 536, 546, 555, 655, 691, 739
Saargebiet bzw. **Saarrevier** bzw. **Saarland** 34, 48, 138, 150, 177, 191, 226, 265, 285, 318, 369, 385, 451, 461f., 466, 471–473, 477–480, 485f., 490–494, 509, 511, 514, 518, 520, 525f., 528, 530, 535, 537–540, 545, 551, 573, 579, 590f., 615, 692, 704, 706, 728, 753, 762, 769, 772, 1019
Saarpfalz 150
Sabath, Gustav **169**f.
Sachs, Max **223**
Sachsen 33, 35, 37, 106, 108, 110, 164, 220f., 297, 367, 416, 427f., 590, 603, 606f., 628
Sächsisches Revier 454, 456, 477, 485, 511f., 514, 539, 553f., 559f.
Saefkow, Anton 43
Saevecke, Robert **347**
Salomon, Friedrich 65, **887**
Samel 572, 578
San Francisco 1053
Sander, Wilhelm **898**, 900, 908f., 923f., 954, 956, 971f., 980–982, 1023
Sarreguemines 732, 739

Sauber, Fritz 725, **728**, 730, 751
Schacht, Hjalmar **493**
Schaeffer, Peter **909**
Schaffhausen 665
Scharfschwerdt, Otto **157f.**, 168, 234, 255, 301f.
Scheel, Harry 238, **361**, 365, 416
Scheer, Kurt **888**
Schefeld, O. 238
Scheffel, Franz **160**, 170, 299, 307, 310, 322–324, 384
Scheffler, Hermann 55, **174**, 213, 238–240, 246, 302
Schehr, John 40, **563**, 585, 596, 600
Scheiff, Josef 361
Schellhammer, Anton 361
Schenk, Michael 674
Schevenels, Walter 24, 60, 66, 155, 174, 177, 186–191, 193–196, **199f.**, 213–219, 225–228, 237, 242, 244–246, 262, 264, 269, 284, 286–288, 300f., 414, 502, 545, 556, 657f., 669, 673, 707, 717, 728, 733, 738, 740, 744, 752, 757–761, 764–766, 769, 876f., 893, 897, 921, 1011, 1022, 1031, 1032–1034, 1036–1039, 1041–1043, 1045f., 1048, 1050f., 1053
Schieffelin, William Jay 1021
Schifferstein, Jean 657–659, **668f.**, 762
Schilde, Hans 954, 957, 965, **971f.**, 974, 978–982
Schille Arthur 176, **221**, 301
Schilling, Ernst **297**, 909
Schirmer, Karl **227**
Schlag, Otto **573**
Schleicher, Kurt von **125**, 176
Schleicher, Markus **298**
Schlesien 33, 35, 37, 107, 267, 296, 367, 416, 428, 432, 471, 477, 479, 485, 511, 514, 527, 538f., 553–556, 559, 562, 572, 590f., 606, 628
Schliestedt, Heinrich 22–24, 35, 37, 54–57, 161, 164f., 170f., **173**-180, 184–186, 188, 192–197, 200, 202–204, 214, 216–219, 221f., 224f., 228, 230, 232–236, 239, 243–247, 249, 254–256, 262, 267, 269, 286–288, 295, 300f., 304, 337, 372, 375, 377–379, 406, 414f., 417, 456, 488f., 494, 502–505, 516, 521, 523–525, 529, 531f., 544–549, 551, 556–559, 661, 664, 667–671, 702, 717–722, 730–733, 1048
Schlifka, Walter 361
Schlimme, Hermann 16, 22–26, 55, 127, 130, 143, 155, 158, 160, 167, 170, 172–174, 176–178, 195f., 216f., 224, 234–237, 254f., 295, **300**-304
Schlösser, Johann **321**
Schlotterbeck, Friedrich **371**, 405
Schmalfeld, Otto 238, 361, **417**
Schmeling, Max 527
Schmetzer, Valentin **177**
Schmidt 892
Schmidt, Albert 238, 361, **365**, 416
Schmidt, Erich **1031**, 1046f.
Schmidt, Friedrich 405
Schmidt, Karl **146**
Schmidt, M. 238
Schmidt, Martin **175**, 177
Schmidt, Ottmar **653f.**, 656
Schmidt, Willy 361, **364**
Schmitt, Ernst 847–849
Schmitt, Heinrich 44f., 621f., 641
Schmitt, Oskar 348, 360, 397, 416
Schnacke, Ernst **982**
Schnakenberg, Karl 361, **363**, 416
Schneeberger (Schweizerische Flüchtlingshilfe) 673
Schneider, H. 368
Schoettle, Erwin 65, 656, **659**, 661, 669, 886, 889, 897f., 900, 908f., 916–918, 920, 923, 954, 956, 971f., 980–982, 985
Scholz, Gerhard 68, 826, **828**
Schönauer 742
Schönfelder, Adolf **296**
Schorsch, Johann **888**, 893
Schrammar, G. 238, 365
Schreiber, Fritz 848
Schreiner, Albert **1018**, 1021, 1024, 1046
Schröder, K. 238
Schröder, Otto **170**
Schrödter 364
Schrödter, Max **361**
Schrödter, Willi **348f.**, 360f., 416
Schroeder, Alfred, Deckname von Knöchel, Wilhelm
Schubert, Hermann **563f.**, 585, 618, 639
Schuck, J. 238
Schuhmann, Walter **139**
Schulenburg, Gustav 288, **691f.**, 696–700, 709–715, 717, 723f., 726, 732f., 739f., 746
Schulte, Fritz 41, **563f.**, 572, 585, 604, 618, 624
Schultz, Walter D. **907**
Schulz, R. 856f.

Schulz, W. 368
Schulze 133
Schulze, Albert **144**, 238
Schumacher, Ernst 106, 265, **512**, 971
Schumacher, H. 238
Schumacher, Kurt 232, 305
Schuricht, Hans **889**, 897
Schuschnigg, Kurt 668
Schwab, Sepp 233, **373**
Schwandt 366
Schwanz, Albert **347**
Schwarzschild, Leopold 201, 204
Schweden 35, 50, 52f., 59, 64, 68f., 71, 144, 197, 220, 222, 232, 262f., 266, 282f., 560, 562, 725, 758, 779, 781, 785, 795, 799, 801, 805–808, 824, 826, 828–832, 836, 838, 841f., 847–849, 851–853, 856–858, 862–867, 870, 908, 1041, 1046f.
Schweidnitz 361, 367, 432
Schweinfurt 366
Schweiz 24, 28, 31f., 50, 58f., 63, 69, 172, 175, 200f., 242, 251, 262f., 283, 287, 302, 305, 413, 419, 555, 653f., 657–659, 661f., 665–667, 673f., 678, 681–683, 725, 727, 758–760, 762, 838, 853, 886, 979, 1017, 1019, 1031f.
Schweizer, Eugen **405**
Schwenningen 623
Schwetzingen 363
Seehäfen 28
Seelbach, Emil 222
Seesen 364
Segall, Dora **909**
Seger, Gerhart **1010**, 1014
Seibert, Heinrich 361, 363
Seidel, Richard **222f.**, 295
Seifert, Willi **862**
Selb 590
Selzner, Claus **151**
Sender, Toni 971
Sendler, Hubert **956**, 971, 983
Senftenberg 361, 367, 514
Severing, Carl **396**, 1019
Shaplen, J. **1010**
Shaw, Tom 55, 186f., 216, 219, **225**-228, 502
Shukow, Georgi **302**
Siebert, Johannes Georg **971f.**, 981, 983
Siegen 363
Silverberg, Deckname von Ulbricht, Walter
Simon, Josef **221**
Sinterklaas, Deckname von Haas, Nikolaus
Sizilien 824
Skandinavien 222, 368, 727
Snell, Wilhelm **168**, 170, 1032, 1046f.
Soest 362
Solingen 429, 590
Sollmann, Wilhelm **1012**, 1020, 1032, 1046f.
Solna 852
Sorau 367
Sorg, Heinrich **886**, 889
Sowjetunion bzw. Rußland 35, 312, 583, 603, 676, 718f., 748f., 787, 800, 855, 920, 932, 935, 971
Spanien 172, 177, 215, 304f., 546, 706, 723, 753, 853, 935
Specht, Minna **971**, 982
Spengler, Oswald 288, 290
Speyer 363
Spiekman, Willem (Wim) 55, 185f., 195–197, **203**, 216–219, 225f., 240, 242, 245f., 668, 726, 893
Spieler, Alfred 946f., **956f.**, 983
Spliedt, Franz **155f.**
Sporer, Karl 361
Spreewitz (bzw. Spree), Gustav **889**
Spremberg 367
St. Gallen 369, 376, 657f., 665, 669, 672–674
St. Paul/Minnesota 138
Stahl, Emil **175**
Stahl, Fritz **175**
Stahl, Karl, Deckname von Schoettle, Erwin
Stahl, Martin, Deckname von Schliestedt, Heinrich
Stalin, Josef 278, 748, 750, 932, 1022
Stampfer, Friedrich 304, 753, 1009f., 1012, 1014, **1017**, 1023
Starck, Otto **343**
Stark, Deckname von Schulte, Fritz
Staudinger, Hans **1022**
Stauffenberg, Claus Graf Schenk von 291
Stechert, Kurt **847f.**
Stegerwald, Adam 128, **138f.**, 159
Steicke, Herbert **692**
Stein, Ernst **494**
Stein, Kurt 851–853, **862f.**
Steinberg, Ludwig 146, 167, **170**, 323
Steinke, Erich 395
Stendal 364, 367, 428, 432
Stephany, Franz **848**

Stettin 29, 229, 238, 296, 302, 325f., 347, 361, 367, 377, 417, 435, 606
Stockholm 62, 68, 197, 373f., 736, 780, 782, 785, 810, 817f., 824, 828–830, 832, 836f., 840, 847, 849, 852f., 858, 861–863, 870, 898, 1033, 1050
Stocksund 801, 805, 815
Stoerck 746
Stolberg 584
Stolp/Pommern 417
Stolz, Georg 214, 338, **752**, 898–900
Stralsund 435
Straßburg 419, 746, 754
Stroth, Albert **347**
Stuttgart 155, 169, 176, 221, 235, 238, 297, 361, 366, 369, 371, 375–379, 404, 408, 413, 428f., 432f., 591, 606, 612, 677
Südamerika 283
Südbayern 590
Süddeutschland 188, 241, 368, 419, 606f., 657, 751
Sudetengebiet 559f.
Südfrankreich 30, 50, 58, 177, 304, 759, 761–764
Südhessen 177
Südliche Ruhr 362
Südwestdeutschland 28, 31, 177, 297, 367
Surbeck, Theo 375, **408**, 672
Süß bzw. Süss, Bruno 56, 59, 185, 263, 271, 279f., 283, 286, 557, **691**, 696, 708–710, 712, 715–718, 724–732, 735, 737–756
Svitanics, Johann **888**, 893
Szende, Stefan 67, 795, **801**

Tarnow, Fritz 52, 56f., 65–68, 178, 191f., 199, 203, 206, 216, **222**, 230, 232f., 239, 244, 251, 262f., 267, 271f., 279–283, 285, 288, 290, 295, 298f., 301f., 305, 337, 373, 417, 744, 746, 781–783, 785–798, 800–807, 810, 815–818, 821–824, 837–841, 851f., 862, 868–870, 876–878, 885, 894, 919, 1011, 1029
Taubitz, Georg 361
Taunus 296
Teheran 936
Teichgräber, Richard 79, 164, 169, 171, 176, **220f.**, 299
Teller, Willi **982**
Tennant, M. **852**
Teplitz 36, 197, 246, 504, 521, 548
Terboven, Josef 223, **575**
Tesch, Carl **659**-661
Thälmann, Ernst **117**, 848
Thiemann, Deckname von Thierfelder, Caesar
Thiemig, Karl **112**, 129, 146
Thierfelder, Caesar 55, 158, 174, 178, **234**, 236, 238–240, 245–247, 254f., 299, 301, 304
Thomas, Wilhelm **297**
Thompson, Dorothy **1021**
Thüringen 108, 129, 174, 239, 267, 297, 428, 590f., 628
Thyes, A. 238
Thyssen, Fritz 897
Tillich, Paul **1017f.**, 1023, 1036, 1038, 1043f., 1046f., 1054f.
Tillier, Heinrich 361, **427**
Timm, Richard **172**, 174, 235f., 296, 298
Tonire, siehe Reißner bzw. Reissner, Anton
Tours 725, 727
Treppkau 367
Treuchtlingen 366
Treuniet, Arie 359
Triebel, Fritz **384**
Trier 124, 361, 363, 428, 432, 772
Trinidad 435
Trocha, August 361
Troisdorf 124
Troyes 716, 725, 728, 732
Tübingen 366, 371, 379, 404, 413, 425, 429, 433

Ucko, Georg **203**
Uelzen 364
Ufermann, Paul **220**
Ulbricht, Walter 40f., 47, 343, **563f.**, 585, 592f., 596f., 600, 613, 617, 625, 640
Ulm 366, 371, 379, 404, 413, 425, 429, 433
Unger 366
Unger, Joachim **847**f.
Unterleitner, Hans **1032**, 1046f.
Ürdingen 362, 367, 416, 429
Urich, Max **160**, 168, 173, 176, 178, 187, 200, 224, 235f., 301
USA 50, 52f., 59, 63, 71, 138, 168, 228, 230, 233, 286, 418, 433f., 676, 739, 753, 758, 760f., 765, 799, 852, 905, 955, 1009f., 1014–1020, 1031–1035, 1037–1041, 1046f.

Vallendar 584
van Achterbergh, Jan 187, 213, **216**, 218, 244
van de Bilt, Christian **443**f., 555, 561
van der Heeg, Tounis 186, 216–219, **227**f., 243–246
van Huck, Jan 238
van Waasdijk, M.L. **246**
Vansittart, Robert **1023**
Vegesack 364
Venlo 360, 362
Verden 364
Vertrauensratswahlen siehe auch ADG/Geade, Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands, Deutsche Arbeitsfront, illegale Gewerkschaftsgruppen, Illegale Reichsleitung, ITF, kommunistische Gewerkschaftsgruppen/RGO, Landesgruppen/Emigration 45–49, 221, 239, 241, 349, 351f., 390f., 444, 451, 459, 461f., 466, 472f., 507, 542, 609, 612, 633–639, 643, 708, 1025f.
Vichy(-Regime) 50, 751, 766, 770
Vigne, Pierre 445f., **448**, 456, 462, 474, 477–481, 484f., 488, 502, 513, 519, 523, 554f., 558, 705, 707
Vogel, Georg 238, 361, 366
Vogel, Hans 279, 284, **304**f., 440, 524, 545, 670, 838, 1023, 1053
Vogel, Paul 361
Vogt, Franz 33f., 36f., 103, **265**-267, 405, 443–448, 450, 452, 461–463, 470f., 474–485, 488–491, 493, 495, 500–502, 504, 512–514, 516–521, 523f., 528, 530, 533–535, 543–546, 549–552, 555–561
Völklingen 527
Vollmerhaus, Carl **296**
Vollnberg, Wilhelm 231
Vongerichten, Oskar 238, 361, **363**
Voß, Wilhelm 222, 229, **325**-327, 347f., 360, 368f., 421
Vühr, Max 361, 362, 416

Waage, C. 919
Wach, Paul, Deckname von Barth, Richard
Wachenheim, Hedwig 1009, 1014, **1017**, 1022, 1044
Wagner, Friedrich Wilhelm **1022**
Wagner, Josef 514, 534
Walcher, Jakob **1018**, 1024, 1032, 1047
Waldenburger Gebiet bzw. **Waldenburger Revier** 39, 539, 591
Waldheim, Harald von 65, **885**, 887
Wales 982
Walter, Paul 65
Wanne-Eickel 362
Warburg/Stendal 361
Warnke, Herbert 67f., 247, 249, 830–832, 856, **866**f.
Warschau 527
Waschow, Hermann 168, **169**, 170
Washington D.C. 1020
Wasserkante 14, 324, 359f., 367, 586, 589, 603, 628, 646
Watt, Robert **1023**
Weber (Kreisleiter NSDAP) 525f.
Weber, H. 238
Weckel, Curt 65, **886**, 888f., 898, 900, 909, 982
Weidmann, Friedrich 954, 956f., **971**f., 977–983, 985
Weigel, Wilhelm **197**
Weimar 365, 978
Weimer, Jakob **297**
Weingarten 425, 429
Weisheit, August 495, 519, 557, 691, **692**-697, 700, 704, 709, 711–717, 724, 726f., 733, 739f.
Weiss, Hubert 361, **363**, 417
Weiss, Karl 361
Weissenfels 366
Weisswasser 361, 367
Wels, Otto 296, **304**f., 396, 524, 545, 753
Werdau 365
Wermeskirchen, Fritz 361
Wernli, August, Deckname von Molt, Karl
Wesel 133f.
Weser (Kommandant KZ Sachsenburg) 223
Wesermünde 361, 364, 416, 428, 432
Westdeutschland 169, 188, 241, 367, 416, 427f., 518, 606f., 613
Westerholt 116
Westerwald 573, 584
Westfalen 107, 127, 135, 298, 362, 426f., 456, 492
Westliche Ruhr 362
Westliches Industriegebiet 362
Westmark 150
Weymouth 186, 188, 191
Wickel, Helmut 1044
Wiechmann, Hans **348**, 360, 385

Wien 150
Wiersich, Oswald 238, **296f.**, 302
Wiesbaden 238, 363, 759
Wiest 955, 957
Wiler, Franz 361, 417
Wilhelmshaven 32, 342, 364, 435
Winterberg 892
Wirges 584
Wirth, O. 238
Wischerhöfen 361
Wissler, Otto **405**
Witten 362
Wittenberg 155
Wittenberge 365
Wittgendorf 365
Wobschall, Heinz 347, **348**, 349
Wolfram, Albert 361
Woll, Matthew **1023**, 1042, 1044
Wollweber, Ernst **312**
Worms 363, 429
Wuppertal 44, 104, 220, 238, 244, 363, 468, 693
- **Gevelsberg** 573
- **Oberbarmen** 614

Wuppertaler Prozesse 219, 244
Wurmgebiet bzw. **Wurmrevier** 33, 35, 37, 116, 124, 126, 446, 451, 457f., 462, 477f., 480, 497f., 511–513, 551, 573f., 583f.
Württemberg 108, 177, 267, 297, 361, 366, 369f., 377–380, 405, 416, 428, 590, 628
Würzburg 303, 366
Wurzen 365

York 903
Yorkshire 982

Zabel, Artur **296**, 302
Zammert, Anna 832f.
Zander, Wilhelm 725, **728**, 730
Zauske, Willy 361, **359**
Zehrer, Hans **176**, 236
Zeidler, Alfred 920, **921**-923, 971
Zienau, Oswald **175**
Zimmer, Peter **103**
Zimmering, Josef **971**, 983
Zinner, Josef **893**
Zittau 365
Züfle, Friedrich 402, **405**
Züfle, Luise **405**
Zürich 171, 231, 234, 311, 369, 413, 654, 657–659, 665, 672, 674, 681, 683, 753, 762, 1018
Zweckel 576
Zwickau 365, 429
Zwosta, Heinrich **297**